J. can. U. 98 k/5

B

<36607806710016

<36607806710016

Bayer. Staatsbibliothek

J. can. u. 75 –

DAS KIRCHENRECHT

DER

KATHOLIKEN UND PROTESTANTEN

IN

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,

ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

FÜNFTER BAND.

~~ABTHEILUNG II.~~

SYSTEM DES KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DEUTSCHLAND. (FORTSETZUNG.)

BERLIN SW. 48

WILHELMSTRASSE 119/120

I. GUTTENTAG, VERLAGSBUCHHANDLUNG.

1895.

81 G

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

DAS KIRCHENRECHT

DER

KATHOLIKEN UND PROTESTANTEN

IN

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,
ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

FÜNFTER BAND.

SYSTEM DES KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DEUTSCHLAND. (FORTSETZUNG.)

BERLIN SW. 48
WILHELMSTRASSE 119/120.

J. GUTTENTAG, VERLAGSBUCHHANDLUNG.

1895.

SYSTEM

DES

KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS

MIT BESONDERER RÜCKSICHT

AUF

DEUTSCHLAND.

VON

Dr. PAUL HINSCHIUS,

ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

FÜNFTER BAND.

BERLIN SW. 48

WILHELMSTRASSE 119/120.

J. GUTTENTAG, VERLAGSBUCHHANDLUNG.

1895.

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen behalte ich mir hiermit vor.

Dr. Paul Hinschius.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Vorwort zur ersten Abtheilung.

Wenn die erste Abtheilung des fünften Bandes erst nach mehr als vier Jahren seit der Ausgabe des vierten erscheint, so ist diese Verzögerung abgesehen davon, dass ich ein volles Jahr hindurch durch Universitäts-Verwaltungsgeschäfte so gut wie ganz an jedem wissenschaftlichen Arbeiten gehindert worden bin, durch die Fülle des zu bewältigenden Stoffes bedingt worden. Mit Rücksicht darauf, dass sich in der katholischen Kirche erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts ein gemeines Recht festzustellen beginnt, musste, um zu sicheren Ergebnissen zu gelangen, mit der bisherigen Methode, lediglich das Corpus canonici und höchstens die ein sehr disparates Material zusammenstellenden Beichtbücher zu benützen, gebrochen und die partikuläre Rechtsbildung seit der karolingischen Zeit eingehend dargelegt werden. Nur dadurch liess es sich ermöglichen, die Ausbildung und Entwicklung der einzelnen Strafen und des kirchlichen Strafsystems, sowie die Thätigkeit der Kirche auf dem Gebiet des Strafrechts überhaupt eingehend zu würdigen, andererseits war es aber dadurch bei dem gewaltigen Umfange des mittelalterlichen Materials ausgeschlossen, mit dieser Abtheilung die Darstellung des Strafrechtes zum Abschluss zu bringen. Da ferner auch die weitere Ausbildung desselben seit der Abschliessung der die Fundamente des gemeinen Rechts bildenden Dekretalensammlungen durch die päpstliche Gesetzgebung seit dem 13. Jahrhundert (ist doch eine methodische Benutzung der Bullarien zu diesem Zweck noch nicht versucht worden) einer eingehenden Bearbeitung unterzogen werden muss, und die Zeit vom 14. Jahrhundert ab ebenfalls ein überreiches Material bietet, so habe ich es für angemessen gehalten, in dieser Abtheilung die Darstellung nur bis zur Feststellung der noch heute massgebenden Grundlagen des gemeinen Rechts, also bis zum 14. Jahrhundert fortzuführen, und nur in besonderen Fällen da, wo es, wie z. B. bei den Sendgerichten (§. 288), durch die Lage der Quellen geboten war, über disee Zeit hinauszugehen.

Einzelne, neuere Erscheinungen, wie namentlich Brunner deutsche Rechtsgeschichte Bd. II, Finke Konzilienstudien, Humberti Gottesfrieden, Weyl Beziehungen des Papstthums z. fränkischen Staats- und Kirchenrecht u. s. w. habe ich erst nach dem Abschluss des Manuskripts bei der Korrektur, also nicht mehr so eingehend, wie ich gewünscht hätte, benutzen können.

Endlich bitte ich die nachstehend verzeichneten Ergänzungen und Berichtigungen zu beachten.

Berlin, den 19. Februar 1893.

Der Verfasser.

VORWORT.

In der jetzt vorliegenden, zweiten (Schluss-) Abtheilung des fünften Bandes ist es mir nicht möglich gewesen, die Behandlung des kirchlichen Strafrechtes zum Abschluss zu bringen. Nur durch die Heranziehung desjenigen Materiales, welches in den päpstlichen Konstitutionen und in den Partikularsynoden enthalten und welches noch niemals einer methodischen Bearbeitung unterzogen worden ist, war ich in der Lage, meine vielfach von den bisherigen Ansichten abweichenden Aufstellungen zu begründen und zugleich darzuthun, dass auf dem früher versuchten Wege, welchen namentlich die Monographie von München und die in jugendlicher Unkenntniss der historischen Entwicklung des kanonischen Rechts und des Charakters der Quellen desselben leichtfertig hergestellte, fast überall zu falschen Ergebnissen gelangte Arbeit von Katz eingeschlagen haben, sich nicht zu einer, den heutigen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechenden Darstellung des kirchlichen Strafrechtes gelangen lässt. Vor Allem musste unter den päpstlichen Konstitutionen die für die Entwicklung des kirchlichen Strafrechtes wichtige, in neuerer Zeit fast gar nicht mehr beachtete Bulle: *Coena* herangezogen und ferner die auf der letzteren beruhende Konstitution Pius' IX.: *Apostolicae sedis* v. 1869 eingehend berücksichtigt werden, letztere um so mehr, als sie gerade vor Allem für das heute geltende Strafrecht in Betracht kommt, und die weitgreifende Einwirkung derselben auf die früheren gemeinrechtlichen Strafandrohungen nicht unberührt gelassen werden durfte. Von partikularrechtlichem Material habe ich im wesentlichen nur die von Hardouin und Hartzheim und in der collectio conciliorum Lacensis herausgegebenen Provinzial- und Plenarkonzilien, vereinzelt nur die etwas Besonderes bietenden Diöcesansynoden, nicht aber die sonstigen speziellen Konziliensammlungen benutzt. Das in den erstgedachten Werken enthaltene Material ist schon umfassend genug und bietet in seiner Fülle dafür Gewähr, dass es in Betreff der wesentlichen, in Frage kommenden Erscheinungen nicht lückenhaft ist. Absolute Vollständigkeit lässt sich hier kaum erreichen, und der Versuch, dies zu thun, würde nur das ohnehin schon übermässige Material unnütz haben anschwellen lassen.

In der Recension der ersten Abtheilung dieses Bandes von R. v. Sch. im historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft Bd. 14 (1893) S. 705 ist das Bedauern ausgesprochen, dass von mir dem Strafrecht des klassischen kanonischen Rechtes nicht eine eigene Periode zugewiesen ist, und dasselbe der

Art zu wenig markant gezeichnet erscheint. Ganz abgesehen davon, dass sich insbesondere bei der Hereinziehung des die verschiedensten Quellen zusammenstellenden Werkes Gratians eine solche Periode kaum mit Sicherheit ihrem Beginn und ihrem Ende nach feststellen lässt, sowie abgesehen davon, dass nach meinen früheren Darlegungen dieses sog. klassische kanonische Recht kein vollständiges System des Strafrechtes darbietet, und andererseits jede der hier fraglichen Sammlungen nur die Ergebnisse bestimmter Stufen der geschichtlichen Entwicklung aufweist, glaube ich nicht nur in den allgemeinen, meine Anschauungen zusammenfassenden Darlegungen (s. §§. 264—269. 271—273. 275), sondern auch bei den einzelnen Materien stets das gemeine Recht der fraglichen Periode genügend gekennzeichnet zu haben. Es würde daher eine zusammenfassende Darstellung aller dieser Einzelheiten, losgelöst von der geschichtlichen Entwicklung und von der das gemeine Recht theils ergänzenden, theils bestimmenden, theils auch auf demselben fussenden Partikulargesetzgebung, lediglich eine unnütze Wiederholung früher schon Gesagten gebildet haben.

Ich habe auch in dieser Abtheilung dieselbe Methode befolgt, mich aber hier bemüht, überall das noch geltende gemeine Recht zu kennzeichnen und auch darzulegen, in wieweit dies heute noch thatsächlich und praktisch in Betracht kommt.

Da dem nächsten Halbbande die Lehre von den Organen und der Ausübung der kirchlichen Straf- und Disciplinargewalt, sowie von der Stellung des Staates gegenüber der letzteren nach dem geltenden Recht vorbehalten bleiben muss, so erschien es zweckmässiger, das in Aussicht gestellte alphabetische Register erst dem nächsten Bande beizugeben, zur leichteren Orientirung diesem Halbbande aber ein ausführlicheres Inhaltsverzeichniss vorauszuschicken.

Die Nachträge bitte ich zu beachten, da sich erst in denselben einzelne wichtige Ergänzungen, welche ich weder bei der Fertigstellung des Manuskriptes noch während der Korrektur machen konnte, anfügen liessen.

Endlich erfülle ich nur eine schuldige Pflicht, wenn ich der Verwaltung und den Beamten der Bibliothek des Deutschen Reichstages, namentlich dem früheren Bibliothekar derselben, Herrn Dr. Potthast, und dem jetzigen, Herrn Dr. Müller, für die mannigfache, mir bei der Bearbeitung meines Werkes seit Jahren gewährte Förderung, vor Allem für die bereitwillige Erleichterung einer umfassenden und bequemen Benutzung der grossen, für mich unentbehrlichen Quellensammlungen, hier öffentlich meinen warmen Dank ausspreche. Ohne diese letztere hätte ich den vorliegenden Band kaum nach dem von mir befolgten Plane bearbeiten, denselben aber jedenfalls erst in viel längerer Zeit zum Abschluss bringen können.

Berlin, den 18. Februar 1895.

Der Verfasser.

INHALTSVERZEICHNISS.

System des katholischen Kirchenrechts.

Erstes Buch.

Die Hierarchie und die Leitung der Kirche durch dieselbe.

Dritter Abschnitt.

Die Funktionen der kirchlichen Leitungsorgane.

Zweite Abtheilung.

Das kirchliche Verwaltungsrecht.

Fünftes Kapitel.

Die Handhabung der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

Seite

I. Geschichte.

C. Von der karolingischen Zeit bis zum vierzehnten Jahrhundert.

1. Die kirchlichen Strafen.

a. Die einzelnen Strafen.

§. 261. aa. Gegen Laien 1

§. 262. bb. Gegen Geistliche 51

§. 263. cc. Die Busse (Zwangsbusse), öffentliche und private Busse . . . 85

b. Das kirchliche Strafen- und Discipluinarstrafsysteme.

§. 264. aa. Die Erweiterung und Umbildung der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Zwangsbusse und Monitio) 116

§. 265. bb. Der Begriff der Strafe. Censuren und Vindikativstrafen (Strafen gegen Unschuldige) 123

§. 266. cc. Die Verschärfung des Charakters der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Strafen latae sententiae und generelle Strafen) 130

§. 267. dd. Die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit und Verstocktheit des Schuldigen 140

§. 268. ee. Das Verhältniss der Strafen zu einander 143

§. 269. ff. Die Aufhebung der Strafen. Begnadigung. Absolution. Ablass 144

Seite

2. Die Entwicklung und der Charakter des kirchlichen Strafrechts.

a. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen.

aa. Die kirchlichen Strafvergehen.

§. 270. α) Die kirchliche Strafgesetzgebung in Betreff der einzelnen Strafvergehen . 157

§. 271. β) Die Tendenz und der Charakter der kirchlichen Strafgesetzgebung . 228

§. 272. γ) Die Behandlung des kirchlichen Strafrechts in den Sammlungen des Corpus iuris canonici 232

§. 273. δ) Die kirchliche Strafgesetzgebung in technischer Beziehung 235

§. 274. bb. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen der Geistlichen . 237

§. 275. b. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen, ihre Eintheilungen und die Bemessung der Strafen für dieselben . . 270

3. Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

a. Die Organe für die Ausübung derselben.

§. 276. aa. Im Allgemeinen (die Bischöfe und die Synoden) 278

§. 277. bb. Der Papst . 281

§. 278. cc. Die niederen Organe (Pfarrer, Kapitel, Archidiakonen) . . . 291

§. 279. b. Der Charakter der Straf- und Disciplinarstrafgewalt (bannus episcopalis und papalis) und die Trübung desselben 295

§. 280. c. Der Umfang der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt in Betreff der Personen 300

§. 281. d. Die sachliche Zuständigkeit der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt und der kirchlichen Gerichte 303

§. 282. e. Die Zuständigkeit der Organe der Straf- und Disciplinarstrafgewalt in persönlicher Hinsicht 327

§. 283. f. Die örtliche Zuständigkeit der Organe der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt 334

§. 284. g. Die Fortentwicklung des Straf- und Disciplinarstrafverfahrens . 337

§. 285. h. Die Absolutions- und Begnadigungsgewalt. Sachliche und örtliche Zuständigkeit. Reservatfälle. 360

§. 286. i. Die Stellung des Staats gegenüber der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt 373

§. 287. k. Die staatliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Geistlichen . . 402

l. Besondere Strafgerichte.

§. 288. aa. Die Sendgerichte . 425

bb. Die päpstlichen Ketzer-(Inquisitions-)Gerichte.

§. 289. α) Die Einführung und Ausbreitung 449

§. 290. β) Die Organisation der päpstlichen Ketzergerichte 456

§. 291. γ) Die Unterhaltung der päpstlichen Ketzergerichte 468

δ) Die Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte.

§. 292. αα) Die sachliche Zuständigkeit. 471

§. 293. ββ) Die Zuständigkeit in persönlicher Beziehung. 473

§. 294. γγ) Die Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte im Verhältniss zu den übrigen kirchlichen Jurisdiktions-Organen, insbesondere zu den Bischöfen. 475

§. 295. δδ) Die örtliche Zuständigkeit 479

§. 296. ε) Die Pflicht zur Unterstützung der päpstlichen Ketzergerichte 480

§. 297. ζ) Das Verfahren . 481

Seite

II. Die Zeit vom fünfzehnten Jahrhundert bis zur Jetztzeit. Das geltende Recht.

A. Die kirchlichen Strafen.

1. Die einzelnen Strafen.

§. 298. a. Gegen Laien . 493

1. Der grosse Kirchenbann S. 494 (Anathem S. 513); 2. die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten (Personalinterdikt) S. 516; 3. die excommunicatio minor S. 521; 4. die Suspension von einzelnen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten S. 522; 5. das Lokalinterdikt S. 522 (cessatio a divinis S. 539); 6. die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses S. 541; 7. die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter S. 542; 8. die Suspension von einzelnen kirchlichen Berechtigungen S. 542; 9. der Verlust kirchlicher Berechtigungen S. 542; 10. die Unfähigkeit zu kirchlichen Berechtigungen S. 545; 11. die indignatio des Papstes S. 545; 12. die Prügelstrafe S. 547; 13. die Geldstrafe S. 548; 14. die Konfiskation (des Vermögens und einzelner Sachen) S. 551; 15. das Exil S. 552; 16. die Ausweisung S. 553; 17. die Freiheitsstrafen (Deportation, Galeeren- und Gefängnissstrafe) S. 553; 18. die Infamie S. 555 (Unfähigkeit zu actus legitimi S. 556); 19. die sonstigen Ehrenstrafen (Strafe der Schandmütze, der Leiter und des Prangers) S. 558; 20. der Verlust weltlicher Würden und Ämter, sowie weltlicher Berechtigungen und Güter S. 559; 21. die Suspension von weltlichen Berechtigungen S. 560; 22. die Entbindung der Unterthanen vom Treueide S. 561; 23. die Unfähigkeit zu weltlichen Ämtern und zu Lehnen S. 561; 24. der weltliche Bann (diffidatio) S. 561; 25. die Verknechtung S. 561; 26. die Todesstrafe S. 561; 27. die Entziehung des geschäftlichen Verkehrs mit Christen S. 563.

§. 299. b. Die Strafen gegen Geistliche 563

1. Die Degradation S. 563; 2. die Deposition S. 572; 3. die privatio beneficii (Amtsentsetzung) S. 576; 4. die Strafversetzung S. 581; 5. die definitive Entziehung einzelner Amtsrechte S. 581; 6. der Verlust der besonderen oder einzelner geistlicher Standesrechte S. 583; 7. die Entziehung der Befugniss zum Predigen und zum Beichthören S. 583; 8. der Verlust des Rechts zur Erlangung eines höheren Ordo S. 584; 10. die Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern und zu kirchlichen Funktionen S. 584; 11. die Suspension S. 585; das interdictum ingressus ecclesiae S. 585; die Suspension von den kirchlichen Amtsrechten, suspensio ab officio S. 589, s. a beneficio S. 593, s. ab ordine oder a divinis S. 595, spezielle Suspensionen S. 599, suspensio totalis S. 605, suspensio schlechthin S. 606, suspensio ex informata conscientia S. 608, excommunicatio fraterna S. 613; 12. die Entziehung des Amtseinkommens S. 613; 13. der grosse Kirchenbann S. 616; 14. der kleine Kirchenbann S. 622; 15. das Lokalinterdikt; 16. die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses S. 622; 17. die indignatio des Papstes S. 622; 18. der Verweis S. 623; 19. die geistlichen Übungen (exercitia spiritualia) S. 623; 20. die körperliche Züchtigung S. 623; 21. die Geldstrafe S. 624; 22. die Konfiskation S. 628; 23. Exil und Ausweisung S. 629; 24. die Freiheitsstrafen S. 629; 25. Verlust kirchlicher Berechtigungen und Privilegien; 26. die Infamie; 27. der Verlust von Rechtsansprüchen S. 632; 28. der Verlust weltlicher Ämter und Rechte; 29. die Unfähigkeit zu weltlichen Ämtern; 30. die Acht; 31. die Verknechtung; 32. die Todesstrafe S. 633.

§. 300. c. die Zwangsbusse . 633

2. Das kirchliche Strafen- und Disciplinarstrafensystem.

§. 301. a. Übersicht über die Strafen und Disciplinarstrafen seit dem 15. Jahrhundert bis zur Jetztzeit 636

§. 302. b. Der Begriff der Strafe. Die Eintheilungen und Arten der Strafen (Censuren und Vindikativstrafen) 639

c. Die Verschärfung des Charakters der kirchlichen Strafen. Die generellen Strafen und die Strafen latae sententiae.

Seite

§. 303. aa. Die generellen Strafen (insbesondere die der bulla Coena) und die Strafen latae sententiae bis zur Reform Pius' IX. im Jahre 1869 .

§. 304. bb. Die Reform der constitutio Pius' IX: Apostolicae v. 1869 . . 654

§. 305. d. Die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit oder Verstocktheit des Schuldigen 665

§. 306. e. Die Beseitigung und der Fortfall der Strafen, insbesondere die Absolution und die Begnadigung 667

B. die Entwicklung und der Charakter des kirchlichen Strafrechts.

1. Die kirchlichen Strafvergehen.

a. Die einzelnen Strafvergehen.

§. 307. aa. Die Verbrechen gegen den Glauben und die ihnen verwandten Verbrechen . 679

1. Die Ketzerei S. 679; 2. die Apostasie S. 686; 3. die Wiedertaufe S. 687; 4. das Schisma S. 688; 5. das Lesen von Büchern der Apostaten und Ketzer und von päpstlich verbotenen Büchern S. 689; 6. das Lehren und Vertheidigen der vom apostolischen Stuhl verworfenen Sätze S. 693; 7. die Wahrsagerei und die Zauberei S. 694; 8. die Gotteslästerung S. 699; 9. der Meineid S. 701; 10. die Simonie S. 703.

§. 308. bb. Die Beeinträchtigung der päpstlichen Jurisdiktion 723

1. Die Appellation an ein allgemeines Konzil S. 723; 2. die Hinderung der freien Ausübung der päpstlichen Jurisdiktion S. 725.

§. 309. cc. Die sonstigen Verbrechen gegen den päpstlichen Stuhl und den Papst (Verschwörung gegen denselben, Beleidigungen, Wetten und Verhandlungen über die Papstwahl, sowie die die letztere und das Konklave betreffenden Vergehen) . . 728

§. 310. dd. Die Hinderung und Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion im Gebiet des Forum externum und internum 737

Die s. g. offensio status s. officii inquisitionis S. 739.

§. 311. ee. Die Verletzung der Freiheiten und der Rechte der Kirche . 741

1. Durch Ausübung der weltlichen Gesetzgebungsgewalt S. 741; 2. das Verbot von Eiden gegen die Verletzung der kirchlichen Freiheiten S. 743; 3. die Verletzungen einzelner Freiheiten und Rechte der Kirche S. 743 (des Asylrechts, der Immunität kirchlicher Institute und geistlicher Personen, die Vergewaltigung der hohen kirchlichen Würdenträger, der Kleriker und Ordensleute, sowie anderer Personen).

§. 312. ff. Die Beeinträchtigung des kirchlichen Vermögens und des Vermögens der Geistlichen 749

§. 313. gg. Die Verbrechen in Betreff der zum Gottesdienst und zur religiösen Verehrung bestimmten Sachen 755

I. 1. Die Entweihung und der Missbrauch der Hostien S. 755; 2. die Missbräuche in Betreff der Reliquien S. 756; 3. in Betreff der agnus dei S. 757; 4. der Heiligenbilder S. 758. II. Das Sakrilegium S. 758.

§. 314. hh. Die unbefugte Ausübung von kirchlichen Weihe- und Amtshandlungen, die Anmassung von kirchlichen Rechten, sowie die Usurpation von kirchlichen Amts- und Ordenstrachten . . 762

§. 315. ii. Die Störung der gottesdienstlichen Handlungen und das unpassende Verhalten bei denselben und in der Kirche . . 763

kk. Die Verletzung der kirchengesetzlichen Verpflichtungen durch die Kirchenglieder.

§. 316. α) In Bezug auf die Sakramente, die Feier der kirchlichen Festtage und die Beobachtung der Fastengebote 765

§. 317. β) Die Nichtentrichtung und Hinterziehung der kirchlichen Abgaben und Leistungen 771

Seite

§. 318. γ) Der Eintritt in den Freimaurerorden und in andere verbotene Gesellschaften sowie die Begünstigung derselben . 772

§. 319. δ) Die Verletzung der kirchlichen Rechtsvorschriften über die Herausgabe, das Drucken, das Lesen und das Verbreiten von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen 776

§. 320. ε) Die Missachtung der kirchlichen Autorität, insbesondere der verhängten Censuren . 783

§. 321. ll. Die Verletzung der Klausur der Nonnen und Mönche 783

§. 322. mm. Die strafbaren Handlungen gegen die körperliche Unversehrtheit 793

1. Die Tödtung S. 793 (Assassinium S. 796); 2. der Selbstmord S. 797; 3. die Abtreibung der Leibesfrucht S. 797; 4. der Zweikampf S. 799; 5. die Körperverletzung S. 805.

§. 323. nn. Die strafbaren Handlungen gegen die persönliche Freiheit . 807

1. Die widerrechtliche Freiheitsberaubung (Verkauf von Christen und Heiden als Sklaven) S. 807; 2. die theilweise Beschränkung der Willensfreiheit (Zwang zum Eintritt in ein Kloster) S. 809.

§. 324. oo. Die Beleidigung und Schmähung 811

§. 325. pp. Die Fleischesverbrechen . 813

1. Der Ehebruch S. 813; 2. die Bigamie S. 814; 3. die Unzucht (stuprum, fornicatio, concubinatus) S. 814; das sacrilegium carnale S. 818; die Eheschliessung von Ordensleuten und von Klerikern der höheren Weihen S. 818; 4. der Incest S. 820; 5. die Sodomie S. 821; 6. die Entführung S. 822; 7. die Nothzucht S. 825; 8. die Kuppelei S. 825.

§. 326. qq. Die strafbaren Handlungen gegen das Vermögen 826

1. Der Diebstahl S. 826; 2. der Raub S. 828 (Seeraub und Strandrecht); 3. die Unterschlagung S. 830; 4. die Erpressung S. 832; 5. die Hehlerei S. 832; 6. die Brandstiftung S. 833; 7. der Wucher S. 833.

§. 327. rr. Die Fälschungsverbrechen 844

1. Die Urkundenfälschung S. 844; 2. die Münzfälschung S. 847; 3. die Fälschung von Mass und Gewicht S. 847; 4. die Kindesunterschiebung S. 841; 5. der Betrug S. 847; 6. die wissentlich falsche Anschuldigung S. 847; 7. die Kollusion und die Prävarikation S. 848; 8. die Bestechung S. 848.

§. 328. ss. Die Verleizung der Denunziationspflicht 849

§. 329. tt. Andere Vergehen . 853

1. Der Hochverrath S. 853; 2. die Anfechtung des Jesuitenordens S. 853; 3. die Vergehen der Laien in kirchlichen Stellungen S. 853.

b. Die Disciplinarvergehen der Geistlichen.

§. 330. aa. In Betreff der Aufnahme in den Klerus, insbesondere hinsichtlich der Ertheilung und des Empfanges der Weihen . . . 854

§. 331. bb. Gegen die die Organisation der Kirche betreffenden Bestimmungen . 857

§. 332. cc. In Betreff der Erwerbung und Besetzung. sowie der Aufgabe von Kirchenämtern . 859

§. 333. dd. Die Verletzung der allgemeinen Amtspflichten der kirchlichen Amtsträger . 864

§. 334. ee. Die Disciplinarvergehen in Betreff der Spendung der Sakramente, der Feier der gottesdienstlichen Handlungen, der Predigt und der Benutzung und Aufbewahrung der heiligen und zum Gottesdienste bestimmten Sachen 866

§. 335. ff. Die Disciplinarvergehen in Betreff der Verwaltung, Veräusserung und Behandlung des Kirchengutes 879

§. 336. gg. Die missbräuchliche Ausübung der Amtsrechte und Verwaltung der Ämter . 883

Seite

§. 337. hh. Die unberechtigte Anmassung oder Ausübung von Amtshandlungen und die Überschreitung der Amtsbefugnisse . . . 886

§. 338. ii. Die Verletzung der speziellen Amtspflichten 887

§. 339. kk. Die Verletzung der Gehorsams- und Treupflicht gegen kirchliche Obere . 891

§. 340. ll. Die Nichtbeachtung eines dem geistlichen Stande und der Amtsstellung entsprechenden Verhaltens und die Verletzung der geistlichen Standespflichten 893

2. Die allgemeinen, die Straf- und Disciplinarstrafvergehen betreffenden Normen.

§. 341. a. Der Begriff der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen, ihre Eintheilung und die Bemessung der Strafen für dieselben 905

§. 342. b. Die subjektiven Momente des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehens . 916

1. Subjekt (Deliktsfähigkeit der Körperschaften) S. 916; 2. Zurechnungsfähigkeit S. 919; 3. Verschuldung (Zufall, Vorsatz, Rechtswidrigkeit, Irrthum, Fahrlässigkeit, Bestrafung Unschuldiger) S. 920.

§. 343. c. Die objektive Seite des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehens. Die Vollendung und der Versuch 930

§. 344. d. Die Theilnahme am Vergehen 932

Anstiftung, Ratihabition, Betheiligung, Begünstigung.

§. 345. e. Die Schuldausschliessungsgründe 939

§. 346. f. Die Strafausschliessungsgründe 943

§. 347. g. Vergehens-Einheit und -Mehrheit (Behandlung des Rückfalls) . . 944

3. Die kirchliche Strafgesetzgebung seit dem Ausgang des Mittelalters bis zur Jetztzeit.

§. 348. a. Die Quellen des kirchlichen Strafrechts und die in denselben behandelten kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen . . 950

§. 349. b. Die Tendenz, der Charakter, die wissenschaftliche Behandlung und die praktische Bedeutung des kirchlichen Strafrechts und der kirchlichen Strafgesetzgebung 962

Nachträge und Berichtigungen . 968

Erstes Buch:
Die Hierarchie und die Leitung der Kirche durch dieselbe.

Dritter Abschnitt:
Die Funktionen der kirchlichen Leitungsorgane.

Zweite Abtheilung:
Das kirchliche Verwaltungsrecht.

Fünftes Kapitel.
Die Handhabung der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

C. Von der karolingischen Zeit (vom Ende des siebenten) bis zum vierzehnten Jahrhundert[1].

1. Die kirchlichen Strafen.

a. Die einzelnen Strafen.

§ 261. *aa. Gegen Laien.*

Die früher entwickelten Grundlagen sind für das Strafmittelsystem der Kirche auch während der nunmehr zu besprechenden Periode im Wesentlichen maassgebend geblieben[2], indessen hat dasselbe doch in der letzteren theils eine weitere Ausbildung, theils auch einzelne Veränderungen und zwar hauptsächlich durch die Stellung, welche jetzt die schon seit dem 6. Jahrhundert ausgebildete Zwangsbusse erlangt hat, erfahren[3].

Unter den Strafmitteln hat:

1. Der grosse Kirchenbann, die Exkommunikation[4], ebenso wie früher seine hervorragende Stellung behalten.

[1] Warum Heinze in v. Holtzendorff, Handbuch d. deutschen Strafrechts. Berlin 1871. 1, 41. 44 eine besondere Periode gerade mit den pseudoisidorischen Dekretalen beginnen lässt, ist mir nicht klar.

[2] Bd. IV. S. 797 ff.

[3] A. a. O. S. 816 ff.

[4] Die lateinischen Bezeichnungen: *excommunicatio*, *excommunicare* werden jetzt zwar immer häufiger gebraucht, s. z. B. Conc. Vern. 755 c. 9. 11, Boret. 1, 35; Admon. gen. 789 c. 36, Boret. 1, 56; syn. Francof. 794 c. 38, l. c. p. 77; Friaul 796 c. 12, Mansi 13, 850; cap. Theodulfs v. Orleans u. 797 c. 27. 41, l. c. 13, 1001. 1005; desselb. cap. II, ibid. p. 1011; Capit. miss. 803 c. 2, Boret. 1, 115; cap. Haitos v. Basel c. 13. 14, Boret. 1, 364; Meaux 845 c. 49. 57. 62, Mansi 14, 830 ff.; Mainz 847 c. 6, ibid. p. 905; cap. Rudolfs v. Bourges († 866) c. 12. 21. 29, ibid. 949. 953. 957; conv. Ticin. 850 c. 19, LL. 1, 400; conc. Mogunt. 851 c. 4, LL. 1, 412; syn. Roman. 853, Mansi 14, 1017, 1019; syn. Suession. 853 c. 11, LL. 1, 418; Valence 855 c. 8. 9, Mansi 15, 7. 8; c. 6 (Hincm.) C. XXIV qu. 3; Worms 868 c. 43. 56, Mansi 15, 877. 879; Karol. II. cap. Pist. 869. c. 10, LL.

1, 510; Karlom. cap. ap. Vern. pal. 884 c. 5, LL. 1, 552; Ravenna 898 c. 1, Mansi 18, 230; Hohenaltheim 916 c. 6. 9. 18. 27, LL 2, 556 ff.; Troslé 921, Mansi 18, 343; Rheims 975, l. c. 19, 60; Exkommunikation Herz. Heinrichs II v. Baiern 976, LL. 3, 485; Rheims 988, Mansi 19, 96; Limoges 1031, ibid. p. 540; Toulouse 1056 c. 5. 13, ibid. p. 848; S. Jago v. Compostella 1056 c. 4, ibid. p. 858; Gerona 1068 c. 4. 12, ibid. p. 1072; c. 4 (Alex. II. Jaffé-Loewenfeld n. 4624) C. XXIV qu. 1; Auch 1068, Mansi 19, 1074. 1075; London 1075, l. c. 20, 452; c. 2 (Poitiers 1078) X de vita cler. III. 1; Toulouse 1079, Mansi 20, 457; Gerona 1078 c. 5. 9, ibid. p. 518; Quedlinburg 1085 c. 1. 2, ibid. p. 608; Melfi 1089 c. 15, ibid. p. 724; Urban II. ad Bereng. 1095 (J. L. n. 5539, M. 20, 916); c. 46 (Clermont 1095) C. XII qu. 2; Nimes 1096 c. 10. 15, M. 20, 936; ep. Atreb. episc. 1097, M. 20, 948; Rouen 1096 c. 4, ibid. p. 924; Tours 1096, ibid. p. 925; S. Omer 1099 c. 5, ibid. p. 972; Rom 1099 c. 17, ibid. p. 964; Troyes 1107, ibid. p. 1124; Gran 1114 c. 34, ibid. p. 105; Lateran. 1123 c. 9, M. 21, 283; London 1125 c. 11, ibid. p. 332; Honor. II. betr. Cluny 1126 (J. L. n. 7268, M. 21, 339); Nantes 1127, ibid. p. 351; Palencia 1129 c. 2. 8, ibid. p. 387; Lateran. 1129 c. 3, ibid. p. 526; Clermont 1130 c. 8, ibid. p. 439; Innocenz II. Privil. für Cluny 1132 (J. L. n. 7551, M. 21, 405); London 1138 c. 1, M. 21, 511; (vereinzelt *extra ecclesia excommunicare*, Cap. de reb. eccl. 787/813 c. 4, B. 1, 186);

daneben finden sich aber auch noch die in den älteren Zeiten (Bd. IV. S. 701. 797 n. 3) vorkommenden oder verschiedene sich im wesentlichen mit diesen deckende Ausdrücke, wie:

ab ecclesia oder *ab eccl. sive a communione et coetu fidelium repellere*, Theodulf v. Orleans (u. 797) c. 26. 27, M. 13, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1); Rudolf v. Bourges († 866) c. 36, M. 14, 959; *de ecclesiae coetu pellere* (iustissima excommunicatione) Rudolf v. Bourges c. 25; Worms 868 c. 41, M. 14, 955 u. 15, 877; *ab ecclesiae liminibus pellere*, Valence 855 c. 10, M. 15, 9; *a christiana communione p.*, Rouen saec. 9 c. 16, Bruns I. 2, 271; Hludov. II. conv. Ticin. 850 c. 24, LL. 1, 400. 405; *ab ecclesia dei p.* Toulouse 1119 c. 3, M. 21, 226.

ab eccl. penitus amputare, Rom 853 add. zu c. 37, M. 14, 1014;

sacrarum missarum solemniis, corpore etiam et sanguine d. n. Jesu Christi separare atque excommunicare, Rom 863 c. 6, M. 15, 658; *a communione s. ecclesiae omniumque christianorum separare*, cap. ap. Vern. pal. 884, LL. 1, 552; *ab ecclesiae et omnium coetu separare*, Valence 855 c. 12, M. 15, 9; *ab ecclesiast. comm. s.*, Meaux 845 c. 62, M. 14, 833 u. LL. 1, 392; *a fidelium c. s.*, Rom 853 c. 41, M. 14, 1016; *a s. ecclesiae c. s.*, Rom 1063 c. 5, M. 19, 1025 (c. 6. § 2 Dist. XXXII);

a praesenti ecclesia iustorum segregare, Beccancelde 798, M. 13, 1023; *a coetu ecclesiae segregare*, Hincm. cap. a XII c. 1, M. 15, 491; *a gremio s. aecclesiae et omnium fidelium communione segregare*, Pavia 997, Jaffé mon. Mogunt. p. 352; *a liminibus ecclesiae segregare*, Worms 868 c. 21, M. 15, 873; *a liminibus s. matris ecclesiae sequestrare*, Rouen 1096 c. 6, M. 20, 924; *a foribus ecclesiarum ab omni societate christiana removere*, Toucy 860 c. 4, M. 15, 559; *a liminibus s. matr. excludere*, Vienne 1124, M. 21, 318; *ab ipsis liminibus eccl. exclusum omnium christianorum consortio atque convivio reddere extraneum*, Valence 855 c. 11, M. 15, 9; *a liminibus eccl. extraneum habere*, c. 26 (Worms 868 c. 10) C. II qu. 5;

a liminibus s. dei eccl. extraneum et ab omni consortio christianorum segregare, und *ab omni ecclesiarum ingressu alienum*, Dipl. 1045, M. 19, 613;

ab omni ecclesiastico consortio esse alienum, Friaul 796, M. 13, 849; *a liminibus s. dei ecclesiae habere alienum*, Karrofum (Poitiers) 989 c. 3, M. 19, 90; *a corpore et sanguine d. n. Jesu Christi et a liminibus ecclesiae se exclusum et alienatum et sicut putridum membrum a sano corpore praecisum*, Tours 1060 c. 9, M. 19, 928;

ab ecclesiae liminibus et a catholicorum communione arcere, Worms 868 c. 24, M. 15, 873; *ab omni ecclesiast. comm. arcere*, Meaux 845 c. 61, M. 14, 833; *a liminibus eccles. a.* Mainz 888 c. 7, M. 18, 60; Saintes 1075, M. 20, 444; *a liminibus matris ecclesiae arcere ac sequestrare*;

caritate ecclesiae privare, Valence 855 c. 8, M. 15, 7; *communione privare*, Haito v. Basel c. 15, Bor. 1, 364; Meaux 845 c. 63, M. 14, 854; Rom 853, M. 14, 1011, Worms 868 c. 19, M. 15, 872; *comm. ecclesiastica privare*, Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392; *communione carere christiana* c. 8 (Later. III. 1179 c. 22) X de censib. III. 39.

omnem ecclesiastic. commun. denegare, Mainz 897 c. 25, M. 14, 910; *ab ecclesiastica comm. praescindere*. c. 6 (Later. III. 1179 c. 24) de judaeis III. 6; *ab introitu ecclesiae prohibere*, Mantuan. II. 787 c. 8, B. 1, 197.

Auch das deutsche *bannus* wird im Sinne von Exkommunikation gebraucht, so sicher Vita Meinwerci episc. SS. 11, 146: „illa (Irmgard, Gemahlin Ottos v. Hammerstein) vero publice *bannos* praevaricans, ibidem (Mainzer Synode 1023) ius legemque omnem funditus perdidit“ (vgl. Thietmar. Chron. SS. 3, 863 über die Synode zu Niemwegen 1018: „Otto et ... Irmirgerd ... excommunicati sunt“ u. ep. Aribon. Mogunt. 1024, Jaffé, mon. Mogunt. p. 359: ex delatione anathemazitae Imme; dazu Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 279); ferner Annal. Hildesh., SS. 3, 110: „Ibique (Ingelheim 1105) imperator (Heinrich IV.) ... omnium pedibus provolutus, praecipue cardenali legato apostolicae sedis, veniam et absolutionem *banni* precabatur, confitens se multo tempore anathematizatum esse a papa Hildebrando, (vita Heinr. imp. SS. 12, 279: „obsecrans ut se a *banno* solveret“, vgl. dazu casus Petrishus. SS. 20, 657: „absolvi se ab *excommunicatione* postulavit“); Tribur 1036, Bresslau, Konrad II. 2, 530: „7. Quod omnes Sclavi decimas dent, sicut ceteri christiani et ad hoc *banno* constringantur“; vgl. auch c. 3 ibid.; Gottesfrieden Sigwins v. Cöln 1083, LL. 2, 58: „Clericos vero et omnes sub hoc ordine degentes *banno nostro* interdicimus laicali vindicta puniri, sed manifesto crimine deprehensi episcopo ipsorum praesententur“; Konstanz 1094, Bern. chron. SS. 5, 458, Mansi 20, 795: „incontinentiam presbyterorum ac violentiam simoniacorum adeo prohibuit (der päpstliche Legat),

Die Exkommunikation wird noch immer als Ausschliessung aus der Kirche [1] oder aus der kirchlichen Gemeinschaft [2], d. h. als Entziehung aller kirchlichen Rechte, insbesondere der Theilnahme am Abendmahl [3], an der Beichte [4] und an sonstigen kirchlichen Handlungen [5], der Befugniss, die Kirche zu betreten [6], der Berechtigung, Oblationen darzubringen [7], und des Rechts auf kirchliches Begräbniss [8] charakterisirt. Dagegen hat das Verkehrsverbot im Laufe dieser Periode eine weitere Entwicklung und Umbildung erfahren. War schon seit dem 5. Jahrhundert nicht mehr blos der religiöse, sondern auch jeder andere Verkehr der übrigen Gläubiger mit den Gebannten untersagt worden [9], so wird nunmehr, d. h. seit der letzten Hälfte des 9. Jahrhunderts, die Verletzung dieser Vorschrift schlechthin mit der Strafe der

ut etiam populum ab eorum officio sub *banno* prohibuisset, si ipsi ... contra fas et ius ministrare praesumpsissent"; Bonithon. ad amicum lib. VIII, Jaffé mon. Gregor. n. 670: „postquam de *banno* regis (Heinrichs IV. 1076) personuit, universus noster Romanus orbis contremuit". Dipl. B. Reinhards v. Halberstadt 1120, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstiftes Halberstadt 1, 117. 118: „hoc statutum auctoritate ... pape Calixti, sicut ante nos suo *banno* et privilegio in Remensi stabilivit concilio"; Rheims 1131, Jaffé, mon. Bamberg. p. 441: (c. 11) „*Banno* confirmatum est, rusticos habere pacem cottidie in corpore et in rebus suis, dum eunt vel redeunt vel commorantur in agricultura vel alio quolibet opere mannum"; (c. 12) „Clericis et monachis et mulieribus pax perpetua *banni* confirmatione data est" (vgl. Clermont 1130 c. 8, M. 21, 439); Lüttich 1166 c. 7, M. 22, 10: „Maledictionis *banno* subiacebit"; dipl. n. 1186, G. Schmidt, cit. Urkdbch. 1, 294: „*banni* tandem censura premonitus". (Wegen der sonstigen Bedeutung von *bannus* s. §. 279.) Über andere Ausdrüeke für Exkommunikation vgl. ausser den nachstehenden Anmerkungen namentlich noch unten S. 7 u. 8 betreffend das: *anathema*, sowie wegen der Bedeutung von *suspendere a communione* unten S. 13 ff. und von *communione privare* u. S. 15.

[1] c. 107 (Mansi 17 app. p. 469 u. Regino II. 417) C. XI qu. 3: „a gremio s. matris ecclesiae et consortio totius christianitatis eliminamus"; Pavia 997, Jaffé mon. Mogunt, p. 352, vgl. auch S. 2. Anm.

[2] S. a. a. O.

[3] Rom 863 c. 6 cit. (S. 2 Anm.); Admonitio gener. 789 c. 36, Bor. 1, 56 (Wiederholung von statuta eccl. ant. c. 73 bz. 40 s. Bd. IV, S. 704. n. 8); Theodulf v. Orleans c. 41, (Rudolf v. Bourges c. 29), M. 13, 1005 u. 14, 957.

[4] Rom 863 c. 6 cit., Toucy 860 c. 4, M. 15, 559: „a sacro missarum officio"; Walter v. Orleans u. 858 c. 12, M. 15, 507.

[5] Überhaupt: „nec sacerdos aliquis divinum ei officium faciat", Rouen 1096 c. 6, M. 20, 924; Formel v. 900, M. 17 app. p. 463: „nec confessiones eorum recipere."

[6] Vernens. 755 c. 9: „in ecclesia non debet intrare"; Toucy c. 4 cit: „a foribus ecclesiae". Limoges 1031, M. 19, 540: „Quando quemlibet excommunicaverit (episcopus) eat publice ad ostium ecclesiae et ostium pro eo claudat. Dum absolverit, ambulet cum eo usque ad portas et aperiat ei, ut ingrediatur. Aliter autem nullus excommunicatus ecclesiam ingrediatur"; Gerona 1068 c. 4, M. 19, 1071.

[7] Limoges 1031, M. 19, 540; Palencia 1129 c. 2, M. 21, 387: „utque oblationes excommunicatorum et decimae non suscipiantur", vgl. auch Bd. IV, S. 704.

[8] Walter v. Orleans c. 12, M. 15, 507: „sepulturam non praebeat" (Priester); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559: „nec sepulturam cum fidelibus accipiat"; Troyes 868 c. 3, M. 17, 349: „nemo corpora eorum cum hymnis et psalmis sepeliat"; Limoges 1031, M. 19, 539: „nullatenus christianorum sepultura sepeliatur"; Rouen 1096 c. 6, s. Anm. 5: „nec sacerdos . . eius sepulturae intererit"; Exkommunikationssentenz Johanns XII, J. L. n. 3685, M. 18, 451: „et si mortuus fuerit, non sepeliatur neque pro eo oretur"; Elne 1058, M. 19, 879 und Gerona 1068 c. 4, M, 19, 1071: „non sepeliantur"; Rheims 1148 c. 6, M. 21, 720: „excommunicatorum corpora insepulta maneant"; Regino II. 416 (Mansi 17 app. p. 463) und Beziers 1090, M. 20, 729: „sepultura asini sepeliantur"; Paschalis II ad Gebehard. Constant. 1101/10, J. L. n. 6252, M. 20, 1083: „excommunicatorum cadavera de scorum basilicis proiiciantur." Vgl. ferner Troyes 868 c. 3 cit. „nec memoria illorum ad sacrum altare inter fideles mortuos habeatur." (s. Bd. IV. S. 704); Limoges 1031 cit.: „neque (post mortem) pro eo oretur nec facultas eius in eleemosynam suscipiatur"; Alexander III, 1159 bis 1181, app. conc. Later. XXX c. 5, J. L. n. 13797, M. 22, 385 (Verbot für die Johanniter, Exkommunicirte auf ihren Kirchhöfen zu begraben); c. 12 (Innoc. III) X de sepult. III 28; Saintes 1282 c. 1, M. 24, 465, wonach die Exkommunicirten fern von den Kirchhöfen und nicht mehr wie zwei nebeneinander begraben werden sollen.

[9] Vgl. Bd. IV. S. 704. n. 8 u. S. 801, ferner Vern. 755 c. 9 cit.: „nec cum nullo christiano cybum vel potum sumere; nec eius munera accipere debet nec osculum porregere nec in oratione iungere nec salutare; Theodulf. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001 („neque in suam domum recipiat" c. 17 C. XXII qu. 1) c. 18 (Smaragd. + nach 824) C. XI qu. 3; Walter v. Orleans c. 12, M. 15, 507: „nec Ave in via ei dicat"; Regino II. 413 (M. 17 app. p. 461). S. auch die folgende Anm.

(grossen) Exkommunikation[1] bedroht, an deren Stelle für Geistliche im Laufe des 10. Jahrhunderts theilweise die Verhängung der Absetzung[2] getreten ist. Eine ausnahmslose Durchführung dieses weitgehenden Verbotes liess sich indessen kaum ermöglichen. Aber wenn man auch in gewissen Ausnahmefällen den Verkehr nicht ganz ausschliessen konnte, so hat doch nur die lokale Gesetzgebung den Bedürfnissen des Lebens und den Anforderungen der Gerechtigkeit[3] durch Gewährung der Straffreiheit Rechnung getragen[4], dagegen sind die Päpste im 11. Jahrhundert nicht so weit gegangen, sondern haben bloss für einzelne Fälle, wie den des Zwanges, einer durch geschäftliche und Abhängigkeits-Verhältnisse gebotenen Nothwendigkeit[5], und im Falle eines nichtwissentlichen Umganges[6], eine mildere Bestrafung zugelas-

[1] Vernens. 755 c. 5. c. 9 cit. droht sie nur für denjenigen an, welcher wissentlich mit einem degradirten und wegen Fortamtirens exkommunicirten Priester verkehrt. Francof. 794 c. 38, Boret. 1, 77, das sich allein auf den Umgang der Kleriker der königlichen Capellen mit exkommunicirten Priestern bezieht, und das Schreiben der Synode v. Savonières 859 c. 8 an die Bischöfe der Bretagne, LL. 1, 465, welches diese auf die Exkommunikation wegen eines etwaigen Verkehrs mit Gebannten hinweist, stehen ebenso wie Hohenaltheim 916 c. 6—8, LL. 2, 556, noch auf dem Boden des älteren Rechts, Bd. IV. S. 704 n. 8 u. 705 n. 1. Auch c. 18 C. XI qu. 3 cit. (s. vor. Anm.) ist aus einer den Umgang von Mönchen mit exkommunicirten Brüdern betreffenden Mönchsregel (c. 28 C. cit. s. Correctores romani dazu) zusammengestellt. Rom 863 c. 6, M. 15, 559 und Worms 888 c. 8, M. 18, 66 verhängen die Exkommunikation blos in besonderen Fällen für den Umgang mit exkommunicirten Personen, vgl. Bd. IV. S. 801. n. 3 a. E.; nicht minder auch Nicol. II 865. J. L. n. 2800 im Original, (nicht nach c. 102 C. XI qu. 3). Dagegen findet sich eine allgemeine Strafandrohung zuerst bei Pseudoisidor, s. Calixt c. 10, Fabian. c. 6 (c. 16. 17 C. XI qu. 3). vgl. auch Clem. c. 17. 18, Hinschius p. 138. 159 u. p. 38; dann unter Berufung auf die zuletzt citirte Stelle Metz 888 c. 12, M. 18, 81: „Istius transgressores s. Petrus et omnis auctoritas excommunicat." Im 10. Jahrh. wird diese Folge in den Exkommunikationsformeln, s. Regino II. 413 cit. (s. vor. Anm.), ferner im 11. Jahrh. in Spezialfällen, S. Tiberius (Narbonne) 1050, M. 19, 796, und generell durch Synoden, z. B. Toulouse 1056 c. 13, M. 19, 849, ausgesprochen, und am Ende des 11. Jahrhunderts gilt es als allgemeiner Rechtssatz, dass jeder Verkehr mit dem Exkommunicirten die Exkommunikation nach sich zieht, Urban II., 1089, J. L. n. 5393, M. 20, 667 (c. 110 C. XI qu. 3); Paschalis II. 1104, J. L. n. 5971, Jaffé mon. Bamb. p. 253; London 1136 o. 1138, M. 21, 517, welchen das II. allgemeine Lateran-Konzil 1139 c. 3, M. 21, 526: „Qui vero excommunicato ... scienter communicare praesumpserit, pari sententia teneatur obnoxius" ausdrücklich wiederholt hat (vgl. auch Rheims 1148, M. 21, 713).

[2] Hohenaltheim 916 c. 8, LL. 2, 556: „de gradu deponi"; Limoges 1031, M. 19, 540: „Presbyter qui excommunicatum scienter suscipit, ideo *ab ordine deponatur* Qui autem scienter id egerit, sive in vita sua sive in morte sive aliquid de facultatibus damnati in eleemosynam probatus fuerit suscepisse, *ab ordine presbyteri cesset*, nisi satisfactus ab episcopo suo sacris vestimentis reinduatur"; Tiberius (Narbonne) 1050, M. 19, 796: „proprio ordine periclitabitur"; Rheims 1148 c. 6, M. 21, 719 (u. als Londoner Konzil ibid. p. 516): „tam ordinis sui quam ecclesiasticorum beneficiorum periculo subiaceant"; was möglicher Weise damit zusammenhängt, dass die Exkommunikation der Geistlichen nicht mehr, wie ursprünglich den Verlust des Amtes und des Klerikalstandes nach sich zog, Bd. IV. S. 738. 812.

[3] So lange der blosse bürgerliche Verkehr zwischen den Laien und dem Gebannten nicht allgemein unter Strafe gestellt war (Bd. IV. S. 704. 801), lag dazu keine Veranlassung vor, und was den Verkehr der Geistlichen mit den Exkommunicirten betraf, so war bei den ersteren selbstverständlich die Kenntniss von der Exkommunikation der letzteren nothwendige Voraussetzung ihrer Straffälligkeit.

[4] So schon Metz 888 c. 12 cit. (nach der Stelle in Anm. 1): „Servis autem et propriis libertis sive beneficiatis venerabiles episcopi in communione dominorum absolutionem dederunt"; S. Tiberius (Narbonne) M. 19, 796 lässt keine Exkommunikation eintreten, wenn der betreffende paupertate aut metu deprehensus fuerit, und vielfach wird sie für den Verkehr mit dem Exkommunicirten, soweit er denselben zur Umkehr und zur Besserung zu bewegen bezweckt, ausgeschlossen, Walter v. Orleans c. 12, M. 15, 507, Mainz 888 c. 8, M. 18, 66, Elne 1047, M. 19, 484; Gerona 1068 c. 3, M. 19, 1071; Toulouse 1066 c. 13 M. 19, 849 (correctionis vel admonitionis causa, ut ad fidem redeant catholicam). Eine Ausnahme macht allerdings Limoges (s. Anm. 6).

[5] c. 110 (Urban II. 1089) C. XI qu. 3 cit.: „seu ignorantia seu timore seu necessitate negotii cuiusque et maxime necessarii"; Paschalis II. ad Gebeh. Const. cit., M. 20. 1083: „aut ignari aut inviti necessitate"; eiusd. ad eund. 1106, J. L. n. 5971, Jaffé mon. Bamb. p. 253: „Qui vero huiusmodi excommunicatis omnino inviti vel servitio vel cohabitatione iunguntur".

[6] S. d. vor. Anm. Während Vern. 755 c. 9 cit. (s. oben n. 1) und S. Tiberius 1050, M. 19, 796 noch ausdrücklich Kenntniss von der Exkommuniation verlangen, bestimmt schon Limoges 1031, ibid. p. 540: „ut qui amplius excommunicatum

sen [1]. In Folge der aus dieser Härte hevorgehenden Missstände beseitigte indessen Gregor VII. [2] die Strafe der Exkommunikation für den Verkehr der Frauen, Kinder, Leibeigenen, Sklaven, Hörigen und abhängigen Bauern und Bediensteten mit dem gebannten Ehemann, Vater oder Herrn [3], für Gesandte, Fremde und Reisende, welche die erforderlichen Einkäufe bei Exkommunicirten machen, ferner für solche, welche den letzteren im Falle der Noth etwas aus Barmherzigkeit und Menschlichkeit darreichen, oder welche ohne Kenntniss von dem Banne mit Exkommunicirten verkehren, endlich für den Umgang mit denjenigen, welche ihrerseits der Exkommunikation wegen des Verkehrs mit Exkommunicirten verfallen waren. Gregor VII. hat diese Milderung ausdrücklich nur als provisorische zugestanden [4]. Daher wurden derartige Erleichterungen nach seinem Tode und im 12. Jahrhundert wiederholt von Neuem und besonders gewährt [5], und erst seit dem 13. Jahrhundert hat man seine provisorische Anordnung als dauernd geltendes Gesetz behandelt [6].

Daneben hatte sich allerdings schon seit dem 9. Jahrhundert eine mildere Auffassung geltend gemacht, nach welcher der wissentliche Verkehr mit Gebannten nur mit der Ausschliessung vom Abendmahl [7], ja sogar vereinzelt blos mit geringfügiger Busse [8] bedroht wurde. Aber für die Bildung des neueren und noch heute geltenden Rechtes, dass der Verkehr mit Exkommunicirten blos den kleinen Bann nach sich

nescius susceperit et postea probaverit, ad poenitentiam mox recurrat in conspectu et iudicio episcopi sui".

1 So leichtere Busse zur Erlangung der Absolution, s. die beiden vorhergehenden Anmerkungen. Das erklärt sich wohl daraus, dass man durch die Festhaltung an dem harten Rechte die gebannten Fürsten und Gegenpäpste am besten isoliren, aber andererseits doch die volle Strenge nicht aufrecht erhalten konnte.

2 Römische Synode, Mainz 1078, Jaffé mon. Gregor. p. 308 (c. 103 C. XI, qu. 3): „anathematis sententiam ad tempus . . . temperamus. . . ab anathematis vinculo hos subtrahimus videl. uxores, liberos, servos, ancillas seu mancipia nec non rusticos et servientes et omnes alios, qui non adeo curiales sunt, ut eorum consilio scelera perpetrentur et illos qui ignoranter excommunicatis communicent seu illos qui communicent cum eis, qui communicent excommunicatis. Quicumque autem aut orator sive peregrinus aut viator in terram excommunicatorum devenerit, ubi non possit emere vel non habet unde emat, ab excommunicatis accipiendi licentiam damus. Et si quis excommunicatis non pro sustentatione superbiae, sed humanitatis causa aliquid dare voluerit, fieri non prohibemus".

3 Nur nicht für solche, welche ihrer Stellung nach als Rathgeber auf das mit Exkommunikation bedrohte Treiben des Exkommunicirten Einfluss geübt haben.

4 Auch scheinen diese Milderungen nicht überall, so namentlich nicht in Deutschland bekannt oder mindestens beobachtet worden zu sein, Mirbt in kirchenhistor. Studien, Hermann Reuter gewidmet, Leipzig 1888 S. 104, denn hier haben die gregorianisch gesinnten Bischöfe gegenüber Heinrich IV. die Exkommunikation noch mit voller Schärfe zur Durchführung zu bringen gesucht, vgl. Sdralek, die Streitschriften Altmanns v. Passau und Wezelos v. Mainz, Paderborn 1890. S. 38. 41. 79. 80. 88. 94.

5 So hinsichtlich der sog. in tertio gradu communicantes (derjenigen, welche mit den wegen Umganges mit Exkommunicirten Gebannten verkehren) Urban II. 1089, J. L. n. 5393 cit. (wobei aber für die Zulassung zur Gemeinschaft des Papstes Busse verlangt wird), ferner hinsichtlich des nicht wissentlichen Umganges mit Exkommunicirten, Lateran. II. 1139 c. 3, S. 4 n. 1; Rheims 1148 (Bd. III S. 526) c. 8, M. 21, 719 (als Konzil v. London 1138 auch M. 21, 513).

6 Dies thut schon die dieselbe erläuternde Dekretale Innocenz' III. v. 1200, c. 31 X de sent. exc. V. 39, und durch deren Aufnahme in die Sammlung Gregors IX. hat diese Auffassung ihre gesetzliche Sanktion erhalten. Allerdings hat der letztere noch 1233, Potth. n. 9196 den Franziskanern für den Orient ein Privileg ertheilt, mit Gebannten in Sachen, die das Seelenheil betreffen, verkehren zu dürfen.

7 So schon von Rom 871/878 c. 9, Maassen, Eine römische Synode. Wien 1878 S. 15, gleichlautend Ravenna 877 c. 9 (welches die Quelle für die in c. 38 C. XI qu. 3 dem P. Gelasius I. zugeschriebene Stelle bildet und meine Bd. IV S. 710 n. 5 ausgesprochene Vermuthung bestätigt); Limoges 1031, M. 19, 540: „Si presbyter non est, communione eucharistiae et audientiae missae privetur usque ad reconciliationem episcopi". Hierher gehört auch der Konstanzer Gottesfrieden v. 1103, L. L. 2, 62, welcher den mit einem Exkommunicirten verkehrenden Priester nur mit Suspension und mit der excommunicatio fraterna (s. den folg. §) bedroht.

8 Hohenaltheim 916 c. 27, L. L. 2, 558: „Si quis sponte communicaverit excommunicato verbo, oratione, cibo vel potu, 40 dies poeniteat in pane, sale et aqua".

zieht, ist diese nur schwach vertretene Richtung nicht von Einfluss gewesen. Vielmehr war es der Umstand, dass die kanonistische Doktrin des 12. Jahrhunderts[1] durch ihre Interpretation der verschiedenen, in das Dekret Gratians aufgenommenen Stellen zu demselben milderen Ergebniss gelangt ist[2], und dass während sich Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts noch ein Schwanken zeigt[3], namentlich auch noch die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten als Strafe vorkommt[4], gerade die Päpste in dieser Zeit durch ihre Dekretalen, welche demnächst in die Sammlung Gregors IX. aufgenommen worden sind[5], der neuen Lehre Anerkennung verschafft haben[6].

Das ältere Recht hatte den Exkommunicirten blos die Fähigkeit zu Anklagen gegen Kleriker abgesprochen[7]. Nunmehr werden sie auf Grund der Fälschungen Benedikts Levita[8] und Pseudo-Isidors[9] von allen Anklagen und von der Zeugniss-Ablegung ausgeschlossen[10], ja im 12. Jahrhundert wird, freilich nur als Konsequenz des Ausschlusses vom bürgerlichen Verkehr[11], auch das Verbot der sog. *communicatio forensis*,

[1] Denn c. 38 C. XI qu. 3, S. 5 n. 7, ist eine Palea, welche (wenigstens in den gedruckten Texten) keine Glossen aufweist und erst bei Huguccio (also nicht vor 1187) citirt wird, v. Schulte, die Paleae im Dekrete Gratians. Wien 1874 S. 22.

[2] Indem sie, soweit sich beim Mangel einer genügenden Publikation der Glossen beurtheilen lässt, wegen c. 29 C. XI qu. 3 („pari crimine") die Strafe der grossen Exkommunikation allein auf die s. g. communicatio in crimine, also auf Mitthäterschaft, Beihülfe und Begünstigung bezog, die Strafe für jeden anderen Verkehr aber als Ausschliessung vom Abendmahl auffasste, Glosse zu c. 18 C. cit. und Bernardi Papiens. summa decretal. ed. Laspeyres V. 34. §. 7 p. 274. Vielleicht hat gerade diese Erklärung der Stellen Veranlassung dazu gegeben, die Palea (s. vor. Anm.) in das Dekret einzuschalten.

[3] So weiss Clemens III. (c. 15 X de sent. exc. V 39 n. 1187/1191) noch nichts von der Unterscheidung, während schon Cölestin III. 1196, J. L. n. 17309, M. 22, 617 und Innocenz III. in in c. 2 X de except. II. 25 es als etwas selbstverständliches hinstellen, dass der Verkehr mit Exkommunicirten die Ausschliessung von den Sakramenten (nach Innocenz III. allerdings allein vom Abendmahl) nach sich zieht, und andererseits Tours 1239 c. 9, M. 13, 499. 500, wenn der Exkommunicirte hartnäckig in der Exkommunikation verweilt, zunächst die mit ihm geschäftlich Verkehrenden, dann die participantes in cibo et potu mit dem Anathema belegt wissen will, ferner Gregor IX. noch 1237 u. 1243 dem König von Frankreich das Privileg ertheilt, dass er und seine Familie wegen des Verkehrs mit Gebannten nicht mit der grossen Exkommunikation ausser für den Fall der communicatio in crimine belegt werden kann, Teulet, layettes du trésor des chartes. Paris 1863 2, 352. 525, Potthast n. 10462. 11195, ja noch Innocenz IV. 1245, P. n. 11608. 11637 gleiche Privilegien den Mönchen und Familiaren von verschiedenen Klöstern gewährt.

Mit diesen Privilegien sind nicht solche zu verwechseln, welche, wie das v. Innocenz IV 1244 P. n. 11427, den Minoriten gestatten, in den Ländern Exkommunicirter zu verweilen und sich von ihnen das zum Lebensunterhalt nothwendige zu verschaffen, oder wie die von Innocenz IV. 1247 P. n. 12558 und Alexander IV. 1261, P. n. 18069 für die Dominikaner, überall von Exkommunicirten sich das letztere zu kaufen, bez. sich von solchen beherbergen zu lassen.

[4] So Diöcesanstatut v. Toul u. 1192 c. 6, M. 22, 649 (für den Verkehr mit exkommunicirten, apostasirenden Religiosen): „omnes qui eis aliquam christianitatis communionem scienter praestiterint, sub interdicto (d. h. Personal.-Interdict, s. unten S. 14) cum eisdem teneantur"; const. Richards B. v. Sarum (Salisbury) u. 1227 c. 32, M. 22, 1117: „quod omnes qui scienter communicant nominatim vel publice excommunicatis, tamdiu arceantur ab ingressu ecclesiae (s. S. 14), quamdiu talibus communicasse convinci poterunt, nisi citius resipuerint, salvo tenore canonis quoniam multos (c. 103, C. XI qu. 3, s. S. 5 n. 2); dieselbe Strafe auch Chateau-Gontier 1231 c. 9, M. 23, 235; Canterbury u. 1236 c. 24 p. 423; Lemans 1247 P. III p. 760, Valence-Monteil 1248 c. 16. 18, p. 775; Albi 1254 c. 32, M. 23, 841.

[5] S. Anm. 3, s. auch c. 3 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. 11.

[6] Dadurch sind die früheren Verschiedenheiten beseitigt worden. Hat doch sogar noch die Prov. Syn. v. Tours 1236 c. 10 M. 23, 414, den Verkehr geistlicher Personen mit Exkommunicirten, um diese nicht bei ipso facto eintretender Exkommunikation der Gefahr der Irregularität (s. Bd. I. S. 52) auszusetzen nur mit Geldstrafe von 10, bez. 20 solidi belegt.

[7] Bd. IV. S. 758 n. 6 u. S. 839 n. 6.

[8] Bened. Lev. III. 215.

[9] Calixt c. 7; Fabian. c. 5; Stephan. c. 7; Sixt. II c. 8; Iul. c. 19; Hinschius p. 138. 158. 185. 193. 474.

[10] Ein Theil der citirten Pseudo-Isidor-Stellen findet sich im Dekret, s. c. 6—8 C. III qu. 4; vgl. ferner c. 1 (Carth. 419, Bd. IV. S. 758 n. 6) C. IV qu. 1, auf welchen offenbar c. 2 (Innoc. III.) X de exc. II. 25 fusst.

[11] Dass dies nicht früher geschehen, hängt offenbar damit zusammen, dass die Frage erst in Folge der Ausdehnung der kirchlichen Ge-

d. h. die Unfähigkeit zur Vornahme gerichtlicher Handlungen, soweit sie den Exkommunicirten vortheilhaft sind [1], ausgesprochen. Endlich gelten sie auch insofern nicht für vollberechtigt, als ihre Tödtung nicht mit so schwerer Busse wie die anderer Kirchenglieder, sondern nur mit einer geringeren belegt werden soll [2].

Die Frage, ob die Kirche in der hier in Rede stehenden Zeit zur Klarheit darüber gelangt ist, dass die Exkommunikation in Folge der schon früher besprochenen Verhältnisse nicht mehr als völlige Abscheidung von der Kirche, sondern allein als Entziehung der kirchlichen Rechte ohne Beseitigung der kirchlichen Pflichten behandelt werden konnte [3], lässt sich nur mit der weiteren, ob sich etwa in dieser Zeit ein rechtlicher Unterschied zwischen der Exkommunikation und dem Anathem [4] gebildet hat, zusammen behandeln.

Das letztere muss ebenso wie für die frühere Zeit [5] verneint werden [6].

Allerdings wird mitunter das Anathem von der Exkommunikation unterschieden [7] und ihr entgegengesetzt [8], als Abschneidung von der Kirche [9], sowie als ewiger Tod [10] bezeichnet, ferner vielfach unter Verwünschungen [11], unter Ausschliessung des Schuldigen vom Reiche Gottes und unter gleichzeitiger ewiger Verdammung desselben [12]

richtsbarkeit von erheblicher praktischer Bedeutung wurde.

[1] Also namentlich seine Rechte als Kläger zu verfolgen, Honor. II. ad Petr. Cluniac. 1126, (J. L. 7268, M. 21, 339): „ut ... de excessu, pro quo excommunicatus fuerat, satisfaceret et postmodum iuxta rationis ordinem ad causam suam permitteretur agendam, a nostris fratribus est saepenumero requisitus; Anastasius IV 1153 ad Pontium abb. (J. L. 9785, M. 21, 778): „donec excommunicati fuerint, si te super aliquo in ius forsitan voluerint evocare, nobis inconsultis nullatenus eis respondeas“; c. 12 (Gregor IX.) de exc. II. 25; Lerida Ende saec. XIII, M. 23, 938 schliesst sie von allen actus legitimi aus.

[2] c. 77 (Urban II. 1088—95, J. L. n. 5336, M. 20, 713) C. XXIII qu. 5, nach welchem ihre Mörder nicht als homicidae zu behandeln sind.

[3] Bd. IV. S. 798 ff.

[4] Wegen des Vorkommens dieses Ausdruckes s. die folgenden Anmerkungen.

[5] Bd. IV. S. 800.

[6] Über die abweichende Ansicht von Schilling s. Bd. IV. S. 800 n. 5. Kober, Kirchenbann 2. Aufl. S. 41 erklärt die Verbindung: Anathema-Maranatha für die „strengste und härteste Form der Exkommunikation, wonach der von ihr Betroffene für immer aus der Kirche ausgestossen wird, ohne Hoffnung, je wieder aufgenommen zu werden — dem Gerichte Gottes überantwortet und lediglich ihm überlassen“. Auch das ist unrichtig, s. u. S. 8 n. 7.

[7] c. 12 (Johann VIII. 878) C. III. qu. 4.

[8] Friaul 796 c. 12, M. 13, 850 nennt als canonicae ultrices vindictae die Exkommunikation, das Anathema und die Absetzung; Rom 853, M. 14, 1017; Konvent v. Savonières 859 c. 9, LL. 1, 465 droht den exkommunicirten Bretagnern für den Fall ihrer Hartnäckigkeit die Verhängung des anathema terribile an; Elne 1047, M. 19, 484: „Si vero pro nihilo duxerint excommunicationem, transactis III mensibus anathematis vinculo, i. e., ut proditi, sicut Judas proditor dammentur“; c. 10 (Clem. III. 1191/98) X de iud. II. 1.

[9] Hludov. II. conv. Ticin. 850. c. 12. LL. 1, 398. 403: „anathematizandi scil. et tamquam putrida ac desperata membra ab universalis ecclesiae corpore dissecandi“; Fismes 881 c. 5, M. 17, 545: "a. i. e. alienatio a Christo et eius corpore, quae est s. ecclesia“.

[10] Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392 (c. 41 C. XI. qu. 3): „quia a. aeternae est mortis damnatio“.

[11] Troslé 909 c. 4, M. 18, 274: „Sacrilegos dei et ecclesiae contemptores percutiamus quadruplici (nach dem Vorbild des Jeremias) anathematis maledicto. Sit eis clausa porta coeli, aperta ianua inferni... donec per dignam et humilem poenitentiam et congruam emendationem laetificent ecclesiam“; ibid. c. 13, p. 302: „anathematis vinculo eos (homicidas) adhuc innodabimus, ut . . . sit quisque eorum anathema maranatha i. e. condemnatus, donec dominus redeat vel perditio ... condemnatus in die, quando dominus veniet“; S. Tiberius (Narbonne) 1050, M. 19, 795. Ausführliche Verwünschungen in der Formel v. 900, M. 17 app. p. 463 u. 18, 183 (Regino II. 416); bei Johann XIII. 971 (J. L. n. 3755) M. 14, 950; in den Formeln aus dem 10. Jahrh. M. 17 app. p. 465. 469. Häufig ist der Hinweis auf Judas, sowie auf Dathan und Abiram, s. z. B. dipl. 945, M. 18, 447. Dipl. Padua u. 955, M. 18, 444; Como 1010, M. 19, 318; Nikolaus II. 1060 (J. L. n. 4461) M. 19, 878; dipl. Narbonne 1096, M. 10, 938. Mit Rücksicht auf diese Verwünschungen wird auch wiederholt von einem anathema terribile oder einer terribilis interpositio anath. gesprochen, s. n. 8; dipl. Clermont 1114, Rouen 1119, M. 21, 113 u. 257.

[12] S. z. B. ausser der vor. Anm. dipl. Boneuil 855, M. 15, 23; Verberie 869, M. 15, 787; Ravenna 877 c. 16, M. 17, 340; Johann VIII. 878 (J. L. n. 3160) M. 17, 314.

(anathema perpetuum[1]*)* in feierlicher Form ausgesprochen[2], ja es ist auch zum Theil die Befugniss zur Verhängung des Anathems dem Bischof genommen und dem Metropoliten mit der Provinzialsynode vorbehalten worden[3]. Andererseits bedeutet *anathema (anathematizare)* aber vielfach dasselbe wie Exkommunikation[4]. Die rechtlichen Folgen des Anathems und der Exkommunikation sind dieselben[5], ja nicht einmal darin unterscheiden sie sich, dass das erstere, selbst wenn es als *anathema perpetuum*[6] verhängt ist, niemals wieder beseitigt werden könnte[7]. So bleiben

1 Calchut 787/788 c. 12, M. 12, 944; Toucy 860 c. 1, M. 15, 558 (anathema sit, perpetuo damnetur ut nec in fine communionem accipiat); Troyes 868 c. 9, M. 17, 349; Ravenna 877 c. 16 cit.; Cöln 887 c. 2, M. 18, 46 (perpetuum et insolubile anathema); cit. Formel v. 900 (Regino II. 416); dipl. Besançon 994/1016, M. 19, 174; Johann XVIII. 1007 (J. L. n. 3954) M. 19, 624; Gerona 1019, M. 19, 386; Alexander II. 1063 (J. L. n. 4500, c. 2 C. XXXV qu. 5) M. 19, 966. 1017; Rheims 1074, M. 20, 44; Saintes 1075, M. 20, 456; dipl. Villa Bertrand (Gerona) 1100 M. 20, 1130 (insolubilibus anathematis vinculis); Rheims 1119 c. 3, M. 21, 235.

2 In der Weise, dass 12 Priester den Bischof mit brennenden Kerzen umgeben, diese bei der Verkündung des Anathems auf die Erde werfen und mit Füssen treten, c. 106 (Regino II. 413, M. 17 app. 17 p. 461) C. XI qu. 3; Rheims 900, M. 18, 184 (sicut hae lucernae de nostris proiectae manibus hodie extinguuntur, sic eorum lucerna in aeternum extinguatur); Limoges 1031, M. 19, 530; Quedlinburg 1085, M. 20, 608.

3 Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392 (c. 41 C. XI qu. 3); Hludov. II. conv. Ticin. 852 c. 12, LL. 1, 398 u. 403: „nec absque metropolitani cognitione et provincialium episcoporum iuditio quemlibet anathematizandum esse permittimus".

4 Römische Synoden v. 721 c. 1 ff., 743 c. 5—10, M. 12, 263. 383 (c. 1 C. XXVI qu. 5 u. c. 5 C. XXXVI qu. 5); vgl. ferner Rouen (saec. 9) c. 3. 13, Bruns I. 2, 269; Rom 826 c. 38, Boret. 1, 376; Lauriac 843 c. 1—4, M. 14, 798; Meaux 845 c. 73, M. 14, 839; conv. Ticin. 850 c. 10, LL. 1, 398. 402; Rom 861, M. 15, 602; Rom 863 c. 8. 12, M. 15, 659; Worms 868 c. 34, M. 15, 876; Troyes 878 c. 2, M. 17, 348; Metz 888 c. 8, M. 18, 66; Karrofum (Poitiers) 989 c. 1. 2, M. 19, 89; Seligenstadt 1023 c. 6. 17, Hirsch-Bresslau Heinr. II. 3, 350; c. 46 (Clermont 1095, M. 20, 818) C. XII qu. 2; Rheims 1119 (Calixt II.) c. 3, M. 21, 235; Lateran. I. 1123 c. 8. 16. 20. M. 21, 283; Const. Theob. Cantaur. archiep. 1148, M. 21, 742. Wie nichts nöthigt, in diesen Stellen ein Aufgeben des Sprachgebrauchs der früheren Zeiten (Bd. IV S. 702. 800) anzunehmen und unter Anathem etwas anderes als die Exkommunikation zu verstehen, so kann das Anathem, durch dessen Androhung die Übernahme der Vertheidigung des Angeschuldigten erzwungen wird, S. Basol 991 c. 19. 51, M. 19, 120. 151, auch nichts anderes als Exkommunikation bedeuten. Zu Ingelheim 948 droht die Synode Hugo Capet (Hefele 4, 595) in einem Schreiben das Anathem an, in c. 1 wird dies aber unter Berufung auf Toledo IV c. 75, Bd. IV. S. 800 n. 6, wo die Strafe des A. festgesetzt ist, als excommunicatio bezeichnet, LL. 2. 20. 21. 25.

5 S. z. B. Toucy c. 1, M. 15, 558 (Entziehung der Oblationen und anderer kirchlicher Einkünfte) „tam is qui dat, quamque is qui accepit, anathema sit, iudicio omnipotentis dei, nisi resipuerit, perpetuo damnatus et dum vivit, ita a cœtu et societate fidelium remotus, a corpore et sanguine domini separatus, ut nec in fine communione(m) accipiat neque corpus ipsius more fidelium cum oblationibus et psalmis atque hymnis ad sepulturam deducatur"; Hohenaltheim 916 c. 20, LL. 3, 557: „anathemate divino perculsus, absque ullo remedii loco habeatur condemnatus aeterno iudicio." Noch charakteristischer Elne 1047, M. 19, 484: „a liminibus s. ecclesiae et omnium christianorum cœtu excommunicatus permaneat. Et ut noveritis omnes, quale peccatum sit, iungi excommunicatis, nullus Christianus debet manducare cum eis vel bibere nec osculum eis porrigere neque cum eis loqui, nisi de satisfactione: neque si excommunicati defuncti fuerint, debentur ad ecclesias sepeliri: neque aliquis clericus vel fidelis debet pro eis orare. Si vero pro nihilo duxerint excommunicationem transactis III mensibus anathematis vinculo i. e., ut perditi sicut Iudas proditor, damnentur. Et si . . . in hac perfidia obierint, corpora illorum cum psalmis et hymnis vel spiritalibus canticis non ducantur ad sepulturam nec inter fideles mortuos eorum nomina ad sacrum altare recitentur," woraus nicht der mindeste rechtliche Unterschied in der Behandlung der Exkommunicirten und Anathematisirten (s. auch S. 3 n. 8) erhellt. Vgl. im übrigen Troyes 868 c. 3, M. 17, 349; die Formeln aus dem 10. Jahrh. bei M. 17 app. p. 461. 463 (Regino II. 413. 416); Johann XII. 959, J. L. n. 3685, M. 18, 451; S. Tiberius 1050, M. 19, 795; Meaux 1081, M. 20, 586.

6 S. oben n. 1.

7 Dass auch ein solches nach Leistung der öffentlichen Busse, wieder gehoben werden kann, sprechen z. B. Verberie 869, M. 15, 787; Cöln 887, c. 2, M. 18, 46; Formosus ep. ad episc. Angl. 891/897, J. L. n. 3506, M. 18, 115; dipl. Villa Bertrandi (Gerona) 1100, M. 20, 1130, ausdrücklich aus. Nur für den Fall der Unverbesserlichkeit bleibt es ein perpetuum im wahren Sinne, Fismes 881 c. 5, M. 17, 545: „Episcopus autem omnibus se audientibus dicere debet, quid sit anathema i. e. alienatio a Christo et eius corpore quae est ecclesia. Et ne desperent tales homines et in peccato permaneant, ostendere debet episcopus, quamdiu duret anathema i. e. quamdiu quisque errorem non corrigit et digna satisfactione non emendat, ut reconciliationem et

als Eigenthümlichkeiten des Anathems im eigentlichen Sinne, d. h. soweit es der Exkommunikation als eine besondere Strafe entgegengesetzt wird, lediglich die Verwünschung, der Ausspruch der Verdammniss für das ewige Leben und die Verhängung in feierlicher Form, also Besonderheiten, welche für die rechtliche Stellung des Schuldigen in der Kirche keine Bedeutung haben und das rechtliche Wesen der Strafe nicht ändern[1], übrig[2].

Für die Beantwortung der o. S. 7 berührten Frage lässt sich aus dieser Bedeutung des Anathemas nichts Entscheidendes entnehmen, denn unter der Ausstossung aus der Kirche braucht logischer Weise nicht nothwendig die Loslösung von den Pflichten gegen die Kirche verbunden zu sein[3], vielmehr kann sie blos die Scheidung von der Kirche als der Heilsgemeinschaft, also die Entziehung der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte, bedeuten[4]. Und dass dies in der That der Fall ist, wenn schon die Beibehaltung mancher der seit alten Zeiten in der Kirche gebrauchten Bezeichnungen[5] eine gewisse Unklarheit über die eingetretene Aenderung des Charakters der Exkommunikation verräth[6], ergiebt sich nicht nur daraus, dass vielfach die Umkehr und die durch die That, namentlich die durch die Busse bewiesene Reue als Beseitigung der Exkommunikation und

indulgentiam valeat promereri. Si quis vero ante satisfactionem et reconciliationis indulgentiam, in peccatis suis perseverans mortuus fuerit, iam anathema perpetuum illi erit et peccatum ad mortem, pro quo non dicit apostolus, ut oretur." Dass auch die Hinzufügung von Maranatha zu Anathema daran keine Aenderung bewirkt hat, so Kober, s. S. 7 n. 6, was schon an sich unwahrscheinlich ist, ergiebt die von ihm selbst citirte Anathematisationsformel v. 900. M. 17 app. p. 463 (n. 15), welche im Fall der Reue die Gewährung des Abendmahls bei Todesgefahr gestattet. Wenn dies auch in einzelnen Androhungen des A. Maranatha, z. B. Troslé 909 c. 13 (S. 7 n. 11) nicht erwähnt ist, so versteht sich doch die Zulassung nach geleisteter Busse von selbst, da schon während der Merovingerzeit die unwiderrufliche Ausschliessung aus der Kirche beseitigt worden (Bd. IV. S. 797), und eine Rückbildung zu dem strengen Recht der alten Kirche (a. a. O. S. 699) nicht nachweisbar ist.

[1] Vgl. auch Bd. IV. S. 800. 801.

[2] Daher werden auch die Ausdrücke: excommunicare et anathematizare gleichzeitig bei Exkommunikationen gebraucht, Rom 853, M. 14, 1017; Tribur 895 c. 3, M. 18, 135 (anathemate excommunicationis percelli); Formeln bei M. 17 app. p. 461. 463 (Regino II. 413. 416); Johann XII. 959, J. L. n. 3685, M. 18, 451; Mainz 972 M. 19, 33; Gerona 1019, M. 19, 386 (perpetuo anathematis vinculo excommunicamus); Gerona 1068, M. 19, 1072 (excommunicationis anathemati subiaceant); Alexander II. 1070 (J. L. n. 4767) M. 19, 976; Beziers 1090, M. 20, 728; und es findet sich selbst da, wo der besonderen Feierlichkeiten des Anathems, der Verfluchungen, des Kerzen-Auslöschens erwähnt wird, nur die Bezeichnung Exkommunikation, nicht aber Anathem, Rheins 1119 (Exkommunikation Heinrichs V. durch Calixt II. bei 427 Kerzen), Jaffé mon. Bamb. p. 365; Limoges 1031, M. 19, 530; London 1143, M. 21, 604; Anastasius IV., 1153, J. L. n. 9788, M. 21, 776. Auch die mittelalterliche Doktrin hat das Anathema als gleichbedeutend mit der grossen Exkommunikation, dict. Gratian zu c. 24 C. XI qu. 3; Bernh. Pap. summa decret. V. 34. §. 2, Laspeyres p. 272 aufgefasst; und dies ist gleichfalls die spätere, jetzt herrschende Ansicht, welche als Eigenthümlichkeit des A. nur die besonderen Feierlichkeiten betrachtet, Pontific. Roman. t. 3 ordo excommunicandi; Fagnan. ad c. 10 X de iud. II. 1 n. 23; Gonzalez Tellez ad c. 10 cit. n. 7; Kober S. 39.

Von diesem Standpunkt aus lässt sich also blos sagen, dass das Anathem eine faktische Verschärfung der Exkommunikation enthält, insofern bei demselben der Thäter öffentlich als ein hartnäckiger, des ewigen Heiles und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach für immer verlustiger Sünder gekennzeichnet, und er als der strafenden Hand Gottes verfallen dargestellt wird.

[3] Von einer Beseitigung der Pflichten gegen Gott durch die Verwünschung und die von der Kirche ausgesprochene Verdammung kann vollends keine Rede sein.

[4] Wenn Palencia 1129 c. 2 (S. 3 n. 7) die Annahme von Zehnten seitens der Exkommunicirten verbietet, so kann daraus nicht geschlossen werden, dass diese auch ihrer Zehntpflicht ledig werden, denn bei der Zusammenstellung mit den Oblationen ist auf freiwillig angebotene Zehnten oder Zehntrechte zu schliessen und das umsomehr, als die kirchliche Gesetzgebung schon seit der karolingischen Zeit gerade die Nichtzahlung der Zehnten mit der Exkommunikation bedroht hat, und die letztere erst gehoben werden konnte, wenn die Gebannten die Zehnten gezahlt hatten, cap. de reb. eccl. 787/813 c. 3. 4. u. cap. Mantuan. 787 c. 8, Bor. 1. 187. 197; Rouen (saec. 9) c. 3; Bruns I. 2, 269; Ravenna 877 c. 18 u. 898 c. 1, M. 17, 340 u. 18, 230.

[5] Vgl. S. 1 n. 4.

[6] S. Bd. IV. S. 799 ff.

ihrer Folgen hingestellt wird[1], sondern auch daraus, dass die Exkommunikation in der hier fraglichen Periode bei Geistlichen nicht mehr den Verlust des kirchlichen Amtes und die Ausstossung aus dem Klerikalstande zur Folge hat[2].

Von der Exkommunikation hat man in der gedachten Zeit sowohl gegen einzelne Personen, wie auch gegen Körperschaften (Kapitel u. s. w.) Gebrauch gemacht[3], und erst Innocenz IV. hat das letztere für unzulässig und nur die Exkommunikation der schuldigen Mitglieder der Korporation für statthaft erklärt[4].

Angedroht und verhängt wird die Exkommunikation und das Anathem[5] nunmehr überwiegend bis zu ausreichender Genugthuung gegenüber der Kirche, insbesondere bis nach gehöriger Busse[6] und bis zur Ersatzleistung[7] oder bis zur Abstellung des schuldhaften Verhaltens[8], ferner auch für immer[9], weiter ohne jede nähere Bestimmung[10] schlechthin[11].

Im Gegensatz zu der früheren Zeit tritt jetzt die Eigenthümlichkeit hervor, dass die Androhung oder Verhängung der Exkommunikation in vielen Fällen erst nach

[1] S. 8 n. 7 u. oben im Text.

[2] Vgl. den folgenden §.

[3] c. 11 (Gregor. IX.) X de exc. V. 25, was sich aus der Volksanschauung und der Lehre der Kanonisten von der Deliktsfähigkeit der Korporationen, s. Gierke, deutsches Genossenschaftsrecht 3, 342 ff. erklärt.

[4] c. 5 (Lyon 1245) in VI de sent exc. V. 11. Seitdem nahm die herrschende Meinung die Nichtigkeit einer etwaigen Exkommunikation der ganzen Körperschaft an, Gierke 3, 348. Wie Potth. n. 12361. 12383 (Innocenz IV. 1246 u. 1247) zeigen, hat aber die Praxis diese Vorschriften zunächst nicht überall beachtet.

[5] Sowohl in allgemeinen Anordnungen, wie in Spezialfällen, insbesondere in den Strafklauseln für Privilegien, Schenkungen und Güterbestätigungen. S. die folgenden Anm.

[6] Bis zur satisfactio, emendatio, digna poenitentia, Cap. de reb. eccl. 787/813 c. 4, Boret. 1, 186; Rouen saec. 9 c. 3, Bruns I. 2, 269; Mainz 847 c. 25, M. 14, 910; Mainz 852 c. 3, LL. 1, 411; Rom 853 add. c. 37, M. 14, 1014; Dipl. Boneuil 855, M. 15, 23; Valence 855 c. 11, M. 15, 9; Worms 868 c. 21. 34, M. 15, 875; Fimes 881 c. 5, M. 17, 545; Mainz 888 c. 8, M. 18, 66; Formel v. 900 bei M. 17 app. p. 463; Formeln aus d. 10 Jahrh. l. c. p. 461. 642 (Regino II. 413. 416); Johann XIII. 971, J. L. n. 3755, M. 18, 450; Rheims 975, M. 19, 60; Rheims 988, M. 19, 96 („nisi resipiscant et ecclesiae catholicae fructuosa poenitentia satisfaciant“); Limoges 1031, M. 19, 530; Dipl. 1045, M. 19, 613; Leo IX. 1050, J. L. n. 4236, M. 19, 779; Narbonne 1054 c. 29, M. 19, 832; Viktor II. 1057 J. L. n. 4366, M. 19, 835; Stephan IV. 1057, J. L. n. 4377, M. 19, 864; Dipl. 1058, M. 19, 879; Lateransynode 1059, M. 19, 873 (c. 6 C. XVII qu. 4); Tours 1060 c. 9 (donec se fructuose tradat poenitentiae) c. 10, M. 19, 928; London 1065, M. 19, 1052. 1056; Mailand 1067, M. 19, 948; Gerona 1068, i. f. M. 19, 1072; Alexander II. 1061/1072; J. L. n. 4697, M. 19, 972, J. L. 4767, M. 19, 977; Meaux 1081, M. 20, 586; Oviedo 1115, M. 21, 135; Vienne 1124, M. 21, 318; Exkommunik.-Sentenz v. 1126, M. 21, 338. Mitunter wird auch die Art der satisfactio näher angegeben, Rheims 988 cit.: „Hic autem sit modus plenae satisfactionis, ut omnia iniuste oblata praeter cibum et potum propriis dominis ex integro restituatis coramque Remensi ecclesia poenitendo humiliemini“.

[7] Karol. cap. I 769 c. 18, Boret. 1, 46; Urban II 1094/1095, J. L. n. 5538, M. 20, 916. 917; Gerona 1100, M. 20, 1130.

[8] Bis zur Herstellung der Eintracht mit dem Feinde, Rudolf v. Bourges c. 25, M. 14, 955; bis zum Nachweis des rechten Glaubens, Rom 863 c. 6, M. 15, 658.

[9] S. 8 n. 1 und n. 7.

[10] Rom 721 c. 1 ff. 14. 15, M. 12, 263; Rom 723 c. 6. 7. 8. 9, M. 12, 383; Rouen saec. 9 c. 13, Bruns I. 2, 271; Haito v. Basel c. 13, Boret. 1, 364; Hlud. II conv. Tic. 850 c. 19, LL. 1, 400; Mainz 851 c. 4. 20, LL. 1, 412; Rom 863 c. 4, M. 15, 652; Rom 868 c. 8. 12, M. 15, 659; Ravenna 898 c. 1, M. 18, 230; Gerona 1019, M. 19, 386; Seligenstadt 1023 c. 17, Hirsch-Bresslau Heinrich II. 3, 350; Leo IX. 1051, J. L. n. 4257, M. 19, 1050; c. 6 § 2 (Rom 1063) Dist. XXXII; Toulouse 1119 c. 4, M. 21, 227; Rheims 1119 c. 3, M. 21, 335; Lateran. I 1123 c. 8. 14. 20, M. 21, 283; Lateran. II 1139 c. 26 (c. 25 C. XVIII qu. 2) 28 (c. 35 Dist. LXIII) 29, M. 21, 532.

[11] Aber nicht mehr auf bestimmte Zeit, denn Cap. Rudolfs v. Bourges u. 850 c. 38, M. 14, 960: „Quicunque fidelium auguria et auspicia sive somnia vel divinationes quaslibet more gentilium observaverint sive sortes quas mentiuntur esse sanctorum, quae clerici vel laici detecti fuerint vel consulere vel docere aut in domos suas huiusmodi homines introduxerint exquirendi aliquid arte malefica aut domos suas lustraverint, ab ecclesia quinquennio habeantur extranei, poenitentiam agentes secundum antiquas regulas constitutas“ muss mit Rücksicht auf das Bd. IV S. 801 Bemerkte, auf das Personalinterdikt bezogen werden, s. auch unten im Text unter Nr. 2.

vorgängiger fruchtloser Mahnung[1] zur Besserung und Busse erfolgt[2], ja, mehrfach findet sich eine solche Mahnung *(monitio evangelica)* sogar als nothwendiges Erforderniss für die Verhängung vorgeschrieben[3]. Die Bildung dieser Praxis, welche an die h. Schrift[4] anknüpft[5], hängt mit der Veränderung der Auffassung der Busse und der Exkommunikation, sowie mit einer anderweiten Abgrenzung zwischen der lediglich erziehenden und bessernden und der strafrichterlichen Thätigkeit der Kirche[6] zusammen, indem sich die Busse jetzt vor die Exkommunikation als Mittel zur Abwendung der letzteren einschiebt und der Bann erst zur Erzwingung der Bussleistung gebraucht wird[7].

Aus den verschiedenen, die evangelische Ermahnung fordernden oder sie erwähnenden Stellen, hat die Doktrin des 12. Jahrh.[8], namentlich in Folge der Aufnahme

[1] Bd. IV. S. 762. 842 n. 4. a. E. Auch die schwer verständliche Stelle von Gregor I. ep. II. 50, Ewald 1, 150 (c. 15 C. XXIV qu. 3): „De excommunicationis articulo, quae tamen interposita condicione gradu secundo vel tertio iam, ut ita dicam, ex necessitate subiuncta est", spricht nicht von der Nothwendigkeit einer vorgängigen Mahnung, sondern sagt nur, dass nach Massgabe der gestellten Bedingung im zweiten oder dritten *Schritt* die Exkommunikation aus Nothwendigkeit hätte folgen müssen, wohl weil die Auflagen, die gemacht waren, aus Hartnäckigkeit nicht erfüllt worden sind.

[2] Und zwar nach mahnendem Schelten (corripere): cap. Vern. 755 c. 9, Boret. 1, 35 (Incest) oder nach Mahnung schlechthin: Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392 (allgemein); Cap. Confluent. 860 c. 6, LL. 1, 470; Karol. II. cap. Pist. 869 c. 10, LL. 1, 510 (allgemein); Troyes 868 c. 8, M. 17, 349 (pervasores rerum ecclesiastic.); Johann VIII 878, J.L. n. 3182, M. 17, 356 (Beeinträchtigung kirchlichen Besitzes); Vienne 891 c. 1, M. 18, 121 (invasio rerum ecclesiasticarum); Schreiben der Ingelheim. Synode 948 an Hugo Capet LL. 2, 21; London 1138 c. 11, M. 21, 213 (usurpatio rer. eccles.); oder nach mehrfacher Mahnung: Lauriac 843 c. 1, M. 14, 798 (bei crimina); Bari 1098, Watterich vit. roman. pontif. 1, 614 oder nach dreimaliger Mahnung c. 23 (Nicol. II. 861—67 J. L. n. 2864) C. XVII qu. 4 (occisores, flagellatores presbyterorum, praedones); Ravenna 877 c. 5. 7. 8., M. 17, 338 (Verletzung der Kirchen, Tödtung, Verstümmelung, depraedationes; gleichlautend Rom 871/878, Maassen, e. röm. Synode c. 5. 7); Karol. II. cap. Vern. 884 c. 5, LL. 1, 552 (depraedationes); Regino II. 411 (Rouen?; allgemein); Burgund. Syn. 955, M. 18, 448 (invasores von Kirchengut); privil. Urbans II. 1093, J. L. n. 5487; M. 20, 643 (Privilegien-Verletzung) vgl. auch J. L. n. 5512. 5543. 5631; Troja 1093 c. 2, M. 20, 790 (Verletzung des Gottesfriedens); Lateran. I. 1123 c. 13, M. 21, 284 (dasselbe); Clermont 1130 c. 8. M. 21, 439 (ebenso). Daneben findet sich allerdings auch wie früher die vorgängige Mahnung, Karol. Ticin. 850 c. 17, LL. 1, 399. 404 (Zehntverweigerung); Rom 853 add. c. 35, M. 14, 1014 (heidnische Lieder und Gesänge); Anastas. IV. 1153, J. L. n. 9788, M. 21, 776, oder eine mehrfach wiederholte, Mainz 888 c. 17, M. 18, 68. 69 („post crebras monitiones, Zehntverweigerung); Hohenaltheim 916 c. 18 LL. 2, 557 (ebenso) oder eine dreimalige Mahnung, Rouen saec. 9 c. 3 (Zehntverweigerung, Bruns I. 2, 269, c. 5 C. XVI qu. 7) wiederholt Mainz 852 c. 3, LL. 1, 411; c. 26, (Ravenna 877 c. 13, M. 17, 339 oder Rom 871/78 c. 15) C. XXIII qu. 5 (Verweigerung der Richterhülfe für die Kirche, Waisen und Wittwen) angeordnet, um die Hartnäckigkeit und damit das für die Strafbarkeit eines gewissen Verhaltens erforderliche Moment festzustellen.

[3] Cap. Confluent. 860 c. 6 cit., LL. 1, 470: „Ut nemo episcoporum hominem peccantem ab ecclesia et christiana communione alienet, donec illum secundum evangelicum praeceptum, ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habeat"; Karol. II. Pist. 869 c. 10, LL. 1, 510: „Ut nemo episcopus, nemo presbyter excommunicet aliquem, antequam causa probetur propter quam ecclesiastici canones hoc fieri iubent et donec illum . . . secundum evangelicum praeceptum, ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habeat"; für das Anathema Meaux 845 c. 56 cit., M. 14, 832 u. LL. 1, 392: „ut nemo episcoporum quemlibet sine certa et manifesta peccati causa communione privet ecclesiastica. Anathema autem sine consensu archiepiscopi aut coepiscoporum, praelata etiam evangelica admonitione (fehlt c. 41 C. XI qu. 3) nulli imponat"; Regino II. 411: „Si enim laici non canonice excommunicentur, nisi tertio fuerint vocati atque commoniti".

[4] Matth. XVIII. 15. Berufungen auf das praeceptum domini, Rouen c. 3, Mainz 852 c. 3, s. n. 2; vgl. auch Anm. 3.

[5] Daher evangelica admonitio, Anm. 3, vocatio canonica London 1138 c. 11 cit. s. Anm. 2.

[6] Vgl. Bd. IV. S. 745.

[7] Vgl. darüber unten §. 263.

[8] Noch in der von dem Legaten Honorius' II. 1126 ausgesprochenen Exkommunikationssentenz, M. 21, 338 (vgl. J. L. n. 7260. 7261. 7268, Hefele Conc. Gesch. 2 A. 5, 392) wird: „Quoniam . . . Pontius Cluniacense monasterium irrationabilis laicorum violentia invasit, Romanae ecclesiae misericordiam magis quam iustitiae severitatem sequentes, tertio tam literis quam nuntiis eum ad nos vocavimus, ut voluntatem d. p. Honorii ex ore nostro super hos audiret eique . . . in omnibus obediret. Verum quia d. p. Honorio . . obedire et de perpetrato invasionis ecclesiae scelere noluit penitere . . ." möglicher Weise die Mahnung nicht als Rechts-

einzelner dieselbe vorschreibenden Kanones in das Dekret Gratians [1] die Lehre von der Nothwendigkeit der *monitio canonica* als allgemeiner Vorbedingung der Verhängung der Exkommunikation entwickelt [2], und diese ist demnächst durch das III. Lateran-Konzil (1179) [3] gesetzlich sanktionirt worden [4].

Um die Durchführung der Wirkungen der Exkommunikation zu sichern, hat man vor Allem in späterer Zeit die verhängte Exkommunikation in der Kathedrale oder an anderen Orten, so insbesondere in der Pfarrei des davon Betroffenen unter Nennung seines Namens und zwar auch wiederholt, namentlich an Sonntagen publicirt [5], aber einen rechtlichen Unterschied in den Folgen der Exkommunikation hat dies damals noch nicht gemacht [6], vielmehr sollte lediglich faktisch die Durchführung derselben durch allgemeines Bekanntgeben ihrer Verhängung gesichert werden [7]. Dagegen hat man an dem alten Recht, dass die von dem zuständigen Kirchenoberen, also für die Regel von dem Bischof ausgesprochene Exkommunikation [8] auch für alle anderen kirchlichen Oberen bindende Wirkung äussert, festgehalten [9], und offenbar wegen der Verschärfung der Strafe für die Verletzung des Verkehrsverbotes [10], auf die

nothwendigkeit hingestellt, wenngleich die gesperrt gedruckte Stelle auch darauf gedeutet werden könnte, dass die Mahnung darum als eine Gnade aufzufassen ist, weil die Exkommunikation schon früher gegen Pontius verhängt war und nur eine Bestätigung und Erneuerung derselben in Frage stand.

[1] c. 5 (Rouen) C. XVI qu. 7; c. 23 (Nicol. II.) C. XVII qu. 4; c. 26 (Ravenna 877 c. 13) C. XXIII qu. 5 citt., nicht aber (so Mendelssohn, de monitione canonica Heidelb. 1860 p. 14 n.*) c. 2 (Ps. Silv.) C. V qu. 2; c. 8 (Agde 506 c. 3) C. XI qu. 3; c. 21 (Ps. Symmach.) C. XII qu. 2; c. 6 (Hincm. Rem.) C. XXIV, qu. 3.

[2] So schon dict. Gratiani zu c. 20 C. II qu. 1: „quando opere publico crimen suum confitetur, tunc post secundam et tertiam correctionem sine examinatione dampnandus est"; Glosse admonitio zu c. 21 C. XII qu. 2: „quia nemo excommunicandus est, nisi praecedat admonitio trina" unter Berufung auf c. 5 u. c. 23 cit. (s. vor. Anm.)

[3] c. 6, c. 26 X de app. II. 28 („ut nec praelati, nisi canonica commonitione praemissa suspensionis vel excommunicationis sententiam proferant in subiectos, nisi forte talis sit culpa quae ipso suo genere suspensionis vel excommunicationis poenam inducat").

[4] S. auch c. 48 (Lateran. IV 1215 c. 47) X de sent. excomm. V. 39 u. c. 61 (l. c. c. 48) X II. 28 cit.

[5] Verkündung auf Grund einer Liste durch den Pfarrer an solchen Tagen schreiben vor Benevent 1331 u. 1378 c. 69, M. 25, 973 u. M. 26, 654; s. weiter Clem. 1 de poen. I. 8 u. Angers 1365 c. 31, M. 26, 444; vgl. auch die folgenden Anmerkungen.

[6] Von der späteren Unterscheidung zwischen excommunicati vitandi und tolerati ist also noch nicht die Rede. Wenn c. 8 (Bonifaz VIII.) in VI de privil. V. 7 u. Clem. 1 de sep. III. 7 die Gewährung des christlichen Begräbnisses an publice excommunicati und nominatim interdicti und ersteres auch die Zulassung solcher zu gottesdienstlichen Handlungen mit bestimmten Strafen bedrohen, so folgt doch daraus noch nicht, dass das Begräbniss und die Zulassung zum Gottesdienst der nicht namentlich publicirten Gebannten gestattet werden durfte (wie denn auch Pennafiel 1302 c. 7, M. 25, 103 ausdrücklich diese von dem ersteren ausschliesst). Die Anordnung von Beziers 1300 c. 19, p. 305, dass der Priester nur dann die Messe abzubrechen habe, wenn ein publice excommunicatus die Kirche nicht verlassen will, nicht aber, wenn der Priester blos von der geheim gebliebenen Exkommunikation eines solchen weiss, es sei denn dass er dieselbe durch Zeugen beweisen kann, erklärt sich daraus, dass nur bei Feststellung der erfolgten Exkommunikation der Exkommunicirte als solcher kenntlich gemacht werden darf. Darum heisst es auch in der Stelle weiter, dass in solchen Fällen die anderen den Gebannten nur occulte zu meiden haben.

[7] Um die Berufung auf Nichtkenntniss seitens anderer auszuschliessen, s. Mainz 1225 c. 7, M. 23, 5 u. 1310, M. 25, 347, welche eine Entschuldigung der Geistlichen damit, dass ihnen die Exkommunikation nicht speziell bekannt gemacht sei, für unstatthaft erklären, wenn dieselbe in der Kathedrale, auf der Synode oder sonst an den herkömmlichen Orten bekannt gemacht ist: „cum talis ignoratia crassa sit penitus et supina". Aus demselben Grunde knüpft Ravenna 1311 c. 21, p. 461 an die öffentliche Verkündung die Pflicht für alle, den Exkommunicirten in Allem zu meiden.

[8] Bd. IV. S. 705. 801 n. 5.

[9] Admonitio gen. 789 c. 1, Bor. 1, 54; Conv. Ticin. 850 c. 11, LL. 1, 402; Rouen saec. 9 c. 6, Bruns I. 1, 270; Valence 855 c. 13, M. 15, 10; Karolom. Vern. 884 c. 5, LL. 1, 552; Melfi 1089 c. 15, M. 20, 724; Nimes 1096 c. 15, M. 20, 936; Troyes 1107, M. 20, 1124; Lateran. I. 1123 c. 9, M. 21, 283; London 1125 c. 11, M. 21, 332; Palencia 1129, M. 21, 387; Rheims 1148, M. 21, 713. Auch Paschalis II. 1117, J. L. n. 6658, M. 20, 1084, erkennt die von Friedrich v. Cöln über Heinrich V. verhängte Exkommunikation ausdrücklich als für sich bindend an.

[10] S. S. 3 u. 4.

möglichste Bekanntmachung der verhängten Exkommunikationssentenzen hingewirkt[1]. Und demselben Zweck haben zum Theil die mehrfach vorgekommenen Wiederholungen von Exkommunikationen und Anathematisirungen[2] ein und derselben Person gedient[3].

Ebenso ist es dabei verblieben[4], dass die ausgesprochene Exkommunikation sofort ihre Wirkungen äussert[5], und der Eintritt derselben nicht durch das Angehen des höheren Richters, namentlich nicht durch Einlegung der Appellation suspendirt wird[6].

2. Die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten

[1] Conv. Ticin. 850 c. 11 cit. (Schreiben an die Bischöfe der Diöcesen, in denen der Gebannte Grundstücke besitzt); Rom 871/878 c. 11, Maassen, röm. Synode S. 16, gleich Ravenna 877 c. 10, M. 17, 339 (c. 20 C. XI qu. 3, J. Ewald n. 2031, — irrig als Honorius II., J. L. n. 7388, M. 21, 326; Bekanntmachung durch Anschlag an die Kirchthür und Mittheilung an die benachbarten Bischöfe); Troyes 878 c. 2, M. 17, 347 (Anschlag an die Kirchthür); Karol. Vern. 884 c. 4, LL. 1, 552 (als cap. inc. 1 bei Boret. 1, 257, Bekanntmachung an die benachbarten Bischöfe und den Senior des Gebannten) und ibid. c. 6 (c. 5 C. VI qu. 3, seitens des episcopus delicti commissi an den proprius und den Senior); Regino II. 413 (M. 17 app. p. 4131 Schreiben an die benachbarten Bischöfe und die Priester der eigenen Diöcese, damit diese sie nach der Lesung des Evangeliums verkünden); Senlis 988, M. 19, 97 (Mittheilungsschreiben an andere Bischöfe); Mainzer Gottesfrieden 1083 und Gottesfrieden Heinrichs IV. 1085, LL. 2, 56 (Schreiben an alle Orte, an denen sich der Gebannte befinden soll); Troja 1093 c. 2, M. 20, 790 (Mitth. an benachbarte Bischöfe); Gran 1114 c. 34, M. 21, 105 (ebenso und an den König); Rheims 1119, M. 21, 231 (Publikation an allen Sonntagen); Lateran. I 1123 c. 13, M. 21, 284 (allseitige Bekanntmachung); Rheims 1148 c. 1, M. 21, 713 (an benachbarte Bischöfe); Eugen III. 1149?, J. L. n. 9364. 9365, M. 21, 645 (öffentliche Bekanntmachung angeordnet). Eugen III. 1152, J. L. n. 8545, M. 21, 654 (Bek. an die benachbarten Erzbischöfe). Vgl. weiter noch Leg. K. Mainz 1225 c. 8, M. 23, 5; Valence 1248 c. 16, p. 775; Leg. K. Ofen 1279 c. 57, p. 303; Bergamo 1311 c. 14, M. 25, 490 Alcala 1363 c. 2, p. 802; Salamanca 1335 c. 6, p. 1054. Selbstverständlich mussten die Exkommunicirten in der Sentenz wenigstens allgemein kenntlich gemacht sein, vgl. Synode v. Moret 1154, M. 21 832, wo ein Bischof erklärt: „tantummodo sententia sit promulgata, non habemus homines pro lege excommunicatorum, donec ab ecclesia generaliter denominentur, vocentur, publicentur" und ihm erwiedert wird, dass die Bischöfe anwesend sind, „qui iussu apostolici pontificis sacrilegos proditores denominantes publicaverunt".

[2] So die Heinrichs V. auf dem Konzil v. Vienne 1112 in Gegenwart eines päpstl. Legaten, Watterich 2, 77; zu Beauvais 1114, M. 21, 121. 122; Köln 1118, M. 21, 175 und zu Rheims 1119, Jaffé mon. Bamb. p. 305; (über andere Synoden s. Bd. II. S. 556 n. 6), und des Gegenkönigs Konrad durch die Synode zu Würzburg 1127, Jaffé mon. Bamb. p. 415, Watterich 2, 165; durch Honorius II. zu Rom 1128, ann. Saxo 1128, SS. 6, 765; durch Innocenz II. zu Rheims 1131, Jaffé l. c. p. 441. 442, und zu Lüttich, Watterich 2, 203. Vgl. auch S. 11 n. 8 und ep. Coelest. III. 1195, J. L. n. 17245, welcher dem Erzb. v. Rouen die Verkündung des Anathems gegen die Bürger seiner Stadt in allen Diöcesen an den Sonntagen und Feiertagen bis zur Satisfaktion gestattet.

[3] Denn, wenn Lanfranc. ep. ad. Roger., M. 20, 33 anordnet, dass ein von ihm Gebannter auch in ganz England gebannt werden soll und Rheims 1119, M. 21, 237: „Huius statuti violatores omni die dominico per singulas parochias excommunicentur", so kann damit nur eine Veröffentlichung der einmal verhängten Exkommunikation gemeint sein, da die Wiederholung, sofern es sich um dasselbe Vergehen handelte, keine neuen rechtlichen Wirkungen und Folgen hervorbringen konnte. Allerdings hat daneben auch (wie bei Konrad) der Zweck obgewaltet, das Einverständniss des Papstes zu konstatiren. Andererseits konnte allerdings eine mehrfache Exkommunikation eines schon einmal Exkommunicirten wegen verschiedener Vergehen erfolgen (hierher gehört die wiederholte Bannung Heinrichs IV. durch Gregor VII. 1076, Jaffé, mon. Gregor. p. 222, 1078 p. 403, 1081. ibid. p. 452, 1083 Bernold. chron. 1084, SS. 5, 441, sowie durch Paschalis II. 1102, Watterich, ponfic. Rom. vitae 2, 23 und vielleicht auch die der Engeltrude Rom 853 c. 4, M. 15, 652; Hefele Conc. Gesch. 4, 227. Dies hatte die Folge, dass die Lossprechung von der einen Exkommunikation noch nicht (ohne Weiteres) die von den anderen nach sich zog, vielmehr von jeder eine besondere Absolution erwirkt werden musste, vgl. Kober, Kirchenbann 2 A. S. 129.

[4] S. Bd. IV S. 763 n. 4; S. 764 n. 2 u. S. 842 n. 1.

[5] Cap. Vern. 755 c. 9, Bor. 1,35, s. auch die folgende Anm.

[6] Daher kann die schon vorher verhängte Exkommunikation auch nach der Einlegung noch öffentlich verkündet werden, c. 53 (Inn. III.) §. 1 X de app. II. 18. War aber die Exkommunikation nur suspensiv bedingt angedroht, dann traten bei Erfüllung der Bedingung nach eingelegter Appellation die Folgen nicht ein, weil die Exkommunikation zur Zeit der Erhebung des Rechtsmittels ihre Wirkungen noch nicht geäussert hatte, und durch dasselbe die Entscheidung über die Rechtmässigkeit der Androhung dem unteren Richter entzogen war.

(*interdictum*, *suspensio ingressus*, auch *introitus ecclesiae*, Personal-Interdict). Diese, in der früheren Zeit vorkommende Strafe[1] ist während der hier in Rede stehenden Periode in praktischer Übung geblieben. Wird sie auch in der karolingischen Zeit nicht oft erwähnt[2], so erscheint sie doch häufiger seit dem 11.[3], namentlich seit dem 12. Jahrhundert[4], freilich gewöhnlich unter der Bezeichnung *interdictum*[5] oder *interdictum*, bez. *interdictio* oder *suspensio ingressus ecclesiae*[6], und ist auch in das

[1] Bd. IV S. 713 (S. 706 n. 3) u. S. 801.

[2] Cap. Vern. 755 c. 12, Boret. 1, 35 (unter Berufung auf Chalc. c. 20, Bd. IV. S. 732 n. 7): „Qui vero episcoporum aut laicorum post hoc constitutum alterius ecclesiae clericum susceperit (scil. absque litteris commendatitiis) nisi ad excusandum, placuit a communione suspendi eum qui suscepit et qui susceptus est, quousque clericum qui translatus est, fecerit ad suum reverti ecclesiam" (da hier suspendi, weil die gleiche Strafe dem Laien angedroht wird, sich nicht allein auf die Amtsrechte beziehen kann); Cap. 769 c. 18, B. 1, 46 (im Anschluss an Orleans V 549 c. 14, Bd. IV S. 802 n. 8 a. E. für Inbesitznahme fremder Kirchengüter durch Kleriker oder Laien) „tamdiu ab omnium caritate suspensus et a communionis gratia sequestratus, quoad usque res ablatas cum fructuum satisfactione restituat": vgl. auch S. 10 n. 11.

[3] c. 2 (Pseud. Silvest., Jaffé-Kaltenbrunner n. 180) C. V qu. 2, nach welchem die vorgeladenen Angeschuldigten zunächst 7 Tage lang erwartet werden sollen, „huic vero expectationi iterum addantur dies VII, interdicta licentia ecclesiam intrandi et omnia divina offitia audiendi. Post vero addantur II dies, quibus a pace et communione s. ecclesiae sint suspensi, deinde vero iterum aliis duobus diebus sub eadem expectatione deportentur. Quibus uno die superaddito omni expectatione veluti iam desperata, reus mox anathematis gladio feriatur"; Coyaca 1050 c. 6, M. 19, 788 (persona maior, welche für den verbotenen Umgang mit Juden nicht die vorgeschriebene 7tägige Busse leistet, per annum integrum communione careat).

[4] Gratian hat einzelne der Vorschriften der westgothischen Konzilien über die excommunicatio auf Zeit, s. Bd. IV S. 801, so z. B. in c. 101 C. I qu. 1 Toledo XI 675 c. 8, aufgenommen (von Kober Suspension S. 339 falsch auf den kleinen Bann gedeutet) und spricht dict. zu c. 24 C. XI qu. 3 von dem „arceri a liminibus ecclesiae et a communione corporis et sanguinis Christi", was er zwar von der grossen Exkommunikation, dem Anathem, durch welches quisque separatur a consortio fidelium scheidet, aber mit der später s. g. excommunicatio minor identifizirt. Stephan v. Tournai in seiner Summa u. 1159, her. von v. Schulte Giessen S. 195: „Simplex excommunicatio dicitur quando alicui interdicitur introitus ecclesiae et sacramenta ecclesiastica, consortium autem fidelium et mensa non negatur; taliter excommunicati in quibusdam provinciis dicuntur vetiti, in aliis interdicti" kennt die hier gedachte, von ihm allerdings auch von der kleinen Exkommunikation nicht auseinander gehaltene Strafe. S. ferner Gregor VIII. 1187, J. L. n. 16079 (c. 9 Comp. I de vita cler. III. 1): „Quisquis vero vir sive mulier talia fecerit amodo indumenta (unzüchtige, unpassende und prächtige Kleider) et a communione domini corporis donec se corrigat reddatur extraneus et ecclesiasticis non sinatur interesse officiis".

[5] S. ausser der in der vor. Anm. citirten Stelle Stephans v. Tournai noch Statut Rudolfs v. Lüttich 1166 c. 6, M. 22, 9: „Si autem laicus aliquem absque sacerdote in atrio (ecclesiae) sepelierit, ipse statim ex praesumptione sacerdotalis officii sub interdicto erit. Abundantiori autem poena eius arbitrio episcopi subiacebit;" Later. III 1179 c. 9 (c. 3 §. 1 X de privileg. V. 33) verbietet den exemten Johannitern und Templern die „nominatim interdicti" zum Gottesdienst zuzulassen und in den Privilegien auf Abhaltung des Gottesdienstes bei verschlossenen Thüren während eines allgemeines Lokal-Interdikts seit dem 12. Jahrhundert, vgl. unten beim Lokalinterdikt u. c. 24 (Later. IV 1215) X de privileg. V. 33 werden die interdicti ebenfalls von der Anwohnung desselben ausgeschlossen. Vgl. ferner Toul. u. 1192 c. 6; Addit. Wilhelmi episc. Paris. (1220 bis 1223) ad const. cardin. Gallon. c. 11, M. 22, 768: „quod presbyteri parochianos suos qui tribus dominicis continuis se ab ecclesia sua absentaverint sine causa iusta et necessaria, interdicant et ad episcopum mittant interdictos," s. Bd. IV. S. 713 n. 2. S. auch noch Anm. 4.

[6] Lambeth 1204 o. 1206 c. 2, M. 22, 751: „Alioquin quos in hac parte culpabiles invenerint (der Abhaltung gemeinsamer Trinkgelage für das Wohl der Seelen und des Körpers, scotalla), ab ingressu ecclesiae et sacramenti (gleich communione sacramentorum Salisbury 1256, M. 23, 911, welches diese Vorschrift wiederholt) canonice tamdiu suspensos esse denuncient (rectores parochiales), donec aliis poenis cessantibus ad poenitentiarium nostrum accesserint, quod ab eo (pro) transgressione huiusmodi poenitentiae nomine iniunctum fuerit, humiliter recepturi: et prout deus dederit, imprimetur ac expietur;" Lateran. IV 1215 c. 21 bedroht mit der Strafe des „arceri ab ingressu ecclesiae" und der Versagung des christlichen Begräbnisses die Verletzung des praeceptum paschale, c. 12 X de poenit. V. 38 (Bd. IV S. 71 n. 1 und S. 124), ferner c. 22 (c. 13 X eod.) mit der erstgedachten Strafe den Arzt, welcher, nachdem er zu einem Kranken gerufen ist, ihn nicht zunächst bestimmt, einen Seelenarzt herbeirufen zu lassen „donec pro transgressione huiusmodi satisfecerit competenter;" Schottisches Konzil 1225 c. 75, M. 22, 1244: „ut in aliquibus festivitatibus infra ecclesias vel coemeteria luctae vel ludi de caetero fieri non permittantur; et qui ter monitus a sacerdote loci, ab huiusmodi cessare noluerit, ingressus ecclesiae interdicatur eidem. Qui suspensus a sua insolentia non destiterit, ex-

Dekretalenrecht übernommen worden [1]. Dass es sich in allen Fällen um dieselbe Strafe handelt, ergiebt sich daraus, dass dem davon Betroffenen das wesentlichste Recht der kirchlichen Mitgliedschaft, das Betreten der Kirche und damit die Theilnahme an allen gottesdienstlichen Handlungen in derselben entzogen wird [2], und daraus, dass sich die Ausschliessung von den Sakramenten und den sonstigen heiligen Handlungen ausserhalb der Kirche, da diese für die Regel in derselben gespendet werden sollen [3], nicht nur von selbst verstand [4], sondern auch zum Theil ausdrücklich in den Quellen hervorgehoben wird [5]. Das erstere ist auch der Fall in Betreff der Entziehung des kirchlichen Begräbnisses [6]. Die Nichterwähnung aller gedachten Folgen in einzelnen Stellen [7], wennschon begrifflich nichts entgegenstand, der hier fraglichen Suspension auch einen beschränkteren Umfang zu geben und dies auch in der That, wenn gleich nicht häufig geschehen ist [8], spricht aber keineswegs gegen die Wesens-

communicationis sententia innodetur"; S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19 (interdictio ingressus ecclesiae). Dasselbe bedeutet Oxford 1222 c. 35, M. 22, 1161: „Et si forte concubinae eorum (der Benefiziaten oder der Kleriker in höheren Weihen) monitione postea proposita ab eis non secesserint, ab ecclesiis . . . expellantur nec admittantur ad ecclesiastica sacramenta et si nec sic duxerint abstinendum, excommunicationis mucrone percellantur" und schottisches Konzil 1225 cit. c. 81: „ne focariae concubinae sacerdotum admittantur in ecclesias ad aquam benedictam vel pacis osculum vel ad aliquam communionem fidelium".

[1] c. 12. 13. 24 X de poenit. V. 38 cit.

[2] Wenn Albi 1254 c. 32, M. 23, 841 für die wissentliche participatio in mensa mit einem Exkommunicirten, für den Kleriker als Strafe festsetzt: „per unum mensem sit ei ecclesiae ingressus interdictus", für den Laien aber: „per unum mensem ad divina officia nullatenus admittatur," so kann damit nur dasselbe gemeint sein. — Eigenthümlich und vereinzelt steht da das Privileg des Konvents der südfranzösischen und katalonischen Bischöfe für eine Kirche v. 1045, M. 19, 613: „ut ille locus omni poenitenti sit pervius et cuicumque aliarum ecclesiarum ingressus negatur, hic ob vota orationis solvenda et divina mysteria audienda libere ingredi permittatur".

[3] Bd. IV. S. 76. 124. 149.

[4] Anderenfalls hätte sich die Bezeichnung: Interdikt für diese Strafe gar nicht bilden können, denn das Wesen des Lokalinterdikts besteht gerade in der Einstellung aller gottesdienstlichen Handlungen und der Spendung der Sakramente, s. S. 19 ff. Ausdrücklich ist dies auch durch Bonifaz. VIII. anerkannt, c. 16 in VI de sent. exc. V. 11: „Quum vero alicuius terrae populus interdicto notatur, singulares ex eo personae, quas interdictas esse constat, ne sententia effectu careat, quum divinorum auditio et sacramentum perceptio populo ut universis non competant, non debeat alicubi (casibus a iure dumtaxat exceptis) audire divina vel ecclesiastica recipere sacramenta".

[5] Vgl. Gratian und Gregor VIII. citt., S. 14 n. 4; ferner Lambeth 1204 und Oxford 1222 c. 35, S. 14 n. 6; Gerona 1267, M. 23, 934 (für Tänze und unzüchtige Lieder in der Kirche): „a participatione sacramentorum et ingressu ecclesiae sit privatus;" Wien 1267 c. 19, p. 1176 (Obrigkeiten, welche die kirchlichen Vorschriften über die Juden nicht durchführen) „introitum ecclesiae et communionem divinorum officiorum sibi noverint interdicta". Eine solche ausdrückliche Hervorhebung kommt auch noch nach c. 16 in VI cit. vor, s. Salamanca 1335 c. 12, M. 25, 1055 („arceatur ab introitu ecclesiae et communione fidelium", vgl. auch schott. Konzil 1225 c. 81 cit., s. S. 14 n. 6, also für communione divinorum officiorum); York 1367 c. 2, M. 26, 462 („aditus non pateat ad audiendum divina officia et sacramenta ecclesiastica percipiendum"); Nismes 1284, M. 24, 551: „Interdictum dicitur, cum dicit praelatus interdico te vel . . suppono te ecclesiastico interdicto vel interdico seu prohibeo tibi ingressum ecclesiae, et talis interdictus et . . (Gebannte) non debent intrare ecclesiam . . . sed nec iuxta ecclesiam stare, quando divina officia celebrantur nec debent recipere ecclesiastica sacramenta".

[6] Lateran. IV 1215 c. 21 (c. 12 X de poen. V. 38); c. 20 (Bonifaz. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11: „. . Talis (d. h. der vom ingressus ecclesiae Interdicirte) quoque, si hoc interdicto durante decedat, non debet in ecclesia vel coemeterio ecclesiastico, nisi poenituerit, sepeliri".

[7] S. 14.

[8] So stuft der seiner Herkunft noch unbekannte c. 2 C. V qu. 2, S. 14 n. 3, schon bei Anselm v. Luca † 1080, also frühestens aus dem Ende des 10. Jahrh., die Suspension in eine solche vom Recht des Betretens der Kirche und eine umfassendere von allen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten ab, s. auch die S. 14 n. 6 hervorgehobene Differenz in der Strafandrohung zwischen c. 12 u. c. 13 de poenit. Auch später kommen partikularrechtlich noch dergleichen spezielle Suspensionen vor, so Mainz 1261 c. 49, M. 23, 1099 (extunc uxori — des einen Monat in der Exkommunikation verharrenden Wucherers — ac filiis et propriis eorum mancipiis divina et sacramenta ecclesiastica subtrahantur, baptismate parvulolorum et poenitentia morientium exceptis"); Bordeaux 1254 c. 13, p. 860 (Laien, welche die den Kirchen vorenthaltenen Zehnten nicht herausgeben: „quod ad matrimonium vel eucharistiae communionem vel ad purificationem post partum

gleichheit der alten Suspension von den Mitgliedschaftsrechten[1], des s. g. Personal-Interdiktes und des interdictum ingressus ecclesiae[2]. Dieselbe zeigt sich namentlich in dem Inhalt, welcher der Strafe am Schluss der Entwicklung durch das gemeine Recht gegeben worden ist, da sie nach demselben auch die Ausschliessung vom Empfang der Sakramente und von dem christlichen Begräbniss umfasst[3].

Angedroht wird die erwähnte Strafe während der hier fraglichen Periode am häufigsten bis zur Abstellung des strafbaren Verhaltens[4] oder bis zur Ersatzleistung[5] oder bis zur Satisfaktion[6], seltener auf unbestimmte[7] oder auf eine fest bemessene Zeit[8]. Auch findet sich ebenso, wie bei der Exkommunikation, in einzelnen Fällen die vorgängige Mahnung (*admonitio*) als Bedingung der Zulässigkeit der Strafe hingestellt[9]. Die Wirkungen des Personal-Interdikts treten, wie die der Exkommunikation sofort ein und werden durch ein etwaiges Rechtsmittel nicht beseitigt[10].

3. Der kleine Bann kommt in dieser Periode, wie schon in den früheren, nur vereinzelt vor[11]. Die geringe Bedeutung der Strafe zeigt sich darin, dass man erst

ipsum vel uxores eorum aut filii et filiae in eorum potestate constituti vel existentes nullatenus admittantur", vgl. auch c. 23 ibid.). Weiter gehört hierher die *interdictio pacis osculi* (Thalhofer in Wetzer u. Welte, Kirchenlexikon 2. A. 4, 2019), *panis benedicti* (Bd. IV S. 67 n. 4 und Probst, kirchliche Benediktionen. Tübingen 1857 S. 155) und *aquae benedictae* für unbussfertige Konkubinen der Geistlichen, Richard v. Salisbury u. 1227 c. 8, M. 22, 1108; Worcester 1240 c. 34, M. 23, 537 und für diejenigen, welche an gewissen Orten, Quellen u. s. w. abergläubische Verehrungen vornehmen, l. c. c. 15, p. 531.

1 Über den näheren Umfang in ältester Zeit Bd. IV S. 713, steht nichts sicheres fest, während des 6. Jahrh. bezog sie sich wohl auf alle gedachten Rechte, a. a. O. S. 801. 802.

2 Dafür lässt sich auch darauf verweisen, dass die Strafe noch im 13. Jahrhundert als ein suspendi charakterisirt wird, Lambeth 1204 c. 2 und schottisches Konzil 1225 c. 75. S. 14 n. 6; s. auch c. ult. (Bonifac. VIII.) in VIto de off. ordin. I. 16. Endlich kommt in Betracht, dass nach den von der heutigen Lehre formulirten Wirkungen des Personalinterdikts, s. Kober im Arch. f. d. K. R. 21, 292. 297. 301, und des interdictum ingressus ecclesiae, Kober, Suspension der Kirchendiener S. 237, es sich bei beiden um die erwähnte Suspension handelt. Freilich hat sich die Doktrin bisher nicht bemüht, den historischen Ursprung dieser Strafen nachzuweisen, und ist, durch das Wort interdictum verführt, auf die Annahme eines Zusammenhangs zwischen dem Personal- und dem sog. Lokal-Interdikt verfallen (vgl. darüber auch unten S. 30).

3 c. 16. 20 in VI. V. 11. cit. (S. 15 n. 4. 6), denn die in c. 16 cit. gemachten Ausnahmen (c. 11. X. sent. excomm. V. 39; c. 19 u. c. 24 in VI eod. tit. V. 11) welche in erster Linie für das Lokal-Interdikt gemacht sind, haben (s. unten) für das Personal-Interdikt nur in soweit Bedeutung, als dem Interdicirten an bestimmten hohen Festtagen die Anwohnung des Gottesdienstes gestattet, und im Falle der Todesgefahr bei eidlichem Gelübde, die erforderliche Genugthuung zu leisten, auch die Spendung des Bussakramentes und des Viatikums an ihn erlaubt ist, Kober i. Arch. f. d. K. R. 21, 322. 326. 327. 329. 341.

4 Cap. Vern. 755 c. 12, S. 14 n. 2; Schottisches Konzil 1225 c. 75; Oxford 1222 c. 35, S. 14 n. 6; Bd. IV. S. 75.

5 Cap. 769 c. 18, S. 14 n. 2.

6 Lambeth 1204 c. 2; Narbonne 1227 c. 5, M. 23, 22; c. 13 X. V. 38 cit., S. 14 n. 6.

7 Siehe die vorher citirten Anmerkgen. Hier wurde die Strafe selbstverständlich auch nach geleisteter Satisfaktion oder Busse aufgehoben.

8 c. 2 C. V qu. 2 cit. und Coyaca 1050 c. 6, S. 14 n. 3; auch auf Lebenszeit, S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19.

9 Oxford 1222 c. 35 u. Schott. Konz. 1225 c. 75, S. 14 n. 6, in diesen um die Hartnäckigkeit zu konstatiren.

10 c. 11 (Cölestin. III.) X de appell. II. 28; c. 20 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

11 Die einzigen sicheren Stellen aus der Zeit vom 9. bis 11. Jahrhundert sind, soweit ich sehe, die S. 5 n. 7 angeführten, welche diese Strafe für den Verkehr mit den der grossen Exkommunikation unterliegenden Kirchengliedern androhen. In Friaul 796 c. 11, M. 13, 850: „de feminis cuiuscunque conditionis, puellis scilicet vel viduis, quae virginitatis sive continentiae propositum spontanee pollicentes, deo emancipatae fuerint et ob continentiae signum nigram vestem quasi religiosam, sicut antiquus mos fuit in his regionibus indutae fuerint, licet non sint a sacerdote sacratae, in hoc tamen proposito eas perpetim perseverare mandamus. Si vero postea sese sive clanculo corruperint seu publice nupserint, dignis quidem mundano iudicio corporalibus coercitae vindictis, segregentur ab invicem et agant cunctis diebus vitae suae poenitentiam et a communione corporis et sanguinis Christi priventur: nisi forte pontifex rescita illorum poenitentia, si digna fuerit, humanius praevidens poterit communionis gratiam indulgere" findet sich die Strafe allerdings, aber nicht selbstständig, sondern neben der Busse, vgl. darüber § 263. Dasselbe ist der Fall Troyes 878 c. 3, M. 17, 349 (in der sich auf bestimmte Fälle beziehenden, die

Strafe des Anathems für die pervasores rerum ecclesiasticarum zum Theil mildernden Anordnung Papst Johanns VIII.): „ut si ante proximas Kal. Novembr. easdem res, quas quique usurpatores iniuste pervaserunt, ecclesiis suis regulariter satisfacientes non restituerint, a communione corporis et sanguinis Christi usque ad restitutionem rerum ecclesiasticarum et satisfactionem alieni habeantur et sacri episcopalis ministerii excommunicationis ecclesiasticae contemptores... ab episcopis quorum interest, commoniti, si regulariter satisfacientes non resipuerint, anathematis vinculo innodati usque ad satisfactionem permaneant", denn unter der neben der Restitution gedachten Satisfactio kann nur Busse verstanden werden.

Zweifel walten in Betreff mehrerer gleichlautender Kanonen von Rom 871/878, Maassen S. 10ff. und von Ravenna 877, M. 17, 337ff. ob. Nach c. 5 beider soll derjenige, welcher Gotteshäuser verletzt, Sachen aus denselben wegnimmt oder die Geistlichen injuriirt, „donec conventus et ammonitus legitime satisfaciat, sciat se communione privatum. Si vero post secundam et tertiam conventionem coram episcopo satisfacere detrectaverit, sacrilegii periculo ab omnibus obnoxius teneatur" (Rav. „ita, ut secundo apostolum nemini fidelium misceatur"), nach c. 7 (Tödtung, Verstümmelung, Brandstiftung): „quousque de his unicuique legaliter vel amicabiliter coram episcopo aliisque civibus non emendaverit, ab ecclesia se privatum cognoscat. Si vero post secundam vel tertiam commonitionem cuncta in quibus arguitur non emendaverit, tanquam ethnicus et publicanus ab omni christianorum collegio separetur". Die leichtere Strafe, welche hier dem erst später bei Hartnäckigkeit eintretenden grossen Bann vorhergehen soll, muss entweder der kleine Bann oder die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten sein. Für das erstere spricht der Umstand, dass in Italien gerade schon von Gregor I. das communione privari für den kleinen Bann gebraucht worden ist, Bd. IV. S. 714 n. 7, sowie dass derselbe ferner in Rom 743 c. 14 (c. 57 Dist. I de consecr.), in Friaul 796 c. 11 und in dem vom Papst Johann VIII ebenso wie die Synoden von Rom und von Ravenna (s. oben) abgehaltenen Konzil von Troyes erwähnt wird, ferner dass auch Hludov II. conv. Ticin. 850 c. 17, LL. 1, 399. 404 für Zehntverweigerung dieselbe Strafe: „sacerdotali est vigore plectendus et a sacrae communionis participatione removendus" androht. Dazu kommt weiter, dass wie bei Gregor I., bei welchem excommunicatio den kleinen Bann bedeutet, in Ravenna c. 4 (Bedrückung der Bischöfe und Ladung der Geistlichen vor das weltliche Gericht) weiter in Rom und Ravenna c. 6 (s. auch Rom c. 8) ebenfalls die excommunicatio als die mildere Strafe im Gegensatz zu dem nach dreimaliger Mahnung erfolgenden Anathem hingestellt wird. Andererseits bestimmt Rom c. 7 (Ravenna c. 8) über die depraedatores: „ut si ab episcopo civitatis admoniti minime resipuerint, XL dies pane et aqua contenti, reliquis cibis et potibus sint omnino privati. Qui si hanc excommunicationem suscipati fuerint violasse, satisfaciant episcopo quod illam non violaverint: sicque demum si convicti fuerint, hanc violasse, non solum quod unicuique arguuntur fecisse, emendent, sed etiam bis atque ter commoniti, si non correxerint, ab omni communione ecclesiastica sint alieni (wogegen Rav. schliesst: ab omni communione privati sint. Si vero post secundam et tertiam commonitionem cuncta, in quibus arguuntur, perfecte non emendaverint, anathematis sententia se noverint obligatos".). Das: „hanc excommunicationem", welches sich auf das Fasten bezieht, aber wahrscheinlich auch den mit der Busse verbundenen Ausschluss vom Abendmahl bedeutet, lässt also in dem Text von Rom die in den übrigen citirten Stellen angedrohte Steigerung, erst eine geringere Strafe (den kleinen Bann), dann bei Hartnäckigkeit den großen Bann wiedererkennen, während die dreifache Gradation im Text von Ravenna sich nur dadurch erklären lässt, dass als zweite Stufe vor dem großen Bann die Suspension von allen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten eingeschoben ist. Jedenfalls zeigt c. 7, dass mit dem kleinen Bann auch hier die Leistung der Busse Hand in Hand geht und in der Textgestaltung von Ravenna, dass das communione privare mindestens soviel, wie die gedachte Suspension bedeuten kann. Dieselbe Bedeutung hat es wahrscheinlich c. 13 (Rav. c. 11 für die Aufnahme eines zu einem andern Senior gewanderten Übelthäters: „quousque nihilominus satisfecerit cum suo susceptore communione privetur") und c. 14 (Rav. c. 12, für das Fortbleiben vom Gottesdienst um sich der Publikation kirchlicher Sentenzen zu entziehen „donec sub satisfactione se emendandos astruant, communione priventur"), während in c. 15 (Rav. c. 13, Verletzung der Pflichten der weltlichen Amtsträger in betreff des Schutzes der Wittwen und Waisen: „quod si neglegere post II. et III. ammonitionem inventi fuerint, omni se noverint communione usque ad condignam sctisfactionem privatos") nicht die grosse Exkommunikation gemeint sein kann, für welche allerdings c. 9—11 (Rav. c. 9. 10) s. S. 5 n. 7, der Ausdruck: excommunicare gebraucht wird.

Unrichtig ist es, wenn Kober Kirchenbann 2 A. S. 38 aus der Gegenüberstellung von Exkommunikation und Anathema in Stellen, wie Tours II. 567 c. 24, Bd. IV S. 800 n. 6; Meaux 845 c. 56 (S. 7 n. 10); c. 12 C. III qu. 4 (S. 7 n. 7): „non solum excommunicatione, quae a fraterna societate (also der Gemeinschaft der Christen, nicht blos des Abendmahls) separat, sed etiam anathemate, quod a Christi corpore recidit"; Hadrian II. ep. ad prim. et com. 869, J. L. n. 2921, M. 15, 838: „nostri apostolatus communione (das kann unmöglich soviel wie Abendmahl bedeuten, s. auch unten S. 35 n. 3) non solum alienum, sed etiam anathematis vinculo alligare omnino curabimus", folgert, dass die Exkommunikation den kleinen Kirchenbann bedeute. Vgl. auch S. 8 n. 7.

Die Strafklauseln päpstlicher Privilegien und Anordnungen, Johann XV 989, J. L. 3831 M. 19, 86: „excommunicatus a corpore et sanguine d. n. Jesu Chr. consistat et anathematizatus a ss. patribus omnibus et nobis nec in exitu vitae communicet, sed etiam mortuo nomen eius inter missarum solemnia nullomodo recitetur", ferner die seit dem 11. Jahrh. häufig vorkommende, Gregor VII J. L. n. 4970, s. Pflugk-Harttung acta 1, 46:

in Folge der S. 5 u. 6 gedachten Entwicklung für dieselbe eine besondere technische Bezeichnung, nämlich die noch heute übliche *excommunicatio minor* gebraucht[1] und sich überhaupt mit der Frage befasst hat, ob unter der Androhung der *excommunicatio* schlechthin die *maior* oder der kleine Bann, die *minor*, zu verstehen sei[2]. Ja, selbst in Betreff des Umfanges der Strafe hat zunächst kein einheitliches Recht bestanden, da man ihr bis zum 13. Jahrhundert bald blos die Bedeutung der Ausschliessung vom Abendmahl[3], bald auch die der Fernhaltung von der Theilnahme an den übrigen Sakramenten[4] oder gar auch von einzelnen anderen gottesdienstlichen Handlungen beigelegt hat[5], ein Schwanken, welches sich daraus erklärt, dass die excommunicatio minor in der That nichts anderes als eine partielle Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten bildet, und es erst zu einer sicheren und festen Scheidung

„reumque se divino iudicio existere de perpetrata iniquitate cognoscat et . . . a sacratissimo corpore et sanguine dei dom. redempt. n. Jesu Chr. alienus fiat atque in extremo examine districtae ultioni subiaceat“, ibid. 1, 47. 49. u. 2, 127; Urban II. 1093 J. L. n. 5487, M. 20, 643; Urban III. 1187, J. L. n. 15960, M. 22, 500; Innocenz II. 1131, J. L. n. 7483, M. 21, 422: „anathematis est sententia feriendus et a corpore ac sanguine domini separandus“ (ähnlich auch in dem bischöflichen Statut v. Aquileja 1181, M. 22, 473) lassen, wenngleich sie die Ausschliessung vom Leibe und Blute Christi hervorheben, doch durch die weiteren Zusätze erkennen, dass damit die grosse Exkommunikation, deren hauptsächlichste Wirkung besonders erwähnt wird, nicht der kleine Bann gemeint sein soll. Daher kann auch Paschalis II. 1102, J. L. n. 5924, M. 20, 1029: „a sacratissimo corpore et sanguine d. n. Jesu Chr. alienus fiat“ nicht auf denselben bezogen werden, vielmehr ist die Strafklausel wohl hier nicht vollständig mitgetheilt.

[1] Der Ausdruck *excommunicatio maior* kommt schon im 12. Jahrh. vor, s. const. Willelm. archiep. Eborac. 1153, M. 21, 769: „ipsum volumus per archidiaconum loci super hoc congrue requisitum, legitima monitione praemissa maioris excommunicationis sententia innodari“, vgl. auch ibid. p. 770. Rufin in seiner Summa (u. 1156), her. v. v. Schulte Giessen 1892 S. 234. 278, welcher sowohl den grossen, wie den kleinen Bann mit excommunicatio, den ersteren aber auch mit anathematizatio bezeichnet, Stephan v. Tournai (S. 14 n. 4), ja selbst Bernhard v. Pavia summa V. 34. §. 1 gebrauchen ihn noch nicht, und erst seit dem 13. Jahrh. findet er sich häufiger, c. 10 (Gregor. IX.) de cler. exc. V. 27; c. 56. 59 (Gregor. IX.) de sent. exc. V. 39.

Die Bezeichnung *excomm. minor* ist mindestens zur Zeit des III. Lateran-Konzils 1179 noch äusserst selten gewesen, denn wenn nach demselben c. 10 (c. 2 X de statu monach. III. 35) der Mönch, qui peculium habuerit, nisi ab abbate fuerit ei pro iniuncta administratione permissum, a communione altaris removeatur, c. 25 (c. 3 X de usur. V. 19) die usurarii manifesti nec ad communionem altaris admittantur c. 27, M. 22, 233, c. 7 Compil. I de heret. V. 6, diejenigen, welche in Betreff der Verfolgung der Brabanzonen, Hefele K. G. 5. 716, admonitioni episcoporum parere contempserint, a perceptione corporis et sanguinis d. n. Jesu Chr. fieri alienos, endlich nach c. 16 (c. 1 X de his quae fiunt III. 11) der Geistliche, welcher unstatthafte Gewohnheiten der Kirche beschwört, donec dignam egerit poenitentiam, a perceptione sit dominici corporis alienus, so droht das Konzil in allen diesen Fällen zwar die exc. minor an, kennt aber offenbar diese Terminologie noch nicht. Zuerst kommt der Ausdruck, soweit ich sehe, ep. Caelest. III 1196, J. L. n. 17309, M. 22, 617 vor: „Licet autem tales ipso iure minori sunt excommunicationi adstricti et ex hoc a corporis et sanguinis participatione amoti,“ andererseits ist er noch Bernhard v. Pavia l. c. fremd und auch Innocenz III, c. 39 X de elect. I. 6 (1207 Potthast reg. n. 3004) bezeichnet den kleinen Bann noch als exc. simplex. Somit ist die Bezeichnung: *exc. minor* selbst im Anfang des 13. Jahrhunderts noch nicht sehr verbreitet gewesen, hat sich aber dann sehr bald eingebürgert, denn sowohl die Glosse zu c. 12 (Johann VIII.) C. III qu. 4 s. v. anathema: „Et est hic differentia inter maiorem et minorem excommunicationem, ut XI qu. 3 c. 21 (Origenes); V qu. 2 c. 2 (Ps. Silvester); XVII qu. 4 c. 21 (Johannes VIII. M. 17, 338 u. Ravenna 877 c. 9 cit.), wie auch Gregor IX. (c. 10 X V. 27 u. c. 56. 59 X V. 39. citt.) gebrauchen den Ausdruck, welcher dann durch die Aufnahme der betreffenden Dekretalen in die Sammlung des gedachten Papstes der übliche und herrschende geworden ist.

[2] Dies beweist der Umstand, dass erst Gregor IX. (c. 59 X V. 39) sich veranlasst gesehen hat, die Entscheidung zu treffen, dass unter einer schlechthin angedrohten Exkommunikation die *maior* zu verstehen sei.

[3] Rom und Ravenna c. 9 cit., Lateran III c. 16. 27, Cölestin III. und Bernhard v. Pavia (s. Anm. 1) sprechen alle blos von der Ausschliessung vom Abendmahl. Auch Mainz 1225 c. 13, M. 23, 6, setzt noch für die Stellung unzüchtiger Anträge an Nonnen für Laien die suspensio a perceptione corporis domini fest.

[4] So Innocenz III. in c. 2 X de except. II. 25: „separatio a perceptione sacramentorum“.

[5] Limoges 1031, M. 19, 540 erwähnt auch der Fernhaltung vom Anhören der Messe, S. 5 n. 7, Gratian und Stephan v. Tournai gedenken sogar auch des Verbotes des Eintritts in die Kirche, S. 14 n. 4 u. oben n. 1.

zwischen der letzteren und der totalen kommen konnte, als man den regelmäsigen Umfang beider [1] festgestellt hatte. Dies ist in Betreff der excommunicatio minor durch die Dekretalensammlung Gregors IX. in der Art geschehen, dass diese als die Ausschliessung von allen Sakramenten charakterisirt worden ist [2]. Die Strafe, welche früher bis zur Bussleistung [3] oder bis zu derselben und gleichzeitigen Ersatzleistung [4] oder schlechthin [5] auch für immer [6] und mehrfach erst nach fruchtloser Mahnung [7] angedroht worden ist, hat auch im Dekretalenrecht eine verhältnissmässig geringfügige Bedeutung behalten [8].

4. Der hier in Rede stehenden Periode [9] gehört die Ausbildung einer bisher nicht bekannten Strafe, des s. g. Interdikts, anfänglich ebenfalls *excommunicatio* [10] oder auch *anathema* [11], später gewöhnlich *interdictum* [12] genannt, d. h. die Einstellung aller gottesdienstlichen Funktionen in einer Kirche oder in einem kleineren oder grösseren Distrikt, an. Als Strafe [13] tritt es in der kirchlichen Praxis frühestens seit Mitte des

1 Wegen der totalen Suspension s. o. S. 15. 16.

2 c. 2 (Innoc. III.) X de exc. II. 25; c. 59 (Gregor IX) X V. 39 cit.

3 Ravenna c. 9, S. 5 n. 7; Limoges 1031, a. a. O.; c. 1 X de his quae fiunt III. 11, S. 18 n. 1.

4 Troyes 878 c. 3; Rom c. 5. 7, S. 16 n. 11.

5 c. 2 X. III. 35, c. 3 X V. 19, Later. III. 1179 c. 27, S. 18 n. 1.

6 Friaul 796 c. 11, S. 16 n. 11.

7 Troyes 878 c. 3, Rom c. 5. 7, Lat. III. c. 27 cit. (im letzteren Falle um die Hartnäckigkeit festzustellen).

8 Ausser den citirten Stellen c. 39 X de elect. I. 6; c. 2 X de exc. II. 25, c. 56. 59 de sent. exc. X V. 39; c. 2 X de stat. monach. III. 35; c. 3 X de usur. V. 19, c. 1 X de his III. 11 wird sie noch erwähnt c. 10 X de cler. exc. V. 27 und c. 3 (Lyon 1245) c. 9 (Lyon 1274) c. 13 (Bonifaz VIII.) in VI[to]. de sent. exc. V. 11. Dass man sich darüber im Mittelalter schon klar gewesen ist, ergiebt die Glosse si celebrat zu c. 10 X cit. V. 27: „sed de minore (exc.) sunt iura paucissima et aperte non providentia, sicut hoc. cap." Auch in den Partikularsynoden seit dem 13. Jahrh. kommt sie sehr selten vor, s. aber Albi 1254 c. 31, M. 23, 841 (für Anstellung Exkommunicirter als Richter, Rath oder Baillif durch Grafen und andere „excommunicatio minor" angedroht) und Ravenna 1314 c. 17, M. 25, 548 (für Occupation und Raub beweglicher Güter und Einkünfte der Prälaten exclusio ipso iure ab omnibus sacramentis ecclesiasticis, der schon nach einem Monat der grosse Bann folgt).

9 Nicht einer früheren Zeit, s. Bd. IV. S. 804 n. 10.

10 S. unten S. 20 n. 1 u. S. 21 Anm.

11 Willelmi Gemet. (u. 1137) hist. Normann. VI. 3, Bouquet recueil 10, 191: „Robertus (I. Bischof v. Rouen 990—1037) archipraesul Normanniam pontificali anathemate percussit", s. auch S. 20 n. 1. Das für die Exkommunikation gebrauchte *bannus* (S. 2 Anm.) kommt ebenfalls vor, ep. 93 Gerberti (später Silvester II.) v. 995, Bouquet 10, 420: „Quod si locus interdicto vestro et ut solemniter dicamus, vestro banno iure tenetur astrictus, liceret innocentibus parochianis ad alia loca transmigrare suisqe legaliter uti sacris".

12 Vgl. die vor. Anm. u. S. 22 n. 1, vereinzelt auch „a christianitatis obsequio suspendere", Diöces. Syn. Toul. 1192 c. 4. 5, M. 22, 649.

13 Darauf kommt es an. Dieser Gesichtspunkt ist in den Ausführungen bei Kober, Arch. f. k. K. R. 21, 12 ff. übersehen, wenn er das Interdikt für die hier fragliche Periode als eine längst in Übung stehende Strafe bezeichnet (Bd. IV. S. 804 n. 10) und blos erst jetzt auf ganze Distrikte, Provinzen und Länder ausgedehnt werden lässt. Was die von ihm angeführten Beweise betrifft, so ist 1. vita Virgilii, Mabillon, acta SS. O. Benedict. saec. III P. II p. 284: „Quo cognito Virgilius episcopus excommunicavit (ecclesiam) et appellavit eam Discordiam et omnibus presbyteris contradixit, ut nemo ibi cantaret missam nec aliud officium dei et ita excommunicata permansit, quousque Virgilius episcopus vixit", nicht vor 1181 verfasst, also schon deshalb für das 8. Jahrh. nicht beweisend, auch hat es sich um eine Kirche gehandelt, welche unrechtmässig geweiht war, und deren Benutzung deshalb von Virgil verhindert wurde. 2. Aus syn. Cloveshoe 825, Haddan and Stubbs, councils relat. to Great Britain 3, 597, M. 14, 401: „Nec ille solus episcopus his aliisque rebus perplurimis inhonoratus fuisset, sed per easdem supradictas accusationes et discordias tota gens Anglorum VI ferme annorum curricula sua primordiali auctoritate sacraeque baptismatis ministerio privata est", zu schliessen, dass Erzbischof Wulfad v. Canterbury in Folge seines Streites mit König Coenwulf England mit dem Interdikt belegt habe (so auch Haddan and Stubbs l. c. p. 586 n. 2. u. p. 601) erscheint nicht nur deshalb gewagt, weil keiner der gleichzeitigen Annalisten etwas davon erwähnt (l. c. p. 586 n. a), sondern auch deshalb, weil die Nichtausübung des Taufamtes nicht auf einen Akt des Erzbischofs, sondern auf die Zerrüttung der kirchlichen Verhältnisse zurückgeführt und der Einstellung des Gottesdienstes überhaupt nicht erwähnt wird. 3. Hinkmar v. Laon hat 869, als er wegen verschiedener Gewaltthätigkeiten von Karl d. K. nach Verberie vorgeladen war, für den Fall, dass er dort auf Veranlassung des Königs verhaftet und an seiner Reise nach Rom gehindert werden sollte, (ep. 3 Hincm. Rem. ad Hincm. Laudun., M. 16, 822: „in vindictam iniuriarum tuarum praecepisti") angeordnet: „ut in commissa

zehnten Jahrhunderts auf [1], und zwar wird es zunächst mit der Exkommunikation von Personen, welche sich eines kirchlichen Vergehens schuldig gemacht haben, in

tibi parochia nemo missam cantaret, nemo communionem sacram perciperet, . . . nemo parvulos etiam mortis urgente periculo baptizaret . . . nemo quemquam ad ultimam poenitentiam vel reconciliationem reciperet vel poscenti ultimo s. communionis viatico subveniret, . . . nemo mortuum in tua parochia sepeliret", und als bald nachher seine Abführung nach Servais erfolgte, noch vorher die bereits befohlene Einstellung aller geistlichen Funktionen in Vollzug setzen lassen; Hincm. Rem. ep. 4 ad cler. Laudun., M. 16, 826: „causa iniuriarum suarum vos ab officio ecclesiastico et omnem parochiam sibi commissam a perceptione et communione vivificorum mysteriorum . . . excommunicavit". Wie Kober S. 13 erklären Hefele, Conc. Gesch. 4, 381; Dümmler, ostfränk. Reich 1, 703; Schrörs, Hinkmar Erzb. v. Rheims. Freiburg i. Bd. 1884, S. 328ff. diese Massregel für ein Interdikt. In der That war sie aber lediglich ein Akt der Reaktion gegen erlittene Unbill, wie solche schon früher vorgekommen sind, Bd. IV. S. 806, nicht die Anwendung eines Strafmittels, da die Geistlichen und Laien der Diöcese Laon sich keines kirchlichen Vergehens schuldig gemacht hatten. Wenn Hinkmar v. Rheims das Verfahren seines Neffen als eine im vorliegenden Fall rechtlich unzulässige Exkommunikation sämmtlicher Geistlichen der Diöcese charakterisirt und auch die Unstatthaftigkeit eines Verbotes der Kindertaufe, der Ertheilung der Busse und des Viatikums an Sterbende, sowie des christlichen Begräbnisses durch ältere Kanonen darzuthun sucht, opuscul. LV capitulor. c. 28—34, Migne patrol. 126, 397; Schrörs S. 333 ff., so ist es durchaus unberechtigt (so Kober S. 14) ihm die Anschauung unterzulegen, dass er die Einstellung des Gottesdienstes als an sich zulässig erachtet, und es nur als eine „novitas a saeculo hactenus inaudita" (ep. 2 ad Hinkm. Laudun., M. 16, 813) bezeichnet habe, dass es von seinem Neffen in eigener Sache angewendet worden sei. Noch haltloser erscheint es (Kober S. 15) aus der Ableugnung der Hinkmar von Rheims von dem letzteren vorgeworfenen Thatsache, dass ersterer selbst einmal die Einstellung der gottesdienstlichen Verrichtungen in einer Villa angeordnet habe, schedula expostul. c. 29, Migne 126, 167, zu folgern, dass Hinkmar v. Rheims, wenn er das Interdikt für rechtlich unmöglich gehalten hätte, sich mit einer dahin gehenden Entgegnung hätte vertheidigen müssen und sich nicht mit dem blossen Bestreiten hätte begnügen können. Möglich geworden sind alle diese Annahmen nur wegen der nicht erwiesenen Voraussetzung, dass das Interdikt zur Zeit Hinkmars schon ein gebräuchliches Strafmittel gewesen sei. 4. Die Nachricht bei Wilhelm v. Malmesbury († 1141), M. 18, 111. 113, dass Papst Formosus „dabat excommunicationem et maledictionem regi Edwardo et omnibus subiectis eius pro benedictione quam dederat b. Gregorius genti Anglorum" beweist (so Kober S. 16) ebenfalls nichts für die Androhung eines Interdikts. Formosus ep. ad episc. Angl. 891/96, J. L. n. 3506, M. 18, 114 schreibt nur: „Audito nefandos ritus paganos partibus in vestris repullulasse et vos tenuisse silentium . . . gladio separationis a corpore dei vos (die Bischöfe) ferire deliberavimus;" steht aber von der Verhängung der Exkommunikation ab, fordert vielmehr die Bischöfe zur schleunigen Wiederbesetzung der erledigten Bisthümer und Beachtung der Metropolitanrechte von Canterbury auf, indem er für jeden, welcher diese verletzt, das Anathem androht. 5. Die Diöcesansynode des Erzb. Walter v. Sens c. 14, M. 18, 324, welche von dem Interdikt als einer hergebrachten Einrichtung spricht, gehört nicht dem 10., sondern dem 13. Jahrh. (Erzb. Walter Cornuti 1222—1241) an, Bd. III. S. 588 n. 1.

[1] Epist. Sellae episc. Urgell. universis episcopis circumque ubique commanentibus per quadrifida climata cosmi u. 991, M. 17 app. 17 p. 467 (wegen Inbesitznahme von Kirchen und kirchlichen Abgaben im Comitat Cerdonna und Bergam): „ut ipsos nefandos homines qui animos principum vel comitum ad hoc nefas excitarunt i. e. Arnoldum et Radulfum excommunicare ne differatis necnon et omnes sequaces eorum, simul et ipsas ecclesias omnes cum illorum terminos qui sunt in supradictis comitatibus, ita ut nullus episcopus, nullus presbyter, nullus diaconus, nullus clericus, cuiuscumque sit ordinis, audeat ibi ullum ministerium ecclesiasticum facere vel celebrare usque ad legitimam satisfactionem vel emendationem veniant et ipse episcopatus canonice sit redditus ecclesiae generali cui a deo est attributus et in ††† dicti rei de me Saulane episcopo absolutionem accipiant. Sane ipsam comitissam Ermengards cum filios et filias suas ab hac excommunicatione excludimus et separamus atque sequestramus et volumus atque nostra absolutione firmamus, ut in qualicunqe ecclesia in . . . comitatibus venerint, licitum sit illis ibidem orare et missas audire et divinum officium celebrare; ipsaeque ecclesiae tamdiu sint solutae, quamdiu illi comites et illa comitissa intus perstiterint" (worauf in demselben Brief eine Exkommunikation gegen die vorgenannten Grafen folgt, welcher sich der Bischof v. Ribagorza — später Lerida — anschliesst; dahinter, bei M. l. c. p. 467, die Formel des mit Zustimmung der Bischöfe von Barcelona und Ribagorza, sowie des Domkapitels und der Äbte verhängten Interdikts: „excommunicamus atque alligamus omnem episcopatum Cerdaniensis et Berchitanensis ad patrem et filium et spiritum s. et omnes ecclesias quae in dictos comitatos sunt, tam praecipuas quam suffraganeas", worin im wesentlichen der Inhalt des vorangehenden Briefes wiederholt und dann eine Exkommunikation aller Kleriker und Laien, welche sich bei der Beraubung der Kirche durch Rath und That betheiligt haben, hinzugefügt wird.

Durch diese Urkunden berichtigen sich die mehrfach vorkommenden Angaben, Permaneder K. R. § 339; Richter-Dove-Kahl, K. R. S. 783 n. 1; Friedberg K. R. 2 A. S. 215; Kluckhohn, Gesch. des Gottesfriedens. Leipzig 1857, S. 19, dass das Interdikt erst im 11.

der Weise verbunden, dass es diejenigen Kirchen und Sprengel trifft, welcher sich diese durch ihr Vergehen bemächtigt haben. Schon im 11. Jahrhundert hat man indessen nicht mehr in allen Fällen an einer solchen Beziehung festgehalten [1], ja sogar auch das Interdikt ohne gleichzeitige Exkommunikation allein angedroht [2], und ihm damit

Jahrhundert, insbesondere durch die Synode v. Limoges 1031 (s. folg. Anm.) zur Ausbildung gelangt sei.

Andererseits erzählt der Chronist Ademar v. Angouleme († n. 1029) chron. 994, Bouquet recueil 10, 147: „Saepe idem Alduinus (B. v. Limoges) pro rapina militum et pauperum novam observantiam constituit scil. ecclesias et monasteria cessare a divino cultu et sancto sacrificio et populum quasi paganum a divinis laudibus cessare et hanc observantiam excommunicationem censebat", eine Stelle, welche Kober S. 20 seiner Theorie zu Liebe, sehr gezwungen dahin erklärt, dass das an sich längst gebräuchliche Interdikt in der Diöcese Limoges zum ersten Mal zur Anwendung gebracht sei, während sie von Huberti Gottesfrieden und Landfrieden Ansbach 1892. 1, 215 als das erste Beispiel eines unwidersprochenen Interdikts bezeichnet wird. Wenn Gerbert a. a. O., S. 19 n. 11, mit Bezug auf das Interdikt sagt: „Nam quae concilia vel decreta parvulis baptizari vel fideles in cimiteriis sepeliri vetuerunt?" so deutet dies auch darauf hin, dass das Interdikt noch nicht lange in Übung war. Dagegen beweist auch Aimoinus († 1008), vita Abbon. Floriac., Bouquet 10, 335 nichts, welcher eines Privilegs für den Abt Abbo seitens eines nicht genannten Papstes von etwa 997 gedenkt: „neve unquam quilibet pontificum eidem monasterio divinum interdicat officium, etiamsi tota Gallia ob populi peccati anathematis feriatur vindicta a sede apostolica", denn hiermit kann nur das Privileg Gregors V.. v. 997, Pfister, études sur le règne de Robert le Pieux. Paris 1885 p. LVII, gemeint sein, dahin lautend: „quod si peccatis habitatorum terre exigentibus excommunicationis anathema ad eos pervenerit . . . indulsimus, ut fratres eiusdem congregationis peragant divinum officium, in omnibus absoluti" und hier ist nur von einer General-Exkommunikation der Einwohner, nicht von einem das Land betreffenden Interdikte die Rede, was Sackur, die Cluniacenser. Halle 1892. 1, 293. 294 übersieht. Früher als auf die Mitte des 10. Jahrh. wird man also das Aufkommen des Interdikts nicht zurückdatiren können. Wenn Hefele 4, 636 von der Verhängung eines Interdikts über Rheims und Laon durch die Synode von Senlis 988, M. 19, 96 spricht, so beachtet er nicht, dass von derselben die Einstellung des Gottesdienstes in den dortigen Kathedralen angeordnet ist, „donec reconcilietur utraque", weil sie durch Blutvergiessen bei einem Handgemenge („utramque sacrilegio pollutam") polluirt Bd. IV. S. 328. 330 waren.

[1] So nicht mehr seitens des Konzils v. Limoges 1031, welches gegen die Verletzer eines seitens der Bischöfe erlassenen Friedensgebotes folgende, von Abt Odolricus v. S. Martialis vorgeschlagene Massregeln beschlossen hat, M. 19, 541: „Nisi de pace acquieverint, ligate omnem terram Lemovicens. publica excommunicatione, ut nemo nisi clericus aut peregrinus adveniens aut infans a bimatu et infra in toto Lemovicino sepeliatur nec in alium episcopatum ad sepeliendum portetur. Divinum officium per omnes ecclesias latenter agatur et baptismus tribuatur. Circa horam tertiam signa sonent in ecclesiis omnibus et omnes proni in faciem preces pro tribulatione et pace fundant. Poenitentia et viaticum in exitu mortis tribuatur. Altaria per omnes ecclesias, sicut in parasceve nudentur et cruces et ornamenta abscondantur, quia signum luctus et tristitiae omnibus est. Ad missas tantum quas unusquique sacerdotum ianuis obseratis fecerit, altaria induantur et iterum post missas nudentur. Nemo in ipsa excommunicatione uxorem ducat. Nemo altari osculum det. Nemo clericorum aut laicorum vel habitantium vel transeuntium in toto Lemovicino carnem comedat, neque alios cibos quam illos, quibus in XLma vesci licitum est. Nemo laicorum vel clericorum tondeatur neque radatur, quousque districti principes, capita populorum, per omnia s. obediant concilio." Je nachdem die einzelnen Fürsten sich fügen, sollen die erwähnten Massregeln für ihr Gebiet wieder ausser Kraft treten, „ceterae autem partes Lemovic. terrae quae rebelles principes habeant, in supradicto relinquantur anathemate usque ad dignam correctionem." Falls aber alle maiores potestates zum Gehorsam zurückgekehrt sind und nur einzelne Vasallen oder geringere Machthaber („de privatis militibus sive minoribus principibus") sich dessen noch weigern, wird der Gottesdienst im ganzen Lande wieder aufgenommen, „hi tales ita privatim excommunicentur, ut sint segregati a communione corporis et sanguinis domini, in ecclesiam intrandi nullam habeant licentiam, cum christianis non comedant neque bibant neque ambulent, linum non induant, carnem non comedant, vinum non bibant, non tondeantur, neque radantur, ad nullas orationes proficisci praesumant; si infirmi fuerint, non visitentur a clerico: morientes in ipsa excommunicatione non sint de loco levati, in quo mortui fuerint nec cooperiantur ligno neque petra neque aliqua munitione, substantiam eorum nullus pro animarum eorum in eleemosynam recipiat." Vgl. ferner Klage des Vicegrafen v. Narbonne über den dortigen Erzb. Gaufred auf der Synode zu Toulouse 1056, M. 19, 853: „excommunicavit inclementer atque iniuste me et meam uxorem meosque infantes et omnem nostram terram, tam crudeliter ita ut nullus ibi baptizetur nec communicetur neo sepeliatur;" Alexander II. 1062, J. L. n. 4485, Loewenfeld epist. roman. pontif. p. 41: „ut ipsum Hugonem (welcher einen Bischof gefangen hatte) ab omni divino officio submoveas sibi omnibusque suis ecclesiis que in tua dioecesi sunt, et ecclesiasticum ministerium interdicas."

[2] Alexander II. 1065, J. L. n. 4573. 4574,

— wie dies das gleichzeitige Aufkommen einer eigenen, der noch heute gebräuchlichen Bezeichnung ergiebt [1], — den Charakter eines selbstständigen und besonderen kirchlichen Strafmittels gegeben [2].

Loewenfeld p. 50 (um den König und die Grossen Frankreichs zur Vertreibung eines Eindringlings aus dem Bisthum Chartres zu bewegen): „non solum episcopatus tui (Rheims und Sens), verum etiam suffraganeorum tuorum episcoporum clericis cuiuscumque ordinis omne divinum officium preter baptsimum et consignatinem puerorum interdicere non differas“; Gregor VII. ep. II. 5 (1074, Jaffé, mon. Gregor. p. 116 gegen Philipp I. v. Frankreich an die dortigen Bischöfe): „ab eius vos obsequio atque communione penitus separantes per universam Franciam omne divinum officium publice celebrari interdicite“; Petri Pisan. vita Urban. II., Watterich, vitae roman. pontific. 1, 573: „Tunc (1088) etiam in Gallaecia omnis dioecesis s. Jacobi ab omni est officio excommunicata divino, quia s. Jacobi episcopus in carcere regis depositus est“; Paschal. II. 1111, J. L. n. 6294, Jaffé, mon. Bamberg p. 280.

Allerdings hat sich daneben noch die alte Praxis erhalten, dass gleichzeitig neben der Bedrohung und Bestrafung des Schuldigen mit der Exkommunikation auch das Interdikt über eine Kirche oder solche Bezirke, welche von seinem Vergehen betroffen sind, verhängt wird, Alexander II. 1063, J. L. n. 4563, Loewenfeld p. 44, an Clerus u. Volk v. Gap: „nos Rimbertum invasorem ecclesiae vestrae vinculo excommunicationis innodasse et a communione s. aecclesiae separasse. Insuper etiam in tota parochia vestra omne aecclesiasticum officium praeter baptismum interdicimus, ita ut nec mortuis officium aliquod impendatur, donec de medio vestrum predictum iniquitatis virum eieceritis et alterum dignum et idoneum elegeritis“; Alexander II. 1064, J. L. n. 4548, M. 19, 959: „eundem Rainaldum (Abt) et consentaneos cives anathematizamus ipsumque coenobium, quamdiu in eo manserit, interdicimus“; Poitiers 1078 c. 1, M. 20, 498: „Si vero laici ... ecclesias violenter tenere praesumpserint, ipsi excommunicentur; in ecclesiis vero illis nullum officium fiat, nullus ibi oret, lumen non ponatur, mortuus non sepeliatur, tantum baptismi gratia ibi non negetur, infirmis remedio poenitentiae et communionis subveniatur“; Paschal. II. 1100, J. L. n. 5855, Loewenfeld p. 67.

1 *Interdicere ecclesiasticum ministerium, ecclesiasticum* o. *divinum officium* (Ende des 10. Jahrh. erst vereinzelt vorkommend, s. S. 19 n. 11.) Alex. II. u. Gregor. VII. cit., S. 21 n. 2; Legatenkonzil in Navarra u. 1080, M. 20, 550; Urban II. 1092, J. L. n. 5970, M. 20, 686; Paschalis II. 1111, J. L. n. 6294, Jaffé mon. Bamb. p. 280; Adelbert. I. Mogunt. ep. 1118, ibid. p. 368; Lateran. I 1123 c. 11, M. 21, 284; Calixt. II. 1120, J. L. n. 6807 u. Luc. II. 1144, J. L. n. 8643, M. 21, 214. 618; oder *terra interdicatur*, Nimes 1096 c. 4, M. 20, 935; *interdictio*, Alexander II. 1063, J. L. 4513, M. 19, 974: „ut idem locus sub nullius cuiuscumque episcopi vel sacerdotis deprimatur interdictionis titulo seu excommunicationis vel anathematis vinculo“; Urban II. 1096, J.L.n. 5649, v. Pflugk-Harttung acta roman. pont. 3, 19 (vgl. ibid 1, 68); Calixt. II. 1120 J. L. n. 6821 (Lucius II. 1144, J. L. n. 8621) M. 21, 209. 612; Honorius II. 1125, J. L. n. 7202, M. 21, 322. 326; *interdictum*, S. 19 n. 11; Gottesfrieden Erzb. Wilhelms v. Auch 1102, M. 20, 887: „tota terra omni interdicto et excommunicationi subiciatur“; Hadrian IV, 1155, J. L. n. 9975, M. 21, 820: „vos et civitatem vestram a debito interdicti absolvimus“; Alexander III. 1180, J. L. n. 13628, v. Pflugk-Harttung 3, 277.

Daneben sind allerdings die früheren Ausdrücke excommunicatio und anathema nicht völlig aus dem Gebrauche verschwunden, s. die vorher für interdictio und interdictum citirten Stellen und Petr. Pisan. cit. S. 21 n. 2; Gregor VII., ep. I. 35 (1073, Jaffé mon. Gregor. p. 54: „Franci generalis anathematis mucrone percussi“); Urban II. 1095, J. L. n. 5584. 5585, M. 20, 695: „ipsum et locum suum excommunicationi subiaceas“; S. Omer 1099 c 5, M. 20, 972: „ab episcopo suo excommunicentur ita ut in omni terra eorum nec omnino nullum fiat divinum officium nisi baptisterium infantis ad succurrendum baptizandi“; Annal. Benevent., Watterich 2, 21: „Paschalis (II. 1100) .. excommunicavit Beneventanam civitatem et permansit ita excommunicata menses 11 dies 21“; Lucius III. J. L. n. 14613, M. 22, 474.

2 Das zeigt schon Limoges 1031, S. 21 n. 1, welches nicht nur die publica excommunicatio (das Interdikt) und die privata exc. (grossen Bann) scheidet, sondern auch beide Strafen für verschiedene Fälle anwendet; ferner die in S. 20 n. 1 citirte Stelle des dem 11. Jahrh. angehörigen Chronisten Ademar und Poitiers 1078 c. 1, s. S. 21 n. 2 a. E.; vor Allem aber ergiebt es sich aus den Anführungen S. 21 n. 2. Ivo v. Chartres (1090—1116) hält sprachlich excommunicatio und interdictum stets auseinander, ep. 50. 62. 94. 121. 264, Migne patrol. 162, 62. 77. 114. 134. 268 (vgl. auch Kober S. 22) und Innocenz III. (Potthast n. 3164, 1207) X de V. S. V. 40: „quod per eam (censuram ecclesiasticam) non solum interdicti, sed suspensionis et excommunicationis sententia valeat intelligi“ stellt das Interdikt als selbstständige Censur der Exkommunikation und Suspension an die Seite. Seitdem lässt sich auch das Interdikt über eine Diöcese von der Exkommunikation aller Diöcesanen unterscheiden. So hat Heinrich von Olmütz 1142 die mährischen Fürsten gebannt und das Interdikt über seine Diöcese verhängt, weil ihn diese an der Ausübung seines bischöflichen Amtes hinderten, dann aber als dieses erfolglos blieb: parochianos suos generaliter sub bannum trusit, annal. Grad. SS. 17, 651, Bernhardi, Konrad III. 1, 286. Wenn trotzdem noch öfters Exkommunikation und Interdikt neben einander und gleichzeitig angewendet werden, s. Anm. 1; Urban II. 1092, J. L. 5470, M. 20, 686 (Androhung der Ex-

Nach dem bisher Angeführten kann es nicht zweifelhaft sein, dass sich das Interdikt aus der Exkommunikation entwickelt hat. Während der gewaltthätigen Zeiten des 10. und 11. Jahrhunderts machte sich vor Allem in Frankreich [1], wo das Königthum mit den grossen Feudalherren und die Kirche mit beiden um die Machtstellung [2] kämpfen, das Bedürfniss nach einem stärkeren Schutz gegen Beraubung des Kirchengutes und gegen Angriffe auf die höhere Geistlichkeit geltend. Kirchlicherseits verschärfte man daher zu diesem Behufe die Exkommunikation, indem man nicht nur dem Schuldigen die kirchliche Gemeinschaft verschliesst, sondern ihm auch objektiv die Möglichkeit entzieht, den gottesdienstlichen Handlungen, zunächst in den von ihm gewaltsam okkupirten Besitzungen, dann auch in seinen eigenen Territorien anzuwohnen [3], um sowohl ihm, wie auch der von dieser Massregel gleichzeitig mitbetroffenen Bevölkerung die Schwere des Vergehens möglichst eindringlich vor die Augen zu stellen [4] und den Schuldigen dadurch zur Umkehr zu bewegen.

Hat sich auch der ursprüngliche Zusammenhang zwischen Exkommunikation und Interdikt schon während des 11. Jahrhunderts gelöst [5], so unterscheidet sich das letztere doch immer von den in den früheren Zeiten angeordneten Einstellungen des Gottesdienstes dadurch [6], dass es stets wegen einer kirchlichen Strafthat verhängt wird und solche Kirchen, Bezirke und Länder trifft, gegen welche sich das zu bestrafende Vergehen gerichtet hat [7] oder welche unter der Herrschaft oder Gewalt des Schuldigen stehen [8], oder solche Orte, an welche das Objekt des Verbrechens gebracht ist [9], oder endlich solche, zu denen der Thäter in kirchlicher oder politischer Beziehung gehört [10].

Das neue, zunächst in die kirchliche Praxis von Frankreich eingeführte Interdikt musste sich in einer Zeit, in welcher das Leben wesentlich von der Kirche beherrscht

kommunikation gegen Philipp I. v. Frankreich und des Interdiktes gegen sein Land); Nimes 1096 c. 5, M. 20, 935: „Quodsi aliquis tyrannus res episcopii (während der Vakanz) aut violaverit, excommunicationi subiaceat et ecclesia illa a divino cesset officio et minores ecclesiae tanquam matri compatiantur quousque digna satisfactio subsequatur"; Auch 1102, M. 20, 887 cit; Lateran. 1123 c. 11, M. 21, 284 cit.; Calixt. II. 1120, J. L. n. 6807, M. 21, 214; Rheims 1148 c. 5., M. 21, 718 (ibid. p. 515 als in London 1136 o. 1138), so lag darin eine Verschärfung der Strafe.

1 Vgl. Kluckhohn, Gottesfrieden S. 14 ff.

2 Es ist offenbar kein Zufall, dass die ältesten Fälle des Interdikts, abgesehen von dem S. 20 n. 1, welcher ebenfalls ein französisches Grenzland, Katalonien, betrifft, sämmtlich Frankreich angehören. Das Interdikt ist eine Massregel, welche dem späteren Gottesfrieden — er tritt etwa um 1027 zuerst im südöstlichen Theil Frankreichs auf, Huberti, Gottesfrieden u. Landfrieden 1, 234 ff. 290. 291. 316 — vorangeht. Die Brücke bildet die Sicherung der vorangehenden Friedensvereinigungen der Bischöfe, (gl. Huberti, 1, 121 ff. 212), so der von Limoges 1031, S. 21 n. 1, durch das Interdikt, welches später auch in Frankreich für die Verletzungen einzelner Vorschriften des Gottesfriedens mehrfach angedroht wird, Narbonne 1054 c. 8, M. 19, 829; Rouen 1096 c. 4, M. 20, 924; S. Omer 1099 c. 5, l. c. p. 972; Auch 1102, l. c. 20, 887.

3 Diesen Zusammenhang zeigt deutlich die Urkunde c. 991, S. 20 n. 1, da nach derselben das Interdikt für diejenigen Kirchen, welche die von der Exkommunikation nicht betroffene Gräfin und ihre Kinder besuchen, auf die Dauer ihrer Anwesenheit in denselben beseitigt wird.

4 So trifft z. B. Limoges 1031 hinsichtlich des Verhaltens des Volkes Anordnungen, welche wie das Verbot der Ehe, die Auferlegung des Fastens, an die Pflichten erinnern, welche den Büssern oblagen.

5 S. 21 n. 2.

6 S. 19 n. 13 u. Bd. IV. S. 804.

7 So die Kirchen, in welche sich ein Unbefugter als Bischof eingedrängt hat, Alexander II. cit. S. 21 n. 2; ferner solche, welche zuwider dem Investiturverbot von Laien zurückbehalten werden, Legatenkonzil v. Poitiers 1078 c. 1, M. 20, 498.

8 Vor Allem häufig die Länder derjenigen Herrscher, welche sich den Anforderungen des Papstes nicht fügen, gl. d. Citate S. 21 n. 2.

9 Wo jemand unter Verletzung des Gottesfriedens gefangen gehalten wird, Rheims 1119, M. 21, 236; wohin die gemachte Beute Lüttich 1166 c. 7, M. 22, 10, oder das geraubte Kirchengut gebracht ist, Toul 1192 c. 1. 2. 5, M. 22, 647.

10 1180 hat Alexander III., J. L. n. 13628, v. Pflugk-Harttung acta 3, 275 die Stadt Lucca mit dem Interdikt belegt, weil die Schuld eines Bürgers derselben an einen Römer, für deren Berichtigung die Stadt zu sorgen versprochen hatte, trotz mehrfacher Ermahnungen nicht bezahlt worden war.

war, und der fromme Glaube ohne die äusseren kirchlichen Handlungen keine Befriedigung finden konnte, als ein erfolgreiches Strafmittel erweisen. Schon im Laufe des 11. Jahrhunderts ist häufig davon Gebrauch gemacht worden[1]. Seit der Mitte des Jahrhunderts haben es auch die Päpste angewendet[2] und dadurch hat es sich in der ganzen Kirche als gemeinrechtliche Strafe eingebürgert[3].

Da das Interdikt von einzelnen Bischöfen und Bischofsversammlungen in die kirchliche Praxis als neues Strafmittel eingeführt worden ist[4], so haben diese zunächst bei der Verhängung desselben den Umfang der Einstellung der geistlichen Funktionen des Näheren bestimmt, und daraus erklärt es sich, dass bald alle gottesdienstlichen Funktionen verboten[5], bald dieselben bei verschlossenen Thüren unter Fernhaltung des Volkes erlaubt werden[6], sowie dass dem letzteren bald die Verwaltung aller Sakramente und das Begräbniss vorenthalten[7], bald die Spendung einzelner, wie der Taufe, des Busssakramentes und des Viatikums für Sterbende[8], mitunter wenigstens auch das Begräbniss für Arme[9], gestattet wird. Ja selbst im Beginne und in der

[1] S. die Anmerkungen zu S. 20 ff. Weiter ergiebt sich dies daraus, dass schon im Laufe des Jahrhunderts nicht nur einzelnen Klöstern Privilegien dahin ertheilt worden sind, dass die Mönche trotz eines Interdikts über den betreffenden Bezirk Gebetsgottesdienst halten und an gewissen Festtagen auch Pönitenten die Absolution ertheilen können, Nikolaus II. 1061, J. L. n. 4460 v. Pflugk-Harttung acta 3, 10, sondern auch dahin, dass das Interdikt nur vom Papst oder doch von keinem Bischof ohne Vorwissen des letzteren über das Kloster verhängt werden darf, Clemens II. 1047, J. L. n. 4147, Migne patr. 142, 584: „nulli personae nisi soli Romano pontifici liceat . . aut excommunicare seu interdicere“ (Kloster v. Vendome); Alexander II. 1063, S. 22 n. 1; Gregor VII. 1078, v. Pflugk-H. 3, 15; Urban II. 1095. 1096, J. L. n. 5543. 5659, M. 20, 707. 339; Paschalis II. 1100. 1105. 1110, J. L. n. 5849. 6053. 6268, M. 21, 1038. 1058. 1075. Für Süditalien vgl. d. Dipl. des Bischofs v. Pästum v. 1054, cod. Cavensis 7, 212, worin zu Gunsten einer von einer Grundherrin erbauten Kirche der Verzicht ausgesprochen wird: „nec ego nec successores mei neque pars ipsius nostri episcopii haveamus potestatem . . . ipsam ecclesiam aut prebiteros vel clericos, qui per vos in ipsa ecclesia ordinati fuerint, excommunicare vel inde substruere“.

[2] S. 21 n. 2.

[3] Schon das erste der allgemeinen Konzilien des Mittelalters, Lateran. I. 1123 verwendet dasselbe als Strafe, c. 11, M. 21, 284: „. . . Eos autem, qui pro Hierosolymitano vel pro Hispano itinere cruces sibi in vestibus posuisse noscuntur et eas dimisisse, cruces iterato assumere, viam ab instanti pascha usque ad sequens proximum pascha perficere apostolica auctoritate praecipimus. Alioquin extunc eos ab ecclesiae introitu sequestramus, in omnibus terris eorum divina officia praeter infantium baptisma et morientium poenitentias interdicimus.“ Seitdem wird es auch häufig in den Partikularsynoden angedroht, so Rheims c. 4. 18, M. 31, 714. 718, bei Aufnahme von Häresiarchen und Ketzern für die Länder ihrer Begünstiger, sowie bei fortgesetzter Verletzung der Ordensregeln durch Nonnen für die Kirchen derselben; c. 5 ibid. M. 21, 718 (gleich s. g. London 1136 o. 1138, M. 21, 515), bei Gefangenhaltung eines Klerikers für den Ort, an welchem er inhaftirt ist, und für alle Kastelle des Schuldigen; London 1151 c. 1. 7, M. 21, 752, bei Belastung der Kleriker mit Abgaben für die Territorien des Thäters und bei Raub für den Ort, wohin das geraubte Gut gebracht ist.

[4] S. 20 n. 1.

[5] Urgel 991, S. 20 n. 1; Ademari chron. a. 994, S. 20 n. 1; Fulbert v. Chartres ep. 6. 21. 27 (nach 1007 bis n. 1019), Bouquet recueil 10, 447. 454. 457; Poitiers 1078 c. 1, S. 21 n. 2.

[6] Fulberti ep. 6. cit.; Limoges 1031; S. 21 n. 1. Anfänglich kommt dies selten vor. Erst gegen das Ende des 11. Jahrh. wird in päpstlichen Privilegien den Klöstern das Recht gewährt (s. z. B. Urban II. 1095; v. Pflugk-Harttung acta 1, 59): „Nec cellarum vestrarum fratres pro qualibet interdictione vel excommunicatione divinorum officiorum suspensionem patiantur, sed tam monachi ipsi quam et famuli eorum et qui se monasticae professioni devoverunt, clausis ecclesiarum ianuis, non admissis dioecesanis, divinae servitutis officia celebrent et seputurae debita peragant“ (wörtlich auch für Cluny Paschalis II. 1110, J. L. n. 5849, M. 20, 1038.)

[7] Toulouse 1056, S. 21 n. 1. Das muss auch für die Fälle gelten, in denen keine Ausnahmen zugelassen sind. S. Anm. 1.

[8] Limoges 1031 und Poitiers 1078 cit., Taufe von Kindern blos bei Todesgefahr Legatenkonzil für Navarra u. 1080, M. 20, 549; Kindertaufe schlechthin S. Omer 1099 c. 5, S. 22 n. 1; Alexander II. 1063, Loewenfeld p. 44 (Taufe); 1065 ibid. p. 50: „baptismum et consignationem puerorum“ (die der Kindertaufe bis zum 13. Jahrh. häufig nachfolgende Firmung, Bd. IV. S. 55 n. 11 u. S. 58 n. 7).

[9] So bei dem von Jvo v. Chartres über die Besitzungen des Grafen v. Vendôme verhängten Interdikt, Goffredi Vindoc. ep. II. 16, Migne patrol. 157, 84: „pauperum corpora sepeliri concessistis“.

ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts hat sich noch kein einheitliches Recht in Betreff der näheren Wirkungen des Interdikts festgestellt[1]. Nur in einzelnen Beziehungen hat sich namentlich durch die Anordnungen der Päpste eine feste Praxis gebildet. So wird während dieser Zeit schon in der Regel die Spendung der Taufe[2], sowie des Sakramentes der Busse an Sterbende gestattet[3], und später auch einzelnen Kirchen, Kathedralen, Kollegiatkirchen und Klöstern das Privileg ertheilt, während eines allgemeinen Interdikts bei verschlossenen Thüren Gottesdienst zu halten, von welchem nur Exkommunicirte und Interdicirte ausgeschlossen bleiben sollten[4].

Das Interdikt war darauf berechnet, den Schuldigen durch die Erregung des Unwillens der von der Strafe mitbetroffenen Bevölkerung zur Unterwerfung unter die Gebote der Kirche zu zwingen[5], deswegen widersprach es aber gerade dem Wesen der Strafe, welche begriffsmässig allein den Schuldigen, nicht den Unschuldigen treffen darf[6]. Je häufiger der Gebrauch desselben wurde, je öfter die Päpste in ihren Streitigkeiten mit den Fürsten, bei denen nicht blos die Bestrafung kirchlicher Vergehen, sondern vielmehr die Erweiterung der Macht der Kirche und des Papstthums in Frage stand, das Interdikt als Waffe anwandten[7], desto mehr musste sich die Begriffswidrigkeit und die Ungerechtigkeit einer derartigen Strafe fühlbar machen[8],

[1] Vgl. die Missbilligung eines eigenthümlichen Interdikts durch Paschalis II. u. 1103, ep. ad. clericos, milites et laicos Gallic. eccles., J. L. n. 5459, M. 20, 1029: „vix credere potuimus quod... Eduensis episcopus et archidiaconi eius vel archipresbyteri ... vobis interdixerint Vizeliacense coenobium devotionis gratia adire, ecclesiam introire et ad sepulcrum b. Mariae accedere aut aliquas oblationes supponere. Nova profecto, nova haec est interdictio sacerdotum: cum ad devotionem vocare, non a devotione revocare, sacerdotalis officium debitum videatur. Porro nos interdictum hoc sacerdotali officio resolventes, scire vos volumus, quia sive episcopus seu ministri eius, nisi ab hac praesumptione destiterint, apostolicae sedis indignatione plectantur".

[2] Eine Ausnahme allerdings noch bei dem Interdikt des B. Heinrichs v. Olmütz über seine Diöcese 1142, annal. Grad. SS. 17. 651: „sepulturam et ecclesiasticum officium nec non baptismi sacramentum per totam parochiam suam interdixit".

[3] „Infantum baptisma et morientium poenitentias", Paschalis II. 1100, Loewenfeld p. 67; u. 1106/07, v. Pflugk-H. 1, 89; Calixt II. 1120, J. L. n. 6807; Lateran. I. 1123 c. 11, S. 24 n. 3; c. 11 (Alex. III. 1173/74) X de spons. IV. 1; Lucius III. 1184/85, v. Pflugk-H. 3, 317; Coelest III. 1191, J. L. n. 16765; Innoc. III. 1198 u. 1207, Potthast n. 371. 3167, opp. Migne 1, 320 u. 2, 1208; Lüttich 1166 c. 2, M. 22, 9: „absque baptismate parvulorum et visitatione infirmorum"; der suffragia confessionis et viatici gedenkt Diöces. Statut. Toul 1192 c. 1, M. 22, 647 und Tours 1163 c. 10, M. 21, 1179 (c. 1. Comp. II de imm. eccl. III. 27): „excepto baptismo et confessione et timore mortis communione".

[4] Im Gegensatz zu der früheren, sich noch bei Calixt III. 1120 u. Lucius II. 1144, J. L. n. 6621. 8621, M. 21, 209. 612 findenden Beschränkung, S. 24 n. 6, lautet die jetzt übliche Formel, Alexander III. 1174, v. Pflugk-H. 3, 233: „Cum generale interdictum terre fuerit, liceat vobis, clausis ianuis, exclusis excommunicatis et interdictis, non pulsatis campanis, suppressa voce divina officia celebrare"; Alex. III. 1179. J. L. n. 13313; Luc. III. 1183, v. Pflugk-H. 3, 288 u. 1184/85, J. L. n. 15265; Urban III. 1186, v. Pf.-H. 3, 332. 333; Gregor VIII. 1187, l. c. p. 344; Clemens III. 1189, J. L. n. 16415; Innocenz III. 1201, Potthast n. 1247.

[5] Goffridus Vindocin. ep. II. 16 ad Ivo. Carnot., Migne patr. 157, 84: „ut universa plebs quae nostram iniuriam et eius malitiam non ignorat et cui illius iniquitas multum displicet nec maior iustitia displicet, hinc occasione accepta proclamaret in eum et sic quoniam dei amore ab iniusta actione spontaneus non vult desistere, clamore simul et timore hominum desisteret vel invitus".

[6] In der älteren Kirche hatte man sich daher gegen solche Massnahmen erklärt, Augustin ep. 250 (c. 1. §. 1 C. XXIV qu. 1), auch Hincm. Rem. ep. 4 ad cler. Laudun, M. 16, 826, hebt seinem Neffen gegenüber (S. 19 n. 13) diesen Gesichtspunkt hervor.

[7] So z. B. Innocenz II. gegen Frankreich u. 1142 zur Zeit Ludwigs VII. s. chron. Maurimiac. lib. III. Bouquet, recueil 12, 87; Alexander III. gegen Schottland 1180, J. L. n. 13710; Reuter Gesch. Alexander III. 3, 485; Innocenz III. gegen Frankreich 1199, Potthast n. 361 und gegen England 1207, P. n. 3168; Hurter Gesch. Innocenz III. 2A. 1, 383 u. 2, 131.

[8] Gerhoh v. Reichersperg u. 1140, Ried cod. dipl. episc. Ratisbon. Ratisbon. 1816. 1, 216: „... non totus populus (iudicio) involvatur, sed innocens a nocente, iustus ab iniusto iuste discernatur... Non est autem credibile, omnes cives Ratisponeses ita decipere, ut se manifeste opponant iustitiae, unde consulendum est domino episcopo (der Regensburg mit dem Interdikt belegt hatte), ne involvat iustum cum impio". Gratian, welcher nicht speziell vom Interdikt handelt, hebt allerdings hervor, indem er die alttestamentlichen Stellen bespricht, nach welchen die Sünden

ja auch selbst den Klerus und die Kirche treffen, nicht nur, weil die Verhängung desselben vielfach Gewaltthätigkeiten der Fürsten und Grossen gegen die Geistlichkeit hervorrief[1], und dadurch die Einkünfte der letzteren geschmälert wurden[2], sondern auch, weil die Kirche selbst durch das Interdikt das Volk der religiösen Verwilderung preisgab[3].

Schon seit dem Ende des 12. und seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts sah sich daher die Kirche genöthigt, weitere, über die bisher üblichen hinausgehende Milderungen eintreten zu lassen. So wird 1200[4] ausser der Kindertaufe und dem Busssakramente für Sterbende die Abhaltung von Predigten vor der Kirche zu gewissen Zeiten[5], die Spendung des Viatikums an Sterbende[6], sowie die Entgegennahme

einzelner an anderen Unschuldigen heimgesucht werden, dict. zu C. XXIV qu. 3 u. zu c. 9 ibid., dass der Unschuldige nicht mit dem Schuldigen exkommunicirt werden dürfe, erklärt aber nicht (so Kober S. 34), dass die Exkommunikation die einzige Strafe sei, welche nie Unschuldige treffen könne.

[1] In Folge der Verhängung des Interdikts gegen Frankreich wurden die dem Papst gehorsamen Prälaten und Kleriker ihrer Güter beraubt und aus dem Lande getrieben, Innoc. III. gesta c. 53, opp. Migne 1, XCIX; Rigordus de gest. Phil. Aug. reg. u. Radulph. Coggeshal. chron. bei Bouquet 17, 51 u. 18, 91; in Genua während eines Interdikts von der Stadt die Einkünfte der vakanten Pfründen eingezogen, Innoc. III. ep. V. 123 v. 1202, Potthast n. 1780, Migne opp. 1, 1125. Vgl. Kober S. 31. 32.

[2] So klagen die spanischen Bischöfe 1199, dass wegen des Interdikts: „cum clerici laicis spiritualia ministrare non possent, laici clericis temporalia subtrahebant, oblationes, primitias detinentes", Innoc. III. ep. II. 75, P. n. 716, Migne 1, 612 (c. 20 X de donat. int. v. IV. 20); Embrün 1267 c. 4, M. 23, 1184 schreibt vor, dass Laien, welche während eines Interdikts die Nichtentrichtung der Zehnten und Oblationen befehlen und die letztwillige Bedenkung der Kirche verbieten oder faktisch diese so schädigen, der exc. latae sententiae verfallen sollen.

[3] Innoc. III. ep. XIII. 43 v. 1210, P. n. 3962, Migne 3, 250: „propter divinorum subtractionem quidem indevotiores effecti amplius duruerunt et sectatores haereticae pravitatis falsa sui erroris dogmata liberiori fronte proponunt"; vgl. auch Innoc. III. ep. II. 75 cit. (vor. Anm.); Ravenna 1314 c. 19, M. 25, 549, u. Kober S. 37 ff.

[4] Bei der Verkündigung des 1199 gegen Frankreich angedrohten Interdikts, M. 22, 710; Hefele 5, 798 n. 2: „Omnes ecclesiae sint clausae nec aliquis admittatur in eis nisi ad parvulos baptizandos nec aliquotenus nisi pro luminaribus accendendis vel quando sacerdos accipiat eucharistiam et aquam benedictam ad opus infirmorum. Sustinemus missam semel in hebdomade celebrari in die Veneris summo mane pro eucharistia ad opus infirmorum admisso uno solo clerico, qui sacerdoti ministrat. Praedicent sacerdotes diebus dominicis in atriis et loco missae disseminent verbum dei. Horas canonicas dicant extra ecclesias, non audientibus laicis; si dicant epistolam vel evangelium, caveant, ne audiantur a laicis nec in cimiterio supra terram vel infra permittant corpus sepeliri. Dicant praeterea laicis quod ipsi graviter peccant et excedunt tumulando corpora in terris(a) etiam non benedicta, alienum sibi officium in hac parte usurpando. Prohibeant parochianis suis intrare ecclesias apertas in terra domini regis (welche dieser nicht zu schliessen gestattete), non benedicant peras peregrinorum nisi extra ecclesiam. In septimana poenosa (Charwoche) non celebrent, sed usque in diem paschae celebrare differant, et tunc celebrent private, nullo admisso nisi uno clerico, . . . nec communicet aliquis etiam in pascha, nisi infirmus in periculo mortis. In eadem septimana vel in ramis palmarum parochianis praedicent, ut die paschae mane conveniant ante ecclesiam et dabitur eis licentia comedendi carnes, panem benedictum diei. Firmiter prohibentur, mulieres in ecclesia ad purificationem ne admittant, sed eas moneant, ut die purificationis congregatis vicinis suis orent extra ecclesiam, nec intrent ecclesiam mulieres; quae purificandae erant, etiam ad levandos de sacro fonte parvulos baptizandos, donec post interdictum intromittantur per sacerdotem. Omni petenti dent poenitentias in porticu ecclesiae; si tamen ecclesia non habuerit porticum, sustinemus, ut in limine proximioris portae ecclesiae, quae pro intemperie aëris et pluviae aperiri poterit et non aliter dent poenitentias, omnibus exclusis praeter illum et illam, quae confitebitur, ita quod sacerdos et confitens possit audiri ab illis qui fuerint extra ecclesiam. Si tamen serenum fuerit tempus, dentur poenitentiae ante ianuas ecclesiae clausae. Non ponantur extra ecclesiam vasa cum aqua benedicta nec clerici ferant aquam benedictam, cum omnia sacramenta ecclesiastica praeter ista duo quae excepta sunt, constet esse prohibitum. Extremam unctionem quae maximum est sacramentum, non licet dare".

[5] Sonntags s. vor. Anm., nach dem Interdikt über England, Martène thes. nov. anecdot. 1, 812 auch an den Fasttagen bei einem Kreuz im Orte oder auf dem Kirchhof, nach c. 43 (Innocenz III. 1209, Potth. n. 3666) X de sent. exc. V. 39, einmal in der Woche.

[6] Denn die beiden Sakramente, welche das Interdikt, s. Anm. 4 erwähnt, können nur die Taufe und das Viaticum sein, da von dem Eintritt des Priesters in die Kirche um die Eucharistie für die Kranken zu holen, die Rede ist und die letzte Ölung besonders ausgeschlossen wird.

der Beichte, um die Auferlegung der Busse zu ermöglichen[1] gestattet. Später hat Innocenz III. auch die Ertheilung des Sakraments der Firmung[2], die Gewährung eines stillen Begräbnisses an Kleriker[3], die Spendung des Busssakramentes an Kreuzfahrer und Fremdlinge[4] und das leise Recitiren (nicht Singen) der Horen bei verschlossenen Kirchthüren[5] zugelassen, sowie auf dem Lateran-Konzil v. 1215 in Erweiterung der schon früher gewährten Privilegien[6] allen Bischöfen das Recht ertheilt, während eines allgemeinen Interdikts bei verschlossenen Thüren unter Fernhaltung aller Exkommunicirten und Interdicirten Gottesdienst zu halten[7] — eine Vergünstigung, welche Gregor IX. auf alle anderen Kirchen in der Art ausgedehnt hat, dass in diesen einmal in der Woche seitens der Priester, um die für das Viatikum erforderliche Eucharistie zu bereiten, Messe gelesen werden durfte[8]. Endlich hat das gedachte Lateran-Konzil, ebenfalls in Anhalt an frühere Privilegien[9] gestattet, dass für die zum Kollektiren ausgesendeten Religiosen eines privilegirten Mönchsordens[10] an dem Orte ihres jeweiligen Aufenthaltes eine Kirche zur Abhaltung des Gottesdienstes für das Volk (unter Ausschluss der Exkommunicirten) geöffnet werden könne[11].

Wenn diese Milderungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ursprünglich nur für spezielle Fälle nachgelassen wurden, so haben dieselben doch später durch Aufnahme der betreffenden päpstlichen Anordnungen in die Sammlung Gregors IX. allgemeine Gültigkeit für die Kirche erlangt[12], und dadurch hat das Interdikt gemeinrechtlich einen ein für alle Mal festbestimmten Inhalt erhalten. Aber immerhin war

Ebenso Kober S. 40 n. 2. Auch die das englische Interdikt betreffenden Anweisungen bei Martène l. c. 1, 813 sprechen von denjenigen, welchen es erlaubt ist, die Eucharistie zu nehmen. Allerdings erscheint dann die Spendung des Busssakraments an die Sterbenden unter dem Viatikum mitinbegriffen. Vgl. auch c. 11 (Innoc. III.) X. de poenit. III. 38: „In illo enim verbo per quod poenitentiam morientibus non negamus, viaticum etiam, quod vere poenitentibus exhibetur, intelligi volumus, ut nec ipsum etiam decedentibus negetur".

[1] Ausserdem noch einige Segnungen, wie die des Pilgergewandes und des Brodes.

[2] c. 43 X. V. 39 cit. Vereinzelt war dies auch schon früher erlaubt worden, S. 21 n. 2 u. S. 24 n. 8.

[3] c. 11 (Innocenz III.) X de poenit. III. 38; Innocenz III. 1203, Potth. n. 1862. Nach dem englischen Interdikt können die Leichen der Laien ausserhalb des Kirchhofs begraben, die der Kleriker in Behältnissen auf der Kirchhofsmauer beigesetzt werden, Martène l. c. 1, 813.

[4] c. 11 X cit.

[5] c. 11 X cit.

[6] S. 25 n. 3 u. Innocenz III. 1198, Potth. n. 328.

[7] c. 58 (c. 25 X de priv. V. 33).

[8] c. 57 (P. n. 9688) X de sent. exc. V. 39.

[9] c. 7 (Alex III., J. L. n. 13962) Comp. I. de privil. V. 28.

[10] Wie z. B. der Johanniter und Templer, c. 3 §. 3 (Later. III. 1179) X de priv. V. 33.

[11] c. 57 cit. (c. 24 X de priv. V. 33).

Übrigens hat man auch zeitweise Milderungen bei dem schon verhängten Interdikte eintreten lassen, so Innocenz III. 1199 hinsichtlich des über das Königreich Leon ausgesprochenen, P. n. 716 (c. 5 X de donat. int. vir. IV. 20) oder dasselbe auch für eine bestimmte Zeit (wie Honorius III. das Interdikt gegen Cremona 1226, Winkelmann, Friedrich II. 1, 272) suspendirt; s. weiter auch Potth. n. 25072 (Bonifaz VIII. a. 1301).

Nicht minder ist von einzelnen Bischöfen das Interdikt mit Einschränkung seines regelmässigen Umfanges verhängt worden, so von Mauritius v. Rouen (1231—1235), Dachery, spicileg. 3, 615: „Itaque nullum ibi divinum officium celebretur, nullum ibi ministretur eucharisticum sacramentum praeter baptisma parvulorum et poenitentias morientium. In qualibet tamen parochiali ecclesia permittimus, ut sacerdotes semel in hebdomada ianuis clausis exclusis interdictis diebus non festis et voce submissa legant populo introitum, epistolam, evangelium et dent populo panem benedictum et eis mandata ecclesiastica exponant". Auch das Prov. Conc. v. Trier 1238 c. 2 lässt bei einem Interdikt, welches deshalb über einen Ort verhängt ist, weil dort geraubtes Kirchengut hingebracht oder hin verkauft ist, das Begräbniss des Parochianen in atrio ecclesiae cum sola tantum commendatione, nur nicht für die praedones, emtores, receptatores et fautores desselben zu.

Eine Verschärfung dagegen ist es, wenn das cit. Konzil c. 4 bestimmt: „Si locus interdictus fuerit propter excessum domini, eiusdem loci homines non admittantur ad divina in locis tam vicinis quam externis, ne rumpi possit nervus disciplinae ecclesiasticae".

[12] S. d. Anführungen in den vorhergehenden Anmerkungen.

damit die Ungerechtigkeit des Interdikts nicht beseitigt, sondern nur eine Beschränkung seiner früheren Wirkungen herbeigeführt. Es kann daher nicht befremden, dass die Päpste noch fortdauernd und zwar in weiterem Umfange als früher [1] besondere Vergünstigungen, welche die Härte des Strafmittels in einzelnen Fällen entweder ganz beseitigen oder erheblich abschwächen sollten, gewährt haben. Neben den zahlreichen Privilegien für einzelne Klöster, andere kirchliche Institute, ganze Orden oder für die Geistlichkeit bestimmter Diöcesen auf Feier des Gottesdienstes bei verschlossenen Thüren [2] sind solche an Orden dahin ertheilt worden, dass sie an gewissen Festtagen öffentlich unter Zulassung des Volkes (blos unter Ausschluss der Exkommunicirten) bei offenen Thüren feierlichen Gottesdienst halten [3], an Fürsten, Bischöfe und Orden darauf, dass ihre Länder oder Kirchen nicht ohne päpstliche Genehmigung [4], an Fürsten, Städte, Ordensniederlassungen und Kapitel dahin, dass sie nur beim Vorliegen einer klaren und gerechtfertigten Ursache interdicirt werden durften [5], weiter an Fürsten und Vornehme auf Feier des Gottesdienstes in ihren Kapellen [6], sodann darauf, dass der Zutritt zu dem Gottesdienst während des Interdikts fürstlichen und vornehmen Personen [7], Dienern der Klöster und Orden [8], sowie den Angehörigen fremder Orden nachgelassen wird [9], endlich auch dahin, dass während des Interdikts gewissen Personen das Busssakrament [10] und die letzte Ölung [11] gespendet, sowie ein christliches Begräbniss gewährt werden darf [12].

[1] S. 25 n. 4.

[2] Cölestin III. 1192, J. L. n. 16854 (Kapitel zu Rouen); Innocenz III. (zw. 1202 u. 1215) Potth. n. 1571. 2675. 2679. 4211. 4984; Honorius III. (zw. 1217 u. 1225) P. n. 5519. 6800 (7334. 7344 Dominikaner). 7329. 7440 (Domcapitel zu Havelberg); Gregor IX. (zw. 1228 u. 1233) 8127 (Dominikaner). 8207. 9119 (Franziskaner). 8636 (Kapitel zu Parma); Innocenz IV. (zw. 1243 u. 1254) 11180. 11994 (Franziskaner). 11693 (B. u. Kapitel v. Speyer). 11969 (Hospital zu Florenz). 12063. 12628 (Kapitel zu Gran). 12676 (Leprosenhaus). 12698. 12934. 13192. 13194. 13204. 13247. 13268 13321. 13914 (Geistlichkeit der Stadt und Diöcese Regensburg). 13935. 14021 (Kapitel zu Augsburg). 14068 (Carmeliter). 17092. 17795 (Dominikaner). 17715; Urban IV. (1282) P. n. 21876; Honorius IV. (1285) P. n. 22287 (Dominikaner). 22320; Nikolaus IV. (1290) P. n. 23205; Bonifaz VIII. (1296 u. 1303) P. n. 24295. 25223 a.

[3] Alexander IV. (1255) P. n. 15961.

[4] Clemens III. 1188 u. Cölestin III. 1192, J. L. n. 16173. 16836 (Schottland); Innocenz III. 1214. P. n. 4911 (England); Gregor IX. 1232 P. n. 8991 (Ungarn). 1236, P. n. 10260. 10261 (Frankreich); Alexander IV. 1255. 1256, P. n. 15822. 16030. 16313 (Frankreich); Urban IV. 1264, P. n. 18762 (Dänemark); Nikolaus IV. 1290 (Österreich) Kaltenbrunner, Aktenstücke z. Gesch. 1. deutsch. Reichs. Wien 1889 S. 379. — Bisthum Rheims Innocenz IV. 1246, P. n. 12156. — Johanniter Alexander III. J. L. n. 13745 (c. 7 Comp. 1 de privil. V. 28).

[5] Innocenz III. ep. VI. 42 v. 1203, P. n. 1883 (Landgraf v. Thüringen); Innocenz III. 1211 P. n. 4256 (Laon); Urban III. 1187, J. L. n. 15960 u. Cölestin III. 1193, J. L. n. 16989 (Kapitel v. Genua).

[6] Innocenz III. 1215, P. n. 5143 (Balduin v. Constantinopel); Innocenz IV. 1248, P. n. 12960 (Otto von Braunschweig); Urban IV. 1164, P. n. 18762 (K. Erich von Dänemark); Nikolaus IV. 1291 u. 1296, P. n. 23868. 24276 (Graf v. Geldern u. Herzog v. Schleswig), vgl. auch Kaltenbrunner a. a. O. S. 380. 417 (1290, römische Königin), S. 540 (Benedikt XI. 1304, ebenso), S. 558 (Clemens V. 1306 Gräfin v. Jülich).

[7] Während in früherer Zeit solche Privilegien selten ertheilt sind (s. aber Anastasius IV. 1154, J. L. n. 9860, von Pflugk-H. 3, 156), kommen sie jetzt viel öfter vor, s. Honorius III. 1218, Pressutti, regesti del pontef. Onorio III. Roma 1884 n. 1187. 1500; Gregor IX. 1232 u. 1235, Potth. n. 8992. 9921; Innocenz IV. 1245 u. 1246, P. n. 11664. 12153; Alexander IV. 1255, P. n. 16027; Martin IV. 1282, P. n. 21936; Honorius IV. 1286, P. n. 22423; Bonifacius VIII. 1296, P. n. 24374; Benedikt XI. 1304, P. n. 25382.

[8] Gregor IX. 1227, P. n. 8055; Innocenz IV. 1247, P. n. 12397 (Dominikaner), n. 15393; Alexander IV. 1255, P. n. 15906 (Franziskaner); Nikolaus IV. 1291. P. n. 23652.

[9] Wenn sie an interdicirten Orten, wo Gottesdienst in beschränkter Weise gefeiert werden darf, anwesend sind, Honorius III. 1225 (fratres de Poenitentia) P. n. 7503 (n. 8697a, Gregor IX. 1231); Gregor IX. 1227. P. n. 7921 (Humiliaten).

[10] Gregor IX. 1227, P. n. 7921 (Humiliaten); Clemens IV. 1267, P. n. 20060 (Dominikaner, Honorius IV. 1285, P. n. 22287).

[11] Clemens IV. n. 20060 cit.

[12] Honorius IV. 1235. P. n. 7503 (Humiliaten); Gregor IX. 1231, P. n. 8697 a (fratres de Poenitentia); Innocenz IV. 1255, P. n. 13189 (Cister-

Im Laufe der Zeit waren diese Privilegien so zahlreich geworden, dass sich Bonifaz VIII.[1] veranlasst fand, allgemeine Bestimmungen über den Umfang der verschiedenen Arten derselben zu erlassen und ein für alle Mal die Wirkungen jedes über einen Distrikt oder einen Ort[2] verhängten Interdikts in der Weise zu mildern[3], dass das Sakrament der Busse allen, auch den gesunden, gespendet[4], weiter in allen Kirchen und Klöstern die Messe und der Gottesdienst täglich, wie vor dem Interdikt[5], aber bei verschlossenen Thüren und unter Ausschluss des Volkes[6] abgehalten, ja an bestimmten hohen Festtagen[7] unter Zulassung des letzteren der Gottesdienst öffentlich nach vorgängigem Glockengeläut laut und bei offenen Thüren gefeiert werden durfte[8]. —

Wie die obige Darstellung ergiebt, ist das Interdikt bald über grössere und

cienser); Alexander IV. 1255, P. n. 15944 (Kloster zu Auxerre allen, welche das Begräbniss dort letztwillig gewählt haben) u. 1258, P. n. 17160.

1 c. 11 in VI de poenit. V. 7: „Licet vobis concessum exsistat, ut interdicti tempore ianuis clausis, excommunicatis et interdictis exclusis voce divina celebrare possitis (s. S. 28 n. 2), ad ea tamen aliquos, etiamsi aliunde venerint, nisi super hoc privilegiati existant (S. 28 n. 7 ff.) recipere nulla ratione debetis. Quum conceditur singulari personae, ut modo praemisso tempore interdicti celebrare valeat vel audire divina (S. 28 n. 6), eius familiares domestici ad audiendum cum ea et celebrandum sibi divinum officium admittantur. Non sic autem in familiaribus alicuius conventus seu collegii est censendum. Illi enim, nisi privilegiati fuerint (S. 28 n. 8) admitti non debent. Huiusmodi quoque concessione gaudere non potest, cuius causa seu culpa, dolo vel fraude fuit sententia interdicti prolata seu qui ad perpetrandum delictum, cuius occasione lata exstitit, praebuit auxilium vel favorem“.

2 c. 24 (1298, P. n. 24633 u. 24688) in VI de sent. excomm. V. 11 („in terris seu locis ecclesiastico suppositis interdicto“), also des nicht blos eine oder einzelne Kirchen treffenden, Kober S. 321.

3 c. 24 in c. VI. V. 11 cit.: „quod tempore interdicti ab homine vel a iure prolati (1) non tantummodo morientes, sed etiam viventes tam sani etiam quam infirmi ad poenitentiam . . . licite admittantur, dum tamen excommunicati non fuerint, quos admitti praeterquam in articulo mortis volumus ad eandem. Illis etiam propter quorum culpam, dolum vel fraudem lata est sententia interdicti vel qui ad perpetrandum delictum, cuius occasione interdictum est latum praebuerunt auxilium, consilium vel favorem, nisi de ipso delicto (si sint tales, quod id facere valeant), prius satisfecerint vel de satisfaciendo idoneam dederint cautionem aut si satisfacere nequeunt vel huiusmodi cautionem praestare iuraverint, quod, quum poterunt, satisfacient et ad satisfactionem huiusmodi per eum vel per eos qui facere ipsam debent et possunt, praestandam, dabunt consilium et auxilium ac iuxta posse suum fideliter laborabunt, non est poenitentiae beneficium aliquatenus concedendum. Nec tunc etiam quoad istos vel alios, qui circa hoc mimine deliquerunt (ubi civitas vel locus seu universitas interdicti existunt) facienda est relaxatio interdicti, sed est eis solummodo iniungenda poenitentia salutaris. (2) Adiicimus praeterea, singulis diebus in ecclesiis et monasteriis missae celebrentur et alia dicantur divina officia, sicut prius, submissa tamen voce et ianuis clausis excommunicatis et interdictis exclusis et campanis etiam non pulsatis. (3) Et tam canonici quam clerici ecclesiarum, in quibus distributiones quotidianae illis qui horis intersunt canonicis, tribuuntur, si ad officia non venerint supradicta, distributiones easdam amittant, sicut interdicto perderent non extante, si divinis officiis non adessent. (4) In festivitatibus vero natalis domini, paschae ac pentecostes et assumptionis virginis gloriosae campanae pulsentur et ianuis apertis alta voce divina officia solenniter celebrentur, excommunicatis exclusis, sed interdictis admissis, quibus ob reverentiam dictarum solennitatum et ut ipsi ad humilitatis gratiam et reconciliationis affectum facilius inclinentur, praefatis diebus participationem permittimus divinorum, sic tamen, quod illi, propter quorum excessum interdictum huiusmodi est prolatum, altari nullatenus appropinquent. Ceteris quae circa observationem interdictorum a nostris sunt praedecessoribus instituta, in suo robore duraturis, non obstantibus quibusvis privilegiis ecclesiis, monasteriis, ordinibus, religionibus seu personis ecclesiasticis, saecularibus vel regularibus, exemptis, et non exemptis, sub quavis forma et expressione verborum ab apostolica sede concessis, quae contra tenorem praesentis constitutionis nullis volumus suffragari, quum quibuslibet tam saecularibus quam regularibus sufficere debeat, ut tempore interdicti modo praemisso diebus celebrent supradictis“.

4 Mit Ausnahme der Exkommunicirten, derjenigen, wegen deren Vergehen das Interdikt verhängt ist, und der Theilnehmer, Anstifter und Begünstiger derselben, vor. Anm. unter (1).

5 Also auch der Chordienst, s. c. 24 cit. (3), Kober S. 318.

6 Kober S. 309. 310.

7 c. 24 cit. (4).

8 An diesem konnten sogar diejenigen, wegen deren Vergehen das Interdikt verhängt war, theilnehmen, nur durften sie sich nicht dem Altar nähern.

kleinere politische oder kommunale [1] oder auch kirchliche Bezirke, bald aber auch blos über einzelne Kirchen [2], ja auch über blosse Altäre [3] verhängt werden. Mit Rücksicht hierauf hat man schon seit dem Ende des 12. Jahrhunderts zwischen dem allgemeinen (*interdictum generale*) und dem besonderen oder lokalen Interdikt (*i. particulare*) unterschieden [4].

Wenn die neuere Doktrin annimmt, dass sich neben dem bisher besprochenen Interdikt ein s. g. Personal-Interdikt als besondere Abart des ersteren dahin entwickelt hat, dass einzelne Personen oder Personenklassen, wie der Klerus oder die Kanoniker einer Kirche, die Bevölkerung eines Ortes oder die Bürger einer Stadt, von der Theilnahme am Gottesdienst und von dem Empfange der Sakramente, die Kleriker von der Abhaltung des ersteren und von der Spendung der letzteren, alle endlich vom kirchlichen Begräbnisse ausgeschlossen worden seien [5], so ist es allerdings richtig, dass man für diese Strafe seit dem 11. Jahrhundert, insbesondere dann, wenn mit ihrer Verhängung gleichzeitig ein Lokal-Interdikt verbunden war [6], später wenn eine Personengesammtheit von ihr betroffen wird [7], den Ausdruck: Interdikt gebraucht hat, und dass in dem letzteren Falle eine ähnliche Erscheinung

Auch partikularrechtlich hat man nach anderen Richtungen Milderungen eintreten lassen, so Köln 1324, M. 25, 735, nach welchem bei Misshandlungen von Geistlichen das Interdikt nicht mehr über alle Pfarreien der Stadt, sondern zunächst blos über diejenige, in welcher die That geschehen war, eintreten, in den übrigen aber, falls nicht Bürgermeister und Rath bei dem Frevel betheiligt waren, auf 14 Tag suspendirt bleiben sollte, vgl. Hefele, Con. Gesch. 6, 616. 617; Avignon 1337 c. 68, nach welchem auch ein Interdikt latae sententiae nicht vor ausdrücklicher Anweisung des Ordinarius oder seines Offizials zur Ausführung gebracht werden soll.

Andererseits kommen auch in einzelnen Fällen Verschärfungen vor, so bedroht Ravenna 1311 c. 26, den Verkehr mit der wegen Vertreibung ihres Bischofs interdicirten Stadt und Aufnahme der Angehörigen derselben mit der öffentlich zu verkündenden interdictio ingressus ecclesiae und das Gewähren von Hülfe an die Stadt oder ihre Bürger mit der excommunicatio ipso facto.

[1] c. 5 (Innocenz III.) X de consuet. I. 4; c. 20 (id.) X de privil. V. 33.

[2] c. 1 (Alexander III.) X de appell. II. 28; c. 2 (Coelest. III.) X de his quae fiunt III. 11; Innocenz III. ep. IX. 49 v. 1206, P. n. 2748, Migne opp. 2, 806. Vgl. auch hierzu die Anmerkungen zu S. 23 ff.

[3] Willelm abb. Divion. ep. ad Odil. Clun. (1027), Bouquet 10, 505: .. „et omnia altaria quae in suo episcopatu habemus, excommunicando".

[4] c. 17 (Innocenz III. 1199) X de V. S. V. 40: „apud vos accepimus in dubium revocari, quum illi, qui ab ecclesia Romana decorari privilegio meruerunt, videlicet, ut quum generale interdictum terrae fuerit, liceat eis, ianuis clausis, non pulsatis campanis, exclusis excommunicatis et interdictis suppressa voce divina officia celebrare, interdicto particulari se asserant non arctari, dicentes [illud] interdictum generale dumtaxat, quum regnum vel saltem provincia tota subiicitur interdicto Quum autem in privilegiis de regno vel provincia vel expresse dicatur, nomine terrae non solum regnum vel provinciam intelligi volumus, verum etiam villam et castrum, ut et hic locum habeat, quod de generali dicitur interdicto".

Die Unterscheidung zwischen dem interdictum totale, welches alle Wirkungen, und des partiale, welches nur einzelne umfasst, S. 27 n. 11, ist dem Recht der Dekretalen fremd, denn die darauf bezüglichen Stellen (die hierher gehörigen in c. 5 X IV. 20 cit., a. a. O., sind partes decisae) haben in die offiziellen Dekretalensammlungen keine Aufnahme gefunden. Kober S. 304.

[5] Kober a. a. O. S. 292. 297, welcher nur in seiner dogmatischen Darstellung Stellen aus der Zeit seit dem 11. Jahrh. anführt, in der geschichtlichen aber das Personal-Interdikt gar nicht berührt.

[6] Gregor. VII. ep. VII. 16, Jaffé, mon. Gregor. p. 407: „omne divinum officium omnibus canonicis de castro s. Pauli ... interdicimus et ipsis et locis eorum"; Clem. III. 1188, J. L. n. 16125, M. 22, 547: „in regnum suae celsitudinis (des Königs v. Schottland) et personam suam et omnes fautores regios nuntietis interdicti sententiam"; jedoch nicht ausschliesslich, denn die Bezeichnung kommt auch allein vor, s. S. 15 n. 4 u. S. 25 n. 4.

[7] c. 16 (Bonifaz. VIII.) in VI de sent. excomm. V. 11: „Si sententia interdicti proferatur in clerum, non intelligitur, nisi aliud sit expressum, in ea interdictus populus et e converso"; namentlich c. 1 (Lyon 1274 c. 26) in VI de usur. V. 5, welches die Vermiethung oder Überlassung von Wohnhäusern an fremde Wucherer zur Betreibung ihrer Geschäfte mit folgenden Strafen bedroht: patriarchae, archiepiscopi, episcopi suspensionis, minores vero personae (sc. ecclesiasticae) singulares excommunicationis, si autem collegium seu alia universitas, interdicti sententiam ipso facto se noverint incursuros.

wie bei dem Lokal-Interdikt, nämlich die Einstellung des gottesdienstlichen Funktionen für eine grosse Anzahl von Personen eintreten konnte. Indessen ist das Personal-Interdikt historisch nicht aus dem lokalen erwachsen, und erscheint auch begrifflich von demselben verschieden. Dasselbe reicht bis in das 4. Jahrhundert zurück [1] und berührt gerade die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte der einzelnen, mit der Strafe belegten Personen, indem es ihnen die Ausübung derselben entzieht, während das örtliche diese Rechte an sich nicht suspendirt und die Ausübung der letzteren nur wegen des objektiv durch Einstellung aller gottesdienstlichen Funktionen geschaffenen Hindernisses unmöglich macht [2].

Dagegen stellt sich das s. g. *interdictum ambulatorium* oder *mixtum*, welches seit dem 12. Jahrhundert in der kirchlichen Praxis erscheint [3], als eine Abart des Interdikts im eigentlichen Sinne dar. Seine Eigenthümlichkeit besteht darin, dass es jeden Ort trifft, welchen eine Person betritt, aber nur auf so lange, als die letztere sich dort aufhält [4]. Es hat also dieselbe Wirkung, wie das örtliche Interdikt, nur ist bei demselben der Ort, für welchen die Einstellung der gottesdienstlichen Funktionen erfolgt, nicht ein für alle Mal, sondern durch den jeweiligen Aufenthalt der Person bestimmt [5]. Da die Strafthat der letzteren in erster Linie geahndet werden soll, und der

[1] Denn es ist weiter nichts als die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, s. des Näheren a. S. 14.

[2] Daher können die Einwohner des mit dem Lokal-Interdikt belegten Bezirks ausserhalb desselben am Gottesdienst theilnehmen und die Sakramente gespendet erhalten, während dies für die von dem Personal-Interdikt betroffenen Personen an keinem Ort möglich ist, S. 15 n. 4.

[3] Möglicherweise schon im Rheimser Gottesfriedensstatut Calixts II v. 1119, M. 21, 237: „Si quis autem supradictorum reus satisfacere neglexerit, nemo sepeliatur in villa vel in loco, ubi ille vel familia illius demorabitur, vel divinum officium celebretur praeter baptisma, sive villa sua fuerit vel advocatus villae extiterit. Confessio tamen et corpus Christi nulli negetur", wenn man das *demorabitur* als blos vorübergehendes Verweilen auffasst, sicher aber in der Strafklausel bei Calixt II 1123, J. L. 7055, M. 21, 203 (betr. Streitigkeiten in Besançon): „Si quis autem . . . pacem hanc infringere attentaverit, tanquam reus et sacrilegus et pacis ecclesiasticae perturbator excommunicationi subiaceat et in locis, in quibus fuerit, quamdiu ibi permanserit, divina non celebrentur officia, quousque ad eiusdem redeat unitatem;" Calixt II 1124 J. L. 7165, M. 21, 214 (Bestätigung einer Legaten-Sentenz wegen incestuöser Ehe des Sohnes des Grafen v. Anjou): „ubicumque . . . filius comitis . . . fuerit, prohibuit officia divina celebrari, nisi utique ad datum a se terminum coniugium dissolvat;" Innocenz II privil. für Cluny 1132, J. L. 7551, M. 21, 405: „Si vero aliqui absque ipsorum monachorum praesentia ea quae ad victum vel vestitum fratrum . . . pertinent, alicubi depraedati fuerint, nisi infra XL dies commoniti ablata restituerint, eos anathemati subiacere praecipimus et in terra eorum divina prohibemus officia celebrari. Loca quoque, in quibus se receperint, donec praesentes fuerint, a divinis obsequiis, praeter infantium baptisma et morientium poenitentias cessare praecipimus;" Innocenz II 1134. J. L. 7666, M. 21, 450 (Verschärfung des Urtheils der Synode v. Jouarre gegen die Mörder eines Priors und Archidiakons): „ut in quibuscumque locis praefati sanguinarii praesentes fuerint, divina ibi non celebrentur officia;" ep. Hadriani IV 1155, J. L. n. 10067, M. 21, 814: „et ad quemcumque locum per episcopatus vestros aliquis burgensium ipsorum devenerit, donec praesens fuerit, divina ibi prohibeatis officia celebrari et si aliquem eorum mori contigerit, christianorum careat sepultura;" Innocenz III 1199 Potth. n. 855, Migne 1, 747: „nisi et ipse adhuc ei forsitan voluerit super interdicto generali deferre, tam regi (Philipp v. Frankreich) quam superinductae ac eorum familiis praeter poenitentias morientium . . . interdicat omnia divina officia et sacramenta et ubicumque praesentes fuerint, eis praesentibus praeter baptisma parvulorum et poenitentias morientium tam sacramenta divina quam ecclesiastica prohibeat officia celebrari". Weitere Beispiele bilden die Verhängung der Exkommunikation und des interdictum ambulatorium über Otto IV durch Innocenz III 1212, Winkelmann, Philipp v. Schwaben 2, 260; über den Subdiakon Burkhard v. Avesnes, welcher eine flandrische Prinzessin geheirathet hatte, durch das IV. Laterankonzil 1215, Innoc. III app. ad lib. XIV, 3, 529 n. 1, Potth. n. 5053, sowie über Friedrich II. durch Gregor IX. 1239, Potth. n. 10811, bull. Taur. 3, 499; Monteil 1248 c. 15, M. 23, 775 (über diejenigen, welche als Exkommunicirte gegen ihre Exkommunikatoren oder die Verkünder der Exkommunikation Statuten und Mandate erlassen, und sie von dem Verkehr ausschliessen, falls sie auf Ermahnung diese Verfügungen nicht zurücknehmen).

[4] S. die vorhergehende Anmerkung.

[5] Partikularrechtlich ist man noch darüber hinausgegangen. So soll nach der Cölner Diöcesansynode v. 1266 c. 23, M. 23, 1145, wenn Jemand wegen Gefangennehmung eines Clerikers oder Ver-

Thäter ausserdem noch mit einer kirchlichen Strafe, gewöhnlich der Exkommunikation belegt wird [1], so liegt in dieser Art des Interdikts eine Erweiterung der s. S. 23 gedachten lokalen Beziehung auf den Fall, dass eine solche blos durch den vorübergehenden Aufenthalt des Schuldigen hergestellt wird [2].

5. Während von den früher gebräuchlichen Strafen kirchlicher Natur der öffentlichen Rüge [3] für Laien nur vereinzelt [4] gedacht wird, der einmaligen Ausschliessung vom Gottesdienst und Abendmahl, sowie der Fernhaltung vom ersteren an einem bestimmten Ort [5] aber keiner Erwähnung geschieht, findet sich dagegen noch die Strafe des Fastens [6], jedoch hat sie zum Theil ihren rein kirchlichen Charakter verloren, da die Haltung der Fasten nicht blos durch kirchliche sondern auch durch weltliche Mittel erzwungen wird [7].

Zu den Strafen der hier fraglichen Art treten aber während dieser Periode neu hinzu:

6. Die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, welche früher nur als Folge der Exkommunikation vorkommt [8], in Verbindung mit der Verweigerung jeder kirchlichen Feier für den Verstorbenen und der Annahme von Oblationen, welche für ihn dargebracht werden. Sie findet sich

wahrung eines gefangenen zwei Monat in der Exkommunikation geblieben ist, jeder Ort, den er betritt, um dort zu essen oder zu trinken, für die nächsten 3 Tage, und jeder, wo er übernachtet, für 8 Tage interdicirt sein. Man wollte damit nicht blos auf Entfernung des Schuldigen aus dem Orte, sondern von vornherein auf seine Fernhaltung von demselben hinwirken.

1 S. Calixt. II. 1123, Innocenz II. 1132, Innocenz III. P. n. 5053 cit., s. S. 31 n. 3; bei Calixt. II. 1124 u. Innocenz II. 1134 cit. ist der nähere Sachverhalt nicht bekannt, die Exkommunicirung der Schuldigen aber sehr wahrscheinlich, da die Schliessung einer incestuösen Ehe und Mord in Frage standen. Nach Innocenz III. 1199, P. n. 855 cit. konkurrirt das Personal-Interdikt der Schuldigen neben dem ambulatorium.

2 Schon mit der früher vorkommenden Anordnung, dass das Interdikt solche Orte treffen soll, an welche das Objekt des Vergehens (z. B. eine gefangen gehaltene Person, das geraubte Gut) gebracht ist, S. 23 n. 9 u. S. 24 n. 3, war bei Veränderung des Ortes der Wechsel des Interdikts geboten, vgl. auch Alexander III. ad presb. Angl. 1173, J. L. n. 12248, M. 21, 1033 (c. 11 X de spons. IV. 1) und Clem. 2 de poen. V. 8. Wenn Kober S. 302 darin eine besondere Art des interdictum ambulatorium, welches Unschuldige an einen Ort bringen, findet, so übersieht er die Beziehung solcher Personen und Sachen zu der Strafthat des Schuldigen.

3 Bd. IV. S. 803.

4 Stephan. reg. Unger. 1016, c. 11, M. 19, 372 (Stören des Gottesdienstes durch Plaudern und Unruhe): „si maiores sunt, increpati cum dedecore expellantur de ecclesia". Wegen der Geistlichen s. den folgenden §.

5 Bd. IV. S. 803.

6 Rom 871/878 c. 7 (= Ravenna 877 c. 8), S. 17 Anm. (hier aber wahrscheinlich neben der Ausschliessung vom Abendmahl); Tribur 895 c. 8, M. 18, 137: „ut si quis post hanc . . diffinitionem inventus fuerit corrupisse bannum ab episcopis inpositum (einen bei Strafe von dem Bischofe erlassenen Befehl, s. unten §. 279) XL dierum castigatione corripiatur, tantum in pane, sale et aqua;" Hohenaltheim 916 c. 27, S. 5 n. 8.

7 S. das frühestens dem Ende des 9. Jahrh. angehörige c. 2 bei Boret. 1, 257 (capitula incerta, c. 1 ist wesentlich gleichlautend mit Karol. cap. Vern. 884 c. 5): „Symbolum et orationem dominicam vel signaculum omnes discere constringantur. Et si quis ea nunc non teneat, aut vapulet aut ieiunet de omni potu, excepto aqua, usque dum haec pleniter valeat: et qui ista consentire noluerit, ad nostram praesentiam dirigatur. Feminae vero aut flagellis aut ieiuniis constringantur". Die leges eccles. König Stephans v. Ungarn u. 1016 c. 7. 8, M. 19, 371, bedrohen das Fleischessen während der Quatemberfasten und am Freitag mit 8tägigem Fasten in Haft.

8 Bd. IV. S. 704. 723. 797. Dass sie auch bei einer Suspension der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte, a. a. O. S. 713. 801 eintrat, falls der davon Betroffene während der Suspension starb, folgt aus dem Wesen dieser Strafe. Die älteren Zeugnisse ergeben allerdings nichts darüber, wohl aber schliessen die Quellen dieser Periode die mit dem Personal-Interdikt, d. h. der gedachten Strafe belegten, S. 15. 16, von dem christlichen Begräbniss aus, S. 15; Nimes 1096 c. 26, M. 20, 937: „Monachi nullo modo recipiant ad sepulturam aut ad quodlibet divinum officium excommunicatos, raptores et interdictos". Ferner erscheint sie jetzt auch als Folge des örtlichen Interdikts, S. 24. Von den früheren Quellen erwähnt allein Braga I. c. 16 (c. 12 C. XXIII qu. 5) dieser Strafe für Selbstmörder und für diejenigen: „qui pro suis sceleribus puniuntur".

für Vergehen, wie Diebstahl, Raub [1], gerichtlichen Zweikampf [2], Kampf im Turnier [3] und Brandstiftung [4], wenn der Thäter bei der Verübung der That oder in Folge derselben stirbt, ferner für Wucherer [5] und für Selbstmörder [6] angedroht [7]. Verbrecher, welche die Todesstrafe zu erleiden haben, unterliegen ihr nur, falls sie nicht vorher die Beichte abgelegt haben [8]. Später hat man auch die Nichterfüllung der Beichtpflicht im Fall der Todesgefahr [9] und die Nichtbeobachtung des österlichen Gebotes mit dieser Strafe belegt [10], und sie ist demnächst auch in das Dekretalenrecht übernommen werden [11].

7. Die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter [12].

[1] Tribur 895 c. 31, M. 18, 147 (c. 31 C. XIII qu. 2 u. c. 2 X de furt. V. 18): „. . . ut si quis . . . inventus fuerit furtum aut rapinam exercere et in ipso diabolico actu mortem mereatur incurrere, nullus pro eo praesumat orare aut eleemosynam dare"; Nimes 1096 c. 11, M. 20, 936: „Raptores, qui in rapiendo mortui fuerint absque canonica poenitentia, non sepeliantur nec pro eis missa celebretur"; c. 2 (Eugen. III) X de raptor. V. 17.

[2] Valence 855 c. 12, M. 15, 9: „. . . Ille vero qui occisus fuerit, tamquam sui homicida et propriae mortis spontaneus appetitor dominicae oblationis commemoratione habeatur alienus nec cadaver cum psalmis vel orationibus ad sepulturam deducatur".

[3] Clermont 1130 c. 9, M. 21, 439: . . . „Quod si quis eorum ibi mortuus fuerit, quamvis ei poscenti poenitentia et viaticum non negetur, ecclesiastica tamen careat sepultura"; wiederholt Rheims 1131 c. 13, Lateran. II. 1139 c. 14, Rheims 1148 c. 12, M. 21, 460. 530. 717, vgl. auch Rheims 1157 c. 4, M. 21, 844. Auf der Synode zu Halle 1176, welche der Erzbischof von Magdeburg zur Beseitigung des Unwesens der Turniere gehalten hat, ist die kirchliche Bestattung des im Turnier gefallenen Sohnes des Markgrafen von Meissen nicht eher als bis zur Beibringung einer päpstlichen Dispensation erlaubt worden, M. 22, 153. 167.

[4] Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440, wiederholt Rheims 1131 c. 17, Lateran. II. 1139 c. 17 (c. 32 C. XXIII qu. 8) und Rheims 1148 c. 15, M. 21, 461. 531. 717.

[5] Lateran. II. 1139 c. 13 M. 21. 529 (neben Infamie).

[6] Rudolf v. Bourges u. 850 c. 40, M. 14, 961 (Wiederholung von Braga I. c. 16 cit. (s. S. 32 n. 8.)

[7] Ein singulärer Fall in Rheims 1148 c. 6, M. 21, 715: „. . . ut nullus advocatus praeter ius et beneficium antiquitus constitutum sibi aliquid accipere vel usurpare praesumat. Subadvocatos vero et exactores eorum modis omnibus ab ecclesiarum infestatione removere praecipimus. Quod si quis contra hanc sententiam . . . attentare praesumpserit, christianorum careat sepultura".

[8] Mainz 847 c. 30, M. 19, 910 (c. 30 C. XIII qu. 2), wiederholt Worms 868 c. 60, M. 15, 883; Tribur 895 c. 31 cit., M. 18, 147; c. 3 (Urban II. 1088/1093, J. L. n. 5363) C. XXIV qu. 2; Nimes 1096 c. 11 cit., s. o. Anm. 1. Blos beim Tod in Folge eines Turniers machen Clermont 1130 c. 9 und die dasselbe wiederholenden Konzilien, s. o. Anm. 3, eine Ausnahme. Braga I. c. 16 cit. (Rudolf v. Bourges c. 40 cit.), s. vor. Anm., haben offenbar unbussfertige Verbrecher im Auge.

[9] Steph. Hung. leges eccles. n. 1016 c. 10, M. 19, 371.

[10] c. 12 (Lateran. IV. 1215) X de poenit. V. 38, Bd. IV. S. 71 n. 1 u. 124.

[11] c. 1 (Lateran. III. 1179 c. 20, Wiederholung von Lateran. II. cit., s. o. Anm. 3) X de torneam. V. 13; c. 3 (Later. III. 1179 c. 25) X de usur. V. 19; c. 11 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28 (Selbstmord); c. 4 (Clem. III) X de stat. monach. III. 35 (nach welchem die zu Unrecht bestattete Leiche wieder ausgegraben werden soll). Vgl. auch die vor. Anm. Als selbständige Strafe angedroht c. 19 (Later. III. 1179 c. 14) X de decim. III. 30 für unrechtmässige Vorenthaltung erworbener Zehnten. Partikularrechtlich tritt sie neben der Exkommunikation auch insofern als selbstständige Strafe ein, als sie trotz der Absolution von der ersteren zur Anwendung gebracht werden soll, s. Breslau 1248 §. 4, de Montbach stat. Wratislav. p. 301; London 1343 c. 9, M. 25, 1176.

[12] Für die an sich unschuldigen Descendenten von solchen, welche ein kirchlich strafbares Vergehen begangen haben, Avignon (Legaten-Konzil) 1209 c. 20, M. 22, 793: „ut nullus de parentela illorum, qui praefatos clericos (päpstliche Legaten oder andere Geistliche, Hefele, Conc. Gesch. 5, 846) occiderunt, usque ad tertiam lineae cuiuscumque generationem ecclesiasticum beneficium consequatur, immo si qua forsitan sint adepti, tamdiu suis beneficiis spolientur, donec per Romanum pontificem fuerint restituti. Statuimus etiam, ut si qui simile facinus commiserint in futurum, circa ipsorum consanguineos similis censura servetur. Quem rigorem circa illos volumus observari, qui de perpetrata iniquitate apud bonos et graves fuerint infamati"; c. 12 (Later. IV.) X de poen. V. 37, welches ausser sonstigen Strafen bestimmt: „usque ad quartam generationem posteritates talium in clericorum collegium nullatenus admittantur neque in domibus regularibus alicuius praelationis assequantur honorem, nisi cum eis misericorditer fuerit dispensatum"; vgl. ferner c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9 (Bd. II. S. 488 n. 10), die Bd. II. S. 487 n. 12. 13. 15 citirten Stellen, endlich Clem. 1 de poen. V. 8. (betr. Realinjurien und thätliche Angriffe gegen Bischöfe), nach welcher des Thäters „filii per masculinam descendentes lineam usque ad generationem secundam, omni spe dispensationis adempta, reddantur ipso facto inhabiles ad ecclesiastica beneficia in civitate et dioecesi, in quibus idem episcopus

8. Die Suspension von einzelnen kirchlichen Rechten [1] und 9. der Verlust solcher Rechte für immer [2].

10. Die Entziehung der Gnade (*gratia*) oder die *indignatio* des Papstes. Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts, also seit der Zeit, als das Papstthum und die an der Kurie herrschende Partei die Reform der Kirche in die Hand genommen hatte und sich vom Kaiserthum zu emancipiren sucht, wird wiederholt in päpstlichen Briefen der Verlust der Gnade des h. Petrus oder des Papstes oder der römischen Kirche in Aussicht gestellt [3], eine Drohung, welcher in anderen Fällen die Verheissung dieser Gnade entspricht [4]. Gleichbedeutend mit dem ersteren ist der in derselben Weise gebrauchte

praesidet, obtinenda". Nach Mainz 1261 c. 43, M. 25, 1097, hat Innocenz IV. ein Statut des Erzbischofs Siegfried III. 1230—1249, nach welchem die Descendenten der captivatores clericorum und ihrer Gehülfen ipso facto für unfähig zur Erlangung der Weihen, von Benefizien, Prälaturen und Dignitäten erklärt werden, bestätigt, und Magdeburg 1266, richtiger 1315 (Hefele Conc. Gesch. 6, 94. 564) c. 9, M. 23, 1163 droht ebenfalls für dasselbe Vergehen die Unfähigkeit der Descendenten bis zum 4. Grade, Benefizien in der erzbischöflichen Provinz zu erlangen, an.

[1] Dies aber nur vereinzelt, so vom Präsentationsrecht bis zur Satisfaktion für Patrone, welche die Patronatsgeistlichen durch Forderungen von Schmausereien belästigen, Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 710.

[2] Des Rechtes an Kirchen, London 1127 c. 1, M. 21, 355: „Qui hoc praeceptum (das Verbot des Kaufens und Verkaufens von ecclesiae, beneficia ecclesiastica und honores) violasse convictus fuerit, clericus quidem, etiamsi canonicus regularis fuerit, ab ordine deponatur, laicus vero exlex et excommunicatus habeatur et eiusdem ecclesiae vel beneficii potestate privetur" (d. h. er verliert sein Verfügungsrecht über die Kirche, namentlich das Anstellungsrecht des Geistlichen und das Recht auf die nicht für die Zwecke der Kirche bestimmten Nutzungen, s. Bd. II. S. 626. 627); ferner des Patronatrechts, London 1175 c. 9, M. 22, 149 (für Bestellung der Kirche zum Dotalitium oder für simonistische Präsentation), des Vogteirechtes und Vicedominats, c. 12 (Lateran. IV.) X de poen. V. 37 (wegen des Patronates s. auch noch Bd. III S. 91. 92); endlich auch des Rechtes auf den Bischofssitz c. 9 X. de haeret. V. 7, S. 47 n. 3; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V 9, S. 47 n. 4; Gregor IX. 1231, Potth. n. 8699, Ughelli Italia sacra 1, 821.

[3] Alexander II. an die französ. Bischöfe betreffend den Gehorsam gegen seinen Legaten Petrus Damiani v. 1063, J. L. n. 4516; M. 19, 958: „Quisquis enim fastu superbiae . . . inflatus illius iudicio contradictor vel adversator extiterit, usque ad dignam satisfactionem nostram vel Romanae ecclesiae gratiam non habebit"; Gregor VII. ep. II. 14, 1074, Jaffé m. Gregor p. 129; „alioquin sciat (der advocatus Hugo), se apostolici gladii ictum nullatenus evadere posse et non solum a gratia s. Petri, sed a communione totius ecclesiae iudicio s. spiritus et apostolica auctoritate sententia excommunicatum ac condemnatum penitus separari"; eiusd. ep. II. 76, ibid. p. 201: „Si quis contra huius interdictionis paginam venire temptaverit (gegen das Verbot, Sachen der Bamberger Kirche wegzunehmen), noverit, se gratiam s. Petri amittere et apostolicae animadversionis ultione plectendum"; III. 9, ibid. p. 217: „continuo se a gratia b. Petri et nostra dilectione necnon a communione s. corporis et sanguinis domini sequestratum se cognoscat"; VI. 23, p. 360: „se gratiam b. Petri amissurum et anathematis gladium, nisi resipuerit, incursurum", VI. 26 p. 363; VII. 13 p. 397.

Vereinzelt steht das von Hugo v. Flavigny mitgetheilte Dekret der römischen Synode v. 1074 betreffend das Verbot der Laien-Investitur für Bischöfe und Äbte da, Watterich, pont. Rom. vitae 1, 365 (wiederholt Rom 1080, Bd. II. S. 549 n. 2).

[4] So schon Benedikt VIII. 1016 Priv. für Cluny, J. L. n. 4013: „Quod si fecerint, habeant gratiam et benedictionem et absolutionem Dei et s. Petri et nostram", wo für den entgegengesetzten Fall das Anathem angedroht wird; Nicol. II. 1059/1061, J. L. n. 4444, M. 19, 869 (Anordnung, dass der Erzbischof v. Rheims den Schaden, welchen er und seine Leute der Kirche von Verdun zugefügt haben, ersetzt: „ut pro hac et praedictis rebus studiose peractis, et gratiam apostolorum principis et nostram habere promerearis". Gregor VII. ep. I. 66, l. c. p. 86: „et eum fideliter adiuvetis sicut gratiam s. Petri et nostram habere vultis; alioquin iram nostrae malevolentiae seu excommunicationis vinculum non evadatis"; I. 79. IV. 4, VII. 4, ibid p. 100. 248. 384. Der Besitz dieser „gratia" ist nach verschiedenen Klosterprivilegien die Voraussetzung der Ausübung der Weiherechte für Bischöfe, Urban II. 1092, v. Pflugk-Harttung, 1, 58: „consecrationes altarium, basilicarum, ordinationes clericorum, krisma, oleum sanctum et cetera ad episcopale officium pertinentia, ab episcopo Constantiensi, in cuius estis dioecesi, accipietis, si tamen catholicus est et gratiam et communionem apostolicae sedis habuerit"; ebenso 1089. 1094, ibid. 2, 144.; Paschalis II. 1109, ibid. 1, 100 u. 1102, ibid. 3, 22 u. 25, während vorher und noch gleichzeitig Wendungen, wie „non simoniacus vel capitali crimine pollutus sed religiosus et catholicus episcopus", Nikolaus II. 1060; Alexander II. 1062, ibid. 2, 91. 96, oder „canonice ordinatus et a Romana ecclesia tunc excommunicatus non fuerit", ibid. 2, 156; „quicunque catholicus episcopus", Alexander 1071, ibid. 2, 114; „si episcopi canonice ordinati fuerint", Gregor VII. 1075, ibid. 2, 128, vorkommen.

Ausdruck: *indignatio*[1]. Offenbar liegt hier eine Nachbildung der seit dem Ende des 10. Jahrhunderts vorkommenden Androhung des Verlustes der Gnade seitens des Königs und anderer Fürsten[2] für die Nichtbeachtung ihrer Anordnungen vor. Der Verlust der päpstlichen Gnade hat die Bedeutung, dass der Papst seine Hand von der zu strafenden Person abzieht, also zunächst jede Gemeinschaft und jeden Verkehr mit ihr abbricht[3], sowie die Ausübung seiner Rechte und seiner Autorität zu ihren Gunsten und in ihrem Interesse verweigert[4], weiter aber auch mitunter die, dass sie zugleich einer vom Papst selbst arbiträr zu bestimmenden[5] oder schon vorweg festgesetzten

[1] Urban II. 1094, J. L. n. 5516, M. 20, 686: „Quodsi infra dies XXX . . . quod mandamus adimplere contempseris, et indignationem nostram incurristi (l. incurrisse) et apostolicae sedis anathematis te percussum indubitanter agnoscas"; Urban II. 1096, J. L. n. 5533, M. 20, 926: „apostolicae indignationis gladio et s. spiritus iudicio feriatur"; idem 1088/99, J. L. n. 5747, v. Pflugk-H. 2, 166: „Si quis contra eam (paginam constitutionis) temere venire temptaverit secundo tertiove commonitus, si non satisfactione congrua emendaverit, sciat se apostolicae indignationis gladio feriendum"; 1096, ibid. p. 163: „Alioquin et sedis apostolicae indignationem et canonicae disciplinae invenietis"; Paschalis II. 1005/1108, ibid. 2, 194; J. L. n. 5956. 6164. 6540, M. 20, 1029. 1030. 1040. 1070; Gelasius II. 1118, J. L. n. 6668, M. 21, 172; Innocenz II. 1130 bis 1143, J. L. n. 7454. 8334. 8328, M. 21, 374. 398. 397 415. 421. Cölestin 1144, J. L. n. 8501, M. 21, 594; Lucius III. 1182/1183, M. 21, 615. 617; Innocenz III. (nicht II.) 1209, M. 21, 915; gl. ferner für Hadrian IV., Alexander III., Lucius III., Urban III., v. Pflugk-H. 3, 192. 199. 211. 217. 230. 231. 232. 245. 257 ff. 267. 273. 297. 298. 313 ff. 323 ff. Cölestin III. J. L. n. 17300, M. 22, 604 (welche ergeben, dass seit Mitte des 12. Jahrh. die Formel: omnipotentis dei et bb. Petri et Pauli apost. indignationem die häufigste ist). Über die Identität beider Ausdrücke kann kein Zweifel sein. Indignatio ist die Wirkung der Entziehung der Gnade, so setzt Gregor VII. ep. I. 66, S. 34 n. 4, der gratia die ira nostrae malivolentiae entgegen, und stellt VI. 25, Jaffé, m. Greg. p. 362: „ira b. Petri et nostrae et dignae animadversionis sententia in periculum ordinis" und VIII. 2 p. 429: „b. Petri iram et indignationem atque, si non resipuerit (Alfons VI. v. Leon), gravissimam adversum se et regnum suum ultionem" in Aussicht. Auch wird der Verlust der Gnade und die indignatio in derselben Weise, z. B. unter der Bedingung der Nichtabstellung des schuldbaren Verhaltens und unter Hinweis auf andere, d. h. kanonische Bestrafung oder auf eine bestimmte Strafe, z. B. auf die Excommunikation, angedroht.

[2] Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte 6, 465 ff.; Ficker, Forschgen. z. Reichs- u. Rechtsgeschichte Italiens 1, 79, dessen Zusammenstellung ergiebt, dass in den Königsurkunden ebenfalls die Bezeichnungen: gratia und indignatio gebraucht werden.

[3] Paschalis II. ad Anselm. Cantuar. 1102, J. L. n. 5928, M. 20, 982: „Episcopos autem qui veritatem in mendacium provocaverunt . . . a b. Petri gratia et nostra societate excludimus, donec Romanae ecclesiae satisfaciant et reatus sui pondus agnoscant". Die Entziehung der Gemeinschaft wird schon in dem S. 17 Anm. cit. Brief Hadrians II. v. 869 erwähnt, wo es vor der cit. Stelle heisst, M. 18, 838: „illi (Kaiser Ludwig) in omnibus veluti proprio seniori, proprio imperatori . . . obedire, fidemque illaesam more solito conservare . . attendite, ut dei omnipot. et s. Petri gratiam nostramque plenariam habere mereamini benedictionem et apostolicae communionis consortium. Nam quem ex vobis contraria tentare nitentem atque apostolicae sedis monitis in contemptum b. Petri . . . spretis ad aliam se partem conferre cognoverimus, velut infidelem (d. h. gegen den Kaiser) et ecclesiasticae paci ac saluti contrarium, a nostri etc". Sie wird hier als kirchliche Strafe für den Hochverrath (Infidelität) vom Papste angedroht, aber der Gedanke der Entziehung der päpstlichen Gnade tritt dabei noch nicht hervor.

Als einzelne Folgen der Versagung der Gemeinschaft kommen vor die Zurückweisung von Geschenken, welche dem Papst angeboten sind, Jaffé mon. Gregor. p. 496. 498, ferner auch in den etwa an den Schuldigen gerichteten päpstlichen Schreiben die Auslassung des Grusses und des apostolischen Segens (salutem et apostolicam benedictionem) in der Adresse, l. c. p. 375, wo sie sogar schon blos bei der Androhung der ira weggelassen ist. Über diese Verweigerung, welche auch gegenüber den mit kirchlichen Strafen belegten Adressaten üblich war, ibid. p. 263, vgl. Gundlach i. Arch. s. Gesellsch. f. ält. deutsche Gesch. 22, 39.

[4] Honor. II. 1126, J. L. n. 7268, M. 21, 540: „Ut igitur verba ipsius (Calixt II.) ad Pontium (Erzabt v. Cluny Hefele Conc. Gesch. 5, 392) ponamus, haec sunt: Tibi praecipimus, ut ab huiusmodi levitate desistas et quam in manu nostra sine recuperationis spe refutasti Cluniacensem abbatiam nullatenus molestare praesumas. Si vero nostri praecepti transgressus extiteris, gratiam b. Petri et nostram amittis: et si quando ad nos clamaveris, non exaudieris". Auf demselben Gesichtspunkt beruht es, dass der Papst bei Privilegienertheilungen an Klöster, S. 34 n. 4, die Vornahme von Weihhandlungen nicht durch solche Bischöfe gestattet, welchen er seine gratia entzogen hat.

[5] Gregor II. 76 u. VI. 25, s. S. 34 n. 3 u. o. Anm. 1; Urban II. 1096, v. Pf.-H. 2, 163, s. Anm. 1.

Strafe[1] unterworfen wird. Wenn auch der Verlust der *indignatio dei et bb. Petri et Pauli* noch mehrfach in päpstlichen Bullen bis über das 15. Jahrhundert hinaus angedroht wird[2], so scheint man schon seit dem 13. Jahrhundert die Erinnerung der ursprünglichen Bedeutung dieser Strafe verloren und darin lediglich eine herkömmliche Schlussformel gesehen zu haben.

Von Strafen weltlichen Charakters ist in dieser Periode

11. die schon in der vorigen vorkommende Prügelstrafe beibehalten worden. Sie wird im Frankenreich durch die Kapitularien im Beginn der karolingischen Zeit gegen Sklaven und Freigelassene für incestuose Ehen[3], später für das Nichtlernen des Symbols[4] angedroht, und ist ferner wohl arbiträr gegen Leute niederen Standes von den Bischöfen angewendet worden[5]. Auch später findet sie sich, wenngleich freilich selten, für solche Personen und für Sklaven auf verschiedenen Reichssynoden[6], und noch seltener allgemein ohne Unterschied der Person[7] angedroht[8].

12. Was die Geldstrafe betrifft, so setzen die karolingischen Kapitularien eine solche zu Gunsten des Priesters oder der Kirche für die Verweigerung des Zehnten fest[9]. Ende des 9. Jahrhunderts wird sie von den Reichssynoden in Gestalt des

[1] Namentlich der Exkommunikation und der Ausschliessung vom Abendmahl, vgl. die Citate S. 34 n. 3. 4 u. S. 35 n. 1.

[2] Vgl. Bull. Taur. 3, 318. 423. 519. 629. 793 u. 4, 129. 195. 298. 467. 690 (Martin V. 1418).

[3] Cap. Pippin. 754/755 c. 1, Bor. 1, 30: „Si servus et libertus est, vapuletur multis plagis". Friaul 796 c. 11, S. 16 n. 11, verweist dagegen bei Verletzung des Keuschheitsgelübdes durch Frauen nur auf die durch das weltliche Gericht zu verhängende Prügelstrafe.

[4] S. 32 n. 7.

[5] Capit. missor. syn. Suession. 853 c. 9, LL 1, 419: „. si episcopus aut ministri episcoporum pro criminibus colonos flagellaverint cum virgis propter metum aliorum, ut ipsi criminosi corrigantur cum tali discretione sine ulla occasione indebita, sicut in sinodo conlocatum est, et vel inviti poenitentiam temporaliter et corporaliter agant, ne aeternaliter pereant". Daraus ergiebt sich, dass die capit. ad lector. 802, Boret. 1, 108, deren c. 6 das Verbot von can. 28 apostol., Bd. IV S. 803 n. 5, wiederholt, eine Privatarbeit sein müssen.

[6] So Augsburg 952 (Bd. III. S. 561. n. 3) c. 4, LL 2, 28 in Betreff der bei Klerikern wohnenden feminae subintroductae („Si vero aliqua suspicionum maculis adspersa contra haec agere tentaverit, ab episcopo vel eius misso virgis caesa detondeatur"; Coyaca 1050 (Bd. III S. 575 Anm.) c. 4, M. 19, 788, droht für inferiores personae, welche die Busse wegen des Umgangs mit Juden verweigern, 100 Hiebe, Szaboles 1096 I. c. 11, M. 20, 763, für den Nichtbesuch des Gottesdienstes an Sonntagen und Festtagen ebenfalls Prügel (was leg. eccl. Coloman. u. 1103 IV. 8, M. 20, 1180 näher dahin bestimmt: „si servus, VII plagis mulctetur"); Gran 1114 c. 7, M. 21, 101 für Beobachtung heidnischer Gebräuche gegen minores Busse von 7 Tagen „cum plagis", an.

[7] Diöces. Statuten v. Salisbury 1256, M. 23, 912: „ut quicumque subditorum nostrorum in excommunicationis sententiam contra iura ecclesiastica et alios criminosos in Oxoniae conciliis promulgatam convicti fuerint incidisse, praeter notam infamiae, quam incurrunt, ipsi toties in civitate Sarum et in illis partibus, ubi crimen commiserint, . . fustigentur, quoties nobis . . . visum fuerit, expedire"; Wien 1267 c. 17, M. 23, 1175 (für fornicatio der Christin mit einem Juden).

[8] Bei Gratian wird sie in c. 11 (Gregor. I) C. XII qu. 2; c. 10 (id.) CXXVI qu. 5; c. 32 (Ps. Is.) CXXIV qu. 1; c. 5 (Angilr.) CV qu. 1 erwähnt. c. 2 (Gregor I) X de adult. V 16 bezieht sich in der Originalstelle auf einen Geistlichen s. Bd. IV S. 817 n. 6.

[9] Cap. de reb. eccles. 787/813, Boret. 1, 186: „c. 3 ut decime pleniter dentur: et a quibus retente sunt, de primo contentu sit culpavilis qui eas retinuit solidos VI . . c. 4. De secundo conponat bannum nostrum et eidem sacerdoti qui preest, solidos VI et tamdiu extra ecclesia excommunicetur, donec sacerdoti satisfaciat; de tertia autem, ut sacrilegus habeatur, sit in exilium missus et res eius in fiscum nostrum redigantur"; cap. Mantuan. II. 787 c. 8, ibid. p. 197: „Neglegentes autem ammoneantur a presbyteris ecclesiarum usque ad tertiam vicem, ut ipsam decimam dent, quod si contempserint, ab introitu ecclesiae prohibeantur; et si in hoc minime emendaverint, a ministris reipublice districti singuli per caput VI solidos ecclesie conponat et insuper decima dare cogatur".

Die verschiedenen Geldstrafen und Compositionen, welche die capitul. de part. Saxon. 775—790 c. 19—21, B. 1, 69 für die Verweigerung der Kindertaufe, die Schliessung incestuoser Ehen und die Vornahme heidnischer Gebräuche androht, fallen dem Fiskus anheim, weisen also den Charakter weltlicher Strafen für die Verletzung kirchlicher Ordnungen völlig rein auf. Dasselbe gilt für die 60 solidi, welche derjenige, welcher einen in incestuoser Ehe Lebenden bei

drei- oder vierfachen Ersatzes für unerlaubte Aneignung von Kirchengut [1], ja auch vom Papste in fester Summe für das Sakrileg angedroht [2]. In diesen beiden Gestalten, d. h. als fest fixirte oder nach dem mehrfachen Ersatz bestimmte Summe kommt sie wiederholt seit dem 11. Jahrhundert für Verletzungen des Gottesfriedens [3] vor. Abgesehen von den Reichssynoden, welche sie in dieser Zeit ebenfalls noch als Strafmittel verwenden [4], machen auch seit derselben die Päpste vielfach von dieser Strafe Gebrauch, indem sie von ihnen (offenbar nach dem Vorbilde der italienischen Königsurkunden [5]) bei Ertheilung von Privilegien [6] und bei Erlass von Entscheidungen und Anordnungen [7] für die Verletzungen und Nichtbeachtung derselben, sodann

sich aufgenommen hat, nach Pipp. cap. 744/55 c. 1, Boret. 1, 31 an den König entrichten muss.

1 Reichssynode v. Thousey oder Toucy 860 (Bd. III S. 554 Anm. a. E.) c. 1, M. 15, 558 neben der Busse; ferner Reichssynode v. Tribur 895 c. 7, M. 18, 136.

2 Von Johann VIII 878 zu Troyes auf Ersuchen des Erzbischofs v. Narbonne, da die lex Gothica keine Vorschriften über das sacrilegium enthalte, M. 17, 351: „Sed nos leniorem (vgl. v. Savigny, Gesch. d. röm. Rechts 2, 279 und Conrat, Gesch. d. Quellen des röm. Rechts i. früheren Mittelalter. Leipzig 1889 1, 20) esse legem praecipimus tenendam quae a Carolo est constituta pio principe de compositione sacrilegii, videl. in XXX libras examinati argenti, i. e. DC solidorum summam argenti purissimi. Ideoque quisquis inventus fuerit reus sacrilegii, istam leviorem compositionem emendet episcopis ipsis vel abbatibus sive personis, ad quas querimonia sacrilegii iuste pertinuerit: et si ipse reus sacrilegii facere noluerit, tamdiu excommunicationi subiaceat, usque quo praedictam compositionem DC solidorum persolvat. . . Et praecipimus, ut in fine codicis legis mundanae scribatur haec lex“. Das erklärt sich aus der Lage der Verhältnisse im Frankenreiche, Bd. III. S. 557. 718. 719.

Wenn sich in dem Klosterprivileg des Konzils v. Fermo v. 887, M. 18, 56 für die Verletzung desselben ausser der ewigen Exkommunikation auch eine Busse von 100 Pfund zum Besten des Klosters angedroht findet, so war hier der Kaiser gegenwärtig und die Androhung der Strafe beruht auf seiner Autorität.

3 Narbonne 1054 c. 26, M. 19, 832: „Quodsi quis eorundem hominum vel foeminarum praedictam pacem ac institutionem praesumptuose infregerit et infra XL dies non emendaverint, noverint, se tamdiu extraneum a christianorum consortio et a liminibus s. dei ecclesiae segregatum, donec ei, cui damnum pertulerit, duplum restituat et potestati illius terrae, in qua istud actum fuerit, XL solidos emendet, et episcopo eiusdem terrae emendet, manu propria iurando super altare sedis aut super quo liberavit, quo episcopus iusserit, quia amplius emendare non debeat pro transgressione excommunicationis aut emendet ei XL solidos sine sacramento;“ Gottesfrieden v. Vich 1068, M. 19, 1072. 1073; Lillebonne 1080 c. 13, M. 19, 557. 558 (hier Geldstrafen für sehr viele Vergehen, welche aber bei freiwillig geleisteter Busse fortfallen).

Coyaca 1050 c. 12, Bd. IV. S. 387 n. 1; Szaboles 1090, M. 20, 765 ff. lässt für verschiedenartige Verletzungen der Sonntagsfeier meistens I. 12. 15 (nicht aber immer I. 16) an Stelle des Geldes die Leistung eines Pferdes, bez. eines Rindes treten.

5 Ficker, Forschgen z. Reichsgesch. Italiens 1, 63 ff.; P. Löning, d. Vertragsbruch. Strassburg 1876. 1, 541. 582. 587.

6 Stephan IX. 1057, J. L. n. 4373, M. 19, 868 (Priv. auf Exemtion des Clerus v. Lucca von der weltlichen Gewalt): „sciat se nisi resipuerit et damnum emendaverit . . . anathematis vinculo innodatum . . . Insuper compositurus existat auri optimi libras X medietatem sacro nostro palatio, medietatem illis quibus iniuria illata fuerit“; Nikolaus II. 1061, J. L. n. 4468, v. Pflugk-Harttung 2, 94 (neben Anathem „C librarum auri pena mulctetur, medietatem s. Later. palatio et medietatem prephato monasterio“).

Benedikt VII. 978, J. L. n. 3797, v. Pfl.-H. 2, 50 ist entweder falsch oder interpolirt; Johann XVIII. 1006, J. L. n. 3949, M. 19, 241 enthält nur im Anfang den Namen des Papstes und am Schluss die päpstliche Datirungszeile, während den übrigen Inhalt eine bischöfliche Schenkungsurkunde bildet, deren Verletzer „mille auri librarum fratribus et canonicis s. Mariae regia sublimitate cogatur exsolvere“, wonach also weder der Papst noch der Bischof die Strafe selbstständig festsetzen. Dasselbe gilt auch von Johann XV. 989, J. L. n. 3832, M. 19, 85, dessen Ächtheit zweifelhaft ist: „Ab imperatoribus etiam regibus sive ducibus aut quacumque potestate . . . componere cogantur 1000 libras auri optimi, medietatem praedictis monasteriis ac medietatem camerae eorum principum“.

7 Alexander II. 1068, J. L. n. 4657, v. Pflugk-H. 2, 109: „si vero laicus, nostrae apostolicae excommunicationi subiaceat et insuper bannum nostrum componat, LXX videlicet optimi auri libras, medietatem Lateran. palatio, medietatem autem parti nostram apostolicam servanti decretum“; Urban II. 1092, J. L. n. 5470, M. 20, 685 u. 780 („tam canonicae severitati subiaceat, quam legitimae compositionis poenam, i. e. auri C librarum sustineat“); Paschalis II. 1101, J. L. n. 8865, M. 20, 1048 (hier C libras denar. Papiens. mit der mehrfach vorkommenden Vertheilung nach Hälften); Honorius II. 1126, J. L. n. 7268, M. 21, 340: „burgenses etiam de thesauro Cluniacensi monasterio restituendo et alio damno restaurando in manu tua (des Abtes) . . . damnavimus, poena legali adhibita, verum ipsius poenae relaxatio est discretioni tuae commissa“, wo wohl

aber auch bei einzelnen kirchlichen Vergehen in bestimmter Höhe[1] angedroht wird. Ferner haben die Geldstrafen bei der Ausübung der Sendgerichtsbarkeit eine ausgedehnte Verwendung erfahren[2], und später finden sie sich auch in einzelnen Provinzial- und Diöcesan-Verordnungen festgesetzt[3]. Da die Strafe ausserdem fort und fort von den Reichs-Synoden[4], weiter von den Legatenkonzilien[5], endlich auch von den allgemeinen Synoden[6] angedroht worden ist, so hat sie ebenfalls Aufnahme in das Strafensystem des Dekretalen-, also des gemeinen Rechts gefunden[7].

unter der poena legalis die bei Urban II. cit. erwähnte legitima compositio zu verstehen ist.

Auch päpstliche Legaten haben davon Gebrauch gemacht, so ist von ihnen 1067 bei der Regelung der Verhältnisse in Mailand aus Anlass der Pataria-Wirren, Hefele 4, 879. 880, die Verletzung des von ihnen gegebenen Statutes mit festen, nach dem Stande abgestuften Geldstrafen, welche an die Mailander Domkirche fallen sollten, belegt worden.

[1] Röm. Synode unter Gregor VII. v. 1078, Jaffé mon. Gregor. p. 335: „Si quis praedia b. Petri . . . in proprietatem suam usurpaverit vel sciens occultata non propalaverit vel debitum servitium exinde b. Petro non exhibuerit, recognoscat, se iram dei et ss. apostolorum velut sacrilegus incurrere. Quicumque autem in hoc crimine deprehensus fuerit eandem hereditatem b. Petri legitimae restituat et poenam quadrupli de propriis bonis persolvat". c. 2 (Gregor IX.) X de maledic. V. 26 für Blasphemie neben der Zwangsbusse: „per temporalem praeterea potestatem, coactione, si necesse fuerit, episcopi dioecesani adhibita, contra eum, blasphemus, si dives fuerit XL solidorum, alioquin XXX sive XX et si ad id non sufficiat, V solidorum usualis monetae poena mulctetur . . . quod etiam intra alia communitatum statuta ponatur". Wenngleich Gregor die Vollstreckung der Strafe durch die weltliche Obrigkeit vorschreibt, so setzt er diese doch aus päpstlicher Machtvollkommenheit fest, wie namentlich die Vorschrift zeigt, dass sein Erlass in die städtischen Statuten eingefügt werden soll.

Nicht hierher gehören aber päpstliche Anordnungen, welche blos der Leistung des capitale, d. h. des nach weltlichem Recht zu gewährenden Ersatzgeldes gedenken, Rheimser Statut Calixts II. 1119, betr. d. Gottesfrieden, M. 20, 236 und Innocenz II. 1132, J. L. n. 7552, M. 21, 405.

[2] Vgl. § 288.

[3] Stat. Theodors v. Utrecht u. 1209, M. 22, 808 (bei Verletzung des Asylrechts) „publice in omnibus ecclesiis denunciabitur excommunicatus et poena XXX marcarum puniatur nec episcopus malefactorem absolvat, nisi satisfactum fuerit ecclesiae universali"; beide Strafen a. a. O. auch für Laien und Geistliche, welche in die Kirchen einbrechen und hier Tumult erregen und kämpfen; Saumur (Tours) 1253 c. 27, M. 23, 816. 817 für diejenigen, welche klandestine Ehen schliessen. Vgl. auch die folg. Anm.

[4] Oviedo 1115 c. 3, M. 21, 132 (mehrfacher E satz für Kirchenraub). Weiter gehören hier der Konvent v. Pamiers 1212 (vgl. Hefele C. G. 5, 851) c. 7 und Toulouse 1219 c. 12, M. 22, 857 u. 1135, welche im Interesse der Bekehrung der Albigenser und der Unterdrückung ihrer Ketzerei das unentschuldigte Fernbleiben vom Gottesdienst an Sonntagen und Feiertagen mit Strafe von 6, bez. 12 Denaren (v. Tours) belegen.

Wenn die Diöcesansynode v. Compostella 1114, M. 21, 119, c. 2. 15. 23. 25 theils feste Geldbussen, welche an den Bischof oder an den Herrn des Territoriums fallen, theils Geldstrafe in der Gestalt des mehrfachen Ersatzes für unberechtigte Pfändung, Nichtbetheiligung bei der Herstellung von Wolfsgruben und Gebrauch falschen Maasses (für den letzteren auch zugleich Exkommunikation) androht, also zugleich weltliche Vergehen berücksichtigt, so beruhen diese Vorschriften wahrscheinlich auf früheren Reichssynoden oder weltlichen Verordnungen.

[5] Lerida 1229 c. 19, M. 22, 1094 (betr. die Verletzung des Asylrechts) „Qui vero per Mauros ab ecclesia extraxerint (confugientes), et condignam et sacrilegii poenam solvant (Bd. IV. S. 387 n. 1) et Mauros illos . . . ecclesiae violatae servituti subiciant vel ipsi reddant valorem vel pretium eorumdem, si absolutionis beneficium voluerint obtinere".

[6] Lateran. IV. 1215 c. 65, M. 22, 1054 u. c. 41 X de sim. V. 3 (Anstellung von Geistlichen, erst wenn sie Geld zahlen, und Chikanen gegen in die Klöster eintretende, oder bei diesen das Begräbniss wählende Kleriker und Ritter, um Geld zu erpressen, doppelter Ersatz des Erpressten durch die schuldigen Bischöfe an die geschädigten Institute).

[7] Allerdings untersagt c. 3 (Alex. III.) X de poen. V. 37, dass die Archidiakonen v. Coventry „pro corrigendis excessibus et criminibus puniendis a clericis et laicis poenam pecuniariam exigunt", s. auch c. 6 (c. 3) X de off. arch. I 23, aber hierin ist nicht ein Verbot der Geldstrafe als solcher, sondern nur der Anwendung derselben für alle Vergehen enthalten. In Übereinstimmung hiermit verbietet Innocenz III. ep. I. 420 v. 1198 (Potthast n. 415, Migne 1, 396) ebenfalls blos eine Abmachung, dass für alle Vergehen eine bestimmte Geldsumme gezahlt wird (wie sie z. B. London 1268 c. 20, M. 23, 1236 nur bei notorischen schweren oder grobes Ärgerniss erregenden Vergehen untersagt), während der Papst die Zahlung einer Geldstrafe neben der Busse nicht missbilligt, und ebenso findet sich die Anwendung von Geldstrafen mehrfach in den Dekretalen, ausser c. 41 X V. 3 cit. noch c. 2 (Gregor IX.) X V. 26, s. Anm. 1; c. 7 (Honor. III.) X de injur. V. 36 (Verurtheilung der Kommune v. Florenz zu 1000 Pfund üblicher Münze, weil sie den Bischof v. Fiesole in die Acht gethan hatte); c. 14 (Innoc. III.) X de judaeis V. 6. (poena pecuniaria für Juden bei percussio cleri-

13. Die Vermögenskonfiskation. Diese Strafe setzen die karolingischen Kapitularien für den Incest[1] und ferner für die Verweigerung der Zehnten, falls die Hartnäckigkeit des Pflichtigen nicht durch die in erster Linie angedrohten anderen Strafen zu brechen ist[2], fest. Erst im 11. und 12. Jahrhundert wird sie auch von rein kirchlichen Synoden[3], päpstlichen und allgemeinen[4], sowie von den Partikularsynoden[5] angedroht, und ferner von den Päpsten seit dem 12. Jahrhundert verwendet[6]. Mit dem 13. Jahrhundert erscheint sie vor Allem als eine der vielen seitens der letzteren[7] für die Ketzerei in Anhalt an das römische Recht[8] festgesetzten Strafen[9].

14. Mit dem Exil bedrohen die älteren karolingischen Kapitularien neben den unter Nr. 12 u. 13 aufgeführten Strafen die hartnäckige Zehntverweigerung[10]. Bald

corum) erwähnt. Aus der Üblichkeit der Geldstrafen erklärt sich auch die Angabe Sachsp. III. 63, dass „Constantin de koning gaf dem pavese silvestre wertlick gewedde to me geistliken, die sestick schillinge mede to dvingene alle jene, die gote nicht beteren ne willen mit dem live, dat man sie dar to dvinge mit dem gude", eine Bewilligung, die freilich die Glosse, ed. III Homeyer p. 359 mit dem Bemerken: „torne nicht pape up mi, torne up Accursium" (ad Nov. 3 in pr.) für ungültig erachtet.

[1] Capit. Pipp. 754/755 c. 1, Boret. 1, 30: „de istis capitulis pecuniam suam perdat"; Cap. Harist. 779 form. langob. c. 5, Bor. 1, 48 für Wiederholung des Incests nach der Bestrafung durch den Bischof: „si alodem habuerit, ipso fisco regis recipiat".

[2] Cap. de reb. eccles. cit. c. 4, S. 36 n. 9.

Die Bedrohung hochverrätherischer Handlungen in c. 43 Worms 868, M. 15, 877, nicht nur mit Vermögenskonfiskation, sondern auch mit ewiger Exkommunikation, nimmt offenbar blos Bezug auf die erst gedachte, längst nach weltlichem Recht in Kraft stehende Strafe des Hochverrathes. Übrigens war das Konzil auch eine Reichssynode, Bd. III. S. 552 n. 1 unter a. Das: „Ex dictis Gregorii ppe" überschriebene c. 22 C. XXIV qu. 3, welches das Sakrileg, d. h. Handanlegung an Bischöfe oder Priester und die Verwüstung und Anzündung von Kirchen, mit der proscriptio bonorum und Einschliessung in ein Kloster zu lebenslänglicher Busse belegt, giebt nicht (so Friedberg decr. Gratiani l. c.) Bened. Lev. II. 115. 117. 394. 395. 407 wieder, sondern im wesentlichen Hohenaltheim 916 c. 24, LL. 2, 558 (wo aber gerade die Vermögenskonfiskation fehlt).

[3] Nach Alexander II. J. L. n. 4477, hat eine römische Synode unter Nikolaus II. M. 19, 982 (c. 22 C. XVII qu. 4) betreffs der comprehensio, percussio und expulsio episcoporum bestimmt: „auctores et cooperatores tanti sceleris anathematizentur et bona eorum ecclesiae ipsius iuri perpetuo tradantur", was Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 36 ohne jeden haltbaren Grund auf Kirchengüter beschränken will.

[4] Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 230 in c. 6 X de iudaeis V. 6.

[5] Provinzialsynode v. Rheims 1157 c. 1, M. 21, 843: „ut nisi commoniti — die Piphili, eine ketzerische Sekte, Hefele, Conc. Gesch. 5, 568 — a cohabitatione sua illas (vom incestuosen Geschlechtsverkehr) removerint, excommunicentur. Quod si nec ita destiterint, eorum bona publicentur". — c. 32 C XXIV qu. 1, wo die Strafe ebenfalls erwähnt wird, gehört Pseudo-Isidor an.

[6] So von Eugen IV. 1152, vielleicht in Anhalt an die erwähnte Synode (Anm. 3) wegen der Gewaltthätigkeit der Bürger von Vezelay gegen den Abt und das dortige Kloster J. L. n. 9619 (an den Herzog und die Grossen v. Burgund), M. 21, 655: „quoscumque de ipsis homines vestri invenerint, tam quam periuros et proditores et excommunicatos capi et rebus suis spoliari praecipiatis"; J. L. n. 9020 (an die Bischöfe der Provinz Sens), M. l. c.: „a quibus parochianorum vestrorum inveniri potuerit, capi et rebus suis spoliari praecipiatis", wiederholt v. Anastasius IV. 1153, J. L. n. 9786. 9788, M. 21, 775; vgl. auch Innoc. IV. 1248 P. n. 13039. — Das Privileg Leos IX. 1049/1053 J. L. n. 4286, M. 19, 728, welches die Vermögenskonfiskation neben ewigem Bann, ewigem Exil und Todesstrafe in der Strafklausel für die Verletzung androht, ist falsch.

[7] Schon Innocenz III. hat sie 1199 für die seiner weltlichen Herrschaft unterworfenen Länder gegen die Ketzer vorgeschrieben und für die übrigen die Vollstreckung dieser Strafe seitens der weltlichen Obrigkeiten beansprucht, Potth. n. 643, c. 10 X de haeret. V. 7. Allgemein ist sie dann für die ganze Kirche vom IV. Lateran. Konzil 1215 c. 3, c. 13 X de haeret. V. 7, festgesetzt („ita quod bona damnatorum, si laici fuerint, confiscentur, d. h. von den Landesherren, si vero clerici, applicentur ecclesiis, a quibus stipendia receperunt". Vgl. ferner c. 19 (Bonif. VIII.) in VI de haeret. V. 2.

[8] Bd. IV. S. 791. 792.

[9] Vgl. Lateran. III. 1179 c. 27, M. 22, 7166 Bezugnahme darauf c. 10 X V. 7 cit. und c. 2; (Innoc. III. 1210, P. n. 3886) de V. S. V. 40. Doch kommt sie auch für andere Vergehen vor, so nach c. 5 (Bonifac. VIII.) in VI de poen. V. 9 für die Verletzung von Kardinälen mit der Verschärfung, dass das vom Thäter bewohnte Gebäude zerstört werden soll, s. auch u. S. 49 n. 5.

[10] Cap. de reb. eccles. 787/813 c. 4, Bor. 1, 186. Als, durch den König besonders anzuordnende Strafe erscheint es für Nichtbeobachtung der Exkommunikation Pipp. cap. Vern. 755. c. 9 („regis iudicis exilio condamnetur"), ferner in der von der Reichssynode zu Mainz 851 c. 11 gegen einen Ehebrecher gefällten Strafsentenz auf Busse („iussu regis in exilium missus") vgl. weiter Karol. II. conv. Carisiac. 857 c. 7, LL 1, 452,

machen auch die Reichssynoden [1] und zwar bis in das 12. Jahrhundert [2], ferner seit dem 11. die Gottesfrieden [3] von dieser Strafe Gebrauch. Aber schon im 10. Jahrhundert findet sie sich selbst in rein kirchlichen Anordnungen [4] und im 11. auch in den päpstlichen Synoden [5]. Endlich kommt das Exil auch als Busswerk bei der Leistung der Kirchenbusse vor [6].

15. Die blosse Ausweisung aus einem bestimmten Orte erscheint hauptsächlich in normännischen und in englischen Konzilien als Strafe für Huren [7], inbesondere für die Konkubinen [8] der Geistlichen [9].

16. Mit der Strafe der Freiheitsentziehung in Gestalt der Einsperrung in das Gefängniss (*carcer*) bedrohen die Kapitularien den Incest [10] und die Zau-

wiederholt syn. Pist. c. 4, ibid. p. 482.; Meaux 845 c. 79, M. 14, 840.

[1] Mainz 888 c. 11, M. 18, 67: „ne praedia usibus secretorum caelestium dicata, a quibusdam irruentibus vexentur. Quodsi quis fecerit, post debitae ultionis acrimoniam quae erga sacrilegos iure promenda est, perpetua damnetur infamia et infernali carceri tradatur aut exilii perpetua deportatione feriatur" (entsprechend c. 40 C. Th. XVI. 2 und vermittelt durch Ben. II. 117. 385 oder Ps.-Isid. Urban c. 5, Hinschius p. 145), s. auch c. 13 C. XVII qu. 4.

[2] Palencia 1129 (Bd. III. S. 576 Anm.) c. 12, M. 21, 387: „Clericos monachos, viatores, mercatores, peregrinos sola (l. sacra) limina petentes, si quis invaserit, monasterio vel exsilio deputetur".

[3] Narbonne 1054 c. 5, M. 19, 828: „Si quis autem voluntarie aut scienter hominem occiderit, in hac treuga aut apprehenderit aut castrum cuiuslibet tulerit aut destruxerit aut in †‡† indictam treugam insidiando aut aguitando facere volens comprobatus fuerit, ... definitum est: in omni vita sua perpetuo damnetur exilio;" c. 6. „Si quis autem aliter alicui aliquam iniuriam fecerit aut damnum: in iudicio proprii episcopi aut clericorum eiusdem, quibus idem episcopus commiserit, secundum modum culpae directionem faciat per iudicium aquae frigidae aut per exilium . . ." Tulujas u. 1065, M. 19, 1042 setzt ebenfalls auf nicht zufällige Tödtung lebenslängliches Exil, auf zufällige aber Exil für eine von dem Bischof und den Kanonikern bestimmte Zeit, dagegen der päpstlicherseits zu Clermont 1095 bestätigte Gottesfrieden des Grafen Fulco v. Anjou c. 3, M. 20, 912 auf Tödtung blos 7 Jahre Exil, welches aber durch eine Friedensvereinigung mit den Verwandten des Getödteten beseitigt werden kann.

[4] Rheimser Provinzialsynode zu Troslé 909 c. 8, M. 18, 288: „ut deinceps nullus deo devotam virginem, nullus sub religionis habitu consistentem sive viduitatis continentiam professam vel sui proximam generis aut etiam de cuius admixtione incestiva notam possit subire infamiae, illicito connubio aut vi aut consensu accipiat in coniugem . . . Hoc vero nefas, si agere cuiuslibet gentis amodo homines sexus utriusque tentaverint, ab invicem omnimodis separati exilio perpetuo relegentur", dies unter Berufung auf Kanonen früherer Koncilien und auf kaiserliche Gesetze, d. h. wesentlich auf Benedictus Levita, wo sich die citirte aus l. Visigothor. III. 5. 2 entnommene Stelle II. 411 findet.

[5] Melfi 1089, M. 20, 727: „si quis in episcopum manus iniecerit eumque . . . capere praesumpserit, iuxta ss. patrum interdictionem proprii honoris dignitate privetur et depositis armis perpetua exilii damnatione mulctetur vel in monasterium domino serviturus detrudatur". Über das Privileg Leos IX. J. L. n. 4286, s. S. 39 n. 6. Später auch in den Partikularsynoden z. B. Toulouse 1229 c. 39, M. 23, 203 (Verweisung über das Meer). Die Stelle bei Gratian c. 32 C. XXIV qu. 1 gehört Pseudo-Isidor an.

[6] So erlässt Alexander II. 1062, J. L. n. 4480, M. 19, 980 mehreren Bittstellern, welchen wegen einer Tödtung Busse auferlegt worden war, welche aber blos zufällig in das Handgemenge der Kämpfenden gerathen sein wollten, unter dieser Voraussetzung aus Gnade die ihnen auferlegte Exiliirung; Paschalis II 1106, J. L. n. 6090, M. 20, 1031: „ut eos qui dominum suum presbyterum et abbatem tam nequiter occiderunt, secundum dignum poenitentiae modum in exilium detrudatis;" Reichssynode v. Oviedo 1115 c. 1, M. 21, 131 (für Pfändung oder Wegnahme gezähmter oder ungezähmter Rinder): „sit maledictus et excommunicatus et pro scelere perpetrato iudici terrae et episcopo 15 annis poeniteat, V ex his in exilio et V, sicut praeceperit ei episcopus suus: caeteros V foris ecclesiam in sua terra redimat". S. auch §. 263.

[7] Normännisches K. aus d. 11. Jahrh. c. 6, M. 18, 433: „De meretricibus a cunctis locis abiiciendis".

[8] General-Konzil London 1127, M. 21, 356: „Concubinae vero presbyterorum et canonicorum, nisi ibi legitime nupserint, extra parochiam expellantur".

[9] Einmal Rheims 1157, S. 39 n. 5, für die Anhänger von Ketzerhäuptern; ferner auch für Priester, welche im Fall der Exkommunikation und des Interdikts an Stelle vertriebener Geistlicher amtieren, Lüttich 1166 c. 14, M. 22, 10: „a toto episcopatu proiciendus est", neben öffentlicher Exkommunikation; Worcester 1240, c. 17, M. 23, 531 (für Geistliche, die Bussen und Messen zur Erpressung von Geld auferlegen); Wien 1267 c. 17, M. p. 1175 (Christin, welche fornicatio mit einem Juden getrieben).

[10] Pipp. cap. 754/755 c. 1, Boret 1, 31 für denjenigen, gegen welchen die Vermögenskonfiskation, S. 39 n. 1, ausgeschlossen ist, „et si pe-

berei[1], später die karolingischen Reichssynoden auch die Beeinträchtigung und Verletzung des Kirchengutes[2]. Über die Kirchensklaven wird in dem Reichsgesetz Heinrichs II. von Pavia 1022 in Bestätigung der dort gefassten Konzilsbeschlüsse[3] der Kirche die volle Verfügung und damit zugleich das Recht zur Verhängung der Gefängnissstrafe überlassen[4]. Dieselbe Berechtigung ist auch von einzelnen Bischöfen in dieser Zeit in Betreff der Konkubinen der Geistlichen in Anspruch genommen worden[5]. Seit dem 12. Jahrhundert wird die Gefängnissstrafe von der Kirche, d. h. von den Päpsten[6], und von den Partikularsynoden[7] gegen Ketzer angewendet und ist für diese auch später beibehalten worden[8]. Ferner haben sich die ersteren befugt gehalten, sie für andere Fälle anzuordnen[9]. Immerhin ist die Strafe abgesehen von dem Fall der Ketzerei gegen Laien verhältnissmässig wenig gebraucht worden[10].

17. Die Infamie, welche der früheren Zeit so gut wie unbekannt ist[11], tritt erst als Strafe seit dem Ende des 9. Jahrhunderts und zwar hier vereinzelt in Reichssynoden hervor[12], welche unter Zurückgreifen auf frühere Quellen, namentlich auf die Fälschungen Pseudo-Isidors[13] die durch diesen auf den Boden der Kirche verpflanzte Strafe aufgenommen haben.

Aber seit Ende des 11. Jahrhunderts ist derselben und zwar offenbar in Folge der vermehrten Kenntniss des römischen Rechts durch die Päpste eine grössere Anwendbarkeit gegeben worden[14], und im 12. Jahrhundert steht sie in allgemeinem

cuniam non habet, si liber est, mittatur in carcerem usque ad satisfactionem".

[1] Statuta Rhispac. 799. 800, c. 15, B. 1, 15 (betreffend incantationes, auguria, divinationes et hi qui tempestates vel alia maleficia faciunt): „fiat districtio, ne vitam perdant, sed ut salventur, in carcere, usque dum spondeant . . . emendationem peccatorum".

[2] Mainz 888 c. 11, S. 40 n. 1, alternativ mit Exil.

[3] Vgl. Hirsch - Breslau, Heinrich II. 3, 215 ff; u. o. Bd. III. S. 565 n. 5.

[4] Beschluss des Papstes und der Bischöfe c. 5, LL. 2, 562: „Nulli servorum ecclesiae sive in clericatu sive in laicatu, de quibus nostrum est et fratrum nostrorum iudicare, liceat comparare aut ullo modo per manus aut nomen alicuius liberi hominis. Quod qui fecerit, [in] evasibiliter caesus, tamdiu carceratus habebitur, quamdiu omnes ecclesia recipiat scriptiones", und Kaisergesetz c. 5, p. 563: „Servis ecclesiae, ut nostris, adquirere licet iuste et licuit; sed per manus alicuius liberi scriptiones ullas contrahere umquam tempore licebit. Quod si fecerit, ecclesiae iudicio ut suus coercebitur. Si enim ad nostrum spectaret iudicium, ut fugitivus addiceretur".

[5] Schreiben des Erzb. v. Rheims an den Grafen v. Flandern u. 1099, M. 20, 471, nach welchem er dem letzteren das Recht eingeräumt hatte, die bereits exkommunicirten Konkubinen von Geistlichen einzusperren, diese Genehmigung aber auf Beschwerde seiner Mitbischöfe zurückzieht und es nur gestattet, falls der zuständige Bischof dies verlangt.

[6] Rheims 1148, M. 21, 723: „Hic (Eon de la Stella) igitur in audientia omnium de sua perversa haeresi discussus et convictus, vitam quidem et membra episcopo qui eum adduxerat expostulante retinuit, sed tamen praecepto papae in custodia relegatus et ibi post non multum temporis mortuus est".

[7] Rheims 1157, S. 39 n. 5, c. 1, M. 21, 843: „Maiores vero (a) quibus alii seducuntur, si confessi fuerint vel convicti carcere perpetuo, nisi gravius aliquid mihi eis fieri debere visum fuerit, recludantur".

[8] c. 15. § 1 (Gregor. IX 1231. Potth. n. 8753), X de haeret. V. 7 für alle Ketzer: „si qui autem postquam fuerint deprehensi redire noluerint ad agendam condignam poenitentiam, in perpetuo carcere detrudantur".

[9] Vgl. S. 39 n. 6.

[10] Vgl. noch leges eccles. Stephans u. 1016, S. 32 n. 7, hier zur Erzwingung der Fasten. Auf der Reichssynode v. Palencia 1129, c. 5, S. 40 n. 2, wird sie alternativ mit dem Exil in der Gestalt der Verweisung in ein Kloster angedroht. In Valence 1248 c. 12, M. 23, 773 (betr. die sacrilegi et sortiarii: „et si moniti non resipuerint, immurentur vel ad arbitrium episcopi puniantur") handelt es sich um ein der Ketzerei verwandtes Vergehen.

[11] Bd. IV. S. 803. 804. 816 n. 2.

[12] Mainz 888 c. 11, S. 40 n. 1.

[13] Dass Mainz Ps. Isid. Urban c. 5 cit. benutzt haben muss, ergiebt sich daraus, dass die Quellen des letzteren Ben. II. 117. 385 (c. 40 C. Th. XVI. 2) gerade die Infamie nicht erwähnen. Allerdings kommt sie bei Bened. II. 97. 361. 383 für Kirchenraub, ferner auch II. 410 u. III. 192. 200. 235. 261. 348. vor. Bei Pseudo-Isidor findet sie sich ebenfalls wiederholt s. z. B. Anaclet. c. 20; Calixt. 8. 16. Stephan. 2, Hinschius p. 76. 138. 140. 182.

[14] So durch die von Urban II. (Bd. III. S. 521.

Gebrauch[1], denn während desselben wird sie von den verschiedenen Arten der Synoden, den allgemeinen und päpstlichen[2], sowie auch von den Partikularsynoden[3] angedroht.

Gratian hat das ältere Quellenmaterial in sein Dekret verarbeitet[4] und mit Rücksicht auf die Pseudo-Isidorstellen, welche die in Gemässheit des weltlichen Rechts eintretende Infamie auch für das kirchliche Gebiet als massgebend erklären[5], schon seinerseits zwischen der Infamie des weltlichen und des kirchlichen Rechts[6], welche letztere dann in der Doktrin als *infamia canonica* bezeichnet worden ist[7], unterschieden.

524) abgehaltenen Synoden Clermont 1095 c. 32, M. 20, 819: „Si quis episcopum ceperit et incarceraverit, perpetuae infamiae subiaceat, alterius arma 'non exerceat"; (schon vorher hat Urban II. 1089, J. L. n. 5423, M. 20, 701 in einem Speziellfall angeordnet: „Eos autem qui praedict. virum — nämlich den Erzb. v. Arles — gladiis et membrorum detruncationibus perterrentes nefandis sacramentis ausi sunt implicare, infames in perpetuum esse sancimus et nisi congruam poenitentiam egerint, a Christi corpore et sanguine atque ab ecclesiarum introitu segregamus"); Nimes 1096 c. 4, M. 20, 935: „Quicumque episcoporum abbatem vel archidiaconum vel presbyterum capere praesumpserit, publica primum dedecoratus infamia honoris sui periculum incurrat" (ausserdem Exkommunikation und Interdikt über das Territorium des Schuldigen); Troja 1093 c. 1, M. 20, 789: „. . . atque infames effecti, donec ab incesti facinore desistant".

[1] Schon 1108 findet sie sich in der Strafclausel eines von päpstlichen Delegaten gefällten Schiedsspruches, M. 20, 1233. 1234: „si quis eam (pacem) . . . deinceps perturbaret, et iram dei omnipotentis incurreret et gratiam apostolor. Petri et Pauli amitteret et canonum severitati sicut reus et infamis subiaceret, quoadusque pro tanto commisso dignos poenitentiae fructus faciat".

[2] Lateran. I. 1123 c. 5, M. 21, 283: „Coniunctiones consanguineorum fieri prohibemus . . . Nos itaque patres nostros (Pseudo-Isid. Calixt. c. 16, Hinschius p. 138 in c. 4 C. III qu. 4 und c. 2 C. XXXV qu. 2 u. 3) sequentes, infames eos (sc. hoc agentes et eos qui ex eis prodeunt) notamus et infames esse censemus", wiederholt auf den päpstlichen Synoden zu Clermont 1130 c. 12; Rheims 1131 c. 16, M. 21, 440. 461 und vom Lateran. II. 1139 c. 17, M. 21, 530; vgl. ferner ibid. c. 13; „sed in tota vita (usurarii) infames habeantur et nisi resipuerint, christiana careant sepultura". Wesentlich Geistliche, wenn schon nicht allein, trifft das Simonie-Verbot in Lateran. II. c. 2 (c. 15 C. I qu. 3), M. 21, 526 („et emptor atque venditor et interventor nota infamiae percellatur"), während sein Vorbild, Clermont 1130 c. 1, M. 21, 438 sich nur auf die ersteren bezieht.

[3] London 1125 c. 15, M. 21, 332: „Sortilegos, ariolos et auguria quaeque sectantes eisque consentientes excommunicari praecipimus perpetuaque notamus infamia"; London 1151 c. 5, M. 21, 752: „praecipimus, ut hi qui anathematis sententia condemnantur, si per annum integrum in ea pertinaciter perseverent, infames et detestabiles habeantur, ut neque in testimoniis neque in causis audiantur et in principis potestate sit, ipsos exheredare. S. auch London 1108 c. 5 u. 1127 c. 5, M. 20, 1230 u. 21, 356, welche die Strafe für Geistliche kennen, die sich hartnäckig weigern, ihre Konkubinen zu entlassen, oder (York 1195 c. 12, M. 22, 655) solche öffentlich halten.

[4] Nämlich ausser den schon citirten, Anm. 2 u. S. 40 n. 1, noch einzelne Stellen aus den römischen Rechtsbüchern c. 14 C. II qu. 1, sowie namentlich aus Pseudo-Isidor, bez. Angilram c. 23 (Dionys. 4) C. II. qu. 7; c. 9 (Euseb. 18). 10 (Jul. 18) C. III. qu. 5; c. 2 (Angilram 18) 17 (Steph. 2) C. VI. qu. 1 (über die Unfähigkeit der infames zur Anklage und zum Zeugniss); vgl. auch c. 5 (Tolet. IV. 633) Dist. LI. (über die Fernhaltung von den Weihen). Näher handelt er davon c. 2. §. 20 (dictum Gr.) C. III. qu. 7 und dict. zu c. 7 C. II. qu. 3.

[5] S. d. vor. Anm.

[6] Dict. zu c. 7 cit. Hier sagt er mit Bezug auf Gelasius (d. h. Pseudo-Calist 16, Hinschius p. 140: „quamquam animas per penitentiam salvare possumus, infamiam tamen abolere non possumus") und auf Stephan (d. h. Pseudo-Calist l. c.: „sub nota perpetuae infamiae ad penitentiam suscipimus"): „Vel non fiunt infames lege canonum omnes quos leges seculi infames pronunciant . . . Quod etiam de ea fateri cogimur, quae intra tempus luctus nubit, cum matrimonia hodie regantur iure poli, non iure fori . . ." §. 1: „Sed illud Gelasii et Stephani (s. vorher) de illis intelligitur, quibus per civilem iudicem infamia irrogatur, quorum . . . in integrum restitutio non nisi ad civilem iudicem spectat. De ea vero, que intra tempus luctus nubit, non est contrarium ei, quod Stephanus ait: Infames dicimus etc. (Angilr. c. 18). Cum enim leges seculi praecipue in matrimoniis sacros canones sequi non dedignentur, non videntur pronunciare infamem, que apostolica et canonica auctoritate non illicite nubit".

[7] Vgl. Glosse leges zu c. 2 C. VI qu. 1: „Et etiam quaedam infamia canonica quae irrogatur ex quolibet peccato mortali et aboletur per poenitentiam".

Auf diese Weise ist die Infamie ein Bestandtheil des kirchlichen Strafmittelsystems, wie es sich seit dem 13. Jahrhundert fixirt hat[1], geworden[2].

18. Nur vereinzelt kommt die Brandmarkung[3] als Ehrenstrafe vor, insbesondere hat sie das Dekretalenrecht blos in einem Fall für Geistliche angedroht[4].

19. Weiter gehört hierher das Haarabscheeren, eine Ehrenstrafe, deren Anwendung ebenfalls nur eine beschränkte gewesen ist[5].

20. Der Verlust weltlicher Würden und Ämter anderer Berechtigungen.

Es ist Gregor VII. gewesen[6], welcher die Strafe der Absetzung gegen

[1] Aus dieser Zeit kommt vor Allem das die Ketzerei betreffende c. 3 Lateran. IV 1215 in Betracht, c. 13 §. 5 X de haeret. V. 7: „Credentes praeterea, receptatores, defensores et fautores haereticorum excommunicationi decernimus subiacere, firmiter statuentes, ut postquam quis talium fuerit excommunicatione notatus, si satisfacere contempserit intra annum, ex tunc ipso iure sit factus infamis, nec ad publica officia seu consilia nec eligendos aliquos ad huiusmodi nec ad testimonium admittatur. Sit etiam intestabilis, ut nec testandi liberam habeat facultatem nec ad hereditatis successionem accedat. Nullus praeterea ipsi super quocumque negotio, sed ipse aliis respondere cogatur". Vgl. ferner Narbonne 1227 c. 6, M. 23, 26. 27: „quicumque in transgressione iuramenti manifeste deprehensus in ecclesia publice denuncietur esse periurus. Quodsi admonitus satisfacere noluerit, tunc excommunicetur candelis et pulsatis campanis singulis diebus dominicis et festivis et denuncietur intestabilis et infamis et nec ad testimonium nec ad alios legitimos actus admittatur. Et idem de falsis testibus" (wiederholt Beziers 1246 c. 45, p. 703; Nogaret 1303 c. 7, M. 25, 113; Beziers 1310 c. 9, p. 391, Marciac 1326 c. 15, p. 781); Tours 1236 c. 8, M. 23, 413: „ne quis binas nuptias vel bina sponsalia eodem tempore praesumat contrahere . . Quod si contra fecerint, infames ipso iure effecti a testimoniis et aliis legitimis actibus excludantur", zugleich mit der Verschärfung „quod nominatim denuncientur infames".

[2] Vgl. ausser c. 13 §. 5 X cit. noch c. 13 (Coelest. III.) X de rescr. I. 3.; c. 54 (Gregor IX.) X de test. II. 20; c. 5 (Bonifaz. VIII.) in VI de poen. V. 9; c. 76 in VI de R. J. V. 12; c. un. 1319 (in Extrav. Joann. XXII, de poen.) tit. 12.

[3] Rheims 1157, S. 39 n. 5: „Sequaces (der Ketzer) vero ibidem confessi vel convicti his exceptis qui ab eis seducti correptique facile resipiscant, ferro calido frontem et facies signati pellantur. Qui eos postmodum ubicumque locorum repererit, libere capiat. Sic enim et eis non deerit poenitentiae locus et ab eorum imitatione execrabili ceteri revocabuntur".

[4] c. 3 (Urban III. 1185/87) X de crim. falsi V. 20 für Fälschung königlicher Siegel: „eis prius a suis ordinibus degradatis in signum maleficii characterem aliquem imprimi facias, quo inter alios cognoscantur et provinciam ipsam eos abiurare compellens, abire permittas".

[5] Capit. Karlm. 742 c. 6. i. f., Boret. 1, 26 für unkeusche Nonnen neben der Busse; Augsburg 952 c. 4, S. 36 n. 6 für feminae subintroductae der Kleriker, für welche schon die Kanonensammlung aus dem Ende des 9. Jahrh. bei Boret. 1, 336 n. 7, freilich selbständig gegenüber ihrer Quelle, den stat. Rispac. 799 c. 17, B. 1, 228 ebenfalls anordnet: „femina vapuletur et caput tondeatur", vgl. ferner Rouen 1231 c. 11, M. 23, 215: „ut concubinae presbyterorum . . publice in ecclesia die dominico vel alio solemni die coram populo tondeantur, alias paenitentiam competentem pro peccato huiusmodi suscepturae".

Dekalvation Bd. IV. S. 804 n. 5, kennen abgesehen von Benedict. Lev. III. 432 und Add. III. 123 (beide gleichlautend und vom Verfasser gefälscht, betreffend das Eheverbot bis zum 7. Grade und den Incest) allein die leges eccles. Stephan. Hung. reg. u. 1016 c. 7, M. 19, 371: „vapulet et depiletur" für hartnäckiges Unterlassen des Kirchenbesuches an Sonntagen.

Die Strafe des Aufbindens auf eine Leiter und öffentliche Ausstellung auf derselben wird erwähnt. Tours 1236 c. 8, M. 23, 413 (s. Anm. 1) neben der Infamie, und c. 9 ibid. für das Sortilegium neben der Exkommunikation, doch kann sie in beiden Fällen durch Geld abgekauft werden, ferner im Legatenkonzil von Breslau 1248, §. 2, de Montbach, statuta synodi eccl. Wratislav. Wratislav. 1855 p. 301 für falsches Zeugniss; Köln u. 1280 c. 10. M. 24, 356 (für falsches Zeugniss gegen die Ehe); Aachener Sendweisthum c. 1331 §. 13. Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler Bonn 1871 S. 47 (pena scale für Frauen, welche andere Frauen oder Männer beschimpfen). Auch im Inquisitionsverfahren kommt diese Strafe für falsches Zeugniss vor, Practica inquisitionis heretice pravitatis auct. Bernardo Guidonis publié p. C. Douais Paris 1886. III. n. 17 p. 105; Limbach lib. sentent. inquisitionis Tholosan. (1307 — 1323) p. 182 in dessen hist. inquisit. Amsterdam 1692 als Anhang.

[6] Schon in dem Privileg Gregors I. J. E. n. 1875, ed. Ben. 2, 1221 (und dem dazu gehörigen n. 1876) findet sich allerdings die Strafklausel: Si quis vero regum, sacerdotum, iudicum personarumque saecularium hanc constitutionis nostrae paginam agnoscens contra eam venire tentaverit, potestatis honorisque sui dignitate careat, reumque se divino iudicio existere de perpetrata iniquitate cognoscat et nisi vel ea quae ab illo male ablata sunt, restituerit vel digna poenitentia illicite acta defleverit, a sacratissimo corpore et sanguine dei et

Fürsten, insbesondere gegen Könige und Kaiser, in die Praxis der Kirche eingeführt hat [1].

domini n. redempt. Jesu Christi alienus fiat atque in aeterno examine districtae ultioni subiaceat". Danach hätte Gregor I. das Recht, Könige abzusetzen, in Anspruch genommen. Sickel Beiträge z. Diplomatik IV i. d. Sitzgber. d. k. Akademie d. Wissensch. philos. hist. Cl. 47, 566 n. 2 hat das Privileg für verdächtig erklärt, und nach Lage der politischen und kirchlichen Verhältnisse zur Zeit Gregors I., insbesondere mit Rücksicht auf die damalige Stellung der fränkischen Kirche erscheint es absolut ausgeschlossen, dass der Papst auf den Gedanken habe verfallen können, den römischen Kaiser oder die Germanen-, insbesondere die fränkischen Könige mit der Absetzung zu bedrohen, vgl. auch E. Löning, Gesch. d. deutsch. K. R. 2, 392 n. 2. Dagegen beanstanden Ewald bei Jaffé reg. l. c. und namentlich Cardinal Pitra, analecta noviss. spicileg. Solesmens. alt. cont. Tuscul. 1885. 1, 55. 74 ff. die Klausel nicht, neuerdings auch ebensowenig Sickel, Prolegomena z. liber diurnus II. Wien 1889. S. 42 n. 1. Pitra führt zwar zum Beweise der Echtheit eine grosse Zahl von Deketralen vom 8. bis 11. Jahrh. an, indessen sind die meisten schon deshalb beweisunkräftig, weil sie in der Strafklausel lediglich eine Androhung des Anathems und Verfluchungen enthalten, aber die entscheidende Stelle über den Verlust der königlichen Würde nicht aufweisen.

Was die übrigen betrifft, so lautet Nikolaus I. 867 J. L. n. 2831, Dachery, spicil. ed. nova 2, 502; Migne patr. 119, 1116 die Strafklausel: „Si quis vero sacerdotum, iudicum atque saecularium personarum", ebenso Johann VIII. 878, J. L. n. 3176, Migne 126, 788 u. J. L. n. 3181, Migne ibid. p. 796. Das in diesen Privilegien fehlende: *regum* erscheint mit der Einschaltung: „percussus apostolico anathemate", welche sich auch in den citirten Urkunden (bald vor, bald hinter: „potestatis honorisque dignitate") findet, erst in den Privilegien Stephans VI. 897, J. L. n. 3514, Marinus' II. 942, J. L. n. 3621, Benedikts VI. 973, J. L. n. 3770, Benedikts VII. 975, J. L. n. 3786, Silvesters II. J. L. n. 3920 und Leos IX. 1050, J. L. n. 4213. Es ist sehr auffällig, dass alle diese Privilegien, sowie das cit. Nikolaus' I. 867 das Kloster Vezelay in der Diöcese Autun betreffen. Alle sind in der Geschichte dieses Klosters, welche der Notar Hugo v. Poitiers zw. 1156 u. 1167 verfasst hat, überliefert. Berücksichtigt man nun, dass das fragliche Privileg Gregors I. ebenfalls für ein Kloster in der Diöcese Autun erlassen ist und weiter, dass zuerst Hinkmar v. Rheims in der Schrift: Quae exequi debeat episcopus (vgl. auch epist. ad episc. Rem. dioec. adv. Odacr. c. 6), Migne 126, 190 u. 250, die Klausel: si quis regum etc. („in privilegio Belvac. ecclesiae et episcopis IV provinciarum consensu d. Caroli nuper — d. h. 879 — defuncti confirmato") nicht als päpstliche, sondern als königliche anführt, so rechtfertigt dies die Annahme, dass die Fassung nicht aus der päpstlichen Kanzlei hervorgegangen ist, sondern dass die ursprüngliche Klausel in allen citirten päpstlichen Privilegien erst später die jetzt vorliegende Umgestaltung erfahren hat. Wahrscheinlicher Weise ist dies auch in Betreff der bis auf die Weglassung des Wortes: regum gleichlautenden Klausel in den Privilegien Johanns VIII. J. L. n. 3176 u. 3181 cit., welche sich auf ein Kloster in Arles und auf die Kirche in Poitiers beziehen, der Fall gewesen. Bestätigt wird diese Ansicht dadurch, dass die erwähnte, eigenthümliche Klausel vor Gregor VII. nur vereinzelt (s. vorher) auftritt, dass sie sich aber bei ihm wiederholt findet, 1075 (J. L. n. 4940. 4957. v. Pflugk-Harttung acta 1, 46. 47), 1076 (J. L. n. 5009, l. c. 1, 49), 1077 (J. L. n. 5018 (l. c. 1, 49), 1078 J. L. n. 5069 (l. c. 3, 14; J. L. n. 5094, l. c. 1, 51), 1079 (J. L. n. 5125; Jaffé mon. Gregor p. 370), 1083 (J. L. n. 5262; v. Pflugk-H. 3, 16). Es ist daher die Vermuthung nicht zu gewagt, dass sie im Laufe des 11. Jahrhunderts, wenn auch nicht erst zur Zeit Gregors VII. oder gar durch ihn (s. unten S. 45 n. 2 u. S. 46 n. 5) ihre jetzige Fassung erhalten hat, das umso weniger, als sie gerade bei der Absetzung Heinrichs IV. eine entscheidende Rolle gespielt hat, s. unten 45 n. 1 u. 2). Seit Urban II. und unter dessen Nachfolgern erscheint sie in den päpstlichen Urkunden noch viel häufiger, und zwar hier mit Vermehrungen, von denen einzelne, wie der Zusatz: „imperatorum" auch schon bei Gregor VII., s. Jaffé l. c. vorkommen, vgl. Urban II., J. L. n. 5512, M. 20, 609: „Sane si quis in crastinum archiepiscopus, episcopus, imperator aut rex, princeps aut dux, comes aut vicecomes, iudex aut persona quaelibet magna et parva etc."; J. L. n. 5631; s. ferner Paschalis II. J. L. n. 5842. 6004, andererseits aber auch wieder in der Verkürzung: „si qua igitur in futurum ecclesiastica saecularisve persona", Urban II. J. L. n. 5487, 5543. 5600; Paschalis II. 5849. 5858. 5867; Gelasius II. J. L. n. 6651; Calixt II. J. L. n. 6822. 7027; Honorius II. J. L. n. 7227; Lucius II. J. L. n. 8609; Eugen III. J. L. n. 9714; Urban III. J. L. n. 15960; Coelest. III. J. L. 16989 (und in der ausführlicheren Formel mit Ersetzung des „potestatis honorisque dignitate careat" durch: „honoris sui et officii periculo subiacere", Urban II. J. L. n. 5461, M. 20, 700; n. 5446). Vgl. auch unten S. 46 n. 5.

[1] Schon 1074 droht er König Philipp I. von Frankreich wegen der Bedrückungen der Kirche, wegen seiner Räubereien und wegen seines Ehebruchs dessen Reich mit dem Interdikt zu belegen und falls er sich in Folge dessen nicht bessern würde, II. 5, Jaffé, m. Gregor. p. 117: „nulli . . . dubium esse volumus, quin modis omnibus regnum Franciae de eius occupatione temptemus eripere" und ferner II. 18 p. 133, dass er jeden: „quicumque sibi (Philipp) regalem honorem vel obedientiam exhibuerit", exkommuniciren werde. Sein dictatus II. 55a, p. 175, nimmt für den Papst das Recht in Anspruch: „quod illi liceat imperatores deponere" und p. 176: „quod

Auf Grund des bisherigen kirchlichen Rechtes [1] liess sich eine solche Befugniss des Papstes nicht ausreichend rechtfertigen [2]. Aber von dem seitens Gregors VII.

a fidelitate iniquorum subiectos potest absolvere". Praktisch angewendet hat er diese Theorie zuerst gegen Heinrich IV., nach seiner eigenen seitens des letzteren zu Worms veranlassten Absetzung auf der römischen Synode v. 1076, Jaffé l. c. p. 224: „per tuam (s. Petri) potestatem et auctoritatem Heinrico regi . . qui contra tuam ecclesiam inaudita superbia insurrexit, totius regni Teutonicorum et Italiae gubernacula contradico et omnes christianos a vinculo iuramenti, quod sibi fecerunt vel facient, absolvo, et ut nullus ei sicut regi serviat, interdico. Dignum est enim, ut qui studet honorem ecclesiae tuae imminuere, ipse honorem amittat, quem videtur habere". Wenn Martens, Ztschr. f. K. R. 17, 211 ff; Goldschmit, d. Tage v. Tribur u. Canossa. Inaug. Diss. Strassburg 1873 S. 13. 14; Mirbt i. kirchengesch. Studien, Hermann Reuter gewidmet. Leipzig 1888 S. 122; F. Redlich, d. Absetzung deutscher Könige durch den Papst. Inaug. Diss. Münster 1892 S. 18 ff., hierin keine definitive, sondern nur eine provisorische Massregel, also die Suspension von der Ausübung der Herrscherrechte finden, so widerspricht das dem Wortlaute und der eigenen Erklärung Gregors VII. 1080, l. c. p. 402: „non tamen in regno, a quo eum in Romana synodo deposueram, instauravi", sowie dem Umstande, dass Gregor 1080 die zweite Absetzung mit den Worten: „iterum regnum . . . interdicens ei" einleitet, mithin eine schon früher verhängte gleiche, nicht andere Strafe im Auge hat. Ferner kann es nicht als abnorm, so Martens S. 213, bezeichnet werden, dass Gregor VII. den Laien, Heinrich IV., härter als einzelne Bischöfe, welche er gleichzeitig blos suspendirt hatte, bestraft hat, da das Vergehen des Laien, welcher sich über den Papst zu richten angemasst hatte, in den Augen Gregors besonders schwer erscheinen musste. Endlich muss auch die Annahme Redlichs, dass das deponere eine provisorische Massregel bezeichnet, gegenüber der kirchenrechtlichen Bedeutung des Wortes und der vorher citirten Stelle des dictatus als verfehlt bezeichnet werden.

[1] Was die kirchenrechtliche Begründung des Schrittes Gregors VII, (welche von Redlich in der angeführten Schrift gar nicht in Betracht gezogen ist) betrifft, so ist nach Berthold. ann. SS. 5, 282: „papa fecit synodalia statuta super his inquiri et recitari, qui quasi in medio totius ecclesiae contumaciter summo post deum pontifici et suo rectori temere abiurato inoboedientiam suam non erubuerunt scriptis ex nomine confiteri", ausser der Stelle des Pseudo-Silvester („nemo summam sedem iudicabit", Bd. I. S. 299 n. 4) noch die Strafklausel Gregors I (S. 43 n. 6) in einer sie zu einem allgemeinen Dekret erweiternden Fassung (Bd. I. S. 303 n. 6) verlesen worden, ferner aber, da sich Bonitho ad amicum lib. VII. a. 1076, Jaffé mon. Gregor. p. 667 zur Rechtfertigung des Verfahrens Gregors VII. ebenfalls darauf bezieht, wohl auch noch c. 21 syn. VIII. (Constantin.), M. 16, 174: „Si vero quis aliqua saeculi potestate fruens et polluens pellere tentaverit praefatum apostolicae cathedrae papam aut aliorum patriarcharum quemquam, anathema sit". Gregor VII. selbst rechtfertigt sein Verfahren ep. IV. 2 (1076 p. 242): „Legant itaque, quid b. Petrus in ordinatione I. Clementis (Hinschius decret. Pseudo-Isid. Clem. I. ep. I. c. 18 p. 36) . . . praecepit de eo quem scirent non habere gratiam pontificis. Addiscant, cur apostolus dicat: Habentes in promptu ulscisci omnem inoboedientiam (II. Cor. X. 6) et de his quibus dicit: Cum huiusmodi nec cibum sumere (I. Cor. V. 11). Considerent, cur Zacharias papa regem Francorum deposuerit et omnes Francigenas a vinculo iuramenti, quod sibi fecerant absolverit (was in der angegebenen Weise, d. h. als ob es sich um einen einseitigen Akt des Zacharias gehandelt hätte, unrichtig ist, Hahn, Jahrb. d. fränk. Reichs 741 bis 752. S. 126. 145. 147. 225). In registro b. Gregorii addiscant, quia in privilegiis quae quibusdam ecclesiis fecit, reges et duces contra sua dicta venientes non solum excommunicavit sed etiam ut dignitate careant, iudicavit", und IV. 24 (1077) p. 278: „Non enim a corde vestro debet excidere, quod qui apostolicae sedi oboedire contempnit, scelus idolatriae incurrit et quod b. Gregorius . . . reges decrevit a suis dignitatibus cadere et participatione corporis et sanguinis d. n. Iesu Christi carere, si praesumerent apostolicae sedis decreta contemnere" (fast wörtlich auch IV. 23 p. 277), endlich 1081, VIII. 21 p. 455: „B. quoque Gregorius papa reges a sua dignitate cadere statuit, qui apostolicae sedis decreta violare praesumpsit, scribens (folgt wörtlich die Strafklausel S. 43 n. 6). Quodsi b. Gregorius . . reges qui statuta sua super unum xenodochium violarent, non modo deponi, sed etiam excommunicari atque in aeterno examine dampnari decrevit, quis nos H(enricum) non solum apostolicorum iudiciorum contemptorem verum etiam ipsius matris ecclesiae . . conculcatorem totiusque regni et ecclesiarum improbissimum praedonem et atrocissimum destructorem, deposuisse et excommunicasse reprehendat, nisi forte similis eius?"

[2] Denn die einzige, von der Absetzung der Könige handelnde Stelle war die Klausel Gregors I., welche man, wie Gregor. VII. ep. IV. 23. 24 zeigen, damals als eine allgemeinerer Anwendung fähige Verordnung gedeutet hat, wogegen die Annahme einer zu diesem Zweck erfolgten Fälschung ausgeschlossen erscheint, weil Gregor VII. und auch Bonitho l. c. p. 455 die Klausel u. A. auch in ihrer ursprünglichen engen Bedeutung wiedergeben. Hielt man die Klausel auch selbst für echt und konnte sich Gregor VII. in gutem Glauben auf die angeblich einseitige Absetzung Childerichs durch Zacharias (Hahn S. 225) berufen, so liess sich damit doch immer noch nicht die Berechtigung begründen, die für einen speziellen Fall gebrauchte Strafklausel als ein allgemeines, den hartnäckigen Ungehorsam gegen den apostolischen Stuhl bedrohendes kirchliches Strafgesetz zu behandeln.

Die in den Streitschriften der Gregorianer sonst noch zur Rechtfertigung Gregors VII. aus der Ge-

vertretenen Standpunkt, dass die ganze Menschheit einem einheitlichen Verbande unter der Oberleitung der geistlichen Gewalt angehören müsse, und die Kirche und ihr irdisches Haupt die Fülle aller geistlichen und weltlichen Machtbefugnisse in sich vereinige, während die letzteren den weltlichen Herrschern blos zur Ausübung überlassen seien [1], ergaben sich mit logischer Nothwendigkeit die Folgerungen, dass der Kaiser und die übrigen Fürsten zur Beachtung der päpstlichen Gebote, mochten diese auch über die kirchliche Sphäre hinaus in das Gebiet des Staates und der Politik übergreifen, verpflichtet seien [2], sowie dass die Verletzung dieser Pflicht ein kirchliches Verbrechen bilde [3], welches der Papst in Ausübung seiner höchsten Binde- und Lösegewalt sowohl mit dem Banne, wie auch mit der Absetzung zu ahnden befugt war [4].

Als Gregor VII. diese Anschauungen, welche damals keineswegs allgemein getheilt wurden, zum ersten Male durch die bis dahin unerhörte Absetzung eines deutschen Königs praktisch zu bethätigen unternahm, fühlte er selbstverständlich das Bedürfniss, seinen auffälligen Schritt durch die Normen des geltenden Kirchenrechts zu rechtfertigen [5]. Wenn es ihm auch nicht gelungen ist, die zweimal gegen Heinrich IV. [6] ausgesprochene Absetzung zur vollen Durchführung zu bringen, so hat er doch den wichtigen Erfolg erzielt, einen für die Folgezeit massgebenden Präcedenzfall für das päpstlicherseits beanspruchte Absetzungsrecht zu schaffen, welcher Gratian Gelegenheit geboten hat, dasselbe als eine unbestritten feststehende Befugniss des Papstes hinzustellen [7]. In den weiteren Kämpfen um ihre Weltstellung konnten nunmehr die Päpste auf dieser Grundlage das gedachte Recht wiederholt zur Bethätigung bringen [8], und sind auch ihre Massnahmen vielfach nicht von durchschlagendem

schichte angeführten Beispiele, s. Mirbt a. a. O. S. 127 u. Sdralek, d. Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890 S. 46. 126 ff. sind theils unhistorisch, theils sind es Fälle von Exkommunikationen, welche allerdings in Verbindung mit dem ausnahmslosen Verkehrsverbot (S. 4) die Ausübung der Herrscherrechte thatsächlich unmöglich, und also für den Fürsten einen der Absetzung ähnlichen Zustand herbeiführen mussten.

[1] Die Nachweisungen bei Gierke, deutsch. Genossenschaftsrecht 3, 519 ff.

[2] Vgl. auch Redlich a. a. O. S. 40.

[3] Daher ist es falsch, wenn Kober, Kirchenbann 2. A. S. 403 behauptet, dass wenn die Päpste gebannten Fürsten ihre Territorien entzogen haben, sie dabei weniger in ihrer kirchlichen als in ihrer politischen Stellung, welche sie nach damaliger Anschauung als oberste Schiedsrichter zwischen Fürsten und Völkern unbestritten innegehabt hätten, gehandelt haben. Spricht doch Gregor VII. selbst von einem scelus idolatriae, welches der Ungehorsam gegen die Anordnungen des apostolischen Stuhles darstelle, S. 45 n. 1. Gegen Kober auch Redlich S. 41.

[4] Gierke 3, 532.

[5] Deshalb gerade ist der Strafklausel Gregors I., S. 43 n. 6, der einzigen direkt verwendbaren Stelle aus dem älteren kirchenrechtlichen Material, eine so entscheidende Bedeutung beigelegt worden. Mit Rücksicht darauf und auf das früher Bemerkte rechtfertigt sich die oben ausgesprochene Vermuthung, dass sie, obwohl sie nach den Zeugnissen Bertholds, Bonithos und Gregors VII. schon 1076 in der fraglichen Fassung existirt haben muss, doch nicht vor der Mitte des 11. Jahrhunderts angefertigt worden ist. Der sich auffällig vermehrende Gebrauch der Klausel seit Gregor VII. in den päpstlichen Briefen, S. 43 n. 6, erklärt sich offenbar daraus, dass man das Recht des Papstes zur Absetzung von Herrschern als etwas selbstverständliches und hergebrachtes erscheinen lassen wollte. Nachdem sie einmal zu einem stehend gebrauchten Formulare geworden war, kann sie sehr wohl in die wenigen früheren Privilegien (S. 43 n. 6) am Ende des 11. oder im 12. Jahrh. eingefügt worden sein.

[6] Über die zweite im J. 1080 nach der Aussöhnung ausgesprochene, welche fast mit denselben Worten, wie die erste verhängt ist, vgl. Jaffé l. c. p. 403.

[7] c. 3 (mit der Überschrift: Gelasius) C. XV qu. 6 giebt Gregor VII. reg. VIII. 21 p. 458 (betreffend die Absetzung des Childerich durch Zacharias) wieder, vgl. auch das dict. P. II davor: „A fidelitatis etiam iuramento Romanus pontifex nonnullos absolvit, cum aliquos a suis dignitatibus deponit".

[8] So hat Alexander III., welcher schon 1160 über Friedrich I. den Bann ausgesprochen und alle Unterthanen vom Treueide entbunden hatte, Watterich 2, 386, J. L. n. 10628, denselben 1167 zu Rom unter Erneuerung des Bannes abgesetzt, Joann. Saresb. opp. ed. Giles 2, 66; M. 22, 33: „Quum enim Romanus pontifex per patien-

Erfolge gewesen[1], so war doch immer die Absetzung der fürstlichen Herrscher in die Reihe der von der Kirche gebrauchten Strafmittel eingefügt[2].

Das Recht zur Entziehung niederer weltlicher Würden und Ämter[3] wurde selbstverständlich ebenfalls von der Kirche in Anspruch genommen, und von diesem Standpunkt aus erklärt sich weiter das Vorkommen der Entziehung von Lehnen und von Herrschaftsrechten[4], und anderen Rechten, welche nicht nur dem kirch-

tiam Teutonicum tyrannum diutius exspectasset ut vel sic provocaretur ad poenitentiam et schismaticus . . . peccata peccatis adderet iugiter . . . vicarius Petri, a domino constitutus super gentes et regna, et Italos et omnes qui ei ex causa imperii et regni iuirisiurando religione tenebantur adstricti, a fidelitate eius absolvit . . . Abstulit ei etiam regiam dignitatem ipsumque anathemate condemnavit . . . donec fructus poenitentiae condignos operaretur"; Reuter Gesch. Alexanders III. 2, 243. 244; Redlich a. a. O. S. 26. 27. Ob Innocenz III. Otto v. Braunschweig 1210 abgesetzt hat (so Redlich a. a. O. S. 31), erscheint zweifelhaft, jedenfalls hat er ihn aber exkommunicirt und da er auch die Unterthanen vom Treueide entbunden hat, von der Ausübung der kaiserlichen Würde suspendirt, Innoc. III. ep. XIII. 19, opp. Migne 3, 361; Potthast n. 4213, Winkelmann, Philipp v. Schwaben 2, 249; Hefele, Conc. Gesch. 2 A. 5, 815. Dagegen ist Friedrich II. von Innocenz IV., nachdem er schon von Gregor IX. 1227, 1228 u. 1229, Potth. n. 8044. 8162. 8445; Rodenberg, mon. Germ. epist. 1, 281. 318, und nach seiner Absolution von Neuem 1239, P. n. 10724; Rodenberg 1, 637 in den Bann gethan war (vgl. auch Köhler, Verhältn. Kaiser Friedrichs II. zu den Päpsten. Breslau 1888 S. 14. 37. 56. 81; Redlich a. a. O. S. 31 ff.) 1245 auf dem Konzil von Lyon abgesetzt worden, M. 23, 618; Rodenberg 2, 93: „Nos itaque super premissis et quam pluribus aliis eius nefandis excessibus cum fratribus nostris et s. concilio deliberatione prehabita diligenti, cum Jesu Christi vices . . . teneamus in terris nobisque in b. Petri apostoli persona sit dictum: Quodcumque ligaveris . . . memoratum principem, qui se imperio et regnis omnique honore ac dignitate reddidit tam indignum quique propter suas iniquitates a deo, ne regnet et imperet, est abiectus, suis ligatum peccatis et abiectum omnique honore et dignitate privatum a domino ostendimus, denuntiamus ac nihilominus sententiando privamus omnesque qui ei iuramento fidelitatis tenentur astricti, a iuramento huiusmodi perpetuo absolventes, auctoritate apostolica firmiter inhibendo, ne quisquam de cetero sibi tamquam imperatori vel regi pareat vel intendat, et decernendo quoslibet, qui deinceps ei velut imperatori aut regi consilium vel auxilium prestiterint seu favorem, ipso facto excommunicationis vinculo subiacere. Illi autem, quibus in eodem imperio imperatoris spectat electio, eligant libere successorem", vgl. hierzu Domeier, d. Absetzung Adolfs v. Nassau. Breslau 1889. S. 15. 55. Über die Absetzung Ludwigs des Baiern 1324 s. Redlich a. a. O. S. 34. — Philipp IV. dem Schönen hat Bonifaz VIII. ebenfalls 1302 die Absetzung angedroht, Hefele, Conc. Gesch. 6, 313, aber diese Drohung nicht ausgeführt, vielmehr ist der König, wie Bonifaz 1303 selbst erklärt hat, nur der auf die Verhinderung der Reisen, zum apostolischen Stuhl 1302 festgesetzten Exkommunikation verfallen, P. n. 25910 u. 25230; Hefele 6, 315. 322.

1 Denn alle die genannten Fürsten haben sich der Absetzung nicht gefügt, sondern den Kampf gegen die Päpste fortgesetzt. Wegen des Protestes der Fürsten gegen die Absetzung Friedrichs II. s. Domeier a. a. O. S. 6 u. 7 u. S. 9.

2 Die Sammlung Gregors IX. weist im Gegensatz zu Gratian keine Stelle auf, welche direkt von dem Absetzungsrecht des Papstes spricht, wohl aber solche Dekretalen von Innocenz III. (c. 6 de M. et O. I. 33; c. 13 de iudic. II. 1 u. c. 13 qui filii sint IV. c. 7), welche das Recht des Papstes zur Ausübung seiner kirchlichen Jurisdiktion über die Herrscher betonen, in den liber Sextus ist dagegen das Absetzungsurtheil Innocenz' IV. gegen Friedrich II. als c. 12 de sent. et re jud. II. 14, aufgenommen worden.

3 Schon bei Gratian wird c. 21 (Tolet. XII c. 8) C. XXXII qu. 5 für eigenmächtiges Verlassen der Frau des Verlustes der palatina dignitas (s. Bd. IV. S. 804); c. 8 (Nov. Justin. 123 c. 8) C. XI qu. 1 der Entziehung der Magistratur und c. 32 (Excerpt aus Pseudo-Felic. II, Hinschius p. 478, d. h. dem Typus des Patriarchen Paul v. Konstantinopel, Lateransynode 649, M. 10, 1031) C. XXIV qu. 1: „Qui contra pacem ecclesiae sunt, si dignitatem aut cingulum militiae habeant, nudentur de eis" allgemein der Entziehung weltlicher Würden gedacht. Ob c. 22 (Alex. II. 1062, J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (percussio der Priester und der anderen niederen Kleriker) hierher gehört, ist zweifelhaft, da für das: „depositioni" auch die Variante: „compositioni" vorkommt, und für die percussio episcopi vorher diese harte Strafe nicht vorgeschrieben wird. Weiter wird die Strafe erwähnt Nismes 1096 c. 4, S. 41 n. 14. — Nach c. 9 (Lucius III. 1184, J. L. n. 15109) X de haeret. V. 7: „comites, barones, rectores et consules civitatum et aliorum locorum . . . honore quem obtinent, spolientur et ad alios nullatenus assumantur", wenn sie ihre Hülfe gegen die Ketzer verweigern und nach c. 13 §. 5 (Lateran. IV.) X eod. verlieren Advokaten und Tabellionen in Folge der Ketzerei ihre Ämter. Vgl. auch c. 1 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4.

4 Avignon 1209 c. 2, M. 22, 786 bedroht die weltlichen Obrigkeiten, welche die Verfolgung der Ketzer nachlässig betreiben, abgesehen von der Exkommunikation und der Interdicirung ihrer Länder auch mit Verlust der castra vel possessiones, welche sie von der Kirche haben. Allerdings kann hier, ebenso c. 10 (Innoc. III.) X de poen. V. 37, wo für die Tödtung eines Bischofs durch

lichen Gebiete[1] sondern auch dem rein weltlichen Gebiet angehören und mit der kirchlichen Sphäre nichts zu thun haben, wie des Rechts zum Handelsverkehr mit anderen Städten[2], des Rechts, Zeuge zu sein[3], aus Testamenten zu erben[4] ja auch der väterlichen Gewalt[5], von Klage-Ansprüchen[6] und Testaments-Exekutorien[7].

21. Im Zusammenhang mit der Absetzung der weltlichen Fürsten hat Gregor VII. auch die Strafe der Entbindung der Unterthanen von dem Treu-Eid und von ihren Pflichten gegen die Herrscher eingeführt[8]. Allerdings ist eine solche Lossprechung nur die nothwendige Folge der Absetzung[9]. Da sie aber auch von Gregor VII. neben der blossen Exkommunikation von Fürsten verhängt worden ist[10], so weist sie zugleich den Charakter einer selbständigen Strafe auf und ist als solche nicht allein in die Praxis des Mittelalters übergegangen[11], sondern auch als gemeinrechtliche Strafe anerkannt worden[12], welche vor Allem bei hartnäckigem Verharren des Fürsten in der Exkommunikation angewendet werden soll[13]. Zugleich ergiebt diese Ent-

seine Diöcesanen Verlust der von der Kirche verliehenen Lehen, und Clem. 1 de poen. V. 8, wo für Realiujurien, thätliche Angriffe auf den Bischof und Gefangenhaltung desselben dieselbe Strafe („a feudis, insuper locationibus, officiis et beneficiis spiritualibus et temporalibus quae ab ipsa ecclesia, cui sic offensus praeest episcopus, obtinet, cadat, hoc ipso ad eandem ecclesiam libere revertantur") angedroht ist, der lehnrechtliche Gesichtspunkt der Felonie und die Bestrafung dieser, Eichhorn, deutsch. Privatrecht §. 241 d, massgebend gewesen sein, aber kaum noch c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9, welches auf die Verfolgung oder die thätliche Verletzung oder die Gefangennahme eines Kardinals den Heimfall der feuda und locationes, welche der Thäter „ab aliquibus ecclesiis obtinet" setzt, vollends aber nicht c. 13. §. 3 (Lateran. IV.) X V. 7, welches anordnet, dass die Länder derjenigen weltlichen Herren, welche die Austreibung der Ketzer selbst nach deswegen erfolgter Exkommunikation hartnäckig verweigern, vom Papst unter Entbindung der Unterthanen vom Treueide vorbehaltlich des Ober-Eigenthums für den nicht schuldigen Lehnsherrn rechtgläubigen Christen zur Occupation überlassen werden sollen, und ebensowenig Mainz 1261 c. 43, M. 23, 1098, welches für die Inhaftirung und Gefangenhaltung eines Bischofs ipso facto Verlust aller von irgend welchen kirchlichen Anstalten empfangenen Lehen androht.

[1] Wie des Rechtes an Kirchen, Londoner General-Konzil 1127 c. 1, M. 21, 355, s. o. S. 34 n. 2.

[2] c. 9 X de haeret. V. 7 cit.

[3] Gran 1114 c. 59, M. 21, 1119 (für tabernarii, foeneratores, si laicus, ad testimonium non recipiatur) bezieht sich offenbar, da das Konzil ein Nationalkonzil war, auch auf das Zeugniss im weltlichen Gericht. Meistens findet sich diese Strafe, welche auch auf das Solennitätszeugniss ausgedehnt wird, nicht allein, sondern in Verbindung mit der Infamie und als Folge derselben ausgesprochen, s. S. 43 n. 1. Auch c. 2 (Lyon 1214) in VI de usur. V. 5 bildet nur eine Ergänzung von Lateran. II. 1139 c. 13, S. 42 n 2. Das Gesagte gilt auch von der neben der Infamie verhängten Strafe des Verlust der testamenti factio activa, s. S. 43 n. 1; welche Paris 1212 P. V c. 1, M. 22, 879 allerdings allein für Räuber angedroht wird.

[4] Langeais 1276 c. 4, M. 24, 213.

[5] c. un. (Gregor IX.) X de infant. V. 11 (Kinderaussetzung).

[6] Bordeaux 1238 c. 1, M. 23, 487; Rouen 1190 c. 21, M. 22, 584; Köln 1266 c. 10, M. 23, 1139; Seyne 1267 c. 12 p. 1181; Seyne 1269 c. 5, M. 24, 5; Avignon 1326 c. 23 p. 470; Tarragona 1329 c. 4, p. 855; Aschaffenburg 1292 c. 3, M. 24, 1087 (die meisten dieser Stellen betreffen Kleriker, welche ihre Ansprüche unzulässiger Weise vor dem weltlichen Gericht verfolgen).

[7] Für lässige Testaments-Exekutoren als Strafe ipso facto mit Übergang auf den Bischof, Ravenna 1311 c. 31, M. 25, 474; Aquileja 1339, p. 1122; Legaten-Konzil Padua 1350, M. 26, 230.

[8] So gegen Heinrich IV. 1076 u. 1080, S. 44 n. 1.

[9] Daher wird in den Streitschriften der damaligen Zeit auch über beides zugleich verhandelt, Mirbt a. a. O. S. 119 ff.

[10] Auf der römischen Synode 1076 gegen alle dort Exkommunicirten, Jaffé mon. Gregor p. 308 (c. 4 C. XV qu. 6.)

[11] c. 5 (Urban II. 1088—1099, J. L. n. 5724) C. XV qu. 6; Jaffé mon. Bamb. 365 (Heinrich V. zu Rheims 1119); S. 46 n. 8. (Friedrich I.); Honor. III. 1218, P. n. 5883, Bouquet rec. 16, 662 (Graf v. d. Bretagne); Gregor IX. 1229, Potth. n. 8445, Rodenberg epistol. 1, 318 (Friedrich II.). Vgl. ferner Legatenkonzil Montpellier 1195, M. 22, 668, wo die Strafe für Verletzung des Gottesfriedens bis zur Satisfaktion durch den Schuldigen angedroht wird.

[12] Abgesehen von den citirten Stellen Gratians s. auch das S. 46 n. 7 cit. dictum desselben und c. 3 C. XV qu. 6, c. 13 §. 3 (Later. IV. 1215) X de haer. V. 7. (S. 47 n. 4); ferner insbesondere c. ult. (Honorius III. 1216—1217, Potth. n. 7852) X de poen. V. 37.

[13] c. ult. X cit., vgl. auch die in Anm. 11 citirten Fälle.

wicklung, dass man in der damaligen Zeit das mit der Exkommunikation verbundene Verkehrsverbot nicht mehr auf den durch die Unterthanenpflichten gebotenen Umgang mit dem Herrscher bezogen hat[1].

22. Die unter 20 gedachte Entwicklung hat weiter dazu geführt, dass die Kirche nicht nur von dem ihr zustehenden Recht Gebrauch gemacht hat, die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter[2] und der von kirchlichen Instituten zu vergebenden Lehne[3] als Strafe anzudrohen, sondern dass von ihr auch

die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter und Stellungen[4], ja endlich selbst

23. die Acht und der weltliche Bann[5] verwendet worden sind.

24. Sodann ist auch in dieser Periode die Verknechtung und zwar als Strafe gegen die Konkubinen von Klerikern der höheren Weihen seitens der Päpste[6], später auch von einzelnen Partikularsynoden[7] zur Durchführung der Cölibatsgesetze angedroht worden. Weiter kommt sie partikularrechtlich für die Verletzung der ehelichen Pflichten[8], für Kirchenraub[9] und Verletzung des kirchlichen Asylrechts[10] und gemeinrechtlich für die Ketzerei[11] vor, und das Dekretalenrecht kennt sie ebenfalls[12].

[1] S. 4 ff. Vorher ist die Frage nicht praktisch geworden, was sich aus der Entwicklung des Verkehrsverbotes erklärt.

[2] S. 33.

[3] Mainz 1261 c. 43, M. 23, 1098 für die captivatores episcoporum.

[4] c. 9 X de haer. V. 7 cit., S. 47 n. 3 a. E.; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9, S. 47 n. 4: „Nulli talium filiorum atque nepotum ex virili sexu descendentium ab eisdem alicuius aperiatur janua diginitatis aut honoris ecclesiastici vel mundani seu ad alicuius loci regimen sit ascensus". Partikularrechtlich auch Unfähigkeit, Testaments-Exekutor zu sein, Ravenna 1311 c. 31, M. 25, 474 (für Testaments-Exekutoren, welche ein Testament nicht ausgeführt haben).

[5] London 1127 c. 1 cit., S. 34 n. 2; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9 cit: „Sicut reus criminis laesae maiestatis sit perpetuo infamis, diffidatus nihilominus et bannitus"; früher schon c. 1 §. 2 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4 (für diejenigen, welche Assassinen zum Mord anstiften, auch wenn es beim Versuch bleibt): Sit etiam cum suis bonis mundanis omnibus tamquam christianae religionis aemulus a toto populo christiano perpetuo diffitatus." In den Stellen des Sextus ist offenbar der italienische beständige Bann, vgl. Ficker, Forschungen z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens 1. 102 ff. u. in d. Mitthlgen d. Instituts f. österr. Geschichtsforschg. Innsbruck 1880 1, 191 gemeint. Auch die Wüstlegung des Gutes und Zerstörung des Hauses des Schuldigen kommt dabei vor, c. 5 in VI cit.

[6] So Leo IX auf einer römischen Synode 1049 oder 1051 (Hefele Conc.-Gesch. 4, 720) nach Petrus Damiani, M. 19, 797: „ut quaecumque damnabiles feminae intra Romana moenia reperirentur (a) presbyteris prostitutae, extunc et deinceps Lateranensi palatio adiudicarentur ancillae. Quod videlicet salutare statutum aequitatis iustitiaeque plenissimum, nos etiam per omnes ecclesias propagandum esse decernimus, quatenus praecepto prius apostolicae sedis edicto, unusquisque episcopus ecclesiae vendicet famulas, quas in sua parochia deprehenderit sacrilega presbyteris admixtione prostratas"; Urban II. (Melfi) 1089 c. 12, M. 20, 724 (c. 10 Dist. XXXII): „principibus licentiam indulgemus, ut eorum feminas mancipent servituti."

[7] Reichssynode zu London 1108 c. 10, M. 20, 1230: „tradantur episcopis concubinae cum rebus suis velut adulterae"; London 1127 c. 7, M. 21, 356 (bei Nichtbesserung der Konkubinen nach ihrer Ausweisung S. 40).

[8] Gran 1114 c. 53, M. 21, 109, Verknechtung der Frau de plebe bei böslicher Verlassung, des Mannes im Falle der Verläumdung der Frau wegen Ehebruches, beim Raub einer fremden Verlobten bei nicht erfolgender Busse, ferner wenn ein Mann, um sich seiner Frau zu entledigen, sich absichtlich als Schuldner verpflichtet und nicht aus der Schuldknechtschaft löst.

[9] Oviedo 1115 c. 3, M. 21, 132 setzt neben 4fachen Ersatz Busse fest, welche nach Wahl des Schuldigen in immerwährender Pilgerschaft oder Eintritt in ein Kloster oder dauerndem Eremitenleben oder auch in Verknechtung zu Gunsten der geschädigten Kirche bestehen soll.

[10] Lerida 1229 c. 19, M. 23, 1093 (Mauren, welche dabei geholfen haben, sollen zu Gunsten der beschädigten Kirche verknechtet werden), s S. 38 n. 5.

[11] Lateran. 1179 c. 27, M. 22, 232: „liberum sit principibus huiusmodi homines subicere servituti" in Betreff der dort genannten Ketzer, namentlich der Albigenser, ferner auch der Brabanzonen und raubender und plündernder Kriegsknechte und Landstreicher.

[12] Nach c. 6 (Later. III c. 24) X de judaeis V. 6 sollen Christen, welche den Sarazenen Waffen und Schiffe liefern oder die letzteren führen, durch die weltlichen Fürsten zu Sklaven derjenigen, in deren Gefangenschaft sie gerathen, gemacht werden.

25. Endlich findet sich noch als Strafe und zwar speziell für die Juden, welche die auf sie bezüglichen Vorschriften der Kirche verletzen, gemein- und partikularrechtlich, die Entziehung des geschäftlichen und sonstigen Verkehrs mit den Christen[1].

Was die Todesstrafe und die verstümmelnden Strafen anbetrifft, so werden diese nur vereinzelt in Konzilien des 11. und 12. Jahrhunderts angedroht[2]. Indessen sind diese Reichssynoden gewesen und haben auch zugleich für das weltliche Gebiet massgebende Bestimmungen erlassen [3]. Daher besteht der Antheil der Kirche an diesen Anordnungen lediglich darin, dass bei ihrer Festsetzung auch hohe Geistliche, namentlich Bischöfe, mitgewirkt haben. Die Kirche als solche hat dagegen während dieser Periode, wie in früherer Zeit, daran [4] festgehalten, dass sie dergleichen Strafen weder anzudrohen noch zu verhängen habe [5], dass daher, falls es erforderlich sei, nur die weltliche Obrigkeit solche Strafen festsetzen und vollstrecken dürfe und solle [6], insbesondere aber den Klerikern jede Ausübung der Kriminalgerichtsbarkeit und Mitwirkung bei derselben verboten [7]. Formell hat die Kirche diesen Standpunkt auch bei ihren Bestrebungen, die Ketzerei zu unterdrücken, gewahrt, materiell indessen nicht, indem sie, weil es sich hier um ihre vitalsten Interessen handelte,

[1] c. 12 (Innocenz III.) X de usuris V. 19 u. Lateran. IV 1215 c. 67, M. 22, 1054, c. 18 X eod. (für Verweigerung des Erlasses oder der Restitution der von den Christen übermässigen erwucherten Zinsen); Lateran. IV. c. 67 cit. (bei Nichtentrichtung der auf ihren von Christen erworbenen, zehntpflichtigen Grundstücken haftenden Zehnten und Oblationen, wiederholt Arles 1234 c. 16, M. 23, 340); Chateau Gontier 1231 c. 32, M. 23, 234 (für Verächtlichmachung des christlichen Glaubens und Blasphemie des Erlösers); Arles 1234 c. 16 cit. (für Nichttragen des vorgeschriebenen Abzeichens auf den Kleidern, wiederholt Valence 1278 c. 5, M. 23, 772 u. Albi 1254 c. 70, M. 23, 852); vgl. ferner noch Avignon 1279 c. 6, M. 24, 237; Rouen 1299, p. 1220; Avignon 1326 c. 57, p. 773; Avignon 1337 c. 69, p. 1105.

[2] Enham 1009 c. 26, M. 19, 307: „Si quis daemoniaco instinctu regem circumvenire molitur, illum dignum morte iudicamus"; Palencia 1129 c. 17, M. 21, 387: „Qui falsam monetam fecerint, excommunicentur et a rege effossionem oculorum patiantur".

[3] Bd. III S. 546 n. 2; S. 572. 575 n. 1. Das ist wohl kaum der Fall bei den unter der Synode v. Lisieux 1106, M. 20, 1210 mitgetheilten Anordnungen: „Ut qui virginem violaverit, effodiantur oculi et genitalia praecidantur. Ut amputetur dextera iis qui monetam adulteraverint", vielmehr handelt es sich hier um Erlasse der weltlichen Gewalt, ebenso wie bei den const. eccles. Andreae I. reg. Hungar. u. 1048 c. 1, M. 19, 631, nach welchem das Heidenthum mit Todesstrafe und Vermögenskonfiskation bestraft wird.

[4] c. 1—3 (Augustin) C. XXIII qu. 5; c. 7 (Excerpt aus Greg. I.) ibid., s. auch c. 3 (Greg. I) C. XIV qu. 6. Vgl. auch Kober Deposition S. 147 254 ff.

[5] c. 6 (Ps.-Nicolaus I., J. L. n. 2709, M. 15, 142) C. XXXIII qu. 6; Ivon. Carnot. ep. 247 ad Joann. Aurelian. episc., Migne 162, 254: „Quomodo enim ecclesia iudicare debet fundendum sanguinem alienum, quae a primo ortu suo iussa est fundere sanguinem proprium?"; c. 4 (Alex. III.) X pe raptor. V. 17 (Sarazenen, welche Frauen und Kinder rauben) „poena poteris pecuniaria mulctare, et etiam flagellis afficere ea moderatione adhibita, quod flagella in vindictam sanguinis transire minime videantur"; c. 3 (Urban III.) de crim. fals. V. 20.

Im Gegentheil hat die Kirche von Anfang an auch in Betreff der von den weltlichen Obrigkeiten zur Todesstrafe verurtheilten Verbrecher im Interesse der Besserung derselben sich für ihre Verschonung mit dieser Strafe verwendet, s. die Anführungen in Absatz 1. Auch die Ausbildung und die Geltendmachung des kirchlichen Asylrechtes, Bd. IV S. 380 ff., sowie die Vorschrift, dass bei der Auslieferung des degradirten Klerikers an die weltliche Gewalt die Kirche für die Verschonung desselben mit Todesstrafe nachdrücklich einzutreten habe, c. 27 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40, beruht auf der gleichen Anschauung.

[6] c. 4 X cit. V. 17.

[7] Bd. I S. 28; ja sogar auch die blosse Billigung der Vollstreckung durch einen Geistlichen, namentlich einen Bischof, und Anwesenheit bei derselben, c. 10 (Innoc. III.) X de exc. prael. V. 31.

Demgegenüber kommt es nicht in Betracht, dass die in c. 1 X de furt. V. 18 aufgenommene Stelle aus Exod. XXI. 16 für Menschenraub die Todesstrafe androht, denn hier handelt es sich um ein nach der Ansschauung der Kirche von Gott aufgestelltes Gebot, und von der Vollstreckung der Strafe durch die Kirche ist nicht die Rede. So sagt auch die Glosse dazu unter Berufung auf c. 6 C. XXXIII qu. 6 und c. 4 X cit. de rapt. V. 17: „sed secundum canones haec poena non imponitur". Dasselbe gilt von c. 1 (Exod. XXI. 14) X de homic. V. 12.

der Anwendung der Todesstrafe und der Ausbreitung der letzteren nicht nur nicht entgegengetreten ist, sondern dieselbe auch gebilligt und auf ihre allgemeine Einführung in entscheidender Weise hingewirkt hat[1].

§. 262. *bb. Die kirchlichen Strafen gegen die Geistlichen.*

Die kirchlichen Strafen, welche die Geistlichen allein treffen können, weil sie die kirchliche Stellung und die kirchlichen Amtsrechte derselben berühren[2], haben gerade im Laufe dieser Periode manche Veränderung, theils eine Umbildung ihres früheren Charakters, theils eine nähere Spezialisirung und Differenzirung, theils auch durch Einführung neuer eine Ergänzung erfahren. Bedingt und herbeigeführt worden ist diese Umgestaltung durch die Ausbildung des kirchlichen Benefizienwesens überhaupt[3], ferner durch die in der Verfassung der Dom- und Kollegiatkapitel eingetretenen Änderungen[4], endlich auch durch die Feststellung der Lehre von dem unauslöschlichen Charakter der Weihe[5] und durch die Zulassung der absoluten Ordinationen[6]. In Folge dessen weist das kirchliche Disciplinarstrafensystem, wie es sich in der merovingischen Zeit entwickelt hat[7] und zunächst noch in der karolingischen festgehalten worden ist, gegen Ende dieser Periode, d. h. seit dem 13. Jahrhundert einen zum Theil veränderten Charakter auf, und in dieser durch das Dekretalenrecht festgestellten Gestaltung ist es im wesentlichen noch bis heute geltend geblieben. Was die einzelnen Disciplinarstrafen betrifft, so kommen zunächst die Deposition und die Degradation in Betracht.

1. Die Deposition a. bis zum Ende 12. Jahrhunderts. Die Deposition[8]

[1] S. darüber unten §. 286, insbesondere das dort über die Thätigkeit Gregors IX. Bemerkte.

[2] B. IV. S. 726. 752. 806. 833.

[3] Bd. III. S. 366. 367.

[4] Bd. II. S. 61 ff.

[5] Bd. I. S. 117.

[6] Bd. I. S. 63.

[7] Bd. IV. S. 806.

[8] Bezeichnet wird sie in den Quellen a. mit *deponi*, Karol. M. admon. 789 c. 21 (simonistische Anstellung und Weihe für beide Theile nach Chalcedon c. 19, Boret. 1, 55); Stat. Rhispac. 799 c. 17, B. 1, 228 (subintroductae im Hause halten); Nicäa II 787 c. 7 (Bischof, der eine Kirche ohne Reliquien konsekrirt), c. 9 (Verheimlichung der Schriften gegen die Bilderverehrung durch Geistliche der höheren Weihen), M. 13, 749. 751 und ibid. c. 13 (M. 13, 753, c. 5 C. XIX qu. 3, Verwendung kirchlicher Gebäude zu weltlichen Zwecken), c. 18 (Halten von Frauenzimmern seitens der Bischöfe in den episcopia); Cap. ad lect. can. 802 c. 5, B. 1, 108 (nach can. apost. 25, Bischof, Priester, Diakon in fornicatione, furto et periurio conprehensus); Haito v. Basel (807—823) c. 12, B. 1, 364 (simonistische Anstellung und Weihe); Aachen 836 I. c. 6, M. 14, 675 (Trunksucht der Bischöfe), Mainz 847 c. 12 und 888 c. 5, M. 14, 906 u. 18, 66 (simonistische Erwerbung von Kirchen durch Priester); Regino I. 58 (Einrichtung von Schenken in den Kirchen durch Priester); Reichssynode zu Basol 991 (Bd. III. S. 569) M. 19, 153: „. . . Itaque presbyter (Adalgar) iubetur, ut quod malit, eligat aut perpetuum anathema aut suam legitimam depositionem: . . . maluit deponi, quam sub perpetuo anathemate detineri. At episcopi . . . (eum) veste sacerdotali induunt ac mox illi singula quaeque usque ad subdiaconatum sine reverentia detrahentes, singillatim per singula subinferunt: Cessa ab officio. Deinde per legitimam reconciliationem, laicam illi tantum communionem concedunt ac poenitentiae subdunt"; Pavia 1022 (Bd. III. S. 564 n. 1) c. 1, LL. 2, 562: „nullus presbyter, nullus diaconus, nullus subdiaconus, nullus in clero uxorem aut concubinam admittat . . . quod si fecerit secundum ecclesiasticam regulam deponatur;" Orleans 1022, M. 19, 380: „iussi sunt (ketzerische Kleriker) singuli sacris vestibus indui in suo ordine statimque ab antistibus a proprio honore sunt depositi et de gremio s. ecclesiae eiecti sunt;" Alexander II. 1063 u. 1067, J. L. n. 4538 u. 4640, M. 19, 978, Ewald, R. Arch. d. Gesellsch. f. ält. deutsche Geschichtskunde 5, 340. 343 (Absetzung von Bischöfen wegen fornicatio, simoniaca episcopatus adeptio, sacrorum ordinum venditio, Celebriren nach Suspension und Verschleuderung von Kirchengut); c. 109 (Rom 1063) C. I. q. 1 (Weihe und Weihenlassen durch einen simonistischen Bischof: „uterque depositus poenitentiam agat et privatus propria dignitate persistat"); Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 (clerici usurarii und ministri laicorum); Gregor VII. dictatus II. 55a, Jaffé mon. Gregor p. 174: „Quod ille (Romanus pontifex) solus possit deponere episcopos vel reconciliare, Quod legatus eius omnibus episcopis praesit

sn concilio . . . et adversus eos sententiam depoiitionis possit dare;" Rom 1080 p. 399; Rouen 1072 c. 14, M. 20, 38 (Priester, die Eheschliessungen in verbotenen Graden assistiren); Rouen 1074 c. 16, M. 20, 399: „Ne hi qui culpis urgentibus ab ordine sunt depositi, quasi ab omni clericatu liberi, militent saeculo more laicali"; Urban II. 1098 (J. L. 5409) u. Melfi c. 1, M. 20, 676. 968 u. 722 (Bischof, welcher Archidiakonate, Dekanate und Präposituren verkauft); Melfi 1089 c. 8, und Troyes 1117, c. 1, M. 20, 723 u. 1223 (c. 17 C. XVI. qu. 7, Empfang der Investitur aus Laienhand); Limoges 1095, M. 20, 922; Poitiers 1100, M. 20, 1118 („ab episcopali et sacerdotali officio depositus"); London 1102, M. 20, 1151; Gran 1114 c. 54, M. 21, 110 („Si quis de clero secundam uxorem vel viduam vel repudiatam duxerit, deponatur"), c. 59 („Clerici tabernarii vel foeneratores non sint; quicumque vero in tabernaria domo biberit, si clericus est, deponatur"), u. c. 65: „Quicumque de his qui in clero sunt, ad synodum episcopi sui non venerint, usque ad laicum deponantur"; ferner ibid. c. 6, 48 (Priester wegen Unwissenheit u. Trunksucht), c. 56 (Konkubinenhalten durch Priester); Rheimser Gottesfrieden Calixts II. 1119, M. 21, 236 (Verletzung des Interdikts durch Schlosskapläne: „deponendus ab ordine"); Lateran. I. 1123 c. 10, M. 21, 283 (c. 3 Dist. LXII. Weihe eines nicht rechtmässig gewählten Bischofs „consecratus et consecrator absque recuperationis spe deponatur"; c. 11. (Alex. III.) X de sim. V. 3 (clerici simoniaci „ab altaris ministerio perpetuo deponendi"); c. 3. 4 (Alex. III.) X de clerici excomm. V. 27 (für das Celebriren durch interdicirte oder exkommunicirte Geistliche: „depositio perpetua" oder „in perpetuum ab officio sacerdotali deponas"); c. 1 (Alex. III.) X de cler. pugn. V. 14 (für duellirende Kleriker); c. 6 (Lateran. IV) X de bapt. III. 42 (deponi ab omni off. et benef.),

b. *degradari*, Karol. capit. 742, c. 1, B. 1, 25: „Falsos presbiteros vel adulteros vel fornicatores diaconos et clericos de pecuniis ecclesiarum abstulimus et degradavimus et ad poenitentiam coegimus"; Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35; cap. Vermer. 758/768 c. 15, B. 1, 41; s. g. stat. Bonifac. (Anfang saec. IX) c. 10, M. 12, 385: „qui relicto suo episcopo ad alium convolat, degradatur"; c. 8 (Chalons 813 c. 40) Dist. LXXXI; Mainz 845 c. 25, M. 14, 910; Gottesfrieden v. Mainz 1083 und Heinrichs IV. 1085, LL 2, 58: „unde laici decollentur, inde clerici degradentur, unde laici detruncentur, inde clerici ab officiis suspendantur"; Winchester 1070, M. 19, 1079; Szaboles 1092 c. 13, M. 20, 782: „Ordo clericalis, si anserem vel gallinam aut poma vel his similia furatur, scopis tantum a magistro corrigatur, sed quod furatur, restituat. Maius hic si furatus fuerit, ab episcopo suo degradetur et iudicio vulgari damnetur"; Nimes 1096 c. 12, M. 20, 936 („Presbyteri publice fornicarii degradentur"); Rheims 1148 c. 11, M. 21, 719 (als London 1136 o. 1138, ibid. p. 517, für interdicirte Geistliche, welche, nachdem sie in die Exkommunikation verfallen, noch weiter amtiren); 4 (Alex. III.) X de tempor. ordin. I. 11.

Dass *degradari* dasselbe bedeutet, wie *deponi*, beweist Hincm. Rhem. cap. ad magistr. et decan. 856 nach c. 26, M. 15, 486: „quod de crimine confessi vel convicti merito sint a gradu ecclesiastico deponendi" und a. Schl. p. 491, „ita nec apostolica sedes est sibi ipsi diversa sive adversa, quae secundum ss. canones de manifestis peccatis confessos sive convictos, a gradu ecclesiastico iubet deponi et non publice confessos vel legaliter ac regulariter convictos damnari vel degradari nulla ratione permittit"; ferner der Umstand, dass die Deposition, Basol 991 und Orleans 1022, s. S. 51 n. 8, und die Degradation, Nimes 886, M. 18, 46: „Ibi Selvam . . . Eronernicum degradarunt scissis episcopalibus indumentis, baculis eorum super eorum capite confractis, annulis cum dedecore a digitis evulsis" in derselben Weise vollstreckt wird.

c. *Abiici*, resp. Steph. II. c. 10. 14, M. 12, 561 (Priester, welche ihren Konsekrator nicht kennen, erst amtiren, dann heirathen); dessen Gleichbedeutung mit *deponi* c. 7 (Rom 826) Dist. LXXXI. („si in eo scelere invenitur, quo abiciendus conprobetur, depositus providentia episcopi bene proviso loco constituatur, ubi peccatum lugeat") ergiebt; ab ordine abiici Hincm. cap. 874 c. 1, M. 15, 494, Bd. III. S. 245 n. 3).

d. *Deiici* (nec dignum esse inter presbyteros nuncupari) Hincm. l. c. c. 2 (Annahme von Geschenken aus den für die Kirchenarmen bestimmten Zehnten), deiici a clero (et alienum existere a regula) c. 33 (Rouen 9. Jahrh.) C. VII. qu. 1 (Kauf von Kirchen); deiici a clero, c. 4 (Later. III. 1179) X de excess. prael. V. 31 (clerici, die Sodomie treiben); d. presbyteratu inrecuperabiliter et omni administratione altaris, Alex. II. 1065, J. L. n. 4572, M. 19, 962 (Ermordung eines Priesters durch einen andern); d. a sacro ministerio, Hincm. l. c. c. 3, M. 15, 495 (verdächtiger Umgang der Priester mit Frauen); d. a proprio gradu, London 1125 c. 14, M. 21, 322 (clerici usurarii); deiici ab ordine pontificali Ceprano 1114, M. 21, 98 (Erzb. Landulf v. Benevent, wofür Fulco Benevent, Watterich 2, 79: „ab omni . . . officio deposuit").

Verwandte Ausdrücke: *proici* ab omni clero et beneficio, Lüttich. Diöcesanstat. 1166 c. 12, M. 22, 10 (Celebriren für Exkommunicirte oder Interdicirte aus Furcht oder aus Gunst); *a clero removeri*, c. 2 (Tours 1163) X ne prael. V. 4 (Dekane und Erzpriester, welche die Verwaltung der Jurisdiktion des Bischofs oder Archidiakons gegen jährlichen Zins übernehmen).

e. *Ab honore clericatus pelli*, Worms 868 c. 9, M. 15, 871 (Heirath der Geistlichen v. Subdiakon an aufwärts); a gradu proprio repelli, Meaux-Epernay 845/846 c. 68, M. 14, 835; LL 1, 392 (Geistliche, welche der Ehe zwischen Entführer und der entführten Braut eines anderen zustimmen oder Förderung angedeihen lassen); depelli ab ecclesiae regimine, Rheims 1148 c. 10, M. 21, 716 (nur statthaft canonico iudicio).

f. Weitere sicher hierher gehörige Ausdrücke: *ab omni sacerdotali officio alienum* oder *nudatum esse*, Rom 745, Jaffé mon. Mogunt. p. 144 (Ketzer Adalbert und Clemens); *omni sacerdotali honore et nomine alienus et omni clericatus officio prorsus exutus* Nicol. I. 866, J. L. n. 2819, M. 15, 247 (Photius); *ab omni sacerdotii officio permanere penitus alienos*, Rom 863 c. 2, M. 15, 651 (c. 10 C. XI qu. 3, Thietgaud v. Trier und Günther v. Cöln, vgl. dazu Nicol. I. 863, J. L. n. 2748, M.

bildet, wie früher, bis gegen Ende des 12. Jahrhunderts die härteste Strafe für schwerere Vergehen der Geistlichen der höheren und niederen Grade [1]. Der abgesetzte Geistliche verliert durch dieselbe, ebenso wie nach älterem Recht, nicht nur sein Amt [2] und die mit demselben verbundenen Vermögensrechte [3], namentlich das Benefizium [4], sondern er scheidet auch aus dem Klerikalstande [5] aus und wird un-

15, 649: „depositi et ab officio sacerdotali excommunicati atque a regimine episcopali alienati"; Lateran. III. 1179 c. 12, M. 22, 225 (c. 4. X. ne cler. III. 50: „ab ecclesiastico ministerio fiat alienus"); schottisches Konz. 1225 c. 22, p. 1228 (ebenso); *omni ecclesiastica dignitate privari* et *inter laicos deputari*, const. eccles. Coloman. reg. Hungar. u. 1103 IV. 1, M. 20, 1175 („si quis bigamus propter uxorem divinum officium reliquerit");

ab altari moveantur simul et de clero segregentur, Troyes 1107 c. 4, M. 20, 1223 (sacerdotes uxorati sive concubinarii); *a divino officio remoti* et *omni ecclesiastico beneficio privati extra chorum ponantur*, London 1148 c. 5, M. 20, 1230 (Priester, die nicht von ihren Frauen lassen);

gradus sui periculo subiacere, Karol. M. cap. 769 c. 14, B. 1, 46 (Messelesen in nicht konsekrirten Räumen); cap. Olonn. eccles. II. 825 c. 5, B. 1, 328 (Priester, die ihre Konkubinen nicht entfernen, während stat. Rhispac. 799 c. 17, l. c. p. 228 dafür das deponi androht); Rouen 1048 c. 78, M. 19, 753 (Bedrückung der Poenitenten durch Abgaben); Toulouse 1056 c. 1, M. 19, 847 (Bischof, welcher simonistisch weiht); c. 9 (Alex. II. 1061/1073; J. L. n. 4722) C. I. qu. 3 (Kauf u. Verkauf v. Benefizien „nec ministrare possit ecclesiae, quam pecunia venalem fieri concupivit").

a statu suo succidatur (sicut arbor quae inutiliter terram occupat) c. 17 (Alex. III) X de decim. III. 30 (für Zehntveräusserungen an Laien).

Über weitere Bezeichnungen s. d. folg. Anmkgen.

[1] Auch für die karolingische und spätere Zeit erweist sich die Behauptung von Nissl, Gerichtsstand d. Klerus i. fränk. Reich Innsbruck 1886. S. 19. 25 (vgl. Bd. IV. S. 807 n. 1), dass nur die Geistlichen der höheren Weihen wegen schwerer Vergehen mit Degradation oder Deposition, die der niederen dagegen blos mit der Exkommunikation bedroht worden seien, als haltlos. Die erstere Strafe wird ausdrücklich in cap. Karol. 742 c. 1 (S. 52 unter b) neben den Presbytern und den Diakonen auch den clerici angedroht, und schlechthin der Kleriker ohne Unterschied des Grades erwähnen ausser Karol. II. ed. Pist. 864 c. 20, LL. 1, 493: „et de tali causa, unde saeculares homines vitam perdunt, inde clerici ecclesiasticum gradum amittunt", die folgenden a. a. O. citirten Stellen: Nicäa II. 787 (c. 5 C. XIX qu. 3); Pavia 1022 c. 1; Tours 1060 c. 6; Mainzer Gottesfrieden 1083; Szabolcs 1092 c. 13; Gran 1114 c. 59; London 1124 c. 14; c. 4 X V. 31; ferner Frankfurter Konstit. Ottos I v. 951 c. 1, LL. 2, 26: „ut qui rapiunt eas (virgines et viduas) sub nomine simul habitandi, si quidem clerici sint, decidant a proprio gradu, si vero laici anathematizentur"; c. 2 (Antioch.) und c. 3 (Alex. III.) X de cler. excomm. V. 27; vgl. Kober, Deposition S. 186.

[2] Des Verlustes des officium wird u. A. erwähnt Rom 745; Nikolaus II. 866, c. 10 C. XI. qu. 3; Basol 991, Poitiers 1160; des sacrum ministerium Hincmar. 874 c. 3; London 1148 c. 5; des ecclesiae regimen Rheims 1148 c. 10; des altaris ministerium c. 11 X. V. 3 und c. 4 X. V. 27; der omnis administratio altaris Alexander II. 1085 (s. S. 51 n. 8.)

[3] cap. Karoli 742 c. 1 cit. „de pecuniis ecclesiarum abstulimus".

[4] S. z. B. Tours 1060 c. 6. 7; London 1148 c. 5; Rudolf v. Lüttich 1166 c. 12 (a. a. O.).

[5] c. 10 C. XI qu. 3: „Predictis (Thietgaud und Günther) autem depositis licentiam concedimus ecclesiam ingrediendi et communicandi sicut laici" (d. h. es wird ihnen nur die s. g. communis laica Bd. IV. S. 729 belassen), eine Stelle, welche sich allerdings weder in der römischen Synode v. 863 noch in den darauf bezüglichen Briefen Nikolaus I., S. 52. Anm. unter f. und v. Pflugk-Harttung 2, 28 findet, aber selbst wenn sie gefälscht sein sollte, die Rechtsanschauung der Zeit darlegt; vgl. Basol 991, S. 51 Anm. 8; ferner Limoges 1095, M. 20, 922: „Qui (Humbaldus, B. v. Limoges a papa publice depositus) apud S. Severum cessit ibique inter laicos laicaliter multo tempore vixit"; Gerona 1068 c. 7, M. 19, 1071: „A presbytero ad subdiaconum, si uxorem duxerint aut concubinam retinuerint, de clero exeunt et omne beneficium ecclesiasticum perdant et cum laicis in ecclesia maneant"; Colomanni leg. eccles. 1103 IV. c. 1 und Gran. 1114 c. 65 cit., S. 52 Anm. Dasselbe, die kirchliche Gleichbehandlung mit Laien, bedeuten die Ausdrücke wie: „consortium clericorum amittere", Tours 1060 c. 7 cit. und „de choro segregare" oder „extra chorum ponere", Troyes 1107 c. 4 cit. (wo für den Fall der Hartnäckigkeit auch die Entziehung der communio laicalis angedroht wird); und London 1148 c. 5, vgl. auch Bd. IV. S. 540; ferner die Wendungen: „ab ordine abiici", Hincmar. 874 c. 1; „a clero abiici" oder „deiici", c. 33 C. VII qu. 1 u. c. 4 (Later. III. 1179) de exc. prael. V. 31; „ab honore clericatus pelli", Worms 868 c. 9; „ab omni clero proiici", Rudolf v. Lüttich 1166, S. 51 n. 8. Selbst vom Standpunkt der katholischerseits vertretenen Auffassung, dass von Anfang an die Weihe einen character indelebilis gewährt hat (Bd. I. S. 117), lässt sich gegenüber den mitgetheilten Quellenstellen unmöglich leugnen, dass der von der Strafe betroffene Geistliche in dieser Zeit jedenfalls rechtlich dem Laien gleich gestellt, also so behandelt worden ist, wie seit dem 13. Jahrhundert derjenige, welcher im Sinne des neueren Rechts nicht blos deponirt, sondern degradirt worden ist. Rouen 1074 c. 12, M. 20, 399: „Ne hi qui culpis urgentibus ab ordine sunt depositi, quasi ab omni clericatu liberi, militent saeculo more laicali",

fähig, wieder im Kirchendienst angestellt zu werden [1].

Was diese Wirkungen des Näheren betrifft, so umfasst der Verlust des von dem Betroffenen innegehabten Weihegrades nicht nur die Entziehung dieses, obschon vielfach nur des letzteren allein gedacht wird [2], sondern auch die sämmtlicher niedrigeren Ordines [3] und aller dem Kleriker zustehenden Ehrenrechte [4]. Der Deponirte

steht nicht entgegen, denn es verlangt von den deponirten Geistlichen, welche vielfach der Zwangsbusse unterworfen worden sind, s. unten §. 263, nur ein ihrem früheren Stande entsprechendes Leben.

[1] Zachar. ad Pipp. 747 c. 2, J. E. n. 2277 Jaffé mon. Carol. p. 21: „de episcopis, presbiteris et diaconibus damnatis, quod pristinum officium recuperare non debent" unter Berufung auf c. 29 apost. (Bd. IV, S. 726 n. 6); c. 4 (Joann. XIII 875, J. E. n. 3010) Dist. L.: „debet ergo sacerdotio privatus lacrimarum fonte flagitium tam immane (homicidium) diluere, ut talibus saltem remediis curatus salutis possit invenire suffragium"; Rudolf v. Bourges 850 c. 16, M. 14, 951; (Priester wegen verdächtigen Verkehrs mit Frauen) „noverit se a sacerdotii honore et ab officio removendum nulla ei prorsus recuperationis consolatione relicta"); ibid. c. 18 (Priester, der sich bei Begräbniss, Taufe, Busse und anderen Sakramenten bezahlen lässt) „proprii honoris irrecuperabiliter periculo subiacebit"; c. 2 (Eugen III) X de raptor. V. 17 (Priester, welcher Räuber und Brandstifter zur Busse und zum christlichen Begräbniss zulässt), ferner von den S. 51 n. 8 citirten Stellen Alex. II. 1065, Later. I. 1123 c. 10; c. 11 (Alex. III.) V. 3 u. c. 3. 4 (id.) X V. 27. Vgl. hierzu noch unten S. 55.

[2] *gradu privari*, Hincm. Rem. cap. 852 c. 16, M. 15, 479 (Theilnahme an verbotenen Gilden und ihren Gelagen „presbyter vel quilibet clericus", wiederholt Nantes saec. IX c. 15, M. 18, 170); *gradum perdere* cap. Vern. 758/768 c. 4, B. 1, 40 (zwangsweise Verschleierung von Frauen durch Priester); *gradum amittere*, Theodulf von Orleans u. 797 c. 16, M. 13, 998 (unerlaubter Erwerb von Kirchen anderer Priester durch Geschenke); Aachen 836 II. c. 12. M. 14, 679 (Bischöfe bei hochverrätherischen Handlungen); *proprii officii gradum amittere*, Rom 853 c. 41, M. 14, 1016 (Priester, welche ohne Zustimmung des Bischofs in fremden Diöcesen Kirchen annehmen); c. 6 (Meaux-Epernay 845. 847) C. XXIII qu. 8 („quicumque ex clero arma militaria sumunt"); *proprii gradus amissione mulctari*, London 1175, M. 22, 150 (für dasselbe Vergehen); *decidere a proprio gradu*, Hludov. P. cap. eccl. 818 c. 16, B. 1, 278 (bei simonistischer Vergebung von Ämtern, beide Theile); Vienne 1060 c. 1, M. 19, 925 (et dignitate) (simonistische Vergebung von Ämtern und Weihen); *periculum proprii gradus sustinere*, Aachen 836 III c. 11, M. 14, 682 und Melfi 1089 c. 2, M. 19, 723 (Frauen haltende Geistliche vom Subdiakon aufwärts); *gradus sui periculum incurrere*, Paris 829 I. c. 46, M. 14, 566 (Messelesen an unerlaubten Orten); Rouen saec. IX c. 9. Bruns I. 2, 270 (Verschleierung von Wittwen durch Priester) oder *sentire*, Benevent 1091 c. 3, M. 21, 239 (Bischöfe, welche fremde Geistliche ohne Formate weihen); ferner *a gradu sui ordinis periclitari*, cap. Ghaerbald. Leod. episc. 802/810 c. 5, B. 1, 243 (Priester, welcher sich Taufe und Abendmahl bezahlen lässt); *ordinis sui damnum pati et ecclesiactico beneficio carere*, c. 2 (Eugen III.) X de rapt. V. 17 cit.; *ordinis sui periculum incurrere*, Rheims 1148 c. 13, M. 21, 219 (Bischof, der einem Amtsbruder die Rechtshülfe verweigert); *ruinam proprii ordinis pati*, London 1125 c. 13, M. 21, 332 (presbyteri, diaconi, subdiaconi, canonici concubinarii); *concessi ordinis privari officio et loco*, London 1175 c. 3, M. 22, 148 (höhere Kleriker, „qui iudicium sanguinis agitant"); *gradu ecclesiastico carere*, Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 788 (Priester und Diakonen, welche Waffen tragen und sonst in ihrem äußeren Verhalten schwer gegen ihren Stand verstossen).

[3] Denn mit der Entziehung des vom Deponirten innegehabten Grades oder Ordos war für sein Amtiren an der Kirche kein Raum mehr, und die früher erlangten niedrigeren Ordines konnte er vorher schon nicht mehr als solche ausüben. Darum bedurfte es der Erwähnung der letzteren nicht. Eine Änderung des früheren Rechts (Bd. IV. S. 728, 806) ist für diese Zeit nicht nachweisbar; im Gegentheil wird die Versetzung in den Laienstand oder die rechtliche Gleichbehandlung mit Laien auch neben solchen Ausdrücken, wie den angeführten erwähnt, lex Romana Curiensis XVI. 1. 4, LL 5, 392. „Si quis episcopus . . . clericum in saeculares causas conversare viderit et pro malitia sua de gradum suum eiecerit ... si ipse clericus de bona gente est ... inter ipsos curiales officium publicum faciat; si ... inferior . . ., inter collegiatos ..", d. h. der Kleriker scheidet aus dem geistlichen Stand aus und hat nunmehr die öffentlichen Lasten wie der Laie zu tragen (vgl. v. Salis Ztsch. d. Savigny-Stiftg. german. Abth. 6, 162. 163). Ferner ergiebt sich die Gleichbedeutung der gedachten Beziehungen mit deponi daraus, dass für dasselbe Vergehen die Strafe bald in der einen oder anderen Wendung angedroht wird; s. S. 52 Anm. Endlich wird die blosse Zurückversetzung auf einen niedrigeren Grad stets ausdrücklich als etwas Besonderes und als Akt der Milde hervorgehoben, Röm. Synode unter Leo VIII. 964, Liudprand. de Otton I. gest. c. 21, Watterich 1, 62: „Benedictum (V) s. romanae .. sedis invasorem, omni pontificatus et presbyteratus honore privamus: ob eleemosynam vero d. imper. Ottonis (I) ... diaconatus eum ordinem habere permittimus et non iam Romae sed in exilium"; Rheimser Synode Leos IX. 1049, M. 19, 741: (Bischof v. Nantes, der die Nachfolge nach seinem Vater durch Simonie erlangt hat): „iudicio synodi sublato annulo et pastorali pedo privatus est pontificali ministerio, condonato ei intervenientibus episcopis, tantummodo presbyteratus officio; in c. 5 (Nicol. I 861, J. E. n. 2688) Dist. L ist wohl volle Absetzung gemeint.

[4] Vgl. Bd. IV. S. 727 n. 3. Daher wird auch

konnte abgesehen von seinem Amt nunmehr auch keine aus dem Ordo oder seinem früheren Amt herfliessenden Funktionen ausüben, und wurde, falls er es that, mit der grossen Exkommunikation bestraft[1]. Während aber nach älterem Recht die von den Deponirten vorgenommenen Weihehandlungen als nichtig betrachtet worden sind[2], begann sich im 9. Jahrhundert offenbar in Folge der schon früher in der Kirche vertretenen Auffassung, dass die Ordination einen unverlierbaren Charakter aufpräge, die Ansicht geltend zu machen, dass dieselben trotz ihrer Unerlaubtheit nicht der Gültigkeit ermangelten[3], und gegen Ende des 12. Jahrhunderts ist diese zu allgemeiner Anerkennung in der Kirche gelangt[4].

Hinsichtlich der ferneren Wirkung der Deposition, der immerwährenden Ausschliessung des davon Betroffenen von der Wiederanstellung in kirchlichen Stellungen und Ämtern zeigt sich im Verlaufe dieser Periode eine noch weiter gehende Milde als früher[5]. Schon in Folge der Änderung des Busswesens war das Haupthinderniss einer Restitution der Deponirten, die Nothwendigkeit der Sühne des Vergehens durch öffentliche Busse, fortgefallen und damit in Gegensatz zu der strengen Auffassung der älteren Kirche[6] im 9. Jahrhundert die Übung zur Herrschaft gelangt, die Kle-

jetzt noch, wie früher der Verlust derselben als Verlust des honor bezeichnet, *honorem perdere*, cap. Pippin. 754/755 c. 2, B. 1, 31 (Kleriker, der höheren Weihen, welche incestuose Ehen eingehen); Cap. missor. 802 c. 19, B. 1, 95 (Bischöfe, Priester und Diakonen, welche nicht nach der kanonischen Ordnung leben); *proprii honoris periculo subiacere*, S. 54 n. 1; *honore privari*, s. g. stat. Bonif. c. 5, M. 12, 384 (wiederholt Mainz 813 c. 27, M. 14, 72, Priester, die das Chrisma als Medizin weggeben); *honore gradus privare*, Theodulph. episc. Aurel. cap. II, M. 13, 1011 (Priester, welcher Ehebrecher in seinem Hause Ehebruch treiben lässt), Rom 743 c. 12, M. 12, 365 (Kleriker, die sich in Prozesssachen an weltliche Beamten wenden); *h. simul et officio pr.* Toulouse 1056 c. 7, M. 19, 848 (Priester et reliqui clerici, welche Umgang mit Frauen haben); *h. vel ordine pr.* Gran 1114 n. 23, M. 21, 104 (nur zulässig iudicio canonico); *h. et loco pr.* c. 5 (Alex. III.) X ne clerici III. 50 (clerici in sacris, qui iudicium sanguinis agitant); *h. sacerdotii pr.*, Rom 743 c. 2 u. c. 5, M. 12, 382 (Halten v. feminae subintroductae und Ertheilung der Kommunion an Eheleute in incestuoser Ehe); *sacerdotii non posse habere honorem*, Worms 868 c. 11, M. 15, 871 (Priester, welche Fornikation treiben, c. 33 Dist. L); *honoris iacturam periclitari*, Friaul 796 c. 3, M. 13, 846 (Trunksucht der Kleriker) oder *sustinere*, Nikolaus I. u. 862, J. L. n. 2708, M. 15, 395; auch *dignitatem amittere*, respons. Stephan. 754 c. 13, M. 12, 561 (Priester, der seinen Ordinator nicht kennt und unwissend in Betreff des Symbols, des Vaterunsers und der Psalmen ist).

[1] Pippin. cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35: „Si quis presbyter ab episcopo suo degradatus fuerit et ipse per contemptum postea aliquid de suo officio siue comeatu facere praesumpserit et postea ab episcopo correptus et excommunicatus fuerit", wodurch die Fortgeltung des alten Rechtes, Bd. IV 729 n. 3, c. 4 Antioch. 341 und can. 29 apost. bezeugt wird. Die zuletzt citirten Stellen finden sich dann bei Gratian, c. 6 C. XI qu. 3 und c. 1. 2 X V. 27 wieder.

[2] Bd. I S. 83 n. 2 u. Bd. IV. a. a. O.

[3] Noch die Synode v. Soissons 853 act. 5, M. 14, 984: „ut quidquid in ordinationibus ecclesiasticis idem Ebbo (v. Rheims) post damnationem egerat, secundum traditionem apostolicae sedis . . . praeter baptismum . . irritum et vacuum habeatur et ordinati ab eo . . . spiritus sancti iudicio ecclesiasticis gradibus privati perpetuo habeantur" hat die Ungültigkeit der von Ebbo nach seiner Absetzung vorgenommenen Weihen ausgesprochen, und wenngleich Nikolaus I. ep. ad syn. Suess. 866, J. L. n. 2822, M. 15, 745 die Gültigkeit der Weihen nicht direkt beanstandet und die Restitution der betreffenden Kleriker befohlen hat, so ist doch die letztere von ihm aus anderen Gründen angeordnet worden, und man kann nicht behaupten, dass er die Weihen für absolut gültig erklärt hat (so Kober Deposition S. 137), dies um so weniger als der Papst selbst noch darauf hinweist, dass die Absetzung Ebbos ungültig gewesen sei, Schrörs Hinkmar Erzb. v. Rheims. Freiburg i. Br. 1884 S. 282 285. Dagegen lässt die Gestattung des Messelesens für den abgesetzten Hinkmar v. Laon 878, Hincm. annal. 878, SS. 1, 504; Hefele 4, 508. 535, wieder darauf schliessen, dass man den geistlichen Charakter durch die Absetzung nicht als verloren betrachtet hat. In der schroffsten Weise haben sich die beiden verschiedenen Ansichten in der Behandlung der vom Papst Formosus ertheilten Weihen, Dümmler, Auxilius und Vulgarius. Leipzig 1866 c. 22 u. Bd. I. S. 84 n. 1, geltend gemacht, ja auch Johann XII. hat unter Berufung auf die von Stephan VI. 897 erfolgte Nichtigkeitserklärung derselben dasselbe in Betreff der von dem Ottonischen Papst Leo VIII. vollzogenen Ordinationen verfügt, M. 18, 474.

[4] Bd. I S. 84 n. 2.

[5] Bd. IV. S. 808.

[6] Bd. IV. S. 740 n. 5.

riker nach geleisteter Busse wieder zum Kirchendienst zuzulassen [1]. Später, als seit dem 11. Jahrhundert die Reformpartei der Kurie und die Päpste den Kampf für die Durchführung des Cölibates, die Beseitigung der Laien-Investitur und der simonistischen Vergebung von Weihen und Kirchenämtern aufnahmen, konnte man unmöglich an dem strengen Recht festhalten, denn einmal war gegen solche Geistliche, welche sich den römischen Anforderungen nicht hartnäckig widersetzten oder sich ihnen schliesslich reuig fügten, schon aus Politik ein mildes Vergehen geboten, und andrerseits hätte eine strenge Behandlung derselben einen empfindlichen Mangel an geistlichen Kräften herbeiführen müssen. Hieraus erklärt es sich, dass seit jener Zeit deponirte Geistliche nicht nur leichter als früher wieder zum Kirchendienst zugelassen und in ihre früheren Ämter wieder eingesetzt worden sind [2], sondern auch, dass wiederholt die Deposition sowohl in päpstlichen Anordnungen [3] wie auch in den Partikular-Konzilien [4] schon von vornherein blos bis zu erfolgter Genugthuung oder Bussleistung angedroht, und andererseits da, wo jede Restitution ausgeschlossen bleiben soll, dies ausdrücklich hervorgehoben wird [5].

Darüber, dass man in den zuerst erwähnten Fällen eine neue Ordination vorgenommen hat [6], wird nichts berichtet, wahrscheinlich ist es nicht der Fall gewesen [7], immer aber blieb trotzdem der rechtliche Unterschied zwischen dieser milderen Art der Deposition und der Suspension [8] bestehen, dass der von der ersteren Betroffene kein Recht auf Wiederanstellung hatte, eine solche vielmehr eine Gnade blieb,

1 c. 14. 24 (Pseudo-Isid.) Dist. L (Hinschius p. 141. 142); c. 5 (dem 9. Jahrh. angehörig) Dist. LXXXII. Vgl. einerseits noch Bd. IV. S. 808. 816 und unten §. 263.

2 Gesta Treviror. M. 20, 1183: „Sed quoniam episcopalia, annulum vid. et baculum per manum laicam suscepisset (Bruno v. Trier) atque quia ecclesias dedicasset et clericos nondum pallium secutus promovisset, multum aspere correptus est et decernente episcoporum ibi congregatorum concilio (wahrscheinlich Guastalla 1106, Hefele C. G, 5, 286) pontificatus officium deposuit, quod tamen ipsis intervenientibus, quia discretio eius et prudentia officio et tempori congruus erat et post triduum non sine admissorum poenitentia recuperavit. Iniuncta ei poenitentia est, ut quotiens in spatio IIIum annorum proximorum missarum solemnia celebraret, dalmaticis non uteretur, quod ipse humiliter implevit". Schon die Provinzialsynode von Rouen 1072 c. 19, M. 20, 39: „ne hi qui publice lapsi in criminalibus peccatis inveniuntur, citissime in sacris ordinibus restituantur . . . Unde hoc ratum manere oportet, ut in crimine publice lapsus ante peractam poenitentiam in pristino gradu nullatenus restituatur, nisi summa necessitate post dignam quidem longe poenitentiae satisfactionem" musste gegen zu leichtfertige Restitutionen einschreiten.

3 c. 16 (Alex. II. 1062, J. L. n. 4477) Dist. LXXXI: „Si quis amodo episcopus, presbiter, diaconus feminam acceperit vel acceptam retinuerit proprio gradu decidat, usque dum ad satisfactionem veniat nec in choro psallentium manens nec aliquam portionem de rebus ecclesiasticis habeat"; c. 2 (Alex. III.) X de iudic. II. 1.

4 Gerona 1078 c. 1, M. 20, 517: „Si quis vero de cetero palam nupserit vel concubinam duxerit, gradus sui et honoris periculo subiacebit et a clero exeat, quoadusque canonice satisfaciat". Vgl. auch die nicht mit den Reformbestrebungen des 11. Jahrhunderts (s. oben den Text) im Zusammenhang stehende Bestimmung von Limoges 1031, M. 19, 542: „Si quis de episcopis . . . se inflexerit, ut secundum concilium non distringat per iustitiam illum quem distringere debet et potest sive absolverit vivum vel mortuum quem absolvere non debet, aut in aliquo probatus fuerit, violare concilium quod ipse cum aliis episcopis instituit, ab ipsis episcopis deponatur usque ad spatium temporis quod ipsi episcopi concorditer iudicabunt . . . Similiter fiat de illo episcopo qui excommunicatum alterius episcopi susceperit vivum sive mortuum vel in episcopatu suscipi a quoquam permiserit vel consenserit".

5 S. 54 n. 1 u. Dioklea 1199 c. 1, M. 22, 701: „omni ecclesiastica careat dignitate et sine spe restitutionis . . . perpetuo deponatur" Bischof, der simonistisch weiht und Ämter vergiebt.

6 Wie Toledo IV. c. 28, Bd. IV. S. 807 n. 2 vorschreibt.

7 Die citirten Stellen Anm. 3 u. 4 lassen, ebenso wie c. 5 Dist. LXXXII ihrem Inhalt nach auf das Gegentheil schliessen. Man hat also hierbei die Anschauung, dass die Ordination fortwirke, (Bd. I. S. 83) geltend lassen, und diese Praxis hat offenbar dazu beigetragen, der Auffassung von dem character indelebilis der Weihe zur Herrschaft zu verhelfen.

8 Eine solche ist wahrscheinlich gemeint Karol. cap. 769 c. 15, B. 1, 46: „Sacerdotes qui rite non sapiunt adimplere ministerium suum nec discere . . . pro viribus satagunt vel contemptores canonum existunt, ab officio proprio sunt submovendi quousque haec pleniter emendata habeant".

über deren Gewährung der dem Geistlichen vorgesetzte, zur Absetzung befugte kirchliche Obere nach den jeweiligen Verhältnissen und den in der betreffenden kirchlichen Strafandrohung gegebenen Anhaltspunkten zu befinden hatte [1], und dass es ferner für die Wiederanstellung stets eines besonderen Aktes bedurfte [2], während der Suspendirte der Substanz seiner Amts- und Standesrechte niemals verlustig ging und nach Wiederaufhebung der Suspension oder nach Ablauf der für dieselbe festgesetzten Zeit ohne Weiteres wieder in den Genuss aller seiner Befugnisse eintrat.

Was schliesslich den Verlust der Vermögensrechte, insbesondere des Benefiziums betrifft, so hat man, wie schon in den früheren Jahrhunderten [3], die Strafe mehrfach dadurch gemildert, dass einzelnen abgesetzten Bischöfen aus Gnade und Barmherzigkeit gewisse Einkünfte aus ihrem früheren Bisthum zum Unterhalt zugewiesen worden sind [4].

Es war in dieser Zeit üblich, die Deposition durch Abnahme der dem Bestraften zu diesem Zwecke angelegten Insignien seines Ordos, vor Allem bei Bischöfen [5], aber auch bei Priestern [6], in einer besonderen Solennität zum Ausdruck zu bringen, indessen eine wesentliche, zur Herbeiführung der Wirkungen der Strafe erforderliche Handlung ist diese Formalität nicht gewesen [7].

Die freiwillige Niederlegung des Amtes auf erhobene Anklage [8] stand in ihren Rechtswirkungen der Deposition nur dann gleich, wenn sie bereits zur Feststellung der Schuld des Angeklagten geführt, insbesondere wenn dieser seinerseits ein Schuldbekenntniss abgelegt hatte [9]. Für andere Fälle kann eine solche Gleich-

[1] Urban II. 1089 ep. ad Gebehard. Constant. 1089, J. L. n. 5393: „Tuae tamen providentiae . . . committimus, utrum eorum (Geistliche der höheren Weihen in crimine aliquo lapsi) aliqui, qui tamen infamiae notis non fuerint aspersi, necessitate ecclesiae urgente et ipsorum sancta conversatione promerente in suis gradibus recuperari debeant. Hoc autem secundum indulgentiam dico, non secundum imperium".

Dass der Papst zur Ertheilung der Restitution allein berechtigt gewesen sei (Kober S. 204), ist für diese Zeit nicht richtig.

[2] In den Quellen Restitution oder Rekuperation genannt, s. vor. Anm. und auch S. 54 n. 1.

[3] Bd. II S. 412 n. 4 u. Bd. IV S. 727 n. 2 a. E.

[4] So dem unter Pippin u. 755 abgesetzten B. Raginfrid v. Rouen, gesta abbat. Fontanell. c. 12, SS. 2, 286: „cui tamen Raginfrido causa misericordiae aliquae villae de eodem Rothomagensi episcopio attributae fuerunt"; Hinkmar v. Laon 876, diesem allerdings wohl längere Zeit nach seiner Absetzung mit königlicher Genehmigung, Annal. Hincm. a. 878 SS. 1, 504; Schrörs Hinkmar Erzb. v. Rheims. Freiburg i. Br. S. 424; Hefele 4, 508; dem von Honorius II. 1128, bez. v. Innocenz II. 1135 abgesetzten B. Otto v. Halberstadt, G. Schmidt, Urkundenbuch d. Bisth. Halberstadt 1, 133. 149, und dem 1205 abgesetzten Erzb. Adolf v. Cöln, Potth. n. 3819, Migne opp. Innoc. III. 3, 142.

[5] Nimes 886, S. 52 Anm.; Rom 998, Gregor V. ep. J. L. n. 3888, M. 19, 228: „iussimus a Benedicto archidiacono nostro et Roberto oblationario ipsum Guadaldum (v. Vich) deponi. Qui, ut mos est Romanorum, de dextera illius annulum evellentes et virgam pastoralem super caput ipsius frangentes et casulam atque dalmaticam scindentes et ab ordine pontificatus eum degradantes in terram sedere fecerunt"; Guastalla 1106, S. 56 n. 2; Deposition Benedikts V. 964, Watterich 1, 63; des Petrus Leonis auf d. Lateransyn. 1139, ibid. 2, 252. Daher heisst es a. a. O. auch: *exordinamus* et deponimus.

[6] Basol 991 und Orleans 1022, S. 51 n. 8; Fritzlar 1017/1022, M. 19, 387, ist von der Degradation eines *clericus* die Rede.

Dass Limoges 1031, M. 19, 540: „Quando autem episcopus presbyterum deposuerit, sic agat. Jubeat eum prius indui omnibus sacerdotalibus indumentis, deinde manu sua auferat ei manipulum, deinde casulam, deinde mediam stolam de collo reflectat ei inter scapulas sub latere dextro et depositus est a presbyteratu in diaconatum", nicht etwa eine Anweisung für die Zurückversetzung auf den Grad des Diakonats, sondern überhaupt für die Deposition geben will, ergiebt der Anfang der Stelle und der Umstand, dass nachher das Verfahren bei der Exkommunikation vorgeschrieben wird. Man begnügte sich der Regel nach mit der Abnahme der Symbole des jeweiligen Ordo und drückte das weiter Erforderliche blos durch Worte aus.

[7] Als wesentlich ist sie nirgends vorgeschrieben.

[8] Eine solche ist namentlich seitens einzelner Bischöfe geschehen.

[9] Wie in den Fällen des Erzb. Ebbo v. Rheims zu Diedenhofen 835, vgl. die Erklärung desselben LL. 1, 370, s. ferner M. 14, 659; Simson, Ludw. d. Fr. 2, 134. 135; sowie des Erzb. Arnulf v. Rheims, welcher auf der Synode zu Basol 991, Bd. III. S. 569, angeklagt war, M. 19, 152. 153; Hefele 4, 641.

stellung nicht angenommen werden [1], da hier eine Verurtheilung noch immer zweifelhaft blieb, und daher niemals der im erstgedachten Fall übliche Befehl an den Abdankenden, sein Amt niederzulegen [2], welcher blos eine andere Form der Deposition darstellte, erlassen werden konnte.

b. Die Entwicklung des Unterschiedes zwischen Deposition und Degradation seit dem Ende des 12. Jahrhunderts. Gegenüber den Bestrebungen der Kirche, die Pseudo-Isidorische Forderung, dass die Geistlichen in allen Rechts- und Strafsachen unter Ausschluss der weltlichen, lediglich durch die geistlichen Gerichte gerichtet werden sollten [3], zur Anerkennung zu bringen [4], hat sich schon im 12. Jahrhundert seitens der weltlichen Gewalten Opposition erhoben, weil die Kleriker durch die kirchlichen Gerichte bei den gleichen Vergehen einer viel milderen Bestrafung als die Laien durch die weltlichen Gerichte unterworfen wurden [5] oder wohl auch öfters bei den schwersten Verbrechen so gut wie straflos ausgingen [6].

Die bisherige Ausgestaltung der Strafe der Deposition hatte für die Kirche, wenngleich sie den abgesetzten Geistlichen in der Regel der Zwangsbusse und der Einsperrung in ein Kloster unterwarf [7], den Nachtheil, dass sie auf Grund des von ihr geforderten Gerichtsprivilegs der weltlichen Gewalt den Zugriff gegen solche Geistliche, weil diese durch die Deposition den Klerikalstand verloren hatten, nicht verwehren konnte. Zwar bot die immer mehr zum Durchbruch gelangende Anschauung von der Unverlierbarkeit des durch die Ordination aufgeprägten Charakters bei den Bischöfen und Priestern die Möglichkeit, diese selbst nach ihrer Deposition für das geistliche Gericht zu beanspruchen, aber andererseits konnte sich die Kirche unmöglich der Einsicht verschliessen, dass bei gewöhnlichen Strafvergehen schwereren Charakters eine weltliche Bestrafung der Geistlichen seitens der staatlichen Gewalten mit Recht verlangt wurde, und dies um so weniger, als sie selbst ihrerseits für die Unterdrückung der gerade in dieser Zeit immer mehr um sich greifenden Ketzereien [8] die Hülfe und Unterstützung des weltlichen Armes forderte und derselben nicht zu entrathen vermochte. Alle diese Momente mussten dahin drängen, eine Ausgleichung der kirchlichen und der staatlichen Ansprüche zu suchen, und in Folge dessen begann die Kirche Ende des 12. Jahrhunderts die Voraussetzungen näher festzustellen, unter

1 Hierher gehört die Abdankung des B. Heinrichs v. Verdun auf dem Legatenkonzil v. Chalons 1129, welche er ausdrücklich mit der feindlichen Gesinnung seines Klerus gegen sich begründete, ohne die gegen ihn erhobenen Anklagen als richtig anzuerkennen, M. 21, 577; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 249. 250; ferner der Verzicht des B. Bruno v. Strassburg zu Mainz 1131, annal. Disibod. SS. 17, 24: „ubi Bruno . . . a clero et populo super violentia, intrusione et consecratione impetitus in manus archiepiscopi et cardinalis Argentinensem reconsignavit episcopatum", Bernhardi S. 375; endlich die Abdankung Liutards v. Cambrai 1134, gest. episc. Camer. SS. 7, 507: „Domnus (Erzbischof) Remensis sub praesentia tantum V episcoporum paterne conveniens Lietardum ex ore ipsius, quae proponebantur (Beschuldigungen wegen Simonie) non falsa esse intellexit, mandans et consulens, ut intra proximam epiphaniam, ne publice convinceretur, quasi spontaneus recederet . . . quod se facturum . . . Lietardus episcopus confirmavit"; Bernhardi S. 592.

2 So rufen die Bischöfe dem Arnulf v. Rheims zu: „secundum professionem tuam et subscriptionem cessa ab officio", M. 19, 153, und in Betreff Ebbos erzählt Hincmar Rhem. de praedestinatione c. 36, Migne 125. 390: „dicentibus per ordinem omnibus: secundum tuam confessionem cessa a ministerio".

3 Über die frühere Zeit Bd. IV S. 849.

4 S. unten §. 287.

5 Wird doch mehrfach die Deposition oder Degradation der Kleriker der Todesstrafe der Laien gleichgestellt, Mainzer Gottesfrieden von 1083, S. 52 Anm., und früher schon Karol. III. ed Pist. 864 c. 20, S. 53 n. 1.

6 Kober, Deposition S. 147 ff.

7 Vgl. c. 1 (Clem. III. 1187/1191, J. L. n. 16618) X de conf. II. 17 (pars decisa, wo degradare noch gleich deponere gebraucht wird); Innoc. III. 1199. Potth. n. 745, opp. ed. Migne 1, 649; c. 10 (id. Potth. n. 693) X de purg. can. V. 34.

8 Vgl. unten §. 286.

denen die deponirten Geistlichen der weltlichen Gewalt und den staatlichen Gerichten zur Bestrafung überlassen werden sollten. Schon Lucius III. ordnete 1184 an, dass jeder der Ketzerei überführte Kleriker der Vorrechte des kirchlichen Standes entkleidet und aller Ämter und Benefizien entsetzt, sowie demnächst der weltlichen Obrigkeit zur Bestrafung übergeben [1], und demnächst Cölestin III., dass jeder des Diebstahls, der Tödtung, des Meineides und anderer schwerer Vergehen überführte Geistliche vom kirchlichen Richter deponirt, im Falle seiner Unverbesserlichkeit aber noch exkommunicirt, sodann mit dem Anathem belegt, schliesslich aber bei Fruchtlosigkeit aller dieser Strafen dem weltlichen Gericht überwiesen werden sollte [2].

Damit war in den bisherigen Wirkungen der Deposition der Unterschied gemacht, dass sie nunmehr blos noch in den vorher bezeichneten Fällen die allgemeinen Rechte des geistlichen Standes entzog, und nur allein in diesen der Schuldige dem weltlichen Richter überlassen wurde, im übrigen aber dem Deponirten die gedachten Rechte gewahrt blieben, d. h. es war damit die Aussonderung zweier verschiedener Strafen aus der früher einheitlich gestalteten Deposition vollzogen. Dies hat schon Innocenz III. erkannt, indem er in einer Verordnung gegen die Verfälscher päpstlicher Schreiben den Geistlichen, welche sich eines solchen Vergehens schuldig machen, als Strafe ausser der Exkommunikation die mit dem Verlust der geistlichen Standesrechte verbundene Deposition und die Auslieferung an die weltliche Gewalt androht, und hierfür die Bezeichnung: *degradare* gebraucht [3]. Die päpstlicherseits vorgenommene Änderung wurde aber in ihrer vollen Bedeutung, weil man das frühere Recht noch vor Augen hatte, offenbar nicht überall verstanden [4], und Innocenz III.

[1] Wahrscheinlich auf dem Konzil zu Verona, c. 9 (J. L. n. 15109) X de haer. V. 7: „ut quicumque manifeste fuerint in haeresi deprehensi, si clericus est vel cuiuslibet religionis obumbratione fucatus, totius ecclesiastici ordinis praerogativa nudetur et sic omni [pariter] officio et beneficio spoliatus ecclesiastico, saecularis relinquatur arbitrio potestatis, animadversione debita puniendus, nisi continuo post deprehensionem erroris ad fidei catholicae unitatem sponte recurrere et errorem suum ad arbitrium episcopi regionis publice consenserit abiurare et satisfactionem congruam exhibere“.

[2] 1191—1198, J. L. n. 17639, c. 10 X de iud. II. 1: „. . . si clericus in quocumque ordine constitutus in furto vel homicidio vel periurio seu alio [mortali] crimine fuerit deprehensus legitime atque convictus, ab ecclesiastico iudice deponendus est. Qui si depositus incorrigibilis fuerit, excommunicari debet, deinde contumacia crescente anathematis mucrone feriri. Postmodum vero, si in profundum malorum veniens contempserit, quum ecclesia non habeat ultra quid faciat, ne possit esse ultra perditio plurimorum, per saecularem comprimendus est potestatem, ita quod ei deputetur exsilium vel alia legitima poena inferatur“.

[3] c 7 (1201, Potth. n. 1276) X de crim. falsi V. 20: „. . . ut clerici qui falsarii fuerint deprehensi, omnibus officiis et beneficiis ecclesiasticis perpetuo sint privati ita quod, qui per se falsitatis vitium exercuerint, postquam per ecclesiasticum iudicem fuerint degradati, saeculari potestati tradantur secundum constitutiones legitimas puniendi, per quam et laici qui fuerint de falsitate convicti, legitime puniantur“.

Wenn Kober S. 158 zwischen den Dekretalen Lucius' III. und Cölestins III. einerseits und der Innocenz III. andererseits den Unterschied herausfinden will, dass nach den ersteren die Kirche den verbrecherischen Kleriker nicht direkt ausliefert, um einen unmittelbaren Antheil an einer etwaigen Bestrafung desselben mit Todes- oder Leibesstrafe abzulehnen, und alles als nur passiver Zuschauer dem weltlichen Gericht überlässt, Innocenz III. dagegen die Auslieferung anordnet, so ist dies durch das Wort „relinquatur“ bei Lucius III. umsoweniger gerechtfertigt, als dessen Dekretale die weltlichen Obrigkeiten, welche die Ketzer nicht bestrafen, mit der Exkommunikation und dem Interdikt bedroht, und Cölestin III. ebenfalls unter Erwähnung der weltlichen Strafen das Einschreiten der weltlichen Gewalt vorschreibt, ja sogar auch Lateran. IV 1215 c. 3, c. 13 X de haeret. V. 7, und die Indulte Gregors IX., S. 61 n. 1, das Wort: „reliquatur“ im Sinne einer direkten Auslieferung gebrauchen.

[4] Nach Kober S. 160 nicht in den weltlichen Gerichten. Die in der folg. Anmerkung citirte Dekratale ist aber an den Bischof von Paris gerichtet, und Innocenz III. spricht sogar von Meinungsverschiedenheiten seiner Vorgänger. Selbst der Sprachgebrauch der Partikularverordnungen hat sich nicht überall der Neuerung anbequemt, so bedrohen Richard v. Salisbury u. 1227 c. 29, M. 22, 1116 und die Bd. IV S. 133 n. 2 citirten Konzilien die Verletzung des Beichtgeheimnisses

sah sich daher zu der Bestimmung genöthigt, dass der mit der Strafe der Degradation Belegte nicht ohne weiteres der geistlichen Standesrechte verlustig gehe und der weltlichen Gerichtsbarkeit anheimfalle, es vielmehr eines in Gegenwart der weltlichen Obrigkeit vorzunehmenden besonderen Degradationsaktes und der thatsächlichen Auslieferung an die letztere bedürfe [1], d. h. es sollte das auf die Degradation lautende Urtheil als solches noch nicht die gedachten Wirkungen haben, diese vielmehr erst mit der Vollstreckung des Urtheils eintreten.

So hatte die kirchliche Gesetzgebung aus der Deposition eine besondere neue Strafe herausgestaltet. Diese war nunmehr die härteste Strafe, welche den Geistlichen treffen konnte, und wird daher als *capitis deminutio* [2] bezeichnet. Aber gerade wegen ihrer Härte ist sie in der Gesetzgebung des 13. Jahrhunderts auf einen kleinen Kreis von Verbrechen beschränkt geblieben [3] und hat wesentlich nur für die Ketzerei praktische Bedeutung erlangt [4].

Konnte schon aus diesem Grunde das kirchlicherseits gemachte Zugeständniss den Laiengewalten nicht genügen [5], so wurde dasselbe überdies noch durch die Erschwerung der Form der Degradation bedeutungsloser gemacht, als es schon an sich in Folge des geringen Anwendungsgebietes der Strafe war. Da Innocenz III. über die Form der Vollstreckung keine näheren Bestimmungen getroffen hatte, so blieb nichts übrig als auf die früher, bei der Deposition üblichen Solennitäten [6] zurückzugreifen [7]. Erst Bonifaz VIII. hat das Verfahren aus Anlass entstandener Zweifel näher geregelt. Nach ihm soll die *verbalis degradatio* oder die *depositio ab ordinibus vel gradibus ecclesiasticis*, d. h. die Verhängung der Strafe der Degradation oder der Absetzung und des damit verbundenen Verlustes der geistlichen Standesrechte [8] bei den Geistlichen der niederen Weihen durch den zuständigen Bischof, bei denen der höheren unter Mitwirkung der in den Kanones bestimmten Anzahl von anderen

mit degradatio, meinen aber offenbar damit die von Lateran. IV 1215 c. 21, s. a. a. O. S. 127 n. 2, festgesetzte Deposition.

[1] c. 27 (1209, Potth. n. 3656) X de V. S. V. 40: „. . . Quum enim quidam antecessorum nostrorum, super hoc consulti, diversa responderint, et quorundam sit opinio a pluribus approbata, ut clericus, qui propter hoc (Fälschung päpstlicher Schreiben) vel aliud flagitium grave, non solum damnabile, sed damnosum, f u e r i t d e g r a d a t u s, t a n q u a m e x u t u s p r i v i l e g i o c l e r i c a l i s a e c u l a r i f o r o p e r c o n s e q u e n t i a m a p p l i c e t u r, quum ab ecclesiastico foro fuerit proiectus; eius est degradatio celebranda saeculari potestate praesente ac pronunciandum [est] eidem, quum fuerit celebrata, ut in suum forum recipiat degradatum et sic intelligitur tradi curiae saeculari: pro quo tamen debet ecclesia efficaciter intercedere, ut citra mortis periculum circa eum sententia moderetur".

[2] Weil sie das caput clericale vernichtet im Gegensatz zur Deposition „etsi non degradetur ab ordine, ab administratione tamen amoveatur omnino", c. 24 (Lateran. IV. 1215 c. 8) X de accus. V. 1.

[3] Auf die Ketzerei, S. 59 n. 1 u. c. 13 (Lateran. IV. 1215 c. 2) X de haeret. V. 7, die Fälschung päpstlicher und königlicher Schreiben, S. 59 n. 3 u. S. 43 n. 4 und die besonderen Fälle des c. 10 X de iud. II. 1, S. 59 n. 2, denen erst durch spätere Auslegung die Anstiftung der Assassinen zum Mord, c. 1 §. 2 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 9, angereiht ist, während die sonstigen Fälle erst dem neueren Recht angehören, K o b e r S. 756 ff.

[4] S. die vor. Anm. und Fälle der Anwendung auf der Pariser und Hildesheimer Synode v. 1210, bez. 1224, M. 22, 809. 1211; H e f e l e 5, 862. 936.

[5] Daher sind auch einzelne Partikularkonzilien weiter gegangen, so das Leg. K. Lerida 1229 c. 28, F l o r e z Espana sagrada 48, 322: „Ne clerici in . . . odium ecclesiae ea crimina impune committant, pro quibus laici poenam incurrerent capitalem, praecipimus, ut clericus qui in furto vel crimine falsi, rapina, homicidio, raptu mulierum, incendio, falsa moneta vel in aliis criminibus quae poenam capitalem merentur, publice fuerit deprehensus, a suis ordinibus perpetuo degradetur: si subdiaconus et infra, ab uno episcopo, si diaconus a tribus episcopis, si sacerdos in concilio provinciali vel ante habito canonico numero episcoporum, quatenus qui ecclesiastica libertate flagitiose abutitur, clericali privilegio sit privatus"; später Riez 1285 c. 14, M. 24, 581 (Giftmord und Kindesabtreibung durch Gift), wiederholt Arles 1288 c. 14, p. 961 und Avignon 1326 c. 18, M. 25, 754.

[6] S. 57, s. auch S. 61 n. 1.

[7] Vgl. Hildesheim 1224, Anm. 4.

[8] c. 2 in VI de poen. V. 9.

Bischöfen [1] ausgesprochen, dann aber durch den ersteren die *actualis* oder *solennis degradatio* [2], d. h. die den Eintritt der erwähnten Wirkung herbeiführende Vollstreckung in einem das Gegenbild der Ordination darstellenden Akt unter Gebrauch geeigneter, die Bedeutung desselben kennzeichnenden Worte vollzogen werden. Durch diese Vorschrift war indessen die Verhängung der Strafe gegen Geistliche der höheren Weihen wesentlich erschwert, da sich nicht immer leicht die zur Fällung der Degradetionssentenz erforderliche Anzahl von Bischöfen zusammenbringen liess, und wenn trotzdem, dass schon vorher die Päpste in solchen Fällen, in denen, wie bei ketzerischen Geistlichen, eine schnelle Degradation im Interesse der Kirche lag, durch besondere Indulte geholfen hatten [3], von Bonifaz VIII. in der gedachten Beziehung keine allgemeine gesetzliche Erleichterung gemacht worden ist, so lag der Grund dafür offenbar darin, dass man den Laiengewalten ein so weit gehendes Zugeständniss nicht gewähren wollte.

Der Erfolg der durch Innocenz III. und Bonifaz VIII. zum Abschluss gelangten Entwicklung war demnach der, dass für diejenigen Verbrechen, welche nach altem Recht mit der Deposition belegt waren, sofern sie nicht, wie einzelne derselben, namentlich die Ketzerei und eine bestimmte Art der Fälschung mit der Strafe der Degradation bedroht waren, im Vergleich zur früheren Zeit eine mildere Bestrafung eintrat, weil bei der Deposition nunmehr von einer Entziehung der geistlichen Standesrechte und Überweisung an die Laiengerichte keine Rede mehr sein konnte.

[1] Damit kann nur auf die afrikanischen, namentlich karthagischen Kanones, Bd. IV. S. 763 n. 9 u. S. 765 n. 3, (c. 3—5 C. XV qu. 7) welche für die Urtheilsfällung in Strafsachen bei einem Bischof 12, bei einem Priester 6, bei einem Diakon, welchem schon die Glosse zu c. cit. v. canonibus in der hier fraglichen Beziehung den Subdiakon mit Recht, Bd. I. S. 6, gleichstellt, 3 Bischöfe, einschliesslich des zuständigen, (die citirte Glosse zu Unrecht: ausschliesslich desselben) als Richter fordert, gemeint sein, cit. Glosse und Kober S. 161. Darüber ist jeder Zweifel ausgeschlossen (auch das S. 60 n. 7 citirte Konzil hat offenbar diese Kanonen im Auge), umsomehr als wegen der Schwierigkeit die erforderliche Anzahl von Bischöfen zusammen zu bringen schon vorher z. B. von Gregor IX. wiederholt, Potthast reg. n. 9042—9046; Rodenberg, epist. saec. XIII e regest. pontif. Roman. 1, 390 und dazu Note 1, Indulte des Inhalts gegeben worden sind: „ut cum ad unum sacerdotem vel diaconum degradandum statutus episcoporum numerus secundum canonicas sanctiones non possit sine difficultate nimia convenire, tu, cum aliquis clericus in tuis partibus fuerit haereticus legitimo comprobatus, convocatis abbatibus et aliis praelatis ac religiosis personis et litteratis tuae dioecesis, ad ipsorum clericorum degradationem auctoritate nostra procedas, ipsos postmodum relicturus seculari iudicio animadversione debita puniendos", vgl. auch Potth. n. 9356 (v. 1233); eine Ausnahme, welche in Betreff der dem weltlichen Richter auszuliefernden oder zu ewigem Kerker verurtheilten ketzerischen Geistlichen durch c. 2 in VI de heret. V. 2 gemeinen Rechtes geworden ist.

[2] c. 2 in VI cit. V. 9: „Actualis vero sive solennis coelestis militiae militis, i. e. clerici degradatio .. fiet, ut exauctorizatio eius, qui militiae deservit armatae, cui militaria detrahuntur insignia, sicque a militia remotus castris reiicitur, privatus consortio et privilegio militari. Clericus igitur degradandus, vestibus sacris indutus, in manibus habens librum, vas vel aliud instrumentum seu ornamentum ad suum ordinem spectans, ac si deberet in officio suo solenniter ministrare, ad episcopi praesentiam adducatur, cui episcopus publice singula, sive sint vestes, calix, liber seu quaevis alia, quae illi iuxta morem ordinandorum clericorum in sua ordinatione ab episcopo fuerint tradita seu collata, singulariter auferat, ab illo vestimento seu ornamento, quod datum vel traditum fuerat ultimo, inchoando et descendendo gradatim degradationem continuet usque ad primam vestem, quae datur in collatione tonsurae. Tuncque radatur caput illius seu tondeatur, ne tonsurae seu clericatus vestigium remaneat in eodem. Poterit autem episcopus in degradatione huiusmodi uti verbis aliquibus ad terrorem, illis oppositis, quae in collatione ordinum sunt prolata, dicendo presbytero haec vel similia verba in remotione planetae: „Auferimus tibi vestem sacerdotalem et te honore sacerdotali privamus". Sicque in remotione reliquorum insignium similibus verbis utens, in ablatione ultimi, quod in collatione ordinum fuit primum, infra scripto vel alio simili modo pronunciet sive dicat: „Auctoritate dei omnip. p. et f. et sp. sancti ac nostra tibi auferimus habitum clericalem et deponimus, degradamus, spoliamus et exuimus te omni ordine, beneficio et privilegio clericali".

[3] S. vor. Anm.

2. Die blosse Amtsentsetzung ohne Ausschliessung aus dem geistlichen Stande und ohne Unfähigkeit, wieder im Kirchendienst eingestellt zu werden, nunmehr, wie noch heute *privatio beneficii*, auch *spoliatio ben.* genannt[1], welche schon dem älteren Recht[2] bekannt war, kommt in dieser Periode[3] zunächst ebenso selten wie früher, häufiger erst seit dem 11.[4] namentlich aber seit dem 12. Jahrhundert[5], vor. Es hängt dies offenbar damit zusammen, dass man für

[1] S. u. Anm. 3 ff.

[2] Bd. IV. S. 729. 809.

Der s. g. *communio peregrina*, Bd. IV. S. 734 n. 5, wird schon in der karolingischen Zeit nicht mehr erwähnt. Stimmt man der a. a. O. begründeten Auffassung dieser Strafe zu, so ist ihre Verwandtschaft mit der für immer verhängten Deposition (S. 56) ersichtlich, und die letztere unterscheidet sich von ihr nur darin, dass der deponirte Kleriker keinen Unterhalt von der Kirche empfängt.

[3] Deutlich wird die Strafe von der Deposition unterschieden c. 13 (Later. IV 1215) X de vita cler. III. 1: „Si quis igitur hac de causa (wegen Inkontinenz) suspensus praesumpserit celebrare divina, non solum ecclesiasticis beneficiis spolietur, verum etiam pro hac duplici causa perpetuo deponatur"; Köln u. 1280 c. 1, M. 24, 345 (erst spoliatio beneficii und als härtere Strafe perpetua depositio).

[4] c. 18 (Alex. II 1066/1067, J. L. n. 4612) Dist. LXXXI: „qui ut eis fornicari liceat, divinum officium dereliquunt, .. sicut se iustissime ab officio alienos faciunt, ita *beneficio* ecclesiarum *privatos* esse adiudicamus"; Lillebonne 1080 c. 3, M. 20, 556: „ecclesiam irrecuperabiliter perdat (Presbyter, Diakon, Subdiakon, Kanoniker, Dekan, der eine Frau hat); Nimes 1096 c. 8, M. 20, 936: „clericus vel monachus, qui ecclesiasticum de manu laici susceperit beneficium .. ab eodem separetur officio"; c. 9 eod. (Pfarrer sollen an ihren Kirchen verbleiben) „quod si ambitionis vel cupiditatis causa ad aliam ditiorem migraverint ecclesiam, utramque amittant".

[5] Paschalis II. 1100—1115, J. L. n. 6437, M. 20, 1024 (clerici, welche ab episcopo suo canonice admoniti nicht von den Frauen lassen wollen, „tam officiorum quam beneficiorum privatione plectantur"); London 1108, c. 8, M. 20, 1230 („archidiaconatum vel decanatum irrecuperabiliter perdat", wenn ein solcher Amtsträger nicht schwören will, kein Geld für Duldung von Priester-Konkubinen anzunehmen); Clermont 1130 c. 4, M. 21, 438 („officio atque beneficio ecclesiastico careant", Geistliche der höheren Weihen, welche Frauen oder Konkubinen haben, dasselbe Rheims 1131 c. 4, M. 21, 458; Lateran. II. 1139 c. 6, M. 21, 527 in c. 2 Dist. XXVIII., Rheims 1148 c. 3, M. 21, 714); Clermont 1130 c. 5 („episcopi, abbates, priores propriis honoribus spolientur", welche Mönche und Regularkanoniker gegen Geld als Ärzte und Advokaten fungiren lassen); ebenso Rheims 1131 c. 6, M. 21, 459 und Lateran. II. 1139 c. 9 (mit Zusatz „et ab ecclesiae liminibus arceantur"); Clermont 1130 c. 6 (Archidiakonen, Pröpste, Dekane, welche inobedientes sich den vorgeschriebenen Weihegrad nicht ertheilen lassen, honore suscepto priventur); ebenso Rheims 1131 c. 8, Lateran. II. 1139 c. 10 in c. 3 Dist. LX; Rheims 1148 c. 9; Rheims 1148 c. 2, M. 21, 714 (Kleriker, welche keine Tonsur und keine passende Kleidung tragen „si moniti ab episcopis suis infra XL dies non obtemperaverint, ecclesiasticis beneficiis . . priventur"; Lüttich 1131, Watterich 2, 475: „Halberstadensis episcopus Otto ab Honorio p. iam triennio episcopatu privatus, interventu regis et principum officii sui restitutionem meruit"; London 1138 c. 8, M. 21, 512: „presbyteros, diaconos, subdiaconos uxoratos aut concubinarios ecclesiasticis officiis et beneficiis privamus"; c. 9 ibid: „Foeneratores clericos et turpia lucra sectantes et publica saecularium negotia procurantes ab officio et beneficio ecclesiastico nihilominus removendos esse censemus"; Eugen III. 1150—1152, J. L. n. 9508, M. 21, 690: „dandi poenitentiam potestatem in ecclesia dei omnino amittat et ecclesiastico beneficio, quousque per manus pontificis restituatur, simul privetur"; c. 9 (Alex. III. 1159—1186, J. L. n. 19810) Comp. I. III. 2 („ecclesiis quas habent spoliare" für clerici concubinarii, welche trotz Befehles ihre Konkubinen nicht entlassen); c. 6 (id. J. L. n. 13992) X de cohab. cler. III. 2 (ecclesiis vel earum portionibus spoliare für dasselbe Vergehen); c. 3 (id. J. L. n. 11608) X de cler. coniug. III. 3 (ecclesiastico beneficio privare, Kleriker der niederen Weihen, die heirathen); Walter v. Rouen 1190 c. 10, M. 22, 583: „ab officio suspendatur et omni ecclesiastico beneficio privetur" (Priester, der vicecomitis vel saecularis praepositatus officium assumat); Theodor v. Utrecht u. 1209, M. 22, 806: „ipso iure sit dignitate sua vel praebenda privatus" (Prior oder Kanoniker, welcher die Präbende seiner Amtsbrüder an sich zieht, oder die Verpachtung der Kirchengüter verhindert); Dioklea 1199 c. 2, M. 22, 701: „qui post susceptum sacerdotii vel diaconatus honorem adulteras uxores accepisse probantur, nisi eas dimiserint et dignam egerint poenitentiam, ab officio et beneficio ecclesiastico fiant penitus alieni"; Paris 1212 P. I. c. 6. M. 22, 820: „si beneficiatus est, privetur, alioquin excommunicetur" (Kleriker, der Advokatur ausübt); Rouen 1214 P. I. c. 7, M. 22, 900 (ebenso nur: „beneficio privetur"); c. 6 (Innoc. III. 1203) X de cler. exc. V. 27: „omnibus beneficiis ecclesiasticis spoliare"; c. 28 (Lateran. IV. c. 29, 1215) X de praeb. III. 5 (Erwerbung zweier Privatbenefizien, des früheren sit ipso iure privatus und wenn er das zweite zu behalten versucht, „etiam alio spolietur", Bd. III. S. 249); c. 30 (l. c. c. 32) X eod. (nicht ordnungsmässige Einsetzung eines genügend remunerirten Vikars bei einer ecclesia parochialis dignitati vel praebendae annexa durch

die leichteren Vergehen die Strafe der Suspension, welche vielfacher Abstufungen fähig war, anwenden konnte, und daher für die blosse Amtsentsetzung neben der Deposition und der Degradation bei schweren Strafthaten ein geringes Bedürfnis vorlag. Sie findet sich namentlich in solchen Fällen, in denen eine Verletzung der geistlichen Standespflichten durch einen Geistlichen seine Entfernung aus seinem Amte wegen des erregten Anstosses oder wegen der Unmöglichkeit der Erfüllung seiner Amtspflichten angezeigt erscheinen lässt [1], oder in denen der Geistliche das fragliche Amt auf unerlaubte Weise erworben hat oder besitzt [2], und wird mehrfach auch für sämmtliche, von dem Schuldigen besessene Ämter angedroht [3]. Die Verhängung der Strafe wird theils von einer durch vorgängige monitio festzustellenden Hartnäckigkeit abhängig gemacht [4], theils kommt die Strafe aber auch als poena latae sententiae vor [5].

3. Die definitive Entziehung einzelner Amtsrechte erscheint in dieser Zeit, namentlich seit dem 12. Jahrhundert, in detaillirterer Ausbildung als früher [6], nämlich als Verlust des Palliums [7], des Rechts, Benefizien [8] oder nur be-

den Dignitar oder Kanoniker, „alioquin illa se sciat privatum"); Paris 1212 P. II. c. 8. 10—12, M. 22, 836: „deponi ab officio abbatissae, abbatis, prioratus" (Klosterobere, welche die Disciplin nicht aufrechterhalten und ein mit dem Regularstande unvereinbares Leben führen); Melun 1216 c. 3, l. c. p. 1083: „abiiciatur a prioratu nec denuo valeat prioratum adipisci quousque per concilium provinciale fuerit restitutus" (vgl. auch c. 4 für Klosterprioren, welche höhere Summen ohne Erlaubniss des Abtes oder überhaupt an Juden Geld leihen).

1 So z. B. einerseits bei Geistlichen, welche sich nicht von ihren Frauen oder Konkubinen trennen, und andererseits bei solchen, welche weltliche Beschäftigungen übernehmen, vgl. die beiden vor. Anmerkungen.

2 Z. B. in Folge des Verbots der Pluralität, c. 18 X de praeb. III. 5, S. 62 n. 5; s. auch n. 5.

3 Breslau 1248 c. 14, de Montbach stat. Wratislav. p. 308; Köln 1266 c. 41, M. 23, 1154; Ravenna 1314 c. 3, M. 25, 546.

4 Rheims 1148 c. 2; c. 6 X de cohab. III. 2 cit.; Paris 1212 P. I. c. 6, S. 62 n. 5.

5 Beispiele S. 62 n. 5.

Bei den schwankenden Ausdrücken der Quellen bleibt es mitunter zweifelhaft, ob die privatio beneficii oder die Deposition gemeint ist. Das: „ab eisdem beneficiis perpetuo removere" in c. 4 (Alex. III.) X de cohab. III. 2 für hartnäckige fornicarii trotz vorgängiger Suspension ist namentlich wegen des Gegensatzes gegen die letztere nur auf die Entziehung der besessenen Ämter zu deuten; nicht minder das „beneficiis huiusmodi (der simonistisch erworbenen) ecclesiarum perpetuo prives" in c. 13 (Alex. III.) X de sim. V. 3; das „ab omni officio et beneficio spoliare" in c. 6 (Alex. III.) Comp. I. III. 2 (bei hartnäckigen fornicarii), da für diese von Alexander III. wiederholt die privatio beneficii, nicht aber die Deposition angedroht wird, S. 62 n. 5; ebenso das „officiis et dignitatibus spoliare" in c. 3 (Alex. III.) X de magistr. V. 3 (für Verkauf der licentia docendi), das „officii periculum pati" c. 1 (Tours 1163) X de usur. V. 19 (wucherische Kleriker). Wo dagegen die Ausdrücke auf eine Fernhaltung von jedem Kirchendienst für immer hindeuten, da wird die Strafe im Zweifel als Deposition aufzufassen sein, s. z. B. Odo v. Toul in 1192 c. 3, M. 22, 650: „et beneficio, si habuerit, et officio careat in perpetuo" (Verletzung des Interdikts), c. 7: „officio et beneficio ecclesiastico in episcopatu nostro careat in perpetuum" und c. 8: „beneficio et officio ecclesiastico careat in perpetuum" (Priester, welche für weltliche Grosse zur Zeit des Interdikts oder während der Exkommunikation oder welche, selbst exkommunicirt celebriren); endlich auch Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790 (meineidige Kleriker) „ab officio et beneficio ecclesiastico repellantur, ad quorum neutrum restitui valeant, nisi per summum pontificem vel ipsius legatum", denn hier ist nur eine Begnadigung durch den Papst in Aussicht gestellt; Mainz 1261 c. 12, 13, M. 23, 1084. 1085 (spoliari omnibus beneficiis sine spe restitutionis in perpetuum oder officiis et beneficiis in perpetuum).

6 Bd. IV. S. 730.

7 Rom 871/878 c. 3, Ravenna 877 c. 3, M. 17, 337: „Quicumque sane metropolitanorum per plateas vel in litaniis uti pallio praesumpserit, .. careat illo honore", s. auch Bd. IV. S. 730 n. 3. Fälle der Untersagung des Gebrauchs des Palliums Eugen III. 1146 u. 1153, M. 21, 667 u. 674. 675, wo anscheinend nicht eine blosse Suspension gemeint ist.

8 potestas largiendi beneficia, c. 3 (Later. III.) X de cler. non res. III. 4 (Verleihung gegen das Verbot der Pluralität, Bd. III. S. 247); Aschaffenburg 1292 c. 7, M. 24, 1085 (Entziehung des ius investiendi ad aliqua beneficia in perpetuum). In c. 7 (Lateran. IV.) X de elect. I. 6 handelt es sich nicht nur um Verlust für den Vakanzfall, s. auch Bd. III. S. 169 n. 7, ebenso Tarragona 1329 c. 25, M. 25, 846.

stimmte officia zu verleihen [1], des Weiherechts [2], der Mitgliedschaft einer kanonischen Kongregation [3] und des Rechts auf Verwaltung der Busse [4].

Weiter gehört hierher auch der seit der Ausbildung der besonderen geist-

[1] c. 1 (Lateran. III.) X ne praelati V. 4: conferendi officium decani, wenn die Bischöfe solche gegen Geld zur Ausübung ihrer Jurisdiktion bestellen.

[2] c. 2 (Alex. III.) X de temp. ordin. I. 11 (Ertheilung von Weihen extra tempora, Bd. I. S. 114).

[3] Gerona 1068 c. 6, M. 19, 1071: „Clerici, si lectores fuerint et uxores duxerint, in lectoratu permaneant in choro, sed non in congregatione canonica". Das praebenda privari bei Alex. III. app. Later. P. L c. 11, M. 22, 430 für hartnäckige Verletzung der Residenzpflicht soll wohl auch zugleich Entziehung des Kanonikats bedeuten.

[4] Eugen III. J. L. n. 9508, S. 62 n. 5.

Vereinzelt kommt auch der Verlust der Richtergewalt des iudex delegatus für alle ihm delegirten Sachen in Folge Missbrauches der ersteren vor, Leg. K. Bourges 1276 c. 2, M. 24, 170.

Ein viel umfassenderes Vorkommen dieser Strafe nimmt Kober, Deposition S. 214, an, indem er sie als partielle Deposition bezeichnet, s. darüber Bd. IV. S. 731 n. 2. Er behauptet, dass sie sich bald in der Form der depositio ab altaris ministerio oder ab officio sacerdotali, bald als depositio ab administratione oder ab officio ecclesiastico, bald als blosse depositio a beneficio darstelle, und dass, wenn sie auch gleich der vollen Deposition auf immer unter Ausschluss der Hoffnung auf Restitution verhängt werde, die Strafe nie weiter als der jeweilige Wortlaut besage, ausgedehnt werden dürfe, so dass also z. B. der ab altaris ministerio Entfernte die Funktionen, welche mit dem Altardienst in keiner Beziehung ständen, ausüben könne, und die depositio ab officio sacerdotali die Verrichtungen der übrigen ordines unberührt lasse. Ganz abgesehen davon, dass er diese einschränkende Interpretation auf die ältere Art und Weise, die Deposition zu bezeichnen, Bd. IV. S. 726 u. S. 806, s. auch diesen Bd. oben S. 54 n. 3 und Kober S. 3. 4 selbst, nicht anwendet, so erscheint es unhaltbar, eine solche Auslegung blos durch Berufung auf den Satz: „odia restringi convenit" anzuwenden, vielmehr kann lediglich der herrschende Sprachgebrauch und der Wille des Gesetzgebers entscheiden. Dann führt die Interpretation der fraglichen Quellenstellen zu einem der Theorie Kobers gerade entgegengesetzten Ergebniss, c. 24 (Innoc. III.) X de accus. V. 1: „etsi non degradetur ab ordine, ab administratione tamen amoveatur omnino" beweist nichts dafür, dass der von der Weihe abgesetzte, alle Funktionen der iurisdictio vornehmen und die depositio a iurisdictione keinen Einfluss auf die Weihe hat, sondern es wird hier die Degradation vom Ordo, also die Entziehung des Klerikalstandes, der blossen Deposition gegenübergestellt, wie dies der Zusammenhang der Stelle ergiebt, wo vorher von der degradatio, der capitis deminutio, die Rede ist, und die Entfernung von der administratio mit der Entfernung des ungetreuen Haushalters im Evangelium verglichen wird. Weiter setzt c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1: „dummodo sint talia crimina, propter quae suspendi debeat vel deponi, non immerito suspendendi sunt a suis ordinibus vel ab altaris ministerio perpetuo removendi", doch zweifellos das letztere dem deponere gleich, und wenn es c. 1 (Lateran IV.) X de offic. I. 31 heisst: „ab omni ecclesiastico ministerio deponatur, adhibito si necesse fuerit brachio saeculari ad tantam insolentiam (zweiter Bischof in einer Stadt bei verschiedenen Riten), so kann auch hier nur die volle Deposition gemeint sein. Demnach muss sie auch unter dem „ab officio altaris debent perpetuo abstinere" für griechische Priester, welche ihre Kinder absichtlich im Bett erdrücken lassen, verstanden werden. Dass das ab officio sacerdotali deponere die Verrichtungen des Diakonats und der übrigen ordines unberührt lässt, widerlegen sogar die dafür citirten Stellen. Nach c. 10 C. XI qu. 3 sind Günther und Thietgaud abgesetzt und nur zur Laienkommunion verstattet worden, S. 53 n. 5; die Strafe der Verletzung des Beichtgeheimnisses, c. 12 X de poenit. V. 38, ist bisher stets als volle Absetzung aufgefasst worden, Bd. IV. S. 132, wie dies auch Kober S. 721, der hier seine eigene Theorie vergessen hat, selbst thut. Dem c. 4 (Alex. III.) X de cler. exc. V. 27: „in perpetuum ab officio sacerdotali deponas" (Celebriren des exkommunicirten Priesters) correspondirt in c. 3 (id) eod. die Androhung der depositio perpetua schlechthin. Die in c. 8 (Innoc. III.) X de dolo et contum. II. 14 gegen den Bischof Heinrich v. Chur 1199 ausgesprochene Absetzung („tulimus sententiam perpetuae depositionis in ipsum et eum a pontificali quam ab omni officio sacerdotali privantes") kennzeichnet sich deutlich als volle Deposition, welche dem Bischof keinen Raum für die Verwaltung einer Diakonenstelle offenliess, umsoweniger als das Bisthum wieder besetzt worden ist, Potthast regesta n. 633 Anm., und die Zurückversetzung auf einen niederen ordo, S. 54 n. 3, sonst stets besonders ausgesprochen wird. Dass das deponere ab officio ecclesiastico, s. z. B. c. 8 (Later. III.) X de vit. cler. III. 1 (fortgesetzte Besuche von Klerikern in Frauenklöstern trotz Verbots des Bischofs: ab officio ecclesiastico reddatur immunis, die Laien werden exkommunicirt) die volle Deposition bedeutet, giebt Kober selbst zu. So fällt also seine ganze Theorie zusammen. Sachlich verkennt sie den Zusammenhang zwischen ordo, iurisdictio und kirchlichem Amt überhaupt, den Innocenz III. in c. 10 X de exc. prael. V. 31 ausdrücklich hervorhebt, wenn der Papst den Bischof von Albenga des altaris ministerium indignum erklärt und auffordert, „quum pontificale officium sine altaris ministerio non valeat adimpleri", sein Bisthum niederzulegen, eventuell aber unter Anordnung einer Neuwahl für abgesetzt erklärt.

lichen Standesprivilegien als Strafe verwendete Verlust der letzteren [1] oder einzelner derselben [2], welcher namentlich gegen nicht mit Benefizien versehene Kleriker [3], falls sie trotz dreimaliger Ermahnung [4] nicht von einer mit ihrem Stande unverträglichen Lebensweise oder Beschäftigung ablassen, angedroht wird;

4. der Verlust einzelner aus dem Amte herfliessenden Befugnisse für ein Mal, in welchem sie zur Ausübung gelangen können [5].

Wie früher [6], so kommen ferner, wenngleich ebenfalls selten:

5. die Zurückversetzung auf eine niedrigere Weihestufe [7],

6. die Entziehung der Anciennität [8],

7. die Unfähigkeit, einen höheren Ordo oder eine höhere kirchliche Stellung [9],

8. oder überhaupt kirchliche Ämter zu erlangen [10] vor.

Dagegen hat in dieser Zeit, ebenso wie in der älteren

[1] c. 25 (Clem. III.) c. 45 (Inn. III.) X de sent. excomm. V. 39; c. un. (Bonif. VIII.) in VI de vita III. 1 u. Clem. 1 eod. III. 1, s. Bd. I S. 119 n. 6 u. S. 125 n. 1; vgl. weiter Lambeth 1261, M. 23, 1071; Salzburg 1292 c. 3 u. 1310 c. 3, M. 24, 1078 u. M. 25, 127; Ravenna 1311 c. 10, M. 25, 460; Tarragona 1317 c. 7, p. 630.

[2] Clem. 1. de vita III. 1 (nur Verlust des Privileges in rebus, nicht in personis bei fortgesetztem Halten von Tabernen und Fleischereien durch unverheirathete, geistliches Gewand tragende Kleriker, wiederholt Angers 1331 c. 38, M. 25, 1097; Prag 1346, M. 26, 83), vorher schon Pont. Audemer 1267, M. 23, 1166 u. 1279 c. 20, M. 24, 224 für Betreiben weltlicher Geschäfte durch Kleriker, Verlust der Abgabenfreiheit (so auch Montpellier 1258 c. 3, M. 23, 991) — und bei Nichttragen der Tonsur auch des privilegium fori; ferner Trier 1238 c. 22, M. 23, 481 für Kleriker, welche Iustitiare und Beamte von Laien sind, kein Schutz bei Verhaftungen, ebenso Bergamo 1311 c. 2. 6, M. 25, 480. 485 für Kleriker ohne geistliche Tracht, welche bei Vergehen ergriffen werden oder öffentlich Konkubinen halten.

[3] So schon Rouen 1190 c. 5, M. 22, 582.

[4] Im Dekretalenrecht ist eine solche monitio als Bedingung vorgeschrieben, ebenso auch in den Partikularkonzilien, s. Anm. 1 u. 2.

[5] So der Verlust des Wahlrechts bei Prälaten-, namentlich Bischofswahlen, wenn ein wegen seines Ordos oder Alters unfähiger gewählt ist, c. 7 §. 3 (Lateran. III. 1179) X de elect. I. 6; wenn die Wahlformen nicht beobachtet sind, c. 42 (Lateran. IV. 1215) X eod. I. 6, und des Bestätigungsrechtes des Klosteroberen für den nächsten Wahlfall, wenn der Obere fahrlässiger Weise einen unfähigen Kandidaten bestätigt hat, c. 44 (Lateran. IV.) X eod. s. auch S. 63 n. 8 u. Tarragona 1329 c. 25, M. 25, 846 (Verlust des Kollationsrechtes).

[6] Bd. IV S. 729. 730. 731. 809.

[7] S. 54 n. 3, S. 64 n. 4 und Bourges 1031 c. 6, M. 19, 503 (Priester, Diakonen und Subdiakonen, welche ihre Frauen oder Konkubinen nicht für immer entlassen, „a proprio gradu et officio cessent et inter lectores et cantores permaneant").

[8] c. 3 (Tours 1163) X ne clerici III. 50 (Mönche, welche das Kloster verlassen haben, um Physik oder Jura zu studiren und erst nach 2 Monaten zurückkehren, „in choro, capitulo, mensa et ceteris ultimi fratrum semper existant et nisi forte ex misericordia sedis apostolicae totius spem promotionis amittant"); Trier 1227 c. 16, M. 23, 37 (für Äbte, welche sich fleischlich vergangen haben) und Trier 1238 c. 3, M. 23, 484 (für Mönche und Nonnen, welche Eigenthum haben und unkeusch gewesen sind); Mainz 1225 c. 13, M. 23, 7 (Nonnen, welche Unzucht getrieben: „ulterius ad officium aliquod in monasterio nullatenus admittatur, sed . . . ultima tam in claustro maneat quam in choro").

[9] Gerona 1068 c. 6, S. 64 n. 3; London 1102 c. 28, M. 20, 1152 (Sodomie): „persona religiosa ut ad nullum amplius gradum promoveatur et si quem habet, ab illo deponatur". Lateran. II. 1139, Watterich 1, 252, M. 21, 535: „Et quicumque per Girardum Engolismens. ad altaris officium accesserunt, apostolica auctoritate interdicimus, ne ipsum impleant et in illo gradu ordinis perenniter demorantes ad superiorem non ascendant"; Unwählbarkeit zu Dignitäten für denjenigen, welcher seiner durch Einmischung der weltlichen Gewalt zu Stande gebrachten Wahl zugestimmt hat, c. 43 (Later. IV.) X de elect. I 6; Paris 1212 P. I c. 10, M. 22, 836 (Äbte, Kloster-Prioren und Pröpste, welche die Disciplin schlaff handhaben) „non promoveantur ad dignitatem et maiora beneficia" Melun 1216 c. 3, S. 62 n. 5 a. E.

[10] S. 33. Für Kleriker ohne Benefizien findet sich auch mehrfach die Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf unbestimmte oder festbestimmte Zeit ausgesprochen, s. Montpellier 1215 c. 6, M. 22, 991: „Si vero clericus non habens locum vel beneficium ecclesiasticum habitum suum ad mensem non curaverit reformari, in ecclesia cathedrali lectionem vel epistolam vel evangelium solenniter legere non permittatur, nec ei beneficium ecclesiasticum assignetur, donec habitum compositum ferat"; s. auch London 1268 c. 4, M. 23, 1219; Lambeth 1311 c. 30, M. 25, 509; Valladolid 1322 c. 6. 7, M. 25, 699. 702; London 1343 c. 2, p. 1170. 1171, gemeinrechtlich Clem. 2 de vita III. 1.

9. die Suspension, als leichtere Strafe, weil sie begrifflich die Rechtsstellung und die Rechte des betroffenen Geistlichen nicht für immer berührt[1], eine hervorragend praktische Bedeutung gehabt und in Folge der Ausbildung des Benefizial-Wesens und des Aufkommens der absoluten Ordinationen eine noch weitere Spezialisirung als früher erfahren.

Wie in der älteren Periode ist zunächst der Unterschied zwischen derjenigen, Suspension, welche nicht nur die Amtsrechte, sondern auch die gewöhnlichen kirchlichen Mitgliedschaftsrechte trifft, und einer solchen, welche sich blos auf die ersteren bezieht, festgehalten worden[2].

Was zunächst die gleichzeitige Suspension von den kirchlichen Amts- und den gewöhnlichen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten anlangt, so ist diese sowohl in der karolingischen Zeit[3] wie auch später[4] in praktischer Geltung geblieben[5] und auch durch das Dekretalenrecht recipirt worden[6]. Der für dieselbe seit dem 12. Jahrhundert üblich gewordene Ausdruck ist *interdictum* oder *interdictio ingressus ecclesiae*[7]. Die allgemeinen kirchlichen Mitgliedschaftsrechte der betroffenen Geistlichen werden durch sie in derselben Weise und in demselben Umfange wie bei den Laien berührt[8]. Was dagegen die Amtsrechte betrifft, so hat sich seit dem 11. Jahrhundert im Vergleich zu der älteren Zeit insofern eine Änderung vollzogen,

[1] Bd. IV. S. 731.

[2] Bd. IV. S. 731. 732. 810. Wäre die Auffassung von Kober, Suspension S. 237, dass das interdictum ingressus ecclesiae (S. 16) eine selbstständige von der Suspension verschiedene Strafe bilde, und die Suspension nur Kleriker treffen könne, weil sie die Rechte, welche die Kleriker mit den Laien gemeinsam haben, unberührt lasse, begründet, so würde die im Text gemachte Eintheilung und die Zusammenstellung der hier gedachten Suspension mit der von den Amtsrechten ungerechtfertigt sein. Kober übersieht aber, dass das Wesen der hier fraglichen Strafe in der Entziehung der Ausübung von kirchlichen Rechten liegt, und dass die Kleriker zweierlei Arten von Rechten, die klerikalen (Amts-) Rechte und die gewöhnlichen Mitgliedschaftsrechte als Angehörige der Kirche besitzen, dass also eine Suspension von beiden unter denselben umfassenden Begriff fällt.

[3] Cap. Vern. 755 c. 12 (S. S. 14 n. 2); Rom 871/878 c. 12, Maassen, röm. Synode. Wien 1878 S. 17: „Si quis vener. episcoporum vel sacerdotum ... non vigilaverit et in aliquo conibuerit, quominus ecclesiasticae servitutis invectio circa personas delinquentium conservetur, donec coram provinciali synodo satisfaciat [a] communione sciat se suspensum. Si vero post tertiam conventionem in sua negligentia manserit, canonico iudicio subiacebit" (ebenso Ravenna 877 c. 10, M. 17, 339, wo zunächst die Suspension von der kirchlichen Gemeinschaft, und daher auch nothwendig eine Suspension von der Ausübung der aktiven Klerikal-Rechte gemeint ist, vgl. auch Bd. IV. S. 733).

[4] c. 13 C. II qu. 5, dessen Herkunft unsicher, aber mit Bened. Lev. I. 36 u. Isaac v. Langres XI. 3, M. 16 app. p. 668 verwandt ist, also frühestens dem Ende des 9., wenn nicht dem 10. Jahrh. angehört, ist wohl nur auf eine suspensio ab officio zu beziehen, da es gerade die Ausübung des letzteren nach der satisfactio, d. h. nach der Leistung des Reinigungseides, gestattet.

[5] Gregor. VII reg. V. 11. (1078), Jaffé mon. Gregor. p. 341: „omnium ecclesiarum introitum vobis usque ad emendationem congruam prohibemus (Kanoniker, welche die stiftungsmässige vita communis nicht wieder einführen wollen); VI. 18 (1079) p. 356.

[6] c. 3 (Alex. III.) X de cohab. cler. III. 2: „. . . ipsos (cleriri concubinarii) per suspensionis et interdicti sententiam debes arctius cogere, ut mulieres ipsas a se ita removeant, quod de illis sinistra suspicio non possit haberi"; c. 11 (Alex. III.) X de off. iud. del. I. 29 (päpstlicher Delegat bei Ungehorsam gegen ein Urtheil auf Suspension oder Interdikt „episcopo vel ingressum ecclesiae vel sacerdotale officium interdicat aut etiam terram illius interdicto supponat"); c. 48 (Lateran. IV 1215) X de sent. excomm. V. 39 (kirchlicher Oberer, welcher ohne monitio die Exkommunikation verhängt: „ingressum ecclesiae per mensem unum sibi noverit interdictum"); c. 9 (Bonifaz VIII) in VI de off. iud. ord. I. 16 (Verbot der Occupation und Verwendung der Güter vakanter Kirchen: „episcopi et eorum superiores ab ingressu ecclesiae, ceteri vero ab officio et beneficio tamdiu eo ipso se noverint suspensos, quousque restitutionem fecerint de praedictis"); c. 8 (id.) in VI de privil. V. 7 (Celebriren an interdicirten Orten und Zulassung interdicirter und exkommunicirter zum Gottesdienst „ingressum ecclesiae sibi noverint interdictum, donec de transgressione huiusmodi ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserunt, satisfecerint competenter").

[7] S. die vorige Anm.

[8] S. o. S. 15; Gregor. VII. reg. VI. 36 (1079) p. 375, wo neben der interdictio ingressus omnium ecclesiarum auch der der communionis corporis et sanguinis domini erwähnt wird; ebenso Ofen 1279 c. 32, M. 24, 285 (Fernhaltung a divinorum perceptione et ingressu ecclesiae). Vgl.

als der regelmässige Umfang der zeitweisen Entziehung der letzteren bei gleichzeitiger Suspension von den allgemeinen Laienrechten auf die gottesdienstlichen Funktionen in der Kirche [1] beschränkt worden ist [2]. Angedroht wird die Strafe gewöhnlich bis zur Abstellung des strafbaren Verhaltens [3] oder bis zu entsprechender Genügeleistung [4], zum Theil aber auch auf eine bestimmte kürzere Zeit [5] oder auch schlechthin [6], in welchem Falle selbstverständlich der kirchliche Obere sie nach Lage der Verhältnisse mit Rücksicht auf den Grund ihrer Verhängung wieder aufzuheben hatte.

Was die blosse Suspension von den Amtsrechten betrifft, so wird in der karolingischen Zeit einer *suspensio a ministerio* [7], ferner aber auch und zwar während der ganzen Periode einer *suspensio ab officio* [8] (oder auch *susp. ab executione officii* [9]) gedacht. Dass beide die Enthebung von allen Amtsfunktionen, einschliesslich der aus dem ordo fliessenden, bezeichnen, kann nicht zweifelhaft sein, weil zu dem Dienst und dem Amt des Geistlichen auch die durch diesen oder durch das letztere bedingte Vornahme der zu vollziehenden Weihehandlungen gehört [10]. Nur ist die Bezeichnung

auch c. 1 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. 11.

[1] Also wesentlich auf eine s. g. suspensio ab ordine (s. nachher S. 70).

[2] Das stellt ausser Zweifel c. 20 (Bonifaz VIII) in VI de sent. exc. V. 11: „Is cui est ecclesiae interdictus ingressus, quum sibi per consequens censeatur in ipsa divinorum celebratio interdicta". Schon Alexander III., c. 3 X de cohab. III. 2, nennt neben der Suspension das Interdikt, um die totale Suspension in beiden Beziehungen zu bezeichnen. Veranlasst ist diese Einschränkung wohl durch den Gebrauch des Wortes: interdictum, mit welchem man die Vorstellung der auf die gottesdienstlichen Handlungen beschränkten Wirkungen des Lokalinterdiktes verband, und dadurch, dass man ohne Kenntniss der historischen Entwickelung und des früheren Gebrauches der Strafe nunmehr ihren Umfang von Neuem festzustellen unternahm. Dass man zunächst geschwankt hat, zeigt der Umstand, dass zu Zeiten Gregors VII. auch die Suspension von dem officium und daneben nur die vom Empfang des Abendmahls ausgesprochen worden ist, Rom 1075, Jaffé mon. Gregor. p. 170: „Lemarum Bremensem archiepiscopum et pro inobedientia superbiae suae ab episcopali officio suspendit et a corpore et sanguine domini interdixit".

[3] S. 66 n. 3 und c. 3 X III. 2 cit., S. 66 n. 6; Montpellier 1215 c. 10, M. 22, 942.

[4] c. 9 in VI. I. 16, S. 66 n. 6; c. 8 in VI. V. 7 cit., Montpellier 1215 c. 29, M. 22, 946 (Zulassung von Wucherern, Exkommunicirten, Interdicirten zu den Sakramenten und zum Begräbniss) „sive sit canonicus regularis vel monachus donec congrue satisfecerit iuxta sui abbatis arbitrium, ab officio noverit se suspensum et ingressum ecclesiae sibi interdictum".

[5] Auf einen Monat, c. 48 X V. 39 cit.

[6] Addit. Willelm. Par. episc. ad const. card. Gallon. (1220—1223) c. 1, M. 22, 766 (Kleriker, welche keine Tonsur tragen und sonst ungehorsam sind): „monitione praemissa ab ingressu ecclesiae arceantur".

[7] Hincm. Rhem. cap. 856 c. 1, M. 15, 492: (Priester, welche die vorgeschriebene Anzeige von einem öffentlich begangenen Verbrechen unterlassen haben) „si per alium nobis cognitum fuerit, quod in sua parochia admittatur et taedius ad nostram notitiam perlatum fuerit, tantos dies a ministerio suspensus in pane et aqua excommunicatus morabitur, quantos dies nostram vel comministrorum nostrorum notitiam ipsa actio sine illius suggestione et debita ad iussa communicatione supertransierit"; Metz 888. c. 9, M. 18, 80: „Quidam diaconus qui de sacrilegio confessus et convictus fuit, pro misericordia in carcere poni iussus est, interdicto ministerio".

[8] Cap. Vern. 755 c. 13. Bor. 1, 35: „(vagirender Bischof, welcher ohne Erlaubniss des Diöcesanbischofs in dessen Diöcese ministrirt oder weiht) „ab officio suspendatur interim, quod ad sinodum exinde venerit"; Mainz 851 c. 8, LL. 1, 413 (wiederholt Worms 868 c. 62, M. 15, 879): (Priester welcher unerlaubter Handlungen bezüchtigt beim Mangel von Anklägern erst geheim vom Bischof ermahnt, dann mit öffentlicher Rüge belegt ist und sich trotzdem nicht bessert) „ab officio suspendatur usque ad dignam satisfactionem". S. auch die folgenden Anmerkungen.

[9] c. 25 (Lateran. IV 1215) X de accus. V. 1; c. 3 (Lateran. III) X de usur. V. 19.

[10] Rom 826 c. 4, Bor. 1, 372 (wiederholt Rom 853 c. 4, M. 14, 1003, betreffend indocti, die geweiht sind): „et interim subiecti sacerdotes et tales clerici ad tempus a celebratione divini misterii et officiis suspendantur, ut docti valeant ad debitum ministerium advenire", nennt allerdings neben dem officium noch die Feier des Messopfers, offenbar aber nur der grösseren Deutlichkeit wegen. Wenn ferner c. 1 (Later. III, 1179) X de schismat. V. 8 für diejenigen, welche sich schriftlich zum Schisma verpflichtet haben, das: „a sacris ordinibus et dignitatibus manere suspensos" androht, so lässt sich daraus ebenfalls nicht schliessen, dass die Suspension a dignitate, also von der Würde, dem Amte, die ab ordine nicht mit umfasst, vielmehr soll die Strafandrohung auch die Ordinirten, welche noch kein Amt und keine Würde haben, treffen. Demgemäss ist unter der suspensio der Bischöfe a dignitatibus in Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081 wohl auch

susp. ab off. die überwiegende gewordeu und die bis heute herrschende geblieben [1]. Öfters wird sie auch unter Erwähnung des gerade von dem Betroffenen besessenen Amtes angedroht oder verhängt [2], lässt aber auch in diesem Fall demselben nicht etwa die Ausübung etwaiger niederer Amtsfunktionen oder Weihegrade offen [3]. In Übereinstimmung mit dem älteren Recht [4] verbleibt dagegen dem ab officio Suspendirten der Bezug seiner Amtseinkünfte [5].

Die Enthebung von dem Bezuge der letzteren bildet also eine besondere Art der Suspension, die *suspensio a beneficio* (mitunter auch als *subtractio beneficii* [6] bezeichnet),

die susp. ab officio zu verstehen. Übrigens ist die Doktrin darüber einig, dass die suspensio ab officio auch die vom Ordo in sich begreift, Kober, Suspension S. 88.

[1] Vgl. unten.

[2] Vor Allem bei Bischöfen, Pavia 997, Jaffé mon. Mogunt. p. 351: „ut omnes episcopi occidentales (wegen Nichterscheinens auf der Synode) ab episcopi officio suspendantur"; p. 352 (für B. Giseler v. Merseburg) „a sacerdotali officio suspendatur"; Nicolaus II 1057, J. L. n. 4412, M. 19, 869 („episcopale officium interdicere"). Weiter gehört hierher auch wohl Alexander II. 1063, J. L. n. 4518, M. 19, 973 (an den Bischof v. Amiens wegen Verletzung der Privilegien von Corvey): „scias te omni episcopali officio et sacerdotali privatum esse, donec tumorem superbiae dimiseris et nobis et sanctae apostolicae sedi per condignam obedientiam satisfacere studueris" (wo das privare umsoweniger auf Absetzung gedeutet werden kann, als bei fortgesetzter Hartnäckigkeit nur der kleine Bann, das interdicere der sacrosancta communio angedroht wird); Gregor VII. reg. II 52 a (1075) ed. Jaffé p. 170: „ab officio episcopali ... ab episcopali et sacerdotali officio suspendit"; Poitiers 1078, M. 20, 497: „suspendimus eum (Erzb. v. Tours) „a sacerdotali officio"; Toulouse 1079, M. 20, 457: „pontificale ei officium (wegen Simonie) interdicit et excommunicavit illum in eo concilio"; Lyon 1082, M. 20, 588: „episcopum Andevag. ab episcopali et sacerdotali officio, quod et suus archiepiscopus ei interdixerat, suspendimus"; Paschalis II. 1107—1118, J. L. 6821, M. 21, 419: „ab omni episcopali officio te noveris interdictum" (J. L. n. 6623, M. 21, 418; J. L. n. 6445, M. 20, 1009); Valence 1100, M. 20, 1118: „eo a pontificali et sacerdotali officio suspenso"; Palencia 1114, M. 21, 117; Eugen III. 1145, J. L. n. 8752; Anastasius IV. 1154, J. L. n. 9858; Hadrian IV., J. L. n. 10125, M. 21, 672. 782. 819; seltener bei Priestern, s. aber c. 8 (Luc. III) X de purg. can. V. 34. Wegen der Kloster-Ämter vgl. unten S. 72.

[3] Dafür blieb bei dem Bischof kein Raum. Ein anderes Amt hatte er nicht. Deshalb war er gar nicht in der Lage, dasselbe auszuüben, und auch für die Verwaltung der Funktionen der Weihegrade vom Diakonat abwärts fand er keine Gelegenheit, ganz abgesehen davon, dass die mittelalterlichen Bischöfe auch dazu kaum Lust gehabt haben würden.

[4] Bd. IV, S. 732 n. 2 u. S. 811 n. 2.

[5] Das zeigt Lateran. II. cit., s. S. 65 n. 9, welches trotz seiner genauen Straffestsetzungen des Verlustes der Einkünfte nicht erwähnt, s. auch Hefele Conc. Gesch. 5, 439 n. 1; sowie die ausdrückliche Androhung und Verhängung der interdictio oder suspensio ab officio et beneficio, s. z. B. Jaffé, mon. Bamb. p. 84 (Alexander II. 1073) und dazu Jaffé, mon. Gregor. p. 62; Gregor. VII. reg. II. 62 (1075) ibid. p. 183; Urban II. zu Benevent 1091 c. 2, M. 20, 739 und ep. 1088—99. J. L. n. 5739, M. 20, 660; ferner nicht nur die Äusserung Innocenz' III. c. 10 X de purg. can. V. 34: „Licet ergo ecclesiastica constitutio tales ab officio tantum usque ad purgationem doceat suspendendos, quia tamen eum etiam a beneficio propter immanitatem criminis suspendisti, nolumus improbare", sowie London 1268 c. 5, M. 23, 1220: „ipso facto ab officio suspensionem incurrant, in qua si per III menses extiterint, extunc a beneficio sint suspensi (ebenso auch London 1343 c. 2, M. 25, 1171). Seine innere Begründung hat dies darin, dass der suspendirte Kleriker substantiell sein Amt nicht verliert, also noch von der Kirche unterhalten werden muss, während er aus den ihm zukommenden Einkünften dem etwaigen, seine Funktionen wahrnehmenden Stellvertreter einen angemessenen Theil, wie im Falle physischer Unfähigkeit, abzugeben hatte, Kober S. 92 ff. Wenn Aschaffenburg 1293 c. 3, M. 24, 1083 die vollen Einkünfte des Benefiziums dem den Pfarrer vertretenden Geistlichen zugewiesen wissen will, so handelt es sich hier nicht nur um eine susp. ab off., sondern auch um die gleichzeitige susp. a benef. s. oben im Texte.

[6] Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 808: „per subtractionem sui beneficii ad hoc faciendum (zum Tragen einer ausreichenden Tonsur) compellatur"; Lerida 1229 c. 2. p. 1098: „De prioribus et abbatibus vel praelatis ecclesiarum parochialium .. praecipimus, ut per archiepiscopos vel diaconos ... per subtractionem beneficiorum ad sacerdotium ascendere compellantur. Quod si impedimentum tale quisquam objecerit quod purgari possit, donec illud ita purgare curaverit, quod promoveri valeat, a beneficio nihilominus suspendatur omnino"; Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081: „ad quod (zum Tragen der Tonsur) per praelatos suos per subtractionem officii vel beneficii compellantur". In allen diesen Stellen ist nur von einer zeitweisen Entziehung des Benefiziums die Rede, eine privatio beneficii kann daher hier nicht in Frage stehen, und Lerida cit. identifizirt die susp. a benef. mit der subtractio, denn in seinem letzten Theil kann keine andere Strafe als vorher angedroht sein, weil seine Verordnung jeden Zweifel darüber beseitigen will, dass die Strafe auch bei entgegenstehendem Hinderniss eintreten soll.

welche erst später allein[1] verhängt, aber schon früher zur Verschärfung der Strafe gleichzeitig neben der suspensio ab officio ausgesprochen worden ist[2]. Mehrfach wird auch einer *suspensio a perceptione beneficii*[3] oder der *subtractio fructuum* auf angemessene Zeit[4] oder auch der *susp. a fructibus beneficii*[5] gedacht. Identisch sind die drei letztgedachten Bezeichnungen nicht mit der *suspensio a beneficio*[6]. Die letztere enthebt den Berechtigten provisorisch aller seiner Rechte in Betreff des Benefiziums, also auch des Rechtes auf die Verwaltung der dasselbe bildenden Vermögensmassen[7], während die drei genannte Strafen, da sie ihm nur den Genuss entziehen sollen, die gedachte Befugniss unberührt lassen[8].

Mit Rücksicht auf die vielfach vorkommende Pluralität der Benefizien werden

[1] So weit ich sehe, erst seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts c. 7 §. 3 (Lateran. III.) X de elect I. 6 (Wahl eines Unfähigen: „ab ecclesiasticis beneficiis triennio suspensus"); c. 4 (Alex. III.) X de cohabit. III. 2 (Fornikarier, welche ihre Konkubinen nicht entlassen): „ab ecclesiasticis beneficiis usque ad satisfactionem condignam suspendatis"; Theodor v. Utrecht 1209, p. 807: „Si aliquis canonicus penitus fuerit inobediens, suspendatur per decanum a beneficio et per capitulum"; Paris 1212 u. 1213 P. I c. 1, M. 22, 819 (Kleriker, welche in Bezug auf Tonsur und Kleidung nicht das Dekorum wahren, während des Gottes- und Chordienstes sprechen, herumlaufen oder die Kirche zu früh verlassen): „si monitus a praelato se non correxerit, beneficii sui suspensione mulctetur", vgl. auch c. 5. 7. 8. 12. 16. 20; c. 16 (Lateran. IV.) X de fil. presbyt. I. 17: „qui vero tales (Söhne von Kanonikern an der Kirche des Vaters) canonicare praesumpserint, a suis beneficiis suspendantur"; Köln 1279 c. 1, M. 24, 346 („suspendantur a praebendis per unum annum" für Kanoniker, welche Nachts auf den Strassen herumlärmen).

[2] Legat. Konst. für Mailand 1067, M. 19, 947: „Presbiter, diaconus et subdiaconus feminam ad fornicandum retinens, donec in culpa manserit, nec officium faciat nec ecclesiae beneficium habeat"; Urban II. (S. 68 n. 5); c. 2 (Alex. III.) X de test. cog. II. 21 (für Ausbleiben des Zeugen vor dem Papst): „ab officio et beneficio suspensos", c. 7 (id.) X de usur. V. 19; Montpellier 1215 c. 9, M. 22, 942 (Geistliche bis zur Beachtung der Vorschriften über Tonsur und Kleidung); c. 43 (Lateran. IV.) X de elect. I. 6: „ab officiis et beneficiis penitus suspendentes per triennium"; c. 14 (Lateran. IV.) X de vita cleric. III. 1; c. 25 (Later. IV) X de accus. V. 1 (mit pars decisa).

[3] c. 44 (Lateran. IV. 1215) X de elect I. 6 (für die Bestätigung der Wahl unfähiger Kandidaten seitens der Prälaten): „a perceptione proprii beneficii suspendatur, quousque . . . indulgentiam valeat promereri"); c. 2 (Lyon II 1274) in VI de eccles. alien. III. 9 (Kleriker, welche bestimmte unerlaubte Verfügungen über das Kirchengut nicht anzeigen, per triennium); c. 1 (Bonif. VIII.) in Extr. comm. de elect. I. 3 (Kapitel und Konvente, welche die neubestätigten Prälaten ohne Einsicht der erforderlichen päpstlichen Urkunden annehmen, bis zur gratia apostolicae sedis); vgl. weiter Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 866 (bis zur Besserung); Lerida 1229 c. 14, p. 1093 (Kleriker, welche sich schuldhafter Weise Irregularitäten zugezogen haben): „a perceptione beneficiorum suorum priventur, quam diu tali impedimento durante suis ecclesiis non poterunt deservire, nisi super hoc cum ipsis canonice fuerit dispensatum"; Lambeth 1331 c. 8, M. 25, 891 (auf ein Jahr); Mainz 1235 c. 2, M. 23, 3 (hartnäckige Konkubinarier unter den Kanonikern) „ne praebendarum fructus eis ministrent . . . nisi incoepta poenitentia et peracta".

[4] Dublin 1214, M. 22, 925: „convictis (der Inkontinenz) vel in iure confessis fructus beneficiorum seu stipendia subtrahantur, donec inde nostram gratiam consequantur"; Pennafiel 1301 c. 1, M. 25, 101 (Geistliche, welche lässig im Recitiren der Horen sind, bei vergeblicher Mahnung) „per subtractionem fructuum beneficii ad tempus prout culpae qualitas exegerit, arceatur".

[5] Angers 1365 c. 12, M. 26, 431 (auf einen Monat).

[6] Denn Lerida Ende des 13. Jahrh. M. 23, 936 (Verletzungen des decorum clericale und Waffentragen): „suspendatur ab omnibus beneficiis et cum ad emendationem venerit, tanto tempore postmodum eorundem perceptione beneficiorum careat, quanto in ista contumacia permanere praesumserit" ordnet nach der Suspension noch als besondere Strafe die Entbehrung des Fruchtgenusses an. S. übrigens auch unten Anm. 8.

[7] So auch Kober S. 118.

[8] Wenn Salzburg 1267 c. 8, M. 24, 139 (gegen nicht Residenz haltende Pfarrer): „a perceptione fructuum et administratione temporalium", und Bergamo 1311 c. 30, M. 25, 509 (Kleriker, welche dem Bischof nicht die Urkunden über ihre Institution vorweisen): „a perceptione fructuum et administratione sit suspensus" neben der Suspension von dem Bezuge der Früchte noch die von der Verwaltung der Temporalien aussprechen, so kann dies namentlich mit Rücksicht auf Lerida cit. (s. Anm. 6) nicht als Tautologie aufgefasst werden, vielmehr ergiebt sich aus der ausdrücklichen Erwähnung der Suspension von der Administration der Temporalien, dass diese nicht an und für sich in der a perceptione fructuum mitenthalten ist, andererseits aber in Anbetracht der Ausführungen im Text, dass eine susp. a perc. fruct. und administr. soviel wie die susp. benef. bedeutet.

die beiden Strafen auch öfters hinsichtlich aller von den Schuldigen besessenen Benefizien angedroht[1].

Die heute von der Doktrin den bisher gedachten Arten der Suspension regelmässig an die Seite gestellte s. g. *suspensio ab ordine*, oder, wie sie in der hier fraglichen Zeit mehrfach bezeichnet wird, die *susp. ab executione ordinum*[2], die *interdictio ministerii sacerdotalis*[3], die *suspensio a divinis*[4], d. h. die vorübergehende Enthebung von der Ausübung der Funktionen des innegehabten, sowie aller niederen Weihenstufen wird erst gegen Ende des 11. Jahrhunderts erwähnt[5]. Dies späte Hervortreten hängt offenbar damit zusammen, dass sich erst in Folge des Aufkommens der absoluten Ordinationen ein Bedürfniss dazu herausgestellt hat, da man die ohne einen Amtstitel geweihten Kleriker weder vom Amt noch vom Benefizium suspendiren konnte, und die Strafe der Exkommunikation oder des Personalinterdikts in vielen Fällen zu hart erscheinen musste.

Neben diesen verschiedenen Arten der Suspensionen, welche sich aus der früheren totalen Suspension von den Amtsrechten durch Spezialisirung des Inhalts der letzteren entwickelt haben, von denen jede Art aber immer noch insofern eine gewisse umfassende Wirkung äussert, als sie die Gesammtheit der entweder aus dem officium oder dem beneficium oder dem ordo herfliessenden Rechte berührt, kommen, wie schon in merovingischer Zeit[6], jetzt auch eine Anzahl rein partieller Suspensionen von einzelnen geistlichen und kirchlichen Rechten vor, so für Bischöfe von dem Recht, die Weihen überhaupt[7] oder einzelne der-

[1] So die suspensio a beneficiis c. 40 (Bonif. VIII.) in VI de elect. I. 6; Lerida Ende saec. XIII cit. M. 23, 936; Ofen 1279 c. 31, M. 24, 155; und die a perceptione suorum beneficiorum, Lerida 1229 c. 14 cit., S. 69 n. 3.

[2] c. 45 (Gregor IX.) X de sim. V. 3 (s. unten Anm. 7); Ofen 1279 c. 33, M. 24, 285 (ab executione suorum ordinum für Pfarrer); ibid. c. 36, p. 287 (für Prälaten mit Ausnahme der Bischöfe ab executione ordinum); ibid. c. 66, p. 303 (ab exec. ordinum ebenfalls für Pfarrer); S. Pölten 1284, p. 506 (ab exec. sui ordinis für Priester); Exeter 1287 c. 41, p. 824 (ab ex. ordinum per quinquennium für clerici non beneficiati). Vgl. auch unten Anm. 7.

[3] c. 2 (Alex. IV.) in VI de off. iud. deleg. I. 14, wo sie mit der interdictio ingressus ecclesiae gegenüber der suspensio ab officio als leichtere Strafe bezeichnet wird.

[4] S. Pölten 1284, M. 24, 506 (ab ingressu ecclesiae et divinis suspendendum); Exeter 1287 c. 41, p. 823 (ipsum a divinis in triennium manere suspensum); Bergamo 1311 c. 14, M. 25, 490 (a divinis officiis suspendimus); Padua 1350, M. 26, 228. 229 (ab ingressu ecclesiae et divinis suspendimus); Salzburg 1386 c. 2, p. 727 (a divinis suspendimus), auch London 1321 c. 6, M. 25, 677: „suspensio a *divinorum* celebratione per mensem". Nicht hierher gehört Rouen 1190 c. 32, M. 23, 586: „quicumque sacerdos suspensus scienter celebraverit, cesset per annum a divinis officiis", denn es hätte keinen Sinn den schon ab officio suspendirten Priester nochmals mit der suspensio ab ordine zu strafen. Wahrscheinlich ist als Strafe die interdictio ingressus ecclesiae gemeint.

[5] c. 1 X de schismat. V. 8, S. 67 n. 10 s. auch S. 71 n. 1; Ravenna 1014, M. 19, 361: „ut omnes tales ordinationes suspenderentur a mysteriis usque ad discussionem certissimam" ordnet nur wegen der Zweifelhaftigkeit der Weihen nicht als Strafe eine vorläufige Enthaltung von der Ausübung an. Szaboles 1092 I c. 12, M. 20, 766: „Si vero presbyter vel diaconus fuerit venatus (an Feiertagen), ab ordine descendat usque ad satisfactionem" kann nicht die blosse Suspension von den Funktionen des Ordos, sondern nur das provisorische Ausscheiden aus dem Klerus, mithin die Suspension von allen Amtsrechten bedeuten. In c. 2 (Urban III.) X de cler. non ord. V. 28 (Diakon, welcher Messe gelesen hat) „a diaconatu quoque vel biennio vel triennio pro tua provisione suspensus. De beneficio autem misericorditer agatur cum eo" handelt es sich um einen Diakon mit einem beneficium, welcher also auch ein officium auszuüben hat, mithin um die susp. ab off. Dasselbe gilt auch wohl von c. 1 (Alex. II.) Dist. LII.

[6] Bd. IV S. 734.

[7] Dioklea 1199 c. 2, M. 22, 701 (Ertheilung der Weihen extra tempora oder mehrerer an einem Tage): „episcopus tamdiu a conferendis ordinibus abstineat, donec a Romano pontifice misericordiam consequatur"; c. 15 (Honorius III.) X de temp. I. 11 (wegen des ersteren Vergehens) „tamdiu ab ordinandi suspendimus potestate, donec nostram meruerit gratiam obtinere"; c. 45 (Gregor IX.) X de simon. V. 3: „Si quis ordinaverit seu ad ordinem praesentaverit aliquem, promissionem vel iuramentum ab illo recipiens, quod super provisione sua non inquietet eundem, ordinator a collatione, praesentator vero

selben [1] oder die Tonsur [2] zu ertheilen, für Erzbischöfe vom Gebrauche des Palliums [3], für Bischöfe von dem der bischöflichen Insignien [4] (*pontificalia*), für andere Geistliche von der Ausübung bestimmter, namentlich der ordnungswidrig erhaltenen Weihegrade [5], sowie für Mönche der Bettelorden vom Predigtamt [6], ferner für Bischöfe, andere Prälaten und Kapitel von Jurisdiktionsrechten, so vom Besetzungsrecht der Ämter [7]

ab executione ordinum per triennium et ordinatus ab ordine sic suscepto, donec dispensationem super hoc per sedem apostolicam obtinere meruerint, noverint se suspensos"; vgl. auch c. 14 (Honor. III.) X de temp. I 11; c. 2 (Lyon 1274) in VI de temp. ord. I 9 (für Weihe fremder Diöcesanen) „per annum a collatione ordinum suspensos"); Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092 (für Theilung von Präbenden und Verleihung an mehrere bis zur päpstlichen Dispensation); Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 704 (für Weihe unwissender Kandidaten auf ein Jahr); Padua 1350, M. 26, 233 (für Zulassung unbekannter Bischöfe zum Amtiren durch die Diöcesanbischöfe auf ein Jahr).

1 So namentlich desjenigen Ordos, welchen er unerlaubter Weise ertheilt hat, Alexander III. 1159—1181, J. L. n. 14197, app. Later. XXVI c. 26, M. 22, 372 (wiederholt Lateran. III. 1179 c. 5, M. 22, 149, wenn transmarine Bischöfe fremde Kleriker weihen usque ad condignam satisfactionem") ähnlich c. 13 (Innoc. III.) X de temp. I 11 (a collatione ordinum scil. diaconii et presbyterii nach Disposition des Papstes); vom Recht, Bischöfe zu konsekriren, c. 2 (Innoc. III) X de transl. I. 7 (für Translation eines Bischofs ohne päpstliche Genehmigung) „archiepiscopos . . . a consecratione et confirmatione pontificum, episcopum vero ab executione pontificalis officii Bitur. archiepiscopus iuxta mandati nostri tenorem suspendit".

Wenn Kober S. 25 in c. 32 (Lateran. II. 1139) C. XXIII qu. 8 in dem: per annum ab officio episcopali abstineat (für Bischöfe, welche Brandstiftern die vorgeschriebenen Wallfahrten erlassen) eine Suspension von den Pontifikalien, in c. 11 X de off. iud. del. I. 29, S. 66 n. 6 eine Suspension vom ordo sacerdotalis für einen Priester findet, so handelt es sich in der That um eine Suspension ab officio. Abgesehen von dem bereits S. 68 n. 3 Bemerkten kommt in Betracht, dass sich der Bericht über den B. Hermann v. Augsburg Guastalla 1106, M. 22, 1214: „a pontificali suspensus officio, semi episcopus regreditur" nur so erklären lässt, dass er zwar nicht abgesetzt, aber auch nicht blos von den Pontifikalien, sondern ab officio suspendirt war, um so mehr, als ihm Paschalis II. 1106 J. L. n. 6103, l. c., interimistisch die Befugniss gewährt hat: „ut eos qui ecclesiae bona rapiant et invadant, excommunicare praevaleat", er also an sich auch von der Jurisdiktion suspendirt worden sein musste. In c. 2 (Alex. IV.) in VI. de off. iud. del. I. 14 „ingressus primo ipsis ecclesiae vel sacerdotale interdicatur ministerium ac deinde ab officio suspendantur" bedeutet allerdings die interdictio des sacerdotale ministerium die Ausübung der Weiherechte, aber hier wird eben der Ausdruck: sacerdotale officium nicht gebraucht. Zur Bezeichnung der susp. ab ordine wird officium in der Verbindung mit executio verwendet, so c. 2 X de translat. I. 7 cit. und c. 13 X I. 11 cit. (ab executione sacerdotalis officii für einen zum Bischof Gewählten, welcher unerlaubter Weise die Weihe zum Diakon und Priester erhalten hatte). Das zeigt deutlich Cölestin III. 1195 J. L. n. 17300—02, M. 22, 604. 606. 609 (Erzb. v. York „ab usu pallii et episcopalis officii executione, administratione quoque spiritualium quam temporalium et beneficiorum perceptione sit suspensus"). Gleichbedeutend ist damit, also mit der susp. ab ordine Ofen 1279 c. 36, M. 24, 287 („a bexecutione pontificalium sint suspensi") und Johann XXII. a. 1312 in c. 2 in Extr. Ioann. XXII. de elect. (I) und in c. un. Extravag. comm. ne sede vac. III. 3 (a pontificalibus et ingressu ecclesiae suspensus).

2 c. 4 (Bonifaz. VIII.) in VI de temp. ord. I. 9 (für ordnungswidrige Ertheilung der Tonsur: „per unum annum a collatione clericalis tonsurae suspensum").

3 ep. Aribon. Mogunt. 1024, Jaffé mon. Mogunt. p. 359: „apostolicus mihi interdixit ornatus primos dignitatis meae"; ep. Anast. IV 1154, v. Pflugk-Harttung, acta roman. pont. 3, 153; s. auch Anm. 1 a. E.

4 London 1268 c. 33, M. 23, 1247 („a pontificalium indumentorum usu"); c. 3. 5. 8 ibid. p. 1219. 1221. 1224. („a dalmaticae, tunicae et sandalium usu"). Ravenna 1311 c. 24, M. 25, 462 („a pontificalibus et officio suspensus" gehört wohl auch hierher, bedeutet also nicht susp. ab ordine pontificali).

5 c. 2 (Alex. III.) X de temp. ord. I. 11; c. 8 (Urban III.) X eod.; c. 1 (Alex. III.) X de ord. ab episc. I 13; c. 2 (Coelest. III.) X de eo qui furt. V. 30, c. 1 (Clemen. IV.) in VI de temp. ord. I. 9; Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 704 (auf ein Jahr).

Der in der früheren Zeit (Bd. IV S. 738 n. 1) wiederholt vorkommenden Suspension vom Messelesen, welche sich noch im Dekret, c. 28 (Arles 538) C. VII qu. 1 erwähnt findet, wird im Dekretalenrecht nicht gedacht, wohl aber kommt sie freilich vereinzelt noch später partikularrechtlich vor, Toledo 1324 c. 6, M. 25, 733 (für Priester, welche für die zu lesenden Messen Geld fordern, auf ein Jahr).

6 Clem. 3 de poen. V. 8.

7 c. 29 (Lateran. IV. 1215) X de praeb. III. 5 (bei Anstellung unfähiger Kandidaten „ut qui post primam et secundam correctionem fuerit repertus culpabilis a beneficiis conferendis per ipsum concilium suspendatur Et hoc ipsum circa capitula quae in his deliquerint, observetur"); c. un. in VI. ne sede vac. III. 8; London 1268 c. 30, M. 23, 1243 (a collatione et institutione in beneficiis). c. 31 ibid. p. 1245 (a collatione seu praesentatione beneficiorum quorumlibet).

und dem Recht der Vermögensverwaltung [1], insbesondere für Erzbischöfe vom Bestätigungsrecht der Bischöfe [2], für die Prälaten vom Rechte, Indulgenzen zu ertheilen [3], für Kanoniker vom Stimmrecht im Kapitel [4], sowie von dem Bezuge der Distributionen [5], endlich auch für Orden, von dem Recht der Aufnahme neuer Professen [6].

Zwischen diesen Fällen stehen endlich diejenigen Suspensionen, welche umfassender als die eben gedachten sind, aber doch nicht alle Funktionen des officium oder des ordo treffen, so einmal die *suspensio ab administratione spiritualium et temporalium* [7], d. h. sowohl von der aus dem Amte betroffenen Person herfliessenden Jurisdiktion oder von der Verwaltung der geistlichen Amtsrechte [8] als auch von der Verwaltung der durch dasselbe gewährten Vermögensrechte [9], ferner die Suspension von Klosterämtern wie der Abtswürde [10] und von Kloster-Verwaltungen [11], weil bei diesen in Folge ihres Charakters nur die aus der Jurisdiktion oder der Verwaltung, nicht aber aus dem ordo herfliessenden Rechte berührt werden können [12].

Den verschiedenen Suspensionen geht nach dem Wortlaut der Quellen, ebenso wie anderen Strafen, vielfach eine monitio zur Besserung voraus [13]. Angedroht oder

[1] Für Prälaten, Salzburg 1310 c. 2, M. 25, 227 (ab administratione temporalium).

[2] c. 2 X I. 7. cit., S. 71 n. 1; c. 44 (Bonifaz VIII.) in VI. de elect. I. 6.

[3] Aquileja 1334, M. 25, 1119 (auf einen Monat, hier allerdings als privatio bezeichnet); Padua 1350, M. 26, 228 (ebenso).

[4] Clem. 2 de aetate I. 6; Angers 1365 c. 12, M. 76, 431 (auf einen Monat).

[5] Also eine partielle susp. benef., Clem. 2 cit. (hier der Hälfte); Angers 1365 c. 12 cit. (hier aller distributiones quotidianae auf einen Monat). Nevers 1246 c. 7, M. 23, 713 (privatio a perceptione anniversariorum et omnium distributionum bis zur Leistung von schuldigen Geldstrafen).

[6] c. 2. (Alex. IV.) in VI de regul. III. 14 (a receptione quorumlibet ad professionem).

Auch für bischöfliche Notare kommt die suspensio vom Notariatsamt vor, Ravenna 1311 c. 32, M. 25, 474.

[7] c. 2 (Gregor IX.) X de solut. III. 23 (angedroht denjenigen, welche ihre Kirchen für fremde Schulden verbindlich machen).

[8] Das erstere nach dem ursprünglichen Wortlaut des c. 2 X cit., welches sich nach diesem blos auf Prälaten bezicht (dieselbe Bedeutung auch in Cölestin III. J. L. n. 17300—02 cit., S. 71 n. 1, wofür es Verona 1184, M. 22, 478, auch in c. 9 X de haeret. V. 7, heisst: „ab episcopali dignitate et administratione suspensus“), das letztere nach dem durch Wegstreichung der Beziehung auf die Prälaten geänderten und damit auf alle Amtsträger ausgedehnten Text der Stelle, vgl. auch Gonzalez Tellez ad c. 3 cit. n. 5. Ohne jeden Anhalt am Text beschränkt Kober S. 245 die spiritualia auf die mit der Verwaltung der Pfründengüter etwa verbundenen spirituellen Rechte, z. B. das Patronatrecht.

[9] Es soll also durch die gewählte Bezeichnung die Suspension der Rechte des ordo ausgeschlossen und klargestellt werden, dass sie sich nicht auf diese bezieht, wie dies noch deutlicher Cölestin III. cit. ergiebt.

[10] Paris 1212 v. 1213 P. I. c. 13, M. 22, 829: „abbatibus sub poena suspensionis officii sui inhibemus“ (das entgeltliche Verleihen von Präposituren an Mönche gegen Geld).

[11] Clem. 1. de decim. III. 8 (Mönche, welche den Kirchen ihre Zehnten entziehen): „tamdiu ab officiis, administrationibus et beneficiis suis suspensi, donec destiterint et satisfecerint. Quodsi religiosi huiusmodi administrationes vel beneficia non habeant . . . ipsi sententiam excommunicationis incurrunt“; vgl. auch Ofen 1279 c. 34, M. 24, 290.

[12] Denn eine Spendung der Sakramente und die Verwaltung der h. Handlungen ist mit diesen Ämtern als solchen nicht, wie z. B. beim Bischofs- oder Pfarramt, verbunden. Deshalb begreift auch Clem. 1. cit. a.E. unter administrationes die officia, s. auch Kober S. 389. Daraus ergiebt sich auch, dass die in c. 2 (Lyon II. 1274) in VI. de reb. eccles. alien. III. 9 den Prälaten angedrohte Strafe der susp. ab officio et administratione nur als die eigentliche Suspension vom ganzen Offizium und von jeder Verwaltung, also bei Säkular-Prälaten ihres Benefiziums, bei Regular-Prälaten von ihren administrationes, nicht aber, so Kober S. 333, als susp. ab ordine und von der Temporalien-Verwaltung aufgefasst werden darf.

Weiter gehört hierher auch die Suspension vom Notariat für bischöfliche Notare, Ravenna 1311 c. 32, M. 25, 474; für kirchliche Richter, auch Delegaten vom Richter-Amt (auf einen Monat), s. Ofen 1279 c. 55, M. 24, 297 und Noyon 1280? c. 5, p. 376, endlich auch für Advokaten, da es sich wohl um die geistlichen Gerichte oder mindestens wesentlich um diese handelt, von der Advokatur Oxford 1222 c. 42, M. 22, 1164 (auf ein Jahr); Lyon 1274 c. 19, M. 24, 93 (auf drei Jahre).

[13] S. z. B. Paris 1212 P. I. c. I. 5. 7, S. 69 n. 1; c. 14 (Lateran.) X de vita cler. III. 1.

verhängt werden sie theils auf eine fest bestimmte Zeit[1], theils bis zur erfolgenden Aufgabe des Ungehorsams[2] oder bis zur Satisfaktion[3], theils bis zur Aufhebung durch den kirchlichen Oberen[4], endlich auch schlechthin[5], in welchem Fall der letztere nach Lage der Umstände, z. B. mit Rücksicht auf erfolgte Besserung, abgeleistete Busse u. s. w. über die Wiederaufhebung zu befinden hatte.

Mitunter wird auch, aber erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, blos die *suspensio* ohne näheren Zusatz[6] angedroht, während für die Regel die Art derselben genau bezeichnet wird. Gemeint kann in diesen Fällen nur die suspensio ab officio in dem o. S. 67 gedachten Sinne, d. h. die ursprünglich s. g. Suspension sein[7], da diese in Folge der historischen Entwicklung, nicht nur als die ursprüngliche, sondern auch als die regelmässige zu betrachten ist[8].

Die verhängte Suspension äussert ihre Wirkungen sofort und diese werden nicht durch Einlegung eines Rechtsmittels suspendirt[9].

Besondere Strafen für die Vornahme solcher Amtshandlungen, an deren Ausübung der von der Suspension Betroffene dadurch behindert ist, hat das kirchliche Recht, abgesehen von dem Fall der Ausübung der Weiherechte[10], nicht festgesetzt. Da aber ein solches Amtiren eine schwere Sünde und eine Auflehnung gegen die

[1] Hincm. Rhem. cit. S. 67 n. 7; London 1151 c. 4, M. 21, 751: „ne liceat alicui personae ecclesiasticae post invasoris seu raptoris excommunicationem de damno ecclesiae illato ultra vicesimam partem debiti aliquid remittere. Qui vero remiserit, si episcopus est, per VI menses, si alia ecclesiastica persona, per annum integrum ab officio suspendatur"; c. 4 (Alex. III.) X de cler. exc. V 27; c. 3 (Lateran. IV.) X de cland. desp. IV. 8; c. 1 (ibid.) X de custodia III. 44; c. 43 X I. 6 cit., S. 69 n. 2; c. 2. 4 in VI. I. 9 cit., S. 70 n. 7 u. S. 71 n. 2.

[2] Also bis zur Gestellung auf Ladung, cap. Vern. S. 67 n. 8; bis zur Erwerbung der nöthigen Kenntnisse, Rom 826, S. 67 n. 10; s. ferner Utrecht 1209, S. 68 n. 6; Montpellier 1215, c. 9, S. 69 n. 2; Clem. 3 V. 8; Clem. 2 I. 6, S. 71 n. 6 u. S. 72 n. 4; Clem. 1 III. 8, S. 72 n. 11.

[3] Mainz 851 S. 67 n. 8; Alexander II. J. L. n. 4518, S. 68 n. 2; Mailand 1067 S. 69 n. 2; Alexander III. S. 71 n. 1.

[4] c. 44 X I. 6, S. 69 n. 3; c. 15 I. 11, S. 70 n. 7; c. 45 X V. 3, s. a. O.; c. 8 X I. 11, S. 71 n. 5; Dioklea 1199, S. 70 n. 7.

[5] c. 1 X V. 8, S. 67 n. 10; c. 16 X I. 17, S. 69 n. 1; c. 14 X III. 1, S. 69 n. 2; c. 29 X III. 5, S. 71 n. 7; c. 2 X III. 23, S. 72 n. 7.

[6] c. 1 (Alex. III.) X de cler. coniug. III. 4: „per suspensionis et excommunicationis sententiam compellas"; c. 9 (Lateran. IV.) X de celebr. missar. III. 41 verbietet sub poena suspensionis den clerici minores und praelati die Vernachlässigung des Chor- und Messdienstes, sowie die Störung des Gottesdienstes durch Gespräche und Plaudereien; London 1200 c. 1, M. 22, 713 (sacerdotes, welche die Horen und Offizien undeutlich recitiren „usque ad condignam satisfactionem suspendantur"; Melfi 1284 c. 4, M. 24, 572 (Äbte und andere personae ecclesiasticae, welche bei verschiedenen Riten für die Lateiner griechische Priester anstellen oder celebriren lassen, poena suspensionis); Pennafiel 1301 c. 1, M. 25, 101 (für Nichtrecitiren der Horen durch Kleriker in sacris und clerici beneficiati): „quod si beneficio caruerit, in sacris ordinibus constitutus, per suspensionis sententiam puniatur"; s. auch o. S. 69 n. 4; Clem. 1. de privileg. V. 7. Vgl. ferner c. 40 (Coelest. III.) X de app. II. 28.

[7] Bd. IV. S. 734.

[8] Demgemäss umfasst sie in dieser Periode nicht zugleich die susp. *a beneficio*, wie dies deutlich Pennafiel 1301 c. 1 cit. ergiebt. Wenn sich Kober S. 393 für das Gegentheil auf die Glosse s. v. suspensionis zu Clem. 1 cit. V. 7 beruft, so ist dort auf die Glosse zu Clem. 3, s. v. Gregorii verwiesen, welche über eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten in der damaligen Literatur berichtet, so namentlich darüber, dass manche in der suspensio a iure, nicht aber in der ab homine oder blos in einer Suspension wegen schwerer, nicht aber in einer solchen wegen geringer Ursache die susp. a beneficio als mitenthalten erklärt haben.

[9] Das ist freilich erst durch c. 20 (Bonifaz VIII.) in VI. de sent. exc. V. 11 für die susp. ab off. ausgesprochen, aber, wie sich aus c. 40 (Coelest. III.) X de app. II. 28 entnehmen lässt, längst Rechtens gewesen, s. auch Bd. IV. S. 763 n. 4 und S. 764 n. 2. Für die anderen Suspensionen wird man dasselbe annehmen müssen.

[10] c. 2 X de cler. exc. V. 27 (bei Hartnäckigkeit, wo also die Irregularität bereits eingetreten ist, Bd. I. V. 52) Exkommunikation, s. auch Kober S. 101. 102. Partikularrechtlich für das Fortcelebriren droht an: Rouen 1222 c. 6, M. 22, 1199, Absetzung; Mainz 1225 c. 6, Deposition, Infamie, Intestabilität und Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien unter Vorbehalt der Begnadigung durch den Papst; Salzburg 1274 c. 13, M. 24, 140, bei Hartnäckigkeit strenge Haft und Busse, also auch Absetzung; Cöln u. 1280 c. 1, M. 24, 345 (spoliatio beneficii und beim Fortamtiren perpetua depositio).

kirchlichen Ordnungen bildet, so kann ein derartiges Verhalten von den zuständigen Oberen arbiträr bestraft werden [1].

Was endlich die in der älteren und merovingischen Zeit vorkommende eigenthümliche Art der Suspension, die s. g. *excommunicatio fraterna* [2] betrifft, so ist dieselbe auch in der karolingischen Zeit [3] und später [4] praktisch geblieben und hat durch Aufnahme der älteren, sie betreffenden Kanones in das Dekret Gratians [5] ihre Geltung für das gemeine Recht der Kirche bewahrt [6].

10. Die in der früheren Zeit seltene Strafe der Entziehung des Amtseinkommens [7] findet sich in dieser Zeit ebenfalls nur vereinzelt [8] und hat ebensowenig im Dekretalenrecht allgemeine Anerkennung gefunden [9].

[1] S. z. B. Alexander II. 1067 J. L. n. 4640, M. 19, 978: „. . alter (Landus Nucerinus) quod officium ab apostolico sibi interdictum praesumpserit, convicti, sunt synodali iudicio depositi", s. auch Ewald, neues Arch. f. ält. deutsche Geschichtskunde 5, 343 n. 87. Vgl. überhaupt noch Kober S. 108ff.

[2] Bd. IV S. 742. 743. 811.

[3] Neuching unter Thassilo 771, LL. 3, 463: „ut si quis (episcoporum) de eadem institutione (Festsetzungen des Konzils) deuiare praesumpserit, a collegio eorum alienetur usque iterato examine i. e. publico synodo"; nicht zu Epernay 847 angenommener Vorschlag von Meaux 845 c. 10, M. 14, 819 (Bischöfe, welche die Übertragung von Abtstellen an Laien dulden) „tribus mensibus a missarum solemniis se abstineant et suae tantum ecclesiae communione contenti fiant" (Bd. IV, S. 742 n. 7); Soissons 861, ann. Bertin. cont. SS. 1, 455: ‚Hincmarus . . . synodo comprovinciali . . Rothadum ipsius urbis episcopum regulis ecclesiasticis obedire nolentem episcopali privat communione . . donec obediat"; Worms 868 c. 14, M. 15, 872: „Episcopi vero, si sacerdotali moderatione portposita innocentes aut in minimis causis culpabiles excommunicare praesumpserint et ad gratiam festinantes recipere fortasse noluerint, a vicinis episcopis cuiuslibet provinciae communio illis usque ad tempus synodi [non] negetur"; c. 16 ibid. „Si quis autem episcoporum synodo neglexerit adesse aut coetum fratrum ante quam concilium dissolvatur, crediderit deserendum, alienatum se a fratrum communione cognoscat nec eum recipi liceat nisi in sequenti synodo fuerit absolutus".

[4] Sie findet sich in Anwendung auf Priester (vgl. Bd. IV S. 811) im Gottesfrieden v. Constanz 1103, LL. 2, 62: „Presbyter qui talibus (Exkommunicirten) sciens communicaverit, ab officio suo interdictum se sciat nullamque communionem inter ceteros fratres usque ad dignam satisfactionem habeat"; auf Kanoniker, welche für die Haltung von Konkubinen die vorgeschriebene Busse im Kloster nicht übernehmen wollen, Legatenkonzil Mainz 1225 c. 2, M. 23, 3: „praepositis et decanis et capitulis ecclesiarum sub anathemate prohibemus, ne praebendarum fructus eis ministrent nec ad chorum vel ad consortium capituli eos admittant, nisi incoepta dicta poenitentia et peracta"; und auf Äbte und Äbtissinnen Tours 1060 c. 10, M. 19, 928: „qui eiusmodi digne poenitentes recipere noluerit (d. h. Apostaten a regula, die zurückkehren) tertio admonitus, si non adquieverit, a communione fratrum suspendatur, sive sit abbas sive abbatissa, donec acquiescat".

Was die Bischöfe betrifft, so enthält das schottische Konzil v. 1225 c. 52 i. f., M. 22, 1236 die an die exc. f. erinnernde Vorschrift, dass ein Bischof, welcher die von einem Amtsbruder verhängte Exkommunikation nicht publicirt, „per s. concilii deliberationem fratrum suorum atque praelatorum consiliis careat aliorum", und Mainz 1225 c. 8, M. 23, 5 die Anordnung, dass wenn Bischöfe mit der öffentlichen Verkündigung Exkommunicirter säumig sind und mit den Exkommunicirten wissentlich verkehren, „tamdiu cathedralium ecclesiarum canonici eis non communicent, quamdiu huic salutari sanctioni con temserint obedire".

[5] c. 10. 12. 13. 14 Dist. XVIII, vgl. dazu Bd. IV S. 742 n. 10.

[6] In den Dekretalensammlungen wird sie nicht erwähnt, wohl aber verweist das conc. Trident. Sess. XXIV c. 2 de ref. auf diese älteren Kanones.

[7] Bd. IV S. 737 Nr. 9. S. 809. Nr. 4.

[8] S. Lerida 1229 c. 16, M. 22, 1093: „Cum canonicos et alios clericos conventualium ecclesiarum servitiis deputatos omnino non deceat, quod aliis divinis inservientibus officiis, alii per ipsas ecclesias vel claustrum processionis deambulent in habitu saeculari, ne id fiat de cetero prohibemus: statuentes poenam transgressionibus, ut per tres dies canonica portione priventur"; Verlust des Antheils an den Oblationen und Zehnten bei nicht gehöriger Vertheilung, Dioklea 1199 c. 3, M. 22, 702 („sua portione privetur"); Const. Ricardi episc. Sarum u. 1227 c. 49, M. 22, 1123: „Et si de incontinentia parochialis sacerdotis scandalum ortum fuerit, cum circa hoc vigilans debeat esse rector ecclesiae: si per famam vel per inquisitionem nobis prius de hoc constiterit, quam per rectoris denunciationem: tanquam conscius privetur fructibus ecclesiasticis unius anni privandis in pias causas distribuendis". Im Gegensatz zu der suspensio a beneficio auf Zeit wird in den beiden letzten Stellen hier dem Berechtigten nicht das Recht auf den Fruchtgenuss als solches, sondern nur ein durch die Zeit seinem Quantum nach bestimmter Theil der Einkünfte entzogen.

[9] Die Grundsätze über den Nichterwerb der Distributionen sind erst in späterer Zeit entwickelt worden. Auch handelt es sich hier nicht

Von den Strafen kirchlichen Charakters, welche auf die Laien anwendbar sind, kommen, ebenso wie früher, für die Geistlichen folgende vor:

11. Die Exkommunikation oder der grosse Kirchenbann.

Während im Beginn der Entwicklung die Exkommunikation eines Geistlichen zugleich die Deposition desselben in sich geschlossen hat [1], ist in der karolingischen Zeit die entgegengesetzte Rechtsauffassung, welche sich schon in der merovingischen Periode in Folge der veränderten Bedeutung der Exkommunikation geltend zu machen begonnen hatte [2], zur vollen Herrschaft gelangt. Schon damals hat sich der noch heute massgebende Grundsatz festgestellt, dass mit der Exkommunikation weder der definitive Verlust des Amtes noch der des Klerikalstandes verbunden ist. Das ergiebt sich daraus, dass die Deposition jetzt mehrfach der Exkommunikation nachfolgt und bei Fruchtlosigkeit der letzteren als die härtere Strafe angewendet wird [3]. Wenn daher nunmehr beide Strafen neben einander angedroht werden [4], handelt es sich nicht mehr blos, wie in der ältesten Zeit, um die nähere Bezeichnung der Wirkungen der Exkommunikation [5], sondern um zwei verschiedene, selbstständige Strafen.

Dass man die Exkommunikation aber jetzt prinzipiell als die härtere Strafe behandelt und sie in besonders schweren Fällen mit der Deposition verbunden hätte, um ihr die frühere umfassende Wirkung zu sichern, lässt sich nicht behaupten. Wird auch noch öfter in Übereinstimmung mit dem älteren Recht [6] für dasselbe Vergehen

um eine Entziehung zur Strafe, sondern die Interessenz ist Bedingung ihres Erwerbes. Bd. III. S. 236.

[1] Bd. IV. S. 739. 798.

[2] A. a. O. S. 812 ff.

[3] Der römische Kardinalpriester Anastasius, welcher Rom und seine Kirche verlassen und hartnäckig die Rückkehr verweigert hatte, ist deswegen zunächst von Leo IV. exkommunicirt, dann anathematisirt, schliesslich aber auf der römischen Synode v. 853, M. 14, 1017 abgesetzt worden, l. c. p. 14, 1018: „Anastasium iam nuper excommunicatum presbyterum ... a sacerdotali ministerio modis omnibus removemus, ita ut locum restitutionis nequaquam inveniat"; Rheims 1049, M. 19, 738: „(Abt v. Pultaria) inde excommunicatus missarum sacramenta celebrare praesumpserat; excommunicationique subiacens, eidem synodo intererat. Qui discussus nec ab obiectis se valens purgare criminibus, ab honoris sui dignitate depositus"; Troyes 1107 c. 4, M. 20, 1223 (S. 53 Anm.): „Quod si nec tunc (nach der Absetzung) cessaverint, procul a liminibus ecclesiae arceantur nec ipsa laicali communione fruantur"; Rheims 1148, M. 21, 517 (hier als London 1138, s. aber c. 11 ibid. p. 719): „ut sacerdotes qui divina officia celebrare inhibiti, nihilominus celebraverunt et ab hoc anathemate vincti sunt, degradentur et bonis ecclesiasticis priventur, nisi a domino proprio (d. h. Bischof) veniam consequantur. Qui vero eandem sententiam nondum passi sunt, nisi intra XL dies resipuerint, eadem poena (Degradation) plectantur".

[4] Vern. 755 c. 5, Bor. 1, 34 (Äbte sollen bei Nichtaufrechterhaltung der klösterlichen Ordnung durch den Bischof, dann durch den Metropoliten, endlich durch die Provinzialsynode dazu gezwungen werden): „Quod si publicum sinodum contempserit, aut honorem suum perdat aut excommunicetur ab omnibus episcopis et talis in eius locum in ipso sinodo constituatur per verbum et voluntatem domno rege vel consensu servorum dei, qui secundum ordinem sanctum ipsum gregem regat" (hier muss das *aut-aut* für *et-et* stehen, weil möglichst schwere Strafen bedingt sind, und falls man etwa annehmen wollte, dass die Exkommunikation allein den erwähnten Verlust des Amtes in Gemässheit des älteren Rechtes bewirkt hätte, selbst die alternative Androhung des Amtsverlustes oder der Exkommunikation, also einer leichteren und schwereren Strafe nicht passen würde. Vgl. die röm. Synode gegen Johann v. Ravenna 861, M. 15, 602: „Si quis autem archiepiscopus Ravennae amodo . . . vobis vestrisque successoribus episcopis superius prohibita iniunxerit vel tulerit vobisque aliquid de praesignatis oneribus imposuerit . . sit . . anathematis innodatus vinculis et tanquam contumax ss. canonum et apostolicarum violator institutionum ab omni sacerdotali alienus in perpetuum existat officio"; Johann VIII. Priv. für Tours 878, J. L. n. 3160, M. 17, 354; Gerona 1078 c. 2, M. 20, 517: „Ille vero qui emerit, non solum sit alienus ea dignitate, quam pecuniis acquisivit, sed etiam proprio gradu; et excommunicationi succumbat, donec quod malum (male) obtinuit, dimittat", Rom 1080, Jaffé mon. Gregor. p. 399: „sententia depositionis et excommunicationis"; Troyes 1107, Jaffé mon. Mogunt. p. 385: „ut quicumque clericorum de hac hora investituram ecclesie vel ecclesiastice dignitatis de manu laici acceperit, et qui ei manum imposuerit, gradus sui periculo subiaceat et communione privetur" (wiederholt Lateran. 1110, M. 21, 7).

[5] Bd. IV. S. 739 n. 5.

[6] Bd. IV. S. 739 n. 1 u. S. 753.

die Deposition gegen Geistliche und die Exkommunikation gegen Laien angedroht[1], so kommt die letztere doch gegen Geistliche neben leichteren Strafen als der der Deposition[2] oder gleich von vornherein allein zur Anwendung[3], ja mitunter folgt sie sogar erst der Deposition nach[4]. So wenig es geläugnet werden kann, dass die hier in Frage kommenden Strafandrohungen zum Theil willkührliche sind[5], so erklärt sich doch die verschiedenartige Verwendung der Exkommunikation für eine Reihe von Fällen daraus, dass man, falls eine zuerst angedrohte andere Strafe, wie z. B. die Deposition, nicht beachtet wurde[6], nunmehr die Auflehnung und die Hartnäckigkeit des Schuldigen mit der Exkommunikation bestrafen musste, andrerseits aber, wenn die zunächst angedrohte Exkommunikation sich als erfolglos erwies, zu den sonstigen Strafmitteln zu greifen genöthigt war.

Im Übrigen sind für die Exkommunikation der Kleriker dieselben Grundsätze, wie für die der Laien zur Anwendung gekommen[7]. Was aber den Einfluss der Strafe auf die Amts- und Weiherechte der Kleriker betrifft, so tritt in dieser Zeit die nothwendige Konsequenz der S. 16 erwähnten Entwicklung, dass sie jetzt nicht mehr den definitiven Verlust dieser Rechte, sondern nur die Suspension von ihnen für die Dauer der Exkommunikation herbeiführt[8], deutlich hervor[9], und da-

[1] Aachen 836 II. c. 12, M. 14, 679 (Hochverrath) und Hludov. conv. Ticin. 850 c. 19, LL. 1, 400. 404 (Wucher); vgl. ferner Regino I. 58 u. II. 411 („Nam unde laici excommunicantur, inde presbyteri ab officio altaris submoventur"); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787.

[2] Toulouse 1079, S. 68 n. 2; App. Later. XXVII. c. 2, M. 22, 373 (Schluss von c. 3 X ne cleric. III. 50): „Episcopi vero, abbates, priores, tantae enormitati consentientes et non corrigentes, spolientur propriis honoribus (S. 63 n. 5) et ab ecclesiae liminibus arceantur".

[3] Rom 743 c. 3. 8. 12, M. 12, 382 (Geistliche, welche weltliche Kleider tragen, sich die Haare wachsen lassen, weltlichen Genüssen nachgehen, c. 13 ibid. (c. 57 Dist. I. de consecr.); c. 8 (Chalons 813 c. 40) Dist. LXXXI; Rheims 1049 (Verbot des Papstes, das Konzil zu verlassen: „sub excommunicatione") M. 19, 738; ibid. p. 741. 742 (Exkommunikationen von Bischöfen durch den Papst); Rouen 1072 c. 11, M. 20, 37 (Nichttragen der Tonsur) „usque ad dignam satisfactionem excommunicentur"; Rouen 1074 c. 9, M. 20, 399: „. . Hos vero qui sacros ordines reliquerunt, placuit s. synodo nisi anathematizari"; London 1075, M. 20, 452 (Simonie); c. 2 (Poitiers 1078) X de vita cleric. III. 1 (Kleriker, welche Waffen tragen und Wucher treiben); Gerona 1078 c. 5, M. 20, 518 (Kleriker, welche die Ämter ihrer Väter an der Kirche beibehalten); c. 9 ibid.: („concubinarii vero et usurarii, nisi resipiscant excommunicentur"); Compostella 1114 c. 21, M. 21, 122 (nicht villici laicorum); London 1125 c. 9, M. 21, 332 (Entfernung von Klerikern absque proprii episcopi iudicio durch Äbte und Kleriker); London 1138 c. 1, M. 21, 511 (Simonie bei der Sakramentsverwaltung); Odo v. Paris Ende saec. XII. c. 47, M. 22, 684 (Einsegnung klandestiner Ehen); Const. Gallonis cardin. u. 1208 c. 1. 6, M. 22, 763 (clerici concubinarii und usurarii).

[4] Gerona 1068 c. 5, M. 19, 1071: „. . de clericis arma portantibus, ut arma dimittant et quaeque illicita cum eis commiserint, digne defleant. Quod si agere noluerint de choro exeant (S. 53 Anm.) et canonicam perdant et omne beneficium ecclesiae amittant. Si vero haec relinquere noluerint, praedictae sententiae de incestis (d. h. der Exkommunikation nach c. 3) subiaceant"; c. 7 ibid. „et presbyteri usque ad subdiaconum, si uxorem duxerint aut concubinam retinuerint, de clero exeant et omne beneficium ecclesiasticum perdant et cum laicis in ecclesia maneant. Quod si inobedientes fuerint, sententiam de incestis incurrant".

[5] So bedroht Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 die Übernahme von Bedienstungen bei Laien und den Wucher mit Deposition, während c. 2 X. III. 1 (s. Anm. 3.) die Exkommunikation festsetzt.

[6] Z. B. durch gewaltsame Behauptung des Benefiziums.

[7] Vgl. o. S. 3 ff. und die Anmerkungen zu S. 75 ff.

[8] Bd. IV. S. 812. 813.

[9] c. 4 (Alexander II. 1066/1067) C. XXIV. qu. 1 bemerkt in Betreff eines exkommunicirten Erzbischofs blos: „quia excommunicatus te non potuit excommunicare", und kann dies nur darauf stützen, dass der Exkommunicirte von seiner Jurisdiktion keinen Gebrauch zu machen berechtigt war. Das bestätigt Quedlinburg 1085 c. 1, M. 20, 608: „ut quicumque ab episcopo suo nec officio nec communione privato excommunicatus esset, etsi iniuste, nullatenus tamen recipiatur ad communionem, nisi absolutus ecclesiastico more". Spezialisirt werden die Wirkungen Gerona 1078 c. 6, M. 20, 518: „ut clerici arma ferentes, nisi dimiserint arma, sint alieni a corpore et sanguine domini et ab ingressu totius ecclesiae et christianorum sepultura et omni communione ecclesiastica, numquam amplius in Christi ecclesia ad maiores honores sive gradus, si rebellendes (rebelles) institerint, sublimandi". Über den Umfang der Suspension hat man freilich noch lange geschwankt, so lässt Bernhard v. Pavia

mit war der Standpunkt erreicht, auf welchem das Dekretalen-[1] und das heutige Recht stehen bleiben mussten.

12. *Der kleine Kirchenbann*, *die excommunicatio minor* kommt zwar ebenfalls als Strafe für die Gestlichen vor, hat aber auch in dieser Anwendung keine erheblichere Bedeutung als bei den Laien[2] erlangt. Bei den ersteren umfasst er in der karolingischen Zeit und in den folgenden Jahrhunderten ebenfalls nur die Ausschliessung vom Abendmahl[3], und erst später, als sein Umfang auf den Empfang aller Sakramente erweitert worden war[4], auch von diesen. Auf die Ausübung der Amtsrechte, insbesondere der Jurisdiktion[5] und der mit der kirchlichen Stellung verbundenen Wahlrechte[6] hatte der kleine Bann keinen Einfluss. Ja nicht einmal die Spendung der Sakramente ist dem vom kleinen Bann Betroffenen rechtlich verwehrt[7], vielmehr wird dieselbe durch das Dekretalenrecht nur als Sünde bezeichnet[8], allerdings aber daraus die Rechtsfolgerung gezogen, dass die excommunicatio minor zur Erlangung von kirchlichen Ämtern unfähig macht[9]. Gerade das Missliche, was in der Ausschliessung eines Geistlichen von dem Empfange der Sakramente, andererseits aber in seiner Zulassung zur Spendung der letzteren lag, hat, wie in älterer Zeit[10], so auch noch vor der näheren Feststellung der Folgen des kleinen Bannes, dazu geführt, dass derselbe wohl mehrfach neben oder nach der Suspension von dem Amte oder nach der Entziehung desselben ausgesprochen[11], aber allein ohne andere Strafen nur sehr

summa V. 34 § 11 auch eine Suspension des Privilegs si quis suadente für den exkommunicirten Kleriker unter Berufung auf die nichts besagenden c. 22 C. XVII. qu. 4 u. c. 47 C. XXIII. qu. 5 (zu Unrecht, s. Bd. I. S. 119) eintreten, und c. 53 (Innoc. III.) X de appell. II. 28 sah sich genöthigt, die Entscheidung zu treffen: „illi proventus ecclesiastici merito subtrahuntur, cui ecclesiae communio denegatur". Nicht minder haben noch einzelne Partikuliarkonzilien des 13. Jahrhunderts, Pont. Audemer 1279 c. 1 u. Angers 1279 c. 4, M. 24, 220. 309 ausdrücklich gegen exkommunicirte Geistliche die Entziehung des Rechts auf die Früchte ihrer Benefizien verfügt.

[1] c. 24 (Innoc. III.) X de sent. et re iud. II. 27 (Nichtigkeit des von einem exkommunicirten Richter gefällten Urtheils); c. 23 (Alexander III.) II. 28 (Ausschluss vom Wahlrecht); c. 53 X. II. 28 cit.

[2] S. 19.

[3] c. 57 (Rom 743) Dist. I de consecr. (Bischof oder Priester, welcher die begonnene Messe abbricht) „a sacro corpore et sanguine domini nostri J. Chr. sit suspensus"; ebenso Meaux 845 c. 10, M. 14, 819: „a corpore christi separetur et sanguine"; Alex. II. (1063) M. 19, 973: „tibi sacrosanctam communionem interdicimus (B. v. Amiens); Gregor. VII. 1074 reg. II. 2, Jaffé mon. Gregor. p. 110 (Isembert B. v. Paris, welcher zur Verantwortung vorgeladen wird, weil er trotz der Suspension das Bischofsamt ausgeübt): „Quodsi te subtraxeris, ab omni etiam sacerdotali officio te privatum et sacrae communionis participatione sequestratum esse noveris"; Rom 1075, ibid. p. 170, S. 67 n. 2; ep. Adelb. Mogunt. ad episc. Bamb., 1118 Jaffé mon. Bamberg p. 324: „eadem quidem, que et ceteris eiusdem concilii neglectoribus vobis quoque iniuncta esset sententia, scil. vel divini officii suspensio vel a communione corporis et sanguinis dominici formidanda interdictio"; c. 1 X de his quae III. 11, S. 18 n. 1.

[4] S. S. 19.

[5] c. 10 (Gregor. IX.) X de cler. exc. V. 27: „Si celebrat minori excommunicatione ligatus, licet graviter peccet, non tamen notam irregulariter incurrit nec eligere prohibetur vel ea quae ratione iurisdictionis sibi competunt exercere. Si tamen scienter talis electus fuerit, eius electio est irritanda pro eo, quod ad susceptionem eorum eligitur, a quorum perceptione a ss. patribus est privatus. Peccat autem conferendo ecclesiastica sacramenta, sed ab eo collata virtutis non carent effectu, quum non videatur a collatione sed participatione sacramentorum quae in sola consistit perceptione, remotus".

[6] c. 10 X cit.

[7] c. 10 X cit. Dass man darüber gestritten hat, beweist nicht nur der Erlass der betreffenden Dekretale, sondern auch die Glosse zu derselben.

[8] c. 10 X cit.

[9] c. 10 X cit., weil er in Folge der durch das Amt bedingten Nothwendigkeit der Spendung der Sakramente zur fortwährenden Wiederholung der Sünde genöthigt würde; vgl. auch Bd. II. S. 488 n. 5.

[10] Bd. IV. S. 470.

[11] S. Anm. 3; Gregor VII. reg. II. 2 (1074) ed. Jaffé mon. Gregor. p. 110: „ab omni sacerdotali officio te privatum et s. communionis participatione sequestratum esse noveris"; 1075 ibid. p. 170: „Lemarum . . . ab èpiscopali officio suspendit et a corpore et sanguine domini interdixit"; Schreiben Adalberts v. Mainz v. 1118, M. 21, 182: „ipsum quidem, quia iam diu a d. papa episcopali et sacerdotali suspensus est officio (B. v. Augsburg), communione corporis et san-

vereinzelt gegen Geistliche gebraucht worden ist[1]. Auch das spätere Recht hat auf die Verwendung dieser Strafe umsomehr verzichtet, als sich in den schon vor dem Abschluss des Dekretalenrechtes entwickelten Strafen des *interdictum ingressus ecclesiae*[2] und der verschiedenartigen Suspensionen[3] genügende Ersatzmittel darboten.

Von Strafen gleichen Charakters, wie die zu 11 und 12 (S. 64 ff.) besprochenen, sind ferner:

13. das Lokal-Interdikt[4],

14. die Entziehung der Gnade des Papstes[5],

15. die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[6]

gegen Geistliche zur Anwendung gebracht worden.

Den bisher besprochenen Strafen treten diejenigen hinzu, welche den Übergang zu den Strafen rein weltlichen Charakters bilden, nämlich

16. die öffentliche Rüge, welche namentlich in der karolingischen Zeit gegen Bischöfe[7] und Priester[8] verhängt worden ist[9], und im Dekretalenrecht[10], weil sich die Befugniss der Kirchenoberen zur Verhängung dieser Strafe gegen ihre Untergebenen, namentlich der Bischöfe gegen die niederen Geistlichen von selbst verstand, keine besondere Berücksichtigung erfahren hat[11];

17. die körperliche Züchtigung oder Prügelstrafe[12]. Ebenso wie früher[13] hat man in der karolingischen Zeit[14] und in den folgenden Jahrhun-

guinis domini usque ad satisfactionem privatum esse sciatis".

1 c. 1 X de his quae fiunt III. 11 (S. 18 n. 1). Abgesehen von dem die Mönche betreffenden c. 2 X de stat. monach. III. 35, welche Kleriker sein können, ist dies in den Dekretalensammlungen die einzige Strafandrohung, welche sich nur gegen Geistliche richtet.

2 S. 66.

3 S. 67.

4 S. 19. Dass dasselbe auch wegen etwaiger von Geistlichen begangenen Vergehen verhängt worden ist, ergeben die Anführungen S. 21 n. 1 ff.

5 Diese Strafe ist sogar hauptsächlich gegen Geistliche, namentlich gegen Bischöfe und Äbte zur Anwendung gebracht worden, S. 34 ff.

6 c. 2 (Later. III. 1179 c. 10) u. c. 4 (Clem. III.) X de statu monach. III. 35 (Besitz von Sondereigenthum der Mönche). Vgl. ferner S. 32, da diejenigen Vergehen, für welche sie angedroht wird, auch von Geistlichen begangen werden konnten, speziell für Kleriker Minden 1230 c. 10 M. 23. 252 und Köln 1310 c. 15, M. 25, 241.

7 Karol. II. syn. Suess. 853 c. 2, LL. 1, 416 (Hermann B. v. Nevers): „pro suis excessibus quos corporali molestia saepe dicebatur admittere, a ss. praesulibus modeste et acriter increpatus est, quod prius frequenter correptus, ordini sacratissimo perserverantia levitatum adhuc iniuriam faceret"; Valence 855 c. 7, M. 15, 7 (Metropolit, welcher aus Habsucht nicht hindert, dass ein unwissender Kandidat auf ein erledigtes Bisthum befördert wird) „sententia fratrum se noverit esse culpandam"; Metz 888 c. 15, M. 18, 68: „Si quis episcopus iudicaverit vel ordinaverit alterius parochianum sine consensu et voluntate sui episcopi, oportet eum non sine increpatione in communi. concilio admitti, ita ut ecclesiasticum ultra non solvat canonem".

8 Mainz 851 c. 8, LL. 1, 413: „in conventu episcoporum episcopus eum publica increpatione admoneat, s. S. 67 n. 8.

9 Was das Dekret betrifft, so hat die spätere Doktrin c. 1 C. XXI qu. 4 (Nicäa II. 787 c. 16, M. 13, 433): „Eos ergo episcopos vel clericos, qui se fulgidis et claris vestibus ornant, emendari oportet. Quod si in hoc permanserint, epithimio contradentur", das „ἐπιτίμιον" (Strafe, Vergeltung, so noch summa Rufini her. v. von Schulte. Giessen 1892 S. 345: „genus poenae") auf die Rüge „increpatio" bezogen, s. Glosse zu c. 1 cit. sub v. epitimio (welche allerdings die Suspension auf 8 Tage wegen c. 2 ead. darunter begreift) und Bernhard. Papiens. summa V. 33. §. 4 unter Berufung auf diese Stelle.

10 Im Dekrete Gratians ist sie c. 1 (Gregor I., Bd. IV. S. 737 n. 1) Dict. LXXXIV deutlich erwähnt, s. auch die vor. Anm.

11 Dass sie in Anwendung war, beweist die Aufzählung der Strafen bei Bernhard v. Pavia a. a. O.

12 Vgl. hiezu Kober i. d. Tübinger theolog. Quartalschr. 1875. Jahrgg. 57. S. 7. 23 ff.

13 Bd. IV. S. 814.

14 Karlm. cap. 742 c. 6; Boret. 1, 25: „ut quisquis servorum dei vel ancillarum Christi in crimen fornicationis lapsus fuerit, quod in carcere poenitenciam faciat in pane et aqua. Et si ordinatus presbiter fuerit, II annos in carcere permaneat et antea flagellatus et scorticatus videatur et post (d. h. nach Ablauf der 2 Jahre) episcopus adaugeat. Si autem clericus vel monachus in hoc peccatum ceciderit, post tertiam verberationem

derten[1] die Kleriker einschliesslich derjenigen der höheren Grade der körperlichen Züchtigung unterworfen und dabei, wie schon in der merovingischen Zeit, die Maximalzahl von 39 Hieben ausser Acht gelassen[2]. Gratian hat gerade die älteren, nicht dieser Periode angehörigen Vorschriften in sein Dekret aufgenommen[3] und auch in der Dekretalensammlung Gregors IX. findet sich nur eine, der früheren Zeit angehörige Stelle[4]. Damit hat die Strafe zwar die Anerkennung als eine gemeinrechtliche erhalten, aber eine nähere gesetzgeberische Durchbildung nicht empfangen[5], vielmehr ist es der Doktrin überlassen geblieben, die den verschiedenen Zeiten angehörigen, sich theilweise widersprechenden Bestimmungen mit einander in Einklang zu bringen.

Endlich sind seit der karolingischen Zeit die nachfolgend gedachten, schon früher[6] zum Theil gebrauchten Strafen rein weltlichen Charakters ebenso wie gegen die Laien[7], so auch gegen die Geistlichen in viel grösserem Umfange zur Anwendung gebracht:

18. Die Geldstrafe. Wenn die Kirche in den früheren Zeiten von dieser

in carcerem missus, vertentem annum ibi poenitentiam agat. Similiter et nonnae velatae eadem penitencia conteneantur, et radantur omnes capilli capitis eius", während nach Pippin. cap. 754/755 c. 2, ibid. p. 31 beim Incest nur: minores vapulentur aut in carcerem recludantur", und auch die stat. Rhispac. 799 c. 17 ibid p. 228 für das Halten verdächtiger Frauen nur diese mit dem vapulari, die höheren mit der Deposition bedrohen (s. auch Boret. 1, 336 n. 7 und S. 43 n. 5); ein Unterschied, welcher sich gleichfalls in cap. post. a. 805 add. c. 1, ibid. p. 142 für Hingabe des Chrisma als Medizin und als Zaubermittel „ceteri clerici (d. h. ausser Priestern und Diakonen) et nonnanes disciplinam corporalem et carceris custodiam sustineant" findet. Die Regel Chrodegangs v. Metz für die vita communis (Walter corp. iur. eccles. p. 20 ff.), welche c. 4. 8. 15. 17. 25. 34 der corporalis disciplina, castigatio oder vindicta gedenkt und ebenso die Aachener v. 816 u. 817 c. 134, M. 14, 239 schränken sie nicht principiell auf die niederen Kleriker ein, obgleich die letztere solcher Geistlichen erwähnt, gegen welche ihre Anwendung durch aetas aut qualitas personae gehindert wird. Wenn Hlothar. I. const. Papiens. 832 c. 3, LL 1, 360 sie weiter für abgesetzte Priester und Diakonen androht, welche, um sich der Busse zu entziehen, aus den ihnen angewiesenen Klöstern entweichen („verberibus coherceantur"), so ist hierbei zu beachten, dass diese die geistlichen Standesrechte in Folge der Deposition (s. S. 54. 55) verloren hatten. Für Nonnen, welche mit Klerikern oder Geistlichen Unzucht treiben, setzt Rouen saec. IX c. 10, Bruns I. 2, 270, u. A. Prügelstrafe fest.

[1] Otto v. Vercelli cap. 69 Migne c. 34, 41 = Vannes 465 c. 13, Bd. IV. S. 815 n. 4 (Auspeitschen der Kleriker für jeden Fall der Trunkenheit); Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806: „Si aliquis qualiscumque vel undecumque contra libertatem vel consuetudinem Traiect. ecclesiae hactenus observatum aliquod beneficium petierit vel obtinere voluerit, communibus expensis universalis ecclesiae insistat eidem et si aliquis in suum hospitium collegerit vel auxilio astiterit, ipso iure a perceptione beneficii sit suspensus, donec resipuerit et ecclesiae universali V libras persolverit, cum corporali disciplina coram universali suscipienda ecclesia". Vgl. auch Damiani opusc. XX. 6, Migne 145, 453 (wegen Unzucht): „publice virgis caesus et . . . turpiter asseritur decalvatus".

[2] Bd. IV. S. 814, denn in den citirten Stellen findet sich eine solche Beschränkung nicht.

[3] c. 1 (Augustin) C. XXIII qu. 5, Bd. IV. S. 732 n. 2; c. 9 (Agde) Dist. XXXV, a. a. O. S. 815 n. 4; c. 9 (Macon) C. XI qu. 1, a. a. O. n. 3; c. 8 (Braga) Dist. XLV, a. a. O. n. 10; c. 3 (Joh. diacon.) C. V. qu. 6, a. a. O. S. 737 n. 2. Auch Bernhard v. Pavia summa V. 32 §. 4 sagt unter Berufung auf diese Stellen: Verberatio quoque in poenis canonicis invenitur und entwickelt V. 21 die darüber zur Anwendung kommenden Grundsätze.

[4] c. 1 (Gregor I., Bd. IV S. 737 n. 2) X de calumn. V. 2; c. 54 §. 2 (Gregor IX.) de sent. exc. V. 39 setzt blos die Zulässigkeit voraus (vgl. auch Bd. I. S. 121), und dasselbe gilt von den namentlich die Mönche betreffenden c. 10 (Alex. III.) c. 24 (Clem. III.) X eod. Wegen der letzteren s. insbesondere noch Kober a. a. O. S. 382. 412 ff.

[5] So ist insbesondere die Frage, in wie weit die Strafe gegen die Geistlichen der höheren Weihen zulässig sei, unentschieden geblieben c. 1 X V. 2 cit., welches einen Subdiakon betrifft, gestattet sie jedenfalls gegen die unterste dieser Stufen, da der Subdiakonat zur Zeit des Abschlusses des liber Extra schon zu den höheren Weihen gerechnet wurde, dagegen erklärt sie Bernhard v. Pavia l. c. V. 21 gegen sacerdotes für unstatthaft. Die Praxis des 13. Jahrh. hat sie aber entsprechend der im Text gedachten Entwicklung auch auf Priester angewendet, s. z. B. Tours 1282 c. 4 M. 24, 470, und weitere Belege bei Kober a. a. O. S. 54. 55. Das Nähere darüber s. unten in der Lehre von dem geltenden Recht.

[6] Bd. IV. S. 815.

[7] S. 36 ff.

Strafe gegen die Geistlichen keinen Gebrauch gemacht hat [1], so ist abgesehen davon, dass ihr in den rein kirchlichen Strafen [2] genügende Repressionsmittel gegen dieselben zur Verfügung standen, dabei wohl auch der Gesichtspunkt in Frage gekommen, dass mittelbar das kirchliche Vermögen durch eine solche Strafe belastet worden wäre, weil den Geistlichen der nothwendige Lebensunterhalt aus den kirchlichen Einkünften zu gewähren war, und ihnen die durch die Strafe herbeigeführte Schmälerung des erforderlichen Einkommens aus kirchlichen Mitteln hätte ersetzt werden müssen [3]. Denselben Standpunkt hat die Kirche noch bis zum 10. Jahrhundert festgehalten. In den Fällen, in denen während dieser Zeit eine Geldstrafe erwähnt wird, handelt es sich wesentlich um einen mehrfachen Ersatz für Schädigungen, welche von Geistlichen zugefügt worden sind [4]. Erst mit dem 11. Jahrhundert, durch die unter Betheiligung der weltlichen Gewalt abgehaltenen Reichskonzilien [5], ferner durch die Päpste [6], ihre Legaten [7] und die von den einen oder anderen einberufenen Synoden ist sie dem kirchlichen Strafmittelsystem eingereiht worden, und hat seit dem 13. Jahrhundert in den Anordnungen der Bischöfe [8], der partikulären [9] und allgemeinen Synoden [10] vielseitige An-

[1] Bd. IV. S. 737. 816.

[2] Einschliesslich der Entziehung des Amtseinkommens, a. a. O. z. 737. 809, welches sie ihrerseits selbstständig zu vollstrecken im Stande war.

[3] Dem widerspricht es nicht, dass sie die in d. vor. Anm. gedachte Strafe verhängt hat, denn damit war, was bei blosser Geldstrafe nicht der Fall gewesen wäre, dem Schuldigen das Recht auf die Amtseinkünfte überhaupt abgesprochen.

[4] So bestimmt c. 7 §. 1 (Nicäa II. 787 c. 6, M. 13, 427) Dist. XVIII, dass der Metropolit, welcher den zur Provinzialsynode kommenden Bischöfen eine der von ihnen mitgebrachten Sachen abfordert, das Vierfache (als Strafe) zahlen soll. Vgl. ferner Ravenna 997 c. 2, M. 19, 219: „ut annualiter in festo S. Vitalis omnes archipresbyteri ad nos pertinentes pro respectu sedis subdaconis nostris persolvant solidos II et quicumque contempserit, censualem sentiat ultionem arbitrio primorum huius ecclesiae", wo unter der ultio censualis wohl nur ein erhöhter Census, eine höhere Abgabe, verstanden werden kann.

[5] Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787 (Priester und Diakonen, welche ihre Pflichten in Bezug auf Tonsur, Bart, Waffentragen, Halten von Frauenzimmern und Unterweisung der Laien verletzen): „presbyter et diaconus . . LX solidos episcopo persolvat et gradu ecclesiastico careat"; Szaboles 1092. I c. 29, M. 20, 775: „Nullus presbyter audeat missam celebrare extra ecclesiam, nisi forte itineris causa necessitas cogat eum. Si vero a comite suo coactus fuerit, LV pensas solvat"; Colom. reg. Hung. 1103 IV. c. 6, ibid. p. 1178: „ut a villa in qua ecclesia est, (presbyter) longius non recedat; quod si recesserit, X pensas persolvat et redeat".

[6] Römische Synode Alexanders II. 1070, M. 19, 998, welche in dem hinsichtlich des Streits zweier Bischöfe erlassenen Urtheil dem Unterliegenden androht: „Quod si amplius inquietare praesumpserit, sit in poena CC solidorum aureorum, medietatem [s. nostro Lateran. palatio et medietatem] ecclesiae supradictae".

[7] Mailänder Constitutionen v. 1067 (S. 37 n. 7) M. 19, 948: „archiepiscopus quidem de suo C libras denariorum persolvat et si contempserit, donec emendet, proprio officio abstineat".

[8] Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806, S. 79 n. 1; Bourges u. 1214 c. 1, l. c. p. 931: „Clericus succentoris iniungat omni die invitatorium in vesperis. Cancellarius vel qui loco ipsius fuerit, lectiones similiter iniungat. Ille cui iniunctum fuerit, necesse habebit recipere et exequi per se vel per alium. Si contra venerit, si canonicus fuerit, solvat poenam II denariorum Parisiens., vicarius I denarium Par., minor clericus I denar. Par. vel stabit ante altare retro aquilam tamdiu, donec a cantore vel eius mandatore ad locum suum revocetur"; u. c. 2: „. . Quicumque fecerint in missa defectum, si sacerdos fuerit, puniatur in VII Parisiensibus, diaconus in VI, subdiaconus in IV; c. 14 l. c.: „Hebdomadarii recipiant denarios qui pro poenis statutis levabuntur, . . . et ponantur in pixide quadam distribuendi post annum clericis de choro".

[9] Paris 1212 P. I. c. 15, M. 22, 823 (Forderung von Prokurationen oder von Ablösungssummen dafür seitens des Archidiakons, ohne dass er die Kirchen visitirt) „si monitus non destituit, praedictas procurationes sibi subtrahi praecipimus, ut in eo puniatur, in quo deliquerit. Si vero nec per hoc correctus fuerit, excommunicetur" (dasselbe Rouen 1214 P. I. 119, ibid. p. 903); Dublin 1214, ibid. p. 925: „. . rectores, ne publice fornicariis aut de vitio incontinentiae diffamatis parochias regendas committant; quod si forte praesumpserint, XL solidorum poena noverint se mulctandos"; Chateau Gontier 1231 c. 14, M. 23, 236 (die Prälaten, welche a firmariis ponendis in ecclesiis pecuniam exigant vel extorqueant, duplum extortae pecuniae restituendum ecclesiae matrici); Tours 1239 c. 3, M. 23, 498 (unpassende Kleider der Geistlichen, 5 solidi für die Kathedralfabrica); Worcester 1240 c. 21, M. 23, 535 (ebenso ein Zehntel der Einkünfte). Soweit über die Verwendung der eingekommenen Geldstrafen nichts bestimmt war, hing diese von dem Ermessen des Bischofs ab, so ausdrücklich Grado 1296 c. 22, M. 24, 1171.

[10] Lateran. IV. 1215 c. 49, M. 22, 1035 (doppelter Ersatz des durch eine ungerechte Excom-

wendung gefunden, indem sie theils in festbestimmtem Betrage[1], theils aber in Höhe des zu Unrecht erhobenen oder erlangten Vermögensvortheils[2] angedroht wird. Durch ihre Benutzung seitens der allgemeinen Synoden und durch Aufnahme eines Theils der betreffenden Bestimmungen in die Dekretalensammlungen hat sie den Charakter einer gemeinrechtlichen Strafe erhalten[3].

19. Die Vermögenskonfiskation findet sich sehr selten für etwaige allein den Geistlichen eigenthümliche Delikte[4], während sie andererseits gegen dieselben auch bei solchen Verbrechen zur Anwendung kommen konnte, für welche sie den Laien ebenfalls angedroht war[5], wie dies insbesondere in Betreff der Ketzerei ausdrücklich durch die kirchliche Gesetzgebung festgesetzt ist.

Ferner kommt daneben auch für sie die Konfiskation einzelner Vermögensstücke bei verschiedenen kirchlichen Disciplinarvergehen[6] vor.

Von untergeordneterer Bedeutung sind für die Geistlichen

20. die auch gemeinrechtlich vorkommende Strafe der Ausweisung[7], ferner

21. die des Exils[8],

22. sowie die nur vereinzelt erwähnte zeitweise Konfination an einen gewissen Ort[9] gewesen.

Was dagegen

23. die Freiheitsentziehung[10] betrifft, so ist diese als Einsperrung in das Gefängniss wie gegen Laien[11], so auch gegen Geistliche seit Beginn der karo-

munikation Erpressten); ibid. c. 34 in c. 8 X de immunit. III. 49 (bei Erpressung von Prokurationen und Abgaben seitens der Unterthanen haben die schuldigen Prälaten ausser der Restitution einen gleichen Betrag an die Armen zu zahlen); c. 65 l. c. in c. 41 X de simonia V. 3 (Bischöfe, welche nach dem Tode der Pfarrer die Kirchen mit dem Interdikt belegen und bei der Anstellung des Nachfolgers von diesem, oder welche von den in ein Kloster Eintretenden oder daselbst ihr Begräbniss Wählenden Abgaben erpressen, haben den Betrag doppelt zu restituiren, „in utilitatem locorum, in quorum fuerint soluta dispendium, fideliter convertenda".

[1] Das ist früher das gewöhnliche gewesen, s. die Anmerkungen S. 80 n. 5 ff., ferner Dublin 1214, S. 80 n. 9.

[2] S. S. 80 n. 9. 10.

[3] S. S. 80 n. 10.

[4] Leg. Konst. für Utrecht 1247 o. 1248, M. 23, 764 für Geistliche, welche öffentlich Konkubinen halten und sich weder durch suspensio ab off. et benef. noch durch Exkommunikation und Privation der Benefizien zur Entlassung derselben bewegen lassen.

[5] S. 39 n. 1 ff.

[6] Hincm. Rhem. cap. 874 c. 4, M. 15, 496: „Si autem (presbyter) ordinem pro sua culpa perdiderit, nec alodem, quem a die ordinationis suae ecclesiasticis facultatibus acquisivit, habere valebit" (d. h. es soll das von dem abgesetzten Priester aus kirchlichen Einkünften Erworbene zum Besten der Kirche konfiscirt werden); London 1104 c. 10, M. 20, 1230: „Omnia vero mobilia posthac presbyterorum, diaconorum, subdiaconorum et canonicorum (concubinariorum) tradantur episcopis"; Valence 1261, M. 23, 1056. 1058, Leg. K. Ofen 1279 c. 3. 4, M. 24, 274; Toledo 1324 c. 2, Avignon 1326 c. 39, Avignon 1337 c. 47, M. 25, 732. 765. 1099 (Konfiskation von Kleidern, Ringen und Waffen, welche Geistliche unerlaubter Weise tragen), Ofen cit. c. 56, M. 24, 298 (der Jagdhunde und Jagdvögel der Mönche), s. auch Clem. 2 de vita III. 1 (welche die Kleriker unter Androhung von Strafen, derartige Kleider an die Armen zu geben verpflichtet).

[7] c. 3 (Urban III.) X de crim. falsi V. 20, S. 43 n. 4; Worcester 1240 c. 17, M. 23, 534 (für Geistliche, welche sich in Betreff der Auferlegung von Messen bei der Busse wiederholt der Simonie schuldig machen „de episcopatu expellantur"); Leg. K. Breslau 1248 §. 16, de Montbach, stat. Wratislav. p. 308 (für Plebane und Vikarien, welche verbotenen Ehen fremder Parochianen assistiren); s. auch Exeter 1287 c. 21, M. 24, 811. Vgl. noch S. 40.

[8] S. 54 n. 3; Regula Chrodegang. u. 760 c. 15, Walter font. iur. eccles. p. 29 (bei culpae graviores, wie Mord, Ehebruch, Fornikation und Diebstahl auf Zeit nach Ermessen des Bischofs).

[9] Tarragona 1329 c. 15. 16, M. 25, 842. 843 (in der erzbischöflichen, bez. der Bischofsstadt für Bischöfe, welche unentschuldigt auf der Provinzial-, für Kleriker, welche auf der Diöcesansynode ausbleiben, auf die vom Erzbischof, bez. vom Bischof zu bestimmende Zeit).

[10] Vgl. hierzu Kober, die Gefängnissstrafe gegen Kleriker und Mönche i. d. Tübing. theolog. Quartalschrift Jahrgg. 59. 1877 S. 33 ff.

[11] S. 40.

lingischen Zeit durch die fränkischen Reichssynoden und Kapitularien angedroht worden[1].

Dass aber in dieser Zeit die kirchlichen Oberen keine Befugniss besessen hätten, ihrerseits auch eine Einsperrung von Geistlichen und Ordensleuten anzuordnen, lässt sich daraus nicht herleiten[2]. Vielmehr finden sich eine Reihe von rein kirchlichen Anordnungen, welche die Einschliessung derselben namentlich behufs der Zwangsbusse anordnen[3], und auch das Vorhandensein von bischöflichen Gefängnissen voraussetzen[4]. Diese Einschliessung ist Strafe für das verübte Vergehen und soll zu-

[1] Für Schliessung incestuoser Ehen, s. cap. Karlm. 742 c. 6 u. Pippin. cap. 754/755 c. 2, S. 78 n. 14, neben der Prügelstrafe; für Missbrauch des Chrisma ebenso, cap. post. a. 805 add. c. 1, s. a. a. O.

[2] Auch nicht daraus, dass Bonifatius in Verbindung mit der Absetzung der ketzerischen Bischöfe Aldebert und Clemens 745 den Papst Zacharias ersucht: „ut per litteras vestras mandare curetis duci Carlomanno ut (Clemens) mittatur in custodiam", Jaffé, mon. Mogunt. p. 140, denn damals hatte der Papst noch keine selbstständige Anordnungsgewalt über das Frankenreich und die fränkische Geistlichkeit. Wenn Bonifatius nach dem Berichte seines Abgesandten die beiden Bischöfe schon vorher auf einer fränkischen Synode hat absetzen und „una cum principibus Francorum retrudi fecit in custodiam", l. c. p. 137, so war dies eine Nationalsynode, und es scheint, dass die Haft mindestens keine strenge war, ja dass sich die beiden Bischöfe sogar derselben haben entziehen können. Dagegen spricht auch, dass schon in merovingischer Zeit solche Einsperrungen gegen Geistliche verhängt worden sind, Bd. IV. S. 815. 819.

[3] Theodulf v. Orleans (u. 797) c. 15, M. 13, 998 (Überreden der Parochianen durch den Priester einer anderen Pfarrei, seinem Gottesdienst beizuwohnen und ihm den Zehnten zu zahlen: „gradum se sciat amissurum aut in carcere longo tempore recludendum") u. c. 16: „Si quis presbyter inventus fuerit alicui clerico aut laico munera dare aut dedisse, ut ecclesiam alterius presbyteri subripiat, sciat se pro hac rapina et saeva cupiditate aut gradum amissurum aut in carceris aerumna longo tempore poenitentiam agendo detinendum" (wiederholt in etwas erweiterter Form bei Rudolf v. Bourges u. 850 c. 17, M. 14, 951 und Otto v. Vercelli (945—960, c. 33, Migne 134, 35); Chrodegangi reg. u. 760, c. 15, Walter, fontes iur. eccles. v. 29 (bei schwerer Schuld eines clericus de ordine canonico, d. h. Tödtung, Fornikation, Ehebruch, Diebstahl, neben der körperlichen Züchtigung nach Bestimmung des Bischofs carcer oder Exil: „ut dum in ipso carcere est . . solus persistens in poenitentiae luctu, quamdiu priori visum est"); s. auch Theodulf v. Orleans c. 14 u. Rudolf v. Bourges c. 15, ll. cc. (Priester, die fremde Parochianen zum Besuch ihrer Messen bereden, in fremden Kirchen Messe lesen, sich fremde Zehnten aneignen u. s. w.) „aut gradum sese sciat amissurum aut in carcere longo tempore detinendum", wo mit Rücksicht auf c. 17 cit. zur Busseleistung hinzuzudenken ist); Metz (Prov. Syn.) 888 c. 9, M. 18, 80: „Quidam diaconus, qui de sacrilegio confessus et convictus fuit, pro misericordia in carcere poni iussus est, interdicto ministerio". — Nonnen, welche Unzucht treiben, nach Rouen saec. IX c. 10, Bruns I. 2, 270: „acriter verberibus coerceatur et in privata custodia" (d. h. abgesondert von den anderen) „retrudatur"; Metz 888 cit. c. 9, M. 18, 80: „constituit synodus, ut (duae sanctimoniales propter suum facinus) . . intra monasterium in ergastulo ponerentur parvo pane et aqua brevi cum abundantia divini verbi, usque ad satisfactionem fruerentur".

Wenn dergleichen Anordnungen auch durch die Capitularien, s. Karlm. 742 c. 6 cit., S. 78 n. 14, ferner durch Reichssynoden, so Mainz 852 (o. 851) c. 17. 19, LL. 1, 415 (Wiederholung von Theodulf v. Orleans c. 16 u. c. 14, vgl. vorher) und Thousey 860 c. 2, M. 15, 559 (hinsichtlich der gottgeweihten Jungfrauen, welche in ihren Häusern unkeusch leben: „ut usque ad finem vitae in ergastulis retrusae poenitentiam agant") getroffen sind, Meaux 845 c. 70, M. 14, 836 hinsichtlich solcher Sanktimonialen die bischöfliche und königliche Gewalt anruft, um sie zum Aufenthalt an dem Bussort zu zwingen, so beweist dies nur soviel, dass die weltliche Macht der Kirche ihren Arm zur Vollstreckung dieser Strafen gewährt hat, nicht aber, dass die kirchlichen Organe keine Befugniss besessen haben, solche Strafen zu verhängen.

[4] So Chrodegang. reg. c. 15 cit.; bestätigt wird dies auch durch die auf der Reichssynode zu Aachen 816 o. 817 erlassene Regel c. 134, M. 14, 239: „Si vero uterque et qui flagellatus et quem flagellari aetas aut qualitas personae prohibeat, adhuc incorrigibiles extiterint, sit locus intra claustra canonicorum, sicut in multis locis noscitur esse, quo ad tempus retrudantur et secundum modum culpae castigentur". Vgl. auch die vor. Anm. Dass sie indessen nicht überall vorhanden waren, ergeben die const. Papiens. v. 832 c. 3, LL. 1, 360; „Statuimus de presbyteris et diaconibus ecclesiastico honore privatis, ut redigantur poenitentia, sicut canones praecipiunt. Et si habet episcopus in sua parrochia monasterium, ibi mittantur. Quod si monasterium non habuerit, tunc praecipiat episcopus, ut ille tales habitent in illa plebe, unde sunt et si res proprias habuerint, eligant sibi talem patronum qui de ipsis rebus victum et vestimentum eis ministret. Ipsi tamen nullam habeant licentiam vagandi aut discurrendi, sive ad placita sive ad palatium sive ad ipsas res quas proprias ante habuerunt, sine licentia sui episcopi; sed in eodem loco ubi sibi constitutum est, suam poenitentiam iugiter agant. Quod si hoc non observaverint, primum verberibus cohereceantur, quod si nec sic se castiga-

gleich die Bussleistung für dasselbe sichern [1], wobei sich die Busse ihrerseits auch als Strafe darstellt [2]. In den Quellen des 10. und 11. Jahrhunderts wird die Strafe gegen Geistliche für spezielle Vergehen derselben sehr selten angedroht [3]. Es ist aber unzweifelhaft, dass sie auch während dieser Zeit gegen dieselben verhängt worden ist [4]. Gratian hat eine Reihe der älteren Stellen in seinem Dekret wiedergegeben [5], und eine Anzahl päpstlicher Dekretalen des 12. [6] und des 13. Jahrhunderts [7] sowie auch einzelne Kanonen, welche von derselben Gebrauch machen, haben in die kirchlichen Gesetzbücher dieser Zeit Aufnahme gefunden [8]. Wie in der karolingischen Zeit kommt die Strafe noch jetzt hauptsächlich für abgesetzte oder degradirte Geistliche [9], ferner theils für immer [10],

verint, in tali loco recludantur, ubi, velint nolint, in penitantia vivant".

Wegen der Haftlokale in den Klöstern s. unten §. 263 Nr. I und Kober a. a. O. S. 64.

[1] Wenn Kober S. 42 meint, dass die Inhaftirung 1) den Zweck der Busse und Besserung verfolgt, 2) Untersuchungshaft gewesen, 3) der provisorischen Unschädlichkeitsmachung gedient habe und endlich 4) als Strafe, als Sühne für begangene Vergehen verhängt worden sei, so hält er m. E. die Fälle 1 und 4 zu Unrecht auseinander, denn die für den letzteren citirten Stellen, Macon 581, c. 5—8, Bd. IV. S. 819 n. 3 u. 4 und cap. Karlm. 742 c. 6, S. 78 n. 14 gedenken ausdrücklich der Busse, und Aldebert und Clemens, deren Inhaftirung er als Beispiel für den Fall 3 anführt, sollten ebenfalls zur Busse angehalten werden, wie auch die römische Synode v. 745 den ersteren dazu verurtheilt hat, Jaffé, mon. Mogunt. p. 137. 145. So bleibt als selbstständiger Fall nur der, wo die Inhaftirung zum Zweck der Gestellung des Schuldigen vor das Gericht, der Fall der Sicherheits- und Untersuchungshaft, übrig, dessen Mainz 813 c. 22, M. 14, 71 (clerici acephali et vagi) und Tribur 895 c. 30, M. 18, 147 (Fälscher päpstlicher Briefe bis zur Entscheidung des Papstes) gedenken.

[2] Vgl. unten §. 263.

[3] S. z. B. Otto v. Vercelli, S. 82 n. 3.

[4] M. 20, 458: „. . Legatus Spalati positus (u. 1075) invenit . . Ulfum presbyterum . . ab annis iam XII papali iussu gravissimis compedibus alligatum propter schismatis nefarium scelus . . . Hunc fecit absolvi dicens, quia d. Alexander (II.) f. m. universos suo iussu incarceratos absolvit"; Gregor. VII. ep. 1073/1085, Loewenfeld ep. pont. p. 58. 59; Innocenz. II. 1141, J. L. n. 1141, M. 21, 565 (gegen Abälard und Arnold v. Brescia wegen ihrer Ketzereien); Hefele 5, 487.

[5] c. 7 (Agde?) Dist. L., Bd. IV. S. 807 Anm.; c. 13 Dist. LV., a. a. O. S. 806 n. 5; c. 8 (Chalons 813 c. 40, M. 14, 82), 10 (Orleans III., Bd. IV. S. 806 Anm.) 11 (Pelag. I. J. Kalt. n. 1013) c. 2 (Sevilla II. Bd. IV. S. 808 n. 1) C. XXI. qu. 2; c. 28 (Gregor. I., betr. Nonnen) C. XXVII. qu. 1.

[6] c. 6 § 7 (Alex. III.) X de homic. V. 12 (Betheiligung an der Gefangennehmung v. Thomas Becket, Einsperrung in districto claustro monachorum vel canonicorum regularium neben Absetzung und Ausschliessung ab introitu ecclesiarum auf 5 bis 7 Jahr); c. 4 (Lateran. III. 1179) X de excess. prael. V. 31 (Bestialität): „deiiciantur a clero vel ad agendam poenitentiam in monasteriis detrudantur".

[7] c. 12 (Lateran. IV.) X de poenit. V. 38 (Verletzung des Beichtgeheimnisses), Bd. IV. S. 127 n. 2 u. S. 132; c. 6 (Innoc. III.) X de poen. V. 37 (Räubereien und andere schwere Verbrechen „a suis ordinibus degradati detrudi debeant in arctis monasteriis ad poenitentiam peragendam"); c. 27 § 1 (id.) X de V. S. V. 40 (Fälscher: „in perpetuum carcerem ad agendam poenitentiam ipsum includas, pane doloris et aqua angustiae sustentandum"); c. 10 (id.) X de purg. can. V. 34 (Umgang mit Ketzern „ab officio et beneficio depositum ad agendam poenitentiam in arctum monasterium detrudere non omittas").

[8] Auch die Partikularsynoden dieser Zeit gedenken ihrer mehrfach, Paris 1210, M. 22, 811: „U. presbyter de L P. presbyter de C., St. clericus degradentur (wegen Ketzerei) perpetuo carceri mancipandi"; schottisch. Konzil u. 1225 c. 28, M. 22, 1229: „clericos in quolibet ordine ab ecclesia esse defendendos, donec propter immanitatem criminum a susceptis ordinibus degradentur et . . . in maleficiis deprehensi aut manifesti convicti, arctae custodiae carceris dioecesani, quem quilibet episcopus habere tenetur, tales clerici commendentur ac pane doloris et aqua tribulationis ibidem sustententur, ne fame vel siti in carcere suffocentur"; const. Ricardi Sarum u. 1227 c. 9, M. 22, 1109 (Priester, welcher aus Anlass der Spendung der Taufe, der Busse und anderer Sakramente mit Frauen Unzucht treibt): „sciens quod . . . secundum canonum et ss. patrum statuta XV. anni debentur et postea detrusio in monasterio"; Mainz 1233 c. 49, Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 142: „ut singuli episcopi carceres suos habeant, in quibus falsarii clerici incorrigibiles et alii qui hoc meruerunt, teneantur"; Köln 1260 c. 1. 2, M. 23, 1013. 1014 (für clerici concubinarii und solche die Handel treiben: „intrent carcerem canonicalis disciplinae").

[9] S. die vorhergehenden Anm.

[10] c. 12 X V. 38 cit.; c. 27 §. 1 X V. 40 cit.; Paris 1210 (Anm. 8.); Innocenz. IV. 1250, Potthast reg. n. 13940, Meichelbeck hist. Frising. II. 1, 34 (ewiges Gefängniss gegen einen Kanoniker angeordnet); Lambeth 1261, M. 23, 1072: „quod si clericus aliquis adeo malitiosus et incorrigibilis fuerit et ad flagitia consuetus, quod si esset laicus secundum leges saeculi ultimum deberet pati supplicium, talis clericus carceri perpetuo addicatur".

theils auf unbestimmte [1], theils auch auf bestimmte Zeit [2] vor. Überwiegend wird noch in den ersten Zeiten des 13. Jahrhunderts der Vollstreckung in Klöstern erwähnt [3], und erst im Verlaufe desselben ist die Benutzung besonderer bischöflicher Haftlokale (carcer) [4], welche hauptsächlich zur Bewahrung von Untersuchungsgefangenen bestimmt waren [5], in grösserem Umfange üblich geworden [6].

24. Die Infamie. Diese Strafe, welche nicht vor dem Ende des 11. Jahrhundert zu praktischer Bedeutung gelangt ist [7], findet sich speziell gegen Geistliche erst seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts für Verletzung der Cölibatsverpflichtung [8] und für simonistischen Ämter-Erwerb [9] angedroht [10] und ist nach dem Dekretalenrecht in den Fällen, in welchen sie die Laien trifft, ebenfalls auf die ersteren anwendbar [11]. Weiter gehört hierher

25. die Brandmarkung [12] und

26. die Verknechtung [13].

Endlich waren auch die Strafen:

[1] S. die Citate S. 83 n. 6 u. 7.

[2] c. 3 (Bonifaz. VIII.) in VI de poen. V. 9.

[3] S. S. 83 n. 6 u. 7. Ausser c. 27 § 1 V. 40 cit. (carcer) erwähnt c. 35 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 im Gegensatz zum Kloster, welches die Flucht ermögliche, des sub arcta custodia detinere.

[4] S. 83 n. 8 und c. 3 in VI. V. 9 cit.

[5] c. 3 in VI. cit. sagt dies ausdrücklich, billigt es aber, dass der Bischof verbrecherische Kleriker: „in perpetuum vel ad tempus, prout videris expedire, carceri mancipes ad poenitentiam agendam"; dasselbe ergiebt c. 15 (Bonifaz. VIII.) in VI. de sent. exc. V. 11 und c. 18 (id.) in VI. de haer. V. 2 („carcer episcoporum aut inquisitorum").

Beispiele für Untersuchungshaft c. 1 (Alex. III.) X de depos. III 16; c. 3 (Urban. III.) X de crim. falsi V. 20, sowie c. 1 (Luc. III.) c. 3 (Coelest. III.) Comp. II. V. 9 (Fälscher päpstlicher Briefe bis zur Entscheidung des Papstes „sub districta custodia").

[6] Es scheint, als ob die karolingische Einrichrichtung besonderer bischöflicher Haftlokale (S. 82 n. 4) mit dem Aufhören des gemeinsamen Lebens weggefallen ist. Die seit dem Ende des 12., namentlich aber im 13. Jahrhundert beginnenden und sich steigernden Ketzerverfolgungen machten zunächst die Herstellung besonderer Lokale für die Untersuchungsgefangenen erforderlich. Für Benutzung dieser als Strafgefängnisse war dann offenbar der Umstand, dass die Orden und Klöster in dieser Zeit die völlige Exemtion von der bischöflichen Gewalt erlangt haben, von Einfluss geworden. Daher finden sich gerade seitdem wiederholt Anordnungen, dass die Bischöfe besondere Gefängnisse für die verbrecherischen, namentlich für unverbesserliche Geistlichen halten sollen, schottisches Konzil und Mainz 1233 c. 49, S. 83 n. 8; ferner Lambeth 1261, M. 23, 1072; Mainz 1261 c. 34, ibid. p. 1092; Kober a. a. O. S. 536, und aus Clem. 1. § 3 (Vienne 1311) de haeret. V. 3, wo von proprii carceres der Bischöfe die Rede ist, ergiebt sich, dass diese Vorschriften zur Durchführung gelangt sind.

[7] S. 41.

[8] London 1108 c. 5, M. 20, 1230 für Priester, welche ihre Frauen nicht entlassen: „a divino officio remoti et omni ecclesiastico beneficio privati extra chorum ponantur, infames pronuntiati"; London 1127 c. 5, M. 21, 356: „presbyteri parochiales (in demselben Fall) . . . extra chorum eiicimus et infames esse decrevimus" (hier also neben der Absetzung, dagegen York 1195 c. 12, M. 22, 656: „Poena autem eorum, qui publice focarias tenent, haec erit: ut tamquam infames ab aliorum accusatione et a testimonio repellantur. Si vero nec huius poenae metu resipuerint, ab officio et beneficio se noverint suspendendos").

[9] Clermont 1130 c. 1, M. 21, 438: „si quis praebendas aut honorem vel promotionem aliquam ecclesiasticam interveniente execrabilis ardore avaritiae per pecuniam adquisivit, honore male adquisito careat et nota infamiae percellatur", wiederholt Rheims 1131 c. 1, M. 21, 458 und Lateran. II. 1139 c. 2, M. 21, 526, s. o. S. 42 n. 2.

[10] Nach Montpellier 1215 c. 21, M. 22, 944, soll auch der Mönch und canonicus regularis, welcher für andere Advokatur-Geschäfte besorgt, „tam a iudice, quam a parte tanquam excommunicatus et infamis ab huiusmodi advocatione repellatur omnino".

[11] S. z. B. c. 13 § 5 (Lateran. IV.) X de haeret. V. 7 (im Fall der Ketzerei), S. 43 n. 1. Vgl. ferner c. 8 (Innoc. III.) X de poen. V. 37, nach welchem die Inhaftirung eines Klerikers denselben noch nicht infam macht, und c. un. (1319) in Extr. Joann. XXII de poen. tit. 12.

[12] c. 3 (Urban. III.) X de crim. falsi V. 20, S. 43 n. 4 (vgl. auch Landulf. hist. Mediolan. III. 26, SS. 8, 92), und über die äusserst selten erwähnte *decalvatio* o. S. 43 n. 5.

[13] Reichssynode v. Hohenaltheim 916 c. 38, LL. 2, 560 für den Sklaven, welchen sein Herr mit der Freiheit beschenkt und zu seinem Geistlichen hat weihen lassen, welcher sich dann aber weigert, in dieser Stellung zu bleiben „hoc s. synodus anathematizat et illum a sancta communione arceri iudicat, donec recipiscat et domino suo obediat. Sin autem obstinato animo et hoc contemp-

27. des Verlustes weltlicher Ämter und Rechte [1],

28. der Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter [2], sowie

29. die Acht [3] gegen die Geistlichen nicht ausgeschlossen, da die mit demselben bedrohten Vergehen auch von Geistlichen begangen werden konnten,

§. 263. *cc. Die Busse (Zwangsbusse), öffentliche und private Busse* [4].

I. Die Zwangsbusse. Das in der merovingischen Periode ausgebildete Institut der Zwangsbusse [5] hat sich in der karolingischen Zeit nicht nur forterhalten, sondern ist gegen früher in seiner Anwendung noch erweitert und verschärft worden. Wie schon in der gedachten Zeit kommt die Zwangsbusse für Geistliche als Nebenstrafe neben einer andern, namentlich der Absetzung oder Degradation [6] oder auch neben der Exkommunikation [7], theils als lebenslängliche, theils für unbestimmte d. h. nach dem Ermessen des Bischofs festzusetzende Zeit [8] vor, und es werden die Schuldigen zur Ableistung der Busse entweder in ein Kloster oder in ein bischöfliches Gefängniss verwiesen [9]. Ebenso findet sie sich gegen Laien z. B. neben der Exkommunikation [10] oder neben dem kleinen Bann [11] angedroht. Über das frühere Recht, welches die Zwangsbusse auch als alleinige Strafe kennt [12], ist aber die Entwicklung schon in der karolingischen Zeit insofern hinausgegangen, als diese Art der Busse nicht nur viel häufiger in der gedachten Weise und in viel grösserem Umfange als früher gegen Laien angewendet [13], sondern auch gerade für schwere

serit, accusetur apud episcopum qui eum ordinavit et degradetur et fiat servus illius i. e. domini sui, sicut natus fuerit".

1 z. B. des Notariats, S. 47 n. 3.

2 S. 49.

3 A. a. O.

4 Vgl. die Bd. IV. S. 84 n. 3 und S. 691 n. 1 gemachten Litteratur-Angaben.

5 S. Bd. IV. S. 816.

6 Römische Synode 745 (betreffs des abgesetzten Aldebert, S. 82 n. 2), Jaffé, mon. Mogunt. p. 145; Responsa Stephan. II. 754 c. 12, M. 16, 561 (Priester, welcher ohne das Symbol, das Vaterunser und die Psalmen zu kennen, tauft und nicht weiss, ob er ordinirt ist) „dignitatem amittens sub districta poenitentia et in monasterium mittatur et omnibus diebus vitae suae plangens, quod incongrue egit, degat vita monastica" (ebenso auch c. 14 ibid.); Theodulf v. Orleans u. 797 c. 16, S. 82 n. 3; Reformvorschlag des Concils v. Chalons 813 c. 40, M. 14, 102 (c. 8 Dict. LXXXI); Paris 829 I c. 35, M. 14, 561: „ut unusquisque episcoporum non solum presbyterorum, verum etiam sequentium ordinum parochiae suae gradum amittentium vitam et conversationem . . . noverit eosque canonicae poenitentiae subdere non negligat" unter Berufung auf den auf Zwangsbusse gedeuteten c. 1 Neocäsarea 314—325, Bd. IV. S. 715 n. 4; Rom 826 c. 14, Boret. 1, 313: „sacerdos . . aut quivis alius in ordine eclesiastico provectus, si in eo scelere inveniatur, quo abiiciendus existat, depositus providentia episcopi bene proviso loco constituatur, ubi peccata lugeat" (wiederholt Rom 853 c. 14, M. 14, 1004); c. 22 (Nikolaus II., J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (percussio episcoporum durch Kleriker); Urban II. ep. 1086 c. 3 (J. L. n. 5409) M. 20, 676 (Kleriker, welche nach der Subdiakonatsweihe Frauen nehmen, ausser Absetzung) „omni vitae suae tempore aut in coenobiis aut in canonicis regularibus poenitentiam iniungendam". Vgl. auch S. 83 n. 6. 7. Auch neben Suspension Gran 1114 c. 47, M. 21, 101: „ab officio suspendatur et 40 diebus poeniteat" (Priester, welcher sich nicht von gewissen Trinkgelagen fern hält).

7 Resp. Steph. II. 754 cit. c. 11, M. 12, 561 (Priester, welcher ohne Noth mit Wein tauft) „excommunicetur, poenitentiae submittatur".

8 S. Anm. 6. 7.

9 S. Anm. 6.

10 Friaul 796 c. 8, M. 13, 848: „Qui furtivas vel interdictas nuptias contrahere praesumpserint et proximi cognationis fuerint inventi, separentur et ipsi et cunctis diebus vitae suae sub poenitentiae lamento persistant: atque ad secundas nuptias numquam ille vel illa perveniant, alieni a communionis gratia iudicentur".

11 Friaul 796 c. 11 u. Troyes 878 c. 3, S. 16 n. 11; neben arbiträrer Strafe Paris 829 I c. 43, M. 14, 564 (Äbtissin oder Nonne, welche „viduam aut virginem velare praesumat congrua ab episcopo suo correctione coerceatur et poenitentiae canonicae usque ad satisfactionem subdatur").

12 Bd. IV. S. 817.

13 Resp. Steph. II. cit. c. 16, M. 12, 562 (Frau, welche einen Priester zweifelhafter Ordination, welcher später die Ausübung der priesterlichen Funktionen aufgegeben hat, in Kenntniss seiner priesterlichen Thätigkeit heirathet) „in monasterio poenitentiae submittatur"; Rouen saec. IX c. 12, Bruns I. 2, 270: „Si quis alium per iram percus-

Vergehen der Art angedroht wird, dass sie zunächst jede andere Strafe, namentlich die Exkommunikation ausschliesst[1]. Diese Praxis hat sich auch in den

serit et sanguinem effuderit, . . laicus . . XX dies poeniteat, clericus XXX . . . diaconus VI menses, presbyter annum unum, episcopus II annos et VI menses"; Rom 853 add. zu c. 30, M. 14, 1013 (Feldarbeiten am Sonntag) „ad poenitentiam omnimodis redigatur". Des Weiteren s. d. folgende Anmerkung.

[1] Admonitio gen. 789 c. 49, Boret. 1, 57: „In concilio Ancyrano inventum est in eos qui cum quadrupedibus vel masculis contra naturam peccant: dura et districta poenitentia"; Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001: „Qui nosse debent, talem de periurio, qualem de adulterio, de fornicatione, de homicidio et de ceteris criminalibus vitiis poenitentiam imponendam. Si quis vero perpetrato periurio aut quolibet peccato, timens poenitentiae longam aerumnam, ad confessionem venire noluerit, ab ecclesia repellendus est sive a communione et consortio fidelium, ut nullus cum eo comedat neque bibat neque in suam domum recipiat" (wiederholt Rudolf v. Bourges u. 850 c. 36, M. 14, 959); c. 27 ibid.: „sciat se etiam quisquis hoc perpetraverit (falsum testimonium) aut tali poenitentia purgandum, ut superius dictum est de periurio aut tali damnatione et excommunicatione damnandum . . . Dicendum est, quod . . . nequitia est, pro cupiditate argenti et auri aut vestimentorum aut cuiuslibet rei aut . . . propter ebrietatem in tam grande scelus corruere, ut aut VII annis in arcta aerumna sit aut ab ecclesia sit repulsus" (vgl. auch Rudolf v. Bourges ibid.); Cap. missor. gen. 802 c. 32, Boret. 1, 97: „ubi . . . quis vel fratres vel propinquum suum occiderit, statim se ad penitentia sibi compositam sumit et ita, ut episcopus eius sibi disponat absque ulla ambiguitate (daneben Zahlung der Compositio für den Getödteten); c. 33 ibid. (für Incest) „ut reus ex hoc per poenitentia ammittat, sicut ei ab episcopo suo disponatur"; Cap. exc. 813 c. 8, B. 1, 174: „De incestuosis omnino investigandum, ut ab ecclesia expellentur, nisi penitentiam egerint" (vgl. dazu den Reformvorschlag v. Chalons 813 c. 18, M. 14, 97: „ut incestuosi iuxta canonicam sententiam poenitentia mulctentur"); s. ferner c. 36 ibid., M. 14, 35 (c. 42 C. XVI qu. 7) welches verlangt, dass Bischöfe und Äbte, wenn sie Leute aus Gewinnsucht scheren lassen, und deren Habe an sich nehmen, poenitentiae canonicae sive regulari, ut puta turpis lucri sectatores subiaceant", Rheims 813 c. 36, M. 14, 80 (welches anordnet, dass diejenigen, welche sich fremdes Gut aneignen, „secundum modum culpae poenitentiam agant"); cap. eccles. 818. 819 c. 24, B. 1, 279: „statutum est sacro conventu, ut raptor (desponsatarum puellarum) publica poenitentia mulctetur"; cap. legib. add. 818. 819 c. 1, B. 1, 281 (Tödtung und Nothwehr in der Kirche): „interfector secundum iudicium canonicum congruam facinori quod admisit poenitentiam accipiat", wiederholt Cap. Wormat. 829 c. 1, LL. 1, 353 mit der Änderung: „publicam agat poenitentiam"; Mainz 847 c. 24, M. 14, 910 (c. 24 C. XVII qu. 4: „Qui presbyterum occiderit, XII annorum ei poenitentia secundum statuta priorum imponatur"); Conv. Ticin. 850 c. 23, LL. 1, 400. 403 (Zauberinnen und Giftmischerinnen) „diligenti examinatione proditas, sub acerrima penitentia redigendas statuimus"; Rom 853 add. zu c. 32, M. 14, 1013 (Mönch, welcher heirathet oder Kriegsdienste nimmt) „publicae satisfactionem poenitentiae gerat"; l. c. c. 36, ibid. p. 1014 (Trennung der Ehe, um in ein Kloster zu gehen und Nichthalten dieses Versprechens): „ad districtam mentiens poenitentiam redigatur"; Capit. Lothar. I. v. 846 c. 9, Maassen, E. Kapitulare Lothars I., Sonder-Abdruck aus d. Sitzgsber. d. k. Akademie d. Wissensch. zu Wien Bd. 46 u. Bor. Kr. 2, 66: „ut episcopi singuli in suis parocchiis diligenter examinent et sollicite investigent, quicunque publicis sint irretiti flagitiis, h. e. incestos, adulteros, sanctimonialium stupratores vel qui eas etiam in coniugium acceperunt, homicidas, sacrilegos, alienarum rerum pervasores atque praedones; . . . ut quicunque tales fuerint inventi, poenitentiae subdantur, aut si hoc noluerint, ab ecclesia separentur, donec a flagitiis corrigantur"; syn. Pistens. 862 c. 1, LL. 1, 480: „ut unusquique episcopus in sua parochia et missi in illorum missaticis et comites in illorum comitatibus cum maximo studio . . . curam habeant, ut quicunque raptores et depraedatores ibi sunt . . . ad rationem deducantur, ut secundum legem, quae ibi male facta habent, emendent . . . Et episcopi secundum qualitatem et quantitatem peccatorum absque acceptione personarum rapacibus et his similibus vitiis nominatis et convictis poenitentiae leges iniungant, inspecta discretione et qualitate, prout cuique ad salutem viderint expedire"; c. 15 (Nikolaus I.) C. XXXIII qu. 2 (Busse einem Muttermörder auferlegt); Worms 868 c. 20, M. 15, 873 (Fornikation gottgeweihter Frauen): „poenitentiae iugo summopere decertare festinent, ut ad indulgentiae et remissionis valeant gratiam pervenire"; c. 27 ibid. (Tödtung eines Heiden aus Hass oder Habsucht, Busse wie die der Mörder); c. 29 ibid. (c. 50 Dist. L. bei culposer Tödtung); c. 30 ibid., welches Elvira c. 5, Bd. IV. S. 703 n. 4 (durch Schläge seitens der Herrin herbeigeführter Tod der Magd) in der Fassung wieder giebt: „si voluntate VII annos, si casu per V annorum temporum legitimam peragat poenitentiam"; c. 39 ibid. (Ehebruch 7 Jahr Busse); Tribur 895 c. 34, M. 16, 149 (Tödtung von gefangenen Christen in den Kämpfen mit den Normannen): „cum interfectoribus misericordius agendum, ita ut XL diebus poenitentiae indulgentius transactis penes episcopum sit auctoritas et potestas, ut perpendat culpam, agat indulgentiam"; c. 37 ibid. (Mutter, deren Kind umkommt, weil es von ihr zu nahe an den siedenden Kessel gesetzt ist): „iudicio sacerdotum poeniteat"; c. 44 ibid. (Fornikation mit der nachmaligen Frau des Bruders): „praedura arceatur poenitentia et condigna castigatione"; c. 45 ibid. (Fornikation mit zwei Schwestern): „usque in finem vitae poenitens et continens permaneat" und für diejenige, welche in Kenntniss der früheren Fornikation den Geschlechtsverkehr fortsetzt, dieselbe

folgenden Jahrhunderten[1] erhalten, ja das Dekretalenrecht[2] kennt dieselbe ebenfalls noch.

Erzwungen wird die Bussleistung hauptsächlich durch die Exkommunikation[3],

Strafe; c. 54 ibid. (wo die durch Ancyra bestimmte lebenslängliche Busse für Tödtung in zeitliche Busse geändert wird).

Damit widerlegt sich die Ansicht von Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands 2, 224, dass die Kirchenbusse nur zur Verschärfung der staatlich verhängten Strafe gedient hat.

[1] Hohenaltheim 906 c. 21, LL. 2, 558: „Erchengario et eius complicibus . . . quia . . . in regem . . . manus mittere pertemptaverunt, . . . et episcopum suum . . . dolo comprehenderunt sacrilegiumque in ecclesiasticis rebus perpetraverunt, hanc poenitentiam eis iniunximus, ut seculum relinquant, arma deponant, in monasterium eant, ibi iugiter poeniteant omnibus diebus vitae suae"; c. 22 ibid. (für Meineid und Verführung zum Meineid); c. 24 ibid. „Quisquis per dolum mittit manum suam in . . . episcopum . . . suum, quia sacrilegium committit; et qui ecclesiam dei devastat et incendit, quia et hoc sacrilegium est; vel qui monachum vel presbiterum occiderit; et qui peiurat et in interitum domni sui regis intendit vel cupiditatem iuraverit vel parricidium committit; placuit s. synodo, ut in uno loco, i. e. monasterio, peniteat omnibus diebus vitae suae vel 12 annos districte peniteat secundum canones III annos in pane, sale et aqua, a carne vero et vino omnibus diebus vitae suae abstineat"; Coblenz 922 c. 4, LL. 2, 17 (Heirath des Ehebrechers und der Ehebrecherin nach dem Tode des unschuldigen Gatten): „separati poenitentiae subiaceant"; Strassburger Reichstag leg. Heinr. II. 1019 c. 2, LL. 2, 38 (Verwandtenmord neben Konfiskation des Vermögens durch den König) „ipse vero ordinante episcopo publica poenitentia subdatur"; Chalons 1063, M. 19, 1028 (Verurtheilung des Bischofs v. Macon, wegen Verletzung der Privilegien v. Cluny) „poenitentiam in pane et aqua ieiunaturus accepit"; Winchester 1076, M. 20, 460, welches eine Reihe von Bussen für die Krieger Wilhelms des Eroberers wegen der Theilnahme an Schlachten, Verwundungen und Tödtungen in denselben festsetzt, von 3 Tagen bis zu lebenslänglicher Busse; Szaboles 1092 I. c. 20, M. 20, 771: „Si quis uxorem suam in adulterio deprehenserit et in iudicium statuerit, secundum instituta canonum poenitentia imponatur"; ibid. c. 25 (Nichtbeobachtung der Sonntagsfeier und der Fasten) „XII dies pane et aqua paeniteat in cippo"; ibid. c. 32: „Si quis virgini vel mulieri de villa in villam eunti vim intulerit, quantum pro homicidio, tantum poeniteat"; Gran 1114 c. 7, M. 21, 101 (Beobachtung heidnischer Gebräuche) „si de maioribus est, XL dies districte poeniteat"; ibid. c. 8 (Nichtbeobachtung der Sonntagsfeier); ibid. c. 9 (Kranke und Verwandte desselben, welche den Priester nicht rufen lassen); ibid. c. 47: „Si quis presbyter in canonico convivio vel Kalendis cogendis potos viderit, arguet eos et si eum non audierint, ipse exeat et archidiacono eos accuset qui eis poenitentiam VII diebus iniungat"; ibid. c. 51: „Si quis de maleficio accusatus fuerit convictus secundum canones poeniteat" und c. 12: „Si quis accusator quae iniecerit probare non poterit, eadem poenitentia subiaceatur"; Lateran. I. 1123 c. 31, M. 21, 286: „contracta quoque matrimonia ab huiusmodi personis (Priester, Diakonen, Subdiakonen und Mönche) disiungi et personas ad poenitentiam debere redigi iuxta ss. canonum diffinitionem iudicamus" (ebenso auch Lateran. II. 1139 c. 7. 8, M. 21, 527. 528, c. 40 C. XXVII qu. 1, Rheims 1148 c. 7, M. 21, 715); Alexander III. app. Later. P. XII. c. 1, 3, 5. (J. L. n. 13162. 14120. 14215) M. 22, 324. 325, Auferlegung von Busse für incestuose Ehen.

[2] c. 2 (Alex. III.) X de eo qui cognov. IV. 13 (bei incestuoser Ehe); c. 40 (Later. IV.) X de simon. V. 3 (Nonnen, welche neue Schwestern nur für Geld aufnehmen).

[3] S. Theodulf v. Orleans c. 26. 27 (Rudolf v. Bourges 850 c. 36), s. S. 86 n. 1; Cap. exc. 813 c. 8 cit., s. a. a. O.; Mainz 847 c. 28, M. 14, 911 (Aufnahme des Vorschlages von Mainz 813 c. 53, l. c. p. 75): „Ut episcopi incestuosos penitus investigare studeant omnino decrevimus: qui si poenitere noluerint, de ecclesia expellantur, donec ad poenitentiam revertantur. Quod si sacerdotum noluerint admonitionibus aurem accomodare, volentes in pristinis perdurare criminibus, oportet eos per saecularis potentiae disciplinam a tam prava consuetudine coerceri" (wiederholt Worms 868 c. 79, M. 15, 882); Conv. Ticin. 850 c. 11, LL. 1, 398: „Inveniuntur nonnulli per diversas provincias et civitates habentes possessiones, qui cum aliquod publice scelus perpetraverint et ab episcopo vel presbiteris loci conventi fuerint, ut penitudinem gerant, ab alterius civitatis episcopo vel presbitero se iam poenitentiam suscepisse vel suscipere velle fateantur atque ita sibimet illudentes . . deo mentiri conantur. Tales ergo ab episcopo civitatis, in cuius parrochia scelus commissum est, statim communione privati ad agendam poenitentiam cogantur"; Hincm. cap. superadd. 856 c. 1, M. 15, 491: „Ut unusquisque sacerdos maximam providentiam habeat, quatenus, si forte in parochia sua publicum homicidium aut adulterium sive periurium vel quodcumque criminale peccatum publice perpetratum fuerit, statim, si auctorem facti vel consentientem adire potuerit, hortetur eum quatenus ad poenitentiam veniat coram decano et compresbyteris suis . . . ut infra XV dies ad nostram praesentiam publicus peccator . . . veniat et iuxta traditionem canonicam publicam poenitentiam cum manus impositione accipiat . . . Et si forte quis ad poenitentiam venire noluerit infra XV dies post perpetrationem peccati et exhortationem presbyteri . . ., decernatur, qualiter qui peccatum perpetravit et ad poenitentiam redire contemnit, a coetu ecclesiae, donec ad poenitentiam redeat, segregetur"; Thousey 860 c. 2, M. 15, 559 (Männer, welche gottgeweihten Frauen Gewalt anthun) „ipsi censura ecclesiastica ad poenitentiam constringantur habeantque principes et iudices hanc . . . diligentiam, ut ubicumque tales

welche sich für den Fall der Verweigerung ihrer Übernahme fast regelmässig angedroht findet[1]. Ausserdem ruft die Kirche auch sogar den weltlichen Arm gegen den die Busse ablehnenden Schuldigen an[2], sucht ihn also direkt zur Leistung derselben zu zwingen. Demnach kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Busse den Charakter der Strafe — ob der Strafe im engsten Sinne oder der Censur, darüber nachher (S. 89) — und zwar einer in erster Linie für das Vergehen zur Anwendung kommenden Strafe trägt, hinter welcher erst als subsidiär eintretende Strafe die Exkommunikation oder eine andere steht. Dies Ergebniss wird auch nicht dadurch erschüttert, dass nach der Fassung einzelner kirchlicher Vorschriften die Busse noch wie früher, als Bedingung der Beseitigung der angedrohten Exkommunikation erscheint[3]. Sachlich läuft beides auf dasselbe hinaus. Da nach dem damaligen Recht die Busse nöthigenfalls erzwungen wird, so ist der Forderung des Rechtes Genüge

in potestate eorum ab episcopis requisiti fuerint, absque mora eos exhibeant"; Coblenz 860 c. 6, LL 1, 470: „Ut nemo episcoporum hominem peccantem ab ecclesia et christiana communione alienet, donec illum secundum evangelicum praeceptum, ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habet. Qui peccans, si commonitus inobediens et incorrigibilis permanserit et ad emendationem redire noluerit, regiam vel reipublicae potestatem per se episcopus vel per ministros suos adeat, ut constringatur et ad emendationem ac poenitentiam redeat. Quo etiam si ita ad correctionem perduci nequiverit, tunc secundum leges ecclesiasticas medicinali separatione a communione ecclesiastica segregetur"; Cap. Vern. 884 c. 5, LL. 1, 552 (verallgemeinert cap. inc. c. 1, Boret. 1, 257): „Episcopus, in cuius parochia aliquis consistens aliquid depraedatus fuerit, semel et bis atque tertio . . . vocabit illum . . . ad emendationem . . et ad poenitentiam, ut deo et ecclesiae satisfaciat quam laesit. Si autem despexerit atque contempserit eius admonitionem . . . feriat illum pastorali virga, h. e. sententia excommunicationis, ut a communione s. ecclesiae omniumque christianorum sit separatus, usque ad congruam satisfactionem et [dignam] emendationem"; Hohenaltheim 916 c. 34. 32, LL. 2, 559; Rheims 992/993, M. 19, 169; Rom 998 (o. 999) c. 1, M. 19, 225: „Ut rex Robertus consanguineam Bertam, quam contra leges in uxorem duxerit, derelinquat et VII annorum poenitentiam agat secundum praefixos ecclesiasticos gradus, iudicatum est. Quodsi non fecerit, anathema sit, idemque de eadem Berta fieri praeceptum". Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788: „ut omnes archidiaconi et presbyteri, sicut s. canones praecipiunt, vocent ad poenitentiam adulteros incestuosos, sanguine mixtos, fures, homicidas, maleficos et qui cum animalibus se inquinant: et si poenitere noluerint, separentur ab ecclesia et a communione"; Gran 1114 c. 9, M. 21, 102: „Si quis pro facinore commisso iniunctam poenitentiam negligens ab episcopo excommunicatus in eadem perversitate obierit, in coemeterio ecclesiae non sepeliatur a presbytero".

[1] Vgl. die vor. Anm. Bei leichteren Vergehen wegen Nichtleistung einer geringeren Busse (z. B. von 7 Tagen) allerdings auch blos die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, Coyaca 1050 c. 6, S. 14 n. 3.

[2] Episcopor. relat. u. 820 c. 6, B. 1, 367; Mainz 847 c. 28, S. 87 n. 3; Coblenz 860 c. 6; Thousey 860 c. 2, a. a. O.; syn. Pistens. 862 c. 3, LL 1, 480. 481: „postquam illas rapinas et alia malefacta . . . forbannivimus et post istum bannum . . . illa emendare . . . noluerunt, et omnia quae commiserunt legaliter componere compellantur et per publicam poenitentiam secundum canones deo et ecclesiae in quam peccaverunt, satisfaciant. Quibus, si obedire noluerint, aut per fideiussores ad praesentiam nostram perducantur aut omnia quae in regno nostro habent, in bannum nostrum mittantur et episcopali auctoritate a communione ecclesiastica et omnium fidelium societate excludantur"; Cap. episc. Papiae 845—850 c. 12, Boret-Krause 2, 83: „Sacra docet auctoritas, ut publice peccantes publicae poenitentiae subiciantur. Inveniuntur autem quidam qui incesta matrimonia contraxerunt et vel proximis suis vel deo sacratis mulieribus copulati sunt; quidam etiam publice homicidia vel alia crimina perpetrarunt, quos ut episcopi publicae possint poenitentiae subiugare, petimus, ut comitum vestrorum auxilio fulciantur"; c. 17 (ibid. in Betreff derjenigen, welche nicht die christlichen, sondern aus Aberglauben heidnische Feste feiern): „si vero aliqui inventi fuerint, qui sacerdotibus obtemperare noluerint, per ministros reipublicae distringantur, et satisfactionem poenitentiae, quam presbyteri imposuerint, subire cogantur".

[3] Rom 743 c. 5. 6, M. 12, 383 drohen für Heirath mit gottgeweihten Jungfrauen, den Pathinnen und nahen Verwandten das Anathema an, verordnen aber weiter c. 5: „si autem hi, qui coniuncti sunt, admoniti declinaverint et ab alterutro fuerint divisi, poenitentiae submittantur, ut sacerdos loci providerit" und c. 6: „Etsi inclinatus divisusque fuerit ab illicita copula, poenitentiae subdatur, ut sacerdos consideraverit", (fast wörtlich wiederholt Rom 826 c. 38, Boret. 1, 376); Mainz 847 c. 25, M. 14, 910 (denjenigen, welche die zur Bussleistung nach ihrer Degradation wallfahrenden Priester tödten), „omnem ecclesiasticam communionem denegamus, donec dignam poenitentiam pro reatu suo secundum iudicium episcoporum exsolvant".

geschehen, wenn sie der Schuldige freiwillig übernimmt, und daher wird die Exkommunikation, die in erster Linie angedroht ist, nicht nur beseitigt, wenn der Schuldige sich nach dem Eintritt derselben der Busse unterwirft [1], sondern es kommt auch gar nicht zur Verhängung der Exkommunikation, falls er sich, obgleich erst auf Ermahnung, dazu versteht [2]. Im Zusammenhang damit wird in dieser Zeit die vorgängige *monitio* als Bedingung der Exkommunikation wiederholt vorgeschrieben [3]. Sie soll dem Schuldigen die Abwendung der letzteren durch sofortige Übernahme der Busse ermöglichen. Aber nichts destoweniger bleibt die Busse Strafe, denn sie ist die rechtlich erzwingbare Genugthuung [4] für das begangene kirchliche Vergehen [5], welche durch Übernahme von Übeln zu leisten ist, und wenngleich bei der Auferlegung der Busse und ihrer Voranstellung vor die Exkommunikation der Gesichtspunkt der Besserung des Schuldigen in Frage kommt, so zeigt doch die wiederholt auferlegte Pflicht zu lebenslänglicher Busse [6] und die Verhängung derselben auf festbestimmte Zeiten [7], dass die Bussleistungen nicht in allen Fällen mit der unzweifelhaft festgestellten Besserung ohne Weiteres aufhören, dass also diese letztere nicht für die Handhabung dieser Strafe das einzig massgebende Moment gewesen ist. Demnach kann auch für diese Zeit die Busse ebensowenig, wie früher, in allen Fällen als Censur betrachtet werden.

II. Die Privatbusse und die öffentliche Busse. 1. Karolingische Zeit. Die schon in der merovingischen Zeit üblich gewordene Sitte, dem Priester die That- und Gedankensünden zu beichten [8], hat in der karolingischen Zeit immer grössere Verbreitung gefunden [9]. Nicht mehr blos durch die privaten Beichtbücher [10], sondern auch durch die Anordnungen der Bischöfe selbst wird jetzt auf die Ablegung von solchen Beichten hingewirkt [11], ohne dass freilich schon die Anschauung herr-

[1] S. Mainz 847 c. 25 cit.

[2] So wohl schon Rom cit. (S. 88 n. 3). Ganz deutlich Valence 855 c. 11, M. 15, 9 (droht für denjenigen, welcher, nachdem der Gegner im Prozess geschworen, seinerseits ihn durch Eid überbietet, die Exkommunikation an „nisi se continuo admonitus ad agendam poenitentiam tanti reatus remanserit"); c. 23 ibid. (Androhung der Exkommunikation für die Verfolger eines Archidiakons trotz der rechtskräftig feststehenden Freiheit desselben) „nisi se festina humilitate poenitentiae submittat".

[3] S. o. S. 10 ff.

[4] S. o. S. 87; Valence 855 c. 13 (Tödtung im gerichtlichen Zweikampf) „velut homicida . . . ab ecclesiae et omnium fidelium coetu separatus, ad agendam poenitentiam modis omnibus compellatur". Vgl. übrigens auch Meurer Arch. f. k. K. R. 49, 199.

[5] Bd. IV. S. 744. Es ist daher von diesem Standpunkt aus auch kein Widerspruch, dass die Synode v. Hohenaltheim 916 c. 19. 20, LL 2, 557 hochverrätherische Handlungen mit dem Anathem bedroht und c. 21 Erchanger und seine Genossen wegen dieses Vergehens zu lebenslänglicher Busse verurtheilt, S. 87 n. 1.

[6] S. z. B. Resp. Steph. II. c. 12, S. 85 n. 6; Hohenaltheim 916 c. 21. 22. 23. 24, S. 87 n. 1.

[7] Theodulf v. Orleans c. 27, S. 86 n. 1.

[8] Bd. IV. S. 825. 826. Vgl. ferner die bairische Synode u. 743 (Nagel, Forschgn. z. deutsch. Gesch. 18, 339; Hauck, Kirchengesch. Deutschl. 2, 397 n. 3) c. 2, LL. 3, 455: „ut non erubescant confiteri deo peccata sua in ecclesia sancta coram sacerdotibus".

[9] Das ergeben Karol. M. cap. 769 c. 1, Boret. 1, 45, nach welchem beim Auszuge des Heeres „(habeat) unus quisque praefectus unum presbyterum, qui hominibus peccata confitentibus iudicare et indicare poenitentiam possit", ferner die Ermahnungen Alcuins ep. 91. 186. 217, ed. Jaffé p. 381. 658. 717. Vgl. auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 225 ff. 604 ff.

[10] Bd. IV. S. 825. 826.

[11] Cit. bairische Synode, (s. Anm. 8) c. 2, LL. 3, 455: „. . . ut poenitentiam veram doceantur facere de omnibus peccatis suis et non erubescant confiteri deo peccata sua in ecclesia sancta coram sacerdotibus a quibus documenta et medicamenta salutis nostrae accipere debemus"; Theodulf v. Orleans u. 797 c. 36, M. 13, 1004: „Hebdomada una ante initium quadragesimae confessiones sacerdotibus dandae sunt, poenitentia accipienda" (wiederholt Rudolf v. Bourges v. 850 c. 32, M. 14, 958). Wenn er ferner c. 30 die Pflicht, Gott jeden Tag die Sünden zu beichten, aufstellt und dabei bemerkt: „quia confessio quam sacerdotibus facimus, hoc nobis adminiculum affert, quia accepto ab eis salutari consilio, saluberrimis poenitentiae observationibus sive mutuis orationibus peccatorum maculas diluimus" und c. 31 fortfährt: „Confessiones dandae sunt de omnibus peccatis quae

schend geworden wäre, dass das Sündenbekenntniss vor dem Priester zur Vergebung der Sünden nothwendig sei [1].

Berechtigt zur Abnahme der Beichte, zur Auferlegung der Busse auf Grund derselben und zur Absolution waren die Bischöfe und die Priester [2], sowie im Nothfall auch die Diakonen [3].

In Betreff der Handhabung der Busse und namentlich der Art der Busswerke blieb es zunächst bei der früheren Übung [4], da die im Frankenreich neu entstandenen Bussbücher [5] im wesentlichen das überlieferte Material zusammenstellten, und auch die früheren [6] noch im Gebrauch blieben [7]. Die Verschiedenheit der in ihnen enthaltenen Anweisungen musste aber eine sehr verschiedenartige Praxis zur Folge haben [8], und dazu trat als weiterer Übelstand die bereits durch die Einführung der Redemtionen angebahnte Laxheit der Bussdisciplin [9]. Unter diesen Umständen machte sich seit dem Ende des 8. Jahrhunderts und im Beginn des 9., offenbar im

sive in opere sive in cogitatione perpetrantur.... Quando ergo quis ad confessionem venit, diligenter debet inquiri, quomodo aut qua occasione peccatum perpetraverit, quod peregisse se confitetur et iuxta modum facti debet ei penitentia indicari. Debet ei persuaderi, ut et de perversis cogitationibus confessionem (*add.*) faciat. Debet ei etiam iniungi, ut de VIII principalibus vitiis (vorher aufgezählt als solche ventris ingluvio, fornicatio, acedia sive tristitia, avaritia, vana gloria, invidia, ira und superbia) faciat suam confessionem et nominatim ei debet sacerdos unumquodque vitium dicere et suam de eo confessionem accipere", so ergiebt sich daraus, dass er auch die Ablegung der Beichte beim Priester ausserhalb der erstgedachten Zeit verlangt. Vgl. ferner Rudolf v. Bourges a. a. O. Auch Chalons 813 c. 32, M. 14, 99 fordert, dass wenn dem Priester gebeichtet wird, die That- und Gedankensünden vollständig gebeichtet, und dass deshalb das Beichtkind über die 8 Hauptsünden belehrt werden soll.

1 Das Gegentheil beweisen Theodulf v. Orleans c. 30 (s. d. vor. Anm.); Chalons 813 c. 33, M. 14, 100: „Quidam deo solummodo confiteri debere dicunt peccata, quidam vero sacerdotibus confitenda esse percensent: quod utrumque non sine magno fructu fit intra s. ecclesiam. Ita dumtaxat et deo qui remissor est peccatorum, confiteamur peccata nostra . . . Et secundum institutionem apostoli confiteamur alterutrum peccata nostra et oremus pro invicem ut salvemur. Confessio itaque quae deo fit, purgat peccata: ea vero quae sacerdoti fit, docet qualiter ipsa purgentur peccata. Deus namque salutis et sanitatis auctor et largitor, plerumque hanc praebet suae potentiae invisibili administratione, plerumque medicorum operatione" (c. 90 Dist. I de poen. in einer der Annahme einer Beichtverpflichtung beim Priester günstigeren, veränderten Fällung).

2 S. die S. 89 n. 9. 11 angeführten Stellen; Beichtanweisung des Abts Othmar v. St. Gallen (†. 761) Wasserschleben, Bussordnungen S. 437; s. g. stat. Bonifacii c. 31, M. 12, 386: „Curet unusquisque presbyter statim post acceptam poenitentiam singulos data oratione reconciliari"; Cap. a sacerdot. prop. 802? c. 21, B. 1, 107: „ut cuncti sacerdotes omnibus illis confitentibus eorum crimina dignam poenitentiam cum summa vigilantia ipsis indicent"; vgl. auch unten S. 94 n. 4 u. S. 98 n. 6 die Stellen, welche den Priestern die Auferlegung der öffentlichen Busse untersagen. Ghaerbaldi Leodiens. episc. 802—810 c. 10, Bor. 1, 243: „ut qui homicidium confessi sunt, iubeat eos presbyter abstinere XL diebus ab ecclesia et a communione ante quam ab episcopo reconcilientur aut episcopos eos presbyteris reconciliari iusserit" spricht nicht dagegen, dass der Priester bei freiwilliger Beichte absolviren dürfte, da es sich hier um ein Geständniss des Mordes überhaupt, nicht aber um ein solches, welches in der Privatbeichte abgelegt ist, handelt, also um ein öffentlich bekannt gewordenes Vergehen, für welches öffentliche Busse zu leisten war, s. unten S. 92.

3 Vgl. Bd. IV. S. 85 n. 3 u. S. 826.

4 Bd. IV. S. 826.

5 Es gehören hierher das poenitentiale Cummeani, Wasserschleben a. a. O. S. 460; Schmitz, d. Bussbücher. Mainz 1883. S. 611, welches W. S. 61 in die Zeit von 711—744 setzt, Schm. S. 608 dem Cummean abspricht und dem Ende des 8. oder Anfang des 9. Jahrhunderts zuweist, ferner das poenitentiale Bigotianum, W. S. 441 (nach W. in dem ersteren benutzt, nach Schm. S. 707 dem Anfang des 9. Jahrh. angehörig), das poenit. XXXV capitulorum W. S. 505, Schm. S. 653 (nach W. S. 70 nach Mitte des 8. Jahrh., nach Schm. S. 608 Ende dieses o. Anfang des 9. Jahrh. entstanden); poenitentiale Remense, (abgedruckt v. Katz, Grundriss des canon. Strafrechts. Berlin u. Leipzig 1881. S. 161 (auch Schm. S. 647, W. S. 497), welches im wesentlichen das poenit. Cummeans wiedergiebt.

6 Bd. IV. S. 825 n. 6.

7 Dass die Anm. 5 citirten Poenitentialien im wesentlichen dieselben Busswerke, wie die früheren kennen, zeigt schon die sie allerdings nicht sehr eingehend berücksichtigende Zusammenstellung bei Meurer, Arch. f. k. K. R. 49, 192 ff.

8 Vgl. auch Wasserschleben S. 77.

9 Bd. IV. S. 827 n. 6.

Zusammenhange mit den von Karl d. Gr. geleiteten Reformbestrebungen und der bereits früher begonnenen Umbildung der kirchlichen Einrichtungen nach römischen Muster[1], in den massgebenden Kreisen der fränkischen Kirche eine entschiedene Opposition gegen die bisherige Busspraxis geltend. In den hierher gehörigen Anordnungen der Bischöfe wird die Verschiedenheit und Willkürlichkeit derselben bekämpft[2] und die Beseitigung der früheren Bussbücher verlangt[3]. Ja, von einzelnen Bischöfen werden in ihren Diöcesan-Anordnungen sogar Vorschriften über die Handhabung der Busse erlassen[4], und von ihnen selbst oder wenigstens in ihrem Auftrage besondere Zusammenstellungen der älteren Busskanonen aus den allgemein geltenden kirchlichen Rechtsquellen angefertigt[5]. Zu einer Verdrängung und Beseitigung der älteren Pönitentialien haben diese Bestrebungen indessen nicht geführt[6]. Ganz abgesehen davon, dass die Zahl der neuen Bearbeitungen verhältnissmässig gering war, trugen diese mehr den Charakter von Kanonensammlungen an sich und boten deswegen den Priestern keine so bequeme Handhabe, wie die früheren Werke mit ihrer eingehenden

[1] Bd. III S. 703. 705.

[2] So schon Theodulf von Orleans u. 797, cap. II, M. 13, 1011: „Qualiter vero peccati adhibenda sit medicina secundum canones authenticorum sanctorum patrum esse debet et non secundum placita hominis nec secundum voluntatem"; Haiton. episc. Basileens. cap. 807—823 c. 19, Boret. 1, 365: „Nec diversa sentiant in iudiciis poenitentium, cum uni minus, alteri maius, alteri adolando, alteri detrahendo placere velit; sed considerata qualitate personae iuxta modum culpae agatur censura vindictae"; cap. eccles. 810—813? c. 20, B. 1, 179: „De iudicio poenitentiae ad interrogandum reliquimus, per quem poenitentialem vel qualiter iudicentur poenitentes"; was sich mit der Forderung von Tours 813 c. 22, M. 14, 86 berührt: „. . . quoniam varie ab aliquibus sacerdotibus et indiscrete haec iudicia proferantur . . . necessarium videatur nobis, cum omni episcopi ad sacrum palatium congregati fuerint, ab eis edoceri, cuius antiquorum liber poenitentialis potissimum sit sequendus".

[3] Reformvorschlag von Chalons 813 c. 38, M. 14, 101: „Modus autem poenitentiae peccata sua confitentibus aut per antiquorum canonum institutionem aut per ecclesiasticam consuetudinem . . . imponi debet, [repudiatis ac penitus eliminatis libellis, quos poenitentiales vocant, quorum sunt certi errores, incerti auctores"]; wiederholt als c. 33 bei Rudolf v. Bourges u. 850, ibid. p. 958 und vorher Mainz 847 c. 31 (hier aber unter Weglassung der eingeklammerten Stelle); Paris 829 I c. 32, ibid. p. 559: „Quoniam multi sacerdotum partim incuria, partim ignorantia, modum poenitentiae reatum suum confitentibus secus quam iura canonica decernant, imponunt, utentes scil. quibusdam codicillis contra canonicam auctoritatem scriptis, quos poenitentiales vocant . . . omnibus nobis salubriter in commune visum est, ut unusquisque episcoporum in sua parochia eosdem erroneos codicillos diligenter perquirat et inventos igni tradat, ne per eos ulterius sacerdotes imperiti homines decipiant".

[4] Hierher gehören die Capitel Theodulfs v. Orleans, M. 13, 995 u. capit. II, p. 1009, sowie Rudolfs v. Bourges M. 14, 943, welcher in seinem Prolog sich ebenfalls gegen die bisherigen Pönitentialbücher wendet.

[5] Wie vor Allem das auf Veranlassung des B. Ebbo v. Rheims u. 831 verfasste Poenitentiale des B. Halitgar v. Cambrai in 5 Büchern (Canisius, lectiones antiquae V. 3, 227; ed. Basnage II. 2, 87, Migne 105, 651, von welchem hauptsächlich Buch IV u. V, abgedruckt bei Schmitz S. 721 in Betracht kommen, vgl. Wasserschleben S. 79. 80; Maassen, Gesch. d. Quellen 1, 865; Schmitz S. 719; v. Nostitz-Rieneck s. Ztschr. d. kirch. Theologie 1889. 13, 193); zu Grunde liegt den 3 letzten Büchern die gallische, von d'Achery (spicileg. ed. II. 1, 516) unter dem Titel: collectio antiqua canonum poenitentialium herausgegebene Kanonensammlung, s. g. Dacheriana, welche zw. 774 u. 831 fällt, Maassen S. 851, und deren I. Buch von der Busse handelt, W. S. 80; Schm. S. 715. (Ob die s. g. Vaticana in 4 Büchern, deren viertes sich mit der Dacheriana berührt, dieses herausgeg. v. Aem. L. Richter, antiqua canonum collectio. Marburgi Cattor., Quelle der Dacheriana, so W. S. 81, oder umgekehrt diese und Halitgar von ihr benutzt worden ist, so Maassen S. 858. 863, steht nicht sicher fest, doch erscheint das letztere das richtige; jedenfalls ist sie auf Veranlassung eines fränkischen Bischofs angefertigt.)

Der liber poenitentialis des Hrabanus Maurus ad Otgar. episc. u. 841, opp. Colon. 1626 6, 154; Migne 112, 1379, und die in Form eines Schreibens desselben an d. B. Heribald v. Auxerre 853 verfasste Sammlung desselben, Canisii lect. ed. Basnage II. 2, 293; Hartzheim 2, 190; Migne 110, 467, vgl. Maassen S. 870, Wasserschleben S. 79, Schmitz S. 733, haben mehr den Charakter von Kanonensammlungen für das forum internum als den von eigentlichen Bussanweisungen.

[6] Wasserschleben S. 83 ff.; Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 668 ff., s. auch S. 92 n. 2.

Kasuistik. Indem sie weiter ausschliesslich auf das ältere Kanonen-Material[1] zurückgriffen, waren ihre Vorschriften, welche die öffentliche Busse, zum Theil sogar die morgenländischen Bussstationen voraussetzten, nicht ohne Weiteres auf die Privatbusse übertragbar. Es erscheint daher erklärlich genug, dass man die älteren Beichtbücher fort und fort benutzte[2], ja in die neu entstandenen einzelne Stücke aus den letzteren hineinarbeitete[3] und auch weiter Pönitentialien nach den früheren Mustern und unter Benutzung des herkömmlichen Materials anfertigte[4].

Die Folge der geschilderten Strömungen und Gegenströmungen konnte nur eine Unsicherheit in der bisherigen Handhabung der Busse sein, und namentlich musste das Zurückgreifen auf die Kanonen der älteren Kirche insbesondere die Frage nahe legen, ob die öffentliche Busse, welche den auf britischer Grundlage ruhenden Pönitentialien fremd war[5], auch bei den blos den Priestern gebeichteten Sünden zur Anwendung zu bringen sei. Die Meinung, dass für Todsünden eine öffentliche Busse wünschenswerth, wenngleich nicht nothwendig erscheine, welche sich Ende des 8. Jahrhunderts geltend gemacht hat[6], ist nicht die herrschende geworden. Vielmehr hat sich im 9. Jahrhundert die Regel festgestellt, dass für die öffentlich bekannt gewordenen schweren Sünden, d. h. für alle, welche nicht lediglich durch die Beichte zur Kenntniss des Priesters gekommen sind, mochten sie notorisch oder durch Beweis

[1] Also wesentlich das Bd. IV S. 699 ff. 717 ff. berücksichtigte. S. d. Citate in der vor. Anm. Theodulf v. Orleans benutzt einige Canones des Konzils von Ancyra, M. 13, 1012, 1014 und Rudolf v. Bourges ausserdem solche der Synode von Elvira und der afrikanischen Konzilien M. 14, 961. 962.

[2] S. d. Frage des visitirenden Bischofs an den Priester bei Regino I. inquis. n. 96: „Si habeat poenitentialem Romanum vel a Theodoro episcopo aut a venerabili Beda dictum, ut secundum quod ibi scriptum est, aut interroget confitentem aut confesso modum poenitentiae imponat?"

[3] S. z. B. in das Werk des Halitgar, Wasserschleben S. 81; Schmitz S. 719.

[4] Wasserschleben S. 83 ff. Diese Entwicklung im Frankenreich bildet ein weiteres Argument gegen die Annahme von Schmitz (s. Bd. IV. S. 824), dass römische Bussbücher in das Frankenreich Eingang gefunden haben. Hätte es in Rom Pönitentialien gegeben, welche sich eines besonderen Ansehens und besonderer Brauchbarkeit erfreut hätten, so wäre es schwer verständlich, warum man diese in der fränkischen Kirche nicht recipirt, und damit alle im Text berührten Schwierigkeiten beseitigt hätte. Ich bin jetzt in der Lage, gegenüber der Aufstellung von Schmitz nachzuweisen, dass das von ihm S. 243 ff. herausgegebene, in das 8. Jahrhundert gesetzte poenit. Valicell. I in einer Reihe von Bestimmungen, welche Schm. für eigenthümlich erklärte, britische Bussbücher benutzt hat. c. 1, aus dem Schm. S. 247 den Kleriker herauszuinterpretiren sucht, entspricht Vinnian. §. 23; c. 6 ist im wesentlichen gleich Theodor. II. 10. §§. 1. 2; c. 8 = Th. I. 14 §. 28; c. 11 = Th. I. 4. §. 6; c. 13 = Th. I. 2. §. 2; I. 14. §. 12; c. 25 = Th. I. 2. §§. 13. 12; c. 30 = Th. I. 14. §§. 21. 22; c. 34 i. f. = Th. I. 8. §. 8; c. 35 = Th. I. 14. §. 23; c. 39 = Th. I. 14. §. 13; c. 45 = Th. I. 8. §. 2; c. 92 = Th. I. 15. §. 2; c. 96 = Th. II. 11. §. 7—9; c. 98 = Th. II. 11. §§. 2. 3; c. 100 = Th. I. 1. §§. 3. 2; c. 102 = Th. I. 1. §. 1; c. 108 = Th. I. 11 §§. 1—3. c. 112 = Th. I. 14. §§. 5. 6; c. 115 = Th. I. 14. §. 7; c. 131 = Th. II. 8. §. 8. (§. 1); c. 38 bewusste Änderung von Th. I. 14. §. 8; ferner berührt sich c. 58 mit syn. Aquilon. §. 4, Wasserschleben S. 103; c. 74 mit §. 5 ibid.; c. 34 mit excerpt. David. §. 8; c. 103 mit §. 3 ibid., c. 62 mit Beda I. 8. §. 7; c. 22 mit Egbert IX. §§. 2. 6; c. 91 mit XIII. §. 4 ibid. c. 93 mit XIII. §. 10 ibid.; c. 94 mit XIII §. 5 ibid. Damit widerlegen sich eine grosse Anzahl von Anführungen zu den cit. Capiteln, und es fehlt jede Berechtigung, das Pönitentiale seiner selbstständigen Bestandtheile oder Änderungen wegen als ein ursprünglich römisches zu bezeichnen. Kann man auch zugeben, dass der das poen. Valicell. I enthaltende Codex im 10. Jahrhundert in Rom benutzt ist, so schliesst dies die Annahme, dass es sich um ein fränkisches, dorthin gebrachtes Bussbuch handelt, nicht im Entferntesten aus.

[5] Bd. IV. S. 825. 829.

[6] Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012: „Capitalia et mortalia crimina publice deflenda sunt, secundum canonum et ss. patrum institutionem. Sed et secreta satisfactione solvi mortalia crimina non negamus . . . Poenitentiae quippe modus in sacerdotis pendeat arbitrio. Qui sacerdos diligentissime ss. patrum instituta discutiens et intelligens secundum eorum auctoritatem confitentibus poenitentiam indicere debet"; vgl. auch Regino II. 419 (nach der Inscription einem bisher nicht aufzufindenden Konzil v. Rouen angehörig): „Si quis patrem aut matrem percutit aut maledicit, quia capitalia crimina commisit, publicam inde agat poenitentiam sicuti de gravioribus peccatis".

festgestellt sein, öffentliche Busse [1] geleistet werden müsse, während für die blos dem Priester gebeichteten die Privatbusse als genügend erachtet wurde [2]. Damit war an sich ein festes Prinzip für die Abgrenzung des Gebietes der kirchlichen Strafrechtspflege und der blossen beichtväterlichen Thätigkeit [3] gefunden [4], und wenngleich bei dieser Scheidung darüber Unklarheit bestehen blieb, wie es mit denjenigen Sünden, welche sich lediglich als solche, nicht zugleich als kirchliche Vergehen darstellten, im Fall ihrer Offenkundigkeit gehalten werden sollte, so war dies praktisch belanglos, denn überwiegend hatte schon das bisherige Recht die schwereren Sünden auch als kirchliche Vergehen charakterisirt, und nöthigenfalls bestand noch wie von

[1] In diesem Verlangen begegnen sich die Vorschläge der Reformsynoden v. 813, s. Chalons 813 c. 25, M. 14, 98: „Poenitentiam agere iuxta antiquam canonum institutionem in plerisque locis ab usu recessit et neque reconciliandi antiqui moris ordo servatur [ut a domino imperatore impetretur adiutorium, qualiter] si quis publice peccat, publica mulctetur poenitentia et secundum ordinem canonum pro merito suo excommunicetur et reconcilietur"; Rheims 813 c. 31, M. 14, 86; Arles 813 c. 26. ibid. p. 62: „ut qui publico crimine convicti sunt, rei publice iudicentur et publicam poenitentiam agant secundum canones". Diese letztgedachte Formulirung ist wörtlich in c. 25 cap. 813, B. 1, 175 aufgenommen und seitdem die bezeichnete Norm im karolingischen Reich massgebend geworden, Mainz 847 c. 30, M. 14, 912: „discretio facienda est inter poenitentes, qui publice et absconse poenitere debeant (Wiederholung von Rheims 813 c. 31 cit.). Nam qui publice peccat, oportet, ut publica mulctetur poenitentia et secundum ordinem canonum pro merito suo et excommunicentur et reconcilientur"; Rudolf v. Bourges c. 34, M. 14, 959 (Wiederholung v. Chalons 813 c. 25 cit. unter Weglassung des Eingeklammerten) und c. 44: „quorum autem peccata in publico sunt, in publico debet esse poenitentia per tempora, quae episcopi arbitrio poenitentibus secundum differentiam peccatorum decernantur" wörtlich entnommen aus Hraban. Mauri de cleric. instit. II. 30, Migne 107, 338; Hludov. II. conv. Ticin. 850 c. 6, LL. 1, 397, 401: „oportet enim ut plebium archipresbiteri per villas unumquemque patrem familias conveniant; quatinus tam ipsi quam omnes in eorum domibus commorantes qui publice crimina perpetrarunt, publice peniteant; qui vero occulte deliquerit, illis confiteantur quos episcopi et plebium archipresbiteri idoneos ad secreciora vulnera mentium medicos elegerint; qui si forsitan in aliquo dubitaverint, episcoporum suorum non dissimulent implorare sententiam. Si vero episcopus haesitaverit, non aspernetur consulere vicinos episcopos et ambiguam rem alterius aut certe II vel III fratrum examinare consensu. Quod si adeo aliqua obscuritate vel novitate perplexa res fuerit, si quidem diffamatum certae personae scelus est, metropolitani et provincialis synodi palam sententia requiratur . . . Si autem occulta confessio est et is a quo queritur salutis consilium explicare non sufficit, potest suppresso facinorosi nomine qualitas quantitasque peccati discuti et congruus correctioni modus inveniri"; Pavia 845 c. 12, LL. 1, 432, S. 88 n. 2; Hincmar Rhem. 856 c. 1, S. 87 n. 3; Aachen 860 c. 18, LL. 1, 468 (betreffend Thietberga): „lugendam incesti pollutionem in publicum exhalatam, publicae poenitentiae satisfactione purgandam decernimus"; Nantes Ende des 9. Jahrh. c. 12, M. 18, 169: „Si cuius uxor adulterium perpetravit et hoc a viro deprehensum fuerit et publicatum, dimittat uxorem, si voluerit propter fornicationem: illa vero VII annos publice poeniteat . . . Quod si voluerit, adulteram sibi reconciliare, licentiam habeat, ita tamen, ut pariter cum illa poenitentiam agat et exacta poenitentia post VII annos ad communionem uterque accedat".

[2] Mainz 851 c. 10, LL. 1, 414: „Si quis incestum occulte commiserit et sacerdoti occulte confessionem egerit, indicetur ei remedium canonicum quod subire debuerat, si eius facinus publicum fuisset; verum quia latet commissum, detur ei a sacerdote consilium, ut saluti animae suae per occultam poenitentiam prospiciat; hoc est, ut veraciter ex corde peniteat, se graviter deliquisse et per ieiunia vigiliasque atque per sacras orationes cum lacrimis se purgare contendat et sic ad spem veniae per misericordiam dei pervenire confidat"; Hraban. Mauri de cleric. inst. II. 30, Migne 107, 339; Rudolf v. Bourges c. 44, M. 14, 962: „Quorum autem peccata occulta sunt et spontanea confessione soli tantummodo presbytero ab eis fuerint revelata, horum occulta debet esse poenitentia secundum presbyteri iudicium cui confessi sunt, ne infirmi in ecclesia scandalizentur videntes eorum poenas quorum penitus ignorant caussas".

[3] Der ersteren fällt das notorische, das in Folge der admonitio (s. S. 89) auf Beschuldigung eingeräumte, und durch gerichtliche Untersuchung in Folge eines Geständnisses oder eines Beweises festgestellte Vergehen anheim, denn dass es sich nicht blos um das notorische handelt, ergiebt ein Theil der Anm. 1 citirten Stellen. Bei der Übernahme der öffentlichen Kirchenbusse Ludwig d. Fr. 833, LL. 1, 366. 369, lag der zweitgedachte Fall vor. Eine vorgängige Verurtheilung war also nicht immer nöthig, s. auch S. 89.

[4] Dass dabei die in neuerer Zeit für diese Abgrenzung wiederholt citirte (s. z. B. Meurer, Begriff des kirchl. Strafvergehens S. 58) Äusserung Augustins sermo 82 (16) de verb. domini in c. 19 C. II qu. 1: „corripienda coram omnibus quae peccantur coram omnibus" von Einfluss gewesen ist, lässt sich nicht sicher feststellen.

Anfang an[1], für einzelne Fälle, in denen sich etwaige Lücken zeigten, für den Bischof die Möglichkeit, aus Anlass eines kirchlichen Strafverfahrens zugleich von seiner gesetzgeberischen Befugniss zur Setzung der rechtlichen Norm Gebrauch zu machen[2].

Was den Unterschied zwischen der öffentlichen und der privaten Busse in der karolingischen Zeit betrifft, so hat man in Folge der schon S. 90. 91 gedachten Tendenz hinsichtlich der ersteren wieder auf die älteren Kanonen zurückgegriffen. In Gemässheit der betreffenden Vorschriften[3] ist nur der Bischof, nicht der Priester befugt, die öffentliche Busse aufzuerlegen[4], also die Bussleistungen als entsprechende Strafe für das Vergehen, und falls der Schuldige bereits exkommunicirt war, zugleich als erforderliches Mittel zur Beseitigung des Kirchenbannes zu bestimmen. Im allgemeinen hing die Festsetzung der Zeit vom Ermessen des Bischofs[5] ab[6], doch sind auch ein für alle Mal dahin gehende Vorschriften getroffen worden[7].

Das Wesen der öffentlichen Busse besteht, wie früher[8], darin, dass sie öffentlich in der Kirche übernommen wird, und dass sich der Büsser öffentlichen Demüthigungen unterwirft[9], wennschon es nicht nöthig ist, dass er dies die ganze Busszeit hin-

[1] Bd. IV. S. 745. 835.

[2] Darauf deutet auch Ticin. 850 c. 6, S. 93 n. 1, mit seiner Vorschrift über die Befragung der Amtsbrüder und der Provinzialsynode hin. S. auch §. 279.

[3] Bd. IV. S. 715. 721.

[4] Rudolf v. Bourges u. 850 c. 34. 44, S. 93 n. 1; ebenso Hinkmar v. Rheims 856 c. 1, S. 87 n. 3; (abweichend Reg. Chrodegangi c. 15, Walter, frat. iur. eccles. p. 29, welches dies bei Kanonikern auch dem Prior gestattet), und zwar geschah die Auferlegung für die Regel am Aschermittwoch, ed. Pistens. 864 c. 35, LL. 1, 497: „ipsam autem quadragesimam a quarta feria, i. e. capite ieiunii cum ipsa quarta feria, qua publice poenitentes poenitentiam accipiunt"; dasselbe schon Meaux 845 c. 76, M. 14, 840. Nicht entgegensteht Pavia 845 c. 17, S. 88 n. 2 a. E., denn hier handelt es sich offenbar nicht um die öffentliche Busse, sondern um eine private Busse, für deren Erzwingung die Bischöfe ebenfalls die Anwendung weltlichen Zwanges erbitten.

[5] Cap. 802 c. 32, S. 86 n. 1, Pist. 862 c. 1, S. 86 n. 1; Rudolf Bourges und Hinkmar v. Rheims ll. cit. (vor. Anm.); Worms 868 c. 25, M. 15, 873, welches sich, da es des sacerdos erwähnt, sowohl auf die öffentliche, wie die Privatbusse, also den Bischof und Priester bezieht. Vgl. auch Reg. Chrodegangi Mett. u. 760 c. 15, nach welchem der Bischof dem mit Gefängnissstrafe belegten Kanoniker nach der Entlassung aus der Haft noch die publica poenitentia auferlegen kann.

[6] Oder auch der von den Übelthätern oder von einzelnen Bischöfen mit Fragen schon damals angegangenen Päpste, vgl. die Schreiben Benedikts III. v. 855—858, Ztschr. f. K. R. 20, 100. 101, v. Pflugk-Harttung acta roman. pont. 3, 34; c. 17 (Nicol. I.) C. XII. qu. 2; c. 15 (id.) C. XXXIII. qu. 2.

[7] S. ausser den Citaten von Worms 868 c. 29 u. 30, Tribur 895 c. 45; S. 86 n. 1, noch Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012 (für verschiedene Fälle der Tödtung, Fornikatio, incestuose Ehe, Ehebruch, Diebstahl, falsches Zeugniss, Bestialität und Päderastie) Mainz 847 c. 21 ff., M. 14, 910; Rudolf v. Bourges u. 850 c. 37. 39 ff., M. 14, 960; Mainz 851 c. 9. 11, LL. 1, 413; Worms 868 c. 26 ff., M. 15, 874; Nantes Ende des 9. Jahrh. c. 12, M. 18, 169; Tribur 895 c. 55 ff., M. 18, 156. Allerdings betrifft ein Theil dieser Stellen nur die Busse überhaupt. Dass aber in erster Linie die öffentliche Busse gemeint ist, ergiebt sich aus der wesentlich strafrechtlichen Tendenz der Vorschriften, und der schon S. 92 besprochenen Regel, dass die bekannt gewordenen Vergehen öffentlich gebüsst werden sollten. Das schliesst nicht aus, dass die Bestimmungen gleichzeitig auch den Priestern als Anhalt für die Privatbusse zu dienen bestimmt waren, so sagt Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012 nach der Ausführung über die öffentliche Busse des Mörders: „si autem (homicidium) occultum sit, occulte similiter agat".

[8] Bd. IV. S. 716.

[9] Theodulf v. Orleans l. c.: „et si hoc publice actum constat, si laicus, deponat arma et omnem saecularem militiam et publice satisfaciat, ita ut XL diebus extra ecclesiam foris ad ostium oret"; exauctoratio Ludovici (des Fr. 833) LL. 1, 368: „reum se coram deo et coram sacerdotibus vel omni populo cum lacrymis confessus et in cunctis se deliquisse protestatus est, et poenitentiam publicam expetiit, quatenus ecclesiae, quam peccando scandalizaverat, poenitendo satisfaceret deinde cingulum militiae deposuit et super altare collocavit et habitu saeculi se exuens, habitum poenitentis per impositionem manuum episcoporum suscepit, ut post tantam talemque poenitentiam nemo ultra ad militiam saecularem redeat" (s. auch Agobardi cartula ibid. p. 369 und Simson, Ludwig d. Fr. 2, 72), also öffentliches Bekennen der Sünden, Ablegung der gewöhnlichen Kleidung und namentlich der Waffen, Anlegung des Bussgewandes und Verharren vor der Kirchthür am Beginn der Busszeit.

durch thut[1], und die Ausübung der Busswerke öffentlich vor allem Volke geschieht[2].

Was die Art der Busswerke betrifft, so sind diese theils in den erwähnten Anordnungen festgesetzt[3], theils werden sie für den einzelnen Fall nach dem Ermessen des Bischofs näher bestimmt[4]. Als solche kommen vor Allem Fasten[5], Gebete[6] und Almosen[7], die Fasten — und dies beruht offenbar auf dem Einfluss der britischen und der auf Grund derselben angefertigten Pönitentialien — in mannichfacher Abstufung, so dass sie vielfach beim Beginn der Busszeit strenger sind und sich im Verlaufe derselben mildern[8], vor. Daneben erscheinen aber ferner auch als Busswerke das Exil[9] und die Vornahme von Wallfahrten[10].

Was die Rechtsstellung der öffentlichen Büsser betraf, so stehen dieselben nicht mehr, wie dies in der älteren Kirche der Fall war, ganz ausserhalb jeder kirchlichen Gemeinschaft[11], und zwar selbst dann nicht, wenn sie die Busse erst nach ihrer Exkommunikation übernommen haben[12]. Des näheren ist die Beschränkung ihrer kirchlichen Mitgliedsschaftsrechte, je nachdem es sich um eine schwerere oder leichtere Busse handelt, eine verschiedene, keineswegs bei allen, wie früher, die gleiche[13].

Nach manchen Anordnungen ist der öffentliche Büsser entweder für die ganze

[1] So wurde Ludwig d. Fr., nachdem er die öffentliche Busse übernommen hatte, im Kloster S. Médard gefangen gehalten, Simson, S. 76.

[2] Auch der Kanoniker, welcher bei der vita communis im claustrum lebt, leistet nach Chrodeg. reg. cit. c. 15 öffentliche Busse dadurch, dass er beim Beginn und Ende der Horen, wenn die übrigen die Kirche betreten, sich vor der Thür hinwirft und während der Horen draussen das officium mitbetet, wobei doch wohl an einen im Kloster belegenen Eingang der Kirche zu denken ist. Aber die öffentliche Demüthigung ist wesentlich, daher setzt c. 8 (ep. Paulini Foroiul. a 794) C. XXXIII. qu. 2, der in dem Eintritt in das Kloster bestehenden Busse die publica poenitentia unter Verbleiben in der Welt entgegen.

[3] S. 94 n. 7.

[4] Darauf wird in einzelnen Bestimmungen ausdrücklich verwiesen, Meaux-Epernay 845. 846 c. 67, M. 14, 835 u. LL 1, 392; s. auch S. 94 n. 5.

[5] c. 8 C. XXXIII. qu. 2 cit; s. weiter Anm. 8.

[6] Worms 868 n. 36, M. 15, 876: „Orationibus omni insistere sollicitudine integriterque perficere summopere studeat". S. auch die folg. Anm.

[7] Conv. Ticin. 850 c. 7, LL 1, 397. 401: „Oportet . . . curam gerere presbiteros, qualiter poenitentes inpositam sibi abstinentiae formam custodiant et utrum eleemosynarum et aliis remissionem peccatorum promerentibus piis operibus inserviant; et qua cordis contricione et lamentatione se ipsos afficiant, ut hac consideratione praemissa poenitudinis tempus rationabilem possit accipere terminum et vel extendatur, si poenitens neglegenter iniuncta prosecutus est vel brevietur, si desideranter veniae placationem studuit promereri". Vgl. auch c. 8 C. XXXIII. qu. 2 cit.: „in ieiuniis, in vigiliis, orationibus et elemosinis omni tempore persevera".

[8] Mainz 851 c. 419, LL. 1, 413: „Si quis infantem suum oppresserit .. proximos 40 dies peniteat in pane et aqua et oleribus et leguminibus et a coniugio se abstineat. Postea III annos in penitentia exigat (expurget) per legitimas ferias et III quadragesimas; Benedict. III. ep. 835 bis 838, Ztsch. f. K. R. 20, 101: „ipso anno et IV aliis a carne et vino et omni cocto se abstineat, exceptis diebus festivis atque dominicis ... aliis vero duobus, tribus tantum diebus, i. e. IIa, IIIa et VI feria supradictis cibis ieiunet"; vgl. weiter Mainz 851 cit. c. 11, und namentlich Tribur 895 c. 56—58, M. 18, 156, wonach in den späteren Stadien das Fasten im Jahr auf mehrere Quadragesimen und in der Woche auf 3 Tage beschränkt wird; weniger durchgebildet ist die Abstufung c. 17 (Nicol. I.) C. XII., qu. 2; sie fehlt Worms 868 c. 26. 36, M. 15, 876; Benedikt. III., Ztschr. f. K. R. 20, 100; c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII. qu. 2. Während der späteren Stadien des Fastens ist auch eine Erleichterung für die 3 Tage durch Zahlung von Geld oder Speisung von 3 Armen gestattet, Tribur cit. c. 56. 57. Nach cap. eccl. 810/813 c. 12, Bor. 1, 179, hat der Priester oder Laie, welcher den Büsser zum Weintrinken oder Fleischessen einladet, 1 oder 2 Denare iuxta qualitatem poenitentiae zu zahlen.

[9] Mainz 851 c. 11, S. 39 n. 10.

[10] Mainz 847 c. 25, M. 14, 910: „qui olim dixerunt se fuisse sacerdotes et postea degradati pro peccatis poenitentiam agendo suffragia sanctorum per loca transeuntes quaesierunt"; s. auch S. 88 n. 3.

[11] Bd. IV. S. 715. 722.

[12] S. o. S. 88. 89; denn die Exkommunikation scheidet den davon Betroffenen nicht mehr von der Kirche ab, S. 9.

[13] Bd. IV. S. 722.

Busszeit[1], nach anderen aber nur in den ersten Stadien der Busse, also während eines bestimmten Zeitraums, von dem Betreten der Kirche ausgeschlossen[2], und hat während des Gottesdienstes vor der Kirchthür zu stehen[3]. Zugleich soll er sich beim Beginn der Busse für eine kürzere Zeit von jedem gewöhnlichen Verkehr mit den übrigen Gläubigen und selbst von dem mit anderen öffentlichen Büssern fernhalten[4].

Unter allen Umständen ist er ferner von dem Recht zum Empfang des Abendmahls und der letzten Ölung[5], nach einzelnen Vorschriften auch von dem Recht zur Pathenschaft bei der Taufe und der Firmelung[6] suspendirt, und zwar dauert die Suspension von der Theilnahme am Abendmahl bald für die ganze Busszeit[7], bald nur für einen bestimmten Zeitraum während derselben[8]. Schon vor der Wieder-

[1] Mainz 851 c. 11 cit. (bei Tödtung), nach reg. Chrodeg. cit. c. 15 bei allen schweren Vergehen.

[2] Nach Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II., M. 13, 1012 (Tödtung) 40 Tage, c. 15 (Nic. I.) C. XXXII. qu. 2 (Muttermord) 1 Jahr, Tribur 895 c. 56 cit. (Tödtung) 40 Tage und 1 Jahr, c. 17 (Nicol. I.) C. XII. qu. 2 (Verunglimpfung des Chrismas und der h. Gefässe) 2 Jahre, Bened. III., a. a. O. S. 100 (Vatermord) 5 Jahre, Worms 868 c. 26, M. 15, 874 (Tödtung eines Priesters) 5 Jahre.

[3] Chrodeg. reg. c. 15 cit.; Theodulf v. Orleans cap. II cit., S. 94 n. 9; Bened. III. l. c. p. 100; c. 17 C. XII qu. 2; c. 15 C. XXXIII qu. 2; Worms 868 c. 26 cit: „ecclesiam per quinquennii tempus non ingrediatur, sed cum sacrarum orationum officia aut missarum solemnia celebrantur, ante fores basilicae perseveret, orans et deprecans deum, ut tanto crimine abluatur" (wiederholt Mainz 888 c. 16, M. 18, 68) s. auch Worms cit. c. 30. Darin besteht eine gewisse Verwandtschaft mit der alten Stufe der flentes, Bd. IV. S. 716. 717; aber die rechtliche Bedeutung dieser Maassregel ist eine völlig andere. Sie ist jetzt der Beginn der Bussleistung, die nöthigenfalls erzwungen wird, nicht Ausdruck des freiwillig durch Reue bethätigten und zu bethätigenden Wunsches der Wiederzulassung zur Kirchengemeinschaft. Übrigens wird das Stehen vor der Kirche während des Gottesdienstes nicht stets vorgeschrieben, so nicht Mainz 847 c. 24, M. 14, 910; Mainz 851 c. 11 cit., Tribur 895 c. 55 cit., Benedikt III. l. c. p. 101; Nantes Ende d. 9. Jahrh. c. 17, M. 18, 171.

[4] Tribur 895 c. 55 cit.: „Nullam communionem illis XL diebus (s. vor. Anm.) cum aliis christianis nec cum alio habeat poenitente in cibo vel potu aut illis rebus." In Betreff der Busse Ludov. d. F. erzählen die ann. Bertin. 833, SS. 1, 427: „liminibus ecclesiae pepulerunt, ita ut nullus loqui cum eo auderet nisi illi, qui ad hoc fuerant deputati . . . sub eadem excommunicatione" (vgl. auch Simson a. a. O. S. 74). Es wurde also der Büsser dadurch dem Exkommunicirten, wenigstens für die Anfangszeit der Busse, rechtlich gleichgestellt. Daher ist in c. 17 C. XII qu. 2 cit. „cum ad poenitenciam reverti acceleraverint, uno anno extra ecclesiam dei consistere . . secundo vero anno ante fores ecclesiae maneant" mit der Anordnung über das erste Jahr offenbar dasselbe gemeint.

[5] Conv. Ticin. 850 c. 8 LL. 1, 397: „quia si is, qui infirmatur, publicae poenitencie mancipatus sit, non potest huius misterii (der letzten Ölung) consequi medicinam, nisi prius reconciliatione percepta, communionem corporis et sanguinis Christi meruerit, cui enim reliqua sacramenta interdicta sunt, hoc uno nulla ratione uti conceditur". Da in dieser Zeit die Zahl der Sakramente noch nicht feststand, Hahn Lehre v. d. Sakramenten, Breslau 1864. S. 87 ff., so bleibt die Tragweite dieser Vorschrift zweifelhaft. Vielfach rechnete man damals zu den Sakramenten das Abendmahl, die Taufe und die Firmung. Abgesehen von der ausdrücklich erwähnten Krankensalbung und der Busse konnten noch die Ehe (darüber s. nachher im Text) und die Ordination (s. Bd. I. S. 39) in Betracht kommen.

[6] Rudolf v. Bourges u. 850, M. 14, 954: „Qui vero in publica poenitentia sunt constituti aut criminali peccato tenentur obnoxii, neminem a lavacro fontis suscipere neque eorum episcopo ad confirmationem tenere praesumant usquequo poenitentia peracta satisfactionem condignam percipere mereantur". Die in der vor. Anm. angeführte Stelle kann dies mindestens ebenfalls bestimmen wollen.

[7] Das ist der Fall, wenn ihm während dieser ganzen Zeit der Besuch der Kirche verschlossen bleibt, Anm. 1 u. 2; vgl. ferner Tribur 895 cit. c. 58. Eine frühere Stelle ist Gregor III. ad Bonifat. u. 732, Jaffé mon. Mogunt. p. 93: „qui patrem, matrem, fratrem aut sororem occiderint, ut toto vitae suae tempore corpus non suscipiat dominicum, nisi sui temporis exitu pro viatico. Abstineat enim se a carnis commestione et potu vini, donec advixerit, ieiunet IIam et IVam et VIam ferias".

[8] Theodulf v. Orleans schliesst z. B. beim Morde auf 5 Jahre: a communione orationum, dann nach Zulassung zu derselben noch auf 14 Jahr vom Abendmahl und von der Darbringung der Oblationen, bei fahrlässiger Tödtung auf 2 Jahr von der ersteren, und auf 2 Jahre von den Oblationen, und noch ein weiteres Jahr, also auf 5 Jahr, vom Abendmahl aus, M. 13, 1012; Worms 868 c. 26 cit. beim Morde eines Priesters auf 10 Jahre, von welchen der Büsser die letzten 5 Jahre nicht mehr ausserhalb der Kirche verbringt, „ingrediatur ecclesiam, nondum vero communicet, sed inter audientes tantummodo

erlangung der gedachten Befugniss darf aber der Büsser (nach Ablauf der S. 96 n. 2 u. 3 gedachten Zeit) in der Kirche dem Gottesdienst beiwohnen [1], hat indessen mitunter, wenn er wieder zum Abendmahl zugelassen ist, noch für kürzere oder längere Zeiten bestimmte Fasten einzuhalten [2].

Der Büsser soll weiter neben der Leistung der Busswerke auf gewisse Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens verzichten [3], ferner auch die Waffen ablegen [4] und sich der Beiwohnung seiner Frau enthalten [5]. Indessen hat sich hinsichtlich des letzteren Verbots in der fränkischen Kirche schon seit der karolingischen Zeit eine mildere Richtung geltend gemacht, welche die Enthaltsamkeit nur für eine bestimmte Zeitdauer während der Busse verlangte [6], ja man ging sogar so weit, in manchen Fällen die Trennung der Ehegatten nicht mehr zu fordern [7].

Endlich hat man auch den Büsser während der Dauer der Busse, aber nur während dieser Zeit, von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen [8]. In Folge dieser mildernden Tendenz ist im Verlaufe des 9. Jahrhunderts die frühere Unfähigkeit des Büssers, selbst nach vollendeter Busse wieder Kriegsdienste zu leisten [9], und ebenso

stet vel dum facultas conceditur, sedeat" (wiederholt Mainz 888 c. 16, M. 18, 68); ebenso Benedikt III. a. a. O. S. 100 (bei Vatermord); dagegen nach Benedikt S. 101 bei Brudermord nur ein Jahr „inter audientes sine corpore et sanguine in ecclesiis dei orare"; c. 17 C. XII qu. 2 („tertio anno ecclesiam dei ingrediantur et inter audientes astent sine oblatione ... quarto ... anno ... communioni fidelium restituantur ... corpus et sanguinem domini suscipere mereantur"); nach c. 15 C. XXXIII qu. 2 soll der Muttermörder nach Ablauf eines Jahres die Kirche betreten, 3 Jahre unter den audientes beten, dann zum Abendmahl, aber erst nach 7 Jahren zur Darbringung von Oblationen zugelassen werden.

1 Dieses Stadium wird wiederholt als das Stehen inter audientes, s. die vor. Anm., auch Nicol. I. ep. ad Rivol., J. L. n. 2852, M. 15, 388: inter auditores bezeichnet. Vgl. darüber auch unten S. 99.

2 Benedikt III. a. a. O. S. 101; c. 17 C. XII qu. 2 cit., c. 15 C. XXXIII qu. 2; Worms 868 c. 26 cit.; selbst für die Lebensdauer, Worms cit. c. 30; Nicol. ep. n. 2852 (s. vor. Anm.).

3 So soll er nicht reiten oder fahren, mindestens nicht die ersten Zeiten der Busse, Worms 868 c. 26. 30; Tribur 895 c. 55; Nicol. I. n. 2852, c. 15 C. XXXIII qu. 2; s. auch c. 8 ead. C. „in balneo numquam laveris, in conviviis letantium numquam te misceas". Der Anlegung einer besonderen Büsserkleidung (Bd. IV S. 722 n. 9) wird nur bei Ludw. d. Fr., LL. 1, 368. 369, gedacht; da aber auch des Stehens mit nackten Füssen vor der Thür, Tribur c. 55 cit., des Gehens ohne Schuh Nicol. I. n. 2852, des Nichttragens leinener Kleider erwähnt wird, so scheint es, dass das Bussgewand blos bei der Auferlegung der Busse und dann nur noch auf bestimmte Zeit getragen wurde, gestattet doch auch Nicol. cit. das „vestimentis secundum qualitatem temporis et aeris temperiem indui".

4 Das that Ludov. d. Fr., s. S. 94 n. 9, vgl. weiter Mainz 847 c. 24, M. 14, 910. (c. 24 C. XVII qu. 4); syn. Papiens. 850 c. 12, B. 2, 120; Worms 868 c. 26; Tribur 895 c. 55, nur gegen Heiden wird das Waffennehmen erlaubt.

5 In Gemässheit des älteren Rechts, Bd. IV. 722 n. 10, s. auch noch Freisen, Gesch. des kanon. Eherechts. Tübingen 1888. S. 561 ff.; vgl. Mainz 847 c. 24 cit.: „usque ad ultimum vitae tempus militiae cingulum deponat et uxorem amittat" (c. 24 C. XVII qu. 4); Mainz 851 c. 11 i. f., LL. 1, 414; auch Hinkmar v. Rheims theilt diesen Standpunkt s. Freisen S. 565.

6 Nur während der ersten 40 Tage Mainz 851 c. 9. 11, LL. 1, 413; Tribur c. 55 cit., anscheinend nur für ein Jahr. Benedikt a. a. O. S. 101.

7 So Nikolaus I. n. 2852 und in c. 5 C. XXX qu. 1; sowie in c. 15 C. XXXIII qu. 2 (ne forte incidat in adulterium); Worms c. 30 cit. c. 34 (c. 17 C. XXXIII qu. 2). Gegen Freisen S. 567 ist zu bemerken, dass Nikolaus I. die Fälle individuell behandelt, und sich deshalb ein fester Standpunkt desselben nicht ermitteln lässt.

8 Conc. Ticin. 850 c. 12, LL. 1, 398: „quia hi qui sacri altaris communione privati et pro suis sceleribus reverendis aditibus exclusi poenitentiae publicae subiugati sunt, nullo militiae secularis uti cingulo nullamque reipublicae debent administrare dignitatem, quia nec popularibus conventibus eos misceri nec vacare salutionibus nec quorumlibet causas iudicare, cum sint ipsi divino addicti iuditio; domesticas autem necessitates curare non prohibentur, nisi forte propter scelerum ... enormitatem conscientiae stimulis exagitati ... ipsius privatae rei amministrationem implere nequiverint" bezieht sich nicht (so Simson a. a. O. S. 73 n. 4) auf die ganze Lebenszeit. So sagt auch Benedikt III. a. a. O. S. 101: „armis assumptis incedat propriaque ei liceat possidere bona, quibus elemosine subsidia indigentibus fratribus largiatur".

9 Mainz 847 c. cit. 20 u. 24 s. Anm. 5; exauctor. Ludov. Pii 833, LL. 1, 368: „ut post tantam talemque poenitentiam nemo ultra ad saecularem militiam redeat (bei welchem es darauf abgesehen war, ihn an der Thronbesteigung zu hindern); Mainz 851 c. 11, LL. 1, 414 (Verurtheilung eines Frauenmörders): „et deposito militari cingulo omni tempore vitae absque coniugio permaneat" vgl. auch Bened. II. 339, geben

Bayerische Staatsbibliothek München

das nach älterem Recht [1] durch die Busse für immer begründete Hinderniss, eine Ehe einzugehen [2], fortgefallen [3].

Dagegen waren die öffentlichen Büsser insofern privilegirt, als ihre Tödtung mit dem 3fachen Königsbann geahndet wurde [4].

Während sie für die Dauer ihrer Busszeit der Aufsicht und Überwachung der Priester unterstanden [5], war abgesehen von Nothfällen der Bischof allein befugt, ihnen die Rekonziliation zu ertheilen [6], sei es nach Ablauf der ein für alle Mal festgesetzten, sei es nach dem der arbiträr bemessenen Zeit [7], sofern die Busse nicht etwa eine lebenslängliche war [8]. Immerhin stand es auch in seiner Hand, dem Büsser, falls er seine Reue und Besserung durch eifrige Verrichtung der Busse an den Tag gelegt hatte, die Rekonziliation früher zu gewähren [9], und unter allen Umständen

noch das ältere Recht, Bd. IV S. 722 n. 10 a. E. wieder, dagegen schliessen Benedikt III. a. a. O. 101; Worms 868 c. 26. 30 cit.; Tribur 895 c. 56 das Waffenführen höchstens für die Busszeit, wie denn auch Ludwig d. Fr. 834 nach seiner Rekonziliation wieder die Waffenrüstung und die königlichen Gewänder angelegt hat, annal. Bertin. SS. 1, 427, Simson 2, 90, aus, während Nikolaus I. (n. 2852) den Fall der Bekämpfung der Heiden von dem lebenslänglichen Verbot ausnimmt.

1 Bd. IV. 722 n. 10; S. 822 n. 5; Freisen S. 561.

2 Mainz 847 c. 20 M. 14, 908; Mainz 851 c. 11, S. 97 n. 9.

3 So schon cap. Verm. 758 c. 1, B. 1, 40: „In tertio genuclum separantur et post penitentiam actam, si ita voluerint, licentiam habent aliis se coniungere"; dann erst Conv. Ticin. 850 c. 9, LL. 1, 398: „ut nullus publice poenitens usque ad tempus peractae penitentiae coniugium contrahere valeat et hac ratione corruptam filiam non posse coniugio copulari, quousque per publicam poenitentiam et ipsa et parentes, si forte consensisse probati fuerint, reconciliationem et sacri altaris communionem obtinere meruerint"; Worms 868 c. 30 (Vater- und Brudermord), c. 33 (c. 16 C. XXXIII qu. 1); Tribur 895 c. 41. 43. 44. 45; jedoch ist die Eheeingehung erst nach der Vollendung der Busse gestattet (anders Sdralek i. Arch. f. k. K. R. 47, 196), wie dies in fast allen Stellen ausdrücklich ausgesprochen wird. Auch Hinkmar v. Rheims Gutachten betr. d. Grafen Stephan. opp. ed. Simond 2, 666 vertritt diesen Standpunkt, s. ferner Freisen S. 565. 569. Die römische Kirche hat unter Nikolaus I. noch den alten Standpunkt festgehalten, dass im Fall des Vater-, Mutter- und Brudermordes und des Incestes (nach Leo I., Bd. IV. S. 732 n. 10 a. E.) die Ehe nur jüngeren Personen nach Ableistung der Busse zu gestatten sei, J. L. n. 2156, Ztschr. f. Rechtsgesch. 2, 472 (Ivo X. 185); c. 5 C. XXXIII qu. 2; ep. ad Arduic. Vesont. 865 c. 2. 3, J. L. n. 2787, M. 15, 461. Wenn Nikolaus I. aber ep. ad Rodulf. Bitur. 864, J. L. n. 2765, M. 15, 390 sagt: „De his vero qui pro criminibus poenitentiam gerunt et ad cingulum militiae revertuntur, constat eos contra sacras regulas agere. Verum quia crimina non sunt aequalia . . . tibi hoc committimus decernendum, nimirum qui loca et tempus regionis illius modumque culpae nec non et poenitentiam et gemitus hominum ad confessionem venientium, praesens positus inspicere vales", so gestattet er damit nach der Art des Vergehens und unter Berücksichtigung des Verhaltens des Büssers Milderungen zu machen, und betrachtet die früheren Normen nicht als absolute unter allen Umständen anwendbare. S. auch Freisen, S. 567.

4 Cap. leg. add. 817. 819 c. 5, Bor. 1, 282: Qui hominem publicam poenitentiam agentem interfecerit, bannum nostram in triplo componat et wirgildum eius proximis eius persolvat".

5 Conv. Ticin. 850 c. 7, S. 95 n. 7; Hincm. Rhem. 856 c. 1, M. 15, 491; Riculf v. Soissons 889 c. 9, M. 18, 85.

6 Conv. Ticin. 850 c. 7, LL. 1, 397. 402: „Reconciliatio vero poenitentium iuxta antiqua canonum instituta (Bd. IV. S. 722 n. 2 bis 4) non a presbiteris, sed ab episcopis fieri debet, nisi forte quis in periculo fuerit et se reconciliari devote petierit. Si episcopus absens fuerit, debet utique presbiter episcopum consulere et sic penitentem eius praecepto reconciliare; aliter autem . . . reconciliatio ullatenus a presbiteris fieri debet"; Worms 868 c. 8, M. 15, 871. s. auch Anm. 9.

Die feierliche Rekonziliation geschah in Übereinstimmung mit der römischen Praxis (Bd. IV. S. 722 n. 2) am Gründonnerstag, Chalons 813 c. 48, M. 14, 104; Rudolf v. Bourges 850 c. 44, M. 14, 962.

7 Dass die Rekonziliation jetzt immer am Anfang der Busszeit, nicht mehr am Ende vorgenommen worden ist, so Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 224, beruht auf einer Verwechselung der privaten mit der öffentlichen Busse.

8 S. z. B. Mainz 852 c. 11 i. f., LL. 1, 414.

9 Conv. Ticin. 850 c. 7, S. 95 n. 7; Hincm. Rhem. 856 c. 1, M. 15, 491; Riculf v. Soissons c. 9, M. 18, 85; ja Rom 853 c. 47, M. 14, 1014 verpflichtet sogar den Bischof in diesem Fall dazu. Ob dies auch bei einer lebenslänglich auferlegten Busse statthaft war, darüber ergeben die Quellen nichts, aber mit Rücksicht auf das älteste Recht, Bd. IV S. 719 und darauf dass Tribur 895 c. 54, M. 18, 156 die durch das Konzil v. Ancyra für Mord verlangte lebenslängliche Busse ein für alle Mal in eine zeitliche umgewandelt hat, darf die Frage wohl bejaht werden.

musste demselben im Falle der Todesgefahr das Abendmahl als Viatikum gewährt werden [1].

Mit der Rekonziliation trat der Büsser wieder in alle seine kirchlichen Rechte ein, auch dann, wenn er etwa in Gemässheit der ihm auferlegten Busse noch ferner bestimmte Fasten inne zu halten hatte [2].

Finden sich in dieser Regelung der öffentlichen Busse auch mannigfache Ähnlichkeiten mit dem älteren Recht, auf welches man ja in der karolingischen Zeit zurückgegriffen hat, so lassen sich doch die äusseren und inneren Verschiedenheiten nicht verkennen. In erster Hinsicht weisen die Abstufungen, welche durch die Beschränkung der kirchlichen Rechte hervorgerufen werden, zwar eine gewisse Analogie zu den alten morgenländischen Bussstationen [3] auf [4], aber gerade die entscheidende Stufe, die der Liegenden [5], war fortgefallen, und ihrem inneren Wesen nach stellen sich die Abstufungen nicht mehr als solche dar, welche der Büsser freiwillig zu durchlaufen hat, um die erforderliche Reue und Besserung für seine Wiederaufnahme in die Kirche zu bewähren [6], sondern es handelt sich um einen Komplex zusammengehöriger Übel, welche der Schuldige nach einander, zuerst die schwereren, später die leichteren, auf sich nehmen muss, welche also in erster Linie den Charakter von Strafen an sich tragen [7]. Wenngleich man die Erfüllung der an ihn gestellten

[1] Cap. Vern. 844 c. 5, LL. 1, 384; Conv. Ticin. 850 c. 23, LL. 1, 400. 403; Benedikt III. a. a. O. S. 100; c. 15 (Nicol. I.) C. XXIII qu. 2; Worms 868 c. 30, M. 15, 874. In diesem Falle hat man ihnen die Rekonziliation nach Hincm. 856 c. 1, M. 15, 491 vorenthalten, und sie ihnen erst bei ihrer Genesung nach vollendeter Busse ertheilt, während sie nach Riculf v. Soissons c. 9 cit. mitunter gewährt wurde, dann aber die Priester darüber zu wachen hatten, dass die Büsser die Busse wieder aufnahmen.

[2] Diese Frage muss mit Rücksicht auf die S. 96 n. 8 u. S. 97 n. 2 gedachten Fälle aufgeworfen werden. Die Bejahung derselben ist durch c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII qu. 2: „communioni fidelium restituantur" und durch Worms 868 c. 26, M. 15, 874 (ähnlich Mainz 888 c. 16, M. 18, 68): „Et cum decimi anni cursus fuerit finitus, communicandi ei licentia concedatur et equitandi tribuatur medela: maneat autem in reliquis observationibus et III dies per hebdomadam ieiunet, ut perfectius ad culmen purificationis pervenire mereatur" geboten, denn unter der Zulassung zum Abendmahl kann nur die Rekonziliation verstanden werden (vgl. auch M o r i n u s l. c. IX c. 16, p. 662). Ferner ist es kaum wahrscheinlich, dass man bei lebenslänglich auferlegtem Fasten (S. 97 n. 2) die erstere bis zum Tode hinausgeschoben hätte. Überdies mussten auch in dem in der vor. Anm. erwähnten Fall gewisse Bussleistungen selbst nach der Rekonziliation fortgesetzt werden. Zweifelhafter bleibt die Antwort für den Fall, dass der Büsser früher zum Abendmahl, als zu der Darbringung der Oblationen zugelassen wurde, S. 96 n. 8 a. E. Wegen des Wiedereintritts in die anderen Rechte, S. 97, gilt wohl ebenfalls dasselbe, sofern nicht in einzelnen Fällen die Zeit vom Bischof verlängert wurde, so sagt Worms 868 c. 30, M. 15, 874 nachdem es bei der Tödtung die Zulassung zum Abendmahl nach 2jähriger Busse angeordnet hat: „Abstineant a vino, medone atque cerevisia mellita III dies per hebdomadem. Arma gerere non audeant vel sumere, nisi contra paganos. Et ubicumque ire maluerint, nullo vehiculo deducantur, sed pedestri more profisisci studeant. Tempus autem huius poenitentiae in episcoporum ponimus arbitrio, ut secundum conversationem illorum aut extendere vel minuere valeant".

[3] Bd. IV. S. 716 ff.

[4] So das vor der Thüre Stehen, wie schon S. 96 n. 3 bemerkt, mit der Station der flentes, das Stehen unter den audientes oder auditores mit der Stufe der consistentes (nicht der alten der audientes, wie B i n t e r i m V. 3, 18 annimmt, denn sie brauchten sich nicht, wie diese, bei dem eucharistischen Gottesdienste aus der Kirche zu entfernen). Nur Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012 schiebt nach dem 40tägigen Stehen vor der Thür ein: „a communione orationum quinquennio removeatur, post quinquennium tantum in orationum communionem recipiatur, non offerat, non corpus domini attingat", also eine der der audientes und substrati entsprechende Stufe ein, indem er sich an die alten Kanonas enger anschliesst. Fremd ist dagegen der alten Praxis die Trennung der Befugniss zu kommuniciren und des Rechtes, Oblationen darzubringen, S. 96 n. 8 und weiter die Fortsetzung gewisser Busswerke, namentlich des Fastens nach der Rekonziliation; s. Anm. 2.

[5] Bd. IV. S. 718. 719.

[6] Bd. IV. S. 715. 718. 719.

[7] Bd. IV. S. 820 und o. S. 88. 89. Das ergiebt sich namentlich daraus, dass der Büsser selbst nach der Rekonziliation noch einzelne, leichtere Busswerke, mitunter sogar für die ganze Dauer seines Lebens zu leisten hat, s. Anm. 1.

Anforderungen zugleich als Zeichen und als Bethätigung der Besserung auffasste [1], und ihn schliesslich zur vollen Ausübung seiner aktiven kirchlichen Mitgliedschaftsrechte wieder zuliess, so zeigt sich die Änderung vor Allem darin, dass der öffentliche Büsser, während er sich in der älteren Zeit dem Zweck der Busse gemäss in jeder Beziehung der Abtödtung unterwerfen soll [2], jetzt blos die einzelnen, ihm vorgeschriebenen Busswerke zu verrichten hat. So wird insbesondere von ihm nicht mehr ein beständiges Fasten gefordert, vielmehr ein solches abgesehen davon, dass im Verlaufe der Busse gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Speisen eintreten [3], nur für bestimmte Perioden (die s. g. *quadragesimae* [4] oder auch *carinae* [5]) und für bestimmte Wochentage (die s. g. *feriae legitimae* [6]) beansprucht, ferner im Übrigen statt der allgemeinen Abtödtung blos eine gewisse Enthaltung von einzelnen Genüssen und Annehmlichkeiten des Lebens verlangt [7], ja auch endlich die Ablösung einzelner Busswerke durch Geld gestattet [8].

Die öffentliche Busse, welche man, wie die vorstehenden Ausführungen ergeben, im 9. Jahrhundert wieder zu beleben versucht hat, erscheint demnach als Zwangsbusse, welche für schwere Sünden, d. h. schwere kirchliche Vergehen, wenn sie öffentlich bekannt geworden waren, übernommen werden musste [9], und da man andererseits bei diesen zunächst die Zwangsbusse als Strafe statt der Exkommunikation eintreten liess [10], so ist die öffentliche Busse jetzt die Ersatzstrafe für die letztere geworden [11].

Im Zusammenhang mit dieser Verwendung der öffentlichen Busse als Strafmittel an Stelle der Exkommunikation steht es, dass man jetzt auch die Geistlichen [12]

[1] Denn immerhin zielte die ganze Gestaltung der Busse, wie früher, Bd. IV. S. 820 noch auf Aussöhnung des Schuldigen mit der Kirche ab, und es wurde diese dem eifrigen Büsser früher als dem lässigen ermöglicht, s. S. 98.

[2] Bd. IV. S. 719.

[3] S. die Nachweisungen S. 95 n. 8.

[4] D. h. für einen zusammenhängenden Zeitraum von 40 Tagen. Die Quadragesimae mussten vielfach dreimal im Jahr vor Ostern und Weihnachten, sowie nach Pfingsten gehalten werden, s. Mainz 851 c. 9. 11 und Tribur 895 c. 56 ff., S. 95 n. 8. Wenn Schmitz S. 151 die Synode v. Diedenhofen als das älteste Zeugniss für die Quadragesimal-Fasten betrachtet, so sind die Kanonen derselben, welche auf Verläumdung, Beleidigung, Verwundung u. s. w. von Geistlichen Bussen von 5—10 quadragesimae festsetzen, Boret. 1, 361 eine frühestens dem Ende des 9. Jahrh. angehörige Fälschung, ibid. p. 359.

[5] Poenit. Pseudo-Theodor. c. 1 (unten S. 103 n. 6) Wasserschleben, Bussordnungen S. 568. Erst in den folgenden Jahrhunderten kommt diese Bezeichnung häufiger vor.

[6] S. S. 95 n. 8. Die Tage waren Montag, Mittwoch und Freitag, s. Gregor III., S. 96 n. 7 a. E.; Benedict. III. a. a. O. und Konstantinopel 869 act. 9, Bd. IV. S. 721 Anm. v. S. 720.

Die Sitte, während bestimmter Quadragesimä und an den feriae legitimae zu fasten, stammt aus den Klöstern, und das letztere findet sich auch bei den sog. Stationsfasten, Binterim V. 3. 136 u. V. 2, 112 ff.; Schmitz S. 150.

Wenn Binterim V. 2, 133 u. Schmitz a. a. O. diese Fasten und die sonst noch vorkommenden Busswerke als Busssurrogate bezeichnen, so ist das schief, denn es handelt sich dabei um eine Umbildung der Bussdisciplin.

[7] S. wegen des Nichtfahrens und Reitens, des Verbotes Waffen zu tragen, der Enthaltung vom ehelichen Umgange und des Ausschlusses von der Ehe s. S. 97.

[8] Tribur 895 c. 56. 57, S. 95 n. 8. Dies ist aber die einzige Stelle, welche sich dafür nachweisen lässt. Bei der öffentlichen Busse und im Frankenreiche hat man sie also gegenüber der Entwicklung in England, Bd. IV. S. 827, nur in sehr beschränktem Maasse zugelassen, s. auch Schmitz S. 147.

[9] S. o. S. 92.

[10] S. 88. 89.

[11] Das folgt schon aus der Kombination der zu Anm. 9 u. 10 gedachten Sätze und wird dadurch bestätigt, dass eine Anzahl hierher gehöriger Stellen die in ihnen angedrohte Busse ausdrücklich als öffentliche bezeichnen, s. o. S. 87 ff.

[12] reg. Chrodegang. c. 15 cit., S. 94 n. 5 u. S. 95 n. 2; Theodulf v. Orleans cap. II., M. 13, 1015: „Adulterium, si quis presbyter perpetraverit sive palatum et publice cognitum, ab ordine sacerdotali cessabit et publica poenitentia X annorum purgabitur . . . Fornicationem si perpetraverit, eodem modo purgabitur VII annis. Si vero sodomitice, i. e. cum masculo collapsus sit, eodem modo XV annis expiabitur. Similis forma et de diaconis et de his qui in sacris ordinibus constituti sunt, observanda, ita vid. ut diaconus VII annis poeniteat pro adulterio, pro

und die Ordensleute [1] derselben unterwarf und unterwerfen konnte, denn das Wesen der öffentlichen Busse wurde jetzt in die öffentliche Demüthigung, in ihren Zwangscharakter und in die stufenweise Zulassung zu den kirchlichen Rechten gesetzt, andererseit aber in ersterer Hinsicht keineswegs eine Bussleistung in voller Öffentlichkeit vor Laien [2] erfordert, vielmehr schon die öffentliche Übernahme und Demüthigung vor dem Kreise, welchem der Schuldige angehörte [3], oder welchem er, wie der degradirte Geistliche, zur Ableistung der Busse überwiesen wurde, für genügend erachtet. Diese beschränkte Öffentlichkeit entsprach allerdings nicht dem Wesen der alten Kirche, aber wenn man sich in der damaligen Zeit bestrebte, die öffentliche Busse wieder zu beleben und sie als Zwangsbusse statt oder neben anderen Strafen auch gegen Geistliche und Ordensleute anzuwenden, so war eine Modifikation derselben schon an sich durch die Pflicht der letzteren und der Kanoniker zum gemeinsamem Leben im Kloster bedingt, und da man die übrigen Geistlichen ebenfalls schon längst zur Ableistung der ihnen auferlegten Busse in die Klöster oder bischöflichen Gefängnisse eingeschlossen hatte [4], so ergab sich auch für diese von selbst eine Beschränkung der Öffentlichkeit. Oder mit anderen Worten: man ist auf diese Weise dahin gelangt, die im Kloster oder im Gefängniss abgeleistete Zwangsbusse, bei welcher die kirch-

fornicatione vero V annis, pro sodomitico X annis, pro adulterio V annis, pro fornicatione annis III, pro sodomitico VII annis. Secundum praefixos gradus usque ad ultimum gradum ecclesiasticum observantia talis habeatur"; Stellen, welche Schmitz Bussbücher S. 138 ff. völlig unbeachtet gelassen hat. Wenn Paris 829 I. c. 35, S. 85 n. 6 deponirte Priester der poenitentia canonica, Chalons 813 c. 36, S. 86 n. 1, Bischöfe und Äbte der poenitentia canonica sive regularis unterworfen wissen wollen, so kann unter der kanonischen Busse nur die in Gemässheit der Kanones zu leistende, also die öffentliche verstanden werden. Das ergeben die auf die canones hinweisenden Stellen dieser Zeit, S. 92 n. 6 u. S. 93 n. 1. Freilich hält Schmitz, S. 62 die Identificirung von kanonischer und öffentlicher Busse für verwirrend, indem er der öffentlichen die geheime und der privaten die kontrolirte und beaufsichtigte Busse gegenübersetzt, und zu dem Resultat kommt, dass es in der hier fraglichen Periode eine kanonische Busse gegeben habe, welche entweder öffentlich oder geheim, privatim oder unter Kontrole geleistet worden sei. Ganz abgesehen, dass diese von vornherein eigenthümlich erscheinende Auffassung, nach welcher schliesslich nur eine freiwillig übernommene, unkontrolirte, im Geheimen und ohne Mitwirkung des Priesters geleistete Busse keine kanonische sein würde, nicht durch die Quellen belegt und erwiesen ist, so kann die kanonische Busse immer nur eine in Gemässheit der älteren canones auferlegte sein, was auch Schmitz S. 88 selbst zugiebt. Die Busse, welche diese kennen, ist aber die öffentliche, keine geheime, Bd. IV. S. 696. 715. 721. 822, also die geheime auch keine kanonische. Nun ist es allerdings richtig, dass man in der karolingischen Zeit die Priester darauf hingewiesen hat, bei der Auferlegung der Privatbusse sich statt an die Beichtbücher an die canones zu halten (mehr sagt „ein Capitulare des 9. Jahrhunderts cap. lib. 5. c. 52", so Schmitz S. 116, in Wahrheit Bened. Lev. I. 116, nicht, welches den Ausdruck: canonica poenitentia nicht aufweist), aber daraus folgt noch nicht, dass diese Busse auch eine kanonische im eigentlichen und im Sinne der alten canones gewesen wäre.

[1] Chalons 813 c. 36 cit., Rom 853 add. zu c. 32, S. 86 n. 1 (publica poenitentia). Paris 829 I. 43, S. 85 n. 11 (poenitentia canonica).

[2] S. S. 94. 95.

[3] Das zeigt nicht nur Chalons 813 c. 36 cit., welches die poenitentia canonica und die regularis gleichstellt, sondern namentlich Douci 874 c. 7, M. 17, 293. Danach soll die Nonne Duda, welche eines Complottes, sich der Äbtissin-Stelle zu bemächtigen, und des vertrauten Umgangs mit einem Priester beschuldigt ist, gegeisselt werden, und wenn sie trotzdem verstockt bleiben würde, „et quia ss. canones huiusmodi poenitentia publica iubeat mulctari, secundum cap. 25 regulae (d. h. Benedikts, Migne 66, 507), quod sententiae Pauli apostoli et canonum diffinitioni concordat, iudicium pro gravi culpa suscipiat. In quo iudicio III annis immoretur et abbatissa sollicitudinem de illius poenitentia et consolatione sec. cap. 27 regulae (l. c. p. 515) diligenter adhibeat. Et alios III annos sec. cap. reg. 49 (offenbar c. 44 p. 583) sororibus in oratione communicet, non tamen in choro cum sororibus, sed retro ostium stans vel orans, secundum canones sacros, sive in loco constituto sibi a matre monasterii, ut ab omnibus possit videri . . . Septimum vero annum, sec. cap. 29 reg. (p. 525), in ultimo loco degens in oblatione sororibus secundum canones ss. communicet. Et post VII annos communionem corporis et sanguinis Christi, si poenituerit digne, percipiat, de cetero usque ad ultimum vitae suae finem permanens in omni regulari subiectione".

[4] Bd. IV. S. 817, 821, ferner o. S. 82. 83. 85.

lichen Rechte erst in bestimmter Reihenfolge wieder ertheilt wurden, der alten unbeschränkt öffentlichen Busse als gleichwerthig zu behandeln[1], und konnte daher an der längst hergebrachten Praxis der Verweisung strafbarer Geistlichen in die Klöster festhalten, wodurch sie während ihrer Busse den Augen der Laien entzogen wurden[2]. Selbstverständlich ist es, dass trotzdem nicht jede Busse, welche dem Kleriker auferlegt wurde, eine solche öffentliche oder ihr gleichstehende Zwangsbusse war, sondern dass diese allein bei schwereren Vergehen, also neben der Deposition oder statt der Exkommunikation oder zur Beseitigung derselben verhängt wurde[3], dass es aber im übrigen für die leichteren Fälle bei der früheren blossen einfachen und geheimen Zwangsbusse[4] verblieb[5].

Wie sich in Folge der gegen die älteren Pönitentialien hervorgetretenen Opposition die Praxis bei der Handhabung der Privatbusse des Näheren gestaltet hat, darüber fehlt es an hinreichenden Nachrichten. Es wird zwar wiederholt in den aus diesen Kreisen hervorgegangenen Anordnungen und Pönitentialien darauf hingewiesen, dass die alten, die öffentlichen Busse voraussetzenden Kanones auch für die Privatbusse der Laien und Geistlichen massgebend sein sollen[6], und wenngleich diese unbedingt für eine Reihe dabei in Frage kommender Busswerke, wie Fasten, Gebete und Almosen, welche jetzt auch für die öffentliche Busse vorgeschrieben worden sind[7], sowie für die Zeit der Busse, ohne Schwierigkeit angewendet werden konnten, so blieb doch die Frage immer eine offene, in wie weit derjenige, welcher freiwillig eine Sünde gebeichtet und die Privatbusse auf sich genommen hat, von der Ausübung seiner kirchlichen Mitgliedschaftsrechte ausgeschlossen war. Für die Geistlichen führte die Privatbusse keine Schmälerung ihrer Amtsrechte herbei, vielmehr blieb es ihnen überlassen, sich der Ausübung derselben zu enthalten oder auf ihr Amt zu verzichten[8]. Demnach liegt in Betreff der Laien die Annahme nahe,

1 Diese Auffassung tritt deutlich in Douci 874 c. 7, s. S. 101 n. 3, hervor, wo die vorgeschriebene Bussleistung nicht direkt als poenitentia publica bezeichnet, sondern nur als eine dieser entsprechende hingestellt wird.

2 Hieraus ergiebt sich zugleich, dass in der karolingischen Zeit von einem Verbot, die Geistlichen der öffentlichen Busse zu unterwerfen, keine Rede sein konnte, wennschon jetzt die derselben unterstehenden Kleriker nicht mehr wie früher, Bd. IV. S. 740, in allen Fällen der Exkommunikation unterlagen. Allerdings sagt c. 5 Dist. LXXXII., welches für das Vergehen der Fornikation eines Priesters 10 Jahr Busse vorschreibt und zwar zunächst 3 Monate Absonderung von den anderen (möglicher Weise im Haftlokal): „finitis tribus mensibus continuis exeat (aus dem Carcer), tamen in publicum non procedat, ne grex fidelis in eo scandalum patiatur: nec enim debet sacerdos publice penitere, sicut laicus"; aber einmal kann dies dahin aufgefasst werden, dass der Priester die Busse nicht in unbeschränkter Öffentlichkeit wie der Laie (jedoch immer die bei Geistlichen übliche öffentliche Busse, s. o. S. 101) leisten soll, weiter gehört auch die Stelle, als deren Quelle fälschlich das Concil v. Gangra bezeichnet wird, jedenfalls einer Privatarbeit, vielleicht einer Bussanweisung an und fällt frühestens in die zweite Hälfte des 9. Jahrhunderts, denn sie citirt zweimal Pseudo-Isidor, Clem. c. 46 u. Calixt. c. 19. 20, Hinschius p. 48. 141 (c. 19 Dist. LXXXI. u. c. 14 Dist. L).

3 Dieses Princip ergeben die vorher angezogenen Stellen, s. auch Chrodeg. reg. c. 15.

4 Bd. IV. S. 817. 818.

5 S. z. B. Rouen S. 85 n. 13.

6 So sagt Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II., M. 13, 1012, nachdem er die öffentliche Busse wegen Mordes angegeben hat: „Si autem occultum sit, occulte similiter agat, sicut superius insertum est", und in Betreff des des Ehebruchs schuldigen Priesters ibid. p. 1015, S. 100 n. 12 (nach den Worten purgabitur): „Quod si occulte hoc fecerit et occulte ad confessionem venerit, occulte ei poenitentia imponatur. Relinquatur autem in suo arbitrio, utrum cessare debeat ab illo ministerio, an permanens possit dignam satisfactionem domino exinde facere. Quod si ille se lacrymis et orationibus devotissime quotidie lavaverit et eleemosynarum exhibitione peccata sua extinguere curaverit, si occultum est, potuerit occulte in suo permanens gradu agere poenitentiam".

7 S. o. S. 95.

8 S. Theodulf v. Orleans s. Anm. 6; Hrabani Mauri lib. poenitent. c. 1, Migne 112, 1399: „Qui autem de praedictis viris (d. h. Geistliche) per occultam confessionem mala a se absconse commissa coram oculis dei praesente etiam sacer-

dass diese ebensowenig von rechtswegen an ihren kirchlichen Befugnissen eine Einbusse erlitten haben [1], und dass ihnen der Priester nur anheimstellen konnte, sich zeitweise von der Kirche und namentlich vom Abendmahl fernzuhalten [2]. Allerdings erwähnen die dieser Periode angehörigen Beichtbücher im Zusammenhang mit ihren Busssatzungen der Ausschliessung vom Abendmahl in viel weiterem Umfange als die älteren, aber einmal geben sie Vorschriften wieder, welche der mit der öffentlichen Busse unbekannten britischen Kirche [3] angehören [4], ferner weisen sie solche ältere Kanonen der morgenländischen Synoden auf, welche die öffentliche Busse als Mittel der Beseitigung der Exkommunikation voraussetzen [5], und endlich enthalten sie eine Reihe von Vorschriften, welche für die öffentliche und die private, also sowohl für die Zwangsbusse wie auch für die auf Grund der freiwilligen Beichte übernommene Privatbusse als Anweisungen dienen sollten, und daher die bei der ersteren eintretende Rechtsminderung der Stellung des Büssers berücksichtigen mussten [6]. Es lässt sich also aus diesen Bestimmungen keineswegs die Annahme begründen, dass auch die auf Grund des geheimen Sündenbekenntnisses vor dem Priester übernommene Privat-

dote qui eis indicturus est poenitentiam confitentur et semetipsos graviter deliquisse accusant, si veraciter poenituerint et se per ieiunia et eleemosynas, vigilias atque sacras orationes cum lacrymis purgare certaverint, eis etiam gradu servato spes veniae de misericordia dei permittenda est"; p. 1400: „De his autem, quorum occulta peccata sunt, nec manifeste ab aliquo argui possunt, si salubriter compuncti pro peccatis suis confessionem episcopo sive presbytero occulte faciunt, bonum mihi videtur, ut secundum id quod sibi decretum fuerit ab episcopo sive presbytero, poenitentiam agant . . . ferventer et sollicite ac sic se veniam a domino percepturos et gradum se recuperatores confidant (wiederholt im Poenitentiale ad Herib. c. 10, Migne 110, 474. 476).

1 Darauf lassen schliessen Rhabanus Maurus de cler. inst. II. 30 und Rudolf v. Bourges u. 850 c. 44, S. 93 n. 1; denn das Stehen an der Thür der Kirche, das Zurücktreten hinter den übrigen Gläubigen und das Nichtempfangen des Abendmahls, s. S. 95. 96, konnte doch unmöglich der Gemeinde verborgen bleiben. Dem hat auch die frühere Praxis entsprochen, Bd. IV. S. 827. 828. Ferner soll nach den dem 9. Jahrh. angehörigen s.g. statuta Bonifacii c. 31, M. 12, 386 der Priester den Beichtenden gleich nach der Beichte rekonziliiren (S. 90 n. 2).

2 Vgl. auch Mainz 851 c. 13; LL. 1, 414: „Si autem manifestis indiciis non potest probari, eum homicidam esse nec ipse vult confiteri, omnipotentis dei iudicio . . . reservetur eique tamen indicetur, quod communione ecclesiastica indignus sit, donec perpetratum crimen per confessionem et poenitentiam condignam ab hoc crimine se absolvere potest".

3 Bd. IV. S. 824. 825.

4 So reproduziren z. B. die XXXV cap. c. 33 § 2 (nach Wasserschleben S. 68 dem 8. Jahrh., nach Schmitz S. 608 dem Anfang des 9. angehörig) Theodor I. 12. §. 3.

5 Z. B. beruht Valicell. I. c. 77, Schm. S. 301 auf Ancyra c. 8; c. 78 ibid. auf c. 9 dess. Konz.; Poenit. Arundel (jedenfalls nicht vor 895, und nicht, wie Schm. S. 432 will, der s.g. römischen Gruppe angehörig, s. auch Meurer, Histor. Jahrb. d. Görres-Gesellschaft 1887. S. 138) c. 48 auf Neucäsarea c. 2; c. 49 auf Elvira c. 12; cap. XXXV c. 8. § 2 auf Ancyra c. 16.

6 Wenn cap. XXXV c. 1 § 1 u. c. 7 §§ 1—7. 9. bei Angabe der Busse für die von Geistlichen verübte Tödtung und die von diesen begangenen Fleischesvergehen neben der Fernhaltung vom Abendmahl für verschieden bestimmte Zeiten auch die Deposition, c. 7. § 1 cit., und die Einschliessung androhen, so zeigt dies deutlich, dass es sich hier nicht bloss um die freiwillig übernommene Privatbusse, bei welcher von der Absetzung keine Rede war, handeln kann. Dasselbe gilt auch von Poenit. Pseudo-Theodori c. 1, W. S. 568 (aus dem 9. Jahrh. W. S. 18. 86. Schm. S. 513): „Si quis pro qualicumque criminali peccato diutina poenitentia fuerit puniendus, placuit quibusdam, ut tam diu ab ingressu aecclesiae amoveatur, quamdiu poenitentiae ipsius mensura extenditur. Nonnullis etiam in locis ita observatur, ut si quis VII annorum vel VII carinarum (S. 100 n. 5) poenitentia fuerit dampnatus, primo anno vel carina se ab introitu aecclesiae abstineat . . . In orientalibus vero i. e. Germaniae Saxoniaeque partibus . . . capitalium criminum reus, v. gr. si parricida exiterit, VII annis ab ingressu domus dei alienatur" . . ., denn nach dem Wortlaut handelt es sich hier um Straf-, also Zwangsbusse, wie sie in den S. 82. 83. 85 ff. citirten Konzilien der karolingischen Zeit vorgeschrieben ist; ebenso Arundel c. 21, Schm. S. 444: „Si infans baptizatus quidem infra VII annos parentum negligentia perierit, III annis poeniteant nec tamen communionem aut ecclesiam amittant. — Quicumque unum ex his homicidiis (vorher gehen eine Reihe von Kanonen über verschiedene Arten der Tödtung) excepto hoc uno extremo fecerit, quousque poenitentia peragatur, abstineat a communione, medietate vero ab ingressu ecclesiae".

busse rechtlich mit einer Beschränkung der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte des Büssers verbunden war[1].

2. Die Zeit vom 10. bis 14. Jahrhundert. Es ist auffällig, dass in den Rechtsquellen, welche den auf die karolingische Zeit folgenden Jahrhunderten angehören, der öffentlichen Busse verhältnissmässig viel seltener erwähnt wird, als in karolingischer Zeit, nur Verbote an die Äbte und Mönche, eine solche aufzuerlegen[2] und päpstliche Bestätigungen dieses Rechtes für Kapitel und Bischöfe[3], sowie einzelne gelegentliche Erwähnungen[4] sind nachweisbar, aber keine Vorschriften, welche Näheres über die Voraussetzungen und die Gestaltungen der öffentlichen Busse ergeben[5].

Aber gerade die erstgedachten Quellen bestätigen wenigstens das weitere Vorkommen derselben. Man ist daher berechtigt, diejenigen Stellen, welche ohne nähere Bestimmung die Busse in ähnlicher Weise wie die der karolingischen Zeit angehörigen regeln, mindestens in erster Linie auf die öffentliche Busse zu beziehen.

Was zunächst die Gestaltung der letzteren betrifft, so treten nunmehr im Verhältniss zur karolingischen Zeit folgende Modifikationen ein:

1. Einmal hat sich jetzt die Anschauung festgestellt, dass der Eintritt in ein Kloster[6] die öffentliche Busse ersetzt, und daher wird die Verweisung in ein solches häufiger als früher auch bei Laien als Zwangsbusse auferlegt[7].

[1] Wenn das zum Valicell. I gehörige cap. ad reconciliandum poenitentem mit seinem Gebet, Schm. S. 342: „te supplicamus ut huic famul. tuo N. quem ad corporis et sanguinis tui communionem revocasti indulta venia ad celestem benedictionem perducas" sich auch auf die Privatbusse bezieht, so setzt die erwähnte Rückrufung zur Gemeinschaft des Leibes und Blutes Christi doch nicht nothwendig eine rechtliche Ausschliessung vom Abendmahl voraus.

[2] Lateran. I 1123 c. 17, M. 21, 285: „Interdicimus abbatibus et monachis publicas poenitentias dare".

[3] (Gegenüber den Eingriffen der Mönche) Gelasii II. 1118, J. L. n. 6651 für das Domkapitel in Lucca M. 21, 174: „Neque publica et maiora negotia aliqua sibi ecclesiarum ipsis invitis arripiat et publicas poenitentias tribuat"; bestätigt von Eugen III. 1150, J. L. n. 9404; Anastasius IV. 1153, n. 9758; Hadrian IV. 1155, n. 10028, v. Pflugk-Harttung acta pontif. roman. 3, 98. 125. 164, und Cölestin III. 1194, n. 17115, ibid. 3, 394: „Cathecuminos quoque aut infirmorum unctiones in populo a monachis fieri vel publicas penitencias dari sine tua vel successorum tuorum permissione vetamus"; vgl. auch die Bestätigung eines Schiedsspruchs durch Alexander III. 1168/1169, worin einem Kloster das Recht auf die publicas poenitentias abgesprochen wird, ibid. 3, 216. 217.

[4] c. 7 (Clem. III.) X de poen. V. 38 betreffend die Anfrage, ob griechischen Priestern, welche ihre Kinder im Bett absichtlich erdrückt haben, die publica poenitentia aufzuerlegen ist („et eis gravior, quam laicis, non tamen publica, nisi in publicum id veniat, poenitentia debet imponi").

[5] Die Kanonensammlungen (Regino, Burchard und Gratian) ziehe ich absichtlich nicht heran, weil sie Kanonen der verschiedensten Zeiten und Stufen der Entwicklung wiedergeben, also fürdie praktische Gestaltung in der hier fraglichen Zeit allein und in massgebender Weise nicht verwerthet werden können. Ebenso wenig habe ich die von Morinus, Schmitz und anderen mitgetheilten ordines poenitentiae benutzt, weil deren Alter, namentlich in einzelnen Stücken und in einzelnen Fassungen noch nicht genügend untersucht ist, und sich auf die bisherigen Altersangaben sichere Schlüsse nicht bauen lassen.

[6] Die Verweisung in ein Kloster ist schon früher als Zwangsbusse und der Eintritt in ein solches bei der freiwillig übernommenen Privatbusse vorgekommen, Bd. IV. S. 817. 818. 826. 827, vgl. ferner c. 8 (Paulinus v. Friaul 794) C. XXXIII qu. 2 (Rath an den Mörder der Ehegattin, entweder in ein Kloster einzutreten oder die öffentliche Busse zu übernehmen).

[7] Schon Benedikt Levita II. 71 verlangt, dass beim Incest oder Vatermord der schuldige „aut monasterium petat aut si foris remanere voluerit, tempora poenitentiae secundum canones pleniter exsolvat"; vgl. ferner Hohenaltheim 916 c. 21, S. 87 n. 1 u. S. 89 n. 5, ferner c. 22. 24. 25 ibid. (S. 87 n. 1), wo alternativ Eintritt in das Kloster oder öffentliche Busse ausserhalb desselben festgesetzt wird. Da hier von einem lebenslänglichen Verbleiben im Kloster die Rede ist, so sollte der Betreffende offenbar auch als Mönch eintreten. Die Busse lag in der Übernahme des Gelübdes; s. das Gottesfriedensstatut Calixts II. zu Rheims 1119, M. 21, 237: „si solutus fuerit ab uxore, vel monachus fiat vel Hierusalem eat"; ferner Oviedo 1115 c. 2, M. 21, 132 (Sakrileg): „ita poeniteat, ut in monasterio sit monachus sub regula Benedicti aut sit eremita omnibus diebus vitae suae aut se servum subiciat servituti ecclesiae quam laesit aut summam peregrinationem arripiat omnibus diebus vitae suae". Doch

2. Unter den früheren Busswerken, von denen vor Allem die o. S. 95 gedachten Quadragesimal-Fasten und die Fasten an den feriae legitimae noch in Übung bleiben [1], treten einzelne Busswerke [2], wie die Wallfahrten [3] und die Exilirung [4], das Tragen von eisernen Reifen oder Ketten am Halse, an den Armen und Beinen [5] mehr als früher in den Vordergrund, und es kommen auch neue, wie die Führung des Eremitenlebens [6], die Bekämpfung der Verletzer des Gottesfriedens [7] oder der Sarazenen [8], die Einschliessung auf Zeit [9], die Geisslungen [10] und die Vermögensentäusserung zu frommen Zwecken [11] in Gebrauch.

3. Die Bussredemtionen, welche noch Ende des 9. Jahrhunderts auf dem Kontinent blos in geringem Umfange gestattet waren [12], finden jetzt eine grössere Verbreitung [13], namentlich wird die Ablösung des Fastens vielfach durch Geld zugelassen,

kommt auch die blosse Verweisung in ein Kloster auf Zeit, nach Alex. II. 1061, J. L. n. 4470, M. 19, 963 bei siebenjähriger Busse auf ein Jahr (für den Brudermörder) vor.

1 Hohenaltheim 916 c. 25 cit., Rheims 923 M. 18, 346; Mailänder Statut 1059, M. 19, 894. Sehr häufig wird der Haltung der carinae und der feriae legitimae bei Burchard v. Worms XIX c. 5 gedacht. Das Konzil v. Seligenstadt 1023 c. 17, Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 352 wendet sich gegen die Theilung der carinae, falls der Büsser nicht krank ist. Vgl. auch o. S. 100.

2 Vgl. hierzu auch Morinus l. c. VII. c. 13 ff. p. 468 ff.

3 Alexander II. 1066/1067, Loewenfeld epist. pontif. Roman. p. 57; Mailänder Statut 1059, M. 19, 894: „archiepiscopo promittente, quod omnes orationis causa procul ipse dirigeret, sive videl. Romam sive Turonum, ipse autem archiepiscopum profecturum se ad b. Jacobi (a Compostella) venerabilem tumulum"; auch Rheims 1119 und Oviedo 1115 c. 2, S. 104 n. 7; ferner Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440; c. 18 Later. II. 1139, M. 21, 531 (c. 32 C. XXIII. qu. 8).

4 Auf etwa ein Vierteljahr, Alex. II. 1063, J. L. n. 4531, M. 19, 962: „a festivitate s. Martini usque ad natalem domini aut faciat carcerem ieiunans quotidie in pane et aqua aut eat exul et ieiunet tribus diebus in pane et aqua"; auf ein Jahr Urban II. 1089, Loewenfeld p. 64; auf unbestimmte Zeit Paschalis II. 1106, J. L. n. 6096, M. 20, 1031 und Lucius II. 1144, J. L. n. 8567, M. 21, 614.

5 Gewöhnlich in Verbindung mit Wallfahrten, vita s. Wolfgang. Ratisbon. (saec. 11.) c. 41 SS. 4, 542: „Homo ... qui ob criminum multorum perpetrationem circulis ferreis in utroque brachio fuit constrictus et ex hoc gravissimis quoditie suppliciis afflictus, cum multa sanctorum loca pro eiusdem cruciatus remedio commissique sceleris abolitione perlustrasset" ..., schon die vita s. Convojonis (†868) III. 1 u. 8, Mabillon acta SS. ord. Bened. saec. IV. 2, 215. 219 berichtet von ähnlichen Fällen, welche also noch in die karolingische Zeit gehören würden.

6 Oviedo 1115 c. 2, S. 104 n. 7.

7 Gottesfrieden v. Auch u. 1140 M. 20, 888. 1148.

8 c. 18 Later. II. 1139, M. 21, 531 cit.

9 Alex. II. n. 4531 cit.; Gregor VII. 1073/1085, Loewenfeld p. 58 (Kleriker für 40 Tage bei Anfang der Busse).

10 Lamberti ann. a. 1046, SS. 5, 154: „Dux Gotefridus ... civitatem Verdonensem cepit, maiorem in ea ecclesiam concremavit. Sed post modicum tempus facti in tantum poenituit, ut publice se verberari faceret et capillos suos, ne tonderentur, multa pecunia redimeret, sumtus ad reaedificandam ecclesiam daret"; vgl. Binterim V. 3, 145 ff.

11 Alex. II. J. L. n. 4470, M. 19, 963: „medietatem totius patrimonii sui pro fratris (des getödteten) animaeque suae remedio pauperibus tribuat, alteram quoque heriditatis portionem nihilominus pro eadem causa distribuens, usumfructum suae necessitati reservet".

Über die eigenthümliche Busse des Bischofs Bruno v. Trier 1106 s. o. S. 56 n. 2.

12 S. S. 95 n. 8 u. 100.

13 Rheims 923, M. 18, 345: „Omnibus vero his tribus quadragesimis IIa, IVa et VIa feria in pane, sale et aqua abstineant aut redimant; similiter XV diebus ante nativitatem S. Joannis Bapt. et XV diebus ante nativitatem d. Salvatoris omni quoque VI feria, nisi redemerint"; 1053 legt sich der Erzb. Wido v. Mailand, weil er die Simonie nicht ausgerottet habe, selbst eine poenitentia C annorum auf: „redemptionemque eius taxatam per unumquemque annum pecuniae quantitate praefixi"; M. 19, 893; vgl. ferner ibid. p. 899: „qui autem ieiunare facile non potest, unum ex his diebus per omnem hebdomadam redimere licentiam habet, ita ut unum psalterium meditetur aut medium cum L metanaeis (Kniebeugungen) aut unum pauperem pascat et lotis pedibus nummum porrigat"; Winchester 1076 c. 3, M. 20, 461: „Si autem percussorum vel occisorum (in magno proelio numerum) ignorat, ad arbitrium episcopi sui, quoad vivit, uno die in hebdomada poeniteat; aut si potest, vel ecclesiam faciendo vel ecclesiam largiendo perpetua eleemosyna redimat". Auch Regino II. 446. 449. 451. 452. 453. reproducirt aus den älteren Beichtbüchern (Bd. IV. S. 827 n. 6) Stellen über die Geldredemtionen, und dasselbe gilt von Burchard XIX 13. 15. 16. 20. 22. 23. Ausserdem kommen bei beiden auch noch Psalmensingen und Kniebeugungen, Regino II. 447. 452. 454, Burch. XIX. 12. 13. 18. 19. 24. 25 (vgl. dazu auch M. 19, 894 cit.; ferner Burch. XIX. 17: „Quidam dicunt XX palmatas valere pro uno die", s. g. Palmaten, d. h. Hinstrecken auf die Erde unter gleichzeitiger Be-

und seit dem Ende des 11. Jahrhunderts gilt auch die Betheiligung an den Kreuzzügen als Ersatzmittel für jede übernommene Busse [1].

4. Schon im 9. Jahrhundert [2] hatten einzelne Bischöfe sich in zweifelhaften Bussfällen an die Päpste gewendet [3], und es waren auch vielfach solche Personen, welche schwere Sünden auf sich geladen hatten, nach Rom gepilgert, um sich vom römischen Bischof Anweisung über die von ihnen zu leistende Busse zu erbitten [4]. Im 11. Jahrhundert wurde das letztere immer häufiger [5], namentlich wandten sich die Büsser vielfach nach Rom, wenn ihnen die vom Bischof auferlegte Busse zu schwer erschien, oder wenn sie hofften, von vornherein eine mildere Behandlung seitens des Papstes als seitens ihres Bischofs zu erfahren [6]. Dadurch wurde den Päpsten Gelegenheit gegeben, auf die Handhabung des Busswesens in der ganzen Kirche einzuwirken, namentlich auch in dieser Hinsicht die Stellung einer höchsten Instanz und ein Milderungs- und Begnadigungsrecht gegenüber den von den Bischöfen getroffenen Verfügungen zur Geltung zu bringen. Zwar hat sich in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts seitens einzelner Bischöfe eine Opposition gegen diese Beeinträchtigung ihrer Rechte geltend gemacht [7], aber dieselbe blieb erfolglos [8], umsomehr als ein Theil der Bischöfe, welche den Strom der nach Rom ziehenden Pilger nicht zurückzustauen vermochten, sich ihrerseits vielfach selbst in schwierigeren Fällen nach Rom wandten [9]. So konnten seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts die Päpste die erwähnten Rechte unbeanstandet ausüben [10], und Gregor VII. hat sich schon veranlasst

rührung des Bodens mit den Knieen und der flachen Hand, vielleicht auch mit Klopfen auf die Brust), vgl. Binterim V. 3, 152, vor.

[1] Clermont 1095 c. 2, M. 20, 816: „Quicumque pro sola devotione, non pro honoris vel pecuniae adeptione, ad liberandam ecclesiam dei Jerusalem profectus fuerit, iter illud pro omni poenitentia reputetur“. Darüber, dass auch das Tragen der äusseren Zeichen des Büssens durch Geld abgelöst werden konnte, s. S. 105 n. 10.

[2] Nicht im 8. Jahrh., so M. Hausmann, Gesch. d. päpstlichen Reservatfälle. Regensburg 1868. S. 39 und Schmitz S. 155, denn die Anfragen des Bonifatius bei Gregor III. und Zacharias, Jaffé mon. Mogunt. p. 93 und p. 225 sind durch dessen Stellung zum römischen Stuhl und durch seine Mission zur Reformirung der kirchlichen Verhältnisse in Frankreich bedingt worden, Bd. I. S. 506 n. 2 u. Bd. III. S. 703. Der Papstbrief bei Ivo decr. X. 186 wird irriger Weise von Hausmann S. 43 und Schmitz S. 155 Stephan III. (768—772) zugeschrieben, während er Stephan V. (887, 888) angehört, J. L. n. 3445.

[3] c. 18 (Nicol. I.) C. XII qu. 2; Nicol. I. ep. ad. Arduic. Vesont. 865 c. 2 ff., J. E. n. 2787, M. 15, 461.

[4] Benedikt III. cit., Ztschr. f. K. R. 20, 100: „Dum de universo mundo credentium agmina catervatim confluerent ad limina bb. apost. Petri et Pauli“; Nicol. I. ad Rivold. J. E. n. 2852, M. 15, 388: „Undique etenim venientes admodum plurimi suorum facinorum proditores“; s. auch Benedikt III. a. a. O. S. 101; c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII. qu. 2; Stephan V. cit. (Anm. 2.).

[5] Auch Bischöfe thaten dies, s. die Absolution des B. v. Auxerre durch Johann XIX. (1024 bis 1033) J. L. n. 4102, M. 19, 419.

[6] Das ergiebt Seligenstadt 1023 c. 18, Bd. III S. 485 n. 2. Auch zu Limoges 1031, M. 19, 546 ist von einzelnen Seiten über die Auferlegung von Pönitenzen durch die Päpste geklagt worden (vgl. die folgende Anm.).

[7] Nach Seligenstadt c. 18 cit. sollen die Büsser zunächst die ihnen auferlegte Busse leisten, und erst dann mit Erlaubniss und mit einem Schreiben ihres Bischofs sich nach Rom begeben dürfen. Vgl. gegen Bd. III S. 845 n. 2 Schnüser, Pilgrim, Bischof v. Köln. Münster 1883 S. 38 ff. 102, aber für die dort vertretene Ansicht Bresslau, Konrad II. 2, 524 und Lesser, Erzb. Poppo v. Trier. Leipzig 1888 S. 62. Auch zu Limoges wird erklärt: „Nam inconsulto episcopo ab apostolico poenitentiam et absolutionem nemini accipere liceat“, M. 19, 547, aber es werden doch die Rechte des Papstes in weiterem Umgange als zu Seligenstadt anerkannt; vgl. Bd. IV S. 102 n. 2.

[8] Über die schroffe Stellung, welche die römische Kurie gegenüber der Synode v. Seligenstadt eingenommen hat, s. Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 280. 281, vgl. auch Bd. III. S. 485.

[9] Limoges 1031, s. Anm. 7; s. auch ep. Sigifrid. I. Mogunt. 1066/1067, Jaffé, mon. Bamb. p. 59; Alex. II. 1065 u. 1066/1067, J. L. n. 4572. 4623, M. 19, 962. 989.

[10] Fälle, in denen der Papst den ihn angehenden Verbrechern die Busse auferlegt, Alex. II. 1063. 1062, J. L. n. 4531. 4484, M. 19, 962. 966; unter Gewährung einer leichteren Busse, 1065, Loewenfeld p. 53; Milderungen der von den Bischöfen auferlegten Bussen, Alex. II. 1062. 1066/1067, Loewenfeld p. 39. 56;

gesehen, die Anordnung zu treffen, dass bei der Kurie kein Büsser ohne Legitimation seines Bischofs angenommen werden sollte [1].

Hatte schon die Sitte, die Busswerke näher zu spezialisiren und Bussredemtionen zuzulassen [2], zu einer Beseitigung des ursprünglichen Charakters der öffentlichen Busse geführt [3], so wird die dadurch bedingte Mannigfaltigkeit der Verpflichtungen der einzelnen Büsser jetzt in Folge des päpstlichen Ergreifens in einzelnen Fällen und der individuellen Behandlung derselben noch gesteigert, und wenngleich die Päpste die früheren Kanones für die Auferlegung der Busse im Prinzip für massgebend erklären, so legen sie sich doch nicht nur selbst das Recht bei, nach Lage der besonderen Umstände Milde walten zu lassen, sondern sprechen auch den Bischöfen eine gleiche Befugniss zu [4].

Von der Herausbildung einer einheitlichen und festen Praxis, welche ohnehin durch die Verschiedenheit der als Grundlage angenommenen Kanones erschwert wurde [5], konnte daher nunmehr vollends keine Rede sein, und wenn schon in der karolingischen Zeit die Rechtsstellung der Büsser nicht mehr einheitlich geregelt war [6], so macht sich jetzt in dieser Hinsicht eine noch grössere Verschiedenheit, so namentlich hinsichtlich des Rechtes, die Kirche zu betreten, das Abendmahl zu empfangen [7], die eheliche Gemeinschaft mit der Frau fortzusetzen [8] oder eine Ehe

1061, J. L. n. 4470, M. 19, 963; Urban II. 1089, Loewenfeld p. 64.

[1] Auf der römischen Novembersynode v. 1078, Jaffé mon. Gregor. p. 331: „ut nullus penitens suscipiatur sine litteris episcopi sui, nisi forte fuerit episcopus mortuus vel excommunicatus.

[2] S. 100 u. 105.

[3] S. 100.

[4] Alex. II. 1066/1067, Loewenfeld p. 55: „Que in canonibus determinata est, penitentia est omnino observanda, sed misericordie gratia, que nulla lege concluditur, nullo temporis spatio coherceetur, non est pie penitentibus deneganda. Pastoralis itaque discretionis est uniuscuiusque contrictionem cordis et doloris affectum magis quam temporis spatium attendere et pro meritis operum fructuque penitentiae misericordiae oleum adhibere"; Alex. II. M. 19, 966 cit.: „Si quis autem episcopus vel religiosus presbyter causa pietatis aliquid sibi relaxare voluerit: hoc ei apostolica auctoritate concedimus"; vgl. auch Alex. II. M. 19, 902 cit. a. E.

[5] S. 92 ff. Auch die Kanonensammlungen des 10. und 11. Jahrhunderts, so Regino, s. namentlich II c. 6 ff. 98 ff. 276 ff. 330 ff. 354 ff. und Burchard v. Worms geben die verschiedenartigsten Kanonen wieder.

[6] S. 95.

[7] Noch Alexander II. 1065, Loewenfeld p. 53 bei 5jähriger Busse: „hoc anno (d. h. während des ersten Jahres) ecclesiam ne ingrediaris neque communices nisi pro necessitate mortis"; Alex. II. M. 19, 962 cit. bei 14jähriger Busse: „tribus prioribus annis extra ecclesiam, nisi ad extrema mortis absque communione et mensae participatione et pace sit. Sed a coena domini solummodo reconcilietur usque ad octavas pentecostes . . . post III annos reddita sibi communione ecclesiae et mensae inter idiotas (d. h. unter den nicht ordinirten Laienbrüdern, denn es handelt sich um einen zur Busse in das Kloster verwiesenen Priester) sit usque ad expletos VII annos"; Alex. II. J. L. n. 4531 M. 19, 962 cit. bei 10jähriger Busse: „ab ingressu autem ecclesiae et communione VII annos abstineat"; Alex. II. 1063, J. L. n. 4526, M. 19, 976 bei 14jähriger Busse „abstineant se ab ingressu ecclesiae et a communione II annis"; Alex. II. M. 19, 964 cit.: „ut a corpore et sanguine domini usque ad III annos expletos abstineat, nisi periculum mortis immineat"; Gregor VII. cit., Loewenfeld p. 59: „huiusmodi penitentiam sibi (Kleriker, welcher Waffen trägt und eine Tödtung begeht) iniungentes carceri XL diebus mancipandum decernimus; deinde ecclesie gremio inter laicos miserationis intuitu sociamus; penitentiam XIV annorum imponimus, sed II accipimus ita, ut proximo quadrigenio a dominici corporis et omnium carnium se abstineat perceptione", wonach der Ausschluss vom Abendmahl nur für die nächste Quadragesima und die entsprechende im folgenden Jahr angeordnet wird.

Abgesehen von Rheims, 923, M. 18, 345: „ut tribus quadragesimis per III annos agant poenitentiam: ita ut prima quadragesima sint extra ecclesiam et coena domini reconcilientur", ergeben die Konzilien der hier fraglichen Zeit nichts.

In leichteren Fällen ist sogar ein Fernhalten von der kirchlichen Gemeinschaft überhaupt nicht verlangt worden, so bei der Busse der Mainzer für den gegen den Gegenkönig Rudolf und ihren Erzbischof 1077 veranlassten Aufstand, Bernold. ann. SS. 5, 433: . . . „quibus etiam pro homicidiis a legatis apostolicae sedis talis penitentia imposita est, ut singuli aut XL dies ieiunarent aut XL pauperes semel pascerent, nec tamen ecclesiasticam communionem quasi homicidae vitarent (was Köhne, Ursprung der Stadtverfassung in Worms etc. Breslau 1890 S. 211 unbegreiflicher Weise für einen Ausschluss aus der Gemeinsamkeit mit der Kirche erklärt).

[8] Urban II. 1089, Löwenfeld p. 64 mildert

einzugehen [1], sowie die Waffen zu führen [2], geltend. Ja die zuletzt gedachte Beschränkung, welche ein Ausfluss des das Büsserleben der älteren Zeit beherrschenden Prinzipes war, fällt seit dem Ende des 11. Jahrhunderts ganz fort [3], während man allerdings in Betreff der Ehe noch im 12. Jahrhundert daran festgehalten hat, dass nach der Strenge des Rechts der Büsser während der Leistung der Busse keine Ehe eingehen dürfe [4], aber auch hier für einzelne Fälle Milderungen hat eintreten lassen [5].

Die öffentliche Busse war somit jetzt noch mehr, wie früher in eine Reihe einzelner, je nach der Art der Sünde oder des Verbrechens, aber auch nach dem Verhalten des Büssers und der sonst in Frage kommenden Umstände verschieden bestimmter Busswerke aufgelöst [6]. Wie schon damit ihre ursprüngliche Bedeutung beseitigt war, so geschah dies vollends dadurch, dass die Rekonziliation im Zusammenhang mit den gedachten Veränderungen immer häufiger vor den Ablauf der vollen Busszeit und der Vollendung aller Busswerke verlegt werden musste. Je kürzer die Zeit war, für welche der Büsser vom Betreten der Kirche und von der Theilnahme am Abendmahl ausgeschlossen war, desto früher trat jetzt die Rekonziliation ein [7]. Von da war es

die Zeit des Exils bei der Busse mit Rücksicht auf die bestehende Ehe: „si tamen . . . coniugii vinculis astringuntur, ne forte eorum coniuges . . . fornicationis precipio demergantur“, lässt also während der Busse den ehelichen Geschlechtsverkehr zu; s. aber andererseits Alex. II. M. 19, 963 cit: „coniugio usque ad peractam VII annorum poenitentiam non utatur“.

1 Alex. II. cit. (vor. Anm.) bezieht sich auch darauf.

2 Alex. II. cit.: „Arma nullo modo in vita sua induat“; dagegen Rom 1078 c. 5; Jaffé mon. Gregor. p. 333; M. 20. 510, wiederholt Piacenza 1095, ibid. p. 814 (c. 6 Dist. V de poen.): „Falsas autem poenitentias dicimus, quae non secundum auctoritatem ss. patrum pro qualitate criminum imponuntur. Ideoque quicumque miles vel negociator vel alicui officio deditus quod sine peccato excerceri non possit, culpis gravioribus irretitus ad penitentiam venerit . . . recognoscat, se veram penitentiam non posse peragere . . . nisi arma deponat, ulterius non ferat nisi consilio religiosorum episcoporum pro defendenda iustitia vel negocium derelinquat vel officium deferat“; Melfi 1089 c. 16, M. 20, 724 und Lateran. II. 1139 c. 22, M. 21, 531 schwächen dies noch dahin ab: „Falsa sit poenitentia, cum penitens ab offcio vel curiali vel negociali non recedit, quae sine peccatis agi nulla ratione praevalent . . . aut si arma quis contra iustitiam gerat“; verlangen also blos bei den gedachten Beschäftigungen ein nicht sündhaftes Verhalten, mithin nicht mehr als auch von den nicht der Busse unterliegenden Christen gefordert wird.

3 S. die vor. Anm.

4 Rubric. Gratiani zu c. 16 C. XXXII. qu. 2; Freisen S. 572. Dagegen wird die bestehende Ehe nicht mehr durch die Busse berührt, s. o. S. 97 u. S. 107 n. 8, dict. Gratian. zu c. 12 C. cit.

5 Freisen S. 573.

6 Ein instruktives Beispiel bietet die freilich erst nach Aufhebung einer Exkommunikation im päpstlichen Auftrag durch den Bischof v. Tusculum auferlegte Busse u. 1195, M. 22, 646: W. Raimundi qui sicut ex eius confessione accepimus . . . B. Tarracon. archiep. suadente diabolo interfecit, auctoritate papae secundum formam ecclesiae absolutum ad vos remittimus, de consilio P. Hostiensis et P. Alban. episcoporum huiusmodi ei poenitentiam iniungentes, videl. ut in regressu suo, quam citius Tarracon. videre poterit civitatem, de equo descendens, nudus et discalciatus in bracis et camisia tantum, ferens tortam in collo et virgas in manibus ad eamdem veniat civitatem et ad introitum singularum ecclesiarum infra ambitum civitatis eiusdem ab aliquo presbytero eisdem virgis se faciat verberari sicque demum ad ecclesiam veniens cathedralem, a vobis, domine archiepiscope et capitulo vestro, venia devote et humiliter postulata, vobis et eidem capitulo homagium faciat et concedat de terra sua XX librarum reditus annuatim. Praeterea quia de manu Domini signum crucis accepit, praecipimus ei, ut vadat ultra mare et X milites ac XXX ballistarios et arcarios bene armatos sumptibus suis ducens sit cum eis per quinquennium in subsidium terrae sanctae et quamdiu vixerit, omnes sextas ferias in pane et aqua ieiunet. Et omni anno eo die, quo tantum scelus commisit, in pane et aqua ieiunans, eodem die C procuret pauperes et eorum cuilibet tunicam unam de panno lineo largiatur. Iniunximus etiam ei, ut toto tempore vitae suae quadragesimam ante natale, IIam et IVam feriam in vita quadragesimali ieiunet, nisi eisdem diebus ultra mare fuerit pugnaturus et donec iter Ierosolymitanum arripiat, et postquam inde fuerit, deo dante, reversus ad carnem cilicium semper portet, nisi cum ab uxore requisitus ei debitum reddiderit maritale. Ieiunium autem IIIae et IVae feriae, cum voluerit, redimat eisdem diebus V pauperes procurando. Si vero aliqui ecclesiarum praelati quibus hoc liceat, aliquam fecerint remissionem eidem, concedimus ei et ratam habemus eamdem. Ad haec iniunximus ei, ut ecclesiis quibus damna intulit, pro posse suo satisfaciat competenter“.

7 Rheims cit. u. Alex. II., M. 19, 962 cit., S. 107 n. 7.

nur noch ein Schritt, dass man, wie dies schon im 11. Jahrhundert geschehen ist, in Fällen, in denen man Milde üben wollte, selbst bei notorischen Vergehen von der Exkommunikation oder auch von der blossen Ausschliessung vom Abendmahl absah, und sofort die Rekonziliation nach der Übernahme der Busse und der Gewährung ausreichender Sicherheit für ihre Leistung vornahm [1].

Eine weitere Änderung in der Bussdisziplin musste auch der Umstand herbeiführen, dass die öffentliche Zwangsbusse seit der karolingischen Zeit als Ersatzstrafe für die Exkommunikation betrachtet, und diese letztere als Mittel zur Erzwingung der Übernahme der Busse verwendet wurde [2]. Die Folge davon war, dass wenn der Exkommunicirte sich zu der letzteren verstand, nunmehr die Aufhebung des Kirchenbannes und seine Wiederzulassung mindestens zur kirchlichen Gemeinschaft und zum bürgerlichen Verkehr mit den übrigen Gläubigen wieder erfolgen musste [3], und dass man jedenfalls später in diesen Fällen, mochte auch die Bussleistung eine noch so harte sein, die Büsser nicht mehr vom Abendmahl oder von sonstigen kirchlichen Rechten ausschloss [4], sondern ihnen nach der Übernahme der Busse die Rekonziliation ertheilte [5].

In Folge aller dieser Verhältnisse hatte die öffentliche Busse einen wesentlich anderen Charakter als in den ältesten Zeiten erhalten, und sich durch ihre Gestaltung, welche sie in der karolingischen Periode empfangen und welche in den folgenden Jahrhunderten nur noch eine weitere Ausprägung erfahren hatte, der Privatbusse immer mehr angenähert.

[1] So auf Veranlassung von Petrus Damiani als päpstlichen Legaten in Mailand 1059, als der dortige meist simonistische Klerus die Abstellung der Simonie eidlich gelobt und die ihm auferlegten Bussen übernommen hatte, M. 19, 893: „ut omnes illi clerici, accepta poenitentia inter missarum solemnia reconciliarentur, ornamenta de manu episcopi recipientes"; vgl. auch Hefele 4, 835 ff.

[2] S. o. S. 88. 89. Dieser Auffassung entspricht es auch, dass Seligenstadt 1023 c. 18, Bd. IV. S. 485 n. 2, ebensowenig wie die Appellation gegen die Exkommunikation aufschiebende Wirkung hat, s. o. S. 13, diese letztere auch gegen die Busse versagt, falls der Schuldige nach Rom appellirt.

[3] Das ergiebt das seiner Herkunft nach unbekannte c. 418 Regino II., nach welchem der Bischof den bussfertigen Exkommunicirten vor der Thür mit 12 Priestern und im Beisein derjenigen, welche der letztere geschädigt hat, empfangen, und wenn er diesen Schadensersatz geleistet hat, fragen soll: „si poenitentiam iuxta quod canones praecipiunt, pro perpetratis sceleribus suscipere velit, et si ille terrae prostratus, veniam postulat, culpam confitetur, poenitentiam implorat, de futuris cautelam spondet, tunc episcopus, apprehensa manu eius dextra, eum in ecclesiam introducat et ei communionem et societatem christianam reddat. Post haec secundum modum culpae poenitentiam ei iniungat, et literas per parochiam dirigat, ut omnes noverint, eum in societate christiana receptum. Aliis autem episcopis hoc notum faciat. Nullus autem episcopus alterius parochianum excommunicare vel reconciliare praesumat, sine conscientia vel consensu proprii episcopi".

[4] So wurden die aufständischen Mainzer Geistlichen und Bürger vom Erzb. Arnold zu Pavia 1160 vom Banne unter Auferlegung folgender Busse gelöst, vita Arnoldi, Jaffé mon. Mogunt. p. 643, vgl. Hegel, Verfassungsgesch. v. Mainz. Leipzig 1882, S. 39: „Absolutionis igitur et reconciliationis modus hic fuit: ut clerici secundum ordinem suum . . post absolutionem pro honore domni episcopi in ipsa civitate Maguntina laneis tunicis nudisque plantis vindictam, que vulgo dicitur harnschare (eigentlich Strafe, namentlich aber demüthigende und erniedrigende Strafe, wie Tragen eines Hundes, Eselsattels, Pflugrades, Waitz, deutsche Verfassungsgesch. 4, 445; Brunner, deutsche Rechtsgeschichte. Leipzig. Bd. 2 1892 S. 596) de s. Petro usque ad s. Albanum per civitatem deferrent et sic domno episcopo reconciliarentur . . . laici vero capitanei post ipsam absolutionem . . . usque ad mandatum d. archiepiscopi civitatem et ipsum episcopatum abiurare . . . deberent . . . cives autem, postquam vindictam portassent, domum episcopalem reparare". Vgl. auch c. 1 (Alex. III.) X qui clerici IV. 6, nach welchem einem Diakon wegen der Verwundung eines anderen und wegen der Eingehung einer Ehe in Folge seiner Reue und der Entlassung der Frau die Absolution unter Auferlegung der wenn auch nicht öffentlichen, doch Zwangsbusse gewährt wird.

[5] Bei Regino II. 418 tritt dies nicht ganz klar hervor, denn bei der in Folge der Kanones auferlegten Busse konnte (s. die karolingischen Synoden S. 96 n. 7 u. 8) eine Beschränkung der

Was diese letztere betrifft, so hat zwar erst[1] das IV. Lateran-Konzil eine Verpflichtung zur Privatbeichte für alle Gläubigen vorgeschrieben[2], aber jedenfalls ist vorher eine solche schon vielfach Sitte gewesen[3], wie dies eine Reihe auf dieselbe bezüglicher Vorschriften ergeben[4]. Die Busswerke, welche der Priester dem freiwillig Beichtenden auferlegte, waren, soweit es sich um die leichteren, also namentlich Fasten, Gebete und Almosen handelte, im wesentlichen dieselben, wie bei der öffentlichen Busse[5]. Konnte allerdings bei der Privatbusse von einem Recht des Priesters, den Büsser von dem Eintritt in die Kirche und vom Abendmahl auszuschliessen, keine Rede sein, so war derselbe doch befugt, ihm einen darauf gehenden Rath zu ertheilen, und auch die Absolution von der Beobachtung desselben abhängig zu machen, und es waltete auch in dieser Beziehung zwischen der Stellung des öffentlichen und privaten Büssers thatsächlich keine Verschiedenheit ob[6]. Wenn endlich bei der öffentlichen Busse die Rekonziliation in dieser Periode nicht mehr erst nach Ableistung der vollen Busse, sondern schon im Laufe der Busszeit, ja auch mitunter selbst bei Auferlegung der Busswerke ertheilt wurde[7], so trat dadurch eine weitere Annäherung

kirchlichen Rechte eintreten, während es gegen die Ausschliessung vom Abendmahl spricht, dass der Rekonziliation und der Mittheilung der Absolution an die Diöcesangeistlichen gedacht wird.

[1] Die Synode v. Lüttich v. 710, welche schon die österliche Beichte vorgeschrieben haben soll, Hartzheim 1, 32; Binterim V. 3, 267 ist unecht, Steitz, d. röm. Busssakramente S. 123 n. 2; Hefele 3, 361 und die von Binterim angeführte Toulouser 1129 c. 11 ist die von 1229, Hefele 5, 405. Dagegen stellen ein solches Gebot schon die Synode v. Enham 1009 c. 20, M. 19, 308 (vgl. auch S. 301): „Christiani quique colloquia frequentia et salubria cum sacerdotibus crebro exerceant suaque sibi peccata inverecunde depromant ac confiteantur confessaque iuxta sacerdotis institutionem poeniteant atque emendant“ (freilich eine lex imperfecta) und ferner Gran 1114, Bd. IV. S. 117 n. 8, auf.

[2] Bd. IV. S. 117.

[3] Wenn Steitz S. 123 dies bestreitet, weil das Poenit. Pseudo-Roman. Einleit. und Merseburg., Wasserschleben S. 360. 388 den die Busse auferlegenden Priester verpflichten, mit dem Beichtenden ebenfalls eine oder zwei Wochen zu fasten, und das Beichtverhör bei Burchard XIX c. 4. 5 mit seinen etwa 180 Fragen inpraktikabel gewesen sei, so beweist dies nichts, da weder die Fasten gehalten noch alle Fragen in jedem Fall gestellt zu werden brauchten.

[4] Wenn Alexander II. 1065, Loewenfeld p. 54, zwei Priestern (Mönchen) gestattet „poenitentiam confitentibus vobis causa religionis iniungere, nisi episcopi, in quorum parrocchiis estis, prohibuerint“; nach Piacenza 1095, M. 20, 803, diejenigen, welche ihre Konkubinen nicht verlassen und Hass und Todsünden nicht aufgeben wollen, nicht zur Busse zugelassen und nur solche Priester, welchen der Bischof dazu die Ermächtigung ertheilt hat, Beichtende annehmen sollen, nach Poitiers 1100 c. 10, ibid. p. 1123 den Regularklerikern das poenitentiam dare nur mit Genehmigung des Bischofs, nach London 1102 c. 18, ibid. p. 1151 den Mönchen blos mit Genehmigung des Abtes, und nur betreffs derjenigen, über welche dem letzteren die Seelsorge zusteht, gestattet wird, wenn für Äbte das Privileg vorkommt, Nikolaus II. 1061, Pflugk-Harttung 3, 10: „donandi poenitentiam undecumque ad se humiliter concurrentibus“; andererseits wieder ein solches darauf, dass den eigenen Parochianen von keinem Fremden die Busse auferlegt wird, Anastasius IV. 1153, l. c. p. 121; bei päpstlichen Bestätigungen auch ausdrücklich das Recht penitentias dandi erwähnt, Innocenz II. 1135, Lucius III. 1183 und ferner darüber processirt wird, Alexander III. 1178, l. c. p. 33. 311. 262, sowie weiter Bestimmungen über die Bewahrung des Beichtgeheimnisses erlassen worden sind, Bd. IV. S. 126 n. 7, so beweist dies alles, dass die Privat-Beichte und Busse nichts Seltenes gewesen ist. Auch die im 12. Jahrhundert gepflogenen Erörterungen, ob zur Sündenvergebung das Bekenntniss vor dem Priester nothwendig ist, wie z. B. im Traktat Gratians (C. XXXIII qu. 3), welcher die Frage trotz der gegentheiligen katholischen Auffassung, s. z. B. Binterim V. 3, 258 ff. nicht bejaht, vgl. namentlich Dict. 5 zu Dist. I P. I, zu c. 37, u. c. 60 P. IV, zu c. 87 P. VII. und zu c. 89, s. des Näheren Steitz S. 132 ff., setzen die Sitte der Privatbeichte voraus, weil sie sonst gar nicht hätten entstehen können.

[5] Denn auch in dieser Zeit wird bei den Busswerken nicht zwischen der öffentlichen und privaten Busse unterschieden, und die in den verschiedenen Sammlungen, so namentlich Reginos und Burchards befindlichen Bussanweisungen trennen beide ebenfalls nicht, vgl. o. S. 92 und S. 102 u. 107 n. 5; s. auch Morinus lib. VII. c. 2 ff. p. 490 ff.

[6] S. o. S. 104. Rechtlich allerdings, denn das Fernhalten vom Abendmahl konnte bei der privaten Busse nur als Busswerk, als Bedingung der Erweisung der reuigen Gesinnung in Betracht kommen, war aber nicht rechtliche Folge der Übernahme der Busse.

[7] S. 109.

zwischen der öffentlichen und der Privatbusse ein, denn auch bei dieser wurde jedenfalls in der nachkarolingischen Zeit die Absolution schon vor der völligen Leistung der Busswerke [1], und wohl mindestens seit dem 11. Jahrhundert nach Ablegung des Sündenbekenntnisses vom Priester ertheilt [2].

Berücksichtigt man endlich, dass schon gegen Ende der karolingischen Zeit die Ableistung der Busse in einem Kloster der öffentlichen Busse als gleichwerthig galt und sich diese Anschauung immer mehr befestigt hat [3], so kann es nicht auffallen, dass man im 12. Jahrhundert von dem ursprünglichen Charakter der öffentlichen Busse keine Kenntniss mehr besass [4] und diese, dem veränderten Charakter derselben entsprechend, da man sie in den älteren Kanones und in den vorhandenen liturgischen Ordnungen [5] erwähnt fand, bald als eine solche, welche in feierlicher Weise auferlegt wurde und bei welcher eine feierliche Rekonziliation der Büsser statthatte [6], bald als eine solche, welche in der Verrichtung gewisser, nicht geheim zu haltender Busswerke bestand [7], bezeichnete, und sie nunmehr von der Privatbusse durch die Bezeichnung *poenitentia solemnis* unterschied [8], und ebensowenig kann es befremden, dass man im 13. Jahrhundert, um auch der Erwähnung der poenitentia publica in den Quellen [9] gerecht zu werden, eine doppelte Art der solennen Busse, eine uneigent-

[1] Das lässt sich daraus schliessen, dass man bei der Privatbusse den Beichtenden nicht härter als bei der öffentlichen behandeln konnte. Vgl. auch Morinus l. c. IX. c. 664 p. 665.

[2] S. den ordo bei Burchard XIX. c. 7; vgl. ferner die ordines bei Schmitz S. 751. 756. Der von ihm der Zeit vom 7. bis 9. Jahrhundert zugewiesene ordo für die Privatbeichte enthält, s. S. 100, eine Absolutionsformel, welche sich im Gegensatz zu der bis zum 13. Jahrhundert üblichen deprekativen (s. solche bei Morinus VIII. c. 10 p. 540, c. 21 p. 583) der indikativen sehr annähert, so dass die Altersbestimmung der einen Handschrift Vatic. 4747, welche in das 11. Jahrh. gesetzt wird, mindestens nach allem bisher Bekannten sehr auffällig erscheint, wie auch schon Morinus VIII. c. 11. u. 13 p. 543 die Formel als eine neuere bezeichnet und den von ihm benutzten Codex nach 1030 verlegt.

[3] S. o. S. 101 u. 104.

[4] S. Anm. 6.

[5] S. Anm. 6, vgl. ferner den Abriss der Liturgie bei Regino I. 295, auch in einem Rheimser Codex, Morinus IV. 18 n. 20 p. 215 und in c. 64 Dict. L.

[6] Dict. Gratiani zu c. 61 Dist. L: „Est quedam penitencia que solempnis appellatur, que semel tantum in ecclesia conceditur", vgl. auch Dict. P. XII. zu c. 49 Dist. III. de penit. (eine Behauptung, welche offenbar aus Missverständniss der Praxis der alten Kirche, s. Bd. IV. S. 694 entstanden ist) und Dict. zu c. 62: „haec autem penitencia quomodo imponenda sit, in Agatensi concilio legitur", worauf in c. 63 das c. 15 des cit. Konzils (Bd. IV. S. 722 n. 9) und Regino I. 295 wiedergegeben werden.

[7] Bernard. Papiens. summa decret. V. 33. §. 3: „Species penitentiae sunt duae: Nam alia privata, alia sollemnis, privata pro occulto peccato, sollemnis pro manifestis et gravioribus solet imponi: item sollemnis triplex invenitur, scil. per intromissionem in monasterium vel aliam domum districtae religionis, per carenam (d. h. carinam, s. o. S. 100), per peregrinationem, per intromissionem in monasterium vel aliam religiosam domum, ut Dist. L. c. 58; per carenam, ut Dist. L. c. 64 et C. XXXIII. qu. 2 c. 8; per peregrinationem, ut de poenit. Dist. VI. c. 2". Wenn er § 4 fortfährt: „Poenitentiam autem privatam imponere potest quilibet sacerdos, solemnem vero solus episcopus vel maioris ecclesiae archipresbyter, ut ar. Dist. L. c. 64", so hält er anscheinend daneben auch ebenso wie Gratian, die feierliche Auferlegung für nöthig.

[8] S. die vor. Anm. und Anm. 6. Deshalb und weil, soweit ich die Quellen kenne, der Ausdruck *poenitentia solennis* erst seit dem 12. Jahrh. vorkommt, kann der von Schmitz, Bussbücher S. 75 dem 7.—9. Jahrh. zugewiesene ordo poenitentiae (die betreffende Handschrift Vatic. 4744 setzt er selbst in d. 13. Jahrh.) in seiner vorliegenden Fassung, namentlich in der Stelle: „In capite ieuniorum poenitentes solenniter ex institutione Agathensis concilii de ecclesia eiciuntur hoc modo: Poenitentes, quibus secundum ius vel consuetudinem pro gravioribus criminibus solennis est poenitentia iniungenda" keinesfalls früher als in das 12. Jahrhundert gesetzt werden. Dazu kommt, dass die nicht passende Berufung auf das Konzil von Agde sich daraus erklärt, dass Burchard v. Worms XIX. 26 die Stelle bei Regino I. 295 (Anm. 6), verführt durch dessen Überschrift: Item unde supra und die Inskription des vorhergehenden c. 294: Ex conc. Agath., ebenfalls diesem Konzil zuweist, und dass der Verfasser des Ordos offenbar durch diese auch in andere Sammlungen übertragene Verwirrung zu dem Citat des Konzils veranlasst worden ist.

[9] c. 64 Dist. L., c. 8 C. XXXII. qu. 2 und c. 7 X de poenit. V. 38.

liche, die *publica* und die *solennis* im engsten Sinne annahm[1], indem man die Eigenthümlichkeiten der letzteren in die feierliche liturgische Übernahme unter Handauflegung des Bischofs und in die feierliche Rekonziliation[2], weiter in ihre Nichtwiederholbarkeit[3] und ferner darin setzte, dass der Geistliche, welcher sie übernommen, dadurch für immer von der Ausübung seines Ordos und vom Kirchendienst ausgeschlossen werde[4], sowie sie allein für solche schwere Vergehen, welche einen ganzen Ort in Aufregung gebracht haben, für anwendbar erklärte[5].

In den dem 10. und den folgenden Jahrhunderten angehörigen Rechtsquellen findet sich der karolingische Satz, dass die schwereren, öffentlich bekannt gewordenen oder durch gerichtliche Untersuchung festgestellten Vergehen mit öffentlicher Busse zu belegen sind, nicht mehr wiederholt[6]. Das Dekretalenrecht, während dessen Feststellung die Einführung der allgemeinen Beichtpflicht und der Beobachtung des Beichtsiegels erfolgt ist[7], weist zwar den Satz: „*Manifesta peccata non sunt occulta correctione purganda*“[8] auf, indessen ist damit nur gesagt, dass die öffentlichen Sünden nicht blos der geheimen beichtväterlichen Behandlung, sondern der Bestrafung unterliegen sollen, keineswegs aber, dass für sie stets öffentliche Busse geleistet werden muss. Das ergiebt schon der Wortlaut, da derselbe die Bezeichnung publica poenitentia nicht aufweist[9], und diese Auslegung ist um so mehr geboten, als sie allein der Praxis

[1] Hostiensis summa aurea ad tit. de off. archipresb. I. 24 n. 3: „scias, quod dupliciter dicitur solennis penitentia: uno modo, quia solenniter agitur: et de hac intelligo, quod sacerdotalis officii est et delegari potest; alio modo, quia solemniter imponitur s. per manus impositionem episcopalem et cum publica missa . . et hec demandari non potest, quia episcopalis officii est, non sacerdotalis“; Hostiensis ad tit. de poenit. V. 38 n. 55: „Publica vero penitentia dicitur illa que s. dicitur solennis, hac ratione, quia publice fit . . . sed proprie dicitur publica illa que fit in facie ecclesie, non cum predicta solennitate, sed quando iniungitur peregrinatio per mundum cum baculo et pera benedictis que quilibet sacerdos potest iniungere . . . Privata autem penitentia dicitur illa que quotidie fit a iustis et que saltem semel in anno est facienda, quando aliquis solus et secreta sacerdoti confitetur“.

[2] S. die vor. Anm.; Hostiensis ad tit. de penit. cit. n. 55: „Solennis p. dicitur illa que imponitur alicui invito, quando traditur monasterio pro peccato commisso, sed improprie sic appellatur, L. Dist. si ille (c. 58) . . . Proprie autem dicitur illa solemnis quae fit in capite quadragesime cum solennitate de qua habes L. Dist. in capite (c. 64)“. Weitere Stellen aus den Scholastikern bei Morinus l. c. V. c. 25 n. 2ff. p. 320.

[3] Hostiensis l. c. i. f.: „Ex his autem sola solennis iterari prohibetur, nam alie . . . quotidie iterantur, vgl. auch S. 111 n. 6.

[4] Hostiens. l. c.: „et qui hanc (p. solennem) egerit, promoveri non debet nec debet, si promotus sit, ministrare in ordine sic suscepto, L. Dist. confirmandum (c. 65), illud (c. 66), alienum“ (c. 67). Vgl. ferner gloss. Nisi in publicum zu c. 7 cit. X de poenit. V. 38: „Tunc enim sacerdos publicam potest facere poenitentiam, XXXVIII. Dist. presbyter (c. 9), ubi de hoc, et XXX Dist. si quis presbyter (c. 17), sed *non solemnem*, de qua habes L. Dist. in capite (c. 64), de qua etiam intelliguntur illa cap. L. Dist. confirmandum (c. 65), illud (c. 66), alienum (c. 67), quam clerici facere non debent, sed depositus solemniter publice penitere potest, de penit. Dist. VI. sacerdos (c. 5) et XXX qu. 1 si quis sacerdos (c. 9). Item arg. contra id quod dixi de publica penitentia LXXXII. Dist. presbyter (c. 5), ubi dicitur, presbyter publice penitere non debet, sed exponitur publice, i. e. solemniter. Si autem occultum est peccatum nec publicam sacerdos facere debet penitentiam, ut hic paret et sic potest intelligi illud LXXXII. Dist. presb. (c. 5), ut non peniteat publice, cum peccatum est occultum. Sed in casu isto posset agere penitentiam etiam solemnem, cum sine spe restitutionis de tali crimine privatus sit, s. de temp. ord. c. ult. (c. X. I. 11), ergo multo fortius publicam, ex quo crimen venit ita in publicum. Ber.“

[5] Hostiens. l. c.: „Et hec non potest imponi . . nisi pro crimine publico et vulgatissimo quod totam urbem commoverit et quod tantum ad episcopum pertinet, puta pro homicidio L. Dist. placuit (c. 68), sacrilegio, incestu et consimilibus que gravia sunt horrenda et publica . . et ut breviter dicam de omni peccato quod totam commoverit civitatem vel villam vel castrum per episcopum penitentia indici debet“. (Vgl. dazu Lambeth 1281 c. 8, S. 114 n. 2). Übrigens hat auch noch die spätere Doktrin an dieser Auffassung festgehalten, s. namentlich Fagnan. ad c. 1 X. V. 38 cit. n. 1ff., dessen Darstellung wesentlich auf Hostiensis ruht, vgl. auch Gonzalez Tellez ad c. 1 X. I. 21. n. 5ff.

[6] S. 92. 93.

[7] Bd. IV. S. 117. 126.

[8] c. 1 X de poenit. V. 38, mit der Überschrift: Alexander, in der That aber aus Pseudo-Gregor. ad Felic., Hinschius decret. Pseudo-Isid. p. 752, J. L. n. 1334.

[9] So sagt auch die Glosse zu c. 1 cit. cas. „qui publice peccat, publice puniendus est“.

des 12. und 13. Jahrhunderts entspricht, denn nach dieser durfte wegen der dem Priester gebeichteten, also geheim gebliebenen Sünden nur Privatbusse auferlegt werden[1], im Übrigen aber, d. h. bei notorischen oder gerichtlich erwiesenen Vergehen stand es in der Hand des kirchlichen Oberen, die Art der Zwangsbusse festzusetzen, also auch darüber zu bestimmen, ob diese als öffentliche (oder solenne) geleistet werden sollte[2]. Alle die vorstehend erwähnten Momente haben dazu geführt, dass die öffentliche Busse als eine Ausnahme erscheinen musste[3], und dass sie nur unter besonderen Umständen, namentlich dann, wenn für ein Vergehen eine besonders schwere Ahndung angezeigt war, sei es sofort als Strafe[4], sei es nach eingetretener

[1] Alexander III. app. Later. P. XII. c. 5, J. L. n. 14215, M. 22, 325 unterscheidet hinsichtlich eines Bittstellers, welcher „cum quandam mulierem cognovisset, postea sciens consobrinam eius in uxorem accepit", folgendermassen: „Si publicum et notorium fuerit, et eam quam prius cognovit, uxoris suae consobrinam esse constiterit, aut alii comparent qui hoc velint vel possint legitime comprobare, ipsum religionem intrare commoneas et inducas. Si autem ad hoc eum inducere non poteris, ei de tanto delicto dignam poenitentiam imponas et ipsum ab utraque muliere removeas et sine coniugio perpetuo manere praecipias. Quodsi delictum eius occultum esse cognoscis, ipsum cum uxore, quam in facie ecclesiae duxit, morari permittas et eidem de commisso condignam poenitentiam imponas", und ordnet für das geheimgebliebene Delikt des Incestes nur Privatbusse an, während er für den Fall, dass dasselbe öffentlich bekannt oder bewiesen worden ist, nicht öffentliche Busse, sondern nur angemessene Busse, sofern der Schuldige nicht in ein Kloster treten will, auferlegt, vgl. auch c. 4 (Alex. III.) Compil. I. IV. 13. Den im Text hingestellten Satz ergiebt namentlich c. 20 (Alex. III.) X de simon. V. 3, nach welchem bei einer sekreten, d. h. in der Beichte zugestandenen Simonie der Geistliche nicht wider Willen von seinem Amt entfernt, sondern ihm nur eine poenitentia secreta auferlegt werden kann; s. auch c. 4 (Alex. III.) X de tempor. ordin. I. 11. Vgl. hierzu auch c. 2 (Eugen III. oder Alex. III., J. L. n. 14030) X de off. iud. ord. I. 31 und Bd. IV. S. 130 n. 2.

[2] Wie schon Bernhard v. Pavia, S. 111 n. 7, es nur als üblich bezeichnet, dass für schwerere, offenkundige Vergehen die poenitentia solennis auferlegt wird, so spricht auch c. 7 (Clem. III.) X de poenit. V. 38 blos den Satz aus, dass die poenitentia publica allein bei öffentlich bekannt gewordenen Vergehen aufgegeben werden darf, keineswegs aber, dass dies immer geschehen muss. Ganz deutlich c. 8 (Innoc. III.) eod. tit.: „quum poenitentia non tam secundum quantitatem excessus, quam poenitentis contritionem per discreti sacerdotis arbitrium sit moderanda, pensata qualitate personae super fornicatione, adulterio, homicidio, periurio et aliis criminibus, consideratis circumstantiis omnibus et praesertim novitate Livoniensis ecclesiae, competentem poenitentiam delinquentibus imponatis, prout saluti eorum videritis expedire", da diese Stelle nicht blos auf die in Folge der Beichte auferlegte Busse bezogen werden kann. Auf demselben Standpunkte stehen auch die const. Richards v. Salisbury u. 1227 c. 8, M. 22, 1108: „Concubinae sacerdotum frequenter moneantur ab archidiaconis et praecipue sacerdotibus, in quorum parochia morantur, vel ut contrahant vel ut claustrum ingrediantur vel sicut publice peccaverunt, publicam agant poenitentiam" . . . denn auch hier wird die öffentliche Busse nicht schlechthin und unbedingt verlangt. Die Bremer Prov. Syn. 1266 c. 18, Ehmck u. v. Bippen, brem. Urkdbch. Bremen 1873. 1, 365: „quicumque laycus in publico hominem occiderit, publicam agat penitentiam ad arbitrium sui dioecesani et carenas, si vero in occulte occiderit, privatam penitudinem agat et hoc secundum arbitrium dioecesani sui" lässt, wenn sie gleich auf dem Boden der älteren Auffassung steht, ebenfalls dem Ermessen des Bischofs einen gewissen Raum, s. andererseits aber Prov. Konz. Trier 1238 c. 35, M. 23, 483: „cum adulteri et adulterae et alia enormia committentes pecuniaria poena persoluta minus timeant reclinare, statuimus, ut . . . convicti publicam poenitentiam agant, mulieres infra parochiam portantes cyphum (alten Lappen) in scapula et baculum in manu . . . peragentes carinas".

[3] Schon Innocenz IV. appar. ad c. 7 X de poenit. V. 38: „publica et solennis poenitentia secundum consuetudinem et ubi consuetudo est, imponenda, de poen. Dist. III i. f." (s. dict. Gratian. P. XII), will sie nur da auferlegt wissen, wo sie noch in Übung ist, und Hostiensis summa aurea ad tit. de off. archipresb. (I. 24) n. 3 bemerkt: „Illud etiam nota, quod hodie de consuetudine raro imponitur publica ponitentia, quod penitentes nec comas deponunt nec vestimenta mutant, quod tunc requiritur", vgl. auch die S. 112 n. 5 citirte Stelle, wo eine andere Einschränkung gemacht wird.

[4] So schreibt sie c. 2 (Gregor IX.) X de maledicis V. 26 für die öffentliche Blasphemie Gottes und der Jungfrau Maria vor, und zwar soll der Schuldige an sieben Sonntagen während der Messe vor der Kirche stehen, und am letzten barfuss ohne Obergewand und einen Leitriemen um den Hals. Vgl. ferner Worcester 1240, c. 14, M. 23, 530 (für Verlobte, welche vor der Eheschliessung die Ehe konsummiren): „poenis subscriptis volumus subiacere, vid. quod quater in anno veniant ad ecclesiam cathedralem, tam coram atrio ecclesiae quam in vicis praecipuis civitatis disciplinam publicam recepturi. In aliis diebus feriandis quotidie in parochia propria similem subeant disciplinam".

Exkommunikation als Mittel der Beseitigung derselben auferlegt wurde [1]. In dieser Anwendung hat sie sich nicht nur im 13. Jahrhundert [2], sondern darüber hinaus, obschon in nicht häufiger Anwendung, erhalten [3]. Und wenn sie namentlich noch in späterer Zeit von deutschen Sendgerichten als Strafe verhängt worden ist [4], so kam

[1] Vgl. z. B. ep. Gregorii IX. betreffend die Mörder Konrads v. Marburg 1235, Potth. n. 9978, M. 23, 346 und den Schiedsspruch in dem Streit des Erzb. Engelbert II. v. Cöln mit der Stadt v. 1265, Ennen und Eckertz, Quell. z. Gesch. d. Stadt Köln 2, 516. 517 (s. auch Hegel, Verfassgsgesch. v. Cöln i. Mittelalter. Leipg. 1872. S. XLVII. XLVIII). Durch diesen wurde dem Erzbischof aufgegeben, die Exkommunikation der Bürger und das Interdikt über die Stadt aufzuheben, dagegen sollten 37 von ihm geächtete Bürger, ungegürtet, mit nackten Füssen, baarhäuptig und Ruthen tragend, ihm vor das Thor entgegengehen und ihn bis zur Pforte seines Palastes begleiten, dann 18 von diesen in dem erwähnten Büsseraufzuge in 6 verschiedenen benachbarten Städten an 6 Sonntagen hintereinander vor den Prozessionen hergehen und sich dann vor der Prozession, um Verzeihung bittend, niederwerfen. Nach ihrer Rückkehr hatten ferner 9 andere von ihnen Köln auf 8 Tage zu verlassen, in zwei verschiedenen Orten an den beiden Sonntagen in derselben Weise sich an den Prozessionen zu betheiligen und sich darauf noch in Köln in einzelne Klöster zur Vornahme von Bussübungen zurückzuziehen. Sodann sollten auch die letzten 10 auf die eben erwähnte Art Busse leisten, und schliesslich alle 37 nach der Wiederaufnahme des Gottesdienstes in Köln an 10 Sonntagen als Büsser mit den dort gehaltenen Prozessionen mitziehen.

[2] S. ausser den vorhergehenden Anmerkungen noch Addit. Willelmi episc. Paris. ad const. card. Gallonis u. 1220 o. 1228 c. 9, M. 22, 767: „Presbyteri parochianos suos solemniter poenitentes faciant venire in capite ieiunii ad ecclesiam cathedralem, ut per episcopum solemniter ab ecclesia ejiciantur et similiter in die Jovis proxima ante pascha, ut per episcopum ecclesiae reconcilientur"; Mainz 1261 c. 49, M. 23, 1103: „. . . in dedicationibus autem talibus (ecclesiarum) ac ordinum temporibus relaxari catenas (lies: carenas, S. 100 n. 5) et poenitencias introduci, omnino vetamus, sed hoc fiat tantummodo in festo coenae Domini ad hoc ordinato"; Lambeth 1281 c. 8, M. 24, 409: „Cum iuxta ss. canones peccata graviora, et incestus et similia, quae vulgatissimo suo scandalo totam commovent civitatem (S. 112 n. 5), sint solemni poenitentia castiganda". Vgl. ferner auch Tarragona 1242, M. 23, 556 über die solemne Busse der credentes haereticorum, der relapsi und der fautores haereticorum, und die Bussauflagen eines päpstlichen Grosspönitentiars vom Ende des 13. Jahrhunderts im Arch. f. k. K. R. 64, 51. 53. 55.

[3] Mainz 1310 c. 143, M. 25, 345: „Quia reconciliationis ministerium vilipenditur a plerisque eo quod ad reconciliationem passim quilibet admittatur, (adde: non recipiatur) nisi litteras plebani sui vel sacerdotis exhibeat continentes utram poenitentiam iniunctam sibi vel saltem partem peregerit . . . Nec ad reconciliationem recipiantur aliqui, nisi vestem et tonsuram habeant solemniter poenitentes"; ein Beispiel einer öffentlichen Busse (Besuch der Kirchen im Büsseraufzug, mit Ruthen in der Hand und Geisslung bei jeder Kirche, s. Anm. 1); für Vatermord in dipl. n. 1308, Eichhorn, episcopatus Curiensis. S. Blasien 1797, cod. probat. p. 106; für das 16. Jahrhundert s. das Visitationsprotokoll v. 1570, Heydinger, archidiaconatus in Longuiono archidioec. Trevirens. August. Treviror. 1884 p. 252: „Willibrordus Muysser recusat ferre lapides in processione cum candela et virga, sicut illi fuerat iniunctum publice a decano . . . Videtur, quod brachium seculare est implorandum. Adultera fecit penitentiam publicam ut sibi iniuncta erat" (Tragen von 2 schweren mit einer Kette verbundenen Steinen, wobei die Kette um den Hals gelegt wird; solche Busssteine finden sich noch in einzelnen katholischen Kirchen in den rheinischen Diöcesen, s. a. a. O. S. 252 n. 20), vgl. ferner a. a. O. 332. S. auch Osenbrüggen, alamann. Strafrecht. Schaffhausen 1860 S. 109; Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts. 1, 239.

[4] Nach dem Seligenstädter Sendweisthum v. 1390, Grimm Weisthümer 1, 503 besteht die öffentliche Busse bei Wucher und bei Hurerey im dritten Rückfall darin, dass der Verurtheilte dreimal des Sonntags vor der Messe mit Weihwasser und mit einem Besen in der Hand um die Kirche geht, sich dann an der Thür hinwirft und die Kirchgänger über sich wegschreiten lässt. Der Wucherer soll dabei einen Judenhut tragen. Der Hurer kann von den Kirchgängern mit dem Besen geschlagen werden, und die Frauensperson, welche sich mit ihm vergangen hat, muss mit hinten am Haupt abgeschnittenem Haar und mit hinten weggeschnittenem Rock ihr uneheliches Kind um die Kirche tragen. Das Aachener Sendweisthum v. 1331 §. 11, Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler Bonn 1871. S. 47 bedroht Frauenzimmer, welche andere oder Männer schlagen und verletzen, mit der pena lapidum (s. vor. Anm.). Auch die westlauer Sendrechte, sowohl das ältere aus dem 13. Jahrh. wie das spätere kennen die Strafe der hermscheed, hermskere (Harmschaar S. 109 n. 4) bei Feiertagsentheiligung, v. Richthofen, friesische Rechtsquellen S. 403 §. 4, bei verschiedenen Arten des Sakrilegs, wie der Verletzung der Hostie, des Abendmahlkelches u. s. w. in Folge eines Streites in der Kirche, S. 406 §. 4, beim Öffnen geweihter Erde und beim Leichenraub S. 407 §. 6, beim Meineid 408 §. 11, S. 409 §. 16, beim Kampf nach feierlicher Sühne S. 408 §. 12 (hier ausserdem noch Wahlfahrt zum Papst „willen ende barfot", d. h. im wollenen Büssergewand und baarfuss), sowie bei incestuoser Verbindung und bei Ehebruch §§. 19. 22. Für das 16. Jahrh. vgl. das Cardener Send-

sie doch hier auch nur bei schweren Vergehen vor [1] und konnte auch bei diesen mit Geld abgelöst werden [2].

3. Die Zwangsbusse, insbesondere die öffentliche Busse der Geistlichen. Die Zwangsbusse, welcher die Geistlichen, namentlich die Deponirten oder Degradirten, in der hier fraglichen Periode unterworfen wurden [3], war für die Regel keine öffentliche. Aber immerhin galten sie im 8. Jahrhundert nicht von der letzteren ausgeschlossen und befreit [4]. Erst gegen Ende des 9. oder am Anfang des 10. Jahrhunderts hat sich die Anschauung geltend gemacht, dass die Kleriker der öffentlichen Busse nicht unterstellt werden dürften [5]. Wahrscheinlich steht dies mit der noch damals obwaltenden Meinungsverschiedenheit in Betreff der Frage, ob der Geistliche nach geleisteter Busse zur Ausübung seines Ordos und zur Verwendung im Kirchendienst wieder zugelassen werden dürfe [6], in Verbindung, und man hat durch die Ausschliessung der öffentlichen Busse der milderen Auffassung den Weg zu ebenen gesucht. Diese letztere [7] brach sich aber im Laufe der folgenden Zeit immer mehr Bahn [8], und da sie mit dem Ende des 12. Jahrhunderts zur unbestrittenen Herrschaft gelangt ist [9], so lag um so weniger Veranlassung zu einem allgemeinen gesetzlichen Verbot der öffentlichen Busse vor [10], als diese ihren ursprünglichen

protokoll v. 1561, nach welchem der Fornikator als Büsser mit angezündeter Kerze und baarfuss vor dem Sakrament gehen und als Büsser eine Wallfahrt machen muss, Back, d. evangel. Kirche im Lande zw. Rhein, Mosel, Nahe und Glan. Bonn 1872. 1, 225 ff., und den Wendisch-Rügianischen Landgebrauch, herausg. v. Gadebusch. Stralsund 1777 S. 329: „Und in dem Synodo straffete man na geholdener Inquisition beide der Geistliken und Weltliken Laster: Jungfruwenschwekende, Ehebröke, Meineide, Godteslesteringen, Missbruck und Overtredinge der Virdage, Wickerie (Hexerei), Töverie, heimliken Woker . . . de mosten am grönen Donnersdage tho Bergen offentlick sich vor Pönitenten betegen und dar publice absolvieren laten“. Auch in den Fällen v. 1570 (s. S. 114 n. 3.) hat es sich wohl um Bussen gehandelt, welche im Sendgericht auferlegt waren.

[1] Denn die regelmässigen Strafen waren in dieser Zeit Geldbussen, s. S. 38 und unten in der Lehre von den Sendgerichten §. 288.

[2] Die S. 114 n. 4 citirten Weisthümer von Seligenstadt und Aachen lassen die Ablösung durch Geldzahlung an den Sendrichter und die Sendschöffen zu.

[3] S. 81 ff.

[4] S. 100. 101.

[5] c. 5 Dist. LXXXII, vgl. dazu S. 102 n. 2.

[6] Bd. I. S. 39.

[7] A. a. O. S. 39 n. 7. 8. Zu den dort citirten Stellen ist noch nachzutragen Hohenaltheim 916 c. 17, LL. 2, 557: „Errant qui putant, sacerdotes domini post lapsum, si condignam egerint poenitentiam, deo ministrare non posse et suis honoribus frui, si bonam deinceps vitam duxerint et suum sacerdotium digne custodierint“ (Wiederholung von Pseudo-Callist. c. 20, ed. Hinschius p. 142, s. auch c. 14 §. 3 Dist. L.)

[8] Vgl. ausser den a. a. O. S. 40 n. 1. 2 angeführten Stellen noch Mailand 1059, M. 19, 894, S. 109 n. 1; Alexander II. 1066/1067, Loewenfeld p. 57 und M. 19, 963 (J. L. n. 4511), Gregor VII. Loewenfeld p. 59, S. 107 n. 7); Prov. Syn. Rouen 1072 c. 19, M. 20, 39: „ne hi qui publice lapsi in criminalibus peccatis inveniuntur, citissime in sacris ordinibus restituantur . . . Unde hoc ratum manere oportet, ut in crimine publice lapsus, ante peractam poenitentiam nullatenus restituatur, nisi summa necessitate post dignam quidem longe poenitentiae satisfactionem“; Szabolcs 1092 c. 1, M. 20, 759; London 1108 c. 9, M. 20, 1230: „Presbyteri vero qui relictis mulieribus deo et sacris altaribus servire elegerint, XL dies pro transgressione praefati concilii ab officio cessantes, pro se interim vicarios habebunt, iniuncta eis poenitentia, secundum quod episcopus eorum visum fuerit“; Guastalla 1106, S. 56 n. 2.

[9] Alexander III. app. Later. P. XXVI c. 13, J. L. n. 13972, M. 22, 369: „Presbyterum etiam istum in homicidii crimine lapsum, annis XII gravi poenitentia afflictum . . . tibi remittimus absolutum . . . suoque restituto sacerdotio, non tam considerantes spatium et mensuram temporis, quam poenam doloris. Ne tamen cuilibet imprudenti videatur iniquum, eum sacris altaribus restitutum, discat hoc a sanctis patribus confirmatum. Unde Callistus papa: Errant“ (s. Anm. 7); c. 1 (Alex. III.) X de corp. vit. I. 20; c. 2 (id.) X de sortil. V. 21; c. 4 (id.) X de cler. excomm. V. 27; c. 1 (id.) X qui clerici IV. 6.

[10] Im Gegentheil ist die Möglichkeit der Auferlegung der öffentlichen Busse noch c. 7 X. V. 38, S. 113 n. 2, anerkannt. Dagegen verbietet Köln 1310 c. 10, M. 35, 239 die Auferlegung der publica poenitentia an Geistliche, weil diese dadurch infam werden.

Busse schlechthin als Strafe (also keine öffentliche) wird gegen Geistliche angedroht Mainz 1225 c. 2, M. 23, 3 (40 Tage Fasten im Kloster); c. 3 in VI de elect. I. 6 (gegen Kardinäle Bd. I. S. 268 n. 4).

Charakter längst verloren hatte. Die Doktrin sah sich allerdings, als der Abschluss der gedachten Entwicklung in den Dekretalensammlungen seine gesetzliche Anerkennung gefunden hatte[1], genöthigt, sich mit den älteren, die strenge Ansicht wiedergebenden Kanones auseinander zu setzen. Sie that dies, indem sie die letzteren auf die poenitentia solemnis[2] bezog[3], und die poenitentia solemnis nur auf solche Geistliche, welche in Folge ihrer Deposition auf immer vom Kirchendienst ausgeschlossen waren, für anwendbar erklärte[4], während sie den Klerikern die poenitentia publica in dem ihr im 13. Jahrhundert untergelegten Sinne offen liess[5].

b. Das kirchliche Strafen- und Disciplinarstrafensystem.

§. 264. *aa. Die Erweiterung und Umbildung der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen* (*Zwangsbusse und Monitio*).

Im Vergleich zu der früheren Periode weist das kirchliche Strafrecht der hier in Rede stehenden Zeit eine erhebliche Erweiterung der Strafen auf.

I. Die Strafen gegen Laien. Zu den schon früher vorgekommenen und üblichen Strafen kirchlichen Charakters, der grossen Exkommunikation, der vorübergehenden Suspension von allen Mitgliedschaftsrechten, der partiellen von einzelnen derselben, wie namentlich der Ausschliessung vom Abendmahl, der öffentlichen Rüge und den Zwangsfasten[6], welche sich in der Praxis der Kirche erhalten haben[7], und von denen aus der partiellen Suspension von den Mitgliedschaftsrechten[8] sich jetzt eine bestimmte Art mit fest normirtem Umfang als s. g. excommunicatio minor entwickelt hat[9], sind das Lokal-Interdikt und das *interdictum ambulatorium*[10], die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[11], die Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern[12], die Suspension von einzelnen kirchlichen Rechten, der Verlust solcher Rechte für immer[13], sowie die Entziehung der Gnade des Papstes[14] hinzugetreten[15].

Charakteristisch erscheint aber vor Allem in dieser Periode die vermehrte Anwendung von Strafen rein weltlichen Charakters, welche in der früheren Zeit, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen für das fränkische Reich[16], blos in der westgothischen Kirche bekannt gewesen sind[17]. Ja es kommen jetzt nicht blos die schon in der letzteren gebräuchliche Prügelstrafe[18], die Freiheitsentziehung[19], die Ver-

[1] Bd. I. S. 40.

[2] S. 111. 112.

[3] Daher sagt auch Rufin in seiner Summa u. 1156, her. v. von Schulte, Giessen 1892 S. 57, dass die Kleriker keine poenitentia solemnis zu leisten haben.

[4] Hostiens. summa aurea ad tit. de poenitent. V. 38 u. 55: „Hec solennis penitentia non debet imponi clerico, nisi deposito et pro gravi publico crimine; vgl. ferner gl. zu c. 7 X V. 38, S. 112 n. 4.

[5] S. glossa cit.

[6] Bd. IV. S. 791. 802. 803.

[7] S. 32.

[8] Bd. IV. S. 802.

[9] S. 17, neben welcher allerdings auch noch andere derartige partielle Suspensionen vorkommen, S. 15 n. 8.

[10] S. 19. 31.

[11] Welche allerdings schon früher, aber sehr vereinzelt vorgekommen ist, S. 32.

[12] S. 33.

[13] S. 34.

[14] S. 34.

[15] Während nur die o. S. 32 gedachten, keine Bedeutung in Anspruch nehmenden beiden Strafen fortgefallen sind.

[16] Bd. IV. S. 803 n. 6 u. S. 804 n. 3; Bd. IV. S. 831.

[17] Bd. IV. S. 804 ff. S. 831.

[18] S. 36.

[19] S. 40.

bannung [1], die decalvatio [2], die Vermögenskonfiskation [3], die Geldbusse [4], der Verlust der weltlichen Ämter [5] und die Verknechtung [6] vor, sondern auch weiter die blosse Ausweisung aus bestimmten Bezirken [7], die Infamie [8], die Brandmarkung [9], das Haarabscheeren [10], (vereinzelt auch das Aufbinden auf eine Leiter [11]), der Verlust weltlicher Berechtigungen [12], die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter [13], die Acht und der weltliche Bann [14], sowie die Entbindung der Unterthanen vom Treueid gegen den Herrscher [15], und unter diesen ist die Strafe des Verlustes weltlicher Ämter sogar auf die Herrscher und die königliche und kaiserliche Würde ausgedehnt worden [16]. Werden diese Strafen auch vielfach partikularrechtlich angedroht, so sind sie doch mit einzelnen Ausnahmen [17] als gemeinrechtliche zu bezeichnen [18]. Die Einführung solcher Strafen weltlichen Charakters beginnt von Neuem mit der karolingischen Zeit [19], in welcher bei dem damals herrschenden Staatskirchenthum eine ähnliche Verquickung des geistlichen und kirchlichen Gebietes, wie früher in dem die gleiche Erscheinung aufweisenden westgothischen Reich, eingetreten ist [20]. In den folgenden Jahrhunderten haben, nachdem sich einmal die Praxis eingebürgert hatte, kirchliche Vergehen mit derartigen Strafen zu bedrohen, nicht nur die unter Theilnahme der Fürsten abgehaltenen Reichssynoden und die unter Mitwirkung der weltlichen Grossen aufgestellten Gottesfriedensordnungen, sondern auch vor Allem seit dem 11. Jahrhundert die Päpste, sei es mit ihren Synoden, sei es allein, nicht minder die Partikularkonzilien von denselben Gebrauch gemacht, ja sogar auch neue in das kirchliche Strafrecht eingeführt [21]. Bezweifelt oder bestritten worden ist damals ein solches Recht der

1 S. 39.
2 S. 43.
3 S. 39.
4 S. 36.
5 S. 43.
6 S. 49.
7 S. 40.
8 S. 41.
9 S. 43.
10 S. 43.
11 S. 43 n. 5.
12 S. 47. 48.
13 S. 49.
14 S. a. a. O.
15 S. 48.
16 S. 43.
17 Des Exils, der Ausweisung, der Brandmarkung gegen Laien, des Haarabscheerens, des Leiteraufbindens.

18 So die citirten Stellen. Es ist demnach unrichtig, wenn Katz Grundriss des kanon. Strafrechts S. 34 behauptet, dass sämmtliche Quellenstellen der Gratianischen Sammlung und der Dekretalen Gefängnissstrafe, Konfiskation und eigentliche Geldstrafe niemals gegen Laien androhen, eine Aufstellung, welche mit seiner weiteren irrigen Annahme (S. 33, vgl. darüber auch Bd. IV. S. 747), dass die Kirche allein den Geistlichen, nicht aber den Laien vindikative Strafen auferlegt habe, zusammenhängt, und bei welcher er übersehen hat, dass die gemeinrechtlichen Strafen der Infamie, des Verlustes weltlicher Ämter und Berechtigungen, der Entbindung vom Treueid und des weltlichen Bannes ebenfalls zu diesen gehören. Allerdings erfolgt die Vollstreckung einzelner dieser Strafen, wie der Vermögenskonfiskation bei ketzerischen Laien, zu Gunsten der weltlichen Obrigkeit, aber die Kirche hat ihrerseits diese Strafe, welche nach c. 19 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2. sogar ipso iure eintritt, s. auch die gleich cit. Bulle Gregors XI., angeordnet. Wenn Katz S. 35 in Betreff der Verknechtung nur von einer gutachtlichen Empfehlung spricht, so ist diese zum Theil durch die Päpste direkt angeordnet worden, s. S. 49 und auch die Bulle Gregors XI v. 1376 gegen Florenz, Raynald. ann. a. 1376 n. 5: „bona ... quorumcumque Florentinorum ubicumque consistentium de . . . fratrum nostrorum consilio confiscavimus et personas ipsorum omnium et singulorum absque tamen morte et membri mutilatione exponimus fidelibus, ut capientium fiant servi et bona earum mobilia quibuscumque fidelibus occupanda", und wo die Kirche ihre Anwendung den Fürsten überlassen hat, S. 49 n. 11. 12, war dies ebenfalls so gut wie ein Gebot, da die letzteren in der damaligen Zeit als verpflichtet galten, die kirchlichen Strafverordnungen durchzuführen, s. §. 286.

19 In dieser kommen schon Prügelstrafe, Geldbusse, Vermögens-Konfiskation, Exil, Gefängniss und Haarabscheeren vor, s. die vorhin citirten Stellen.

20 Bd. IV. S. 814 ff. 831.

21 So die Absetzung der Fürsten S. 43, die Entbindung der Unterthanen vom Treueid S. 48, den Verlust weltlicher Ämter S. 43, die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Stellungen S. 47. 48, die Entziehung des Rechtes des Handelsverkehrs S. 48 und den weltlichen Bann S. 49. Auch das Anwendungsgebiet der Infamie ist gerade durch die päpstliche Gesetzgebung erweitert worden.

Kirche und des Papstes nicht, und von dem Standpunkt der mittelalterlichen hierokratischen Theorie, nach welchem der geistlichen Gewalt die Souveränität über die weltliche Herrschaftsordnung gebührt und dem Papste die oberste geistliche und weltliche Gewalt zusteht, konnte in der That auch ein solches Recht der Kirche nicht in Frage gezogen werden [1], vielmehr scheidet sowohl die kirchliche Gesetzgebung [2] als auch die Doktrin [3] in voller Unbefangenheit die kirchlichen Strafen in *poenae spirituales* und *temporales* oder in *spirituales* und *corporales* oder auch in *spirituales*, *corporales* und *pecuniariae*.

II. Die Strafen und Disciplinarstrafen gegen Geistliche. Was die Strafen gegen Geistliche betrifft, so war es natürlich, dass die in dieser Periode neu gegen die Laien eingeführten Strafen, mochten sie kirchlichen oder rein weltlichen Charakters sein, auch gegen die ersteren, soweit sie überhaupt gegen dieselben in Frage kommen konnten, verwendet wurden, so von den kirchlichen der kleine Bann [4], das Lokal-Interdikt, die Entziehung der Gnade des Papstes und des kirchlichen Begräbnisses [5], von den letzteren [6] die Geldstrafe, die Vermögenskonfiskation [7], die Konfiskation einzelner Sachen [8], das Exil, die Ausweisung [9], die Infamie [10], die Brandmarkung [11], der Verlust weltlicher Ämter und Rechte, die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter und die Acht [12], und zwar haben dieselben mit geringen Ausnahmen [13] den Charakter gemeinrechtlicher Strafen erlangt [14].

Auch die Disciplinarstrafen im eigentlichen Sinne haben eine reichere Ausbildung erfahren. Neu eingeführt worden sind während dieser Periode die Entziehung einzelner Amtsrechte [15] und der geistlichen Standesrechte [16], sowie der einmalige Verlust einzelner aus dem Amt herfliessender Befugnisse [17]. Ferner hat sich die früher einheitliche Strafe der Deposition in die Deposition im eigentlichen Sinn und die Degradation geschieden [18], und die Suspension in eine grössere Anzahl verschiedener Arten gespalten [19].

III. Die Zwangsbusse und die *Monitio*. Neben die unter I. und II. er-

[1] Das ist erst geschehen, als die Berechtigung dieser Anschauung überhaupt bestritten wurde, so Ausgangs dieser Zeit von Marsilius v. Padua, s. Friedberg, Zeitschr. f. K. R. 8, 128. 130.

[2] c. 2 (Bonifaz VIII.) in Extr. comm. de sent. exc. V. 10; c. 3 (Clem. V.) eod. (poenae spirituales et temporales); Seyne 1267 c. 6, M. 23, 1181 (per privationem beneficii vel suspensionem officii vel alias temporaliter vel spiritualiter ad superioris arbitrium puniatur"); Paris 1212 o. 1213 P. IV. c. 14, M. 22, 842 setzt der poena pecuniaria die poena spiritualis gegenüber.

[3] Petri Blesensis u. 1180 speculum iuris can. c. 6, ed. Reimarus 1837 p. 25, stellt die poenae spirituales und corporales als temporales der aeterna gegenüber. Die spiritualis scheidet er in diejenige, „qua spiritus hominis offenditur", d. h. die excommunicatio, diejenige „qua res spiritualis adimitur", z. B. eine Kirche oder das Recht zum Eintritt in den geistlichen Stand, und diejenige, „qua status hominis deformatur", wie die Infamie. Als Beispiel der corporalis bezeichnet er die Verknechtung. Bernardi Papiens. summa decretal. V. 33 §. 4 ed. Laspeyres. Ratisbon. 1860. p. 255 theilt die poena canonica in die spiritualis (Rüge, Personal-Interdikt oder Suspension, Exkommunikation, Infamie, Deposition), die corporalis (exilium, ieiunium, carcer, verberatio) und in die pecuniaria ein.

[4] S. 77.

[5] S. 78.

[6] Welche allerdings ebenfalls schon zum Theil im westgothischen Reich im Gebrauch gewesen sind, Bd. IV, S. 816.

[7] S. 79. 81.

[8] S. 81.

[9] S. 81, vereinzelt auch die zeitweise Konfination an einen bestimmten Ort, s. a. a. O.

[10] S. 84.

[11] S. 84. Wegen der Verknechtung und decalvatio s. ebendaselbst.

[12] S. 85.

[13] Der Entziehung der Gnade des Papstes, S. 77, des Exils S. 81 und der Konfiskation einzelner Sachen, S. 81.

[14] Von älteren Strafen gehören hierher die Prügelstrafe und Freiheitsentziehung.

[15] S. 63.

[16] S. 64.

[17] S. 65.

[18] S. 58.

[19] S. 67 ff.

wähnten Strafen ist weiter die jetzt durch Verrichtung einer Reihe einzelner Busswerke zu leistende Zwangsbusse als Strafe in der Art getreten, dass durch ihre Übernahme andere, für das Vergehen angedrohte Strafen ausgeschlossen werden [1]. Gerade deswegen, d. h. um dem Schuldigen Zeit zur Übernahme der Busse zu lassen, wird schon seit dem 8. Jahrhundert der Erlass einer Mahnung (*monitio evangelica*) an den Thäter vor der Verhängung der Exkommunikation [2] gefordert, und demnächst ist eine solche durch die Partikularsynoden auch vor dem Aussprechen des kleinen Bannes [3] verlangt, ferner in einzelnen päpstlichen Erlassen [4] und Partikular-Verordnungen als Bedingung der Anwendung des Interdikts [5], endlich in päpstlichen Privilegien sogar auch als Voraussetzung der für die Verletzung derselben angedrohten Strafen der Entziehung der päpstlichen Gnade [6] und des Verlustes geistlicher und weltlicher Ämter [7] hingestellt worden. Gerade der letztgedachte Fall, bei welchem eine poena vindicativa, nicht eine Censur in Frage steht [8], zeigt, mag es sich gleich dabei um eine formelhafte Klausel handeln, dass man die monitio begrifflich nicht blos mit den Censuren [9], sondern auch mit den poenae vindicativae für vereinbar erachtet hat, und in der That war dies auch innerlich gerechtfertigt, da die jetzt zur Strafe gewordene Busse geeignet war, ebenso gut wie die Exkommunikation auch jede andere Strafe zu ersetzen, und man daher auch vor der Verhängung der letzteren dem Thäter durch eine monitio die Möglichkeit gewähren konnte, die Strafe durch Übernahme der Busse abzuwenden [10].

[1] S. 88. 89. 100. 113.

[2] S. 10. 89.

[3] Rom 871/78 c. 5. 7; Troyes 878 c. 3, S. 16 n. 11 u. S. 19 n. 7.

[4] Calixt. II. 1120, J. L. n. 6807, M. 21, 214; Hadrian IV. 1155, J. L. n. 10067, M. 21, 814.

[5] Lüttich 1166 c. 8, M. 22, 10; Oxford 1222 c. 28, M. 22, 1160; Exeter 1278 c. 43, M. 24, 827.

[6] Urban II. 1088/99, J. L. n. 5747, S. 35 n. 1; Innocenz II. 1140/43, J. L. n. 8328, M. 21, 420: „Si quis autem huius nostrae constitutionis . . . paginam sciens contra eam venire tentaverit, secundo tertiove commonitus, si non reatum suum congrua satisfactione correxerit, indignationem dei omnipotentis et bb. Petri et Pauli apostolor. eius se noverit incursurum"; Hadrian IV. 1157/59, v. Pflugk-Harttung acta pontif. Roman. 3, 199, wenn schon der die monitio betreffende Passus in der überwiegenden Zahl der S. 34 n. 4 angeführten päpstlichen Briefe fehlt.

[7] Gregor VII. 1078 J. L. n. 5094, v. Pflugk-Harttung 1, 51: „Si quis vero regum, sacerdotum, clericorum, iudicum ac secularium personarum ... contra eam (paginam constitutionis) . . . venire temptaverit, ammonitus semel et iterum usque tercio per convenientes indutias, si non resipuerit atque predicte ecclesie non satisfecerit, potestatis honorisque sui dignitate careat"; 1079, J. L. n. 5125, Jaffé, mon. Gregor. p. 370 (mit der Einschiebuug: imperatorum), so jedoch vereinzelt bei Gregor VII., während in den meisten seiner Briefe, s. d. Citate S. 43 n. 6, die monitio erst als Bedingung der in zweiter Linie bei weiterer Hartnäckigkeit angedrohten Exkommunikation hingestellt wird; dagegen im wesentlichen übereinstimmend mit den erst angeführten Briefen: Urban II. 1093, J. L. n. 5487 u. 1095 n. 5543 u. 5600, M. 20, 643. 706. 828; Paschalis II. 1100, J. L. n. 5849, M. 20, 1088 u. 1101, n. 5858. 5867, M. 20, 982. 1014; Gelasius II. 1118, J. L. n. 6651, M. 21, 173; Calixt. II. 1120, J. L. n. 6822, M. 21, 191; Honorius II. 1125, J. L. n. 7227, M. 21, 335; Lucius II. 1144, J. L. n. 8609, M. 21, 619; Eugen III. 1153, J. L. n. 9714, M. 21, 638; Urban III. 1187, J. L. n. 15960, M. 22, 499; Cölestin III. J. L. n. 16989, M. 22, 622.

[8] Auf die Entziehung der päpstlichen Gnade weise ich absichtlich nicht hin, da diese auch als Censur verwendet werden konnte.

[9] Das behaupten die Bd. IV S. 761 citirten Schriftsteller mehr oder minder deutlich.

[10] Es ist indessen zu beachten, dass die monitio auch wie in früherer Zeit, s. Bd. IV. S. 762 n. 6 u. S. 843 n. 4 v. S. 842, dem Zweck gedient hat, bei einer Reihe von Vergehen das zum Thatbestande derselben erforderliche Moment eines hartnäckigen Verhaltens oder der wiederholten Verübung bestimmter Handlungen festzustellen. In dieser Bedeutung kommt sie vor: bei der Exkommunikation für die Verweigerung der Zehnten, S. 11 n. 2 und London 1175 c. 13, M. 22, 150, für die andern a. a. O. gedachten Vergehen, für eigenmächtiges Verlassen des Klosters durch Mönche Urban II. 1090 o. 1092, Jaffé mon. Bamb. p. 144. 161; für Nichtablegen unpassender Kleidung durch Geistliche, London 1175 c. 4, M. 22, 148; const. Paris. Gallon. card. 1210 c. 8, M. 22, 764: „Volentes . . . magistris et scholaribus deferre, eatenus erga ipsos rigorem . . . nostrae constitutionis (welche verdächtigen Umgang mit Frauen, Tragen unpassender Kleidung und das Wuchern bei Exkommunikation

Was die gemeinrechtliche Gestaltung betrifft, so hat das 3. Lateran-Konzil (1179)[1] die vorgängige monitio nur für die Verhängung der Exkommunikation und der Suspension[2], und Bonifaz VIII. sie in einem einzigen Fall auch für die des Interdikts[3] vorgeschrieben, und zwar soll sie eine dreimalige sein oder ausdrücklich als einmalige für alle drei

verbietet) duximus temperandam, ut antequam periculum excommunicationis incurratur, admonitio generaliter fiat per magistros et comminatio excommunicationis in transgressores. Quibus praemissis, si qui forte contumaces et rebelles extiterint, iterum et nominatim sub eadem comminatione et in scholis moneantur ... „c. 9: „Quodsi forte nec taliter resipiscere voluerint, extunc . . excommunicentur", (wonach aus Milde bei den Scholaren erst ein ganz besonderer Grad von Widerspenstigkeit für die Verhängung der Exkommunikation erfordert wird), bei dem Personalinterdikt add. Wilhelm. Paris. episc. c. 1, M. 22, 766, S. 67 n. 6, s. auch S. 14 n. 6; beim *interdictum ambulatorium* Innocenz III. und Monteil 1248 c. 15, S. 31 n. 3; beim kleinen Bann Lateran. III. 1179 c. 27, S. 18 n. 1; bei der Deposition syn. Papiens. 850 c. 19, Bor. Kr. 2, 122 (Wucher): „si laicus est, excommunicetur, sacerdos autem vel clericus, si ad episcopi admonitionem ab hoc turpi et pestifero negotio se non cohibuerit, proprii gradus periculum sustinebit"; Rudolf v. Bourges u. 850 c. 16, M. 14, 951 (verdächtiger Umgang von Priestern mit Frauen); Rom 853 c. 41, M. 14, 1016 (Priester, welche sich ohne Zustimmung des Diöcesanbischofs von Laien in andere Diöcesen anstellen lassen und nicht in ihre Sprengel zurückkehren), bei der *privatio beneficii* Paschalis II. 1100/15, J. L. n. 6437, S. 62 n. 5; Lateran. II. 1139 c. 4, M. 21, 527 (Geistliche, welche ihre unangemessene Kleidung beibehalten); Rheims 1148 c. 2, M. 21, 714 (desgleichen); c. 6 (Alex. III.) X de cohab. III. 2; Paris 1212 P. I. c. 6, M. 22, 820, S. 62 n. 5; bei der *suspensio ab officio* Aix 1112 c. 3, M. 21, 74: „Si quis vero in solvendo quarta parte magis inobediens extiterit, post tertiam admonitionem officio suspendatur"; bei der *suspensio a beneficio* Paris 1212 P. I. c. 7, M. 22, 819, S. 69 n. 1; bei der Suspension schlechthin London 1200 c. 1, M. 22, 713 (Geistliche, welche die Worte des Kanons und der Offizien undeutlich und zu schnell aussprechen), und bei dem Verlust des Klerikalprivileges c. un. (Bonifaz VIII.) in VI. de vita III. 1, wo der Ausübung der Gauklerkunst während eines Jahres eine kürzere Frist, wenn innerhalb derselben eine dreimalige Mahnung erfolgt ist, gleichgestellt wird. Deutlich ergiebt sich der gedachte Zweck der monitio aus Roffec 1258 c. 2, M. 23, 984: „quos ex tunc in generali monemus et moneri praecipimus et si moniti talia facere praesumpserint, ipso facto excommunicatos esse volumus" und Bourges 1286 c. 25, M. 24, 638: „quod rectores ecclesiarum . . publice semel secundo et tertio diebus dominicis astante plebe in ecclesiis suis moneant . . ne de cetero talia attentare praesumant. Quod si post monitiones contra fecerint, . . excommunicationi subiaceant ipso facto", wo die monitio als Erforderniss der Vollendung des Vergehens hingestellt wird, damit sich die auf dasselbe gesetzte exc. l. s. realisiren kann.

Endlich hat man eine vorgängige monitio auch angewendet, um eine Person, welche durch Gerücht eines nicht zu erweisenden Vergehens bezichtigt war, zum Geständniss oder zur Übernahme der Busse zu bewegen, Leg. K. York 1195 c. 12, M. 12, 656: „suspectus de crimine (d. h. des Haltens von Konkubinen) per famam communem vel verisimilia indicia per decanum loci admoneatur familiariter semel, secundo et tertio, ut se corrigat; quod si non fecerit, decanus adiunctis sibi duobus vel tribus, penes quos eius fama laborat, eum corripiat. Si nec sic videatur corrigi, dicatur ecclesiae, scil. arguatur in capitulo, ut convictus vel confessus canonice puniatur"; London 1200 s. 12, p. 719: „Diffamati fama publica vel verisimilibus indiciis super crimine, de quo vinci non possunt, commoneantur semel, secundo et tertio, ut confiteantur et satisfaciant: si vero incorrecti in negatione persistiterint, indicatur eis purgatio"; Richard v. Salisbury u. 1227 c. 26, M. 22, 1115; Canterbury 1236 c. 19, M. 23, 421.

Wohl nicht auf Straf-, sondern auf andere Rechtssachen beziehen sich die Privilegien Clemens' III. 1188, J. L. n. 16249 u. 16266, Matthaeus Paris chron. maiora ed. Luard 6, 61, für Mönche einzelner Klöster darauf, dass sie erst nach vorgängiger monitio canonica, bez. nach Mahnung durch den Papst andern zu Recht zu stehen brauchen.

[1] c. 6, M. 22, 221 in c. 26 X de appell. II. 28, S. 12 n. 3.

[2] Also der suspensio ab officio, S. 73; bei der susp. ab officio et benef. erwähnt derselben c. 14 (Lateran. IV. 1215 c. 15) X de vita cleric. III. 1, S. 69 n. 2.

Für die Exkommunikation insbesondere ist diese Anordnung durch Lateran. IV. 1215 c. 47 in c. 48 X de sent. exc. V. 39 mit der Erweiterung wiederholt, dass bei der Mahnung behufs des Beweises geeignete Personen zugezogen und die Prälaten, welche gegen diese Vorschriften verstossen, selbst bei gerechtfertigter Verhängung der Exkommunikation mit der interdictio ingressus ecclesiae auf einen Monat, daneben aber nach Bewandniss der Umstände auch mit einer andern Strafe belegt werden sollen.

[3] Wenn nämlich dasselbe gegen denjenigen, welcher wegen Umganges mit einem Exkommunicirten in den kleinen Bann verfallen ist und hartnäckig in demselben verharrt, ausgesprochen werden soll, c. 13 (Bonifac. VIII.) in VI. de sent. exc. V. 11. Allgemein ist sie für das Interdikt nicht angeordnet worden, denn c. 5 (Innoc. IV.) in VI. eod. spricht von dem letzteren blos im Eingang, nicht aber an der die monitio betreffenden Stelle. Es ist daher nicht richtig, wenn Mendelssohn-Bartholdi de monitione canonica. Heidelberg 1860 p. 17 sie bei allen Censuren für erforderlich erklärt. Wegen des Partikularrechts s. o. S. 119 n. 5.

Mal erfolgen [1]. Ihre Unterlassung hat für die Regel keine Nichtigkeit der Verhängung der Strafe zur Folge [2]. Von vornherein ist sie gemeinrechtlich bei den *excommunicationes* und *suspensiones latae sententiae* [3] und bei den generellen Exkommunikationen [4] nicht für nothwendig erklärt worden [5], doch ist sie später in einem Fall bei der excommunicatio l. s. vorgeschrieben worden [6], während sie die Partikularsynoden seit dem 13. Jahrhundert mehrfach sowohl für die erwähnten Censuren latae sententiae [7], wie auch für die General-Exkommunikationen [8] fordern, aber meistens eine allgemein ausgesprochene und öffentlich verkündete, nicht eine an bestimmte Personen gerichtete Mahnung genügen lassen [9].

In dieser, der monitio für immer durch das gemeine Recht gegebenen Ausgestaltung hat sie nach wie vor den schon S. 119 hervorgehobenen Zweck, dem Schuldigen Gelegenheit zur Abwendung der Strafen der Exkommunikation und der Suspension (bez. auch des Interdikts) [10] durch Übernahme der Busse und der erforderlichen Genugthuung [11] zu geben [12], nicht aber den, eine offenbare Widerspenstigkeit und Widersetzlichkeit, sowie den Ungehorsam gegen die kirchlichen Aufforderungen zur

[1] c. 9 (Lyon 1274) in VI. de sent. exc. V. 11: „iudices sive monitionibus tribus utantur sive una pro omnibus, observent aliquorum dierum competentia intervalla, nisi facti necessitas aliter ea suaserit moderanda". Von einer competens monitio sprechen c. 48 (Lateran. IV. 1215 c. 47) X de sent. exc. V. 39; c. 61 (id. c. 48) X de appell. II. 28; c. 5 (Innoc. IV.) in VI. de sent. exc. V. 11. Auch muss sie dem Schuldigen persönlich zugestellt werden c. 48 X cit.

[2] c. 5 (Lyon 1245) in VI. eod. V. 11 bezeichnet solche Sentenzen nur als iniustae. Nichtigkeit tritt allein ein, wenn die monitio vor Verhängung der Exkommunikation, der Suspension oder des Interdikts gegen den im kleinen Bann wegen des S. 120 n. 3 gedachten Vergehens unterlassen wird.

[3] c. 26 (Lateran. III. 1179 c. 6) X de appell. II. 28, vgl. über diese §. 266.

[4] Über diese §. 266. c. 5 cit. V. 11 in VI. verlangt sie allerdings, wenn eine solche vom Richter für die Vergangenheit oder Gegenwart, nicht aber für die Zukunft verhängt wird.

[5] Demnach ist die monitio abgesehen von dem in der vor. Anm. erwähnten Fall erforderlich, wenn eine der gedachten Strafen auf Grund eines dieselbe androhenden Gesetzes oder ohne ein solches arbiträr vom kirchlichen Oberen verhängt wird.

[6] Clem. 1. de stat. monach. III. 10: „si qui vero visitatores ipsos in praemissis impedire praesumpserint . . nisi moniti resipiscant, ipso facto excommunicationis sententiam se noverint incursuros".

[7] Nantes 1264 c. 7, M. 23, 1120: „Si vero aliquis a locorum ordinariis in generali canonica monitione facta, ut a praedictis exactionibus desistatur . . . aliquid attentare praesumserit, extunc volumus ipsum excommunicationis sententiam incurrere ipso facto"; Rouen 1299 c. 3, M. 24, 1205 (post monitionem de contrario generalem) u. c. 5 ibid. (monitione legitima praecedente); Pressburg 1305 c. 5, M. 25, 221; Avignon 1326 c. 8 p. 747; Benevent 1331 u. 1378 c. 20, M. 25, 944 u, M. 26, 629 („monentes . . . una canonica monitione pro omnibus et peremtorie"); Rouen 1335 c. 5, M. 25, 1042 („post monitionem etiam generalem excommunicationis sententiam incurrant ipso facto"); beim Interdikt Avignon 1326 c. 24, p. 762.

[8] Schottisches Konz. 1222 c. 50, M. 22, 1234: „Monitionem . . . statuimus sufficere generalem et si fiat alicuius nomine non expresso, dum ita publice ac solemniter fiat, quod ad eorum notitiam valeat pervenire"; Köln 1266 c. 31, M. 23, 1148: „Et cum de aliis constiterit per evidentiam vel per famam publicam vel iuramentum iniuriam vel damnum passi, si fuerit persona fide digna, vel per fidem testium summarie faciendam, per ordinarium moneatur, ut intra VII dies a tempore monitionis factae de forefacto perpetrato satisfaciat competenter. Alioquin a nobis excommunicatus excommunicatione quam ferimus in his scriptis, extunc per omnes ecclesias publice nuncietur"; Köln 1310 c. 12, M. 25, 240; Benevent 1331 u. 1378 c. 21, M. 25, 945 u. 26, 629: „in contrarium facientes canonica monitione praemissa sententiam excommunicationis proferimus in his scriptis".

[9] S. die vorhergehenden Anmerkungen.

[10] S. 120 n. 3.

[11] Vgl. auch c. 5 in VI cit. V. 11: „Caveant (die kirchlichen Richter) etiam, ne tales sententias excommunicationis sive specialiter sive generaliter in aliquos pro futuris culpis, videlicet: si tale quid fecerint, vel etiam pro commissis sub hac forma: si de illis infra tale tempus minime satisfacerint, proferre praesumant, nisi mora in exhibenda satisfactione, vel culpa seu offensa praecesserit, quibus merito ad iniungendam satisfactionem huiusmodi et taliter prohibenda similia inducantur, aut alia rationabilis quam in ipsis sententiis exprimant, causa subsit" wo der Gesichtspunkt der satisfactio stark betont wird.

[12] Desshalb beziehen sich die betreffenden gemeinrechtlichen Vorschriften auch nicht auf die monitio in den S. 119 n. 10 besprochenen Bedeutungen.

Besserung festzustellen. Wenn die herrschende Meinung[1] letzteres darauf stützt, dass die Censuren nicht das Verbrechen als solches strafen und nicht durch die Strafe das verletzte Recht sühnen, sondern den Schuldigen aus dem Zustande der Sünde herausführen, ihn zur Besserung vermögen und ihn anhalten sollen, für das gegebene Ärgerniss oder den zugefügten Schaden Genugthuung zu leisten, so übersieht sie, dass bei der Bedrohung eines bestimmten Vergehens mit einer s. g. Censur, z. B. der Exkommunikation, die in derselben liegenden Übel gerade für die Begehung der betreffenden Strafthat und als Sühne für das durch Verletzung der Rechtsordnung, nicht für das erst durch eine weitere Widerspenstigkeit gegebene Ärgerniss eintreten sollen[2]. Überdies ruht die gemeinrechtliche Gestaltung der *monitio* auf dem damals von der kirchlichen Gesetzgebung gar nicht erfassten und berücksichtigten Unterschied zwischen den Censuren und Vindikativstrafen (s. S. 125). Entsprechend dem Gelegenheitscharakter derselben hat man wegen des häufigen und leichtfertigen Gebrauches der Exkommunikation und der Suspension gerade für die Anwendung dieser Strafmittel[3] die vorgängige Mahnung vorgeschrieben[4], und wie sie nach Partikularrecht ebenfalls vor der Verhängung von eigentlichen Strafen vorgekommen ist[5], so ist dies gleichfalls nach gemeinem Recht der Fall geblieben, da die Suspension ebenfalls als eigentliche Strafe vorkommt[6], und die monitio für sie schlechthin[7], nicht blos, soweit sie als Censur erscheint, angeordnet worden ist. Endlich darf nicht unbeachtet bleiben, dass das gemeine Recht nur Vorschriften über einzelne Fälle, in denen die monitio vor der Verhängung von Strafen zu erfolgen hat, aufstellt, damit aber nicht die Vornahme derselben in anderen verbietet, und dass das Partikularrecht des 13. und 14. Jahrhunderts eine solche auch über das gemeine Recht hinaus angeordnet hat[8], also auch in der Lage gewesen wäre, sie, wie früher[9], vor der Verhängung von Vindikativstrafen festzusetzen.

[1] S. z. B. Kober Kirchenbann 2 A. S. 146; München kanon. Gerichtsverfahren u. Strafrecht 2, 176.

[2] Die Konsequenz der hier bekämpften Ansicht führt dazu, dass die vielen, die Excommunikation ohne Weiters androhenden Normen dahin aufzufassen wären, dass allein derjenige Schuldige, dessen Widerspenstigkeit und Unverbesserlichkeit vorher festgestellt worden ist, mit dem Banne belegt werden darf. Weiter erscheinen von diesem Standpunkt aus die censurae latae sententiae, (vgl. auch unten §. 266) welche sich von selbst mit der Begehung der That realisiren und für deren Verwirklichung gemeinrechtlich eine vorherige monitio der Regel nach nicht erforderlich ist, S. 121, als etwas dem Wesen der Censur völlig Widersprechendes, während sie nach der hier vertretenen Meinung insofern eine Verschärfung der Strafe bilden, als der Eintritt derselben bei ihnen nicht durch Übernahme der Busse abgewendet werden kann. Katz S. 49 hat hier das Richtige erkannt, aber wenn er die monitio für eine nur formelle Vorschrift erklärt, so ist mir nicht klar, was er damit sagen will.

[3] Für das Interdikt nur in einem Falle, s. S. 120 n. 3. Auch das wäre unerklärlich, wenn die Censur begrifflich die vorgängige monitio erforderte.

[4] Das ergiebt das in der entscheidenden Stelle, c. 26 X de appell. II. 28 angegebene Motiv der Anordnung: „Reprehensibilis valde consuetudo in quibusdam partibus inolevit, ut quum fratres et coepiscopi nostri seu etiam archidiaconi appellaturos quosdam in suis causis existimant, nulla penitus admonitione praemissa suspensionis et excommunicationis in eos sententiam ferant“.

[5] S. 119.

[6] S. auch Kober, Suspension S. 26.

[7] Kober a. a. O. S. 60 behauptet zwar unter Berufung auf Gonzalez Tellez comm. ad c. 9 X de cler. exc. V. 27 n. 11, dass die monitio für die suspensio als Vindikativstrafe nicht erforderlich sei, aber c. 26 X cit. II. 28 unterscheidet nicht zwischen einer solchen und der Censur. Übrigens ist in dem von ihm weiter angezogenen c. 33 (Innoc. III.) X de test. II. 20 nicht von der Verhängung einer suspensio ab off. et a benef. ohne vorangegangene monitio die Rede, sondern von einem denunciare suspensos, d. h. von der Verkündigung einer schon eingetretenen suspensio.

[8] S. 121.

[9] S. 119.

§. 265. *bb. Der Begriff der Strafe. Censuren und Vindikativstrafen.* (*Strafen gegen Unschuldige.*)

I. Der Begriff der Strafe. Der Begriff der Strafe im kirchlichen Strafrecht ist in dieser Periode kein anderer als in früherer Zeit, und auch für sie trifft die schon widerlegte Auffassung, dass die kirchliche Strafe lediglich im Interesse des Bestraften selbst nicht als Übel, sondern als Wohlthat für denselben, um ihn mit Gott zu versöhnen und dessen Zorn abzuwenden verhängt werde [1], nicht zu.

Von den jetzt zur Anwendung kommenden Strafen der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, der Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern, dem definitiven Verlust kirchlicher Rechte, der Vermögenskonfiskation, der Entziehung weltlicher Ämter, einschliesslich der Absetzung der Fürsten, der Brandmarkung, dem Verlust weltlicher Berechtigungen, der Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter und Stellungen, sowie der Entbindung der Unterthanen vom Treueide [2] lässt sich sicherlich nicht behaupten, dass sie dem Schuldigen nicht als Übel, sondern als Wohlthat behufs seiner Versöhnung mit Gott auferlegt worden sind.

Weiter richtet sich die in dieser Periode neu eingeführte Strafe des Lokalinterdikts und seiner Abart, des interdictum ambulatorium [3], nicht nur gegen den Schuldigen, sondern es zieht auch im Widerspruch gegen alle Gerechtigkeit und alle gesunden Prinzipien des Strafrechtes eine ganze Reihe Unschuldiger in Mitleidenschaft, ja partikularrechtlich hat man diese Ungerechtigkeit in einzelnen Fällen sogar noch gesteigert [4].

Aber auch abgesehen davon wendet das kirchliche Recht dieser Periode Strafen, welche Unschuldige treffen, an. So wird seit dem 13. Jahrhundert theils gemeinrechtlich [5], theils partikularrechtlich als Strafe die Ausschliessung der Descendenz des Thäters vom Erwerbe kirchlicher Ämter und der kirchlichen Weihen, vereinzelt auch weltlicher Würden [6], bis zu einer bestimmten Generation, welche zwischen der ersten und vierten schwankt, für Ketzerei und Apostasie [7], für den Raub von Christen und Verkauf derselben an Sarazenen [8], für Vergehen gegen die Person, die Freiheit, die leibliche Integrität der Geistlichen [9],

[1] Bd. IV S. 747. 748.

[2] S. 116.

[3] S. 19. 31.

[4] So belegt Cognac-Bordeaux 1238 c. 15, M. 23, 491: „Si plures domini homines habeant divisos, pro delicti domini alterius interdicto sui solummodo supponantur. Si vero homines habeant indivisim, subiiciantur omnes communi interdicto" bei nichtgetheiltem gemeinsamem Territorialbesitz zweier Herren lediglich deshalb wegen des Deliktes eines derselben alle Leute der ungetheilten Besitzungen mit dem Interdikt. Nach Köln 1260 c. 14, M. 23, 1141 soll, wenn die Mehrzahl der Parochianen die Abhaltung des Sendgerichtes und die Entrichtung der Sendabgaben hindert, der ganze Ort mit dem Interdikt belegt werden, obwohl die Minorität völlig schuldlos ist. Ebenso lässt auch Exeter 1287 c. 3, M. 24, 821 bei Delikten der Mehrheit der Parochianen das Interdikt zu.

[5] S. 33; s. ferner Potthast reg. n. 17546 (Bestätigung eines Statuts durch Alexander IV. 1259, welches die gedachte Strafe für Tödtung und Verwundung von Kanonikern festsetzt).

[6] c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9. S. 49 n. 5; const. Urban. V. 1385: Sacrilegorum, bull. Taur. 4, 592, welche für die Wegnahme oder Zerstörung bestimmter Reliquien der Apostel Petrus und Paulus oder einzelner Theile ihres Schmuckes selbst mit Zustimmung des Kapitels der Laterankirche, die nur durch den Papst lösbare Exkommunikation und das nur von ihm aufzuhebende Lokalinterdikt, Verlust aller Kirchenämter, Unfähigkeit zur Erlangung derselben, immerwährende Infamie, weltlichen Bann, Verlust der Lehen, der von den Söhnen und Enkeln besessenen kirchlichen Ämter einschliesslich der bischöflichen und Ausschluss der Descendenz vom Klerikalstand und von kirchlichen und weltlichen Ämtern androht.

[7] Bd. II. S. 487 n. 12. 15.

[8] Leg.-K. Valladolid 1322 c. 23, M. 25, 721.

[9] Leg.-K. Avignon 1209 c. 20, S. 33 n. 12; c. 12 X de poen. V. 37; c. 5 (Bonifaz

gegen die kirchlichen Freiheiten [1], gegen die persönliche Sicherheit und das Leben der das Asylrecht in Anspruch nehmenden Personen [2] und gegen das Kirchengut [3], sowie für die Verhöhnung der Exkommunikation und des Exkommunikators durch Nachahmung der Ceremonien des Anathems [4] festgesetzt.

Endlich finden sich einzelne kirchliche Strafen auch gegen völlig Unschuldige angedroht, vereinzelt gegen Kinder aus incestuosen Ehen die Infamie [5], aber wiederholt seit dem 13. Jahrhundert bei thätlicher Verletzung und Gefangenhaltung von Bischöfen [6], bei Eingriffen in die kirchlichen Freiheiten [7], bei Beeinträchtigungen des Kirchengutes [8] und des Vermögens der Geistlichen [9], bei offenbarem Wucher [10], bei Nichtbeachtung der Exkommunikation [11], sogar lediglich schon wegen der Exkommunikation des Gewalthabers [12] das Personal-Interdikt [13], mitunter die Entziehung des kirchlichen Begräbnisses [14], gegen die Ehefrau, die Kinder, Familienglieder, Bediensteten und Kolonen (mancipia) [15] des Schuldigen, endlich einmal auch bei dem S. 123 n. 6 gedachten Vergehen Verlust der kirchlichen Ämter einschliesslich der bischöflichen Würde ipso iure für die völlig unschuldigen Descendenten des Thäters [16], und bei der Ketzerei Verlust der kirchlichen Ämter, welche Geistliche auf Bitten von Ketzern erlangt haben [17].

In diesen Strafandrohungen für Vergehen, welche sich wesentlich gegen das

VIII.) in VI de poen. V. 9; Clem. 1 de poen. V. 8, S. 33 n. 12 u. S. 49 n. 4; Köln 1266 c. 24. 29, M. 23, 1145 (allerdings hier erst nach einjährigem Verharren in der Exkommunikation, aber c. 24 sogar Ausschliessung der Seitenverwandten bis zum 3. Grad); Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 464 (Angriffe gegen Bischöfe), s. auch weiter die S. 33 n. 12 und §. 287 citirten Partikularkonzilien.

[1] Roffec 1258 c. 1, M. 23, 983 (Vereinigungen und Verschwörungen dagegen, nach dreimonatlichem Verharren des Thäters in der Exkommunikation); Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 (Hinderung der kirchlichen Wahlen und der Besetzung von Kirchenämtern); Nogaret 1303 c. 1, M. 25, 588 (Belastung des Klerus mit Abgaben).

[2] Leg.-K. Bourges 1276 c. 12, M. 14, 175.

[3] Nogaret 1303 c. 10, M. 25, 114 (das Behalten kirchlicher Zehnten, hier auch Ausschluss von der Tonsur), vgl. auch Urban. V. const. Sacrilegorum cit. v. 1385 cit. S. 123 n. 6.

[4] Riez 1285 c. 8, M. 24, 578.

[5] Lateran I. 1123 c. 5, M. 21, 283, S. 42 n. 2, ferner auch freilich viel später, nämlich durch const. cit. Urban. VI. 1385 §. 2, für die Descendenz des Thäters bei dem S. 123 n. 6 gedachten Verbrechen.

[6] Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 464 (familia und familiares, Personalinterdikt bis zur Satisfaktion); Bergamo 1311 c. 12 p. 487 (ebenso).

[7] Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 (Verhinderung kirchlicher Wahlen und der Besetzung der Kirchenämter, Personalinterdikt für familia); Nogaret 1315 c. 2, M. 25, 558 (Belastung der Kleriker mit Abgaben, Ausschliessung der Frau, Kinder und Familie vom kirchlichen Begräbniss bis zur Satisfaktion).

[8] Worcester 1229 c. 20, M. 23, 184 (hartnäckige Verweigerung des Zehnten, Personalinterdikt für die Familie mit Ausnahme der Kindertaufe und Busse bei Todesgefahr); Bordeaux 1259 c. 13, M. 23, 860 (Zurückhaltung und Besitz kirchlicher Zehnten, Fernhaltung von der kirchlichen Eheschliessung, von der purificatio post partum und vom Abendmahl); Nogaret 1300 c. 10, M. 25, 114 (dasselbe Vergehen, Ausschliessung der Frau, der Kinder und der Familie vom christlichen Begräbniss bis zur Restitution).

[9] S. Pölten 1284, M. 24, 507 (Ausübung des Spolienrechts durch Patrone und andere, Personalinterdikt mit Ausnahme der Kindertaufe und Busse bei Todesgefahr für familiares servientes et coloni bis zur Restitution, wenn sie sich nicht innerhalb eines Monats vom Thäter lossagen).

[10] Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1099 (nach einmonatlichem Verharren des Wucherers im Bann Personalinterdikt für Frau, Kinder und mancipia).

[11] Lemans 1247 c. 15, M. 23, 760 (nach 20tägigem Verharren in der Exkommunikation, Personalinterdikt für die Familie bis zur Absolution des Schuldigen).

[12] Cognac-Bordeaux 1228 c. 17, M. 23, 491: „De baronibus excommunicandis statuimus observandum, ut cum eos excommunicari necesse fuerit, personae eorum excommunicationi subdantur et eorum uxores et familiae interdicantur et ipsorum excommunicatio et interdictum familiae publicentur diebus dominicis et festivis“.

[13] S. die vorhergehenden Anmerkungen.

[14] S. Anm. 7 u. 8.

[15] Anm. 9 und 10.

[16] const. Urban. VI. 1385 §. 2 cit.: „si qui praedictorum reorum filios vel filiam aut nepotem vel nepotes habeant per rectam lineam descendentes beneficiatum vel beneficiatos, quibusvis beneficiis, etamsi pontificalem adeptus vel adepti fuerint dignitatem, sint ipso iure privati, omni spe promotionis omnino sublata“.

[17] c. 2 (Alexander IV.) §. 3 in VI de heret. V. 2.

Glaubensfundament, gegen die Autorität und die Freiheiten der Kirche, gegen die Stellung und persönliche Sicherheit der Geistlichkeit und gegen die Beeinträchtigung des kirchlichen Vermögens richten, zeigt sich deutlich der hierarchische Charakter des kirchlichen Strafrechtes, welchem zur Unterdrückung der Beeinträchtigung der kirchlichen und hierarchischen Interessen alle, selbst dem einfachsten Gerechtigkeitssinn widersprechende Mittel recht sind, und welcher sich nicht scheut, völlig unschuldigen Personen Strafübel zuzufügen, um dadurch einen Druck auf den Thäter zur Unterwerfung unter die Anforderungen der Kirche und Geistlichkeit auszuüben. Diesen Straffestsetzungen gegenüber klingt es fast wie Hohn, wenn man, freilich aus Unkenntniss der Quellen, behauptet hat, dass die Kirche die Strafe als eine Wohlthat verhängt habe. Und wenn die gedachten Strafandrohungen auch vielfach dem Partikularrecht angehören, so können sie doch nicht etwa als blosse, dem gemeinen Recht widersprechende Auswüchse der lokalen Rechtsentwicklung betrachtet werden, denn das letztere kannte ebenfalls derartige irrationelle Strafen und Strafvorschriften, ja auch die Päpste haben solche zu einer Zeit, in welcher ihr oberstes Gesetzgebungsrecht ausser Frage stand, erlassen, und endlich sind jene partikularrechtlichen Bestimmungen niemals durch das gemeine Recht gemissbilligt worden.

II. Die Censuren und Vindikativstrafen. Es ist behauptet worden, dass die kirchlichen Strafen hauptsächlich Censuren, poenae medicinales, auf Heilung des Schuldigen von seinem Fehler berechnet, gewesen seien[1]. Wie dies für die früheren Perioden unzutreffend ist[2], so auch für die hier fragliche Zeit, in welcher sich das gemeine kirchliche Strafrecht in seinen Grundlagen festgestellt hat.

Zunächst hat man ebensowenig wie früher[3] den Unterschied zwischen den Censuren und Vindikativstrafen erfasst. Das zeigt nicht nur der Umstand, dass sich während der ganzen Periode keine feste terminologische Unterscheidung beider Strafarten[4]

[1] v. Bar, Gesch. d. deutsch. Strafrechts 1, 83.

[2] Bd. IV. S. 747 ff. 832. 833.

[3] Bd. IV. S. 832.

[4] Abgesehen davon, dass *censura* im Sinne von rechtlich bindender Vorschrift oder von Gebot, Paris 829 lib. I. c. 17, M. 14, 557; Haito v. Basel 807—23 c. 19, Bor. 1, 365 („considerata qualitate personae iuxta modum culpae agatur censura vindictae“); Mainz 888 c. 23, M. 18, 70; Chalons 894, M. 18, 128 (censura s. spiritus); Johann VIII. 878, J. L. n. 3160, M. 17, 354; Leo IX. 1050, J. L. n. 4212, M. 19, 685 („apostolica censura“); Mainz 1071 M. 20, 11 („regiae potestatis iubente censura“) oder auch für Strafvorschrift, Rom 743 c. 5, M. 12, 383, gebraucht wird, kommt es vor für Strafandrohung Ponthion 876 c. 9, LL. 1, 535, namentlich aber für Strafe, sowohl für die kirchliche Meaux 845 c. 33, M. 14, 826; Rom 853 c. 4, p. 1012; Toucy 860 c. 2, M. 15, 559; Mainz 888 c. 27, M. 18, 71; Troslé 909 c. 4, M. 18, 272; Johann XV. 989, J. L. 3832, M. 19, 1230; Mainz 1071, M. 20, 11; London 1108 c. 7, M. 20, 1230; Frider. const. pac. 1158 c. 2, LL. 2, 112; c. 13 (Innoc. III.) X de iud. II. 1, wie auch für die weltliche, conv. episc. ap. Balneol. 1086, M. 20, 619.

Allerdings finden sich Wendungen wie „censura anathematis“ admon. gener. 789 c. 60, Bor. 1, 57, „c. excommunicationis“, Leo IV. 854, M. 14, 1017 und Avignon 1209 c. 3, M. 22, 786; (vgl. auch Toucy 860 c. 2 cit.), und in Meaux 835 c. 33 cit. kann unter der censura ex patrum auctoritate nur die excommunicatio und die excommunicatio fraterna (s. o. S. 74, Bd. III. S. 474 n. 6 u. Bd. IV. S. 742. 811) gemeint sein, ja Koblenz 860 c. 6; Bor. Kr. 2, 156, wird die Exkommunikation als „medicinalis separatio“ bezeichnet, aber andererseits gebraucht Innocenz III. 1209, Potth. n. 3841, opp. ed. Migne 3, 149, censura auch für Absetzung, und Avignon 1209 c. 20, M. 22, 793 für die Unfähigkeit der Descendenz der Mörder v. Geistlichen zu Kirchenämtern.

Wie in den eben angeführten beiden Stellen zweifellose Vindikativstrafen als censurae bezeichnet werden, so umgekehrt als *poena* die Exkommunikation oder das Anathem Rudolf v. Bourges u. 850 c. 12, M. 14, 949; Rheims 1148, M. 21, 517; Rouen 1231 c. 34, M. 23, 216; c. 13 (Innoc. III.) X de jud. V. 6; c. 47 (id.) X de sent. exc. V. 39; das Lokal-Interdikt Hadrian IV. 1156, J. L. n. 10158, M. 21, 803 und die interdictio ingressus ecclesiae S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19, ferner als *vindicta* ebenfalls die Exkommunikation und das Anathem, Friaul 796 c. 12, M. 13, 850 („canonicis coerceatur vindictis, scil. aut iuxta modum et qualitatem culpae excommunicatione mulctetur aut anathematis vinculo penitus vinciatur aut certe honoris pro-

gebildet hat[1], sondern auch das Fehlen jeder eingehenden Erörterung des Unterschiedes in der mittelalterlichen Doktrin, welche sich also des verschiedenartigen Charakters der beiden Strafarten nicht klar bewusst geworden ist[2].

Allerdings hat die Kirche schon in früherer Zeit Censuren in der Bd. IV, S. 748 näher präcisirten Bedeutung gekannt[3] und von ihnen Gebrauch gemacht, also Strafen verwendet, für deren Handhabung der Zweck der Besserung in der Weise ein massgebendes Moment bildete, dass mit der Erreichung desselben das dem Thäter auferlegte Übel in Wegfall zu bringen war. Es kann sich daher nur darum handeln, ob in der hier fraglichen Zeit Änderungen, und in welchen Beziehungen eingetreten sind.

Von den gegen Laien und Geistliche anwendbaren Strafen werden jetzt bis zur Besserung oder bis nach gehöriger Busse oder bis zur Ersatzleistung oder Abstellung des strafbaren Verhaltens die Exkommunikation[4], das Personal-Interdikt[5], der kleine Bann[6], das Lokal-Interdikt[7], die Suspension von kirchlichen Individualrechten[8], die Entziehung der päpstlichen Gnade[9] und die Entbindung der Unterthanen vom Treueid[10] und was die Strafen gegen Kleriker betrifft, die Unfähigkeit, ein kirchliches Amt zu erlangen[11], die verschiedenen Arten der Suspensionen[12] und die excommunicatio fraterna[13] angedroht. Alle diese Strafen erscheinen also als Censuren in dem vorhin gedachten Sinne, und wenn diese Auffassung mit der herrschenden Meinung, welche herkömmlicher Weise nur die Exkommunikation, das Interdikt und die Suspension als Censuren be-

prii gradus amissione nudatus, reus ab ecclesiae gremio evellatur. Hae enim sunt canonicae ultrices vindictae"); cap. missor. 857, LL. 1, 451, sowie das Interdikt, Aimoin. vita Abbon. Floriac. Bouquet rec. 10, 335, S. 21 Anm.; ferner kommt bei Urban II. 1090 u. 1092, J. L. n. 5434 u. 5458 auch gladium excommunicationis, bez. anathematis vor.

[1] c. 20 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40: „quaerenti, quid per censuram ecclesiasticam debeat intelligi, quum huiusmodi clausulam in nostris litteris apponimus, respondemus, quod per eam non solum interdicti, sed suspensionis et excommunicationis sententia valeat intelligi", beweist nichts für das Gegentheil. Gerade die Anfrage, auf welche dasselbe als Antwort gegeben ist, zeigt, dass man damals mit censura keinen festen technischen Begriff verbunden hat. Innocenz selbst stellt nur eine Auslegungsregel für die päpstlichen Reskripte auf und begreift die nicht einmal in allen Fällen den Charakter der Censur tragende Suspension schlechthin und ohne Unterscheidung unter dieser Strafart, wie er auch anderweit die Absetzung als censura bezeichnet, s. vor. Anm. Für die Feststellung des Begriffs der Censur ist also c. 20 cit. nicht verwendbar.

[2] So weit mir bekannt, finden sich in den Glossen zum Dekret Gratians keine Erörterungen, welche auf die Erfassung des Unterschiedes schliessen liessen, ebensowenig behandelt Bernhard v. Pavia, summa decret. V. 32 de poenis, ed. Laspeyres p. 264, wo er die Exkommunikation als poena bezeichnet, den Unterschied, und dasselbe gilt von Hostiensis summa aurea de poen. V. 37 n. 3. Wenn Innocenz IV. zu c. 54 X de test. II. 20 die excommunicatio eine medicina nennt (vgl. auch glossa s. v. disciplina zu c. 37 C. XXIV. qu. 3) und c. 1 in VI de sent. exc. V. 11 sagt: „Quum medicinalis sit excommunicatio, non mortalis, non eradicans, dum tamen is, in quem lata fuerit, non contemnat", so führt diese Ausdrucksweise auf Augustin, s. c. 37 C. XXIV. qu. 3 (Bd. IV. S. 750 n. 1) zurück und bedeutet nur, dass die Exkommunikation eine Strafe ist, welche die Möglichkeit der Besserung insofern offen lässt, als sie nur nicht missachtet wird. Auch in der glossa ordinaria zu c. 20 X cit. und c. 1 in VI cit. wird der Unterschied zwischen censura und poena nicht berührt. Übrigens heben schon Morinus (Bd. IV. S. 691 n. 1) lib. VI. c. 25 n. 12; van Espen J. E. U. P. III. tit. 11 c. 2 n. 8 und J. H. Böhmer J. E. P. V. 37 § 13 ff. hervor, dass die fragliche Unterscheidung einer späteren Zeit angehört.

[3] Bd. IV. S. 755. 832.

[4] S. 10.

[5] S. 16.

[6] S. 19.

[7] S. S. 21 n. 2 (Alexander II. 1063); Nimes 1096 c. 5, S. 22 n. 2; c. 5 (Innoc. III.) X de donat. IV. 20; Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach stat. Wratislav. p. 301; Köln 1266 c. 20, M. 23, 1144; Riez 1275 c. 8, M. 24, 578. Wenn Katz S. 50 behauptet, dass das Interdikt nicht den Namen der Censur im eigentlichen Sinne verdiene, vielmehr nur eine politische Massregel, eingekleidet in ein geistliches Gewand sei, so verkennt er, dass das Interdikt für den Thäter, nicht blos für die mitbetroffenen Unschuldigen, Nachtheile herbeiführt und durch die Zufügung der letzteren gerade auf den Schuldigen indirekt eingewirkt werden soll.

[8] S. 34.

[9] S. 35 n. 3.

[10] c. ult. de poen. V. 37, s. auch S. 48.

[11] S. 65 n. 10.

[12] S. 73.

[13] S. 74 n. 3.

zeichnet, nicht übereinstimmt, so hat man bisher übersehen, dass alle diejenigen Strafen, welche dem Schuldigen Nachtheile fortdauernden Charakters, wozu nicht allein die eben drei genannten gehören, zufügen, und welche nicht blos, wie z. B. die Geldstrafe und Vermögenskonfiskation, aus einem sich in einem Moment verwirklichenden Übel bestehen, als Censuren verwendet werden können, dass aber keine derselben begrifflich, d. h. wegen des sie bildenden Übels den Charakter der Censur an sich trägt, sondern auch ebenso gut als Vindikativstrafe fungiren kann[1]. Es ist also nichts der Suspension als solcher eigenthümliches, dass diese, wie man allgemein annimmt[2], bald als Censur, bald als Vindikativstrafe vorkommt. Vielmehr bleibt es immer Sache des positiven Rechtes darüber zu bestimmen, welchen Charakter die Strafen haben sollen. Das ist, wie vorhin dargethan, durch das kanonische Recht in der hier fraglichen Periode geschehen.

Vor Allem hat man in derselben die Exkommunikation, welche in den ältesten Zeiten eine reine Vindikativstrafe gewesen ist[3], nunmehr fast ausschliesslich als Censur verwendet[4], und gerade dadurch trat bei ihr dieser Charakter besonders scharf hervor, dass man jetzt durch sie die Übernahme der Busse zu erzwingen suchte[5] und sie durch diese letztere erübrigt werden liess. Dagegen ist der blos noch vereinzelt vorkommende Gebrauch derselben als reiner Vindikativstrafe dadurch verdunkelt worden, dass man in den betreffenden Fällen, d. h., wenn sie schlechthin[6] oder für ewig[7] angedroht war, doch eine Aufhebung derselben bei erfolgter Besserung zuliess[8], und dass der Unterschied, welcher zwischen ihrer Anwendung als Censur und als Strafe bestand, nämlich, dass der Schuldige in ersterem Falle bei erwiesener Besserung ein Recht auf Absolution, in letzterem Falle aber ein solches nicht besass, namentlich wegen der immer seltener werdenden Androhung der excommunicatio perpetua nicht beachtet wurde[9].

Das Lokal-Interdikt ist, soweit mir bekannt, niemals, wie die Exkommunikation, als immerwährendes verhängt worden. Das erklärt sich aus den weitgehenden Folgen desselben, welche neben dem Schuldigen auch eine Reihe von Unschuldigen trafen, und aus denselben Gründen wurde es auch, wenn es schlechthin ausgesprochen war, wohl stets bei erreichter Besserung, also bei Brechung der Hartnäckigkeit und der Widerspänstigkeit des Schuldigen, aufgehoben. So ist auch bei dieser Strafe, ebenso wie bei der Exkommunikation, die Verwendung derselben als Censur scharf hervorgetreten. Auch bei dem Personal-Interdikt und dem verhältnissmässig nicht oft gebrauchten kleinen Bann, Strafen, welche beide sehr selten als lebenslängliche oder schlechthin, ja sogar überwiegend bis zur Abstellung des strafbaren Verhaltens oder bis zur Besserung angedroht worden sind[10], ist dies der Fall gewesen, und die

[1] Daraus ergiebt sich recht deutlich, dass jede Censur wie die poenae vindicativae ein Übel zufügen muss, also den Charakter der Strafe an sich trägt und nicht reines Besserungsmittel ist, wie Katz S. 26 behauptet.

Ferner bildet das Gesagte auch einen weiteren Beweis dagegen, dass Innocenz III. in c. 20 X de V. S. V. 40, S. 126 n. 1, sowohl in allen Fällen, wie auch allein und ausschliesslich der Exkommunikation, dem Interdikt und der Suspension den Charakter der Censur hat beilegen wollen.

[2] Kober Suspension S. 26. 60.

[3] Bd. IV. S. 748 ff.

[4] S. 10.

[5] S. 87. 100. 113.

[6] S. 10.

[7] S. 8 n. 1.

[8] S. 8.

[9] Namentlich, da in allen Fällen eine Absolution zur Beseitigung der Exkommunikation erforderlich war, s. unten §. 269.

[10] S. 16. 19.

Suspension ist wie schon in den früheren Zeiten [1], so auch in dieser häufig als Censur gebraucht worden [2].

Da allein die gedachten Strafen in den Darstellungen des Kirchenrechts seit langer Zeit eine eingehendere Behandlung erfahren, die übrigen aber, abgesehen von einzelnen allein für die Geistlichen bestimmten Disciplinarstrafen, wie der Deposition und Degradation, bisher nur eine stiefmütterliche Berücksichtigung gefunden haben, so erscheint die Ansicht, dass die kirchlichen Strafen hauptsächlich poenae medicinales oder Censuren mit wesentlichem Besserungszweck sind [3], sehr erklärlich.

Aus demselben Grunde kann es nicht befremden, wenn man die Pönitenzen oder Busswerke im engeren Sinne als das hervorragendste Strafmittel der kirchlichen Strafgesetzgebung und das dem Wesen derselben angemessenste Korrektivmittel bezeichnet, und sie gemeinschaftlich mit den Censuren den Vindikativstrafen gegenübergestellt hat [4]. Einmal hat man dabei übersehen [5], dass bei der Bestimmung ihres Wesens diejenigen, welche in Folge der Privatbeichte behufs der Absolution von den gebeichteten Sünden auferlegt und übernommen worden sind, ganz ausser Betracht gelassen werden müssen, denn diese sind eine behufs Reinigung von der Sünde Gott geleistete satisfactio und zugleich eine der Kirche zu verschaffende Genugthuung, durch deren freiwillige Übernahme sich die Reue über die begangene Schuld und der Vorsatz, nicht wieder zu sündigen, bethätigen soll [6], und haben nicht den Charakter eines dem Strafrecht angehörigen Institutes, fallen vielmehr ganz aus der Sphäre desselben heraus [7]. Ferner hat man sich nicht vergegenwärtigt, dass die Busse, soweit sie für das Strafrecht in Betracht kommt, sich in dieser Zeit in eine Reihe einzelner Busswerke, Pönitenzen aufgelöst hat, und dass dieselbe, d. h. die als solche von dem Schuldigen auf sich zu nehmenden Übel [8], von denen einzelne, wie das Fasten, das Exil und die Einschliessungen auch als selbstständige Strafen [9] vorkommen, ebenfalls als Strafe angedroht [10], und ihre Leistung erzwungen wird [11]. Da es dabei vollkommen gleichgültig ist, ob der Thäter bussfertige Gesinnung hat oder nicht, so erscheinen die Poenitenzen in dieser ihrer Anwendung als reine Vindikativstrafen [12]. Nur, soweit sie von vornherein bis zur dargethanen Besserung oder Abstellung des rechtswidrigen Verhaltens auferlegt werden [13], haben sie den Charakter der Censuren, und man darf sie nicht den Vindikativstrafen als eine Abart der ersteren gegenüberstellen [14].

Es fragt sich aber weiter, ob nicht mit Rücksicht darauf, dass die Busse, also die Leistung der Pönitenzen, durch andere Strafmittel, wie namentlich die Exkommunikation erzwungen wird [15], und dass die Censuren, so vor Allem die als solche

[1] Bd. IV. S. 755. 756. 810. 811. 835.

[2] S. 73. Wegen der übrigen Censuren, welche neben den genannten an praktischer Bedeutung zurücktreten, s. S. 126.

[3] v. Bar a. a. O. S. 83.

[4] Katz a. a. O. S. 29. 33. 42. 43.

[5] So Katz S. 43 ff.

[6] Bd. IV. S. 695. 828, s. auch S. 120. 122.

[7] Vgl. auch Meurer i. Arch. f. k. K. R. 49, 190. 202. 204.

[8] S. o. S. 95. 105.

[9] S. 32. 34. 40.

[10] S. 85. 113.

[11] In karolingischer Zeit sogar durch die weltliche Obrigkeit, s. o. S. 88.

[12] Dagegen Katz S. 44, welcher die Busswerke nur für Mittel erklärt, die innere geistliche Busse zu unterstützen, und den Sünder von allen, die Kirchenbusse hindernden Dingen fernzuhalten, nicht aber um ihn zu züchtigen. Das ist nur für die ältere Zeit und die in derselben freiwillig übernommene Busse s. Bd. IV. S. 695. 715. 721. 722 richtig. Aber bei dem später geübten Zwang fehlte jede Garantie, dass bei dem Schuldigen eine innere geistliche Bussgesinnung vorhanden war, da jeder Zwang mit derselben unvereinbar ist, und ferner ist Katz die Umbildung der Busse in eine Reihe einzelner Busswerke, s. S. 99. 105. 108. unbekannt geblieben.

[13] Bd. IV. S. 817. 818.

[14] S. Katz S. 33.

[15] S. Anm. 11.

praktisch am meisten in Betracht kommende Exkommunikation, mit der erzielten Besserung des Schuldigen aufgehoben werden, dennoch die Anschauung gerechtfertigt erscheint[1], dass die Grundidee der kirchlichen Strafmittel die Zurückführung des Schuldigen zur Kirche und zum Gehorsam gegen Gott ist.

Indessen steht dieser Auffassung schon der Umstand entgegen, dass die Kirche nicht nur eine Reihe von Vindikativstrafen kennt und gebraucht hat, sondern dass die Censuren selbst den Charakter der Strafe an sich tragen, und nicht ausschliesslich Besserungsmittel sind. Allerdings ist die Censur die Strafe, welche den Besserungszweck als einen ihr immanenten in sich trägt, ferner soll die Pönitenz ihrem idealen Begriff nach Bethätigung der bussfertigen Gesinnung sein, und wenn die Kirche bei Ausübung ihrer Strafgewalt gerade diese Strafmittel hauptsächlich und namentlich gegen Laien zur Anwendung gebracht hat, so stellt sie damit auch ihr Strafrecht in den Dienst des Besserungszwecks, und ihre strafrechtliche Thätigkeit wirkt ebenfalls dazu mit, ihr Hauptziel die Heiligung der sündigen Menschheit herbeizuführen. Aber etwas wesentlich verschiedenes davon ist es, ob der Hauptzweck der Strafe die Zurückführung des Schuldigen zum Gehorsam gegen Gott oder seine Aussöhnung mit Gott und die Abwendung des göttlichen Zornes[2] ist. Diesen Zweck hat in der Kirche die Handhabung der Seelsorge und der mit ihr verbundenen Sakramente, namentlich des Busssakramentes und des Abendmahls, zu erfüllen, nicht aber die Strafe. Die letztere ist die Reaktion gegen die Verletzung der kirchlichen Rechtsordnung, nicht gegen die Sünde als solche, durch Zufügung von Übeln. Das ist von Anfang an die Grundidee der kirchlichen Strafe gewesen[3] und auch geblieben[4]. Aber daneben will und muss die Kirche mit Rücksicht auf ihre Aufgabe und ihre Ziele auch die Besserung des Schuldigen anstreben. Dies sucht sie dadurch zu erreichen, dass sie denselben zur Übernahme von Übeln zwingt[5], welche in älterer Zeit, weil dieselbe lediglich eine freiwillige war[6], als Zeichen einer reumüthigen Gesinnung und der festen Absicht der Besserung galten, und dadurch, dass sie konsequenterweise auch einzelne dieser Übel, wenn die Besserung oder die Befolgung der Gebote der Kirche erzielt oder sicher gestellt ist, aufhebt. Das ist der Fall bei den Censuren, nicht bei den Vindikativstrafen. Bei diesen letzteren erscheint der Besserungszweck nur als ein die Handhabung der Strafe nicht direkt beeinflussender Nebenzweck[7], ebenso wie der wiederholt namentlich in den Quellen der späteren Zeit ausdrücklich hervorgehobene Zweck, andere von der Begehung der bedrohten Strafthat abzuschrecken[8].

Demnach muss auch die Aufstellung, dass die Grundidee der kirchlichen Strafe die Zurückführung zu Gott gewesen ist, von der Hand gewiesen werden, und das umsomehr, als, soweit der Zweck der Besserung, sei es als ein die Censur immanent bestimmender, sei es als blosser Nebenzweck in Betracht kommt, die Kirche zur Erreichung desselben sich äusserer Zwangsmittel bedient, und diese an und für sich

[1] v. Bar a. a. O. S. 83.

[2] So Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 1, 127.

[3] Bd. IV. S. 747. 748.

[4] S. o. S. 123 ff.

[5] S. o. S. 119.

[6] Bd. IV. S. 695. 715.

[7] Dies tritt darin hervor, dass freilich fast nur partikularrechtlich die Busswerke andere angedrohte poenae vindicativae zu ersetzen vermögen, S. 119.

[8] c. 1 (Clem. III.) X de maled. V. 26; c. 7 (id.) X de poenit. V. 38; c. 17 (Lateran. IV. 1215) X de jud. V. 6; c. 1 (Innoc. IV.) in VI de heret. V. 4; c. un. (Bonifac. VIII.) in VI de schismat. V. 3. Katz S. 26 lässt dies blos von den gegen Geistliche ausgesprochenen Strafen gelten, aber c. 17 X cit. V. 6 spricht allgemein und bezieht sich nicht nur auf die letzteren.

niemals im Stande sind, eine wirklich innere Besserung, sondern nur ein korrektes, den kirchlichen Anforderungen entsprechendes äusseres Verhalten zu erzielen. Auf diese Bahn war die Kirche seit der Zeit, als sie die allein berechtigte religiöse Anstalt geworden war, mit der Einführung der Zwangsbusse gerathen [1], und sie hat dieselbe seitdem innegehalten. Das entspricht der ganzen auf Veräusserlichung gerichteten Entwicklung der katholischen Kirche. Und auf dem Gebiete des Strafrechts wurde diese Entwicklung noch dadurch gefördert, dass die Censuren, namentlich die Exkommunikation nicht nur zur Erzwingung der Beobachtung vieler rein äusserlicher, im Interesse der Wahrung der hierarchischen Stellung und Autorität der Kirche gegebener Verhaltungsvorschriften gegen die Laien, sondern auch der die Amtsführung und Wahrung der Amts- und Standespflichten betreffenden Normen und Regeln gegen die Geistlichen, also ebenfalls vielfach zur Erzwingung von rein äusserlichen Handlungen [2], angewendet worden sind.

§. 266. *cc. Die Verschärfung des Charakters der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Strafen latae sententiae und generelle Strafen).*

Das kirchliche Strafensystem weist in dieser Periode insofern eine weitere Ausbildung auf, als nunmehr der Gebrauch aufkommt, die kirchlichen Strafen und Disziplinarstrafmittel in eigenthümlicher Weise dadurch zu verschärfen, dass sie sich von selbst gleich mit der Begehung der That, ohne dass erst eine besondere Untersuchung der letzteren und eine Verurtheilung des Schuldigen voranzugehen braucht, realisiren, um desto sicherer und eindringlicher von der Verletzung der kirchlichen Ordnungen abzuhalten und dieselbe desto schneller der Ahndung zu unterwerfen. Diese Mittel waren die Qualifikation der Strafen als s. g. *poenae* oder *censurae latae sententiae* und die generelle Verhängung derselben für bestimmte Strafthaten gegen diejenigen, welche sich solcher schuldig gemacht hatten oder machen würden (die s. g. *excommunicationes generales*).

I. *Die poenae* und *censurae latae sententiae*. Während schon in der früheren Zeit seitens der fränkischen Kirche für Geistliche die Enthaltung von gewissen Amtsfunktionen als Disziplinarstrafe vorgeschrieben [3], und auch seit der karolingischen Zeit noch wiederholt von derartigen Strafandrohungen [4], sogar auch später vereinzelt gegen Laien [5] Gebrauch gemacht worden ist, erhält jetzt erst die Unterscheidung zwischen den heute s. g. *poenae* oder *censurae ferendae sententiae* und *latae sententiae*, von welchen letzteren sich die ersten Spuren in der westgothischen Kirche Ende des 7. Jahrhunderts zeigen [6], ihre volle Ausbildung. In Anknüpfung an die zuerst ge-

[1] Bd. IV. S. 816. 833.

[2] Wie schon in früherer Zeit, s. Bd. IV. S. 756.

[3] Bd. IV. S. 841 n. 5.

[4] So Meaux 845 c. 33 (freilich nicht zu Epernay acceptirt) für den auf der Synode ausbleibenden Bischof: „cesset ab officio"; Worms 868 c. 17, M. 15, 872 (Wiederholung von Epaon 517 c. 4, Bd. IV. S. 841 n. 5); Bourges 1031 c. 5, M. 19, 505 (Priester, Diakonen und Subdiakonen, welche ihre Konkubinen nicht entlassen „a proprio gradu et officio cessent"); Mailänder Leg. Konst. 1067, p. 948 (Kleriker, welche die gemachten Anordnungen nicht halten: „proprio officio abstineant"); Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440 (Bischof, der Brandstifter ordnungswidrig absolvirt „per annum ab officio episcopali abstineat"); Rheims 1148 c. 2, p. 714 (ebenso der Bischof bei Nichtanhaltung der Kleriker zum Tragen der Tonsur und passender Kleider bis zum Einschreiten gegen dieselben).

[5] Lateran. I. 1123 c. 16, M. 21, 285 (wer Romfahrer gefangennimmt, bedrückt oder ausplündert „donec satisfaciat, communione abstineat christiana").

[6] Bd. IV. S. 841 n. 6. Hierzu ist nachzutragen c. 11 Dist. II. de cons. (c. 5 Tolet. XII. 681), s.

dachten Strafen, bei welchen der Schuldige wegen des von ihm begangenen Vergehens, ohne erst seine Verurtheilung abzuwarten, das angedrohte Strafübel seinerseits selbst auf sich zu nehmen hatte, thaten zuerst seit dem 8. Jahrhundert einzelne italienische Konzilien [1] und ferner eine Anzahl von Päpsten [2] den Schritt, kirchliche Strafen, vor Allem den grossen Bann, in der Weise anzudrohen, dass dieselben sofort mit der Begehung der strafbaren Handlung gegen den Thäter eintreten sollten [3]. Kann man auch in einzelnen Fällen streiten, ob die angedrohte Strafe diesen Charakter trägt oder nicht [4], so ist es doch keinem Zweifel unterworfen, dass man sich schon im 9. und 10. Jahrhundert des betreffenden Unterschiedes voll bewusst gewesen ist [5], und in den entsprechenden Fällen die fragliche Art der Stafandrohung gewählt hat, weil man damit der letzteren mehr Nachdruck zu geben beabsichtigte. Im Laufe des 12. Jahrhunderts tritt das Bemühen, den erwähnten Charakter der Strafen schärfer als bisher durch die Fassung ihrer Androhung zu kennzeichnen, hervor [6], und da auch schon gleichzeitig die kanonistische Doktrin auf die Eigenthümlichkeit dieser Strafen hinweist [7], so stellen sich nun auch besondere technische Bezeichnungen für dieselben,

a. a. O. S. 814 n. 3, betreffend die Ausschliessung vom Abendmahl auf ein Jahr für den bei der Messe nicht kommunicirenden Priester.

[1] Rom 743 c. 5, M. 12, 383: „Nam qui huiusmodi opus (Eingehen einer incestuosen Ehe) perpetraverit, sciat se anathematis vinculo obligatum et dei iudicio condemnatum atque a s. corpore et sanguine d. n. Jesu Christi alienum", s. auch c. 6 ibid.; weiter Rom 871—78 c. 2 u. Ravenna 877 c. 1, M. 17, 337 (c. 1 Dist. C, Verlust des Rechts auf die Metropolitenwürde bei verzögerter Nachsuchung des Palliums) c. 5 (Ravenna c. 7, Androhung des kleinen Bannes oder auch der Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, s. S. 17 Anm.), ferner c. 6 ll. cc. (des kleinen Bannes: „Quicumque sanctimonialem vel quamcumque feminam in matrimonium vel concubinatum rapuerit, donec eam coram episcopo civitatis et parentibus vel civibus restituat, cum omnibus suis fautoribus excommunicatum se esse cognoscat", s. o. a. a. O.), vgl. auch Pseudo-Isidor Ps. Pelag. II. ed. Hinschius p. 721: „In ipsis enim epistolis vel libellis anathematis vinculo se et successores eorum (die Patriarchen von Konstantinopel) constrinxerunt. Idcirco eos non est necesse excommunicare aut anathematizare, quia ipsi anathematis vinculis propriis manibus professiones suas suaque scripta roboranda constrinxerunt".

[2] Bei Ertheilung von Bestätigungen und Gnadenbeweisen, Benedikt IV. 900, J. L. n. 3527, M. 18, 236: „sciat se (transgressor privilegii) a Jesu Chriti corpore et sanguine alienum et a consortio fidelium christianorum sequestratum et nisi se correctus satisfecerit, perpetuo anathemate damnatum"; Johann XIII. 972, J. L. n. 3762, M. 19, 32: „sciat se auctoritate s. Petri . . . anathematis vinculo innodatum et cum diabolo et Juda traditore . . . aeterno incendio concremandum"; Benedikt VII. 981, J. L. n. 3806, M. 19, 561 (dieselbe Fassung); ähnliche Formulirungen Johann XIII. 969 J. L. n. 3738; Benedikt IX. 1044, J. L. n. 3934, M. 19, 19 u. 620; Johann XVIII. 1004—9, J. L. 3962, Migne 139, 1491: „Quod si aliquis . . . archiepiscopus vel episcopus ipsum locum excommunicare voluerit, ipse sit excommunicatus et locus iste absolutus".

[3] S. die vorige Anm. Über andere Strafen als den grossen Bann vgl. Anm. 1, und Gottesfrieden v. Konstanz 1103, LL. 2, 63 (hier Suspension vom officium und excommunicatio fraterna, S. 74 n. 4).

[4] So z. B. Johann XVIII., J. L. n. 3934, M. 19, 422: „perpetuo anathematis damnationi subiaceat, nisi resipiscens ad satisfactionem pervenerit".

[5] Das ergiebt schon die cit. Stelle Pseudo-Isidors, s. Anm. 1; ferner der Gegensatz der in Anm. 2 citirten Fassungen gegen solche, wie Benedikt VI. 973, J. L. n. 3768, M. 19, 48: „sciat se . . . damnandum et anathematizandum", endlich die Wendung in der römischen Synode Benedikts XVIII. 1015. J. L. n. 4007, M. 19, 363: „qui autem contempserint . . . caveant, ne . . . quoniam nisi resipuerint ab hac nequitia, a cunctis etiam se noverint excommunicatos".

[6] Lateran. I. 1123 c. 11, M. 21, 284: „alioquin extunc eos ab ecclesiae introitu sequestramus"; s. g. London 1136 o. 1138 (s. Rheims 1148 c. 8), M. 21, 517. 719: „Qui sciens communicaverit cum excommunicato, tanquam ex nomine excommunicatus habeatur"; Rudolf v. Lüttich 1166 c. 1, M. 22, 9: „ipso facto cum tota terra sua statim interdicto subiacebit" (c. 6 ibid., Suspension, S. 14 n. 5); c. 26 (c. 6 Lateran. III. 1179) X de appell. II. 28: „culpa quae ipso suo genere suspensionis vel excommunicationis poenam inducat"; auch bei arbiträrer Anwendung von Strafen s. z. B. Eugen III. 1145, J. L. n. 8752, M. 21, 672: „extunc ab episcopali officio te noveris esse suspensum" und ebenso Anastasius IV. 1154, J. L. n. 9858, M, 21, 782.

[7] Summa magistri Rolandi (Alexanders III. vor 1148), zu C XXVI qu. 6, ed. Thaner, Innsbruck 1874 S. 111: „excommunicatorum quidam sunt ipso iure, quidam non"; summa Rufini (u. 1156) C. I qu. 1. her. von Schulte Giessen 1892 S. 178: „de iure excommunicatum", u. C. XVII qu. 1 S. 332: „ipso iure excommunicati".

nämlich die als *ipso iure*[1], *ipso facto*[2] oder *eo ipso*[3] wirkender Strafen und die Ausdrücke, auf welchen die heutige Terminologie: Strafen oder Censuren *latae sententiae*[4] und *ferendae sententiae*[5] oder *a jure* und *ab homine*[6] beruht, fest.

Während die Päpste, die allgemeinen Konzilien und die Partikularsynoden schon im 12. Jahrhundert einen ausgedehnten Gebrauch von den Strafen[7] dieser Art gemacht haben — die Dekretalensammlung Gregors IX.[8] hat im wesentlichen denselben

[1] S. die vor. Anm.; Theodor v. Utrecht 1209, S. 62 n. 5; Richard v. Salisbury u. 1227, M. 22, 1133: „Isti sunt articuli, in quibus incurritur excommunicationis sententia ipso iure", worauf 17 einem vorangegangenen Londoner Konzil entnommene Fälle folgen; schottisches Konz. 1225 c. 18, M. 22, 1227: „ipso iure eis, d. h. beneficiis, privatos"; vgl. ferner Innoc. IV. ad c. 19 X de sent. exc. V. 39; Hostiensis summa aurea de sent. exc. n. 4; c. 16 (Nicol. IV.) in VI de elect. I. 6 („beneficiis ipso iure privati"); c. 37. 49 (Bonif. VIII.) eod. (susp. a benef. et ab episcoporum confirmatione ac consecratione per annum continuum); c. 5 (id.) X de poen. V. 9 (Privation ipso iure von feuda, locationes und beneficia spiritualia und temporalia).

Dieser Ausdruck und die Bezeichnung ipso facto ist auch der gewöhnliche in den Partikularkonzilien seit dem 14. Jahrhundert, s. unten die Citate auf S. 133 n. 3.

[2] c. 1 (Lyon 1245) in VI de hom. V. 4 (Exkommunikation, Deposition, diffidatio, S. 49 n. 3); c. 1 (Lyon 1274) in VI de usur. V. 5 (Suspension, Exkommunikation, Personal- und Lokal-Interdikt); c. 2 (id.) in VI de reb. eccles. III. 9 (susp. ab off. et administratione und a perceptione beneficiorum); Clem. 2 de stat. monach. III. 10 (Exk.); Clem. un. de consang. VI. un. (Exk.); Clem. 3 de poen. V. 3 (Suspension); vereinzelt auch c. 32 (Innoc. III.) de sent. exc. V. 39: „ipso actu excommunicationis sententiam incurrere".

[3] Summa Rufini C. XVII qu. 1, l. c. S. 333: „eo ipso contrahunt excommunicationem"; c. 11 (Lyon 1274) in VI de sent. exc. V. 11 (Exkommunikation); c. 16 (Nicol. IV.) in VI de elect. I. 6 (Privation des Wahlrechts u. Suspension vom Amt); c. 9 (Bonif. VIII.) in VI de off. iud. ord. I. 16 (susp. ab ingressu ecclesiae); c. 15 (id.) in VI de off. iud. deleg. I. 14 u. c. 40 (id.) de elect. I. 6 (Suspensionen); c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V, 9 (Verlust des Bischofssitzes für eine Stadt); c. 1 (Bon. VIII.) in Extr. comm. de sepult. III. 6 (Exkommunikation); Clem. 1 § 4 de haeret. V. 3 (Suspension u. Exk.); Clem. 2 de poen. V. 8 (privatio beneficiorum); Clem. 1 de reb. eccles. III. 4 (susp. ab off.); Clem. 1 §. 1 de privil. V. 7 (Suspension); Clem. 1 de poen. V. 8 (a feudis cadat hoc ipso).

Freilich finden sich noch das 13. Jahrhundert hindurch weniger prägnante, an den Sprachgebrauch der früheren Zeit erinnernde Wendungen, vgl. c. 48 (Lateran. IV). X de sent. exc. V. 48 interdictio ingressus ecclesiae); c. 2 (Gregor IX.) X de solut. III. 23; c. 45 (id.) X de sim. V. 3; c. 1 (Lyon 1245) in VI de sent. et re iud. II. 14; c. 2 (Lyon 1274) in VI de cens. III. 20; Clem. 1 de decim. III. 8; Clem. un. de usuris V. 5.

[4] canon latae sententiae schon in c. 14. 19 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39; Friedrich II. ad Honor. III. 1220, Böhmer acta imp. select. Innsbruck 1880 p. 244: „licet non inciderimus in latam sententiam impedimentis evidentibus"; Vertrag v. S. Germano 1225, LL. 2, 255: predicta omnia observabimus bona fide, lata ex nunc excommunicationis sententia, in quam incidemus, si non transfretaverimus in passagio superscripto"; ferner canon. latae sententiae bei Innocenz III. c. 32 X de sent. exc. V. 39; Glosse zu c. 29 C. XVII qu. 4 s. v. subiaceat; zu c. 1 C. XXIV qu. 1 s. v. in haeresim und zu c. 32 C. XXIII qu. 8 s. v. interdicimus, während die Summa Stephans v. Tournai, her. von v. Schulte Giessen 1891 S. 4. 125. 229 (diese zuerst) und nach v. Schulte d. Glosse zum Dekrete Gratians. Wien 1872 S. 17 die Glosse des Johannes Teutonicus den Ausdruck: capitulum, bz. canon datae sententiae aufweisen.

[5] Bei Stephan v. Tournai (s. vor. Anm.) S. 48: „dandae sententiae"; Paris 1212 o. 1213 P. I c. 6, M. 22, 821 u. Rouen 1214 P. I c. 7, p. 900: „poena excommunicationis inferendae" genannt.

[6] Sententia iuris, non iudicis in c. 29 (Inn. III.) X de sent. exc. V. 39 und excommunicati a iure in c. 8 (Bonif. VIII.) in VI de priv. V. 7; gleich bedeutend auch suspensus a canone bei Innocenz IV. zu c. 10 X de cler. exc. V. 27 n. 2, sententia canonis in der Glosse zu c. 107 C. XI qu. 3 s. v. violatores, zu c. 5 C. XVII qu. 4 s. v. anathematizamus und im casus zu c. 29 X de sent. exc V. 39. Gegenübergestellt excommunicatio vel juris vel hominis Köln 1260 c. 40, M. 23, 1154; excommunicatus ab homine i. e. a judice und a jure Cahors 1289 c. 24, M. 24, 1030; const. Carol. II. reg. Ende saec. XIII, Giraud, essai sur l'histoire du droit français II 2, 31; sententia canonis vel hominis c. 22 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

[7] S. die vorhergehenden Anmerkungen, vgl. noch c. 7 §. 3 (Lateran. III. 1179) X de elect. I. 6 (susp. ab ecclesiasticis beneficiis triennio); c. 1 (id.) X de schismat. V. 8 (Suspension ab ordinibus et dignitatibus); c. 3 (id.) X de usur. V. 19 (susp. ab execut. officii); c. 3 (id.) X de rapt. V. 17.

[8] Vgl. ausser den in den früheren Anmerkungen citirten Stellen noch c. 13 (Innoc. III.) X de temp. ord. I. 11 (susp. a collatione ordinum u. ab executione officii sacerdotalis); c. 32 (id.) X de sent. exc. V. 39 (ab executione ordinum et off. susp.); c. 45 (Gregor IX.) X de simon. V. 3. (susp. a collatione ordinum u. ab executione ordinum).

Standpunkt festgehalten —[1], werden sie im Verlaufe des 13. Jahrhunderts und später sowohl durch die Päpste und die von ihnen abgehaltenen allgemeinen Konzilien[2], wie auch durch die Partikularsynoden[3] in einem jedes vernünftige Mass übersteigenden Umfang verwendet, namentlich aber die Zahl derartiger Exkommunikationen auf das Ungemessenste vermehrt[4]. Ja, es wird auch sogar solchen Strafen, mit deren Wesen ein derartiger Charakter begrifflich nicht harmonirt, weil bei ihnen von einem Eintreten ohne Weiteres nicht die Rede sein kann, wie dem Verlust des Bischofssitzes[5], der Konfiskation[6], der Geldstrafe[7] und sogar dem Exil[8], die gedachte Qualität beigelegt[9]. Endlich trat auch gleichzeitig eine Vermehrung der Fälle der poenae l. s. durch die Doktrin ein, welche, nachdem die Unterscheidung zwischen den beiden Arten von Strafen klar erkannt war, nunmehr in die Nothwendigkeit gesetzt wurde, in Betreff der älteren strafrechtlichen Vorschriften im Dekrete Gratians

[1] Nach Navarrus (de Azpilcueta) manuale confessariorum Antw. 1588 C. XXVII p. 49. 50; Kober, Kirchenbann S. 60, hat man etwa 33 auf 26 reducirbare als gemeinrechtlich geltende Fälle der Exkommunikation gezählt; dazu treten aber die anderen im lib. X vorkommenden Strafen der hier fraglichen Art, namentlich die zahlreichen Suspensionen.

[2] S. die vorvor. Anm. u. S. 132 n. 3. 4 u. 6 Navarrus l. c. zählt 32 durch den lib. VI und 50 durch die Clementinen eingeführte Fälle der exc. l. s.

[3] Vgl. in Betreff der verschiedenen Arten von Suspensionen z. B. Leg. K. Mainz 1225 c. 15, M. 23, 7; Beziers 1233 c. 8, p. 272; London 1237 c. 11. 15. 29, p. 452; Leg. Konst. Utrecht 1248, p. 764; Saumur 1253 c. 27, p. 816; Salisbury 1256, p. 906; Arles 1260 c. 10, p. 1008; Mainz 1261 c. 12. 17. 18, p. 1084; Köln 1266 c. 10, p. 1139; Wien 1267 c. 11, p. 1173; London 1268 c. 10. 12. 16. 30. 31. 41. 51. 52, p. 1226; Aquileja 1339, M. 25, 1119; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 228; der privatio beneficii London 1237 c. 16, M. 23, 455; Köln 1266 c. 36, p. 1154; London 1268 c. 11. 13, p. 1227; privatio officii Leg. K. Bremen 1266, p. 1157. 1159; privatio decanatus Utrecht 1248, p. 766; der interdictio ingressus ecclesiae (für Kleriker, bez. auch Laien) Leg. K. Mainz 1225 c. 4, M. 23, 4; Beziers 1233 c. 11. 23, p. 272; Fritzlar 1246 c. 5. 14, p. 727; Arles 1260 c. 9, p. 1007; Leg. K. Bremen 1266, p. 1158. 1159; Leg. K. Ofen 1279 c. 49, M. 24, 293; Beziers 1310 c. 15, M. 25, 363; Avignon 1337 c. 5, p. 1090; York 1367 c. 2, M. 26, 463; des kleinen Bannes; Mainz 1225 c. 13, M. 23, 7 (perceptio corporis domini); Ravenna 1314 c. 17, M. 25, 548 (exclusio ab omnibus sacramentis ecclesiasticis); des Lokal-Interdikts Köln 1266 c. 2. 4, M. 23, 1136; Cognac 1262 c. 1, p. 1107; London 1268 c. 13, p. 1231; Magdeburg 1315 c. 17, p. 1165; Leg. K. Würzburg 1287 c. 33, M. 24, 859; des Verlustes des Patronatrechtes Mainz 1261 c. 47, M. 23, 1101; der Infamie Tours 1236 c. 8, M. 23, 413 und der Konfiskation, s. die S. 81 n. 6 citirten Partikularkonzilien.

[4] S. z. B. Leg. K. Mainz 1225 c. 13, M. 23, 7; Arles 1234 c. 21, p. 341; Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 6, p. 514; L'Isle 1251 c. 3. 9, p. 796; Lucca 1253 p. 823; Roffec 1258 c. 2. 4. 5, p. 984; Montpellier 1258 c. 1, p. 990; Lambeth 1261, p. 1061; Mainz 1261 c. 45, p. 1100; Bordeaux 1263 c. 5, p. 1110; Nantes 1264 c. 7, p. 1120; Köln 1266 c. 36 p. 1152; Embrun 1267 c. 4, p. 1184; Seyne 1267 c. 7, p. 1181; Clermont 1268 c. 8, p. 1200; London 1268 c. 4, p. 1219; Beziers 1276 c. 13, M. 24, 176; Leg. K. Ofen 1279 c. 49, p. 299; Leg. K. Würzburg 1287 c. 4, M. 24, 852; Rouen 1296 c. 2, p. 1204; Salzburg 1292 c. 2, p. 1077; Aschaffenburg 1292 c. 25, p. 1093; Leg. K. Pressburg 1309 c. 6, M. 25, 220; Avignon 1326 c. 8. 34, p. 747; Benevent 1331 c. 20, p. 944; Rouen 1335 c. 6, p. 1042; York 1367, M. 25, 472. Während Richard v. Salisbury u. 1237 17 Fälle der exc. l. s. aufzählt, s. S. 132 n. 1, und Lemans 1247 p. 760 ein Verzeichniss von 4 a canone durch das gemeine Recht, 3 durch die Provinzialsynoden und 8 durch den Bischof eingeführten Fällen giebt, stellt Cahors 1289 M. 24, 1032 ungefähr 34 Fälle der exc. ipso facto „a iure per summos pontifices constituto", 12 durch einen päpstlichen Legaten, 7 durch das Provinzialkonzil und 14 durch Synodalkonstitutionen eingeführte zusammen. Weitere, nicht auf Vollständigkeit Anspruch machende Verzeichnisse Würzburg 1298 c. 15, M. 24, 1192 und York 1367, M. 26, 472.

[5] c. 5 in VI V. 9 cit.

[6] Vermögen der Ketzer c. 19 (Bonifac. VIII.) in VI de heret. V. 2.

[7] Valence 1268, M. 23, 1055 („ipso facto poenam V morabetinorum incurrat"); p. 1056. 1057; Tarragona 1292 c. 4, M. 24, 1107; Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472; Ravenna 1314 c. 6, p. 539; Tarragona 1329 c. 37. 65. p. 853; Avignon 1337 c. 46, p. 1098; Angers 1365 c. 13. 31, M. 26, 432.

[8] Valence 1268, M. 23, 1056 (für das Tragen nicht passender Kleider „si clericus fuerit alterius dioecesis et in nostra dioecesi commoretur, ipso facto per annum exulet extra dioecesim").

[9] Schon allein gegenüber den gemeinschaftlich festgesetzten Fällen erscheint es unerklärlich, dass Schulte K. R. 2, 388 und Lehrb. 3. A. S. 207 die apodiktische Behauptung aufstellen kann, es gebe keine poenae, sondern nur censurae l. s.

und in den Dekretalen Gregors IX. festzustellen, zu welcher Klasse die in diesen Sammlungen angedrohten Strafen gehörten [1].

Das Wesen der poena und censura latae sententiae besteht darin, dass sie sich sofort mit den sonst der betreffenden Strafe zukommenden Wirkungen durch die Begehung der strafbaren Handlung oder Unterlassung an dem Thäter realisirt [2]. Demgemäss hat derselbe die Pflicht, sich der Strafe entsprechend zu verhalten [3]. Soweit er dies nicht thut, und die Realisirung der Wirkungen von anderer Seite zu geschehen hat [4], kann diese allerdings nur erfolgen, wenn die Thäterschaft zu dem in Frage stehenden Vergehen bekannt oder festgestellt ist. Deshalb hat man für solche Fälle auch die Deklaration des Eintritts der betreffenden Strafe unter Nennung des Schuldigen, und zwar mehrfach unter besonderen Feierlichkeiten (bei angezündeten Kerzen) und zu wiederholten Malen vorgeschrieben [5].

[1] Wobei sie, mitunter sogar durch die Gesetzgebung unterstützt, erst in einzelne Stellen den Charakter der Strafe als latae sententiae hinein interpretirt hat, s. Bd. I. S. 121. n. 7. 8 (privilegium canonis) und dazu c. 12. 13 (Alex. III.) Comp. I. V. 35 u. c. 9 (id.) X de sent. exc. V. 39; Schulte, Glosse zum Dekret S. 15. 17.

[2] Es ändert auch nichts an ihrem Wesen, wenn, was mehrfach geschehen ist, ihr Eintritt erst nach einer bestimmten Frist, L'Isle, 1251 c. 9, M. 23, 797: „nisi infra VIII dies super hoc satisfecerit, sit extunc ipso facto excommunicationis sententia innodatus"; oder erst nach erfolgter vergeblicher Mahnung, s. S. 121 n. 7, vorgeschrieben wird, weil sich dann die Realisirung blos auf eine andere Zeit, den Ablauf der Frist oder den für die Feststellung der Vergeblichkeit der Mahnung erforderlichen Zeitraum verschiebt. Allerdings liegt darin eine gewisse Milderung der Härte der Strafe, ohne dass freilich die letztere ganz beseitigt wird.

[3] Der Exkommunicirte muss sich also von allen gottesdienstlichen Handlungen und Sakramenten und von dem Verkehr mit den anderen Gläubigen fernhalten, der suspendirte Kleriker die Ausübung der kirchlichen Handlungen und Rechte, von denen er suspendirt ist, unterlassen, der mit der Deposition oder der privatio beneficii bestrafte, das Amt niederlegen, der in Geldstrafe verfallene diese zahlen u. s. w. Für die Exkommunikation wird dies nicht bestritten, s. Kober, Kirchenbann 2 A. S. 52, dagegen behauptet derselbe, Suspension S. 45, dass bei geheim gebliebenen Verbrechen die Beobachtung und Vollstreckung dem Gewissen des Thäters anheim gegeben sei, für die Deposition endlich, Deposition S. 206. 211, dass sie, um wirksam zu werden, eine sententia declaratoria des Richters voraussetze. Damit wird aber das Wesen der Strafen l. s. negirt, und es ist eine petitio principii, wenn er sich darauf beruft, dass niemand verpflichtet sei, eine Strafe an sich selbst zu vollziehen. Der durch Richterspruch Exkommunicirte und Deponirte hat sicherlich diese Pflicht, und soll es nicht darauf ankommen lassen, gewaltsam aus der Kirche oder aus dem Amt entfernt zu werden. Soll also — und darin besteht ja gerade das Wesen der poena l. s. — diese letztere, ebenso wie die richterlich ausgesprochene wirken, so muss dasselbe auch für sie gelten, und es ist haltlos, dies blos für die Exkommunikation anzuerkennen, weil diese nicht mit Zufügung eines äusseren Übels, sondern blos mit Entziehung kirchlicher Rechte (ist dies kein äusseres Übel?) strafe, und sich von selbst vollziehe (auch die Entfernung aus der Kirche und die Zurückweisung von den Sakramenten?). Das Prinzip wird übrigens sogar ausdrücklich anerkannt in c. 4 in VI de homic. V. 4 cit.: „postquam probabilibus constiterit argumentis, aliquem scelus tam execrabile commisisse, nullatenus alia excommunicationis vel depositionis seu diffidationis adversus eum sententia requiratur", und c. un. (Paul. IV. 1468) in Extr. comm. de reb. eccles. III. 4: „ipso facto (beneficiis) privati existant illaque absque declaratione aliqua vacare censeantur", von denen c. 4 cit. ausdrücklich Exkommunikation, Deposition und den weltlichen (italienischen) Bann gleichstellt. Das übersieht Kober, Deposition S. 210, wenn er mit Rücksicht darauf, dass die Worte kein unnützes Beiwerk (in der That bilden sie eine genauere Angabe der Konsequenzen) seien, für diese beiden Stellen allein hinsichtlich der Deposition eine Ausnahme macht und argumento a contrario schliesst, dass in allen anderen Fällen für diese eine deklaratorische Sentenz erfordert werde. Allerdings lässt sich nicht leugnen, dass die poena l. s. eine indirekte Selbstdenunziationspflicht durch gewisse Handlungen und Unterlassungen des von ihr Betroffenen herbeiführt, das ist indessen mit ihrem Wesen verbunden, und wenn man diese Pflicht leugnet, verstösst man damit auch gegen das Wesen dieser Strafen.

[4] Wie die Abbrechung des Verkehrs mit dem Exkommunicirten, die Verweigerung der Sakramente ihm gegenüber, die Einstellung des Gottesdienstes bei dem ipso facto eintretenden Lokal-Interdikt, die Wegverlegung des Bischofssitzes aus der vom ipso iure eintretenden Verlust der dignitas pontificalis betroffenen Stadt, die Einziehung der verfallenen Geldstrafe.

[5] So für die Exkommunikation c. 12. 13 (Alex. III.) Compil. I V. 35; c. 9 (id.) X de sent. exc. V. 39; schott. Konzil 1225 c. 33 i. f., M. 23, 1231; Leg. d. Würzburg 1287 c. 23, M. 24, 860, welche sämmtlich keine näheren Voraussetzungen für die Verkündiguug angeben, während solche andererseits mit „cum constiterit", Clem.

II. Die generellen Exkommunikationen und Strafen. Im Laufe des 12. Jahrhunderts hat sich die Gewohnheit, generelle Exkommunikationen zu verhängen festgestellt[1], d. h. die verschiedenen kirchlichen Gewalten, die Partikularsynoden[2], die Bischöfe[3], ferner auch die Päpste mit den allgemeinen Konzilien[4] und mit anderen Synoden[5] oder auch allein[6] haben seitdem vielfach allgemeine Exkommunikationen (s. g. *excommunicationes generales*) gegen diejenigen, welche sich gewisser Handlungen oder Vergehen schuldig gemacht[7] oder machen[8] oder bestimmte Ver-

3 de cens. III. 13; Roffec 1258 c. 2, M. 23, 984; Pont Audemer 1279 c. 6, M. 24, 222; oder Köln 1310 c. 2, M. 25, 231; „quamprimum hoc per famam publicam vel rei evidentiam aut per mandatum seu sententiam iudicis constiterit" bezeichnet werden. Auch Beziers 1310 c. 20, M. 25, 362 schreibt vor, dass der Priester den percussor clericorum, welcher ipso iure exkommunicirt ist, nur zu meiden hat, wenn letzterer dies gestanden oder der erstere es gesehen hat und beweisen kann, oder im Falle einer publica fama oder eines Befehls des kirchlichen Richters.

Allgemein für alle hierher gehörigen Strafen, für welche eine Bekanntmachung erforderlich ist, um sie zur vollen Wirkung zu bringen, also ausser der Exkommunikation für das Personal- und Lokal-Interdikt, den kleinen Bann und die Suspension ordnet Compiegne 1329 c. 1, M. 25, 879 an: „incidentes in sententias a canonibus et constitutionibus praedictis (den Provinzial-Synoden), cum de hoc sibi constiterit, nominatim declarent ordinarii sententias huiusmodi incurrisse"; Clem. 3 cit. dagegen nur für die „excommunicationis et interdicti sententias a iure prolatas".

[1] Soweit ich sehe, bilden die ältesten Beispiele London 1102 c. 29, M. 20, 1153: „ut per totam Angliam in omnibus ecclesiis et in omnibus dominicis diebus excommunicatio praefata (gegen die Sodomiten, c. 28) renovetur" und Rheimser Gottesfriedensstatut Calixt' II. 1119, M. 21, 237: „Huius statuti violatores omni die dominico per singulas parochias excommunicentur".

[2] S. die vor. Note und die folgenden Anmerkungen.

[3] Und zwar öfters auf den Diöcesansynoden c. un. (Clem. III. 1187—91, J. L. n. 16639) Comp. II. IV. 10: „consuluit nos discretio tua, utrum hi qui contra inhibitionem annuatim in sua sinodo cum excommunicatione in genere facta clandestina matrimonia contraxerunt"; vgl. auch c. 21 (Caelest. III.) X de sent. exc. V. 39.

[4] Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 231 (c. 6 X de iudaeis V. 6): ut per ecclesias maritimarum urbium crebra et solennis in eos (Christen, welche den Sarazenen Waffen und Schiffsgeräth zur Bekämpfung der Christen liefern) excommunicatio proferatur" u. c. 27, M. 22. 232 (betr. die Exkommunikation der Brabanzonen u. s. w.); Lateran. IV. 1215 c. 3, M. 22, 986 (c. 13 X de haeret. V. 7, generelle Exkommunikation der Ketzer).

[5] So Lucius III. zu Verona 1184, M. 22, 476, s. c. 9 X de haeret. V. 7 (generelle Exkommunikation aller Ketzer und Anordnung der Verkündung derselben durch die Bischöfe an allen Festtagen).

[6] Honorius III. 1220, Potth. 6408 (c. 49 X de sent. exc. V. 39, Verkündigung der Exk. der Ketzer und der Verletzer der kirchlichen Freiheiten „accensis candelis"); Nikolaus IV. 1291, Potth. n. 23589, bull. Taur. 4, 47 u. 105 (generelle Verkündigung der Exkommunikation der Ketzer). Die Anordnung einer solchen Exk. in Honorius III. 1219 (an den Patriarchen v. Grado) Potth. n. 5971, Rodenberg ep. pont. roman. 1, 60: „excommunicationis tam in crucesignatos, quam in nautas, si contra tuam monitionem venerint, generalem sententiam auctoritate nostra subl. appell. obst. promulgando" (um sie zur Überfahrt nach Damiette zu bewegen).

Durch vorstehende Mittheilungen, s. auch Anm. 1, widerlegt sich die Annahme von Hausmann, Gesch. d. päpstlichen Reservatfälle. Regensburg 1868 S. 90. 91, dass diese Gewohnheit von Rom ausgegangen ist.

[7] Odo v. Paris Ende saec. XII. c. 58, M. 22, 684: „praecipitur presbyteris omnibus, quod excommunicent ter in anno, scil. in pascha, in nativitate domini et in festo ecclesiae omnes illos qui scienter celant feuda Paris. ecclesiae et omnes illos qui sciant super hoc aliquid, nisi illud revelaverint Paris. episcopo"; Pariser Konst. zw. 1220 u. 1233 c. 13, M. 22, 768: „Presbyteri in ecclesiis frequenter denuncient eos, qui matrimonia clandestina contrahunt et qui eis faciendis assistunt, esse excommunicatos". Weiter gehören hierher auch die Exkommunikationen der Ketzer durch die Päpste, s. Anm. 6. Vgl. im übrigen noch unten S. 136 n. 7.

[8] Pr. K. Rouen 1190 c. 26, M. 22, 585: „ut singulis dominicis tam in cathedrali quam in singulis parochialibus ecclesiis omnes illi candelis accensis excommunicentur, qui scienter in foro ecclesiastico de cetero pejerabunt iuramentum in s. ecclesiae laesionem vel cuiuslibet personae exhaeredationem", vgl. ferner auch c. 27—31, wo dasselbe für diejenigen, welche sich eigenmächtig in Benefizien eindrängen, ferner für Fälscher, Brandstifter und Giftmischer angeordnet wird; Leg. K. York 1195 c. 11, M. 22, 655: „ut quilibet sacerdos de cetero ter in annis solemniter candelis accensis pulsatisque campanis eos excommunicet qui in recognitionibus aliisque testimoniis scienter et sponte pejerabunt et eos qui malitiose alios facient pejerare eosque singulis dominicis diebus excommunicatos denunciet, ut crebra maledictionis iteratio eos a sua iniquitate retrahat, quos accusatio propriae conscientiae non deterret".

pflichtungen und Auflagen nicht erfüllen würden [1], und zwar öfters in feierlicher Form [2] gewöhnlich an Sonntagen oder Festtagen [3] oder an bestimmten Feiertagen [4] entweder selbst [5] ausgesprochen oder durch ihre untergeordneten Organe in regelmässiger Wiederkehr verkünden lassen.

Dabei hing es von dem Willen der zur Anordnung derartiger Exkommunikationen berechtigten kirchlichen Organe ab, ob die Bannung lediglich diejenigen treffen sollte, welche die damit bedrohten Handlungen erst nach der Publikation der generellen Exkommunikation begehen würden oder auch diejenigen, welche sich solcher bereits vorher schuldig gemacht hatten [6]. Es lässt sich daher nur aus dem Wortlaut und dem Zweck der einzelnen in Frage kommenden Anordnungen und Verkündungen entnehmen, ob das eine oder das andere der Fall sein sollte. Denn zweifellos konnte man durch solche generelle Exkommunikationen nicht nur von der Begehung häufig vorkommender Vergehen für die Zukunft abschrecken oder die Vornahme gewisser Handlungen auf das Nachdrücklichste erzwingen, sondern auch denjenigen Verbrechern, welche die Strafthat schon vorher begangen hatten, aber bisher unentdeckt und unbestraft geblieben waren, in besonders eindringlicher Weise das Gewissen rühren, um sie zur Übernahme der entsprechenden Busse und zur Umkehr zu bewegen [7].

[1] S. 135 n. 6.

[2] S. 135 n. 6 u. 8.

[3] S. die citirten Anmerkungen.

[4] S. 135 n. 1, 7 u. 8 die Päpste schon im 13 Jahrhundert am grünen Donnerstag, Leg. K. Würzburg 1287 c. 40, M. 24, 865: „Cum imponentes et exigentes nova passagia vel antiqua seu concessa augmentantes singulis annis summus pontifex in coena domini anathematis vinculo denunciet subiacere". S. auch Potth. n. 21874. 21897 (Martin IV. 1282 gegen den Grafen Monteferetro und seine Anhänger).

[5] So einzelne Päpste, S. 135 n. 5. 6 und die vorhergehende Anmerkung; ferner die Bischöfe, so z. B. die schottischen auf dem Konzil v. 1225 c. 84, M. 22, 1246, welche unter Anwendung der beim Anathem gebrauchten Verfluchungen eine ganze Anzahl von Verbrechern, so diejenigen, welche sich gegen Bischöfe und Prälaten verschwören, falsche Zeugen, Friedebrecher, Hinterzieher von kirchlichen Zehnten, offenbare Wucherer, öffentliche Räuber, Brandstifter, Verletzer der kirchlichen Immunitäten u. A. exkommuniciren; weiter die englischen s. const. Riccardi Sarum u. 1227 c. 87, M. 22, 1131.

[6] S. 135 n. 1, 7 u. 8.

[7] Schon diese inneren Gründe sprechen gegen die von Kober Kirchenbann 2. A. S. 50 apodiktisch aufgestellte Behauptung, dass sich die generellen Exkommunikationen blos auf die Zukunft bezogen haben. Abgesehen davon sind zweifellos solche auch schon wegen etwaiger vor ihrer Verkündung begangene Vergehen ausgesprochen worden, so Lerida 1229 c. 4, M. 22, 1090: „per omnes ecclesias in praecipuis solemnitatibus excommunicentur omnes illi qui in gradu prohibito scienter matrimonium contrahere praesumpserint vel etiam praesumpserunt", Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 10, M. 23, 515: „excommunicamus omnes conspiratores et colligationes illicitas facientes in clero et contra constitutos in clero. Sententiam autem huiusmodi ad praeterita duximus extendendam, nisi infra mensem.. pro posse duxeri(n)t revocandas". Ferner haben die generellen Verurtheilungen der Ketzer durch die Päpste, S. 135 n. 5, welche damit der damals immer mehr um sich greifenden Verbreitung der Ketzerei entgegentreten wollten, doch nur volle Bedeutung, wenn sie auch auf die schon vorhandenen Ketzer bezogen werden, was schon überdies auch durch den Gegensatz in c. 49 X V. 39 cit., S. 135 n. 6, zwischen der unbedingten Exkommunikation aller Ketzer und der nur bedingten der Verletzer der kirchlichen Freiheiten geboten wird. Wenn ferner Roffec-Bordeaux 1258 c. 1, M. 23, 984 anordnet, „ut tales (die mit der Exkommunikation belegten Verletzer der kirchlichen Freiheiten) in generali et expresse illi, de quibus constiterit, excommunicati denuncientur diebus dominicis et festivis" so kann es sich doch hier nicht blos um solche handeln, welche erst nach der Verkündung der General-Exkommunikation das Vergehen begangen haben, da die Exkommunikation derjenigen, deren Thäterschaft feststand, sofort mit Nennung des Namens verkündet werden soll. Dasselbe gilt von Avignon 1209 c. 3, M. 22, 786: „ut festivis diebus et solemnibus maxime cum synodus celebretur, usurarii omnes . . . generaliter excommunicentur. Si vero fuerint publici et de crimine illo convicti, si post trinam admonitionem satisfacere, voluerint, nominatim eadem feriantur censura". Weiter beziehen sich nicht blos auf die Zukunft die S. 135 n. 7 citirten Stellen, ferner die Exkommunikationen des schottischen Konzils v. 1225 c. 50, M. 22, 1234, wo die wiederholte öffentliche generelle Exkommunikation der sortilegi, venefici, incendiarii, ecclesiarum fractores, falsarii, usurarii manifesti, omnes illi qui se in beneficia intrudunt und noch an-

Kann es keinem Zweifel unterliegen, dass diejenigen, welche die bedrohten Vergehen nach der Verkündung begangen oder die von ihnen geforderten Handlungen nach derselben nicht vorgenommen hatten, ohne Weiteres der im Voraus gegen sie ausgesprochenen Strafe, wie wenn sie besonders gegen sie verhängt worden wäre, verfielen[1], so muss auch angenommen werden, dass dieselbe Wirkung hinsichtlich derjenigen, welche sich eines von der generellen Exkommunikation betroffenen, früher begangenen Vergehens schuldig gemacht hatten, sofort mit der Promulgation derselben eingetreten ist[2]. Freilich liess sich in beiden Fällen die volle Wirkung der Exkommunikation, namentlich die Fernhaltung von den Sakramenten und die Durchführung der Verkehrssperre gegen den unter dieselbe fallenden Schuldigen, wenn seine Thäterschaft unbekannt geblieben war, nicht realisiren, aber abgesehen davon, dass letzteres in den Fällen der Notorietät oder einer späteren Überführung möglich war, und dann auch eine Verkündung der gegen ihn eingetretenen Exkommunikation unter Nennung seines Namens erfolgen konnte[3], hatte sich der Thäter immer selbst von Anfang an als exkommunicirt zu betrachten und konnte, falls er sein Verhalten nicht danach eingerichtet, sondern durch dasselbe die Exkommunikation missachtet hatte, später die Absolution nur unter schwereren Bedingungen, namentlich nur gegen härtere Busse erlangen.

Mit dem 13. Jahrhundert ist die generelle Exkommunikation ein allgemeines Rechtsinstitut der Kirche geworden, und es sind eine ganze Zahl von Strafthaten, sowohl allgemeine kirchliche Vergehen, wie auch Disciplinarvergehen der Geistlichen mit derselben bedroht worden[4], ohne dass eine nennenswerthe Einschränkung der An-

derer Verbrecher angeordnet, in Betreff der Beschützer und Begünstiger der Räuber aber bestimmt wird: „eos autem . . si tertio commoniti per ecclesiasticum iudicem ipsos (die Räuber) a se non abiiciant, ecclesiasticae excommunicationi subiugamus", also die letztere Vorschrift blos auf die Zukunft, die erstere aber auch mit auf die Gegenwart bezogen werden kann.

Die Zukunft treffen allerdings nur Rouen 1190 c. 26, S. 135 n. 8, c. 49 X V. 39 cit., soweit es gegen die Verletzer der kirchlichen Freiheiten geht; Lerida 1229 c. 20, M. 22, 1094.

[1] So ordnet Clem. III., S. 135 n. 3 an: „Sed quoniam contra interdictum ecclesiae et excommunicationem generaliter factam agere praesumpserunt, nominatim excommunicati denuntiandi sunt pro contemptu, donec ecclesiae satisfecerint", betrachtet mithin die von der generellen Exkommunikation betroffenen als bereits exkommunicirt, da er nur noch eine Verkündung derselben als Exkommunicirter mit Nennung ihres Namens vor Allem im Interesse des Verkehrsverbots (s. o. S. 3. 4) vorschreibt; vgl. ferner Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 12, M. 23, 516: „Et licet invasores et raptores ecclesiae in genere sint excommunicati, non tamen vitentur, nisi facti evidentia vel confessione propria hoc constaret, quousque fuerint in specie denuntiati"; vgl. weiter Köln 1260 c. 31, M. 23, 1148; Avignon 1279 c. 1. i. f., M. 24, 234; Bourges 1336 c. 12 i. f., M. 25, 1066. Es ist daher auch völlig korrekt, wenn, nachdem eine generelle Exkommunikation durch ein kirchliches Leitungsorgan verhängt war, die niederen Organe (z. B. die Pfarrer) bei den vorzunehmenden generellen Verkündungen angewiesen werden, die betreffenden Missethäter als schon exkommunicirt zu verkünden, so Paris 1220, S. 135 n. 7. Roffec-Bordeaux 1258, S. 136 n. 7, Breslau 1248 §. 19, de Montbach, stat. Wratislav. p. 310 u. Valencia 1273, M. 23, 1078.

Ausnahmen konnten auch hier kraft Privileges eintreten, so z. B. wenn dasselbe, wie das Clemens' IV. 1265 für den König von Frankreich, Potth. n. 19099, darauf ging, von General-Censuren nur bei ausdrücklicher Erwähnung des Namens und der königlichen Würde betroffen zu werden.

[2] Wenn nicht etwa eine besondere Frist für die Besserung gesetzt, wie in den Leg. Konst. v. Tarragona 1239 c. 10, S. 136 n. 7, oder eine vorgängige Mahnung, s. S. 121 n. 8, vorgeschrieben war.

[3] S. Anm. 1.

[4] S. ausser den Citaten in den vorhergehenden Anmerkungen Aquileja 1184, M. 22, 493; London 1200 c. 7, p. 707; Dublin 1214, p. 929; Oxford 1222 c. 1, p. 1150; Arles 1234 c. 15, M. 23, 340; Canterbury 1236 c. 23, p. 423; Trier 1238 c. 1, p. 471; Ferns 1240 o. 1241, 520; Odense 1245, Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten. Hamburg 1886. 1, 292; Beziers 1246 c. 33, M. 23, 699; Cognac 1254 c. 25, p. 872; Lerida Ende saec. XIII. p. 937; Reding 1279 c. 3, M. 24, 261; Köln u. 1280 c. 10. 12, p. 356. 258; Nogaret 1313 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1320 c. 48, p. 796; Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896; Tarragona 1332 c. 2, M. 25, 936. Neben

wendung versucht worden ist[1]. Im Gegentheil haben gerade die Päpste ebenfalls von derselben wiederholt Gebrauch gemacht[2], insbesondere solche Exkommunikationen für bestimmte Vergehen, deren Zahl allmählich vermehrt worden ist, regelmässig an bestimmten Feiertagen[3], namentlich am grünen Donnerstag[4] verkündet, und aus der Zusammenstellung dieser General-Exkommunikationen ist die s. g. *bulla in Coena domini*, deren Anfänge bis in das 13. Jahrhundert zurückreichen, entstanden.

Es ist ersichtlich, dass die generelle Exkommunikation, soweit sie gegen etwaige in Zukunft begangene Strafthaten und Unterlassungen gerichtet ist, eine grosse Ähnlichkeit mit der s. g. *excommunicatio latae sententiae* aufweist. Bei beiden realisirt sich die Strafe, soweit nicht die mangelnde Feststellung der Thäterschaft der in Frage kommenden Schuldigen dies faktisch hindert[5], mit der Begehung der bedrohten That oder mit dem Ablauf der für die Erfüllung einer Handlung gesetzten Frist. Allerdings waltet der Unterschied zwischen beiden Arten der Exkommunikation ob, dass

der früher üblichen Form: excommunicamus omnes etc., s. die citirten Stellen, treten seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts auch andere hervor, so Köln u. 1280 c. 10. 12. 16, M. 24, 356. 358. 361: „excommunicamus in his scriptis"; Compiegne 1300 c. 2, M. 25, 119: „monitione tamen competenti praemissa excommunicamus in his scriptis"; Köln 1266 c. 31, M. 23, 1148: „excommunicatione, quam ferimus in his scriptis"; Riez 1285 c. 23, M. 24, 584: „in his scriptis vinculo excommunicationis innodamus"; ebenso Bergamo 1311 c. 19, M. 25, 495; Salzburg 1274 c. 14, p. 141: „ipso facto sententia excommunicationis, quam ex nunc in ipsum perferimus, sit ligatus". Benevent 1331 u. 1378 c. 38, M. 25, 955 u. M. 26, 638: „excommunicationis sententiam ferimus in his scriptis" (c. 41 ibid. promulgamus); Köln 1300 c. 2, M. 25, 18: „in vos extunc sententiam excommunicationis ferimus in his scriptis"; Köln 1266 c. 40, M. 23, 1154: „excommunicationis sententiam in his scriptis a nobis latam incurrisse"; c. 36, p. 1152: „maiori excommunicationi in his scriptis latae innodamus"; c. 35, p. 1151: „sententiam excommunicationis quam in eos ferimus in his scriptis ipso facto incurrunt"; c. 7, p. 1138: „exnunc sententia excommunicationis innodamus".

[1] Gemeinrechtlich c. 5 (Innocenz IV.) in VI de sent. V. 11, S. 121 n. 11, ist nur vorgeschrieben, dass die kirchlichen Richter von generellen Exkommunikationen pro futuris culpis blos beim Vorhandensein einer rationabilis causa Anwendung machen sollen, partikularrechtlich wird vor übermässigem Gebrauch gewarnt, Chateau-Gontier 1231 c. 10, M. 23, 235: „omnes tam ordinarii quam delegati a generalibus excommunicationis se temperent et refraenent", ebenso Rouen 1235 c. 5, p. 215; Sens 1239 c. 7, p. 710; Bayeux 1300 c. 94, M. 25, 78; ferner wird auch die General-Exkommunikation gegen die mit Gebannten Verkehrenden, abgesehen von der communicatio in crimine oder eines gravis et enormis excessus, s. die citirten Konzilien und Langeais 1278 c. 9, M. 24, 214, oder wegen Schadenszufügungen und Injurien Dublin 1214, M. 22, 929 verboten. Weiter erlauben Rouen 1231 c. 36, M. 23, 218 und Pont. Audemer 1278 c. 18, M. 24, 224 den Priestern blos die generelle Exkommunikation wegen Diebstahls und deposita, bez. deperdita, und Rouen cit. c. 47 untersagt den Äbten, General-Exkommunikationen für ihr Kloster ohne Benehmen mit dem Diözesanbischof zu verhängen.

[2] So Clemens IV. 1266, P. n. 19815, bull. Taur. 3, 765 und Nikolaus IV. 1291: Noverit, Potth. n. 23589, ibid. 4, 47. 105. Schon Clemens IV. 1265 Potth. n. 19099 hat dem König von Frankreich ein Privileg ertheilt, dass er von generales a sede apostolica latae sententiae nicht mit betroffen werde.

[3] Urban V. Apostolatus 1363, bull. Taur. 4, 520: „per nonnullos pontifices, praedecessores nostros et postremo per nos excommunicationis et anathematizationis sententiae in certis anni solennitatibus promulgatae fuerunt" nämlich gegen die Seeräuber, gegen diejenigen, welche den Kirchen und Geistlichen neue Zölle auflegen, die Sarazenen mit Kriegsbedarf unterstützen, welche die zum päpstlichen Stuhl hinreisenden oder von dort zurückkehrenden oder die bei der Kurie verweilenden gefangen nehmen, berauben, schwer verwunden oder tödten, die Zufuhr zum päpstlichen Stuhl hindern, die in Geschäften zur römischen Kurie hinreisenden, dort verweilenden oder von da zurückreisenden, ihre Prokuratoren, Advokaten oder die für sie deputirten Auditoren und Richter aus Anlass der betreffenden Geschäfte schlagen, verstümmeln, tödten oder ausplündern, oder päpstliche Gebiete okkupiren oder okkupirt halten.

[4] S. 136 n. 4; so hat schon Bonifaz. VIII. alljährlich die Exkommunikation der Verletzer der zum römischen Stuhl reisenden, Potthast n. 25190 (1302) an diesem Tage erneuert, Baluze vitae papp. Aven. 4, 596 (nach einer Bulle Benedikts XII.); s. auch die Bulle Gregors XI.: Excommunicamus v. 1372, bull. Taur. 4, 539 gegeben in coena domini, ferner Pauls II., Raynald a. 1467 n. 1; 19, 185: „Consueverunt praedecessores nostri annis singulis in die Coenae domini . . . ad maiorem detestationem gravium quorundam criminum quoscunque ipsis criminibus illaqueatos solemni publicatione . . excommunicatos denunciare".

[5] S. 137.

diese Wirkung bei der exc. latae sententiae lediglich durch die sie androhende und die Strafe als latae sententiae qualifizirende Verordnung, bei der generellen Exkommunikation aber in Folge der vor der Begehung der That oder Unterlassung bereits verhängten oder ausgesprochenen Exkommunikationssentenz eintritt[1], d. h. die Androhung der ersteren ist ein Akt der Gesetzgebungs- oder Verordnungsgewalt des kirchlichen Oberen, die Aussprechung der letzteren ein die Verhängung der Strafe vorweg nehmender richterlicher Akt[2], und wenn sich auch daraus die Konsequenz ergiebt, dass die Generalexkommunikation mit dem Tode des sie verhängenden kirchlichen Oberen oder mit dem Verlust der Jurisdiktion seitens desselben erlischt[3], während ein die excommunicatio latae sententiae androhendes Gesetz nicht mit dem Aufhören der gesetzgebenden Gewalt seines Urhebers ausser Kraft tritt[4], so verschwindet dieser Unterschied doch praktisch[5], falls ein dazu kompetenter Oberer der generellen Exkommunikation kraft seiner gesetzgebenden Gewalt fortdauernde Gesetzeskraft beilegt[6], oder falls das richterliche Organ, welches sie ausgesprochen hat, fortdauernd besteht und seine Jurisdiktion, wie z. B. die Provinzialsynode — und gerade von solchen sind vielfach generelle Exkommunikationen ausgesprochen — niemals verlieren kann[7]. In derartigen Fällen wird der Unterschied lediglich zu einem rein formellen, und besteht allein darin, dass äusserlich die mit der Begehung der That sich realisirende Exkommunikation bei der exc. l. s. auf einer in der Form eines allgemeinen Gesetzes, bei der exc. generalis in der Form einer generellen Sentenz erlassenen Anordnung beruht[8].

[1] Anders aber, soweit die generelle Exkommunikation mit auf die Vergangenheit gerichtet ist, s. S. 136 n. 6; hier ist sie die Verurtheilung einer Gesammtheit von Thätern, für welche die einzelnen dazu gehörigen . . . Personen noch nicht feststehen. Immerhin ist davon noch der Fall zu unterscheiden, dass wegen einer einzelnen in der Vergangenheit liegenden und festgestellten Strafthat gegen die mehreren Thäter die Exkommunikation unter genereller Bezeichnung ausgesprochen wird. Ein Beispiel bietet die Synode v. Moret 1154, M. 21, 832, S. 13 n. 1.

[2] Hierbei ist allerdings — anders Kober S. 50 — der Vorbehalt zu machen, dass das betreffende Vergehen schon vorher mit der exc. ferendae bedroht war. Im umgekehrten Fall, d. h. wenn der bedrohten Handlung erst durch die generelle Exkommunikation der Charakter eines strafbaren Deliktes gegeben wird, wie dies vielfach geschehen ist, s. S. 135 n. 6 u. n. 7, konkurrirt neben der richterlichen Thätigkeit, welcher nur die Anwendung des bestehenden Rechts anheimfällt, auch jene eigenthümlich, schon mehrfach berührte (s. S. 94 und Bd. IV. 745. 747. 836) sich lediglich für Einzelfälle bethätigende Gesetzgebungsgewalt der kirchlichen Leitungsorgane.

[3] S. auch Kober Kirchenbann S. 50. Unter diesen Voraussetzungen kann der Richter überhaupt nicht mehr oder nicht mehr gültig amtiren. Deshalb wird die nach Verlust der Jurisdiktion begangene Strafthat, mit deren Begehung die Strafe sich erst realisiren könnte, nicht mehr von einer früher von ihm verhängten Sentenz ergriffen. Aus diesem Grunde haben die Päpste stets nach ihrer Thronbesteigung die Bulle: In coena von Neuem publicirt.

[4] Bd. III. S. 835. Für den in der Anm. 2 gedachten Fall gilt dies aber nicht, denn hier handelt es sich lediglich um die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt im Hinblick auf die von der richterlichen Funktion ergriffene That.

[5] Hinsichtlich des Umfanges der Geltung besteht kein Unterschied zwischen beiden Arten der Exkommunikation, denn beide binden nicht diejenigen, welche die strafbare Handlung ausserhalb des Sprengels des die exc. l. s. oder generalis verhängenden Kirchenoberen begangen haben, weil seine jurisdictio, sowohl als gesetzgebende, wie auch als richterliche Gewalt, nicht über seinen Bezirk hinausreicht, c. 21 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39 u. c. 2 (Bonifaz. VIII.) in VI de const. I. 2.

[6] Das ist z. B. freilich erst spät, nämlich durch Pius V. 1568, mit der Bulle in coena domini geschehen. „Volentes praesentes nostros processus ac omnia et quaecunque his literis contenta, quousque alii huiusmodi processus a nobis aut Romano pontifice pro tempore existente fiant aut publicentur, durare suosque effectus omnino sortiri", s. Le Bret, pragmat. Gesch. d. Bulle in coena domini. Frankfurt 1772. 1, 146.

[7] Auch darin berühren sich beide Arten der Exkommunikation, dass wenn eine in die eine oder andere verfallene Person öffentlich mit Nennung ihres Namens als gebannt verkündet wurde, ohne nähere Spezialisirung nicht zu ersehen war, ob es sich um eine excommunicatio latae sententiae oder eine exc. generalis handelte.

[8] Daher sagt auch Gregor IX. 1230, Potthast

Wenn man trotzdem namentlich seitens der Päpste Jahrhunderte lang die Gewohnheit beibehalten hat, generelle Exkommunikationen zu verkünden, so lag der Grund dafür offenbar darin, dass die Publikation derselben in feierlicher Form den besonderen Zweck erfüllte, den Kirchengliedern die Strafbarkeit gewisser Handlungen in unmittelbarer und besonders eindringlicher Weise zu veranschaulichen. Aus demselben erklärt es sich auch, dass man andererseits schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts und später feierliche Verkündigungen der Fälle, für welche die excommunicatio l. s. angedroht war, vorgenommen und durch die kirchlichen Organe angeorgnet hat[1].

Nicht minder liegt darin der Aufschluss dafür, dass man die Verhängung anderer Strafen in dieser Weise nur selten ausgesprochen hat[2], dass also blos die excommunicatio generalis ein wirklich praktisch bedeutsames Institut geworden ist, obgleich die Kirche eine ganze Reihe von Strafen als s. g. censurae oder poenae latae sententiae charakterisirt hat. Die feierliche Form einer anticipirten, die Strafe verhängenden und feierlich zu verkündenden Sentenz passte nur da, wo es darauf ankam, einen mächtigen und nachhaltigen Eindruck auf die Gemüther zu machen, d. h. nur bei schweren Vergehen und nur für solche, welche wesentlich von Laien begangen wurden, nicht für blosse Disciplinarvergehen der Geistlichen[3].

§. 267. *dd. Die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit und Verstocktheit des Schuldigen.*

Für diejenigen Fälle, in denen die Kirche mit ihren Strafmitteln die Übernahme der Busse, Zwangsbesserung oder Genugthuung durch den Thäter oder Abstellung eines die kirchlichen Ordnungen verletzenden Verhaltens zu erreichen suchte, und ferner für diejenigen, in welchen die gegen den Schuldigen verhängte Strafe eine Leistung desselben seinerseits, so bei der Geldbusse die Zahlung der Geldsumme, bei der Konfiskation die Herausgabe der konfiscirten Sachen bedingte, musste sich das Bedürfniss nach weiteren Zwangsmassregeln geltend machen, wenn der Thäter sich gegen die wider ihn verhängten Übel, wie namentlich gegen die Exkommunikation, völlig gleichgültig oder gar verstockt und widerspenstig erwies oder die ihm obliegende Leistung nicht

n. 10096, M. 22, 1137 von Honorius III. mit Bezug auf die von dem letzteren 1220 gegen die Verletzer der kirchlichen Freiheiten verhängte generelle Exkommunikation, S. 135 n. 6: „et super hoc canonem latae sententiae promulgavit", und deshalb nähern sich allmählich die Formeln der generellen Exkommunikation der der exc. l. s. sehr an, s. S. 137 n. 4 a. E.

[1] Lemans 1247, M. 23, 760; Pont. Audemer 1276 c. 6, M. 24, 222: „potestates saeculares clericos capientes . . . denuncientur excommunicati a canone in generali"; Compiegne 1329 c. 9, M. 25, 879: „ut singuli ordinarii . . latas a iure, constitutionibus et statutis praedictis curent et faciant excommunicationis, suspensionis, interdicti, cessationis a divinis sententias et ecclesiasticas censuras generaliter adversus transgressores diligenter publicari"; Ravenna 1335 c. 10, M. 25, 1045; Treviso 1390, M. 26, 761.

[2] S. aber Köln 1266 c. 39, M. 23, 1153: „sententiam suspensionis latam a nobis in scriptis incurrat ipsa omissione"; Köln 1300 c. 1, M. 25, 16: „contrarium facientes non solum ab ingressu ecclesiae suspendimus in his scriptis"; Trier 1310 c. 111, p. 278: „in contrarium facientes extunc, ut exnunc in personas singulares excommunicationis, in collegia vero seu universitates interdicti in his scriptis sententias permulgamus"; Bergamo 1311 c. 12, p. 988: „civitatem . . . ex nunc generaliter supponimus ecclesiastico interdicto".

[3] Daher ergiebt sich auch für die in der vor. Anm. citirten Fälle nichts über eine feierliche Verkündung dieser allgemeinen Sentenzen. Beim Interdikt insbesondere konnte eine etwaige Publikation vor seinem wirklichen Eintritt um so weniger angemessen erscheinen, als sich dadurch seine Folgen doch nicht im voraus realisiren liessen.

vornahm. In karolingischer Zeit hat die kirchliche Gesetzgebung in dieser Hinsicht nur vereinzelte Normen aufgestellt[1], da ihr hier für die Erzwingung der Zwangsbusse der weltliche Arm zu Gebote stand[2]. Auch später hat die Kirche diese Unterstützung gefordert[3] und namentlich seit dem 13. Jahrhundert erhalten[4]. Daraus, sowie aus dem Umstande, dass jeder kirchliche Obere kraft seiner Strafgewalt befugt war[5], bei Hartnäckigkeit des Schuldigen, weil darin wieder ein neues Vergehen lag, weitere und strengere Strafen zu verhängen, erklärt es sich, dass sich keine allgemeinen gemeinrechtlichen Grundsätze über die Steigerung der Strafen festgestellt haben[6]. Erst seit dem 13. Jahrhundert finden sich in den Strafandrohungen für einzelne kirchliche Vergehen nur vereinzelt gemeinrechtlich[7], öfters in den Partikularkonzilien derartige Bestimmungen.

Nach denselben liess man, was die gegen alle Kirchenglieder, Laien und Geistliche anwendbaren Strafen betrifft, den grossen Bann bei Erfolglosigkeit des kleinen Bannes[8] und des Personalinterdikts[9], ferner bei Nichtentrichtung einer Geldstrafe[10] und bei Verweigerung der Herausgabe der der Konfiskation verfallenen Sache, eintreten, während bei den allein für die Geistlichen bestimmten Strafen in Folge der grösseren Mannigfaltigkeit derselben die Steigerungen grössere Verschiedenheiten aufweisen[11].

Bei dem Lokalinterdikt gebrauchte man gegen denjenigen, wegen dessen

[1] Savonières 859 c. 9, S. 7 n. 8, bietet ein Beispiel, wo bei Verharren in der Exkommunikation das Anathem angedroht wird. Vgl. ferner Elne 1047, a. a. O.

[2] Vgl. unten §. 286.

[3] c. 2 (Cap. Vern. 755 c. 9, Bor. I, 35) X de cler. exc. V. 27, und näheres §. 286.

[4] S. den angeführten §.

[5] S. auch Salzburg 1310 c. 2 i. f., M. 25, 127.

[6] Für die Zeit vom 10. bis 12. Jahrhundert weisen die Quellen über die Frage blos sehr weniges auf, nur Elne 1047, S. 7 n. 8, verschärft die Exkommunikation bei Hartnäckigkeit des Thäters durch das Anathem, und London 1151 c. 5, S. 42 n. 3, durch die Infamie, und die S. 76 n. 4 u. S. 59 n. 2 citirten Stellen drohen bei Hartnäckigkeit von Geistlichen gegenüber der Exkommunikation die Deposition und gegenüber der letzteren die erste an. Während dieser Zeit hat aber die Kirche bei ihren Bestrebungen auf Aufrichtung und Durchführung des Gottesfriedens die Unterstützung der weltlichen Gewalten zu erhalten gesucht und auch erlangt; s. §. 281.

[7] c. 14 X de off. iud. ord. I. 31; c. 13 §. 5 X de heret. V. 7; c. ult. de poen. V. 37; c. 7, 18 in VI de heret V. 2; c. 3 in VI de sent. exc. V. 11, s. die folgende Anm.; c. 11 in VI de sent. exc. V. 11; Clem. 2 de sent. exc. V. 10 (S. 142 n. 3.), wegen der Geistlichen s. c. 4 X de cohab. cler. III. 2 u. c. 10 X de iud. II. 1.

[8] c. 3 V. 11 in VI cit. (Lyon 1245 c. 12, M. 23, 622 gegen denjenigen, welcher wegen Verkehrs mit einem Exkommunicirten in den kleinen Bann verfallen ist und trotzdem den Umgang fortsetzt, nach erfolgloser monitio).

[9] Schott. Konz. 1225 c. 75, M. 22, 1244; Worcester 1229 c. 18, M. 23, 181 (nach 15tägigem Verharren in demselben); Gerona 1267, M. 23, 934 (nach 3 Monaten und nach legitima monitio); dagegen Narbonne 1260 c. 15, p. 1036 nach einem Jahr auch Versagung des Begräbnisses in der Erde und in einem Grabmal ausserhalb des Kirchhofes, bei Geistlichen nach Arles 1260 c. 8, M. 23, 1007 statt des grossen Bannes aber privatio beneficii.

[10] Valence 1268, M. 23, 1055 (10 Tage nach Einforderung der ipso facto verfallenen Geldstrafe und zwar als exc. l. s.); Lambeth 1261, p. 1067: „quod laici . . ad exsolvendam quamlibet poenam tam corporales quam pecuniarias canonice per praelatos suos eis inflictas praecise per excommunicationis sententiam pellantur“.

[11] Beispiele bieten Mainz 1225 c. 3 u. 1261 c. 39, M. 23, 3 u. 1095 (erst 40tägiges Fasten im claustrum, dann suspensio a praebenda und vom consortium clericorum, eventuell privatio beneficii); London 1268 c. 5, p. 1221 (susp. ab off., dann auch susp. a benef.); Paris 1212 o. 1213 P. III c. 8, M. 22, 835 (susp. ab off., darauf Absetzung); c. 4 (Alex. III.) X de cohab. cler. III. 2 (susp. a benef., event. Absetzung für immer); Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 807 (susp. a benef.. eventuell privatio beneficii); Paris cit. P. I c. 1. 2 (susp. a benef., dann Exkommunikation); Leg. K. Utrecht 1247, M. 23, 769 (susp. ab off. et benef., eventuell Exkommunikation und privatio beneficii); Valence 1248 c. 3, p. 771 (hier nach der erstgedachten Strafe privatio beneficii sine spe restitutionis, ebenso Albi 1254 c. 45, p. 844; Roffec 1259 c. 9, p. 988 nach 40 Tagen Exkommunikation, Narbonne 1260 c. 3, p. 1031 nach einem Monat dieselbe Strafe); Köln 1266 c. 39, p. 1154 (suspensio, nach 8 Tagen Exkommunikation, Köln 1288 c. 1, M. 24, 346 nach einem Jahr privatio beneficii). Vgl. auch S. 59 n. 2.

Strafthat dasselbe verhängt war, als Verschärfungsmittel die Exkommunikation [1] oder die räumliche Erweiterung des Anwendungsgebietes des Interdiktes [2], und gegen diejenigen, welche von demselben mit betroffen waren und dasselbe nicht beachteten, die sonstigen der Kirche zur Verfügung stehenden Strafen [3].

Die hartnäckige Missachtung der Exkommunikation ist, wie schon früher [4], durch feierliche Anathematisirung des Gebannten, wie der Ausdruck lautet, aggravirt worden [5], oder man hat die Lossprechung von der Stellung einer Realkaution selbst im Falle der Todesgefahr abhängig gemacht [6], ferner die Absolution durch das Verlangen schwerer öffentlicher Busse [7] oder durch Vorbehaltung der ersteren für den Papst [8] erschwert, und auch die Versagung jedweden Begräbnisses [9] oder die Ausschliessung von der kirchlichen Bestattung selbst nach erfolgter Absolution [10] angedroht. Mehrfach wird auch das *interdictum ambulatorium* als Verschärfungsmittel gebraucht [11] und die Behandlung des Verstockten als Ketzer [12] angeordnet. Gegen Fürsten, Grundherren, Städte, Kommunen und Körperschaften hat man vielfach das Lokal-Interdikt verwendet [13]. Weiter hat man selbst zu nicht rein kirchlichen Strafen,

1 Gregor IX. 1230, Potthast n. 8572; Canterbury 1236 c. 41, M. 23, 428.

2 So Köln 1266 c. 20—22, M. 23, 1143 desjenigen über den Ort der Gefangenhaltung des Klerikers nach einem Monat auf den ganzen Dekanat und nach weiteren 14 Tagen auf den ganzen Distrikt des betreffenden schuldigen Herrn; vgl. ferner Lambeth 1261, p. 1068 und Gregor IX. 1230 cit. —

Bergamo 1311 c. 12, M. 25, 488. 489 verpflichtet alle Kleriker und Mönche, die länger als ein Jahr im Interdikt verharrende Stadt zu verlassen.

3 Aschaffenburg 1292 c. 9, M. 24, 1088 (gegen Laien, welche Leichen auf Friedhöfen begraben oder begraben lassen, exc. l. s., deren Aufhebung dem Metropoliten vorbehalten wird); Mainz 1310, M. 25, 348 (ebenso, und Vorbehalt für den Erzbischof oder Diöcesanbischof); Anse 1294, M. 24, 1228 (für Laien, welche die Geistlichen durch Bitten oder sonst zur Abhaltung des Gottesdienstes oder zur Spendung der Sakramente bestimmen, exc. l. s., für Geistliche, welche sich dazu verstehen, ausserdem privatio beneficii ipso facto und Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien in der Kirchenprovinz).

Gemeinrechtlich, Clem. 2 de sent. exc. V. 10, ist nur für weltliche Herren, welche die Abhaltung des Gottesdienstes erzwingen, die dem Papst verbehaltene exc. l. s. angedroht.

Weiter gehören hierher die §. 274 angeführten Strafvorschriften gegen Geistliche, welche an interdicirten Orten celebriren oder die Sakramente spenden.

4 S. 141 n. 1 u. 6.

5 Tours 1239, c. 9, M. 23, 500.

6 So Mainz 1261 c. 37, M. 23, 1093 im Falle der Verstockheit des Exkommunicirten statt der sonst üblichen Verbalkaution; Benevent 1331 c. 64, M. 25, 970 nach 15 Tagen.

7 Langeais 1278 c. 6, M. 24, 213 (nach einem Jahr „non sine magna solennitate et gravi poena et publica absolvatur").

8 Leg. K. Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790 (nach 6 Monaten); Leg. K. Valence 1248 c. 17, M. 23, 776 (für diejenigen öffentlich Exkommunicirten, welche sich trotz des Verbots des Prälaten in den Gottesdienst eindrängen und deswegen noch besonders exkommunicirt sind); c. 11 (Lyon 1274 c. 31) in VI de sent. exc. V. 11 (nach 2 Monaten).

9 Selbst ausserhalb des Kirchhofes in Särgen oder in der Erde nach einem Jahr, Cognac 1260 c. 15, M. 23, 1036.

10 Nach Ablauf eines Jahres, Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472 s. auch c. 29 ibid.

11 Laval 1242 c. 8, M. 23, 553 (nach einem Jahr); Brokmer Bischofssühne 1276, v. Richthofen, friesische Rechtsquellen S. 146 (nach 6 Wochen); schott. Konzil 1225 c. 52, M. 22, 1235 (nach 40 Tagen, zugleich mit dem Lokal-Interdikt).

12 c. 7 (Alex. IV.) in VI. de heret. V. 2; c. 18 i. f. (Bonifaz. VIII.) eod. (vgl. auch unten in der Lehre von den Inquisitionsgerichten); Leg. K. Albi 1254 c. 28, M. 23, 840; Bordeaux 1261 c. 2, p. 1009 (beide nach einem Jahr); Compiegne 1301 c. 7 u. 1304 c. 4, M. 25, 90. 121 (nach 2 Jahren); Leg. K. Pressburg 1309 c. 7, M. 25, 221 (nach einem Jahr); ebenso: Beziers 1310 c. 17, p. 364; Bergamo 1311 c. 12. 15, p. 488; Paris 1346 c. 3, M. 26, 19. Darüber, dass dies faktisch nicht überall, z. B. nicht in Frankreich geschehen ist, und dass sich namentlich die Ketzerinquisitionen nicht damit befasst haben, s. Lea history of the inquisition. New-York 1888. 2, 122.

13 Schott. Konz. 1225 c. 52 cit. (Anm. 11); Worcester 1229 c. 18, M. 23. 181. 182 (nach 3, bez. 8 Tagen); Trier 1238 c. 5, p. 480 (nach 3 Tagen); Cognac 1238 c. 17 p. 491 (nach 2 Monaten über die Burgen der Barone, nach 2 weiteren Monaten über alle ihre Besitzungen und nach einem Jahr Behandlung als Ketzer); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach p. 300 (nach 40 Tagen); Köln 1266 c. 1. 2. 37, p. 1135.

wie zu Geldbussen [1], zur Infamie [2], zum Verlust der Kirchenlehne [3] und zur Unfähigkeit, aus Testamenten zu erben [4], und bei Fürsten zur Entbindung der Unterthanen vom Treueid [5] gegriffen, ja endlich auch gegen die Familie und die Leute des Verstockten das Personal-Interdikt [6], sowie gegen die Kinder und Enkel desselben die Unfähigkeit zum Erwerbe des Klerikates und kirchlicher Ämter [7] angedroht.

Gegen Geistliche, welche sich gegen die Exkommunikation verstockt zeigen, waren an sich alle gegen die Laien gebrauchten Strafen mit wenigen Ausnahmen anwendbar [8], jedoch hat man gegen sie, abgesehen von der Geldbusse [9], auch Disziplinarstrafen, wie die Suspension vom Offizium und von allen Benefizien [10], die privatio beneficii [11], die Absetzung [12] und die Unfähigkeit zu kirchlichen Würden [13] verwendet.

§. 268. *ee. Das Verhältniss der Strafen zu einander.*

Es liegt auf der Hand, dass von den seitens der Kirche gebrauchten Strafen unter denjenigen, welche die kirchliche Rechtsstellung und die kirchlichen Rechtsgüter berühren, die Exkommunikation die schwerste, das Personal-Interdikt eine leichtere und der kleine Bann eine noch mildere Strafe bildet, nicht minder, dass auf dem Gebiete der Disziplinarstrafmittel ein ähnliches Verhältniss hinsichtlich der Degradation, der Deposition, der privatio beneficii und den verschiedenartigen Suspensionen obwaltet. Im übrigen aber beginnen die Zweifel. So fragt es sich, ob das Lokal-Interdikt und das interdictum ambulatorium der Exkommunikation gleich zu stellen oder als eine schwerere Strafe als diese zu betrachten ist, weiter wie sich die schweren Strafen weltlichen Charakters, z. B. die andauernde Freiheitsentziehung, die Verknechtung, die Vermögens-Konfiskation, das Exil und der weltliche Bann zur Exkommunikation und zum Interdikt, ferner die Prügelstrafe, Zwangsfasten und Geld-

[1] Cognac 1238 c. 18, M. 23, 491 (nach 40 Tagen); Bordeaux 1251 c. 28, p. 864 (ebenso); Arles 1234 c. 13, p. 340 (nach einem Monat, für jeden Monat des Verharrens im Bann 5 solidi, zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den weltlichen Herrn); Avignon 1326 c. 41, M. 25, 765 (5 solidi für jeden Monat); Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472 (nach einem Jahr); s. auch Benevent 1331 c. 64, p. 970. — Konfiskation des Vermögens wird nur im Anschluss an die weltlichen Gesetze angedroht, Narbonne 1227 c. 1, M. 23, 21 und Beziers 1246 c. 36, M. 23, 700.

[2] c. 13 §. 5 (Lateran. IV.) X de haeret. V. 7 (nach einem Jahr); Leg. K. Valence 1248 c. 13, M. 23, 774 (nach einem Monat denuncientur infames), s. auch o. S. 141 n. 6.

[3] Nach einem Jahr Köln 1266 c. 25, M. 23, 1146.

[4] Langeais 1278 c. 6, M. 24, 213.

[5] S. 48 n. 11 u. n. 13.

[6] Lemans 1246 c. 36, M. 23, 760 (nach 20 Tagen für die Familie); Mainz 1261 c. 44, p. 1099 (nach einem Monat für Frau, Kinder und mancipia des Wucherers).

[7] Roffec 1258 c. 2, M. 23, 983 (nach 3 Monaten); Köln 1266 c. 24, p. 1145 (nach einem Jahr, hier sogar bis zum 3. Grade der absteigenden und der Seitenlinie); c. 29 ibid., p. 1148 (nach einem Jahr bis zum 4. Grade); L'Jsle 1288 c. 14, M. 24, 961 (bis zum 4. Grade der absteigenden Linie, auch weltlicher Würden).

[8] Mainz 1261 c. 37, S. 142 n. 6 behandelt sie den Laien gleich; Breslau 1248 §. 1, de Montbach p. 301 schreibt öffentliche Exkommunikation in der ganzen Provinz nach 20 Tagen vor.

[9] Tarragona 1292 c. 5 u. 1329 c. 28, M. 24, 1108 u. 25, 853 (welche sich nach einem Jahr erhöht); Avignon 1326 c. 41, M. 15, 765 (10, bez. 15 solidi für jeden Monat des Verharrens in der Exkommunikation).

[10] Tarragona 1292 u. 1329 cit. (nach einem Jahr und zwar auch nach der Absolution noch für die Zeit, welche der Geistliche über das erste Jahr hinaus hartnäckig gewesen ist, neben der Geldstrafe).

[11] Nach 2 Jahren Angers 1279 c. 4, M. 24, 310; nach einem Jahr: Köln 1280 c. 1, p. 346; Bourges 1286 c. 9, p. 629; Mailand 1287 c. 28, p. 882; Bergamo 1311, M. 25, 491.

[12] c. 14 (Lateran. IV. 1215 c. 9, M. 22, 998) X de off. iud. ord. I. 31 (bei Verstocktheit); Leg. K. Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790 (nach 6 Monaten); Breslau 1248 §. 4, de Montbach p. 302 (nach 3 Monaten).

[13] Lerida Ende saec. XIII., M. 23, 938 (nach einem Jahr).

strafe zum Personal-Interdikt und zum kleinen Bann oder die verschiedenen bisher nicht genannten Disciplinarstrafen zu einander verhalten. Liessen sich auch noch weitere, hierher gehörige Fragen aufwerfen, so wäre dies doch völlig unnütz. Weder gemeinrechtlich noch partikularrechtlich haben sich ebensowenig wie früher in dieser Zeit feste allgemeine Normen über die Werthung der einzelnen Strafen und der einzelnen Disciplinarstrafen in ihrem gegenseitigen Verhältniss zu einander noch der letzteren zu den ersteren festgestellt.

Neben den wenigen dem 14. Jahrhundert angehörigen Vorschriften, welche nur Einzelfälle berühren [1], bieten die Bestimmungen über die Durchführung der Strafen bei Hartnäckigkeit des von denselben Betroffenen [2] zwar einen gewissen Anhalt dafür, wie man die Strafen unter sich gewerthet hat, indessen ist einmal für die Verwendung derselben nicht blos die grössere Härte der Strafe, sondern auch der rein praktische Gesichtspunkt, die Widerspenstigkeit möglichst zu brechen, massgebend gewesen [3], und ferner ergeben diese Vorschriften [4] nicht mehr, als sich ohnehin aus dem Charakter der in Frage kommenden Strafen entnehmen lässt.

Endlich scheitert auch jeder Versuch die gedachte Werthung durch eine Erörterung, welche Strafen für die schwereren und welche für die leichteren Vergehen angedroht worden, festzustellen. Die kirchliche Gesetzgebung hat, wie sich aus den Darlegungen im §. 275 ergeben wird, keineswegs das Princip, die Vergehen je nach ihrem Charakter mit schwereren oder leichteren Strafen zu bedrohen, festgehalten, geschweige denn durchgeführt.

§. 269. *ff. Die Aufhebung der Strafen. Begnadigung. Absolution. Ablass.*

I. Im Allgemeinen. Aus den Quellen der hier fraglichen Zeit ergiebt sich, dass eine Beseitigung der gegen einen Schuldigen verhängten Strafe durch Begnadigung, durch Absolution und durch Ablass erfolgen kann, während ihnen die Straf-

[1] So Salzburg 1303, M. 25, 228 (welches die Strafe der Exkommunikation für heimliche Ehen aufhebt): „committimus plebanis, ut eisdem (welche solche geschlossen haben) et qui in posterum contra constitutionem praedictam venerint, iniungant stare ad modum poenitentium ante foras ecclesiae tribus diebus dominicis vel festivis, quando maior adest populi multitudo; eos qui in hoc contumaces extiterint vel rebelles, puniant ipsi plebani pro facultate cuiuslibet in aliqua poena pecuniaria competenti, custodi ad fabricam nostrae ecclesiae cathedralis Salisburg. sub certo testimonio assignanda"; Leg. K. Pressburg 1309 c. 5, M. 25, 219. 220 (Verwandlung der bisher den clerici concubinarii früher angedrohten Exkommunikation in eine Geldstrafe): „Confidimus enim, quod spirituali poena excommunicationis quae quamvis sine comparatione periculosior, minus tamen peccatis exigentibus formidatur, in temporalem mutata vindictam subditorum mutabuntur et mores . . . Statuimus, ut quicumque clericus . . . deliquerit, excommunicationis poena . . . cessante, quartae partis redditum beneficiorum suorum . . . damnationi subiaceat", welche nur ergeben, dass die Exkommunikation gegenüber der öffentlichen Busse und der Geldstrafe als die härtere Strafe erachtet wird; ferner Salzburg 1310 c. 2, M. 25, 127, welches für Prälaten, wenn sie sich von den Kloster-Offizialen nicht in der vorgeschriebenen Zeit Rechnung legen lassen, die Strafe der suspensio ab ingressu ecclesiae, s. Salzburg 1281 c. 2, M. 24, 398 in die suspensio ab administratione temporalium mildert.

[2] S. §. 267.

[3] So für die Anwendung der Exkommunikation bei Hartnäckigkeit des Schuldigen gegenüber dem Lokal-Interdikt, S. 141, des letzteren und des interdictum ambulatorium bei Verstocktheit gegenüber der Exkommunikation, S. 142, weiter der Deposition gegenüber der Exkommunikation und der letzteren gegenüber der ersteren, S. 141 n. 6. Wie man für diese Fälle wegen des durch praktische Rücksichten gebotenen Wechsels der Strafen nicht auf ihre Gleichwerthigkeit schliessen darf, so wird man deshalb, weil gegen den in der Exkommunikation verharrenden auch Geldstrafen, die Infamie, der Verlust der Kirchenlehne und Entbindung der Unterthanen vom Treueid angedroht werden, S. 142, nicht annehmen können, dass diese sämmtlich schwerere Strafen als die Exkommunikation bilden.

[4] S. 141 u. S. 142.

verjährung sowohl als Vollstreckungs- wie auch als Verfolgungs-Verjährung unbekannt ist. Man hat zwar behauptet, dass dem kanonischen Recht auch das Institut der Begnadigung fremd sei[1], indessen bedarf diese Meinung, da sie lediglich auf unzureichender Kenntniss der Quellen beruht, keiner weiteren Wiederlegung[2]. Nur so viel ist sicher, dass sich abgesehen von gewissen Normen über die Zuständigkeit zur Begnadigung[3] keine besonderen Grundsätze darüber im kanonischen Recht entwickelt haben.

II. Die Absolution. Die Absolution wird herkömmlicher Weise als die Aufhebung einer ausgesprochenen Censur aufgefasst, und ihr Wesen darin gesetzt, dass der Schuldige, wenn der Zweck der letzteren, die Besserung erreicht sei, ein Recht auf ihre Ertheilung habe[4], während ein solches Recht auf Begnadigung nicht bestehe. Im Grossen und Ganzen ist dies wohl zutreffend, aber doch nicht ausnahmslos und für alle Fälle, vielmehr erscheint sie als der für die Beseitigung gewisser Strafen, namentlich der herkömmlicher Weise als Censuren gebrauchten, erforderliche äusserliche Akt, welcher unter gewissen Umständen auch den Charakter der Begnadigung an sich tragen kann. Das wird sich ergeben, wenn zuvörderst auf die nähere Gestaltung der Absolution, wie sie die Quellen darbieten, eingegangen worden ist.

Die letzteren erfordern eine Absolution

1. bei der Exkommunikation.

Wenn eine solche einmal verhängt ist, so dauert dieselbe so lange fort, bis ihre Aufhebung durch einen besonderen Akt, die Rekonziliation[5] oder die Absolution[6],

[1] Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 56.

[2] Schon das dict. Gratiani zu c. 7 C. II. qu. 3 spricht von „aboleri clericorum infamiam per Romanum pontificem". Vgl. ferner c. 3 (Alex. III.) X ne cler. III. 50; c. 13 (Innoc. III.) u. c. 15 (Honor. III.) X de temp. ordin. I. 11; c. 33 i. f. (Innoc. III.) X de test. II. 20; c. 45 (Gregor IX.) X de simon. V. 3 und des Weiteren §. 285.

[3] Nämlich betreffend die Vorbehalte für den Papst, das Provinzialkonzil u. s. w. s. den §. 285.

[4] S. z. B. Kober, Kirchenbann 2. A. S. 451; München, kanon. Strafverfahren 2, 255; Katz S. 56 n. 5; v. Schulte Lehrb. 3. A. S. 212; Silbernagl K. R. 2. A. S. 409; Friedberg K. R. 3. A. S. 248.

[5] Darüber konnte noch im Anfang dieser Periode mit Rücksicht auf die Gestaltung des Busswesens kein Zweifel sein, denn zunächst bedurfte es der Übernahme der Busse seitens des Exkommunicirten unter Mitwirkung des Bischofs, s. o. S. 87. 94 und nachher für den Wiedereintritt des ersteren in die vollen kirchlichen Rechte der Rekonziliation desselben. Als man später, namentlich seit dem 11. Jahrhundert schon gleich bei Übernahme der Busse die Rekonziliation eintreten liess, S. 108. 109, blieb diese doch immer ein besonderer, die Exkommunikation beseitigender Akt.

[6] Dieser Ausdruck wird seit dem 11. und 12. Jahrhundert s. unten S. 146 n. 4 und oben S. 108 n. 6 u. S. 109 n. 4, die regelmässige Bezeichnung für den gedachten Akt, vgl. auch die in der folg. Anm. citirten Dekretalenstellen. Genau genommen war sie ursprünglich ein Theil des Rekonziliationsaktes — s. Burchard. Wormat. decret. XI. 8, welcher die bei Regino II. 418 (c. 108 C. XI qu. 3, S. 109 n. 3) dafür fehlende Formel, vgl. die Worte: Deus misericors bis ad sacramentum reconciliationis admitte bringt, — und zwar der wesentliche Theil. Als die öffentliche Busse immer mehr an Bedeutung verlor, und eine feierliche Rekonziliation ebenfalls immer seltener wurde, S. 113, musste man mindestens diesen Theil beibehalten. Seit dem 13. Jahrhundert tritt auch bei ihm, ebenso wie bei der Privatbeichte, S. 113, statt der früheren deprekativen die indikative oder imperative Form auf, so fast gleichzeitig bei Hostiensis summa aurea lib. V tit. de sent. exc. n. 145. v. tertium: „Auctoritate dei omnipotentis et bb. apostolorum Petri et ecclesiae sanctae suae et nostra absolvimus te a tali sententia et restituimus te communioni et participationi ecclesiae et omnium fidelium et ecclesiasticis sacramentis" und Lemans 1248, M. 23, 761: „Ego a. d. p. o. et b. Mariae et bb. ap. P. et P. et omnium sanctorum et domini episcopi vel officialis vel decani, te absolvo ab ista excommunicatione, de qua satisfecisti", wiederholt Clermont 1268 P. II c. 7., p. 1210 (welche alle von der feierlichen Absolution handeln, während Nismes 1284, M. 24, 559 für die nicht feierliche die Formel aufweist: Auctoritate, qua fungor, absolvo te ab omni vinculo excommunicationis, quo ligatus eras pro tali facto et praecipio tibi, quod de cetero talia vel consimilia facere non praesumas"). Wesentlich waren diese Formeln aber nicht, vielmehr genügte eine Erklärung des kirchlichen Richters, in welchem die Absicht, die Exkommunikation aufzuheben, zum Ausdruck gelangt, so ist z. B. die Wiederaufnahme Heinrichs V. in die kirchliche Gemeinschaft 1122 ohne jede Förmlichkeiten erfolgt, Watterich vitae pontif. 2, 149; Hefele Konz. Gesch. 5, 354. 374. Wo aber diese Absicht nicht klar

auch *relaxatio*[1] genannt, erfolgt[2], wird also in keinem Fall[3], selbst nicht einmal wenn sie ungerechterweise verhängt ist[4], von selbst hinfällig.

Als Bedingung der Absolution wird aber die Satisfaktion gefordert[5], d. h. die durch Übernahme der Busse, früher auch durch die Leistung derselben[6] bezeigte reumüthige Gesinnung und die ernstliche Absicht der Besserung unter Aufgabe des bisherigen schuldhaften Verhaltens[7] in Verbindung[8] mit der Sühne des begangenen Unrechts[9]. Schon seit dem 12. Jahrhundert hat man zur Sicherung der später von dem Schuldigen zu machenden Leistungen vor der Ertheilung der Absolution auch einen Eid desselben, den in dieser Hinsicht ihm von der Kirche, d. h. dem kirchlichen Oberen, gegebenen Befehlen und Anweisungen nachzukommen, verlangt[10], ohne allerdings die Ausschwörung desselben als nothwendige Bedingung der Gültigkeit der Ab-

erkennbar ist, z. B. wenn der Papst auch wissentlich mit einem Exkommunicirten brieflich oder sonst verkehrt, c. 41 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; Clem. 4 eod. V. 10, oder wo eine solche gar ausgeschlossen erscheint, kann selbstverständlich von einer Absolution nicht die Rede sein.

1 Vgl. z. B. c. 1 (Alex. III.) Comp. I. V. 14; ep. Caelest. III. 1198, J. L. n. 17128, M. 22, 644; Paris 1212 P. IV. c. 14, M. 22, 842.

2 Wenn nach cap. de reb. eccles. 787—813 c. 4 Bor. 1, 186 der hartnäckige Zehntenverweigerer, tam diu extra ecclesia excommunicetur, donec sacerdoti satisfaciat, so kann das nicht bedeuten, dass er mit der Entrichtung des Zehntens ohne Weiteres der Exkommunikation ledig ist, denn gerade für diesen Fall wird sonst, Rouen saec. IX c. 3, Bruns I. 2, und Mainz 852 c. 3, Bor. Kr. 2, 185 satisfactio und emendatio verlangt, also Besserung und Genügeleistung, mithin auch Busse. Gestritten hat man erst später darüber aus Anlass des Falles, dass jemandem als Bedingung der Absolution eine eidliche Kaution auf Gehorsam gegen die Kirche auferlegt wird, aber durch c. 15 (Clemens III.) 30. 39 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 ist entschieden, dass die blosse Leistung derselben vor der Ertheilung der Absolution die Folgen der Exkommunikation, also auch diese letztere selbst, nicht beseitigt.

3 Sofern sie überhaupt gültig ist.

4 So schon Nikolaus I. ep. 866 J. L. n. 2819, M. 15, 251; weiter Limoges 1031, M. 19, 540: „Quemadmodum b. Gregorius attestatur ... si pastor ligat aliquem aut juste aut injuste aut ob culpam aut sine culpa, observanda est excommunicatio, ne is qui forsitan ligatur, ipsam excommunicationem ex alia culpa mereatur". Zur Zeit Heinrichs IV. hat man darüber gestritten, s. Sdralek, d. Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890 S. 29. 42. 103, aber auf dem Leg. K. zu Quedlinburg 1085 c. 1, M. 20, 603 ist dahin entschieden worden: „ut quicumque ab episcopo suo nec officio nec communione privato excommunicatus esset, etsi iniuste, nullatenus tamen reciperetur ad communionem, nisi absolutus ecclesiastico more".

5 Nicol. I. ad Adon. Vienn. 858—67, J. L. n. 2896 c. 7: „Ut . . . fiant neque absolutiones inordinate, nisi satisfactio ordinabiliter regulis patrum consentiens praecedat".

6 S. 145 n. 5.

7 Die S. 10 n. 6 citirten Stellen sprechen theils von satisfactio, theils von digna poenitentia, theils von emendare, theils kombiniren sie diese Ausdrücke.

8 Wenn c. 108 (Regino II. 418) C. XI qu. 3 („si . . veniam postulat et de futuris cautelam spondet") von München kanon. Gerichtsverfahren 2. 259 als Versprechen, dasselbe Delikt nicht wieder begehen zu wollen aufgefasst wird (s. auch Kober Kirchenbann S. 312), so ist dies zu eng, wie denn auch die in der vor. Anm. citirten Stellen von einem solchen speziellen Versprechen nichts wissen. Gemeint ist ein Gelöbniss, künftighin ein den kirchlichen Forderungen entsprechendes Leben führen zu wollen.

9 S. 10 n. 7, also Ersatz des zugefügten Schadens oder Sühne des Unrechts gegenüber dem durch das Vergehen Verletzten, s. namentlich Reg. II. 418 cit., vor Allem wird dies bei Verletzung des Kirchengutes und Räubereien gegen dasselbe und bei derartigen Vergehen gegen Geistliche, von Unvermögenden mindestens aber die Leistung einer Kaution durch Bürgschaft oder Eid auf allmähliche Abtragung der Schuld als Bedingung der Absolution gefordert, Rheims 1148 c. 9, M. 21, 719; London 1151 c. 3, 4. p. 751, wo dem absolvirenden Oberen bei Nichtbeachtung dieser Vorschrift die Pflicht zum Schadenersatz auferlegt, und dem erheblichen Nachlass gewährenden Geistlichen susp. ab off. angedroht wird, s. weiter auch Aquileja 1184, M. 22, 494; Toul 1192 c. 2, M. 22, 648; c. 8 (Innoc. III.) X de off. iud. ord. I. 31; c. 2 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. II. Mitunter finden sich auch erschwerende Vorschriften für die Absolution, so z. B. c. 2 (Alex. IV.) pr. in VI de heret. V. 2 und const. Nikolai IV. v. 1280: „Noverit §. 18, bull. Taur. 4, 48 (Ausgrabung des unstatthafter Weise begrabenen Ketzers aus dem kirchlichen Grabe mit eigenen Händen).

10 c. 10 (Alex. III.) c. 11 (id.) X de sent. exc. V. 39 (secundum morem ecclesiae); c. 12 (Urban III.) X eod. (Betonung der hierauf gehenden römischen Praxis); Innocenz III. 1198 reg. I. 25, Migne 1, 23; c. 8 (Inn. III.) X de off. iud. ord. I. 31. Ein Beispiel bietet der von Raimund VI. von Toulouse 1209 geleistete Eid, M. 22, 769; Hefele 5, 841.

solution hinzustellen [1]. Für absolut nothwendig hat man dagegen die Bethätigung der reumüthigen Gesinnung durch die Sühne des verursachten Schadens erachtet, und deshalb betonen die Partikularkonzilien seit dem 13. Jahrhundert gegenüber einer hervortretenden laxen Praxis die Unzulässigkeit der Absolution [2] ohne eine solche vorherige Sühne.

Mit derselben Anschauung hängt es auch zusammen, dass sogar noch Alexander III. für den Fall einer seitens eines Exkommunicirten in der Todesgefahr erlangten Absolution bei nicht erfolgter Satisfaktion die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses angeordnet hat [3], selbst aber seinerseits später von dieser Forderung abgestanden ist, und nur die Erben zur Leistung der Satisfaktion für verpflichtet erklärt, eine Auffassung, welche demnächst gemeinrechtlich sanktionirt worden ist [4]. Nicht minder hat man zunächst für die Absolution der reumüthig verstorbenen Exkommunicirten dieselbe Forderung gestellt [5], aber später eine analoge, ebenfalls gemeinrechtlich anerkannte Milderung dahin eintreten lassen, dass die Absolution des Todten schon erfolgen kann, wenn er vor dem Tode sichtliche Zeichen von Reue und von seiner Unterwerfung unter die Gebote der Kirche an den Tag gelegt hat, und dass dann die Erben für die Leistung der Satisfaktion zu haften haben [6].

Die Auflagen, welche bei der Absolution gemacht wurden, waren abgesehen von dem sich nach Lage des einzelnen Falles bemessenden Schadensersatz, namentlich in Bezug auf die zu leistenden Busswerke verschieden, und richteten sich nach der Schwere des begangenen Vergehens [7], nur sollte dem Exkommunicirten niemals einzig und allein eine Geldstrafe auferlegt werden [8]. Ja, wenn die Exkommunikation blos zur Erzwingung einer Handlung, z. B. des Erscheinens vor Gericht oder einer Zahlung auferlegt war, konnte, falls der Exkommunicirte sich dazu verstand, von der Übernahme von Busswerken und von anderen Leistungen keine Rede sein, vielmehr musste hier die Absolution erfolgen, sowie der Exkommunicirte der Anforderung entsprochen oder für die Erfüllung derselben genügende Sicherheit geleistet hatte [9].

[1] c. 51 (Honorius III.) X de sent. exc. V. 39, wo auch ein blosses Handgelübde für ausreichend erklärt wird.

[2] So Leg. K. Avignon 1209 c. 12, M. 22, 790; Arles 1274 c. 10, M. 23, 339 (arbiträre Bestrafung des diese Vorschrift nicht beachtenden Absolvirenden); Bordeaux 1238 c. 8, p. 489; Roffec 1258 c. 8, p. 986, welches dies auch bei Kranken fordert, und einen blossen Eid derselben, dass ihre Erben Ersatz leisten werden, nicht für ausreichend erklärt); Cognac 1262 c. 4, p. 1108; Clermont 1268, p. 1210.

[3] c. 7 (Alex. III. 1159—81) Compil. I. V. 14.

[4] c. 5 (Alex. III. 1159—81) X de raptor. V. 17; c. 14 (Gregor. IX.) X de sepult. III. 28.

[5] Limoges 1031, M. 19, 539: „Omnes enim noverunt, in ss. conciliis (offenbar Hindeutung auf die Bd. IV S. 724 n. 1 angeführten Stellen) sic institutum, ut si quis ab episcopo suo excommunicatus interfectus aut obitu proprio mortuus absque reconciliatione fuerit, nullatenus christianorum sepultura sepeliatur, nisi episcopus satisfacientibus pro eo amicis vel parentibus absolutionem et licentiam ex hoc concesserit"; ep. Lanfranci ad abbat. T., M. 20, 34, nach welcher die Leiche einer gebannten Ehebrecherin auf so lange vom Kirchhof entfernt werden soll, bis der Ehebrecher oder ein anderer nach Bestimmung des Bischofs Genugthuung geleistet hat.

[6] c. 28. 38 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39. Wenn Tarragona 1239 c. 12, M. 23, 516 die Gewährung des kirchlichen Begräbnisses trotz der Absolution noch von der vorherigen Erstattung des Schadens abhängig macht, so handelt es sich hier um eine absichtliche Verschärfung wegen der Schwere des Vergehens (invasio et depraedatio rerum ecclesiasticarum), ebenso auch in der Anweisung des päpstlichen Grosspönitentiars v. 1281 im Arch. f. k. K. R. 64, 54.

[7] S. 100. 107. 113.

[8] Leg. K. Paris 1212 P. IV c. 14, M. 22, 842: „ne ab excommunicatis poena tantum pecuniaria exigatur nulla poena spirituali inflicta", wiederholt Rouen 1214 P. III c. 14, p. 919. Unzulässig war sonst sie aber nicht, spricht doch Lateran. IV. 1215 c. 49, M. 22, 1035 von Gegenden „in quibus ex consuetudine, cum excommunicatus absolvatur, pecuniaria poena mulctatur". Nur das Fordern und Erpressen von Geld für die Absolution war verboten, s. Lateran. IV. cit. u. Innocenz IV. 1244 Potth. n. 12254.

[9] c. 9 (Clem. III.) Comp. II. II. 19; c. 25 (Alex. III.) X de appell. II. 28; Alex. III. app. Later. XLIX. 16, M. 22, 425; Leg. K. Avignon 1209 c. 12, M. 23, 190: „Si vero excommunicationis sententia feriatur in aliquem qui citatus ad iudicium venire contempsit, ad eam relaxandam sufficit, si, quod iuri pareat, praestiterit

Andererseits muss aber die Absolution dem Exkommunicirten ertheilt werden, sobald der Zweck der Exkommunikation erreicht ist, d. h. sobald er in bussfertiger Gesinnung die bereits erwähnten Leistungen übernimmt oder in dem eben zuletzt gedachten Falle die von ihm geforderte Handlung vorgenommen hat. Wird das auch nur vereinzelt ausgesprochen [1], so ergiebt es sich schon begrifflich daraus, dass unter der gedachten Voraussetzung der Zweck der Exkommunikation [2] erfüllt ist und es nunmehr eine Ungerechtigkeit sein würde, den Exkommunicirten länger seiner kirchlichen Rechte zu berauben. Man hat allerdings in einzelnen Fällen namentlich im 13. und 14. Jahrhundert für die Ertheilung der Absolution härtere Anforderungen als die vorher besprochenen gestellt [3], aber in diesen handelt es sich stets um eine für längere Zeit an den Tag gelegte Verstocktheit und eine hartnäckige Verweigerung des Gehorsams gegen die Gebote der Kirche, welche sowohl Zweifel an der Aufrichtigkeit der später dargelegten Bussfertigkeit entstehen lassen, als auch eine Verschärfung des durch die Exkommunikation gegen den Schuldigen verhängten Übels rechtfertigen.

Mit der Ertheilung der Absolution werden alle Folgen der Exkommunikation beseitigt [4], jedoch hat das Partikularrecht dieser Zeit mitunter für schwerere Vergehen [5] und in den vorhin gedachten Fällen [6], um die Strafe zu vergrössern, ausdrücklich das Fortdauern einzelner Folgen der Exkommunikation [7] angedroht.

Im 11. Jahrhundert sind vereinzelt auch resolutiv bedingte Absolutionen vorgekommen [8]. Im 13. Jahrhundert werden rechtlich als solche die später s. g. *absolutiones ad reincidentiam* behandelt, d. h. diejenigen, welche aus Anlass einer Todesgefahr von dem Priester oder in diesem Falle und bei sonstigen, der Angehung des kompetenten Oberen entgegenstehenden Hindernissen von einem anderen kirchlichen Jurisdiktionsbeamten [9] ertheilt oder von dem Papst und den päpstlichen Legaten unter dem Vorbehalt der Auferlegung der Satisfaktion durch den zuständigen Ordinarius des Losgesprochenen gewährt sind [10], denn wenn ein solcher nicht nach seiner

iuramentum", Cognac 1238 c. 8, M. 23, 489: „nec latas (exc. sent.) pro contumacia, nisi praesenti adversario vel per contumaciam absente volumus relaxari"; Nismes 1284, M. 24, 559.

[1] Für die ältere Zeit s. Rom 853 c. 47, M. 14, 1014, S. 98 n. 9; c. 11 (Innoc. III.) X de const. I. 2: „quum tam iuris canonici, quam nostri moris existat, ut is qui propter contumaciam communione privatur, quum satisfactionem congruam exhibuerit, restitutionem obtineat"; c. 28 (id.) X de sent. exc. V. 39 (für den reumüthig Verstorbenen).

[2] Vgl. auch S. 87 ff.

[3] Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1099 für hartnäckige Wucherer, welche im Falle der Todesgefahr die Absolution nachsuchen, die Restitution alles durch Wucher Erworbenen, oder, wenn dies nicht voll mit ihrem Vermögen geschehen kann, eidliche und Bürgerschaftskaution, das Fehlende später zu ersetzen, ibid. c. 57 für verstockte Exkommunicirte in dem gedachten Fall Realkaution für die Leistung der Busswerke; ebenso Benevent 1331 c. 64, M. 25, 970.

[4] Einzelne Partikularkonzilien schreiben, damit dies allgemein bekannt werde, die öffentliche Publikation der Absolution vor, London 1268 c. 28, M. 23, 1241.

[5] So London 1343 c. 9, M. 25, 1176.

[6] S. die folgende Anm.

[7] So die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss, Leg. K. Breslau 1248 S. 4, de Montbach, stat. Wratislaw. p. 301; Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472, und auch zugleich vom Empfang der letzten Ölung, so Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1099 für die bis zur Todestunde verstockten Wucherer.

[8] Schreiben des Bischofs v. Arras an den Kastellan Gonfried 1097, M. 20, 948: „synodalem suspendimus a vobis sententiam excommunicationis (wegen Einbruchs in eine Kirche mit Rücksicht auf die früher vom Adressaten bewiesene Frömmigkeit) . . . Si igitur infra XV dies . . . satisfacere deo et nobis nolueritis, nos et in eos quos iam vocavimus (die Helfershelfer) . . . excommunicationem facere non tardabimus", wonach also offenbar die Suspension der Exkommunikation gegen den Adressaten von selbst fortfallen sollte. Möglicherweise gehört hierher auch Tours 1096, M. 20, 925; Watterich vitae pontif. 1, 603 (Urban II.) „episcopum Strazburgensem de excommunicatione resipiscentem recepit in communionem ita tamen, ut de illatis criminibus se expurgaret.

[9] c. 22 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

[10] c. 22 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

Wiedergenesung oder nach Beseitigung des Hindernisses sobald als möglich den Ordinarius behufs der Festsetzung und Übernahme der Satisfaktionswerke, bez. Prüfung der Gültigkeit der vom Priester vorgenommenen Absolution und der Angemessenheit der von diesem gemachten Auflagen angegangen hatte [1], sollte er ohne Weiteres in die Exkommunikation zurückfallen, also die Absolution ihre Wirksamkeit verlieren [2].

Endlich findet sich seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts auch mehrfach eine *absolutio ab cautelam* erwähnt [3], deren Aufkommen nicht vor das 12. Jahrhundert zurückdatirt werden kann [4], weil ein Bedürfniss dazu erst vorlag, als sich der Ausschluss der Exkommunicirten von der communicatio forensis festgestellt hatte [5]. Eine solche wird in Fällen, in welchen eine Nichtigkeit der Exkommunikation sehr wahrscheinlich ist [6], ertheilt, um dem Exkommunicirten die Verfolgung seines Rechtes zu ermöglichen. Ihre Voraussetzung bildet das Vorliegen eines Zweifels darüber, ob die Exkommunikation zu Recht besteht oder nicht, ob also die Absolution erforderlich ist oder ob sie sich wegen vorhandener Nichtigkeit der Exkommunikation erübrigt, und ferner das Vorhandensein einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass das letztere der Fall ist [7]. Wenn später in der Sache volle Klarheit gewonnen ist, fällt die Absolution entweder als überflüssig in sich zusammen, oder sie äussert nunmehr ihre regelmässige Wirkung [8],

[1] Lemans 1248, M. 23, 761; Clermont 1268, p. 1211; Nismes 1284, M. 24, 559. 560; Lüttich 1287 c. 28, p. 930; Saumur 1294 c. 2, p. 1123. Von der Nothwendigkeit einer weiteren Absolution pro foro externo sprechen diese Stellen nicht, im Gegentheil schliessen sie eine solche nach ihrem Wortlaut aus. Selbst c. 22 in VI cit. V. 11 erwähnt nichts davon.

[2] c. 22 in VI cit. V. 11; nicht deutlich Embrun 1267 c. 3, M. 23, 1183 und Lüttich 1287 cit., welche von retrudi in sententiam exc. sprechen.

[3] Zuerst bei Innocenz III. 1203, c. 40 X de sent. exc. V. 39.

[4] Nach Kober Kirchenbann S. 543. 544 kommt sie allerdings schon im 11. Jahrhundert bei Gregor VII. reg. IV. 20 (1077), Jaffé mon. Gregor. p. 268 vor: „Walterus de Duaco . . . multis supplicationibus nobis insistit, quatenus ei per . . . misericordiam consilium absolutionis nostro interventu impenderemus apud . . . Remens. archiepiscopum qui eum excommunicavit, indicans nobis quod de ea causa propter quam excommunicatus sit, multotiens ad disceptationem et faciendam iustitiam ante et post excommunicationem se paratum obtulerit. Verum quia relationi suae sine legitima discussione credere non satis . . . rationabile esse putavimus, diffinitivam sententiam pro eius absolutione dare noluimus; eam solummodo misericordiam ex gratia . . . sibi concedentes: ut in eundo et redeundo sacrae communionis licentiam haberet usque in octavum diem postquam rediret ad patriam“. Von einer Absolution ist hier keine Rede (Gregor lehnt sie ausdrücklich ab), vielmehr suspendirt der Papst aus Gnade nur eine einzige Wirkung der Exkommunikation, den Ausschluss vom Abendmahl für eine bestimmte Zeit (Kober setzt ohne jede Berechtigung: „und vom Verkehr mit den Gläubigen“, hinzu).

[5] S. 6 u. 7. Damit stimmt es vollkommen, dass schon c. 40 X cit. die Ertheilung als eine Gewohnheit des päpstlichen Stuhles bezeichnet.

[6] c. 40 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39: „Nos credimus distinguendum, utrum quis proponat, se post appellationem legitimam interpositam excommunicatione fuisse notatum vel in forma excommunicationis intolerabilem errorem fuisse patenter expressum, in quibus casibus ad probationem eorum, etiamsi absolutionem non petat, debet admitti, sed donec de ipsis consiterit in aliis evitari debet, quanquam apostolica sedes etiam tales consueverit *absolvere ad cautelam*“; pars decisa in c. 38 (Innoc. III.) X de test. II. 20 (Absolution der procuratores einer Partei ad cautelam, über deren Zulassung gestritten wird); c. 7 (Innoc. IV.) §. 5 in VI de sent. exc. V. 11: „Potest quoque archiepiscopus beneficium absolutionis iuxta formam ecclesiae nonnunquam impendere ad cautelam, ut pote, si asseritur in excommunicationis sententia intolerabilem errorem fuisse patenter expressum . . . §. 6 Similiter, si aliquis proponat, se ante diffinitivam sententiam in iudicio vel extra post appellationem interpositam vinculo excommunicationis adstrictum“. Vgl. auch Innoc. IV. 1243 Potthast reg. n. 11187, Rodenberg, epist. pontif. Roman. 2, 31. 32.

[7] Daher soll nach c. 2 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. 11 die Absolution ad cautelam nicht ertheilt werden, wenn der widersprechende Gegner innerhalb 8 Tagen beweist, dass die Exkommunikation wegen eines offenbaren Vergehens verfügt ist. Auch Canterbury 1295 c. 36, M. 24, 1160 verlangt eine vorgängige summarische Untersuchung behufs Feststellung der Wahrscheinlichkeit.

[8] Nach Kober S. 543 tritt gerade umgekehrt die Exkommunikation wieder in ihrem vollen Umfange ein. Er fasst also die Absolution als ein blos die Rechtsverfolgung ermöglichendes Mittel

indessen ist der Absolvirte im letzteren Fall verpflichtet, nunmehr die Satisfaktion wie bei der gewöhnlichen Absolution zu übernehmen, weshalb er schon vorher bei der Ertheilung der absolutio ad cautelam die darauf gerichtete eidliche Kaution zu leisten hat [1].

2. Eine Absolution oder Relaxation wird ferner erfordert, um ein gültig verhängtes Lokal-Interdikt zu beseitigen [2]. Als Voraussetzungen derselben, über welche sich allgemeine Rechtsnormen nicht vorfinden, sind offenbar die gleichen, wie für die Absolution von der Exkommunikation erfordert worden, d. h. derjenige, wegen dessen Schuld das Interdikt verhängt worden ist, hatte neben den Beweisen reumüthiger Gesinnung und Besserung als Satisfaktion dieselben Leistungen wie bei dem grossen Kirchenbann zu übernehmen [3]. Andererseits kommt auch hier der Grundsatz zur

auf, welches mit der Feststellung der Gerechtigkeit der Exkommunikation zusammenfällt, mithin unter dieser Resolutivbedingung ertheilt ist. Wäre dies beabsichtigt gewesen, so hätte man nur die Exkommunikation, wie dies beim Interdikt mehrfach s. S. 27 n. 11, vereinzelt auch sogar bei der ersteren, Potth. n. 25074 (Bonifaz VIII. 1301) geschehen ist, bis zum Austrag der Sache zu suspendiren brauchen. In der That ist auch die in c. 40 X cit. V. 39, S. 149 n. 6, der absolutio ad cautelam entgegengesetzte, blosse Zulassung zur Rechtsverfolgung nichts anderes als eine theilweise Suspension. Weiter spricht gegen Kober der Umstand, dass man die absolutio ad cautelam allein bei hoher Wahrscheinlichkeit der Ungültigkeit der Exkommunikationssentenz ertheilt hat, also in der Voraussetzung, dass sie sich durch die spätere Klarstellung der Sache als überflüssig erweisen, und ihre Wirksamkeit nicht eintreten werde. Hätte man angenommen, dass sie bei Feststellung der Gültigkeit der Exkommunikation in sich zusammenfallen würde, so würde gar kein Grund für eine derartige Erschwerung vorgelegen haben. Endlich wird diese Auffassung der Bezeichnung: absolutio ad cautelam nicht gerecht, denn letztere bedeutet nicht: eine bedingte, sondern eine aus Vorsicht, für den Fall ihrer Nothwendigkeit ertheilte Absolution. Vgl. auch das Beispiel bei Potthast reg. n. 24049 (Bonifaz VIII. 1295) und die folgende Anmerkung.

[1] Gedacht wird derselben allerdings nur für die Suspension, c. 52 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39: „nos sententiam (sc. suspensionis) ipsam relaxavimus ad cautelam, ipso episcopo . . . praestante corporaliter iuramentum, quod parebit mandatis, quae idem archiepiscopus sibi propter hoc fecerit, si constiterit, ipsum in eo quo fuit lata praedicta sententia, culpabilem extitisse“, aber da die Exkommunikation eine härtere Strafe ist, wird dasselbe ebenfalls für die letztere gelten müssen, so auch Kober S. 546. Dies spricht ausser dem schon Beigebrachten gegen die in der vor. Anm. besprochene Auffassung desselben, denn, wenn die Absolution zusammengefallen, also die Exkommunikation wieder von selbst in Wirksamkeit getreten wäre, hätte man dieses Erforderniss nicht zu stellen gebraucht.

[2] Erwähnt wird derselben schon ep. Sellae u. 991, S. 20 n. 1. Limoges 1031, M. 19, 542: „quod si omnes maiores potestates Lemovicenses pacem consenserint, ut sint omnia absoluta“; Innocenz III. 1198 reg. I. 26, Migne 2, 21 („neutram sententiam relaxaturi, donec ipsi libertati fuerint pristinae restituti“); c. 10 (Lyon 1274 M. 24, 101) in VI de sent. exc. V. 11. D stets nothwendig ist, ergiebt nicht nur de stand, dass die Strafe der Exkommunikat Härte gleichsteht und namentlich zur Bre der Widerspänstigkeit verstockter Exkom cirter verwendet wird, s. S. 142, sondern au Verbot der absolutio ad cautelam (s. ob Text), welches die Nothwendigkeit einer R tion für alle Fälle voraussetzt. So hat Innocenz III. 1199 Potth. n. 716 (c. 5 X de IV. 20) die Bitte, das Interdikt über Leo zuheben abgelehnt, weil dies sine congrua factione nicht angehe. Vgl. ferner schott. I 1225 c. 52, M. 22, 1235: „supponat inter quousque dictae sententiae fuerint relax Lambeth 1261, M. 23, 1068: „nec ante . . laxetur sententia quam de damnis et in satisfactum fuerit competenter“; Breslau §. 1, de Montbach, stat. Wratislav. p. „nec praedictae sententiae relaxentur ab ill eos tulerint, donec et praedicti captivi liber et res oblatae restituantur plenarie spolia passis iniuriam competenter fuerit satisf et a dictis iniuriatoribus praestitum iurame quod de tanto excessu debeant mandatis ecc obedire“.

[3] So spricht schon ep. Sellae cit. von le satisfactio vel emendatio; Rheims 1148 M. 21, 715 von mandatum adimplere; L 1151 c. 1, M. 21, 751 von condigne satisf vgl. auch die Citate in der vor. Anm.; Köl c. 20, M. 23, 1144; Riez 1295 c. 8, M. 24, „donec ad mandatum ecclesiae, quam delin offendit et praelato, quem irreverenter des sufficiens et idonea satisfactio et realis eme praestita fuerit per eumdem“. Ja Sens c. 14, M. 23, 512: „quod quando aliqua propter delictum domini terrae vel bailli supposita fuit interdicto, nullatenus relax donec ad arbitrium et moderamen episcopi p byteris parochialibus de damnis et perditis interdicti occasione illatis plene fuerit satisfactum vel de satisfaciendo cautum“, begreift unter der Ersatzleistung auch die Erstattung des den Pfarrern aus Anlass des Interdikts durch die Ausfälle an Zehnten, Oblationen u. s. w. (S. 26 n. 2) entstandenen Schadens.

Geltung, dass die Relaxation beim Vorliegen dieser Voraussetzungen zu erfolgen hat[1]. Nur ist in Betreff der Absolution ausdrücklich gemeinrechtlich festgestellt, dass bei einem Interdikt über Städte, Länder und Ortschaften eine absolutio ad cautelam (s. S. 149) ausgeschlossen sein soll[2].

Gleichgestellt werden muss dem Lokal-Interdikt in allen gedachten Beziehungen das *interdictum ambulatorium*, da dasselbe nichts anderes als eine Abart des Lokal-Interdikts ist[3].

3. Was das Personal-Interdikt, die *interdictio ingressus ecclesiae*, betrifft, so wird der Absolution von demselben mehrfach, namentlich in späterer Zeit, erwähnt[4]. Ob dieselbe stets nothwendig war, darüber schweigen die Quellen. Aus der Natur der Sache folgt indessen, dass eine solche für den Thäter und seine Mitschuldigen[5] statthaben musste, wenn die Strafe entweder schlechthin[6] ohne irgend eine nähere Bestimmung über ihren Fortfall oder bis zur Satisfaktion[7] oder Restitution des Entzogenen[8] verhängt war. Im ersteren Fall konnte ihr Fortwirken nur durch einen besonderen Akt des kirchlichen Oberen beseitigt werden. Im anderen bedurfte es der Feststellung desselben, ob das, was als Satisfaktion oder Restitution geleistet oder angeboten wurde, auch ausreichend, und im letzteren Fall auch, ob die Erfüllung eines etwaigen auf Restitution gerichteten Versprechens genügend gesichert war, ja mitunter war auch mit Rücksicht darauf, dass es sich bei dieser Strafe um sehr verschiedenartige, leichtere und schwerere Vergehen handeln kann, eine nähere Bestimmung des kirchlichen Oberen darüber, worin die Satisfaktion zu bestehen habe[9], erforderlich. Dagegen ist die Absolution nicht erforderlich gewesen, wenn das Personal-Interdikt für eine bestimmte Zeit ausgesprochen war[10], denn hier mussten seine Wirkungen ohne Weiteres mit Ablauf derselben zusammenfallen. Auch hat man ferner in einzelnen Fällen die Beseitigung der Strafe ipso iure für den Fall

[1] Das ergiebt sich aus den S. 150 n. 2 angeführten Gründen.

[2] c. 10 (Lyon 1274) in VI cit. de sent. exc. V. 11.

[3] S. 31.

[4] c. 25 (Alex. III.) X de appell. II. 28; London 1268 c. 28, M. 23, 1241 (wo die Publikation der Relaxation des Personalinterdikts vorgeschrieben wird); Nismes 1284, M. 24, 558 (hier wird die Absolution der Interdicirten in articulo mortis gleichzeitig und nach denselben Regeln, wie die der Exkommunicirten behandelt); London 1342 c. 7, M. 23, 1175. Eine Formel, welche mit der der Absolution von der Exkommunikation identisch ist, giebt Nismes 1284 cit. — Wie bei dem Interdikt und der Exkommunikation, S. 149 n. 8, ist auch hier mitunter eine blosse Suspension vorgekommen, P. n.19400(Clemens IV.1265).

[5] Nicht aber für die unschuldigen Mitglieder der Familie, die Bediensteten und Kolonen derselben, wenn gegen diese das Personal-Interdikt blos wegen des Vergehens des Familienhauptes eingetreten war (S. 124), denn hier fiel dasselbe in Folge der Satisfaktion und der Absolution des Thäters von der gegen ihn verhängten Strafe (Exkommunikation u. s. w.) zusammen.

[6] c. 12 (Lateran. IV) X de poenit. V. 38; Salamanca 1335 c. 25, 1055, s. auch S. 67 n. 6.

[7] S. 16 n. 6; c. 8 in VI de privileg. V. 7; York 1367 c. 2, M. 26, 462; ähnlich „quousque resipuerit“ und „usque ad emendationem congruam“ bei Gregor VII., S. 66 n. 5 u. 8.

[8] c. 9 in VI de off. iud. ord. I. 16; auch S. 14 n. 2.

[9] S. c. 8 in VI. cit. de priv. V. 7: „ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserint, satisfecerint competenter“; ist doch auch in einzelnen Fällen die Übernahme der Busse vorgeschrieben worden, Lambeth 1204 o. 1206 c. 2, S. 14 n. 6. Wenn Gregor VII. 1074, Jaffé mon. Greg. p. 110, in betreff der Helfershelfer des von ihm mit der susp. ab off. und dem kleinen Bann bedrohten Bischofs von Poitiers bestimmt: „Eos . . per quos tantum facinus effecisti, tam laicos quam clericos a corpore et sanguine domini et omni divino officio, usque dum tu ad satisfactionem venias, apostolica auctoritate repellimus“, so kann das nicht heissen, dass das Personalinterdikt mit der Satisfaktion des Bischofs ohne Weiteres zusammenfallen, sondern nur dass trotz etwaiger Bussleistung der Thäter ihre Absolution nicht vor der Satisfaktion des Bischofs eintreten sollte, denn es handelte sich um schwere Vergehen (Beleidigung des Legaten und Misshandlung von Geistlichen).

[10] S. 16 n. 8; c. 48 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 1 (Lyon 1245) in VI. eod. V. 11.

indessen ist der Absolvirte im letzteren Fall verpflichtet, nunmehr die Satisfaktion wie bei der gewöhnlichen Absolution zu übernehmen, weshalb er schon vorher bei der Ertheilung der absolutio ad cautelam die darauf gerichtete eidliche Kaution zu leisten hat[1].

2. Eine Absolution oder Relaxation wird ferner erfordert, um ein gültig verhängtes Lokal-Interdikt zu beseitigen[2]. Als Voraussetzungen derselben, über welche sich allgemeine Rechtsnormen nicht vorfinden, sind offenbar die gleichen, wie für die Absolution von der Exkommunikation erfordert worden, d. h. derjenige, wegen dessen Schuld das Interdikt verhängt worden ist, hatte neben den Beweisen reumüthiger Gesinnung und Besserung als Satisfaktion dieselben Leistungen wie bei dem grossen Kirchenbann zu übernehmen[3]. Andererseits kommt auch hier der Grundsatz zur

auf, welches mit der Feststellung der Gerechtigkeit der Exkommunikation zusammenfällt, mithin unter dieser Resolutivbedingung ertheilt ist. Wäre dies beabsichtigt gewesen, so hätte man nur die Exkommunikation, wie dies beim Interdikt mehrfach s. S. 27 n. 11, vereinzelt auch sogar bei der ersteren, Potth. n. 25074 (Bonifaz VIII. 1301) geschehen ist, bis zum Austrag der Sache zu suspendiren brauchen. In der That ist auch die in c. 40 X cit. V. 39, S. 149 n. 6, der absolutio ad cautelam entgegengesetzte, blosse Zulassung zur Rechtsverfolgung nichts anderes als eine theilweise Suspension. Weiter spricht gegen Kober der Umstand, dass man die absolutio ad cautelam allein bei hoher Wahrscheinlichkeit der Ungültigkeit der Exkommunikationssentenz ertheilt hat, also in der Voraussetzung, dass sie sich durch die spätere Klarstellung der Sache als überflüssig erweisen, und ihre Wirksamkeit nicht eintreten werde. Hätte man angenommen, dass sie bei Feststellung der Gültigkeit der Exkommunikation in sich zusammenfallen würde, so würde gar kein Grund für eine derartige Erschwerung vorgelegen haben. Endlich wird diese Auffassung der Bezeichnung: absolutio ad cautelam nicht gerecht, denn letztere bedeutet nicht: eine bedingte, sondern eine aus Vorsicht, für den Fall ihrer Nothwendigkeit ertheilte Absolution. Vgl. auch das Beispiel bei Potthast reg. n. 24049 (Bonifaz VIII. 1295) und die folgende Anmerkung.

[1] Gedacht wird derselben allerdings nur für die Suspension, c. 52 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39: „nos sententiam (sc. suspensionis) ipsam relaxavimus ad cautelam, ipso episcopo . . . praestante corporaliter iuramentum, quod parebit mandatis, quae idem archiepiscopus sibi propter hoc fecerit, si constiterit, ipsum in eo quo fuit lata praedicta sententia, culpabilem extitisse", aber da die Exkommunikation eine härtere Strafe ist, wird dasselbe ebenfalls für die letztere gelten müssen, so auch Kober S. 546. Dies spricht ausser dem schon Beigebrachten gegen die in der vor. Anm. besprochene Auffassung desselben, denn, wenn die Absolution zusammengefallen, also die Exkommunikation wieder von selbst in Wirksamkeit getreten wäre, hätte man dieses Erforderniss nicht zu stellen gebraucht.

[2] Erwähnt wird derselben schon ep. Sellae u. 991, S. 20 n. 1. Limoges 1031, M. 19, 542: „quod si omnes maiores potestates Lemovicenses pacem consenserint, ut sint omnia absoluta"; Innocenz III. 1198 reg. I. 26, Migne 2, 21 („neutram sententiam relaxaturi, donec ipsi libertati fuerint pristinae restituti"); c. 10 (Lyon 1274 c. 30, M. 24, 101) in VI de sent. exc. V. 11. Dass sie stets nothwendig ist, ergiebt nicht nur der Umstand, dass die Strafe der Exkommunikation an Härte gleichsteht und namentlich zur Brechung der Widerspänstigkeit verstockter Exkommunicirter verwendet wird, s. S. 142, sondern auch das Verbot der absolutio ad cautelam (s. oben im Text), welches die Nothwendigkeit einer Relaxation für alle Fälle voraussetzt. So hat auch Innocenz III. 1199 Potth. n. 716 (c. 5 X de donat. IV. 20) die Bitte, das Interdikt über Leon aufzuheben abgelehnt, weil dies sine congrua satisfactione nicht angehe. Vgl. ferner schott. Konzil 1225 c. 52, M. 22, 1235: „supponat interdicto; quousque dictae sententiae fuerint relaxatae"; Lambeth 1261, M. 23, 1068: „nec ante . . . relaxetur sententia quam de damnis et iniuriis satisfactum fuerit competenter"; Breslau 1248 §. 1, de Montbach, stat. Wratislav. p. 301: „nec praedictae sententiae relaxentur ab illis qui eos tulerint, donec et praedicti captivi liberentur et res oblatae restituantur plenarie spoliatis et passis iniuriam competenter fuerit satisfactum et a dictis iniuriatoribus praestitum iuramentum, quod de tanto excessu debeant mandatis ecclesiae obedire".

[3] So spricht schon ep. Sellae cit. von legitima satisfactio vel emendatio; Rheims 1148 c. 4, M. 21, 715 von mandatum adimplere; London 1151 c. 1, M. 21, 751 von condigne satisfacere, vgl. auch die Citate in der vor. Anm.; Köln 1266 c. 20, M. 23, 1144; Riez 1295 c. 8, M. 24, 578: „donec ad mandatum ecclesiae, quam delinquens offendit et praelato, quem irreverenter despexit, sufficiens et idonea satisfactio et realis emendatio praestita fuerit per eumdem". Ja Sens 1239 c. 14, M. 23, 512: „quod quando aliqua terra propter delictum domini terrae vel baillivorum supposita fuit interdicto, nullatenus relaxetur, donec ad arbitrium et moderamen episcopi presbyteris parochialibus de damnis et perditis interdicti occasione illatis plene fuerit satisfactum vel de satisfaciendo cautum", begreift unter der Ersatzleistung auch die Erstattung des den Pfarrern aus Anlass des Interdikts durch die Ausfälle an Zehnten, Oblationen u. s. w. (S. 26 n. 2) entstandenen Schadens.

Geltung, dass die Relaxation beim Vorliegen dieser Voraussetzungen zu erfolgen hat[1]. Nur ist in Betreff der Absolution ausdrücklich gemeinrechtlich festgestellt, dass bei einem Interdikt über Städte, Länder und Ortschaften eine absolutio ad cautelam (s. S. 149) ausgeschlossen sein soll[2].

Gleichgestellt werden muss dem Lokal-Interdikt in allen gedachten Beziehungen das *interdictum ambulatorium*, da dasselbe nichts anderes als eine Abart des Lokal-Interdikts ist[3].

3. Was das Personal-Interdikt, die *interdictio ingressus ecclesiae*, betrifft, so wird der Absolution von demselben mehrfach, namentlich in späterer Zeit, erwähnt[4]. Ob dieselbe stets nothwendig war, darüber schweigen die Quellen. Aus der Natur der Sache folgt indessen, dass eine solche für den Thäter und seine Mitschuldigen[5] statthaben musste, wenn die Strafe entweder schlechthin[6] ohne irgend eine nähere Bestimmung über ihren Fortfall oder bis zur Satisfaktion[7] oder Restitution des Entzogenen[8] verhängt war. Im ersteren Fall konnte ihr Fortwirken nur durch einen besonderen Akt des kirchlichen Oberen beseitigt werden. Im anderen bedurfte es der Feststellung desselben, ob das, was als Satisfaktion oder Restitution geleistet oder angeboten wurde, auch ausreichend, und im letzteren Fall auch, ob die Erfüllung eines etwaigen auf Restitution gerichteten Versprechens genügend gesichert war, ja mitunter war auch mit Rücksicht darauf, dass es sich bei dieser Strafe um sehr verschiedenartige, leichtere und schwerere Vergehen handeln kann, eine nähere Bestimmung des kirchlichen Oberen darüber, worin die Satisfaktion zu bestehen habe[9], erforderlich. Dagegen ist die Absolution nicht erforderlich gewesen, wenn das Personal-Interdikt für eine bestimmte Zeit ausgesprochen war[10], denn hier mussten seine Wirkungen ohne Weiteres mit Ablauf derselben zusammenfallen. Auch hat man ferner in einzelnen Fällen die Beseitigung der Strafe ipso iure für den Fall

[1] Das ergiebt sich aus den S. 150 n. 2 angeführten Gründen.

[2] c. 10 (Lyon 1274) in VI cit. de sent. exc. V. 11.

[3] S. 31.

[4] c. 25 (Alex. III.) X de appell. II. 28; London 1268 c. 28, M. 23, 1241 (wo die Publikation der Relaxation des Personalinterdikts vorgeschrieben wird); Nismes 1284, M. 24, 558 (hier wird die Absolution der Interdicirten in articulo mortis gleichzeitig und nach denselben Regeln, wie die der Exkommunicirten behandelt); London 1342 c. 7, M. 23, 1175. Eine Formel, welche mit der der Absolution von der Exkommunikation identisch ist, giebt Nismes 1284 cit. — Wie bei dem Interdikt und der Exkommunikation, S. 149 n. 8, ist auch hier mitunter eine blosse Suspension vorgekommen, P. n. 19400 (Clemens IV. 1265).

[5] Nicht aber für die unschuldigen Mitglieder der Familie, die Bediensteten und Kolonen derselben, wenn gegen diese das Personal-Interdikt blos wegen des Vergehens des Familienhauptes eingetreten war (S. 124), denn hier fiel dasselbe in Folge der Satisfaktion und der Absolution des Thäters von der gegen ihn verhängten Strafe (Exkommunikation u. s. w.) zusammen.

[6] c. 12 (Lateran. IV) X de poenit. V. 38; Salamanca 1335 c. 25, 1055, s. auch S. 67 n. 6.

[7] S. 16 n. 6; c. 8 in VI de privileg. V. 7; York 1367 c. 2, M. 26, 462; ähnlich „quousque resipuerit“ und „usque ad emendationem congruam“ bei Gregor VII., S. 66 n. 5 u. 8.

[8] c. 9 in VI de off. iud. ord. I. 16; auch S. 14 n. 2.

[9] S. c. 8 in VI. cit. de priv. V. 7: „ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserint, satisfecerint competenter“; ist doch auch in einzelnen Fällen die Übernahme der Busse vorgeschrieben worden, Lambeth 1204 o. 1206 c. 2, S. 14 n. 6. Wenn Gregor VII. 1074, Jaffé mon. Greg. p. 110, in betreff der Helfershelfer des von ihm mit der susp. ab off. und dem kleinen Bann bedrohten Bischofs von Poitiers bestimmt: „Eos . . per quos tantum facinus effecisti, tam laicos quam clericos a corpore et sanguine domini et omni divino officio, usque dum tu ad satisfactionem venias, apostolica auctoritate repellimus“, so kann das nicht heissen, dass das Personalinterdikt mit der Satisfaktion des Bischofs ohne Weiteres zusammenfallen, sondern nur dass trotz etwaiger Bussleistung der Thäter ihre Absolution nicht vor der Satisfaktion des Bischofs eintreten sollte, denn es handelte sich um schwere Vergehen (Beleidigung des Legaten und Misshandlung von Geistlichen).

[10] S. 16 n. 8; c. 48 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 1 (Lyon 1245) in VI. eod. V. 11.

angeordnet, dass eine durch dieselbe zu erzwingende Handlung vorgenommen worden war [1].

4. Ebenso wie bei dem Personal-Interdikt wird der Absolution für den kleinen Kirchenbann gedacht [2]. Da der letztere gleichfalls bis zur Satisfaktion und Genügeleistung [3] oder schlechthin [4] angedroht und verhängt worden ist, so muss aus den für das Personal-Interdikt entwickelten Gründen angenommen werden, dass zu seiner Beseitigung eine solche stets nothwendig war [5].

5. Wesentlich ebenso verhält es sich mit der Aufhebung der verschiedenartigen Suspensionen der Kleriker. Auch zur Beseitigung dieser bedarf es regelmässig einer Absolution oder Relaxation [6]. Sie werden ebenfalls theils bis zur Satisfaktion [7] oder bis zur Genügeleistung oder bis zur Aufgabe des Ungehorsams [8] oder schlechthin [9] oder auch bis zur Aufhebung durch den kirchlichen Oberen [10] angedroht und verhängt. Es trifft für sie also das hinsichtlich der Aufhebung des Personal-Interdikts Bemerkte zu [11]. Ausdrücklich wird auch der *absolutio ad cautelam* gedacht [12]. Eine bestimmte Form für die Absolution ist ebensowenig, wie für die von der Exkommunikation vorgeschrieben [13].

Einer Absolution bedarf es nicht, wenn die Suspensionen auf bestimmte Zeit [14] ausgesprochen sind [15].

1 Tarragona 1329 c. 47, M. 25, 859: „Ex quo autem dictas constitutiones (über die raptores, invasores rerum ecclesiasticarum) fecerit vel mandaverit observari (Bischof oder Offizial), extunc ipso facto interdictum praedictum absque relatione alia penitus sit sublatum". Aus dieser ausdrücklichen Bestimmung ergiebt sich, dass es der Regel nach der Absolution bedurfte, selbst wenn nur die Erzwingung von Handlungen in Frage stand, s. auch c. 25 X de appell. II. 28 cit., wo es sich um diesen Fall handelt.

2 c. 29 (Innoc. III.) c. 56 (Gregor IX.) X de sent. exc. V. 39.

3 S. die S. 19 n. 3 u. 4 citirten Stellen, ferner Gregor VII. 1075 u. Alexander II. 1063, S. 77 n. 3.

4 S. 19 n. 5; c. 57 (Rom 743) Dist. I de cons.; Albi 1254 c. 31, M. 23, 841; Ofen 1279 c. 32, M. 24, 285; Ravenna 1314 c. 17, M. 25, 548.

5 Das setzt auch c. 29 X cit. V. 39 offenbar voraus, ebenso Hostiensis summa aurea lib. V. de sent. exc. n. 14: „Et qualiter hec absolutio fieri debeat. In minori excommunicatione non traditur alia forma, nisi quod confiteatur primo sacerdoti et dicat excommunicatus sum, confiteor, et exprimat specialiter causam quare ipsam sententiam incurrit et sic faciat se absolvi (c. 29. 56 X cit. V. 39); debet tamen sacerdos hec verba equipollentia dicere: absolvimus te a vinculo excommunicationis huius quam confessus es . . ., restituimus te ecclesiasticis sacramentis".
Eine Androhung des kleinen Bannes für eine bestimmte Zeit ist in dieser Periode, soweit mir bekannt, nicht vorgekommen.

6 Erwähnt wird dieselbe z. B. für die suspensio ab officio Eugen III. 1149 J. L. n. 9363, M. 21, 673; c. 8 (Luc. III.) X de purg. can. V. 34; Saumur 1253 c. 4, M. 23, 810; London 1268 c. 5, p. 1221; für die susp. schlechthin c. 16 (Innoc. III.) X de elect. I. 6; c. 51 (id.) X de sent. exc. V. 39; Albi 1254 c. 35. 36, M. 23, 842; London 1268 c. 28 p. 1241; für die susp. a benef. ibid. c. 5 cit.

7 Mainz 852 c. 8, S. 67 n. 8; Alexander II. 1063 J. L. n. 4518, S. 68 n. 2 bei der susp. ab off.; c. 4 (Alex. III.) X de cohab. III. 2 bei der susp. a benef.; Lateran. III 1179 c. 5, M. 22, 149 beim Recht, einzelne Weihen zu ertheilen.

8 S. ausser den S. 73 n. 2 citirten Stellen c. 10 (Innoc. III.) de purg. V. 34 bei der susp. schlechthin, ferner S. 68 n. 6 für die susp. a benef.; London 1268 c. 3. 5. 8. 33, M. 23, 1219, bei der Suspension vom Gebrauch der Pontifikalien; Nevers 1246 c. 7, M. 23, 713 bei der susp. a perceptione anniversariorum et omnium distributionum.

9 Vgl. S. 73 n. 5.

10 S. 73 n. 4; Ofen 1279 c. 33. 36, M. 24, 285 (susp. ab ordine).

11 Nach Lage der Sache kann daher auch hier ein eidliches Versprechen als Handgelübde gefordert werden, die Gebote der kirchlichen Oberen erfüllen zu wollen, c. 51 X cit. V 39. Die Partikularkonzilien stellen mitunter besondere Bedingungen für die Absolution auf, so Saumur 1253 c. 4, M. 23, 810 die Zahlung von 5 solidi, London 1268 c. 5, p. 1221 Entrichtung eines bestimmten Theiles der Früchte, dagegen Ofen 1279 c. 66, 24, 303 nur: „poenitentia competenti ac iniuncto sibi, quod in talibus non excedant".

12 Und zwar ist für dieselbe hohe Wahrscheinlichkeit der Nichtigkeit der Strafe ebenfalls die Voraussetzung, c. 9 (Gregor IX.) X de exc. II. 25; über die dabei zu leistende eidliche Kaution s. S. 150 n. 1.

13 Partikularrechtlich wird wie für die Absolution von der Exkommunikation und dem Personalinterdikt Publikation derselben angeordnet, London 1268 c. 28, M. 23, 1241.

14 S. o. S. 73, auch S. 70 n. 7.

15 S. 51; Kober Suspension S. 127. 246.

6. Das Gesagte trifft endlich auch für die eine Abart der Suspension bildende excommunicatio *fraterna*[1] zu[2].

Aus der vorstehenden Darlegung ergiebt sich, dass eine Absolution bei den gedachten Strafen, sofern sie nur, wie namentlich das Personal-Interdikt oder die verschiedenen Suspensionen, nicht von vornherein auf Zeit verhängt sind, zur Aufhebung derselben erfordert wird. Es bedarf einer solchen also namentlich dann, wenn eine derartige Strafe schlechthin oder auch bis zur Beseitigung durch den kirchlichen Oberen auferlegt worden ist, ja selbst, wenn die auf bestimmte Zeit ausgesprochene Strafe vor Ablauf derselben aufgehoben werden soll. Im letzteren Falle liegt eine Abkürzung der Strafzeit, also eine Begnadigung, welche sich äusserlich durch den Akt der Absolution vollzieht, vor, und gerade ebenso verhält es sich in den erstgedachten Fällen, wenn der kirchliche Obere ohne Rücksicht auf das Vorliegen der als normale Zeichen der Besserung geltenden Voraussetzungen eine Absolution eintreten lässt. Man hat dies im Grossen und Ganzen nicht beachtet[3], weil gerade die als Prototyp der Censuren geltende Exkommunikation in der hier fraglichen Periode nicht mehr auf bestimmte Zeit[4], und auch nur vereinzelt als perpetua angedroht worden[5] ist, und weil dieselbe ferner stets durch die Übernahme der Busse erübrigt wurde[6].

III. Der Ablass[7]. In Anschluss an die schon in der alten Kirche bestehende Praxis, den Büssern einen Theil der Busszeit und damit auch der Bussleistungen zu erlassen[8], sowie in Anschluss an die spätere Sitte, für diese letzteren Ablösungen zu gestatten[9], tritt im 11. Jahrhundert die Übung auf, dass sowohl die Bischöfe[10], wie

Fraglich bleibt, ob nicht auch die blosse Suspension von einzelnen Rechten, wenn sie zur Erzwingung einer Handlung verhängt ist, so namentlich die Suspension der Bischöfe und Prälaten von dem Recht zur Besetzung der Benefizien oder vom Gebrauch der Pontifikalien, s. z. B. London 1268 cit. c. 30. 3. 5. 8. 33, ohne Weiteres zusammenfällt, da in solchen Fällen eine Absolution durch den Erzbischof, oder die Provinzialsynode oder den Papst zu umständlich gewesen wäre. Ein Fall, dass das Aufhören der Strafe in einer hierher gehörigen Anordnung ipso iure vorgeschrieben worden wäre, ist mir indessen nicht bekannt geworden. Man wird also auch für diese Arten der Suspensionen an der Nothwendigkeit der Absolution festzuhalten haben, s. auch Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092, wo des beneficium absolutionis bei der susp. a collatione praebendarum gedacht wird.

[1] S. 74.

[2] Auch für diese war ein die Strafe aufhebender Akt, falls sie nicht blos auf Zeit verhängt war, erforderlich, der sogar auch vereinzelt als absolutio bezeichnet wird, S. 74 n. 3 a. E.

[3] In Betreff der Suspension hat Kober, Suspension S. 126 das Richtige gesehen.

[4] S. 10 n. 11.

[5] S. 8 n. 1 u. 7.

[6] S. 11. 88. 89.

[7] Euseb. Amort, de origine, progressu, valore et fructu indulgentiarum. Aug. Vindel. 1735 u. de indulgentiis, praesertim de iubilaeo. Aug. et Herbipol. 1751; Brunnquell histor. dogmat. Abhandlg. über den Ablass. Bamberg 1816; J. B. v. Hirscher, die kirchl. Lehre v. Ablass. 5. A. Tübingen 1844; J. H. Schoofs, d. Lehre v. kirchl. Ablasse. Münster 1857; Binterim, Denkwürdigkeiten der christkath. Kirche. V. 3, 448 ff.

[8] Bd. IV. S. 719. 823 und oben S. 98.

[9] Bd. IV. S. 827 und oben S. 100 u. S. 105.

[10] Pontius Erzb. v. Arles u. 1016, d'Achery spicileg. ed. II. 3, 383: „Quod si talis est, qui per indictam sibi poenitentiam non introeat ecclesiam nec communionem s. corporis Christi aut osculum pacis accipiat nec capillos sibi tondat aut radat nec linum vestiat nec feria secunda aut quarta aut sexta aliquid gustet praeter panem et aquam, hic talis ad iam dictam ecclesiam si venerit, in die vid. dedicationis eius aut semel in anno cum sua vigilia et adiutorium dederit ad opera ecclesiae s. Mariae . . ex parte d. n. J. Christi . . . et ex nostra sit absolutus ab ipso die, quo suam vigiliam fecerit, de tertia parte maiorum peccatorum, unde poenitentiam habeat acceptam usque ad ipsum diem revertentis anni et habeat licentiam intrandi in totas ecclesias per totum annum, communicandi et pacem accipiendi et tondendi et radendi et lini investiendi et filios de s. fonte suscipiendi, excepto quadragesimali tempore et ieiuniis de quatuor temporibus, et si tres dies de septimana sunt ei vetati per poenitentiam, unum reddimus ei, ut comedat et bibat . . sicut alius christianus . . . duos alios ieiunet . . denique illos qui de minoribus peccatis sunt confessi et poenitentiam habeant acceptam . . absolvimus de una medietate acceptae poenitentiae usque ad annum"; Abaelardi ethic. c. 25, Migne patrol. 178, 672: „Sunt nonnulli sacerdotum non tam per errorem quam per cupiditatem decipientes, ut pro nummorum oblatione satisfactionis iniunctae poenas con-

auch die Päpste[1] bei gewissen Gelegenheiten, namentlich bei der Einweihung von Kirchen und anderen Festlichkeiten für den Besuch solcher Kirchen an bestimmten Tagen, später auch für Leistungen zu frommen Zwecken, namentlich zum Baue von Gotteshäusern u. s. w.[2], jedem Büsser den Erlass eines bestimmten Theiles seiner Busszeit zusichern. Die wesentliche Neuerung liegt darin, dass ein solcher Erlass, welcher sich sowohl auf die öffentliche in Folge kirchlicher Verurtheilung, wie in Folge der Privatbeichte übernommene Busse bezog[3], allgemein und im Voraus, also nicht durch den kirchlichen Beamten, welcher die Busse auferlegt hatte, ausgesprochen wurde, sowie ferner darin, dass er lediglich durch die Leistung gewisser Handlungen bewirkt werden sollte. Soweit die Busswerke als Strafe auferlegt waren, lag darin ein Akt der Begnadigung.

Indessen ging der Zweck dieser neuen Praxis nicht in erster Linie auf diese Wirkung. Die Busse[4] hatte nicht nur die Bedeutung einer Ersatzstrafe für ein begangenes Vergehen, sondern bildete auch zugleich die Gott zu leistende Genugthuung für jede begangene Sünde[5], um diese und ihre Folgen zu beseitigen. Mit Rücksicht hierauf versprach man gleichzeitig auch schon seitens der Päpste[6] und der Bi-

donent et relaxent. Non solum sacerdotes verum etiam . . . episcopos ita impudenter in hanc cupiditatem exardescere novimus, ut cum in dedicationibus ecclesiarum vel in consecrationibus altarium vel benedictionibus coemeteriorum vel in aliquibus solemnitatibus populares habent conventus, unde copiosam oblationem expectant, in relaxandis poenitentiis prodigi sunt, modo tertiam modo quartam poenitentiae partem omnibus communiter indulgentes sub quadam scilicet specie caritatis, sed in veritate summae cupiditatis".

[1] Nikolaus II. 1060 (bei Einweihung der Kirche in Farfa), Muratori antiqu. Ital. 5, 1039: „omnibus poenitentibus, qui . . . aderant, remissionem trium annorum fecit et constituit, ut haec remissio annaliter fiat omnibus, qui in ipsa die cum votis et donis . . . annue venire studuerint"; Urban II. für La Cava 1092, Muratori rer. Ital. SS. 6, 237: „ut si qui in poenitentiae statu existens sacrosanctas aedes adierit uno die ante ipsius consecrationem et per totum diem sequentem necnon in die coenae dominicae et salvatoris passionis illam indulgentiam consequatur quam consequeretur in eundo et redeundo ad s. Jacobum Compostellanum, ceteris vero anni diebus ad dictam basilicam causa devotionis accedentibus IV annorum et totidem quadragenarum contulit indulgentiam" (die ausführlichere, bei Baronius ann. 1092 n. 19, M. 20, 653 mitgetheilte und überall ausgeschriebene Formel gehört einer falschen Bulle, J. L. n. 5467 an); Urban II. 1096 (Angers), hist. comit. Andigav., d'Achery spicil. ed. II. 2, 234: „edicto iussit, ut in eodem termino quo dedicationem fecerat, indictum publicum celebraretur uno quoque anno apud s. Nicolaum et septima pars poenitentiarum populo convenienti ad illam celebritatem dimitteretur"; Alexander III. 1163, Loewenfeld epist. roman. pontif. p. 133: „unum annum de iniuncta poenitentia dei fidelibus a die dedicationis usque ad octavas pentecostes illuc causa devotionis euntibus relaxavimus et his qui in anniversario ipsius dedicationis die et tribus diebus sequentibus illuc accesserint, XX dies iniuncte penitentie nichilominus indulgemus"; ähnlich: Lucius III. 1182, v. Pflugk-Harttung acta rom. pont. 3, 410; Cölestin III. 1196, Loewenfeld p. 261.

[2] Clemens III. 1188, v. Pflugk-Harttung 3, 356: „omnibus qui prefato operi de facultatibus suis subsidium contulerint oportunum, de iniuncta sibi penitentia peccatorum suorum XXX dies auctoritate apostolica relaxamus"; vgl. weiter Append. Later. P. XLIV. c. 57, M. 22, 407: Cölestin III. 1192, Loewenfeld p. 247 und Jaffé L. n. 15545 u. 17524. — Die Bischöfe der Normandie setzten mit päpstlicher Genehmigung 1184 für Gewährung von Spenden für das heilige Land fest, M. 22, 485: „1. Si in poenitentia fuerint quae VII annos excedat, trium annorum venia gaudebunt. 2. Si in poenitentia vel minori fuerint pro criminali, duorum annorum veniam habebunt. 3. Peccata vero, de quibus homo recordari non poterit, omnia relaxentur dummodo de contemptu poenituerit".

[3] Denn ein Unterschied wird nicht gemacht und der Ablass des Pontius (S. 153 n. 10) hat offenbar die öffentliche Busse im Auge.

[4] Welche damals in eine Reihe einzelner Busswerke aufgelöst war, S. 99. 108.

[5] Bd. IV S. 696 n. 5 u. S. 821.

[6] Benedikt IX. 1040 (bei Einweihung einer Kirche in Marseille), Gallia christiana I instr. p. 111: „atque in pristino absolutionis decore ponimus, quo poenitens qui ad eius limina tritis passibus venerit . . . indulta facinora peccaminum absolutus omnium criminum squaloribus libere ad propria redeat laetus, eo scilicet tenore, ut transacta peccata sacerdotibus confiteatur et de reliquo evideatur" (l. emendetur); Alexander II. 1071 (Monte Casino) chron. Casin. SS. 7, 721: „omnibus que per octo continuos dies ob devotionem tantae solemnitatis ibidem recurrere possent, confessorum peccatorum absolutione facta". Gregor VII. 1080, Jaffé mon. Gregor. p. 404: „omnibus sibi (Rudolf von Schwaben) fideliter adhaerentibus absolutionem omnium peccatorum

schöfe [1] die Tilgung der Sünden im Falle der Leistung von frommen Werken, namentlich gewichtiger Dienste zum Wohle der Kirche [2], wobei allerdings vielfach betont wird, dass der Betreffende seine Sünden gebeichtet und Busse auf sich genommen haben muss [3]. Überall ist in den betreffenden Stellen vom Erlass der Sünden [4] die Rede, nicht aber, wie

vestra (Petrus und Paulus) fretus fiducia largior"; Hadrian IV. 1157, Loewenfeld p. 125 (aus Anlass einer Reliquienbeisetzung): „convenientibus peccatorum suorum remissionem faciatis"; Lucius III. 1185, p. 227 u. 1185 v. Pflugk-Harttung 3, 320 (Aufforderung zu Almosen für kirchliche Bauten: „iniungimus vobis in remissionem peccatorum"), s. auch die Anm. 2.

1 (Südfranzösische Bischöfe bei einer Kirchweihe in Maguelone 1137, M. 19, 572): „decreverunt, ut si quis homo in vita sua haereditatem suam ad ecclesiam supradictam post mortem suam concesserit et de peccatis suis confessus fuerit, in caemeterio ecclesiae memoratae sepultus fuerit, ab omnibus peccatis, de quibus poenitentiam suscepit, absolutus sit et particeps fiat vitae eternae et regni dei. Addiderunt etiam, ut quicumque homo cuiuscumque provinciae ad solemnitatem dedicationis huius ecclesiae quae per singulos annos celebratur, advenerit, de iusto labore suo . . . oblationem sanctam deo fecerit et peccata sua eo die vel infra VIII dies confessus fuerit, apostolicam absolutionem et eamdem habeat et remissionem peccatorum et vitam aeternam accipiat". (Der Zweifel Mansi's an der Ächtheit dieser Stelle ist unbegründet, weil seine Annahme, dass solche Plenarablässe erst viel später vorkommen, nicht richtig erscheint, s. die vor. Anm.)

2 Hierher gehört namentlich die Theilnahme an den Kreuzzügen, Clermont 1095 Urban II., cons. synod. M. 20, 821: „Nos autem de misericordia dei et b. Petri et Pauli apostolor. auctoritate confisi, fidelibus christianis qui contra eos arma susceperint et onus sibi peregrinationis assumpserint, iniunctas pro suis delictis poenitentias relaxamus. Qui autem ibi in vera poenitentia decesserint, et peccatorum indulgentiam et fructum aeternae mercedis se non dubitent habituros"; Lateran. II. 1123 c. 11, M. 21, 284: „Eis qui Hierosolymam proficiscuntur et ad christianam gentem defendendam et tyrannidem infidelium debellendam efficaciter auxilium praebuerint, suorum peccatorum remissionem concedimus"; Eugen III. 1145, J. L. n. 8796, p. 627: „Peccatorum remissionem et absolutionem omnipotentis dei et b. P. apostol. princ. auctoritate nobis a deo concessa talem concedimus, ut qui tam sanctum iter devote inceperit et perfecerit sive ibidem mortuus fuerit, de omnibus peccatis, de quibus corde contrito et humiliato confessionem susceperit, absolutionem obtineat"; Gregor VIII. 1187, n. 16019, M. 22, 530: „Eis autem qui corde contrito et humiliato spiritu itineris huius laborem assumpserint et in poenitentia peccatorum et fide recta decesserint, plenam suorum criminum indulgentiam et vitam pollicemur aeternam. Sive autem supervixerint sive mortui fuerint, de omnibus peccatis suis, de quibus rectam confessionem fecerint, impositae satisfactionis relaxationem de omnip. dei missericordia et apostolor. P. et P. authoritate et nostra se noverint habituros"; Konvent zu Lemans 1188, p. 575: „Statutum est a d. papa, ut quicumque clericus vel laicus crucem susceperit, ab omnibus peccatis, de quibus poenituerit et confessus fuerit, autoritate dei et bb. apostolor. P. et P. liberatus est et absolutus". Weiter die Theilnahme an der Bekämpfung der Sarazenen in Spanien, Gelas. II. 1118, J. L. n. 6165, M. 21, 170: „si quis vestrum accepta de peccatis suis poenitentia in expeditione hac mortuus fuerit, nos eum sanctorum meritis et totius ecclesiae catholicae precibus a suorum vinculis peccatorum absolvimus"; des Königs Roger II. von Sizilien Honorius II. 1127, Falco Beneventanus bei Watterich vitae pontif. 2, 168: „ex auctoritate divina et b. Mariae virginis et ss. apostolorum... eorum vid., qui delictorum suorum poenitentiam sumpserint, si in expeditione illa morientur, peccata universa remisit; illorum autem qui ibi non mortui fuerint et confessi fuerint, medietatem donavit".

3 Von vorheriger Beichte sprechen chron. Casin. S. 154 n. 6, Maguelone 1137, s. o. Anm. 1, Eugen III. 1145 s. vor. Anm. und Gregor VIII. 1187, a. a. O.; von Busse Urban II., s. vor. Anm., Gelasius II.; Honorius II., s. vor. Anm. a. E., Gregor VIII., 1187; von beiden Maguelone 1137 a. a. O., auch schon der h. Hildebert Sermo in ded. s. Nicolai (vgl. d'Achery spicil. 2, 234 cit., S. 154 n. 1.) sagt (opp. Migne 171, 750): „Scire debetis quia non quaelibet peccata vobis relaxantur hic, sed illa, de quibus poenituistis et confessi fuistis". Noch im 13. Jahrhundert wechseln die Formeln, indem sie bald die Busse, bald die Beichte erwähnen, sogar bei demselben Papst, z. B. bei Innoc. III. 1198, Potth. n. 320, Migne 1, 265: „Omnibus autem qui propter hoc (Kreuzzug) in persona propria laborabunt, de dei et apostolor. P. et P. auctoritate confisi, plenam peccatorum suorum, de quibus cordis et oris egerint poenitentiam, veniam indulgemus. Caeteros vero qui ad opus huiusmodi exsequendum de bonis suis congrue ministrabunt iuxta muneris quantitatem et praecipue iuxta devotionis affectum remissionis huius participes esse censemus" (im wesentlichen ebenso 1198, P. n. 347, l. c. p. 311), dagegen 1213, n. 4725, l. c. 3, 410; M. 22, 957 und Lateran. 1215, M. 22, 1067: „nos de omn. dei mis. et bb. ap. P. et P. auth. confisi ex illa quam nobis . . . deus ligandi atque solvendi contulit potestate, omnibus qui laborem propriis personis subierint et expensis, plenam suorum peccaminum, de quibus veraciter fuerint corde contriti et ore confessi, veniam indulgemus et in retributione iustorum salutis aeternae pollicemur augmentum" (letztere Formel auch Lyon 1245, c. 17, M. 23, 632).

4 S. auch noch Cölestin III. 1195, J. L. n. 17260, Migne 206, 1106: „Quicumque igitur bis in anno, secunda scil. feria paschae et die dedicationis ecclesiae vestrae . . . nomine peregrinationis ecclesiam vestram visitabunt, a peccatis

die heutige katholische Kirche in Betreff des Ablasses lehrt [1], von den vor Gott schuldigen, zeitlichen und natürlichen (nicht kirchlichen Rechts-) Strafen, welche der Sünder trotz der sakramentalen Lossprechung von seinen Sünden und der dadurch eintretenden Beseitigung der ewigen Strafen [2] noch bei seinen Lebzeiten oder nach seinem Tode über sich ergehen lassen muss. Selbst aber, wenn die Annahme richtig wäre, dass die bisher besprochenen Ablässe sich lediglich auf die nach der sakramentalen Lossprechung fortdauernden Sündenstrafen bezogen haben [3], so würde dies nichts daran ändern, dass der Ablass seit dem Verlaufe des 12. Jahrhunderts und namentlich in seiner weiteren Ausbildung kein Rechtsinstitut geblieben ist. Da derselbe keine Beziehung auf die kirchlichen Strafvergehen und kirchlichen Strafen, sondern nur auf die Sünden und Sündenstrafen hat, so gehört die Darlegung seiner weiteren Entwicklung nicht in die Rechts-, sondern die Dogmengeschichte.

Für das Gebiet des Kirchenrechts kommt seitdem allein die Frage nach der Befugniss zur Ertheilung von Ablässen in Betracht.

Im Anfang der gedachten Periode hat man dieselbe schon auf die der Kirche übertragene Binde- und Lösegewalt [4], also modern gesprochen auf die jurisdictio [5], gegründet. Zuerst ist eine solche von den Päpsten und den Bischöfen konkurrirend ausgeübt worden [6]. Indessen hat das IV. Lateran-Konzil (1215) [7] das Recht der Bischöfe dazu auf Ablässe von 40 Tagen [8], bei Kirchenweihen von einem Jahre beschränkt [9], und den Erzbischöfen ist bald nachher die Befugniss, innerhalb dieses materiellen Umfanges Ablässe für ihre ganze Provinz zu gewähren [10], ausdrücklich bestätigt worden.

patrum et matrum, quae sine laesione fuerunt, de parte dei et nostra se noverint absolutos, poenitentias et peccata quae de eorum memoria recesserunt remittimus et de poenitentiis sibi iniunctis XL dies".

[1] S. statt vieler Schoofs S. 94. 132.

[2] Bd. IV S. 84.

[3] Schoofs S. 51, nach welchem dies sogar besonders klar (!) aus den Formeln Innocenz' III., S. 155 n. 3, obwohl diese kein Wort darüber aufweisen, hervorleuchten soll.

Eine Erörterung dieser dogmengeschichtlichen und dogmatischen Frage gehört nicht hierher. Geschichtliches Material dazu, aus welchem sich ergiebt, dass noch im 13. Jahrhundert darüber verhandelt worden ist, welche Bedeutung und Wirkung der Ablass habe, sowie darüber, dass sich die heutige katholische Lehre erst während des Laufes des 13. Jahrhunderts festzustellen begonnen hat, bei Gieseler, Kirchengeschichte III. 2, 505 ff. 512 ff. III. 3, 282 ff.; vgl. übrigens auch noch c. 2 (Clem. VI. 1343) in Extr. comm. de poenit. V. 9.

[4] Zuerst seitens der Päpste freilich in nicht sehr zuversichtlich lautenden Wendungen, so Gregor VII. S. 154 n. 6 und auch noch Gelasius II. 1118, S. 155 n. 2, anders aber schon Honorius II. 1127, Eugen III. 1145, S. 155 n. 2, Innocenz III. 1213 und Lateran. 1215, S. 155 n. 3. Cölestin III. 1196 cit., Loewenfeld p. 261 bezieht sich direkt auf Matth. XVI. 18. 19. Vgl. auch Abälard eth. c. 25, Migne 178, 673: „Qui de sua iactantes potestate, quam, ut aiunt, in Petro vel apostolis susceperunt, cum eis a domino diceretur: „Quorum remiseritis peccata etc" (Ioann. XX. 23).

[5] c. 4 (Alex. III.) X de poenit. V. 38, welches ausspricht, dass die bischöflichen Ablässe nur den Untergebenen des Bischofs zu Gute kommen, „quum a non suo iudice ligari nullus valeat vel absolvi".

[6] S. o. S. 154. 155, s. auch c. 14 X de poenit. V. 38 (folgende Anm.).

[7] c. 62, M. 22, 1050 (c. 14 X cit. V. 38): „quia per indiscretas et superfluas indulgentias, quas quidam ecclesiarum praelati facere non verentur et claves ecclesiae contemnuntur et poenitentialis satisfactio enervatur: decernimus, ut cum dedicetur basilica, non extendatur indulgentia ultra annum sive ab uno sive a pluribus episcopis dedicetur; ac deinde in anniversario dedicationis tempore quadraginta dies de iniuncta poenitentia non excedat. Hunc quoque dierum numerum indulgentiarum litteras praecipimus moderari, quae pro quibuslibet causis aliquoties concedantur: cum Romanus pontifex, qui obtinet plenitudinem potestatis, hoc in talibus moderamen consueverit observari.

[8] Hierbei kehrt die alte Formel wieder, welche allerdings jetzt nicht mehr den ursprünglichen Sinn hat, dass sie auch von den richterlich auferlegten Bussstrafen Nachlass gewährt.

[9] Doch haben noch später Partikularkonzilien gegen Bischöfe wegen Überschreitung dieser Grenzen Strafbestimmungen erlassen müssen, s. Aquileja 1339, M. 25, 1119 und Padua 1350, M. 26, 228.

[10] Was freilich mit c. 4 X cit. V. 38, s. Anm. 4 insofern nicht übereinstimmt, als die Untergebenen des Diöcesanbischofs nicht mehr der vollen Jurisdiktion des Metropoliten unterstanden, Bd. II S. 16. Aquileja 1339, M. 25, 1119 gestattet daher auch die Ausübung

2. Die Entwicklung und der Charakter des kirchlichen Strafrechts.

a. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen.

aa. Die kirchlichen Strafvergehen.

§. 270. a) *Die kirchliche Strafgesetzgebung in Betreff der einzelnen Strafvergehen.*

Am Ende der hier in Rede stehenden Periode, d. h. mit der Vollendung der offiziellen Dekretalensammlungen hat die Entwicklung des kirchlichen Strafrechts insofern ihren Abschluss gefunden, als durch dieselben eine feste gemeinrechtliche Grundlage hergestellt worden ist, auf welcher der spätere und auch noch der heutige geltende Rechtszustand ruht.

Zur Gewinnung eines tieferen Einblickes in den Gang der Entwicklung und eines sicheren Urtheils über den Charakter des kirchlichen Strafrechtes erscheint es geboten, näher, als dies für die früheren Perioden[1] erforderlich war, auf die Thätigkeit der kirchlichen Strafgesetzgebung seit der karolingischen Zeit bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts einzugehen. Denn es kommt für diesen Zweck nicht nur darauf an, festzustellen, welche Handlungen die Kirche als Strafvergehen qualifizirt, sondern auch darauf, mit welchen von ihnen sich die Gesetzgebung am eingehendsten beschäftigt, endlich weiter darauf, welches der verschiedenen Gesetzgebungsorgane vorwiegend das eine oder andere Vergehen berücksichtigt hat[2].

Selbstverständlich werden ebenso wie früher auch in dieser Zeit unter den strafbaren Handlungen diejenigen, welche sich auf die Grundtypen der drei alten schweren Sünden, den Abfall vom Glauben, die Fleischessünden und die Tödtung zurückführen lassen[3], wiederholt in den kirchlichen Strafverordnungen der Regelung unterzogen.

Von den Vergehen der erstgedachten Art wird die Ketzerei, sowie jede Art der Theilnahme an der letzteren und die Begünstigung derselben und der Ketzer erst wieder[4] seit dem 11. Jahrhundert durch die Legatenkonzilien, zunächst blos mit der früheren Strafe der Exkommunikation[5], aber schon im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts durch die Päpste, insbesondere die päpstlichen und allgemeinen Synoden, je nach der Verschiedenheit der Fälle mit einer ganzen Reihe weiterer Strafen, nämlich der Vermögenskonfiskation[6], der Strafe ewigen Gefängnisses[7], der Infamie[8],

dieses Rechtes den Patriarchen und Erzbischöfen nur innerhalb ihrer Diöcese oder wenn sie bei der fremden Kirche anwesend sind und der Diöcesanbischof zustimmt, vgl. Bd. II S. 16.

[1] Bd. IV. S. 743 ff. 830 ff.

[2] Absolute Vollständigkeit lässt sich bei dem weitschichtigen und zerstreuten Material nicht erreichen. Es kommt auch nur darauf an, dasselbe in solchem Umfange heranzuziehen, dass sich sichere Schlüsse daraus ziehen lassen.

[3] Bd. IV. S. 746. 830.

[4] Bd. IV. S. 844. Für die karolingische Zeit s. Nicäa 787 c. 9, M. 13, 751, welches nur die Verheimlichung von Schriften gegen die Bilder bei Geistlichen der höheren Weihen mit der Absetzung, bei Mönchen und Laien mit der Exkommunikation ahndet; Pavia 850 c. 21, Bor. Kr. 2, 122 (congrua disciplina gegen herumirrende Geistliche, welche Irrthümer im Volk verbreiten).

[5] Toulouse 1056 c. 3, M. 19, 849.

Gratian hat in sein Dekret (s. namentlich C. XXIII. und XXIV.) nur älteres Material, vor Allem Stellen von Augustin und Gregor I., auch einzelne pseudoisidorische Stücke, vgl. auch c. 118 (Felix III.) Dist. IV. de consecr., aufgenommen. Dasselbe gilt von den sich speziell auf die Ketzereien von Geistlichen beziehenden Stellen, welche er beibringt, s. c. 17 (Martin v. Braga) Dist. XXX; c. 32 (Ancyra) Dist. L.

[6] S. 39 n. 7 (vgl. auch a. a. O. n. 5) u. Lucius III. 1184 zu Verona c. 9 X de heret. V. 7 (gegen Geistliche zu Gunsten ihrer Kirchen).

[7] S. 41 n. 7 u. 8; Gregor IX. 1231 (Potth. n. 8753, Boehmer acta sel. 2, 665; Innocenz IV. Noverit 1254 §. 2 u. Nikolaus IV. 1278 Noverit §. 2, bull. Taur. 3, 589 u. 4, 47.

[8] S. 43 n. 1; const. Gregor. IX. 1231 (Potth.

mit dem Verluste von weltlichen Ämtern[1], einschliesslich der Herrscherrechte, also auch bei Fürsten mit der Absetzung[2], mit dem Verlust von Lehnen und von Ländern[3], des Rechtes auf Handelsverkehr[4], des Bischofssitzes[5], sowie mit der Unfähigkeit nicht nur zu kirchlichen, sondern auch zu weltlichen Ämtern[6] und mit der Entbindung der Unterthanen vom Treueid[7], für Geistliche mit der Degradation[8], bez. auch der Deposition[9] unter gleichzeitiger Verpflichtung der weltlichen Fürsten zur Verfolgung und zur weltlichen Bestrafung der Ketzer[10] bedroht[11]. Ja, seit dem 12. und während des 13. Jahrhunderts hat der Erlass von Strafgesetzen gegen die Ketzer, sowie die Aufstellung besonderer Vorschriften und die Schaffung eigener Einrichtungen zur Durchführung dieser Anordnungen eine Hauptthätigkeit der gesetzgebenden Organe der Kirche, sowie eine Hauptsorge der Päpste[12] gebildet.

Dagegen wird der Apostasie, des Abfalles vom christlichen Glauben überhaupt, offenbar wegen eines mangelnden praktischen Bedürfnisses nur selten gedacht[13]. Erst im 13. und 14. Jahrhundert kommen einzelne päpstliche Bullen vor, welche mit Rücksicht auf die inzwischen entstandene päpstliche Inquisition die Verfolgung der zum Judenthum und Christenthum abfallenden Christen, namentlich getaufter Juden und Sarazenen in gleicher Weise, wie die der Ketzer anordnen[14], und im 14. Jahr-

n. 8753), Boehmer acta select. 2, 665 und Nicolaus IV. const. Noverit cit. §. 4, neben welcher noch als weitere Folgen Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern, zum Wählen für solche, Intestabilität, Verlust der testamenti factio und des Erbfolgerechtes §. 5 ff. hervorgehoben werden.

1 S. 47 n. 3 u. 4; const. Gregor IX. 1231 cit.

2 S. 47 n. 4.

3 S. a. a. O.

4 S. 48 n. 2.

5 S. 34 n. 2.

6 S. 49 n. 4; const. Nicolai IV. cit. §. 5. Nach Innoc. IV: Ad exstirpanda 1252 §. 9 u. Cum in 1254, bull. cit. 3, 556. 558, Alex. IV. 1255 §. 4 ff., ibid. p. 611, auch Zerstörung des Hauses, in welchem Ketzer gefunden werden, sowie Infamie und Geldstrafe für den Eigenthümer des Hauses zu Gunsten der Kommune bei Vermeidung ewigen Kerkers.

7 S. 48 n. 12.

8 S. 60 n. 3; c. 13 (Lateran. IV. 1215) § 1, X de haer. V. 7; const. Gregor IX. cit. u. const. Nicol. IV. cit. §. 1.

9 c. 13 cit. §. 5; Nicol. IV. const. cit §. 13. Vgl. über die Anwendung dieser verschiedenen Strafen auch §§. 286 und 297.

10 S. unten §. 286.

11 Vgl. die Lateransynoden III. 1179 c. 27, M. 22, 232 und IV. 1215 (c. 13 X cit. V. 7); die päpstlichen von Toulouse 1119 c. 3, M. 21, 226; Tours 1163 c. 4, p. 1177 und Verona 1184, c. 9 X cit. V. 7; die Legatenkonzilien Montpellier 1195, M. 22, 668, Avignon 1209 c. 1 ff., p. 785, von Toulouse 1219 c. 1 u. 1229 c. 1 ff. c. 15 bis 17, M. 22, 1135 u. 23, 194, Mainz 1233 c. 1—3, Mone, Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1852. 3, 135; Beziers 1233 c. 1 ff., M. 23, 270; Tarragona 1242, p. 553, Monteil-Valence 1248 c. 9 bis 11, p. 773, endlich auch die auf diesen fussenden Provinzialkonzilien Arles 1234 c. 4 ff., p. 337; Trier 1238 c. 31, p. 483, Mainz 1261 c. 1, p. 1079; Mailand 1287 c. 10. 11, M. 24, 875; Tarragona 1292 c. 8. 9, p. 1109; Beziers 1299 c. 1. 3, p. 1215; Trier 1310 c. 50, 51, M. 25, 261 (betreffend die Begarden); Mainz 1310, p. 334; Bergamo 1311 c. 1, p. 479; Tarragona 1317 c. 1 u. 1329 c. 41, p. 627 u. 855; Benevent 1331 c. 65, p. 971; Paris 1347 c. 14, M. 26, 20; Benevent 1378 c. 1, p. 620; Prag 1381 c. 2, p. 692, von Synoden mehrerer Provinzen Narbonne n. 1235 c. 1 ff., M. 23, 355 und Albi 1254 c. 1 ff., von Diöcesansynoden S. Pölten 1284, M. 24, 510. Partikularrechtlich kommt als Strafe auch Brandmarkung S. 43 n. 3 vor. Die dauernde Freiheitsberaubung wird als *immuratio*, Albi 1254 cit. c. 24 bezeichnet, ein Ausdruck, welcher demnächst in der Inquisitionspraxis der übliche geworden ist, Bernardus Guidonis practica inquisitionis ed. Douais. Paris 1886 I. n. 16. 17, p. 14. 15; III. n. 22 p. 119; Limborch sent. Tholosanae p. 201, als Anhang zu dessen histor. inquisitionis. Amsterdam 1692.

12 S. die vor. Anm.; die Titel de hereticis in X lib. V. 7 c. 8 ff.; in VI. lib. V. 2 und in Clem. V. 3; const. Nicolai IV. Noverit cit., die Aufnahme der Exkommunikation der Ketzer in die bulla: In coena Domini, s. Gregor XI. const. Excommunicamus v. 1372, bull. Taur. 4, 539 und unten §. 286.

13 Szaboles 1092 c. 9, M. 20, 761 (Ausweisung gegen die Ismaheliten genannten Kaufleute, welche nach der Taufe wieder vom Christenthum abfallen).

14 c. 13 (Bonifaz VIII.) in VI. de heret. V. 2, s. weiter unten in der Lehre von der persönlichen Zuständigkeit der päpstlichen Inquisitionsgerichte (§. 293). Während Gratian nur c. 24 C. II qu. 7 den rückfällige getaufte Juden betreffenden c. 64 Tolet. IV. 633 neben verschiedenen Stellen der Väter reproduzirt, setzt für das gemeine Recht zunächst Lateran. IV. 1215 c. 70, M. 22, 1058 (c. 4 X de apost. V. 9) gegen getaufte Juden, welche die jüdischen Riten beibehalten, arbi-

hundert wird eine Art der Apostasie, nämlich das Anbeten der Dämonen, das Darbringen von Opfern für diese, das Beschwören derselben und das Eingehen von Bündnissen mit ihnen päpstlicherseits unter Strafe gestellt [1]. Dagegen finden sich schon in karolingischer Zeit [2], und auch noch später in einzelnen Ländern [3] Verbote gegen die Beobachtung heidnischer Gebräuche. Ferner gehören hierher eine Reihe von Strafvorschriften, welche seit den Zeiten der Kreuzzüge und des dadurch vermehrten Verkehrs mit dem Morgenlande gegen die Unterstützung der Sarazenen [4] und gegen den Verkehr mit denselben [5], erlassen sind, während Verbote hinsichtlich des Umganges mit Juden sowie auch mit Sarazenen zwar vereinzelt schon früher [6], häufiger und namentlich gemeinrechtlich [7] aber erst seit der gedachten Zeit [8] vorkommen [9].

tären Strafzwang und erst Bonifaz VIII. c. 13 in VI. de heret. V. 2 gegen Christen, welche zum jüdischen Ritus übergehen oder zurückkehren, dieselben Strafen, wie gegen die Ketzer, fest.

1 Const. Joann. XXII: Super illius v. 1326, bull. Taur. 4, 315 (exc. l. s. und bei Hartnäckigkeit ausser der Güterkonfiskation alle Strafen der Ketzer).

2 Rom 743 c. 9, M. 12, 384 (c. 14 C. XXVI. qu. 7, Anathem); Theodulf v. Orleans u. 797 c. 38 (Ausschluss auf 5 Jahre), M. 14, 960, S. 10 n. 11.

3 So für England Enham 1009 c. 4 (arbiträrer Strafzwang oder Ausweisung) M. 19, 306; für Ungarn Szaboles 1092 c. 22 (arbiträre Strafe) M. 20, 772 und Gran 1114 c. 7, (40tägiges Fasten, minores 7 Hiebe) M. 21, 101, nachdem hier schon früher, const. eccles. Andreae reg. u. 1048 c. 1, M. 19, 631, staatlicherseits das Heidenthum bei Todesstrafe und Vermögenskonfiskation verboten worden war.

4 Lieferung von Waffen, Schiffsgeräth an dieselben und Führung ihrer Schiffe, Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 230 in c. 6 X de iud. V. 6 (Exkommunikation und Verknechtung, wiederholt Montpellier 1195, M. 22, 668, Lerida 1229, M. 22, 1094 c. 20), erneuert durch das allgemeine Konzil v. Lyon 1245 c. 17, M. 23, 631 (und Valence 1268 p. 1057); c. 1 (Clemens V.) de Judaeis V. 2 (dem Papst vorbehaltene Exk. ipso facto, Verknechtung und Infamie); c. un. (1317) in Extr. Joann. XXII. tit. 8 (dasselbe); Leg. K. Valladolid 1322 c. 21, M. 25, 110 (Lieferung von Lebensmitteln, exc. l. s.). Das Verbrechen hat dann auch Aufnahme in die Bulle: In coena domini gefunden, s. const. Urbani V: Apostolatus v. 1363 § 2. u. Gregor XI.: Excommunicamus v. 1372 §. 4, bull. Taur. 4, 520. 540. Breslau 1248 §. 20, de Montbach, stat. synod. eccles. Wratislav. p. 310 exkommunicirt alle Christen einschliesslich der Fürsten, welche die Hülfe von Heiden gegen Christen anrufen, ihnen Sold geben oder von ihnen annehmen, sich mit ihnen verbünden und ihnen Waffen auf irgend eine Weise, namentlich durch Verkauf oder Schenkung, zukommen lassen.

5 Dienen christlicher mancipia als Ammen oder Gesinde bei Sarazenen und Juden, Later. III. 1179 c. 26, M. 22, 231 in c. 5 X de iud. V. 6 (Exk., wiederholt Montpellier 1195, M. 22, 669, Legatenkonzil Tarragona 1239 c. 4, M. 23, 513, Avignon 1279 c. 6, M. 24, 237; Poitiers 1280 c. 6, p. 384; S. Pölten 1284, p. 510 (öffentliche Verkündung der Exk.); Tarragona 1329 c. 33, M. 25, 850;) Cohabitation von Christinnen mit Sarazenen und Juden (Busse und Ausschluss v. kirchlichen Begräbniss), Tarragona cit.; Verkauf von Christen an Sarazenen (dem Papst vorbehalhaltene exc. ipso iure) Syn. Stat. Lerida Ende des 13. Jahrh. c. 32, M. 23, 937. Vgl. auch Clem. III. 1191—98, J. L. n. 17646, c. 8 Comp. II. lib. III. 17.

6 So des Verkaufes von Sklaven an Juden, sowie der Verheirathung von Christinnen durch die Gewalthaber an Juden und der Eheschliessung christlicher Wittwen mit solchen (Anathem) Rom 743 c. 10, M. 12, 384; des Essens und Zusammenwohnens mit ihnen (7tägige Busse, ev. Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, s. S. 14 n. 3, beim inferior 100 Hiebe), Coyaca 1050 c. 6, M. 19, 788.

7 S. Anm. 4 u. 5; Verbot der Übertragung amtlicher Gewalten an Juden und Heiden, arbiträrer Strafzwang durch das Provinzialkonzil (nach Leg. K. Valladolid 1322 c. 21, M. 25, 719, exc. ipso facto) und der Bevorzugung der von Juden vorgeschlagenen jüdischen Zeugen vor den christlichen bei Prozessen gegen Christen (Exk.), Lateran. IV. 1215 c. 69, M. 22, 1058 (c. 16 X de iudaeis V. 6 u. c. 21 X de test. II. 20). Andererseits bedroht aber Lateran. III. 1179 c. 26, M. 22, 231, c. 6 X de iud. V. 6 Fürsten, welche gestatten, dass bekehrten Juden ihre Besitzungen, ihr Vermögen und ihre Erbschaften entzogen werden, mit dem Banne. Schon Alexander II. 1063, J. L. n. 4528, hat M. 19, 904, c. 11 C. XXIII qu. 8, sich gegen ihre Tödtung ausgesprochen, und 1367 Urban V. in der const. sicuti iudaei die Verwundung, Misshandlung, Tödtung, Beraubung und Bedrückung solcher Juden, welche nicht gegen den christlichen Glauben intriguiren, und die Beeinträchtigung ihrer Friedhöfe mit der Exkommunikation oder mit Entziehung der Ämter bedroht, bull. Taur. 4, 521.

8 Abgesehen davon, dass Gratian Trullanum 692 c. 11 in c. 13 C. XXVIII qu. 1 (Verbot des intimen Verkehrs mit Juden, Kleriker Absetzung, Laien Exk.) wiedergiebt.

9 Fornikation von Juden mit Christinnen Salisbury 1256, M. 23, 912 (namentliche Exk.); Wien 1267 c. 17, p. 1175 (Peitschung und Aus-

Gegen die sich als theilweise Verletzung des christlichen Glaubens darstellenden Vergehen der **Bethätigung des Aberglaubens**, der **Wahrsagerei**, der **Zauberei** und der **Giftmischerei** ist in dieser Periode zunächst von Neuem die römische [1] und die karolingische Kirche [2], später auch wiederholt die kirchliche Partikular- [3], nicht aber die allgemeine Gesetzgebung eingeschritten, vielmehr haben sie nur dadurch, dass eine Anzahl sie betreffender älterer Kanonen in das Dekret [4] und einzelne einschlägige Stellen in die Sammlung Gregors IX. aufgenommen worden sind [5], den Charakter als gemeinrechtlich verbotener Vergehen erhalten [6].

weisung der Christin); Leg. K. Valladolid 1322 c. 7, M. 25, 702 (öffentliches Halten ungläubiger, also jüdischer und maurischer Konkubinen durch Geistliche, Verlust der Benefizien ipso facto und Unfähigkeit zur Erlangung solcher, Nichtbenefiziaten die zuletzt gedachte Strafe, bez. Unfähigkeit zum Empfang der höheren Weihen, nach zweijähriger Hartnäckigkeit Gefängniss und weitere arbiträre Strafen); — Ammen- und Gesinde-Dienst in den Häusern der Juden Narbonne 1227 c. 2, M. 23, 21; Worcester 1229 c. 17, p. 187 (Exk.); Beziers 1246 c. 38, p. 701; Wien 1267 cit. c. 16; Salamanca 1335 c. 12, M. 25, 1005 (exc. l. c.); Speisen mit Juden, Theilnahme an ihren Hochzeiten und anderen Festlichkeiten, sowie Ankauf von Fleisch und anderen Speisen von ihnen Wien 1267 cit. c. 18; Leg. K. Valladolid 1322 c. 21, M. 25, 718 (auch in Betreff der Sarazenen); Tarragona 1329 c. 75, p. 873 (exc. ipso facto); Gebrauch jüdischer, bez. maurischer Ärzte Beziers 1246 cit. c. 42; Albi 1254 c. 69, M. 23, 852 (Exk.); Salamanca 1335 c. 12, M. 25, 1055 (arceatur ab introitu ecclesiae et a communione fidelium, also Personal-Interdikt); Avignon 1337 c. 69, p. 1105 (arbiträre Strafe); Annahme von Geld seitens der Juden behufs Deposition in der Kirche Worcester 1229 cit. c. 17 (Exk.); Handeltreiben und Verkehrpflegen mit Juden Narbonne 1227 c. 2 cit. (Exk.); Vermiethung und Verkauf von Häusern an Juden Ravenna 1317 c. 14, M. 25, 612 (exc. ipso facto); Salamanca 1335 c. 12, p. 1055 (ebenso); Hinderung der Austreibung der Ungläubigen während des Gottesdienstes aus den Kirchen und Einführung derselben zu den nächtlichen Vigilien Leg. K. Valladolid cit. c. 8 (exc. ipso facto); Nichtdurchführung der die Juden beschränkenden Vorschriften seitens der Fürsten Mainz 1258, M. 23, 1000 (Lokal-Interdikt); Wien 1267 cit. c. 19 (Untersagung des Eintritts in die Kirche und Ausschluss von der Theilnahme am Gottesdienst).

1 Rom 743 c. 9, M. 12, 384 (c. 13 C XXII qu. 7 Anathem). Über die frühere Zeit s. Bd. IV. S. 830 n. 7.

2 Stat. Rhispac. 799—800, S. 41 n. 1, Paris 829 lib. III. c. 2, M. 14, 595 (Liebestränke, Zauberei, Wettermachen, Beschwörungen unter Bezugnahme auf Ancyra c. 24 fünfjährige Busse); Pavia 850 c. 23, Bor. Kr. 2, 122 (ars magica, acerrima poenitentia, S. 86 n. 1); Tribur 895 c. 50, M. 18, 155, Tödtung durch Gift und Kräutertrunk, doppelte Busse des Mordes); Cap. 806—13 c. 1, Bor. 1, 142 (Hingabe des Chrisma zur Zauberei, Priester und Diakon Absetzung, andere Kleriker Prügel und Karzer, Laien nur weltliche Strafe des Handabhauens); cap. Aquisgr. I. 809 c. 10 und cap. missor. 809 c. 21 p. 149 150 (Priester, Absetzung).

3 Seligenstadt 1023 c. 6, Bresslau, Heinrich II. 3, 350 (Priester, welche das corporale zur Löschung einer Feuersbrunst in das Feuer werfen, Anathem); Normännisches Konz. u. 950 c. 6, M. 18, 433 („de magicis artibus aruspicum cunctorumque incantatorum seu histrionum penitus delendis"); Enham 1009 c. 4, M. 19, 306 (incantatores, magi, phytonici, venefici, arbiträre Bestrafung oder Ausweisung) Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (malefici Exk.); Compostella 1056 c. 5, M. 19, 857. 858 (auguria, et incantationes et lunae prosemina, Anathem); London 1075, M. 20, 452 (sortes, aruspicia, divinationes vel aliqua huiusmodi opera diaboli, Exk.); Szaboles 1092 c. 34, p. 777 (strigae, arbiträre Strafe); Leg. K. London 1125 c. 15, M. 21, 332 (sortilegi, arioli et auguria quaeque sectantes eisque consentientes, Exk. u. Infamie); Rouen 1190 c. 29, K. 22, 586 (venefici, sortiarii, Exk.), London 1200 c. 7, p. 717 (jährliche Exk. der sortiarii); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 33, M. 22, 1117 (sortiarii, auxilium daemonum invocantes, sacramentis et sacramentalibus abutentes; Exk.) u. c. 58 ibid., p. 1125 (sortilegia u. maleficia in nuptiis, Exk.); schottisches Konz. 1225 c. 50, p. 1234 (öffentliche Exk. der sortilegi et venefici); Canterbury 1236 c. 23 p. 423 (ebenso); Arles 1234 c. 15, M. 23, 340 (ebenso betreffs der divini et sortilegi et omnes eorum divinationem vel sortilegium scienter accedentes); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (der sortiarii); Leg. K. Valladolid 1322 c. 24, M. 25, 721 (sortilegi, malefici, incantatores, divinatores und diejenigen, welche sie befragen, exc. l. s.); Salamanca 1335 c. 15, p. 1056 (im wesentlichen ebenso); Benevent 1378 c. 5, M. 26, 621 (exc. l. s. und öffentl. Verkündung derselben).

4 S. C. XXVI qu. 1—4, namentlich qu. 5. 7. 13. 14.

5 c. 1 (poenit. Theodor.) u. c. 2 (Alex. III.) X de sortileg. V. 21.

6 In Anhalt daran verordnen die späteren Partikularkonzilien seit dem 13. Jahrh., wie schon einzelne ältere, die wiederholte öffentliche und feierliche Exkommunikation, so Canterbury 1236, M. 23, 423 der sortiarii u. s. w., wie bei Richard v. Salisbury (s. Anm. 3); Ferns 1240 o. 1241, p. 520 der venefici, veneficae et magicis incantationibus utentes (ebenso Durham 1255, p. 903); Beziers 1246 c. 33, p. 699 der sortilegi, divini; Lemans 1247, p. 749 der sortilegia de sacramentis ecclesiae facientes; Mainz 1261 c. 30, p. 1091 der sortilegi. Die sortilegia bei der Ehe verbieten

Ebensowenig hat sich die kirchliche Gesetzgebung bis zum Ende des 13. Jahrhunderts mit allgemeinen Strafbestimmungen über das gleichfalls in diesen Zusammenhang gehörige Vergehen des Schismas befasst[1], und erst eine in einem Spezialfall[2] erlassene Dekretale Bonifaz' VIII., welche ihre Anordnungen auch auf ähnliche Fälle ausgedehnt wissen will[3], hat durch ihre Einverleibung in den liber Sextus die Bedeutung eines allgemeinen Gesetzes erlangt[4].

Weiter ist endlich in diesem Zusammenhang das Verbrechen der Simonie zu behandeln, denn wenn auch dasselbe hauptsächlich von Geistlichen verübt werden kann, so ist doch principiell eine Begehung durch Laien und eine Betheiligung solcher an demselben nicht ausgeschlossen.

Das nach Simon Magus[5] benannte Vergehen, welches als direkte Versündigung gegen den h. Geist wegen des darin liegenden Versuches, sich denselben dienstbar zu machen, betrachtet wurde[6], war durch die römische Kaisergesetzgebung dem Majestätsverbrechen gleichgestellt[7], ist aber schon seit dem 6. Jahrhundert als Ketzerei bezeichnet worden[8]. In der früheren Zeit, also im römischen, sowie im merovingischen und westgothischen Reich, erscheint es als die Ertheilung und der

insbesondere und zwar bei Strafe der Exk. Lemans 1247, p. 749; Valence 1255, p. 890; Clermont 1268, p. 1200; Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 357; Nogaret 1290 c. 4, p. 1068; Grado 1296 c. 23, p. 1169 (sortilegi, herbarii, malefici generelle Exk., für verheirathete Männer und Frauen, qui praetexto captandi vel observandi amoris quaecumque maleficia faciunt, Anathem); abweichende Straffestsetzungen haben darüber Worcester 1240 c. 15, S. 15 n. 8 a. E. u. Tours 1236 c. 9, S. 43 n. 5. Trier 1310 c. 84, M. 25, 269 für Wahrsagen aus den Sternzeichen der Geburt und Beobachtung dieser Wahrsagungen für den Hausbau und die Eheschliessung, interd. ingressus ecclesiae et sacramentorum, event. auch exc.

Speziell den Handel mit Gift und den Giftmord betreffen Riez 1285 c. 13. 14, M. 24, 580 (Apotheker, welche Gift ohne Anzeige an die weltliche Obrigkeit verkaufen oder weggeben, sowie diejenigen, welche es zum Giftmord von ihnen erwerben oder einen solchen begehen, endlich diejenigen, welche Rath dazu ertheilen, dem Papst vorbehaltene exc. ipso facto, für den clericus beneficiatus Degradation u. Auslieferung an den weltlichen Richter); L'Isle-Arles 1288 c. 14, p. 961 (Vergiftung oder Verkauf oder Überlassung von Gift zum Morde oder Verheimlichung solcher Anschläge, exc. ipso facto, bei verweigerter Satisfaktion Descendenten bis zur 4. Generation unfähig zu kirchlichen Ämtern, kirchlichen und weltlichen Würden, Kleriker privatio beneficii ipso facto, Degradation und Auslieferung an die weltliche Obrigkeit); Avignon 1326 c. 17. 18. 25. 754 (im wesentlichen Wiederholung der citirten Konzilien).

[1] Daher bringt Gratian auch nur Stellen von Kirchenvätern (so vor Allem von Cyprian) und von älteren Päpsten wie Leo I. und Pelagius I. (vgl. c. 21. 23. 24. 27. 31. 33. 34 C. XXIV qu. 3; c. 25. 42. 43 C. XXIII qu. 1; c. 5. 7. 9 C. VII qu. 1; c. 70. 112 C. I qu. 1), welche das Schisma als die Lostrennung vom rechtmässigen Bischof auffassen. Als seit dem 11. Jahrhundert wiederholt Spaltungen in der Kirche durch die Aufstellung von Gegenpäpsten und zwiespaltige Papstwahlen entstanden, hat man sich mit der Festsetzung von Massnahmen für die einzelnen Fälle hinsichtlich der schismatischen Geistlichen begnügt, Bd. I. S. 47 n. 7 u. S. 83 c. 1; c. 1. 2 X de schismat. V. 8, und später ist anscheinend mit Rücksicht darauf, dass mit dem Schisma in vielen und gerade den schwersten Fällen für die Regel die Ketzerei konkurrirt, bei der detaillirten Ausbildung der Ketzergesetze (S. 157. 158) kein Bedürfniss zu allgemeinen, blos das Schisma betreffenden Anordnungen hervorgetreten.

[2] In seinem Streit mit den Colonna, Potthast reg. n. 24519; Raynald a. 1297 n. 35 ff.

[3] Im Auszug in c. un. in VI h. t. V. 3. (die Strafen sind im wesentlichen dieselben, wie für die Ketzerei).

[4] Die Rückgängigmachung der von Bonifaz VIII. gegen die Colonna verhängten Massnahmen durch Benedikt XI. 1303, c. un. in Extr. comm. V. 4, hat daran selbstverständlich nichts geändert.

[5] Act. apost. VIII. 18 ff.; can. 30 apostol.

[6] Wegen Matth. X. 8; s. auch Acta apost. cit.; c. 19 (Ambr.) C. I. qu. 1 und Braga II. 572 c. 3 in c. 22 C cit.

[7] L. 31 i. f. C. J. de episc. I. 3, auch in c. 4, C. XV qu. 3.

[8] Tours 567 c. 27: „nullus episcoporum de ordinationibus clericorum praemia praesumat exigere, quia non solum sacrilegium, sed et haereticum est, sicut in dogmatibus ecclesiasticis (d. h. von Gennadius v. Marseille saec. V) habetur insertum, non ordinandum clericum qui per ambitionen ad imaginem Simonis magi pecuniam offert sacerdoti; quia dicitur: Gratis accepistis, gratis date"; s. auch Toledo VI 638 c. 4 (simoniaca haeresis); c. 13. 28 (Gregor. I.) C. I qu. 1.

Empfang der Weihen [1] und einzelner kirchlicher Ämter [2], ferner als die Gewährung einzelner Sakramente und der bei denselben gebrauchten heiligen Öle [3], endlich auch des Begräbnisses [4] gegen Entgelt, unter welchem seit dem 6. Jahrhundert jeder weltliche Vortheil begriffen worden ist [5]. In der karolingischen Zeit hat man dasselbe [6] unter Festhaltung der Bezeichnung als Ketzerei [7] über die gedachten Fälle hinaus abgesehen von der Erweiterung der heiligen Handlungen, deren Spendung gegen Entgelt verboten worden ist [8], auch auf die simonistische Einwirkung bei Prälaten-, insbesondere Bischofswahlen [9], weiter auf eine derartige [10] Erwerbung von Kirchen durch die Priester (offenbar seitens der eigenthumsberechtigten Grundherren [11]) und

[1] c. 30 apost. cit. (Absetzung u. Exk.); Chalcedon 451 c. 2 in c. 8 C. I qu. 1 (Absetzung, für die Unterhändler, wenn Geistliche, ebenfalls, für Laien Exk.); Nov. Justin. 6 c. 1. 9 u. Nov. 123 c. 2 §. 1, Bd. IV. S. 793 n. 6 (vgl. auch Nov. 56: Verbot der Annahme gewisser Aufnahmegeschenke neu kreirter Kleriker, Absetzung); Orleans II. 533 c. 3. 4 (Absetzung); Orleans IV. 549 c. 10 (ebenso); Tours 567 c. 27 cit. (Exk. für Verkäufer und Käufer bis zur nächsten Synode); Braga II. 572 c. 3 (Anathem für beide) in c. 22 C. I qu. 1; Barcelona II. 599 c. 1 (ohne Strafandrohung); Toledo VI. 638 c. 4 (Exk. für den Ordinandus und für ihn u. den Ordinator Vermögenskonfiskation); Chalons 644 c. 16 (Verlust des simonistisch erworbenen Ordo); Toledo VIII. 653 c. 3 in c. 7 C I qu. 1 (Absetzung des simonistisch Geweihten und ewige Busse desselben im Kloster, diejenigen, welche Geschenke angenommen haben, Kleriker Absetzung, Laien ewiges Anathem); Braga III. 675 c. 7 (Absetzung des Ordinator u. des Geweihten); Trullanum 692 c. 22 (dasselbe); c. 6 (Gelasius I.) 28. 115—117. 120 (Gregor I.) C. I qu. 1; c. 3 (id.) C. VII qu. 1; Rom 595 c. 5, M. 9, 1226 in c. 4 C. I qu. 2 u. c. 1 X de simon. V. 3 verbietet auch den bei der Ordination betheiligten Geistlichen und Notaren für das Lesen der Schrift, so wie die Ausstellung der Urkunden etwas zu fordern.

[2] Chalc. 451 c. 2 cit. (Anstellung von Ökonomen, Kirchenanwälten, Kirchenhütern und anderen Kirchendienern).

[3] Elvira 306 c. 48 in c. 104 C. I qu. 1 (der Taufe, Absetzung); Braga II. 572 c. 4. 7 in c. 102. 103 (des Balsams an die einzelnen Kirchen für die Taufe, sowie der Taufe ohne Strafandrohung); Barcelona II. 599 c. 2 (des an die Priester für die Konfirmation zu vertheilenden Chrisma, ohne Strafandrohung); Toledo XI 675 c. 8 in 101 C. I qu. 1 der Taufe, der Konfirmation, des Chrisma, s. auch Bd. IV. S. 810 n. 5; Trullanum 692 c. 23 in c. 100 C. cit. (des Abendmahls, Absetzung); c. 99 (Gelasius I.) C cit. (der Taufe und Konfirmation, Absetzung).

[4] c. 12 (Gregor I.) u. c. 13 (Hieron.) C. XIII qu. 2.

[5] Gregor I. hom. in evang. I. 4. 4, Migne patrol. 76, 1092 u. in c. 114 C. I qu. 1 unterscheidet 3 Arten von Entgelt, das munus ab obsequio, d. h. die servitus indebite impensa, das munus a manu d. h. Geld und das munus a lingua, d. h. favor, Gunst, Empfehlung; s. auch c. 115. 117 (Gregor I.) C. I qu. 1.

[6] Über die Simonie bei der Ertheilung und dem Empfang der Weihen s. Pippin. cap. Vern. 755 c. 24, Bor. 1. 37 (als haeresis simoniaca ohne Strafandrohung verboten); Nicäa 787 c. 5, M. 13, 750 (Wiederholung von c. 30 apost. u. Chalcedon c. 2 cit.), Friaul 796 c. 1, M. 13, 845 (als haeresis simoniaca verboten); Admon. gen. Kar. 789 c. 21, Bor. 1, 55 (Verweisung auf Chalcedon cit.); Haito v. Basel 807—23 c. 12, B. 1, 362 (Exk., auch für die Theilnehmer); Cap. eccles. 818. 819 c. 16, B. 1, 278 (Absetzung des Ordinators und des Geweihten); Rom 826 c. 2, B. 1, 372 (Bezugnahme auf Chalcedon cit., wiederholt Rom 853 c. 2, M. 14, 1012); Paris 829 lib. I c. 11, M. 14, 544 (dasselbe); Aachen 836 I. c. 5, p. 675 (canonica disciplina); cap. Papiae 845—50 c. 4, Bor. Kr. 2, 81 (ohne Strafandrohung); Karol. Pist. 869 c. 6, LL. 1, 510 (als haeresis simoniaca bezeichnet) und bei der Spendung der heiligen Handlungen Ghaerbold v. Lüttich 802—10 c. 5, Bor. 1, 245 (der Taufe u. Kommunion, Absetzung); Hloth. I. cap. de reb. eccles. 825 c. 1, p. 332 (der Konsekration und Dedikation der Taufkirchen, Xenodochien und Oratorien, ohne Strafandrohung). Aachen 836 I. c. 5, M. 14, 675 (der Weihe von Kirchen, der Ertheilung von Chrisma, sowie der immutatio titulorum, d. h. der Änderung der Patrone der Kirchen, canonica disciplina); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 18, M. 14, 952 (der Taufe, des Begräbnisses, der Busse und des Abendmahls, Absetzung); Hinkmar v. Rheims cap. superadd. 857 c. 2, M. 15, 492 (des Begräbnisses).

[7] S. die vor. Anm. u. Anm. 9—11; Joann. VIII. ad Rostagn. 878, L. n. 3148, M. 17. 81.

[8] Der Busse, der Weihe der Kirchen und der immutatio titulorum, s. Anm. 6 a. E.

[9] Paris 829 lib. I. c. 11, M. 14, 544 (unter Hinweis auf die Bestrafung der haeresis simoniaca durch Chalcedon cit.); Meaux-Epernay 845/46 c. 43, M. 14, 824 u. LL. 1, 391 in c. 3 C. I qu. 7 (Ermahnung der Bischöfe, Könige, höheren Beamten u. s. w. dafür sorgen „ut nemo per simoniacam haeresim regiminis locum obtineat quacumque factione, calliditate, promissione seu commoditate aut datione per se aut per amissam personam“). Vgl. auch Bd. II. S. 524 n. 1.

[10] Attigny 822 c. 6, Bor. 1, 358: „ut heresis simoniaca ita caveatur, ut non solum propter munerum acceptionem sed neque consanguinitate familiaritatis aut cuiuslibet amicitiae aut obsequii causa deinceps ullus prebeat“.

[11] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 16, M. 13, 998 (Geben von Geld für eine Kirche an Geistliche

auf die Annahme neuer Professen in den Klöstern [1] ausgedehnt. Im 10. und im Anfang des 11. Jahrhunderts [2] gehen die wenigen Synoden [3], welche der Simonie erwähnen, noch nicht über diese Umgrenzung des Begriffs hinaus [4]. Dies geschieht erst, als seit Heinrich III. Papstthum und Kaiserthum im beiderseitigen Einverständniss die Reform der verweltlichten Geistlichkeit unternehmen [5], und nunmehr auch die bisher bei der Vergebung der Bisthümer übliche Entrichtung von Geschenken [6] als Simonie verpönt wird [7]. Hatte man schon in karolingischer Zeit mit Rücksicht auf die den Grundherren kraft ihres Eigenthums über ihre Kirchen geübten Verfügungsgewalt [8] den Verkauf der letzteren an die anzustellenden Geistlichen und den Kauf derselben durch diese verboten [9], weil sie die Kirchen nicht ohne Weihe erhalten und verwalten konnten [10], so lag derselbe Grund, nachdem man in Folge der herrschenden Reformtendenzen gegen die in früherer Zeit nicht anstössig gefundene Sitte, bei Gewährung von Ämtern und von Belehnungen Geschenke zu geben und anzunehmen [11],

oder Laien, um sie dem angestellten Priester zu entziehen, Absetzung oder langjährige Busse im Gefängniss, wiederholt Rudolf v. Bourges u. 850 c. 17, M. 14, 951); Rouen 9. Jahrh. c. 7 (im wesentlichen dasselbe, Absetzung, ebenso für Kauf einer erledigten Kirche, auch in c. 33 C. VII qu. 1); Haito v. Basel c. 12 cit., Bor. 1, 364 (als haeresis simoniaca bezeichnet das per munera ecclesiam occupare und mit Absetzung bedroht); Mainz 847 c. 12, Bor. Kr. 2, 179 (im wesentlichen wie Theodulf cit., Strafe: Absetzung, vgl. auch c. 2 X de sim. V. 3; wiederholt Mainz 888 c. 5, M. 18, 66) dagegen Mainz 852 c. 19, Bor. Kr. 2, 191 (Strafe wie bei Theodulf). — S. g. statuta Bonifacii Anhang saec. IX c. 7, M. 12, 384 (Verbot an die Laien, für die Übertragung ihrer Kirchen an Priester Geschenke zu fordern. Vgl. auch Bd. II S. 624 n. 2).

[1] Nicäa 787 c. 19, M. 13, 755 (Absetzung des Klostervorstehers).

[2] Vgl. A. Dresdener, Kultur u. Sittengesch. d. italien. Geistlichkeit im 10. u. 11. Jahrh. Breslau 1890. S. 32 ff., dessen Unterscheidung in betreff eines älteren und neueren Begriffs der Simonie ich aber nicht als richtig ankennen kann, s. übrigens auch Michael i. d. Zeitschr. für kath. Theologie 1891. 15, 333.

[3] S. auch Dresdener 48, zugleich darüber, dass dies keinen Beweis für die geringe Verbreitung der Simonie in der damaligen Zeit bildet.

[4] Hohenhaltheim 916 c. 28, LL. 2, 558. 559 (Erlangung der Weihen gegen Entgelt, auch der Bisthümer per ambitum, canonica districtio); Rom 981, M. 19, 77 (Verbot der entgeltlichen Weihen für alle Grade der Kleriker, Berufung auf can. 30 apost. cit. u. Chalcedon c. 2 cit.); Ravenna 997 c. 1, p. 219 (Verkauf der geweihten Hostie an Bischöfe bei ihrer Konsekration seitens der Subdiakonen und des Chrismas an die Erzbischöfe seitens der Bischöfe, Anathem); Poitiers 1000 c. 2, p. 268 (Nichts für Busse u. Firmelung ohne Strafandrohung); Ravenna 1014—16, p. 362 (Anathem für Verkauf des Chrismas u. der commendationes animarum, sowie für die von den Vätern verurtheilten simonistischen Handlungen). Auch die cap. Attos v. Varcelli (945—60) c. 24, p. 250 verbieten nur die Erhebung von Entgelt für das Begräbniss.

[5] Bd. II. S. 541.

[6] Bd. II S. 541 n. 2 u. 3; Bresslau, Konrad II. 1, 88. 89. 160; Dresdener S. 57 ff. 63 ff.; Bröcking, franz. Politik Leos IX. Stuttgart 1891 S. 22 ff.

[7] So die Synode Heinrichs III. zu Pavia 1046 Bd. III. S. 567 n. 6 u. S. 724 n. 6, welche die Erwerbung von Weihen und aller ministeria ecclesiastica gegen irgend welches Entgelt bei Strafe der Absetzung und des Anathems für die schuldigen verbietet; Synode Leos IX. zu Rheims 1049 c. 2, M. 19, 741 (das gleiche, nur statt der Strafe blos digna satisfactio erwähnt, gleichzeitig c. 5 Verbot, etwas für das Begräbniss, die Taufe, die Eucharistie und die visitatio infirmorum zu fordern; im Übrigen s. über Leo IX. noch Hefele Konz. Gesch. 4, 734. 746. 743); Leg. Konz. Toulouse 1056 c. 4, M. 19, 848 (Kauf von Bisthümern, Abteien und Priesterstellen durch Kleriker u. Mönche, Verkauf derselben durch Grafen und andere weltliche Gewalten, Exk.), ausserdem c. 1 (Bischöfe, die Weihen gegen Entgelt ertheilen, Absetzung) u. c. 3 (Verbot der Dedikation der Kirchen gegen Geld). Auch die Prov. Syn. Rouen 1048 c. 2, p. 752 verbietet freilich ohne Strafandrohung die Bestechung der Fürsten und ihrer Familiaren, um zu Bisthümern zu gelangen, ferner c. 6 die Weihe von Klerikern seitens des Bischofs gegen Geld und die Forderung von Geschenken seitens der Archidiakonen und bischöflichen Notare für die Ordination, endlich c. 14 bis 18 die Erhebung von Geld für das Chrisma, die Dedikation von Kirchen, für die Taufe und für die Busse bei Strafe der Absetzung, ebenso Compostella 1056 c. 2, p. 858 den Verkauf von Weihen, sowie von „sacra ministeria, oleum nec ulla de ordine ecclesiastico“ (ohne Strafandrohung).

[8] Bd. II S. 623 ff.

[9] S. S. 162 n. 11 u. Bd. II S. 624 n. 4.

[10] So schon Hinkmar v. Rheims cap. dat. presbyt. c. 5, M. 15, 496.

[11] Waitz, deutsche Verf. Gesch. 7, 293; Dresdener S. 40. 41.

empfindlicher geworden war[1], auch im Betreff der Bisthümer vor, welche damals noch als ein von den Fürsten, insbesondere auch vom deutschen König und Kaiser zu vergebender Komplex geistlicher Befugnisse und weltlicher Besitzungen und Rechte betrachtet wurden[2].

Als dann die kirchliche Reformpartei in Rom ihr Bestreben nicht nur auf die Beseitigung des Einflusses der weltlichen Gewalt, vor Allem des deutschen Kaiserthums auf die kirchlichen Angelegenheiten, sondern auch auf die Unterwerfung desselben unter das Papstthum richtet[3], wird nicht nur die früher schon hervorgetretene Anschauung geltend gemacht[4], dass, da das zum kirchlichen Amt gehörige Gut unzertrennlich mit demselben verbunden sei, und nicht ohne die Weihe erworben werden könne, der Kauf des kirchlichen Gutes sich immer zugleich als Kauf der Weihe darstelle[5], sondern man betrachtet jetzt auch die Vergebung der kirchlichen Ämter auf dem bisher üblichen Wege der Laieninvestitur ebenfalls als Simonie[6]. Wenngleich schon bald nach Beginn der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts einzelne der von Rom geleiteten Synoden möglicherweise den Begriff der Simonie auch auf die unentgeltliche Erwerbung durch die Laieninvestitur haben ausdehnen wollen[7], haben sich doch die folgenden Partikular-Konzilien diese Erweiterung nicht angeeignet[8], und ebensowenig halten die unter Gregor VII. zusammengetretenen päpstlichen Legaten- und anderen Synoden[9] an derselben fest, die ersteren vielleicht deshalb, weil

[1] Bd. II. S. 541.

[2] Bd. II. S. 523. 531. 536. 548. 546 n. 4. 584.

[3] Bd. II. S. 541.

[4] Vgl. S. 163 n. 10 und auch Rouen 1048 c. 2 cit., S. 163 n. 7.

[5] ep. Widonis ad archiep. Mediolan. (1031 — 1045) Mon. Germ. libell. de lite imp. 1, 5 in c. 7 C. I qu. 3; Petri Damiani ep. V. 13, Migne patr. 144, 364; Humberti cardinal. libri III adv. simoniacos III. 1 ff., Mon. Germ. libelli de lite imper. 1, 198 ff., s. auch Dresdener S. 42; Meyer v. Knonau, Heinrich IV. und Heinrich V. 1, 110.

[6] So findet Peter Damiani, opusc. XII contra clericos c. 1, l. c. 145, 464. 465 in dieser Erwerbung eine Simonie durch munus ab obsequio, nämlich durch die obedientia subiectionis, welche er für noch schlimmer erklärt als die durch Geld, weil sich der Geistliche dadurch dem Herrn gewissermassen als servus vendititius unterwerfe, vgl. dazu Meyer v. Knonau 1, 55 n. 3 u. 56, s. auch Bd. II S. 542 n. 1. 2 u. Dresdener S. 42.

[7] Rom 1059 c. 9, M. 19, 898: „ut per simoniacam haeresim nemo ordinetur vel promoveatur ad quodlibet ecclesiasticum beneficium „kann in der die Simonie nicht näher erläuternden Fassung, möglicherweise durch das vorhergehende c. 6, (c. 20 C. XVI qu. 7, Bd. II S. 542 n. 4) nach welchem ein Geistlicher weder umsonst noch gegen Entgelt von Laien Kirchen empfangen soll, seine nähere Bestimmtheit empfangen. Beide Kapitel wiederholt Rom 1063 c. 6. 8, M. 19, 1023. Weiter ordnen übrigens beide Synoden an, M. 19, 899, die letztere c. 2, p. 1023, c. 109 C. I qu. 1, dass die Nachsuchung und die Ertheilung der Weihe durch einen simonistischen Bischof auch ohne Simonie die Absetzung des Konsekrators und des Geweihten nach sich ziehen soll; ferner gehören noch hierher die beiden Legatenkonzilien v. Vienne u. Tours 1060, s. Bd. II a. a. O.

[8] Die beiden Konzilien von Rouen 1072 c. 13, M. 20, 38 und 1074 c. 1, p. 397 verbieten, das erstere blos den Verkauf und Kauf von Pfarrkirchen durch Laien, Geistliche und Mönche, das letztere den von Archidiakonaten, Dekanaten und Pfarrkirchen, sowie die Sitte eines Antrittsgeldes bei der Erwerbung von kirchlichen Ämtern.

Selbst die Mailänder Legatenkonstitutionen v. 1067, M. 19, 946. 947 bedrohen allein die Aufnahme von Mönchen gegen Geld, die entgeltliche Ordination von Klerikern, eine solche Konsekration von Kirchen, die entgeltliche Vertheilung des Chrisma, sowie die Forderung und Annahme von Geschenken durch Laien seitens der zu ordinirenden Kleriker mit dem Anathem, und auch das Legatenkonzil Gerona 1068 c. 1, p. 1070 verbietet, indem es ausdrücklich blos das pretium muneris vel obsequii saecularis erwähnt, ebenfalls nur den Kauf und Verkauf von Kirchen und kirchlichen honores durch Laien und Geistliche.

[9] So Rom 1074, s. Bd. II S. 543; Rom 1075, Jaffé mon. Gregor. p. 523. 524, Bd. II S. 544 n. 1. Während das Leg. Konz. Poitiers 1078 c. 4, p. 998 in Übereinstimmung damit nur die Annahme von Geschenken für die Weihen, die Benediktion von Kirchen und für andere Segnungen durch die Bischöfe verbietet, bedroht Rom 1078, c. 3, Jaffé mon. Greg. p. 333, c. 3, C. I qu. 3, s. auch Bd. II S. 548, ebenfalls blos die Bischöfe, welche Präbenden, Archidiakonate, Propsteien und andere kirchliche Ämter verkaufen, mit der Suspension, (indem es noch zugleich die Bd. II S. 548 n. 6 mitgetheilten Bestimmungen über die simonistischen Ordinationen trifft), endlich das Leg. Konz. Gerona 1078 c. 2, M. 20, 517 die entgeltliche Weihe oder Promotion von Klerikern und den

jene von einzelnen Mitgliedern der kurialen Reformpartei vertretene Ansicht noch nicht allgemein bekannt geworden war [1], Gregor VII. wahrscheinlicherweise deshalb, weil die besprochene Ausdehnung des Begriffs von der kurialen Reformpartei als Mittel zur Bekämpfung der Laieninvestitur benutzt worden, dasselbe aber, als der Papst seine direkten, die Investitur als solche betreffenden Vorschriften erlassen hatte [2], entbehrlich geworden war [3]. Von den weiteren, der Zeit des Investiturstreites angehörigen Synoden begründet allerdings die Viktors II. zu Benevent 1087 das Investiturverbot [4] gegen die Fürsten und Laien mit dem Hinweis auf die Simonie [5], aber die Konzilien Urbans II. halten ebenso wie die Gregors VII. an der Unterscheidung beider fest [6], und in denjenigen seiner Nachfolger am Ende des 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts [7] wird wohl das Investiturverbot erneuert, aber das Verbot der Simonie daneben nicht wiederholt [8]. Dagegen hat Urban II. insofern auf die um die Mitte des 11. Jahrhunderts geltend gemachten Anschauungen [9] zurückgegriffen, als er den Verkauf von kirchlichen Sachen und Gütern aus Habsucht und Gewinn, namentlich aber von Kirchen und Zehnten (Altären), als Simonie bezeichnet [10], andererseits aber dabei für den Begriff derselben die Gewährung eines Entgelts in dem längst festgestellten wei-

Verkauf von ecclesiastici honores mit Absetzung des Käufers und Exk. Auch das Prov. Konz. London 1075, p. 450 bezeichnet unter Berufung auf Gregor VII. lediglich den Verkauf und Kauf der höheren Weihen und Seelsorger-Ämter als Simonie.

[1] Was dagegen die S. 164 n. 8 citirten Legaten-Konstitutionen betrifft, so liegt die Erklärung wohl darin, dass für sie kein Bedürfniss zu der immerhin bedenklichen Ausdehnung vorlag.

[2] Bd. II. S. 544 ff.

[3] Es kann kein Zufall sein, dass gerade die römischen Synoden v. 1075 u. 1078, S. 164 n. 9 neben ihren citirten Vorschriften über die Simonie die Investiturverbote als selbstständige Anordnungen hinstellen und nicht unter den Begriff der Simonie begreifen, umsoweniger, als Gregor VII. 1079 reg. VI. 34, Jaffé p. 370 bei der Erörterung über die rechtmässige Nachfolge in einem Bisthum ausdrücklich zwischen den nullo interveniente munere, videl. a manu, ab obsequio et a lingua electi vel promoti, also den simonistisch beförderten (s. auch S. 162 n. 5) und denen, qui per saecularem potestatem ad hanc dignitatem pervenerint, videl. dono (also unentgeltliche Verleihung, Investitur) vel confirmatione unterscheidet, und auf der Synode 1080, Bd. II S. 549 wohl die Investiturverbote, aber nicht die Bestimmungen über die Simonie erneuert hat.

[4] Wiederholung von Rom 1080, Bd. II S. 549 n. 3 u. S. 550 n. 1.

[5] Petr. chron. Mont. Casin. III. 70, SS. 7, 752: „cum omnes vendentes et ementes 318 patres in Nicaeno conc.... excommunicaverunt dicentes: „Qui dat et recipit, anathema sit“.

[6] So unter Urban II. Melfi 1089, M. 20, 721 (c. 1, Versuch der Erlangung der bischöflichen und anderer Dignitäten und Offizien dato vel promisso vel pretio vel servitio ea intentione impensa vel precibus und Gewährung derselben, für beide Absetzung, ebenso beim Kauf und Verkauf der Archidiakonate, Archipresbyterate, Dekanate, Präposituren von Kirchen und Kanonikaten seitens des Bischofs, andererseits c. 8, s. Bd. II S. 550 n. 7), Piacenza 1095 p. 805 (c. 1—7 Bestimmungen über die simonistisch geweihten Geistlichen, c. 108 C I qu. 1, u. c. 13, Verbot von Gebühren bei Chrisma, Taufe und Begräbniss, andererseits Investitur-Verbot, s. a. a. O. n. 3); Clermont 1095 c. 8, p. 817 (c. 6 u. 8 Verbot des Kaufes von Präbenden, Altären und kirchlichen Benefizien und der Forderung von Begräbnissgebühren, andererseits c. 15—17, s. Bd. II S. 550 n. 4); Rom 1099 c. 1 ff., p. 961 (Wiederholung von c. 1—7 u. c. 13, hier c. 12, von Piacenza, c. 17 Verbot der Erhebung von Eintrittsgeldern seitens der Äbte von den Professen u. c. 18 der Erhebung von Leistungen, Handtüchern, Teppichen u. s. w. seitens der Erzbischöfe und Bischöfe für die Konsekration von Bischöfen und die Benediktion von Äbten, daneben auch Investiturverbot, c. 17 i. f., s. Bd. II S. 550 n. 5). In Übereinstimmung hiermit erklärt Urban II. 1089, Loewenfeld, ep. romanor. pontific. p. 62: „symoniacos eos dicimus, qui vel precio vel promissione vel precibus vel servicio eius gratia intencionis impenso ordines vel honores ecclesiasticos emisse noscuntur“.

[7] S. Bd. II S. 550. 551.

[8] Eine Reminiscenz an die früheren Anschauungen, s. folgende Anm., bietet allerdings die Äusserung Paschalis' II. über die Synode v. Bari Bd. II S. 550 n. 5.

[9] S. 164.

[10] Epist. 1088—99, J. L. n. 5743, M. 20, 660 in c. 8. 12 C I qu. 3 („quisquis res ecclesiasticas propter sua lucra vendit et emit, cum eodem Symone donum dei pecunia possidere existimat“; und päpstl. Konz. Nismes 1096 M. 20, 933 c. 1, Bd. II S. 438 n. 3. Ebenso bedroht das unter Paschalis II. gehaltene Legatenkonzil v. Poitiers 1100 c. 9, M. 20, 1123 den käuflichen Erwerb von Altären und Zehnten durch Kleriker und Mönche, welches ausserdem c. 2 das Fordern von Scheeren und Handtüchern für die Ertheilung der Tonsur, c. 13 von Handtüchern und ähnlichen Sachen bei

teren Sinne [1] als wesentlich voraussetzt [2]. Dabei ist die kirchliche Gesetzgebung des 12. Jahrh. stehen geblieben [3], und nunmehr werden die entgeltliche Verleihung und Erwerbung der Weihen, der Tonsur, der Kirchen und der verschiedenen Kirchenämter, weiter die entgeltliche Spendung der Sakramente und gewisser heiliger Handlungen, sowie auch die entgeltliche Überlassung und Vertheilung bestimmter heilbringender Sachen, wie des Chrismas, endlich die Aufnahme neuer Mitglieder in die Klöster und Orden von den päpstlichen [4], Legaten- [5], allgemeinen [6] und Partikular-Synoden [7] als

der Konsekration der Bischöfe und Benediktion der Äbte bei Strafe der Exk. verbietet.

1 S. 162 n. 5 u. S. 165 n. 3.

2 Urban II. ep. cit. erwähnt ausdrücklich des munus a lingua, ab obsequio und a manu, ebenso sprechen Nismes und Poitiers ausdrücklich von Kaufen und Verkaufen.

3 Insbesondere hat man die Laien-Investitur als solche nicht wieder unter die Simonie subsumirt, s. päpstl. Konz. Rheims 1119 c. 2, M. 21, 235, welches das Investiturverbot selbstständig gegenüber den Simonie-Verboten in c. 1. 4 aufstellt.

4 Toulouse 1119 c. 1. 9, M. 21, 226 (entgeltliche Ordination oder Promotion, Absetzung der simonistisch Beförderten, Verbot des Entgelts für das h. Öl, Chrisma und Begräbniss); Rheims 1119 c. 1. 4, p. 235 (Verkauf und Kauf von episcopatus, abbatiae, decanatus, archidiaconatus, presbyteratus, praeposituræ, praebendae, altaria, quaelibet ecclesiastica beneficia, promotiones, ordinationes, consecrationes, dedicationes ecclesiarum, clericalis tonsura, sedes in choro, quaelibet ecclesiastica officia, Absetzung für Käufer u. Verkäufer, event. Anathem, sowie Verbot des Entgelts für Taufe, Chrisma, h. Öl, Begräbniss, infirmorum visitatio und letzte Ölung); Clermont 1130 c. 1, p. 438 (simonistische Ordinationen und Beförderungen, namentlich zu Präbenden und honores ecclesiastici, Verlust des erlangten Offiziums und Amtes, Infamie); Rheims 1148 c. 16, p. 717 (nichts für Chrisma, h. Öl und Begräbniss); Tours 1163 c. 6, p. 1178 (c. 8 X de simon. V. 3, Geldforderung für Aufnahme der Mönche, jährlicher Verkauf der Priorate und Kaplaneien der Mönche u. Weltgeistlichen, Forderung von Bezahlung für die Übertragung der Leitung derselben, sowie für Begräbniss, Chrisma u. h. Öl), c. 5 ibid. (c. 3 X ne praelati V. 4, Bestellung von Priestern zur Leitung von Kirchen gegen jährliche Abgaben) u. c. 7 ibid. (c. 2 X eod. V. 4, Bestellung von Dekanen und Erzpriestern zur Vertretung der Bischöfe und Archidiakonen und zur Verwaltung der geistlichen Gerichtsbarkeit gegen jährliche Abgabe, Absetzung der so bestellten und gegen zuwiderhandelnde Bischöfe districtio canonica).

5 London 1125 c. 1—3, M. 21, 330 (Verbot simonistischer Ordinationen, der Gebührenforderung für Chrisma, h. Öl, Taufe, Busse, visitatio infirmorum oder letzte Ölung, Abendmahl und Begräbniss, der Forderung von Tapeten, Handtüchern u. ähnlicher Gegenstände bei der Konsekration der Bischöfe u. Äbte, sowie der Dedikation von Kirchen, alle Anordnungen ohne Strafandrohung); London 1138 c. 1. 3. 17 (nichts für Chrisma, Öl, Taufe, Busse, visitatio infirmorum, desponsatio mulierum, letzte Ölung, Abendmahl u. Begräbniss, Ex., ferner Wiederholung von London 1125 c. 3 cit. über die Konsekration der Bischöfe u. Benediktion der Äbte, endlich Vermiethung der Schulen durch die magistri scholarum an Andere, ecclesiastica vindicta); Dioklea 1199 c. 1, M. 22, 701 (Verkauf von Weihen und Benefizien durch den Bischof, Absetzung für immer für den Bischof und den Käufer).

6 Lateran. I. 1123 c. 1, M. 21, 282 (c. 10 C. I qu. 1, entgeltliche Ordinationen und Promotionen, Verlust des erworbenen Ordos u. Amtes); Lateran. II. 1139 c. 1. 2, p. 526 (c. 15 C. I qu. 3, S. 42 n. 2, Verkauf von Präbenden, Prioraten, Dekanaten, honores, kirchlichen Beförderungen, Sakramenten, Chrisma, h. Öl, Konsekration von Altären und Kirchen, Verlust der simonistisch erworbenen Weihen und Ämter, Infamie für beide Theile und den Vermittler), c. 24 ibid. (nichts für Chrisma, h. Öl u. Begräbniss); Lateran. III. 1179 c. 7, M. 22, 221 (c. 9 X de sim. V. 3, nichts für die Inthronisation und Einsetzung von Geistlichen, für Begräbniss, für Segnung der Brautleute und für andere Sakramente), c. 10 ibid. (c. 2 X de stat. monach. III. 35, nichts für Aufnahme von Mönchen, Amtsverlust, nach c. 2 X cit. aber nur Suspension für den Abt, für den Geber Fernhaltung von den höheren Weihen, entgeltliche Verleihung der Priorate u. Obedienzen, Amtsverlust für beide Theile); c. 15 ibid. (c. 1 X ne prael. V. 4, Bestellung von Dekanen gegen Entgelt und Ausübung der bischöflichen Gerichtsbarkeit durch dieselben gegen eine Abgabe, Absetzung für den Zahlenden u. für den Bischof Verlust des Verleihungsrechtes für den Dekanat); c. 18 (c. 1 X de magistr. V. 5, nichts für die Ertheilung der licentia docendi, Absetzung).

7 Gran 1114, M. c. 41 ff., M. 21, 107 (Verbot der Vereinbarung des Priesters über Oblationen für Messen, des Kaufes und des Verkaufes von Kirchen, sowie der Geldforderungen für Taufe und Begräbniss); London 1127 c. 1. 3, p. 355, (S. 34 n. 2, Verkauf und Kauf von Kirchen, kirchlichen Benefizien und Ehrenstellungen, Absetzung für Kleriker u. für Laien Exk. und Verlust ihres Rechtes an der Kirche oder an dem Benefizium; Geldforderung für Aufnahme von Mönchen, Kanonikern u. Nonnen); London 1175 c. 7—9, M. 22, 149 (Forderungen für Ordination, Chrisma, Taufe, letzte Ölung, Abendmahl und Dedikation von Kirchen, Anathem, ebenso für die entgeltliche Aufnahme von Mönchen, Kanonikern und Nonnen, Verlust des Patronatrechtes für entgeltliche Präsentation).

Simonie behandelt. Neu ist nur die Bedrohung einzelner Fälle derselben mit der Strafe der Infamie [1]. Ferner findet sich auch abgesehen von der näheren Spezialisirung der kirchlichen Ämter und Stellungen [2], der bei der Anstellung von Geistlichen in Frage kommenden Akte [3] und der Sakramente, heiligen Sachen und Handlungen [4], insofern eine Erweiterung des Thatbestandes, als jetzt auch den früheren Fällen die entgeltliche Ertheilung der Erlaubniss zu lehren [5] gleich behandelt, und weiter die Entrichtung von Geld oder Geldeswerth vor oder nach der Überlassung der kirchlichen Ämter oder der Vornahme der heiligen Handlungen dem Kaufe gleichgestellt wird [6].

Diese Gestalt der Entwicklung des Simonie-Verbotes bietet auch Gratian in seinem Dekrete dar, in welches er einen grossen Theil, sowohl des gemeinrechtlichen Materials seit dem allgemeinen Konzil von Chalcedon [7], wie auch des partikularrechtlichen aufgenommen hat [8]. Auch er stellt die Laien-Investitur nicht mehr mit der Simonie zusammen, behandelt dieselbe vielmehr gesondert von der letzteren [9].

Die Konzilien des 13. u. 14. Jahrh., sowohl die allgemeinen [10], wie die Legaten- [11]

[1] Clermont 1130 c. 1, S. 166 n. 4 u. Lateran. II. 1139 c. 1, S. 166 n. 7.

[2] Rheims 1119 c. 1, S. 166 n. 4; Tours 1163 c. 5. 7, s. a. a. O. u. Lateran. III. 1179 c. 15, S. 166 n. 6.

[3] Lateran. III. 1179 c. 7, S. 166 n. 6; London 1175 c. 9, S. 166 n. 7 a. E.

[4] So wird jetzt wiederholt auch einer derartigen Spendung der letzten Ölung und der Einsegnung der Brautleute s. S. 166 n. 4 ff., auch der Lesung von Messen gegen Oblationen s. Gran. 1114 c. 41 erwähnt.

[5] London 1138 c. 17, S. 166 n. 5. Lateran. III. 1179 c. 15, S. 166 n. 6. S. auch Bd. IV S. 500 n. 8.

[6] Lateran. II. 1139 c. 2, S. 166 n. 6. Ebenso wie schon unter Gregor VII. s. S. 164. 165, wird auch jetzt wieder die unentgeltliche Verleihung von Kirchen nicht als Simonie, sondern besonders unter Strafe gestellt, London 1125 c. 3, M. 21, 331 u. Lateran. II. 1139 c. 25, M. 22, 532.

[7] S. 166 n. 4.

[8] S. die in den Anmerkungen von S. 166 n. 4 ab und auch die an den hier aus Bd. II angeführten Stellen citirten Kanonen, vgl. noch c. 2. 4 (Nicäa 787) C. I qu. 7; c. 6. 99 (Gelasius I.) C. I qu. 1; c. 118 (Symmachus) C. cit. u. c. 1 (id.) C. I qu. 6; c. 2. 5. 13. 28. 114 ff. 120 (Gregor I.) C. I qu. 1; c. 10 (id.) C. I qu. 3; c. 2. 3 (id.) C. I qu. 6, c. 5 (Leo IV.) C. I qu. 7; c. 107. 109. 110 (Nicol. II.) C. I qu. 1; c. 9 (Alexander II.) C. I qu. 3; c. 106 (Chalons 813) c. 105 (Tribur 895?) C. I qu. 1, c. 9 (Basilius) c. 16 (Ambros.) c. 23 (Hieron.) C. I qu. 1; c. 11 (Beda) C. I qu. 3; c. 11. 22 (Tharasius v. Konstantinopel) C. I qu. 1; c. 1 (Humb. card. adv. simon. I. 4, M. G. libelli de lite 1, 108) C. cit.; c. 7 (Widon. ep. M. G. l. c. p. 6) C. I qu. 3, sowie c. 3. 12 C. I qu. 1 u. c. 1. 2. 3 C. I qu. 3, deren Quellen bisher nicht haben ermittelt werden können, welche aber wohl der zweiten Hälfte des 11. Jahrh. angehören.

[9] Nämlich in C. XVII qu. 7 und auch C. XII qu. 2, s. Bd. II S. 548 n. 6 u. S. 549 n. 2. 3.

[10] Lateran. IV. c. 22 (in c. 2 X de reliqn. III. 45, s. Bd. IV S. 265); c. 63, ibid. M. 22, 1051 (c. 39 X de sim. V. 3, Taxen für Konsekrationen der Bischöfe, Benediktion der Äbte und der Ordination der Kleriker, Annehmer und Geber als Simonisten zu bestrafen) c. 64 ibid. (c. 40 X eod., Aufnahmegeld für Nonnen, Mönche und Regularkanoniker, Geber und Forderer aus dem Kloster ausgeschlossen und in ein strengeres zu ewiger Busse) c. 65 ibid. (c. 41 X eod.; s. S. 38 n. 6); c. 66 ibid. (c. 42 X eod. Geistliche, welche für die Exequien und Einsegnung der Verlobten oder für Sakramentsspendung Geld fordern, Bestrafung durch die Bischöfe, andererseits aber auch Aufrechterhaltung der löblichen Gewohnheiten, d. h. in betreff freiwilliger Gaben der Gläubigen).

[11] Const. card. Gallon. 1208 c. 2, M. 22, 763 (nichts für Taufe, Begräbniss, Benediktion und Sakramente, keine Strafandrohung); Paris 1212 u. 1213 P. I c. 11, p. 822 (nichts für Jahresmessen; auch keine Verträge darüber mit Geistlichen u. Vermittlern derselben, damit nicht die Sakramente u. Sakramentalien verkauft werden, ohne Strafandrohung); c. 14 ibid. p. 833 (nicht Verkauf der Landdekanate auf Zeit oder für immer ausser den zu Tours u. im Lateran. III. festgesetzten Strafen, S. 166 n. 4 u. S. 166 n. 6, noch abiträre schwere Strafe durch die Prälaten), ibid. P. IV c. 12, p. 841 (Verbot der Simonie bei der Ordination, der Kollation der Benefizien, der Einsegnung der Nonnen, „in illicita servientium seu creditorum seu quorumcumque remuneratione in spiritualibus pro servitio temporali et in aliis variis articulis simoniae, salvis honestis et licitis consuetudinibus ecclesiarum“) c. 13 ibid. (nicht Begräbniss der in der Exkommunikation Verstorbenen und Absolution derselben gegen Geld) c. 14 ibid. (nichts für die Dispensation vom Aufgebot); Mainz 1225 c. 9. 10. 11, M. 23, 6 (Präsentation der Kleriker durch die Patrone unter Ausbedingung eines Antheils an den Zehnten und sonstigen kirchlichen Einnahmen, Exk. u. Interdikt über die Besitzung des Patrones, für die präsentirten Kleriker Verlust des Amtes und Unfähigkeit ein Benefizium zu erhalten bis zur päpstlichen Dispensation, Bischöfe und Archidiakonen, welche den

und die Partikular-Synoden [1] halten sich innerhalb der bisherigen Bahnen, nur, dass einzelne abgesehen von weiteren Spezialisirungen der in Frage kommenden Hand-

so präsentirten Klerikern die Seelsorge übertragen, Suspension vom Institutions- und Verleihungsrecht für immer, Einführung des Simonieeides für die Kleriker); Lerida 1229 c. 7, M. 22, 1091 (Nichts für Konsekration von Kirchen, Benediktion und Einsetzung der Äbte, Ordination der Kleriker, für die Exequien und Jahresmessen, sowie die Einsegnung der Brautleute, sonst susp. ab officio); Beziers 1233 c. 8, p. 272 (Bischöfe, welche Geistliche nicht ohne eidliche Zusicherung, die ersteren und ihre Nachfolger nicht wegen eines zu geringen Titels belästigen zu wollen, weihen, susp. ab ordine) c. 22 ibid., p. 276 (Laien, die sich und ihr Vermögen Klöstern übergeben, um kirchliche Benefizien zu erhalten, Verlust des erlangten Benefiziums und Verlust des Besetzungsrechtes für den betreffenden Fall für den Kollator); London 1237 c. 4, p. 449 (Geistliche, welche Entgelt für Beichte und Busse, sowie die anderen Sakramente fordern, remotio a beneficio et perpetua suspensio ab officio), c. 20, p. 457 (Archidiakonen, welche sich für die Unterlassung der Visitation und der Bestrafung Geld bezahlen und um Geld zu erpressen, ungerechte Urtheile fällen, doppelter Ersatz des Erpressten zu frommen Zwecken und ausserdem poena canonica); Bremen 1266, p. 1260 (Simonie bei der Verleihung von Benefizien, beide Theile Busse, event. Exk.); London 1268 c. 2, p. 1217 (Entgelt für Chrisma, Öl und Busse, Bischöfe und Archidiakonen, die in der Bestrafung nachlässig, erstere Suspension a pontificalibus letztere ab officio); Bourges 1276 c. 3, M. 24, 170 (delegirte Richter, Exekutoren und Konservatoren, welche für die Aufhebung von Exkommunikationen, Suspensionen und Interdikten Geld oder Geldeswerth fordern oder annehmen, dem päpstlichen Legaten vorbehaltene Exk. und nur Absolution bei voller Restitution).

[1] London 1200 c. 8, M. 22, 717 (Wiederholung von Lateran. III. 1179 c. 7, S. 166 n. 6, unter Hinzufügung des Verbotes, Geld für die Erlaubniss, Gottesdienst zu halten und für die Ertheilung der Lehrbefugniss zu erheben); c. 14 ibid. p. 720 (Wiederholung v. Lateran. III. c. 14, s. a. a. O.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 13. 56, p. 1111. 1125 (Nichts für Sakramente u. Sakramentalien, namentlich Suspension des Priesters wegen Geldforderungen für Exequien, Benediktion der Verlobten, Aufgebot und Assistenz bei der Eheschliessung, ebenso auch bei solchen für Jahresmessen s. c. 15); c. 51 ibid. p. 1123 (Archidiakone, Offiziale und Dekane, welche etwas für die Verwaltung, Verzögerung oder Beschleunigung der kirchlichen Rechtspflege annehmen oder sich für ein spirituale etwas geben oder versprechen lassen, Exk. für beide Theile); schott. Konzil 1225 c. 76, p. 1244 (Verbot, die Spendung des Abendmahls von der Entrichtung von Oblationen abhängig zu machen, ohne Strafandrohung); Trier 1227 c. 5, M. 23, 30 (Nichts für Einsegnung der Brautleute und Spendung des Abendmahls, ohne Strafandrohung); Canterbury 1236 c. 8 p. 419 (nichts für Jahresmessen, sonst Suspension); Chateau Gontier 1238 c. 38 p. 496 (Verbot für den Ordinator, Präsentanten und Dritten, sich vom Weihekandidaten versprechen zu lassen, dass er den Ordinator wegen der Weihe mit nichts behellige); Tours 1239 c. 4, p. 498 (Verbot, die Spendung der Sakramente von vorherigen Geldzahlungen abhängig zu machen unter Gestattung der Forderung der gewohnheitsmässigen Gebühr nach derselben, als Strafe Verlust der letzteren und 5 solidi zu Gunsten der Kirchenfabrik); Worcester 1240 c. 17 p. 531 (Auferlegung von Busse und von Messen aus Habsucht zur Erlangung von Geld, arbiträre Strafe event. Ausweisung aus dem Bisthum und Geldstrafen); c. 25 ibid. p. 534 (Archidiakonen nichts für Vertheilung des Chrismas und der h. Öle, ebensowenig die ersteren, sowie ihre Offizialen kein Geld fordern für Nichtbestrafung von kirchlichen Verbrechen, sonst Absetzung der schuldigen Dekane und Priester, für Archidiakonen und Pfarrer schwere arbiträre Strafe durch den Bischof); c. 28. 29 ibid. p. 536 (nichts für Segnung der Verlobten, für Begräbniss, Sakramente, insbesondere Abendmahl, aber auch hier unter Wahrung der frommen Gewohnheiten der Gläubigen); Beziers 1246 c. 7, p. 699 (Wiederholung von Beziers 1233 c. 8, S. 167 n. 11); Lucca 1253 p. 822 (Gastmähler von Prälaten und Pfarrern beim Antritt für ihre Parochianen, von Regularen für die Mitglieder des Klosters beim Eintritt in dasselbe, susp. ab off. et ben., diejenigen, welche solche Leistungen hartnäckig fordern, Exk.); Trier 1310 c. 10, M. 25, 251 (dasselbe unter Erweiterung auf die Kanoniker, exc. l. s.); Valence 1262, M. 23, 1052 (Promotionen von Klerikern aus Gunst der Laien, Exk.); Mainz 1261 c. 41, p. 1098 (Wiederholung von Mainz 1225 c. 9—11, S. 167 n. 11); Clermont 1268 P. I c. 11, p. 1201 (Geld für Sakramente, insbesondere Beichte, Abendmahl, Benediktion und Begräbniss vor der Spendung, Strafe der Simonie, nach der Spendung Annahme erlaubt); Aschaffenburg 1292 c. 3, M. 24, 1083 (dasselbe, Exk. und ausserdem für Pfarrer susp. ab off. et benef., für andere Ausweisung aus dem Archidiakonat); Angers 1279 c. 2, M. 24, 508 (Geld für Ordinationszeugnisse, Kleriker der höheren Weihen susp. ab off. ipso iure, andere und Laien exc. ipso facto, s. auch c. 1 X de simon. V. 3, S. 162 n. 1); S. Pölten 1284, p. 514 (Verträge über die Bezahlung des Begräbnisses, censura ecclesiastica); Exeter 1287 c. 8 (Ausstellung von Urkunden über den Ordinationstitel unter Verabredung der Rückgabe an den Aussteller nach der Ordination, Kleriker als simoniaci susp. ab off. et benef. ipso iure, Laien exc. l. s.); Saumur 1315 c. 3, M. 25, 226 (Annahme von Geld für Beförderung von Klerikern zu Benefizien, Priester susp. ipso facto, andere exc. l. s.); vgl. weiter Leg. K. Valladolid 1322 c. 19, M. 25, 714 (sehr ausführlich in betreff der Weihen und Ämterbesetzung); Toledo 1324 c. 6, p. 733 (in betreff der Messen); Benevent 1331 c. 13, 14, p. 939 und Benevent 1378 c. 13, M. 26, 624 (Simonie bei der Verleihung,

lungen[1] mit Rücksicht auf die inzwischen nicht nur üblich, sondern auch schon theilweise zu Pflichtleistungen gewordenen Stolgebühren die Entrichtung derselben, falls die Spendung der Sakramente und Sakramentalien nicht von der vorgängigen Zahlung abhängig gemacht wird, vielmehr die letztere erst nachher erfolgt, ausdrücklich aus dem Thatbestand der Simonie ausscheiden[2], und dass weiter einzelne Partikularsynoden behufs erleichterter Unterdrückung der Simonie von den auf Präsentation zu Seelsorge-Ämtern zu befördernden Klerikern die eidliche Ablehnung jedes simonistischen Handels, den s. g. Simonie-Eid, verlangen[3].

Mit den demselben Jahrhundert angehörigen Dekretalen Gregors IX., der einzigen offiziellen Sammlung, welche einen eigenen Titel *de simonia*[4] aufweist[5], ist die Entwicklung im wesentlichen zum Abschluss gekommen. Auch sie bieten kein anderes Bild als die vorstehend angeführten Konzilien. Denn neben einigen älteren Stücken[6] geben sie ausser den citirten Kanonen des III. und IV. Lateran-Konzils[7] und der Synode von Tours[8] eine Reihe päpstlicher Dekretalen von Alexander III. an, welche abgesehen von einer gleichmässigeren Festsetzung der Strafen[9], den Thatbestand der Simonie an einzelnen Fällen genauer bestimmen, insbesondere dadurch, dass sie die verschiedenen Arten, wie die Simonie geübt werden[10] und an welchen Objekten dies geschehen kann[11], näher spezialisiren, und berühren sich vielfach mit einer Reihe von Vorschriften der o. S. 166 besprochenen Konzilien[12], ohne etwas Neues von Erheblichkeit zu bringen[13].

Was die Fleisches- oder Unzuchtsverbrechen betrifft, so wird des Ehebruches sowohl in den karolingischen Quellen[14], wie auch später in den Partikular-Konzilien[15] gedacht, und wenn dies verhältnissmässig selten geschieht, ja sogar die

Erwerb von Benefizien und Präsentation auf solche, exc. l. s.); Rouen 1335 c. 5, M. 25, 1042 (simonistische Präsentationen).

[1] S. 167 n. 11 (Paris 1212 u. 1213 P. I c. 11 u. IV c. 13. Beziers 1233 c. 8; Lerida 1229 c. 27) u. S. 168 n. 1 (Richard v. Salisbury u. 1227 c. 13. 16. 51; Chateau Gontier 1238 c. 38; Beziers 1246 c. 34; Lucca 1253, p. 822).

[2] Paris cit. P. IV c. 12, S. 167 n. 11; Tours 1239 c. 4; Worcester 1240 c. 29; Clermont 1268 P. I c. 11, S. 168 n. 1; Beziers 1310 c. 10, M. 25, 362.

[3] Mainz 1225 c. 11 u. 1261 c. 41 (S. 168 n. 1); Chateau Gontier 1231 c. 3, M. 23, 234.

[4] V. 3.

[5] Die Extravagantes communes enthalten allerdings einen 2 Kapitel umfassenden Titel de simonia V. 1. Aus lib. VI gehört hierher c. 1 (Gregor IX.) de test. II. 10.

[6] c. 1—7 h., t. s. auch S. 162 n. 1. u. 11.

[7] S. 166 n. 6 u. S. 167 n. 10.

[8] S. 166 n. 4.

[9] c. 11. 13 (Alex. III.) c. 25 (Clem. III.) c. 30 (Innoc. III.) X h. t.

[10] c. 13. 17. 18. 20 (Alex. III.) c. 23. 26. 27 (Clem. III.) c. 33—35. 37 (Innoc. III.) c. 45 (Gregor IX.) X h. t., ferner c. 4 (Alex. III.) c. 8 (Gregor IX.) X de pact. I 35; c. 7 (Alex. III.) c. 9 (Luc. III.) X de transact. I. 36; c. 5 (Urban III.) c. 6 (Clem. III.) X de rer. permut. III. 19; c. 3 (Alex. III.) X de magistr. V. 5.

[11] c. 10. 11. 15. 19. 21 (Alex. III.) c. 24 (Luc. III.) c. 25 (Clem. III.) c. 29. 36. 38 (Innoc. III.) c. 45 (Gregor IX.); c. 10 (Coelest. III.) X de transact. I. 36; c. 6. 16 (Alex. III.) X de jurepatr. III. 38, s. Bd. III, S. 81.

[12] So in Betreff der Stolgebühren, s. o. S. 167 n. 9 u. S. 166 n. 5, vgl. ferner c. 37 X cit. mit Beziers 1233 c. 8 S. 167 n. 11 u. Trier 1227 c. 5, S. 168 n. 1. Der Simonie-Eid (s. oben im Text) ist dagegen nicht von den Dekretalen recipirt.

[13] Was sich daraus erklärt, dass offenbar manche vor der Vollendung der Gregorischen Dekretalensammlung erlassenen Konzilsbestimmungen durch die in die erstere aufgenommenen, früher ergangenen Dekretalen beeinflusst sind, s. die vor. Anm.

[14] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26 (c. 17 C. XXII qu. 1), M. 13, 1001 (in Betreff der Priester und Diakonen eiusd. cap. II p. 1015); Hloth. I. de exp. c. Sarac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66: Rudolf v. Bourges u. 850 c. 36. 42, M. 14, 960. 962 (hier auch Halten von Konkubinen neben der Frau nach Ancyra c. 20, Toledo 400 c. 17, Elvira c. 64. 65); Mainz 852 c. 10. 15, Bor. Kr. 2, 189. 190 (ebenso wie Rudolf v. Bourges). Rom 853 c. 37, M. 14, 1014; Worms 868 c. 44, M. 15, 877; Mainz 888 c. 19, M. 18, 69; Nantes (saec. IX.) c. 12 (c. 4 C. XXXII qu. 4) 14, M. 18, 169, vgl. auch Tribur 895 c. 45, p. 153 (c. 6 C. XXXIV qu. 1), welche sämmtlich längere durch Exkommunikation zu erzwingende (zum Theil öffentliche) Busse, bei Geistlichen zugleich Absetzung als Strafe festsetzen.

[15] Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Busse, ev. Exk.); Legatenkonzil Toulouse 1056 c. 12, p. 849 (Exk.); Szabolcs 1092 c. 18, M. 20, 769 (Busse); Legatenkonzil Dioklea 1199 c. 4, M. 22, 702

allgemeine Gesetzgebung der Kirche über das Vergehen des Ehebruchs keine Bestimmungen getroffen hat, so erklärt sich dies offenbar daraus, dass, da der Ehebruch schon seit den ältesten Zeiten der Kirche als schweres Verbrechen galt, und in den älteren Partikularkonzilien mit Strafe bedroht war [1], seine Strafbarkeit kraft gemeinen Gewohnheitsrechtes längst feststand [2].

Ebenso verhält es sich auch mit der **Bigamie**, nur finden sich unter den nicht zahlreichen Bestimmungen, welche dieselbe betreffen [3], und von denen manche den Fall im Auge haben, dass der Mann seine Frau eigenmächtig entlässt und eine andere heirathet [4], gerade mehrere von Päpsten [5] und von römischen [6], bez. päpstlichen Konzilien [7] und von Legatensynoden [8] erlassene [9].

Auch hinsichtlich des schon seitens der älteren Kirche [10] mit Strafen bedrohten Vergehens des *stuprum*, bez. der *fornicatio*, der blossen Unzucht unverheiratheter Männer mit Jungfrauen, Wittwen und anderen unverheiratheten Deflorirten fliesst die kirchliche Gesetzgebung während dieser Periode sehr spärlich [11], und zwar befasst sich

(Ehebruch der Geistlichen, Absetzung). Öffentliche, zu wiederholende allgemeine Exkommunikation der publici oder manifesti adulteri schreiben im 13. u. 14. Jahrh. vor Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23; Arles 1234 c. 15, p. 340; Beziers 1246 c. 33, p. 699; Valence 1273, p. 1058; Arles 1275 c. 18, M. 24, 152, Nogaret 1307 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1326 c. 48, p. 796: dagegen Trier 1238 c. 35, p. 483 (öffentliche Busse, wobei die Ehebrecherin auf der Schulter einen alten Lappen und in der Hand einen Sack zu tragen hat); Leg. K. Valladolid 1322 c. 22, M. 25, 720 (öffentliches Halten einer Konkubine oder Halten einer ungläubigen Beischläferin durch verheirathete Männer, exc. l. s); Benevent 1331 und 1386 c. 57, M. 25, 966 u. M. 26, 648 (verheirathete Männer, welche Konkubinen halten und verheirathete Frauen, welche sich andern zu Konkubinen hergeben, exc. l. s.). Angers 1365 p. 30, M. 26, 444 (exc. l. s. für adulteri notorii).

[1] Bd. IV S. 699 n. 1; S. 701 n. 2, S. 702 n. 6.

[2] So weist Gratian ausser den S. 169 n. 14 citirten Stellen, s. c. 24 C. XXVII qu. 2; c. 5. 10 C. XXXII qu. 1; c. 3. 4. 5. 7. C. cit. qu. 4; c. 4. 16. 23 C. cit. qu. 5; c. 4 C. cit. qu. 6. wesentlich Stellen aus Kirchenvätern, und nur in Betreff des Ehebruchs der Geistlichen c. 29 Dist. L. u. c. 10 Dist. L XXXI Orange 441 c. 23 und Orleans III. 538 c. 7 auf, und auch tit. X de adult. V. 16 handelt in seinen wenigen Stellen nicht ex professo von der Bestrafung des Ehebruchs als solchen.

[3] Cap. Karol. 769 c. 5, Bor. 1, 45 (Geistliche, die mehrere Frauen haben, Absetzung); Compostella 1056 c. 3, M. 19, 856. 857 (Exk.). Rouen 1072 c. 18, M. 20, 39 (Heirath bei nicht sicherem Tode des abwesenden Mannes); Tours 1236 c. 8, s. S. 43 n. 5 letzter Absatz.

[4] Gottesfrieden v. Elne 1027, M. 19, 483; Rheims 1049 c. 12, p. 742; Legatenkonzilien v. Tours 1060 c. 9 und Gerona 1068 c. 4, M. 19, 928. 1071.

[5] Nicol. I. ad Bulgar. c. 51, M. 15, 419 (c. 19 C. XXIV qu. 3).

[6] v. 826 u. 853 c. 37, Bor. 1, 376 u. M. 14, 1024 (hier Verbot, neben der Frau eine Konkubine zu halten, bei Strafe der Exk.), v. 1059 c. 12, M. 19, 899 (ebenso).

[7] Rom 1063 c. 10, M. 19, 1026 (wie Rom 826, s. vor. Anm.) und Rheims 1049 (Anm. 4).

[8] S. Anm. 4.

[9] Gratian behandelt die Bigamie fast ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt der Irregularität, s. die Bd. 1 S. 22. 23 in den Anmerkungen angeführten Stellen und oben Anm. 5. Dasselbe gilt auch von der Dekretalensammlung Gregors IX. (vgl. I. 21), welche nicht einmal im V. Buche einen entsprechenden strafrechtlichen Titel aufweist. — Von späteren Partikularsynoden gehört hierher Ravenna 1311 c. 29, M. 25, 472 (Heirath der zweiten Frau unter Verstossung oder gar Beibehaltung der ersten, Exk. und bei Hartnäckigkeit trotz geleisteter Satisfaktion vor dem Tode, Entziehung des christlichen Begräbnisses).

[10] Bd. IV S. 699 n. 1; S. 702 n. 2; S. 709 n. 3 (Carthago 345 c. 4).

[11] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001 (fornicatio) Exk., auch in c. 17 C. XXII qu. 1; Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 (Zwangsbusse im Ergastulum für unenthaltsame Wittwen); Nantes saec. IX c. 13, M. 18. 169: „Si qua mulier non habens virum aut vir non habens uxorem fuerint fornicati, tribus annis poeniteant" (also ohne Unterschied, ob die Frau Jungfrau oder Wittwe ist). Ferner wird in dem Legatenkonzil von Gerona 1078 c. 9, M. 20, 509 die Exkommunikation gegen notorische oder unverbesserliche Konkubinarier angedroht, und dann im 13. u. 14. Jahrh., Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23; Beziers 1246 c. 33 p. 699; Cognac 1254 c. 25 p. 872; Nogaret 1303 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1326 c. 48 p. 796 die wiederholte öffentliche Exkommunikation der concubinarii, bez. publici focarii et fornicatores vorgeschrieben, von Lemans 1247 und Clermont 1268, M. 23, 749. 1002; Leg. K. Ofen 1279 c. 47, M. 24, 291 das öffentliche Halten von Konkubinen bei Strafe der interdictio ingressus ecclesiae und im Fall weiterer Hartnäckigkeit bei schwerer arbiträrer Strafe, von Angers 1365 c. 30, M. 26, 333 bei Strafe der exc. l. s., sowie von Gerona 1257 c. 10, M. 23, 910 die publica fornicatio bei Strafe der Ex-

nur die Partikulargesetzgebung mit derartigen Vorschriften. Wohl deshalb, weil das Vergehen überall kraft Gewohnheitsrechtes als strafbar galt und überall bestraft wurde, hat die allgemeine Gesetzgebung nicht weiter eingegriffen. Eine weitere Bekräftigung hat dieses Gewohnheitsrecht durch das Dekretum Gratians[1] erhalten, während die Dekretalensammlung Gregors IX. das stuprum einer Jungfrau, falls der stuprator dieselbe heirathet, straflos lässt[2].

Was speziell die *fornicatio* der Geistlichen betrifft, so ist die Zahl der Strafbestimmungen, mit denen die Gesetzgebung der karolingischen Zeit[3], sowie der päpstlichen[4] und allgemeinen Synoden[5] gegen dieselben eingeschritten ist, nicht erheblich, soweit es sich um die einmalige, gelegentliche Unzucht oder um die alle verschiedenen, auch die schwereren Fälle derselben umfassende s. g. *incontinentia* handelt[6], namentlich ist in dieser Periode die Unzucht des Priesters oder des Bischofs mit dem Tauf- oder Beichtkinde nur durch das partikuläre, nicht durch das gemeine Recht als ein besonders schweres Vergehen[7] gekennzeichnet worden[8].

Indessen ist zu beachten, dass im Zusammenhang mit den auf Durchführung des Cölibats gerichteten Bestrebungen[9] zunächst vereinzelt[10], dann aber seit dem 11. Jahrhundert[11], und vor Allem seit der Mitte desselben durch die von Rom aus

kommunikation verboten. S. auch Leg. K. Valladolid 1322 c. 22, M. 25, 720 (Halten einer ungläubigen Konkubine, exc. l. s.).

Für die *meretrices* insbesondere ordnet ein normännisches Konzil u. 950 c. 6, S. 40 n. 7, Ausweisung; Szaboles 1092 c. 34, M. 20, 777 arbiträre Strafe an.

[1] Welcher ausser c. 17 C. XXII qu. 1, s. vor. Anm., freilich wesentlich nur Stellen aus Kirchenvätern, so von Augustin c. 20. C. XXVII qu. 1, c. 5 C. XXVIII qu. 1., c. 11 C. XXXII qu. 8., c. un. C. cit. qu. 7, von Hieronymus c. 4 C. XIV qu. 6; c. 12 C. XXII qu. 4, von Isidor c. 15 C. XXXII qu. 7 über die Unerlaubtheit der fornicatio beibringt.

[2] c. 1 (Exod. XXII. 16 ff.) u. c. 2 (Gregor I. s. Bd. IV S. 817 n. 6) X de adult. et stupr. V. 16.

[3] Karlm. cap. 742 c. 6, Bor. 1, 25 (Zwangsbusse im Gefängniss und Prügel); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1015 (Priester u. Diakonen, längere Zwangsbusse); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 16, M. 14, 951 (Priester, Absetzung für immer); Worms 868 c. 11, M. 15, 871 (c. 33 Dist. L, Priester, Absetzung); Mainz 888 c. 19, M. 18, 67 (Busse).

[4] Nismes 1096 c. 12, M. 20, 936 (Absetzung).

[5] Lateran. IV. 1215, M. 21, 1003 in c. 13 X de vita et hon. cler. III. 1.

[6] So Lateran. IV. cit. (vor. Anm.). Daher ordnet dieses auch an, dass der Schuldige je nach der Schwere seines Vergehens milder oder schwerer in Gemässheit der canonicae sanctiones gestraft werden soll, indem es zugleich allerdings blos für den Fall, dass er mit der Suspension belegt worden ist und doch fortamtirt, die Strafe der Absetzung für immer festsetzt. Mit den canonicae sanctiones sind offenbar die von Gratian reproducirten Vorschriften über die fornicatio der Geistlichen, s. c. 9 (Neocaes. 314—325 c. 1) Dist. XXVIII; c. 12. 13 (can. ap. 25) Dist. LXXXI; c. 5 (inc.) Dist. LXXXII; c. 33 cit. u. c. 34 (Hraban) Dist. L und über die Haltung von Frauen und Konkubinen (s. gleich nachher) gemeint, doch hat man im 13. Jahrh. wegen blosser Fornikation gegen Geistliche nicht mehr die Absetzung verhängt, s. z. B. zu c. 6 Dist. LXXXI s. v. removeantur: „communiter autem dicitur, quod pro simplici fornicatione quis deponi non debet, cum pauci sine illo vitio inveniantur".

[7] „Grave adulterium", schottisches Konz. 1225 c. 53, M. 22, 1236.

[8] Richard v. Salisbury u. 1227 M. 22, 1109 (für Priester 15 jähr. Busse und dann immerwährende Einsperrung im Kloster); cit. schott. Konz. (Priester 12, Bischof 15 Jahr Busse, bei bekanntgewordenem Verbrechen Absetzung), freilich in Anhalt an c. 8 (Ps. Symm. J. Kalt. n. 768) c. 9. 10 C. XXX qu. 1, welche anscheinend einem Bussbuch, s. auch Schmitz, Bussbücher, Mainz 1883 S. 406, entnommen sind; anders Exeter 1287 c. 18, M. 24, 807 (clerici beneficiati, amotio a benef. ipso facto, andere susp.).

[9] Bd. I S. 148 ff.

[10] S. o. S. 53 Anm.; Worms 868 c. 9, M. 15, 871 (Absetzung); Mainz 888 c. 19, M. 18, 69, ebenso Augsburg 952 c. 1, Bd. I S. 150 n. 1 (desgleichen).

[11] Kaiserl. Syn. Pavia 1022 c. 1. 2, Bd. I S. 150 n. 8 u. Bd. III S. 564 n. 1 (Absetzung); Bourges 1031 c. 5, S. 65 n. 7 (Zurückversetzung auf die Stufe des Lektorats); Compostella 1056 c. 6, M. 19, 858 (Priester und Diakonen Trennung von ihren Frauen oder Exk.); Rouen 1072 c. 15, M. 20, 38 (Verlust des Amtes); Lillebonne 1080 c. 3, S. 62 n. 4 (desgleichen); London 1127 c. 5, M. 21, 356 (Absetzung, Pfarrpriester ausserdem Infamie).

Nur die zweite Ehe der Priester und Diakonen und die Ehe mit einer Wittwe oder verstossenen Frau bestrafen Szaboles 1092 c. 1, M. 20, 753 (s. auch const. eccles. Colom. II. 4 p. 1177) und Gran 1114 c. 54, M. 21, 110 mit Busse, event. Absetzung, da Szaboles c. 3 noch die erste Ehe gestattet, wogegen das Halten von Konkubinen nach Gran cit. c. 56 mit Absetzung bedroht wird.

geleitete kirchliche Gesetzgebung [1], welcher dann die partikuläre folgt [2], den Geistlichen der höheren Weihen, mitunter auch allen Benefiziaten [3] die Eingehung von Ehen und das Zusammenwohnen mit den Ehefrauen, sowie das Halten von Konkubinen — [4] und als solche konnten auch die ersteren rechtlich nur gelten, seitdem

[1] Legat. Konz. Toulouse 1056 c. 7, M. 19, 848 (Priester, Diakonen und clerici, qui tenuerint ecclesiasticos honores, Entziehung des Amtes und Exk.) päpstliche Synoden v. Rom 1059 c. 3, M. 19, 897 (Suspension v. Amt und Einkünften), v. Rom 1063 c. 3 p. 1025 (c. 6 Dist. XXXII, ebenso). Legatenkonzilien: Tours 1060 c. 6, M. 19, 927 (Nicht Entlassen der Frauen oder Konkubinen, Absetzung, vgl. S. 53 n. 4) Gerona 1068 c. 7, S. 53 n. 5 (Absetzung, bei Hartnäckigkeit Strafe des Incests), Mailänder Konstit. 1067, M. 19, 947 (Verlust des officium u. beneficium), Gerona 1078 c. 1, M. 20, 518 (Absetzung bis zu geleisteter Genugthuung), päpstliche Synoden v. Melfi 1089 c. 2, M. 10, 723 (c. 10 Dist. XXXII, Absetzung), v. Rom 1099 c. 13, M. 20, 963 (desgleichen), v. Troyes 1107 c. 4 p. 1223 (ebenso für sacerdotes uxorati u. concubinarii, bei Hartnäckigkeit auch Exk.) u. v. Rheims 1119 c. 5, Bd. I S. 155 n. 4 (Verbot des Amtes auch für Subdiakonen); allgemeines Konzil Lateran. I. 1123 c. 21, c. 8 Dist. XXVII, Bd. I S. 155 n. 5 (Lösung der Ehen u. Busse), päpstliche Syn. v. Clermont 1130 c. 4, M. 21, 438. 458 (vgl. Bd. III S. 525 n. 3 u. o. S. 62 n. 5, Verlust des Amtes), Legatenkonz. London 1125 c. 13, M. 21, 332 (Absetzung) u. Rouen 1128 c. 1 p. 375 (Priester Verlust des Amtes); allgemeine Konzilien Lateran. II. 1139 c. 6, M. 21, 527, c. 2 Dist. XXVIII (Verlust des Amtes) u. Lateran. III. 1179 c. 11, M. 22, 224 in pars decisa v. c. 4 X de exc. prael. V. 31 (desgleichen); Leg. Konzilien: London 1138 c. 8, M. 21, 512 (desgleichen) York 1195 c. 12, M. 22, 656 (Infamie für Priester, bei Hartnäckigkeit Suspension ab officio et beneficio), Dioklea 1199 c. 2, p. 701 (Verlust des Amtes), Pariser Legatenkonst. 1208 c. 1, p. 765 (Kleriker, die focariae trotz an sie gerichteter Ermahnung halten, Exk.); Paris 1212 P. I c. 4, p. 820 (Exk., beneficiati ausserdem suspensio ab officio et beneficio); Mainz 1225 c. 2, M. 23, 3 (Verlust des Amtes, wie auch Anathem); Minden 1230 c. 12, p. 212 (Kanoniker und Chorvikare, Suspension von der Präbende, vom officium und interdictio ingressus ecclesiae); London 1237 c. 15. 16. p. 455 (clerici uxorati ipso iure a beneficiis remoti, concubinarii suspensio ab officio et beneficio und bei Nichtbeachtung derselben Verlust des Amtes ipso iure); Utrechter Legat. Konst. 1247 o. 1248 p. 764 (Kleriker, welche ihre Konkubinen nicht entlassen, Suspension ab o. et b. ipso iure, bei Hartnäckigkeit Exk. und Verlust der Ämter, bei weiterer Weigerung Vermögenskonfiskation); Bremen 1266 p. 1157 (Kleriker Verlust des Amtes ipso iure, solche der höheren Weihen, welche mit der Konkubine de facto eine Ehe schliessen, Absetzung für immer); London 1268 c. 8 p. 1223 (Kleriker Suspension ab o. et b., bei Fortamtiren Verlust der Ämter ipso iure); Leg. K. Würzburg 1287 c. 3, M. 24, 841 (privatio benef. ipso facto).

[2] Lillebonne 1080 c. 3, S. 62 n. 4; London 1108 c. 5. 10 (Absetzung, Infamie und Konfiskation des beweglichen Vermögens, S. 42 n. 3). London 1200 c. 10, M. 22, 718 (Geistliche der höheren Weihen, Verlust des Amtes); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 6 p. 1108 (Priester, dieselbe Strafe); Oxford 1222 c. 35 p. 1161 (desgleichen für clerici beneficiati et in ordinibus sacris); schott. Konz. 1125 c. 62, p. 1241 (Priester, Verlust des Amtes); Worcester 1240 c. 34, p. 537 Verweisung auf London 1237 c. 15. 16 cit. (vor. Anm.); Lemans 1247 P. III p. 755 (Exk.); Lucca 1253 p. 824 (clerici in sacris et beneficiati susp. ab off. et ben., bei Weiteramtiren Verlust des Amtes ipso iure); Durham 1255 p. 898 (susp. ab off.); Lerida Ende des 13. Jahrh. p. 936 (clerici in sacris und beneficiati, Susp., beim Fortamtiren depositio in perpetuum); Norwich 1257, p. 967 (ebenso).

[3] S. die vor. Anm., seltener den Klerikern schlechthin, s. aber Salisbury 1256 p. 907 (susp. ab off. et benef.); Köln 1260 c. 1, p. 1013 (Busse im carcer canonicalis); Valence 1268, p. 1056 (Geldstrafe von 30 Morabetini ipso facto); Mainz 1261 c. 39 p. 1095 (susp. ab off. et ben. eventuell Anathem); Wien 1267 c. 3. p. 1171 (Verlust des Amtes).

[4] Für alle Kleriker stellen das Verbot des Konkubinenhaltens auf Pavia 1022 cit. c. 1. 2, S. 171 n. 11; Pariser Leg. Konst. 1208 c. 1 cit., o. Anm. 1; London 1237 c. 15. 16 cit. (s. a. a. O.); schott. Konz. 1225 c. 18, M. 22, 1227 (susp. ab off. et ben. ipso facto, bei Fortamtiren privatio benef. ipso iure); die in der citirten Anm. a. E. angeführten, eine Anzahl der in den beiden vorhergehenden Anmerkungen angeführten Stellen; Leg. K. Würzburg 1287 c. 5, M. 24, 852 (privatio benef. ipso iure); Pennafiel 1302 c. 2 M. 25, 101 (subtractio fructuum ad tempus, eventuell spoliatio beneficii, non beneficiati in sacris susp. ab off., eventuell schwerere arbiträre Strafe); Leg. K. Valladolid 1322 c. 7 p. 700 (sehr ausführlich, sich von der Geldstrafe an steigernde Strafen); Benevent 1331 c. 56, M. 25, 965 (für verschiedene Stellungen und Weihestufen Geldstrafen von 4 bis zu einer Unze); Benevent 1378 c. 55, M. 26, 647 (ebenso); blos für clerici in sacris und beneficiati Oxford 1222 c. 35, Lucca 1253, Lerida Ende des 13. Jahrh., s. Anm. 2; Leg. K. Ofen 1279 c. 12, M. 24, 278 (exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 2, p. 347 (ebenso); Bourges 1286 c. 7, p. 638 (privatio beneficii); Exeter 1287 c. 18, p. 807 (susp. ab off. et ben. ipso iure, eventuell Exkommunikation und beim Fortamtiren privatio beneficii für immer); Grado 1296 c. 15, p. 1168 (exc. ipso facto, eventuell privatio beneficii); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (amissio fructuum beneficiorum, eventuell privatio beneficiorum, wiederholt Rouen 1313 c. 2, M. 25, 526); Leg. K. Pressburg 1309 c. 5 M. 25, 219 (Verlust des vierten Theiles der Einkünfte der Benefizien unter Beseitigung der durch Ofen

die Ehen der erwähnten Geistlichen für nichtig erklärt worden waren[1] — in zahlreichen Anordnungen untersagt, und mit diesen Strafbestimmungen zugleich die am häufigsten vorkommende Art der Fornikation derselben getroffen worden ist, sowie dass diesen Vorschriften noch die besonderen Strafandrohungen gegen die Frauen und Konkubinen der Geistlichen ergänzend zur Seite treten, welche sowohl einzelne päpstliche[2] wie auch Partikularsynoden[3] erlassen haben.

Was die beiden für die Entwicklung des gemeinen Rechts hauptsächlich in Frage kommenden Rechtssammlungen betrifft, so giebt Gratian die Anordnungen der citirten Lateran-Konzilien wieder[4], die Sammlung Gregors IX. weist dagegen nur Dekretalen Alexanders III.[5] und Innocenz III.[6] auf, in denen gegen alle Kleriker, wenn sie auf wiederholte Mahnung ihre Konkubinen nicht entlassen, als Strafe die Entziehung des Amtes einschliesslich des Einkommens unter gleichzeitiger Suspension vom Ordo festgesetzt[7], und auch die Exkommunikation als Mittel, um die Lösung der faktischen Ehen der Geistlichen der höheren Weihen[8] und die Übernahme der Busse seitens derselben herbeizuführen, vorgeschrieben wird[9].

Weiter gehört in diesen Zusammenhang die Eheschliessung durch Mönche und Nonnen[10], sowie die Fornikation derselben[11], welche freilich, da es sich

1279 cit. vorgeschriebenen Exk.); Bergamo 1311 c. 6, p. 483 (privatio beneficii in perpetuum, Nichtbeneficiaten Geldstrafe und Verlust des Schutzes der Kirche). Vgl. weiter noch Aquileja 1339 p. 1118; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 226.

[1] Bd. I. S. 155. 156. Daher sagt auch Dioklea 1199 c. 2 cit., S. 172 n. 1 mit Recht: „adulteras potius quam uxores“.

[2] Rom 1049 c. 1051 und Melfi 1089 c. 12 (s. S. 49 n. 6, Verknechtung). S. auch c. 30 (Toledo IV 655) Dist. LXXXI (Verkauf in die Sklaverei).

[3] Augsburg 952 c. 4, S. 36 n. 6 u. S. 43 n. 5 (Prügel und Abscheeren des Haares); London 1108 c. 10, S. 49 n. 7 (Verknechtung und Überlieferung des Vermögens an den Bischof); London 1127 c. 7, S. 40 n. 8 u. S. 49 n. 7. (Ausweisung und bei Nichtbesserung Verknechtung); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 8 M. 22, 1108 (bei Verweigerung der Busse interdictio des osculum pacis und des panis benedictus, S. 15 n. 8, dann Exkommunikation, wiederholt Canterbury 1236 c. 4, M. 23, 418); Oxford 1222 c. 35 u. schott. Konz. 1225 c. 81, S. 14 n. 6 (Suspension von den kirchlichen Mitgliedsrechten); Rouen 1231 c. 11, M. 23, 215 (öffentliches Scheeren in der Kirche und bei Weigerung der Busse Exk.); Worcester 1240 c. 34 p. 537 (Ausschliessung von panis benedictus, aqua benedicta u. osculum pacis); Durham 1255, p. 898 (Exk. u. Ausschl. v. kirchlichen Begräbniss); Salisbury 1256 p. 908 (Exk. ipso facto), Lerida Ende saec. XIII p. 936 (Exk. u. sepultura asinorum); Köln 1260 c. 1 p. 1013 (Verweisung aus dem kirchlichen Immunitätsbezirk durch Anwendung der Exk. in ihre Pfarreien zur Busse); London 1262 c. 8, p. 1224 (Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten); Köln u. 1280 c. 2, M. 24, 347 (Exk. u. öffentliche Verkündung derselben).

[4] S. 172 n. 1 (ausserdem Fragmente von Alexander II. 1061—73, J. L. n. 4477. 4612 in c. 16—18 Dist. LXXXI, Strafe der Absetzung, s. aber auch S. 62 n. 4) und ebenso in Betreff der Konkubinen Melfi 1089 cit. (s. Anm. 2). Vgl. endlich noch c. 19 (Ps. Is.) Dist. LXXXI u. c. 4 (Carthago 401) Dist. LXXXIV (Fortsetzung der vor der Weihe geschlossenen Ehe durch Priester und Diakonen nach ihrer Ordination, Absetzung).

[5] c. 4. 6 X de cohab. clericor. III. 2; c. 1. 2 X de cler. coniug. III. 3.

[6] c. 5 X l. c. III. 3.

[7] c. 6 cit. Für die Geistlichen der höheren Weihen ordnet c. 4 cit. zunächst nach erfolgter fruchtloser Mahnung susp. a b. und bei weiterer Hartnäckigkeit Verlust des Amtes für immer (s. S. 63 n. 5) an.

[8] Wegen derjenigen der niederen Weihen, denen die Ehe nicht verboten war, denen daher nur das Halten von Konkubinen untersagt werden konnte, s. Bd. I. S. 156.

[9] c. 1 X cit. III. 3, ja Clem. un. de consang. IV. tit. un. hat die Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen mit der excomm. lat. sent. bedroht, ohne aber damit die Auferlegung anderer Strafen ausschliessen zu wollen.

[10] Rom 743 c. 5, M. 12, 383 (Anathem für denjenigen, der eine Nonne heirathet); Karol. II. in Vern. pal. 844 c. 45, LL. 1, 384 (Zwangsbusse, event. Exk. für Mönche und diejenigen, welche Nonnen heirathen); Rom 853 c. 32, M. 14, 1013 (ebenso für Mönche und Nonnen, s. auch c. 36 ibid.); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 (lebenslängliche Zwangsbusse für Nonnen in ergastulo, für die Männer Busse); Tribur 895 c. 23, M. 18, 144 (c. 17 C. XXVII qu. 1; Heirath der Nonnen; Zwangsbusse); Troslé 909 c. 8, S. 40 n. 4 (ewiges Exil für diejenigen, welche eine Nonne heirathen; päpstliches Konzil Pisa 1135 (Busse für heirathende Mönche und Nonnen); allg. Lateran-Konz. II. 1139 c. 7. 8, M. 21, 527 (c. 40 C. XXVII qu. 1 dasselbe) und ebenso päpst. Syn. Rheims 1148 c. 7, M. 21, 715); Odo v. Toul 1192 c. 6. M. 22, 649 (öffentliche Exk. für heirathende Mönche, ihre Frauen und Familien), endlich Clem. un. cit. (s. vor. Anm.) ipso facto Exk. für heirathende Mönche und Nonnen und diejenigen, welche mit letzteren eine Ehe schliessen.

[11] Karlm. cap. 742 c. 6 (Busse im Gefängniss und Haarscheeren für unkeusche Nonnen (S. 43

hierbei nicht, wie bei dem Cölibat der Geistlichen, erst um die Durchführung früher niemals zu allgemeiner Geltung gekommenen Normen, sondern um längst feststehende, in praktischer Wirksamkeit befindliche Strafverbote handelte[1], durch die kirchliche Gesetzgebung dieser Periode keine so eingehende Berücksichtigung gefunden hat.

Anders verhält es sich mit dem Incest[2], d. h. der Heirath zwischen solchen

n. 5); Pippin. 754/55 c. 2, Bor. 1, 31 (Geistliche, welche mit Nonnen Unzucht treiben, Absetzung, niedere Prügel und Gefängniss), vgl. ferner noch Friaul 796 c. 11 (S. 16 n. 11); Toucy 860 c. 2 cit. (vor. Anm., für Fornikation der Nonnen die schon erwähnte Strafe); Worms 868 c. 20, M. 15, 873 (Nonne Busse). — Karol. II. in Verno pal. 844 c. 5 cit. (stupratores sanctimonialium öffentliche Busse, event. Exk.); Hloth. I. de exp. c. Sarac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (ebenso); Mainz (Leg. Konz.) 1225 c. 13, M. 23, 6. 7 (unzüchtige Anträge an Nonnen, Kleriker susp. ab off., Laien Ausschliessung v. Abendmahl, für fleischlichen Verkehr Exk. ipso facto und für die Nonnen Unfähigkeit, Klosterämter zu erhalten und Verbleiben auf dem letzten Platz im Kloster und Chor, im wesentlichen wiederholt Köln 1310 c. 9, M. 25, 239); Narbonne 1260 c. 1, M. 23, 1029 (öffentl. Exk. der corruptores sanctimonialium); Lambeth 1281 c. 17, M. 24, 416 (Geistliche und Laien, exc. ipso facto).

[1] S. die Citate Bd. IV S. 699 n. 1 u. S. 708 n. 2 unter Nr. 2; ferner C. XXVII qu. 1, wo sich ausser einzelnen der a. a. O. citirten Stellen noch andere z. B. c. 6 (Trull. 692) c. 30 (Nov. Justin), namentlich auch ältere päpstliche Dekretalen c. 11. 14. 28 finden; c. 3 (l. 5. C. Just. I. 3) C. XXXVI qu. 3.

Schon in früherer Zeit, s. c. 14. 17 C. XXVII cit. qu. 1, ebenso auch noch in späterer, Mainz 1225 cit. (vor. Anm.) ist das Vergehen als *sacrilegium* und *incestus* bezeichnet worden.

[2] Rom 721 c. 4—9, M. 12, 263 (Heirath mit der commater spiritualis, Mutter des Täuflings, oder des Vaters desselben mit der Pathin und nahen Verwandten und Verschwägerten, Anathem); wiederholt Rom 743 c. 5. 6, p. 383; Pippin. cap. 754 o. 755 c. 2, Bor. 1, 31 (Ehe von Geistlichen mit der commater oder der Pathin, sowie mit nahen Verwandten, Absetzung, bei niederen Prügel und carcer, vgl. auch S. 40 n. 10; Compend. 757 c. 17. 18, Bor. 1, 39 (incestuoser Ehebruch mit der Tochter oder Schwester der Frau, Busse); Vermer. 758 c. 3, Bor. 1, 40 (Priester, Ehe mit der Nichte, Absetzung), Friaul 796 c. 8, M. 13, 848 (Ehe mit nahen Verwandten, lebenslängliche Busse); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1013 (Ehe mit Schwager, Exk. bis zum Tode, Mann Busse); cap. missor. gen. 802 c. 33, Bor. 1, 97 (incestuose Fornikation, Zwangsbusse); Haito v. Basel 807—823 c. 21, Bor. 1, 365 (Ehen zwischen nahen Verwandten, Verschwägerten, mit den Eltern des Täuflings und den Taufkindern, Busse); s. g. cap. exc. c. 8, B. 1, 174 (incestuosi Zwangsbusse, ev. Exk., vielleicht entnommen aus Mainz 847 c. 28, Bor. Kr. 2, 183), Hloth. I. de exp. c. Sarac. c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (ebenso); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 41, M. 14, 962 (Ehen mit Schwager oder Schwägerin, Busse); Mainz 847 c. 29, Bor. Kr. 2, 183 (Ehen und Fornikation mit nahen Verwandten und Verschwägerten, magna districtio, d. h. Zwangsbusse); Mainz 852 c. 10, Bor. Kr. 2, 189 (Incest, Busse); Toucy 860 c. 4, M. 15, 559 (qui stupra inaudita — das kann nur Incest bedeuten — committunt, Zwangsbusse, ev. Exk.); Worms 868 c. 33. 34. 36. 63, M. 15, 875. 876. 879 (Fornikation mit nahen Verschwägerten, mit der commater, Busse); Tribur 895 c. 43 ff., M. 18, 153 (Fornikation mit nahen Verschwägerten, Busse); Troslé 909 c. 8, p. 288 (Heirath naher Verwandten, immerwährendes Exil); Bourges 1031 c. 17. 18, M. 19, 505 (allgemeines Verbot der Ehen zwischen Verwandten bis zum 7. Grad und Verschwägerten ohne Strafandrohung); Gottesfrieden v. Elne u. 1027, p. 483 (incestuose Ehen bis zum 6. Grad, Exk.); päpstl. Konz. Rheims 1049 c. 11, p. 742 („ne quis incestuosae coniunctioni se copularet"); Coyaca 1050 c. 4, p. 788 (incestuosi, Busse, event. Exk.); Compostella 1056 c. 3, M. 19, 856 (Ehe mit der Frau des Bruders, Exk.) c. 6 p. 858 (mit Verwandten, Busse, ev. Exk.); Leg. Konz. v. Toulouse 1056 c. 12, p. 849 (Exk. der incestuosi); päpstl. Konz. Rom 1059 c. 11 p. 898 (Verbot der Ehen bis zum 7. Grade der Verwandtschaft, ohne Strafandrohung, wiederholt Rom 1063 c. 9, p. 1026, s. c. 17 C. XXXV qu. 2 u. 3); Leg. Konz. Tours 1060 c. 9, p. 928 (Ehen mit Verwandten oder von Verwandten ausserehelich oder ehelich fleischlich erkannten Frauen, Busse, event. Exk.); Leg. Konz. Gerona 1068 c. 3, p. 1071 (incestuosi Exk.); London 1075, M. 20, 452 (blosses Verbot ohne Strafandrohung); Lillebonne 1080 c. 2, p. 560 (gegen incestuose Ehen canonica iustitia); päpstl. Konz. Troja 1093 c. 1, S. 41 n. 14 (gegen solche Infamie und Exk.); päpst. Konz. Nismes 1096 c. 10, M. 20, 936 (Exk.); London 1102 c. 24, p. 1152 (Verbot bis zum 7. Grad, ohne Strafandrohung, aber die Verletzung als crimen bezeichnet); allgem. Later. Konz. I. 1123 c. 5, M. 21, 283 (Infamie für Kinder aus incestuosen Ehen); Leg. Konz. London 1125 (Verbot für Verwandte und Verschwägerte bis zum 7. Grad, ohne Strafandrohung); Nantes 1127, p. 353 (für incestuose Ehen Exk.); päpstl. Synoden v. Clermont 1130 c. 12 p. 440, v. Rheims 1131 c. 16 p. 461 und allg. Later. Konz. II. 1139 c. 17, p. 530 (Wiederholung von Lateran. I. cit.); Leg. Konz. Dioklea 1199, M. 22, 703 c. 6 (Verbot bis zum 4. Grad, Exk.). In Spezialfällen ist im 12. Jahrh. auch Exk., event. Vermögenskonfiskation für incestuosen Geschlechtsverkehr Rheims 1157 c. 1, S. 39 n. 5, und das interdictum ambulatorium S. 31 n. 3 angedroht worden. Wiederholte öffentliche Exkommunikation der incestuosi ordnen an das L. K. Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23 (wiederholt Beziers 1246 c. 33, p. 699); Lerida 1229 c. 4, M. 22, 1091; Lerida Ende saec. XIII M. 23, 937, und die Clem. un. cit. de consang.

Verwandten oder Verschwägerten, ferner zwischen denjenigen durch die Taufe oder Firmelung in s. g. geistliche Verwandtschaft getretenen Personen, zwischen welchen die Kirche die Ehe ausschloss, und dem ausserehelichen Geschlechtsverkehr zwischen allen diesen, da gerade in der fraglichen Zeit die Kirche sich nicht nur bemüht, die hier in Betracht kommenden Eheverbote bei den germanischen Völkern, namentlich bei den Franken zur Durchführung zu bringen, sondern dieselben auch bis zum 13. Jahrhundert immer weiter auszudehnen sucht[1] und sich dazu ihres strafrechtlichen Apparates bedient. Sowohl Gratian, wie die Dekretalensammlungen behandeln den Ausschluss der Ehen unter den nahen Verwandten und Verschwägerten hauptsächlich vom eherechtlichen Gesichtspunkt aus, und daraus erklärt es sich, dass die strafrechtliche Seite bei ihnen wesentlich zurücktritt[2].

Die Entführung von Jungfrauen, Wittwen und Frauen (*raptus*) ist zwar in der karolingischen Zeit noch wiederholt von der kirchlichen Gesetzgebung[3], später aber blos sehr vereinzelt durch die Partikularsynoden[4] mit Strafen bedroht worden, während die allgemeine Gesetzgebung der Kirche sich mit diesem Vergehen wohl deshalb so gut wie gar nicht[5] befasst hat, weil das Dekretum Gratians darüber ein ausreichendes Material bot[6].

Noch viel dürftiger hat die kirchliche Gesetzgebung der früheren Zeit das Ver-

IV. tit. un. belegt die wissentliche Schliessung von Ehen in den verbotenen Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgraden mit der exc. ipso facto (s. dazu noch S. 173 n. 9).

1 Vgl. darüber vorläufig Freisen, Gesch. d. canon. Eherechts. Tübingen 1888 S. 371 ff. 439 ff. 507 ff. 555 ff., da hier auf die nähere Entwicklung der Eheverbote und ihre Einschränkung seit Innocenz III. nicht näher eingegangen werden kann.

2 Gratian giebt c. 8—10 C. XXXIV qu. 1 u. 2 Auszüge aus Tribur 895 bez. cap. Compend. 757 und in der C. XXXV, wo das Eheverbot ausführlich behandelt wird, strafrechtliche Vorschriften aus Pseudoisidor qu. 2. 3 c. 2, aus Tribur cit. c. 6, aus älteren spanischen Konzilien c. 8. 9 und qu. 8 c. 3, aus Ben. Levita (über die die geistliche Verwandschaft betreffenden Verbote s. C. XXX qu. 1 — qu. 4), und in den hierher gehörigen Titeln X Buch IV cit. 11—14 wird nur gelegentlich der den iucestuosi aufzuerlegenden Busse s. IV. 13 c. 2. 3. 4 und der ecclesiastica districtio IV. 14 c. 5 gedacht. Über die Clementinen vgl. a. Ende der vorvor. Anm.

3 Rom 721 c. 11, M. 12, 264 (c. 5 C. XXXVI qu. 2 Entführung einer Jungfrau, Anathem), Rom 743 c. 7, p. 383 (ebenso); Cap. eccles. 818. 819 c. 23, Bor. 1, 278 (c. 4 C. XXXVI qu. 2, vgl. auch c. 33 C. XXVII qu. 2, für dasselbe Vergehen unter Berufung auf Chalc. 451 c. 27 = c. 1 L. XXXVI qu. 2, für Kleriker Absetzung, Laien Anathem) c. 24 (c. 34 C. XXVII qu. 2 Raub verlobter Jungfrauen, öffentliche Busse für den raptor und die zustimmende rapta, bei nachheriger Ehe, Anathem) c. 25 (von Nonnen, lebenslängliche Busse und erst beim Tode Abendmahl); Karol. II. in Vern. pal. 844 c. 6 (Raub verlobter Jungfrauen Exk., event. weltliche Strafe); Meaux-Epernay 846 c. 67 M. 14, 855; LL. 1, 392 (Raub v. Nonnen, öffentliche Busse, Nonne Busse an angemessenem Ort, event. Exk.), c. 68 (c. 4 X de purg. can. V. 34, Raub v. verlobten Jungfrauen Busse, event. Anathem, Geistlicher, der Mithelfer, Absetzung), Pavia 850 c. 10, Bor. Kr. 2, 119 (Raub v. Jungfrauen, auch verlobten und Wittwen, Anathem, der mithelfende Geistliche Absetzung); Pistes 862 c. 4 LL. 1, 482 (in Betreff des raptus feminarum auf die früheren Vorschriften verwiesen); Rom 871/878 c. 6, Maassen, römische Synode aus d. Zeit v. 871 bis 878 S. 13, u. Ravenna 877 c. 6, M. 17, 338 (Raub v. Nonnen u. Frauen, kleiner Bann, event. Anathem, S. 16 n. 11); Troslé 905 c. 8, M. 18, 286 (Wiederholung der älteren Kanonen, wie Chalcedon, und der Kapitularien).

4 Leg. Konz. Tours 1060 c. 9, M. 19, 928 (Raub der Ehefrau eines anderen, Exk.); Gran 1114 c. 53 (Raub der Braut eines anderen, Busse und compositio, ev. Verknechtung); Lerida 1229 c. 12, M. 22, 1092 (Raub v. Frauen durch Geistliche, Degradation); Breslau 1248 §. 8, de Montbach, stat. syn. Wratislav. p. 309 (Verbot für Geistliche und Laien, den Ehekonsens der entführten Jungfrau oder Frau entgegenzunehmen, schwere arbiträre Strafe).

5 Aus den Dekretalen Gregors IX. kommen nur in Betracht c. 4 X cit. V. 34, s. Anm. 3, ferner die blos den raptus als Ehehinderniss betreffenden c. 6 (Luc. III. 1159/1181, J. L. n. 13855) de raptor. V. 16 und c. 7 (Innoc. III. Potth. n. 1066) ibid.

6 Vgl. ausser den Anm. 3 citirten Stellen noch c. 47 (Johann VIII. 873/82) C. XXVII qu. 2; ferner C. XXXVI qu. 1 und namentlich qu. 2.

brechen der Nothzucht[1] und der Kuppelei[2] behandelt, denn über beide finden sich nur wenige partikularrechtliche Anordnungen[3].

Was endlich die widernatürliche Unzucht betrifft, so bietet auch die kirchliche Gesetzgebung[4] in dieser Beziehung kein reichhaltiges Material, indessen ist eine Art derselben durch das gemeine Recht[5] unter Strafe gestellt worden.

Hinsichtlich des letzten der drei alten schweren Verbrechen. der Tödtung, weisen in dieser Periode zunächst die karolingischen Quellen eingehende Bestimmungen auf[6].

[1] Compend. 757 c. 13, Bor. 1, 38 (c. 32 C. XXVII qu. 2) spricht für oppressio sponsae filii durch den Vater Trennung der Ehe mit dem Sohne und ein Verbot an den Vater, die Braut, sowie an diese, überhaupt zu heirathen, aus); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 (vim inferre sacratis deo viduis et virginibus et viduis, Zwangsbusse); Enham 1009 c. 28, M. 19, 310 (Nothzucht an Nonnen und Wittwen, Vermögenskonfiskation); Szabolcs 1092 c. 32, M. 70, 775 (vim inferre virgini vel mulieri eunti de villa in villam, Busse, wie bei Tödtung); Cicester 1246, M. 23, 714 (öffentliche wiederholte Exk. der pudicitiae raptores). Gratian bietet ausser dem schon cit. Kanon nur einige, nicht die strafrechtliche Seite behandelnde Stellen aus Kirchenvätern, s. c. 4. 6—9. C. XXXII qu. 5.

[2] Pavia 850 c. 9, Bor. Kr. 2, 119 (Eltern, die ihre Töchter verkuppeln, Zwangsbusse); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 („ut quaedam viduae incontinentes filias suas lascivis iuvenibus in concubinas substituerint", Busse in ergastulo); London 1268 c. 8, M. 23, 1224 (Aufnahme von Klerikern in das eigene Haus, um ihnen Gelegenheit zur Unzucht zu gewähren oder wissentliche Gestattung derselben, oder wissentliche Vermiethung oder Überlassung der Häuser an Konkubinen der Geistlichen, Kleriker susp. ipso iure ab ingressu ecclesiae, Laien arbiträre Strafe). Leg. L. Ofen 1279 c. 48, M. 24, 292 (Duldung von meretrices, publici adulteri, adulterae, incestuosi, incestuosae auf den Besitzungen und in den Häusern von Weltlichen und Geistlichen, sowie von geistlichen Korporationen und Instituten oder Vermiethung, Überlassung und Verkauf von Häusern an dieselben, Ausschluss ab ingressu ecclesiae et a perceptione sacramentorum bis zur Entfernung und zur Überweisung des erhaltenen Entgelts für fromme Zwecke). Als Kuppelei im weiteren Sinne betrachtet Pavia 850 c. 9 cit. die mit Zwangsbusse bedrohte Verhinderung der Ehen der Töchter durch die Eltern und die dadurch veranlasste Unzucht der ersteren. Gratian hat keine der älteren, hierher gehörigen Kanonen, wie Elvira 306 c. 12, Bd. IV, S. 699, noch der vorhin citirten in sein Dekret aufgenommen und handelt von der Kuppelei nur gelegentlich des Ehebruchs im dict. zu c. 10 C. XXXII qu. 1.

[3] Für die Nothzucht erklärt sich dies wohl daraus, dass später das weltliche Recht dieselbe fast überall mit dem Tode bestrafte, s. unten §. 281.

[4] Karol. M. admon. gen. 789 c. 49 (Hinweisung auf das die Bestialität mit schwerer Busse belegende c. 16 Ancyra 314, Bd. IV. S. 702 n. 2 v. S. 701 u. S. 719 n. 4, unter Ausdehnung auf widernatürliche Unzucht zwischen Männern); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1014. 1015 (ebenso unter Bezugnahme v. Ancyra); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 43, M. 14, 962 (wesentliche Wiederholung v. Theodulf); päpstliche Synode Rheims 1049 i. f. M. 19, 742 („Pari modo d. h. excommunicatione damnavit —Leo IX. — et Sodomitas"; vgl. dazu über die Verbreitung der Sodomie innerhalb der Geistlichkeit Italiens Dresdener, Kultur- u. Sittengesch. d. italien. Geistlichkeit. Breslau 1890. S. 323 ff.); Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Bestialität, Busse, event. Exk.); London 1102 c. 28, M. 20, 1152. (Sodomie, Exk., Geistliche zum Aufsteigen unfähig und Absetzung, Laien Verlust der weltlichen Würden). Die Legatenkonzilien Paris 1212 o. 1213 P. IV c. 20. 21, M. 22, 843 u. Rouen 1214 P. IV. 21. 22, V. 920 verweisen im wesentlichen auf Lateran. III., s. die folgende Anm.

[5] Allg. Konz. Lateran. III. 1179 c. 11, M. 22, 224 in c. 4 X de exc. prael. V. 31 (für incontinentia contra naturam Geistliche Absetzung und Ausstossung aus dem Klerus oder Einsperrung zur Busse in ein Kloster, Laien Exk.). Gratian hat nur wenige Stellen aus Augustin und Ambrosius c. 11—14 C. XXXII qu. 7 in sein Dekret aufgenommen, nicht dagegen Ancyra c. 16 cit. und Tolet. XVI. c. 3 (Bd. IV. S. 830 n. 9).

[6] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1) u. cap. II, p. 1022 unterscheidet nach Ancyra 314 c. 22. 23 (c. 42 Dist. L) zwischen dem homicidium *voluntarium*, der vorsätzlichen Tödtung oder der per insidias und derjenigen, welche Jemand *casu, non volens* begangen, d. h. der fahrlässigen Tödtung, für welche eine geringere Busse festgesetzt wird; Mainz 847 c. 32. 23 Bor. Kr. 2, 182, welches Ancyra c. 22. 23, Agde 506 c. 37 (c. 20 C. XXIV qu. 2) u. c. 2, sowie Elvira 306 c. 5 (c. 43 Dist. L., Bd. IV, S. 703 n. 4) citirt, zwischen dem h. *sponte* und *non sponte* commissum; ebenso Rudolf v. Bourges u. 850 c. 39, M. 14, 961 (unter Citirung von Ancyra); Worms 868 c. 27. 28. 29, M. 15, 874 (c. 40. 41 u. 50 Dist. L.; c. 12 C. XV qu. 1) das *h. odii meditatione vel propter avaritiam*, die fahrlässige und die zufällige Tödtung, obschon es den wahnsinnigen Thäter einer wenn auch leichteren Busse als die zurechnungsfähigen unterwirft; Tribur 895 c. 52. 54, M. 18, 156, ebenfalls unter Citirung von Ancyra zwischen dem h. non sponte und sponte commissum (wenn es übrigens c. 53 für Tödtung des Sohnes non sponte, sed casu Busse festsetzt, andererseits aber c. 36 p. 150, c. 51 Dist. L, für einen Fall unzweifelhaft kasueller Tödtung Straflosigkeit ausspricht, so muss es in c. 53 cit. die fahrlässige Tödtung im Auge haben); Nantes saec. IX c. 17.

In der Folgezeit treffen neben einzelnen Partikularsynoden[1] hauptsächlich die Gottesfriedens-Ordnungen[2] aus dem 11. und aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts Bestimmungen über das gedachte Verbrechen, während seitdem der Tödtung nur selten in den Partikular-Konzilien gedacht wird[3]. Dagegen weist Gratian in seiner Sammlung ein reiches Material auf, indem er ausser den schon vorher citirten älteren und karolingischen Kanonen[4] auch eine Anzahl von päpstlichen Dekretalen aus dem

18, M. 18, 172 (wie Theodulf cit.); Troslé 909 c. 13, M. 18, 297 giebt ebenfalls die von Mainz 847 cit. angeführten älteren Kanonen wieder. Von besonderen Fällen der fahrlässigen Tödtung wird mehrfach die Erdrückung von Kindern im Schlaf durch die in demselben Bett schlafenden Eltern, bez. die Mutter hervorgehoben; Theodulf v. Orleans cap. II, M. 13, 1013 (hier auch Busse für den im Hause befindlichen, also nicht gegen die Unsitte einschreitenden Vater); Mainz 852 c. 9, Bor. Kr. 2, 189; Worms 868 c. 35, M. 15, 876; ferner die Tödtung des durch die Mutter in die Nähe des Feuers gelegten Kindes durch aus dem Kessel laufendes heisses Wasser, Tribur 895 c. 37, M. 18, 150.

Tödtung aus Nothwehr bedroht Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1012 mit leichterer Busse als die vorsätzliche und fahrlässige, ferner Tribur 895 c. 11, M. 18, 138, die in Folge von Zwang durch einen Priester oder Diakon verübte Tödtung mit Absetzung.

In Anhalt an das ältere Recht, s. Elvira 306 c. 5 cit. ist auch die Tödtung von Sklaven und Sklavinnen, Mainz 847 c. 22 cit.; Rudolf v. Bourges c. 4, M. 14, 961; Worms 868 c. 38. 39, M. 15, 876 (s. auch Troslé 909 cit. c. 13) sowie die von Heiden ausserhalb eines Krieges oder Gefechtes für bussfällig erklärt worden, Worms 868 c. 27 cit. (aber nur Busse von 40 Tagen nach Tribur 895 c. 34, M. 18, 149, wenn bei der Bekämpfung von Heiden die von diesen gefangenen Christen mitgetödtet worden sind); vereinzelt wird auch auf den gerichtlichen Zweikampf Zwangsbusse und Exk., für den Getödteten die Strafe der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses festgesetzt, Valence 855 c. 12, S. 33 n. 2.

Besonders hervorgehoben wird der Vater-, Bruder- und Verwandten-Mord, cap. missor. c. 37. Bor. 1, 98 (Busse und weltlicher Zwang dazu); Mainz 847 c. 20, Bor. Kr. 2, 181 (poenitentia districta); Worms 868 c. 30, M. 15, 874 (Busse); die Tödtung der Frau und Heirath einer anderen cap. Worms 829 c. 3, Bor. Kr. 2, 18 (c. 7 C. XXXIII qu. 2, öffentliche Busse); der Kindesmord und die Kinderabtreibung, Theodulf v. Orleans cap. II, M. 13, 1012. 1013 (Busse in Anhalt an Ancyra 314, c. 21); Mainz 847 c. 21 (Bor. Kr. 2, 181, ebenso unter Berufung auf Ancyra c. 21; Elvira 306 c. 63 u. Lerida 524 o. 546 c. 2); Rudolf v. Bourges c. 35, M. 14, 962 (wie Theodulf); Worms 868 c. 35, M. 15, 876 (Kinderabtreibung wie homicidium bestraft); die Tödtung im Streit mit mehreren Personen, Mainz 852 c. 11, Bor. Kr. 2, 189 (34 C. XXII qu. 8, Bestrafung jedes einzelnen als homicida); die Tödtung von Bischöfen u. Priestern Worms 868 c. 26, M. 15, 874 (10jährige Busse); Mainz 847 c. 24. 25, Bor. Kr. 2, 182 (c. 24 C. XVII qu. 4 von Priestern 12jährige Busse); Mainz 888 c. 16, M. 18, 68 (ebenso); Vienne 892 c. 2, p. 121 (von Geistlichen Busse, ev. Exk.); Tribur 895 c. 5, p. 136 (10jährige Busse); Nikolaus I. (J. L. n. 2864 in c. 23 C. cit. erst kleiner Bann, ev. Anathem).

Vgl. ferner noch über homicidium im Allgemeinen Hloth. I. de exp. c. Sarac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (poenitentia publica); Toucy 860 c. 4, M. 15, 559 (Exk. bez. Zwangsbusse); Rom 871/878 c. 7 u. Ravenna 877 c. 7, S. 16 n. 11 (kleiner, event. bei Bussverweigerung grosser Bann).

[1] Hohenaltheim 916 c. 24, LL. 2, 558 (Tödtung v. Priestern und Mönchen, sowie parricidium schwere Busse); Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Zwangsbusse, ev. Exk.).

[2] Gottesfriedensurkunde v. 1041, M. 19, 594 (langjähriges Exil u. Wallfahrt nach Jerusalem als Busse für homicidium); Gottesfrieden Wilhelms v. d. Normandie 1042, p. 598 (30 Jahre Busse im Exil u. Schadenersatz, ev. Exk. u. Versagung des christlichen Begräbnisses); Tulujas u. 1065, M. 19, 1042 (bei homicidium sine aliquo casu während des Gottesfriedens lebenslängliches Exil, cum casu, also bei fahrlässiger Tödtung, Exil auf arbiträre, durch den kirchlichen Richter zu bestimmende Zeit); Narbonne 1054 c. 5 p. 828 (ebenso lebenslängliches Exil bei h. voluntarium); Vich 1068, M. 19, 1073 (Geldbusse); Terouanne 1030/1078 c. 1. 2, Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. 12, 112 (Exil auf 30 Jahre mit Busse und Satisfaktion, sonst Exk.); Soissons 1083—96 c. 11, a. a. O. S. 114 (auferlegte Busse im Exil); Lütticher Gottesfrieden 1081, Kluckhohn Gottesfrieden S. 64 n. 11 (Verlust des Vermögens und Ausweisung aus dem Bisthum); Kölner 1083 u. Mainzer 1085, LL. 2, 56 (ebenso); Anjou zu Clermont 1095 c. 3. 6, M. 20, 912 (7 Jahre Exil, bei Versöhnung mit den Verwandten des Getödteten 30 Pfund an den Bischof, bez. auch den Grafen, vgl. S. 40 n. 3); Rheimser Gottesfrieden Calixt' II. 1119, M. 21, 237 (lediger Mann Eintritt in ein Kloster oder Wallfahrt nach Jerusalem, verheiratheter Busse nach Bestimmung des Bischofs, bei Tödtung aus Nothwehr Busse im Lande ohne Exil ev. Interdikt); Terouanne nach 1119 c. 8, cit. Zeitschr. 12, 116 (Bussleistung im Exil).

[3] S. aber Leg. Konz. v. Dioklea 1199 c. 4, M. 22, 702 (Tödtung durch Priester, Absetzung für immer) u. v. Bremen 1266 (Tödtung in publico private oder öffentliche Busse nach Bestimmung des Bischofs, event. Versagung des christl. Begräbnisses).

[4] Vgl. S. 176 n. 6; c. 12 (can. apost. 25) Dist. LXXXI u. c. 22 (Tours 813) C. XXXIII qu. 5, und ausser einer Reihe von Stellen aus Kirchen-

9. bis 11. Jahrhundert, welche Einzelfälle betreffen, aufgenommen hat[1]. Andererseits behandeln die Dekretalensammlungen die Tödtung wesentlich[2] unter dem Gesichtspunkt der Irregularität[3], und erst im 13. Jahrhundert hat die Gesetzgebung der allgemeinen Konzilien mit vereinzelten Vorschriften[4], so namentlich über das Dingen von Assassinen zum Morde[5] eingegriffen[6].

Abgesehen von dem Fall der Tödtung der Kinder durch ihre Eltern, namentlich durch die Mutter, welcher in der Dekretalensammlung Gregors IX. besonders ausgezeichnet ist[7], hat sich aber die von den Päpsten geleitete Gesetzgebung des 12. Jahrhunderts veranlasst gefunden, im Interesse der Wahrung des Ansehens der Geistlichkeit und des persönlichen Schutzes derselben die Tödtung von Geistlichen im Gegensatz zu der karolingischen Zeit[8] in umfassendem Masse unter besonders schwere Strafen[9]

vätern namentlich auch über kasuelle Tödtung c. 11 C. XVI qu. 1; c. 41 C. XXIII qu. 5, über Tödtung im Wahnsinn c. 5 C. XV qu. 1, und über die Kinderabtreibung c. 7—10 C. XXXII qu. 2, sowie aus Benediktus Levita über die Tödtung von Geistlichen c. 23—28 C. XVII qu. 4, noch im Allgemeinen C. XXIII qu. 5.

[1] c. 15 (Nicol. I. 858/867 J. E. 2850, M. 15, 258) C. XXXIII qu. 2 (Busse eines Muttermörders), c. 6. 39 (id. J. E. n. 2854) Dist. L. (Tödtung durch Geistliche aus Nothwehr), c. 49 (id. J. E. 2846) Dist. cit. (kasuelle Tödtung), c. 38 (Steph. V 887. 888, J. L. n. 3433) l. c. (Tödtung der Gefangenen der Sarazenen, non sponte); c. 47 (Urban II. 1088—99, M. 20, 713) C. XXIII qu. 5 (Tödtung von Exkommunicirten, welche ausdrücklich nicht für homicidium erklärt, aber mit angemessener Busse bedroht wird). — Der Stephan V. zugeschriebene c. 8 C. XXXIII qu. 2 gehört nicht diesem Papst, sondern Paulinus v. Friaul an. Vgl. übrigens auch S. 104 n. 6.

[2] S. aber gleich nachher zu Anm. 7.

[3] So im tit. X de homic. volunt. vel. casuali V. 12 sämmtliche Stellen von c. 8 an — während c. 1—4 (Stellen aus der Bibel, den Kirchenvätern und Pönitentialbüchern) das homicidium als solches, c. 6 (Alex. III.) die Theilnahme (bei Klerikern mit Absetzung, Busse im Kloster und int. introitus ecclesiae auf 5—7 Jahre bestraft), c. 5 (inc.) die dem homicidium hier gleichgestellte Unfruchtbarmachung durch Tränke und andere Mittel, c. 7 (Alex. III.) die Tödtung durch Überschreiten der Grenzen des Züchtigungsrechtes (für Priester Absetzung) betreffen —; im lib. VI tit. 4 c. 2. 3 und in Clem. V. 4 das c. un., vgl. Bd. I. S. 41 ff., woraus sich ergiebt, dass die fraglichen päpstlichen Dekretalen allerdings allgemeine Bedeutung für die Unterscheidung von vorsätzlicher, fahrlässiger und zufälliger Tödtung, sowie für die Lehren von der Zurechnung und den Strafausschliessungsgründen haben. Der Kinderabtreibung, welche spätere Partikularkonzilien, s. z. B. Lemans 1247, M. 23, 760. 761 mit Exk. bestrafen, wird c. 20 (Innoc. III.) X eod. ebenfalls nur unter dem gedachten Gesichtspunkt erwähnt.

[4] So Lyon 1245 in c. 1 in VI tit. cit. V. 4 u. M. 23, 670; vielleicht auch Clem. un., falls die Stelle dem Konzil v. Vienne 1311 angehört.

[5] Welches, selbst wenn der Tod nicht eingetreten ist, ebenso wie das Aufnehmen, Vertheidigen und Verbergen der Assassinen, s. Bd. I. S. 43 n. 1, mit der exc. ipso facto, der Deposition ipso facto von allen kirchlichen und weltlichen Ämtern und Würden, sowie mit der diffidatio, dem weltlichen Bann, s. S. 49 n. 5, bestraft wird, c. 1 cit. in VI.

[6] Von späteren Partikularkonzilien s. S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19 (Tödtung in der Kirche, neben den sonstigen Strafen interdictio ingressus ecclesiae für die Lebenszeit, nur Dispens durch das Provinzialkonzil), ferner Riez 1285 c. 24, M. 24, 581 (das Geben eines Abtreibungsmittels, Strafen wie für Giftmord, s. o. S. 160 n. 6).

[7] Durch den tit. V. 10 de his, qui filios occiderunt, in dem c. 1 (Alex. III.) u. c. 2 (Luc. III.) für die Tödtung des Sohnes durch die Mutter, c. 3 (Luc. III.) für die Erdrückung von Kindern im Schlaf durch die Eltern Zwangsbusse vorschreiben. Ferner gehört hierher noch c. 7 (Clem. III.) X de poenit. V. 38 (griechische Priester, welche ihre Kinder im Schlafe erdrücken, bei Vorsatz Entfernung vom Amt für immer und Zwangsbusse, bei Fahrlässigkeit letztere und zeitweise Suspension vom Messelesen). Von Provinzialkonzilien enthält das Seeländer 1201—23, G. Finke, Konzilienstudien. Münster 1891 S. 40 ff. ausführliche, hierher gehörige Vorschriften.

[8] S. S. 176 n. 6 u. S. 177 n. 4.

[9] Das Leg. Konzil. v. London 1138 c. 10, M. 21, 512, bedroht die Tödtung eines Geistlichen mit dem dem Papst zur Absolution vorbehaltenen Anathem und bei Unbussfertigkeit mit Entziehung des kirchlichen Begräbnisses, s. weiter S. 33 n. 12, ferner Lateran. IV. 1215 c. 45, M. 22, 1030 (c. 12 X de poen. V. 37) die Patrone, Advokaten, Vicedomini, Lehnsträger und Inhaber von Benefizien der Kirche für Tödtung des leitenden Geistlichen und der anderen Kleriker derselben mit Verlust ihrer Stellungen, Lehne und Benefizien, sowie ihre Descendenten bis zur vierten Generation mit Unfähigkeit, in den geistlichen Stand zu treten und Prälaturen in den Klöstern zu erhalten, das L. K. Avignon 1209 c. 20, M. 22, 793 die Tödtung von Geistlichen überhaupt für die Descendenten aus der Parentel des Thäters bis zur dritten Generation mit Unfähigkeit, ein kirchliches Benefizium zu erlangen oder zu behalten, ebenso auch Rennes 1273 c. 1, M. 24. 33,

zu stellen [1], und seit dem 14. Jahrhundert ist durch die Päpste in der Bulle: In coena domini die Tödtung, ebenso die Gefangennahme, Verwundung, Verstümmelung und Beraubung derjenigen, welche wegen ihrer Geschäfte zur römischen Kurie reisen oder von derselben zurückkommen, ihrer Vertreter aller Art und der für sie deputirten Richter und Auditoren [2], ferner auch der Rompilger mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation bedroht worden [3].

Endlich ist auch die schon früher partikularrechtlich festgesetzte Bestrafung des Selbstmordes [4], welcher bei Gratian ebenfalls berücksichtigt wird [5], gemeinrechtlich, wenngleich nur mehr indirekt anerkannt worden [6].

Was die übrigen in der hier fraglichen Periode von der kirchlichen Gesetzgebung berührten Strafthaten betrifft, so ist die Körperverletzung und das thätliche Angreifen von Personen, soweit es sich um Laien handelt [7], in karolingischer Zeit selten [8], häufiger aber, soweit diese Delikte an befriedigten Personen überhaupt oder an anderen während der befriedeten Zeit verübt werden, von den Gottesfriedensordnungen mit Strafe bedroht worden [9], in denen denselben die Gefangennahme [10],

welches für Geistliche Absetzung ipso facto, Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien und Anathem ipso iure festsetzt; Rouen 1299 M. 24, 1228 (Unfähigkeit bis zum vierten Grad) und das L. K. Tarragona 1239 c. 7, M. 23, 515 die interfectores clericorum mit dem interdictum ambulatorium (s. S. 31). Vgl. ferner c. 10 (Innoc. III.) X de poen. V. 37, S. 47 n. 4. Weiter kommen aber hier die zahlreichen Vorschriften über die percussio clericorum, welche von den Bd. I S. 118 angeführten päpstlichen Konzilien, bez. dem II. Lateran. Konz. v. 1139 erlassen sind (vgl. noch L. K. Dioklea 1199 c. 5, M. 22, 702), sowie c. 5 (Bonifac. VIII.) in VI de poen. V. 9 über die percussio cardinalium, s. Bd. I S. 350 und Clem. 1 eod. V. 8 über die percussio episcoporum in Betracht, da unter dieser auch der Mord und die Tödtung von Geistlichen mit inbegriffen ist, vgl. a. a. O. S. 119.

[1] Darin sind auch die Partikularkonzilien nachgefolgt; so z. B. Tarragona 1266 c. 1. 2, M. 23, 1130 (interdictum ambulatorium für occisores clericorum) und Köln 1266 c. 28, p. 1147 (für dieselben neben der Exkommunikation das interdictum ambulatorium, Verlust kirchlicher Lehne, Besitzungen und Ämter, sowie Unfähigkeit der Thäter diese zu erwerben, wiederholt Köln 1310 c. 2, M. 25, 231); Bremen 1266, M. 23, 1158 und Wien 1267 c. 5, p. 1171; Aschaffenburg 1292 c. 14. 15, M. 24, 1038; Tarragona 1329 c. 36, M. 25, 851; Aquileja 1339, p. 1111. 1124; Lavaur 1368 c. 122, M. 26, 539.

[2] Urban V. const. Apostolatus v. 1363 §§. 2, bull. Taurin. 4, 520; Gregor XI. const. Excommunicamus v. 1372 §§. 7. 10, ibid. p. 540.

[3] Gregor XI. const. cit. §§. 8. 10.

Wegen Tödtung der Juden s. S. 159 n. 7.

[4] Vgl. Bd. IV. S. 830 n. 8; Braga I. 563 c. 16 (c. 12 C. XXIII qu. 5), in karolingischer Zeit wiederholt von Theodulf v. Orleans u. 797 c. 4, M. 14, 961 (Strafe, Versagung des kirchlichen Begräbnisses).

[5] S. die vor. Anm. u. c. 9. 10 (August.) c. 11 (Hieronym.) C. cit.

[6] c. 11 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28, vgl. auch S. 33 n. 6 u. n. 11. S. noch Geiger, der Selbstmord im Kirchenrecht im Arch. f. k. K. R. 61, 225 ff.

[7] Vgl. auch §. 281.

[8] Rom 871—78 c. 7, Maassen, röm. Synode S. 14 u. Ravenna 877 c. 7, M. 17, 338 (membrorum truncatio, S. 16 n. 11).

[9] Elne 1027, M. 19, 483 (assalire homines ad ecclesiam oder cum foeminis euntes Emenda, ev. Exkommunikation); Gottesfrieden Wilhelms v. d. Normandie 1042, 597 (nec assaliat nec vulneret, Strafe wie bei Tödtung, s. S. 177 n. 2); Vich 1068, M. p. 1072 (villanum, viduas vulnerare, debilitare, comprehendere, auch invadere, iniuriam oder malefacta facere, Geldbusse); Terouanne 1030—78, s. a. a. O., (hominem vel feminam assaltare, vulnerare, Strafe wie bei Tödtung); Lütticher 1081, Kluckhohn, Gottesfrieden S. 64 n. 11 (assultus facere, fuste, gladio aut aliquo armorum genere usque ad collisionem in quemcunque desaevire, Strafe wie Tödtung, S. 177 n. 2); Kölner 1083 u. Mainzer 1085, LL. 2, 54 (aliquem violare aut defectare, Strafe ebenso, s. a. a. O.); Soissons 1083/1096 c. 2, s. a. a. O. (cultores terrarum ecclesiae invadere, Geldbusse; dasselbe wiederholt Terouanne nach 1119, s. a. a. O.); päpstlich bestätigter Friede des Grafen v. Anjou zu Clermont 1095 (percussio, vulneratio hominum seu feminarum, Restitution des Schadens, nach 7 Tagen aber Festsetzung desselben durch den Bischof, Geldemende an diesen und Exk.); Rheimser Friede Calixt.' II. 1119, M. 21, 237 (vulnerare, hostiliter percutere, für die Strafe auf die früheren Gewohnheiten verwiesen).

[10] Tulujas u. 1065, M. 19, 1041 (Wittwen, villani, Geldbusse); Narbonne 1054 c. 5 (apprehendere) s. S. 177 n. 2; Vich 1068 cit. s. vor. Anm.; Soissons cit. c. 3 (peregrinos et mercatores capere, Geldbusse); Angers-Clermont c. 2 cit., (s. auch ibid. c. 4); S. Omer 1099 c. 3 M. 20, 971; (Frauen, arbiträe Strafe).

das Hinterhaltlegen [1] und die Verübung sonstigen Unrechtes an Personen [2] mehrfach gleichgestellt wird. Nicht nur ist ihnen darin die Partikular- [3], sondern auch die allgemeine kirchliche Gesetzgebung [4] gefolgt, und dadurch, dass diese letztere den Gottesfrieden zu einem allgemeinen Gebote der Kirche gemacht hat [5], sind die erwähnten Delikte ebenfalls gemeinrechtliche und gemeinrechtlich strafbar geworden [6].

In viel umfassenderem Masse aber hat die kirchliche Gesetzgebung die erwähnten Vergehen, sofern sich dieselben gegen die Geistlichen richten, zum Gegenstand ihrer Anordnungen gemacht. Schon die römischen [7] und die fränkischen Konzilien [8] der karolingischen Zeit beschäftigen sich damit, indem sie diesen Delikten zum Theil jede Art der Injuriirung gleichstellen [9]. Nicht minder enthalten die Gottesfriedensordnungen [10] und auch einzelne Provinzialsynoden [11] derartige Bestimmungen. Vor Allem haben aber im 11. und im 12. Jahrhundert die päpstlichen und allgemeinen

1 Elne 1027 cit.; Narbonne c. 5 cit. (Exil).

2 Narbonne c. 5 cit., Vich 1068 cit. — Leg. K. Würzburg 1287 c. 25, M. 24, 861 (offendere von Personen, welche sich zur römischen Kurie und zu den Kurien der Bischöfe und Erzbischöfe begeben und von dort zurückkehren).

3 So verbietet Rheims 1049 c. 10, M. 19, 742 pauperes captoribus vexare; Palencia 1129, c. 12, M. 21, 387 das invadere von viatores, mercatores, peregrinos, sacra limina petentes et mulieres bei Strafe der deputatio in monasterium vel exsilium.

4 Lateran. I. 1123, M. 21. 285 (Exk. für das capere von „romipetas, peregrinos apostolorum limina et aliorum sanctorum oratoria visitantes").

5 Päpstl. Konzil zu Clermont 1095, unter Urban II. c. 1, M. 20, 816. 902. 904; Troyes 1107 unter Paschalis II., M. 21, 9. 10; Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. 12, 115; cit. Statut Calixt' II. 1119 M. 21, 236; Lateran. I. 1123 c. 13, p. 284; päpstliches Konz. Rheims 1131 c. 11 p. 460; Lateran. II. 1139 c. 12, p. 530; Lateran. III. c. 21, M. 22, 229 (c. 1 X de treuga I. 34). Vgl. auch Kluckhohn, Gesch. des Gottesfriedens S. 93 ff.

6 Denn, wenn die in d. vor. Anm. zuletzt angeführten 4 Konzilien auch nur allgemein die Verletzung des Gottesfriedens, falls keine entsprechende Satisfaktion geleistet wird, mit der Exkommunikation bedrohen, und Lateran. II. cit. c. 11, ebenso wie Lateran. III. cit. c. 22 (c. 2 X eod. I. 34) anordnen, dass zu allen Zeiten „presbyteri, monachi, clerici conversi, peregrini, mercatores, rustici euntes et redeuntes et in agricultura existentes" bei Strafe der Exk. unbehelligt bleiben sollen, so bildeten danach die im Text besprochenen Delikte in allen Fällen Friedensbrüche, und mussten als solche bestraft werden. Endlich hat auch Lateran. III. cit. c. 24 (c. 3 X de rapt. V. 17) noch besonders das capere christianos pro negotiatione vel aliis honestis causis navigio vectos verboten.

Die späteren Partikularkonzilien erwähnen der gedachten Delikte nur selten, s. aber Grado 1296 c. 11, M. 24, 1169 (Kleriker, welche gegen Laien das Schwert ziehen oder sie thätlich angreifen oder ihnen schwere Injurien zufügen, dieselbe Geldstrafe, mit welcher der Laie für die Verübung dieser Vergehen durch das weltliche Gericht bestraft wird).

7 Rom 863 c. 12, M. 15, 660 (episcopum percutere, verberare aut caedere, Anathem); Rom 871—78 c. 4, Maassen röm. Synode S. 13 (episcopos percutere, detruncare, infamare, kleiner Bann, ev. Anathem) c. 5 ibid. (ebenso Ravenna 877 c. 5, M. 17, 338 iniuriam facere personis ecclesiasticis, dieselben Strafen s. auch c. 21 §. 3 C. XVII qu. 4) ferner c. 23 (Nicol. I. J. E. 2864) C. XVII qu. 4, presbiterorum flagellatores . . . kleiner Bann, ev. Exk.); endlich c. 31 (Ps. Is.) C. XI qu. 1 (Kleriker, die ihren Bischöfen nachstellen, Absetzung, Infamie und Auslieferung an die Kurie).

8 Valence 892 c. 2, M. 18, 121 (Kleriker, castrare, aliquo membro detruncare, temere dehonestare, Laien Zwangsbusse, ev. Exk.); Troslé 909 c. 5 (unter Citirung von Stellen aus Pseudo-Isidor und Benedikt Levita gegen das iniuriam facere clericis, Anathem).

9 S. Rom 871 c. 4 u. Valence 892 c. 2 cit.; ferner Ravenna 877 c. 4 (duces sollen die Bischöfe nicht vor Laien obiurgare, kleiner Bann, ev. Anathem); Mainz 888 c. 7, M. 18, 66 (clerico iniuriam vel calumniam inferre, Exk.). Das allgemeine Konzil Nicäa II. 787 c. 16, M. 13, 754 (c. 1 C. XXI qu. 4) bedroht schon die Beleidigung und Verhöhnung nicht prächtig, sondern ärmlich gekleideter Kleriker, mit epitimium (also arbiträrer Strafe, s. aber S. 78 n. 9).

10 Elne 1027, p. 483 (assalire clericum et monachum sine armis incedentem, Emenda, event. Exk.); Tulujas u. 1065, M. 19, 1041 (apprehendere und injurias facere gegen clericum arma non ferentem, monachum, sanctimonialem, Geldemenda); Vich 1068, p. 1073 (die gedachten Personen invadere oder ihnen injuriam vel malefacta facere, doppelte Emenda); Terouanne nach 1119 c. 15, Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. 12, 117 (iniustitiam facere clericis, monachis, monialibus, Strafe durch den Bischof). S. Omer 1099 c. 3, M. 20, 971 (capere clericos u. monachos, vindicta).

11 Hohenaltheim 916 c. 24, LL. 2, 548 (s. auch c. 22 C. XXIV qu. 3, manum mittere in episcopum, lebenslängliche Busse im Kloster oder 12 Jahre strenge Busse ausserhalb desselben); Charroux 989 c. 3, M. 19, 90 (invadere, capere, percutere clericum arma non ferentem).

Synoden[1] theils im Interesse der Wahrung des von der Kirche für die Geistlichen beanspruchten privilegium fori, theils aus den schon S. 178 hervorgehobenen Gründen die Gefangenhaltung von Geistlichen, sowie jede Art der thätlichen Verletzung derselben unter schwere Strafe gestellt und dadurch das s. g. privilegium canonis geschaffen[2]. Später sind dann von den Päpsten[3] und den Partikularsynoden[4], einer-

[1] Rheims 1049 c. 9, M. 19 (violentiam inferre aliquibus sacri ordinis iter agentibus); c. 22 (Alex. II. 1062 J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (comprehendere, percutere, vi a sede expellere episcopum, Anathem und Konfiskation des Vermögens zu Gunsten der Bischofskirche, clericum, kanonische Busse und Komposition, nach anderer Lesart Absetzung von weltlichen Würden, event. Exk. s. S. 47 n. 3); Melfi 1089, S. 40 n. 5; Nismes 1096 c. 4 (s. S. 41 n. 14 capere episcopum, abbatem archidiaconum, presbyterum, Infamie, Verlust der Würden, Exk. und Interdikt der Besitzungen bis zur Satisfaktion, caeteros clericos canonum sententia, also Exk., s. die früheren Anführungen); allgem. Konz. Lateran. I. c. 20, M. 20, 286 (Verletzung der persönlichen Sicherheit der Kleriker und Zufügung von molestiae, Exk.); vgl. ferner die Bd. I. S. 118 angeführten Synoden; London 1138 c. 10, M. 51, 512 (incarcerare, nefarias manus inferre, dem Papst vorbehaltene Exk.); Leg. Konz. Dioklea 1199 c. 5, M. 22, 702. Über die von den Päpsten in hierher gehörigen Einzelfällen verhängten Strafen s. S. 21 n. 2.

[2] S. darüber und über die weitere Entwicklung des Privilegs durch das Dekretalenrecht Bd. I. S. 118 ff.

[3] Vgl. das S. 33 n. 12 erwähnte Statut Innocenz' IV.; die Dekretalen Honorius' III. 1225 und Bonifaz' VIII. (c. 5 in VI de poen. V. 9), s. Bd. I. S. 350 betreffend die Gewaltthätigkeiten gegen Kardinäle; Clemens' V. in Clem. 1. de poen. V. 8, s. o. S. 33 n. 12. Vgl. auch die folgende Anm. und c. 7 (Honor. III.) de iniur. V. 36. S. 38 n. 7.

[4] Während Rheims 1157, M. 21, 483 für die vexatio und laceratio personarum ecclesiasticarum nur animadversio canonica vorschreibt, wird seit dem 13. Jahrhundert auch häufig das Interdikt angedroht, s. Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 805 (neben der Exk. für die Gefangennehmung von Prälaten, Kanonikern und anderen Stiftsgeistlichen durch weltliche Grosse), vgl. weiter die Anführungen S. 31 n. 5; S. 47 n. 4 u. §. 287 ferner Trier 1238 c. 6, M. 23, 480 (minas inferre de corpore gegen personae ecclesiasticae, Exk. u. Interdikt); Veile, bestätigt 1246 durch Alexander IV. 1247, p. 921. 945, s. Hefele, Conc. Gesch. 6, 58 (für captio des Bischofs, amissio membri, atrox iniuria gegen denselben seitens des Königs oder aber unter seinem Mitwissen, Interdikt über das Königreich); Cognac 1238 c. 2 u. 1261 c. 1, p. 487. 1107 (interdict. ambulatorium über Orte, wohin gefangene oder angegriffene kirchliche Personen gebracht werden); Köln 1266 c. 1. 28 (für percussio u. mutilatio clericorum neben Exk. das Interdikt und für mutilatio dieselben Strafen, wie für Tödtung, S. 179 n. 1; c. 30 ibid. für minas inferre de corpore vel de rebus nur öffentliche Verkündung der Exk.; c. 31: falls aber die percussio von einem Kleriker verübt worden, Verkündung der eingetretenen exc. ipso facto in der ganzen Diöcese, ev. wiederholtes feierliches Anathem und nach einem Jahr privatio beneficii ipso iure; c. 33: im Fall der Tödtung und der mutilatio, sofortiger Eintritt der privatio benef. u. des interdictum ambulatorium ipso facto an allen Orten, wo der schuldige Kleriker hinkommt; c. 32: bei Gefangennehmung eines Geistlichen durch einen anderen, welcher gegen den ersteren einen Prozess hat, Verlust der Sache, ev. Verlust des Benefiziums, Unfähigkeit zur Erlangung anderer u. interdictum ambulatorium, Wiederholung dieser Vorschriften Köln 1310 c. 2, M. 25, 231); Tarragona 1266 c. 2. 3, M. 23, 1130 (für mutilatio u. captio neben Exk. auch interdictum ambulatorium, s. a. a. O.); Leg. K. Bremen 1266 p. 1158 (für enormiter vulnerare, mutilare, captivare u. occidere ausser der dem Papst vorbehaltenen Exk. Verlust der von der Kirche innegehabten Sachen und Anfall des Vermögens an dieselbe ipso iure, auch Interdikt über die Diöcese, in der der Geistliche gefangen gehalten wird); Leg. K. Wien 1267 c. 4, p. 1171 (wiederholte öffentliche Exk. derjenigen, qui clericos capiunt, verberant, occidunt, in ipsos violentas manus iniiciunt, aber nach c. 5 bei enormis violatio, mutilatio, captivatio und occisio die dem Papste vorbehaltene Exk., Verlust der von der Kirche geliehen erhaltenen Sachen und Interdikt über die Diöcese, in der der Geistliche gefangen worden ist oder gefangen gehalten wird); Rennes 1273 c. 1, M. 24, 33 (für manus iniicere und mutilare dieselben Strafen wie für Tödtung, s. S. 178 n. 9, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 5, M. 25, 1072); Pont. Audemer 1279 c. 4. 6, M. 24, 222 (öffentliche Verkündung der Exk. für die manus iniectio in clericos und für Gefangennehmung und Gefangenhaltung von Klerikern, im letzteren Fall aber zunächst generell); Münster 1279 c. 20, p. 320 (im wesentlichen dasselbe); Leg. K. Würzburg 1287 c. 25, p. 860 (Schlagen und Gefangennehmung der Nuntien des Papstes, der Erzbischöfe und der Bischöfe, exc. ipso facto); Nogaret 1290 c. 6, p. 1068 (episcopum hostiliter malitiose cum armis insequi, invadere, percutere, capere, dem Papste vorbehaltene exc. ipso facto, Ausschluss vom Klerikalstand, Verlust der kirchlichen Lehne und anderer von der Kirche erhaltenen Ländereien ipso iure, für Söhne des Thäters oder seiner Gehülfen und Rathgeber privatio beneficii ipso iure und Unfähigkeit, solche zu erhalten, für alle Zerstörung der Gebäude, immerwährende Infamie, öffentliche feierliche Verkündung der Exk. bis zur Genugthuung, Interdikt ipso iure über den Ort des Verbrechens und die Orte, wo die Schuldigen aufgenommen werden, interdictum ambulatorium über die übrigen, an welche sie zufällig hinkommen, c. 7:

seits in Folge der bei kirchlichen Wirren und politischen Kämpfen gegen die Geistlichkeit geübten Gewaltthätigkeiten, andererseits in Folge der Versuche der weltlichen Fürsten, die kirchliche Gerichtsbarkeit in Kriminalsachen der Geistlichen einzuschränken [1], die Strafen für die erwähnten Delikte noch verschärft worden [2].

Während von den weiter in Frage kommenden Vergehen die Kirche zwar den Zweikampf, einschliesslich des gerichtlichen, für unerlaubt erklärt hat [3], ist derselbe von ihr doch nur gemeinrechtlich für die Kleriker [4], nicht aber für die Laien [5] bei Strafe verboten worden. Den gerichtlichen Zweikampf, welcher zu innig mit dem germanischen Prozessrecht verwachsen war, konnte sie, so lange dasselbe in Herrschaft stand, nicht zu beseitigen unternehmen. Andererseits aber hätte ein blosses strafrechtliches Verbot des aussergerichtlichen Zweikampfes und die Freilassung des gerichtlichen die ausdrückliche Billigung einer Einrichtung enthalten, welche die Kirche von ihrem Standpunkte aus für berechtigt zu erklären, ausser Stande war [6]. So blieb ihr nichts anderes, als eine passive Haltung übrig, und eine solche konnte sie um so mehr einnehmen, als sie nicht gehindert war, die etwa bei einem gerichtlichen Zweikampf vorgefallene Tödtung oder Körperverletzung ihrerseits als solche zu bestrafen [7].

Dagegen hat sich die Kirche seit dem 12. Jahrhundert bemüht, die Turniere, welche ihr ebenfalls als eine das Seelenheil gefährdende, auf eitlem Stolz auf die körperliche Kraft und Gewandtheit beruhende Sitte erschienen, durch ihre strafrechtlichen Verbote zu unterdrücken. Es waren fast ausschliesslich die Päpste auf ihren päpstlichen Synoden und die allgemeinen Konzilien, welche durch Bedrohung der im Turnier gefallenen mit Versagung des kirchlichen Begräbnisses dagegen eingeschritten

bei den gleichen Vergehen gegen Äbte, Prioren, Archidiakone, Kathedralkanoniker und Pfarrer dieselben Strafen, jedoch nicht Verlust der Benefizien für die Söhne, Zerstörung des Hauses und Unfähigkeit zum Klerikalstand); vgl. weiter auch Aschaffenburg 1292 c. 14. 15, M. 24, 1089, 1090; Rouen 1299 p. 1223; Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 463; Bergamo 1311 c. 16, p. 492. Leg. K. Pressburg 1309 c. 1, M. 25, 215 (welches sich mit Clem. 1. cit., V. 8, s. vor. Anm., berührt und noch höhere Strafen als diese, so u. A. Freiheit der Vasallen vom Treueid und Unfähigkeit der Söhne der Thäter zum Klerikalstand für die Verletzung, Gefangenhaltung und Verfolgung von päpstlichen Legaten, Erzbischöfen und Bischöfen androht). — Trier 1310 c. 21, M. 25, 255 (minas inferre, bei Nichtleistung von Sicherheit gegen Realisirung auf monitio des Oberen Exk.); Tarragona 1329 c. 43, p. 859; Salamanca 1335 praef. p. 1048; Aquileja 1339, p. 1111; Toledo 1347 c. 2, M. 26, 122.

Trier 1227 c. 9, M. 23, 33. 34 für diejenigen, welche Geistliche durch Gewalt zur Absolution von der Exkommunikation oder zum Widerruf derselben zwingen, öffentlich wiederholte Exk. — Leg. K. Tarragona 1239 c. 11, p. 518 (Abfassung von Schmähschriften gegen Geistliche bei nicht unverzüglicher Vernichtung, Exk.).

[1] S. §. 287.

[2] Ausserdem haben die Päpste seit dem 14. Jahrh. in der Bulle: In coena domini die Gefangenhaltung, Beraubung und schwere Verwundung derjenigen, welche zur römischen Kurie reisen oder von dort zurückkehren, mit der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation bedroht, const. Urbani V.: Apostolatus v. 1363 §. 2 und Gregor XI. const. Exkommunicamus c. 1372 §. 6. 10, bull. Taur. 4, 520.540. Vgl. dazu S. 180 n. 1 u. 4.
Wegen der Juden s. S. 159 n. 7.

[3] c. 22 (Nicol. I.) C. II qu. 5, u. Alex. III. J. L. n. 12117, M. 21, 93.

[4] c. 1 (Alex. III.) c. 2 (Coelest. III.) X de cleric. pugnant. in duello V. 14 (Deposition, doch ist mildere Strafe zulässig, wenn dabei weder eine Tödtung noch Verstümmlung stattgehabt hat). Noch das Leg. K. Padua 1350, M. 26, 227 bedroht nur die Laien jeden Standes, welche Geistliche zum geistlichen Zweikampf zwingen und Geistliche, welche diesen freiwillig übernehmen, mit der exc. ipso facto und der Verkündung der Exk.

[5] Für diese kommt ein Strafverbot nur sehr vereinzelt vor, s. S. 176 n. 6.

[6] Dass dies der Grund war, ergiebt sich aus dem Umstande, dass das Laienduell seit dem 16. Jahrh. durch die Päpste und durch das Tridentinum ebenfalls unter Strafe gestellt worden ist, s. Bd. I. S. 31 n. 5. 6 und unten.

[7] c. 2 cit. V. 14 erklärt den von einem Geistlichen für den gerichtlichen Zweikampf gestellten Kämpfer, welcher den Gegner getödtet hat, für einen homicida.

sind [1], und durch deren Verordnungen das Kämpfen im Turnier als gemeinrechtliches Vergehen qualificirt worden ist [2]. Im 13. und 14. Jahrhundert ist die kirchliche Gesetzgebung sogar so weit gegangen, auch die Abhaltung von Turnieren überhaupt, namentlich im Interesse der Förderung der Kreuzzüge bei Strafe der Exkommunikation und des Interdikts [3] zu untersagen. Da indessen diese Vorschriften nur für eine bestimmte Zeit oder blos für bestimmte Länder erlassen [4], und diese letzteren auch zum Theil widerrufen worden sind [5], so ist das gemeine Recht auf dem Standpunkt der Dekretalensammlung Gregors IX. stehen geblieben [6].

Vereinzelt steht da das vom II. Lateran-Konzil 1139 [7] erlassene und in die Dekretalensammlung Gregors IX. übernommene Verbot [8], die Kunst der Schleuderer und Pfeilschützen gegen Christen auszuüben [9].

Die Selbstverstümmlung, namentlich die Selbstentmannung, welche in den Quellen wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Irregularität behandelt und in der hier fraglichen Periode so gut wie gar nicht berührt wird [10], muss, wenngleich auf dieselbe gemeinrechtlich keine Strafe gesetzt ist, doch als ein gemeinrechtliches, aber arbiträr strafbares Vergehen angesehen werden, denn die durch dieselbe veranlasste, durch das gemeine Recht anerkannte Irregularität fliesst aus einem Delikt her, und damit ist die betreffende Handlung zugleich als ein solches qualifizirt [11].

Ebenfalls sehr selten wird in den Quellen der Kinderaussetzung erwähnt [12]. Als Strafe ist gemeinrechtlich für den Vater der Verlust der väterlichen Gewalt ipso iure festgesetzt [13], was selbstverständlich nicht ausschliesst, dass sie auch arbiträr oder, falls sie sich zugleich als dolose oder kulpose Tödtung qualifizirt, als solche bestraft werden kann.

Auch des Menschenraubes wird nur vereinzelt gedacht, aber gerade die beiden denselben betreffenden Stellen sind in die Dekretalen Gregors IX. aufgenommen [14], so dass sich das Vergehen ebenfalls als gemeinrechtliches darstellt.

[1] S. S. 33 n. 3 u. n. 11. Unter den hier citirten Synoden gehört allein Rheims 1157 nicht in die oben erwähnte Kategorie.

[2] c. 1 (Lateran. III. 1179 c. 20) X de torneam. V. 13.

[3] Allg. Konz. Lyon 1245 c. 17, M. 23, 621. 622. 633 (auf 3 Jahre bei Strafe der Exk.); ep. Gregorii X an Rudolf von Habsburg 1274—76, Kaltenbrunner, Aktenstcke d. Gesch. d. deutsch. Reichs unt. Rudolf. Wien 1889 S. 112, worin Rudolf v. Habsburg unter Berufung auf III. Lateran. und das II. Lyoner Konzil (?) zur Verhinderung der Turniere während des Kreuzzuges aufgefordert wird); Clemens V 1312 auf dem allg. Konz. v. Vienne für Frankreich, England, Deutschland und einige andere Länder bei Strafe der dem Papst vorbehaltenen Exk. u. des Interdikts nach c. un. in Extrav. Ioann. XXII de torneam. IX; s. auch Hefele 6, 528. Das Provinzialkonzil Bordeaux 1260 c. 10, M. 23, 1040 verbietet (ohne Androhung einer speziellen Strafe) die Turniere auf 2 Jahre, während das Leg. K. Würzburg 1287 c. 4, M. 24, 852, den Klerikern der höheren Weihen bei Vermeidung der Exk. l. s. unbeschränkt die Betheiligung an denselben untersagt.

[4] S. die vor. Anm.

[5] So die Anordnung Clemens' V. durch Johann XXII. 1316, c. un. cit. (Anm. 3).

[6] S. Anm. 2.

[7] c. 29, M. 21, 533 in c. un. X de sagittar. V. 15.

[8] Bedroht ist das Vergehen mit der Exkommunikation.

[9] Falsch München Strafrecht 2, 428, welcher aus c. un. X cit. ein Verbot der Einübung der Feinde der Christen in den betreffenden Waffen gegen die letzteren herausliest. Der Wortlaut ergiebt indessen, dass gewisse mörderische Waffen und gewisse mörderische Kampfweisen nicht gegen Christen gebraucht werden sollen.

[10] Bd. I. S. 45 u. die dort aus dem Dekrete citirten Stellen.

[11] Setzt doch auch c. 9 (Martin v. Braga c. 21, s. noch Nicäa 325 c. 1) Dist. LV für den Kleriker Absetzung fest.

[12] Gratian bringt allein Arles II. 443 v. 450 c. 51 in c. 9 Dist. LXXXVII bei, s. auch die folgende Anm.

[13] c. un. (Gregor. IX.) X de infant. expos. V. 11, während allerdings nach Arles cit. der Vater, welcher sich erst 10 Tage nach der Aussetzung meldet, als homicida bestraft werden soll.

[14] Nämlich Exodus XXI. 16, welches die kirchlich nicht recipirte Todesstrafe s. S. 50, für denjenigen, qui furatur hominem et vendiderit eum androht, in c. 1 X de furt. V. 18, und Alexander

Was die ferneren Strafthaten betrifft, welche sich nicht auf die Grundtypen der drei alten schweren Sünden zurückführen lassen, so findet sich

die Blasphemie, die Gotteslästerung, in den kirchlichen Rechtsquellen der früheren Zeiten [1] nicht als Strafvergehen erwähnt [2]. Gratian weist allerdings einige Stellen namentlich aus den Kirchenvätern, welche sie als schwere Sünde oder als verboten bezeichnen [3], und einen seiner Herkunft nach unbekannten Kanon auf, nach welchem sie bei Geistlichen mit Absetzung, bei Laien mit dem Anathem bestraft wird [4], aber erst Gregor IX. hat eine dieselbe unter Zwangsbusse stellende Anordnung erlassen, und dieser durch ihre Einverleibung in seine Dekretalensammlung den Charakter eines allgemeinen Kirchengesetzes gegeben [5].

Auch in Betreff des Meineides, einschliesslich des falschen Zeugnisses, fliessen die Quellen dieser Periode verhältnissmässig spärlich. Allerdings wird in denselben noch während der karolingischen Zeit mehrfach davon gehandelt [6], indessen von da ab bis Gratian geschieht des Meineides nur selten Erwähnung [7]. Dies erklärt sich wohl daraus, dass an sich an der gemeinrechtlichen Strafbarkeit des durch die zehn Gebote verbotenen Meineides und der Geltung der denselben unter Strafe stellenden Kanonen der älteren Kirche [8] kein Zweifel bestehen konnte. Gratian bietet dagegen ein reiches Material, indem er namentlich die früheren Konzilien [9], sowie einzelne fränkische [10],

III. 1159—81, J. L. n. 13855 in c. 4 X de raptor V. 17, welches für den Raub christlicher Frauen und Kinder durch Sarazenen Geld- und Prügelstrafe, und bei hinzukommender Tödtung und Verstümmlung der Geraubten, Auslieferung der Schuldigen an die weltliche Gewalt zu härterer Bestrafung anordnet. Das Leg. K. Valladolid 1322 c. 23, M. 25, 721 setzt auf den Raub von Christen durch Christen und Verkauf und Überlassung derselben an Sarazenen, exc. l. s., auch nach der Absolution Verlust des kirchlichen Begräbnisses, sowie Unfähigkeit der Descendenten bis zum dritten Grad zum Klerikalstand und zu den kirchlichen Benefizien.

[1] Selbst in den Beichtbüchern wird derselben nicht gedacht, denn das Bigotian. VIII. 4; Cummean. X §. 7, Wasserschleben Bussordnungen S. 459. 485 und Casinense c. 72, Schmitz, Bussbücher S. 414 erwähnte blasphemare bedeutet: üble Nachrede, nicht Gotteslästerung.

[2] Die Erklärung dafür liegt wohl darin, dass sie sich in früheren Zeiten gewöhnlich zugleich als Ketzerei darstellte.

[3] c. 4 (Gregor I.) Dist. XXII (hier die Blasphemie gegen den h. Geist als nicht vergebbare Sünde bezeichnet); c. 10 (Hieronym.) C. XXIV qu. 3; c. 13 (Pelag I.) C. XXIV qu. 3. Dagegen erklären c. 5 (Ps. Isid.) C. XXV qu. 1 u. c. 15 (Hieron.) C. XXXIII qu. 5 das Zuwiderhandeln gegen die canones und gegen das Wort Gottes für Blasphemie.

[4] c. 10 (Ps. Pius) C. XXII qu. 1.

[5] c. 2 X de maled. V. 26, S. 113 n. 4. Übrigens weisen auch die V compilationes antiquae keinen dem des liber X entsprechenden Titel auf. Von späteren Partikularkonzilien verschärft Ravenna 2311 c. 27, M. 25, 471 die Strafe noch durch die unter allen Umständen eintretende interdictio ingressus für einen Monat; Benevent 1378 c. 3, M. 16, 620 durch Exkommunikation und Geldstrafe.

[6] Admon. gen. 789 c. 63, Bor. 1, 58 (c. 14 C. XXII qu. 5, Unfähigkeit der Meineidigen zum Zeugniss sowie zum gerichtlichen Eide und zur Eideshülfe); Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 23, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1, periurium Busse, event. Exk.) u. c. 27 (periurium u. falsches Zeugniss, Busse event. Exk.); eiusd. cap. II p. 1014 (für beides 7 Jahre Busse); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 37, M. 14, 960 (sciens periurium 7 Jahre Busse); Valence 855 c. 11, M. 15, 9 (Über- und Gegenschwören im Gericht als Meineid mit Busse bedroht); Toucy 860 c. 3, p. 559 (Meineid u. falsches Zeugniss, Busse, ev. Exk.); Troslé 909 c. 11, M. 18, 295 (Busse u. Exk. unter Bezugnahme auf Benediktus Levita und Lerida 524 o. 546 c. 7, Bd. IV. S. 709 n. 3).

[7] Hohenaltheim 916 c. 22. 25, LL. 2, 558 (lebenslängliche Busse im Kloster oder 12jährige härtere ausserhalb desselben bei sciens et voluntarium periurium, dagegen, wenn Jemand insciens seductus necessitatis causa, a domino compulsus falsch geschworen, geringe Busse unter Belegung des Anstifters mit der Strafe des Thäters), c. 24 ibid. (c. 19 C. XXII qu. 5, Bruch des Treueides gegen den König beim Laien Busse und Ausschluss v. Abendmahl bis zur Todesstunde, bei Geistlichen der höheren Weihen Degradation); Leg. Konz. Toulouse 1056 c. 12, M. 19, 849 (Busse, ev. Exk. für periuri); Rheimser Gottesfrieden Calixts II. (für einen Spezialfall der Verletzung eines promissorischen Eides durch Kapläne depositio ab ordine, also Absetzung).

[8] Vgl. Bd. IV S. 703 c. 4; S. 708 n. 2; S. 709 n. 3; S. 807 n. 1; S. 830 n. 10. S. auch die folgende Anm.

[9] c. 12 (can. apost. 25) Dist. LXXXI; c. 11 (Lerida cit.) LXXII qu. 4; c. 7 (Agde 506 c. 7) Dist. L; c. 20 (Agde cit. c. 37) C. XXIV qu. 3; c. 7 (Macon I. 581 c. 17) C. XXI qu. 5).

[10] S. Anm. 6; ferner aus Pseudo-Isidor über die Infamie und Ausschliessung vom Zeugniss

und auch spätere Rechtsquellen [1], benutzt. Dieser Umstand mag es veranlasst haben, dass, während seit dem Ende des 12. und im 13. Jahrhundert die Partikularsynoden [2] vielfach Strafen, namentlich die öffentliche wiederholte allgemeine Exkommunikation gegen Meineidige, einschliesslich der falschen Zeugen, festsetzen, die Dekretalensammlungen, selbst die Gregors IX., keine besonderen strafrechtlichen Titel über den Meineid enthalten, und die letztere nur in anderen Titeln einzelne, denselben gelegentlich behandelnde päpstliche Dekretalen aufweist [3].

Von den Vergehen, welche gegen das Vermögen gerichtet sind, wird der

und von der Anklage c. 9 C. III qu. 1 u. c. 17 C. VI qu. 1; c. 18 (Halitgar. poen.) l. c.

[1] S. 184 n. 7. Vgl. im Übrigen aus Augustin c. 1 C. XXII qu. 2; c. 5. 6. 8. 10 C. XXII qu. 5; c. 3 (Ps. Egbert) c. 4 (Pelag I.) c. 9 (Isidor.) c. 11 §. 1 (inc.) ibid.

[2] Rouen 1190 c. 26, M. 22, 585 (wiederholte öffentliche generelle Exk. derjenigen, welche „in foro ecclesiastico vel saeculari falsum de cetero praestiterint iuramentum in s. ecclesiae laesionem vel cuiuslibet personae exheredationem); York 1195 c. 1, p. 655 (wiederholte generelle Exk. meineidiger Zeugen); Leg. Konz. Dioklea 1199 c. 4, p. 702 (Meineid bei Klerikern Absetzung); London 1200 c. 7, p. 717 (wiederholte öffentliche generelle Exk. der „periuri supra sacramentis"); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 33 p. 1117 (ebenso in Betreff der testes periuri super s. evangelium, vgl. auch c. 32 ibid.); Oxford 1222 c. 50 p. 1234 (das Gleiche in Betreff derjenigen, welche wissentlich falsches Zeugniss ablegen); Schottisches Konzil 1225 c. 69 (ebenso betreffs „testes periuri, per quos aliquis amittit haereditatem aut beneficium ecclesiasticum aut terrenum und wissentlich falscher Zeugen in causa matrimoniali"); Narbonne 1227 c. 6, M. 23, 26. 27 („quicunque in transgressione iuramenti manifeste deprehensus in ecclesia publice denuncietur esse periurus. Quodsi admonitus satisfacere noluerit, tunc excommunicetur candelis et pulsatis campanis singulis diebus dominicis et festivis et denuncietur intestabilis et infamis et nec ad testimonium nec ad alios legitimos actus admittatur. Et idem de falsis testibus", wiederholt Beziers 1246 c. 45, p. 703, Nogaret 1303 c. 7, M. 25, 113; Beziers 1310 c. 9, p. 361; Marciac 1326 c. 15, p. 781); Worcester 1229 c. 20, M. 23, 184 (testes corrupti et corruptores testium, Infamie und Zeugnissunfähigkeit, wiederholte öffentliche Verkündung als infam in der Kirche, ferner für personae viles Prügelstrafe, für andere arbiträre, vom Bischof nach dem Vermögen des Schuldigen festzusetzende Geldstrafe); Tours 1236 c. 12, p. 414. 415 (Prügelstrafe, wenn nicht der Richter eine Ablösung durch arbiträre Geldstrafe gestattet); Worcester 1240 c. 40, p. 539 (testes corrupti, subornatores et compositores als infam, unfähig zum Zeugniss und zu actus legitimi); Ferns 1240 o. 1241, p. 520 (falsche Zeugen und subornatores in Sachen, wo es sich um exhaeredatio handelt, Exk.); Cicester 1246, p. 714 (öffentl. wiederholte generelle Exk. der Zeugen, welche falsches Zeugniss zur Verhinderung der Wirksamkeit gültiger Ehen, und zur Verschleppung von Prozessen ablegen); Lemans 1247, p. 760. 761 (Exk. ipso facto für „qui ad coniungendum vel disiungendum falso matrimonia vel ad exhaeredandum aliquem scienter deponunt falsitatis testimonium"); Leg. K. Breslau 1248 §. 2, de Montbach stat. Wratislav. p. 300 (falsches Zeugniss, Strafe der Leiter, s. S. 43 n. 5, und dann öffentliche Busse, bei Verweigerung Exk., ferner Zeugnissunfähigkeit); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356 (falsches Zeugniss gegen eine schon geschlossene oder zu schliessende Ehe, öffentliche wiederholte generelle Exk. und Strafe der Leiter gegen die Schuldigen); Leg. K. Valladolid 1322 c. 5, M. 25, 699 (exc. ipso facto).

Leg. K. Valence 1246 c. 6—8, M. 23, p. 772 (Einschärfung der Vorschriften der früheren Konzilien und für Bruch des Eides pro pace, pro defensione seu libertate ecclesiae durch Korporationen, Interdikt); Durham 1255, p. 902 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der falschen Zeugen und ihrer Anstifter); Grado 1296 c. 23, M. 24, 1169 (derjenigen, welche zum Schaden des nächsten vor dem päpstlichen oder weltlichen Richter falsches Zeugniss ablegen und andere dazu instruiren oder verleiten); Leg. K. London 1237 c. 29, M. 23, 462. 462 (advocati qui per se vel alios testes subornant vel partes instruunt falsum ponere vel supprimere veritatem, susp. ipso facto ab off. et benef.); Exeter 1281 c. 8, M. 24, 797 (falsche Zeugen über die Erfordernisse der Ordination und Anstifter derselben, exc. ipso facto); Tarragona 1292 c. 4, p. 1107 (Kleriker beim Handeln gegen abgelegte Eide ausser den anderen Strafen auch Geldstrafe von 20 Morabetini ipso facto, wiederholt Tarragona 1329 c. 37, M. 25, 853); Lambeth 1330 c. 10, p. 896 (öffentlich wiederholte Exk. der periuri super sacrosancta); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 232 (Subornation von Zeugen, exc. l. s.); Benevent 1378 c. 12, p. 623 (falsche Zeugen und Gebrauch derselben, Exk. u. arbiträre Strafe).

[3] So c. 10 (Alex. III.) X de iureiur. II. 24 (Absetzung eines Klerikers wegen Bruch eines promissorischen Eides), u. c. 12 (Urban II.) X eod. (meineidige Bischöfe sollen härter als andere bestraft werden). Ein Theil der anderen Dekretalen dieses Titels und desselben tit. (II. 11) in VI hat allerdings insofern für die Feststellung des Thatbestandes des Meineides eine indirekte Bedeutung, als in denselben von der Gültigkeit erzwungener Eide und von Eiden über etwas Unerlaubtes gehandelt wird. Vgl. auch c. 10 X de iud. II. 1, S. 59 n. 2. Das falsche Zeugen endlich wird in einer keine Strafvorschrift enthaltenden Stelle Isidors in c. 1 X de crim. falsi V. 20 erwähnt.

Diebstahl, dessen gemeinrechtliche Strafbarkeit ebensowenig wie die des Meineides mit Rücksicht auf die zehn Gebote einem Zweifel unterliegen konnte, so weit es sich nicht um besondere Qualifikationen dieses Vergehens handelt, in den kirchlichen Rechtsquellen der fraglichen Zeit nicht oft berührt[1]. Auch das Dekretum Gratians enthält wenig eigentliche Strafbestimmungen[2], und von den Dekretalensammlungen weist allein die Gregors IX. einen besonderen, aber nur kurzen Titel auf[3].

Häufiger wird dagegen des Raubes und der Verübung von Räubereien und Plünderungen und zwar sowohl in den karolingischen Rechtsquellen[4] und den Gottesfriedensordnungen[5], wie auch in den Partikular-[6], den päpstlichen[7] und den allgemeinen Konzilien[8] bis zu den Zeiten Gratians gedacht. Das Dekret des letzteren enthält allerdings nur ein dürftiges Material[9], aber bald nach seiner Abfassung haben sowohl

[1] S. aber für die karolingische Zeit Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1013. 1014 (7 Jahr Busse); Rudolf v. Bourges u. 850, M. 14, 960 (5 Jahr Busse); Tribur 895 c. 31, M. 18, 148 (c. 31 C. XIII qu. 2, Versagung der kirchlichen Handlungen für den bei Begehung des Diebstahls getödteten Verbrecher); für die spätere Zeit Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Busse, ev. Exk.); Lillebonne 1080 c. 13, M. 20, 558, c. 19 ibid. p. 561 (Diebstahl der Kleriker, Geldemende an den Bischof); Szaboles 1092 II. c. 13, M. 20, 781 (Kleriker bei kleineren Objekten, wie Gänsen, Hühnern, Äpfeln u. dergl. Prügel, sonst Degradation); Gran 1114 c. 58, M. 21, 110 (Kleriker, Absetzung u. Vermögenskonfiskation, bei Vermögenslosen Verknechtung); London 1200 c. 7, M. 22, 717 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der fures); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (der fores atrociores); Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5; Salzburg 1274 c. 14, M. 24, 140 (Geistlicher wegen furtum carcer episcopalis, offenbar nach Absetzung).

[2] Abgesehen von c. 31 C. XIII qu. 2 cit.; c. 32 ibid. (poenitent. inc.); c. 12 (can. apost. 25) Dist. LXXXI, Bd. IV, S. 739 n. 1); c. 9 (Ps. Is.) C. III qu. 5 u. c. 10 (id.) C. XII qu. 2 (Infamie u. Ausschluss v. Zeugniss u. Anklagerecht) bringt er nur Stellen aus Kirchenvätern, c. 3. 12. 13. 15 C. XIV qu. 5; c. 1 C. XIV qu. 6; c. 10. 11 C. XXXII qu. 4; c. 29 Dist. I. de poen. (sämmtlich von Augustin); c. 11 (Gregor. I.) C. XII qu. 2; c. 3 (id.) C. XIV qu. 6; c. 26 (inc.) Dist. V de consecr. bei, welche allerdings über den Begriff und Thatbestand des Diebstahls handeln.

[3] V. 18 de furtis. Die Quellen der 5 Kapitel sind Exod. XXI. 15 (s. o. S. 183 n. 14), c. 31 C. XIII qu. 2 cit., poenit. Halitgar. (Diebstahl an Esswaaren und Kleidung aus Noth), Hieronymus (über die Haftbarkeit des conscius furti) und die Bd. I, S. 41 n. 2 citirte, die Irregularität betreffende Dekretale Alexanders III. S. übrigens auch c. 10 X de iud. II. 1, S. 59 n. 2.

[4] Hlothar. I. de exped. c. Saracen. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (alienarum rerum pervasores et praedones, Busse, ev. Exk.); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 37, M. 14, 960 (5 Jahr Busse); Chiersy 857 c. 9, LL. 1, 482 (Verbot der Räubereien unter Zusammenstellung einer collectio de raptoribus, allerdings wesentlich gegen die Beraubung des Kirchengutes gerichtet); Pistes 862 c. 4, LL. 1, 481 (rapinae et assaliturae domus, öffentliche Busse, event. Exk.); Tousy 860 c. 4, M. 15, 559 (rapinas exercere, Exk.); Rom 871/878 c. 7, Maassen S. 14 (u. gleichlautend Ravenna 877 c. 8 (S. 16 n. 11); Vernens. 884 c. 5 ff., LL. 1, 552 (Busse, ev. Exk.); Tribur 895 c. 31, S. 33 n. 1; Troslé 909 c. 7, M. 18, 283 ff. (Exk.).

Für das 10. Jahrh. vgl. Charroux 989, M. 19, 90 (gewaltsames Wegnehmen von Sachen aus Kirchen, Anathem, sowie Raub von Zug- und Nutzthieren der Landleute und Armen, bei Nichtersatz, ebenso).

[5] Wilhelms v. d. Normandie 1042, M. 19, 598 (depraedationes während der befriedeten Zeiten 30 Jahr Busse im Exil u. Ersatzleistung, sonst Exk.; für den Raub v. Thieren, Geld oder Kleidung, Ersatz u. 7 Jahr Busse, ev. Exk.); Tulujas u. 1065 p. 1041 (Raub v. Vieh, Ersatz, bei Weigerung doppelt, Hälfte an den Bischof, bez. Grafen); Narbonne 1054 c. 21 ff. (rapinae et praedae während der befriedeten Zeiten, Exk. s. c. 26 ff. ibid.); Terouanne 1030/1078, Ztschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. 12, 112 (wie Normandie cit.); Vich 1068, M. 19, 1073 (Raub v. Vieh, Strafen wie Tulujas cit.); S. Omer 1099 c. 4, M. 20, 971, cit. Ztschr. 12, 113 c. 3 (depraedatio von peregrini, also namentlich Wallfahrern u. Kaufleuten, Bestrafung nach dem Herkommen).

[6] Lillebonne 1080 c. 13, M. 20, 558 u. c. 19, ibid. p. 562 (Kleriker für Raub, Geldemenda an den Bischof); Rouen 1096 c. 4, p. 924 (raptores et qui in castris congregantur propter rapinas et domini qui eos retinuerint in castris suis, Exk. u. Interdikt der Territorien der Herren); Oviedo 1115, M. 21, 131 (Wegnahme von gezähmten und ungezähmten Rindern, Exk., ev. 15 Jahr Busse, theilweise im Exil); Rudolf v. Lüttich 1161 c. 1, M. 22, 9 (praedam facere, Personal-Interdikt und Interdikt der Besitzungen des Thäters ipso iure).

[7] Rheims 1049 c. 10, M. 19, 742 (pauperes rapinis vexare, keine best. Strafe); Rom 1059 c. 15, p. 873. 916 (depraedare peregrinos, feminas, pauperes und bona rapere, Exk.); Nismes 1096 c. 11, M. 20, 936 (raptores, die beim Rauben das Leben verloren und nicht mehr gebeichtet haben, Versagung des christlichen Begräbnisses).

[8] Lateran. I., 1123 c. 16, M. 21, 285 (Pilger spoliare rebus, Exk.).

[9] Vgl. ausser den schon vorher citirten, ebenfalls den Raub erwähnenden c. 31. 32 C. XIII qu. 2 u. c. 9 C. III qu. 5, s. Anm. 4, noch c. 13

Eugen III.[1] wie auch Alexander III.[2] neue Verordnungen[3] erlassen, welche zum Theil auch der Dekretalensammlung Gregors IX. einverleibt worden sind. An diese schliessen sich dann noch im 12., sowie im 13. und 14. Jahrhundert eine Reihe von Synoden, welche seitens päpstlicher Legaten abgehalten worden sind[4], mit weiteren Vorschriften an, und gleichzeitig sind ihnen auch die übrigen Partikularkonzilien gefolgt[5]. Besonders ausgezeichnet hat die allgemeine kirchliche Gesetzgebung den Seeraub gegen Christen und die Ausübung des Strandrechts[6] gegen dieselben im Falle eines Schiffbruches, und zwar durch Bedrohung mit der Exkommunikation latae sententiae[7].

In umfassendem Masse ist aber die Kirche mit ihrer Strafgewalt gegen den Diebstahl, den Raub und überhaupt gegen die Verletzung fremden Eigenthums eingeschritten, sofern sich diese Vergehen gegen die Geistlichen und die Kreuzfahrer, sowie gegen die Kirchen richten.

Was zunächst die Geistlichen[8] betrifft, so sind zwar die speziell zum Schutze

(Augustin.) C. XIV qu. 5; c. 1 (August.) C. XIV qu. 6; c. 4 (Ps.-Is.) C. III qu. 4, wobei freilich in Betracht kommt, dass die a. a. O. angeführten Stellen mehrfach zugleich von der widerrechtlichen Aneignung fremder Sachen überhaupt handeln.

[1] c. 2 (1145/1153 J. L. n. 9656) X de raptor. V. 17 (nach welcher bei Räubereien in Rom, wenn die Thäter die Übernahme der Busse und die Rückgabe des Geraubten hartnäckig verweigern, aber im Tode reuig sind, ihnen zwar das Abendmahl gewährt, aber kein Geistlicher sich am Begräbniss betheiligen und für sie Oblationen annehmen darf, sowie die Geistlichen, wenn sie diese Anordnung verletzen oder die Räuber zu Unrecht zur Busse zulassen, abgesetzt werden sollen).

[2] Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 230 (c. 3 X de rapt. cit. (spoliare rebus suis christianos pro negotiatione vel aliis honestis causis vectos, Exk.) u. c. 27 ibid. (öffentlich wiederholte generelle Exk. derjenigen, welche Räuberschaaren, wie Brabanzonen, Aragonier u. s. w. halten, und Gleichstellung derselben mit den Ketzern).

[3] Vgl. vor. Anm. Die Verordn. Eugens III. hat durch Tilgung der Beziehung auf Rom eine allgemeine Bedeutung erhalten. Abgesehen von c. 2 u. 3 cit. bietet der Titel nur noch in c. 1 das den Raub betreffende Vernens. 884 c. 5, S. 186 n. 4, dagegen handeln die anderen Kapitel von der Verletzung der Kirchen, von Brandstiftung, sowie von Menschenraub u. von der Entführung.

[4] Montpellier 1195, M. 22, 668 (Exk. der aragonischen Räuber-mainatae, d. h. Räuberbanden, und Seeräuber, sowie generelle wiederholte Exk. ihrer Helfershelfer und Beschützer); Avignon 1209 c. 10, M. 22, 789 (öffentliche Exk. derjenigen, welche räuberische Schaaren, wie Aragonier, Brabanzonen u. s. w. halten, ferner c. 16. Exk. d. raptores); Paris 1212 o. 1213 P. V. c. 1, p. 849 (Räuber, Verlust der testamenti factio activa); Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5 (Degradation der Kleriker für rapina); Toulouse 1229 c. 36, M. 23, 202 (für Aufnahme v. latrones, ruptarii und lacinones Ersatzpflicht der von letzteren angerichteten Schäden u. Strafe des Friedensbruchs, c. 40 Raub fremder Sachen Strafe des Friedensbruchs, c. 39 bei furari castra vel villas de his quae tenentur ab ecclesia vel a rege, Vermögenskonfiskation, dem Papst vorbehaltene Exk. und Verweisung über das Meer ohne Recht, in die Besitzungen zurückzukehren); Beziers 1233 c. 26 p. 278 (öffentliche Exk. der raptores); London 1237 c. 18 p. 456 Halten und Beschützen der latrones Exk.); Würzburg 1287 c. 50, M. 24, 862 (spoliatores stratarum et raptores transeuntium per villas, pupillos, viduas et personas alias ausser den weltlichen Strafen, Anathem ipso iure, s. auch c. 25 ibid.); Pressburg 1309 c. 6, M. 25, 220 (depraedationes et disturbationes publicae, exc. ipso facto, Kleriker auch privatio beneficii).

[5] Rudolf v. Lüttich 1161 c. 1, M. 22, 9 (praedam facere, Personal-Interdikt für den Thäter u. Lokal-Interdikt der Besitzungen desselben ipso facto); London 1200 c. 7, p. 717 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der atrociores raptores); Richard v. Salisbury u. 1127 p. 1118 (desgl. für raptores publici, c. 37 latrones publici et praedones); Oxford 1222 c. 20, p. 1158 (Exk. für Halten von Räubern zur Begehung v. Raub und Gestattung des Wohnens derselben); schottisches Konz. u. 1225 c. 50, p. 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der raptores publici et notorii); Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23 (desgleichen); Canterbury 1236 c. 23, p. 423 (ebenso); Beziers 1246 c. 33, p. 699 (dasselbe); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (dasselbe); Salamanca 1335 c. 13, p. 1056 (exc. l. s.). — Leg. K. Ofen 1279 c. 68, M. 24, 306 (vinearum et agrorum dissipatores, depopulatores et destructores, exc. ipso facto); S. Pölten 1284, p. 510 (depopulatores agrorum et vinearum nocturni exc. ipso facto u. öffentliche Verkündung derselben).

[6] Gegen dieses schon Lateran. 1110, M. 21, 9 (Exk.).

[7] Lateran. III. 1179 c. 24 i. f., M. 22, 230 in c. 3 X de raptor. V. 17; ebenso Innocenz III. 1215, M. 22, 1063 (Begünstiger der Seeräuber). Im 14. Jahrhundert ist dieser Fall in die Bulle: In coena aufgenommen, Urban V. Apostolatus v. 1363 §. 2 u. Gregor XI.: Excommunicamus v. 1372 §. 2, bull. Taurin. 4, 520. 540.

[8] Pistes 862 c. 4, LL. 2, 481 (Busse, ev. Exk.); Narbonner Gottesfrieden 1054 c. 15, M. 19, 830

ihres Gutes gegebenen Strafnormen wesentlich von den päpstlichen und von den Partikular-Synoden, und zwar vor Allem zahlreich erst von den letzteren seit dem 13. Jahrhundert, nicht aber durch die allgemeine Gesetzgebung der Kirche erlassen[1], indessen ist zu beachten, dass nicht nur die allgemeinen Strafandrohungen gegen Diebstahl und Raub[2] ebenfalls für die gegen ihr Vermögen gerichteten Delikte galten, sondern dass auch eine etwaige bei Begehung derselben gegen sie geübte gewaltsame

(aliquid apprehendere ex bonis clericorum, monachorum, sactimonialium vel rapiendo auferre, Exk., s. c. 26 ff. ibid.); päpst. K. Rom 1059 c. 15, p. 873. 916 (depraedare clericos, monachos et eorum bona rapere, Exk.); S. Omer 1099 c. 3, M. 20, 911 (spoliatio der Bischöfe, Äbte, Kleriker und Mönche, vindicta); päpstl. K. Clermont 1095 c. 31 p. 818 (Geistlicher, welcher res episcoporum et clericorum bei Lebzeiten oder beim Tode derselben diripiat vel in usus proprios auferat, Anathem, in c. 46 C. XII qu. 2 in das invadere durch Laien verändert); Leg. K. Poitiers 1100 c. 15, p. 1124 (Kirchenvögte, welche Sachen des Bischofs bei dessen Lebzeiten oder nach seinem Tode an sich reissen, Exk.); päpst. K. Toulouse 1119 c. 4, M. 21, 227 (diripere et tenere domus et bona episcopi deficientis et clericorum, Exk. als sacrilegi); päpst. K. Clermont 1130 c. 3, p. 438 (direptio der bona verstorbener Bischöfe u. Kleriker, Exk., wiederholt päpstl. K. Rheims 1131 c. 3, p. 458 und allg. K. Lateran. II. 1139 c. 5); allg. K. Lateran. I. 1123 c. 20, M. 21, 286 (clerici und monachi sollen hinsichtlich ihrer Sachen tuti sein, bei nicht rechtzeitiger Ersatzleistung Exk.); Odo v. Toul 1192 c. 1. 2, s. unten S. 190 n. 6; Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 23, 1132 (generelle Exk. derjenigen, welche etwas aus den Häusern der Bischöfe und anderer Geistlichen gegen deren Willen auferunt vel consumunt vel iniuriose tractant); Chateau Gontier 1231 c. 23, M. 23, 238 (Anstiftung von verworfenen Personen zur depraedatio der bona und homines clericorum durch tyranni, Haftung der letzteren für den Schaden); Canterbury 1236 c. 41, p. 428 (invasio der possessiones clericorum et religiosorum durch weltliche Beamte, Interdikt über die Besitzungen, bei Hartnäckigkeit Exk.); Trier 1238 c. 2. 3, p. 479 (über Orte, wo der praedo oder der Abkäufer desselben die praeda aus dem Gute kirchlicher Personen und Institute hinbringt, Interdikt; für den Räuber bei Hartnäckigkeit Exk. und gegen die Ländereien des Oberherrn desselben, welcher ihn nicht zur Restitution zwingt, ebenfalls das Interdikt); Mainz 1261 c. 38, p. 1093 (Interdicirung der Orte und Städte, in welche das Spolium oder die praeda spiritualium gebracht ist); Cognac 1261 c. 1, p. 1107 (interdictum ambulatorium ipso facto für die erwähnten Orte und für die invadentes und occupantes von Sachen der Kirchen und Geistlichen); Köln 1266 c. 4, p. 1136 (praedones, raptores, invasores bonorum ac rerum ecclesiarum et ecclesiasticarum personarum, eorum receptatores, adiutores, praedarum emptores bei Nichtrestitution auf Ermahnung öffentlich zu verkündende Exk. ipso facto — und diese auch für nobiles und andere, wenn sie das gedachte Vergehen aus Anlass von Kriegs- und anderen Zügen begehen c. 6 ibid.; ferner Interdikt ipso facto über Orte, wohin die geraubten Sachen der Kleriker hingebracht sind, oder wo sich der Käufer derselben aufhält, und zwar auch nach Entfernung des letzteren oder der Sachen noch für 2 Monate, sofern der Aufenthalt länger als 3 Tage gedauert hat und in der Zwischenzeit keine Genugthuung geleistet ist; für die Beraubung eines Klerikers durch einen anderen dieselben Strafen wie für eine derartige percussio, s. c. 31 ibid., S. 181 n. 4; Leg. K. Bremen 1266, p. 1158 (Interdikt über Orte, wohin gewaltsam den Klerikern abgenommene Sachen gelangt sind); Seyne 1267 c. 10, p. 1282 (Okkupation, Usurpation und Belästigung der Güter geistlicher Personen, Exk. ipso facto); Wien 1267 c. 5, p. 1171 (Interdikt über Orte, wo res clericorum violenter ablatae aufbewahrt werden); London 1268 c. 13, p. 1231 (Exk. ipso facto für consumere, auferre, contrectare von Sachen in Häusern, Gütern, Grangien und anderen Orten, welche Bischöfen und geistlichen Personen gehören, ohne Willen der letzteren oder der Verwalter derselben); Avignon 1279 c. 1, M. 24, 233 (Belästigung und Beraubung der Güter der geistlichen Personen, bei nicht innerhalb 3 Tagen erfolgter Satisfaktion exc. ipso facto, nach weiteren 3 Tagen Interdikt ipso facto und Verkündigung dieser Strafen, generell oder unter Nennung der Namen durch die ganze Provinz nach Belieben des Ordinarius); vgl. weiter Macon 1286 c. 2, p. 613; Nogaret 1290 c. 8. 9, M. 24, 1069; Bremen 1292, p. 1095; Leg. K. Würzburg 1287 c. 25; p. 860 (Beraubung der Nuntien des Papstes, der Erzbischöfe und Bischöfe, exc. ipso facto); Pressburg 1309 c. 4, M. 25, 218 (für invasio und occupatio von Gütern der Kirchen, frommer Institute und Geistlichen ausser Exk. auch Entbindung der Vasallen vom Treueid und Interdikt). S. ferner noch Trier 1310 c. 2—4. 6, M. 25, 248; 1326 c. 11. 12, p. 748. 750. Übrigens erwähnen einzelne dieser Konzilien auch zugleich der Beraubung der Kirchen, s. folg. S.

Speziell gegen das Spolienrecht richten sich ausser den schon oben citirten Konzilien v. Toulouse 1119 c. 4, Clermont 1130 c. 3, Lateran. II. 1139 c. 5 noch Köln 1266 cit. c. 7 p. 1138 (gegen Laien jeden Standes und jeder Würde, welche sich de bonis clericorum sive in vita sive in morte intromittant Exk. ipso facto, bei Verharrung in derselben während eines Monats, Strafen wie gegen die ecclesiae invasores); Leg. K. Ofen 1279 c. 49, M. 24, 294 (interdictio ingressus ecclesiae und participationis sacramentorum ipso iure bis zur Restitution); Leg. K. Würzburg 1287 c. 26, p. 861 (exc. ipso facto).

[1] S. die vor. Anm.

[2] S. o. S. 186.

Handanlegung sich immer zugleich als das durch das privilegium canonis geschaffene Vergehen der percussio clericorum [1] darstellte [2].

Nur von der allgemeinen kirchlichen Gesetzgebung sind die besonderen Strafvorschriften gegen die Antastung der Güter und des Vermögens der Kreuzfahrer und zwar von dem Gesichtspunkt aus, dass das Vergehen eine Verletzung des ihnen gewährten päpstlichen Schutzes bildet [3], erlassen [4].

Dagegen hat die Kirche in viel ausgedehnterem Umfange als zum Schutze von Hab und Gut der Geistlichen zum Schutze des kirchlichen Gutes im weitesten Sinne von ihrer Strafgesetzgebung Gebrauch gemacht. Das allgemeine 2. Konzil von Nicäa [5], die karolingischen Kapitularien und Konzilien [6], die von den Päpsten im 9. Jahrhundert abgehaltenen Synoden [7], später die Partikularsynoden bis in das 12. Jahrhundert hinein [8], die Gottesfriedensordnungen [9], die Legaten-, päpstlichen

[1] Bd. I. S. 119.

[2] Aus diesem Grunde erklärt es sich, dass das Dekret Gratians und die Dekretalensammlungen, die Verletzungen der Geistlichen in Bezug auf ihr Vermögen so gut wie gar nicht, s. aber c. 21 §. 2 C. XVII qu. 4 u. c. 46 C. XII qu. 2 cit. behandeln.

[3] Vgl. §. 277.

[4] S. Clermont 1095, M. 20, 827.820; Lateran. I. 1123 c. 11, M. 21, 284; Lateran. IV. 1215 M. 22, 1063; Lyon 1245 c. 17, M. 23, 630. Von ihnen droht Lateran. I. c. 11 für das distrahere et auferre bona die Exk., die anderen aber nur censura ecclesiastica an. Im 14. Jahrhundert finden sich auch Strafvorschriften gegen die Beraubung der Rompilger und derjenigen, welche zur römischen Kurie reisen, s. S. 179 n. 3 u. S. 182 n. 2.

[5] Von 787 c. 13, M. 13, 753 (c. 5 C. XIX qu. 3, Restitution der widerrechtlich in grössere Gebäude umgewandelten Kirchen und Klöster bei Strafe der Deposition für Geistliche, der Exk. für Laien und Mönche).

[6] Cap. 769 c. 18, S. 14 n. 2; Cap. Francica u. 803? c. 4, Bor. 1, 336 (subtrahere des kirchlichen Eigenthums, namentlich der Oblationen, Zehnten u. s. w. Exk.); Mainz 847 c. 6, wiederholt Mainz 852 c. 2, Bor. Kr. 2, 177 (inhoneste tractare et infringere possessiones dei consecratas, Exk.); Epernay 846 c. 24, LL. 1, 390 (Einschreiten gegen depraedatores et oppressores ecclesiarum et rerum ad easdem pertinentium angeordnet); Valence 855 c. 8, M. 15, 7. 8 (invadere, exspoliare praedia et possessiones ecclesiarum u. c. 9: ablatio dotum et possessiuncularum ecclesiarum Exk.); Chiersy 857 c. 9, S. 186 n. 4; Toucy 864 c. 4, M. 15, 559 (subtrahere et diripere res ecclesiarum, Busse, ev. Exk.); Pistes 862 c. 4, LL. 1, 481 (ablatio sacrarum rerum und rapinae gegen die Kirchen, Busse, ev. Exk.); Fismes 881 c. 5, M. 17, 541 (praedare res pauperum et ecclesiarum, Exk.); Mainz 888 c. 6, M. 18, 66 (res, facultates ecclesiarum, monasteriorum et xenodochiorum subtrahere, Exk.) u. c. 11 ibid. (vexatio praediorum usibus secretorum coelestium dicatorum, entnommen aus Ps. Isid. Urban I. c. 5 ed. Hinschius p. 145, auch c. 13 C. XVII qu. 4, ausser Exk. noch Infamie und carcer infernalis oder exilium); Vienne 892 c. 1 u. 3, M. 18, 121 (iniusta invasio et possessio rerum ecclesiasticarum, Exk.); Tribur 895 c. 7, M. 18, 136 (res ecclesiae rapere et auferre, 3 Jahre Ersatz und bischöflicher Bann, s. §. 279); Troslé 909 c. 4, M. 18, 272 (res ecclesiae sacratas auferre, possessiones ad ius ecclesiae pertinentes vel aliquid ecclesiae consecratum vel donatum tollere, invadere, fraudare, rapere, Infamie, öffentliche Busse, event. Anathem) u. c. 14 ibid. (res ecclesiasticas invadere beim Tode des Bischofs quasi episcopi proprias, Exk.).

[7] Rom 871/878 c. 5 (Maassen S. 13), ebenso Ravenna 877 c. 5, M. 17, 338 (c. 21 §. 3 C. XVII qu. 4, ecclesiam dei violare et aliqua inde abstrahere, kleiner Bann, ev. Anathem); Troyes 878 c. 3, p. 349 (päpstliche Exk. der unbussfertigen pervasores rerum ecclesiasticarum); vgl. ferner das von Johann VIII. daselbst erlassene Spezialgesetz über das Sakrilegium, s. S. 37 n. 2 u. c. 21 pr. C. XVII qu. 4. S. auch die Einzelentscheidungen von Nikolaus I. 858—67, J. L. n. 2840 in c. 17 C. XII qu. 2 (für nefariae invasiones et depraedationes violentae des kirchlichen Besitzthums und arreptio des Altars, der Abendmahlgefässe u. des Chrisma zu profanem Gebrauch (siebenjährige Busse) u. 862, J. L. n. 2697, M. 15, 343 (c. 22 C cit., Invasion u. Direption der res semel deo contributae atque dicatae, Exk.).

[8] Hohenaltheim 916 c. 11, LL. 2, 556 (Christi et ecclesiae pecunias et res abstrahere, Strafe des Sakrilegs); Poitiers 1000 c. 1, M. 19, 267 (infractio ecclesiarum, Exk.); Leon 1012 c. 4, p. 337 (rapere ab ecclesia infra coemeterium, Strafe des Sakrilegs); const. eccles. Stephan reg. Hung. u. 1016 c. 1, p. 368 (Wiederholung v. Mainz 847 c. 6 cit., s. Anm. 6); S. Giles 1050 c. 2, p. 843 (Raub von Sachen in den Kirchen u. im Umkreise v. 30 Schritt, Exk.); Oviedo 1115 c. 3, M. 21, 132 (S. 49 n. 9); Rheims 1157 c. 2, p. 843 (res ecclesiasticas vexare et lacerare, animadversio canonica).

[9] Elne 1027, M. 19, 483 (invadere res ecclesiarum et monasteriorum, Exk.); Narbonne 1054 c. 11. 26 ff., p. 830 (infringere ecclesiam, mansiones in circuitu ecclesiae, violenter auferre aliquid ex omnibus quae sunt infra XXX passus ecclesiae, Exk., s. auch c. 16 ibid.); Tulujas u. 1065, M. 19, 1045 (infringere ecclesiam, cimeteria, sacraria, XXX passuum in circuitu eccle-

und die allgemeinen Synoden[1] weisen darauf bezügliche Vorschriften auf. Gratian bietet ebenfalls ein ausreichendes, freilich zum Theil falschen Quellen[2], zum Theil aber auch gerade der hier besprochenen Periode angehöriges Material[3]. Die Gregorische Dekretalensammlung, welche bei der Vollständigkeit des Dekrets der fraglichen Delikte nur gelegentlich gedenkt[4], weist aber andererseits eine durch ihre Aufnahme zum allgemeinen Gesetz erhobene Dekretale Cölestins III. (1191—98) auf, welche die Strafe für den mit Einbruch verbundenen Kirchenraub dadurch verschärft, dass sie dem Papst die Absolution von der eintretenden Exkommunikation vorbehält[5]. Endlich haben sich auch die Partikularkonzilien[6] seit dem Ende des 12. Jahrhunderts

siae, Bussleistung an die Kirche u. Komposition für Sakrileg an den Bischof); Vich 1068 p. 1073 (invadere ecclesiam, spatium aut mansiones quae in circuitu usque ad XXX passus sunt, doppelte Restitution des Schadens und Komposition für Sakrileg an den Bischof); S. Omer 1099 c. 1. 2, M. 20, 970, Ztsch. d. Savigny-Stiftg für Rechtsgesch. 12, 113 (infringere ecclesiam et atrium, invasio terrarum ecclesiae, 9 Pfund Busse und Ersatz c. 12 ibid.); Terouanne nach 1119 c. 4, cit. Zeitschr. 12, 116 (invasio u. devastatio terrarum ecclesiae, keine bestimmte Strafe).

1 Leg. Konz. Toulouse 1056 c. 8, M. 20, 848 (Zurückhaltung von Abteien durch Laien zum eigenen Nutzen, Exk. und ebenso c. 11 für Wegnahme der zur dos der Kirchen bestimmten Allodien); Rom 1059, p. 873 (c. 6 C. XVII qu. 4, Einbrechen in Kirchen und Kapellen und ihren Umkreis v. 60, bez. 30 Schritt, und Sachen abstrahere, Exk.); Rom 1078 c. 1, M. 20, 509 (c. 4 C. XII qu. 2, invadere praedia ecclesiastica, Exk.) u. c. 10 ibid. (Usurpation der praedia s. Petri zum Eigenthum oder Nichtanzeigen der wissentlich verhehlten, Strafe des Sakrilegs und 4fache Busse); päpstl. Konz. Nismes 1096 c. 6, p. 935 (Laien, welche der Kirche Oblationen, Zehnten und terrae vorenthalten, Exk.) u. c. 5 ibid. (invadere u. violare res episcopii beim Tode des Bischofs durch tyranni, Interdikt über die Kirchen der Diöcese); Leg. Konz. Poitiers 1100 c. 14, p. 1124 (Laien, die Antheile von Oblationen und Vermächtnissen für sich erheben, Exk.); päpstl. Konz. Toulouse 1119 c. 4, M. 21, 227 (diripere et tenere primitias, oblationes et coemeteria, Exk. als sacrilegus); päpstl. Konz. Rheims 1119 c. 3, p. 235 (auferre, invadere, potestate tyrannica detinere possessiones ecclesiae, Exk.); allgem. Konz. I Lateran. 1123 c. 8 p. 283 (Invasion und gewaltsame Retention der päpstlichen Stadt Benevent, Anathem), c. 14 (in c. 14 C. X qu. 1, Wegnahme der Oblationen von den Altären der Kirchen durch Laien, Exk.) u. c. 20 (Verbot der Angriffe und Beeinträchtigungen der Kirchen und ihrer Güter); Leg. Konz. London 1138 c. 11, p. 513 (usurpare res mobiles et immobiles ecclesiarum); päpstl. Konz. Rheims 1148 c. 6, p. 715 (Kirchenvögte, welche vom Kirchengut etwas usurpiren, Versagung des christl. Begräbnisses); ibid. c. 1 p. 718 (invadere, diripere, depopulari, distrahere res ecclesiasticas, Exk.).

2 So namentlich aus Pseudo-Isidor s. c. 1. 5—7. 10 C. XII qu. 2 u. c. 12. 13. 15. 18 C. XVII qu. 4; aus Benedikt Levita c. 3 C. XII qu. 3.

3 S. die vorhergehenden Anmerkungen; ausserdem ist vertreten ein Pönitentiale c. 2 C. XVII cit., ferner Gregor. I c. 2 ibid. u. c. 8 C. XII qu. 2 und Pelagius I. c. 2 ibid.

4 c. 2 (Eugen III.) X de raptor. V. 17 (violatio ecclesiarum), s. des Weiteren S. 187 n. 1 u. 3, u. c. 7 (Ps. Is.) X de R. J. V. 41.

5 c. 22 X de sent. exc. V. 39.

Speziell zum Schutze der Besitzungen der römischen Kirche, also des Kirchenstaates und der von derselben zu Lehn gehenden Länder sind im 14. Jahrhundert gegen die Okkupanten und Detinenten päpstliche Verordnungen, welche exc. ipso facto und Interdikt über die Länder der Schuldigen, sowie Verlust aller Lehne der Kirchen androhen, erlassen, s. die Konstitutionen Clemens' VI.: Etsi volentes v. 1346, Innocenz' VI. c. 1355: Debemus u. Licet disponentes, bull. Taurin. 4, 484. 510. 513, welche dann in die Bulle: In coena domini übergegangen sind, Const. Urbans V. 1363 §. 2 u. Gregors XI.: Excommunicamus §§. 9. 10. ibid. p. 520. 540. Endlich gehört auch hierher const. Bonifacii IX.: Caeca v. 1390, ibid. p. 604, welche die Okkupation von Gütern der päpstlichen Kammer mit der poena dupli und bei einem Werth über 10 Goldgulden mit der dem Papst vorbehaltenen Exc. ipso iure, Verlust aller Kirchenämter und Unfähigkeit zu solchen ipso iure, bei Laien mit Konfiskation aller Lehne und Güter im Kirchenstaat und in den Besitzungen der Kirchen, der Lehne zu Gunsten der Lehnsherren, der Güter zu Gunsten der Kammer, bedroht.

6 Odo v. Toul 1192 c. 1 u. 2, M. 22, 649 (an Orten, durch welche etwaige der Kirche oder dem Geistlichen zu Unrecht entzogene Güter gebracht werden, während der Zeit der vorübergehenden Durchbringung Interdikt, an denjenigen aber, wo sie ganz oder zum Theil aufbewahrt oder verkauft oder sonst weggegeben werden, abgesehen von der Exk. der raptores u. emptores Interdikt bis zur Restitution und Satisfaktion, während dessen Unschuldigen zwar das Sakrament der Beichte und das Viatikum, nicht aber das Begräbniss im Vorhof der Kirche gewährt werden darf; falls Fürsten und Edle des Landes per violentiam bona diripuerint, aber Interdikt über ihr ganzes Territorium), ibid. c. 5 (gewaltsame Wegnahme der den Klöstern gehörigen Ochsen und Karren durch die weltlichen Herren, Exk. auch für die-

bemüht, und zwar manche sogar durch Androhung härterer Strafen als früher, die Beeinträchtigungen des Kirchenguts möglichst zu unterdrücken.

jenigen, welche ihnen in Kenntniss der Wegnahme Lasten zur Beförderung geben, sowie Interdikt über die Orte, wo die Lasten hingebracht werden); Leg. Konz. Dioklea 1199 c. 9 M. 22, 704 (iniuste detinere thesauros ecclesiae, Exk.), Theodor v. Utrecht 1209 p. 805 (rapere vel detinere per violentiam bona ecclesiae vel ecclesiasticae personae ad ecclesiam spectantia bei Nichtrückgabe Exk. und öffentliche Verkündung derselben, event. über die Kirche des Aufenthaltes des Schuldigen Interdikt, dann Verkündung der Exk. im ganzen Dekanat, schliesslich Ermahnung des Herrn und event. Interdikt über diesen, bei subtrahere vel detinere praebendas fratrum durch Kanoniker, Exk. und Entziehung der Einkünfte, ev. ipso iure Verlust der Dignität und Präbende); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1131. 1132 (generelle Exk. derjenigen, qui malitiose ecclesias suo iure privare praesumunt); Oxford 1222 c. 1, p. 1150 (dasselbe); schott. Konz. 1225 c. 33 p. 1230. 1231 (öffentliche Verkündung der ipso facto der Exk. verfallenden invasores et perturbatores possessionum ecclesiasticarum, s. auch c. 50: öffentliche, wiederholte generelle Exk. der ecclesiae fractores u. der laici detinentes, invadentes, fraudantes et auferentes possessiones ecclesiasticas); Leg. Konz. Toulouse 1229 c. 39, M. 23, 203 (s. o. S. 187 n. 4.) Trier 1238 c. 2. 3 (s. o. S. 187 n. 8); Cognac 1238 c. 2, M. 23, 487 (Orte, wo res ecclesiae hingebracht werden, Interdikt und wenn der Herr, bez. Beamte desselben nicht den Reinigungseid über den Nichtbesitz oder die Nichtmöglichkeit, die Sache zu restituiren leistet, Exk.); Leg. Konz. Tarragona 1239 c. 12. 15, M. 23, 515. 516 (Exk. für gewaltsame bewaffnete Invasion, Deprädation u. Aneignung von res ecclesiasticae, homines ecclesiarum et res locorum religiosorum einschliesslich der fautores et receptatores malefactorum und Versagung des christlichen Begräbnisses für die malefactores principales, wenn sie zwar mit Absolution, aber ohne entsprechende satisfactio gestorben sind, bis diese von den Erben geleistet wird), endlich auch Interdikt über die Orte, wo sich die ersteren befinden); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (gener. Exk. derjenigen, qui possessiones ecclesiasticas invadere, ad bona ecclesiastica manus iniuste extendere, aliquid de iisdem bonis auferre, consumere vel incuriose contractare praesumpserint"); Cicester 1246, p. 714 (wiederholte öffentliche generelle Exk. derjenigen, qui ecclesias suo iure malitiose privant); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach, stat. Wratislav. p. 300 (violenter et indebite occupare decimas, possessiones ac alia bona ecclesiarum et ecclesiasticorum virorum, Exk., event. Interdikt über die Besitzungen der Thäter, schlimmstenfalls Angehen der Oberlehensherrn und bei Nachlässigkeit derselben Exk. oder Interdikt über ihre Länder); L'Isle (Arles) 1251 c. 9, M. 23, 797 (ipso facto Exk. für eigenmächtige Pfändung von Pfründen u. gewaltsame Invasion oder Okkupation der Güter derselben); Westminster 1253, bestätigt von Inocenz IV. 1251, Potthast reg. n. 15534, M. 23, 819 (Exk. ipso facto für diejenigen, qui scienter et malitiose ecclesias perverserint vel spoliant iure suo); Cognac 1255 c. 27, p. 872 (gener. Exk. derjenigen, qui suam matrem ecclesiam diminuunt, eius redditus et alia iura parochialia retinendo) u. c. 28 (Exk. ipso facto für saziare vel occupare ecclesias, prioratus, domus, possessiones); Durham 1255, p. 902 (gener. Exk. derjenigen, welche malitiose ecclesias suo iure privare praesumpserint aut invadere aut ad bona ecclesiastica manus extendederint und detinent occupatas ecclesias et ecclesiastica beneficia per violentiam); Roffec-Bordeaux 1258 c. 2, p. 984 (öffentliche Bekanntmachung der Exk. ipso facto derjenigen, qui infringunt ecclesias, rapiendo bona contenta ibidem, bei Satisfaktion doppelter Schadenersatz); Montpellier 1258 c. 1, p. 990 (Exk. ipso facto u. öffentliche Verkündung derselben, auch in anderen Diöcesen, für temere invadere, occupare bona ecclesiastica, rapere res ecclesiarum seu monasteriorum); Lambeth 1261 p. 1068 (invadere bona ecclesiastica, Verkündung der exc. ipso facto, und eventuell auch Interdikt über die Besitzungen und Aufenthaltsorte der Thäter, für spoliare ecclesias possessionibus Anathem in forma iuris und alle Strafen des Sakrilegs); Cognac 1261 c. 1 (S. 187 n. 8); Köln 1266 c. 2, p. 1136 (effractores ecclesiarum et monasteriorum, exc. l. s., Verkündung derselben, eventuell Interdikt über die Besitzungen, vgl. auch c. 4. 6 ibid., S. 187 n. 8); Seyne 1267 c. 8. 10, p. 1181 (Okkupation von kirchlichen Gütern, Exk.); Chateau Gontier 1268 c. 1, p. 1261 (indebite occupare aut invadere ecclesias, prioratus, domos, possessiones et alias res ecclesiasticas, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 6, M. 25, 1074, hier auch Lokalinterdikt); Compiegne 1270, M. 24, 13 (invasores bonorum ecclesiasticorum, Anathem und Interdikt über die Orte, wo sich die geraubten Sachen oder die Thäter befinden); Rennes 1273 c. 4. 5, p. 35 (exc. ipso facto und Interdikt über die Aufbewahrungsorte); Avignon 1279 c. 1, p. 232 (sehr ausführlich, Strafen: exc. ipso facto, Verkündung derselben in der ganzen Provinz und Interdikt); Leg. K. Ofen 1279 c. 62. 53, p. 275 (ebenfalls sehr ausführlich, Strafen: exc. ipso facto und Verkündung derselben); Aquileja 1282, qu. 435 (gleichfalls sehr speziell, Strafen: exc. ipso facto und Interdikt über die Ländereien von Kommunen); S. Pölten 1284, p. 514 (Usurpation von Kirchenlehnen, exc. ipso facto und Verkündung derselben); Macon 1286 c. 2, p. 613 (ähnlich); Leg. K. Würzburg 1287 c. 20, p. 857 (Usurpation, Okkupation und widerrechtliche Zurückhaltung des Kirchenguts, Anathem l. s. und Interdikt ipso facto über die Besitzungen der Thäter); Mailand 1287 c. 13, p. 876 (sehr ausführlich, Geistliche exc. ipso facto und eventuell privatio omnium beneficiorum ipso iure, Laien exc. l. s. und eventuell Interdikt); Aschaffenburg 1292 c. 25, p. 1093 (Anathem ipso facto); Magdeburg 1315 c. 13, M. 23, 1163 (res ecclesiarum

Das Vergehen der Unterschlagung findet sich nur selten erwähnt. Namentlich wird derselben in Bezug auf Laien [1], sehr vereinzelt, nicht so selten, insbesondere seit dem 13. Jahrhundert, soweit sie sich als Amtsverbrechen der Geistlichen hinsichtlich der kraft ihrer Stellung in ihre Hand gelangenden Kirchengüter und kirchlichen Einkünfte darstellt [2], gedacht. Gratian bringt in Betreff dieses Vergehens ebenfalls blos ein wenig umfangreiches Material bei [3], und von den Dekretalensammlungen weist allein die Clemens' V. eine (möglicherweise auf dem Konzil Vienne 1311 erlassene) Anordnung auf [4].

et personarum ecclesiasticarum spoliare, diripere, invadere, Exk., Verkündung derselben in der ganzen Provinz, Interdikt über die Orte, wo die Thäter ihren Sitz oder ihren Aufenthaltsort haben, und interdictum ambulatorium über diejenigen Orte, wo sie hinkommen oder den Raub hinbringen mit Ausnahme der Kathedralstädte) c. 14 ibid. (Patrone, welche nach dem Tode der Geistlichen die dos der Kirche und die letztere überhaupt spoliiren, ausser censura ecclesiastica Verlust des Präsentationsrechtes für den Vakanzfall), c. 15 ibid. (Vögte, welche das Kirchengut berauben, exc. ipso facto). Vgl. weiter Nogaret 1290 c. 11. 12, M. 24, 1071; Grado 1298 c. 28 p. 1170; Nogaret 1303 c. 19, M. 25, 116; Köln 1310 c. 6, p. 237; Trier 1310 c. 2. 111. 112, p. 248. 277; Ravenna 1310 c. 26, p. 469; Bergamo 1311 c. 11, p. 485 (sehr ausführlich); Ravenna 1314 c. 17, p. 548; Senlis 1318, p. 630; Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, p. 713; Tarragona 1329 c. 23. 29, p. 845 u. 1332 c. 2, p. 936; Benevent 1331 c. 23. 24, p. 946; Salamanca 1335 c. 5. 8, p. 1050; Aquileja 1339 p. 1115. 1166; Noyon 1344, M. 26, 1; Magdeburg 1344, p. 13; Toledo 1347 c. 2, p. 123; Leg. K. Padua 1350 p. 223; Beziers 1351 c. 2, p. 244; Angers 1365 c. 24, p. 436; Lavaur 1368 c. 105—107, p. 528; Narbonne 1374 c. 17, p. 601; Benevent 1378 c. 7. 23. 24, p. 622. 630; Salzburg 1386 c. 9. 12 p. 729.

London 1343 c. 14, M. 25, 1180 (Laien, welche sich das Gras und die Bäume auf Kirchhöfen aneignen, Exk. und öffentliche Verkündung derselben).

Trier 1310 c. 64, M. 25, 264 (eigenmächtiger Verkauf und Verpfändung von Kelchen, und Kirchengeräthen, Geistliche der höheren Weihen susp. ipso facto, andere und Laien exc. l. s., Geistliche bei Verpfändung auch Verlust ihrer Forderungen); Benevent 1378 c. 4, M. 26, 621 (Stehlen der gedachten Sachen aus Kirchen und Kapellen exc. l. s.); ibid. c. 27, p. 631 (Stehlen von Urkunden aus den Akten der Kirche exc. l. s.).

Tours 1282 c. 4, M. 24, 470 (Geistliche, welche Kelche, Kreuze, Bücher, Reliquien und sonstigen Kirchenschmuck stehlen, exc. ipso facto und auch poena corporalis); Köln 1266 cit. c. 31 (Spoliation einer Kirche durch Kleriker, dieselben Strafen, wie für die percussio clerici durch einen Geistlichen).

[1] Leg. Konz. Montpellier 1195, M. 22, 669. 670 (qui oblationes defunctorum aut negant ecclesiis aut difficile reddunt, Exk.); Rouen 1231 c. 36, M. 20, 218 (Gestattung von General-Exkommunikationen durch Priester allein bei furta et deposita, d. h. bei Unterschlagung deponirter Sachen). Theilweise gehört hierher Vienne 892 c. 3, M. 18, 122, welches, wenn es die Exk. für denjenigen, qui eleemosynam episcopi vel presbyteri aegrotantis seu defuncti qualibet fraude violare praesumat androht, damit auch den Fall einer Unterschlagung durch etwaige, mit Ablieferung an die Kirche betraute Laien umfasst. Toul 860 c. 1, M. 15, 558 sucht mit seinem unter Strafe des Anathems gegebenen Verbot des accipere et dare oblationes ausserhalb der Kirche ohne Genehmigung der kirchlichen Oberen offenbar der Möglichkeit der Unterschlagung durch Geistliche oder Laien vorzubeugen.

[2] Cap. episcop. Papiae 845—50 c. 5, Bor. Kr. 2, 82 (Archipresbyter u. Geistliche von Titelkirchen, welche die kirchlichen Abgaben und Einkünfte in ihren eigenen Häusern oder in gemietheten Besitzungen aufbewahren und verbergen, correptio durch den Bischof, ev. durch die Synode); Hinkmar v. Rheims 874 c. 2, M. 15, 492 (Verkauf des für die matricularii der Kirche bestimmten Zehntantheils durch die Priester, Absetzung); Theodor v. Utrecht 1209 („subtrahere praebendas s. S. 190 n. 6). Leg. K. Tarragona 1239 c. 6, M. 23, 518 (retinere fraudulenter et non restituere bona ecclesiastica praelati et beneficiati defuncti durch die mit der Bewahrung für den Nachfolger betrauten Verwalter, Exk. ipso facto); Mainz 1261 c. 19, p. 1086 (Vorenthaltung der stipendia für die Kanoniker durch die Pröpste, Archidiakonen und andere Verwalter, bei Hartnäckigkeit suspensio ipso iure ab officio administrationis und andere zulässige Strafen, denn eine solche kann in Folge von Unterschlagungen erfolgen); London 1268 c. 17, p. 1233 (Geistliche an den salvo iure matricis ecclesiae concessis capellis, welche die der Mutterkirche gebührenden Oblationen und Einkünfte nicht abliefern, Suspension bis zur Restitution); c. 6 ibid. (Prälaten, welche die Einkünfte vakanter, ihnen unterstehender Kirchen in ihren Nutzen anwenden, susp. ab off. bis zur Restitution); Chateau Gontier 1268 c. 3, p. 1265 (Prioren, welche bei ihrer Versetzung die Priorate und Äbte, welche vakante Priorate bonis mobilibus denudant, arbiträre Strafe).

[3] c. 7. 8 (Martin v. Braga) C. X qu. 2 (Verwendung des Kirchenguts seitens der Bischöfe in ihrem Nutzen), c. 6 (Augustin) u. c. 8 (Origenes) C. XIV qu. 6 (wo der Fundsdiebstahl der rapina gleichgestellt wird).

[4] Clem. 1 de decim. III. 8 (Mönche, welche sich die anderen Kirchen gehörigen Zehnten aneignen, bis zur Restitution ab officio, admini-

In Verwandtschaft mit der Unterschlagung steht das schon in älterer Zeit [1] erwähnte und nicht minder von Gratian berücksichtigte [2] Vergehen der Nichtausführung von Testamenten oder der Hinderung der Durchführung der letzteren, welches namentlich seit dem 13. Jahrhundert [3], soweit es sich um Pflichtwidrigkeiten der Erben und Testaments-Exekutoren handelt [4], mit Strafe bedroht, und auch als gemeinrechtlich strafbares Vergehen qualifizirt worden ist [5].

Unter den weiter hierher gehörigen Vergehen wird die eigenmächtige Pfändung [6] und widerrechtliche Zurückhaltung fremder Sachen [7] nur in einigen Partikularkonzilien mit Strafe bedroht.

strationibus et beneficiis, in Ermangelung solches dagegen Exk.).

[1] S. die folgende Anm.

[2] c. 10 (Vaison 452 c. 4) C. XII qu. 2 (Zurückhaltung der Oblationen Verstorbener, offenbar zunächst seitens der Erben, exc.) und c. 11 (Agde 506 c. 4) ibid. (Geistliche und Laien, welche die den Kirchen vermachten und gespendeten Oblationen für sich behalten, Exk.).

[3] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 33, M. 22, 1117 (öffentliche wiederholte Exk. der malitiose impedientes executionem rationabilium testamentorum, ebenso schott. K. 1225 c. 50, p. 1234, Canterbury 1236 c. 23, p. 423, Cicester 1246, p. 714, Lambeth 1330 c. 7, M. 25, 896); Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23 (qui testamenta defunctorum publicare et complere post competentes admonitiones renuerint, Exk., wiederholt Beziers 1246 c. 33, p. 699); Lambeth 1261, p. 1070 (exc. ipso facto für Hinderung der Ausführung der Testamente durch Laien); Saintes 1282 c. 5, M. 27, 467 (Verheimlichung von Testamenten, Nichtausführung derselben und Verwendung des Nachlasses in den eigenen Nutzen, exc. ipso facto); Exeter 1287 c. 50, p. 832 (Testaments-Exekutoren, welche die Ausführung von Testamenten, und Nachlassschuldner, welche ihre Belangung im geistlichen Gericht durch die Testaments-Exekutoren hindern, Exk.; London 1342 c. 7, M. 25, 1174. 1175); Trier 1310 c. 48, p. 261 (Testaments-Exekutoren, welche sich bei der Auszahlung der Legate und Nachlassschulden oder für die Ausführung des Testaments Geld bezahlen lassen, exc. ipso facto). Vgl. auch noch Benevent 1331 u. 1378 c. 15. 16, M. 25, 941 u. M. 26, 626; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 230. — Valence 1268 c. 23, M. 23, 1052. 1053 (Nichtausführung der Testamente zu frommen Zwecken, exc. ipso facto); Mailand 1287 c. 21, M. 24. 867 (Hinderung der Ausführung solcher Testamente durch Behalten oder Okkupation der legirten Sachen, exc. ipso facto, im wesentlichen wiederholt Benevent 1331 u. 1378 c. 22. 41, M. 25, 945 u. 26, 629); Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (Testaments-Exekutoren, welche die Ausführung solcher Testamente ein Jahr lang hinten anhalten, generelle Exk.); Trier 1310 c. 13. 76, M. 25, 252. 267 (gegen solche Testaments-Exekutoren exc. ipso facto); Ravenna 1311 c. 31, p. 474 (für dieselben als Strafe Unfähigkeit, künftighin Testaments-Exekutor zu sein und Übergang der Testamentsausführung auf den Bischof, wiederholt Aquileja 1339, p. 1122); London 1343 c. 8, p. 1275 (Hinderung der Ausführung der Testamente der Kleriker durch den Bischof, susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto).

[4] Avignon 1279 c. 14, M. 24, 282 (Erben und Notare, welche auf kirchliche Anordnung Testamente zu Gunsten frommer Zwecke an die Kirche nicht innerhalb 8 Tagen vorlegen, Exk. und Verkündung derselben); Riez 1285 c. 16, p. 582 (Notare, welche dies unterlassen, exc. ipso facto); Ravenna 1311 c. 3, M. 25, 474 (dasselbe); Trier 1310 c. 63, p. 266 (für Erben und Testaments-Exekutoren dieselbe Strafe), vgl. weiter noch Bergamo c. 26, p. 502; Avignon 1326 c. 20, p. 756; Benevent 1331 u. 1378 c. 17, M. 25, 942 und M. 26, 627, ferner Aquileja 1339, M. 25, p. 1122 und Leg. K. Padua 1350, M. 26, 230 (dieselbe Strafe für Notare unter Ausdehnung der Anzeigepflicht auf alle Testamente).

[5] c. 17. 19 (Gregor IX.) X de testam. III. 26 (Anordnung von Zwang, also auch strafrechtlichem Zwang gegen Kleriker und Laien zur Ausführung der Testamente, insbesondere der Verfügungen zu Gunsten frommer Zwecke und kirchlicher Institute); Clem. un. eod. III. 6 (arbiträre Bestrafung der Mönche, auch der exemten, durch den mit der Aufsicht über sie als Testaments-Exekutoren betrauten Ordinarius bei nicht erfolgter Rechenschafts-Ablegung über die betreffenden Testamente). —

Partikularrechtlich wird auch die Hinderung der nach Landesgewohnheit stattfindenden Regelung der Hinterlassenschaften ab intestato verstorbener Personen durch den Bischof mit wiederholter öffentlicher Exk., schottisches Konz. 1225 c. 50, M. 22, 1234, die Hinderung der Bezahlung der Schulden aus dem Mobiliarnachlass derartig verstorbener und die Ausschliessung der Kinder und Verwandten, sowie die Hinderung der gewohnheitsmässigen Verfügung des Bischofs über einen solchen Nachlass mit Exk., Lambeth 1268, p. 1069, weiter die wissentliche Einklagung von Nichtschulden gegen Testaments-Exekutoren mit Exk., Exeter 1287 c. 50, M. 24, 830. 832, bedroht.

[6] Gottesfrieden von Vich 1068, M. 19, 1073. 1074 (Pfändung während des Gottesfriedens bei Verzögerung des Ersatzes das Doppelte); Oviedo 1115 c. 1, S. 40 n. 6; Leg. K. Toulouse 1229 c. 40, M. 23, 203 (Strafe des Friedenbruchs, Emenda an den Herrn, Verlust des Anspruchs und bei Nichtexistenz eines solchen als Strafe der Werth der gepfändeten Sachen); L'Isle 1251 c. 9, S. 190 n. 6); Marciac 1326 c. 55, M. 25, 798 (Pfändung der in den Kirchen niedergelegten Depositen der Kirchen und Kleriker, exc. l. s. und Verkündung derselben); Salamanca 1335 c. 13, p. 1055 (von Grundstücken, Arbeitsvieh und landwirthschaftlichen Geräthen, exc. l. s.).

[7] Vereinzelt Ravenna 1314 c. 7, M. 25, 542

Der Erpressung wird zuerst in dem allgemeinen Konzil von Konstantinopel (869) in der Gestalt des Amtsmissbrauches der Erzbischöfe gegenüber ihren Suffraganbischöfen gedacht[1]. In demselben Jahrhundert haben auch einzelne römische Synoden in Spezialfällen Strafen dafür festgesetzt[2]. Während die Folgezeit keine Vorschriften darüber aufweist[3], und selbst Gratian nur ein spärliches Material beibringt[4], hat das 4. allgemeine Laterankonzil[5] und ebenso möglicherweise das von Vienne (wenn nicht Clemens V. allein[6]) je eine darauf bezügliche, sie ebenfalls nur als Amtsverbrechen berührende Strafbestimmung erlassen. Beide haben Aufnahme in die betreffenden Dekretalensammlungen gefunden[7]. Endlich erwähnen auch die Partikularsynoden des 13. Jahrhunderts, wenngleich nicht häufig, des fraglichen Vergehens[8], wobei zugleich einzelne Fälle desselben als Simonie behandelt werden[9].

Auch in Betreff der Hehlerei ist das Material nicht reich. Vereinzelt wird dieselbe in den Partikularsynoden, sowie auch in päpstlichen Konzilien der vorgratianischen Zeit[10], öfters erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts[11] erwähnt, und in

(Advokaten, Prokurotoren und andere, welche an einer ihnen übergebenen Urkunde einer Kirche oder eines Klerikers ein Retentionsrecht wegen Schulden derselben ausüben, exc. ipso facto, Geistliche, welche sich während der nächsten 5 Jahre ihrer Dienste als Advokaten u. s. w. bedienen, jedes Mal Geldstrafe von 10 Ravennaten).

1 c. 19, M. 16, 172 (Bedrückung und Erpressung von Einkünften unter dem Vorwande der Visitation, Absetzung und Exk.).

2 So Rom 871—78 c. 16 unter Berufung auf Constantinop. cit. für das turpis lucri gratia vel exquisitis admonitionibus aggregare episcopos seitens der Metropoliten aus Anlass des Verhaltens des Erzbischofs v. Ravenna, gegen welchen schon die römische Synode unter Nikolaus I. 862, M. 15, 598, ein solches Verbot erlassen hatte, Maassen römische Synode 871—78 S. 4. 18. 19.

3 Allein das römische Konzil 1078 c. 9, M. 20, 510 bedroht die Auferlegung von gravamina oder servilia servitia an Äbte und Kleriker durch die Bischöfe mit der Absetzung, und begreift damit auch den Fall der Erpressung in sich.

4 c. 128 (l. 2 Dig. XLVII. 13) C. I qu. 1 (Bedrohung mit einer Kriminal-Anklage) u. c. 5 (Ps. August.) §. 2 C. XXV qu. 1 (Missbilligung der concussio durch Soldaten).

5 c. 34, M. 22, 1022, c. 8 X de immun. eccles. III. 8 (Verbot der Extorsion von übermässigen procurationes und servitia seitens der Prälaten gegen ihre Untergebenen, Restitution und Betrag des Erpressten zur Strafe an die Armen).

6 Clem. 2 de haeret. V. 3 (Verbot an die Ketzerinquisitoren „ne praetextu officii inquisitionis quibusvis modis illicitis ab aliquibus pecuniam extorqueant" bei Strafe der Exk. ipso facto).

7 S. d. vor. Anm.

8 Vgl. das Leg. Konz. Avignon 1209 c. 16, M. 22, 791 (Erpressung von Lösegeld gegen Gefangene, Anathem) u. Chateau Gontier 1231 c. 14, M. 23, 236 (Erpressung von Geld durch Prälaten bei Einsetzung von firmarii, s. Bd. III S. 78 n. 10, doppelter Ersatz des Erpressten an die ecclesia mater).

9 London 1237 c. 20, S. 167 n. 11, u. Worcester 1240 c. 17, S. 168 n. 1.

10 Cap. ep. Papiens. 845—50 c. 5 (S. 192 n. 2, Laien, welche sich dem a. a. O. erwähnten Vergehen als socios praebent, also die unterschlagenen Einkünfte bei sich verbergen lassen, werden als Diebe bestraft); Rom 1078 c. 10 (S. 190 n. 1, denn das Verborgenhalten der Usurpation der Grundstücke des h. Petrus und die Unterlassung einer Anzeige darüber kann wenigstens im weiteren Sinne hierher gerechnet werden); Rouen 1096 c. 4, M. 20, 924 (emptores praedarum, Anathem).

11 Rudolf v. Lüttich 1166 c. 7, M. 22, 9 (emtor praedae, Exk.); Mainz 1310, M. 25, 320 (ebenso); Leg. K. Montpellier 1195, M. 22, 668 (Ankaufen von Sachen bei Räuberschaaren, öffentliche wiederholte Exk.); schottisches Konzil 1225 c. 50, M. 22, 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. derjenigen, qui raptores et fures manutenent); Mainz 1261 c. 20, p. 1087 („nullus praedam aliquam scienter emere vel tenere praesumat, alioquin nisi ipsam restituat, excommunicationis sententia percellatur").
Leg. K. Tarragona 1239 c. 12, M. 23, 516 (für omnes qui praedam clericorum et locorum religiosorum et hominum eorundem receperint scienter et voluntarie in castris suis vel emerint, Exk. und Interdikt über die Orte, wo sich die Sachen befinden); Lemans 1247 P. II, p. 752 (Besitzer geraubten Kirchengutes, welche dasselbe nicht herausgeben, Interdikt über die Besitzungen und in Ermangelung solcher censura ecclesiastica); S. Pölten 1284, p. 514 (wissentlicher Ankauf zu Unrecht veräusserten Kirchenguts, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung); Mailand 1287 c. 17, M. 24, 878 (das unerlaubte Behalten von Büchern, Kreuzen und anderen zum Gottesdienst bestimmten Geräthschaften, exc. ipso iure); Bergamo 1311 c. 23, M. 25, 497 (Behalten von Anderen zu Unrecht entzogenen Sachen oder Verfügung darüber, anstatt die letztere dem Bischof zu überlassen, Kleriker int. ingressus ecclesiae und susp. a celebratione missarum, Laien Ausschluss von den Sakramenten und von der Theilnahme an kirchlichen Handlungen ipso facto); Ravenna 1317 c. 16,

ihnen zum Theil ebenso, wie in der einzigen Stelle der Dekretalensammlung Gregors IX. [1], dem Diebstahl ausdrücklich gleichgestellt oder mit denselben Strafen, wie der letztere und der Raub bedroht[2].

Nur sehr selten wird in den partikularrechtlichen Quellen der absichtlichen Vermögensbeschädigung, soweit dieselbe nicht als Plünderung, s. o. S. 186, in Betracht kommt[3], und desgleichen der absichtlichen Benachtheiligung der Gläubiger und sonstigen Berechtigten, wie der Kirche, des Königs und der Erben (Frau und Kinder) durch Schenkungen seitens der Laien und Kleriker, welche dem Tode nahe sind[4], gedacht[5].

In weiterem Umfange ist dagegen die kirchliche Gesetzgebung gegen die Brandstiftung eingeschritten. Abgesehen von einzelnen karolingischen Erlassen[6], Partikularkonzilien[7] und Gottesfriedensordnungen[8], haben sie die Päpste, sowohl auf ihren Synoden[9], wie auf den allgemeinen Konzilien[10], schon früh mit Strafen bedroht. Nach der Vollendung des Gratianischen Dekrets, welches nur Stellen aus der eben gedachten Zeit bringt[11], sind die Strafen sowohl durch die Partikularsynoden während des 12. bis

p. 617 (Nichtüberweisen solcher Sachen an den Bischof im Testament, Geistliche, welche der Errichtung beiwohnen, exc., diejenigen, welche Hülfe zur Umgehung der Anordnung leisten, int. ingressus ecclesiae et participationis sacramentorum); Benevent 1331 und 1378 c. 20, M. 25, 944 u. 26, 628 (ähnlich, als Strafe aber exc. l. s.).

Clermont 1268, M. 23, 1206 (qui scienter celant feuda ecclesiae, wiederholte öffentliche Exk.); Köln 1280 c. 12, M. 24, 358 (dasselbe, Exk.); Mailand 1287 c. 16, p. 878 (dasselbe, exc. ipso facto und eventuell Verlust jedes etwaigen Rechts an den Gütern). — Tarragona 1329 c. 52, M. 25, 862 (Verheimlichung und Zurückhaltung von kirchlichen Privilegien und Urkunden, exc. l. s.).

Ferner kommen noch diejenigen Anordnungen in Betracht, welche das Interdikt für solche Orte festsetzen, an welche gestohlene oder geraubte Sachen der Kirchen und Kleriker gebracht sind, s. ausser den Citaten S. 190 n. 6 noch z. B. Leg. K. Bremen 1266, p. 1158 und Wien 1267 c. 4, p. 1171; Nogaret 1303 c. 16, M. 25, 115; Avignon 1326 c. 23, p. 751; Marciac 1326 c. 53, p. 797, (int. ambulatorium), sowie die Vorschriften, nach welchen Laien, wenn sie die Restitution widerrechtlich veräusserten Kirchengutes verweigern, mit Strafen bedroht werden c. 13 (Konstantinopel 869 c. 15) C. XII qu. 3; Oxford 1222 c. 36, M. 22, 1162; c. 2 (Lyon 1274 c. 22, M. 24, 95) in VI de reb. eccles. III. 9 (Exk. ipso facto, event. Interdikt); Mailand 1287 c. 14, M. 24, 877 (exc. ipso iure); Pennafiel 1301 c. 15, M. 25, 108 (ebenso).

[1] c. 4 (Hieron.) X de furt. V. 8. Im Dekret findet sich ebenfalls nur eine Stelle: c. 5 (Ambros.) C. XIV qu. 5 („Rapinam emere non licet").

[2] S. die vorhergehenden Anmerkungen.

[3] Tours 1282 c. 4, M. 24, 470 (Herausschneiden, Verkleinern und Zerstören von Blättern in Büchern der Kirche oder Verderben der Schrift auf denselben, exc. ipso facto).

[4] London 1343 c. 9, M. 25, 1176 (exc. ipso facto für die Schenker und ihre Theilnehmer, für die ersteren auch nach Absolution Versagung des kirchlichen Begräbnisses); York 1367 c. 6, M. 26, 466 (int. ingressus ecclesiae ipso facto für die Schenker und ihre Theilnehmer, für die ersteren auch die Versagung des kirchlichen Begräbnisses).

[5] Ein Fall culposer Beschädigung in Ravenna 1314 c. 7, M. 25, 541 (Notare, welche die von ihnen seitens kirchlicher Personen verlangten Urkunden nicht rechtzeitig ausstellen und abliefern, und dadurch den Kirchen Verluste verursachen, exc. ipso facto, während welcher kein Geistlicher bei Strafe von 10 librae ipso facto ihre Notariatsdienste in Anspruch nehmen darf).

[6] Ed. Pistens. 862 c. 4, LL. 1, 482 (Verbot der incendia unter Hinweis auf die divinae et humanae leges).

[7] Toucy 860 c. 4, M. 15, 559 (incendia committere, durch Busse zu beseitigende Exk.); Hohenaltheim 916 c. 24 (ecclesiam dei incendere, lebenslängliche Busse im Kloster oder ausserhalb desselben 10 Jahre strenge Busse).

[8] Tulujas u. 1065, M. 19, 1041 (mansiones villanorum incendere, einfacher Ersatz, bei Verzögerung das Doppelte, wovon die Hälfte an den Bischof), Vich 1068, p. 1073 (incendere mansiones pagensium, clericorum arma non ferentium et columbaria et palearia, Strafe wie Tulujas); Lütticher Gottesfrieden 1081, Kluckhohn Gottesfrieden S. 64 n. 11 (Vermögenskonfiskation und Ausweisung aus dem Bisthum); Fulco v. Anjou 1095 c. 6, M. 20, 912 (Verbrennen der Häuser der Landleute, Strafe des Gottesfriedensbruches).

[9] Rom 871—78 c. 7, Maassen, röm. Synode S. 14 (domorum incendia facere, ebenso Ravenna 877 c. 7, M. 17, 338, s. S. 16 n. 11 und c. 31 C. XXIII qu. 8); Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440 (c. 22 C. XXIII qu. 8, ignem apponere, Exk., als Busse Kreuzzug nach Jerusalem oder Spanien, für den bei der That umgekommenen Brandstifter Versagung des kirchlichen Begräbnisses, wiederholt Rheims 1131 c. 17, M. 21, 461 und Rheims 1148 c. 15, p. 717).

[10] Lateran. II. c. 18. 19, M. 21, 531 (Wiederholung von Clermont 1130 c. 13, s. vor. Anm.).

[11] Ausser den vorher citirten (s. Anm. 9) noch

14. Jahrhunderts[1] wie auch durch päpstliche Anordnungen[2] verschärft worden. Von den Dekretalensammlungen hat die Gregors IX. gerade diese letzteren aufgenommen[3]. Jedenfalls ist es unrichtig, dass, wie behauptet worden ist[4], die Grundsätze des kanonischen Rechts auf der rein germanischen Auffassung, dass die Brandstiftung lediglich eine widerrechtliche Schadenszufügung sei, beruhen.

Was weiter das Vergehen des Wuchers betrifft, so hatte die ältere Kirche den Laien das Zinsnehmen nur vereinzelt[5], dagegen den Klerikern allgemein untersagt[6]. In karolingischer Zeit ist aber, wie fast gleichzeitig in England[7], so auch für das fränkische Reich dieses Verbot auf die Laien ausgedehnt worden[8]. Mit dem 11. Jahr-

c. 8 C. XII qu. 2, eine einen Spezialfall betreffende Dekretale Gregors V. 998, J. L. n. 3890, M. 19, 204.

[1] Rudolf v. Lüttich 1166 c. 1. 8. 9, M. 22, 9 (unter Berufung auf Eugen III., d. h. Rheims 1148 c. 15, s. S. 195 n. 9, Personalinterdikt, eventuell Anathem und Interdikt über die Besitzungen des Thäters); Rouen 1190 c. 29, p. 586 (generelle öffentliche wiederholte Exk. der incendiarii); London 1200 c. 7, p. 717 (desgleichen); Richard Salisbury u. 1227 p. 1117. 1118 (ebenso); Canterbury 1238 c. 1, M. 23, 423 (ebenso); Trier 1238 c. 1, p. 477 (nur der locorum religiosorum incendiarii et receptatores eorum); Ferns 1240 o. 1241, p. 520 (Exk. der incendiarii, ebenso Benevent 1378 c. 6, M. 26, 622); Cicester 1246 M. 23, 714 (wiederholte Exk. der incendiarii); Lambeth 1330 c. 14, M. 25, 896 ebenso); Leg. K. Breslau 1248 §. 19, de Montbach stat. Wratislav. p. 310 (ebenso für incendiarii ecclesiarum et infractores coemeteriorum); Durham 1255, M. 23, 902 (Exk. der incendiarii); Köln 1266 c. 2, p. 1135 (incendiarii et effractores ecclesiarum et monasteriorum, exc. ipso facto und Interdikt über ihre Besitzungen, dagegen incendiarii aliarum rerum et bonorum ecclesiarum et monasteriorum öffentliche Exk. und wiederholte Verkündung derselben, eventuell auch Lokalinterdikt); London 1268 c. 13, M. 23, 1231 (incendiarii ecclesiarum, exc. ipso facto, bei Nichtsatisfaktion Interdikt über die Besitzungen des Thäters und in Ermangelung solcher Vertreibung desselben durch den Herrn des Ortes bei Strafe des Interdikts über die Ländereien des letzteren; wenn der Schuldige ein Geistlicher ist und in der Exk. verharrt, Verlust des Benefiziums ipso iure und falls er keins besitzt, Ausschluss von allen kirchlichen Gütern); Rennes 1273 c. 1, M. 24, 33 (ignem immittere in domos episcoporum et abbatum, dieselben Strafen wie für Tödtung, s. S. 178 n. 9); Münster 1279 c. 20, p. 320 (exc. ipso facto); S. Pölten 1284, p. 510 (exc. l. s. und Verkündung derselben für incendiarii nocturni); Trier 1310 c. 1, M. 25, 248 (ebenso); Salamanca 1335 c. 8, p. 1053 (dasselbe).

[2] Clemens III. 1187–91, J. L. n. 16607, M. 22, 566 in c. 19 X de sent. exc. V. 39, welches dem Papst die Absolution von der Exkommunikation vorbehält. Vgl. auch die folgende Anm.

[3] S. die vor. Anm., ausserdem eine Dekretale Alexanders III. in c. 5 X de raptor. V. 17, nach welcher die Brandstiftung an einer Kirche mit Exk. bestraft, aber der Brandstifter nach Busse und Absolution zum christlichen Begräbniss zugelassen wird, ferner c. 5 (Exod. XXII. 6) und c. 6 (poen. Halitgar. L. 6.) X de iniur. V. 36.

[4] So von Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 143. Wenn c. 5 X V. 36 cit. für den Schaden, welcher das auf dem eigenen Acker angezündete, sich weiter verbreitende Feuer an Früchten des Nachbars verursacht, Ersatz anordnet, so handelt es sich hier lediglich um die civilrechtliche Folge, und die Gleichstellung der Brandstiftung mit dem homicidium in Rom u. Ravenna cit. (S. 195 n. 9), die Wendungen in Clermont und den gleichlautenden Synoden, s. a. a. O. u. auch n. 10: „pessima et depopulatrix et horrenda incendiorum malitia" und „assurgendum est, ut tanta clades tantaque pernicies pro salute populi eradicetur", die harten von diesen Konzilien auf die Brandstiftung gesetzten Strafen, sowie die Erschwerung der Absolution durch Clemens III., s. o. Anm. 2 zeigen klar genug, dass das kanonische Recht die Brandstiftung als ein gemeinschädliches Verbrechen betrachtet hat. War doch auch diese Auffassung auf weltlichem Gebiete im 12. Jahrhundert vertreten und hat zu dem Erlass des die gegenseitige Unterstützung der weltlichen und geistlichen Gewalten bei Unterdrückung der Brandstiftung festsetzenden Edikts Friedrichs I. v. 1187, LL. 2, 184, (vgl. auch §. 281) geführt.

[5] Elvira 306 c. 10, Bd. IV S. 701 n. 1, vgl. Funk, Gesch. des kirchlichen Zinsverbotes. Univ. Progr. Tübingen 1876 S. 7.

[6] Bd. IV. S. 708 n. 3, s. auch unten S. 197 n. 12. Vgl. ferner Funk S. 8 ff.

[7] Legatensynode Calchut 787, c. 17, M. 12, 947 (freilich ohne bestimmte Strafe).

[8] Admonitio gener. 789 c. 5, Bor. 1, 54 unter Berufung auf Nicäa 325 c. 17 (c. 2 Dist. LXVII u. c. 8 C. XIV qu. 4) und auf Papst Leo I.; stat. Rhispac. 799. 800 c. 10, B. 1, 227 (blos für Kleriker unter Berufung auf Leo I. u. Gelasius I.); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1016 (Kleriker Absetzung, Laien Exk.); Aachen 817 816) lib. I c. 40, M. 14, 196 (desgl. unter Wiederholung von Nicäa cit.); Rom 826 c. 12, B. 1, 373 (Geistliche canonica disciplina); Paris 829 lib. I c. 33, M. 14, 570 (im wesentlichen dasselbe); Aachen 836 C. I c. 5, p. 675 (Kleriker Absetzung); Hloth. I cap. missor. 832 c. 4, Bor. Kr. 2, 63 (publica poenitentia); Pavia 850 c. 19 p. 122 (Kleriker Absetzung, Laien Exk.): Rudolf v. Bourges u. 850 c. 36, M. 14, 959 (blosses Verbot); Valence 855 c. 10, M. 15, 9 (canonica severitas gegen Wucherer); Walter v. Orleans u. 858 c. 10, p. 506 (ohne Strafandrohung).

Dabei wird der Begriff des Wuchers schon auf

hundert schreiten, da dasselbe in der Praxis des Lebens vielfach nicht beachtet worden war [1], im Gegensatz zu den Provinzialsynoden, welche des Wuchers kaum gedenken [2], die Päpste gegen den letzteren, theils auf ihren eigenen Synoden [3], theils auf den von ihren Legaten gehaltenen [4], theils auf den allgemeinen Konzilien [5] mit wiederholten Strafandrohungen ein. Allerdings tritt dabei im Vergleich zu dem älteren und karolingischen, noch im 11. Jahrhundert festgehaltenen Recht [6] die Milderung ein, dass die Kleriker blos mit Entziehung des Amtes [7], nicht mehr mit der den Verlust des geistlichen Standes herbeiführenden Deposition [8], die Laien nur mit dem kleinen Bann und Versagung des christlichen Begräbnisses [9], aber nicht, wie früher [10], mit der grossen Exkommunikation bedroht werden, andererseits aber die Verschärfung, dass auch die Infamie als Strafe auf den Wucher gesetzt wird [11]. Das Dekret Gratians [12], welches kurz vor dieser Neuerung zum Abschluss gelangt ist, steht noch auf dem Standpunkt des früheren Rechtes mit der einzigen Ausnahme, dass es ebenfalls der Infamie als Strafe gedenkt [13]. Bei der Erfolglosigkeit der gegen den Wucher gerichteten kirchlichen Bestrebungen, — war derselbe doch auch unter der höheren Geistlichkeit weit verbreitet [14], und sind doch sogar von den Päpsten Indulte auf das Zinsennehmen für Kleriker und Laien und auf Behaltung wucherischen Erwerbes oder auf Annahme von derartigen Schenkungen gegeben worden [15] — haben aber schon seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts die Synoden der päpstlichen Legaten [16]

die Ausbedingung der Rückgabe eines höheren Werthes als des fortgegebenen oder auf die Weggabe eines geringwerthigen Gutes gegen ein werthvolleres ausgedehnt, s. cap. missor. Noviomag. 806 c. 11, B. 1, 132 (c. 4 C. XII qu. 3): „Usura est ubi amplius requiritur quam datur", Theodulf v. Orleans, Paris, Walter v. Orleans a. a. O.

1 Funk S. 22. 30.

2 S. aber Gran 1114 c. 59, M. 21, 112 (clerici foeneratores Absetzung, laici Ausschluss v. Zeugniss).

3 Rheims 1049 c. 7, M. 19, 742 (blosses Verbot des ussuras exercere für Laien und Geistliche); Tours 1163 c. 2, M. 21, 1176 in c. 1 X de usur. V. 19 (Kleriker Verlust des Amtes).

4 Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 (clerici usurarii deponantur); Gerona 1078 c. 9, M. 20, 1129 (usurarii excommunicentur); Poitiers 1078 c. 10 (clerici ursurarii excommunicentur); London 1125 c. 14, M. 21, 332 (Kleriker Absetzung); London 1128 c. 9 p. 512 (Kleriker remotio ab officio), S. auch die folg. Anm.

5 Lateran. II. 1139 c. 13, M. 21, 530 (Infamie u. Versagung des christlichen Begräbnisses); Lateran. III. 1179 c. 25, M. 22, 231 in c. 3 X de usur. V. 19 (excommunicatio minor, S. 18 n. 1 u. Versagung des kirchlichen Begräbnisses, sowie Nichtannahme der von Wucherern angebotenen Oblationen; für die diesen Vorschriften entgegenhandelnden Kleriker suspensio ab officio, wiederholt auf dem Legatenkonzil Montpellier 1195, M. 21, 670 (zugleich unter missverständlicher Berufung auf Tours 1163 cit. für Kleriker Suspension vom Amt, bei Hartnäckigkeit nach can. apost. c. 44, c. 1 Dist. XLVII, Absetzung.

6 S. die vorhergehenden Anmerkungen.

7 S. Tours cit. u. S. 63 n. 5.

8 S. 56 u. Bd. IV S. 728. 870.

9 Lateran. III. cit.

10 S. namentlich Elvira 306 c. 20 (c. 5 Dist. XLVII) und auch S. 196 n. 8. Mit dieser war an sich die Versagung des Begräbnisses von selbst verbunden, s. o. S. 3 und Bd. IV S. 704.

11 Lateran. II. 1139 c. 13, S. 42 n. 2.

12 Abgesehen von den Kanonen, welche die Irregularität der Wucherer betreffen, c. 2 (Ps. Gregor.) Dist. XXXIII; c. 8 (stat. eccl. ant. c. 55) u. c. 4 (Gregor. I.) Dist. XLVII (Bd. I S. 38. 39) und den Stellen aus Kirchenvätern, welche über den Wucher im allgemeinen, namentlich von dem Begriff desselben handeln, wie c. 11 (Ps. Chrysostom.) §. 3 Dist. LXXXVIII; c. 1. 3 (August.) c. 2 (Hieronym.) C. XIV qu. 3; c. 10. 12 (Ambros.) c. 11 (August.) C. XIV qu. 4 bringt dasselbe die schon in den vorhergeh. Anmerkungen citirten Stellen, und ausserdem mehrere, namentlich von der Strafbarkeit, bez. der Absetzung und Exkommunikation der Kleriker handelnde Kanonen älterer Konzilien: c. 2 (Arles I. 310 c. 12) c. 3 (Tarragona 516 c. 2) c. 4. 5 (Nicäa nach Martin v. Braga) c. 6 (Carthago 397 c. 16l) C. XIV qu. 4 und ältere päpstliche Dekretalen c. 10 (Leo I.) Dist. XLVI, c. 1 (Gelas. I.) u. c. 8 (Leo I.) C. XIV qu. 4.

13 c. 2 §. 20 C. III qu. 7 in Anhalt und unter Berufung auf l. 20 C. J. exc. quib. caus. infam. II. 12.

14 Funk S. 25.

15 Innocenz IV. 1252, Potth. reg. n. 14733 u. 1253, n. 14992; Alexander IV. 1257, n. 16971. S. auch Gottlob, d. päpstl. Kreuzzugssteuern. Heiligenstadt 1892 S. 249.

16 Avignon 1209 c. 3, M. 23, 786 (generelle wiederholte öffentliche Exk. der Wucherer, öffentliche namentliche der überführten, ausserdem nach Lateran. III. cit. Ausschluss von der Darbringung von Oblationen und vom christlichen Begräbniss; c. 4 ibid. Exk. der Christen, welche mit Juden wucherischen Verkehr haben und

und andere Partikularkonzilien [1] wieder zu schärferen Strafen, namentlich zur grossen Exkommunikation und ihrer öffentlichen Verkündung gegriffen, sowie Maassnahmen zur strengeren Beachtung und Durchführung des Wucherverbots seitens der Geistlichkeit getroffen [2]. Dagegen hat die Dekretalensammlung Gregors IX. dadurch, dass sie die Kanonen des Konzils von Tours v. 1163 und des 3. Laterankonzils [3] aufgenommen hat [4], für das gemeine Recht den milderen Standpunkt festgehalten, und auch die spätere allgemeine Gesetzgebung der Kirche [5], d. h. das 2. Konzil von

ihnen Zinsen zahlen; c. 11 strenge arbiträre Strafe für die in der Verfolgung der Wucherer nachlässigen kirchlichen Richter und Prälaten); Pariser Legatenkonst. 1208 c. 6 (Kleriker und Mönche, die foenus extorquent, Exk.); Paris 1212 1213 P. V. c. 1, M. 22, 850 (foenerator, Verlust der aktiven Testamentsfähigkeit; c. 5: öffentliche wiederholte namentliche Exk. überführter Wucherer, Vorwerfung der Leichname derselben an die Hunde, sowie Konfiskation des Erwucherten durch die Territorialherren behufs Verwendung nach Anweisung der Kirche; c. 6: Grosser Bann für den Verkehr mit den unter Nennung ihres Namens als exkommunicirt verkündeten Wucherern mit Ausnahme der exceptae personae, S. 5; c. 7: für Geistliche und Äbte, welche solche Wucherer ohne genügende Satisfaktion zu Oblationen, zum kirchlichen Begräbniss oder zum Eintritt in ein Kloster zulassen, die dem Papst vorbehaltene ipso facto exc. u. susp. ab off. et benef.; c. 3: Geistliche, welche ihre Schreibenskunde in den Dienst von Wucherern für deren Gewerbe stellen und Advokaten, welche die Sachen von Wucherern vertheidigen, susp. ab o. et ben., dann Exk., c. 8: Verbot der synogogae oder communia, d. h. Gilden und Vereinigungen von Geschäftsleuten, welche für ihre Mitglieder die Anzeige von wucherischen Geschäften oder die Belangung wegen solcher beim Bischof hindern und mit Strafe belegen unter Androhung des districtum iudicium und Verbot, solche Gemeinschaften als Advokat zu vertheidigen bei Strafe der susp. und Exk.); Wien 1267 c. 8, p. 1172 (öffentliche wiederholte Exk. der usurarii; clerici beneficiati, die in Verstockheit 3 Monat im Bann verharren, privatio beneficii). Andererseits aber Montpellier 1215 c. 5. 9, M. 22, 941 nur Verbot für Kleriker unter Hinweis auf die canones und Androhung der susp. ab off. et ben., sowie für Prälaten, welche im Einschreiten gegen Wucherer nachlässig sind, der interdictio ingressus ecclesiae.

[1] Schottisches Konz. 1225 c. 50, M. 22, 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der usurarii manifesti); Narbonne 1287 c. 8, M. 23, 23 (ebenso); Chateau Gontier 1231 c. 30, p. 239 (Publikation des Wucherverbotes unter Strafe der Exk. sonntäglich durch die Pfarrer, Abschwörung des Wuchers durch verdächtige Personen und bei Überführung des Zuwiderhandelnden Exk. und Versagung des christlichen Begräbnisses bis zur Ersatzleistung und Kirchenbusse); Arles 1234 c. 15, p. 340 (öffentliche wiederholte Exk. der usurarii manifesti, ebenso Beziers 1246 c. 33 p. 699; Cicester 1246, p. 714); Lemans 1247, p. 760 (exc. der publici usurarii); Mainz 1268 c. 25. 44, p. 1098 (wiederholte öffentliche Exk. der usurarii notorii, gegen hartnäckig in der Exk. verharrende Wucherer, auch Entziehung der Sakramente für Frau und Kinder mit Ausnahme der Busse bei Todesgefahr und des baptismus parvulorum); Clermont 1268 c. 6, p. 1210 (wiederholte öffentliche Exk. der notorischen Wucherer); Arles 1275 c. 18, M. 24, 152 (ebenso); Köln u. 1280 c. 14, p. 359 (desgleichen); Avignon 1282 c. 1, p. 439 (ebenso); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (ebenso); Salamanca 1335 c. 14, p. 1055 (ebenso); s. weiter noch Nogaret 1303 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1326 c. 48, p. 796; Benevent 1378 c. 8, M. 26, 623; Salzburg 1386 c. 13, p. 731.

S. Pölten 1284, M. 24, 520 (Christen, welche von Juden Zinsen nehmen oder ihnen Geld zur zinsbaren Ausleihung geben, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben).

[2] S. 197 n. 16; S. Quentin 1231 c. 2, Hefele, Konc. Gesch. 5, 1010; Noyon 1280? c. 3, M. 24, 375; Avignon 1282 c. 1, p. 439, wonach die Prälaten jeden des Wuchers verdächtigen von Amtswegen zur Untersuchung ziehen sollen.

Sens 1269 c. 2, M. 24, 4 (Geistliche, welche wucherische Verträge besiegeln, censura ecclesiastica); Arles 1274 c. 14, p. 151 (Benefiziaten und Kleriker der höheren Weihen, welche Getreide und Wein zum Wiederverkauf einkaufen, exc. ipso facto, und Absolution bei Zahlung des Werthes an die Fabrik der Pfarrkirche); ibid. c. 15 (wucherischer Verkauf von Getreide, Wein und von Lebensmitteln durch solche Geistliche, Zahlung des Werths an die gedachte Fabrik); Avignon 1279 c. 12, p. 240 (dasselbe, aber ausdrückliche Aufhebung der Strafe der Exk.).

Leg. K. Würzburg 1287 c. 33, M. 24, 859 (öffentliche namentliche Verkündung der Wucherer und Interdikt ipso facto über den Kirchhof, auf welchem ein Wucherer, ohne dass für ihn Satisfaktion geleistet worden ist, mit Wissen des Kirchenoberen sein Begräbniss erhalten hat).

[3] S. 197 n. 3 u. 5.

[4] S. c. 1. 3 X de usur. V. 19. Im Übrigen bietet der Titel hauptsächlich eine Anzahl päpstlicher Dekretalen seit Alexander III., welche, wie dies auch in den Partikularsynoden des 13. Jahrhunderts geschehen, s. Leg. Konz. Paris 1212 o. 1213 P. II. c. 25, M. 22, 836; Trier 1227 c. 10 u. 1238 c. 34 cit., Worcester 1240 c. 27, M. 23, 536 und Gerona 1257 c. 10, p. 930. 931, Bestimmungen über den wucherischen Charakter einzelner Rechtsgeschäfte treffen, also den Thatbestand des Verbrechens näher feststellen.

[5] Das 4. Lateran-Konzil v. 1215, c. 67, in c. 18 X h. t. V. 19, beschäftigt sich nur mit dem Wucher der Juden gegen Christen und mildert die weitergehenden Vorschriften einzelner Partikularsyno-

Lyon 1274[1] und das von Vienne v. 1311[2], ist davon nicht abgegangen[3], dagegen hat sie in anderer Weise, nämlich durch die Bekämpfung der Unterstützung des Wuchers und der Wucherer, insbesondere durch die strafrechtliche Bedrohung bestimmter Arten der Vorschubleistung[4], und vor Allem durch Bestrafung der Nichtbeachtung der kirchlichen Rechtsnormen seitens der weltlichen Gewalten das Wuchergebot zur praktischen Durchführung zu bringen gesucht[5].

Von den Fälschungsverbrechen wird der Urkundenfälschung in karolingischer Zeit nur einmal, nämlich des Gebrauches falscher päpstlicher Briefe (vor Allem durch Priester und Diakone) zur Verursachung von Unordnungen und zur Schmälerung des bischöflichen Ansehens erwähnt[6], und dann bedroht erst wieder das Provinzialkonzil von Rouen (1098) die Fälscher schlechthin, also alle, welche Urkunden jeder Art, nicht blos päpstliche fälschen, mit der Exkommunikation[7]. Auch das Dekret Gratians weist nur die ersterwähnte Vorschrift[8] und einen älteren Konzilsbeschluss betreffend die Urkundenfälschung durch Kleriker auf[9]. Dagegen hat Innocenz III. mit Rücksicht auf die zahlreich vorkommenden Fälschungen päpstlicher Briefe und Urkunden schon 1198 durch einen Cirkular-Erlass an alle Bischöfe die Strafe der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation für diejenigen, welche falsche päpstliche Urkunden nach Wahrnehmung ihrer Fälschung nicht zerstören, sondern länger als 20 Tage aufbewahren, festgesetzt[10], und ferner durch ein allgemeines Dekret von 1201 die Fälscher päpstlicher Briefe sammt ihren Begünstigern und Vertheidigern mit der

den, s. Avignon 1209 c. 4, S. 197 n. 16, dahin dass die Christen sich nur bei unmässigen Wucherzinsen des Verkehrs mit den Juden enthalten und mit der Exk. belegt werden sollen, bedroht aber die Juden mit der Strafe der Entziehung des Verkehrs blos für den Fall, dass sie solche hohe Wucherzinsen nicht zurückerstatten, vgl. auch Funk S. 25. 26.

[1] c. 26. 27, M. 24. 99 in c. 1. 2 in VI de usur. V. 5.

[2] Vielleicht allerdings auch Clemens V. allein, Clem. un. eod. tit. V. 5.

[3] c. 2 in VI cit. verordnet freilich, dass manifesti usurarii nicht Testamentszeugen sein dürfen, und dass die Testamente derselben, wenn den Bewucherten in denselben nicht Ersatz geboten wird, der Rechtsgültigkeit entbehren sollen. Etwas wesentlich Neues ist dies nicht, da schon Lateran. II. 1139, S. 197 n. 11, die Strafe der Infamie für den Wucher festgesetzt hat. Wenn im Übrigen nähere Bestimmungen über die Sicherung der in Testamenten von Wucherern angeordneten Ersatzleistung getroffen werden, so handelt es sich hierbei gleichfalls um eine Deklaration und Ergänzung des III. Lateran-Konzils, dessen Vorschriften in c. 1 in VI cit. ausdrücklich erneuert werden.

[4] c. 1 in VI cit. verbietet allen Kollegien, Gemeinschaften und einzelnen Personen, fremde Wucherer auf ihren Territorien als Miether von Häusern zu dulden, ihnen sonst den Aufenthalt in den ersteren zu gestatten oder ihnen Häuser zu vermiethen, und verlangt ihre Austreibung bei Strafe der censura ecclesiastica für Laien, dagegen der ipso iure eintretenden Suspension für Prälaten, des Interdikts für kirchliche Kollegien und Korporationen, der Exk. für einzelne kirchliche Personen, eventuell auch bei Verstocktheit des Lokalinterdikts über die Gebiete. Ähnlich schon früher Sens 1269 c. 2, M. 24, 41, welches freilich nur censura ecclesiastica androht; vgl. ferner Benevent 1378 c. 9, M. 26, 623.

Von partikularrechtlichen Vorschriften gehören hierher noch Ravenna 1286 c. 6, M. 24, 621 (Notare, welche ohne Gegenwart des Pfarrers Testamente von Wucherern aufnehmen, Exk.); Benevent 1378 c. 10, M. 26, 623 (ebenso); Bergamo 1311 c. 24, M. 25, 498 (für wissentliche Aufnehmung wucherischer Verträge durch Notare dieselben Strafen wie für die Wucherer selbst, wiederholt Ravenna 1317 c. 15, p. 613).

[5] Clem. un. cit., bedroht alle städtischen Podesta andere Obrigkeiten und Beamten, welche etwaige, die Rechtsgültigkeit wucherischer Geschäfte anerkennende Statuten erlassen, aufstellen oder aufrechthalten oder diesen entsprechende Urtheile fällen, mit der exc. l. s. Ferner sollen nach ihr diejenigen, welche die Sündhaftigkeit des Wuchers hartnäckig leugnen, als Ketzer behandelt werden. Vgl. auch Tarragona 1331 c. 3, M. 25, 900 (Verkündung der Exk. der Richter und weltlichen Beamten, welche auf Zahlung von Zinsen erkennen und Klagen auf Rückforderung von Zinsen abweisen).

[6] Tribur 895 c. 30, M. 18, 147 in c. 3 Dist. XIX.

[7] c. 4, M. 20, 924.

[8] S. Anm. 6.

[9] c. 7 Dist. L, s. Bd. IV S. 806 n. 4.

[10] c. 4 (Potth. reg. n. 202) X de crim. falsi V. 20 und zugleich die öffentliche wiederholte generelle Verkündung der Exk. angeordnet.

Exkommunikation, die Geistlichen ausserdem mit der Degradation behufs Auslieferung zur Bestrafung an den weltlichen Richter, sowie den Gebrauch derartiger Schreiben für Geistliche mit Absetzung, für Laien aber mit der Exkommunikation bedroht[1], endlich auch auf dem IV. Lateran-Konzil 1215 die Erschleichung päpstlicher Briefe ohne Spezialvollmacht unter Strafe gestellt[2]. Alle diese Anordnungen, sowie ausserdem eine ältere Spezialentscheidung Urbans III. betreffend die Bestrafung der Fälschung von Königsurkunden[3] haben Aufnahme in die Dekretalensammlung Gregors IX. gefunden[4]. Während somit das gemeine Recht die Fälschung anderer Urkunden nicht getroffen hat, ist eine solche dagegen von den Partikularkonzilien[5] seit dem Ende des 12. Jahrhunderts und im Laufe der beiden folgenden, und unter diesen auch von einzelnen Legatensynoden[6] mit Strafe bedroht worden.

Der Münzfälschung wird in den kirchlichen Rechtsquellen erst seit dem 12. Jahrhundert gedacht. Zuerst hat sie das I. Lateran-Konzil 1123, ebenso wie die wissentliche Ausgabe falscher Münzen mit der Exkommunikation belegt[7], und ihm sind dann einzelne Partikularsynoden seit dem 12. und 13. Jahrhundert[8] zum Theil

[1] c. 7 (Potth. reg. n. 1276) X eod., s. auch S. 59 n. 3. Schon c. 4 cit., vgl. noch c. 5 (Innoc. III. 1198 Potth. n. 365) X eod. (über die verschiedenen Arten der vorkommenden Fälschungen), stellt der Fälschung den Fall gleich, dass die päpstlichen Schreiben nicht aus der Hand des Papstes, bez. der von ihm dazu bestellten Beamten, sondern aus anderen Händen in Empfang genommen werden, ferner c. 5 cit. das Untermischen unechter Schreiben unter die echten, damit die ersteren zugleich mit den letzteren bullirt werden.

[2] Dies richtet sich gegen die Fingirung von Prozessen und die Bedrückung der für diese angegebenen Prozessparteien seitens der Extrahenten dadurch, dass letztere die ersteren durch Bedrohung mit dem bevorstehenden Prozess zum Ankauf solcher Reskripte zu bewegen und auf diese Weise Geld von ihnen zu erpressen suchten, s. c. 37, M. 22, 1022 in c. 28 X de rescr. I. 3.

[3] c. 3 X de crim. falsi V. 20, S. 43 n. 4 und S. 60 n. 3.

[4] Vgl. die vorhergehenden Anmerkungen; die Fälschung päpstlicher Briefe auch seit Gregor XI. const. Excommunicamus v. 1373 §. 5, bull. Taur. 4, 450 in die Bulle: In coena domini.

[5] Rouen 1190 c. 28, M. 22, 586 (Exk. für Fälscher von Siegeln und für diejenigen, welche wissentlich solche Urkunden gebrauchen); schott. Konz. 1225 c. 20 (öffentliche generelle Exk. der falsarii, wiederholt Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896); Cognac 1238, M. 22, 486 (Exk. aller qui scientes falsis litteris utuntur); Grado 1296 c. 33, M. 24, 1169 (generelle Exk. der falsa instrumenta publica componentes et consulentes seu fieri facientes vel ipsis falsis instrumentis scienter utuntes aut aliena instrumenta in fraudem vendentes et ementes aut penes se dolose retinentes); Benevent 1378 c. 7. 8, M. 26, 622 (Gebrauch falscher Urkunden Exk.); Saintes 1280 c. 10, M. 24, 379 (falsche Besiegelung der Exkommunikationsmandate durch die Exekutoren, als ob dieselben ausgeführt worden wären); Salzburg 1281 c. 17, p. 402 (Fälschung von Siegeln und Briefen der Fürsten und Prälaten oder wissentlicher Gebrauch derselben exc. ipso iure, Kleriker ausserdem Gefängnisstrafe, Laien Bestrafung durch den weltlichen Richter); Saintes 1282 c. 5, p. 468 (Fälschung und Besiegelung von Testamenten für Todtkranke und Wahnsinnige exc. ipso facto). Dagegen erwähnt Lemans 1247 P. 3, 23, 760 nur der päpstlichen Briefe und geht noch über das gemeine Recht hinaus (s. c. 4 X cit.), wenn es alle qui litteras d. papae falsant vel ad hoc adminiculum praestant vel falsas scientes penes se ultra XV dies reservant vel qui falsis utuntur, etiam ignorantes, si crassa sit eorum ignorantia vel supina" mit der dem Papste vorbehaltenen Exk. bedroht. Anse 1299, M. 24, 1225 bestraft diejenigen, welche unter dem Vorgeben, Kreuzfahrer zu sein, sich päpstliche Schreiben erschwindeln und sie zu Bedrückungen anderer missbrauchen, mit exc. l. s.

[6] Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5 (Degradation der Kleriker wegen crimen falsi); London 1227 c. 27, M. 23, 461 (Strafe der Fälscher und derjenigen, welche wissentlich jene Urkunden gebrauchen, für Kleriker, insbesondere Prälaten, welche Urkunden über weltliche bestimmte Personen betreffende Vorgänge und über deren Betheiligung an den letzteren anfertigen und signiren, obwohl dieselben gar nicht mitgewirkt haben und nicht gegenwärtig gewesen sind); Padua 1350, M. 26, 232 (Gebrauch falscher Urkunden exc. l. s.); Mailand 1287 c. 19, p. 878 (nur Fälschung von Briefen und Testamenten der Bischöfe, exc. ipso iure), s. aber Würzburg 1287 c. 37, M. 24, 804 (und Fälschung päpstlicher Bullen, Briefe und Siegel exc. l. s.).

[7] c. 15, M. 21, 285: „Quicumque monetam falsam scienter fecerit aut studiose expenderit, tamquam maledictus et pauperum virorum oppressor et civitatis turbator, a fidelium consortio separetur".

[8] Reichssynode Palencia 1129 c. 17, M. 21, 387 (Exk., als weltliche Strafe daneben Augenausstechung).

unter Verschärfung der Strafe gefolgt[1]. Weder das Dekretum Gratians noch die offiziellen Dekretalensammlungen erwähnen des Delikts anders als beiläufig[2]. Was die Päpste betrifft, so hat Clemens V. 1308 eine die Fälschung von französischen Königsmünzen betreffende Konstitution[3] und ferner Johann XXII. eine allgemeine Verordnung erlassen[4], dass diejenigen, welche durch Alchemie angebliches Gold und Silber herstellen oder dazu anstiften oder bei der Anfertigung helfen, sowie diejenigen, welche von diesen Metallen zu Käufen und Zahlungen Gebrauch machen, zur Strafe soviel Quantität ächtes Gold oder Silber, als das fälschlich hergestellte, zu Gunsten der Armen entrichten[5] und mit ewiger Infamie belegt, diejenigen aber, welche aus solchen falschen Metallen Geldstücke anfertigen oder anfertigen lassen, abgesehen von der Infamie, mit Vermögenskonfiskation, Kleriker ausserdem noch mit der privatio beneficii und mit dauernder Unfähigkeit zu Kirchenämtern bestraft werden sollen.

Der Fälschung von Maassen und Gewichten wird in den kirchlichen Rechtsquellen äusserst selten gedacht[6], indessen ist dieselbe in Folge der Aufnahme einer darauf bezüglichen Stelle in die Dekretalen Gregors IX.[7] als gemeinrechtliches Strafvergehen charakterisirt[8]. Dasselbe gilt auch von der nur vereinzelt erwähnten Kindesunterschiebung durch die unfruchtbare Ehefrau[9].

Die wissentliche falsche Anschuldigung durch Erhebung einer Anklage wird im Anfange der hier fraglichen Periode nicht besonders erwähnt, offenbar weil man noch an dem älteren Recht[10], welches den falschen Ankläger mit der Talion oder auch der Exkommunikation bedrohte, und welches auch in den Fälschungen Benedikts Levitas[11] und Pseudo-Isidors[12] reproduzirt worden ist, festgehalten hat. Gratian giebt neben einzelnen älteren ächten Stücken[13] im wesentlichen die eben ge-

[1] Leg. Konz. Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5 (Kleriker, Degradation); Trier 1238 c. 43. 44, M. 23, 484 (Einstellung des Gottesdienstes an allen Orten, wo Münzfälschung begangen wird, so auch Trier 1310, c. 29, M. 25, 257, und öffentliche wiederholte Verkündung der Münzfälscher und derjenigen, welche sich wissentlich solcher Münzen bedienen); Salzburg 1281 c. 17 (dieselben Strafen, wie für Fälschung von Siegeln, s. S. 200 n. 5); Leg. K. Würzburg 1287 c. 37, p. 864 (nur für die päpstlichen Münzen exc. ipso facto).

[2] S. c. 97 §. 4 (August) C. I qu. 1 und c. 18 (Innoc. III.) X de iureiur. II. 24.

[3] Bullar. Taurin. 4, 195; wörtlich 1322 wiederholt v. Johann XXII. in c. un. in Extrav. Joann. XXII. de crimine falsi (X). Darin werden die Fälscher solcher Münzen und ihre wissentlichen Vertreiber mit der dem Papste vorbehaltenen Exk. bedroht.

[4] c. un. in Extrav. comm. de crim. falsi V. 6.

[5] Falls der Schuldige zu arm ist, soll sie in eine andere angemessene Strafe, z. B. carcer, umgewandelt werden.

[6] Paris 829 lib. I c. 51, M. 14, 569 richtet sich nur gegen den Gebrauch falscher Maasse, und droht keine Strafe an, dagegen sollen nach ed. Pist. 864 c. 20, LL. 1, 492 diejenigen, welche Maasse fälschen und sich falscher Maasse bedienen, abgesehen von der weltlichen Strafe mit Exk., Kleriker mit der Absetzung belegt werden. Compostella 1114 c. 25, M. 21, 122 bedroht den Kauf und Verkauf nach anderem als dem Normalmaass ebenfalls mit der Exk. und ausserdem mit Geldstrafe von 60 solidi, und Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 Kleriker, welche falsche Gewichte und Maasse halten, mit Exkommunikation.

[7] c. 2 X de emptione III 17 mit der falschen Inskription: Ex concilio Moguntino, dessen Herkunft bisher nicht ermittelt ist, aber wahrscheinlich einem karolingischen Konzil der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts angehört.

[8] Die Veränderung richtiger Maasse und Gewichte wird c. 2 X cit. mit Fastenbusse von 30 Tagen bedroht.

[9] c. 9 (Innoc. III. (Potth. n. 3660) X de poenit. V. 38, welches der Busse für dieses Vergehen erwähnt.

[10] Bd. IV. S. 699 n. 1 u. 758 n. 6; S. 770 n. 3; 840 n. 6 nr. 1.

[11] III. 348. 360. 365. 436. 438.

[12] Fabian. c. 28, ed. Hinschius p. 168 (c. 3. C. II. qu. 3), Eutic. c. 7 p. 211 (c. 3 C. II. qu. 8); Gai. c. 4 p. 214 (c. 1 C. II. qu. 3) Damas. c. 15 p. 504 (c. 2 ibid.); Sixt. III. p. 562 (c. 4 C. II. qu. 8); vgl. ferner cap. Angilram. c. 6. 21. 38 (c. 2 C. V. qu. 6) 47 (c. 5 ibid.) u. 48 (c. 3. C. II. qu. 3), welche zum Theil auch die Strafe der Infamie aussprechen.

[13] c. 6 (Elvira 306) C. V. qu. 6; c. 4 (dasselbe) C. II. qu. 3; c. 8 (Agde 506) C. V. qu. 6; c. 4 (Gregor I.) C. V. qu. 6, c. 3 (Joann. diac. vita Gregor.) ibid., worin für Geistliche auch die Deposition angedroht wird.

dachten falschen Stellen wieder[1]. Weder die spätere allgemeine noch partikulare Kirchengesetzgebung hat sich mit dem Vergehen befasst, dagegen bietet die Sammlung Gregors IX., wenn auch nur wenige Dekretalen, welche dasselbe behandeln[2].

Das letztere gilt auch von dem noch viel seltener erwähnten Vergehen der Kollusion oder Prävarikation, d. h. des Abstehens des Anklägers oder Klägers wider besseres Wissen vom Prozess nach vorgängiger Vereinbarung mit dem Angeschuldigten oder Beklagten, um die Verwirklichung des Rechtes gegen denselben zu dessen Gunsten zu verhindern[3].

Der Bestechung, und zwar der Bestechung der Richter, wird nur vereinzelt in karolingischer Zeit gedacht[4], und später in Bezug auf andere Amtshandlungen ebenfalls selten erwähnt[5]. Auch Gratian bietet nur Weniges[6], und erst im Verlauf des 13. Jahrhunderts[7] haben einzelne Päpste Innocenz IV.[8] und Bonifaz VIII.[9] allgemeine Strafverordnungen über die Bestechung der geistlichen Richter und die Bestechung behufs Erlangung von päpstlichen Gnaden und Berechtigungen erlassen.

Ferner verbietet das gemeine Recht den Advokaten und Prokuratoren bei

[1] S. 201 n. 12.

[2] Im Titel de calumniatoribus V. 3 rührt c. 1, wo für einen Subdiakon wegen falscher Anklage Absetzung, Prügelstrafe und Exil angeordnet wird, von Gregor I., und c. 2 (das letzte), welches wegen wissentlich falscher Denunziation susp. ab o. et b. ausspricht, von Innocenz III. her. Wenn Katz, kanon. Strafrecht S. 146 n. 3 noch c. 8 (Burch. Wormac. XIX c. 27) X de accus. V. 1: „accusasti aliquem et per tuam accusationem occisus est, nisi pro pace hoc feceris, XL dies in pane et aqua .. cum VII sequentibus annis poeniteas. Si autem per tuam delaturam debilitatus est, per III debes quadragesimas poenitere“, hierher zieht, weil das Summarium (übrigens auch die Glosse) die Stelle von der wissentlich falschen Anklage versteht, so erscheint dies nicht gerechtfertigt, denn das Kapitel spricht davon nicht, und lässt sich sehr wohl darauf beziehen, dass in Folge des durch die Anklage nöthig gewordenen Zweikampfes die Tödtung oder Verstümmelung des Gegners erfolgt, nicht dass der letztere zu diesen Strafen vom Gericht verurtheilt worden ist.

[3] Gratian erwähnt desselben in c. 8 (lex Rom. Visigoth. cod. Theod. IX. 27 interp. c. 1) C. II. qu. 3, welcher auf das römische Recht verweist, indem er im dictum dazu noch Erörterungen folgen lässt. Die Sammlung Gregors IX. enthält einen eigenen kurzen Titel de collusione detegenda V. 22, in welchem c. 1. 2 (Gregor I.) die Fortsetzung des Verfahrens trotz der Kollusion anordnen, c. 3 (Alex. III.) die Kollusion in einem Benefizialstreit allerdings unter konkurrirender Simonie mit Entziehung der betreffenden Benefizien bedroht und das letzte c. 4 (Gregor IX.) eine durch Kollusion vereitelte Inquisition von Neuem aufgenommen wissen will.

[4] Mainz 847 c. 19, Bor. Kr. 2, 180. 181 (Annahme von Geschenken durch beide Parteien, als Strafe aber blos: „fortiter increpandi“).

[5] Römische Synode 1078 c. 11, M. 20, 520 (Duldung der Fornikation der Geistlichen der höheren Weihen oder der Blutschande durch den Bischof in Folge von Bitten oder Geld, Suspension ab officio, auch in c. 1 Dist. LXXXIII).

[6] Ausser der in der vor. Anmerkung citirten Stelle blos solche von Kirchenvätern mit allgemeiner Erwähnung des Verkaufens des Urtheils, s. c. 66 (Gregor I.) c. 71 (August.) c. 78 (Isid.) C. XI. qu. 3 u. c. 15 (Aug.) §. 1 C. XIV. qu. 5.

[7] Die Dekretalen Gregors IX. ergeben nichts.

[8] Auf dem Konzil v. Lyon 1245 in c. 1 in VI de sent. et 12 jud. II. 14, auch M. 23, 658. Danach soll jeder geistliche Richter, ordentliche und delegirte, wenn er bei einem Process aus Gunst oder aus Habsucht gegen die Gerechtigkeit handelt, ipso iure auf ein Jahr ab officio (abgesehen von seiner Pflicht, dem Geschädigten Ersatz zu leisten) suspendirt sein, und wenn er trotz der Suspension celebrirt, der nur vom Papst zu behebenden Irregularität und den anderen durch die Gesetze, d. h. das römische Recht, angedrohten Strafen verfallen).

[9] Abgesehen von c. 11 §. 2 in VI de rescr. I. 3, welches dem delegirten Richter allein die Annahme eines geringen Quantums von Speisen und Getränken oder mässigen Ersatzes für nothwendige Reisekosten seitens der Parteien erlaubt, s. vor Allem c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10 (1295). Letzteres exkommunicirt unter Vorbehalt der Absolution für den Papst alle Kleriker und Laien, welche um eine Gnade oder eine Berechtigung vom apostolischen Stuhl zu erlangen, Versprechungen oder Geschenke machen oder annehmen, ebenso diejenigen, welche die Schuldigen nicht innerhalb 3 Tagen anzeigen (wiederholt durch const. Joann. XXIII. v. 1411: Cum ex debito, bull. Taur. 4, 657 unter Festsetzung der Verluste aller Lehne und Gnaden für Laien neben der vorbehaltenen Exkommunikation); ferner const. Gregors XI. 1375: Solicite vitari, bull. Taur. 4, 577, die dieselbe Strafe gegen Prälaten verhängt, welche sich durch Bestechung Auskunft über die vom römischen Stuhl vorgenommenen Besetzungen, Versetzungen und Kommendirungen von Bisthümern und Klöstern verschaffen.

den geistlichen Gerichten ungerechte Sachen zu übernehmen und fortzuführen [1] und ihren Klienten mehr als die vorgeschriebenen Gebühren abzunehmen [2].

Weiter sind partikularrechtlich eine Reihe von Fällen der Chikane bei der Verwaltung der Rechtspflege und bei der Rechtsverfolgung unter Strafe gestellt worden, so die Erlassung von Vorladungen durch angeblich delegirte oder subdelegirte Richter, ehe dieselben das authentische Delegationsreskript eingesehen haben [3], das Chikaniren anderer durch ungerechte Prozesse, sowie die Anstiftung dazu [4], das Chikaniren durch Missbrauch päpstlicher Briefe und der Briefe von päpstlichen Legaten [5], namentlich durch Gebrauch von etwa früher erlangten Delegationsreskripten für erst später entstandene Ansprüche [6] oder durch Aushändigung solcher an andere gleichen Namens [7], die gleichzeitige Belangung des Beklagten wegen desselben Anspruches bei mehreren Gerichten [8] oder wegen mehrerer gleichzeitig bei verschiedenen Richtern [9], die Ladung der Parteien zur Verhandlung der Sache durch delegirte Richter an entfernte Orte [10], die Cession von Klagen an Kleriker und an andere, sowie die Annahme von solchen Cessionen und die Verfolgung derartiger Klagen als Advokat oder Prokurator in Fällen, in denen die Cession verboten ist [11], die Verfolgung von Ansprüchen vor ausserordentlichen Gerichten auf Grund von fraudulösen Cessionen, Kauf- und anderen Verträgen [12], die Erwirkung königlicher Briefe, um andere ungerechter Weise vor auswärtigen Gerichten zu verfolgen [13], die böswillige Vorschützung von unwahren Einreden in Ehesachen [14] oder auch in anderen Prozessen zur Verschleppung der Sache [15], die chikanöse Erhebung von Prozessen über das Patronatrecht während der Erledigung der Kirche, um den Patron für den betreffenden Vakanzfall um die Ausübung seines Präsentationsrechtes zu bringen [16], die Ver-

[1] Unter Verletzung des von ihnen erforderten Advokaten- oder Prokuratoren-Eides, Lyon II. 1274 c. 19, M. 24, 93 (Strafe des Meineides und doppelter Ersatz des empfangenen Honorars). Ähnlich S. Quentin 1231 c. 3, Hefele, Conc.-Gesch. 5, 1010 und das vielleicht damit identische Noyon u. 1280? c. 4, M. 24, 375 (Advokaten und Prokuratoren, welche bei der Vertheidigung von Wucherern ihren Eid, nur gerechte Sachen zu verhandeln, verletzen, als Meineidige mit Infamie und Ausschluss vom Gericht bedroht). Schon vorher Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I. c. 6, M. 22, 820 (Geistliche, welche wissentlich ungerechte Prozesse übernehmen oder chikanös hinziehen, privatio benef., Nichtbenefiziaten exc.).

[2] Lyon 1274 cit. (ausser Ersatz des zu viel Erhobenen Advokaten Suspension von der Advokatur auf 3 Jahre, Prokuratoren Zurückweisung von der Prokuratur für immer); schon vorher Leg. K. Paris 1212 o. 1213 c. 6 cit., s. vor. Anm.

[3] Bordeaux 1238 c. 2, M. 23, 487 (Exk.); Angers 1365 c. 4, M. 26, 428 (Geldstrafe von 10 librae ipso facto).

[4] Tours 1282 c. 1. 2, M. 24, 469 (Exk.).

[5] Nogaret 1290 c. 3, M. 24, 1067 (durch Geistliche exc. ipso facto, dieselbe Strafe auch für Richter, welche derartige Chikanen dulden); Rouen 1299, p. 1245 (sehr ausführlich), exc. ipso facto); vgl. weiter Macon 1286 c. 3, p. 614; Anse 1299, p. 1225; Avignon 1326 c. 49, M. 25 770).

[6] Bordeaux 1238 c. 2, M. 23, 487 (Exk.); Langeais 1278 c. 7; M. 24, 214 (Kleriker der höheren Weihen Suspension, andere und Laien Exk.); Macon 1286 c. 3, p. 614 (Exk.).

[7] Langeais 1278 c. 7 cit. (unter Bezugnahme auf Gregor IX., s. c. 43 X de rescr. I. 3, die vorhin gedachten Strafen); Macon 1286 c. 3 cit.

[8] Bordeaux 1238 c. 1, M. 23, 487 (Exk.).

[9] Noyon u. 1280? c. 2, M. 24, 378 (exc. ipso facto).

[10] Bourges 1336 c. 5, M. 25, 1060 (für Verletzung der Vorschriften des c. 11 in VI de rescr. I. 3, vgl. §. 283, exc. l. s.); Chateau Gontier 1336 c. 4, p. 1072 (ähnlich); Angers 1365 c. 1—3, M. 25, 1182 (im Wesentlichen dasselbe).

[11] Bordeaux 1238 c. 1, M. 23, 487 (Exk.); Noyon u. 1280? c. 1, M. 24, 373 (Klagen aus einer von einem Privaten nicht vor dem Ordinarius ausgestellten Cession, exc. ipso facto).

[12] Durch Kleriker, Avignon 1326 c. 23, M. 25, 759 (exc. l. s.).

[13] London 1343 c. 16, M. 25, 1182 (exc. l. s.).

[14] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1132 (für Advokaten Exk.); Oxford 1222 c. 1, p. 1150 (ebenso, s. auch c. 42, S. 72 n. 12); schott. Konz, 1225 c. 50, p. 1234. 1235; Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 und Durham 1255, p. 902 (sämmtlich wie Richard v. Salisbury).

[15] Richard v. Salisbury u. Oxford cit. c. 1 (Exk.), s. vor. Anm.

[16] Richard v. Salisbury u. Oxford cit. (Exk.); Cicester 1246, M. 23, 714 (ebenso); Lambeth 1281 c. 10, M. 24, 412 (ebenso).

anlassung der kirchlichen Besiegelung von Vollmachten, welche in fingirten Prozessen für fingirte Prokuratoren ausgestellt sind [1], seitens der Advokaten [2], sowie das Auftreten als fingirter Prokurator und die Herbeiführung der kirchlichen Besiegelung der gedachten Vollmachten [3], endlich die Veranlassung und Einlegung heimlicher Appellationen [4].

Von weiteren Vergehen wird der Beleidigung und zwar der Beleidigung von Klerikern, mehrfach in der hier fraglichen Periode gedacht [5]. Gratian bietet ausser einer diese letzteren betreffenden Vorschrift [6] wenige ältere Kanonen, welche die Verübung von Injurien seitens der Kleriker [7], ferner auch einzelne, welche die verläumderische Behauptung von Verbrechen und die Anfertigung und Veröffentlichung von Schmähschriften [8] betreffen. Die Dekretalensammlung Gregors IX. weist allein eine die Beleidigung des Papstes unter Strafe stellende päpstliche Dekretale auf [9], während gerade die grossbritannischen Partikularkonzilien des 13. Jahrhunderts mehrfach die verläumderische Nachrede von Verbrechen [10], und andere Partikularkonzilien einzelne besonders qualifizirte, aber verschiedenartige Injurien [11] mit Strafe bedrohen.

Unter den, auch vom weltlichen Rechte als strafbar behandelten Verbrechen hat die kirchliche Gesetzgebung die Begehung hochverrätherischer Handlungen, offenbar zum Theil wegen des in denselben liegenden Bruches des Treueides gegen den König [12], sowohl in karolingischer [13], wie auch noch in

[1] Um den abwesenden wahren Berechtigten um sein Recht zu bringen.

[2] Lambeth 1281 c. 13, M. 24, 414 (susp. ab off. advocationis ipso iure und Unfähigkeit für kirchliche Benefizien, verheirathete exc. ipso facto).

[3] Lambeth cit. (als falsarius von jedem actus legitimus ausgeschlossen).

[4] Um zu verhindern, dass sie zur Kenntniss des Gegners kommen, Bergamo 1311 c. 25, M. 25, 496 (exc. l. s., auch für den mitwirkenden Notar).

[5] S. 180 n. 9; Compostella 1114 c. 9, M. 21, 132 (clericos dehonestare, Exk.).

[6] c. 1 C. XXI qu. 1, s. a. a. O.

[7] c. 5 (Stat. eccl. ant. c. 57) Dist. XLVI.

[8] c. 7 (Isid.) C. V qu. 6; c. 2 (Gregor I., Bd. IV S. 714 n. 7) u. c. 3 (Elvira, s. Bd. IV. S. 702 n. 9) C. V qu. 1, ausserdem in c. 1 ibid. cap. Angilr. c. 45, ed. Hinschius p. 765.

[9] c. 1 (Clem. III. 1187—91) X de maledicis V. 26. Ausserdem erklärt c. 23 (Innoc. III.) X de sent. et re jud. II. 27 einen auf die actio iniuriarum wegen einer nicht schweren Beleidigung zu Geldstrafe Verurtheilten (trotzdem, dass die Klage eine actio famosa ist) für frei von der Infamie.

[10] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1132 (Exk. derjenigen „qui gratia lucri vel odii vel favoris malitiose crimen imponunt alicui, cum apud bonas et graves personas non fuerit prius infamatus nec sit ei purgatio indicta"); Oxford 1222 c. 1, p. 1150 (dasselbe); schottisches Konzil 1225 c. 51 (ebenso, aber mit der Beschränkung auf die Nachsage solcher Verbrechen „pro quibus mors, exilium, membrorum mutilatio, exhaeredatio, bonorum spoliatio sequi debet, si iudicialiter convincuntur"); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (wie das zuletzt gedachte Konzil, ferner auch arbiträre Strafe für denjenigen „qui ad defamationem aliquid proponit et probare non potest"); Cicester 1246, p. 714 (im wesentlichen wie Richard v. Salisbury); Durham 1255, p. 902. 903 (desgleichen aber mit der Veränderung „ut infamato apud bonos et graves purgatio indicetur vel alio modo gravetur"; ebenso Lambeth 1281 c. 10, M. 24, 402); Lambeth 1261, M. 23, 1065. 1066 (Nachsage von Verbrechen gegen Geistliche, in Folge deren dieselben verhaftet werden, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben).

[11] S. einerseits Gran 1114 c. 53, M. 21, 109: „si quis ultro uxorem suam adulteram proclamavit, si nobilis est, canonicae poenitentiae compositioni subiaceat, qui vero hoc persolvere voluerit vel non potuerit, tonso capite venundetur in mancipium"; andererseits Leg. K. Tarragona 1239 c. 11, M. 23, 515 (Abfassen von Schmähschriften gegen Kleriker, Beihülfe dabei und Nichtvernichten gefundener Schmähschriften, Exk.); Avignon 1270 c. 8, M. 24, 18 (für das dehonestare des Bischofs, der Priester oder Kleriker factis vel verbis durch einen anderen Geistlichen bis zur Satisfaktion Unfähigkeit zu Benefizien an der betreffenden Kirche); Avignon 1326 c. 44, M. 25, 768 (Schmähungen oder schwere Beleidigungen in bischöflichen Palästen oder in Gegenwart des Bischofs oder des Offizials, exc. l. s. und arbiträre Strafe); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 6, M. 22, 820 (Geistliche, welche als Advokaten sich Schmähungen gegen die andere Partei erlauben, privatio benef., Nichtbenefiziaten Exk.).

[12] Aachen 836 lib. II. c. 12 M. 14, 679, s. die folg. Anm.

[13] Calchut 787 o. 788 c. 12, M. 12, 944 (Lebensnachstellungen gegen den König, ewiges Anathem, Geistliche auch Absetzung); Aachen cit. (für Abfall von Ludwig d. Fr. timore, cupiditate aut qualibet suasione, Bruch des Treueides oder Verbindung mit den Gegnern des Königs für Bischöfe und Geistliche Absetzung, für Laien Anathem); Lauriac 843 c. 2 u. 3, p. 798 (contra regiam

späterer Zeit[1] freilich nicht häufig als kirchliches Vergehen qualifizirt. Gratian hat nur eine dieser Verordnungen in sein Dekret aufgenommen[2], und giebt im Übrigen noch zwei Stellen aus dem Justinianeischen Codex wieder[3]. Dagegen weist das Dekretalenrecht[4] keine darauf bezüglichen Strafbestimmungen auf[5].

Ausser der bisher besprochenen Thätigkeit hat die Kirche, wie sie schon in merovingischer Zeit im Interesse der Aufrechterhaltung eines äusseren christlichen und ehrbaren Verhaltens und zur Sicherung der hierarchischen Interessen der Kirche und des Klerus eingeschritten ist[6], während dieser Periode gerade in den erwähnten Richtungen von ihrer gesetzgebenden Gewalt bei der reicheren Ausgestaltung ihrer Einrichtungen, bei ihrer in der mittelalterlichen Welt immer einflussreicher werdenden Stellung und bei den durch ihren wachsenden Reichthum bedingten, engen Beziehungen zu dem politischen Leben und der weltlichen Ordnung in noch viel umfassenderem Maasse als früher Gebrauch gemacht und in Folge dessen auch manche Handlungen neu als kirchliche Strafvergehen qualifizirt.

In ersterer Beziehung kommen diejenigen Vergehen, welche in der Verletzung kirchlicher und sittlicher Verpflichtungen der Gläubigen bestehen, in Frage. Zunächst gehört hierher die schon in früherer Zeit[7] mit Strafe bedrohte Verletzung der Sonntags- und Feiertagsruhe[8] und der Pflicht, an diesen Tagen dem Gottes-

dignitatem dolose ac callide ac perniciose satagere und hartnäckiger Widerspruch und Ungehorsam gegen die nach geistlichem und weltlichem Rechte zulässigen Befehle der königlichen Gewalt, Anathem); Mainz 847 c. 5, Bor. Kr. 2, 177 (Verschwörungen und Verabredungen von Rebellionen und Widerstand gegen den König, die geistlichen Würdenträger und weltlichen Gewalten, Busse, event Exk.); Worms 868 c. 43, M. 15, 877 (Laien, welche sich bei Bedrängnissen des eigenen Volks, Vaterlandes oder Königs in die Fremde begeben, abgesehen von der Konfiskation des Vermögens ewige Exk. bis zur Todesgefahr); Rom 871—78 c. 13, Maassen, römische Synode S. 17 (ebenso Ravenna 877 c. 11, M. 17, 399 für diejenigen, welche um von ihren Senioren nicht zur Verantwortung gezogen zu werden, in ein anderes Seniorat fliehen, sowie auch für diejenigen, welche sie aufnehmen).

1 Hohenaltheim 916 c. 20, LL. 2, 557 (Nachstellungen gegen das Leben des Königs, Entziehung der Herrschaft und Usurpation des Thrones, sowie Anschläge mit Verschworenen zum Nachtheil desselben, Anathem; c. 23, c. 19 C. XXII qu. 5, Nachstellungen unter Verletzung des Treueides gegen die Herrschaft und das Leben des Königs, ewige Busse im Kloster und Anathem, nur Zulassung zum Abendmahl in der Todesstunde, für Bischöfe, Priester und Diakonen Degradation); Coyaca 1050 c. 10, M. 19, 790 (Verletzung der Treue gegen den König, andererseits aber Bruch der Verpflichtungen des Königs gegen die Grossen abgesehen vom Verlust der weltlichen Würde auch ewige Exk.); Palencia 1129 c. 14, M. 21, 387 (Verletzung des Gehorsams gegen den König, Exk.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1131. 1132 (Exk. aller, welche den Frieden des Reiches und des Königs stören und die Rechte des letzteren beeinträchtigen); Oxford 1222 c. 1. p. 1150 (ebenso); schottisches Konzil 1225 c. 31, 51 p. 1231. 1235 (ebenso); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 519 (Exk. für Störung des Friedens des Reiches und des Königs); Durham 1255, p. 902 (Exk. für Störung des Friedens des Reiches); London 1343 c. 1, M. 25, 1169 (exc. l. s. und öffentliche generelle Exk. der Friedensstörer); ferner Upsala-Telge 1279 c. 13, Finke, Konzilienstudien z. Gesch. d. 15. Jahrh. Münster 1891 S. 100, welches die Vertreibung, Gefangennahme und Tödtung des von der Kirche gekrönten Königs mit Exk. und Unfähigkeit zur Königswürde bedroht.

2 Hohenaltheim 916 c. 23 in C. 19 C XXII qu. 5 (s. vor. Anm.), während Friedberg als Quelle dafür noch irrigerweise auf einige Konzilien von Toledo, s. auch Bd. IV S. 831 n. 1, hinweist.

3 c. 1. 8 C. IX. 8 in c. 23. 22 C. VI. qu. 1.

4 c. 1 (Clemens III.) X de confess. II. 18 erwähnt nur beiläufig, dass beim crimen laesae maiestatis das Geständniss gegen den Gestehenden wirksam ist, und Clem. 2 de sentent. jud. II. 11 (1313) kassirt die von Heinrich VII. wegen Majestätsvergehens ausgesprochene Absetzung König Roberts von Neapel.

5 Vereinzelt steht die Polizei-Strafvorschrift der Prov. S. Nogaret 1290 c. 5, M. 24, 1067 (nach welcher Leprosen, wenn sie nicht das vorgeschriebene Zeichen an ihren Kleidern tragen oder Märkte und Messen besuchen, mit 5 Solidi an den Ordinarius bestraft werden); ebenso die von Trier 1310 c. 112, M. 25, 218 (wonach das Ausüben und Lehren der Medizin ohne bischöfliche Erlaubniss mit exc. l. s. bedroht wird).

6 Bd. IV S. 831.

7 Bd. IV S. 289 ff.

8 Für die karolingische Zeit s. Bd. IV S. 291 n. 2 u. S. 292 n. 1, für die späteren Jahrhunderte a. a. O. S. 292 n. 6 und die Citate in den folgenden Anmerkungen, wozu noch treten Szaboles

dienst beizuwohnen[1]. Zu diesen Verboten, welche als gemeinrechtliche zu erachten sind[2], tritt ferner das Zuwiderhandeln gegen das durch das gemeine Recht unter Strafe gestellte Gebot der Erfüllung der österlichen Pflicht in Betreff der Beichte und des Abendmahls[3], weiter die im Zusammenhang mit der Beichtpflicht den Ärzten ebenfalls bei Strafe auferlegte Verbindlichkeit, Kranke zur Herbeiholung des Beichtvaters zu veranlassen[4], sowie das Verbot gegen weltliche Herren und Iustitiarien, zum Tode verurtheilten Verbrechern die Möglichkeit des Busssakraments zu verschliessen[5], sodann die Wahl des Begräbnisses ausserhalb der Parochie ohne Gewährung der portio canonica an die Pfarrkirche[6], das stückweise Begraben eines Leichnams in verschiedenen Kirchen[7], ferner die Schliessung von klandestinen Ehen[8], sowie von Ehen in verbotenen Gna-

1092 c. 16, M. 20, 769 (Markthalten an Festtagen, bei Nichtzerstörung des Verkaufsstandes durch den Schuldigen selbst, Geldstrafe von 55 pensae); const. eccles. Coloman. 1103 II. 7, p. 1170 (Verkauf von Waaren, 4facher Betrag des eingenommenen Kaufpreises und Busse); Cognac 1255 c. 26. 36, M. 21, 872 (Verkündung der ipso facto eintretenden Exk. derjenigen, welche Märkte besuchen und mit Rindern pflügen); Narbonne 1260 c. 4. 5, M. 23, 1031 (Vornahme von gemeinen Handarbeiten und von Transporten von Holz, Getreide, Waaren und Abhaltung von Märkten, Personalinterdikt, event. Exk.) Leg. K. Valladolid 1322 c. 2, M. 25, 698 (ähnlich, Exk.); Exeter 1287 c. 22, M. 24, 812 (Abhaltung von Märkten, Exk.); Rouen 1296 c. 2, p. 1204 (Abhaltung von Gerichtssitzungen durch weltliche Richter, exc. ipso facto); Beziers 1310 c. 15. 16, M. 25, 363 (Personalinterdikt ipso iure, in einzelnen Fällen exc. l. s.).

[1] Vgl. die S. 37 n. 4 citirten Konzilien für Spanien und Ungarn (vgl. dazu auch S. 43 n. 5); Gran 1114 c. 8, M. 21, 102 (Nichtbeobachten der Festtage 40 Tage strenge Busse, also Fasten, minores 7 Hiebe); const. Wilhelm. Paris. c. 11, S. 14 n. 5; Leg. Konzil Toulouse 1219 c. 2, S. 38 n. 4; s. ferner die Citate Bd. IV S. 289 n. 1 und Cognac 1255 c. 1 M. 23, 867 (Exk. für Geistliche, welche fremde Pfarrkinder zu ihrem Gottesdienst zulassen und für die letzteren, wenn sie demselben in fremden Kirchen beiwohnen, c. 26; Verkündung der ipso facto Exk. derjenigen, welche 3 Sonntage ihrer Pfarrkirche fernbleiben); Leg. K. Ofen 1279 c. 34, M. 24, 286 (Parochianen, welche in fremden Parochieen dem Gottesdienst beiwohnen, susp. ipso iure a perceptione sacramentorum, also kleiner Bann); Avignon 1282 c. 5, p. 442 (für dasselbe Vergehen arbiträre Strafe).

[2] Über die hierher gehörigen Stellen des Dekretum Gratians und der Dekretalensammlung Gregors s. Bd. IV S. 293, S. 217 n. 5. 11 u. S. 288 n. 9.

[3] Bd. IV S. 70 u. S. 117; Bezugnahme und Wiederholungen s. z. B. bei Richard v. Salisbury u. 1227 c. 25, M. 22, 1115; Rouen 1222 c. 9, p. 1199; Oxford 1222 c. 57, p. 1238; Narbonne 1227 c. 7, M. 23, 23; Canterbury 1246 c. 18, p. 421; Beziers 1246 c. 46, p. 704; während Toulouse 1229 c. 13, p. 197 im Zusammenhang mit den Maassnahmen gegen die Ketzerei der Albigenser dreimaliges Beichten und Kommuniziren im Jahr unter Androhung der Behandlung des Säumigen als suspectus de haeresi vorschreibt.

[4] c. 13 (Lateran. IV. c. 22, M. 22, 1010) X de poen. V. 38 (interdictio ingressus ecclesiae), vgl. Bd. IV S. 117 n. 4, wiederholt Richard v. Salisbury u. 1227 c. 62, M. 22, 1128; Canterbury 1236 c. 34, M. 23, 425; Ravenna 1311 c. 15, M. 25, 458); Trier 1310 c. 112, M. 25, 182 (aber als Strafe Exk.).

[5] Clem. 1 de poenit. V. 9 (censura ecclesiastica, wiederholt Nogaret 1315 c. 3, M. 25, 558), nur partikularrechtlich ist die Entziehung des christlichen Begräbnisses für Gefangenwärter angedroht, welche den Gefangenen die Gelegenheit dazu entziehen, London 1268 c. 2, M. 23, 1218; Exeter 1287 c. 5, M. 24, 792.

[6] c. 1 (Leo III. 816, J. L. n. 2536) X de sepult. III. 28 (Exk.); Bordeaux 1263 c. 3, M. 23, 1110 (Erben, welche den Verstorbenen ohne Erlaubniss des Kapellans der eigenen Parochie anderswo begraben lassen, Exk.); Marciac 1326 c. 24, M. 25, 785 (Personalinterdikt l. s.).

[7] c. 1 (Bonif. VIII.) in Extr. comm. de sepult. III. 6 (exc. ipso facto dem Papst vorbehalten); Marciac 1326 c. 25, M. 25, 785 (ebenso).

[8] c. 3 §. 2 (Lateran. IV. 1215 c. 51, M. 22, 1089) X de cland. despon. IV. 3 belegt diejenigen, welche eine klandestine Ehe, namentlich eine Ehe ohne Aufgebot schliessen, mit condigna poenitentia. Schon vorher hat London 1200 c. 11, M. 22, 719 eine derartige Eheschliessung und eine solche ausserhalb der Kirche mit Ausschluss von der Kirche bis zur Wiederzulassung durch den Bischof bedroht, und Clemens III. (1187—91) erwähnt c. un. comp. II. lib. IV. 10 genereller bischöflicher Exkommunikation derjenigen, welche matrimonia clandestina schliessen. Auch Alexander III. 1159—81, c. 4, Comp. I. lib. IV. 4 ordnet für eine Diöcese die generelle Exk. derjenigen, welche Ehen ohne Zeugen eingehen, an.

An partikularrechtlichen Anordnungen nach 1215 vgl. Richard v. Salisbury u. 1227 c. 57, M. 22, 1125 (Nichtschliessung der Ehe publice in facie ecclesiae, condigna poenitentia); const. Wilhelm. Paris. 1220—23 c. 13, M. 22, 768 (öffentliche Denunciation derjenigen, welche clandestina matrimonia schliessen und solchen anwohnen, als exkommunicirt); Leg. K. Lerida 1229 c. 4, p. 1091 (vgl. auch M. 23, 917, Exk.

den [1], die Verletzung des Kreuzfahrer-Gelübdes [2], endlich in späterer Zeit die Ausweidung, sowie die Zerstückelung von Leichen und Loslösung des Fleisches von den Knochen derselben [3], wogegen das allgemeine Verbot Gregors VIII. gegen das Anfertigen prächtiger, unpassender und unzüchtiger Kleider für Männer und Frauen [4] durch Nichtaufnahme in die Dekretalensammlung Gregors IX. seines gemeinrechtlichen Charakters entkleidet worden ist [5].

Im weiteren Sinne gehören hierher die Störung des Gottesdienstes [6], die Nichtbeachtung des Fastengebotes [7], und die wissentliche falsche Anzeige von Ehe-

für Schliessung klandestiner Ehen); Chateau Gontier 1231 c. 34 p. 240 (Exk. für die Eheschliessung ohne Aufgebot; arbiträre Busse für Erben und diejenigen, welche Rath gegeben haben, wenn die Ehe blos heimlich geschlossen ist); Seaumur 1253 c. 27, p. 816 (klandestine Ehen, Geldstafe nach Ermessen des Bischofs); Salisbury 1255, p. 911 (Exk. f r Ehen ohne Aufgebot und ohne Gegenwart des Priesters und von Zeugen für die Eheleute und diejenigen, welche der Schliessung anwohnen); Bordeaux 1263 c. 5, p. 1110 (ebenso, nur exc. ipso facto); Clermont 1268 c. 8, p. 1200 (wie Bordeaux); Trier 1227 c. 5, p. 19 (Schliessung der Ehe propria auctoritate sine sacerdote, Exk., auch arbiträre Strafe); Arles 1260 c. 4, p. 1005 (ebenso, öffentliche wiederholte Exk. bis zur Absolution); Worcester 1240 c. 18, p. 530 (Eheschliessung ohne Priester und Zeugen, arbiträre Strafe und nach einem Prozess über eine solche formlos geschlossene Ehe auch für den Sieger öffentliche Busse, nämlich publica diciplina quater in anno in atrio ecclesiae cathedralis et vicis praecipuis civitatis, quotidie in propria parochia); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356 (heimliche Verlöbnisse und heimliche Ehen, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben); S. Pölten 1284, p. 528 (Ehen ohne Aufgebot, Exk.); Bourges 1286 c. 2, p. 627 (klandestine Ehen exc. ipso facto für die Kontrahenten und die der Eheschliessung beiwohnenden Personen); Exeter 1287 c. 7, p. 795 (klandestine Ehen, int. ingressus ecclesiae); Compiegne 1304 c. 1, M. 25, 119 (Schliessung klandestiner Ehen, Veranlassung derselben und Anwohnung, exc. ipso facto); Trier 1310 c. 95. 96. p. 273 (dasselbe, für Priester ipso susp. facto auf 3 Jahr); Benevent 1331 c. 61. 73, M. 25, 968. 975 (ebenso Benevent 1378 c. 61, M. 26, 650, Ehen ohne Aufgebot, Exk.); London 1343 c. 11, M. 25, 1177 (ebenso); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 234 (privatio communionis sacramentorum ipso iure).

Salzburg 1292 c. 1, M. 24, 1076 (Eheschliessung ohne 6 Zeugen und Unterlassung der Anzeige der geschlossenen Ehe an den Pfarrer innerhalb Monatsfrist exc. ipso facto, nach Salzburg 1310, M. 25, 228 statt der exc. aber nur öffentliche Busse und eventuell Geldstrafe).

Avignon 1326 c. 48, p. 769 (Schliessung klandestiner Ehen ausserhalb der eigenen Diözese ohne Erlaubniss des zuständigen Pfarrers exc. l. s. und Verkündung derselben).

[1] c. 8 (Lateran. IV. 1215 c. 50) X de consang. IV. 8 (nur als peccatum und crimen bezeichnet); Leg. K. Lerida 1229 c. 4, M. 21, 1091 (s. auch M. 23, 972 Exk. ipso facto, wenn innerhalb eines Jahres nicht dispensirt wird); Leg. K. Bremen 1266, M. 23, 1109 (interdictio ingressus ecclesiae ipso iure); Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (generelle Exk.); endlich gemeinrechtlich durch Vienne 1311, Clem. un. de consang. IV. tit. un., mit der öffentlich zu verkündenden exc. ipso facto bedroht, (so auch London 1343 c. 11, M. 25, 1178; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 234); Salamanca 1335 c. 9, M. 25, 1054 (Zeugen, welche verbotenen klandestinen Ehen anwohnen, Geldstrafe von 100 Morapetini).

[2] Lateran. 1123 c. 11, M. 21, 284 (sequestratio ab introitu ecclesiae).

[3] Durch Abkochen, um die Gebeine demnächst an einen entfernten, zur Begräbnisstätte bestimmten Ort zu bringen, ein Verfahren, welches in Folge der Kreuzzüge üblich geworden ist, Raynald. 1299 n. 36. Bonifaz. VIII. 1299 hat, c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6, dieses Vergehen mit der dem Papst vorbehaltenen exc. l. s. bedroht.

[4] S. o. S. 14 n. 4.

[5] v. Schulte, Gesch. d. Quellen des canon. Rechts 2, 16.

[6] c. 2 (Lyon II. 1274) in VI de immun. III. 23, Bd. III S. 167 n. 4 u. S. 354. Über Störung durch Plaudern s. leg. eccles. Stephan. reg. Hung. u. 1016 c. 12, S. 32 n. 4; Seligenstadt 1023 c. 9, Hirsch-Bresslau Heinrich II. 3, 351 (Verbot der colloquia in atriis ecclesiae et in ecclesia, ohne bestimmte Strafandrohung); Leg. K. Bremen 1266, M. 23, 1160 (Laien, welche bewaffnet in die Kirchen und auf die Kirchhöfe kommen, Exk.); Chateau Gontier 1336 c. 7, M. 25, 1074 (Störung des Gottesdienstes durch Tumulte und Angriffe auf andere in der Kirche oder auf dem Kirchhof, exc. l. s.); York 1367 c. 2, M. 26, 463 (Störung des Gottesdienstes bei Vigilien und Exequien in der Kirche durch unpassendes Benehmen, Ausschreitungen u. s. w., interd. ingressus ecclesiae ipso iure).

[7] tit. X de observ. ieiun. III. 46; vgl. ferner c. 4 (Ps. Isid.) Dist. IV; c. 3 (Seligenstadt 1023) Dist. LXXVI; c. 4 (Urban II. 1095) Dist. LXXVII; c. 8 (Laodicea 343—81) c. 13 (Innoc. I.) Dist. III de consecr.; c. 7 (Carol. M admon. gen.) c. 16 (inc.) c. 31 (Rom 1078) Dist. V de consecr. Im Gegensatz zu dem nicht von Gratian aufgenommenen c. 69 apost., Bd. IV. S. 706 n. 3, weisen sämmtliche citirte Stellen für die Nichtbeobachtung der Fastengebote keine Straffestsetzungen auf. Auch partikularrechtlich kommt dies während der hier fraglichen Periode sehr selten vor, s. aber leg. eccles. Steph. u. 1016

hindernissen zur Verhinderung einer Ehe [1], da es sich in allen diesen Fällen zwar um gemeinrechtliche Normen handelt, aber ihre Verletzung vom gemeinen Recht nicht mit Strafen bedroht, die Festsetzung und Anwendung solcher behufs ihrer Durchführung vielmehr den partikulären kirchlichen Organen überlassen geblieben ist.

Andere, unter den hier fraglichen Gesichtspunkt fallende Handlungen hat dagegen nur das kirchliche Partikularrecht durch Bedrohung mit Strafen als kirchliche Vergehen qualifizirt, wie (freilich nur im 9. Jahrhundert das Nichtlernen des Symbols und des Vaterunsers [2]) das Sitzen und Stehen der Laien während des Gottesdienstes im Chor der Kirche [3], die Unterlassung des Begräbnisses von Angehörigen und Sklaven, sowie von armen Kolonen durch den Herrn [4], die Bestattung von Todten ohne Zuziehung des Geistlichen [5], das Betrügen der Pfarrkirche bei anderweiter Wahl des Begräbnisses um die *portio canonica* [6], die Verweigerung der Leistung der portio canonica durch Testaments-Exekutoren und Erben [7], die Abhaltung von Gastmählern bei Leichenfeiern [8], die Errichtung von letztwilligen Verfügungen ohne Zuziehung des Pfarrers oder eines anderen Geistlichen [9], die Verletzung verschiedener eherechtlicher Normen, so die Nichtanzeige und Verheimlichung von Ehehindernissen [10], die chikanöse Anzeige von falschen Hindernissen [11], die Eheeingehung mit einer unmündigen Person [12] oder zwischen Unmündigen [13], die Verheirathung der Tochter und naher Verwandtinnen mit Ketzern, sowie die Zustimmung zu solchen

c. 8. 9. S. 32 n. 7 u. Szaboles 1092 c. 25, M. 20, 772 (12 Tage Zwangsfasten in cippo); Leg. K. Valladolid 1322 c. 16, M. 25, 711 (Nichtfasten in der Quadragesima und während der Quatemberzeiten exc. l. s.); Tarragona 1329 c. 80, p. 875 (dasselbe für Fleischessen an allen kirchlich gebotenen Fasttagen); Salamanca 1335 c. 7, p. 1052 (ebenso und auch für diejenigen, welche an Fasttagen Fleisch kaufen und verkaufen); Avignon 1337 c. 5, M. 25, 1089 (Benefiziaten und Geistliche der höheren Weihen, welche nicht Sonnabends fasten, susp. ab ingressu ecclesiae l. s. für einen Monat).

1 c. 3 (Lateran. IV. 1215 c. 52) §. 2 i. f. X IV. 3 cit. (nur canonica ultio angedroht). Vgl. dazu auch schott. Konzil 1225 c. 65, M. 23, 1242, das ebenfalls keine bestimmte Strafe festsetzt.

2 Cap. inc. saec. IX exeunt. S. 32 n. 7.

3 Schott. Konz. 1225 c. 80, M. 22, 1245 (nur König und Grosse des Reiches ausgenommen, Anathem).

4 Szaboles 1092 c. 25, M. 20, 772 (12 Tage Zwangsfasten in cippo).

5 Im Vorhof der Kirche, Rudolf v. Lüttich 1166 c. 6, S. 14 n. 5.

6 Mailand 1287 c. 22, M. 24, 879 (exc. l. s.); Benevent 1331 und 1378 c. 18, M. 25, 942 u. M. 26, 627 (ebenso).

7 Benevent 1331 und 1378 c. 21, M. 25, 945 u. 26, 629 (ex. l. s.).

8 Trier 1310 c. 55, M. 25, 262 (Exk.).

9 Aufgestellt theils im Interesse der Wahrung der Vermächtnisse zu frommen Zwecken, so Narbonne 1227 c. 5, M. 23, 22, wiederholt Beziers 1246 c. 44, p. 702 (welche beide den Testator für die Nichtzuziehung des Pfarrers oder eines anderen Geistlichen und von katholischen Männern als Zeugen mit Versagung des kirchlichen Begräbnisses bis zur Satisfaktion an die Kirche, und den Notar, welcher ohne Zuziehung der gedachten Personen einen letzten Willen aufnimmt, mit der interdictio ingressus ecclesiae bedrohen), theils zur Verhinderung der Bedenkung von Ketzern, Arles 1234 c. 21, M. 23, 342, wiederholt Arles 1275 c. 8, M. 24, 147 (Notar, welcher ein Testament ohne den Pfarrer oder Pfarrkaplan aufnimmt, exc. ipso facto; Testator Versagung des kirchlichen Begräbnisses), endlich auch im Interesse der Erreichung der beiden gedachten Zwecke Albi 1254 c. 37. 38, M. 23, 842 (Testator Versagung des kirchlichen Begräbnisses, Notar interdictio ingressus ecclesiae); s. aber Toulouse 1229 c. 16, p. 198, welches die ohne Zuziehung der erwähnten Personen errichteten Testamente blos für nichtig erklärt, während Rouen 1231 c. 21, p. 216 und Canterbury 1236 c. 33, p. 425 nur die Zuziehung des Geistlichen ohne jedes Präjudiz anordnen.

10 Richard v. Salisbury u. 1227 c. 58, M. 22, 1125 (Exk.); Mainz 1233 c. 17, Mone, Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 137; ferner 1259, M. 23, 997 und 1261 c. 10, p. 1083 (generelle wiederholte Exk.); Clermont 1268 c. 8, p. 1200 (Exk. für Geben und Annehmen von Versprechen auf Verheimlichung von Ehehindernissen); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 357 (für dasselbe Vergehen und für Nichtanzeige Exk.); S. Pölten 1284, p. 508 (ebenso für Nichtanzeige).

11 Aquileja 1339, M. 25, 1120 (Geldstrafe von 50 librae, zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den Territorialherrn).

12 Friaul 796 c. 9, M. 13, 848 (Exk.).

13 Bourges 1286 c. 2, M. 24, 627 (arbiträre

Ehen oder das Assistiren bei der Schliessung derselben[1], die Eheschliessung mit Töchtern von Priestern, Diakonen oder Subdiakonen[2], die Eheschliessung und Hochzeitsfeier während der geschlossenen Zeiten[3] und die Eheeingehung ausserhalb der Parochie[4], ferner die fleischliche Vermischung der Ehegatten vor der öffentlichen Eheschliessung[5], die bösliche Verlassung des Ehemanns durch die Frau[6] und umgekehrt[7], das Getrenntleben der Eheleute[8] und die eidliche Verpflichtung des Ehemannes oder der Ehefrau, den anderen Gatten nicht bei sich aufzunehmen[9],

die Veranstaltung von Trinkgelagen und die Betheiligung an denselben[10],

die Eingehung von Verbrüderungen und Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung unter Festsetzung von Strafen für die zuwiderhandelnden Mitglieder[11],

die Verletzung der Pflicht zur Ehrlichkeit dadurch, dass der Gläubiger nach Empfang der Zahlung wissentlich die Schulddokumente zurückbehält[12],

ferner im Interesse der Unterdrückung der Rohheit die Auferlegung von Gottesurtheilen und die Betheiligung dabei[13], sowie die Veranstaltung von Hahnenkämpfen[14]

endlich im Interesse der Beförderung der Friedfertigkeit die Verhinderung der Beilegung von Prozessen durch Vergleiche oder Vereinbarungen seitens eines Dritten, welcher zu diesen Behufe Geld annimmt[15].

In noch viel umfassenderem Masse ist die Kirche mit ihrer Strafgewalt zum Schutze ihrer Einrichtungen, ihrer Rechte, der Geistlichen und des kirchlichen Vermögens, also im Interesse ihrer hierarchischen Stellung, eingeschritten. Es gehört hierher zunächst die Verletzung des Asylrechtes der kirchlichen Gebäude, welche im 11. und 12. Jahrhundert sowohl durch Provinzialsynoden[16], als auch durch die päpstlichen[17], sowie die allgemeinen Konzilien[18], und damit gemeinrecht-

Strafe für die Kontrahenten und die der Eheschliessung anwohnenden).

[1] Pressburg 1309 c. 8, M. 25, 222 (exc. ipso facto).

[2] Bourges 1031 c. 20, M. 19, 505 (Anathem).

[3] Benevent 1331 und Benevent 1378 c. 51. 52, M. 25, 963 und 26, 645 (exc. l. s.).

[4] Um verbotene Ehen zu schliessen, Beziers 1310 c. 8, M. 25, 361 (exc. ipso facto).

[5] Worcester 1240 c. 14, M. 23, 930 (Exk.).

[6] Gran 1114 c. 53, M. 21, 109 (nobilis femina, Busse, femina de plebe Verkauf als Sklavin); Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (unter faktischer Eheeingehung mit einem andern, generelle Exk.).

[7] Leg. K. Dioklea 1199 c. 10, M. 22, 704; Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (mit Haltung einer Konkubine, generelle Exk.).

[8] Gerona 1257 c. 10, M. 23, 930 (Exk.).

[9] Lucca 1255, M. 23, 822 (Ehegatten, Aussteller des Vertrages, Zeugen und Berather Exk.).

[10] Gran 1114 c. 47. 49 (7 Tage Busse, bei Übung von Zwang gegen den trunken gewordenen durch einen Adligen 40 Tage, bei Wiederholung Exk.); über die Abhaltung von scotalla s. S. 14 n. 6.

[11] Namentlich wegen der Gefahr des Meineids Rouen 1190 c. 25, M. 22, 285 (Anathem); Arles 1234 c. 9, M. 23, 339 und Bordeaux 1238 c. 32, p. 494 (ebenso bei nicht eingeholter Erlaubniss des Bischofs); Valence 1248 c. 20 p. 776 (exc. ipso facto); Avignon 1282 c. 8 und 1326 c. 27, M. 24, 443 und M. 25, 763 (ebenso).

[12] Beziers 1246 c. 33, M. 23, 699 (öffentliche wiederholte Exk.); Clermont 1268 p. 1210 (Exk.); Nogaret 1303 c. 15, M. 25, 115 und Marciac 1326 c. 51, p. 799 (wie Beziers cit.); Trier 1310 c. 103 p. 275 (exc. l. s.); Avignon 1337 c. 27, p. 1095 (dieselbe Strafe für den Gläubiger, welcher das Dokument nicht vernichtet).

[13] Leg. K. Valladolid 1322 c. 26, M. 25, 736 (exc. l. s.).

[14] Cognac 1260 c. 7, M. 23, 1074 (Exk.).

[15] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87 (Exk. und Restitution des Erhaltenen); London 1268 c. 28, M. 23, 1240. 1241 (Restitution des Empfangenen und gleicher Betrag als Geldstrafe für die Armen, bei Weigerung Exk. ipso facto von der Zeit der Annahme des Geldes ab).

[16] Coyaca 1050 c. 12, Bd. IV S. 387 n. 2.

[17] Lateransynode v. 1059 (c. 6 C. XVII qu. 4, Exk.) s. Bd. IV S. 387 n. 3; Rheims 1131 c. 14, M. 461 (Handanlegung an diejenigen, welche in eine Kirche oder auf den Kirchhof geflohen sind, Exk.); Pisa 1135 c. 14, p. 490. (Wiederholung von Rheims), Rheims 1148 c. 14, p. 716 (ebenso).

[18] Lateran. II. 1139 c. 15 i. f., M. 21, 530 (wie die Anm. 17 citirten Konzilien).

lich[1] unter Strafe gestellt worden ist, ja auch noch von den späteren Partikularsynoden mit solchen bedroht wird[2]; ferner das ebenfalls schon durch das gemeine Recht aufgestellte Verbot der Benutzung der kirchlichen Gebäude und Kirchhöfe zu profanen Zwecken[3], dessen Übertretung nur von der Partikulargesetzgebung mit Strafen belegt, und welches, wenn auch theilweise durch das erstere, wesentlich aber durch die letztere dahin spezialisirt worden ist[4], dass es die Abhaltung von Gerichtsverhandlungen seitens der Laien, insbesondere in Kapitalstrafsachen[5], oder anderer öffentlicher Versammlungen (z. B. von Parlamenten)[6], die Veranstaltung von Aufführungen, Tänzen, Ringkämpfen und Spielen[7], die Abhaltung von Messen und Märkten[8] und die Benutzung als Niederlagen für Getreide, Kisten, Fässer u. s. w.[9], sowie das Weidenlassen von Vieh auf den Kirchhöfen[10] umfasst, weiter das gemeinrechtlich unter Strafe gestellte Einbrechen in Kirchen[11], für welches die Partikulargesetzgebung[12] theilweise die Strafen verschärft hat, ferner

[1] S. die vor. Anm. Über das Dekretum Gratians vgl. Bd. IV S. 387 n. 2 u. S. 393. Die Dekretalensammlungen enthalten zwar einzelne Vorschriften über das Asylrecht, aber keine Strafbestimmungen über die Verletzung desselben.

[2] Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 808 (gewaltsames Herausziehen des Geflohenen, öffentliche Verkündung der Exk. und Geldstrafe von 30 Mark Silber, s. S. 38 n. 3); Leg. Konz. Lerida 1229 c. 19 (Einbruch in Kirchen, um die Geflohenen zu fesseln oder herauszuholen, Entziehung der Nahrungsmittel, um sie zum Herauskommen zu bewegen, s. auch Bd. IV S. 391 n. 11, öffentliche Verkündung der Exk., und bei Herausholung durch Mauren aus der Kirche, Strafe des Sakrilegs und Verknechtung der letzteren oder Zahlung des Werthes derselben als Strafe, s. auch S. 38 n. 5); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87 M. 22, 1132 (Herausholen des Geflohenen oder Verhinderung der Zustellung von Nahrungsmitteln, Exk.); schott. Konz. 1225 c. 26. 66, p. 1229. 1242 (ebenso, aber ohne Strafandrohung); S. Quentin 1231 c. 6, Bd. IV S. 387 n. 2 (für Verletzung Exk. und wenn der Verletzer Jemanden dabei tödtet, Exk. auf Lebenszeit); Lambeth 1261, M. 23, 1068, Bd. IV S. 394 n. 4 (für Entziehung der Nahrungsmittel arbiträre Strafe, für Bewachung des Geflohenen Exk. gegen die Wächter und denjenigen, welcher sie bestellt hat, für Herausholen oder Tödtung des Herausgeholten alle Strafen des Sakrilegs zusammen); London 1268 c. 13, p. 1230. 1231 (dieselben Strafen wie für die Brandstiftung an Kirchen, s. S. 196 n. 1); Clermont 1268 p. 1202 (Verhinderung der Zustellung von Nahrungsmitteln, Exk.); S. Quentin 1271 c. 2, M. 14, 19 (Herausholen aus der Kirche, interdictio ingressus ecclesiae auf ein Jah); Leg. K. Bourges 1276 c. 12, M. 23, 175 (Tödtung, Verwundung und gewaltsames Herausholen des Geflohenen exc. ipso facto, Verlust der von der verletzten Kirche empfangenen Lehne und Benefizien, Unfähigkeit der Descendenten, solche sowie kirchliche Ämter zu erhalten; wiederholt Marciac 1326 c. 11, M. 25, 779); Nogaret 1303 c. 6, p. 113 (Tödtung, Verwundung, Entziehung der Lebensmittel, Anstellung von Wachen, Anzünden der Kirche oder gewaltsames Herausholen, exc. ipso facto); Leg. K. Valladolid 1322 c. 17|, p. 712 (ebenso, für Körperschaften Interdikt) vgl. weiter Senlis 1326, p. 832; Salamanca 1335 c. 8, p. 1053.

[3] Bd. IV S. 167.

[4] S. die folgende Anm.

[5] c. 5 (Luc. III.) X de immun. III. 49 u. c. 2 in VI eod. III. 23 cit. (Bd. IV. S. 167 n. 4); London 1175 c. 6, M. 22, 149 (Anathem); Rouen 1190 c. 8, p. 584 (ebenso); schott. Konz. 1225 c. 80, p. 1245 (dasselbe); Bordeaux 1255 c. 12 u. Roffec 1259 c. 10, M. 23, 860. 988 (Abhaltung von Gerichtsverhandlungen durch Prälaten, Kleriker u. Laien in Klöstern, Personalinterdikt); Leg. K. Ofen 1279 c. 43, M. 24, 290 (Exk.); Nogaret 1303 c. 13, M. 25, 115 (exc. ipso facto); Rouen 1313 c. 3, p. 526 (ebenso); Marciac 1326 c. 46, p. 795 (dasselbe).

[6] c. 2 in VI cit. III. 23.

[7] c. 12 (Inn. III.) X de vita cler. III. 1, Bd. IV. S. 167 n. 8; schott. Konz. 1225 c. 75, S. 14 n. 6; Rouen 1231 c. 14, M. 22, 216 (choreas ducere Exk.); Gerona 1267 p. 934 (tripudia, choreae, cantilenae inhonestae, interdictio ingressus ecclesiae u. Ausschluss a participatione sacramentorum, nach 3 Monaten Exk.); Cognac 1260 c. 1. 2. 4 i. f., p. 1033 (Feier non Vigilien u. balleationes, Exk.).

[8] c. 2 in VI cit. III. 23; S. Pölten 1284, M. 24, 510 (Halten von Tabernen und Verkauf von Wein, exc.); Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, M. 25, 711 (Halten von Märkten; exc. l. s.).

[9] Seaumur 1276 c. 2, M. 24, 161 (Exk.); S. Pölten 1284, p. 510 (Exk.); Leg. K. Ofen 1279 c. 43, M. 24, 290 (Ablagerung von Unrath auf Kirchhöfen, interdictio ingressus ecclesiae).

[10] Cicester 1292, M. 24, 1097 (Exk. ipso facto für diejenigen, welche den Kirchhof zu verschliessen haben).

[11] S. die o. S. 187 n. 1 u. 3 citirte Verordnung Eugens III., welche allgemein von der violatio ecclesiarum spricht; schon früher Charroux 989, M. 19, 90 (infractio ecclesiarum, Anathem).

[12] Tribur 895 c. 6, M. 18, 136: „Si quis temerarius atrium ecclesiae evaginato gladio praesumptuose intraverit, sacrilegium facit", Busse); Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 808 (Eindringen in die Kirche und Erregung von Streit und Kampf, öffentliche Exk. des Schuldigen und seiner

die gemeinrechtlich bedrohte Ausübung von gottesdienstlichen Handlungen durch nicht Ordinirte, also auch durch die Laien [1], die zwar gemeinrechtlich verbotene, aber nur partikularrechtlich mit bestimmten Strafen belegte Austellung von Reliquien für Geld oder die Verehrung neu aufgefundener ohne päpstliche Genehmigung [2], nicht minder die nur partikularrechtlich verbotene Anbringung von Bildern nicht vom päpstlichen Stuhle anerkannter Heiligen [3],

sodann die im Allgemeinen nur partikularrechtlich mit Strafen belegte Verletzung der kirchlichen Freiheiten und Immunitäten [4], insbesondere die

Helfershelfer, Geldstrafe von 30 Mark Silber und wenn sie nicht aus der Kirche entfernt werden können, Interdikt); Trier 1238 c. 1 i. f. M. 23, 478 (violatores et fractores ecclesiarum, öffentliche wiederholte generelle Exk. und Vorbehalt der Absolution für den Papst); Ferns 1240 o. 1241, p. 519. 520 (infractores ecclesiae, Exc. ipso facto); Durham 1255 p. 902 (ecclesiarum fractores Exk.); London 1268 c. 13 (Ausdehnung der Strafbestimmung für die Brandstiftung auf die effractores ecclesiarum, S. 196 n. 1); vgl. auch die S. 189 n. 9 ff. u. S. 196 n. 1 citirten Stellen.

Das Delikt bildet eine umfassende Vergehenskategorie. Wenngleich darunter sowohl das Eindringen in eine Kirche behufs Diebstahls, Raubes und Plünderung, s. o. S. 186, und Brandstiftung, wie auch die S. 209 besprochene Verletzung des Asylrechts fällt, so deckt es sich doch damit nicht völlig, da es auch das Einbrechen in Kirchen und Kirchhöfe zur Verfolgung von Feinden, ferner um sich zur Vertheidigung darin festzusetzen, umfasst. — Übrigens ist auch durch das gemeine Recht, Lateran. I. 1123 c. 14, M. 21, 285 (c. 14 C. X qu. 1) freilich ohne Strafandrohung, wohl aber durch die Partikularkonzilien, Leg. K. Avignon 1209 c. 9, M. 22, 788; Leg. K. Ofen 1279 c. 53, M. 24, 196; Münster 1279 c. 19, p. 319; Köln u. 1280 c. 11, p. 357; Leg. K. Würzburg 1287 c. 26, p. 862; Mainz 1310, M. 25, 330; Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, p. 712; Magdeburg 1315 c. 19, M. 23, 1165 die s. g. *incastellatio* von Kirche und Kirchhöfen d. h. die Einrichtung derselben zu Befestigungen durch Laien bei Strafe der Exk. (meistens der exc. ipso facto) und des Interdikts über die Besitzungen der Schuldigen, mitunter auch über die betreffenden Kirchen, verboten worden.

[1] c. 1 (Hormisda?) X de cleric. non ord. V. 28 (Exk.). Vereinzelt die partikularrechtliche Bestrafung von Laien, welche sich unter Scheeren einer Tonsur für Kleriker ausgeben, mit exc. l. s. Noyon 1344 c. 14, M. 26, 10.

[2] Lateran. IV. 1215 c. 62, M. 22, 1049 (c. 2 X de reliqu. III. 45 s. Bd. IV. S. 265 n. 1); Leg. K. Ofen 1279 c. 27, M. 24, 283 (Geistliche susp. ab o. et ben. ipso iure, Laien interdictio ingressus ecclesiae für einen Monat); Konstanz 1300 c. 19, M. 25, 34 (auch Wegnehmen der Reliquien oder Manipuliren mit diesen durch Laien oder Errichtung von Altären wegen der Reliquien, um die Oblationen für ihre Kirchen zu beziehen, Exk.). S. weiter die Spezialbestimmung in const. Urban. IV.: Sacrilegorum v. 1385, bull. Taur. 4, 592, o. S. 123 n. 6 u. S. 124 n. 16.

[3] Benevent 1378 c. 4, M. 26, 621 (exc. l. s.).

[4] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1131. 1132 (Exk. derjenigen, qui per malitiam libertates ecclesiarum infringere vel perturbare contendant); schott. Konz. 1225 c. 49, p. 1234 (ebenso Exk. ipso facto u. öffentliche Verkündung derselben, für diejenigen Prälaten und für Geistliche mit kirchlichen stipendia, welche den Laien bei der Verletzung der Freiheiten der schottischen Kirche Rath geben, und welche Statuten und Briefe zur Beeinträchtigung derselben abfassen, ausserdem auch Verlust des Benefiziums oder der Dignität ipso iure, für Laien ipso iure Verlust der Kirchenlehne) u. c. 50 ibid. (wiederholte öffentliche Exk. der Laien fraudantes et auferentes quaecumque iura ecclesiastica et libertates); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 519. 520 (infringere libertates ecclesiasticas aut ecclesiam suo iure privare, Exk.); Cicester 1246, p. 714 (öffentl. wiederholte Exk. derjenigen, qui per malitiam libertates ecclesiarum invadere vel perturbare contendant); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach, Stat. Wratislav. p. 300 (violatores immunitatum vel aliarum libertatum ecclesiasticarum, Exk., event. Interdikt über die Länder der Schuldigen); Lemans 1248, p. 760 (infringere libertates ecclesiae et minuere iura episcopalia, Exk.); Westminster 1253, bestätigt durch Innocenz IV. 1254, Potthast reg. 15534, M. 23, 819 (Exk. ipso facto derjenigen, welche die der Kirche des Reiches gewährten Freiheiten und garantirten Gewohnheiten violaverint, infregerint, diminuerint, mutaverint, und welche gegen dieselben Statuten errichten oder sie niederschreiben); Durham 1255, p. 902. 903 (öffentliche wiederholte Exk. derjenigen, qui libertates ecclesiae Dunelmensis infringunt vel perturbant); Cognac 1255 c. 27, p. 872 (öffentliche generelle Exk. derjenigen, welche die Freiheit der Kirche beeinträchtigen und gegen dieselbe Verschwörungen machen oder Statuten errichten); Norwich 1257, p. 974 (öffentl. Exk. derjenigen, welche die von Christus gewährten, alten Gerechtsame der Kirche zu vermindern trachten); Montpellier 1258 c. 1, p. 990 (impedire libertates ecclesiarum, Exc. ipso facto u. Verkündigung derselben); Lambeth 1261, p. 1066. 1067 (diejenigen, welche die kirchlichen Richter und Prälaten wegen der Ausübung ihrer kirchlichen Jurisdiktion beim König als Verletzer seiner Rechte denunziren, sollen, wenn die ersteren deswegen Nachtheile erleiden, als Verletzer der kirchlichen Freiheiten öffentlich als exkommunicirt verkündet, nicht minder, s. p. 1068, die Verletzer der kirchlichen Freiheiten als malefactores sacrilegi und als exkommunicirt öffentlich denunzirt, sowie bei Hartnäckigkeit ihre Besitzungen mit dem Interdikt belegt werden); Avignon 1326 c. 55, M. 25, 772 (Aufstellung von Statuten und Verboten gegen löbliche kirchliche Gewohnheiten, exc. l. s.).

gemeinrechtlich[1] mit der Exkommunikation bedrohte Errichtung, Inkraftsetzung, Niederschreibung, Aufrechterhaltung und Beachtung von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten, sowie das Urtheilen nach denselben[2], die gleichfalls durch das allgemeine III. Lateran-Konzil[3] mit der Exkommunikation belegte Unterwerfung der Bischöfe und Geistlichen unter die weltlichen Gerichte[4], sowie die Gefangennahme und die Inhaftirung von

[1] c. 53 (Innoc. III.) de sent. exc. V. 39; Honorius III. 1220, Potth. n. 6408, bull. Taur. 3, 379; c. 49 (Honor. III. 1221, Potth. n. 6469) X eod., s. auch Gregor IX. 1236, Potth. n. 10096, M. 22, 1137; ferner Ravenna 1286 c. 9, M. 24, 623 (welches auch öffentliche Verkündigung der Exk. anordnet und bei Hartnäckigkeit die Privation aller kirchlichen Ehren, Privilegien, Güter und Lehne vorschreibt); Aschaffenburg 1292 c. 19, p. 1092 (auch Strafe der Unfähigkeit zu actus legitimi auf kirchlichem Gebiete).

[2] Vgl. ausser den S. 211 n. 4 angeführten Stellen Beziers 1246 c. 18, M. 23, 696 (Verfasser, Verkündiger, Schreiber der gedachten Statuten und diejenigen, welche sie halten, Exk.); Roffec 1258 c. 1, p. 983 (welches ausserdem auch zugleich Verschwörungen und Vereinigungen zur Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheiten, insbesondere durch Verhinderung der geistlichen Gerichtsbarkeit und durch Abhaltung der Gläubigen von Oblationen zu Gunsten der Kirchen bedroht, öffentl. wiederholte Exk., bei Hartnäckigkeit Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss und Unfähigkeit der Söhne und Enkel zur Bekleidung von Kirchenämtern); Leg. K. Bremen 1266 p. 1160; Mailand 1287 c. 10, M. 24, 875, Aquileja 1282, M. 24, 434, Trier 1310 c. 60. 61, M. 25, 263 (exc. ipso facto); Magdeburg 1315, M. 23, 1160. 1165 (exc. l. s. und öffentliche Verkündung derselben); Angers 1365 c. 29, M. 26, 443 (exc. ipso facto). — Leg. K. Bourges 1276 c. 11, M. 24, 174 (diejenigen, welche zur Umgehung des Verbots banna, also Einzel-Befehle und Anordnungen, erlassen, exc. ipso facto; wiederholt Avignon 1279 c. 7, p. 238); Bergamo 1311 c. 27, M. 25, 502 (ebenso); Marciac 1326 c. 49, p. 796 (ähnlich); Mailand 1287 c. 11, M. 24, 875 (diejenigen, welche in Versammlungen in den Städten und Ortschaften, sowie in Kommunen und in Vereinen etwas zur Verletzung der kirchlichen Freiheit vortragen, exc. ipso facto und Verlust der kirchlichen Lehne, des Patronatrechtes und der Advokatie); Salamanca 1335 c. 8, M. 25, 1054.

[3] 1179 c. 4, M. 22, 226. Vgl. auch c. 21 (Alex. III.) X de iurepatr. III. 38 (Exk. für diejenigen, welche die Kirchen ihrer Güter berauben, um die Geistlichen dadurch zum Klagen beim weltlichen Gericht zu zwingen). Übrigens hat auch schon Gratian eine hierher gehörige Stelle, Paris 614 c. 4, Bd. IV S. 850 n. 3, in sein Dekret, s. c. 2 C. XI qu. 1 aufgenommen. S. übrigens noch §. 287.

[4] Lambeth 1261, M. 23, 1060 (für Vorforderung von Prälaten vor das weltliche Gericht zur Verantwortung wegen Ausübung ihres Amtes, namentlich der kirchlichen Jurisdiktion, insbesondere der Strafgewalt, Exk. ipso facto, und wenn auf Vorstellung beim König nicht davon abgestanden wird, Interdikt über die Orte, wo die betreffenden Beamten wohnen, und über die Besitzungen derselben in der Provinz Canterbury; Kleriker, welche dies thun, susp. ab officio, clerici non beneficiati 5jährige Unfähigkeit zur Erlangung eines kirchlichen Amtes in der Provinz; Kleriker, welche derartige Befehle und Ladungen schreiben, kanonische Strafe; wenn der König oder der weltliche Beamte jene nicht widerruft, Interdikt über die Besitzungen des ersteren und der letzteren in der betreffenden Diöcese, schliesslich auch Interdikt über alle Diöcesen); Köln 1266 c. 9. 11. 12, p. 1138. 1140 (öffentlich bekannt zu machende Exk. ipso facto und Verlust ihrer Ansprüche für Laien, welche geistliche Personen vor das weltliche Gericht ziehen, die erstere Strafe auch für die diese Sachen annehmenden und verhandelnden Richter und Schöffen, ev. auch Interdikt über den Ort des Gerichtssitzes); Seyne 1267 c. 7, p. 1181 (Vorladung geistlicher Personen wegen Kriminal- und persönlicher Sachen vor Laien, Exk. ipso facto, c. 12 ibid. desgleichen, sowie Verlust ihrer Ansprüche ipso iure für diejenigen, welche gegen geistliche Personen super spiritualibus seu ecclesiasticis criminalibus vel civilibus beim weltlichen Gericht Klagen anbringen); Leg. K. Ofen 1279 c. 24, M. 24, 282 (weltliche Richter, welche Geistliche vor ihr Forum ziehen, exc.); Avignon 1282, p. 443 (Laien, welche Geistliche vor das weltliche Gericht ziehen, exc. ipso iure); Trier 1310 c. 107, M. 25, 276 (dasselbe); Marciac 1326 c. 9, p. 778 (ebenso); Tarragona 1329 c. 43, p. 855 (dasselbe); Compiegne 1301 c. 3, p. 89 (Bestrafung der Excesse der Geistlichen und Erhebung von Bussen von ihnen, exc. ipso facto); Trier 1310 c. 38, p. 259 (weltliche Herren und Beamte, welche die Kleriker gegen die althergebrachte Gewohnheit hindern, ihre Belästiger und Beleidiger vor dem geistlichen Gericht zu belangen und sie zwingen, dies vor dem weltlichen Richter zu thun, exc. ipso facto und wiederholte öffentliche Verkündung derselben); Macon 1286 c. 3. 5, M. 24, 614 (weltliche Richter, welche Geistliche zwingen, vor ihnen zu Recht zu stehen, schwere arbiträre Strafe, bei Zwang durch Pfändung ihrer Güter, exc. ipso iure und öffentliche Verkündung derselben); Mailand 1287 c. 7, p. 874 (ebenso, Strafe: exc. ipso facto); Rouen 1299 c. 4, p. 1205, wiederholt Rouen 1313 c. 5 u. 7, M. 25, 527 (nur ausführlicher dasselbe).

Cognac 1238 c. 11, M. 23, 490 (weltliche Richter, welche auf die laudatio eines geistlichen oder kirchlichen Instituts als auctor seitens eines Laien die Sache nicht an das geistliche Gericht abgeben oder gegen Klagen der Geistlichen wegen Spoliation Widerklagen der Laien gegen die letzteren zulassen, öffentliche Verkündung der Exk.).

Schottisches Konz. 1225 c. 32, M. 22, 1130 (Pfändung von Sachen der Geistlichen und Verkauf derselben durch Vicecomites, Baillive und

Geistlichen durch weltliche Fürsten, Beamte und Laien[1], das Ansagen der Fehde an Kleriker und an Mönche[2], die gemeinrechtlich strafbare Erlassung von Verboten seitens der weltlichen Fürsten an ihre Unterthanen, etwas von Geistlichen zu kaufen oder an sie zu verkaufen, für sie zu mahlen oder zu backen oder ihnen sonst Dienste zu leisten[3], ferner die in der Bulle: In coena domini seit dem 14. Jahrhundert mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation bedrohte Hinderung der Zufuhr nach Rom[4], die partikularrechtlich untersagte Erlassung von Ausfuhrverboten gegen Geistliche und von Verkaufstaxen für dieselben seitens der Fürsten[5], die ebenfalls gemeinrechtlich unter Strafe gestellte Übung von Repressalien gegen unschuldige geistliche Personen[6], die zunächst nur partikularrechtlich, gegen Ende des 13. Jahrhunderts aber auch gemeinrechtlich verbotene Hinderung und Beeinträchtigung der geistlichen Jurisdiktion[7], sowie die Verweigerung der schuldigen Unterstützung bei der Ausübung der-

Laien, Exk. und Interdikt); Tours 1282 c. 10, M. 24, 472 (weltliche Beamte und Richter, welche Geistlichen die von ihnen verpfändeten kirchlichen Einkünfte und Güter wegnehmen und auf andere übertragen oder in eigener Hand behalten, exc. ipso facto); L'Isle-Arles 1286 c. 16, p. 962 (weltliche Herren, welche Kirchen und deren Leute zur Zahlung der für Wald- und Feldfrevel durch Thiere und Menschen verwirkten banna, d. h. Brüche, mittelst Pfändung und Gefangenhaltung zwingen, exc. ipso facto); ebenso Avignon 1326 c. 45, M. 25, 268.

Anse 1299, M. 24, 1227 (Hinderung der Appellation in kirchlichen Lehnssachen an den kirchlichen Richter durch die weltlichen Beamten, exc. ipso facto).

Vgl. überhaupt noch Bergamo 1311 c. 18, M. 25, 494; Magdeburg 1322 c. 6 p. 686; Avignon 1326 c. 9, p. 747 und auch u. Anm. 7.

[1] S. o. S. 180 ff.

[2] Tarragona 1282 c. 24, 491 (Exk.); Lemans 1247, M. 23, 761 (Fehdeansagen Exkommunicirter an Geistliche Exk.); Tarragona 1292 c. 3, M. 24, 1106 (der Geistlichen an ihre Prälaten, exc. ipso facto und dreijährige Suspension ab off. et a beneficiis, an andere, Suspension bis Zurücknahme der Herausforderung und bei Nichtbeachtung der Suspension Unfähigkeit zur Erlangung kirchlicher Benefizien bis zur Dispensation durch den Papst, wiederholt Tarragona 1329 c. 60, M. 25, 867); Pennafiel 1302 c. 14, M. 25, 108 (Fehdeansagen der Laien und Geistlichen an Bischöfe und Kleriker, exc. ipso facto, Verkündung derselben und Lokalinterdikt); Tarragona 1323 c. 1, p. 727 (im wesentlichen Wiederholung der oben citirten beiden Konzilien); Tarragona 1332 c. 1, p. 933 (Ausdehnung auch auf die Befehdung und Bekriegung ohne Fehdeansage). Vgl. weiter Noyon 1344 c. 3, M. 26, 8; Angers 1365 c. 26, p. 439; Lavaur 1368 c. 108, p. 535; Narbonne 1374 c. 21, p. 604.

[3] c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de immun. III. 23 (exc. ipso facto), wiederholt Tours 1282 c. 11, M. 24, 474; Trier 1310 c. 60, M. 25, 263 (ausgedehnt auch auf das Verbot jeglichen Verkehrs mit den Geistlichen). S. ferner Benevent 1331 und 1378 c. 26, M. 25, 947 u. 26, 631.

[4] Const. Urbans V. v. 1363 §. 2 und Gregors XI. v. 1372 §§. 6. 10, Bull. Taur. 4, 520. 540.

[5] Avignon 1326 c. 34, M. 25, 762 (exc. l. s. und Interdikt über den Ort der Verkündung l. s.); Avignon 1337 c. 40, p. 1047 (ebenso); Tarragona 1331 c. 2, p. 899 (ebenso, auch für Belastung mit Ausfuhr-Abgaben, exc. l. s.); Noyon 1344 c. 5, M. 26, 8 (exc. l. s. und öffentliche Verkündung).

[6] c. un. (Lyon 1274 c. 28, M. 24, 101) in VI de iniur. V. 8 (Exk., für Körperschaften Interdikt), wiederholt Paris 1314 c. 6, M. 25, 533; Leg. K. Würzburg 1287 c. 32. 33, M. 24, 863 (Beschlagnahme kirchlicher Güter für die Schulden einer Einzelperson, Beraubung und Pfändung der Kirchen und kirchlichen Güter wegen Fehden mit dem Kirchenvogt, exc. ipso facto); Nogaret 1303 c. 18, M. 25, 116 (Pfändung von Gütern der Geistlichen für die Schulden anderer exc. ipso facto, Körperschaften Interdikt); Marciac 1326 c. 54, p. 798 (ebenso).

[7] Leg. K. Rouen 1214 P. III. c. 32, M. 22, 922 (Hinderung der Jurisdiktion der Bischöfe bei transgressio fidei vel iuramenti, in rebus mobilibus et immobilibus et causis usurarum, sowie Verfolgung derjenigen, welche solche Sachen an das geistliche Gericht bringen, Einschreiten des Bischofs); Richard v. Salisbury 1227 c. 87 p. 1132 (Exk. derjenigen, welche in den vor das geistliche Forum gehörigen Sachen bei einer Laien-Kurie Mandate extrahiren); Trier 1227 c. 9. 11, p. 33 (wiederholte öffentliche Exk. derjenigen, welche iurisdictionem ecclesiasticam impediunt vel perturbant, insbesondere zuwider der bestehenden Gewohnheit, dass Kleriker ihre Belästiger vor dem geistlichen Gericht belangen, die ersteren zwingen beim weltlichen Richter zu klagen); Lemans 1247, p. 760 (diejenigen, welche die Parochianen hindern, ihr Recht vor dem geistlichen Gericht zu verfolgen, Exk.); Seaumur 1253 c. 25. 26, p. 816 (öffentliche Verkündung der Exk. derjenigen, welche die geistliche Jurisdiktion hindern und durch Drohungen und Pfändungen die Parteien von dem geistlichen Gericht abhalten, sowie die Urtheile solcher Gerichte nicht exequiren oder ihre Exekution hindern); Cognac 1261 c. 2, p. 1107 (Verhinderung der Verhandlung der vor die geistlichen Gerichte gehörigen Sachen vor diesen, Exk.); Leg. K. Bourges 1276 c. 7. 13, M. 24, 172 (weltliche Richter, welche Geistliche in actionibus mere personalibus zum Er-

scheinen und Verhandeln zwingen, exc. ipso iure, und welche sich anmassen über die Begründetheit von kirchlichen Censoren zu befinden oder in causis ecclesiasticis oder spiritualibus eine Jurisdiktion auszuüben, censura ecclesiastica; ferner weltliche Herren und Richter, welche die Parteien in Sachen des kirchlichen Forums von dem Verhandeln vor demselben durch Pfändungen oder sonst abhalten, exc. ipso facto, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 2, M. 25, 1070, nur der letzte Theil Avignon 1279 c. 8, M. 24, 238); Angers 1279 c. 1, M. 24, 307 (Wiederholung von Bourges 1276 c. 7 cit. unter gleichzeitiger Androhung der exc. ipso facto für die Ladung von Geistlichen vor das weltliche Gericht); Roffec 1258 c. 1, S. 212 n. 2; schliesslich gemeinrechtlich c. 4 (Bonifaz VIII.) in VI de immun. III. 33 (diejenigen, welche die Parteien in Sachen des geistlichen Forums vor päpstlichen Delegaten oder vor den Ordinarien zu processiren hindern oder das Prozessiren vor dem weltlichen Gericht durch Gefangennahme der geistlichen Richter, der Parteien, der Verwandten derselben oder durch Pfändung von Sachen der gedachten Personen oder der betreffenden Personen erzwingen, exc. ipso facto, wiederholt Paris 1314 c. 8, M. 25, 533 und Avignon 1326 c. 43 p. 767; Saumur 1315 c. 2, 554 unter Hinzufügung der Strafe des Interdikts); vgl. auch c. 3 (id.) in VI de iureiur. II. 11.

S. ferner Leg. K Ofen 1279 c. 58, M. 24, 149 (Hinderung der Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit, insbesondere der Appellation an den Papst, König und Königin, interdictio ingressus ecclesiae ipso facto, Adlige und weltliche Richter 3 Tage nach fruchtloser Mahnung exc. ipso facto); Münster 1279 c. 23, p. 322 (Hinderung der Verfolgung von Rechtssachen vor den geistlichen Gerichten durch Drohungen, Verbote, Befehle und Verhaftung der die Mandate derselben überbringenden Personen und Zerreissung der Mandate, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben, eventuell Interdikt ipso facto über die Kirche und den Ort der That); Köln u. 1280 c. 16, p. 361. 362 (dasselbe); Rouen 1299 c. 5, p. 1205, s. auch Rouen 1313 c. 8, M. 25, 528 (für dasselbe Vergehen exc. ipso facto); Compiegne 1301 c. 5, M. 25, 89 (ebenso); Leg. K. Würzburg 1287 c. 25, M. 24, 860 (Hinderung der Jurisdiktion der Nuntien des Papstes, der Erzbischöfe und Bischöfe, insbesondere auch die Wegnahme und Vernichtung ihrer Schreiben, exc. ipso facto); Nogaret 1303 c. 4, M. 25, 112 (Hinderung der Boten des Erzbischofs, der Bischöfe und Richter bei der Vornahme von Ladungen zu Konzilien und Gerichtssitzungen oder von Exekutionen und Wegnahme und Vernichtung ihrer Briefe, exc. ipso facto); Trier 1310 c. 52, M. 25, 262 (Hinderung der gedachten Personen durch Schlagen, Gefangennehmen u. s. w., exc. ipso facto); Bourges 1276 c. 16, M. 24, 177 (Schlagen, Gefangennehmen, Tödten der Boten und Exekutoren der kirchlichen Richter oder Wegnehmen und Vernichten der in ihrem Besitz befindlichen Briefe und Akten, exc. ipso facto), wiederholt Saumur 1315 c. 2, M. 25, 534, unter Hinzufügung der Strafe des Interdikts), Valence 1248 c. 15, M. 23, 768 und Aschaffenburg 1292 c. 16, M. 24, 1090.

Chateau Gontier 1268 c. 2, M. 23, 1262 (Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheit durch Vereinbarungen der Barone und Laien gegen dieselbe, insbesondere, um Unterthanen vom Prozessiren vor dem geistlichen Gericht abzuhalten exc.); Compiegne 1301 c. 4, M. 25, 89 (Vereinigungen von Schöffen und anderen Beamten, um ihre Genossen auf gemeinschaftliche Kosten gegen die Belangung vor den geistlichen Gerichten zu vertheidigen, exc. ipso facto).

Gemeinrechtlich Lyon 1274 c. 20, M. 24, 95 in c. 1 in VI de iis quae I. 20 (gewaltsame Erzwingung der Absolution von Exkommunikationen, Suspensionen oder Interdikten, sowie die Zurücknahme solcher, exc. ipso facto), wiederholt Paris 1314 c. 5, M. 25, 532, ferner Leg. K. Bourges 1276 c. 6, M. 24, 172 und Marciac 1326 c. 8, M. 25, 778 (auch öffentliche Verkündung der Exk.), dagegen schott. Konzil 1225 c. 54, M. 22, 1236 (weltliche Richter, welche die Aufhebung der gedachten Censuren durch Pfändung von Kirchengut oder sonst zu erzwingen suchen, arbiträre Strafe).

Mailand 1287 c. 9, M. 24, 875 (Erlass von Statuten, Befehlen und Verboten gegen excommunicatores, denunciatores excommunicationum et interdictorum und die Beobachter dieser Censuren, öffentliche Verkündung der Exk. und interdictum ambulatorium); Salamanca 1335 c. 17, M. 25, 1058 (Hinderung der Publikation von Exkommunikationen, Interdikten und Suspensionen, exc. l. s.); Nogaret 1303 c. 5, M. 25, 112 (weltliche Herren und Richter, welche sich anmassen über die Rechtmässigkeit von kirchlichen Censuren oder in anderen kirchlichen Rechtssachen zu erkennen oder sonst die kirchlichen Richter in der Ausübung ihrer Jurisdiktion und die diese angehenden Parteien zu hindern exc. ipso facto); Marciac 1326 c. 10, p. 779 (ebenso).

Gemeinrechtlich Lyon 1274 cit. c. 31 in c. 11 in VI de sent. exc. V. 11 (diejenigen, welche wegen einer gegen Könige, Fürsten, Edle oder deren Beamten und Diener verkündeten Exkommunikation, Suspension oder Interdicirung die Erlaubniss geben, die Urheber dieser Strafen und die die letzteren, namentlich das Verkehrsverbot beobachtenden Personen zu tödten, gefangen zu nehmen oder sonst, namentlich hinsichtlich ihres Vermögens zu schädigen, und diejenigen, welche von einer solchen Erlaubniss Gebrauch machen oder aus eigenem Antrieb die gedachten strafbaren Handlungen begehen, exc. ipso iure, von welcher nach zwei Monaten der Papst allein absolviren kann); Avignon 1279 c. 10, M. 24, 239 (Sperrung des Verkehrs für die excommunicatores in Betreff der Mühlen, Backöfen u. s. w., Exk., eventuell Verkündung derselben und interdictum ambulatorium).

Leg. K. Ofen 1279 c. 21, M. 24, 320 (Arrestirung von kirchlichen Personen, Gütern und Pensionen, Antragsteller und Richter exc. ipso facto).

Salzburg 1274 c. 5, M. 24, 141 (Befreiung der durch Prälaten in Haft gehaltenen Kleriker und Mönche, exc. ipso facto und womöglich Inhaftirung der Schuldigen); Avignon 1326 c. 42, M. 25, 769 (für dasselbe Vergehen exc. l. s. und Interdikt).

selben durch die kirchlichen Oberen [1], welche in Bezug auf Unterdrückung der Ketzerei [2] und später auch des Muhamedanismus [3] als gemeinrechtliche Pflicht hingestellt worden ist,

die nur partikularrechtlich bedrohte Nichtachtung der Ladungen der Sendgerichte und die Verweigerung der Sendabgaben [4],

die gemeinrechtlich unter Strafe gestellte grobe Missachtung des Interdikts und der Exkommunikation [5] durch weltiche Herren, weiter die nur partikularrechtlich berührte Verhöhnung der Exkommunikation durch Aussprechen einer nachgebildeten Bannformel gegen den Exkommunikator und den Verkünder der Exkommunikation unter Nachahmung des Ritus der ersteren [6], die Nachlässigkeit der weltlichen Beamten in der Handhabung ihrer Amts- und Gerichtsgewalt zum Schutze der Kirchen, Unmündigen und Wittwen [7], sowie der Geistlichen, namentlich die Versagung der weltlichen Justiz gegenüber den Klerikern [8],

Nogaret 1290 c. 5, M. 24, 1068 (weltliche Richter, welche Leproser in Personalsachen vor ihnen zu antworten zwingen, censura ecclesiastica).

Vgl. überhaupt noch Nogaret 1303 c. 3, M. 25, 112; Bergamo 1311 c. 14. 34, p. 490. 511; Marciac 1326 c. 6. 7, p. 777; Senlis 1326 c. 7, p. 802; Compiegne 1329 c. 7, p. 881; Benevent 1331 c. 28, p. 940; Bourges 1336 c. 12, p. 1062; Avignon 1337 c. 18, p. 1092; London 1343 c. 12, p. 1178; Noyon 1344 c. 1. 2, M. 26, 1; Mainz 1334 p. 15; Beziers 1351 c. 9, p. 248; Narbonne 1374 c. 12. 20, p. 599. 604; Benevent 1378 c. 26, p. 632.

1 Saumur 1253 c. 25, (s. vor. Anm.); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (Hinderung der Ausführung der königlichen Mandate de excommunicatis capiendis, s. §. 286, und Befreiung Gebannter, Exk.), ebenso Lambeth 1281 c. 10, M. 24, 412; Cicester 1246, p. 714 (für dasselbe Vergehen öffentliche Exk.); Lambeth 1261, p. 1061 (Befreiung gefangener Exkommunicirter durch die Vicecomites und Baillive, öffentlich zu verkündende Exk., und für die Verweigerung des mandatum de capiendo excommunicato nach vergeblicher Angehung des Königs Interdikt über die königlichen Städte, Burgen und Ortschaften in der Diöcese des ersuchenden Bischofs, nach London 1343 c. 13, M. 25, 1180 auch öffentliche feierliche Verkündung der auf die gedachte Weise befreiten Exkommunicirten); Leg. K. Ofen 1279 c. 57, M. 24, 298 (Nichtleistung der Rechtshülfe gegen die Nichtbeachtung der Urtheile kirchlicher Richter und Unterlassung des weltlichen Zwanges gegen Exkommunicirte, um sie zum Gehorsam gegen die Kirche zu bringen, censura ecclesiastica); Noyon 1344 c. 6, M. 26, 8 (weltliche Richter, welche verhaftete Geistliche nicht den Ordinarien ausliefern, sondern sie gegen Geld oder sonst freilassen, exc. l. s.).

2 S. Lateran. II. 1139 c. 23, M. 21, 532; c. 9 (Luc. III. 1184) X de haeret. V. 7; c. 13 (Lateran. IV.) X. eod.; c. 18 in VI. eod. V. 2, und unten §. 286.

Unter diesen Gesichtspunkt fällt auch die Nichterfüllung der allen Gläubigen in Betreff der Ketzer und der der Ketzerei Verdächtigen obliegenden Denunziationspflicht, welche mit der Exkommunikation bedroht ist, Gregor 1227 u. 1231: Excommunicamus, Boehmer acta imperii selecta 2, 665, s. weiter §. 296.

Vgl. ferner Albi 1254 c. 22. 25, M. 23, 838. 839 (Ausführung der Urtheile der Inquisitoren durch die weltlichen Gewalten und Beamten bei Vermeidung kirchlicher Census und der Behandlung als defensores et fautores haereticorum; Verletzung der Pflicht, die Güter der zu Kerker verurtheilten Ketzer zu konfisciren und die Leichname derselben wieder ausgraben zu lassen, arbiträre Strafe); Paris 1347 c. 4, M. 26, 20.

3 Clem. un. (Vienne 1311) de judaeis V. 2 (arbiträre Bestrafung); Tarragona 1329 c. 67, M. 25, 868 (unter Bezugnahme darauf exc. ipso facto und Lokalinterdikt über die Besitzungen des Schuldigen).

Über weitere partikularrechtliche, hierher gehörige Vorschriften vgl. noch den citirten §. 286.

4 Köln 1266 c. 14, M. 23, 1141 (Exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben, bei Renitenz der Mehrzahl der Parochianen Interdikt ipso facto, Adlige exc. ipso facto).

5 Clem. 2 (Vienne 1311) de sent. exc. V. 10, durch Aufforderung und Zwang der Geistlichen, Gottesdienst abzuhalten, und an öffentlich exkommunicirte und interdicirte Unterthanen, dem Gottesdienst beizuwohnen sowie durch Verhinderung der Ausweisung derselben seitens des Geistlichen, bedroht mit der dem Papst vorbehaltenen exc. l. s.

Partikularrechtlich auch der Verkehr mit einer interdicirten Stadt und das Gewähren von Hülfe an dieselbe, S. 29 n. 8 a. E. Vgl. auch S. 31 n. 3 a. E.

6 Riez 1285 c. 8, M. 24, 578 (exc. ipso facto und Interdikt über den Ort der That, Erben der Thäter, Anstifter oder Gehülfen Unfähigkeit zum Klerikalstand, clerici beneficiati ausserdem privatio beneficii ipso facto, non beneficiati Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern); Avignon 1326 c. 7, p. 746 (im wesentlichen dasselbe), wiederholt Beziers 1351 c. 8, M. 26, 246; Lavaur 1368 c. 128, p. 542.

7 Rom 877—78 c. 15 u. Ravenna 877 c. 13, s. o. S. 16 n. 11.

8 Tarragona 1329 c. 84, M. 25, 876 (exc. l. s.); Lavaur 1368 c. 98, M. 26, 526 (ebenso und öffent-

die Anfechtung und Nichtigkeits-Erklärung der nur in kirchlicher Form errichteten Testamente[1], die Hinderung der Freiheit, letztwillige Verfügungen zu Gunsten von Kirchen und frommen Zwecken zu treffen[2] und der Errichtung von Testamenten überhaupt[3],

die Nichtanerkennung der eidlichen Zustimmung der Frau zur Veräusserung ihrer Mitgift seitens der weltlichen Richter[4] und der Rechtskraft der entschiedenen Sache für die vor das geistliche Forum gehörigen Prozesse durch die letzteren[5],

der durch die allgemeinen Konzilien als kirchliches Strafvergehen charakterisirte Erlass von Verordnungen der weltlichen Gewalt über die Veräusserung kirchlicher Güter und kirchlicher Gefälle, sowie die Vornahme von unberechtigten Verfügungen über dieselben[6],

die gleichfalls durch das gemeine Recht verbotene Belastung der kirchlichen Güter und der Geistlichen mit Abgaben aller Art[7], die nur par-

liche Verkündung der Exk.); Saumur 1276 c. 11, M. 24, 165 (weltliche Richter, welche den Geistlichen wegen der gegen dieselben von Laien geübten Gewaltthaten kein Recht gewähren, exc. ipso facto nach monitio).

1 Leg. K. Bourges 1279 c. 9, M. 24, 173 (exc. ipso facto).

2 Avignon 1326 c. 36, M. 25, 763 (exc. l. s.), Aschaffenburg 1292 c. 5, M. 24, 1084 (namentlich für Kranke und durch Beschränkung der Vermächtnisse auf ein gewisses Maximum, Exk. und Interdikt).

3 Exeter 1287 c. 50, M. 20, 832 (Exk.); London 1327 c. 4, M. 25, 831 (für Hörige, Exk., wiederholt London 1343 c. 7, p. 1174).

4 Marciac 1326 c. 14, M. 25, 780 (exc. l. s.).

5 Marciac cit. c. 16, M. 25, 781 (Personalinterdikt l. s.).

6 Lateran. I. 1123 c. 4, M. 21, 282 in c. 25 C. XVI qu. 7 (Strafe des Sakrilegium); Lateran. IV. 1215 c. 44, M. 22, 1027 in c. 12 X de reb. eccles. III. 13 (censura ecclesiastica); vgl. auch c. 1 (syn. Symmach. 502, Thiel p. 865) und c. 24 (id.) C. VI qu. 7. — Leg. K. Ofen 1279 c. 50, M. 24, 293 (Verfügungen durch Laien und Geistliche über das Gut der Kirchen und Klöster, sowie über die Gerechtsame derselben nach vergeblicher Ermahnung exc. ipso facto); ibid. c. 51 (durch die Patrone, interdictio ingressus ecclesiae et perceptionis sacramentorum ipso iure, Geistliche, welche ihnen die Sakramente spenden, susp. a collatione sacramentorum auf 6 Monate ipso facto); Leg. K. Würzburg 1287 c. 6, M. 24, 852 (Inbesitznahme von Präbenden, kirchlichen Benefizien und Einkünften durch Laien, exc. ipso facto); ibid. c. 31, p. 862 (eigenmächtiger Verkauf von kirchlichen Lehnen, Verkäufer und Käufer exc. ipso iure und Heimfall des Lehns an die als Obereigenthümer berechtigte Kirche); Lambeth 1330 c. 7, M. 25, 895 (ebenso); Avignon 1337 c. 15, p. 1091 (Veräusserung von kirchlichen Lehnen und Emphyteusen unter Verschweigung der Qualität dieser Güter und der darauf für die Kirche ruhenden Abgaben und Dienste, exc. l. s.).

7 Rheims 1148 c. 6, S. 33, n. 7; Lateran. III. 1179 c. 19, M. 22, 228 in c. 4 X de immun. eccl. III. 49 (Exk.); Lateran. IV. 1215 c. 46, p. 1030 (ebenso) in c. 7 X eod.; c. 24 (Meaux 845 c. 63, M. 14, 834) C. XXIII qu. 8; c. 23 (Luc. III.) X de iure patr. III. 38 (Auferlegung neuer Abgaben durch die Patrone, Kirchenvögte und Vicedomini, Exk.); c. 1 (Alexander IV., Potth. n. 16038) in VI eod. III. 23 (Verbot der Belastung der Kirchen und kirchlichen Personen mit Abgaben wegen des Erwerbes von Häusern, Grundstücken und anderen Besitzes, ohne bestimmte Strafandrohung); c. 4 (Bonifaz VIII.) in VI de cens. III. 20 (Auferlegung von Durchgangs- und Geleitsabgaben, pedagia et guidagia, exc. ipso facto, für Kollegien, Korporationen und Städte Interdikt ipso facto); Clem. 3 de cens. III. 13 (öffentliche Verkündung der in c. 4 in VI cit. angedrohten Censuren); c. un. (Benedikt XI.) in Extr. comm. eod. III. 13 (dasselbe), aufgenommen in die Bulle: In coena domini, s. Benedikt XII. const. Consulto v. 1339; Urban V. const. Apostolatus v. 1363 §. 1 und Gregor XI.: Excommunicamus v. 1372 §. 3, Bull. Taur. 4, 466. 520. 540; c. 3 (Bonifaz VIII. 1296: clericis laicos) in VI. de immun. III. 23 (welches auch die Annahme freiwillig ohne päpstliche Genehmigung geleisteter Abgaben durch Könige, Fürsten und andere mit der exc. ipso facto, für Kommunen mit dem Interdikt und die Leistung und das Versprechen von Abgaben aller Art, selbst freiwilliger, ohne den gedrohten Konsens durch Prälaten und andere Geistlichen mit den erwähnten Strafen belegt, vgl. auch Hefele Konz. Gesch. 6, 289 ff., freilich aber durch Clem. un. de commun. III. 17 widerrufen ist).

An partikularrechtlichen Vorschriften vgl. Valence 855 c. 9, M. 15, 8 (Exk.); weiter London 1151 c. 1, M. 21, 750 (Exk. und Interdikt); Leg. K. Avignon 1209 c. 7, M. 22, 788 (Exk.); Narbonne 1227 c. 12, M. 23, 24 (clerici ne tallientur occasione patrimonii vel personae, censura ecclesiastica); Arles 1234 c. 22, p. 342 (neue Abgaben, censura ecclesiastica); Canterbury 1246 c. 41, p. 428 (Forderung ungerechter Abgaben, Interdikt über die Besitzungen, eventuell Anathem), Cognac 1238 c. 3, p. 487 (Exk.); Albi 1234 c. 71, p. 656 (ebenso und

tikularrechtlich unter Strafe gestellten Beeinträchtigungen des Kirchenguts und der kirchlichen Gerechtsame, welche sich nicht als eins der oben S. 189 ff. erwähnten Vergehen darstellen [1], wie namentlich die Inanspruchnahme des Spolien-[2],

öffentliche Verkündung); Nantes 1264, p. 1120 (auch gegen Durchgangsabgaben, exc. ipso facto, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 3, M. 25, 1071; Angers 1365 c. 22.28, M. 26, 436, hier auch Interdikt ipso facto); Köln 1266 c. 8, M. 23, 1138 (ebenfalls gegen Durchgangsabgaben, Strafe der raptores bonorum ecclesiarum, S. 187 n. 8); Leg. K. Bourges 1276 c. 10, M. 24, 173 (Ausdehnung bestehender Wegeabgaben auf die Geistlichen, exc. ipso facto, wiederholt Marciac 1326 c. 12, M. 25, 780); Leg. K. Würzburg 1287 c. 40, M. 24, 868 (Erweiterung alter und Auferlegung neuer Durchgangsabgaben, öffentliche Verkündung der Exk.); Avignon 1279 c. 1, p. 232 (sehr ausführlich über die Strafen, s. o. S. 187 n. 8); Aschaffenburg 1292 c. 20, p. 1092 (Abgaben aller Art zu Lasten der Geistlichen und des Kirchenvermögens, 4facher Ersatz des Erhobenen); Nogaret 1315 c. 2, M. 25, 558 (ebenso, offenbar ausser Exkommunikation, Unfähigkeit der Brüder und der Descendenz der Schuldigen zum Klerikalstande und zu kirchlichen Benefizien, Versagung des kirchlichen Begräbnisses für Frau und Kinder und Interdikt über die Orte, wo die Abgaben erhoben sind); Köln c. 1280 c. 11, p. 358 (durch Advokaten und andere, Exk., wiederholt Köln 1310 c. 3, M. 25, 236); Leg. K. Ofen 1279 c. 51, M. 24, 294 (durch die Patrone, über die Strafen, s. S. 216 n. 6); Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 710 (S. 34 n. 1); Magdeburg 1315 c. 16. 17, M. 23, 1138 (auch durch die Vögte, Exk. und Lokalinterdikt, Geistliche, welche dazu Rath geben, wenn sie den Verkehr mit dem Herrn nicht auf einen Monat abbrechen, privatio beneficii ipso facto und Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien); Compiegne 1304 c. 2, M. 25, 119 (weltliche Herren, welche unter dem Vorwande, dass Kleriker Handel treiben, von letzteren Abgaben erheben, sich die Entscheidung darüber unter Ausschluss der Kirche anmassen und trotz des Anerbietens der Gestattung der Besteuerung bei Feststellung des Handelsbetriebes durch das kirchliche Gericht nicht von der Belastung abstehen, exc. ipso facto).

Avignon 1326 c. 26, M. 25, 760 und Lavaur 1368 c. 100, M. 26, 527 (Belastung der Armenspitäler mit Abgaben, exc. ipso facto).

Leg. Ofen 1279 cit. c. 59. 60, M. 24, 300 (Belastungen und Bedrückungen aller Art, int. ingressus ecclesiae); Aquileja 1282, p. 455 (ebenso, exc. ipso facto, Interdikt für Kommunen und Lokalinterdikt über die Besitzungen); Nogaret 1290 c. 10, p. 470 (im wesentlichen dasselbe); vgl. weiter noch Benevent 1331 und 1378 c. 25, M. 25, 946 und 26, 631; Angers 1365 c. 25, M. 26, 436; Lavaur 1368 c. 99, p. 526; Bergamo 1311 c. 20, M. 25, 495 (Beeinträchtigungen der den Kirchen zustehenden weltlichen Rechte, insbesondere weltlicher Jurisdiktionsbefugnisse, exc. ipso facto, überdies Kleriker Verlust aller Benefizien, kirchlicher Güter und Rechte, Laien Verlust aller von der Kirche verliehener Lehne und anderer Güter oder Rechte, Kommunen Interdikt).

Vereinzelt Nogaret 1303 c. 17, M. 25, 115 (Belastung der leprosi und reclusi mit Abgaben, exc. und Verkündung derselben); Marciac 1326 c. 53, p. 797 (ebenso).

[1] Rheims 1148 c. 6, S. 33 n. 7; Leg. K. Rouen 1214 P. III c. 34, M. 22, 923 (Veranstaltung von Rekognitionen über die Qualität kirchlicher Ländereien als weltlicher Lehne trotz 30 oder 40jährigen ruhigen Besitzes der Kirche, (Exk.); Avignon 1326 c. 8, M. 25, 747 (weltliche Herren, welche von den Prälaten trotz langjährigen Besitzes den Nachweis der Titel für ihre weltlichen Gerechtsame und Jurisdiktionsrechte fordern, exc. l. s.).

[2] Troslé 909 c. 14, M. 18, 302 (weltliche Grosse, welche sich nach dem Tode des Bischofs der kirchlichen Güter bemächtigen, Exk.); Leg. K. Avignon 1209 c. 7, M. 23, 788 (Spoliation der Kirchen und Klöster nach dem Tode der Bischöfe und anderen Geistlichen, sowie Übernahme der Kustodie und Verwaltung derselben, Exk.); Lambeth 1261, p. 1069 (Exk. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben, eventuell Interdikt und andere Strafen); Köln 1266 c. 7, S. 187 n. 8 a. E.; Mainz 1233 c. 40, Mone Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1, 140 (Patrone und Advokaten, welche sich gewaltsam Sachen des verstorbenen Plebans oder Geistlichen aneignen, Exk.); Leg. K. Würzburg 1281 c. 26, M. 24, 861 (Okkupation des Immobiliar- und Mobiliar-Vermögens erledigter Kirchen und verstorbener Geistlichen, Exk.); Trier 1310 c. 67, M. 25, 264 (ebenso); S. Pölten 1284, M. 24, 507 (Okkupation des Vermögens verstorbener Geistlicher durch Patrone und andere, Exk. ipso facto und Versagung der Sakramente gegen ihre Familiaren und Kolonen, welche länger als einen Monat in ihrem bisherigen Verhältniss bleiben, mit Ausnahme des Busssakramentes für Sterbende und der Taufe der Kinder); Salzburg 1281 c. 15, M. 24, 401 (für dasselbe Vergehen, exc. ipso iure und Lokalinterdikt über die Orte, an welche das okkupirte Gut gebracht ist); Aschaffenburg 1292 c. 25, p. 1093 (Okkupation der Pekulien verstorbener Geistlicher, exc. ipso facto); Grado 1296 c. 24, p. 1169 (Kleriker und Laien, welche bei der Vakanz von Kathedralen die Güter der Kirche und des verstorbenen Prälaten verkaufen oder okkupiren, generelle Exk.); Leg. K. Magdeburg 1315 c. 14, M. 23, 1164 (Patrone, welche das Spolienrecht nach dem Tode der Geistlichen gegen die Kirche ausüben, Verlust des Präsentationsrechtes illa vice und Bestrafung als invasores rerum ecclesiasticarum); Ravenna 1317 c. 1, M. 25, 600 (Kanoniker, Kleriker und Patrone, welche über die Einkünfte und Güter vakanter Kirchen verfügen, Verlust des Wahl-, bez. Präsentationsrechtes für den Vakanzfall); Nogaret 1315 c. 1, M. 25, 557 (weltliche Herren, welche sich erledigter Kirchen bemächtigen, exc. ipso

sowie des Regalien- und Vogteirechts über Kirchen [1],

die Anwendung von Zwang gegen die der Jurisdiktion der Kirche unterstehenden Personen zur Ansiedlung in einer neu gegründeten Ortschaft [2],

die nur partikularrechtlich bedrohte Errichtung von Kirchen [3] oder von Altären [4] ohne Genehmigung des Bischofs und ohne Benediktion des Grundsteins [5],

die Vergebung und Verleihung (Investitur) oder Okkupation von Kirchen und kirchlichen Ämtern durch Laien, welche seit dem 11. Jahrhundert durch die von Rom geleiteten, die päpstlichen, Legaten- und allgemeinen Synoden, später auch durch die Partikularkonzilien [6] unter Strafe gestellt worden ist, die gemeinrechtlich verbotene Belästigung der geistlichen Personen oder ihrer

facto und Unfähigkeit ihrer Söhne und der von ihnen empfohlenen Kandidaten, in dem betreffenden Vakanzfall die Kirchen zu erhalten); Avignon 1326 c. 24, p. 759 (exc. l. s.); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 225 (dasselbe).

1 Lyon 1274 c. 12, M. 22, 90 in c. 13 in VI de elect. I. 6 (exc. ipso facto).

2 Mailand 1287 c. 15, M. 24, 877 (exc. ipso facto, Interdikt ipso iure gegen Kommunen und auch Lokalinterdikt über die Besitzungen der Thäter).

3 Mainz 1233 c. 25, Mone, Zeitsch. f. Gesch. des Oberrheins 3, 137 und 1261 c. 14, M. 23, 1084 (Laien Exk., Kleriker und Regularen, susp. ab officio); Mailand 1287 c. 24, p. 879 (exc. ipso iure); Trier 1310 c. 62, M. 25, 264 (exc.) s. auch Bd. IV S. 319.

4 Lavaur 1368 c. 23, M. 26, 499 (exc. l. s.); vgl. auch c. 25 (Bd. IV S. 399 n. 8) Dist. I de consecr. (Priester Absetzung, Laien Exk.).

5 Mainz 1261 c. 14 cit. (Anm. 3).

6 Rom 853 c. 41, M. 14, 1016 (Laien, welche Priester aus fremden Diöcesen ohne Konsens ihres Bischofs anstellen, Exk.); Rom 1059 c. 5 (c. 20 C. XVI qu. 7, M. 19, 827, noch ohne Strafandrohung); Leg. K. Tours 1060 c. 8, M. 19, 928 (Vergebung von Oblationen, Zehnten, Almosen als Benefizien durch Laien, Anathem); ferner seit Beginn des Investiturstreites (abgesehen von Rom 1075, Bd. II S. 544 n. 1) Rom 1078 (Anathem, s. a. a. O. S. 548 n. 4) und in Ergänzung dazu die weitere römische Synode (Exk. für die die Benefizien annehmenden Kleriker, a. a. O. S. 548 n. 6, M. 20, 509, c. 13 C. XVI qu. 7); Leg. K. Poitiers 1078 c. 1, M. 20, 490 (Bd. II S. 579 n. 6, Laien, welche trotz des Investiturverbotes Kirchen gewaltsam zurückhalten, Exk. und Interdikt über die Kirchen); Rom 1080 c. 2 (Bd. II S. 549 n. 3, c. 12 §. 1 C. XVI qu. 1, M. 20, 517. 531, betreffend die Verleihung durch Kaiser, Fürsten und Laien) u. c. 1 ibid. (wiederholt aus Rom 1074, Bd. II. S. 543. 549 n. 2 u. o. S. 34 n. 3, betr. die Bestrafung der Geistlichen durch Entziehung der gratia b. Petri und Suspension der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte); die Bd. II S. 550 citirten päpstlichen Synoden, welche zum Theil auch die Absetzung androhen); Nismes 1096 c. 8, M. 20, 936; die a. a. O. S. 551 citirten Konzilien, s. auch c. 16—19 (Troyes 1107) C. XVI qu. 7; Vienne 1112, durch welches die Laien-Investitur für Häresie erklärt worden ist, Bd. II S. 556; Rheims 1119 c. 2, a. a. O. S. 557 n. 8; Leg. K. London 1125 c. 4, M. 21, 331 (Verbot des Empfanges von Kirchenzehnten und Benefizien aus der Hand von Laien für alle Geistlichen, canonica ultio, wiederholt auf dem General-K. London 1127 c. 11, p. 358, vgl. auch c. 1 ibid., S. 34 n. 2); Leg. K. Rouen 1128 c. 3, M. 21, 376 (Verbot an Äbte und Mönche, Kirchen und Zehnten aus der Hand von Laien anzunehmen, ohne Strafandrohung); päpstliche Konzilien Clermont 1130 c. 6 u. Rheims 1131 c. 7, M. 21, 439. 459 (Rückgabe der Kirchen durch die Laien an die Bischöfe, sonst Exk.); Leg. K. London 1138 c. 5, p. 512 (keine Benefizien aus der Hand von Laien, ohne Strafandrohung); allgem. II. Lateran-K. 1139 c. 10, p. 528 (Wiederholung von Clermont u. Rheims cit.), c. 25, p. 532 (Verlust des durch die Laien-Investitur erworbenen Benefiziums); Lateran. III. 1179 c. 14, M. 22, 226 (c. 4 X de iurepatr. III. 38, Annahme von Kirchen aus Laienhand, Exk., event. Absetzung); Leg. K. Dioklea 1199 c. 8, p. 703 (Geben und Annehmen von Benefizien aus Laienhand, Geber und Annehmer Exk.); Lucca 1253, M. 23, 822 (kein Benefizium aus Laienhand; Verlust desselben); Lambeth 1261, p. 1063. 1064 (Intrusion in Benefizien durch Laien, Exk. und öffentliche Verkündung derselben, bei Hartnäckigkeit Entziehung der Benefizien in den anderen Diöcesen durch die betreffenden Bischöfe, nach Ablauf eines Jahres Unfähigkeit, in der erzbischöflichen Provinz ein Benefizium zu erhalten, der Laienprokurator Exk. und öffentliche Verkündung derselben, ebenso des die Handlungen des letzteren billigenden Herren und der fautores et cooperatores intrusoris, endlich auch Interdikt über die Länder derjenigen, welche Kleriker intrudiren, und wenn es der König ist, nach Mahnung durch den betheiligten Diöcesanbischof Interdikt über die königlichen Besitzungen in der Diöcese); Leg. K. Bremen 1266, p. 1159. 1160 (Laien, welche durch Innehaltung von Pfarrkirchen die Besetzung derselben seitens der Kirchenoberen hindern, Exk.); Leg. K. Würzburg 1287 c. 21, M. 24, 858 (Annahme und Innehaltung von kirchlichen Benefizien durch Laien, exc. ipso facto); Tarragona 1329 c. 76, M. 25, 870 (Innehaltung von Kirchen durch Laien, exc. l. s.); Benevent 1378 c. 30, M. 26, 633 (Okkupation von Kirchen und kirchlichen Ämtern, exc. l. s.).

Kirchen, Klöster und Benefizien wegen nicht erfolgter Berücksichtigung der empfohlenen Kandidaten bei Wahlen [1], verschiedene Missbräuche der Patrone, von denen einzelne durch das gemeine Recht [2], andere nur partikularrechtlich [3] seit dem Verlaufe des 13. Jahrhunderts mit Strafe belegt worden sind [4],

die partikularrechtlich bedrohte Übernahme des Amtes als Kirchenpfleger ohne Zustimmung des kirchlichen Oberen [5],

die gemeinrechtlich verbotene Verletzung der Vorschriften über die Beobachtung des Konklaves seitens der weltlichen Obrigkeiten [6] und die Wahl eines Mächtigen (Kaisers, Königs u. s. w.) zum senator urbis ohne päpstliche Erlaubniss [7],

die nur partikularrechtlich bedrohte Gestattung des Zutritts von Laien zu Prälatenwahlen [8], die Eingehung von Vereinigungen und Verschwörungen, sowie die Erregung von Tumulten zur Verhinderung der Wiederbesetzung erledigter Dignitäten und anderer kirchlicher Stellen mit geeig-

[1] Lyon II. 1274 c. 11, M. 24, 89 in c. 12 in VI. de elect. I. 6 (Exk. ipso iure); Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 (ausser der Exk. l. s. noch für Kleriker und Mönche privatio aller ihrer Benefizien, Priorate und Verwaltungen ipso iure u. Inhabilität für solche, für Laien Lokalinterdikt über ihre Familien und Unfähigkeit ihrer Nachkommenschaft zur Erlangung kirchlicher Benefizien bis zum 4. Grade, Strafen, deren Aufhebung dem Papste vorbehalten ist. Partikularrechtlich: Grado 1296 c. 25 (eidliche Verpflichtung der Kleriker und Laien in Betreff der Wahlen für vakante Kirchen, Anathem).

[2] Lateran. III. 1179 c. 14, M. 22, 226 in c. 4 X de iurepatr. III. 38 (willkürliche Einsetzung und Entfernung der Geistlichen, Exk., s. dazu auch Leg. K. London 1125 c. 9, M. 21, 332 und S. 216 n. 6 u. 7); vgl. ferner Leg. K. Wien 1267 c. 11, M. 23, 1173 (eigenmächtige Bestellung durch den Laienpatron, Verlust des Patronatrechts ipso iure, den geistlichen Patron susp. ipso facto, die erstgedachte Strafe auch für Veräusserung der Dotation der Pfarrkirche durch jeden Patron); Avignon 1326 c. 30, M. 25, 761 (eigenmächtige Kollation durch den Patron, Verlust des Präsentationsrechtes für den Vakanzfall ipso facto); Aschaffenburg 1292 c. 8, M. 24, 1085 (Patrone, welche, trotzdem dass der Kirchenobere wegen missbräuchlichen Eindringens des Präsentirten in die Stelle die letztere zu besetzen hat, eigenmächtig über das Benefizium verfügen, Verlust des Patronatrechts ipso facto, Johanniter, Templer und andere Regularen Verlust der betreffenden und anderer ihnen zustehender Kirchen).

[3] Fritzlar 1243 c. 5, M. 23, 727 (Vorbehalt eines Theils der kirchlichen Einkünfte durch den Patron bei Präsentation des Geistlichen, letzterer susp. ipso iure und Verlust des betreffenden Benefiziums, Patron censura ecclesiastica, und bei Hartnäckigkeit Verlust des Präsentationsrechtes); Mainz 1261 c. 24, p. 1090 (für dasselbe Vergehen Verlust des Präsentationsrechts für den nächsten Vakanzfall); ibid. c. 47. p. 1101 (Vergebung der Kirchen an Mönche, Verlust des Patronatsrechts ipso iure für immer); Chateau Gontier 1231 c. 15, p. 236 (Präsentation von illiterati durch Laien und geistliche Patrone, Verlust des Präsentationsrechtes illa vice); Auch 1300 c. 6, M. 25. 24 (Präsentation gegen Geld und Präsentation unfähiger Kandidaten, Verlust des Präsentationsrechtes illa vice, ausserdem für Laien exc. ipso facto, für Kleriker und Mönche interdictio ingressus ecclesiae ipso facto, für die Präsentirten im Fall des Wissens von der unerlaubten Präsentation Inhabilität für kirchliche Ämter ipso facto, für den instituirenden Prälaten, welcher ohne Untersuchung anstellt oder die erwähnten Strafen nicht publiciren lässt, susp. a conferendis beneficiis auf eine vom Ordinarius arbiträr zu bestimmende Zeit); Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, p. 709 (Intrusion von Kindern und anderen unfähigen Kandidaten durch die Patrone, exc. ipso facto und namentliche Verkündung derselben, intrusi Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf zwei Jahre ipso iure, Prälaten, welche derartige Übergriffe dulden oder gar solche Kandidaten instituiren, susp. a collatione beneficiorum auf 6 Monate); Leg. K. Würzburg 1287 c. 12, M. 24, 855 (Behalten der Patronatskirche durch die Patrone und Hinderung der Besetzung durch den Ordinarius, exc. ipso facto und Verlust des Präsentationsrechtes illa vice); Leg. K. Ofen 1279 c. 51, p. 294 (Änderung der Einrichtungen und Ämter der Patronatskirche, wegen der Strafen s. S. 216 n. 6); vgl. ferner Wien 1267 c. 11 cit., s. vor. Anm.

[4] In der früheren, namentlich in der karolingischen Zeit ist dies noch nicht geschehen. Von den Bd II S. 624 n. 1 citirten Stellen enthält blos Worms 829 c. 1, Bor. Kr. 2, 12, eine und zwar eine weltliche Strafandrohung.

[5] Leg. K. Würzburg 1287 c. 35, M. 24, 863 (exc. ipso facto).

[6] Bd. I S. 268 n. 2.

[7] c. 17 (Nicol. IV. 1278) in VI de elect. I. 6 (päpstlich reservirte Exk.).

[8] Bergamo 1311 c. 17, M. 25, 493 (Wähler, welche die Laien zulassen, Suspension vom Wahlrecht für den Vakanzfall, Laien, welche sich einmischen, exc. ipso facto).

neten Kandidaten [1],

die eigenmächtige Schliessung von Kirchen durch Laien [2],

die schon oben S. 178. 180 besprochene Tödtung, Gefangenhaltng [3], percussio, Vergewaltigung [4] und Injuriirung von Geistlichen, insbesondere auch die Vertreibung eines Bischofs aus seiner Bischofsstadt [5],

die Beeinträchtigung des Kirchenguts und des Vermögens der Geistlichen durch Diebstahl, Raub, Plünderung, Hehlerei und Brandstiftung [6], ja vereinzelt sogar auch blos die Herbeiführung der Gefahr einer solchen Beeinträchtigung durch an sich erlaubte Geschäfte [7],

die hartnäckige Verweigerung der Leistung der schuldigen Kirchenzehnten und kirchlichen Abgaben, welche nicht nur in der karolingischen Gesetzgebung [8], später auch in den päpstlichen und den Legatenkonzilien [9] sowie in den Partikularsynoden [10] als kirchliches Vergehen erscheint, sondern auch durch Auf-

[1] Leg. K. Bourges 1276 c. 1, M. 24, 168 (exc. ipso facto, Laien ausserdem Interdikt über ihre Familien, dauernder Ausschluss der Descendenten bis zum 4. Grad von allen Dignitäten und anderen Kirchenstellen in der Diöcese des delictum commissum, Kleriker und Mönche Verlust aller Privilegien und aller kirchlichen Ämter ipso facto, sowie Unfähigkeit, solche wieder zu erhalten; Auch 1300 c. 1, M. 85, 82 (offene oder geheime Hinderung von Wahlen zu Kirchenstellen oder der Wiederbesetzung derselben, Strafen wie S. 219 n. 1).

[2] Grado 1298 c. 24, M. 24, 1169 (generelle Exk.).

[3] S. noch Mailand 1287 c. 8, M. 24, 874 (weltliche Herren und Vorsteher von Ortschaften, welche die eidliche Versicherung, dass sie keine Geistlichen gefangen halten und nicht den Kirchen entzogene Sachen im Besitz haben oder den letzteren nicht dolos aufgegeben haben, verweigern, exc. ipso facto); Leg. K. Valladolid 1322 c. 1, M. 25, 697 (diejenigen, welche die zu den Provinzial- und Diöcesan-Synoden reisenden oder von denselben zurückreisenden Geistlichen gefangennehmen oder sonst belästigen, exc. ipso facto).

[4] Leg. K. Valladolid 1322 c. 7, M. 25, 703 (diejenigen, welche Geistliche der höheren Weihen zwingen, sich Konkubinen zu halten, exc. ipso facto, Kommunen Interdikt l. s., s. auch Bd. I S. 156 n. 9); Noyon 1344 c. 13, M. 26, 10 (weltliche Herren, welche Geistliche scheeren und in weltliche Kleider stecken lassen, exc. l. s.); Angers 1365 c. 25, p. 438 (Zwang zu ungewohnten Eiden exc. und interdictnm l. s).

[5] c. 22 (Alex. II. 1062, J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (s. o. S. 47 n. 3 u. S. 181 n. 1); Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 463 (für Kommunen und ihre Territorien Interdikt ipso facto, für die betheiligten Rektoren, Grossen, ihre Rathgeber, deren Söhne und Enkel Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien, für diejenigen, welche zu dem gedachten Zweck eine Vereinigung oder Verschwörung eingegangen sind, exc. ipso iure, für Kleriker ausserdem privatio beneficiorum ipso facto, für Kommunen, welche den vertriebenen Bischof nicht aufnehmen und ihn an der Ausübung seiner Jurisdiktion über seine Diöcesanen hindern, Interdikt, und für die Mitbischöfe und den Klerus, welche sich weigern, den vertriebenen Bischof zu unterhalten, für den letzteren exc. ipso facto, für die ersteren Strafe durch das Provinzialkonzil), vgl. weiter Bergamo 1311 c. 12. 27. 28, p. 481. 505; Aquileja 1339. p. 1115.

[6] S. 187 ff.

[7] Toledo 1339 c. 1, M. 25, 1145 (An- und Verkauf von Gütern in den dem dominium temporale der Kirche unterliegenden Orten durch Nichtvasallen der Kirche, exc. l. s.).

Aus früherer Zeit gehört auch in diesen Zusammenhang das päpstliche K. Pavia 1022 c. 5, LL. 2, 562 (Sklaven der Kirche, welche etwas durch Freie und auf den Namen derselben kaufen oder erwerben, Prügel und Einsperrung, bis der Kirche die über die Geschäfte ausgestellten Urkunden ausgeliefert werden).

[8] Cap. 787/813 c. 3. 4, Bor. 1, 186, S. 36 n. 9; Mantuan. II. 787 c. 8, ibid. p. 197, s. a. a. O.; Haito v. Basel 807—23 cap. eccl. c. 15 (Bestreitung des Rechts des Bischofs auf ein Viertel des Zehnts durch Geistliche oder Laien, Exk. u. Bestrafung durch die Synode); Meaux-Epernay 845—46 c. 62, bez. 63, M. 14, 833; LL. 1, 392 (Verweigerung der nonae et decimae und Unterlassung der Reparatur der Kirchen, Exk., event. weltlicher Zwang); Rouen saec. 9 c. 3, Bruns I. 2, 269 (c. 5 C. XVI qu. 7, S. 11 n. 2); Pavia 850 c. 17, Bor. Kr. 2, 221, S. 16 n. 11; Mainz 852 c. 3, Bor. Kr. 2, 183, S. 11 n. 2; Valence 855 c. 10, M. 15, 9 (Zurückhaltung der nonae et decimae als Sakrileg mit Exk. bedroht); Mainz 888 c. 17, M. 18, 68, S. 11 n. 2; Ravenna 898 c. 1, Bor. Kr. 2, 124 (Exk.); Troslé 909 c. 6, M. 18, 279 (Einschärfung der früheren Kapitularien); Hohenaltheim 916 c. 18, LL. 2, 557, S. 11 n. 2.

[9] Rom 1059 c. 5, M. 19, 898 (Zurückhaltung der Zehnten, Primitien, Oblationen, Exk.); Rom 1063 c. 5, p. 1025 (dasselbe auch in c. 6 §. 2 Dist. XXXII); London 1138 c. 16, M. 21, 513 (Verweigerung der Zehnten und Primitien, Exk.); aus späterer Zeit Bourges 1276 c. 8, M. 24, 173 (hartnäckige Verweigerung des Zehnten auf Grund der Verjährung, Exk.).

[10] London 1175 c. 13, M. 22, 150 (Unterlassung der Leistung der Zehnten de grano, de vino, de fructibus arborum, de foetibus animalium, de

nahme einzelner dasselbe betreffender Bestimmungen in das Dekret[1] und die Dekretalensammlungen[2] gemeinrechtliche Bedeutung erhalten hat, der Besitz und die Annahme von Kirchenzehnten (auch von Oblationen) durch Laien, sowie die Verfügung über dieselben zu Gunsten der letzteren durch solche oder auch durch Geistliche, Vergehen, welche ebenfalls als gemeinrechtliche zu bezeichnen sind[3],

lana, de butyro et caseo, de lino et canape et de reliquis quae annuatim presolvuntur auf 3 malige Mahnung, Anathem); Rouen 1190 c. 23, p. 585 (fast wörtlich wiederholt); London 1200 c. 9, p. 718 (Bezugnahme auf Rouen); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 31, p. 1117 (Exk. nach 3 maliger Mahnung); schott. Konz. 1225 c. 43. 44, p. 1232. 1233 (Hinderung der Geistlichen, die Zehnten einzusammeln, gewohnheitswidrige Nichteinbringung derselben in die Scheunen u. Hinwerfen derselben auf die Äcker, Exk.); Worcester 1229 c. 15. 20, M. 23, 180. 182. 184 (Abziehen von Abgaben und von Schnitterlohn vor der Auszehntung, Exk.; Zehntung in Abwesenheit des Pfarrers oder seines Beauftragten, censura ecclesiastica, sowie Nichtduldung der Zehntung von Heu, Untersagung aller Sakramente für die Familie mit Ausnahme der Kindertaufe u. der Busse bei Todesgefahr); London 1343 c. 4, M. 25, 1172 (für die gedachten und ähnliche Missbräuche, exc. l. s.); York 1367 c. 5, M. 26, 465 (ebenso); Trier 1310 c. 24, M. 25, 256 (Leistung der Zehnten in den Häusern und unter Abzug der auf die zu zehntenden Sachen verwendeten Kosten, Exk.); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (Verweigerung der Zehnten nach 3 maliger Mahnung, Exk.); Cicester 1246, p. 710. 714 (öffentlich wiederholte Exk.); York 1250, p. 792 (nach 3 maliger Mahnung suspensio ab ingressu ecclesiae, dann censura ecclesiastica, ebenso auch Merton 1305 c. 1, M. 25, 7); Salisbury 1255, M. 24, 914 (ebenso); Marseille 1263, p. 1114 (öffentliche Exk.); Grado 1296 c. 11, p. 1167 (exc. ipso facto); Benevent 1331 und 1378 c. 43, M. 25, 959 und M. 26, 642 (ebenso); Pennafiel 1302 c. 7, M. 25, 103 (exc. und Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss selbst bei nicht namentlicher Exk.); Leg. K. Wien 1267 c. 7, p. 1172 (bei Nichtleistung des Zehnten, einschliesslich des Novalzehnten, interdictio ingressus ecclesiae ipso facto); Embrun 1275—86 c. 4, p. 1184 (Verweigerung des Zehnten während eines Interdikts oder einer Exkommunikation, exc. ipso facto); L'Isle-Arles 1288 c. 15, M. 24, 962 (Wegbringen des ungezehnteten Getreides aus der Parochie und Verweigerung der Verzehntung, exc. ipso facto); Benevent 1331 c. 44, M. 25, 959 (nicht rechtzeitige Entrichtung der Zehnten, exc. l. s.).

Bordeaux 1255 c. 25, M. 23, 864 (Verweigerung der schuldigen Prokurationen, Oblationen und Pfarrabgaben, Entziehung des kirchlichen Begräbnisses); Exeter 1287 c. 52, M. 24, 835 (hartnäckige Verweigerung der Mortuarien, Verkündung der Exk.).

Münster 1279 c. 21, M. 24, 320 (hartnäckige Zurückhaltung der von kirchlichem Gut zu leistenden Pensionen durch Geistliche u. Laien, Verlust des Rechts an den mit der Pension belasteten Kirchengütern). — Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806 (pactionarii ecclesiae, also solche, welche kraft eines pactum Abgaben, offenbar für geliehene Güter, an dieselbe zu zahlen haben und diese nicht entrichten, Exk. und öffentliche Verkündung derselben).

[1] Ausser c. 66 (Augustin ?) C. XVI qu. 1 s. c. 6 (cap. inc.) C. XVI qu. 7; c. 1 §. 1 (Rom 1078) l. c. u. dictum Gratiani zu c. 1 C. XIII qu. 1 P. II §. 1, in denen sich freilich keine Strafandrohungen finden, vgl. auch noch die S. 220 n. 8 u. 9 citirten Stellen.

[2] c. 1 (Hieronym.) X de decim. III. 30 (ohne Strafandrohung); c. 3. 4 (Alex. III.) X. eod. (censura ecclesiastica für Verweigerung der Zehnten von Mühlen, Fischfang, Heu, Wolle, Bienen und Früchten aller Art); c. 21 (Clem. III.) eod. (dasselbe); s. auch c. 1 (Gregor. IX.) in VI de decim. III. 13 (ohne Strafandrohung).

[3] Rom 1078 c. 6, M. 20, 510 in c. 1 C. XVI qu. 7 (Laien, welche die ihnen von Bischöfen, Königen oder sonst übertragenen Zehnten behalten und nicht der Kirche zurückstellen, crimen sacrilegii und ewige Verdammniss); c. 3 (inc., aber ebenfalls dem 11. Jahrhundert angehörig) C. cit. und c. 13 C. I. qu. 3 (Bischöfe, die Zehnten an Laien vergeben, gleich Ketzern und Simonisten ewige Verdammniss, ebenso für die Laien); c. 39 (nach Melfi 1089 c. 6?) C. XVI qu. 7 (canonica ultio für Mönche, welche Zehnten von Laien annehmen); allgemeines II. Lateran-Konz. 1139 c. 10, M. 21, 532 (Wiederholung von Rom 1078 cit.); päpstliche Synoden vom Rheims 1148 c. 8, p. 716 (dasselbe) und von Tours 1163 c. 3. M. 21, 1177 in c. 17 X de decim. III. 30 (Verleihung von Zehnten und Oblationen an Laien durch Prälaten, Absetzung der letzteren); allgemeines III. Lateran-K. 1179 c. 14, M. 22, 226 in c. 19 X de decim. III. 30 (Übertragung der von Laien zu Unrecht besessenen Zehnten durch diese an andere Laien, für die Annehmenden Verlust des kirchlichen Begräbnisses, s. auch Alexander III. in c. 7 i. f. X de praescript. II. 26 und c. 17 X de decim. cit., wo Verzicht auf den seitens eines Abtes einem Laien verliehenen Zehnten bei Strafe der Exk. verlangt wird).

Vgl. ferner Bordeaux 1254 c. 13. 14, M. 23, 860 (Nichtrestitution widerrechtlich besessener Zehnten durch Laien, Suspension von einzelnen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten für den Schuldigen und seine Familienglieder, S. 15 n. 8; Kleriker, welche zustimmen, öffentlich zu verkündende Exk.), c. 16 ibid. (Verkauf, Kauf und Verpfändung kirchlicher Zehnten durch Laien, Exk.) ibid. c. 21 (Laien und Geistliche, welche ausser den hergebrachten Zehnten noch Novalzehnten erheben, Exk.); Köln 1266 c. 5, p. 1137 (Usurpation und Detention von Zehnten, einschliesslich der Novalzehnten, wiederholte öffentliche Verkündung der Exkommunikation);

die nur partikularrechtlich unter Strafe gestellte Beeinträchtigung der Kirchen in Betreff der Zehnten[1] oder in Betreff der Verfügung über dieselben[2], die unberechtigte Erhebung von Zehnten durch Laien und Geistliche[3], sowie die Schädigung der Kirchen durch Hinderung der Leistung der schuldigen und üblichen Oblationen[4],

das Verlangen der Ausrichtung von Gastmählern oder der Gewährung von Getränken und ähnlicher Reichnisse von Äbten, Pfarrern und deren Vikaren seitens der Laien bei gewissen Gelegenheiten[5],

die hartnäckige Verweigerung der schuldigen Lehnsdienste und Abgaben seitens der kirchlichen Vasallen[6],

die Nachlässigkeit der Kirchenvögte in Betreff der Vertheidigung der Rechte der Kirchen und der Geistlichen derselben[7],

das Einsammeln von Geld durch Laien mit Kelchen ohne bischöfliche Genehmigung[8], und

die Verwaltung von Hospitälern durch nicht Tonsurirte und verheirathete Laien, welche nicht Residenz halten[9].

Abgesehen von diesen Vergehen ist schon in der karolingischen Zeit die Missachtung der kirchlichen Autorität und der kirchlichen Gebote und Anordnungen aller Art, insbesondere die Auflehnung gegen die letzteren[10], die Missachtung

Leg. K. Wien 1267 c. 7, p. 1172 (Usurpation von Zehnten durch Laien interdictio ingressus ecclesiae ipso facto); Münster 1279 c. 20, M. 24, 320 (Usurpation von Novalzehnten durch Laien, exc. ipso facto); Tours 1282 c. 12, p. 472 (ebenso, öffentliche generelle Exk.); Bourges 1286 c. 25, p. 638 (eigenmächtiges Vergeben von Zehnten durch Laien und Geistliche an Mönche und Annahme derselben, exc. ipso facto); Saumur 1294 c. 5, p. 1124 (Okkupation von Zehnten, exc. l. s.); Nogaret 1303 c. 10, M. 25, 114 (detentores decimarum ante restitutionem mit Frauen und Kindern vom kirchlichen Begräbniss ausgeschlossen, bei Begräbniss derselben Interdikt über den Ort desselben, ferner für sie und ihre Descendenten bis zum 4. Grad Unfähigkeit zum Klerikalstand und zu kirchlichen Benefizien, für den solche übertragenden Ordinarius susp. a collatione beneficiorum); Marciac 1326 c. 28. 31 ff., p. 786 (ebenso); Lambeth c. 10 (öffentliche generelle Exk. der detentores decimarum); Benevent 1331 und 1378 c. 44, M. 25, 959 und 26, 642 (Okkupation von Zehnten, exc. ipso facto).

London 1343 c. 6, M. 25, 1174 (Wegnahme von Oblationen und Verfügung darüber, exc. l. s.).

[1] Aschaffenburg 1292 c. 26, M. 24, 1094 (Betrügen von Pfarrkirchen um ihre Zehnten, exc. ipso facto, Kleriker ausserdem Verlust aller ihrer Benefizien und Unfähigkeit, solche zu erlangen, Laien Unfähigkeit ihrer Descendenten bis zum 4. Grade dazu); Tarragona 1298? c. 11, p. 1111 (Exk. für Erschwerung der Erhebung der Zehnten).

[2] Schottisches Konz. 1225 c. 77, M. 22, 1244 (Lehnsherren, welche in eigennützigem Interesse ihre Leute hindern, den Pfarrern den Zehnten abzukaufen, Exk.); Durham 1275 c. 1, M. 24, 155 (jede Hinderung des Zehntgenusses durch Patrone oder Laien, exc. ipso facto); Rouen 1335 c. 6, M. 25, 1046 (ebenso); Tarragona 1332 c. 5, p. 938 (Hinderung der Zehntberechtigten durch weltliche Herren, Scheunen und Keller zur Aufbewahrung der Zehnten zu miethen, kaufen oder zu benutzen, Exk.).

[3] Bordeaux 1224 c. 18, M. 23, 861 (Laien, welche als Zehntherren Zehnten von den sanctuariis der Kirchen, d. h. von den dorthin gegebenen Opfern und Oblationen annehmen, Exk.).

[4] Exeter 1287 c. 12, M. 24, 802 (Exk.); Trier 1310 c. 60, M. 25, 263 (weltliche Verbote, Zehnten, Primitien, Oblationen u. s. w. zu entrichten, exc. ipso facto); Avignon 1326 c. 35. 36; M. 25, 763 (exc. l. s.); Chateau Gontier 1336 c. 8, p. 1075 (Hinderung der Entrichtung der schuldigen Oblationen, exc. l. s.).

[5] Tarragona 1298? c. 11, M. 24, 1111 (Exk.); Tarragona 1329 c. 44. 50, M. 25, 856 (ebenso); Trier 1310 c. 65, p. 265 (Auferlegung derartiger Verpflichtungen durch Laien, exc. ipso facto).

[6] Rouen 1299, M. 24, 1227 (exc. ipso facto und feierliche wiederholte Verkündung derselben, eventuell auch Verlust der Lehne).

[7] Leg. K. Würzburg 1287 c. 22, M. 24, 858 (Verlust des Advokatierechtes ipso facto, bei Beraubung der Kirche auch exc. l. s.).

[8] Also als angebliche Quästuarier Trier 1310 c. 53, M. 25, 262 (Exk.).

[9] Ravenna 1311 c. 25, M. 25, 163 (Unfähigkeit zu den Weihen und zu kirchlichen Benefizien).

[10] Lauriac 843 c. 1, M. 14, 797: „Si quis publicus divinae legis praevaricator vel pro manifestis criminibus erga ecclesiastica iusta et rationabilia iudicia contemptor repertus fuerit vel inflatus ac tumidus monitis ecclesiasticis ac ss. patrum constitutionibus contradictor vel subsannator comprobatus fuerit, si monitis episcopalibus obtemperare distulerit, anathematizetur“;

der Kanones[1] und der päpstlichen Dekretalen[2], der Autorität der Kirchenoberen[3], namentlich der Bischöfe[4] und vor allem der römischen Kirche[5] und des Papstes[6] sowohl seitens der Geistlichen als auch der Laien als kirchliches Strafvergehen behandelt worden. Wenn gerade seit der späteren karolingischen Zeit zugleich die Anschauung von einer bischöflichen Banngewalt, also einem Recht bei Strafe gewisse Handlungen zu gebieten und zu verbieten, hervorgetreten, und später auch das gleiche Recht der Synoden und des Papstes als *bannus* bezeichnet worden ist[7], so waltet doch, obgleich sich die besprochenen Anordnungen damit insofern berühren, als sie, eben so wie das Bannrecht, auf dem germanischen Rechtsgedanken beruhen, dass jede Verletzung des geltenden und bestehenden Rechtszustandes ein Unrecht bildet[8], der Unterschied ob, dass die erwähnten Vorschriften eine solche allgemein und im Voraus als kirchliches Strafvergehen qualifiziren, während kraft der Banngewalt nur immer konkrete, mehr oder minder genau bezeichnete Handlungen unter Strafe gestellt wurden, und es dazu stets einer ausdrücklichen Erklärung und Anordnung des Inhabers der Banngewalt bedurfte. Aus dem Umstande, dass derartige allgemeine Strafandrohungen, wie die angeführten, unter welche im Grunde alle einzelnen kirchlichen Strafvergehen begriffen werden konnten, gerade wegen ihrer Allgemeinheit, insbesondere bei der Schwäche der päpstlichen Gewalt seit Ende des 9. Jahrhunderts und bei der ebenfalls eine energische Machtentfaltung der bischöflichen Strafbefugnisse hindernden Zerrüttung der Verhältnisse während des Zerfalls des karolingischen Reiches wirkungslos bleiben mussten, erklärt es sich, dass die Päpste, wie vereinzelt schon vor der karolingischen Zeit[9], so auch vielfach seit derselben die Beachtung ihrer Privilegien, Anordnungen und Entscheidungen noch besonders unter Strafe gestellt[10], und damit für jeden einzelnen Fall der Verletzung derselben spezielle Delikte geschaffen haben[11], nicht minder, dass ihnen darin auch die Bischöfe und Synoden gefolgt sind[12].

c. 4: „Quicumque superbiae facibus accensi vel protervia stomachati haec quae pro s. matris tranquillitate sacerdotalique rigore et regia dignitate a nobis unanimiter definita manibusque propriis roborata sunt, violare aut quolibet argumento irrumpere tentaverint, placet eos anathematizari"; syn. Pistens. 862 c. 4, LL. 1, 482 (Verachtung der kirchlichen Autorität, Exk.); Valence 855 c. 13, M. 15, 13 (contemptores et rebelles adversus ecclesiam et sacerdotalem auctoritatem, Busse oder Exk.).

[1] Karol. M. cap. 769 c. 5, Bor. 1, 45 (Missachtung der canones durch Geistliche, Absetzung); admon. gen. 789 c. 60, p. 57 (Auflehnung der Bischöfe gegen die canones der allgemeinen Konzilien, Anathem).

[2] Admon. 789 cit. c. 58 (Auflehnung der sacerdotes gegen die constituta decretalia, bei Hartnäckigkeit, Absetzung); stat. Rhispac. 799. 800 c. 12, Bor. 1, 227 (ebenso, zugleich auch Absetzung des Bischofs, welcher deswegen deponirte Geistliche aufnimmt, und Bedrohung der Laien).

[3] Mainz 847 c. 5, Bor. Kr. 2, 177 (coniurationes, conspirationes rebellionis et repugnantiae contra ecclesiasticas dignitates, Exk.).

[4] Verschwörungen der Kleriker und Mönche gegen die Bischöfe Worms 868 c. 74, M. 15, 88 (nach Chalced. 451 c. 18, in c. 21 u. 23. 24 C. XI qu. 1); s. auch S. 222 n. 10.

[5] Rom 871—78 c. 1, Maassen S. 10 (perturbatio der römischen Kirche, Exk.).

[6] Rom 863 c. 6, M. 15, 652 in c. 18 C. XXV qu. 2 (Missachtung der dogmata, interdicta, sanctiones vel decreta pro catholica fide, pro ecclesiastica disciplina, pro correctione fidelium, pro emendatione sceleratorum vel interdictione imminentium vel futurorum malorum a sedis apostolicae praeside promulgata, Anathem). Vgl. ferner auch S. 45 n. 1.

[7] S. unten §. 279.

[8] R. Löning, d. Vertragsbuch. Strassburg 1876. 1, 541. 567. 580 ff.

[9] Vgl. S. 43 n. 6.

[10] S. das Privileg. Zacharias' für Fulda 751, Jaffé monum. Mogunt. p. 228 (dazu Hartung, diplomat. histor. Forschungen Gotha 1879 S. 195 ff.; Hahn Bonifaz u. Lul. Leipzig 1883 S. 266 n. 4; Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 1, 535 n. 3), hier das Anathem, was dann sehr häufig vorkommt, s. S. 11 n. 2; S. 37 n. 6 u. 7 u. S. 43 n. 6; ferner wird auch der Verlust der geistlichen und weltlichen Würden, S. 43 n. 6; der Gnade des Papstes, S. 34 n. 3, Geldstrafe S. 37 n. 6. u. 7; ja in einem Schiedsspruch päpstlicher Delegaten auch die Infamie, S. 42 n. 1 angedroht.

[11] Allerdings haben sie daneben auch gelegentlich auf den Satz, dass die Verachtung der Anordnungen der Päpste ein Vergehen sei, zurückgegriffen, so Gregor VII. 1077 s., welcher dasselbe als idolatria bezeichnet, S. 45 n. 1.

[12] S. §. 279.

Gratian hat einzelne jener allgemeinen Anordnungen in sein Dekret aufgenommen [1], und die Dekretalensammlung Gregors IX. weist ebenfalls ein Paar hierher gehörige allgemeine Aussprüche auf [2], während die Partikularkonzilien seit dem 13. Jahrhundert nur des speziellen Falles der Verschwörung und der Vereinigung gegen die geistliche Gewalt oder die kirchlichen Oberen seitens der Laien und der Kleriker erwähnen [3], und allgemein blos die Missachtung kirchlicher Anordnungen durch die letzteren und die Mönche unter Strafe stellen [4].

Eine Unterart des hier fraglichen Vergehensbegriffes bildet auch an und für sich die Nichtbeachtung der kirchlichen Strafen durch die von denselben betroffene Person und durch andere. Indessen ist die Strafbarkeit einzelner hierher gehöriger Fälle, insbesondere die des verbotenen Umganges mit den Exkommunicirten schon längst vor der Aufstellung des vorher besprochenen allgemeinen Vergehensbegriffes festgesetzt worden [5], und bei dem hervorragenden Interesse der Kirche an der Durchführung der von ihr verhängten Strafen hat die kirchliche allgemeine und partikuläre Gesetzgebung fort und fort zu diesem Zweck besondere Vorschriften erlassen, über welche bereits oben in der Lehre vom kirchlichen Strafensystem gehandelt worden ist (vgl. §. 267) [6].

Weiter gehört auch die Verletzung des Gottesfriedens hierher, und zwar stellt sich diese nicht blos als Ungehorsam gegen die Anordnungen der Kirche, sondern sogar als Auflehnung gegen das direkte, durch die letztere nur zur Verkündigung

[1] S. ausser den S. 223 n. 4 u. 6 citirten Stellen noch c. 11 (Pseudo-Isid.) C. XI qu. 3 (Ungehorsam von Klerikern, sowie Fürsten und Laien gegen die Bischöfe, Infamie und Exk.); c. 22 (id.) C. XI qu. 1 (Verschwörungen der Geistlichen und Laien gegen die Bischöfe, die gedachten Strafen, bei Geistlichen Absetzung), c. 32 (Ps.-Is.) C. XXIV qu. 1 S. 47 n. 3 (Störung des Friedens der Kirche, Verlust weltlicher Würden, Vornehme Vermögenskonfiskation, andere Prügel und Exil), während c. 35 (Orleans 534) ibid. nur von Verschwörungen der Geistlichen handelt.

[2] c. 2 (Ps. Gregor.) X de M. O. I. 33 (Zuwiderhandeln gegen Anordnung des Bischofs, Exk.); c. 4 (Ps.-Is.) X eod. (ohne Strafe).

[3] Schott. Konzil 1225 c. 46, M. 22, 1233 (conspiratores contra episcopos, exc. als scismatici et infames); Trier 1238 c. 37, M. 23, 484 (conspirationes quae fiunt per inspectationem ignis vel gladii, Kleriker susp., Laien Exk.); Cognac 1238 c. 2. M. 23, 487 (conspirationes et coniurationes contra ecclesiam vel ecclesiasticam personam, Exk.); Leg. K. Tarragona 1239 c. 10, p. 515 (conspirationes et colligationes illicitas facientes in clero et contra constitutos in clero, ebenso); Anse 1299, M. 24, 1223 (exc. ipso facto); Bergamo 1311 c. 12, M. 25, 487 (Verschwörungen und Verbindungen zur Verfolgung und Vertreibung des Bischofs aus der Stadt, Geistliche exc. ipso facto, privatio beneficiorum und Unfähigkeit zu Benefizien, Laien exc. ipso facto, Verlust des kirchlichen Begräbnisses und bei hartnäckigem Verharren in der Exk. interdictio ingressus ecclesiae für die Familie und die Familiaren, für Kommunen Interdikt und Verkündung aller dieser Strafen durch die ganze Provinz). — Leg. K. Avignon 1209 c. 19, M. 22, 792 (Kleriker conspirationes et coniurationes detestabiles, kanonische Strafe); Lerida Ende des 13. Jahrh., M. 23, 938 (Kleriker conspirationes contra maiorem, susp. ipso facto); Leg. K. Ofen 1279 c. 17, M. 24, 279 (coniurationes, conspirationes et colligationes intra personas ecclesiasticas, exc. ipso facto, privatio perpetua aut temporalis beneficiorum und andere arbiträre Strafen).

[4] Schottisches Konzil 1225 c. 47, M. 22, 1233 (Missachtung der rechtmässigen Befehle der Archidiakonen und Dekane durch Geistliche, susp. ab off., bei Hartnäckigkeit schwerere Strafe); Lerida Ende des 13. Jahrh. M. 23, 938 (doloses Verweigern der Annahme von Schreiben des Bischofs oder Erzbischofs, susp. ab off. ipso facto); Roffec 1258 c. 3, M. 23, 985 (Missachtung der Urtheile der Diöcesanbischöfe durch Mönche, Austreibung aus der Diöcese und censura ecclesiastica gegen ihre Ordensoberen, um sie dazu zu veranlassen); Leg. K. Wien 1267 c. 9, p. 1173 (Auflehnung der Welt- und Klostergeistlichen gegen die Korrektion durch ihre Prälaten und Anrufung der weltlichen Gewalt gegen die letzteren, Absetzung).

Theodor v. Utrecht 1209 M. 22, 807 (Ungehorsam der Kanoniker, susp. a benef., eventuell privatio beneficii); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I. c. 5, M. 22, 820 (Nichtleistung der debita obedientia durch Kleriker gegenüber dem Prälaten, speziell auch Nichtbeichten bei ihm susp. a benef., eventuell Exk.).

[5] Bd. IV S. 704. 801 und o. S. 3 ff.

[6] Vgl. auch S. 31 n. 3 a. E.; S. 42 n. 3; S. 47 n. 4 und S. 73 n. 10, s. auch §. 274.

gebrachte Gebot Gottes [1] dar. Auch bei diesem Vergehen, welches seit dem 12. Jahrhundert [2] als gemeinrechtliches erscheint und sowohl im Dekrete Gratians [3], wie auch in der Dekretalensammlung Gregors IX. [4] Berücksichtigung gefunden hat, handelt es sich um einen Gattungsbegriff, aber trotz der Bedrohung des Vergehens in seiner Allgemeinheit [5], und abgesehen davon, dass die dauernde Befriedung bestimmter Personen und Sachen (*pax*), seitdem sie mit dem Gottesfrieden im eigentlichen Sinne in Verbindung gebracht worden ist [6], stets durch besondere Strafvorschriften geschützt wird [7], werden daneben bestimmte einzelne, unter den allgemeinen Begriff fallende Strafthaten spezialisirt und besonders mit Strafe bedroht, so z. B. Mord und Tödtung [8], thätliche Angriffe auf nicht dauernd befriedete Personen [9], Bestreitung zweifelloser Schulden durch die Schuldner oder Bürgen [10], ja es wird selbst das Nichtbeschwören des Gottesfriedens [11] und die Verweigerung der Hülfe und Mitwirkung bei der Durchführung des letzteren und bei der Bestrafung der Verletzer desselben [12] ebenfalls als Gottesfriedensbruch unter Strafe gestellt. Ebenso verhält es sich mit der Verletzung der seit dem Ende des 12. und namentlich seit dem 13. Jahrhundert in Frankreich vorkommenden Friedensgebote und Friedensvereinigungen [13], welche gleichfalls von

[1] Kluckhohn, Gesch. des Götterfriedens. Leipzig 1857 S. 43; Huberti, Gottesfrieden u. Landfrieden. Ansbach 1892. 1, 275. 278. 282. 289.

[2] Lateran. I. 1123 c. 13, M. 21. 284 (für jeden Bruch des Gottesfriedens Exk.); wiederholt Lateran. II. 1139 c. 12, p. 529 unter Bezeichnung der befriedeten Zeiten und unter Bedrohung der Bischöfe, welche die Duchführung des Friedens unterlassen und sich dabei nicht gegenseitig unterstützen, mit Verlust ihres Amtes; ebenso Lateran. III. 1179 c. 21, M. 22, 229 in c. 1 X de treuga I. 34.

[3] c. 25 (Rom 1059 c. 15. 16, M. 19, 916) C. XXIV qu. 3, nach welchem die treuga, wie sie von den Bischöfen der einzelnen Provinzen festgesetzt ist, bei Strafe der Exk. beobachtet werden soll.

[4] c. 1. 2 X tit. cit. I. 34, freilich hier zu einer Zeit, als das Institut schon so gut wie abgestorben war. Kluckhohn S. 105 u. Huberti 1, 496, welche deshalb die Aufnahme der citirten Kapitel befremdend finden, haben übersehen, dass dieselben sich schon in der Compil. I als c. 1. 2. des entsprechenden Titels I. 24 finden, und dass auch die Comp. V. einen solchen (I. 17) mit Stellen über die Aufrichtung von Friedensvereinigungen, Potthast reg. n. 5337. 7731, aufweist. Die glossa ordin s. v. frangere zu c. 1 X I. 34, welche die Strafe für die Bischöfe, s. Anm. 2, für obsolet erklärt, hat allerdings keine Kenntniss mehr von dem Institut, wohl aber Bernhard v. Pavia, s. summa decret. I. 24, ed. Laspeyres p. 19.

[5] Welche fort und fort vorkommt, Gottesfriedensbrief v. 1041, M. 19, 593; Narbonne 1054 c. 4, p. 828 (Anathem) u. c. 26, S. 37 n. 3; Rom 1059 c. 16 cit. s. o. Anm. 3; Tulujas 1065, p. 1042 (doppelter Ersatz des verursachten Schadens); Lillebonne 1080 c. 1, M. 20, 555 (Strafe nach der geltenden Gewohnheit), Lütticher Gottesfriede 1081, Kluckhohn S. 64 n. 11 a. E., Kölner 1083 u. Mainzer 1085, LL. 2, 56; Troja 1093 c. 2, M. 20, 790 (sämmtlich Exk.); Clermont 1095 c. 1, p. 816 (keine besondere Strafe); Rheimser Statut Calixts II. 1119, S. 31 n. 3; Lateran. I. 1123 c. 13, s. o. Anm. 2; ferner gleichlautend: Clermont 1130 c. 8, M. 21, 439; Rheims 1131 c. 11, p. 460; Lateran. II. 1139 c. 12 u. Lateran. III. 1179 c. 21, s. a. a. O.; Auch 1140 c. 4, Bouquet rec. 14, 392 (Schadenersatz); Rheims 1157 c. 31, M. 21, 844 (Schadenersatz, sonst ultio canonica).

[6] Kluckhohn S. 52; Huberti 1, 294. 314. 315.

[7] Es gehören hierher Geistliche, Mönche, Nonnen, Pilger, Kaufleute, Landbebauer, Hirten, Frauen, Kirchgänger, Wallfahrer; Kirchen und ihre Umgebungen, falls sie nicht befestigt sind, Besitzungen der Geistlichkeit, Wohnungen der Landbauern, Haus- und Zugthiere, Heerden, Ölbäume und ihre Früchte, s. Narbonne 1054 c. 9. 10, M. 19, 829; Rom 1059 c. 15 (c. 25 C. XXIV qu. 3); Tulujas 1065, M. 19, 1045, S. 179 n. 10 u. S. 186 n. 5; Vich 1068, p. 1073; Clermont 1095 c. 1, M. 20, 816; Gottesfriede v. Clermont 1095 c. 4 ff., p. 912; Rouen 1096 c. 12, p. 923; c. 23 (Later. I. 1123 c. 17) C. XXIV qu. 3; Rheims 1131 c. 10, M. 21, 460; Lateran. II. 1139 c. 11, p. 529: Rheims 1148 c. 11, p. 716; Rheims 1157 c. 3, p. 844; Lateran. III. 1179 c. 22, M. 22, 229 (c. 2 X h. I. 34).

[8] S. 40 n. 3 u. S. 177 n. 2.

[9] S. 179 n. 9.

[10] Narbonne 1054 c. 8, M. 19, 829 (Exk. und Interdikt).

[11] Rouen 1096 c. 3. 4, M. 20, 923. 924 (für alle Personen über 12 Jahr, Anathem); S. Omer 1099 c. 5 p. 972 (für Herren von Städten, Burgen und Befestigungen, Anathem und Interdikt); Auch 1140 c. 3, Bouquet 14, 393 (für alle Personen über 7 Jahr, Exk. und Interdikt).

[12] Rouen 1096 c. 3. 4, s. vor. Anm.; vgl. weiter o. Anm. 2; Auch 1140 c. 1, Bouquet 14, 392 (Fürsten und Barone Exk. und Interdikt).

[13] Kluckhohn, S. 129 ff.; Huberti S. 504 ff.

der Geistlichkeit ausgehen und im Gegensatz zu der treuga dei im eigentlichen Sinne einen dauernden, immerwährenden, nicht auf bestimmte Zeiten beschränkten Frieden zu schaffen bezwecken [1]. —

Bisher ist absichtlich des Verbrechens des s. g. *sacrilegium* [2] nicht erwähnt [3]. Ebensowenig wie in der früheren Zeit hat die gedachte Bezeichnung in dieser Periode eine der Art feststehende Bedeutung erlangt, dass darunter ein einziges, in seinem Thatbestande gegen andere genau abgegränztes Vergehen bezeichnet würde, vielmehr wird der Ausdruck: *sacrilegium* fort und fort für eine ganze Reihe der verschiedenartigsten Strafthaten gebraucht, nämlich für die Simonie [4], für Angriffe auf das Leben, die Gesundheit und Freiheit der Geistlichen, sowie für die sonstige Injuriirung derselben [5], für Diebstahl und Raub von Kirchengut [6] und von Sachen der Geistlichen [7],

[1] Leg. K. Montpellier 1195 M. 22, 667 (für Verletzung des Friedens Exk., Lokalinterdikt und Entbindung der Unterthanen vom Treueid, für Nichtdurchführung seitens der Bischöfe Verlust des Amtes; daneben für Verletzung der dauernd befriedeten Personen, Geistlichen u. s. w. Exk.); Avignon 1209 c. 10. 16, M. 22, 791 (Exk., wo ebenfalls neben den Verletzern des Friedens die Räuber und Wegelagerer besonders genannt werden); Montpellier 1215 c. 41, p. 935 (öffentliche wiederholte Exk. der violatores pacis); Toulouse 1226 c. 29. 30, M. 23, 201 (Exk. und Güterkonfiskation, c. 34 auch die Rebellion der Vasallen gegen ihren Herrn als Friedensbruch behandelt); Beziers 1233 c. 26, p. 278 (öffentliche wiederholte Exk. der violatores et fractores pacis, raptores et conspiratores). Auch die eidliche Bestärkung dieser Friedensvereinigungen wird unter Androhung von Strafen gefordert, Avignon 1209 c. 10, M. 22, 789 (districtio ecclesiastica); Montpellier 1215 c. 32, p. 949 (censura ecclesiastica); Toulouse 1229 c. 28, p. 201 (Pflicht aller Personen über 14 Jahr zur Beschwörung des Friedens, censura ecclesiastica), Beziers 1233 c. 26 cit. (ebenso); Beziers 1246 c. 16 p. 695 (Erneuerung von Toulouse 1229 c. 28); Valence 1248 c. 2. 21, p. 771 (Erneuerung des Friedens alle drei Jahre, sonst Exk.).

Das Gesagte trifft endlich auch zu für den auf alle Zeiten des Jahres, freilich blos für die Dauer von 4 Jahren seitens Innocenz' IV. auf dem allgemeinen Konzil von Lyon 1245 c. 17, M. 23, 632 angeordneten Frieden, dessen Verletzung ebenfalls mit Exkommunikation und Interdikt bedroht wird.

[2] Nicht zugänglich ist mir gewesen: Jo. Sam. Frid. Boehmer praes., Theoph. Christophor. Teicher, de variis sacrilegii speciebus ex mente iuris canonici. Halae Magdeb. 1727.

[3] Wenn Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 71 unter Berufung auf „Regino II. 283 (Anaklet a. 103) 284 (Urban I. a. 227)" behauptet, dass Sakrileg nach älterem kanonischen Recht jede Beschädigung des Kirchenvermögens durch Diebstahl und Raub gewesen sei, so weiss er offenbar nicht, dass die von ihm als echt citirten Stellen pseudoisidorisch sind, also dem 9. Jahrh. angehören. In der That bezeichnen aber Augustin in c. 6 §. 4 C. XXVI qu. 1 das Betreiben magischer Künste und in c. 35 C. XXIII qu. 5 das Schisma, die Wiedertaufe und die Blasphemie, Ambrosius in c. 3 C. XVII qu. 4 den Widerruf von Schenkungen an die Kirche, Siricius in c. 50 C. XXVII qu. 2 die Einsegnung der Ehe mit der ihrem früheren Bräutigam untreuen Braut, Gregor I. in c. 4 C. XVII qu. 4 die Zurückhaltung von Vermächtnissen an die Kirche und in c. 1 C. I qu. 3 die Simonie, ferner Vaison 442 c. 4 (c. 10 C. XIII qu. 2) das ecclesiam fraudare, Clermont 535 die Schliessung einer incestuosen Ehe, Orleans IV 541 c. 4 die Oblation anderer Gegenstände als Wein und Wasser im Kelch bei der Messe und c. 15 das Essen heidnischer Opferspeisen, Agde 506 c. 40 (c. 14 C. XXVIII qu. 1) das Essen von Speisen der Juden, Tours 567 c. 27, S. 161 n. 8, die simonistischen Weihen, Toledo IV. 633 c. 58 die Beschützung der Juden gegen den christlichen Glauben und c. 65 (c. 31 C. XVII qu. 4) die Gestattung der Verwaltung öffentlicher Ämter durch Juden, endlich Toledo VIII. c. 12 die Nichtbeachtung der früher gegen die Juden gegebenen Gesetze (Toledo IV. c. 59) als Sakrileg.

[4] S. 161 n. 8.

[5] c. 12 (Ps.-Isid.) C. XVII qu. 4 (sacerdotes insequi); c. 21 §. 3 (Ravenna 877 c. 5 u. Rom 871—78 s. 5, S. 16 n. 11) C. cit.; c. 29 (Lateran. II. 1139, iniectio manuum violenta in clericos) C. cit., Hohenaltheim 916 c. 24, S. 180 n. 11; Charroux 989 c. 3, s. a. a. O.; Köln 1266 c. 1. 19. 20, M. 23, 1135. 1143; c. 2 (Innoc. IV.) in VI de re iud. II. 14 (Gefangennehmung von Kardinälen und Prälaten); c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V. 9 u. Clem. 1 eod. V. 8, s. S. 181 n. 3.

[6] c. 10 (Ps.-Is.) C. XII qu. 2 (ecclesiasticas oblationes et quod deo sacratum est, rapere); c. 5 (Ps.-Is.) C. XVII qu. 5 (ecclesiae raptores atque sacrarum facultatum alienatores); c. 17 (Ps.-Is.) C. cit. (pecunias vel res ecclesiae auferre); s. ferner von den Citaten auf S. 189 n. 6 Pistes 862 c. 4, Fismes 881 c. 5, Tribur 895 c. 7 und Troslé 909 c. 4; Hohenaltheim 916 c. 11, S. 189 n. 8; Leon 1012 c. 4, a. a. O.; Rom 1078 c. 10, S. 190 n. 1; Oviedo 1115 c. 3, S. 49 n. 3 u. S. 189 n. 8; Toulouse 1119 c. 4, S. 190 n. 1; Lateran. I. 1123 c. 4. s. a. a. O.; Köln 1266 c. 4, S. 187 n. 8. Die Beschränkung, welche c. 21 §. 2 (inc.) C. XVII qu. 4 (vgl. auch Maassen, Jahrb. d. gem. Rechts 2, 234 n. 23) macht: „sacrilegium committitur auferendo sacrum de sacro vel non sacrum de sacro sive sacrum de non sacro" ist in diesen Vorschriften keineswegs festgehalten.

[7] Köln 1266 c. 4. 7, S. 187 n. 8; namentlich

für Hehlerei von kirchlichen Vermögensstücken [1], für das Einbrechen in Kirchen und das Plündern derselben und ihrer Besitzungen [2], für Brandstiftung an Kirchen [3], für Verfügungen der Fürsten und Laien über das Kirchengut und Veräusserungen desselben seitens der letzteren [4], für die hartnäckige Verweigerung der Zehnten durch Laien [5], für den Besitz und die Zurückhaltung kirchlicher Zehnten seitens derselben [6], für die Verletzung des Asylrechtes [7] und der Heiligkeit der Kirche durch Handgemenge [8] in derselben und Betreten derselben mit gezücktem Schwert [9], für die Herausnahme von Leichen aus den Gräbern [10], für die Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheiten [11], für die Vorladung von Geistlichen vor das weltliche Gericht [12], für die Hinderung der ordnungsmässigen Besetzung der Kirchenämter [13], für die Bedrückung der Bischöfe mit Abgaben durch die Erzbischöfe [14], für die Eheschliessung und Fornikation mit Nonnen [15], für das Messelesen und Taufen durch Priester, welche nicht wissen, ob sie geweiht sind [16], für das Behalten inkompatibler Benefizien [17], für hochverrätherische Handlungen [18], für das Essen von Speisen der Juden [19], ja auch für den Ankauf von Sachen für Kirchensklaven durch Freie, als deren Vermittler [20].

Alle diese verschiedenen Strafthaten [21] unter einen einheitlichen Begriff zu bringen, ist nicht möglich, und wenn man auch schon früh verschiedene Begriffsbestimmungen formulirt hat [22], so haben diese doch den Sprachgebrauch der kirchlichen Gesetzgebung nicht beeinflusst, vielmehr sind sie lediglich mit Rücksicht auf diesen in der einen oder anderen Quelle abgefasst worden [23]. Daraus erklärt es

nach dem Tode des Bischofs, Troslé 909 c. 14, M. 18, 302.

[1] Pavia 845—50, c. 5, S. 194 n. 10; Toul 860 c. 1, S. 192 n. 1.

[2] c. 12. 13 (Ps.-Is.) C. XVII qu. 4; c. 21 §. 1 (inc.) u. §. 4 (Meaux 845 c. 40, M. 14, 833) C. cit., Tribur 895 c. 7 cit.; c. 22 (Hohenaltheim 916 c. 24) C. XXIV qu. 3; c. 22 (Coelest. III.) X de sent. exc. V. 39; Roffec 1258 c. 2. S. 190 n. 6; Lambeth 1261, s. a. a. O.; Köln 1266 c. 2. 3, M. 23, 1136.

[3] c. 22 C. XXIV qu. 3 cit., S. 195 n. 7; Köln 1266 c. 2 cit.

[4] Lateran. 1123 c. 4, S. 216 n. 6; s. auch c. 17 C. XII qu. 2 cit., S. 226 n. 6; Bonifac. ep. 70 (a. 748), Jaffé mon. Mogunt p. 208. 209 (Ansichreissen von Klöstern, um als Laienabt über sie zu verfügen).

[5] Cap. 787—813 c. 3. 4, S. 36 n. 9; Valence 855 c. 10, S. 220 n. 8.

[6] c. 1 (Rom 1078) C. XVI qu. 7 u. Rheims 1148 c. 8, s. S. 221 n. 3.

[7] c. 21 §. 2 (inc.) C. XVII qu. 4; Lerida 1229 c. 19, S. 210 n. 2.

[8] S. 210 n. 12.

[9] Tribur 895 c. 6 (c. 11 C. XXVII qu. 1) s. S. 210 n. 12.

[10] Hincm. Rhem. cap. superadd. 857 c. 2, M. 15, 492: „sacrilegium est, corpus indevote ac irreligiose propter cupiditatem (weil dem Priester nichts für das Begräbniss gezahlt worden), a sepulcro ejicere".

[11] Lambeth 1261, M 23, 1068.

[12] Nismes (Urban II.) 1096 c. 14, M. 20, 936.

[13] c. 125 (Paschalis II. 1099—1118, J. L. n. 6606.) C. I qu. 1.

[14] Konstantinopel 869 c. 19 u. Rom 871—78 c. 16, S. 194 n. 1 u. 2.

[15] Karol. II. in Verno pal. 844 c. 5; Tribur 895 c. 23; Mainz 1225 c. 13, s. S. 173 n. 10 u. 11.

[16] Responsa Stephani II. 754, J. L. n. 2315, c. 10, M. 12, 560. 561.

[17] Lerida 1229 c. 1, M. 22, 1089; Lambeth 1281 c. 6, M. 24, 408.

[18] Calchut 787 o. 788 c. 12 u. Hohenaltheim 916 c. 23. 24, S. 204 n. 13 u. S. 205 n. 2.

[19] Worms 868 c. 7, M. 18, 79 (Wiederholung von Agde c. 40, S. 226 n. 3).

[20] Pavia 1022 c. 6, LL. 2, 562.

[21] Die Aufzählung bei Katz ist weder vollständig noch korrekt. Die von ihm angezogenen Stellen (s. z. B. S. 72 n. 5. 6. 8. 9) gebrauchen zum Theil das Wort: sacrilegium nicht.

[22] S. einerseits Troslé 909 c. 4, M. 18, 272: „sacrilegium est sacrae legis violatio: quod cum per multa specierum dividatur crimina et sit sacrilegium schismatis (Berufung auf Augustin, s. S. 226 n. 3) . . . sit etiam sacrilegium blasphemi sermonis et cuiusque contra sacram legem usurpatae actionis, specialius tamen illud sacrilegium denotatur, quod a praedonibus de rebus ecclesiae agitur"; andererseits c. 3 (Bonifatius pp., in Wahrheit Bened. Lev. II. 405) C. XII qu. 2, nach welchem ein Sakrileg durch auferre, vastare, invadere an Allem, homo, animal, ager vel quicquid semel fuerit consecratum begangen wird; Tribur 895 c. 4, M. 18, 135: „quia, ut Hilarus papa . . . scribit (verlorener Brief, s. Thiel, epistolae rom. pontif. 1, 173 n. X), iniuria sacerdotum et ecclesiarum sacrilegium est", und S. 226 n. 6.

[23] So auch von Gratian. Er giebt im dict. zu c. 20 C. XVII qu. 4 pr. die S. 226 n. 6 mitgetheilte

sich, dass sich eine feste und sichere Bedeutung des Sakrilegium in der Doktrin der hier fraglichen Zeit nicht festgestellt hat[1], und dies um so mehr, als in den kirchlichen Verordnungen das Wort *sacrilegium* schlechthin und ausschliesslich nur äusserst selten[2] zur Bezeichnung eines kirchlichen Vergehens gebraucht[3], vielmehr der Thatbestand desselben trotz der Verwendung jenes Ausdrucks daneben für die Regel näher charakterisirt worden ist, und durch den letzteren nur das Zuwiderhandeln gegen die strafrechtliche Norm lediglich wegen der dabei obwaltenden eigenthümlichen Verhältnisse, z. B. der Weihe der Person oder der Sache[4], der durch Gelübde übernommenen Verpflichtung[5], der besonders zu achtenden Rechte und Forderungen der Kirche[6], der den Sakramenten schuldigen Ehrfurcht[7], als ein hervorragend schweres gekennzeichnet werden soll.

§. 271. *β. Die Tendenz und der Charakter der kirchlichen Strafgesetzgebung.*

Überblickt man die vorangehende Darstellung der gesetzgeberischen Thätigkeit der Kirche hinsichtlich der einzelnen Strafvergehen (S. 157 ff.) in ihrer Gesammtheit, so drängt sich von selbst die Wahrnehmung auf, dass sich dieselbe während der hier fraglichen Periode noch mehr als früher[8], in erster Linie auf den Schutz ihrer hierarchischen Interessen gerichtet hat, und dass in dieser Beziehung sowohl die Päpste und die von ihnen abhängigen d. h. die allgemeinen, die besonderen päpstlichen und die Legaten-Synoden als auch die Partikularkonzilien von der gleichen Tendenz beherrscht sind.

Das zeigt einmal die Fülle der S. 209—224 besprochenen Strafthaten, denen ihre kriminalrechtliche Bedeutung, wie z. B. der Laien-Investitur[9], der Beeinträchtigung

Definition wieder, bemerkt aber §. 1, dass auch die manus iniectio violenta in clericos Sakrileg sei, weiter reproduzirt er im dict. zu c. 29 ibid. P. II §. 1: „committunt etiam sacrilegium qui contra divinae legis sanctitatem aut nesciendo committunt aut negligendo violant et offendunt; aut qui de principali iudicio disputant, dubitantes an is dignus sit, quem princeps elegerit vel qui intra provinciam, in qua provinciales et cives habentur, officium gerendae ac suscipiendae amministrationis desiderant, lib. 9 Cod. de crimine sacrilegii „den Inhalt der leges 1. 3. 4 des betreffenden Titels (29), und bezeichnet endlich im dict. zu c. 30 l. c. auch die Übertragung öffentlicher Ämter an Juden als Sakrileg. Auch die summa Rufini (u. 1156) herausg. v. v. Schulte, Giessen 1892 S. 132 giebt mehrere verschiedene Definitionen des Sakrilegium.

[1] Es ist also unrichtig, wenn Katz S. 71 behauptet, dass das spätere Recht in dem Sakrileg eine Verletzung der kirchlichen Weihe sieht, muss er sich doch selbst S. 72 zu dem damit im Widerspruch stehenden Ergebniss bekennen, dass sich die einzelnen Unterarten des Sakrilegs schon sehr weit von dieser Bedeutung des Verbrechens entfernen. Das heisst in Wahrheit, dass diese sog. Unterarten keine Unterarten mehr sind.

[2] Soweit mir bekannt, kommt die Bezeichnung und zwar sacrilegi schlechthin nur vor in Hlothar. I cap. de exped. Sarrac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66, wo den Bischöfen aufgegeben wird, nach den incesti, adulteri, sanctimonialium stupratores, homicidae, sacrilegi, alienarum rerum pervasores atque praedones zu forschen, um sie der öffentlichen Busse zu unterwerfen, wo wohl die Verletzer des Kirchengutes und der Geistlichen, da davon sonst nicht die Rede ist, gemeint sind, und ferner in der S. 37 n. 2 citirten Anordnung Johanns VIII. v. 878, in welcher mit Rücksicht auf die in Bezug genommene C. 13 C. J. de episc. I. 3 unter Sakrileg jede Verletzung der Privilegien der Kirche, also auch mit Rücksicht auf das Privileg der Vermögensfähigkeit jede Beeinträchtigung ihres Vermögens zu verstehen ist.

[3] Daraus erklärt es sich auch, dass die Dekretalensammlungen keinen besonderen Titel über das Sakrileg aufweisen. Wenn in c. 7 X de R. J. V. 41 in der dort wiedergegebenen Pseudo-Isidor-Stelle, s. Hinschius p. 184 das injuste agere in sacratis rebus et episcopis als Sakrileg bezeichnet wird, so ist damit auch keine andere Delikte ausschliessende Definition aufgestellt.

[4] Wie bei den bezeichneten Vergehen gegen Geistliche, Fürsten (S. 226 n. 5. 6 u. 227 n. 18) und den geweihten Sachen.

[5] S. 227 n. 15.

[6] S. 227 n. 2.

[7] S. 227 n. 16.

[8] Bd. IV S. 831.

[9] S. 218.

der kirchlichen Gerichtsbarkeit [1] und der kirchlichen Freiheiten [2], sowie der Belastung des Kirchenguts und der Geistlichen mit Auflagen [3] lediglich gegeben worden ist, um die weitgehendsten Ansprüche gegenüber den Staaten und Fürsten zur Geltung und Anerkennung zu bringen, ferner die Charakterisirung des Ungehorsams gegen kirchliche Anordnungen aller Art als allgemeines Strafvergehen [4].

Weiter aber kommt Folgendes in Betracht. Während in der karolingischen Periode noch diejenigen kirchlichen Verbrechen, welche zugleich gemeine Strafvergehen sind, wie Ehebruch [5] und Fleischessünden (Fornikation oder Stuprum, Entführung, Nothzucht, Kuppelei, widernatürliche Unzucht) [6], Meineid [7], Diebstahl [8], Raub [9] und Hochverrath [10] mehr oder minder eingehend von der kirchlichen Strafgesetzgebung berücksichtigt werden, ist dies im allgemeinen in der späteren Zeit nicht mehr der Fall, und wenn es geschieht, betreffen die einschlagenden Strafbestimmungen, wie die gegen Tödtung, Körperverletzung, Diebstahl, Raub, speziell die Verübung dieser Verbrechen gegen Geistliche, gegen das Kirchengut und das Vermögen der ersteren [11], oder sie zielen, so die Vorschriften über die Konkubinen und die Eheschliessung der Geistlichen [12], darauf ab, bestimmte im hierarchischen Interesse der Kirche aufgestellte Forderungen, z. B. den seit dem 11. Jahrhundert wiederbelebten Cölibat [13], durchzuführen.

Abgesehen von den eben gedachten Vergehen hat die kirchliche Strafgesetzgebung in dieser Periode die meiste Aufmerksamkeit den Verbrechen der Simonie [14], des Wuchers [15], des Incestes im Sinne der Eheschliessung in verbotenen Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgraden [16], der Brandstiftung [17] und vor Allem seit dem 12. Jahrhundert dem Verbrechen der Ketzerei [18] zugewendet.

Dass sie durch die Gesetzgebung gegen die Ketzerei und den dadurch geübten Glaubenszwang ihre vitalsten Interessen und die Grundlagen ihrer Machtstellung zu wahren suchte, bedarf keiner weiteren Ausführung. Für die Bekämpfung der Simonie ist für sie nicht nur der Gesichtspunkt, die Reinheit der Hände ihrer Diener bei der Verwaltung der Heilsgüter, sowie ihre Autorität und die Würde der Geistlichen zu wahren, sondern auch das Bestreben massgebend gewesen, den Einfluss der Laien auf die Vergebung der Kirchen und der kirchlichen Ämter auszuschliessen. Die strafrechtlichen Vorschriften gegen den Wucher, welche allerdings die Ausbeutung der wirthschaftlich Schwachen unter Hintenansetzung des Gebotes christlicher Nächstenliebe verhindern sollten, stellen sich gleichzeitig als Versuche dar, den Güterverkehr und das wirthschaftliche Leben der mittelalterlichen Welt zu beherrschen, und ebenso liegt den erwähnten Eheverboten die Tendenz zu Grunde, unter Beseitigung des staatlichen Rechtes die Herrschaft über das Eherecht zu erlangen und dasselbe ausschliesslich nach rein kirchlichen Anschauungen zu regeln. Die Strafbestimmungen gegen die Brandstiftung [19] endlich mussten vor allem der Kirche zu Gute kommen, weil für sie

[1] S. 212. 213.
[2] S. 211. 212.
[3] S. 216.
[4] S. 222.
[5] S. 169.
[6] S. 170 ff.
[7] S. 184.
[8] S. 186.
[9] S. 186.
[10] S. 204.
[11] S. 178 ff.
[12] S. 187 ff.
[13] S. 171 ff.
[14] S. 161.
[15] S. 196.
[16] S. 174.
[17] S. 195.
[18] S. 157.
[19] S. 195.

nicht nur die gottesdienstlichen Gebäude, sondern auch die Baulichkeiten auf ihren zahlreichen und ausgedehnten Besitzungen in Frage standen, gerade so, wie der zunächst von der Kirche partikularrechtlich eingeführte und nachher als gemeinrechtliche Einrichtung angenommene Gottesfriede, welcher dazu bestimmt war, eine allgemeine Rechtssicherheit in Zeiten roher Gewaltthätigkeiten herbeizuführen [1], eine wesentliche Bedeutung für den Schutz der Kirchen, der Geistlichen und des Vermögens beider gegen thätliche Angriffe, Raub und Plünderungen [2] beanspruchte.

Weiter ist es charakteristisch, dass jene hierarchischen Tendenzen, welche die kirchliche Strafgesetzgebung dieser Periode beherrschen, vor Allem in den von den Päpsten abhängigen Synoden hervortreten, und sich gerade die päpstliche Gesetzgebung, welche damals noch vielfach in Gemeinschaft mit den letzteren geübt wird [3], überwiegend mit Strafbestimmungen dieses Charakters befasst hat. Das gilt nicht nur von den oben S. 228 u. 229 gedachten Strafvergehen, von der percussio clericorum [4], von der Errichtung und Inkraftsetzung von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten [5], von der Unterwerfung der Bischöfe und Geistlichen unter die weltlichen Gerichte [6], von dem Erlass von Verordnungen der weltlichen Gewalt über die Veräusserung kirchlicher Güter und der Verfügung darüber [7], von der Belastung derselben und der Geistlichen mit Abgaben aller Art [8], von der Laien-Investitur [9] und von dem Besitze von Kirchenzehnten durch Laien [10], sondern auch von der Ketzerei und von der Nichtdurchführung der Ketzervorschriften seitens der Fürsten [11], von der Simonie [12], von dem Konkubinen-Halten [13] der Kleriker und der Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen [14], vom Wucher [15], vom Inceste [16] und von der Brandstiftung [17].

Wo dagegen die päpstliche Gesetzgebung nur vereinzelt eingegriffen hat, handelt es sich theils um solche Strafthaten, welche mit einem der berührten Vergehen, wie die Unterstützung der Sarazenen [18], der Rückfall in das Judenthum [19], der Umgang mit Juden [20], das Schisma [21] und die Gotteslästerung [22] mit den Verbrechen gegen den christlichen Glauben, also auch der Ketzerei, in naher Verwandtschaft stehen, theils um solche, welche gerade direkt gegen den Papst gerichtet sind, wie die Beleidigung des letzteren [23], oder welche die amtlichen Interessen desselben verletzen, wie die Fälschung päpstlicher Briefe [24], ferner um Vergehen, welche sich gegen das Vermögen der Kirchen richten, wie die Unterschlagung [25], die Hehlerei [26] und die Nichtausführung der Testamente zu frommen und kirchlichen Zwecken [27], weiter um Handlungen der Kleriker, welche mit der für dieselben erforderten Sittenreinheit und Milde, wie die widernatürliche Unzucht [28] und der Zweikampf [29], in Widerspruch

[1] S. 177. 179. 186. 224 u. unten §. 281.
[2] S. 177. 179. 186.
[3] Bd. III S. 726. 734 ff..
[4] S. 180.
[5] S. 212.
[6] S. a. a. O.
[7] S. 216.
[8] S. a. a. O.
[9] S. 218.
[10] S. 221.
[11] S. 157. 215.
[12] S. 161.
[13] S. 171.
[14] S. 172.
[15] S. 196.
[16] S. 174.
[17] S. 195.
[18] S. 159.
[19] S. 158.
[20] S. 159.
[21] S. 161.
[22] S. 184.
[23] S. 204.
[24] S. 199.
[25] S. 192.
[26] S. 194.
[27] S. 193 n. 3.
[28] S. 176.
[29] S. 182.

stehen oder, wie die Bestechung kirchlicher Beamten[1] und Richter, sowie die Erpressung seitens derselben[2], grobe Amtsmissbräuche darstellen, oder endlich um schwere Verletzungen des Ordensgelübdes, wie die Eheschliessung und Fornikation der Mönche[3].

Gegenüber diesen Vorschriften, welche entweder das hierarchische Interesse zu fördern bestimmt sind oder die äussere Autorität der Kirche und das Ansehen der Geistlichen aufrecht zu erhalten bezwecken, treten diejenigen zurück, welche die kirchlichen Pflichten der Gläubigen betreffen[4], ferner auch diejenigen, für welche, wie für die Dingung von Assassinen[5], die Tödtung von Kindern durch die Eltern[6], den Kampf im Turnier[7], den Gebrauch besonders gefährlicher Waffen zur Bekämpfung der Christen[8], die Verübung von Räubereien[9], das Strandrecht[10], den Menschenraub[11], die Kinderaussetzung[12], die Münzfälschung[13], die Kinderunterschiebung[14], sowie die wissentlich falsche Denunziation[15] und die wissentlich falsche Anzeige von Ehehindernissen[16], der Gesichtspunkt schweres, ethisches und religiöses Unrecht unter Strafe zu stellen, in Frage kommt.

Gerade in Betreff der gemeinen Vergehen weist nicht nur die Gesetzgebung der karolingischen Zeit[17], sondern auch die der Partikularsynoden, namentlich aus dem Ende des 12. und aus dem 13. Jahrhundert ein viel reicheres Material als die päpstliche auf[18].

Mag dieses überwiegende Hervortreten der Verfolgung hierarchischer Zwecke in der kirchlichen, einschliesslich der päpstlichen Gesetzgebung auch zum Theil seine Erklärung darin finden, dass die Kirche die gemeinen Vergehen deshalb weniger zu berücksichtigen brauchte, weil schon die ältere kirchliche Gesetzgebung hinsichtlich der letzteren eingehende Strafbestimmungen, welche grösstentheils in den mittelalterlichen Rechtssammlungen, namentlich im Dekrete Gratians[19], verarbeitet worden sind, aufgestellt hatte, zum Theil auch darin, dass mit der Erhebung des Gottesfriedens zu einer allgemeinen kirchlichen Einrichtung eine Reihe von Gewaltthätigkeits- und Eigenthumsvergehen als Friedensbrüche mit Strafe bedroht waren[20], so liegt doch zweifellos der Hauptgrund für die gedachte Erscheinung darin, dass die Kirche, vor Allem aber das Papstthum, seit der Mitte des 11. Jahrhunderts, bei dem Streben nach der entscheidenden Machtstellung in der mittelalterlichen Welt die Durchführung der darauf abzielenden Maassnahmen (wie der Beseitigung der Laien-Investitur und der Simonie, der Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit

[1] S. 202.
[2] S. 194.
[3] S. 173.
[4] Der Sonntags- und Feiertagsheiligung, der Erfüllung der österlichen Pflicht, der Haltung der Fastengebote, und der Erfüllung der Aufgebotspflicht, s. S. 205 ff.
[5] S. 178.
[6] S. a. a. O.
[7] S. 182.
[8] S. 183.
[9] S. 186.
[10] S. 187.
[11] S. 183.
[12] S. 200.
[13] S. 201.
[14] S. a. a. O.
[15] S. 201.
[16] S. 208 n. 1.
[17] S. 229.
[18] S. 160 (Wahrsagerei, Zauberei, Giftmischerei), S. 169 (Ehebruch) S. 184 (Meineid); S. 186 (Raub), S. 199 (Urkundenfälschung), S. 204 (verläumderische Nachrede) und S. 204 (hochverrätherische Handlungen).
[19] S. 160 (Wahrsagerei, Zauberei, Giftmischerei), S. 169 (Ehebruch), S. 170 (Stuprum und Fornikation), S. 175 (Entführung), S. 177 (Tödtung), S. 184 (Meineid), S. 193 (Nichtausführung von Testamenten), S. 195 (Brandstiftung), S. 201 (wissentlich falsche Anschuldigung), S. 204 (Beleidigung).
[20] S. 224. 225.

und der Beachtung des Asylrechtes, der Immunität des kirchlichen Gutes und der Geistlichen, der kirchlichen Ehegesetzgebung und der Beherrschung des Güterverkehrs durch die Wucherverbote) durch den Erlass von Strafbestimmungen zu sichern und zu fördern, sowie auch durch solche die Beeinträchtigungen der vitalen Grundlagen der Kirche (durch den Abfall vom Glauben), die Schädigung des kirchlichen Vermögens und des Vermögens der Geistlichen (durch Diebstahl, Raub, Plünderung und Brandstiftung) und die Missachtung und Verletzung der Personen der Geistlichen (durch s. g. percussio clericorum und Tödtung) hintenan zu halten gesucht hat.

Es soll damit nicht geläugnet werden, dass der Kirche ein wesentliches Verdienst daran zukommt, gegenüber den germanischen Rechtsanschauungen den öffentlich rechtlichen Charakter des Vergehens zur Geltung gebracht zu haben, dass sie weiter nach ihrem Vermögen durch den Gottesfrieden die Übung schwerer Gewaltthaten zu hindern sich bemüht hat, dass sie auch sonst durch ihre Strafgesetzgebung neuen Vergehens-Erscheinungen und überhaupt der Rohheit der Sitten entgegengetreten ist [1], ja dass diesem Zweck selbst eine Reihe der wesentlich zum Schutze ihrer hierarchischen Interessen getroffenen Strafbestimmungen, wie die gegen die Beraubung des Kirchengutes und des Gutes der Geistlichen, gegen die percussio clericorum, gegen die Verletzung des Asylrechts und der Immunität und gegen die Profanation der Kirchen [2], gedient haben. Aber trotzdem lässt sich ein zielbewusstes Vorgehen auf strafrechtlichem Gebiete in den Strafbestimmungen der Päpste nur soweit es sich um die die kirchliche Machtstellung betreffenden Fragen, nicht aber, soweit es sich um die Benutzung der kirchlichen Strafgewalt und Strafgesetzgebung zur Unterdrückung gemeiner Verbrechen, zur Milderung der Rohheit und zur Förderung der wahrhaft sittlich-religiösen Bildung und Besserung des Volkes handelt, erkennen.

Dem Charakter der ganzen Zeit entsprechend ist die kirchliche Strafgesetzgebung, vor Allem die der Päpste, eine Gelegenheitsgesetzgebung gewesen, beeinflusst durch die Lage der gerade obwaltenden Verhältnisse; und durch die im Verlauf dieser Periode hervortretenden Bestrebungen der Kirche und der sie leitenden Päpste nach Erringung der höchsten Machtstellung ist daher auch die Hauptrichtung und die Hauptthätigkeit der kirchlichen Strafgesetzgebung bestimmt worden.

§. 272. γ. *Die Behandlung des kirchlichen Strafrechts in den Sammlungen des Corpus iuris canonici.*

I. Das Dekretum Gratians weist keinen besonderen strafrechtlichen Theil auf, vielmehr hat sein Verfasser nur gelegentlich der sonst von ihm behandelten Gegenstände eine Reihe strafrechtlicher Kanonen beigebracht. Dabei berücksichtigt er einzelne gemeine Verbrechen nur sehr wenig [3], und unter denen, für welche er das Material in vollständigerer Weise gesammelt hat [4], nehmen bei ihm ebenfalls diejenigen, mit welchen sich die päpstliche Gesetzgebung im Interesse der Wahrung der Autorität der Kirche und der hierarchischen Machtstellung vorzugsweise beschäftigt

[1] S. 231.

[2] S. 187 ff. 179. 209. 211.

[3] So die Bigamie, S. 170, die Nothzucht, S. 176, die Kuppelei, S. 176, die widernatürliche Unzucht, S. 176, die Selbstverstümmelung, S. 183, die Kinderaussetzung, S. 183, den Diebstahl, S. 186, den Raub, S. 186, die Erpressung, S. 194, die Hehlerei, S. 194, die Urkundenfälschung, S. 199, die wissentlich falsche Anschuldigung, S. 201 und die Bestechung S. 202.

[4] S. 231 n. 19 und S. 233 n. 2.

hat [1], eine hervorragende Stelle ein [2]. Wie die ganze kirchliche Gesetzgebung den Charakter der Gelegenheitsgesetzgebung trägt, so ist auch bei ihm die Behandlung des kirchlichen Strafrechts nicht nur aus dem eben gedachten Grunde, sondern auch deshalb, weil er die strafrechtlichen Normen nicht nach einem einheitlichen System gesammelt hat, eine rein gelegentliche.

II. Die Dekretalensammlungen. Denselben Charakter tragen die offiziellen Dekretalensammlungen Gregors IX., der liber Sextus und die Clementinen. Sie weisen nur in ihrem fünften Buche einen dem Strafrecht gewidmeten Theil auf, aber selbst die umfangreichste Kompilation, die Gregors IX., welcher die früheren compilationes antiquae zu Grunde liegen, bietet ebensowenig, wie die letzteren ein in Betreff der einzelnen Vergehen auch nur annähernd vollständiges strafrechtliches Material dar, und hinsichtlich der beiden anderen, welche sich lediglich als Ergänzungen und Nachträge zu den ersteren darstellen, kann davon selbstverständlich keine Rede sein.

In der ersteren fehlen besondere Titel über die Bigamie [3], die Nothzucht [4], die Kuppelei [5], die widernatürliche Unzucht [6], die Unterschlagung [7], die Hehlerei [8], den Meineid [9], die Münzfälschung [10], die Fälschung von Maass und Gewicht [11], die Kindesunterschiebung [12], die Erpressung [13] und die Beleidigung [14]. Von den durch eigene Titel vertretenen Strafthaten, so weit es sich nicht allein um Vergehen der Kleriker handelt [15], enthalten ein ergiebiges Material nur die Titel III. über die Simonie [16], VI. über die Juden und Sarazenen [17], VII. über die Ketzer [18], IX. über die Apostaten und Wiedertäufer [19], XIII. über die Turniere [20] und XIX. über den Wucher [21]. Ausserdem können noch, weil sie in einzelnen Kapiteln die Materie erschöpfen, Titel XV. über die Sagittarier [22] und XXVI. de maledicis über die Beleidigung des Papstes [23] und die Blasphemie [24], hierher gerechnet werden. Dagegen weisen verhältnissmässig wenig oder mindestens wenig strafrechtliches und nicht ausreichendes Material auf: II. über die wissentlich falsche Anschuldigung und Denunziation [25], VIII. über das Schisma [26], X. über die Tödtung von Kindern durch die Eltern [27], XI. über die Kinderaussetzung [28], XVIII. über den

[1] S. 228 ff.

[2] Die Laien-Investitur und in Verbindung damit die Simonie S. 167. 218, die Auflehnung gegen kirchliche Anordnungen, S. 224, die Verletzung des Gottesfriedens S. 225 n. 3, die Nichtachtung des Cölibats, Bd. I S. 155, 156, die Tödtung und percussio clericorum, S. 177 n. 4 u. S. 180, die Beraubung der Kirchengüter, S. 190, die Verfügung von Laien über dieselben, S. 216, die Verletzung des Asylrechts, S. 210 n. 1, der Wucher, S. 197, und die incestuosen Ehen, S. 175, während sich die geringe Berücksichtigung der Unterwerfung der Geistlichen unter die weltliche Gerichtsbarkeit, S. 212 n. 3, und die Behandlung der Ketzerei, S. 157 n. 5 daraus erklärt, dass die hier in Frage kommenden Bestimmungen erst seit der Zeit der Abfassung seines Werkes und nach derselben erlassen sind.

[3] S. 170.

[4] S. 176.

[5] S. a. a. O.

[6] S. a. a. O.

[7] S. 192.

[8] S. 194.

[9] S. 185.

[10] S. 200.

[11] S. 201.

[12] S. a. a. O.

[13] S. 194.
Das Gesagte gilt auch von den V. compilationes antiquae.

[14] Mit Ausnahme eines Falles, s. unten Anm. 23. Der tit. XXXVI de iniuriis et damno dato handelt von dem Schadensersatz in civilrechtlicher Beziehung, nicht von der Beleidigung.

[15] Es gehören hierher tit. IV. V. XXIV. XXV. XXVII—XXXI.

[16] S. 169.

[17] S. 159.

[18] S. 157.

[19] S. 158.

[20] S. 183.

[21] S. 198.

[22] S. 183.

[23] S. 204.

[24] S. 184.

[25] S. 202.

[26] S. 161.

[27] S. 178.

[28] S. 183.

Diebstahl [1], XXI. über die Wahrsagerei [2] und XXII. über die Kollusion [3]. Ja, sogar der umfassende Tit. XII. über die Tödtung behandelt dieselbe wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Irregularität [4]. Tit. XVI. de adulteriis et stupro, welcher nur wenige ältere Stellen über das letztere giebt [5], berücksichtigt den Ehebruch blos vom Standpunkt des Eheprocesses [6] und tit. XX. de crimine falsi fast allein die Fälschung päpstlicher Briefe [7]. Im tit. XVII. de raptoribus endlich sind wenige, den Raub und die Brandstiftung von Kirchen, sowie die Verletzung derselben, ferner den Menschenraub und das Strandrecht betreffende Dekretalen [8] mit einigen die Entführung von Jungfrauen vom eherechtlichen, nicht vom strafrechtlichen Standpunkt aus behandelnden Briefen [9] zusammengestellt. Endlich finden sich auch strafrechtliche Vorschriften über eine Reihe bisher nicht aufgeführter Delikte, mitunter auch über einzelne bereits erwähnte, in den andere Vergehen oder allgemeine strafrechtliche Materien betreffenden Titeln [10], ja sogar auch in solchen, welche nicht dem Buch V angehören [11].

Von einer systematischen oder auch nur von einer den Anspruch auf Vollständigkeit machenden Darstellung der kirchlichen Strafvergehen ist demnach in der Sammlung nicht die Rede, vielmehr ist in derselben die Behandlung der Strafvergehen, wie die des kirchenrechtlichen Materials überhaupt lediglich durch äussere Umstände, nämlich durch die Gruppirung des strafrechtlichen Materials nach den Titeln der ebenfalls nicht systematisch angelegten fünf älteren Kompilationen, bei welchen man sich an das Vorbild der Anordnung im Codex Justineanus, daneben auch zum Theil an den Dekalog gehalten hat [12], und durch das zufällige Vorhandensein von etwaigen einschlägigen Dekretalen bestimmt worden.

Was die beiden anderen offiziellen Sammlungen, den liber Sextus und die Clementinen betrifft, so reicht das von ihnen beigebrachte Material ebenfalls nicht einmal dazu aus, die Lücken der Gregorischen Sammlung derart zu ergänzen, dass sie gemeinsam mit derselben eine vollständige Behandlung der kirchlichen Strafvergehen darbieten [13].

1 S. 186.
2 S. 160.
3 S. 202.
4 S. 178.
5 S. 171.
6 S. 170.
7 S. 200.
8 S. 196. 183. 187.
9 S. 175.
10 So betreffend den Menschenraub, S. 183, die Entführung S. 175 n. 5, das falsche Zeugniss, S. 185 n. 3, die Hehlerei, S. 195 n. 1, die widernatürliche Unzucht, S. 176 n. 5, die Unfruchtbarmachung, S. 178 n. 3, die percussio clericorum in c. 1 ff. X de sent. exc. V. 39, die Tödtung von Geistlichen durch Patrone u. s. w., S. 178 n. 9, und die Verletzung des österlichen Gebotes S. 206 n. 4, sowie der a. a. O. gedachten, den Ärzten auferlegten Verpflichtung.
11 Hierher gehört das Halten von Konkubinen seitens der Geistlichen S. 173 n. 5 u. 6, die Verletzung des Cölibats S. 173 n. 9, der Selbstmord S. 179 n. 6, der Meineid S. 185 n. 3, die Fälschung päpstlicher Briefe S. 200 n. 2, die Münzfälschung S. 201 n. 2, die Fälschung von Maass und Gewicht S. 201 n. 7, die Nichtausführung von Testamenten S. 193 n. 5, die Schliessung klandestiner Ehen S. 206 n. 8, die wissentliche falsche Anzeige von Ehehindernissen S. 208 n. 1, der profanirende Gebrauch von Kirchen und Kirchhöfen S. 210 n. 5 u. 7, die Erlassung von Verordnungen über die Veräusserungen kirchlicher Güter S. 216 n. 6, die Beraubung der Kirchengüter zu dem S. 212 n. 3 gedachten Zweck, die Belastung der Kirchen und Geistlichen mit Abgaben S. 216 n. 7, die S. 219 n. 2 erwähnten Missbräuche der Patrone, die hartnäckige Verweigerung der Entrichtung von Zehnten S. 221 n. 2, der Besitz von kirchlichen Zehnten S. 221 n. 3, das Zuwiderhandeln gegen die Anordnungen des Bischofs S. 224 n. 2 und die Verletzung des Gottesfriedens S. 225 n. 4.
12 München Strafrecht S. 263; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 794 n. 1.
13 Im liber Sextus sind durch besondere Titel nur vertreten die Ketzerei S. 158 n. 12, das Schisma S. 161 n. 3, die Tödtung S. 178 n. 4, der Wucher S. 199 n. 1 und in dem Titel de iniuriis die Übung von Repressalien gegen geistliche Personen S. 213 n. 6, in den Clementinen sogar blos die Apostasie S. 215 n. 3, die Ketzerei S. 158 n. 12, die Tödtung Bd. I S. 43 n. 24 und der Wucher S. 199 n. 2 u. 3. Im ersteren werden allerdings noch in anderen Titeln behandelt die Gewaltthätig-

So hat das kirchliche Strafrecht, selbst in den offiziellen Sammlungen des Mittelalters, den umfassendsten gesetzgeberischen Akten der Päpste, namentlich in Betreff der kirchlichen Strafvergehen keine übersichtliche und erschöpfende Behandlung erfahren, und auch in ihnen sind hauptsächlich diejenigen Vergehen, welche die Kirche wesentlich im hierarchischen Interesse verfolgt hat [1], berücksichtigt, wenngleich dies weniger äusserlich hervortritt, da blos einzelnen der letzteren, wie den Glaubensverbrechen, der Simonie und dem Wucher [2], in der Gregorischen Sammlung ausserdem der Blasphemie, bez. der Beleidigung des Papstes und der Fälschung päpstlicher Briefe [3] eigene strafrechtliche Titel gewidmet sind, die übrigen aber an anderen Stellen gelegentlich verwandter Materien behandelt werden [4].

§. 273. *δ. Die kirchliche Strafgesetzgebung in technischer Beziehung.*

Der Gelegenheitscharakter der kirchlichen Strafgesetzgebung, welcher schon in den vorigen §§. hervorgehoben worden ist, zeigt sich weiter darin, dass in den kirchlichen Anordnungen der verschiedensten Art, den karolingischen Kapitularien und Synoden, ferner den capitula episcoporum dieser Zeit, sodann in den Gottesfriedensordnungen, Partikular-Konzilien, päpstlichen, Legaten- und allgemeinen Synoden zwar die Thatbestände gewöhnlich formulirt sind, aber in Bezug auf dasselbe Vergehen mit mannichfacher Verschiedenheit in Einzelheiten, und dass niemals der Versuch gemacht worden ist, in dieser Beziehung eine wirkliche Einheit in den Vergehenstypen herbeizuführen [5]. Ja diese Buntscheckigkeit der strafrechtlichen Vorschriften erscheint noch zum Theil dadurch gesteigert, dass man namentlich in karolingischer Zeit vielfach auf die älteren Kanones, selbst unter Nebeneinanderstellung einzelner nicht völlig übereinstimmender Vorschriften zurückgegriffen [6], und auch manchmal wohl mit

keiten gegen Kardinäle S. 178 n. 9, die Bestechung von Richtern S. 202 n. 8 u. 9, die Störung des Gottesdienstes S. 207 n. 6, der profanirende Gebrauch der Kirchen S. 210 n. 5 u. 8, die Ausschliessung der Geistlichen seitens der weltlichen Gewalten vom Verkehr im Kaufen, Verkaufen u. s. w. S. 213 n. 3, die Belastung der Kirchen und Geistlichen mit Abgaben S. 216 n. 7, und die hartnäckige Verweigerung von Zehnten S. 221 n. 2, in den Clementinen die Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen, sowie der Mönche und Nonnen S. 173 n. 9 u. 10, die wissentliche Eingehung von Ehen in verbotenen Graden S. 174 n. 2 u. S. 207 n. 1, die thätliche Verletzung und Tödtung von Bischöfen S. 178 n. 9, die Belastung der Kirchen und Geistlichen mit Abgaben S. 216 n. 7 und die Unterschlagung von Zehnten S. 192 n. 4.

[1] S. 229.

[2] Vgl. S. 233.

[3] S. 233 n. 23 u. 24 u. S. 234 n. 7.

[4] S. 234 n. 10 u. 11.

Wegen der Behandlung der Disciplinarvergehen der Geistlichen in den gedachten Sammlungen s. §. 274.

[5] Beispiele bieten die Zusammenstellungen über die einzelnen Strafvergehen S. 157 ff.

[6] So in umfassendem Maasse die sog. admonitio generalis 789, Bor. 1, 52 ff.; cap. eccles. 818—19 c. 23, ibid. 1, 278 (s. Chalc. 451 c. 27 in c. 1 C. XXXVI qu. 2) u. c. 24 (Ancyra c. 11 unter Hinzufügung der publica poenitentia als Strafe für den Raub von nicht verlobten und von verlobten Jungfrauen); Paris 829 lib. I c. 11, M. 14, 544 (simonistischer Erwerb von kirchlichen Ämtern und Betheiligung der Laien an der Simonie, Chalced. c. 2 in c. 8 C. I qu. 1); ibid. III. c. 2, M. 14, 595 (Wahrsagerei und Zauberei, Ancyra c. 24); Karol. II. cap. Vern. pal. 844 c. 6 LL. 1, 385 (Jungfrauenraub, Ancyra c. 11); Mainz 847 c. 21, Bor. Kr. 2, 181 (Abtreibung und Tödtung unehelicher oder im Ehebruch erzeugter Kinder, Ancyra c. 21, Elvira c. 63, Lerida c. 2) u. c. 22. 23 ibid. (Tödtung u. falsches Zeugniss, Ancyra c. 22; Agde c. 37 in c. 20 C. XXIV qu. 3, Elvira c. 5 in c. 43 Dist. L, Ancyra c. 23); Rudolph v. Bourges u. 850 c. 39, M. 14, 961 (Tödtung, Ancyra c. 22. 23 cit.), c. 40 ibid. (Tödtung v. Sklaven, Epaon 516 c. 34 u. Elvira c. 5 cit.); ibid. c. 41 (Tödtung unehelicher Kinder u. incestuose Ehen, Ancyra c. 21 cit. u. Neocäsarea c. 2); ibid. c. 42 (Ehebruch u. Halten von Konkubinen neben der Frau, Ancyra c. 20, Toledo 400 c. 17, Elvira c. 64. 65), u. c. 43 (widernatürliche Unzucht, Ancyra c. 16); Mainz 852 c. 16, Bor. Kr. 2, 190 (Halten von Konkubinen neben der Frau, Toledo 400 c. 17 cit.); Worms 868 c. 38. 39 (Tödtung v. Sklaven, Epaon

Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse, namentlich die Entwicklung des Busswesens [1], die in Bezug genommenen Anordnungen modificirt hat. [2]

Auch das Dekretum Gratians mit seinen aus den kirchlichen Rechtsquellen der ganzen vor ihm liegenden Zeit entnommenen Stellen war bei dem von dem Verfasser desselben befolgten Plane nicht geeignet, das kirchliche Strafrecht irgend einen Schritt aus seiner bisherigen Zerrissenheit herauszuführen, und ebensowenig haben die offiziellen Dekretalensammlungen den Zweck verfolgt, dasselbe einheitlicher zu gestalten.

Als gleichzeitig seit dem 13. Jahrhundert die Partikulargesetzgebung eine rege Thätigkeit auf dem fraglichen Gebiete entwickelt [3], ist sie zwar in manchen Beziehungen durch die allgemeinen Konzilien des Mittelalters und durch einzelne, in den Dekretalensammlungen enthaltene päpstliche Anordnungen beeinflusst worden, ja manche Synoden, vor Allem die Legatenkonzilien, haben die vorhingedachten Vorschriften durchzuführen bezweckt, aber dabei hat man sich doch in den Einzelheiten nicht streng an dieselben gehalten, vielmehr manches ergänzt und abgeändert, sowie auch eigene selbstständige Festsetzungen getroffen, weil erst gerade während dieser Zeit das oberste päpstliche Gesetzgebungsrecht für die ganze Kirche zur Anerkennung gelangt ist [4], und sich daher damals noch keine feste und sichere Anschauung über das Verhältniss desselben zur kirchlichen Partikulargesetzgebung, namentlich hinsichtlich der Berechtigung der letzteren abweichende Normen zu erlassen, hatte feststellen können.

Zu einem Bewusstsein der geschilderten Lage, welche dem Gelegenheitscharakter der kirchlichen Strafgesetzgebung entspricht, ist die damalige Zeit nicht gelangt. Wie man schon in den früheren Perioden der kirchlichen Entwicklung unbefangener Weise Rechtsnormen, welche für bestimmte Zeiten und bestimmte Gebiete erlassen waren, auf andere Zeiten und Verhältnisse übertragen hatte, so that man dies auch jetzt, und wenn es nicht angänglich war, dieselben wörtlich anzuwenden, so benutzte man sie wenigstens als Direktiven, sei es für einzelne Fälle, sei es für den Erlass weiterer und neuer Anordnungen. Auf diese Weise konnte man die Widersprüche bei der Anwendung etwaiger, nicht miteinander harmonirender Normen für die Praxis des Lebens unschädlich machen, und gerade auf dem Gebiete des Strafrechtes musste diese Methode um so berechtigter erscheinen, als in der Strafgewalt der kirchlichen Leitungsorgane auch das Recht lag, im gegebenen Falle einzelne, bisher nicht strafbare Handlungen durch Bedrohung mit Strafen oder Verhängung von solchen zu kirchlichen Vergehen zu machen [5], und aus diesem Recht auch die Befugniss folgte, beim Vorliegen widersprechender Normen die eine vor der anderen zur Anwendung zu bringen oder unter Absehung von allen eine selbstständige neue Anordnung zu treffen.

c. 34 u. Elvira c. 5 cit.); Köln 887, M. 18, 48 (Incest u. Unzucht v. Nonnen, Agde 506 c. 61 in c. 5 C. XXXV qu. 2 u. 3, Lerida c. 9 in c. 9 C. cit., Toledo VI. c. 7, Elvira c. 13 in c. 25 C. XXVII qu. 1 u. Chalced. c. 16); Mainz 888 c. 6 M. 18, 66 (Veräusserung u. Wegnahme von Kirchengut, Orleans V c. 13, 15); Tribur 895 c. 54 (Tödtung Ancyra c. 22 cit.).

In der nachkarolingischen Zeit kommt dies viel seltener vor, s. aber Augsburg 952 c. 1. 2. 4. 7, LL. 2, 27; Limoges 1031, M. 19, 545. 546; Generalsynode London 1075, M. 20, 451. 452.

[1] S. o. S. 85 ff.

[2] Vgl. z. B. Rudolf v. Bourges c. 42; Worms 868 c. 38 u. Tribur c. 54, s. S. 235 n. 6.

[3] S. die Zusammenstellungen zu den einzelnen Strafvergehen, S. 157 ff.

[4] Bd. III S. 740.

[5] Bd. IV S. 836. Darüber, dass es während der hier fraglichen Periode dabei verblieben ist, s. §. 279.

Meistens haben, wie schon bemerkt, die kirchlichen Gesetzgebungsorgane in ihren Festsetzungen die Thatbestände der einzelnen, von ihnen unter Strafe gestellten Vergehen selbst formulirt, mehrfach, so namentlich bei denjenigen, welche auch bürgerliche Delikte bilden, z.B. in Betreff des Diebstahls, des Raubes, der Zauberei, ist dies aber nicht geschehen[1], so dass es zweifelhaft bleiben musste, welcher Begriff, namentlich ob der römisch- oder deutschrechtliche Begriff des betreffenden Vergehens dabei vorausgesetzt war[2]. Auch dieses Mangels einer festen Begriffsbestimmung der Delikte ist man sich in der damaligen Zeit nicht bewusst gewesen. Daher haben auch die Dekretalensammlungen, welche freilich für manche, speziell die Kirche interessirenden Vergehen, wie für den Wucher[3] und den Meineid[4] in einzelnen Stellen Material zur Feststellung des Deliktsbegriffes beibringen, diese Lücke principiell nicht auszufüllen gesucht, und wenn daraus in der Praxis kaum Schwierigkeiten hervorgetreten sind, so hat dies offenbar gleichfalls seinen Grund in der vorher erwähnten Befugniss der mit der Strafgewalt ausgestatteten kirchlichen Organe, für den einzelnen gegebenen Fall der Anwendung auch zugleich den deliktsmässigen Charakter der in Frage kommenden Handlungen näher zu bestimmen.

So bietet die kirchliche Gesetzgebung einschliesslich der erwähnten Sammlungen wesentlich eine Masse von Vorschriften dar, welche in der Bestimmung der Thatbestände theils nicht miteinander harmoniren, theils aber in dieser Beziehung lückenhaft sind. Während sich die Praxis so gut es eben gehen musste, damit abzufinden hatte, blieb die Zusammenarbeitung des Materials der Wissenschaft überlassen, und da diese ihren Ausgangspunkt von der Beschäftigung mit den erwähnten Sammlungen nahm, andererseits aber dabei auf dem römischen Recht fusste, so kann es nicht Wunder nehmen, dass nunmehr das partikularrechtliche Material völlig bei Seite gelassen wurde, und dass man andererseits zur Ergänzung der gedachten Lücke das römische Recht heranzog[5].

§. 274. *bb. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen der Geistlichen.*

I. Einleitung. Im Vergleich zu den früheren Perioden[6] weist die hier in Frage stehende Zeit eine reichere Ausgestaltung des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafrechts für die Geistlichen auf. Dazu haben nicht nur die schon o. S. 51 berührten Verhältnisse, welche auch für die Umbildung des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafsystems massgebend gewesen sind, geführt, sondern es ist dafür auch der Umstand von Bedeutung gewesen, dass die Kirche gerade während dieser Zeit einmal im Interesse ihrer Machterweiterung den Geistlichen theils neue Pflichten

[1] Gratian bringt allerdings für manche Vergehen, so z. B. für den Diebstahl einzelne hierfür in Betracht kommende Äusserungen der Kirchenväter bei, s. S. 186 n. 2, aber maassgebende gesetzliche Vorschriften waren dieselben an sich nicht.

[2] Diese Fragen sind bisher nicht einmal berührt worden. München in seinem kanonischen Strafrecht nimmt durchgängig ohne Weiteres das römische Recht als Grundlage des kanonischen an und ergänzt dasselbe durch das Corpus juris civilis. Katz greift beliebig und unkritisch das ihm passend Erscheinende heraus, so wenn er z. B. S. 126 für den Begriff des Diebstahls im kanonischen Recht das Moment der Heimlichkeit für wesentlich erachtet und dies auf germanischen Einfluss zurückführt, sich aber dabei auf Augustin (c. 13 C. XIV qu. 5) beruft, welcher überdies den Diebstahl als omnis illicita usurpatio rei alienae definirt.

[3] S. 198 n. 4.

[4] S. 185 n. 3.

[5] Vgl. darüber die Darstellung der folgenden Periode.

[6] Bd. IV S. 752. 833.

auferlegt[1], theils andere schon früher bestehende verschärft oder wieder zur Durchführung gebracht[2], ferner aber auch der namentlich seit dem 13. Jahrhundert hervortretenden Veräusserlichung des Kirchenwesens und den daraus entspringenden Missbräuchen[3] zu steuern versucht hat.

II. Die einzelnen Disciplinarstrafvergehen. Zur näheren Klarlegung der stattgehabten Entwicklung erscheint es zunächst geboten, eine Übersicht über die verschiedenen Handlungen und Unterlassungen zu geben, welche die kirchliche Gesetzgebung, sei es die allgemeine, sei es die partikuläre in der betreffenden Zeit als Disciplinarstrafvergehen charakterisirt hat[4].

Von denjenigen Vergehen, welche sich 1. als Verletzungen der die Amtsführung betreffenden Pflichten darstellen, kommen in Betracht:

zunächst was die Aufnahme in den Klerus betrifft,

die Ertheilung der Tonsur und der Weihen an irreguläre und nicht geeignete Kandidaten durch den Ordinator[5], die Ertheilung beider durch den nicht zuständigen Bischof[6], der Empfang der Ordination durch einen solchen[7], die Erschleichung der Weihe ohne erforderlichen Titel[8] oder die sonst vorgeschriebenen Nachweise[9], die Ertheilung der Weihen an mehr Kleriker für eine Kirche als aus den Einkünften derselben unterhalten werden können[10], die Übung von Zwang bei der Ordination[11], der Empfang der Weihen zu anderen als den erlaubten Zeiten[12], sowie mehrerer, nicht kumulirbarer Weihen an ein und demselben Tage[13], die Erlangung der Weihen per

[1] So die Vermeidung der Annahme der Investitur aus Laienhand, der Verleihung von Zehnten an Laien, der bedeutend erweiterten Nichtangehung der weltlichen Gerichte in kirchlichen Rechtssachen und in Strafsachen gegen Geistliche, die Verhinderung unerlaubter Ehen.

[2] So die Cölibatspflicht, die Pflicht zur Obedienzleistung. —

[3] S. z. B. der Kumulation der Kirchenämter, der Nichtbeachtung der Residenzpflicht, der Simonie, dem Missbrauch der Strafgewalt und der Jurisdiktion namentlich zu Bedrückungen und Erpressungen, sowie der Nichtbeachtung kirchlicher Strafen und ihrer Rechtsfolgen.

[4] Dass hierbei keine absolute Vollständigkeit zu erreichen ist, liegt auf der Hand.

[5] Rom 743 c. 11, M. 12, 384 (canonica damnietas); Rom 871—78 Maassen, röm. Synode S. 21 (Absetzung), letzteres offenbar in Anhalt an c. 1 (Nicäa 325 c. 2) Dist. XLVIII; c. 2 (Zosimus) Dist. XXXVI; c. 1 (Innoc. I.) c. 5 (Toledo 633) Dist. LI u. c. 3 (Cölestin I.) Dist. LXXXI, welche für den Ordinator und den Ordinirten Absetzung androhen. Vgl. weiter Bd. I S. 103. 107; Lucca 1253, M. 23, 823 (Erschleichung eines ordo sacer durch einen Priestersohn oder Unehelichen, exc. ipso iure und susp. ab ordine für den geweihten, für wissentliche Präsentation solcher zur Weihe ebenfalls exc. ipso facto); Trier 1310 M. 25, 274 (ebenso); Tarragona 1282 c. 7, M. 24, 492 (Ertheilung an Descendenten solcher Personen, welche Bischöfe getödtet, verwundet, gefangen gehalten oder sonst thätlich angegriffen haben, susp. von der Ertheilung des gegebenen Weihegrades auf 2 Jahr, und falls die gedachten Vergehen gegen andere Prälaten begangen waren, auf 1 Jahr); Leg. K. Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 704 (an unwissende Kandidaten, susp. a collatione ordinum und für den geweihten susp. vom empfangenen Ordo auf ein Jahr ipso facto).

[6] Metz 888 c. 15, M. 18, 68 (nur öffentliche Rüge, s. S. 78 n. 7); anders Rom 871—78 cit.; päpstl. K. Benevent 1091 c. 3, M. 20, 739 (Absetzung); London 1175 c. 5, M. 22, 148 (Susp. von der Ertheilung der widerrechtlich gegebenen Weihegrade); vgl. ferner Bd. I S. 99 n. 5 u. S. 100 n. 2. 3. 6 und diesen Bd. o. S. 71 n. 1.

[7] Bd. I S. 98 n. 8 u. S. 99 n. 5; vgl. auch Lucca 1253 M. 23, 823; Salisbury 1256, p. 909; Gerona 1261 c. 12, p. 931.

Wegen der Ordinationen durch Bischöfe, die auf ihr Amt verzichtet haben, durch exkommunicirte, interdicirte, häretische und simonistische Bischöfe, s. Bd. I S. 50. 83.

[8] Lucca 1253, M. 23, 823 (exc. l. s. u. susp. ab ordine), im übrigen s. Bd. I S. 77. 78.

[9] Exeter 1279 c. 8, M. 24, 797 (susp. ab off. et ben., ev. bei Nichtaufgabe des Benefiziums Exk. als rei ecclesiasticae invasor).

[10] Leg. K. Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 705 (susp. von der Kollation des ertheilten Ordos ipso iure).

[11] Rom 871—78 cit. c. 17 (Anathem), s. ferner c. 1 (Orleans III. 538) Dist. LXXIV u. Bd. I S. 111 n. 2.

[12] Bd. I S. 114. 115 und diesen Bd. o S. 71 n. 7; Trier 1310, M. 25, 251.

[13] Bd. I S. 113 und diesen Bd. S. 71 n. 7.

saltum [1] und die Ausübung der Funktionen der höheren Weihen ohne den Besitz der erforderlichen niederen [2];

hinsichtlich der Beobachtung der die Organisation der Kirche betreffenden Bestimmungen die Weihe von Klerikern und die Ertheilung der Konfirmation an Angehörige einer fremden Diöcese, sowie die Vornahme von Jurisdiktionshandlungen in fremden Sprengeln ohne die Genehmigung des Diöcesanoberen [3], die Aufnahme oder Zulassung von fremden Klerikern zum Amtiren durch den Bischof ohne Genehmigung ihres Diöcesanoberen [4] oder das eigenmächtige Celebriren solcher in anderen Diöcesen [5], die Ausübung von Pontifikalhandlungen durch unbekannte Bischöfe in fremden Bezirken ohne vorherige Prüfung des Metropoliten und ohne Erlaubniss des betreffenden Diöcesanbischofs [6], oder die Zulassung der ersteren durch den letzteren zum Amtiren [7], die Empfangnahme der Weihen von fremden Bischöfen und die Entnahme des Chrismas und des h. Öls von solchen [8],

die Zulassung von Quästuariern ohne bischöfliche Genehmigung durch Geistliche [9], das Abwendigmachen der Pfarreingesessenen von ihrem zuständigen Pfarrer seitens eines anderen [10], die Annahme fremder Pönitenten ohne Genehmigung des sie bei der Busse beaufsichtigenden Priesters [11], die Zulassung fremder Parochianen zum Gottes-

[1] Bd. I S. 111.

[2] Rouen 1072 c. 10, M. 20, 37 (Absetzung), s. aber c. 1 (Alex. II.) Dist. LII u. Bd. I S. 111 n. 8.

[3] Benevent 1331 c. 53, M. 25, 964, wiederholt Benevent 1378, M. 26, 646 (Geldstrafe von 10 Unzen).

[4] Rom 743 c. 11 cit., S. 238 n. 5; cap. Vern. 755 c. 12, Bor. 1, 35 (unter Berufung auf Chalcedon c. 20, c. 4 Dist. LXXI), ebenso cap. Haiton. Basil. 807—23 c. 13, B. 1, 364 und Tribur 895 c. 16, M. 18, 146 (unter gleicher Bezugnahme) Exk., dagegen Benevent 1091 c. 3 cit., S. 238 n. 6, Absetzung, ebenso wie c. 1 C. XXI qu. 2 (Trullanum 692) u. Nicäa 787 c. 10, M. 13, 751; s. ferner Bd. II S. 491; Fritzlar 1246 c. 14, M. 23, 730 (Zulassung fremder Geistlichen ohne Prüfung ihrer Zeugnisse seitens des Bischofs, eventuell des Domkapitels, für den schuldigen susp. ab off. et ben. auf 3 Jahr, daneben auch arbiträre Strafe, wiederholt Mainz 1261 c. 17, p. 1085); Cognac 1260 c. 6, p. 1034 (Zulassung fremder Priester zum Celebriren, exc. für celebrans und admittens); Gerona 1261 c. 13, p. 931 (Annahme fremder Geistlicher durch Kleriker und Prälaten ohne spezielle Erlaubniss ihres Bischofs, interd. ingressus ecclesiae ipso facto auf ein Jahr); Leg. K. Ofen 1279 c. 32, M. 24, 285 (Zulassung fremder Kleriker zum Celebriren ohne Zeugniss ihres Bischofs, Fernhaltung a divinorum perceptione et ingressu ecclesiae); Münster 1279 c. 5, p. 313 (im wesentlichen dasselbe, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 1, p. 346 (wie Münster cit.); S. Pölten 1284, p. 506 (susp. ab ingressu ecclesiae et a divinis); Nogaret 1303 c. 1. 2, M. 25, 111 (für den Annehmenden und Angenommenen exc. ipso facto). Marciac 1326 c. 1. 2, p. 776 (ebenso); S. Pölten 1284, p. 505 (Seelsorger, welche in erlaubten Fällen unwürdige Vikare annehmen oder solche, die sich als unfähig erweisen, nicht entfernen, susp. ab ingressu ecclesiae).

[5] Schottisches Konz. 1225 c. 15, M. 23, 1226 (clerici transeuntes et ignoti, welche ohne Erlaubniss des Bischofs, Offizials oder Archidiakons in einer fremden Diöcese gottesdienstliche Handlungen vornehmen, susp. ab off. ipso iure); Benevent 1331 u. 1378 c. 38, M. 25, 955 u. 26, 638 (exc. ipso facto). — Übrigens hat auch Gratian eine ältere, hierher gehörige Stelle, Antiochia c. 13 (Bd. IV S. 773 n. 3, welche die willkürliche Ertheilung der Weihen und das Amtiren in fremden Diöcesen mit Absetzung bedroht) in c. 6 C. IX qu. 2 aufgenommen.

[6] Ravenna 1311 c. 24, M. 25, 462 (susp. a pontificalibus et ab off. ipso iure).

[7] Leg. K. Padua 1350, M. 26, 233 (susp. a collatione ordinum auf ein Jahr ipso facto).

[8] Benevent 1331 u. 1378 c. 49, M. 25 u. 26, 644 (exc. l. s.).

[9] Leg. K. Paris 1212 c. 1213 P. I c. 8, M. 22, 821 (auch von Predigern, Benefiziaten susp. a benef., andere exc.); Mainz 1261 c. 17, M. 23, 1085 (susp. ab off. et benef.); Poitiers 1280 c. 10, M. 24, 386 (exc.); S. Pölten 1284, p. 105 (nach Ablauf eines Monats susp. ab off. ipso iure); Exeter 1287 c. 24, p. 829 (schwere arbiträre Bestrafung). Gemeinrechtlich hat erst in Anhalt an c. 14 (Lateran. IV. 1215 c. 62) X de poenit. V. 38 die Clem. 2 eod. V. 9 für die Zulassung von Quästuariern ohne päpstliche oder bischöfliche Schreiben arbiträre Bestrafung angedroht.

[10] Namentlich, um ihm die Zehnten zu entziehen, Theodulf v. Orleans u. 797 c. 14, M. 13, 998 (Amtsentsetzung oder langjähriger carcer); Ravenna 877 c. 18, M. 17, 340 (Aneignung der Zehnten zum Nachtheil des zuständigen Pfarrers, kleiner Bann).

[11] c. 2 (inc.) C. IX qu. 2, wiederholt c. 3 Dist. VI de poen. (Absetzung).

dienst und zu den Sakramenten [1], die Errichtung von Altären und Ausübung von Jurisdiktionshandlungen durch Geistliche einer fremden Provinz [2],

gewisse gegen die Vorschriften über die Verschiedenheit der Riten [3] verstossende Handlungen [4],

die Neu-Errichtung von Kanonikaten und Präbenden aus den Einkünften des Kapitels und die Theilung solcher ohne bischöfliche Erlaubniss [5],

betreffend die Besetzung und Erwerbung der kirchlichen Ämter die Anstellung von nicht geeigneten Kandidaten in solchen [6], die Nichteinholung des für das erworbene Amt vorgeschriebenen Ordos innerhalb der festgesetzten Zeit [7], die

[1] Leg. K. Ofen 1279 c. 33, M. 24, 285 (susp. ab executione ordinum ipso iure, für die Parochianen kleiner Bann); Cognac 1255 c. 1, s. S. 206 n. 1; Leg. K. Valladolid 1322 c. 10, M. 25, 706 (Pfarrer und Parochianen, exc. ipso iure); Tarragona 1292 c. 6, M. 24, 1108 (Spendung der Sakramente, 20 Morabotini, wiederholt Tarragona 1329 c. 59, M. 25, 854).

[2] Tarragona 1329 c. 9, M. 25, 840 (exc. l. s.).

[3] Bd. IV S. 426.

[4] Lateran. IV. 1215 c. 9, M. 22, 998 (das sich Eindrängen des Bischofs eines verschiedenen Ritus als Bischof in die Diöcese neben dem Bischof eines anderen Ritus, Exc., event. Absetzung, s. Bd. II S. 40 n. 2 u. S. 172 n. 5); l. c. c. 4, 989 (c. 6 X de bapt. III. 42, Wiedertaufen eines von Lateinern getauften Kindes durch einen griechischen Geistlichen, Exk. u. depositio ab omni off. et benef.); Melfi 1284 c. 4, M. 24, 572 (susp. ipso facto, s. S. 73 n. 6).

[5] Bergamo 1311 c. 8, M. 25, 484 (Exk., auch für denjenigen, welcher ein solches Benefizium annimmt).

[6] Valence 855 c. 7, S. 78 n. 7; ferner die Anstellung derjenigen, welchen es an dem erforderlichen Alter, (Bd. II S. 484, fehlt, Lateran. III. 1179 c. 3, M. 22, 218 (c. 7 X de elect. I 6, bei Wahlen Verlust des Wahlrechts für die Geistlichen für den Erledigungsfall und 3jährige susp. a benef., für den Bischof Verlust des Rechts, die betreffenden Ämter zu vergeben, s. auch Angers 1365 c. 8, M. 26, 430); Köln 1300 c. 1, M. 25, 16 (Archidiakonen und andere, welche Kandidaten vor dem fünfundzwanzigsten Jahr Pfarrämter verleihen, susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto) — solcher, welche wegen ihrer Sitten und Kenntnisse ungeeignet sind, Lateran. IV. 1215 c. 30, M. 22, 1018 (c. 29 X de praeb. III. 5, nach zweimaliger Rüge durch das Provinzialkonzil, von demselben zu verhängende, und vom Papst oder dem vorgesetzten Patriarchen aufzuhebende susp. a conferendis beneficiis für den Bischof, bez. das Kapitel); Mainz 1261 c. 12, M. 23, 1084 (Verleihung von Seelsorge-Ämtern an illitterati, nicht vierzehnjährige und Minoristen, für Bischof int. ingressus ecclesiae, für Archidiakonen susp. ab off. ipso iure); — Trier 1310 c. 15, M. 25, 252 (Annahme der Verleihung von Benefizien vor Erlangung der Tonsur, exc. l. s.). — Anstellung der Kinder von Geistlichen, Leg. K. Gerona 1078 c. 5, M. 20, 518 (Übertragung der von den Vätern besessenen Ämter an die Söhne, Exk.); päpstl. K. Nismes 1096 c. 7, M. 20, 995 (Besitz von Kirchen und ihrer Güter zu erblichem Recht, susp. a benef. für die betreffenden Kleriker bis zur Restitution); päpstl. K. Clermont 1130 c. 11, M. 21, 439 (Fordern und Vindiziren der väterlichen Kirchenämter, debita poena, wiederholt Rheims 1131 c. 15, p. 461 u. Lateran. II. 1139 c. 16, p. 530); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 20, M. 22, 824 (ebenso susp. a benef., Exk.); Lateran. IV. 1215 c. 31 (c. 16 X de fil. presb. I. 17, Anstellung der Söhne, namentlich der unehelichen, von Kanonikern an Säkularkirchen ihrer Väter, für die anstellenden susp. a benef., wiederholt Rouen 1222 c. 13, p. 200), vgl. auch Bd. II S. 476; Tarragona 1282 c. 7, M. 24, 492 (die S. 238 n. 5 gedachten Strafen für die Verleihung von Ämtern an die erwähnten Personen) — die Ertheilung der bischöflichen Konsekration, also auch der bischöflichen Würde, an einen nicht rechtmässig gewählten Kandidaten, Lateran. I. 1123 c. 10, M. 21, 283 (c. 3 Dist. LXII, Absetzung auf immer für den Konsekrator und den Gewählten).

Übrigens weist Gratian noch zwei ältere Stellen, c. 5 (Toledo IV. 633) Dist LI u. c. 3 (Cölestin I.) Dist. LXXXI auf, welche die Konsekration eines gesetzlich unfähigen oder wegen Verbrechens unwürdigen Kandidaten zum Bischof an dem Konsekrator mit Absetzung ahnden.

[7] Rom 871—78 c. 2, Maasen, römische Synode S. 12 (ebenso Ravenna 877 c. 1. 2, M. 17, 337, s. auch Bd. II S. 676 n. 6, für den die Konsekration verzögernden Bischof Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, S. 16 n. 2, event. Verlust des Rechtes auf die Würde, für die nicht rechtzeitige Ablegung des Glaubensbekenntnisses und Nachsuchung des Palliums, ebenfalls Verlust des gedachten Rechtes, s. auch Bd. II S. 28 n. 4 u. Bd. III S. 201 n. 5); Leg. K. London 1125 c. 6, M. 21, 331 (Geistliche, welche sich auf Aufforderung des Bischofs nicht weihen lassen, Verlust ihrer Kirchen und Benefizien), London 1127 c. 4, p. 356, päpstliche Synoden v. Clermont 1130 c. 6, p. 439, v. Rheims 1131 c. 9, p. 459, v. Pisa 1135 c. 7, p. 489; allg. K. Lateran. II. 1129 c. 10, p. 528 (c. 3 Dist. LX), päpstl. S. Rheims 1148 c. 9, p. 716; allg. K. Lateran. III. 1179 cit., M. 22, 219 (Bd. II S. 482, Geistliche, welche zu Archidiakonen oder Diakonen befördert sind und nicht auf Aufforderung des Bischofs oder innerhalb der vorgeschriebenen Zeit die entsprechenden Weihen nehmen, Verlust der betreffenden Stellung); Leg. K. Lerida 1229 c. 2, M. 22, 1090 (Äbte, Prioren u. Inhaber von Pfarrbenefizien, welche nicht

Verletzung der für die Wahl des Papstes[1] und für die Prälatenwahlen gegebenen Vorschriften[2], das Eingehen von Verbindungen und Verbrüderungen behufs Beeinflussung der eben gedachten Wahlen[3], die Annahme von Anstellungen auf Kirchenämter durch Laien[4] oder das eigenmächtige Sicheindrängen in solche Stellungen[5],

rechtzeitig den Priestergrad erwerben, subtractio beneficiorum); Saumur 1253 c. 5, M. 23, 810 (Archidiakonen, welche nicht innerhalb eines Jahres die Diakonatsweihe, Erzpriester und Ruraldekane, welche nicht innerhalb dieser Frist den Grad des Priesters erwerben, subtractio beneficiorum); Lyon II. 1274 c. 13, M. 24, 90 (c. 14 in VI de elect. I. 6); c. 35 (Bonif. VIII.) eod., s. Bd. II S. 482 n. 13. 14; Clem. 2 de aetat. I. 6, s. S. 72 n. 4 u. 5, vgl. weiter Ravenna 1317 c. 3, M. 25, 601; Avignon 1337 c. 51, p. 1101.

1 Papstwahldekret Nikolaus' II. 1059, Bd. I S. 250 u. Scheffer-Boichorst, Neuordnung d. Papstwahl durch Nikolaus II. Strassburg 1879 S. 16 (Anathem u. Absetzung von allen Graden für den unrechtmässigen Eindringling und seine Anhänger); Lateran. III. 1179 c. 1, M. 22, 218 (Bd. I S. 265, Exk. u. Entziehung aller höheren Weihen für den gleichen Fall); Lyon II. 1274 c. 2, M. 24, 81 (c. 3 in VI de elect. I. 6, Bd. I S. 268 n. 4, Versprechungen, Verträge und Eide der Kardinäle in Bezug auf die Papstwahl, Busse).

2 Lateran. IV. 1215 c. 24, M. 22, 1011 (c. 42 X de elect. I. 6, Verletzung der vorgeschriebenen Wahlarten, Verlust des Wahlrechts für den betreffenden Vakanzfall); vgl. weiter Lateran. II. 1139 c. 28, M. 21, 533, s. Bd. II S. 603); Lateran. IV. 1215 c. 25, M. 22, 1014 (c. 43 X eod., Bd. II S. 647 n. 4); Lateran. IV. cit. c. 26 (c. 44 X eod. , Bestätigung unfähiger Kandidaten, Verlust des Bestätigungsrechtes für den nächsten Vakanzfall und susp. a perceptione beneficii); s. auch S. 240 n. 6; ferner c. 26 (Innoc. III.) X eod.; c. 1 §. 2 (Innoc. IV.) in VI de elect. I. 6 (Bd. II S. 669 Anm.); c. 5 (Lyon II. 1274) eod. (Bd. II S. 671 n. 4); c. 6 (id.) u. c. 16 (Nicol. III.) eod. (Bd. II S. II S. 670 n. 2 u. S. 671 n. 2); c. 37 (Bonifaz. VIII.) eod. (Wahl eines unfähigen durch den Compromissar, susp. a benef. auf 3 Jahr); c. 44 (ibid.) eod. (Vernachlässigung der Untersuchung über die ordnungsmässige Wahl vor der Bestätigung und Konsekration, susp. ipso facto, vom Recht Bischöfe zu bestätigen und zu konsekriren, auf ein Jahr), endlich Lateran. IV. 1215 c. 25, M. 22, 1014 (c. 43 X de elect. I 6, s. Bd. II S. 667 n. 4).

3 Mainz 1261 c. 13, M. 23, 1084 (mit oder ohne eidliche Bekräftigung, Exk.).

4 Rom 853 c. 14, M. 14, 1016 (Priester, welche sich von Laien in anderen Diöcesen anstellen lassen oder sich selbst einer Kirche bemächtigen, Absetzung); Pavia 850 c. 18, Bor. Kr. 2, 121 (Kleriker, welche Anstellungen von Laien ohne bischöfliche Approbation annehmen, Exk.); vgl. ferner die S. 218 n. 6 citirten, das Investiturverbot betreffenden Synoden; päpstl. K. Benevent 1091 c. 2, M. 20, 739 (Kapläne, welche über die Zahl ohne bischöfliche Genehmigung amtiren und von Laien Zehnten annehmen, susp. ab off. et benef.); Lateran. I. 1123 c. 18, M. 21, 285 (Priester, welche Kirchen und Zehnten aus der Hand von Laien ohne Genehmigung des Bischofs empfangen, Exk.); päpstl. K. Rheims 1148 c. 2, M. 21, 718 (Geistliche, welche wider Willen des Bischofs Einkünfte von Kirchen annehmen, Anathem, ferner für die Priester, welche für sie ministriren, Anathem u. Absetzung); c. 21 (Alex. III.) X de jurepatr. III. 38 (Erlangen von Benefizien durch Laien ohne Betheiligung des Bischofs, Absetzung); Leg. K. Ofen 1279 c. 23, M. 24, 281 (Intrusion in kirchliche Benefizien oder Annahme derselben aus Laienhand, exc. ipso iure); Leg. K. Würzburg 1287 c. 6, p. 852 (Annahme, Okkupation und Behalten von Präbenden, Benefizien und kirchlichen Einkünften exc. ipso iure, eventuell privatio beneficiorum ipso facto und Unfähigkeit zur Erlangung von Dignitäten und Kirchen); Leg. K. Pressburg 1309 c. 3, M. 25, 217 (Annahme von Bisthümern und kirchlichen Benefizien aus Laienhand oder Behalten derselben, nur durch den Papst behebbare Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien und bei späterer kanonischer Erwerbung des so erhaltenen Amtes Verlust desselben ipso iure, Kleriker und Laien, welche dem Okkupanten Gehorsam leisten, exc. l. s., Körperschaften Interdikt); Salamanca 1335 c. 4, p. 1050 (Annahme von Benefizien aus Laienhand, exc. l. s. und Unfähigkeit, das betreffende Benefizium im Vakanzfall zu erhalten). Vgl. noch die S. 218 n. 6 angeführten Konzilien des 12. u. 13. Jahrh., sowie die folg. Anmerk.

5 c. 4 (Alex. III.) X de renunc. I. 9 (canonica ultio); c. 18 (Bonifaz. VIII.) in VI de praeb. III. 4 (Kleriker, welche mit Gewalt Kurat-Ämter okkupiren oder wissentlich sich ohne Recht in solche eindrängen, Verlust des bisher innegehabten Kuratamtes ipso iure, beim Eindrängen in Dignitäten, Personate und andere Ämter, Verlust des etwaigen ihnen auf diese zustehenden Rechtes). — Rouen 1190 c. 27, M. 22, 585 (intrusio in ecclesiastica beneficia propria aut laica potestate, Exk.); schott. Konz. 1225 c. 50, M. 22, 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der intrusi); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (ebenso derjenigen, welche sich in kirchliche Benefizien eindrängen und sie mit Gewalt oder mit Hülfe von Laien behalten); Lambeth 1261, p. 1063. 1064 (Okkupation von Parochial-, Präbendal-Kirchen, kirchlichen Benefizien, Dignitäten und Personaten durch Eigenmacht oder mit Hülfe von Laien, Verlust des okkupirten Amtes ipso iure, Exk. u. öffentliche Verkündung derselben, nach 2 Monaten auch Entziehung der Einkünfte der übrigen Benefizien und nach einem Jahr Unfähigkeit, kirchliche Ämter in der Provinz zu erhalten); Seyne 1267 c. 11, p. 1182 (Annahme der Okkupation von Kirchen und Benefizien ohne Erlaubniss des Oberen, Exk.); Salzburg 1274 c. 23, M. 24, 143 (Okkupation

sowie andere Regelwidrigkeiten bei der Erlangung von Kirchenämtern [1], ferner unberechtigte Anstellung von Vikaren [2], die Übertragung von Präbenden oder der Seelsorge durch niedere kirchliche Jurisdiktionsbeamte [3] und die Ausübung der Seelsorge ohne bischöfliche Autorisation [4], die Verleihung von noch nicht erledigten Ämtern [5] und die wissentliche Annahme derselben [6], die eigenmächtige Intrusion in derartige Ämter [7] oder das Erschleichen derselben durch Präsentationen der Patrone und Veranlassung heimlicher und eiliger Untersuchungen seitens der Prälaten [8], das Sicheindrängen in die Benefizien Abwesender oder die Okkupation derselben mit Gewalt oder auf Schleichwegen [9], die betrügliche Unterschiebung eines andern zur Ablegung der

oder Annahme von Benefizien aus der Hand von Laien, ohne Erlaubniss des Prälaten, Verlust des betreffenden Amtes ipso iure und Exk., nach einem Jahr Entziehung der übrigen Benefizien und Unfähigkeit, solche zu erlangen); Münster 1279 c. 6, p. 313 (Annahme von Pfarrkirchen aus der Hand des Patrons oder Celebriren mit Wissen desselben ohne Genehmigung des Kirchenoberen, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 15, p. 360 (ebenso und bei Annahme eines Benefiziums aus Laienhand, Absetzung); Leg. K. Würzburg 1287 c. 14, p. 855 (Annahme einer Kirche oder eines Benefiziums aus der Hand eines Laien oder Unberechtigten oder Zurückbehaltung eines solchen mit Gewalt oder Laienhülfe, Anathem ipso iure); Mailand 1287 c. 13, p. 876 (Okkupation von Kirchen, privatio omnium beneficiorum ipso iure); Rouen 1299, p. 1215 (gewaltsame Okkupation von Ämtern exc. ipso facto und Verkündung derselben in der Diöcese, event. der Provinz und auch nach Absolution noch Unfähigkeit für kirchliche Benefizien auf 2 Jahr); Köln 1310 c. 13, M. 25, 240 (eigenmächtige Annahme und Innebehaltung von Kuratämtern, exc. ipso iure); Ravenna 1311 c. 20, p. 460 (Sicheindrängen mit Hülfe von Laien in Dignitäten und Benefizien, dem Provinzialkonzil vorbehaltene exc. ipso facto und Verlust des Klerikalprivilegs, sowie Unfähigkeit zur Erlangung kirchlicher Benefizien); Tarragona 1329 c. 78 p. 874 (Kleriker, welche sich durch Laiengewalten präsentiren oder Benefizien übertragen lassen, exc. l. s. und Unfähigkeit, die betreffenden Benefizien zu erhalten); vgl. weiter noch Bergamo 1311 c. 9, M. 25, 484; Benevent 1331 c. 30, p. 649; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 225; Benevent 1378 c. 14, p. 625 und die vor. Anm.

1 Mainz 1261 c. 12, M. 23, 1084 (Kleriker, welche sich dem Bischof oder Archidiakon gegenüber fälschlich als präsentirt ausgeben, susp. ab off. ipso iure und bei Täuschung des Prälaten spoliatio ab omnibus beneficiis in perpetuum); ibid. c. 24 (Kleriker, welche sich bei der Präsentation durch den Patron Abzüge von den Benefizialeinkünften machen lassen und dies dem Bischof nicht anzeigen, susp. ipso iure, ebenso schon Mainz 1233 c. 48, Mone Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 141); Riez 1285 c. 22, M. 24, 584 (Präsentirte, welche ohne Erlaubniss des Ordinarius einen Eid in die Hand des Patrons oder eines anderen leisten, Exk.).

Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806 (derjenige, welcher unter Verletzung der Freiheiten der Utrechter Kirche Benefizien auf Kosten der Kathedrale zu erlangen sucht, susp. a perceptione beneficii, bis er durch corporalis disciplina Busse leistet und der Kathedrale 5 Pfund als Strafe zahlt, S. 79 n. 1.

Tarragona 1329 c. 25, 846 (Verlust des Kollationsrechtes ipso iure für den Vakanzfall bei heimlicher Verleihung von Benefizien).

2 Cognac 1269 c. 5, M. 23, 11087 (durch den Archidiakon, Dekan oder Erzpriester ohne Konsens des Prälaten, Exk.); Leg. K. Ofen 1279 c. 10, M. 24, 276 (Archidiakonen und Pfarrer, welche Vikarieen an verheirathete Kleriker oder Laien übertragen, susp. ab off. und privatio beneficii, für den letzteren Exk.).

3 Lateran. III. 1179 c. 7, M. 21, 283 (durch Archidiakonen, Archipresbyter, Pröpste und Dekane ohne bischöfliche Genehmigung, Exk.).

4 Leg. K. Tarragona 1239 c. 14, M. 23, 516 (durch die auf Pfarrkirchen instituirten oder präsentirten Kleriker, Verlust des auf die Kirche erlangten Rechts); Ravenna 1317 c. 2, M. 25, 601 (privatio beneficii und Exk.); Narbonne 1260 c. 3, M. 23, 1031 (Spendung der Sakramente ohne solche Genehmigung, susp. ab off. et benef., event. Exk.).

5 Bergamo 1311 c. 8, M. 25, 484 (bei Kanonikaten für Verleiher und Annehmende exc. ipso facto).

6 c. 1 (Gelas. I.) X de conc. praeb. III. 28, s. Bd. III, S. 475; Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 709 (Annahme von Präsentationen auf solche Ämter durch Kleriker, Unfähigkeit zur Erlangung des betreffenden Benefiziums ipso facto).

7 London 1342 c. 12, M. 25, 1166 (exc. ipso facto und Unfähigkeit, solche Benefizien zu erhalten, für den Verleiher susp. ab off. et benef.).

8 Lambeth 1281 c. 14, M. 24, 414 (Auschluss von dem fraglichen Benefizium für immer und von der Erlangung anderer auf 3 Jahr); Bergamo 1311 c. 9, M. 25, 434 (ähnlich).

9 Leg. K. London 1237 c. 11, M. 22, 452 (susp. ab off. et ben. ipso facto, dieselbe Strafe für Vertheidigung des Benefiziums mit Waffengewalt); Leg. K. Breslau 1248 §. 4, de Montbach stat. Wratislav. p. 301 (Okkupation, namentlich mit Hülfe von Laien, bei Hartnäckigkeit Exk. u. wiederholte Verkündung derselben in der Diözese, dann in der ganzen Provinz und nur durch päpstlichen Dispens zu hebende Unfähigkeit, Benefizien in der letzteren zu erhalten, bei Reue, aber nicht geleistetem Schadensersatz trotz Absolution Entziehung des kirchlichen Begräbnisses).

bei den Ämtern päpstlicher Kollation erforderlichen Prüfung in den Wissenschaften [1], die Beunruhigung von Geistlichen in ihren kirchlichen Ämtern durch andere mit Anwartschaften versehene Kleriker, um Pensionen zu erpressen [2], die Inbesitznahme von Bisthümern und Klosterprälaturen durch die unmittelbar vom päpstlichen Stuhl ernannten, bestätigten, konsekrirten, bez. benedicirten Bischöfe oder Regularen ohne die vorgeschriebenen päpstlichen Urkunden über ihre Beförderung oder Weihe und die Annahme derselben durch die Kapitel oder Konvente ohne vorgängige Vorlegung der gedachten Zeugnisse [3], die Theilung von Präbenden bei ihrer Verleihung in mehrere [4], sowie die Annahme von Cessionen von Präsentationen seitens eines präsentirten Klerikers an einen anderen bei Streit über das Patronatrecht [5];

hinsichtlich der Aufgabe und des Verlustes der Kirchenämter das eigenmächtige Verlassen eines solchen [6] oder der einseitige Verzicht darauf [7], die eigenmächtige Absetzung oder Vertreibung der angestellten Geistlichen [8] und die Annahme bedingter unerlaubter Resignationen [9];

betreffs der Pfichten der kirchlichen Amtsträger die andauernde Nichterfüllung der Pflicht, die Horen täglich zu rezitiren, seitens der Geistlichen der höheren Weihen und solcher mit Benefizien [10], die Nichtbeachtung der Residenzpflicht [11], die Verletzung des Verbots der Kumulation von Kirchenäm-

[1] Const. Benedikts XII.: Quoniam nonnulli 1339, bull. Taur. 4, 462 (für beide exc. l. s. und privatio beneficiorum ipso iure, bei Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zum Erwerbe solcher).

[2] Rouen 1190 c. 24, M. 22, 285 (Exk.).

[3] c. 1 (Bonifaz VIII.) in Extrav. comm. de elect. I. 3 (für die ersteren Verlust der Amtseinkünfte bis zur Vorlegung der Briefe, für die letzteren susp. a perceptione beneficiorum suorum bis zur Aufhebung durch den Papst, s. auch Bd. II S. 677 n. 5 und dazu const. Alexanders V. v. 1410: Ex iniuncto, bull. Taur. 4, 654). — Bergamo 1311 c. 30, M. 25, 509 (Unterlassung des Nachweises der Verleihung nach erlangtem Besitz des Benefiziums durch den Geistlichen, susp. ipso iure a perceptione fructuum et administratione, event. privatio beneficii ipso iure).

[4] Leg. L. Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092 auf Grund des keine Strafe androhenden päpstl. K. Tours 1163 c. 1, c. 8 X de praeb. III. 5 (collator susp. ipso iure collatione ordinum bis zur Absolution durch den Papst). Das gemeine Recht hat dagegen die Theilung unter dem Gesichtspunkt der Simonie verboten, s. Bd. III S. 107 n. 2.

[5] Leg. K. Valladolid 1322 c. 8, M. 25, 710 (Unfähigkeit, das Benefizium im betreffenden Erledigungsfall zu erhalten, ipso facto).

[6] Hohenaltheim 916 c. 28, LL. 2, 558 (Kleriker, welcher eigenmächtig seine Kirche oder den ihn anstellenden Herrn verlässt und nicht zurückkehren will, Exk.); päpstl. K. Nismes 1096 c. 9, M. 20, 936 (aus Ehrgeiz um eine reichere Kirche zu erlangen, Verlust beider Kirchen, S. 62 n. 4).

[7] Wegen der Bischöfe s. Bd. III S. 267. 268, der Benefiziaten c. 4 (Alex. III.) X de renunc. I. 9 (canonica ultio); c. 8 (Inn. III.) X eod. (Verzicht in Laienhand und Wiederempfang durch dieselbe, Verlust des Benefiziums); Lucca 1253, M. 23, 822 (Verzicht in die Hand eines Laien, arbiträre Strafe).

[8] Leg. K. London 1125 c. 9, M. 21, 332, S. 76 n. 3 durch Äbte oder einen anderen Geistlichen ohne Urtheil des Bischofs, Exk.).

[9] Leg. K. London 1268 c. 33, M. 23, 1246 (Prälat, welcher Verzichte unter der Bedingung annimmt, dass der Verzichtende, wenn er nicht auf ein anderes Amt gewählt wird, das aufgegebene Benefizium wieder erhalten soll, und es auch zurückverleiht, Bischof susp. ab usu pontificalium, andere Prälaten susp. ab off. bis zum Widerruf der Verleihung).

[10] Pennafiel 1301 c. 1, M. 25, 101 (vgl. S. 69 n. 4 u. S. 73 n. 6); Bd. I. S. 141. 142.

[11] Für die karolingische Zeit s. die Bd. III. S. 222 n. 4 citirten Stellen, welche meistens keine, nur selten arbiträre Bestrafung androhen, während sich in den älteren von Gratian übernommenen Stellen wiederholt Strafen festgesetzt finden, c. 20 (Gregor I.) C. VII. qu. 1 (unverbesserlicher Bischof, Einsperrung in ein Kloster), c. 23. 24 C. cit. (Bd. III. S. 221 n. 1, Exk., bez. Absetzung), c. 29 (Agde 506 c. 64, Bd. IV S. 732 n. 7) C. cit., vgl. ferner die Bd. III S. 221 in den Anmerkungen mitgetheilten Stellen. Das Dekretalenrecht droht die Entziehung des Benefiziums an, vgl. Bd. III S. 224 n. 3, ebenso auch die Partikularkonzilien Oxford 1222 c. 14, M. 22, 1156; Leg. K. London 1237 c. 10, M. 23, 451 (für Vikarien, Verlust ipso iure); Cognac 1238 c. 5, p. 488 (capellani von Pfarrkirchen, Entziehung des Amtes); Leg. Konst. Utrecht 1247 o. 1248, p. 766 (Dekane nach 2 Monaten ipso iure Verlust des Dekanates); Saumur 1251 c. 31, p. 818 (Kanoniker mit praebendae sacerdotales privatio praebendarum durch den Bischof); Bordeaux 1255 c. 1, p. 857 (Kleriker, welche Kirchen haben, privatio beneficii ipso iure); Valence

tern [1] und des mit diesem im Zusammenhang stehenden weiteren Verbotes, Ämter zu Kommenden [2] auszuthun und als solche anzunehmen [3];

hinsichtlich der Verwaltung der kirchlichen Funktionen und kirchlichen Ämter

1255, p. 894 (dasselbe für Pfarrer); Ravenna 1317 c. 9, M. 25, 609 (ebenso für alle zur Residenz verpflichteten Kleriker); Köln 1310 c. 15, M. 25, 241 (Vikare an Kollegiat- und anderen Kirchen nach Ablauf eines Jahres privatio beneficii ipso iure); Ravenna 1317 c. 10, p. 619 (Geistliche, privatio beneficii ipso facto); Benevent 1331 u. 1378 c. 33, M. 25, 951 u. 26, 635 (ebenso) s. aber andererseits Köln 1300 c. 2, M. 25, 17 (Exk. für Pfarrer); Wien 1267 c. 12, M. 23, 1174 (für Pfarrer subtractio der Früchte des Benefiziums); Seyne 1267 c. 6, p. 1181 (dieselbe Strafe für Präbendaten, Pröpste und andere Dignitäre, eventuell auch privatio beneficii oder susp. ab off. oder eine andere poena spiritualis oder temporalis); Salzburg 1267 c. 8, M. 24, 139 (susp. a perceptione fructuum et administratione temporalium, bei deren Nichtbeachtung Verlust des Benefiziums ipso iure); Trier 1310 c. 70, M. 25, 266 (Pfarrer susp. a benef.); c. 12 ibid. p. 251 (Benefiziaten, Verlust der Benefizial-Einkünfte); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 233 (Pfarrer, Verlust des vierten Theils der Einkünfte, eventuell privatio beneficii ipso iure), s. auch Angers 1365 c. 17, p. 413.

Leg. K. Ofen 1279 c. 16, M. 24, 278 (Inhaber von Kurat-Ämtern, welche die Seelsorge durch Vikare ausüben lassen, Verlust der Einkünfte auf ein Jahr ipso iure zu Gunsten ihrer Kirche), c. 57 ibid. p. 303 (Pfarrer, welche Mönche ohne Erlaubniss ihrer Oberen für sich celebriren lassen, susp. ab executione ordinum ipso facto); Poitiers 1280 c. 3, p. 382 (Pfarrer, welche Subkapellanen eigenmächtig die Seelsorge übertragen, Exk., auch für die letzteren); Pont Audemer 1279 c. 2, M. 24, 221 (Priester und Kapläne, welche auf Mahnung die schuldigen Messen nicht lesen, als non residentes subtractio fructuum beneficiorum); Trier 1310 c. 11, M. 25, 251 (vicarii perpetui, welche zu ihrer Vertretung andere Vikare präsentiren, exc. l. s.).

Leg. K. Ofen 1279 c. 31, M. 24, 285 (Kleriker, welche das Land oder die erzbischöfliche Provinz ohne Urlaub verlassen, susp. ipso facto auf ein Jahr von allen Benefizien), c. 44 ibid. p. 390 (Kanoniker für Fortbleiben von den Offizien Verlust der distributiones quotidianae ipso iure, eventuell härtere Strafe, ebensolche für Pfarrer und andere Geistliche); Avignon 1337 c. 49, M. 25, 1100 (Suspension vom vierten Theil der Benefizien ipso iure).

[1] Während sich in den Rechtsquellen der karolingischen Zeit, s. Bd. III S. 245, blos vereinzelt arbiträre Strafandrohungen finden, vgl. a. a. O. n. 3, und die älteren Stellen, welche Gratian in seinem Dekret vgl. C. XXI qu. 1 u. 2 beibringt, nur selten Strafen aufweisen, s. c. 3 (Toledo XVI. c. 5, Bd. IV S. 813 n. 5) C. X qu. 3 und c. 3 (Chalced. 451) C. XXI qu. 2 (Bd. III 244 n. 1), ja auch die Konzilien des 11. Jahrhunderts, abgesehen von Tours 1060 c. 5, M. 19, 927 (canonica ultio) ihre Verbote noch nicht unter Strafe stellen, ist dies seit dem 12. Jahrhundert sowohl durch die allgemeine kirchliche Gesetzgebung — Lateran. III. 1179 u. Lateran. IV. 1215, s. Bd. III S. 247. 249; Lyon II. 1274, a. a. O. S. 251, Johann XXIII, s. S. 253 — wie auch durch die Partikularkonzilien geschehen. Vgl. in letzterer Beziehung London 1127 c. 8, M. 21, 357 (2 Archidiakonate in verschiedenen Bisthümern, Exk.); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 19, M. 22, 824 (Exk. für dans et accipiens); Leg. K. Lerida 1229 c. 1, p. 1089 (bei Nichtaufgabe des früheren inkompatiblen Benefiziums nach Ermahnung, Exk.); Leg. K. Breslau 1248 §. 14, de Montbach, statuta Wratislaviens. p. 307 (Kleriker, welche mehrere Kuratbenefizien oder Personate behalten, nach Ermahnung Verlust aller Benefizien); Valence 1282, M. 23, 1054 (bei Annahme einer zweiten Kaplanei Verluste beider ipso iure, bei Annahme einer solchen durch Kleriker, welchen keine priesterlichen Funktionen obliegen, canonica ultio); Leg. K. Bremen 1266, p. 1159 (bei hartnäckiger Beibehaltung mehrerer Dignitäten, Personate oder Seelsorge-Ämter, Verlust aller ipso iure); Wien 1267 c. 6, p. 1171 (im wesentlichen dasselbe); Leg. K. London 1268 c. 30, p. 1243 (wer trotz eidlichen Versprechens bei Institution in einen Personat oder in ein Seelsorge-Amt die früheren Ämter nicht aufgiebt, abgesehen von der Strafe des Meineides privatus ipso iure beneficiis habitis et habendis, der dies duldende Prälat bis zur Abstellung suspensus a collatione et institutione in beneficiis); Köln 1280 c. 15, M. 24, 360 (Priester, welche trotz ausreichender Ämter gleichzeitig an anderen Kirchen als Vikare fungiren, censura ecclesiastica); S. Pölten 1284, p. 508 (Benefiziaten, welche zu ihrem Benefizium noch eine Vikarie annehmen, privatio beneficiorum ipso iure). Leg. K. Würzburg 1287 c. 10, p. 854 (Priester, welche zwei Vikarieen behalten, ipso iure Verlust der ersteren und bis zur Aufgabe derselben, Verlust der Einkünfte der zweiten), s. auch Anm. 3 a. E.

[2] Bd. III S. 109.

[3] Saumur 1253 c. 28, Bd. III S. 110 n. 2; Cognac 1260 c. 4, M. 23, 1033 (wer sich ohne bischöfliche Verleihung die Kommende einer Kirche anmasst, Exk.); Leg. K. London 1268 c. 31, p. 1245 (Kommendirung mehrerer Kirchen an denselben Geistlichen, Nichtigkeit und Bischof bis zur Abstellung des Missbrauchs ipso facto suspensus a collatione seu praesentatione beneficiorum); Reading 1279 c. 1, M. 24, 260 (Annahme zweier Seelsorgebenefizien in titulum oder in commendam oder das eine in titulum und das andere in commendam nehmen, privatio ipso iure und dem Papst vorbehaltene Exk. ipso facto).

bestimmte Verstösse beim Feiern der Messe [1], die Spendung der Sakramente an öffentlich Exkommunicirte und Interdicirte, sowie an interdicirten Orten [2], bestimmte Missbräuche bei der Spendung der Taufe [3] und des Abendmahls [4], nicht minder bei der Verwaltung der Beichte [5], namentlich die Verletzung des Beichtgeheimnis-

[1] Das blos partikularrechtlich mit besonderen Strafen (Bd. IV S. 188) bedrohte Lesen der Messe an nicht geweihten oder anderen ungeeigneten Orten, cap. Karol. I. 769 c. 14, Bor. 1, 46 (Absetzung); Paris 829 lib. I. 29, M. 14, 566 (Bischof und Priester Absetzung); Szabolcs 1092 I. c. 29, M. 20, 775, S. 80 n. 5; London 1321 c. 6, M. 25, 676 (susp. ipso facto a divinorum celebratione auf einen Monat, wiederholt London 1342 c. 1, p. 1157);

das Messelesen ohne Ministranten, Paris 829 lib. I. c. 48, M. 14, 567 (kanonische Bestrafung), s. Bd. IV S. 192 n. 4, oder unter Zuziehung des unehelichen Sohnes als solchen, Trier 1310 c. 87, M. 25, 270 (exc. l. s.)

das Abbrechen der Messe ohne Nothwendigkeit, Rom 743 c. 14, M. 12, 365 (c. 57 Dist. I. de consecr., kleiner Bann, s. Bd. IV S. 192); andererseits c. 16 (Toledo VII 646) C. VII qu. 1 (Exk.);

das Nichtkommuniciren des Priesters bei der Messe, Rouen saec. IX c. 2, Bruns I. 2, 268 (Absetzung); ohne Strafbestimmungen Admon. gen. 789 c. 6, Bor. 1, 54 und Rouen 1072 c. 4, M. 20, 36. Gratian giebt Toledo XII c. 5 (Bd. IV S. 814 n. 3) in c. 11 Dist. II de consecr. (Ausschliessung vom Abendmahl) wieder.

Das Biniren, erst seit dem 13. Jahrh. verboten und gemeinrechtlich nicht unter Strafe gestellt, Bd. IV S. 184. 185, Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 6, M. 33, 514 (exc. ipso iure und privatio off. et ben.); Köln 1279 c. 7, M. 24, 351 (exc. ipso iure); Leg. K. Würzburg 1287 c. 7, p. 853 (harte arbiträre Bestrafung);

das zu schnelle oder zu langsame Lesen des Messkanons, sowie auch der anderen Offizien, London 1200 c. 1, M. 22, 713 (Susp.);

das Celebriren vor Exkommunicirten, Interdicirten und an interdicirten Orten, Lüttich 1166 c. 12, S. 52 Anm. unter d; päpstl. K. Rheims 1148 c. 7. 8, M. 23, 719. 515 (durch Kapläne oder andere Priester in Gegenwart eines Exkommunicirten, mit dem der König verkehrt, Exk. und Absetzung); Leg. K. Mainz 1225 c. 7, M. 23, 5 (Priester, welche vor öffentlich als exkommunicirt verkündeten Personen celebriren, Absetzung, Infamie, Intestabilität und allein vom Papst aufzuhebende Unfähigkeit kirchliche Ämter zu erlangen); Trier 1238 c. 4, M. 23, 479 (Zulassung Exkommunicirter, Geistliche soviel Wochen bei verschlossenen Thüren celebriren, als die Zahl der Tage beträgt, an denen sie dies gethan, Pfarrer und Vikare Susp.); Rouen 1190 c. 30, M. 22, 586 (Priester, welche trotz Interdiktes des Bischofs celebriren, Exk.);

Trier 1238 c. 7. 8, M. 23, 480 (Priester, welche an interdicirten Orten celebriren, arcta custodia und Busse, wiederholt Trier 1310 c. 7, M. 25, 250); Köln 1266 c. 41, M. 23, 1154 (Priester, welcher nicht vom Celebriren ablässt und innerhalb 15 Tagen Busse leistet, exc. ipso facto, nach weiteren 15 Tagen privatio omnium beneficiorum ipso iure, bei Nichtbenefiziaten Unfähigkeit, Benefizien zu erlangen); Leg. K. Ofen 1279 c. 57 (für Celebriren an interdicirten Orten, exc. ipso facto).

Gemeinrechtlich ist erst durch Bonifaz VIII. in c. 8 in VI de privileg. V. 7 für das Celebriren an interdicirten Orten, vor öffentlich Exkommunicirten und Interdicirten abgesehen von den durch das Recht für besondere Fälle ausgesprochenen Strafen die interdictio ingressus ecclesiae ipso iure festgesetzt worden, s. auch c. 18 (id.) in VI de sent. exc. V. 11; Bd. IV S. 192 u. Bd. I S. 53. Singulär ist die S. 27 n. 11 angeführte Vorschrift des vorhin citirten Konzils Trier 1238 c. 4, welches die dort erwähnten Strafen androht;

Kleriker, welche letztwillig angeordnete Messen ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten übernehmen und mit den Erben über das dafür Ausgesetzte unterhandeln, Valence 1262, M. 23, 1051 (susp. ab introitu ecclesiae auf einen Monat).

[2] c. 8 (Bonifaz VIII.) in VI de privil. V. 7 (ausser den für besondere Fälle festgesetzten Strafen interd. ingressus ecclesiae ipso iure, wiederholt Avignon 1279 c. 9, M. 24, 239); Köln u. 1280 c. 12, p. 362 (Priester, welcher einen eigenen oder fremden exkommunicirten oder interdicirten Parochianen wissentlich zu einem Sakrament zulässt, susp. ipso facto); Salzburg 1281 c. 13, p. 401 (susp. ab omni officio ipso facto) s. auch vor. Anm.

[3] c. 22 (inc.) Dist. IV de cons. (Verweigerung der Taufe gegenüber einem Kranken, beim Tode desselben Absetzung); Aquileja 1336, M. 25, 1120 (Zulassung von mehr als einem Pathen bei Taufe und Konfirmation, Geldstrafe von 5 Pfund).

[4] Aachen 816 o. 817 lib. I c. 41, M. 14, 197 Wiederholung von Nicäa in c. 18, Bd. IV S. 65 n. 1, Diakonen, welche den Priestern das Abendmahl reichen, Absetzung); c. 29 (s. Bd. IV S. 64 n. 5) Dist. II de cons. (Überlassung des Viaticums an Laien und Frauen, um es zu Kranken zu bringen, Absetzung); Leg. K. Würzburg 1287 c. 8, M. 24, 853 (Priester, welcher das Abendmahl heimlich und ohne die vorgeschriebenen Feierlichkeiten zu Kranken trägt, arbiträre Strafe); Salamanca 1335 c. 6, M. 25, 1052 (dafür Geldstrafe von 60 solidi).

Trier 1227 c. 3, M. 23, 28 (Priester, welcher zu Ostern das Abendmahl ohne vorherige Beichte der Todsünden giebt, weil er zu spät mit dem Abhören der österlichen Beichten angefangen hat, Susp. u. Exk.).

Avignon 1337 c. 4, M. 25, 1090 (Pfarrer, welche ihren Pfarrkindern den Empfang der österlichen Kommunion ausserhalb der Pfarrkirche gestatten oder den Priestern eine derartige Spendung erlauben, exc. l. s.), Beziers 1351 c. 6, M. 26, 246.

[5] Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 12, M. 12, 826 (Beichtehören durch Priester ohne Erlaub-

ses[1], ferner das Zuwiderhandeln gegen die Vorschriften über die Konsekration von Kirchen[2], sowie über die Aufbewahrung des Chrismas und der Eucharistie[3] und über die Reinhaltung der kirchlichen Gefässe und Geräthe[4], weiter die Nichtunterhaltung des ewigen Lichtes in den Kathedral-, Kollegiat- und Klosterkirchen[5], die Nichthinderung oder Begünstigung unerlaubter Ehen[6] und die Benediktion

niss des Oberen oder Seelsorgers, Benefiziat susp. a benef., andere Exk.); Lambeth 1281 c. 7, M. 24, 409 (Exk.); Mailand 1287 c. 23, p. 879 (exc. ipso facto);

Münster 1279 c. 15, M. 24, 316 (Beichthören an dunkelen Stellen der Kirche oder ausserhalb derselben, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 8, p. 353 (ebenso);

Poitiers 1280 c. 5, M. 24, 383 (Beichthören und Ertheilung der Absolution durch Diakone, exc. ipso facto);

Lambeth 1281 c. 6, p. 408 (Ertheilung der Absolution in den vorbehaltenen Fällen, Exk.); Salzburg 1386 c. 2, M. 26, 727 (susp. ab off.); ibid. c. 3 (Missbrauch der für diese Fälle ertheilten Vollmachten, susp. a divinis ipso iure); Bourges 1286 c. 16, M. 24, 635 (Absolution von Exkommunicirten, exc. ipso facto), Aquileja 1339, M. 25, 1116 (Priester, welche die Beichtenden nicht über die Entrichtung ihrer Zehnten befragen und ihnen vor der Gewährung derselben die Absolution ertheilen, exc.).

1 c. 2 Dist. VI de poen., s. Bd. IV S. 126 n. 7 u. c. 12 (Lateran. IV. 1215) X de poenit. V. 38, vgl. a. a. O. S. 127. 132.

2 Nicäa 787 c. 7, M. 13, 751 (Konsekration von Kirchen ohne Reliquien durch den Bischof, Absetzung); s. aber Bd. IV S. 401 n. 6.

Leg. K. London 1268 c. 3, M. 23, 1219 (Unterlassung der Nachsuchung der Konsekration einer neuerbauten Kirche seitens des Rektors beim Bischof direkt oder durch Vermittelung des Archidiakons innerhalb Jahresfrist, susp. ipso iure für Rektor, bez. Archidiakon, dagegen für den säumigen Bischof susp. ipso iure vom Gebrauch der Dalmatika, Tunika und der Sandalen bis zur Vornahme der Konsekration.

3 Lateran. IV. 1215 c. 20, M. 22, 1007 (c. 1 X de cust. euchar. III. 44, Bd. IV S. 82 n. 9, susp. ab off. auf drei Monate und wenn in Folge der Fahrlässigkeit Missbrauch damit getrieben worden, schwerere Strafe); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 17, M. 22, 1111 u. Canterbury 1236 c. 9, M. 23, 419 (dieselbe Strafe für Nichtverschlossenhalten des Taufsteines, des Chrismas und des h. Öls); Benevent 1378 c. 6, M. 26, 622 (exc. l. s.); Leg. K. Ofen 1279 c. 21, M. 24, 281 (hier des Chrismas, des h. Öls und der Eucharistie gedacht, Strafe wie Lateran. IV. cit.); Köln u. 1280 c. 4, p. 349 (des Taufsteines, exc. l. s.); Saintes 1280 c. 4. 5, p. 378 (für Nichtreinhalten des Taufsteines und unpassende Aufbewahrung der Sakramente, 5 Solidi, des Chrismas schwere Strafe); Avignon 1326 c. 5, M. 25, 745 (Nichtverschliessen des Taufsteines 5 Solidi). — Bergamo 1311 c. 5, M. 25, 482 (Nichterneuerung der Hostien für Kranke, des Chrismas und des h. Öls, sowie unpassende Aufbewahrung, 40 Papienses).

Wegen der Benutzung des Chrismas und des Corporale zu abergläubischen Zwecken durch Geistliche, s. o. S. 160 n. 2 u. 3.

4 Tarragona 1329 c. 65, M. 25, 869 (Geldstrafe von 20 solidi ipso facto); Salzburg 1386 c. 7, M. 26, 728 (susp. ab off.).

5 Saumur 1276 c. 1, M. 24, 161 (arbiträre Strafe).

6 Rouen 1072 c. 14, M. 20, 38 (Zulassung von heimlichen Eheschliessungen und Nichtprüfung der Verwandtschaftsgrade durch Priester, Absetzung); London 1175 c. 18, M. 22, 151 (heimliche Kopulirung durch Priester, susp. ab off. auf 3 Jahre); Lateran. IV. 1215 c. 51, M. 22, 1139 (c. 3 X de despons. IV. 3, Priester, welcher Ehen in verbotenen Graden nicht hindert oder Eheschliessungen ohne vorgängiges Aufgebot beiwohnt, susp. ab off. auf 3 Jahre, bei schwerer Schuld auch härtere Strafe, wiederholt Richard v. Salisbury u. 1227 c. 57, M. 22, 1125, Worcester 1240 c. 13, M. 23, 540 u. London 1328 c. 8, M. 25, 833); schott. Konz. 1225 c. 65, M. 22, 1242 (Assistiren des Priesters bei klandestinen Ehen, kanonische Bestrafung); Worcester 1229 c. 12, M. 23, 180 (Priester, der einer Eheschliessung ohne Aufgebot beiwohnt, Susp., einer solchen Verlobung, gravis poena tam spiritualis quam pecuniaria); Leg. K. Breslau 1248 §. 16, de Montbach stat. Wratisl. p. 308 (Kopulation fremder Parochianen durch Priester, arbiträre Strafe, bei verbotenen Ehen, für vicarius und plebanus Ausweisung aus dem Bisthum für immer, für Pfarrer susp. ab off. et benef. auf ein Jahr, bei Wiederholung spoliatio beneficii); Saumur 1253 c. 27, M. 23, 816 (Kleriker, welche klandestine Ehen kopuliren oder dies ihren Vikaren befehlen, susp. ab off. et benef. ipso iure auf 3 Jahr); Cognac 1255 c. 39, p. 876 (Zulassung zur Eheschliessung ohne Erlaubniss des Kapellans des anderen Theils, Exk.); Bordeaux 1263 c. 5, p. 1110 (Kleriker, welche heimlichen, d. h. auch den nicht vor dem zuständigen Geistlichen oder mit Erlaubniss des letzteren zu schliessenden Ehen assistiren, exc. l. s. und susp. ab off. et ben. ipso facto); Leg. K. Bremen 1266, p. 1159 (Zulassung von Ehen in verbotenen Graden, susp. ab off. ipso facto); Clermont 1268 c. 8, p. 1200 (Priester, welche klandestine Ehen oder Ehen fremder Parochianen ohne Zustimmung des zuständigen Geistlichen kopuliren, susp. a benef. auf 4 Jahre, Kleriker, welche solchen Eheschliessungen anwohnen, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356 (Priester, welche klandestine Ehen kopuliren oder ihnen beiwohnen, harte Bestrafung, auch Exk.); Exeter 1287 c. 7, p. 795 (susp. ab off. auf 3 Jahre); York 1367 c. 9, M. 26, 470 (exc. l. s.); Grado 1296 c. 29, M. 24, 1170 (Priester, welche Ehen fremder Parochianen ohne Zeugniss ihres Bischofs oder ohne Aufgebot zulassen, interdictio ingressus ecclesiae ipso iure), vgl. auch

einer zweiten Ehe [1],

die Gestattung des kirchlichen Begräbnisses in Fällen, in welchen dasselbe verboten ist [2], das Begrabenlassen von Exkommunicirten auf den Kirchhöfen oder nahe bei denselben oder mehrerer Exkommunicirter nebeneinander [3], die Zulassung der Bestattung fremder Parochianen [4], die Veranstaltung des Begräbnisses solcher, ehe die Wahl desselben bei der fremden Kirche festgestellt ist [5], die Beisetzung Unberechtigter in dem kirchlichen Gebäude selbst [6], die Anstiftung der Kirchenglieder zu Versprechungen und Eiden, ihr Begräbniss bei einer bestimmten Kirche zu wählen oder die getroffene Wahl nicht zu ändern [7], sowie Versuche, die Wahlfreiheit hinsichtlich des Begräbnisses, namentlich zu Ungunsten von Kloster- und anderen Kirchen zu beschränken [8];

die Ausübung des Predigtamtes ohne Erlaubniss des Diözesanbischofs oder ohne päpstliches Privileg [9], die Übertragung des Predigtamtes für gewisse Sprengel an Quästuarier oder andere Geistliche als nutzbares Recht gegen eine Abgabe (zur Firma) [10], sowie die eigenmächtige Zulassung von Quästuariern zum Predigen [11],

die Vornahme unzulässiger Verfügungen über Kirchen und kirchliches Gut [12],

London 1328 c. 8, M. 25, 834 u. 1343 c. 14, p. 1177; Aquileja 1334, p. 1120 (nur Geldstrafe).

1 c. 1 (Alex. III.) X de sec. nupt. IV. 21 (susp. ab off. et ben.).

2 c. 2 (Eugen. III.) X de raptor. V. 17, S. 187 n. 1 u. 3 u. S. 190 n. 4; Lateran. III 1179 c. 25 (c. 3 X de usur. V. 19, s. S. 197 n. 5; Mainz 1261 c. 35, M. 23, 1090 (der notorischen Wucherer, spoliatio beneficiorum); allgem. K. Vienne 1311 (Clem. 1 de sepult. III. 7, interdicti tempore in casibus a iure non concessis, für publice excommunicati, nominatim interdicti et usurarii manifesti, exc. ipso facto), anders früher c. 8 (Bonifaz VIII) in VI de privil. V. 7 (ausser den vom Recht angedrohten Strafen nur interdictio ingressus ecclesiae), ebenso wie c. 8 cit. auch Leg. K. Bourges 1276 c. 15, M. 24, 176; Bourges 1286 c. 16, p. 635; Avignon 1279 c. 9, p. 239; Compiegne 1304 c. 1, M. 25, 128. Anders Salzburg 1280 c. 13, M. 24, 401 (susp. ab omni off. ipso facto); Aquileja 1282, p. 437 (ebenso); Salamanca 1335 c. 3, M. 25, 1049 (Begraben von öffentlichen Konkubinen der Kleriker, exc. l. s.). — Münster 1279 c. 18, M. 24, 319 (Laien, die einem Begräbniss auf einem interdicirten Kirchhof beiwohnen, exc. l. s., Geistliche susp. ab off. ipso iure); Köln u. 1280 c. 11, p. 359 (ebenso). Const. Nicolai IV. Noverit 1280 §. 18, bull. Taur. 4, 48 (Begräbniss von Ketzern exc. l. s. und Absolution nur nach eigenhändiger Ausgrabung) s. auch S. 146 n. 9.

3 So dass es den Anschein hat, als ob dort ein Kirchhof vorhanden wäre, Saintes 1282 c. 1, M. 24, 465 (exc. ipso facto).

4 Bordeaux 1265 c. 5, M. 23, 1110 (ohne Erlaubniss des zuständigen Kapellans, Exk.); Münster 1279 c. 19, M. 24, 319 (dasselbe); Köln u. 1280 c. 11, p. 357 (ohne Wahrung der Messe in der Pfarrei, Exk.); Nogaret 1303 c. 9, M. 25, 113 (Personalinterdikt ipso iure); Angers 1279 c. 3, M. 24, 309 (exc. ipso iure, für Priester, welche solchen Begräbnissen beiwohnen, susp. ipso facto auf 6 Monate).

5 Rouen 1299 p. 1223 (Verlust des der gewählten Kirche letztwillig Vermachten zu Gunsten der Pfarrkirche und bei hartnäckiger Verweigerung der Rückgabe des Leichnams für den schuldigen Geistlichen int. ingressus ecclesiae ipso iure).

6 Valence 1262, M. 23, 1061 (Rektor privatio beneficii ipso facto, Kleriker, welche dem Begräbniss beiwohnen, suspens. ab introitu ecclesiae ipso facto); Nogaret 1303 c. 8, M. 25, 113 (sepelientes exc. ipso iure); Marciac 1326 c. 22, p. 784 (ebenso).

7 c. 1 (Bonifaz VIII.) in VI de sepult. III. 12 (exc. — nach Clem. 3 de poen. V. 8 ipso iure und dem Papst vorbehalten — und bei hartnäckiger Verweigerung der Herausgabe des Leichnams und der aus Anlass des Begräbnisses erhaltenen Vermögensvortheile, Interdikt ipso iure); ähnlich schon Arles 1275 c. 10, M. 24, 149 (wer Jemanden bestimmt sein Begräbniss bei einer anderen als der Pfarrkirche zu wählen, Exk.); Mailand 1287 c. 12, p. 879 (ebenso).

8 Mainz 1261 c. 9. 51, M. 23, 1083. 1104. (Exk.); Arles 1275 c. 10 cit. (Hinderung von letztwilligen Verfügungen in Betreff des Begräbnisses exc. ipso facto).

9 Mailand 1287 c. 27, M. 24, 880 (exc. ipso facto) s. Bd. IV S. 452.

10 Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 8, M. 22, 584 (Benefiziaten susp. a benef., andere Geistliche exc.).

11 Mainz 1233 c. 29, Mone, Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 139 (susp. ab off. et benef. bis zur Satisfaktion).

12 Rouen 1190 c. 19, M. 21, 284 (Kleriker und Mönche, welche Kirchen und Zehnten an Laien zur Firma, s. Bd. III S. 78 n. 10, geben, Exk.); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 12, M. 22, 822 (Priester, welche neben ihren eigenen Kirchen andere zur Firma nehmen oder die ersteren in dieser Art austhun, um nicht selbst die Verwaltung zu führen, susp. a benef. für Bene-

namentlich die Verleihung von Zehnten und Oblationen an Laien [1], die unstatthafte Veräusserung, sowie die Verschleuderung gottesdienstlicher Sachen und des Kirchenvermögens seitens der Bischöfe und sonstigen Verwalter des Kirchengutes [2], insbe-

fiziaten, sonst Exk.); Oxford 1222 c. 22, p. 1158 (Geistliche, welche ihre Archidiakonate, Dekanate und andere officia zur Firma austhun oder ohne Genehmigung des Kirchenoberen die dazu gehörigen Einkünfte in dieser Weise verleihen, Susp. von dem betreffenden Amt auf ein Jahr); Salisbury 1256, M. 23, 908 (Firma-Verleihung der beneficia foranea ohne Konsens des Bischofs, als Strafe Betrag der Früchte eines Jahres); Narbonne 1260 c. 33, p. 1036 (Übernahme von anderen Kirchen in Firma durch Pfarrer ohne bischöfliche Erlaubniss, amissio proprii beneficii); Leg. K. London 1263 c. 21, p. 1236 (das Geben von Dignitäten, Dekanaten, sowie von Einkünften aus der kirchlichen Jurisdiktion oder von Altären oder aus der Sakramentsverwaltung, ferner von Kirchen an Laien, namentlich an die Patrone, zur Firma, ein Drittel der Einkünfte des Firma-Objektes an die Fabrik der Kathedrale); Exeter 1287 c. 25, M. 24, 814 (Geben und Annehmen von kirchlichen Benefizien zur Firma, subtractio fructuum, eventuell amissio beneficii, Firmarverleihung von Kirchen, Zehnten und anderen Einkünften an Laien, beide Theile Exk.); s. auch noch London 1342 c. 3, M. 25, 1172.

Gemeinrechtlich c. 6 (Alexander III.) X de clerici III. 50 (welches Innehaben von Kirchen durch Mönche seitens der Kleriker und Laien und auch durch letztere zur Firma bei Strafe der Exk. verbietet).

Rouen 1190 c. 20, M. 22, 584 (Zahlen und Annehmen von privatim vereinbarten Pensionen aus Kirchen und Benefizien, privatio beneficii und Exk.).

Theodor von Utrecht 1209, M. 22, 806 (Prioren oder Kanoniker, welche ihren Mitkanonikern die Präbenden entziehen oder ihre übliche Verpachtung hindern, exc. und nach einem Jahr privatio dignitatis vel praebendae ipso iure).

[1] Päpstl. K. Tours 1163 c. 3, M. 21, 1177 (c. 1 X de decim. III. 30, Absetzung) s. auch die vor. Anm.

[2] Nicäa 787 c. 12, M. 13, 752 (c. 19 C. XII qu. 2, Veräusserung von Grundstücken durch Bischöfe und Äbte an Fürsten und an Laien, auch unter Zwischenschiebunng von Klerikern, Absetzung); Konstantinopel 869 c. 15, M. 16, 168 (c. 13 C. cit., dasselbe unter Ausdehnung auf Kostbarkeiten der Kirche); Leg. K. Gerona 1068 c. 12, M. 19, 1072 (Verschleuderung der Güter der canonicae und Klöster, Exk.); päpstl. K. Guastalla 1106, M. 20, 1211 (Veräusserung von Besitzungen durch Äbte, Archipresbyter oder Kirchenpröpste ohne Genehmigung des Kapitels oder Bischofs, Absetzung); Gran 1114 c. 14. 38, M. 21, 101. 106 (Kirchenvorsteher, welche die Güter ihrer Kirche verschleudern, doppelter Ersatz, bei Unvermögen Absetzung, für Äbte allein die letztere); Dekretum Gratians, welches ausser den citirten Stellen noch eine Anzahl älterer, die Absetzung androhender Kanonen, so c. 20 (Symmachus) c. 23 (Gelasius I.) c. 35 (Agde 506) c. 41 (Orleans III. 538) C. XII qu. 2, c. 1 (Symmachus) C. XVII qu. 4, sowie auch zweifelhafter, c. 18 (Leo IV., M. 14, 1025) und falscher, c. 21 (Ps.-Is.) C. XII cit. aufgenommen hat; Rouen 1190 c. 23, M. 22, 585 (Kleriker, welche Wohnungen und Kirchengüter ohne Vorwissen des Bischofs verpfänden oder veräussern, Exk.); Oxford 1222 c. 36, M. 22, 1166 (Äbte, Prioren, Dekane, Archidiakonen, Inhaber von Dignitäten und Personaten und andere Kleriker, welche ihre kirchlichen Einkünfte verpfänden oder sonst veräussern, bei Nichtzurückerstattung des abhanden Gebrachten auf ihre Kosten Entziehung des Amtes); Arles 1275 c. 7, M. 24, 148 (Veräusserung und Verpfändung von Kelchen und anderen Kirchengeräthen ohne bischöfliche Erlaubniss, Veräusserer und Erwerber exc. ipso facto); Leg. K. Ofen 1279 c. 36, p. 287 (Veräusserung von kirchlichen Immobilien ohne Konsens des zuständigen Oberen, Erzbischöfe und Bischöfe susp. ab executione pontificalium ipso facto, andere Prälaten ab executione ordinum); Köln u. 1280 c. 12, p. 358 (Veräusserung kirchlicher Güter ohne den erforderlichen Konsenz, Exk.); Salzburg 1281 c. 1, p. 397 (ebenso, susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure); Avignon 1282 c. 3, p. 441 (dasselbe, exc. ipso facto); Mailand 1287 c. 14, p. 877 (ebenso, susp. ab off. et ben. ipso iure); Trier 1310 c. 111, M. 25, 277 (exc. ipso facto, Körperschaften Interdikt); Avignon 1326 c. 51, p. 771 (Verlust der Früchte eines Jahres); s. weiter Benevent 1331 u. 1378 c. 26. 27, M. 25, 953 u. 26, 637.

Während der Titel X de reb. eccles. non alien. III. 13 nur ältere Strafbestimmungen, c. 1 (Clermont 535, Exk.); c. 5 (Nov. VII c. 1 unter Bezugnahme von l. 14 C. J. I. 2) und c. 6 (Symmachus, Anathem) aufweist, verbietet c. 2 (Lyon II. 1274 c. 22, M. 24, 95) in VI eod. III. 9 bei Strafe der susp. ab off. et administratione Immobilien oder Rechte der Kirchen ohne Genehmigung der Kapitel und ohne spezielle Erlaubniss des Papstes an Laien als Oberherren aufzutragen oder sie zu Kirchenvögten zu bestellen und bedroht die Kleriker, welche derartige Verfügungen den Kirchenoberen anzuzeigen verabsäumen mit dreijähriger Susp. ipso iure von der Perception ihrer Benefizien an der betreffenden Kirche, vgl. auch hierzu noch Saumur 1314 c. 1, M. 23, 553.

Zur Verhütung von Verschleuderungen verpflichtet Saumur 1253 c. 4, M. 23, 810 die Archidiakonen, Erzpriester und Ruraldekane, Verzeichnisse der Geräthe und Einkünfte ihrer Kirchen bei Vermeidung der Suspension, welche nur nach Zahlung von 10 Solidi für jede nicht inventarisirte Kirche an die Fabrik der Kathedrale aufgehoben werden darf, anzufertigen; Avignon 1326 c. 53, M. 25, 772 alle Verwalter kirchlichen Gutes bei Verlust eines Zehntels der Früchte ihres Benefiziums; andererseits ist auch die Unterlassung des Widerrufes ungültiger Veräusserungen von Kirchengut durch die Kirchenvorsteher und ihre Nachfolger unter Strafe gestellt, Avignon 1270

sondere auch die Verpfändung für fremde Schulden [1], die Veräusserung der Einkünfte ihrer Kirchen durch Rektoren und Prioren gegen ein einmaliges Kapitalsäquivalent [2], die Abschliessung von Verträgen über Zehnten und andere Gebührnisse der Pfarrkirchen durch die Pfarrer mit Mönchen [3], endlich die Wegnahme, Aneignung, Verbrauchung und Verschwendung von Gütern und Einkünften erledigter Kirchen [4];

weiter eine Reihe von Missbräuchen bei der Ausübung der Amtsrechte und bei der Amtsverwaltung, so das unerlaubte Tragen des Palliums durch die Erzbischöfe [5], die unbefugte Konsekration und Verschleierung von Jungfrauen durch Priester [6],

die Ertheilung von Ablässen durch Bischöfe und Prälaten über die gemeinrechtlich gestatteten Gränzen [7] hinaus [8] und in unzulässiger Form [9], die Gewährung unstatthafter Ablässe durch die Quästuarier [10],

die Hinderung von Appellationen an den erzbischöflichen Stuhl [11] oder der Jurisdiktion der Suffraganbischöfe und anderer unterer kirchlicher Richter durch die Offizialen und Richter des Erzbischofs [12], die unbefugte Ausdehnung ihrer Befugnisse durch die iudices conservatores [13], die Usurpation der bischöflichen Jurisdiktion namentlich in Betreff der Besetzung von Ämtern und Entscheidung von Rechts-

c. 1, M. 24, 17 (censura ecclesiastica) und Köln u. 1280 c. 11 p. 358 (Exk.).

1 c. 2 (Gregor IX.) X de solut. III. 23 (susp. ab administratione spiritualium et temporalium); S. Quentin 1271 c. 1, M. 24, 19 (Prälaten und Äbte, welche andere Darlehne als für kirchliche Geschäfte aufnehmen, susp. ipso facto); Tarragona 1317 c. 5, M. 25, 629 (Verpfändung der Benefizialgüter durch Geistliche unter königlichem Siegel, exc. ipso facto wiederholt Tarragona 1329 c. 58, p. 860; Lavaur 1368 c. 58, M. 26, 512).

2 Beziers 1310 c. 14, M. 25, 363 (Personalinterdikt).

3 Avignon 1326 c. 50, M. 25, 771 (Anathem).

4 c. 40 (Bonifaz VIII.) in VI de elect. I. 6 (der Kathedral-, Kollegiat- und Regularkirchen — abgesehen von den Ausnahmen der Clem. 7 eod. I. 3. — durch die Kapitel, Konvente und einzelne Kleriker derselben, susp. ab officiis et beneficiis quibuscumque ipso iure bis zur vollen Restitution); c. 9 (id.) in VI de off. iud. ord. I. 16 (anderer Kirchen, Dignitäten, Personate und Priorate durch diejenigen Prälaten, welchen sie in irgend einer Weise unterstehen, für Bischöfe und höhere Würdenträger susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure, für andere susp. ab off. et benef. bis zur Wiedererstattung); Riez 1285 c. 18, M. 24, 583 (exc. ipso facto; Tarragona 1329 c. 26, M. 25, 847 (ebenso).
Aschaffenburg 1292 c. 7, M. 24, 1085 (Einziehung der Einkünfte einer erledigten Patronatskirche seitens des zur Institution Berechtigten während eines Prozesses über das Patronatrecht, privatio des ius investiendi ad aliqua beneficia in perpetuum).
Tarragona 1331 c. 2, M. 25, 897 (Nichtrechnungslegung und Herausgabe des Testaments des verstorbenen Bischofs durch den Verweser, exc. l. s.).

5 Konstantinopel 869 c. 27, M. 16, 178 (Absetzung); Rom 871—78 c. 3, Maassen röm. Synode S. 17 u. Ravenna 877 c. 3, M. 17, 337, s. Bd. II S. 30 n. 6 und o. S. 63 n. 7.

6 Paris 829 lib. I c. 41, M. 14, 563 (arbiträre Bestrafung); Cap. Compend. 757 c. 4, Bor. 1, 40 (bei Anwendung von Zwang, Absetzung); Tarragona 1317 c. 4, M. 25, 619 (Fordern und Annehmen des Keuschheitsgelübdes von Jungfrauen seitens Unberechtigter, Exk.).

7 c. 14 (Lateran. IV 1215) X de poenit. V. 38.

8 Aquileja 1334, M. 25, 1119 (Verlust des Rechtes zur Ertheilung von Indulgenzen auf einen Monat); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 228 (ebenso).

9 Leg. K. Padua 1350, M. 26, 228. 229 (von 40 Tagen de indulgentia Christi fidelium, susp. ab ingressu ecclesiae et a divinis ipso iure).

10 Clem. 2 de poenit. V. 9 (arbiträre Strafe durch die Bischöfe).

11 Riez 1285 c. 23, M. 24, 584 (durch Suffraganbischöfe, ihre Offizialen und andere, exc. ipso facto); Bourges 1286 c. 33, p. 641 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure auf einen Monat, für Advokaten exc. ipso iure); Marciac 1326 c. 17, M. 25, 81 (Bischöfe ebenso, andere Richter Personalinterdikt ipso facto); Salamanca 1335 c. 2, p. 1049 (exc., für Gefangenhaltung des Appellanten durch Bischof interd. ingressus ecclesiae, durch andere exc. l. s.).

12 Bourges 1286 cit. c. 34, p. 641 (s. vor. Anm.).

13 c. 15 (Bonifaz VIII.) in VI de off. iud. deleg. I. 14 (susp. ab off. ipso iure auf ein Jahr und für denjenigen, welcher den conservator dazu veranlasst hat, exc. l. s., vgl. auch Bd. I S. 179); vorher schon Roffec-Bordeaux 1255 c. 9, M. 23, 988 (susp. ab off. et benef. und nach 14 Tagen Exk.).

sachen [1] oder in Ehe- und anderen wichtigen Sachen [2], das Abhalten von Gericht durch die Archipresbyter und ihre Stellvertreter ohne Genehmigung des Bischofs [3], die Verhängung der Exkommunikation, der Suspension und des Interdikts durch Archipresbyter und Pfarrer ohne Ermächtigung des Bischofs oder ohne Erlaubniss der Provinzial- und Diöcesansynode [4], die Bestellung ungeeigneter und unwissender Delegaten in Ehesachen durch die Archidiakonen oder durch andere kirchliche Richter und ihre Offizialen [5], die parteiische Ausübung des Richteramtes durch die kirchlichen Beamten [6], die Duldung von Chikanen und ungerechten Proceduren bei päpstlichen Delegationen zu Gunsten der das Reskript nachsuchenden Partei gegen die andere seitens der Delegaten [7], der Erlass missbräuchlicher Citationen durch die Delegaten der Ordinarien und Ausdehnung der Delegationsreskripte auf nicht darin benannte Personen [8], die Verhandlung von Rechtssachen ausserhalb des Jurisdiktionsbezirkes [9], die Zulassung von Exkommunicirten als Kläger und Zeugen [10], die wissentliche Besiegelung von Vollmachten, bei denen der Nachsuchende nicht mit dem Aussteller identisch ist, durch die Archidiakonen [11], die Verhängung von Exkommunikationen ohne gerechten Grund [12] und ohne vorherige Mahnung [13], die Verhängung der Exkommunikation, des Interdikts und der Suspension ohne schriftliche Sentenz, ohne Angabe des Grundes und ohne Zustellung an den davon Betroffenen [14], die Verkündung des Interdikts unter unerlaubten Ceremonien [15] oder die Anwendung solcher gegen die in dem Bann verharrenden Exkommunicirten [16], die Verhängung von übermässiger Prügelstrafe durch den Bischof [17], die Verkündung von Absolutionen der Gebannten durch den Pfarrer ohne das erforderliche bischöfliche Absolutionszeugniss [18],

[1] Benevent 1331 und 1378 c. 29, M. 25, 949 u. 26, 632 (exc. l. s. und privatio beneficii).

[2] Bourges 1286 c. 3, M. 24, 627 (arbiträre Bestrafung).

[3] Clermont 1268 c. 8, M. 23, 1211 (exc. ipso iure und für Pfarrer und Vikare, welche auf Mandate solcher Usurpatoren Vorladungen erlassen, Susp.); Poitiers 1280 c. 2, M. 24, 382 (in wichtigeren Sachen, wie namentlich betreffend Ehen, Zauberei, Sakrileg und Wucher, Geldstrafe von 20 Pfund Turonesen).

[4] Clermont 1268 c. 8, M. 23, 1211 (Suspension).

Wegen eines anderen Falles der Überschreitung der Jurisdiktionsbefugniss s. Friaul 796 c. 7, M. 13, 847: „ut nullus episcoporum presbyterum vel diaconum vel archimandritam (Abt) in dispendio honoris condemnare praesumat absque huius venerandae sedis consultu. Si quis post haec prohibita temerarius usurpare tentaverit, non erit ambiguus de sui honoris periculo".

[5] York 1367 c. 8, M. 26, 469 (für die ersteren susp. ab off., für die Offizialen exc.).

[6] S. 202 n. 8; Köln 1266 c. 16, M. 23, 1142 (exc. ipso facto).

[7] Roffec-Bordeaux 1258 c. 9, M. 23, 987. 988 (susp. ab off. et benef. und nach 14 Tagen Exk.).

[8] Leg. K. Bourges 1276 c. 2, M. 24, 170 (exc. ipso facto und Verlust der richterlichen Befugnisse für alle Sachen).

[9] Bourges 1286 c. 3, M. 24, 627 (arbitrare Bestrafung); London 1342 c. 11, M. 25, 1165 (Archidiakonen, welche die Partei zur Purgation ausserhalb des Dekanates vorladen und von derselben zu viel Eidhelfer verlangen, susp. ipso facto).

[10] Leg. K. Ofen 1279 c. 55, M. 24, 297 (Interdicirung des Richteramtes auf einen Monat).

[11] Lambeth 1281 c. 13, M. 24, 423 (susp. ab off. et benef. ipso iure auf 3 Jahre).

[12] Lateran. IV. 1215 c. 47, M. 22, 1031 (c. 48 X de sent. exc. V. 39, arbiträre Strafe).

[13] Lateran. IV. cit. (interd. ingressus ecclesiae auf einen Monat, wiederholt Mainz 1225 c. 4, M. 23, 3. 4 und Oxford 1222 c. 28, M. 22, 1160, nach welchem letzteren auch bei derartiger Verhängung von Suspension und Interdikt arbiträre Strafe angedroht wird). S. auch S. 120 n. 2.

[14] c. 1 (Lyon 1245, M. 23, 671) in VI de sent. exc. V. 11 (susp. ab ingressu ecclesiae et divinis auf einen Monat).

[15] Lyon II 1274 c. 17, M. 24, 92 (c. 2 in VI de off. iud. ord. I. 16, Hinwerfen des Kreuzes, der Bilder und Statuen der Jungfrau Maria oder von Heiligen, sowie Auflegung derselben auf Dornen und Brennnesseln, harte Bestrafung).

[16] Avignon 1337 c. 8, M. 25, 1090 (exc. l. s.).

[17] c. 2 (Gregor I.) X de clerico percussore V. 25 (susp. ab administratione missarum auf zwei Monate), wogegen Gratian nur ältere Kanones in c. 7 (cap. apostol. 28) Dist. XLV u. c. 8 (Braga III) ibid. mit härteren Strafen (Absetzung oder Exil) wiedergiebt, s. auch Bd. IV S. 803 n. 5 u. S. 815 n. 10.

[18] Bordeaux 1263 c. 1, M. 23, 1109 (Exk.).

der Erlass der Strafe für schwere und notorische Delikte gegen Geld durch die kirchlichen Richter[1], die Besiegelung von leeren Zetteln und Urkunden durch die kirchlichen Beamten oder die Überlassung der Siegel zu diesem Zweck an andere[2],

die Ausübung von pfarrlichen Funktionen durch nicht dazu ermächtigte Priester[3], das Messelesen durch Diakone[4], das Sicheindrängen der Kanoniker ohne höhere Weihen und ohne Stimmrecht in die Verhandlungen des Kapitels und das Beziehen von Distributionen für die Theilnahme an den letzteren[5], das Ablehnen der Aushülfe in der Seelsorge seitens der Kapläne, um durch Messelesen für Lebende und Todte gegen hohe Stipendien Geld zu verdienen[6], die Eingehung von Abkommen durch Bischöfe mit den Geistlichen auf Nichtvisitation der letzteren während mehrerer Jahre gegen Zahlung bestimmter Geldsummen[7], die Verwendung der Amtsbefugnisse und der amtlichen Stellung zu Bereicherungen[8] und Bedrückungen[9], insbesondere die Verhängung von Exkommunikationen und Ertheilung von Absolutionen zur Erpressung von Geld[10], die Erhebung übermässiger Prokurationen[11] oder das Fordern solcher ohne Abhaltung der Visitation[12], sowie die Benutzung der Inquisitionsgewalt zur Belästigung von Unschuldigen[13] oder zur Erpressung von Geld[14], ferner die Zuvielerhebung von Einkünften erledigter Benefizien und Pfründen durch die dazu berechtigten Bischöfe, Prälaten und anderen Personen[15], die Überhebung von Gebühren für Einführung in Benefizien und für Urkunden über Ertheilung der Weihe und der Institution seitens der Archidiakonen[16], die Forderung zu hoher Gebühren seitens der Unterbeamten der Prälaten für die von ihnen zu entwerfenden Ausfertigungen, Ladungen und anderen Akte[17], oder das Verlangen von Gebühren für die

[1] London 1342 c. 10, M. 25, 1165 (Wiedererstattung des doppelten Betrages des Geldes, eventuell susp. ab off. ipso iure). Vgl. weiter noch Bourges 1276 c. 3, S. 167 n. 11 a. E.

[2] Poitiers 1280 c. 1, M. 24, 38 (exc. l. s.).

[3] Trier 1310 c. 86, M. 25, 269 (exc. l. s.), vgl. Bd. II S. 302 u. III S. 233.

[4] c. 2 X de cler. non ord. V. 28 (S. 70 n. 5).

[5] Avignon 1337 c. 48, M. 25, 1100 (susp. a perceptione fructuum ipso facto auf einen Monat und bei Nichtrückzahlung des Empfangenen auch Ersatz des doppelten Betrages).

[6] Lambeth 1362, M. 26, 419 (susp. ab off. ipso iure, und bei Erhebung von Stipendien über die vorgeschriebene Taxe dieselbe Strafe).

[7] Apt 1365 c. 9, M. 26, 449 (Restitution des Doppelten).

[8] c. 7 §. 1 (Nicäa 787) Dist. XVIII, s. S. 80 n. 4; Nogaret 1303 c. 11, M. 25, 114 (Annahme von Geschenken durch den Archidiakon und seine Begleiter bei der Visitation, für ersteren susp. ab off. ipso iure bis zum Ersatz des Doppelten, für letztere exc. l. s. und Ersatz des Doppelten).

[9] S. o. S. 194 n. 2 u. 3, Leg. K. Ofen 1279 c. 37, M. 23, 289 (Beschwerung von Kirchen und Klöstern durch ungewohnte Abgaben, censura ecclesiastica).

[10] Lateran. IV. 1215 c. 49, M. 22, 1035 (Anathem).

[11] S. o. S. 194 n. 5; c. 1 (Innoc. IV.) §§. 5. 6 in VI de cens. III. 20 (doppelter Ersatz); Lyon II 1274 c. 24, M. 24, 97 (c. 2 in VI eod., für Bischöfe bis zur Gewährung des doppelten Ersatzes int. ingressus ecclesiae ipso iure, für niedere Prälaten susp. ab off. et benef. ipso iure); Leg. K. Ofen 1279 c. 14, M. 24, 277 (censura ecclesiastica); London 1321 c. 2, M. 25, 672 (int. ingressus ecclesiae, bez. auch susp. ab off. et benef. ipso facto, wiederholt London 1342 c. 7, p. 1165). Vgl. weiter Marciac 1326 c. 28, p. 790.

[12] Lyon II. 1294 c. 24 cit.; Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 15, M. 22, 823 (Verlust des Empfangenen, eventuell Exk.); Lemans 1247, M. 23, 761 (Exk.); Leg. K. Breslau 1248 §. 22, de Montbach stat. Wratislav. p. 310 (vierfacher Ersatz des Empfangenen); Leg. K. London 1268 c. 19, M. 23, 1234 (int. ingressus ecclesiae bis zur Restitution).

[13] Clem. 1 (Vienne 1311) §. 4 de haeret. V. 3. (ausser etwaigen arbiträren Strafen Bischöfe und höhere Kirchenbeamte susp. ab off. ipso iure auf 3 Jahre, andere die dem Papst vorbehaltene exc. l. s.).

[14] Clem. 2 eod., S. 194 n. 6.

[15] Johann XXII a. 1312 in c. 2 in Extr. Joann. XXII de elect. (I) und in c. un. in Extrav. comm. ne sede vac. III. 3 (von mehr als der Zehnttaxe, bez. bei fehlender Taxe von mehr als der Hälfte der Früchte, für Bischöfe und höhere susp. a pontificalibus und int. ingressus ecclesiae ipso iure, für andere bis znr Zurückerstattung des zuviel Erhobenen exc. ipso iure).

[16] London 1321 c. 3. 4 u. 1342 c. 2. 3, M. 25, 1158. 1159 (susp. ab off. et ingressus ecclesiae ipso iure, bez. susp. ab off. et benef., clerici non beneficiati int. ingressus ecclesiae ipso iure).

[17] Ravenna 1311 c. 33, M. 35, 474 (Suspension

Besiegelung der Briefe des Bischofs seitens der Kleriker [1], die Participation der Ordinarien an den Gebühren der Notare ihrer Kurien [2], die Nichtablieferung der Oblationen von abhängigen Kapellen durch die Kapläne an die Mutterkirchen [3], die Hinderung der Beschlagnahme der den Geistlichen zustehenden Grosszehnten, um sie zur Erfüllung der Baulast derselben zu verwenden [4], die Veranstaltung von Vigilien bei Leichen in Privathäusern [5], endlich das Verlassen des Gottesdienstes namentlich an hohen Festtagen vor der Beendigung durch die Kleriker [6],

ferner die Vernachlässigung der Amtspflichten, so das Nichabhalten der Provizialsynode durch den Erzbischof [7] und der Diöcesansynode durch den Bischof [8], die Unterlassung der zu bestimmten Perioden vorgeschriebenen Rechnungslegung durch Prälaten, Äbte und andere kirchliche Verwalter [9], die Nichtentrichtung der Quart von Zehnten, Mortuarien und Oblationen an den Bischof [10],

die Lässigkeit der Bischöfe in der Handhabung ihrer Strafgewalt [11], die Unterlassung des Einschreitens der Bischöfe und anderer kirchlicher Oberer, namentlich aus Gunst oder Geld gegen unenthaltsame, vor Allem Konkubinen haltende Geistliche [12], die Vernachlässigung der Ketzerverfolgung durch die Bischöfe [13], die Unterlassung der Ketzer-Inquisition seitens der letzteren oder seitens anderer Inquisitoren gegen einzelne Personen aus Gunst oder Hass oder um weltlichen Vortheils willen [14], die Lässigkeit der Prälaten bei der Verfolgung und Bestrafung von Verletzungen der kirchlichen Personen und der Kirchen [15], sowie des Wuchers [16], ferner bei der Ahndung der Kleriker, welche mit der Vertheilung des Chrisma, des h. Öls und der

vom Amt für den Notar bis zur nächsten Provinzialsynode); Toledo 1347 c. 4, M. 26, 126 (andere Beamte, Geldstrafe von 1000 Marobetini ipso facto); vgl. auch London 1342 c. 11, M. 25, 1166.

1 Clermont 1268 c. 5, M. 23, 1208 (Suspension).

2 Leg. K. Padua 1350, M. 26, 234 (int. ingressus ecclesiae ipso iure bis zur Restitution).

3 Exeter 1287 c. 9, M. 24, 798 (trotz des auf Entrichtung geleisteten Eides, ausser der Strafe des Meineides susp. ipso facto und für Laien, welche die Ablieferung hindern, exc. l. s.).

4 Ravenna 1335 c. 8, M. 25, 1043 (exc. l. s.).

5 London 1342 c. 10, M. 25, 1177 (Exk.).

6 Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 1, M. 22, 819 (susp. a benef. event. Exk.).

7 Nicäa 787 c. 6, M. 13, 750 (c. 7 Dist. XVIII, kanonische Strafe); Lateran. IV 1215 c. 6, M. 22, 991 (c. 25 X de accus. V. 1, susp. ab executione officii); Leg. K. Valladolid 1322 c. 1, M. 25, 697 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure). S. auch Bd. III S. 491 n. 3 u. S. 639.

8 Lateran. IV 1215 c. 6 cit., Valladolid 1322 c. 1 cit. (dieselben Strafen); Gratian giebt in c. 17 Dist. XVIII Toledo XVI c. 7, Bd. III S. 584 n. 3 u. 4, wieder.

9 Leg. K. Ofen 1279 c. 34, M. 24, 286 (gegen Prälaten arbiträre Strafe, für andere Verlust der Administration ipso facto und nach dem Grade der Schuld auch arbiträre Strafe); Salzburg 1281 c. 2, M. 24, 398 und Salzburg 1310 c. 2, M. 25, 227 (für Prälaten der Konventualkirchen und Klöster, susp. ab administratione temporalium ipso iure, eventuell schwerere arbiträre Strafe).

10 Benevent 1331 u. 1378 c. 45, M. 25, 960 u. 26, 643 (exc. l. s.).

11 Rom 871/78 c. 12; Ravenna 877 c. 10, S. 66 n. 3.

12 Rom 1078 c. 11, M. 20, 510 (für Bischöfe susp. ab off.), Lateran. IV. 1215 c. 14, M. 22, 1003 (c. 13 X de vita et hon. III. 1, für Prälaten Absetzung); London 1108 c. 9, M. 20, 1230 (Archidiakonen und Dekane, welche nicht schwören wollen, dass sie das Konkubinenhalten durch Priester nicht dulden werden, Verlust ihrer Ämter); Leg. K. York 1195 c. 12, M. 22, 655 (Dekane, welche die Konkubinen haltenden Geistlichen ihren Prälaten nicht anzeigen, susp. ab off.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 49, M. 22, 1123 (s. S. 74 n. 8, wo auch schwere Bestrafung der nicht denunzirenden Vikare und Hilfspriester angeordnet wird); Köln u. 1280 c. 1, M. 24, 345 (Nichtbestrafung unenthaltsamer Kleriker, iuris ultio); Leg. K. Pressburg 1309 c. 5, M. 25, 225 (exc. l. s.).

13 Lateran. IV 1215 c. 3 i. f., M. 22, 990 (c. 13 §. 8 X de haeret. V. 7, Absetzung).

14 Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3 cit. (die S. 251 n. 13 gedachten Strafen); Leg. K. Valence-Monteil 1248 c. 9. 10, M. 23, 773 (Verweigerung der Rechtshülfe gegenüber den Ketzer-Inquisitoren censura ecclesiastica, bei Hartnäckigkeit Bestrafung als defensor haereticorum, Bischof, welcher die Urtheile gegen Ketzer nicht verkündet, bis zur Vornahme der Verkündung int. ingressus ecclesiae).

15 Köln 1266 c. 30, M. 22, 1153 (susp. ipso facto, nach 8 Tagen exc. l. s.).

16 Montpellier 1215 c. 9, S. 197 n. 16 a. E.

Spendung der Sakramente Simonie treiben [1], oder welche weltlichen Geschäften obliegen, Wirthshäuser besuchen, keine Tonsur oder keine passenden Kleider tragen [2], das Nichteinschreiten des Bischofs gegen Incest [3], sowie gegen Brandstifter [4] und Zehntverweigerer [5], die Nachlässigkeit der Richter bei der Bestrafung von Advokaten, welche ungerechte Wuchersachen vertheidigen [6], die Verabsäumung der Ermahnung öffentlich wegen Verbrechen diffamirter Personen zum Geständniss und der Anhaltung derselben zur purgatio canonica seitens der Archidiakonen, Dekane und Offiziale [7], die Nachlässigkeit der Bischöfe in Betreff der Publikation der regelmässig zu verkündenden generellen Exkommunikationen der Ketzer [8] und der Mittheilungen von Exkommunikationen an andere und in Betreff der Verkündung von solchen und von Interdikten auf Ersuchen [9] oder in Betreff der Gewährung der Rechtshülfe bei Verfolgung der Verletzer der Geistlichen, kirchlichen Güter und Rechten [10], die Nichtanzeige der die Residenzpflicht verletzenden Pfarrer seitens der Dekane an den Bischof [11], der Kleriker, welche spielen, Konkubinen halten oder unpassende Kleider tragen, seitens der Pfarrer an den letzteren [12], die Unterlassung der Publikation der Exkommunikationssentenzen durch die kirchlichen Richter [13], sowie der schuldigen Verkündung der Namen der Exkommunicirten durch Pfarrer, Pfarrkapläne und Hebdomadarien der Konventualkirchen [14], die Nichteinreichung der jährlichen Verzeichnisse der Konfitenten und Kommunikanten durch die Pfarrer an den Bischof [15] oder die Nichtführung von Verzeichnissen über die Erfüllung der Beichtpflicht seitens der Pfarrkinder [16], die Nachlässigkeit der Pfarrer, bez. Priester in Betreff der Anzeige

[1] Leg. K. London 1268 c. 2, M. 23, 1167 (Bischof susp. a pontificalibus ipso iure, Archidiakonen susp. ipso facto); Aschaffenburg 1292 c. 3, M. 24, 1083 (Archidiakone, welche auf ihren Synoden und Kapiteln eine Inquisition darüber unterlassen, exc. l. s.), insbesondere wegen der Simonie auch c. 101 (Toledo IX 675) C. I qu. 1 (Bischof exc. auf 2 Monate, S. 14 n. 4) und London 1268 c. 2, S. 167 n. 11.

[2] Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081 (susp. a dignitatibus des Bischofs durch den Metropoliten, anderer Prälaten durch den Bischof); s. auch Rouen 1148 c. 2, M. 21, 714 (Bischof susp. ab off.); London 1268 cit. c. 4, M. 23, 1221 (Bischöfe susp. ab usu pontificalium ipso facto, Archidiakonen und Prälaten susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto).

[3] Aus Gunst oder für Geld Rom 1078 c. 11, M. 20, 510 (susp. ab off.).

[4] S. die S. 195 n. 9 u. 19 citirten Konzilien v. Clermont, Rheims und Lateran. II, sowie c. 32 C. XXIII qu. 8 (Schadensersatz und susp. ab off. auf ein Jahr).

[5] Noyon 1280? c. 5, M. 24, 376 (susp. vom Richteramt auf einen Monat).

[6] Ravenna 1286 c. 7, M. 24, 622 (arbitiäre Strafe).

[7] Canterbury 1236 c. 19, M. 23, 422 (susp. ab off. ipso iure).

[8] Verona 1184, M. 22, 478 (c. 9 X de haeret. V. 7, susp. a dignitate et administratione auf 3 Jahre).

[9] Rom 871—78 c. 11. 12, Maassen röm. Synode p. 17 und Ravenna 877 c. 10, M. 17, 339 (Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, eventuell härtere Strafe, vgl. o. S. 13 ff.); Leg. K. Mainz 1225 c. 8, M. 23, 5 (Bischöfe, welche dem Ersuchen um Verkündung der Exkommunikation nicht entsprechen, bis zur Vornahme derselben Ausschluss vom Verkehr mit den Kanonikern ihrer Kathedrale, s. S. 74 n. 4; wiederholt Mainz 1310, M. 25, 347); Valence 1248 c. 16, M. 23, 775 (interd. ingressus ecclesiae auf einen Monat, wiederholt Avignon 1279 c. 10, M. 24, 240); Leg. K. Ofen 1279 c. 57, p. 303 (exc. ipso facto, Körperschaften Interdikt); Bergamo 1311 c. 14, M. 25, 490 (für Bischof int. ingressus ecclesiae, für den Offizial susp. a divinis officiis); Alcala 1326 c. 2, p. 802 (für Bischof susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure, wiederholt Tarragona 1329 c. 47, p. 858); Salamanca 1335 c. 6, p. 1054 (susp. ab off. ipso facto auf einen Monat).

[10] Avignon 1326 c. 15, M. 25, 752 (susp. a pontificalibus ipso iure).

[11] Köln 1300 c. 2, M. 25, 17 (exc. ipso facto).

[12] Valence 1268, M. 23, 1056. 1058 (Geldstrafe von 5 Morabetini ipso facto).

[13] Angers 1365 c. 31, M. 26, 444 (Geldstrafe von 20 Solidi ipso iure).

[14] Köln 1266 c. 40, M. 23, 1154 (exc. ipso facto und beim Fortcelebriren privatio beneficii); Nogaret 1303 c. 7, M. 25, 113 (int. ingressus ecclesiae auf einen Monat).

[15] Benevent 1331 u. 1378 c. 67, M. 25, 972 u. M. 26, 653 (Geldstrafe von einem Augustalis).

[16] Salamanca 1335 c. 16, M. 25, 1057 (exc. ipso facto).

derjenigen, welche öffentlich Verbrechen begangen haben [1], welche die Sonntags- und Feiertags-Ruhe durch Arbeiten verletzen [2], welche mit Exkommunicirten verkehren [3], welche widerrechtlich Zehnten besitzen [4] oder als Erben und Testaments-Exekutoren die Ausführung letztwilliger Verfügungen zu Gunsten der kirchlichen Institute unterlassen [5],

die Unterlassung der Einforderung von Zehnten [6], bez. der Novalzehnten [7] durch die Pfarrer,

das Nichtachten des Bischofs auf die Anstellung von vicarii perpetui mit congrua portio bei inkorporirten Kirchen [8] und die Nichtanstellung geeigneter Vikare durch die Inkorporationsberechtigten [9],

die Nichtwahrnehmung der Besetzung von Patronatskirchen im Fall der dem Patron entzogenen Präsentation [10],

die Unterlassung der Annahme geeigneter Prediger durch die Bischöfe, namentlich der Anstellung solcher oder von Beichtvätern an den Kathedral- und anderen Konventualkirchen [11], die Verabsäumung des Predigens durch Pfarrer und Kapläne an Sonntagen [12], die wissentliche Nichtbeachtung der Aufforderung der Pfarrer und ihrer Vertreter an die zum Predigen und Beichthören ermächtigten Religiosen seitens der letzteren, beim Predigen an bestimmten Festtagen den Gläubigen ihre Pflicht zur Entrichtung der Zehnten einzuschärfen [13] und diese bei der Beichte als Gewissenssache hinzustellen [14],

die Lässigkeit der Pfarrer in Betreff der Celebrirung der Messen [15], die Nichtabhaltung des Gottesdienstes durch die Priester [16], die Verabsäumung der Spendung des Busssakramentes und des Abendmahls durch die Pfarrer an Todtkranke, so dass diese ohne Empfang der Sakramente versterben [17], die Unterlassung der Ankündigung

[1] Hincm. cap. 856 c. 1, S. 67 n. 7.

[2] Bourges 1286 c. 32, M. 24, 641 (Suspension).

[3] L. c. c. 15, M. 14, 639 (schwere arbiträre Bestrafung).

[4] Cognac 1260 c. 18, M. 23, 1037 (Anathem).

[5] Trier 1310 c. 76, M. 25, 267 (susp. ab off.).

[6] Merton 1305 c. 6, M. 25, 7 (aus Furcht oder Gunst, susp. ipso facto bis zur Zahlung einer halben Mark Silber an den Archidiakon).

[7] Cognac 1260 c. 19, M. 23, 1038 (Exk. und amissio beneficiorum).

[8] Beziers 1233 c. 11, M. 23, 272 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure auf einen Monat), vgl. hierzu Bd. II S. 448. 452.

[9] Köln 1300 c. 2, M. 25, 17 (exc. ipso facto).

[10] Leg. K. Würzburg 1287 c. 12, M. 24, 855 (susp. a collatione ordinum auf ein Jahr).

[11] Lateran. IV. 1215 c. 10, M. 22, 998 (c. 15 X de off. iud. ord. I. 31, districta ultio, s. auch Bd. IV S. 465).

Aus früherer Zeit vgl. Pavia 850 c. 5, Bor. Kr. 2, 118 (welches den Bischöfen bei Verabsäumung der Pflicht, ihrem Klerus die kirchlichen Dogmen und die h. Schrift auseinander zu setzen, sowie an Sonntagen und Feiertagen für das Volk zu predigen, arbiträre Bestrafung androht, s. aber dazu Bd. IV S. 464).

[12] Benevent 1331 u. 1378 c. 62, M. 25, 969 u. M. 26, 650 (Geldstrafe von einem Augustalis).

[13] Clem. 3 de poen. V. 8 (harte Bestrafung durch ihre Vorgesetzten).

[14] Clem. 3 cit. V. 8 (susp. ab off. praedicationis ipso iure bis zur Erfüllung der Anforderung, und bei weiterem Predigen exc. l. s.).

Vgl. auch Canterbury 1236 c. 16, M. 23, 421 (Priester, welche den Laien beim Predigen namentlich an Festtagen und bei der Beichte nicht genügend einschärfen, dass jeder aussereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Mann und Frau eine Todsünde ist, Strafe der fornicatores).

[15] Exeter 1287 c. 21, M. 24, 810 (subtractio fructuum bis zur Erfüllung der Pflicht); Tarragona 1329 c. 59. 81, M. 25, 865 (dieselbe Strafe); Benevent 1331 u. 1387 c. 62, M. 35, 969 u. 26, 650 (arbiträre Strafe).

[16] Unter Veranstaltung des üblichen Glockengeläutes zur Verdeckung der Versäumniss, Exeter 1287 c. 21, M. 24, 810 (festangestellte susp. ab ingressu ecclesiae auf einen Monat oder länger, andere Ausweisung aus der Diözese). — Gratian giebt nur stat. eccles. ant. c. 49 in c. 3 Dist. XCI und Toledo 400 c. 5 in c. 9 Dist. XCII (Kleriker, welche den Vigilien nicht beiwohnen, Entziehung des Stipendium, Bd. IV S. 809, und welche nicht zum Gottesdienst kommen, bei Hartnäckigkeit Absetzung) wieder.

[17] Pennafiel 1301 c. 3, M. 25, 102 (privatio beneficii in perpetuum); Salamanca 1335 c. 16, p. 1057 (ebenso).

der Fasten und der Feste an den Sonntagen [1], der Einforderung des neuen Chrismas [2], sowie des Begräbnisses armer Pfarrkinder durch die Pfarrer [3], die Nichtabhaltung des den Kanonikern obliegenden Wochengottesdienstes [4], sowie von Litaneien und Prozessionen [5], und die Nichthinderung von Störungen des Gottesdienstes bei Vigilien und Exequien [6],

endlich das Nichtführen oder Nichtbeschaffen eigener Siegel seitens der Leiter von Kirchen oder deren Vertreter [7], und die wissentliche Unterlassung der Anzeige über den Anfall von Vermächtnissen an die Kirche oder zu frommen Zwecken seitens der Pfarrer an die Ordinarien und Offizialen [8].

2. Was diejenigen Disciplinarvergehen betrifft, welche sich als Verletzungen der den Klerikern obliegenden Pflicht zum Gehorsam und zur Treue gegen die kirchlichen Oberen darstellen, so wird neben den schon o. S. 222 ff. gedachten Anordnungen, welche die Missachtung der kirchlichen Anordnungen aller Art durch Laien und Geistliche unter Strafe stellen [9], mehrfach der Ungehorsam der letzteren ohne nähere Spezialisirung ebenfalls mit solcher bedroht [10], und seitdem sich die Leistung des Obedienzeides für die Geistlichen bei oder nach der Erwerbung aller wichtigeren Ämter als Rechtspflicht festgestellt hatte [11], liess sich die Verletzung der Gehorsamspflicht strafrechtlich auch zugleich als Eidbruch behandeln [12].

Nichtsdestoweniger hat die kirchliche Gesetzgebung und zwar selbst noch während der Zeit, in welcher die Obedienzeide längst üblich geworden waren, einzelne Fälle des Ungehorsams speziell herausgehoben und dadurch als selbstständige Disciplinarstrafvergehen charakterisirt.

Abgesehen von der verhältnissmässig selten durch allgemeine Anordnungen unter Strafe gestellten Nichtleistung oder der Verweigerung des Obedienzeides selbst [13], gehören hierher

[1] Benevent 1331 u. 1378 c. 63, M. 25, 969 u. 26, 651 (Exk.).

[2] Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 710 (susp. ab off. ipso facto auf 3 Monate, bei Fortgebrauch des alten susp. a perceptione beneficii ipso iure); wiederholt Salamanca 1355 c. 6, p. 1052.

[3] Auf ihre Kosten, Benevent 1331 u. 1387 c. 54, M. 25, 964 u. M. 26, 647 (Exk. und Geldstrafe von einem Augustalis).

[4] Auch 1308 c. 2, M. 25, 196 (subtractio fructuum für eine Woche); wegen der Vernachlässigung des Chordienstes, s. auch noch Bourges u. 1214, M. 22, 931, S. 80 n. 8.

[5] Benevent 1331 u. 1378 c. 35, M. 25, 953 u. M. 26, 636 (Kanoniker und Seelsorge-Priester Strafe von drei Tarenern).

[6] York 1367 c. 2, M. 26, 462 (Geldstrafe von 20 solidi).

[7] Köln u. 1280 c. 16, M. 24, 361 (exc. l. s.).

[8] Mailand 1287 c. 20, M. 24, 879 (exc. ipso facto).

[9] Hierher gehört auch weiter c. 3 (stat. eccl. ant. c. 56) Dist. XLVI (clericus qui adulationibus et proditionibus vacare deprehenditur, ab officio degradetur"), da sowohl der Verrath, wie übertriebene Schmeichelei gegen den Oberen eine Verletzung der Treupflicht ist.

[10] Neuching 771, S. 74 n. 3; Worms 868 c. 19, M. 15, 872 (Ungehorsam des Priesters und Diakons gegen Anordnungen des Bischofs in Bezug auf das von ihm an einer Kirche übertragene Amt, Exk. und Absetzung); c. 11 (Honor. III.) X de M. et O. I. 33 (hinsichtlich der Kleriker an den Kardinaltiteln unter Anerkennung der Strafgewalt der Kardinäle über dieselben, s. Bd. I S. 352); Ravenna 1311 c. 21, M. 25, 461 (Kleriker, welcher trotz dreimaliger Mahnung im Ungehorsam gegen den Bischof weiter verharrt, Exk. und susp. ab off. et benef.); Ravenna 1314 c. 6, p. 541 (susp. ipso facto, nach einem Monat exc. l. s.).

[11] Bd. III S. 199. 206. 210 ff.

[12] So befiehlt z. B. Innocenz III. 1202, Potth. n. 1753, reg. de negot. imp., opp. ed. Migne 3, 1074 dem Erzb. Johann v. Trier im Hinblick auf den geleisteten Obedienzeid, Otto IV. anzuerkennen, widrigenfalls sein Legat ihn als exkommunicirten Eidbrecher öffentlich an Sonntagen und Festtagen verkünden werde, vgl. Winkelmann, Philipp v. Schwaben S. 263, und Alexander IV., Potth. n. 16506, bull. Taurin. 3, 639, in gleicher Weise dem Erzb. Gerhard v. Mainz, bei Strafe der Exkommunikation nicht Konradin zum deutschen König zu wählen. Vgl. auch c. 15 (Honor. III.) X de exc prael. V. 31 und unten S. 258 n. 3.

[13] Alcala 1326 c. 1, M. 25, 803 (Bischof, welcher nach seiner Konsekration durch einen anderen Bischof ohne Genehmigung des Metropoliten dem letzteren nicht innerhalb eines

die Verletzung der Pflicht zur visitatio liminum seitens der Bischöfe [1], das unentschuldigte Ausbleiben der letzteren und der anderen zum Erscheinen verbundenen Geistlichen auf dem Provinzialkonzil sowie das Verlassen desselben [2], das Nichterscheinen der Priester und der anderen dazu verpflichteten Kleriker auf der Diöcesansynode und das frühzeitige Weggehen von der letzteren [3], das Nichtmitbringen [4] oder Nichtbeschaffen der Synodalstatuten durch die gedachten Geistlichen [5],

das Nichtleisten der an die Kathedrale schuldigen Abgaben [6], das hartnäckige Versagen der herkömmlichen Ehrenbezeugungen seitens der Pfarrer und Kleriker gegenüber dem Bischof [7] und seitens der Kanoniker gegenüber dem Prälaten [8],

das Widerstandleisten gegen Abhaltung von Visitationen [9],

die Verweigerung der Annahme eines höheren Ordos aus der Hand des Bischofs, wenn dies das Interesse der Kirche gebietet [10],

Nichtleistung der schuldigen Abgaben (Zehnten, Mortuarien u. s. w.) an den Bischof [11],

Jahres den Oberdienzeid leistet, susp. ab ingressu ecclesiae bis zur Erfüllung der Pflicht; Mainz 1261 c. 38, M. 23, 1093 (Kapläne der Adligen, welche, ehe sie dem Bischof oder Archidiakon Gehorsam geleistet haben, celebriren, Verkündung derselben als suspendirt und exkommunicirt bis zur Leistung).

[1] Rom 743 c. 4, M. 12, 382 (kanonische Bestrafung). Gratian giebt diese sich nur auf die Bischöfe der römischen Provinz beziehende Anordnung in c. 4 Dist. XLIII offenbar deshalb wieder, weil die Erfüllung der Pflicht schon seit dem 11. Jahrhundert auch von den anderen Bischöfen in ihren Obedienzeiden angelobt werden musste, Bd. III S. 203 n. 3, S. 204 n. 2. 4. Aus dem letzteren Grunde sind wohl während der hier fraglichen Periode keine weiteren gemeinrechtlichen Vorschriften darüber erlassen worden.

[2] Worms 868 c. 16, M. 15, 872 (exc. fraterna, s. S. 74 n. 3); Gratian bringt die schon Bd. III S. 476 n. 6 u. S. 490 n. 2 angeführten älteren Kanonen, für die spätere Zeit s. c. 25 (Lateran. IV. cit., S. 252 n. 7) X de accus. V. 1 und Bd. III S. 447 n. 2; Tarragona 1329 c. 15, M. 25, 842 (Einberufung des Bischofs durch den Erzbischof nach der Metropole und Verbleiben des ersteren in derselben während der von dem letzteren bestimmten Zeit); Benevent 1331 und 1378 c. 70, M. 25, 973 und M. 26, 654 arbiträre Geldstrafe).

[3] Rudolf v. Bourges u. 850 c. 12, M. 14, 949 (Exk.); Rom 853 c. 40, M. 14, 1015 (canonica correptio); Gran 1114 c. 65, M. 21, 114) s. ferner für das 11. Jahrhundert Bd. III S. 589 n. 3 und für die spätere Zeit a. a. O. S. 594 n. 8; Paris-Sens 1248 c. 14, M. 23, 767 (canonici non residentes der nicht die Synode beschickenden Kapitel mit Verlust der distributiones quotidianae auf 8 Tage zu Gunsten der Armen und der Kirchenfabrik bestraft); Lemans 1247, p. 735 (Priester, welche sich nicht pünktlich bei Eröffnung der Synode und nicht in der vorgeschriebenen Kleidung einfinden, Suspension); Leg. K. Ofen 1279 c. 19, M. 24, 280 (gegen Ausbleibende und Weggehende arbiträre Strafe); Köln u. 1280 praef., p. 345 (Geistliche, welche bei der Eröffnung nicht jejuni erscheinen, exc. l. s.); Saintes 1280 c. 2, p. 377 (Ausbleibende susp. ipso facto); Tarragona 1329 c. 16, M. 25, 842 (Seelsorge-Priester analoge Strafe wie die des c. 15 cit., s. vor. Anm.).

Darüber, dass auch für das unentschuldigte Fernbleiben von den allgemeinen und päpstlichen Konzilien des Mittelalters namentlich, weil darin eine Verletzung der dem Papst angelobten Obedienz gefunden wurde, Strafen verhängt worden sind, s. Bd. III S. 360 n. 4 u. S. 523 n. 1.

Nicht minder zog auch das Nichterscheinen der Geistlichen auf den Archidiakonats- und Dekanatsversammlungen Strafen, der Regel nach Geldstrafe und Suspension, nach sich, Bd. II S. 196 n. 4. S. 270. 275; Lemans 1247, M. 23, 767 (susp. ab off.).

[4] Köln u. 1280 praef. cit. (vor. Anm., Geistliche, welche eine Kirche leiten, exc. l. s.).

[5] Benevent 1331 und 1378 c. 72, M. 25, 974 u. M. 26, 626 (Exk. und 4 Unzen); Salzburg 1386 c. 17; M. 26, 732 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto); Saintes 1280 c. 8, M. 24, 337 (auch zugleich Nichtkennen der Statuten, arbiträre Strafe).

[6] Ravenna 997 c. 2, M. 19, 219 (S. 80 n. 4).

[7] Unterlassung des Geläutes beim Durchzuge des Bischofs seitens der Pfarrer und Kleriker, Rouen 1314 c. 6, M. 25, 539. 540 (Geldstrafe von 5 solidi ipso iure, bei Nichtzahlung Verdoppelung).

[8] Aschaffenburg 1292 c. 13, M. 24, 1088 (Ausschluss von der Theilnahme am Kapitel und dem Präbendenbezug ipso facto, ev. auch härtere arbiträre Strafe; bei Intrusion in die Kapitelsitzungen und in den Bezug der Einkünfte Interdikt über die Kirche, event. Spoliation der Benefizien, diejenigen, welche den Intrusen zulassen, exc. l. s.).

[9] Ravenna 1314 c. 8, M. 25, 542. 543 (von Mönchen und Geistlichen auf Grund angeblicher usucapio libertatis, exc. l. s. und Interdikt über die Kirche).

[10] c. 6 (Alex. III.) X de aet. I. 14 (privatio beneficii) s. auch c. 3. 4 (Carthago 419) Dist. LXXIV (Absetzung). Vgl. Bd. I S. 109. 110 u. Bd. II S. 483 n. 7.

[11] Benevent 1331 und 1378 c. 45, M. 25, 960 u. 26, 643 (exc. l. s.).

die Nichtbeobachtung der Anordnungen und Urtheile der kirchlichen Oberen [1],

das wissentliche und hartnäckige weitere Celebriren und Amtiren von Geistlichen unter Missachtung ihrer Deposition oder Degradation [2], einer gegen sie ausgesprochenen Exkommunikation [3], eines über sie verhängten Personal-Interdikts [4] oder einer gegen sie verfügten Suspension [5],

das Gewähren von Beistand, Hülfe und Vertheidigung seitens der Geistlichen an percussores, captivatores von geistlichen Personen, an spoliatores ecclesiarum et clericorum, Exkommunicirte, Suspendirte, Interdicirte und offenbare Wucherer [6],

das Celebriren an Orten, an welche geraubtes kirchliches Gut gebracht worden ist [7],

das Fortamtiren von Burgkaplänen und Hofgeistlichen und fernere Verweilen derselben bei Herren, welche trotz Ermahnung nicht für die Rückgabe des in ihre Burgen oder Ortschaften gebrachten Kirchenraubes sorgen [8],

das Angehen des weltlichen Gerichts seitens der Geistlichen in Rechtssachen gegen andere Kleriker oder in den vor das geistliche Forum gehörigen Angelegenheiten [9],

[1] Trier 1310 c. 102, M. 25, 275 (Exk.); Compiegne 1301, p. 90 (dem Bischof unterworfene Äbte, welche Verbindungen eingehen, um die Ausübung der Strafgewalt desselben auf gemeinsame Kosten zu hindern und sich dagegen zu vertheidigen, exc. ipso facto).

[2] c. 1. 2 X de cler. exc. V. 27, S. 55 n. 1 a. E.; c. 3 (Alex. III.) X eod.

[3] (Seit der Zeit, in welcher die Exkommunikation nicht mehr wie früher die Deposition ohne Weiteres nach sich zog, s. o. S. 75) Rheims 1148 c. 11, M. 21, 719, (S. 52 Anm. unter b.); c. 3 (Alex. III.) X eod. V. 27 (nach vergeblicher Mahnung Deposition); c. 6 (Innoc. III.) X eod. (dieselbe Strafe) und c. 4 (id.) eod. (nur mit der Milderung, dass bei einer grossen Anzahl d. h. bei mehr als 40 hartnäckigen Geistlichen blos für die Hauptschuldigen die Deposition, für die übrigen die susp. ab off. ad tempus als Strafe festgesetzt wird). Abgesehen von Rouen 1190 c. 32, M. 22, 586 (welches für den suspendirten allein das Cessiren a divinis officiis für ein Jahr, S. 70 n. 4, für den exkommunicirten aber dessen Schickung nach Rom zur Bestrafung durch den Papst anordnet), stimmen damit die Partikularkonzilien der Folgezeit überein, Odo v. Toul 1192 c. 8, M. 22, 650 (carere in perpetuum beneficio et officio, also Absetzung s. S. 63 n. 5); Leg. K. Mainz 1225 c. 6, M. 23, 5 (exkommunicirte und suspendirte deponantur sine spe restitutionis ab officiis et beneficiis, infames et intestabiles, ad beneficia ecclesiastica nullatenus admittantur, unter Vorbehalt der Begnadigung für den Papst, wiederholt Fritzlar 1246 c. 2. p. 729 und Mainz 1261 c. 40, p. 1096); Trier 1238 c. 7. 8, p. 480 (exkommunicirte und interdicirte Geistliche und Mönche bei Hartnäckigkeit strenge Haft und Busse, also offenbar auch Absetzung, wiederholt Trier 1310 c. 7, M. 25, 250, ebenso zugleich auch für suspendirte); Salzburg 1274 c. 13, M. 24, 140 (exkommunicirte und ab off. suspendirte Priester, dieselben Strafen wie Trier); anders Köln 1266 c. 40, M. 23, 1154 (nur privatio beneficiorum); Ravenna 1314 c. 9, M. 25, 543 (ebenso). Wegen der Irregularität s. Bd. I S. 52.

[4] c. 2. 3. 4 cit. X V. 27 (Absetzung), vgl. auch die vor. Anm.

[5] c. 13 X de vita cler. III. 1, s. o. S. 62 n. 3 und weiter S. 73 n. 10.

Wegen des Cebrirens vor Exkommunicirten, Interdicirten und an interdicirten Orten, s. o. S. 245 n. 1 u. 2.

[6] Köln 1266 c. 35, M. 23, 1151 (exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben bis zur Genugthuung).

[7] London 1151 c. 7, M. 21, 752 (per annum officio careat); Odo von Toul 1192 c. 1—3, M. 22, 649 (für Nichtbeachtung des Interdikts in solchen Fällen und für nichtgehörige Verkündung der namentlich exkommunicirten Verbrecher carere officio et beneficio in perpetuum).

[8] Päpstl. K. Tours 1163 c. 10, M. 21, 1179 (c. 1 Comp. II lib. III. 27, ordine et beneficio carere, also Absetzung); allgemeiner Köln 1266 c. 36, M. 23, 1152 (Kapläne, welche ihre exkommunicirten Herren nicht zur Busse zu bewegen suchen und über einen Monat bei ihnen verweilen, exc. ipso iure und Verkündung der Exk., nach weiteren zwei Monaten privatio omnium beneficiorum ipso facto).

[9] Rom 743 c. 12, M. 12, 385 (gegen einen Kleriker, Absetzung oder Exk.); Gran 1114 c. 25, M. 21, 103 (in causis ecclesiasticis, Verlust des Anspruches und Busse).

Gratian giebt blos einzelne ältere Kanonen s. Bd. IV S. 789 n. 9 u. S. 863 n. 2 in c. 11 (Carthago 407), c. 42 (Toledo 589 c. 13) c. 43 (Hippo 393) u. c. 44 (cod. eccl. Afric. c. 15) C. XI qu. 1 wieder, und die Dekretalen Gregors IX. weisen als einzige, speziell hierher gehörige Stelle c. 15 (Honor. III.) X de exc. prael. V. 31 (Belangung eines Bischofs im weltlichen Gericht, vgl. aber hierzu S. 212) auf.

Im übrigen s. Rouen 1190 c. 21, M. 22, 584 (gegen andere geistliche Personen super negotio

die Übernahme von Verpflichtungen seitens der Kleriker, sich wegen eigener oder fremder Schulden dem weltlichen Gerichtszwang zu unterwerfen [1], das Sichstellen der Kleriker vor dem weltlichen Gericht oder das Zahlen der Bussen seitens der ersteren an das letztere [2], das Begehen von Delikten, über welche die weltlichen Gerichte zu entscheiden haben [3],

die Nachsuchung und Annahme des Schutzes von Laien seitens der Kleriker gegen die von Kirchenoberen erlassenen Anordnungen, verfügten Prozesse und verhängten Strafen [4],

die Herbeiführung der Einmischung mächtiger Laien in streitige Bischofs- und Prälatenwahlen und die Ertheilung von Versprechungen an dieselben, um durch ihre Hülfe dabei Prälaturen zu erhalten [5],

die Aufreizung von Fürsten und weltlichen Obrigkeiten durch Prälaten und Geistliche zu Akten, welche die Freiheiten der Kirche beeinträchtigen [6],

die Gewährung von Schutz gegen die Kirche und gegen geistliche Personen seitens der Geistlichen an Laien [7], die Übernahme der Vertretung von turbatores ecclesiasticae libertatis durch Geistliche vor dem kirchlichen Gericht [8], oder das Fungiren derselben als Assessoren und Räthe bei Angelegenheiten, welche gegen die kirchlichen Freiheiten gehen [9],

ecclesiastico, Verlust des Anspruchs und Exk.); Rouen 1231 c. 23, M. 23, 216 (Verbot für Mönche und Kleriker, die gewohnheitsmässig im geistlichen Gericht verhandelten Sachen ohne besondere Erlaubniss des Bischofs an das weltliche Gericht zu bringen, ohne spezielle Strafandrohung); Laval 1242 c. 5, p. 552 (namentlich in civilibus et criminalibus causis ausser der in den Kanonen verhängten Strafe, d. h. der Absetzung, s. vorher, noch censura ecclesiastica); Roffec-Bordeaux 1258 c. 5, p. 985 (Klagen und Antworten vor dem weltlichen Gericht ohne Erlaubniss des Prälaten in Sachen des forum ecclesiasticum, exc. l. s.); Köln 1266 c. 10, p. 1139 (gegen Kleriker im eigenen Namen oder im Namen der Kirche oder eines Andern, Verlust des Anspruches, bei Nichtabstehen trotz Mahnung susp. ab off. et benef., beim Fortamtiren nach derselben Exk. und öffentliche Verkündung derselben, bei fernerer Hartnäckigkeit über drei Monate privatio beneficii ipso iure, bei Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern); Seyne 1267 c. 12, p. 1181 (gegen geistliche Personen oder super spiritualibus seu ecclesiasticis criminalibus vel civilibus, Verlust des Anspruches ipso iure und exc., dieselben Strafen auch für Verträge darüber); Clermont 1268, p. 121 (gegen Kleriker ausser in Betreff eines feudum saeculare, dem Papst vorbehaltene Exk.); Seyne 1269 c. 5, M. 24, 5 (Publikation einer päpstlichen Dekretale, welche für das Citiren Geistlicher durch Geistliche vor das weltliche Gericht Verlust des Anspruchs und in Kriminalsachen Verlust des Amtes, sowie die dem Papst vorbehaltene Exk. androht); Leg. K. Ofen 1279 c. 5, M. 24, 282 (Geistliche, welche vor weltlichen Gerichten klagen oder zu Recht stehen, Exk.); Avignon 1282 c. 7, p. 445 (Geistliche, welche andere vor das weltliche Gericht ziehen, exc. ipso facto); Nogaret 1290 c. 5, p. 1068 (ebenso); Trier 1310 c. 107, M. 25, 276 (dasselbe); Avignon 1326 c. 20, p. 470 (Verlust des Anspruchs und susp. a benef. ipso facto); Tarragona 1329 c. 4, p. 855 (exc. l. c. und Verlust der Klage); Bourges 1336 c. 11, p. 1002 (capitula und conventus Suspension, sonst exc. l. s.); Lavaur 1368 c. 94, M. 26, 524 (exc. l. s.); Salzburg 1386 c. 14, p. 731 (ebenso); Macon 1286 c. 3, M. 24, 614 (Vorladen von Geistlichen und Mönchen und Antworten derselben vor dem weltlichen Gericht, schwere arbiträre Strafe); Bourges 1286, p. 644 (Ergreifen des Rekurses gegen die kirchlichen Gerichte an den weltlichen Richter, exc. l. s.).

[1] Exeter 1287 c. 41, M. 24, 823 (susp. a divinis auf drei Jahre); Compiegne 1329 c. 3, M. 25, 880 (susp. oder arbiträre Strafe).

[2] Rouen 1299 c. 3, M. 24, 1205 (exc. ipso facto); Rouen 1313 c. 4. 6, M. 24, 527 (dasselbe).

[3] Exeter 1287 c. 41, M. 24, 823 (von Wild- und Fischdiebstählen exc. ipso iure, eventuell privatio beneficii ipso facto, Nichtbenefiziat susp. ab executione ordinum auf fünf Jahre).

[4] Avignon 1270 c. 7, M. 24, 18 (Exk., eventuell subtractio beneficii); Salzburg 1281 c. 18, p. 402 (exc. ipso facto).

[5] Aschaffenburg 1292 c. 10, M. 24, 1087 (exc. ipso facto, Verlust der Wählbarkeit für die Prälatur und des Klagerechts für etwa dabei gegebene Darlehne).

[6] Tarragona 1292 c. 10, M. 24, 1109 (exc. ipso facto und Verlust der Benefizien an der verletzten Kirche oder an den beeinträchtigten Orten, wiederholt Tarragona 1329 c. 46, M. 25, 857); Avignon 1326 c. 25, p. 759 (Rathgeben zu solchen Verwaltigungen, dem Papst vorbehaltene exc. l. s.).

[7] Leg. K. Pressburg 1309 c. 2, M. 25, 217 (exc. ipso facto, gegen andere als Bischöfe auch privatio beneficii).

[8] Bourges 1336 c. 13, M. 25, 1066 (exc. l. s.).

[9] Roffec-Bordeaux 1258 c. 6, M. 23, 986 (Exk.).

das regelmässige Verweilen von Geistlichen der höheren Weihen, von Klerikern mit Benefizien oder von Mönchen an den Höfen der weltlichen Grossen[1],

die Unterlassung der seitens der Kirchenoberen angeordneten Verkündungen von Synodalkonstitutionen[2] oder Exkommunikationen durch die Pfarrer[3].

3. Was die Disciplinarvergehen, welche sich als Verletzungen der Pflicht zur Beobachtung eines dem Klerikalstande und dem kirchlichen Amte entsprechenden Verhaltens darstellen, anlangt, so kommen unter diesem Gesichtspunkt in Betracht:

das Nichttragen der als Zeichen des Klerikalstandes[4] vorgeschriebenen Tonsur[5],

[1] Tarragona 1292 c. 10 und 1329 c. 46, M. 24, 1109 und M. 25, 857 (exc. ipso facto).

[2] Macon 1286 c. 5, M. 24, 615 (schwere arbiträre Strafe); Nogaret 1290 c. 10 i. f., p. 1071 (interd. ingressus ecclesiae ipso iure); Aschaffenburg 1292 c. 18, p. 1091 (der die Juden und den Verkehr mit ihnen betreffenden Vorschriften, exc. ipso facto).

[3] Salzburg 1281 c. 13, M. 24, 401 (int. ingressus ecclesiae und susp. ab off. auf 15 Tage, bei wiederholter Unterlassung härtere Strafe); Macon 1286 c. 5 cit. (s. vor. Anm.); Bergamo 1311 c. 12. 14, M. 25, 488 (int. ingressus ecclesiae ipso iure, bei Hartnäckigkeit exc. ipso iure); Angers 1365 c. 32, M. 26, 444 (Geldstrafe).

[4] Bd. I S. 104. 130.

[5] Rom 721 c. 17, M. 12, 264 (c. 23 Dist. XXIII, und c. 4 X de vita cler. III. 1 Anathem, wiederholt Rom 743 c. 8, p. 384); decr. Tassilon. c. 18, LL. 3, 468 (correptio oder exc.); Mainz 847 c. 15, Bor. Kr. 2, 180 (Wiederholung von Rom 721 c. 17, cit.); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787 (Priester und Diakone 60 Solidi an Bischof und Absetzung, S. 80 n. 5); Rouen 1072 c. 11, M. 20, 37 (exc.); Lateran. II. 1139 c. 4, M. 21, 527 (c. 5 C. XXI qu. 4, bei Hartnäckigkeit privatio beneficii); päpstl. K. Rheims 1148 c. 2, p. 714 (ebenso); London 1175 c. 4, M. 22, 148 (Zwangsscheeren durch den Archidiakon und bei Hartnäckigkeit exc.); Rouen 1190 c. 5, p. 582 (S. 65 n. 3, susp. a benef., Nichtbenefiziaten Verlust des Klerikalprivilegs); York 1195 c. 6, p. 654 (privatio beneficii, Nichtbenefiziaten Zwangsscheeren durch Archidiakon oder Dekan); Leg. K. Montpellier 1195, p. 670 (ohne spezielle Strafandrohung); Leg. K. Dioklea 1199 c. 7, p. 703 (canonica districtio); Theodor von Utrecht 1209, p. 808 (subtractio beneficii); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 1, p. 819 (bei Hartnäckigkeit susp. a benef., eventuell exc.); add. zu Paris 1208 c. 1, p. 766 (interdictio ingressus ecclesiae); Leg. K. Montpellier 1215 c. 9, M. 22, 942 (susp. ab off. et benef.); schott. Konz. 1225 c. 11, p. 1225 (bei Hartnäckigkeit susp. ab off. und arbiträre Strafe); Worcester 1240 c. 21, M. 23, 533 (Benefiziaten Geldstrafe des zehnten Theils der Jahreseinkünfte, andere Fernhaltung von den höheren Weihen und von Benefizien, bis sie die Tonsur eine angemessene Zeit getragen haben); Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081 (subtractio officii vel beneficii); Lerida Ende des 13. Jahrh. p. 936 (Benefiziaten susp. ab omnibus beneficiis und nach Gehorsamsleistung noch susp. a perceptione beneficiorum auf so lange Zeit, als sie vorher ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind, andere Geistliche susp. ab introitu ecclesiae); Leg. K. London 1268 c. 2, p. 1220 (Priester, Dignitäre, Inhaber von Seelsorge-Ämtern und Kanoniker bei Hartnäckigkeit susp. ab off. ipso facto, nach 3 Monaten susp. a benef. und Absolution nur nach Zahlung des sechsten Theils der Jahreseinkünfte, andere Kleriker arbiträre Strafe; Port Audemer 1279 c. 21, M. 24, 225 (nach Mahnung Verlust des privilegii fori bei Excessen); Ravenna 1286 c. 3, p. 617 (jedes Mal 50 solidi); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (amissio fructuum beneficiorum auf ein Jahr, bei Hartnäckigkeit privatio beneficiorum); Trier 1310 c. 14, M. 25, 152 (exc. l. s.); Bergamo 1311 c. 33, p. 512 (jedes Mal 20 solidi); Ravenna 1314 c. 10, p. 543 (Geldstrafe von 10 solidi ipso facto, eventuell nach monitio exc. ipso facto); Magdeburg 1315 c. 21, M. 23, 1166 (susp. a perceptione benef. bis zum Tragen der Tonsur); Ravenna 1317 c. 4, M. 25, 603 (40 solidi); Tarragona 1317 c. 7, p. 630 (bei Hartnäckigkeit Verlust des Klerikerprivilegs und andere arbiträre Strafen); Sens 1320 c. 4, p. 650 (auch für Tragen des Bartes, Kanoniker und Benefiziaten der Stifter nach monitio Verlust der halben Distributionen ipso facto, andere arbiträre Strafe, wiederholt Paris 1323 c. 4, p. 730); Avignon 1337 c. 46, M. 25, 1098 (Nichttragen der Tonsur und Tragen eines Bartes Verlust des hundertsten Theils der Früchte ipso iure, eventuell susp. von allen Früchten der Benefizien bis zur Entrichtung, Nichtbenefiziaten Geldstrafe von 12 Denaren ipso facto); London 1343 c. 2, p. 1170. 1171 (Nichttragen der Tonsur, Tragen eines langen Bartes und von Ringen, susp. ab off. ipso iure, nach 3 Monaten auch susp. a benef. und nur Absolution nach Entrichtung eines Fünftel des Jahresertrags des Benefiziums, bei Einmischung in die Benefizien privatio beneficii, Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien auf 4 Monate ipso facto).

Die von Gratian aufgenommenen Stellen enthalten ausser den schon citirten keine Strafbestimmungen, s. c. 22 (Agde 306, nur Zwangsscheeren), c. 21 (Ps.-Is.) und c. 32 (Martin v. Braga) Dist. XXIII und dasselbe gilt von X de vit. et hon. cler. III. 1, s. c. 5 (stat. eccl. ant.) c. 7 (Alex. III. Zwangsscheeren) und c. 15 (Lateran. IV. 1215, M. 25, 1005). Vgl. weiter noch c. 15 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. un. (Bonif. VIII.) in VI de cler. coniug. III. 2, Bd. I S. 119 n. 3.

ferner das Nichttragen einer angemessenen, bescheidenen, einfachen, dem Klerikalstand entsprechenden Kleidung[1] und das Tragen prunkvoller, unpassender oder unzüchtiger Gewänder, Kopf- und Fussbekleidungen, sowie von Ringen und anderen Schmucksachen[2], endlich das Tragen von Waffen[3],

das Nichtmeiden des vertraulichen, zu Missdeutungen Veranlassung gebenden Verkehrs mit Frauenzimmern, namentlich das Zusammenwohnen mit solchen, bei denen der Verdacht eines derartigen unerlaubten Umganges nicht ausgeschlossen[4] ist[5], ferner die schon o. S. 171ff. besprochene Verletzung des Cölibatsgebotes durch die

[1] Bd. I S. 130.

[2] Nicäa II. 787 c. 16, M. 13, 433 (c. 1 C. XXI qu. 4, s. o. S. 78 n. 9); Rom 743 c. 3, M. 12, 382 (c. 3 C. cit., Ausschluss von der Kirchengemeinschaft); Rom 826 c. 12, Bor. 1, 373 (c. 4 C. cit., canonica disciplina); Leg. K. Montpellier 1195, M. 22, 670 (Anathem); Leg. K. Montpellier 1215 c. 6, M. 22, 941, S. 65 n. 10; Tours 1239 c. 3, M. 23, 498 (Ausgehen in nicht geschlossener Kleidung, 5 solidi); Worcester 1240, p. 533 (für dasselbe Vergehen, Benefiziaten Geldstrafe des zehnten Theils der Jahreseinkünfte); Valence 1261, p. 1056 (Verlust des Eigenthums an den unpassenden Kleidern ipso iure); Leg. K. Ofen 1279 c. 3 (Priester, Konfiskation prächtiger Kleider und bis zur Besserung susp. a benef. ipso facto); ibid. c. 4 (ebenso Konfiskation von Ringen und als Geldstrafe der Werth derselben an die Armen, bis zur Auslieferung und Zahlung interdictio ingressus ecclesiae); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (Verlust der fructus beneficiorum auf ein Jahr, bei Hartnäckigkeit privatio beneficiorum). Toledo 1324 c. 2, M. 25, 732 (Verlust der unpassenden Kleider ipso facto); Avignon 1337 c. 47, p. 1099 (dieselbe Strafe); Benevent 1331 c. 47, M. 25, 961 (exc.); Paris 1347 c. 2, M. 26, 19 (Kanoniker Verlust der Hälfte der Distributionen, andere arbiträre Strafe); Angers 1365 c. 12, p. 431 (Kanoniker susp. a voce capituli et distributionibus quotidianis, andere a fructibus beneficiorum auf einen Monat ipso iuro); vgl. ferner von den S. 259 n. 5 citirten Konzilien Coyaca 1050, Lateran. II. 1139, Rheims 1148, London 1175, add. zu Paris 1208, Paris 1212 o. 1213, schottisches 1225, London 1268, Lerida Ende 13. Jahrh., Ravenna 1314, Magdeburg 1315, Tarragona 1317, Sens 1320 und Paris 1323, London 1343, ll. cc., welche dieselben Strafen, wie für das Nichttragen der Tonsur festsetzen, und Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 2, M. 22, 820 (unpassender Schmuck und unpassende Sättel für Pferde, susp. a benef., event. Exk.).

Während noch c. 15 (Lateran. IV. 1215 c. 16, M. 22, 1005) X de vita III. 1 keine Strafe festgesetzt — über Gratian s. d. vorhergehenden Citate und über c. 45 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 s. S. 65 n. 1 — bedroht Clem. 2. eod. III. 1 Kleriker, welche öffentlich nicht passende Kleider tragen, beneficiati mit susp. a perceptione fructuum ipso facto auf 6 Monate, Dignitäre und Inhaber von Seelsorge-Benefizien damit auf ein Jahr (diese auch für Tragen unpassender Kopfbedeckungen), andere in den höheren Weihen mit Unfähigkeit zu Benefizien für dieselbe Zeit, Kleriker für Tragen von unangemessenen Kopfbedeckungen mit der letzteren Strafe auf ein Jahr, Kleriker, welche ein zu kurzes Oberkleid oder gefütterte Röcke (Tabarden) tragen, Abgabe derselben an die Armen, sonst bei Benefiziaten Suspension, bei anderen die gedachte Strafe der Unfähigkeit auf ein Jahr.

Lerida 1229 c. 16, M. 22, 1093 (Kanoniker und Kleriker der Konventualkirchen, welche während des Gottesdienstes in weltlicher Tracht durch die Kirchen gehen, Entziehung der canonica portio auf 3 Tage); Nevers 1246 c. 7, M. 23, 732 (ebenso, Kanoniker 10, andere Kleriker 5 sol. an die Kirchenfabrik, bis zur Zahlung privatio perceptionis omnium anniversariorum et distributionum, eventuell härtere arbiträre Strafe); Beziers 1351 c. 11 (Betreten der Kirche während des Gottesdienstes in unpassender Kleidung, Kanoniker privatio distributionum für den betreffenden Tag, Benefiziaten 12 Denare); Norwich 1257, p. 972 (Geistliche in divinis officiis in unpassenden Kleidern, Suspension).

[3] Meaux-Epernay 846 c. 37, M. 14, 827 u. LL. 1, 390 (c. 6 C. XXIII qu. 8, Absetzung); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787, S. 80 n. 5. Gerona 1068 c. 5, p. 1071 (Absetzung S. 76 n. 4); Leg. K. Poitiers 1078 c. 10, M. 20, 499 (c. 2 X de vita III. 1, Exk.); Leg. K. Gerona 1078 c. 6, p. 518 (ebenso); London 1175 c. 11, M. 22, 150 (Absetzung); Valence 1269, M. 23, 1056 (Verlust der Waffen und Geldstrafe von 15, bez. beim Tragen während der Nacht 20 solidi); London 1268 c. 4, p. 1219 (exc. ipso facto und bei Hartnäckigkeit privatio beneficii, Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien auf 5 Jahre); Lerida Ende des 13. Jahrh., M. 23, 936, s. o. S. 69 n. 6. Ravenna 1286 c. 3, M. 24, 617 (40 solidi); Grado 1296 c. 20, p. 1169 (exc. l. s.); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (s. vor. Anm.); Bergamo 1311 c. 3, M. 25, 481 (arbiträre Geldstrafe); Ravenna 1314 c. 10, p. 543 (Geldstrafe von 10 solidi ipso facto, event. Exk.); Ravenna 1317 c. 4, p. 603 (40 solidi); Avignon 1326 c. 39, p. 765 (Verlust der Waffen, sowie 100 solidi und Tragen bei Nacht 10 librae); Benevent 1331 und 1378 c. 46, M. 25, 960 und 26, 646 (Geldstrafe von 15 Karlin).

Die Dekretalensammlung Gregors IX. — über Gratian s. vorher — enthält ausser c. 2 X III. 1 cit. nur noch c. 25 (Clem. III.) ibid. (Verlust des Klerikalprivilegs bei Nichtablegung der Waffen auf dreimalige Mahnung).

[4] Bd. I S. 131.

[5] Rom 826 c. 15, Bor. 1, 374 (Nichtunterlassen des verdächtigen Umgangs seitens der Majoristen nach Mahnung, canonica iudicatio, in c. 22 Dist. LXXXI und c. 2 X de cohab. III. 2 in excommunicatio umgeändert); c. 1 (Nicol. I.) Dist. XXXIV (ebenso, eventuell Absetzung); Rudolf

Geistlichen der höheren Weihen und das ebenfalls schon o. S. 173 berührte Halten von Konkubinen seitens der Kleriker aller Grade, das Aufziehen der unehelichen Kinder im eigenen Hause [1], die Anwesenheit bei den Hochzeiten oder Taufen oder Verlöbnissen, Begräbnissen derselben [2] und den Hochzeiten und Begräbnissen der Konkubinen [3], mitunter bei den Taufen, Verlöbnissen und Eheschliessungen der ehelichen Descendenten [4], das Ausrichten feierlicher Hochzeiten für die unehelichen und ehelichen Kinder [5], das Dotiren oder die sonstige Bereicherung der Konkubinen und unehelichen Kinder aus kirchlichem Gute [6], das Erbauen und Ankaufen von Häusern und Grundstücken aus kirchlichen Mitteln für die Konkubinen [7] und unehelichen Kinder [8], sowie das letztwillige Vermachen des aus kirchlichen Mitteln Erworbenen an die eben gedachten Personen [9], ferner auch an die eheliche Descendenz und nahe Verwandte [10],

v. Bourges u. 850 c. 16, M. 14, 951 (Absetzung); Mainz 852 c. 7, Bor. Kr. 2, 188 (desgleichen); Hinkmar cap. a. 874 c. 3, M. 15, 495 (bei Hartnäckigkeit Absetzung); Troslé 909, c. 9, M. 18, 288 (Absetzung); Compostella 1056 c. 3, M. 19, 856 (Busse); Bourges 1336 c. 10, M. 25, 1062 (Exk.). Vgl. ausserdem c. 20 (Ps.-Is.) Dist. LXXXI (Absetzung und Exk.) und c. 29 (Gregor I.) D. cit. (Absetzung). — Hierher gehören weiter Nicäa 787 c. 18, M. 13, 754 (das Halten einer Unfreien oder Freien im Episcopium, Absetzung); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787 (Gestattung des Wohnens von verheiratheten Laien innerhalb der Befriedigung der Kirche, 60 solidi an Bischöfe und Absetzung).

In Betreff des Zusammenwohnens mit Frauen, bei welchen der Verdacht eines unerlaubten Umgangs nicht ausgeschlossen ist, s. Bd. I S. 132; vgl. noch cap. missor. 802 c. 24, Bor. 1, 96 (Absetzung); stat. Rhispac. 799. 800 c. 7, B. 1, 228 (Geistliche der höheren Weihen, Absetzung, andere Prügel); Ghaerbold. Leod. cap. 802—10 c. 1, B. 1, 243 (Priester, Absetzung); cap. eccles. 818. 819 c. 17, B. 1, 278 (kanonische Bestrafung); cap. Olonn. II 825 c. 5, B. 1, 328 (Absetzung); Aachen 836 C. II c. 11, M. 14, 682 (ebenso); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 16, p. 951 (ebenso); Poitiers 1000 c. 3, M. 19, 268 (desgleichen); Coyaca 1050 c. 3, p. 787 (Priester und Diakon 60 solidi an den Bischof und Absetzung); London 1108, M. 20, 1259 (ohne Strafandrohung); Sens 1269 c. 1, M. 24, 3 (Exk. und öffentliche Verkündung derselben); Köln 1280 c. 1, p. 345, (Anathem); Bergamo 1311 c. 6, M. 25, 483 (Geldstrafe von 10 librae); Benevent 1331 c. 55, M. 25, 965 (clerici beneficiati Geldstrafe von einer Unze); Bourges 1336 c. 10, p. 1062 (Exk.); Benevent 1378 c. 56, M. 26, 648 (Geistliche der höheren Weihen und Benefiziaten eine Unze).

Gratian weist wesentlich ältere Kanonen auf, s. Bd. I S. 132 n. 1—3, welche keine bestimmten Strafen festsetzen, und dasselbe gilt auch von der Dekretalensammlung Gregors IX. s. c. 1. 2 (Rom 826 cit.) c. 9 (Innoc. III.) X de coh. III. 2, was offenbar damit zusammenhängt, dass das betreffende Disziplinarvergehen für die Regel auch zugleich das unter bestimmte Strafen gestellte Vergehen des Haltens von Konkubinen bildete (s. oben im Text) und sich in der Praxis von demselben nicht scharf abgrenzen liess, vgl. auch Bd. I S. 132 n. 5.

Über das Verbot des unbefugten Eintritts in die Klausur der Nonnenklöster s. Friaul 796 c. 12, M. 13, 850 (Exk. oder Absetzung); c. 8 (Lateran. III. 1179 c. 11, M. 22, 225) X de vita III. 1 (Deposition, s. S. 64 n. 4) und c. un. (Bonifaz VIII.) in VI de statu regul. III. 16 (ohne Strafandrohung) und Bd. I S. 133 n. 1; Mainz 1261 c. 22, M. 23, 1087 (debita ultio); Salzburg 1287 c. 2, M. 24, 851 (auch inhonestae collocationes et ludi noxii cum monialibus, Exk.).

[1] Durch Priester und clerici beneficiati Bourges 1286 c. 8, M. 24, 628 (arbiträre Bestrafung).

[2] Köln u. 1280 c. 2, M. 24, 347 (poena canonica); Leg. K. Valladolid 1322 c. 6, M. 25, 699 (Prälaten susp. a collatione ordinum auf sechs Monate ipso facto, Benefiziaten Verlust der Hälfte der Einkünfte oder Benefizien auf ein Jahr ipso facto, andere Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf ein Jahr).

[3] Köln u. 1280 c. 2 cit.

[4] Leg. K. Valladolid 1322 c. 6 cit (s. Anm. 2).

[5] S. Pölten 1284, M. 24, 506 (durch Priester, susp. ab executione ordinum, eventuell auch privatio beneficii).

[6] Köln u. 1280 c. 2 cit (s. Anm. 2).

[7] Oxford 1222 c. 37, M. 22, 1162 (arbiträre Bestrafung); schottisches Konz. 1225 c. 33, p. 1228 (ebenso); Exeter 1287 c. 12, M. 24, 807 (clerici beneficiati Exk.), Lambeth 1331 c. 8, M. 25, 895 (susp. a perceptione fructuum auf ein Jahr).

[8] S. die Citate in der vor. Anm. und Valence 1262, M. 23, 1055 (privatio beneficii).

[9] Leg. K. Mainz 1225 c. 5, M. 23, 4 (abgesehen von der Nichtigkeit der Verfügung Anathem und Versagung des kirchlichen Begräbnisses, diejenigen, welche das Testament ausführen, exc. l. s. und Interdikt über die Kirche des betreffenden Geistlichen, wiederholt Fritzlar 1243 c. 11, p. 728, Mainz 1310 M. 25, 320, hier ohne Androhung des Anathems); Köln 1310 c. 15, p. 241 (Legiren und Schenken von Einkünften des Gnadenjahres, Versagung des kirchlichen Begräbnisses); Leg. K. Minden 1230 c. 10, M. 23, 262 (Kanoniker, welche den gedachten Personen etwas von ihrem Gnadenjahr oder erworbenen kirchlichen Einkünften vermachen, Versagung des kirchlichen Begräbnisses); s. auch Valladolid 1322 c. 6 cit. (Anm. 2).

[10] Köln 1300 c. 5, M. 25, 18 (Exk. und Verkündung derselben); Valladolid 1322 c. 6 cit.

die nichtgebührende Achtung vor den gottesdienstlichen Handlungen[1],

sowie die Vernachlässigung der den Priestern als solchen[2] obliegenden Pflicht, das Lesen der Messen nicht andauernd zu unterlassen[3],

die Verletzung gewisser vor Allem dem Klerikalstand obliegender ethisch-religiöser Pflichten, wie der Pflicht, sich der Habsucht[4], des Ehrgeizes[5], der Leistung unerlaubter und unnützer Eide[6], sowie der Undankbarkeit zu enthalten[7], und der Pflicht, für die Vermeidung von Streitigkeiten zu sorgen[8], insbesondere sich des Prügelns und Schlagens anderer zu enthalten[9],

die Betheiligung an gewissen mit der Würde des geistlichen Standes unvereinbaren Vergnügungen[10], wie die Betheiligung an Tänzen mit Frauenzimmern[11] und der Besuch von Schauspielen, mimischen und ähnlichen Vorstellungen[12],

[1] Lateran. IV. 1215 c. 17, M. 22, 1006 (c. 9 X de celebr. missar. III. 41, s. S. 73 n. 6; Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 1, p. 829 (unpassende Gespräche und Herumlaufen in der Kirche, sowie Verweilen ausserhalb des Chors während der Horen und der Messe, susp. a benef., event. Exk.); c. un. (Joh. XXII 1324/5) in Extr. comm. III. 1 (unpassende Musik beim Gottesdienst, susp. ab off. auf 8 Tage).

[2] Bd. IV S. 182.

[3] Lateran. IV. 1215 c. 17, M. 22, 1006 (c. 9 X de celebr. missar. III, 41, Prälaten susp.); Ravenna 1314 c. 13, M. 25, 546 (Priester, welche auch das einmalige Lesen der Messe im Jahr unterlassen, privatio omnium beneficiorum).

Früher auch die Nachlässigkeit in Betreff der Erwerbung der nöthigen Kenntnisse durch die geweihten Geistlichen, Karol. M. cap. 769 c. 15. 16, Bor. 1, 46 (S. 56 n. 8, susp. ab off. bis zu genügender Ausbildung, eventuell Absetzung, wiederholt Riculf v. Soissons 889 c. 1, M. 18, 83); Rom 826 c. 4, Bor. 1, 372 u. 853 c. 4, M. 14, 1012 (susp. ab off. bis zur genügenden Ausbildung); Gran 1114 c. 6, M. 19, 100 (Absetzung).

Vereinzelt auch Lerida 1229 c. 14, M. 22, 1094 (Geistliche, welche sich durch ihre Schuld Irregularitäten zuziehen, so lange das Hinderniss dauert, susp. a perceptione beneficiorum).

[4] Cap. eccles. 818. 819 c. 7, Bor. 1, 277 (Kleriker, welche Vergabungen von Vermögensstücken zur Benachtheiligung und ohne Wissen der Kinder und Verwandten annehmen), c. 8, ibid. (Kanoniker, welche andere, um deren Vermögen zu erlangen, bereden, sich tonsuriren zu lassen, in beiden Fällen Bestrafung durch sententia synodalis vel imperialis).

Weiter gehört auch hierher, wenngleich nicht allein unter diesen Gesichtspunkt, die unten S. 264 zu besprechende Betreibung von Handel und von Gewerben).

[5] Toulouse 1056 c. 5, M. 19, 818 (Kleriker, welche Mönche werden, um Abtsstellen zu erlangen, bei Versuch, sich diese zu verschaffen, Exk.).

[6] Lateran. III. 1179 c. 16, M. 22, 227 (c. 1 X de his quae III. 1, Geistliche, welche unstatthafte Gewohnheiten ihrer Kirche beschwören, Ausschliessung vom Abendmahl bis nach geleisteter Busse); Leg. K. Barcelona 1229 c. 9. M. 23, 190 (eidliche Verpflichtung bei Geschäften der Kirche, der Ansicht eines andern unbedingt zuzustimmen, Exk.); Mainz 1261 c. 13, p. 1084 (eidliche Verbindungen und Verbrüderungen in Betreff der Behandlung kirchlicher Geschäfte, Exk., ferner zu gegenseitiger Absolution ausser Exk. für diejenigen, welche der Vereinigung beigetreten sind, spoliatio omnium officiorum et beneficiorum in perpetuum). — Valence 1268 c. 23, 1054 (Kleriker, welche die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen eidlich bestärken, privatio benef. ipso iure, Nichtbenefiziaten in sacris exc. ipso facto); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 7, M. 22, 821 (Kleriker, welche sich eidlich verpflichten, keine Bücher oder andere Sachen zu verleihen, keine Darlehne zu nehmen oder zu geben und nicht für andere zu bürgen susp. a benef., Nichtbenefiziaten Exk.).

[7] Allerdings nur vereinzelt Hohenaltheim 916 c. 38, LL. 2, 560 (S. 84 n. 13).

[8] Hierher gehört S. Pölten 1284, M. 24, 511 (Geistliche, welche Depositen über 10 librae annehmen und geben, ohne zwei Zeugen zuzuziehen, exc. ipso facto, auch exc. für Zeugen und den Depositar, welche nach dem Tode des Deponenten eine Anzeige über das Depositum an den Bischof unterlassen).

[9] c. 1 (inc.) X de cler. percussore V. 25 (bei Unverbesserlichkeit Absetzung).

S. noch c. 6 (stat. eccl. ant. c. 60). Dist. XLVI (Kleriker, welcher unanständige Reden führt, Absetzung).

[10] Bd. I S. 133, doch enthalten die hier mitgetheilten, namentlich auch die gemeinrechtlichen Vorschriften keine bestimmten Strafandrohungen.

[11] Grado 1296 c. 16, M. 24, 1168 (arbiträre Strafe).

[12] Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (Exk.); Lerida für das 13. Jahrh. M. 23, 936 (susp. ab omnibus beneficiis und nach Absolution Verlust des Benefizialgenusses für die Zeit, welche das unerlaubte Verhalten gedauert hat); Leg. K. Ofen 1279 c. 8, M. 24, 275 (susp. ab off. et benef.). Blosse Verbote enthalten z. B. Mainz 852 c. 23, Bor. Kr. 2, 191; Prag 1346, M. 25, 84.

Vgl. Ravenna 1286 c. 1, M. 24, 615 (Geistliche, welche Schauspielern und Spassmachern etwas, auch nur zum Lebensunterhalt beim Durchreisen verabreichen, doppelter Betrag als Strafe an ihre Kirche für die Armen).

nächtliches Ausgehen [1], insbesondere nächtliches Herumschwärmen und Lärmen auf den Strassen [2], das Umherziehen im Lande, namentlich in der Gesellschaft von fahrenden Schülern [3],

die Völlerei und Trunksucht [4], sowie der Besuch der Wirthshäuser ohne gerechtfertigten Grund [5], die Theilnahme an Schmausereien oder Trinkgelagen [6] und die Veranstaltung von solchen [7],

das gewohnheitsmässige Spielen oder das Spielen an öffentlichen Orten oder des Gewinnes wegen oder das Zusehen bei Spielen der Laien [8],

[1] Trier 1310 c. 55 u. Marciac 1326, M. 25, 262. 783 (ohne Licht, wo dies verboten ist, dieselbe Geldstrafe, welche für Laien festgesetzt ist, bei verweigerter Zahlung das Doppelte).

[2] Köln 1279 c. 1, M. 24, 346 (susp. a praebenda für einen Monat). — Gratian giebt stat. eccles. ant. c. 48 in c. 4 §. 1 Dist. XCI (Kleriker, welche sich auf Märkten herumtreiben, Absetzung) wieder.

[3] Salzburg 1292 c. 3, M. 24, 1078 (Verlust des Klerikalprivilegs ipso facto, und wenn sie etwas von Klöstern, Kirchen und Geistlichen zu erpressen suchen, Gefängniss), vgl. auch noch Salzburg 1274 c. 16, p. 141 u. S. Pölten 1284, p. 511 (welche die Unterstützung der fahrenden Schüler und clerici vagi durch Geistliche ersteres mit int. ingressus ecclesiae bis zur Zahlung eines Pfundes für das h. Land, letzteres mit Geldstrafe, eventuell int. ingressus auf einen Monat bedrohen) und Mainz 1233 c. 46, Mone, Ztschr. f. Gesch. des Oberrheins 3, 141 (Aufnahme und Unterstützung von vagi scholares, suspensio und harte Bestrafung).

[4] Friaul 769 c. 3, M. 13, 846 (Trunksucht Absetzung); Aachen 836 C I c. 6, M. 14, 675 (Bischöfe, Absetzung); Atto v. Vercelli c. 69, Auspeitschung, s. S. 79 n. 1; Gran 1114 c. 48, M. 21, 109 (Priester im ersten Fall 3 pensae, im zweiten und wenn er andere zum Trinken zwingt und betrunken macht, Absetzung).

c. 1 (can. apost. 42. 43) Dist. XXXV (Bischof und Priester, dampnetur, nach der Quelle: Absetzung, andere Geistliche Exk.); c. 9 (Agde 506, s. Bd. IV S. 732 n. 7) Dist. cit. (Trunkenheit, Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten); c. 14 (Lateran. IV c. 15, M. 22, 1003) X de vita III 1 (crapula et ebrietas, auch Zutrinken, bei Nichtsatisfaktion susp. ab off. et ben., wiederholt Lemans 1247, M. 23, 755); Rouen 1299 c. 1, M. 24, 1203 (amissio fructuum beneficiorum auf ein Jahr, bei Unverbesserlichkeit privatio beneficiorum).

Richard v. Salisbury u. 1227 c. 11, M. 22, 1110 (Vortrinken, bei Unverbesserlichkeit susp. ab off. et benef., wiederholt Canterbury 1236 c. 6, M. 23, 413); Valence 1268, p. 1055 (Betrinken, 10 solidi, bei Unverbesserlichkeit kanonische Strafe, s. vor. Abs.).

[5] Gran 1114 c. 59, M. 21, 112 (Absetzung S. 52 Anm. unter a.); London 1175 c. 2, M. 22, 147 (ebenso); Salzburg 1267 c. 12, M. 24, 140 (susp. ab off., bis er 2 Tage bei Wasser und Brot gefastet); Leg. K. Ofen 1279 c. 8, p. 275 (bei Hartnäckigkeit susp. ab off. et ben.); Münster 1279 c. 1, p. 312 (exc. ipso facto); Würzburg 1287 c. 2, p. 851 (arbiträre Strafe); Benevent 1331 u. 1378 c. 48, M. 25, 961 u. M. 26, 644 (Geldstrafe); Magdeburg 1315 c. 21, M. 23, 1166 (susp. ab ingressu ecclesiae); — c. 15 (Lateran. IV. 1215, M. 22, 1005) X de vita III. 1 enthält keine Strafandrohung.

[6] Gran 1114 c. 47, M. 21, 108 (Theilnahme an Gelagen, susp. ab off. und 40 Tage Busse); London 1175 c. 2 cit. (vor. Anm.); c. 9 (Lateran. IV. 1215 c. 17, M. 22, 1006) X de celebr. miss. III. 41 (susp.); Rouen 1299 c. 1 cit. (s. vorvor. Anm.); die Bd. I S. 133 n. 8 citirten Stellen bei Gratian enthalten keine Strafandrohungen.

[7] Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 16, M. 22, 823 (inhonestae commessationes in domibus clericorum et atriis ecclesiarum, susp. a benef., bez. Exk.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 11, M. 22, 1110 (kanonische Strafe, wiederholt Canterbury 1236 c. 6, M. 23, 418); Worcester 1240 c. 33, p. 357 (susp. ab off.).

[8] Rom 826 c. 11, Bor. 1, 373 (Spiele überhaupt, canonice iudicetur); Augsburg 952 c. 3, LL. 2, 28 (Bischöfe, Priester und Diakonen, für fortgesetztes Würfelspiel Absetzung nach c. 42 apost. = c. 1 Dist. XXXV); Leg. K. Gerona 1068 c. 11, M. 19, 1071 (ohne bestimmte Strafandrohung); Lemans 1247, M. 23, 761 (Kleriker der höheren Weihen und Benefiziaten, welche um des Gewinnes Würfel spielen, Exk.); Valence 1268, p. 1055 (Kleriker der gedachten Art, welche Kegel und Würfel spielen, Geldstrafe von 5 Morabetini ipso facto, bei Nichtzahlung exc. l. s.); Lerida Ende 13. Jahrh. p. 936 (Kleriker nicht Kegel und Würfel spielen und solchen Spielen beiwohnen, susp. ab omnibus beneficiis und nach Satisfaktion auf so lange Ausschluss vom Genuss der Benefizien, als das unerlaubte Verhalten gedauert, Nichtbenefiziaten susp. ab introitu ecclesiae); Salzburg 1276 c. 12, M. 24, 140 (Würfel und Kegelspielen in Wirthshäusern, susp. ab off. ipso facto bis sie 2 Tage gefastet, beim dritten Mal privatio beneficii, Nichtbenefiziaten arbiträre Strafe); Leg. K. Ofen 1279 c. 8, p. 275 (Kleriker Würfel und Kegelspielen, bei Hartnäckigkeit susp. ab off. et ben.); Salzburg 1287 c. 2, p. 851 (Kegelspielen arbiträre Strafe); Trier 1310 c. 13, M. 25, 254 (Würfelspielen Exk.); Benevent 1331 und 1378 c. 46, M. 25, 960 u. M. 26, 643 (Kegelspielen, Geldstrafe).

c. 15 (Lateran. IV. 1215 c. 16, M. 22, 1005) X de vita III. 1 (Verbot des Würfel- und Kegelspielens und des Anwohnens bei solchen Spielen) enthält keine Strafandrohung.

Vgl. übrigens noch Bd. I S. 133.

die Betreibung der Jagd [1],

die Ausübung von Gaukler-, Spassmacher- und ähnlichen Künsten [2],

das Betreiben des Handels um des Gewinnes willen [3], das Halten von Wirthshäusern [4], Bordellen [5], Würfel- und Spielbuden [6] und Fleischereien [7],

das Betreiben der Medizin und Chirurgie durch die Geistlichen der höheren Weihen [8],

das Betreiben weltlicher Geschäfte [9], insbesondere für Laien [10], namentlich die Übernahme von Verwaltungen und Pachtungen von den letzteren [11], von Vormund-

1 Cap. missor. 802 c. 19, Bor. 1, 95 (Halten von Jagdhunden, Falken und Sperbern, Absetzung); Rom 826 c. 12, p. 373 (Ausübung der Jagd, canonica disciplina); Mainz 852 c. 6, Bor. Kr. 2, 187 (Halten von Jagdfalken u. s. w., Bischof, Personalinterdikt auf 3 Monate, Priester auf 2 und Diakone auf einen, im wesentlichen wiederholt Worms 868 c. 17, M. 15, 872); Augsburg 952 c. 2, LL. 2, 27 (Halten von Jagdhunden und Habichten, Suspension); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 2, M. 22, 820 (desgleichen, susp. a benef., eventuell Exk.).

Von den Bd. I S. 134 n. 1 citirten Stellen des Dekrets weist nur c. 2 (Agde 506 oder Epaon 517) Dist. XXXIV eine Strafandrohung auf. Diese ist in dem auf derselben Quelle beruhenden c. 1 X de cler. venat. V. 24 dahin verändert, dass auf das Halten von Jagdhunden durch den Bischof das Personalinterdikt auf 3, durch den Priester auf 2 Monate, durch den Diakon die susp. ab off. gesetzt ist, die übrigen Stellen des liber X (s. Bd. I a. a. O.) haben ebenfalls keine Strafbestimmungen.

2 c. 2 (Gelas. I) Dist. LXXXVIII (Absetzung); c. un. (Bonifaz VIII.) in VI de vita cler. III. 1 (nach Ablauf eines Jahres Verlust des Klerikalprivilegiums ipso iure, bei kürzerer Zeit erst nach dreimaliger monitio, wiederholt Salzburg 1310 c. 23, M. 25, 227).

3 Die älteren Stellen bei Gratian, Bd. I S. 134 n. 6, enthalten keine bestimmten Strafandrohungen, ebenso wenig die meisten der einschlagenden Provinzialkonzilien, s. z. B. Paris 829 lib. I c. 26, M. 14, 557; London 1175 c. 10, M. 22, 150; Rouen 1190 c. 9, p. 583; const. Gallon. 1208 c. 6, p. 764; gemeinrechtlich ist Exk. (so auch Münster 1279 c. 1, M. 24, 312 und Trier 1310 c. 18, M. 25, 254) und nach dreimaliger Mahnung Entziehung des Klerikalprivilegs angedroht, Bd. I S. 135, s. aber andererseits Benevent 1331 u. 1378 c. 50, M. 25, 962 und 26, 645 (Geldstrafe von einer Unze); — Mailand 1287 c. 12, M. 24, 875 (Ausbedingung von Lohn für Depositen, ausser Nichtigkeit der Verabredung exc. ipso facto).

Wegen wucherischer Geschäfte der Geistlichen s. o. S. 196 ff.

4 c. 3 (Trullan. 692) Dist. XLIV (bei Unverbesserlichkeit Absetzung); Worcester 1240, c. 33, M. 25, 537 (susp. ab off.); Leg. K. Ofen 1279 c. 5, M. 24, 274 (bei Hartnäckigkeit ingressus ecclesiae); Münster 1279 c. 1, p. 313 (Verkauf von Wein und Bier, exc. l. s.); Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (Exk.); Benevent 1331 u. 1378 c. 50 cit. (s. vor. Anm., als Strafe eine Unze). Gemeinrechtlich Clem. 1 (Vienne 1311) de vita III. 1 (nach Mahnung verheirathete Kleriker und unverheirathete, welche die Klerikaltracht abgelegt haben, Verlust des Klerikalprivilegs ipso iure, andere unverheirathete Kleriker blos Verlust des Privilegs in Bezug auf ihr Vermögen, nicht auf ihre Person, wiederholt Angers 1337 c. 38, M. 25, 1097; Prag 1346, M. 26, 83).

5 Bergamo 1311 c. 3, M. 25, 481 (dieselbe Strafe, wie Laien nach weltlichem Recht, nur nicht Lebens- und Leibesstrafen, und andere arbiträre Strafen, wie Gefängniss und privatio beneficii).

6 Mailand 1287 c. 5, M. 24, 874 (auch für Darlehne zur Betreibung solcher Buden exc. ipso facto); Bergamo 1311 c. 3 cit. (s. vor. Anm.).

7 Clem. 1 cit. und Angers 1337 c. 38 cit. (s. Anm. 4).

8 Über das gemeine Recht, welches keine bestimmte Strafe androht, s. Bd. I S. 136, vgl. ferner Beziers 1310 c. 13, M. 25, 365 (Priester ohne bischöfliche Erlaubniss, Personalinterdikt ipso iure).

9 Pont Audemer 1279 c. 20, M. 24, 224 (nach Mahnung Verlust des Privilegs der Abgabenfreiheit und bei Nichttragen der Tonsur und der geistlichen Kleidung auch des privilegium fori); Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (saeculares negotiationes, Exk.); s. auch c. 3 (can. apost. 7) Dist. LXXXVIII (Absetzung).

10 Leg. K. London 1138 c. 9, M. 21, 512 (remotio ab off. et benef.).

11 Pavia 850 c. 18, Bor. Kr. 2, 121 (conductores, procuratores, exactores fiscalium rerum vel redituum aut vectigalium, Exk. für die Kleriker und diejenigen, welche sie bestellen); päpstl. Konz. Rheims 1148 c. 4, M. 21, 718 (actores et praepositi, Exk., eventuell privatio beneficii); c. 4 (Lateran. III 1179 c. 12, M. 22, 225) X ne cler. III. 50 (procuratores villarum, alieni a ministerio, d. h. Absetzung, S. 52 Anm. unter f.); schott. K. 1225 c. 22 (actores vel administratores saecularium personarum in negotiis saecularibus, susceptio administrationum rerum seu negotiorum saecularium, alieni a ministerio ecclesiastico); Salzburg 1292 c. 2, M. 24, 1077 (conductores et procuratores laicorum, exc. ipso facto, bei Hartnäckigkeit Verlust der Benefizien, des Klerikalprivilegs und Unfähigkeit zu Kirchenämtern ipso iure); Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (conductores aut procuratores rerum saecularium); Chateau Gontier 1231 c. 11, M. 23, 236 (Kleriker, welche sich zu tributarii saecularium machen, susp. ab off. et benef. und Absolution nur nach Zahlung einer Mark Silber an die Kathedralfabrik).

schaften und Kuratelen für dieselben[1], das Übernehmen von Bürgschaften[2], sowie von Stellungen und von Ämtern seitens der Laien, vor Allem der weltlichen Herren und Fürsten[3],

die Ausübung der Advokatur und Prokuratur vor den weltlichen, sowie auch unter Umständen vor den geistlichen Gerichten[4], sofern nicht ein Ausnahmefall vorliegt[5],

[1] Ravenna 1311 c. 4, M. 25, 482 (ohne Genehmigung des Bischofs, 100 solidi).

[2] c. 1 (can. apost. 20) X de fidejuss. III. 22 (Absetzung); Bergamo 1311 c. 4, M. 25, 482 (100 solidi).

[3] Leg. K. Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 (ministri laicorum, bei Hartnäckigkeit Absetzung); Compostella 1114 c. 9, M. 21, 192 (diejenigen, welche Geistliche zu villici oder nutritores ihrer Kinder machen, Exk.); c. 5 (Alex. III.) X ne clerici III. 50 (officium vicecomitis et praepositi saecularis, Anathem, fast wörtlich ebenso London 1179 c. 3, M. 22, 148); c. 4 (Lateran. III.) X eod. (s. S. 264 n. 11; vorher schon Leg. K. Avranches 1172 c. 12, M. 22, 140: privatio beneficii); Rouen 1190 c. 9, M. 22, 583 (officium vicecomitis vel saecularis praepositatus, susp. ab off. et privatio benef.); Trier 1238 c. 22, M. 23, 481 (ministri, baillivi, iustitiarii keinen Schutz des Klerikalprivilegs bei Verhaftungen durch Laien und spoliatio benef.); Valence Monteil 1248 c. 3, p. 771 (für Kleriker in sacris, Kanoniker und Benefiziaten, welche judicatus, consulatus, assisoria et alia officia publica übernehmen, susp. ab off. et benef., nach einem Jahr privatio beneficii sine spe restitutionis, wiederholt Albi 1254 c. 45, p. 844); Narbonne 1260 c. 2, M. 23, 1030 (Kleriker in sacris und Seelsorge-Geistliche, die eine bajulia oder iudicatura von Laien haben oder kaufen, susp. ab off. et ben.); London 1268 c. 7, p. 1222 (Kleriker in sacerdotio Übernahme der Jurisdiktion von Weltlichen, susp. ab off. et benef. ipso facto); Salzburg 1292 c. 3, M. 24, 1077 (Ämter aller Art, namentlich derjenigen der iustitiarii und vicecomites, wegen der Strafen s. S. 264 n. 11); Rouen 1299 c. 2, p. 1203 (sacerdotes curati und clerici beneficiati officium iustitiae saecularis, amissio fructuum beneficiorum auf ein Jahr, bei Hartnäckigkeit privatio beneficii); Bergamo 1311 c. 2, M. 25, 481 (öffentliche Ämter, namentlich Rektorate von Kommunen, Konsulate, Tabellionate, Vikariate, Vicedominate, exc. ipso facto); Avignon 1326 c. 26, p. 759 (Ämter des iudex oder baillivus, Benefiziaten susp. a benef. ipso facto, andere Personal-Interdikte).

Speziell ist den Klerikern die Übernahme und Ausübung der Kriminalgerichtsbarkeit und die Betheiligung an der Verwaltung derselben, soweit dadurch die Vollstreckung der Todes- oder von verstümmelnden Strafen herbeigeführt werden kann (an den iudicia sanguinis) untersagt, c. 5 (Alex. III.) X ne clerici III. 50 (Kleriker der höheren Weihen Absetzung unter Berufung auf Toledo XI. 675 c. 6 in c. 30 C. XXIII qu. 8, vgl. auch ibid. c. 29 aus Toledo IV. c. 31); London 1175 c. 3, M. 22, 148 (fast wörtlich wie c. 5 X cit.); Lerida 13. Jahrh. M. 23, 936 (Kleriker, Benefiziaten susp. ab omnibus beneficiis und nach Absolution so lange Ausschluss von der perceptio beneficiorum, als er hartnäckig war); London 1268 c. 6, p. 1222 (Kleriker judex und assessor in causis sanguinis susp. ab off. ipso facto und arbiträre Strafen) Exeter 1287 c. 24, M. 24, 813 (Kleriker, Verlust der Benefizien). S. auch S. 50 n. 7.

[4] Lateran. III. 1179 c. 12, M. 22, 225 (theilweise und zwar ohne Strafandrohung in c. 1 X de postul. I. 37, Kleriker in sacris und andere, welche kirchliche Stipendien haben, alieni ab ecclesiastico ministerio, d. h. Absetzung, s. S. 52 Anm. unter f.); c. 3 (Gregor. IX.), eod. (Kleriker, welcher von der Kirche ein Benefizium hat, bei Advokatur oder Prokuratur für Fremde gegen die Kirche, spoliatio beneficii); Leg. K. Avignon 1209 c. 19, M. 22, 792 (clerici in sacris stipendiati Advokatur im weltlichen Gericht gegen kirchliche Institute, kanonische Strafe); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 I c. 6, M. 22, 820. 821 (clerici beneficiati, Dekane, Dignitäre Ausübung der Advokatur gegen Übereinkunft, privatio beneficii, andere Exk.); Roffec-Bordeaux 1258 c. 6, M. 23, 986 (clerici beneficiati Advokaten im weltlichen Gericht ausser in den erlaubten Fällen, s. folgende Anm., Exk.); Arles 1263 c. 9, M. 23, 1007 (clerici beneficiati in weltlichen Gerichten abgesehen von Ausnahmefällen, susp. ingressus ecclesiae ipso facto, bei Hartnäckigkeit privatio beneficii); London 1268 c. 6, p. 1222 (clerici schlechthin, im übrigen ebenso, bei causae sanguinis für Kläger susp. ab off. ipso facto, sonst arbiträre Strafe); Avignon 1279 c. 13, M. 24, 241 (Änderung von Arles 1263 cit. dahin, dass eine Ausübung mit Genehmigung des Bischofs straflos erfolgen kann, aber für Advokation des clericus beneficiatus gegen die Kirche oder eine kirchliche Person im weltlichen oder geistlichen Gericht ohne Bestellung durch den geistlichen Richter, exc. ipso facto); Bergamo 1311 c. 4, M. 25, 482 (Kleriker, Prokuratoren ausser in den gesetzlich gestatteten Fällen ohne bischöfliche Erlaubniss, 100 solidi); Tarragona 1326 c. 7, p. 840 (Kleriker Advokation gegen die Kathedrale ohne bischöfliche Erlaubniss ausser für sich und seine Angehörigen und seine Kirche, privatio beneficii); Avignon 1326 c. 26, p. 759 (Kleriker mit Seelsorge oder in sacris Prokurator oder Syndikus im weltlichen Gericht susp. a beneficiis ipso iure, Nichtbenefiziat Personalinterdikt); Tarragona 1332 c. 3, M. 25, 938 (clerici beneficiati für Laien gegen einen Kleriker im weltlichen oder geistlichen Gericht, exc. ipso facto); Bourges 1336 c. 7, M. 25, 1061 (clerici in sacris und beneficiati im weltlichen Gericht gegen eine Kirche oder einen Geistlichen abgesehen von den Ausnahmefällen und ausser für einen Geistlichen oder eine Kirche, exc. ipso facto).

[5] Bd. I S. 137.

die Leistung von Kriegsdiensten und die Theilnahme an kriegerischen Unternehmungen und Fehden [1],

endlich das Aufgeben des Klerikalstandes (*apostasia a clericatu*) [2], also die Ablegung der Tonsur und geistlichen Tracht sowie Führung eines weltlichen Lebens, wie die Laien, auch unter Übernahme weltlicher Beschäftigungen, Stellungen und Ämter [3].

III. Die Tendenz und der Charakter der kirchlichen Strafgesetzgebung in Betreff der Disciplinarstrafvergehen. Überblickt man die unter II. gegebene Zusammenstellung der kirchlichen Disciplinarstrafvergehen, so fällt es zunächst in das Auge, dass an der näheren Ausgestaltung des Disciplinarstrafrechtes der partikulären Gesetzgebung ein viel umfassenderer Antheil als der allgemeinen und päpstlichen gebührt. Diese Erscheinung hängt nicht nur damit zusammen, dass die einzelnen lokalen kirchlichen Gewalten, weil sie den Verhältnissen näher standen, leichteren Einblick in etwaige hervortretende Missbräuche erhalten konnten, und daher schneller auf die Bedrohung derselben mit Strafen hingeführt werden mussten, sondern auch damit, dass das Papstthum seit der Mitte des 11. Jahrhunderts und später, wie es bei der Verfolgung seiner hierarchischen Machtinteressen den sich zugleich als gemeine Verbrechen darstellenden Strafvergehen verhältnissmässig geringe Aufmerksamkeit geschenkt hat [4], so auch hinsichtlich der Disciplinarvergehen des Geistlichen, in erster Linie denjenigen Handlungen der Geistlichen, welche es im Interesse jener Ziele unterdrücken musste, die eingehendste Berücksichtigung hat zu Theil werden lassen. Dies zeigt, woran hier wieder zu erinnern ist, die Bedrohung der Verletzung des Cölibatsgesetzes und des Konkubinenhaltens durch die Geistlichen [5], die damit in Verbindung stehende Ausschliessung der Kinder von Geistlichen von den väterlichen Ämtern [6], ferner die das Korrelat zum Verbote der Laien-Investitur [7] bildende Bestrafung der Annahme von Kirchenämtern aus Laienhand [8], und der eigenmächtigen Intrusion in solche [9], sowie einer Reihe von Regelwidrigkeiten bei den Papst- und Prälatenwahlen [10]. Sodann gehören in diesen Zusammenhang die als Vergehen qualifizirte Unterlassung der Ketzerinquisition [11], die Verleihung von Zehn-

[1] Meaux-Epernay 845—46, c. 37 LL. 1, 390 (c. 6 C. XXIII qu. 8, Absetzung — die übrigen Bd. I S. 26 n. 9 citirten Stellen aus karolingischer Zeit haben für ihre Verbote keine bestimmten Strafen festgesetzt, ebensowenig Lateran. IV. 1215 c. 18, M. 22, 1006 in c. 9 ne clerici III. 50 [Verbot für Kleriker die Anführung von Bogenschützen, Schleuderern u. s. w. zu übernehmen] wohl aber c. 5 [Toledo IV. 633] C. XXIII qu. 8 [Kleriker, welche sich mit Waffen an Parteikämpfen betheiligen, Absetzung und ewige Busse], und c. 5 [Innoc. III.] X de poenis V. 37 [Kleriker, welche Kriegsschiffe anführen oder auf ihnen kämpfen und andere dazu anreizen, Deposition] —); Tours 1060 c. 7, M. 19, 927 (Kriegsdienste leisten, Verlust des Benefiziums und des consortium clericorum, d. h. Absetzung S. 53 n. 5); Bergamo 1311 c. 2, M. 25, 481 (Theilnahme an Gefechten abgesehen von den Fällen der Nothwehr und der Vertheidigung der Kirche, exc. ipso facto s. auch ibid. c. 16); Tarragona 1317, c. 7, p. 630 (freiwilliges Sicheinmischen in Gefechte ausser zur Vertheidigung der Kirche, Verlust des Klerikalprivilegs); Avignon 1326 c. 38, M. 25, 765 (Halten, Anführen und Aufnehmen bewaffneter Schaaren ohne Genehmigung des Bischofs, exc. ipso facto).

[2] Bd. IV S. 182.

[3] Tribur 895 c. 27, M. 18, 145 (Zwang zur Rückkehr durch den Bischof, eventuell Anathem unter Berufung auf Chalcedon 451 c. 7, s. c. 3 C. XX qu. 3); päpstl. K. Rheims 1049 c. 8, M. 19, 742 (ohne Strafandrohung); Rom 1059, p. 873 (Exk.); Leg. K. Rouen 1074 c. 9, M. 20, 399 (Anathem); London 1102 c. 11, p. 1151 (Exk.); c. 1 (Alex. III.) X de apost. V. 9 (Verlust des Klerikalprivilegs).

[4] S. 231.

[5] S. 171 ff.

[6] S. 240 n. 6.

[7] S. 218.

[8] S. 241.

[9] S. a. a. O.

[10] S. 241. n. 1 u. 2; auch der eigenmächtige Verzicht der Bischöfe auf ihr Amt, S. 243.

[11] S. 252 n. 13 u. 14.

ten an Laien [1], die Auftragung kirchlicher Güter an dieselben als Oberherren [2], und die Nichthinderung unerlaubter Ehen [3]. Nicht minder bilden einen Beweis dafür die weite Ausdehnung der Gehorsamspflicht gegen den päpstlichen Stuhl [4] und die Bedrohung der Nichtbeachtung der kirchlichen gegen Laien und Kleriker verhängten Strafen und ihrer Rechtsfolgen seitens der Geistlichen [5]. Endlich ist es charakteristisch, dass das Einschreiten der Päpste und der von ihnen beeinflussten Gesetzgebung mit strafrechtlichen Normen gegen bestimmte Missbräuche, wie die Kumulation von Ämtern [6], die Nichtbeachtung der Residenzpflicht [7] und die Ertheilung von Anwartschaften [8], gerade dadurch, dass die ersteren aus hierarchischem und eigennützigem Interesse vielfach von jenen Vorschriften dispensirt haben [9], eines durchschlagenden Erfolges beraubt worden ist.

Allerdings hat die päpstliche und die allgemeine Gesetzgebung der Kirche auch in dieser Zeit eine Anzahl von Disciplinarvorschriften erlassen, welche nicht von jener Tendenz beherrscht sind, aber bei einer Reihe derselben, so bei den Vorschriften über die Beobachtung der den Geistlichen obliegenden Standespflichten [10], über die Qualifikation der Kandidaten für die Kirchenämter [11] und die regelmässige Abhaltung der Provinzial- und Diöcesansynoden [12] handelte es sich zum Theil um solche, welche sich als Einschärfung älterer Bestimmungen oder einzelner sich aus denselben ergebender Konsequenzen darstellen, bei andern um solche, welche durch die eine Neuregelung erheischenden Umbildungen bisheriger Einrichtungen [13] oder die Einführung neuer kirchlicher Gebote [14] oder durch neu entstandene Verhältnisse [15] erfordert worden sind. So tritt die gesetzgeberische Thätigkeit in diesen Beziehungen hinter der auf die Durchführung hierarchischer Tendenzen gerichteten wesentlich zurück, und daraus erklärt es sich auch, dass solche Disciplinarstrafnormen, welche entschiedenen Missbräuchen, so der egoistischen Ausübung und Verwendung der Leitungsgewalt der kirchlichen Oberen entgegentreten [16], nur vereinzelt vorkommen, und einzelne derselben überdies noch zum Schutze des kirchlichen Gutes gegen derartige Übergriffe [17] erlassen sind.

In allen diesen Beziehungen ist die Thätigkeit der Partikularsynoden eine weit umfassendere gewesen [18], aber auch diese haben namentlich seit dem 13. Jahrhundert

[1] S. 248.
[2] S. 248 n. 2.
[3] S. 246.
[4] S. 255 n. 12.
[5] S. 245 n. 1 u. 257.
[6] S. 243.
[7] S. a. a. O.
[8] S. 242.
[9] Bd. III S. 233. 248 ff. und Bd. II S. 474.
[10] Wie des Tragens der Tonsur, S. 259, passender Kleidung S. 260, des Nichtführens von Waffen, S. 260, der Vermeidung verdächtigen Umgangs mit dem weiblichen Geschlecht, S. 260, der Beobachtung der Pflicht zum Messelesen, S. 262, der Unterlassung unnützen und unerlaubten Schwörens, S. 262, der Vermeidung der Trunksucht und Völlerei, S. 263, der Nichthaltung von Wirthshäusern, S. 264, der Nichtübernahme weltlicher Ämter und Stellungen, S. 264, sowie der Prokuratur und Advokatur, S. 265, der Nichtausübung der Kriminalgerichtsbarkeit, S. 265, der Fernhaltung von Jagden, S. 264, und von kriegerischen Unternehmungen und Fehden, S. 266.
[11] S. 240.
[12] S. 252 n. 7 u. 8, auch der ordnungsmässigen Aufbewahrung des Chrismas und der Eucharistie, S. 246.
[13] Hierher gehören die Vorschriften über die Ordination seit dem 12. Jahrhundert, seit dem Aufkommen der absoluten Ordinationen, S. 238 und über die Anstellung von Beichtvätern und Predigern bei den Kapiteln S. 254.
[14] So die Bestrafung der Verletzung des Beichtgeheimnisses, S. 245.
[15] Wie die durch Entstehung der neuen Mönchsorden im 13. Jahrhundert hervorgerufenen Verordnungen über die Ausübung des Predigtamtes, S. 247 und S. 254 n. 13 u. 14.
[16] S. 249 n. 13; S. 250 n. 12 bis 14; S. 251 n. 11 bis 15.
[17] S. 247. 248 u. 249.
[18] S. die oben unter II gegebene Übersicht, insbesondere ist dies hinsichtlich der Bedrohung von Amtsmissbräuchen, s. S. 249, der Fall gewesen.

die hierarchischen Ziele der päpstlichen und allgemeinen Gesetzgebung durch ihre Normen unterstützt, indem sie die in dieser Richtung erlassenen Anordnungen derselben durch die von ihnen gegebenen Vorschriften zur Durchführung zu bringen gesucht haben [1].

IV. Das Dekretum Gratians und die Dekretalensammlungen. Wie das Dekretum Gratians keinen besonderen strafrechtlichen Theil aufweist, so fehlt in demselben auch ein besonderer, die Disciplinarvergehen der Geistlichen behandelnder Abschnitt. Dies erscheint insofern gerechtfertigt, als es in der Natur der Sache liegt, dass die die Disciplinarvergehen mit Strafe bedrohenden Vorschriften nicht als selbstständige Anordnungen, wie die allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen, sondern lediglich im Zusammenhang mit den die Amtsverwaltung und die amtlichen Verpflichtungen regelnden Normen, als deren Verletzung sich das Disciplinarvergehen charakterisirt, hingestellt werden. Daraus erklärt es sich auch, dass nicht einmal die Dekretalensammlung Gregors IX. einen eigenen Abschnitt über die Disciplinarvergehen der Geistlichen enthält, sondern abgesehen von wenigen, solche speziell behandelnden Titeln im Buch V. [2], ebenso wie die übrigen Sammlungen [3] die betreffenden Anordnungen in denjenigen Titeln, welche von den einzelnen Amtshandlungen und amtlichen Verpflichtungen handeln, beibringt [4].

V. Die Amtsverbrechen und die gemeinen Strafvergehen der Geistlichen. Schon das ältere kirchliche Strafrecht bietet insofern eine Analogie zu den heutigen s. g. Amtsverbrechen dar, als gewisse schwere Verstösse der Geistlichen gegen die Disciplin mit allgemeinen, zugleich für die Laien anwendbaren Strafen bedroht worden sind [5]. Dieselbe Erscheinung tritt auch in dieser Periode hervor, aber es kommt in der letzteren ebensowenig wie früher zu einer festen Ausgestaltung des Begriffes des Amtsdeliktes und zu einer rationellen Abgränzung desselben gegenüber den anderen Disciplinarvergehen.

Wenn das gemeine und noch in weiterem Umfange das partikulare Recht, namentlich seit dem 13. Jahrhundert, eine Anzahl von Disciplinarvergehen der Geistlichen mit der harten, auch für Laien anwendbaren Strafe der Exkommunikation bedroht hat, so ist dabei zum Theil die Schwere des Vergehens, vor Allem seine Richtung auf Untergrabung der kirchlichen Autorität [6] oder auf Störung der von der

[1] Vgl. hierzu die Citate zu den S. 267 angeführten Stellen. Ja, mitunter sind sie auch darüber hinausgegangen, wie in der Bestrafung der Bedenkung und der Bereicherung der Konkubinen und unehelichen Kinder der Geistlichen, S. 261, ferner in der Bedrohung der Angehung der weltlichen Gerichte durch die Geistlichen in kirchlichen Rechtssachen und gegen Geistliche und der Anrufung des Schutzes und der Intervention der weltlichen Gewalt gegen die Kirche und ihre Oberen, während das gemeine Recht speziell in letzterer Beziehung keine, in ersterer nur wenige Vorschriften aufweist, s. S. 257. 258.

[2] Nämlich tit. XXIV. XXVII—XXXI und tit. IV. V, während tit. XIV de clericis pugnantibus in duello, und tit. XXV de clerico percussore gewöhnliche Strafvergehen betreffen.

[3] In diesen fehlen, abgesehen von dem tit. de excessibus praelat. (V. 6 in VI. und in Clem.) den vorhin citirten entsprechende Titel.

[4] S. namentlich die tit. I—IV lib. III. X de vita et honest. clericor., de cohabitatione clericorum, de clericis coniug., de clericis non residentibus; in VI lib. III tit. I—III und in Clem. lib. III. 1., im übrigen s. die Citate in der Übersicht unter II.

[5] Bd. IV S. 254. 833.

[6] Für das gemeine Recht s. Lateran. III. 1179 c. 7, S. 242 n. 3. Gemeinrechtlich und partikularrechtlich gehört hierher die Gewährung des kirchlichen Begräbnisses an Exkommunicirte u. s. w. S. 247 n. 2, blos partikularrechtlich der beharrliche Ungehorsam gegen den Bischof, S. 255 n. 10, die eigenmächtige Absetzung von Geistlichen, S. 243 n. 8; das Celebriren an interdicirten Orten, S. 245 n. 1, oder trotz des Interdiktes S. a. a. O.; das Gewähren der Absolution an Exkommunicirte, S. 245 n. 5, das eigenmächtige Beichthören, a. a. O., die Hinderung der

Kirche verfolgten hierarchischen Ziele[1], ferner die Verstärkung des Schutzes für das kirchliche Gut[2] und die Sicherung der kirchlichen Abgaben und Forderungen[3], sodann die Wahrung einzelner für die Kirche besonders wichtiger Ordnungen[4], weiter die energische Unterdrückung bestimmter Missbräuche[5], endlich auch der Umstand massgebend gewesen, gegen Geistliche ohne Amt, gegen welche die härteste Disciplinarstrafe, die Absetzung, nicht anwendbar war, mit einer möglichst schweren Strafe einzuschreiten[6]. Aber auf einen einheitlichen Gesichtspunkt lassen sich diese Disciplinarvergehen, von denen einzelne namentlich partikularrechtlich vielfach auch mit reinen Disciplinarstrafen belegt worden sind[7], nicht bringen. Zudem findet sich auch die Exkommunikation für verhältnissmässig leichte Delikte angedroht[8], und ferner werden für eine Anzahl von Disciplinarvergehen der Geistlichen mildere, ebenfalls gegen Laien gebrauchte Strafen, so vor Allem die interdictio ingressus (das

Jurisdiktion der kirchlichen Oberen, S. 249 n. 11 u. 12, die Nichtverkündung von Exkommunikationen, S. 253 n. 14; die Anrufung der Laien zum Schutz der Kleriker gegen die kirchlichen Oberen, Herbeiführung der Einmischung von solchen in kirchliche Wahlen und die Anreizung derselben zu Eingriffen in die kirchlichen Freiheiten, S. 258.

1 In Betracht kommen hier gemeinrechtlich und partikularrechtlich die Annahme von kirchlichen Ämtern aus Laienhand, c. 3 X de iure-patr. III. 36, vgl. auch S. 218 n. 6 u. S. 241 n. 4; partikularrechtlich die eigenmächtige Intrusion in kirchliche Benefizien und Okkupation derselben namentlich unter Hülfe von Laien, s. a. a. O. n. 5 und einzelne andere Regelwidrigkeiten bei der Erlangung von kirchlichen Ämtern, S. 242 n. 1 (Riez 1285 c. 22) u. a. a. O. n. 9 das unerlaubte Angehen der weltlichen Gerichte seitens der Kleriker und die freiwillige Unterwerfung unter dieselben S. 257 n. 9 u. S. 258 n. 2; das Gewähren von Beistand an percussores, captivatores der Geistlichen u. s. w., S. 257 n. 6 u. n. 8 (Köln 1266 c. 36); weiter gemeinrechtlich die erst durch Clem. un. IV. tit. un. mit der Exkommunikation bedrohte Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen, S. 173 n. 9 und partikularrechtlich das Halten von Konkubinen, S. 172 n. 4 u. S. 173 n. 1.

2 Unter diesen Gesichtspunkt fallen: partikularrechtlich gewisse unerlaubte Veräusserungen von Kirchengut, S. 248 n. 2, und S. 249 n. 4; oder Verleihungen von solchem (zur Firma), S. 247 n. 12; die Verpfändung von Benefizialgütern, S. 249 n. 1; die Aussetzung von Vermächtnissen von Erwerbnissen aus Kirchengut an nahe Verwandte, S. 261 n. 10; die Nichtanzeige des Anfalls frommer Vermächtnisse, S. 255 n. 8, die Zurückhaltung des Testamentes des Bischofs, S. 249 n. 4 a. E.

3 Es gehören hierher partikularrechtlich die Unterlassung der Rückforderung widerrechtlich besessener Zehnten, S. 254 n. 4, der Einforderung des Novalzehnten, S. 254 n. 7; sowie die Hinderung der Beschlagnahme des für die Bestreitung der Baulast bestimmten Zehntens S. 252 n. 4.

4 Hier kommen in Frage gemeinrechtlich die Aufrechterhaltung der Verschiedenheit der Riten S. 240 n. 4; gemeinrechtlich und partikularrechtlich die unzulässige Einwirkung auf die Wahl des Begräbnisses, S. 247 n. 7 u. 8; partikularrechtlich die Gestattung der österlichen Kommunion ausserhalb der Pfarrei, S. 245 n. 4 a. E.; die Reichung derselben ohne Beichte der Todsünden s. a. a. O.; die Nichtführung von Verzeichnissen über die Beichtenden S. 253 n. 16; verschiedene Verstösse bei der Celebrirung der Messe, S. 245 n. 1; die Eheschliessung ohne Erlaubniss des zuständigen Geistlichen (Cognac 1255 c. 39) S. 246 n. 6; die Unterlassung des Begräbnisses armer Pfarrkinder S. 255 n. 3.

5 Von partikularrechtlichen Vorschriften gehören hierher die Bedrohung der Kumulation von Benefizien, S. 244 n. 1; der Nichtbestrafung unenthaltsamer Kleriker S. 252 n. 12 a. E.; das Nichtverschlossenhalten des Taufsteines, Chrismas und h. Öles, S. 246 n. 3; der Nichtanstellung geeigneter Diakone durch die Inkorporationsberechtigten, S. 254 n. 9; des Waffentragens der Geistlichen (Grado 1296 c. 20) S. 260 n. 3; des verdächtigen Umganges derselben mit Frauen, (Köln u. 1280 c. 1) S. 260 n. 5; des Eingehens eidlicher Verbindungen durch die Geistlichen, S. 262 n. 6; des Spielens der letzteren, S. 263 n. 8 und der Hingabe von Darlehnen für die Unterhaltung von Spielbuden, S. 264 n. 6; der Übernahme weltlicher Stellungen, öffentlicher Ämter und der Advokatur durch Geistliche, S. 264 n. 11. S. 265 n. 3. 4.

6 So partikularrechtlich für unerlaubtes Beichthören, S. 245 n. 5; für Überlassung des Predigtamtes an Quästuarier gegen eine Abgabe, S. 247 n. 10; s. weiter S. 262 n. 6. Vereinzelt kommt auch für diese die Ausweisung aus der Diözese, S. 254 n. 16, suspensio ab ordine S. 258 n. 3 u. interdictio ingressus ecclesiae (Lerida saec. XIII.) S. 259 n. 5 u. S. 263 n. 8 vor.

7 S. die Anführungen zu den in den vorangehenden Anmerkungen citirten Stellen.

8 So z. B. für die Nichtbeschaffung von Kirchensiegeln, S. 255 n. 7; die Unterlassung der Anzeige über den Anfall ven Vermächtnissen, S. 255 n. 8, sowie der Ankündigung der Fasten und Feste an Sonntagen, S. 255 n. 1.

Personalinterdikt), sowohl gemein-[1], wie auch partikularrechtlich[2] verwendet[3]. Alles dies zeigt klar, dass das kirchliche Recht keinen festen, dem heutigen Begriff des Amtsdeliktes verwandten Begriff aufgestellt oder auch nur erfasst hat. Die Erklärung dafür liegt einmal in der Planlosigkeit der Strafandrohungen für die verschiedenen Disciplinarvergehen. Ferner kommt in Betracht, dass der Gegensatz zwischen den die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte der Laien und die kirchlichen Amtsrechte der Geistlichen treffenden Strafen, weil die ersteren, wie z. B. die Exkommunikation, auch bei den letzteren zum Theil die Amtsrechte mit berühren, nicht ein so schroffer ist, wie zwischen den Strafen des modernen staatlichen Kriminalrechts und den heute für die öffentlichen Beamten zur Anwendung gebrachten Disciplinarstrafen. Endlich aber ist zu beachten, dass andererseits das kirchliche Recht die Geistlichen für die Begehung gewöhnlicher kirchlicher Strafvergehen, wennschon nicht in allen Fällen, doch mehrfach blos mit kirchlichen Disciplinarstrafen, nicht mit denselben Strafen, namentlich nicht mit der Exkommunikation, wie die Laien bedroht hat[4], und dass damit auch für die ersteren die Gränze zwischen den Disciplinar- und kirchlichen Vergehen zum Theil verwischt worden ist.

§. 275. *b. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen, ihre Eintheilungen und die Bemessung der Strafen für dieselben.*

I. Der Begriff des kirchlichen Strafvergehens. Mit dem in den vorangehenden §§. dargelegten Charakter der Rechtsentwicklung auf dem Gebiete des kirchlichen Strafrechts hängt es zusammen, dass man auch in dieser Periode eine schärfere Abgränzung des Begriffes der Sünde (peccatum) und des Strafvergehens (crimen), als sie schon die Kirchenväter aufgestellt haben, nicht versucht hat[5].

II. Die Bedeutung der Bezeichnungen: *crimen, delictum, excessus.* Ferner hat sich jetzt ebensowenig, wie in der früheren Zeit[6] eine feste Scheidung der Vergehen und eine feste Terminologie für eine solche gebildet. Die Bezeichnung *crimen* wird

[1] c. 8 in VI de privil. V. 7, S. 245 n. 1 u. 2; c. 9 in VI de off. iud. ord. I. 16, S. 249 n. 4; c. 48 X de sent. exc. V 39, S. 250 n. 13; c. 2 in VI de cens. III. 20, S. 251 n. 11.

[2] S. 245 n. 1 (Valence 1268); S. 246 n. 6 (Grado 1296 c. 29); S. 254 n. 16, S. 259 n. 2 u. 5 (add. zu Paris 1208).

[3] Nur sehr vereinzelt gemeinrechtlich das Lokalinterdikt S. 247 n. 7 und partikularrechtlich die Infamie S. 42 n. 3.

[4] Gemeinrechtlich c. 4 X de exc. praelat. V. 31 (Sodomie, Geistliche Absetzung und Ausstossung aus dem Klerikalstand, Laien Exk , s. S. 176 n. 5); s. weiter c. 10 X de iud. II. 1 und c. 7 X de crim. falsi. V. 20, S. 59 n. 2 u. 3; partikularrechtlich Theodulf v. Orleans cap. II. (Zinsennehmen Kleriker Absetzung, Laien Exk., S. 196 n. 8; ebenso Gran 1114 und Wien 1267 c. 8, S. 197 n. 2 u. S. 197 n. 10); London 1127 c. 13 (Simonie, Kleriker Absetzung, Laien Exk., S. 166 n. 7, ebenso Mainz 1225 c. 9, S. 167 n. 11); nicht minder wird für den Meineid dem Kleriker vielfach die Absetzung, den Laien dagegen Exkommunikation angedroht, s. S. 184 n. 6 u. S. 185 n. 2; endlich gehört auch hierher Hohenaltheim 916, S. 184 n. 7 (Bruch des Treueides, Laien Zwangsbusse, Geistliche der höheren Weihen Degradation). Ferner werden sogar die Geistlichen für Vergehen, für welche gegen Laien die Exkommunikation festgesetzt ist, nur mit der susp. ab off. (Mainz 1233 u. 1261, S. 218 n. 3 Errichtung einer Kirche ohne bischöfliche Erlaubniss und Lambeth 1261, S. 212 n. 4, Vorforderung von Prälaten vor das weltliche Gericht) oder mit der Suspension schlechthin (Trier 1310 S. 192 n. 6 v. S. 190 eigenmächtiger Verkauf und Verpfändung von Kirchengeräthschaften) belegt.

[5] Daher weist Gratian auch lediglich die schon Bd. IV S. 744 n. 12 aufgeführten Stellen in seinem Dekret auf.

[6] Bd. IV S. 831.

für Tödtung[1], Incest[2], Entführung von Nonnen[3], Meineid (einschliesslich des falschen Zeugeneides)[4], Raub[5], Brandstiftung[5], widerrechtliche Aneignung von Kirchengut[6], sowie für die Fornikation[7], namentlich der Geistlichen der höheren Weihen[8] gebraucht. In gleicher Bedeutung damit kommt *caussa criminalis* für Tödtung, Ehebruch, Diebstahl und Zauberei[9] vor. Dass weiter die Ausdrücke: *criminalia vitia*[10], *criminalia peccata*[11], *crimina mortifera*[12] dieselbe Bedeutung haben, ergiebt sich daraus, dass als solche einzelne der auch als crimina bezeichneten Strafthaten aufgezählt[13] werden. Dasselbe gilt von der Verbindung: *crimen mortale*. Als solches erscheint der Regel nach dasjenige, welches mit der Exkommunikation bedroht wird[14], und dies trifft für die vorhin aufgezählten Vergehen zu.

Demnach hat man in der karolingischen und in der nachfolgenden Zeit unter *crimen* eine schwerere Strafthat in einer nicht fest begränzten und auch nicht näher begränzbaren Bedeutung verstanden. Aber die Hinzufügung der Worte: *mortifera, capitalia* und *gravia* zu *crimina* zeigt zugleich, dass *crimen* auch in dem Sinne von Strafthat schlechthin genommen worden ist.

In diesen beiden Bedeutungen kommt das Wort *crimen* auch bei Gratian[15], in den Dekretalensammlungen[16] und in der Glossatoren-Litteratur der betreffenden

1 Homicidium cap. episc. Papiens. 845—850 c. 12, Boret. Kr. 2, 83; Toucy 860 c. 4, M. 15, 599; Worms 868 c. 26, M. 15, 874; insbesondere auch für parricidium Mainz 847 c. 20, Boret. Kr. 2, 181.

2 Mainz 847 cit. c. 28; cap. ep. Papiens. cit. c. 12 (incesta matrimonia mit nahen Verwandten und mit Nonnen). Dasselbe bedeutet wohl: stupra inaudita Toucy 860 c. 4, M. 15, 559.

3 Meaux-Epernay 845/846 c. 67, M. 14, 855; LL. 1, 392.

4 Toucy cit. c. 3, M. 15, 559.

5 A. a. O. c. 4.

6 A. a. O. c. 4 u. Troyes 878 c. 3, M. 17, 349.

7 Tribur 895 c. 18, M. 18, 153.

8 Rom 823 c. 15, Boret. 1, 374; Rudolf v. Bourges c. 16, M. 14, 951; Worms 868 c. 11. 12, M. 15, 871. 872; Mainz 888 c. 19, M. 18, 67; Mailänder Legaten-Konstitutionen v. 1067, M. 19, 947.

9 Worms 868 c. 10, M. 15, 871.

10 Theodulf v. Orleans c. 26, M. 13, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1), wiederholt bei Rudolf v. Bourges c. 36, M. 14, 960, wo als solche erscheinen: periurium, adulterium, fornicatio und homicidium, und am erst angeführten Orte c. 27 auch das falsum testimonium den aufgezählten Vergehen gleichgestellt wird.

11 Bei Rudolf v. Bourges c. 36, M. 14, 960: Meineid und falsches Zeugniss, bei Hinkmar Rhem. cap. superadd. c. 1, M. 15, 491 homicidium, adulterium und periurium, Karoli II. ed. Pistens. 861 c. 20, LL. 1, 492 auch Fälschung von Maass und Gewicht. Schlechthin kommt der Ausdruck vor: Fismes 881 c. 7, M. 17, 553 und Rouen 1072 c. 19, M. 20, 40.

12 S. Basol 991 c. 52, M. 19, 152 homicidium, adulterium und veneficium.

13 S. die vorhergehenden Anmerkgen.

14 Meaux-Epernay 845/846 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392: „anathema nonnisi pro mortali debet imponi crimine"; s. auch Rudolf v. Bourges c. 29, M. 14, 957; ebenso *gravia crimina* Chalons 813, c. 47, M. 14, 103. Auch *crimen capitale* Seligenstadt 1023 c. 18, Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 352 und *flagitium capitale* Mainz 888 c. 19, M. 18, 69 kann nichts anderes bedeuten. Stellt doch auch Regino II. c. 419 (cap. inc.) denjenigen, welcher Vater und Mutter schlägt und ihnen flucht, dem homicida gleich, indem er diese Vergehen gleichfalls als crimina capitalia bezeichnet.

15 Dict. zu c. 3 Dist. XXV §. 4 bemerkt er, dass crimen im weiteren Sinn jedes peccatum sei, quod ex deliberatione procedit, und c. 1 Dist. LXXXI giebt er die Bd. IV S. 744 n. 10 citirte Stelle Augustins wieder.

16 Als crimina werden bezeichnet: *apostasia* c. 3 (Inn. III.) X de apost. V. 9; *Simonie* c. 31 (id.) X de simon. V. 3; c. 1 (Gregor IX) in VI test. II. 10; *incestus* c. 15 (Inn. III.) X de purg. can. V. 34; *adulterium* c. 7 (id.) X de adult. V. 16, c. 8 (id.) X de poenit. V. 38; c. 25 (id.) X de purg. can. V. 34; *fornicatio* c. 5 (Alex. III.) X de divort. IV. 19; c 8 (Inn. III.) X de poenit. V. 38); *homicidium* c. 23 (id.) X de accus. V. 1; c. 8 (id.) X de poenit. V. 38; *furtum* c. 2 (Alex. III.) X de divort. IV. 19; *Wucher* c. 4 (Alex. III.) X de usur. V. 19; *periurium* c. 23 (Inn. III.) X de accus. V. 1; c. 8 (id.) X de poenit. V. 38; *falsum* s. tit. de crimine falsi V. 20; *percussio* c. 1 (Gregor I.) X de cler. perc. V. 25. c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1 unterscheidet in Betreff der Geistlichen die crimina, wegen deren eine Suspension oder Absetzung zu verhängen ist, und andererseits das adulterium et alia crimina minora, bei denen der Bischof nach erfolgter Busse das Fortamtiren gestatten kann, wobei sich die auffällige Thatsache, dass Alexander III. das adulterium der Geistlichen als geringeres Vergehen bezeichnet, trotz aller Künsteleien der Glosse zu c. 4 cit. s. v. de adulteriis — sie weist gegenüber c. 16 (Ps.-Isid.) C. XXXII qu. 7 auf c. 11 ibid. hin — nicht wegläugnen lässt.

Zeit[1] vor. Gleichbedeutend damit sind auch die seltener vorkommenden Bezeichnungen: *delictum*[2], ferner *excessus*, ein Wort, das freilich, wenngleich nicht ausschliesslich[3], hauptsächlich für die Vergehen der Kleriker[4] gebraucht wird.

III. Scheidung der schwereren und leichteren Vergehen. Von einer festen Scheidung der schwereren und leichteren Vergehen ist, wenngleich sich einige Ansätze dazu namentlich in der Litteratur dieser Zeit finden, welche eine solche mit Rücksicht auf die Schwere der Strafe vorzunehmen suchen[5], ebenfalls keine Rede. In der That konnten und können solche Versuche auch zu keinem Resultat führen. Denn wie schon o. S. 144 hervorgehoben und hier näher zu begründen ist, hat die kirchliche Gesetzgebung keineswegs das Princip festgehalten, die Vergehen, je nach ihrem Charakter mit schwererer und leichterer Strafe zu bedrohen.

Es ist zwar auch in dieser Periode wiederholt, wie schon in früherer Zeit[6], ausgesprochen worden, dass von der Exkommunikation in Gemässheit der älteren Kanonen blos bei schwereren Vergehen Gebrauch gemacht werden[7] und später, dass dies nur aus einer gerechtfertigten Ursache geschehen[8] soll, aber die kirchliche Ge-

[1] Vgl. die Summa Stephans v. Tournai zu Dist. XXV cit., her. von v. Schulte S. 38; Glosse zu dict. Dist. cit. s. v. casus; ferner Hostiensis summa aurea V. 1 n. 14, welcher als capitalia crimina, d. h. quae depositionem inducunt aufzählt: sacrilegium, homicidium, falsum testimonium, rapina, sub quo continetur usura, furtum, dann aber auch superbia, invidia, avaricia et si largo tempore tenetur, iracundia, ebrietas, si assidua sit, ferner dilapidatio (heiliger Gefässe, kirchlicher Kleinodien und Güter durch die kirchlichen Verwalter), periurium, homicidium incestum, duplex contumacia (z. B. wenn exkommunicirte, suspendirte oder interdicirte Kleriker weiter ministriren) und die Simonie.

[2] c. 5 (Alex. III.) X de adult. V. 16. in Bezug auf Ehebruch und c. 6 pr. (id.) X de homic. V. 12 auf Tödtung, c. 14 (Gregor IX.) X de sepult. III. 28 auf Tödtung, Brandstiftung, percussio clericorum, violatio ecclesiarum und incestus, andererseits auch tit. de delictis puerorum V. 23, wogegen *scelus* ein schwereres Vergehen bedeutet, so c. 6 (Innoc. III.) X de poen. V. 37 (latronicia vel alia magna scelera, welche mit Absetzung und detrusio in monasterium bestraft werden sollen), c. 1 (Gregor IX.) in VI de test. II. 10 (in Betreff der Simonie u. c. 2 (Innoc. IV.) in VI de re jud. II. 14, wo unter den scelera Friedrichs II. als gravissima bezeichnet werden: vielfacher Meineid, Sakrileg (Gefangennahme von Kardinälen u. Prälaten), Ketzerei, endlich die Bedrückung und Aussaugung des speziellen Patrimoniums Petri, nämlich des Königreichs Sizilien.

[3] c. 14 X III. 28 cit. c. 2 in VI de re jud. II. 14 werden die scelera Friedrichs II. auch als excessus bezeichnet; s. ferner c. 6 (Alex. III.) X de homicid. V. 12.

[4] S. den nach dem Vorgange der Compilatio I. (V. 27) sich in den Dekretalen Gregors IX. findenden Titel: de excessibus praelatorum et subditorum, ferner c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1 („clericum depositum pro suis excessibus"); c. 1 (id.) X de cler. pugn. V. 14 (gravis et enormis excessus vom Zweikampf des Klerikers); c. 31 (Inn. III.) X de sim. V. 3 (in Bezug auf simonia, periurium, dilapidatio); c. 27 (Gregor IX.) X de accus. V. 1 (dilapidatio bonorum episcopatus); c. 35 (Inn. III.) X de sent. exc. V. 39 (excessus gleich crimina); c. un. (Bonifaz. VIII.) X de cler. coniug. III. 2 (excessus vel delicta); c. 3 (id.) in VI de poen. V. 9 (excessus gleich crimina); c. 15 (id.) in VI de sent. exc. V. 11.

[5] So schon bei Alexander III. c. 4 X II. 1 cit., s. S. 271 n. 6; Summa Rufini, her. von v. Schulte S. 53: „specialiter autem in clericis est crimen, unde a suo officio degradari merentur"; Petrus Blesensis sog. speculum iur. canon. c. 58, ed. Reimarus Berol. 1837 p. 106 unterscheidet das crimen adeo enorme, quod penam sanguinis vel deportationis importet, welcher letzteren er bei Klerikern die Degradation gleichstellt, und das crimen, das nicht höher, als mit der relegatio, bedroht ist, mit welcher er die Suspension und Exkommunikation in eine Linie setzt, und rechnet c. 12, p. 34 ausdrücklich das homicidium und die simoniaca heresis zu den crimina enormia; vgl. ferner auch Hostiensis l. c., s. Anm. 1, welcher freilich kirchliches Strafvergehen und Sünde nicht genügend auseinanderhält.

[6] Bd. IV S. 747 n. 2 u. S. 836 n. 6.

[7] Cap. missor. 803 c. 2, Bor. 1, 115: „ut excommunicationes passim et sine causa non fiant", wiederholt Worms 868 c. 56, M. 15, 879; Meaux-Epernay 845—46, M. 14, 432 u. LL. 1, 392: „nisi unde docet canonica auctoritas" (c. 41 C. XI qu. 3); Worms 868 c. 13, M. 15, 872: „ut nullus sacerdotum quemquam rectae fidei hominem pro parvis et levibus causis communione suspendat praeter eas culpas, pro quibus antiqui patres arceri iusserunt aliquid committentes". Für die Deposition verlangt Chalons 813 c. 42 in c. 38 C. XVI qu. 7 dasselbe.

[8] c. 48 (Lateran. IV. 1215 c. 47) X de sent. exc. V. 39; c. 5 (Innoc. IV.) in VI. eod. V. 11. Allgemeiner Paris 1212 P. IV c. 14, M. 22, 842: „ne praecipitanter excommunicent, interdicant vel suspendant", wiederholt Rouen 1214 P. IV c. 19, p. 919.

setzgebung hat sich keineswegs an diese Direktive gehalten. Gemeinrechtlich wird die Exkommunikation als Strafe verwendet nicht nur für solche Vergehen, welche eine schwere sittliche Verfehlung bilden [1], nicht nur für die Verbrechen gegen den Glauben [2] und für diejenigen, welche sich gegen die Autorität und die Kompetenzen der kirchlichen Gewalten [3], gegen die von der Kirche beanspruchten Freiheiten und Rechte [4], gegen die Geistlichkeit [5] und gegen das kirchliche Vermögen [6] wenden, und welche der hierarchische Geist der Kirche gerade wegen dieser Richtung als besonders schwer charakterisirt hat, sondern auch für solche, bei denen die sittliche Schuld eine geringe ist oder es mindestens sein kann, und welche sich hauptsächlich nur als Verletzung äusserer Gebote der Kirche darstellen [7]. Partikularrechtlich ist vollends von der Exkommunikation noch in viel umfassenderem Masse, namentlich ebenfalls für leichte Vergehen [8] Gebrauch gemacht geworden, und zwar in dem Umfange, dass man sie beinah als die für die Regel auf jedes kirchliche Strafvergehen gesetzte Strafe bezeichnen kann [9].

Nicht minder hat sich die Kirche auch in Betreff der Disciplinarvergehen der Geistlichen der Exkommunikation in einer die rationellen Grenzen überschreitenden Weise als Strafmittel bedient [10], und namentlich ist dieselbe partikularrechtlich ebenfalls für leichte derartige Delikte angedroht worden [11]. Wenn man endlich noch berücksichtigt, dass die Exkommunikation auch als Exekutionsmittel zur Beitreibung von Geldforderungen kirchlicherseits benutzt worden ist [12], so zeigt die dargelegte Verwendung der Exkommunikation schon allein zur Genüge, dass die kirchliche Strafgesetzgebung bei der Aufstellung ihrer Strafandrohungen keineswegs das Princip zur Durchführung gebracht hat, die Strafen entsprechend dem schwereren und leichteren Charakter der Vergehen verschieden zu bemessen.

Bestätigt wird dies weiter dadurch, dass sich partikularrechtlich zur gleichen Zeit [13] für ein und dasselbe kirchliche Strafvergehen verschiedene Strafen, und zwar nicht blos solche, welche sich wenigstens hinsichtlich ihrer Schwere nahe stehen, wie die Exkommunikation und das Lokal-Interdikt (namentlich in Verbindung mit dem

[1] Z. B. für widernatürliche Unzucht S. 176, Dingen von Assassinen zum Morde, S. 178, Raub S. 187, insbesondere Seeraub S. 187, Brandstiftung S. 196, Ehebruch S. 169 und Entführung S. 175.

[2] Für Ketzerei, Apostasie und Schisma S. 157. 158. 161.

[3] So die Vergabung von Kirchenämtern durch Laien S. 218; die Hinderung der geistlichen Jurisdiktion S. 213; die gewaltsame Erzwingung von Exkommunikationen und Absolutionen S. 214 Anm.; die Misshandlung der Exkommunikatoren, s. a. a. O., sowie gröbliche Missachtung der Exkommunikation und des Interdikts S. 215.

[4] Die Verletzung des Asylrechtes S. 209; den Erlass von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten, S. 212, die Unterwerfung der Geistlichen unter die weltliche Gerichtsbarkeit, S. 212, und die Belastung der Kirchengüter und Geistlichen mit Abgaben S. 216.

[5] Wie die percussio clericorum S. 180, die Übung von Repressalien gegen Geistliche, S. 213, die Kaufs- und Verkaufssperre gegen dieselben, S. 213 n. 3.

[6] S. 190 n. 1 ff.

[7] So z. B. die Verweigerung der Zehnten, S. 221; die Wahl des Begräbnisses ausserhalb der Pfarrei ohne Gewährung der portio canonica, S. 206, und die Eheschliessung in den weiteren Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgraden, S. 174.

[8] So z. B. für die Nichtbeachtung der Fasten, S. 207, das Stehen der Laien im Chor der Kirche S. 208, die Nichtanzeige von Ehehindernissen S. 208; die Eheschliessung während der geschlossenen Zeit, S. 209; die Errichtung von Kirchen ohne bischöfliche Erlaubniss S. 218; ja auch die Ausübung und das Lehren der Medizin ohne bischöfliche Genehmigung S. 205 n. 5.

[9] Das ergiebt die Zusammenstellung S. 157 ff.

[10] S. 269.

[11] S. a. a. O. n. 8.

[12] Vgl. §. 279.

[13] Solche Fälle, in denen eine Änderung der Gesetzgebung betreffs der Strafen stattgefunden, s. z. B. S. 197 ff., S. 247 n. 2 und S. 144 n. 1, bleiben hier selbstverständlich ausser Frage.

Personalinterdikt gegen den Thäter)[1] oder bei Geistlichen die Absetzung[2], sondern auch solche, von denen die eine jedenfalls leichter als die andere erscheint, wie die Exkommunikation und das Personal-Interdikt[3] oder diese und der kleine Bann[4] oder auch Geldstrafe[5]; nicht minder für ein und dasselbe Disciplinarvergehen der Geistlichen bald Exkommunikation, privatio beneficii, suspensio ab officio et beneficiis und subtractio fructuum[6], bald Exkommunikation, suspensio ab off. et benef., suspensio ab off. und susp. a benef.[7], bald Exkommunikation verbunden mit privatio beneficii, susp. ab off. et benef. und blosser Verlust eines auf die Kirche erlangten Rechtes[8], bald Exkommunikation, privatio beneficii, susp. a benef. und subtractio fructuum beneficii[9], bald Exkommunikation, Personalinterdikt und privatio beneficii[10], bald Exkommunikation, Personal-Interdikt und susp. ab off. et beneficii[11], bald Exkommunikation, susp. ab ordine und Geldstrafe[12], bald Exkommunikation in Verbindung mit dem Verlust des Klageanspruches, Deposition, susp. a benef.[13], bald Exkommunikation und Personal-Interdikt[14], bald Absetzung, Personal-Interdikt, susp. ab off. et ben. und Geldstrafe[15], bald Absetzung und Geldstrafe (mitunter verbunden mit Konfiskation der Waffen[16]) angedroht finden[17].

Aus den vorstehenden Ausführungen ergiebt sich, dass sich eine feste Klassificirung der kirchlichen Strafmittel nach Massgabe ihrer gegenseitigen Werthung, wie dies für die modernen Strafmittelsysteme möglich ist, nicht aufstellen lässt. Der Grund dafür liegt darin, dass der hier fraglichen Zeit bei der Ausübung der gesetzgeberischen Thätigkeit die Schaffung eines umfassenden Strafrechts, welche zu der Aufstellung und der Zugrundelegung allgemeiner leitender Principien hätte führen müssen, völlig fern gelegen hat, dass man vielmehr je nach Gelegenheit und Bedürfniss nur immer in Einzelfällen vorgegangen ist, und lediglich nach Massgabe der augenblicklichen Verhältnisse, mitunter auch in Anhalt an frühere ältere Kanonen zu den einzelnen, sich darbietenden Strafmitteln gegriffen hat.

[1] Für Räubereien, S. 186 n. 6 und für Plünderung der Güter der Kleriker, S. 187 n. 8. Hierher gehört auch die Androhung bald der Exkommunikation, bald der öffentlichen Busse für Meineid, S. 184 n. 6.

[2] Für Wucher S. 197 n. 4.

[3] Für das Halten von Konkubinen durch Laien, S. 170 n. 11; die Ausübung des Spolienrechtes, S. 188 Anm. a. E.; die Brandstiftung, S. 196 n. 1; die Nichtachtung der Sonntagsruhe S. 205 n. 8; die Schliessung klandestiner Ehen, S. 206 n. 8 oder verbotener Ehen, S. 207 n. 1; die Verletzung des Asylrechts, S. 210 n. 2; die Abhaltung von Gerichtsversammlungen in Kirchen, S. 210 n. 5 und die Verweigerung der Zehnten, S. 220 n. 10.

[4] Für den Besuch des Gottesdienstes in fremden Pfarreien, S. 206 n. 1 und für die Schliessung klandestiner Ehen, S. 206 n. 8 (s. übrigens auch die vor. Anm.).

[5] Für bestimmte Unregelmässigkeiten im Prozess, S. 203 n. 3.

[6] Für das Halten von Konkubinen durch Geistliche, S. 172 n. 4.

[7] Für die Zulassung von Quästuariern, S. 239 n. 9.

[8] Für Ausübung der Seelsorge ohne bischöfliche Erlaubniss, S. 242 n. 4.

[9] Für Verletzung der Residenzpflicht S. 243 n. 11.

[10] Für die Gestattung der Beisetzung Unberechtigter in kirchlichen Gebäuden, S. 247 n. 6.

[11] Für ordnungswidrige Annahme fremder Kleriker, S. 239 n. 4.

[12] Für Zulassung fremder Parochianen zum Gottesdienst und zu den Sakramenten, S. 240 n. 1.

[13] Für das Angehen des weltlichen Gerichts in den vor das geistliche Forum gehörigen Rechtssachen, S. 257 n. 9.

[14] Für das Begräbniss fremder Parochianen, S. 247 n. 4.

[15] Für den Besuch der Wirthshäuser durch Kleriker, S. 263 n. 5.

[16] Für unerlaubtes Tragen von Waffen durch Geistliche, S. 260 n. 3.

[17] Weitere Beispiele s. S. 245 n. 1 (Biniren der Messe), S. 247 n. 12 (Verleihung von Kirchen zur Firma), S. 248 n. 2 (unerlaubte Veräusserungen von Kirchengut), S. 252 n. 12 (Unterlassung des Einschreitens gegen geistliche Konkubinarier), S. 259 n. 5 (Nichttragen der Tonsur), S. 260 n. 2 (Tragen unpassender Kleider), S. 260 n. 5 (unerlaubtes Zusammenwohnen mit Frauen), S. 262 n. 12 (Besuch von Schauspielen), S. 263 n. 4 (Trunksucht) und S. 263 n. 8 (Würfelspielen).

IV. Die Bemessung der Strafen für die einzelnen Strafvergehen. Es ist schon vorher (s. S. 272) dargelegt worden, dass die Kirche bei der Bemessung der Strafen keineswegs das Princip, die Vergehen je nach ihrem Charakter mit schwereren oder leichteren Strafen zu bedrohen, durchgeführt hat. Es fragt sich indessen, ob sich nicht ein anderes ermitteln oder wenigstens eine bestimmte Tendenz feststellen lässt, welche bei der Auswahl der Strafen für die verschiedenen Vergehen massgebend gewesen ist. In dieser Beziehung bietet sich ein Anhalt in der Thatsache dar, dass eine Reihe von Vergehen kumulativ mit mehreren Strafen belegt worden sind. Während dies in karolingischer Zeit noch nicht häufig vorkommt[1], haben schon seit dem 11. Jahrhundert, namentlich aber seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die Päpste[2] und die von ihnen abhängigen Synoden[3] wiederholt von solchen Strafandrohungen Gebrauch gemacht. In Folge dessen weist das gemeine Recht eine Anzahl hierher gehöriger Fälle auf[4], und dieselbe Erscheinung tritt auch in der kirchlichen Partikulargesetzgebung[5] und zwar seit dem 13. Jahrhundert[6] in noch grösserem Umfange hervor.

[1] Für Ehebruch der Geistlichen längere Busse und Absetzung, S. 169 n. 15, für Beraubung der Kirchen öffentliche Busse und Infamie, S. 189 n. 6; für Erpressungen bei Visitationen, S. 194 n. 1, Exkommunikation und Absetzung.

[2] So z. B. Alexander II., S. 181 n. 1, für thätliche Verletzung und Vertreibung von Bischöfen Anathem und Vermögenskonfiskation. Vgl. auch weiter Anm. 4.

[3] Für das unrechtmässige Okkupiren des päpstlichen Stuhles Papstwahldekret Nikolaus' II. v. 1059, S. 241 n. 1, Anathem und Absetzung von allen Graden; für Annahme der Investitur aus Laienhand Rom 1080, S. 34 n. 3, Entziehung der Gnade des Papstes und Personal-Interdikt; für Zurückhaltung von Kirchen durch Laien, Poitiers 1078, S. 218 n. 6, Exkommunikation und Lokal-Interdikt über die Kirchen; für Gefangennahme von Geistlichen der höheren Weihen Nismes 1096 c. 4, S. 41 n. 14, Verlust der Würden, Exkommunikation und Interdikt über die Besitzungen der Thäter; für Eingehung incestuoser Ehen Troja 1093 c. 1, S. 174 n. 2, Infamie und Exkommunikation; für Zauberei London 1125 c. 15, S. 160 n. 3, dieselben Strafen. S. auch die folgende Anm.

[4] Für Lieferung von Waffen u. s. w. an die Sarazenen c. 6 (Lateran. III.) X de iud. V. 6, S. 159 n. 4, Exkommunikation und Verknechtung; für Theilnahme von Klerikern an einem Morde, c. 6 (Alex. III.) X de homicid. V. 12, S. 178 n. 3, Absetzung, Busse im Kloster und Personalinterdikt auf 5 bis 7 Jahre; für Ketzerei c. 13 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7, S. 158 n. 8, Laien Exkommunikation und Vermögenskonfiskation, Kleriker Degradation und die eben gedachte Strafe; für das Bestätigen unfähiger Kandidaten c. 44 (Lateran. IV.) X de elect. S. 241 n. 2, Verlust des Bestätigungsrechts für den nächsten Erledigungsfall und susp. a perceptione beneficii; für das Wiedertaufen lateinisch getaufter Kinder durch griechische Geistliche c. 6 (Lateran. IV.) X de baptismo III. 42, S. 240 n. 4, Exkommunikation und depositio ab omni off. et benef.; für das Dingen von Assassinen c. 1 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4, S. 178 n. 5, exc. l. s., Deposition ipso facto von allen kirchlichen und weltlichen Ämtern und weltlicher Bann; für die percussio u. s. w. von Kardinälen c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V 9, ewige Infamie, weltlicher Bann, Vermögenskonfiskation, Verlust der kirchlichen Lehne, weltlichen und kirchlichen Ämter, Unfähigkeit der männlichen Descendenz bis zum zweiten Grade zu den kirchlichen Weihen und kirchlichen Ämtern; für percussio von Bischöfen Clem. 1 de poen. V. 8, Exkommunikation, Verlust aller kirchlichen Lehne, Besitzungen, Benefizien, Unfähigkeit der männlichen Descendenz bis zum 2. Grade zu kirchlichen Ämtern und Lokal-Interdikt, für die Herstellung von falschen Münzen aus etwaigem durch Alchemie gewonnenem Gold und Silber c. un. (Joann. XXII.) in Extrav. de crim. falsi comm. V. 6, S. 201, Vermögenskonfiskation und ewige Infamie, Kleriker ausserdem privatio beneficii und Unfähigkeit zu Kirchenämtern; vgl. ferner die citirten Konstitutionen Clemens' VI., Innocenz' VI. und Bonifaz' IX. S. 90 n. 5, Urbans VI. S. 123 n. 6 und Benedikts XII. S. 243 n. 1.

[5] Coyaca 1050 c. 3, S. 259 n. 5 für Nichttragen der Tonsur Geldstrafe und Absetzung; London 1108 c. 5. 10, S. 172 n. 2, für Eheschliessung der Geistlichen höherer Weihen Absetzung, Infamie und Konfiskation des beweglichen Vermögens; Rheims 1148 c. 7. 8, S. 245 n. 1, für Celebriren vor Exkommunicirten Exkommunikation und Absetzung; Rouen 1190 c. 20, S. 247 n. 12 a. E. für Zahlen und Annehmen privatim vereinbarter Pensionen aus Kirchen privatio beneficii und Exkommunikation; Odo v. Toul 1192 S. 190 n. 6 für Raub von Kirchengut und Ankauf desselben Exkommunikation und Lokal-Interdikt.

[6] Köln u. 1280 c. 10, S. 185 n. 2, für falsches Zeugniss Exkommunikation und Strafe der Leiter; Bergamo 1311 c. 23, S. 194 n. 11, für Hehlerei Kleriker Personalinterdikt und susp. a celebratione missarum, Laien Personalinterdikt; Benevent. 1378 c. 3, S. 184 n. 5 für Blasphemie Exkommunikation und Geldstrafe; Valladolid 1322

Die Vergehen, welche in dieser Weise als besonders schwer charakterisirt werden, sind wenngleich nicht ausschliesslich doch überwiegend solche, bei denen die hierarchischen Interessen, die Autorität der Kirche und der kirchlichen Beamten, die persönliche Integrität der Geistlichen, die Sicherheit des kirchlichen Vermögens und desjenigen der Kleriker, die Erhebung der kirchlichen Abgaben und die Geltung der s. g. kirchlichen Freiheiten gefährdet werden. Es liegt demnach auf der Hand, dass die gedachten Strafbestimmungen durch die Tendenz, die erwähnten Interessen durch möglichst viele, harte und abschreckende Strafen zu

c. 23, S. 183 n. 14, für Raub und Verkauf von Christen an Sarazenen Exkommunikation l. s., Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss auch nach der Absolution und Unfähigkeit der Descendenten bis zum dritten Grad zum Klerikalstand und zu kirchlichen Ämtern; Theodor v. Utrecht 1209, S. 181 n. 4 für die Gefangennehmung von Prälaten u. s. w. Exkommunikation und Interdikt; Nogaret 1290 c. 6, a. a. O. n. 4, für Verfolgung u. s. w. von Bischöfen dem Papst vorbehaltene Exkommunikation l. s., Ausschliessung vom Klerikalstande, Verlust der kirchlichen Lehne und Besitzungen ipso facto, für die Söhne des Thäters privatio beneficii ipso facto und Unfähigkeit solche zu erhalten, für die Thäter und ihre Söhne ausserdem Zerstörung ihrer Gebäude, ewige Infamie, öffentliche Verkündung der Exkommunikation, sowie Interdikt ipso iure über den Ort des Vergehens und die Orte, wo die Schuldigen aufgenommen werden, endlich auch interdictum ambulatorium über diejenigen, wohin sie kommen; Toulouse 1229 c. 39, S. 187 n. 4, für furari castra vel villas de his quae tenentur ab ecclesia vel a rege Vermögenskonfiskation, dem Papst vorbehaltene Exkommunikation und Verweisung über das Meer; Köln 1266 c. 4, S. 187 n. 8, für Beraubung der Kirchengüter und Güter der Geistlichen Exkommunikation l. s. und Interdikt über die Orte, wohin die geraubten Sachen gebracht sind und wo sich der Käufer aufhält; Magdeburg 1315 c. 13, S. 191 Anm. a. E. (im wesentlichen ebenso); Pressburg 1309 c. 4, S. 187 n. 8 a. E. für dasselbe Vergehen Exkommunikation, Lokal-Interdikt und Entbindung der Vasallen vom Treueid; Bourges 1276 c. 12, S. 210 n. 2, für Verletzung des Asylrechts Exkommunikation l. s., Verlust der kirchlichen Lehne und Benefizien, Unfähigkeit der Descendenz zur Erlangung solcher; Theodor v. Utrecht 1209 S. 210 n. 12 für Eindringen in Kirchen Exkommunikation und Geldstrafe, die S. 210 n. 12 a. E. citirten Konzilien für incastellatio von Kirchen Exkommunikation und Interdikt; schott. Konz. 1225 c. 49, S. 211 n. 4 für Verletzung der kirchlichen Freiheiten Exkommunikation, ausserdem Laien Verlust der Kirchenlehne, Prälaten und Geistliche Verlust der Benefizien ipso iure; Riez 1285 c. 8, S. 215 n. 6 für Verhöhnung der Exkommunikation excommunicatio ipso facto und Interdikt über den Ort der That, clerici beneficiati privatio beneficii ipso facto, andere Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern; Aschaffenburg 1292 c. 5, S. 216 n. 2 für die Verhinderung von Testamenten zu frommen Zwecken Exkommunikation und Interdikt; Nogaret 1315 c. 2, S. 216 n. 7, für Erhebung von Abgaben von Geistlichen und von Kirchen ausser Exkommunikation Unfähigkeit der Brüder und der Descendenz des Schuldigen zum Klerikalstande und zu kirchlichen Benefizien, Versagung des kirchlichen Begräbnisses für Frau und Kinder und Interdikt über die Orte, wo die Abgaben erhoben sind; Bergamo 1311 c. 20, S. 216 n. 7 a. E. für Beeinträchtigung der den Kirchen zustehenden weltlichen Rechte Exkommunikation l. s., ausserdem Kleriker Verlust aller Benefizien, kirchlichen Güter und Rechte, Laien Verlust aller von der Kirche geliehenen Lehne und Güter oder Rechte, Kommunen Interdikt; Auch 1300 c. 1, S. 220 n. 1, für Belästigungen wegen nicht erfolgter Berücksichtigung von Kandidaten bei Wahlen Exkommunikation l. s., Kleriker und Mönche ausserdem privatio aller Benefizien, Priorate und Verwaltungen ipso iure und Inhabilität für solche, Laien Personalinterdikt über ihre Familien und Unfähigkeit ihrer Nachkommenschaft zur Erlangung kirchlicher Benefizien bis zum 4. Grade; Auch 1300 c. 6, S. 219 n. 3, für simonistische Präsentation Verlust des Präsentationsrechtes illa vice, ausserdem Laien Exkommunikation l. s., Kleriker und Mönche Personalinterdikt; Bourges 1276 c. 1, S. 220 n. 1, für unerlaubte Verhinderung der Besetzung kirchlicher Stellen mit geeigneten Kandidaten Exkommunikation l. s., überdies Laien Interdikt über ihre Familien, Ausschluss der Descendenz bis zum 4. Grade von Kirchenämtern, Kleriker und Mönche Verlust aller Privilegien und Kirchenämter und Unfähigkeit, letztere wieder zu erhalten; Aschaffenburg 1292 c. 26, S. 222 n. 1, für Betrügen der Pfarrkirchen um die Zehnten Exkommunikation l. s., Kleriker ausserdem Verlust aller Benefizien und Unfähigkeit solche zu erlangen, Laien Unfähigkeit ihrer Descendenten bis zum 4. Grade dazu.

In Betreff der Kumulirung von Strafen gegen Geistliche vgl. Lambeth 1261, S. 241 n. 5, Rouen 1299, s. a. a. O., Ravenna 1311 c. 20, s. a. a. O.; London 1342 c. 12, S. 242 n. 7; Breslau 1248 §. 4, S. 242 n. 9; London 1268 c. 30, S. 244 n. 1; Mainz 1225 c. 7, S. 245 n. 1; Benevent 1331 c. 29, S. 250 n. 1; Bourges 1276 c. 2, S. 250 n. 8; Cognac 1260 c. 19, S. 254 n. 7; Benevent 1331 c. 54, S. 255 n. 3; Ravenna 1311 c. 21, S. 255 n. 10, Ravenna 1314 c. 8, S. 256 n. 9; Aschaffenburg 1292 c. 10, S. 258 n. 5; Tarragona 1292 c. 10, S. 258 n. 6; Mainz 1261 c. 13, S. 262 n. 6 und Salzburg 1292 c. 2, S. 264 n. 11.

schützen und zu sichern, diktirt sind. Berücksichtigt man weiter, dass hauptsächlich für die charakterisirten Vergehen zugleich solche Strafen, welche völlig Unschuldige treffen (S. 123 ff.), angedroht werden, und dass ferner die umfassende Benutzung der Exkommunikation zum grossen Theil auf ihrer Verwendung als Strafmittel für die hier fraglichen Delikte beruht (S. 273), so lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die hierarchische Tendenz ebenso wie sie für die Aufstellung der kirchlichen Strafvergehen von massgebendem Einfluss gewesen ist (S. 228 ff.), auch bei der Bemessung der Strafen für die letzteren das wesentlich bestimmende Moment gebildet hat.

Daneben, in zweiter Linie, tritt auch eine Verschiedenheit der Bemessung der Strafen nach der Verschiedenheit des Standes und der Stellung der Schuldigen hervor.

Was zunächst den Unterschied zwischen den Klerikern und Laien betrifft, so ist zwar auch in dieser Periode vielfach die schon aus alter Zeit datirende Milderung beibehalten worden [1], dass für solche Vergehen, für welche die Laien mit der Exkommunikation bestraft werden, bei Klerikern die Deposition, bez. Degradation eintritt [2], aber im übrigen lässt sich eine allgemeine Tendenz, die letzteren im Verhältniss zu den Laien mit leichteren Strafen zu belegen, nicht nachweisen [3].

Während weiter hinsichtlich der Bestrafung der Laien nicht gemeinrechtlich, sondern nur vereinzelt in den Partikularsynoden des 11. bis 13. Jahrhunderts sich eine Verschiedenheit der strafrechtlichen Behandlung der höheren und niederen Stände insofern zeigt, als die letzteren für diejenigen Vergehen, für welche die ersteren mit Zwangsbusse belegt werden, Prügelstrafe oder Verknechtung zu erleiden haben [4], finden sich viel grössere Verschiedenheiten und zwar in viel weiterem Umfange bei der Bestrafung der Geistlichen. Einmal ist eine solche Verschiedenheit bei den Disciplinarstrafen naturgemäss dadurch bedingt worden, dass diese je nach der Stellung und dem Umfange der Amtsrechte verschiedene sein mussten, namentlich seit der Zeit, als sich die Sitte der absoluten Ordinationen festgestellt hatte [5], und in Folge dessen Kleriker mit Ämtern oder Benefizien und solche ohne die letzteren vorkommen. Seitdem unterscheiden daher die Strafandrohungen mehrfach zwischen den clerici beneficiati und non beneficiati, wobei allerdings die letzteren neben Strafen, welche offenbar denen gegen die Benefiziaten im wesentlichen als gleichwerthig aufgefasst werden [6], auch vereinzelt mit zweifellos härteren Strafen belegt

[1] Bd. IV S. 753.

[2] Nicäa 787 c. 13, S. 189 n. 5; die S. 196 n. 8 citirten Stellen; ed. Pistens. 864 c. 20, S. 201 n. 6; Aachen 836 c. 12, S. 204 n. 13; c. 25 Dist. I de cons. S. 218 n. 4.

[3] Vereinzelt werden allerdings Kleriker in Fällen, in denen gegen Laien die Exkommunikation festgesetzt ist, blos mit der suspensio ab officio oder der suspensio schlechthin bedroht, Mainz 1233 c. 25 u. 1261 c. 14, S. 218 n. 3; Münster 1279 c. 18, S. 247 n. 2 und Lerida Ende saec. XIII S. 224 n. 3. Andererseits ist aber gerade in dieser Zeit gegen Geistliche in viel grösserem Umfang als früher von der Exkommunikation Gebrauch gemacht worden, s. o. S. 268.

[4] Vgl. die Reichssynoden von Coyaca 1050 c. 6, S. 159 n. 6 und Gran 1114 c. 8. 53, S. 206 n. 1 u. S. 209 n. 6, sowie ferner Worcester 1229 c. 20, S. 185 n. 2.

[5] Bd. I S. 63 ff.

[6] Clem. 2 de vita cler. III. 1 suspensio a perceptione fructuum auf 6 Monate, andere Unfähigkeit für dieselbe Zeit, Benefizien zu erhalten, Avignon 1337 c. 46, S. 259 n. 5, für Benefiziaten Verlust eines Theils der Einkünfte, andere Geldstrafen; Valladolid 1322 c. 6, S. 261 n. 2, einerseits Verlust der halben Benefizialeinkünfte auf ein Jahr und andererseits Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf ein Jahr; London 1331 c. 3. 4. und 1342 c. 2. 3, S. 251 n. 16 einerseits suspensio ab off. und ab ingressu ecclesiae und andererseits susp. ab ingressu ecclesiae; Avignon 1326 c. 26, S. 265 n. 4, suspensio a beneficio einerseits und andererseits Personal-Interdikt; Exeter 1287

werden[1]. Ausserdem wird auch mitunter nach dem Weihegrade[2], sowie nach dem Amte und der Würde[3] unterschieden. Letzteres gilt namentlich für die Bischöfe. Gegen diese werden einerseits härtere Strafen als gegen die anderen Geistlichen[4], andererseits aber auch gleichwerthige[5], ja, freilich nicht gemeinrechtlich[6], sogar mildere Strafen[7] angedroht.

3. Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

a. Die Organe für die Ausübung derselben.

§ 276. *aa. Im Allgemeinen (die Bischöfe und die Synoden).*

Wie in den früheren Zeiten[8] übt der Bischof auch jetzt noch die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt über die Laien[9] und Geistlichen[10] seiner Diöcese aus.

Einzelne karolingische Anordnungen haben zwar die Verhängung des Anathems im Sinne der feierlichen Verfluchung und Exkommunikation[11] dem Metropoliten und der Provinzialsynode vorbehalten[12], indessen sind diese weder im ganzen karolingischen Reich in Geltung gewesen, noch haben sie sich dauernd in Kraft erhalten[13].

c. 41, S. 258 n. 3; einerseits privatio beneficii und andererseits susp. ab executione ordinum auf 5 Jahr; Köln 1266 c. 41, S. 245 n. 1, privatio omnium beneficiorum und für Nichtbenefiziaten dauernde Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien; London 1342 c. 2, S. 259 n. 5 privatio beneficii und andererseits Unfähigkeit zu Benefizien auf 4 Monate.

[1] Rouen 1190 c. 5, S. 259 n. 5, mit Verlust des Klerikalprivilegs, Benefiziaten dagegen mit susp. a benef., Paris 1212 P. I c. 6, S. 265 n. 4 und Valence 1268 c. 23, S. 262 n. 6 mit Exkommunikation, die letzteren dagegen mit privatio beneficii; Paris 1212 P. I c. 7. 8. 12, S. 262 n. 6. S. 239 n. 9 u. S. 247 n. 12, ebenfalls mit Exkommunikation, Benefiziaten dagegen mit susp. a benef.

[2] Cap. Pippin. 754/755 c. 2, S. 173 n. 11, für minores Prügel und Gefängnissstrafe, für die anderen Absetzung. Vgl. des Weiteren S. 78. 79.

[3] Nevers 1246 c. 7, S. 260 n. 2, Kanoniker höhere Geldstrafe als andere; Paris 1347 c. 2, S. 260 n. 2, Kanoniker Verlust der Hälfte der Distributionen, andere arbiträre Strafe; Angers 1365 c. 12, s. a. a. O., erstere susp. a voce capituli et distributionibus quotidianis, andere a fructibus beneficiorum auf einen Monat; London 1268 c. 5, S. 259 n. 5, Priester, Dignitäre, Inhaber von Seelsorge-Ämtern und Kanoniker susp. ab off., andere arbiträre Strafe; Nogaret 1303 c. 11, S. 251 n. 8, Archidiakon susp. ab off., andere excommunicatio l. s.; Valladolid 1322 c. 6, S. 261 n. 2, Prälaten susp. a collatione ordinum auf 6 Monate, Benefiziaten Verlust der halben Benefizial-Einkünfte auf ein Jahr.

Gemeinrechtlich vgl. Clem. 1 de vita cler. III. 1, wird auch in einem Fall ein Unterschied zwischen *clerici coniugati et non coniugati* gemacht, s. S. 264 n. 4.

[4] c. 1 X de cler. venat. V. 24, s. S. 264 n. 1; auch c. 12 (Urban III.) X de iureiur. II. 24 verlangt eine härtere Bestrafung für die Bischöfe wegen Meineides. Vgl. auch Bergamo 1311 c. 14, S. 253 n. 9, für Bischof Personalinterdikt, für den Offizial susp. a divinis officiis, s. S. 70.

[5] So c. 7 (Lateran. III.) X de elect. I. 6, S. 240 n. 6 Verlust des Rechts, Ämter zu vergeben, für die Wähler aber Verlust des Wahlrechts für den Erledigungsfall und dreijährige susp. a benef.; c. 2 (Lyon 1274) in VI de cens. III. 20, S. 251 n. 11, und c. 9 (Bonif.) in VI de off. iud. ord. I. 16, S. 249 n. 4, interdictio ingressus ecclesiae, für andere susp. ab off. et benef.; ferner Mainz 1261 c. 12, S. 240 n. 6 ebenso einerseits für den Bischof, andererseits für den Archidiakon.

[6] Über die Veränderung von can. 41. 43 apost. in c. 1. Dist. XXXV. s. S. 263 n. 4.

[7] London 1268 c. 3, S. 246 n. 2, susp. ab usu pontificialium, andere dagegen suspensio, ibid. c. 33 S. 243 n. 9 für Bischof dieselbe Strafe, für andere Prälaten susp. ab off., Pressburg 1309 c. 2, S. 258 n. 7, excommunicatio für Bischöfe und andere, für letztere aber ausserdem privatio beneficii.

[8] Bd. IV S. 757. 836.

[9] Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 25; syn. Francof. 794 c. 6, B. 1, 74; Cap. missor. 802 c. 33. 38, B. 1, 97. 98; Tribur 895 c. 2, M. 18, 134; Rom 898 c. 12, M. 18, 226 (c. 1 X de offic. iud. ord. I. 31): „Habeant igitur episcopi singularum urbium in sua dioecesi liberam potestatem adulteria et scelera inquirere, ulcisci et iudicare secundum quod canones censuerunt absque impedimento alicuius ...", worin zugleich der Unsitte entgegen getreten wird, dass die weltlichen Richter Fleischesvergehen vor ihr Gericht ziehen, um sie gegen Erpressung von Geld nicht zu bestrafen oder von den Herren der schlechten Dirnen sich Lösegeld bezahlen zu lassen.

[10] Cap. 813? c. 9, B. 1, 183; Rom 826 c. 14, Boret. 1, 373 (wiederholt Rom 853, M. 14, 1094); s. auch S. 279 n. 1.

[11] S. 8. 9.

[12] S. 8 n. 3.

[13] Denn die späteren Quellen erwähnen darüber nichts.

Wenn bei der Handhabung der Strafjurisdiktion über die Geistlichen mitunter der Theilnahme der Diöcesansynode gedacht wird[1], so ist diese doch nicht nothwendig gewesen, vielmehr haben die Bischöfe in der karolingischen Zeit, ebensowenig wie früher[2], in allen Fällen ihr Presbyterium dabei betheiligt[3]. Allerdings ist in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts von einzelnen Päpsten[4] und Konzilien[5] die Absetzung von Priestern und Diakonen von der Zuziehung einer bestimmten Anzahl von Bischöfen abhängig zu machen gesucht worden[6], aber auch diese Anordnung hat keinen durchschlagenden Erfolg gehabt[7]. Und wenn in Folge dessen die päpstliche Gesetzgebung von Neuem im 12. Jahrhundert dem Bischof die Zuziehung des Kapitels bei der Ausübung der Strafgewalt über die Kleriker aufgegeben hat[8], so ist auch diese Vorschrift ebensowenig, wie die früher gedachten Anordnungen, zur Durchführung gelangt[9].

Die zweite Instanz bildete der Metropolit mit der Provinzialsynode[10].

1 Cap. Pipp. 754/755 c. 3, B. 1, 31: „De presbyteris et clericis . . . ut archidiaconus episcopi eos ad synodum commoneat una cum comite. Et si quis contempserit, comes eum distringere faciat, ut ipse presbyter aut defensor suus LX solidos componat et ad synodum eat. Et episcopus ipsum presbyterum aut clericum iuxta canonicam auctoritatem deiudicare faciat"; vgl. ferner in Betreff der Äbte Paris 829 VI. 37, M. 14, 562: „quod si episcopo suo obedire superbiendo renuerint, synodali iudicio aut corrigantur aut certe principali autoritate interveniente, honore praelationis priventur".

2 Bd. IV S. 837.

3 Wenn Friaul 796 c. 7, M. 13, 847 (S. 250 n. 4) die Deposition der Priester, Diakonen und Äbte durch den Bischof bei Strafe der Absetzung von der vorherigen Verständigung des Metropoliten (Patriarchen) abhängig macht, so zeigt dies gerade, dass die Zuziehung des Presbyteriums nicht üblich war. S. auch die folg. Anm.

4 Nikolaus I. 858/867, J. E. n. 2855, und Johann VIII. 874, n. 2992, Loewenfeld epist. p. 23. 30 verlangen bei Priestern die Zuziehung von 5, bez. 6 Bischöfen und erklären die von dem Bischof allein verhängte Absetzung (p. 30: „a suo tantum episcopo vel a compresbyteris depositum") für nichtig.

5 Tribur 895 c. 10, M. 18, 138: „ut nullus episcopus deponatur nisi a XII episcopis, presbyter a VI, diaconus a III."

6 Im Anhalt an die Vorschriften der afrikanischen Kirche, Bd. IV S. 763 n. 8, welche Tribur cit. ausdrücklich anzieht.

7 Eine Bezugnahme darauf bietet allerdings Rouen 1072 c. 20, M. 20, 39: „si aliquis lapsus dignus depositione repertus fuerit et ad eum deponendum tot coepiscopos, quot auctoritas postulat, scil. in sacerdotis VI, in diaconi depositione III: unusquisque qui adesse non poterit, vicarium suum cum sua auctoritate mittat". Aber gerade die Ertheilung von Privilegien, wie das Benedikts VII. v. 980 (J. L. n. 1803), Archives historiques de la Gironde. Paris-Bordeaux 1859 c. 5, 176 für den Abt von Fleury, dass in Kriminalsachen gegen ihn: „non unius episcopi iudicio sentencia terminetur, sed provincialis concilii exspectetur censura" und das Gregors VII. 1073/1085 v. Pflugk-Harttung 2, 140 für die Äbtissin eines Klosters: „ut si qua contra eam huiusmodi querela surrexerit, non solus episcopus Florentinus causam exigat, sed adhibitis sibi duobus vel tribus episcopis et caeteris timentibus deum ac religiosis viris, subtili hoc investigatione perquirat, quatenus, cunctis concorditer iudicantibus, canonicae districtionis censura aut ream ferire aut innocentem possit absolvere", zeigen, dass an sich diese Beschränkung ausser Übung gekommen war. Dass die Kanonensammler, so namentlich Gratian (c. 1ff. C. XV qu. 7) eine Anzahl der den Bischof beschränkenden älteren Kanones, Bd. IV S. 763 n. 6. 7. 8 u. S. 837 n. 6, wiedergeben, beweist an sich nichts für die lebendige Übung.

8 c. 1 (Alex. III.) X de exc. prael. V. 31; c. 4 (id.) X de his quae fiant a prael. III. 10; c. 2 (Coelest. III.) X de his quae fiunt a maiore parte III. 11; vgl. dazu Bd. II S. 154 n. 10. 11 u. S. 156 n. 1.

Wegen der Beschränkung der bischöflichen Strafgewalt über die Kanoniker s. Bd. II S. 145 und unten §. 278.

9 c. 3 (Bonifaz VIII.) in VI de consuet. I. 4, welches die Statthaftigkeit eines abändernden Gewohnheitsrechtes anerkennt. S. im Übrigen Bd. II S. 155 n. 1. 2 u. S. 156 n. 3.

10 Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35, wo allerdings nur der Metropolit genannt wird, hier wohl ohne das Recht der Provinzialsynode in Abrede zu stellen.

Wenn Schrörs, Hinkmar, Erzb. v. Rheims, Freiburg i. Br. 1884 S. 320 behauptet, dass Hinkmar so weit gehe, den Metropoliten an Stelle der Provinzialsynode als Appellationsinstanz hinzustellen, so hängt dies mit den Ausführungen desselben über die Metropoliten erster Ordnung (Primaten) zusammen, s. a. a. O. S. 370, und beweist an sich nichts für den praktischen Rechtszustand. Wird sich allerdings kaum läugnen lassen, dass Hinkmar und andere Erzbischöfe auch ohne die Provinzialsynode über Appellationen entschieden haben, so handelt es sich doch in den zahlreichen, von Schrörs S. 320 n. 35 angeführten Fällen nicht überall um zweitinstanzliche Sachen.

Aber, wie schon in der merovingischen Zeit[1], können die Befugnisse der erst- und zweitinstanzlichen Behörden stets durch die höheren Leitungsorgane, mithin die des Bischofs durch die verschiedenartigen Synoden[2], die des Metropoliten und der Provinzialsynode durch die grösseren Synoden wahrgenommen werden[3]. Damit hängt es auch zusammen, dass nach karolingischem Recht, falls die untere Instanz, also namentlich der Bischof ausser Stande ist, seine Strafgewalt zur Wirksamkeit zu bringen[4] oder sich in der Ausübung derselben säumig zeigt, die höhere Instanz für ihn einzutreten befugt ist[5]. Während in den zuletzt gedachten Anordnungen die Keime zu dem später entwickelten und näher durchgebildeten Devolutionsrecht liegen, hat sich der Grundsatz, dass die verschiedenartigen Synoden bei der Verwaltung der Strafgewalt an Stelle des Bischofs oder einer niederen Synode treten können[6], das Mittelalter hindurch praktisch in Übung erhalten[7].

[1] Bd. IV S. 837.

[2] So hat die Provinzialsynode zu Metz 888 c. 9. 10. 11, M. 18, 80 eine Reihe von Strafurtheilen gegen Nonnen und Laien erlassen, ebenso die von Chalons s. S. 894, M. 18, 127 (auf Veranlassung des Bischofs v. Autun) über einen des Mordes seines Bischofs bezüchtigten Mönch und Diakon geurtheilt. Auch Hinkmar v. Rheims verweist die Strafsache eines Priesters an die Provinzialsynode, ep. ad Hadrian. II. 871, M. 16, 686.

Häufiger ist, namentlich im Laufe des 9. Jahrh., die Verhandlung von Strafsachen in erster Instanz durch die Reichssynoden, namentlich der einzelnen Theilreiche, vgl. Soissons 744 c. 2, B. 1, 29 (Verurtheilung des Ketzers Aldebert, wobei freilich zweifelhaft bleibt, ob hier nicht die Kompetenzbestimmungen für Bischöfe, weil er als solcher amtirte, s. S. 82 n. 2, zur Anwendung gekommen sind); Chiersey 849, M. 14, 919 (Absetzung des Mönches Gottschalk wegen seiner Prädestinationslehre, Schrörs, Hinkmar Erzb. v. Rheims S. 103. 490); Mainz 851 c. 11, LL. 1, 414 (Aburtheilung zweier Laien wegen Ehebruchs und Entführung, sowie wegen fünffachen Mordes); Savonières 859 c. 4. 5 LL. 1, 464 (eines Diakons und Subdiakons, welche sich der Bischöfe von Bayeux und Langres bemächtigt haben sollten); westfränkische Synode v. 862 (Exkommuniktion der Judith, Tochter Karls d. K. und ihres Entführers Balduin Eisenarms v. Flandern, Hincm. ann. a 862, SS. 1, 456; Schrörs S. 228); Mainz 888 c. 18, M. 18, 69 (eines Laien, welcher eine incestuose Ehe geschlossen und sich trotz seines Eides nach der Trennung mit der Frau wieder vereinigt hatte).

Ein festes Princip ist nicht erkennbar. Abgesehen von der Möglichkeit der Überweisung einer Sache durch den an sich zuständigen Bischof (s. Abs. 1) an die Synode ist nur bekannt, dass Hinkmar den Mönch Gottschalk aus Misstrauen in die Energie seines Diöcesanbischofs (Rothad v. Soissons) diesem nicht zur Aburtheilung überlassen hat, Schrörs S. 104; Hefele, Conc. Gesch. 4, 141.

[3] Tribur 875 c. 2, M. 18, 134: „idem episcopus praecepit, ut veniret laicus et de tam nefando scelere satisfactionem procuraret agere. Qui nequaquam consensit, sed communem episcoporum synodum appellavit".

[4] Cap. Vernens. 755 c. 5, B. 1, 34 (wonach zunächst der Metropolit und eventuell der synodus publicus, also die Provinzial- oder Reichssynode, an Stelle des Bischofs einzuschreiten hat); Francof. 794 c. 6 cit., welches nur des Metropoliten gedenkt; Pavia 855 c. 5. 9, LL. 1, 431. 432, welche bei Nichtausreichen des Bischofs auf die synodalis auctoritas verweisen.

[5] Cap. Olonn. eccles. II c. 6 u. cap. de reb. eccles. 825 c. 2, B. 1, 328. 332: „Si episcopus contestationem vel correptionem huiusmodi neglexerit aut post hoc sinodale concilium infra XL dies emendatione digna non emendaverit (d. h. die Entfernung der Konkubinen der Priester und die Bestrafung der letzteren) „iudicio metropolitani sui sententiam subiaceat", d. h. wenn der Bischof und auch die Diöcesansynode (eine andere kann nicht gemeint sein) nicht einschreitet, soll alles (d. h. sowohl die Abstellung der Konkubinen und die Bestrafung der konkubinarischen Geistlichen, wie auch die des säumigen Bischofs, nicht blos diese allein) dem Metropoliten und seinem Gericht anheimfallen.

[6] Vgl. darüber im Allgemeinen Bd. III S. 490.

[7] Von Provinzialsynoden bieten Beispiele die v. Jonquères 909; von Fimes 935, v. S. Thierry 953, Nimwegen 1015, Mainz 1023, Geisleden 1023; Soissons 1092 s. Bd. III S. 483 n. 3; ferner Orleans 1022; M. 19, 380, S. 51 n. 8; Limoges 1031, M. 19, 545: „Tunc accusabantur quidam, qui propter presbyterii gradum pecuniam dederunt, et alii qui duas uxores ante diaconatum habuerant, alii autem qui in clericatu sibi virilia amputaverant, alii vero, qui in laicali ordine homicidium fecerunt et postea monachi facti gradum diaconi susceperunt. Dictum de his in concilio est: Nulla his misericordia potest tribui, quia omnes deponantur"; von Reichssynoden Hohenaltheim 916 c. 21. 34, LL. 2, 558 (Verurtheilung Erchangers und seiner Genossen wegen Hochverraths und Sakrilegs), ferner die von Ingelheim 948 c. 1. 3, LL. 2, 25, s. auch p. 20. 21, — wegen ihres Charakters vgl. Bd. III S. 533 —, auf welcher gegen den Herzog Hugo wegen Hochverrath und Vertreibung des Erzbischofs v. Lyon verhandelt worden ist; S. Basol bei Rheims 991, S. 51 n. 8; wegen der Synoden mehrerer Sprengel und Provinzen vgl. Bd. III

Für die kirchlichen Straf- und Disciplinarvergehen der Bischöfe blieb, wie in der merovingischen Zeit[1], die Provinzial-[2] oder die Reichs-(National-) Synode[3] das richterliche Organ, und zunächst auch die einzig entscheidende Instanz, denn von einer ausdrücklichen Anerkennung oder gar einer Bethätigung des oberrichterlichen Rechtes des Papstes über die fränkische Kirche ist bis zur Mitte des 9. Jahrhunderts im Frankenreich keine Rede gewesen[4]. Erst in der zweiten Hälfte desselben tritt in Folge des Einflusses der Pseudoisidorischen Dekretalen und der Schwächung der königlichen Gewalt ein Umschwung und eine Änderung des Rechts ein, welche letztere des besseren Verständnisses wegen im Zusammenhange mit der Weiterentwicklung des bereits früher ausgebildeten päpstlichen oberstrichterlichen Rechtes über die Kirche[5] zu erörtern ist[6].

§. 277. *bb. Der Papst.*

Das oberstrichterliche Recht, welches die Päpste seit dem 5. Jahrhundert sowohl in Appellationssachen, wie auch in erster Instanz über die Bischöfe der verschiedenen Stellungen in einem Theil des Abendlandes zur Geltung gebracht hatten[7], konnte in Folge der Bildung der germanischen Reiche und der geschlossenen Landeskirchen derselben nicht mehr zur Bethätigung kommen[8]. In der That sind auch bis zum

S. 534 n. 4 und wegen der päpstlichen Synoden § 277.

[1] Bd. IV S. 838.

[2] Cap. Vern. 755 c. 13, B. 1, 35 (in Betreff der episcopi vagantes): „ab officio suspendatur interim quod ad sinodum exinde venerit et ibidem secundum canonicam institutionem accipiat sententiam", wo jedenfalls in erster Linie die Metropolitansynode gemeint ist; syn. Francof. 794 c. 10, B. 1, 75: „ut (Gaerbodus) ab eodem gradu episcopatus quod de se habere dicebat deponeretur a praedicto metropolitano (v. Rouen) sive (d. h. et) a conprovincialibus episcopis", Stellen, welche das frühere Recht als in Geltung stehen voraussetzen, weshalb es nicht auffallen kann, dass direkte, dasselbe wiedergebende Quellen — Bened. Lev. III. 314 (so Kober, Deposition S. 429) kann doch nicht angeführt werden, s. auch Bd. II S. 10 n. 6 — fehlen. In Übereinstimmung damit steht die Bestrafung Rothads v. Soissons durch die Provinzialsynode v. 861 daselbst, S. 74 n. 3 und Bd. II S. 10 n. 2; Schrörs, Hinkmar S. 241.

[3] So ist gegen Felix v. Urgel wegen der adoptianischen Ketzerei auf der Regensburger Synode, Bd. III S. 549 n. 8 verhandelt, und derselbe hier auch möglicherweise (sicher ist dies nicht, vgl. Hefele 3, 674) abgesetzt worden, vgl. überhaupt Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 261. 264. Was die Absetzung Anselms v. Mailand, Wolfads v. Cremona und Theodulfs v. Orleans 818, Simson Ludw. d. Fr. 1, 120 ff.; Hinschius, decret. Pseudo-Isidor. p. CCXXI. CCXXII; Jesses v. Amiens zu Niemwegen 830, Simson 1, 363; Hinschius p. CCXXXII; Agobards v. Lyon zu Diedenhofen 835, Simson 2, 137; Hinkmars v. Laon 871 zu Doucy, Schrörs S. 340 ff.; Bd. II S. 12 n. 2, betrifft, so hat es sich freilich in allen diesen Fällen nicht allein um kirchliche Vergehen oder Disciplinarvergehen der Bischöfe gehandelt, aber es trifft hier das Bd. IV S. 838 n. 4 Bemerkte zu. Vgl. ferner Tribur 895 c. 10, S. 279 n. 5, welches sich sowohl auf die Provinzial-, wie auch auf eine grössere (Reichs-) Synode bezieht.

[4] S. R. Weyl, Beziehungen d. Papstthums unt. d. Karolingern. Breslau 1892. S. 171 ff. A. A. Kober, Deposition S. 428. Die Reception der Dionyso-Hadriana unter Karl d. Gr., Bd. III S. 707, ist dafür nicht entscheidend, denn trotz derselben kam es noch immer darauf an, das Verhältniss der einzelnen Kanones, also in dem hier fraglichen Punkte die Vorschriften des Konzils zu Sardika, bez. des daraus hergeleiteten oberstrichterlichen Rechtes des Papstes zu der Verfassung des Frankenreichs, namentlich der leitenden Stellung des Königs in den kirchlichen Angelegenheiten (vgl. auch Bd. IV S. 839), näher festzustellen, und das ist für die gedachte Zeit nicht erfolgt, denn die von Kober angezogenen weltlichen Gesetze sind Fälschungen Benedikts, Bd. II S. 10 n. 1, und der Brief Hadrians I. an Tilpin J. E. n. 2411, welcher eine praktische Bethätigung des päpstlichen Rechts beweisen soll, ist ebenfalls unecht, Bd. I S. 602. (Was G. Hahn, Bonifaz u. Lull. Leipzig 1883 S. 276 n. 1 u. S. 346 gegen die behauptete Unechtheit geltend macht, würde höchstens den sich auf Lull beziehenden, nicht aber den hier in Frage kommenden Theil des Briefes treffen, und Langen, Gesch. d. röm. Kirche v. Leo I. Bonn 1885 S. 715 n. 1, hat bei seiner Polemik gegen mich den Kardinalpunkt verkannt, dass es sich bei der Primatialstellung und bei dem Recht, nur durch den Papst gerichtet zu werden, um Anschauungen handelt, welche der Zeit Hadrians I. völlig fremd waren.)

[5] S. Bd. IV 783. 784.

[6] Vgl. den folgenden §.

[7] Bd. IV S. 787.

[8] A. a. O. S. 839.

9. Jahrhundert nur vereinzelte Spuren seiner Ausübung nachweisbar, welche sich theils aus der Hinneigung der Geistlichkeit zu römischen Anschauungen[1], theils aus der Machtstellung des Papstes in gewissen Gebieten, wie in Italien[2], erklären.

Erst die nach dem Tode Karls des Gr. beginnende Auflösung des karolingischen Reiches, der Widerstreit der sich bekämpfenden und die Hülfe des Papstes in Anspruch nehmenden politischen und kirchlichen Parteien und insbesondere die Bestrebungen der kirchlichen Reformpartei, deren Programm in den Pseudo-Isidorischen Dekretalen seinen prägnantesten Ausdruck gefunden hat, ermöglichten es dem Papstthum[3], das theoretisch stets festgehaltene[4] oberstrichterliche Recht von Neuem zu bethätigen.

[1] Schon Wilfrid der Ältere v. York hat gegen seine durch eine northumbrische Synode 678 im Einverständniss mit König Egfried erfolgte Entsetzung nach Rom appellirt, und wenn er gleich durch das römische Konzil unter Agatho 679 restituirt worden ist, Haddan und Stubbs, councils relat. to Great Britain 3, 136, so ist doch seitens des Königs dieser Spruch nicht beachtet worden, und Wilfrid musste in die Verbannung gehen, Obser, Wilfrid d. Ält., B. v. York. Heidelberg 1884 S. 51. 53. 60 ff. Als er später (erst nach 8 Jahren) restituirt, dann aber 703 (o. 702) durch die Synode zu Estrefield vertrieben worden war und von neuem an den Papst appellirt hatte, Haddan und Stubbs 3, 251, erschienen zwar auf der von Johann VI abgehaltenen römischen Synode 704, Abgesandte des Erzb. v. Canterbury, Haddan und Stubbs 3, 236, indessen konnte die vom Papst unter Freisprechung Wilfrids in England zur weiteren Untersuchung der Sache angeordnete Synode, J. L. n. 2142, Haddan und Stubbs 3, 262, erst nach stattgehabtem Thronwechsel 706 zu Nidd, l. c. p. 264 abgehalten werden, und erst hier erlangte Wilfrid seine Restitution, vgl. auch Obser, S. 77. 79. 84 ff.

Was die römische Synode unter Zacharias 745 betrifft, welcher die Verurtheilung der ketzerischen Bischöfe Aldebert und Clemens ausgesprochen hat, S. 82 n. 2, so ist diese seitens des Papstes auf Veranlassung von Bonifatius abgehalten worden, nicht auf Berufung der Betheiligten. Da dieselben schon vorher auf fränkischen Synoden verurtheilt waren, s. oben a. a. O. u. S. 280 n. 2, so handelte es sich für Bonifatius darum, die Unterstützung des Papstes in einer den Glauben betreffenden Angelegenheit zu erlangen (Jaffé, mon. Mogunt. p. 138: „quod meam mediocritatem defendere et adiuvare et per scripta vestra populum Francorum et Gallorum corrigere studeatis"). Wenngleich die Entscheidungen des Papstes in Glaubenssachen auch im Frankenreich an sich anerkannt, Bd. III S. 700 n. 3, und die beiden Bischöfe auf Betreiben des Bonifatius anscheinend wieder in Haft genommen wurden, so kann doch Pippin die Aburtheilung derselben durch den Papst, welcher offenbar ohne seine Genehmigung angegangen war (vgl. Bd. IV S. 839), nicht als eine definitive und massgebende anerkannt haben (s. auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 1, 518; Weyl a. a. S. 178), denn 747 giebt Zacharias dem Bonifatius auf, Jaffé p. 182, aus Anlass eines in Aussicht genommenen Konzils: „ad medium deducantur sacrilegi illi, ut eorum subtili indagatione causa cribretur. Quos si deviantes a rectitudinis tramite usque quaque reppereritis et convicti fuerint inclinati ad viam converti rectitudinis, ut bonum atque placitum in oculis vestris paruerit, cum principe provinciae disponite secundum ss. canonum sancita. Si autem in superbia perstiterint, contumaciter proclamantes reos non esse, tunc cum probatissimis atque prudentissimis sacerdotibus, II vel III, praedictos ad nos dirigite viros, ut profunda inquisitione coram sede apostolica eorum inquiratur causa et iuxta quod meruerint, finem suscipiant", ordnet also eine nochmalige Verhandlung der Sache (vielleicht in Übereinstimmung mit Pippin) an. Über das Weitere sind wir nicht unterrichtet, und wenn die passio Bonifatii, Jaffé p. 474, welche einer Degradation des Aldebert gedenkt, ihn in Fulda inhaftirt sein, dann entweichen und sterben lässt, so können sich diese Thatsachen sehr wohl vor der Abhaltung der in Aussicht genommenen Synode ereignet haben.

Dass der durch eine Synode abgesetzte Bischof Gewilib von Mainz nach Rom appellirt hat, wie vielfach angenommen wird, s. z. B. Hauck 1, 516, kann allerdings aus Zachar. ep. Jaffé p. 151: „quia sine cuiuscumque consultu apud nos properat et, dum advenerit, ut domino placuerit, fiet", entnommen werden, aber da Bonifatius die Stellung eines römischen Legaten einnahm, so waren Beschwerden über ihn nicht ausgeschlossen, wennschon es freilich darauf ankam, ob die weltliche Gewalt die etwaigen vom Papst erlassenen Verfügungen anerkannte. Weiteres über den Erfolg dieser Appellation ist nicht überliefert.

[2] Andreae Dandol. chron. VII c. 1 pars 22, Muratori, ss. rer. Ital. 12, 134: „Post obitum Donati patriarchae (v. Grado) Polensis episcopus contra statuta canonum ad Gradensem sedem se contulit, et a Gregorio (II.) papa (724 o. 725) indignus utraque sede iudicatus ad supplicationem cleri et populi Venetiae et Istriae in prima sede restitutus est"; vgl. auch ep. Gregor. II. ad episc. Venet. v. 725, J. L. n. 2172, Ughelli Italia sacra 5, 1088.

[3] Vgl. hierzu des Näheren Bd. II S. 9 ff.

[4] Abgesehen von den vorigen Anmerkungen zeigen dies auch die Festsetzungen in der Bestellungsurkunde Sergius' II. für Drogo v. Metz als apostolischen Vikar für Gallien und Germanien v. 844, Bd. I S. 395. 396 n. 1, s. auch

Insbesondere hat Nikolaus I.[1] (858—867) diesen Anspruch des päpstlichen Stuhles wieder zu umfassender praktischer Anwendung gebracht, indem er nicht nur auf die an ihn gelangten Appellationen[2] in höchster Instanz entschieden[3], sondern auch die Befugniss der Provinzialsynoden in Strafsachen der Bischöfe, selbstständig (blos mit Vorbehalt der Berufung an den päpstlichen Stuhl) zu urtheilen verneint[4] und das von ihm beanspruchte Recht der massgebenden Entscheidung[5] auch gegenüber den fränkischen Bischöfen[6] siegreich behauptet[7] hat.

Auch nach dem Tode Nikolaus' II.[8] haben die Appellationen an den päpstlichen

Schrörs S. 50, und in dem Privileg Benedikts III. v. 855 für Hinkmar v. Rheims, Bd. I S. 604.

[1] Dass auch schon vor ihm einzelne Appellationen, z. B. von Priestern, vorgekommen sind, ergiebt c. 5 (Leo IV. 852. 853, betr. das Westfrankenreich J. L. n. 2624) C. I qu. 4. Es hängt dies damit zusammen, dass die Bischöfe wohl nicht selten willkührlich vorgingen (vgl. Hincm. ep. ad. Joann. VIII. de iudiciis et appellationibus episcoporum 877 c. 26, Migne patr. 126, 243, s. auch S. 279 n. 4 u. 5), und die Appellanten (Priester und Laien) ihrerseits auf mildere Beurtheilung in Rom hofften, wie dies das Angehen des römischen Stuhles um Auferlegung der Busse, S. 106, zeigt.

[2] Wegen der Appellationen der Thietberga, Gemahlin Lothars II. s. Bd. II S. 11 n. 8. Vgl. die folgende Anm. Selbst Hinkmar v. Rheims hat in der Angelegenheit des Rothad v. Soissons das Appellationsrecht verurtheilter Bischöfe auf Grund des Konzils von Sardika, s. des näheren Bd. II S. 10; Schrörs S. 254. 255, und später auch in der Angelegenheit des Ansegisus (Bd. I S. 597) anerkannt, Schrörs S. 373.

[3] Und zwar ohne dass die Mittelinstanz, die Provinzial- oder höhere Synode angegangen war. Das ergeben die bestrafte Priester betreffenden Anweisungen c. 10 (Nic. I. J. E. n. 2839) C. II. qu. 1 und c. 12 (id. J. E. n. 2780) C. III qu. 9: „ut si presbiter post excommunicationem suam apostolicam sedem adire voluerit, nullus iter eius impedire praesumat".

[4] So in der Sache Rothads, Bd. II S. 10. 11 und Schrörs S. 243. 246 ff. 256. 259.

[5] S. die vor. Anm. und über die Gründe, auf welche sich Nikolaus I. stützt, Bd. II S. 11 und Schrörs S. 258 ff. namentlich S. 259 n. 82.

[6] Wegen der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über italienische Bischöfe, so den Erzbischof v. Ravenna s. die römischen Synoden v. 861. 862 u. 863, M. 15, 598. 658; Hefele 3, 249. 260. 274.

[7] Ausser der erwähnten Rothadschen Angelegenheit gehört weiter die direkt von Nikolaus auf der römischen Synode v. 863 ausgesprochene Verurtheilung der Erzbischöfe Thietgaud und Günther, Bd. II S. 11 n. 8, hierher. Auch die Synode v. Troyes 867 erkennt ausdrücklich die entscheidende Stimme des Papstes bei Absetzungen der Bischöfe an, ep. synod. 15, 795: „ut quae de statu sacri pontificalis ordinis statuta sunt, ut immota de cetero maneant, mucrone apostolico quorumcumque metropolitanorum temeraria praesumptione suppressa, quia etiam reliquorum episcoporum quorumcumque seu quantorumcumque audaci conniventia penitus summota, privilegia et decreta servari innovata constitutione decernatis, ita ut nec vestris nec futuris temporibus praeter consultum Romani pontificis de gradu suo quilibet episcoporum deiiciatur, sicut eorumdem sanctorum antecessorum multiplicibus decretis (vgl. Bd. IV S. 788 n. 5) et numerosis privilegiis stabilitum modis mirificis extat"; vgl. dazu auch Schrörs S. 288.

Ja auch das oberste Richterrecht über die orientalischen Patriarchen (Bd. IV S. 784) hat Nikolaus I. durch die Verurtheilung und Absetzung des Photius auf der römischen Synode v. 863, M. 15, 178. 274 u. 16, 106, wieder zur Geltung zu bringen gesucht, aber freilich ohne dauernden Erfolg.

Die Absetzungen des Bischofs Gregor v. Syrakus durch die eben gedachte römische Synode, s. Mansi ll. cc. und des Bischofs Rodoald v. Porto durch die v. 864, M. 15, 183 gehören nicht hierher, denn hier handelte es sich um zur römischen Provinz gehörige Bischöfe.

[8] Und trotz des c. 26 des allgemeinen Konzils v. Konstantinopel 869, M. 16, 177: „ut quicumque presbyter aut diaconus a proprio episcopo depositus fuerit propter aliquod crimen vel si quamlibet iniustitiam se pati dixerit et non acquieverit iudicio proprii episcopi dicens eum suspectum se habere et vel propter inimicitiam quam erga se tenuerit vel propter gratiam quam aliis quibusdam praestare voluerit, idcirco in se fuisse tale quid operatum', potestatem habeat ad metropolitanum ipsius provinciae concurrere et eam quam putat iniustam depositionem vel aliam laesionem denuntiare: metropolita vero ille libenter suscipiat huiuscemodi et advocet episcopum qui deposuit vel alio modo clericum laesit et apud se cum aliis etiam episcopis negotii faciat examen, ad confirmandum scil. sine omni suspicione vel destruendum per generalem (*al.* ampliorem, unter allen Umständen Provinzialsynode) synodum et multorum sententia clerici depositionem. Similiter etiam episcopos concurrere ad patriarchale caput decernimus, qui a metropolitis suis talia se pertulisse fatentur, ut apud patriarchas et metropolitas qui sub ipso sunt, iustam et sine suspicione sententiam quod movetur negotium accipiat. Insuper etiam nullo modo quisquam metropolitanorum [vel] episcoporum a vicinis metropolitis vel episcopis provinciae suae iudicetur, licet quaedam incurrisse crimina perhibeatur, sed a solo patriarcha proprio iudicetur: cuius sententiam rationabilem et iudicium iustum ac sine suspicione fore decernimus, eo quod apud eum honorabiliores quique colligantur ac per hoc

Stuhl fortgedauert[1], und wenn sich gleich im Westfrankenreich gegen diese Ausdehnung der päpstlichen Rechte Widerspruch[2] und zwar nicht ohne Erfolg[3] erhoben hat, ja selbst einzelne Synoden noch in alter Weise die Strafgerichtsbarkeit über Bischöfe selbstständig ausgeübt haben[4], so ist dies doch nicht von von durchschlagender Bedeutung gewesen. Vielmehr konnten die Päpste immer noch in manchen Fällen ihr oberstes Richterrecht ausüben[5], und vollends haben die seit der Ottonischen Zeit von den Kaisern im Verein mit den Päpsten abgehaltenen Synoden[6], welche u. A. auch Strafsachen der Bischöfe und selbst der Laien verhandelt haben[7], der

ratum et firmum penitus sit quod ab ipso fuerit iudicatum. Si quis autem non acquieverit eis quae a nobis edita sunt, excommunicatus existat", Anordnungen, welche hinsichtlich der Priester und Diakonen dem älteren Recht, Bd. IV S. 764, entsprechen und ebenso auch betreffs der Bischöfe und der Metropoliten, a. a. O. S. 768. 769, falls man das Verbot gegen die benachbarten Metropoliten und Suffraganbischöfe blos auf das Richten über einen Metropolitanbischof, nicht, wie das wohl inkorrekte [vel] im Widerspruch mit der vorhergehenden Stelle und dem Justinianischen Recht erfordert, auch auf das Richten über jeden einfachen Bischof bezieht. Im Abendland konnten diese Bestimmungen deshalb nicht von Einfluss sein, weil sie ein direktes Verbot der Diakonen und Priester den obersten Richter anzugehen, nicht aussprachen, und was die Gerichtsbarkeit über die Bischöfe und Metropoliten betraf, hier der römische Bischof an die Stelle des Patriarchen trat, falls aber das [vel] wirklich ächt ist, sogar darin dem letzteren die ausschliessliche Gerichtsbarkeit über alle Bischöfe, nicht blos über die Metropoliten, beigelegt sein würde.

[1] Hincm. ep. ad. Hadrian. II. 871, M. 16, 686; eiusd. ep. ad Hildebald. ep. Suesson., Flodoard. hist. Rem. III, 23, SS. 13, 532; annal. Bertin. a. 876 (Synode von Ponthion, Bd. III S. 557): „et sic iterum post multas contentiones de presbyteris diversarum parochiarum ad missos apostolici reclamantibus" (vgl. dazu auch das Urtheil über den Priester Adalgaud LL. 1, 534). Nicht hierher gehört ep. Joann. VIII. 875, Loewenfeld p. 33 betreffend eine Appellation gegen den unter Rom stehenden Bischof v. Florenz.

[2] Ep. Liutberti Mogunt. ad Adrian. II. 871, Jaffé mon. Mogunt. p. 332: „scire dignetur, quod si quando iustitia dictante criminibus publicis . . . resistere et eis cum adiutorio coepiscoporum nostrorum finem vel modum imponere conamur, potentiores quilibet, parvitatem nostram spernentes, quasi fera bestia vitam nostram lacerare . . consueverunt, adicientes et comminantes, apud vos de nobis se vindicaturos et de gradu episcopali depositūros"; ferner gehört die S. 283 n. 1 erwähnte Schrift Hinkmars hieher, welche wohl kaum in die Hände des Papstes gelangt ist, und in welcher er in Betreff der Bischöfe seine schon früher S. 282 n. 2 gedachte Auffassung, in Betreff der Priester aber die Ansicht vertheidigt, c. 13—19, Migne 126, 236 ff., dass diesen gegen die Entscheidung des Bischofs blos die Berufung an die Provinzialsynode zusteht, vgl. Schrörs S. 374.

[3] So hat der von Johann VIII. 876 dem Ansegis von Sens übertragene Vikariat über Gallien und Germanien mit dem Rechte, statt des Papstes Synoden abzuhalten, Bd. I S. 597, keine Anerkennung gefunden, Schrörs S. 358 ff. 361 ff., und in dem Streite Hinkmars v. Rheims mit Hinkmar v. Laon lag in dem Verhalten Hadrians II. und in der Bestätigung der Absetzung des Laoner Bischofs durch Johann VIII. ein Zurückweichen des Papstthums vor, Bd. II S. 12 und Schörs S. 350. 360.

[4] So hat 886 ein Konzil mehrerer Erzbischöfe zu Nimes gegen zwei Bischöfe die Degradation, S. 52 Anm. unter b, und 899 eine bairische Provinzialsynode gegen den Bischof Wiching v. Passau die Absetzung ausgesprochen, annal. Fuldens. a. 899.

Wenn Tribur 895 c. 30, M. 18, 147 (c. 3 Dist. XIX) dem römischen Stuhl die Entscheidung über Geistliche im Fall des Verdachtes der Fälschung päpstlicher Briefe vorbehalten hat, so ist dies offenbar nur aus dem Grunde geschehen, weil die Fälschung in Rom am sichersten festgestellt werden konnte.

[5] In Italien ist das oberstrichterliche Recht des Papstes unbeanstandet geübt worden, Johann VIII. hat z. B. auf seinen römischen Synoden 879 den Erzb. Ausbert v. Mailand abgesetzt, J. E. n. 3294. 3305. 3306, M. 17, 164. 165. 166; 880 eine vom Erzb. v. Ravenna gegen den Herzog Deusdedit ausgesprochene Exkommunikation aufgehoben, J. E. n. 3328, M. 17, 205 und 881 den eben genannten Erzbischof exkommunicirt, J. E. n. 3354, M. 17, 216. Auch die Reichssynode v. Hohenaltheim 916, Bd. III S. 560, welche in c. 13, Bd. II S. 13 n. 2, nur der Appellation gegen die Urtheile der Provinzialsynode erwähnt, lässt in c. 30. 31, LL. 2, 559 die Ausübung einer Strafgewalt über die dort genannten Bischöfe hervortreten, und ferner hat Agapit II. 949 die Verurtheilung des Bischofs Hugo v. Rheims durch die Synode v. Ingelheim bestätigt, Flodoard. ann. 949, SS. 3, 399 und der Provinzialsynode v. Rheims 975, auf welcher die Exkommunikation gegen B. Theobald v. Amiens ausgesprochen worden ist, S. 285 n. 1, ein päpstlicher Legat beigewohnt.

[6] Vgl. Bd. III S. 565.

[7] So Rom 962 (Exkommunikation des ehem. Rheimser Bischofs Hugo) Bd. III S. 565 n. 2; Pavia 997 (Suspensionen verschiedener Bischöfe, Jaffé, mon. Mogunt. p. 351; Rom 998 (Absetzung des B. v. Vich, M. 19, 227); Rom 998 o. 999 c. 5. 6 (Suspensionen und Absetzungen französischer Bischöfe) und c. 1 (Androhung des Anathems gegen den König v. Frankreich, M. 19, 225).

späteren Bethätigung dieses Rechtes freie Bahn geschaffen [1], wie denn schon gegen Ende des 10. Jahrhunderts die Synode von S. Basol (991) mit ihrem Versuch, die Absetzung eines Bischofs trotz der vorher an den Papst eingelegten Appellation selbstständig zu verhängen [2], schliesslich gescheitert ist [3].

Für die Verwirklichung der Reformtendenzen, welche seit der Mitte des 11. Jahrhunderts von der Kurie verfolgt wurden, und welche die Päpste zunächst wesentlich durch die von ihnen selbst oder die von ihren Legaten abgehaltenen Synoden in der Kirche durchzuführen suchten [4], war die unmittelbare Handhabung der Strafjurisdiktion über die Bischöfe von wesentlicher Bedeutung, da sie der Kurie das Mittel bot, diejenigen, welche sich ihren Bestrebungen widersetzten, aus ihren Stellungen zu entfernen, andererseits aber auch ihre Anhänger gegen Absetzung durch die Gegenparteien zu schützen. Deshalb wird nicht nur seit der Mitte des 11. Jahrhunderts in den Kreisen der Reformpartei [5] und seitens der Päpste im Anhalt an die Lehren Pseudo-Isidors der Satz betont, dass kein Bischof ohne Zustimmung des päpstlichen Stuhles abgesetzt werden dürfe [6], sondern auch im umfassendensten Masse durch sie oder ihre Legaten [7] von diesem Rechte Gebrauch gemacht [8]. Ja, schon seit Ende des 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts hat dieses päpstliche

[1] Vgl. auch die Synode v. Rheims 975, welche unter Vorsitz eines päpstlichen Legaten den Bischof Theodor v. Amiens exkommunicirt hat, M. 19, 59.

[2] Bd. II S. 13 n. 2 u. Bd. III S. 569. Wenn Kober Deposition S. 457 bemerkt, dass die Majorität der Synode nicht gewagt hat, die frühere Disciplin als geltende hinzustellen, und ihre Kompetenz nur auf einen Nothfall, den der Unthätigkeit des Papstes in der Angelegenheit, gegründet habe, so wird von ihr allerdings auch auf dieses Moment Bezug genommen, aber ihr Widerstand war zugleich ein principieller, da sie das Recht des Papstes, die alten Kanonen zu ändern in Zweifel gezogen, und dadurch die pseudo-isidorische Praxis der Päpste zurückgewiesen hat, Bd. III S. 724 n. 7.

[3] Denn eine Legatensynode zu Rheims 995 hat ihre Beschlüsse kassirt, Bd. III S. 570, und Gerbert, der Gegner des abgesetzten Bischofs, die Seele der früheren Opposition, hat als Papst, diesen selbst restituirt, ep. Silvestr. II 999, J. L. n. 3908, M. 19, 242: „Quapropter tibi, Arnulfo Remensi archiepiscopo, quibusdam excessibus pontificali honore privato, subvenire dignum duximus, ut quia tua abdicatio Romano assensu caruit, Romanae pietatis munere credaris posse reparari“.

Allerdings kommen noch später vereinzelte Anklänge an das alte Recht vor, s. die S. 56 n. 4 citirte Vorschrift der Synode v. Limoges 1031, welche aber wohl kaum aus einer Opposition gegen die römische Lehre hervorgegangen ist.

[4] Bd. III S. 330. 517 ff. 534.

[5] S. ep. Deoduin. episc. u. 1050, Bd. II S. 13 n. 3.

[6] Leo IX. ad Thom. ep. Carth. 1053, J. L. n. 4304, M. 19, 658: „Hoc autem, nolo, vos lateat, non debet praeter sententiam Romani pontificis . . . episcopos damnari vel deponi . . . quia licet etsi vobis aliquos episcopos examinare, diffinitivam sententiam absque consultu Romani pontificis non licet dare, quod in ss. canonibus (d. h. Pseudo-Isidor) statutum, si quaeritis, potestis invenire; Alexander II. ad episc. Daniae u. 1061, J. L. n. 4474, Loewenfeld p. 38: „neminem archiepiscopum neque patriarcharum episcopum posse deponere canonice, nisi prius data fuerit sententia sedis apostolice“; vor Allem Gregor VII. dictat. II. 55 a (S. 51 n. 8).

[7] Denen der cit. dictat. dieses Recht ebenfalls beilegt.

[8] So von Leo IX. zu Rheims 1049, S. 54 n. 3; durch Legaten Viktors II. zu Lyon und Lisieux 1055, M. 19, 837. 842; Hefele 4, 788; durch Alexander II. 1063 J. L. n. 4538, M. 19, 978; Ewald, neues Arch. 5, 340 n. 67; durch Legaten desselben Winchester 1070, M. 19, 1079; durch Gregor VII. auf den Synoden 1075, Jaffé, mon. Gregor. II. 52a, p. 170. 172; 1078, V. 11a, p. 305; 1080, VII. 14a. p. 399, durch Legaten Gregors 1073 I. 16 p. 29 u. V. 11 p. 301; vgl. ferner wegen Hermanns v. Bamberg V. 1—3 (1077) p. 203 u. K. Beyer i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 22, 535. 537 ff. 553. 552; durch Paschalis II. 1106 zu Guastalla, Chron. reg. Colon. SS. 17, 746, vgl. auch Guleke, Deutschlands innere Kirchenpolitik. Dorpat 1882 S. 38. 42 ff., durch Legaten Paschalis' II. 1100, M. 20, 1118; Hefele 5, 261; durch Honorius II. 1127, Jaffé mon. Bamberg. p. 399. 405 ff., 1128, G. Schmidt, Urkdbch. des Hochstifts Halberstadt 1, 133; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 212; durch Innocenz II. 1135 zu Pisa, Bd. III S. 525 n. 3; Ztschr. f. K. R. 16, 151; durch Legaten Hadrians IV. 1153 zu Worms (Absetzung Erzb. Heinrichs v. Mainz) Böhmer-Will, Regest. d. Mainzer Erzbischöfe 1, 350; Hefele 5, 536.

Recht so gut, wie allgemeine Anerkennung [1] gefunden [2], und wenn man sich auch in vereinzelten Fällen darüber hinwegsetzte [3] oder sogar selbst Widerstand leistete [4], so konnte dies doch an dem Ergebniss der Entwicklung nichts mehr ändern.

Aber nicht blos durch die Verhängung von Absetzungen, sondern auch in anderen Beziehungen haben die Päpste in der erwähnten Zeit ihre Strafgewalt über die Bischöfe geübt, und dieselben zur Verantwortung gezogen [5], um so mehr, als sich in

[1] Charakteristisch ist einmal, dass Rouen 1072 c. 20, S. 279 n. 7, im Gegensatz zu seinen Vorlagen, den afrikanischen Konzilien und der Synode v. Tribur 895 c. 10, a. a. O. n. 5 u. 6, nur noch die Zahl der zur Absetzung von Priestern und Diakonen, nicht der zur Deposition eines Bischofs erforderlichen Bischöfe angiebt und ferner, dass auf der von Heinrich IV. veranlassten Synode v. Mainz 1085 die Bischöfe der Gregorianischen Partei unter dem Vorsitz der Legaten des Gegenpapstes Clemens' III. (Wibert) abgesetzt worden sind, Böhmer-Will 1, 220; Hefele 5, 182.

[2] Siegfried von Mainz betont allerdings 1073, Jaffé mon. Bamb. p. 86 (Forschgen. z. deutsch. Gesch. 21, 413) mit Rücksicht auf die von Alexander II. erfolgte Suspension seines Suffragans Jaromir v. Prag: „Debuit namque iuxta decreta canonum ad nos primum causa deferri et ille ad concilium vocatus intra provinciam inter fratres suos audiri. Ego vero et fratres mei deberemus ad apostolicam sedem velut ad caput nostrum referre, si tanta res esset, ut per nos nec posset nec deberet terminari" noch das Recht der Provinzialsynode, freilich aber auch ohne Erfolg, Max Herrmann, Siegfried I. v. Mainz. Inaug. Diss. Jena 1889. S. 71. 73 ff.

[3] So die erzbischöfliche Synode v. Rheims, welche den von Urban II. freigesprochenen Bischof v. Beauvais nochmals aburtheilte und deren Erkenntniss dann der Papst vernichtete, ep. v. 1094, J. L. n. 5522, M. 20, 711. Im J. 1112 hat in Mailand eine Gegenpartei den Erzb. Grossulanus zu verdrängen und abzusetzen versucht und einen anderen (Jordan) gewählt, Jaffé mon. Bamb. p. 288; Anemüller, Gesch. d. Verfassung Mailands 1075—1117. Halle 1881. S. 29; Hefele 5, 332, aber von definitivem Erfolg ist dies nicht gewesen, vielmehr riefen beide Parteien Paschalis II. an, welcher 1116 (auf der Lateransynode) Grossulanus auf sein früheres Bisthum zurückversetzte und dem Jordan das Bisthum Mailand übertrug M. 21, 146 ff.; Hefele 5, 333. 335. Ohne die Mitwirkung des Papstes ist also auch diese Angelegenheit nicht erledigt worden.

[4] Legatenkonzil v. Poitiers 1110, M. 19, 1119: „Ipse vero (B. v. Autun) quamquam depositus, quamquam a consortio et communione ecclesiae sequestratus, stolam retinuit et annulum, bona tamen episcopii clerici providebant et disponebant: omnimodis id aegre ferente archiepiscopo (Erzb. Hugo v. Lyon), quod extra voluntatem suam et accusatus et depositus foret a se sacratus episcopus: querimonia extra provincia ventilata per manus legatorum nec ad se qui metropolitanus et primas erat, infra provinciam relata secundum scita canonica".

Nachhaltig war nur der Widerstand in England, Paschal. II. ad reg. Henric. I. et episc. Angliae 1117, J. L. n. 6453, M. 20, 1067: „Vos autem inconsultis nobis etiam episcoporum negotia definitis, cum martyr Victor ecclesiae Romanae pontifex dicat: Quamquam conprovincialibus episcopis accusati causam pontificis scrutari liceat, non tamen definire inconsulto Romano pontifice permissum est" (Hinschius Ps.-Is. p. 127). Zephyrinus . . . quoque . . .: Iudicia episcoporum maioresque causae a sede apostolica et non ab alia sunt terminanda" (ibid. p. 132).

Wenn nach Szaboles 1092 c. 4, M. 20, 761: „Si quis autem episcopus aut archiepiscopus ab illicitis coniugiis separari nolenti, spreto synodali decreto (s. c. 1) aut consilium aut consensum praebuerit aut ei ecclesiam dederit aut aliquid quod in ordinem pertinet, agere permiserit, a rege et coepiscopis suis secundum quod rationabile videbitur, is dijudicetur", so handelt es sich hier bei der Festsetzung der Kompetenz der Reichssynode nicht um die Absetzung.

[5] Vgl. d. Vorladung des B. v. Laon allerdings auf Anklagen aus Frankreich durch Silvester II. nach Rom 1001, J. L. n. 3914, M. 19, 241; Aufträge Alexanders II. zu Untersuchungen gegen Bischöfe 1061 u. 1063, J. L. n. 4473. 4527, M. 19, 944. 945. Namentlich sind seit der Mitte des 11. Jahrh. vielfach Suspensionen und Exkommunikationen gegen Bischöfe verhängt worden, von Leo IX. zu Rom 1050 (Exk. d. Bischöfe d. Bretagne) J. L. n. 4225, M. 19, 679 u. zu Vercelli 1050 (Erzb. v. Ravenna), Watterich vit. pontif. 1, 106. 189; vgl. auch Bröcking, französ. Politik Leos IX. Stuttgart 1891 S. 28; von Alexander II. zu Rom 1063 (Exk. d. Gegenpapstes Cadalus v. Parma) Annal. Altham. SS. 20, 812; von Gregor VII. zu Rom 1075. 1076 u. 1078, reg. II. 55 a. III. 10 a. VI. 5. 6, Jaffé mon. Gregor. p. 170. 222 ff. 331, vgl. ferner V. 8 (1077) p. 297 u. VIII. 55 (1082) p. 509; und auf den Legatenkonzilien zu Poitiers 1078 u. Toulouse 1079 M. 20, 497. 457; von Paschalis II. zu Guastalla 1106, M. 20, 1213. 1214 (vgl. auch J. L. n. 6445, M. 20, 1009), zu Troyes 1107, M. 20, 1218. 1219; Paschal. II. ad Conrad. Salzb. J. L. n. 6622, M. 20, 418, und auf dem Legatenkonzil v. Valence 1106 p. 1118; Paschal. II. u. 1116, J. L. n. 6539, Jaffé, mon. Mogunt. p. 386 (Beauftragung des Erzb. v. Mainz mit der Untersuchung und der Aburtheilung d. B. Adelbert v. Augsburg „ad quem huiusmodi discussio pro metropolitanae dignitatis debito attinet"); auf dem Legatenkonzil zu Chalons a. d. Marne 1128 (B. Heinrich v. Verdun), M. 21, 403: Hefele 5, 403; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg 1, 249; von Gelasius II. 1118 (B. Otto v. Bamberg), Jaffé mon. Bamberg. p. 327. 386); von Honorius II. u. 1130 (Erzb. Friedrich v. Köln) J. L. n. 7403 u. 8371; Bern-

vielen Fällen von vornherein gar nicht übersehen liess, ob es zu einer Absetzung kommen würde oder nicht [1]. Soweit die Päpste dabei (und dies ist in der Regel noch im 11. Jahrhundert geschehen) in Gemeinschaft mit den von ihnen einberufenen Synoden handelten [2], hätte diese Ausübung der Strafgewalt, da sie von ihnen nicht als ausschliessliche Befugniss, wie die zur Absetzung der Bischöfe beansprucht wurde, vom Standpunkt des damaligen Rechtes damit gerechtfertigt werden können, dass nach dem letzteren jedes höhere synodale Organ die Zuständigkeit der ihm untergeordneten kirchlichen Oberen und Synoden wahrzunehmen befugt war [3], und dass die päpstlichen Synoden der hier fraglichen Zeit eine solche oberste Stellung besessen haben [4]. Da indessen das Papstthum erst seit der Mitte des 11. Jahrhunderts bemüht war, den letzteren diesen Charakter zu geben, so leitete man das erwähnte Recht in Übereinstimmung mit Pseudo-Isidor aus dem Primate her, und, nachdem sich unter Theilnahme der erwähnten Synoden eine feste Praxis festgestellt hatte [5], konnte schon Gregor VII. dasselbe [6] ausdrücklich für eine von der Mitwirkung der Synoden unabhängige Primatialbefugniss erklären [7].

Unter dem Einfluss der geschilderten Übung hat die Doktrin die Widersprüche, welche das Dekretum Gratians insofern aufweist, als es sowohl einzelne ältere, die früheren Kompetenzen der Metropoliten und Synoden anerkennenden Kanonen [8], andererseits aber auch einzelne Stellen aus den in sich selbst nicht übereinstimmenden pseudoisidorischen Dekretalen, welche die Zuständigkeit des Papstes für alle Strafsachen aussprechen [9], aufgenommen hat, in der Weise ausgeglichen, dass sie der bisherigen Übung gemäss die Befugniss zur Absetzung der Bischöfe dem Papste allein und ausschliesslich zusprach [10], in den sonstigen Strafsachen der Bischöfe aber die Zuständigkeit der früher berechtigten Organe anerkannte [11]. Innocenz III. endlich, unter welchem die Ausübung des Absetzungsrechtes durch den Papst oder die von ihm beauftragten Legaten ohne jede synodale Mitwirkung bereits die Regel geworden ist [12], hat die fragliche Befugniss als eine dem Papst mittelbar durch das göttliche

hardi, Lothar v. Supplinburg S. 218; Beispiele aus der Zeit Innocenz' II. und Eugens III. bei Bernhardi, Konrad III. 1, 442 u. 2, 708. 726.

1 Vgl. ep. Arnold. II ep. Colon. ad Eugen. III. 1152, Jaffé, mon. Corbeiens., p. 518 (betr. die Verhandlung einer Anklage gegen d. B. v. Minden auf der Kölner Provinzialsynode): „Post huiusmodi confessionem cum purgationem suam innocentiae nobis offerret . . . non fuimus ausi eam audire . . quia talium excessuum vindictam vobis soli servastis“.

2 Vgl. die vor. Anmerkungen.

3 S. 280.

4 Bd. III S. 517 ff.

5 Bd. III S. 520. 726.

6 Beispiele der alleinigen Ausübung s. S. 286 n. 5.

7 In dem dictatus, s. Bd. II S. 15 n. 4. Die Entwicklung ist also hier ebenso wie bei der Ausbildung des päpstlichen Gesetzgebungsrechtes verlaufen, vgl. Bd. III S. 728.

8 S. die Bd. IV S. 758 n. 2, S. 763 ff. in den Anmerkungen, S. 775 n. 2 und S. 837 n. 5. 6 angeführten Stellen.

9 c. 6 (Ps. Dam.) C. III qu. 6 und die Anführungen Bd. II S. 11 n. 7.

10 Gloss. zu c. 6 C. III qu. 6 s. v. Non tamen diffinire: „suspendere et excommunicare potest metropolitanus, Dist. XII c. 13 (Toledo 675), C. XI qu. 3 c. 4 (Sardica) et Dist. XVIII c. 4 (Antioch.): itemque absolvere potest secundum plerosque, si est innocens . . . Ego contrarium credo, ut hic et c. V qu. 4 c. 1 et 2 (Augustin), sed obiicitur C. VI qu. 3 c. 3 (cap. incert.) et C. XXI qu. 5 (Antioch.), ubi dicitur, quod primas et concilium deponit episcopum. Sed illud fuit de licentia papae vel loquitur secundum ea tempora, quando causae episcoporum non deferebantur ad sedem apostolicam, Dist. XIX c. 1 (Nicol. I.)“.

11 S. die vor. Anm.

12 S. z. B. Potthart n. 2105 (Androhung bei Nichtbefriedigung der Bisthumsgläubiger 1204), n. 2516 (1205), n. 2601 (1205), n. 3113 (1207), n. 3530 (1208), n. 3841. 3842 (1209), n. 4519 (1212), n. 4533 (1212), n. 4555 (1212), n. 4668 (1213), n. 4730 (1213), n. 4739 (1213), n. 4748 (1213) und wegen der Absetzung Adolfs v. Köln 1205 Potth. n. 2442, Schwemer, Innocenz III. u. d. deutsche Kirche 1198—1208. Strassburg 1882 S. 108 ff. Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 366.

Recht verliehene in Anspruch genommen [1]. Nachdem diese Erklärung Aufnahme in das Dekretalenrecht gefunden hatte [2], war das päpstliche Reservatrecht der Absetzung der Bischöfe vom Standpunkt der katholischen Kirche aus principiell nicht mehr anzufechten [3] und ist daher bis heute in Geltung geblieben. Was die übrigen Strafsachen der Bischöfe betrifft, so hat das Dekretalenrecht dagegen den Standpunkt, welchen die an Gratian anknüpfende Theorie [4] und Praxis [5] eingenommen hat, festgehalten [6], ohne dass dadurch dem Papste das schon früher ausgeübte Recht genommen war, einzelnen Bischöfen Privilegien dahin zu ertheilen, dass gegen sie nur mit spezieller Zustimmung des päpstlichen Stuhles oder blos durch einen Legaten a latere die Verhängung einer Exkommunikation oder Suspension oder eines Interdikts statthaft sein sollte [7].

Auch in Betreff der Nichtbischöfe [8], insbesondere der Äbte [9] und in Betreff der Laien [10] haben die Päpste theils auf Grund ihrer Primatialstellung, theils auf Grund

[1] c. 2 (Potth. n. 575 v. 1199) X de translat. I. 7: „... Non enim humana, sed potius divina potestate coniugium spirituale dissolvitur, quum per translationem [vel] depositionem aut [etiam] cessionem auctoritate Romani pontificis, quem constat esse vicarium Jesu Christi, episcopus ab ecclesia removetur: et ideo tria haec, quae praemisimus, non tam canonica quam institutione divina soli sunt Romano pontifici reservata . . . Unde cum non sit maius vinculum episcopi ad ecclesiam quam electi, maxime quum fuerit confirmatus, immo idem penitus et non aliud, idem iuris obtinet in utroque. Sicut ergo episcoporum translatio [vel etiam] depositio et cessio, sic et electorum post confirmationem spiritualis ratione coniugii soli est Romano pontifici reservata". Dass Innocenz III. den Gedanken Gregors VII. (S. 287 n. 7) klarer stellend, nicht an eine direkte göttliche Übertragung des Depositionsrechtes denkt, sondern dasselbe nur als Ausfluss des göttlich eingesetzten Primates auffasst, ergiebt ep. I. 46, 1198, P. n. 53; Migne, opp. 1, 45: „Cum ex illo generali privilegio, quod b. Petro et per eum ecclesiae Romanae dominus noster indulsit, canonica postmodum instituta continentia maiores ecclesiae causas esse ad sedem apostolicam perferendas ac per hoc translationes episcoporum sicut depositiones eorum et sedium mutationes ad summum apostolicae sedis antistitem de jure pertineant".

[2] S. d. vor. Anm.

[3] Allerdings hat noch 1306 der Erzb. Heinrich v. Köln den B. Otto III. v. Münster wegen Verschleuderung der Kirchengüter, Meineides und Verletzung der Treue gegen den Erzbischof mit einer Diöcesansynode trotz der Appellation des Angeschuldigten zur Absetzung verurtheilt, aber die Kurie erklärte die in Folge dessen stattgehabte Neuwahl Konrads 1308 o. 1309 für nichtig, und die Restitution des entsetzten Bischofs konnte nur deshalb nicht erfolgen, weil derselbe vor der Entscheidung der Kurie gestorben war, Perger, Otto v. Rietberg, Münster 1858. S. 27 ff. 57 ff., Hefele 6, 424; Loegel, d. Bischofswahlen zu Münster, Osnabrück und Paderborn seit d. Interregnum. Paderborn 1883. S. 211 ff. 239. Dagegen ist der Erzbischof Heinrich v. Mainz 1346 durch Clemens VI. allein abgesetzt worden, C. Müller, d. Kampf Ludwigs d. Baiern m. d. röm. Curie 2, 214. 226.

[4] S. 287 n. 10.

[5] D. h. also an der Konkurrenz des Papstes neben dem Erzbischof, s. einerseits Innoc. III. Potth. n. 2019 (1203), n. 2129 (1204), n. 4323 (1211), n. 4634 (1213), ferner noch n. 1936 (1204) u. n. 2087 (1203), Schwemer S. 51, 100, und andererseits n. 4021 (1210), und wegen der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegen Nichtbischöfe Schwemer S. 17.

[6] c. 29 (Lateran. IV. 1215) X de praeb. III. 5; c. 52 (Honor. III.) X de sent. excomm. V. 39; c. 1 i. f. (Innoc. IV.) in VI de off. ordin. I. 16, s. des Weiteren Bd. II. S. 16 n. 2. Gegenüber den Erzbischöfen musste dagegen, weil sie unmittelbar unter dem Papst standen, nunmehr die Strafgewalt des Papstes völlig in den Vordergrund treten, s. P. n. 18157.

[7] S. das Privileg Innocenz' III. 1206, P. n. 2934, Migne 2, 1042 für den von ihm zum Priester und Bischof geweihten Bischof v. Arras; Gregors IX. 1235 für d. Erzb. v. Gran, Theiner, mon. hist. Hungariae 1, 139, P. n. 10049, u. 1241 für den B. Prag auf Ausschluss der Exkommunikations-, Interdicirungs- und Suspensionsgewalt des Metropoliten v. Mainz für vier Jahre, P. n. 11023, Würdtwein, nova subsidia 9, 30; Innocenz IV. 1245 für d. Erzb. v. Rheims P. n. 11614, und f. d. B. v. Brandenburg P. n. 11740, s. weiter P. n. 11761. 11921. 12077. 12101 a. 13772. 14026. 14035. 15537. 19651. 24125.

[8] S. wegen der Verurtheilung Berengars v. Tours zu Rom 1050 durch Leo IX. 1050, M. 19, 709; Hefele 4, 744, vgl. ferner Alexand. II. ep. 1064, J. L. n. 4548, M. 19, 958 (Äbte) und das Legatenkonzil zu Poitiers 1078 (S. 286 n. 5).

[9] 1146 ist Heinrich v. Corvey, epist. Wibert. 84, p. 158. 150 p. 232. 489 u. 1148 Aleholf v. Fulda durch einen Legaten Eugens III., ibid. 79, p. 154 u. 85 p. 158, Bernhardi, Konrad III. 2, 489. 697 abgesetzt worden, s. auch die Anm. 5.

[10] Exkommunikationen mehrerer Nonnen zu Lucca 1062, M. 19, 1021, des Grafen v. Anjou 1049, Bröcking, französ. Politik Leos IX. Stuttgart 1891, S. 37. 99 ff., eines normannischen Grafen zu Melfi 1067, p. 1063 durch Alexander II.,

der von ihnen ertheilten Schutzbriefe [1] ein unmittelbares Richterrecht ausgeübt [2], und wenn dies öfter hinsichtlich der Könige, Fürsten und weltlichen Grossen [3] als der gewöhnlichen Geistlichen geschehen ist, so erklärt sich diese Erscheinung daraus, dass die Handhabung der Strafgewalt über die ersteren von entscheidender Bedeutung für die Machtstellung des Papstthums war, während bei den letzteren derartige wichtige Interessen nicht in Frage kamen [4].

Was endlich die Stellung des Papstes als höchsten Appellationsrichters über die kirchlichen Oberen und die lokalen Synoden betrifft, so konnte diese, nachdem sie schon seit Leo I. im Anhalt an das Konzil von Sardika zur Geltung gebracht [5], und während der karolingischen Periode von Neuem zur Bethätigung gelangt war [6], kaum mehr principiell in Frage gezogen werden [7]. In den letzten Zeiten der Karolinger und während der Ottonischen Kaiserzeit sind allerdings, was sich aus der damaligen Lage des Papstthums erklärt, sehr wenig Appellationen nach Rom vorgekommen [8]. Aber, als das Papstthum seit der letzten Hälfte des 11. Jahrhunderts die führende Rolle in der Kirche übernimmt, mehren sich die Appellationen fortdauernd [9]. In

mehrerer weltlicher Grossen, des oströmischen Kaisers zu Rom 1075 u. 1078, Heinrichs IV. ebendaselbst 1076 durch Gregor VII., Jaffé, mon. Gregor. p. 170. 231. 330. 223, weltlicher Grossen durch Innocenz II. zu Pisa 1135, Ztschr. f. K. R. 16, 151. Wegen der Absetzung Heinrichs IV. und anderer deutscher Könige und Kaiser s. S. 43 ff. Vgl. auch S. 284 n. 7 a. E.

[1] So droht schon Johann XIII. 971, J. L. n. 3752, M. 19, 27 dem dux Alfric wegen Verletzung des Klosters Glaston („quae ad proprietatem et tutelam Romani pontificis pertinere dignoscitur")Exkommunikation und Anathem an; vgl. ferner das Schreiben eines Abtes an Benedikt VIII. v. 1022, M. 19, 407, nach welchem der Papst wegen der Verletzung des Klosters „qui sub tuitione et defensione s. Romanae ecclesiae constabat", die Thäter exkommunicirt hat. S. weiter Anastas. IV. 1153 J. L. n. 9784. 9785; M. 21, 778 und A. Blumenstock, d. päpstl. Schutz im Mittelalter. Innsbruck 1890. S. 118. Ob auch eine ähnliche Androhung Johanns XV. 991/996 J. L. n. 3861, M. 19, 82 auf diesen Gesichtspunkt zurückzuführen ist, lässt sich aus dem kurzen Schreiben nicht ersehen.

[2] Im 13. Jahrh. sind gegen die Verhängung der Exkommunikation, der Suspension und des Interdikts durch päpstliche Legaten oder Delegaten, bez. Subdelegaten ebenfalls für Äbte und Klöster, Potth. reg. n. 13374. 13783. 13802. 14084. 14115 a. 14271. 14493, für Kapitel, P. n. 13782. 13812. 13883. 14571. 15532 und für Laien, namentlich für städtische Obrigkeiten P. n. 14447. 14840 von den Päpsten Privilegien, theils auf bestimmte Jahre, theils unbeschränkte Privilegien ertheilt werden.

[3] So schon Johann VIII. gegen Lambert v. Spoleto 878, dessen Exkommunikation die Synode v. Troyes ausdrücklich anerkannt hat, c. 2, M. 17, 348; Hefele Conc. Gesch. 4, 528. 529, vgl. weiter S. 288 n. 10.

[4] Vielmehr die Anklagesachen gegen diese nur in besonderen Fällen, so namentlich im Fall der Aufstellung ketzerischer Lehrmeinungen, die Aufmerksamkeit der Päpste beanspruchten.

[5] Bd. IV. S. 783. 784.

[6] S. 283 n. 2 u. S. 284.

[7] So erkennt sie z. B. die Synode von Hohenaltheim 916 c. 13, Bd. II S. 13 n. 2 ausdrücklich an.

[8] Daher findet sich auch eine Opposition gegen diese Befugnisse des Papstes sehr selten. Ein Beispiel bietet die Synode v. S. Basol, welche auf die afrikanischen Konzilien und den afrikanischen Streit Anfangs des 5. Jahrh., Bd. IV S. 780, Bezug nimmt, M. 19, 136 ff., S. 285 n. 2. Auch das Verbot der Synode v. Seligenstadt 1023 c. 16, ohne Erlaubniss des Bischofs nach Rom zu gehen, verfolgt offenbar u. A. die Tendenz, die Appellationen an den Papst einzuschränken, vgl. Bd. III. S. 485.

[9] Vgl. z. B. Alexander II. 1064/1067, J. L. n. 4068, M. 19, 954; Urban II. 1094 J. L. n. 5522, M. 20, 711: „Nos itaque accusationem illam et sententiam illam contra ss. canonum instituta prolatam omnino irritam esse censemus et Belvacensem episcopum loco suo et officio restitutum firmamus ... Illum autem ita absolutum esse censemus, ut si qua deinceps quaestio emerserit, solo Romanae sedis iudicio terminetur"; vgl. ferner die Appellation Ivos v. Chartres gegen die Vorladung zu der französischen Reichssynode zu Rheims, Bd. III. S. 570 n. 6, M. 19, 796; und Hildeb. archiep. Turon. ep. II. 41 (82) ad Honor. II. u. 1125, Migne, patrol. 171, 265: „Quaslibet igitur appellationes in Romana vigere vel suscipi ecclesia cis Alpes auditum non est nec in sacris traditum institutis. Quodsi forte huiusmodi emerserit novitas, ut placeat omnem indifferenter admittere appellationem, pontificalis censura peribit et omnino conteretur ecclesiasticae robur disciplinae ... quis episcopus habebit in promptu non omnem dico, at aliquam ulcisci inobedientiam? Eius virgam quaevis appellatio quassabit . . . severitatem emolliet, adducens illi silentium et reis impunitatem delictorum; sic fiet, ut sacrilegia ac rapinae, fornicationes ac adulteria pernicioso pullulent incremento".

Folge dessen macht sich zuerst in England[1], dann auch in Deutschland und Frankreich das Bestreben geltend, dieselben möglichst zu hindern[2], und wenngleich trotz einer von Innocenz II. 1135 erlassenen, das Recht des päpstlichen Stuhles scharf betonenden Konstitution[3] die an sich nicht unberechtigte Opposition[4] der Bischöfe[5] einzelner Länder, welche auch durch die weltliche Gewalt unterstützt wurde[6], fortwährte, so war dieselbe doch nicht von dauerndem Erfolg. Schon gegenüber dem in dieser Zeit veröffentlichten Dekrete Gratians, welches die die Freiheit der Appellationen nach Rom anerkennenden älteren echten und die pseudoisidorischen Dekretalen wiedergab[7], war es unmöglich, die rechtliche Statthaftigkeit derselben zu leugnen, und vollends konnte gegenüber der Machtstellung des Papstthums unter Alexander III., welcher die betreffenden Befugnisse auch gegenüber den weltlichen Fürsten zur Anerkennung brachte[8], von einer Beschränkung derselben keine Rede mehr sein.

[1] Paschal. II. ad reg. Heinr. I. et episc. Angliae 1117, J. L. n. 6453, M. 20, 1067: „Vos oppressis apostolicae sedis appellationem subtrahitis, cum ss. patrum conciliis decretisque sancitum sit, ab omnibus oppressis ad Romanam ecclesiis appellandum". Hier waren früher, d. h. bis zum Verlauf des 12. Jahrh., wenigstens nach dem Bericht der englischen Schriftsteller solche Appellationen nicht üblich gewesen, Reuter, Alexander III. 1, 575 n. VIII.

[2] Vgl. die folgende Anm.

[3] J. L. n. 5494 (an den deutschen Episkopat), Theiner, disquis. criticae p. 207: ... „Inde etiam generali lege ecclesiae promulgatum, ut maiores causae ad examinationem sedis apostolicae devolvantur et oppressi omnes ad eam appellent (Bd. IV. S. 783 n. 1 u. S. 787 n. 7). Privilegium enim sibi in hoc appellandi sancta Romana reservavit ecclesia . . . Ceterum quod in laicis culpabile videtur, in clericis criminosum. At vero iuxta imperiales sanctiones, si iudices ordinarii provocationes estimaverint respuendas, XXX pondo auri mulctantur . . . Quanta igitur animadversione sit plectendus iudex ecclesiasticus, qui doctrinam matris suae s. Romanae ecclesiae abiicit et privilegium b. Petri infringere nititur . . . Exhortamur igitur fraternitatem vestram in domino, ut quemadmodum dignitatem vestram desideratis illibatam a sede apostolica custodiri, ita erga subditos mites sitis et praerogativam audientiae in nullo imminuere aut infringere de caetero attemptetis". Möglicherweise ist auch ein gleiches Schreiben an die französischen Bischöfe ergangen, Giesebrecht, Gesch. der deutsch. Kaiserzeit 4, 445; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 638 n. 13.

[4] Vgl. Bernhard v. Clairveaux ep. 178 ad Innoc. II. u. 1135 und de consideratione ad Eugen. III. u. 1152 c. 2, Migne 182, 340 u. 761, welcher, ebenso wie Hildebert, S. 289 n. 9, die daraus entsprechende Zerrüttung der Disciplin hervorhebt.

[5] So der englischen auf dem Londoner Konzil v. 1151, M. 21, 754. In Frankreich hat dagegen die Synode v. Sens 1141 in der Angelegenheit Abälards auf Appellation des letzteren, obwohl die Rechtsgültigkeit derselben bestritten werden konnte, M. 21, 562, Hefele 5, 458, die Entscheidung über die Person des Angeschuldigten „reverentiae deferentes" dem Papst überlassen, M. 21, 563; Innoc. II. J. L. n. 8148. 8149, M. 21, 564. 565.

[6] So musste Hadrian IV. in dem Vertrage mit König Wilhelm I. v. 1156, Watterich vitae rom. pontif. 2, 353 auf das Recht der Annahme von Appellationen aus Sizilien verzichten, während sie den Klerikern in Apulien, Calabrien und in den sonstigen Landestheilen unter Innehaltung des regelmässigen Instanzenzuges freigelassen wurde. In England liess Heinrich II. in den auf der Reichsversammlung zu Clarendon 1164 angenommenen Konstitutionen c. 8, Reuter, Alexander III. 1, 575: „De appellationibus si emerserint, ab archidiacono debent procedere ad episcopum et ab episcopo ad archiepiscopum; et si archiepiscopus defuerit, in iustitia exhibenda ad dominum regem perveniendum est postremo, ut praecepto ipsius in curia archiepiscopi controversia terminetur, ita quod non debeat ulterius procedere absque assensu regis" die Appellationen nach Rom ohne königliche Erlaubniss verbieten.

[7] c. 16. 17 (Gelas. I.) C. IX qu. 3, Bd. IV S. 787 n. 7; c. 3 ff. c. 16 C. II qu. 6, wozu Gratian, dicta zu c. 10. 12. 14, offenbar mit Rücksicht auf einzelne beschränkende Ansichten, welche die Appellation nur dem von Pseudo-Isidor als oppressus bezeichneten, dem Unrecht erleidenden oder wenigstens ungerecht Verurtheilten, gestatten wollen, ausführt, dass „nulli appellanti induciae sunt denegandae. Ceterum, si causa frustratoriae dilationis appellaverit, a iudice, ad quem provocatum fuerit, condempnabitur. Tempus vero appellationis est ante datam sententiam vel post datam. Quociens enim se pregrauari senserit, libere potest appellare".

[8] So gegen Heinrich II., welcher bei seiner Reconciliation zu Avranches 1172, Watterich 2, 590 n. 2: „Appellationes nec impedietis nec permittetis impediri, quin libere flant in ecclesiasticis causis ad Romanam ecclesiam, bona fide et absque fraude et malo ingenio" (ibid. p. 419) das frühere Verbot widerrufen musste, Reuter 3, 151. So bestimmt auch später noch das Konzil v. Rouen 1190 c. 13, M. 22, 584, dass die Bischöfe und ihre Offizialen denjenigen, welche ad apostolos (d. h. nach Rom) appelliren, nicht hinderlich sein sollen.

Unter Alexander III.[1] hat sich das mittelalterliche Recht, nach welchem dem Papst die Stellung einer obersten Appellationsinstanz[2], ferner aber auch die des erstinstanzlichen Richters für die ganze Kirche zukommt, definitiv festgestellt[3], und dieselbe findet nunmehr in der jetzt von der Doktrin gebrauchten Bezeichnung des Papstes als *iudex ordinarius omnium*[4] (d. h. aller Kirchen und aller Kleriker[5]) ihren Ausdruck.

§. 278. *cc. Die niederen Organe* (*Pfarrer*, *Kapitel*, *Archidiakonen*).

In Folge der spezielleren Durchbildung der kirchlichen Verfassung, der Entwicklung einer Reihe von Ämtern als Hülfsämtern für die Bischöfe, der Entstehung und der korporativen Gestaltung der Kapitel sowie der Ausbreitung und der zunehmenden Bedeutung des Ordens- und Klosterwesens ist in der hier fraglichen Periode die Beschränkung der Strafgewalt auf die Träger der ursprünglichen kirchlichen Leitungsämter und auf die Synoden fortgefallen, und es sind zu den bisherigen eine Reihe von neuen Amtsträgern und kirchlichen Organen hinzugetreten, welche ebenfalls einen Antheil an der Strafgewalt erworben haben.

1. Die Priester und Pfarrer. In der karolingischen Zeit[6] erscheinen nach einzelnen Stellen[7] die Priester (vor Allem wohl die Pfarrer) im Besitze des Exkommunikationsrechtes, also im Besitze einer selbstständigen Strafgewalt[8]. Sie haben dieselbe in einzelnen Gegenden wahrscheinlich daher erlangt, dass sie, nachdem die Zwangsbusse in erster Linie an Stelle der Strafe der Exkommunikation getreten war[9], die erstere, sofern sie nicht eine öffentliche zu sein brauchte[10], ihrerseits dem Schul-

[1] Schon das Later. III. 1179 setzt sie als völlig unbestritten voraus, und untersagt nur c. 6 (c. 26 X de appell. II. 26) die Appellation der „subiecti contra disciplinam ecclesiasticam ante ingressum causae" und weiter „ne monachi sive quicunque religiosi, quum pro aliquo excessu fuerint corrigendi, contra regularem praelati sui et capituli disciplinam appellare praesumant".

[2] Auch gegenüber den Entscheidungen ihrer Legaten und der von diesen abgehaltenen Konzilien haben die Päpste ihr oberstes Prüfungs- und Appellationsrecht festgehalten. Das zeigt sich in der Bestätigung derartiger Urtheile, s. Alexander II. 1064 u. 1061/1067, J. L. n. 4548. 4606, M. 19, 956. 959; Gregor. VII. reg. I. 16 u. V. 11, Jaffé, mon. Greg. p. 29. 301, Jouarre 1134, M. 21, 446; Hefele 5, 424; Gregor VIII. 1187, J. L. n. 16075, M. 22, 511, welcher auf Appellation die Sentenz des Legatenkonzils v. Mouson aufhebt; Hefele 5, 733. 734. Mitunter haben sie freilich die Appellation gegen das Urtheil des Legaten von vornherein ausgeschlossen, Urban II. 1089, J. L. n. 5419, M. 20, 679.

Eine weitere Konsequenz dieses obersten Rechtes ist auch die in Aussicht gestellte päpstliche Bestätigung von Urtheilen, welche die Bischöfe erst ergehen lassen sollen, s. z. B. Eugen III. 1153 J. L. n. 9688. 9690, M. 21, 688. 689.

[3] Das zeigt die vermehrte Anbringung der Sachen in Rom gerade seit der Zeit des gedachten Papstes und die damit zusammenhängende Ausbildung des Institutes und der Lehre von der iurisdictio delegata, Bd. I S. 172. Vgl. ferner c. 20 (Gregor. IX.) X de foro compet. II. 2.

[4] Innoc. IV. appar. ad decret. Gregor. IX. ad c. 17 X II. 2 n. 2.

[5] omnium ecclesiarum et clericorum, gl. casus zu c. 20 X II. 2 cit.

[6] Die früheren Zeiten angehörigen Stellen, nämlich const. apost. VIII. 27, s. Bd. IV S. 763 n. 6; c. 11 (Nov. Justin. 123) C. II qu. 1, a. a. O. S. 750 n. 3 a. E. und syn. inc. loci, a. a. O. S. 842 n. 1 können aus einer Übertragung der Strafgewalt seitens des Bischofs an den Priester erklärt werden.

[7] Cap. missor. c. 8, LL. 1, 455: „Ut unusquisque presbyter in brevia (l. e)t in sua parochia omnes malefactores vid. raptores, rapaces, adulteros, incestos, homicidas, latrones et eos extra ecclesiam faciat nisi penitentiam agere voluerint. Si se emendare noluerint, ad episcopi praesentiam perducantur"; Karol. cap. Pistens. 869 c. 10 p. 510: „Ut nemo episcopus, nemo presbyter excommunicet aliquem antequam causa probetur propter quam ecclesiastici canones hoc fieri iubent, et donec illum qui peccavit et inde aut sponte confessus aut aperte convictus fuerit, secundum evangelicum praeceptum ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habeat".

[8] Das ergeben die Stellen in der vor. Anm., für welche die Subintelligirung einer Übertragung der Stellvertretung des Bischofs ausgeschlossen ist.

[9] S. 86 ff.

[10] S. 94.

digen auferlegen konnten[1] und ihn bei etwaiger Hartnäckigkeit nicht nur thatsächlich vom Gottesdienst fernhielten, sondern ihn auch im Interesse einer schleunigen Repression ihrerseits exkommunicirten[2]. Auch in den folgenden Jahrhunderten[3] kommen noch Spuren einer solchen Strafgewalt vor. Es kann demnach nicht in Abrede gestellt werden, dass sich seit der karolingischen Zeit eine Strömung geltend gemacht hat, welche der Erwerbung einer gewissen Strafjurisdiktion durch die Pfarrer günstig gewesen ist[4]. Andererseits ergiebt sich aber, dass diese keinen durchschlagenden Erfolg gehabt hat, und deshalb sind später, als sich die Lehre festgestellt hatte, dass den Pfarrern keine *iurisdictio externa* zukomme[5], die Fälle, in denen einzelne Pfarrer sich im Besitze solcher Rechte erhalten hatten, als singuläre Erscheinungen be-

1 S. 94.

2 Betreffen doch die beiden cit. Stellen gerade das Verhältniss der Busse zur Exkommunikation.

3 Für das 11. Jahrhundert gehört, abgesehen von Seligenstadt 1023 c. 20, welches den Priestern verbietet, ohne Geheiss des Bischofs Jemand „in ecclesiam introducere, cui pro aliquo delicto illam ingredi non liceat", sich also gegen die Ausübung des in der Strafgewalt liegenden Absolutionsrechtes richtet, noch hieher Limoges 1031, M. 19, 540: „Presbyteri autem de ignotis causis, episcopi de notis excommunicare est, ne episcopi vilescat auctoritas". Von bischöflichen Reservatfällen, d. h. vom Vorbehalt der Lossprechung von Strafen, ist hier — so Kober, Kirchenbann 2 A. S. 473; Hefele 4, 695 — nicht im entferntesten die Rede, vielmehr ergiebt die Stelle, dass die Priester das Exkommunikationsrecht schlechthin ausgeübt haben, denn sie belässt es ihnen noch für die nicht bekannt gewordenen Sünden und Vergehen. So zweifelhaft die Unterscheidung zwischen den causae ignotae und notae bleibt, so können unter den letzteren doch nicht mit Thomassin, vetus et nova disciplina P. I lib. II c. 26 n. 6, die blos im Wege der Privatbeichte dem Priester mitgetheilten Sünden verstanden werden, denn wegen dieser konnte keine Exkommunikation, sondern nur eine beichtväterliche Fernhaltung vom Abendmahl erfolgen.
Für das 12. Jahrh. vgl. Rheims 1148 c. 12, M. 21, 719 (517): „Si quis episcoporum vel sacerdotum aliquem vinculo excommunicationis (p. 517: anathematis) innodaverit" u. c. 16, p. 720 (516): „qui vero ea corpora excommunicatorum (die unbegraben liegen bleiben sollen) infra coemeterium vel in lapide vel in ligno vel extra vel infra (516: vel in aqua) vel in domibus clericorum posuerit a sacerdote illius loci (das kann nur der Pfarrer sein) excommunicetur nec nisi ab episcopo illius provinciae solvatur, unius anni poenitentia corrigendus", ferner das Schreiben Alexanders III. an die Plebanen v. Poggio Imperiale di Firenze 1173/1176, J. L. n. 12666, v. Pflugk-Harttung acta 3, 244, worin dieser in Betreff eines v. Innocenz II. in den päpstlichen Schutz genommenen Hospitals mit Rücksicht auf die von ihnen vorgenommene Exkommunikation der Mönche und Kleriker desselben bemerkt: „Sicut enim non liceret vobis, clericos alterius episcopatus excommunicare, ita quoque et multo minus licuit vobis, monachos vel clericos nostros excommunicationi aut interdicto subicere", also ihnen nicht das Recht der Exkommunikation als solches, sondern nur mit Rücksicht auf den päpstlichen Schutzbrief (s. u. §. 282) abgesprochen wird; sowie die Bd. II S. 296 n. 6 angeführten Stellen; für das 13. die Citate ebendaselbst, Tarragona 1253, M. 23, 806, nach welchem den Priestern die Befugniss ertheilt wird, sich gegenseitig von der excommunicatio minor loszusprechen; Weisthum der Kanoniker des Doms u. der anderen Stifte zu Worms v. 1243 Boos, Urkdbch. d. Stadt Worms. Berlin 1886. 1, 143, wonach dem Pleban v. S. Magnus: „quemlibet parochialem parrochie inobedientem et ei sacramentaria iura aput extraneos rapiendo recalcitrantem licet per censuram ecclesiasticam ad ovile et ad viam veritatis revocare, hoc tamen adiecto, quod sine provido consilio et deliberata sententia iuratorum parrochie nullum possit in subditos suos excommunicationem effulminare"; London 1200 c. 9, M. 22, 718 und Canterbury um 1236 c. 40, M. 23, 427. 428 handelt es sich dagegen um eine kraft Delegation der Provinzialsynode durch die Priester zu verhängende Exkommunikation; vgl. auch Syn. Stat. v. Lemans 1247, M. 23, 762, wo ausdrücklich den Pfarrern das Recht gewährt wird, für eine ganze Reihe von Fällen die interdictio ingressus ecclesiae und die Exkommunikation zu verhängen, s. ferner Clermont 1268, ibid. p. 1211.

4 Daraus erklärt es sich auch, dass die Kapitel und ihre Würdenträger vielfach eine Strafgewalt geübt (s. unten zu No. 2), und dass die Kardinäle, soweit sie nicht Kardinalbischöfe waren, schon im Mittelalter eine iurisdictio quasi episcopalis, mithin auch die Strafgewalt über ihre Titelkirchen erlangt haben, Bd. I S. 352 n. 2. (Hierzu noch nachzutragen: ep. Alex. II. bei v. Pflugk-Harttung acta pontif. 2, 120. Wenngleich ich diese mit J. L. n. 4736 Alexander II. absprechen und sie wegen ihrer ungewöhnlichen Form und Fassung betreffs ihrer Ächtheit beanstanden möchte, so liegt ihr doch — worauf die nach der Adresse folgende kurze Inhaltsangabe ebenfalls hindeutet — möglicher Weise der Beschluss einer römischen Synode aus dem 11. Jahrh. zu Grunde.)

5 Also mit Ablauf des 13. Jahrhunderts, s. Bd. II S. 296 n. 4. Daher sprechen auch einzelne Konzilien des 14. Jahrh. den Pfarrern ausdrücklich das Recht zur Exkommunikation ab, s. z. B. Prag 1349, M. 26, 104.

trachtet und auf besondere Gründe, namentlich auf eine Ersitzung, zurückgeführt worden[1].

2. Die Kapitel. Ursprünglich hatte der Bischof, wie über alle anderen Geistlichen, so auch über die Mitglieder der Kapitel die Strafgewalt. In der karolingischen Zeit[2] hat sie aber schon an seiner Stelle der unter ihm stehende Archidiakon oder Präpositus ausgeübt. Nach der Aufhebung der vita communis war es gewöhnlich der Dekan, welcher eine solche Gewalt über die Kanoniker und den sonstigen Klerus der Kirche, soweit die Beobachtung der Statuten, die Innehaltung der Gottesdienst-Ordnung und etwaige andere Disciplinarvergehen in Frage kamen, mit dem Beirath des Kapitels handhabte[3]. Daneben blieb allerdings die Jurisdiktion des Bischofs bestehen, indessen gelang es den Kapiteln bei ihrem Streben nach selbstständiger Verwaltung ihrer Angelegenheiten und nach möglichster Unabhängigkeit vom Bischof theils auf dem Wege päpstlicher Privilegien, theils durch eigene Zugeständnisse der Bischöfe die Jurisdiktion der letzteren vielfach insoweit zu beschränken, als seitens derselben Strafen, vor Allem die Exkommunikation, die Suspension und die Interdicirung der Kirche nur nach vorgängiger Benachrichtigung[4] oder gar nur mit Zustimmung[5] des Kapitels verhängt werden durften. Zum Theil haben sie sogar darüber hinaus die Ausschliessung des bischöflichen Strafrechts über die zum Kapitel gehörigen Geistlichen[6] und selbst auch die völlige Exemtion von der bischöflichen Gewalt erlangt[7].

Abgesehen davon haben die Kapitel oder ihre Würdenträger auch über den Kreis des Stiftsklerus hinaus einzelne Rechte der Strafgewalt erworben[8], so namentlich die Befugniss diejenigen, welche sich Verletzungen ihrer Güter oder Gerechtsame

[1] Nach Massgabe des im Text Bemerkten modifizirt sich das Bd. II S. 296 Gesagte, es sind also das Citat a. a. O. n. 2 und c. 3 (Alex. III.) X de off. iud. ordin. den vorhin angeführten Stellen (S. 292 n. 3) an die Seite zu setzen und nicht aus dem Besitze besonderer Ämter neben dem Pfarramt zu erklären.

[2] Bd. II S. 53; Alfr. Schröder, Entwicklg. d. Archidiakonats. Augsburg 1890 S. 67.

[3] A. a. O. S. 92. 95 n. 7; Paschalis II. 1104 (Kollegiatkirche), Lucius III. 1184/1185, v. Pflugk-Harttung acta 1, 82 u. 3, 314.

Dass diese Gewalt lediglich auf leichtere Vergehen und leichtere Strafen beschränkt gewesen sei, so Ph. Schneider, d. bischöfl. Domkapitel. Mainz 1885 S. 145 n. 2, ist nicht richtig. Vgl. das Statut Theodors v. Utrecht 1209, M. 22, 806: „Si prior vel canonicus subtrahat vel detineat praebendam fratrum vel impediat, quominus bona ecclesiae debito more locentur, excommunicetur per hebdomadarium ad mandatum decani vel maioris de capitulo, si decanus praesens non fuerit, et reditus ipsius subtrahantur. Et si ad annum in malitia sua perseveraverit et ad unitatem redire noluerit, ipso iure sit dignitate vel praebenda privatus"; l. c. p. 807: „Si aliquis canonicus penitus fuerit inobediens, suspendatur per decanum a beneficio et per capitulum et si monitus tribus vicibus infra annum incorrigibilis permanserit, beneficium ei abiudicetur per decanum et capitulum".

Allerdings sind auch mitunter besondere päpstliche Ermächtigungen zur Verhängung schwererer Strafen, so für das Kapitel zu Bologna zur Entziehung der Kleiderpfründen bei Entwendung von Kapitelssachen, Alexander III. 1174/1176, v. Pflugk-Harttung acta 3, 245, für das Bremer zu der der Pfründen bei Nichtzahlung der schuldigen Abgaben, Cölestin III. 1195, J. L. n. 17188, Lappenberg, Hamburger Urkdbch. 1, 260, oder auch allgemein zur Verhängung von Strafen für gewisse Vergehen, Cölestin III. 1193, M. 22, 621 (für die Kanoniker in Genua: „illam quoque ordinationem, qua provisum est inter vos, ut capitulum vestrum puniendi canonice fratrem suum, qui se in utilitatibus ecclesiae pertractandis a communitate nequiter segregaverit, habeat potestatem, in sua firmitate concedimus permanere"), ertheilt worden.

[4] Bd. II S. 145 n. 6.

[5] A. a. O. S. 146 n. 1. Das consilium verlangt Lucius III. 1184/1185 (Genua), v. Pflugk-Harttung 3, 315.

[6] Bd. II S. 146. Lateran. IV. 1215 c. 7 (c. 13 X de off. iud. ord. I. 31) erkennt die Strafgewalt des Kapitels, wo sie hergebracht ist, ausdrücklich an, wahrt aber dem Bischof, falls das letztere trotz seiner Ermahnung gegen Schuldige nicht einschreitet, die Befugniss, seinerseits mit Strafen vorzugehen. Eine Anwendung betr. Linkoln unter Innocenz IV. 1245, Potthast n. 11833; Felten, Robert Grosseteste, B. v. Linkoln. Freiburg i. Br. 1887. S. 35.

[7] Bd. II S. 147.

[8] Seit dem 11. Jahrh.

erlaubten, mit Strafen, insbesondere mit der Exkommunikation und dem Interdikt zu belegen[1], ferner auch das Recht, das Interdikt über die ihnen unterstehenden Kirchen[2] und auch wohl selbst über die Kathedralkirche zu verhängen[3].

3. Weiter haben auch die Archidiakonen eine Strafgerichtsbarkeit innerhalb ihrer Archidiakonatssprengel[4], insbesondere die Sendgerichtsbarkeit[5], und

4. endlich nicht minder die Klöster und ihre Oberen sowohl in Folge der Erwerbung von Archidiakonalrechten[6], wie auch in Folge päpstlicher Privilegien abgesehen von dem Kreis der zu ihnen gehörigen Personen eine Strafgewalt nicht nur über die Verletzer und Beeinträchtiger ihrer Güter und Gerechtsame[7], sondern auch über die von ihnen abhängigen Kirchen, die von ihnen angestellten Priester und die ihnen zugewiesene Bevölkerung[8] erlangt.

[1] Und zwar bald mit, bald ohne Zustimmung des Bischofs, Bd. II S. 145 n. 1. S. 146 n. 4. 5, Anastasius IV. 1153, v. Pflugk-Harttung 3, 128 (Pisa, nach vergeblicher Anrufung des Bischofs): „tibi, fili archipresbyter et aliis sacerdotibus vestris canonicam in eos sententiam promulgandi licentiam damus"; Honorius III. 1217, Potthast, reg. n. 5603 (Paris ebenfalls nach vergeblicher Anrufung des Bischofs); Alexander III. 1163/1176 (Bologna, Exkommunikation mit Genehmigung des Bischofs) ibid. p. 241, andererseits Paschalis II. 1100/1115, J. L. n. 6432, M. 20, 1070 (Chartres, Exkommunikation u. Interdikt ohne Betheiligung des Bischofs); vgl. ferner Lucius III. 1183, J. L. n. 14930, Migne 201, 1227, hier allgemein das Recht zur Verhängung von censura ecclesiastica eingeräumt, und 1184/1185 J. L. n. 15254 (Exkommunikation in parochianos malefactores"); Calixt II. 1122/1124, Loewenfeld epistolae p. 81 (Exkommunikation, anscheinend selbständig); Innocenz III. 1198, Migne 1, 267 (ebenso); Urban IV. 1262, Potth. n. 18294 (für Xanten Interdikt und Anathem), Nikolaus IV. 1289, P. n. 23011 (für Lyon Einräumung des „gladius spiritualis"); Martin IV. 1282 P. n. 21857, M. 24, 389 (Tours) dipl. d. B. v. Schwerin 1273 (für den Diakon des Kollegiatstiftes Bützow), Mecklenb. Urkdbch. 2, 456: „reservata duntaxat decano auctoritate, quoad detentorum decimarum seu reddituum praebendalium canonicorum Butzoviensium in praedicta parrochia commorantium si legitime satisfacere non curarint, ut auctoritate propria excommunicare valeat". Vgl. auch Bd. II S. 146.

[2] Bd. II. S. 147; Alexander III. 1170/1180, v. Pflugk-Harttung 3, 274: „presbyter autem qui in eadem ecclesia ministrabit, generale interdictum et sententiam, quam in aliquem specialiter archipresbiter in sua parochia tulerit, suscipiet et servabit". Doch verordnet schon andererseits Gelasius II. 1120, J. L. n. 6817, M. 21, 198 bei Ertheilung des päpstlichen Schutzes an die Kanoniker in Besançon: „vestris archipresbyteris et archidiaconis interdicimus, ut ecclesias vestras et earum presbyteros seu clericos praeter archiepiscopi et totius capituli vestri commune consilium interdictionis sententiae subdere non praesumant".

[3] Bd. II S. 147 n. 5. 6. Schon seit dem Ende des 12. Jahrhunderts waren aber die Päpste genöthigt, gegen den Missbrauch dieser Befugniss einzuschreiten. Clemens III. 1195, J. L. n. 16608, M. 22, 568, verbietet die Verhängung durch einen Kanoniker allein, und Lateran. IV. 1215 c. 7 (c. 13 X de off. iud. ord. I. 31) erklärt den Bischof für nicht verpflichtet, ein vom Kapitel ohne genügenden Grund, namentlich aus Feindseligkeit gegen ihn, über die Kathedralkirche verhängtes Interdikt zu beachten und bestellt den Metropoliten zum päpstlichen Delegaten für die etwa entstehenden Streitigkeiten. Über die spätere Gesetzgebung s. Bd. II S. 147 n. 6.

[4] S. darüber Bd. II S. 187. 188. 194, 198 und A. Schröder, Entwicklg. d. Archidiakonats S. 76, welcher S. 77 n. 28 die Synode Walters v. Sens, er citirt c. 13, M. 18, 323, noch nach der herkömmlichen irrigen Ansicht in das 10. Jahrh. setzt, während sie in das 13. gehört, Bd. III S. 588 n. 1.

[5] Bd. II S. 199 u. §. 288. Über die Erwerbung derselben durch Erzpriester, Klöster und auch Pfarrer Bd. II S. 199 und den citirten §. 288.

[6] S. d. vor. Anm.

[7] In demselben Umfange, wie die Kapitel, s. Anm. 1, vgl. ep. Clement. III. 1188, J. L. n. 16365, Migne patr. 204, 1411 für Montecasino ep. Coelest. III. 1192, J. L. n. 16811. 16820, Migne 206, 916 für Clüny, die ältere Privilegien (s. vorher) in Bezug nehmende ep. Innoc. III. für Montecasino 1203, Migne opp. 2, 204, Potth. n. 2057 (auch n. 2076) auf Verhängung der Exkommunikation nach vergeblicher Anrufung der Bischöfe; ferner Honorius III. 1217 (Dol ohne diese Beschränkung) Pressutti, regesti del pontef. Onorio III. n. 748. 763. 1416 (Widerruf desselben). Bei Innocenz III. 1198, P. n. 151, Migne 1, 182 wird dem Abt die Ausübung des Exkommunikations- und Interdicirungsrechtes vice nostra übertragen, er soll also nicht kraft eigenen Rechts, sondern als ein für alle Mal durch päpstliches Privileg bestimmter Delegat mit der ihm übertragenen Strafgewalt vorgehen, wenn die Bischöfe nicht rechtzeitig gegen die Übelthäter einschreiten.

[8] Vgl. z. B. Priv. Paschalis' II. 1105, J. L. n. 6053, M. 20, 1058; Eugens III. 1145, J. L. n. 8778, v. Pflugk-Harttung acta 1, 71; Lucius III. 1185, J. L. n. 14939: „ut quotiens homines eorum contingerit accusari (des Klosters Savigny), non nisi in curia eorum, iustitiam facere compellantur ita ut magis debeant per idoneam poeni-

§. 279. *b. Der Charakter der Straf- und Disciplinarstrafgewalt (bannus episcopalis und papalis) und die Trübung desselben.*

Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt ist während dieser Periode trotz der Fortentwicklung des kirchlichen Strafrechtes und namentlich trotz der vermehrten Bedrohung bestimmt ausgezeichneter Handlungen mit Strafen nicht zu einem blossen Recht der Verhängung der durch die Kirchengesetze ein für alle Mal festgesetzten Strafen geworden, sondern jetzt noch, wie in der früheren Zeit zugleich auch das Recht der kirchlichen Organe, vor Allem der Synoden und Bischöfe, für einzelne, nicht durch die Kanones bedrohte Handlungen im gegebenen Falle Strafen zu verhängen und die ersteren dadurch als kirchliche Vergehen zu qualifizieren, verblieben [1]. Seit der späteren karolingischen Zeit hat man nach der Analogie des königlichen Bannrechts [2] die vom Bischof, ja auch die von den Synoden und von den Päpsten kraft ihrer Amtsgewalt unter Androhung von arbiträren Strafen erlassenen Gebote und Verbote *bannus episcopalis* [3] bez. *synodalis* und *s. Petri* genannt. Als derartige Strafen kommen Geldbussen [4], ferner die Auferlegung von Buss-

tentiam corrigi, quam poena pecuniaria multari". Das Nähere in der Lehre von den Orden. Noch Innocenz III., 1214/1215, Potthast n. 4956, c. 2 Comp. IV. de praescr. II. 10 verlangt aber dafür, insbesondere für die Exkommunikation und das Interdikt, dass „interdictio huiusmodi contineatur expressa in privilegiis eis concessis".

[1] Bd. IV S. 745. 836.

[2] R. Schröder, deutsche Rechtsgeschichte. Leipzig 1889. S. 110. 115; Sohm, fränk. Reichs- und Gerichtsverfassg. Weimar 1871. S. 106 ff. 171; Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 34 ff.

[3] conc. Mogunt. 852 c. 8, Bor. Krause 2, 188: „si quis presbiter vitae suae neglegens pravis exemplis mala de se suspicari permiserit et populus ab episcopo iuramento seu *banno* christianitatis infamiam eius patefecerit"; Synodalkanon v. Ende des 9. Jahrh. (überschrieben: concil. Vermariensi c. XX. II) bei Phillips cod. Salisburg. S. Petri IX. 32. Wien 1864 S. 67: „Quicunque per contemptum *banni episcopalis* ab ecclesia eliminantur et ex hac distinctione poenitentiae subiciuntur, quadragesimam in pane et sale et aqua ita ieiunent ante foras ecclesiae, nudis pedibus, laneis induti, communione privati ..." Ferner soll nach Tribur 895 c. 20, M. 18, 142 der Bischof diejenigen, welche Geistliche verwunden, *per bannum a se impositum* vorfordern. Weiter kommt namentlich bei Privilegien, Schenkungen und Entscheidungen eine Sicherung der getroffenen Verfügungen durch derartige Strafandrohungen sehr häufig vor, s. z. B. gesta archiepisc. Magdeburg. (979) SS. 14, 385; dipl. 1031: „episcopus suae episcopalis potestatis bannum imposuit" bei G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 1, 52, für das 11. bis 13. Jahrh. s. a. a. O. p. 74. 75. 102. 106. 108. 121. 153. 177. 178. 208. 223. 261. 264. 265. 274. 283. 284. 290. 292. 296. 299. 300. 301. 305. 311. 313. 321. 322. 323. 326. 340. 341. 344. 345. 346. 347. 352. 371. 372. 380. 385. 397. 439. 464. 535. 551. 552 u. 2, 34. 366, — hier am häufigsten die Wendungen: *banno* (oder) *banni auctoritate confirmare* (oder) *roborare*, ebenso dipl. v. 1089, vita Adalberon. Wirziburg. c. 10, SS. 10, 134 und Utrechter Diplom v. 1132, v. Richthofen, Untersuchgen der fries. Rechtsgesch. 2, 648 —; Wiegand Urkdbch. d. Stadt Strassburg 1879 1, 53. 58. 58. (Kruse, Verfassgsgesch. v. Strassburg. Inaug. Diss. Berlin 1884 S. 10 versteht unrichtiger Weise unter dem Banne das Verordnungsrecht des Bischofs als Stadtherrn.)

Die auf den Diöcesansynoden erlassenen Strafbefehle werden als *bannus synodalis* bezeichnet, G. Schmidt a. a. O. 1, 360. 363. 374. 376. 384. 385. 461. 468. 525. 543. 544 (12. Jahrh.).

Auch in päpstlichen Urkunden findet sich, wennschon selten, bannus in derselben Bedeutung, ep. Leon. IX. v. 1049, J. L. n. 4200. v. Pflugk-Harttung acta pontif. Roman. 3, 8: „sub banno s. Petri interdicimus".

[4] Dass schon Ausgangs der karoling. Zeit von den Bischöfen der Versuch gemacht worden ist, solche zur Anwendung zu bringen, ergiebt das falsche, in das Ende des 9. oder in den Anfang des 10. Jahrh. gehörige cap. de clericor. percussoribus, Boret. 1, 359, c. 1: „Si quis subdiaconum calumniatus fuerit, vulneraverit et debilitaverit, et convaluerit, V quadragesimas sine subditis annis peniteat et 300 solidos cum sua compositione et episcopalibus bannis episcopo componat: si autem mortuus fuerit, singulas suprascriptas quadragesimas cum sequentibus annis poeniteat et 400 solidos cum tripla sua compositione et episcopalibus bannis triplicibus episcopo conponat" (auch c. 2. 3 ibid.) in Verbindung mit dem offenbar derselben Zeit angehörigen Verzeichniss von Kompositionen und bischöflichen Bannbussen für Beleidigungen von Klerikern der verschiedenen Weihegrade, Phillips, d. grosse Synode v. Tribur. Wien 1865 S. 72, welches den Vermerk aufweist: „Si aliquis aliquem susceptis his ordinibus iniuriaverit, singulo gradui singulam exhibeat ordinatio compositionem. Et quot compositiones exhibuerit ordinatio, tot *pannos* exsolvat episcopo". Die Synode v. Tribur 895 c. 8

werken [1], endlich auch die Exkommunikation [2] vor, und daher werden diese Strafen ebenfalls mit dem Ausdruck *bannus* [3] bezeichnet.

In der Strafgewalt ist ferner die im Vergleich zu dem eben gedachten Recht geringere Befugniss enthalten, für diejenigen Vergehen, für welche keine bestimmte Strafe festgesetzt ist, sondern nur Bestrafung schlechthin [4] oder arbiträre [5] oder angemessene [6] oder kirchliche [7] oder kanonische [8] oder auch harte [9] Bestrafung gefordert

M. 18, 137: „Nemo contemnat neque transgrediatur bannum ab episcopis superpositum . . . Quapropter nos . . . non quaestum pecuniarium, sed lucrum quaerentes animarum, statuimus . . . ut si quis inventus fuerit corrupisse bannum ab episcopis impositum, XL dierum castigatione corripiatur, tantum in pane, sale et aqua" richtet sich offenbar gegen diese Praxis, indem es als Strafe für die Verletzung des bischöflichen Bannes ein 40tägiges Fasten anordnet.

Darüber, dass auch die Päpste für die Verletzung ihres Bannes Geldstrafen verhängt haben, s. S. 37 n. 7 u. Alex. III. 1170/1180, J. L. n. 13532, v. Pflugk-Harttung 3, 274: „si qui autem precepti . . fuerint transgressores, singuli banno X librarum se noverint subiacere".

1 S. die vor. Anm. geg. Ende u. S. 295 n. 3.

2 Can. Vermar. cit. und vita Adalberon. cit. (S. 295 n. 3): „Haec episcopali banno atque huiusmodi anathemate ambo episcopi confirmavimus"; Thietmar. chron. III. 1, SS. 3, 758 in Verbindung mit gest. archiep. Magdeb. cit. (a. a. O.); die Halberstädter Urkunden aus dem 12. Jahrh. bei G. Schmidt 1, 106. 108. 121. 125, in denen der Sicherung durch den Bann die Androhung des Anathems für die Verletzung folgt. Auch Wendungen, wie ibid. 1, 158: „adhibitis caeli clavibus banno concludo", S. 217: „banno episcopali tamquam celi clavibus obseramus" und verwandte S. 220. 245, so namentlich auch „banno et sigillo confirmare", s. Bresslau, Hdbch. der Urkundenlehre. Leipzig 1889 1, 534 und die Anführungen daselbst S. 535 n. 1, weiter: „gladio spiritali vel banno" deuten auf die Exkommunikation.

3 So die Geldstrafe, S. 295 n. 4, ferner die Exkommunikation, S. 3 Anm. v. S. 1, ja selbst das früher ebenfalls mit excommunicatio bezeichnete Interdikt, S. 19 n. 11. Exkommunikation bedeutet bannus wohl auch in Tribur 895 c. 7 (betr. Raub und Wegnahme v. Kirchengütern) M. 18, 137: „ut res ecclesiae tripliciter componantur, insuper vero bannus episcopalis requiratur" und in stat. Radulfi ep. Leod. u. 1166 c. 3, M. 22, 9 (betr. Theilnahme an Brandstiftung von Kirchen und Kirchenraub) „nisi vere paenituerint et ablata pro portione sua reddiderint et de cetero nullatenus se venturos in damnum ecclesiae iureiurando firmaverint et de bannis episcopo vel archidiacono satisfecerint".

Nicht damit zu verwechseln ist die sich aus dem ursprünglichen Gebrauch von bannus erklärende Bedeutung von Archidiakonat-Gerechtsamen, Bd. II S. 200 n. 1 u. 635 n. 1; dipl. 1141 u. 1164, Hasse, schlesw. holst. Lauenb. Regesten. Hamburg 1886 1, 38. 58. und die daraus weiter abgeleitete von: Archidiakonalbezirk, s. die Halberstädter Urkunden aus dem 13. u. 14. Jahrh. bei G. Schmidt a. a. O. 2, 188 („orientalis banni archidiaconus") 233. 348. 408. 572. 586 u. 3, 111. 114. 146. 178. 181. 341. 364. 418. 508. 511. 512.

4 Rom 835 c. 39, M. 14, 1015 (in eo vindicandum); Paris 829 lib. I c. 41, p. 563 (ut canonicae auctoritatis transgressor feriatur); Clem. 2 de poenit. V. 9 (ab episcopis puniri); Clem. un. de judaeis V. 2 (castigari).

5 Paris 1212 o. 1213 P. I c. 9, M. 22, 821 u. Rouen 1214 P. I c. 10, p. 901 (arbitrio praelatorum puniri); Paris l. c. c. 14 u. Rouen l. c. c. 19 (iuxta arbitrium praelatorum gravi poena plecti); Oxford 1222 c. 37, M. 22, 1162 (arbitrio superioris puniri); vgl. weiter schott. Konz. 1225 c. 23, p. 1228; Breslau 1248 §. 16, de Montbach, stat. Wratislav. p. 309 (ad arbitrium episcopi poena debita puniri); London 1268 c. 8, M. 23, 1224,; Bourges 1286 c. 3. 8, M. 24, 621; Würzburg 1287 c. 2, p. 851. Grado 1296 c. 16, p. 1168 (ad arbitrium praelatorum acrius puniri); Compiegne 1329 c. 3, M. 25, 880.

6 Paris 829 lib. I c. 43, M. 14, 564 (congrua correctione coerceri); Pavia 850 c. 21, Bor. Kr. 2, 122 (congruenti disciplina macerari); London 1127 c. 6, M. 21, 356 (digne corrigi); Mainz 1261 c. 22, M. 23, 1087 (debita ultio).

7 Valence 855 c. 10, M. 15, 9 (districtione ecclesiastica feriri); Koblenz 922 c. 8, LL. 2, 17 (ecclesiastica coerceri censura); c. 9 ibid. (ecclesiasticis correptionibus subiacere); c. 12 (Lateran. IV.) X de reb. eccles. III. 13 (per ecclesiasticam censuram compellere); Albi 1254 c. 22, M. 23, 838 (ebenso); Fritzlar 1243 c. 5, p. 707 (p. c. eccles. compesci). Doch bedeutet censura ecclesiastica auch so viel wie die Exkommunikation, s. z. B. York 1250, M. 23, 791, wo sie der interdictio ingressus ecclesiae entgegengesetzt wird.

8 Rom 743 c. 4, M. 22, 382 (canonibus subiacere, s. auch c. 4 Dist. XCIII); c. 7 (Nicäa 787 c. 6) Dist. XVIII (canonicis poenis subici); Theodulf v. Orleans u. 797 add. II, M. 13, 1088 (canonico iudicio subdi, s. c. 52 Dist. I de cons.); Hludov. I. cap. eccles. 818. 819 c. 17, Bor. 1, 278 (canonica invectione feriri); Rom 826 c. 11, B. 1, 373 (canonice iudicetur) u. ibid. c. 12 (canonicae subiacere disciplinae); Aachen 836 I. c. 5, M. 14, 675 (ebenso); Paris 829 lib. I c. 48, M. 14, 567 (canonicae correctioni subiacere); Rom 853 c. 40, p. 1015 (canonicis correptionibus subiacere); Tours 1060 c. 3, M. 19, 927 (canonica multari sententia) u. c. 5 (canonica ultione feriri); Lateran. I. 1123 c. 18, M. 21, 285 u. London 1125 c. 4, p. 331 (canonicae ultioni subiacere); London 1127 c. 6, p. 356 (canonice corripi); Dioklea 1199 c. 7, M. 22, 703 (districtione canonica compelli); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 12 (canonice punire); Valence 1268, M. 23, 1054. 1056 (ultio canonica und poena canonica); Köln 1280 c. 2, M. 24, 347 (poena canonica). c. 15 X 3, 39 (canonice punire).

9 c. 15 (Lateran. IV.) X de off. iud. cod. I. 31 (districta ultio); c. 2 (Lyon 1274) in VI de off.

wird, unter den zulässigen Strafen in Anhalt an die etwaigen in der Rechtsnorm gegebenen Direktiven[1] die passende auszuwählen und zu verhängen.

In Betreff der Handhabung der kirchlichen Strafgewalt wird die frühere Regel wiederholt, dass von derselben blos bei schwereren Verfehlungen Gebrauch gemacht, und dass insbesondere die Exkommunikation in Gemässheit der alten Kanones nur wegen solcher Vergehen verhängt werden soll. Diese Norm ist durch die Aufnahme in das Dekretum Gratians und in die Dekretalensammlungen zwar gemeines Recht geworden[2], eine massgebende praktische Bedeutung hat sie indessen nicht erlangt[3].

Dies zeigt schon der Umstand, dass seit dem 12. Jahrhundert vielfach päpstliche Privilegien für die Angehörigen von Klöstern[4], Kapiteln[5], Hospitälern[6], ja auch für Bischöfe[7], Äbte[8], einzelne Kanoniker[9], Fürsten[10], Städte[11] und königliche Beamte[12] vorkommen, nach welchen die letzteren nur aus einem gerechtfertigten und klar erwiesenen Grunde[13] exkommunicirt und ihre Kirchen mit dem Interdikt belegt[14], sowie, dass soweit Geistliche in Frage stehen, diese auch nur unter derselben Voraussetzung suspendirt werden dürfen[15], denn daraus lässt sich offenbar auf eine einseitige und egoistische Handhabung der kirchlichen Strafgewalt schliessen, gegen welche man sich durch die gedachten Privilegien, wegen deren Verletzung päpstliche Ahndung eintreten konnte, zu schützen suchte.

Dazu kam aber noch folgendes. Die Kirche bedurfte nicht nur der Zwangsmittel, um nöthigenfalls ihre Diener zur Erfüllung ihrer amtlichen Funktionen und zur Beobachtung ihrer Amtspflichten anzuhalten, sondern auch, um bei ihrer sich in anderen als Strafsachen immer mehr erweiternden Gerichtsbarkeit die Urtheile der geistlichen Gerichte zur Durchführung zu bringen. In beiden Beziehungen benutzte sie die ihr zu Gebote stehenden kirchlichen Strafmittel. Ein Anhalt dafür bot sich

iud. ord. I. 16 (ultrix procedat dura sententia); Clem. 3 de poenis V. 8 (graviter arguere); Saintes 1280 c. 5, M. 24, 378 (graviter punire); Würzburg 1287 c. 7, p. 853 (acriter punire).

[1] So wenn zwar dem arbitrium des Oberen Spielraum gelassen ist, aber schwere Strafe verlangt wird, s. die vor. Anm. und S. 296 n. 5, oder wenn zunächst eine bestimmte Strafe angedroht ist, aber für gewisse Fälle eine härtere angewendet werden soll, c. 1 (Lateran. IV.) X de euchar. III. 44 u. c. 3 (id.) X de cland. despons. IV. 3. Wenn für Fälle der n. 8 S. 296. in denen kanonische Bestrafung angeordnet ist, keine Strafe festgesetzt ist, s. z. B. Rom 743 c. 4 cit., so heisst dies so viel, dass der kirchlich Obere eine überhaupt nach den Kanones zulässige Strafe verhängen soll, während er dann, wenn für dasselbe Vergehen verschiedene Kanones verschiedene Strafen androhen, s. S. 235. 236, unter diesen auszuwählen hat.

[2] Die Nachweisungen hierüber s. S. 272 n. 7 u. 8.

[3] Ebensowenig wie für die Ausübung der Strafgesetzgebung, s. a. a. O.

[4] Alexander III. 1165 J. L. n. 11195, Migne 200, 369; 1180? J. L. n. 13720, Loewenfeld ep. pontif. roman. p. 201; Clemens III. 1188 u. 1189 J. L. n. 16309. 16447, Lalore, collection des cartulaires du diocèse de Troyes. Paris 1875. 6, 232 u. 1, 134; Innocenz III. 1202, Potthast n. 1626, opp. ed. Migne 4, 94; 1202, P. n. 1722, l. c. 1, 1064; 1204 P. n. 2518, l. c. 2, 315; 1209 P. n. 3741, l. c. 3, 59, s. ferner P. n 4357. 5942 (Honorius III. 1218).

[5] Cölestin III. 1193, J. L. n. 16989, M. 22, 622.

[6] Urban III. 1187, J. L. n. 15960, M. 22, 499.

[7] Innocenz III. 1199 P. n. 869, l. c. 1, 790; Honorius III. 1217, P. n. 5452.

[8] Innocenz IV. 1254 P. n. 15469.

[9] Honorius III. 1217, Pressutti, Regesti del pontef. Onorio III. Roma 1884 n. 478. 490. 526.

[10] Innocenz III. 1199, P. n. 680, Migne 2, 585; s. auch P. n. 1540 (1201). P. n. 1883, Migne 2, 46; Gregor IX. 1235, P. n. 10056.

[11] Gregor IX. 1229, P. n. 8351 (Montpellier).

[12] Gregor IX. 1231, P. n. 8770.

[13] Die regelmässige Formel lautet: „absque manifesta et rationabili causa“. Dass es sich dabei aber nicht blos etwa um notorische Thatsachen handelt, folgt daraus, dass auch der Ausdruck: „evidens et manifesta causa“ (J. L. n. 11195) vorkommt und vorgängige Citation (J. L. n. 15960) oder Innehaltung des ordentlichen Verfahrens (P. n. 1883: „semper etiam admonitio canonica praemittatur, nisi fuerit talis excessus, qui iudiciarium ordinem non requirat“) verlangt wird.

[14] S. auch S. 28.

[15] J. L. n. 11195. 16989 und Potth. 869. 1626. 2158 cit.

darin, dass mehrfach jeder Ungehorsam gegen die Anordnungen der kirchlichen Gewalten als strafbares Vergehen qualifizirt worden ist[1]. In letzterer Beziehung kam weiter in Frage, dass der bewusste Vertragsbruch nicht nur als ethisches Unrecht, sondern auch als kirchliches Strafvergehen behandelt werden konnte[2].

Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, namentlich seit dem 13. Jahrhundert haben die kirchlichen Gewalten in umfassendstem Masse auch bei reinen Geldforderungen von den kirchlichen Strafmitteln, namentlich von der Exkommunikation, auch von dem Interdikt und bei Geistlichen von der Suspension, Gebrauch gemacht. Das geschah seitens der Päpste und der Kurie[3], ferner auch seitens der übrigen kirchlichen Oberen und der kirchlichen Gerichte[4]. Sicherlich hat zu der weiten Verbreitung dieser Verwendung der kirchlichen Strafen hauptsächlich der Umstand beigetragen, dass dieselben ihrem Wesen nach geeignet waren, als Exekutionsmittel benutzt zu werden und sich in den damaligen Zeiten vor Allem gegen mächtige Grosse und Herren immer noch wirksamer als andere Mittel weltlichen Charakters erwiesen[5]. Dabei ist ihre Anwendung keineswegs auf die oben gedachten Fälle des Vertragsbruches und des Ungehorsams

[1] S. darüber S. 222 ff.

[2] S. die schon der Compilatio I. angehörigen Stellen (Carthago 348 c. 12) und c. 3 (Gregor. I.) X de pactis I. 35; vgl. dazu W. Sickel, die Bestrafung des Vertragsbruches. Halle 1876. S. 47 ff.

[3] Alexander III., S. 23 n. 10; Honorius II. 1225 u. 1226, Potth. 7437. 7582, Rodenberg, epist. pontif. roman. 1, 195. 226; Innocenz IV. 1254 P. n. 15353; Clemens IV., Raynald. ann. 1265 n. 18 (welchem sich Karl v. Anjou bei der Belehnung mit Sizilien verpflichten musste, einen jährlichen Zins von 8000 Unzen Goldes bei Vermeidung der Exkommunikation ipso iure, eventuell des Interdikts über das Königreich, schlimmenfalls des Heimfalls des Landes an die römische Kirche zu zahlen); Alexander IV. 1255, P. n. 15872; Urban IV. 1261 Hauthaler, aus d. vatikan. Regesten. Wien 1887. S. 71 ff.; Benedikt XIII. 1303, P. n. 25316; Matthaeus Paris chron. mai. 1229, ed. Luard 3, 187. 188; Annal. Rudberti Salisburg u. 1260, SS. 9, 795: „Ulricus archiepiscopus manens in Bavaria, licet possessionem episcopatus non valeret adipisci, tamen a nuntio . . . pape excommunicatur pro IV milibus marcarum argenti, quas pape et curie promiserat et omnia iura episcopalia ei interdicuntur"; dipl. 1280, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 2, 431 (Forderung der Prokuration seitens eines päpstlichen Nuntius unter bedingter Verhängung der suspensio ab ingressu ecclesiae, eventuell der Exkommunikation und des Interdikts über die Kirche); vgl. weiter Souchon, Gesch. d. Papstwahlen. Braunschweig 1888 S. 79. 80 u. wegen der Beitreibung der Kreuzzugssteuern Gottlob, d. päpstl. Kreuzzugssteuern des 13. Jahrh. Heiligenstadt 1892. S. 67. 71. 75. 86. 89. 102. 176. 191. 231 ff. Ferner war schon im 13. Jahrhundert in Rom zur Sicherung der Annaten- und Servitienzahlungen an die Kurie die Ausstellung exekutorischer Instrumente, der s. g. obligationes camerales in Verbindung mit der von praecepta de parendo üblich, in denen ebenfalls die suspensio ab administratione spiritualium et temporalium et ab executione pontificalium, sowie die excommunicatio maior als Exekutionsmittel gebraucht werden, Briegleb, über exekutorische Urkunden, 2 A. Stuttgart 1845 1, 127; Durantis speculum jud. lib. II. part. 2 rubr. de renunciatione et conclusione n. 33 u. dazu Briegleb S. 125. Sogar auch die Erfüllung der auf den französischen Messen eingegangenen Messschulden wurde durch Androhung des päpstlichen Interdikts und der Exkommunikation gesichert, L. Goldschmidt, Lehrb. des Handelsrechts 3 A. 1, 233.

[4] S. die Nachweisungen bei Sickel S. 48, wonach sie bei Pachtgeldern, Zinsen, Verpflichtungen und Käufen, Rentenverträgen u. s. w. vorgekommen sind. Vgl. noch für d. 14. Jahrh. G. Schmidt a. a. O. S. 3, 367. Vielfach räumte der Schuldner selbst dem Gläubiger das Recht ein, ihn exkommuniciren und auch sein Land mit dem Interdikt belegen zu lassen, s. a. a. O., Durantis l. c., Briegleb 1, 123; Esmein, debiteurs privés de sépulture in Extrait des mélanges d'archéologie et d'histoire publiés par l'école française de Rome 1885 und dazu Zeitschr. f. vergleichende Rechtswissenschaft 1886. 6, 457. Derartige Klauseln finden sich auch in Inhaber-Papieren, Brunner, d. französische Inhaber-papier. Berlin 1879 S. 34. Vgl. ferner Lemans 1248, M. 23, 161; Mainz 1290 o. 1298, M. 24, 1210, nach welchem Geistliche, wenn sie ihre Kontraktsschulden gegen die Kirche nicht bezahlen, nach bestimmter Frist der suspensio ipso iure verfallen sollen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass auch zur Durchführung zweifelhafter Rechtsansprüche gegen die Gegner, welche sie bestritten, von den kirchlichen Strafmitteln Gebrauch gemacht worden ist, so z. B. vom Erzb. v. Salzburg 1296 gegen Rudolf v. Habsburg wegen streitiger Bergwerke, Arch. f. Kunde österr. Geschichtsquellen 2, 284.

[5] Abgesehen von dem noch theilweise in Frage kommenden, unten (S. 300 n. 1) gedachten Moment.

beschränkt gewesen, sondern man hat sie vielfach, ohne die Schuld des Pflichtigen an der Nichterfüllung seiner Verbindlichkeit oder auch gar nur seine Zahlungsfähigkeit zu berücksichtigen [1], lediglich wegen der objektiven Thatsache des Nichtleistens verhängt [2].

Wenn die Päpste selbst und ihre Legaten seit derselben Zeit mit den gedachten Strafen die von ihnen gemachten Geldauflagen, ihre Forderungen auf Abgaben und andere Leistungen zur Durchführung zu bringen suchten [3], so kann es nicht befremden, dass damals weder seitens der obersten [4], noch seitens der partikulären kirchlichen Gesetzgebung [5] in irgend welchem nennenswerthen Masse gegen diese Verkehrung des Charakters der kirchlichen Strafgewalt und der kirchlichen Strafmittel eingeschritten worden ist, und dass sich die Klagen darüber sogar bis in das 16. Jahrhundert hineinziehen [6].

Aber noch in anderer Beziehung als der ebengedachten hat die kirchliche Strafgewalt über das ihr begriffsmässig zukommende Gebiet hinaus Verwendung gefunden. Die Kirche, vor Allem das Papstthum, hat kein Bedenken getragen, die kirchlichen

1 Die Zahlungsfähigkeit berücksichtigt allerdings Salzburg 1281 c. 14, M. 24, 401: „ut quicumque violenta sanguinis effusione coemeterium vel ecclesiam execraverit, ad expensas pro reconciliatione impendendas . . . tenetur. Si solvendo fuerit rebellis, per censuram ecclesiasticam a rectore loci auctoritate huius concilii arctetur: si vero solvendo non fuerit, alias pro dioecesani arbitrio puniatur". Auch c. 3 (Gregor. IX.) X de solut. III. 23 ordnet wenigstens die Aufhebung der gegen einen unvermögenden Schuldner wegen einer Geldschuld verhängten Exkommunikation gegen Kaution, bei Verbesserung der Vermögensverhältnisse zu zahlen, an.

2 Das ergiebt schon das vielfache Vorkommen der Exekutionsklauseln. 1445 wird bestimmt, Kühns, Gesch. der Gerichtsverfassung i. d. Mark Brandenburg. Berlin 1865 1, 275, dass der gebannte arme Schuldner wegen anderer Schulden nicht nochmals exkommunicirt, sondern nur in dem ausgesprochenen Bann verbleiben soll. Auch solche Verbote, wie Würzburg 1287 c. 29, M. 24, 862, dass Frauen und Mütter wegen der Schulden ihrer Ehemänner und Kinder anders als im Falle der Beerbung derselben exkommunicirt, und Apt 1365 c. 23, M. 26, 454, dass etwaige gegen die Schuldner verhängte Exkommunikationen nach deren Ableben öffentlich verkündet werden, lassen die rücksichtslose Verwendung der Strafmittel erkennen. Vgl. auch Anm. 5.

3 S. o. S. 298 n. 3.

4 Wenn Sickel S. 51 behauptet, dass Bonifaz VIII. untersagt habe, das Lokal-Interdikt wegen Geldschulden zu verhängen, so ist dies nicht richtig. c. 2 in Extrav. comm. V. 10. v. 1302, eine Dekretale, welche offenbar in verschiedenen Ausfertigungen existirt hat, s. Potth. n. 25155, Theiner, cod. diplom. dom. temporal. Rom 1861 1, 385; Volger, Urkdbch d. Stadt Lüneburg. Hannover 1872 S. 139, verbietet dies nur ohne specielle Genehmigung des apostolischen Stuhles. Dass diese Bestimmung als gemeinrechtliche aufgefasst worden ist, ergiebt die Anordnung ihrer Beobachtung durch Clemens V. 1308 o. 1309, Hennes cod. diplom. ord. S. Mariae Theutonic. Mainz 1845 1, 433, ihre Publikation für Mainz 1319, Boehmer, cod. dipl. Moenofrancofurt. S. 450 und ihre Mittheilung nach deutschen Diöcesen durch Bonifaz IX. 1390, Guden cod. diplom. 5, 836.

5 Wenn Ravenna 1314 c. 19, M. 22, 549 die Verhängung des Lokalinterdikts pro causis mere pecuniariis verbietet und ein solches für nichtig erklärt, weil non solum saepe puniantur insontes, immo excrescit indevotio populi, pullulent haereses ac ecclesiis et ecclesiasticis personis sine culpa eorum, debita subtrahuntur obsequia, und Marciac 1326 c. 55, p. 798, dieselbe in solchen Sachen an die specielle Erlaubniss des päpstlichen Stuhles (s. die vor. Anm.) knüpft, so treffen diese Verordnungen nur die gröbsten Missbräuche der gedachten Praxis, um die daraus für die Kirche selbst erwachsenden Nachtheile zu verhüten. Prag 1349, M. 26, 79, welches ein gleiches Verbot an die päpstlichen Delegaten und Subdelegaten richtet, erklärt sich aus dem Bestreben, die Überschreitung der Befugnisse derselben zurückzuweisen.

6 Appellatio interposita per universitatem Parisiens. v. 1406, Martène et Durand, thesaur. anecdot. 2, 1302: „Ab hoc (papa) pauperes hujus regni sacerdotes ita fuerunt oppressi, ut et excommunicationem et ab officio suspensionem multo tempore passi sunt"; Nicolaus de Clemanges de ruina eccles. c. 9, v. d. Hardt, concil. Constant. T. I. P. 3, 14: „Quis nescit, tot abbatibus totque aliis praelatis, cum decessissent, camerae prae inopia obnoxii, negata funeralia . . . negatam humationem, nisi forte in agris aut hortulis aut prophanis aliis sedibus clanculo tumulati sunt"; Gravamina nationis German. c. 34, Gaertner corp. iur. eccles. 2, 180: „Romae caeterisque in locis per archiepiscopos ac episcopos aut certe eorum ecclesiasticos indices multi christianorum ob causas prophanas, ob pecuniae denique at turpis quaestus amorem excommunicantur multorumque sed eorum in fide

Strafmittel, namentlich die Exkommunikation und das Interdikt, nicht minder die Absetzung von Fürsten und die Entbindung der Unterthanen vom Treueide zur Durchsetzung ihrer kirchenpolitischen Ziele, insbesondere bei ihren Bestrebungen auf Erlangung der obersten Machtstellung in der mittelalterlichen Welt und auf Bildung und Schaffung eines eigenen kirchlichen Territoriums im umfassendsten Masse zu gebrauchen [1]. Ganz abgesehen davon, dass die geistliche Macht in diesen Kämpfen und Streitigkeiten sich vielfach das Richteramt in eigener Sache beilegte, standen überdies bei denselben keineswegs Angelegenheiten in Frage, bei denen der eine Theil das Verhalten des anderen lediglich unter dem kriminalistischen Gesichtspunkt der Begehung eines kirchlichen Vergehens aufzufassen und zu behandeln berechtigt war, ja mitunter sogar rein weltliche, durch die Politik der Kurie gebotene oder in dieselbe hineinpassende Massregeln, gegen welche ein Widerstreben vollends kein als Strafthat zu qualifizirendes schweres Unrecht bildete [2]. Wenn die hierarchische Auffassung auch in der Lage war, jede Abweisung und Bekämpfung der Forderungen und Prätensionen der kirchlichen Macht zu einem kirchlichen Delikt, bald zu dem Vergehen der Verletzung der Freiheiten der Kirche [3], bald (und dies in allen Fällen) zu dem von Gregor VII. sogar als Götzendienst bezeichneten Vergehen des Ungehorsams gegen die Kirche zu stempeln [4], so wird dadurch die Thatsache nicht widerlegt, dass es immer eine Verkehrung der Zwecke der Strafgewalt blieb, die letztere als Hauptförderungsmittel einer vielfach auf rein weltliche Ziele gerichteten Politik zu benutzen und auf diese Weise jeden Widerstand gegen die kirchlichen Machtgelüste niederzuschlagen.

§. 280. c. *Der Umfang der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt in Betreff der Personen.*

Hinsichtlich des personellen Umfanges der kirchlichen Strafgewalt ist es während der hier fraglichen Periode bei dem früheren Recht verblieben [5], und wenn sich auch die Tendenz geltend gemacht hat, die Juden [6] in gewissen Fällen der Bestrafung

infirmorum conscientiae per hoc aggravantur . . . et ob pecuniae lucrive tantulum aut alioqui res minimi pretii ad internecionem usque animae, corporis, honoris atque rei familiaris contra divina humanaque iura perducuntur"; c. 35 (gegen den Missbrauch des Interdikts).

[1] Es mag, da sonst ein grosser Theil der mittelalterlichen Geschichte unter diesem Gesichtspunkt hier behandelt werden müsste, blos auf die Anführungen S. 43 ff. S. 48; weiter S. 25. 255 n. 12 u. S. 301 ferner auch Winkelmann, Friedrich II. 1, 77. 169. 170. 183. 212. 264. 266 u. Kaltenbrunner, Aktenstücke d. deutsch. Reichs unt. Rudolf I. Wien 1889. S. 48 verwiesen werden. Übrigens ist der gedachte Gesichtspunkt ebenfalls bei der Anwendung der Exkommunikation behufs Beitreibung der päpstlichen Geldforderungen, da die Kurie selbstverständlich zur Durchführung ihrer Politik auch Geldmittel brauchte, mit bestimmend gewesen.

[2] S. z. B. die Behandlung Ankonas durch Nikolaus II. 1059, Mayer v. Knonau, Heinrich IV. u. Heinr. V. 1, 144; vgl. weiter Potth. n. 17174, 17280 (Alexander IV. 1238); die const. Johanns XXII.: Si fratrum v. 1317, bull. Taur. 4, 254 (Inanspruchnahme der Regierung des imperium bei seiner Erledigung und Bedrohung derjenigen, welche weiter als Reichsvikare fungiren, mit Exkommunikation und Interdikt), vgl. auch C. Müller, Kampf Ludwig d. Baiern mit d. röm. Kurie, Tübingen 1879 1, 39, und S. 255 n. 12.

[3] S. z. B. Honorius III. 1222, Rodenberg epist. roman. pontif. 1, 134; Winkelmann Friedrich I. 1, 183.

[4] S. 45 n. 1.

[5] Bd. IV S. 757. 842.

[6] Neben ihnen gedenkt auch bei der Nichtentrichtung der schuldigen Zehnten Lerida 1229 c. 5, M. 22, 1091 der Sarazenen. Schon vorher hat Alexander III. c. 4 X de raptor. V. 17 die Bestrafung derselben wegen Raubes christlicher Frauen und Kinder mit Geldstrafe und Auspeitschung für statthaft erklärt.

durch die kirchlichen Gerichte zu unterwerfen [1], so haben sich doch feste gemeinrechtliche Normen [2], in wie weit die Kirche mit den von ihr recipirten weltlichen Strafen gegen sie einzuschreiten befugt sei [3], nur für einzelne Fälle [4] festgestellt [5].

Was die Christen betrifft, so hat die Kirche ihre Strafgewalt über diese nicht nur, wie früher ohne Ansehung des Ranges und der Stellung der betreffenden Personen [6] zur Anwendung gebracht, sondern dieselbe, vor Allem seit Gregor VII. [7] in viel umfassenderem Masse als in den älteren Zeiten gegen die Fürsten [8], insbesondere auch gegen die Kaiser und Könige [9] ausgeübt.

[1] S. 50 n. 1; ferner erwähnt Chateau Gontier 1231 c. 33, M. 23, 239 der Überführung der Juden wegen Lästerung des christlichen Glaubens vor dem geistlichen Richter, und Lambeth 1261 c. 11, M. 23, 1068, bestimmt, dass der König und die königlichen Beamten die Gestellung eines Juden, welcher sich an kirchlichen Dingen und Personen vergriffen hat, vor das geistliche Gericht nicht hindern sollen, und droht dem Juden, welcher sich nicht stellt, den Ausschluss vom Verkehr mit Christen, s. unten Anm. 2, an.

[2] Aus c. 14 (Inn. III.) X de iudaeis V. 6, nach welchem der Bischof einen jüdischen percussor clericorum, wenn derselbe seiner Jurisdiktion untersteht, mit einer Geldstrafe belegen, anderenfalls aber den zuständigen Gerichtsherrn angehen soll, damit dieser dem beleidigten Kleriker und der Kirche Genugthuung verschaffe, ist nichts zu entnehmen, denn hier ist zweifellos, so auch Gonzalez Tellez ad c. cit. n. 2, die weltliche Gerichtsbarkeit des Bischofs gemeint.

[3] Dass von dem Gebrauch rein kirchlicher Strafmittel nicht die Rede sein konnte, ist bei der Stellung der Juden ausserhalb der Kirche selbstverständlich. Daher droht auch Szaboles 1092 c. 26, M. 20, 773 den an christlichen Festtagen arbeitenden Juden nur Konfiskation des Arbeitsgeräthes an, und seit dem 13. Jahrhundert kommt als gemeinrechtliche und partikularrechtliche Strafe gegen sie die Entziehung des Verkehrs mit den Christen vor, s. S. 50, welche auch nur mit der Lerida 1229 c. 5 cit. erwähnten districtio canonica gemeint sein kann, partikularrechtlich ferner auch Geldstrafe, Poitiers 1280 c. 7, M. 24, 384 (für Halten christlichen Gesindes und Geben von Darlehnen an Christen gegen Zins oder ohne Zeugen, 50 solidi, drei Viertel an die Armen der Parochie, ein Viertel Denunzianten-Antheil).

[4] S. darüber in der Lehre von der persönlichen Kompetenz der Inquisitionsgerichte § 293.

[5] Des Weiteren s. auch die Darstellung des geltenden Rechts.

[6] Das ergiebt die Einführung der Strafe des Verlustes weltlicher Ämter und Würden in das Strafsystem, s. o. S. 43 ff.

[7] S. o. S. 43 ff.

[8] S. z. B. die Androhung des Bannes gegen Herzog Hugo v. Francien durch die Synode zu Ingelheim 948 und die Exkommunikation desselben durch die zu Trier 948, Bd. III S. 533, weiter die Androhung der gleichen Strafe gegen Herzog Aelfrich wegen Beraubung eines Klosters durch Johann XIII. 971, J. L. n. 3752, M. 19, 27, gegen mehrere Grafen wegen desselben Vergehens durch Johann XV. 991—996, M. 19, 82; die Exkommunikation Herzogs Heinrichs II. v. Baiern 976 zu Regensburg wahrscheinlich durch eine Reichssynode, LL. 2 app. p. 171 u. 3, 485, des normannischen Grafen Wilhelm durch Alexander II. zu Melfi 1067, J. L. n. 4634, M. 19, 1063, des Grafen Roger v. Sizilien durch Honorius II. auf der Synode zu Troja 1127, Watterich 2, 164; des Herzogs Matthäus v. Lothringen durch Eugen III. 1147, J. L. n. 9144, M. 21, 637; des Herzogs Wladislaws v. Böhmen durch den Erzb. v. Gnesen 1146, J. L. n. 9325, Bernhardi Konrad III. 1, 469; desselben, sowie des Herzogs Heinrich v. Baiern und des Pfalzgrafen v. Wittelsbach durch den Erzbischof v. Salzburg u. den Bischof v. Regensburg 1146, Bestätigungsbulle Eugens III. 1146, J. L. n. 6251, Migne 180, 1145, Bernhardi a. a. O. S. 481; vgl. ferner aus dem 13. Jahrh. Potthast n. 6347.

[9] Beispiele bieten für die karolingische Zeit die Exauktoration Ludwigs d. Fr. unter Mitwirkung der Bischöfe des Reichs 833, S. 94 n. 9, die Exkommunikation Lothars II. u. Karls d. K. sowie der Familien derselben durch Hinkmar v. Rheims 852 o. 853, J. E. n. 2618, neues Arch. d. Ges. f. ält. deutsch. Geschichtskunde 5, 390. 391, v. Noorden, Hinkmar Erzb. v. Rheims. Bonn 1863 S. 127; Schrörs, Hinkmar Erzb. v. Rheims S. 60; die Androhung, vielleicht auch die Verhängung der Exkommunikation gegen Ludwig d. Deutschen wegen des Einbruchs in das Gebiet Karls d. K. durch Hinkmar 859, M. 16, 782. 783 u. die darauf bezügliche Erklärung der Metzer Synode 859 c. 10. 11, LL. 1, 460.

Das Recht der Bischöfe zu solchen Massregeln hat Karl d. K. ausdrücklich anerkannt, Savonières (bei Toul) 859 c. 3, LL. 1, 462: „iudicio episcoporum . . . quorum paternis correptionibus et castigatoriis iudiciis me subdere fui paratus et in praesenti sum subditus“.

Auch in Betreff der Todten hat sich dieselbe gegen die früheren Zeiten in der Richtung erweitert, dass nunmehr neben das Verbot der Oblationen und Gebete[1] die Verweigerung des christlichen Begräbnisses als selbstständige Strafe für diejenigen getreten ist, welche bei der Verübung bestimmter Vergehen und in Folge derselben das Leben verloren hatten[2], und dass man andererseits in Anhalt an die seit dem 5. Jahrh. gemilderte Busspraxis[3] von der Absolutionsgewalt gegen diejenigen, welche in der Exkommunikation verstorben waren, Gebrauch gemacht hat[4]. Ja seit der Mitte des 12. Jahrhunderts hat die Doktrin[5] die Zulässigkeit einer Anklage und Verurtheilung von Todten wegen Ketzerei, mitunter auch wegen Simonie und wegen Sakrilegs[6] vertheidigt, und seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts ist man in Folge dessen und in Anhalt an das römische Recht[7] bei der Gleichstellung der Ketzerei mit dem

Aus späterer Zeit gehören hierher die wiederholten Exkommunikationen Heinrichs IV. durch Gregor VII. und Paschalis II., S. 13 n. 3, sowie die Absetzung desselben durch Gregor VII., S. 44; die Exkommunikationen Heinrichs V., s. S. 13 n. 2; die Friedrichs I. 1160 u. 1167 (sowie die mit der letzteren verbundene Absetzung) durch Alexander III., S. 46 n. 8, ferner die Absolution des Kaisers durch die bevollmächtigten Legaten des Papstes, Reuter, Alexander III. 3, 302; die Exkommunikationen und Absetzungen Ottos v. Braunschweig und Friedrichs II., s. a. a. O. u. Winkelmann, Friedrich II. 1, 334.

Über die Verhängung der Zwangsbusse gegen König Robert v. Frankreich und die Androhung des Bannes gegen denselben durch die kaiserliche Synode zu Rom 998 o. 939 c. 1, M. 19, 225, über hierher gehörige Massnahmen Gregors VII. gegen Philipp I. v. Frankreich o. S. 44 n. 1 und die Exkommunikation des letzteren durch die Legatensynode zu Autun 1094 wegen seines Verhältnisses zu Bertrade M. 20, 799, sowie die später erfolgte Absolution 1096 J. L. n. 5774, M. 20, 687, Hefele, Conc. Gesch. 5, 247 und die erneuerte Bannung auf dem Legatenkonzil v. Poitiers 1100 M. 20, 1120; über die Exkommunikation Rogers v. Sizilien auf der Lateransynode 1139 M. 21, 536 und über die anderer sicilischer Könige vom 12. bis 14. Jahrh. Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887 p. 136 n. 4, endlich über die Exkommunikation des Gegenkönigs Konrad o. S. 13 n. 2.

Wegen der Anwendung des Interdikts gegen Königreiche und Könige s. S. 26 n. 1. 4. 5. S. 27 n. 11; vgl. ferner über Androhung des Interdikts gegen den König wegen Verhinderung der geistlichen Gerichtsbarkeit, Nichtunterstützung derselben durch Verweigerung des mandatum de capiendo excommunicato und wegen Intrusion von Geistlichen in Benefizien Lambeth 1261, M. 23, 1060. 1063. 1064. 1065, o. S. 212 n. 4 u. S. 218 n. 6.

[1] Bd. IV S. 758.

[2] S. o. S. 32.

[3] Bd. IV S. 723 u. 724 n. 1.

[4] So hat die Synode zu Troslé 921 den getödteten Grafen Erlebald von der Exkommunikation losgesprochen, M. 18, 343, ja Limoges 1031, M. 19, 539 (s. S. 147 n. 5) bezeugt schon eine derartige feste Praxis; s. weiter a. a. O. n. 6.

[5] Unter Berufung auf die durch das 6. Konzil v. Konstantinopel (553), s. c. 6 C. XXIV qu. 2, ausgesprochenen Anathematisirungen von Urhebern ketzerischer Lehren, Bd. IV S. 758 n. 2, vgl. auch die folgenden Anmerkgen.

[6] So Paucapalea in seiner Summa zum Dekret zu der vor. Anm. cit. quaestio, Ausgabe von v. v. Schulte. Giessen 1890 S. 105: „Haeretici enim, ut in quinta synodo ostenditur, post mortem accusari vel damnari possunt"; desgleichen Roland (nachmals Alexander III.) in seiner Summa, her. v. Thaner. Innsbruck 1874 S. 101, welcher sich ausserdem darauf beruft, dass wenn ein Exkommunicirter nach seinem Tode rekonziliirt werden dürfe, andererseits „si post decessum alicuius ipsius haeresis appareat et manifeste probetur, iam defunctus poterit excommunicari" und hinzufügt: „crimina quaedam sunt, pro quibus et post mortem aliqui accusari possunt et dampnari, quaedam non. Nam pro crimine simoniae et haereseos et sacrilegii excommunicari valent post mortem, pro aliis minime", wobei sich die Ausdehnung auf die Simonie aus der Zusammenstellung derselben mit dem crimen laesae maiestatis, welchem die Ketzerei als gleichstehend betrachtet wurde, bei Gratian dict. zu c. 22 C. VI qu. 1 erklärt, und das Sakrileg wohl auch wegen seiner Verwandtschaft mit dem gedachten crimen von Alexander III. angereiht worden ist.

[7] Vgl. l. 11 D ad leg. Iuliam maiest. XLVIII. 4 und l. 4 §. 4 C. de heret. I 5 („In mortem quoque inquisitio tendatur, nam si in criminibus maiestatis licet memoriam accusare defuncti, non immerito et hic debet subire iudicium").

Majestätsverbrechen [1] so weit gegangen ein förmliches Strafverfahren gegen Verstorbene zuzulassen [2] und näher [3] auszubilden [4].

§. 281. *d. Die sachliche Zuständigkeit der kirchlichen Straf- und Disciplinargewalt und der kirchlichen Gerichte.*

I. In Betreff der Laien. Sowohl im römischen, wie auch im merovingischen Reich hatte die Kirche ihre Strafgewalt über die Laien wegen der von den letzteren begangenen kirchlichen Strafthaten ohne Rücksicht darauf, ob diese zugleich ein weltliches Vergehen bildeten oder nicht, ausgeübt [5]. Von einer Kollision beider, der weltlichen und der kirchlichen Strafgewalt, konnte dabei keine Rede sein, weil die Kirche sich nur solcher Strafmittel bediente, welche allein die kirchliche Rechts-

[1] S. S. 302 n. 6; c. 10 (Innoc. III.) X de heret. V. 7; const. Friderici II. 1220. 1232. 1239, LL. 2, 244. 287. 288. 326 ff. (so auch noch Karl IV. 1369 bei Fredericq, corpus inquisitionis Gent 1889. 1, 216).

[2] Nachdem schon in 1205 in Toulouse, Havet l'hérésie et le bras seculier in bibliothèque de l'école des chartes. Paris 1880 XLI, 584 n. 4, und dann noch mehrfach gegen verstorbene Ketzer vorgegangen war, Henner, Beiträge zur Organisation und Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte Leipzig 1890 S. 336 n. 2 wurde dies Verfahren durch die Anweisung des Konzils v. Beziers 1246 für die Inquisitoren c. 18, M. 23, 719 („ad haereticorum seu credentium condemnationem qui non fuerint reconciliati canonice ante mortem, citatis eorum heredibus sive aliis qui de iure citandi fuerint et concessa eisdem opportuna copia defendendi, similiter procedatis") und durch Albi 1254 c. 25, M. 23, 839 („ut si per inquisitionem reperiatur aliquos defunctos fuisse hereticos tempore mortis suae, exhumentur et eorum cadavera sive ossa publice comburantur, deffensione legitima eorum heredibus renovata", und schon gleichzeitig durch die Päpste, Alexander IV. 1258 §. 7 P. n. 17382, bull. Taur. 3, 665 (c. 8 §. 7 in VI. de heret. V. 2) u. P. n. 17400, ibid. p. 666 (c. 3 in VI. de heret. V. 2), Urban IV. 1262, P. n. 18395, Eymericus director. inquisitorum cum comm. Pegnae Romae 1585 p. 141 für statthaft erachtet.

Mit Recht bemerkt Henner 1 S. 337, dass der Prozess nicht blos gegen das Andenken, die memoria defuncti, geführt wurde, weil mit dieser Auffassung weder die Ausgrabung und Verbrennung der Leichname, noch auch die Konfiskation der Güter der Verstorbenen, s. den vor. Absatz, namentlich c. 8 §. 7 de heret. V. 2, in Einklang steht.

Übrigens hat die spätere Doktrin in Anhalt an c. 3 und c. 8 §§. 6. 7 in VI de heret. cit., s. auch Beziers 1246 c. 18 cit., nur gegen verstorbene heretici und credentes, nicht gegen die fautores, receptatores u. s. w., die Einleitung eines Prozesses für statthaft erachtet, Pegna comm. 92 ad Eymeric. III. qu. 43, s. auch Henner S. 338, wennschon die Praxis noch im 14. Jahrhundert eine solche eintreten liess, freilich aber nur ein Erkenntniss auf Ausgrabung der Gebeine aus geweihter Erde, aber weder die Verbrennung derselben noch die Konfiskation des Vermögens des Verstorbenen für statthaft erachtet hat, Bernardus Guidonis, practica heretice pravitatis. ed. Douais. Paris. III. n. 26 p. 122; Limborch, liber sententiarum inquisit. Tholosonae p. 203. 250 als Anhang zu dessen historia inquisitionis. Amsterdam 1692. Ob der Prozess schon bei Lebzeiten des betreffenden begonnen hatte oder nicht, war aber gleichgültig, nur hat die spätere Doktrin die Einleitung eines Verfahrens, soweit es sich um die Vermögenskonfiskation handelte, bei bona fides, d. h. Unkenntniss der Erben von der Ketzerei ihres Erblassers, nach 40 Jahren, nicht aber, soweit es sich um die Verurtheilung des Andenkens des Verstorbenen, sowie die durch dieselbe ermöglichte Ausgrabung der Gebeine und des Eintritts anderer Strafen für die Descendenten, wie z. B. die Unfähigkeit zu Ämtern handelte, für ausgeschlossen erachtet, s. Pegna l. c.

[3] Vgl. Bernard. Guidon. I. n. 22—29 p. 19 u. III. n. 24—28 p. 120. Beispiele aus dem 13. u. 14. Jahrhundert s. bei Molinier l'inquisition dans le midi de la France. Paris 1880 p. 361. 363 und études sur quelques manuscripts . . . concernant l'inquisition. Paris 1887 p. 85. 86. 106. 124 n. 1 c. 3; Limborch lib. sententiar. inquis. Tholosonae 1307—1313 als Anhang zu Limborch hist. inquisitionis. Amsterdam 1692 p. 33. 79. 162 ff. 203. 244. 248 ff. 250. 333. 364; Fredericq corpus document. inquisitionis hereticae pravitatis Neerlandicae. Gent 1889 p. 120. 181 ff. 248 ff. Vgl. auch Henner S. 337. 338.

[4] In der früheren Zeit ist nur einmal ein Verfahren gegen einen Todten, nämlich den Papst Formosus, dessen ausgegrabene Leiche vor die römische Synode v. 897 gestellt wurde, veranstaltet, aber von den Zeitgenossen als etwas Unerhörtes bezeichnet worden, Jaffé-Loewenfeld p. 439; Dümmler Auxilius u. Vulgarius. Leipzig 1866 S. 10.

[5] Allerdings waren einzelne kirchliche Vergehen sowohl durch das römische, wie auch das merovingische Recht, Bd. IV S. 793. 846, ebenfalls mit weltlichen Strafen bedroht worden, aber dadurch sollte gerade die Wirksamkeit der kirchlichen Strafgewalt gesichert werden.

stellung und die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte berührten, nicht aber weltlichen Charakters [1] waren [2].

Im merovingischen Reich füllte das die Vergehen und die Strafe unter öffentlich rechtlichen Gesichtspunkten betrachtende kirchliche Strafrecht neben einem weltlichen Strafrecht, welches nur wenige öffentliche, d. h. mit öffentlicher Strafe bedrohte Vergehen kannte, im übrigen aber auf einer privatrechtlichen, namentlich gechlechtsgenossenschaftlichen Auffassung des Verbrechens und der Strafe ruhte, und daher dem Verletzten die Verfolgung des gegen ihn begangenen Unrechts überliess [3], eine entschiedene Lücke aus, und hätte diesem Bedürfniss im vollsten Masse entsprechen können, wenn nicht im Verlaufe der merovingischen Periode die Geistlichkeit, insbesondere die höhere, in deren Hand die Ausübung der Strafgerichtsgewalt lag, immer mehr der Verweltlichung anheimgefallen wäre.

Wenn im Beginn der karolingischen Periode, namentlich durch die Handhabung des königlichen Amtsrechtes und des mit demselben verbundenen Königsbannes, die Idee der öffentlichen Strafe in weiterem Umfange als früher zur Geltung gebracht wurde [4], so geschah dies zugleich dadurch, dass die karolingischen Könige — wenngleich durch die Kirche dazu angeregt —, mit denselben Mitteln die Durchführung der kirchlichen Strafen, namentlich die Leistung der von der Kirche für die verschiedenen Verbrechen auferlegten Bussen erzwangen [5] und so das kirchliche Strafrecht für den Schutz der öffentlichen Rechtsordnung dienstbar machten.

Mit dem Verfall des karolingischen Reiches und mit der zunehmenden Schwäche der königlichen Gewalt beginnt aber auf dem Gebiete des weltlichen Strafrechts eine rückläufige Bewegung, in Folge welcher die Auffassung von dem öffentlichrechtlichen Charakter des Verbrechens und der Strafe, sowie der öffentlichrechtlichen Pflicht zur Verfolgung der Strafthaten wieder mehr in den Hintergrund tritt [6]. Während aus diesen Gründen die Handhabung einer wirksamen weltlichen Strafrechtspflege verkümmert, fährt die Kirche nicht nur in der Ausübung ihrer Strafgewalt fort, sondern sie schafft sich sogar bald nach der Mitte des 9. Jahrhunderts in Deutschland in den Sendgerichten Organe, welche den öffentlich rechtlichen Charakter ihrer Strafrechtspflege dadurch scharf zum Ausdruck bringen [7], dass sie mit ihrem Rügeverfahren, soweit möglich, die Bestrafung aller kirchlichen Vergehen herbeizuführen bezwecken und bei ihrer weitgesteckten Zuständigkeit auch die am häufigsten vorkommenden und schwersten weltlichen Verbrechen, wie Tödtung, Ehebruch und andere Fleischesverbrechen, Diebstahl, Raub, Meineid und falsches Zeugniss, mit kirchlicher, also

[1] Bd. IV S. 737. 803. Für das westgothische Reich trifft dies freilich nicht zu, Bd. IV S. 804. Aber hier ist der Staat vollkommen von der Kirche beherrscht und droht im Einverständniss mit ihr auch für rein staatliche Vergehen kirchliche Strafen an, stellt also seine Strafgewalt der Kirche im umfassendsten Masse zur Verfügung, a. a. O. S. 848. 849.

[2] Demnach konnte das Bedenken, dass Jemand wegen desselben Vergehens zweimal bestraft wurde, überhaupt nicht entstehen.

[3] v. Bar, Hdbch. d. Strafrechts. Berlin 1882 1, 51 ff.; R. Schröder, Lehrb. d. deutsch. Rechtsgesch. S. 330 ff.; v. Liszt, Lehrb. d. deutsch. Strafr. 4 A. S. 37 ff.; Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 536 ff. 585 ff.

[4] v. Bar S. 67; Schröder S. 340. Von einer Kollision in Betreff der sachlichen Zuständigkeit der weltlichen und geistlichen Gerichte ist aber noch keine Rede gewesen, vielmehr konnte damals wegen der Vergehen, welche die Kirche mit Strafe belegte, auch im weltlichen Gericht die Anklage unabhängig davon erhoben und von diesem auf die weltliche Strafe erkannt werden, vgl. die die einzelnen Gerichtsverhandlungen wegen Tödtung, Frauenraub, Incest und Diebstahl betreffenden Formeln bei Zeumer, formulae Merovingici p. 152. 154. 156. 237. 357. 537.

[5] Vgl. a. S. 88 und unten §. 286.

[6] v. Bar 1, 87 ff.; v. Liszt S. 43.

[7] S. §. 288.

öffentlichrechtlicher Strafe belegen[1]. In ähnlicher Weise wirkt in Frankreich, wo die Sendgerichte keinen festen Fuss gefasst haben[2], die zur Bekämpfung des Fehderechtes durch die Kirche noch vor der Mitte des 11. Jahrhunderts herbeigeführte Aufrichtung des Gottesfriedens, der *treuga dei*[3]. Wenn durch denselben auf Grundlage eines behaupteten direkten göttlichen Gebotes[4] ein allgemeiner Friede für bestimmte gebundene Tage, gewöhnlich von Donnerstag Abend bis Montag früh, sowie für die kirchlichen Hauptfeste und gewisse Festwochen, nicht minder in Anhalt an die frühere Anschauung von der Nothwendigkeit eines höheren Friedensschutzes für bestimmte Personen und Sachen[5] auch die unbedingte und immerwährende Befriedung solcher, namentlich der Geistlichen, Landbauer, Kaufleute, Pilger und Wallfahrer, sowie der Zug- und Nutzthiere, Ölbäume[6] (*pax*)[7] angeordnet wurde, so musste sich jede Verletzung dieses Friedens, namentlich jede rohe, zugleich ein weltliches Vergehen bildende Gewaltthat auch als ein kirchliches Verbrechen darstellen und als solches der Bestrafung der Kirche und ihrer Strafgerichtsbarkeit anheimfallen. In der That erscheinen in den verschiedenen Gottesfriedensordnungen die Bischöfe (bez. auch die Kanoniker) als Richter über die Gottesfriedensbrüche[8] und neben ihnen die weltlichen Gewalten, namentlich diejenigen, welche sich an der Aufrichtung

[1] S. §. 288.

[2] Wenigstens nach dem jetzigen Stande des Quellenmaterials. Ebenso auch Fournier, les officialités au moyen age. Paris 1889 p. 286.

[3] Kluckhohn, Gesch. des Gottesfriedens. Leipzig 1857. S. 3 ff.; Huberti, Gottesfrieden und Landfrieden. Ansbach 1892 1, 20. 29 ff. 234 ff. 279. 291. 293.

[4] Kluckhohn S. 43; Huberti S. 269. 275. 278. 282. 289.

[5] S. die Nachweisungen bei Huberti 1, 47.

[6] S. 225 n. 7.

[7] Kluckhohn S. 52; Huberti 1, 294. 314. 315.

[8] Gottesfrieden v. Tulujas für die Provinz Narbonne 1065 (Huberti 1, 333. 336. 337), M. 19, 1042: „compositione mali quod intulit in duplo componat, ita ut medietatem istius duplae compositionis habeat querulator et alteram medietatem habeat episcopus et ipse comes, qui adiutor fuerit episcopo ad hanc iustitiam faciendam .. Si quis autem infra hanc trevam hominem occiderit sine aliquo casu ... ut omnibus diebus vitae suae exilio damnetur, si autem cum casu fecerit, egrediatur tamen a terra usque ad triennium (l. terminum) quem episcopus vel canonici existimaverint esse imponendam ... (p. 1043) De praedicta autem treva vel pace querela ad episcopum vel ad eius canonicos seu fatigatio omni tempore fiat"; Lillebonne 1080 c. 1, M. 20, 555 u. 559: „Qui vero eam observare contempserint vel aliquatenus fregerint, episcopi secundum quod prius statutum est, eos iudicando iustitiam faciant. Si quis autem episcopo suo inde inobediens fuerit, domino in cuius terra habitat, episcopus hoc demonstret et ille eum subdat episcopali iustitiae. Quod si et dominus facere contempserit, regis vicecomes inde per episcopum requisitus omni remota excusatione faciat"; Gottesfrieden des Grafen Fulco v. Anjou (zu Clermont von Urban II. 1095 bestätigt) M. 20, 912, c. 2: „Si vero vocatus (wegen percussio, vulneratio und captio) ab episcopo aut a ministris eius infra VII dies venerit, damnum tantum restituat et si non venerit ... excommunicabitur et post excommunicationem restituet damnum ad iudicium episcopi et episcopo emendabit C solidos"; c. 3: „Qui autem in pace domini hominem occiderit, VII annos erit exul a patria, nisi talem pacem fecerit cum parentibus mortui, ut ipsi deprecentur episcopum pro eo et postea emendabit 30 libras inter episcopum et comitem, si occisio facta fuerit in receptaculis comitis"; vgl. ferner S. Omer 1099 c. 1, M. 20, 969; Rheimser Statut Calixts II. 1119, M. 21, 236; das den Gottesfrieden für die ganze Kirche einführende erste Laterankonzil 1123 c. 13, M. 21, 283: „Si quis treugam diffregerit, usque tertio ad satisfactionem ab episcopo admoneatur. Quod si tertio admonitus satisfacere contempserit, episcopus vel cum metropolitani consilio vel cum duobus aut uno vicinorum episcoporum in rebellem anathematis sententiam dictet et per scripturam episcopis circumquaque denunciet"; päpstliche Synode Rheims 1131 c. 11, M. 21, 460 (nur dass hier die Zuziehung des Metropoliten oder der benachbarten Bischöfe nicht angeordnet wird); päpstl. K. Rheims 1148 c. 11, p. 716; Terouanne um 1150 c. 6, Ztschr. d. Savignystiftg. 12, 114; Sdralek, Wolfenbüttler Fragmente. Münster 1891 S. 145.

Dasselbe ergiebt sich auch aus den Ordnungen, welche für die Verletzung des Friedens lediglich kirchliche Strafmittel, namentlich die Exkommunikation androhen, vgl. Synode v. Elne 1027, M. 19, 483 (Huberti 1, 234. 240); Montriond 1041, Huberti 1, 299. 302; Steindorff, Heinrich III. 1, 140 n. 2; Narbonne 1054 c. 4. 5, M. 19, 857; Friede H. Wilhelms v. d. Normandie 1042, M. 19, 597, päpstliche Synode Troyes 1107, M. 20, 1218.

Vgl. übrigens auch noch Huberti 1, 321. 446. 448. 449. 453. 535.

des Gottesfriedens betheiligen [1], wesentlich nur als die Vollstrecker der Urtheile des geistlichen Gerichtes oder als die Gehülfen für die Ermöglichung der Ausübung der Jurisdiktion desselben [2], nicht aber als Richter über die Verletzung des Friedens [3].

Allerdings wird in einer der ältesten Urkunden über den Gottesfrieden [4] und in den ältesten deutschen derartigen Ordnungen [5] die Bestrafung durch den weltlichen, wie auch den kirchlichen Richter meistens je nach den verschiedenen Seiten der den Gottesfrieden verletzenden Strafthat vorgesehen, ja eine solche war an sich auch da, wo die Gottesfriedensordnungen die weltliche Strafgewalt unerwähnt lassen [6], an sich nicht ausgeschlossen [7], indessen musste trotzdem die Strafgewalt der Kirche thatsächlich in den Vordergrund treten, denn während diese die betreffenden Strafthaten von amtswegen als öffentliche Vergehen verfolgte und gerade ihrerseits das dringendste Interesse hatte, die sich nur zu oft gegen die Geistlichen, ihre Besitzungen und

[1] S. die in der vor. Anm. cit. Ordnungen von Elne, v. Lillebonne und Fulcos v. Anjou.

[2] Vgl. die eben citirten Ordnungen, namentlich Fulco v. Anjou c. 8: „Si quis baronum comitis forisfecerit ei, clamorem faciet ad archiepiscopum, antequam vadat super illum cum exercitu, et si voluerit venire salvo conductu per ammonitionem archiepiscopi ad curiam suam, rectitudinem accipiet comes ab eo iudicio archiepiscopi; et si noluerit venire et postea comes eat cum exercitu super eum, non violabit pacem“ .. c. 9: „quod si quis baronum violaverit domini pacem, comes et omnes alii eant super eum, si archiepiscopus eos submonuerit“; Rheims 1157 c. 3, M. 21, 844: „Quorum vero improbitas temerare ista praesumpserit, nisi commoniti emendare festinaverint, canonica ultione feriendi sunt. Porro dominus suus, cuius hoc est, conveniatur, ut eum satisfacere vel iudicium subire compellat ... Deinde regia sublimitas interpellabitur. Ipsa vero pro suo officio quo ecclesias tueri debet, ad emendationem cogere poterit improbos“; leges Edwardi confessor. (Privatsammlg. aus der ersten Hälfte des 12. Jahrh.) c. 2 §. 9, Schmid, Gesetze d. Angelsachsen S. 492: „Quod si quis ei forisfecerit, episcopus faciat suam iustitiam et si pro iustitia episcopi emendare noluerit, ostendat regi et rex constringat forisfactorem, ut emendat cui forisfecerit et episcopo et sibi. Et sic iuste gladius gladium iuvabit“.

[3] S. aber Anm. 4 u. 5.

[4] In dem Schreiben der Bischöfe von Arles, Avignon und Nizza, sowie des Abtes v. Cluny 1041, M. 19, 594 (Huberti 1, 273): „si quis in ipsis diebus treuvae dei homicidium fecerit, exul factus atque a propria patria eiectus, Jerusalem tendens, longinquum illic patiatur exilium. Si vero in aliis quibuslibet rebus supradictam treuvam dei et pacem fregerit, examinatus per decreta legum secularium iuxta modum culparum cogatur persolvere et per ss. canonum regulas duplicata poenitentia iudicabitur. Quod ideo dignum ducimus, ut si promissionem illic factam in aliquo corrumpere praesumpserimus, mundano et spirituali iudicio dupliciter condemnemur“. Wenn Rudolph. Glaber V. 1, Duchesne 4, 55 der Todesstrafe erwähnt, so kommt diese sonst nirgends vor, und es muss seine Angabe daher auf Irrthum beruhen, vgl. Huberti S. 280. 287. 288.

[5] Nämlich in dem Lütticher Gottesfrieden 1081, Kluckhohn S. 64 n. 11, dem Kölner 1083, LL. 2, 54 und dem Mainzer 1085, LL. 2, 55 (welcher freilich nicht wie Pertz a. a. O. annimmt, als Reichsgesetz erlassen worden ist, Kluckhohn S. 75, aber andererseits sich auch nicht als blosser Entwurf, so Bröck, Entstehg. des Fehderechts i. deutsch. Reich 1887 S. 11 darstellt); denn hier kommen nicht nur Strafen, auf welche die kirchlichen Gerichte nicht erkennen konnten, wie z. B. für Sklaven Enthauptung und Handverlust vor, sondern Köln und Mainz p. 57 bestimmen auch: „non magis in comitum aut tribunorum vel potentum quam in totius communiter populi potestate et arbitrio constabit, ut vindictas superius dictatas violatoribus s. pacis inferant“ und verbieten p. 57. 58 die Bestrafung schuldiger Geistlichen durch die Laiengerichte. In dem Dekret des Bischofs Wilhelms v. Auch 1146, Bouquet voc. 14, 392 (Huberti 1, 490): „Si quis autem treugas violare tentaverit, post commitionem factam, si non satisfecerit, princeps suus et episcopus cum clero et populo cogant eum iniuriam passis satisfacere ad arbitrium episcopi et principis sui et aliorum vicinorum baronum. Quodsi princeps seu barones vel populus dissimulaverint, tam princeps quam barones excommunicentur et tota terra eorum interdictio subiciatur“ handelt es sich wohl um ein gemischtes Gericht, bei welchem der Bischof die entscheidende Leitung, namentlich auch der Exekution hat.

[6] S. 305 n. 8.

[7] Denn an und für sich gebührt die Wahrung des Friedens und der Rechtsordnung in erster Linie der weltlichen, insbesondere der königlichen Gewalt. Darauf ist auch in Deutschland im 11. Jahrhundert von einzelnen Bischöfen, so von Gerard von Cambrai hingewiesen worden, Huberti 1, 205, und gerade in den deutschen Gottesfriedensordnungen wird mehrfach auch der weltlichen Bestrafung gedacht, s. Anm. 5. Wenn Huberti 1, 335. 345 in Tulujas 1065 cit. c. 2 das Strafensystem für die Verletzung der pax im Gegensatz zur treuga, s. S. 305 insofern gegen früher bedeutend verändert findet, als nicht mehr blos kirchliche Strafmittel, sondern auch weltliche unmittelbar festgesetzt seien, und und sich dafür auf die Anordnung: „sacrilegii compositionem emendet praefatae sedi (Bischof)

ihre Grundholden kehrenden Gewaltthaten so viel wie möglich zu unterdrücken [1], war die Thätigkeit der weltlichen Strafgerichte bei dem überwiegend privatrechtlichen Charakter des germanischen Strafrechts in den meisten Fällen von einem Antrage des Verletzten abhängig und versagte vielfach gegenüber einem mächtigen Gegner.

Gerade das hervorgehobene Moment hat auch ganz abgesehen von der Gottesfriedensbewegung dazu geführt, dass die Kirche in dieser Zeit mit ihrer Strafgerichtsbarkeit die nach unserer Anschauung der weltlichen Gewalt obliegende Aufgabe in wirksamerer Weise als diese zu erfüllen im Stande war. Indem sie eine Reihe von Delikten, welche wie die Tödtung und andere Gewaltthätigkeiten vom weltlichen Recht nicht mit öffentlicher Strafe bedroht waren, mit ihren kirchlichen Strafmitteln, vor Allem mit der Exkommunikation und dem Interdikt belegte [2], trug sie dabei auch den Interessen des Verletzten insofern Rechnung, als sie diese Strafen nur durch genügende Sühne, zu welcher auch die Ersatzleistung gehörte [3], von vornherein abzuwenden gestattete, oder wenn sie schon verhängt waren, allein nach einer solchen wieder beseitigte [4], ferner aber weiter insofern, als sie mit ihren Strafen gleichmässig gegen hoch und niedrig vorging [5].

Sodann bot das Asylrecht der Kirche eine weitere Gelegenheit, ihre Strafjurisdiktion auszudehnen, da derjenige, welcher dasselbe erlangt hatte, um von ihr nicht ausgeliefert zu werden oder mindestens Verschonung mit der Todesstrafe und anderen Leibesstrafen zu erhalten, sich den kirchlichen Strafen, namentlich den kirchlichen Bussen, welche ihm für sein Vergehen auferlegt wurden, unterwerfen musste [6].

Endlich kam weiter der Umstand in Betracht, dass schon seit der karolingischen Zeit der Grundsatz galt, dass die weltlichen Beamten die Handhabung der kirchlichen Strafgerichtsbarkeit zu unterstützen und zur Durchführung der kirchlichen Strafen mit weltlichem Zwang einzutreten hatten [7], also die Ausübung der kirchlichen Strafgerichtsbarkeit zugleich als eine im Interesse des Staates geübte Funktion galt.

Aus allen diesen Gründen wird es erklärlich, dass sich in der Zeit vom 10. bis 12. Jahrhundert aus der ursprünglichen Konkurrenz der kirchlichen und weltlichen Strafgerichtsbarkeit, von denen jede das Delikt unter einem anderen Gesichtspunkt straft, ein die weltliche Kriminalgerichtsbarkeit in den Hintergrund drängendes Über-

et querelanti malefacta in duplo restituat“ beruft, so hat er übersehen, dass die Kirche auch in dieser Zeit von Geldstrafen Gebrauch hat, s. S. 36, und dass die Ersatzleistung des verursachten Schadens, welche auch in anderen Gottesfriedensordnungen angedroht wird, Voraussetzung der Abwendung der Exkommunikation oder der Aufhebung einer schon ausgesprochenen ist, s. S. 10. 146 ff.

[1] Die Auffassung von Huberti 1, 321, dass die Kirche wegen ihrer ausgedehnten geistlichen Gerichtsbarkeit der nunmehr erstarkenden weltlichen, insbesondere königlichen Gerichtsbarkeit Konzessionen habe machen müssen, und deshalb die Idee des Gottesfriedens mit den weltlichen Grossen zu realisiren versucht habe, halte ich nicht für richtig. Zunächst war die Gerichtsbarkeit der Kirche bei der Einführung des Gottesfriedens keine übermässig ausgedehnte, und jedenfalls konnte ihr das Recht weltliche Missethaten, welche sich auch als schwere Sünden und kirchliche Strafvergehen charakterisirten, mit Kirchenstrafen, wie namentlich der Exkommunikation zu belegen, gar nicht bestritten werden. Vielmehr hat sie sich zur sicheren Durchführung des Gottesfriedens mit den weltlichen Grossen in das Einvernehmen gesetzt, und die Anführungen von Huberti 1, 140 ff. 284 ff. selbst beweisen, dass von Versuchen der Fürsten und Grossen, die weltliche Jurisdiktion gegenüber der Steckung der Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit in den gedachten Beziehungen zu wahren, keine Rede gewesen ist. Erst seit dem 12. Jahrhundert, namentlich aber im 13. Jahrhundert erlassen die französischen Könige ihrerseits auch weltliche Friedensgebote, und erst im letzteren treten bei Verletzungen derselben die staatlichen Gerichte ein, Huberti 1. 533 ff. 548.

[2] S. 177 ff. 186 ff.

[3] S. 10. 146 ff.

[4] S. 89.

[5] S. 301.

[6] S. Bd. IV. S. 386. 387.

[7] S. unten §. 286.

gewicht der kirchlichen Gerichtsbarkeit entwickelt hat. Wenn sich in Folge dessen auch nur selten eine die weltliche Gerichtsbarkeit ganz ausschliessende Kompetenz der Kirche für einzelne gewöhnliche Vergehen der Laien durch Gewohnheit [1] festgestellt hat oder durch ausdrückliche Vorschrift [2] eingeführt worden ist, so hat doch die Kirche bei der Ausübung ihres Rechtes, für die von ihr als Vergehen qualifizirten Sünden Strafen anzudrohen und diese durch ihre Gerichte aburtheilen zu lassen, den Anspruch erhoben, dies ohne Rücksicht auf eine etwaige Konkurrenz der weltlichen Gerichte zu thun, und zugleich verlangt, dass die weltliche Gewalt bei der Ausübung ihrer desfallsigen Jurisdiktion sich der dadurch geschaffenen Lage fügen, ja sogar des Beiraths der Bischöfe bedienen sollte [3]. Dass das letztere praktisch nicht durchführbar war, lag auf der Hand, da die Bischöfe in der damaligen Zeit weder in der Lage waren noch Neigung gehabt haben würden, sich an allen weltlichen Gerichtssitzungen zu betheiligen, und auch die weltlichen Inhaber der Strafgerichtsbarkeit kaum sich dazu verstanden hätten, Geistliche als Stellvertreter der Bischöfe zu ihren Gerichten, sei es als Rathgeber oder als Schöffen zuzulassen, wie das letztere umgekehrt mit den Laien als Urtheilfindern in den ursprünglich rein kirchlichen, den Send-Gerichten, geschehen war [4]. Ja, selbst der Anspruch der Kirche, alle Vergehen ohne jede Rücksicht auf die etwaige weltliche Bestrafung derselben vor ihr Forum zu ziehen, liess sich in voller Schroffheit nicht aufrecht erhalten. In den älteren Zeiten hatte eine doppelte Bestrafung desselben Vergehens keine Schwierigkeit gehabt, weil das weltliche und das geistliche Gericht ein solches, jedes unter einem anderen Gesichtspunkt zu beurtheilen hatte. Dies musste sich ändern, als die Kirche in ihr Strafsystem auch weltliche Strafen, namentlich Geldbussen für die Laien aufgenommen hatte [5] und ihrerseits dahin wirkte, dass dem Verletzten behufs Abwendung der Exkommunikation von dem Schuldigen Sühne geleistet wurde [6], andererseits aber auf dem Gebiete des weltlichen Strafrechts seit dem 11. und vor Allem seit dem 12. Jahrh. die öffentlichen Strafen wieder mehr hervortreten [7], daneben aber noch das frühere

[1] So in der Normandie, s. Lillebonne 1080, M. 20, 558 u. 563 (c. 37): „Parochianorum crimina episcopo pertinentia, ubi consuetudo fuerit, episcoporum iudicio examinentur. Si contradictio iudicationis (d. h. des Rechtes zum Aburtheilen) facta fuerit, ante episcopum diffiniatur ... Has consuetudines episcopi habeant in illis locis, in quibus eos tempore Rodberti comitis vel Willelmi regis eius concessione hactenus habuerunt". Welche Vergehen dies waren, ergiebt sich freilich nicht.

[2] S. const. eccles. Königs Koloman v. Ungarn v. 1103 c. 18, M. 20, 1171: „Si quis homicidia (l. homicida) apud comitem vel quemlibet inveniatur, per nuncium episcopi ad poenitentiam quaeratur, quem si mittere renuerit, eadem cum homicida sententia feriatur. Parricidia et caetera quae praetitulavimus homicidia, episcoporum censuris vacare decrevimus, qui iuxta qualitatem facinorum et personarum, prout ipsis visum fuerit, canonice huiusmodi facinus deliberent. Simplicia vero huiusmodi homicidia, ab archidiacono et iudice seculari iudicentur, de quibus ipsi nonam et decimam (d. h. von der durch Stephan I. festgesetzten Geldstrafe v. 110 Goldpensen) partem inter se dispartiant"; c. 19: „Mulieres partum suum necantes archidiacono allatae poenitentiam agant"; c. 20: „Raptus mulierum episcopus seu archidiaconus dijudicet"; c. 22: „Adulteri episcopi vel archidiacono adducti debitis poenarum iudiciis deputentur". (Auch c. 21: „Malefici per nuncium archidiaconi vel comitis inventi dijudicentur" hat wohl das kirchliche Forum im Auge.)

[3] Das zeigt c. 18. 19 Later. I 1139, M. 21, 531 (c. 32 C. XXIII qu. 8). Es droht für Brandstifter die Exkommunikation, die nur durch Entschädigung des Verletzten und durch Busse (Wallfahrt nach Jerusalem) beseitigt werden kann, an und fügt dann c. 20 hinzu: „Sane regibus et principibus facultatem faciendae iustitiae consultis archiepiscopis vel episcopis non negamus" (erneuert zu Rheims 1148 c. 15, M. 21, 717).

[4] S. §. 288.

[5] S. o. S. 36 ff.

[6] S. o. S. 10. 146 ff.

[7] Namentlich in Folge der Aufrichtung der Landfrieden, R. Schröder, Deutsch. Rechtsgesch. S. 614 ff., vgl. im Allgemeinen Geib, Lehrb. d. deutsch Strafrechts 1, 196. 203 ff., v. Bar, Hdbch. d. deutsch. Strafrechts 1, 87 ff., v. Liszt, Strafr. 4. A. S. 44; Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassg. Frankreichs 3, 427 ff.; E. Henderson, Verbrechen und Strafen in Eng-

Kompositionensystem wenn auch mit verändertem Charakter beibehalten wurde [1]. Bei dieser Sachlage liessen sich ungerechte Doppelstrafungen der Schuldigen nicht mehr vermeiden, und weiter musste die Frage nach der Präjudizialkraft des Urtheils des weltlichen Gerichtes für das geistliche und umgekehrt des letzteren für das erstere entstehen. Endlich kam noch in Betracht, dass die weltlichen Gerichtsherren in der übermässigen Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit nur eine Schmälerung ihrer Rechte, vor Allem ihrer Gerichtseinnahmen sehen konnten, und sich daher veranlasst fanden, den kirchlichen Forderungen Widerstand zu leisten [2].

Unter diesen Verhältnissen hielten die Päpste, allerdings für Einzelfälle, daran fest, dass die kirchliche Strafgerichtsbarkeit bei Verweigerung oder Verzögerung der Rechtsgewährung seitens der weltlichen Richter stets einzugreifen befugt sei, und wenngleich sie im Übrigen in den Fällen, in welchen das Vergehen sowohl nach weltlichem wie nach kirchlichem Recht strafbar war, dem Geschädigten die Wahl zwischen dem geistlichen und weltlichen Gericht offen gelassen und damit die Prävention als entscheidend anerkannt haben [3], so bezieht sich die betreffende päpstliche Anordnung doch nur auf das Sakrilegium. Jedenfalls blieb eine solche Wahl dann ausgeschlossen, wenn nach Recht und Gewohnheit die Zuständigkeit des einen oder anderen Gerichts begründet war [4].

Das in dieser Beziehung massgebende Recht bildete aber für die Päpste das kanonische Recht oder vielmehr dasjenige, welches sie als solches durchzusetzen versuchten. Dabei wurden die Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit von ihnen so weit als möglich gesteckt [5]; insbesondere hat Innocenz III. den Grundsatz aufgestellt, dass die Kirche jede Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt einer von der Partei oder von dem Angeklagten dabei begangenen Sünde [6] vor das Forum der

land während d. Zeit v. Wilhelm I. (1066—1087) bis Eduard I. (1272—1307). Philos. Inaug. Diss. Berlin 1890.

[1] Geib 1, 212.

[2] Schon 1152 hatten es die Laienfürsten in Deutschland zu Ulm durchgesetzt (Eugen. III. ad Wibald. 1152, Jaffé mon. Corbeiens. p. 538, auch M. 20, 765: „quod qui pro rapinis et incendiis aecclesiasticis bonis illatis excommunicationi subdantur, novo iudicio excommunicatos dedicant, nisi prius in laicorum iudicio damnationis sententia feriantur") dass, wie namentlich das folgende ergiebt: „Quod si forte tam tu quam fratres nostri episcopi putaveritis sustinendum, hoc procul dubie inde proveniet, ut nulli episcoporum in partibus illis liceat contra cuiuslibet facinoris reum disciplinam aecclesiasticam exercere", wenn die wegen Beraubung kirchlicher Güter und Brandstiftung mit der Exkommunikation belegten Thäter nicht vorher vor das weltliche Gericht gezogen worden waren, sie erst nach einer Verurtheilung in demselben der Exkommunikation durch den geistlichen Richter unterworfen, also die vorher verhängten Exkommunikationen als nichtig betrachtet werden sollten. Aus denselben Gründen haben auch freilich etwas später die weltlichen Gewalten, namentlich die Städte, die Sendgerichte in eine gewisse Abhängigkeit von sich zu bringen und ihre Zuständigkeit zu beschränken gesucht, s. u. §. 288.

[3] c. 8 (Luc. III.) X de foro comp. II. 2.

[4] c. un. (Bonifac. VIII.) in VI de exc. II. 12. Danach soll der weltliche Richter, wenn vor ihm auf Grund eines Urtheils des geistlichen Gerichtes die exceptio rei iudicatae vorgebracht wird, falls die Kompetenz des letzteren durch consuetudo oder ius begründet war, zur Beachtung der Einrede nöthigenfalls durch kirchliche Censuren angehalten werden, andererseits wird aber auch den geistlichen Richtern aufgegeben, die auf Grund des Erkenntnisses eines weltlichen Gerichtes erhobene Einrede der Rechtskraft unter den angegebenen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

[5] c. 26 (Innoc. III. 1210) X de V. S. V. 40 werden alle Sachen, welche den Bruch der unter päpstlicher Autorität zustande gekommenen Friedensvereinigungen — und der Gottesfriede gehörte seit der päpstlichen Synode v. Clermont 1095 c. 1, M. 20, 816; vgl. auch Lateran. I. 1123 c. 13, M. 21, 285; Lateran. II. 1139 c. 12, Lateran. III. c. 21, M. 21, 530 u. 22, 229 (c. 1 X de treuga I. 34); Kluckhohn S. 43 ff. ebenfalls dazu — betreffen, für das kirchliche Forum in Anspruch genommen.

[6] c. 13 X de iud. II. 1 (1204), Streit zwischen Philipp II. v. Frankreich und Johann ohne Land v. England. Dasselbe ist offenbar gemeint, wenn c. 2 in VI. 10. II. 12 cit., s. Anm. 4, die auf das Urtheil des weltlichen Gerichtes gestützte exceptio rei iudicatae nicht „in eis, quae animarum periculum inducunt" durchgreifen lässt.

kirchlichen Gerichte zu ziehen berechtigt sei, und wenngleich an sich principiell eine rein kirchliche Bestrafung eines in Civilsachen begangenen ethischen Unrechtes nicht ausgeschlossen erscheint, ja Innocenz III. sogar eine Entscheidung der Kirche über die Angelegenheit selbst, in Bezug auf welche die Sünde begangen war, ablehnt[1], so musste doch jene Forderung, weil sich in der hier fraglichen Zeit die kirchliche Strafgerichtsbarkeit der weltlichen völlig analog ausgestaltet hatte, und die von ihr angewandten Strafmittel nicht mehr rein kirchliche waren, mindestens immer zu einer indirekten, eventuell der Beurtheilung durch das weltliche Gericht präjudizirenden und die Rechte des letzteren schmälernden Entscheidung der vor dasselbe gehörenden Rechtsangelegenheit führen[2].

Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass die weltlichen Gewalten und Gerichtsherren, wenngleich sie da, wo es das Interesse der von ihnen zu wahrenden Friedensordnung gebot, sich auch der Hülfe der geistlichen Gerichtsbarkeit zu bedienen suchten[3], andererseits die weite Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit seit Ende des 12. und im 13. Jahrhundert vielfach bekämpften und einschränkten[4], dagegen aber die Päpste und die Geistlichkeit ihren Standpunkt so viel wie möglich festzuhalten und zu vertheidigen suchten[5].

[1] L. c.: „Non enim intendimus iudicare de feudo . . . sed decernere de peccato, cuius ad nos pertinet sine dubitatione censura, quam in quemlibet exercere possumus et debemus".

[2] So in dem S. 309 n. 6 erwähnten Fall über die Felonie des Vasallen gegen den Lehnsherrn. Gerade mit Rücksicht auf die desfallsigen Ansprüche Innocenz' III. wurde in der zwischen dem König Philipp II. und den weltlichen Grossen getroffenen Vereinbarung von 1204, in den sog. capitula de interceptionibus clericorum adversus iurisdictionem dom. regis, vgl. Dove, de jurisd. ecclesiast. apud Germanos Gallosque progressu diss. inaug. Berolin. 1855 p. 124; Brussel, nouvel examen de l'usage général des fiefs en France. Paris 1750. 2 app. p. XXVII (auch v. Warnkönig u. Stein, französ. Staats- u. Rechtsgesch. 3, 340) erklärt: „Primum capitulum est, quod clerici trahunt causam feodorum in curiam christianitatis propter hoc quod dicunt, quod fiduciae vel iuramentum fuerunt inter eos, inter quos causa vertitur et propter hanc occasionem perdunt domini iustitiam feodorum suorum. Responsio: In hoc concordati sunt rex et barones quod bene volunt, quod ipsi cognoscant de periurio et transgressione fidei; sed nolunt quod cognoscant de feodo; et si quis convictus fuerit de periurio et transgressione fidei, iniungant ei penitentiam; sed propter hoc non amittat dominus feodi iustitiam feodi nec propter hoc se capiant ad feodum".

[3] Friedrich I. erklärt nicht nur in der const. pacis v. 1158, LL. 2, 112: „Episcopos quoque locorum ecclesiastica censura violatores huius sanctionis, donec ad satisfactionem venerint, coercere volumus", sondern auch in der const. contra incendiarios v. 1187, LL. 2, 184: „Proscriptum vero, quem pro incendio sententiam proscriptionis incurrisse omnibus notum fuerit, dioecesanus episcopus, si ad satisfactionem inobediens extiterit, a communione ecclesie dei et fidelium Christi abiciat et extraneum reddat nec eum absolvat, quoadusque laeso dampnum restituat; et e converso, quem episcopus legitimis iudiciis citatum iustitia dictante excommunicaverit et hoc iudici insinuaverit, iudex eum banno proscriptionis condempnet nec prius eum absolvat, quam coram episcopo de his, pro quibus condempnatus est, satisfaciat. Quodsi a proscriptione illa praedicto modo fuerit absolutus, et episcopo suo voluerit obedire, incendium primum abiuret; deinde sit in arbitrio episcopi qualem ei penam iniungat, visitandi videlicet sepulchrum dei aut limina Jacobi apostoli".

[4] Vgl. Anm. 2; Vereinigung der französischen Barone 1246, Matthaeus Paris chron. mag. 1247 ed. Luard 4, 593: „statuimus et sancimus ut nullus clericus vel laicus alium de cetero trahat in causam coram ordinario iudice vel delegato, nisi super haeresi, matrimonio vel usuris, amissione omnium bonorum suorum et unius membri mutilatione transgressoribus imminente, certis a nobis super hoc exsecutoribus deputatis, ut sic iurisdictio nostra resuscitata respiret, et ipsi hactenus ex nostra depauperatione ditati . . . reducantur ad statum ecclesiae primitivae".

[5] Ep. Innoc. IV. 1247, Potth. n. 12385. 12386, Rodenberg epist. 2, 201. 203, worin er die i. d. vor. Note gedachten Festsetzungen für nichtig erklärt und die Beobachter derselben zu exkommuniciren befiehlt. S. ferner Bourges 1276 c. 13, M. 24, 176 und dazu Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassg. Frankreichs 2, 626. Vgl. noch über diese Streitigkeiten in Frankreich Dove l. c. p. 128. 132 ff. Für Deutschland ordnen Heinrich VII. zu Worms 1232 c. 2. 3 (Koch) Samml. d. Reichsabschiede 1, 17 und Rudolf I. const. pacis 1287 c. 29. 30. LL. 2, 450 an, dass weder die geistlichen noch die weltlichen Gerichte ihre Grenzen überschreiten sollen. Damit war aber ebensowenig etwas geholfen, wie mit der gleichen Anordnung des Lateran. IV 1215 c. 42, M. 22, 1027: „Sicut volumus, ut jura clericorum non usurpent laici, ita velle debemus, ne clerici jura

Was des näheren den Umfang betrifft, innerhalb dessen die Kirche ihre Strafgerichtsbarkeit hat ausüben können, so ist ihr weltlicherseits niemals die Zuständigkeit hinsichtlich derjenigen Vergehen bestritten worden, welche sich gegen den Glauben und die eigenthümlichen Lebensbedingungen der Kirche richteten.

So war es überall anerkannt, dass die Aburtheilung der Ketzer entsprechend den Vorschriften des kirchlichen Rechts[1] vor das geistliche Gericht gehörte[2], und

sibi vendicent laicorum. Quocirca universis clericis interdicimus, ne quis praetextu ecclesiasticae libertatis suam de cetero iurisdictionem extendat in praeiudicium iustitiae saecularis, sed contentus existat constitutionibus scriptis et consuetudinibus hactenus approbatis"; denn gerade die Absteckung der Grenzen durch die Kirche wurde von den weltlichen Gewalten vielfach als unberechtigt erklärt und bekämpft.

[1] S. Bd. IV S. 789. 844. 845 n. 1; c. 9 (Luc. III. 1184) c. 13 (Lateran. IV 1215) X de haeret. V. 7; c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2: „prohibemus . . . dominis temporalibus . . . ne ipsi de hoc crimine, quum mere sit ecclesiasticum, quoquomodo cognoscant vel iudicent" u. c. 19 (id.) eod., nach welchem die Strafe der Vermögenskonfiskation vor der Verurtheilung durch den kirchlichen Richter seitens der weltlichen Herren nicht verfügt werden soll.

[2] Vereinigung Richards I. mit dem Clerus der Normandie 1190 c. 2, M. 22, 591: „omnes de fidei laesione et juramenti transgressione quaestiones in ecclesiastico foro tractabuntur"; für Deutschland und Reichsitalien Friedrichs II. Krönungsgesetz v. 22. Nov. 1220, LL. 2, 244: (c. 6) „universos hareticos ab ecclesia denotatos"; Frider. II. const. 2 contra heret. 1232, ibid. p. 288: „ut heretici quocumque nomine censeantur, ubicumque per imperium ab ecclesia dampnati fuerint et seculari iudicio assignati, animadversione debita puniantur"; edict. contra heret. 1238, ibid. 2, 326. 327, und den auf der Provinzialsynode zu Mainz gegen den Grafen v. Sayn wegen Ketzerei verhandelten Prozess, Böhmer-Will, regesta archiepisc. Mogunt. 2, 227; Hefele Conc. Gesch. 5, 1029; Kellner, Konrad v. Marburg. Prag 1882. S. 155 ff.; für Frankreich vgl. S. 310 n. 4; s. g. Etablissements de S. Louis (u. 1273) I. 127, ed. Viollet. Paris 1881. 2, 240: „Et s'il estoit soupeçoneus de la foi, la joutise laie le devroit donques prandre et envoier à la joutise ordinaire; car quand sainte eglise ne puet plus fere, elle doit apeler l'aide des chevalier et le bras seculier et la force selonc droit escr. ou Code de episc. et cler. l.: „Si quis in hoc genus" (l. 3 C. J. I. 3). Et quand li juges l'avroit examiné, se il trovoit, que il fust bougres, adonc si le devroit envoier à la joutise laie et la joutise laie si le doit faire ardoir"; Beaumanoir († 1296), les coutumes du Beauvoisis, c. 11 n. 2, ed. Beugnot Paris 1842. 1, 157: „Verités est que toutes accusations de foy, à savoir mon qui croit bien en le foy et qui non, la connissance en apartient à sainte église; car, porce que saint eglise est fontaine de foi et de creance, cil qui proprement sont estavli à garder le droit de sainte eglise, doivent avoir le connissance et savoir le foi de çascun, si que s'il a aucun lay qui mescroie en le foy . . . auçois se veut tenir en se malvesè erreur, il soient justiciés comme bougres et ars (verbannt). Mais en tel cas doit aidier le laie justice a sainte eglise, car quant aucuns est condampnés comme bougres, par l'examination de sainte eglise, sainte eglise le doit abandoner à le laie justice et le justice laie le doit ardoir"; vgl. auch Ordonnanz Philipps IV. v. 1298, Isambert, recueil des anciennes lois françaises. Paris (s. a.) 2, 718; für England s. Radulph. de Diceto ymagines histor. ed. Stubbs 1, 318; Guillelm. Newbrig. hist. II. 13 ed. Hamilton 1, 123, nach welchem ein Konzil zu Oxford 1165 o. 1166 mehrere Ketzer zur Auspeitschung und demnächst der König dieselben zur Brandmarkung und Ausweisung verurtheilt hat; 5 Richard II. (1382) st. 2 c. 5, Statutes at large 1, 440: „qe commissions du roi soient directz as viscontz et autres ministres du roi ou a autres suffisantz persones apres et selonc les certifications des prelats eut a faires en la chanceilerie de temps en temps, darester touz tieux prechours et lour fautours maintenours et abettours et de les tenir au arest et forte prisone, tanqe ils veullent justifier selonc reson et la ley de sainte esglise"; 2 Henr. IV. (1400) c. 15: „Item quod dictus dioecesanus per se vel per commissarios suos contra huiusmodi personas arrestatas . . . publice et iudicialiter procedat"; 2 Henr. IV. (1414) st. 1 c. 7: „Et portant que la conisaunce des heresies errors ou Lollardies marteignent as juges de sainte esglise et nemye as juges seculers". Wenn nach der Fleta (u. 1270) II. c. 52 §. 14, ed. London 1665, p. 113: „Item de usurariis, sortilegis, apostatis" und nach Britton I. 30. 2, 179: „de sorciers et sorceresses, de renyez (Apostaten) et mescreauntz", für welche Fleta I. 37 §. 2 p. 54; Britton I. 10(9) p. 42: „et meymes tiel jugement eynt sorciers et sorceresses et renyez et sodomites et mescreauntz apertement atteintz", die Strafe der Verbrennung festgesetzt ist, der Sheriff die Inquisition bei seinen Rundreisen auch auf Ketzer ausdehnen soll, geschah dies wohl, um sie zunächst durch die Kirche aburtheilen zu lassen, mochte mitunter auch das Gericht des Königs als des Advokaten der Kirche gleich selbst dazu schreiten.

Für das Königreich beider Sizilien vgl. Frider. II. constit. regni Siciliae 1231 tit. 1, Huillard Bréholles, hist. dipl. Frid. II. IV. 1, 5 bis 7: „diligenter investigari volumus huiusmodi scelerum patratores et per officiales nostros . . . inquiri ac inquisitione notatos . . . a viris ecclesiasticis et prelatis examinari jubemus; per quos si evidenter inventi fuerint a fide catholica saltem in aliquo deviare ac . . . in erroris concepti constantia perseverent, presentis nostre legis edicto

dass die weltliche Gewalt diesem nöthigenfalls die Verdächtigen und Beschuldigten zu gestellen, sowie nach der Verurtheilung die weltliche Strafe zu verhängen und zu vollstrecken verpflichtet sei [1].

Während die verhältnissmässig selten erwähnte Apostasie [2] stets und das Schisma wenigstens regelmässig unter den Begriff der Ketzerei im weiteren Sinne, der Verläugnung des kirchlichen Glaubens [3], fielen und somit in demselben Umfange, wie die Ketzerei, zur Zuständigkeit der geistlichen Gerichte gehörten, wurde dieselbe auch in Betreff der Zauberei (*sortilegium*, *magia*), weil mit diesem Vergehen ebenfalls ein dem christlichen Glauben widersprechendes Denken und Handeln verbunden war, mindestens überwiegend [4] anerkannt [5].

Da die Kirche den Wucher, die usuraria pravitas, ihrerseits zuerst für strafbar erklärt und ihn damit zu einem kirchlichen Vergehen gestempelt hatte [6], so beanspruchte sie selbstverständlich auch die ausschliessliche Zuständigkeit in Betreff desselben [7], und in der That hat sie dieselbe in Spanien [8], ferner wenigstens in Deutschland [9], in Frank-

damnati mortem pati Patarenos decernimus . . . ut vivi in conspectu populi comburantur flammarum commissi iudicio"; vgl. auch tit. 2 p. 8.

Für Spanien Siete Partidas Alonsos X (IX) P. I t. 6. l. 58, ed. Madrid 1829. 1, 174: „Todo ome que fuesse accusado de heregia e aquel contra quien mouiessen pleyto por razon de usuras o simonia o de perjuro o de adulterio . . . o por razon de sacrilejo . . . todos estos pleytos sobredichos que nascen destos pecados, que los omes fazen, se deuen judgar e librar por juyzio de santa eglesia"; vgl. auch P. VII. t. 26 l. 2, l. c. 3, 554.

[1] S. die vorige Anm. und C. Henner, Beiträge z. Organisation der päpstlichen Ketzergerichte. Leipzig 1890 S. 347, vgl. auch §. 286.

[2] Vgl. Fleta und Britton, S. 311 n. 2; auch Henderson S. 35; const. regni Sicil. tit. 3, p. 8; siete partides P. VII t. 24, l. 4 ff. 3, 549 ff.

[3] S. d. Citate S. 311 n. 2.

[4] So in Frankreich, Beaumanoir c. 11 n. 25, Beugnot 1, 167: „Li autres cas de quoi li connissance apartient a sainte eglise, si est de sorceries, car li sorcier et les sorcieres si errent contre le foy et quiconques erre contre le foi, il doit estre amonestés par sainte eglise qu'il delaissent lor erreurs et viegnent à amendement de sainte eglise. Et s'il n'obeist à lor monnission, saint eglise les doit condampner, si que par droite justice et par droit jugement de sainte eglise, il soient condampné et tenu por mescreant. Et adont le justice laie doit penre tex manieres de gens. Et tele pot estre l'erreurs, que cil qui est pris, a mort deservie, si que on voit apertement que le sorcerie de quoi il uzoient, pot metre home à mort ou feme; et s'on voit qu'il n'i ait point de peril de mort, griés prison lor doit estre apareillié por l'erreur, dusqu'à tant qu'il venront à amendement et qu'il delairont lor erreur du tout en tout"; Parlamentsarret v. 1282, les Olim ou régistres des arrets etc. ed. Beugnot, Paris 1839. 2, 205 n. 8: „cum III mulieres sortilege Silvanectis fuissent capte et per maiorem et juratos iusticiate, super hoc fuit conquestus episcopus dicens cognicionem et punicionem huius criminis ad se pertinere, maiore et juratis e contrario dicentibus, se esse in possessione cognoscendi de tali crimine et de isto specialiter cognoscere potuerant et debuerant, quia ibi fuerat cutis incisio et sanguinis effusio . . . pronunciatum fuit, cognicionem huiusmodi criminis ad ecclesiam pertinere.

Die deutschen Quellen, treuga Heinrici (VII v. 1224?, s. Schröder, Rechtsgesch. S. 616 n. 14) c. 21, LL. 2, 268: „Heretici, incantatores, malefici, quilibet de veritate convicti et deprehensi, ad arbitrium iudicis poena debita puniantur"; Sachsensp. II. 13 §. 7; Goslarische Statuten, her. v. Göschen Berlin 1840 S. 38; Deutschspiegel 111; Schwabensp. 174 (Lassberg), Hamburger Stadtrecht v. 1270 XII. 8, v. 1292 P. VIII, v. 1497 O. XIX Lappenberg, die ältesten Stadt-, Schiff- u. Landrechte Hamburgs. Hamburg 1845. S. 69. 158. 305, stellen die Magie und die Vergiftung mit der Ketzerei zusammen und drohen dafür auch die Strafe derselben, das Verbrennen an, ebenso die englischen (s. S. 311 n. 2), und noch im 14. und 15. Jahrhundert ist die Zauberei durch die Sendgerichte abgeurtheilt worden, S. §. 288.

[5] Doch tritt andererseits auch, so im Augsburger Stadtrecht v. 1276, v. Freyberg, Sammlung deutscher Rechtsalterthümer. Mainz 1828 1, 67, bei der „an den Leib gehenden" Zauberei oder Giftmischerei die Auffassung hervor, dass es sich dabei um eine Rechtsverletzung gegen die Person und ein vor das weltliche Gericht gehöriges Verbrechen handle, Osenbrüggen, Alamannisch Strafrecht. Schaffhausen 1860 S. 373 ff. Die const. regni Sicil. tit. 73, p. 167 bedrohen die Verabreichung von Liebesträuken, wenn durch dieselben der Verlust des Lebens und der Sinne herbeigeführt wird, mit Todesstrafe, sonst ebenso wie die Beschwörungen, mit Güterkonfiskation und einjährigem Gefängniss, behandeln also das Vergehen als weltliches.

[6] Bd. IV S. 746 n. 4; Funk, Gesch. d. kirchlichen Zinsverbotes (Univer. Progr.) Tübingen 1876 S. 2. 7; vgl. auch o. S. 196 ff.

[7] Tit. X de usur. V. 19. c. 3 ff.; Legatenkonzil Rouen 1214 P. III c. 32, M. 22, 922, Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1098, Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein, synodicon Herbipolense p. 218.

[8] S. S. 311 n. 2 a. E.

[9] Schwabensp. 161 (Lassberg); Augsburger

reich[1] und in England[2] bis zum 14. Jahrhundert fast unbestritten ausgeübt[3]. Dagegen wurde in den beiden zuletztgedachten Ländern das Vermögen der des Wuchers schuldigen Personen von den weltlichen Gerichten zu Gunsten des Gerichtsherrn[4] eingezogen[5], und später, etwa seit dem 14. Jahrhundert hat man die Wucherer auch

Stadtrecht 1276, Walch, Beiträge z. deutsch. Recht 4 (1773) S. 89; Colmar 1293 c. 16, Gaupp, deutsch. Stadtrechte des Mittelalters, Breslau 1851. 1, 117: „daz si (die Bürger) vor nieman sollent ze rehtte stan, niwant . . . in der stat vor unsirne rihter, es ensi denne umbe e oder umbe wucher oder umbe pfant gut". Auch der Umstand, dass die norddeutschen Stadtrechte des Wuchers nicht erwähnen, M. Neumann, Gesch. d. Wuchers i. Deutschland, Halle 1865 S. 73 ff., spricht für die ausschliessliche Zuständigkeit der geistlichen Gerichte, und noch über das 14. Jahrh. hinaus ist der Wucher in den Sendgerichten gerügt worden, s. §. 288. Nachweisungen für die Schweiz bei Friedberg de finium inter ecclesiam et civitatem reg. iudicio. Diss. inaug. Berol. 1861 p. 101 n. 2.

[1] Établissements de S. Louis I. 91, ed. Viollet 2, 148: „Quand en la terre au baron a aucun userier ou en quelque terre que ce soit et il est provez, li mueble si en doivent estre au baron. Et puis si doit estre puniz par sainte eglise por son pechié, car il apartient à sainte eglise de chastoier chascun pecheor de son pechié, selon le droit escrit en decretales de iudiciis in capitulo Novit" (c. 13 X cit. de jud. II. 1.); Beaumanoir c. 68 n. 5, Beugnot 2, 477: „Voirs est que qui veut pledier d'usure, la connissance en apartient à sainte eglise. Ne porquant, se uns uzeriers demandoit à court laie se dete et s'averse partie se deffendoit par cause d'usure, le justice laie pot bien connoistre de l'uzures. Donques il est el cois de celi qui se deffent, d'aler à le cort de crestiensté ou demourer en le cort laie; mais puisqu'il ara plet entamé en l'une des cors, il ne le pot pas lessier por penre l'autre cort; ançois convient que le querele soit determinée en le cort là u li ples est entamés"; Ordonn. Ludwigs X. 1315, Ordonnances du Louvre. Paris 1723 ff. 1, 615: „Inhibemus districte omnibus seneschallis . . . quod dictos praelatos, personas ecclesiasticas et jurisdictionem ecclesiasticam non impediant nec perturbent directe vel indirecte, quominus contra quascunque personas ecclesiasticas vel seculares cognoscant libere de crimine usurarum et dictarum usurarum restitutionem fieri faciant, ut de antiqua et approbata consuetudine pertinet ad eosdem". Vgl. auch Ordonn. Philipps V. c. 10 v. 1316, Ordonnances du Louvre 1, 640; Fournier, les officialités p. 93. S. aber auch unten S. 314 n. 1.

[2] 15 Edward III. (1341) st. 1 c. 5, Statutes at large 1, 294: „acorde et assentuz est qe le roi et ser heirs eient la conisaunce des usureres mortz et qe les ordinaires de seinte esglise eient la conisaunce des usureres vifs, desicome a eux attient faire compulsion par censures de seint esglise pour le pecche, de faire restitution des usures prises contre la lei de seinte eglise"; 5 Henry VII (1487) c. 6: „reserving to the church this punyshment, nothwithstanding the correccion of their soulles, accordyng to the laws of the same", vgl. auch 11 Henry VII (1495) c. 8. Dass die Kirche die Wucherer schon im 12. Jahrh. ohne Widerspruch der weltlichen Gewalt durch ihre Gerichte hat bestrafen lassen, ergiebt Glanvilla (1187/89) tractatus de legibus et consuetudinibus Angliae VII. 17, Phillips, engl. Reichs- u. Rechtsgesch. 2, 104: „Usurarii vero omnes res sive testatus sive intestatus decesserunt, domini regis sunt; vivus autem non solet aliquis de crimine appellari nec convinci, sed inter ceteras regis inquisitiones solet inquiri et probari, aliquem in tali crimine decessisse, per XII legales homines de vicineto et per eorum sacramentum. Quo probato in curia omnes res mobiles et omnia catalla que fuerunt ipsius usurarii mortui, ad usus domini regis capientur penes quemcunque inveniantur res ille".

[3] Nicht aber im Königreich beider Sizilien, denn die in der const. regn. Sic. aufgenommene const. Wilhelms II. aus dem Ende des 12. Jahrh. tit. 6, p. 10 ordnet an „ut . . questiones usurariorum que ad curiam nostram adducte fuerint, in eadem definiantur et determinentur".

[4] Wie dies auch bei den Ketzern, welche Laien waren, geschah.

[5] So in England s. Glanvilla l. c. (s. Anm. 2), hier nach stattgehabter gerichtlicher Untersuchung, nicht aber wenn der Wucherer sich bei Lebzeiten gebessert und Busse gethan hatte, l. c. §. 4, vgl. auch Bracton de legibus Angl. C. III tr. 2 de corona c. 1, ed. Twiss 2, 244 und dazu das Mandat Eduards I. v. 1276 an die Richter de inquirendo super christianis judaizantibus eo quod pro pecunia usuras extorquerent, Rymer foedera I. 2, 539. Dass es ebenso in der Normandie war, zeigt das Verbot der Einziehung der Güter wucherischer Kleriker durch die weltlichen Gerichtsherren in der S. 311 n. 2 citirten Vereinigung v. 1190 c. 6, M. 22, 592: „De bonis clericorum etsi dicantur usurarii, vel quocunque genere mortis praeventi, nihil pertinet ad saecularem potestatem: sed episcopali auctoritate in pias causas distrubuentur". Vgl. auch arrest. parlam. 1258, Olim 1, 62; für Frankreich s. noch établissements de S. Louis l. c., s. Anm. 1.

Vereinzelt ist dies auch in Deutschland vorgekommen, Burgdorfer Handfeste v. 1316 §. 152, Gaupp, deutsche Stadtrechte 2, 117: „Si quis burgensium nostrorum manifestus usurarius fuerit, si contigerit illum mori, omnia bona sua que dimittit sunt domini".

Wurde vor dem weltlichen Richter aus dem wucherischen Geschäft geklagt, so konnte der Beklagte dem Kläger die Einrede des Wuchers entgegensetzen, wenn er aber die Verweisung der Sache an das geistliche Gericht nicht beantragte, hatte der weltliche Richter hinsichtlich der civilrechtlichen Gültigkeit des Vertrages über den Wucher zu befinden, vgl. Beaumanoir l. c., s. Anm. 1; für Deutschland verlangt dagegen das Magdeburger Schöffenurtheil, Wasserschleben, Samml. deutsch. Rechtsquellen. Giessen 1860 1, 417: „waz wucher sey ader nicht, daz geburt geistlicher gewald czu irkenne vnde czu entscheidin vnde vns nicht mer. mit den worten

bei Lebzeiten mit weltlicher Strafe[1] belegt, sowie sie der weltlichen Gerichtsbarkeit unterworfen[2].

Ähnlich wie hinsichtlich der Zuständigkeit in Betreff des Wuchers ist die Entwicklung betreffs des Ehebruches gewesen. Die Kompetenz, welche die Kirche hinsichtlich dieses Vergehens beanspruchte[3], ist ihr weder in England[4], noch in Deutsch-

das der czinsman spricht, der kouff sey wucher domete mag her dem czinsherrn seyne were des czinses nicht gebrechin, sunde her sal om seyne czinse von dem husze gebin . . . also lange bis her geczukenis brenget von der geistlichen gewald, daz der kauff wucher sey", zur Substanziirung der Einrede die Beibringung der Entscheidung des geistlichen Gerichts, dass Wucher vorliege.

Das Münchener Stadtrecht art. 371, her. v. Auer München 1840 S. 143 gestattet dem Kläger, einen Kauf wegen Wuchers vor dem weltlichen oder auch mit Zustimmung des Rathes und so lange der Beklagte gesund (nicht wenn er krank) ist oder gegen seine Erben vor dem geistlichen Gericht anzufechten.

1 Wenn auch durch die Vereinigung des Grafen Fulco und des Bischofs v. Angers v. 1082, Du Cange, glossarium s. v. adulterium: „super querela quam diu contra comites habuerant episcopi, vid. de adulteriis et usurariis quos antiquitus ad solius episcopi iustitiam pertinuisse constabat; sed postea ministrorum ecclesiae negligentia et incuria seculares iudices usurpaverant, non absque episcoporum contradictione et iusta querimonia. Super hac igitur querela talis concordia facta est, utriusque consensu, ut praepositus comitis et archidiaconi episcopi communiter adulteros et usurarios laicos distringant et totam multam emendationis inter comitem et episcopum per medium partiantur", für die frühere Zeit die Zuständigkeit des kirchlichen Gerichtes bezeugt ist, so haben doch trotz der principiellen Anerkennung des geistlichen Forums die französischen Könige im 13. Jahrhundert den Wucher durch besonders ernannte Kommissare bestrafen lassen (wie dies die Abschaffung aller dafür ernannten Kommissare durch Philipp v. Valois, Ordonnance v. 1345 art. 13, Isambert cit. 4, 521 zeigt), ja nach dem dem Ende des 14. Jahrh. angehörigen Bouteiller, somme rurale II. 2, ed. Charondas le Caron 1161 p. 654: „(le roy) y peut mettre et commettre commissaires et inquisiteurs et les (usuriers) condamner à amende pour le fait de l'usure. Et ainsi le fait et a accoustumé de faire, soit en terre de haut justicier ou autre, soit en ville privilegié ou en terre de pair de France ou de baron, car à luy en appartient la cognoisance et aux evesques et non a autres quels quils soient", wurde der Wucher als ein dem König vorbehaltener Fall behandelt, worüber nur seinen Kommissaren konkurrirend mit dem Bischof die Entscheidung zustand, vgl. Brewer, Gesch. d. französ. Gerichtsverfassg. Düsseldorf 1835 2, 819.

2 Magdeburg-Breslauer systemat. Schöffenrecht (gegen Mitte des 14. Jahrh.) III. 2 c. 12 (her. v. Laband. Berlin 1863) S. 75: „daz her wissentlich genomyn hatte wucher, do mag man en vmme schuldigin vor gerichte, vorsachit hers, her mag unschuldig werden vor gerichte uf den heylegin; bekennit hers, so sol her der stat vor busin by der stat kore, daz sint sechs vnde dryzsic schillinge, als dicke hers getan hat unde sol daz wuchir wedir geben deme, von deme her daz wuchir genomyn hatte"; fast wörtlich wiederholt im Schöffenrecht d. Dresdner Handschrift, Wasserschleben, Samml. deutsch. Rechtsquellen 1, 82). Das Glogauer Rechtsbuch (Ende des 14. Jahrh.) c. 327, 1, 41 erwähnt der Busse von 36 Schillingen an die Stadt und der Schadloshaltung des Bewucherten, setzt also ebenfalls Zuständigkeit des städtischen Gerichtes voraus; nach Ruprecht v. Freysing II. c. 74, her. v. v. Maurer S. 322: „Ob ein wuechrär jn ainer stat ist, den sol man ruegen. jst er ein priester, so sol man jn annttburttenn seiner maisterschafft. jst er ein lay, so sol jn der richter dreystund manenn, das er das wuecher widergeb und tuet er des nicht, man sol jn offennlich ruegenn vor der kristenhait und sol jm haut vnd har abslagenn vnnd sol jn aus der stat stossenn. der richter sol sich seins guets untterwindenn vnd sol allen den jren schaden davon abthuen von den er das wuecher genommenn hat" straft das weltliche Gericht den unverbesserlichen Wucherer mit Stäupung, Haarscheeren, Verbannung und Konfiskation des Vermögens, aus welchem die Bewucherten zu entschädigen sind, während nach Kulmer Recht V. 65 §. 7. 8 her. v. Lemann. Berlin 1838 S. 191 der dreimal vergeblich zur Zurückerstattung gemahnte Wucherer durch den geistlichen Richter exkommunicirt, und wenn er ferner unverbesserlich ist, durch den weltlichen Richter unter Konfiskation seines Vermögens aus der Stadt verbannt, sowie vom weltlichen oder geistlichen Richter an Haut und Haar gestraft werden soll.

3 S. ausser dem tit. X de adult. V. 16 noch Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein p. 218; Freysing 1440 c. 22, Hartzheim 5, 278; Bamberg 1491 tit. 13 u. 48, ibid. 5. 602, 626; Regensburg 1512, l. c. 6, 85.

4 Vgl. die Gesetze Knuts I. (1016—1035) II. §§. 50—54, Schmid, Ges. der Angelsachsen 2 A. S. 301; sowie die zw. 1113—1118 entstandene Privatsammlung, s. g. leges Henrici I. c. 11, §. 5. c. 21; c. 73, §. 6, ibid. S. 443. 447. 473, welche das adulterium zu den placita christianitatis rechnen, an denen allerdings der König hinsichtlich der Bussgefälle Theil hat; Edward I. 1285 stat. circumspecte agatis, Statutes at large 1, 126 (M. 25, 566): „non puniendo eos (i. e. clericos), si placitum tenuerunt in curia christianitatis de his quae mere sunt spiritualia, viz. de correctionibus quas praelati faciunt pro mortali peccato, viz. pro fornicatione, adulterio et huiusmodi, pro quibus aliquando infligitur poena corporalis, aliquando pecuniaria (als Ersatz für die erstere), maxime si convictus fuerit de huiusmodi liber homo". Die Kompetenz der Kirche wird auch dadurch bestätigt, dass in den englischen Statuten und

land[1] noch im Königreich beider Sizilien[2] noch in Spanien[3] während des 13. Jahrhunderts bestritten worden. Aber der weltliche Richter konkurrirte daneben in so weit als ein sonstiges Vergehen mit dem Ehebruch verbunden[4], oder als der Ehebruch mit Todesstrafe[5] oder anderer weltlicher Strafe bedroht war[6], endlich aber auch in so weit als da, wo der Ehemann die im Ehebruch betroffene Frau und ihren Mitschuldigen tödten durfte[7], der erstere, wenn er von diesem Recht Gebrauch

Rechtsbüchern über die Zuständigkeit in Betreff des Ehebruchs nichts erwähnt wird; vgl. ferner Henderson, Verbrechen u. Strafen in England S. 37. 46. S. nachher S. 323 n. 3.

[1] Hiergehört der Ehebruch vor die Sendgerichte, s. u. §. 288. Wenn das Prager Rechtsbuch c. 87, Rössler deutsche Rechtsdenkmäler. Prag 1845 1. 125 den Ehebrecher dem: papstlichen urteyll unterliegen lässt, so ist damit nicht das Urtheil des geistlichen Gerichtes, so Friedberg diss. cit. p. 105 n. 2 gemeint, vielmehr hat man aus dem jus pali (dem Recht, die Ehebrecher zu pfählen) in der Vorlage aus Missverständniss papali gemacht und mit *päpstlich* übersetzt, Tomaschek S. 251; Magdeburger Fragen (Ende des 14. Jahrh.) III. 7 d. 1, her. v. Behrend. Berlin 1865 S. 197: „Sachen dy sich czu der e des rechtis treten, sal man wiszen vor den geistlichen richter, wenne der wertliche richter hat keyn gerichte dor obir".

[2] Const. regn. Sicil. tit. 83 p. 171 verbietet ausdrücklich die Eingriffe der weltlichen Richter in die Zuständigkeit des geistlichen Gerichts. Das dem 13. Jahrh. angehörige Stadtrecht v. Palermo c. 75, v. Brünneck, Siciliens mittelalterl. Stadtrechte. Halle 1881 S. 54 weist die Ehebruchssachen vor den Archidiakon, welcher, abgesehen von den kirchlichen Strafen gegen den Ehebrecher auch auf Gefängniss, gegen die Ehebrecherin auf Einsperrung in ein Kloster zu erkennen befugt ist, v. Brünneck S. 358.

[3] Siete partidas P. I t. 6 l. 58, S. 311 n. 2 a. E.

[4] So nach const. regn. Sic. tit. 83 cit.: „. . . excepto si per insultum vel per violentiam adulterium committatur. Quod si acciderit, judicetur ab ecclesia de adulterio quod spectat ad judicium ecclesie, et hoc quod spectat ad judicium seculare, vid. de insultu et violentia in nostra curia iudicetur".

[5] Schwabensp. (L.) 201 k: „Ob ieman bi eins mannes wibe lit, der uberhuorer und die uberhuorerin diu beidiu sampt sin dez todes schuldig. ob si fuir daz weltlich gerichte komen, so sol man in daz hobet abe slahen"; ibid. art 174; Hamburger Stadtrecht v. 1292 N. IV: „Wert auer ein man begrepen bi eime echten weibe, den scal men toghen to rechte" (wiederholt 1497 O. XI), Lappenberg S. 152. 302; Magdeburger Fragen III. 7. d. 2, Behrend S. 198; Kulmer Recht V. 23. §. 43, Lemann S. 153; Iglauer Stadtrecht c. 58, Tomaschek S. 251; Prager Rechtsbuch 87, Rössler S. 1, 125. Nach dem Wiener Stadtrecht v. 1221 gehörte der Ehebruch vor das geistliche Gericht des Pfarrers, 1340 ist indessen nur der in der folgenden Anm. a. E. gedachte Fall der Bestrafung desselben belassen, im Übrigen aber die Zuständigkeit des weltlichen Richters, welcher die Ehebrecherin und den Mitschuldigen mit der Strafe des Pfählens zu belegen hatte, festgesetzt, Luschin v. Ebengreuth, Gesch. d. älteren Gerichtswesens in Österreich. Weimar 1879. S. 266 u. Tomaschek a. a. O. S. 252; vgl. auch Sachsensp. II. 13 §. 5 und Deutschsp. 110 §. 5, welche allerdings nur bemerken, dass dem in Oberhure (Ehebruch) ergriffenen das Haupt abgeschlagen werden soll, damit aber die Zuständigkeit des weltlichen Richters stillschweigend anerkennen, s. noch Schwabensp. 201 i: „Diz ist umbe ein ê, daz soln rihten geistliche rihter, vnde so ez an lip gat, so suln ez rihten die weltlichen rihter".

Nach den Siete Partidas P. IV t. 9 l. 2 ed. cit. 2, 563: „Mas si la quisiesse el marido acusar para quel diessen pena segund mandan las leyes de los legos, estonce puedelo otrosi fazer ante el juez seglar", kann der Mann die ehebrecherische Frau und ihren Mitschuldigen, nicht aber umgekehrt auch beim weltlichen Gericht anklagen, s. ferner P. VII t. 17 l. 1 u. 13, 3, 517. 527, damit auf die weltlichen Strafen gegen sie, gegen den Ehebrecher auf Todesstrafe, gegen die Frau auf öffentliche Auspeitschung und Einsperrung in ein Kloster, l. 15. l. c. p. 529, erkannt wird.

[6] Lübecker Recht, Hach, das alte Lübische Recht. Lübeck 1839. Cod. II c. 10 S. 251, wonach der Vogt richten soll nach der Stadt Rechte; die Magdeburger Fragen III. 7 dist. 1 cit. erklären, dass: „habin dy radmanne obir sulche sache pynliche willekor gemacht", dieselben vor das städtische Gericht gehören. Für leichtere Fälle kommen auch Geldstrafen vor, Bremen, kundige Rolle 1489 c. 55, Oelrichs Sammlg. alter pp. Gesetzbücher d. Stadt Bremen, Bremen 1771. S. 666: „Ock welk borger eyn echte wyff hefft unde eyn ander wyff in sinem huse hefft, dar he in overspele mede levet, dat openbar is, de scal he von sik laten by viff marken"; weitere Nachweisungen bei Friedberg diss. cit. p. 105 n. 5 a. E.

Gerade die leichteren Fälle werden öfters ausdrücklich an das geistliche Gericht gewiesen, so Schwabensp. 368 (L.), nach welchem beim Ehebruch der die Gäste bedienenden Frau eines Gastwirths: „wen sol uiber si nuit rihten alse uiber ander frouwen, wen sol si nuit offenlich ruogen, si suln ouch nuit offenliche buozzen, in sol ir luitpriester heimliche buozze geben"; Wiener Recht v. 1340, Rauch rer. Austr. scriptor. Vindobon. 1793 3, 58: „Wirt aber ein chonmann (Ehemann) mit einem ledigen weib begriffen an der uberhuer, den sol der pharrer nach geistlichen recht puezzen".

[7] Grimm, Rechtsalterthümer S. 743: Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 11. d. 2, Ortloff S. 203; Ruprecht v. Freysing II. 15, v. Maurer S. 252; Iglauer Stadtrecht c. 58, Tomaschek S. 251; Brünner Schöffenurtheil bei Rössler,

gemacht hatte, unter Wahrung bestimmter Formen (z. B. nach Erhebung des Gerüfftes) vor dem weltlichen Gerichte darthun musste, dass die Tödtung in Ausübung seiner gedachten Befugniss von ihm vorgenommen worden war[1]. In Frankreich dagegen, wo der Ehebruch ebenfalls mit weltlicher Strafe bedroht worden war[2], hat sich diese Entwicklung schon früher vollzogen[3], da hier schon im 13. Jahrhundert die ausschliessliche Zuständigkeit der weltlichen Gerichte anerkannt war[4].

Die Bigamie, welcher in den hier in Betracht kommenden weltlichen Rechtsquellen Frankreichs, Englands und Siziliens nicht gedacht wird[5], galt in Deutschland noch im 13. Jahrhundert als ein vor die Sendgerichte gehöriges Vergehen[6], doch ist hier gerade seit derselben Zeit in Folge der Bedrohung dieses Verbrechens mit der Todes-[7] und anderen weltlichen Strafen[8] eine gleiche Entwicklung, wie hinsichtlich des Ehebruchs, eingetreten, und die Bestrafung des gedachten Vergehens zur Kompetenz der weltlichen Gerichte gezogen worden[9].

Hinsichtlich der geschlechtlichen Unzucht zwischen ledigen Männern und Frauen, der *fornicatio* oder des *stuprum*, ist dagegen, nachdem die Bestrafung des gefallenen Mädchens durch die eigene Familie und die Ausübung der Rechte der letz-

deutsche Rechtsdenkmäler 2, 228; Apenrader Skraa v. 1335 c. 34, Corp. statut. Slesvic. 2, 226; vgl. auch Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 213; const. regn. Sicil. tit. 81 p. 171.

[1] S. vor. Anm. Über die Tödtung ohne Beachtung dieser Formen befindet aber nach Iglau c. 60 und nach dem Deutschbroder Stadtrecht der geistliche Richter, Tomaschek S. 253, und nach Ruprecht v. Freising a. a. O. soll der weltliche Richter den Ehemann, wenn dieser vor ihm „den todschlag bewirtt, zue hant schicken an den geistlichen richter“.

[2] Gewöhnlich mit schimpflicher Auspeitschung durch die Strassen und mit Amende (Geldstrafe an den Gerichtsherrn) Olim 1, 909, n. 70; Ordonnances du Louvre 7, 424; 8, 95. 108. 160 u. 9, 386. Auch hatte der Ehemann das Recht, den auf der That ertappten Ehebrecher zu tödten, Beaumanoir c. 30 n. 101 ff., c. 57 n. 12, Beugnot 1, 454; 2, 236. S. ferner Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassung Frankreichs 3, 467.

[3] Dass früher ebenfalls die geistlichen Gerichte die Zuständigkeit gehabt haben, zeigt das S. 314 n. 1 cit. Dipl. v. 1082; Fournier les officialités p. 92.

[4] Beaumanoir erwähnt nichts davon, dass der Ehebruch vor die geistlichen Gerichte gehört, und die Parlaments-Arrets v. 1336 u. 1338, Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane 1, 456 verbieten denselben, in Ehebruchssachen zu verhandeln und zu entscheiden. Vgl. auch die Erklärung des Generalprokurators v. 1517, ibid. p. 454: „Verum est, que quant ... aux crimes de adultère, de parjures, de sacrilege, de usures et autres semblables ... si les dits cats sont commis par un lais le juge laie en retient la cognoissance ... et se pratique ainsi par toutes les cours souveraines de ce royaume“.

[5] Offenbar deshalb, weil sie praktisch gewöhnlich mit dem Ehebruch konkurrirt, Schäffner 3, 468.

[6] S. u. §. 288.

[7] Goslarische Statuten, her. v. Göschen, Berlin 1840. S. 49. 322; Kraut, Das alte Stadtrecht v. Lüneburg. Göttingen 1846. S. 26; Iglauer Stadtrecht c. 59, Tomaschek S. 253; Prager Rechtsbuch c. 204, Rössler 1, 162. Vgl. auch Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 1, 288 und die folgende Anm.

[8] Lübecker Stadtrecht Ende des 12. Jahrh. bei Hach, d. alte lüb. Recht. Cod. I c. 57 S. 203: „Si quisquam legitimam uxorem hic duxerit et alias legitimam uxorem habuerit et ipsam reliquerit, posteriori renuntiabit et ipsa sui ipsius cum qua ad consortium viri declinavit excipiet substantiam et insuper medietatem substantie viri percipiet, vir autem ob nequitiam facti sui X marcas argenti iudici et civitati componet. Quodsi facere nequiverit, precipitabitur“, welch letzteres Wort bald als Enthaupten, bald als Ausstellen am Pranger erklärt wird, Hach S. 78, in der That aber wohl so viel als: Zur Schau ausstellen und zugleich auch das nach Herunterstossen von dem erhöhten Ort der Ausstellung erfolgende Verjagen aus der Stadt bedeutet, während Cod. II v. 1294 c. 9, Hach S. 249, abweichend von Cod. III c. 113 S. 412, welcher die Ausstellung am Pranger mit 2 Mark Silber abkaufen lässt, den Mann mit Todesstrafe belegt; vgl. auch dipl. u. 1250, Urkdbch d. Stadt Lübeck 1, 153. S. ferner Bremen 1303, Oelrichs S. 166; Basel (Anfang des 15. Jahrh.) Ochs, Gesch. v. Basel 3, 185. Weitere Nachweisungen bei Friedberg l. c. p. 107 n. 4.

[9] S. Bremen und Basel cit. in der vor. Anm. und über das Hamburger Recht §. 288. Nach Ochs, Gesch. v. Basel. Basel 1819 3, 185 wurde der bigamus in Basel ausser von den Offizialatsgericht auch von der Stadt mit Geldbusse bestraft.

Auch die Siete Partidas P. VII tit. 17 l. 16, ed. cit. 3, 530 schreiben weltliche Strafen (Verbannung auf eine Insel für 5 Jahre und Verlust des Vermögens an die Kinder, eventuell an die königliche Kammer) vor, ohne irgend der Zuständigkeit des geistlichen Gerichts zu erwähnen

teren gegen den Beischläfer mehr und mehr ausser Übung gekommen war[1], die Gerichtsbarkeit der Kirche in Deutschland[2] und in England[3] nicht in Frage gestellt worden, und erst seit dem 14. Jahrhundert hat man dieses Vergehen mitunter mit weltlichen Strafen belegt und vor die weltlichen Gerichte verwiesen[4] oder auch die Bestrafung im geistlichen, wie auch im welttlichen Gerichte eintreten lassen[5].

Nicht minder hat die Kirche hinsichtlich des Vergehens der Blutschande im Mittelalter die alleinige Jurisdiktion ausgeübt[6], und erst später — in Deutschland und Frankreich sind offenbar die Strafen der merovingischen und karolingischen Gesetzgebung nicht in Geltung geblieben[7], — ist dieselbe wieder mit weltlichen Strafen bedroht worden[8], und damit ihre Bestrafung auch der weltlichen Gerichtsbarkeit anheimgefallen.

Die Vergewaltigung und Entführung von Frauenpersonen, welche mit weltlicher Strafe bedroht[9] war, gehörte demgemäss zur Zuständigkeit der weltlichen Gerichte[10]. Dasselbe war der Fall hinsichtlich der fleischlischen Vermischung eines

[1] Wilda, Strafrecht d. Germanen S. 809 ff. 818.

[2] Hier der Sendgerichte, s. u. §. 288; Magdeburger Schöffenurtheil bei Wasserschleben, deutsche Rechtsquellen c. 57 S. 410, welches der Gewandschneiderinnung das Recht abspricht, einem vom geistlichen Gericht wegen Unzucht bestraften Gewandschneider („Eyne frye ledige dirne hat mir nachgesaget, wy ich solde sy behuret vnde swanger gemacht habin vnde hat mir dormitte eyn geruchte gemacht, so daz mich dy prelaten czu geistlichem rechte vorgeladin habin vnde gepynigt haben") die Innung und die Ausübung des Handwerks zu verbieten. Vgl. auch Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 275 276.

[3] S. 314 n. 4.

[4] Medebacher Stadtrecht 1350 n. 45, s. u. §. 288; Bremen kundige Rolle v. 1489 c. 48, Oelrichs S. 667: „Item welk vrouwe unde man in hilligen nachten in unkuschheit ghefunden wurdin. Is denne de man wertlik, so schall me om myt der vrowen setten in der stadt veste unde dar pynigen". Vgl. auch Kühns, Gesch. d. Gerichtsverfassung in d. Mark Brandenburg. Berlin 1865 1, 277. 278.

[5] Wendisch-Rügianischer Landgebrauch, her. v. Gadebusch. Stralsund 1777 S. 329: „De Landprowest mochte thom weinigsten einmahl alle yahr in ötlikem Caspel und Parkeken up Ruigen einen Synodum up einem Sondach halten" (folgt die S. 114 n. 4 mitgetheilte Stelle und dann heisst es von den Bestraften) „vurböthen ehre Missedath, wenn sie alle weltliche Overgerichtsgewalt gestillet"; Ordn. d. Grafen Johann v. Nassau v. 1498, corp. const. Nassov. Dillenburg 1796. 1, 61: „unde obe is (overspiele und ketzerei) woll im sende geroeget vnd vurbracht vnd doch davon nit gestandenn were, sullen die verbrechenden personen, man oder wip iciliche bus mit zweien Rinschen gulten verfallen synn".

Die Siete Partidas, welche den dauernden Konkubinat nicht mit weltlicher Strafe belegen, P. IV tit. 14 l. 2, ed. cit. 2, 614, bestrafen das Stuprum mit ehrbaren Wittwen und Jungfrauen, nicht aber mit bescholtenen, bei Verführung derselben durch List oder Schmeichelei mit Verlust des halben Vermögens (bei niederen Personen mit öffentlicher Auspeitschung und Verbannung auf eine Insel auf 5 Jahre) und lassen hinsichtlich des Forum die Vorschriften über den Ehebruch (S. 315 n. 5) massgebend sein, P. VII. t. 19 l. 2 u. t. 18 l. 2, ed. cit. 3, 533. 531.

[6] In Deutschland wird sie wiederholt als Sendvergehen, das mit Busse (Harmschaar) auch Geldbusse, eventuell auch mit Exkommunikation belegt ist, aufgeführt, s. u. §. 288, Osenbrüggen S. 288.

[7] Bd. IV S. 846 u. u. §. 286.

[8] Osenbrüggen S. 288. 289; Schäffner 3, 468.

Nach den Siete Partidas P. VII t. 17 l. 2. 3, ed. cit. 3, 531 kommt die weltliche Strafe des Ehebruchs (Todesstrafe) zur Anwendung und es gilt für das Forum ebenfalls dasselbe, wie für den Ehebruch, S. 315 n. 5.

Über die öffentlichen Dirnen, welche nicht unter geistlicher Gerichtsbarkeit standen, vgl. Friedberg l. c. p. 109.

[9] Für Deutschland, wo meist die Todesstrafe für Nothzucht, vgl. Geib 1, 226; Osenbrüggen S. 283. 291; Tomaschek, deutsch. Recht in Österreich S. 142. 248. 250; Hasenöhrl, österreich. Landesrecht i. 13. u. 14. Jahrh. Wien 1867. S. 128; für Frankreich, wo als Strafe theils Verbannung, theils Vermögenskonfiskation, theils (im 13. Jahrh.) Kerker und Todesstrafe vorkommt, Schäffner 3, 468. 469; für England (hier Blendung und Entmannung), Henderson S. 45 (später Todesstrafe 13 Edw. I v. 1285, Westm. stat. II c. 34, Stat. at large 1, 107; Britton I. c. 15, Nicholes 1, 55 u. Myrror of justice c. 3 s. 21, Houard 4, 611; für Sizilien const. regn. Sic. tit. 20. 21. 22 l. c. p. 23 ff.; für Spanien Siete partidas P. VII t. 19 l. 3, ed. cit. 3, 535 (Todesstrafe und Verlust des Vermögens an die Frau).

[10] Nur nach einzelnen Sendrechten in Deutschland vor die Sendgerichte, s. u. §. 288. Auch nach dem Stadtrecht von Palermo c. 75, v. Brünneck S. 57. 358 erkennt im Gegensatz zu den const. regn. Sic. cit. (s. vor. Anm.) das

Juden mit einer Christin und umgekehrt[1], ferner meistens hinsichtlich des fleischlichen Verkehrs mit einer Nonne[2], und ebenso hinsichtlich der Kuppelei[3] und widernatürlichen Unzucht[4].

Betreffs der Blasphemie, welche von der Kirche als ein vor ihr Forum gehöriges Verbrechen behandelt wurde[5], hatte die päpstliche Gesetzgebung im 13. Jahrhundert an die weltlichen Gewalten das Verlangen gestellt[6], dass diese neben den kirchlichen Strafen[7], auch weltliche Strafen, insbesondere Geldbussen dafür festsetzen sollten. In Folge dessen wurde das Vergehen nunmehr auch weltlicherseits theils mit Kirchen- und Geldstrafen[8], theils aber auch namentlich in schwereren Fällen mit Leibesstrafen[9] und sogar auch mit dem Tode[10] bedroht. War die Kirche

geistliche Gericht, der Archidiakon, und die Strafe ist lediglich eine der Entführten zu zahlende Geldstrafe.

[1] Schwabensp. 322 (L.): „vnde sol man si beidvi vber einander legen vnde sol si brennen, wan der cristen man hat cristenes glouben verlougenet"; Ruprecht v. Freising I. art. 208, v. Maurer S. 223; Augsburger Stadtrecht 1276, v. Freyberg, Sammlg. teutsch. Rechtsalterth. 1, 41; Osenbrüggen S. 279. Wie man in Deutschland darin eine Art Ketzerei fand, so auch in Frankreich 3, 470, wo ursprünglich die Verbrennung ebenfalls als Strafe angewendet wurde. Für England vgl. Fleta I c. 37. §. 3, ed. cit. p. 54: „Contrahentes vero cum Iudaeis vel Iudaeabus, pecorantes et sodomitae in terra vivi confodiantur"; für Spanien Siete partidas P. VII. t. 24 l. 9 u. t. 25 l. 10, ed. cit. 3, 547. 553. Hier ist diesem Vergehen die Vermischung des Mauren mit einer Christin gleichgestellt und Steinigung des Juden oder Mauren, für die Christin aber zunächst nur Vermögens- und erst im Wiederholungsfall Todesstrafe vorgeschrieben.

[2] Denn dieser wird nach dem Kaiserrecht II. 57, her. v. Endemann Cassel 1846 S. 96 mit Enthauptung bestraft. Für England vgl. 13 Edw. I (1285) st. Westm. II c. 34, Stat. at large 1, 107: „Qui monialem a domo sua abducat, licet monialis consentiat, puniatur per prisonam III annorum et satisfaciat domui, a qua abducta fuerit competenter, et nichilominus redimatur ad voluntatem regis". Dagegen gilt nach den Siete Partidas, s. S. 317 n. 5, für die fleischliche Vermischung und Entführung von Nonnen dasselbe, wie für die Begehung dieser Verbrechen mit ehrbaren Frauen. Die Bestrafung fällt also sowohl dem geistlichen, wie dem weltlichen Gericht, diesem zur Verhängung der weltlichen Strafe anheim, während sie die Entführung einer Nonne aus dem Kloster als Sakrileg, welches vor die geistlichen Gerichte gehört, mit der Exkommunikation bedrohen, die durch die von der Kirche festzusetzende Busse an das Kloster beseitigt werden kann, P. I tit. 18. l. 6, ed. cit. 1, 346. Auch in Deutschland kommt vereinzelt die Zuständigkeit der Sendgerichte vor, s. u. §. 288.

[3] Nur selten wird diese in Deutschland als Sendvergehen erwähnt, s. u. §. 288. Nach den const. regn. Sic. tit. 79. 84. 85, p. 170. 172. 173, trifft die Kupplerinnen die Strafe des Naseabschneidens, in leichteren Fällen Auspeitschung, und nach den Siete partidas P. VII t. 21, l. 2. 3, 539 je nach den verschiedenen Fällen eine verschiedene weltliche Strafe (Todesstrafe den Kuppler und die Kupplerin bei der Verkuppelung ehrbarer Ehefrauen, Jungfrauen, Wittwen und Nonnen, sowie den die eigene Frau verkuppelnden Mann), so dass also die Kompetenz des weltlichen Gerichtes für die Verhängung der gedachten Strafen zweifellos ist.

[4] Die friesischen Sendrechte behandeln sie als Sendvergehen, s. u. §. 288. Auch in Frankreich gehörte sie zu Anfang vor die geistlichen Gerichte, Schäffner 3, 470. Seitdem aber das Vergehen mit Todesstrafe, gewöhnlich durch Verbrennen bedroht wurde, Ruprecht v. Freising II art. 49, v. Maurer S. 292; Osenbrüggen S. 289; Beaumanoir c. 30 n. 11, Beugnot 1, 413; Bonteiller, somme rurale I. 28, p. 173; Fournier les officialités p. 92. 179, Henderson S. 36; Fleta l. c. (s. Anm. 1), Myrror of justice c. 4, s. 14, Houard 4, 654; Siete Partidas P. VII. t. 21 l. 2, ed. cit. 3, 538, musste die Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes eintreten.

[5] c. 2 (Gregor. IX.) X de maled. V. 26; Narbonne 1374 c. 15. 16, M. 26, 600.

[6] S. vor. Anm.

[7] Öffentliche Busse mit Ausschliessung von Betreten der Kirche und mit Speisung von Armen, eventuell interdictio ingressus ecclesiae und Entziehung des kirchlichen Begräbnisses.

[8] So das Iglauer Stadtrecht c. 43, Tomaschek S. 237, welches sich auf das päpstliche Recht bezieht, die Strafen desselben wiederholt und hinzufügt: „det ad opus ecclesie XL solidos vel XXX secundum posse suum". Blosse Geldbussen kommen in den alamannischen, namentlich den schweizerischen Rechten vor, Osenbrüggen S. 385. Auch die Siete Partidas P. VII t. 28 l. 2 ff. drohen im wesentlichen nur Vermögensstrafen an.

[9] Annageln der Zunge, Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 28, Ortloff S. 385 oder Ausreissen oder Abschneiden derselben, so namentlich die österreichischen Stadtrechte des 13. Jahrh., Tomaschek S. 238, s. auch Osenbrüggen S. 386 und const. regn. Sicil. tit. 91 p. 175.

[10] Für die Regel durch Verbrennen, Bamberger Urtheil v. 1487, Zöpfl, d. alte Bamberger Recht. Heidelberg 1839. S. 139; ebenso England Henderson S. 35. Für Frankreich vgl. Ordonnances du Louvre 1, 93. 296; 2, 48; 8, 130; 13,

bei ihrer Anforderung offenbar davon ausgegangen, dass das Urtheil des kirchlichen Gerichtes für den weltlichen Richter bindend sein sollte[1], so kam es doch mit Rücksicht auf die Veränderung der Bestrafung nunmehr dazu, dass die weltlichen Gerichte ausschliesslich über die Blasphemie aburtheilten[2], und dass sich nur für leichtere Fälle der Gotteslästerung, namentlich für Fluchen, die Zuständigkeit der geistlichen Gerichte, in Deutschland die der Sendgerichte, welche nicht auf Leibesstrafen erkannten[3], erhielt[4].

Der Meineid, welcher von altersher kirchlichen Strafen unterlegen[5] und dessen Bestrafung die Kirche für sich in Anspruch genommen hatte[6], war schon in karolingischer Zeit mit öffentlicher Strafe, dem Abhauen der Hand bedroht[7], also zugleich als weltliches Verbrechen charakterisirt worden[8]. Seit dem Zerfall des karolingischen Reiches, in Folge dessen die weltliche Strafe offenbar ausser Übung gekommen war, hatte die Kirche wieder allein die Gerichtsbarkeit über dieses Verbrechen ausgeübt[9], und wenn sie gleich noch bis zum Ausgang des Mittelalters daran festgehalten hat[10], so wurden doch seit dem 13. Jahrhundert auch auf den Meineid schwere weltliche Strafen gesetzt[11], und damit auch die Zuständigkeit der weltlichen Gerichte (freilich mit Ausnahme Spaniens[12]) wieder in Anspruch genom-

247; 14, 498; Schäffner 3, 459; Fournier, les officialités p. 91.

1 Denn noch c. 2 X cit. V. 26 wird die weltliche Strafe als unmittelbare Folge des kirchlichen Urtheils, welche nöthigenfalls auch unter Mitwirkung des Bischofs vollstreckt werden soll, hingestellt.

2 S. das S. 318 n. 10 citirte Bamberger Urtheil v. 1487.

3 S. u. §. 288.

4 S. u. §. 288. Gerade, dass die Blasphemie in den späteren Sendrechten nur vereinzelt erwähnt wird, beweist, dass sie überwiegend vor die weltlichen Gerichte gehörte. Nach dem Iglauer Stadtrecht, S. 318 n. 8, stand dagegen ihre Bestrafung wohl dem geistlichen Gerichte zu, da dasselbe im wesentlichen das c. 2 X de maledic. V. 26 reproduzirt, wennschon auch in dieser Zeit die weltlichen Gerichte ebenfalls auf kirchliche Strafen erkannt haben, vgl. Osenbrüggen S. 112. 113 und für Frankreich Parlam. Arret v. 1277, Olim 2, 102 n. 13: „ordinatum extitit, quod facit IV processiones“.

5 Bd. IV S. 850 n. 15.

6 Vgl. auch Wilda, Strafrecht der Germanen S. 982.

7 Cap. Harist. 779 c. 10, Boret. 1, 49; Capit. missor. 802 c. 36, ibid. p. 98; cap. Theod. villa II. 805 c. 5 p. 123; ed. Pistens. 864 c. 9, LL. 1, 490; Wilda S. 983. 984; Bruner, deutsche Rechtsgesch. 2, 682.

8 So dass sowohl das weltliche als auch das geistliche Gericht darüber zu erkennen hatte, ed. Pistens. 864 c. 9 cit. (vor. Anm.): „secundum legem mundanam, ut periurus puniatur . . . et secundum legem ecclesiasticam poenitentia subiugatur“.

9 S. u. §. 288.

10 Vgl. Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein syn. Herbipol. S. 218; dipl. 1430 bei Guden, cod. diplom. 3, 544, C gravamina nationis german. v. 1522 c. 70, Gaertner corp. iur. eccles. 2, 200; auch die Glosse zum sächs. Weichbildrecht zu art. 28, her. v. v. Daniels u. v. Gruben. Berlin 1858 S. 321 bemerkt hinsichtlich der Zuständigkeit der geistlichen Gerichte: „Ouch so rurit er do meyneydere X 1, 1 de jud. c. 13: Novit ille“.

11 Augsburger Stadtrecht 1276 bei Walch 4, 203; Basel Ochs, Gesch. d. Stadt u. Landschaft Basel 3, 171; Bremen 1303, Oelrichs S. 42; Frankfurt a. M. 1352 c. 35, §. 1, Senckenberg select. jur. 1, 33; Schwabensp. 367 I (L.); Lübeck Cod. II c. 108, Hach S. 301; Rechtsbuch nach Distinktionen V. 27 dist. 1, Ortloff S. 308; Magdeburger Fragen I. 1. d. 13. 17. u. 16 d. 4. 6, Behrend S. 29. 31. 141. 142. Weitere Nachweisungen bei Friedberg l. c. p. 98 n. 8 u. Osenbrüggen S. 387 (als Strafen kommen vor: Abhauen der Hand, später der Schwurfinger, Ausreissen der Zunge, Verlust der Zeugniss- und Eidesfähigkeit, Ehrlosigkeit, Verwirkung des Raths-, Richter- und Schöffenamts, in leichteren Fällen auch Geldbussen); für Frankreich s. Beaumanoir c. 39 n. 64, Beugnot 2, 118; Schäffner 3, 473 (Durchstechen der Zunge mit glühendem Eisen und Vermögenskonfiskation); für England s. g. leges Henrici I. c. 11. §. 6. Schmid, Gesch. d. Angelsachsen S. 443: „Qui perjurium super sancta commiserit, perdat manum suam vel dimidiam weram (Wergeld) et hoc commune fit domino eius et episcopo“. §. 7: „Qui falsum testimonium dicet, non admittatur deinceps ad testimonium, sed reddat regi vel terrae domino halsfang“ (Geldbusse); für das Königreich beider Sizilien const. regn. Sicil. tit. 92, p. 175: „Eos qui scienter periurant in iudicia aut extra iudicia, detruncationem manus volumus sustinere“.

12 Die Siete Partidas, welche den Meineid an das geistliche Gericht verweisen, s. S. 311 n. 2 a. E., erklären P. III t. 11, l. 26, ed. cit. 2, 164 in Betreff der gerichtlichen Eide: „non le podemos poner otra pena, si non aquella que Dios le quisiere poner“, überlassen also, da sie die Bestrafung

men[1], so dass sich meistens eine konkurrirende Gerichtsbarkeit der beiderseitigen Gerichte entwickelte, sofern sich nicht etwa für gewisse Arten von Eiden[2] oder über-

lediglich Gott anheimstellen, den Meineid der Gerichtsbarkeit der Kirche, bedrohen dagegen den Meineid des Zeugen mit der Strafe der Fälschung (immerwährender Verbannung auf eine Insel und Vermögensverlust an die Erben, bez. den König), welche vor dem weltlichen Richter verfolgt wird, und falls jemand durch denselben Tod oder Verstümmelung erlitten hat, mit demselben Übel, endlich den Bruch des promissorischen Eides mit Verlust der Zeugnissfähigkeit und der Strafe des s. g. Menos valer, dem Verlust der gleichen Rechte mit den Standesgenossen hinsichtlich des Prozesses, der Anklage, des Zeugnisses und der Ehrenrechte (Art der Infamie), welche dem Schuldigen vor allen Gerichten entgegengehalten werden kann, l. c. P. VII. tit. 5. l. 1. 3; tit. 7 l. c. 5. 6, l. c. 3, 395 ff. u. 406 ff.

[1] S. die gravamina episcop. Colon v. 1258, s. u. §. 288; Magdeburger Fragen I. 16 d. 4 cit., Dresdener Schöffengericht c. 3, Wasserschleben deutsche Rechtsquellen S. 82.

In Frankreich hatte noch Philipp II. 1204 die kirchliche Gerichtbarkeit in Betreff des Meineides anerkannt, S. 310 n. 2 (und ebenso auch Richard I. 1190 für die Normandie, S. 311 n. 2), Erklärungen, welche Friedberg l. c. p. 97 trotz ihrer allgemeinen Fassung mit Unrecht gegen Dove diss. cit. p. 125. 161 nur auf die durch Eid bestärkten Verträge, nicht aber auf das Vergehen des Meineides beziehen will, vgl. auch Legatenkonzil Rouen 1214 P. III c. 32, M. 22, 922: „audivimus, quod quidam laici impediunt episcopos et officiales eorum, ne teneant causas super transgressione fidei et iuramenti, in rebus mobilibus et immobilibus et causas etiam usurarum; et capiunt vel etiam capi faciunt super his in foro ecclesiastico conquerentes. Quod de cetero fieri auctoritate qua fungimur, inhibemus". Andererseits ergiebt sich aber (in so weit ist Friedberg gegen Dove beizutreten) aus der Nichtaufzählung des Meineids unter den kirchlichen Vergehen bei Beaumanoir, dass später auch die weltlichen Gerichte den Meineid vor ihr Forum gezogen haben, und dass das letztere mit der Zeit ein exklusives geworden ist, zeigt die Erklärung des Generalprokurators v. 1517, Durand de Maillane, libertez de l'église Gallicane 1, 454, S. 316 n. 4.

[2] Während der Drenther Sendbrief v. 1332 §. 7, v. Richthofen, fries. Rechtsquellen S. 519: „de juramentis factis coram iudicibus temporalibus non ad nos, nisi constitisset certis indiciis se periuriasse" die vor den weltlichen Gerichten gerichteten geschworenen Meineide nur im Fall der Notorietät vor das Sendgericht zieht, werden alle solche Eide durch den Loppersumer Sendbrief v. 1424 §. 9, S. 313 von dessen Zuständigkeit ausgenommen.

Für England konnte nach dem Statut: Circumspecte agatis Eduards I. v. 1285, Statutes at large 1, 127 (M. 25, 566): „De violenta manuum iniectione in clericum et in causa diffamationis concessum fuit alias, quod placitum inde teneatur in curia christianitatis, cum non petatur pecunia, sed agatur ad correctionem peccati et similiter de fidei laesione", das geistliche Gericht nur kirchliche Strafen aussprechen, und wenn Heinrich III. 1247 nach Collier, ecclesiastical history of Great Britain. London 1840 1, 455 dem kirchlichen Gericht die Aburtheilung von Meineidigen, welche schon beim weltlichen Richter angeklagt sind, verboten hat, so standen dabei wohl Eide in weltlichen Angelegenheiten in Frage (also die Ausnahme „cum petatur pecunia"). Nach Reeves history of the english law by Finlason, London 1869. 3, 103: „Perjury in an ecclesiastical cause or matter, was an offence properly cognisable in this (clerical) court. Under the title of perjury we come to sonsider the breach of a voluntary oath, wether taken privately or publicly before an ecclesiastical judge . . . In the case of the vicar of Saltach, who made an obligation and had bound himself to the observance of it, by oath taken before the pope's collector, it was declared by Hankford justice, that no one should be sued before the ordinary for perjury, but where the principal matter on which the perjury arose, was of a spiritual matter; for if it was otherwise, he might in that manner be compelled to perform lay contracts, which belonged only to the temporal carts. A few years after, it was likewise held, that where a man had sworn to make a feoffment, he should not for the above reason, be sued for breach of his oath in the clerical court. These cases happened in the reign of Henry IV. (1399—1411) and the spirit of them was maintained in some opinions deliverered in the present reigns (d. h. Heinrich VI. und Eduards IV. 1422—1483). In 38 Henr. VI the same law was laid down by Fortescue in the exchequer chamber and was admitted by some others of the judges and denied by none. Again in 22 Ed. IV it was declared by Brian, that where faith was made concerning a spiritual matter as to pay tithes or to marry, the breach thereof should be punished in the spiritual court, but not, if it was a temporal matter", hat man aber später in Betreff der Zuständigkeit der beiderseitigen Gerichte in der Weise geschieden, dass wegen solcher Eide, welche in den vor das weltliche Gericht gehörigen Angelegenheiten geschworen waren, eine Anklage wegen Meineides nicht vor das geistliche und umgekehrt gebracht werden konnte. So weist auch 11 Henr. VII: (1495) c. 25, stat. at large 1, 834: „Perjury committed by unlawful maintaining, imbracing or corruption of officers or in the chancery or before the king's council shall be punished by the discretion of the lord chancellor, treasurer, both chief justices and the clerk of rolls" die erwähnten Meineide vor die weltlichen Richter.

Über Spanien S. 319 n. 12.

haupt für alle die ausschliessliche Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes [1] festgestellt hatte [2].

Das Sakrilegium im Sinne von Kirchenraub und Kirchendiebstahl, welches von der Kirche als kirchliches Vergehen behandelt wurde [3], andererseits aber schon unter der fortdauernden Einwirkung altheidnischer Anschauungen durch einzelne germanische Volksrechte mit dem Tode [4] und im Verlaufe des Mittelalters ebenfalls wieder mit Strafen an Leib und Leben bedroht worden ist [5], hat die Kirche selbstverständlich vor ihr Forum gezogen [6]. In Folge der Qualifikation des Sakrilegs als weltlichen Vergehens haben aber auch die weltlichen Gerichte darüber abgeurtheilt [7], und da die Kirche, in deren Interesse eine strenge Bestrafung der Kirchenräuber lag, dieser Ausdehnung der weltlichen Kompetenz nicht entgegentrat [8], so entwickelte sich theils eine elektive [9], theils eine kumulative Konkurrenz der beiderseitigen Gerichte [10], theils wurden nur gewisse Fälle des Sakrilegs vor das weltliche Gericht gezogen, und die Bestrafung der übrigen dem geistlichen Gericht überlassen [11].

1 So in Frankreich S. 320 n. 1.

2 Dagegen setzt das Stadtrecht von Königsberg (Franken) v. 1358, Gengler, deutsche Stadtrechte d. Mittelalters 1866 S. 224: „Wär auch dass der bürger einen wissentlich meyneyd schwöre und dass er dess übersagt würde, der sol nach unser gnaden und nach geistlichen recht büssen" offenbar eine kumulative Konkurrenz des geistlichen und weltlichen Gerichts voraus.

3 S. z. B. c. 21 (Troyes 878 u. Ravenna 877) §. 2 C. XVII qu. 4; s. auch S. 226.

4 L. Frision. add. sap. 11, LL. 3, 696; l. Saxon. c. 24, LL. 5, 60; cap. de part. Saxon. c. 3, Bor. 1, 68. Anders freilich Ribuar. LX. 8, LL. 5, 253; Alamann. V. VI, Lehmann p. 70. 74; Baiuar. I. 3, LL. 3, 270, welche nur erhöhte Bussen kennen, Schröder, deutsche Rechtsgesch. S. 337 n. 35.

5 Sachsensp. II. 13. §. 14; Schwabensp. 174. 248 (L.); Altdorfer Stadtrecht (14. Jahrh.) §. 4, Gengler, deutsche Stadtrechte S. 5; Hamburg 1270. 1292. 1497, Lappenberg S. 63. 168. 304; Glogauer Rechtsbuch c. 538, Wasserschleben, deutsch. Rechtsquellen S. 65; Prager Rechtsbuch c. 33, Rössler 1, 111; friesische Küre XVI Zusatz, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 30; vgl. auch Osenbrüggen S. 305. 306. Jedoch kommen auch blosse Geldbussen vor, s. Rechtsbuch Ludwig d. Baiern c. 177, v. Freyberg, Sammlg. histor. Schriften. Stuttg. u. Tübing. 1827. 4, 448; ebenso auch im Widerspruch mit den vorher citirten Stellen Schwabensp. 331 (L.).
Für Frankreich s. Schäffner 3, 471.

6 S. §. 288 u. dipl. v. 1235, Urkdbch d. Stadt Lübeck 1, 78; dipl. v. 1290, Guden cod. diplom. 3, 718; Lavaur 1368 c. 39, M. 26, 504; Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein syn. Herbip. p. 216.

7 Dipl. v. 1296, Trouillat, monuments de l'histoire de Bâle. Porrentruy 1852. 2, 606: „quos (die Kirchenräuber) ad presenciam B. villici iudicis tunc temporis in Buescort pro huiusmodi dampnis nobis (Konvent v. Bellay) et ecclesiae nostre illatis fecimus citari".

8 c. 8 (Luc. III.) X de foro comp. II. 2.

9 c. 8 cit.

10 Die letztere setzt Herzog Albert v. Sachsen 1286 kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit aus Anlass eines Streites des Bischofs v. Lübeck mit den Holsteinern fest, Urkdbch d. Bisth. Lübeck 1, 333: „quod non solum dyocesanus sua iurisdictione spirituali, verum etiam dominus temporalis sua iurisdictione temporali super huiusmodi malefactores (d. h. captivatores, mutilatores, occisores, spoliatores clericorum) libere perfruantur, ut tanta perversorum malitia canonice puniatur et eorundem sententia legaliter arceatur". Ebenso auch in England, Reeves hist. of the english law 3, 106: „That sacrilege was both a spiritual and temporal crime, appears by some cases at common law of a very early date; where it is laid down, that in case of goods stolen out of a church or churchyard the owner might sue them in this court; the same of trees growing in a churchyard. According to Lyndwood, this was now deemed both aspiritual and temporal crime".

11 So gehörte in Frankreich nach Beaumanoir c. 11 n. 15, Beugnot 1, 164, welcher jedem des Sakrilegs Schuldigen über das gemeine Recht hinaus, Bd. IV S. 387. 390, das Asylrecht abspricht: „Mais voirs est quant li sacrileges est tix qu'il n'i a larrecin ne mort d'omme, l'amende du meffet est (*al.* la justiche en appartient) au prelat, en quel juridiction li liex sains siet. Et quant il y a larrecin ou mort, le justice en appartient au seigneur lai, en quel justice le liex sains siet" das in Diebstahl, Raub und Tödtung bestehende Sakrilegium ausschliesslich vor das weltliche Gericht.
Dagegen weisen die Siete Partidas P. I tit. 18, welche als Strafen des Sakrilegs die Exkommunikation und peche de auer, que pone la eglesia, d. h. eine von der Kirche aufzulegende Vermögensbusse bezeichnen, l. 4, das Sakrilegium im Sinne von Kirchendiebstahl und Kirchenraub, s. auch l. 1 ff., lediglich vor die geistlichen Gerichte, S. 311 n. 2 a. E. Vgl. aber noch S. 322 n. 6.

Die zum Begriff des Sakrilegs im weiteren Sinne gehörige Verletzung, namentlich die Gefangenhaltung, die Verwundung und Tödtung von Geistlichen und Religiosen, welche die Kirche zu einem besonders ausgezeichneten Vergehen gemacht hatte[1], unterlag ebenfalls ihrer Jurisdiktion[2]. Aber auch in Betreff dieser Vergehen haben mit Billigung der Kirche[3] die weltlichen Gerichte theils eine elektive[4], theils eine kumulative[5], theils für gewisse Fälle eine ausschliessliche Gerichtsbarkeit[6] ausgeübt.

Der Feier- und Festtagsentheiligung, welche seit der karolingischen Zeit lediglich mit kirchlichen Censuren bedroht worden war[7], und deren Bestrafung daher vor die kirchlichen Gerichte gehörte[8], ist im Mittelalter hinsichtlich einzelner Arten derselben ebenfalls, wenngleich nicht allzuhäufig, mit weltlichen Strafen belegt[9] und damit auch konkurrirend[10], ja sogar vereinzelt selbst unter völliger

[1] Durch das privilegium canonis Bd. I S. 118.

[2] In Deutschland mehrfach der Zuständigkeit der Sendgerichte, s. u. §. 288, vgl. ferner das eine Reihe von Strafen wegen Tödtung eines Klerikers aussprechende Baseler Offizialatsurtheil v. 1296, Trouillat l. c. 2, 621.

[3] c. 8 (Luc. III.) X de foro comp. II. 2 cit.

[4] c. 8 X cit.; Erklärung der Schöffen zu Wetzlar v. 1282, Guden cod. diplom. 5, 83, die Verletzer der Angehörigen des Domkapitels bestrafen zu wollen.

[5] Dipl. v. 1286, S. 321 n. 10 und in England. Hier wurde ebenso wie durch das Statut v. 1285, S. 320 n. 2, für den Meineid zwischen der kirchlichen Strafe wegen des peccatum und der weltlichen wegen des weltlichen Vergehens geschieden, vgl. auch 9 Eduard II. (1314) stat. Clerici c. 1—4, stat. at large 1, 187 (M. 25, 563): „si aliquis violentas manus iniecerit in clericum pro violata pace debet emenda fieri coram rege, pro excommunicatione vero coram praelato, ut imponatur poenitentia corporalis, quam si reus velit sponte per pecuniam redimere dandam prelato vel leso, potest repeti (d. h. peti) coram prelato nec in talibus regia prohibitio locum habet". Danach kann die zur Beseitigung der Exkommunikation auferlegte Busse freiwilllig durch Geld abgelöst, und der zu diesem Behufe versprochene Geldbetrag vor dem geistlichen Gericht eingefordert werden, während im allgemeinen l. c. (M. 25, 563): „si praelatus imponat penam pecuniariam alicui pro peccato et repetat (d. h. petat) illam, regia prohibitio locum habet; verumptamen, si prelati imponant penitentias corporales et sic puniti velint huiusmodi per pecuniam sponte redimere, non habet locum regia prohibitio, si coram prelatis pecunia ab eis exigatur" der Grundsatz gilt, dass der König Verbote gegen Auferlegung von Geldstrafen durch das geistliche Gericht erlassen kann. Übrigens musste diese Konkurrenz stets dann eintreten, wenn mit dem Thatbestande des erwähnten kirchlichen Verbrechens auch zugleich der eines weltlichen Vergehens (z. B. des Mordes) gegeben war, vgl. auch Zürich 1304, Arch. f. schweizer. Gesch. 5, 270: „das der pfaffe die vrevel die im geschiht von einem burger, dem rate klagen soll".

[6] Siete partidas P. I tit. 18 l. 9, ed. cit. 1, 347: „Mas si dixessen las horas e entrasse y alguno en la eglesia e firiesse o matasse a alguno de los clerigos o de los legos que y estouiessen oyendo las horas, si ante el juez seglar fuere acusado e vencido o conosciesse que lo fiziera, deve morir por ello; essa mesma pena deve auer qualquier y matasse algunos dellos non diziendo las horas. E otra tal pena deve auer el que fiziese alguna destas cosas . . . en los portales de la eglesia o en sus cementerios"; wonach die Bestrafung der Tödtung eines Geistlichen oder Laien in der Kirche — darauf ist Todesstrafe gesetzt — vor die weltlichen Gerichte gehört, während für die anderen hierher gehörigen Fälle des Sakrilegs l. 5. 7. 8. 10 l. c. ausser der Exkommunikation in Übereinstimmung mit c. 22 (Alex. II. 1061—73) C. XVII. qu. 4 nur Vermögensstrafen angedroht sind. Vgl. auch S. 318 n. 2.

[7] Bd. IV S. 291.

[8] Bd. IV S. 292 und unten §. 288; Fournier les officialités p. 93.

[9] Schwabensp. 363 (L.): „Wir gebieten das an dem sonnentage nieman nuit veiles habe wan essen vnd trinken. Swer sin gaden of tuot oder sime creme oder sine kelre, daz er iht druf verkouffen wil, der ist dem priester fvinf schillinge schuldig und dem rihter alse viel"; Coesfeld 1411 c. 35 bei Niesert, Münstersch. Urkd.-sammlg. 3, 184; Const. Caroli II reg. Hieros. et Sicil. const. (Ende des 13. Jahrh.) für die Provence, Giraud, essai sur l'histoire du droit franç. au moyen âge. Paris 1846. II. 2, 32: „contra illos, qui non colunt festa: XIII denarios regales coronatos poenae nomine solvere teneantur, quorum VI denarii sunt curiae temporalis et sex alii parochialis ecclesiae et unus exequutoris curiae", l. s. p. 33: „Si vero contigerit, ut die dominica non venerit saltem una persona de qualibet domo . . ., dominus vel domina illius domus XIII denarios reg. coron. pro poena solvere teneatur, nisi excusa necessitatis se valuerit excusare, quorum denariorum VI sint curiae temporalis et VI alii parochialis ecclesiae"; vgl. auch die Verordn. Simons v. Montfort auf dem Konvent zu Pamiers 1212 c. 7, M. 22, 857; Toulouse 1219 c. 2, M. 23, 1135; Toulouse 1229 c. 25, M. 23, 200; s. g. leges Henr. I c. 11 §. 10, Schmid Ges. der Angelsachsen S. 443: „Si liber festis diebus operatur, emendet suum halsfang et saltem erga dominum sedulo componat".

[10] S. Kölner Schiedsspruch v. 1258 wegen der Schlägereien an Festtagen, s. u. §. 288.

Beseitigung der Kompetenz der geistlichen Gerichte zur Aburtheilung vor die weltlichen[1] gezogen worden.

Sodann hat die Kirche, freilich nicht häufig, ihre Gerichtsbarkeit in Injuriensachen[2] und zwar für einzelne Fälle derselben ausschliesslich[3], ferner bei Fälschung von Maass und Gewicht[4], sowie von Münzen[5], bei Verfälschung von Waaren[6], beim s. g. Meinkauf[7], und in Deutschland durch die Send-

[1] So in Frankfurt a. M. und in Medebach, s. u. §. 288.

[2] In Deutschland durch die Sendgerichte, s. u. §. 288; vgl. namentlich das dort citirte Mainzer Synodalprotokoll v. 1502, Guden cod. diplom. 2, 418. 419: „Item 6 albus Elsa Hoffmann ... dixit contra filium suum in cimeterio: Er hab gelogen. ... Uxor Martins ... increpavit Cuntz Essing, er hat falsch kunntschaft gebin zu Aschaffenburg an geistlichen rechte ... Item XV alb. Artz Hamann jactat se condormisse uxori Ossenhausen ... Item (5 albus) Hans ... verba iniuriarum mulieri praegnanti ... Item 3 Flor. Class Schneider, qui dixit, mulierem Mertin Fled esse meretricem, sed probare non potuit". Das Provinzialkonzil v. Trier 1227 c. 11, M. 23, 34 ordnet mit Rücksicht auf die consuetudo tam diu observata quod non extat memoria, dass religiosi et clerici iniuriantes vel molestatores suos coram iudicibus ecclesiasticis in causam traxerint, an, dass die Laiengewalten, welche dies hindern, und nach vorgängiger Mahnung davon nicht abstehen, der Exkommunikation verfallen und ihre Exkommunikationen an allen Sonntagen öffentlich verkündet werden sollen.

[3] So in England. Schon 1237, annal. de Burton in annal. monast. ed Luard. London 1864 1, 256, klagt die Geistlichkeit darüber: „laici faciunt clamare Londoniae voce praeconia, ne quis tractet causam in foro ecclesiae ecclesiae sive de periurio sive de fide laesa, de usura vel simonia vel defamatione, nisi tantum super testamento vel matrimonio et prosequentes huiusmodi causas incarcerant". Das Statut: Circumspecte v. 1285, S. 320 n. 2, hat die kirchliche Gerichtsbarkeit in so weit anerkannt, als es sich um die Bestrafung der Sünde, d. h. die Verhängung von kirchlichen Strafen handelte, jedoch galt auch hier nach dem cit. Statut: Clerici, S. 322 n. 5: „In diffamationibus etiam corrigant prelati supra dicto modo, regia prohibitione non obstante" der Grundsatz, dass die für die auferlegte Busse freiwillig übernommene Geldlösung beim geistlichen Gericht eingefordert verden konnte. Später hat aber in Anhalt daran die Praxis die Kompetenz des geistlichen Gerichts auf solche Fälle eingeschränkt, in welchen dem Beleidigten kein materieller Nachtheil erwachsen war oder in welchen die beleidigenden Behauptungen, wenn sie wahr gewesen wären (wie z. B. der Vorwurf der Ketzerei), einen zur kirchlichen Zuständigkeit gehörigen Gegenstand gebildet hätten, Coke, institutes of the laws of England. London 1639. 2, 492. 493; Friedberg diss. cit. p. 112. Merkwürdigerweise bestimmt das dem Ausgang des 13. Jahrh. angehörige Stadtrecht v. Palermo c. 75, v. Brünneck, sicil. Stadtrechte S. 55: „Cognoscit autem et cognoscere debet idem archidiaconus de iniuriis verbalibus tantum puris et non mixtis, quae purae iniuriae dehonestant fidem vel matrimonium; si vero iniuriae non sint purae sed mixtae cum aliquibus aliis iniuriis quibuscumque ad praetorem regium tantum, de mixtis etiam iniuriis et aliis quae fidem vel matrimonium non dehonestant, civiliter spectat cognitio", s. auch a. a. O. S. 228, die Zuständigkeit des kirchlichen Gerichtes in verwandter Weise.

[4] Durch die Sendgerichte, s. u. §. 288. Während der Kölner Schiedsspruch v. 1258, s. a. a. O., eine konkurrirende Gerichtsbarkeit des weltlichen Richters anerkennt, richtete andererseits aber darüber der weltliche Richter, so nach dem Rechtsbuch nach Distinktionen V. 9 dist. 22, Ortloff S. 295 und nach dem Magdeburg-Breslauer Schöffenrecht I. 6. 9. 11, Laband S. 3. 5. der Rath. Vgl. ferner Lübecker Zollrolle v. 1220—1226, Urkdbch. der Stadt Lübeck 1, 42; Münchener Stadtrecht Art. 280, Auer, S. 108; Berliner Stadtbuch, Fidicin Beiträge z. Gesch. der Stadt Berlin. Berlin 1837 S. 44, Bamberger Stadtrecht tit. 10; Zöpfl S. 27; Westerwolder Landrecht v. 1490 c. 16 §. 2, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 277; Bremer kundige Rolle 1489 c. 74, Oelrichs S. 671; weitere Nachweisungen bei Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 329; Friedberg diss. cit. S. 98 n. 5.

[5] Zum Theil gehörte dieses Vergehen vor die Sendgerichte, s. §. 288; nach den Fivelgoer Küren (13. Jahrh.) §. 19, v. Richthofen a. a. O. S. 287: „qui monetam falsificant, in tribus praecipuis solemnitatibus in singulis ecclesiis denunciabuntur excommunicati et sacra communione indigni". §. 20: „Pena eorum qui publice in furto vel in falsificatione monete inventi fuerint ad iudicium spectat ecclesiae" konkurrirt die Kirche mit geistlicher Strafe. Überwiegend erscheint aber das Vergehen als weltliches, mit Kapitalstrafe bedroht, und untersteht daher ausschliesslicher Kompetenz des weltlichen Gerichts, Wormser Mandat v. 1231, LL. 2, 281; Ruprecht v. Freising I c. 127, v. Maurer S. 147, wie dies auch die Salzburger Pronvinzialsynode v. 1281 c. 16, M. 24, 402 anerkennt, welche den Münzfälschern, wie den Fälschern von Siegeln und Urkunden der Fürsten und Prälaten excommunicatio ipso iure androht, und wenn sie Laien sind, ihre Verurtheilung durch den weltlichen Richter ausdrücklich vorbehält, vgl. auch Osenbrüggen S. 336, Friedberg, diss. cit. p. 98 n. 4.

[6] Nur vereinzelt wird sie als Sendvergehen bezeichnet, s. §. 288. Für die Regel kommen weltliche Strafen vor, Osenbrüggen S. 333.

[7] Dem Kaufe, bei welchem Unredlichkeiten und Betrügereien vorkommen. Für diesen er-

gerichte auch bei Hehlerei, Raub, Diebstahl, Mord, Todtschlag, Mordbrennerei, Brandstiftung und Erdrosselung und Ertränkung von Kindern[1] in Konkurrenz mit dem weltlichen Richter ausgeübt.

Fasst man das Ergebniss der vorstehend (S. 311 ff.) besprochenen Gestaltungen zusammen, so zeigt sich, dass abgesehen von der Ketzerei (und den zu ihr gehörigen Vergehen der Apostasie und des Schismas) in der Feststellung der Kompetenz der kirchlichen und der weltlichen Gerichte eine sehr grosse Verschiedenheit geherrscht hat.

Ein ausschliessliches Forum bildete das kirchliche Gericht für die Bestrafung der Zauberei in Frankreich und England[2], dagegen nur zum Theil in Deutschland[3], weiter für die des Wuchers in Spanien[4], des gewöhnlichen Ehebruchs in Sizilien[5], in früherer Zeit der Fornikation[6], später aber nur noch vereinzelt[7], ebenso blos in älterer Zeit der Blutschande[8], ferner in Spanien für die Bestrafung der Entführung von Nonnen aus dem Kloster[9], des Meineids[10] und des Kirchenraubes[11], endlich in Palermo einer gewissen Art von Injurien[12].

Eine kumulative Konkurrenz beider Gerichte, so dass das geistliche Gericht auf die kirchliche, das weltliche auf die weltliche Strafe erkannte, hat sich festgestellt in Spanien für den Ehebruch[13] und die Fornikation mit ehrbaren Frauenspersonen[14], in Deutschland im 12. Jahrhundert für die Brandstiftung[15], vereinzelt für das Sakrilegium[16], und ebenfalls nur selten für die Bigamie[17] und den Meineid[18], für Schlägereien an Festtagen[19], für die Verfälschung von Maass und Gewicht[20], sowie von Münzen[21] und endlich für den s. g. Meinkauf[22].

kennt der Kölner Schiedsspruch v. 1258, s. §. 288 eine kumulative Konkurrenz des weltlichen und geistlichen Gerichts an. Sonst wird die Zuständigkeit des letzteren nicht erwähnt, ja nach dem Magdeburg-Breslauer Schöffenrecht I. 12, Laband S. 5: „Wer synen spysekouf verkoufet tuwir wen als di rotmann geseczin ond gelobin, duz heysyt meynkouf vnde sullin dy rotmann richtin noch der buyr kor, dy dor uf geseczit is", gehört die Bestrafung vor den Rath.

[1] In allen diesen Fällen aber nur selten, vgl. §. 288.

Für die Brandstiftung hatte allerdings das kirchliche Recht, S. 310 n. 3, ausdrücklich auch die Bestrafung durch die weltliche Gewalt offen gelassen, und demgemäss Friedrich I. in der const. contra incendiarios 1187, LL. 2, 184, die Acht vorgerschrieben, indem er zugleich anordnete, dass der Geächtete ebenfalls durch den Bischof exkommunicirt und umgekehrt der Gebannte vom weltlichen Richter geächtet werden sollte.

[2] Auch in Spanien — die Siete partides erwähnen des Vergehens nicht — nach der Praxis, Gr. Lopez in Glosse 8 zu P. I t. 6 l. 58, ed. Madr. 1, 175.

[3] S. 312 n. 4 u. 5.

Überall in derselben Weise wie bei der Ketzerei, d. h. das weltliche Gericht hat auf Grund des Urtheils des geistlichen Gerichtes die weltliche Strafe zu verhängen, s. S. 311 und a. a. O.

[4] S. 312 n. 8; in Frankreich, England und überwiegend in Deutschland nur bis zum 14. Jahrh. S. 312. 313; doch hat anscheinend im Gebiete des Magdeburger Rechts die ausschliessliche Kompetenz des geistlichen Gerichts länger fortgedauert, s. das S. 313 n. 5 cit. Schöffenurtheil.

[5] S. 315 n. 2; in älterer Zeit auch in Deutschland, später hier noch zum Theil in leichteren Fällen S. 315 n. 6.

[6] S. 316.

[7] S. 317.

[8] S. a. a. O.

[9] S. 318 n. 2.

[10] S. 319 n. 12; sofern es sich nicht um falsches Zeugniss handelte.

[11] S. 321 n. 11.

[12] S. 323 n. 3 a. E.

[13] S. 315 n. 5, für Deutschland vgl. das Schöffenurtheil u. S. 325 n. 21.

[14] S. 317 n. 5.

[15] S. Anm. 1.

[16] S. 321 n. 10, S. 322 n. 5, früher in England auch für den Meineid und für Injurien S. 320 n. 2, S. 323 n. 3.

[17] S. 316 n. 9.

[18] S. 321 n. 2.

[19] S. 322 n. 10.

[20] S. 323 n. 4.

[21] S. 323 n. 5.

[22] S. 323 n. 7. Vereinzelt auch beim Wucher S. 314 n. 1 a. E.

Einer elektiven Konkurrenz, welche die kirchliche Gesetzgebung beim Sakrilegium zulässt[1], wird nur selten gedacht[2], dagegen kommt mehrfach eine Konkurrenz des weltlichen und geistlichen Gerichtes in der Weise vor, dass dasselbe Vergehen je nach seiner Qualifikation vor das eine oder andere Gericht gehört. Dies gilt namentlich von der Blasphemie, hinsichtlich welcher gerade die päpstliche Gesetzgebung eine konkurrirende Bestrafung durch den geistlichen und weltlichen Richter gefordert hatte[3], insofern die leichteren Fälle von dem ersteren, die schwereren dagegen von dem letzteren abgeurtheilt wurden[4].

Hinsichtlich einer Anzahl von Vergehen lässt sich, mindestens nicht für einzelne Länder oder Rechtsgebiete, so hinsichtlich der Vergewaltigung von Frauenspersonen[5], für Deutschland und Spanien der fleischlichen Vermischung von Christen und Jüdinnen und umgekehrt[6], hinsichtlich der Kuppelei[7] und der unnatürlichen Unzucht[8], ferner für Deutschland zum Theil betreffs der Zauberei[9], ferner des Wuchers[10] und des Ehebruchs[11], weiter der Bigamie[12], zum Theil der Fornikation[13], für Deutschland und Frankreich der Blutschande[14] in späterer Zeit, für Deutschland des fleischlichen Verkehrs mit Nonnen[15] sowie der Festtagsentheiligung[16] und anderer nur selten als zur kirchlichen Kompetenz gehörig erwähnter Vergehen[17] mangels genügenden Anhalts in den Quellen[18] das Verhältniss der Zuständigkeit des geistlichen und weltlichen Gerichts mit Sicherheit feststellen. Erledigte sich diese Frage auch praktisch in einer Reihe von Fällen dadurch, dass mit der Vollstreckung der für einen Theil dieser Vergehen angedrohten Todesstrafe, auf welche nur der weltliche Richter erkennen konnte, für eine Thätigkeit des geistlichen Gerichtes kein Raum übrig blieb[19], so bestanden doch andererseits die weltlichen Strafen auch blos in Geldbussen oder körperlichen und entehrenden Strafen, neben denen die Verhängung von kirchlichen an sich nicht ausgeschlossen war.

Von ihrem Standpunkt aus musste die Kirche solche Vergehen, welche zugleich kirchliche Strafvergehen waren, ebenfalls vor ihr Forum ziehen[20], und weltlicherseits ist in Deutschland und in England die Statthaftigkeit einer solchen Konkurrenz principiell sogar theilweise anerkannt worden[21], ja man ist in Deutsch-

[1] S. 321 n. 8.

[2] So in Betreff des Sakrilegs, S. 321 n. 10 und für Sizilien in Betreff des Wuchers, S. 313 n. 3.

[3] S. 318.

[4] S. 318. 319.

[5] S. 317 n. 10; s. auch S. 315 n. 4.

[6] In Spanien auch der von Christen und Maurinnen und umgekehrt, S. 318 n. 2.

[7] S. 318.

[8] S. a. a. O.

[9] S. 312 n. 4 u. 5.

[10] S. 314 n. 2.

[11] S. 314. 315.

[12] S. 316.

[13] S. 316. 317.

[14] S. 317.

[15] S. 318 n. 2.

[16] S. 322.

[17] S. 324 n. 1.

[18] Denn die weltlichen gedenken vielfach nur der Bedrohung des Verbrechens mit weltlichen Strafen, s. z. B. die Anm. 5—7.

[19] Sofern nicht etwa der geistliche Richter dem weltlichen mit seinem Strafverfahren zuvorkam, s. unten Anm. 21.

[20] S. S. 303. 309.

[21] Sachsensp. I. 53 §. 4: „Neman ne weddet umme en sake tries, he ne breke den vrede unde ne sculde bannes an ener dat, de mut wedden to geistlikeme rechte unde to wertlikeme rechte, unde gift ene bute jeneme den he geseret hat"; Schwabensp. art. 82. 249; Ruprecht v. Freising I. c. 57, v. Maurer S. 70: „tuet er ain frävel an einem münster oder jn dem chirchhof es muessnn geistlich und weltlich puessen"; Leipziger Schöffenweisth. bei Zobel, Sachsenspiegel. Leipzig 1661. Fol. 559v: „Hat ein man mit seines weibes rechten und natürlichen und seiner stieftochter zwey kinder gezeuget und ist darumb vor dem geistlichen richter gestrafft, dem er denn verlobet hat, dieselbige dirne nicht mehr bey jhm zu halten, noch fürder solche unthat mit jhr zu

land sogar so weit gegangen, bei vorgängiger Bestrafung durch das geistliche Gericht[1], namentlich durch die Sendgerichte[2] jede weitere weltliche Bestrafung für unstatthaft zu erklären[3], hat aber hieran, offenbar im Interesse der Wahrung der weltlichen Jurisdiktion, in späterer Zeit nicht mehr festgehalten[4].

Da der Schwerpunkt der Frage nicht in der doppelten Bestrafung durch zwei Gerichte an sich, sondern in der Art der Bestrafung lag, und die Verweltlichung des kirchlichen Strafmittelsystems sowohl zur Beeinträchtigung der weltlichen Gerichtsbarkeit und der Gerichtsfälle, sowie zu doppelter Bestrafung führte, so liess sich in der damaligen Zeit eine rationelle Ausgleichung der beiderseitigen Interessen, wie sie in den früheren Zeiten möglich gewesen war und es heute wieder ist, nicht finden, vielmehr suchte man weltlicherseits die Kompetenz der Kirche überhaupt einzuschränken, wie in Frankreich, wo es mit dem 15. Jahrhundert gelungen ist, die ausschliessliche Zuständigkeit der weltlichen Gerichte abgesehen von den rein weltlichen Verbrechen auch für den Ehebruch, den Wucher, den Meineid und das Sakrileg zur Durchführung zu bringen[5] — oder man hinderte wenigstens seitens der weltlichen Herrscher, wie in England, die kirchlichen Gerichte an der Verurtheilung zu Geldstrafen[6], während andererseits die Kirche, indem sie ihre Strafjurisdiktion in ihrer bisherigen Gestaltung gegenüber einer schwachen Staatsgewalt festhielt, entweder, so in Neapel und Sizilien, ihre Forderungen durchzusetzen vermochte[7] oder, wo

treiben, unde di dirne ist niemals gleichwol bey jhm enthalten und sidermals und zum drittin mal bey jhm schwanger worden, und wiewol er nu sich dieser that, daz die dirne zum dritten male von ihm swanger worden sey, nicht bekennet, sondern allein zu den ersten zwei kindern, darumb er auch von dem geistlichen richter gestrafft ist, dennoch möget jhr jhn umb solche ubelthat und mishandlung, das er sich mit seyner stiefftochter vermischet und bey seines eheweibes jhrer mutter lebtagen zwey kinder mit jhr gezeuget und also einen ehebruch und schendliche boshafftige vermischung mit seiner stieftochter begangen und geübt hat, peinlich mit dem schwerdt straffen".

Für England vgl. die königliche Erklärung zu Linkoln, 9 Edw. II. (1314. 1315) c. 1—4, Stat. at large 1, 188: „Quando eadem causa diversis rationibus coram iudicibus ecclesiasticis et secularibus ventilatur, ut supra patet de iniectione violenta manuum in clericum, dicunt, quod non obstante ecclesiastico iudicio curia regis ipsum tractat negotium, ut sibi expedire videtur"; vgl. auch o. S. 322 n. 5.

[1] S. 317 n. 2.

[2] Soester Statut v. 1120, Seibertz, westfäl. Ukdbch. 1, 49; Emminghaus, memorab. Sasatensia. Jenae 1749. p. 102: „Causa que coram praeposito mota fuerit et terminata per iustitiam seu misericordiam, ab alio iudice pertractanda non est"; Soester Schora v. 1350 c. 5, Seibertz 2, 389; Emminghaus p. 139. 140: „welik sake vor dem proveste im sende gehewroget weirt und mit rechte effte mit ghenade gheeyndet weirt, deyne sal man vor nyn andere gherichte vorderen efte claghen, unde hey en sal nümmende anspreken, hey en si eme ghewroghet in deme sende", wiederholt in der neuen Schrae bei Emminghaus p. 200.

[3] Dies hängt damit zusammen, dass vor der Umbildung des Strafrechts vor dem 10. Jahrhundert und bei der Verkümmerung der öffentlichen Strafrechtspflege die geistlichen Gerichte, insbesondere die Sendgerichte thatsächlich allein die meisten weltlichen Vergehen aburtheilten, wie denn z. B. anscheinend die Kompetenz der friesischen Sendgerichte in den §. 288 aufgeführten Verbrechen eine ausschliessliche gewesen ist, sowie damit, dass die Sendgerichte, als sie später namentlich von den Städten in Abhängigkeit gerathen waren (s. a. a. O.), zugleich als städtische Gerichte galten.

[4] S. das den Soester Send betreffende Dokument bei Emminghaus l. c. p. 433: „Wo oich glick der amptleude oder befehlshabern für den send de oveldat gestraffet hedden, dat dadurch gebürlicke strafe, boite, poenitentz dem send nicht verhindert, sich hinwiederum um der forgt an der sendstraffe villen gegen den overfahrer der weltlicken strafe der overtredung vort to fahren nicht benommen werde"; vgl. auch das Weisthum S. 325 n. 21.

[5] S. 316 n. 4; S. 320 n. 1; S. 321 n. 11.

[6] S. 323 n. 3.

[7] Hier hatte sich Karl v. Anjou 1265, ferner Friedrich III. für Sizilien 1372 dem Papst gegenüber verpflichtet, die kirchliche Jurisdiktion im Umfange des kanonischen Rechts anzuerkennen, Raynald. ann. 1265 n. 19, („omnes etiam causae ad forum ecclesiasticum pertinentes libere absque ullo impedimento . . . tractabuntur coram ordinariis et aliis ecclesiasticis iudicibus et terminabuntur per eos") 1372 n. 11; und wenn auch der Vertrag Friedrichs III. nicht lange in Kraft blieb, so sind doch in Folge dieser Koncessionen die Vorschriften der Konstitutionen Friedrichs II. beseitigt worden, Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887 p. 300. 301.

ihr dies, wie in Deutschland[1], nicht gelang, fortwährend mit den weltlichen Gerichten um ihre Kompetenz zu kämpfen hatte und der Übergriffe in das weltliche Gebiet beschuldigt wurde[2].

§. 282. *c. Die Zuständigkeit der Organe der Straf- und Disciplinarstrafgewalt in persönlicher Hinsicht.*

A. Der Papst. Schon S. 281 ff. ist dargelegt worden, dass der Papst

1. mit dem 13. Jahrhundert in Folge seiner Stellung als iudex ordinarius singulorum eine mit allen anderen kirchlichen Organen konkurrirende Gerichtsbarkeit erlangt hat[3].

2. Was dagegen die privative Kompetenz des Papstes[4] betrifft, so kommt

a. zunächst das in dieser Periode definitiv festgestellte[5], ausschliessliche Recht desselben zur Absetzung der Bischöfe in Frage.

b. Ferner steht dem Papst allein das Recht zu, Kaiser, Könige und Fürsten abzusetzen und die Unterthanen derselben vom Treueide zu entbinden, denn derartige Strafen sind seit ihrer Einführung durch Gregor VII. in die Praxis des kirchlichen Strafrechts nur durch die Päpste verhängt worden[6].

Im Übrigen waren die Fürsten nicht von der Strafgewalt des Bischofs ausgenommen[7] und konnten sowohl von diesem[8], wie auch von den höheren kirchlichen Organen, insbesondere den Reichskonzilien[9] und später den kaiserlichen Synoden[10] zur Verantwortung gezogen werden. Seit dem 11. Jahrhundert tritt zwar die Gerichtsbarkeit des Papstes, nachdem der Anspruch desselben auf die oberste und direkte Gerichtsbarkeit über die ganze Kirche zur Geltung gebracht war[11], der Gewalt der gedachten Organe konkurrirend zur Seite[12], schliesst indessen dieselbe an sich nicht

[1] Allerdings findet sich hier nur sehr vereinzelt, so für bestimmte Fälle der Fornikation und der Sonntagsentheiligung im Statut v. Mendebach v. 1315, s. u. §. 288, ein Verbot der kirchlichen Jurisdiktion.

[2] Vgl. C gravamina nationis Germanicae c. 63. 70. 74, Gaertner corp. iur. eccl. 2, 198. 200. 202.

[3] S. o. S. 291 n. 3.

[4] S. o. S. 287. Die ausschliessliche Strafgewalt des Papstes über die Kardinäle, Bd. I S. 348. 349, s. auch röm. Synode v. 1078 (Absetzung des Kardinals Hugo, Jaffé mon. Gregor. p. 305) war in Betreff der Kardinal-Priester und Diakonen durch seine Stellung als Bischof der römischen Kirche von selbst gegeben. Über die Kardinalbischöfe, s. das Beispiel des Rodoalds v. Porto, Bd. I S. 349 n. 1, hat er sie früher in Gemeinschaft mit Synoden geübt, für die spätere Zeit aber kam für sie derselbe Grundsatz, wie für die Bischöfe, zur Geltung.

[5] S. o. S. 288.

[6] S. o. S. 43 ff.

[7] Eine allgemeine Exemtion ist niemals kirchengesetzlich ausgesprochen worden, im Gegentheil hat Gratian c. 11 C. XI qu. 3 das die Fürsten den Bischöfen unterstellende pseudoisidorische c. 57 Clem., Hinschius decr. Ps. Is. p. 53, in sein Dekret aufgenommen, und Paschalis II. 1117 J. L. 6558, M. 20, 1084: „Significavit nobis fraternitas vestra, pro sacrilegiis, pro rapinis, pro incendiis et pro iniquitatibus aliis in regem vos excommunicationis sententiam dictavisse . . . illud etiam Nicaeni concilii considerantes, ut qui ab alio excommunicatur, ab alio non recipiatur" erkennt die von Friedrich Erzb. v. Köln gegen Heinrich V. verhängte Exkommunication als gültig an. S. auch S. 328 n. 2.

[8] Gleichgültig war es dabei, ob die Kompetenz wegen des Domizils oder des forum delicti commissi Bd. IV S. 842 begründet war, vgl. in letzterer Beziehung die vor. Anm. a. E. und J. E. 2618, S. 301 n. 8.

[9] Bd. III S. 490 u. oben S. 280 n. 7.

[10] Welche die Zuständigkeit für die ganze Kirche besassen, Bd. III S. 566. Ein Beispiel bietet der Fall König Roberts v. Frankreich, s. S. 301 n. 8.

[11] S. o. S. 288. 289.

[12] S. o. S. 301 n. 8.

Statt des Papstes konnten auch die Legaten desselben die Strafgewalt ausüben, vgl. die vorher angeführten Beispiele und Bd. I S. 508 n. 7, indessen hat sich weder in der gregorianischen noch späteren Zeit eine feste Rechtsnorm darüber ausgebildet, ob zur Exkommunikation von Fürsten, insbesondere der Kaiser und Könige, eine Spezialermächtigung des Papstes erforderlich sei, Heinrich V. sucht 1117, Jaffé mon. Bamberg.

völlig aus, wenngleich freilich die Bischöfe einzelner Länder es für angemessen hielten, sich wegen der möglichen weittragenden Folgen etwaiger Strafakte gegen ihre Souveräne der vorgängigen Zustimmung des Papstes zu solchen zu vergewissern[1], und andererseits auch die Päpste selbst einzelnen Fürsten (vielfach einschliesslich ihrer Frauen und Kinder) Privilegien dahin ertheilt haben, dass bestimmte schwerere Strafen gegen sie, wie die Exkommunikation[2], die Interdicirung ihrer Länder[3] oder mindestens die ihrer Kapellen[4] nicht ohne besondere Ermächtigung des päpstlichen Stuhles verhängt werden sollten.

B. Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt, welche den **Bischöfen** über die Geistlichen und die Laien ihrer Diöcesen zukommt[5], hat in dieser Periode nach einer Seite hin eine Erweiterung, in anderen Beziehungen aber vielfache Beschränkungen erfahren.

1. Dieselben Gründe, aus denen sich die Päpste veranlasst gesehen haben, einzelnen Kapiteln und Klöstern eine Strafgewalt über die Beeinträchtiger ihrer Besitzungen und Rechte zu gewähren[6], haben dieselben auch dazu bewogen, Bischöfen und Erzbischöfen dergleichen, auf eine solche Erweiterung ihrer Rechte gehende

p. 314 die Nichtigkeit der von den päpstlichen Legaten gegen ihn verhängten Exkommunikationen (Bd. II S. 556) damit zu begründen, dass er ihnen die Eigenschaft als Legaten für Deutschland bestreitet. Wenn der Legat Kuno v. Präneste (u. 1115) die Behauptung der Anhänger Heinrichs, dass er den König, welcher ihm weder commissus sei noch seiner Diöcese angehöre, nicht habe bannen können, damit zu widerlegen sucht, mon. cit. p. 512: „Quibus ex ore pape efficaciter respondemus: quia etsi nobis parochiali iure commissus non fuerit, auctoritate tamen spiritus sancti et ss. patrum pro tanto scelere eum merito excommunicare debuimus, attendentes, quod b. Ambrosius Theodosium imperatorem Romanum (Bd. IV S. 757 n. 10) non sibi commissum, licet non papa, non patriarcha, non ecclesie Romane legatus excommunicavit", also behauptet, dass bei schweren Verbrechen jeder Bischof die Strafgewalt ausüben könne, so geht dies sicherlich zu weit. Jedenfalls ergiebt sich aus der Formulirung seiner Rechtsauffassung nichts darüber, ob die allgemeine Übertragung der Legation für einen bestimmten Bezirk genügt hat oder Spezialvollmacht für erforderlich erachtet worden ist. Aus dem Umstande, dass der päpstliche Legat Heinrich IV. zu Ingelheim 1105 die Absolution unter dem Hinweis darauf, dass er sie ohne den Papst nicht gewähren könne, verweigert hat, Watterich 2, 32; Böhmer-Will, reg. archiepisc. Mogunt. 1, 236, lässt sich ebenfalls nichts folgern, da sich die Zuständigkeit für die Verhängung von Strafen und für die Ertheilung der Absolution schon in dieser Zeit nicht mehr gedeckt haben, vgl. §. 285, und über den Umfang der Vollmacht des Legaten nichts bekannt ist. Offenbar hat sich ein Bedürfniss zu einer festen Regelung der Frage nicht herausgestellt, weil die Legaten bei der Wichtigkeit der betreffenden Angelegenheit mindestens in der Regel die erforderlichen Instruktionen vom Papst erhalten oder erbeten haben werden.

[1] So standen die englischen Bischöfe zu Winchester 1139, als die Exkommunikation Königs Stephans in Anregung gebracht war, davon ab, M. 21, 550: „quia principem excommunicare sine apostolici conscientia temerarium esset". Das Salzburger Konzil v. 1274, M. 24, 135 c. 12, welches für die Gefangennahme des Erzbischofs oder eines Bischofs oder für den feindlichen Angriff einer der Kirchen der Provinz das Interdikt für die letztere androht, ordnet allerdings nur an, dass diese Vorschrift auf fürstliche Personen und ihre Güter erst Anwendung finden soll, wenn sie auf Ermahnung nicht von den Feindseligkeiten abstehen oder nicht binnen Monatsfrist Genugthuung leisten.

[2] Cölestin III. 1191, J. L. n. 16736 (für Herzog Heinrich v. Braunschweig und seine Familie), Migne 206, 892; Innocenz III. 1214, P. n. 4911 (für König Johann v. England) Migne opp. 4, 226; Gregor IX. 1232 (für K. Andreas v. Ungarn) P. n. 8991; 1239 (für Otto v. Baiern) P. n. 10699; Innocenz IV. 1245 (für den König v. Ungarn u. dessen Familie) P. n. 11565, s. weiter n. 12047. 12550. 13323. 15090 (nur auf 10 Jahr); Alexander IV. P. n. 15822. 15913. 16517; Urban IV. P. n. 18426; Clemens IV. P. n. 20231; Gregor X. P. n. 20719; Bonifaz IX. P. n. 2439; Kaltenbrunner, Aktenstcke. unt. Rudolf I. S. 379 (1290).

[3] Clemens III. 1188 (für Schottland) J. L. n. 16173; Honorius III. 1218 (für Schottland) P. n. 5924. 5925; 1220 (für die Gräfin von Flandern) P. n. 6338; Gregor IX. 1236. 1237 (Frankreich) P. n. 10260. 10463; Innocenz IV. 1243 (Frankreich) P. n. 11197; 1245 (Ungarn) P. n. 11565 cit., vgl. weiter P. n. 12047. 12550. 13323 citt.; Alexander IV. P. n. 16031. 16313. 16517 cit. 18426 cit.; Clemens IV. P. n. 19776.

[4] Gregor IX. 1233 u. 1236, P. n. 9356. 10260 (des Königs v. Frankreich); Innocenz IV. 1245, P. n. 11738 (des K. v. England unter Ausdehnung auf die Exkommunikation der Kanoniker der Kapellen und der Diener der ersteren); Alexander IV. P. n. 16030.

[5] S. §. 276 und wegen der Konkurrenz der höheren Organe o. S. 280.

[6] S. o. S. 293.

Privilegien zu urtheilen, zunächst dahin, dass dieselben nur für den Fall, dass von den zuständigen Bischöfen und Prälaten kein wirksames Einschreiten zu erlangen wäre[1], später aber auch beliebig ohne diese Vorbedingung, von Censuren Gebrauch zu machen berechtigt sein sollten[2].

2. Was die Beschränkung der Straf- und Disciplinarstrafgewalt der Bischöfe betrifft, so ist eine solche, wenngleich nur vereinzelt durch Verzichte der letzteren auf dieselbe zu Gunsten der Stifter von Kirchen[3], als diese noch als Eigenthum der ersteren betrachtet wurden[4], erfolgt. Weiter haben sie ebenso wie die Päpste einzelnen Kapiteln[5] oder ihren Erzbischöfen[6] oder auch den Mitbischöfen mehrerer zu grösseren Synoden vereinigten Provinzen[7] oder wenigstens der Provinz in Konkurrenz mit ihrer eigenen Jurisdiktion[8] das Recht eingeräumt, Censuren gegen Verletzer der Kirchengüter oder der geistlichen Personen zu verhängen[9].

Handelt es sich hierbei um vereinzelte und vorübergehende Erscheinungen, welche theils durch die spätere Rechtsentwicklung unmöglich gemacht, theils sofort unterdrückt[10] worden sind, so ist die bischöfliche Strafgewalt abgesehen von der

[1] Eugen III. für den Bischof v. Bamberg 1146, J. L. n. 8975, v. Pflugk-Harttung acta 3, 841: „Quia vero bona Bambergensia ecclesiae in diversis episcopatibus vel parrochiis sita sunt et quidam episcopi in coercendis malefactoribus vel turbatoribus earundem possessionum .. negligentes existunt, statuimus, ut si episcopi, in quorum parochiis degunt, in eorum correctione negligentes extiterint, liceat vobis in eos canonicam sententiam promulgare". Dagegen hält Cölestin 1197, J. L. n. 17569; M. 20, 620 in dem Priv. für den Erzb. von Rouen diese Beschränkung blos für den Fall aufrecht, dass die Übelthäter nicht der erzbischöflichen Provinz angehören: „si quidem ipsi invasores de provincia tua sint, licitum tibi sit, sublato appell. obstaculo, in personas eorum exceptis Franciae et Angliae regibus ... et eorum familiis et excommunicationis et in terram eorum interdicti sententiam promulgare".

[2] Noch beschränkt Urban III. 1186, J. L. n. 15621, Haddan und Stubbs councils relat. to Great Britain. Oxford 1873. 2, 48, für den B. v. Glasgow: „ut si quisquam ecclesiam vel beneficium ecclesiasticum infra parrochiam tuam forte invaserit ... et ut in detentatione impune perduret, vocem appellationis emiserit, fas tibi sit talem nullius appellatione obstante vinculo excommunicationis astringere", ebenso 1186, J. L. n. 15698 (für den Patriarchen v. Aquileja); anders Priv. Bonifaz' VIII. 1296 für d. B. v. Halberstadt, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 2, 573: „ut in manifestos et notorios raptores, turbatores, molestatores et iniuriatores tuos et ecclesie supradicte, etiam tibi non subditos, tam clericos quam laicos, cuiuscumque condicionis, status vel dignitatis existant, competenti monitione praemissa, possis libere censuram ecclesiasticam exercere, non obstante, si aliquibus a sede apostolica sit indultum, quod interdici, suspendi vel excommunicari non possint per litteras apostolicas non facientes plenam et expressam de indulto huiusmodi mentionem. Nolumus autem quod huiusmodi indulgentia ad reges et regum consortes ac eorum filios et filias quomodolibet extendatur"; ebenso G. Schmidt, päpstliche Regesten. Halle 1886 S. 20; 1296 für den Erzb. v. Capua, Potth. n. 24455, aber beschränkt auf Laien, Kleriker und Bischöfe, welche sich im Königreich Neapel befinden.

[3] Dipl. d. B. v. Pästum 1054, Cod. dipl. Cavensis 7, 121, worin der Bischof gegen 5 Pfund Silber der Stifterin alle Gewalt über die Kirche überträgt und erklärt: „nec ego nec successores mei neque pars ipsius nostri episcopii haveamus potestatem aliquo tempore per qualemcumque modum vel rationem... ipsam ecclesiam vel hereditatem pertinentem ipsius aecclesiae ad nostram potestatem retinere ... aut presbiteros vel clericos qui per vos in ipsa ecclesia ordinati fuerint, excommunicare vel exinde substraere".

[4] Bd. II S. 626. 627.

[5] So kassirt Lucius III. 1185, J. L. 15378, v. Pflugk-Harttung 1, 323 ein dem Dekan und den Kanonikern von Noyon von dem Bischof Rainald (1175—1188) ertheiltes Privileg: „ut malefactores suos quos vellent, quando vellent sine tuo assensu vinculo anathematis innodarent ... quod quotiens eis aliqua iniuria vel per te (Bischof) vel per castellanum vestrosve ministros seu comminia inferetur, propria possent voluntate ... totam civitatem subicere interdicto, ita etiam quod abbatie et parochiales omnes ecclesie eidem sententia subiacerent" als mit den Kanones in Widerspruch.

[6] So übertrugen Bischöfe der Provinz Ravenna auf der dortigen Provinzialsynode 1261, M. 23, 995 ihrem Erzbischof das Recht „auctoritate omnium eorundem et ipsorum singulorum" gegen malefactores in ihren Diöcesen Bann, Interdikt und Suspension zu verhängen.

[7] Avignon 1279 c. 3, M. 24, 235; Avignon 1326 c. 15, M. 25, 752; Avignon 1337 c. 19, p. 1093.

[8] Aquileja 1339, M. 25, 1125.

[9] Sofern die Strafthat nur in einem zu dem grösseren Verbande gehörigen Jurisdiktionsbezirk begangen war.

[10] S. Anm. 5.

Ausschliessung derselben in erster Instanz für die der Gerichtsbarkeit der Archidiakonen und Erzpriester unterstellten Bezirke und Personen[1] doch dauernd durch die Exemtionen von Klöstern und Orden[2], sowie mindestens auf Jahrhunderte durch solche einzelner Dom- und Kollegiatstifter[3] und deren Zugehörige eingeschränkt worden[4].

Ferner kommen in dieser Periode eine Anzahl päpstlicher Privilegien vor, welche für Klöster, Kapitel und deren Zugehörige, sowie auch für Geistliche und selbst für Laien die bischöfliche Strafgewalt in geringerem oder grösserem Umfange beschränken. Derartige Begünstigungen sind einmal vielfach bei der Aufnahme der Privilegirten in den päpstlichen Schutz (*protectio, tutela, defensio apostolicae sedis*, auch *suscipere in speciales ecclesiae Romanae filios*, bez. *filias*) ertheilt worden[5]. Bei den Klöstern gehen sie dahin, dass kein Bischof oder anderer Prälat gegen die Kirche[6], mitunter auch nur gegen einen Altar[7] in derselben oder gegen die vom Kloster abhängigen Kirchen abgesehen von gewissen Ausnahmefällen von dem Interdikt Gebrauch zu machen[8] befugt sein soll. Mitunter wird zugleich auch das Verbot der Suspension der Kleriker der Klöster ausgesprochen[9]. Am häufigsten lautet das Privileg dahin, dass kein Bischof und Prälat[10] überhaupt oder ein solcher mindestens nicht ohne specielle

[1] S. o. S. 294. Die Strafgewalt der Pfarrer (S. 291) hat wohl nur in erster Instanz mit der der Bischöfe konkurrirt, wie dies anfänglich mit der der Archidiakonen der Fall war.

[2] Das Nähere in der Lehre von den Orden, s. vorläufig Phillips K. R. 7, 903 ff.

[3] Bd. II S. 144 ff.

[4] Wenngleich nicht mehr heute, a. a. O. S. 152.

[5] S. Hadrian IV. 1157, J. L. n. 10315[a], s. unten Anm. 10, u. Innocenz III. P. n. 2203, S. 331 n. 3. Darüber, dass damit nicht ohne Weiteres eine volle Exemtion von der bischöflichen Gewalt verbunden war, s. Bd. II S. 147; Blumenstok, d. päpstl. Schutz S. 93 ff. 163.

[6] Urban II. 1096, J. L. n. 5659, M. 20, 939 (mit Rücksicht auf die Konsekration der Ara der Klosterkirche durch den Papst): „ne quis ulterius archiepiscopus aut episcopus adversus eandem ecclesiam audeat excommunicationis aut interdicti proferre sententiam“.

[7] Urban II. 1096—1099, J. L. n. 5627, v. Pflugk-Harttung 1, 67. 68 (auch hier im Hinblick auf die Konsekration des Altars durch den Papst).

[8] Eugen 1145, J. L. n. 8778, v. Pfl. H. 1, 71: „ne ab episcopo vel suorum quolibet successorum ibidem divina officia interdicantur, nisi pro communi culpa cleri vel populi“.

[9] Innocenz II. 1141—1143, J. L. n. 8337, M. 21, 402: „Clericos vero eorum, quos contra tenorem privilegiorum sedis apostolicae diceris ab ordinibus suspendisse, in officiis et ordinibus restituimus“. Doch wird andererseits die Jurisdiktion der Bischöfe über diejenigen Kleriker, welche nicht Mönche sind, ausdrücklich vorbehalten, Eugen III. 1157, J. L. n. 9493, v. Pfl. H. 3, 108: „Capellanos, qui cellas et ecclesias eiusdem monasterii regunt, nisi pro certis et iustis causis excommunicari vel ab officio suspendi ab episcopo prohibemus“; s. auch Innocenz III. Potthast n. 151 (S. 331 n. 1).

[10] Also namentlich nicht der Diöcesanbischof, welcher auch öfters ausdrücklich genannt wird, Johann XVIII. 1004/1009, J. L. n. 3962, Migne 139, 1491: „ut nullo modo (monasterium) ab ullo archiepiscopo vel episcopo sententiam excommunicationis sustineat“. Beschränkter Alexander II. 1068, J. L. n. 4644, Migne 151, 1339: ... statuimus ut Baiocensis episcopus prae qualibet abbatis vel monachorum culpa praefatum monasterium (S. Stephani Cadomense) non praesumat excommunicare vel divinum in eo officium prohibere. Quodsi abbas vel congregatio ordini et professionibus suis contraria gesserit et abbas vel se vel monachos suos regulariter emendare neglexerit, Baiocensis episcopus secreto et amicabili colloquio, ut se vel subiectos suos corrigat, admoneat. Porro si paternae admonitioni obedire contumacia pertinaci contempserit, non quidem eum Baiocensis episcopus ad suae ecclesiae synodum convocet, sed rem ad Rothomagensem archiepiscopum seu ad totius provinciae universale concilium perferat, ut eorum consilio auctoritate, diffinitione audiat, discat, accipiat, quid agi sive statui de eo oportet, sententia tamen de capitalibus apostolicae sedi reservata“; Gregor VII. 1074, Jaffé mon. Gregor. II. 86; v. Pfl. H. 1, 46: „nobis displicet, quod quasi de integro tibi licentiam usurpas prefat. excommunicandi cenobium (S. Gilles, Diöc. Nismes), cum hoc tibi non licere huius s. sedis auctoritas autenticorum testatur in datione privilegiorum (bis auf Alexander II. zurückgehend, s. Pfl. H. 1, 36, J. L. n. 4062). Quapropter ... praecipimus, ut nullius etiam obtentu iusticie ... excommunicando fratres ... cenobii presumas inquietare“; Urban II. 1099, J. L. n. 5787, Migne 151, 542: „nec dioecesano episcopo liceat aliquam eidem monasterio excommunicationem inferre“. Paschalis II. 1115, J. L. n. 6476, v. Pfl. H. 1, 109: „ut nullus episcoporum nec etiam Bituricensis presul ... eundem locum, abbatem seu monachos excommunicare ... vel divinum officium ibidem interdicere praesumat“;

Erlaubniss des apostolischen Stuhles[1] den Abt und die Mönche exkommuniciren und das Kloster, beziehentlich auch die dazu gehörigen Kirchen und Ortschaften mit dem Interdikt belegen darf, und daneben wird auch mehrfach die Vergünstigung gewährt, dass der Abt oder das Kloster in den wichtigeren Streitsachen, d. h. jedenfalls bei Anklagen wegen schwererer Vergehen, blos vor dem Papst zu Recht zu stehen braucht[2]. Ähnliche Privilegien sind auch den in den päpstlichen Schutz genommenen Stiftern[3], endlich auch aber seltener einzelnen Personen[4] bei der Aufnahme in den päpstlichen Schutz ertheilt worden[5]. Aber andererseits lässt sich nicht behaup-

Calixt II. 1119 u. 1121, J. L. n. 6694 u. 6904, M. 20, 203. 294: „Nec episcopo liceat cuiuscumque dioecesis eundem locum excommunicationis vel cuiuslibet dispositionis occasionibus perturbare"; Eugen III. 1151, J. L. n. 9488, v. Pfl.-H. 3, 105: „ut nec Mantuano episcopo nec ulli episcopo vel archiepiscopo aut alicui persone fas sit, abbatem et monachos, coenobium vestrum aut cellas vestras et conversantes illic fratres, monachos sive clericos excommunicare vel interdicere"; Hadrian IV. 1157, J. L. n. 10315a, ibid. 3, 185: „suscipientes vos in spetiales Romane ecclesie filios . . . statuimus, ut de cetero nulli archiepiscopo vel episcopo liceat super coenobium vel abbatem aut eiusdem coenobii conventum excommunicationis vel interdictionis manum extendere". In Urban II. 1095, J. L. n. 5554, Pfl.-H. 2, 158: „Quodsi episcopus pro hoc locum ipsum calumniari voluerit et ecclesias vel aliquos ad eundem locum pertinentes, excommunicare presumpserit, ipsa excommunicatio annulletur" bleibt es zweifelhaft, ob dem Bischof das Exkommunikationsrecht überhaupt oder das Recht abgesprochen werden soll, wegen des Gebrauchs der Privilegien den Bann zu verhängen. Mit Rücksicht auf die sonst vorliegenden Privilegien dürfte indessen das Erstere anzunehmen sein.

[1] Auch in dem ersteren Fall kann selbstverständlich der Papst den Bischof zur Verhängung der gedachten Strafen ermächtigen. Vgl. auch das auf S. Gilles (s. S. 330 n. 10 im Anfang) bezügliche Privileg Urbans II. 1091, J. L. n. 5453, v. Pfl.-H. 1, 55: „si qua autem in abbatum gravior querela emerserit, nullo modo nisi secundum iussionem Romani pontificis iudicetur nec episcopo cuiquam liceat sine Romani pontificis licentia in monasterium ipsum aut eius monachos excommunicationis intendere ultionem". Im Übrigen s. Alexander II. 1068, J. L. n. 4649, ibid. 1, 44: „ut nullus episcopus aliquo modo habeat licenciam excommunicandi ipsum locum aut cellas sibi subiectas scil. . . . cum eorum pertinentiis praeter papam s. Roman. ecclesiae"; Urban II. 1095, J. L. n. 5580, l. c. p. 60: „ut nulli episcoporum facultas sit, sine Romani pontificis licentia loca vestra vel monachos interdictioni vel excommunicationi subicere" (ebenso Urban II., J. L. n. 5543, M. 20, 706. 707); Paschalis II. 1105, J. L. n. 6053, M. 20, 1058: „Si qua vero in vos gravior querela emerserit, nostrae vel successorum nostrorum audientiae reservetur. Nulli autem vel archiepiscopo vel episcopo licere volumus, ut ecclesiam ipsam vel ipsius abbatem sine Romani pontificis conscientia vel excommunicatione vel interdicto cohibeat"; Eugen III. 1151, J. L. n. 9493, l. c. 3, 108: „Episcopo etiam alicui locum, abbates vel fratres ipsos excommunicare, interdicere . . . sine licentia Romani pontificis nullatenus liceat"; Innocenz III. 1198, Potth. n. 151, Migne 1, 123: „ne ullus omnino archiepiscopus aut alius ecclesiarum praelatus, nisi de speciali mandato Rom. pontificis vel legati ab ipsius latere destinati in monasterium ipsum abbatem vel aliquem fratrum vestrorum interdicti vel suspensionis vel excommunicationis sententiam promulgare praesumat"; 1212, P. n. 4435, l. c. 3, 567: „ut idem monasterium absque Roman. pontificis licentia minime interdicto vel excommunicationi subdatur".

[2] Alexander II. 1068, S. 330 n. 10; Urban II. J. L. n. 5453 u. Paschalis J. L. n. 6053, s. vor. Anm.; Paschalis II. 1110, J. L. n. 6255, Pfl.-H. 1, 103: „tibi quam successoribus tuis facultatem concedimus, in causis gravioribus Romanam ecclesiam appellare".

[3] Der Kollegiatkirche in urbe Agerensi Nikolaus II. 1060, J. L. n. 4432, Migne 143, 1337: „ut nulli episcopo liceat . . . de clericis ibidem commorantibus quemquam excommunicare" . .; dem Kapitel v. S. Agata di Cremona, Eugen III. 1148, J. L. n. 9282, Pfl. H. 2, 91: „nullam episcopus in predicta ecclesia potestatem exerceat neque excommunicandi neque interdicendi"; ferner dem Kapitel der herzoglichen Kapelle in Dijon (welche als filia specialis sedis apost. bezeichnet wird), Innoc. III. 1204, P. n. 2203, Migne 2, 343: „ne quis in vos vel ecclesiam vestram praeter auctoritatem apostolicae sedis excommunicationis vel interdicti sententias audeat promulgare, nisi forte ratione alterius beneficii vel occasione delicti alibi perpetrati; sed nec sic absque manifesta et rationabili causa sententias huiusmodi quisquam in vos ferre praesumat".

[4] Alexander III. 1178, J. L. n. 13129, Loewenfeld epist. pont. p. 164: „ut non liceat Meldensi episcopo personam tuam suspendere vel excommunicare nec aliquid de bonis, quae hucusque possedisti, subtrahere absque manifesta et rationabili causa et Senonensi archiepiscopi vel Romani pontificis conscientia" wo die Erlaubniss des Erzbischofs der des Papstes gleichgestellt ist. (Falsch ist Benedikt VIII. v. 1016, J. L. n. 4015, Pfl. H. 1, 10.)

[5] Denn diese gewähren überwiegend nur die Vergünstigung bei Beeinträchtigungen an den päpstlichen Stuhl appelliren zu dürfen, J. L. n. 4973. 8188. 8299. 16229 („ut si te in aliquo gravari praesenseris, libere tibi liceat, sedem apostolicam" oder wie es in dem ältesten bekannten

ten, dass jede Ertheilung des päpstlichen Schutzes ohne Weiteres eine Befreiung von der Strafgewalt des Ordinarius herbeigeführt habe [1]. Nur so viel ist richtig, dass sich schon in der betreffenden Zeit eine derartige Auffassung geltend gemacht hat [2], und erst Innocenz IV. hat allein die Bedeutung der Klausel: *In speciales et proprios ecclesiae filios recepimus* ein für alle Mal gesetzlich dahin festgestellt, dass mit derselben das Recht, von Niemand anderem als dem Papst oder einem Legaten a latere exkommunicirt und interdicirt zu werden, gewährt werde [3].

Ferner sind solche Privilegien, insbesondere seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, auch ohne gleichzeitige Aufnahme in den päpstlichen Schutz und unabhängig davon, an Kapitel [4], Klöster [5] und andere Korporationen, sowie an die Angehörigen derselben [6]

derartigen Privileg v. Johann VIII. 881, J. E. n. 3342, M. 17, 195 heisst: „te nusquam cuiuslibet episcopi vel sacerdotis subiacere iudicio, quousque in nostram vel successorum nostrorum libere ac securiter sine alicuius obstaculo vel impedimento praesentiam venias") und später, s. Innocenz III. P. n. 680. 701. 1880, Migne 1, 585. 606 u. 2, 46; Honor. III. P. n. 5452; Gregor IX. P. n. 8022, nur den Schutz gegen frivole Exkommunikationen und Interdicirung in der Fassung der S. 297 gedachten Privilegien, indem sie weiter aussprechen, dass, was selbstverständlich ist, Censuren, welche nach eingelegter Appellation an den Papst verhängt sind, der Gültigkeit entbehren. Von Freiheit von Censuren im Sinne der im Text gedachten Privilegien, so Blumenstok a. a. O. S. 158 n. 3, ist aber dabei nicht die Rede.

[1] So Blumenstok S. 104. 105, welcher annimmt, dass die päpstliche Kanzlei die Befreiung von der bischöflichen Strafgewalt als selbstverständliche Folge des Schutzes aufgefasst, und dass diese einen integrirenden Theil des päpstlichen Schutzrechtes gebildet hat. Gegen diese Ansicht, welche nach dem in der vor. Anm. Mitgetheilten jedenfalls für den Personenschutz nicht zutreffend ist — (vgl. auch die ausdrückliche Erklärung Innoc. III. in c. 18 X de priv. V. 33) — spricht der Umstand, dass die Privilegien auf Befreiung von den Censuren in verschiedener Fassung und in verschiedenem Umfange (s. die Anmerkungen auf S. 330 f.) gewährt worden sind, und dass, da in derselben Zeit die Päpste auch Schutzbriefe ohne derartige Vergünstigungen ertheilt haben, vgl. für die Zeit von Viktor II. 1057 bis Clemens III. 1189, Pfl. H. 1, 24. 25. 42. 45. 62. 120; 2, 119. 157; 3, 24. 30. 36. 39. 41. 44. 58. 59. 65. 68. 69. 79. 84. 101. 102. 113. 176. 178. 179. 180. 372, die päpstliche Kanzlei es bei Weglassung des Passus über die Strafgewalt des Bischofs zweifelhaft gelassen haben müsste, in welchem Umfang die Befreiung von derselben Platz gegriffen hätte. c. 12 (Inn. III.) X de priv. V. 33 spricht nicht für, sondern gerade gegen die Ansicht Blumenstok's, denn das hier fragliche Privilegium hat ausdrücklich eine die bischöfliche Exkommunikation ausschliessende Klausel enthalten.

[2] So weist Alexander III, c. 24 (1174, J. L. n. 12378) c. 25 (1162—1170, J. L. n. 11661) Comp. I lib. II. 20 den Anspruch der Suffraganbischöfe und Archidiakonen von Canterbury, mit Rücksicht darauf, dass sie sich und ihre Sprengel bei Appellationen an den päpstlichen Stuhl in den Schutz desselben zu stellen pflegten, deshalb von jeder Jurisdiktion des Erzbischofs befreit zu sein, zurück.

[3] c. 1 (1243 P. n. 15127) in VI de V. S. V. 12: „per illa verba (s. Text) dictos fratres exemptos non intelligi, et ipsos ex illo in proprios eiusdem ecclesiae filios fuisse receptos, quod ab alio quam a Romano pontifice vel legato ab eius latere destinato interdici vel excommunicari a quoquam non valeant declaramus" (was Phillips 7, 982 allerdings dahin versteht, dass aus der Klausel nicht zu folgern sei, dass die Begnadigten von Niemand anders als dem Papst exkommunicirt werden dürften!). Andererseits hat aber Innocenz IV. selbst noch 1251 bei der Inschutznahme der Bürger von Lyon, ihrer Diener und Güter ihnen gleichzeitig in einer besonderen Urkunde das Privileg ertheilt, dass keine Kirche und Parochie der Stadt auf Grund päpstlicher Briefe mit dem Interdikt belegt werden dürfe, wenn in denselben nicht dieser Vergünstigung unter Nennung der Stadt erwähnt sei, P. n. 14188. 14189. Ménestrier, histoire civile de la ville de Lyon 1696 preuv. p. XII. XIII.

[4] So auf Freiheit von der Exkommunikation und von dem Interdikt für Stendal Clemens III. 1189, J. L. n. 16448, Migne 204, 1449 (s. auch J. L. n. 16739), ebenso für das Stift in Montpellier Cölestin III. 1197, J. L. n. 17544, Mémoires de la société archéologique de Montpellier. Montpellier 1840. 5, 526; c. 16 (Inn. III. 1207, P. n. 3012) X de priv. V. 33; Innoc. III. 1198, P. n. 152, Migne 1, 124 (Widerruf eines derartigen früheren Privilegs); Honorius III. 1220, P. n. 6273. 6274, Riedel cod. dipl. Brandenb. 1 Haupth. V. 32 n. 22. 23 (von denen das zweite und ältere das Exkommunikationsprivileg, das erstere und spätere erst die Schutzertheilung enthält).

[5] Urban III., 1186, J. L. n. 15609, Monasticum Anglic. nov. ed. London 1846 1, 148; Cölestin III. 1197, J. L. n. 17566, Migne patr. 206, 1224; Innocenz IV. 1251, Potth. n. 14305 (auf Nicht-Exkommunikation und Interdicirung der Familien, Wohlthäter und derjenigen, welche in den Klostermühlen mahlen lassen oder sonst mit denselben verkehren).

[6] Innocenz IV. 1252, P. n. 14618, Bulaeus hist. univ. Paris. 3, 242 für die Universität Paris, ihre Rektoren, Prokuratoren, Magister und Scholaren; Alexander IV. 1257, P. n. 16952, Le-

gegeben worden [1].

Mit Rücksicht darauf, dass schon im Laufe des 13. Jahrhunderts durch diese und andere Privilegien [2] die Gerichtsbarkeit der Bischöfe eine übermässige Einschränkung erfahren hatte, und in Folge dessen eine wirksame Ausübung der Strafrechtspflege um so mehr gehindert wurde, als die verschiedenartigen, hierher gehörigen Privilegien nicht nur mit einander in Kollision treten [3], sondern auch gerade wegen der Befreiung der Privilegirten von der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit die letzteren zu Gewaltthätigkeiten gegen andere anreizen mussten [4], erliess Clemens IV., nachdem schon Alexander IV. [5] mit einer nicht sehr weittragenden, im wesentlichen nur auf die päpstliche Jurisdiktion berechneten Maassregel [6] vorangegangen war, die Anordnung [7], dass künftighin die in welcher Form auch immer gewährte Vergünstigung *quod interdici a quocumque vel excommunicari non possint nec terrae vel ecclesiae ipsorum ecclesiastico interdicto supponi* das Recht des Ordinarius, gegen die in dieser Weise Privilegirten mit Prozess und Urtheil vorzugehen, nicht ausschliessen sollte [8]. Wenngleich damit die bischöfliche Strafgewalt wieder eine gewisse Erweiterung erfuhr, so war doch dadurch keine durchgreifende Abhülfe geschaffen, denn ganz abgesehen davon,

verkus Urkdbch. d. Stadt Lübeck 1, 222 für die Freiheit der Stadt Lübeck vom Interdikt und der Bürger, ihrer Frauen und Kinder von der Exkommunikation.

Vereinzelt sind Privilegien auf Nichtexkommunikation von Geistlichen, welche an den im Auftrag des Papstes durch dessen Bevollmächtigten geweihten Kirchen fungiren, seitens der Bischöfe, s. Benedikt VIII. 1012/1024, J. L. n. 4054, v. Pflugk-Harttung 2, 65.

Die vom Papst geweihten Geistlichen (Bd. I S. 85 n. 5) haben dadurch nicht die Exemtion von der Strafgewalt des Ordinarius, in dessen Diözese sie angestellt waren, erhalten, c. 7 (Innoc. III.) X de M. et O. I. 33.

[1] Nicht hierher gehören die zahlreich im 13. Jahrhundert fast ausschliesslich von Innocenz IV. an Klöster Äbte, Kapitel, Bischöfe, Städte und Fürsten ertheilten Privilegien, P. n. 11609. 11654. 11642. 12109. 12101a. 12509. 12611. 13782. 13783. 13812. 14115a. 14271. 13883. 14026. 14571. 15090. 15532. 15537. 20560. 24125. 24369, (von denen einzelne auch nur auf mehrere, 2 oder 3 Jahre, gewährt sind, P. n. 13264. 13379. 13802. 15532) dass kein päpstlicher Delegat, Subdelegat, Konservator (Clemens IV. P. n. 20161. 20231. Gregor X. 20560. 20719) oder auch kein päpstlicher Legat (P. n. 12484 Innocenz IV.) ohne spezielle Ermächtigung (P. n. 20346 Clemens IV.; n. 20699 Gregor X.) die Exkommunikation, oder auch allein ein legatus latere (P. n. 19209 Clemens IV.) das Interdikt oder die Strafe des ingressus ecclesiae verhängen dürfe, denn diese befreien an sich nicht von der ordentlichen Strafgewalt, sondern sie schliessen nur das Recht bestimmter päpstlicher Bevollmächtigter aus, ohne besondere Spezialvollmacht von der ihnen übertragenen päpstlichen Jurisdiktion in gewissen Beziehungen Gebrauch zu machen.

[2] S. o. S. 328.

[3] So die Privilegien auf Bestrafung der Beeinträchtiger der Güter, s. S. 293. 294. 328 mit denen, nur vom Papst allein exkommunicirt, suspendirt und interdicirt zu werden, (eine besondere Vorschrift darüber in dem S. 329 n. 2 citirten Priv. v. 1296) oder auch mit solchen, wie denen v. Gelasius II. 1118, J. L. n. 6651, M. 21, 174 (für die Kanoniker in Lucca): „Nulla etiam vestri episcopatus persona sine consensu episcopi vel priorum (Bd. II S. 605), qui loco positi nominantur matricis ecclesiae excommunicetur", und 1118, J. L. n. 6652, M. 21, 175 für ein Stift in Lucca): „Parochianos vestros, nisi forte publico crimine teneantur, nullus invitis vobis excommunicare aut ad poenitentiam praesumat admittere".

[4] Aus diesem Grunde hat Innocenz III. das S. 332 n. 4 erwähnte Privileg, P. n. 152, widerrufen.

[5] Er widerrief nämlich 1255, P. n. 16950, bull. Taurin. 3, 618 alle von Innocenz IV. und von ihm selbst Geistlichen und Weltlichen dahin ertheilten Privilegien: „quod per delegatos vel conservatores aut exequutores a sede apostolica deputatos seu per delegatos ab ipsis" ferner auch die „quod per legatos eiusdem sedis vel per ordinarios aut per delegatos eorum interdici vel excommunicari, quodque ipsis ingressus ecclesiae interdici et quod terrae sane interdicto ecclesiastico supponi non valeant". Ausgenommen waren aber die Privilegien für Fürsten, sofern letztere „reges vel uxores vel filii seu fratres regum aut magnates sublimesque viri qui antiquitus a praedicta sede similem gratiam habuerunt" seien.

[6] Denn dadurch wurden im wesentlichen nur die Anm. 1 erwähnten Privilegien berührt und eine straffere und ungehindertere Ausübung der Jurisdiktion der päpstlichen Delegaten ermöglicht.

[7] 1266, P. n. 19697; bull. Taurin. 3, 764, das wesentliche auch in c. 5 in VI de privil. V. 7.

[8] L. c.: „ad ordinariorum sententias et processus edicto perpetuo prohibemus extendi".

dass in der gedachten Verordnung die den Königen, ihren Gemahlinnen und den königlichen Prinzen, sowie die den Religiosen mit Rücksicht auf ihre Person, ihre Orden und Häuser, Kirchen und Ortschaften ertheilten Privilegien aufrechterhalten waren, traf dieselbe auch nicht diejenigen, in welchen das Recht der Ordinarien, von den betreffenden Strafmitteln Gebrauch zu machen, ausdrücklich beseitigt war, und überdies waren die Päpste dadurch nicht gehindert, neue darauf gehende Privilegien neben den älteren, in grossem Umfange bestehen gebliebenen zu gewähren.

§. 283. f. *Die örtliche Zuständigkeit der Organe der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.*

Wie in älterer Zeit[1] bestimmt sich die Zuständigkeit des an sich über bestimmte Personenklassen[2] zur Ausübung der Straf- und Disciplinarstrafgewalt befugten kirchlichen Oberen, sofern sie nicht ihrer Natur nach die ganze Kirche umfasst[3], sowohl bei Klerikern, wie auch bei Laien, durch das Domizil[4].

Daneben findet sich auch die früher noch selten erwähnte Zuständigkeit des Ortes der begangenen Strafthat, des *forum delicti commissi*, seit der karolingischen Zeit, aber freilich nur als Ausnahme[5] für den Fall anerkannt, dass der Schuldige innerhalb des fraglichen Bezirks angetroffen wird[6]. Erst später seit dem 12. Jahrhundert hat man mit Rücksicht auf einzelne in das Gratianische Dekret aufgenommenen Stellen römischen Ursprungs[7], freilich nicht ohne Schwanken[8], von diesem Er-

[1] Bd. IV S. 758. 769. 839. 843.

[2] S. 280. 281.

[3] Wie die der kaiserlichen, päpstlichen und allgemeinen Synoden und der Päpste, Bd. III 517 ff. 565. und diesen Bd. S. 291.

[4] Über die Zuständigkeit des Bischofs s. ausser S. 278 n. 9 Mainz 888 c. 15, M. 18, 68 (S. 78 n. 7); London 1125 c. 10, M. 21, 332: „Nullus episcoporum alterius parochianum praesumat ordinare aut iudicare, unusquisque enim pro domino stat aut cadit, nec tenetur aliquis sententia non a suo iudice prolata; c. 3 (Cap. Angilr. c. 15, ed. Hinschius p. 761) X de paroch. III. 29; über die Provinzial- (und Primatial-) Synoden die Pseudo-Isidorstellen in c. 1. 2. 11. 16 C. III qu. 2 u. c. 2. 3. C. VI qu. 3, sowie c. 3 (Nicolaus?) ibid.; für die nichtbischöflichen Gerichte; wie des Archidiakons, die Sendgerichte u. s. w., s. S. 294 u. §. 288 ergiebt sich derselbe Grundsatz aus dem allgemeinen Princip.

[5] Carol. Calv. cap. ap. Vern. 884 c. 8 (c. 4 C. VI qu. 3), LL. 1, 552: „Placuit nobis et fidelibus, pro communi necessitate, ut nullus episcoporum graviter ferat, si eius parochianum pro huiusmodi causa depraedationis alter episcopus excommunicaverit“. Eine Änderung gegen das frühere Recht liegt nicht darin, s. Bd. IV S. 758 n. 4; S. 770 n. 1; S. 842 n. 3.

[6] Synod. Ticin. 850 c. 11, Boret. Krause 2, 120 (s. S. 87 n. 3); cap. Vern. cit. c. 6 (c. 5 C. VI qu. 3 u. c. 1 X de rapt. V. 17 mit verändertem Text), LL. 1, 552: „De illis autem qui infra parrochiam beneficia et allodia non habent et alterius episcopi parrochiani sunt et dum ad curtem pergunt aut de loco ad locum iter faciunt, rapinas et depraedationes intra parochiam faciunt, placuit nobis, ut si ita prope episcopum, ut ei depraedatio illorum nota fieri possit, antequam parrochiam eius exeant, mittat strenuum et prudentem presbyterum, qui sua vice rationabiliter illos ad emendationem vocet. Si vero vocationem atque ammonitionem episcopi superbe contempserint, simili sententia excommunicationis feriantur, qua et illi qui infra parrochiam res aut beneficia habent; et insuper excommunicentur, ne extra parrochiam exeant, antequam superius statuta adimpleant“; Tribur 895 c. 42, M. 18, 153: „Si quis de uno in alium omnino transmigrat episcopatum et si contingat eum . . . aliquod crimen committere episcopus, in cuius dioecesi tunc (d. h. bei Begehung des Verbrechens) commoratur et tali scelere criminabitur, habeat ius et potestatem . . . flagitiosum coercere. Per quos enim melius rei veritas ventilatur et emendatur quam per hos, intra quos habitat et criminosus apparet“; vgl. ferner in Bezug auf clerici et sacerdotes vagi syn. Ticin. 850 c. 18, Bor. Krause 2, 121.

[7] c. 1 (Pseudo-Fabian c. 28 ed. Hinschius p. 168) u. c. 18 (Cap. Angilr.) C. III qu. 6 u. c. 6 (id.) C. II qu. 3 (Palea).

[8] So erklärt noch Stephan v. Tournai unter Wiedergabe des Sinnes des dict. Grat. zu c. 2 C. III qu. 6 in seiner Summe zum Dekret, her. v. v. Schulte S. 196 zu c. 1 cit.: „Hoc verum est, quando non potest cognosci de crimine nisi causa ventiletur in ea civitate, ubi crimen commissum est“, und wenn der Bischof v. Lüttich auf die Klage des Corveier Dekans gegen die Brandstifter in Ortschaften des Klosters mit Bezug auf die von Abt Wibald verhängte Exkommunikation, Jaffé mon. Corbeiens. p. 429 (1150)

forderniss abgesehen, und seit dem 13. Jahrhundert dem forum domicilii das *forum delicti commissi* als mit demselben konkurrirend an die Seite gestellt [1], sowie bei der Verhängung einer die Amtsrechte schmälernden Strafe, wie z. B. der Suspension und Deposition gegen einen Geistlichen seitens des Richters des letztgedachten Gerichtsstandes, die Vollstreckung solcher Strafurtheile dem kirchlichen Oberen der Diöcese des amtlichen Wohnsitzes überwiesen [2].

Dagegen kennen die kanonischen Rechtsquellen keinen besonderen Gerichtsstand der Ergreifung (*forum deprehensionis*) [3]. Dies erklärt sich wohl daraus, dass der Gerichtsstand des begangenen Verbrechens bei den stabilen Verhältnissen des Mittelalters schon an und für sich von geringer Bedeutung sein musste, und dass, falls eine Strafthat an einem nicht zu dem Gerichtsbezirk des Wohnsitzes gehörigen Orte begangen war, der Richter des letzteren kaum anders gegen den Thäter einschritt, als wenn er, wie dies vom karolingischen Recht ausdrücklich vorgeschrieben war [4], noch desselben in seinen Sprengel habhaft werden konnte.

Wenn einerseits die Päpste zur Wahrung der Kompetenz der ständigen Kirchenoberen den denselben vorgesetzten höheren Instanzen die Ausübung der Jurisdiktion über die den ersteren unmittelbar untergebenen Personen verboten [5], und nur für den Fall der Nachlässigkeit der unteren Instanzen den Geschädigten durch Privileg das Recht beigelegt haben, den höheren kirchlichen Oberen anzugehen [6], so sind von ihnen doch andererseits auch Vergünstigungen gewährt worden, welche im Interesse der Privilegirten eine Evokation derselben an entfernte Orte verhindern sollten [7] und damit die Konkurrenz der übrigen Gerichtsstände neben dem des Wohnsitzes beseitigen mussten.

erklärt: „se dubitare, utrum liberos homines parrochianos suos excommunicare possitis" (nämlich Wibald, an den der Brief gerichtet ist); vgl. Bernhardi, Konrad III. 2, 860, ferner Cölestin III. noch 1197 (s. das S. 329 n. 1 cit. Priv.) für den Fall der Beraubung der Kirchengüter seiner Provinz dem Erzbischof nur das Recht gewährt, gegen den derselben nicht angehörigen Thäter erst nach fruchtlosem Ersuchen des kompetenten Bischofs mit Censuren vorzugehen, so kann das forum delicti commissi noch keine allgemeine Anerkennung gefunden haben; denn sonst hätte im letzteren Fall blos ein Unterschied zwischen der Diöcese des Erzbischofs, in welcher er auf Grund dieses Gerichtsstandes zuständig gewesen wäre, und den anderen Diöcesen gemacht werden können.

[1] c. 14 (Innoc. III.) u. c. 20 (Gregor IX) X de foro compet. II. 2; vgl. auch Glosse zu c. c. 1 C. III qu. 6 cit. s. v. ibi semper u. c. 1 (Lyon 1245) in VI de privileg. V. 7. Gegen diese Unterwerfung auf Grund des forum delicti commissi sind aber schon im 13. Jahrh. päpstliche Privilegien gegeben worden, s. Potthast reg. n. 12430. 14526 (Innocenz IV. 1247 u. 1252) n. 16599 (Alexander IV. 1256).

[2] c. 14 X cit.

[3] Wohl aber die cit. Glosse (s. Anm. 1) in theoretisirender Weise unter Berufung auf das römische Recht, l. 1 C. ubi de crimine III. 15.

[4] S. o. S. 334.

[5] c. 9 (Innoc. III. 1199, Potthast n. 562) X de off. iud. ord. I. 31 u. c. 1 (Innoc. IV. 1246 P. n. 12062) in VI de suppl. negl. I. 8. Damit war die Anwendbarkeit der für die Synoden geltenden Regel, dass das höhere synodale Organ die Zuständigkeit des niederen auszuüben berechtigt ist, s. o. S. 280, auf die ständigen Jurisdiktionsorgane verneint.

[6] Innoc. III. ep. I. 185 (1198) P. n. 195, opp. Migne 1, 165 für ein Kloster in Auxerre: „cum . . . Autisiodor. epicopus usque adeo . . . vobis sit infestus, ut de parochianis suis malefactoribus vestris per eum iustitiam non possitis habere . . . indulgemus, ut ad Senon. arshiepiscopum pro coercendis ipsis malefactoribus vestrum recursum habere possitis, qui defectum ipsius episcopi de auctoritate nostra debeat in hac parte supplere". Die Jurisdiktion der höheren Instanz beruht danach nicht auf einer Devolution, sondern lediglich auf päpstlicher Ermächtigung. Dies zeigt sich auch darin, dass für ähnliche Fälle blosse Bischöfe und Äbte päpstlicherseits beauftragt worden sind, die Gerichtsbarkeit statt des zuständigen Oberen auszuüben, Innoc. III. ep. I. 163 (1198) P. n. 196, Migne 1, 141.

[7] Lucius III. 1184/85, J. L. n. 15320, Loewenfeld, epist. p. 225: „ut universitas vestra (v. Neu-Tours) nec per se extra civitatem nec . . . aliquis ex ea ad locum non securum extra Turon. dioeces. trahatur in causam"; Innoc. III. ep. I. 157 v. 1198, P. n. 160, Migne 1, 138 (für Kanoniker u. Geistliche v. Tournay): „ne coram alio iudice trahamini nisi per appellationem in causam, quamdiu sub examine . . . episcopi Tornac. vel . . . decani et capituli vestri stare

Kraft der seit dem 12. Jahrhundert anerkannten unmittelbaren Jurisdiktion des Papstes über die Kirche [1] konnte jedermann auch vor demselben belangt, mithin auch vom Papst nach Rom oder an den jeweiligen Sitz desselben vorgeladen werden [2], und nur derjenige, welcher dort zufällig aus einer anderen gerechtfertigten Ursache anwesend war, hatte, wenn er zu Rom belangt wurde, das jus revocandi domum [3]. Da der Papst die Ausübung seiner Gerichtsbarkeit auch Legaten [4] und besonderen Delegaten [5] übertragen konnte, und diese an sich befugt waren, die Parteien nach ihrem jeweiligen Aufenthaltsort zu laden [6], so sah sich schon das 4. Laterankonzil wegen der namentlich durch die Delegationen entstehenden Beschwerungen der Parteien zu der Anordnung veranlasst, dass niemand auf Grund päpstlicher Delegationsreskripte abgesehen vom Fall seines Einverständnisses oder ausdrücklicher anderweiter Bestimmung in dem apostolischen Schreiben auf eine weitere Entfernung als die zweier Tagereisen ausserhalb seiner Diöcese geladen werden durfte [7], aber auch darüber hinaus suchten sich Prälaten [8], Kapitel [9], Orden und Klöster [10], sowie einzelne Städte noch durch weitergehende Privilegien zu schützen [11].

iuri volueritis, praeterquam de nostro vel legati nostro mandato"; über ein ähnliches Prinzip für die Bürger v. Genua v. Innocenz IV. (1243—1254) und v. Alexander IV. s. Arch. f. k. K. R. 64, 12. 13; ein Privileg gegen die Evokation ausserhalb der erzbischöflichen Provinz J. L. n. 17442 (Cölestin III. 1196).

[1] Bd. I S. 172 u. diesen Bd. o. S. 291, vgl. auch c. 56 (Innoc. III.) X de app. II. 28.

[2] Früher im 11. Jahrhundert, als die Päpste ihre unmittelbare Jurisdiktion erst zur Durchführung zu bringen suchten (s. auch S. 281 ff.), ist dies freilich noch bestritten worden, s. Bröcking, französische Politik Leos IX. Stuttgart 1891. S. 34. 37. 49. 52.

[3] c. 20 (Gregor IX.) X de foro comp. II 2. Molitor, kanon. Gerichtsverfahren S. 134 fasst die Stelle irriger Weise dahin auf, dass sie blos für die sich zeitweilig in Rom aufhaltenden Kleriker einen singulären Gerichtsstand bilde, denn damit wird die allgemeine persönliche Jurisdiktion des Papstes und sein Recht nach Rom zu laden, geläugnet, vgl. auch die Glosse in casus zu c. 20 cit. Die Unrichtigkeit dieser Ansicht ergiebt sich auch daraus, dass nach const. Innoc. XXII: Contingit v. 1327, bull. Taur. 4, 323, die Anm. 10 gedachten Privilegien kein Recht gewähren, die Vorladung nach dem Sitz der römischen Kurie abzulehnen.

[4] Bd. IV. S. 511 ff.

[5] Bd. I S. 172 ff.

[6] Die Legaten allerdings nur innerhalb ihres Legationsbezirks, c. 1 (Alex. III.) X de off. 69. I. 30 u. Bd. I S. 513; doch hat man dagegen auch vereinzelt bei Ladungen ausserhalb der Provinz des Angeschuldigten Widerspruch erhoben, s. ep. Stephani Vienn. u. 1146, M. 21, 694. Für die Delegaten fehlt es an besonderen Bestimmungen, wenn aber diese auch nur nach ihrem Residenzort Vorladungen ergehen liessen und dieser meilenweit vom Wohnort des Geladenen entfernt war, so entstanden daraus schwere Lasten für den Citirten.

[7] c. 28 (Lateran IV. c. 37) X de rescr. I. 3. Weiter hat dann das freilich mehr auf andere streitige Rechtssachen als auf Strafprozesse bezügliche c. 11 (Bonifaz VIII.) in VI de rescr. I. 3 bestimmt, dass die vom Papst deputirten Richter überhaupt nur in grösseren Städten und hervorragenden Orten verhandeln, und dass wenn beide Parteien derselben Diöcese angehören, die Sachen, abgesehen von gewissen Ausnahmefällen nicht ausserhalb derselben kommittirt, bei verschiedenen Wohnsitzen aber Citationen in einer dritten Diöcese nicht über eine Tagesreise weit für den Geladenen erfolgen sollten. S. auch S. 203 n. 10.

[8] Honor. III. 1223, Potthast, reg. n. 6983, Hontheim hist. Trevirens. diplom. 1, 699 für den Erzb. v. Trier, die Suffraganen und Unterthanen desselben, dass sie von päpstlichen Delegaten nur nach Städten, in denen copia iurisperitorum vorhanden ist, Gregor IX. 1232 P. n. 8908 für die schottischen Bischöfe und Prälaten, dass sie blos bei ausdrücklicher desfalsiger Erwähnung in den päpstlichen Schreiben ausserhalb des Reiches geladen werden dürften.

[9] Innoc. IV. 1252, Potth. n. 14572 (ausserhalb der Stadt Lyon).

[10] Hierher gehören die freilich noch anderen Zwecken dienenden Privilegien, dass die Privilegirten vor den päpstlichen Delegaten überhaupt dann allein Recht zu geben verpflichtet sein sollten, wenn ihrer speziell im päpstlichen Reskript Erwähnung geschehen ist, welche vereinzelt schon vor dem 4. Later. Konz. vorkommen, Cölestin III. 1196 (Corvey), J. L. n. 17445; Honor. III. 1217, P. n. 5649 (Kloster); 1222 P. n. 6763 (Cluniacenser); Gregor IX. 1228 (Prämonstratenser); 1234 P. n. 9785 (Kloster); 1235 P. n. 9859 (Kloster); 1235 P. n. 9964 (Minoriten s. auch P. n. 11205); vgl. ferner für die weitere Zeit des 13. Jahrh. P. n. 11200. 11280. 12276. 12850. 13908. 19165. Endlich kommen auch Privilegien vor, dass eine Ladung überhaupt nicht über Entfernungen von 2 Tagesreisen hinaus erfolgen darf, so Gregor IX. 1228, P. n. 8099 (für die Äbte der Cistercienser-Klöster) 1228 P. n. 8197 (für die Cluniacenser-Mönche); Alexander IV. 1257 P. n. 17128, Clemens IV. 1265. P. n. 19138.

[11] Perugia Innocenz IV. 1252 u. Martin IV.

§. 284. *g. Die Fortentwicklung des Straf- und Disciplinarstrafverfahrens.*

Ein strafrechtliches Einschreiten [1] konnte in der karolingischen und späteren Zeit, wie früher [2] 1. auf Grund einer Anklage [3], 2. bei Offenkundigkeit eines Vergehens [4] und 3. von Amtswegen [5] gegen Geistliche und Laien eintreten.

Was die Anklage betrifft, so hatte man sich bei einer solchen schon in der merovingischen Zeit nicht mehr streng an den römischen Anklageprozess gehalten [6], und in karolingischer Zeit ist derselbe in Folge der Einwirkung germanischer Rechtsanschauungen und zugleich wegen der sich ebenso wie früher [7] geltend machenden Nothwendigkeit, den Ruf und das Ansehen des geistlichen Standes zu wahren, fast ganz in den Hintergrund getreten.

Aus dem erstgedachten Grunde erklärt es sich, dass man den Laien, welche ein ihnen zur Last gelegtes kirchliches Verbrechen läugneten, die Reinigung durch Eid [8] und in bestimmten Fällen auch durch Gottesurtheil [9] auferlegt

P. n. 14731 u. 21855; Köln 1252, Potth. n. 14739; Lübeck Alexander IV. 1257, Potth. n. 16941; Worms Alexander IV. 1260, P. n. 17866, bull. Taurin. 3, 636: „quod auctoritate litterarum sedis apostolicae quae de hac indulgentia plenam et expressam de verbo ad verbum non fecerint mentionem, trahi extra civitatem Wormat. ad iudicium nequeatis inviti, quando parati fueritis coram vestro ordinario stare iuri" (s. auch P. n. 17696); früher schon Erfurt Innocenz IV. 1250, P. n. 13962; für Ungarn, dass keine geistliche oder weltliche Person ausserhalb des Reichs citirt werden kann, Innocenz IV. 1252, P. n. 14795.

1 Vgl. W. Molitor, üb. kanon. Gerichtsverfahren gegen Kleriker. Mainz 1856 S. 54 ff.; F. A. Biener, Beiträge z. Gesch. d. Inquisitionsprozesses. Leipzig 1827 S. 16 ff., K. Hildenbrand die purgatio canonica und vulgaris. München 1841 S. 42 ff.; N. München, d. kanon. Gerichtsverfahren u. Strafrecht. Köln u. Neuss 1865 (2. A. 1874) Bd. I.

2 Bd. IV S. 758. 770. 839. 843.

3 Der Erhebung v. Anklagen wird wiederholt gedacht: syn. Francof. 794 c. 39, B. 1, 75; Mainz 851 c. 11, B.-Krause 2, 189: („De Battone qui accusabatur homines V occidisse"); Worms 868 c. 15, M. 15, 872; Mainz 888 c. 19, M. 18, 69; für die spätere Zeit s. z. B. Geisleden 1028, Bd. III S. 484 Anm., u. Limoges, M. 19, 545 S. 280 n. 7; vgl. auch das weiter unten über den Anklage-Prozess Bemerkte.

4 c. 17 (Stephan. V. 887. 888, J. L. n. 3434) C. II. qu. 1 und unten am Ende dieses §.

5 Wenn der kirchliche Obere in Folge seiner Aufsichts- und Inquisitionspflicht einzuschreiten hatte, cap. Olonn. 825 c. 5. 6 u. de reb. eccles. 825 c. 7, B. 1. 328. 332; Rom 826 c. 20, B. 1, 374 und Rom 853 c. 20, M. 14, 1006, s. auch §. 288; ihm durch eigene Wahrnehmung, Rom 853 (Verletzung der Residenzpflicht durch den Kardinalpriester Anastasius) M. 14, 1017; durch Hörensagen, ep. Hincm. ad Hadrian I. 871, M. 16, 687 („Ego per multos hoc audiens vocavi eum, d. h. presbyterum ad me"); Anastas. IV. 1154, J. L. n. 9603, M. 21, 773; durch bezichtigende Gerüchte, Chalons s. Saone 894, M. 18, 127, endlich auch durch Anzeige oder Denunziation, Mainz 888 c. 18 u. Tribur 895 c. 2, M. 18, 68. 139 — zu welcher sogar mehrfach so durch die Legaten-Konstitutionen für Mailand 1067, M. 19, 947, für die Laien, durch die Konst. Richards v. Salisbury u. 1227 c. 49, M. 22, 1123 für die Pfarrer in Betreff der presbyteri concubinarii, ferner allgemein in Betreff der Ketzer und der der Ketzerei Verdächtigen, Gregor IX. 1227 u. 1231: Excommunicamus i. f., Fredericq corp. document. inquisitionis Neerlandicae. Gent 1889. 1, 75. 77 (vgl. §. 296) eine Pflicht statuirt worden ist — zum Vorgehen Veranlassung geboten war. S. auch u. S. 350 ff. über das Verfahren per inquisitionem und per denunciationem, vgl. ferner Noyon 1280? c. 3 u. Avignon 1282 c. 1, M. 24, 375 u. 439, welche den Prälaten das Einschreiten von amtswegen bei Verdacht des Wuchers vorschreiben.

Selbstverständlich konnte ein solches wie früher, Bd. IV S. 772 auch auf Selbstanzeige erfolgen.

6 Bd. IV S. 839 n. 3.

7 A. a. O. S. 840.

8 Mainz 847 c. 24, B. K. 2, 182: „Qui presbyterum occidit . . . si negaverit, si liber est, cum XII iuret; si autem servus per XII vomeres ferventes se purget".

9 So bei Unfreien, s. vor. Anm., ferner wohl auch Mainz 852 c. 13, B. K. 2, 190: „Si maritus uxorem aut uxor maritum interfecerit, equum iudicium sit super eos . . . Idcirco uterque eorum in huiusmodi criminis accusatione si negaverit, pari iudicio examinetur", weiter Arno v. Salzburg 796 c. 9, LL. 3, 475: Venefici et necromantae candentis ferri examine probentur". Tribur 895 c. 22, M. 18, 143 (vgl. auch §. 288): „Si quis fidelis libertate notabilis aliquo crimine aut infamia deputatur, utatur jure, iuramento se excusare. Si vero tanto talique crimine

hat [1], und dass in den im Laufe der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts nach dem Vorbilde des weltlichen Inquisitionsverfahrens eingeführten Sendgerichten [2] zwar die Sendzeugen als Ankläger auftraten, der Beschuldigte aber die erhobene Rüge ebenfalls seinerseits durch Eid oder Gottesurtheil abzulehnen und sich von dem ihm vorgeworfenen Vergehen zu reinigen hatte [3].

Für die Geistlichen konnte man ebensowenig wie früher den Reinigungseid, falls bei nicht durchgeführtem Beweise der Verdacht einer Strafthat auf einem solchen haften blieb, entbehren. Wenn dieser Eid auch seiner ursprünglichen Bedeutung nach von dem rein germanischen Reinigungseid des Angeklagten verschieden gewesen war, so lag doch eine Verwechselung beider nahe genug, und die Erklärung Gregors II. zu Gunsten der eidlichen Reinigung der Geistlichen [4] konnte daher als Billigung dieses germanischen Prozessinstitutes aufgefasst werden. In Folge dessen hat man während der karolingischen Zeit auch von dem germanischen Anklageprozess gegen Geistliche Gebrauch gemacht [5] und beim Reinigungseid die Zuziehung von Eidhelfern verlangt,

publicatur, ut criminosus a populo suspicetur et propterea superiuretur aut confiteatur et poeniteat aut episcopo aut suo misso discutiente per ignem candenti ferro caute examinetur". Dass auch bei der Erdrückung von Kindern durch die in demselben Bett mit ihnen schlafenden Eltern zur Ablehnung des Vergehens das Gottesurtheil (insbesondere des glühenden Eisens oder Wassers) angewendet wurde, ergiebt c. 20 (Stephan V. 887. 888 an Liutbert v. Mainz J. L. n. 3443, Jaffé mon. Mogunt. p. 335) C. II qu. 5 in Verbindung mit dem angeblichen Wormser Kanon bei Theiner disquisitiones critic. p. 323: „Pro infantium oppressione, qui sciens et per incuriam in hanc negligentiam devenerit, VII annos, qui ignoranter et casu annos V. Ubicunque autem de talibus altercatio fit aut dubietas, iudicio igniti ferri examinetur", von Theiner p. 313 n. 10 dem Wormser Konzil v. 868 m. E. nicht mit durchschlagenden Gründen zugewiesen.

1 Wenn Mainz 852 c. 13, B. K. 2, 190 bestimmt: „Si autem manifestis indiciis non protest probari eum (quemlibet hominem) homicidam esse nec ipse vult confiteri, omnipotentis dei iudicio ... reservetur eique tamen indicetur, quod communione ecclesiastica indignus sit", so widerspricht dies nicht Mainz 847 c. 24 (s. S. 337 n. 8), denn hier ist vorausgesetzt, dass weder eine Beschuldigung erhoben noch auch irgendwie ein positiver Anhalt für einen Verdacht sich ergeben hat.

2 S. §. 288.

3 S. a. a. O.

Danach war der römische Anklageprozess gegen Laien ausser Übung. Aus Mainz 868 c. 42, M. 15, 877, welches nach der Sitte jener Zeit, auf frühere Kanonen zurückzugreifen, blos c. 11 Toledo VI. v. 638, Bd. IV S. 840 Anm. Nr. 1, wieder giebt, lässt sich um so weniger etwas anderes herleiten, als dasselbe allgemein lautet und auch die Geistlichen (über diese s. gleich nachher) betrifft. Wenn ferner Mainz 888 c. 23, M. 18, 70 vorschreibt, dass in Betreff der testes et coniuratores nicht das weltliche, sondern das kirchliche Recht massgebend sein soll und einzelne Vorschriften über Zeugen giebt, so war ein Zeugenbeweis auch ohne den eigentlich formellen römischen Anklageprozess nicht ausgeschlossen, namentlich dann nicht, wenn der kirchliche Richter von amtswegen vorging und die Verdachtsmomente festzustellen suchte.

4 Bd. IV S. 840 n. 4 a. E.

5 Syn. Francof. 794 c. 9, B. 1, 75, welche dem des Hochverraths beschuldigten B. Peter v. Verdun, ohne dass ein Anklagebeweis gegen ihn erhoben ist, den Reinigungseid mit zwei Bischöfen oder mit seinem Erzbischof auferlegt. Dass die Eidhelfer dabei für wesentlich erachtet wurden, ergiebt der Umstand, dass es als Gnade des Königs bezeichnet wird, wenn er dem Bischof seine Stellung belässt, obwohl dieser keine Eidhelfer hatte finden können und sich nur dadurch gereinigt hatte, dass er den Eid allein schwur, und einer seiner Vasallen zum Ersatz der Eidhelfer sich freiwillig einem günstig ausgefallenen Gottesurtheil unterworfen hatte.

Nach Mainz 852 c. 8, B. K. 2, 188: „Si quis presbyter vitae suae neglegens pravis exempla mala de se suspicari permiserit et populus ab episcopo iuramento seo banno christianitatis constrictus infamiam eius patefecerit et certi accusatores criminis eius defuerint, admoneatur primo seorsum ab episcopo, deinde sub duobus vel tribus testibus; si non emendaverit, in conventu presbiterorum episcopus eum publica increpatione admoneat; si vero nec sic se correxerit, ab officio suspendatur usque ad dignam satisfactionem. Si autem accusatores legitimi fuerint qui eius crimina manifestis indiciis probare contenderint, et ipse negaverit, hunc ipse cum sociis suis eiusdem ordinis VI viris, si valet, a crimine semetipsum expurget. Diaconus vero, si eodem crimine accusatus fuerit, semetipsum cum tribus diaconis examinet" hat beim Vorhandensein von Anklägern der beschuldigte Geistliche, ohne dass erst der Anklagebeweis erhoben wird, den Reiniungseid mit Eidhelfern seines Weihegrades zu leisten.

Wenn die karolingischen Kapitularien besondere Vorschriften in Betreff der Ankläger aufweisen, s. admonitio generalis 789 c. 30, Boret. 1, 56 („ut laici episcopos aut clericos non accusent nisi prius eorum discutiatur existimationis

letzteres selbst in dem Falle, wenn nicht auf Grund einer Anklage, sondern von amtswegen namentlich wegen blossen Verdachts oder etwaiger bezichtigender Gerüchte gegen einen Geistlichen eingeschritten wurde [1].

Freilich hat sich in der fränkischen Geistlichkeit sowohl gegen die Zuziehung der Eidhelfer für die Geistlichen [2] wie auch überhaupt gegen die ganze Gestaltung

opinio") entnommen c. 21 Chalced. 451, Bd. IV S. 758 n. 6, und syn. Francof. 794 c. 36, B. 1, 77 („de criminosis, ut non habeant vocem accusandi maiores natu aut episcopos suos", aus Carthago 390 c. 6, cod. eccles. Afric. c. 8), so waren diese auch an sich nicht mit dem germanischen Anklageprozess unvereinbar.

[1] Meaux-Epernay 845. 846 c. 68, M. 14, 835; LL. 1, 393: „De his qui sponsas alienas rapiunt vel consensu parentum accipiunt . . . Si vero . . . quis de gradu ecclesiastico talibus nuptiis se consensorem vel interventorem manifeste prodiderit, a gradu proprio repellatur. Et si verisimilibus exinde suspicionibus fuerit propulsatus et canonice nequiverit approbare, secundum ss. patrum statuta se purgare cogatur", s. auch das zu Epernay nicht acceptirte c. 70 ibid. M. 14, 836: „Ut illae quae quasi sanctimoniales sub velamine religionis degere cognoscuntur, sed potius . . . libidinibus et ceteris carnis voluptatibus inservire accusantur . . . si autem manifeste detegi non valeant, erga ecclesiam suae opinionis malam famam legaliter purgare cogantur". Kann es fraglich bleiben, ob nicht in diesen Stellen ein blosser Reinigungseid ohne Eidhelfer verlangt wird, so bezeichnet doch Hinkmar die Zuziehung solcher in seiner zw. 876 u. 877 geschriebenen Schrift: „de presbyteris criminosis" c. 7, Migne patrol. 125, 1096, als einen mos consuetudinarius der cisalpina ecclesia catholica, der schon mehr als 70 Jahre befolgt sei. Ferner ordnet er in seinem capit. ad presbyt. 852 c. 23, M. 15, 485 für den Fall, dass sich bei der Inquisition gegen Geistliche wegen unerlaubten Verkehrs mit Frauen keine glaubwürdigen Ankläger und Zeugen finden, an: „Si autem mala fama ex verisimilitudine per parochiam de presbyteris exierit et accusatores et testes legales defuerint . . . secund. decretum Gregorii junioris (S. 338) sit jusjurandum in medio et habeat malae famae presbyter in sacramento purgationis suae eum testem, quem habebit et iudicem (c. 24). Et quoniam legimus in epistolis b. Gregorii saepe infamatum sacerdotem in purgatione suae famae tantum juramentum praebuisse et legalis atque apostolica et canonica auctoritas trium testimonium recipit ad condemnationem, non absque re videtur, si recipiatur ad purgationem . . . auctoritati convenire ducimus, ut si presbiter infamatus fuerit secundum qualitatem caussae et personae et utilitatem ac sanationem cordium infirmorum aut singulis aut cum aliis duobus testibus (d. h. hier Eidhelfer) aut cum sex aliis VI testibus se ipsum sacramento a mala opinione purget. Et non est contrarium decreto Gregorii jun., quia . . . non diffinivit, utrum ipse solus an cum aliis juret" (vgl. auch c. 22 ibid. in c. 16 C, II qu. 5). Hildenbrand S. 59 u. Molitor S. 58. 59 ziehen den ersten Theil des c. 8 Mainz 852 (S. 338 n. 5) ebenfalls hierher, indem sie unter der „digna satisfactio" die Ableistung des Reinigungseides verstehen. Schon Richter K. R. §. 226 n. 10 hat darauf hingewiesen, dass damit die Ableistung der Busse gemeint ist. Molitor S. 59 n. 4 beruft sich allerdings dem gegenüber auf c. 13 C. II qu. 5 und auf den Zusatz: „ne populus fidelium in eo scandalum patiatur", hat aber übersehen, dass dieser bei Gratian dem Concil v. Lerida zugeschriebene Kanon eine Verfälschung des ersten Theils v. c. 8 Mainz cit. ist, und dass sich der Zusatz daraus erklärt, dass während die Suspension bei Gratian eine interimistische Massregel bis zu der hier als Leistung des Reinigungseides erklärten satisfactio bildet, sie in c. 8 das Mittel ist, um die Busse zu erzwingen, und durch den Zwang zu der letzteren der Gemeinde der Anlass zum Ärgerniss genommen werden soll. Wenn das c. 8 den Priester in dem hier fraglichen Fall nicht zum Reinigungseid zulässt, so erklärt sich dies daraus, dass die Straffälligkeit durch die Inquisition des Bischofs schon soweit dargethan ist, dass dieser einschreiten und zur Bussleistung mahnen kann. Vgl. übrigens darüber, dass der Reinigungseid sowohl im Fall der Anklage, wie in dem eines blossen Verdachts oder üblen Gerüchtes geleistet wurde, noch unten S. 341 n. 2 a. E.

Auch ausserhalb des Frankenreichs ist in dieser Zeit die Zuziehung von Eidhelfern vorgekommen, so hat sogar Papst Paschalis II. 823 einen Reinigungseid in dieser Art geschworen. Bd. I S. 301, während Leo III. (800) einen solchen noch ohne Eidhelfer geleistet hat, Bd. I S. 300, s. auch Simson, Karl d. Gr. 2, 228 u. Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 99 ff.

[2] Smaragdus (Abt in der Diöcese Verdun in der ersten Hälfte des 9. Jahrh.) lib. de pressuris eccles. P. I überliefert bei Ivo v. Chatres decret. XII. 40: „Nunc . . . in tantum hoc aboletur, ut inordinata accusatione vix locus maneat legitimae defensionis nec approbanda iudicant, quae inique objiciunt, sed tantummodo vindicare, quaeque illata quaerunt. Quod si de defensione apud eos quaeritur, omni synodali censura postposita suis adinventionibus talem fieri dijudicant, quam accusati implere minime valeant vel quae illos iure officii omnino impediant, ut in sacerdotes dei liberius seviant quippe cum secundum Paulum apostolum ipsi sibi sint lex, accusatores, iudices et testes non ratione, sed vi ipsi simul existunt. Satisfactionem igitur accusati sacerdotis sub jurejurando minime dicunt valere, nisi plures etiam sacerdotes secum compellat iurare . . . Quo etenim in s. concilio vel cuius catholici vel apostolici viri decreto sancitum sit, sacerdotes dei a criminibus absolvi non posse, nisi confratrum satisfactione ignoramus. Cum enim sacramenta omnibus inter-

des Strafverfahrens bei Vergehen der Geistlichen auf der Grundlage des germanischen Anklageprozesses, insbesondere gegen die Forderung einer eidlichen Reinigung bei nicht erwiesener Anklage [1] Opposition erhoben, aber andererseits fand die Praxis der fränkischen Kirche in den gedachten Beziehungen auch in der Geistlichkeit [2], namentlich an einzelnen hervorragenden Bischöfen [3] eine Reihe von Vertheidigern, und

dicta sint christianis, valde perniciosum est, sacerdotes ad haec etiam alios cogere, unde tam se custodire, quam et illos debuerunt arguere".

[1] Vgl. die Forderungen des Konzils v. Aachen 836 III. c. 7, M. 14, 689: „Didicimus sane nonnullos episcoporum a quibusdam personis clam temeraria detractione accusatos atque detractos sine approbatione tamen in causis reprehensibilibus qui pontificatus ordini non congruere visae sunt, si approbatae fuerint. Idcirco obnixe precamur, ut si aliquis deinceps accusator annisus fuerit aliquem excessum in episcopali ordine rite reprehendere et ad aures imperiales perducere, ut non facile per cuiuscumque personam officium tanti ministerii in aliquo vilescere videatur. Accusator itaque uti, sicut hactenus, delitiscendo se subtrahere locum non habeat, sed neque accusatus: huius rei veritas synodali conventui pateat ibidemque omni occasione remota utrorum examinatio secundum veritatem examinetur, ut quod quisque meretur, accusatus videl. sive accusator pro merito canonicae disciplinae subiaceat: ne forte quisquam sacerdotum se reprehensibilem exhibere audeat aut etiam quisque leviter inaniterque propriae intemperantiae assensum praebens tanti ordinis viros sine caussa atque probatione vituperare praesumat" (eine Stelle, welche sich zwar in erster Linie wohl auf die Anklagen wegen weltlicher Vergehen bezieht, für die aber das das S. 281 n. 3 bemerkte gilt). Vor allem kommt jedoch Pseudo-Isidor in Betracht. Er hat die sich schon bei Ansegisus cap. I. 133, Boret. 1, 411 findenden falschen Gesten des Silvester aufgenommen, ed. Hinschius p. 449 (c. 2 C. II qu. 4), welche die Anklagen von Laien gegen Geistliche, sowie die eines Priesters gegen den Bischof, eines Diakons gegen den Priester und so fort verbieten, ferner die Verurtheilung eines Bischofs von der Überführung durch 72, des presbiter cardinalis durch 44, des diaconus cardinalis durch 36 und eines anderen Geistlichen durch 36 Zeugen abhängig machen; weiter weist er eine Reihe Vorschriften über die Anklagen der Geistlichen, namentlich die Nothwendigkeit der Unterschrift der Anklage durch den Ankläger und die Bestrafung desselben bei nicht erwiesener Anklage, Eutician. 7 (c. 3 C. II qu. 8) u. Sixt. III., ed. cit. p. 211. 562, und über die Erfordernisse der Ankläger und Zeugen, Clem. 31; Eutician. 8, Calixt 17; Euseb. 18; Felic. II. 12 c. VI. XII, l. c. p. 40. 140. 211. 239. 486. 487 und die hier weiter nachgewiesenen Stellen (solche auch c. 1—11 C. III qu. 4 u. c. 1—13 C. III qu. 5) auf; endlich verwirft er die Verpflichtung der Bischöfe und Priester zum Eide, Cornel. 3 ed. cit. p. 173 (c. 1—3 C. II qu. 5) und Sixt. III. l. c. p. 562. Richtet sich das letztere offenbar gegen den Reinigungseid der Geistlichen, Hildenbrand S. 69 ff., so kann ferner aus dem Zusammenhang aller dieser Stellen nur auf die Absicht geschlossen werden, unter Beseitigung der Praxis der fränkischen Kirche den römischen Anklageprozess wieder herzustellen.

[2] So in Benediktus Levita. Dieser theilt in I. 35. 36 (c. 19 C. II qu. 5) ein Schreiben Karls d. Gr. betreffend eine Anfrage an Papst Leo III. über das Verfahren gegen verbrecherische Priester und eine Entscheidung des letzteren und einer grossen Synode mit, nach welcher ein solcher, wenn die Anklage vom Ankläger und von den Zeugen nicht erwiesen wird, der Angeschuldigte aber dem Bischof oder seinen Amtsgenossen oder seiner Gemeinde verdächtig ist, sich nach dem Beispiele des Papst Leos (III.) mit 3 oder 5 oder 7 oder nach Ermessen des Bischofs mit mehr Eidhelfern, „bonis ac vicinis sacerdotibus" reinigen soll (vgl. auch I. 370), ferner III. 281 einen Nachtrag dazu, in welchem Karl d. Gr. erklärt, dass ihm B. Riculf v. Mainz den ihm früher unbekannten Brief Gregors II. (S. 338) auf einem Wormser Konzil vorgelegt habe, und es den Bischöfen überlässt, sich über die Angelegenheit schlüssig zu machen. Diese Kapitel sind, obwohl sie noch von München 1, 458 ff., Kober, Deposition S. 541 ohne jedes Bedenken für echt gehalten werden, sicher Fälschungen Benedikts, s. Hildenbrand S. 64 ff.; Weizsäcker, d. Kampf gegen den Chorepiskopat. Tübingen 1859 S. 10, welcher freilich das im engsten Zusammenhang mit I. 36 stehende c. 35 nicht beanstandet, und es soll dadurch die bisherige Praxis der fränkischen Kirche legitimirt werden. Daneben weist allerdings Benedikt auch die Vorschriften Pseudo-Silvesters über das Verbot der Anklagen von Geistlichen höherer Weihen durch die niederer, I. 302, ferner gleiche Bestimmungen wie Pseudoisidor in Betreff der Anklagen auf (s. die Nachweisungen in meiner Ausgabe zu den in der vor. Anm. citirten Pseudo-Isidorstellen und auch daselbst S. CCXV). Wenn er also ebenso wie der letztere den römischen Anklageprozess wieder zur Geltung bringen will, so geht er doch nicht soweit wie dieser, welcher sich auch gegen den Reinigungseid wendet, und daher Bened. I. 35. 36 u. III. 281 nicht übernommen hat.

[3] Vor allem an Hinkmar v. Rheims, welcher sich schon 852 (S. 339 n. 1) auf den Brief Gregors II. berufen und zw. 876 u. 877 in der citirten Schrift: „de presbyteris criminosis", Migne patrol. 125, 1093 ff., die bisherige Praxis der fränkischen Kirche zu rechtfertigen versucht hat. Er bezieht sich dafür auf die falsche Entscheidung Leos bei Bened. I. 35. 36, s. c. 1 ff. und wiederholt c. 16. 17. p. 1100. 1101 seine früheren Ausführungen über das Schreiben Gregors II. Wenn er aber daneben an dem römischen Anklageprozess festhält, so erklärt er doch zugleich die excerpta Silvestri über die Ausschliessung der Laien von Anklagen gegen Geistliche und der niederen gegen

behielt in Folge dessen, wenngleich sich ein vorübergehendes Schwanken in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts bemerkbar macht[1], mit dem Ende des 9. Jahrhunderts[2] und vollends mit dem Beginn des 10. Jahrhunderts die Oberhand[3].

höhere für unglaubwürdig, widerspruchsvoll und absurd.

[1] So ersetzt Worms 868 c. 10, M. 15, 871: „Si episcopo aut presbytero caussa criminalis h. e. homicidium, adulterium factum et maleficium (in c. 26 C. II qu. 5 nur presbytero maleficium) imputatum fuerit, in singulis missam et secretam (den Kanon) publice dicere et communicare debet et de singulis sibi imputatis innocentem reddere" bei schweren Verbrechen den Reinigungseid durch die Abendmahlsprobe, mittelst welcher sich auch zu Chalons s. Saone 894, M. 18, 127 (hier als *judicium s. spiritus* bezeichnet) ein des Mordes seines Bischofs durch Gerücht beschuldigter Diakon und Mönch reinigt, und schreibt dieselbe ebenfalls c. 15, ibid. p. 872 (c. 23 C. II qu. 5) für die Mönche vor, um bei einem Diebstahl im Kloster den Dieb zu ermitteln, während andererseits c. 12, p. 872: „Sacerdotes qui in crimine fornicationis fuerint accusati et crimen illis non fuerit comprobatum aut ipsi non manifestaverint, quid aliud agendum est, nisi quod in IX. Caesar. s. concilii cap. legitur ac demonstratur? Tamen si ipsi iuramento se voluerint purificare, licentiam habeant. Similiter et diaconi, si fuerint accusati, peragant", den der Unzucht beschuldigten Priestern und Diakonen bei nicht erwiesener Schuld nach c. 6 Neocaes. (c. 1 C. XVI qu. 8) das Weiterfungiren offen lässt und ihnen gleichzeitig anheim giebt, den etwaigen Verdacht gegen sich freiwillig durch einen Reinigungseid ohne Eidhelfer zu widerlegen.

[2] Schon Mainz 888 c. 19, M. 18, 69: „De presbyteris qui crimine fornicationis sive aliquo capitali flagitio accusantur et non habent collegas cum quibus se excusare possint aut si forte lapsi fuerint, quomodo satisfaciant", welches darauf c. 1 Neocäsarea und c. 4 Carth. 401 (c. 25 cod. eccles. Afric.) anführt, setzt wieder im Gegensatz zu Worms 868 (s. vor. Anm.) voraus, dass die Nichtmöglichkeit der Leistung des Reinigungseides mit Eidhelfern als Überführung gilt, denn es stellt diesem Fall den der Schuld an die Seite und fragt, für beide Fälle gleichmässig, welche Genugthuung einzutreten habe, wennschon es andererseits c. 12, p. 67 das Pseudosilvestrische Verbot der Anklage der Geistlichen höherer Weihen durch die niederer wiederholt. Tribur 895 c. 21, M. 18, 143 (c. 4 C. II qu. 5): „Si quis presbyter contra laicum vel laicus contra presbyterum aliquem habet querimoniae controversiam, episcopo regente sine personarum acceptione finiatur et laicus praejuramento, si necesse sit, constringatur, presbyter vero vice praeiuramenti per sanctam consecrationem interrogetur, quia sacerdos ex levi causa iurare non debeat" setzt bei Streitigkeiten zwischen einem Laien und Geistlichen, also bei Schuldklagen, für den letzteren an Stelle des Reinigungseides die Abendmahlsprobe, und wenn es dies dadurch motivirt, dass die Geistlichen nicht bei geringfügigen Sachen schwören sollen, so gestattet es damit indirekt den Reinigungseid bei Verbrechen.

Auch die Überlieferung besonderer Formulare für solche Reinigungseide spricht für das siegreiche Durchdringen der Praxis der fränkischen Kirche. Die von Marqu. Freher tractat. de existimatione Basil. 1591. III. 2 n. 22 herausgegebenen Formeln, auch bei Hildenbrand S. 81, lauten 1) für den Fall der Bezichtigung durch Gerücht oder Verdacht: „Contra interdicta canonum in accessu et frequentatione ac cohabitatione cum femina vel cum feminis non feci, unde ad vituperationem sacerdotalis ministerii et boni nominis, quod oportet habere sacerdotem, de verisimilitudine exire de me potuisset ista suspicio et mala opinio, quam isti homines N. confinxerunt adversus me. Sic me deus adjuvet per ista s. patrocinia"; 2) für den Fall einer Anklage: „Ego N. presbyter s. Mariae in villa N. profiteor, quia in femina nomine N. qua accusatus fui ab A. viro illustri apud episcopum meum H. Rem. eccles. praesulem, quod corporale peccatum per commixtionem carnis non perpetravi, pro quo ab officio sacerdotali debeam removeri. S. m. d. a. p. i. s. p." und 3) für die Eidhelfer: „Sicut ille presbyter N. hic modo iuravit ad purgandam suam infamiam, sic verum credo. S. m. d. a. p. i. s. p.", Formulare, welche, wie die Bezeichnung H. Rem. und die Verwandtschaft mit dem Sprachgebrauch Hinkmars (S. 339 n. 1) zeigt, zweifellos von diesem herrühren.

[3] So wiederholt Troslé 909 c. 9, M. 18, 291, die von Hinkmar v. Rheims 852 (S. 339 n. 1) gegebenen Vorschriften, vgl. ferner das c. 8 Mainz 852 (S. 338 n. 5) verändert wiedergebende c. 4 der Reichssynode zu Erfurt 937, LL. 2, 18: „Si quis presbyter aut diaconus neglegens vitae suae, mala de se suspicari permiserit et eius infamia coram episcopo canonice denotatur, admoneatur ab episcopo semel, bis ac tertio, ut vel prodendo reatum culpabilem se esse cognoscat et sic iustae correptionis sententiam excipiat aut adhibitis secum collegis iuramentum se expurgando innocentem esse demonstret"; ja zu Hohenaltheim 916 c. 16, LL. 2, 557 erklären sogar die Bischöfe, welche bisher nur selten (S. 338 n. 5) dem Reinigungseid unterworfen worden waren: „Statuimus precipue ob multa scandala eruenda et funditus exstirpanda et perturbationes quae noviter exortae sunt et oriuntur, nec non, ut omnes sciant, nos episcopos tales dei misericordia nequaquam esse, quales dicimur, exemplum s. Leonis papae, qui super 4 evangelia iurans coram populo se purgavit (S. 339 n. 1) sequi et imitari, salva auctoritate canonica" sich demselben künftighin unterziehen zu wollen. In der That hat dann schon die Synode v. Mouson 948, M. 18, 418: „iudicatum est . . ., ut Artaldo praesule retinente communionem et parochiam Remensem, Hugo qui ad duas synodos venire contempscit, communione et regimine Remensis episcopii abstineret, donec ad universalem synodum quae indicebatur kal. Aug. se purgatum occurreret", von der Auferlegung des Reinigungseides gegen Bischöfe Gebrauch gemacht.

Damit war der germanische Reinigungseid mit Eidhelfern[1] in die Praxis der Kirche in Deutschland und in Frankreich definitiv eingeführt, und zwar in seiner Funktion als Beweismittel, so dass, wenn der Beschuldigte den Eid geschworen, die Anklage oder der gegen ihn obwaltende Verdacht als widerlegt, andernfalls aber als erwiesen galt[2]. In Folge dessen musste sich nun das Verhältniss des römischen Anklageprozesses zu der fränkischen Praxis dahin stellen, dass zwar der Ankläger nach den Grundsätzen des ersteren den Beweis der Anklage führen konnte, und bei Erbringung eines vollen Beweises dafür unter Ausschluss des Reinigungseides die Verurtheilung erfolgte[3], andererseits aber wenn der Ankläger überhaupt keinen Be-

[1] Feste Normen hatten sich über die Zahl derselben nicht gebildet, eine solche setzt zwar Mainz 852 c. 8 fest, und ebenso sucht sie Hinkmar zu fixiren (S. 339 n. 1), während Benedikt Levita die Bestimmung dem Ermessen des kirchlichen Richters überlässt. Dagegen sollen sie nach allen mitgetheilten Stellen aus den Standesgenossen des Beschuldigten gewählt werden und zwar von dem letzteren, nur Hinkmar ep. ad. Joann. Camer. de Hunaldo, Migne 126, 113, lässt sie durch den Richter ernennen und nur dann durch den Beschuldigten auswählen, wenn die Ernannten nicht schwören wollen, doch muss der advocatus des Beschuldigten, um den Verdacht der Kollusion zu beseitigen, vorher durch Gottesurtheil erhärten, nicht, dass eine solche nicht stattgehabt hat, so Hildenbrand S. 83, sondern, dass der Beschuldigte die betreffende That nicht begangen hat. Das beweisen die Worte: „Invocatio autem super eum qui ad iudicium exit talis habetur, quod ipse presbyter talem accessum et . . . cohabitationem contra ss. canones cum illa femina non habuerit, unde mala suspicio et inconveniens sacerdoti possit merito exire". Es soll dadurch der aus der Weigerung der richterlich bestellten Eidhelfer entstehende Verdacht der Schuld und der Verdacht, dass die selbstgewählten Eidhelfer ein Komplott auf gegenseitige Eidhülfe mit dem Beschuldigten gemacht haben, vor dem Reinigungseid und dem Eid der Eidhelfer widerlegt werden.

[2] Für den Fall, dass ein Ankläger dem Beschuldigten gegenüberstand, nimmt dies Hildenbrand S. 88 auch schon für diese Zeit an, nicht aber (S. 84 ff.), falls der Reinigungseid blos wegen einer üblen fama und zur Widerlegung derselben geleistet wurde. Mit Rücksicht darauf, dass nach den Grundsätzen des römischen Anklageprozesses nur derjenige, der durch Beweis, Geständniss oder Notorietät überführt worden war, hätte bestraft werden dürfen, also in solchen Fällen die richterliche Thätigkeit des Bischofs aufgehört habe, behauptet er, dass der letztere dann nur kraft seines Oberaufsichtsrechtes oder kraft seiner Disciplinargewalt den Bezichtigten (Infamirten) zur Ableistung des Reinigungseides habe verpflichten und bei Nichtausschwörung desselben nur die Suspension vom Amte habe aussprechen oder vielmehr die schon zunächst verhängte Suspension fortdauern lassen können. Indessen ist die Unterscheidung zwischen dem Richteramt und der Disciplinargewalt des Bischofs unhaltbar. Die Straf- und Disciplinargewalt äussert sich in dem Strafen und die richterliche Thätigkeit des Bischofs ist sowohl die Vorbereitung der Bestrafung durch Feststellung des Thatbestandes und der Schuld als auch das Mittel, wodurch er jene Gewalt ausübt, und da der Bischof von jeher in der Lage gewesen ist, auch von amtswegen gegen Vergehen der Geistlichen einzuschreiten, Bd. IV S. 791. 839, so kann man die Unmöglichkeit der Bestrafung eines Geistlichen wegen einer demselben durch übles Gerücht zur Last gelegten Stafthat nicht mit der Behauptung begründen, dass die richterliche Gewalt nicht so weit reiche. Es gehört ebenfalls zur richterlichen Thätigkeit die Begründetheit oder Unbegründetheit eines solchen Gerüchtes festzustellen, und mit der ersteren wird auch zugleich die Begehung der Straftat kanstatirt. Verwandte man einmal den germanischen Reinigungseid dazu, eine Anklage zu widerlegen und galt die Nichtableistung als Beweis derselben, so war es ebenso nahe liegend, die letztere auch bei blosser Bezichtigung durch Gerüchte als Überführung in Betreff des fraglichen Vorgehens zu betrachten. Das bestätigt die S. 341 n. 2 mitgetheilte Eidesformel 1, welche auf die Widerlegung der Strafthat selbst gerichtet ist, nach der also, wenn der Eid nicht geschworen war, die Begehung derselben als wahr angesehen werden musste. Ebensowenig findet sich endlich eine Stelle, welche die Behauptung Hildenbrands S. 86, dass die Nichtleistung des Reinigungseides bei mala fama nur die Suspension zur Folge hat, bestätigt. Die Entscheidung der Synode v. Ponthion 876, LL. 1, 534; „ . . de Adalgando presbytero . . . definitum est, ut illi propria ecclesia reddatur et a praefatis kalendis IV mensium dilatio ad famam suam purgandam concedatur. Si post IV menses purgare se canonice non potuerit, nulla eius vox penitus audiatur", kann nur bedeuten, dass die Bedingung der Rückgabe der Kirche die Ableistung des Reinigungseides ist, da sonst der letzte Satz keinen Sinn haben würde, unter allen Umständen kann aber darunter nicht eine Suspension verstanden werden. Mainz 852 c. 8, S. 338 n. 5, worauf Hildenbrand offenbar seine Auffassung aufgebaut hat, ist ebenfalls von ihm falsch verstanden worden, S. 339 n. 1. Nur darin ist ihm beizutreten, dass der Grad der Infamie, auf Grund welcher der Reinigungseid vom Beschuldigten gefordert werden kann, von dem Bischof nach seinem Ermessen bestimmt wird.

[3] Doucy 874 c. 2 i. f., M. 17, 290: „Huntbertus presbyter qui de praefatis comprobatus dicitur et convictus, ad se purgandum de obiecto

weis übernommen [1] oder den angetretenen nicht voll erbracht hatte [2], der Angeklagte noch den Reinigungseid zu schwören verpflichtet war.

Während sich diese Durchsetzung des kirchlichen Strafprozesses mit germanischen Prozesseinrichtungen im Frankenreich vollzog, haben die Päpste zunächst noch an dem römischen Recht festgehalten [3], ja die Voraussetzungen der Überführung des Angeklagten dadurch verschärft, dass sie wiederholt die erschwerenden Vorschriften der Pseudo-Silvestrischen Gesten über die Nothwendigkeit der in denselben angegebenen hohen Zahl der Belastungszeugen als geltendes Recht hingestellt [4], und ferner den Reinigungseid des Beschuldigten (ohne Eidhelfer) nur in dem Sinne und in der Bedeutung, wie die früheren Päpste, namentlich Gregor II. [5], gefordert [6] haben. Zwar haben sich schon Ende des 9. Jahrhunderts auch in Rom die Einwirkungen der germanischen Rechtsanschauungen und der von denselben beherrschten Praxis der fränkischen Kirche geltend gemacht, wie sich daraus ergiebt, dass Stephan V. (887. 888) bei dem Reinigungseid zur Widerlegung üblen Gerüchtes die Zuziehung von Eidhelfern verlangt hat [7]. Indessen hat es sich doch dabei nur um vereinzelte Erscheinungen gehandelt. Erst im Laufe des 11. Jahrhunderts findet sich eine derartige Verschärfung des Eides für die Geistlichen wieder [8], und auch den Bischöfen, welche sich wiederholt der Ableistung von Reinigungseiden haben unterziehen müssen [9], wird

sacrilego adulterio non habetur idoneus"; ebenso auch Bened. I. 36 cit.

[1] Um derartige Fälle handelt es sich, s. auch Hildenbrand S. 88, Mainz 852 c. 8 i. f., S. 338 n. 5; Worms 868 c. 10; Mainz 888 c. 19, und Tribur 895 c. 21, S. 341 n. 1 u. 2, und auch das Hinkmarsche Formular 2, S. 341 n. 2, bezieht sich auf einen solchen Fall.

[2] Diesen Fall hat Bened. Lev. I. 36 mit im Auge und in der That lag hier ebenfalls ein dem Gerücht gleichwerthiges Moment vor.

[3] Vgl. z. B. c. 2 (Nicol. I.) C. XV qu. 5; Johannis VIII. a. 873, Loewenfeld, epistol. Roman. pontif. p. 29. 30.

[4] So erklärt Leo IV. 849 an die Bischöfe Britanniens J. E. n. 2599, M. 14, 882 (c. 3 C. II qu. 4) unter ausdrücklichem Hinweis auf Silvester für die Überführung eines Bischofs 72 Zeugen nöthig; in Betreff der Priester vgl. Nicol. I. 858—867, Loewenfeld ep. pontif. Roman. p. 23: „Quod si de aliquo crimine accusatus est et convictus a XLIV testibus non fuerit (S. 340 n. 1) et ipse se hoc perpetrasse negaverit, superest, ut hic presbiter, positis sacrosanctis evangeliis per ea solus iureiurando affirmet se coram sancto concilio ab ipso crimine, quod illi obicitur, esse prorsus immunem sicque de illa calumpnia sibi illata et cum sacerdotio et titulo suo maneat omnino securus".

[5] Bd. IV S. 840. 841.

[6] S. ep. Nicol. cit. (Anm. 4). Wenn Nicolaus I. in (c. 2 C. XV qu. 5 cit.) auf den von einem Priester angebotenen Reinigungseid nicht eingeht, so war in dem betreffenden Falle nach seiner Anschauung gar nichts bewiesen, es lag also kein ausreichender Verdacht zur Abforderung des Reinigungseides vor, was der bei den Päpsten herrschenden Auffassung entspricht, s. vor. Anm.

[7] c. 1 C. XV qu. 5: „Quod si nec sponte confitetur nec accusatores et testes legitimi reperti fuerint et mala fama crebrescit, non publico examine, sed coram te et aliquantis reverentissimis presbiteris et diaconibus tuae ecclesiae secreto iuramento se purificet".

[8] Alexander II. ad ep. Com. 1063, J. L. n. 4505, M. 19, 983 (c. 11 u. c. 7. §. 1 C. II qu. 5): „Purgationem tamen ante te, duobus sibi sacerdotibus junctis, ubi accusator cessaverit, eundem (presbyterum de morte episcopi sui infamatum), ex se praebere tuo committimus arbitrio. Vulgarem denique legem a nulla canonica sanctione fultam, ferventis sive frigidae aquae ignitique ferri contactum aut cuiuslibet popularis inventionis . . . nec ipsum exhibere nec aliquo modo te volumus postulare, immo apostolicae authoritate prohibemus firmissime", Eugen III. 1148 J. L. n. 9356, M. 21, 644: „Si vero . . . Goslinus in probatione defecerit, septima manu sui ordinis purgationem praedictorum clericorum (v. Meaux) suscipias et eos ab infamia quae ipsis imponebatur, fratribus convicinis immunes ostendas et publice nuncies".

[9] Leos IX. Rheimser Syn. 1049, M. 19, 739 (auf Behauptung des Fürsprechers des Erzb. v. Rheims „eumdem archiepiscopum non esse reum simoniacae heresis") „apostolicus praecepit, ut haec ita esse sacramento probaret archiepiscopus . . . At ille canonicas inducias postulavit seque post earum expletionem, quod ratio purgationis posceret, peracturum spopondit" (vgl. auch ibid. p. 741 über die Leistung des Reinigungseides seitens des der Simonie beschuldigten B. v. Coutances); Alex. II. 1063 J. 4519, M. 19, 978: „comperimus, te . . . archidiaconatum non modo pecunia, verum etiam homicidio acquisiisse et nunc . . . episcopatum Suessionensem per . . . simoniacae heresis commercium comparasse. Unde . . tibi interdicimus, ut ordinationem suscipere

päpstlicherseits in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts in einzelnen Fällen[1], seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts aber regelmässig die Zuziehung von Eidhelfern aufgegeben[2].

Mit dem Beginne des 12. Jahrhunderts war demnach in der ganzen Kirche die Übertragung des germanischen Reinigungseides mit Eidhelfern in den kirchlichen Straf- und Disciplinarprozess für die Geistlichen, einschliesslich der Bischöfe recipirt[3]. Für die Mitwirkung der Päpste dabei war wohl vor Allem die Erwägung massgebend, dass sie allein durch ein solches Nachgeben gegenüber den germanischen Anschauungen dem Eindringen der Gottesurtheile in die geistlichen Gerichte bei Untersuchungen gegen Kleriker[4] und insbesondere gegen Bischöfe[5] mit Erfolg entgegentreten konnten[6].

non praesumas, donec ante nos vel legatum nostrum purificare te super hac infamia studeas".

1 So schon von Gregor VII. 1078 oder wenigstens mit seiner Billigung, Jaffé mon. Gregor. p. 329: „Novit dilectio tua quanto iam tempore Tullensis episcopus laboraverit ..., pro repellenda ea quam sibi iniuste obiectam esse contendit, infamia. Sed quia propter imminentem regni commotionem sex simul epicopos ad expurgationem suam convocare non potest, hoc concessimus, ut quatuor episcopis ad praesens secum iurantibus expurgatus, episcopale officium per omnia faciat. De duobus autem, qui statuto iudicio interesse debent, indutias usque ad quadragesimam a nobis accepit". Es ist demnach völlig unrichtig, wenn Hildenbrand S. 73. 74 aus der Dekretale Innocenz' II. (1130—1143, J. L. n. 8289, in c. 17 C. II. qu. 5 (auch in c. 5 X de purg. can. V. 35), in welcher, „quoniam nec accusatores nec testes secundum formam canonum et ss. patrum statuta in causa ipsa — gegen den B. v. Trient wegen Simonie — procedere potuerunt", dem letzteren auferlegt wird, „ut tertia manu sui ordinis et IV abbatum et religiosorum sacerdotum de supradicta simonia in vestra praesentia se debeat expurgare", namentlich mit Rücksicht darauf, dass der Papst auch die Norm des Reinigungseides und des Eides der Eidhelfer formulirt, herleitet, dass eine solche Massregel damals (also gegen Mitte des 12. Jahrhunderts) noch nicht „zu den alltäglichen gehört" habe. S. auch die folgende Anm.

2 Paschalis II. 1102 ad Anselm. Cantuar. 1102, J. L. n. 5909, M. 20, 1022: „Discussione habita nisi se (Ranulphus episcopus) septima sui ordinis manu expurgare potuerit, mox cum litterarum vestrarum testimonio transmittatur ad nos: si autem de conscientia sua trepidans, ad examen nostrum pervenire noluerit, per experientiam vestram ab ecclesia, quam occupat, depellatur"; ad canon. August. 1117, J. L. n. 6548, M. 20, 1010: „et si episcopus vester (Hermann v. Augsburg) de rerum ecclesiasticarum et de perversae vitae conversatione emendationem fecerit et de aliis, quae obiecta sunt, tertia episcoporum vel quinta presbyterorum manu se purgaverit, restitutionem interdicti sibi officii consequatur". S. auch das Legatenkonzil zu Poitiers 1100, wo dem der Simonie angeschuldigten B. v. Autun, M. 20, 1118: „datur locus se purgandi cum idoneis personis". Dem gegenüber kann es nicht in Betracht kommen, dass noch nach Gregor VII. Urban II (1088—1099), c. 2 C. VIII qu. 3, einen Eid ohne Eidhelfer verlangt hat, da es sich hier nur um Beseitigung eines Anstandes der Konsekration, nicht um ein Strafverfahren handelte, ebenso wenig, dass B. Hubert v. Senlis auf dem Legatenkonzil zu Troyes 1104 allein eidlich (ohne Eidhelfer) den Verdacht der Simonie abgelehnt hat, denn diese Eidesleistung war eine durchaus freiwillige, und die Synode hatte die Bezichtigung, M. 20, 1179: „propter insufficientiam accusantium personarum" für „minime probatum" erachtet.

3 Für England vgl. London 1108 c. 4, M. 20, 1229: „Si vero in duobus aut tribus legitimis testibus vel publica parochianorum fama aliquis eorum accusatur, quod hoc statutum (Verbot der Unzucht der Geistlichen) violaverit, purgabit se adductis secum ordinis sui idoneis testibus VI, si presbyter fuerit, V si diaconus, IV si subdiaconus. Cui autem haec purgatio defecerit, ut transgressor s. statuti iudicabitur".

4 Hiergegen hat sich schon Alexander II. erklären müssen, S. 343 n. 8.

5 Mag es dabei auch kaum in Betracht gekommen sein, dass einzelne Bischöfe sich statt durch Eid durch die Abendmahlsprobe gereinigt haben, da dies 1049 zu Mainz unter dem Vorsitz Leos IX. selbst geschehen ist, Adam. gest. Hammab. eccles. lib. III, SS. 7, 346: „Spirensis episcopus Sibico, cui crimen adulterii intendebatur, examinatione sacrificii purgatus est", so hatte sich doch vielfach die Tendenz geltend gemacht, auch andere Gottesurtheile in kirchlichen Strafsachen gegen Bischöfe zur Anwendung zu bringen. In Italien werden Bischöfe, so Peter v. Florenz 1067 und 1103 Grossulanus durch Geistliche dadurch der Simonie überführt, dass sich solche der Feuerprobe unterwerfen, s. über den ersteren die Nachweisungen bei Meyer v. Knonau, Heinrich IV. u. Heinrich V. 1, 600, über den letzteren M. 20, 1140. Auch auf dem Legatenkonzil zu Poitiers 1100 erklären die Ankläger, die Kanoniker v. Autun, den Bischöfen, welche für den angeklagten Bischof als Eidhelfer auftreten wollen, ibid. p. 1119: „si non adquievissent, se quotquot erant canonici, periurium eorum ratione et sacramento declaraturos et iudicio probaturos".

6 Die entschiedene päpstliche Missbilligung der in der vor. Anm. gedachten Neuerung (s. auch

In Betreff der Laien blieb es selbstverständlich bei dem in der karolingischen Zeit zur Ausbildung gelangten Verfahren mit Reinigungseid und Eidhelfern oder mit Gottesurtheil [1], denn von einer prinzipiell ablehnenden Haltung der Kirche oder auch der Päpste gegen die letzteren [2] ist in dieser Zeit, soweit die Laien in Frage standen, keine Rede [3].

S. 343 n. 8) ergiebt sich daraus, dass Paschalis II. 1105 auf der Synode zu Rom, M. 20, 1160, dem Grossulanus für den Fall, dass der Priester mit 12 Eidhelfern schwören würde, dass der erstere ihn zur Feuerprobe gezwungen habe (s. vor. Anm.), die Absetzung androht, und diese nur nicht erfolgt, weil Grossulanus unter Billigung des Papstes darüber den Reinigungseid mit einem Bischof als Eidhelfer ableistet, und der erstere ihm den Schwur des zweiten Eidhelfers nachlässt.

1 Über die Anwendung derselben in den Sendgerichten s. §. 288; vgl. ferner Seligenstadt 1023 c. 7 (c. 24 C. II qu. 5) Hirsch-Bresslau Heinrich II. 3, 350 (Gottesurtheil bei Anklage wegen Ehebruches im Falle des Läugnens seitens des einen und des Geständnisses seitens des andern für den ersteren) u. c. 14 ibid.: „Si de adulterio accusati fuerint et ambo negaverint et si orant sibi concedi, ut alter illorum utrosque divino purget iudicio, si unus deciderit ambo rei habeantur"; Geisleden 1028, Bd. III S. 484 (Probe des glühenden Eisens bei Mord); Gottesfrieden v. Vich u. 1068, M. 19, 1071: „De omnibus illis constitutum est, qui interfuerunt malefactis quod si dixerint, se non interfuisse vel malum unde culpantur, se non fecisse, quod expient se per iudicium *aquae frigidae* in sede s. Petri. Quod si facere noluerint, excommunicationi subiaceant. Omnes vero probationes et expiationes quae indicabuntur querelatoribus et redirectoribus pacis et treugae domini fiant per iudicium *aquae frigidae* in s. Petri; Rheimser Gottesfriedensstatut Calixt's II. 1119, M. 21, 237: „Si quis autem appellatus fuerit de infractione huius treviae et ipse negaverit, si miles est, purgabit se sua septima manu, reliqui *vero dei iudicio* examinentur"; Rheims 1157 c. 1, p. 893: „Si quis vero de hac impiissima secta (der ketzerischen Piphili) infamis fuerit et quasi innocens purgare se voluerit, *igniti ferri iudicio* se purgabit"; annal. Marbac., SS. 17, 174: (1212) „haeretici comprehensi sunt in civitate Argentina. Producti vero, cum negarent haeresim iudicio ferri candentis ad legitimum terminum reservantur . . . et pauci quidem ex eis innocentes apparuerunt".

2 Denn c. 20 C. II qu. 5 (S. 337 n. 9) missbilligt die Feuer- und Wasserprobe wesentlich aus Missverständniss der Bedeutung derselben: „Nam ferri candentis vel aquae frigidae examinatione confessionem extorqueri a quolibet sacri non censent canones" und spricht sich nicht über die Gottesurtheile im Allgemeinen aus, ja Calixt II. schreibt sogar den Gebrauch des Gottesurtheils in seinem Gottesfrieden (vor. Anm.) ausdrücklich vor. Hatte doch die Kirche auch in den germanischen Ländern den Gebrauch der Gottesurtheile in den weltlichen Gerichten, abgesehen von vereinzelten Stimmen, z. B. Agobards v. Lyon, Hildenbrand S. 110; Marcks, die polit. kirchl. Wirksamkeit des Erzb. Agobard v. Lyon. Viersen 1888 S. 15 nicht nur nicht bekämpft (Hinkmar v. Rheims vertheidigt sie sogar, Schrörs, Hinkmar S. 190; Sdralek, Hinkmars kanonist. Gutachten. Freiburg i. Br. 1881 S. 41 ff., s. auch o. S. 340 n. 3), sondern denselben einen christlichen Charakter gegeben und kirchliche Ritualien für dieselben festgestellt, von denen sich einzelne sogar selbst, allerdings fälschlich, auf die Päpste Eugen und Leo zurückführen, Zeumer formulae p. 620. 622. 692. 706, und von den Päpsten hat ausser Stephan (s. vor. Anm.) Nikolaus I., c. 22 (J. E. n. 2872, M. 15, 319) C. II qu. 5, nur den der Kirche wegen seiner Blutigkeit anstössigen und ihrem Einfluss entzogenen Zweikampf gemissbilligt.

3 Dass diese Unterscheidung berechtigt ist, zeigt das Verhalten Ivos v. Chartres in dieser Frage. Ep. 74, Migne patrol. 162, 96 schreibt er unter Berufung auf Stephan V., Nikolaus I. (s. vor. Anm.) und Alexander II., S. 343 n. 8, dem B. v. Lemans, welchen der König von England der Feuerprobe unterwerfen wollte: „monomachiam enim et ferri calidi examinationem nec consuetudo ecclesiastica in discutiendis causis ecclesiasticis nec canonica auctoritas instituit". In zwei anderen Fällen ep. 252 u. 280, ibid. p. 258 u. 281, in denen der Ehemann die Frau aussergerichtlich des Ehebruchs beschuldigt und sich von ihr getrennt hat, die Frau sich aber freiwillig ohne Prozess behufs des Beweises ihrer Unschuld zur Eisenprobe erbietet, erklärt er dies für unstatthaft, bemerkt indessen, ep. 252: „Non negamus tamen, quia ad divina aliquando recurrendum sit testimonia, quando praecedente ordinaria accusatione omnino desunt humana testimonia, non quod lex hoc instituerit divina', sed quod exigat incredulitas humana", und wenn er sich betreffs einer Anklage einer Frau wegen Ehebruchs gutachtlich dahin äussert, ep. 249, ibid. p. 255: „non mihi videntur testes sufficere ad convincendam moecham, quam vivente adultero timore vel amore non publicare nec accusare voluerunt. Quorum etiam quidam lenocinia turpitudinis adulterae ministraverunt et ita, sicut ipsi testantur, consentientes procul dubio fuerunt et ideo . . . de se confessis non est credendum super crimen alienum. Si tamen in aliis honesti sunt et ex earum accusatione fama crebrescit et foedus rumor infirmorum conscientiam percutit, cogenda est mulier, ut ad arbitrium praesidentium de obiecto criminis probatarum personarum testimonio se expurget vel si facere non poterit, *candentis ferri* examinatione innocentiam suam comprobet", so lässt er bei Laien auch im geistlichen Gericht das Gottesurtheil subsidiär, d. h. bei nicht voll erwiesener Anklage und bei der Unmöglichkeit des Angeklagten, die erforderlichen Eidhelfer zu finden, zu.

In Folge dieser Entwicklung stellte sich nunmehr d. h. mit dem Ende des 11.[1] und seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts des Verhältniss des römisch-kanonischen Anklageprozesses zu dem Verfahren mit den germanischen Beweismitteln, namentlich dem unter Zuziehung von Eidhelfern zu leistenden Reinigungseid, für die ganze Kirche dahin fest, wie es sich zunächst im Frankenreiche (S. 342) herausgebildet hatte[2], nur dass man beim Auftreten von Anklägern von diesen zunächst den Beweis der Anklage forderte, also entgegen den Grundsätzen des germanischen Anklageprozesses[3] weder dem Angeschuldigten von vornherein die Pflicht auferlegte noch ihm das Recht zugestand, der Anklage seinerseits durch den Reinigungseid zu entgehen[4],

[1] In Italien steht man zur Zeit Alexanders II., unter welchem sich die Umbildung in Betreff der Geistlichen zu vollziehen beginnt, im wesentlichen noch auf dem Boden des römischen Anklageprozesses, beziehentlich da, wo von amtswegen eingeschritten wird, auf der Forderung der Erbringung eines vollen Beweises, Mailänder Legatenkonstitutionen v. 1067, M. 19, 947: „statuimus ... neminem praedictorum graduum clericum (Priester, Diakon und Subdiakon) ex suspicione damnari ita ut non officio careat et beneficio, nisi ipse forte confessus vel per idoneos testes veraciter sit convictus", und bestraft den Ankläger wegen einer falschen Anklage, namentlich mit der auf das römische Recht zurückführenden Talion (s. auch noch Gran 1114 c. 52, M. 21, 109), wenngleich man bei völlig misslungenem Beweise (S. 343 n. 6) die freiwillige eidliche Reinigung des Beschuldigten gestattet, vgl. synod. Lucens. 1062, M. 19, 1024: „duci ad se fecit (Alexander III.) praedictam abbatissam (welche von 2 Nonnen fälschlich des unerlaubten fleischlichen Verkehrs angeklagt war), in ecclesia S. Martini, assistente innumerabili turba clericorum atque laicorum, non iussu pontificis, quando quidem minus canonicum videbatur, sed ut satisfaceret populo et vulgo coram omnibus in s. textu evangelii iuravit . . . abbatissa, quod nocte illa qua accusabatur neque per se neque per interpositam personam aliquis homo a se in monasterium inductus fuerit neque fornicationem commisisse. Re autem agnita aperte declarata est sententia a summo pontifice . . . omnes qui tunc ibi affuerant, asserebant reum huius incusationis seu falsitatis erga abbatissam eandem debere pati poenam quam deberet et ipsa quae accusabatur, si vera detulissent, videlicet ut extra monasterium fierent et inclusae manerent sicque se haberent, ut canones de falsis praecipiunt accusatoribus" (womit nicht die Bd. IV S. 770 n. 2 u. S. 839 n. 2 citirten Kanones, sondern Angilr. c. 28, Pseudo-Fabian 28 u. Pseudo Damas. 16, ed. Hinschius p. 168. 504, s. auch c. 2. 3 C. II qu. 3 u. c. 1 C. III qu. 6 gemeint sind).

[2] So wird bei der Erhebung von Anklagen gegen Geistliche zunächst nach den Regeln des römisch-kanonischen Anklageprozesses verfahren, z. B. zu Mainz 1071 gegen B. Karl v. Constanz, Jaffé, mon. Bamberg. p. 75; Hefele Conc. Gesch. 4, 888, ein Accusationslibell mit den Anklagepunkten und ferner „testificationis libelli, in quibus singuli nomen et officium suum designantes, quicquid accusando vel testificando proposuerant, asserunt se probaturos" überreicht, und der Angeklagte: „nititur improbare personas, dicens quod eius infamiae nota essent respersi, quod nec se nec quemquam alium possent canonice accusare", vgl. ferner in Betreff der päpstlichen Synode zu Guastalla 1106, M. 20, 1214: „Adsunt cum suo episcopo (Hermann) nuntii ecclesiae Augustensis: refert legatus quae audierit (zu Augsburg) . . . Idonea iteratur accusatio, nulla praetenditur excusatio: facile ab omnibus concordatur, ut talis episcopus deponatur"; s. auch Paschalis II. (nicht Innocenz II., J. L. n. 6619) 1107/18 an Erzb. Konrad v. Salzburg M. 21, 418: „diligenter inquiras, si iudicium (durch welches der Abt v. S. Emmeran wegen Simonie abgesetzt war) ordinabiliter est habitum aut si alii accusatores, alii testes fuerunt, si eo praesente sub iureiurando contra eum dictum est testimonium, si contra eum in scriptis est actum vel ipse licentiam respondendi et defendendi se habuit; si accusatorum vel testium qualitas satis videtur canonibus convenire"; (der bei Mansi 16, 896 nach Ballerinii opp. Leon. M. 3, CCXCIX überlieferte, in Namen und Gesten theilweis verderbte Accusationslibell muss der Zeit Lucius' II. 1144—1145 angehören). Nur bei Anklagen wegen Simonie hielt man sich in Rom für berechtigt von den strengen Regeln abzuweichen, Erklärung der päpstlichen Legaten zu Valence 1100, M. 20, 1116: „Legatis contra respondentibus, in causa simoniae nullum omnino quamquam infamem, quamquam subditam personam removeri ab accusatione, cum Gregorius VII. in concilio Romano ad accusationem cuiusdem abbatis simoniacum quemdam deposuerit episcopum eodem accusatore abbate primo pro eadem simonia, cuius ipse particeps . . fuerat, deposito, sufficientem esse in uno accusatore et uno teste accusationem" und p. 1107: „in causa simoniae, ubi nulla requiritur legalitas". Vgl. auch Anm. 4 a. E.

[3] Nach welchem man in karolingischer Zeit verfahren war, S. 343 n. 1.

[4] Aus der Opposition gegen diese karolingische Praxis erklärt sich offenbar die Umänderung der Worte: „si accusatores legitimi fuerint bis contenderint" in c. 8 Mainz 852, S. 338 n. 5 bei Burchard Worm. decr. II. 181: in „non fuerint" und in c. 12 (hier, wie schon bei Burch. als conc. Agath.) C. II qu. 5 in: „si legitimi accusatores crimina sacerdotis probare non potuerint". Ferner wird zu Valence 1100 (s. Anm. 2) l. c. p. 1117: „Referebant etiam iidem legati, ubi ad iudicium ventum est, dissensionem accrevisse, dicentibus episcopis *pro usu Gallicanae ecclesiae*

während man in Betreff der Laien, für welche auch die Gottesurtheile zugelassen wurden [1], zwar in den streng kirchlichen Kreisen denselben Standpunkt festhielt [2], vielfach aber nach den Regeln des germanischen Anklageprozesses verfuhr [3].

Diesem Ergebniss entspricht die Darstellung Gratians [4]. Indem er davon ausgeht, dass eine Verurtheilung allein unter Innehaltung eines Prozessverfahrens [5] abgesehen von dem Falle der Notorietät (des *manifestum*) [6] stattfinden dürfe, verlangt er weiter, dass das Urtheil blos auf Grund der Überführung oder des freiwilligen Geständnisses des Beschuldigten erlassen werde [7]. Als das regelmässige Verfahren gilt ihm der römisch-kanonische Anklageprozess [8]. Nur, wenn kein Ankläger vorhanden

qui confirmatus erat pro praesentia Urbani pp. in conc. Claromontano itemque in conciliis habitis a domno Lugdunensi purgationem imponendam ipsi qui impetebatur, quamvis hoc canonum auctoritatibus firmare non sufficerent. Legatis e diverso respondentibus et canonica assertione firmantibus, accusatorum esse probare quod obiecerint, si legitimi sunt", ein Versuch unter Berufung auf die Sitte der gallikanischen Kirche, d. h. auf die germanische Rechtsanschauung (s. vor. Anm.), den Anklägern die Führung des Beweises abzuschneiden, zurückgewiesen, und später ist durch Honorius III. auch für Schweden die Festhaltung an dem germanischen Rechte, c. 12 (1218, Potth. n. 5821) X de probat. II. 19 reprobirt worden. Andererseits hat man aber römischerseits auch unter den früher gedachten Voraussetzungen an der Pflicht des Angeschuldigten zur Leistung des Reinigungseides festgehalten, s. Schreiben des vom Erzb. v. Lyon beim Papst angeschuldigten Erzb. Stephan v. Vienne an den päpstlichen, mit der Untersuchung beauftragten Legaten, welcher den ersteren in die Provinz Lyon vorgeladen hatte (u. 1146) M. 21, 694: „Illic mihi contra accusatores meos conflictus indicitur et adversus eos, quos nunc penitus ignoro, iubeor arma corripere. De numeroso quoque testium LXXII (S. 340 n. 1) populo mihi sermo non fit, quorum examinatio licet ubique difficilis et longam multorum dierum solemnitatem requirat, in externis tamen finibus multo mihi difficilior extat. Praeterea in horum omni defectu cum canonice et evangelice absolvi debeam . . rursus mihi novus et singularis modus purgationis ingeritur et a ss. canonibus penitus alienus, ut quaeram scil. religiosos et sanctos episcopos quorum maior pars de Viennensis ecclesiae suffraganeis existat . . . In Viennensi provincia cum non sint nisi III episcopi habitum religionis inducti, qualiter ex tribus vel quinque ad purgationem meam assumere valeam prorsus ignoro".

Allerdings haben in besonderen Ausnahmefällen die Päpste den Reinigungseid ohne Weiteres von dem Angeklagten gefordert, Eugen. III. ep. 1150, M. 21, 647: „Sed cum in causa ipsa procedere sicut ratio exigit, minime posset, eum (Priester, der einen Archidiakon beim Papst wegen percussio angeklagt hat) a querimonia sua cessare praecipimus et praedictum archidiaconum super obiectis se canonice purgaturum tuo conspectui mandavimus praesentandum . . et si quinta manu sui ordinis super allatis criminibus se poterit expurgare, ipsum quoque ab impetitione praefati presbyteri absolutum remittas"; und vereinzelt ist sogar noch im 13. Jahrhundert nach den Grundsätzen des germanischen Anklageprozesses selbst unter Mitwirkung päpstlicher Legaten verfahren worden, so gegen den des Mordes des h. Engelbert v. Köln beschuldigten B. v. Münster und den erwählten B. v. Osnabrück, denn auf die blosse Anklage der Kölner Ministerialen auf dem Mainzer von dem Legaten Kardinal Konrad 1225 abgehaltenen Konzile wurde ihnen aufgegeben, sich auf einer Synode zu Lüttich mit 7 Bischöfen als Eidhelfern zu reinigen. Da sie dies aber nicht konnten, wurden sie von dem Kardinallegaten suspendirt, und nachdem sie an den Papst verwiesen worden, von diesem anscheinend ohne weitere Untersuchung abgesetzt, Böhmer-Will, regesta archiepiscop. Mogunt. 2, 191; M. 23, S. 11; Ficker Engelbert d. H. 1853 S. 179. 185. 356; Winkelmann, Friedrich II. 1, 470. 472. 473.

[1] S. 345.

[2] So Ivo (S. 345 n. 3).

[3] Wie namentlich in den Sendgerichten, vgl. ferner S. 345 n. 1.

[4] Vgl. dazu Molitor S. 85 ff.

[5] Dict. C. II qu. 1 Pars I.

[6] Dict C. cit. P. II (nach c. 14) d. h. des zur Schautragens eines strafbaren Verhaltens, dict. zu c. 15 u. zu c. 20 ibid.: „Aliquando ipsa evidentia operis reum testatur, quando opere publico crimen suum confiteatur, tunc post secundam et tertiam correctionem sine examinatione damnandus est, si incorrigibilis existat. In hoc itaque ultimo casu intelligenda est auctoritas, illa Ambrosii ibid. (c. 15 ibid.) et Nicolai (c. 16 ibid.): „Manifesta accusatione non indigent", wogegen er selbst noch ein Verfahren verlangt, wenn der Beschuldigte die That leugnet, „veluti si quis negaret, se interfecisse eum, quem sub oculis iudicis in conspectu multorum interfecerit", vgl. hierzu auch Molitor S. 102 u. Meurer, d. Begriff des kirchl. Strafvergehens nach d. Rechtsquellen des Augsb. Bekenntnisses. Leipzig 1883. S. 50 ff.

[7] P. I. C. II qu. 1 cit. u. c. 1 (August.) ibid.

[8] Das zeigt die ausführliche Behandlung, welche er demselben zu Theil werden lässt. In Anhalt an die in den vor. Anm. cit. Stellen führt er schon unter den zum Beweise des darin erwähnten Grundsatzes beigebrachten Kanonen einen c. 4 (Pseudo-Is.), welcher den Anklageprozess betrifft, und zum Schluss einen weiteren c. 14 (l. 3 D. XLVIII. 2) über die Qualifikation der

ist, aber ein übles Gerücht den Geistlichen bezichtigt [1], nicht aber, wenn die erhobene Anklage nicht hat bewiesen werden können [2] —, erklärt er den Beschuldigten nach Ermessen des Richters für verpflichtet sich mit Eidhelfern, deren Zahl der letztere ebenfalls bestimmt, zu reinigen [3], indem er zugleich bis zur Ableistung des Eides die Suspension des Angeschuldigten fordert [4].

Denselben Standpunkt, wie die frühere Praxis und Gratian, haben auch noch die Päpste in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts festgehalten [5], nur bildet sich jetzt gerade mit Rücksicht darauf, dass der Anklageprozess in die erste Linie gestellt ist, die Übung, im Fall eines bezichtigenden Gerüchtes, eine öffentliche Aufforderung dahin zu erlassen, dass diejenigen, welche geneigt sind, den Bezichtigten anzuklagen,

Ankläger an. Nachdem er dann die Lehre vom Manifestum eingeschoben (s. S. 347 n. 6) und in C. II qu. 2 die exceptio spolii besprochen, behandelt er qu. 3 die Bestrafung falscher Ankläger; qu. 5 die Frage, ob der Angeschuldigte „deficientibus accusatoribus" zum Reinigungseid gezwungen werden dürfe; qu. 4 die Zahl der Zeugen; qu. 7 (qu. 6 betrifft die Appellation) die Erfordernisse der Ankläger (darüber auch C. III qu. 4. 5; C. IV qu. 1. 2 u. 3. 4; C. V qu. 5; C. VI qu. 1; C. XV qu. 3, wobei er, s. dict. zu c. 13. 39. 42. 52 C. II qu. 7 die Laien nicht schlechthin, s. S. 340 n. 1, von der Anklage gegen Geistliche ausschliesst) und im Zusammenhang damit an den meisten citirten Stellen zugleich die der Zeugen, während er nirgends (abgesehen von dem Reinigungseide) im Zusammenhang eine andere Verfahrungsart erörtert. Vgl. des Näheren die Darstellung bei Molitor S. 85 ff.

[1] dict. P. I C. II qu. 5; P. II (hinter c. 4) ibid.; zu c. 18 l. c., zu C. VII qu. 5 u. c. 2 ibid.; zu C. XV qu. 5.

[2] Allerdings lässt die Aufnahme des veränderten c. 8 Mainz 852 in c. 12 C. II qu. 5 (S. 346 n. 4) auf das Gegentheil schliessen, aber im dictum zu c. 1 u. in c. 2 C. VI qu. 5 lässt er, wie nach ihm auch Rolandus (Alexander III.) summa C. II qu. 5, her. v. Thaner S. 17; Paucapalea summa ibid. her. v. v. Schulte S. 60 und Stephan v. Tournai summa ibid., her. v. v. Schulte p. 169, den Reinigungseid nur beim Vorliegen einer publica, bez. communis oder popularis infamia zu.

[3] dict. cit. zu c. 18 C. II qu. 5. Von den Gottesurtheilen verwirft er die Probe des heissen Wassers und Eisens, sowie den Zweikampf, ohne zwischen Geistlichen und Laien zu unterscheiden, wenngleich er in Betreff der übrigen Gottesurtheile im Hinblick auf das Gesetz Mosis zweifelt, dict. zu c. 20 C. II qu. 5.

[4] dict. cit. zu c. 18 C. II qu. 5 auf Grund des veränderten c. 8 Mainz 852 in c. 13 ibid., s. S. 339 n. 1, ohne sich darüber auszulassen, ob diese fortwährend dauert, wenn es auch feststeht, dass der Angeschuldigte den Eid nicht zu schwören vermag, oder ob sie blos als provisorische Maassregel bis dahin, dass die Leistung erfolgt oder das Gegentheil sicher ist, dienen soll.

[5] Denn während bei Notorietät c. 11 (Alex. III. 1159/81, J. L. n. 14110) X de simon. V. 3 (vgl. auch Alex. III. in c. 2 X de sortil. V. 21) und bei Überführung durch Geständniss und Beweis sofort auf Strafe, c. 11 cit. u. c. 13 (Alex. III. 1159/81 J. L. n. 13843) V. 3, bei völlig misslungenem Beweise, ja sogar auch nur bei Bestätigung der Anklage durch einen glaubwürdigen Zeugen ohne dass eine infamia entsteht, Alex. III. (1159/81, J. L. n. 13801, in c. 10 X de test. II 20 verb. App. Later. L. 47, M. 22, 445) auf Freisprechung erkannt wird, erfolgt die Auferlegung des Reinigungseides wenn, s. c. 11 X cit. V. 3: „id manifestum non (so App. Later. II. 13, M. 22, 276, in X fehlt dagegen das: non) est nec tamen inde convicti vel confessi fuerint, sed tamen publica infamia laborant", ferner bei wiederholtem Andringen eines nicht völlig glaubwürdigen Anklägers (Reinigungseid mit 3 Priestern), c. 10 (Alex. III. 1166/67 J. L. n. 11338) X de accusat. V. 1, bei Beschuldigung durch die mitschuldige Ehebrecherin unter Bestätigung durch einen anderen Priester, der den Namen des schuldigen verschweigt (mit vicinis V presbyteris); weiter bei publica infamia (simonistische Priester „cum quinta vel sexta manu sui ordinis") c. 13 X cit. V. 3; bei infamia (simonistische Priester cum quinta vel tertia manu sui ordinis) Alex. III. in App. Later. L. 47 cit.; c. 8 (Luc. III. 1181/85 J. L. n. 15169) de purg. can. V. 34 (des Mordes beschuldigte Priester cum septima aut quinta manu sui ordinis); Urban III. 1186/87 (nicht Alex. III. s. J. L. n. 15511) in App. Later. L. 65, M. 22, 451, u. coll. Cassel XXI. 12, Boehmer corp. iur. can. 2 app. 2 p. 222 (infamia in Bezug auf Mord gegen einen Priester); ep. Coelest. III. 1194, J. L. n. 17121, M. 22, 599: „si vero accusatores defecerint et fama publica fuerit contra ipsum (Erzb. v. York) ei purgationem cum tribus episcopis et totidem abbatibus authoritate nostra . . . indicatis"; ferner auch für Laien si de aliquo crimine publice laborat, accusatore et testibus deficientibus c. 6 (Alex. III. 1159/87 J. L. n. 13970) X de purg. can. V. 34.

Die Zahl der Eidhelfer ist ebensowenig, wie früher, festbestimmt (s. vorher), nur über ihre Qualifikation wird bemerkt, dass sie ehrenhaft und guten Rufes, sowie unbestraft sein, ferner das Leben des Bezichtigten, von dem sie zugezogen werden, kennen sollen, sowie dass in Betreff ihrer kein Verdacht eines Meineides aus Vorliebe, Hass oder wegen Bestechung obwalten darf, c. 5 cit. X V. 16; c. 7 cit. V. 34 u. c. 9 (Luc. III. J. L. n. 15206) X eod.

binnen bestimmter Frist die förmliche Anklage anbringen sollen[1], und mit Rücksicht darauf, dass der Reinigungseid mit Eidhelfern in dieser Zeit völlig vom kanonischen Recht recipirt ist, während gleichzeitig die Päpste den Gebrauch der Gottesurtheile namentlich sowohl in den geistlichen Gerichten wie auch für Geistliche zu bekämpfen beginnen[2], wird die Reinigung durch den ersteren nunmehr als *purgatio canonica*[3], die durch die letzteren aber als *p. vulgaris*[4] bezeichnet[5].

Bisher hatte allein der schon aus dem römischen Recht herübergenommene Anklageprozess eine nähere Ausgestaltung durch feste Normen aufzuweisen, dagegen hatte das strafrichterliche Einschreiten von amtswegen, welches zwar stets üblich gewesen[6], aber gegen den Anklageprozess in seiner praktischen Bedeutung zurückstand, für die ganze Kirche nur insoweit eine gleichmässige Regelung erfahren, als es sich um das Verfahren auf Grund einer *infamia* und um den in Folge einer solchen aufzuerlegenden Reinigungseid, die *purgatio canonica*, handelte[7].

Es lag daher nahe genug, in dieser Richtung durch Schaffung einer festeren Ordnung reformatorisch einzugreifen, und das um so mehr, als sich die kirchliche Gesetzgebung gerade gegen Ende des 12. Jahrhunderts bei der zunehmenden Verbreitung der Ketzereien und dem Anwachsen der Zahl der Ketzer genöthigt gesehen

[1] Urban III. in App. Later. L. 65 cit.: „facias publice nunciari, ut si qui de hoc ipsum archidiaconum accusare voluerint, eum secundum iuris ordinem coram vobis accusent . . . Si vero publica et manifesta denunciatione facta infra XL dies accusator non comparuerit . . . secundum qualitatem infamiae . . . purgationem canonicam imponatis"; Innoc. III. 1202, Potthast n. 1648, ep. V. 12, Migne 1, 962: „nisi post denunciationem indicendae purgationis publice factam in eccl. Carnotensi legitimus contra eum infra XX dies apparuerit accusator".

[2] Alex. III. ad archiep. Upsalens. 1171/72, J. L. n. 12117, M. 21, 934: „Ferventis vero aquae vel candentis ferri iudicium sive duellum, quod monomachia dicitur, catholica ecclesia contra quemlibet, etiam nedum episcopum, non admittit"; c. 3 (Alex. III. 1174/1181 J. L. n. 14315) X de poen. V. 37 (pars decisa: Verbot an die Archidiakonen v. Coventry in examinatione ignis et aquae Geld von den Laien zu nehmen); c. 8 (Luc. III.) cit. X V. 34 (Nichtigkeits-Erklärung der Reinigung eines des Mordes bezichtigten Priesters durch die Probe des kalten Wassers und Auferlegung des Reinigungseides mit Eidhelfern „quia peregrina iudicia sint inhibita"); Innoc. III. ep. V. 106, 1202 Potth. n. 1759, Migne 1, 1106; ep. XI. 46, 1208 P. n. 3342, ibid. 2, 1372 („judicium autem aquae ferventis non solum in matrimonialibus, verum aliis ecclesiasticis causis recipi canonicis est sanctionibus interdictum"), ep. XIII. 124, 1210, P. n. 4095, l. c. 3, 320; c. 2 (Innoc. III.) X u. c. 3 (Honor. III.) X de purg. vulg. V. 35; Alex. IV. 1247, P. n. 16860, s. §. 288. 1215 hat das IV. Lateran-Konzil c. 18 (c. 9 X ne clerici III. 50) die Gottesurtheile dadurch in den weltlichen Gerichten zu beseitigen versucht, dass es den Klerikern die Vornahme der liturgischen Handlungen bei den Feuer- und Wasser-Ordalen untersagt.

[3] c. 11 (Alex. III.) cit. V. 3; c. 8 (Luc. III.) cit. V. 34 u. Anm. 1. Auch Eugen III., S. 346 n. 4, gebraucht schon den Ausdruck: „canonice purgare".

[4] In Anhalt an c. 7 §. 1. C. II qu. 5 (S. 343 n. 8) Sicardus v. Cremona summa zum Dekret (1174—1179) zu C. II qu. 5, Hildenbrand S. 186: „Est autem purgatio vulgaris v. candentis ferri et ferventis aquae, monomachia . . . canonica quae fit per iuramentum"; Laborans cod. compilationis (1182) l. III p. II t. 1, a. a. O. S. 97; dann compil. I. lib. V. tit. 30; comp. II lib. V tit. 30; compil. III. lib. V tit. 13; comp. V lib. V tit. 14 u. X V. 35.

[5] Hildenbrand S. 90. 91 (ihm folgt Richter-Dove-Kahl K. R. §. 226 S. 832) nimmt an, dass sich erst unter Alexander III. die Neuerung festgestellt habe, dass bei Verweigerung des Reinigungseides nicht mehr, wie früher, regelmässig die Suspension des Beschuldigten, sondern die volle Strafe eingetreten wäre. Das letztere ist zwar richtig, denn Alexander will nach c. 5 X cit. V. 16 nur bei Ehebruch die Strafe der Suspension, dagegen c. 13 X cit. V. 3 u. c. 7 X cit. V. 34 bei Simonie die privatio beneficii und c. 11 X cit. V. 3 die ordentliche Strafe verhängt wissen. Eine Neuerung liegt indessen darin nicht, s. o. S. 342 n. 2.

[6] S. 337 n. 5. Auch das Verfahren in den Sendgerichten gegen die Laien war, wenngleich sich dasselbe in den Formen des germanischen Anklageprozesses bewegte, ein Verfahren von amtswegen, s. u. §. 288.

[7] Vgl. o. S. 338 u. 348. Auf diesem Standpunkt stehen auch noch das Legaten-Konzil v. York 1195 c. 12, M. 22, 656 (nach der S. 119 n. 10 a. E. mitgetheilten Stelle): „inficianti, si convinci non poterit, canonica purgatio indicatur: ita quod numerum duodenarium non excedat. Infra numerum plures paucioresque poterunt recipi secundum statum personae et quantitatem sive qualitatem infamiae pro arbitrio iudicantis" und London 1200 c. 12, ibid. p. 719, S. 119 n. 10 a. E.

hatte zur Unterdrückung und Bestrafung derselben ein besonderes von amtswegen einzuleitendes Verfahren einzuführen [1], indem sie den Bischöfen die Auflage machte, ihre Bezirke halbjährlich oder jährlich selbst zu bereisen oder durch Stellvertreter bereisen zu lassen, um in denselben glaubhafte Männer [2] zur eidlichen Anzeige der Ketzer und etwaiger der Ketzerei verdächtigen Personen zu verpflichten, und weiter anordnete, dass diese auf Vorladung vor den geistlichen Richter sich nach Ermessen desselben von dem ihnen vorgeworfenen Verbrechen zu reinigen hatten [3], wenn sie der Bestrafung entgehen wollten [4].

Innocenz III. hat diesen Gedanken hinsichtlich der Vergehen der Geistlichen verwerthet und zwischen der Verwirklichung desselben und dem Einschreiten gegen die Ketzer waltet insofern ein Zusammenhang ob, als gerade einerseits mancherlei Missbräuche und Missstände im Klerus den ketzerischen Sekten berechtigten Anlass zu Angriffen gegen das bestehende Kirchenwesen boten, und im Interesse ihrer Beseitigung eine straffere Handhabung der Aufsicht und der Disciplin über die Geistlichkeit erforderlich erscheinen liessen, andererseits aber das Verfahren auf infamia mit Reinigungseid die bedenkliche, das Ansehen des Klerus schädigende Folge nach sich zog, dass die Wahrheit des bezichtigenden Gerichts, der den Geistlichen vorgeworfenen strafbaren Handlungen niemals objektiv untersucht wurde, weil der Reinigungseid lediglich wegen der infamia als solcher abgeleistet werden musste [5].

Schon seit Anfang seines Pontifikates ist Innocenz III. zunächst in einzelnen Fällen, in denen Geistliche strafbarer Handlungen bezichtigt waren, von amtswegen eingeschritten, um die Wahrheit der betreffenden Beschuldigungen untersuchen zu lassen, indem er sich dabei auf die Pflicht der kirchlichen Oberen beruft, Missbräuche und unerlaubte Handlungen der Untergebenen zu rügen und zu bestrafen. So unterscheidet er im J. 1199 eine zweifache Art eines derartigen Einschreitens des kirchlichen Oberen [6], nämlich ausser dem *per accusationem* [7], dem früheren Anklage-

[1] c. 8 (Luc. III. Konzil zu Verona 1184) X de haeret. V. 7, im wesentlichen wiederholt auf dem IV. Lateran-Konzil v. 1215, c. 13 §. 7 X eod.

[2] LL. cc. „tres vel plures . . . vel, si expedire videbitur, totam viciniam“.

[3] Nach c. 8 cit.: „iuxta patriae consuetudinem“ was wegen der Möglichkeit, darin eine Hinweisung auf das Gottesurtheil zu finden, in c. 13 cit. weggelassen ist.

[4] Wahrscheinlich hat dabei das Rügeverfahren der deutschen Sendgerichte als Vorbild gedient, denn die betreffenden Anordnungen sind nach c. 8 cit.: „ad suggestionem culminis imperalis (Friedrichs I.) et principum“ erlassen.

[5] Für diesen Zusammenhang spricht weiter auch, dass das IV. Lateran-Konzil 1215 in seinem Kanon über die Abhaltung der Provinzialsynoden (Bd. III S. 491) ebenfalls nach Analogie der Vorschriften über die Erforschung der Ketzer (s. oben im Text) die Verpflichtung, geeigneter Personen in den einzelnen Diöcesen „quae per totum annum simpliciter et de plano . . . investigent, quae correctione vel reformatione sunt digna et ea fideliter perferant ad metropolitanos et suffraganeos et alios in concilio subsequenti“ vorschreibt. In allen erwähnten Maassnahmen tritt also der Gedanke der Ausdehnung des strafrichterlichen Einschreitens von amtswegen klar hervor. Es ist daher unrichtig, wenn Biener, Inquisitionsprozess S. 41. 42, jeden Zusammenhang zwischen den hier fraglichen Maassnahmen Innocenz' III. und der Ketzerverfolgung läugnet, obschon er darin Recht hat, dass die Einführung der s. g. inquisitio (s. S. 351) nicht die Ketzerverfolgung bezweckt hat.

[6] c. 3 (Potth. n. 888 ep. II. 260. Migne opp. 1, 820) X de simon. V. 3 beruft er sich dabei auf Genesis XVIII v. 21 u. c. 17 (1206, P. n. 2672 ep. VIII. 200 l. c. 2, 777) X de accus. V. 1 auch auf Luc. XVI v. 2, namentlich um den ihm wiederholt mit Rücksicht auf dict. Grat. P. III u. c. 18 (Augustin) C. II qu. 2 gemachten Einwand, dass Niemand Ankläger und Richter in derselben Sache sein könne, c. un. X cit. III. 12 c. 10 (1199 P. n. 693) X de purg. can. V. 34, zu widerlegen.

[7] An diesem Verfahren hat Innocenz III. nichts geändert. Das Dekretalenrecht ruht hier auf dem Dekrete Gratians, nur in Einzelheiten finden sich Änderungen, so z. B. c. 10 (Alex. III.) X de test. II. 20, nach welchem Laien, s. o. S. 347 n. 8, gegen Kleriker nur dann Anklage erheben können, wenn sie suam vel suorum iniuriam verfolgen. Vgl. im übrigen Molitor S. 138 ff. und auch München 1, 363 ff.

process, das *per denunciationem* und *per inquisitionem*[1], und das, was er zuerst auf dem Wege von Anweisungen und Anordnungen für Einzelfälle in die kirchliche Praxis eingeführt hat, ist demnächst unter seinem Vorsitz durch das IV. Lateran-Konzil v. 1215 für die ganze Kirche als allgemeines Gesetz festgestellt worden[2].

Was zuerst das Verfahren *per inquisitionem*[3] betrifft, so soll dasselbe entweder auf Grund einer *clamosa insinuatio* d. h. mehrfacher sich wiederholender und häufender Anzeigen von Untergebenen gegen einen vorgesetzten kirchlichen Oberen oder einen anderen Geistlichen[4] oder auf Grund einer *publica fama*, d. h. einer öffentlich verbreiteten Meinung, dass Jemand eine kirchliche Strafthat begangen habe[5], eingeleitet werden[6], und zwar steht das Recht dazu den mit der Straf- und Disciplinarstrafgewalt ausgestatteten ordentlichen geistlichen Oberen, also bei Bischöfen dem Papste[7], zu[8].

[1] c. 31 X cit. V. 3, wiederholt c. 24 (Later. IV. 1215 c. 8) X de accus. V. 1.

[2] S. die vor. Anm.

[3] Wenngleich schon ep. Coelest. cit. (S. 348 n. 5): „quia igitur quae praemissa sunt, solicitudinem inquisitionis exposcunt, discretioni vestrae . . . inquisitionem horum duximus committendum" eine Vernehmung der Geistlichkeit v. York über die gegen den dortigen Erzbischof angebrachten Beschuldigungen anordnet, so hat hier der Ausdruck: inquisitio noch nicht die spätere technische Bedeutung im Sinne Innocenz' III., denn es wird dabei vorausgesetzt, dass auf Grund dieser Vernehmung entweder sich ein Ankläger meldet oder dass sich eine die Auferlegung des Reinigungseides rechtfertigende publica infamia herausstellt.

[4] c. 31 X cit. V. 3, c. 21 (1212) P. n. 4628) u. c. 24 (Later. IV.) X de accus. V. 1; s. c. 31: „Tunc enim clamor pervenit ad praelatum, quum per publicam famam aut insinuationem frequentem subditorum sibi referuntur excessus et tunc debet descendere et videre, i. e. mittere et inquirere, utrum clamorem, qui venit, veritas comitetur", und diese wiederholten Anzeigen müssen ausgehen, c. 24 X cit.: „non quidem a malevolis et a maledicis, sed a providis et honestis". Vgl. auch c. 18 (1205 P. n. 2516) X eod.: „frequens clamor"; ferner c. 31 cit.: „ea nobis frequenter insinuata quae ab honestate regulari nimium dissonabant". Ebenso bietet in c. un. (1198 P. n. 377) X ut ecclesiast. benef. III. 12 die relatio multorum den Anlass zum Einschreiten. Wenn München, kanon. Gerichtsverfahren 1, 477, obwohl er nicht in Abrede stellen kann, dass in diesem Brief von Inquisition die Rede ist, doch behauptet, dass die hier fragliche Angelegenheit, die Wiederbesetzung der erzbischöflichen Kanzellaria in Mailand, als Gegenstand einer administrativen Verhandlung nicht hierher gehört, so hat er übersehen, dass es sich doch dabei um eine Reihe dem Erzbischof vorgeworfener disciplinarisch strafbarer Handlungen gedreht hat.

[5] c. 24 X cit. V. 1: „denunciante fama"; c. 21 X eod. (infamia); c. 10 X cit. (vulgata infamia) ferner publica fama in c. 31 X cit. V. 3, s. vor. Anm. Es reicht dazu nicht hin, dass blos eine cedula infamationis heimlich von einzelnen dem Prälaten übergeben wird, ebensowenig, dass ohne dass eine infamia entstanden ist, zwei oder drei schwören, sie hätten die Begehung des Verbrechens gesehen, c. 24 §. 1 X cit. V. 1, oder dass ohne Konkurrenz eines öffentlichen Gerüchtes Jemand von zwei oder drei Personen als infamatus bezeichnet wird, §. 2 ibid., endlich darf das Gerücht nicht von malevolis, maledicis und inimicis ausgehen und nicht blos einmal hervortreten, c. 17 X u. c. 24 §. 1 X cit. V. 1.

[6] Die herrschende Meinung, s. z. B. Biener S. 49; Hildenbrand S. 124; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 832; Permaneder K. R. §. 356, geht dahin, dass die Inquisition lediglich auf Grund einer infamia eröffnet werden kann, und übersieht, dass Innocenz III. in den citirten Stellen derselben die clamosa insinuatio als zweiten, davon verschiedenen Grund an die Seite stellt. Richtig dagegen München a. a. O. S. 485 ff., welcher mit Recht hervorhebt, dass bei der letzteren das Objekt der wiederholten Anzeige die strafbare Handlung selbst, nicht aber das Gerücht über die Begehung einer solchen bildet.

[7] c. 17. 24 X cit. V. 1 u. c. 31 X V. 3 cit., wo meistens das Wort: praelatus gebraucht wird.

[8] Wenn München a. a. O. S. 483 die Inquisition lediglich auf Verbrechen beschränkt und meint, gesetzlicher Weise könne Niemand wegen geringer Delikte oder Amtsvergehen einer Inquisition unterworfen werden, so ist ein solcher Rechtssatz nirgends in den Quellen ausgesprochen. Diese gedenken des excessus unter näherer Bezeichnung als excessus gravis, c. 17 X u. c. 24 X cit. V. 1, c. 31 X cit. V 3, sowie des crimen c. 21 X eod.; speciell werden als excessus, in Betreff deren eine Inquisition vorgenommen wird, erwähnt Simonie c. 31 X cit. V. 3; Ketzerei c. 10 X de purg. can. V. 34; Tödtung Innoc. III. ep. XII. 136 (1209, P. n. 3850) Migne 3, 160; Abforderung von unstatthaften Versprechen bei der Ordination der Kleriker ibid. XVI. 63, p. 866 (1213 P. n. 4739: „quod eum — Erbischof v. Besançon — per sedem apostolicam vel per alium super obtinendo beneficio non vexarent"), Meineid, Simonie, Incest c. 14 (1198, P. n. 278) X de accus. V. 1; Honor. III. 1220, P. n. 6265, M. 22, 1095 (B. v. Durham „de quo insinuatio clamosa processit, quod . . . reus sanguinis, simoniae, adulterii, rapinae, periurii ac dilapidationis multiplicis est effectus: non formidans clericos, orphanos et viros religiosos opprimere, testamenta decedentium impedire, regia iura . . . munire ac excommunicatione ligatus ingerere se divinis.

Aus Anlass der clamosa insinuatio oder der fama publica ist zunächst eine präjudizielle Untersuchung von dem betreffenden kirchlichen Oberen darüber anzustellen, ob in der That die gedachten Voraussetzungen für die Eröffnung des Verfahrens, also eine Insinuation der erwähnten Art oder eine genügende und ausreichende Bezichtigung durch öffentliches Gerücht (*diffamatio*) vorliegen[1], sofern dies nicht schon durch die dem kirchlichen Oberen selbst bekannten Thatsachen feststeht[2]. Demnächst wird[3] unter Ladung des Beschuldigten und unter Mittheilung der Punkte, über welche das Verfahren eröffnet ist[4] — und dies sind die ihm durch die clamosa inquisitio oder durch die fama zur Last gelegten Handlungen —, über dieselben, nicht aber über andere, inquirirt[5], d. h. es wird nunmehr, wobei dem Beschuldigten das volle Vertheidigungsrecht gewährt ist[6], Beweis namentlich durch Zeugenvernehmungen[7] erhoben[8]. Zugleich erfolgt bei festgestellter Infamie die Suspension des Angeschuldigten ab officio als interimistische Maassregel[9].

Der Gebrauch des Reinigungseides mit Eidhelfern ist durch Innocenz III. nicht beseitigt worden, aber das Inquisitionsverfahren kann nicht durch das Erbieten zu dem Eide beseitigt werden, vielmehr konkurrirt derselbe mit der Inquisition theils elektiv, theils subsidiär oder succesiv. Einerseits kann nämlich der Richter, wenn ihm die Schuldlosigkeit des Diffamirten wahrscheinlich ist, ohne Eröffnung der Inquisition zur Auferlegung des Reinigungseides mit Eidhelfern an den Beschuldigten schreiten[10]. Falls aber die Inquisition weder die Schuld noch die Unschuld klar ergeben, indessen die Glaubwürdigkeit der fama oder der clamosa insinuatio dargethan hatte, stand es andererseits im Ermessen des Richters von dem Beschuldigten ebenfalls die purgatio

Item etiam appellationibus non defert ad romanam ecclesiam interpositis, statuta generalis concilii non observat, nunquam proponit populo verbum dei, lingua et exemplo vitae pravum subditis praebet exemplum, coram multis curavit, quod pacem, ipso vivente Dunelmensis ecclesia non habebit"); Verschleuderung des Kirchenvermögens seitens eines Bischofs, c. 27 (Gregor. IX.) X eod. Ebensowenig hat crimen oder excessus im kanonischen Recht die feststehende Bedeutung von gemeinem Verbrechen im Gegensatz zum Amts- und Disciplinarvergehen. Auch ist gerade wegen letzterer unter Innocenz III., Gregor IX. und Honorius III. inquirirt worden, ep. XVI. 63 cit.; c. un. X cit. III. 12; c. 27 X cit. V. 1; M. 22, 1098 cit.

1 c. 14 X cit. V. 1 (hier heisst das Vorverfahren inquisitio famae); c. 19 X u. c. 24 X eod. („sicut accusationem legitima debet praecedere inscriptio . . . sic inquisitionem clamosa insinuatio"); c. 31 X cit. V. 31. Zur Schonung des Bezichtigten ist mitunter eine inquisitio secreta angeordnet worden, Innoc. III. ep. VI. 196 (1204 P. n. 2086) Migne 2, 221.

2 Denn das Vorverfahren soll blos das Vorliegen der gedachten Voraussetzungen feststellen. Daher bildet auch die Unterlassung desselben, wenn der Beschuldigte trotz seiner Anwesenheit nicht dagegen protestirt oder nichts einwendet, keine Nichtigkeit des Verfahrens, c. 2 (Bonif. VIII.) in VI de accus. V. 1. Vgl. München 1, 493.

3 Und zwar an Ort und Stelle, weshalb bei den vom Papst angeordneten Inquisitionen stets zugleich die Inquisitions-Kommissarien ernannt werden, c. 31 X cit. V. 3, S. 351 n. 4; c. 22 (Innoc. III.) X de sent. II. 27; c. 27 X cit. V. 1.

4 c. 24 §. 1 X V. 1 cit.: „Debet esse praesens is, contra quem facienda est inquisitio, nisi se per contumaciam absentaverit et exponenda sunt ei illa capitula, de quibus fuerit inquirendum, et non solum dicta, sed etiam nomina ipsa testium sunt ei, ut quid et a quo sit dictum appareat, publicanda nec non exceptiones et replicationes legitimae admittendae, ne per suppressionem nominum infamandi, per exceptionum vero exclusionem deponendi falsum audacia praebeatur".

5 c. 21 X cit. V. 1: „quum inquisitio fieri debeat solummodo super illis, de quibus clamores aliqui praecesserunt".

6 c. 21. 24. 26 (Gregor. IX.) X V. 1, s. auch die vor. Anm. Im Falle des Ungehorsams des Beschuldigten wird freilich ohne ihn verhandelt.

7 Vgl. c. 24 X cit. V. 1 und die S. 351 n. 8 angeführten Einzelfälle.

8 Sofern der Beschuldigte die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht gesteht, vgl. c. 1 (Bonif. VIII.) in VI de accus. V. 1.

9 c. 10 X cit. V. 34: „Licet ergo ecclesiastica constitutio (s. c. 13 C. II qu. 5, S. 339 n. 1) tales ab officio tantum usque ad purgationem canonicam doceat suspendendos, quia tamen eum etiam a beneficio propter immanitatem criminis (Ketzerei) suspendisti, nolumus improbare".

10 c. 12 (Innoc. III. P. n. 1167) X de homic. V. 12; namentlich, wenn sich derselbe dazu

canonica zu verlangen [1]. Die Zahl der Eidhelfer soll nach Innocenz III. höchstens sieben betragen [2], doch hat der Richter die Befugniss, je nach Lage der Umstände auch die Zahl herabzusetzen [3].

Das Verfahren per inquisitionem wird von Innocenz III. als eine *quaestio civilis* [4] im Gegensatz zur *q. criminalis* bezeichnet [5]. Das hat zunächst die Bedeutung, dass prozessualisch nicht die strengen Normen des römisch-kanonischen Anklageprozesses Anwendung finden [6] und weiter die, dass deswegen auch nicht auf die härteste Strafe,

erbietet, Innoc. III. ep. VIII. 98 (1205 P. n. 2547), Migne 2, 667.

[1] c. 21 §. 2 X cit. V. 1: „si nihil per scientiam, sed tantum per famam et eorum qui fuerint inquisiti, credulitatem iuratam contigerit inveniri, et utrum aliquis super eo crimine reputari debeat infamatus, de quo ipsum duo vel tres vel etiam plures dixerint infamatum, licet de ipso nihil sinistri in publico audiatur. Ad quod est nostra responsio, quod propter famam et deponentium credulitatem duntaxat non erit ad depositionis sententiam procedendum, sed infamato canonica poterit indici purgatio secundum arbitrium iudicantis, qui propter dicta paucorum eum infamatum reputare non debet, cuius apud bonos et graves laesa opinio non existit"; c. 19 (Innoc. III. P. n. 2876) X eod.: „si nihil grave probatum fuerit contra ipsum, vos purgationem canonicam ei indicatis"; Innoc. III. ep. XVI. 63 (1293 P. n. 4739) Migne 3, 866, nach welchem der Erzb. v. Besançon wegen eines ihm vorgeworfenen, durch Inquisition bewiesenen Disciplinarvergehens zur suspensio a collatione ordinum bis zur Aufhebung derselben durch den Papst verurtheilt, ihm aber in Betreff anderer mit Rücksicht auf die festgestellte diffamatio der Reinigungseid auferlegt wird.

[2] Innoc. III. ep. II 156 (1199 P. n. 806) Migne 1, 711: „Licet ei (archipresbytero) de rigore canonum septima sui ordinis manus esset purgatio indicenda, tertia manu duntaxat innocentiam suam purgari misericorditer indulgemus super crimine simoniae". Allerdings legt der Papst, c. 10 X de purg. can. V. 34, einem Dekan die purgatio quartae decimae manus auf, indessen handelt es sich hier um eine Milderung, weil mehrere Vergehen in Frage kamen und an und für sich wegen jedes einzelnen dem strengen Recht nach ein besonderer Eid mit 7 Eidhelfern verlangt werden konnte; ep. I. 295 (1198 P. n. 304), wo einem Kleriker je ein besonderer Reinigungseid mit 7 wegen eines Meineides und wegen eines Incestes, dagegen ein solcher wegen Tödtung und wegen Ehebruch mit 13 Eidhelfern auferlegt wird.

[3] 6 Eidhelfer kommen vor Innoc. III. ep. XVI. 63 (1213 P. n. 4739) Migne 3, 866 (3 Bischöfe und 3 Äbte), 5 ep. VIII. 98 cit. (2 Bischöfe und 3 Äbte für einen Bischof) S. 352 n. 10; ebenso IX. 55 (1206 P. n. 2750), Migne 2, 866 und c. 12 (1206 P. n. 2837) de purg. can. V. 34; drei in ep. I. 295 cit. (s. vor. Anm.); ep. II. 156, a. a. O.; V. 12 (1202 P. n. 1648) Migne 1, 961. Auf 7 Eidhelfer hat Honorius III. 1217, Potth. n. 5595, Theiner, mon. Hibern. Rom 1864 p. 4, die geforderte Zahl von 58 Priestern aus solchen für einen des Mordes angeschuldigten Geistlichen herabgemindert.

Hinsichtlich der Qualifikation der Eidhelfer ist es bei früherem Recht verblieben, s. S. 348 n. 5; sie werden aus den Geistlichen desselben Ordos, wie der Beschuldigte genommen (nur bei Bischöfen auch zugleich aus den Äbten, s. Abs. 1), ferner sollen sie guten Rufes sein, Kenntniss des Lebenswandels des Angeschuldigten haben, und daher der Nachbarschaft, bez. Diöcese oder Provinz angehören, c. 10. 11. 13 (Innoc. III.) X de purg. can. V. 34.

Nur die purgatio ist gültig, welche vor dem mit der Sache befassten zuständigen Richter erfolgt ist, also in einem vor dem Papst oder vor Delegirten desselben anhängigen Verfahren vor diesen, nicht vor dem judex ordinarius, c. 15 (Innoc. III. P. n. 3268) X eod. V. 34. Deshalb wird, um den Ruf des Beschuldigten wirksamer wieder herzustellen, in derartigen Sachen der Ordinarius zur Abnahme der purgatio an Ort und Stelle vom Papste delegirt, c. 10 cit. X eod.; Inn. III. ep. V. 12 cit. (s. Absatz 1), und die öffentliche Ausschwörung oder mindestens eine solche vor Zeugen, VIII. 98 cit. u. IX. 55 cit., auch mitunter nach derselben die Veröffentlichung einer Ehrenerklärung angeordnet, ep. XVI. 63 cit.

[4] Schon bei Rolandus (Alexander III.) summa C. II qu. 8, her. v. Thaner S. 17 heisst es: „accusatio alia criminalis, alia civilis. Criminalis nulla nisi in scriptis, civilis vero absque omni scriptura recipitur".

[5] c. 32 (Innoc. III. P. n. 2134) X de sim. V. 3: „quum ageretur non criminaliter, ut deponeretur ab ordine, sed civiliter, ut ab administratione amoveretur, tanquam immeritus et damnosus".

[6] So z. B. nicht hinsichtlich des Anklagelibells und hinsichtlich der Zeugen, s. c. 32 X de sim. V. 3. In demselben Sinne unterscheidet schon Cölestin III. (1191—1198) beim Verfahren in Ehesachen zwischen: criminaliter und non criminaliter agere, J. L. n. 17615, M. 22, 551. 642.

Der deutsche Ausdruck: Civilverfahren für das Inquisitionsverfahren, München 1, 496, ist mindestens schief, und vollends erscheint es unrichtig, wenn von letzterem behauptet wird, dass das Ziel der inquisitio nicht Bestrafung, sondern Zurechtweisung und Züchtigung (als ob Züchtigung keine Strafe sein könnte) gewesen sei. In der That stellt sich die Inquisition eben so gut als Strafverfahren dar, wie der Accusationsprocess, denn sie bezweckt im Interesse der Aufrechterhaltung der Disciplin die Bestrafung der schuldigen Geistlichen, namentlich durch Entfernung derselben aus dem Amt, und wenn sich Innocenz III. bei Einführung der inquisitio auf die Behandlung des ungetreuen Haushalters

die degradatio in dem S. 59 gedachten Sinne, erkannt werden darf[1]. Das letztere galt nicht nur bei voller Überführung durch den Inquisitionsbeweis, sondern auch dann, wenn der Beschuldigte den ihm auferlegten Reinigungseid (S. 352. 353) nicht ordnungsgemäss ausgeschworen hatte[2].

Neben der eben besprochenen Inquisition gegen einen einzelnen Beschuldigten, der s. g. *inquisitio specialis*, kommt auch eine s. g. *i. generalis*[3], d. h. eine Inquisition

im Evangelium (Luc. XVI v. 1. 2) beruft und das Verfahren als ein agere civiliter bezeichnet, so will er damit, d. h. dadurch, dass er dasselbe nicht als Accusationsprozess, als eigentliches criminaliter agere, hinstellt, blos die auf Grund des letzteren möglichen und auch thatsächlich gemachten Einwände (S. 350 n. 6) gegen die von ihm der Inquisition gegebene Gestaltung widerlegen.

1 c. 24 X cit. de accus. V. 1, S. 60 n. 2 u. c. 17 eod., nicht schlechthin auf einen gelindere als beim Accusationsprozess, so Biener S. 51; Hildenbrand S. 124; Molitor S. 179 u. München S. 502. Ein solcher Grundsatz ist weder in c. 32 X cit. V. 3 noch in c. 24 X cit. V. 1 und c. 31 X cit. („ut iuxta formam iudicii sententiae quoque forma dictetur", denn die Form des Urtheils ist doch nicht gleichbedeutend mit der Art der durch dasselbe festzusetzenden Strafe) ausgesprochen. Des näheren ergiebt sich die Unrichtigkeit dieser Auffassungen auch aus der Art der in einzelnen Fällen verhängten Strafen, so wird gegen einen Dekan wegen Ketzerei die depositio ab officio et beneficio mit detrusio in arctum monasterium, c. 10 X cit. V. 34; gegen die unter Begehung von Simonie in Klöster und Regularstifte eingetretenen Professen Entfernung aus diesen und Verweisung derselben ad agendam poenitentiam in monasteria arctiora, gegen die Äbte, Prälaten und deren Offizialen, welche sich an der Simonie betheiligt, poenitentia und suspensio ab ordine während der Busse, c. 30 X de sim. V. 3, verhängt. Wenn in letzterer Stelle allerdings ausgesprochen wird, dass bei vollem Beweis in einem etwaigen Anklageprozess die dantes et recipientes die ultio canonicae severitatis treffen soll, so bezieht sich dies auf die Anfrage, ob wegen der Verbreitung der Simonie und der vielen Simonisten nicht Milde geübt werden könne, und der Grund für die mildere Strafe liegt nicht darin, dass die Schuld durch die Inquisition festgestellt ist, sondern darin, dass weil durch diese die Schuld vieler leichter, als durch einen etwaigen Anklageprozess ermittelt werden kann, eine harte Bestrafung der vielen, namentlich der Oberen allgemeines Ärgerniss erregen könnte, vgl. c. 32 X cit. V. 3. Die Beantwortung der Anfrage in c. 21 X cit. V. 1: „si contra quempiam per inquisitionem probatum fuerit tale crimen, quod deponeret accusatum criminaliter et convictum" dahin: „In quo quidem duximus distinguendum, utrum sit tale videlicet crimen, quod ordinis exsecutionem suscepti aut retentionem beneficii etiam post peractam poenitentiam impediret, puta, si homicidium commisisset vel adeptum esset ordinem aut beneficium vitio simoniae. Quo casu erit, sicut in accusationis iudicio procedendum; alioquin secundum personae meritum et qualitatem excessus poenam poterit iudicantis discretio moderari", weist weder eine Antinomie zu den früheren Stellen, in denen die Deposition als Strafe vorkommt, auf, so Biener S. 51, noch ist in derselben unter depositio die s. g. verbale Degradation zu verstehen, wie Molitor S. 179 n. 1 annimmt, vielmehr sagt sie nur, dass bei schweren Vergehen, ebenso wie im Anklageprozess, auch bei der Inquisition, auf die Deposition im eigentlichen Sinn — denn auf Tödtung und Simonie ist gemeinrechtlich nicht Degradation gesetzt, S. 60 n. 3 —, bei leichteren Vergehen aber nach Ermessen des Richters auf mildere Strafe erkannt werden kann, aber nicht muss. Endlich kommt in Betracht, dass das kanonische Recht für einzelne Vergehen und Disciplinarvergehen vielfach keine bestimmten Strafen androht, jedenfalls dem Richter in der Anwendung der verschiedenen Strafen mehr Raum, als unser Strafrecht lässt, mithin sich in der damaligen Zeit kaum bestimmen liess, welches die ordentliche oder regelmässige und folgeweise, welches die ausserordentliche oder mildere Strafe war.

2 Das ergiebt c. 10 X cit. V. 34 (s. vor. Anm.), welches bei dem nicht durch Reinigungseid widerlegten Verdacht der Ketzerei trotz der die Degradation und Auslieferung an den weltlichen Arm androhenden c. 7 (Luc. III.) X de haeret. V. 7 nur die Deposition mit detrusio in arctum monasterium androht. Wenn Biener S. 52 unter Berufung auf c. 10 X cit. die Anwendung der Strafe in ihrer ganzen Strenge behauptet, so erklärt sich dies daraus, dass er, weil er Deposition und Degradation nicht auseinander hält, die erstere ebenfalls überhaupt als ausgeschlossen betrachtet. c. 13 (Lateran. IV. 1215) X de haeret. V. 7, welches Hildenbrand S. 137. 138 heranzieht, um zu beweisen, dass im Übrigen auch bei der Verweigerung oder Nichtausschwörung des Reinigungseides eine mildere Strafe eingetreten sei, hat mit dieser Frage nichts zu thun, denn es macht gegenüber c. 7 §. 2 cit. V. 7 nur die Änderung, dass der der Ketzerei Verdächtige erst als wirklicher Ketzer gilt, wenn er nach Verweigerung des gedachten Eides in der dann zu verhängenden Exkommunikation noch ein Jahr verblieben ist, ohne zwischen Accusations- und Inquisitionsprozess zu unterscheiden. Dass im Übrigen die volle Strafe in dem hier fraglichen Fall verhängt wurde, zeigt ferner Innoc. III. ep. XVI. 63 cit., (s. S. 351 n. 8): „Quod si forte in purgatione defecerit, ipsum a pastorali regimine amoventes, faciatis ecclesiae Bisuntinae de persona idonea provideri".

3 Durantis specul. jur. lib. III part. 1. rubr. de inquisitione §. 3 n. 4, ed. Francof. 1612. 3, 31.

gegen kirchliche Korporationen *super reformatione tam in capite quam in membris*, vor. Die letztere kann stattfinden, selbst wenn allein gegen das Haupt[1] der Korporation eine infamia oder clamosa insinuatio vorliegt[2]. Weiter ist ihr nur eigenthümlich, dass bei der Einleitung nach Feststellung der erwähnten Voraussetzung[3] allen Gliedern der Korporation das *juramentum de veritate dicenda*, d. h. ein Eid, in Betreff sämmtlicher zu reformirenden Punkte die Wahrheit zu sagen[4], abgenommen wird[5].

Das Verfahren *per denunciationem*[6] ist nach Innocenz III. dadurch bedingt, dass derselben eine *caritativa correctio*[7], also eine vom Denunzianten an den späteren Denunziaten nach Vorschrift des Evangeliums[8] zu richtende Mahnung auf Besserung voranzugeht, in der Weise, dass der Denunziant bei Fruchtlosigkeit derselben sich mit seiner Denunziation an den kirchlichen Oberen wenden darf[9]. Erst dann schreitet dieser ein[10], und da sich hierbei kein anderes Verfahren, als ein solches von amtswegen denken lässt, so konnte derselbe den Weg des für diesen Fall von Innocenz III. näher ausgestalteten, d. h. des Inquisitionsverfahrens wählen[11]. Erwägt man, dass ein

[1] c. 22 (Innoc. III.) X de sent. et re iud. II. 27, s. auch u. Anm. 4.

[2] c. 22 X cit. II. 27.

[3] c. 22 X cit. II. 27. u. c. 21 X de accus. V. 1, s. ferner c. 17. 18 X eod. Daher bleiben auch von der General-Inquisition Vergehen, in Betreff deren keine infamia vorliegt, ausgeschlossen, c. 17 cit.: „exceptis occultis", s. auch d. folg. Anm.

[4] c. 22 X cit. II. 27 (pars decisa): „de dicenda veritate super statu ecclesiae iuramentum"; c. 17 X cit. V. 1: „quod super his quae sciunt vel credunt esse in sua ecclesia reformanda tam in capite quam in membris exceptis occultis criminibus meram et plenam dicant veritatem". Das infamirte Haupt der Korporation leistet ebenfalls diesen Eid oder auch einen spezielleren dahin: „ut ad inquisita veraciter repondeat". c. 18 X cit. eod.

[5] Im Übrigen hat diese Art der Inquisition nichts besonderes, denn nach Abschluss des oben gedachten Verfahrens wird gegen die einzelnen als verdächtig Ermittelten wegen der ihnen zur Last gelegten Handlungen in derselben Weise, wie bei der Spezialinquisition weiter verfahren, s. die cit. Stellen, vgl. auch Biener S. 52 ff.; Molitor S. 180. 181; München 1, 504.

[6] Petr. Jos. Marx de denunciatione juris canonici. Scafhusi 1859.

[7] c. 31 X cit. V. 3: „denunciationem charitatativa correctio . . . debet praevenire"; c. 20. 24. X cit. V. 1.

[8] Matth. XVIII. 15 ff.

[9] c. 20 (Innoc. III.) X V. 1: „vel praefatum episcopum de iam dictis excessibus non fuisse praemonitum ab eisdem . . . a denunciatione ipsa penitus repellatis eosdem".

[10] Während Biener S. 58 das Neue der Reform Innocenz' III. darin setzt, dass die Denunziation zur Inquisition führen kann, Hildenbrand S. 128 dies auf den Fall beschränkt, dass der Denunziant als Beweisführer auftritt, Molitor S. 171 sich Biener nähert, indem er bemerkt, dass die für die Inquisition erforderliche infamia entweder schon durch die Denunziation festgestellt gewesen sei oder doch immer in Folge derselben hätte leicht festgestellt werden können, läugnet München 1, 489. 493 die Zulässigkeit der Inquisition auf Grund einer einzelnen Denunziation. Auch Marx p. 40 erklärt das Denunziationsverfahren für eine von der Inquisition unterschiedene eigenthümliche Prozedur, ohne auf die Besonderheiten nach der Einleitung derselben näher einzugehen.

Richtig ist so viel, dass alle diejenigen Stellen, welche von einer Inquisition in Folge wiederholter und verschiedener Denunziationen sprechen, so die der caritativa correctio ausdrücklich erwähnende Innoc. III. ep. V. 59, ed. Migne 1, 1029; ferner ep. X. 191, ibid. 2, 1293, nicht als durchschlagend in Betracht kommen können, weil in diesen Fällen die inquisitio auf Grund der in denselben vorliegenden insinuatio clamosa (S. 351) statthaft war, und dass die meisten von Biener a. a. O. citirten Stellen nicht beweiskräftig sind, aber andererseits ist es verfehlt, das c. 14 X. cit., nach welchem auf eine nicht beabsichtigte, durch Überschreiten des Mandats seitens des Prokurators erfolgte Accusation zwar das Accusationsverfahren geschlossen, aber andererseits eine inquisitio famae des Beschuldigten angeordnet wird, als beschränkte Freisprechung, die eine Purgation zur Folge haben konnte! (so München 1, 491) aufzufassen, vielmehr behandelt Innocenz die bei seinem Vorgänger allerdings von mehreren Seiten angebrachte Anzeige oder Denunziation, nachdem festgestellt war, dass sie nicht eine Accusation sein sollte, als blosse Denunziation, fasst sie aber, da sie von mehreren ausgegangen war, möglicher Weise als insinuatio clamosa auf.

[11] Das beweist c. 2 (Innoc. III. 1207, P. n. 3100) X de calumn. V. 2. Hier trägt der Papst mehreren Bischöfen in Folge der nuntiatio eines Klerikers gegen seinen eigenen Bischof die examinatio excessuum, auf und die letzteren übersenden ihm die inquisitio ipsa sum depositionibus testium. Auf Grund des Beweisergebnisses wird der beschuldigte Bischof freigesprochen, aber dem Denunzianten der Reinigungseid auferlegt, dass er nicht calumniandi animo denunzirt habe. Ferner gehört hierher c. 19 (Innoc. III.) X de

Verfahren auf Denunziation auch der früheren Zeit nicht unbekannt war[1], und dass schon im 12. Jahrhundert die Doktrin die nachmals s. g. denunciatio evangelica in Anhalt an das Gratianische Dekret[2] zur Begründung eines Strafverfahrens bei Möglichkeit des Beweises für ausreichend erachtete[3], andererseits aber im Hinblick auf das römische Recht eine Anklage ohne Anklagelibell, also im wesentlichen eine blosse Denunziation zuliess[4], so ist es begreiflich, dass Innocenz III. auch hier eingriff, und um den schwerfälligen Anklageprozess auszuschliessen, ausdrücklich die Einleitung eines Verfahrens auf Denunziation statthaft erklärte, andererseits aber für die Zulässigkeit desselben zunächst seitens des Denunzianten die correctio caritativa erforderte[5], um das hier sonst fehlende Gegengewicht gegen böswilliges Denunziren, welches bei der Accusation die Unterschrift des Anklägers unter dem Anklagelibell und die damit im Zusammenhang stehende etwaige Bestrafung bei wissentlich falscher Anklage[6], bei der inquisitio dagegen das Erforderniss der insinuatio clamosa oder der infamia darbot, zu schaffen[7].

accus. V. 1, wo auf die gemeinschaftliche Denunziation zweier Kanoniker gegen einen Bischof in Folge des Einwandes des letzteren, dass die Denunzianten seine offenbaren Feinde seien, den delegirten Richtern die Weisung ertheilt wird: „nisi super praedictis famam ipsius laesam esse noveritis, vos ad inquisitionem illorum subito non procedatis. Quod si ad inquisitionem procedatis", also die Statthaftigkeit einer Inquisition auf Grund einer Denunziation anerkannt ist, während München 1, 493 in der Stelle lediglich ein reines Denunziationsverfahren findet.

[1] Bd. IV S. 772 n. 3 und dazu c. 6 (Innoc. I. 401—407, J. Kaltenbr. n. 915) D. LXXXI; vgl. auch o. S. 337 n. 5.

[2] c. 19 (Augustin) C. II qu. 1 (vgl. Bd. IV S. 759 n. 11).

[3] So Stephan v. Tournai Summa zu C. II qu. 1 in Anhalt an c. 19 cit., her. v. v. Schulte S. 183: „si episcopus solus noverit crimen alicuius non potest eum condemnare nec eius crimen ecclesiae propalare. Sed in hoc casu debet eum corrigere inter se et ipsum solum. Sed si in prima et secunda correctione negaverit crimen, non debet amplius praelatus procedere, ne destitutus probationibus, si eum accuset, proditor habeatur. Si autem, dum corrigit eum praelatus, praesentes fuerint duo testes et ipse confessus fuerit, si noluerit resipiscere, debet dicere ecclesiae. Si postea negavit, habens testes, quibus eum convincat, debet condemnare". Darauf, dass schon früher ähnliche Anschauungen vertreten worden sind, deutet das fragm. Paschalis II. in c. 4 X de test. II. 20, wonach der Denunziant neben den beiden anderen Zeugen auch als solcher zugelassen werden soll.

[4] Dict. §. 1 zu c. 2 C. IV qu. 2.

[5] München 1, 432 ff. 441 will streng zwischen dem blossen, dem römischen summarischen Accusationsprozess entsprechenden und auf Grund desselben entwickelten strafgerichtlichen Denunziationsverfahren, und der denunciatio evangelica nach Matth. XV. 18 cit. „mit dem Endzweck der sittlichen Besserung oder der kirchlichen Censur, die selbst wieder nur sittliche Besserung erzielt" geschieden wissen, obwohl er für beide im Beweisverfahren eine Übereinstimmung annimmt, die sich nach ihm „aus der Frage der Untersuchung von selbst ergiebt". Indem er unter Verweisung auf die Glosse s. v. de accusatione zu C. II qu 8 init. hervorhebt, dass dieselbe drei verschiedene Arten des Strafverfahrens, die Accusation, die Denunziation und die Inquisition, kenne, wobei die erste als die solenne Accusation und die zweite als die römische summarische und zugleich als die evangelische Denunziation aufgefasst werde, meint er, dass dies auch mit seiner Unklarheit und Unbestimmtheit das System Innocenz' III. in den Dekretalen sei (s. S. 445. 446). Hierbei ist völlig übersehen, dass die Glosse in der in den gedruckten Ausgaben überlieferten Gestalt — citirt die angeführte Stelle doch u. A. auch ausdrücklich das von Innocenz III. herrührende c. 16 X de accus. V. 1 — aus der Zeit nach Innocenz III., ja nach der Publikation der Dekretalensammlung herrührt, dass also die Glosse ihre Darstellung gerade auf die Reform des Denunziationsverfahrens durch Innocenz III. stützt.

Die erwähnte Unterscheidung hat früher schon die von München nicht berücksichtigte Schrift von Marx p. 11 bekämpft, welcher letztere andererseits aber annimmt, dass Innocenz III. gar keine Neuerung gemacht habe, p. 46 und sich nachzuweisen bemüht, dass das Denunziationsverfahren in der Gestalt, wie es bei Innocenz III. vorkommt, in den ältesten Zeiten der Kirche bis zur Reception des römischen Anklageprozesses, vgl. auch Bd. IV S. 770 n. 3, das alleinige Strafverfahren gewesen sei, p. 48 ff., und sich neben demselben fortdauernd erhalten habe. Beweise aus der Zeit vom 5. Jahrhundert ab bis zum 11. hat er nicht beigebracht, und was die ältesten Zeiten betrifft, so vermischt er für diese, wie überhaupt bei seiner Darstellung den Bd. IV S. 745 hervorgehobenen Unterschied zwischen der auf Erziehung und Besserung der Gemeindeglieder gerichteten und der strafrichterlichen Thätigkeit.

[6] S. 340 n. 1; S. 346 n. 1 u. S. 347 n. 8.

[7] c. 15 (Innoc. III.) X de praesumpt. II. 23: „quia tamen suggestio eius (des Königs v. Ungarn

Wenn der Schuldige sich auf die an ihn allein oder im Beisein von Zeugen gerichtete Ermahnung freiwillig der Busse unterzog, konnte es zu einem weiteren Strafverfahren nicht kommen[1]. Verweigerte er aber die Übernahme der Busse, gleichviel, ob er die ihm zur Last gelegte Strafthat bestritten oder eingestanden hatte, so wurde auf die Denunziation an den kirchlichen Oberen das Strafverfahren eröffnet[2], und es musste dann der Beweis des fraglichen Vergehens[3] geführt werden, wobei der Denunziant als Beweisführer thätig sein konnte[4], ohne dass ihm aber eine derartige Pflicht[5] oblag. Im Übrigen galt hinsichtlich der Auferlegung des Reinigungseides und der Bestrafung dasselbe, wie für das Inquisitionsverfahren[6], und zwar um so mehr, als durch die Denunziation und das auf dieselbe eingeleitete Verfahren vielfach eine infamia konstatirt werden konnte oder die wiederholte und von verschiedenen Seiten erfolgte Denunziation sich als insinuatio clamosa[7] darstellte[8].

gegen den B. v. Fünfkirchen) non de caritatis ratione, sed ex odii fomite procedere videbatur". Die Bestrafung des böswilligen Denunzianten hat Innocenz III. noch nicht allgemein, sondern nur später in einem Einzelfall angeordnet, c. 2 X V. 2, S. 355 n. 11, und erst durch die Aufnahme der betreffenden Dekretale in die Sammlung Gregors IX. ist sie allgemeines Gesetz geworden.

1 Das ergiebt der Zweck der denunciatio evangelica, vgl. die Glosse s. v. forma zu c. 24 X cit. V. 1: „Denuntiatio regulariter fit ad poenitentiam peragendam et eius effectus sive finis est poenitentiae impositio".

2 c. 13 X de iud. II. 1 bezeichnet Innocenz III. dasselbe als ein „de plano cognoscere", d. h. der förmliche Anklageprozess soll ausgeschlossen sein. Dadurch wird die schon o. S. 355 vertretene Auffassung, dass das Verfahren die inquisitio war, bestätigt.

3 Dieser war allerdings dann, wenn der Schuldige bei der monitio mit Zeugen ein Geständniss abgelegt hatte, leicht zu führen.

4 Dies hiess: „prosequi inquisitionem", c. 19 X cit. V. 1. Doch waren davon notorische Feinde des Denunzirten ausgeschlossen, l. c.

5 Für eine solche München 1,434, unter Berufung auf c. 4 C. V qu. 6; c. 2 X cit. V. 2 und verschiedene den römischen summarischen Accusationsprozess betreffende Stellen, welche alle nichts beweisen, ja aus c. 2 X cit. ergiebt sich sogar, dass der Denunziant nicht die Beweisführung übernommen hatte. Über die Strafe desselben bei wissentlich falscher Denunziation s. ibid., vgl. S. 355 n. 11 u. S. 356 n. 10.

6 Denn auch das Verfahren auf Denunziation ist keine s. g. criminalis, sondern nur eine civilis quaestio, c. 32 (Inn. III.) X de simon. V. 3 u. c. 16 (id.) X de accus. V. 1. Dass ausnahmslos im Fall des Eingeständnisses blos auf Busse hätte erkannt werden können, so Richter-Dove-Kahl K. R. S. 832, hat keinen quellenmässigen Anhalt, und ebensowenig sagt dies der in Bezug genommene Tancred ordo judiciarius II. 7. §. 2, ed. Bergmann p. 153, welcher je nach der Qualität des Delikts auch andere Strafen verhängt wissen will.

7 S. 355 n. 10. Wenn Biener S. 59 meint, eine Inquisition hätte auf Denunziation nur bei vorhandener infamia verfügt werden können, so ergiebt sich dies aus c. 14. 19 X cit. nicht, vielmehr nur so viel, dass, wenn die Denunziation von nicht dazu qualifizirten Denunzianten ausgeht, s. Anm. 4, und von vornherein unglaubwürdig erscheint, der Richter, falls nicht die sonstigen Erfordernisse der Inquisition vorliegen, nicht zu dieser zu schreiten braucht, vgl. auch S. 355 n. 11 a. E.

8 Was das Ausbleiben des geladenen Angeschuldigten, d. h. das Kontumazialverfahren betrifft, so hat die Praxis des 11. Jahrhunderts an dem früheren Recht, dass trotz des Nichterscheinens des Angeklagten oder Angeschuldigten ein Sachurtheil ergehen kann, Bd. IV S. 776 n. 4, festgehalten, so wird unter Leo IX. zu Rheims 1049, M. 19, 739. 741; Hefele, Conc. Gesch. 4, 729. 730, der der Simonie angeschuldigte B. v. Langres, welcher das Konzil nach Erhebung der Anklage verlassen hatte, in den Bann gethan, zu Mantua 1064 der nicht erschienene Gegenpapst Cadalus abgesetzt und exkommunicirt, Annal. Altah. 1064 SS. 20, 814; Hefele, Conc. Gesch. 4, 867, und wenn man in solchen Fällen auch Beweis über die Schuld erhoben hat, Legatenkonzil zu Toulouse 1079, M. 20, 457: „(B. v. Albi) evocatus Tolosam, celebrato ibi concilio et nec agere ipse per se nec acturum etiam procuratorem mittere curavit. Unde comprobato certissime quod esse simoniacus ... (legatus) pontificale ei officium interdixit et excommunicavit eum in concilio illo", so wurde doch andererseits auch das Ausbleiben des Beschuldigten als Geständniss der ihm zur Last gelegten That aufgefasst, Urban II. ad cler. Camerac. 1095, J. L. n. 5598, M. 20, 917: „Gualcherius ... sententiam audire pertimescens concilio (v. Clermont) se subtraxit. Tertio igitur evocatum, cum omnino subterfugisset, nos eius fugam pro confessione habentes, secundum universalis concilii sententiam ex ss. canonum auctoritate prolatam ab omni episcopali ordine deposuimus"; Paschalis II. ad cler. Florent. 1116, J. L. n. 6508, M. 20, 1053: „aequum est enim, ut dilationem sententiae de absentia non lucrentur: quia confitetur de omnibus quisque, si subterfugere iudicium dilationibus putat" (nach ep. Bonif. I 419, J. K. n. 349); Radulph. Leod. episc. decr. u. 1166 c. 3, M. 22, 9: „Omnes enim qui in perpetratione incendii vel praedae auxilium ei praestiterint ... nisi infra legitimas citationes

Wenn Innocenz III. ausser den besprochenen Verfahrungsarten noch eines solchen *per exceptionem* gedenkt [1] und daneben auch des *notorium* erwähnt [2], so gehört das erstgedachte Verfahren, weil sein Zweck nicht auf die Herbeiführung einer Bestrafung geht [3], gar nicht hierher. Im letzteren Falle dagegen, dessen Voraussetzungen

satisfecerint, rei erunt de quocumque crimine accusati fuerint". Gratian giebt ebenfalls solche Stellen wieder, in denen die Zulässigkeit des Sachurtheils anerkannt wird, s. c. 6 §. 1 (Hincm. Rhem.) C. XXIV qu. 3; dict. Gratian zu c. 13 (Pseud. Zephyr.) C. III qu. 9 (= c. 1 §. 4 C. III qu. 8); c. 10 (Bonif. I 419 J. K. n. 349) C. III qu. 9, dessen Worte: „manifestum est, confiteri eum de crimine, qui indulto et totiens delegato iudicio purgandi se occasione non utitur" er nur in diesem Sinne, nicht aber und — vollkommen dem Inhalt entsprechend — nicht dahin auffasst, dass jedes Ausbleiben auf Ladung als Geständniss gilt; andererseits aber solche, nach welchen der den Befehlen des Richters ungehorsame Angeschuldigte mit der Exkommunikation bestraft werden kann, c. 19 (conc. Milev.) C. II qu. 6 und dict. zu c. 18 ibid. Mit Rücksicht hierauf erklären Rolandus summa zu C. III qu. 9, Thaner S. 19, Rufin, v. Schulte S. 237; Stephan v. Tournai summa ibid, v. Schulte S. 198, dass vor der Litiskontestation (vgl. dazu Molitor S. 148) ein Sachurtheil nicht möglich ist, und dass in diesem Falle allein eine Strafe wegen des Ungehorsams, nicht aber wegen des in Frage stehenden Vergehens verhängt werden kann. Was das Dekretalenrecht anlangt, so trifft nach c. 1 (cod. eccl. Afric. c. 87) X de iud. II. 1 den abwesenden Angeklagten die Exkommunikation, in c. 8 (Innoc. III.) X de dolo et cont. II. 14 wird deswegen die suspensio ab officio et beneficio, ferner auch die excommunicatio verhängt, andererseits aber auch zugleich zur Beweisaufnahme und dann zur Verurtheilung (auf depositio perpetua) geschritten, vgl. auch c. 11 (Inn. III.) X de cler. non. resid. III. 4, ohne dass hier zwischen der Zeit vor der Litiskontestation und nach derselben unterschieden wird, ja auch der schon früher in der Praxis angenommene Satz, dass die Entfernung des Angeklagten als Zugeständniss gilt (s. oben ep. Paschal. II. cit.), wird ebenfalls in c. 4 X de praes. II. 23 wiederholt. Die spätere Doktrin folgt aber der früheren und hält an der vorhin erwähnten Unterscheidung fest, so wird nach Tancred ordo iudiciarius P. 2 tit. 4 §. 1, ed. Bergmann p. 136, gegen den ausbleibenden Angeklagten nach weltlichem Recht die Sequestration seines Vermögens, nach den Kanones, c. 1 (Carth. 391) C. IV qu. 5 u. c. 2 (inc.) C. V qu. 2, c. 36 (Carth. 401) c. 37 (Ravenna 877 c. 9) C. XI qu. 3 die Exkommunikation ausgesprochen. Nur, wenn er sich innerhalb eines Jahres stellt, werden diese Maassregeln aufgehoben, und er wird in Betreff des ihm zur Last gelegten Vergehens gehört, andernfalls aber nicht, während bei Kontumaz nach der Litiskontestation Beweisaufnahme und Sachurtheil erfolgt. Auf demselben Standpunkte steht Durantis speculum juris lib. III p. I rubr. de accus. §. 6 n. 1 ff. ed. Franc. 1612 3 u. 4, 12 allerdings mit der Abweichung, dass derselbe den vor der Litiskontestation ausgebliebenen Angeklagten nach Ablauf der Jahresfrist „iuris interpretatione" (s. c. 4 X II. 23 cit.) für confessus erklärt und die Verhängung weiterer Strafen, der Suspension oder der Deposition für statthaft erachtet. — Über das Ausbleiben des Anklägers s. c. 1 C. IV qu. 5 cit., wonach derselbe exkommunicirt wird und c. 3 (Alex. III.) X de dolo II. 14, nach welchem der Angeklagte trotzdem Beweisaufnahme und Sachurtheil verlangen kann, vgl. auch Molitor S. 169.

[1] c. 16 X cit. V. 1.

[2] c. 31 X cit. V. 3: „ut de notoriis excessibus taceatur".

[3] Es handelt sich hier um die Geltendmachung eines Verbrechens zu dem Zweck, entweder die Unfähigkeit eines Anklägers zur Anklage, sowie eines Zeugen zum Zeugniss c. 16 (Innoc. III.) X cit. V. 1 (vgl. auch c. 31 X V. 3), oder die Ungeeignetheit eines Kandidaten zur Erlangung eines kirchlichen Amtes darzuthun, c. 16 cit. Dazu ist die Erhebung einer förmlichen Anklage mit Subscription des Anklägers nicht erforderlich, und in dem betreffenden Verfahren kann nur die Zurückweisung oder Ausschliessung des Beschuldigten, niemals aber dessen Bestrafung erreicht werden. Gratian gedenkt dieser Art des Verfahrens nicht, vgl. auch Molitor S. 105, obwohl es schon früher vorgekommen ist, vgl. c. 13 (Alex. III.) X de test. II. 20. Dass Innocenz III., so Biener S. 18, das Erforderniss zugesetzt zu haben „scheint, dass eine diffamatio in Bezug auf solche Verbrechen nachgewiesen werden muss", ist unrichtig. Von den von ihm in Bezug genommenen c. 23 X de accus. V. 1 u. c. 8 X de test. cog. II. 21 gehört das letztere gar nicht hierher, das erstere behandelt dagegen den Fall, dass dem Prätendenten einer Kanonikatspräbende der Einwand entgegengesetzt wird, dass er wegen Tödtung und Meineides „publice infamatus" sei, beweist also allein, dass auch eine solche exceptio zulässig ist, nicht aber, dass die einredeweise Geltendmachung eines Verbrechens stets davon abhängig gewesen wäre, dass für das letztere eine publica infamia vorlag. Nur die Anordnung Innocenz' III. in c. 16 X cit.: „Post confirmationem vero, quum scil. ordinandus fuerit aliquis vel consecrandus, quia etiam ab obtinendo repellit et deiicit ab obtento (d. h. dem bereits übertragenen Amt), ad extraordinariam quidem poenam secundum arbitrium iudicis discreti, citra vinculum tamen inscriptionis, est excipiens adstringendus, si defecerit in probando pro eo quod crimine sic probato perdit, quod per electionem et confirmationem ei fuerat acquisitum, sed ob hoc prius habita (d. h. die anderen Amtsrechte) non amittit. Licet enim agatur de crimine, non est tamen huiusmodi quaestio criminalis", dass der beweisfällige Excipient nach Ermessen des Richters mit einer ausserordentlichen Strafe belegt werden soll, vgl. auch Molitor S. 188, ist eine Neuerung.

allerdings durch das immer mehr hervortretende Streben, den Begriff des notorium möglichst zu erweitern, allmählich völlig schwankend und unbestimmt geworden sind [1], bedurfte es keines besonderen Verfahrens, sondern nur eines die Strafe aussprechenden Erkenntnisses [2]. Dass der Beschuldigte aber vorher vorzuladen war, lag in der Natur der Sache [3], indessen hat die Praxis [4], insbesondere die päpstliche, dies vielfach nicht für erforderlich erachtet [5].

[1] Mit Rücksicht darauf, dass schon bei Gratian, welcher freilich seinerseits noch an dem einfachen und klaren Begriff des manifestum festhält, s. S. 347 n. 6, in c. 17 (Stephan. V. J. L. n. 3434) C. II qu. 1 („In manifesta et nota pluribus causa non sunt querendi testes"), hier freilich noch berechtigter Weise das „pluribus nota" mit dem manifestum zusammengestellt wird, hat die Doktrin sehr bald mehrfach der Bezeichnung: *manifestum*" den Ausdruck: *notorium* substituirt und bei der Bestimmung des Begriffs des letzteren das Gewicht nicht mehr darauf gelegt, dass das Verbrechen durch das zur Schautragen in die öffentliche Erscheinung getreten sein muss, sondern auf das Bekanntsein desselben gelegt, so schon Rolandus (Alexander III.) summa C. II qu. 1, Thaner S. 16: „Sunt et crimina iudici et toti plebi notoria, in quibus minime iudiciarius ordo desideratur"; vgl. auch Stephan v. Tournai summa l. c., v. Schulte S. 158. So tritt denn auch in den Dekretalen die Bezeichnung: „notorium" stark hervor, c. 7 (Luc. III.) X de cohib. cleric. III. 2 (crimen notorium); c. 23 (Innoc. III.) X de elect. I. 6 (excessus notorius examinatione non indiget); wennschon vielfach damit manifestum verbunden wird, so manifestum et notorium in c. 14 (Alex. III.) X de app. II. 28; c. 21 (Innoc. III.) X de iureiur. II. 24; (c. 15 X de purg. can. V. 34 auch: publicum et notorium), und manifestum allerdings auch noch allein, freilich selten c. 23. 24. 26 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40 (manifesta offensa, bez. manifestus hereticus) oder zusammen mit publicum c. 10 (Alex. III.) X de fil. presbyt. I. 17, gebraucht wird. Sachlich wird in den Dekretalen ebenfalls in Übereinstimmung mit der früheren Doktrin das Erforderniss des Notoriums in das allgemeine Bekanntsein des Vergehens gesetzt, s. c. 8 (Innoc. III.) X de cohib. cleric. III 2: „si crimen eorum ita publicum est, ut merito debeat appellari notorium, in eo casu nec testes nec accusator est necessarius, quum huiusmodi crimen nulla possit tergiversatione celari"; c. 15 X cit. V. 34: „dicitur enim, quod crimen eiusdem presbyteri adeo publicum fuerat et notorium, quod nullus inficiationi locus penitus existebat, utpote cuius universae viciniae populus testis erat", und damit der Begriff in das Schwanken gebracht, da nunmehr die Frage entsteht, wie betreffende Allgemeinheit abzugrenzen ist, und ferner mit dem Moment, dass das Verbrechen durch keine Ausflucht müsse abgeläugnet werden können, ein lediglich subjektives Kriterium aufgestellt wird. Ja auch darüber ist Innocenz III. noch hinausgegangen, wenn er mit Rücksicht auf das letztere eine manifesta offensa für eine solche erklärt (c. 24 X cit. V. 40): „quae vel per confessionem vel probationem legitime nota fuerit aut evidentia rei quae nulla possit tergiversatione celari" und nicht minder Gregor IX., c. 10 X de cohab. cler. III 2: „nisi peccatum huiusmodi sit notorium per sententiam seu per confessionem factam in iure aut per evidentiam rei quae tergiversatione aliqua celari non possit". Somit ist im Dekretalenrecht die Gränze zwischen dem notorium und dem durch Zeugen oder sonst, namentlich durch Augenschein oder Geständniss Bewiesenen sowie dem durch richterliches Urtheil Festgestellten völlig verwischt, und der ursprüngliche Begriff des manifestum, wie ihn Gratian definirt hat, völlig aufgegeben, vgl. hierzu Molitor S. 190; Meurer, Strafvergehen S. 52 ff. Wenn Gross, d. Beweistheorie i. canon. Prozess. Wien 1867. 1, 50 mit dem Bemerkten sachlich übereinstimmt, aber den erhobenen Vorwurf mit Unrecht insoweit zurückweist, als es sich um die Begründung der Bestimmung handelt, dass das als manifestum oder notorium Anerkannte als rechtlich gewiss zu betrachten ist, so verfällt er damit seinerseits in denselben Fehler, wie das Dekretalenrecht, und übersieht, dass dasselbe zu einer durchaus unsicheren und unklaren Doktrin, auf welche hier nicht weiter einzugehen meine Absicht ist, s. Durantis speculum iuris. lib. III. p. 1 de notoriis criminibus §. 8, ed. cit. 3 u. 4, 46, geführt hat, s. Molitor u. Meurer a. a. O.

[2] c. 21 (Inn. III.) X de iureiur. II. 24: c. 15 (id.) X de purg. can. V. 34: „quum nimirum, si crimen notorium existebat, non erat utique illi indicenda purgatio, sed in eum condemnationis sententia promulganda".

[3] Denn das Notorium konnte nur den Beweis der Strafthat erübrigen, schloss aber begriffsmässig nicht eine etwaige andere Vertheidigung als durch Bestreiten des Vergehens aus. Daher hat auch die Doktrin die Ladung des Beschuldigten gefordert, Durantis l. c. §. 1 p. 42.

[4] Statuten Theodors v. Utrecht 1209 c. 3, M. 22, 806. (Wenn ein Laie das geraubte oder gewaltsam zurückgehaltene Kirchengut auf Ermahnung nicht innerhalb 14 Tagen zurückerstattet, „episcopus et archidiaconus loci ipsum excommunicabunt et excommunicatum denunciabunt absque citatione".)

[5] Hierher gehört die Verurtheilung eines Bischofs durch Leo IX. auf der römischen Synode v. 1051, Watterich 1, 107: „ubi Gregorium Vercellensem episc. propter adulterium . . . et periuria perpetrata absentem et nescientem excommunicavit", ferner die Abälards und Arnolds v. Brescia durch Innocenz II., von denen weder der eine noch der andere vorher nach Rom geladen war, während freilich gegen den ersteren schon die Synode v. Sens 1141 eine Verurtheilung

Nicht hiermit zu verwechseln ist die weder von Gratian noch von dem Dekretalenrecht erwähnte Möglichkeit der Verhängung einer Strafe ohne jedes weitere Verfahren, falls sich Jemand einer solchen vertragsmässig von vornherein für gewisse Fälle unterworfen hatte [1] oder gar schon bedingter Weise für bestimmte Unterlassungen im Voraus eine kirchliche Strafe gegen sich hatte aussprechen lassen [2], und der definitive Eintritt derselben gegen ihn nur gegebenen Falls [3] verkündet zu werden brauchte [4].

§. 285. *h. Die Absolutions- und Begnadigungsgewalt. Sachliche und örtliche Zuständigkeit. Reservatfälle.*

In der älteren Kirche war es anerkannter Grundsatz, dass dasjenige kirchliche Organ, welchem die sachliche Zuständigkeit zur Verhängung der Strafe gebührt, auch das Recht zur Absolution von Censuren und zur Begnadigung besitzt [5].

Im Laufe der Zeit ist aber diese Regel sowohl in Bezug auf das eine, wie auf das andere vielfach durchbrochen worden [6].

I. Die Reservate für Absolutionen und für Begnadigung. a. Entstehung der Praxis. Zunächst liess sich einem höheren kirchlichen Straforgan,

ausgesprochen hatte, Inn. II. ep. ad Samson. 1141, J. L. n. 8149, M. 21, 565; Hefele Conc. Gesch. 5, 456. 483; Bernhardi Konrad III. 2, 736, welcher letztere allerdings zu weit geht, wenn er meint, dass der Spruch der römischen Kurie wider alles rechtliche Verfahren erfolgt sei. Aus demselben Grunde erklärt sich wohl auch die Exkommunikation Berengars v. Tours auf der römischen Synode v. 1050 unter Leo IX. lediglich auf Grund der Verlesung eines Briefes desselben, ohne dass der Verurtheilte vorher geladen war, M. 19, 760; Hefele 4, 174. 747, wogegen Bröcking, französische Politik Leos IX. Stuttgart 1892 S. 52 das Verfahren des Papstes als ein schweres Unrecht bezeichnet, während dies nur für die abermalige Verurtheilung zu Vercelli 1050, a. a. O. S. 52. 57 ff. zutrifft. Für diese Auffassung spricht auch das Privil. Lucius III. 1182/1183 für das Kapitel v. Troyes, J. L. n. 14879, v. Pflugk-Harttung acta 1, 307: „ut non liceat episcopo vestro . . . notoria culpa excepta aliquam personarum vel canonicorum sine citatione canonica et capituli conscientia excommunicationis, suspensionis vel interdicti vinculo innodare".

Nicht in Frage kommen solche Fälle, wo ohne die Voraussetzung der Notorietät geistliche Obere unrechtmässig ohne jedes Verfahren und Urtheil Strafen haben vollstrecken lassen, s. z. B. Rouen 1119, M. 21, 257. Dagegen richtet sich Rouen 1190 c. 12, M. 22, 584: „ut nullius consuetudinis obtentu quisquam deinceps ab ingressu ecclesiae vel alio quocumque ecclesiastico sacramento arceatur, donec legitime vocatus ad causam, liberam habeat respondendi facultatem, ut ita demum convictus aut viva voce vel saltem iuris interpretatione confessus pro qualitate excessus aequalem reportet a suo iudice sententiam".

[1] Vergleich d. Herzogs v. Lothringen mit dem Kloster Remiremont 1152, M. 21, 762: „et si aliquando . . . per me vel meos fuerit contra hoc factum, nisi infra XL dies, si admonitus fuero, satisfaciam et ablata restituam, meo assensu Treverensis et Tullensis ecclesiae in me et in terram meam sine iudicio dent anathematis sententiam"; Abkommen Philipps v. Hohenfels mit der Mainzer Kirche 1262, Guden cod. diplom. 1, 699 („sine strepitu iudiciali").

[2] So Friedrich II. zu S. Germano 1225 für die Nichterfüllung der hinsichtlich des Kreuzzuges übernommenen Verpflichtungen, S. 132 n. 4; Gregor. IX. ad Frider. 1227, Potthast n. 7972, Rodenberg ep. pont. Roman. 1, 283: „tunc cardinales predicti de imperatoris assensu in eius conspectu . . . sententiam excommunicationis publice auctoritate sedis apostolice protulerunt, in quam incideret imperator, si forsan in aliquo deficeret praedictorum"; vgl. Winkelmann, Friedrich II. 1, 239.

[3] ep. cit.: „imperatorem Fridericum, qui . . . in his tribus articulis manifeste deficiens, in excommunicationis descripte laqueum ultroneus se ingessit, excommunicatum . . . publice nuntiavimus et mandamus ab omnibus arctius evitari": Winkelmann a. a. O. 1, 281 ff.

[4] Freilich bedurfte es dazu der Feststellung, dass die Bedingung realisirt war. Im Falle Friedrichs II. hat Gregor IX. sich dafür auf die Notorietät berufen, s. vor. Anm.

[5] Bd. IV S. 727 n. 2. 3. S. 808 n. 1. Vgl. auch Urban II. ad Richer. Sen. 1096, J. L. n. 5636, M. 20, 665: „Ss. quippe canonum sanxit auctoritas et ea passim ecclesiae consuetudo servat, ut a quolibet iuste excommunicatum episcopo alius absolvere non praesumat. Ipsa etiam suffraganeorum ligamenta metropolitani, qui videlicet eorum maiores sunt, ss. patrum institutionibus prohibentur absolvere".

[6] S. zum Folgenden M. Hausmann, Geschichte der päpstlichen Reservatfälle. Regensburg 1868. S. 28 ff.

falls es in die Lage kam, seine Strafgewalt in einem gegebenen Fall auszuüben, nicht das Recht bestreiten, sich selbst theils zur Verschärfung der Strafe, theils zur Kontrole einer ordnungsmässigen Verbüssung derselben oder einer ausreichenden Genugthuung für das begangene Vergehen die Aufhebung der Strafe vorzubehalten. Vereinzelt hat dies schon Gregor I. gethan [1]. Seit dem 10. Jahrhundert sind dann zuerst von den kaiserlichen Synoden [2], sehr bald aber auch von den Päpsten [3] im Zusammenhang mit ihren Bestrebungen, das oberste Richterrecht über die Bischöfe zur Geltung zu bringen [4], derartige Verfügungen getroffen worden.

Ferner hatte das Papstthum in Folge des Zuströmens der Büsser nach Rom und der Beförderung dieser Sitte durch die Bischöfe schon seit dem 11. Jahrhundert die Stellung einer höchsten Instanz für das Busswesen erlangt, und als solche ein Milderungs- und Begnadigungsrecht hinsichtlich der von den Bischöfen auferlegten Bussen ausüben können [5].

Nachdem die Päpste während der gedachten Zeit auch ein oberstes Gesetzgebungsrecht für die ganze Kirche zur Anerkennung gebracht hatten [6], lag es nahe genug, die gedachten Befugnisse, welche sie bisher nur aus Anlass besonderer, zu ihrer Entscheidung gelangten Einzelfälle geübt hatten, allgemeiner für bestimmte kirchliche Vergehen in Anspruch zu nehmen und die letzteren dadurch als hervorragend schwere zu charakterisiren.

b. Die Absolution. Was das Recht zur Gewährung der Absolution betrifft, so hat zunächst Innocenz II. im Interesse der Abwehr von Gewaltthätigkeiten gegen Geistliche und roher und unwürdiger Behandlung derselben zu Rheims 1131 [7] die durch das allgemeine II. Laterankonzil (1139) wiederholte Anordnung [8] getroffen, dass von

[1] Indem er einem Erzbischof die nur von ihm selbst aufzuhebende Ausschliessung vom Abendmahl androht, ep. III. 7 (592) ed. Ewald 1, 188, vgl. Bd. IV S. 714 n. 7.

[2] Rom 998 o. 999 (Bd. III S. 565 n. 2) c. 2, M. 19, 225: „Erchembaldum Turon. archiepiscopum . . . cum omnibus episcopis qui consentientes interfuerunt his incestis nuptiis regis (Roberti) et Bertae . . . a sacrosancta communione suspendimus, donec ad hanc sanctam sedem apostolicam veniant satisfacturi" und dasselbe in Betreff des Erzb. v. Bourges und des B. v. Nevers c. 6. Vgl. dazu S. 284.

[3] ep. Alex. II. ad. Widon. Ambian. M. 19, 973: „Si autem . . . iram tibi apostolicae sedis spreta hac nostra admonitione thesaurizaveris: omnino tibi sanctam communionem interdicimus, nisi cum in periculo mortis fueris constitutus, donec ante praesentiam . . . Rem. archiepiscopi, cuius iudicio omnem hanc causam committimus, supradicto abbati satisfacias", Gregor. VII. reg. III. 1, Jaffé, mon. Gregor. p. 263 (1075, Hermann I. v. Bamberg): „a sacerdotali (officio) sit omnino seclusus, quousque apostolicae se audientiae repraesentet . . . anathematis vinculo eum innodamus, quousque supradicto modo se apostolicae audientiae repraesentet"; reg. VI. 4 (1078) l. c. p. 327: „non parum mirati sumus, . . . te (Heinrich I. B. v. Lüttich) nos de absolutione illius parochiani tui, qui ad nos venit, mordaci invectione reprehendisse, tamquam apostolicae sedis non esset auctoritas, quoscumque et ubicunque vult ligare et absolvere".

Damit sind nicht solche Fälle zu verwechseln, in denen die Strafgewalt des betreffenden kirchlichen Organs lediglich auf päpstlichem Privileg oder päpstlicher Ermächtigung beruht, und der Papst sich für gewisse Fälle die Absolution vorbehält, s. z. B. Innoc. III., Potthast n. 151, S. 331 n. 1, Migne 1, 123: „si delicti qualitas exegerit, ad sedem apostolicam . . . veniunt absolvendi", denn hier ist die Strafgewalt von vornherein nur beschränkt übertragen.

[4] S. 281 ff.

[5] S. 106.

[6] Bd. III S. 726 ff.

[7] c. 13, M. 21, 461, Bd. I S. 118 n. 7. Hausmann S. 67 n. 3 weist diese Anordnung schon dem Konz. v. Clermont 1130 c. 10 zu, indessen können spätere, erst dem Ende des 13. u. 14. Jahrhunderts angehörige Zeugnisse, s. M. 21, 440, weil hier die Gefahr einer Verwechselung sehr nahe lag, gegenüber dem anders überlieferten Text der Synode nicht für durschlagend erachtet werden.

[8] c. 15 C. XVII qu. 4, Bd. I S. 118 n. 7, wiederholt Pisa 1135 und Rheims 1148, s. a. a. O., modifizirt durch das Leg. K. London 1138 c. 10, M. 21, 512, welches in Betreff der occisio, incarceratio und percussio clericorum, monachorum und sanctimonialium den Vorbehalt mit den Worten aufstellt: „neque quisquam ei praeter Romanum pontificem, nisi mortis urgente periculo modum poenitentiae finalis imponat".

der für die thätliche Verletzung von Klerikern verwirkten Exkommunikation allein der Papst auf persönliche Gestellung die Absolution ertheilen könne, und fast gleichzeitig gewährte er einen solchen verstärkten strafrechtlichen Schutz einzelnen von ihm gegebenen Privilegien bei der Ertheilung derselben[1]. Bis in das 13. Jahrhundert hinein haben seine Nachfolger noch einen verhältnissmässig geringen Gebrauch von solchen Reservationen gemacht[2]. Abgesehen von einem sich auf einen Spezialfall beziehenden Vorbehalt Hadrians IV.[3] hat Clemens III. (1187—91) einen solchen in Betreff des mit Einbruch verbundenen Kirchenraubes[4] und der Brandstiftung[5], Cölestin III. (1191—98) in Betreff des Verkehrs mit etwaigen vom Papst gebannten Geistlichen und der Anstellung derselben in kirchlichen Ämtern[6], Innocenz III. in Betreff der Aufbewahrung falscher päpstlicher Briefe über eine bestimmte Zeit hinaus aufgestellt[7], und endlich ist vom IV. Laterankonzil 1215 dem Papst und zwar nicht diesem allein, sondern in Konkurrenz mit ihm auch den lateinischen Patriarchen[8] die Absolution von der durch die Provinzialsynoden gegen Prälaten wegen ordnungswidriger Besetzung von Kirchenämtern verhängten Suspension von dem Besetzungsrecht der letzteren reservirt worden[9]. Zur Zeit des Abschlusses der Dekretalensammlung waren also mit Einschluss des Vorbehaltes von Innocenz II. erst sechs Reservatfälle seitens der obersten Gewalten der katholischen Kirche ausgesprochen, von denen sogar nur 4 von Anfang an eine allgemeine Geltung hatten[10], und zwei dieselbe, da sie zunächst für spezielle Verhältnisse erlassen waren, erst dadurch erhielten[11], dass sie mit den übrigen seit Clemens III. gemachten drei Reservationen Aufnahme in die gedachte Sammlung fanden.

Die Neuerung Innocenz' II. ist ihrer Zeit, mindestens von den Bischöfen einzelner Länder, als ein zweckentsprechendes Mittel angesehen worden, ein in gegebenen Fällen hervorgetretenes Bedürfniss nach Verschärfung der kirchlichen Strafen zu befriedigen, und daher haben schon einzelne Partikularverordnungen bis zum Anfang

[1] Priv. f. Cluny 1132, J. L. n. 7551, M. 21, 405: „Si vero aliqui absque ipsorum monachorum praesentia ea quae ad victum vel vestitum in Clun. coenobio domino servientium pertinent, alicubi depraedati fuerint, nisi infra XL dies commoniti ablata restituerint, eos anathemati subiacere praecipimus et in terra eorum divina prohibemus officia celebrare . . . et nullus eorundem praesumptorum praeter timorem mortis, nisi a Romano pontifice absolvatur".

[2] Wenn Cölestin III. (1191—98) c. 21 §. 2 X de off. iud. del I. 29 von solchen Reservationen spricht, so beweist dies nicht, dass sie damals schon in grosser Zahl vorgekommen sind.

[3] Betreffend die Bestätigung des Verzichts der Herrin von Narbonne auf das Spolienrecht 1156, J. L. n. 10217, M. 21, 826: „Si quis autem hoc attentare praesumpserit..., vinculo se noverit excommunicationis adstrictus et a nemine sine licentia Romani pontificis aut legati ex eius latere destinati possit absolvi".

[4] c. 22 X de sent. exc. V. 39 (zunächst auch nur für einen Spezialfall).

[5] c. 19 X eod. Irrigerweise schreibt Kober Kirchenbann 2. A. diese Reservation schon dem 2. Laterankonzil 1139 c. 18. 19, M. 21, 531 (c. 32 C. XXIII qu. 8) zu.

[6] c. 18 X eod. (hier Clemens beigelegt, s. aber J. L. n. 17054) auch zunächst blos für einen Spezialfall.

[7] Ohne sie zu zerstören, c. 4 X de crim. falsi V. 20.

Hausmann S. 277. 278 findet noch Reservationen Innocenz' III. in c. 29 X de sent. exc. V. 39 und in c. 26 X de off. iud. del. I. 29. Im ersteren handelt es sich indessen um die Absolution derjenigen, welche wegen communicatio in crimine mit einem Gebannten, S. 5 n. 3, ebenfalls der Exkommunikation verfallen, und der Papst spricht hier nur den allgemeinen Grundsatz aus, dass diese als Mitthäter und Begünstiger blos von demselben kirchlichen Oberen, welcher den Thäter zu absolviren befugt ist, die Absolution erhalten können. Das zweite betrifft die nach gemeinrechtlichen Grundsätzen sich von selbst verstehende Befugniss des Papstes, von der durch seinen Delegaten ausgesprochenen Exkommunikation zu absolviren, wenn die Befugniss des letzteren dazu nach Ablauf des Jahres erloschen ist.

[8] Bd. I S. 560.

[9] c. 30, M. 22, 1018, auch in c. 29 X de praeb. III. 5.

[10] Einschliesslich der Reservation Innocenz' II., S. 361 n. 8.

[11] S. Anm. 4 u. 6.

des 13. Jahrhunderts ihrerseits[1] neue Vorbehalte für den Papst, so betreffs der Absolution von der Exkommunikation beim Einbruch in Kirchen und Kirchhöfe und bei der Simonie festgesetzt.

Eine weitere Vermehrung erfuhren aber diese partikulären Reservationen seit der Zeit Innocenz' III. durch die von den päpstlichen Legaten in einzelnen Theilen der Kirche abgehaltenen Synoden[2], denen dann auch die übrigen Partikularkonzilien darin gefolgt sind[3].

Dagegen haben die Päpste bis zum Ende des 13. Jahrhunderts noch einen bescheidenen Gebrauch von derartigen Vorbehalten gemacht. Abgesehen von einigen, fast nur die Ordensangehörigen betreffenden Reservationen[4] hat Gregor X. auf dem

[1] London 1143, M. 21, 604: „ne aliquis, qui ecclesiam coemeteriumque violaverit vel in clerico aut viro religioso manus iniecerit violentas, ab alio quam a papa possit absolvi . ."; Const. Odos v. Paris Ende des 12. Jahrh. M. 22, 678 (welche ausser den beiden Fällen der manus iniectio und der Brandstiftung, s. oben S. 362 noch die Simonie aufzählen). Zweifelhaft bleibt Rouen 1190 c. 26, M. 22, 585 (nach der S. 135 n. 8 mitgetheilten Stelle: „Huius autem constitutionis reos nullus sacerdotum absolvere vel eis poenitentiam dare praesumat, nisi fuerint in articulo mortis constituti, sed huiusmodi periuri et excommunicati ad proprios episcopos remittantur absolvendi et de tanto excessu graviter puniendi et ad eorum maiorem confusionem ad sedem apostolicam transmittantur") und c. 32, wonach der trotz seiner Exkommunikation celebrirende Priester: „mittatur Romam", denn im ersteren Kapitel ist wahrscheinlich Absolution durch den Bischof und Wallfahrt nach Rom als Satisfaktion, im anderen Auferlegung der Strafe durch den Papst gemeint.

[2] Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790: „ut nulli episcoporum liceat huiusmodi anathematizatos (d. h. qui pertinaciter in excommunicatione per VI menses permanserint) absolvere, sed ad sedem apostolicam, sicut sacrilegi et incendarii (s. die cit. Vorbehalte Clemens' III.) absolvendi mittantur. Periuris vero propter (l. praeter) aliam satisfactionem dictam sedem in praesentia visitare iniungatur. Si forte clerici fuerint, in utroque casu ab officio et beneficio ecclesiastico repellantur, ad quorum neutrum restitui valeant, nisi per summum pontificem vel eius legatum": Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. V. c. 7; M. 22, 851: „Si qui sacerdotes vel abbates vel quaecumque personae religiosae huiusmodi faeneratores post denunciationem (excommunicationis) in ecclesiis factam ad oblationem aut sepulturam vel habitum religionis sine sufficiente satisfactione spoliatis exhibita scienter receperint, ipso facto se noverint excommunicatos et ab officio et beneficio suspensos et non possunt absolvi nisi a summo pontifice"; Lerida 1229 c. 20, p. 1094: Absolution von der Exkommunikation der den Mauren gegen Christen Kriegsdienste leistenden Christen; Toulouse 1229 c. 39, 23, 203 für Papst oder päpstlichen Legaten beim furare der seitens der Kirche oder des Königs ausgeliehenen castra und villae; Breslau 1248 §. 20, de Montbach stat. Wratislav. p. 310: Absolution der Fürsten und anderer Personen, welche die Hülfe der Heiden gegen die Christen anrufen und die ersteren in Sold nehmen; Valence 1248 c. 17, M. 23, 776 der öffentlich verkündeten Exkommunicirten, welche wegen hartnäckigen Sicheindrängens in den Gottesdienst noch deswegen besonders exkommunicirt sind; Bourges 1276 c. 3, M. 24, 170: Vorbehalt der Absolution für den päpstlichen Legaten bei Exkommunikation der Richter, welche für Absolution von Exkommunikationen, Interdikten und Suspensionen Geld fordern oder annehmen. Wien 1267 c. 11. M. 23, 1171 wiederholt nur die Reservation für die percussio clericorum.

[3] Trier 1227 c. 4, M. 23, 28 ausser den gemeinrechtlichen Fällen percussio clericorum, incendium ecclesiae, fractio ecclesiae und „qui scienter et sponte communicat excommunicato a d. papa et eos recipit in officiis divinis" (auch in den Synodalstatuten von Cahors 1289 c. 25, M. 24, 1332) noch „qui falsificat literas d. papae, qui communicat aliter excommunicato a. d. papae in crimine scienter impendendo ei auxilium, consilium vel favorem"; Trier 1238 c. 25, M. 23, 482: „suspensi seu clerici excommunicati celebrantes a d. papa tantum absolvantur"; Fritzlar 1243 c. 4, p. 726 (ausser der percussio clericorum vel locorum religiosorum incendia) auch die simonia in ordine perpetrata (ebenso Mainz 1261 c. 8, p. 1082 und Eichstätt 1282 c. 9, Hefele 6, 229); Lemans 1247 P. 3, p. 760 (ausser percussio clericorum, incendium ecclesiae vel cimeterii) qui litteras d. papae falsant vel ad hoc adminiculum praestant . . vel qui falsis utuntur"; Clermont 1268 c. 9, p. 1212: Prozessiren eines Klerikers gegen den anderen beim weltlichen Gericht.

[4] Nach Hausmann S. 328 hat Innocenz IV. (1243—1254) den Minoriten die Aufnahme von Predigermönchen in ihren Orden ohne Entlassung aus ihrem bisherigen Orden und Alexander IV. den Predigermönchen die von Minoriten ohne Erlaubniss der Ordensoberen bei Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation untersagt. Ferner wird c. 1 in Extr. comm. V. 1 dem Papst die Absolution von der Exkommunikation, bez. Suspension reservirt, welche wegen Forderns von Geld- oder Geldwerth bei der Aufnahme neuer Mitglieder seitens der Ordensoberen, einzelner Ordensangehöriger, der Ordenskapitel oder Konvente oder seitens der Gebenden ipso iure eintritt. Hausmann S. 246 weist das c. cit Urban IV. (1261—1265), Friedberg corp. iur. can. 2, 1288 Urban V. (1363) zu, jedoch

allgemeinen Konzil von Lyon 1274[1] ausschliesslich dem Papste die Absolution von der wegen des S. 214 (Spalte 2 Abs. 4) näher bezeichneten Vergehens ipso iure eintretenden Exkommunikation, falls die Schuldigen länger als zwei Monate in derselben verharren, vorbehalten[2], und ebenso Bonifaz VIII.[3] ausser der sich nur als Erweiterung des privilegium canonis darstellenden Reservation der auf die Verletzung der Kardinäle gesetzten Exkommunikation[4] und einem sich lediglich auf die Erlangung von päpstlichen Gnaden beziehenden Vorbehalt[5] blos eine gleiche Anordnung hinsichtlich der von ihm als Censur l. s. für die Ausweidung und Zerstückelung von Leichen[6] angedrohten Exkommunikation getroffen.

Etwas weiter ist Clemens V. gegangen. Er hat dem Papst reservirt 1. die Exkommunikation l. s. gegen weltliche Machthaber, welche an interdicirten Orten die Geistlichen zur Feier des Gottesdienstes auffordern oder zwingen, oder die Unterthanen, selbst öffentlich exkommunicirte und interdicirte, zur Beiwohnung desselben veranlassen oder welche es verhindern, dass solche nach der Aufforderung des Priesters zum Verlassen der Kirche sich entfernen oder ihnen gar das Verbleiben in derselben befehlen[7], 2. gegen diejenigen, welche den Sarazenen in Ägypten Waffen, sonstigen Kriegsbedarf und Lebensmittel liefern[8], 3. gegen Ordensleute, welche die letzte Ölung, das Abendmahl und die Einsegnung von Ehen ohne spezielle Erlaubniss des zuständigen Pfarrers spenden und von einer ipso iure eintretenden Exkommunikation ohne Vorliegen eines durch Gesetz oder Privileg festgestellten Ausnahmefalls oder von den durch Provinzial- und Synodalstatuten angedrohten Strafen oder überhaupt von Strafe und Sünde absolviren[9], 4. gegen Welt- und Ordensgeistliche, welche sich die Wahl des Begräbnisses bei ihren Kirchen oder die Nichtänderung einer solchen Wahl versprechen lassen[10] und 5. der Inquisitoren, welche bei der Verwaltung ihres Amtes aus Gunst oder Gewinnsucht oder gegen Bestechung pflichtwidrig handeln[11].

Während die vier neuen Reservationen Johanns XXII.[12] keine allgemeine Be-

passt die Datumszeile, s. Potth. 2, 1485 weder auf den ersteren noch auf den letzteren.

Weiter theilt das Konzil v. Sens 1269 c. 5, M. 24, 5 das Fragment einer päpstlichen Bulle, welche sich auf Innocenz beruft, mit, nach welcher die Absolution für das Belangen von Klerikern durch Prälaten und andere Kleriker in Frankreich vor den weltlichen Gerichten nur mit speciali mandato sedis apostolicae gestattet sein soll. Da es sich hierbei offenbar allein um eine neuere Dekretale handeln kann, so ist wahrscheinlich Innocenz IV. gemeint, und dieselbe ist entweder Urban IV. (1261—1264) oder Clemens IV. (1265—1268) zuzuweisen.

Endlich hat auch Alexander IV. 1257 in der const.: Improbis, bull. Taurin. 3, 651, die General-Exkommunikation gegen diejenigen, welche in Frankreich Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten erlassen, dem Papst reservirt.

[1] c. 31, M. 24, 102 in c. 11 in VI de sent. exc. V. 11.

[2] Eine lediglich beschränkte Bedeutung hat die Reservation Nikolaus' IV. v. 1278, c. 17 in VI de elect. I. 6, betreffend die Exkommunikation für die Wahl eines Kaisers, Königs oder anderen mächtigen Grossen ohne päpstliche Erlaubniss zum senator urbis Romae.

[3] c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6.

[4] c. 5 in VI de poen. V. 9, Bd. I S. 350.

[5] c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10, s. S. 202 n. 9.

[6] S. 207 n. 3.

[7] Clem. 2 de sent. exc. V. 10 (Konzil v. Vienne 1311).

[8] Clem. 1 de iud. V. 2.

[9] Clem. 1 de privil. V. 7.

[10] Clem. 3 de poen. V. 8.

[11] Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3. Dazu treten noch Clem. 1 de poen. V. 8 betr. die Anwendung der Reservation des privilegium canonis auf percussio und Gefangenhaltung von Bischöfen, ferner const. Prodiens 1308, bull. Taurin. 4, 195 betr. die Fälschung französischer Münzen.

[12] c. 2 in Extr. comm. de regul. III. 8 Reservation der Exkommunikation gegen Religiosen, welche sich ohne Erlaubniss ihrer Oberen in überseeische Länder begeben; c. un. in Extr. Joann. XXII. de poen. tit. 12 für die Tödtung, Gefangenhaltung, Verletzung, Beleidigung, Vertreibung und Beraubung der Rektoren der Mark Ancona und ihrer Beamten, const. Quos praedixit v. 1319, bull. Taur. 4, 285 für die gleichen Vergehen gegen den Rektor v. Benevent; c. 5 in Extr. comm. de praeb. III. 2 der für die Verletzung der Vor-

deutung beanspruchen können, ist gegen Ende des 14. Jahrhunderts in der Bulle: In coena domini [1] die Zahl durch Hinzufügung der Ketzerei, der Seeräuberei, der Auferlegung neuer Durchgangsabgaben, der Fälschung päpstlicher Briefe, der Beraubung, Gefangenhaltung und schweren Verwundung derjenigen, welche zur römischen Kurie reisen oder von dort zurückkehren oder bei derselben verweilen, der Abschneidung der Zufuhr für die römische Kurie, der Tödtung, Verstümmelung, Misshandlung und Beraubung derjenigen, welche in Geschäften sich zur römischen Kurie und von dort fortbegeben, ihrer Vertreter und der ihnen bestellten Richter und Auditoren aus Anlass dieser Geschäfte, sowie derselben Vergehen gegen die Rompilger und der Gefangenhaltung derselben, der Okkupation und Detention der Besitzungen der römischen Kirche, weiter seitens Gregors XI. der Bestechung in Betreff der Kundgebung von päpstlichen Provisionen und Versetzungen [2], seitens Urbans VI. der Wegnahme der Reliquien der Apostel Petrus und Paulus [3] und endlich seitens Bonifaz' IX. der Okkupation und Detention der Güter der apostolischen Kammer [4] vermehrt worden.

Immerhin war die Zahl dieser Reservate bis zur ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts nicht bedeutend [5], und erst im Verlaufe desselben hat sie sich auf etwas mehr als 30 erhöht.

Ebensowenig hat seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bis dahin eine nennenswerthe Vermehrung durch die Legaten- [6] und anderen Partikularsynoden [7] stattgefunden.

Nach der Analogie der päpstlichen Reservationen haben auch die Partikular-Kon-

schriften über die Einrichtung des Erzbisthums Toulouse angedrohten Strafen, der Exkommunikation, des Interdikts und der Suspension. Dagegen ist c. un in Extrav. Joann. XXII de crim. falsi tit. 10 blos eine Wiederholung von Clem. V. const. Prodiens cit. s. vor. Anm.

[1] In der von Gregor XI. 1372 verkündeten Fassung: Excommunicamus, vgl. namentlich §. 10, bull. Taurin. 429. Ausser den genannten Vergehen wird auch die schon von Clemens V. vorbehaltene Unterstützung der Sarazenen, S. 364 n. 8, aufgeführt.

[2] Const. Solicite v. 1375 §§. 3. 4, bull. Taur. 4, 577, s. auch S. 202 n. 9.

[3] Const. Sacrilegorum v. 1385 §. 1, ibid. p. 595, vgl. S. 123 n. 6.

[4] Const. Caeca v. 1390 §. 3, ibid. p. 604.

[5] Es sind im Ganzen bis zum Ende der Regierungszeit Johanns XXII. nicht viel mehr als 20.

[6] Padua 1350, M. 26, 224 für die Exk. gegen Laien, welche Kirchen und Kirchengut okkupiren und widerrechtlich detiniren, und p. 228. 229 für die suspensio ab ingressu ecclesiarum et a divinis der Bischöfe, welche unstatthafte Ablässe ertheilen in Konkurrenz mit einem päpstlichen Legaten. Die Legaten-Reservationen, s. S. 363 n. 2, betreffen einschliesslich der eben gedachten 9 Fälle.

[7] Lerida Ende saec. XIII, M. 23, 937 betreffend die Exkommunikation für den Verkauf von Christen und Christinnen an Sarazenen und die suspensio ab omni officio et benef. für Verpfändung von Dignitäten und Personaten; Riez 1285 c. 13. 14, M. 24, 580 die Exkommunikation für Verkauf oder Weggeben von Gift zum Morde oder zum Abortiren und Giftmord (wiederholt Avignon 1326 c. 17. 18, M. 25, 754); Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 die Exkommunikation für die Behinderung der kirchlichen Wahlen und Besetzung von Kirchenämtern durch Laien, bez. das Personalinterdikt für ihre Familie; Coutance 1294 c. 4, Bessin conc. Rotomag. Rotomagi 1717. 2, 557. 558, betr. die Exkommunikation der Behinderer der kirchlichen Jurisdiktion, falls die Absolution beim Pfarrer nicht innerhalb der ersten zwei Monate nachgesucht ist, unter Verweisung auf den Vorbehalt in c. 11 in VI de sent. exc., s. o. S. 364 n. 1; Avignon 1326 c. 25, M. 25, 759 derjenigen Geistlichen, welche als Berather der Richter wissentlich Rath gegen Gott, die kirchliche Freiheit oder zum Nachtheil von Kirchen, Prälaten und Leiter von Kirchen ertheilen. Dagegen bildet Prag 1355 c. 49, M. 26, 399 über die Reservation der Exk. für die eigenmächtige Gefangenhaltung eines Klerikers, der Tonsur und geistliches Gewand trägt, nur eine Anwendung des privilegium canonis, und Mainz 1310 c. 48, M. 25, 346 ist blos eine Wiederholung von Fritzlar 1243, S. 363 n. 3.

Vereinzelt Reding 1279 c. 1, M. 24, 266, welches die Absolution von der Exkommunikation ipso iure für die Annahme mehrerer Seelsorgebenefizien ohne päpstliche Dispensation dem Papste oder dem Erzbischofe vorbehält.

zilien während des 13. und 14. Jahrhunderts Vorbehalte der Absolution für das Provinzial-Konzil[1] oder für den Erzbischof[2], allerdings nicht in einem irgend wie beträchtlichen Umfang, aufgestellt.

Zahlreicher sind dagegen die seit dem Beginne des 12. Jahrhunderts vorkommenden Reservationen für die Bischöfe[3]. Diese haben zwar ihre wesentliche Bedeutung für die Lossprechung im Beichtforum gehabt[4]. Indessen besassen bis in das 13. Jahrhundert hinein auch manche Priester, namentlich die Pfarrer eine Strafjurisdiktion und Exkommunikationsgewalt[5], ja noch Innocenz III. und das gemeine Recht des 13. Jahrhunderts[6] haben ihnen das Absolutionsrecht von der excommunicatio latae sententiae im Falle der Beichte des Schuldigen ausdrücklich zugestanden[7]. Deshalb hatte die bischöfliche Reservation auch die Bedeutung, ein derartiges Absolutionsrecht für das forum externum zu beschränken, das um so mehr, als gerade meistens solche Sünden, welche zugleich schwere kirchliche Vergehen waren, von den Bischöfen und von den Partikularkonzilien zum Gegenstande derartiger Vorbehalte gemacht worden sind[8].

c. Die Begnadigung. Sehr bald nach Aufstellung des ersten der vorstehend besprochenen Absolutiontfälle[9] haben schon die Päpste begonnen, sich auch ein Begnadigungsrecht in Betreff der kirchlichen Strafen beizulegen, und schon Gratian[10], sowie die ihm folgenden Theorie[11], hat dem Papste eine solche Befugniss in Betreff der Strafe der Infamie zugeschrieben[12].

Zuerst ist dies unter Eugen III. auf dem päpstlichen Konzil zu Rheims 1148[13],

1 Ravenna 1311 c. 20, M. 25, 460 von der Exkommunikation ipso facto für diejenigen, welche sich mit Hülfe der Laiengewalten in kirchliche Benefizien eindrängen; Avignon 1326 c. 37, M. 25, 763 für diejenigen, welche Verschwörungen und Verbindungen zur Beeinträchtigung der Kirchen und kirchlichen Personen und Oberen in ihrem Vermögen und in ihren Rechten eingehen.

2 Aschaffenburg 1292 c. 9, M. 24, 1088 von der Exkommunikation ipso facto für diejenigen, welche zur Zeit eines Interdiktes Leichen auf dem Kirchhof begraben, wiederholt Mainz 1310, hier aber Vorbehalt für den Erzbischof oder Diöcesanbischof M. 25, 348; Avignon 1326 c. 27, p. 764 für Theilnahme an unerlaubten Verbindungen und Brüderschaften; Palermo 1388, M. 25, 749 für Geistliche, welche Verschwörungen gegen ihren Prälaten, die Kirche des letzteren oder eine andere geistliche Person zur Beeinträchtigung derselben oder ihres Vermögens machen. S. auch S. 365 n. 7 a. E.

3 Das älteste Beispiel ist wohl London 1102 c. 28, M. 20, 1152 (Sodomie); s. weiter London 1200 c. 7, M. 22, 717 (Meineid); Dublin 1214, p. 926 (enormia delicta); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 32, p. 1117 (Meineid); ferner ausser den Bd. IV S. 105 n. 9 und S. 106 n. 1 citirten Konzilien noch Auch 1300 c. 6; M. 25, 84 (hier auch die Absolution von der interdictio ingressus ecclesiae bei Klerikern reservirt); Trier 1310 c. 93 (hier 39 Fälle aufgezählt) p. 271; Mainz 1310, p. 346; Bergamo 1311 c. 29, p. 507; Avignon 1326 c. 22, p. 757; Ferrara 1332 c. 8, p. 905, Benevent 1331 c. 42, p. 957; York 1367 c. 9, M. 26, 471; Benevent 1378 c. 42, p. 640; endlich Arles 1275 c. 12, M. 24, 150 (wo allerdings päpstliche und bischöfliche Vorbehalte durcheinander aufgezählt werden).

4 Bd. IV S. 106.

5 S. 291.

6 c. 29 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39.

7 c. 29 cit. bezieht sich auf die für den Verkehr mit dem Gebannten eintretende excommunicatio minor, aber der für die Befugniss angeführte Grund: „quamvis iuris sententia . . . sit ligatus, quia tamen conditor canonis eius absolutionem sibi specialiter non retinuit, eo ipso concessisse videtur facultatem aliis relaxandi" passt auf alle Exkommunikationen, welche für etwaige zugleich Sünden bildende kirchliche Vergehen angedroht sind. Dagegen unterscheidet die Stelle nicht, wie die heutige Doktrin zwischen der Wirksamkeit der absolutio für das forum internum und externum, und beschränkt die Absolution des Priesters nicht auf das erstere.

8 S. die Anführungen Anm. 3 und Bd. IV S. 106.

9 S. 361.

10 Dict. zu c. 7 (Gregor. I.) C. II qu. 3; s. S. 145 n. 2.

11 Stephan v. Tournai in seiner Summa über das Dekret, her. von v. Schulte. Giessen 1891 S. 167.

12 In Gleichstellung des Papstes mit dem römischen Kaiser, s. d. vor. Anm.

13 c. 6, M. 21, 717: „Clerici qui excommunicatorum consiliis et negotiis communicant vel in domibus vel familiis eorum versantur, quamlibet nobiles fuerint, tam ordinis sui quam beneficiorum ecclesiasticorum periculo subiaceant, nisi a summo pontifice veniam mereantur" (auch p. 515 als London 1138).

demnächst von Alexander III. zu Tours 1163[1], ferner von Innocenz III.[2], Honorius III.[3], Gregor IX.[4], Nicolaus IV.[5] und Bonifaz VIII.[6] geschehen.

Seit dem Laufe des 12. Jahrhunderts haben die Legatensynoden[7] und einzelne Partikularkonzilien[8] ebenfalls derartige päpstliche Begnadigungsfälle aufgestellt. Nach dem Vorbilde dieser letzteren ist wenngleich sehr selten auch dem Provinzialkonzil[9] oder dem Metropoliten in Gemeinschaft mit einem Suffraganbischof[10] ein solches Recht beigelegt worden.

d. Die Bedeutung der Vorbehalte. Überblickt man die Fälle, in welchen

[1] c. 8, M. 22, 1179 (c. 3 X ne cler. III, 50) für Mönche, welche wegen des Studiums der Physik und des Rechts eigenmächtig das Kloster verlassen haben, und mit der Zurückversetzung auf den letzten Platz ohne Hoffnung auf Zulassung zu Ämtern bedroht werden, „nisi ex misericordia sedis apostolicae".

[2] c. 13 (Innoc. III.) X de temp. ordin. I. 11 (Suspension von der Ertheilung bestimmter Weihegrade und Suspension vom Ordo „donec de illis aliter disponamus"); c. 33 i. f. (id.) X de test. II. 20 (Susp. ab off. et benef. „donec mereantur nostram indulgentiam obtinere").

[3] c. 15 (Honor. III.) X de temp. ord. I. 11 Suspension von der Weihegewalt „donec nostram gratiam meruerint obtinere".

[4] c. 45 X de sim. V. 3 simonistische Ordination: „ordinator a collatione, praesentator vero ab executione ordinum per triennium, et ordinatus ab ordine sic suscepto, donec dispensationem super hoc per sedem apostolicam obtinere meruerit, noverint se esse suspensos".

[5] Const. Noverit. v. 1280 §. 18, bull. Taur. 4, 48 privatio officii für Spendung von Sakramenten an Ketzer und Annahme von Oblationen derselben „ad quod numquam restituantur absque indulto speciali".

[6] c. 1 in Extr. comm. de elect. I. 3 (Kapitel und andere, welche bei der Kurie promovirte Prälaten und Kirchenleiter ohne die erforderlichen päpstlichen Briefe annehmen, „tamdiu sint a beneficiorum suorum perceptione suspensi, donec super hoc eiusdem sedis gratiam meruerint obtinere").

[7] Friedensdekret des Bischofs v. Auch 1140, M. 20, 887. 1148; Huberti Gottesfrieden u. Landfrieden 1, 491 (Bischöfe und Priester, welche lässig bei Durchführung des Friedensgebotes sind, „officii sui suspensione mulctentur, donec apostolicae sedis misericordiam obtinuerint"); Dioklea 1199 c. 2, M. 22, 701 (für Bischöfe wegen Verstösse bei der Ordination von der Suspension vom Ordinationsrecht); Avignon 1209 c. 13 i. f., S. 363 n. 2; Mainz 1225 c. 6, M. 23, 4. 5: suspendirte und exkommunicirte Kleriker, welche celebriren: „tales sine spe restitutionis ab officiis et beneficiis deponantur et infames et intestabiles sint et de cetero ad beneficia ecclesiastica nullatenus admittantur, nisi per poenitentiam approbatam et conversionem laudabilem sedis apostolicae gratiam meruerint obtinere"; c. 10 ibid. simonistisch präsentirte Geistliche „officio beneficioque priventur nec ad beneficium vel actus ecclesiasticos admittantur, nisi cum eis per sedem apostolicam fuerit dispensatum"; Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092 für Prälaten, welche Benefizien getheilt verleihen, von der suspensio a collatione ordinum, donec a sede apostolica absolutionis beneficium obtinuerint; Toulouse 1229 c. 10, M. 23, 196 (Aufhebung der Strafe der Unfähigkeit der reumüthigen heretici perfecti zu öffentlichen Ämtern lediglich durch den Papst oder einen legatus a latere); Valence 1248 c. 12, M. 23, 774 (für hartnäckig in der Exkommunikation verharrende Gebannte von der Infamie); Breslau 1248 §. 4, de Montbach stat. Wratislav. p. 301 (für Geistliche, welche wegen der Okkupation nicht vakanter Benefizien unter Hülfe von Laien hartnäckig in der Exkommunikation verharrt haben, von der Unfähigkeit, kirchliche Benefizien zu erlangen „de dispensatione sedis apostolicae speciali"); Pressburg 1309 c. 3, M. 25, 217 (für Geistliche, welche Benefizien aus Laienhand annehmen und solche behalten, von der vorher gedachten Strafe).

[8] Tarragona 1292 c. 3, M. 24, 1107 (für Geistliche, welche anderen Geistlichen Fehde angesagt und trotz einer desfallsigen Censur celebrirt haben, von der Unfähigkeit, Kirchenämter zu erlangen, wiederholt Tarragona 1329 c. 60, M. 25, 867); Anse 1299, M. 24, 1229 (für Geistliche bei schwerer Verletzung des Interdiktes von derselben Strafe); Auch 1300 c. 1, S. 365 n. 7 (von der Unfähigkeit der Descendenz zu Kirchenämtern).

Fritzlar 1243 c. 12, M. 23 729 und Mainz 1261 c. 2. 40. 41, p. 1081. 1096, sind nur Wiederholungen von Mainz 1225 c. 6 u. 10 cit. (s. vor. Anm.). Trier 1227 c. 15, M. 23, 37 legt die Begnadigung unkeuscher Ordensleute und Äbte von der Unfähigkeit, Klosterdignitäten und Ämter zu erhalten, in die Hand des Papstes oder seines Legaten oder des Ordinarius.

[9] Melun 1226 c. 3. 4, M. 22, 1088 (Klosterprior, welcher ein Darlehen von mehr als 40 Solidi ohne Genehmigung seines Abtes aufnimmt, verliert den Priorat und kann ihn nur durch das Provinzialkonzil wieder erhalten); S. Quentin 1272 c. 3, M. 24, 19: „Si quis in ecclesia aliquem interfecerit, quam diu vixerit, ipso facto ingressu ecclesiae sit privatus, nisi cum ipso per provinciale concilium fuerit dispensatum: salvis aliis poenis quae contra tales in canonicis constitutionibus continentur".

[10] Avignon 1326 c. 7, M. 25, 746 (Dispensation von der Unfähigkeit der Descendenz zu Kirchenämtern für diejenigen, welche ihre Exkommunikatoren durch Nachahmung der Ceremonien der Exkommunikation verhöhnt haben).

derartige Vorbehalte von den Päpsten, beziehentlich von ihren Legaten aufgestellt worden sind, so muss der Gedanke, dass es sich dabei um eine Vergrösserung der päpstlichen Macht gehandelt hat, von der Hand gewiesen werden, denn sie werden gerade in der Zeit, in welcher das Papstthum die massgebende Leitung der Welt zu erlangen sucht, nur verhältnissmässig selten gemacht, und beginnen erst zahlreicher zu werden, als dasselbe längst das gedachte Ziel erreicht hat. Überdies haben einzelne nur eine reine lokale oder partikuläre Bedeutung gehabt [1], welche sie für diesen Zweck völlig ungeeignet erscheinen lässt.

Die anderen haben überwiegend solche Vergehen zum Gegenstand, welche die Autorität der Geistlichkeit [2], die Machtstellung und die Rechte der Kirche [3], namentlich die Beachtung und Durchführung ihrer Strafen [4], sowie die päpstlichen Rechte [5] und die päpstliche Verwaltung [6], nicht minder das Gut kirchlicher Institute und geistlicher Personen [7] gefährden. Berücksichtigt man dies, so kann bei ihrer Aufstellung nur die Tendenz massgebend gewesen sein, die Strafen für die gedachten Vergehen durch Erschwerung ihrer Wiederaufhebung zu verschärfen, und nachdem man einmal von diesem Mittel Gebrauch gemacht hatte, hat man dasselbe auch für Fälle angewendet, in denen es darauf ankam, etwaige aus Anlass neuer kirchlicher Bildungen und Verhältnisse hervorgetretene Missbräuche [8], nicht auszurottende oder schwere Vergehen [9] oder schlimme Verstösse bei der kirchlichen Verwaltung [10] zu bekämpfen.

Dass dies der Sinn und der Zweck der von den Päpsten und ihren Legaten in Anspruch genommenen Reservationen war, ergiebt sich insbesondere daraus, dass selbst die nicht von Legaten geleiteten Partikularsynoden ebenfalls zu Gunsten der Päpste derartige Vorbehalte aufgestellt haben [11], und dass diese [12], ebenso wie die zu Gunsten der Provinzialkonzilien und der Bischöfe von ihnen festgesetzten [13], sich ganz in derselben Richtung, wie die päpstlichen, bewegen.

Die Verschärfung der Strafe lag bei den Vorbehalten aller Art darin, dass der von einem solchen Betroffene die Absolution oder Begnadigung nicht bei dem nahen

[1] So die sämmtlichen Johanns XXII, S. 364 n. 12 und auch eine von Clemens' V., S. 364 n. 11 a. E.

[2] S. c. 15 C. XVII qu. 4, S. 361 n. 8; c. 5 in VI de poen. V. 9, S. 364 n. 4; Clem. 1 eod. V. 8, S. 364 n. 11; Auch 1300 c. 1 und Prag 1355 S. 365 n. 7.

[3] S. 363 n. 4 a. E.; Breslau 1248 §. 4 und Pressburg 1309, S. 367 n. 7.

[4] c. 11 in VI de sent. V. 11, S. 364 n. 1; Clem. 2 de sent. exc. V. 10, S. 364 n. 7; c. un. in Extrav. Joann. XXII de poen. tit. 12, S. 364 n. 12; Rheims 1148 c. 6, S. 366 n. 13; Avignon 1209 c. 3, S. 363 n. 2; Valence 1248 s. a. a. O.; Mainz 1225, S. 367 n. 7; Valence cit. a. a. O.

[5] c. 18 X de sent. exc. V. 39 S. 362 n. 6; c. 1 in Extr. comm. de elect. I. 3, S. 367 n. 6; c. 17 in VI de elect. I. 6, S. 364 n. 2.

[6] c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10; S. 364 n. 5.

[7] c. 22 X de sent. exc. V. 39; S. 362 n. 4; c. 19 X eod., S. 362 n. 5; Toulouse 1229 c. 39, S. 363 n. 2, Padua 1350 S. 365 n. 6.

[8] Hierher gehören die Vorbehalte betreffend die Religiosen, S. 363 n. 4; Clem. 1 de privil. V. 7, S. 364 n. 9; c. 2 in Extr. comm. de regul. III. 8. S. 364 n. 12; auch zum Theil Clem. 3 de poen. V. 8. S. 364 n. 10; betr. den Missbrauch der Inquisitionsgewalt Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3, S. 364 n. 11; die Leichenzerstücklung c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6; S. 364 n. 3; vgl. weiter Tours 1163, S. 367 n. 1; Lerida 1229, S. 365 n. 7; Breslau 1248, s. a. a. O.

[9] c. 45 X de simon. V. 3 (Simonie) S. 367 n. 4; Paris 1212 (Wucher) S. 363 n. 2; Avignon 1209 (Meineid) s. a. a. O.; Mainz 1225 und Bourges 1278 (Simonie), S. 367 n. 7 u. S. 363 n. 2.

[10] c. 13. 15 X de temp. ordin. I. 11, S. 367 n. 2 u. 3; Dioklea 1199, S. 367 n. 7; Padua 1350, S. 365 n. 6.

[11] An und für sich waren die Päpste durch diese nur für einen lokalen Bezirk geltenden Reservationen nicht gebunden, aber selbstverständlich haben sie die Anerkennung derselben nicht verweigert.

[12] Sie betreffen die Wahrung der kirchlichen Gerichtsbarkeit und der Freiheiten der Kirche, die Verletzung der kirchlichen Strafen, die Fälschung päpstlicher Briefe, Fehden der Geistlichen, den Verkauf von Christen an Mauren, die Simonie und den Giftmord, S. 363 n. 3, S. 365 n. 7, S. 367 n. 8.

[13] S. 365. 366. 367.

regelmässig zuständigen Kirchenoberen, sondern bei einem weit entfernten oder wenigstens schwerer zugänglichen nachzusuchen hatte, abgesehen von dem Exkommunicirten, welchem im Falle der Todesgefahr jeder Priester die Absolution zu gewähren berechtigt war [1]. Eine Milderung der Strafe konnte allerdings dadurch eintreten, dass der Papst seine Befugniss von derselben zu entbinden, auf andere übertrug. Indessen ist dies nur geschehen, wenn in einzelnen Distrikten reservirte Vergehen von einer grossen Anzahl von Personen begangen waren [2], anfänglich auch zur Milderung gewisser Härten [3] namentlich bei Verhinderung der schuldigen Personen nach Rom zu kommen [4], später aber vielfach für die Ordensleute [5], während sonstige für Spezialfälle [6] oder generell ertheilte Ermächtigungen seltener vorgekommen sind [7].

Eine anderweite Verschärfung der Strafe bildete es ferner, dass während der Schuldige bei den heute als Censuren bezeichneten Strafen, also der Exkommunikation, dem Interdikt und theilweise auch bei der Suspension, nach erfolgter Besserung für die Regel ein Recht auf die Absolution von der Strafe besass, dasselbe bei der in die Hand der höchsten Instanz gelegten Relaxation der erwähnten Censuren jedenfalls thatsächlich dadurch abgeschwächt wurde [8], dass diese über dieselbe ohne jede weitere Kontrole befindet, und somit die Absolution sich faktisch in eine Begnadigung verwandeln kann.

II. Das Recht des höheren kirchlichen Organs, die Rechte des niederen wahrzunehmen. Abgesehen von den besprochenen Reservaten ist der o. S. 360 gedachte Grundsatz weiter dadurch durchbrochen worden, dass nach mittelalterlichem Recht stets das höhere, zur Verwaltung der Strafgewalt berufene kirchliche Organ die Rechte des niederen auszuüben befugt war [9]. Bei dieser Rechtslage musste die Frage hervortreten, ob, wenn das höhere Organ eine Strafe verhängt hatte, nur dieses letztere oder auch dasjenige, welches an sich zur Verhängung der Strafe zuständig gewesen wäre, das Absolutions- und Begnadigungsrecht auszuüben berech-

[1] Diese Ausnahme ist schon bei dem ersten Reservatfall der percussio clericorum gemacht, Bd. I S. 118 n. 10, und sie wird wiederholt ausdrücklich, s. z. B. c. 17 in VI de elect. I. 6; c. 5 in VI de poen. V. 9; c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6 hervorgehoben, obwohl sie sich von selbst versteht, c. 22 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11 und S. 148 n. 10. Exorbitant und vereinzelt ist der Ausschluss dieser Befugniss in der Const. Bonifacii IX: Caeca v. 1390 §. 3, bull. Taur. 4, 605: „a qua quidem excommunicationis sententia etiam in articulo mortis praesertim illi ex praedictis qui Romanam curiam sequuntur vel in loco, ubi residet ipsa Camera, morantur ab alio quam a Romano pontifice non possint absolvi". Vgl. o. S. 190 n. 5.

[2] Cölestin III. 1192, J. L. n. 16928, Migne 206, 965; Innocenz III. Potth. n. 605; Honorius III. Potth. n. 6370, Gregor IX. n. 8141; Innoc. IV. n. 11769; Clemens IV. 19297. 19536; Nikolaus IV. 21459. 23069. 23184; Bonifaz VIII. 1296 (50 Kleriker und Laien wegen percussio clericorum) G. Schmidt, päpstl. Urkunden u. Regesten. Halle 1886 S. 24; ferner auch für Wallfahrer nach dem h. Lande, Innocenz III. Potth. n. 363 und für Kreuzfahrer, Innocenz IV. n. 25273; Urban IV. 1262, Fries, Gesch. d. österr. Minoritenprovinz Wien 1882 S. 118 oder für die Bekämpfer von heidnischen Völkern, Alexander IV. 1257 n. 16814.

[3] Ehe sich die Bd. I S. 122 in betreff der percussio clericorum gedachten Ausnahmen festgestellt hatten.

[4] Innocenz III. Potth. n. 220. 318. 605. 827; Honorius III. n. 6468. 8486; Bonifaz VIII. n. 2428.

[5] Gregor IX. Potth. n. 7934; Innocenz IV. 11920. 11980. 14433; Alexander IV. n. 15749. 16577. 16960. 17190. 17492, s. auch Innoc. IV. n. 14128. 14269; ferner für den Kanzler von Paris in Betreff der percussio clericorum verübenden Studenten Innocenz IV. n. 14696 (auf 10 Jahr).

[6] Innocenz IV. P. n. 14423. 14863; Nikolaus IV. 21460.

[7] S. oben Anm. 5 a. E.

[8] Ob auch rechtlich ist zweifelhaft. Schon c. 29 C. XVII qu. 4 (die erste Reservation) ergiebt nichts darüber, ebenso wenig findet sich bei den sonstigen Vorbehalten etwas entscheidendes in dieser Beziehung. Dass man im Allgemeinen einen rechtlichen Anspruch anerkannt hat, lässt sich wohl daraus schliessen, dass meistens von der Einholung des beneficium absolutionis oder Ertheilung desselben die Rede ist, dass also blos der höhere Obere an die Stelle des niederen treten, mithin im Übrigen nichts geändert werden sollte.

[9] S. 280.

tigt sei. Eine prinzipielle Lösung der Frage ist weder durch Gewohnheitsrecht noch durch Gesetz erfolgt, wohl aber haben die Päpste schon seit dem 11. Jahrhundert erfolgreich das Recht beansprucht, allein über die Aufhebung der von ihnen verhängten Strafen zu entscheiden [1].

III. Die päpstlichen Absolutionsprivilegien. Zu den bisher erörterten Fällen tritt seit dem 13. Jahrhundert die Ertheilung des Rechts zur Absolution von der Exkommunikation, vom Interdikt und von der Suspension, welche die Päpste kraft ihrer Privilegien-Gewalt [2] und ihrer obersten Jurisdiktion [3] sei es allgemein [4], sei es in Spezialfällen vorgenommen haben [5].

IV. Ergebniss. Die generellen Vorbehalte, welche die Päpste theils anfänglich mit ihren und mit den allgemeinen Synoden, theils später fast ausschliesslich allein gemacht haben, eben so diejenigen, welche von den Partikularsynoden normirt worden sind, waren kraft des den betreffenden kirchlichen Organen zustehenden Gesetzgebungsrechtes aufgestellt. Das zeigt sich in Bezug auf die letzteren recht deutlich darin, dass diese im 13. und 14. Jahrhundert bei dem Erlasse von Strafbestimmungen ausdrücklich den einzelnen Suffraganbischöfen für ihre Untergebenen das Recht zugesprochen haben, von den seitens der Konzilien angedrohten Strafen der Exkommunikation, der Suspension und auch des Interdikts zu absolviren [6], denn dieses Verfahren

[1] S. den S. 360 n. 5 citirten Brief Urbans II. betreffend König Philipp I. v. Frankreich (nach der mitgetheilten Stelle): „Quodsi a quibuscumque id servatur episcopis, videant fratres nostri, quemadmodum apostolicae sedis valeant acta dissolvere, cum profecto luce clarius constat, apostolicae sedis pontifici non solum episcopos et primates, sed etiam ipsos patriarchas subiectos . . . Nec eos illud credimus ignorare, quod sola nulla synodo praecedente sedes apostolica valeat suo statui restituere, quos synodus inique damnaverit, ipsius vero nemini liceat retrahere iudicia. nullam solvendi quem ligaverimus, fraternitati vestrae suppetere potestatem“, eine Ausführung, welche den Kernpunkt nicht trifft, da es sich bei der Absolution nicht um Beseitigung eines richterlichen Aktes handelt, sondern darum, ob der kirchliche Obere niederer Instanz (also der Bischof), welcher an sich die Strafe auszusprechen befugt war, lediglich deshalb, weil dies ein Höherer gethan, seine Absolutionsgewalt verliert. Indessen ist der päpstliche Anspruch zur Verwirklichung gekommen, da Philipp I. und seine Zuhälterin 1104 durch einen päpstlichen Bevollmächtigten absolvirt worden sind, Paschalis II. J. L. n. 5979, M. 21, 1015; Hefele Conc. Gesch. 5, 273. Innocenz III. ep. I. 25 (1198, Potth. n. 26, Migne 1, 20: „Licet autem superioris sententiam minor relaxare non possit“); ep. IV. 214 (1204, P. n. 2096, l. c. 2, 241: „Porro non modica sumus indignatione commoti, quod tu, frater archiepiscope (v. Nidaros) ipsum et complices eius ab excommunicationis sententia, qua fuerunt nostra auctoritate ligati, usurpando, quod tuum non erat nec ad te pertinebat, absolvere . . . minime dubitasti et ad modum simiae quae simulat actus humanos, simulasti, te velle facere quod non poteras nec de iure debebas, super quo non solum tu incidisse dignosceris in errorem, sed et ipsi qui cum ligati amplius teneantur, se falso aestimant absolutos“) behandelt das Recht des Papstes als vollkommen zweifellos und selbstverständlich.

Das Gleiche muss auch für solche Fälle gelten, in denen der Papst nicht selbst die Strafe verhängt, wohl aber die von einem anderen Oberen (z. B. einem Bischof) ausgesprochene Strafsentenz bestätigt hatte, s. z. B. Alexander IV. 1261, Schmid, Urkdbch. d. Bisth. Halberstadt 2, 241.

[2] Bd. III S. 736.

[3] S. o. S. 361.

[4] So für Ordensobere zur Absolution der neu eintretenden Mitglieder (über die frühere Zeit s. z. B. Paris 1212 o. 1213 P. II c. 15, M. 22, 830) von den gedachten Strafen, Innocenz IV. Potth. n. 12189. 15104; Alexander IV. n. 15760. 15903. 15922. 16149. 16322. 16348; Clemens IV. n. 19671; für Ordensgenerale in Bezug auf ihre Untergebenen Alexander IV. n. 15877; für die Dominikaner hinsichtlich der in muhamedanischen Ländern wohnenden Christen Gregor IX. n. 9265; für die Franziskaner in Betreff der unter den Sarazenen vorhandenen Ketzer und Schismatiker, Innocenz IV. n. 14014; für einen Abt in Betreff der Exkommunikation wegen Verletzung der Ordensstatuten n. 14929; für päpstliche Legaten in Betreff der Exkommunikation und der Suspension, Innocenz IV. n. 15318; Clemens IV. n. 17043; für Ketzerinquisitoren Alexander IV. n. 17102.

[5] Innocenz IV. 1243, P. n. 11189, Teulet layettes du trésor des chartes. Paris 1863 2, 524 (für Ludwig v. Frankreich auf Absolution von allen Exkommunikationen mit Ausnahme der auf speziellen Befehl des Papstes verhängten durch die zu Beichtvätern gewählten Geistlichen). Vgl. weiter Innocenz IV. 1251 P. n. 14219. Alexander IV. n. 15716; Clemens IV. n. 19260. 19297; Bonifaz VIII. n. 24680. 24684.

[6] Roffec-Bordeaux 1258 c. 9, M. 23, 988; Chateau-Gontier 1268 c. 7, M. 23, 1266; Rennes

erklärt sich nur aus der Anschauung, dass das Organ, welches die Strafe festsetzt und androht, auch in der Regel allein von derselben zu absolviren befugt ist[1].

In konsequenter Durchführung hätte diese Auffassung dazu führen müssen, den Päpsten, nachdem dieselben das oberste Gesetzgebungsrecht über die Kirche und damit die Herrschaft über das gemeine Recht erlangt hatten[2], allein das Absolutions- und Begnadigungsrecht hinsichtlich der auf Grund des gemeinen Rechtes verhängten Strafen zuzugestehen. Indessen haben die Päpste selbst nicht einmal einen solchen Anspruch geltend gemacht. Zunächst war für sie (mit Rücksicht auf den Grundsatz, dass dasjenige Organ, welches die fragliche Zuständigkeit zur Verhängung der Strafe besitzt, auch dieselbe wieder aufzuheben befugt ist), nach Anerkennung ihres oberstrichterlichen Rechtes namentlich über die Bischöfe[3], und vor Allem ihres Absetzungsrechtes derselben[4], in dem letzten Falle stets[5], in dem ersteren, soweit sie ihr richterliches Recht ausgeübt hatten, die alleinige Zuständigkeit zum Erlass der Strafe begründet[6]. Dazu traten dann die päpstlichen Vorbehalte[7], und endlich die Befugniss, kraft der Privilegien- und Jurisdiktionsgewalt[8] auch besondere Privilegien auf Absolution zu ertheilen. So war ihnen in dieser Beziehung ein weitgehender Einfluss gesichert. Andererseits war es aber auch praktisch unmöglich, die erwähnte Befugniss ausschliesslich in der Hand des Papstes zu konzentriren. Soweit die Absolution von der Besserung und Satisfaktion des Schuldigen abhängig war, wie bei der Exkommunikation, dem kleinen Bann, den verschiedenen Interdikten und Suspensionen, wäre dies völlig undurchführbar gewesen, und ebenso auch für einzelne dieser Strafen, falls sie blos schlechthin oder nach Befinden des kirchlichen Oberen ausgesprochen waren, also eine sich als Begnadigung darstellende Absolution in Frage kam. Eher hätte sich eine solche Beschränkung des Rechts der niederen Instanzen noch bei einer Reihe anderer Strafen, wie namentlich der privatio beneficii und der Deposition ermöglichen lassen, aber, da im Grossen und Ganzen die Natur der am häufigsten vorkommenden, der vorhin genannten Strafen einen derartigen Gedanken kaum aufkommen liess, so haben die Päpste ihn für diese Fälle, so weit hier nicht ihre Zuständigkeit schon aus den eben entwickelten Gründen in Frage kam, bei der für ihre Machtstellung unerheblichen Bedeutung nicht zu verwirklichen unternommen, und das Dekretalenrecht

1273 c. 6, M. 24, 36; Saumur 1276 c. 13, p. 166; Angers 1279 c. 5, p. 310; Saumur 1315 c. 4, M. 25, 556; Chateau-Gontier 1326 c. 69, p. 1076; Angers 1365 c. 34, M. 26, 445, wobei zum Theil ausdrücklich das: post satisfactionem congruam (s. z. Rennes cit.) hervorgehoben wird.

Abweichend hiervon einzelne Konzilien für mehrere Provinzen, so Avignon 1326 c. 69, M. 25, 774: „quod in casibus ubi dispensatio vel absolutio non reperiretur in ordinatione praesentis concilii sedi apostolicae specialiter vel aliter reservata, episcopi pro suae discretionis arbitrio iuxta negotii qualitatem et personarum conditionem provideant et dispensent: aut pro reconciliationis seu dispensationis remedio remittant culpabiles ad suum vel aliquem alium de praedictis metropolitanorum, de quo sibi magis expedire videbitur", und Apt 1365 c. 29, M. 26, 466 (fast wörtlich gleichlautend).

[1] So gewährt auch das bischöfliche Statut für die Kirche von Nevers 1246 c. 9, M. 23, 734 „ex gratia" dem Dekan oder den Hebdomadarien das Recht, nach Satisfaktion und Restitution von den darin festgesetzten Strafen der Exkommunikation, des Personalinterdikts und der Suspension zu absolviren.

[2] Bd. III S. 740.

[3] S. 288.

[4] S. 285.

[5] Vielfach auch bei Bestrafung der Erzbischöfe, S. 288 n. 3 u. n. 6, sowie der Patriarchen, Innocenz III. 1190, Potth. n. 512, Migne 1, 464.

[6] S. o. S. 369.

[7] S. o. S. 361 ff.

[8] S. 370.

hat das Absolutions- und Begnadigungsrecht der lokalen Kirchenoberen, vor Allem der Bischöfe, soweit nicht nach der vorstehenden Darlegung Ausnahmen eingetreten waren, anerkannt[1].

V. Die örtliche Zuständigkeit zur Aufhebung der Strafe, insbesondere der Absolution. Der für die sachliche Zuständigkeit geltende Grundsatz, dass dasjenige Organ, welches zur Verhängung der Strafe befugt ist, auch das Recht zur Aufhebung besitzt, hat von den frühesten Zeiten an ebenfalls für die örtliche Zuständigkeit zu der letzteren gegolten[2]. Für die Regel steht also dem Bischof, welcher auf Grund örtlicher Zuständigkeit die Strafe ausgesprochen hat[3], die Wiederaufhebung derselben, namentlich die Absolution von den s. g. Censuren zu; falls er seine Jurisdiktion verloren hat, seinem Nachfolger[4], während der Erledigung des bischöflichen Stuhles für die hier fragliche Zeit dem Kapitel[5], endlich dem Erzbischof, aber nur sofern die Angelegenheit durch Appellation an ihn gelangt ist[6].

Mit Rücksicht auf die seit dem 12. Jahrhundert häufiger gewordene Verwendung der poenae latae sententiae wurde nunmehr auch die Frage praktisch, welcher kirchliche Obere zur Aufhebung derartiger Strafen, namentlich zur Absolution von denselben berechtigt sein sollte. Man konnte hierbei von der Anschauung aus, dass dasjenige Organ, welches die Strafe androht, dieselbe auch wieder aufzuheben habe[7], diesem die Zuständigkeit beilegen oder auch die sich von selbst realisirende poena l. s. der durch Richterspruch verhängten gleichstellen, also dem örtlich zuständigen Ordinarius, das Recht zur Beseitigung zusprechen. Die Durchführung des erstgedachten Prinzipes musste erhebliche praktische Schwierigkeiten bieten, inbesondere bei den häufig vorkommenden Strafen, wie der Exkommunikation und den Suspensionen, die Absolution erheblich erschweren. Daher hat die Praxis, in welcher bei dem Überwiegen der poenae ferendae sententiae die Absolution durch den Ordinarius ohnehin die Regel war, den letzten Weg unter Billigung Innocenz' III.[8] eingeschlagen, und durch die Aufnahme der betreffenden Stelle in die Dekretalensammlung hat der Grundsatz, dass von den poenae l. s. der Ordinarius, also für die Regel der Bischof, die Absolu-

[1] c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1, wo bei den schweren Verbrechen nicht dem Bischof das Begnadigungsrecht, als solches genommen, sondern seine Ausübung überhaupt für unstatthaft erklärt wird, c. 1 (Alex. III.) X de ordin. ab episc. I. 13; c. 2 (Gregor. IX.) X eod. Wenn daher c. 12 (Lateran. IV.) X de poen. V. 37 die Descenten der die Rechte der Kirche beeinträchtigenden Patrone, Vögte u. s. w. bis zum 4. Grade für unfähig zum Erwerbe von Kirchenämtern erklärt, „nisi cum eis fuerit misericorditer dispensatum", so hat der zuständige Kirchenobere (namentlich der Bischof) die Begnadigung zu ertheilen.

[2] can. apost. c. 33; Eliber. 305 u. 306 c. 53; Arles 314 c. 16; c. 2 (Antioch. 341 c. 6) C. XI qu. 3; c. 21 (Coelest. III.) §. 2 de off. iud. deleg. I. 29.

[3] S. die vor. Anm. und oben S. 334.

[4] c. 40 (Epaon 517 c. 28) C. XI qu. 3.

[5] c. un. (Bonif. VIII.) in VI de M. et O. I. 17, s. Bd. II S. 233.

[6] c. 2 (Alex. III.) Comp. I lib. I. 23; c. 8 (Innoc. III.) X de off. iud. ord. I. 31; c. 5 (Innoc. IV.) 7 (id.) in VI de sent. exc. V. 11, doch ist auch in solchen Fällen der niedere Richter befugt, den Appellanten, weil die Appellation ihm nicht zum Nachtheil gereichen soll, noch zu absolviren, c. 40 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39, s. auch c. 15 (Bonifaz VIII.) in VI de appell. II. 15; vgl. auch Kober Kirchenbann 2 A. S. 457 ff. Immer kann aber der höhere Richter die Aufhebung der Exkommunikation dem niederen überlassen, hat sie indessen bei Weigerung des letzteren selbst vorzunehmen, c. 8 X cit. I. 31; c. 40 X cit. V. 39.

[7] S. 370.

[8] c. 29 (v. 1199) X de sent. exc. V. 29: „In secundo vero casu a suo episcopo vel a proprio sacerdote poterit absolutionis beneficium obtinere. Quamvis enim et tunc non iudicis, sed iuris sententia excommunicate communicans sit ligatus, quia tamen conditor canonis eius absolutionem sibi specialiter non retinuit, eo ipso concessisse videtur facultatem aliis relaxandi".

tion zu ertheilen habe[1], gemeinrechtliche Geltung erlangt[2].

In Betreff der General-Exkommunikationen, deren Aufstellung ein Ausfluss der richterlichen Gewalt bildet[3], fehlt es in der gedachten Hinsicht an einer allgemeinen Vorschrift. Soweit sie von den Bischöfen ausgesprochen waren, kam die o. S. 372 gedachte Regel zur Anwendung. Im übrigen sind gerade bei solchen Exkommunikationen Reservationen in Betreff der Absolution vorgekommen[4], und was die von den Partikularsynoden verhängten betraf, so erhielten diese, weil sie ständig blieben, dieselbe Natur, wie die poenae l. s.[5].

Die gedachten Vorschriften über die Zuständigkeit zur Absolution cessiren aber im Falle der Todesgefahr oder wenn ein sonstiges ausreichendes Hinderniss vorliegt, den zuständigen Oberen anzugehen. Im ersteren kann auch die Absolution bei jedem Priester und in den anderen bei einem jeden mit der iurisdictio externa ausgestatteten Kirchenbeamten unter eidlicher Verpflichtung, sich dem zuständigen Kirchenoberen zu gestellen und dessen weiteren Anordnungen Folge zu leisten[6], nachgesucht werden.

Endlich haben im 13. und 14. Jahrhundert durch einzelne Partikularsynoden für gewisse Fälle Erweiterungen der Kompetenz zur Absolution entweder zu Gunsten aller Bischöfe einer Provinz[7] oder zu Gunsten des Erzbischofs neben dem zuständigen Bischof in Betreff aller Einwohner der ersteren oder der Diöcese des letzteren stattgefunden[8].

§. 286. *i. Die Stellung des Staates gegenüber der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.*

I. Die karolingische Zeit. Mit der Begründung eines neuen Staatskirchenthums unter den Karolingern[9], musste naturgemäss auch die Stellung des fränki-

[1] c. 29 X cit. V. 39 stellt dem „episcopus suus“ auch den sacerdos proprius an die Seite. Die übliche Erklärung dafür ist die, dass es sich dabei blos um eine Lossprechung für das forum internum handle, so Kober a. a. O. S. 471. Innocenz III. macht indessen diesen Unterschied nicht, aber da die Anfrage lautet: „absolvi ab excommunicatione possint per confessionem a simplici sacerdote vel episcopi absolutio sit expetenda“, so ist dem Priester nur das Recht für den Fall, dass ihm die strafbare Handlung durch die Beichte zur Kenntniss gelangt, also dass sie nicht sonst bekannt geworden ist, beigelegt. Dann gilt sie allerdings nach Innocenz auch für das forum externum, weil man in dieser Zeit auch sonst bei der absolutio in articulo mortis nur im Falle der Genesung Gestellung vor dem kirchlichen Jurisdiktionsoberen, nicht aber eine besondere absolutio pro foro externo verlangt hat, s. o. S. 149 n. 1 u. S. 366 n. 7.

[2] Allerdings handelt c. 29 X cit. nur von der excommunicatio minor l. s., aber die Ausdehnung auf andere Strafen, namentlich die maior, ist schon von c. un. in VI de M. et O. I. 17 gemacht.

[3] S. 139.

[4] So in der Bulle: In coena domini, s. S. 365.

[5] S. 139.

[6] c. 29 X cit. V. 29; c. 22 in VI cit. V. 11; s. auch S. 148 n. 10.

[7] Tarragona 1253, M. 23, 806 (wiederholt Tarragona 1329 c. 27, M. 25, 847), nach welchen der Erzbischof und jeder Bischof der Provinz alle Einwohner derselben, gleichviel welcher Diöcese sie angehören, von der wegen Verletzung kirchlicher Personen und kirchlicher Güter eingetretenen Exkommunikation zu absolviren berechtigt ist.

[8] L'Isle 1251 c. 3, M. 23, 796, nach welchem der Erzbischof neben dem Diöcesanbischof von der Exkommunikation wegen Okkupation und Konfiskation der Güter von etwaigen unter bischöflicher Jurisdiktion stehenden Ketzern, und Leg. K. Würzburg 1287 c. 4, M. 24, 852, wonach derselbe in gleichem Umfang die wegen Betheiligung an Turnieren ipso facto in die Exkommunikation verfallenen Kleriker der höheren Weihen absolviren darf.

[9] Bd. III S. 705 u. P. Hinschius bei Marquardsen Hdbch. d. öffentl. Rechts. Freiburg 1883 S. 194.

schen Staates und Königthums gegenüber der kirchlichen Straf- und Disciplinargewalt eine andere als unter den Merovingern werden.

Zunächst übten nunmehr die Könige, sei es allein, sei es mit den Reichssynoden, wie sie überhaupt die Gesetzgebung in Kirchensachen in die Hand genommen hatten [1], auch dieselbe in Betreff des kirchlichen Strafrechts aus [2].

Insbesondere werden jetzt im Gegensatz zu der merovingischen Zeit, in welcher ausser der Sonntags- und Festtags-Entheiligung [3] blos die Schliessung incestuoser Ehen [4] und die Eheeingehung mit gottgeweihten Jungfrauen [5] zugleich mit weltlichen Strafen belegt waren, unter Erweiterung der betreffenden Strafvorschriften [6] auch einzelne andere kirchliche Vergehen durch Androhung derartiger Strafen, wie das Verharren im Heidenthum [7], die Übung heidnischer Gebräuche [8], die Zauberei [9], die

[1] Bd. III S. 702. 706.

[2] S. z. B. Verbot der Aufnahme von nicht nah verwandten Frauen in die Haushaltung der Geistlichen, cap. missor. gen. 804 c. 24, B. 1, 94 (Absetzung bei Priestern und Diakonen „et hereditatem privetur usque ad nostram praesentiam". d. h. provisorische Frohnung des Vermögens bis zur königlichen Entscheidung); cap. Olonn. eccl. II. 825 c. 5, B. 1, 228 (Absetzung), wogegen nach Pippin. Ital. reg. cap. 800—810? c. 1. 2, B. 1, 207 der einfache Königsbann, bez. der doppelte Königsbann angedroht und der Synode die kirchlicheBestrafung vorbehalten wird; Bestrafung hartnäckiger Zehntverweigerung mit dem grossen Bann, cap. de reb. eccl. 787/803 c. 3, B. 1, 186, cap. Mantuan. II. 787 c. 8, B. 1, 197; Incest Pippin. cap. 754. 755 c. 1. 2, B. 1, 31 (Exkommunikation bei Laien, Absetzung bei Geistlichen der höheren, Prügelstrafe oder Gefängniss bei denen der niederen Weihen); Vermer. 758/768? c. 4, B. 1, 40 (Absetzung für den Priester, welcher Frauen den Schleier zwangsweise aufdringt); Verwandtenmord und Heirath nach Tödtung oder böslichem Verlassen der Frau, cap. Worm. pro lege hab. 829 c. 2. 3, B. Kr. 2, 18 (öffentliche Busse nach Anordnung des Bischofs), s. auch die folgenden Anmerkgen.

[3] In Betreff dieser ist es lediglich bei den früheren Bestimmungen geblieben, da die karolingische Gesetzgebung dafür ihrerseits keine weltlichen Strafen angedroht hat, Bd. IV S. 291. 846.

[4] Bd. IV. S. 846.

[5] Chlotar. II ed. 614 c. 18, B. 1, 23: „De puellas et viduas relegiosas aut sanctaemuniales qui se deo voverant, tam que in proprios domus resedent, quam qui in monastyria posete sunt, nullus nec per praeceptum nostrum conpetat nec trahere nec sibi in coniugio sociare paenitus praesumat . . . Et si quicumque aut per virtute aut per quolibet ordine ipsas detrahere aut sibi in coniugium praesumpserit sociare, capitale sententia feriatur. Et si in ecclesia coniugium fecerit et illa rapta aut rapienda in hoc consentire videbitur, sequestrati ab invicem in exilio deportentur et facultas ipsorum propinquis heredibus societur".

[6] Schon die lex Alamannorum 39 und die lex Baiuw. VII. 2. 3 erweitern das Eheverbot bis zu den Geschwisterkindern und bestrafen die incestuosen Ehen mit Vermögenskonfiskation, bei minores mit Verknechtung als servus fiscalis, während die ältere lex Ribuar. 69, 2, welche den Incest nicht näher definirt, denselben mit Verbannung und Vermögenskonfiskation bedroht. Pippin. cap. 754 c. 1 cit.: „Si homo incestum commiserit de istis causis, de deo sacrata aut commatre sua aut cum matrina sua spiritali de fonte et confirmatione episcopi aut cum matre et filia aut cum duabus sororibus aut cum fratris filia aut sororis filia aut nepta aut consobrina atque sobrina aut cum amita vel matertera de istis capitulis pecuniam suam perdat, si habet: et si emendare se noluerit, nullus eum recipiat nec cibum ei donet. . . . Et si pecuniam non habet, si liber est, mittatur in carcere usque ad satisfactionem. Si servus aut libertus est, vapuletur plagis multis, et si dominus suus permiserit eum amplius in tale scelus cadere, ipsos LX solidos domno rege componat", dehnt das Verbot unter Einbeziehung der gottgeweihten Jungfrauen aber andererseits unter Milderung der Strafe auf Vermögenskonfiskation und Metebann (Brunner, Ztsch. d. Savignystiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abth. 11, 71. 89) auch auf die geistliche Verwandtschaft aus. Vgl. ferner Cap. Haristal. long. 779 c. 5, B. 1, 48; cap. de part. Saxon. 775—790 c. 20, B. 1, 69; lex Frision. add. sap. III. 78; Missor. cap. 857 c. 5, LL. 1, 455. Dass cap. miss. gen. 802 c. 33, B. 1, 97 die Bestrafung wieder allein dem kirchlichen Gericht überwiesen habe, so Schröder, deutsche Rechtsgesch. S. 339 n. 50, ist nicht richtig, denn es handelt sich hier lediglich um Erzwingung der kirchlichen Strafe, und eine Instruktion für die Missi kann nicht ohne Weiteres als ein früheren Kapitularien derogirendes Gesetz betrachtet werden, s. auch c. 38 ibid., wonach daneben der Königsbann verwirkt ist, vgl. ferner S. 375 n. 10. Die Provinzialsynode v. Troslé 909 c. 8, M. 18, 288, welche ihre Strafbestimmungen auf das römische Recht (C. Th. III. 12) gründet, gehört nicht hierher.

[7] So für die Sachsen mit Todesstrafe, cap. de part. Sax. cit. c. 8, B. 1, 68.

[8] Cap. Karlm. Lift. 743 c. 4, B. 1, 28 (15 solidi); cap. miss. 802 c. 40, B. 1, 194. Todesstrafe setzt für die Sachsen auf die Vornahme bestimmter heidnischer Gebräuche cap. Sax. cit. c. 4. 6. 7. 9.

[9] Cap. missor. 802 c. 40 cit.; cap. 806—813

hartnäckige Verweigerung von Zehnten [1], die eigenmächtige Ein- und Absetzung von Geistlichen durch die Grundherren [2]; die Bedrückung der Geistlichen mit Abgaben [3], die Wiederzurücknahme der an die Kirche geschenkten Oblationen [4], ja auch die Verletzung derjenigen, welche in dem besonderen Schutze des Papstes stehen [5], zugleich als weltliche Vergehen charakterisirt, ferner für einzelne Disciplinarvergehen der Geistlichen weltliche Strafen festgesetzt [6], ja sogar auch rein kirchliche Strafen für weltliche Vergehen angedroht [7]. Wie auf diesem Wege durch Ausübung des königlichen Amtsrechtes [8] in Anhalt an die Forderungen der Kirche die Herrschaft der privatrechtlichen Auffassung des Strafrechtes eingeengt wurde, so geschah dies auch weiter dadurch, dass bei den Vergehen, welche nach germanischer Auffassung nicht mit öffentlicher Strafe bedroht waren, die kirchlicherseits zunächst an Stelle der Exkommunikation getretene Zwangsbusse [9] ebenfalls kraft königlichen Amtsrechtes durch die aus demselben herfliessende Strafgewalt [10], freilich wesentlich auf Anregung der

c. 1, B. 1, 142; cap. Aquisgr. I. 809 c. 21 u. cap. missor. 809 c. 21, p. 149. 150 (hier für die Annahme und Weitergebung des Chrismas zu solchen Zwecken Handverlust).

[1] Cap. de reb. eccles. 787/803 cit. c. 3. 4 (Steigerung von 15 sol., Königsbann, endlich Exil- und Vermögenskonfiskation).

[2] Cap. Wormat. 829 c. 1, B. 2, 13 (nach Befinden des Königs Königsbann oder Harmschaar, s. S. 109 n. 4); Missor. cap. 857 c. 1, LL. 1, 154 (Königsbann).

[3] Cap. Franc. c. 4, B. 1, 333 (Strafe nach Befinden des Königs).

[4] Cap. miss. gen. 802 c. 15, B. 1, 94 (Königsbann).

[5] Hlothar. I. const. Romana c. 1, B. 1, 323: „ut omnes qui sub speciali defensione domni apostolici seu nostra fuerint suscepti impetrata inviolabiliter iusta utantur defensione: quod si quis in quorumque hoc contemptive violare praesumpserit, sciat se periculum vitae suae subiacere".

[6] So für das Nichterscheinen der Geistlichen auf den Synoden der Königsbann, Pipp. cap. 754. 755 c. 3, B. 1, 31, für Weggabe des Chrismas zur Zauberei bei niederen Klerikern disciplina corporalis et carcer cap. a. 806—818 c. 1 cit. Wegen der Haushälterinnen der Geistlichen s. S. 374 n. 2.

[7] So die Absetzung für Bischöfe und Äbte, welche die Verwerfung guter Denare nicht hindern, cap. missor. Aquisgr. II. 809 c. 7, B. 1, 152 (ed. Pist. 864 c. 9, LL. 1, 490), ferner wird wenigstens Bestrafung: „sinodali vel (= et) imperiali sententia" für Geistliche, welche Laien zu Schenkungen zur Exhäredation ihrer Kinder, und für Kanoniker und Mönche, welche solche behufs Erlangung ihres Vermögens zum Eintritt in die Stifter und Klöster bereden, cap. eccles. 818. 819 c. 8. 9, B. 1, 277, für Fälschung von Maassen neben der weltlichen Strafe Bestrafung durch den Bischof, ed. Pistens. 864 c. 20, LL. 1, 491, angeordnet.

Wenn schon die lex Alamann. I. 2, ed. Lehmann p. 65, die Verletzung von Schenkungen an die Kirche mit der Exkommunikation belegt, so will sie damit wohl nur auf eine bereits in den älteren Kanonen, Bd. IV S. 831 n. 3; Merkel LL. 3, 84 n. 2 u. 270 n. 10 enthaltene Strafbestimmung hinweisen. Dafür spricht, dass auch in den Schenkungsformularen verschiedener Formelsammlungen Ausgangs der merovingischen und Anfangs der karolingischen Zeit, form. Andecav. 46, Marculf. II. 1. 3. 4, form. extrav. I. 18, Merkel 13, Lindenbrog. 1. 2 u. add. 2, ed. Zeumer p. 20. 73. 76. 544. 296. 267. 268. 283 (auch schon in einer dem 7. Jahrh. angehörigen westgothischen Formel 7, l. c. p. 578), sowie in Schenkungsurkunden, Urk. v. 690, Pardessus, diplomata, chartae etc. Lutet. Paris. 1843. 2 n. 460, und in den Urkunden des 8. Jahrh. bei Wartmann, Urkdbch. d. Abtei S. Gallen. Zürich und S. Gallen. 1863 n. 4. 7. 9. 22. 26. 81 (vgl. auch R. Löning, d. Vertragsbruch. Strassburg 1876. S. 1, 558; Brunner in d. Bd. IV S. 290 n. 3 angeführten Abhdlg. S. 152), ja auch, freilich seltener in Formularen zu Freilassungen form. Merkel 13 u. form. extrav. I. 18, ed. Zeumer p. 246. 544, und zu Testamenten, coll. Flav. 8, l. c. p. 477 (s. dazu Agde 506 c. 29 in c. 7 Dist. LXXXVII u. c. 4 in c. 11 C. XIII qu. 2) eine solche Androhung der Exkommunikation vorkommt, und Privatpersonen nicht derartige Strafen wirksam festsetzen, sondern nur auf die betreffenden Vorschriften der Kanones Bezug nehmen konnten. Nicht hierher gehört die Urk. bei Lacomblet, Urkdbch. f. d. Geschichte des Niederrheins 1, 34 n. 69 v. 874, denn die umfassende Verfluchungsformel ist zu ihrer Bestätigung von der Kölner Synode hinzugefügt.

[8] Dies ergiebt sich daraus, dass die betreffenden weltlichen Strafen nicht in den capitulis legibus addendis festgesetzt und ihrem Charakter nach Strafen des königlichen Amtsrechts, vgl. darüber Schröder a. a. O. S. 341, sind.

[9] S. o. S. 85 ff.

[10] So beim Incest cap. missor. gen. 802 c. 33. 38, B. 1, 97. 98 durch Einsperrung und Frohnung des Vermögens bis zu königlicher Entscheidung, bei der Tödtung und beim Verwandtenmord, ibid. c. 32. 37, nach dem cap. pro lege hab. Wormat. 829 c. 1, B. 2, 18 daneben noch Vermögenskonfiskation gegen den Thäter; ferner allgemein cap. Olonn. eccl. I. 825 c. 1, B. 1, 326: „ut si pro quibuslibet culpis atque criminibus quaecumque persona totiens fuerit correpta, ut etiam excommunicatione episcopali pro contemptu dignus habeatur, comitem suum episcopus

Kirche[1] erzwungen, und bei Nichtbeachtung der im äussersten Fall verhängten Exkommunikation[2] auch wieder mit den Strafmitteln des Königsrechts eingeschritten wurde[3].

Endlich ist es eine weitere Konsequenz der Stellung des Staates und der Herrscher zur Kirche, dass die staatliche Unterstützung der kirchlichen Organe bei der Handhabung ihrer Strafgewalt über die Laien[4] und über Geistliche[5] im umfassenden Maasse vorgeschrieben, und die Hinderung der Ausübung dieser Gewalt ebenfalls mit arbiträrer Bestrafung durch den König bedroht wird[6].

sibi consociet, et per amborum consensum huiuscemodi distringatur contemptor, ut iussionibus episcopi sui oboediens existat; si vero assensum non dederit, bannum nostrum persolvat. Quodsi adhuc contumax perstiterit, tunc ab episcopo excommunicetur. Si vero excommunicatus corrigi nequiverit, a comite vinculis constringatur, quousque nostrum is contemptor suscipiat iudicium"; bei der Heirath nach Tödtung oder böslichen Verlassung der Frau, cap. pro lege hab. Wormat. 829 c. 3, B. 2, 18: „Quicumque propria uxore derelicta vel sine culpa interfecta aliam duxerit uxorem, armis depositis publicam agat poenitentiam et si contumax fuerit, conprehendatur a comite et ferro vinciatur et in custodia mittitur, donec res ad notitiam nostram deducatur", und wieder allgemein Carol. II. syn. Suesson. 853 c. 11, LL. 1, 418, M. 14, 982: „Obtentum est etiam a devotissimo principe, ut incesti et quilibet alii perditi, examen episcoporum refugientes per iudices publicos ad nostram presentiam deducantur, ne ulterius illecebram peccandi nutriat impunitas vitiorum"; conv. Confluent. 860 c. 6, B. 2, 155 und syn. Pist. 862 c. 3, s. S. 88 n. 2.

[1] Darauf gerichtete Bitten an die Könige schon in der Synode v. Tours 813 c. 41, M. 14, 89, vgl. ferner die S. 88 n. 2 citirten Stellen, Langres 859 c. 16, Toul 860 c. 3, M. 15, 540. 595. Diese wiederholten Anträge ergeben allerdings, dass die weltlichen Beamten, namentlich die Grafen vielfach nicht eingeschritten sind. Mag dies auch theils aus Nachlässigkeit theils mit Rücksicht auf die mächtige Stellung manches Schuldigen unterblieben sein, so sind doch andererseits dabei wohl auch die germanischen Rechtsanschauungen von Einfluss gewesen, vgl. Valence 855 c. 11, 12, M. 15, 9, welches diejenigen, welche prozessualische Eide nach dem Schwure des Gegners geleistet und jemanden im gerichtlichen Zweikampf getödtet haben, der Busse unterwirft und die Beseitigung der betreffenden Prozesseinrichtungen durch die weltliche Gewalt verlangt.

[2] S. o. S. 87. 88.

[3] Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35: „. . . Quodsi aliquis ista omnia (die Vorschriften über die Exkommunikation) contempserit et episcopus hoc minime emendare potuerit, regis iudicio exilio condamnetur"; cap. Olonn. eccl. I. 825 c. 1, S. 375 n. 10. Dass auch diese Anordnungen später ebenfalls nicht mehr beachtet sind, zeigt die Forderung der Bischöfe Carol. II. cap. Vern. palat. 844 c. 6, LL. 1, 385, und die Erneuerung derselben durch Arnulf Tribur 895 c. 3, M. 18, 135: „praecipimus et auctoritate nostra iniungimus omnibus regni nostri comitibus, postquam ab episcopis anathemate excommunicationis percelluntur, ut ab ipsis comprehendantur et ante nos perferantur: ut qui divina iudicia non verentur, humana sententia feriantur. . . . Si enim tam rebelles extiterint, ut comprehendentibus repugnare studuerint et in tali temeritate interfecti fuerint, iudicio episcoporum interfectoribus nulla imponatur poenitentia et praecepto nostro weregeldi nulla ab eis extorqueatur compositio".

Zugleich ergiebt sich hieraus, dass der Exkommunikation als solcher noch keine bürgerlichen Wirkungen beiwohnten.

[4] Schon nach Carlm. cap. 742 c. 5, B. 1, 25 soll der Graf „qui defensor ecclesiae est", den Bischof bei der Abstellung der heidnischen Gebräuche unterstützen (wiederholt Carl. cap. I. 769 c. 6, B. 1, 45), nach cap. Longobard. 780—790, B. 1, 189 bei „homicidiis, periuriis, sacrilegiis et falsis testimoniis et hoc quod nefandum aut contrarium ss. canonibus videtur"; nach syn. Francof. 794 c. 6, B. 1, 74 tritt, wenn das bischöfliche und das Metropolitangericht mit der Ausübung seiner Strafgewalt trotz der Anwesenheit der Grafen nicht zum Ziel gelangt, der König ein. Zu Mersen 851 c. 5, B. 1, 73 treffen die Könige Vereinbarung über die Auslieferung schuldiger Verbrecher, welche sich, um der bischöflichen Bestrafung zu entgehen, in ein anderes Theilreich begeben. (Eine ähnliche Festsetzung auch conv. ap. Sapon. 862 c. 5, B. 2, 160.) Ja, Carol. II. cap. Pap. 876 c. 6, B. 2, 101: „Sed adiutor, si oportuerit, invitatus a pontifice quisque ecclesiae filius existat, ut liceat eis criminalia scelera et alia quaeque corrigenda inquirere, discutere et diiudicare canonice. Quod qui temerare proterve praesumpserit, triplicem legem et triplicem bannum nostrum exsolvat" verpflichtet jeden Laien bei Geldstrafe auf Aufforderung dem Bischof bei der Verwaltung der Strafgerichtsbarkeit behülflich zu sein.

[5] syn. Francof. c. 6 cit. (s. vor. Anm.); cap. missor. gen. 802 c. 15, B. 1, 94 (Mönche, welche durch die Strafgewalt des Bischofs und Erzbischofs nicht gezügelt werden können, sollen vor den König gebracht werden); ferner fordert die Reformsynode zu Paris 829 I. c. 37, M. 14, 562 die Bestrafung von Äbten wegen Ungehorsams gegen ihre Bischöfe „synodali iudicio aut certe principali auctoritate interveniente honore praelationis priventur".

[6] Carol. II. syn. Suesson. 853 (s. Bd. III S. 551 n. 3) c. 10: „Illud . . . confirmatum est, qui disciplina ecclesiastica noxii, sive ingenui sive servi coercentur, nulli audeant eos tueri, et vin-

II. Die Zeit vom Ausgang des 9. Jahrhunderts bis zum 14. Jahrhundert. Wenn das karolingische Königthum, unter welchem die Gestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat hinsichtlich der kirchlichen Straf- und Disziplinargewalt eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Verhältniss, wie es sich früher im Westgothenreich entwickelt hatte, aufweist[1], die Handhabung der kirchlichen Strafgewalt wesentlich zugleich im staatlichen Interesse zur Zurückdrängung der das germanische Strafrecht beherrschenden privatrechtlichen Auffassung im umfassenden Maasse unterstützt hatte, so tritt im Laufe der hier zu besprechenden Zeit gerade diese Konsequenz der in dem karolingischen Staatskirchenthum verkörperten Einheit von Staat und Kirche in der Weise hervor, dass die letztere die ihr bis dahin freiwillig geleistete Unterstützung von dem Staat nunmehr als ihr Recht fordert, ohne ihrerseits dabei auf die staatlichen Interessen Rücksicht zu nehmen.

Es hängt dies damit zusammen, dass das deutsche Kaiserthum, nachdem es schon zur Zeit seiner Wiederaufrichtung nicht mehr in der Lage war, die Verhältnisse des Reiches durch eine zielbewusste einheitliche allgemeine Gesetzgebung zu regeln, und in kirchlichen Dingen nur im Einverständniss mit den Bischöfen und Päpsten gehandelt hatte[2], im Verlaufe des 11. Jahrhunderts die massgebende Leitung über die Kirche an das Papstthum abtreten muss, und dass das letztere in Folge der immer mehr Verbreitung findenden hierokratischen Lehre von der Einheit von Staat und Kirche, nach welcher der geistlichen Gewalt die Souveränität über die weltliche zukommt, die Anschauung zur Geltung bringt, dass der Kaiser und die übrigen weltlichen Mächte lediglich eine den kirchlichen Interessen dienende Stellung einzunehmen haben[3].

1. Die Unterstützung der kirchlichen Strafgewalt durch die weltlichen Gewalten. Im 10. und 11. Jahrhundert finden sich allerdings noch einzelne kaiserliche Anordnungen, welche für weltliche Vergehen[4], ja sogar auch für kirchliche Disziplinarvergehen kirchliche Strafen androhen[5], aber diese weisen theils nur die Erneuerung älterer, schon in karolingischer Zeit ergangener Vorschriften auf[6], theils sind sie unter Mitwirkung der Geistlichkeit auf den Synoden erlassen[7].

dictam eorum in quoslibet ad potestatem episcoporum pertinentium retorquere. Quod si qui deinceps praesumpserint et excommunicationem ecclesiasticam et motum indignationis regiae perpessuros". Das Cap. Pippin. Ital. reg. 782/86, B. 1, 191, räumt sogar dem Grafen eine Aufsicht darüber ein, ob der Bischof die Priester und Kleriker seiner Kirche zur kanonischen Lebensweise anhält und giebt ihm im Fall von Nachlässigkeit des Bischofs ein Recht zum Einschreiten.

[1] Bd. IV S. 487.

[2] Ohne welche auch keine kirchlichen Gesetze erlassen werden, Bd. III S. 723.

[3] Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht 3, 519 ff.

[4] Constit. Francof. Ottos I 951, LL. 2, 26: „ut qui rapiant eas (virgines et viduae) sub nomine simul habitandi, cooperantes et conniventes raptoribus, si quidem clerici sunt, decidant a gradu proprio, si vero laici anathematizentur; et raptores sine spe coniugii perpetuo maneant. Quod si post haec iungere se praesumpserint, utrique anathematizentur"; Heinr. II. leges 1019 c. 2, LL. 2, 38 u. 4, 582, wonach der Verwandtenmord mit Konfiskation des Vermögens bedroht wird, und „ipse (interfector) vero ordinante episcopo publica poenitentia subdetur".

[5] Otto III. const. auf der Synode v. Pavia 998, LL. 2, 37; M. 19, 234, betr. das Verbot der Veräusserung von Kirchengütern: „et sit ei anathema maranatha, nisi resipiscat, ab omnibus episcopis qui huic imperii nostri edicto subscripserunt vel assensum praebuerunt vel praebituri (so richtg statt: praesbyteri) sunt"; Heinrich III. Pavia 1046, betr. die simonistische Erwerbung von Weihen oder kirchlichen Ämtern, s. Bd. III S. 724 n. 6.

[6] Wegen der Const. Ottos I. 951 s. Bd. III S. 724 n. 6. Auch Heinr. II. c. 2 cit. (s. Anm. 4) ist nur eine etwas erweiterte Wiederholung von Hludow. I. cap. pro lege hab. Wormat. 829 c. 2, Bor. Krause 2, 18.

[7] Die für andere Länder, so Frankreich und Spanien vorkommenden königlichen Privilegien und Schenkungsurkunden, in denen für die Verletzung derselben die Exkommunikation angedroht wird, s. die v. 1008 u. 1023, M. 19, 296. 411, sind ebenfalls unter Mitwirkung von Synoden, später auch, so für England 1065

Im übrigen sichert die weltliche Gewalt dagegen nur durch die Androhung weltlicher Strafen entweder allgemeine kirchliche Anordnungen[1] und Einrichtungen[2] oder die der Kirche speziell gewährten Rechte[3].

In ersterer Beziehung kommt vor Allem in Betracht, dass im Verlaufe dieser Zeit dem kirchlichen Verbrechen der Ketzerei[4] von Neuem, wie früher im römischen und westgothischen Reich[5], durch Bedrohung mit weltlichen Strafen der Charakter eines bürgerlichen Vergehens, welchen dieselbe während der merovingischen[6] und karolingischen Zeit[7] verloren hatte, beigelegt worden ist[8].

So weit sich übersehen lässt, ist zuerst im 11. Jahrhundert seitens der königlichen Gewalt in Frankreich[9] und demnächst auch in Deutschland[10] gegen die

(Eduard der Bekenner l. c. p. 1050. 1055) unter der einzelner Päpste (Leos IX. bez. Nikolaus' II.) ergangen. Dass es sich dabei nicht um ein den Königen zustehendes Recht zur Bestrafung durch Exkommunikation gehandelt, sondern diese letztere ihren Rechtsgrund in der geistlichen Gewalt gefunden hat, zeigen eine Reihe anderer derartiger unter Mitwirkung von Synoden und Bischöfen ausgestellter Urkunden bei M. 19, 831 (1024, Graf v. Barcelona), 20, 938 (1096, Graf v. Toulouse), M. 21, 113 (1114 Archidiakon v. Arras), und einzelne, so die sizilische v. 1091 bei Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887 p. 190 n. 6, worin bestimmte Bischöfe um die Exkommunicirung der Verletzer der der Kirche geschenkten Güter gebeten werden. Wenn daher in Urkunden weltlicher Grossen im 11. u. 12. Jahrhundert schlechthin Censuren, namentlich die Exkommunikation angedroht werden, s. Scaduto l. c., so ist damit nur dasselbe gemeint, und es gilt auch für diese das S. 375 n. 7 a. E. Bemerkte.

1 Die von Heinrich II. erlassenen Strafvorschriften gegen den Konkubinat der Geistlichen zur Durchführung der Vorschriften der Synode v. Pavia 1022, LL. 2, 561, s. Bd. III S. 566 u. auch S. 564 n. 1; ferner die const. Heinrici III. 1054 de illicitis coniugiis für Italien, welche unter Bestätigung der Festsetzungen der canones und der früheren weltlichen Gesetze verbietet, LL. 2, 42, u. 4, 585, dass Jemand die Wittwe oder die Braut seines Verwandten heirathet und den Zuwiderhandelnden einschliesslich der aus solchen Ehen geborenen Kinder Verlust des Vermögens zur Hälfte an den Fiskus, zur Hälfte an die erbberechtigten Verwandten androht, s. auch Steindorff, Heinrich III. 2, 261. 262.

2 So z. B. das const. Romana c. 1, S. 375 n. 5, wiederholende Privil. Ottos I. für die röm. Kirche 962, Sickel. Innsbruck 1883. S. 181: „(§. 17) ut qui semel sub speciali defensione domni apostolici sive nostra fuerint suscepti, impetrata iuste utantur defensione. Quod si quemquam illorum qui hoc promeruerint, violare presumpserit, sciat se periculum vitae suae esse incursurum".

3 Bestätigung einer Kirchenstiftung durch König Philipp I. v. Frankreich 1078, M. 20, 502 (der Verletzer „regiae majestatis reus iudicetur").

4 Bd. IV S. 694. 746.

5 Bd. IV S. 791. 847.

6 Bd. IV S. 844; Havet, l'hérésie et le bras séculier au moyen age jusqu'au treizieme siècle in bibliothèque de l'école des chartes. Paris XL (1880) p. 492 ff.

7 Auch in dieser sind keine weltlichen Strafen auf die Ketzerei gesetzt, und ebensowenig solche gegen den wegen Ketzerei verurtheilten Bischof Felix v. Urgel, S. 281 n. 3 und den Mönch Gottschalk, S. 280 n. 2, verhängt worden, Havet p. 475.

8 Vgl. hierzu die Anm. 6 citirte Abhandlung l. c. p. 485 ff. 570 ff.; Ficker, die gesetzliche Einführung der Todesstrafe für Ketzerei in Mitthlgen d. Instituts f. österr. Geschichtsforschg. Innsbruck 1 (1880) S. 179 ff. u. dazu Winkelmann a. a. O. 9 (1889) S. 136.

9 Ademar. Cabannensis III. 59, SS. 4, 143; M. 19, 375: „Eo tempore (1022 auf dem Konzil zu Orleans) X ex canonicis s. crucis Aurelianis, qui videbantur esse religiosores aliis, probati sunt esse manichaei. Quos rex Robertus, cum nollent ad fidem reverti, primo a gradu sacerdotis deponi, deinde ab aecclesia eliminari et demum igne cremari jussit"; Rudolf. Glaber III. 8, M. ibid. 374; Bouquet, recueil 10, 37. Daran schlossen sich weitere derartige Verfolgungen und Bestrafungen, s. Rudolf. Glaber l. c.: „Si qui vero postmodum huius perversitatis sectatores fuere, simili ultionis vindicta ubique fuerunt perditi"; ferner Adem. Cabannensis l. c.: „Nihilominus apud Tolosam inventi sunt manichei et ipsi destructi"; Havet p. 503. Auch die in Anwesenheit des Königs Hugo 1051 abgehaltene Pariser Synode M. 19, 782, bedroht Berengar v. Tours und seine Anhänger („donec aut consentirent catholicae fidei aut mortis poena luituri caperentur") mit der Todesstrafe.

10 1051, Herimann. Aug. chron. a. 1052, SS. 5, 130: „Imperator (Heinrich III.) natalem domini Goslare egit ibique quosdam hereticos, inter alia pravi erroris dogmata Manichea secta omnis esum animalis exsecrantes, consensu cunctorum, ne heretica scabies latius serpens plures inficeret, in patibulo suspendi iussit"; Anselmi gest. episc. Leodiens. c. 64, SS. 7, 228; Steindorff, Heinrich III. 2, 165.

Für Italien s. Rud. Glaber IV. 2, SS. 7, 67, Bouquet rec. 10, 45: „Sepissime denique tam Mainfredus marchionum prudentisssimus quam frater eius Alrirus Astensis urbis praesul . . ceterique marchiones ac praesules circumcirca celeberrimos illis (den Katharern) assultus intulerunt (u. 1034) capientes ex eis nonnullos, quos dum non quivissent revocare ab insania, igne

ihres Vergehens vor dem kirchlichen Gericht überführten Ketzer die Todesstrafe[1] verhängt worden[2]. Seitens der kirchlichen Gesetzgebung hat man dagegen in dieser Zeit noch an dem früheren Recht, den rein kirchlichen Strafen, festgehalten[3], aber da abgesehen von vereinzelten Ausnahmen[4] die geistlichen Oberen der weltlichen Ahndung der Ketzerei nicht entgegentraten, so dauerte die einmal aufgekommene Praxis, die Ketzer der Todesstrafe zu unterwerfen, freilich nur in den nördlichen Ländern fort[5]. Aus den südlichen Ländern, aus Südfrankreich, Italien und Catalonien, wird nichts darüber berichtet[6]. Hier ist man nicht nur nicht gegen dieselben eingeschritten[7], sondern hat auch sogar gegen sie Toleranz geübt[8], so dass in Folge dessen die Zahl der Ketzer — und in Frage kamen wesentlich die Katharer in der ersten Hälfte der 12. Jahrhunderts — bedeutend angewachsen war. Ihre Verbreitung veranlasste schon i. J. 1119 die kirchliche Gesetzgebung, namentlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Südfrankreich, die weltlichen Gewalten zur Unterdrückung der Ketzerei für verpflichtet zu erklären[9], und das 2. Lateran-Konzil v. 1139[10] hat diese Vorschrift erneuert. Weiter wurden durch die päpstliche Synode zu

cremavere", s. ferner auch l. c. II. 12, Bouquet 10, 23 (namentlich über Ravenna, Sardinien und auch über Spanien: „partem populi in Hispania corrumpentes et ipsi a catholicis viris exterminati sunt"); Havet p. 570. 571.

[1] Durch Verbrennen oder Hängen, s. die vorigen Anm.

[2] Wenn Havet l. c. p. 501 diese Anwendung der damals nicht gesetzlich vorgeschriebenen Todesstrafe wegen des cit. Berichts Rudolfs III. 8: „regis jussu et universae plebis consensu igne essent crematuri" (Bouquet 10, 38), vgl. auch S. 378 n. 10, auf ein ad hoc mit dem Volk gemachtes Spezialgesetz zurückführt, so halte ich dies für verfehlt. Über Italien und Spanien wird nichts derartiges berichtet, vielmehr kann es sich nur um eine sehr weitgehende und die üblichen Schranken übersteigende Anwendung der im fürstlichen Amt liegenden arbiträren Strafgewalt gehandelt haben, welche aber damals dem Rechtsbewusstsein der betheiligten Unterthanenkreise entsprach, und darum nicht als Missbrauch empfunden wurde.

[3] Änderungen der früheren Kanonen sind nicht nachweisbar, und noch Toulouse 1056 c. 13, M. 19, 840 belegt in Übereinstimmung mit dem bisherigen Recht diejenigen, welche mit Ketzern und Exkommunicirten verkehren, sowie ihre Helfershelfer und Vertheidiger, blos mit der grossen Exkommunikation.

[4] Eine solche bildet B. Wazo v. Lüttich (1042—1048), welcher aus Anlass einer Anfrage des B. v. Chalons sich unter Hinweis auf den Erlöser und die von demselben gegen die Irrenden geübte Geduld gegen die Anwendung des weltlichen Schwertes ausspricht, Anselmi gesta episc. Leod. c. 62. 63, SS. 7, 226. 227. Vgl. auch Havet p. 507.

[5] Soissons 1114, Guibert de Nogent I. 15, Bouquet 12, 306; Brief der Lütticher Kirche an Papst Lucius II. 1144, Martène, amplissima collect. 1, 776. 777; u. 1148, Guillelm. Neubrig. I. 19, M. 21, 721: „disciputi vero eius (des 1148 zu Rheims zur Einsperrung verurtheilten Eude de la Stella, M. 21, 723; Hefele Conc. Gesch. 5, 516) . . . cum sanam doctrinam nulla ratione reciperent . . . curiae prius et postea ignibus traditi ardere potius quam ad vitam corrigi maluerunt"; 1160 in Deutschland, Albric. trium fontium 1160, SS. 23, 845 (Ort unbekannt); 1163 zu Cöln, ann. Colon. maximi 1163, SS. 7, 778. Weitere Beispiele bis zum Anfang des 13. Jahrh. aus dem französischen Burgund, aus Rheims, Auxerre, Troyes, Paris, Strassburg bei Havet p. 511 und P. Fredericq, corp. docum. inquisitionis haereticae pravitatis Neerlandicae. Gent 1889. 1, 40 ff. 49 ff. In einzelnen Fällen ist aber auch blos auf Auspeitschung, Brandmarkung und Verbannung erkannt worden, Hugo v. Poitiers histor. monast. Vizeliac. l. IV i. f., D'Achery, spicileg. 2, 560; Bouquet rec. 12, 343; ferner auch in England auf dem Konzil zu Oxford 1165 o. 1166, s. S. 311 n. 2.

[6] Havet p. 498. 572, welcher zuerst auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht hat.

[7] In Italien war während des 11. und 12. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Päpste und der Bischöfe durch andere Dinge, vor Allem durch den Kampf mit dem Kaiserthum, in Anspruch genommen. Havet p. 573.

[8] So in Südfrankreich. Noch 1179 klagt das 3. Laterankonzil darüber, dass die Ketzer in der Gascogne, im Albigeois und in Toulouse offen ihren Kultus ausüben und ihre Lehre bekennen, c. 27, M. 22, 232. S. im übrigen Havet p. 574.

[9] Vgl. die von Calixt II. abgehaltene Synode zu Toulouse c. 3, M. 21, 226: „Porro eos qui religionis speciem simulantes, dominici corporis et sanguinis sacramenta, puerorum baptisma, sacerdotium et caeteros ecclesiasticos ordines et legitimarum damnant foedera nuptiarum, tanquam haereticos ab ecclesia dei pellimus et damnamus et per potestates exteras coerceri praecipimus. Defensores quoque ipsorum eiusdem damnationis vinculo, donec resipuerint, mancipamus".

[10] c. 23, M. 21, 532, fast mit denselben Worten, wie Toulouse.

Tours 1163 speziell im Hinblick auf die Ketzer in Toulouse, in der Gascogne und in den übrigen französischen Gebieten den weltlichen Obrigkeiten die Gefangensetzung der Ketzer [1] und die Konfiskation ihres Vermögens als gegen dieselben anzuwendende Strafmaassregeln bezeichnet [2], nachdem Alexander III. kurz zuvor auf dem Konzil v. Montpellier 1162 für weltliche Fürsten, welche auf Mahnung des kirchlichen Oberen die Ausübung ihrer weltlichen Gerichtsbarkeit gegen die Ketzer unterlassen würden, die Strafe der grossen Exkommunikation angedroht hatte [3]. Des 3. Lateranskonzil v. 1179, welches nur der Vermögenskonfiskation, nicht der Gefangenhaltung als Strafen gedenkt, ist blos insoweit über die früheren Anordnungen hinausgegangen, als es den Fürsten auch die Verknechtung der Ketzer gestattet [4].

Damit waren nunmehr für das Gebiet der Kirche auch weltliche Strafen, für die Ketzerei, die Vermögenskonfiskation und die Verknechtung, festgesetzt. Da diese aber lediglich von der Kirche selbst verhängt waren, so bedurfte die letztere des weltlichen Armes zur Durchführung dieser Vorschriften, und eine solche war allein dann gesichert, wenn die Ketzerei auch zugleich von den weltlichen Gewalten für strafbar, und somit auch für ein bürgerliches Verbrechen erklärt wurde, nicht aber, so lange es blos von dem etwaigen guten Willen der Fürsten oder selbst auch von der schon in dieser Zeit zum Theil zweifelhaften Wirkung einer gegen die letzteren verhängten Exkommunikation [5] abhing, ob jene Strafen gegen die Ketzer verwirklicht wurden.

Es war daher ein entschiedener Erfolg des Papstthums, dass Kaiser Friedrich I. v. 1184 zu Verona sich mit Rücksicht auf die weite Ausbreitung ketzerischer Sekten in Italien, namentlich in der Lombardei [6], zu gemeinsamem Einschreiten gegen diese mit Lucius III. vereinigte, und der Kaiser durch ein besonderes Gesetz [7], — das erste derartige im Mittelalter — die Ketzer mit dem weltlichen Bann [8], d. h. mit Ausweisung, Entziehung der politischen und prozessualischen Rechte (Infamie), Konfiskation des Vermögens und Wüstlegung ihres Gutes [9], bedrohte, während der Papst [10], unter Erneuerung des Verbotes aller Ketzereien bei kirchlicher Strafe [11], die geistlichen Oberen für berechtigt erklärte, den weltlichen Gewalten das eidliche Gelöbniss zur Verfolgung der Ketzer abzunehmen, und die entsprechende Pflicht, der Kirche zu derselben ihren Arm zu leihen, nicht nur durch Androhung der Exkommunikation

[1] Eine solche ist vorher schon vereinzelt vorgekommen, s. S. 379 n. 5. Bei Innoc. II. 1141 J. L. n. 8149, M. 21, 565 („Abaelardum et Arnoldum de Brixia . . . in religiosis locis . . . separatim includi faciatis", vgl. dazu Hefele, Conc. Gesch. 5, 487), dagegen handelte es sich, da Abälard Mönch und Arnold v. Brescia Kleriker war, um eine längst gegen solche übliche Strafe, s. S. 82 ff.

[2] c. 4, M. 21, 1177: „Illi vero si deprehensi fuerint, per catholicos principes custodiae mancipati omnium bonorum amissione mulctentur", über einen Anwendungsfall dieser Vorschrift i. J. 1178 s. Havet p. 577.

Schon vorher hatte ein Provinzialkonzil v. Rheims 1157 c. 1, M. 21, 843 gegen die Piphili die Vermögenskonfiskation und Brandmarkung als Strafen festgesetzt, S. 39 n. 5 u. 43 n. 3, dies freilich in einem Gebiet, in welchem nach feststehender Gewohnheit sogar bis zur Verbrennung der Ketzer geschritten wurde, s. S. 379.

[3] M. 21, 1160.

[4] c. 27, M. 22, 232, S. 49 n. 11.

[5] S. Anm. 3.

[6] Scheffer-Boichorst, Friedrich' I. letzter Streit mit der römischen Kurie. Berlin 1866. S. 48.

[7] Der Wortlaut ist nicht aufbewahrt.

[8] Cont. Zwetlens. alt. SS. 9, 542: „et papa eos excommunicavit, imperator vero tam res quam personas ipsorum imperiali banno subiecit"; Watterich 2, 658; Scheffer-Boichorst S. 49.

[9] Ficker a. a. O. S. 184. 188 u. Forschgen. z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens 1, 102 ff. 126. 128. 134. 135.

[10] c. 9 X de haeret. V. 7.

[11] Der Exkommunikation und bei Geistlichen der Degradation. Neu ist nur, dass gegen die letzteren auch die Vermögenskonfiskation zu Gunsten ihrer Kirchen angedroht wird.

und des Interdikts, sondern auch des Verlustes aller weltlicher Würden, (für Städte überdies des Handelsverkehres und des Bischofssitzes) und durch die Festsetzung der Infamie für die Begünstiger der Ketzer verschärfte, indem er im Übrigen nur allgemein die Auslieferung hartnäckiger Ketzer an das weltliche Gericht anordnete, ohne etwas näheres über die Bestrafung durch dasselbe zu bestimmen [1].

Nicht lange nachher erliessen 1194 Alfons II. und 1197 Peter II. von Aragonien für ihre sämmtlichen Gebiete ein Ketzer-Edikt, welches die Ausweisung der Ketzer aus allen ihren Besitzungen verfügte, und nur gegen diejenigen, welche derselben nicht innerhalb bestimmter Frist nachkommen würden, die Vermögenskonfiskation und die Strafe der Verbrennung verhängte [2].

Für einen grossen Theil der abendländischen Welt war jetzt, d. h. gegen Ende des 12. Jahrhunderts, die Ketzerei theils gewohnheitsrechtlich, wie in Deutschland und Frankreich, theils durch besondere gesetzliche Anordnungen, so in Italien [3], Aragonien und Barcelona [4], unter weltliche Strafen gestellt, und wenn auch unter dem in dieser Zeit beginnenden Pontifikat Innocenz' III. im wesentlichen keine neuen Strafen für die Ketzerei eingeführt worden sind [5], so ist dasselbe

[1] Keinen Anhalt hat es, wenn, so anscheinend von Frensdorff, hansische Geschichtsblätter. Leipzig 6, 106, angenommen wird, dass Lucius III. die Todesstrafe im Auge gehabt hat. Die Kirche hat ihrerseits bis zu der hier fraglichen Zeit niemals offiziell die Bestrafung der Ketzer mit Todesstrafe, welche überdies durch das von der Kirche vielfach benutzte römische Recht nicht einmal für alle, sondern blos für bestimmte schwere Fälle der Ketzerei vorgeschrieben war, Bd. IV S. 791. 792, gefordert. Weiter bestanden damals für den Süden Europas, insbesondere für Italien, gar keine weltliche Strafen, und erst Friedrich I. hat diese Lücke in einer Weise, welche mit Rücksicht auf die Wirkungen des von ihm festgesetzten Bannes im wesentlichen auf die Strafen des römischen Rechts hinauskam, ausgefüllt. Da es in Rom nicht unbekannt sein konnte, dass in Deutschland und einem Theile Frankreichs die Ketzer gewohnheitsmässig mit dem Tode bestraft wurden, so ist die unbestimmte Fassung der päpstlichen Anordnung offenbar absichtlich gewählt, um der Anwendung des neuen Rechts für Italien und der des alten Gewohnheitsrechts in den übrigen gedachten Ländern freien Raum zu lassen, vgl. auch Ficker i. d. Mittheilungen a. a. O. S. 184 ff.

[2] Das letztere bei P. de Marca, Marca Hispanica. Paris 1688 col. 1384; M. 22, 673: „... Valdenses ... et omnes alios haereticos ... ab omni regno et potestativo nostro tanquam inimicos crucis Christi christianaeque fidei violatores vel nostros etiam regnique nostri publicos hostes exire ac fugere districte et irremeabiliter praecipimus. Et sub eadem districtione vicariis, baiulis et merinis totius nostrae terrae, ut ad exeundum eos compellant usque ad dominicam passionis domini (d. h. 23 März 1198) mandamus, et si post tempus praefixum aliqui in tota terra nostra eos invenerint, duobus partibus rerum suarum confiscatis, tertia sit inventoris; corpora eorum ignibus concrementur"; das erstere v. 1194 etwas länger bei Eymericus, directorium inquisitorum. Rom 1585. III qu. 14 p. 298.

[3] Hier scheinen bald nach Erlass des Gesetzes Friedrichs I. einzelne Kommunen, mindestens Rimini, durch Statut ihre Rektoren eidlich zur Austreibung der Ketzer verpflichtet zu haben, s. ep. Lucii III. 1184/1185 für Rimini, J. L. n. 15461, v. Pflugk-Harttung acta roman. pont. 3, 317, in welcher dies auch für die nahe liegenden Städte behauptet und die Aufgabe des Statuts von Rimini durch die Bürgerschaft unter der Aufforderung, dasselbe bei Vermeidung des Interdikts zu beobachten, gerügt wird.

[4] S. Anm. 2. Für England war damals noch kein Bedürfniss zu Maassnahmen gegen die Ketzer hervorgetreten. Der S. 379 n. 5 erwähnte Fall steht völlig vereinzelt da.

[5] Das 4. Later. Konzil 1215, welches vor Allem in Betracht kommt, schreibt ebenso wie die Verordnung Lucius III., c. 3, M. 22, 986 (c. 13 X de haeret. V. 7) nur vor, dass die überführten Ketzer von der weltlichen Gewalt: „animadversione debita puniendi" seien. Im Übrigen wiederholt es im wesentlichen die schon erwähnte Verordnung. Ebenso bleibt es im Rahmen des bisherigen Rechts, wenn Innocenz III. 1199, c. 10 X de haer. V. 7, für die seiner weltlichen Hoheit unterworfenen Gebiete die Strafe der Vermögenskonfiskation einführt und in dem Edikt gegen die Patarener im Patrimonium Petri v. 1207, ep. X 130, opp. Migne 2, 1226, als Strafen die Vermögenskonfiskation, Wüstlegung des Hauses, Verbannung und Infamie in der Gestalt der Unfähigkeit zum Zeugniss und der Erlangung öffentlicher Ämter festsetzt. Dasselbe gilt auch für die in ep. IX. 18 (1206) Migne 2, 819, der Kommune von Faenza aufgegebenen Maassregeln zur Unterdrückung der Ketzerei, unter denen ausdrücklich des bannum perpetuum, s. S. 380 n. 9, gedacht wird, ferner auch von ep. I. 298, Migne 1, 256 (1198 für die Lombardei); VIII. 105, ibid. 2, 674 (1205 für Viterbo, wo das diffidare den beständigen Bann bedeutet, S. 49 n. 5).

doch für die Geschichte der Maassnahmen gegen die Ketzer dadurch von Bedeutung geworden, dass gerade der gedachte Papst bei seiner mit der grössten Energie betriebenen Verfolgung derselben [1] die weltlichen Gewalten, welche sich sowohl in Italien [2], wie auch im Süden von Frankreich zum Theil lässig gezeigt [3], ja die Ketzer sogar zum Theil begünstigt hatten [4], zur Bekämpfung derselben angehalten [5] und damit die seitens der Kirche den weltlichen Gewalten auferlegte Rechtspflicht zur Unterdrückung der Ketzer zur praktischen Durchführung gebracht hat, wenngleich es ihm freilich nicht gelungen ist, die Festsetzung von weltlichen Strafen überall in den Gebieten des Südens, in welchen sie bisher nicht erfolgt war, durchzusetzen [6]. Andererseits hat er aber, trotzdem dass er schon die Ketzerei für ein schwereres Vergehen als Majestätsverbrechen erklärt [7], die Hinrichtung der Ketzer von den weltlichen

[1] Für das südliche Frankreich ep. I. 81 (1198, Gascogne), Migne 1, 73; I. 94 (1198 gleichlautende Schreiben an die Erzbischöfe und Suffraganen der Provinzen Aix, Vienne, Arles, Embrün, Tarragona, Lyon und an die Fürsten, weltlichen Grossen und das Volk dieser Provinzen) p. 82; I. 165 (1198 ähnliches Schreiben) p. 142; VI. 243 (1203 Vorwürfe an den Erzb. v. Narbonne wegen seiner Lauheit) 2, 273; für Italien ausser den Nachweisungen in der vor. Anm. ep. I. 509 (1198 für Syrakus) 1, 471; VIII. 85 (1205 (Viterbo), 2, 654; IX. 204 (1204 Faenza) p. 1042; für Ungarn III. 3 (1200) p. 871. Vor Allem kommt aber der von Innocenz III. 1207 veranlasste Kreuzzug gegen die Albigenser, ep. X. 149 (1207) Migne 2, 1246 u. XI. 26—29 (1207) p. 1354 ff., Hefele, Conc. Gesch. 5, 840 ff. in Betracht.

[2] S. für Viterbo, wo selbst Patarener zu Konsuln gewählt waren, ep. VIII. 85 (1205) Migne 2, 656, vgl. Havet l. c. p. 588; Hefele 5, 837.

[3] Das Legatenkonzil zu Montpellier 1195, M. 22, 668 musste hier die für diese festgesetzten Strafen (s. S. 380 n. 3) von Neuem einschärfen, da man hier nicht gegen sie einzuschreiten wagte. Hatte man sich doch 1165 dazu verstanden, ein aus Katholiken und Katharern zusammengesetztes Schiedsgericht zu Lombres über die Ketzerei derselben befinden zu lassen, dessen den letzteren ungünstige Entscheidung aber nicht vollstreckt wurde, M. 22, 158 ff., Hefele 5, 642. 644; Reuter, Alexander III. 3, 667 ff.

[4] Hier namentlich Graf Raimund VI. v. Toulouse, ep. X. 69 (1210), Migne 2, 1166; Hefele 5, 836.

[5] Vor Allem dadurch, dass er überall auf die Ablegung des durch Lucius III. vorgeschriebenen Gelöbnisses, die Ketzer zu verfolgen, drang, gesta Innoc. III. gesta c. 123, Migne 1, CLXI (1207 Viterbo); eine Reihe solcher Eide südfranzösischer Barone und Konsuln v. 1209 bei Migne 3, 128 ff. u. M. 22, 775 (hier wiederholt die Formel: „si . . . persona ecclesiastica nobis aliquos haereticos nominaverit vel credentes vel per nosmetipsos cognoscere poterimus aliquos haeresim praedicare vel facere conventicula aliqua, ipsos persequemur secundum legitimas constitutiones et eorum bona infiscabimus“; wo unter den legitimae constitutiones, wie dies deutlich aus c. 10 cit. X V. 7. erhellt, nur das römische Recht verstanden werden kann; Eid Ottos IV. 1209, LL. 2, 217: „super eradicando autem haereticae pravitatis errore auxilium dabimus et operam efficacem“; für Südfrankreich vgl. Havet p. 582; ferner durch die Preisgebung der Länder lässiger, sich der Exkommunikation nicht fügender Fürsten zur Occupation, s. S. 47 n. 4 und Lossprechung ihrer Vasallen vom Treueid, Strafen, welche Innocenz III. schon vor dem 4. Lateran-Konzil, c. 13 §. 3 X. V. 7 cit., vgl. ep. VII. 212 (1204) Migne 2, 527; ep. X. 69 (1207) p. 1168 XI. 26 (1208) p. 1357 mehrfach angedroht hat; endlich aber auch andererseits durch die Verheissung derselben Ablässe, wie für die Kreuzfahrer ep. VII. 86 (1204) 2, 360; X. 149 (1207) 2, 1246; c. 13 §. 4 X cit. (Lateran. IV. 1215) V. 7.

[6] So verstand man sich in Carcassonne allein dazu in den Statuten art. 120, Giraud essai sur l'hist. du droit français. Paris 1846. 1 preuv. p. 71, den Ketzern das Verweilen in dem betreffenden Gebiet zu untersagen, und in den übrigen Kommunen Südfrankreichs geschah nichts, Havet p. 583, wobei freilich zu beachten ist, dass in Folge der Theilnahme vieler Barone aus Nordfrankreich an dem von Innocenz III. veranlassten Kreuzzuge gegen die Albigenser, Hefele 5, 840, seit 1209—1214 wiederholt in Castres, Minerve, Lavaur und zu les Cassés die Ketzer gemäss der nordfranzösischen Sitte verbrannt worden sind, Bouquet rec. 19, 24. 37. 46. 47, 95; M. 22, 809; Havet p. 584. 593, und sich damit auch hier die Todesstrafe durch Gewohnheit einbürgerte, Havet p. 594. 595. Was Italien betrifft, so wurden 1206 in Prato die Ketzer verbannt, und alle in ihrer Rechtgläubigkeit verdächtige Bürger von der Bekleidung des Konsulats ausgeschlossen, Ficker Mittheilungen a. a. O. S. 184; auch in Florenz war nach ep. IX. 294 (1206) 2, 1042 ein ähnliches Statut ergangen, und Kaiser Otto IV. (s. Anm. 5) hat nach 1209 in Turin und in Ferrara die Ketzer austreiben lassen und sie in den weltlichen Bann gethan, Ficker a. a. O. S. 183.

[7] c. 10 X cit. V. 7: „ . . . Quum enim secundum legitimas sanctiones reis laesae maiestatis punitis capite, bona confiscentur eorum . . . quanto magis, qui aberrantes in fide domini dei filium Jesum Christum offendunt, a capite nostro, quod est Christus, ecclesiastica debent districtione praecidi et bonis temporalibus spoliari, quum longe sit gra-

Obrigkeiten nicht gefordert, vielmehr durch das 4. Laterankonzil i. J. 1215 in Anhalt an die Verordnung Lucius' III. (S. 380) nur diejenigen Maassregeln, welche er und seine Legaten schon vorher getroffen hatten [1], für die ganze Kirche sanktioniren zu lassen [2].

Wenngleich trotz aller Anstrengungen Innocenz' III. die Ketzereien weder in Italien noch in Südfrankreich ausgerottet waren, dieselben im Gegentheil sowohl hier, wie auch in andern Ländern immer wieder von Neuem hervortraten, so war doch für die nachfolgenden Päpste, welche fortgesetzt genöthigt waren, die Hülfe der weltlichen Gewalten gegen die Häretiker in Anspruch zu nehmen, durch die Politik Innocenz' III. ein so festes Fundament geschaffen, dass sich fortan kein Fürst mehr ihren Anforderungen hinsichtlich der Verfolgung und Bestrafung der Ketzer entziehen konnte. Daraus erklärt es sich, dass gerade im Laufe des 13. Jahrhunderts die weltliche Ketzergesetzgebung eine grössere Thätigkeit als früher entfaltet, und nunmehr das mittelalterliche Ketzerrecht zum Abschluss gebracht wird.

Für Reichsitalien und Deutschland erliess Friedrich II. [3] bei seiner Krönung 1220, indem er wie Innocenz III. die Ketzerei als eine Beleidigung der päpstlichen Majestät bezeichnet, Bestimmungen über die Ketzer [4], welche als Hauptstrafe zunächst den lösbaren, und bei hartnäckigem Verharren in der Ketzerei den beständigen weltlichen Bann festsetzen und daneben die von Innocenz zur Anwendung ge-

vius aeternam quam temporalem laedere maiestatem" stellt er sogar mit der Todesstrafe für das weltliche Majestätsverbrechen die Strafe der Exkommunikation für die Ketzerei, als Majestätsverbrechen gegen Gott, auf eine Linie. Für die Hinrichtungen der Ketzer, welche der Bischof v. Orvieto aus Anlass der heftigen Streitigkeiten zwischen der Partei der Katholiken und der der Ketzer Ende des 12. Jahrh. in der gedachten Stadt veranlasst hat, vita S. Parentii 2, Acta SS. Mai V, 86, Havet p. 587, und die während des Albigenserkreuzzuges vorgenommenen Ketzerverbrennungen (s. vor. Anm.) kann Innocenz III. nicht direkt verantwortlich gemacht werden, wennschon er andererseits auch nicht dagegen protestirt hat.

[1] Vgl. z. B. das Konzil v. Avignon 1209 c. 2, M. 22, 785. 786, welches in jeder Pfarrei die eidliche Verpflichtung von Priestern und Laien zur Anzeige der Ketzer vorschreibt, und dazu Lateran. 4 cit. in c. 13 §. 7 X de haer. V. 7.

[2] c. 13 X cit., s. dazu S. 382 n. 5 u. S. 381 n. 5.

[3] Welcher schon 1213 u. 1219, LL. 2, 224. 231, in Betreff der Ketzer dasselbe Versprechen, wie Otto IV. hatte ablegen müssen, S. 382 n. 5.

[4] LL. 2, 244 (c. 5): „Chataros, patarenos, leonistas, speronistas, arnaldistas, circumcisos et omnes hereticos utriusque sexus quocumque nomine censeantur, perpetua dampnamus infamia, diffidamus et bannimus, censentes, ut bona talium confiscentur nec ad eos ulterius revertantur ita quod filii ad successionem eorum pervenire non possint, cum longe sit gravius eternam quam temporalem offendere maiestatem (vgl. S. 382 n. 7). Qui autem inventi fuerint sola suspitione notabiles, nisi ad mandatum ecclesiae iuxta considerationem suspitionis qualitatemque personae propriam innocentiam congrua purgatione monstraverint, tamquam infames et banniti ab omnibus habeantur, ita quod, si sic per annum permanserint, ex tunc eos sicut hereticos condempnamus. — (c. 6) Statuimus etiam hoc edicto in perpetuum valituro, ut potestates vel consules seu rectores quibuscumque fungantur officiis, pro defensione fidei prestent publice iuramentum, quod de terris sue iurisdictioni subiectis universos haereticos ab ecclesia denotatos bona fide pro viribus exterminare studebunt, ita quod amodo quandocumque quis fuerit in potestatem sive perpetuam vel temporalem assumptus hoc teneatur capitulum iuramento firmare. Alioquin neque pro potestatibus neque pro consulibus habeantur eorumque sententias decernimus extunc irritas et inanes. Si vero dominus temporalis, requisitus et ammonitus ab ecclesia, terram suam purgare neglexerit ab heretica pravitate, post annum a tempore monitionis elapsum terram ipsius exponimus catholicis occupandum, qui eam exterminatis hereticis absque ulla contradictione possideant et in fidei puritate conservent, salvo iure domini principalis, dummodo super hoc nullum prestet obstaculum nec aliquod impedimentum opponat; eadem nichilominus lege servata contra eos qui non habent dominos principales. Credentes preterea, receptatores defensores et fautores hereticorum bannimus, firmiter statuentes, ut si postquam quilibet talium fuerit excommunicatione notatus, satisfacere contempserit infra annum, extunc ipso iure sit infamis nec ad publica officia seu consilia vel ad eligendos aliquos ad huiusmodi nec ad testimonium admittatur. Sit etiam intestabilis, ut nec testamenti liberam habeat factionem nec ad hereditatis successionem accedat. Nullus preterea ei super quocumque negotio, set ipse alii respondere cogatur. Quod si forte iudex extiterit, eius sententia nullam obtineat firmitatem nec cause alique ad eius audientiam perferantur. Si fuerit advocatus,

brachten Strafen in Anschluss an das 4. Lateran-Konzil[1] für das weltliche Gebiet recipiren, freilich aber mehr auf Italien als auf Deutschland[2] berechnet waren[3], und veröffentlichte weiter i. J. 1224, als sich die Strafen des Krönungsgesetzes v. 1220 zur Ausrottung der Ketzerei, namentlich aber in Ober-Italien, nicht ausreichend erwiesen hatten, eine besondere Konstitution[4] für die Lombardei[5], in welcher die Ketzerei zum ersten Mal mit dem Feuertode oder falls dem Schuldigen zum abschreckenden Beispiel für andere das Leben gelassen werden sollte, mit Verlust der Zunge[6] bedroht wurde[7]. Erst nach einigen Jahren, wesentlich in Folge der Bestrebungen eifriger Inquisitoren, fand die Todesstrafe nunmehr auch weitere Verbreitung in Italien[8]. Dieselbe ist insbesondere durch Papst Gregor IX. nicht nur gebilligt worden[9], sondern der letztere wirkte auch in entscheidender Weise auf ihre allge-

eius patrocinium nullatenus admittatur. Si tabellio, instrumenta confecta per ipsum nullius penitus sint momenti". Vgl. Winkelmann, Friedrich I. 1, 114 u. Ficker, Mittheilungen a. a. O. S. 193.

[1] S. 381 n. 5; S. 382 n. 5 u. S. 383 n. 1, s. auch Ficker, Mittheilungen a. a. O. S. 192.

[2] Nach ihrer Einleitung sind die betreffenden Vorschriften, „per totum nostrum imperium publicandas", l. c. p. 243, allerdings ebenfalls für Deutschland bestimmt gewesen, und scheinen auch hier publicirt zu sein, Ficker a. a. O. S. 195.

[3] Das ergeben die dem italienischen Recht im wesentlichen entsprechenden, wennschon durch die Steigerung vom lösbaren zum beständigen Banne im Interesse der Übereinstimmung mit den kirchlichen Vorschriften abweichend gestalteten Strafen, Ficker a. a. O. S. 193. Mit Recht erklärt sich der letztere S. 194 ff. (ihm folgt auch Havet p. 600) gegen die Ansicht von Frensdorff a. a. O. S. 105 u. von Eggert, Studien z. Gesch. d. Landfrieden. Göttingen 1875 S. 81, dass Friedrich II. in seinem Gesetz die Todesstrafe vor Augen gehabt habe. Dazu, das mehrfach in demselben gebrauchte: „haereticos exterminare", als: „Vernichten, Tödten der Ketzer" aufzufassen, so Frensdorff, liegt keine Nöthigung vor. Wörtlich heisst es: „über die Grenze bringen, Ausweisen", und gerade diese Strafe war bisher in Italien üblich, nicht aber die Todesstrafe. Eggert meint dagegen, dass der Feuertod deshalb nicht erwähnt sei, weil man ihn für die Ketzer, deren man habhaft geworden, als selbstverständlich betrachtet habe. Dem steht aber entgegen, dass das Gesetz die von ihm bezeichneten Strafen keineswegs auf die nicht erreichbaren oder flüchtigen Ketzer beschränkt. Allerdings wurde der beständige Reichsbann regelmässig wegen Hochverraths im weiteren Sinne als Ungehorsamsbann verhängt und den habhaften Hochverräther traf die Todesstrafe, Ficker S. 170 ff., indessen hat sich das Gesetz weniger an das italienische Reichsrecht, als an das städtische Recht angeschlossen, in welchem der beständige Bann im wesentlichen Ausweisungsbann war, Ficker S. 195. Weiter kommt aber in Betracht, dass der päpstliche Legat Hugo d. Ostier 1221 in Mantua, Bergamo und Piacenza nur das „expellere" der Ketzer und die Aufnahme des kaiserlichen Ketzergesetzes in die städtischen Statuten, nicht aber die Verbrennung der Ketzer gefordert hat, Ficker S. 196; Winkelmann Friedrich II. 1, 170. 172.

[4] Nicht auf Veranlassung des Legaten Erzb. v. Magdeburg, so Ficker S. 197. 430, sondern der Inquisitoren in Brescia, namentlich des B. v. Modena, Winkelmann i. d. Mittheilungen 9, 136 u. Friedrich II. 1, 262.

[5] LL. 2, 252: „. . . ut quicumque per civitatis antistitem vel dioecesanum, in qua degit, post condignam examinationem fuerit de heresi manifeste convictus et hereticus iudicatus, per potestatem, consilium et catholicos viros civitatis et dioecesis earundem, ad requisitionem antistitis illico capiatur, auctoritate nostra ignis iudicio concremandus, ut vel ultricibus flammis pereat, aut si miserabili vite ad coercitionem aliorum elegerint reservandum, eum lingue plectro deprivent, quo non est veritus contra ecclesiasticam fidem invehi et nomen domini blasphemare".

[6] Darüber hatte das weltliche Gericht zu befinden, nicht das geistliche, da ersteres die weltliche Strafe zu verhängen hatte.

[7] Eine Beseitigung des Krönungsgesetzes ist durch diese Konstitution offenbar nicht erfolgt, denn die Strafen desselben waren, gegen den mit Verlust der Zunge bestraften voll, gegen den Verbrannten aber mindestens zum Theil, wie die Vermögenskonfiskation und die Infamie, anwendbar.

[8] Nach einem ersten Versuch 1226 in Rimini, Ficker S. 430; Winkelmann Friedrich II. 1, 283, welcher keinen nachhaltigen Erfolg hatte, ist wahrscheinlich auf Betreiben des früheren Dominikanermönches, des Bischofs Guala erst 1230, Ficker S. 199 ff., die Konstitution v. 1224 den städtischen Statuten v. Brescia einverleibt worden, nachdem vorher ein Zusatz eingerückt war, nach welchem der Podesta die kirchlich verurtheilten Ketzer „secundum leges et iura imperialia et canonica et specialiter infrascriptam legem d. Frederici imperatoris et secundum eius tenorem" zu bestrafen hatte, Monumenta patriae 16, 1584 (125); Ficker S. 199.

[9] Denn er liess nicht nur die Konstitution v. 1224 für die Lombardei 1230 o. 1231 in die päpstlichen Regesten eintragen, Raynald. 1231 n. 18. 19 und dazu Ficker S. 207. 208, sondern gleichzeitig wurden auch vom Senator Annibald der Stadt Rom Konstitutionen gegen die Ketzer erlassen, Böhmer acta imperii selecta, Innsbruck

meine Einführung hin [1]. Noch i. J. 1231 wurde ferner von Friedrich II. für das Königreich beider Sizilien eine Konstitution publicirt, welche hier ebenfalls die Strafe des Feuertodes einführte [2], und wenn auch die 1232 von ihm auf dem Reichstage zu Ravenna erlassene Verordnung [3] wesentlich dazu bestimmt war, den Inquisitoren durch Berufung auf die kaiserliche Autorität neben der päpstlichen die Durchführung ihrer Aufgabe zu erleichtern [4] und die Vollziehung ihrer Forderungen seitens der weltlichen Richter zu sichern, so ist doch durch diese der bisher in Deutschland [5] nur gewohnheitsrechtlich bestehenden Todesstrafe zugleich die kaiserliche Anerkennung [6] ertheilt worden [7]. Ihren Abschluss hat endlich die Ketzergesetzgebung

1870 S. 665, auch Raynald 1231 n. 16 („Omnes heretici in urbe ... singulis annis a senatore, quando regiminis sui prestiterit iuramentum, perpetuo diffidentur. Item hereticos, qui fuerint in urbe reperti, presertim per inquisitores datos ab ecclesia vel alios viros catholicos, senator capere teneatur et captos etiam detinere, postquam fuerint per ecclesiam condempnati, infra octo dies animadversione debita puniendos"). Wenn nach diesen gegen die Ketzer, welche der vom Senator bei seinem Amtsantritt auszusprechenden Ausweisung nicht nachkommen, mit der gebührenden Strafe vorgegangen werden soll, so kann letztere nur die Todesstrafe sein, wie sich dies aus den weiteren Schritten Gregors IX. (s. die folgende Anm.) und daraus ergiebt, dass 1231 zu Rom die erste Ketzerverbrennung stattgefunden hat, Ryccardus de S. Germano 1231, SS. 19, 363: „nonnulli patarenorum in Urbe inventi sunt, quorum alii sunt igne cremati, cum inconvertibiles essent, alii donec peniteant, sunt ad Casinensem ecclesiam et apud Cavas directi".

[1] Indem er eine von ihm 1231 gegen die Ketzer erlassene Verordnung, Raynald 1231 n. 14 u. Böhmer, acta selecta 2, 665 (Bruchstück in c. 15 X de haeret. V. 7, hier §. 1 das richtige: voluerint in noluerint verändert, Ficker S. 204), in welcher auf die animadversio debita hingewiesen wird, gleichzeitig mit den für die Stadt Rom erlassenen Konstitutionen des Senators, und möglicherweise auch der Konstitution v. 1224 für die Lombardei, Ficker S. 209, an alle Erzbischöfe sandte, vgl. Böhmer acta p. 665; Beyer, mittelrhein. Urkdbch. 3, 339; s. auch Potth. n. 8753, um sie in ihren Bezirken zur Annahme zu bringen.

In Folge dieser Schritte des Papstes und der Thätigkeit der Inquisitoren wurden die betreffenden Vorschriften und die lombardische Konstitution unter Weglassung der Strafe des Verlustes der Zunge um 1233 in die Statuten v. Vercelli c. 370 ff. Monum. patriae 16, 1231 ff. s. namentlich c. 379, p. 1234, eingerückt, Ficker S. 208; in Mailand 1233 allerdings nur die römischen Konstitutionen, a. a. O. S. 211, aber schon zu 1233 berichten die memoriae Mediolan. SS. 18, 402: „Mediolanenses incipierunt comburere ereticos". Vgl. hierzu auch Henner, Beiträge z. Organisation d. päpstlichen Ketzergerichte. Leipzig 1890 S. 352 n. 2.

[2] Const. regni Sicil. tit. 1, Huillard-Bréholles, hist. dipl. Frider. II. IV. 1. 5, S. 311 n. 2, während noch Roger 1130—1154 für die „apostatantes a fide catholica", ibid. p. 8, nur Vermögenskonfiskation und Rechtlosigkeit angedroht hatte.

[3] LL. 2, 288, gerichtet an alle Fürsten, Beamten u. s. w. und überhaupt alle Personen im ganzen Kaiserreich, aber nicht den Fürsten zugesandt, sondern lediglich einzelnen mit der Inquisition beauftragten Dominikanerklöstern in Ausfertigungen zugestellt, Ficker S. 215.

[4] Des Näheren wird das Verfahren in Anhalt an die von Gregor IX. publicirten Vorschriften geregelt und den päpstlichen Inquisitoren der kaiserliche Schutz gewährt.

[5] Dass die Konstitution auf Deutschland berechnet war, ergiebt die ausdrückliche Erwähnung der partes Teutonie und Alemannie, Ficker S. 221. S. auch Anm. 7 u. S. 386 n. 2.

[6] L. c. p. 288: „donec per censuram ecclesiasticam condempnatos dampnabili morte perimant" . . u. p. 289: „Item mortis sententia duximus addicendos, si quos hereticorum ad iudicium tractos in extremo vite periculo heresim abiurantes, postmodum de falso iuramento constiterit et fide mentita convinci ac eos contigerit eiusdem morbi spontaneam incurrere recidivam". Wenn unter den sonst erwähnten Strafen der kirchlicherseits und durch das italienische Recht festgesetzten Vermögenskonfiskation nicht gedacht wird, so beruht dies wohl darauf, dass diese für Deutschland durch ein unter König Heinrich 1231 abgegebenes Weisthum ausgeschlossen war, LL. 2, 284: „Quod heredes condempnati bonis eius deberent hereditariis ac patrimonio gaudere, beneficiis eius similiter ad ius et potestatem dominorum, a quibus habebant, redeuntibus; domino vero, cuiuscunque esset homo condempnatus, bonis eius mobilibus innitente; hoc tamen excepto, quod sumptus ad incendium hereticorum faciendi et merces comitis de bonis etiam forent mobilibus recipienda".

[7] Daraus, dass Friedrich II. zu Ravenna kurz vor der ebengedachten Konstitution auch das Gesetz v. 1220 wieder publicirt hat, LL. 2, 287, nur mit dem Zusatz: „Adiicimus insuper, quod hereticus convinci per hereticum possit et quod domus patarenorum, receptatorum, defensorum et fautorum eorum sive ubi docuerint aut manus aliis imposuerint, destruantur, nullo tempore restricture", ergiebt sich, dass er im Zusammenhang mit seiner Politik in Reichsitalien bei der hier vielfach herrschenden Abneigung gegen die Ketzerverbrennung, das Vorgehen der Inquisitoren nicht in ähnlicher Weise wie in Deutschland hat stärken wollen, Ficker S. 221.

Friedrichs II. mit der erneuerten Publikation[1] seiner früheren Konstitutionen i. d. J. 1238 u. 1239[2], welche sich auch zugleich auf das Königreich Arles und Vienne bezogen hat[3], erhalten, und dadurch ist zugleich zum ersten Mal für das ganze Reich als die Art der an den Ketzern zu vollziehenden Todesstrafe die Verbrennung[4] vorgeschrieben worden[5].

Was Frankreich betrifft, so hat hier zunächst eine Ordonnanz Ludwigs VIII. v. 1226 für den Süden des Königreichs die gebührende Bestrafung für die Ketzer[6] angeordnet, worunter mit Rücksicht auf die frühere, in Folge der Kreuzzüge gegen die Albigenser auch auf die südlichen Theile Frankreichs übertragene Praxis nur der Feuertod verstanden werden konnte[7], und das um so mehr, als daneben ausdrücklich auch die Strafe der Rechtlosigkeit und die Vermögenskonfiskation angedroht wird[8], und eine weitere, die erstere erneuernde Ordonnanz Ludwigs IX. v. 1228[9] zugleich bestimmt, dass alle Beamten und Unterthanen verpflichtet sein sollten, die Ketzer aufzuspüren, den geistlichen Gerichten anzuzeigen und gegen sie die von ihnen verwirkte Strafe zu vollstrecken[10].

[1] Welche wohl erfolgt ist, um den ihm päpstlicherseits gemachten Vorwurf der Ketzerei zu widerlegen, Ficker S. 224.

[2] Erst zu Cremona und dann zu Padua, LL. 2, 326, nämlich erstens der Konstitution v. 1232 (S. 385 n. 3), nur mit der wesentlichen Änderung, dass die Beziehungen auf Deutschland getilgt sind, zweitens der sizilischen v. 1231 (S. 385 n. 2), weiter als dritter Konstitution, die richtiger wohl in 2 Theile zu zerlegen ist, des an die zweite sich anzureihenden sizilischen Gesetzes gegen die Begünstiger der Ketzer, const. regn. Sic. tit. 2 bei Huillard-Bréholles IV. 1, 8 und des Gesetzes v. 1220 in der Fassung von 1232 unter Hinzufügung einer Anzahl neuer häretischer Sekten.

[3] 1238 zu Verona, Winkelmann, acta imperii. Innsbruck 1880 1, 311.

[4] Welche die Konstitution für Sizilien v. 1231 als Strafe aufweist, s. Anm. 2.

[5] Allerdings hat Friedrich II., nachdem 1239 zwischen ihm und dem Papst der Kampf von Neuem entbrannt war, die gedachten Gesetze nicht durchgeführt, und auch in den italienischen Städten hat man sich wieder mehrfach zu der alten milden Praxis zurückgewendet, trotzdem, dass Innocenz IV. i. J. 1252 die Konstitutionen Friedrichs II. v. 1238 u. 1239, s. oben, den oberitalienischen Städten mit der Weisung zugehen liess, sie in ihre Statutenbücher einzutragen, Potth. n. 14762, M. 23, 586, bull. Taur. 3, 503, was z. B. in Genua erst 1256 durch Exkommunikation und Interdikt erzwungen werden musste, ann. Jan. SS. 18, 235. 236. Auf Widerstand in Modena lässt Alexander IV. P. n. 17113, bull. Taur. 3, 652 schliessen. Vgl. auch Ficker, a. a. O. S. 224 und Potth. n. 14575. 14607. Dagegen ist in Deutschland die Strafe des Verbrennens, wie früher, üblich geblieben, s. die S. 312 n. 4 citirten Rechtsbücher u. Stadtrechte, ferner die die früheren kaiserlichen Ketzergesetze bestätigende const. Heinrichs VII. v. 1313, LL. 2, 535; Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 1, 227 u. Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 375; über Böhmen insbes. für das 14. Jahrh. Werunsky, Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abth. 9, 78. 82. 103.

[6] Für die Erzbisthümer Arles, Narbonne und die Bisthümer Rhodez, Cahors, Agen und Albi Isambert, rec. général des anciennes lois françaises. Paris (s. a.) 1, 227: „De magnorum et prudentum virorum consilio statuimus, quod haeretici qui a catholica fide deviant, quocumque nomine censeantur, postquam fuerint de haeresi per episcopum loci vel aliam personam ecclesiasticam quae potestatem habeat, condemnati, indilate animadversione debita puniantur; ordinantes et firmiter decernentes, ne quis haereticos receptare vel defensare quomodolibet aut ipsos fovere praesumat. Et si quis contra praedicta praesumpserit facere nec ad testimonium nec ad honorem aliquem de caetero admittatur, nec possit facere testamentum nec successionem alicuius haereditatis habere; bona ipsius mobilia et immobilia ipso facto [hinzusetzen: sint confiscata], ad ipsum vel ipsius posteritatem nullatenus reversura".

[7] Vgl. auch das Konzil v. Toulouse 1229, welches c. 1, M. 23, 194 von der Bestrafung durch animadversio debita spricht und c. 11, p. 196, für „haeretici qui timore mortis redierint ad catholicam fidem", ewige Busse in Gefängnisshaft festsetzt.

[8] S. Anm. 6.

[9] Isambert rec. 1, 230.

[10] L. c. p. 232: „ut barones terre et baiuli nostri et subditi nostri presentes et futuri solliciti sint et intenti, terram purgare hereticis et heretica feditate, et precipientes quod predictos diligenter investigare studeant et fideliter invenire, et cum eos invenerint, presentent sine more dispendio personis ecclesiasticis superius memoratis, ut eis presentibus de errore heresis condempnatis, omni odio, prece et pretio, honore, gratia et honore (sic!) postpositis de ipsis festinant er faciant, quod debebunt".

Für die nördlichen Theile Frankreichs ist, bis Ludwig X. i. J. 1315 die Konstitution Friedrichs II. v. 1220[1] in Frankreich eingeführt hat[2], keine derartige königliche Anordnung ergangen, aber hier hat sich die frühere Praxis des Feuertodes[3] und zwar in Verbindung mit der Konfiskation des Vermögens in Übung erhalten[4].

Endlich ist auch in England, ohne dass sich hier eine gesetzliche Einführung nachweisen lässt, offenbar unter kirchlichem und kontinentalem Einfluss im 13. Jahrhundert die Bestrafung der Ketzerei mit dem Feuertode durch Gewohnheitsrecht festgestellt worden[5], während sie sich in Spanien seit 1198 in fortdauernder Geltung erhalten hat[6].

Wesentlich unter dem Einfluss der Kirche, namentlich unter ihrer Billigung[7], war somit die Ketzerei im Laufe des 13. Jahrhunderts allgemein zu einem mit der Strafe der Verbrennung bedrohten bürgerlichen Verbrechen geworden. —

Abgesehen von der Ketzerei sind auch durch Kaiser Friedrich II. in der schon vorher citirten Konstitution für Reichsitalien und Deutschland[8] das seitens

[1] S. o. S. 383.

[2] Isambert 3, 123.

[3] Über Ketzerverbrennungen s. Mansi 22, 802 (Paris 1210); Albric. trium Fontium 1235 u. 1239, SS. 23, 937. 944; Matthaeus Paris, hist. maior 1238, ed. Luard 3, 520; Annal. Erphord. 1239, SS. 16, 33 und Havet p. 597 n. 2.

[4] Li livres de jostice et de plet, ed. Rapetti Par. 1870 (nach 1255) p. 12: „quant l'en ara soupecenos un home de bogrerie (Ketzerei), li juges ordenaires deit requerre le roi ou sa jotice qu'i le prangne . . . Après li esveques et li prelaz dou leu, c'est a entendre les persones d'iglise, devent fere l'inquisicion de la loi sor li et demander li de la foi . . . Et s'il est dampnez et por lor jugement . . ., li rois prent le cors et fet livrer a mort et toust li avoirs est siens sauf le doaire a la fame"; s. g. établissements de S. Louis I. 127, S. 311 n. 2 u. I. 90, ed. Viollet 2, 147: „Se aucuns est soupeçoneux de bougrerie, la joutise le doit prandre et envoier à l'evesque et se il en estoit provez, l'en le devroit ardoir; et tuit si mueble sunt au baron. Et en tele maniere doit l'en ouvrer d'ome herite, par coi il en soit provez; et tuit si mueble sunt au baron ou au prince . . . Et costume s'i acorde"; Beaumanoir c. 11 n. 2, s. a. a. O. u. c. 30 n. 11; ed. Beugnot 1, 413: „Qui erre contre le foi, comme en mescreance . . . il doit être ars et forfet tout le sien en le manière dessu".

Auch hat man hier in Übereinstimmung mit Toulouse 1229 c. 11, S. 386 n. 7, die nur aus Furcht vor dem Tode bekehrten Ketzer mit Gefängniss bestraft, Havet p. 597. 598.

[5] Vgl. Bracton de legib. Angliae lib. II n. 2 c. 9 n. 2, ed. Twiss. London 1878. 2, 299, s. unten §. 287; Fleta I. 37. §. 4 u. Britton I. 10(9), S. 311 n. 2.

[6] S. o. S. 381 u. S. 311 n. 2 a. E. Vgl. auch Lea, a history of the inquisition of the middle age. New York 1888 1, 323 u. 2, 163.

[7] Vgl. Gregor IX. S. 385 n. 1; Innocenz IV. 1252, S. 386 n. 5 und die mit dem eben citirten Schreiben sich inhaltlich deckenden Briefe desselben Papstes v. 1252 u. 1254, Potthast n. 14575. 14587. 15378 u. 15448; Alexanders IV. 1257 u. 1258, P. n. 16764 u. 17383 und Clemens' IV. v. 1265 u. 1266, P. n. 19433. 19523; ferner die Bestätigung der Gesetze Friedrichs II. durch Clemens IV. 1265, P. n. 19423 und Bonifazius VIII. (1294—1303) in c. 18 in VI de haeret. V. 2: „leges quasdam per Fredericum olim Romanorum imperatorem promulgatas, quatenus . . . haereticorum exterminium prosequuntur . . . approbantes et observari volentes" (nochmals ausdrücklich durch die Bulle Martins IV. Inter cunctas v. 1418 §. 10, Bull. Taur. 4, 668 erneuert). Allerdings hat die Kirche die Ketzerverbrennung nicht aufgebracht, aber sie hat sie gebilligt und für die Ausdehnung derselben auf Gebiete, wo sie nicht üblich war, durch ihre Anordnungen gewirkt, sowie die Beachtung der Ketzergesetze überall von den weltlichen Gewalten gefordert, vgl. auch Henner, Beiträge z. Organisation S. 214.

[8] S. o. S. 383, LL. 2, 243: „c. 1 . . . irritamus et precipimus irrita nuntiari omnia statuta et consuetudines que civitates vel loca, potestates, consules et quecumque alie persone contra libertates ecclesie ac ecclesiasticas personas edere vel servare temptarunt adversus canonicas vel imperiales constitutiones et ea de capitularibus suis mandamus infra II menses post huiusmodi publicationem edicti penitus aboleri; et si de cetero similia attemptaverint, ipso iure decernimus esse nulla et eos sua iurisdictione privatos necnon locum, ubi deinceps talia presumpta fuerint banno mille marcarum precipimus subiacere. Potestates vero consules, rectores, statutarii et scriptores dictorum statutorum necnon consiliarii locorum ipsorum qui secundum statuta vel consuetudines memoratas iudicaverint, sint extunc ipso iure infames, quorum sententias et actus alias legitimos statuimus aliquatenus non tenere. Qui si per annum huius nostre constitutionis inventi fuerint contemptores, bona eorum per totum nostrum imperium mandamus impune ab omnibus occupari, salvis nichilominus aliis penis contra tales in generali concilio (vgl.

Honorius' III. unter die Strafe der Exkommunikation gestellte Vergehen der Errichtung, Inkraftsetzung, Niederschreibung, Beachtung und Anwendung von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten[1], ferner die sich ebenfalls als kirchliche Vergehen darstellende Belastung der Kirchen, frommen Institute und geistlichen Personen durch Obrigkeiten und Private mit Abgaben aller Art[2], sowie die Invasion kirchlicher Güter[3] und endlich die unberechtigte Belangung und Unterwerfung der Geistlichen in Kriminal- und Civilsachen unter das weltliche Gericht[4] mit weltlichen Strafen bedroht und dadurch als weltliche Vergehen anerkannt worden.

Hatte die Kirche in den gedachten Beziehungen ihre Auffassung, dass die weltlichen Obrigkeiten nicht nur zur Anerkennung ihres Strafrechtes[5], sondern auch zur Durchführung desselben mit weltlichen Strafmitteln[6] und zur Gestaltung ihres weltlichen Rechts nach den Forderungen des ersteren[7] verpflichtet seien, zur Geltung gebracht, so stellte sie weiter gleichzeitig die Anforderung an die weltlichen Gewalten, ihr und ihren Organen überall bei der Handhabung ihrer Straf- und Disciplinargewalt mit ihren weltlichen und äusseren Mitteln Unterstützung zu gewähren[8].

Lateran. IV 1215 c. 44, M. 20, 1027 in c. 12 X de reb. eccl. III. 13) promulgatis.

c. 2. Item nulla communitas vel persona publica vel privata collectas sive exactiones, angarias vel parangarias ecclesiis aliisque locis aut ecclesiasticis personis imponere aut invadere ecclesiastica bona praesumant; quodsi fecerint et requisiti ab ecclesia vel imperio emendare contempserint, triplum refundant et nichilominus banno imperiali subiaceant, quod absque satisfactione nullatenus remittatur.

c. 4 Statuimus, ut nullus ecclesiasticam personam in criminali quaestione vel civili trahere ad iudicium saeculare praesumat contra constitutiones imperiales et canonicas sanctiones. Quodsi fecerit, actor a iure cadat, iudicatum non teneat et iudex sit extunc iudicandi potestate privatus" auch als Auth. zu c. 33 C. J. de episc. I. 3.

1 c. 49 (Honor. III. 1221) X de sent. exc. V. 39. S. S. 212.

2 S. das dem c. 2 Frider. in dieser Beziehung korrespondirende c. 46 Lateran. 1215, M. 22, 1030, auch in c. 7 X de immun. III. 49. Vgl. S. 216.

3 Ein diesem Theil des c. 2 Frid. entsprechendes kirchliches Gesetz findet sich nicht, s. aber c. 2 (Eugen III.) X de raptor. V. 17 u. c. 22 (Cölestin III.) X de sent. exc. V. 39 s. S. 190. Überdies hat auch Honorius III. 1220 die von Friedrich II. erlassene Konstitution in allen ihren Kapiteln mit den üblichen Strafklauseln genehmigt, Potthast n. 6408, bull. Taurin. 3, 374.

4 Für c. 4 Frid. gilt das in der vorigen Anm. Gesagte, vgl. c. 17 (Innoc. III.) X de iud. II. 1 u. 35 (id.) X de sent. exc. V. 39. Für den letzten Absatz von c. 4: „ut si qui clericis vel personis ecclesiasticis iustitiam denegare presumpserint, tertio requisiti suam iurisdictionem amittant" bietet sich kein Anhalt in kirchlichen Verordnungen, vielmehr haben erst spätere Partikularsynoden, s. Saumur 1276 c. 11, M. 24, 165; Tarragona 1329 c. 84, M. 25, 876 und Lavaur 1368 c. 98, M. 26, 526 für diesen Fall kirchliche Strafen angedroht.

5 Das zeigt sich in den Anordnungen, die früher erwähnten Ketzergesetze in die städtischen Statuten einzutragen, s. S. 387 n. 7; Henner S. 358; ferner in der l. 37 der von Innocenz IV. durch die Bulle: Ad exstirpanda v. 1252, P. n. 14592, M. 23, 569; bull. Taurin. 3, 552 für die oberitalienischen Städte zur Einrückung in die Statuten erlassenen, die Ketzerei betreffenden Konstitutionen: „caeterum teneatur potestas seu rector cuiuslibet civitatis seu loci delere seu abradere penitus de statutis vel capitularibus communis quodcumque statutum conditum vel condendum inveniatur contradicere istis constitutionibus seu statutis et legibus quomodolibet obviare"; vgl. auch Innocenz IV. 1253, P. n. 14932, Eymeric. app. p. 14; 1254 P. n. 15448, ibid. p. 25, sowie darin, dass der sein Amt antretende Ketzerinquisitor die weltlichen Beamten des Bezirks bei Strafe der Exkommunikation vorladet, um ihnen einen Eid abzunehmen, dass sie die Ketzergesetze beobachten, Eymer. III. n. 7—10, und einen weiteren dahin, dass sie die Ketzer verfolgen und die Inquisitoren in jeder Weise unterstützen wollen, l. c. n. 11 ff.; Henner S. 357.

6 S. oben S. 380 n. 2 u. 3 und das: „animadversione debita puniendi" in c. 9 X de haeret. V. 7 (S. 380), Lateran. IV 1215 c. 3, S. 381 n. 5 und in c. 15 X tit. cit., S. 385 n. 1.

7 S. d. Citate Anm. 5; Alexander IV. 1257, P. n. 17113 (Anordnung der Revision und Abänderung der die Ketzerinquisition hindernden Statuten v. Mantua, bull. Taur. 3, 652) und c. 9 (Urban IV. 1261—1264) in VI de haeret. V. 2, wonach die die Inquisition hemmenden Statuten nichtig sind und widerrufen oder revidirt werden müssen.

8 Schon Alexander II. ordnete 1065 an, dass, falls der König und die französischen Grossen den Erzb. v. Rheims nicht bei der Vertreibung

Vor Allem hat sie gerade hinsichtlich der Ketzerverfolgung diese Ansprüche bis in das Einzelne hinein ausgebildet. Dies zeigt das von den weltlichen Gewalten unter Androhung schwerer Strafen erforderte eidliche Gelübde, alle und jede Hülfe hinsichtlich der Verfolgung der Ketzer zu leisten [1], namentlich für die Beobachtung der Ketzergesetze in ihren Territorien zu sorgen [2], die Ketzer, wo sie sich finden, zur Anzeige zu bringen [3], sie gefangen zu halten, den zuständigen kirchlichen Gerichten zur Aburtheilung auszuliefern [4] und die von den letzteren verurtheilten Ketzer zur Bestrafung zu übernehmen [5], während den weltlichen Gewalten, für welche das Urtheil des kirchlichen Gerichts schlechthin bindend war, keine Prüfung desselben zugestanden wurde [6]. Sowohl in der letzteren Bezieh-

eines Eindringlings aus dem Bischofsstuhl v. Chartres unterstützen wollen, das Interdikt über das Erzbisthum Rheims und dessen Suffraganbisthümer ausgesprochen werden soll, S. 21 n. 2, und Gregor VII. befiehlt dem Grafen v. Flandern, ep. coll. 42, Jaffé, mon. Gregor. p. 569 (1082?), einen von ihm begünstigten abgesetzten und exkommunicirten ketzerischen Kleriker von der Kirche v. Terouanne zu entfernen; Legatenkonzil v. Poitiers 1106, M. 20, 1208 („Eliae comite Cenomanensi praecepit auctoritate b. Petri . . ., ut si ille deinceps ecclesiam illam monachis violenter auferret, comes ei per potentiam saecularem omnimodis obviaret"); Honorius II. 1126, J. L. n. 7261, M. 21, 537 (Anweisung an d. Erzb. v. Lyon, den exkommunicirten Exabt v. Cluny: „tam per ecclesiae ministros quam per exteras potestates de monasterio trahere et in carcerem ponere"); Eugen III. 1145/47, Anastasius IV. 1153, Hadrian IV. 1155 u. 1155/59, J. L. n. 8985. 9789. 10068. 10465, M. 21, 652. 776. 809. 814 (Aufforderungen an König Ludwig VII. v. Frankreich, zum Schutz des Klosters Vezelay gegen den wegen Bedrückung desselben exkommunicirten Grafen v. Nevers und die Bürger v. Vezelay mit weltlicher Macht einzuschreiten); Cölestin III. 1194, J. L. n. 17128, M. 22, 643 (Verlangen, dass der König und die Königin v. Aragonien einen wegen Bischofsmordes exommunicirten weltlichen Grossen bei Strafe des Bannes und Interdiktes „de toto regno proscribunt"); c. 14 (Lateran. IV c. 9) X de off. iud. ord. I. 31 (Forderung des brachium saeculare zur Beseitigung eines in einer zweisprachigen Diöcese eingedrungenen Bischofs, welcher exkommunicirt und deponirt ist).

Ein prinzipielles Anerkenntniss dieser Forderung enthalten die leges eccles. Steph. reg. Hung. u. 1016 c. 11, M. 19, 372: „Si quis observatione christianitatis neglecta . . . quid in eam commiserit, iuxta qualitatem offensionis ab episcopo per disciplinam canonum iudicetur. Si vero rebellitate instinctus, renuerit sibi impositam sufferre poenam, iterum eodem iudicio restringatur, etiam usque septies. Tandem si per omnia resistens et abnuens invenietur, regali iudicio, scil. defensori christianitatis tradatur".

[1] c. 7 (Luc. III. 1184) X de haeret. V. 7 cit.; c. 13 §. 2 (Lateran. IV) X eod.; S. 382 n. 5; Bulle Innocenz IV. v. 1252: Ad exstirpanda cit. §. 2; c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2.

[2] c. 11 (Clem. IV.) §. 2 in VI eod.

[3] S. 382 n. 5; c. 18 in VI cit.

[4] S. die vor. Anm.; Bulle Innocenz IV.: Ad exstirpanda cit. §. 5 ff. Vgl. auch Hennera. a. O. S. 350 fl.

[5] S. 388 n. 6; const. Innoc. IV. 1252: Ad exstirp. cit. §. 25 ff.; Innoc. IV.: Noverit universitas 1254 §. 1, P. n. 15425, bull. Taur. 3, 588; Innoc. IV.: Cum fratres 1252, P. n. 14584 bull. cit. 3, 551 (die wegen Ketzerei und wegen Begünstigung derselben Exkommunicirten sollen nach Konfiskation ihres Vermögens in den weltlichen Bann gethan werden); Alex. IV.: „Ad audientiam nostram v. 1260, P. n. 17759, bull. cit. 3, 669: „mandamus, quatenus potestates, rectores, iudices, antianos, officiales, quocumque nomine censeantur, quod huiusmodi sententias a vobis (von den Inquisitoren des Franciskanerordens) latas et ferendas, etiam sublato cuiuslibet dilationis obstaculo, executioni demandent, monitione praemissa per excommunicationis in personas potestatum, rectorum, iudicum, antianorum, officialium et consiliariorum ac privationis ab officiis, et in civitates, castra et loca huiusmodi interdicti sententias appellatione remota cogatis".

Im Nothfalle konnten sowohl die Bischöfe, wie auch die Inquisitoren nicht nur die rechtmässige, sondern auch blos die faktische Obrigkeit, sowie auch exkommunicirte weltliche Herren und Beamte, ohne deshalb in Strafe zu verfallen, um derartige Hülfeleistungen ersuchen, c. 6 (Alex. IV.) in VI de heret V. 2. Vgl. Henner S. 355.

[6] S. 312 n. 1. Daher durften die weltlichen Obrigkeiten auch das ipso iure durch die Ketzerei verfallene Vermögen sich erst dann aneignen, wenn das kirchliche Gericht erkannt hatte c. 19 (Bonif. VIII.) in VI de haeret. V. 2.

Was insbesondere die Unterstützung der päpstlichen Inquisitoren betrifft, so fordern zur Gewährung solcher auf Gregor IX. 1232 (Herzog Heinrich v. Brabant) P. n. 8859, Frédericq corp. document. inquisitionis Neerlandicae. Gent 1889. 1, 82; Innocenz IV. 1251 P. n. 14406, Eymeric. ed. cit. app. p. 12 u. 1252 (Fürsten und Obrigkeiten in Ober- und Mittel-Italien) P. n. 14630, Eymeric. app. p. 14; Alex. IV. 1258 P. n. 17404, bull. Taur. 3, 668 u. Eymeric. l. c. p. 33 (an Bischöfe, Geistlichkeit und Obrigkeiten im Hzgthum Spoleto); 1260 P. n. 17822—25 (Cirkularschreiben an eine Reihe von italienischen Obrigkeiten) Eymeric. l. c.

ung[1], wie auch hinsichtlich der übrigen Forderungen haben sich bis auf vereinzelte Ausnahmen[2] die weltlichen Mächte nicht nur der Kirche gefügt, sondern dieselben auch zum Theil ausdrücklich in den von ihnen erlassenen Ketzergesetzen anerkannt und zur Durchführung gebracht[3].

Aber nicht blos in Bezug auf die Ketzergesetze hat die Kirche den charakterisirten Standpunkt eingenommen. Die Hülfe der weltlichen Gewalten hat sie auch gemeinrechtlich in Betreff der Durchführung der gegen die Juden erlassenen kirchlichen Vorschriften[4] und behufs der Unterdrückung des Wuchers[5] und des Muhamedanismus[6] in Anspruch genommen[7], ja einzelne Partikularsynoden haben noch weitere, darüber hinausgehende derartige Anordnungen gestellt[8].

p. 47. 48 (hier unter Androhung der Exkommunikation); Clemens VI. 1306 (Ludwig v. Savoyen) Bernardus Guidonis practica inquisitionis hereticae pravitatis. ed. Douais. Paris 1886 p. 341; für Deutschland Innocenz VI. 1353, Urban V. 1368, Bonifaz IX. 1399 Frédericq 1, 204. 207. 260 (worin mehrfach auch die zur Dispositionsstellung der Gefängnisse für die Zwecke der Inquisition verlangt wird). Insbesondere waren die weltlichen und geistlichen Obrigkeiten — abgesehen von den schon in den vorigen Anmerkungen gedachten, sich auf die Anforderungen der Inquisitoren beziehenden Verpflichtungen — bei Strafe der Exkommunikation gehalten, den Inquisitoren auf Erfordern sicheres Geleit zu gewähren, Alex. IV. 1260 P. n. 17810. 17811, bull. Taur. 3, 670, und in den ersten Zeiten hatte die weltliche Obrigkeit auch die Pflicht, auf ihr Ansuchen die Folterung der Angeschuldigten vorzunehmen, Innocenz IV. Ad exstirp. cit. 1252 c. 26; Henner S. 359. Weltlicherseits ist den Inquisitoren in Übereinstimmung mit diesen Forderungen mehrfach so durch Friedrich II., S. 385 n. 3 und dann durch Karl IV. 1369, Frédericq 1, 211. 212, von diesem sogar unter Bestellung von Fürsten und Edlen als Konservatoren für die Wahrung ihrer Rechte und Privilegien, der königliche und kaiserliche Schutz ertheilt worden.

1 S. 311. 312.

2 Namentlich verschiedene italienische Kommunen, s. S. 386 n. 5 und die in den vorangehenden Anmerkungen citirten Bullen, welche fast alle die betreffenden Forderungen italienischen Städten gegenüber stellen und erneuern. S. auch die folgende Anm.

3 Vgl. die citirten weltlichen Gesetze Friedrichs II. v. 1220 (S. 383), 1224 (S. 384), 1231 (für Sizilien S. 385), 1232 (S. 385) und 1238, bez. 1239 (S. 386), s. namentlich die v. 1232 und die erste Konstitution v. 1238, ferner die Ordonnanzen Ludwigs VIII. und Ludwigs IX. (S. 386). Allerdings ist zu beachten, dass Friedrich II. für Sizilien im Gegensatz zu Deutschland, s. ausser der cit. Const. v. 1231 noch das Gesetz v. 1234, Huillard-Bréholles 4, 462, die Aufsuchung der Ketzer in die Hand weltlicher Beamten, welche dieselben nach vorläufiger Feststellung des Verdachts den geistlichen Gerichten zur weiteren Untersuchung überweisen sollten, gelegt hat. Auch König Jacob v. Aragonien, s. const. v. 1233 c. 4, de Marca, Marca Hispanica. Paris 1688 p. 1726, vgl. auch M. 23, 330 c. 8, hat die Inquisition an den einzelnen Orten einem vom Bischof erwählten Geistlichen und zwei von den königlichen Beamten bestellten Laien übertragen, während diese nach kirchlichem Recht vom Bischof zu ernennen waren, S. 383 n. 1, s. auch Toulouse 1229 c. 1, M. 23, 134. Vgl. im Allgemeinen auch Henner S. 356. 362.

4 Lateran. IV. 1215, M. 22, 1064 (c. 18 X de usur. V. 19, Durchführung der Entziehung des Verkehrs der Christen mit Juden, welche übermässige Zinsen von Christen nehmen); ibid. c. 68 (c. 15 X de iud. V. 6, Aufrechterhaltung des Verbots für die Juden, zu Ostern auszugehen seitens der weltlichen Gewalten durch condigna animadversio). Partikularrechtlich ist diese Anforderung dann noch verschärft worden, Albi 1254 c. 70, M. 23, 852 (Durchführung der kirchlichen Anordnung, dass die Juden bestimmte Zeichen an ihren Kleidern tragen bei Vermeidung kirchlicher Censur); Mainz 1258 p. 1000 (Lokalinterdikt, wenn die Fürsten die Judengesetze nicht durchführen); Narbonne 1260 c. 6, p. 1032 (Baillivi, welche die Juden nicht am Markthalten an Sonntagen hindern, Exk.); Beziers 1276 c. 14, M. 24, 176 (bei Nichtkonfinirung der Juden in bestimmte Orte seitens der weltlichen Obrigkeiten censura ecclesiastica); Aschaffenburg 1292 c. 18, p. 1091 (Duldung des Nichttragens der vorgeschriebenen Zeichen, der Führung öffentlicher Ämter und der Haltung christlicher mancipia durch Juden seitens der weltlichen Obrigkeiten, Lokal-Interdikt); Anse 1299, p. 1220 (Duldung der Verwaltung öffentlicher Ämter, Exk.).

5 c. 1 (Lyon 1274 c. 26) in VI de usur. V. 5, wonach alle fremden Wucherer bei Strafe der Exk., eventuell des Interdikts ausgewiesen und ihnen keine Häuser überlassen werden sollen.

6 Clem. un. (Vienne 1311) de iudaeis V. 2.

7 Ausserdem auch zur Vertreibung eines Bischofs, der sich neben dem Bischof eines anderen Ritus eingedrängt hat (arbiträre Bestrafung), Lateran. IV. 1215, M. 22, 998, s. Bd. II S. 40 n. 2 und S. 172 n. 5.

8 London 1268 c. 13, M. 23, 1231 (Vertreibung der incendiarii ecclesiarum aus dem Orte, Lokal-Interdikt gegen die Herren); Köln u. 1280 c. 2, M. 24, 347 (Ausweisung der Konkubinen der Geistlichen durch die weltliche Obrigkeit); Exeter 1287 c. 18, M. 24, 807 (ebenfalls Einschreiten gegen dieselben); Bergamo 1311 c. 16,

Was sodann die Unterstützung der Kirche bei der Durchführung und Vollstreckung der von ihr verhängten kirchlichen Strafen betrifft, so war der in der karolingischen Zeit gegen die Exkommunicirten in dieser Hinsicht geübte weltliche Zwang[1] mit dem Verfall des karolingischen Reichs in den darauf folgenden Zeiten der Gewaltthätigkeiten und der Schwäche des französischen Königthums ausser Übung gekommen[2]. Erst im 12. Jahrhundert, nachdem sich in Folge der Aufrichtung der Gottesfrieden und der Landfrieden die Nützlichkeit des Zusammenwirkens der kirchlichen und weltlichen Gewalt gezeigt hatte[3], findet sich zuerst für das deutsche Reich, freilich nur für ein einzelnes damals häufig vorkommendes Vergehen, die Brandstiftung, ein Zusammenwirken von Exkommunikation und weltlicher Acht in der Weise angeordnet, dass der Bischof denjenigen, gegen welchen durch den weltlichen Richter die Proscription (Acht) ausgesprochen war, auch in den Kirchenbann thun, und umgekehrt, dass wenn der letztere zuerst vom Bischof ordnungsmässig gegen den Brandstifter verhängt worden ist, derselbe von dem weltlichen Richter auf Ansuchen des ersteren proscribirt werden, und falls der Verurtheilte Jahr und Tag in der Acht und in dem Bann verharrt, seiner Rechtsfähigkeit verlustig gehen soll[4].

Ende des 12. Jahrhunderts ist das auf seiner Machthöhe stehende Papstthum in der Lage, die Pflicht der weltlichen Gewalt zur Unterstützung der Kirche wieder energischer als früher zu betonen[5], andererseits aber auch gezwungen, dieselbe bei der in Folge des Umsichgreifens der Ketzereien sich immer mehr als wirkungslos zeigenden Exkommunikation[6] stärker in Anspruch zu nehmen. Daher hat sich schon Innocenz III. 1203 bei seinen geheimen Verhandlungen mit Philipp von Schwaben versprechen lassen, dass dieser ein allgemeines Gesetz erlassen werde, nach welchem jeder vom Papste Exkommunicirte auch zugleich der Reichsacht verfallen sein sollte[7]. Weiter hat Gregor IX. seiner Dekretalensammlung die für die karolingische Zeit massgebend gewordene Anordnung über die Pflicht der weltlichen Fürsten, gegen die

M. 25, 492 (für Nichteinschreiten der weltlichen Obrigkeiten gegen percussores und insidiatores clericorum, Lokal-Interdikt).

[1] S. 375. 376.

[2] Wenn die Synode v. Enham 1009 unter Mitwirkung des Königs, Hefele 4, 667, c. 25, M. 19, 310 bestimmt hat: „Si etiam quisquam de excommunicatis nisi causa refugii in regis praesumpserit praesentia ante poenitentiae satisfactionem peractam consistere, facultatum proscriptione dampnetur", so war damit nur für einen Ausnahmefall, den des Erscheinens vor dem König, nicht aber allgemein angeordnet, dass dem Bann die Ächtung durch das weltliche Gericht nachfolgen sollte.

Für Deutschland lassen sich bis zum 12. Jahrhundert nur 2 Fälle einer gleichzeitigen Verhängung von Acht und Exkommunikation, nämlich gegen Herzog v. Baiern unter Otto II. (976) Thietmar III. 5, SS. 3, 760; LL. 2 app. p. 171, und gegen Herzog Ernst v. Schwaben unter Konrad II. (1030), Wipo vita Chuonr. II. c. 25, S. 11, 268; Bresslau, Konrad II. 1, 288 nachweisen, s. Bresslau S. 288 n. 4 u. Waitz, deutsche Verfassgsgesch. 6, 494 n. 4.

[3] S. o. S. 310.

[4] Frideric. I. const. contra incendiarios 1187, LL. 2, 184 (s. zunächst die S. 310 n. 3 mitgetheilte Stelle, dann folgt): „Si autem proscriptus eo quo dictum est modo, desideraverit absolvi, domino imperatori fines imperii sui per annum et diem abiuret. Si quis autem a proscriptione et excommunicatione simul infra annum et diem non fuerit absolutus, universo iure et honore et legalitate sua privatus habeatur, ita ut in ferendo testimonio vel ad causandum de cetero nequaquam sit admittendus. Omni quoque feodali iure perpetuo carebit".

[5] S. o. S. 377; vgl. Innoc. III. ep. II. 1 (1199), Migne 1, 539: „ut temporalis saltem poena corripiat, quem spiritualis non corrigit disciplina"; reg. imp. ep. 77, ibid. 3, 1088: „cum sciamus, quod frequenter gladius spiritualis contemnitur, si materiali gladio non iuvatur".

[6] S. unten S. 396 n. 6.

[7] Philippi promissa (Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 296) c. 9, LL. 2, 209: „Generalem legem statuam et observari faciam semper et ubique per totum regnum, ut quicumque excommunicatus fuerit a domino apostolico, in banno statim sit imperiali".

hartnäckig die Exkommunikation verachtenden Kirchenglieder weltlichen Zwang, namentlich die Strafe des Exils anzuwenden[1], einverleiben lassen[2], und ferner Alexander IV. (1256) die Zulassung von Exkommunicirten als Kläger, Zeugen, Advokaten und Prokuratoren vor den weltlichen Gerichten mit der Exkommunikation bedroht[3]. In Anhalt an diese gemeinrechtlichen Vorschriften haben die Partikularkonzilien des 13. und 14. Jahrhunderts die Lässigkeit der weltlichen Obrigkeiten in der Erfüllung der erstgedachten Pflicht, indem sie als Zwangsmittel Haft, Geldstrafe, Beschlagnahme des Vermögens und Exil fordern, unter kirchliche Strafen gestellt[4] und unter Wiederholung der Vorschrift Alexander IV.[5] auch die Ausschliessung der Exkommunicirten von allen öffentlichen und weltlichen Ämtern bei Strafe der Nichtigkeit ihrer Amtshandlungen und der Exkommunikation, eventuell auch des Interdikts für diejenigen, welche sie anstellen und nicht wieder aus ihren Stellungen entfernen[6], verlangt.

Was die Stellungnahme der Fürsten gegenüber diesen Ansprüchen anlangt, so hat zwar Philipp von Schwaben der oben gedachten Forderung Innocenz' III.[7], deren Erfüllung den Papst zum obersten Richter in Deutschland gemacht haben würde, nicht entsprochen[8], wohl aber hat Friedrich II. in dem Privilegium für die geist-

[1] S. 376 n. 3.

[2] c. 2 i. f. X de cler. exc. V. 27.

[3] c. 8 (Potth. n. 16308) in VI de sent. exc. V. 11.

[4] Utrecht 1209, M. 22, 805 (Lokal-Interdikt); Trier 1238 c. 2, M. 23, 479 (ebenso); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach stat. Wratislav. p. 300 (Exk. oder Interdikt); London 1268 c. 13, M. 24, 1231 (Lokalinterdikt); Cognac 1261 c. 3, M. 23, 1107; Ofen 1279 c. 57, M. 24, 298; Bourges 1286 c. 31, p. 640 und Mailand 1287 c. 28, p. 880 (sämmtlich censura ecclesiastica); Bergamo 1311 c. 15, M. 25, 491 (Exk.); Lavaur 1368 c. 131, M. 26, 543 (ebenso); Köln 1266 c. 2. 12, M. 23, 1135 (Exk. event. Interdikt), ebenso Rouen 1299, M. 24, 1221; Trier 1310 c. 26, M. 25, 256, und Avignon 1326 c. 41, p. 745 (ebenso); Macon 1286 c. 2, M. 24, 613 (Interdikt), während noch Melun 1216 c. 2, M. 27, 1087 blos eine einfache Forderung an die weltlichen Obrigkeiten, von Haft und Konfiskation Gebrauch zu machen, stellt, und Theodor v. Utrecht u. 1209, M. 22, 808 die Pflicht der weltlichen Obrigkeit, Exkommunicirte aus der Kirche zu entfernen, als selbstverständlich voraussetzt.

[5] Saumur 1276 c. 12, M. 24, 166; Exeter 1287 c. 43, M. 23, 827 (Exk. und öffentliche Verkündung derselben); Senlis 1326 c. 4, M. 25, 801; Bourges 1336 c. 12, p. 1065.

[6] Valence 1248 c. 14, M. 23, 774 (insbesondere von den Ämtern der consules, potestates, rectores, assessores, baillivi), wiederholt Avignon 1279 c. 10. 11 mit Androhung der exc. ipso facto bei Anstellung von öffentlich denuncirten Exkommunicirten und unter Ausdehnung auf vicarii, iudices, clavarii und notarii, eventuell bei Nichtentfernung durch die Anstellenden auch Lokalinterdikt, erneuert Avignon 1326 c. 10, M. 25, 753 (ohne Beschränkung auf die öffentlich Denuncirten); Anse 1299, p. 1221 (wieder mit dieser Beschränkung, bei Nichtentfernung nach unwissentlichen Anstellungen exc. l. s., bei wissentlicher Anstellung Interdikt). —

Vereinzelt ist die Forderung von Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356, S. 43 n. 5, welches bei Vollstreckung der Strafe der Leiter s. a. a. O. die Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit verlangt.

[7] S. o. S. 391.

[8] Vereinzelt steht die im Partei-Interesse erfolgte Ächtung der Bürger v. Cambrai, welche von ihrem Bischof in den Bann gethan waren und mehrere Jahre darin verblieben sind, durch Otto IV. 1209, Böhmer-Ficker acta imperii selecta 1, 207; Huillard-Bréholles hist. dipl. Frid. II. I. 2, 403; Winkelmann a. a. O. 2, 253.

Wenn Kober Kirchenbann S. 443 und Franklin, sententiae curiae regiae. Hannover 1870 S. 15 n. XXI das vom Augsburger Hoftage 1209 auf Veranlassung des Bischofs v. Trient abgegebene Weisthum, LL. 2, 216: „quod si ipse Tridentinus episcopus VII idoneis testibus probare possit, aliquos homines pro excessibus suis banniisse, quod nos hoc bannum deberemus confirmare. Cum igitur ipse Tridentinus episcopus hoc statim VII idoneis testibus probasset, nos bannum suum regia authoritate confirmavimus. Proscribimus igitur et bannimus Adelpertum ... omnes eorum complices", auf das Verhältniss zwischen Exkommunikation und Acht beziehen, also dem bischöflichen Bann die Reichsacht folgen lassen, so ist dabei übersehen, dass es sich um eine Verfestung durch das weltliche Gericht des Bischofs und die in Folge derselben ausgesprochene Reichsacht handelt. Das beweist das „confirmare debere", da der König und das königliche Gericht nicht in der Lage sind, eine

lichen Fürsten[1] v. J. 1220 der von diesen letzteren verhängten, dem Kaiser glaubhaft kundgethanenen Exkommunikation die bürgerlichen Folgen zugestanden, den Verkehr mit dem Exkommunicirten auszuschliessen und ihm das Recht zur Klage und Anklage, sowie zur Urtheilfällung und Zeugnissablegung zu entziehen[2], und weiter bestimmt, dass gegen einen Gebannten, welcher sechs Wochen in dem Banne verbleibe, auch die kaiserliche Acht ausgesprochen werden solle[3], ferner in dem noch im November desselben Jahres erlassenen Krönungsgesetz[4] angeordnet, dass jede Kommune und jede Person, welche ein Jahr in einer wegen Verletzung der kirchlichen Freiheiten verhängten Exkommunikation verharrt habe, ohne Weiteres von selbst dem kaiserlichen Banne verfallen sein sollte und von dem letzteren nicht eher gelöst werden dürfe, als bis sie die kirchliche Absolution erhalten habe[5].

Die letztere Vorschrift, welche lediglich für einen speziellen Fall der Exkommunikation gegeben ist[6], und wesentlich auf Italien berechnet war[7], hat für Deutschland wohl kaum Bedeutung erlangt, dagegen ist hier die Bestimmung des Privilegs praktisch geworden, dass das längere Verweilen im Kirchenbann die Acht nach sich ziehen solle[8]. Zunächst hat man hier an der ursprünglichen Frist von sechs Wochen[9] festgehalten[10], später aber, nämlich schon seit Ende des

verhängte Exkommunikation zu bestätigen, und ferner das Urtheil v. 1220 bei Franklin a. a. O. S. 37 n. LXXIX, Huillard-Bréholles 2, 69: „Item quod liceat dicto patriarche (v. Aquileja) bannire et disbannire quoslibet in iurisdictione sua", welches nur auf den weltlichen, nicht aber den kirchlichen Bann bezogen werden kann.

1 Winkelmann, Friedrich II. 1, 64 ff.; Weiland, Friedrichs II. Privileg f. d. geistlichen Fürsten in: Historische Aufsätze dem Andenken von G. Waitz gewidmet. Hannover 1886 S. 249 ff. insbes. S. 267. 270.

2 c. 6, LL. 2, 236: „. . . excommunicatos eorum, dum tamen ab ipsis viva voce vel per litteras eorum vel per honestos nuntios fide dignos nobis denuntiati fuerint, vitabimus; et nisi prius absolvantur, non concedemus eis personam standi in iudicio: sic distinguentes, quod excommunicatio non eximat eos a respondendo impetentibus, set sine advocatis; perimat autem in eis ius et potestatem ferendi sententias et testimonia et alias impetendi".

3 L. c. c. 7: „Et quia gladius materialis constitutus est in subsidium gladii spiritalis, excommunicationem, si excommunicatos in ea ultra sex septimanas perstitisse, predictorum modorum aliquo nobis constiterit, nostra proscriptio subsequetur, non revocanda, nisi prius excommunicatio revocetur".

4 Winkelmann 1, 113.

5 c. 3, LL. 2, 243: „Item quecumque communitas vel persona per annum in excommunicatione propter libertatem ecclesie facta perstiterit, ipso iure imperiali banno subiaceat, a quo nullatenus extrahatur, nisi prius ab ecclesia beneficio absolutionis obtento".

6 Denn sie sollte allein die Durchführung der Konstitution Honorius' III. sichern, welche die Aufstellung von Statuten gegen die Freiheiten der Kirche und die Festhaltung an denselben mit der excommunicatio latae sententiae bedroht, S. 212 n. 1; Winkelmann 1, 113 n. 5.

7 Ganz abgesehen von dem in der vor. Anm. berührten Umstand, welcher schon auf Italien hindeutet, spricht auch die Festsetzung des dem städtischen sühnbaren Bann entsprechenden Reichsbannes dafür, vgl. Ficker, Forschungen z. italienischen Reichs- u. Rechtsgesch. 1, 169. 170, s. auch S. 384 n. 3. Vgl. ferner Weiland S. 271 ff. Die Berufung König Heinrichs (1224) auf eine andere Bestimmung (4) dieses Gesetzes in dem dipl. für Kloster Salem, Winkelmann acta imperii 1, 385; Cod. diplom. Salemitanus. Karlsruhe 1883. 1, 174, beweist, so Weiland, nichts für die praktische Geltung der hier in Frage stehenden Vorschrift, welche freilich, weil sie einen Spezialfall betraf, mit dem Privileg nicht unvereinbar war.

8 So sind die vom Erzbischof v. Mainz exkommunicirten Erfurter auch vom König geächtet worden, welcher erst nach der kirchlichen Absolution derselben 1234 die Acht aufgehoben hat, Winkelmann acta imperii 2, 67; 1274 hat ferner Rudolf I. gegen den vom Erzb. v. Mainz exkommunicirten Heinrich v. Hessen die Acht ausgesprochen, Guden cod. diplom. 1, 755; Franklin, Reichshofgericht 2, 326.

9 S. Anm. 3.

10 Weisth. Konrads IV. v. 1240 f. d. B. v. Brixen LL. 2, 334: „quod ratione gladiorum spiritualis et materialis, quibus sua episcopalis dignitas est fulcita, sex septimanis in excommunicationis vel proscriptionis vinculo perdurantem licite potest iuxta terre consuetudinem actore petente, percellere altero gladiorum, ita quod excommunicati proscribantur et e converso proscripti excommunicationis sententia innodentur"; s. weiter das Abkommen Philipps v. Hohenfels mit der Mainzer Kirche v. 1262, worin er sich bei Verletzung seiner Verpflichtung der Exkommunikation und falls er 6 Wochen in derselben verbleibt, auch der vom Kaiser zu verhängenden Acht unterwirft,

13. Jahrhunderts die Frist wiederholt auf Jahr und Tag bemessen[1], und diese ist seitdem zur reichsrechtlichen geworden[2]. Immer galt indessen der Grundsatz, dass die Acht nicht ohne Weiteres eintrat, sondern dass der weltliche Richter diese erst auf Mittheilung des geistlichen[3] auszusprechen habe, aber bei nachgewiesener ordnungsmässiger Verhängung der Exkommunikation[4] dazu gehalten sei[5]. Eine solche Verpflichtung ist indessen nicht überall, namentlich nicht in den Ländern des sächsischen Rechts anerkannt worden[6], hier hielt man vielmehr an der Anschauung

Guden cod. diplom. 1, 699; Weiland S. 272. Ferner gehört hierhier der bairische Landfrieden v. 1244 c. 21, Quellen u. Erörterungen z. bayr. u. deutsch. Gesch. 5, 81 (derjenige, welcher 40 Tage im Bann ist, soll auf Mittheilung des Bischofs vom Herzog geächtet und derjenige, welcher ungehorsam in der Acht verharrt, vom Bischof gebannt werden); Deutschspiegel 97; Schwabensp. 106. 246 (sechs Wochen und ein Tag); Ruprecht v. Freising I. c. 2, v. Maurer S. 11, und Alter Kulm V. 65. §. 5, Leman S. 191 (dieselbe Frist).

Eine Singularität ist es, dass nach dem Straubinger Landfrieden v. 1255 c. 26, Quellen z. bayr. Gesch. 5, 145, derjenige, welcher blos vierzehn Tage im Bann ist, auf Benachrichtigung seitens des Bischofs geächtet und gleicherweise der vom Herzog geächtete in den Bann gethan werden soll.

An jeder Fristbestimmung fehlt es treuga Henrici (VII 1224?), c. 22, LL. 2, 268, nach welcher auf Mittheilung des Bischofs der Kaiser den Gebannten in die Acht thun soll; vgl. auch Weisthum v. 1234, ibid. p. 302.

[1] Rudolfs I. bair. Landfrieden 1281 c. 29, LL. 2, 428: „Swelich graf, frey oder dinstmann iar und tach in offenem panne ist, den sol man in die eht tun. Ist er aber ein ander man, so sol man in uber sechs wohen in die eht tun. Und swer als lang in der aehte ist, als da vor von dem panne geschriben ist, ouf den gevellet ze gelicher wiz der pan“, hat für die höheren Stände schon die längere Frist. Diese allein findet sich in einem Weisthum Rudolfs I. v. 1287, Franklin, sententia curiae regiae S. 15 n. XXI; vgl. ferner Priv. Adolfs v. Nassau für Trier 1232, Günther, cod. diplom. Rhen.-Morell, 2, 488: „promittimus omnes excommunicatos et excommunicandos tua et tuorum auctoritate, ultra annum et diem in excommunicatione permanentes, ex tunc ad tuam et tuorum subditorum requisitionem subicere banno regali, quod vulgariter dicitur: *don in de ahte* et in tali banno eos tenere quousque redierint ad ecclesie unitatem“; Loppersumer Sendbrief v. 1424 §. 17, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 314: „.. ist dat hie den ban lyt eyn iaer, daer nae sal dat werlike recht den provest helven“. Drei Jahre hat dagegen der Drenther Sendbrief v. 1332 §. 9, S. 519: „excommunicatus, si infra annum non emendaverat, pena duplicabatur; post II annos poena triplicabatur, post III annos invocabatur bracchium seculare“.

Weiland S. 270 ff. erklärt gestützt auf den S. 392 n. 8 erwähnten Fall v. 1209, in welchem Otto IV. die Acht über die Bürger v. Cambrai ausgesprochen hat, nachdem der Bischof „secundum ius curie probasset, quod iidem cives sui per annum et diem in excommunicatione perstitissent“ die Frist von Jahr und Tag für die ältere, neben welcher sich die von 6 Wochen nicht eingebürgert habe. Ein anderer Fall der Anwendung der ersteren vor 1220, dem Jahre des Erlasses des Privilegs Friedrichs II. ist indessen nicht bekannt, denn dipl. 1226, Huillard-Bréholles 2, 876 bezieht sich ebenfalls auf das Vorkommniss in Cambrai. Man kann daher nicht behaupten, dass die Frist i. J. 1209 die legale gewesen ist, sondern nur, dass man eine solche — und sie hatte ja nach germanischer Rechtsanschauung eine grosse Bedeutung — für genügend erachtet hat, um die Hartnäckigkeit des Exkommunicirten zu konstatiren. Die Bemessung der Frist durch Friedrich II. auf 6 Wochen war ein Entgegenkommen gegen die Kirche. Da sie noch in einem Theil der Rechtsbücher des 14. Jahrhunderts erwähnt wird, so kann man auch nicht sagen, dass sie sich nicht eingebürgert hat. Allerdings mag sie sich in der Praxis vielfach als zu kurz erwiesen haben. Deshalb ist wahrscheinlich schon in den siebziger Jahren des 12. Jahrh. ein Schwanken eingetreten (dies zeigt der Vorbehalt weiterer Erwägung über das fragliche c. 7 des Priv. v. 1220 bei der Bestätigung Rudolfs I. 1275, LL. 2, 401), und dieses Schwanken hat dazu geführt, für das Reichsrecht die längere Frist als angemessenere anzunehmen, um so mehr als auch für die Stellung von Anträgen auf Achtserklärung die Frist von 6 Wochen wohl praktisch kaum beobachtet wurde.

[2] Kaiserliche Artikel den Ständen zu Frankfurt 1435 übergeben §. 8, (Koch) Sammlung d. Reichsabschiede 1, 150: „.. wenn einer oder mehr Jar und tag in der Reichs-Acht bleiben, dass dann das geistlich Gericht den oder die in den Pan tue, und dessgleichen wer Jar und tag in dem Pan bleib, dass dann ein Romischer Keyser oder Konig den in die Reichsacht thue etc. Also dass ein Swert dem andern geholffen und beigestendig sey“.

[3] Vgl. die in den vorhergehenden Anmerkgen angeführten Stellen; nach S. 393 n. 10 auch auf Antrag des Klägers.

[4] Vgl. das S. 393 n. 8 citirte Urtheil v. 1274: „.. se rite et rationabiliter contra dictum nobilem processisse“.

[5] Das ergeben ebenfalls die früheren Citate.

[6] Sachsensp. III. 63. §. 2; Görlitzer Landrecht (Anfang des 14. Jahrh.) c. 32 §. 3, Homeyer, Sachsensp. II. Thl. 2, 184: „Do beschiedin sie der sazzin recht: swer so mit dem banne des babistes odir der biscoppe odir der papin von der meinschaft der cristinheit gesun-

fest, dass der Bann nur der Seele, nicht dem Leibe und dem Rechte schade, und dass erst die etwa freiwillig hinzutretende Acht des Königs eine Minderung der Rechtsfähigkeit herbeizuführen vermöge.

Das Gesagte gilt auch von der von Friedrich II. festgesetzten Minderung der Rechtsfähigkeit [1], denn Urtheile und Weisthümer des Königsgerichts haben die Unfähigkeit der Exkommunicirten zum Richter- und Schöffen-Amt [2], ferner zur Klage-Erhebung [3] und endlich auch die Lehnsunfähigkeit derselben [4] wiederholt ausgesprochen [5], während das sächsische Recht in diesen Beziehungen ebenfalls seinen entgegengesetzten Standpunkt [6] bewahrt hat [7].

dir wirt, alein belivit her also ein jar odir zwei oder maniger, her ne liusit da mite wedir sine vriheit noch sin len noch sin erbe. Swer abir (in) des kunigis ban belivit jar unde tach, der vorliusit sine ere unde ouch sin recht unde sine vriheit unde sin erbe unde sin len"; Glogauer Rechtsbuch c. 213, Wasserschleben, Sammlg deutsch. Rechtsqu. S. 28.

1 S. 393 n. 2. Dass sich diese nur auf das Königsrecht bezogen hat, so Weiland S. 267, nehme ich nicht an. Der Wortlaut nöthigt nicht absolut zu dieser engen Auslegung, durch welche der Anordnung eine sehr beschränkte Anwendung gegeben sein würde. Dass dies auch mindestens in einzelnen Punkten nicht die Auffassung der damaligen Zeit war, zeigen die Anführungen in Anm. 2 u. 5.

2 Weisthum v. 1250, Winkelmann acta imperii 1, 445. Ein früheres vereinzeltes Beispiel v. 1197, nach welchem der gebannte Richter den Königsbann nicht handhaben konnte, bei Kindlinger, münster. Beitr. III. 1, 107; Weiland S. 267.

3 v. 1290, Heineccius, antiquitates Goslar. S. 304; Weiland S. 269.

4 Weisthum 1235, LL. 2, 254: „si ipse (B. v. Brixen) vel alter princeps aut episcopus cum excommunicato cuicunque feudum suum, quamdiu in excommunicatione permanserit, concedere debeat vel negare, et a principibus et magnatibus imperii . . . sententiatum extitit eidem, quod unicuique excommunicato feudum suum negare et detinere possit debita ratione"; v. 1234, Möser, Osnabrück. Geschichten her. v. Abeken Berlin 1843. 4, 350; v. 1237, LL. 2, 324 u. v. 1240, LL. 2, 333 (mit der Begründung in den beiden ersten: „cum excommunicatus ad actus legitimos non sit admittendus").

5 Ebenso auch einzelne städtische Statuten, Rüden 1310 c. 98, Seibertz, Urkdbch. v. Westfalen 2, 90: „Eff eyn deme anderen nicht antworden enwolde in gerichte . . . und spreke de clegere were to banne, den dan sal de antwordere bewysen ... myt dem pastore dar he under wonet de to banne syn sal, de de banbreve over ene besegelt hevet, eder myt des geistliken richters breven de ene benennet"; Basel 1457, Schnell, die älteste Gerichtsordnung v. Basel. Basel (s. a.) S. 9.

6 S. 394 n. 6; Sachensp. II. 63. §. 2; Rechtsbuch nach Distinktionen III. c. 8 d. 3, Ortloff S. 149; Goslarer Statuten, Göschen S. 69; Glogauer Rechtsbuch c. 341, Wasserschleben S. 43; Dresdener Schöffenurtheil c. 197 bei Wasserschleben S. 349. Auch ausserhalb des sächsischen Rechtsgebietes, s. Brünner Schöffenbuch bei Rössler, deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen 2, 26 c. 46, wurde der Exkommunicirte als Kläger bei den weltlichen Gerichten zugelassen.

7 Wenn Dove, de iurisdict. eccles. progressu. Diss. inaug. Berol. 1855 p. 114 die Anordnungen Friedrichs II. erst gegen das Ende des 13. Jahrh. in praktische Geltung treten lässt, Friedberg, de inter eccles. et civitatem regund. iudicio. Diss. inaug. Berol. 1866 p. 162 aber diese läugnet, so werden beide Behauptungen durch die vorhergehenden Mittheilungen mindestens für die Praxis des Königsgerichtes widerlegt. Was das abweichende Partikularrecht betrifft, so klagt schon 1264 der Erzbischof v. Köln, dass in Köln die gebannten Bürger Urtheil nehmen und auch als Schöffen Urtheil finden, eine Klage, die freilich in dem Schiedsspruch bei Lacomblet niederrhein. Urkdbch. 2, 309, durch den Hinweis auf die Bischofssühne v. 1258, welche nur infames und criminosi condempnati de crimine vom Schöffenamt ausschliesst, ibid. p. 248, für nicht gerechtfertigt erklärt wird. Weiter hat Gregor XI. in Folge der Angriffe des Augustinermönches Johannes Klenkok in seiner Bulle: Salvator generis humani 1374, M. 23, 157, von den beiden vorher citirten Artikeln des Sachsenspiegels den Art. III. 63 §. 2 reprobirt, Homeyer, Johannes Klenkok wider den Sachsenspiegel i. d. Abhandlungen d. Berliner Akademie 1855 S. 377, s. namentlich S. 396 ff. 419 (vgl. weitere Literatur bei Schröder, Lehrb. d. deutsch. Rechtsgesch. S. 625 n. 21) und Karl IV. 1377, Eccard, leges Francorum. Francof. et Lips. 1720 S. 203, für die Diöcesen Magdeburg, Mainz und Köln alle statutarischen Bestimmungen „quod excommunicati laici et publice denunciati in foro civili non repellantur" für kraftlos erklärt. Endlich beschränkt das sächsische Weichbildrecht c. 5 §. 1, her. v. v. Daniels u. v. Gruben Berlin 1858 S. 71 (anders die Handschrift bei Homeyer, Sachsensp. II. Thl. 2, 183. 184) die Ausführungen in Sachs. III. 63 §. 2 auf den Fall einer zu Unrecht ausgesprochenen Exkommunikation, und die Glosse dazu Art. 5, s. v. Daniels u. v. Gruben S. 201 bemüht sich dies als im Einklang mit dem kanonischen Recht darzuthun. Aus der Opposition gegen das sächsische Recht auf eine allgemeine Nichtgeltung des Gesetzes Friedrichs II. zu schliessen, ist verfehlt, vielmehr hat es sich dabei nur um den Kampf gegen dieses sich zäh erhaltende, die kirchlichen

Andererseits wird dagegen sogar partikularrechtlich mit Bezug auf die Sendgerichte über das Reichsrecht hinaus die weiter gehende Pflicht für den weltlichen Richter ausgesprochen, diejenigen, welche über Jahr und Tag hartnäckig im Banne bleiben, mit weltlichen Strafen zu belegen [1], und endlich ist auch in Anhalt an das Privileg Friedrichs II. [2] in einzelnen Statuten der Verkehr mit den Gebannten unter weltliche Strafe gestellt [3], sowie denjenigen, welche sich nicht aus der Exkommunikation lösen wollten, Geldstrafe [4] und auch die Ausweisung aus der Stadt angedroht [5], letzteres offenbar deshalb, um die Verhängung kirchlicher Strafen, namentlich des Interdikts gegen die solche Gebannten duldenden Kommunen von vornherein auszuschliessen.

Nicht so weit, wie in Deutschland, ist man in den anderen Ländern gegangen.

Für den Süden von Frankreich hat Ludwig IX. 1228 [6] die Anordnung getroffen, dass die Exkommunicirten von allen zu meiden seien, und denjenigen, welche nicht nach Ablauf eines Jahres die Absolution von der Exkommunikation erlangt haben, ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen konfiscirt und ihnen nur nach erlangter Absolution und Leistung der von der Kirche geforderten Genugthuung auf königlichen Spezialbefehl zurückgegeben werden sollte. Im übrigen hat sich in Frankreich, wo einzelne Konzilien im 13. Jahrhundert das Einschreiten der weltlichen Gewalt gegen die

Forderungen ablehnende Stammesrecht gehandelt. Nach dem Kölner Verbundbrief v. 1396 sind allerdings die Gebannten von der Wahl in den Stadtrath ausgeschlossen gewesen, Hegel Verfassgsgesch. v. Cöln p. CCXIII.

1 S. 394 n. 1; Bopparder Sendweisthum v. 1412, Grimm Weisthümer 3, 775: „Ist is aber sache, das die persone uber jair in dem banne verlibet, so mag eyn shentdechen merer beswerer brieffe senden off die persone vnd den gesang zu verslagen, vnd als dann so hat das werntliche gerichte, scholtheisse vnd scheffen, die persone straiffen an ir libe vnd an gude, gode vnd eyme shentdechen vnd shentscheffen genoiche zu doin".

2 S. 393 n. 2.

3 Münchener Stadtrecht art. 307, Auer S. 141: „Swer dem, von dem ungesungen ist (d. h. dem Gebannten) ze Münichen ze ezzen oder ze trinchen geit oder in hauset oder hofet, als oft er daz tuot, der geit dem richter 1/2 lib dn, der stat 1 lib dn, er wizze dann darumb nicht"; Fivelgoer Küren §. 15, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 286: „Si quis excommunicatos publice ad se colligerit et auxilio defenderit, pro eis lesis satisfaciat et C marcas persolvat".

4 Die Baseler Gerichtsordnung v. 1457 setzt für denjenigen, welcher länger als 14 Tage im Bann bleibt, eine Geldstrafe v. 10 Schilling und für jede weitere Woche die gleiche Strafe fest, Schnell a. a. O. S. 10.

5 Frankfurt a. M. 1352 c. 82, Senckenberg selecta juris Francof. a. M. 1734 1, 77: „Wer vrebeliche zu banne ist, das man durch sinen willen ungesungen ist, alse manchen tage alse man durch sinen willen ungesungen ist, alse maniche wochen sal he fur die stad farn adir sul fur ie die woche ein phund geben . . . Wonne man dan von dime III guldin geneme, so ensulde man des geldis nicht me von ime nemen unn salde der furbas alse manchen dag alse man durch sinen willen ungesungen were, alse maniche wochen fur die stad varen"; Königsee (Schwarzburg) 1365, Walch vermischte Beiträge z. deutsch. Recht 7, 49: „Auch sal man von nyemandis wegen singen nederlegen noch gotisdinst, wer daz lenger hindird denne XIV nacht, der sal geben eynen verdung der stadt und ruemen bis daz er daz singen wedir bringet". Auch die Kasseler Statuten v. 1444, Kopp Verfssg. d. geistl. u. Civilgericht. i. d. hessel. Casselischen Landen. Cassel 1769. 1 Beil. S. 32 verlangen, dass der Gebannte bis zur Erlangung der Absolution die Stadt räumt und bestrafen ihn, wenn er vorher zurückkehrt, für jedes Mal mit Geldstrafe und vierwöchentlicher Entfernung aus der Stadt, verlangen aber andererseits, dass Schultheiss und Rath den zu Unrecht Gebannten schützen sollen.

6 S. die S. 386 n. 9 cit. Ordonnanz, l. c. 1, 233: „. . . quia claves ecclesiae consueverunt in terra illa contempni, statuimus, ut excommunicati vitentur secundum canonicas sanctiones et si aliqui per annum contumaciter in excommunicatione perstiterint, ex tunc spiritualiter (l. corporaliter) compellantur reddire ad ecclesiasticam unitatem, ut quos a malo non retrahit amor dei, saltem pena temporaliter compellat. Unde precipimus quod baiuli nostri omnia bona talium excommunicatorum mobilia et immobilia post annum capiant nec eis aliquo modo restituant, donec predicti absoluti fuerint et ecclesie satisfactum, nec tunc etiam nisi de speciali mandato nostro". Nach Narbonne 1227 c. 1 M. 23, 21 hat sogar schon Ludwig VIII. i. J. 1226 die Verfügung erlassen: „ut quicumque post trinam admonitionem se excommunicari permiserit, in IX libris et uno denario Turonensi puniatur. Si vero per annum contumaciter in excommunicationis sententia permanserit, bona eius omnia cadant in commissum" (vgl. auch Beziers 1246 c. 36, M. 23, 700 u. Valence 1248 c. 13 ibid. p. 774). Auch für Provence bestimmt die allerdings erst dem Ende des 13. Jahrh. angehörige const. Caroli reg. II., Giraud, essai sur l'histoire du droit français. Paris 1846 II. 2, 31, dass nach Jahr und Tag „bona ipsius (d. h. des Exkommuni-

Jahr und Tag in der Exkommunikation Verharrenden durch Verhaftung und Beschlagnahme des Vermögens gefordert hatten [1], ein im wesentlichen mit der gedachten königlichen Anordnung übereinstimmendes Gewohnheitsrecht entwickelt [2]. Ebenso trat, wie in Deutschland, die Unfähigkeit zum Klagen und zum Zeugniss für den Gebannten ein [3].

Nicht minder hat sich in England (anscheinend durch Gewohnheitsrecht [4] und Praxis) eine solche Rechtsminderung [5] und die Anwendung körperlichen Zwanges auf Ansuchen des exkommunicirenden Bischofs, d. h. die Inhaftirung des Exkommunicirten, welcher länger als 40 Tage in dem Banne verblieb, festgestellt [6].

cirten) capiantur per curiam saecularem, cui ille fuerit subditus, tenenda per ipsum, donec fuerit absolutus".

1 Provinz. Syn. v. Melun 1216 c. 2, M. 22, 1087, s. auch o. S. 392 n. 4.

2 S. g. établissements de S. Louis I. 127, ed. Viollet 2, 238: „Se aucuns hom est escomeniez 1 an et 1 jour et plus et li officians mandast à la joutise laie ou à son seignor ordinaire qu'il le destrainsist par ses choses prendre ou par le cors, car li jugemenz l'evesque si doit estre mandez à execucion et à fin par l'office dou prevost, selon droit escrit . . . (Berufung auf l. 8 C. de episcopal. aud. I. 4 u. die dazu gehörige Authentika), se mestiers est, si ne le doit pas prandre por quoi ce soit de dette ou de terre; mais la joutise doit tenir toutes ses choses en sa main sauf son vivre, jusqu'à tant qu'il se soit faiz asoudre. Et quant il sera asouz, il doit paier IX lb. d'amende, don li LX s. sunt à la joutise laie et les VI lb. sunt à l'autre joutisce et les doit avoir par la main à la joutise laie". Danach tritt auf Ersuchen des geistlichen Gerichts Inhaftirung des Exkommunicirten und Beschlagnahme des Vermögens desselben (nur die letztere bei Exkommunikation wegen Schuldklagen und Klagen um Grundstücke) bis zur Absolution ein, und bei dieser hat der Schuldige eine Busse von 9 Livres zu zahlen, von welcher der weltliche Richter dem kirchlichen zwei Drittel auskehrt. Beaumanoir, coutumes du Beauvoisis c. 11 n. 32 ed. Beugnot 1, 170 verwirft dagegen bei Schuldsachen jedes Eingreifen des weltlichen Richters gegen den vom geistlichen Gericht bei solchen Prozessen Exkommunicirten („car le laie justice selonc nostre coustume n'est pas tenu à faire paier ce qui est jugié en le cort de sainte eglise en tel cas") und in Betreff der im kirchlichen Gericht verurtheilten Testaments-Exekutoren, wozu er die ausschliessliche Kompetenz desselben anerkennt, bemerkt er c. 11 n. 11, l. c. 1, 161: „Ne porquant, le justice laie ne fet pas ceste contrainte (die Beschlagnahme des Vermögens) au commandement de le justice de sainte eglise, mais à sa supplication. Car de nule rien qui touque en cas de justice temporel, le justice laie n'est tenue à obeir au commandement de le justice esperituel, selonc nostre coustume, se n'est par grace. Mais le grace ne doit pas estre refusée de l'une justice à l'autre, quant ele requiert benignement", alles Einschränkungen, welche im Interesse der Wahrung der weltlichen Gerichtsbarkeit gemacht sind (vgl. l. c. c. 46 n. 11, l. c. 2, 245: „Et porce que lor espée espirituel est plus cruele que le temporel, porceque l'ame y enquort, doivent mult regarder cil qui l'ont en garde, qu'il n'en fierent sans raison, si comme des escommeniemens, qu'il font legierement").

3 Parlamentsarret v. 1268, Olim 1, 738 n. 32: „Nota quod aliquando agenti in hac curia denegatur responsio eo quod excommunicatus dicatur vel testis aliquis repellitur a testificando, racione excommunicationis sibi imposite, non auditur proponens excommunicationem, nisi statim probet eam, prout debet probari, quia ita voluit rex"; s. auch Arret v. 1270, ibid. p. 817 n. 8. Für die Provence setzt const. Caroli II. (Ende saec. XIII), Giraud II. 2, 31: „statuimus, quod nullus excommunicatus a jure vel ab homine, de cuius excommunicatione sit curia debito modo certa, recipiatur ad aliquod officium pro aliqua temporali curia exercendum" die Ausschliessung von bestimmten weltlichen Ämtern fest.

4 Auf dasselbe bezieht sich auch die Synode v. Lambeth 1261, M. 23, 1065; vgl. auch Ferns 1240 o. 1241, p. 520.

5 Bracton de legibus Angliae lib. V. tr. 5 de except. c. 23 n. 1, ed. Twiss 6, 366: „Competit etiam tenenti exceptio dilatoria ex persona petentis eo quod . . . fuerit specialiter excommunicatus, excommunicato enim interdicitur omnis actus legitimus ita quod agere non potest nec aliquem convenire, licet ipse ab aliis possit conveniri . . . Qui autem huiusmodi exceptionem proposuerit, oportebit eum habere probationem . . . literas ordinarii . . . testificantes, quod talis nominatim excommunicatus sit et ex tali causa"; Britton II. c. 18 n. 1, ed. Nicholls 1, 322; Fleta VI. c. 38, ed. Selden p. 431 u. c. 45 §. 1 p. 437 (diese Stelle im wesentlichen Bracton l. c. wiedergebend). Der Myrror of justice II. s. 5, Houard, traité sur les coutumes Anglo-Normandes. 4, 539: „que il ne soit excommengé" verlangt dies von den countors („serjeants scachant la ley del royalme qui servent al common des peoples a pronouncier et deffendre les actions en jugdment"), d. h. von den Fürsprechern.

6 Bracton l. c. c. 23 n. 3, l. c. p. 370: „ubi quis fuerit rite excommunicatus et in . . . excommunicatione perseveraverit per XL dies . . . tunc, ut gladius gladium adiuvet, ad mandatum episcopi vel eius officialis capiatur excommunicatus . . . n. 4 (Schreiben des Königs an den Vicecomes). Significavit nobis vener. pater N. per literas suas patentes, quod A. ob manifestam contumaciam suam excommunicatus est nec se vult per censuram ecclesiasticam justiciari. Quia vero potestas regia sacrosanctae ecclesiae in querelis suis deesse non debet, tibi praecipimus, quod praedictum talem per corpus suum (secun-

Endlich hat auch Peter v. Aragonien i. J. 1210 ein Gesetz erlassen, dass Jeder, welcher sich nicht binnen vier Monaten vom Banne lösen würde, eine zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den König fallende Strafe von 100 Solidi und nach weiteren vier Monaten nochmals diese Summe zahlen[1], falls er aber über ein Jahr in der Exkommunikation verbleibe, ehr- und rechtlos sein und seine Freisprechung, abgesehen vom Fall der Todesgefahr, nur durch einen päpstlichen Delegaten stattfinden[2] solle[2a].

Alle diese Vorschriften kamen aber blos für den Fall zur Anwendung, dass der Exkommunicirte längere Zeit in dem Kirchenbann verblieb und hartnäckig die erforforderlichen Schritte zur Lösung desselben verweigerte. So lange dies aber nicht durch Ablauf der vorgeschriebenen Frist festgestellt war, wachte die Kirche eifersüchtig darüber, dass die weltlichen Gewalten nicht gegen den Exkommunicirten einschritten, namentlich nicht sich des Vermögens desselben bemächtigten und verbot, offenbar um sich die Entscheidung über die Lossprechung von der Exkommunikation völlig frei zu halten und nicht Rekriminationen und Erstattungsforderungen des Exkommunicirten ausgesetzt zu sein, jeden derartigen Eingriff in die Rechtssphäre des Gebannten[3].

2. Die Unterstützung der weltlichen Gewalt durch die kirchliche Strafgewalt. Der in der Konsequenz des karolingischen Staatskirchenthums liegende Gedanke, dass die weltliche Macht berechtigt sei, die Unterstützung der geistlichen durch die dieser zu Gebote stehenden Mittel, namentlich durch ihre Strafgewalt, zu fordern, hat sich über die Zeit, in welcher dasselbe schon seiner Auflösung entgegen ging, hinaus erhalten, und in Deutschland noch im 10. und 11. Jahrhundert darin bethätigt, dass gegen aufrührerische Fürsten neben der Acht zugleich auch kirchlicherseits die Exkommunikation ausgesprochen worden ist[4]. Wenn auch noch später,

dum consuetudinem Angliae) justicies, donec sacros. ecclesiae tam de contemptu quam de iniuria ei illata fuerit satisfactum . . . Qui cum captus fuerit et ecclesiae satisfecerit, deliberabitur ad mandatum episcopi . . . Rex vicecomiti salutem. Quia ven. pater N. episcopus significavit nobis, quod talis, quantum ad mandatum suum . . . a te capi et per corpus suum . . . justiciari praeceperimus, beneficium absolutionis impendit, tibi praecipimus, quod a prisona nostra, qua detinetur, ipsum deliberari facias quietum". (Wegen ungerechtfertigter Exkommunikation vgl. noch l. s. c. 11, ed. cit. 6, 218); Fleta l. VI c. 45 §. 2, ed. cit. p. 438.

[1] P. de Marca, Marca Hispanica p. 1397 (s. auch p. 521).

[2] L. c.: „Sitque praeterea post annum, quandiu steterit in excommunicatione ipso iure factus infamis et a pace et a treuga et ducatu nostro eiectus nec ad legitimorum et catholicorum virorum officia vel consilia vel ad aliquos actus legitimos admittatur. Sit etiam intestabilis nec ad hereditatis successionem accedat. Nullus praeterea in iudicio nec extra super quocunque negotio respondeat nec posse esse iudex neque arbiter nec testis nec advocatus nec tabellio nec vicariam seu saioniam tenere in civitate vel extra in aliqua parte regni, nec fidelitatem vel hominaticum, si sit talis persona quae vasallos debeat habere, possit aliquo modo requirere nec aliquis ipsi teneatur ea praestare vel iam praestitam servare, quamdiu steterit excommunicatus et quousque beneficium absolutionis sit concessum". Wenn es in der Verordnung seines Nachfolgers Jacob 1234 c. 18, M. 23, 331 nur heisst, dass der ein Jahr im Bann befindliche durch den König zur schuldigen Satisfaktion gezwungen werden soll, so liegt darin wohl keine Aufhebung des früheren Erlasses, sondern nur ein Versprechen, denselben durchzuführen.

[2a] L. c. Auch wird denjenigen, welche mit einem solchen hartnäckigen Exkommunicirten verkehren, eine wieder zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den König zu entrichtende Geldstrafe von 500 aurei angedroht.

[3] Beziers 1246 c. 32, M. 23, 699: „. . . praecipimus principibus, baronibus, baillivis et consulibus, ne si contingat aliquem laicum pro iniuria dicto vel facto illata clerico vel aliqua alia quaestione ecclesiastica excommunicari per ordinarium vel iudicem delegatum vel alias pro tali causa, ut ad res vel bona eiusdem seu parentum suorum occasione praedicta manus suas extendere non praesumant aut interdicere ei furnum, molendinum aut aliquod commercium commune. Quod si fecerint, nisi legitime cessaverint, excommunicentur".

[4] S. 391 n. 2. S. auch Lambert a. 1074, SS. 5, 211, welcher Heinrich IV. die Erklärung in den Mund legt: „Quando quidem nec forenses leges

nachdem das Papstthum die leitende Stellung eingenommen hat, seitens der Kaiser eine solche Unterstützung beansprucht[1], namentlich gleichzeitig mit der Androhung der Acht gegen die hartnäckig im Kirchenbann verbleibenden Exkommunicirten angeordnet worden ist, dass gegen den Geächteten, welcher über Jahr und Tag in der Acht verharre, die geistlichen Oberen auf Anrufen der weltlichen Gewalt die Exkommunikation verhängen sollten[2], so ist doch, soweit nachweisbar, eine solche Pflicht seitens der Kirche niemals ausdrücklich und allgemein[3] anerkannt worden, wennschon wohl meistens abgesehen von Fällen, wo besondere Rücksichten politischen oder kirchenpolitischen Charakters in Frage kamen, dem Ersuchen der weltlichen Obrigkeiten auf Exkommunicirung der Geächteten stattgegeben worden ist[4], da bei der Ächtung für die Regel ein Vergehen vorlag, welches auch zugleich als ein kirchlich strafbares Delikt behandelt werden konnte.

3. Die Beschränkungen der kirchlichen Strafgewalt durch die weltlichen Mächte. Während es im Mittelalter im Princip anerkannt war, dass die Kirche ihre Strafgewalt frei auszuüben berechtigt sei, so sind doch während dieser Zeit in verschiedenen Ländern verschiedene Versuche gemacht worden, dieselbe in einzelnen Beziehungen zu beschränken. Zum Theil hängen diese mit den Bestrebungen zusammen, im Interesse der Wahrung einer gewissen Abgeschlossenheit der Landeskirchen und des Einflusses der Herrscher auf dieselben der unbeschränkten obersten Leitung der einheimischen kirchlichen Angelegenheiten durch den Papst entgegenzutreten, andererseits aber auch mit der seit Ende des 13. und seit Anfang des 14. Jahrhunderts sich geltend machenden Tendenz, die übermässige Ausdehnung der päpstlichen Rechte und namentlich der kirchlichen und päpstlichen Gerichtsbarkeit im Interesse der fürstlichen Macht einzuschränken[5].

Es gehören hierher — Deutschland kommt dabei freilich nicht in Betracht — die schon anderweit besprochenen Versuche, den Zutritt der päpstlichen Legaten zum

contra violentiam Saxonum quicquam proficiant nec iniurias meas, desertus a milite, armis persequi valeo, ad leges ecclesiasticas, iam necessitate coactus, confugiam et ubi humana cessant auxilia, divinam opem implorabo".

[1] Const.pacis Frider.I. v. 1156 c.4, LL. 2, 102: „Si clericus de pace violata pulsatus fuerit et notatus et proscriptus fuerit, aut pacis violatorem in contubernio suo habuerit, et de hiis in praesentia sui episcopi et sufficienti testimonio convictus fuerit, comiti in cuius comitatu idem clericus hoc perpetraverit, 20 libras persolvat et de tanto excessu secundum statuta canonum episcopo satisfaciat. Si autem idem clericus inobediens extiterit, non solum officio et beneficio ecclesiastico privetur, verum etiam tamquam proscriptus habeatur", wonach gegen hartnäckig die die Lösung aus der Acht und die kirchliche Satisfaktion verweigernden Kleriker die Deposition vorgeschrieben wird.

[2] Dies ist zuerst in der const. gegen die Brandstifter v. 1186, gleichzeitig mit dem erstgedachten Grundsatz, S. 391 n. 4 ausgesprochen worden. Allgemein wird er hingestellt in dem bair. Land-v. 1244 c. 21 und in dem Straubinger v. 1255 c. 16, S. 393 n. 10; ferner im Deutsch- und Schwabenspiegel und bei Ruprecht v. Freysing, s. a. a. O., weiter auch in der Praxis des Königsgerichts seit 1287, s. Franklin, sent. curiae regis S. 15 n. XXI: „quod illi qui proscriptionis sententiam in se animo indurato sustinuerunt per annum et amplius, invocato brachio ecclesiastico debeant excommunicationis sententia innodari, ut eos qui rigore temporalis gladii non terrentur, ad bonum obediencie nervus revocet ecclesiastice discipline"; Franklin, Reichshofgericht 1, 161 n. 3 u. 2, 380. Über die Fortgeltung dieses Satzes im Mittelalter wenigstens in der Theorie s. a. a. O. 1, 355. 356 u. 2, 380.

[3] Allerdings weist das Leg. Konzil Ofen 1279 c. 57, M. 24, 299 die Prälaten und kirchlichen Richter an, auf Erfordern der weltlichen Gerichte, diesen in ihrer Kompetenz auch durch Anwendung von Censuren gegen Renitente Unterstützung zu gewähren.

[4] Vgl. einen solchen Fall bei Franklin 1, 161 ff.

Für die übrigen Länder, namentlich Frankreich und England wird ein analoger Satz nicht erwähnt, was wohl damit zusammenhängt, dass einmal hier der Bann nicht die Acht nach sich zog, und dass das Königthum in diesen Ländern zu der fraglichen Zeit der Hülfe der Kirche entrathen konnte.

[5] Vgl. Bd. III S. 736. 749; P. Hinschius bei

Lande ganz auszuschliessen [1] oder von gewissen Bedingungen, nämentlich von der Zustimmung des Landesherrn abhängig zu machen [2], und die Appellationen an den päpstlichen Stuhl auszuschliessen oder zu beschränken [3], ferner die erst später vorkommenden Verbote, Sachen, welche der königlichen Kognition unterliegen, nach Rom zu ziehen [4], weiter die Zulassung gelegentlicher Appellationen gegen die Überschreitung der Grenzen der kirchlichen Jurisdiktion an den König und die weltlichen Gerichte (Parlamente) [5], sodann die Prüfung der Exkommunikationen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den königlichen Rechten [6], und die Bindung der Zulässigkeit der Exkommunikation, zum Theil auch des Interdikts, gegen die königlichen Vasallen [7] und die königlichen Beamten an die Genehmigung des Königs, während man sich

Marquardsen, Hdbch. d. öffentlichen Rechts I. 1, 198.

[1] Wie in Schottland, Bd. I S. 523.

[2] So in England a. a. O., s. dazu noch M. Maurer, Pabst Calixt II. Th. I. Inaug. Diss. München 1886 S. 48; Friedberg, diss. cit. S. 155; desselben Grenzen zw. Staat u. Kirche S. 729. 731, und in Frankreich, Bd. I S. 525 und Friedberg diss. cit. p. 155, ferner in Sizilien zur Zeit Rogers II. Bd. I S. 519 (1130—1154); hist. pontif. SS. 20, 538; Bernhardi, Konrad III. 1, 348; Scaduto, stato e chiesa delle due Sicilie. Palermo 1837 p. 179; wegen der späteren Änderung unter seinen Nachfolgern s. Sentis, Monarchia Sicula S. 80.

[3] In England unter Heinrich I. und in Sizilien unter Wilhelm I., S. 290 n. 1 u. 6.

[4] In England 27 Edw. III. (1353) st. 1 c. 1; 38 Edw. (1364) st. 2, Richard II. (1392) c. 5, Statutes at large of England. London 1811. 1, 338. 389. 497.

[5] So in Frankreich seit Ende des 13. Jahrh. Schon zur Zeit Philipp's III. (1270—85) wird an den König von dem Pariser geistlichen Gericht appellirt „super quodam iudicio tamquam a pravo et falso dato", Mémoires du clergé 7, 1544; Bourges 1336, M. 25, 1064: „Si personae ecclesiasticae . . . pro suis facinoribus a suis iudicibus capiantur, cogunt saeculares iudices ecclesiasticos quod sibi restituantur, occasione frivolae et interiectae appellationis"; vgl. weiter Friedberg diss. cit. p. 152 und Grenzen S. 484, gestützt auf die Stellung des Königs als Wahrer des Rechts. Hierin liegen die Vorläufer des späteren französischen Instituts des appel comme d'abus.

[6] In England Edw. II. articuli clerici (1314/15) c. 7, Statutes at large 1, 188: „Item littera regia ordinariis dirigitur, qui aliquos suos subditos excommunicationis vinculo innodarunt, quod eos absolvant infra certum diem; alioquin quod compareant responsuri, quare eos excommunicaverunt". Responsio: „Rex decernit quod talis littera numquam exire imposterum permittatur, nisi in casu quo posset inveniri ledi per excommunicationem regiam libertatem".

[7] So in England und in der Normandie schon unter Wilhelm I., Eadmer hist. nov. lib. I, Migne patrolog. 159, 552: „Dux Normanniae usus atque leges quas patres sui et ipse in Northmannia habere solebant, in Anglia servare volens . . . nulli nihilominus episcoporum suorum concessum iri permittebat, ut aliquem de baronibus suis seu ministris sive incesto sive adulterio sive aliquo capitali crimine denotatum publice, nisi eius praecepto, implacitaret aut ulla ecclesiastici rigoris poena constringeret", und der darauf ruhende Art. 7 der Konstitutionen Heinrichs II. v. Clarendon v. 1164, Reuter Alexander III. 1, 575: „Nullus qui de rege teneat in capite nec aliquis dominicorum ministrorum eius excommunicetur nec terrae alicuius eorum sub interdicto ponantur, nisi prius dominus rex, si in terra fuerit, conveniatur vel iustitia eius, si fuerit extra regnum, ut rectum de ipso faciat, et ita quod pertineat ad curiam regiam ibidem terminetur et de eo quod spectabit ad ecclesiasticam curiam ad eandem mittatur, ut terminetur", Vorschriften, welche beide im Interesse der freien Verfügung des Königs über seine Vasallen und Beamten gegeben sind. Durch die zu Avranches 1172 erfolgte Unterwerfung Heinrich's II. und sein eidliches Versprechen, die während seiner Regierung eingeführten, unerlaubten Gewohnheiten zu kassiren, Watterich, vitae pontif. 2, 419. 590 n. 2 ist der 7. Artikel, welcher nichts neues war, aber nicht ausser Kraft gesetzt worden, Reuter Alexander III. 3, 151, wie denn auch Eduard III. 1341, Rymer foedera II. 2, 1147 die Verfügung von Censuren gegen seine fideles und servientes und noch 13 Ric. II. (1389) st. 2 c. 3 u. 16 Ric. (1392) c. 1, Statutes at large 1, 485. 497 für Spezialfälle (zur Hinderung der Anm. 4 gedachten Beschränkungen) die Exkommunikation gegen die mit der Durchführung derselben betrauten Beamten bei Strafe (für Prälaten bei Temporaliensperre, für andere bei Gefängnissstrafe und Geldbusse) verbieten. Für die Normandie bezeugen die Barone 1205, Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane 1, 282 ebenfalls „Item diximus per sacramentum nostrum, quod archiepiscopus vel episcopus vel alia inferior ecclesiastica persona non debet ferre sententiam excommunicationis in barones vel in baillivos aut in servientes domini regis aut in clericos domus suae, rege non requisito vel suo senescallo".

In Betreff der Beamten ist diese Beschränkung in Frankreich, namentlich seit dem 14. Jahrhundert festgehalten worden, s. die Deklaration Karls II. v. 1369, Durand de Maillane l. c. 1, 282, und die weiteren Nachweisungen a. a. O. 1, 283 ff.

in Deutschland, wo bei dem Sinken der kaiserlichen und königlichen Gewalt seit dem 13. Jahrhundert von derartigen Beschränkungen keine Rede war, lediglich damit begnügt hat, vor der Anwendung der Acht gegen die Exkommunicirten die Rechtmässigkeit des Bannes zu prüfen[1], und nur sehr vereinzelt Maassregeln gegen die Auswüchse der kirchlichen Strafgewalt getroffen hat[2].

Wenn endlich die Kirche, insbesondere die Päpste auch die Strafgewalt über die Kaiser und Könige, und zwar nicht nur durch die Verhängung der Exkommunikation über die letzteren, sondern auch durch die Absetzung derselben und die Entbindung ihrer Unterthanen vom Treueide in Anspruch genommen und auch ausgeübt haben[3], so ist ihnen zwar schon mehrfach im Mittelalter, namentlich Ausgangs desselben, eine Berechtigung dazu in dieser weiten Ausdehnung bestritten[4], und die Anschauung vertreten worden, dass eine Absetzung des Kaisers und der übrigen Fürsten entweder nur wegen Ketzerei[5] oder überhaupt nicht zulässig[6], ja selbst die Exkommunikation des deutschen Kaisers nach seiner Krönung einzig und allein durch den Papst[7] und zwar blos wegen Häresie, wegen Verstossung seiner rechtmässigen Gemahlin und wegen Zerstörung von Kirchen[8] statthaft sei, von einer festen Rechtsbildung hat aber in dieser Beziehung selbstverständlich keine Rede sein können, weil sich hierbei die verschiedenartigen Auffassungen der mittelalterlichen Lehre von der Einheit von Kirche und Staat, einerseits das kuriale System von der Oberhoheit der Kirche und des Papstes über die weltliche Gewalt, andererseits eine diese bekämpfende und aus dem Einheitsgedanken die Superiorität der weltlichen Gewalt herleitende Theorie gegenüberstanden[9], und lediglich die jeweiligen politischen und Machtverhältnisse da-

[1] S. 394.

[2] Das Privileg Friedrichs II. für Goslar 1219, Göschen Goslarische Statuten S. 113: „Quicumque in eadem civitate manens ita demum obierit, quod tote vitae suae tempore nunquam ab aliquo fuerit excommunicatus vel denunciatus, ipsum non debet aliquis post mortem suam excommunicatum denunciare“ richtet sich gegen die Verkündigung der Exkommunikation von Todten, vgl. dazu S. 302.

[3] S. 301. 327.

[4] So erklärte Philipp II. August v. Frankreich in seinem Streit mit Heinrich II. v. England dem mit Censuren drohenden Cardinallegaten 1189, Roger de Hovedene chronica, ed. Stubbs London 1869. 2, 363: „non pertinet ad ecclesiam Romanam in regnum Franciae per sententiam vel alio modo animadvertere, si rex Franciae in homines suos demeritos et regno rebelles causa iniurias suas et coronae suae ulciscendi insurgit“.

[5] Vgl. Heinrich IV. v. Deutschland in ep. ad Hildebrand 1076, LL. 2, 47; Watterich 1, 379: „Me quoque . . . quem ss. patrum traditio soli deo iudicandum docuit, nec pro aliquo crimine, nisi a fide, quod absit, exorbitaverim, deponendum asseruit“.

[6] Denkschrift Friedrichs II. an die Prälaten und Gläubigen Englands v. 1245, Huillard-Bréholles hist. dipl. Frider. II. 6, 331: „nusquam vero legitur divina sibi (dem Papst) vel humana lege concessum, quod transferre pro libito possit imperia aut de puniendis temporaliter in privatione regnorum regibus aut terrae principibus iudicare. Nam licet ad eum de iure et more maiorum consecratio nostra pertineat, non magis ad ipsum privatio seu remotio pertinet, quam ad quoslibet regnorum praelatos, qui reges prout assolent, consecrant et inungunt . . . (p. 335). Adparet nihilominus animosa nimis . . . sententia, per quam imperator Romanus . . . lese maiestatis crimine dicitur condemnatus, per quam ridiculose legi subjicitur qui omnibus legibus imperialiter est solutus; de quo temporales pene sumende, cum temporalem hominem superiorem non habeat, non sunt in homine, sed in deo. Spirituales autem penas, per sacerdotales nobis penitencias indicendas tam pro contemptu clavium quam pro aliis transgressionis humane peccatis, nedum a summo pontifice . . . sed per quemlibet sacerdotem reverenter accipimus et devote servamus“. Auch einzelne deutsche Fürsten haben damals gegen die Absetzung Friedrichs protestirt, Albert. Stad. 16, 367: „quidam principes ei (papae) rescripserunt: „Non esse sui iuris, imperatorem substituere“ und p. 369: „Qua sententia per mundum volante, quidam principes cum multis aliis reclamabant, dicentes: Ad papam non pertinere, imperatorem eis instituere vel destituere“.

[7] Schwabensp. 128; Ruprecht v. Freysing I. c. 89, v. Maurer S. 107.

[8] Sachsensp. III. 57 §. 1; Deutschsp. 302; Rechtsbuch nach Distinktionen VI. c. 10 d. 5, Ortloff S. 320; Glogauer Rechtsbuch c. 470, Wasserschleben S. 57.

[9] Die letztere freilich in der Minorität, Gierke, deutsches Genossenschaftsrecht S. 519. 532. 533.

rüber entschieden, in wie weit sich in dem einzelnen Streitfalle die Konsequenzen der einen oder anderen Theorie in praktische Geltung setzen liessen, namentlich aber die Päpste die von ihnen beanspruchte Strafgewalt über die Kaiser und Fürsten zur Durchführung zu bringen im Stande waren [1].

§. 287. *k. Die staatliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Geistlichen.*

I. Die karolingische Zeit. Auch in der karolingischen Zeit, in welcher gleichfalls die älteren kirchlichen Verbote für die Kleriker, ohne Genehmigung des Bischofs bei den weltlichen Gerichten Anklagen zu erheben, wiederholt worden sind [2], ist der Grundsatz des früheren merovingischen Staatsrechts, dass die Geistlichen der niederen Weihen bei Kriminalvergehen schlechthin dem weltlichen Gericht unterstehen [3], in Geltung [4] geblieben.

Was dagegen die Kleriker der höheren Weihegrade, und zwar zunächst die Priester und Diakonen betrifft, so schreiben eine Reihe von Anordnungen der karolingischen Zeit vor, dass sie in Kriminalsachen von dem geistlichen Gerichte abgeurtheilt werden sollen [5], aber andererseits ergeben die Berichte über einzelne

[1] S. dazu o. S. 46.

[2] conc. Vern. 755 c. 18, B. 1, 36; Worms 868 c. 61, M. 15, 879, vgl. Bd. IV S. 789 n. 9 u. S. 849 n. 7. 8.

[3] Bd. IV S. 858. 860.

[4] Gesta abb. Fontan. a. 738 c. 11, SS. 2, 284: „Accusatus vero (Wido abbas) apud principem Carolum, quod conspirationem adversus ipsum meditatus esset, iussu eiusdem exarchi ad regiam domum compellitur migrare. Qui dum pergeret cum satellitibus regiis, venientes in territorium Viromandiae, capitis praecisione damnatur"; vita Hludov. imp. a. 830 c. 45, SS. 2, 634: „Omnes illos huius impiae conspirationis principes . . . ad iuditium adductos, cum iuris censores filiique imperatoris (eos) iuditio legali tamquam reos maiestatis decernerent capitali sententia feriri, nullum ex eis permisit (der Kaiser) occidi, sed . . . laicos quidem praecepit locis oportunis attundi, clericos vero in convenientibus itidem monasteriis custodiri". Vgl. ferner die dem 9. Jahrh. angehörige lex Romana Raetica Curiens. XVI. 2 c. 3, LL. 5, 392: „Nam si criminales causas clerici commiserint, ante provinciales iudices finiantur", s. dazu ibid. 4 c. 1, p. 393. In dem von Alcuin zu 802 berichteten Fall, dass ein Kleriker wegen weltlicher Vergehen vom Bischof v. Orleans verurtheilt worden ist, Jaffé mon. Alcuin. p. 631. 643, hat der Bischof als Missus, also als weltlicher Richter (s. auch p. 644: „in conspectu populi civitatis suae judicavit eos", so auch Löning, deutsch. K. R. 2, 531 n. 2 u. Nissl, d. Gerichtsstand d. Clerus S. 126 n. 4) amtirt. Wird doch sogar in dem Immunitätsprivileg Karls d. K. für das Bisthum Nevers 841, Bouquet 8, 428: „Si quae autem causae adversus supradictae ecclesiae fuerint ortae canonicos, a proprio distringantur episcopo, nisi forte criminalis fuerint actionis, de quibus est ratiocinandum proprio eorum advocato" für Kriminalsachen Rechenschaft in dem weltlichen Gericht des Vogts verlangt. Vgl. überhaupt Löning 2, 529; Nissl S. 125. 245.

Allerdings bemerkt Hinkmar in den quaterniones ad Carol. Calv. 868, M. 16, 764: „Nec clericus, minime autem episcopus publicis iudiciis se potest purgare quia non potest ullius alterius nisi episcoporum et suorum regularium iudicum subdi vel teneri. Neque cuiquam licet episcopum vel alicuius ordinis clericum quolibet modo damnare, nisi canonico episcoporum indicato iudicio", aber hier sucht er dem von ihm verfolgten Zweck gemäss, Schrörs, Hinkmar v. Rheims S. 296, den geistlichen Gerichtsstand möglichst weit zu stecken, s. auch Nissl S. 127 n. 4, und dass er hierbei das, was von den Bischöfen galt, aus Übertreibung generalisirt, zeigt der Umstand, dass er als das zuständige Gericht die Bischöfe, also eine Synode bezeichnet, während die Kleriker der niederen Grade vor ihrem Bischof den Gerichtsstand halten, s. o. S. 278. Für diese Auffassung spricht auch seine Anm. 5 a. E. mitgetheilte Äusserung.

[5] Syn. Francof. 794 c. 39, B. 1, 77: „Si presbyter in criminale opere fuerit deprehensus, ad episcopum suum ducatur et secundum canonicam institutionem constringatur. Et si forte negare voluerit et accusator comprobationem dare non potuerit et coram episcopo definitum esse nequiverit, tunc ad universali concilio illorum ratio deferatur"; Admonitio gener. 789 c. 38, B. 1, 56: „ut clerici [et] eclesiastici [ordines] ordinis, si culpam incurrerint, ut apud ecclesiasticos iudicentur, non apud saeculares", welches das darauf fussende capit. missor. spec. 802? c. 17 (B. 1, 103), Anseg. I. 38, Bened. Lev. I. 77, Hincmar. Rem. ad Carol. Calv., M. 16, 775, Migne 125, 1061 in der Fassung: „clerici ecclesiastici ordinis" wieder geben, so dass also der richtigen Lesart nach nicht die Kleriker aller Grade, sondern nur eine bestimmte Klasse, nämlich die der höheren Weihen (vgl. Hinkmar a. a. O.: „haec constituta

Prozesse, dass der Bestrafung durch das geistliche Gericht eine solche durch das weltliche nachgefolgt ist[1]. Vereinigen lässt sich beides nur durch die Annahme, dass mit den erstgedachten Anordnungen für alle Fälle die vorgängige Aburtheilung derselben im kirchlichen Gericht hat vorgeschrieben werden sollen[2], und damit entsprechend den Forderungen der Kirche eine weitere Vergünstigung im Vergleich zu der merovingischen Zeit gemacht worden ist[3]. Denn wenn der Beschuldigte im geistlichen Gericht zur Deposition verurtheilt worden war, so durfte, weil er dadurch seine Eigenschaft als Kleriker verloren hatte[4], nunmehr gegen ihn wie gegen jeden Laien das weltliche Strafverfahren eröffnet und durchgeführt werden. War er dagegen freigesprochen oder gegen ihn auf eine mildere kirchliche Strafe als die der Absetzung erkannt, so konnte ein weiteres Strafverfahren im weltlichen Gericht gegen ihn wegen derjenigen Handlung, wegen welcher er im geistlichen Gericht vorher angeklagt war, nicht mehr stattfinden, denn er war Geistlicher geblieben. Gegen diese sollten ja nach den angeführten Vorschriften die Kriminalanklagen im kirchlichen Gericht verhandelt werden, dieses schritt aber wegen der bereits erfolgten Aburtheilung selbstverständlich nicht mehr zum zweiten Mal gegen ihn ein. Indirekt ist also durch die erwähnten Anordnungen der Entscheidung des geistlichen Gerichts insoweit eine präjudizielle Bedeutung für das weltliche Strafverfahren beigelegt worden, als eine Verurtheilung durch das erstere, welche nicht auf Absetzung ging, die Verhängung einer öffentlichen weltlichen Strafe gegen einen Priester oder Diakon unmöglich machte, und nur für den umgekehrten Fall, dass auf Absetzung erkannt war, blieb

sunt de his quae ab episcopo vel presbytero seu diacono committantur") vgl. auch Nissl S. 127 n. 4, gemeint sein können.

[1] So 818 in Betreff der Bischöfe und Geistlichen, welche an der Verschwörung König Bernhards Theil genommen hatten, Chron. Moissiac. a. 817, SS. 1, 313: „Teudolfum vero episcopum Aurelianensem . . . synodo facta episcoporum vel abbatum nec non et aliorum sacerdotum, iudicaverunt tam ipsum quam omnes [de ordine ecclesiastico] episcopos et abbates vel ceteri clerici, qui de hoc maligno consilio socii fuerant, a proprio deciderent gradu: quod ita factum est. Nonnulli etiam in exilio missi sunt"; vita Hludov. imp. a. 818 c. 39, SS. 2, 623: „Erant autem huius sceleris conscii quamplures clerici seu laici, inter quos aliquos episcoporum huius procella tempestatis involvit" . . . c. 30: „. . . Episcopos porro hac constrictos immanitate ab episcopis reliquis depositos monasteriis mancipavit. Ceterorum autem nullum vel vita privari vel menbrorum amputatione iussit multari, sed secundum quod exigente culpa visum est, alios exiliari (wahrscheinlich die Geistlichen), alios (wahrscheinlich die Laien) attondi"; syn. Suess. 853 c. 5, LL. 1, 417 (Anklage wegen Hochverraths): „. . . Ibi duo monachi (des S. Medardusklosters) . . . eundem Pippinum (v. Aquitanien) abducere conati sunt et pacem christiani populi dissipare . . . Eiectos iussu Rothadi Suession. episcopi ad synodi audientiam archidiaconus deduxit: et partim confessi, partim convicti, conspirationis malum perpetrasse, canonum severitate depositi sunt (presbyteri quippe erant) et separatim in monasteria sui ordinis longe distantia relegati, ut deinceps nemo tale quid committere auderet, nisi qui similia perpeti non timeret"; conc. Duziac. II 874 (das Urtheil gegen Priester Huntfried, welcher des sacrilegum adulterium mit der Nonne Duda angeklagt war, geht dahin c. 5, M. 17, 291. 292): „vel confessus vel convictus — Huntbertus presbyter, — III bus testibus criminis sui consciis, auctoritate sacrarum legum et regularum synodali iudicio a vicariis synodi deponatur et per missos regios in longinquum terrarum ac perpetuum exilium, iuxta imperatorum et regum antiquas et consuetudinarias leges deducatur et aliquo monasterio ipsius exilii sub poenitentia retrudatur, laica tantum communione sibi servata").

[2] Dass diese voranzugehen hat, setzen auch voraus cap. Aquisgr. 809 c. 10, B. 1, 149: „Ut presbiter qui sanctum crisma donaverit ad iudicium subvertendum, postquam de gradu suo expoliatus fuerit, manum amittat" u. cap. missor. Aquisgr. I. 809 c. 21, B. 1, 150: „Si presbiter crisma dederit, ab episcopo degradetur et postmodum ad iudicem manu perdat". Eine Berufung dafür auf c. 17 Cap. Karol. 769 c. 17, B. 1, 40, welches lediglich Paris. 614 c. 4, Bd. IV S. 850 n. 3 wiedergiebt, erscheint unzulässig, da c. 17 dem Kapitular nicht angehören kann, sondern später hinzugefügt worden ist, Boretius l. c. p. 44; Sohm, Ztschr. f. K. R. 9, 213; Nissl S. 131 n. 2.

[3] Weil früher das weltliche Gericht zuerst vorzugehen und nur vor der Verurtheilung des Geistlichen die Sache an das geistliche Gericht zur kirchlichen Bestrafung des Schuldigen abzugeben hatte, Bd. IV S. 859. 860.

[4] S. o. S. 53.

dem weltlichen Gericht die Befugniss, noch seinerseits vorzugehen, ohne dass es dabei an das kirchliche Strafurtheil gebunden war[1].

Die kirchlichen Gerichte, bei welchen die Kriminalanklagen gegen die Priester und Diakonen zuerst anzubringen waren, bildeten die auch sonst, d. h. bei kirchlichen Vergehen zuständigen[2], mithin das bischöfliche Gericht[3] oder eine (Provinzial- oder Reichs-)Synode[4]. Und gerade in dieser konkurrirenden Gerichtsbarkeit lag für den Staat die Sicherheit, dass durch die Überweisung der Kriminalsachen der Geistlichen der höheren Weihen an die kirchlichen Gerichte und die dadurch bedingte Nothwendigkeit des vorgängigen Einschreitens derselben solche Kleriker nicht straflos ausgingen, denn schlimmstenfalls war der König bei Unthätigkeit oder bei nachsichtiger Milde des Bischofs gegen verbrecherische Geistliche immer in der Lage, eine Reichssynode zu berufen[5] und auf dieser seinerseits die Anklage erheben zu können[6].

Hinsichtlich der Bischöfe[7] ist es dagegen im wesentlichen bei dem schon in

[1] Das lässt sich wenigstens aus dem Verfahren gegen den des Hochverraths auf der Synode zu Senlis 873 angeklagten Diakon Karlmann, Sohn Karls d. K., nach dem Bericht der annales Bertin., SS. 1, 494 schliessen. Hier wird erzählt, dass nachdem er „ab omni gradu ecclesiastico laicali sibi communione servata" deponirt und in custodia gesetzt sei, „antiquus et callidus adversarius illum et suos complices ad argumentum aliud excitavit, videl. quia liberius (d. h. jetzt als Laie) ad nomen et potentiam regiam conscendere posset — unde post depositionem eius complices illius ardentius coeperunt se ei iterum coniungere — quatenus mox, ut locum invenire possent, illum a custodia in qua servabatur, educerent et sibi regem constituerent. Quapropter necesse fuit, etiam illa de quibus ab episcopis iudicatus non fuerat in medium revocare et secundum sacrarum legum decreta pro admissis suis iudicio mortis addictum mitiori sententia luminibus acclamatione cunctorum qui adfuerunt orbari". Hält man mit Sohm S. 267, Dümmler ostfränk. Reich 1 A. 1, 798, Hefele, Conc. Gesch. 4, 510 an dem zweimaligen weltlichen Verfahren gegen Karlmann, der Verurtheilung zur custodia (Bd. IV S. 854. 855) und der zur Blendung fest (gegen Nissl S. 43 n. 1, welcher zu Unrecht lediglich eine Verurtheilung auf Grund einer Reihe anderer, nur der Blendung gedenkenden Berichte annimmt, obwohl diese letzteren der ganzen Angelegenheit überhaupt sehr kurz erwähnen), so hat man bei dem zweiten Verfahren auch auf Handlungen Karlmanns, welche vor dem Depositionsurtheil lagen — nur das kann des in medium revocare heissen — zurückgegriffen, also die Verhandlungen des geistlichen Gerichts nicht als präjudiziell und abschliessend für den strafbaren Thatbestand betrachtet. Von diesem Standpunkt aus würde auch anzunehmen sein, dass andererseits das weltliche Gericht rechtlich in der Lage war, den deponirten Geistlichen trotz seiner Deposition freizusprechen, wennschon über solche Fälle nichts berichtet ist, und sie auch praktisch höchst selten vorgekommen sein werden.

[2] S. o. S. 278 ff.

[3] Syn. Francof. 794 c. 39, S. 402 n. 5; capit. missor. Aquisgr. 809 c. 21, S. 403 n. 2. Nissl S. 132 sieht in c. 39 cit. eine Bestimmung, die im Anschluss an eine schon früher zur Gewohnheit gewordene Übung getroffen ist, und welche leichter zu entscheidende Fälle, deren Normalfall die handhafte Ergreifung gewesen sei, an das lokale Gericht des Bischofs verwiesen habe. In der That ist aber gegenüber der merovingischen Zeit, Bd. IV S. 859 n. 6 gar keine Änderung eingetreten, und auch c. 39 cit. gewährt für seine Annahmen keinen Halt, schärft vielmehr dem Bischof nur ein, Sachen, deren Erledigung Schwierigkeiten machen, der Synode zu überlassen.

[4] S. die S. 403 n. 1 u. oben Anm. 1 erwähnten Fälle. Vgl. ferner syn. Suesson. 853 c. 6, LL. 1, 417 . . . „domnus Karolus coram s. synodo quendam diaconum Rhem. eccles. nomine Ragamfridum impetiit, quod praecepta falsa regis nomine compilasset, sicut ad eum quorundam suggestionibus et verisimilibus indiciis esset perlatum. Unde quia putatum est quibusdum significationibus, ut purgationem sui isdem diaconus subterfugere voluisset, alia aliter dicentibus, visum est omnibus . . . ne a parochia Remensi quoquomodo praesumeret abscedere, donec se ab illis quae ei impingebantur, idoneum redderet vel competenter satisfacere procuraret. Quod et omnibus singillatim episcopis illi auctoritate episcopali praecipientibus ex divino mandato est interdictum".

[5] Bd. III S. 552 Anm. 1 unter a, s. auch S. 556, ferner Annal. Bertin. u. 873 cit.: „iubet ergo (König Karl) convocari episcopos regni sui . . . quatenus secundum sacros canones . . . episcopale de illo (den Diakon Karlmann) exequerentur"; Prudent. Trec. ann. a. 853, SS. 1, 429: „Carolus . . . synodum episcoporum iuxta urbem Suessionum . . . adgregans duos presbyteros... ipse synodo praesidens, episcopis iudicantibus degradare fecit, eo quod Pippinum furari et cum eo in Aquitaniam fugere disposuissent" (vgl. syn. Suesson. c. 5, S. 403 n. 1).

[6] syn. Suess. 853 c. 6 cit. s. Anm. 4. Dass aber der König allein das Recht der Anklage gehabt habe, so anscheinend Nissl S. 130, wird durch den Bericht über die Verhandlung in c. 5, S. 403 n. 1, s. auch die vor. Anm. a. E., widerlegt. Für das bischöfliche Gericht trifft es vollends nicht zu, syn. Francof. 794 c. 39, S. 402 n. 5.

[7] Da die Äbte in der karolingischen Zeit theils Kleriker der niederen, theils solche der höheren Weihen waren, so mussten je nach ihrem

der merovingischen Zeit [1] festgestellten [2] Rechtszustande, abgesehen von einigen unten

Weihegrade die für die verschiedenen Klassen von Geistlichen geltenden Normen im Einzelfalle zur Anwendung kommen. So finden sich in der That auch bei Äbten, welche nicht die höheren Weihen besassen, Verurtheilungen ohne vorgängige Betheiligung des geistlichen Gerichts, z. B. des Abtes Wala zur Verbannung, vita Hludov. imp. a. 830 c. 45, SS. 2, 634 in Verbindung mit vita Walae a. 830 II. 10. 11. 15, SS. 2, 556. 558. 561 und transl. s. Viti a. 830 c. 12, SS. 2, 580, Simson, Ludw. d. Fr. 2, 3. 4, und auch in folgenden Fällen: gesta abb. Fontan. a. 719 c. 3, SS. 2, 217 (Inhaftirung des Abtes monachus Wanda, Breysig, Jahrb. des fränk. Reichs 714—741 S. 32); gesta cit. a. 738 c. 11, p. 284 (clericus Wido zum Tode verurtheilt und geköpft, Breysig S. 87. 88); vita v. Sturmi 754, SS. 2, 373 (Verbannung des Sturm, Oelsner Jahrb. d. fränk. Reichs unter K. Pippin S. 386 ff.); vita Adalhard. 814, SS. 2, 527, u. transl. v. Viti a. 814, SS. 2, 578 (Verbannung des Abts Adalhard, Simson, Ludw. d. Fr. 1, 21. 22); Rudolf. Fuld. ann. a. 861, SS. 1, 374 (Abt Waldo, welcher nach seiner Absetzung in die Verbannung geht, Dümmler, ostfränk. Reich 1 A. 1, 463) ist wohl anzunehmen, dass die Verurtheilten nur im Besitze der niederen Weihen waren, vgl. auch Nissl S. 135 n. 2.

Wenn freilich auch gegen Äbte der höheren Weihegrade einseitige weltliche Bestrafungen erfolgt sind, gesta abb. Fontanell. a 716 c. 3, SS. 2, 276. 277 („Benignus, abbas et diaconus") und sich diese als Gewaltakte darstellen, so hat man doch mitunter auch bei Äbten der niederen Weihen die Konnivenz geübt, dass man die Angelegenheit durch ein geistliches Gericht untersuchen liess, s. Jaffé, mon. Carolina ep. 68. 69, nach welchen Karl d. Gr. 781 den des Hochverraths angeklagten Abt Potho v. S. Vincenz am Volturno dejicirt hatte — ich setze mit Nissl S. 135 n. 4 ep. 69 vor ep. 68 — aber auf Bitten der Mönche und des Papstes den letzteren mit der Untersuchung der Sache betraute, und dieser zwar die Unschuld des Angeklagten feststellt, indessen noch von ihm einen offenbar vor Karl selbst abzuleistenden Reinigungseid mit zehn Eidhelfern verlangt, so dass das Verfahren doch im weltlichen Gericht abschliesst (abweichende Auffassungen bei Sohm a. a. O. S. 261 u. Löning 2, 530). Ferner hat Hinkmar, welcher die Bestrafung des Abtes und Subdiakons Hukbert, des Mitschuldigen der Königin Theutberga durch das weltliche Gericht i. J. 860 für vollkommen berechtigt erklärt (de divort. Lothar. et Tetberg., Migne 125, 697: „secundum legem examinandus et vel legali iudicio liberandus vel puniendus est . . . Veniat ille . . . et legaliter aut quod ei impigitur, defendens liberetur aut . . . legaliter puniatur"), doch die Möglichkeit im Auge, dass die Sache an das geistliche Gericht abgegeben werden könne, l. c. p. 704: „Ordinem autem constituendi iudicium, si Hucbertus pro hac causa ad audientiam et de civili iniudicatus ad ecclesiasticum iudicium venerit . . . b. Gregorius in commonitorio ad Joannem Defensorem euntem in Hispanias descripsit" (wo das iniudicatus nicht blos auf die Überweisung der Sache vom weltlichen Gericht an das geistliche vor dem Verdikt, so Sdralek, Hinkmars v. Rheims kanon. Gutachten. Freiburg i. Br. 1881 S. 101. 102, sondern überhaupt auf eine von vornherein ohne jede Mitwirkung des weltlichen Gerichts stattgefundene Verweisung zu beziehen ist, so auch Nissl S. 136).

Beispiele, dass bei Äbten der höheren Weihen das für die Priester übliche Verfahren beobachtet worden ist, liegen nicht vor. Denn in dem Fall des Abtes Othmar v. St. Gallen, welcher der Nothzucht angeklagt und von dem Grafen im Thurgau exilirt wurde, vita S. Galli II. 15 a. 746, SS. 2, 24, Ratperti casus s. Galli SS. 1, 63; vita s. Otmari c. 4. 5. 6, SS. 2, 43, bleibt es zweifelhaft, ob derselbe ein höherer Kleriker war, und ferner ob unter dem c. 5 cit. erwähnten concilium eine kirchliche Synode, so Nissl S. 136 oder nicht vielmehr mit Meyer v. Knonau, Mitthlgen z. vaterl. Gesch. v. S. Gallen 12, 101 und Löning K. R. 2, 529 n. 3, das Volksgericht des Grafen zu verstehen ist.

[1] Bd. IV S. 850 ff.

[2] Wie früher lässt der König bei einem gegebenen Anlass z. B. auf Grund einer Anklage den Beschuldigten zur etwaigen näheren Voruntersuchung zu sich entbieten, ann. Einhardi 821, SS. 1, 208: „Fortunatus patriarcha Gradensis cum a quodam presbitero suo . . . apud imperatorem fuisset accusatus, quod Liudewitum ad perseverandum in perfidia . . . hortaretur eumdemque ad castella sua munienda artifices et murarios mittendo iuvaret et ob hoc ad palatium ire iuberetur" (Simson Ludw. d. Fr. 1, 173. 175. 222); Synode zu Douci 871 c. 9, M. 16, 672 (betr. Hinkmar v. Laon) „ab eo, d. h. rege, mandatus, ut veniret et rationem redderet de his, unde accusatus erat", nöthigenfalls behufs zwangsweiser Vorführung zunächst in Haft nehmen, gesta episc. Autissiod. c. 12, SS. 13, 394 (Bischof Ainmar v. Auxerre u. 737) und beruft, wenn die Unschuld des Angeschuldigten nicht festgestellt ist, oder auch, wenn kein Bedürfniss nach einer besonderen Feststellung der Belastung vorliegt (so 818 wegen Verschwörung des Königs Bernhard, Einhard. ann. a 818, SS. 1, 205) eine Synode, sofern nicht etwa sich Gelegenheit bietet, die Angelegenheit auf einer aus anderen Gründen zusammentretenden Synode (vgl. z. B. Francof. 794 c. 9, B. 1, 75: Peter v. Verdun; Savonières bei Toul 859, M. 15, 530: Wenilo v. Sens) zur Verhandlung zu bringen. Vgl. hierzu auch Nissl S. 50 ff. Die Synoden sind meistens Reichssynoden, vgl. Bd. III S. 554 n. 3, Frankfurt 794, Savonières 859 und Douci 871 (Absetzung Hinkmars v. Laon), aber auch Synoden der Bischöfe mehrerer Provinzen, so z. B. Valence 855, M. 15, 1, gewesen. Um das Erscheinen des beschuldigten Bischofs zu sichern, konnte derselbe unter Aufsicht und Bewachung gestellt, Douci 871 c. 8, M. 16, 663 (Hinkmar v. Laon) und bei etwaigem Fluchtverdacht auch in Haft genommen werden, ep. syn. Tricass. ad Nicol. I. 867, M. 15, 792 u. Carol. Calv. ad Nicol. I. 867, M. 16, 798 (Ebo v. Rheims

zu besprechenden Veränderungen geblieben [1].

Nissl S. 67). Wie in merovingischer Zeit erhebt der König wiederholt selbst die Anklage, so z. B. Ludwig d. Fr. gegen Ebo v. Rheims zu Diedenhofen 835, ep. syn. Tricass. cit., M. 15, 793: „in episcoporum synodo Ebo praesens ab imperatore praesente est accusatus", und zwar seit der Mitte des 9. Jahrh. durch Überreichung eines förmlichen libellus accusationis, so Karl d. K. gegen Wenilo v. Sens zu Savonières, LL. 1, 462 (s. auch syn. ep. Sapon. a 856 c. 6, ibid p. 464) und gegen Hinkmar v. Laon zu Douci 871, M. 16, 578. Den Vorsitz auf der Synode führte einer der Metropoliten des Reichs, so Drogo v. Metz und Hetti v. Trier zu Diedenhofen 835 bei der Absetzung Ebos M. 14, 660, Hinkmar v. Rheims zu Douci 871, s. c. 8. 10, M. 16, 671. 675, zu Savonières 859 wahrscheinlich] der Ezbischof v. Lyon, M. 15, 529. 530, und die Berichte über sonstige derartige Synoden, zu Aachen 818, Einhard. ann. SS. 1, 205: „episcopos (Anselm v. Mailand, Wolfold v. Cremona und Theodor v. Orleans) synodali decreto depositos", zu Niemwegen 830 (Thegani vit. Lud. c. 37, SS. 2, 598) „et ibi Jesse — v. Amiens — iusto iudicio episcoporum depositus est" lassen erkennen, dass der König bei der Untersuchung und Urtheilsfällung nicht anwesend war. Das hängt mit der Ende der Regierungszeit Karls d. Gr. hervortretenden Scheidung der Behandlung der geistlichen Angelegenheiten durch die Bischöfe allein zusammen Bd. III S. 551. 554, während Karl selbst noch zu Frankfurt 794 c. 9, B. 1, 73 in der Anklagesache gegen Peter v. Verdun an dem Erlass eines Beweisurtheils auf einen Reinigungseid („definitum est etiam ab eodem domno rege sive a sancto synodo") als Vorsitzender (von Nissl S. 93 übersehen) theilgenommen hat, eine Abweichung gegen die merovingische Zeit, Bd. IV S. 854, welche sich aus der Veränderung der Stellung der Reichssynoden und des Vorsitzes auf denselben, Bd. III S. 541. 549. 551, erklärt. Erwies sich die Anklage als unbegründet (so wurde die gegen Petrus v. Verdun, Francof. cit. c. 9 durch Gottesurtheil widerlegt, ebenso gelang es Hildemann v. Beauvais sich zu Diedenhofen zu rechtfertigen, ep. Hincm. ad Nicol. I. 862, Migne 126, 79 u. Flodoard. hist. Rem. eccles. II. 20) oder zog der König die Anklage zurück (wie gegen Wenilo v. Sens, ann. Prudent. Trec. a 859, SS. 1, 453: „absque audientia episcoporum Karolo regi reconciliatur"), so unterblieb jede weltliche Bestrafung. Wurde aber der Schuldbeweis für das Verbrechen geführt, dann sprach die Synode die Absetzung aus, wie z. B. gegen die an der Verschwörung des Königs Bernhard betheiligten Bischöfe, Einhard. ann. a. 818 cit., gegen Jesse von Amiens 830, Theg. vit. cit., gegen Ebo 835 und Hinkmar v. Laon 871 (das Depositionsurtheil gegen den letzteren bei M. 16, 676). Vgl. überhaupt Nissl S. 68 ff. Nunmehr konnte der König unter Beirath der Reichsgrossen, also mit dem Reichstag oder dem Hofgericht die weltliche Strafe, die Todesstrafe aussprechen, welche indessen vielfach in Exil oder Klosterhaft umgeändert wurde, so gegen die an der Verschwörung von 818 betheiligten Bischöfe, Einhard. ann. a. 818 cit. u. vita Hlud. c. 30, SS. 2, 623, gegen Ebo v. Rheims, epist. Fuld. XIII. Forschgen z. deutsch. Gesch. 15, 392, Simson, Ludwig d. Fr. 2, 136, Nissl S. 87 n. 4 und gegen Hinkmar v. Laon, s. dessen reclamatio, M. 17, 353: „Post haec transmissus sum in exilium, in quo per II annos sanus, sed aliquanto tempore ferro vinctus custoditus sum. Duobus annis ferme peractis, insuper caecatus sum et usque modo retentus", Nissl S. 83 ff. (insbesondere S. 86 n. 3). Dass man ein kirchliches Kontumazialurtheil auf Absetzung für die weltliche Verurtheilung nicht genügend erachtet zu haben scheint, so Nissl S. 83 n. 1, lässt sich nicht darauf stützen, dass nach der in dieser Weise zu Diedenhofen 835 erfolgten Absetzung Agobards v. Lyon und Bernhards v. Vienne, vita Hludov. c. 54, SS. 1, 640, der Kaiser auf dem Reichstag zu Stramiac l. c. c. 57, p. 642: „causam ecclesiarum Lugdunensis atque Viennensis vacantium ventilari fecit, eo quod episcopi dudum illarum Agobardus quidem iussus ad rationem non venerit, Bernardus autem Viennensis affuerit quidem, sed rursus fugam inierit. Sed haec quidem res imperfecta remansit propter absentiam, ut predictum est, episcoporum", denn nicht über die Bischöfe, sondern über die vakanten Kirchen sollte verhandelt werden, und bei den lückenhaften Berichten bleibt es vollkommen dahingestellt, ob die beiden Bischöfe nicht, ebenso wie Ebo und Bartholomäus v. Narbonne, Simson 2, 137. 138 nach dem Synodalurtheil verbannt worden sind.

Sichere Nachrichten über ein einseitiges Vergehen der weltlichen Gewalt, wie es in der merovingischen Zeit öfters stattgefunden hat, Bd. IV S. 855 n. 5, kommen, abgesehen von der Exilirung des Bischofs Eucherius von Orleans 733 durch Karl Martell, vita Eucherii c. 7. 8, Mabillon, acta SS. O. B. saec. III. 1, 557; Breysig, Jahrb. d. fränk. Reichs 714—741 S. 70. 71, für die karolingische Zeit nicht vor, vgl. auch Nissl S. 61. 62, denn gest. abbat. Fontanell c. 12, SS. 2, 286: „... Reginfredus (B. v. Rouen) pro insolentia morum ac pravitatibus suis etiam a clericis Rothomagensibus apud Pippinum regem accusatus (u. 755) ... Quo ejecto de episcopatu" bleibt es zweifelhaft, ob nicht die Erwähnung der Aburtheilung durch eine Synode unterlassen ist.

[1] Gegen die bisher dargelegte Gestaltung des Verfahrens gegen Geistliche in weltlichen Kriminalsachen kann nicht, so Löning deutsch. K. R. 2, 530 n. 1 auf Pippin. Ital. reg. cap. 800—810? c. 4, B. 1, 208 (Longob. c. 12 in LL. 1, 193) hingewiesen werden. Hier heisst es: „De illis hominibus vel sacerdotibus aut quibuslibet per regnum nostrum, qui propter premia aut parentellam de nostra iustitia inquirentibus aut emendantibus vicia veritatem obfuscare volunt missis vel fidelibus nostris, ut se in periuria mittant, iubemus atque precipimus, ut si suspitio fuerit, quod periurassent, ut postea ad campum vel ad crucem iudicetur, ut ipsa veritas vel periurium fiant declarata. Et si domini fuerit voluntas, quod per ipsa iudicia veritas aut periurium declaretur, tunc volumus atque iubemus, ut si sacerdos vel clericus fuerit, dupliciter bannum nostrum persolvat, sicut superius decrevimus et

Wie schon in der merovingischen Zeit die Geistlichkeit gegen die Regelung der staatlichen Kriminalgerichtsbarkeit über die Geistlichen angekämpft hatte, so hat man noch vor Ablauf der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts aus demjenigen Kreise des fränkischen Klerus heraus, welcher das karolingische Staatskirchenthum für die durch die damaligen politischen Wirren herbeigeführte Schädigung der Kirche verantwortlich machte und eine selbständige Stellung der kirchlichen Gewalten erstrebte, im Interesse derselben und mit Rücksicht darauf, dass während der Kämpfe der verschiedenen Parteien wiederholt Bestrafungen von Geistlichen, insbesondere von Bischöfen wegen Hochverraths durch das Königsgericht erfolgt waren, nunmehr über die Forderungen der merovingischen Zeit hinausgehend, theils unter Berufung auf nicht geltende römische Kaiser-Konstitutionen die völlige Freiheit der Kleriker in Civil- und Strafsachen von jedem weltlichen Gericht zu begründen [1], theils diese Ansprüche durch Fälschungen unter dem Titel von Kapitularien der fränkischen Könige, wie Benedikt Levita, oder unter der Autorität der ältesten römischen Päpste, wie Pseudo-Isidors durch seine falschen Dekretalen und durch die s. g. Angilramschen Kapitel, in die Praxis einzuführen [2] gesucht.

Konnten auch die betreffenden Vorschriften jener falschen Kapitularien und Dekretalen bei den vielen Widersprüchen, welche sie in den Einzelheiten darboten, nicht direkt verwirklicht werden [3], so stimmten sie doch darin überein, dass sie das oberst-

postea secundum sanctos canones iudicetur; et si laicus fuerit, widrigeld suum ad partem nostram persolvat“. Mag man unter dem sacerdos blos den Priester oder auch zugleich den Bischof verstehen, so soll hier im Widerspruch mit dem früher Dargelegtem zunächst durch Gottesurtheil, also im weltlichen Gericht festgestellt werden, ob der betreffende Geistliche einen Meineid begangen hat. Ist dies der Fall, so ist er gehalten, 120 Solidi zu zahlen und muss dann vom geistlichen Gericht bestraft werden. Es ist aber zu beachten, vgl. Brunner, Zeugen u. Inquisitionsbeweis d. karol. Zeit. Wien 1866 S. 69. 70, dass es sich hier um den Eid von Inquisitionszeugen in Fiskalsachen, bei königlichen Gerechtsamen, handelt, und dass der falsche Eid hier nicht mit der Strafe des Handverlustes, sondern nur des doppelten Königsbannes, bez. beim Laien des Wergeldes bedroht ist. Es steht demnach hier kein öffentliches, todeswürdiges Verbrechen, sondern nur eine Verletzung der königlichen Rechte in Frage. Daher finden die Regeln über die Verhandlung von Kriminalsachen der Priester (und der Bischöfe) über die criminalia negotia hier keine Anwendung, vielmehr haben die mit der Inquisitionsgewalt betrauten Beamten festzustellen, ob eine Verletzung des Inquisitionsrechtes des Königs stattgefunden hat, und die Pflicht zur Zahlung des Königsbannes eingetreten ist, und es bleibt daneben dem geistlichen Gericht die Ausübung der Disciplinarstrafgewalt wegen des begangenen Meineides offen. Diese Auffassung bestätigen auch die c. 1. 2 cap. cit. Das erstere bedroht Geistliche, welche andere als die durch die Kanonen zugelassenen Haushälterinnen bei sich aufnehmen mit dem Königsbann, und das zweite ordnet in Betreff desjenigen, welcher nach der Publikation dieser Bestimmung weiter dagegen handelt, an: „bannum nostrum dupliciter componat et postea ipse reus appareat in sancta synodo et secundum canones iudicetur“, lässt also die Strafe des Königsbannes ebenfalls vor der synodalen Verhandlung realisirt werden. Die Strafe gilt also auch hier nicht als eine für ein öffentliches Verbrechen angedrohte, der Todesstrafe und ihren Surrogaten (Bd. IV S. 854) gleichstehende Kriminalstrafe.

[1] So der Diakon Florus v. Lyon (zw. 815 u. 843) in seinem Commentar, herausgegeben von von Maassen, ein Commentar des Florus v. Lyon z. einigen, d. s. g. Sirmondschen Constitutionen Wien 1879 S. 25 ff., s. auch daselbst S. 21 ff. und M. Conrat (Cohn) Gesch. d. Quellen u. Literatur d. röm. Rechts i. früheren Mittelalter. Leipzig 1889 1, 253.

[2] Die Aburtheilung aller Anklagen gegen Geistliche durch das kirchliche Gericht, insbesondere durch den Bischof wird verlangt Ben. Lev. I. 378. III. 145. 422 und Ps. Is. Marcellin. 3, ed. Hinschius p. 226; Pontian. 3 p. 147; die Verhandlung der Anklagen in der Provinz des Angeklagten B. L. II. 113. 381, Ps. Is. Pius 9, p. 119; B. L. III. 82. 103, Ps. Is. Damas. 19 p. 505, Angilram. c. 9, ed. Hinschius p. 760, und zwar gegen Bischöfe vor mindestens 12 Bischöfen B. L. II. 307, Ps. Is. Anacl. 15 p. 73, Zeppher. 5 p. 121 oder vor den Primaten B. L. III. 89. 381. 153. 154, Ps. Is. Stephan. 10 p. 185. Fel. I. 9 p. 201; Angilr. c. 4 p. 758 oder vor der Provinzialsynode B. L. III. 106. 314; Ps. Is. Dam. 8 p. 502; Angilr. c. 17 p. 762 oder endlich auch vor dem Papst, B. L. III. 152, indessen soll die Entscheidung der erwähnten Gerichte gegen Bischöfe niemals definitiv sein, vielmehr die Verurtheilung derselben nur mit Zustimmung des Papstes erfolgen dürfen, B. L. II. 381, Ps. Is. Marcelli 2. 10 p. 224. 228, Jul. 4 p. 459, Dam. 8 p. 502. Vgl. noch Hinschius decret. Pseudo-Isid. p. CCXIV. CCXV.

[3] Hinschius l. c. p. CCXIV.

richterliche Recht des Papstes in dem weiten Umfange, dass ihm allein das definitive Urtheil über die Bischöfe vorbehalten bleiben sollte, anerkannten [1]. Damit war der bisherige Rechtszustand, nach welchem die vom König berufene Synode über die Bischöfe definitiv urtheilte, und der König mit seinem Gericht auf Grund einer solchen Verurtheilung die weltliche Strafe zu verhängen befugt war, negirt. Offiziell hat zwar die fränkische hohe Geistlichkeit von der weltlichen Gewalt eine dahin gehende Änderung nicht gefordert [2], indessen haben gerade die schon anderweit berührten kirchlichen und politischen Verhältnisse, welche es dem Papstthum sowie einzelnen Anhängern der kirchlichen Reformpartei ermöglicht hatten, bei der Schwäche des späteren karolingischen Königthums das bisherige fränkische Staatskirchenrecht in verschiedenen Beziehungen zu unterhöhlen [3], nachdem es Nikolaus I. wieder gelungen war, das oberstrichterliche Recht des Papstes über die Bischöfe in kirchlichen Straf- und Disciplinarsachen zur praktischen Geltung zu bringen [4], auch dazu geführt, die weltliche Gerichtsbarkeit, insbesondere das richterliche Recht des Königs über die Geistlichen und insbesondere die Bischöfe in Frage zu stellen [5], denn mit dem aus Anlass der Absetzung Hinkmars von Laon abgegebenen Anerkenntniss Karls des Kahlen, dass ein weltliches Straferkenntniss gegen Bischöfe erst nach einer päpstlichen Bestätigung des Absetzungsurtheils erfolgen könne [6], war eine der wesent-

[1] S. S. 407 n. 2.

[2] Zu Aachen 836 C. III c. 7, M. 14, 689: „Didicimus sane nonnullos episcoporum a quibusdam personis clam temeraria detractione accusatos atque detractos, sine approbatione tamen, in causis reprehensibilibus quae pontificali ordini non congruere visae sunt, si approbatae fuerint. Idcirco obnixe precamur, ut si aliquis deinceps accusator annisus fuerit, aliquem excessum in episcopali ordine rite reprehendere et ad aures imperiales perducere, ut non facile per cuiuscumque personam officium tanti ministerii in aliquo vilescere videatur. Accusator itaque uti, sicut hactenus delitescendo se subtrahere locum non habeat, sed neque accusatus: huius rei veritas synodali conventui pateat ibidemque omni occasione remota utrorum examinatio secundum veritatem examinetur, ut quod quisque meretur, accusatus videl. sive accusator pro merito canonicae disciplinae subiaceat" richtet sich allerdings gegen die bisherige Praxis, dass der König auf ihm unterbreitete Denunziation oder Anklage seinerseits die Synode beruft, und wenn er selbst die Anklage erhebt, der ursprüngliche Ankläger hinter ihm völlig verschwindet, und verlangt, dass ein solcher stets vor der Synode erscheine, damit diese seine Glaubwürdigkeit untersuchen und ihn nöthigenfalls bei falscher Anklage bestrafen könne (a. M. Nissl S. 63 n. 1, der die Stelle dahin auffasst, dass sie stets Koncilsberufung durch den König, selbst dann, wenn dieser in der Voruntersuchung keinen Schuldbeweis gefunden habe, fordere), indessen erklärt die Synode andererseits C II c. 12, dass ein Bischof und Geistlicher, welcher von Kaiser Ludwig d. Fr. abfallen oder den Treueid gegen ihn verletzen sollte, „gradum proprium canonica aut synodali sententia amittat", tastet also die Grundlage des bisherigen Rechtszustandes nicht an.

[3] Hinsichtlich der Stellung der Metropoliten und der Provinzialsynoden Bd. II S. 9 ff., der Reichssynoden und des kirchlichen Gesetzgebungsrechtes Bd. III S. 354 ff. u. S. 711 ff. 717 ff.

[4] S. o. S. 283.

[5] Nicht nur die Synode v. Troyes 867, S. 283 n. 7 hat anerkannt, dass kein Bischof ohne Wissen des Papstes abgesetzt werden könne, sondern auch auf der Synode zu Douci 871 haben die Bischöfe, mit Einschluss Hinkmars v. Rheims, das Absetzungsurtheil über Hinkmar v. Laon nur vorbehaltlich der nach dem Konzil v. Sardica dem apostolischen Stuhl zustehenden Rechte und Privilegien ausgesprochen, M. 16, 671 ff.; vgl. Bd. II S. 12 n. 2 u. dazu S. 10; Schrörs, Hinkmar Erzb. v. Rheims S. 263. 343 ff.; Nissl S. 85.

[6] Ein solches enthält sein Brief an Hadrian II. v. 871 trotz seines energischen Tones, vgl. Migne 124, 886: „valde mirati sumus, ubi hoc dictator epistolae . . . invenerit, esse apostolica auctoritate praecipiendum, ut rex, corrector iniquorum et districtor reorum ac secundum leges ecclesiasticas atque mundanas ultor criminum, reum legaliter ac regulariter pro excessibus suis damnatum sua fretum potentia Romam dirigat . . . (p. 893): et cum ita sacrae leges, tam ecclesiasticae quam mundanae de damnato episcopali et synodali concilio decernant, non est nostri regii ministerii, reum et sacrorum canonum iudicio condemnatum . . . nostra potentia fretum quoquam dirigere, cum apertissime ss. canones definiunt et leges Justiniani ac caeterorum imperatorum catholicorum edicta, qualiter et pro quibus et a quibus debeat episcopus iudicari et post iudicium quid et qualiter et per quos sit inde apostolicae sedi agendum, quae non abnuimus, sed incunctanter ac competenter annuimus", denn er richtet sich nur gegen das vom Papst in Anspruch genommene Recht der

lichen Grundlagen des bisherigen Rechtszustandes, die inappellable Verurtheilung durch die einheimische Synode aufgegeben, weil damit die Zulässigkeit des weltlichen Strafverfahrens von der schliesslichen Entscheidung durch eine fremde, die Schuld des Angeklagten möglicher Weise von besonderen Gesichtspunkten aus bemessende Instanz abhängig gemacht wurde.

II. Die Zeit seit dem Verfall des karolingischen Reiches. 1. Einleitung. Zu einer definitiven Beseitigung des karolingischen Rechtszustandes ist es Ende des 9. Jahrhunderts noch nicht gekommen [1], vielmehr ist noch bis zum Ende des 10. Jahrhunderts sowohl in Deutschland [2], wie auch in Frankreich [3] im wesentlichen in Gemässheit des karolingischen Rechtes gegen hochverräthische Bischöfe und

Selbstentscheidung namentlich auf eine vor dem Urtheil erhobene Appellation, vgl. Schrörs S. 344; Nissl S. 85.

Aus der Übersendung des des Hochverraths verdächtigen Patriarchen Fortunatus v. Grado, S. 405 n. 2, an den Papst zur Aburtheilung seitens Ludwigs d. Fr. 824 lässt sich nicht schliessen, dass letzterer schon ein solches Recht anerkannt hat, da sich der Patriarch in Folge der gegen ihn erhobenen Beschuldigung i. J. 821 nach Konstantinopel geflüchtet hatte und 824 als Mitglied einer oströmischen Gesandtschaft nach dem Frankenreich zurückgekehrt war, Einhardi ann. a. 824, SS. 1, 212. 213, mithin Ludwig d. Fr. kein Interesse hatte, ja es bedenklich finden konnte, eine weltliche Bestrafung des Patriarchen zu veranlassen, andererseits aber, soweit es sich nicht um das weltliche Verbrechen handelte, der Papst der zuständige Richter war.

[1] Denn Hadrian II. und vor Allem Johann VIII. sind in dem Prozess gegen Hinkmar v. Laon von dem zunächst seitens des ersteren eingenommenen Standpunkt abgegangen, und der letztere hat 876 sogar das Absetzungsurtheil der Synode von Douci bestätigt, Bd. II S. 12; Schrörs S. 350. 351. 360.

[2] Contin. Regin. 944, SS. 1, 619: „rex (Otto I.) apud Duisburgum ... placitum cum primoribus Lothariensium et Francorum habuit, ubi factione Chonradi ducis Ruodbertus archiepiscopus Treverensis et Richarius episcopus Tungrensis (v. Lüttich) infidelitatis apud regem arguuntur, sed in brevi ab obiecto sibi crimine liberantes", woraus sich mindestens so viel ergiebt, dass Otto I. das Recht zur Veranlassung einer Untersuchung gegen die beschuldigten Bischöfe für sich in Anspruch genommen ha.

[3] Flodoard. ann. a. 931, SS. 3, 380: „Bovonem quoque Catalaunensem episcopum qui a se desciverat ... rex (Rudolfus) capiens tradidit Hugoni et episcopatum ipsius Miloni tribuit"; Richeri hist. I. 62, SS. 3, 585: „Bovo Catalaunensium episcopus a regiis stipatoribus captus eo quod et ipse desertor a rege defecerat, regi oblatus est. Qui apud regem prodentibus suis factis conscius convictus ergastulo mancipatur". Da Bovo nach Flodoard a. 947, SS. 3, 394 als Bischof v. Chalons gestorben ist, so kann entweder nur eine vorläufige Administration seines Bisthums durch Milo stattgefunden, und es sich nur um eine Untersuchungshaft gehandelt haben oder Bovo ist nach seiner Absetzung, die möglicherweise auf den Synoden zu Chateau-Thierry 933 o. zu Fimes 935 erfolgt sein könnte, und nach erlittener Strafhaft später restituirt, Nissl S. 57 n. 2. Bei dem 995 des Hochverraths beschuldigten Bischof Adalbero v. Laon, Richeri hist. IV. 96—98, SS. 3, 653 (c. 98 p. 654: „Episcopus utpote a conscio convictus rem ita esse quaerenti confessus est ... res penitus innotuit. Detentus ergo regum iussu atque desertor custodibus datur") scheint es sich nur um eine vorläufige Inhaftnahme gehandelt zu haben.

Ergeben schon die bisherigen Stellen die fortdauernde Übung des königlichen Rechtes, gegen hochverrätherische Bischöfe vorzugehen, und die Nichtanerkennung einer ausschliesslich kirchlichen Gerichtsbarkeit über dieselben, so wird jeder Zweifel durch den vor der französischen Reichssynode v. S. Basol (bei Rheims) 991 auf Veranlassung der Könige Hugo und Robert v. Frankreich gegen den Erzbischof Arnulf v. Rheims verhandelten Hochverrathsprozess (Bd. III S. 569) beseitigt. Nachdem hier die Schuld des Angeklagten untersucht, M. 19, 113 ff. (auch in dem Prozess gegen Hinkmar v. Laon hatte schon die Anklageschrift lediglich die Grundlage für die inquisitorische Thätigkeit der Synode abgegeben, Nissl S. 72. 73) und die auf die pseudoisidorischen Dekretalen gestützte Vertheidigung c. 19—22, M. 19, 121, insbesondere die Geltendmachung der exceptio spolii und der Zuständigkeit des Papstes zurückgewiesen war c. 24—27, l. c. p. 129, wurde Arnulf auf Grund seines Geständnisses veranlasst, dies schriftlich abzufassen und auf sein Bischofsamt zu verzichten, demnächst ihm aber feierlich (unter Lossprechung des Klerus und des Volks von ihren Eiden) aufgegeben, sein Amt niederzulegen, c. 53. 54, l. c. p. 152, eine Form der Absetzung, welche schon in dem Prozess gegen Ebo v. Rheims vorgekommen, s. o. S. 57 n. 9, ist. Dass nach der damaligen, mit der früheren noch übereinstimmenden, Rechtsanschauung die Absetzung Arnulfs durch die Synode ebenso wie früher, seine Verurtheilung zur Todesstrafe durch die Könige zur Folge haben musste, ergiebt der auf der Synode gestellte, mit Rücksicht auf die zu erwartende Milde der Könige fallen gelassene Antrag, von diesen vor Eröffnung der Verhandlungen die Zusicherung des Erlasses der Todesstrafe zu verlangen, c. 3—6, l. c. p. 113. Diese ist auch in der That gegen Arnulf nicht vollstreckt, wohl aber ist er von den Königen bis 996 in Gefäng-

Priester [1] eingeschritten worden. Aber gerade in Bezug auf die Stellung des Papstes zu der ursprünglich zuständigen einheimischen Synode hat man damals in Frankreich eine überaus schwankende Haltung beobachtet, indem man zuerst das Selbstentscheidungsrecht des Papstes thatsächlich anerkannte [2], dann aber das letztere theils als für den Einzelfall wegen besonderer Verhältnisse nicht in Betracht kommend erklärte [3], theils dasselbe sogar aus prinzipiellen Gründen in Abrede stellte [4] und andererseits wieder die Entscheidung der Synode wegen der eigenthümlichen Sachlage als inappellabel und unanfechtbar hinzustellen sich bemühte [5]. Bei der Bedeutung, welche die Stellung des Papstthums in der Ottonischen Zeit erlangt hatte, so wie gegenüber der bisherigen Entwicklung des oberstrichterlichen Rechtes des Papstes ist dieser in sich verfehlte Versuch, durch Berufung auf die vorpseudoisidorischen Kanonen das ältere fränkische Recht [6] wieder zur Geltung zu bringen gescheitert [7], und in den fol-

nisshaft gehalten worden, M. 19, 190; Hefele, Conc. Gesch. 4, 647. 648.

[1] So ist auf der Synode v. S. Basol 991 der an dem Hochverrath Erzbischofs Arnulfs betheiligte Priester Adalgar, welcher gegen den letzteren ausgesagt hatte, ebenfalls in derselben Weise, wie der Erzbischof, abgesetzt worden, l. c. c. 11. 55 p. 115. 153. Da er sich freiwillig unter der Bedingung „ne quid violentiae pateretur" c. 55 cit. gestellt hatte, darf wohl angenommen werden, dass seitens der Könige weder die Todesstrafe noch eine verstümmelnde Strafe gegen ihn verhängt worden ist.

[2] 988 hatte König Hugo Johann XV. gebeten, gegen den hochverrätherischen Erzbischof einzuschreiten, M. 19, 97, und seitens der französischen Bischöfe war sogar von dem Papst der Erlass eines Urtheils gegen ihn verlangt worden.

[3] Deshalb weil nach Auffassung der Synode v. Basol der Papst den den Brief des Königs (s. vor. Anm.) überbringenden Gesandten lange Zeit (nach M. 19, 195 18 Monate) ohne Antwort habe warten lassen, also: „sedem apostolicam huic iudicio (dem der Synode) non praeiudicare", c. 25—27, M. 19, 129.

[4] Indem sich die Synode auf die seitens der afrikanischen Bischöfe in ihrem Streit mit Zosimus und dessen Nachfolgern dargelegten Rechtsanschauungen, Bd. IV S. 780, berief, c. 27 ff., p. 130 ff. Vgl. weiter noch o. S. 285 n. 2 und Bd. II S. 13 n. 2.

[5] Wie früher Ebo v. Rheims zu Diedenhofen 835 vor von ihm gewählten Bischöfen als testes confessores, LL. 1, 370 seine Schuld bekannt (nicht, so Schrörs S. 31, das Rechtsmittel der Appellation an drei gewählte Richter ergriffen) und sich seines bischöflichen Amtes für unwürdig erklärt hatte, M. 14, 629, so war auch dasselbe von Arnulf vor von ihm gewählten „confessores episcopi" oder „testes confessionis", c. 40, M. 19, 146, geschehen, vgl. auch Nissl S. 73 n. 1 u. S. 77 n. 4. Schon in der karolingischen Zeit hatte man diese testes confessores irriger Weise als iudices electi, von denen nach den afrikanischen Kanonen c. 15. 96 (Hippo 393 c. 10 und Carth. XI. 407 c. 2) nicht appellirt werden dürfe, betrachtet, so Hinkmar de praed. diss. post. c. 36, Migne 125, 389 u. M. 14, 659: „elegit (Ebo) sibi per consensum synodi episcopos iudices peccatorum suorum, quos canones electos appellant, de quibus scriptum est in concilio Africano c. 63 (s. die cit. Stellen), ut ab electis iudicibus provocari non licet", und die Synode v. S. Basol citirt nicht nur diese Äusserung c. 28, M. 19, 136, sondern eignet sich diese Auffassung auch an, c. 40, p. 147: „Jam enim eum qui sibi delectos iudices constitueret, ad alterius non posse commeare iudicium, certum erat. Iam episcopi invidia Romani privilegii carere videbantur, cum Arnulphus nec ad alios iudices nec ad sedem apostolicam provocasset vel ante electorum iudicum audientiam", um die Unzulässigkeit eines weiteren Angehens des päpstlichen Stuhles darzuthun.

[6] Auf letzteres beruft sich die Synode v. S. Basol für das Recht der weltlichen Gewalt zur vorläufigen Inhaftnahme der angeschuldigten Bischöfe c. 23, M. 19, 128 und für die sofortige Exekutionsfähigkeit des synodalen Absetzungsurtheils c. 28 p. 135.

[7] Denn durch die unter Mitwirkung eines päpstlichen Legaten 995 zu Rheims abgehaltenen Synode ist die Absetzung Arnulfs kassirt worden, Bd. III S. 570. Ja, gegen den B. Aszelin v. Laon, welcher von König Robert wegen verschiedener „crimina publica" u. A. auch des Ungehorsams gegen den letzteren angeklagt und auf die Ladung vor eine grössere Synode ausgeblieben war, rief der König im Verein mit dieser letzteren die Hülfe des Papstes an, welcher in Folge dessen den Bischof nach Rom vorlud, ep. Silvestr. II. ad Azelin 1001?, M. 19, 241. — An den Reichssynoden zu Bamberg 1012, Thietm. chron. VI. 40, SS. 3, 823: „in qua Metensis presul Thiedricus a rege increpatus quod in epistola suimet hunc iniuste apud papam accusaret" und zu Coblenz 1012, Bd. III S. 561 n. 3, Thietm. VI. 33, SS. 3, 831: „Huic ab omnibus episcopis ibidem convenientibus interdictum est, ut ante purgacionem missam non caneret", auf welchen auf Veranlassung des Königs gegen den hochverrätherischen Bischof v. Metz, Theodorich II. verhandelt worden ist, haben allerdings keine päpstlichen Legaten theilgenommen, aber es ist auch hier nicht auf Absetzung, sondern nur auf Suspension vom Messelesen erkannt worden, Hefele, Conc. Gesch. 4, 668. 669; Hirsch, Heinrich II. 2, 282. 324. 343.

genden Jahrhunderten sind etwaige Absetzungen von Bischöfen für die Regel durch bischöfliche Synoden unter Mitwirkung päpstlicher Legaten erfolgt[1].

2. Die Bischöfe. Indessen konnten die Fürsten andererseits unmöglich darauf verzichten, ihrerseits die Bischöfe in denjenigen Fällen, in denen sich diese eine Verletzung der ihnen als weltlichen Fürsten, als Vasallen, als Beamten und als Unterthanen obliegenden Pflichten hatten zu Schulden kommen lassen, zu bestrafen, und eine solche Befugniss dem Papste ausschliesslich zugestehen. Dieses Recht haben sie daher und zwar im 11. Jahrhundert sogar noch unter Billigung streng kirchlich gesinnter Geistlichen ausgeübt[2]. Im Zusammenhang damit bot sich den germanischen Herrschern, namentlich bei hochverrätherischen Handlungen der Bischöfe, ein Mittel zur Ausschliessung jedes kirchlichen Verfahrens und jeder Einmischung des Papstes in ihrem anerkannten Rechte dar, alle Verletzungen ihrer Herrscherwürde vom blossen Ungehorsam bis zum Hochverrath[3] seitens der weltlichen und geistlichen Fürsten[4] mit arbiträren Strafen, namentlich mit Gefangenhaltung oder mit Verbannung zu belegen[5]. Dagegen wurde allerdings das Recht zur einseitigen Absetzung von Bischöfen, zu

[1] S. z. B. Windsor 1070, M. 20, 6, die einer Anzahl englischer Bischöfe, vielleicht allerdings weniger wegen ihrer Vergehen, als weil sie hochverrätherischer Handlungen gegen Wilhelm I. (den Eroberer) fähig gehalten wurden, und ihre Stühle mit diesem ergebenen Normannen besetzt werden sollten, Hefele 4, 886. Auf der zahlreich besuchten Mainzer Synode der Wibertisten i. J. 1085 sind ferner in Anwesenheit Heinrichs IV. unter Theilnahme der Legaten des Gegenpapstes Clemens III. eine Anzahl gregorianischer Bischöfe, 2 Erzbischöfe und 13 Bischöfe als „rebelles imperatori" abgesetzt, Ekkeh. chron. SS. 6, 206; Böhmer-Will reg. 1, 220; Köhncke, Wibert v. Ravenna. Leipzig 1888 S. 106; Sdralek, d. Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890 S. 14; und ebenso ist auf Verlangen Alfons' VI. v. Kastilien u. 1088 der des Hochverraths verdächtige Erzb. Didacus v. Compostella durch die von einem päpstlichen Legaten zu Husillos abgehaltene Synode deponirt und dann vom König in das Gefängniss geworfen worden, Gams, Kirchengeschichte Spaniens III. 1, 6. 7 u. Hefele 5, 199. Ebensowenig ist der Herzog Sobeslav v. Böhmen selbst gegen den der Betheiligung an einem hochverrätherischen Komplott (1131) beschuldigten Bischof Meginhard v. Prag eingeschritten, hat vielmehr die Sache zunächst dem Spruch des Bischofs Otto v. Bamberg und des Erzbischofs v. Mainz überlassen, der günstig ausfiel. Als dann Innocenz II. auf eine erneuerte, bei ihm angebrachte Anschuldigung 1133 die Angelegenheit einem päpstlichen Legaten übertragen, und dieser sich anscheinend den Erzbischof v. Mainz substituirt halte, reinigte sich Meginhard vor diesem und einer Anzahl von ihm berufener Bischöfe, Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 418 ff.

[2] So erklärte B. Wazo v. Lüttich Heinrich III. (1046) zu Aachen, als es sich um die Bestrafung des Erzb. Widger v. Ravenna handelte (s. unten S. 412 n. 3), Anselm. gest. episc. Leod. c. 58, SS. 7, 224: „Summo . . . pontifici oboedientiam, vobis autem debemus fidelitatem. Vobis de secularibus, illi rationem debeamus de his quae ad divinum officium attinere videntur ideoque mea sententia quicquit iste contra aecclesiasticum ordinem admiserit, id discutere pronuntio apostolici tantummodo interesse. Si quid autem in saecularibus quae a vobis illi credita sunt, negligenter sive infideliter gessit, procul dubio ad vestra refert exigere". Auch als Wazo 1048 von Heinrich III. 1048 wegen nicht erfüllter Heerespflicht in eine Geldbusse von 300 Pfund Silber genommen worden war, hat er das Recht des Königs zu dieser Bestrafung nicht in Frage gestellt, Steindorff Heinrich III. 2, 50. Von diesem Standpunkt aus erklären sich auch Strafandrohungen für kaiserliche Bestätigungen, wie die im dip. Loth. III. v. 1136 für das Kloster Neumünster, Lappenberg, Hamburg. Urkdbch 1, 138 u. Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten 1, 27: „ut nullus archiepiscopus, episcopus, dux, marchio nulla denique magna parvave persona in his concessis eos inquietare praesumat. Si quis vero contra hoc . . conatus fuerit, C libras auri, medietatem camerae nostrae et medietatem predictis componat fratribus".

[3] Vgl. Waitz, deutsche Verfassungsgesch. 6, 473, Ficker, Forschgen z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens 1, 173 u. 3, 400. Darüber, dass schon der blosse Ungehorsam als Hochverrath betrachtet wurde, s. const. Heinr. III. v. 1054, LL. 2, 42 u. 4, 639: „Decet imperialem solertiam contemptorem suae praesentiae capitali dampnare sententia".

[4] Waitz a. a. O. 6, 472. 478.

[5] Davon haben die deutschen Kaiser und Könige einen umfassenden Gebrauch gemacht, so hat Otto I. 939 Erzb. Friedrich v. Mainz ein Jahr lang in einem Kloster in Haft halten lassen, Böhmer-Will reg. I, 102; ebenso Otto II. 978 den B. Heinrich v. Augsburg, vita Oudalrici c. 28, SS. 4, 417; Konrad II. die Bischöfe v. Piacenza, Cremona und Vercelli nach Deutschland in die Verbannung und in Haft geschickt, ann. Magdeburg. 1037, SS. 16, 171: „ex senatus decreto predictos episcopos trans Alpes conservandos contulit"; Bresslau, Konrad II. 2, 267;

welcher nur in vereinzelten Fällen, so von Konrad II.[1] und Friedrich II.[2] und zwar erfolgreich[3] geschritten worden ist, mit Rücksicht darauf, dass durch eine solche

Heinrich III. 1054 den B. Lietbert v. Cambrai wegen Ungehorsams gegen seine Befehle bis zur Befolgung derselben in Haft gehalten, Steindorff, Heinrich III. 2, 282, und 1055 B. Gebehard v. Regensburg wegen seiner Betheiligung an der Verschwörung des Herzogs Welf einem weltlichen Grossen in Haft gegeben (allerdings 1056 schon wieder begnadigt) a. a. O. 2, 323. 345. Gleiche Maassregeln sind von Heinrich IV. gegen B. Wernher v. Merseburg, Lambert ann. 1075, SS. 5, 227, B. Adalbert v. Worms 1078, SS. 3, 129; römische Synode v. 1080, M. 20, 536 („Adalbertus . . . adhuc ab eo contra sedis apostolicae praeceptum in captione cruciatur") und gegen B. Burchard v. Münster, ann. Hildesh. 1106, SS. 3, 111; von Heinrich V. gegen B. Godehard v. Utrecht, Ekkeh. SS. 6, 26 („quasi pravi consilii particeps et ob hoc maiestatis reus habitus custodiae traditus") und 1112 gegen den mächtigen Adalbert v. Mainz, welcher 3 Jahre in Haft blieb, Ekkeh. 1112, SS. 6, 246; Böhmer-Will 1, 264. 250, verhängt worden. Auch Konrad III. hat 1149 den B. Heinrich v. Minden wegen Beleidigung der königlichen Würde nach Aachen vor das Fürstengericht geladen, ep. Conradi III., Jaffé mon. Corbeiens. p. 317: „miramur te non solum mandata nostra set officium tuum non implere. Satis diu patrocinatus es enormitati mulierum quae ibidem habitaverant et nimium contradixisti, ne divini cultus religio per nos et nostros ibidem firmaretur . . . Pro his igitur et aliis, in quibus nos offendere nequaquam dubitasti . . tibi . . . praecipimus, ut in proxima nativitate domini praesentiam tuam apud Aquisgrani nobis exhibeas, responsurus nobis iudicio principum de his quae circa nos et mandata nostra neglexisse visus fueris"; Bernhardi, Konrad III. 2, 767.

Für England vgl. ep. Paschalis II. ad Heinr. I. n. 1117, J. L. n. 6552, M. 20, 1012: „Audivimus electum Eboracensem (Thurstan) . . . sine iudicio ab Eboracensi ecclesia sequestratum (wegen Ungehorsams in dem Primatialstreit mit Canterbury Bd. I S. 617), quod nimirum divinae iustitiae et ss. patrum institutionibus adversatur".

Von einer Verurteilung durch das Königsgericht ist, wie Waitz 6, 474 n. 2 mit Recht bemerkt, in den aufgezählten Beispielen nicht die Rede gewesen, vgl. auch in Betreff Adalberts v. Mainz Anselm Gemblac. 1115, SS. 6, 376: „sine audientia et iudicio custodiae mancipaverat". Selbst in ann. Magdeb. 1037 cit. ist das: ex senatus decreto kaum auf das Fürstengericht, so Bresslau 2, 266 n. 2, sondern auf den königlichen Rath zu beziehen, vgl. auch Wipo vita Chuonradi II. c. 35, SS. 11, 272: „III episcopi Verc. Cremon. Placent. apud imperatorem accusati sunt, quos imperator exulari fecit. Quae res displicuit multis, sacerdotes sine iudicio dampnari", wo offenbar der Mangel jeglichen gerichtlichen Verfahrens, nicht blos der eines solchen vor dem geistlichen Gericht gerügt wird. Dass aber andererseits auch der König das Fürstengericht, wenn er wollte, betheiligen konnte, zeigt ep. Conradi III. cit.

[1] Er hat zunächst 1037 gegen den Erzb. Aribert v. Mailand wegen Nichtbeachtung einer kaiserlichen Ladung die Inhaftirung verfügt, ann. Magdeb. 1037, SS. 16, 171: „consiliante senatu . . . cumque Aquilejiensi patriarchae custodiendum mandavit" (wie die übrigen Quellen ergeben, Bresslau 2, 233 n. 1, handelte es sich auch hier um eine arbiträre Maassregel, nicht um eine gerichtliche Verurteilung), ihn dann nach seiner Flucht für einen Reichsfeind erklärt, Arnulf II. 13, SS. 8, 11: „suum et reipublicae palam Heribertum denunciat inimicum" (Ficker a. a. O. 1, 168) und ihn schliesslich unter Ernennung eines Nachfolgers aus kaiserlicher Machtvollkommenheit abgesetzt, Arnulf II. 14, ibid. p. 15: „. . rex magis intumuit in tantum, ut Heribertum adiudicaret propria dignitate privandum. Stabilita igitur deliberatione praesulatum tradidit Ambrosio Mediolanensis ecclesiae cardinali presbitero suoque capellano, etsi videntibus, non tamen volentibus episcopis."

[2] Dieser hat auf dem Reichstag zu Würzburg 1165 den Erzb. Konrad v. Mainz abgesetzt, gest. archiepisc. Salisb. SS. 11, 102: „archiepiscopus Chunradus de sua sede propulsus est"; annal. S. Petri Erphesf. SS. 16, 23: „Mogontinus electus ob praedictam causam ab imperatore episcopatu est privatus"; Böhmer-Will reg. 2, 8, weil sich der letztere der Ableistung des vom Kaiser und von einer Anzahl Fürsten geschworenen Eides, niemals Alexander III. oder einen von seiner Partei gewählten Nachfolger anzuerkennen, LL. 2, 135; Böhmer-Will 2, 6; Hefele, Conc. Gesch. 5, 647, durch die Flucht entzogen und sich zu Alexander III. nach Frankreich begeben hatte, Böhmer-Will 2, 7; Hefele 5, 649.

[3] Denn da der um die Gunst Konrads II. buhlende Papst Benedikt IX. sich wegen des fortgesetzten hochverrätherischen Verhaltens Ariberts zu einer die Absetzung nachträglich legalisirenden Handlung, der Exkommunikation des kaiserlich abgesetzten Erzbischofs verstehen musste, Annal. Hildesh. 1038, SS. 3, 102: „praedictus . . . Mediolanensium metropolitanus ab apostolico pontifice post crebras commoniciones communi episcoporum decreto in paschis anathematizatus est"; Bresslau 2, 286, so war das Vorgehen Konrads II. unter besonders günstigen Verhältnissen erfolgt. Den von Friedrich I. abgesetzten Erzbischof v. Mainz hat allerdings Alexander III. trotz der kaiserlichen Absetzung konsekrirt, Böhmer-Will 2, 10, und wenn auch der von ersterem auf den Mainzer Stuhl beförderte Christian I. zunächst nicht in den völlig unangefochtenen Besitz seines Erzbisthums gelangt ist, so hat er doch in Folge des Friedens v. Venedig (1177), nachdem Konrad auf Veranlassung des Papstes das Erzbisthum Mainz aufgegeben hatte, a. a. O. 2, 15. 48; Varrentrapp, Erzb. Christian v. Mainz, Berlin 1867. S. 88 ff., die päpstliche Konfirmation erhalten.

Nicht hierher gehört der Fall des Erzb. Widger v. Ravenna. Diesen hat zwar Heinrich III. nach

die geistliche Stellung und die geistlichen Rechte des Bischofs direkt betroffen wurden, gegenüber dem seit Jahrhunderten bestehenden Rechtszustande [1], an welchem das Rechtsbewusstsein der damaligen Zeit festhielt [2], den Herrschern nicht zugestanden, und es konnte daher ein derartiges Recht gegenüber dem die Absetzung der Bischöfe für sich beanspruchenden Papstthum nicht durchgesetzt werden [3].

Ja, sogar gegen die arbiträre Strafgewalt, welche die Fürsten in den vorhergedachten Beziehungen (s. S. 411) gegen die Bischöfe ausübten, hat das Papstthum [4] schon im 12., vor Allem aber seit dem 13. Jahrhundert angekämpft [5], indessen haben

Herim. Aug. 1046, SS. 5, 126: „Widgerum qui Ravennae praesulatum iam biennio inepte et crudeliter nondum consecratus tenebat, ad se vocatum episcopatu privavit" abgesetzt (eine Nachricht, welcher vor der Erzählung der gesta episcop. Leod. Anselmi c. 58, SS. 7, 227 von der Abdankung Widgers der Vorzug zu geben ist, Steindorff, Heinrich III. 1, 296), indessen geschah dies nach synodaler Verhandlung der zahlreich in Aachen auf der Reichsversammlung erschienenen Bischöfe, Steindorff a. a. O. 1, 294. 296, also auf einer Reichssynode, und ferner handelte es sich nach gest. Anselmi cit. um kirchliche Vergehen des Erzbischofs, namentlich um die nicht rechtzeitige Nachsuchung der bischöflichen Konsekration und um die Feier der Messe vor der letzteren mit den bischöflichen Insignien. Der Umstand, dass die Entscheidung nicht dem Papste vorbehalten worden oder dass kein päpstlicher Legat mitgewirkt hat, findet seine Erklärung darin, dass sich damals das ausschliessliche Reservatrecht des Papstes zur Absetzung der Bischöfe noch nicht definitiv festgestellt hatte, s. o. S. 285. Endlich war der Erzbischof wegen verzögerter Nachsuchung der Konsekration nach c. 1. 2 Ravenna 877 (c. 1 Dist. C., Bd. II S. 676 n. 4) bereits seiner erzbischöflichen Würde verlustig gegangen, und daher stellte sich die Absetzung lediglich als die Entfernung Widgers aus dem von ihm widerrechtlich beibehaltenen Amte dar, eine Auffassung, welche anscheinend auch Petrus Damiani in seinem Belobigungs- und Ermunterungsschreiben an Heinrich III. in dieser Angelegenheit, ep. VII. 2, opp. 1, 119; Steindorff a. a. O. 1, 297, gehabt hat.

[1] Bd. IV S. 794 ff. 850 ff. und o. S. 281.

[2] Wenn Waitz a. a. O. 7, 297 behauptet, dass in der Zeit des Kampfes sich die deutschen Könige das Recht beigelegt haben, die Bischöfe „geradezu abzusetzen, ohne dass auch nur immer die Form der Zustimmung einer kirchlichen Versammlung gewahrt blieb", so geht dies entschieden zu weit. Seine Berufung auf Berthold. Zwifalt. c. 8. SS. 10, 102 ist völlig unzutreffend, denn dieser hat bei den Absetzungen von Bischöfen, deren er gedenkt, die Mainzer Synode v. 1085, v. S. 411 n. 1, im Auge, und die Heinrich V. in Laurent. gest. Virdun. c. 18, SS. 10, 502 zugeschriebene Äusserung: „eum regem pariter et summum sacerdotem . . . praedicasse, eius iuris esse, ut praesules faciat et deponat, dialectasse" beweist als eine offenbare Übertreibung, für welche sich, soweit die Absetzung in Betracht kommt, keine Beweise erbringen lassen, nichts. Eine solche enthält auch hinsichtlich Heinrichs IV. ep. Conrad. Salzburg. ad Heinr. V., Hansiz, Germania sacra. Aug. Vindel. 1727. 2, 943: „Scitis enim qualiter d. imperator nos ad iudicium non vocatos . . . et iudicio destituit et officio ac potestate spiritualium et temporalium actionum, quantum in ipso est, privavit".

Darüber, dass das einseitige Vorgehen Konrads II. gegen Aribert v. Mailand in den kirchlichen Kreisen seiner Zeit gemissbilligt worden ist, s. Arnulf. II. 14 i. f., S. 412 n. 1; Wipo vita Chuonr. II. c. 35, SS. 11, 572: „Referebant nobis quidam . . . Heinricum (später Heinrich III.) filium imperatoris, salva reverentia patris clam detestari praesumptionem caesaris in archiepiscopum Mediolanensem . . . et merito, quia sicut post iudicialem sententiam depositionis nullus honor exhibendus est, sic ante iudicium magna reverentia sacerdotibus debetur".

[3] Spätere Beispiele solcher einseitiger Absetzungen lassen sich nicht nachweisen, wohl aber Bitten der Fürsten an den Papst, die Stühle hochverrätherischer Bischöfe mit anderen zu besetzen, also jene zu entfernen, so Philipps III. v. Frankreich wegen des der Majestätsbeleidigung gegen die Königin beschuldigten B. Petrus v. Bajeux, Raynald. ann. a. 1278 n. 33 ff.; Eduards I. 1275 wegen der Bischöfe v. S. Andrews und Glasgow, Rymer foedera I. 2, 528 und Eduards II. wegen des Bischofs v. Herford 1325 ibid. II. 1, 601. Ludwig X. d. Zänker hat allerdings d. B. Peter v. Chalons s. Marne wegen Beschuldigung des Giftmordes 1315 vor die v. ihm einberufene Synode v. Senlis stellen lassen, aber nach einer mehrfachen Vertagung ist 1316 eine Freisprechung erfolgt, M. 25, 559 ff.; Hefele 6, 372.

[4] Vgl. ep. Paschal II. S. 411 n. 5, s. auch Lateran. III. 1179 c. 14, M. 22, 226.

[5] Als B. Ekbert v. Bamberg, welcher der Beihülfe an der Ermordung Philipps v. Schwaben bezichtigt wurde und nach Ungarn geflohen war, von Otto v. Braunschweig geächtet worden, so ann. Admunt. SS. 9, 591 (die ann. Marbac. SS. 17, 171 berichten allerdings nur: „ob hoc non modico tempore cogitur exulare"), vgl. Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 477, erklärte Innocenz III. 1209 dem Kaiser Otto, Potthast n. 3841, Migne opp. 3, 149: „detestandum est tamen et illud iniquum iudicium quod contra Pabemberg. episc. extitit inordinate praesumptum: quoniam, etsi forte culpabilis super hoc idem episcopus potuisset ostendi, ordinate tamen et aequo debuerat examine iudicari. Unde nos ipsum negotium volentes reducere ad tramitem rationis, dudum . . . Hugolino Ostiensi

die Herrscher, weil sie die Bestrafung solcher Handlungen unmöglich in die Hand einer Macht, welche die letzteren unter völlig anderen, den kirchlichen und staatlichen Interessen fremden Gesichtspunkten beurtheilen musste, legen konnten, trotz aller päpstlichen Proteste an diesen Befugnissen[1] festgehalten.

episcopo et .. Leoni tit. s. Crucis presbytero cardinali tunc apost. sedis legatis illud commisimus sub hac forma, ut si super nece praedicti ducis accusatore contra praedictum episcopum legitimo comparente fuisset coram ipsis culpabilis comprobatus, ab omni officio et beneficio ecclesiastico sublato cuiuslibet contradictionis et appellationis obstaculo deponere procurarent, alioquin indicerent ei purgationem canonicam, in qua si forte deficeret, censura eum simili condemnarent, quod si legitime se purgaret, denunciarent eum subiecto crimine penitus innocentem; ante omnia providentes ut si quid contra eum vel eius ecclesiam esset perperam attentatum in statum debitum revocarent", vgl. auch Innocenz III. 1209, Potth. n. 3617. 3842, Migne 2, 1534; 3, 150 u. de negotio imp. n. 183, ibid. p. 1166. Der Prozess ist dann zwar nicht vor den zuerst ernannten Legaten, aber vor anderen päpstlichen Kommissaren 1211 zu Ende geführt und hat mit der Wiedereinsetzung der Ekberts geendet. Winkelmann 1, 478. Ob Alexander III. 1169, J. L. n. 11648 für Upsala, Migne patrol 200, 609, wonach weder der Erzbischof noch ein anderer Prälat vor Laien angeklagt oder vor ein weltliches Gericht gezogen werden soll, hierher gehört, ist nicht zu ersehen.

[1] So Friedrich II. in Sizilien. Will man auch die von ihm gegen den B. Harduin v. Cefalu 1222 verhängte Temporaliensperre nicht hierher rechnen, weil sie, wenngleich der Bischof sich schon verschiedene Übergriffe erlaubt hatte, doch aus Anlass einer Klage des Domkapitels über Verschleuderung des Kirchenguts erfolgt ist, Winkelmann, Mitthlgen d. Inst. f. österr. Geschichtsforschg. Erzgsbd. 1. S. 299. 302, so hat Friedrich II. doch denselben Bischof als proditor aus dem Königreich ausgewiesen, ep. Frider. II. ad Gregor. IX. 1236, Huillard-Bréholles hist. dipl. Frid. II. 4, 911; Gregor. IX. ad Frid. 1236, Potth. n. 10255; Rodenberg, epistol. 1, 603: „Cephaludensis episcopus, archidiaconus Salemitanus et Sorane civitatis ecclesiae . . . quare isti perpetui exilii et ille perpetue patiantur ruine dispendia, ignoramus, nisi quod dum contra pacem inter te ac ecclesiam reformatam spiritualia sicut secularia iudicas, dum eos . . . non convictos non confessos pena iudicium preveniente condemnas"; Winkelmann a. a. O. S. 306. Weiter ist von ihm gegen B. Nikolaus v. Tarent wegen Verschwörung und Beraubung des königlichen Gutes die Temporaliensperre und die Ausweisung, — von Honor. III. ep. 1226, Potth. n. 1581, Rodenberg 1, 219 ebenfalls als eine ohne Prozess vor dem Urtheil zu Unrecht verfügte Strafe bezeichnet —, verhängt worden, und in gleicher Weise scheint er auch gegen den Bischof v. Catania vorgegangen zu sein, Winkelmann, Kaiser Friedrich II. 1, 278 n. 1.

Für Frankreich s. Arrêt v. 1267, Durand de Maillane, les libertez de l'eglise Gallicane. Lyon 1771. 1, 678: „Demum auditis hinc inde propositis, cum idem episcopus (v. Chalons) quod super hoc actum fuit, ratione baroniae suae egerit et de forisfacto facto in sua laicali iustitia quam tenet a rege, accusatus, judicatum fuit, quod super hoc in ista curia dictus episcopus responderet, non obstantibus propositis ab eodem"; weiter Raynald. annal. n. 1278 n. 33 ff., wonach Philipp III. dem B. v. Bajeux, s. S. 413 n. 3, welcher geflohen war, die Temporalien mit Beschlag belegt hat; ibid. 1301 n. 26 über die Inhaftirung des B. v. Pamiers wegen hochverrätherischer Handlungen und Beleidigung des Königs unter Philipp IV. d. Schönen, vgl. auch Hefele 6, 322. 329. 332.

Aus England gehört hierher die Verurtheilung des Thomas Becket v. Canterbury 1164 durch die grosse Gerichtskurie zu Northampton auf Veranlassung Heinrichs II. wegen Verletzung der Lehnspflicht zur Überlieferung an die Gnade des Königs, d. h. zugleich zum Verlust seiner Güter, einer Strafe, die in eine Geldbusse von 500 Pfund verwandelt wurde, Lappenberg-Pauli, Gesch. v. England 3, 47; Reuter, Alexander III. 1, 403; Hefele, Conc. Gesch. 5, 632; ferner die Inhaftirung der des Hochverraths beschuldigten Bischöfe v. S. Andrews u. Glasgow durch Eduard I., s. Schreiben desselb. an den Papst v. 1275, Rymer, foedera I. 2, 528 und durch Eduard II., sowie die Inhaftirung des Bischofs v. Lichfield durch denselben 1308, ibid. II. 1, 39. 144. 148, vgl. auch ep. Clement. V. ibid. p. 41. 42. Unter Eduard III. ist 1334 die dem Bischof v. Dower wegen Nichttheilnahme am Parlament auferlegte Geldstrafe v. 100 Mark, weil die Verurtheilung zu Unrecht geschehen war, erlassen, ibid. II. 2, 878, ferner der Befehl gegeben, den Bischof v. Man in Schottland 1340 vor den König nach London zu bringen: „ibidem super aliquibus nos tangentibus responsurus", ibid. II. 2, 1141; über die Verurtheilung des Bischof v. S. Andrews durch Robert Bruce v. Schottland s. das Schreiben Johanns XXII. bei Theiner, rescr. monum. Hibern. et Scotor. hist. illustr. Romae 1864 p. 197. Vgl. auch Britton I. c. 5 n. 3, ed. Nichols 1, 27, betreffend die verdächtigen, an den Bischof ausgelieferten Kleriker: „Et si le ordinarie ly delivere hors de sa prisoun avaunt due acquitaunce solom purgacioun des clers ou il le face si negligaument garder qe il eschape, ou si malicousement le fet detener qe il ne peuse a sa purgacioun vener et ceo soit atteynt, en chescun poynt soit le ordinaire en nostre mercie", d. h. der König kann ihn amerciare, strafen, in Geldbusse nehmen.

Für Deutschland vgl. die Glosse zum Sachsenspiegel I. art. 1: „Der keiser und seine richter haben auch unterweilen zu richten über

3. Die übrigen Geistlichen ausser den Bischöfen. Was die übrigen Geistlichen ausser den Bischöfen anlangt[1], so hat in Betreff ihrer die Kirche ebenfalls seit Ausgang des 9. Jahrhunderts den ausschliesslichen Gerichtsstand in allen Strafsachen vor den geistlichen Gerichten wiederholt gefordert[2], und wenngleich man sich in manchen Ländern diesem Anspruch seit dem 10. Jahrhundert gefügt hat[3], so beweist doch gerade die mehrfache Erneuerung der betreffenden Forderung, dass derselbe weder überall Anerkennung gefunden hat[4], noch auch da, wo dies der Fall war, stets beachtet worden ist[5]. Gerade im 12. Jahrhundert, während Gratian die Freiheit der Kleriker von der staatlichen Strafgerichtsbarkeit als gemeines Recht hinstellt[6], beginnen sich die Übelstände der Exemtion der Kleriker von den weltlichen Gerichten immer fühlbarer zu machen. Musste schon der Umstand, dass der An-

personen die der geistligkeit verwandt sind . . . als ob die prälaten jhren ungehorsamen unterthanen nicht steuren wolten oder möchten".

Sogar die wesentlich auf dem Boden des kirchlichen Rechts stehenden Siete partidas Alfonsos X. (IX.), welche 1263 publicirt, aber damals freilich noch nicht zur Durchführung gekommen sind, Schirrmacher, Gesch. Castiliens. Gotha 1881 S. 535, erklären die Bischöfe für verpflichtet, vor dem König als ihrem Richter zu erscheinen, P. I t. 5 l. 65 ed. Lopez, Madrid 1829 1, 129, und selbst einzelne italienische Kommunen, so z. B. Faenza, s. c. 7 (Honorius III. 1216 (27) X de injur. V. 36) und Mailand 1221, Notae S. Georg. Mediolan. SS. 18, 389; Winkelmann, Friedrich II. 1, 175. 176, haben über ihre Bischöfe den städtischen Bann verhängt.

[1] Vgl. Dove, de iurisdictionis ecclesiasticae apud Germanos Gallosque progressu, diss. in. Berolini 1855 p. 65 ff. 116 ff. 175 ff.; Aem. Friedberg, de finium inter ecclesiam et civitatem regundorum iudicio quid medii aevi doctores et leges statuerint. Lips. 1861 p. 132 ff.

[2] Nicol. I. respons. ad Bulgar. 866 c. 83, M. 15, 422: „non autem vobis licet clericos iudicare, cum vos magis ab ipsis conveniat iudicari"; Rom 1059 c. 10, M. 19, 898: „Ut cuiuslibet ordinis cleros laici non iudicent": Nimes 1096 c. 14, M. 20, 936: „Ut nullus . . . nec clericos nec monachos in curiam suam ad seculare cogat venire iudicium"; Urban II. ad Rudolf. com. 1088/1098, J. L. n. 5722, M. 20, 659: „Nosse te volumus, quia nulli secularium domino potestatem in clericos habere licet, sed omnes clerici episcopo soli esse debent subiecti. Quicumque vero aliter praesumpserit, canonicae procul dubio sententiae subiacebit"; Legatenkonstitution für Mailand 1067, M. 19, 947; „quia . . . nullum clericorum pro cuiusquam peccati culpa vel officii sui aliqua in deum offensa in iudicio laicorum amodo esse permittimus, sed modis omnibus prohibemus . . . (p. 948) integram quoque habeat (Erzbischof) in omnem suum clerum canonice iudicandi ac distringendi potestatem tam in civitate quam extra", s. dazu Meyer v. Knonau Heinrich IV. u. Heinrich V. 1, 560. 561.

[3] In Deutschland durch die Reichssynode zu Hohenaltheim 916 c. 18, LL. 2, 557: „Clerici etiam non secularibus iudicibus, sed episcopali audientia reserventur", c. 12. 13 ibid., vgl. Bd. III. S. 560 n. 8, s. auch den Mainzer Gottesfrieden (s. o. S. 306 n. 5) 1085. LL. 2, 57: „Banno etiam nostro interdicimus, ne aliquis sacri ordinis huius sanctae pacis transgressor convictus laicali vindicta puniatur, sed episcopo praesentetur"; in England durch die carta Willelmi I. u. 1085, R. Schmid, Gesetze der Angelsachsen. Leipzig 1858 S. 357, durch welche die Trennung der weltlichen und geistlichen Gerichtsbarkeit verfügt wurde, Schmid im Register Art. Geistliche S. 590 a. E.; Phillips, Engl. Reichs- und Rechtsgesch. 1, 106 (c. 5 §§. 7—9, 24 der leges Heinrici I., eines zw. 1113—1118 verfassten Privat-Rechtsbuches, geben pseudo-isidorische Stellen wieder).

[4] Graner Synode 1114 c. 1, M. 21, 103: „. . . . interpellandus est rex, ut causae clericorum vel ecclesiasticorum rerum canonice finiantur", c. 25: „si quis clericorum vel abbatum in causis ecclesiasticis relicto episcopali iudicio regalem curiam aut seculare iudicium adierit, causam perdat aut se poenitentia emendet". Noch Lucius III. (zw. 1181—1185) verwirft die Gewohnheit, dass Kleriker wegen Diebstahls von den weltlichen Gerichten abgeurtheilt werden, c. 8 X iudic. II. 1.

[5] Nicht in England, ep. Anselm. Cant. ad Heinr. I., M. 20, 1154: „Audio quod vestra excellentia vindictam exercet super presbyteros Angliae et forisfacturam ab eis exigit, qui non servaverunt praeceptum concilii apud Londinam (1102) . . Quod hactenus inauditum et inusitatum est in ecclesia de ullo rege et de aliquo principe"; Reuter, Alexander III., 2 A. 1, 574, III. Auch in Deutschland sind trotz der Synode v. Altheim (Anm. 3) noch einzelne Äbte durch die Kaiser abgesetzt worden, so 1013 Branthog v. Fulda durch Heinrich II., Hirsch, Heinrich II. 2, 410 und Ellinger v. Tegernsee 1025 durch Konrad II., Bresslau, Konrad II. 2, 399. Ebensowenig spricht für die allgemeine Anerkennung des geistlichen Forums, dass Heinrich II. noch 1101 dem Domkapitel zu Speier, Hilgard, Urk., Gesch. d. Stadt Speier. Strassburg 1885 S. 17 ausdrücklich für den Fall: „si aliquis fratrum aliquem forensem volneraverit, despoliaverit vel in aliquo laeserit", die Exemtion vom weltlichen Gericht gewährt hat; vgl. auch Anm. 3.

[6] Dict. Gratian. ad. c. 30 C XI. qu. 1, c. 1. 2. 3. 14 (Pseudo-Isidor) qu. cit.

schauung der damaligen Zeit harte und grausame Strafen bei schweren Kriminalvergehen entsprachen, und dass diese wohl gegen die Laien von den weltlichen, nicht aber gegen die Kleriker von den geistlichen Gerichten verhängt wurden [1], das Rechtsbewusstsein der Laien verletzen, so kam noch weiter hinzu, dass bei der Milde der geistlichen Gerichte, welche sich oft scheuten, durch Verhängung der Deposition den weltlichen Gerichten die Bestrafung der dadurch wieder in den Laienstand zurücktretenden Geistlichen zu ermöglichen [2] und bei der grossen Zahl von tonsurirten Klerikern, welche vielfach weltliche Beschäftigungen trieben und durch das Exemtionsprivileg vor dem weltlichen Richter gesichert waren, sich die Zahl der von Geistlichen verübten Verbrechen in der Art mehrte [3], dass die weltlichen Gewalten sich veranlasst sehen mussten, gegen diese offenbaren Missstände einzuschreiten. Theils stellte man unbekümmert um die Ansprüche der Kirche die Geistlichen vor das weltliche Gesicht [4], theils schränkte man wie Heinrich II. v. England und Wilhelm II. v. Sizilien durch gesetzgeberische Maassnahmen die kirchliche Gerichtsbarkeit in grösserem [5] oder geringerem Umfange [6] ein.

[1] S. o. S. 58.

[2] Guilelm. Neubrigens. (†1208) hist. rer. Anglic. II. 16. rec. Cl. Hamilton. London 1856. 2, 131 (betr. die Zeit Heinrichs II.): „Episcopi ... arbitrantur obsequium se praestare deo et ecclesiae, si facinorosos clericos, quos pro officii debito canonicae vigore censurae coercere nolunt vel negligunt, contra publicam tueantur disciplinam. Unde clerici . . habentes per impunitatem agendi quodcunque libuerit licentiam et libertatem neque deum ... neque homines potestatem habentes reverentur, cum et episcopalis circa eos sollicitudo sit languida et saeculari eos iurisdictioni sacri eximat ordinis praerogativa".

[3] L. c. p. 130: „Regi . . circa curam regni satagenti et malefactores sine delectu exterminari iubenti a iudicibus intimatum est, quod multa contra disciplinam publicam, scil. furta, rapinae, homicidia a clericis saepius committerentur, ad quos scil. laicae non posset iurisdictionis rigor extendi. Deinde ipso audiente declaratum dicitur, plus quam C homicidia inter fines Angliae a clericis sub regno eius (also etwa v. 1154 bis spätestens 1163) commissa". Auf der Synode v. Jouarre 1134 wurde wegen zweier Morde, die von Geistlichen gegen Geistliche begangen waren, verhandelt, M. 21, 445.

[4] Aus ep. 137 Ivos v. Chartres, Migne 162, 145 ergiebt sich, dass ein Mitglied des Capitels v. Beauvais wegen eines Verbrechens vor das Königsgericht geladen worden ist, vgl. Kober, Deposition S. 150. Auch in Cambrai ist 1151 ein Kleriker von der Kommune wegen Verbrechen verurtheilt, und sein Haus niedergerissen worden, worauf allerdings der Bischof gegen die Thäter die Exkommunikation und über die Stadt das Interdikt verhängte, Lambert Waterlos ann. Camerac. a. 1151, SS. 16, 520—522; Dieckmeyer, d. Stadt Cambrai. Bielefeld 1890 S. 57. 58.

[5] Ersterer — entgegen dem früheren Recht, s. S. 415 n. 3 — in den angeblich die consuetudines avitae kodificirenden Constitutionen v. Clarendon 1164 c. 3, Reuter Alexander III, 1, 574: „Clerici retati (vor Gericht gefordert) et accusati de quacumque re, summoniti a iustitia regis venient in curiam ipsius, responsuri de hoc, unde videbitur curiae regis quid sit ibi respondendum et in curia ecclesiastica, unde videbitur, quid sit ibi respondendum, ita quod iustitia regis mittet in curiam s. ecclesiae ad videndum qua ratione res ibi tractabitur. Et si clericus convictus vel confessus fuerit, de cetero non debet eum ecclesia tueri". Demnach hatten die Kleriker sich auf Vorladung vor dem königlichen Richter zu verantworten, und erst wenn sie von dem Königsgericht an das geistliche Gericht verwiesen waren, durften sie dort — unter Kontrole des königlichen Richters — abgeurtheilt werden, aber den überführten Kleriker sollte die Kirche nicht schützen, d. h. ihn der weltlichen Gewalt zu weiterem Einschreiten überlassen.

[6] Hierher gehört das Gesetz Wilhelms II., das in die constit. Siculae v. Friedrich II. 1231 lib. I. tit. 45, Huillard-Bréholles, hist. diplom. Friderici II. IV. 1, 48 (vgl. p. 40 n. 1) aufgenommen worden ist, aber schon zw. 1171 u. 1189 erlassen sein muss: „De personis clericorum totius regni nostri ... iubemus, quod si de aliquo forisfacto de quo persona iudicari vel condemnari debeat, appellatus fuerit, non a nobis vel a nostra curia, sed ab ecclesia et in curia ecclesie de eo quod ad personam suam pertinet, iudicetur et secundum canones et ius ecclesiasticum condamnetur, excepto si de proditione aliquis fuerit appellatus vel de alio magno huiusmodi maleficio quod spectat ad maiestatem nostram. Quod si acciderit, volumus et praecipimus, ut de hoc quod spectat ad nostram curiam in nostra curia iudicetur". Dies behält also der weltlichen Gerichtsbarkeit Hoch- und Landesverrath und schwerere gegen den König gerichtete Vergehen vor, doch wurden auch in erweiternder Auslegung des Gesetzes Geistliche und Mönche wegen maledicta (ob Schmähung des Königs ist nicht gesagt) und wegen Mordes von den königlichen Justitiaren abgeurteilt, s. das Mandat Friedrichs II. v. 1239, Huillard Bréholles 5, 519.

Nunmehr traten indessen die Päpste [1] für das gefährdete Privileg der Geistlichen ein, indem sie die nicht zu läugnenden Übelstände dadurch zu beseitigen suchten, dass sie die kirchlichen Lokaloberen zu prompter und gewissenhafter Handhabung ihrer Strafgerichtsbarkeit über verbrecherische Geistliche anwiesen [2], und nachdem sie den Unterschied zwischen Deposition und Degradation festgestellt hatten, bei gewissen Verbrechen die Auslieferung der schuldigen Geistlichen nach stattgehabter Degradation an die weltlichen Gerichte zu weiterer Bestrafung befahlen [3]. Mit diesen Anordnungen, welche Aufnahme in die Dekretalensammlung Gregors IX. gefunden haben [4], hat das gemeine Recht der Kirche seinen Abschluss erhalten.

Schon vorher war für Deutschland und für Reichsitalien durch Friedrich II. die Freiheit der Geistlichen von der weltlichen Strafgerichtsbarkeit unter Nichtigkeitserklärung der etwa von den weltlichen Richtern gefällten Urtheile und unter Bedrohung der letzteren mit weltlichen Strafen gesetzlich ausgesprochen worden [5]. Nichtminder hat sie we-

[1] Vor Allem Alexander III. Er hat nicht nur die von Heinrich II. nachgesuchte Bestätigung der Konstitutionen von Clarendon abgelehnt, sondern dieselben auch 1164 für der Freiheit der Kirche widersprechend erklärt, Watterich vit. pontif. 2, 542 ff.; Reuter, Alexander III. 1, 384. 463; Hefele 5, 629. 638, und der König musste 1172 zu Avranches die Kassation der von ihm eingeführten Gewohnheiten, d. h. der Konstitutionen versprechen; Watterich 2, 419 u. 590 n. 2; Reuter 3, 147; Hefele 5, 684. Wenn Reuter 3, 150. 720. 721 behauptet, dass der König die Zusage nicht ausgeführt hat, so trifft dies für den hier fraglichen Artikel nicht zu, im Gegentheil hat er 1176 mit dem päpstlichen Legaten vereinbart, „quod clericus de cetero non trahatur ante iudicem secularem in persona sua de aliquo criminali neque de aliquo forisfacto excepto forisfacto forestae meae et excepto laico feodo unde michi vel alii domino saeculari laicum debetur servitium“, Rudolph. de Diceto ymagines histor. a. 1176, ed. Stubbs London 1876. 1, 410; M. 22, 156. Vgl. ferner ep. Alex. III. ad archiepisc. Upsaliens. 1171/72, M. 21, 934: „ne clerici ad saecularia iudicia trahantur“, s. auch Alex. III. cit. o. S. 413 n. 5; Reuter 3, 285; Hefele 5, 690. Vgl. noch unten S. 418 n. 3 a. E.

Ferner bedroht das unter Alexander III. 1179 abgehaltene Laterankonzil c. 14, M. 22, 226: „ . . . quia laici quidam ecclesiasticas personas et ipsos episcopos suo iudicio stare compellant, eos qui de cetero id praesumpserint, a communione fidelium decernimus segregandos“ die Unterwerfung der Geistlichen unter das weltliche Gericht mit der grossen Exkommunikation, und weiter erklärt Alexander III. c. 4. X. de iud. III. 1 (J. L. n. 14091 zw. 1159 u. 1181) die Überführung und das Geständniss eines Geistlichen vor dem weltlichen Richter für nichtig und für das geistliche Gericht nicht bindend. Vgl. auch Lucius III. in c. 8 X eod. (J. L. n. 15196 zw. 1181/85 unter irriger Bezugnahme auf das römische Recht, s. Nov. 83 u. Bd. IV S. 794); Cölestin III. in c. 10 X eod. (J. L. n. 17639, nach Norwegen gerichtet, s. auch J. L. n. 17343 v. 1196 für das Kapitel zu Nidaros, Lange et Unger, diplom. Norveg. Christianiae 1847. 1, 1 und J. L. n. 17256 v. 1195 für das Kapitel zu Chartres, Migne patrol. 206, 1103), die von Legaten Innocenz' III. für Dalmatien 1199 abgehaltene Synode v. Dioklea c. 5, M. 22, 703: „ne aliquis laicus clericum ad peregrina iudicia trahere praesumat, veluti candentis ferri vel aquae vel cuiuslibet alterius iudicii. Non enim pertinet ad laicum, clericum iudicare. Si autem clericus peccaverit, ab archiepiscopo vel episcopo vel etiam praelato suo aut Romano pontifice, si necesse fuerit, iudicetur“, und Innocenz III. 1199 Potth. n. 811 opp. ed. Migne 1, 714.

[2] c. 17. (Innoc. III.) X de iud. II. 1 u. c. 35 (id.) X de sent. excomm. V. 39, welches zugleich den Laien unter Befreiung von der Strafe der Exkommunikation das Recht giebt, verbrecherische Geistliche, allerdings nur mit Genehmigung der geistlichen Oberen, zu verhaften und sie vor das kirchliche Gericht zu stellen.

[3] S. o. S. 58 ff.

[4] S. die vorher citirten Stellen.

[5] Durch das Krönungsgesetz v. 22. Nov. 1220, c. 4 LL. 2, 244 (s. o. S. 387 n. 8 a. E.); sent. Heinr. VII. v. 1234, LL. 2, 302, wo dem schuldigen Richter die Acht angedroht wird; const. pac. Rudolf. I. 1281 c. 39, LL. 2, 429: „Dehein wertlich rihter sol hintz deheinen pfaffen umb dehein dinch rihten, er werde danne entsetzen von sinem bischolfe“. Auch die Rechtsbücher des 13. und des 14. Jahrh. behandeln das Privileg als geltendes Recht, Schwabensp. 369 (L.): „vnde ist er (der Schreiber, welcher Urkunden fälscht) ein phaffe, wen sol in dem bischoffe antwuirten vnde sol im der sin phafliche ere drumme nemen vnd swa in dar nach der weltlich rihter begriffet, da sol er viber in rihten, alse uiber einen leigen. er sol im ab die hant heizzen slahen“; Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 16. 1 (her. v. Ortloff S. 206): „Obir keyn pfaffen sal wertlik gerichte gen, ab he sinen lip verwercket, sundern man sal sy deme bischoffe antworten, der sal obir sy richten, daz dem cleger genugk gesche. Wel her sy abir degradiren, daz heyst dy wy abenemen unde antworte on wedder, so magk wertlik gerichte ober on ergen unde man missetud nicht kegen deme bobiste noch kein keyner geistlichen gewalt“; Ruprecht v. Freysing c. 16 (her. v. v. Maurer S. 254): „jst aber das der pfaff den laien zu tod schlecht vnnd wirt er darumb gefangnn, der welt-

nigstens dem Princip nach in Frankreich [1], ferner in der Normandie [2], in England [3]

lich richter sol jn anttburtenn dem geistlichnn richter pis jm dy weich abgenommenn werd, drey XIIII tag vnnd darnach sol jn der geistlich richter dem weltlichen richter wider anntburttnn; jst aber das der bischof den pfaffen nicht antburttn wil, so sol der pischolff ens herrnn den der pfaff erschlagen hat ainen als treuen man hinwider gebenn als ener was, vnnd man sol vier beschaidenn man nemenn dy den man erchannt habenn, daz der pischolff ein als guetn wider geb. Es hat auch der pischolff wol dy wal daz er den pfaffenn behalten mag pis an seind ennd, doch mues er den klagernn ablegenn als yezund gesprochnn ist. Anntburt aber der pischolf dem weltlichen richter den pfaffen wider, so er jm dy weich hat abgenommenn, so sol der richter ober jn richtenn als vber ainen anndernn layenn, vnnd der pischoff ist ledig von allenn klagernn. jst aber das der pfaff nicht zue hannt gevanngenn wirt vnnd kümpt darvon vnnd wo er jn hinnach begreifft, er mag jn wol vahenn vnnd jn dem geistlichen richter anntburtenn als vorgesprochen ist".

[1] Denn nach der zwischen König Philipp II. August und den weltlichen und geistlichen Grossen 1204 getroffenen Vereinbarung, den s. g. capitula de interceptionibus clericorum adversus iurisdictionem dom. regis, Brussel, nouvel examen de l'usage général des fiefs en France. Paris 1750, 2 app. p. XXVII. (auch bei v. Warnkönig u. Stein, französ. Staats- u. Rechtsgesch. 3, 340; vgl. noch Dove diss. cit. p. 124) c. 2: „Quod quando clericus capitur pro aliquo forisfacto, unde aliquis dicitur vitam vel membrum perdere et traditur clero ad degradandum, clerici volunt degradatum omnino liberare. Ad quod respondemus: Quod clerici non debent eum liberare nec ponere in tali loco, ubi capi non possit: sed iustitiarii possunt illum capere extra ecclesiam vel cimeterium et facere iustitiam de eo nec inde possunt trahi in causam" ist das Recht des geistlichen Gerichts zunächst über die Kleriker zu richten und sie zu degradiren, nicht in Frage gestellt. Vgl. auch praecept. Philippi II. reg. ad laicas potest. v. 1210, M. 22, 810. Im Übrigen s. noch unten S. 419 n. 5 u. S. 421 n. 8.

[2] Vereinigung Richards I. mit dem Klerus der Normandie 1190 c. 1, M. 22, 592: „de clericis quod nulla occasione a secularibus capiantur potestatibus, sicut fieri consueverat, nisi pro homicidio, furto, incendio et eiusmodi enormi flagitio. Qui continuo cum requisiti fuerint a iudicibus ecclesiasticis, quiete et sine mora reddantur in curia ecclesiastica iudicandi" (in etwas anderer Fassung bei Rudolphus de Diceto, ymagines hist. a. 1190, ed Stubbs 2, 87). Im Princip hat daran die unter Philipp II. August 1205 veranstaltete Rekognition der Gewohnheiten der Normandie, Marnier, établissements de Normandie. Paris 1839 S. 84 (lateinisch bei v. Warnkönig u. Stein a. a. O. Bd. 2 Urkdbch. S. 47): que se clerc est pris de queconques meffet, que l'eglise l'a(u)ra, se elle le requiert, et se il est ataint (überführt) de larrechin (Diebstahl) ou d'omicide, il sera desgradez et forjurra la terre, ne autrement sera pugniz pour tel meffait et se il est trouvez en la terre apres le forjurement le roy sans nul autre meffait en fera justice comme de lay. Et se apres cen fesoit aucun meffait en la terre, le roy en ferait sa justice comme de lay" nichts geändert.

[3] Henrici de Bracton (†1268) de legibus et consuetud. Angliae lib. II. tr. 2 de corona c. 9. n. 1, ed. Twiss, London 1878. 2, 298: „Cum vero clericus cuiuscunque ordinis vel dignitatis captus fuerit pro morte hominis vel alio crimine et imprisonatus et de eo petatur curia christianitatis ab ordinario loci, sicut archiepiscopo vel episcopo vel eorum officiali . . ., imprisonatus ille statim eis deliberetur sine aliqua inquisitione facienda, non tamen ut omnino deliberetur ut vagus sit per patriam, sed salvo custodiatur vel in prisona ipsius episcopi vel ipsius regis, si ordinarius voluerit, donec a crimine imposito se purgaverit competenter vel in purgatione defecerit, propter quod debeat degradari. Et ideo, ut praedictum est, si petatur, erit liberandus curiae christianitatis, quia non habebit rex de eo prisonam, quam iudicare non potest nec clericos degradare. n. 2: Cum autem clericus sic de crimine convictus degradetur, non sequitur alia poena pro uno delicto vel pluribus ante degradationem perpetratis. Satis enim sufficit pro poena degradatio quae est magna capitis deminutio, nisi forte convictus fuerit de apostasia, quia tunc primo degradetur et postea per manum laicam comburatur Si autem sit aliquis ordinarius qui in curia christianitatis clerico sic ei liberato purgationem indicare (sine accusatore coram eo de novo accusante) noluerit, tunc fiat ei breve ex parte regis in hac forma. n. 3: Rex tali ordinario. Audivimus quod cum quidam clericus de morte hominis rectatus vel appellatus vel indictatus coram iustitiariis nostris productus esset et ibi vobis sicut clericus liberatus, ut se coram vobis purgaret et se inde redderet innocentem, si posset, non vultis, ut dicitur, ad purgationem procedere . . . Et quoniam per accusationem factam in curia nostra de morte ille satis habetur suspectus et per talem diffamationem et indictamentum, nihil aliud restat, nisi quod coram vobis admittatur purgatio quae quidem fieri deberet in curia nostra, si ordo impedimentum non daret, et licet nullus (kein Ankläger) sequeretur, nos pro pace nostra sequi deberemus. Vobis mandamus, quod secundum quod idem talis se purgaverit coram vobis vel non, quod vestrum est, exequamini". Danach wird der wegen eines Verbrechens angeklagte und vom weltlichen Richter verhaftete Kleriker dem geistlichen Gerichte ausgeliefert, um sich dort von der Beschuldigung zu reinigen, und falls er dies nicht kann, degradirt zu werden, ohne dass vorher seitens des weltlichen Richters eine Untersuchung angestellt wird. Wenn es im anscheinenden Widerspruch hiermit lib. V. tr. 5 de exceptionib. c. 9 n. 3. ed. cit. 6, 206 heisst: „si autem criminaliter agatur et super crimine iudex ecclesiasticus non habebit iurisdictionem licet habere debeat iudicii executionem. In casu enim sanguinis iudicare non potest nec debet, ne committat irregularitatem. Pertinet igitur (ut videtur) ad iudicium saecularem cognitio et ad iudicem ecclesiasticum iudicii executio, quia iudex saecularis degradare non potest", so handelt

und in Spanien[1] im 13. Jahrhundert Anerkennung gefunden, während Friedrich II. in Sizilien an der hier geltenden Zuständigkeit der weltlichen Gerichte über die Geistlichen bei Hoch- und Landesverrath und bei Verbrechen gegen den König festhielt[2], und man in Venedig sogar die Geistlichkeit in allen Fällen der weltlichen Strafgerichtsbarkeit zu unterwerfen versuchte[3].

Aber selbst da, wo man den kirchlichen Forderungen entgegenkam, hat man sich denselben doch kaum irgend wo in ihrem vollen Umfange gefügt.

Nach kirchlichem Recht galt jeder, welcher die Tonsur empfangen hatte, als Kleriker[4] und war demnach von der weltlichen Strafgerichtsbarkeit befreit. Seitens der weltlichen Gewalten wurde aber diese Exemtion zum Theil nur denjenigen, welche durch die Tonsur und die geistliche Kleidung als Geistliche kenntlich waren, zugestanden[5], obwohl das Privileg nach kirchlichem Recht durch das Nichttragen

es sich dabei um eine nicht zutreffende, rein theoretische Ausführung des Verfassers, wie die eigenthümliche Unterscheidung der cognitio und der als Degradation bezeichneten executio sententiae und das: ut videtur zeigen, während die erst citirten Stellen, mit denen auch l. c. c. 2 n. 5 u. c. 13 n. 6, 6, 163. 164. 240 übereinstimmen, den praktischen Rechtszustand schildern. Zugleich ergiebt sich hieraus, dass im 13. Jahrhundert Art. 3 der Constitutionen v. Clarendon, S. 416 n. 5, nicht mehr in Übung war.

[1] Legatenkonzil v. Lerida 1229 c. 28, Florez España sagrada 48, 322, s. S. 60 n. 5, (auch Mansi 22, 1092 c. 12), welches gewöhnlich, Thomassin v. et n. discipl. P. II l. III c. 113 n. 5; Kober, Deposition S. 152; Dove diss. cit. p. 175 in das Jahr 1129 gesetzt wird, vgl. auch Gams, Kirchengesch. Spaniens III. 1, 221; Siete partidas Alonsos X. (IX.) v. 1263 P. I. t. 6. l. 69, ed. Madrid 1829 1, 175.

[2] S. 416 n. 6.

[3] So der Doge Jacob Theupulus auf Grund einer Bewilligung des Patriarchen v. Grado, ep. Gregor. IX. ad duc. et comm. Venet. 1233, Potth. n. 9182; Höfler, Friedrich II. München 1844 S. 341: „cum olim sumpta occasione ex eo quod tibi . . . patriarcha Gradensis concessit, ut clerici de Venetiis sibi subiecti coram te de maleficiis et aliis excessibus responderent, in omnes clericos Venetos moliens tibi iurisdictionem indebitam usurpare, ipsos respondere conquerentibus super premissis maleficiis et excessibus coram te vel tuis officialibus coarctare, quia dicti clerici nolebant super hoc, sicuti nec debebant, tue acquiescere voluntati, banno supponens eos et novo sententie genere clericos quodammodo excommunicans statuisti, ut si quis eos offenderet in rebus aut personis remaneret impunis et si aliqui eorum consanguinei vel amici praestarent auxilium vel favorem, iisdem tamquam malefici punirentur".

Auch die lombardischen Städte haben die Strafgerichtsbarkeit über die Geistlichen ausgeübt, 1221 wurde z. B. Parma gezwungen, dieselbe aufzugeben, Winkelmann Friedrich II. 1, 169, und ebenso hat Honorius III. nach Schweden, 1225 Potth. n. 7462, Liljegren, diplomat. Suecan. Holmiae 1829. 1, 245, und nach Portugal (1216—1227), Potth. n. 7829, c. 5 Comp. V. III. 26 Ermahnungen und Androhungen von Censuren gegen die Gestellung der Geistlichen vor die weltlichen Gerichte ergehen lassen.

[4] Bd. I S. 119.

[5] So in Deutschland, const. Rudolf I. 1281 c. 48, LL. 2, 430: „Loter pfaffen mit lang har . . sind ouz dem friede"; Sachsensp. B. III art. 2: „Papen die wapen vüren unde nicht geschoren ne sin na irme rechte, dut man in gewalt, man sol in beteren als eme laien"; Rechtsbuch u. Distinktionen lib. VI. 2. 6 Ortloff S. 313; Ruprecht v. Freysing c. 168, v. Maurer S. 187: „Pfaffenn dye nicht beschornn sein und nicht pfäfflich gewanntt an tragenn vnd fürnntt sy messer oder swert oder annder waffenn oder vinndet man sy in dem fraunhaus oder in ainem leuthaus, dy sol man richten als ainen anndernn layenn, vnd was man jn tuet in solicher weis da chumpt nyemandtz in den pan"; weitere Nachweisungen bei Friedberg diss. cit. p. 134 n. 2. Für Böhmen s. ep. Honor. III. 1212, Potth. n. 5790, Rodenberg epist. 1, 48: „ipsi (König von Böhmen) consulimus, ut super eo quod clericum quendam ad suspendium iudicavit, licet reiecto, ut dicitur, clericali habitu videretur clericali privilegio se privasse, absolutionis recipiat beneficium ad cautelam".

In Frankreich dagegen, Beaumanoir (†1296) coutumes de Beauvoisis ed. Beugnot Paris 1842, c. 11 n. 43, 1, 173: „Il n'afiert pas à clerc qu'il veste robe roiée, qu'il soit sans couronne . . Naporquant, s'il n'est ainsi, ne renonce il pas au privilege de clerc; donques se uns hons est pris en tel habit par le iustice laie et ses ordinairs le requiert, se le iustice laie set, qu'il soit clers, il doit le rendre. Et se cil qui est pris en tel habit ne pot prover qu'il soit clers ne ses ordinaires, il demorra à justicier comme lais" gestand man den Klerikern auch in solchen Fällen das Privileg zu, indessen musste er oder sein Ordinarius dem weltlichen Richter die Eigenschaft als Kleriker darthun, widrigenfalls er als Laie behandelt wurde, vgl. auch établissements de S. Louis I. 89 (al. 84) ed P. Viollet. Paris 1881. 2, 147; ferner Verordn. Simons v. Monfort zu Pamiers 1212 c. 5, M. 22, 856: „quicumque in quolibet crimine vel alio modo clericum ceperit, etiamsi non haberet nisi coronam, reddatur episcopo . . . Quodsi renuerit, statim excommunicetur, et a domino superiore reddere compellatur". Ebenso war es in

der Tonsur nicht verloren ging [1], und erst im 13. Jahrhundert denjenigen Klerikern, welche in zweiter Ehe lebten [2], sowie solchen, welche zwar erst einmal verheirathet waren, aber keine Tonsur und kein geistliches Gewand trugen [3], durch die päpstliche Gesetzgebung abgesprochen worden war [4].

Ferner bestand vielfach die Praxis, dass die weltlichen Richter auch ohne vorgängige Erlaubniss der geistlichen Oberen zur Verhaftung verbrecherischer Kleriker [5], ja auch solcher Geistlicher, gegen welche blos der Verdacht eines Vergehens vorlag [6], schritten, und dass die Auslieferung derselben nur gegen Erstattung der dem weltlichen Richter erwachsenen Kosten [7] oder blos auf Verlangen des Ordinarius, nicht von amtswegen, erfolgte [8]. Auch galten in Frankreich die Beamten des weltlichen

England s. Friedberg dissert. p. 135 n. 4. Daher liessen sich vielfach Laien, um sich von der weltlichen Gerichtsbarkeit zu befreien, eine Tonsur scheeren, Friedberg l. c. p. 35 und gravamina gegen die Prälaten n. 49 der Konferenz zu Paris u. Vincennes v. 1329, Durand de Maillane, les libertez de l'eglise Gallicane Lyon 1771 3, 453. Nach Beaumanoir l. c. n. 45 p. 174 sollten diese der Kirche zur Prüfung der Gültigkeit oder Ungültigkeit der Tonsur überliefert, und wenn ihr Klerikalstand festgestellt war, bei Überführung eines Verbrechens von ihr in ewigem Gefängnis gehalten, falls sich aber ihre Laienqualität ergab, ebenfalls in gleicher Weise bestraft werden, weil der geistliche Richter, um keine Irregularität auf sich zu laden (Bd. I S. 28), nicht verpflichtet war, sie an das weltliche Gericht auszuliefern. Indessen haben in Frankreich die weltlichen Gerichte auch selbstständig geprüft, ob solche Tonsurirte Laien oder Geistliche waren, s. Parlaments-Arret v. 1261, les Olim ou régistres des arrets etc. ed. Beugnot. Paris 1839 1, 529 n. 6.

[1] Bd. I S. 119. Auf diesem Standpunkt stehen auch die Siete partidas Alonsos X. (IX.) P. I tit. 6 l. 49, ed. Madrid 1829 1, 164, welche im wesentlichen das kirchliche Recht, Bd. I S. 119 n. 6 wiederholen.

[2] c. un. (Lyon 1274) in VI de bigam. I. 12. Für England vgl. auch Fleta I. c. 34. §. 4, ed. Selden London 1685 p. 51: „Bigami vero et sacrilegi ab omni privilegio clericali sunt interdicti“, s. ferner Myrror of justice c. 3 s. 5, Houard, traités sur les coutumes Anglo-Normandes. tom. IV. Rouen 1776 S. 595.

[3] c. un. (Bonif. III.) in VI de cler. coniug. III. 2, Bd. I S. 119 n. 3.

[4] Freilich sind schon vorher einzelne Partikularkonzilien des 13. Jahrhunderts soweit gegangen, die Verwendung der Kirche für Kleriker, welche keine Tonsur, kein geistliches Gewand trugen oder mit dem Klerikalstande unvereinbare Beschäftigungen trieben, ausdrücklich abzulehnen, wie z. B. Lambeth 1261 und Pont-Audemer 1267, M. 23, 1071. 1166, Pont-Audemer 1279 c. 70, M. 24, 224. Vgl. auch Fournier, les officialités au moyen age. Paris 1889 p. 68.

[5] S. 417 n. 5 u. S. 418 n. 1. 2. Einzelne Partikularkonzilien haben eine solche allerdings ein für alle Mal und generell für den Fall der handhaften That ertheilt, so Lerida 1229 c. 27, Florez España sagrada 48, 323; M. 22, 1092: „Cum iustitia saecularis flagrante maleficio in furto, rapina vel homicidio vel raptu mulierum vel cudendo falsam monetam clericum comprehenderit, non ut vindictam in eum exerceat, sed ut eundem reddat ecclesiastico iudici et eum ita captum reddiderit ecclesiastico iudici, nisi manifeste excesserit contractando captum enormiter, nullam in hoc poenam incurrat: et qui fuerit sic deprehensus canonice puniatur. Maleficio autem non flagrante, si iustitiae saecularis minister clericum ceperit absque mandato ecclesiastici iudicis reus habeatur“; Rouen 1299, M. 24, 1226, und Montpellier 1258, M. 23, 993 räth den Ordinarien an, den weltlichen Obrigkeiten auf Widerruf solche Ermächtigungen zu ertheilen (Avignon 1326 c. 14, M. 25, 751 widerruft die darüber hinausgehenden Privilegien wegen Missbrauchs der weltlichen Gewalten). Auch Alexander IV. hat 1260 König Ludwig von Frankreich das Privileg gewährt, Kleriker wegen notorischer, schwerer Verbrechen bei Verdacht der Flucht durch die weltlichen Obrigkeiten verhaften zu lassen, Potth. n. 17747, D'Achery spicil. 3, 634, s. auch Fournier l. c. p. 70. 72.

[6] Beaumanoir c. 11 n. 40, 1, 172: „Il loist bien à iustice laie, que quant aucuns clers est souspechoneus de cas de crieme, qu'il le prengne et tiegne en prison, mais que ne le face morir en prison nule et se son ordinaire le requiert, rendre li doivent et denoncier le cas porquoi il fu pris et adont ses ordenaires en doit ovrer selonc le justice de sainte eglise“; vgl. ferner das Statut Philipps IV. für die Geistlichkeit von Languedoc v. 1302 c. 1, Isambert, recueil des anciennes lois françaises. Paris (s. a.) 2, 742. Doch wurde durch eine Ordonnanz Philipps IV. v. 1302, Ordonnances du Louvre 1, 348, die Statthaftigkeit der Verhaftung durch den weltlichen Richter auf den Fall der handhaften That beschränkt, was Papst Nikolaus III. schon König Philipp III. 1278 durch besonderes Indult gestattet hatte, Raynald. ann. a. 1278 n. 37.

In Deutschland war anscheinend eine Verhaftung bei blossem Verdachte nicht üblich, wenigstens lehnt der Magistrat von Nordhausen in einem Weisthum aus dem 14. Jahrh. die Verfolgung eines ehebrecherischen Klerikers wegen Mordes trotzdem, dass sich dieser in der Stadt aufhielt, damit ab: „wir auch nycheine gewalt ubir pfaffen zu richten haben“, Förstemann, neue Mittheilungen a. d. Gebiet hist. antiquar. Forschgen., Halle u. Nordhausen 1834 I. 3, 17.

[7] So in Frankreich. Auch die Transportkosten hatte der geistliche Richter zu tragen, Beaumanoir l. c. c. 11 n. 41. 42, 1, 173.

[8] Das war in England der Fall, s. Lambeth 1261, M. 23, 1065. 1066 u. bulla Clem. V. 1309

Richters für straflos, wenn sie einen Geistlichen in Folge eines von ihm gegen seine Verhaftung geleisteten Widerstandes getödtet hatten [1].

Nach kirchlichem Recht war der geistliche Richter nur verpflichtet, den Kleriker beim Vorliegen einzelner bestimmt bezeichneter Verbrechen [2], wozu aber gerade die häufig vorkommenden Vergehen, wie Diebstahl, Mord, Meineid und ähnliche nicht gehörten [3], zu degradiren und an den weltlichen Richter zu weiterer Bestrafung auszuliefern. Wenngleich nach manchen Partikularkonzilien [4] auch gerade wegen der zuletzt gedachten Vergehen die Degradation ausgesprochen werden sollte, und dies ferner auch nach der Praxis einzelner Länder [5] geschah, so war doch kirchlicherseits für diese Fälle keine Auslieferung an den weltlichen Richter vorgeschrieben. In Folge dessen blieben die Kleriker von den harten, gegen die Laien bei gleichen Verbrechen zur Anwendung kommenden Strafen frei [6], und nur in England [7] und Frankreich [8] traf sie die Strafe der Konfiskation ihres Immobiliarvermögens zu Gunsten des Königs, in der Normandie die Verbannung [9].

Dass mit dieser die Geistlichkeit begünstigenden Regelung selbst da, wo die weltliche Gewalt der Kirche in einzelnen Punkten Widerstand geleistet hatte, dem allgemeinen Rechtsbewusstsein nicht genügend Rechnung getragen worden war, beweisen nicht nur die Klagen über den Mangel einer strengen und gerechten Handhabung der Strafjustiz durch die geistlichen Gerichte und über die Verhinderung einer

bei Rymer foedera II. 1, 97: „cum per officiales et ministros aliquos clericos etiam in dicto sacerdotii ordine existentes pro quovis delicto quamvis indebite capi contingat, ipsos coram se capite discoperto in sola tunica vel camisia . . . quantumcumque se clericos asserant et tonsuram et habitum deferant clericalem faciant praesentari ipsosque turpissima morte dampnantes eos nisi per ipsorum ordinarios requirantur, mandant suspendi patibulis vel capitibus detruncari, licet cum per eosdem ordinarios, ut praedicitur, requirantur, restituantur eisdem ordinariis condempnati". Daraus ergiebt sich auch, dass die weltlichen Richter ohne die Intervention des Ordinarius die Strafgerichtsbarkeit trotz des Klerikalprivilegs ausübten.

[1] Beaumanoir c. 11 n. 46, 1, 175.

[2] S. 60 n. 3.

[3] Nach c. 10 (Coelest. III.) X de iud. II. 1 konnte für diese nur die Deposition ausgesprochen werden. Erst wenn bei fortdauernder Unverbesserlichkeit des Deponirten die weiter gegen ihn zu verhängende Exkommunikation sich gleichfalls als wirkungslos erwiesen hatte, sollte er dem weltlichen Richter zur Bestrafung überwiesen werden.

[4] So Lerida 1229, S. 60 n. 5. Doch schreiben die Siete partidas Alonsos X (IX) v. 1263 P. I t. 6. l. 60. 619 ed. Madrid 1829. 1, 176. 171 die Degradation und Auslieferung an den weltlichen Richter blos bei Ketzerei, Fälschung päpstlicher Schreiben, bei Beschimpfungen und Nachstellungen gegen den Bischof, bei Fälschungen königlicher Briefe, dagegen bei anderen Verbrechen, wie namentlich Diebstahl, Tödtung und Meineid, zwar Degradation, aber Auslieferung an den weltlichen Richter erst bei fortdauernder Unverbesserlichkeit vor.

[5] Der Normandie, S. 418 n. 2, und Englands, S. 418 n. 3.

[6] Bracton lib. II tr. 2 c. 9, n. 2, S. 418 n. 3, welcher dies darauf zurückführt, dass der Geistliche, welcher degradirt worden sei, wegen desselben Vergehens nicht noch einmal bestraft werden dürfe, und nur für den Fall der Apostasie (Ketzerei) eine Ausnahme macht. Dasselbe setzt Beaumanoir c. 11 n. 40 ff. voraus.

Nach den deutschen Rechtsbüchern des 14. Jahrhunderts, S. 417 n. 5, konnte dagegen wenigstens dann weltliche Strafe eintreten, wenn der geistliche Richter den degradirten Geistlichen an den weltlichen auslieferte.

[7] Britton I. c. 5 n. 3, ed. Nichols. Oxford 1865. 1, 27: „Et si le clerk encoupé de felony alegge clergie et il soit tel trové et par ordinarie demaundé, si soit enquis coment il est mescreu (verdächtig) s'il en soit mescru, si soynt ses chateus taxés et ses terres prises in nostre meyn et son cors deliveré al ordinarie".

[8] Ordonn. Philipps III. v. 1274 c. 5, Isambert, recueil, 2, 655: „De homicidis clericis, priusquam fuerint de crimine condemnati, non videtur quod bona debeant confiscari; sed iniuriam facit episcopus, si in praeiudicium iuris nostri a talium condemnatione cesset in fraudem"; Parlaments-Arret v. 1291, Olim 2, 333 n. 24: „Contra archiep. Bituric. qui super hoc conquerebatur de ballivo dictum fuit, quod sicut idem archiepiscopus ad bona mobilia clerici sui capti seu accusati potest assignare, ita iustitia laicalis ad immobilia eiusdem clerici poterit assignare nec super dictis bonis immobilibus iusticia laicalis respondere tenebitur, donec idem clericus super crimine quod sibi imponitur ab ordinario suo fuerit liberatus et absolutus sine fraude".

[9] Denn hier musste der wegen eines Verbrechens degradirte Geistliche schwören, das Land zu verlassen, und wenn er dies nicht that, konnte er von dem weltlichen Richter wie ein Laie bestraft

prompten Ausübung der weltlichen Jurisdiktion [1], sondern auch der Umstand, dass die weltlichen Richter sich vielfach über die ihre Zuständigkeit beschränkenden Bestimmungen hinwegsetzten und nicht nur denselben zuwider zur Verhaftung von Klerikern schritten [2], sondern auch die letzteren unter Nichtachtung des Privileges derselben zu weltlichen

werden, ebenso wenn er später im Lande ein neues Verbrechen beging, s. S. 418 n. 2.

[1] S. die S. 419 n. 5 citirten gravamina v. 1329 n. 29—37, l. c. 3, 448.

[2] Dies lässt sich mit Sicherheit einmal daraus schliessen, dass seit dem 13. Jahrh. eine ganze Reihe von Partikularkonzilien schwere Strafen gegen die captivatores clericorum, vielfach auch unter ausdrücklicher Erwähnung der Verhaftung von Bischöfen festsetzen, so droht z. B. Trier 1238 c. 5, M. 23, 480 gegen solche, sowie gegen ihre Gehülfen und Begünstiger zunächst die Exkommunikation, bei nicht erfolgter Auslieferung innerhalb dreier Tage das Interdikt ihrer Besitzungen und gegen die Landesherren, welche sie auf ein seitens der Ordinarien nach Ablauf eines Monats gestelltes Ersuchen nicht zur Freilassung der in Haft gehaltenen Geistlichen zwingen, die gleichen Strafen an, Mainz 1261 c. 43, M. 23, 1097, wo ein schon früher von Innocenz IV. bestätigtes Statut, welches als Strafe latae sententiae die Unfähigkeit der Abkömmlinge der captivatores clericorum, ihrer Gehülfen und Begünstiger zur Erlangung kirchlicher Ämter festgesetzt hatte, erwähnt wird, verlangt die Abbrechung jedes Verkehrs seitens der Hausgeistlichen mit den Schuldigen, und lässt ferner bei der Verhaftung eines Bischofs ipso iure Verlust aller kirchlichen Lehne und Unfähigkeit zum Erwerbe solcher für den Thäter und dessen Nachkommen eintreten; Magdeburg (gewöhnlich 1266, gesetzt, aber i. d. J. 1315 gehörig, Hefele, Conc. Gesch. 6, 98. 564) belegt c. 1—12, M. 23, 1161, die Gefangennehmung des Erzbischofs, der Bischöfe, Kanoniker, Pfarrer und anderer Geistlicher neben der Exkommunikation mit dem Interdikt der Provinz bez. der Diöcese und des Archidiakonates und droht für die Schuldigen und für deren Descendenz bis zum 4. Grade Unfähigkeit zur Erlangung kirchlicher Ämter in der Provinz so lange an, bis das Vergehen ordnungsmässig gesühnt ist. Vgl. weiter Mainz 1259; M. 23, 1000; Köln 1266 c. 19—21. c. 24 (hier auch die Unfähigkeit der Descendenz bis zum 3. Grade für Erlangung kirchlicher Ämter) l. c. p. 1143; Wien 1267 c. 5, l. c. p. 1171; Salzburg 1274 c. 22, M. 24, 143; Aquileja 1282 p. 430 (sehr ausführlich in Betreff der Gefangenhaltung, Tödtung, und Befehdung des Erzbischofs und der Suffraganbischöfe); Salzburg 1282 c. 22, Hartzheim 3, 643; Münster 1282, Krabbe stat. syn. dioec. Monaster. p. 197; Würzburger Generalkonzil 1287 c. 4, Himmelstein synodicon Herbipolens. Würzburg 1855 S. 55; Lüttich 1287 c. 16, Hartzheim 3, 706; Bremen 1292, l. c. 4, 583; Aschaffenburg 1292 c. 13, l. c. 4, 12; Köln 1310 c. 2 p. 118; Trier 1310 c. 5. 6 p. 129; Köln 1322 p. 283; Würzburg 1329 c. 77, Himmelstein p. 192; Eichstedt 1354, Hartzheim 4, 375; declar. archiepisc. Mogunt. 1354 p. 567; Prag 1355 c. 49 p. 395; Magdeburg 1370 (richtiger 1383—1403) c. 14 p. 419; Würzburg 1411 c. 1, Hartzh. 5, 31; Strassburg 1435 c. 67 p. 247; Freising 1440 c. 23 p. 278; Eichstett 1447. 1465. 1484 p. 372. 474. 570. Für England s. Konstitutionen Wilhelms B. v. Worcester v. 1229 c. 18, M. 23, 181; Merton 1258, M. 23, 979: „Clerici quoque sine delectu personarum quamquam in furto deprehensi non fuerint, tamquam facinorosi vel suspecti de crimine seu foresta capiuntur et in carcere detinentur nec redduntur ordinario secundum canones libere iudicandi. Et si clerici quibus crimina imponuntur coram iudicibus saecularibus non comparuerint, forbanniuntur a regno. Quare providemus, quod si clerici sic capti noti fuerint et honesti, capientes ipsos et etiam detinentes in forma iuris solemniter excommunicentur per locorum ordinarios et excommunicati denuncientur. Loca etiam, in quibus fuerint detenti et terrae capientium eos et detinentium ecclesiastico interdicto supponantur, donec eosdem dimiserint et libere abire permiserint ac alios super hoc satisfecerint competenter. Illi etiam qui eis talia falsa crimina imposuerint seu malitiose, propter quae capti fuerint et detenti, excommunicentur et excommunicati denuncientur usque ad satisfactionem condigna“, beinahe wörtlich wiederholt Lambeth 1261, M. 23, 1065; London 1321 c. 5, M. 25, 676; gravamina clericorum v. 1339 n. 55, Wilkins conc. M. Britanniae London 1737 3, 244. Über Frankreich vgl. Toulouse 1229 c. 24, M. 23; 199; Cognac 1238 c. 19, ibid. p. 491; Avignon 1279 c. 4, M. 24, 236; Macon 1286 c. 3, p. 614. Anse 1299, M. 24, 1226; Compiegne 1301 c. 1—3, M. 25, 89; Paris 1314 c. 1, p. 530; Sens 1320 c. 2. p. 650; Paris 1323 c. 2, p. 728; Bourges 1336 c. 12, M. 25, 1065; Chateau Gontier 1336 c. 6, p. 1073; Noyon 1344 c. 1. 15, M. 26, 4. 10; Paris 1347 c. 1, p. 18; Angers 1365 c. 27, p. 441; Lavaur 1368 c. 29. 38. 122, p. 500. 504. 539; Narbonne 1374, c. 11, p. 598; für Spanien Tarragona 1282 c. 5, M. 24, 492; Tarragona 1329 c. 36, M. 25, 851; Salamanca 1335 c. 8, p. 1053 für Italien Ravenna 1310 c. 18, M. 25, 618; Bergamo 1311 c. 2, p. 479; Ravenna 1317 c. 18, p. 618. Weiter kommt in Betracht, dass auch Clemens V., Clem. 1. de poen. V. 8, die Gefangennehmung, Verbannung und percussio von Bischöfen, sofern sie nicht schon eine Verletzung des privilegium canonis darstellt, mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation ipso iure, ferner mit dem ipso iure Verlust aller von der Kirche zu Lehn gehenden geistlichen und aller weltlichen Benefizien, Lehne und Ämter, mit Unfähigkeit der männlichen Descendenz des Thäters bis zur zweiten Generation, in der betreffenden Diöcese kirchliche Benefizien zu erhalten, sowie mit dem Interdikt für die Diöcese und die Orte, wo der Bischof gefangen gehalten wird, sowie für die Stadt, welche sich gegen denselben vergangen, bedroht hat.

Strafen verurtheilten [1]. Ja, schon im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts zog man in England [2] und in Frankreich [3] die Geistlichen wegen Hochverrathes oder anderer Vergehen gegen den König vor die weltlichen Gerichte [4]. Dasselbe geschah ebenfalls im Laufe des 13. Jahrhunderts in Frankreich mit denjenigen Geistlichen, welche sich

[1] Im J. 1234 klagte der Bischof v. Hildesheim bei König Heinrich VII. über die Bürger seiner Bischofsstadt, s. sententia de iudicio clericorum LL. 2, 302: „quod vos authoritate propria clericos temere iudicando morti feceritis destinari, in quos degradationis sententia non processerit", und durch Urtheil der königlichen Kurie wurde den Beschuldigten aufgegeben, dem Bischof bei Vermeidung der Ladung vor den König Genugthuung zu leisten. Weitere Beispiele (Strassburg 1385) bei Strobel, vaterländ. Gesch. d. Elsasses. Strassburg 1841 2, 438; (Heilbronn 1501) Jäger, Gesch. d. Stadt Heilbronn 1828 1, 297. In der Liste der aus Freiburg von 1350—1400 Ausgewiesenen und Rechtlosen, Schreiber Urkdbch. d. Stadt Freiburg. Freiburg 1828. 2, 152 ff. heisst es. „Der Heiden des Berneres syn der pfaffe, von Johans Volmar an die hant: Her Johans ze dem zevibovn der phaffe umbe unzvht.. Her Johannes der Rise der phaffe .. umbe das mort"; nach Hottinger helvet. Kirchengesch. 2 (Zürich 1708) S. 203: „Äbtissin Beatrix von Wollhusen (1397) muss schweren aus dem hoff des frouwen Münsters Zürich zu gehen und one des Bürgermeisters und der rathen willen nicht wieder dahin ze komen". In dem Vergleich mit dem Bischof v. Worms v. 1366 c. 11, Schannat hist. episc. Wormat. Francof. 1734. 2 cod. prob. p. 183: „..daz kein werentlich gerichte zu Wormze keinen pfaffen der stat verwisen sol, wielich der ubergriff sy, an daz den frieden ruret. Wann umb solche sache (also Verletzung des öffentlichen Friedens) sol man den pfaffen der den ubergriff getan hait, antwerden dem bischoff.... ... Nu daz sol herlouben der bischof ... von mort, raup, noitzog oder dupstal oder umb andere missedait, da er den lib umb verlorn hait, obe er ein lege were, wan das geschieht" musste die Stadt dagegen auf die vorher geübte Praxis, verbrecherische Geistliche auszuweisen, verzichten, und es wurde ihr das Strafrecht nur gegen degradirte Kleriker, welche nach der Degradation, also als Laien, ein Verbrechen begangen, zugestanden. Vgl. endlich Salzburg 1386 c. 14, Hartzheim 4, 533 u. Salzburg 1418 c. 16, M. 28, 990, welche einschärfen, dass kein Geistlicher vor das weltliche Gericht geladen werden soll.

[2] Schon nach 3 Edward I. (1275) c. 2, Statutes at large of England. London 1811. 1, 44: „qe qant clerc est pris pur ret de felonie et il soit demande per lordinair, il lui soit livrere selon le privilege de seinte eglise en tiele [perile] come il y apent selonc la costume avant ces heures use. Et le roi amonest les prelates et lour enjoint en la foye qils luy doivent et par le commun profit de la pees de la tierre que ceux qi sont enditez (angeklagt) de tiel rette par solemne enqest des prodes hommes fait en la court del roi, en nulle manere ne les deliverent sans due purgation, issint qe le roi neit mestier de mettre y autre remedie" sollte vor der Auslieferung eines verbrecherischen Geistlichen an den Ordinarius im weltlichen Gericht eine Inquisition über die Begründetheit der Anklage stattfinden, vgl. auch Briton I. 5, S. 421 n. 7; gravamina 1309, Wilkins conc. 2, 318 ff., und unter Eduard III., 25 Edw. III. (1350) st. III c. 4, Statutes at large 1, 318: „que touz maneres les clercs.. qui seront desore convictz devant les justices seculiers pur quelconques felonies ou tresons touchantes autre personnes qe le roi meismes ou sa roiale maieste, eient et enjoient franchement desore privilege de seint eglise et soient sauvez nul empeschement ou delai deliverez à les ordinaires eux demandantz" wurden Kleriker in den im Text erwähnten Sachen ausdrücklich dem geistlichen Gericht entzogen.

[3] Vgl. Stephan Auffrerius de potestate saecularium .. super personis ecclesiasticis in Tractatus juris universi XI 1. Venet. 1584 p. 350: „a. 1389 per curiam parlamenti Parisiis fuit condemnatus abbas Burdegal. in 300 libr. Turon. capiendis super. eius temporali et privatus omnibus officiis regiis, quia commiserat falsitatem in quibusdam litteris quittaniae, quibus se iuvaverat in curia"; Brewer, Gesch. d. französ. Gerichtsverfassg. Düsseldorf 1835. 2, 808. 809.

[4] Für Deutschland vgl. Chronic. mont. Sereni a. 1224, SS. 23. 211. 212 wonach 1223 durch König Heinrich die mehrfacher Friedbrüche, Verhaftung von Bürgern, Verhungernlassen der ihr gestellten Geistlichen angeklagte Äbtissin Sophie v. Quedlinburg auf dem Hoftage zu Eger „omni sue dignitatis iure seculari sentenciantibus ... principibus" entsetzt ist, eine Absetzung, über welche freilich, weil sie der Papst nicht anerkannte, noch langwierige Verhandlungen geführt worden sind und trotz welcher die Äbtissin im Besitz der Abtei blieb, da sie kirchlicherseits nicht gültig abgesetzt, Winkelmann, Friedrich II. 1, 428. 478, s. ferner Rodenberg epist. pont. Roman. 1, 184. 222, war; weiter Ruprecht v. Freysing c. 107, Maurer S. 360: „Do zwec briesster komen für weltlichs gerichtt, es sein ewangelier (d. h. Diakon) oder letzner (d. h. Subdiakon), den sol der richter nicht richttnn, es sy im den bevolhnn von jr maisterschafft (also bei Auslieferung nach der Degradation) oder das er wider den landtsherrn ist oder solich ding das tzu dem frid gehörtt, das mag er wol richttenn tzwischnn jr tzwaier". Hier wird also dem weltlichen Richter die Zuständigkeit bei Vergehen gegen den Landesherrn und bei Friedbrüchen beigelegt. Von Hochverrath und Ungehorsam gegen den Kaiser ist nicht die Rede, aber die Rechte, welche dieser gegenüber den Bischöfen beanspruchte, s. a. S. 411, konnte er zweifellos auch gegen andere Geistliche ausüben. S. übrigens auch die S. 411 n. 2 citirte Urk. v. 1136 und die Strafandrohung Friedrichs II. in dem Priv. für Lübeck 1226, Urkdbch. d. Stadt Lübeck 1, 45 auf 500 Pfund Gold gegen jede zuwiderhandelnde „persona ecclesiastica vel saecularis".

im Dienste des Königs und in weltlichen Ämtern vergangen hatten[1]. Weiter wurde hier die Auslieferung solcher Geistlichen, welche sich des Vergehens der Tödtung schuldig gemacht hatten, an das weltliche Gericht in erster Linie von den in den einzelnen Provinzen bestehenden Gewohnheiten abhängig gemacht und nur falls solche nicht vorhanden waren, in Gemässheit des kanonischen Rechtes gestattet[2]. Nicht minder hat man in Deutschland im 14. Jahrhundert in manchen Städten und in Dörfern die Geistlichen den allgemein für alle Einwohner erlassenen Straf- und Polizeigesetzen[3] und damit auch den für die Verhängung der darin angedrohten Strafen zuständigen weltlichen Gerichten unterworfen[4].

Zu allseitiger und uneingeschränkter Geltung hat demnach die Kirche das von ihr für die Strafsachen der Geistlichen geforderte Privileg nicht einmal zu der Zeit, während welcher sich das Papstthum auf der höchsten Stufe seiner Macht befand, bringen können, und die Geschichte desselben seit dem 15. Jahrhundert ist nur die Geschichte seiner immer weiter sich vollziehenden Einschränkung bis zur völligen Aufhebung.

4. Die Kreuzfahrer. Urban II. hat 1095 zu Clermont die Güter der Kreuzfahrer bis zu ihrer Rückkehr unter den Schutz des Gottesfriedens gestellt[5], und sowohl das I.[6], wie auch das IV. Laterankonzil[7] (v. 1123 u. v. 1215) und die allgemeine Synode von Lyon 1245[8], nicht minder einzelne Päpste[9] haben dieselben mit ihren Familien und ihren Gütern in den päpstlichen Schutz genommen. Eine Befreiung von der weltlichen Strafgerichtsbarkeit war damit an sich nicht verbunden, aber da das Wesen des päpstlichen Schutzes in dem Verbot der Beeinträchtigung der betreffenden

[1] Vgl. Parlamentsarret v. 1262 n. 13, les Olim 1, 541: „determinatum fuit, quod de his, in quibus tenebatur (clericus accusatus) ipsi pauperi (Ankläger) racione servitii d. regis, responderet in hac curia, de aliis fuit remissus ad ordinarium suum"; Arret v. 1496, Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane 1, 679, welcher einen Geistlichen wegen Fälschung eines Dokumentes in seiner Eigenschaft als königlicher Rath zur Ausstellung am Pranger, Stäupung und Verbannung verurtheilt. Auf Grund dieser Praxis hat Pithou den Art. 38 der gallikanischen Freiheiten dahin formulirt: „le roy peut iusticier les officiers clercs pour quelque faute que ce soit commise en l'exercise de leurs charges, non obstant le privilège de clericature".

[2] Schreiben Philipps III. v. 1274 c. 3, Isambert, recueil 2, 655: „Ex quo clerici interficientes homines in iurisdictione nostra cui committi debeant, nobis videlicet an episcopo, recurri volumus ad ius scriptum, nisi quid agi debeat consuetudo declaret".

[3] Freiburg i. Br. 1339, Schreiber, Urkdbch. d. Stadt Freiburg 1, 342: Were ouch das ieman, er si pfaffe oder leye bi solichen dingen (d. h. bei der Eheschliessung ohne Zustimmung der Eltern) werint die das schüffint, verhangtint oder rietint, das den rat gevarlich oder argwanlich denket, uf die setzet der rat stranglich ouch, als denne der rat erkennet und in dunket nach des schulden"; 1395—96, ibid. 2, 107: „Der rate ist überkomen durch der stette nutz . . daz niemant er sye pfaff oder leiye . . geistlich oder weltlich, die zuo der stat gehorent weder golde noch silber kouffen sollent, daz si widerumb verkouffen wellent . . . Wer das überfert, der bessert von yedem gulden 1 schil. pfennig".

[4] Protokoll des Bornheimer Dorfgerichts v. 1338, Böhmer, cod. dipl. Moenofranc. 1, 557: „Heilmannus plebanus frankenfordensis, qui in eiusdem ville Bornheim nemore absque licencia speciali petita et legitima obtenta per ipsius plebani familiam ligna usque ad XVI plaustra absecare et deduci . . mandaverat, ad penam VIII lib. h. ratione excessus huiusmodi ipsis domino et universitati solvendam condempnatus fuerat iudicialiter scabinos per eosdem eo quod nichil penitus juris in memorata villa Burnheim et eius terminis, silvis . . haberet nec umquam habuisset . . . Quo facto ijdem dominus, scultetus et scabini in Burnheim antedicti precibus Heilmanni . . . moti, penam per ipsum plebanum commissam dimiserunt, ita sane videlicet, quod si ullo umquam tempore aliam penam in terminis dicte ville B . . . Heilmannus . . in futurum committeret . . quod ipso facto extunc penam huiusmodi . . sibi dimissam una cum pena de novo committenda solvere et tradere oporteret domino et universitati ville B."

[5] M. 20, 827, vgl. auch p. 820.

[6] c. 11, M. 21, 284.

[7] M. 22, 1063.

[8] c. 17, M. 23, 630.

[9] So z. B. Eugen III. 1145, J. L. n. 8796, M. 21, 616. 681; Gregor VIII. 1187, J. L. n. 16019, M. 22, 530; Innocenz III. 1198, Potthast n. 310, Migne 1, 261.

Personen und Güter und in der Ahndung einer solchen durch kirchliche und päpstliche Censuren und Strafen bestand[1], so wurde dadurch für sie eine Exemtion indirekt insofern bedingt, als jedes Einschreiten eines weltlichen Richters gegen einen Kreuzfahrer von diesem als Beeinträchtigung seiner priviligirten Stellung betrachtet und die Hülfe des geistlichen Richters gegen den ersteren angerufen werden konnte. So hat sich die Auffassung entwickelt, dass auch die Kreuzfahrer in Strafsachen den geistlichen Gerichten unterworfen seien[2]. Diese Gerichtsbarkeit ist in der That in Frankreich für die leichteren Vergehen, nicht aber für schwere Verbrechen, d. h. solche, auf welche Todesstrafe oder verstümmelnde Strafe stand, Anfang des 13. Jahrhunderts[3] anerkannt worden[4], und die Kirche war hier mit Rücksicht auf die von den vielen zweifelhaften Elementen unter den Kreuzfahrern verübten strafbaren Handlungen[5] genöthigt, den Anspruch auf Exemtion vom weltlichen Gericht für die schweren Delikte fallen zu lassen[6]. Hieraus erklärt es sich, dass schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts von einem befreiten Gerichtsstand der Kreuzfahrer bei Kriminalsachen in Frankreich nicht mehr die Rede gewesen ist[7].

1. Besondere Strafgerichte.

§. 288. *aa. Die Sendgerichte*[8].

I. Ausbildung. Die jährlichen Visitationen der Diöcesen durch die Bischöfe,

[1] S. 289 n. 1; so wird auch von Urban II., M. 20, 820 und in den beiden Laterankonzilien für die Verletzung und Beunruhigung der Kreuzfahrer die Exkommunikation angedroht.

[2] Das zeigt Château Gontier 1231 c. 22, M. 23, 237: „Si autem alias (d. h. abgesehen von homicidium und einem andern enorme delictum, in welchem Falle sie des Kreuzzeichens und der Privilegien der Kreuzfahrer vom geistlichen Richter entkleidet werden sollen) inventi fuerint delinquentes, secundum qualitatem criminis a judice ecclesiastico puniantur“ und Tours 1236 c. 1, M. 23, 411: „statuimus, quod si crucesignati occasione alicuius delicti a judice saeculari detenti fuerint, per competentem judicem ecclesiasticum repetantur, ad ipsos restituendos, si opus fuerit, detentorem per censuram ecclesiasticam compellendo. Quibus restitutis, si in foro ecclesiastico de homicidio vel alio enormi delicto de cetero perpetrando legitime convicti fuerint et confessi, nullis privilegiis crucesignati gaudentes . . . signis crucis per eundem iudicem ecclesiasticum exuantur. Si autem alias delinquentes in crimine obiecto convicti et confessi fuerint, secundum qualitatem et quantitatem criminis a iudice ecclesiastico puniantur“.

[3] Ordonnanz Philipps II. August v. 1214, Isambert recueil 1, 210: „Si baillivi domini regis aliquem crucesignatum deprehenderint ad praesens forefacto, pro quo debeat membris mutilari aut vitam amittere secundum consuetudinem curiae saecularis, ecclesia non defendet eum vel res eius. In aliis autem levioribus et minoribus forefactis, pro quibus non debet membris mutilari vel vitam amittere, non debet baillivus corpus crucesignati vel res eius capere vel captum detinere, imo reddat absolute ipsum et res suas ecclesiae requirenti pro iure faciendo. Si autem in foro ecclesiae convictus fuerit de tali forefacto pro quo debet iuxta iudicis saecularis consuetudinem membris mutilari aut vitam amittere, ecclesia nec ipsum nec res eius amplius defendat. De aliis convictus in foro ecclesiae secundum consuetudinem villae emendet laeso“.

[4] Für die andern Länder, namentlich Deutschland und England sind ähnliche Anordnungen, soweit bekannt, nicht erlassen.

[5] Elie Berger, les registres d'Innocent IV, Paris 1884 2, CXXX, vgl. auch die folg. Anm.

[6] S. Anm. 2 und ferner die Cirkular-Erlasse Innocenz IV. v. 1246 (Potthast n. 12342) Berger 1, 331 u. M. 23, 600: „Ex parte . . . regis Franciae illustris fuit propositum . . quod nonnulli crucesignati regni sui . . . propter libertatem eis indultam furta, homicidia, raptus mulierum et alia perpetrant detestanda. Nolentes igitur, ut aliqui crucesignati occasione libertatis eis indulte praesumant ad talia extendere manus suas, mandamus, quatenus crucesignatos in huiusmodi criminibus minime defendas“. Freilich beanspruchten, wie die citirten Konzilien zeigen, die geistlichen Gerichte im Widerspruch der Ordonnanz das Recht, zunächst festzustellen, ob ein schweres Verbrechen vorlag, und ihrerseits über die Auslieferung des seiner Privilegien entkleideten Kreuzfahrers an den weltlichen Richter zu befinden.

[7] Beaumanoir, coutumes de Beauvoisis c. 11. n. 8, ed. Beugnot 1, 160: „Neporquant, se li croisiés est porsivis de cas de crieme ou de cas d'eritage, le connissance en apartient en cort laie.

[8] Dove, Untersuchgen üb. die Sendgerichte in Zeitschr. f. deutsch. Recht 19 (1859) S. 321 und

welche nicht nur im Morgenlande, sondern auch im Abendland üblich geworden waren, aber in Frankreich während der Merovingerzeit wohl nicht überall regelmässig gehalten worden sind[1], hatten den Zweck, dem Bischof die persönliche Kenntniss von den kirchlichen Zuständen seiner Diöcese, von der Amtsführung der Geistlichen und von dem religiös-sittlichen Verhalten des Volkes zu gewähren und ihnen Gelegenheit zur Abstellung von Missständen zu verschaffen[2]. Strafzwecken konnten sie insofern dienen, als dem Bischof dabei Sünden und Vergehen einzelner Geistlicher und Laien bekannt wurden und ihm auf diese Weise Veranlassung zum strafrechtlichen Einschreiten gegen die Thäter[3] gegeben wurde.

Im Zusammenhang mit den kirchlichen Reformbestrebungen der Karolinger ist im Verlaufe des 8. Jahrhundert die Abhaltung der bischöflichen Visitationen von Neuem eingeschärft[4], und seit dem 9. Jahrhundert schon ausdrücklich als einer der Zwecke der Visitation die Erforschung[5] und Bestrafung der Verletzung kirchlicher Pflichten, insbesondere schwererer kirchlicher Vergehen[6], betont worden[7].

Noch im Verlaufe der karolingischen Zeit, in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts[8], scheidet sich diese letztere Thätigkeit als eine besondere Aufgabe aus den allgemeinen Visitationsgeschäften aus und wird zunächst durch das im Zusammenhang mit der Visitation abgehaltene Sendgericht erfüllt[9].

in Zeitschr. f. K. R. 4, 1. 157 u. 5, 1; desselb. Art. Sendgerichte in Herzog, Real-Encyk. d. Theologie 2 A. 14, 119; Phillips K. R. 7, 144 ff.; C. Ph. Kopp, ausführliche Nachrichten v. d. ältern und neuern Verfassg d. geistl. u. Civilgerichte i. d. Hessen-Cassel. Landen. Cassel 1769. 1, 118 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten V. 3, 36 ff.; Biener z. Gesch. d. Inquisitionsprocesses. Leipzig 1827 S. 32 ff.; Warnkönig, flandrische Rechtsgeschichte. Tübingen 1835. §. 47 1, 435; Unger, Altdeutsche Gerichtsverfassung. Göttingen 1852 S. 392 ff.; Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 2, 742 ff.; Hildenbrand, die purgatio canonica u. vulgaris. München 1841 S. 98 ff.; Dove, de iurisdictionis ecclesiasticae progressu. diss. inaug. Berol. 1855 p. 54 ff.; Lingg, Gesch. d. Instituts d. Pfarrvisitationen in Deutschland. Kempten 1888 S. 18 ff.; Quix, Gesch. d. St. Peter Pfarrkirche. Aachen 1836; Jacobson, Gesch. d. Quellen des preuss. K. R. Königsberg 1837. I. 1, 119; Back, d. evangel. Kirche i. Lande zw. Rhein, Mosel, Nahe u. Glan. Bonn 1872. 1, 225 ff.

1 Löning, deutsch. Kirchenrecht 2, 359.

2 Des Näheren ist hier nicht über die Visitationen zu handeln, s. darüber die Abtheilung III.

3 Also zur Eröffnung eines Verfahrens von amtswegen, s. Bd. IV S. 759. 772. 839 n. 6 unter 3.

4 Karlm. cap. 742 c. 3. 5; Pippin 744 c. 4; Karol. M. cap. 769? c. 7; admonit. gen. 789 c. 70; cap. Aquisgr. 813? c. 1, Boret. 1, 21. 29. 45. 59. 170; const. Wormat. 829 c. 5; Tolos. 844 c. 4—6, LL. 1, 335. 379; Capit. Lothar. I. 846 c. 6, S. 86 n. 1.

5 Die dem 9. Jahrh. angehörige (Bd. IV S. 292 n. 3; vgl. auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 660 n. 1) Synode v. Rouen c. 15, ordnet schon die Bestellung von einzelnen Laien in den Parochieen an, um den Besuch des Gottesdienstes zu überwachen und den Geistlichen von den Versäumnissen desselben Anzeige zu machen.

6 Cap. Aquisgr. 813? c. 1 cit.: „Ut episcopi circumeant parochias sibi commissas et ibi inquirendi studium habeant de incestu, de patricidiis, fratricidiis, adulteriis, cenodoxiis et alia mala quae contraria deo sunt, quae in sacris scripturis leguntur quae christiani devitare debent".

7 Nach Rouen cit. c. 16: „Cum episcopus suam dioecesim circuit, archidiaconus vel archipresbyter eum praeire debet, uno aut duobus diebus per parochias quas visitaturus est et plebe convocata annuntiare debet proprii pastoris adventum et ut omnes, exceptis infirmis, ad eius synodum die denominata impraetermisse occurrant et omnimodis ex auctoritate ss. canonum praecipere et minaciter denuntiare debet, quod si quis absque gravi necessitate defuerit, procul dubio a communione christiana sit pellendus. Deinde accitis secum presbyteris, qui in illo loco servitium debent exhibere episcopo, quidquid de minoribus et levioribus causis corrigere potest, emendare satagat, ut pontifex veniens nequaquam in facilioribus negotiis fatigetur aut sibi immorari amplius necesse sit ibi quam expensa sufficiat", geht der Archidiakon oder Archipresbyter dem Bischof vorauf, sagt in den einzelnen zu visitirenden Pfarreien das Kommen des ersteren an, ladet die Eingesessenen bei Strafe der Exkommunikation zu der Visitationsversammlung (synodus) an eine bestimmte Stätte und erledigt seinerseits zur Entlastung des Bischofs die geringeren Sachen. Um Bedrückungen der Priester, welche dem Bischof den Unterhalt zu gewähren hatten, und Beschwerungen der Bevölkerung durch zu weite Wege zu vermeiden, soll nach Toulouse 844 c. 4, LL. 1, 379, die betreffende Versammlung in der Regel für je 5 Pfarreien zusammen abgehalten werden, so dass die Priester aus den vier benachbarten Pfarreien zu diesem Behufe ihre Pfarrkinder nach der fünften führen.

8 Das Nähere darüber unten S. 430 n. 3.

9 Als Hauptquelle kommt Regino (Abt v.

Es werden nunmehr in jeder Pfarrei glaubhafte und angesehene Männer[1] (*iuratores synodi*, *testes synodales*, Sendzeugen, Sendgeschworene), für die Regel 7, vom Bischof eidlich verpflichtet, alle kirchliche Vergehen, welche sie in ihrer Pfarrei wahrgenommen haben, auf Befragen durch eine förmliche Anzeige[2] auf der Visitationsversammlung, dem Send, zur Kenntniss zu bringen[3], und auf Grund des geleisteten Eides legt ihnen der Bischof eine Reihe von Fragen darüber vor, ob bestimmte Vergehen von den Eingesessenen der betreffenden Pfarrei begangen worden sind.

Das Charakteristische dieser neuen Einrichtung liegt nicht darin, dass die Bestrafung bei der bischöflichen Visitation sich früher streng auf offenkundige Vergehen beschränkt hat[4], sondern darin, dass sie eine Gewähr dafür bieten sollte, dass möglichst alle Strafthaten zur Kenntniss des Bischofs gebracht wurden, und ihre Bestrafung nicht blos von rein zufälligen Umständen, wie von der Erhebung einer förmlichen Anklage, einem zu Ohren der Priester gekommenen Gerüchte oder von besonderer Anzeige an den Bischof oder an die letzteren abhängig blieb. Das erwähnte Verfahren ist zweifellos dem weltlichen Rüge- oder Inquisitionsver-

Prüm † 915) libri II de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis (ed. Wasserschleben. Lipsiae 1840) in Betracht.

[1] Regino II. 2 (c. 1 ist das cit. c. 16 von Rouen) „maturiores, honestiores atque veraciores".

[2] Also durch einen gerichtlichen Akt, nicht blos durch eine amtliche Anzeige überhaupt, vgl. Dove, Zeitschr. f. K. R. 4, 33.

[3] Regino II. 3: „Iuramentum synodale. Amodo in antea, quidquid nosti aut audisti aut postmodum inquisiturus es, quod contra dei voluntatem et rectam christianitatem in ista parochia factum est aut futurum erit, si in diebus tuis evenerit, tantum ut ad tuam cognitionem quocumque modo perveniat, si scis aut tibi indicatum fuerit, synodalem causam esse et ad ministerium episcopi pertinere, quod tu nec propter amorem nec propter timorem nec propter praemium nec propter parentelam ullatenus celare debeas archiepiscopo de Treveris aut eius misso, cui hoc inquirere iusserit, quandocunque te ex hoc interrogaverit. Sic te deus adiuvet et istae sanctorum reliquiae." Der Eid bezieht sich also nicht auf alle Sünden (so Richter-Dove-Kahl S. 598) oder alle Verletzungen der Gebote Gottes und des Christenthums (Dove, Ztschr. f. K. R. 5. 5), sondern unter diesen nur auf solche, welche nach der eigenen Kenntniss des Sendzeugen oder nach ihm ertheilter Belehrung Sendsachen sind, und für welche die Zuständigkeit des Bischofs begründet ist, d. h. auf kirchliche Vergehen im Gegensatz zur Sünde. Daher gehen die Fragen des Bischofs, Regino II. 5, auch blos 1. auf die verschiedenen Arten der Tödtung und Körperverletzung (l. c. nr. 1—14), 2. Ehebruch und andere Fleischesvergehen (nr. 15—37), 3. Diebstahl und Raub (Kirchenraub nr. 38), 4. Meineid und Verleitung dazu (nr. 39), 5. falsches Zeugniss (nr. 40), 6. Menschenraub (nr. 41), 7. Zauberei (nr. 42—45), 8. abergläubisches, namentlich dem Heidenthum entstammendes Verhalten (nr. 46—55) und endlich 9. auf eine Reihe von Verletzungen kirchlicher Pflichten und der kirchlichen Ordnung (nr. 54—89), und es werden nach Massgabe dieser Disposition der Fragestücke von Regino im weitern Verlauf seines zweiten Buches die von ihm zusammengestellten Kanones gruppirt, s. die Überschriften zu c. 6. 98. 266. 315. 339. 354. 376. 381.

[4] So Dove Ztschr. f. K. R. 5. 25; Richter-Dove-Kahl S. 598 n. 7, wo auf Pavia 850 c. 6, LL. 1, 397, S. 93 n. 1, Bezug genommen und betont wird, dass früher eine Mitwirkung der Gemeinde bei Erforschung der Vergehen nicht stattgefunden habe. Aber gerade Pavia l. c. handelt u. A. auch von einem „diffamatum certae personae scelus", d. h. nicht von einem offenkundigen oder notorischen Vergehen, sondern von einem solchen, dessen Jemand durch Gerücht beschuldigt wird, und ferner war zweifellos immer auch ohne Mitwirkung der Gemeinde eine Anklage wegen eines bisher geheim gebliebenen Vergehens möglich. Weiter kann Aachen 813 c. 1, S. 426 n. 6, welches die Untersuchung (inquisitio) wegen bestimmter kirchlicher Vergehen anordnet, ebensowenig auf notorische Vergehen bezogen werden. Endlich bestimmt Mainz 847 c. 28, M. 14, 191 in Übereinstimmung mit einem schon zu Mainz 813 c. 53, p. 75, gemachten Vorschlag: „ut episcopi incestuosos pariter investigare studeant". Wenn Dove meint, dass lediglich offenkundige, d. h. notorische Vergehen zur Bestrafung gebracht, geheime aber dem Beichtstuhl überlassen worden seien, so verwechselt er das geheim gebliebene, blos dem Priester durch Beichte kundgethanene, sonst unbeweisbare Vergehen und ein solches, welches entweder notorisch oder doch mindestens sonst beweisbar ist, und übersieht, dass das delictum, crimen, scelus publicum im Sinne der hier fraglichen Quellen nicht blos das offenkundige, sondern auch das beweisbare im Gegensatz zu dem in der Beichte zugestandenen bedeutet, s. o. S. 92. 93.

fahren der karolingischen Zeit nachgebildet. Wie im weltlichen Strafverfahren [1] soll hier durch die Verpflichtung glaubhafter, vom Richter ausgewählter Männer zur Eidesleistung und zur Beantwortung der ihnen von dem ersteren vorgelegten Fragen die Anklage oder Rüge gegen bestimmte Personen, gegen welche sonst kein Ankläger aus eigenem Antriebe aufgetreten wäre, herbeigeführt werden [2]. Erst die Unmöglichkeit, auf andere Weise die Bestrafung der kirchlichen Vergehen zu sichern, scheint zu der Übertragung jener weltlichen Einrichtung [3] auf das kirchliche Gebiet die Veranlassung gegeben zu haben [4], und darum wird man die Einführung der inquisitio keinesfalls vor die Mitte des 9. Jahrhunderts zurückverlegen dürfen [5].

[1] Vgl. Brunner, Zeugen- u. Inquisitionsbeweis d. karol. Zeit. Wien 1866, S. 9. 10. 139; derselbe, deutsche Rechtsgeschichte 2, 325. 490 ff.

[2] Dove, Ztschr. f. deutsch. R. u. Ztschr. f. K. R. 4, 32, sucht gegen Unger S. 402 darzuthun, dass schon in der karolingischen Zeit weltliche Rügegerichte bestanden, und diese das Vorbild für die Sendgerichte abgegeben haben. Fest organisirte Gerichte der ersteren Art mit ständigen Rügezeugen sind indessen nicht nachweisbar, Brunner a. erstangeführten O. S. 10 n. 2 und Rechtsgesch. 2, 493. Die von Dove herangezogenen Stellen: cap. Langob. Pippin. 782/786 c. 8, Boret. 1, 192; cap. Pippin 800? c. 4, B. 1 208; cap. de instr. missor. 828, LL. 2. 328, syn. Ticin. 850 c. 3, p. 406, beweisen nur das Vorkommen der inquisitio in dem im Text gedachten Sinne mit glaubwürdigen Männern, welche für den einzelnen Fall und zwar für verschiedene Beamte, bez. Gerichte verpflichtet werden.

[3] Welche den Bischöfen und ihrer weltlichen inquisitorischen Thätigkeit als königlichen missi bekannt war, Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 493. 494.

[4] Rouen cit. c. 15, Bd. IV S. 292 n. 3, welches die Bestellung und Vereidigung von glaubhaften Männern zur Überwachung des Besuches des Gottesdienstes, zur Ermahnung der Nachlässigen und zur Anzeige an die Priester verpflichtet, enthält von der inquisitio und Anklage- (Rüge-) Pflicht im eigentlichen Sinne noch nichts (wie denn auch c. 16, welches von der Visitationsversammlung, dem Send, handelt, der späteren Sendzeugen nicht gedenkt). So hat auch die spätere Zeit die Sache aufgefasst, denn nach Reg. II. 5 n. 69 fragt der Bischof die Sendzeugen, ob jene Männer bestellt sind und ihre Schuldigkeit thun, und mit Bezug auf diese Frage wird Rouen c. 15 von ihm II. 395 wiedergegeben. Das Konzil muss demnach vor der Einführung der allgemeinen inquisitio, so auch Dove 4, 44 abgehalten sein und zeigt, dass man zunächst blos für eine gewisse Kategorie von kirchlichen Vergehen eine eidliche Anzeigepflicht aufgestellt hat.

Ferner hat man im 9. Jahrhundert eine derartige Pflicht für die Verwandten gegen einander durchzuführen gesucht, so das von Phillips, d. codex Salisburg. S. Petri IX 32. Wien 1864 S. 64 herausgegebene Kapitel: „concilio Meldensi tit. LXXX (welches sich in den Kanonen dieser Synode, Meaux 845, nicht findet, aber sehr wohl dieser Zeit angehören kann): „Scelerosi et in capitalibus viciis quae animae inferunt mortem obstinati et incorrigibiles et ss. canonum statutis rebelles in synodicis sunt accusandi conciliis. Quod praecipue ab illis fieri oportet, qui eis sunt carnis affinitate propinquiores (was nun mit einer Reihe von Bibelstellen begründet wird) . . . Quapropter sancimus nolentes sacramento constringi, ut peccantes proximos quos amant, periurii timore celare non praesumant", sah aber dabei von einer eidlichen Verpflichtung derselben wegen der Gefahr des Meineides ab (wie Phillips K. R. 7, 158 dazu kommt trotz des Wortes: nolentes von der Nöthigung zum Eide zu sprechen, ist mir unerfindlich). Deutet diese Anordnung darauf hin, dass die Sitte, Sendzeugen zu verpflichten, noch nicht aufgekommen war, so weist die sich unmittelbar anschliessende Fortsetzung: „Nec sit quisquam in episcopatu laicus testimonio admittendus, qui non sit huiusmodi sacramentis implicatus: Ex hac hora deinceps, quidquid contra divinam et christianam legem in dioecesi praesentis temporis episcopi commissum veraciter scio aut a veracibus divulgatum compereo, quando ab ipso in synodo aut parrochiali conventu vel a suo archidiacono aut archipresbytero in illorum ministerio interrogatus fuero, non gratia alicuius vel odio id me celaturum, ut ita me deus et sanctorum adiuvent patrocinia", einen dem Eid der Sendzeugen bei Regin. II. 3 ähnlichen, aber nicht so umfassenden Eid auf. Ganz abgesehen davon, ob diese Stelle, welche mit dem früheren Theil des Kapitels in gar keinem Zusammenhang steht, ursprünglich demselben Kanon angehört hat und nicht vielmehr erst später von einem Sammler mit ihm verbunden worden ist, wird hier keiner Verpflichtung, sich als Auskunftsperson vereidigen zu lassen erwähnt, sondern blos vorgeschrieben, dass kein Laie unvereidigt als Auskunftsperson zugelassen werden soll. Nichts deutet darauf, dass die Stelle sich gegen einen etwaigen Missbrauch, die Sendzeugen nicht zu vereidigen, richtet. Es ist daher wahrscheinlich, dass es sich um einen Eid handelt, welchen man den sich freiwillig anbietenden Auskunftspersonen abnahm, und dass die Fassung desselben später für die Sendzeugen benutzt und erweitert worden ist.

[5] So jetzt auch Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 493. Ausser den in der vor. Anm. hervorgehobenen Momenten weist auf diese Zeit der Umstand hin, dass die Einrichtung, wie sie Regino schildert, vollkommen ausgebildet erscheint, und die von ihm mitgetheilten II. 2 ff. Formeln, welche des Erzbischofs v. Trier gedenken, entschieden der Praxis entnommen sind, während andererseits die Quellen aus der ersten Hälfte des 9. Jahrh. der Sendgerichte nicht gedenken.

Zunächst hat man bei dieser Neuerung auch die Geistlichen der inquisitio ebenso wie die Laien unterworfen [1], doch hat man im Interesse der Aufrechterhaltung ihres Ansehens und der Würde des geistlichen Standes sehr bald davon abgesehen [2].

Was das Sendgericht des näheren betrifft, so ist das Recht zur Abhaltung desselben noch während der ersten Jahrhunderte nach seiner Einführung dem Bischof ausschliesslich verblieben [3], und wenn ihn auch der Archidiakon oder der Archipres-

Dagegen rückt Lingg, Pfarrvisitation S. 18. 19 auf Grund eines bei Steiner, synodi dioecesis Augustan. 1766 p. 3ff. gedruckten ordo synodi per villas, welcher das Sendverfahren ähnlich wie Regino schildert, die Ausbildung des ersteren wenigstens für einen Theil Deutschlands bis in die erste Hälfte des 9. Jahrh. hinauf. Da der ordo im Gegensatz zu den 89 Fragen bei Regino II 5. blos die Fragen aufweist: „Si sit aliquis homo vel foemina homicida, sacrilegus, periurus, raptor, si parentibus coniunctus, si leno, si adulter aut per herbas vel per aliquod maleficium aliorum hominum interemptor, si aliqua foemina infantem opressisset, si sint inter se discordantes et ad pacem non velint redire, si diem dominicam et festivitates sanctorum et indictum ieiunium non observent, patrem aut matrem non honorantes", so ist er schon älter als Regino. Aber daraus, dass die Handschrift frühestens dem Ende des 9., wenn nicht dem 10. Jahrh. angehört, und hinter dem ordo als Beigabe auch die Kapitel Hinkmars v. Rheims v. 852 aufweist, ergiebt sich immer kein höheres Alter, als etwa die Zeit zwischen 860 und 880 (dies nimmt auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 672 an), und man kann bei diesen schwankenden Anhaltspunkten nicht mit Lingg S. 19 aus der Angabe im Eingang, dass das geschilderte Verfahren more solito gehalten worden, auf die erste Hälfte des Jahrhunderts zurückschliessen, weil dieser Ausdruck bei einem etwa 5 bis 10jährigen Bestehen der Einrichtung, d. h. also selbst wenn man den ordo in die Jahre zwischen 865 und 870 setzen wollte, gerechtfertigt gewesen wäre.

In der form. 30 coll. Sangallens. (s. g. Formelbuch Salomos III.) ed. Zeumer p. 415, enthaltend ein Schreiben Salomos II. von Konstanz an Liutbert von Mainz, anscheinend v. 877 (p. 393), betr. die Appellation eines adligen Ehepaares, welches der erstere wegen zu naher Verwandtschaft getrennt hatte, heisst es: „Cum diocesim meam circumirem, deveni ad locum, ubi memorati homines habitabant, et ibi didici a maioribus natu vici illius, quia idem coniuges ita sibimet consanguinitate iuncti essent, ut de uno parente in Va, de altero in IVa generatione mutuam ducerent propagationem. Quod inquisitione facta et fide cum iuramento data, ita verum esse didici, ut omnes a minimo usque ad maximum id ita se habere proclamarent". Hier wird ebenfalls der inquisitio erwähnt, aber um Bestrafung wegen Incestes hat es sich dabei nicht gehandelt, vielmehr nur um die Feststellung der Verwandtschaft und die Trennung der Ehe. Die inquisitio hat also hier den Zweck über ein streitiges Faktum Beweis zu erheben. Auch kann nicht mit Sicherheit angenommen werden, dass die Auskunftspersonen die ein für alle Mal verpflichteten Sendzeugen gewesen sind, denn nach Regino II. 232 wurden gerade zur Feststellung der Verwandtschaft besondere Auskunftspersonen, offenbar weil die Sendzeugen hierüber nicht immer so genaue Wissenschaft haben konnten wie andere, namentlich verwandte und befreundete Eingesessene, eidlich verpflichtet, und so kann es auch in dem gedachten Fall gehandhabt worden sein, dies um so wahrscheinlicher, als der Sendzeugen nicht erwähnt wird. Einen direkten Beweis für die Ausbildung des strafgerichtlichen Sendverfahrens liefert demnach die cit. form. 30 nicht. Da aber die hier erwähnte inquisitio offenbar der weltlichen Beweisinquisition (Brunner S. 10) nachgebildet ist, so lässt sich daraus in Verbindung mit den anderen vorhin erwähnten Momenten schliessen, dass man die karolingische Inquisition auch in ihrer zweiten, der strafgerichtlichen Funktion, bei der Bedeutsamkeit der Strafrechtspflege für die Kirche schon in dieser Zeit seitens derselben benutzt hat. Es ergiebt sich somit eine ziemlich sichere Vermuthung dafür, dass das Sendgericht bereits in den siebenziger Jahren des 9. Jahrh. seine Ausbildung erhalten hat.

[1] Während Phillips 7, 143. 144 und Dove Ztschr. f. deutsch. R. 19, 264 das Gegentheil anzunehmen scheinen, zeigt der ordo synodi per villas, Steiner p. 4 ff., dass die das äussere Verhalten des Pfarrers betreffenden Fragen den gewöhnlichen Sendzeugen, dagegen die die amtliche Thätigkeit desselben betreffenden nach Entlassung der letzteren zweien oder dreien confratres vorgelegt worden sind, vgl. Lingg S. 14. Der Widerspruch A. Schröders, Entwicklg. d. Archidiakonats. Augsburg 1890. S. 82, welcher sich auf nicht die Sendgerichte betreffende Stellen stützt, ist unbegründet.

[2] Denn das Buch II Reginos, welches die Sendgerichte behandelt, bezieht sich nach seiner Überschrift blos auf die Laien. Auch Gerhardi vita S. Oudalrici (v. Augsburg † 973) aus dem Ende des 10. Jahrh. c. 6, SS. 4, 395 weist die Sonderung auf: „Congregatis ante se clericis, archipresbyteros et decanos et optimos quos inter eos invenire potuit, caute interrogavit, qualiter cottidianum dei servitium impleretur et qualiter populus ex eis regeretur in studio praedicandi docendique, quantaque cautela infantes baptizarentur, infirmi visitarentur et ungerentur" . . .; Lingg S. 13 ff.

[3] Regino II. 1 ff. Daher heisst das Sendgericht auch placitum episcopi, Tribur. 895 c. 9, M. 18, 137: „cum autem episcopus . . . episcopatum circumeundo perrexerit et placitum canonice constitutum decreverit populumque sibi creditum illo invitaverit"; vgl. auch das s. g. Sendrecht der Mainz- und Rednitzwenden (Bd. IV S. 292 n. 7) aus dem 10. Jahrh., Dove Ztsch. f. K. R. 4, 161:

byter, welche anfänglich dabei als seine Gehülfen erschienen[1], schon seit dem 10. Jahrhundert in dieser Funktion vertreten[2], so geschieht dies doch noch nicht kraft eigenen Rechts. Für die Regel bereist der Bischof oder sein Vertreter zu diesem Behufe jährlich einmal die Diöcese[3] und lässt die Pfarrkinder an die hergebrachten Sendstätten in den Pfarreien entbieten[4]. Bei der Verhandlung und Entscheidung standen dem Bischof die ihn begleitenden Geistlichen zur Seite, und zwar scheinen sie schon in dieser Periode nicht blos als Beirath, sondern in Folge der Übertragung der germanischen Trennung der Richter- und Urtheiler-Funktion auf das Sendgericht, als Urtheiler, d. h. als s. g. Sendschöffen, fungirt zu haben[5]. Nach der Eröffnung des Gerichtes werden zunächst die Sendzeugen ausgewählt und vereidigt[6]. Dann beginnt die *inquisitio* durch Be-

„qui a sacerdote in ecclesia bannitus fuerit ad placitum episcopi sive archipresbyteri".

[1] Regino II. 1 (Rouen saec. IX c. 16, S. 426 n. 7), wonach diese die Versammlung ansagen und dazu vorladen, sowie die leichteren Sachen im Auftrage des Bischofs — dies bestätigt auch Gerhardi vita Oudalr. c. 6 cit. s. Anm. 5 — erledigen. Die von Dove Ztschr. f. K. R. 5, 9 als Instruktionen für die das Sendgericht abhaltenden Archidiakone bezeichneten capp. Hincm. Rhem. v. 877, M. 15, 497, beziehen sich allerdings auf die Visitationsreisen derselben, aber nicht auf die Sendgerichte, denn sie handeln nur von der Beaufsichtigung der Kleriker und ihrer Amtsführung und verbieten Bedrückungen der Geistlichen.

[2] So wird bei Regino II. c. 232 der „missus episcopi, cui hoc inquerere iusserit" erwähnt. Nach der vita Gerhardi cit. hat der h. Ulrich v. Augsburg dagegen den Send selbst abgehalten. Vgl. Dove Ztschr. f. K. R. 5, 8.

[3] Dove a. a. O. 5, 20. Eine anschauliche Schilderung in der vita Oudalrici c. 6 cit., SS. 4, 394: „Cum quarto anno . . . causa regendi et praedicandi atque confirmandi, dioecesem sibi commissam visitare decrevisset . . . in solio carpenti superposito sedebat psalmosque solito more decantabat . . . Ad loca autem illa cum pervenisset, ubi concilia sua denunciata fuerunt, cum evangelio et aqua benedicta et sonantibus campanis et tanta honorificentia susceptus est, quantum illis qui ibi congregati sunt, virtus suppetebat".

Mit dem Hervortreten dieser Thätigkeit hört die Verbindung derselben mit den übrigen Visitationsgeschäften, der Untersuchung der kirchlichen Verhältnisse und der Amtsführung der Geistlichen, immer mehr auf, dagegen wird gelegentlich des Sends auch stets die Konfirmation durch den Bischof ertheilt, vita Oudalrici c. 6 cit., Dove 5, 14.

[4] Nach vorheriger Ansage, s. Anm. 1, wurde die Sendstätte und der Termin wohl auch öffentlich dem Volk in der Kirche durch die Pfarrer oder die Priester verkündet. Die Parochianen waren zum Erscheinen bei Strafe der Exkommunikation verpflichtet, Regino II. 1 cit. u. II. 297 (aus den Protokollen des Konzils v. Tribur 895, Wasserschleben, Beitr. z. Gesch. vorgratianischer Rechtsquellen, Leipzig 1839. S. 168).

[5] In der vita Oudalr. c. 6 cit.: „Statim vero missa celebrata in concilio considens populum ante se vocari fecit, prudentioresque et veraciores sacramento interrogare praecepit, quae in illa parochia emendatione digna fuissent et contra iura christianitatis perpetrata peccata ut ei veraci relatu nota fierent facta. Ut autem ab eis aliqua normam rectitudinis supergredientia cognita audivit, sine perceptione personarum, secundum iudicium clericorum, ad tramitem rectitudinis . . . retrahere festinavit et male pullulata surcula vitiorum falcastro verbi dei studiosissime resecare . . . et morbis vitiorum aptissima fomenta emendationum opposuit . . . Ea vero quae difficilia et insuperabilia ministris suis comperit, in praesentia sui, omnium cum eo manentium adiutorio, percauta directione finiri contendit. Quae autem ab eis sine obtrectatione aliorum in statum rectitudinis converti persensit, eorum regimini perficiendum firmiter commendavit"; lässt sich wenigstens aus dem „secundum iudicium clericorum" in Verbindung mit dem Umstand, dass das Verfahren auf germanischer Rechtsgrundlage gestaltet ist, und dass sich auch später die Trennung der Funktionen des Richters und der Schöffen, welche in den späteren Zeiten sogar Laien (s. unten) gewesen sind, vorfindet, entnehmen, dass möglicherweise schon damals eine solche Scheidung üblich gewesen ist.

[6] S. Regino II. 2 ff., S. 427 n. 3; vita Oudalrici c. 6, s. vor. Anm. Eine andere Eidesformel als die citirten weist das im cod. S. Petri Salisburg. (Phillips S. 65) mit der Überschrift: conc. Rodomacensi cap. 25 versehene, nicht bestimmbare Kapitel auf, und zwar für den Fall „ubi in uno episcopio sub unius pastoris censura multorum populorum nationes diversas et linguas et tribus synodalibus contigerit permisceri conventibus" (d. h. wohl an den drei Sendstätten, nicht den 3mal im Jahre abzuhaltenden Senden) dahin: „laicos omnes, qui christiano nomine censentur et praecipue quos nobilitas cuiuscumque nationis sint idoneo testimonio probaverit" (d. h. nicht alle Eingesessenen des Bezirkes sammt und sonders, sondern alle aus den verschiedenen Nationen, die der Sendrichter auswählt) „statuimus in episcopalibus conciliis iurare universaliter compelli, quatenus quaecumque evangelicis atque canonicis dogmatibus mandatisque in episcopio, unde oriundi sunt, contraire atque obviare persenserint, quando a suo episcopo vel ab eius ecclesiasticis ministris synodice fuerint ammoniti, publice in medium proferre nullaque ex industria cognita vel comperta celare". Sicher gehört die Stelle

fragung derselben auf ihren Eid nach Maassgabe der üblichen Fragestücke [1]. Die durch den Sendzeugen gegen eine Person erhobene Bezichtigung [2] gilt als Anklage [3], durch welche der Sendzeuge in die Rolle des Anklägers eintritt [4], und des Weiteren bewegt sich das Verfahren in den Formen des germanischen Anklageprozesses [5].

II. Die Zeit vom 12. Jahrh. ab. Für die weitere Entwicklung der Sendgerichte

ebenfalls dem Ende des 9. oder dem Anfang des 10. Jahrh. und einer anderen Gegend als die Formulare bei Regino an.

[1] S. 427 n. 3.

[2] Dass sie nicht durch bösen Leumund des Beschuldigten bedingt war, ergiebt die Fassung der Sendzeugen-Eide, s. auch Hildenbrand, die purgatio canonica S. 103.

[3] Vgl. das s. g. Sendrecht der Main- und Rednitzwenden, Dove 4, 160: „Quia secundum canonicam diffinitionem ecclesiasticis iusiurationibus implicitis cura accusandi proclamandique scelera committitur quae infra omnem parrochiam illam . . . perpetrantur, summa diligentia observandum est, ut nullus divinae legis transgressor, licet alterius conditionis vel parrochiae sit, in synodica stipulatione reticeatur".

[4] Vgl. Hildenbrand S. 103; Dove 5, 18. 19. Von dem gewöhnlichen Ankläger unterscheidet er sich blos dadurch, dass er in Folge der Fragen des Richters zur Anklage veranlasst wird und zur Erhebung der letzteren durch seinen Eid verpflichtet ist.

[5] Der Sendzeuge hat die erhobene Anklage oder Beschuldigung nicht zu beweisen. Dies folgt schon daraus, dass man sonst die Sendzeugen nicht hätte eidlich verpflichten können, alles Strafbare, was überhaupt auf irgend eine Weise zu ihrer Kenntniss gekommen war, im Sende zu rügen, vielmehr hat der Beschuldigte, wie sonst nach germanischem Recht, den Beweis seiner Unschuld durch Eid oder bei handhafter That durch Gottesurtheil (welches letztere dem Unfreien allein offen bleibt), zu führen, Tribur 895 nach Regino II. 303: „Nobilis homo vel ingenuus, si in synodo accusatur et negaverit si eum fidelem esse sciant, iuramento se expurget. Si autem deprensus fuerit in furto atque periurio, ad iuramentum non admittatur, sed, sicut qui ingenuus non est, ferventi aqua et candenti ferro se expurget" (während in c. 22, M. 18, 143, welches damit im wesentlichen übereinstimmt, die Beziehung auf den Send fehlt), vgl. auch Hildenbrand S. 101; Dove 5, 22. 29. Ob dabei der Angeschuldigte in allen Fällen der Eidhelfer bedurfte oder nur bei bestimmten Vergehen (Mainz 847 c. 24, M. 14, 910 schreibt dies blos für die Anschuldigung wegen Tödtung eines Priesters noch ohne Beziehung auf das Sendgericht vor, ein Kölner Synodalschluss v. 1083 bei Dove 5, 31 n. 14 für Tödtung überhaupt), lässt sich nicht feststellen.

Das Urtheil hat aller Wahrscheinlichkeit nach, ebenso wie das germanische alternativ auf die Erbringung des Beweises oder auf Auferlegung der Strafe gelautet (aut iuret aut poeniteat), Dove 5, 25.

Was die Strafen betrifft, so wurde, da das Vergehen durch die Rüge zum delictum publicum geworden war, o. S. 92. 93, auf öffentliche Busse erkannt, wie dies die Aufnahme von zahlreichen Bussbestimmungen durch Regino in sein Werk (II. 6 ff.) und die o. S. 89. 100 gedachte Zurückschiebung der Exkommunikation in die zweite Linie bestätigt, Dove 5, 34 ff., während in leichteren Fällen die nicht öffentliche Zwangsbusse zur Anwendung kam, und sich Bussredemtionen in Geld noch selten finden, vgl Dove 5, 34. 40 und o. S. 95. 100. 105. Geldstrafen kommen erst gegen Ende der hier fraglichen Periode, also etwa seit dem Ende des 10. Jahrh. oder Anfang des 11. Jahrhunderts als Strafen bei den Verletzungen kirchlichen Eigenthums oder kirchlicher Personen in der Gestalt von kirchlichen Friedensgeldern vor, vgl. das Sendrechtsfragment bei Dove 4, 162 u. 5, 41: „Pro violato ecclesiastico manso liber ieiunare debet XL dies quod carrinam vocant et episcopo vel eius legato LX solidos i. e. III talenta persolvere debet. Pro cimiterio vel atrio ecclesiae violato III carrinas ieiunet et IX talenta vel libras solvat. Pro ecclesia XXVII carrinas ieiunet et LXXXI libras solvat. Pro sanctuario temere invaso liber homo LXXXI carrinas ieiunare et CCXLIII libras episcopo debitor est persolvere. Homo vero non liber pro his factis tot carrinis puniri debet, quot et liber, sed quotiens liber LX solidos debitor est solvere, totiens non liber corio et crinibus puniendus est, nisi concessu episcopi corium et crines pro nominato precio redimat", an deren Stelle bei Unfreien Strafen zu Haut und Haar treten, sofern der Bischof nicht die Ablösung gestattet.

Nach dem oben bemerkten war die sofortige Verhängung der Exkommunikation ausgeschlossen, vielmehr kommt sie nur als Strafe des Ungehorsams, d. h. für Ausbleiben des gehörig geladenen Angeschuldigten oder für Nichterfüllung der im Urtheil gemachten Anklagen vor, Protokoll der Synode v. Tribur 895 bei Wasserschleben, Beiträge S. 170 n. 10: „Quaesitum est in eadem synodo, pro quibus causis quemlibet hominem episcopali auctoritate vinculo anathematis ligari oporteat atque unanimi cunctorum sententia decretum est, pro his tribus criminibus fieri debere: cum ad synodum canonice iussus venire contemnit aut postquam illuc venerit, sacerdotalibus respuit oboedire praeceptis aut ante finitam causae suae examinationem a synodo profugus abire". Ein mehr entwickeltes und abgestuftes Ungehorsamsverfahren kennt das sog. Sendrecht d. Mainwenden, Dove 4, 160. 161. Danach zieht die Nichterfüllung des Urtheils die Exkommunikation nach sich, beim Ausbleiben auf Ladung tritt erst Auferlegung der Busse ein, bei fortgesetztem Ungehorsam Pfändung durch den Schultheiss im Beisein des Richters, Einziehung des Pfandes für die Kirche, endlich Exkommunikation und Einziehung der Habe des Renitenten durch den Herrn, welcher dem letzteren die Grundstücke verliehen hat, Dove 5, 31.

ist die Änderung in der Stellung der Archidiakonen, die Umbildung ihres Amtes aus dem eines vom Bischof abhängigen Gehülfen bei der äusseren Diöcesanverwaltung zu einem mit einer Reihe von bischöflichen Jurisdiktionsrechten ausgestatteten, selbstständigen kirchlichen Amte, welche sich seit dem 11. Jahrhundert vollzogen und mit dem Ablaufe des 12. festgestellt hat, von maassgebender Bedeutung geworden [1]. Gerade die Gründe, durch welche dies ermöglicht worden ist, haben auch dazu geführt, dass die Archidiakonen das Recht zur Abhaltung der Visitationen und der Sendgerichte, sowie die damit verbundene Strafgewalt erlangt haben. Seit dem 12. Jahrhundert hält der Archidiakon [2] den Send [3] aus eigenem Rechte ab [4]. Dem Bischof bleibt daneben in einzelnen Diöcesen nur noch das Recht auf den Send in jedem vierten, namentlich im Schaltjahr vorbehalten [5], jedoch liegt die praktische Bedeutung dieses Rechtes wesentlich darin,

[1] Bd. II S. 193. 194; s. auch Alfred Schröder, die Entwicklung des Archidiakonats bis z. 11. Jahrh. Augsburg 1890. S. 102.

[2] Wenn vielfach statt des Archidiakonus der Dompropst oder Propst, mitunter auch der Dekan erwähnt wird, so ist darunter der Archidiakon zu verstehen. Dies ergiebt sich daraus, dass die Archidiakonate häufig mit einzelnen Stellen, namentlich den Dignitäten in den Domstiftern und den angesehenen Kollegiatstiftern der Bischofsstadt verbunden waren, Bd. II S. 191.

[3] Der gewöhnliche Ausdruck ist noch *synodus*, s. z. B. Soester Statuten v. 1120 Nr. 3, Seibertz, Urkdbch. d. Landes- u. Rechtsgesch. d. Hzgthums. Westfalen 1, 49; Kölner Dienstmannenrecht aus d. 12. Jahrh. §. 9, Kindlinger, Münsterische Beiträge. Münster 1740. 2, 76; dipl. 1229 bei Seibertz a. a. O. 1, 239; Kölner Diöcesansynode 1266 c. 14, Hartzheim 3, 622; ferner kommt vor *placitum christianitatis*, dipl. v. 1161. 1168. 1188, Zahn, Urkdbch. d. Herzogth. Steiermark. Graz 1875 S. 1, 392. 468. 677. 678; Salzburg. dipl. v. 1195, Hartzh. 3, 460; deutsch: *sent*, Soester alte Schraae v. 1442, §. 5, Emminghaus, memorabilia Sosatensia. Jenae 1749 p. 139; *synte*, Seligenstädter Sendweisthum 1390, Grimm Weisthümer 1, 503; fris. *sinath*, *sineth*, *sind*, *hellega sinatha*, *hellge senda*, v. Richthofen, altfriesisches Wörterbuch. Göttingen 1840 S. 1017. S. auch die folgenden Anmkgen.

[4] Cit. Soester Statuten v. 1120: „Praepositus Susatensis de iure debet facere denunciari synodum tribus vicibus in anno, quamlibet VI septimanis antea“; dipl. des Bischofs v. Halberstadt für den Propst v. S. Johann daselbst v. 1138, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstiftes Halberstadt 1, 162: „quod omnia quae prepositurae et ecclesiae annexa sunt, archidiaconatum in Gardekestorp, archidiaconatum in Watenstide . . de manu nostra nostrorumque successorum in receptione praepositure pariter recipiant et cuicumque fratrum voluerint, has curas committant, qui . . . cum populo archidiaconi synodum frequentet“; Erklärung der Gemeinde Herhusen nach ihrer Übersiedelung auf den Heresberg 1229, Seibertz, Urkdbch. 1, 239: „archidiaconum de capitulo maioris ecclesie Paderburnensis, qui synodo Horehusen praesidere consuevit, in monte et prefata ecclesia presidentem tamquam nostrum archidiaconum cum omni iure admisimus“. Dabei bedienten sich die Archidiakonen auch ihrerseits der Stellvertreter, später ihrer Officialen, dipl. 1235, G. Schmidt, Urkdbch. 1, 572: „synodum per archidiaconum de Witinge vel eius vicarium celebrandam“; cit. Kölner Statuten v. 1266 c. 14: „ut praelati et ordinarii iudices (Bd. II S. 195) in terminis eorundem iurisdictioni subiectis synodum suam (qui ad hoc tenentur) observent per se vel per alios congruis temporibus ab ipsis praelatis praefigendis“. In Braunschweig waren die Einwohner des einen Theils der Stadt dem Hildesheimer Archidiakon zu Stötzen, des andern dem Halberstädter zu Atzum zugewiesen, Chroniken d. deutsch. Städte. Bd. 16. Leipzig 1880 S. XVIII. In Aurich hat Ende des 13. Jahrh. das Sendgericht dem Bremer Domscholasticus zugestanden, v. Richthofen, Untersuchungen z. friesisch. Rechtsgesch. Berlin 1880. 1, 327. 341, vgl. auch ibid. 1, 333; nach Grimm, Weisthümer 6, 701 (Konzen 1415) dem Stiftsdekan zu Zülpich. Das dipl. v. 1167, Günther, cod. dipl. Rheno-Mosellan. 1, 333: „praepositis ecclesiae Bonnensis, sicut ex iure archidiaconatus canones eis concedunt et apostolica auctoritas, ita et nos . . . eis confirmamus, ut quarto semper anno archidiaconatum suum visitent“, und das Privil. Hadrians IV. v. 1154, Binterim u. Mooren, die alte u. neue Erzdiöcese Köln 3, 132: „longo usu archidiaconus ecclesiae Xantens. obtinuit, ut in quarto anno singulis ecclesiis suis archidiaconatus officium visitationis impendat“, geben offenbar Zeugniss von einer Stufe der Entwicklung, auf welcher noch das Visitations- und Sendrecht des Bischofs überwiegt. Auch in Nordfriesland wird noch Ende des 12. Jahrh., ep. Innoc. III. ad prepositum de Serand [Strand] et univ. eccles. praelat. in Utlandia v. 1198 Potth. n. 415, Migne 1, 396 (gerichtet an den Propst v. Nordstrand und die Prälaten der an der Westküste v. Schleswig gelegenen s. g. Uthlande) das Send gericht in Stellvertretung des Bischofs gehalten. Zweifelhaft bleibt das Verhältniss des Bischofs und Archidiakons in der Urk. Lothars III v. 1134 für die Kaufleute in Quedlinburg, Janicke, Urkdbch. f. Quedlinburg. Halle 1873. 1, 9, denen zugesichert wird, dass sie sich behufs der censura synodalis und des examen nur in Quedlinburg vor Bischof und Archidiakon zu stellen haben.

[5] Hadrian IV ep. 1155 für den Erzb. zu Trier, Beyer, mittelrhein. Urkdbch. 1, 650: „*Exitum* videlicet in quarto anno per totum episcopatum tuum ad consecrationes ecclesiarum, confirmatio-

dass die Gerichtseinkünfte des betreffenden Jahres ihm selbst, nicht dem Archidiakon zufielen [1], nicht darin, dass der Bischof die Diöcese behufs eigener Abhaltung des Sendgerichts bereiste [2].

In manchen Diöcesen, namentlich den sächsischen, bewahrten sich gewisse bevorrechtigte Personenklassen, insbesondere der Adel [3], vor allem die freien Herren [4] und die bischöflichen Ministerialen [5], ähnlich wie hinsichtlich der weltlichen Gerichtsbarkeit, die Befreiung von dem Sendgericht der Archidiakonen [6] und blieben entweder

nem hominum et correctionem excessuum secundum synodalem iustitiam, ad cuius laboris expensam totam decimam cum integritate eodem quarto anno vel quartam partem in annis singulis ... tibi ... confirmamus" (unter Berufung auf eine alte Gewohnheit); Mainzer dipl. v. 1195, Würdtwein, dioecesis Moguntina. Manhem. 1759. 2, 9: „anno qui vulgariter *exitus* noster vocatur"; v. 1296, ibid. 2, 11: „super iuribus et proventibus synodalibus exercendis et percipiendis ... in anno bisextili, qui annus vulgariter *exitus* dom. archiepiscopi Moguntini vocatur"; für Friesland Drenther Sendbrief v. 1332 §. 1, v. Richthofen, fries. Rqull. S. 518: „episcopi Traiectenses in anno suo et dom. praepositi S. Marie ibidem in annis communibus"; für den Westergo (14. Jahrh.), v. Richthofen, Untersuch. 2, 586; zweites westerlauwer Sendrecht §. 1, Rqull. S. 406, während nach dem älteren aus d. 13. Jahrh. §. 2 S. 405 der Bischof im vierten Jahre den Send selbst abhält, aber für die drei andern Jahre seinerseits einen Bevollmächtigten oder Dekan ernennt, v. Richthofen, Untersuch. 2, 737. 738. Nach dem Rüstringer Sendrecht (13. Jahrh.) a. a. O. S. 127, gehörte dem Bischof der Send schon in dritten Jahr (vgl. S. 432 n. 4).

Die Ansicht Mooren's, Dortmunder Archidiakonat S. 15 ff., dass die Viertheilung aus einem hergebrachten Wechsel des Bischofs, des Archidiakons, des Landdekans und des Pfarrers entstanden sei, widerlegt sich dadurch, dass von der Abhaltung des Sendgerichts durch Pfarrer oder Landdechanten in früheren Zeiten nicht die Rede ist. Die Einrichtung erklärt sich wohl daraus, dass der Bischof dem Archidiakon für seine Stellvertretung in gewissen Jahren die Gefälle aus dem Sendgericht überliess und dass später mit der veränderten Stellung der Archidiakonen, als diese mit dem eigenen Sendrecht auch das Recht auf den Gebührenbezug erlangt hatten, dem Bischofe die ebenfalls bei anderen Einkünften übliche Quart als Abgabe belassen blieb.

[1] Gerade das Recht des Bischofs auf die erwähnten Gefälle wird häufig in den Urkunden betont, s. die Anführungen S. 432 n. 5.

[2] Dazu ernannte er einen Stellvertreter, s. vorvor. Anm., und als solcher konnte auch der Archidiakon fungiren.

Wenn im westerlauwer Sendrecht, a. a. O. S. 402 als Vertreter des Bischofs der choerbiscop genannt wird, so ist hier nicht der Archidiakon (Bd. II S. 169), sondern der Weihbischof gemeint, v. Richthofen a.a.O. S. 402 n. 6. Auch die Mainzer Urkd. v. 1469, Guden cod. diplom. 1, 333 zeigt, dass der Weihbischof dies Recht in Vertretung des Bischofs ausgeübt hat. Ob der Chorbischof, Grimm, Weisthümer 2, 423. 425 (Eider 16. Jahrh.), welcher alle 4 Jahre den Send abhält, der Trierer Weihbischof und nicht vielmehr der Archidiakon ist, steht dahin, wahrscheinlich aber ist das letztere der Fall, vgl. Ferdinand, Cuno v. Falkenstein Erzb. v. Trier. Paderborn u. Münster S. 52 n. *.

[3] So in Würzburg die Ritterschaft, F. E. Pufendorf de iurisdictione Germanica liber P. II s. 3 c. 1 §. 160; dipl. v. 1263 in Monum. Boica 37. 48 (eos qui immediate subsunt episcopo, puta eos, qui dicuntur synodales); Archiv d. histor. Vereins für Unterfranken 13, 126. 127; v. Zallinger i. Mitthlgen d. Inst. f. österr. Geschichtsforschg. 10, 219 ff.; Nitzsch, Ministerialität u. Bürgerthum Leipzig 1859 S. 137. Hat doch auch an dieses Verhältniss die Bezeichnung der Edlen als synodales in den Reichsgesetzen, s. LL. 2, 282. 291. 301. 313, angeknüpft, v. Zallinger a. a. O. S. 217 ff.

[4] Kölner Diöcesanstatuten 1266 c. 14, Hartzheim 3, 622: „Soli tamen nobiles excipiantur, qui ad nostram synodum noscuntur specialiter pertinere".

[5] Kölner Dienstmannenrecht §. 9 (12. Jahrh.), Kindlinger, münster. Beiträge. Münster 1790 2, 76; Frensdorf, d. R. d. Dienstmannen des Erzb. v. Köln. Köln 1883 S. 8. 32: „Item nullus archidiaconus, nullus decanus, nullus ecclesiasticus ministeriales b. Petri iure synodi citabit vel excommunicabit sub aliqua re, quam aliquis eorum in persona propria commiserit, nisi forte decimas vel res ecclesiarum iniuste invaserint vel sibi usurpaverint; si hoc fecerint, coram archidiacono vel decano vel ecclesiastico de iniuria respondeant, in cuius terminis eam commiserunt. Alio modo, si dignum correctione aliquis eorum egerit, capellarius archiepiscopi hoc de eis emendabit. Capellarius proximo die post festum s. Petri synodum suam celebrabit in veteri domo archiepiscopi ante capellam b. Joannis et in lapidea cathedra ibidem sita residebit eruntque praesentes illic b. Petri ministeriales omnes, ut de excessibus suis quos personaliter commiserunt, capellario tanquam patri suo spirituali respondeant". Wegen der Hausgenossen des Bischofs v. Osnabrück s. Grimm, Weisth. 3, 195: „Item de hussgenaten sind gefryet, dass se nicht geplichtig sind . . . dem seindstoll (Sendstuhl, Sendgericht) . . . tho folgen". Vgl. endlich Bodmann, Rheingauische Alterthümer. Mainz 1819. 2, 857 n. ee.

[6] Demnach enthält Sachsensp. I. 2. §. 1: Jewelk kersten man is senet pflichtig to sükene dries in me iare, sint he to sinen dagen komen is, binnen deme biscopdume dar he inne geseten is . . . scepenbare lüde, die der biscope senet

dem Send des Bischofs, welcher ihn durch einen Vertreter abhalten liess [1], oder auch blos der bischöflichen Diöcesansynode oder dem regelmässigen bischöflichen Gericht unterworfen [2].

Die das Mittelalter beherrschende Tendenz der Zersplitterung der öffentlichen Gewalten hat sich aber weiter dahin geltend gemacht, dass auch manche Erzpriester für ihre Bezirke [3] die Sendgerichtsbarkeit erlangt haben, und ferner ist es auch vielen Klöstern und Stiftern gelungen, theils während der Herausbildung der selbstständigen Archidiakonal-Jurisdiktion, theils auch später nicht nur die Exemtion von dieser und dem Sendrechte, sondern auch die Archidiakonalgerechtsame einschliesslich des letzteren über bestimmte Distrikte oder gewisse Personenklassen [4], selbst auch über ganze Archidiakonate [5] zu erwerben [6].

süken solen; plechhaften der dumproveste (d. h. der Archidiakonen Bd. II S. 191), landseten der ercepriestere", wohl eine zu weitgehende Verallgemeinerung, hat aber andererseits seinen Anhalt an wirklich bestehenden Verhältnissen.

1 Köln. Dienstmannenrecht §. 9, S. 433 n. 5.

2 Wie namentlich die Adligen, S. 433 n. 3.

3 Urk. v. 1149, Guden, cod. dipl. 1, 193: „De sinodo vero in prefata ecclesia (S. Martin zu Södel) celebranda . . . necessarium duximus adnectendum . . . archipresbyter synodum celebraturus secum duos adducet clericos totidemque servos . . . Quaestum vero sinodalium iudiciorum in III partietur portionibus, unam sibi, duas fratribus"; Miltenberger Stadtrecht (14. o. 15. Jahrh.), Hegel Verfassgsgesch. v. Mainz. Lpzig. 1882. S. 235. In Mainz übte der städtische Erzpriester das Sendrecht über bestimmte Handwerkerklassen aus, dipl. v. 1300, Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 20. 24; Hegel S. 69. Ermöglicht worden ist diese Entwicklung wesentlich dadurch, dass die Erzpriester vielfach als Stellvertreter des berechtigten Sendherrn, also des Archidiakons, Würdtwein 1, 527. 549; Seligenstädter Weisth. v. 1390, bez. 1435, Grimm, Weisth. 1, 503. 507 oder auch des Bischofs, Drenther Sendbrief v. 1332, v. Richthofen fris. Rsquell. S. 518 und dessen Untersuchgen 2, 681 den Send abhielten, dass sie zugleich, ebenso wie die Archidiakonen, Kanoniker an der Domkirche oder an einem Kollegiatstift waren, weiter über die zu ihren Bezirken gehörigen Pfarrkirchen in Folge von Inkorporationen die Pfarr-Rechte besassen und auf diesen Grundlagen gegenüber den vielfach anderweit in Anspruch genommenen Archidiakonen ihre Befugnisse zu selbstständigen, denen der letzteren gleichen Rechten in ihren kleineren Bezirken ausdehnen und erweitern konnten, Urk. v. 1293 bei Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 1, 299. 300; Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 1. 16. Vgl. ferner S. 433 n. 6.

Mit diesen Erscheinungen ist aber der Fall nicht zu verwechseln, dass dem Erzpriester (Archipresbyter) eines Stiftes, nicht dem Landdekan oder Dekan der Christianität, das Sendrecht, wie dies in Aachen der Fall war, zusteht, Weisth. v. 1331 §. 1 u. a. Schl., Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler. Bonn 1871 S. 44, wo der Stifts-Archipresbyter, nicht der Erzpriester der Stadt (so Sohm, Ztschr. f. K. R. 18, 262) — das zeigt die ausdrückliche Erwähnung bestimmter Rechte des letzteren und des Archidiakons, a. a. O. §§. 3. 21. 22 — wohl erst allmählich in Folge des Aufblühens der Stadt die gedachte Stellung erhalten hat. Anscheinend gehört hierher auch das Roggenbacher Weisth. v. 1505, Grimm 4, 440, nach welchem der Erzpriester des Stifts S. Leonard zu Basel im Schaltjahr und in den anderen Jahren der Leutpriester daselbst als sein Stellvertreter den Send abhält.

4 Bd. II S. 193. 194 n. 9. S. 270; Dipl. für Neumünster 1142, Lappenberg, Hamb. Urkdbch. 1, 166 u. Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten. Hamburg 1885. 1. 38; Urk. v. 1276, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 2, 110.

5 Urk. v. 1120 für das Regularstift Kaltenborn, G. Schmidt, a. a. O. 1, 112: „indulgemus eidem ecclesie iurisdictionem per totum archidiaconatum . . . insuper statuimus, ut prepositus Caldenbornensis de cetero vice nostra et successorum nostrorum sinodo presit et quecunque terminanda occurrerint, eius auctoritate decidantur . . . exequi visitationis officium, ut que correctione et reformatione tam laicorum quam clericorum sint digna, nulla valeat consuetudo impedire, plenamque potestatem ligandi atque solvendi, preter generale interdictum quod nobis nostrisque successoribus reservamus, ipsi suisque successoribus concedimus, ut . . . qui reperti fuerint inobedientes divinis legibus aut excommunicati fuerint, tam pecuniaria pena quam censura ecclesiastica ad emendationem compellantur . . . et milites qui annuatim bis ad sinodum maiorem Halberstadensem vel Caldenbornensem venire contempserint, tanquam putridum membrum ab ecclesia precidantur". Auch die Verleihung des bischöflichen Sendrechtes für das Schaltjahr ist vorgekommen, Urk. d. Erzb. v. Mainz v. 1386, Bodmann, Rheingauische Alterth. 2, 853 n. *, in welchem dem S. Moritz-Stift zu Mainz die ihm früher (olim) verliehene Berechtigung bestätigt wird: „quod ipsum capitulum de s. synodo quolibet anno bissextili in terminis dicte prepositure celebranda ordinare et disponere valeant et possint pro ipsius capituli et ecclesie commodo et usu et certos commissarios deputare, qui huiusmodi synodo presint et personas oportunas et necessarias convocent ac de criminibus et excessibus subditorum ipsius prepositure sollertes inquirant et corrigant penis debitis et condignis ac etiam cathedraticum maius petant, colligant et recipiant". S. ferner Urk. v. 1487, Würdtwein, dioec. Mogunt. 9, 23.

6 Wenn in den Weisthümern wiederholt der *sentdechen* (Senddekan) erwähnt wird, Grimm

Endlich finden sich auch seit dem 12. Jahrhundert schon einzelne Pfarrer im Besitze von Sendrechten[1]. Dies erklärt sich wohl daraus, dass sie dieselben zunächst als Stellvertreter von Archidiakonen, Klöstern und Erzpriestern geübt und dieselben später zu selbstständigem Recht erlangt haben[2]. Wenn die erwähnte Erscheinung sich später, seit dem 15. Jahrhundert, viel öfter vorfindet[3], so liegt der Grund dafür offenbar darin, dass, seitdem die weltlichen Gewalten, vor Allem auch die Städte die Sendgerichte mit Erfolg von sich abhängig zu machen oder ihre Zuständigkeit zu beschränken[4] oder ganz auszuschliessen[5] versuchten, seitens der ur-

3, 174 (Boppard 1412), 4, 483 (Carden 1537) u. 2, 456 (Wittenhof 1625), so handelt es sich hierbei nicht um eine weitere Art von Sendgerichtsbarkeit, vielmehr ist der Senddekan der Vertreter des selbstständig berechtigten Sendherrn, welcher den Send für den letzteren abhält, Weisth. v. Münstermaifeld, a. a. O. 6, 634: „Wir weisen heut... den heiligen sind meinem herrn, dem probst hh. Martini und Severs kirchen und niemand mer. den mag er selbst besitzen oder durch einen ehrlichen sinddechant lassen besitzen". Daraus erklärt sich wohl auch, dass nach dem Weisth. zu Wintrich 2, 361, geantwortet wird, dass es dem Bischof gebührt, selbst das erste Mal, dem Landdechanten das zweite und das dritte Mal dem Pastor das Sendgericht zu halten.

[1] Admonter Urk. v. 1160, Zahn, Ukdbch. d. Hzthms. Steiermark. Graz 1875 1, 392: „excepto dumtaxat placito christianitatis et judicii ferri et aquae, quae ad plebanum de Libnitz spectabunt, cooperante sacerdote de Makkirnowe". Auch im Wiener Stadtrecht v. 1244: „Quicumque deprehensus fuerit in adulterio cum uxore alicuius viri, saecularis iudex non iudicet, sed plebanus huius civitatis", ebenso im Haimburger, Wiener Neustädter Stadtrecht c. 89 und im Wiener Stadtrecht v. 1278 a, Tomaschek, deutsch. Recht in Österreich. Wien 1859 S. 252, steht wohl die Sendgerichtsbarkeit des Pfarrers in Frage. Nach der Urk. v. 1392 bei Binterim u. Mooren, Erzd. Köln 4, 309, machen sich die Bevollmächtigten des Stiftspropstes zu Xanten und des Pastors zu Kempen an der Sendstätte das Recht zur Abhaltung des Sendgerichts streitig und die befragten Pfarreingesessenen erklären: „quod ipsi neglexerint unquam alium vel alios preterquam pastorem suum . . . et ipsius commissarios, in ipsa ecclesia s. synodo presedisse, quando utique eidem pastori et commissariis suis duntaxat et nulli alteri in celebratione dicte synodi assedissent ac eisdem in accusationibus suis alias omnimodo paruissent".

[2] S. die in der vor. Anm. cit. Urk.

[3] Laudenbacher Weisthum 1468. §. 7, Grimm 6, 64: „weisen wir zu recht, das ein ichlicher pfarrer allhie zu L. ein official ist, unt sonst keiner, und sal im iare ein rug gericht haben und was im do gerügt würd, das hat er magt zu strofen nach rath der herrschaft oder sein gewalt"; Olff 1546, 2, 768: „So welcher dan ein pastor gesatzt ist, der ist pabst, buschoff und ein besitzer und sträffer des heiligen senntz und ganzen kyrspels, welcherley sachen dann übertretten ist"; für das 16. Jahrh. Dumont, Gesch. d. Pfarreien d. Erzd. Köln. VI Dekanat Brühl. Köln 1887. S. 224. Auch da, wo Kirchen Stiftern oder Klöstern inkorporirt waren oder die letzteren die Grundherrschaft hatten, haben die Pfarrer die Sendgerichtsbarkeit besessen, S. Ursanne (Diöcese Basel 16. Jahrh.) Grimm 4, 442; Pingsdorfer Weisth. 1612 §§. 8. 9, Dumont S. 607, vgl. S. 458. 462.

In den Städten tritt diese Erscheinung weniger hervor, weil hier einmal gewöhnlich höhere Geistliche vorhanden waren, welche ein lokales Sendgericht abhielten (s. z. B. wegen Aachen S. 434 n. 3), und weil das Streben der Städte vielfach auf möglichste Beseitigung der Sendgerichte überhaupt ging. Nach dem Vergleich des Plebanus v. Frankfurt a. M. mit den Bürgern v. 1283, Böhmer cod. dipl. Moenofrancof. Frankf. a. M. 1836 p. 211: „Item synado aut accusationibus que fiunt in synado numquam interero secundum pronunciatam sententiam canonicorum et scabinorum . . . numquam constituam vel habebo homines qui *eitsverin* vulgariter appellantur, sed scabini possunt et debent honestos homines instituere, qui dicuntur *eitsverin* et illi debent festa violata accusare ipsis scabinis, quotiens ab eisdem fuerint requisiti et de hijs ego plebanus predictus habebo satisfactionem et emendam quam michi dictaverit sententia scabinorum . . . Item pro festo violato in quocumque artificio non requiram aliquam satisfactionem vel emendam, nisi quam dictaverit sententia scabinorum" muss der Pfarrer die Sendgerichtsbarkeit ausgeübt haben (nicht, so Thomas, Oberhof zu Frankfurt a. M. 1841 S. 205 bei den Anklagen betheiligt gewesen sein), da er die Befugniss aufgiebt, die Sendzeugen (eitsverin) zu bestellen, und wenn er auch auf den Vorsitz und auf die Anwesenheit im Send verzichtet, ihm doch der Bezug der erkannten Bussen gewahrt bleibt. Dass damit das Sendgericht in Frankfurt, so Köhne, Ursprung d. Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz, Breslau 1890 S. 177 völlig in Laienhände gekommen ist, erscheint nicht richtig. Vielmehr hat sich die Sendgerichtsbarkeit des Pfarrers nur auf die Feiertagsentheiligung bezogen, s. auch Thomas a. a. O., da nach Würdtwein dioec. Mogunt. 2, 476 noch u. 1370 das Sendgericht unangefochten von dem Stiftspropst mit Sendschöffen aus dem Rath und den Bürgern ausgeübt worden ist.

[4] So liess der Rath in Braunschweig schon im 13. Jahrh. durch ein Weisthum feststellen, dass auf dem Send nur gerügt werden solle: „openbare undersat (Betrug bei Verpfändungen?) unde openbaren wuoker unde el dat weder de Kerstenheit si", Chroniken der deutschen Städte Bd. 16. Leipzig 1868. S. 373 n. 6.

[5] S. des weiteren unten S. 440.

sprünglich berechtigten kirchlichen Amtsträger kein erhebliches Gewicht mehr auf ihren Besitz gelegt wurde[1].

Was die Zusammmensetzung der Sendgerichte betrifft, so ist seit dem 12. Jahrhundert die Theilnahme von Laien[2] als Urtheilsfinder, Sendschöffen (*scabini synodales*[3], *sendschepen*[4], *eitsvere*[5], *eedswara*[6], *sendwroger*[7]) bezeugt. An sich kann die Zuziehung solcher nicht befremden. Schon seit dem 9. Jahrhundert ist eine Mitwirkung von Laien bei den verschiedensten Akten der bischöflichen Verwaltung vorgekommen[8], und namentlich haben sie auf den Provinzial- und den Diöcesansynoden an der Urtheilfindung Antheil gehabt[9]. Für die Sendgerichte finden sich allerdings keine derartigen Nachrichten vor der eben erwähnten Zeit. Aber daraus folgt keineswegs, dass sie nicht an denselben betheiligt gewesen sind[10], vielmehr erscheint die Vermuthung nicht zu gewagt, dass sie von den Bischöfen schon bald nach der Ausbildung der Sendgerichte, um diesen festere Wurzeln im Volke zu verschaffen und ihnen durch Akkomodation an die deutsche Rechtsanschauung grösseres Ansehen zu sichern, zugezogen worden sind[11].

[1] Eine auffallende Erscheinung ist es, dass in dem zur Münsterschen Diöcese gehörigen Theil Frieslands zwischen Laubach und Ems seit dem Ende des 13. Jahrh. Laien, nämlich die Grundherren aus den alten Adelsgeschlechtern, denen die von ihnen erbauten Kirchen gehörten, vom Bischof zu Dekanen oder praepositi (wobei der Dekanat als ein mit dem Gut und der Kirche verbundenes Amt galt), ernannt worden sind, und dass diese unter ihrem Vorsitz die Sendgerichte über die Laien abgehalten haben. Noch 1493 ist die Einrichtung durch Papst Alexander VI., von Richthofen, Untersuchungen 2, 943, bestätigt worden. Der Grund für diese Erscheinung ist darin zu suchen, dass in den gedachten Gegenden, in denen keine Archidiakonatsverfassung bestanden hat, die Offizialen des Bischofs bei dem Selbstständigkeitstrieb der Bevölkerung nicht die Macht besessen haben würden, die Sendgerichte einzuführen, und dass deshalb der Bischof die angesehenen Grundherren der alten Mutterkirchen mit diesen Befugnissen betraute, a. a. O. S. 939 ff. 1128 ff. 1193 ff. 1200. 1286 ff.

[2] Cit. Soester Statuten v. 1120 §. 5; „Quemcumque scabinum burgenses statuerint, ipsum praepositus acceptabit"; Kölner Schiedsspruch v. 1258 Art. 20, Ennen u. Eckertz, Quell. z. Gesch. d. Stadt Köln, 2, 282, nach welchem der Erzbischof v. Köln in den Streitigkeiten mit den Bürgern sich darüber beklagt, dass die letzteren (durch Nichtbetheiligung am Sendgericht) die Geistlichen seit längerer Zeit gehindert hätten, dasselbe zu halten, vgl. Hegel, Verfassungsgesch. v. Cöln, Lpzig 1877. S. XLIII. XCVII; cit. Aachener Weisth. v. 1331 §. 1, Lörsch S. 45. 46: „et scabini synodales omnes, tam clerici quam laici tenentur et debent interesse". §. 7: „Item si culpabilis reperitur seu recognoverit reatum, ille eciam ad sentenciam synodalium huiusmodi delictum emendabit"; Urk. d. Würzburger Archidiakons v. 1309, Guden cod. dipl. 3, 736: „quod cum . . . in sede synodali Osterburchheim per officialem nostrum et sacerdotes ad eandem sedem pertinentes s. synodus celebraretur et coram eis super diversis diverse fuissent sententie inquisite, inter cetera tamen plebs ibi existens petebat sibi fieri sententiam generalem, qualiter rubeta et agri campestres de novo in prata redacta debeant decimari. Super qua sentencia sacerdotes predicti adiunctis sibi laicis prudentibus ex mandato nostro consilium inierunt. Et deliberato animo in unum concordantes, sano usi consilio talem sentenciam pari voto proferebant, quod non aliter nisi secundum consuetudinem aliorum pratorum in eisdem territoriis sitorum essent agri huiusmodi decimandi. Quam vero sentenciam duximus approbandam et confirmandam." Wenngleich es sich hier um ein Weisthum handelt, so ist doch daraus zu schliessen, dass auch sonst bei den Urtheilen die Laien zugezogen sind, da nach germanischer Anschauung in beiden Fällen eine urtheilende Thätigkeit in Frage steht.

[3] Aachener Weisth. v. 1331, s. die vor. Anm.

[4] Glosse zum Sachsensp. B. I art. 2, Grupen Observation. II. 2. 25 p. 774: „De sendschepen sollen dar wroghen, wat under on openbare wedder de teyn gebot uses heren geschen is"; seyndtscheffene, Sendanordnung v. 1446, Lörsch a. a. S. 129.

[5] Frankfurter Vergleich v. 1283, o. S. 435 n. 3; Soester alte Schraae (13. Jahrh.) §. 5, Emminghaus, memorabilia Susatensia p. 139.

[6] Erstes westerlauwer Sendrecht §§. 2 ff., v. Richthofen fris. Rsqu. S. 403, auch *fochd* (Kirchvogt) im Bolswarder Sendrecht v. 1404. §§. 14 ff. S. 484, v. Richthofen, altfries. Wörterbuch S. 747. 748.

[7] So in Braunschweig, Hänselmann, Urkdbch. d. Stadt Braunschweig. Braunschweig 1873. 1, 98 (Eidbuch v. 1402 §. 52).

[8] Bd. II S. 69.

[9] Bd. III S. 589. 590.

[10] Nicht richtig Köhne, Ursprung der Stadtverfassung in Worms etc. S. 132, nach welchem den Laien aus der Rügepflicht erst allmählich an einigen Orten die Schöffenfunktion erwachsen sein soll.

[11] c. 3 (Innoc. III. 1199, an den B. v. Passau, nicht Poitiers, Potthast reg. n. 604) X de consuet. I. 4, welches sich gegen die Gewohnheit richtet,

Die Schöffen anlangend, so haben zum Theil geistliche und weltliche Sendschöffen neben einander[1], andererseits aber, und das ist später das Üblichere, nur Laien als solche fungirt[2]. Besondere Send- oder Rüge-Zeugen oder Geschworene kommen neben den Schöffen nicht vor[3], vielmehr liegt den letzteren die Rügepflicht ob[4], d. h. historisch sind die Schöffen aus den Sendzeugen erwachsen[5]. Bei der Einführung der inquisitio in der späteren karolingischen Zeit waren die letzteren zu dem Zweck bestellt worden, dem Sendrichter zur Verwirklichung des Rechtes zu helfen. Diese letztere Funktion umfasste aber nach germanischer Auffassung zugleich das Finden des Urtheils[6], und da sie in einer Beziehung als Helfer des Richters erschienen, so lag es mit Rücksicht darauf, dass sie aus der im Sendgerichte eingesessenen und sendpflichtigen Bevölkerung ausgewählt wurden und in erster Linie die Ding-

„quod a praesentibus literatis et illiteratis, sapientibus et insipientibus quid iuris sit, quaeritur et quod illi dictaverint vel aliquis eorum, praesentium consilio requisito pro sententia teneatur", giebt Zeugniss von einer länger bestehenden derartigen Übung, und wenn die Stelle sicherlich nicht ausschliesslich auf die Sendgerichte bezogen werden kann, s. die vorvor. Anm., so geht sie doch hauptsächlich gegen diese, weil hier die Rechtsfindung viel häufiger als auf den Synoden stattfinden musste.

[1] So in Aachen, s. die cit. Urkunden v. 1331 u. 1446, Lörsch S. 50. 130 mehrere Pfarrer der Stadt und 7 weltliche Schöffen, darunter zwei Bürgermeister (wenn dem decanus christianitatis, 1331 § 3 Lörsch S. 45, das Recht eingeräumt ist, sich als assessor des Erzpriesters am Gericht zu betheiligen, so tritt er damit dem Vorsitzenden als Beirath, nicht aber den Schöffen an die Seite); westerlauwer Sendrecht § 7, v. Richthofen, fries. Rsquell. S. 407: „so schil dat ordel visa een papa (Pfaffe) ende tweer leken" (Laien).

[2] Nach dipl. v. 1392, Binterim u. Mooren, Erzd. Köln, 4, 310. 311, erscheinen drei Pfarrer, welche zu Vertretern des Sendherrn bestellt sind, als Vorsitzende: „dominus Joannes rector in Willike, illic tunc et in habitu religionis iuxta scamnum unum linteo contectum ac cereis ardentibus, cruce, virga et ferfice supra positis aptatum una cum dictis dominis Joanne et Henrico collegis suis residens vocatisque suo et eorum nomine supradictis proconsulibus, scabinis et parochianis, illic in multitudine comparentibus, requisivit eosdem, ut ad loca sua consueta se reponerent sibique et dictis collegis suis . . . defectus et excessus sacramentorum ecclesie et hominum accusabiles . . . legitime accusarent"; Register u. 1370 für Frankfurt a. M., Würdtwein dioec. Mogunt. 2, 475, wonach dort die Schöffen aus den consules et cives genommen wurden; Mainzer Hegefragen 1487, Würdtwein dioec. Mogunt. 2, 27: „et sic inquirat (der Sendrichter) ab uno de scabinis assedentibus: utrum bene proposuit et defensavit vel vulgariter: beheget habe den send?, qui respondent, ut moris est"; cit. Miltenberger Stadtrecht, Hegel, Verfassungsgesch. v. Mainz S. 235: „Zum ersten sal sin ein gesworener scheffe uff dem scheffen stule des stadtgerichts: der darf uff den send gar nit swerne als di andern drij thun müssen, und das geht also ierlichen under den scheffen umb, eime als dem andern, sunst die andern drij schepfen, die dar zu gekorn werden, die müssen und sollen also uff den sent globen und sweren dem erzpriester, und der ein schepf sul sin einer uss dem alten rad und die anderen zwene sollen sin uss der gemein"; auch die in den Weisthümern bei Grimm 2, 361. 423. 456. 658; 3, 775., 6, 633. 701 erwähnten Sendschöffen können ebenfalls nur Laien gewesen sein.

[3] Für Worms und Mainz behauptet allerdings Köhne, Ursprung der Stadtverfassung von Worms S. 102. 115. 121 ff. 245. 355, dass die Heimburgen, die Vorsteher der städtischen Specialgemeinden, die Funktion des Rügens, die städtischen Schöffen aber die des Urtheilens gehabt haben. Sicher zu erweisen ist das aber nicht aus dem dürftigen Quellen-Material, namentlich ist es sehr fraglich, ob sich die Wormser Ämterbeschreibung bei Böhmer, fontes 2, 210. 211 überhaupt auf die Sendgerichte bezieht. Auch für Speier ist nichts dergleichen nachweisbar. Wenn sich hier das Gericht der „Geschworenen zu der Gottes Ehe", s. a. a. O. S. 131 ff. 176 wirklich aus dem Sendgericht, so Köhne, entwickelt haben sollte, so geht der Eid dieser Geschworenen, Hilgard, Urkden., Gesch. z. Stadt Speier, Berlin 1885, S. 480 sowohl auf das Richten wie auf das Rügen, spricht also ebenfalls gegen die Trennung der beiden Funktionen.

[4] Der Rüge- und der Urtheilsfunktion der Schöffen wird ausdrücklich erwähnt Aachen 1331 §§. 3. 4; Münstermaifelder Weisth., Grimm 6, 634. Sitzen sie doch auch, wie die Schöffen im weltlichen Gericht auf den Bänken neben dem Sendrichter (s. Anm. 2) und cit. Miltenberger Stadtrecht, und werden an sie, ebenso wie hier vom Richter die üblichen Fragen über die ordnungsmässige Hegung des Gerichts gestellt, auf welche sie mit Urtheilen antworten, Mainzer Urk. 1487 (cit. Anm.); Grimm 2, 361. 423; 3, 774. 775; 6, 633.

[5] Nach dem Rüstringer Sendrecht (13. Jahrh.) v. Richthofen fries. Rechtsquellen S. 128 haben mit dem Sendrichter (Propst) noch nicht die Schöffen, sondern der asyga (Asega) zu sitzen, welcher dem Sendrichter das Recht findet.

[6] Planck, d. deutsche Gerichtsverfahren, Braunschweig 1879. 1, 52. 57. 58.

pflicht[1] für dieselbe erfüllten, nahe genug, dass sie von den Sendrichtern ebenfalls zu den übrigen Thätigkeiten des Rechthelfens mit herangezogen wurden[2], ja auch ihrerseits selbst einen Antheil an diesen beanspruchten und darin die Unterstützung ihrer Gemeinden fanden, welche in der Schöffenfunktion der Sendzeugen eine Gewähr für eine dem Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechende und Übergriffe des Sendherrn ausschliessende Handhabung des Richteramtes sehen mussten[3]. Die formelle Anknüpfung dazu boten die von Anfang an vom Sendrichter gestellten Fragen über die einzelnen vorgekommenen Vergehen[4], mit denen sich die über die Hegung des Gerichts und über das abzugebende Urtheil bequem verbinden liessen[5]. Von demselben Standpunkt erklärt es sich auch, dass nunmehr die gleichzeitig als Sendschöffen und Sendzeugen fungirenden Beisitzer des Sendrichters nicht mehr, wie in der älteren Zeit[6] durch den Sendrichter, sondern durch die Bürgerschaft[7] oder deren Vertreter[8],

[1] Die früher bestehende Pflicht aller Eingesessenen des Sendbezirks zum Erscheinen, S. 426 n. 7, ist auch in der späteren Zeit noch fast überall in Geltung geblieben, Kölner Dienstmannenrecht §. 9, S. 433 n. 5; Sachsenspieg. II. 2. §. 1, a. a. O. n. 6; Soester alte Schraae §. 5 („burgere alle dey huyssethen sind", Emminghaus p. 138); Mainzer Urk. v. 1300 (Handwerker, s. a. a. O, bei Bussen in Geld und Wein); cit. Drenther Sendbrief v. 1332 (bei Strafe der Exkommunikation). Boppard 1412, Grimm 3, 775 („so sal zu dem mynsten eyn mensche sin uss yetlichem huse der der zu Bopart . . . undir eyner penen czehen pennynge dem shentdechen und shentscheffen zu geben, ussgenommen die hirten und andere noitarbeider, die umb noit arbeydent"); vgl. auch 4, 442 §. 2; Mainz 1487, Würdtwein l. c. 2, 27 (utrum sint omnes ibi presentes ad illum synodum spectantes", Frage an die Sendschöffen); Münstermaifeld, Grimm 6, 634. 635. Anders Aachen 1331 §. 2: „debet quilibet homo utriusque sexus venire et comparere, qui ibidem aliquid agere habuerit stando sentencie scabinorum".

[2] Deshalb werden die Sendschöffen nach der Hegung des Gerichts aufgefordert, sich wegen der Personen, welche sie anzuklagen haben, zu berathen, Aachen 1331 §. 3; Miltenberger Stadtr., Hegel a. a. O. S. 235; Weisth. v. Eidger u. Eller (16. Jahrh.), Grimm 2, 424: „darauff weiset der sentscheffen, er solle den sentscheffen mänen mit dem eid, den er der heiligen kirchen gethan hat und seyme seentscheffen stul, den gemeinssmann bey seiner christlichen trewen, dass sey ausgehen und beraden sich und brengen alless dass vur, dass wieder die heilige kirche und alle gebötter der heiligen christlichen kirchen ist, und solle ihnen damit die irste manungh geben und sullen mir mit unserem naperen (Nachbaren) bestehen, off man sey vbersehen habe". Hiernach berathen sich die Schöffen also auch behufs vollständiger Rüge mit den andern Gerichtseingesessenen (gemeinsmann, naperen), welche als Umstand (vgl. Urk. v. 1392, o. S. 437 n. 2) anwesend sind. In den Mainzer Fragen (Würdtwein 2, 31) werden sie ebenfalls darauf hingewiesen.

[3] Nicht nur für die Verhandlung der Anklage gegen eine einzelne Person, sondern überhaupt, denn es sind in dieser Zeit in den Sendgerichten auch die Rechte des Sendrichters, namentlich in Bezug auf seine Verpflegung und die übrigen von der Gemeinde an ihn zu leistenden Abgaben, ferner auch sonstige kirchliche Lasten durch die Weisthümer (s. unten S. 443) festgestellt worden.

[4] S. 427.

[5] S. z. B. die Fragen v. 1487 bei Würdtwein l. c. 2, 26 ff.; vgl. auch Bodmann, rheingauische Alterthümer 2, 854.

Praktische Missstände konnten sich aus der Verbindung der Anklage- oder Rüge- und der Urtheiler-Funktion nicht ergeben, denn man hat sich die Sache wohl so zu denken, dass ein anderer als der anklagende oder rügende Schöffe zuerst das Urtheil fand und der erstere höchstens demselben Folge zu leisten oder ihm die Vollwort zu geben berechtigt war. Die Anm. 2 erwähnte gemeinsame Berathung der Schöffen über das Rügen hatte einmal den Zweck festzustellen, was thatsächlich vorgekommen war, sollte aber zweitens auch Gewähr dafür bieten, dass blos die zur Sendgerichtsbarkeit gehörigen Sachen gerügt würden, endlich benahmen sich die Schöffen dabei wohl auch darüber, wer von ihnen als Ankläger auftreten sollte.

Übrigens unterliegt es keinem Zweifel, dass neben den Schöffen auch andere Personen im Sendgericht Anklagen erheben konnten, so verweist schon Ingelheim 948 c. 9, LL. 2, 26 die Ansprüche der Geistlichen wegen Verletzung der Zehntpflicht vor den Send (Regino II. 5 n. 62; vgl. ferner s. g. Sendrecht der Mainwenden, Dove 4, 161, s. auch Dove 5, 19), nach Sachsensp. B. I Art. 25 §. 4 fordert hier die Frau den Mann, welcher seine ehelichen Pflichten durch einseitigen Eintritt in ein Kloster verletzt hat, aus demselben zurück, und nach Aachen 1331 cit. §. 19 bedarf der Kläger und Beklagte eines Vorsprechers.

[6] S. 427.

[7] So Soest 1120 §. 3, Emminghaus l. p. 102: „Quemcunque scabinum burgenses statuerint, ipsum praepositus acceptabit"; wiederholt alte Schraae §. 5, neue §. 2, l. c. p. 139. 199. Über Worms, Mainz und Speier s. o. S. 437 n. 3. Nach dem ersten westerlauwer Sendrecht (13. Jahrh.) c. 2, v. Richthofen, Rechtsqu. S. 403 wählt die Gemeinde.

[8] So wohl in Miltenberg, da hier der eine

den Rath, oder durch das Sendgericht, also den Richter und die Beisitzer, unter Betheiligung der Bürgermeister [1] ausgewählt werden. Dass die Schöffen eidlich verpflichtet wurden [2], unterliegt keinem Zweifel, doch scheinen sie zunächst nur, wie früher einen dem ursprünglichen [3] im wesentlichen entsprechenden Rüge-Eid geleistet zu haben [4], während sie allerdings später in einzelnen Sendgerichten bei ihrer Annahme einen Treu-Eid gegen das Gericht auf Wahrung der Rechte und Freiheiten desselben, sowie auf gerechtes Urtheilen [5] haben schwören müssen.

Freilich ist die Verbindung der Funktion von Sendzeugen und Sendschöffen nicht überall nachweisbar. In einzelnen Theilen Deutschlands hat man wohl von Anfang an keine Sendschöffen als Urtheiler zugezogen, theils weil hier sehr früh in den massgebenden weltlichen Kreisen ein Streben nach erheblicher Beschränkung der Sendgerichtsbarkeit hervorgetreten ist [6], theils weil man in den Gegenden, in denen die

Schöffe aus dem alten Rath, die anderen aus der Gemeinde gewählt werden sollen, S. 437 n. 2.

[1] Aachen 1446 §. 2: „soilen der ertzpriester ind die seyndtscheffenen sementlich ind eyndrechtlich die werentlige seyndtscheffenen kiesen ind mit der meyster part“ wie denn auch nach dem Vergleich v. 1604, v. Fürth, Beiträge z. Gesch. d. Aachener Patrizier-Familien. Bonn 1882. 2, 160, zu jeder erledigten Stelle eines der 7 weltlichen Schöffen alternativ der Stadtrath dem Sendgericht und dieses dem ersteren, in der letzten Zeit allerdings nur der erstere drei Kandidaten zur Auswahl vorschlug, Quix, Gesch. d. S. Peter-Pfarrkirche S. 97. Auch nach Boppard 1412, Grimm 3, 775 werden die Sendschöffen gewählt, wahrscheinlich vom Senddechanten und den Schöffen; hier wird sogar Zwang zur Annahme der Wahl festgesetzt. In Münstermaifeld präsentiren die Sendschöffen dem Sendrichter 3 bis 4 Personen, aus denen dieser einen auswählt, Grimm 3, 633.

[2] Westerlauw. Sendr. I. §. 2, s. o. S. 438 n. 7; Miltenberger Stadtrecht, S. 437 n. 2; Aachen 1331 §. 3; Mainz 1487, Würdtwein l. c. p. 27: „Tunc inquirit a predictis scabinis: utrum omnes sint jurati sancte synodo“; Münstermaifeld a. a. O. Daher heissen sie auch eitsvere, s. o. S. 436; geschworne, Mainz 1487, Würdtwein l. c. p. 30.

[3] S. 427 n. 3.

[4] Das lässt sich daraus schliessen, dass die Sendschöffen zur Beantwortung der Fragen des Sendrichters über die vorgekommenen Vergehen von ihm gerade unter Hinweis auf den geleisteten Eid aufgefordert werden, Mainz 1487, Würdtwein l. c. p. 30: „Ir geschworn! ich geben uch uff den eyt, den ir myne herrn von Mentze getan hat und myme herrn dem probst, myme herrn dem pferrer und des heiligen stuls wegen, daz ir hute urbrengent alles das rubar ist, eyne warheit vor eyne warheit, eyn leymut vor eynen leymut usgenommen drier hande sache und artikuln die ir nit rugen sollent: uwern eigen perrer, uwern eigen herrn und uwer iglicher sin eigen elige frauwe“; Grimm, Weisthümer 2, 361. 424 (S. 438 n. 2), u. 3, 634, während die Hegungsfragen nicht auf den Eid gestellt werden. Bei dem von Dove-Richter-Kahl S. 833 n. 29 nachgewiesenen Eid der Rügezeugen, Xantener Sendrecht, s. Binterim, wie können Diöcesansynoden durch andere kanonische Mittel ersetzt werden? Düsseldorf 1850 S. 115 (anscheinend aus d. 16. Jahrh.) und der von der Kölner Diöcesansynode v. 1536 c. 21, Hartzheim 6, 309 als einer alten, ausser Übung gekommen bezeichneten Formel lässt sich nicht darthun, dass sie von Sendschöffen, welche zugleich als Urtheiler fungirt haben, geleistet worden sind. S. auch S. 440 n. 2. Ebensowenig bei den Braunschweiger Rüge-Eiden s. Hänselmann, Urkdbch. d. Stadt Braunschweig 1, 98 u. deutsche Städtechroniken Bd. 16. S. LIX n. 39.

[5] Vgl. den Eid, welchen die Aachener Sendschöffen noch im 18. Jahrh. geleistet haben, dessen Entstehungszeit aber zweifelhaft bleibt, lateinisch u. deutsch bei v. Fürth, a. a. O. S. 157. 158: „Van disem dagh unt alle die dagh die ich leff, schwer ich N. scheffe der hilgen sendt der stat Ach luttiges Christdum huld und getrauwe zu seyn der hilgen sendt bemelter stat Ach, alle recht, gerechtikeit und privilegien van Paiss und Keyser bemelder sent verleint und bis an herro gehalden und geübt zu helffen halden und hanthaben, die statut so gemacht und uffgericht jnd nochmalst gemacht und uffgericht werden sollen, auch goude gewohnheit gemelter send vestenlich zu helffen halden, und nichts durch mich selffs noch jemans anders wissentlich für zu nemen das wider die sendt ist, sol auch recht urttel sprechen na meinen besten scienz den armen alss den richen und allen meinen fliss jn deme dat mich van wegen der sent sal behuren zu doin un fürzuwenden und die heimlichkeit der send swigen hellen und nemans offenbaeren, so waer mir Gott helff und disse hilge Godis evangelia“ (in der bei Quix, Gesch. d. S. Peter-Pfarrkirche S. 97 n. 2 mitgetheilten, offenbar jüngeren Fassung dieses Eides fehlt die Stelle über das gerechte Urtheilen).

[6] So in Flandern, nämlich in Brügge, Dam und im Gebiet des Franc. Wenn die Schöffen und Obrigkeiten dieser Städte und des gedachten Landes nach der Sentenz des erzbischöflichen Gerichts zu Rheims v. 1271, Warnkönig, flandrische Staats- und Rechtsgesch. Tübingen 1835 I, 437 u. II 1. Urkdbch. S. 108, den Bischof von Tournay deswegen belangt haben, weil er ebenso wie seine Vorgänger blos unwissende

Christianisirung erst spät erfolgt ist, von vornherein das kanonischrechtliche Gebot über die Ausschliessung der Laien von der Mitwirkung bei der Verwaltung der kirchlichen Gerichtsbarkeit[1] beobachtet hat[2].

Was die Zuständigkeit der Sendgerichte betrifft, so zeigt sich seit dem 13.[3], namentlich seit dem 14. Jahrhundert im Vergleich zur früheren Zeit eine Beschränkung ihrer Kompetenz[4], insofern als gewisse Vergehen, nämlich Mord, Tödtung, Diebstahl, Raub und Brandstiftung nur noch selten[5] als zu derselben gehörig erwähnt

Laien in den gedachten Orten zu synodales bestellt, sowie lediglich auf Beschuldigung zweier von ihnen die Denuncirten für schuldig erklärt und mit Geldbussen belegt habe, als ob sie durch ordnungsmässiges Erkenntniss verurtheilt worden wären, und das Rheimser Urtheil diese Klagen für begründet erachtet, lediglich, unter Vorbehalt des Rechtes des Bischofs „zum synodizare et in villis et locis praedictis, habere synodales super delatione criminum secundum ius et canonicas sanctiones ita tamen, quod delatis legitima defensio reservetur", so ergiebt sich daraus, dass die erwähnten synodales nicht die Funktion des Urtheilsfindens ausgeübt haben können.

[1] c. 3 X de consuet. I. 4, S. 436 n. 11, vgl. auch Bd. III S. 592 n. 6.

[2] Das gilt für die preussischen Bisthümer. Hier sind in den Städten von dem Rath, auf dem Lande von den Gemeinden, ferner auch von den Bruderschaften je zwei denunciatores oder scabini synodales, welche ihrerseits wieder die Bevölkerung zur Anzeige von Vergehen an sie auffordern sollten, bestellt und von dem Sendherrn nach Abnahme des Rügeeides in Anschluss an bestimmte Fragestücke auf dem Send abgehört worden, Jacobson (S. 425 n. 8) S. 120 ff und die im Urkdbch. S. 36. 253. 256. 261. 267 mitgetheilten Dokumente aus dem 15. Jahrh., in welchen einer Urtheilsfunktion mit keiner Silbe gedacht wird.

Aus der namentlich später vorkommenden geringen Zahl von Sendschöffen (so z. B. 2 oder 3 in der Jülich-bergischen Ordnung aus d. 15. Jahrh., Binterim Denkwürdigkeiten V. 3, 47), wird man freilich nicht darauf schliessen können, dass diese nicht als Urtheiler fungirt haben. Gerade nach der cit. Ordn. werden „die Senden besessen in Gegenwart des Pastors im Beyseyn des weltlichen Richters entwidder des Scholtissen oder Vogts oder des Herrn Amptmanns durch 2 oder 3 vereidte katholische Sendscheffen vor der ganzen Gemeinde" und ferner gesagt, dass den unentschuldigt ausgebliebenen Parochianen, welche die ihnen desswegen auferlegte mulcta ordinaria von einem Pfund Wachs nichts achten, „nach erkendtnis der Sendschöffen ein höher arbitratstraff uffgelegt" wird. Dagegen ist noch nach dem Pingsdorfer Weisth. v. 1612 nr. 8, o. S. 435 n. 3: „sollen alsdann auch zwei Sendscheffen nach altem Gebrauch ab- und angesetzt und vom H. Pastoren daselbst veraydet werden und sollen dieselben bei ihrem Ayde anbringen, was dem Pastorn wegen der Kirchen zu strafen zustehet; und was heimlich, solle auch heimlich gestraft, was aber öffentlich ist, solle auch öffentlich vom H. Pastoren und gemeiner Nachbarschafft, vorbehalten unserem gnädigst. Landfürsten . . . nach Befindung deren Delikten, gebührender Weiss gestraft werden", bei öffentlichen Vergehen das Urtheil durch die Gemeinde gefunden worden.

[3] S. o. S. 435 n. 4.

[4] Ich gebe in der Anm. 5 eine Zusammenstellung nach den friesischen Sendrechten, dem Rüstringer (13. Jahrh.) v. Richthofen fries. Rechtsqu. S. 127 (R.), dem Drenther Sendbrief v. 1332 §. 6, S. 518 (D.), dem Westerlauwer Sendrecht a. d. 14. Jahrh., S. 402 (We.), dem Bolswarder v. 1404, S. 482 (B.), dem Leeuwardener v. 1412, S. 459 (L.), und dem Loppersumer Sendbrief v. 1424, S. 312 (Lo.), ferner dem cit. Aachener Weisth. v. 1331 (A.), dem cit. Frankfurter Register u. 1370, Würdtwein dioec. Mog. 2, 475 (F.), dem citirten Miltenberger Stadtrecht (Mg.), dem Seligenstädter Weisth. Grimm 1, 501 (S.), den Mainzer Fragen v. 1487, Würdtwein 2, 30 (M.), den in Preussen gebräuchlichen Inquisitorien der Laien, Jacobson a. a. O. Urkdbch. S. 261 (P.), der Kölner Synode v. 1536 c. 21, Hartzheim 6, 309 (C.), dem Wintricher Weisth., Grimm 2, 361 (16. Jahrh. W.), der cit. Jülichbergischen Ordnung (J.) und dem Xanthener Sendrecht (X.), wobei ich noch einzelne andere Quellen herangezogen habe.

[5] So noch nach We. allerdings Mord und Mordbrennerei §§. 5. 15. 20, v. R. S. 403. 408. 409; B. Diebstahl, Raub, Todtschlag, Mord, Mordbrennerei, nächtlicher Raub, Ertränkung und Erdrosselung von Kindern §§. 19. 27—29. 30. 32. 33. 36. 37, v. R. S. 485. 486. 487; L. Ertränkung von Kindern, Todtschlag §§. 9. 24, R. S. 459. 460; Lo. Todtschlag im Bannfrieden und nach erfolgter Sühne §§. 7. 8, R. S. 313. C., welches das Sendgericht als ausser Übung gekommen bezeichnet, aber auf Grund einer vetustissima formula die Einrichtungen desselben in einer an Regino anklingenden Art schildert, erwähnt noch der Sendfragen, welche sich auf Kindestödtung, Kindesabtreibung, Gattenmord, Giftmord und Verwandtenmord beziehen, hinsichtlich des letzteren aber mit der Beschränkung, dass der Thäter „necdum ad publicam poenitentiam venit". Dasselbe Gewicht wird auch von P. („si qui fuerint homicide vel laesis non satisfecerint nec ecclesie nec episcopo . . . nec eius auctoritate absoluti probantur, si qui viri vel mulieres per culpam aut per negligentiam oppresserint pueros qui penitenciam ab episcopo . . . recipere distulerint") und X. n. 39 („an est aliquis in ecclesia parricida vel homicida voluntarius vel involuntarius, qui hominem quocumque modo occiderit, publica pro tanto crimine non suscepta poenitentia") auf die Nichtableistung der Busse gelegt, dagegen gedenkt P. der Busse nicht bei der percussio patris et matris, während X. Nr. 38 der-

werden[1]. Andererseits tritt aber eine Erweiterung der Zuständigkeit hervor, da die Send-

selben erwähnt, aber seinerseits Nr. 40 bei Erdrückung, Aussetzung, Abtreibung von Kindern, Nr. 41 bei Tödtung im Handgemenge, Nr. 43 bei Versuch des Selbstmordes, Nr. 48 bei Anstiftung zur Tödtung einer solchen nicht gedenkt und blos bei Verstümmlung Nr. 45 die nicht erfolgte Aussöhnung mit dem Verletzten hervorhebt. — Eine Frage über Brandstiftung weist nur P. auf, über Raub und Diebstahl weder P. noch C. noch X., obschon die Fragen bei P. „Item si qui magni peccatores et manifesti agere penitenciam publicam neglexerint" und „item si qui layci vel clerici aliqua enormia fecerint, de quibus scandalum sit exortum" alle schwereren Vergehen decken.

Über den Grund dieser Erscheinung, welche nicht etwa auf eine unabsichtliche Auslassung der gedachten Vergehen oder auf unvollständige Überlieferung zurückgeführt werden kann, denn es wäre zu auffällig, dass alle in der vor. Anm. citirten Quellen darin übereinstimmen, vgl. u. S. 445. 446.

[1] Für die Zeit vom 13. bis zum 17. Jahrh. ergiebt sich die Zuständigkeit der Sendgerichte (vgl. die Bemerkung S. 440 n. 4) für:

Ehebruch, dipl. Frider. II. v. 1219, Göschen, Goslarer Statuten S. 113: „Nullus accusare debet mulierem in synodo nisi maritus eius nec virum aliquis nisi uxor eiusdem"; D. We. §§. 12. 21 S. 404. 409; B. §§. 21—23 S. 485; A. §. 17. F. Mg. M. C. P. W. J. („praeter mulctam fisci pecuniariam, die sie respektive geben müssen, der kirchlichen Censur und Straf unterworffen"), X. n. 51. 54. 56. 65; Wendisch-rügianischer Landgebrauch S. 329, o. S. 114 n. 4, und S. 435 n. 1; Bigamie Stader Recht v. 1297, Hagemann, prakt. Erörterungen Bd. 8 Hannover 1829 S. 173; v. 1329, Senckenberg, selecta iur. Francof. a. M. 1734; 6, 367: „So we enen echten gaden hevet und bi dhes levende nimt enen andern unde so we dher vor dheme senedhe overwunden wert, de scal dhat betheren"; Hamburger Stadtrecht v. 1292, Lappenberg, d. ältesten Stadt-, Schiff- und Landrechte Hamburgs. Hamburg 1845. S. 153: „So we einen echten ghaden heuet, unde komet id also, dat he des levende nemet einen andern ghaden vnde so we des vor dheme senede (erst späterer Zusatz: edder vor richter edder vor rade) uerwunnen wert, de scal dat beteren mit sineme liue", wiederholt im Stadtrecht v. 1497, a. a. O. S. 305 (wobei jedoch zu bemerken, dass schon das Stadtrecht v. 1270, S. 62, ebenso auch bei Hach, altes Lübisches Recht c. 387. S. 535, bestimmt: „unde he des vor dem rade vorwonnen wert", also die Kompetenz des Sendgerichtes nicht kennt, und dass sich dieses Schwanken nicht, so Friedberg, diss. de finio int. eccles. et civit. regund. iudicio. Lipsiae 1861 p. 107, aus einer späteren Einschränkung der Kompetenz des geistlichen Gerichtes erklärt, sondern vielmehr daraus, — worauf auch die Festsetzung der für das Sendgericht nicht passenden Todesstrafe deutet, — dass der Versuch, die ausschliessliche Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes im 13. Jahrh. durchzusetzen, nicht gelungen ist); Verletzungen der in Betreff der Ehe bestehenden Pflichten, wie Nichtzusammenwohnen der Ehegatten P. M. und Auseinanderlaufen Lo. §. 6 S. 313; P. X. n. 53. J.; Heirath vor Auflösung der Ehe P. X. n. 52; Zusammenwohnen ohne Aufgebot und ohne Schliessung der Ehe Angesichts der Kirche B. §. 39 S. 487, F. M. J. X. n. 59; Eheeingehung während der geschlossenen Zeit B. §. 39 cit. F. P.; Ehe des des Ehebruchs Verdächtigen mit der Mitschuldigen nach dem Tode des Mannes X. n. 61; Lebensnachstellungen der Frau gegen den Mann X. n. 62; Zänkereien zwischen Ehegatten und schlechte Behandlung der Frau durch den Mann P. J. namentlich im Wochenbett X. n. 50 M. (auch durch einen anderen als den Ehemann); Verlöbnissbruch M. X. n. 58; Raub der Braut eines anderen X. n. 57; Incest We. §. 19, v. R. S. 409 („Hweerso sibbe siden sint, endese togara sittende sint, ende di eedswara se wroget ende hia di decken — Dekan — scheda schil, so schilletse om da sonda da hermscheed ontfaen ande da ban beta mit LXVIII schillingen"; vgl. auch §. 4 S. 403), B. §. 25, v. R. S. 485 (Hvanneer twa sibba zy and togara sittet, da scelleth da ban beta mith VI merkum ende di decken nath to absolveren, eer hi sie ontwa driowen hat, ief hia des bannes nath ontfruchtet — nicht fürchten — dy decken zyn fol riucht to dwaen"), Lo. §. 3, v. R. S. 313; D. A. §. 17. F. P. C., zwischen Täufling und Pathen D. B. §. 42 S. 487 P. C. X. n. 60, mit Nonnen X. n. 60; Schliessung der Ehe in verbotenen Graden P. X. n. 66. J. oder einer kirchlich unzulässigen Ehe Lo. §. 2, v. R. S. 312; Nothzucht B. §. 38, v. R. S. 487; Fornikation und Konkubinat B. §. 20 v. R. S. 485, L. §. 20 v. R. S. 460, Lo. §§. 4. 5 v. R. S. 313 (ouerspil); Kundschaft üb. die Rechte der Erbsälzer zu Werl v. 1395 §. 37 Zeitschr. d. Rechtsgesch. 10 (1871) S. 291: „off ein seltzer bi eime wive lege dat sin rechte wiff nit en were off darumb off umb woecher in dem seende gewroecht wurde, den en sall nit sals seden, he en laisse davan ind have ouch z'ierst der heiligen kirchen dat gebessert"; F. M. C. S (onkuozheit) W. u. J. (hurery) P. („si qui sint commanentes tanquam coniuges qui non sunt in legitimo matrimonio constituti") X. n. 55. 65; cit. wend. rüg. Landgebr.; Unkeuschheit mit „gastleka liodem" (geistlichen Leuten, Ordensleuten), mit Geistlichen der höheren Weihen, mit Neffen, Nichten Verschwägerten, mit Tauf- und Firmpathen L. §. 25, v. R. S. 461; widernatürliche Unzucht (Sodomiterei) We. §. 17, v. R. S. 409, L. §. 25 v. R. S. 460. 461; Kuppelei X. n. 64; Singen obscöner Lieder X. n. 70 (auch Betreibung des Schauspielergewerbes), Ketzerei A. §. 17. P. M. X. n. 3. 4. 6. 70 (auch Schisma), M. (dem Christenthum durch Wort oder That widersprechendes Verhalten) X. n. 5 (Halten abgesonderter Konventikel) C. („qui loca deo dicata contra fidem ecclesiasticam colunt") J. („so sich subreptitie das predigtampt in der Gemeine undernemen, sich nachts oder tags in sulche winkelpredigten finden lassen"), Zauberei F. A. §. 17; Mg. M. We; cit. Wendisch-Rügian. Landgebrauch S. 329, P. C. X. n. 7. 8 (Zauberei und Verkehr mit Zauberern), X. n. 8 (auch „commercium cum daemone");

Blasphemie und Fluchen, M. J. X. n. 11. 12 (W.: schweren), Mainzer Synodalprotokoll v. 1502, Guden cod. dipl. 2, 418. 420; cit. wend. rüg. Landgebr., abergläubische Reden X. n. 13; Meineid (doch nicht immer der vor weltlichen Richtern geschworenen) D. We. §. 11 S. 408; L. §. 12 S. 460; Lo. §. 9 S. 313; F. M. C. P. (und falsches Zeugniss) X. n. 9. 10. 12. 14 („iurare quod deo contrarium est") n. 80 (falsches Zeugniss); Wucher D. Lo. §. 15 S. 314; A. §. 17; Werler Erbsälzerkundschaft v. 1395 §. 37, (s. oben unter Fornikation); F. S. Mg. (offelich wucher) X. 74; M. (namentlich auch wucherischer Handel), cit. wend. rüg. Landgeb. („heimlichen woker"); Fälschung von Maass, von Gewicht und Münzen F. M. X. n. 72 (Verkauf nach falschem Maass und Gewicht) P. („falsarii literarum vel sigillorum vel monetarum); Verfälschung von Waaren (namentlich von Wein) X. n. 73; (Mord, Mordbrennerei, Todtschlag, Ertränkung und Erdrosselung von Kindern, Raub, Diebstahl, s. o. S. 440 n. 5); Hehlerei M. (Ankauf von gestohlenen, geraubten und erwucherten Sachen); Vernachlässigung des Haushaltes, der christlichen Disciplin gegenüber der Frau und den Kindern, sowie Misshandlung der letzteren J.; Stossen und Schlagen der Eltern durch die Kinder, L. §. 26 S. 461; Lo. §. 22 S. 314; Karten- und Würfelspiel, namentlich in Wirthshäusern, P. J., „tägliche Vollsuiffer" J., X. n. 69; Zänkereien und Streitigkeiten A. §. 17 (dissidium) S. („schelden in der kirche oder uff dem kirchhoffe"), X. n. 47; Injurien, Beschimpfungen und Schlägereien R. S. 129, Mainzer Synodalprotokoll v. 1502, Guden cod. dipl. 2, 418; namentlich von Frauenspersonen A. §. 11 („si casus emergerit inter mulieres de aliqua lesione manuali vel si mulier percuteret virum") u. §. 13 („casus obprobriorum inter mulieres vel si mulier turpia diceret viro"); Schlägereien an hohen Feiertagen B. §. 17 S. 484; Lo. §. 10 S. 313, Verwundungen an solchen L. §. 11 S. 460, Lo. §. 10 cit.; Todtschlag an denselben Lo. §. 7 S. 313; Schlägereien, Verwundungen und Todtschlag in der Kirche und auf dem geweihten Raum um dieselbe, R. S. 128; We. §. 5 S. 407; Sakrilegium, Einbrechen in Kirchen und Kirchenraub R. S. 129. D. We. §. 6 S. 407; B. §. 31 S. 485; L. §. 25 S. 460; F. X. n. 71; Altarraub We. §. 7 S. 404; Brandstiftung an Kirchen L. §. 25 cit.; Leichenraub We. §. 6 S. 404 u. §. 6 S. 407; Verletzung der kirchlichen Immunität We. §§. 4. 6 S. 406 (mit Zerbrechung der Hostie, des Taufsteines u. s. w.), Lo. §. 1 S. 312, X. n. 46 (durch Blutvergiessen); Entweihung der heiligen Orte durch carnalis immunditia F. X. n. 88; Verletzungen, Gefangenhaltung, Beraubung von Klerikern und Religiosen D. We. §§. 4. 7 S. 404. 405; Lo. §. 1 S. 312; P. X. n. 44; Verschwörungen, Auflehnung und Missachtung gegen die geistlichen und weltlichen Obrigkeiten X. n. 42. 49; Erlass von Statuten und Befehlen durch die weltliche Obrigkeit gegen die Rechte des Klerus und der Kirche P.; Verletzung der geistlichen Gerichtsbarkeit P., Auflehnung gegen den Pfarrer P. oder Verweigerung der ihm gebührenden Ehre und Beschimpfung desselben X. n. 33. 35; Taufenlassen der Kinder oder Empfang der ehelichen Kopulation durch einen anderen als den zuständigen Pfarrer J., Verletzung der Zehntverpflichtung Mg. X. n. 34 und Seligenstädter Weisth. v. 1419, Grimm 1, 507; Entfremdung von Oblationen und kirchlichen Gutes durch Laien D. F. P. X. n. 34. 77; Verhinderung der Ausführung von Testamenten zu frommen Zwecken P. X. n. 76; Beraubung des Nachlasses der Kleriker und anderer, welche ohne Testamente sterben X. n. 78; Verletzungen der kirchlichen Gebote oder der kirchlichen Pflichten, wie Verachtung der Sakramente, namentlich der letzten Ölung und Firmung X. n. 15. P., unwürdiger Empfang der Sakramente, insbesondere des Abendmahls X. n. 16. 17; Nichttaufenlassen der Kinder J.; Nichtgrüssen des zu Kranken oder in der Prozession getragenen Sakraments J.; nicht jährliches Empfangen des Abendmahls und Nichterfüllung der Beichtpflicht F. P. X. n. 18. J.; Nichtbeobachten der Festtage We. §. 4 S. 403; B. §. 17 S. 484; L. §. 11 S. 460; P., cit. wend. rugian. Landgebr., namentlich nicht Besuchen der Messe und Predigt P. J. X. n. 28. 29; Plaudern während des Gottesdienstes, vorzeitiges Verlassen desselben P. X. n. 30; Festtagsentheiligung durch Arbeit X. n. 29. 31. J.; durch Handeln auf dem Markt und der Strasse J.; durch Offenhalten der Wirthshäuser und Trinken in denselben während des Gottesdienstes J.; durch übermässiges Tanzen („in unehrlicher Gesellschaft", auch Bestrafung der „Spielleute als Uffhelder sulcher Gesellschaft") J.; Nichtbeobachtung und Verspottung der kirchlichen Gebräuche X. n. 27; Verletzung der Fastengebote C. P. X. n. 36; Verachtung der Exkommunikation F. X. n. 24; Umgang mit Exkommunicirten durch Theilnahme an ihrem Vergehen X. n. 25; Begraben Exkommunicirter auf dem Kirchhof P. und ungetaufter Kinder daselbst X. n. 20.

Daneben finden sich in den Sendordnungen nicht nur Fragen, welche auch andere Vergehen mit umfassen, so X n. 26 in Übereinstimmung mit P., o. S. 440 n. 5: „An sint qui publicam poenitentiam pro manifestis criminibus vel recipere vel adimplere contemnentes detrectent"; sondern auch gewisse allgemeine Klauseln, so nach Erwähnung von dissidium, adulterium, incestus, usure, sortilegium, heresis in A. §. 17: „vel alius casus his casibus consimilis"; ferner W. nach Hurerey, Zauberei, Ehebruch, Fluchen: „und was dergleichen wider die christlich katholische Kirche oder wider die hochwürdige sacramenten". Da man aber annehmen darf, dass bei den Aufzählungen das Wichtigste speziell erwähnt ist, so ergiebt sich, dass je später je mehr der Schwerpunkt auf solche Vergehen, welche mit den kirchlichen Lehren und den kirchlichen Einrichtungen in Berührung stehen, wie auf Ketzerei, Zauberei, Blasphemie, Fluchen, Meineid, Ehebruch, Incest, ferner auf die Nichterfüllung der kirchlichen Pflichten und die Verletzungen der Geistlichkeit, kirchlichen Rechte und Güter gelegt worden ist.

gerichte auch die Rechte und Pflichten der bei ihnen betheiligten Personen [1], sowie die Verpflichtungen der Sendgerichtsgemeinden in Betreff ihres Kirchenwesens feststellen [2]. Dagegen ist das Sendgericht auch in dieser Zeit dem Zwecke der Visitation nur nebenbei nutzbar gemacht worden [3], und jedenfalls sind ihm die Geistlichen nicht unterstellt [4] gewesen [5].

[1] Die Rechte des Sendrichters in Bezug auf die Verpflegung für sich, in Bezug auf die Zahl der zulässigen Begleiter und Pferde, sowie die Reichnisse für diese, in Bezug auf das Recht auf Abgaben und Strafgelder-Antheile, cit. Aachener Weisth. §. 16; Chroniken der deutschen Städte Bd. 16 (Braunschweig) S. XIX. LIX n. 37; Weisthümer bei Grimm 1, 504 (Seligenstadt 1390); 2, 147 (Simmern 1517) 423 (Eidger 16. Jahrh.); 3, 774 (Boppard 1412); 4, 611 (Planig 1512); 6, 483 (Carden 1537) 633 (Münstermaifeld 16. Jahrh.); 702 (Konzen 1415) 704 (Ambleve 1478), ferner in Bezug auf die Rechte der Sendschöffen wegen ihres Theiles an den Strafgeldern und der ihnen durch den Sendrichter zu gewährenden Reichnisse, Aachen §§. 16. 25., cit. Seligenstädt. Weisth. Auch die Fragen über die Perioden, innerhalb deren der Send gehalten werden darf (o. S. 437 n. 4. S. 438 n. 5 u. S. 444 Anm.) und die Pflicht der Sendschöffen zu erscheinen, westerlauwer Sendr. I §. 11, v. Richthofen, Rechtsqu. S. 404; Bolswarder Sendbrief 1404 §. 2, S. 432. kommen hier in Betracht, weil sie nicht nur den Zweck hatten, die ordnungsmässige Hegung des Gerichts festzustellen, sondern auch Bedrückungen durch unzulässig oft wiederholte Abhaltungen des Gerichts ausschliessen sollten.

[2] So z. B. in Betreff der Baulast, der Zehntpflicht, der Rechte des Pfarrers auf Zehnten und andere Abgaben, Grimm 2, 618 (Barweiler 1557), 768 (Olff 1546) und 6, 611 (Planig 1512). Hinsichtlich der Ansprüche der Priester s. cit. Bolswarder Sendbrief §. 8 S. 483.

[3] Wenn nach Mainz 1487, Würdtwein l. c. 2, 28 zuerst nach der Hegung des Sendes der Pfarrer über die gehörige Aufbewahrung der Eucharistie, das Verhalten der Altaristen, Glöckner, der magistri fabricae und der Sendschöffen, sowie über die Erfüllung der Beicht-, Abendmahls- und Zehntpflicht seitens der Pfarrkinder u. s. w. gefragt wird, so handelt es sich dabei in erster Linie um den Zweck, etwaige kirchliche, der Sendrüge unterworfene Vergehen zu ermitteln, freilich aber zugleich darum, dem Sendrichter einen Einblick in die Amtsverwaltung des Pfarrers zu eröffnen. Daran kann nach dem cit. Xantener Sendweisth. nr. 1, nach welchem die Laienschöffen gefragt werden: „de parocho et aliis qui in ecclesia ministrant, an officium suum, ut debent, praestent, an vitam ducant irreprehensibilem cum honesta familia, in summo an verbo et exemplo praecedant" kein Zweifel sein. Vgl. ferner Westerlauwer Sendrecht II. §§. 3. 23, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 406. 410. Auch in den preussischen Bisthümern sind solche Fragen üblich gewesen, Jacobson a. a. O. Urkdbch. S. 254, aber sie sollen hier nicht, wie die die Laien betreffenden, öffentlich von der Kanzel verkündet, vielmehr je nach dem Ermessen des Sendherrn abgesondert an die Schöffen gestellt werden.

[4] Aus den Mittheilungen in der vor. Anm. kann nicht geschlossen werden, dass auf Grund der gedachten Fragen sofort gegen die Geistlichen weiter verfahren und Strafe verfügt worden ist. Die Quellen ergeben darüber nichts, und in den preussischen Bisthümern werden die Sendgerichte geradezu als *synodi laicales* bezeichnet, dipl. v. 1445 bei Woker, Urkdbch. d. Bisth. Culm. Danzig 1885. 1, 461; Jacobson a. a. O. S. 268. 270. Der Wendisch-Rügianische Landgebrauch aus dem 16. Jahrh. S. 114 n. 4, bemerkt allerdings, dass im Sendgericht auch die Geistlichen bestraft worden seien, aber da er vorgängiger Inquisition erwähnt, so hat es sich hier nicht mehr um das germanische Rügeverfahren gehandelt, und es ist sehr wohl möglich, dass man auch hier gegen die Geistlichen abgesondert von den Laien eingeschritten ist.

[5] Was des Näheren die Abhaltung des Sendgerichts, namentlich das Verfahren betrifft, so wird der Send von dem Sendherrn bald einmal im Jahre, Bremer Prov. Syn. 1266 c. 7, Ehmck u. v. Bippen, brem. Urkdbch. Bremen 1872 1, 362; in einzelnen Theilen Frieslands, v. Richthofen, Untersuchungen 2, 731; Miltenberger Stadtracht, Hegel, Verfassgsgesch. v. Mainz S. 235; Bopparder W. 1412, Grimm 3, 174; Konzener W. 1415, a. a. O. 6, 702; Laudenbacher W., S. 435 n. 3, Kölner Dienstmannenrecht, S. 433 n. 5, bald dreimal, Soester Statuten v. 1120, S. 432 n. 4; Sachsensp. I. 2. §. 1, S. 433 n. 6; oder auch zweimal, alte Soester Schraae §. 5 und neue §. 2, Emminghaus l. c. S. 139. 199; cit. Aachener Weisth. v. 1331. §§. 1, 10; Drenther Sendbrief 1332 §. 2, v. Richthofen, fries. Rqu. S. 518, gehegt. Erst später und nur ausnahmsweise hat man, was im Zusammenhang mit der besonderen Entwicklung einzelner Sendgerichte steht, die Gerichtstage wesentlich vermehrt (so sollen in Aachen, wo schon nach d. W. a. 1331 §. 24 jeder Delinquent zu allen Zeiten vom Erzpriester citirt werden konnte, nach der Festsetzung v. 1446 §. 1, Lörsch S. 131, alle Monate mindestens zwei Gerichtstage gehalten werden). Nach dem Vorbilde des weltlichen Afterdings ist auch öfters ein s. g. Aftersend, theils zur Erledigung der Sachen, welche auf dem ordentlichen Gericht nicht zum Abschluss gebracht werden konnten, und dann durch den vom Sendherrn ermächtigten Erzpriester oder Pfarrer (aifftershent, Aftersend, cit. Boppard. W. 1412; Mainzer Urk. v. 1487, Würdtwein, dioec. Mogunt. 2, 31; das Leeuwardener Sendr. 1412 und das Bolswarder v. 1404 §. 2 unterscheiden den fromdsend, freemsend, ersten Send, und den aftersind, v. Richthofen Rechtsqu. S. 459. 482) oder wenigstens mit anderen Schöffen (cit. Miltenberger Stradtrecht: „der ander heisst der affter sent, und daruff sollen siszen vir scheffen von der stat wegen, die dann alle burger sin sollen und der rat zu setzen hat"), mitunter auch zur Aburtheilung der nicht von den Sendschöffen, sondern von

anderen Personen erhobenen Rügen, westerlauwer Sendrecht (postsynodalia), v. Richthofen, fries. Rsqu. S. 402 u. Untersuchungen 2, 736 abgehalten worden.

Ebenso wie früher wird auch jetzt noch die Abhaltung des Sendgerichts und das Erscheinen des Sendrichters eine bestimmte Zeit vorher in dem Bezirk verkündet, v. Richthofen, Untersuchungen 2, 731. 735; Aachener W. 1331 §. 1; Mainz 1487, Würdtwein l. c. 2, 28; Boppard 1412, Grimm 3, 775, vgl. auch Back a. a. O. 1, 227, damit sich die Sendpflichtigen, o. S. 438 n. 1, v. Richthofen a. a. O. 2, 733. 734, einfinden können. Die Hegung des Sendgerichts erfolgt in ähnlicher Weise wie die der weltlichen Gerichte in der Art, dass der Sendrichter von den Schöffen Urtheile über die ordnungsmässige Verkündung und Abhaltung des Gerichtes erfragt, o. S. 437 n. 4 u. S. 438 n. 5 und den Gerichtsfrieden gebietet („synodum inbannire" so Aachener W. §. 1), Würdtwein 2, 27; v. Richthofen, fries. Rqu. S. 401; Münstermaifeld, Grimm 6, 633. Neben dem Sendrichter befinden sich auf einem Tisch ausser einem Kreuz, Evangelienbuch oder Reliquienkästchen die Symbole der Sendgerichtsbarkeit, Ruthe und Scheere, daneben auch mitunter ein Kamm, dipl. 1392, S. 437 n. 2; Fürth a. a. O. 2, 158. 159; Arx, Gesch. d. Kantons S. Gallen. S. Gallen 1810 1, 257, deren Bedeutung das Olffer W. v. 1546, Grimm 2, 768: „Were es sache, dass einiger . . sich nit zu der ruten der penitentien und straffungen ergebe, so soll der pastor dasselbige dem . . . herr . . zu Drimborn ansagen . . ., so sollen diesselbige zween zusamen schneyden glicher weyss alss die scheer . . ein jeder dem andern zu helff . . . komen . . . Wan er dan noch ungehorsam ist, so soll man denselbigen . . . aussundern von der ganzen gemeinten, glycher weyss als der kamp die unredlichen creaturen von dem menschen absundert", wie das Kontumazialverfahren zeigt (s. unten), bis auf den Umstand richtig erklärt, dass mit der Scheere, da sich die Büsser das Haar abschoren (Bd. IV S. 722 n. 9 u. o. S. 114 n. 3), das Recht zur Auferlegung der Zwangsbusse symbolisirt wird, während Dove 5, 13; Sohm in Ztschr. f. K. R. 18, 263; Fürth 2, 159 n. 1 die Scheere und Ruthe ursprünglich auf das Recht zur Bestrafung an Haut und Haar, also zur peinlichen Bestrafung deuten, obwohl auf solche Strafen, abgesehen von Unfreien, S. 431 n. 4 — die lapidum und pena scale sind, so anscheinend Sohm, keine peinlichen Strafen, s. S. 114 n. 3 u. S. 43 n. 5 — von den Sendgerichten nicht erkannt worden ist, S. 445, und man die Symbole sicherlich nicht nach den sehr beschränkten Ausnahmefällen gewählt haben wird.

Auf die Rüge des Schöffen hat sich der Angeschuldigte wie in der früheren Zeit, S. 431 n. 5, durch seinen Eid, Aachener W. §§. 4. 5, oder auch mit Eidhelfern, so a. a. O. §. 6, wenn er zum zweiten Mal im Send angeklagt wird, mit sieben, und ferner nach den friesischen Sendrechten, nach welchen verschiedene Zahlen, je nach den verschiedenen Vergehen z. B. 5, 11, 71 vorkommen, v. Richthofen, fries. Rqu. S. 405. §§. 4 ff., S. 407 §§. 5 ff., in Nordfriesland mit 12, ep. Innoc. III. v. 1198, Potth. n. 415 (s. S. 432 n. 4) zu reinigen. Unfreie haben sich dagegen dem Gottesurtheil (des glühenden Eisens) zu unterwerfen, dipl. 1229, Seibertz, Urkden. z. westfäl. Gesch. 1, 239, worin sich die Gemeinde Obermarsberg „de benignitate et gratia archidiaconi" vorbehält, dass „homines inter nos servilis conditionis a scabinis accusati non in ferro candenti, sicut alias consuetum est, sed manu duodecima suam expurgationem faciant" (mit Bezug darauf wird auch wohl in der Salzburger Urk. v. 1171, Monum. Boica 5, 237 das iudicium aquae et ferri ein Parochialrecht genannt), jedoch trat später für dieselben die Reinigung mit Eidhelfern ein, dipl. 1330, Niesert, münster. Urkdensammlg. 4, 47: „Liber cum manu sola, ministerialis cum manu III, cerocensualis VII et servus manu XII aut X". Nur ausnahmsweise müssen sich Freie, wenn sie schon eines Verbrechens überführt waren, dem Gottesurtheil (dem Kesselfang oder der Probe des glühenden Eisens) nach den westerlauwer Sendrechten unterziehen, v. Richthofen fries. Rsqu. S. 405. §. 17 u. 408 §. 15. Ob das von Alexander IV. 1257, Potth. n. 16860, Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten 2, 59 auf Bitten der Hamburger ausdrücklich reprobirte Verfahren: „quod cum aliquis vestrum de aliquo crimine in foro ecclesiastico (d. h. wohl dem Sende) accusatur, praepositus eccl. Hamburg. eum ferri candentis subire compellit" bei jeder Anklage gegen Freie oder nur in Ausnahmefällen wie in Friesland gehandhabt worden ist, muss dahin gestellt bleiben.

Im 14. und 15. Jahrhundert ist allerdings auch der Zeugenbeweis im Sendgericht üblich geworden, wenigstens in solchen Fällen, wo ein dritter, nicht ein Sendschöffe, die Rüge erhoben hat, Boppard 1412, Grimm 3, 775. 776: „welche persone die andere persone vur den heiligen shende ond shentscheffen rugide von hass wegen und yme synen guden lumens and gut wort beneme ond vernyederte vnd konde das nytbrengen mit erbern geczugen vur dem sentdechen und shentscheffen, so sal die persone, die den ruget zu unrecht, dieselbe busse und pene gelden, die die persone gegolden sulde hain, als were sie mit recht ubirkomen", ein Fall, auf welchen wohl auch das Aachener Sendweisthum v. 1331 §. 13, das des testimonio convincere gedenkt, zu beziehen ist.

Wenn nach der Urk. bei Jakobson a. a. O. S. 271 die Denunciatoren, o. S. 440 n. 2 nur die crimina manifesta anzeigen, und die Bevölkerung ihnen ebenfalls nur solche berichten soll, so sind damit nicht nur notorische Vergehen gemeint, sondern wie der Wortlaut zeigt auch solche, für welche eine fama publica vorlag, und daher nimmt der Eid der Denunciatoren auch nur die crimina occulta a. a. O. S. 256 aus. Analogieen finden sich dazu nicht (denn in der Glosse zum Sachsensp. o. S. 436 n. 4, bezieht sich das Wort *openbare* auf das Zuwiderhandeln gegen die zehn Gebote, und im Pingsdorfer W., o. S. 440 n. 2 ist nur von heimlicher Bestrafung, also von nicht öffentlicher Busse für heimliche Vergehen die Rede, denn der Schöffeneid geht hier auf das Anbringen alles Sträflichen, „es sei heimlich oder offenbahr"), und die erwähnte Eigenthümlichkeit erklärt sich zweifellos daraus, dass, da in den Preussischen Bisthümern keine Sendschöffen fungirten, von einer germanischen Rüge und von der eidlichen Ableugnung derselben keine Rede sein konnte, vielmehr hier von amtswegen auf die Denunziation inquirirt wurde.

In Betreff des Urtheils und des Ungehorsams-

Auch in dieser Periode erkennt das Sendgericht in erster Linie zum Theil noch auf Zwangsbusse [1] und zwar in schwereren Fällen auf öffentliche [2], in den weitaus meisten Fällen indessen auf Geldstrafen [3], und selbst die öffentliche Busse kann mit Geld abgelöst werden [4].

III. Der Verfall der Sendgerichte. Abgesehen davon, dass schon im 13. Jahrhundert gewisse bevorrechtigte Personenklassen bei der Zersplitterung der Sendgerichtsbarkeit die Exemtion von denselben erlangt hatten [5], hatten seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die aufstrebenden Städte, welche in vielfache Konflikte mit den Bischöfen geriethen, ebenfalls nicht nur die Sendgerichte in eine gewisse Abhängigkeit von sich zu bringen [6], sondern dieselben in manchen Beziehungen [7],

verfahrens ist es im wesentlichen bei dem früheren Recht geblieben, S. 431 n. 5. Das erstere ergiebt sich aus der Festhaltung des germanischen Verfahrens, und das letztere ist mehrfach ausdrücklich bezeugt. Innocenz III. ep. v. 1198, Potth. n. 415, S. 432 n. 4, wendet sich gegen die in den friesischen Uthlanden gemachten Versuche, die Verhängung der Exkommunikation im Fall des Ungehorsams zu beseitigen. Nach dem Aachener Weisth. v. 1331 §. 8 soll der Überführte, nach vorgängiger Ermahnung, mit der Exkommunikation belegt und diese an den Sonntagen verkündet werden. Bleibt er ein Jahr lang im Bann, so begiebt sich der Erzpriester mit den Sendschöffen und mit dem weltlichen Richter nach seinem Hause „et tunc ipse iudex secularis ibi omnia bona que invenit sub trabe, que dicitur hainbalc, attrahere debet et ad hospicium archipresbiteri predicti ea immediate presentare et eundem culpabilem captivare ac ipsum tenere sine aliqua sui corporis lesione et illum iudex predictus absolvere non debet antequam satisfactum fuerit archipresbitero et synodalibus predictis". Ebenso tritt nach Boppard cit. die Exkommunikation mit der Folge ein, dass nach Ablauf eines Jahres das weltliche Gericht den Gebannten an Leib und Gut strafen soll.

[1] Innoc. III. ep. cit. Potth. n. 415, o. S. 432 n. 4.

[2] S. o. S. 114 n. 4.

[3] Schon Innocenz III. ep. cit. v. 1198 Potth. n. 415, o. S. 432 n. 4, wendet sich gegen die Gewohnheit der friesischen Uthlande, bei allen Vergehen, auch den schwersten, nur Geldstrafe zu verhängen. Auch die s. g. bannalia, Potth. n. 13250 (Diöcese Konstanz 1249), Baluze, miscellan. ed. Mansi 2, 221 sind offenbar Geldstrafen des Sendgerichts. Für das 13. Jahrh. s. o. S. 439 n. 6. Das cit. Aach. W. §. 17 aus dem 14. Jahrh. hat für alle dort aufgezählten Vergehen, S. 442 Anm., lediglich die Strafe von 60 Schillingen, welche unter Umständen ermässigt werden kann und an den Sendrichter und die Schöffen fällt, vgl. ferner Bopparder W. v. 1412, Grimm 3, 775: „Das eyn yetliche persone die geruget wird jn dem heiligen shende vnd ubirkomen wird, das sie shentruppar ist, vnd als dicke und maniche werffe das geschyt, die persone sal vur yetliche ruge geben 60 schillinge pennynge vnd 3 scherff liechtzgeltz, usgenommen wucherer und meyneidige die eyn erczebischoff zu Triere ym selbs behaldin hait dar vur genug zu dune". Die Kölner Diöces. Syn. v. 1536 c. 22, Hartzh. 6, 310, klagt ebenfalls, dass schon längst statt der kanonischen Pönitenzen fast ausschliesslich Geldbussen auferlegt würden; vgl. ferner Wittenhofer Sendweisth. v. 1635, Grimm 2, 456, nach welchem die Strafen, also die Geldbussen, zu einem Drittel an die Kirche, zum zweiten an den Sendherren und zum dritten zugleich an Pfarrer und Sendschöffen fielen.

Nach dem westerlauwer Sendrecht (o. S. 114 n. 4) wird neben der Harmschaar stets auf eine verschiedenartig abgestufte Bannsumme (z. B. von 72 oder 63 Schillingen) erkannt. Dagegen kennt der Drenther Sendbrief v. 1332. §. 6, v. Richthofen S. 519 nur derartige Bannbussen: „Omnes banni nostri fuerunt III libre Gronienses; usure, periurii, adulterii, consanguinitatis, compaternitatis, affinitatis, spolia clericorum, monachorum et religiosorum, ecclesiarum, cimiteriorum dupli banni. Lesio sacerdotum, clericorum ordinatorum, monachorum et monialium triplicabantur banni. Mutilatio, excecatio, captivatio, occisio clericorum, incendium ecclesiarum, domorum dotalium et sacerdotum ad arbitrium episcopi atque nostrum emendari consuevit". (Vgl. auch die übrigen o. S. 440 n. 4 citirten friesischen Sendrechte.)

Darüber, dass nicht auf Strafen von Haut und Haar erkannt worden ist, so auch Arx, Gesch. d. Kantons S. Gallen 1, 257, s. o. S. 444 Anm. Die von diesem angeführte Stelle aus der dem 11. Jahrh. angehörige Hepidanni vita S. Wiborodae c. 26, Acta SS. Mai 2. 1, 306, bezieht sich auf das weltliche Gericht. Die friesischen Sendrechte geben da, wo Leibesstrafen angezeigt sind, so gegen die des Ehebruchs überführte Frau dem Ehemanne, das Recht, dieselbe zu geisseln oder zu tödten, westerlauwer Sendr. I §. 12, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 404; westerlauw. S. II §. 21, S. 409, oder es wird, cit. Sendr. §. 17, S. 409, so bei der Unzucht mit Thieren, dem Schuldigen selbst die Wahl gelassen, sich selbst das Gemächte abzuschneiden und zu büssen oder sich in eine hergestellte Grube mit dem Thiere zu begeben und dort zu bleiben oder sich mit dem Schwanzhaar des Thieres binden und verbrennen zu lassen.

[4] S. 434 n. 5.

[5] S. 433 n. 3 ff.

[6] S. 435.

[7] So gestattet die Genter Keure v. 1192 Art. 24 dem Bischof v. Tournai, das Sendgericht blos alle 4 Jahr und zwar in Person zu hegen, und im 13. Jahrhundert haben die Bürger die

namentlich aber in ihrer Zuständigkeit, einzuschränken gesucht[1]. Hierbei kam indessen nicht allein das Streben der Städte nach eigener Gerichtsbarkeit, sondern auch die Aufrechthaltung der Rechte der weltlichen Gerichtsbarkeit gegenüber der übermässigen Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion in Frage. In einer Zeit, in welcher die Entwicklung des Strafrechts sich immer mehr von der ursprünglichen privatrechtlichen Anschauung, dass die Strafthat zunächst nur eine Verletzung des Beschädigten bilde, entfernte, also der öffentlich rechtliche Charakter der Strafe immer mehr hervortrat, und damit auch im Strafverfahren der reine Akkusationsprozess seine ausschliessliche Herrschaft mehr und mehr einbüsste, wurden eine Reihe von Vergehen, welche früher kaum zur Bestrafung gelangt waren, nunmehr vor die weltlichen Gerichte gezogen und mit weltlichen Strafen belegt. Gleichzeitig führte das Zurücktreten der kirchlichen Strafen, der Zwangs-, namentlich der öffentlichen Busse und der immer häufigere Gebrauch von Geldstrafen bei der Handhabung der Sendgerichtsbarkeit dazu, den Unterschied zwischen der kirchlichen und weltlichen Seite bei denjenigen Strafthaten, welche sich sowohl als Verletzungen der kirchlichen, wie auch der weltlichen Ordnung darstellten, zu verwischen. Da die von der Kirche geübte Strafgerichtsbarkeit durch diese Ignorirung der kirchlichen Seite der frag-

Versuche der Bischöfe, diese Beschränkung zu überschreiten, mit Erfolg abgewehrt, Warnkönig, flandrische Rechtsgesch. 1, 436. 437.

[1] So bestimmt schon die älteste Keure v. St. Omer v. 1127 §. 3, Warnkönig a. a. O. S. 27: „Si quis de iure christianitatis ab aliquo interpellatus fuerit, de villa s. Audomari alias pro iustitia non exeat, sed in eadem villa coram episcopo vel eius archidiacono vel suo presbytero, quod iustum est, clericorum scabinorumque iudicio exequatur: nec respondeat alicui, nisi tribus de causis, vid. de infractura ecclesiae vel atrii, de lesione clerici, de oppressione et violatione feminae: quod si de aliis causis querimonia facta fuerit, coram iudicibus et praeposito meo (d. h. vor dem gräflichen Richter) hoc finiatur“. — Über Braunschweig s. S. 435 n. 4. — Vor dem zur Beilegung der Streitigkeiten zw. dem Erzb. v. Köln und den Bürgern 1258 bestellten Schiedsgerichte (Hegel, Verfassgsgesch. v. Cöln i. Mittelalter. Leipzig 1877 S. XLIII. XCVII. CXXVII) klagte der erstere, dass durch das Verbot der Bürger die geistlichen Richter seit langer Zeit an der Rechtsprechung über Wucher, Meineid, Ehebruch und Ehesachen, ferner „de falsis mensuris et de omni eo, quod vulgariter meincoif dicitur et quod in synodis accusari consuevit“, verhindert worden seien, Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. d. Stadt Köln. 2, 382. (Art. 20), und die geistlichen Schiedsrichter erkannten, S. 392 (Art. 20): „De bellis (Schlägereien) autem qui in diebus festivis vel in immunitatibus fiunt, de falsis mensuris et de hiis que vulgariter meinchoif dicuntur, que in synodis accusari debent, dicimus cognoscere debere tam iudicem ecclesiasticum quam secularem“, während sie die übrigen Vergehen als vor das geistliche Gericht gehörig erklärten, woraus sich ebenfalls eine beschränkte Zuständigkeit des Sendgerichts ergiebt. — Was Trier betrifft, so klagt Erzb. Kuno 1377 aus Anlass des Streits mit den Bürgern: „Item hant sie itzund manich jair verboden und gehindert den choirbischoff mins stiftes zu Trire, doz yme die sendtscheffen nit sitzen noch rugen wulden, als sie mit dem eyde schuldig sind zu dune“, doch verpflichteten sich die Bürger in dem Sühnevertrag v. 1377, das Sendgericht aufrechtzuerhalten, Ferdinand, Cuno v. Falkenstein als Erzb. v. Trier. Paderborn u. Münster 1886 S. 52. 91. — Über Hamburg s. o. S. 441 n. 1. — Nach dem Medebacher Statut v. 1350 n. 45, Seibertz, Urkdbch. v. Westfalen 2, 385: „Item soluti homines in synodo super fornicatione non accusantur nec ferie nec dominicales dies fracte post nonam“. — Das Miltenberger Stadtrecht, welches dem Sendgericht nur eine sehr beschränkte Kompetenz zuweist (S. 441 n. 1) und erklärt, dass „klein gewicht, kurz elen, klein mass und ander klein stucke“ der Stadt, dagegen „dieberij, rauben, stelen, morden, brennen, gotswerer, margstein ussgraben, felscherij und ander solche gross sach“ dem bischöflichen Amtmann und der Stadt, nicht dem Erzpriester, zu büssen sind, verordnet weiter, um Kompetenzüberschreitungen des Sendgerichts zu verhindern, dass, wenn die Schöffen nach Hegung des Sendgerichts über die zu rügenden Vergehen Rath gepflogen haben, sie zunächst sich zu dem in der Sakristei versammelten Rath begeben, ihm die Sachen zur Entscheidung, ob sie rügbar sind, vorlegen und nur dasjenige, was ihnen als solches bezeichnet ist, im Sendgericht rügen sollen (Hegel a. a. O. S. 235). — In Aachen suchte der Rath im 16. Jahrh. die bisherige Inappellabilität des Sendgerichts zu beschränken, und 1577 musste sich das letztere zu einem Vergleich mit demselben dahin verstehen, dass eine Revision gegen seine Urtheile an den Rath zugelassen wurde, dass aber in rein geistlichen Sachen über diese durch eine Kommission von Geistlichen entschieden werden sollte, v. Fürth a. a. O. S. 163.

lichen Vergehen im Wesentlichen ihren kirchlichen Charakter verloren hatte, so konnte der weltlichen Gewalt, welche eine derartige Straffunktion ebenso gut, wie die Kirche auszuüben im Stande war, die innere Berechtigung zur Zurückdrängung der kirchlichen Jurisdiktion nicht mehr abgesprochen werden, und wie die Städte [1], so sind auch seit dem 13. Jahrhundert die Fürsten mit beschränkenden Maassnahmen gegen die Sendgerichte vorgegangen [2]. Genährt und verstärkt wurde diese Opposition durch die bei der Handhabung der Sendgerichtsbarkeit geübten Missbräuche, namentlich durch die Ausnutzung derselben als Gelderwerbsquelle [3] in Folge der in immer weiterer Ausdehnung angewendeten Geldstrafen, welche mindestens zum Theil dem Sendrichter zufielen [4], und durch die Bedrückungen bei den Forderungen für den Unterhalt desselben und seiner Begleitung [5]. Dazu kam weiter, dass oft niedere, gewissenlose und unzuverlässige Personen zu Rügezeugen bestellt wurden [6], welche von den Eingesessenen durch Bedrohung mit Anklagen Geld zu erpressen suchten oder leichtfertige Anklagen erhoben, und dass letzteren nicht minder unbegründete Verurtheilungen folgten [7]. Es ist daher erklärlich, dass zur Zeit der Reformation die heftigsten Angriffe gegen das Institut der Sendgerichte erhoben worden sind [8], und dass sich sowohl die höheren

[1] S. 445.

[2] Wie die bei G. Reinhard, meditationes de jure principum . . . Saxoniae. Hal. Magdeb. 1717 S. 63 mitgetheilte Bulle Innocenz' IV v. 1245 ergiebt, hat schon Graf Albert von Wettin die Sendgerichte in seinem Territorium verboten. Ferner hat der Landgraf Heinrich v. Hessen u. Thüringen 1272 angeordnet: „quod nullus praelatus habere ibi (zu Grünberg) debeat iura synodalia, ad synodos praesidere, sed plebanus in spiritualibus excessus corrigere et scabinos consulere debeat"; ja 1413 ist durch Vergleich mit Kurmainz das Sendwesen in Hessen ganz beseitigt worden, Kress, Erläuterung des Archidiakonalwesens. Helmstedt 1725 S. 48.

[3] Die Einnahmen aus dem Sendgericht werden als iustitia synodalis, S. 432 n. 5, oder iura synodalia, s. vor. Anm.; Lüntzel, ältere Diöcese Hildesheim S. 178; G. Schmidt Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 3, 12; Kopp a. a. O. S. 138, auch als denarii et oboli synodales, Kress S. 47; quaestus synodalium iudiciorum, S. 434 n. 3, bezeichnet.

[4] S. 445 und S. 443 n. 1. Als im 16. Jahrhundert die Sendschöffen vielfach erklärten, dass sie nichts rügbares vorzubringen hätten, liessen sich die Sendherren damit nicht abspeisen, da ihnen aber andererseits die Untersuchung aller einzelnen Vergehungen zu lästig war, wurde der Gemeinde ein für alle Mal als Busse für die nicht gerügten leichteren Vergehen eine bestimmte Leistung in Frucht, Wein oder Geld („pro communi defectu ecclesiae", s. g. gemeine Besserung oder Busse) aufgelegt, Back S. 239. 240.

[5] Back S. 229 ff.; Kopp 1. 137 ff; o. S. 443 n. 1. Das Nähere in der Lehre von den Visitationsabgaben. Die feststehenden Abgaben, welche an den Sendrichter gezahlt werden, z. B. von den Handwerkern in Mainz, Würdtwein l. c. 1, 20; ferner in Braunschweig, Chroniken d. deutschen Städte Bd. 16 XIX u. S. LIX n. 37; Münstermaifeld, Grimm 6, 634, sind offenbar ein Ersatz oder ein Beitrag für die Naturalverpflegung. Um etwaige Bedrückungen möglichst auszuschliessen, wurden diese in den Sendweisthümern genau festgestellt, o. S. 443 n. 1.

[6] S. o. S. 439 n. 6. Das Kölner Konzil v. 1536 c. 22, Hartzh. 6, 310 schreibt den Verfall der Sendgerichte u. A. dem Umstande zu, „quod non fidelissimi quique, sed leves delatores, non qui veraciter sciant aut serio audierint idque a probatis neque uno tantum sed pluribus hisque fide dignis minimeque malevolis, sed frequentius absque omni delectu vel leves ac futiles vel invidi ac rapaces calumniatores delationi comperiantur adsciti".

[7] Mögen auch die scelerati exploratores criminum oder promotores, von welchen Nicolaus de Clemangis de ruina ecclesiae c. 21, v. d. Hardt, conc. Constant. T. I P. 3 p. 23, eine solche Schilderung entwirft, vielleicht die Bd. III S. 592 n. 6 für die Diöcesansynoden bestellten Sendzeugen gewesen sein, da auch das Basler Konzil, s. a. a. O. S. 596, in Betreff derselben reformirende Bestimmungen erlassen hat, so sind doch dieselben Übelstände auch wohl auf den Sendgerichten bei der sich immer mehr geltend machenden Abneigung der Bevölkerung gegen das Rügen hervorgetreten.

[8] Vgl. namentlich die Hundert Beschwerden der deutschen Nation v. 1522 c. 77, Gaertner corp. iur. ecclesiast. 2, 204: „Et hoc Germanis posthac non ferendum onus est, quod synodales iudices quarumdam regionum oppidicula et vicos ostiatim peragrant, censusque e domibus annuos exigunt, quos ubi tenuis plebecula persolvere nequit, protinus cum excommunicationis jaculis petitur, ad eorum quoque censuum solutionem cum summa rei familiaris attritione atque attenuatione compellitur"; c. 78: „Pari modo proxime memorati iudices quibusdam in locis a stabulariis, pistoribus, laniis, propolis, molitoribus eiusdemque generis mechanicarum artium professoribus qualibet septimana pecuniam postulant, qua forte per inopiam non soluto ecclesiastico ad id fulmine

Stände [1], wie auch das Volk der Übergriffe und Bedrückungen der Sendrichter auf jede Weise zu erwehren [2] suchte. So sind die Sendgerichte, welche nicht einmal überall in Deutschland Fuss gefasst hatten [3] und in einzelnen Theilen schon vor der Reformation eingegangen waren [4], seit dem 16. Jahrhundert [5] immer mehr in Verfall gerathen [6] und haben sich nur vereinzelt das 18. Jahrhundert [7] hindurch erhalten.

adiguntur"; c. 84: „Nec minus . . . intolerabile est, quod synodales iudices pluribus in locis quotannis, id quod non nisi post annorum intercapedinem, ut fieret, iuribus permissum est, obequitant ac mirum, quid fictitiae iurisdictionis aut superioritatis exerceant. Hoc interim constat simplici popello hac via necessaria subtrahi alimenta. Neque talis peragratio eo fine et ordinatione, qua a summis pontificibus instituta est, observatur. Nam pro poenis et correctionibus, quibus facinorosos et criminum sontes a vitiis deterrere deberent, pecuniam praesentem et numeratam et quicquid denique eis in lucellum cedere potest, exigant"; vgl. ferner die mit auf die Sendgerichte abzielenden c. 55. 67. 68. 74 ibid. Auch der Unterricht der Visitatoren an die Pfarhern ym Kurfürstenthum zu Sachsen v. 1528, Richter, evangelische Kirchenordnungen 1, 82 schildert die Übergriffe in ähnlicher Weise.

1 Nachdem die fränkische Reichsritterschaft schon seit 1500 wiederholte Beschwerden über die Archidiakonen und die Ausübung der Sendgerichtsbarkeit durch dieselben beim Bischof v. Würzburg erhoben hatte, diese aber erfolglos geblieben waren, schloss sie 1520 mit der rheinischen Ritterschaft ein Bündniss, auf keinen Send mehr zu gehen, und auch ihren Nachbaren, so viel ihnen möglich, nicht zu gestatten, „wie bisshero zu rügen, sondern wollen sich unter einander brüderlich straffen und zum besten unterweisen", Kress a. a. O. S. 48. 49.

2 Namentlich dadurch, dass man das Rügen und die Bestellung von Sendschöffen unterliess, oder die zu solchen ausgewählten Personen wegen des damit verbundenen Odiums die Übernahme des Amtes ablehnten. So wird 1602 die Bestellung von Sendschöffen für Jülich von Neuem angeordnet, Binterim u. Mooren 2, 313, ferner 1621 in dem Vergleich zwischen Kurcöln und Jülich-Cleve-Berg a. a. O. S. 395, aber die kurcölnische Verordn. v. 1700, a. a. O. S. 302, dass „die so hochnöthige Anordnung einiger Sendscheffen eine Zeit lang an vielen Oerteren unterlassen worden, solche Dienst auch deswegen bald niemand übernehmen wollen, weilen dieselben von ihren Mit-Nachbaren hierüber geschmähen, verspottet und davon abgeschreckt werden", welche zugleich eine Pflicht zur Übernahme des Amtes für die von den kirchlichen Oberen, Pfarrern und Gemeindevorstehern ausgewählten 2 bis 3 Schöffen bei Geldstrafe anordnet, zeigt, dass alle solche Mittel nicht mehr recht helfen wollten.

3 So in der Diöcese Eichstätt, Sax, d. Bischöfe u. Reichsfürsten v. Eichstätt. Landshut 1884. 1, 200.

4 Wie in der Augsburger Diöcese seit dem Ende des 13. Jahrh., Braun, Geschichte d. Bischöfe v. Augsburg. Augsburg 1814. 2, 542.

5 Nach der cit. Kölner Syn. v. 1536 c. 21. 22, Hartzheim 6, 309 schon seit dem 16. Jahrh. im Erzb. Köln, vgl. auch Anm. 2. Auch in Dortmund wurden schon am Ende des 16. Jahrh. keine Sendgerichte mehr gehalten, und in der Mark ist die Abhaltung, seitdem erstere unter Brandenburger Hoheit gekommen war, den Dortmunder Archidiakonen nicht mehr gestattet worden, Mooren, d. Dortmunder Archidiakonat. Köln u. Münst. 1853 S. 169.

6 Schon im 17. Jahrhundert kommen sie nur noch selten vor, s. Grimm 2, 456 (1625) und o. S. 435 n. 3 a. E.

7 So ist das Aachener Sendgericht erst 1797 unter französischer Herrschaft aufgehoben worden, Quix S. 118. Seine frühere Competenz hat es sich wohl bis dahin gewahrt, jedenfalls werden 1602 als dazu gehörig erwähnt: „Correktion vber die Vbertretter guter Kirchischer Ordnungh vndt Satzungen, dergleichen die Cognition super casus et excessus dissidij siue divortij, adulterii, stupri, haeresis, apostasiae et alios his similes", v. Fürth a. a. O. S. 12, was offenbar im 14. Jahrhundert schon der Fall gewesen ist, da die S. 442 Anm. citirte Angabe über die Zuständigkeit keine vollständige ist, vergl. auch die Urk. v. 1576 bei v. Fürth S. 164. Der lange Fortbestand dieses Sendgerichts erklärt sich offenbar daraus, dass es als ein städtisches geistliches Gericht betrachtet wurde, vgl. o. S. 439 n. 1 u. S. 446 n. 1, wie denn auch der Rath von Aachen sich im 17. Jahrhundert in einen, freilich nicht die Strafgerichtsbarkeit betreffenden Kompetenzstreit zwischen dem weltlichen Schöffenstuhl (einem nur dem Reichskammergericht und dem Reichshofrath untergeordneten Reichsgericht) und dem Sendgericht, in welchem der Reichshofrath zu Gunsten des ersteren, die Rota romana aber zu Gunsten des letzteren erkannt hatte, im Interesse des Sendgerichts eingemischt hat, v. Fürth S. 178 ff.

Ausser diesem städtischen Sendgericht bestanden ferner im s. g. Aachener Reich 3 Sendgerichte zu Würselen, Haaren (diese zur Diöcese Köln) und Laurensberg (zu Lüttich gehörend), welche von dem städtischen Sendgerichte wie von einem Oberhofe Rechtsbelehrungen einholten, Quix S. 118; v. Fürth S. 75 n. 3. Nach den weiteren Angaben bei v. Fürth hatte der Pfarrer in diesen Gerichten den Vorsitz. Auch sie sind erst am Ende des 18. Jahrhunderts eingegangen. Allerdings ist ihnen 1758 durch einen Rathsbeschluss die Existenz als rechtmässiger Gerichte abgesprochen, indessen ist derselbe nicht beachtet worden, v. Fürth a. a. O. Dass sich diese Sendgerichte in ihren Gemeinden einer gewissen Popularität erfreuten, erklärt sich dar-

bb. Die päpstlichen Ketzer (Inquisitions)-Gerichte[1].

§. 289. *a) Die Einführung und Ausbreitung.*

Die Bestrafung der Ketzerei, soweit sie als kirchliches Vergehen in Betracht kam, gehörte, wie die der anderen kirchlichen Delikte, zur Zuständigkeit der ordentlichen kirchlichen Strafgerichte, also der Bischöfe[2] und der verschiedenartigen Synoden[3], und selbst als die Päpste seit dem 12. Jahrhundert durch ihr Eingreifen die immer weiter um sich greifenden Ketzereien zu unterdrücken versuchten, wurde hinsichtlich der Kompetenz der bisherigen Gerichte, namentlich der Bischöfe, nichts geändert. Ja, noch im Beginne des 13. Jahrhunderts traf man päpstlicherseits nur gesetzliche Maassregeln, um ein energischeres und wirksameres Vorgehen der Bischöfe gegen die Ketzer herbeizuführen[4], und wenn auch gleichzeitig einzelne Ketzerunter-

aus, dass sie zugleich Weisthümer und Urtheile in Feld- und Flursachen abgaben, welche die Pfarrer wahrscheinlich zunächst blos an sie gebracht hatten, um Streitigkeiten unter den Nachbaren zu verhüten.

Jedenfalls hat es sich nach allem Vorbemerkten bei den Aachener Gerichten um besondere Verhältnisse gehandelt, aus denen sich keine Schlüsse auf die übrigen Sendgerichte ziehen lassen.

[1] Ludovicus a Paramo, de origine et progressu officii s. inquisitionis eiusque dignitate. Matriti 1598. 1692 (Antwerpen 1619); Frà Paolo Sarpi, storia della sacra inquisizione. Serravalle 1638; Ph. a Limborch, hist. inquisitionis, cui subiungitur liber sententiarum inquisit. Tholosonae 1307—1323. Amstelod. 1692; Jacq. Marsollier, histoire de l'inquisition et son origine. Cologne 1693; Louis Ellies Dupin, mémoires historiques pour servir à l'histoire des inquisitions. Cologne 1716. 2 tom.; Henry Ch. Lea, a history of the inquisition of the middle ages. New York 1888. 3 Vol.; Ch. Molinier, l'inquisition dans le midi de la France. Paris 1880 (citirt Molinier); Ch. Molinier, Études sur quelques manuscrits des bibliothèques d'Italie concernant l'hérésie et les croyances hérétiques du XII au XVIII siècle. Paris 1887; C. Douais, les sources de l'histoire de l'inquisition dans le midi de la France aux XIII et XIV siècles in: Revue des questions historiques. t. XXX (15 année) Paris 1881 p. 383 ff. (auch besonders Paris 1881 mit folgendem Anhang: Mémoire suivi du texte authentique et complet de la chronique de Guilhelm Pelhisso et d'un fragment d'un registre d'inquisition, publié pour la première fois). — Paul Fredericq, corpus documentor. inquisition. hereticae pravitatis Neerlandicae. Gent u. 'S Gravenhage 1889. t. I. — Practica inquisitionis heretice pravitatis auctore Bernardo Guidonis, O. F. Praed. (u. 1323), document publié pour la première fois par le chanoine C. Douais. Paris 1886; Nicolai Eymerici (†1399) directorium inquisitorum. Barcin. 1503. 1536; Rom 1578. 1585 (nach dieser Ausgabe citirt) 1587. Venet. 1595. 1607; Franc. Pegnae (†1612) comment. in directorium Nicolai Eymerici in den Ausgaben des letzteren seit 1578; W. Wattenbach, üb. d. Handbuch eines Inquisitors. Berlin 1889 (15. Jahrh.). — Camillo Henner, Beiträge z. Organisation und Competenz d. päpstlichen Ketzergerichte. Leipzig 1890. Weitere Literatur s. bei v. Schulte, Gesch. d. Quellen des kanon. Rechts III. 2. 3, 374 No. 8 u. Fredericq 1, 526 ff.

[2] c. 12 (inc., saec. IX) C. XXVI qu. 5; vgl. die bei Fredericq 1, 49 ff. mitgetheilten Beispiele; Henner S. 46 ff.

[3] S. 278 ff. u. S. 378 ff.

[4] Nach c. 9 (Lucius III. Verona 1184) X de haeret. V. 7 soll jeder Erzbischof oder Bischof selbst oder durch den Archidiakon oder andere Vertreter, wenn ein Gerücht besteht, dass Ketzer in seinem Bezirk wohnen, diesen jährlich zweimal oder einmal bereisen und zwei oder drei glaubwürdige Männer oder auch die ganze Nachbarschaft darauf beeidigen, dass sie die vorhandenen Ketzer anzeigen, damit die letzteren selbst ohne Rücksicht auf jede päpstliche Exemtion vor das geistliche Gericht geladen und diejenigen, welche sich nicht in einer der einheimischen Gewohnheit (also durch Eid und Eidhelfer oder Gottesurtheil, s. o. S. 345) entsprechenden Weise von der Ketzerei gereinigt, oder welche nach der Reinigung rückfällig geworden sind, bestraft werden können; wiederholt im wesentlichen L. K. Avignon 1209 c. 2, M. 22, 785 und L. K. Montpellier 1215 c. 46, p. 950 (hier auch Pflicht zur Anzeige an die weltlichen Herren und Beamten); Lateran. IV. 1215 c. 3 (c. 13 X eod. V. 7); s. weiter Narbonne 1227 c. 14, M. 23, 24: „ut ab episcopis testes synodales in singulis instituantur parochiis, qui de haeresi et de aliis criminibus manifestis diligenter inquirant, postmodum episcopis quod invenerint relaturi"; L. K. Toulouse 1229 c. 1—3, p. 194, wonach von jedem Bischof und exemten Abt ein Geistlicher und 2 oder 3 glaubhafte Männer verpflichtet werden sollen, um in Häusern und unterirdischen Räumen nach Ketzern zu forschen und den weltlichen Herren ebenfalls die Aufsuchung derselben selbst in Wäldern und anderen Schlupfwinkeln zur Pflicht gemacht wird; sowie Wiederholungen der angegebenen Vorschriften durch Arles 1234 c. 5, p. 339; Tours 1239 c. 1, p. 497; Beziers 1246 c. 1, p. 691 (und cons. c. 34, p. 723); Albi 1254 c. 1, p. 832.

suchungen unter der Leitung päpstlicher Legaten geführt wurden [1], so lag darin doch nichts irgendwie Besonderes und Auffälliges [2].

Eine Neuerung war es aber, als Gregor IX. bei seinen auf Ausrottung der Ketzereien gerichteten Bestrebungen mit Rücksicht auf die Lässigkeit der Weltgeistlichkeit, vor Allem auch mancher Bischöfe, seinerseits direkte Aufträge zur Aufsuchung und Verfolgung der Ketzer zu ertheilen anfing [3], und insbesondere die Mitglieder des vor Kurzem gestifteten Dominikaner-Ordens [4], welcher sich gerade das Eintreten für den rechten Glauben und die Bekämpfung der Ketzerei zur Aufgabe gesetzt hatte, mit der Aufsuchung, der Bekehrung und so weit nöthig auch mit der Unterdrückung der Häretiker betraute [5].

Für den Papst handelte es sich dabei zunächst darum thätige und rührige, immer bereite Helfer unter der obersten und centralen Leitung des päpstlichen Stuhles zur Beseitigung und Ausrottung der Ketzereien, also zur Reinigung der Kirche von denselben, zu verwenden, nicht aber in erster Linie neue und besondere Gerichte für die Bestrafung der Ketzer zu schaffen [6]. Ein derartiger Eingriff und eine solche Schmälerung der bischöflichen Jurisdiktion, welche gerade durch die Erregung der Eifersucht der Bischöfe die Ziele Gregors IX. hätte gefährden können, wurde offenbar absichtlich seitens des Papstes vermieden, da er den Bischöfen die Dominikaner nur als die besten Gehülfen für die Ketzerinquisition empfahl [7] und in den Fällen, in welchen er einzelne bestimmtere und direkte Vollmachten zu gerichtlichem Vorgehen ertheilte, sie sogar anwies, dabei nach dem Rath der Bischöfe zu handeln [8]. Im Übrigen konnte

[1] So gegen den Propst Minnike von Neuwerk; Potth. reg. n. 7260 (1224), Hefele 5, 935; Lea 1, 315 u. 2, 324. 325. Ein weiteres Beispiel bietet die von dem päpstlichen Legaten mit den Bischöfen des Konzils v. Toulouse 1229 veranstaltete Inquisition gegen eine Anzahl von Ketzern M. 23, 191; Lea 1, 316.

[2] Denn damals stand die konkurrirende päpstliche Jurisdiktion schon ausser Frage, S. 291, und überdies hatte Minnike (s. vor. Anm.) an den Papst appellirt.

[3] So schon 1227 an Konrad v. Marburg, welcher freilich nicht, wie mehrfach behauptet worden, Dominikanermönch gewesen ist, Kaltner, Konrad v. Marburg. Prag 1882 S. 76; Potth. n. 7931; Fredericq 1, 71 (mit Ertheilung der Ermächtigung, sich geeignete Gehülfen dazu auszuwählen).

[4] Anscheinend zuerst 1227 aber nur für einen Spezialfall in Florenz, Lea 1, 326.

[5] S. die folgende Anm., seit Ende der dreissiger Jahre des Jahrhunderts aber auch die Mönche des Franziskaner-Ordens, Lea 1, 301 ff., Potth. n. 10584 (1238). Namentlich ist dies geschehen, nachdem er die S. 385 n. 1 gedachte Konstitution gegen die Ketzer (1231) erlassen hatte.

[6] So erklärt Gregor IX. in der Bulle an Konrad v. Marburg 1231, Kuchenbecker analecta Hassiaca. Marburg 1728. 3, 73: „te a cognitionibus causarum habere volumus absolutum“; Kaltner S. 134. Ferner heisst es in der const. Frideric. II. v. 1232, LL. 2, 289: „priorem et fratres ordinis praedicatorum de Brema pro fidei negotio in partibus Teutonie contra hereticos deputatos“; und in den weiteren Schreiben Gregors IX. 1232 u. 1233 (P. n. 8859. 9143; Fredericq 1, 82. 98) ist ebenfalls nur von destinare fratres contra hereticos und von der Erleichterung des commissum officium die Rede, vgl. auch Potth. n. 9153 9263 (1233), Potth. n. 9386 (1234), Fredericq 1, 94; Potth. n. 9388 (1234), ohne dass irgend wie die Vollmachten der Deputirten näher bestimmt werden. Nur vereinzelt, so in der cit. Bulle für Konrad v. Marburg und in einer zweiten an ihn v. 1233, Potth. n. 9226, Rodenberg, epist. roman. pont. 1, 429, wird die Befugniss gewährt, kirchliche Censuren gegen Widerspänstige, selbst unter Ausschluss der Appellation zu verhängen; vgl. ferner auch P. n. 9153. cit.

[7] Potth. 9143 cit. (den französischen); 9386 cit. (dem Bischof von Rheims); 9388 cit. (dem Erzbischof und den Suffraganen von Sens).

[8] So 1233, P. n. 9152 den Dominikaner Robert unter Übersendung der Konstitution von 1231, Fredericq 1, 92: „quatenus una cum dictis collegis tuis vel eorum altero, si ambo non poterint interesse ac dioecesanorum consilio ad exstirpandum de villa praefata (in der Diöcese Auxerre) et convicinis regionibus . . . haereticam pravitatem et huiusmodi vulpeculas capiendas... advocato ad hoc, si necesse fuerit, brachio seculari, contradictores per censuram ecclesiasticam appellatione postposita, compescendo des diligens studium et operam efficacem in receptatores et defensores et fautores eorum excommunicationis et in terram eorum interdicti sententias promulgando et alias, prout expedire videris, procedendo . . . Si vero aliqui haeretici labe penitus abiurata ad ecclesiae redire voluerint unitatem, ipsis iuxta formam ecclesiae cum dioecesanorum dictorum consilio beneficium absolutionis impendas et iniungas eis, quod talibus consuevit iniungi“. Vgl. ferner P. n. 9993—5 (1235), Ripoll

der Papst die Dinge ihrer eigenen Entwicklung überlassen. Denn da, wo die Bischöfe sich die Ketzerverfolgung angelegen sein liessen, konnten die besonders beauftragten Ordensleute ihnen nur als willkommene Gehülfen, welche ihnen die Arbeit erleichterten, erscheinen. Wo aber die ersteren sich lässig zeigten, weil sie entweder anderen, sei es kirchlichen, sei es politischen und weltlichen Geschäften ihre Aufmerksamkeit zuwandten oder gar gegen die Ketzer Konnivenz übten, waren die mit der Inquisition betrauten Mönche in der Lage, auf Grund ihres päpstlichen Auftrages selbstständig mit der Bekämpfung und Ausrottung der Ketzer vorzugehen und konnten sich kraft ihrer allgemeinen Ermächtigung auch für berechtigt halten, alle eigentlich richterlichen Befugnisse auszuüben, namentlich Untersuchungen zu führen und Urtheile zu sprechen [1]. In beiden Fällen war dasjenige, worauf es dem Papstthum wesentlich ankommen musste, nämlich ein energisches Vorgehen zur Ausrottung der Ketzerei erreicht, und die Bischöfe konnten, da es wesentlich von ihnen abhing, in wie weit sie sich bei der Ketzerinquisition betheiligen wollten, keine Klage über die Beeinträchtigung ihrer Gerechtsame seitens des päpstlichen Stuhles erheben.

Schon bald aber erscheinen, und zwar zunächst im südlichen Frankreich, die Inquisitoren als Richter, welche die Untersuchungen gegen die Ketzer allein und selbstständig führen und auch selbstständig Vertheilungen aussprechen [2], während ihnen die Bischöfe zwar bestimmte Normen dafür vorschreiben [3], diese indessen ihrerseits selbst nur als Rathschläge (*consilia*) charakterisiren [4].

Fast gleichzeitig wird nunmehr in den päpstlichen Schreiben der Umfang der richterlichen Befugnisse der Inquisitoren ausdrücklich bestimmt und ihnen die selbst-

bullar. ordin. fratr. Praedicatorum. Romae 1729. 1, 80 ff.; Fredericq 1, 100. 101 (Auftrag an den Provinzial-Prior der Dominikaner in Frankreich, den Bruder Robert mit dem Rath der Prälaten und anderer frommer Brüder zum Inquiriren gegen die Ketzer zu ermächtigen, an den Erzb. von Sens, selbst oder durch Robert oder andere Dominikaner sich der Ketzerinquisition zu unterziehen, und entsprechender Auftrag an Robert selbst). Für Deutschland ist 1233, P. n. 9314, Rodenberg 1, 451: „quatenus assumptis . . . viris religiosis et in iure peritis in examinatione, condempnatione et reconciliatione secundum formam concilii generalis (d. h. Lateran. IV. 1215) et statuta nuper (1231) a nobis edita procedatis" ein solcher Auftrag gemeinsam an den Erzb. v. Mainz, den B. v. Hildesheim und den deutschen Dominikaner-Provinzial ertheilt worden.

[1] Wenn Henner S. 41 unter Hinweis auf Potth. n. 10362 (Gregor IX. 1237 an den Provinzial-Prior der Lombardei), M. 23, 74; Eymericus ed. cit. app. p. 4: „quatenus aliquos de fratribus tuis tibi commissis in lege domini eruditos quos ad hoc esse noveris idoneos, ad partes tibi secundum tuum ordinem limitatas transmittas, qui clero et populo convocatis generalem praedicationem faciant, ubi commodius viderint expedire et adiunctis sibi discretis aliquibus ad haec solicitius exequenda diligenti perquirant solicitudine de haereticis et etiam infamatis et si quos culpabiles et infamatos repererint, nisi examinati velint absolute mandatis ecclesiae obedire, procedant contra eos iuxta statuta nostra contra haereticos noviter promulgata" als die Hauptaufgabe der Inquisitoren die gerichtliche Verfolgung und Verurtheilung der Ketzer bezeichnet, so tritt auch hier, wie in den früheren Dekretalen die Verhütung des Umsichgreifens der Ketzereien als erste Aufgabe, das gerichtliche Vorgehen gegen die Ketzer selbst aber nur als zweite hervor, und wenn in dieser Anweisung nicht, wie in anderen päpstlichen Schreiben, s. S. 450 n. 8, der Einholung des Rathes der Bischöfe gedacht wird — dies fehlt auch in dem gleichlautenden Potth. n. 12748, Fredericq 1, 117 (Innocenz IV. 1247), — so kann darin (falls es sich hier um eine beabsichtigte Nichterwähnung der Bischöfe handelt, was freilich nicht sicher ist) doch nur ein Fortschritt in der Richtung, die Inquisition selbstständiger zu stellen, gesehen werden.

[2] S. das für mehrere Provinzen gehaltene Konzil von Narbonne, welches eher um 1235, als 1243 o. 1244 anzusetzen ist (s. Finke, Konzilienstudien z. Gesch. d. 13. Jahrh. Münster 1891 S. 79 und derselbe in Waal u. F. Finke, römische Quartalschrift. 1892 VI S. 194), M. 23, 356, namentlich c. 23; Prov. Konz. Beziers 1246 p. 715, vor Allem cons. c. 11; s. ferner Valence 1248 c. 10, M. 23, 773, welches den Bischöfen bei Nichtverkündung und Nichtbeachtung der Urtheile der Inquisitoren interdictio ingressus ecclesiae androht.

[3] Und zwar auf Anfrage der Inquisitoren, s. die folg. Anm.

[4] Narbonne cit. M. 23, 356 u. 366; Beziers cit. p. 716.

ständige Ausübung derselben, sogar auch gegen Exemte[1], aufgetragen, jedoch mit der Ausnahme, dass sie bei der Verurtheilung eines Angeschuldigten wegen Ketzerei[2] oder zu ewigem Kerker den Rath der Diöcesanbischöfe und bei Abwesenheit derselben, den ihrer Vikarien freilich blos, wenn die letzteren gegenwärtig waren, einzuholen verpflichtet sein sollten[3], wozu später nach einer Anordnung Bonifaz' VIII.[4] eine gleiche Beschränkung hinsichtlich der Verurtheilung zum Verlust kirchlicher Ämter und Dignitäten und zur Deklaration des ipso iure eingetretenen Verlustes derselben[5], sowie hinsichtlich der im Wege der Gnade vorzunehmenden Umwandlung einer verhängten Kerkerstrafe[6] getreten ist.

Immerhin konnten aber die Inquisitoren nur als päpstliche Bevollmächtigte betrachtet werden[7], und sind auch noch im Laufe des 13. Jahrhunderts als solche ausdrücklich anerkannt worden[8]. Waren die Bischöfe nicht gehindert, wie dies wiederholt auch päpstlicherseits ausgesprochen worden ist, neben ihnen kraft ihrer bischöflichen Jurisdikton[9] sich ebenfalls der Ketzer-Inquisition zu unterziehen, so beanspruchten doch die Inquisitoren in ihrer Eigenschaft als päpstlicher Bevollmäch-

[1] Womit der für die bischöfliche Inquisition geltende Satz, s. S. 449 n. 4, auch auf sie übertragen war, Innocenz IV. 1254 (Lombardei), P. n. 15473, Ripoll bullar. praedic. 1, 252; Alexander IV. 1260 (Lombardei und Marken), P. n. 17955, bull. Taur. 3, 672.

[2] D. h. zur schwersten Strafe, weil dieser die Auslieferung an den weltlichen Arm zur Vollstreckung der Todesstrafe zu folgen hatte.

[3] Innocenz IV. 1254 (an die Franziskaner-Inquisitoren in Rom, Tuscien u. s. w.), P. n. 15409, Sbaralea bull. Francisc. Rom 1759. 1, 740: „ut autem commissi vobis officii debitum liberius exequamini, committendi citationes, testium examinationes, cum de praedicto crimine ac ipsius circumstantiis duxeritis inquirendum et sententiarum denunciationes, quas in quoslibet hac de causa tuleritis, plenam vobis concedimus facultatem, non obstante, si religiosis quibuslibet, quod causarum vel negotiorum commissiones minime teneantur suscipere quodque excommunicari vel interdici aut suspendi nequeant, a sede apostolica sit indultum. Sed quia in tam gravi crimine cum multa oportet cautela procedi, ut in reos sine ullo proferatur errore durae ac dignae severitas ultionis, volumus et mandamus, ut vos vel quos ad hoc duxeritis deputandos in examinatione testium ... adhibeatis vobis duas religiosas et discretas personas, sub quarum praesentia per viros idoneos fideliter eorum testium deposita conscribantur. Ceterum cum aliqui fuerint iudicandi haeretici vel incarcerationis poena perpetuae alicui pro huiusmodi crimine infligenda, ad id de dioecesanorum vel vicariorum suorum, si ipsi dioecesanis absentibus praesentes fuerint, consilio procedatis, ut in tantae animadversionis iudicio non postponenda pontificum auctoritas intercedat", beinahe wörtlich ebenso Alexander IV. 1255 (an den Dominikaner-Provinzial in Frankreich und den Franziskaner-Guardian in Paris), P. n. 16132, Fredericq 1, 127 und Alexander IV. 1257 (an den Dominikaner-Inquisitor in der Lombardei), P. n. 16679, Ripoll bull. ordin. ff. praedicat. 1, 326; mit unwesentlichen Abänderungen und Umstellungen ebenso: Urban IV. 1262 (an die Dominikaner-Inquisitoren in der Lombardei und den päpstlichen Marken), P. n. 18233, bull. Taur. 3, 688 (s. §§. 10. 6. 7. 5); Clemens IV. 1265 (an die Franziskaner-Inquisitoren in der Romagna), P. n. 19348, Sbaralea 3, 33 (s. auch c. 11 in VI de heret. V. 2); Gregor X. 1273 (an die Dominikaner-Inquisitoren in Frankreich), P. n. 20720, Fredericq 1, 136.

Vereinzelt sind die Anweisungen Innocenz' IV. 1254, P. n. 15432. 15433, Ripoll bull. Praed. 1, 250 u. Sbaralea 1, 745 für die Inquisitoren in Italien geblieben, die ihnen päpstlicherseits übertragene Befugniss, die gegen die Ketzer erlassenen kirchlichen und weltlichen Gesetze zu interpretiren und zu deklariren, s. P. n. 15330, nur im Einvernehmen mit den Bischöfen oder den Vikarien der letzteren auszuüben.

[4] c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2.

[5] c. 12 cit. schreibt hierbei das consilium dioecesanorum vel eis absentibus vicariorum suorum vor.

[6] Nach c. 12 cit. dies nur: „una cum praelatis, quorum iurisdictioni subsunt", d. h. die Verurtheilten. Eine solche Konkurrenz hatte schon Beziers 1246 c. 20, M. 23, 718 angeordnet.

[7] Daher bezeichnen sich die Dominikaner-Inquisitoren Bernard de Caux und Jean de Saint-Pierre in ihren Urtheilen (1245) als „inquisitores heretice pravitatis in civitate et diocesi Tholosana auctoritate apostolica deputati", Molinier p. 63 n. 3.

[8] c. 10 (Clem. IV. 1265, P. n. 19379) in VI de heret. V. 2, nach welchem im Gegensatz zu den sonstigen Regeln über die Delegation Bd. I S. 193, der Auftrag des Inquisitors mit dem Tode des denselben ertheilenden Papstes für die noch nicht in Angriff genommenen Geschäfte und für erst zukünftig sich ereignende Fälle nicht erlöschen soll. S. übrigens auch den folgenden §.

[9] S. die Anm. 3 citirten Dekretalen: „nec per hoc quod fidei negotium generaliter ... vobis committimus, commissiones a praefata sede dioecesanis eisdem factas, si forsan illarum seu etiam ordinaria velint auctoritate procedere, intendimus revocare", selbstverständlich auch kraft besonderer päpstlicher Ermächtigung. S. die citirte Stelle.

tigter, welche sogar berechtigt waren, in Konkurrenz mit den Bischöfen von ihren Befugnissen Gebrauch zu machen[1], mit Rücksicht auf die den päpstlichen Delegaten gemeinrechtlich beigelegte Stellung[2] ein höheres Ansehen als die Bischöfe, und suchten sich vielfach der ihnen auferlegten Beschränkungen, von denen sie durch die Päpste selbst auch in besonderen Einzelfällen dispensirt wurden[3], zu entziehen[4]. Die aus diesen Verhältnissen hervorgehenden Missstände veranlassten Clemens V., auf dem Konzil von Vienne 1311 die gegenseitige Stellung der Bischöfe und der Inquisitoren allgemein zu regeln, wobei freilich keineswegs eine völlige Unabhängigkeit der letzteren von den ersteren anerkannt wurde[5].

Was die Frage betrifft, in welchem Umfange die päpstliche Inquisition seit der Zeit ihrer Begründung in den einzelnen Ländern Fuss gefasst und sich bethätigt hat, so fand dieselbe vor Allem in den südlichen Theilen[6] und auch in einzelnen anderen Gebieten[7] Frankreichs[8] und in

Fälle der letzteren Art von 1246 u. 1247 bei Berger, les régistres d'Innocent. Paris 1884 n. 2043. 3867. 3868, wo zugleich ein Vorgehen consilio dioecesani et inquisitorum loci habito vorgeschrieben wird.

[1] S. die S. 452 n. 3 citirten Dekretalen seit Urban IV.: „sive auctoritate ordinaria sive ex delegatione praedictae sedis iidem dioecesani praecesserint, nequaquam volumus vel per concursum processuum vel alias quomodo libet vestros impediri processus, quin dioecesanorum ipsorum processibus non obstantibus in eodem negotio procedere libere valeatis".

[2] c. 11 (Alex. III.) X de off. ind. deleg. I. 29. Vgl. auch Henner S. 254. Darüber, dass sie aber in der That nicht iudices delegati waren, s. den folgenden §.

[3] So Alexander IV. 1257, P. n. 16667, bull. Taurin. 3, 646, für die Dominikaner-Inquisitoren in der Lombardei §. 2: „procedendi iuxta traditam vobis formam dioecesanis etiam et vicariis praedictis irrequisitis contra illos, qui publice huiusmodi confessi fuerint in iudicio coram vobis et sua obstinata malitia ab errore non poterunt revocari, vobis et singulis vestrum plenam et liberam concedimus . . potestatem", während sie nach §. 1, also im Übrigen „de consilio dioecesanorum locorum vel vicariorum suorum, si forte iidem vicarii, dioecesanis absentibus, praesentes sint" nicht von der Mitwirkung der Bischöfe entbunden werden. Es ist daher irrig, wenn Lea 1, 335 darin und in der die hier fraglichen Befugnisse nicht speziell angebenden const. Alexanders IV. 1260, P. n. 17800, bull. Taur. 3, 670 eine prinzipielle Beseitigung der bischöflichen Mitwirkung findet.

[4] So von der Betheiligung der Bischöfe bei der Verhängung der gedachten schweren Strafen (welche übrigens das Konzil v. Narbonne u. 1235, S. 451 n. 2, seiner Zeit nicht vorgeschrieben hatte; vgl. weiter Lea 1, 333 ff., Molinier p. 276 n. 2) sowie bei der gnadenweisen Umwandlung (vgl. S. 452 n. 6) der Strafen Lea 1, 333 (gaben doch die Inquisitoren ihre Urtheile unter dem Vorbehalt ab: retenta nobis et nostris in officio inquisitionis successoribus plenaria potestate addendi, diminuendi, commutandi, mitigandi ac etiam remittendi in predicta penitentia sive pena), s. Molinier p. 432 n. 1. Wenn weiter L'Isle-Arles 1251 c. 2, M. 23, 795 die Einsendung der von den Dominikanern (als Inquisitoren) geführten Akten an die Bischöfe anordnet, so scheint dies ebenfalls nicht geschehen zu sein, denn Albi 1254 c. 21, p. 838 begnügt sich damit, die Zustellung von Duplikaten an den Bischof zur Aufbewahrung zu fordern, Lea 1, 350.

[5] Clem. 1. de haeret. V. 3. Das Nähere s. unten §. 294.

[6] Hier kommen schon seit 1233, da die Ketzereien trotz der Albigenserkriege keineswegs völlig unterdrückt noch die Ketzer ausgerottet worden waren, päpstliche Inquisitoren vor, Lea 2, 8 ff. Wiederholt ist zwar gegen das gewaltsame und grausame Vorgehen derselben seitens der Bevölkerungen Widerstand geleistet worden, so z. B. 1235 in Toulouse l. c. 2, 17 ff. und 1283 in Carcassonne, p. 591, aber dieser wurde immer unterdrückt, und die Inquisitoren konnten hier eine ausgedehnte Thätigkeit entfalten, s. die Mittheilungen über die einzelnen Inquisitoren bei Molinier namentlich p. 55 ff. 163. 273. Erst Philipp IV. der Schöne sah sich wegen der fortdauernden Missstände veranlasst, 1291, Isambert rec. des lois 2, 672 (s. auch Lea 2, 62 n. *) den weltlichen Beamten die Befolgung der Requisitionen der Inquisitoren auf Verhaftung etwaiger, der Ketzerei verdächtiger Personen nur nach Prüfung der Glaubwürdigkeit des Verdachts zu gestatten, und 1302, Isambert 2, 789 die staatliche Hülfe bei Verhaftungen von dem vorgängigen Benehmen der Inquisitoren mit dem Bischof abhängig zu machen, Lea 2, 80 ff. Sogar Clemens V. konnte nicht umhin, auf Klagen aus Albi, welche selbst von der Geistlichkeit erhoben wurden, eine Kommission von Kardinälen zur Untersuchung der behaupteten Missstände zu deputiren, Lea 2, 91 ff. Aber diese letztere verlief ergebnisslos a. a. O. 2, 94, und die Inquisitoren konnten, von Neuem durch die königliche Gewalt unterstützt, a. a. O. 2, 102, und o. S. 387 n. 2, auch während des 14. Jahrhunderts ihre Thätigkeit in umfassendem Maasse entfalten, Lea 2, 103 ff. so z. B. Bernard Gui 1307—1323 in Toulouse, Molinier p. 207 (auch G. Sachsse, Bernardus Guidonis Inquisitor. Rostock 1891 S. 5 ff.), unter welchem allein mehr als 630 Ketzer verbrannt sein sollen. S. auch Lea 2, 149.

[7] Vgl. Lea 2, 113 ff.

[8] Für welches Martin IV. 1281, P. n. 21806,

Italien[1] mit Ausnahme Venedigs[2] Eingang und entwickelte hier theilweise bis zum 15. Jahrhundert ihre furchtbare Thätigkeit. In Deutschland konnte die Inquisition zunächst keine Wurzel fassen, da hier das rücksichtslose Vorgehen Konrads von Marburg[3] und seine tumultuarische und parteiische Justiz[4] eine dies hindernde starke Reaktion[5] hervorgerufen hatte[6]. Erst im Laufe des 14. Jahr-

Ripoll bull. ord. Praedic. 2, 1 sogar das Asylrecht für die von den Inquisitoren verfolgten Ketzer aufgehoben hat.

Über den Verfall der Inquisition seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhundert s. Lea 1, 129 ff.

1 Zuerst seit 1232 in der Lombardei, Lea 2, 201 (s. auch Gregor IX. 1232, P. n. 9041), doch konnte die Inquisition, welche übrigens in Italien zugleich von den Päpsten in den Dienst ihrer weltlichen Politik gestellt worden ist, Lea 2, 236, bei dem Widerstreben gegen die Ketzerverfolgungen, S. 384 n. 8 u. S. 386 n. 5, erst nach dem Tode Friedrichs II. (1250) ihre volle Thätigkeit entfalten, Lea 2, 213 ff.. s. auch Innocenz IV. 1253, P. n. 14843. 14861. 14934; 1254, P. n. 15321. 15378. 15406. 15407. 15410—13. 15447—48; Alexander IV. 1256, P. n. 16286. 16292. 16295; 1257, P. n. 17113. 17302, und erreicht, indem etwaiger Widerstand, so 1279 in Parma, beseitigt wird, Lea 1, 237, namentlich Ende des 13. und im Anfang des 14. Jahrhunderts ihren Höhepunkt, p. 241. 242; P. n. 23053 (Nikolaus IV. 1289). Mit dem Ende des letzteren beginnt aber der Verfall, Lea 2, 270 ff. In Florenz wurde u. 1372 die Verhaftung von Bürgern ohne Erlaubniss des Podestà, welchem sie von dem Bischof zu bezeichnen waren, untersagt, und als die Signoria die Aufhebung dieses Verbotes und anderer Beschränkungen der Inquisition verweigerte, belegte Gregor XI. 1376 nicht nur die Stadt mit dem Interdikt, sondern gestattete auch Jedermann den Bürgern ihr Eigenthum zu nehmen und sie zu Sklaven zu machen, Raynald. ann. a. 1376 n. 1—5, s. auch o. S. 117 n. 18. In Folge dessen versprach zwar die Republik ihre Verordnung zurückzuziehen, jedoch hat dieselbe während des Schismas wieder ähnliche Beschränkungen, wie die früheren, eingeführt, Lea 2, 280 ff.

Im Königreich beider Sizilien hat die Inquisition erst in Folge der Unterstützung Karls v. Anjou 1268 einen entschiedenen Aufschwung genommen und ist bis zum 15. Jahrhundert, aber in den letzten Zeiten ohne die frühere Bedeutung in Thätigkeit geblieben, Lea 2, 243 ff. 284 ff. Über Piemont s. a. a. O. p. 255 ff.

2 Hier wurde zunächst im 13. Jahrhundert nur die bischöfliche Inquisition und die Pflicht der weltlichen Obrigkeit zur Bestrafung, insbesondere zur Verbrennung der Ketzer, anerkannt, auch staatlicherseits die Einsetzung von weltlichen Rügezeugen (tre savi dell' eresia) vorgenommen, s. den Eid des Dogen v. 1249 bei Lea 2, 587, aber die von Innocenz IV. 1251 deputirten Inquisitoren, P. n. 14332, konnten ihre Thätigkeit nicht entfalten, Lea 2, 250. Als Nikolaus IV. 1288 die bisher nicht bewirkte Eintragung der päpstlichen Ketzergesetze und der Friedrichs II. (S. 383. 385) in die Statuten gefordert hatte, P. n. 22811, verstand sich die Republik blos dazu, die Kosten der Inquisition unter Auswerfung eines Gehalts für den Inquisitor zu übernehmen, behielt indessen die Geldstrafen und die Konfiskationen dem Staate vor, auch blieben die Bemühungen der Päpste die Inquisition zur Durchführung zu bringen, s. z. B. P. n. 23940 (1292) vergeblich, vielmehr versahen die weltlichen Rügezeugen fort und fort ihre Funktionen unabhängig vom päpstlichen Inquisitor, Lea 2, 251 ff., ja als 1437 die staatliche Bewilligung der Kosten für die Inquisition zurückgezogen worden war, wurde die päpstliche Inquisition vollends machtlos, p. 273 ff.

3 Seit 1231, namentlich gegen eine Anzahl von Edelleuten und Grafen, z. B. den Grafen v. Sayn, über welches sogar seitens der Erzbischöfe von Mainz und Trier 1233 dem Papst Vorstellungen gemacht wurden, Kaltner S. 138. 151; Lea 2, 231. 339; Hefele 5, 1016. 1030.

4 Alberici chron. trium font. SS. 23, 931: „magister Conradus . . . heresis Manichaeorum filiam olim absconditam . . . ita putavit ex toto deprehendere, si testes qui se confitebantur aliquantulum criminis eorum conscios et participes, in illorum absentia reciperetur et dictis eorum simpliciter crederetur, ita ut accusato talis daretur optio: aut sponte confiteri et vivere aut innocentiam iurare et statim conburi . . . Et horum accusatio paulatim coepit ascendere ad burgenses honorabiles et eorum uxores et tandem ad milites et eorum uxores, inde ad castellanos et nobiles et in fine ad comites prope et longe positos. Et magister nulli quantumvis altae personae locum dedit legitimae defensionis nec etiam confiteri proprio sacerdoti, sed accusatum oportuit confiteri, se haereticum esse, buffonem tactum, pallidum virum et huiusmodi monstra diffidentiae pacis in osculo salutasse. Taliter quidam catholici abiudicati maluerunt innocentes cremari et salvari, quam mentiri de crimine turpissimo, cuius non erant conscii, et supplicium promereri . . . alii infirmi potius elegerunt mentiri quam conburi. Quibus tamen oportuit scolas nominare et respondebant: nescio quem accusem, dicite mihi nomina, de quibus suspicionem habetis. Cumque proponeretur de comite Seinensi, de comite Aneberg, de comitissa de Loz, respondebat evadere volens: illi rei sunt, ut ego et illi ubi in scolis fuerunt, et ego fui“.

5 Lea 2, 346 ff. — Allerdings blieben die Ketzergesetze hier in Geltung, vgl. auch const. gener. 1234, LL. 3, 301, und es wurde auch kirchlicherseits das Vorgehen der Bischöfe gegen die Ketzer vorgeschrieben, Mainz 1233 c. 1 ff., Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 135 u. Finke, Konzilienstudien S. 30 n. 2; Mainz 1261 c. 1. M. 23, 1079, dessen Zugehörigkeit zu dem letzteren Konzil freilich zweifelhaft ist, Finke a. a. O. S. 22.

6 Wenn Thudichum, Femgericht und Inquisition Giessen 1889 S. 24 behauptet, dass die

hunderts[1] finden sich hier einzelne päpstliche Inquisitoren[2], welche überdies zum Theil gemeinsam mit den Bischöfen vorangegangen sind[3], und nur im letzten Drittel dieses Jahrhunderts[4] tritt in Folge der Unterstützung der weltlichen Gewalt eine lebhaftere und energischere Thätigkeit der päpstlichen Inquisition hervor[5], welche dann im 15. Jahrhundert zwar nicht ganz aufhört, aber doch ihre frühere Bedeutung verliert[6].

Vemgerichte durch den Erzb. Engelbert d. H. unter päpstlicher Genehmigung mit der Gerichtsbarkeit über die Ketzer betraut worden seien, „weil das tolle Verfahren Konrads v. Marburg in weiten einflussreichen Kreisen Widerstand wachgerufen habe, und es gerathen schien, die Bestrafung der Ketzer in die Hand von Laien zu legen", so sind dies abgesehen davon, dass seine näheren Ausführungen mit der Chronologie in Widerspruch gerathen, s. Th. Lindner, d. angebliche Ursprung d. Vemegerichte. Paderborn 1890 S. 11, Aufstellungen, welcher jeder quellenmässigen Begründung entbehren, da die Erwähnung der Ketzerei als Vemgerichtssache, erst in der Arnsberger Reformation v. 1437, Th. Lindner, die Veme. Münster 1888 S. 236. 473 und in einem Protokoll v. 1490, Wigand d. Femgerichte Westphalens. Hannover 1825 S. 264, vorkommt, und diese Ausdehnung der Kompetenz mit der hussitischen Bewegung zusammenhängt, also für das 13. Jahrhundert absolut nichts beweist, Lindner Ursprung S. 116 ff. Sachlich steht der Annahme Thudichums entgegen, dass kirchlicherseits die Ketzerei stets als delictum ecclesiasticum betrachtet worden ist (o. S. 311), und dass es danach als unmöglich erscheinen muss, dass sowohl ein Erzbischof als auch ein Papst, vollends Gregor IX., welcher gerade in derselben Zeit die Fundamente für die päpstliche Ketzer-Inquisition gelegt hat, reine, gar nicht für die fraglichen Angelegenheiten qualifizirte Laiengerichte mit einer derartigen Jurisdiktion betraut haben sollten. Auch in seiner weiteren Abhandlung: Das heilige Femgericht in: v. Sybel, historische Zeitschr. 1891. 68, 1 ff. ist es Thudichum nicht gelungen, seine Ansicht zu begründen. Wenn er nunmehr a. a. O. S. 25 bemerkt, dass die Vemgerichte nur auf specielle Anklage der Bischöfe oder der päpstlichen Bevollmächtigten oder aber gegen notorisch exkommunicirte Ketzer vorgegangen sind, so ist das erstere von ihm nicht erwiesen, und im letzteren Fall würde immer nur eine Unterstützung der kirchlichen Gerichte durch Exequirirung der Todesstrafe vorliegen. Vgl. auch H. Finke, Vemgerichte oder Inquisition, histor Jahrb. d. Görresgesellsch. 1890. 11, 491 u. G. Haupt in Brieger u. Bess, Ztschr. f. Kirchengesch. 1892. 13, 468, wo noch weitere Nachweisungen.

[1] Allerdings weist der cod. epistolaris Rodulphi I. ed. Bodmann. Lipsiae 1806 p. 148 ein Formular für die Anerkennung der Vollmachten der päpstlichen Inquisitoren auf, aber Spuren der Thätigkeit von solchen im 13. Jahrhundert haben sich nicht erhalten, Lea 2, 348 (die Schreiben Nikolaus' III. v. 1278 u. 1279 bei Kaltenbrunner, z. Geschichte d. deutsch. Reichs unter Rudolf I. Wien 1889 S. 123 ff. u. 195 ff. beziehen sich auf Inquisitoren in Ober-Italien), vielmehr erwähnen die die Beghinen und Begharden betreffenden Vorschriften der Konzilien v. Köln 1306 c. 1. 2, Hartzheim 4', 100 und v. Mainz 1310, M. 25, 325. 326 nichts von der päpstlichen Inquisition, und nicht päpstliche Inquisitoren, sondern einzelne deutsche Bischöfe haben in den nächsten Jahrzehnten die Ketzereien der Beghinen und Begharden bekämpft, Lea 2, 369 ff.

[2] 1336 ein Augustiner-Eremit in der Mark Brandenburg, 1353 ein von Innocenz IV. deputirter Inquisitor, Fredericq 1, 204 und 1366 ein Dominikaner für Mainz, Bamberg und Basel, Lea 2, 375. 385. 387.

[3] 1312 in Salzburg und 1336 in Erfurt, Lea 2, 358. 375.

[4] Vgl. R. Wilmanns, z. Gesch. d. Inquisition in Deutschland in v. Sybel histor. Ztschr. 41, 193 ff.

[5] Seit Urban V. 1368, Fredericq 1, 207 zwei Dominikaner für Deutschland zu Inquisitoren ernannt hatte (unter Gregor XI. wurden sie 1372, l. c. 1, 223 um drei weitere vermehrt und von Bonifaz IX. 1399, nicht 1400, ibid. 1, 258 sogar allein für Norddeutschland sechs bestellt) und Karl IV. 1369 durch 5 Erlasse, J. L. a Mosheim de Beghardis et Beguinabus comm. ed G. H. Martini Lips. 1790 p. 343 ff.; Fredericq 1, 208. 210. 215. 219; Böhmer-Huber regesta imperii VIII. (Karl IV.) Innsbruck 1877 n. 4756. 4757 (vgl. Wilmanns S. 196) die Inquisitoren unter Erneuerung aller ihrer Privilegien und unter Bestellung besonderer weltlicher Konservatoren für dieselben in seinen Schutz nahm, ferner nicht nur allen Fürsten und Magistraten die Gewährung jeder Art von Unterstützung bei Verfolgung der Beghinen und Begharden, sondern auch die Ausantwortung eines Drittels der konfiscirten Güter an die Inquisitoren unter Überweisung der Häuser der Begharden zu Inquisitionsgefängnissen vorgeschrieben hatte, vgl. auch Lea 2, 385. 388. 395. 399. 402. Über Pommern und die Mark Brandenburg, wo 1393 und 1394 ein Cölestiner-Provinzial als päpstlicher Inquisitor fungirt hat, s. Wattenbach üb. Ketzergerichte in Pommern u. d. Mark Brandenburg. Sitzgsberichte d. Berliner Akademie. 1886. Nr. IV S. 2 ff.

[6] 1414 wird noch ein Inquisitor in Sangershausen erwähnt, Lea 2, 407 und seit 1410 amtirt ein Dominikaner mehrere Jahrzehnte als Inquisitor für die erzbischöfliche Provinz Köln, für Paderborn und für Bremen, R. Wilmanns S. 206; W. Ribbeck, Beiträge z. Gesch. d. röm. Inquisition in Deutschland in Ztschr. f. vaterländ. Gesch. (Westphalen) Münster 1888. 46, 132 ff. Daraus allerdings, dass Martin V. 1418 noch eine Bulle gegen die Wikliften und Hussiten an die Prä-

Auf der iberischen Halbinsel hat dieselbe und zwar noch im dreizehnten Jahrhundert in Aragon und Navarra[1] Fuss gefasst, in Kastilien und Leon[2] aber erst mit dem Anfang des 15., und in Portugal[3] mit dem Ende des 14. Jahrhunderts Eingang gefunden, während England davon so gut wie verschont geblieben ist[4].

§. 290. β) *Die Organisation der päpstlichen Ketzergerichte.*

I. Die Inquisition. 1. Ernennung. Die Bestellung der ersten Inquisitoren ist durch den päpstlichen Stuhl erfolgt[5], und da die hier fragliche Inquisition eine Schöpfung der Päpste war[6], verblieb denselben an sich das Recht, solche Amtsträger zu ernennen[7]. Ist eine derartige Bestellung auch noch in einzelnen Fällen bis zum 16. Jahrhundert erfolgt[8], so konnten die Päpste diese Befugniss doch auch durch Stellvertreter ausüben lassen[9], und schon in den dreissiger Jahren des 13. Jahrhunderts wurde die Auswahl und Bestellung der einzelnen Inquisitoren mit Rücksicht darauf, dass die Päpste nicht in der Lage waren, ihrerseits in den einzelnen Theilen der Kirche die geeigneten Persönlichkeiten auszuwählen, den Oberen der Dominikaner[10], sowie seit den vierziger Jahren desselben Jahrhunderts auch denen der Franziskaner[11] und zwar

laten und Inquisitoren in einer Reihe von deutschen, böhmischen und polnischen Diözesen gerichtet hat, v. d. Hardt concil. Constantiense 4, 1518, und das Salzburger Konzil 1418 c. 32, M. 28, 1003 den weltlichen Gewalten die Gewährung von Hülfe gegen die von den Bischöfen und päpstlichen Inquisitoren als Ketzer bezeichneten Personen aufgiebt, lässt sich nicht schliessen, dass in allen diesen Bezirken päpstliche Inquisitoren wirklich thätig waren.

[1] Seit 1238, P. n. 10583, während Gregor IX. 1232 u. 1237, P. n. 8932 u. 10292, erkennen lassen, dass sie zur Zeit des Erlasses dieser Schreiben noch nicht bestand; vgl. weiter P. n. 13057. Noch 1242 hat Erzb. Peter v. Tarragona eine besondere Verfügung über die Behandlung der Ketzer, fälschlich als Konzil v. Tarragona bezeichnet, Finke, Konzilienstudien S. 75, erlassen, M. 23, 553. Vielfach haben hier auch die Bischöfe und die päpstlichen Inquisitoren gemeinsam gehandelt, P. n. 15326. 15343. 18388; Berger les registres d'Innocent IV. n. 799, Lea 2, 169, ja noch 1291 befiehlt das Konzil v. Tarragona c. 8, M. 23, 1109, den Pfarrern und ihren Vikaren den päpstlichen Inquitoren wirksame Hülfe zu leisten. Eine energischere Thätigkeit tritt erst seit dem 14. Jahrhundert hervor, Lea 2, 170. 175.

[2] Lea 2, 180. 185. S. auch den Brief d. Erzb. v. Compostella v. 1315 bei Bernard. Guidon. V. n. 9 p. 353, worin er um Mittheilungen über die Prozedur gegen Ketzer bittet „quia talia in partibus nostris fuerunt hactenus insueta".

[3] Lea 1, 188. 189.

[4] Lea 1, 352; Loserth i. Mitthlgn. d. Instituts f. österr. Geschichtsforschg. 1891. 12, 662. Über die Inquisition gegen die Templer s. Lea 3, 298. Wenn auch nach England eine gleiche Bulle, wie die S. 455 n. 6 erwähnte von Martin IV. erlassen ist, so beweist die Erwähnung der Inquisition in der Adresse derselben ebenfalls nichts, denn hier führten die Bischöfe die Inquisitionen gegen die Ketzer, s. die gesta cum Richardo Wycz (Wyche) in English historical Review. London 5 (1890) p. 530.

[5] So die Konrads v. Marburg, s. S. 450 n. 3; s. weiter P. n. 8859. 9143. 9152. 9153 (s. S. 450 n. 6.)

[6] S. 450.

[7] Limborch lib. II c. 2; Eymericus III qu. 3; Henner S. 59.

[8] So z. B. 1368 durch Urban V., o. S. 455 n. 5; 1372 durch Gregor XI., Fredericq 1, 228; 1453 durch Nikolaus V., 1462 durch Pius II., 1494 durch Alexander VI., 1514 u. 1518 durch Leo X., ibid. 1, 334. 347. 489. 505. 515.

[9] Z. B. durch ihre Legaten, Henner S. 60.

[10] So schon durch Gregor IX. 1235, P. n. 9994 (dem Provinzial-Prior, hier unter Bezeichnung einer bestimmten Person, S. 450 n. 8); s. weiter P. n. 10362, S. 451 n. 1; Innocenz IV. 1247, P. n. 12748 (dem Provinzial-Prior und Konvent von Besançon); Alexander IV. 1256, P. n. 16295 (dem Provinzial-Prior der Lombardei); 1258, P. n. 17236 (dem Provinzial-Prior in Paris); Clemens IV. 1265, P. n. 19559 (demselben); Benedikt XI. 1304, P. n. 25367 (den beiden Provinzial-Prioren der Lombardei); Gregor XI. 1372 (dem Magister und Provinzial-Prior der deutschen Provinz) Fredericq 1, 223; Bonifaz IX. 1399 (dem Provinzial-Prior der Provinz Sachsen) ibid. 1, 258.

[11] Innocenz IV. 1246, P. n. 11993, Fredericq 1, 116 „ut tu, fili generalis minister tuique successores fratres tui ordinis qui ad praedicandum crucem vel inquirendum contra pravitatem hereticam seu ad alia huiusmodi negotia sunt vel fuerint ubicunque a sede apostolica deputati, removere, revocare, penitus transferre ipsisque quod supersedeant iniungere aliosque substituere, cum expedire videritis, licite et libere valeatis ... ac quilibet minister provincialis eiusdem ordinis id ipsum in sua provincia circa fratres ipsius ordinis, quibus in illa similia contigerit

in der Weise übertragen, dass diese eine bestimmt vom Papst vorgeschriebene oder eine dem jeweiligen Bedürfnisse entsprechende Zahl unter Zuziehung des Konvents [1] oder, wie die späteren Bullen lauten, mit Beirath der nach den Ordensstatuten dazu berechtigten Brüder aus den ihnen untergeordneten Mönchen [2], welche zu einem solchen Amt fähig waren [3], zu Inquisitoren zu ernennen hatten [4], bis diese bisher üblichen Arten der Deputirungen von Inquisitoren in Folge der Einrichtung eines besonderen höchsten Inquisitionstribunals durch Paul III. 1542 [5], welchem nunmehr die Bestellung derselben zufiel, ausser Übung kamen [6].

2. Die Stellung der Inquisitoren. Nicht nur die vom päpstlichen Stuhl direkt, sondern auch die kraft Ermächtigung des letzteren bestellten Inquisitoren [7] galten als unmittelbare Bevollmächtigte des Papstes [8]. Sowohl die einen wie die an-

ab eadem sede committi, facere possit, auctoritate praesentium indulgemus"; 1254, P. n. 15283 (ministro, custodibus, guardianis conventualibus et eorum vicariis in Rom, dem Patrimonium Petri, Apulien, der Lombardei und Tuscien) bull. Taur. 3, 384; P. n. 15304 (ministris et custodibus vel eorum vicariis); Alexander IV. 1261, P. n. 18032 (provinciali ministro ac ceteris custodibus et guardianis eorum vicariis in Urbe); Nikolaus IV. 1292, P. n. 23941 (ministro provinciali in administratione Provinciae).

[1] Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, s. S. 456 n. 10; Innoc. IV. 1254, P. n. 15407 Eymeric. app. p. 20: „de consilio discretorum fratrum 4 ex eiusdem prioratu fratres"; Clem. IV. 1266, P. n. 19559, Fredericq 1, 133: „de consilio aliquorum discretorum fratrum tui ordinis"; Gregor XI. 1372 cit. Doch erwähnen einzelne Bullen, s. Innocenz IV. 1246, P. n. 11993 (vor. Anm.) und Bonifaz IX. 1399 cit., dieses Erfordernisses nicht.

[2] S. die vor. Anm. u. Henner S. 65 n. 1.

[3] Erst durch Clem. 2 (Konzil v. Vienne 1311) de heret. V. 3 ist für alle Inquisitoren das erreichte 40. Jahr als Erforderniss festgesetzt worden, doch haben die Päpste mitunter davon dispensirt, so Clemens VI. 1348, Fredericq 1, 522, s. im übrigen Henner S. 57. Dass die Inquisitoren Kleriker, einsichtige, ehrenhafte, sittenreine, theologisch oder juristisch gebildete Männer von Lebenserfahrung sein sollten, wie die Inquisitionsschriftsteller verlangen, vgl. Eymericus III. qu. 1 und dazu Pegna comm. 51, s. auch Henner S. 53, war eine selbstverständliche Anforderung. Zur Verhütung von Parteilichkeit bestellte man solche Personen zu Inquisitoren, welche ihrem Amtsbezirk nicht angehörten, Limborch II. 2. p. 107.

[4] Doch sind auch die Angehörigen anderer Orden, freilich nur selten im Vergleich zu den im Text genannten, als Inquisitoren verwendet worden, so Benediktiner (1266 in Südfrankreich) Lea 1, 118; Cölestiner (Ende des 14. Jahrh.) ibid. 1, 301 und Carmeliter (u. 1472) Fredericq 1, 443, während Cistercienser nur Anfang des 13. Jahrh. während der Bekämpfung der Albigenser an der damaligen Inquisition gegen die Ketzer betheiligt waren.

Die Bestellung selbst konnte vivae vocis oraculo, also mündlich, Bernard. Guid. II. 9 p. 46 oder, was die Regel war, schriftlich durch litterae commissionis erfolgen, Eymer. III. qu. 3; Limborch II. 2. p. 107.

[5] Bd. I S. 448.

[6] Pegna comm. 52 ad Eymeric. III. 3; Henner S. 65.

[7] Die Bezeichnung: *inquisitor* findet sich schon in den capitula Annibaldi 1231, S. 384 n. 9; const. Frideric. II: Commissi nobis 1232, LL. 2, 288; aber noch nicht in den Schreiben Gregors IX., vielmehr erst in denen Innocenz' IV., s. z. B. P. n. 11193 (1243) n. 14575. 14586. 14587 (1252) n. 15268 (1254).

[8] Denn sie wurden nicht zu Vertretern der sie ermächtigenden Oberen, sondern von diesen in Vertretung des Papstes ernannt, Alexander IV. 1260, P. n. 17991, bull. Taur. 3, 673, welcher den Dominikaner- und Franziskaner-Inquisitoren verbietet, ihren Ordensoberen in den die Inquisition betreffenden Angelegenheiten zu gehorchen und dann fortfährt: „Nam etsi praedicta sedes interdum praelatis aliquibus vestrorum ordinum per suas sub certa forma committat litteras, ut ad exercendum officium contra haereticam pravitatem aliquos suorum ordinum fratres assumere valeant ipsosque, cum expedire viderint, amovere ac alios subrogare, non tamen per hoc (quod ipsis ea duntaxat de causa in hac parte committitur, quia de fratrum suorum ordinum idoneitate pleniorem habere notitiam praesumantur) aliqua eis super huiusmodi inquisitionis negotio immediate vobis a praedicta sede commisso et committendo facultas vel iurisdictio attribuitur seu potestas", wiederholt Urban IV. 1262, P. n. 18419 u. Clem. IV. 1267 bei Eymeric. ed. cit. p. 145 u. Fredericq 1, 520. Daher haben sich die Inquisitoren stets als „per sedem apostolicam deputatus" oder als „apostolica auctoritate" fungirend bezeichnet, Bernardi Guidonis practica p. 1. 5. 7. 9. 10; Fredericq 1, 323. 324, und auch die Doktrin hat sie als unmittelbare päpstliche Bevollmächtigte betrachtet, gl. s. v. amoveri zu Clem. 2 de heret. V. 3: „Licet praelatus inquisitoris, sc. provincialis illum ab officio removere possit . . . iurisdictio tamen inquisitoris non ab ipso praelato, sed a papa immediate dependet"; Bernard. Guidonis l. c. p. 176 n. 1; Pegna comm. 52. 55 ad Eymeric. III qu. 3, 6; s. auch Henner S. 49.

deren hatten die Stellung der *iudices quasi ordinarii*, besassen also eine *iurisdictio quasi ordinaria*[1], aber weder eine iurisdictio *ordinaria* noch *delegata*[2].

3. Das Amt der Inquisitoren. a. Im Allgemeinen. Das Amt der Inquisitoren bestand in der Bekämpfung der Ketzerei durch Zurückführung der Abgefallenen zum rechten Glauben, durch Aufsuchung und Ermittelung der sich von der Kirche fernhaltenden Ketzer, sowie durch Führung der Untersuchung gegen die letzteren und Aburtheilung derselben[3], wennschon die zuletztgedachten Thätigkeiten im Laufe der Zeit wegen der Schwierigkeit, die immer neu hervortretenden Ketzereien auszurotten, die Hauptsache geworden, und die Normen, welche sich für das Vorgehen und das Verfahren der Inquisitoren bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts festgestellt haben, vor Allem diesen Zwecken angepasst worden sind.

Ehe der Inquisitor mit der Ausübung seines Amtes begann, sollte er sich sowohl den weltlichen Herrschern oder Herren wie auch den kirchlichen Oberen seines Bezirks gegenüber als solcher[4] legitimiren[5]. Bei der Verwaltung desselben hatte er sich streng nach den geltenden Vorschriften zu richten, widrigenfalls er bei Übertretung derselben aus böser Absicht oder aus strafbaren Motiven[6] von den ihn ernennenden Prälaten[7], selbstverständlich aber auch von dem Papst, als höchstem Richter, zur Verantwortung und Strafe gezogen werden durfte[8].

Verlustig gehen konnte der Inquisitor seines Amtes abgesehen von dem Fall des Todes[9] und der Erlangung eines mit demselben inkompatiblen Amtes (z. B. eines Bisthums)[10] durch Amtsentsetzung (*remotio, amotio*)[11], durch Versetzung in einen an-

1 Bd. I. S. 184; W. Kaempfe, d. Begriffe der iurisdictio ordinaria, quasi ordinaria etc. Wien 1876. S. 149.

2 Die mittelalterliche Theorie, welcher der Begriff der iurisdictio quasi ordinaria noch nicht bekannt war, stritt darüber, ob die Inquisitoren iudices ordinarii (so Archidiakonus, d. h. Guido de Baysio, ad c. 10 in VI de heret. V. 2 bei Eymeric. p. 216) oder delegati (so die herrschende Meinung, s. Eymer. III qu. 4 und dazu Pegna comm. 33, p. 577. 578, ferner die dort citirten, vgl. auch Henner S. 242) seien. Vgl. weiter unten über die Beendigung des Inquisitor-Amtes.

3 S. o. S. 451 n. 1. Wenn Henner S. 41. 42 zwar die gerichtliche Verfolgung und Aburtheilung der Ketzer für die Hauptaufgabe der Inquisitoren erklärt, indessen andererseits als Endziel ihres Amtes die Aussöhnung der Abgefallenen mit der Kirche bezeichnet, so kommt dies auf das im Text Bemerkte hinaus. Die älteren päpstlichen Schreiben, s. Gregor IX. 1237, P. n. 10362, S. 451 n. 1, gleichlautend Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118, verpflichten die Inquisitoren ausdrücklich zur Abhaltung einer allgemeinen Predigt über den rechten Glauben vor zusammenberufenem Klerus und Volk, und in Folge dessen hat sich die Übung festgestellt, dass der Inquisitor in seinem Bezirk seine Thätigkeit mit einer solchen begann und zwar unter gleichzeitiger Aufforderung an die Bevölkerung etwaige Ketzer anzuzeigen, und weiter unter Festsetzung einer s. g. Gnadenfrist, binnen welcher sich etwaige Ketzer freiwillig zum Bekenntniss ihrer Schuld melden sollten und konnten, um eine mildere Behandlung zu erfahren, c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2; Eymer. III n. 47 ff. 54 ff., p. 437. 438. Vgl. weiter §. 297.

4 Mit Rücksicht auf c. 31 (Innoc. III.) X de off. iud. del. I. 29; s. auch c. 24 (id.) X de rescr. I. 3.

5 Molinier p. 121 n. 1 (hier eine schriftliche Anmeldung); Eymer. III n. 1 ff., um die für ihn und seine Gehülfen (s. u. S. 462) erforderlichen Schutz- und Empfehlungsbriefe, namentlich an die von ihm zu requirirenden weltlichen Obrigkeiten und Beamten zu erlangen, s. einen solchen v. 1285 (König v. Frankreich) Lea 2, 575, vgl. ferner Fredericq 1, 264. 305; Lea 2, 578; Wattenbach Handbuch S. 7; Formular bei Eymeric. l. c. Deshalb zog auch die Nichteinhaltung dieser Formalität keine Nichtigkeit seines Vorgehens nach sich. Auch bei der demnächst erfolgenden ersten Zusammenberufung des Klerus und Volkes (s. Anm. 3) sollte er sein Bestallungsschreiben verlesen, Beziers 1246 (Instruktion für die Inquisitoren) c. 1, M. 23, 716; Limborch II. 2 p. 246; s. weiter Henner S. 69.

6 Z. B. Geldgier, Feindschaft oder Freundschaft.

7 Clem. 2 de heret. V. 3, s. noch die folg. Anm.

8 Vgl. Pegna comm. 61 ad Eymeric. III. qu. 12; Limborch II. 2, p. 110 und Henner S. 90. 91.

9 In welchem die zur Bestellung berechtigten Ordensoberen in der gedachten Weise einen anderen zu ernennen hatten, ausdrücklich hervorgehoben in Clem. IV. 1266, P. n. 19559, Fredericq 1, 134.

10 Limborch II. 2, p. 109.

11 Dass diese dem Papst, als dessen Bevollmächtigte die Inquisitoren galten, beliebig frei-

deren Bezirk[1] und durch die mit Genehmigung des Oberen erfolgte Resignation[2], während beim Tode und beim Amtsverluste des den Inquisitor bestellenden kirchlichen Oberen sein Amt nicht erlosch[3].

Kraft ihres Amtes waren die Inquisitoren insbesondere befugt:

1. ihre Befehle und Anordnungen durch Androhung und Verhängung von kirchlichen Censuren, nämlich der Exkommunikation, des Interdikts und der Suspension, zur Durchführung zu bringen[4],

2. allen Welt- und Ordensgeistlichen, insbesondere auch den Ablasspredigern an den Orten und zu den Zeiten, an welchen sie in Ausübung ihres Amtes zum Volke predigen wollen, dies zu verbieten[5].

b. Einzel- oder Kollegial-Amt. Eine allgemeine Norm darüber, ob die

stand, unterlag keinem Zweifel. Ferner ist aber den Ordensoberen mit dem Anstellungsrecht regelmässig zugleich die Befugniss übertragen worden, die Inquisitoren und zwar auch die vom päpstlichen Stuhl deputirten zu entfernen, Innocenz IV. 1246, P. n. 11993 (S. 456 n. 11); Innocenz IV. 1248, P. n. 13057, M. 23, 569: „tu vero prior de consilio seniorum et discretorum fratrum praefati ordinis eiusdem regni inquisitores huiusmodi authoritate nostra removeas transferasque alios substituas vel supersedere facias, cum ex causa rationali id videris faciendum"; Alex. IV. 1258, P. n. 17236, Fredericq 1, 130 (welcher Papst nach der nicht richtigen Behauptung von Lea 1, 344, s. dagegen Henner S. 31 n. 1, i. J. 1257 für kurze Zeit den Ordensoberen die betreffende Befugniss entzogen haben soll); Clem. IV. 1265, P. n. 19372, Eymeric. app. p. 56; 1266, P. n. 19559, Fredericq 1, 134; Clem. 2 de heret. V. 3., so dass die Absetzungsgewalt, wenn der Inquisitor selbstständiger gestellt werden sollte, ausdrücklich ausgeschlossen sein musste (Beispiel bei Lea 1, 345). Die Entfernung war in das vernünftige Ermessen des Oberen gestellt, sollte also, wenn schon an sich die Absetzung rechtsgültig war, nicht ohne einen gerechtfertigten Grund erfolgen. Als solcher war gesetzlich die Erpressung durch Missbrauch der Amtsgewalt, welche ausserdem auch mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. bedroht war, anerkannt, Clem. 2 und Clem. 1 §. 4 de heret. V. 3. Weiter galten als derartige Gründe die hartnäckige Verletzung der Amtspflichten, namentlich aus Hass, Gunst oder um weltlichen Vortheils willen, vgl. Clem. 1 §. 4 cit., aber auch aus einem allzugrossen zu Ungerechtigkeiten führenden Eifer (Beispiele derartiger Absetzungen, so des Inquisitors Robert le Bugre 1238, Fredericq 1, 111, ferner bei Lea 2, 81), dauernde zur Ausübung des Amtes untauglich machende Gebrechlichkeit oder ein eine solche Unfähigkeit herbeiführendes hohes Alter, sowie endlich der Mangel der zur Ausübung des Amtes erforderlichen Kenntnisse, s. Eymeric. III qu. 10 u. 12; Henner S. 72.

[1] Auch dazu ist das Recht mehrfach den Ordensoberen ausdrücklich übertragen worden, Innocenz IV. 1246, P. n. 11993, S. 456 n. 11, u. 1248, P. n. 13057, S. 458 n. 11, jedoch verstand es sich, da dieselben das Absetzungsrecht hatten, von selbst. Von dieser Befugniss sollte ebenfalls nur aus gerechtfertigen Gründen Gebrauch gemacht werden.

[2] Die Genehmigung einer solchen in Alex. IV. 1255, P. n. 15995, Ripoll. bull. Praedic. 1, 286. S. weiter Henner S. 76. 77.

[3] Also weder, wenn der Papst den Inquisitor selbst, noch wenn ihn ein Ordenoberer ernannt hatte. Mit Rücksicht darauf, dass man die Inquisitoren als päpstliche Delegaten betrachtete, S. 458 n. 2 u. Bd. I S. 193, wurde dies anfänglich in Zweifel gezogen. Sowohl Clemens IV. 1265, P. n. 19379 u. c. 10 in VI de heret. V. 2, wie auch Nikolaus IV. 1290, P. n. 23302, 23312, bull. Taur. 4, 103 haben ausdrücklich das Nichterlöschen festgesetzt. Allerdings hat die Doktrin dies mehrfach mit Rücksicht auf c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de rescr. I. 3 (Bd. III S. 817 n. 3), so Johannes Andreä zur Glosse zu c. 10 cit. und die bei Pegna comm. 56 zu Eymer. III. qu. 7 Citirten, auf den Fall der Bestellung schlechthin und ad sedis apostolicae beneplacitum eingeschränkt, und das Zusammenfallen des Amtes bei der Ernennung ad suae voluntatis oder Romani pontificis beneplacitum behauptet. Dagegen Pegna l. c. und Henner S. 78 n. 6 aus dem unrichtigen Grunde, dass dies mit dem in c. 10 cit. betonten favor fidei unvereinbar sei, während in der That das letztere cap. eine Spezialnorm für die Inquisition giebt und c. 5 cit. sich nur auf Gnadenreskripte bezieht.

[4] So schon seit Gregor IX., S. 450 n. 6 u. n. 8; Innocenz 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 117; Alex. IV. 1255, P. n. 15731 u. 16132, ibid. p. 123. 127; c. 11 §. 2 (Clem. IV.) in VI de heret. V. 2; Gregor XI. 1376, Fredericq 1, 237, seit Alexander IV. schon unter Aufhebung aller entgegenstehenden Privilegien. Selbstverständlich stand ihnen auch das Recht der Absolution von diesen Censuren zu. Vgl. auch Henner S. 80. 81, welcher freilich unrichtiger Weise hiermit das Recht zum Erlasse der wegen Ketzereien verhängten Strafen vermengt.

[5] Die älteren Bullen bestimmen dies nur hinsichtlich der Ablassprediger, so z.B. Innocenz 1247 cit., ebenso auch noch c. 11 §. 2 in VI cit. s. ferner Bernard. Guidon. P. IV. p. 199 r., Eymer. III. qu. 37. Das erstere hat die Doktrin aus dem Recht, das Volk zur Anhörung der Predigt zusammen zu berufen, S. 458 n. 3, hergeleitet, Eymer. III. n. 48 i. f.

Inquisitionsgerichte Einzel- oder Kollegial-Gerichte sein sollten, ist niemals seitens des päpstlichen Stuhles erlassen worden, vielmehr entschied darüber, ob der Inquisitor als Einzelrichter amtiren konnte oder nicht, lediglich die Art seiner Bevollmächtigung. Als Regel lässt sich aber feststellen, dass selbst, wenn mehrere Inquisitoren ernannt worden sind, doch stets einer allein alle Funktionen auszuüben befugt war [1]. Im übrigen blieb aber in diesen Fällen die Vertheilung der Geschäfte den Inquisitoren selbst überlassen, und wenn gleich mitunter, so namentlich bei der feierlichen Publikation verurtheilender Erkenntnisse alle oder mehrere Richter zusammentraten [2], so rechtfertigt sich doch, weil ein solches Zusammenwirken weder wesentlich noch erforderlich war, die Behauptung, dass die Inquisitionsgerichte nicht als Kollegial- sondern als Einzelgerichte organisirt gewesen sind [3].

4. Die Privilegien der Inquisitoren. Im Laufe der Zeit sind den Inquisitoren folgende Privilegien verliehen worden:

1. die Exemtion von der Gewalt ihrer Ordensoberen in allen ihre Inquisitionsthätigkeit betreffenden Angelegenheiten [4],

2. das Recht zur Ertheilung eines zwanzig-, bez. vierzigtägigen Ablasses bei Abhaltung der in Ausübung ihres Berufes veranstalteten öffentlichen Versammlungen [5],

3. das Recht, sich gegenseitig von der Exkommunikation, wenn sie in dieselbe verfallen waren, zu absolviren, sofern ihre Oberen in Folge der ihnen vom päpstlichen Stuhl verliehenen Privilegien die Berechtigung zur Absolution besassen [6], also nicht in solchen Fällen, in welchen die Absolution dem Papste vorbehalten war [7],

[1] Innocenz IV. 1252, P. n. 14586, Eymeric. app. p. 6; „Quod si duo ex vobis his non interfuerint, unus ea nihilominus exequatur“; Innocenz IV. 1254, P. n. 15268 u. Alex. IV. 1255, P. n. 16132, Fredericq 1, 122. 128; Gregor X. 1277, P. n. 20720, ibid. 1, 136 („simul vel separatim aut singulariter, prout negotii utilitas suadebit“); c. 11 (Clemens IV.) in VIto de heret. V. 2 (ebenso). Die Anweisungen an die Ordensoberen gehen gleichfalls dahin, Inquisitoren in der gedachten Weise zu bestellen, Gregor XI.: Ab exordio 1372, Fredericq 1, 224: „inquisitores . . . deputetis, qui simul vel separatim, prout negocii utilitas suadebit . . . efficaciter et discrete procedant“; Bonifaz VIII. 1399, ibid. p. 259 (ebenso).

[2] Molinier p. 240. 244. Auch ist in Betreff der Protokolle, welche mehrere Richter angeben, stets zu untersuchen, ob nicht blos einer in der That der Inquisitor gewesen ist und die andern nur als Stellvertreter desselben fungirt haben, so ibid. p. 124. Vgl. überhaupt Henner S. 108. 109.

[3] Daran ändert es auch nichts, dass in gewissen Fällen der Inquisitor den Bischof zuzuziehen hatte, s. unten §. 294. In diesen mussten beide Gerichte gemeinsam handeln, aber deshalb wurde das Inquisitionsgericht nicht zum Kollegialgericht.

[4] S. die S. 457 n. 8 citirten Bullen Alexanders IV. und Clemens' IV., während sie im Übrigen den Ordensstatuten und ihren Ordensoberen unterworfen blieben, Henner S. 287 ff. Wegen der besondern Rechte der letzteren hinsichtlich der Bestellung und Abberufung der Mönchs-Inquisitoren s. S. 456 n. 11; S. 458 n. 11 u. S. 459 n. 1.

[5] Während noch Gregor IX. 1233, P. n. 9152, Fredericq 1, 92 und 1237, P. n. 10362, M. 23, 75 selbst allen, welche der Predigt der Inquisitoren beiwohnen, einen 20tägigen, denen, welche sie bei der Verfolgung der Ketzer unterstützen, einen 3jährigen Ablass de iniuncta poenitentia gewährt, werden seit Innocenz IV. 1251, P. n. 14406, Eymer. app. p. 13; 1254, P. n. 15411, l. c. p. 20; Alexander IV. 1255, P. n. 15731 und 16132, Fredericq 1, 124. 127 die Inquisitoren ermächtigt, allen, welche bei jenen Versammlungen anwesend waren („qui ad convocationem accesserint“) und ihre Sünden aufrichtig bereut und gebeichtet hatten, je nach ihrem Befinden den einen oder anderen Ablass zu gewähren. Vgl. auch Bernard. Guid. III. p. 83. 197; Eymeric. III. n. 48. 55. 165. 171. 180. 189. 199. 201. u. qu. 121—124.

[6] Alex. IV. 1256, Lea 1, 575 u. 1261, P. n. 18047, Sbaralea bull. Franc. 2, 416; Urban IV. 1262, P. n. 18390, bull. Taurin. 3, 694 (sämmtlich fast wörtlich übereinstimmend): „ut si vos (et fratres vestri ordinis socios vestros) excommunicationis sententiam et irregularitatem incurrere aliquibus casibus . . . contingat vel recolatis etiam incurrisse, quia propter iniunctum vobis officium ad priores vestros de levi super hoc recurrere non potestis, mutuo vos supra his absolvere iuxta formam ecclesiae et vobiscum auctoritate nostra dispensare possitis in casibus in quibus dictis prioribus . . . est ab apostolica sede concessum“. Vgl. Bernard. Guid. III. p. 217; Eymeric. III. qu. 23.

[7] So bei Erpressung durch Amtsmissbrauch,

4. die Befugniss, sich gegenseitig von etwaigen Irregularitäten, welche sie betroffen hatten, zu dispensiren[1],

5. ein vollkommener Ablass[2];

6. das Recht diejenigen, welche zur Bekämpfung der Ketzerei das Kreuz genommen hatten, die s. g. Kreuzbrüder, *cruce signati*, auch *familiares* genannt[3], a. vom Kirchenbann, vom Interdikt und von der Suspension zu absolviren[4], b. zu diesen gehörige Kleriker, welche in Folge ihres Celebrirens unter Nichtbeachtung der gedachten Censuren irregulär geworden waren, von der Irregularität zu dispensiren[5], c. die Gelübde der gedachten Kreuzbrüder umzuwandeln[6], d. ihnen denselben Ablass wie den Kreuzfahrern nach dem heiligen Lande zu gewähren, e. ihnen zu gestatten, während eines allgemeinen Interdikts dem Gottesdienst beizuwohnen und die Sakramente an Orten, an welchen auf Grund eines päpstlichen Indultes Gottesdienst abgehalten wird, zu empfangen[7], f. sowie unrecht erworbenes Gut zu behalten, wenn sich auf Verlautbarung durch den Pfarrer oder Bischof kein

bei Unterlassung des Einschreitens oder bei ungerechtfertigter Verfolgung aus unerlaubten Motiven und bei unberechtigter Beschlagnahme von kirchlichen Benefizien, Clem. 1. §. 4 u. Clem. 2 de heret. V. 3; s. auch Eymeric. III. qu. 23; Henner S. 83. 84.

[1] S. die S. 460 n. 6 angeführten Bullen. Doch hat sich die Praxis nicht wie bei der Absolution an die in denselben auch für die Dispensation aufgestellte Beschränkung gehalten, weil sonst das Privileg wegen der fast ausschliesslich dem Papste vorbehaltenen Dispensation, Bd. I S. 55, so gut wie gegenstandslos geblieben wäre. In Frage konnte namentlich die irregularitas ex defectu perfectae lenitatis, a. a. O. S. 28, kommen. Allerdings haben sich die Inquisitoren bei Auslieferung der Ketzer an die weltliche Obrigkeit in Anhalt an c. 27 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40 der hier vorgeschriebenen Protestation betreffend die Verschonung mit Todes- oder verstümmelnder Strafe bedient, Fälle bei Fredericq p. 157 (1310) p. 310 (1429); s. ferner Eymer. III. n. 199; Limborch IV. 40. 41 p. 365. 378, um sich vor dem Eintritt der Irregularität zu schützen, denn nach der damals massgebenden Anschauung wurde derselbe dadurch ausgeschlossen, obwohl die Inquisitoren wussten, dass die weltlichen Obrigkeiten trotz der Protestation nicht nur die Todesstrafe zu vollstrecken verpflichtet waren, sondern auch sogar durch kirchliche Strafen dazu angehalten werden sollten, s. o. S. 215 u. 389. Immer konnte aber die Irregularität in Fällen eintreten, in denen die Protestation einmal unterlassen war, oder der Verurtheilte vor der Übergabe an den weltlichen Arm in Folge der schlechten Gefängnisse oder in Folge der Tortur gestorben war. Vgl. überhaupt Henner S. 85 ff., wo auch die hier nicht zu berücksichtigende päpstliche Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts besprochen ist.

[2] Innocenz IV. 1254 §. 2, P. n. 15407, bull. Taur. 3, 590 und Eymeric. app. 1. 98; Alexander IV. 1255, P. n. 16132, Fredericq 1, 127; (s. auch P. n. 16611); Urban IV. 1262 §. 13, P. n. 18253, bull. Taur. 3, 689 (s. auch P. n. 18388, Eymeric. p. 137); Clemens IV. 1265, P. n. 19372, Eymeric. p. 139 (s. auch P. n. 19924); Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138 (P. n. 20724); Nicolaus IV. 1290, P. n. 23297 u. 23298, Ripoll bull. Praedic. 2, 29 in der Form, dass ihnen der Ablass der Kreuzfahrer nach dem 4. Lateran-Konzil, M. 22, 1067 (plenam suorum concedimus veniam peccatorum) ertheilt wird. Eine Ausnahme macht Alex. IV. 1259, P. n. 17663, bull. Taur. 3, 668, welche der plena venia gedenkt.

[3] Welche in Folge dessen verpflichtet waren, alle der Ketzerei Verdächtige aufzusuchen, gefangen zu nehmen und zu verfolgen, die Inquisitoren zu beschützen und in jeder Weise, wo möglich auch mit Geld zu unterstützen, sowie die seitens der Inquisitoren geforderten Dienste, wie z. B. die Besichtigung der Gefängnisse, die Begleitung der Ketzer zur feierlichen Verurtheilung u. s. w. zu leisten. Verbände und Vereinigungen solcher Kreuzbrüder haben sich während des 13. Jahrhunderts in Frankreich, Italien und Spanien gebildet, Lea 2, 217. 229, Henner S. 171.

[4] Innoc. IV. 1254, P. n. 15293, bull. Taur. 3, 585 und P. n. 15429, M. 23, 585, an letzterer Stelle: „ab interdicti, suspensionis et excommunicationum sententiis canonicis et praesertim illis quas pro incendiis vel effractionibus ecclesiarum seu iniectione manuum violenta in personas ecclesiasticas incurrerunt et aliis quoque sententiis a nobis vel authoritate nostra generaliter promulgatis, nisi adeo et enormis excessus fuerit personarum, quod ab his oporteat absolutionis beneficium per sedem apostolicam obtineri".

[5] S. die beiden cit. Bullen. Erst Clemens VII: Cum sicut ex. v. 1530, bull. Taur. 6, 134; Eymeric. app. p. 139, hat diese Befugniss auf alle Irregularitäten ausgedehnt.

[6] Von den beiden cit. Bullen bestimmt die letztere ausführlicher als die andern: „commutandi . . . vota . . voventium et votorum qualitate pensata, terrae sanctae votis aliisque perpetuis, quae commutationis non admittant remedium (also Gelübde der Keuschheit und der professio religiosa) duntaxat exceptis".

[7] S. die citirten Bullen.

Restitutionsberechtigter gemeldet, und das, was zurückgewährt werden muss oder kann, nach der Bestimmung der Inquisitoren für die Zwecke der Inquisition verwendet wird [1],

Privilegien, welche später nicht mehr einzeln und besonders, sondern nachdem sie feststehend geworden waren, generell ertheilt worden sind [2].

II. Die Stellvertreter, Gehülfen und Unterbeamten der Inquisitoren. 1. Die Stellvertreter. Abgesehen davon, dass selbstverständlich der Papst einem Inquisitor einen Stellvertreter bestellen konnte, welcher in dem von demselben zugewiesenen Wirkungskreise unmittelbarer päpstlicher Bevollmächtigter war und auch alle Rechte der Inquisitoren hatte [3], konnten sich auch die letzteren [4] ihrerseits Stellvertreter (*vicarii, commissarii, substituti, delegati, vices gerentes*) ernennen [5], und zwar sowohl zu ihrer vollen Vertretung innerhalb ihres Bezirkes (*vicarius generalis*) [6] oder auch blos für einen Theil, z. B. eine Diöcese desselben [7] oder mit beschränkten Vollmachten [8] (*vicarius specialis*) [9]. Die Vertreter mussten dieselbe Qualifikation, wie die Inquisitoren haben [10], und durften abgesehen vom Papst nur durch den sie ernennenden Inquisitor [11] ihrer Stellung enthoben werden [12], sofern sie sich nicht etwa der Erpressung durch Amtsmissbrauch schuldig [13] machten [14].

1 Innoc. IV. 1254, P. n. 15293.

2 Vgl. Bulle Bonifaz. IX. v. 1399 (nicht 1400) Fredericq 1, 258.

3 Henner S. 94, nach diesem auch die Privilegien, was indessen durch die Stellvertretung nicht bedingt ist.

4 Nicht aber die Ordensoberen, welche die Inquisitoren kraft päpstlicher Ermächtigung zu ernennen hatten, da diesen von den Päpsten niemals eine solche Befugniss übertragen worden ist, Henner a. a. O.

5 Eine solche Ermächtigung sich Stellvertreter zu bestellen, ist schon Konrad v. Marburg ausdrücklich 1227 u. 1231 von Gregor IX. gewährt worden, S. 450 n. 3 u. 6.

Da die frühere Doktrin S. 458 n. 2 die Inquisitoren theils als delegati papae, theils als iudices ordinarii betrachtete, und beiden das Recht zur Delegation zusteht, Bd. 1 S. 185. 191, so konnte kein berechtigter Zweifel an dieser ihrer Befugniss obwalten. Formeln für die Bestellung bei Bernard. Guidon. P. II n. 45. 46, p. 65. 66.

6 Eymeric. III. n. 43. 44. Die Ständigkeit ist nicht, wie Henner 1, 97 meint, wesentlich, lauten doch die eben citirten Kommissorien nur auf Bestellung bis zum Widerruf. Ernannt wurden derartige Vertreter, wenn der Inquisitor, welcher an sich verpflichtet war, sein Amt persönlich auszuüben, seinen Bezirk auf längere Zeit verlassen musste oder sonst, z. B. durch Krankheit, gehindert war, sein Amt wahrzunehmen.

7 Eymeric. IV. n. 37. 38. 39. Solche pflegten vielbeschäftigte Inquisitoren, wenn sie in einem solchen Theil ihres Bezirkes nicht selbst fungiren konnten, zu bestellen.

8 So wurde, s. Eymeric. III. n. 37, den in der vor. Anm. gedachten Spezial-Vikaren gewöhnlich nicht das Recht ertheilt, definitive Urtheile gegen nicht reuige und rückfällige Ketzer zu erlassen. Nikolaus IV. (1291) P. n. 23723 ertheilt den Franziskaner-Inquisitoren von Tuscien das Recht, aus ihren Ordensbrüdern Vertreter zur Absolution der reumüthig zurückkehrenden Ketzer zu bestellen.

Eine Beschränkung konnte auch in der Weise erfolgen, dass mehrere bestellte Vikare ermächtigt werden, nur gemeinsam vorzugehen, Eymeric. IV. n. 41.

Nachweisungen über solche Stellvertreter aus dem 13. u. 14. Jahrhundert bei Molinier p. 130. 131. 278 u. Henner S. 98 n. 2.

9 Subdelegiren konnten sie abgesehen von einzelnen, keine discussio juris erfordernden Akten nicht, s. Bd. I S. 186. 187; Henner S. 102.

10 Da sie an seiner Stelle fungiren sollten, s. auch Henner S. 96. Erst Clemens VII.: Cum sicut cit. v. 1530, Eymeric. app. p. 139, hat für sie das Alter auf das angetretene dreissigste Jahr herabgesetzt.

11 Vgl. auch Wattenbach Handbuch S. 11.

12 Nicht blos aus einem der für die Absetzung der Inquisitoren massgebenden Grunde, so Henner S. 99, denn alle waren nur Delegirte ihres Machtgebers. Daher lauten die citirten Kommissorien auch zum Theil auf Widerruf, und es erlosch ihre Stellung zugleich mit dem Tode ihres Deleganten.

13 Für diesen Fall gestattet Clem. 2 de heret. V. 3 auch den Ordensoberen die Amotion.

14 Mehrfach werden auch *socii* der Inquisitoren erwähnt, so fast gleichlautend Alex. IV. 1261, P. n. 18032; Urban IV. 1262, P. n. 18418, Sbaralea 2, 414 u. Ripoll 1, 433, s. auch Eymeric. app. p. 54; Clemens IV. bei Bernard. Guidon. p. 216: „ne catholicae fidei negotium . . . ex defectu personarum contingat, . . . quomodolibet impediri, . . . mandamus, quatenus tu fili, prior provincialis, singulis ex fratribus socios, fratres videl. eiusdem ordinis providos et discretos ac etiam negotio congruentes, de quibus hi, quibus assignati fuerint, merito valeant consolari, sublata difficultate qualibet assignare procures, et nihilominus tam tu quam vos alii

2. Die Inquisitionsnotare. Zur Aufzeichnung der gerichtlichen Akte und Verhandlungen bedienten sich die Inquisitoren [1] zunächst der Notare der weltlichen Fürsten und Bischöfe oder zweier glaubwürdigen Männer [2], doch ist schon von Alexander IV. 1260 bestimmt worden [3], dass in Ermangelung oder fehlender Bereitwilligkeit der weltlichen Notare diejenigen Mitglieder der Mönchsorden, welche vor ihrer Profess dieses Amt bekleidet hatten, auf Requisition der Inquisitoren als solche fungiren sollten, wogegen Urban IV. mit Rücksicht darauf, dass offenbar zuerst von ihm auch besondere Inquisitionsnotare ernannt worden sind [4], diese Pflicht auf die Ordensbrüder der Inquisitoren und die eben gedachten päpstlichen Notare beschränkt hat [5]. Vor der Übernahme des Amtes oder der Funktionen hatte der Notar einen Eid auf getreue Erfüllung seiner Amtspflichten zu leisten [6].

3. Die Konsultoren. Wie die übrigen kirchlichen Richter, namentlich die Bischöfe bei der Ausübung ihrer richterlichen Funktionen geeignete Personen als *asses-*

priores, subpriores conventuales ac vicarii, quotiens ab eisdem fratribus, quibus dictum est commissum negotium ac committetur in posterum, fueritis requisiti et dicto negotio fuerit opportunum, de aliis etiam fratribus eiusdem ordinis praeter illos qui eis in socios deputati fuerint, cum omni promptitudine providere curetis". Henner S. 105 erklärt diese für Gehilfen der Inquisitoren bei der Besorgung der nicht processualischen, also der administrativen Geschäfte der Ketzergerichte mit einer Mittelstellung (?) zwischen einem rein richterlichen und rein administrativen Funktionär, indem er sich namentlich auf die Bulle Gregors XI. v. 1373, Eymeric. II p. 146 u. III p. 594 beruft, welche den Dominikaner- und Franziskaner-Inquisitoren gestattet, beliebig an die römische Kurie zu reisen und sich dazu einen socius aus den Mönchen frei ohne Rücksicht auf die Zustimmung der Ordensoberen auszuwählen. Er schliesst daraus, dass der socius des Inquisitors nicht Vertreter desselben gewesen sein könne, da er sonst gerade hätte zurückbleiben müssen. Wenn indessen die erst citirten Bullen die Prioren anweisen, den Inquisitoren, damit die Inquisition nicht aus Mangel an Personal in das Stocken gerathe, Mönche als Socien zuzuweisen, so heisst das nicht, dass diese den Inquisitoren Socien ernennen (so Henner S. 103, freilich im Widerspruch mit S. 95 n. 3), sondern dass sie bestimmte geeignete Mönche von anderen Geschäften entbinden und sie den Inquisitoren zur Verfügung stellen sollen, damit sich diese ihrer Hülfe und zwar nach ihrer eignen Anordnung und Bestimmung, also entweder als Stellvertreter in dem gedachten Sinne oder blos zu einzelnen Akten und Geschäften der Inquisition bedienen konnten. Demgemäss ist der Socius kein Inquisitionsbeamter mit einem ein für alle mal festbestimmten und sich stets gleich bleibenden Geschäftskreis. Deshalb erscheint es auch nicht auffällig, dass sie bei Urban IV. 1262 §. 13, P. n. 18253, bull. Taur. 3, 689 und Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138 bei der Bewilligung eines 3jährigen Ablasses mit den anderen Hülfsbeamten der Inquisitoren (socii vero fratribus vestri ordinis et notariis vestris) zusammengestellt werden, und Clem. 2 de heret. V. 3: „notarii vero et officiales dicti officii necnon fratres et socii inquisitorum et commissariorum ipsorum" auch von Socien der Stellvertreter der Inquisitoren spricht, da dieselben sich offenbar ebenso wie die von ihnen vertretenen Inquisitoren der Hülfe der als Socien letzteren zugewiesenen Mönche bedienen konnten, s. auch S. 462 n. 9.

[1] In Gemässheit des c. 11 (Lateran. IV. 1215) X de probat. II. 19.

[2] Beziers 1246 c. 4, M. 23, 717; Molinier S. 133 Anm. (Anfang des 14. Jahrh.); Limborch lib. sent. Tholos. (p. 36. 175. 281 ebenso) s. weiter Henner S. 116. 118.

[3] P. n. 17955, bull. Taurin. 3, 672.

[4] Denn erst in den in der folgenden Anm. citirten Bullen werden solche erwähnt. Daher bedeutet anfänglich notarius inquisitionis den bei dem Inquisitionsgericht beschäftigten, nicht den bei demselben angestellten Notar.

[5] Urban IV. 1262 §. 7 cit., bull. Taur. 3, 687; Gregor X. 1273 cit., Fredericq 1, 138 u. c. 11. (Clem. IV.) §. 1 in VI de heret. V. 2, welche gleichlauten und überdies auch den Mitgliedern anderer Orden, welche früher Notare gewesen waren, ferner auch Weltgeistlichen, welche das Amt solcher bekleiden, und zwar beiden, selbst wenn sie die höheren Weihen besitzen, die Befugniss gewähren, als Inquisitionsnotare zu fungiren.

Erst Karl IV. hat 1369, Fredericq 1, 216 den Inquisitoren in Deutschland das Recht gegeben, sich für jede Diözese einen öffentlichen Notar zu ernennen. Päpstlicherseits hat man dagegen den Inquisitoren und ihren Stellvertretern ein solches Recht erst im 16. Jahrhundert ertheilt, Pius IV. 1561: Pastoralis officii bei Eymer. app. p. 161.

Vgl. des Weiteren Henner S. 118 ff., welcher aber nicht gehörig zwischen der Pflicht und dem blossen Recht, das Notariats-Amt bei der Inquisition zu übernehmen, unterscheidet.

[6] Clem. 1. §. 3 i. f. de heret. V. 3, vgl. auch den von Karl IV. vorgeschriebenen Eid, s. vor. Anm.

Über die Nebenfunktionen der Notare, z. B. Führung der libri poenitentiarum (des Verzeichnisses über die den verurtheilten Ketzern auferlegten Bussen) Henner S. 128.

sores oder *consiliarii*, d. h. als Berather, zuziehen konnten [1], so wurde dies nicht nur den Inquisitoren gestattet, sondern sogar auch schon früh durch die Päpste anempfohlen [2], um so mehr als die ersteren vielfach nicht gleichmässig in der Theologie und im geistlichen und weltlichen Recht bewandert waren, Die Auswahl [3] und die Bestimmung der Zahl derselben [4] hing von dem Belieben der Inquisitoren ab [5]. Ständig war das Amt der Konsultoren nicht, vielmehr wurden sie stets zu einem einzelnen Prozesse zugezogen [6] und vor Beginn ihrer Thätigkeit auf Beobachtung ihrer Pflichten, namentlich auf Geheimhaltung der Verhandlungen beeidet [7]. Auch waren die Inquisitoren befugt, die von ihnen ausgewählten Konsultoren zur Übernahme ihrer Funktionen zu zwingen [8].

Eine Pflicht für die Inquisitoren, sich derartiger Berather zu bedienen, bestand im Allgemeinen nicht [9], nur in dem Falle, wenn die Namen der Zeugen und Denunzianten dem Angeklagten verheimlicht wurden [10], war dies (um dem letzteren eine

[1] c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 9; München kanon. Gerichtsverfahren 1, 78, P. Fournier les officialités au moyen age. Paris 1880 p. 25.

[2] GregorIX. 1235, P. n. 9993. 9995, Fredericq 1, 100 u. 101 (sapientium consilio); Alex. IV. 1260, P. n. 17800, bull. Taur. 3, 670 (peritos advocare); Urban IV. 1262 §. 10, ibid. p. 689: „accersendi quoque, prout expedierit, peritos quoslibet, ut vobis in ferendis huiusmodi sententiis praebeant consilium opportunum ac vobis assistant"; c. 12 (Bonifac. VIII.) in VI de heret. V. 2: „advocandi quoque, prout expedierit, iure peritos quoslibet, ut vobis assistant et in huiusmodi ferendis sententiis praebeant consilium opportunum ac eis, quod super his vobis humiliter pareant, in virtute obedientiae iniungendi".

[3] S. die vor. Anm. Über ihre Qualifikation war nur bestimmt, dass sie erfahrene und kenntnissreiche, zu diesem Amte geeignete Männer sein sollten, s. vor. Anm. Dem geistlichen Stande brauchten sie nicht anzugehören, Bernard. Guidon. III n. 28 p. 125: „habito super his cum sapientibus et discretis viris in utroque peritis tam saecularibus quam regularibus diligenti consilio"; Molinier p. 17; Henner S. 141.

[4] S. Anm. 2. Gewöhnlich sind es mehr als zwei, mitunter eine sehr grosse Zahl, bei Molinior p. 17, sogar 27, wovon 15 geistliche, 12 weltliche. Andere Beispiele bei Henner S. 143 n. 2.

[5] Auch haben die Inquisitoren seit dem 14. Jahrhundert öfters Gutachten von juristischen und theologischen Fakultäten eingeholt, Lea 2, 123. 577 u. Fredericq 1, 155; weitere Nachweisungen bei Henner S. 145 n. 2, mitunter auch von einzelnen durch Gelehrsamkeit ausgezeichneten Personen, Fredericq 1, 327 (1448).

[6] Vgl. die Formeln für die Einberufung von Konsultoren bei Bernard. Guidon. I. n. 31. 32 p. 26. Ein Honorar erhielten sie für die Regel nicht, wennschon der Inquisitor ein solches gewähren konnte, Lea 1, 388.

[7] Lea 1, 570; Henner S. 144.

[8] c. 12 in VI de heret. cit., s. Anm. 2.

[9] Das ergeben die Anm. 2 citirten Bullen. Doch war es vielfach Übung solche, sei es bei der Einleitung des Prozesses, Lea 1, 570, sei es beim Auftauchen schwieriger Fragen, sei es bei der Fällung des Urtheils, Henner S. 150 ff., zuzuziehen. Auch darüber, in wie weit ihnen Mittheilung von dem Prozessverfahren und seinen Ergebnissen, ob vollständig oder nur kurz in den wesentlichen Punkten, mit oder ohne Namen der Angeklagten oder der Zeugen, gemacht wurde, gab es weder feste Regeln noch eine einheitliche Praxis, vgl. Bernard. Guidon. III n. 1. 20 p. 83. 112. 115; Limborch sent. Tholos. p. 269; Henner S. 152.

[10] Nachdem zunächst Narbonne 1235 c. 22, M. 23, 364; Beziers 1246 cons. c. 10 p. 718, Innocenz IV. 1254, P. n. 15268, bull. Taur. 3, 583, Bernard. Guidon. P. IV p. 189 n. 9, die Verheimlichung der Namen der Ankläger und Zeugen gegenüber dem Angeschuldigten geboten hatten, änderte dies Innocenz IV. 1254 (s. auch Alexander IV.) bei Bernard. Guidon. l. c.; Urban IV. 1262 §. 9, P. n. 18253 bull. Taur. 3, 689 (s. auch P. n. 18387, Eymeric. p. 138); Gregor X. 1273, Fredericq 1, 137 (fast wörtlich gleichlautend): „si testibus quos a vobis recipi vel ab alio vice vestra super eodem crimine examinari contigerit, ex publicatione nominum eorundem videritis periculum imminere, ipsorum nomina non publice, sed secrete coram aliquibus personis providis et honestis et religiosis et aliis ad hoc vocatis de quorum consilio ad sententiam et condemnationem procedi volumus, exprimantur, et sic non obstante quod illis contra quos huiusmodi testes deposuerint, eorum nomina non fuerint publicata, ad cognitionem iudicis instruendam adhibeatur plena fides testium depositionibus eorundem" dahin ab, dass die Namen der Zeugen und Ankläger (Denunzianten) dem Angeschuldigten nur dann verschwiegen werden durften, wenn aus der Publikation ihrer Aussagen für dieselben sich eine Gefahr ergeben würde, dass aber in solchen Fällen eine geheime Mittheilung der Aussagen vor zugegangenen Konsultoren, deren Beirath auch für das Urtheil eingeholt werden musste, erforderlich sein sollte. Henner S. 147 versteht diese Bullen dahin, dass sie an der Verheimlichung der Namen der Zeugen gegenüber dem Angeschuldigten als Regel festhalten, aber in allen Fällen die erwähnte geheime Mittheilung vorschreiben, denn er führt die der richtigen Auffassung nach schon in den gedachten

Garantie für die Innehaltung der gesetzlichen Formen beim Beweisverfahren zu gewähren) vorgeschrieben [1]. In keinem Falle waren aber die Inquisitoren an das Gutachten der Konsultoren gebunden [2].

4. Die Unterbeamten der Inquisitoren. Als solche kommen bei den Inquisitionsgerichten vor 1. *executores* [3], welche die Befehle der Inquisitoren auszuführen, insbesondere Ladungen zu bewirken, die Beschuldigten zu verhaften und in die Gefängnisse abzuliefern hatten [4], 2. Gefangenaufseher (*custodes principales*) [5] und deren Unterbeamte, *ministri* (Ämter, deren ersteres ein angesehenes war [6] und auch durch Kleriker bekleidet wurde [7]), ferner 3. der *receptor bonorum publicatorum*, welcher das konfiscirte Vermögen der Ketzer in Verwahrung zu nehmen, die Forderungen des Vermögensinhabers beizutreiben, den Verkauf der Vermögensstücke zu

Bullen enthaltene Änderung erst auf c. 20 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2 zurück. Dasselbe macht aber nur die Neuerungen, 1. dass es die Verheimlichung allein bei einem grave, nicht bei jedem periculum schlechthin gestattet, 2. die Vorschrift auf die Ankläger (Denunzianten), welcher nicht alle der vorhin citirten Bullen neben den Zeugen erwähnen, ausdehnt, 3. die Mittheilung der Namen bei Verheimlichung auch an den Bischof oder dessen Vikar (bei bischöflicher Inquisition wenn möglich an den päpstlichen Inquisitor) anordnet und 4. unter Festhaltung der obligatorischen Mittheilung der Namen an die Konsultoren die Bekanntgabe des ganzen Prozesses vor Einholung ihres Gutachtens beim Urtheil vorschreibt, und weicht andererseits von den citirten Bullen darin ab, dass es im Gegensatz zu ihnen bei nicht vorhandener schwerer Gefahr die Kundgebung der Namen an den Angeschuldigten ausdrücklich befiehlt.

1 S. d. vor. Anm.

2 Das ist freilich bestritten gewesen. Eymeric. III. qu. 78. 79 z. B. bejaht es unter Berufung auf das blos eine Ausnahme aufstellende c. 20 in VI de heret. V. 2 cit. Vgl. Henner S. 149.

3 Auch *nuncii*, *missi*, *bedelli*, *viatores*, *officiales*, *famuli* genannt, Henner S. 166.

4 Henner S. 166. 167. Doch bedienten sich die Inquisitoren dazu auch, so in Frankreich, s. Bernard. Guidon. p. 214, der entsprechenden Unterbeamten des Königs, der weltlichen Herren und höheren Beamten, welche verpflichtet waren, ihnen Dienste zu leisten.

In Italien sollten nach Innocenz IV. 1252: Ad exstirpanda v. 1252 §§. 4 ff., bull. Taur. 3, 553, 12 rechtschaffene katholische Männer zur Verhaftung der Ketzer und zur Konfiskation ihres Vermögens, sowie zwei Notare und zwei oder mehrere Diener auf Wahl des Bischofs und je zweier von ihren Prioren deputirten Domininikaner und Franziskaner durch die Obrigkeiten, nach Alexander IV. 1255, ibid. 3, 611 eventuell durch die Inquisitoren, bestellt werden, deren Amt 6 Monate zu dauern hatte, und denen aus den konfiscirten Gütern und den Geldstrafen der Ketzer, sowie bei Erledigung von Aufträgen ausserhalb der Stadt durch die Obrigkeit für ihre Mühewaltungen eine Entschädigung zu gewähren war. Vgl. Innocenz IV. ad exstirpanda cit. §. 14; Alex. IV. 1256, P. n. 16286. 16292, Eymeric. app. p. 25 und ferner des Weiteren Henner S. 167 ff.

5 Nach Clem. 1. §. 2 de heret. V. 3. sollten die Bischöfe und die Inquisitoren gemeinsame Gefängnisse einrichten, und für diese der Bischof und der Inquisitor je einen custos principalis, welcher jeder einen Gefangenwärter (minister) zu seiner Unterstützung ernennen konnte, anstellen; §. 3 ibid.: „Porro coram episcopo et capitulo sede vacante et inquisitore . . . custodes . . . antequam suum officium exequantur, iurabunt . . ., quod in custodia immuratorum et aliorum . . . omnem diligentiam et solicitudinem quam poterunt fideliter adhibebunt, et quod alicui incarcerato nihil unus in secreto loquetur, quin hoc audiat alter custos, et quod provisionem quam incarcerati a parentibus et amicis vel aliis personis fidelibus offeretur eisdem (nisi episcopi et inquisitoris vel suorum commissariorum ordinatio refragetur) ipsis fideliter et absque deminutione aliqua ministrabunt nec in his fraudem aliquam adhibebunt. Et idem iuramentum et coram eisdem personis ministri custodum, priusquam suum exerceant officium, exhibebunt“. Hatten die Bischöfe allein eigne Kerker für die Ketzer, so sollten die gedachten Beamten die erwähnten Diensteide doch ebenfalls mit vor den Inquisitoren ableisten, §. 3 cit. Wenn die letzteren die weltlichen Gefängnisse benutzten, so z. B. im 14. Jahrhundert in Deutschland, deren Gewährung von den Päpsten beansprucht wurde, Innocenz VI. 1353 u. Urban V. 1368, Fredericq 1, 204. 209, so hatten doch die custodes der Inquisition die Aufsicht über die dort untergebrachten Ketzer, Bernard. Guidon. n. 37, p. 61, vgl. auch c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 3. Einen besonderen Kerker durften die Inquisitoren nur für die Untersuchungsgefangenen, nicht aber für die Verbüssung der Gefängnissstrafe halten, Eymeric. III. qu. 58. Vgl. des Weiteren Henner S. 180 ff.

6 Molinier p. 133.

7 So durch Pfarrer, s. a. a. O. und Bernard. Guidon. l. c.

Dass aber trotz aller päpstlichen Anordnungen der Zustand der Gefängnisse ein trauriger war und die Ketzer oft grausam behandelt wurden, ergeben die Erlasse Gregors IX. v. 1238, Molinier p. 448 und Clemens' V. von 1310, Lea 2, 572; Clem. 1 §. 2 de heret. V. 3, vgl. auch Henner S. 185.

besorgen und die erzielten Geldbeträge unter Rechnungslegung an die Inquisitionskasse abzuliefern hatte [1], und 4. der von Fall zu Fall von dem Exekutor und Receptor gewählte *Sequester*, welchem es oblag, auf Befehl der Inquisitoren das Vermögen des Angeschuldigten bei Einleitung der Untersuchung nach einem in Gegenwart des Exekutors und des Receptors notariell aufgenommenen Inventar in Gewahrsam zu nehmen und bis zur Beendigung des Prozesses, also bis zur Konfiskation oder bis zur etwaigen Herausgabe an den freigesprochenen Inquisiten, in Verwahrung zu behalten und zu beaufsichtigen [2].

III. Die Inquisitionsbeamten im Allgemeinen. Was zunächst die allgemeine Qualifikation [3] der Inquisitionsbeamten [4] betraf, so war nicht nur Zugehörigkeit zum katholischen Glauben, sondern auch zu einer in diesem fest gebliebenen Familie [5], unbescholtener Lebenswandel [6] und Kenntniss der lateinischen Sprache [7] erforderlich [8], auch sollte zwischen den Beamten desselben Gerichts kein Verwandtschafts- und Schwägerschaftsverhältniss bestehen [9].

Alle Inquisitionsbeamten hatten vor Ausübung ihres Amtes die treue Erfüllung ihrer amtlichen Funktionen und Pflichten anzugeloben [10], ferner namentlich Amtsverschwiegenheit über alles, was bei den Inquisitionsgerichten vorkam, zu beobachten [11], ihr Amt persönlich auszuüben [12], sich der Annahme von Geschenken, selbst von anderen Inquisitionsbeamten [13], sowie der persönlichen Theilnahme an der Versteigerung der der Konfiskation verfallenen Sachen, ja selbst der Betheiligung an einer solchen durch Stellvertreter [14] zu enthalten. Über die Erfüllung der Amtspflichten hatten die Inquisitoren zu wachen, denen über die Beamten die Disciplinarstrafgewalt zukam [15].

Um die Inquisitionsämter begehrenswerther zu machen und den Eifer der Beamten anzufeuern, haben die Päpste denselben seit dem 13. Jahrhundert eine Reihe von Privilegien [16] ertheilt. Es gehören hierher

1. das den Inquisitoren und deren Notaren für die Dauer ihrer Amtsfunktionen [17] zustehende Privileg, von keinem päpstlichen Delegaten, Subdelegaten, Kon-

[1] Es war aber nur ein ausschliesslicher Inquisitionsbeamter, welcher von den Inquisitoren angestellt wurde, wenn und soweit das konfiscirte Vermögen an die Inquisition, nicht aber wenn es an den Staat oder an die erstere und den letzteren gemeinsam fiel. Vgl. über diesen Beamten Henner S. 187 ff.

[2] Henner S. 190.

[3] Über die besondere für einzelne Kategorien s. die vorangehende Darstellung.

[4] Was die Zahl anlangt, so sollten die Inquisitoren — über die Zahl dieser letzteren s. S. 457 — nur die nothwendig erforderlichen Beamten, nicht überflüssige anstellen, Innocenz IV. 1249 bei Lea 1, 571 u. Molinier p. 305; Clem. 2 i. f. d. heret. V. 3. Für die Diöcese Florenz wird durch den päpstlichen Nuntius die Zahl der consiliarii auf 4, der Notare auf 2, der Gefangenaufseher auf 2 und der niederen Offizialen und Familiaren (S. 461) auf 12 bestimmt, vgl. weitere Nachweisungen bei Henner S. 9 n. 3.

[5] Henner S. 10.

[6] A. a. O. S. 11.

[7] A. a. O. Nikolaus IV. 1291, P. n. 23621 verlangt für die Inquisitoren auch Kenntniss der Landessprache (idiomatis Bosnici), doch kommen auch Dolmetscher vor, Henner S. 12 n. 2.

[8] Über das Alter finden sich keine allgemeinen Vorschriften, doch war mindestens Mündigkeit erforderlich, Henner S. 11.

[9] Henner S. 13.

[10] Clem. 1 §. 3 i. f. de heret. V. 3. S. auch o. S. 463 n. 6, S. 464 n. 7, S. 465 n. 5. Die Inquisitoren legten den Eid vor den sie ernennenden Prälaten oder vor dem Bischof oder vor den bereits früher angestellten Amtsgenossen ab, Henner S. 14. 15.

[11] Henner S. 16, s. auch die Citate in der vor. Anm.

[12] Auch nicht ein anderes Amt bei demselben Inquisitionsgericht zu versehen, Henner S. 17 ff.

[13] Henner S. 21. Über Fälle von Bestechungen s. Henner S. 22 n. 1.

[14] Limborch II. 20. p. 173; Henner S. 21.

[15] Henner S. 20; s. auch o. S. 458 u. S. 462.

[16] Über die besonderen, den Inquisitoren zustehenden Privilegien s. S. 460.

[17] Alex. IV. 1259, P. n. 17536, Ripoll bull. Praedic. 1, 372 u. P. n. 17662, Sbaralea bull. Francisc. 2, 360; Urban IV. 1262, P. n. 18389, bull. Taur. 3, 694; Clem. IV. 1266, P. n. 19522, Ripoll l. c. 1, 469.

servator oder Exekutor ausser auf Grund spezieller Ermächtigung des Papstes mit der Exkommunikation, dem Interdikt oder der Suspension belegt zu werden[1];

2. die Gewährung eines dreijährigen Ablasses an die Inquisitionsbeamten[2] für jede der Inquisition, wie immer geleistete Unterstützung, und falls sie bei der Ausübung ihrer Inquisitionsthätigkeit den Tod fanden, die eines vollkommenen Ablasses aller Sünden[3].

IV. Eine zweite Instanz über den Inquisitionsgerichten ist in dieser Zeit nicht organisirt worden, vielmehr bildete der Papst die höhere und höchste Instanz über denselben. War auch den Ketzern durch päpstliches[4] und weltliches Gesetz[5] ausdrücklich die Appellation verschlossen worden, so konnte sie doch nicht jedem blos wegen Ketzerei zur Untersuchung Gezogenen, weil seine Ketzer-Qualität zunächst fraglich war, verwehrt werden[6], und überdies war der Papst berechtigt, jedwede

[1] S. die vor. Anm. Die Bullen lauten übereinstimmend: „ut nullus sedis apostolicae delegatus vel subdelegatus ab eo, conservator aut etiam executor a sede apostolica deputatus eadem seu etiam deputandus in vos vel quatuor notarios sive scriptores vestros . . . quamdiu in prosecutione huiusmodi negotii vos et ipsi fueritis, possit excommunicationis vel suspensionis aut interdicti sententiam promulgare absque speciali mandato praedictae sedis, faciente plenam et expressam de hac indulgentia mentionem". Eine völlige Exemtion von jeder kirchlichen Strafgewalt mit Ausnahme der päpstlichen ist darin, so Henner S. 24. 25, nicht ausgesprochen. Freilich brauchten die Mitglieder der exemten Orden, zu denen die Inquisitoren gehörten, nicht erst eine besondere Befreiung von der bischöflichen Strafgewalt. Die Doktrin hat, s. Pegna comm. 70 u. 131 zu Eymer. III. qu. 21 u. 82, wenngleich nicht übereinstimmend, diese Privilegien auch auf die übrigen Inquisitionsbeamten ausgedehnt.

[2] Wegen der Inquisitoren selbst s. o. S. 461.

[3] Nachdem Gregor IX. 1237, P. n. 10362, Eymeric. app. p. 4; Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118; Alex. IV. 1255, P. n. 16132, ibid. 1, 127, allen denjenigen, welche den Inquisitoren bei der Bekämpfung der Ketzer geholfen, derartige Ablässe ertheilt hatten, wurden sie später, s. Alexander IV. 1259, P. n. 17663, bull. Taur. 3, 668; Urban IV. 1262 §. 13 und die weiter S. 461 n. 2 citirten Bullen auch den „sociis vestri ordinis et notariis vestris, qui vobiscum in prosecutione huiusmodi negotii laborabunt et omnibus qui personaliter vobis astiterint in eodem negotio" gewährt. Bei Alexander IV. 1255 cit. heisst es dagegen noch: „vobis . . . et omnibus personaliter vobis assistentibus", d. h. es wird hier sogar den Assistenten der Inquisitoren vollkommener Ablass wie den letzteren in allen Fällen gegeben. Es ist daher seit 1259 in dieser Beziehung eine Minderung des Privilegs eingetreten, was Henner S. 27. 28 übersehen hat.

Als weitere Privilegien zählt letzterer S. 29 ff. noch auf 1. das der Unverletzlichkeit (unter nicht zutreffender Berufung auf Gregor IX. 1233, P. n. 9220, Fredericq 1, 93, wo nur der Auftrag ertheilt wird, die Belästiger gewisser Inquisitoren und ihrer Familiaren mit Censur zu belegen), 2. der Freiheit von allen kirchlichen und weltlichen Abgaben, 3. das Recht auf Verabreichung aller Lebensmittel zu einem angemessenen Preis, 4. sowie das Recht der Inquisitoren, ihren untergeordneten Beamten das Waffentragen zu erlauben. Für keins derselben weist Henner besondere, der hier fraglichen Zeit angehörige päpstliche Erlasse nach, es galten vielmehr, was die zuerst erwähnten drei Rechte betrifft, die allgemeinen Vorschriften für Kleriker und Mönche, also namentlich auch das privilegium canonis (Bd. I S. 118), s. auch o. S. 213 u. 216. Die Freiheit von weltlichen Abgaben ist übrigens den Mönchsorden ebenfalls von Fürsten und Herren zugestanden worden, so 1280 in Brabant, Fredericq 1, 144, und wurde selbstverständlich von den Inquisitoren, da die Inquisition ein kirchliches Institut war und die Kirche Abgabenfreiheit für ihre Diener beanspruchte, verlangt, Pegna comm. 1 lit. f. ad Eymeric. III. n. 3, p. 419. Die Haltung bewaffneter Beamten und Leute durch die Inquisition zu ihrem Schutz und zur Durchführung ihrer Befehle war ebenfalls durch ihre Stellung von selbst bedingt, wennschon dadurch Konflikte mit solchen Obrigkeiten, welche auch gegen ihre Bürger Verbote des Waffentragens erlassen hatten, s. für das 13. Jahrh. Henner S. 31. 32, hervorgerufen wurden. Päpstlicherseits ist blos wiederholt gegen Missbräuche dabei, namentlich gegen die Ertheilung der Erlaubniss an unzuverlässige Leute und an Nichtfamiliaren eingeschritten worden, Clem. 2 i. f. de heret. V. 3; Johann XXII. 1321, Eymeric. app. p. 80 und die Nuntiatur-Verordnung v. 1321, Lea 1, 572.

Dass alle die gedachten Privilegien durch Calixt III. 1458, Eymeric. app. p. 98 bestätigt worden sind, so Henner a. a. O., ist nicht richtig, vielmehr bestätigt diese Bulle nur Innocenz IV. 1254 cit. S. 461 n. 4.

[4] Gregor IX. 1229, P. n. 8445 u. 1231, P. n. 8474, Fredericq 1, 77: „proclamationes aut appellationes huiusmodi personarum minime audiantur"; c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 3.

[5] Friedrich II. 1232: Commissi LL. 2, 289; Karl IV. 1369, Fredericq 1, 216.

[6] Wie denn auch die Doktrin das Verbot nur auf die Appellation von der verurtheilenden De-

Appellation anzunehmen[1]. Die Nothwendigkeit von Reisen der Inquisitoren und der Appellanten in solchen Fällen, die Inanspruchnahme der Päpste durch derartige Geschäfte, ferner der Umstand, dass bei der Ausdehnung der Inquisition diese sich nicht allein überlassen bleiben konnte, vielmehr für die Aufrechterhaltung der Einheit in allen wichtigen Fragen sich die Nothwendigkeit der Einrichtung einer oberen leitenden Instanz geltend machte, haben schon Urban IV. veranlasst 1262 einen Kardinal zum General-Inqusitor (*inquisitor generalis*) zu ernennen[2]. An ihn sollten sich die Inquisitoren schriftlich oder persönlich in schwierigen Fällen wenden, und dieser sollte dann die Entscheidung des Papstes einholen, während dem ersteren eine selbstständige Erledigung der anderen, also namentlich der laufenden Angelegenheiten überlassen wurde[3], so dass derselbe nur in diesen letzteren die Stellung eines iudex delegatus besass, im Übrigen aber nur die Sachen für den Papst vorzubereiten und ihn bei ihrer Erledigung zu berathen hatte. Dieses Amt blieb aber nur bis zum J. 1294 besetzt, und nachdem dann Clemens VI. (1342—1352) nochmal einen General-Inquisitor bestellt hatte[4], ist dasselbe anscheinend überhaupt nicht wieder verliehen und mit Rücksicht auf die im Laufe der Zeit fest ausgebildete Praxis der Inquisitionsgerichte für überflüssig erachtet worden[5].

§. 291. γ. *Die Unterhaltung der päpstlichen Ketzergerichte.*

Die päpstlichen Ketzergerichte erforderten eine Reihe von Aufwendungen für ihr Dienstpersonal, für die Beschaffung und die Unterhaltung der Gerichts- und Archivlokalien, sowie der Gefängnisse, für die Deckung der sonstigen sachlichen Kosten, endlich auch für den Unterhalt der in Untersuchungshaft befindlichen Angeschuldigten[6] und der zu langwierigem oder lebenslänglichem Gefängniss verurtheilten Ketzer. Hatten auch die delegirten Richter nach gemeinem Rechte ihre Funktionen unentgeltlich auszuüben[7], so erhielten doch die Inquisitoren, welche überwiegend Bettelmönche waren, meistens von ihren oft weit entfernten Klöstern nicht das zum Lebensunterhalt Nothwendige[8]. Deshalb musste ihnen eine Remuneration gewährt werden, ferner waren auch die Dienste einer Anzahl von Hülfsbeamten nicht umsonst zu beschaffen[9],

finitivsentenz bezogen hat, Pegna comm. 31 ad Eymeric. III. n. 127.

[1] C. Douais sources p. 420 (Beschwerde der südfranzösischen Ketzerrichter über den Missbrauch der Appellation an Innocenz IV. 1245).

[2] P. n. 18422, Ripoll bull. Praedic. 1, 434 u. Sbaralea 2, 452: „quatenus in negotio eodem . . . diligenter iuxta formas super eo vobis traditas procedentes periculosa et gravia impedimenta quae in praedicto negotio vobis emerserint . . . cardinali (Johann Cajetan Orsini) quem eidem praefecimus negotio significare curetis: super aliis vero impedimentis quibuslibet, quae sive ex defectu sociorum sive alias ex quacumque causa vobis in ipso negotio emergere forte contigerit et personaliter, si opus fuerit, ad cardinalem recurratis eundem; et per litteras vestras seu nuncios secure ipsi cardinali omnia intimare curetis, ut nos per eum sufficienter super praemissis instructi contra impedimenta huiusmodi provideamus de remediis opportunis."

[3] Eine Anordnung des Generalinquisitors v. 1273 bei Lea 1, 573 u. Frédericq 1, 521.

[4] Henner S. 367; Lea 1, 397.

[5] Während der Nichtbesetzung des Amtes haben die Päpste gegebenen Falles namentlich auf etwaige an sie gebrachte Beschwerden höhere kirchliche Würdenträger, insbesondere Kardinäle, mit Untersuchungen und Visitationen, so z. B. Clemens V. 1306 u. 1310, Molinier p. 94. 98, betraut. Vgl. auch Henner S. 367.

[6] Mitunter wurden diese, z. B. in Carcassonne, Jahre lang (5 Jahre und länger) in Haft gehalten, Lea 2, 94. 102.

[7] c. 10 (Innoc. III.) X de vita III. 1.

[8] 1255 werden durch Alexander IV. P. n. 15995, Ripoll bull. Praedic. 1, 286, mehrere Dominikaner auf ihr Gesuch von ihren Funktionen als Inquisitoren entbunden, weil sie dieselben propter defectum expensarum nicht ausüben können.

[9] Von diesen hatten allerdings die crucesignati, S. 461 n. 3, welche ihrerseits gerade die Inquisition nach Möglichkeit mit Geldmitteln

und unter allen Umständen mussten die nöthigen Mittel für die sonstigen Kosten aufgebracht werden.

Obwohl die Ketzergerichte eine päpstliche Einrichtung waren, wurden dieselben doch nicht von Rom unterhalten [1]. Vielmehr erklärte man mit Rücksicht darauf, dass auf die Ketzerei bei Laien die Strafe der Vermögenskonfiskation zu Gunsten der weltlichen Obrigkeiten gesetzt war [2], die Fürsten, sonstigen weltlichen Herren und Kommunen, denen das konfiscirte Vermögen zufiel, zur Bestreitung der erwachsenden Kosten für verpflichtet [3]. Allerdings entsprachen die weltlichen Gewalten in einzelnen Ländern, z. B. in Frankreich während des 13. und 14. Jahrhunderts [4], in Deutschland unter Karl IV. [5], ferner in Neapel [6] und in Venedig [7] diesen Anforderungen, indessen deckten doch die Leistungen derselben vielfach nicht den vollen Bedarf der Inquisition [8], ganz abgesehen davon, dass die weltlichen Mächte dadurch einen Einfluss auf die letztere gewannen, welche es ihnen gestattete, die Thätigkeit derselben von sich abhängig zu machen [9].

Unter diesen Umständen blieb daher nichts übrig, sowohl in diesen Ländern,

unterstützen sollten, und die consultores, S. 463 da sie meistens Geistliche mit kirchlichen Benefizien waren, nichts zu beanspruchen.

[1] Höchstens haben gelegentlich einzelne Päpste dafür Aufwendungen gemacht, so hat Nikolaus IV. 1290, P. n. 23201, Sbaralea bull. Francisc. 4, 139, zweien Inquisitoren ihre Kosten aus den Einkünften des damals schon päpstlichen Venaissin erstatten lassen, oder auch, wie Gregor XI. 1376, Wadding annal. Minorum ed. Forsera a. 1376 n. 3; Lea 2, 155, Ablässe für diejenigen ertheilt, welche Beiträge für die Zwecke der Inquisition geben würden, Gregor XI. in dem gedachten Fall zur Errettung der von dem französischen Inquisitor Borelli eingekerkerten Untersuchungs- und Strafgefangenen vom Hungertode. Die Bischöfe hatten sowohl für die Ausübung ihrer eigenen Ketzer-Inquisition, wie auch für die Betheiligung bei der päpstlichen (s. §. 294) keinen Anspruch auf Kostenersatz, c. 1 (Benedikt XI.) in Extr. comm. de heret. V. 3.

[2] S. o. S. 380.

[3] Schon das Leg. K. Toulouse 1229 c. 11, M. 23, 196 bestimmt: „quibus (den zu Bussleistungen eingekerkerten geständigen Ketzern) ab illis qui bona eorum tenuerint, provideatur in necessariis secundum dispositionem praelati: si vero bona non habuerint, eis provideatur per praelatum"; Beziers 1246 c. 23, p. 720: „Curetis tamen, ut talibus immurandis fiant . . . separatae et occultae camerulae . . . ut alterutrum vel per se vel alios pervertere nequeant; et eos enormis rigor carceris non extinguat: quod ab illis qui bona eorum tenuerint, fieri et in necessariis provideri faciatis eisdem sec statuta conc. Tolos."; Albi 1254 c. 24, p. 839: „ut illi faciant ipsos muros, qui bona occupant eorundem et fiant, ubi dioecesanus episcopus noverit construendos. In quibus muris arctis sic sint clausi, quod exire inde non valeant ullo modo, quibus immuratis et immurandis provideatur in necessariis secundum dispositionem praelati ab illis qui bona ipsorum tenuerint. Si vero non habeant ulla bona, dominus et loci communitas, ubi inventi fuerint, providere eis in necessariis non postponant, et ad hoc, si opus fuerit, a dioecesano per censuram ecclesiasticam compellantur"; von päpstlichen Anordnungen s. Innocenz IV, 1252: Ad exstirpanda für die Lombardei, Romagna u. die Mark Treviso, bull. Taur. 3, 552 §. 34: „Teneatur insuper potestas seu rector omnia bona haereticorum . . . et condemnationes pro his exactas dividere tali modo: una pars deveniat in commune civitatis vel loci, secunda in favorem et expeditionem officii detur officialibus, qui tunc negotia ipsa peregerint, tertia ponatur in aliquo tuto loco secundum quod dictis dioecesano et inquisitoribus videbitur reservanda et expendenda per consilium eorumdem in favorem fidei et ad haereticos exstirpandos, non obstante huiusmodi divisioni statuto aliquo condito aut condendo"; §. 22: „Teneatur insuper potestas seu rector quilibet omnes haereticos vel haereticas, qui capti amodo fuerint . . . in aliquo speciali carcere tuto et securo . . . sub expensis communis civitatis vel loci sui facere custodiri"; vgl. auch §. 14. ibid., o. S. 465 n. 4, wiederholt für Italien von Clemens IV. 1263 u. 1265, bull. Taur. 3, 744. 763.

[4] So sorgte Ludwig IX. 1233. 1234. 1246. 1248. 1258 für die Inquisitionsgefängnisse an einzelnen Orten, für den Unterhalt der Gefangenen und für die Erstattung der Kosten an die Inquisition, Lea 1, 490. 527 u. 2, 115. 117; Molinier p. 306; Henner S. 227 n. 2; über die spätere Zeit s. Henner a. a. O., Lea 1, 527 u. 2, 131; Bernard. Guidon. II. n. 43. 44 p. 64. 65.

[5] S. 455 n. 5. Auch in Freiburg wurde im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts die Inquisition aus weltlichen Mitteln unterhalten, s. Henner a. a. O.

[6] Friedberg Grenzen zw. Staat u. Kirche S. 659; Lea 1, 525 ff.

[7] S. 454 n. 2.

Weitere Nachweisungen bei Henner a. a. O. a. E.

[8] Namentlich da, wo die Konfiskationen wenig einbrachten. 1237 klagt Gregor IX., dass die königlichen Beamten in Frankreich trotz der Konfiskationen nichts für den Unterhalt der Gefangenen hergeben, Lea 1, 526.

[9] Wie dies in Venedig geschehen ist, S. 454 n. 2.

wie auch in denjenigen, in denen von der weltlichen Obrigkeit keine Geldmittel hergegeben wurden, andere Einnahmequellen zu eröffnen.

Schon gegen Mitte des 13. Jahrhunderts hatten einzelne Partikularkonzilien[1] sowie die Päpste[2] ausser den weltlichen Obrigkeiten auch die Bischöfe für verpflichtet erklärt, zu den Kosten der Inquisition beizutragen, indem man davon ausging, dass es die Pflicht der Bischöfe sei, die Ketzer zu verfolgen, und daher auch die Kosten für die päpstlichen Inquisitoren, welche sie in dieser Funktion unterstützten, aufzubringen[3], aber die ersteren suchten sich ebenfalls vielfach der Unterstützung einer Einrichtung, durch welche ihre Stellung herabgedrückt wurde, zu entziehen[4].

Ferner ist schon früh der Gedanke hervorgetreten, der Inquisition eigene Einnahmen zu verschaffen und aus diesen die Kosten für dieselbe zu bestreiten. So hat Innocenz IV. für einzelne Theile Ober-Italiens die weltlichen Obrigkeiten verpflichtet, zwei Drittel der konfiscirten Güter der Ketzer zu Gunsten der Inquisition und ihrer Beamten zu verwenden[5], und Alexander IV. die Inquisitoren der römischen Provinz ermächtigt, die konfiscirten Güter der Ketzer zum besten der Inquisition zu verkaufen[6]. Aber da, wo die weltlichen Gewalten das Konfiskationsrecht übten, versagte dieses Mittel bei mangelnder Bereitwilligkeit derselben vielfach[7], selbst wenn es sich um wohlhabende Angeschuldigte handelte. Daher schritten die Inquisitoren schon früh zur Verhängung von Geldstrafen[8], und wenngleich anfänglich die Zulässigkeit dieses Verfahrens beanstandet worden ist[9], so setzten sich die Inquisitoren doch über diese Bedenken hinweg, und noch im Laufe des 13. Jahrhunderts hat sich eine feste Praxis für die Zulässigkeit derselben gebildet[10]. Eine weitere

[1] Toulouse 1229 c. 11, S. 469 n. 3; Narbonne 1234 o. 1235, M. 23, 357: „Conversis ab haeresi pauperibus includendis carceres construantur. Et in necessariis provideant (sc. inquisitores), ne per tales nimium graventur praelati vel eorum multitudini fortasse nequeant providere“ (welches allerdings die Bischöfe nur neben den Inquisitoren verpflichtet).

[2] So Innocenz IV. 1253, P. n. 14856, bull. Taur. 3, 562, wonach die Bischöfe der Lombardei aus den verfallenen Kautionen der nach der Abschwörung der Ketzerei rückfällig gewordenen Häretiker zu den Kosten der Inquisition beisteuern sollen; für Frankreich eine weitere Bulle von Innocenz IV. von Lea 1, 489 angeführt; vgl. auch ferner in Betreff Gregors XI. ibid. 1, 489 u. 2, 154; Alexanders VI. und Martins V. ibid. 2, 138, 139.

[3] Guido Fulcodius (Clemens IV.) consult. bei Pegna comm. 157 n. 2 ad Eymer. III. qu. 108. p. 708, s. auch Eymer. qu. cit.

[4] S. Lea 1, 489 u. 2, 138. 139. 154. 174; Eymer. qu. cit.

[5] S. 469 n. 3.

[6] 1260, P. n. 17944, bull. Taur. 3, 672.

[7] Henner S. 230 hat nicht genügend beachtet, dass selbst nach kirchlichem Recht, s. z. B c. 13 §. 1 de heret. V. 7, allein das Vermögen der ketzerischen Geistlichen kirchlicherseits und auch nur zu Gunsten ihrer Kirchen, das der Laien aber blos von den weltlichen Obrigkeiten für diese konfiscirt werden konnte.

[8] Beispiele aus d. J. 1237 u. 1245 bei Lea 1, 471; vgl. auch Henner S.. 232 n 2.

[9] So werden sie noch durch Narbonne 1234 o. 1235 c. 17, M. 23, 361 verboten: „Similiter a fidejussoribus haereticorum seu credentium qui fugerunt et a decedentibus, qui poenitentias non egerunt, vel ab eorum heredibus seu fidejussoribus exactis per episcopum loci ex officio suo bonis pignoribus et in aliqua aede sacra depositis, ad dominum legatum poenitentiarum iniunctio referatur. Ab huiusmodi enim pecuniariis poenitentiis et exactionibus vobis (Inquisitoren) est abstinendum pariter et parcendum propter vestri ordinis honestatem“. Innocenz IV. ordnete dagegen 1245 an, dass solche Strafen an zwei vom Bischof und vom Inquisitor gewählte Vertrauenspersonen gezahlt und für die Gefängnisse und den Unterhalt der Gefangenen verwendet werden sollten; Lea 1, 471 (ähnlich auch Beziers 1246 c. 27, M. 23, 721: „poenas seu poenitentias pecuniarias pro carceribus construendis et ministrandis necessariis expensis, immurandis pauperibus ac personis negotio inquisitionis necessariis iniungatis culpabilibus memoratis“), während er sich schon 1249 genöthigt sah, einzelnen Inquisitoren die übermässige Höhe der Strafen zu verweisen, und 1251 die Verhängung derselben, sofern eine andere Busse möglich erschien, zu verbieten, Lea 1, 472. Alexander IV. 1258, P. n. 17401, bull. Taur. 3, 666 beanstandet dagegen die Geldstrafe nicht mehr und wiederholt die Vorschrift Innocenz' IV. v. 1245; s. auch Molinier p. 389.

[10] Lea 1, 472. 473; Innocenz IV. Ad exstirp. 1252 cit. §. 32, bull. Taur. 3, 557, wonach die weltliche Obrigkeit die Geldstrafen eintreiben soll; Alex. IV. cit., s. vor. Anm.; aus dem 15. Jahrh. bei Fredericq 1, 382. 383. Dafür auch die Inquisitionsschriftsteller, s. Eymeric. III. qu.

Einnahmequelle bildete die Umwandlung der den Schuldigen auferlegten Bussen in Geldleistungen zu frommen Zwecken, zu denen selbstverständlich auch die Unterstützung der Inquisition gerechnet wurde[1]. Endlich kamen die verfallenden Kautionen derjenigen Ketzer, welche dieselben für ihr Erscheinen vor der Inquisition, für die Erfüllung der Befehle der Inquisitoren, namentlich der ihnen auferlegten Bussen zu bestellen hatten[2], sowie die ihrer Bürgen in Betracht[3]. Auf diese Weise ist es gelungen, wenigstens in einzelnen Ländern, so namentlich in Nord- und Mittel-Italien[4], die Inquisition allein aus ihren eigenen Einnahmen zu erhalten.

δ. Die Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte.

§. 292. *αα) Die sachliche Zuständigkeit.*

Die Inquisitionsgerichte hatten als päpstliche Sondergerichte

1. über das Verbrechen der Ketzerei[5], also das an den Tag gelegte wissentliche und hartnäckige Fürwahrhalten einer den von der Kirche gelehrten christlichen Dogmen widersprechenden Lehre[6], zu urtheilen[7]. Zu ihrer Kompetenz gehörte in Folge dessen auch jede Art der Theilnahme an der Ketzerei und der Begünstigung derselben und der Ketzer[8].

103. und Pegna comm. 103 dazu und die dort citirten.

[1] Bernard. Guidon. II. n. 15 p. 51; n. 22 p. 55 u. n. 25 p. 56; Limborch sentent. Tholos. p. 40; Lea 1, 473. 477; Molinier p. 391. 394. 397.

[2] Solcher erwähnt schon das Konzil v. Beziers 1246, cons. c. 15 M. 23, 718; ferner Innocenz IV. 1253, P. n. 14853, bull. Taur. 3, 561 und P. n. 14856, Eymeric. app. p. 15; Alexander IV. 1260, P. n. 17401. u. 17764, bull. Taur. 3, 666. 667. Vgl. Molinier, p. 367.

[3] S. Innocenz IV. 1254, P. n. 15412, Ripoll bull. Praed. 1, 247 u. P. n. 15449, Sbaralea bull. Francisc. 1, 748. Übrigens wurden auch mitunter von Städten und weltlichen Obrigkeiten einzelnen Inquisitoren, namentlich aus Anlass eines öffentlichen Urtheils Geschenke, besonders in Naturalien, so in Wein, gemacht, Fredericq 1, 314. 324. 325. 409.

[4] Lea 1, 491. 525; auch in Portugal s. Henner S. 230.

[5] S. Bd. I S. 46.

[6] Über ketzerische Sekten, deren Lehren verworfen worden sind, s. z. B. c. 8 (Lateran. III. 1179 c. 27) u. c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 7; c. 2 (Lateran. IV. 1215 c. 2) X de summa trin. I. 1; Gregor IX. 1229 u. 1231, P. n. 8445. 8754, Fredericq 1, 75. 77 u. 1235, P. n. 10043, M. 23, 73; Innocenz IV. 1254, P. n. 15425, bull. Taur. 3, 588; Alexander IV. 1260, P. n. 17840, Ripoll. bull. Praedic. 1, 391; Nikolaus IV. P. n. 23589, bull. Taur. 4, 105.

[7] Die in der vorangehenden Darstellung citirten Bullen für die Inquisitoren gedenken meistens bestimmter Ketzereien nicht, sondern ermächtigen die Inquisitoren schlechthin gegen die in ihrem Bezirk herrschenden Ketzereien einzuschreiten.

[8] Denn den Ketzern waren, c. 8 u. c. 9 cit., c. 13 (Lateran. IV. 1215 c. 3) §. 5 X de heret. V. 7 und die vor Anm. citirten Exkommunikationen Gregors IX. v. 1229. 1231 u. 1235, die credentes, defensores, fautores et receptatores haereticorum (vgl. Bd. I S. 47; Penacchi, comm. in const. Apostol. sed. Rom 1883. 1, 9 n. 1 u. p. 63) gleichgestellt, und die Inquisitoren wurden päpstlicherseits ausdrücklich angewiesen, auch gegen diese einzuschreiten, s. z. B. Gregor IX. 1237. M. 23, 75; Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118, Innocenz IV. 1254 cit., Urban IV. 1262, P. n. 18387, Eymeric. p. 137; Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138. Was 1. die *credentes* betrifft, (bei Bernard. Guidon. I. n. 3 p. 4 im Gegensatz zu dem ketzerischer Lehren aufstellenden haeresiarcha als coheretici bezeichnet) so unterscheiden die Inquisitionsschriftsteller diejenigen, welche sich als solche verbis (Bekenntniss von häretischen Lehren oder Predigen oder Vertheidigen solcher) oder factis (Theilnahme an ketzerischen Predigten und Riten, s. auch Narbonne 1235 c. 29, M. 23, 364) kundgeben; Bernard. Guidon. IV p. 223, Eymer. II qu. 50; Limborch III c. 7 p. 197; Limborch sent. Tholos. p. 148. 2. Wegen der *defensores* s. Innoc. IV. 1252: Ad exstirpanda §. 21, bull. Taur. 3, 555; Bernard. Guidon. IV p. 332; Eymeric. II qu. 52; 3. *fautores* Narbonne 1235 cit. c. 15 ff., M. 23, 360; Johann XXII. 1326, Eymeric. app. p. 80. 81; Bernard. Guidon. IV p. 226; Eymeric. II qu. 53; Limborch III. 9 p. 201; Limborch sent. Tholos. p. 268, zu denen namentlich auch die weltlichen Obrigkeiten gezählt wurden, wenn sie die von den Inquisitoren oder Bischöfen geforderte Hülfe nicht leisten, ferner die impeditores, impedientes officium fidei et inquisitionis, s. Urban IV. 1262 u. Gregor X. 1273 citt.; Bernard.

Sodann waren die Inquisitionsgerichte

2. für jede *suspectio de haeresi*[1], d. h. für alle Handlungen, welche der Ketzerei verdächtig machten, zuständig. Selbstverständlich hatten die Inquisitoren in jedem Falle darüber zu entscheiden, welche Handlungen sich als solche charakterisirten. Nach der Praxis, für welche einzelne päpstliche Entscheidungen mitbestimmend gewesen sind, gehörten hierher:

a) *sortilegium* und *divinatio*, sofern diese Vergehen eine ketzerische Gesinnung klar erkennen lassen[2],

b) Blasphemie, aber ebenfalls nur, wenn durch dieselbe ketzerische Anschauungen zum Ausdruck gebracht wurden[3],

c) *abusus sacramentorum*, wie *baptismatis*[4], *eucharistiae*[5] et *sacrificii*[6],

d) die Fälschung von Inquisitionsurkunden[7],

e) die *usurpatio officii inquisitionis*[8],

f) jede *injuriatio* und *offensio status, rerum et personarum s. officii inquisitionis*[9],

g) die Nichtbefolgung der Ladungen vor das Inquisitionsgericht, *contumacia* und *fuga in causa fidei*[10],

h) die Verweigerung der Leistung eines Eides im Inquisitionsprozess, wenn dies deshalb geschieht, weil der Eid nicht für erlaubt erachtet wird[11],

Guidon. IV p. 199; Eymerc. II qu. 54 u. III qu. 39, und 4. wegen der *receptatores* Innoc. IV. 1252 Ad exstirpanda cit. §. 27; Bernard. Guidon. IV p. 231; Eymer. II qu. 51. Vgl. noch die dem 13. Jahrh. angehörige, die Praxis der Inquisitoren in Carcassonne berücksichtigende doctrina de modo procedendi contra haereticos bei Martène u. Durand thesaur. nov. anecdot. 5, 1795. Weitere Nachweisungen bei Henner S. 302.

[1] Mit Rücksicht darauf, dass schon c. 9 (Verona 1184) und c. 13 §. 2 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7, das Einschreiten gegen die sola suspicione notabiles anordnen, haben Gregor IX. 1235, P. n. 10362; Innocenz IV. 1247, Fredericq 1, 117, s. auch Alexander IV. P. n. 16132, ibid. p. 127; Urban IV. 1262, bull. Taur. 3, 689, den Inquisitoren vorgeschrieben, auch gegen die *infamati* vorzugehen, und Alexander IV. 1258 §. 1, bull. Taur. 3, 663 (ein Auszug in c. 8 in VI de heret. V. 3) setzt die Zuständigkeit gegen die suspecti als selbstverständlich voraus. Vgl. weiter Bernh. Guidon. I n. 4 p. 5, III. n. 19 p. 111; Eymeric. II qu. 55 ff.

[2] Alexander IV. 1258 cit. §. 4 („nisi manifeste saperent haeresim"), auch c. 8 cit. §. 4 in VI de heret. V. 3 (vgl. Glosse dazu s. v. saperent: „Sicut est circa aras idolorum nefarias preces emittere, sacrificia offerre, daemones consulere, eorum responsa suscipere; vel associant sibi propter sortes exercendas haereticos vel faciunt praedicta cum corpore vel sanguine Christi vel in sortibus ut possint habere responsa, puerum rebaptizant vel his similia"), Eymeric. III qu. 42; s. auch das Urtheil v. 1330, bei Lea 3, 660. Mit Rücksicht darauf, dass die Prüfung der Zuständigkeit den Inquisitoren zustand, ist die Praxis derselben zum Theil schon früh über diese Grenze hinausgegangen, vgl. Lea 3, 434. 448. 452. 461. 511; wegen der späteren Erweiterung der Zuständigkeit über das gemeine Recht hinaus, sowie über die Kompetenz bei Hexerei, s. die Darstellung der folgenden Periode und vorläufig Henner S. 309 ff.

[3] Über die s. g. *blasphemia haereticalis* Eymeric. II qu. 41; Henner S. 307.

[4] Die Wiedertaufe schon getaufter oder die Taufe lebloser Gegenstände, wie Bilder, Bernard. Guidon. V n. 2 p. 301.

[5] Missbrauch der Hostie zu abergläubischen Zwecken, Bernard. Guidon. III. n. 43 p. 158.

[6] Gebrauch einer nicht geweihten Hostie und Behandlung derselben durch den Priester, ebenso wie wenn sie konsekrirt wäre, l. c. III. n. 42 p. 157.

[7] Limborch sent. Tholos. p. 297: „quia tu fecisti, consensisti, opem et operam dedisti cum quibusdam aliis personis falsificari literam inquisitoris Carcasson. removendo sigillum de una littera et ponendo in alia, ut per illam literam persone alique innocentes de crimine citarentur, ut a te et tuis comparticipibus extorqueretur pecunia ab eisdem", Henner S. 315.

[8] Fredericq 1, 453; Henner S. 315.

[9] Eymeric. III qu. 36; vgl. auch Nikolaus III. 1278 bei Kaltenbrunner, Aktenstücke z. Gesch. d. deutsch. Reichs unt. Rudolf I. S. 123. Ein weiterer Fall dieser Art, in dem erst der Bischof, dann der Papst selbst eingeschritten ist, P. n. 22429 (Honorius IV. 1286), Eymeric. app. p. 69; vgl. auch Henner S. 315.

[10] c. 7 (Alex. IV.) in VI de heret. V. 3; Bernard. Guidon. I. n. 9 ff. p. 8; Limborch sent. Tholos. p. 175. 205. 261. 369 ff.; Henner S. 316.

[11] c. 13 §. 7 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7; Eymeric. III qu. 41, Henner S. 316.

i) die Ablegung falschen Zeugnisses und die Bestimmung und die Verleitung dazu, oder wissentlich falsche Anschuldigung bei dem Inquisitionsgericht[1],

k) die insordescentia in excommunicatione ex causa fidei lata[2],

l) die *lectio, retentio* und *propagatio librorum prohibitorum ob causam haeresis*[3],

m) die wissentliche Gewährung eines kirchlichen Begräbnisses an Ketzer[4],

n) das dauernde Unterlassen der Erfüllung der kirchlichen Pflichten[5],

o) der Wucher, wenn gleichzeitig das Zinsennehmen für erlaubt erklärt wird[6],

p) die *apostasia ab ordine vel a statu regulari,* sofern damit Handlungen verbunden sind, welche auf ketzerische Gesinnung schliessen liessen[7].

Endlich waren die Inquisitionsgerichte auch

3. für die *apostosia a fide*[8] und

4. das Schisma[9]

zuständig.

§. 293. *ββ. Die Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte in persönlicher Beziehung.*

Wie die Kirche ihre Straf- und Disciplinarstrafgewalt für gewisse Fälle über Nichtgetaufte, namentlich über die Juden und die Sarazenen erstreckt hat (S. 300. 301), so sind dieselben insbesondere auch den Inquisitionsgerichten unterworfen worden und zwar, wenn sie Christen zum Übertritt zum Judenthum verleiteten[10], wenn sie zu dem

[1] Molinier p. 421. 422; Limborch sent. Tholos. p. 180; Bernard. Guidon. III n. 17 p. 103; Eymeric. III n. 208 ff.; Henner S. 316.

[2] D. h. wenn Jemand, welcher ex causa fidei exkommunicirt ist, länger als ein Jahr in der Exkommunikation verbleibt, c. 13 §. 2 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7; Gregor IX. 1227. 1231, P. n. 8445. 8754, Fredericq 1, 77 u. 1235, P. n. 10043, M. 23, 73; Innoc. IV. 1254. §. 5, bull. Taur. 3, 588; c. 7 cit. c. 18 (Bonif. VIII.) in VI de heret. V. 2; Bernard. Guidon. I n. 15 p. 13; II n. 20 p. 111; IV p. 177; Eymeric. II qu. 47; Henner S. 317 n. 1. S. auch o. S. 142 n. 12.

[3] Fredericq 1, 64 (1210); Gregor XI. 1376, ibid. 1, 237, vgl. auch Bd. IV S. 441 n. 1. Über das hier nicht zu berücksichtigende 16. Jahrh. s. Henner S. 318.

[4] Also in geweihter Erde oder unter Feier der kirchlichen Exequien, Gregor IX. 1227 u. 1235 cit. (s. Anm. 2); c. 2 (Alex. IV.) in VI de heret. V. 2; Eymer. III qu. 40.

[5] Fredericq 1, 99 (1235).

[6] Während noch Alex. IV. 1258 §. 6, bull. Taur. 3, 663 (kürzer in c. 8 §. 5 in VI de heret. V. 2) die Zuständigkeit beim Wucher ausschliesst, ordnet Clem. un. §. 2 de usur. V. 5 an: „si quis in illum errorem inciderit, ut pertinaciter affirmare praesumat, exercere usuras non esse peccatum, decernimus eum velut haereticum puniendum, locorum nihilominus ordinariis et haereticae pravitatis inquisitoribus districtius iniungentes, ut contra eos quos de errore huiusmodi diffamatos invenerint aut suspectos, tanquam contra diffamatos vel suspectos de haeresi procedere non omittant".

[7] Eymeric. II qu. 49 u. Pegna comm. 73 dazu; Henner S. 320.

[8] Denn diese steht der Ketzerei gleich, Eymeric. II qu. 49; Limborch III 22 p. 239; Henner S. 320. Über den Abfall von Christen, namentlich getaufter Juden und Sarazenen zum Judenthum und Mohamedanismus, c. 13 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2, s. Anm. 10.

[9] War mit dem Schisma zugleich Verwerfung der kirchlichen Glaubenslehren verbunden, so wurde der Schuldige dem Ketzer gleichbehandelt, anderenfalls galt er aber der Ketzerei verdächtig, Eymeric. III qu. 48, Henner S. 322.

Dagegen ist die Simonie, obwohl sie in älterer Zeit ebenfalls als Ketzerei bezeichnet worden ist, s. o. S. 161. 162, niemals von den Inquisitionsgerichten vor ihr Forum gezogen worden, Lea 3, 625 ff., Henner S. 325 n. 1.

[10] So in Betreff der Juden Clemens IV. 1267, P. n. 20095, bull. Taur. 3, 786: „quatenus terminos vobis ad inquirendum contra hereticos auctoritate sedis apostolicae designatos . . . contra christianos se ad ritum iudaeorum transferentes, . . . tanquam haereticos procedatis. Iudaeos autem qui christianos utriusque sexus ad eorum ritum execrabilem hactenus induxere aut inveneritis de cetero inducentes, poena debita puniatis . . . Invocato ad hoc, si opus fuerit, auxilio brachii saecularis"; wiederholt von Gregor X. 1274, P. n. 20798, l. c. 4, 24; von Nikolaus IV. 1288, P. n. 22795, l. c. 4, 88 u. Eymer.

letzteren übergetretene Christen oder überhaupt Ketzer bei sich aufnahmen, begünstigten oder vertheidigten [1] oder wenn sie durch Wort oder That den ihnen mit den Christen gemeinsamen Gottesglauben leugneten oder schmähten oder sich Schmähungen gegen die besonderen christlichen Lehren zu Schulden kommen liessen [2]. Ausserdem waren auch die Inquisitionsgerichte für die Unterdrückung der gegen den christlichen Glauben gerichteten Bücher der Juden und der Ungläubigen [3] zuständig.

Was die Christen betrifft, so unterstanden diese selbstverständlich den Inquisitionsgerichten. Ausgenommen von ihrer Zuständigkeit waren aber der Papst [4], die Bischöfe [5], die päpstlichen Nuntien und Offizialen [6], endlich die Inquisitoren selbst, gleichviel, ob sie direkt vom Papste oder von den Ordensoberen ernannt waren [7]. Dagegen sind ihnen zu Anfang sowohl die Ordensleute, wie auch die Weltgeistlichen [8] unterworfen gewesen. In Betreff der ersteren sind aber seit dem 15. Jahrhundert vorübergehend Änderungen [9] eingetreten [10], während für die letzteren, ebenso wie für die

p. 371. Vgl. auch Nikolaus IV. 1290, P. n. 23170. 23185 u. 23391, Sbaralea bull. Francisc. 4, 131. 136. 173, und in Betreff der Sarazenen fast gleichlautend Gregor XI.: Admodum dolentes v. 1372, bull. Taur. 4, 540. Als Strafe wurde gegen die Juden Gefängniss und auch Geldbusse angewendet, Bernard. Guidon. II. n. 1 p. 55.

1 Nikolaus IV. 1290, P. n. 23391 cit., wo in die cit. Bulle (S. 473 n. 10) zwischen haereticos und procedatis eingeschoben ist: contra fautores quoque, receptatores et defensores eorum (vgl. dazu S. 471 n. 8), was die Doktrin auch auf die Begünstigung aller Ketzer ausgedehnt hat, Eymeric. II. qu. 46 n. 15.

2 Eymeric. l. c. n. 3. 12. 15. 16. Dies hat allerdings erst in der folgenden Periode durch Gregor XIII.: Antiqua iudaeorum improbitas v. 1581, bull. Taur. 8, 378, Eymeric. app. p. 179 und Clem. VIII.: Cum Hebraeorum malitia v. 1593, bull. Taur. 10, 25, eine ausdrückliche Bestätigung erhalten.

3 Schon Gregor IX. 1239, P. n. 10767. 10768. Sbaralea bull. Franc. 1, 268. 270. 271 und Innocenz IV. 1244, P. n. 11376, bull. Taur. 3, 508 hatten für Frankreich, Portugal, Spanien und England (vgl. auch Lea 1, 554) angeordnet, dass die Erzbischöfe, Fürsten, Dominikaner und Franziskaner alle Exemplare des Talmud und anderer den christlichen Glauben angreifenden und Blasphemien gegen denselben enthaltenen Bücher den Juden fortnehmen und verbrennen lassen sollten. Mit Rücksicht hierauf schritten nunmehr die Inquisitoren ein, hierin mehrfach von der weltlichen Gewalt, so in Frankreich durch Ludwig IX. 1255 und Philipp IV. 1299, Lea 1, 555, unterstützt; Bernard. Guidon II. n. 48 p. 67 (forma requisitionis librorum Talmutorum judeorum sub pena excommunicationis) n. 50 p. 69 (sententia excommunicationis contra detentores et celatores librorum Iudeorum), s. auch n. 51. 52. 53 und III n. 47 p. 171; Limborch sent. Tholos. p. 273. Vgl. auch Henner S. 324 n. 5.

4 Nach den Regeln: apostolica sedes a nemine iudicatur, Bd. I S. 304 und maior a minori iudicari non potest; Eymeric. III. qu. 25.

5 Und selbstverständlich die Erzbischöfe, Primaten und Patriarchen c. 16 (Bonif. VIII.) in VI de heret. V. 2.

6 c. 3 (Johann XXIII. 1327) in Extr. comm. de haer. V. 3.

Nur bei ausdrücklicher Ermächtigung konnten die Inquisitoren gegen sie und die Bischöfe vorgehen, immer sollten sie aber bei Verdacht der Ketzerei oder vorliegender Ketzerei dem Papst Anzeige machen. Vgl. Eymeric. III. qu. 25—27.

7 Dies ist die communis opinio der Inquisitionsschriftsteller, welche darauf gegründet wird, dass par in parem non habet dominium, und dass die Inquisitoren päpstliche Offizialen sind, s. die vor. Anm. Den Bischöfen stand aber ebensowenig eine Jurisdiktion gegen die Inquisitoren im Falle der Ketzerei zu, da die letzteren ganz abgesehen davon, dass sie vielfach als Mönche das Recht der Exemtion besassen, auch als päpstliche Delegaten, also höher stehend als die Bischöfe (s. o. S. 453. 457) betrachtet wurden. Demnach war der einzige, für die Inquisitoren kompetente Richter der Papst selbst, vgl. Eymeric. III. qu. 30; Henner S. 333.

8 S. 452 n. 1; Alex. IV. 1260, P. n. 17955, bull. Taur. 3, 672, welcher ein Vorgehen der Inquisitoren anordnet: „non obstantibus aliquibus privilegiis vel indulgentiis quibuscumque personis cuiusvis conditionis ... aut ordinis et praesertim Cisterciens., Praedicatorum, Minorum seu Eremitorum sive communitatibus vel universitatibus locorum specialiter vel generaliter sub quacumque verborum expressione vel forma ab apostolica sede concessis vel concedendis"; c. 11 (Clem. IV.) §. 2 in VI de heret. V. 3. Vgl. auch Martin V.: Inter cunctos 1418, Fredericq 1, 295 u. Nikolaus V.: Considerantes v. 1453, ibid. p. 334. Die ältesten päpstlichen Bullen machen ebenfalls keine Ausnahme, wie denn auch für die bischöfliche Inquisition schon früher der Grundsatz galt, dass ihr die Exemten ebenfalls unterworfen waren, o. S. 449 n. 4; Eymeric. III. qu. 28.

9 Durch die Bullen Pius' II.: Religiosorum excessus v. 1458, bull. Taur. 5, 143; Sixtus' IV.: Sacri Praedicatorum v. 1479 §. 12, ibid. p. 282; s. darüber Pegna comm. 77 ad Eymeric. III. qu. 28; Lea 1, 163 u. Henner S. 329.

10 Denn Clemens VII. hat durch die const.

weltlichen Fürsten, Obrigkeiten und deren Beamten niemals eine Exemtion von den Inquisitionsgerichten stattgehabt hat [1].

Endlich konnten die letzteren selbst gegen die verstorbenen Glieder der Kirche nicht nur die begonnenen Untersuchungen fortführen, sondern auch sogar noch nach dem Tode derselben solche einleiten [2].

§. 294. *γγ. Die Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte im Verhältniss zu den übrigen kirchlichen Jurisdiktions-Organen, insbesondere zu den Bischöfen.*

Die in den beiden vorangehenden §§. dargelegte Zuständigkeit der päpstlichen Inquisitionsgerichte ist ihnen niemals als eine exklusive beigelegt worden. Nicht nur der Papst selbst konnte kraft seiner oberstrichterlichen Stellung über die Kirche in den vor die Inquisitionsgerichte gehörigen Sachen entscheiden [3] und die Untersuchung derselben oder diese und die Aburtheilung besonderen Bevollmächtigten übertragen [4], sondern auch die allgemeinen Konzilien [5] und die päpstlichen Legaten [6], nicht minder die Partikularkonzilien [7] und Bischöfe [8], waren dafür zuständig.

Cum sicut v. 1530 §. 2, bull. Taur. 6, 134; Eymeric. app. p. 138 das frühere Recht wiederhergestellt, freilich mit der Maassgabe, dass die Inquisitoren bei exemten Orden erst die Oberen der beschuldigten Mönche zur Bestrafung derselben auffordern und nur falls eine solche nicht innerhalb eines Monats erfolgt war, vorgehen sollten, vgl. auch const. Pii IV.: Pastoris aeterni v. 1562, ibid. 7, 176. Doch hat sich die Praxis an diese Beschränkung nicht überall gehalten, und Paul V. hat sie durch die const. Romanus pontifex v. 1606, bull. Taur. 11, 346, ebenfalls beseitigt. S. Henner 329 ff.

1 Auch diese werden niemals in den päpstlichen Schreiben ausgenommen. S. ferner Alex. IV. 1260 cit. u. c. 11 §. 2 in VI cit., S. 474 n. 8. Doch wird von den Inquisitionsschriftstellern den Inquisitoren gerathen, wegen des möglichen Aufsehens und Ärgernisses, sowie des daraus der Kirche entstehenden Schadens nicht öffentlich gegen mächtige Herren, und allein nach vorheriger Anfrage beim Papst vorzugehen, Eymeric. III. qu. 31 und Pegna comm. 80 dazu.

Wenn Henner S. 327 behauptet, dass die Inquisition sogar gegen Korporationen eingeschritten sei und sie wegen Ketzerei verfolgt habe, so ergeben seine Citate Honorius IV. 1286, P. n. 22249; Bernard. Guidon. III. n. 46 p. 166 und Limborch sent. Tholor. p. 277 allein, dass es sich hier um die Unterstützung von Ketzern, Hinderung und Beleidigung der Inquisitoren gehandelt hat, und es liegt hierbei nur eine Anwendung der allgemeinen Regel der Deliktsfähigkeit der Korporationen nach kanonischer Rechtsauffassung, s. Gierke, Genossenschaftsrecht 3, 345, vor.

2 S. o. S. 302, vgl. auch §. 297.

3 So Gregor IX. 1231 Ficker, in d. Mittheilungen des Institutes f. österr. Geschichtsforschg. Innsbruck 1 (1880) S. 200; Lea 2, 200; Clemens V. 1312, welcher sich im Prozess gegen die Templer den Richterspruch über den Grossmeister und einzelne andere Würdenträger des Ordens vorbehalten hat, Hefele 6, 527; Lea 3, 282; s. weiter Henner S. 246 n. 1.

4 Über die von Clemens V. 1308 in den einzelnen Ländern bestellten Spezialkommissionen von Bischöfen zum Verhör der Templer s. Hefele 6, 434; Const Ioann. XXII.: Gloriosam ecclesiam v. 1318, Eymeric. app. p. 74 (Ernennung von ausserordentlichen Inquisitoren für die Beguinen); Limborch sent. Tholosonae p. 269; Lea 1, 360 (1319 päpstliche Ernennung mehrerer Bischöfe zur Aburtheilung des Bernardus Deliciosi). Solche inquisitores speciales hatten die Stellung von päpstlichen delegati, Bd. I S. 185, welche in Folge der speziellen päpstlichen Übertragung der betreffenden Sache unter Ausschluss aller anderen, auch der sonstigen Inquisitoren, dieselbe nach Massgabe ihrer Vollmacht zu untersuchen und abzuurtheilen hatten, Henner S. 248 ff.

5 So sind vom Konstanzer Konzil Hus 1415 und Hieronymus v. Prag 1416 als Ketzer verurtheilt worden, sess. 15 u. 21, M. 27, 753. 894; Hefele 7, 206. 272, und dasselbe hat auch 1415 die Verurtheilung des Andenkens Wiclifs ausgesprochen, M. 27, 629; Hefele 7, 119.

6 Das folgt aus ihrer rechtlichen Stellung B. I S. 511. 517. Beispiele dafür s. Fredericq 1, 59 (1198); aus dem 13. Jahrh. Lea 1, 137. 140. 144. 150. 193. 203. Vgl. auch Henner S. 246.

7 So z. B. Legatenkonzilien, Bd. III S. 537 n. 4. Davon ist die Frage zu scheiden, ob diese Konzilien gegenüber den päpstlichen Inquisitoren eine ausschliessliche Gerichtsbarkeit ausüben konnten. Dies war nur der Fall, wenn der Papst dieselben, wie z. B. Clemens V. 1311, M. 25, 404 in der Angelegenheit des Templerordens die auf seine Anordnung zu berufenden Provinzialsynoden, Henner S. 252 n. 1, oder einen eine Synode einberufenden Legaten ausdrücklich mit einer bestimmten Sache betraute, sonst hatten sie blos eine konkurrirende Jurisdiktion, vgl. Henner S. 251 und auch S. 210.

8 Darüber, dass diese auch zufolge Auftrages

Praktisch kamen aber vor Allem die Bischöfe in Frage, weil diese bis zur Einführung der besonderen päpstlichen Inquisitionsgerichte allein die ordentlichen und regelmässigen kirchlichen Richter über die Ketzer gewesen waren. Neben ihrer Jurisdiktion ist die der ersteren stets nur eine kumulative geblieben und hat die bischöfliche niemals ausgeschlossen [1]. Nur insofern ist eine Änderung Ende des 13. Jahrhunderts eingetreten, als die Bischöfe nach ausdrücklicher päpstlicher Anordnung auch bei ihren Ketzerprozessen die für die Inquisitionsgerichte maassgebenden Normen beobachten sollten [2]. In Folge dieser konkurrirenden Gerichtsbarkeit war es möglich, dass a. die Inquisitoren und der Bischof in einem Prozesse gleichzeitig und gemeinschaftlich vorgingen, ein Fall, welcher keine Schwierigkeit bot, da es hier nur zu einem einzigen Verfahren kam, oder b. dass das bischöfliche oder c. das Inquisitionsgericht allein und selbstständig, ohne dass sich das andere mit der Sache befasste, oder endlich d. dass jedes dieser Gerichte in einem und demselben Fall gleichzeitig, aber jedes abgesondert und unabhängig von einander, vorging.

In den Fällen b. und c. hatte jedes Gericht selbstständig zu verfahren, aber für den Fall (c.), dass die Inquisitoren allein den Prozess führten, war für gewisse richterliche Akte die Einholung des Rathes der Bischöfe vorgeschrieben [3]. Für den Fall d., für welchen zunächst keine besonderen Vorschriften bestanden [4], ordnete Bonifaz VIII. an, dass sich beide Gerichte vor der Fällung des Endurtheils die Prozessakten mittheilen und wenn das eine nicht das andere zur Fällung des letzteren ermächtigen wollte, dasselbe gemeinsam gefällt, bei Uneinigkeit darüber aber die Entscheidung des päpstlichen Stuhles eingeholt werden sollte [5].

Mit Rücksicht auf die Übergriffe der Inquisitoren [6] hat Clemens V. auf dem Konzil zu Vienne eine Neuregelung des gegenseitigen Verhältnisses der Bischöfe und Inquisitoren getroffen [7]. Nach dieser mussten, gleichviel ob der Prozess nur allein von

als päpstliche Delegaten Ketzerprocesse verhandelt haben, s. S. 452 n. 9 u. S. 453 n. 1.

[1] S. 452 ff.; c. 17 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2; c. 1 (Benedikt XI. 1304) in Extr. comm. eod. V. 3; Clem. 1 (Vienne 1311) §. 1 eod. V. 3. Weitere die Praxis betreffende Nachweisungen aus dem 14. u. 15. Jahrh. bei Henner S. 253 n. 1 u. S. 256 n. 4.

[2] c. 17 in VI cit.: „illum in procedendo modum observent, quem inquisitores possunt et debent per iura communia vel per speciales concessiones seu ordinationes sedis apostolicae observare".

[3] S. 452 ff.; Henner S. 258, welcher die dort citirten Bullen nicht beachtet hat, nimmt für diesen Fall unrichtiger Weise eine völlige Unabhängigkeit der Inquisitoren von den Bischöfen an und würdigt deshalb die gleich zu besprechende Reform Clemens' V. falsch.

[4] Für diesen galten ebenfalls die S. 452 gedachten Anordnungen. Diese waren schon deshalb nicht ausreichend, weil das bischöfliche Gericht damals in keinem Fall an die Mitwirkung der Inquisitoren gebunden war, und daher in derselben Sache widersprechende Erkenntnisse ergehen konnten, ganz abgesehen davon, dass auch die Inquisitoren nur bei bestimmten Kategorien von Urtheilen des vorgängigen Rathes der Bischöfe bedurften.

[5] c. 17 in VI de heret. V. 2; „Et si divisim processerint, teneantur sibi invicem communicare processus, ut per hoc possit melius veritas inveniri. Et nisi hoc casu inquisitores in sententiae prolatione dioecesanis vel econtra duxerint deferendum per utrosque simul sententia proferatur. In qua ferenda, si non convenerint, per utrosque negotium sufficienter instructum ad sedem apostolicam remittatur". Nach der authentischen Deklaration dieser Verordnung durch Benedikt XI. 1304 in c. 1 in Extr. comm. eod. V. 3 sollte die Mittheilung der Akten nur einmal: „in fine tantum, dum nihil restat agendum, nisi quod solum sententia promulgetur" und ausserdem noch in dem Fall: „si alter commode non possit procedere, nisi alterius actis visis. Ex hac enim causa semel tantum, ut fraudi locus non fiat, in toto negotio copia tribuatur" geschehen. Nicht ganz genau darüber Henner S. 259.

[6] S. o. 453, s. auch Clem. 1 pr. de heret. V. 3.

[7] Clem. 1 cit. §. 1: „ipsum (sc. negotium inquisitionis) tam per dioecesanos episcopos quam per inquisitores a sede apostolica deputatos . . . decernimus exerceri sic, quod quilibet de praedictis sine alio citare possit et arrestare sive capere ac tutae custodiae mancipare, ponendo etiam in compedibus vel manicis ferreis, si ei

dem Inquisitions- oder von dem bischöflichen Gericht oder von beiden gleichzeitig und selbstständig geführt wurde [1], beide Gerichte stets gemeinschaftlich — also auch das allein die Sache verhandelnde bischöfliche Gericht gemeinschaftlich mit den Inquisitoren [2] — vorgehen, wenn 1. der Angeschuldigte während der Untersuchung in schwerere Kerker-, als die gewöhnliche Untersuchungshaft genommen [3], 2. die Tortur gegen ihn angewendet [4] und 3. das Endurtheil [5] gefällt werden [6] sollte [7].

visum fuerit faciendum . . . Duro tamen tradere carceri sive arcto, qui magis ad poenam quam ad custodiam videatur, vel tormentis exponere illos aut ad sententiam procedere contra eos, episcopus sine inquisitore aut inquisitor sine episcopo dioecesano aut eius officiali vel episcopali sede vacante capituli super hoc delegato, si sui adinvicem copiam habere valeant, intra octo dierum spatium, postquam se invicem requisierint, non valebit, et si secus praesumptum fuerit, nullum sit et irritum ipso iure".

[1] Denn der von Bonifaz VIII. in c. 17 in VI cit. (S. 476 n. 5) geregelte Fall ist nicht ausgenommen, und durch die Neuregelung wurde ebenso wie die durch die von dem ersteren getroffene Anordnung die Fällung widersprechender Erkenntnisse verhindert.

[2] Das war eine Neuerung, denn früher waren die Bischöfe nicht gehalten, den Rath oder die Zustimmung der Inquisitoren einzuholen. Offenbar sollte durch diese Maassregel die grössere Abhängigkeit, in welche die Inquisitoren von den Bischöfen gebracht wurden, ausgeglichen werden.

[3] Das duro carceri tradere kann nicht mit der S. 452 n. 3 erwähnten incarcerationis poena perpetuae identisch sein, überhaupt keine Verurtheilung zu Kerkerstrafe bedeuten, weil diese durch Erkenntniss verhängt werden musste, und die Clem. 1 nachher ausdrücklich der Urtheilsfällung erwähnt. Die unmittelbare und enge Zusammenstellung (s. das Wort vel) mit der Tortur ergiebt, so schon richtig Henner S. 261, dass es sich hier um eine Zwangsmassregel gegen einen widerspenstigen Angeschuldigten handelt.

[4] Welche seit der const. Innoc. IV. 1252 Ad exstirpanda v. 1252 §. 26, bull. Taur. 3, 556 statthaft war. Die älteren Schriftsteller, so die Glosse s. v. tormenta zu Clem. 1. §. 1 cit., verstanden darunter aber auch Auferlegung von Fasten, corporis dolores und mala mansio, um den Angeschuldigten zum Geständniss zu bringen, also blosse Verschärfungen der Untersuchungshaft.

Die Praxis verlangte auch während der Folterung selbst die Anwesenheit beider Richter, sofern nicht der eine durch einen gerechtfertigten Grund verhindert war, Pegna comm. 39 n. 152 ad Eymeric. III. n. 160; Henner S. 263.

[5] Nicht ein blosses Interlokut — ein solches war z. B. zur Folterung nöthig, s. Eymeric. III. n. 152 — wohl aber eine sententia cum vi sententiae definitivae, Henner S. 264, so wenn das Urtheil auf ein iuramentum purgatorium erkannte, Eymeric. III. n. 145; Henner S. 268. Mit Rücksicht auf den Wortlaut der Clem. 1 §. 1 cit. ad sententiam procedere *contra* eos hat sich eine weit verbreitete Meinung festgestellt, dass ein freisprechendes Erkenntniss von jedem Gericht allein und selbstständig gefällt werden dürfe, Glosse dazu s. v. contra eos; Eymeric. III. qu. 48 und dazu Pegna comm. 97. Allein die Clem. 1 spricht nicht von einer Sentenz gegen die Angeschuldigten (zum Nachtheil derselben), sondern von einem Vorgehen gegen die letzteren zur Sentenz, also mit der letzteren. Überdies musste die Verhandlung der beiden Gerichte immer vor der Abfassung des Urtheils eintreten, also zu einer Zeit, zu welcher es noch nicht gewiss war, wie das Urtheil ausfallen würde. Vgl. des Näheren noch Henner S. 264. Derselbe Streit bestand auch in Betreff des Urtheils auf Abjuration der Ketzerei gegen den überwiesenen Häretiker, welcher sich mit der Kirche aussöhnen wollte, vgl. Pegna l. c.; Henner S. 268 n. 1, obwohl ein solches sicherlich kein freisprechendes war, s. noch Henner S. 266.

[6] Da in dem verurtheilenden Erkenntniss auch die Strafe ausgesprochen werden musste, so hatten beide Richter bei der Festsetzung derselben ebenfalls zusammenzuwirken. Was die ipso iure in Folge der Verurtheilung der Ketzer eintretenden Strafen betrifft, so konnte der Eintritt dieser von jedem Gericht selbstständig und allein deklarirt werden, so nach dem, durch die Clem. 1 cit. nicht beseitigten c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2 bezüglich der Verlusterklärung weltlicher öffentlicher Ämter und Würden, dagegen mussten nach derselben bei der Aberkennung kirchlicher Ämter und Würden und der Deklarirung des Verlustes derselben die Inquisitoren den Rath der Bischöfe, nicht aber die letzteren den der ersteren einholen, jedoch fiel diese Pflicht für die Inquisitoren fort, wenn feststand, dass der Bischof die Benefizien wissentlich an Ketzer, ihre receptatores, defensores, Söhne und Enkel verliehen hatte, s. auch S. 452 n. 4. Die Degradation, welche gegen die wegen Ketzerei zu ewigem Kerker verurtheilten oder dem weltlichen Gericht auszuliefernden Geistlichen eintrat, c. 13 §. 1 (Lateran. IV. 1215) X de heret. V. 7, c. 1 in VI de heret. V. 2, konnte allein durch den Bischof c. 1 cit. vollstreckt werden, s. auch o. S. 61 n. 1; Bernard. Guidon. III n. 22, p. 119; n. 31 p. 128; n. 40 p. 153 u. n. 41 p. 156, niemals aber von dem Inquisitor, weil das Recht dazu nur einem konsekrirten Bischof zustand. Das ist auch nicht bestritten worden, namentlich nicht, so Henner S. 271 n. 1, von Pegna comm. 45 zu Eymeric. III. n. 199, denn dieser behauptet nur, dass der Inquisitor allein dahin erkennen dürfe, dass der Kleriker zu degradiren sei, was allerdings gegenüber c. 12 in VI cit. nicht richtig erscheint. Die Praxis hat übrigens der hier vertretenen Ansicht entsprochen, s. Bernard. Guidon. l. c.

[7] In Betreff der Milderung eines Urtheils

Behufs Herbeiführung des gemeinsamen Handelns in den gedachten Fällen hatte das mit der Sache befasste Gericht das andere[1] zu requiriren[2], und der ersuchte Richter[3] konnte sich dann persönlich zu dem requirirenden begeben oder statt seiner einen Delegirten schicken[4] oder auch den ersuchenden selbst bevollmächtigen[5], endlich auch blos ein schriftliches Gutachten schicken. Länger als acht Tage, nachdem der ersuchte Richter die Requisition erhalten hatte, brauchte aber der Ersuchende nicht zu warten[6], vielmehr war er befugt, nach Ablauf der gedachten Frist die betreffende Handlung gültig allein vorzunehmen[7]. Für den Fall, dass bei einem Zusammenwirken beider Richter keine Einigung zu erzielen war, musste an den Papst berichtet und dessen Entscheidung eingeholt werden[8].

Praktisch hat die Neuregelung Clemens' V. keinen wesentlichen Erfolg gehabt, insbesondere die Machtstellung der Inquisitoren nicht wesentlich eingeschränkt. Während die letzteren in derselben eine Beeinträchtigung ihrer bisherigen Rechte erblickten[9] und nicht selten die neuen sie beschränkenden Vorschriften ausser Acht liessen[10], legten die Bischöfe, da ihre Stellung neben derjenigen der als päpstlichen Bevollmächtigten mit höherer Autorität handelnden Inquisitoren, deren Bezirke überdies die Bisthümer an Umfang übertrafen, nicht ebenbürtig erschien, vielfach keinen Werth auf das Zusammenwirken mit diesen, an welches sie nunmehr ebenfalls bei der Ausübung ihrer bischöflichen Jurisdiktion in Ketzersachen gebunden waren, und indem sie, falls sie sich nicht ganz passiv verhielten, beinahe regelmässig Geistliche ihrer Diöcese zu den gemeinsamen Verhandlungen mit den Inquisitoren deputirten[11] oder gar diese

auf Kerker hat c. 12 in VI, s. auch S. 452 n. 5, nur für die Inquisitoren die Zuziehung der Bischöfe vorgeschrieben. Mit Rücksicht darauf, dass aber die Clem. 1 §. 1 bei der Fällung des Urtheils auch für den Bischof das Einvernehmen des Inquisitors vorschreibt, wird das letztere nach derselben gleichfalls für die Milderung anzunehmen sein, da sonst der Bischof die Mitwirkung des letzteren indirekt durch Begnadigung hinterher hätte illusorisch machen können. Vgl. hierzu noch Henner S. 273.

1 War der Bischofsstuhl erledigt, das Domkapitel, welches zur Beschleunigung der Sache dann seinerseits einen Delegaten zu bestellen hatte, s. Clem. 1 §. 1 cit. de heret.

2 Dies geschah gewöhnlich schriftlich unter kurzer Mittheilung des Standes der Sache, s. Bernard. Guidon. I n. 33—36 p. 26 ff. („quarum d. h. personarum, nomina et culpas cuiuslibet vobis transmitto in cedula presentibus inclusa"), wennschon die Übersendung einer Abschrift der Akten, auf deren Einsicht der requirirte Richter bei seinem Erscheinen selbstverständlich ein Recht hatte, — in dieser Beziehung berufen sich die Inquitionsschriftsteller auf c. 12 de heret. V. 7 cit. und c. 1 in Extrav. comm. eod. V. 3 cit., s. z. B. Eymeric. III. qu. 51 u. 53 obwohl diese gegenüber der Neuerung Clemens' V. nicht mehr recht passten, — oder auch ein persönliches Erscheinen des requirirenden Richters nicht ausgeschlossen war. Vgl. Henner S. 274.

3 Clem. 1 §. 1 de heret. V. 3: „Verum si episcopus vel eius seu capituli sede vacante delegatus cum inquisitore aut inquisitor cum altero eorundem propter praemissa nequeat aut nolit personaliter convenire, possit episcopus vel eius seu capituli seu vacantis delegatus inquisitori et inquisitor episcopo vel eius delegato seu sede vacante illi, qui ad hoc per capitulum fuerit deputatus, super illis committere vices suas vel suum significare per literas consilium et consensum".

4 Bernard. Guidon. I n. 33 p. 27, oder auch mehrere Fredericq 1, 310. 320, welche dann freilich nur gemeinsam eine Stimme führen konnten. Dieser Fall ist nicht mit dem zu verwechseln, in welchem vom Inquisitor die Angehörigen mehrerer Diöcesen abgeurtheilt, und in Folge dessen die Vertreter der Bischöfe der letzteren in dem gemeinsamen Protokoll aufgeführt wurden, vgl. Henner S. 109 ff.

5 Bernard. Guidon. I n. 34 p. 29.

6 Clem. 1 §. 1 de heret. cit., S. 476 n. 7. Ein früheres Vorgehen war aber nichtig und konnte auch nicht durch nachträgliche Ratihabition des requirirten Richters geheilt werden, s. auch Henner S. 279.

7 Clem. 1 §. 1 cit.; Henner S. 276.

8 Nach dem durch Clem. 1 §. 1 cit. de heret. V. 3 nicht aufgehobenen c. 17 cit. in VI eod., S. 476 n. 5.

9 S. z. B. Bernard. Guidon. IV p. 188: „Ex predicta autem ordinatione seu restrictione nonnulla inconvenientia consecuntur que liberum et expeditum cursum officii inquisitionis tam in manibus dyocesanorum quam etiam inquisitorum diminuunt seu retardant, quod experientia magis docet".

10 Lea 1, 493 u. 2, 97.

11 Eine Menge Beispiele dafür bietet Limborch, sent. Tholosonae, s. p. 175. 183. 292. 330. Weitere Nachweisungen bei Henner S. 282 n. 1.

letzteren selbst bevollmächtigten [1], förderten sie dadurch lediglich das Übergewicht und das Ansehen der letzteren. Mochten auch einzelne Bischöfe sich noch die Verfolgung der Ketzer angelegen sein lassen und ihre bischöfliche Jurisdiktion gegen dieselben handhaben [2], so ist doch überwiegend trotz der Klementina die Ketzer-Inquisition da, wo Inquisitionsgerichte vorhanden waren, von diesen ausgeübt worden, und die bischöfliche Inquisition in der Art zurückgetreten, dass die päpstliche thatsächlich als die alleinige und ausschliesslich berechtigte erscheinen konnte.

§. 295. δδ. *Die örtliche Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte.*

Wenngleich die Inquisitionsgerichte päpstliche Gerichte waren, und der Papst die Gerichtsbarkeit über alle Theile der Kirche besass, so erhielten doch die päpstlichen Inquisitoren stets bestimmte Bezirke zugewiesen [3], ausserhalb deren sie keine Jurisdiktion ausüben konnten. Deshalb bedurfte es einer Regelung der örtlichen Kompetenz, d. h. der Frage, welches der verschiedenen Inquisitionsgerichte in einem gegebenen Fall einzuschreiten berechtigt war [4]. Zunächst hat das partikuläre Recht [5] im Interesse einer erfolgreichen Thätigkeit nicht nur das Domizil und den Ort der begangenen That, sondern auch den Ort der Ergreifung als konkurrirende Gerichtsstände festgesetzt. Der letztere, das s. g. *forum deprehensionis*, war dem gemeinen Recht fremd [6]. Daraus erklärt es sich, dass es auch für die Inquisition niemals eine gesetzliche Sanktion erhalten [7], und in der Theorie und Praxis nicht ohne manche Zweifel an seiner Zulässigkeit erst im 14. Jahrhundert Anerkennung gefunden hat [8].

[1] Fälle bei Limborch l. c. p. 210. 334; weitere bei Henner S. 283 n. 1 u. S. 284 n. 2.

[2] Lea 1, 359 ff. u. 2, 374 (erste Hälfte des 14. Jahrh.) u. Henner S. 286 n. 1.

[3] Das ergeben die früheren Mittheilungen, s. o. S. 456, ferner Henner S. 40. 345 n. 2.

[4] Dies gegen Henner S. 339, welcher behauptet, dass die Inquisitionsgerichtsbarkeit von dem Princip des natürlichen Strafrechts beherrscht war, bei welchem nur der Umstand massgebend ist, dass ein Vergehen begangen wird, gleichgiltig, von wem und wo, und dass, da die Inquisitoren die Gerichtbarkeit im Namen des Papstes übten, demnach immer mittelbar die Päpste allein entschieden. Dabei hat er übersehen, dass nicht jeder Inquisitor für denselben weiten Bezirk, wie der Papst zuständig war.

[5] Narbonne u. 1234 o. 1235 c. 20, M. 23, 362: „Ad inquisitionem quippe vestram eos intelligimus pertinere, qui vel infra eiusdem inquisitionis limites *deliquerunt* vel *domicilium* ibi habent seu habebant quando inquisitio coepta fuit, vel cum ibi morarentur occasione officii cuiuscumque publici vel privati vel certum domicilium non habentes, *ibidem inventi* citati fuerunt a vobis, sive illis per quamcumque cautionem astrictis sive non, inquisitionem contra eos facere incoepistis vel eis purgationem forsitan indixistis. Si quidem contra tales praesentes vel absentes potestis procedere ac debetis, nisi forte ratione delicti maioris seu minoris commissi alibi vel ratione domicili vel alia de praedictis inquisitores alii procedere coeperint contra illos. Etenim cum in locis diversis et per inquisitores diversos . . . inquisitio celebretur, tutius et salubrius est, ut quisque culpabilis in quibuscumque locis deliquerit, uni et illi inquisitori permaneat obligatus, a quo primo ex aliqua de causis praesciptis sine fraude et sine periculo negotii et animarum fuerit occupatus“.

[6] S. o. S. 335.

[7] Die päpstlichen Dekretalen, Alexander IV. 1255, P. n. 15731, Ripoll bull. Praedic. 1, 273 u. 1260, n. 17800, bull. Taur. 3, 670; Urban IV. 1262 §. 11, P. n. 18253 ibid. p. 689; Gregor X. 1273, P. n. 20720; c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2 gedenken nur des forum delicti mit dem Zusatz, dass die Inquisitoren auch dann gegen die Angeschuldigten vorzugehen berechtigt sind, „licet ad alias partes se transferendos duxerint“, nicht, so Henner S. 341 n. 3, beispielsweise als des häufigsten in der Praxis vorkommenden Gerichtsstandes, sondern weil der Grundsatz, dass das forum delicti commissi auch zur Anwendung komme, wenn sich der Thäter im Gerichtsbezirk nicht treffen liess, noch bis zum 13. Jahrh. keine Anerkennung gefunden hatte, s. o. S. 334. 335. Daraus ergiebt sich zugleich, dass durch diese Dekretalen das forum deprehensionis nicht stillschweigend sanktionirt sein kann.

[8] Dafür die Glosse s. v. procedendi zu c. 12 in VI cit. unter Berufung auf römisches Recht, ferner Eymeric. III. qu. 42 n. 110; Bernard. Guidon. IV. p. 193 erwähnt dagegen dieses

Unter den mehreren zuständigen Gerichten entschied die **Prävention**, d. h. es wurde nunmehr dasjenige, welches die ersten Schritte gegen den Angeschuldigten gethan hatte, allein zuständig [1], und zwar auch für alle anderen Vergehen desselben, sofern diese überhaupt zur sachlichen Kompetenz der Ketzergerichte gehörten [2], ja selbst wenn der Angeschuldigte geflohen war, konnte das prävenirende Gericht die Auslieferung des Inquisiten von dem Gerichte seines Aufenthaltsortes fordern [3].

§. 296. ε. *Die Pflicht zur Unterstützung der päpstlichen Ketzergerichte.*

Zur wirksameren Durchführung der Inquisition hatten sich

1. die **Inquisitiongerichte** gegenseitig zu unterstützen und Rechtshülfe zu leisten, insbesondere dem die Untersuchung führenden Gericht über dasjenige, was ihnen in Betreff des Angeschuldigten bekannt war [4], Mittheilung zu machen, auf Erfordern Zeugen zu vernehmen, sowie die bei ihnen geführten Akten zuzustellen [5] und sich gegenseitig die Inquisiten zu übersenden [6].

2. Bestand eine Pflicht, die Inquisition und die Inquisitoren zu unterstützen, also den Anforderungen derselben nachzukommen:

a. für alle **kirchlichen Beamten**, hohe und niedere, insbesondere auch für die kirchlichen, namentlich bischöflichen Gerichte [7]. Vor Allem ist die Hülfe der Pfarrer für die Zwecke der Inquisition in Anspruch genommen worden. Dieselben hatten die Citationen der ihnen bezeichneten Personen [8], ferner die öffentlichen Ladungen des Volks [9] und der ausbleibenden und flüchtigen Inquisiten zu besorgen [10], die von den Inquisitoren verhängten Exkommunikationen und Strafurtheile zu verkünden [11], auf Erfordern über das Vorleben des Inquisiten Auskunft oder Zeugniss

Gerichtsstandes nicht. Auch Pegna comm. 33 n. 132 zu Eymeric. III. n. 131. bemerkt noch, dass wenn der Richter des Ergreifungsortes um Übersendung des Angeschuldigten von dem Gericht des delictum commissum ersucht werde, dieser Requisition stattgegeben werden solle.

1 Das verstand sich nach allgemeinen Grundsätzen von selbst, s. auch Narbonne 1234 c. 20 cit., S. 479 n. 5. Übrigens hatte der Angeschuldigte nicht das Recht (vgl. o. S. 336 n. 7) das Gericht wegen zu grosser Entfernung abzulehnen, c. 11 (Clemens IV.) in VI de heret. V. 2 und dazu Glosse s. v. duabus diaetis.

2 Narbonne c. 20 cit., vgl. auch Henner, S. 342.

3 Eymeric. III. n. 134; des Näheren s. Henner S. 341. 342.

4 Narbonne 1234 o. 1235 c. 21, M. 23, 362 (mit Bezug auf c. 20, s. o. S. 479 n. 5): „ita tamen, ut inquisitores ceteri, quicquid de illo nosse poterunt, inquirant nihilominus et scribant inquisitoribus illis, quibus idem culpabilis sit astrictus: sic enim quasi vir unus pugnabitis et vincetis".

5 Alex. IV. 1260, P. n. 17800, bull. Taur. 3, 670: „compellendi appellatione remota per censuram ecclesiasticam per vos vel per alios . . . omnes illos qui scripta vel instrumenta inquisitionis vel ad eius officium pertinentia per quoscumque hactenus facta ac etiam facienda contra haereticos, credentes, receptatores, fautores seu defensores eorum habent vel habuerint, ut ea sine cuiuslibet difficultatis seu dilationis dispendio vobis vel alteri vestrum exhibeant"; Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138, fast wörtlich wiederholt c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2: „necnon faciendi vobis libros seu quaternos et alia scripta in quibus inquisitiones factae et processus per quoscunque auctoritate sedis apostolicae vel legatorum eius habiti contra haereticos continentur, a quibuslibet assignari"; Bernard. Guidon. IV. p. 193.

6 Nicolaus IV. 1289, Lea 1, 573.

Vgl. überhaupt Henner S. 295.

7 Vgl. o. S. 389 n. 6, ferner von päpstlichen Bullen, welche diesen Grundsatz aussprechen, z. B. Gregor IX. 1233, P. n. 9143, Martin IV. 1281, P. n. 21806 u. Urban V. 1368 bei Fredericq 1, 90. 145. 207.

8 Bernard Guidon. I. n. 1. 5. p. 3. 6; Molinier p. 287. 322; Ztschr. f. vaterländische Geschichte (Westfalen) 46 (1888) S. 147.

9 Namentlich zu den General-Inquisitionen und den von den Inquisitoren zu haltenden Sermonen (über diese s. S. 451 n. 1 u. S. 458 n. 3); Beziers 1246 c. 3, M. 25, 716; Eymeric. III. n. 48; Ztschr. f. vaterländ. Gesch. 46, 146.

10 Beziers 1246 c. 14, M. 23, 718.

11 Bernard. Guidon. I. n. 12. 14. 16. 18. p. 10. 11. 14. 16.

zu geben [1], behufs Ermittelung der der Ketzerei Verdächtigen Kontrolen in Betreff ihrer Parochianen über die Unterlassung des Kirchenbesuches und die Fernhaltung vom Beicht- und Abendmahlssakrament zu führen [2], sowie die gewissenhafte Ableistung der ihren Pfarrkindern wegen Ketzerei auferlegten Busswerke zu überwachen [3].

Dieselbe Pflicht lag ferner auch b. allen weltlichen Fürsten und weltlichen Obrigkeiten [4], ja sogar

c. sämmtlichen Kirchengliedern ob. Sie bethätigt sich für diese hauptsächlich in der Verbindlichkeit, der Inquisition jede der Ketzerei verdächtige oder schuldige Person anzuzeigen [5] und sich als Rügezeuge in Betreff der Ketzerei verpflichten zu lassen [6].

§. 297. ζ. *Das Verfahren.*

Mit Rücksicht darauf, dass die Inquisition den Zweck hatte, die Ketzereien zu beseitigen und auszurotten [7], und diesen in erster Linie durch die Zurückführung der Ketzer zum rechten Glauben zu erreichen suchte, verkündete der sein Amt in einem Bezirk antretende Inquisitor [8] bei der von ihm abzuhaltenden Predigt [9] zugleich eine s. g. Gnadenfrist (*tempus gratiae*) von etwa 15 bis 40 Tagen [10], d. h. eine Frist,

[1] Bernard. Guidon. I. n. 26. P. 23; Molinier p. 289.

[2] Toulouse 1229 c. 13, M. 23, 197.

[3] Beziers 1246 c. 34, M. 23, 723; Molinier p. 288.
Vgl. überhaupt Henner S. 292 ff.

[4] Vgl. darüber o. S. 389 ff.

[5] Schon das Leg. K. Toulouse 1229 c. 12, M. 23, 196 verlangt, dass allen mündigen Personen von 2 zu 2 Jahren ein Eid auf Abschwörung jeder Ketzerei, auf Verfolgung und Denunziation aller Ketzer abgenommen wird, ebenso Beziers 1246 cons. c. 31, p. 722. Gregor IX. 1227 u. 1231, Fredericq 1, 75. 77: „si quis hereticos sciverit vel aliquos occulta conventicula celebrantes seu a communi conversatione fidelium vita et moribus dissidentes, eos studeat indicare confessori suo vel alii per quam credat ad prelati sui noticiam pervenire; alioquin excommunicationis sententia percellatur", hat dann eine allgemeine Denunziationspflicht, deren Verletzung mit der Exkommunikation bedroht ist, aufgestellt, wiederholt von Innocenz IV. 1254: Noverit §. 7. bull. Taur. 3, 589; Nikolaus III. 1278 §. 20 u. 1290 §. 6, ibid. 4, 47. 105; vgl. auch Trier 1238 c. 34 c. 31, M. 23, 483 und Schreiben Nikolaus' III. v. 1278 an Rudolf I., Kaltenbrunner, Aktenstücke z. Gesch. d. Reichs unt. Rudolf I. S. 125. Mit Bezug auf diese Anordnungen erliessen die päpstlichen Inquisitoren, wenn sie ihren Distrikt beim Antritt ihres Amtes bereisten, bei Abhaltung der Predigt vor dem versammelten Volk, s. S. 458 n. 3, eine Aufforderung, dass jeder binnen bestimmter Frist bei Strafe der Exkommunikation alle ihm bekannten Ketzer oder der Ketzerei verdächtige Personen anzeigen sollte, Eymeric. III. qu. 438. Vgl. auch o. S. 215 n. 2.

[6] S. o. S. 449 n. 4. Diese Vorschriften waren zwar zunächst nur für die bischöfliche Inquisition gegeben, aber nach den S. 451 n 1 u. S. 458 n. 3 mitgetheilten Bullen konnten sich die Inquisitoren ebenfalls geeignete Gehülfen für die Ermittelung der Ketzereien und Ketzer annehmen.

[7] S. 450. 458.

[8] S. 458 n. 3 und auch S. 388 n. 5.

[9] S. 458 n. 3, wobei auch der Ablass, s. S. 460, verkündet wurde.

[10] Schon Narbonne 1234 o. 1235, c. 1, M. 27, 356 lässt diejenigen, welche sich innerhalb einer von den Inquisitoren gestellten Frist als Reuige melden und sowohl in Betreff ihrer, wie in Betreff anderer wahrheitsgemässige Aussagen machen, im Interesse der Ermittelung von Ketzern von der Kerkerstrafe frei und belegt sie blos mit verschiedenartigen Bussen (dem Tragen von Kreuzen an den Kleidern, Erscheinen mit theilweise entblössten Kleidern und Ruthen in der Hand zur Züchtigung bei der Messe und bei Prozessionen, Anwesenheit bei den sermones generales der Inquisitoren, Fasten, Besuch von Wallfahrtsstätten, sowie Bekämpfung der Sarazenen oder Ketzer auf eigene Kosten für eine bestimmte Zeit, nicht aber mit Pilgerfahrt über das Meer — transitus transmarinus, letzteres offenbar wegen Befürchtung der Ausbreitung der Ketzerei). Nach Beziers 1246 cons. c. 2. 3. 5, M. 23, 716. 717, welches schon den Ausdruck tempus gratiae aufweist, soll den innerhalb der als solches von den Inquisitoren bestimmten Frist sponte ac plene confitentibus et ad ecclesiasticam se redire dicentibus unitatem gegen Auferlegung von Busse die Absolution gewährt, von ihnen aber die Abschwörung der Ketzerei, eine eidliche Verpflichtung zur Festhaltung am rechten Glauben, zur Verfolgung der Ketzer und zum Gehorsam gegen die Befehle der Inquisitoren, sowie Kautionsleistung mit ihrem ganzen Vermögen für Erfüllung der ihnen auferlegten Bussen verlangt werden. Vgl. auch Molinier p. 314; Henner

innerhalb deren sich reumüthige Ketzer selbst bei ihm melden und durch ihr freiwilliges Geständniss[1] und ihre Reue eine mildere Behandlung, nämlich Verschonung mit Todesstrafe, ewigem Gefängniss und Güterkonfiskation[2] erlangen konnten.

Die Selbstanzeige führt zu dem gerichtlichen Verfahren, und das Geständniss wird gerichtlich beurkundet, wenn entweder schon vorher eine Denunziation oder Anklage gegen die betreffende Person eingegangen ist, oder wenn auch ohne Vorliegen einer solchen der Gestehende seine Ketzereien anderen mitgetheilt und diese angesteckt zu haben, einräumt[3].

Abgesehen von diesem Fall konnte ein Verfahren wie im gewöhnlichen Prozess (S. 337. 351. 358) in Folge einer Anklage[4], oder auch von amtswegen auf Grund der Offenkundigkeit[5] oder auf Grund einer Denunziation[6] oder beim Vorliegen einer publica

S. 235 n. 3. Wenn dagegen Innocenz IV. 1243, P. n. 11193, Raynald. ann. a 1243 n. 31, den Inquisitoren für Narbonne, Albi und ganz Frankreich gebietet, dass die zur Kirche innerhalb der festgesetzten Frist freiwillig zurückkehrenden Ketzer von jeder Strafe befreit sein sollen (nulla eis poena imposita publica vel privata ecclesiastica seu mundana), so lässt sich dies mit Narbonne c. 1. cit. (trotz Finke, Konzilienstudien z. Gesch. des 13. Jahrh. S. 82) sehr wohl dahin vereinigen, dass er die Bussen nicht unter der verbotenen poena verstanden hat, womit die demnächstige Inquisitionspraxis in Übereinstimmung gewesen ist, s. die folgende Anm. 2.

[1] Die Ablegung eines Geständnisses in der Beichte reichte dazu nicht hin, vielmehr sollte der Inquisitor eine solche, weil er nicht Richter in foro poenitentiali, sondern in iudiciali et exteriore war, wegen der Pflicht, das Beichtgeheimniss zu wahren, gar nicht zulassen, Eymeric. III n. 58. Das Beichtforum und das forum iudiciale sind in Ketzer-Angelegenheiten principiell unabhängig von einander. Tarragona 1242 (Inquisitionsordnung des Erzbischofs), M. 23, 555 schreibt allerdings noch vor, dass der von dem Beichtvater auf die Beichte wegen Ketzerei Absolvirte, mag auch der erstere unrecht gehandelt haben, weil er ihn nicht an den Bischof verwiesen hat, von poena temporalis frei bleibt, s. des Näheren Henner S. 237. 238, schliesst also andere von den Inquisitoren zu verhängende Strafen nicht aus, indessen ist die Inquisitionspraxis demnächst für die unbedingte Unabhängigkeit eingetreten, weil der Beichtvater über die erfolgte Beichte und Absolution wegen des Beichtgeheimnisses kein Zeugniss ablegen darf, Bd. IV S. 127, und weil später die Ketzerei zu den das regelmässige forum internum ausschliessenden casus reservati, a. a. O. S. 105 ff. u. o. S. 365, gehörte, Pegna comm. 25 zu Eymeric. II p. 241; Henner S. 239. Wenn andernfalls die Absolution des reumüthigen Ketzers durch den Bischof oder den Inquisitor, vgl. Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118; c. 11 (Clem. IV.) pr. in VI de heret. V. 2; Eymeric. III qu. 122 auch für forum poenitentiale ihre Wirkungen äussert, so erklärt sich dies aus dem Wesen der Reservation von Censuren, s. Bd. IV. S. 103 und Henner S. 240.

[2] Eine solche mildere Behandlung kennt schon das Leg. K. Toulouse 1229 c. 10, M. 23, 196. Beziers 1246 cons. c. 2, M. 23, 716 setzt Freiheit von den gedachten Strafen und vom Exil fest. Vgl. weiter Bernard. Guidon. IV p. 182 ff.

[3] Eymeric. III n. 60. 62. Nur wenn die Ketzerei vollkommen geheim ist, wird weder ein Verfahren eingeleitet noch das Geständniss protokollirt, sondern es erfolgt geheime Absolution unter Auferlegung einer angemessenen Busse l. c. n. 61. Eine mildere Bestrafung sollte aber auch in den anderen im Text gedachten Fällen eintreten.

[4] Eymer. III n. 67. 71. Diese musste dann zum Anklageprozess führen. Da aber in einem solchen Fall der Inquisitor bei seinem weiteren Vorgehen von den Schritten des Anklägers abhängig war, und dies dem Zweck der Inquisition widersprach, so liess man die Ankläger nicht gern zu und gab ihnen den Rath, bei nicht voll gelingendem Beweise die Anklage in eine Denunziation umzuwandeln. Stritt man doch darüber, ob der Ankläger im Falle falscher Anklage der Talion unterworfen werden müsse, Pegna comm. 14 zu Eymeric. III n. 67, was nicht befremden kann, da die kirchlichen Rechtsquellen in Betreff dieser Strafe auch für das gewöhnliche Verfahren keine übereinstimmenden Vorschriften aufweisen, s. Bd. IV S. 758 n. 6 u. 770 n. 3 und auch c. 1 ff. C. II qu. 3, sowie o. S. 201. Unter diesen Umständen ist das Accusationsverfahren bei den Inquisitionsgerichten völlig in den Hintergrund getreten und so gut wie unpraktisch gewesen. Vgl. auch Henner S. 223. 224.

[5] Dieser Fall ist selbstverständlich, hat aber, wie die Inquisitionsschriftsteller ergeben, praktisch keine Bedeutung gehabt.

[6] Und zwar theils auf Grund einer solchen, welche auf die öffentliche Aufforderung des Inquisitors S. 481 n. 5 angebracht wurde oder auch einer sonstigen Einzeldenunziation. Wenn Denunziationen der ersteren Art so zahlreich eingegangen waren, dass der Inquisitor nicht auf alle in eine gerichtliche Verfolgung eintreten konnte, so sollte er sie sämmtlich in ein geheim zu haltendes Buch mit den Namen der Denunzianten und Zeugen eintragen, um nach Ablauf der Aufforderungsfrist zunächst die schwersten und gefährlichsten Fälle zu bearbeiten. In Betreff jedes in Angriff genommenen Falles blieb es dem Denunzianten auf eine an ihn zu stellende Anfrage des Inquisitors frei, ob er als Ankläger oder Denunziant sich betheiligen oder beides mit dem Hinweis, dass er blos

fama oder insinuatio clamosa [1] eintreten, jedoch war das Verfahren von amtswegen, wie es sich in der Gestalt der inquisitio [2] entwickelt hatte, das regelmässige [3].

Eigenthümlich ist dem Ketzer-Inquisitionsprozess, dass, im Gegensatz zum gemeinen Recht [4], dem Angeschuldigten die Namen der Ankläger, also auch der Denunzianten, und die der Zeugen, wenn sich aus ihrer Veröffentlichung eine schwere Gefahr für dieselben ergeben sollte, zu verschweigen waren [5], und nach einer sich bald bildenden festen Praxis [6] in allen Fällen verschwiegen wurden.

Weiter ist in favorem fidei die Fähigkeit zum Zeugniss der Art ausgedehnt, dass man entgegen dem allgemeinen Recht Infame [7], Meineidige [8], Exkommunicirte [9], Verbrecher aller Art [10], insbesondere auch vor Allem die Mitschuldigen und Theilnehmer [11], die Frau, die Kinder und die Familiaren, falls sie gegen den Angeschuldigten aussagten [12], zuliess, alles dies lediglich, weil die Ketzerei als ein s. g. crimen exceptum angesehen wurde [13] und weil ohne diese Erweiterung die Inquisition in ihrer Thätigkeit zu sehr gehindert worden wäre [14]. Wenn andererseits wenigstens die Todfeindschaft mit dem Angeschuldigten als Ausschliessungsgrund eines Zeugen galt [15], so blieb dem Angeschuldigten doch die Geltendmachung dieser Beweiseinrede so gut wie unmöglich, da ihm die Namen der Zeugen nicht kund gegeben wurden [16].

Hinsichtlich des Zeugenbeweises waren somit dem Angeschuldigten die Garantieen

um der gesetzlichen Pflicht zu genügen, S. 481, denunzirt habe, ablehnen wollte. Das letztere wird bei den Inquisitonsschriftstellern als die Regel vorausgesetzt, und ist auch offenbar die Regel gewesen, Eymeric. III n. 63. 66. 68. Es ist also das Verfahren per denunciationem im eigentlichen Sinne mit der caritativa correctio (S. 355) wohl kaum jemals vorgekommen.

1 Eymer III n. 69.

2 S. 351.

3 S. 482 n. 4 u. 6.

4 c. 24 (Lateran. IV.) X de accusat. V. 1.

5 S. 464 n. 10.

6 Welche also auf den anfänglichen Standpunkt, s. a. a. O. zurückgekehrt ist und die die schrankenlose Gewalt der Inquisition einengenden päpstlichen Verordnungen von Innocenz IV. bis Bonifaz VIII. mit der Annahme, dass die gedachte Gefahr stets obwalte, illusorisch gemacht hat, Pegna comm. 123 zu Eymeric. III qu. 75, eine Praxis, welche später Pius IV. in dem Breve: Cum sicut v. 1561, bull. Taur. 7, 146; Eymeric. app. p. 163, dem Inquisitor in Avignon zur Pflicht gemacht hat.

7 Das wurde aus der Zulassung der Meineidigen, s. folgende Anm., welche infam sind, hergeleitet, Eymeric. III qu. 66, nachdem schon Narbonne 1234 o. 1235 c. 24, M. 23, 363: „quamvis in huiusmodi crimine propter ipsius enormitatem omnes criminosi et infames et criminis etiam participes ad accusationem et testimonium admittantur", und Beziers 1246 cons. c. 12, p. 718 vorangegangen waren.

8 c. 8 (Alexander IV.) §. 3 in VI de heret. V. 2, vorausgesetzt, dass anzunehmen ist, dass sie aus Eifer für den rechten Glauben aussagen wollen, Eymeric. III qu. 65.

9 c. 5 (Alex. IV. P. n. 18016) in VI eod. V. 2: „praesertim in probationum aliarum defectum . . . si ex verisimilibus coniecturis et ex numero testium aut personarum tam deponentium, quam eorum contra quos deponitur, qualitate ac aliis circumstantiis sic testificantes falsa non dicere praesumantur".

10 Das leitete man daraus her, dass Verbrecher wie die Meineidigen, und nach c. 5 cit. auch die socii criminis der Exkommunicirten zugelassen seien, Eymeric. III qu. 66, s. auch Anm. 7.

11 „participes vel socii criminis" c. 5 cit. Dass Ketzer ausser in Sachen der Mitschuldigen zeugnissfähig sind, wird noch von Eymeric. III qu. 68 schlechthin verneint, während Pegna comm. 117 zu qu. 68 cit. solche, wenn sie gegen den Angeschuldigten aussagen, zulässt und ihre Aussage als ein Indicium betrachtet wissen will.

12 Das wird argumento e contrario aus c. 3 (Alex. IV.) in VI de heret. V. 2 hergeleitet, Eymer. III qu. 70.

13 c. 8 §. 3 cit. V. 2.

14 Alex. IV. 1261, P. 18106 cit., Boehmer corpus iur. canon. 2 app. p. 142: „si iidem excommunicati non admitterentur ad perhibendum testimonium contra tales et dictis eorum ac si fatentium (der Mitschuldigen) non staretur, f equenter officium inquisitionis . . . in dispendium fidei contingeret impediri, quando praesertim vix aut nullo modo potest, nisi per sic fatentes super hoc veritas apparere".

15 So schon Narbonne 1234 o. 1235 c. 25, M. 23, 363 u. Beziers 1246 cons. c. 13, p. 718. Hier hat man sich also an das gemeine Recht, s. c. 7 (Ps. Is.) c. 13 (Alex. III.) u. c. 19 (Innoc. III.) X de accus. V. 1 gehalten.

16 S. Anm. 6. Allerdings sollten die Inquisitoren von amtswegen darüber inquiriren, ob die Zeugen nicht etwa Todfeinde des Angeschuldigten seien, Eymeric. III qu. 67, aber durch diese Anweisung war dem Angeschuldigten selbstverständlich kein genügender Schutz gegeben.

jeder ordnungsmässigen Vertheidigung entzogen, denn einen genügenden Ersatz dafür konnten selbstverständlich die Vorschriften nicht gewähren, dass bei den Zeugenvernehmungen, um einer Entstellung und Verdrehung der Aussagen seitens des Richters vorzubeugen, ausser dem protokollirenden Notar noch zwei Gerichtszeugen [1] zugezogen und dem Angeschuldigten die Abschriften der Prozessverhandlungen einschliesslich der Zeugenaussagen mitgetheilt werden sollten [2].

Sodann ist das Verfahren, wie es sich in der Praxis gestaltet hatte und gehandhabt wurde, darauf angelegt, von dem Angeschuldigten auf jede Weise ein Geständniss zu erlangen. Zunächst wird ihm bei jeder Vernehmung ein *juramentum de veritate dicenda* sowohl in Betreff dessen, was seine Person, wie auch andere betrifft, abgenommen [3]. Die Vernehmungen können in beliebiger Zahl wiederholt werden, bei jeder bemüht sich der Inquisitor den Angeklagten zum Geständniss zu bringen, wofür ihm besondere unwürdige Praktiken durch die Inquisitionsschriftsteller an die Hand gegeben werden [4]. Auch kann der Inquisitor den inhaftirten Angeschuldigten bei schwerem Verdacht lediglich, um ihm ein Geständniss abzudringen, Jahre lang im Kerker festhalten [5].

1 Urban IV. 1262 §. 6, P. n. 18253, bull. Taurin. 3, 688: „. . quia in tam gravi crimine cum multa oportet cautela procedi, ut in reos sine ullo proferatur errore durae et dignae severitas ultionis . . . mandamus, ut vos et illi, quos ad hoc duxeritis deputandos, in examinatione testium quos recipi super crimine praedicto ipsumque contingentibus oportuerit, adhibeatis duas religiosas et discretas personas, in quarum praesentia per publicam . . . personam fideliter eorumdem depositiones testium conscribantur"; ebenso Urban IV. 1262, P. n. 18387, Eymeric. p. 137, u. c. 11 (Clemens IV. 1265, Eymeric. p. 139) §. 1 in VI de heret. V. 2; nämlich Geistliche und Laien, — unter den personae religiosae hat die Praxis nicht blos Mönche verstanden, — auch sich nicht an die Zahl zwei gehalten, sondern mitunter nur einen zugezogen, ja auch davon abgesehen, Eymeric. III n. 84 u. qu. 63, Henner S. 154 ff. S. 157 n. 4, während andererseits die Gerichtszeugen bei der Vernehmung der Angeschuldigten assistirt haben, Eymeric. III n. 81. 84 u. Henner S. 154. 155.

2 In so weit beobachtete man das gemeine Recht, s. c. 24 X V. 1 cit.; Eymer. III n. 117. Mit Rücksicht darauf, dass die Namen der Zeugen regelmässig nicht mitgetheilt wurden, S. 483, werden von den Inquisitionsschriftstellern, s. Eymeric. III n. 119, verschiedene Arten der Behandlung der Zeugenaussagen angegeben, wie trotzdem dem Angeschuldigten die Möglichkeit eröffnet werden kann, die Beweiseinrede der Todfeindschaft vorzubringen (vgl. auch Molinier p. 344 ff.), doch wird es schliesslich als einfachstes Mittel bezeichnet, dass der Inquisitor darüber, namentlich auch durch Vernehmung anderer Zeugen aus dem Wohnort des Angeschuldigten, inquirirt, ob und welche Belastungszeugen mit demselben in Todfeindschaft leben.

3 Vgl. über diesen Eid, P. Hinschius, Beiträge z. Lehre v. d. Eidesdelation. Berlin 1860 S. 48 ff. Dass dies im Inquisitionsprocess bei jeder Vernehmung geschah, ergiebt das Urtheil gegen den bekannten Franziskanermönch Bernardus Deliciosi († 1319 Lea 2, 75 ff. 100.) v. 1319, Limborch sent. Tholos. p. 271: „Rursus in dicto inquisitionis processu calumpniosus nimium extitit et prout ex actis predictis apparet plus quam septuagesies in eiusdem negocio . . . inexcusabiliter dejeravit"; bei Bernard. Guidon. III n. 20 p. 113 kommt in dem Urtheil derselbe Vorwurf, allerdings nur der des zwanzigfachen Meineides vor. Einen derartigen Eid s. Zeitschr. f. vaterländische Geschichte (Westfalen) Münster 46 (1888) S. 141. Vgl. auch die doctrina de modo procedendi contra hereticos (13. Jahrh.) bei Martène et Durand, thes. nov. anecdot. 5, 1795. 1805.

4 So soll nach Eymeric. III. n. 102 der Inquisitor, wenn er weiss, dass der Angeschuldigte durch die Zeugen nicht überführt worden ist, aber Indicien für die Schuld vorliegen, in den Akten blättern oder ein Papier in die Hand nehmen und zum Angeschuldigten äussern, es sei klar, dass er nicht die Wahrheit sage oder ihn erstaunt fragen: „Wie kannst du leugnen", und nach weiterem Blättern oder Lesen ihn auffordern: „Rede nur die Wahrheit, da du siehst, dass ich sie weiss", wobei dem Inquisitor zugleich die Vorsicht empfohlen wird, sich nicht zu sehr auf Einzelheiten einzulassen, damit der Angeschuldigte seine Unkenntniss nicht merke. Weiter wird dem Inquisitor der Rath ertheilt (n. 103), dem Angeschuldigten gegenüber eine längere Reise auf unbestimmte Zeit zu fingiren und sein Bedauern auszusprechen, dass er den letzteren deshalb, weil er nicht gestehe, nun lange gefangen halten müsse, nicht minder (n. 107) einen verlässlichen, früheren Anhänger der betreffenden ketzerischen Sekte wiederholt zu dem Angeschuldigten in das Gefängniss einzulassen, damit dieser unter dem Vorgeben, ebenfalls zu dieser Sekte zu gehören, sein Vertrauen gewinne und ihn dann eines Nachts aushorche, während draussen Zeugen und auch ein Notar aufgestellt werden sollen, um die Bekenntnisse des Angeschuldigten mitanzuhören; sowie dergleichen ähnliche Rathschläge mehr, s. a. a O. n. 104—106.

5 Dieses Mittel hat Bernhardus Guidonis, welcher der in der vor. Anm. gedachten Künste nicht erwähnt, angewendet, V. n. 13 p. 302: „Quando vero aliquis vehementer suspectus . . .

Weiter beweist dies die offenbar im Anhalt an das römische Recht[1] eingeführte Zulässigkeit der Tortur, welche zunächst durch die weltliche Obrigkeit[2], später aber von den Unterbeamten der Inquisitoren auf Anweisung der letzteren[3] angewendet worden ist[4].

Eine Inhaftnahme des Angeschuldigten bei Eröffnung der Untersuchung fand in der Regel nicht statt[5], sie konnte aber erfolgen, wenn die Ketzerei des Angeschul-

et talis obstinatus sit ad confitendum . . . est . . . detinendus per annos plurimos, ut vexatio det intellectum, et multociens vidi de aliquibus quod sic vexati et pluribus annis detenti confessi fuerant tandem, non solum de novis set etiam de veteribus et antiquis de XXX annis et XL et supra."

[1] S. l. 3 C. J. ad leg. Juliam maiestatis IX. 8. Diese lässt die Tortur bei dem crimen laesae maiestatis, welchem die Ketzerei gleichgestellt wurde, o. S. 302. 303 zu.

[2] Innocenz IV. 1252 Ad exstirpanda §. 26, bull. Taur. 3, 556: „Teneatur praeterea potestas seu rector omnes haereticos, quos captos habuerit, cogere citra membri diminutionem et mortis periculum tanquam vere latrones et homicidas animarum et fures sacramentorum dei et fidei christianae errores suos expresse fateri et accusare alios haereticos quos sciant, et bona eorum, et credentes et receptatores et defensores eorum, sicut coguntur fures et latrones rerum temporalium accusare suos complices et fateri maleficia quae fecerant"; wiederholt v. Alexander IV. 1259, P. n. 17714, Eymeric. app. p. 42; Clemens IV. 1265, bull. cit. 3, 744. u. 1266 p. 763.

[3] In der Praxis sind aber die Inquisitoren selbst dazu geschritten, um das Geheimniss der Untersuchung besser wahren zu können, nachdem schon Alexander IV. 1256, Lea 1, 575, s. auch o. S. 460 n. 6, ihnen die Befugniss ertheilt hatte, sich gegenseitig von etwaigen Irregularitäten zu absolviren, und damit das bisherige Hinderniss für die Anwendung der Folter ihrerseits hinweggeräumt worden war, Lea 1, 422. Wegen der Missbräuche dabei, welche schon Philipp den Schönen zu 1291 zu Gegenmassregeln veranlassten, vgl. auch Lea 1, 423, wurde von Clemens V. das gemeinsame Zusammenwirken des Bischofs und des Inquisitionsgerichtes eingeführt, o. S. 477, welches sich aber nicht als ausreichendes Schutzmittel erwiesen hat, o. S. 478.

[4] Feste gesetzliche Regeln über die Voraussetzungen ihrer Anwendung bestanden nicht. Nach der Praxis sollte nur in Ermangelung anderer Beweismittel durch Interlokut (Eymeric. III n. 152) auf die Tortur erkannt werden (was freilich nicht stets beobachtet worden ist, Pegna comm. 110 ad Eymeric. III. qu. 61), wenn 1. der Angeschuldigte unter Bestreitung des Hauptgegenstandes der Anschuldigung verschiedene und schwankende Erklärungen abgiebt, 2. wenn eine diffamatio und die Aussage eines Zeugen aus eigener Wissenschaft, 3. neben der ersteren mindestens ein starkes Indicium oder 4. neben einer Zeugenaussage aus eigner Wissenschaft ein solches oder 5. eine Mehrheit starker Indicien gegen den Angeschuldigten vorliegt, nicht aber beim Vorhandensein blos von einer diffamatio oder einer Zeugenaussage oder eines starken Indiciums.

Ehe auf Grund des Interlokutes zur Tortur selbst geschritten wird, soll der Angeschuldigte nochmals zum Geständniss ermahnt, dies, während ihn die Folterknechte auskleiden, wiederholt und ihm schliesslich durch einige rechtschaffene Männer bedeutet werden, dass er bei Ablegung eines Geständnisses, abgesehen von etwaiger Rückfälligkeit, mit der Todesstrafe verschont bleiben werde. Erst, wenn alles dies vergeblich war, darf mit der Tortur selbst begonnen werden (vgl. Limborch sent. Tholos. a. 1319, p. 146: „nec voluit confiteri iudicialiter de predictis, donec fuit detentus in carcere et in corda levatus aliquantulum"). Da die letztere in Betreff derselben Punkte nicht wiederholt werden sollte, wird bei Hartnäckigkeit des Inquisiten, wenn die Tortur nicht ausreichend erscheint, ein zweiter, selbst auch ein dritter Folterungstermin *ad continuandum* (!) tormenta, *non ad iterandum* angesetzt. Das durch die Folter erzielte Geständniss musste der Angeschuldigte nach Entfernung der Folterwerkzeuge nochmals wiederholen, und dasselbe hatte dann die Bedeutung eines frei abgelegten Geständnisses.

Widerruft indessen der Inquisit sein Geständniss, so kann, falls er noch nicht genügend gefoltert worden ist, die Tortur fortgesetzt werden.

Nur dann, wenn er trotz Allem noch bei seinem Längnen verharrt oder durch Folter überhaupt nicht zum Geständniss zu bringen gewesen ist, muss er freigelassen werden, l. c. n. 155 ff. Ein Urtheil wird in diesem Falle blos auf sein ausdrückliches Verlangen erlassen, Eymeric. III n. 157. Dasselbe soll niemals auf Freisprechung, sondern nur darauf lauten, dass nichts gegen ihn bewiesen worden ist, d. h. nur auf Absolution von der Instanz, „unde, si postmodum processu temporis iterum deferatur et legitime probetur, potest non obstante praedicta absolutoria sententia condemnari", l. c. n. 141 ff. 143. Übrigens finden sich kaum derartige freisprechende Erkenntnisse, Molinier p. 332.

Endlich hat die Praxis die Tortur auch sogar gegen die Zeugen, um von ihnen die Wahrheit zu erforschen, für statthaft gehalten, Eymeric. III qu. 73.

[5] Molinier p. 338, doch musste der Angeschuldigte für die Befolgung der Befehle der Inquisitoren, namentlich ihrer Vorladungen, Kaution leisten, Molinier p. 339. 348, sowohl eidlich, wie auch mit seinem Vermögen, p. 342. 351 oder mit Bürgen, welche sich für eine bestimmte Summe (bei Molinier 10 bis 100 Pfund Turonesen) haftbar zu machen hatten, p. 345. 367. 374.

digten klar zu Tage lag[1], wenn einige Indicien für seine Schuld vorlagen oder wenn er der Flucht verdächtig war[2]. Ferner wurde die Inhaftirung auch angewendet, um den leugnenden Angeschuldigten zum Geständniss zu bringen[3].

Je nach der verschiedenen Entwicklung des Verfahrens waren die Urtheile und auch zum Theil die Strafen verschieden[4].

1. Wenn nur eine *infamia,* eine Bezichtigung gegen den Angeschuldigten dargethan, im Übrigen aber für die Ketzerei desselben kein Beweis erbracht war, so wurde ihm der kanonische Reinigungseid[5] mit Eidhelfern[6] auferlegt[7].

2. Falls sich aber blos ein geringer Verdacht, eine *levis suspicio*[8] der Ketzerei ergeben hat, so geht das Urtheil auf Abschwörung derjenigen Häresie, welcher der Inquisit beschuldigt worden ist[9]; und nach der erfolgten Abjuration wird ihm noch eine Busse[10] auferlegt[11].

3. Bei gewichtigem Verdacht (*suspicio vehemens* oder *magna*[12]) ist das Verfahren

[1] Z. B. wenn er beim Halten einer ketzerischen Predigt ergriffen worden war.

[2] Eymeric III. qu. 90 und III. n. 73; Pegna comm. 17 n. 73 zu Eymeric. III. n. 73.

[3] Bernard. Guidon. V. n. 13 p. 301; Limborch, sent. Tholos. p. 102 („noluit confiteri, donec fuit captus et detentus diu") p. 153. 231; s. auch Clem. 1 §. 1 de haeret. V. 3 und dazu S. 477 n. 3.

Mitunter wurden die Inhaftirten dann Jahre lang in Haft gehalten, s. o. S. 468 n. 6 u. S. 484 n. 5, und zwar zum Theil in dunkeln und engen Zellen, sogar auch mit Ketten beschwert, Lea 2, 94. 102.

Über die Praxis des 13. Jahrh. vgl. auch Molinier p. 333.

[4] Eymeric. III. n. 140 zählt 13 Arten der Beendigung des Verfahrens auf, unter welchen er aber nicht nur die absolutio ab instantia, s. S. 485 n. 4, sondern auch das Interlokut auf Tortur, S. 485 n. 4, begreift.

[5] c. 13. (Lateran IV. 1215) §. 7 X de heret. V. 7. Das entspricht dem allgemeinen Recht, s. o. S. 352. Eine Formel bei Martène u. Durand thesaur. nov. anecdot. 5, 1801.

[6] Und zwar, Eymeric. III. n. 145 u. qu 88, je nach der Schwere und Verbreitung der *infamia* mit 7, 10, 20 oder 30 ehrenhaften Männern, welche Kenntniss von seinem Lebenswandel haben und seines Standes, also Ritter, Mönche, Weltgeistliche, Bischöfe, an deren Stelle auch Äbte treten können, sind l. c. n. 145. 146. 148, vgl. auch S. 353 n. 3. Eine Formel für die Eidhelfer bei Martène u. Durand l. c. 5, 1801.

[7] In einem angesetzten Termine hat er dann an dem Orte, wo er infamirt ist, den Reinigungseid in Betreff der ihm zur Last gelegten Ketzerei zu leisten, und an anderen Orten, an denen das bezichtigende Gerücht ebenfalls obgewaltet hat, öffentlich unter Abweisung der ihm zur Last gelegten Ketzerei seinen katholischen Glauben zu bekennen, während die Eidhelfer schwören, dass sie glauben, er habe wahr geschworen, Eymeric. III. n. 149. 150. Bei Verweigerung des Eides erfolgt die Exkommunikation des Angeschuldigten, und wenn er hartnäckig ein Jahr im Bann geblieben ist, seine Verurteilung als Ketzer nach c. 13 (Lateran. IV. 1215) §. 7 X de heret. V 7; l. c. n. 147. Kann er dagegen nicht die erforderliche Zahl von Eidhelfern stellen, so wird er (vgl. c. 13 §. 7 cit.) der Ketzerei für überführt erachtet, und ebenfalls als Ketzer verurtheilt.

[8] Z. B. wegen Besuches geheimer Zusammenkünfte oder einer von der der gläubigen Katholiken abweichenden Lebensweise, Eymeric. II. qu. 55 n. 2. 3.

[9] c. 8 (Alex. IV.) pr. de heret. V. 2; Eymeric. III. qu. 87. Dies hat, wenn der Verdacht ein öffentlicher gewesen ist, öffentlich, sonst geheim im Lokal des Bischofs oder des Inquisitors zu geschehen, Eymeric. III. n. 161. 164. Im ersteren Fall erfolgt die Abschwörung in der Landessprache in einer dazu bestimmten Kirche, nachdem der Termin öffentlich verkündet worden ist, auf einer dort errichteten Bühne vor versammeltem Klerus und Volk nach Abhaltung der Messe, und nachdem der Inquisitor eine Predigt über den rechten Glauben gehalten hat, l. c. 162—164. Bei verweigerter Abjuration tritt Exkommunikation ein und eventuell Behandlung als Ketzer, s. Anm. 7 u. Eymeric. II. qu. 55. n. 9.

[10] Z. B. Einsperrung auf Zeit (aber niemals für immer), Wallfahrten (Bernard. Guidon. III. n. 13 p. 97: peregrinationes maiores, ausserhalb Frankreich und minores innerhalb dieses Landes), Besuch bestimmter Kirchen an bestimmten Tagen, l. c. oder das Erscheinen als Büsser mit brennenden Kerzen in der Hand an den Kirchthüren an bestimmten Festtagen, Eymeric. III. n. 172; Molinier, p. 403. Für die Erfüllung dieser Bussen wurde Kaution bestellt, s. S. 471 u. 485 n. 5, auch wurde ihre Leistung, namentlich durch die Pfarrer, überwacht, S. 481. Bei Nichtleistung verfielen die Kautionen zu Gunsten der Inquisition, und selbstverständlich konnte der Renitente auch exkommunicirt werden, Molinier p. 386. Vgl. auch Eymeric. III. qu. 97 u. o. S. 471.

[11] Eymeric. III. n. 165, worauf dann der Inquisitor noch den 20, bez. 40tägigen und dreijährigen Ablass, S. 460. 461 verkündet.

[12] Z. B. weil Jemand Ketzer verbirgt, ihnen Hülfe leistet, sie begünstigt oder unterstützt, Eymeric. II. 55 n. 4. 5.

dasselbe [1]. Nur gilt der Beschuldigte, wenn er später wieder einer, derselben oder einer anderen Ketzerei überführt wird, im Gegensatz zu dem Fall unter 2. als rückfällig (*relapsus*) [2], und wird mit der entsprechenden Strafe [3] belegt [4].

4. Wenn dagegen ein sehr dringender Verdacht (*suspicio violenta*) gegen ihn obwaltet [5], so wird er, ohne dass ihm der Gegenbeweis offenbleibt, als Ketzer behandelt [6]. Er hat dann die ihm zur Last gelegte Ketzerei und alle übrigen abzuschwören [7], worauf er als Ketzer, welcher ipso iure in die Exkommunikation verfallen war, vom Inquisitor absolvirt [8] und dann zur Anlegung des infamirenden Busskleides der Ketzer [9] oder des ebenso infamirenden Tragens von gelben Kreuzen auf dem Gewande [10] und zu ewigem oder auch zu zeitlichem Kerker [11], sowie zur Übernahme von Bussleistungen [12] verurtheilt wird. Lehnt er dagegen die Abjuration ab, so erfolgt seine Auslieferung an den weltlichen Arm zur Vollstreckung der Todesstrafe [13].

5. Falls gegen den Angeschuldigten eine *diffamatio* und gleichzeitig ein Verdacht der einen oder anderen Art (s. Nr. 2—4) vorliegt, wird ihm der Reinigungseid [14] und die Abschwörung der Ketzerei [15] auferlegt [16], und er dann nach Maassgabe der Verschiedenheit des Verdachtes wie in den Fällen 2—4 behandelt [17].

6. Bei einem, sei es gleich anfänglich oder auch erst im Laufe der Untersuchung abgelegten Geständniss und bei Reumüthigkeit des Angeschuldigten hat derselbe nach einer Predigt des Inquisitors vor versammeltem Klerus und Volk [18] und nach öffentlicher Verlesung eines Verzeichnisses seiner strafbaren Handlungen (*culpae*) [19] alle Ketzereien abzuschwören [20], und wird demnächst, nachdem er durch den Inquisitor von der Exkommunikation absolvirt worden ist [21], sofern er nicht rückfällig ist, zum Tragen des Busskleides mit den gelben Kreuzen oder der letzteren, zu wiederholter Austellung in einer solchen Tracht auf einer Erhöhung oder Leiter vor

[1] Eymeric. III. n. 166—171, blos dass die Busse hier eine schwerere ist.

[2] c. 8 (Alex. IV.) pr. u. §. 1 in VI de haer. V. 2.

[3] Also mit der Auslieferung an den weltlichen Arm.

[4] Für den Fall, dass die Abschwörung nicht erfolgt, gilt das S. 486 n. 9 Bemerkte, Eymer. II. qu. 55 n. 15.

[5] Z. B. bei Anbetung der Ketzer, Annahme ihrer Weiheakte, wie der *consolatio* (der wahren Geistestaufe), Vollziehung ketzerischer Riten, Eymeric. II. qu. 55 n. 7, oder beim Ausbleiben auf Ladung wegen Ketzerei und hartnäckigem mehr als einjährigem Verharren in der deswegen über ihn verhängten Exkommunikation, l. c. III. n. 173.

[6] L. c. II. qu. 55. n. 16 u. III. n. 174 unter Berufung auf c. 13 §. 1 X. V. 3 u. c. 7 (Alex. IV.) in VI. V. 2.

[7] In derselben Weise wie in den beiden vorher gedachten Fällen, Eymer. III. n. 174—176. 180.

[8] c. 11 (Clem. VI.) in VI. de heret. V. 2; Eymeric. l. c. n. 177 und qu. 92.

[9] Eines bläulichen Kleides mit gelben Kreuzen auf der Vorder- und Rückseite, welches über die andern Kleider gezogen wird.

[10] Solche Kreuze werden schon Toulouse 1229 c. 10, M. 23, 196 erwähnt, vgl. ferner Narbonne 1234 o. 1235 c. 1, p. 356; Beziers 1246 cons. c. 26, p. 720 (hier zuerst der gelben Farbe gedacht) vgl. Bernard. Guidon. III. n. 14, p. 98; Molinier p. 411. 413.

[11] Eymeric. l. c. n. 179. 180.

[12] So zum Tragen des gedachten Kleides auf festbestimmte Zeit und Stehen an den Kirchenthüren an gewissen Festen, l. c. n. 179, s. auch Martène u. Durand l. c. 5, 1803.

[13] Eymeric. n. 177 u. II. qu. 55 n. 16; s. auch c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 7.

[14] Die Ableistung erfolgt ebenfalls in einem Akte zugleich mit der Abschwörung der Ketzerei, Eymeric. III. n. 181. 182.

[15] Nach Maassgabe des geringeren oder grösseren Verdachtes, s. Nr. 2—4.

[16] Eymeric. III. n. 183—185.

[17] L. c. n. 186. Bei Verweigerung oder nicht ordnungsmässiger Ableistung des Reinigungseides traten selbstverständlich die S. 486 n. 7 gedachten Folgen ein, für die der blossen Abjuration dagegen die S. 486 n. 9 u. o. Anm. 4 erwähnten.

[18] Eymeric. III. n. 188. 189.

[19] L. c. n. 190.

[20] c. 9. (Verona 1184) X de heret. V. 2; Formeln bei Martène u. Durand, thes. nov. 5, 1799; vgl. Eymeric. III. n. 191 u. qu. 92.

[21] L. c. n. 193, s. o. Anm. 8, und l. c. qu. 93. Ein Geistlicher wird vorher degradirt c. 1 (Gregor IX.) in VI de heret. V. 2.

bestimmt bezeichneten Kirchen, sowie endlich zu ewigem Gefängniss bei Wasser und Brod verurtheilt[1].

7. Wenn es sich dagegen in dem zu 6. besprochenem Fall um einen rückfälligen Ketzer handelt, derselbe also der weltlichen Obrigkeit zur Vollstreckung der Todesstrafe auszuliefern ist[2], so sollen ihm, nachdem der Richter mit den Konsultoren über das zu erlassende Urtheil einig geworden ist, zwei oder drei glaubhafte, ihm genehme Männer in den Kerker geschickt werden, um ihm das Bevorstehende anzukündigen und ihn zum Empfange des Busssakraments und des Abendmahls[3] zu veranlassen[4]. Nachdem er diese Sakramente erhalten, wird die weltliche Obrigkeit zu einem Termine ausserhalb der Kirche an einem öffentlichen Ort eingeladen. In diesem hält der Inquisitor eine Predigt, und nachdem an dem Angeschuldigten, falls er ein Geistlicher ist, vorher die Degradation vollzogen worden[5], erfolgt in Gegenwart desselben die Verkündung des auf Auslieferung an die weltliche Obrigkeit lautenden Erkenntnisses und die Übergabe an dieselbe[6].

8. Ein nicht rückfälliger Angeschuldigter, welcher ein Geständniss seiner Ketzerei ablegt, aber keine Reue zeigt, soll in sicherem Gewahrsam und gefesselt gehalten werden[7], und wenn alle Versuche, ihn zur Aufgabe seiner Ketzerei zu bewegen[8], scheitern, wird mit ihm unter Verlesung seiner s. g. *culpae*[9], wie in dem vorigen Falle verfahren[10], sofern er sich nicht etwa nach der gedachten Verlesung auf Befragen noch zur Abjuration bereit erklärt[11].

9. Wenn ein rückfälliger, aber geständiger Angeschuldigter sich in der unter 8. erwähnten Weise hartnäckig erweist, so ist das Verfahren dasselbe[12], nur kann ein solcher, da er unter allen Umständen der weltlichen Obrigkeit zur Vollziehung der Todesstrafe auszuliefern ist[13], sich nicht mehr durch Abschwörung der Ketzerei von der letzteren befreien, vielmehr hat seine Reue nur die Wirkung, dass ihm vorher, ehe das Urtheil feierlich verkündet wird, die Sakramente der Beichte und des Abendmahls gespendet werden[14].

10. Gesteht der Angeschuldigte nicht, wird er aber durch Zeugenaussagen, von deren Wahrheit sich das Gericht vergewissert hat,

1 Eymeric. l. l. n. 194 und qu. 95. Doch kann, wenn sich der Ketzer reumüthig gezeigt, oder schon zu Anfang der Untersuchung gestanden hat oder seine Ketzereien nicht schwere sind, eine Milderung der Strafen, namentlich des ewigen Kerkers oder des Fastens bei Wasser und Brod, erfolgen, c. 12 (Bonifaz. VIII.) in VI. eod.; Eymeric. III. qu. 96. Dagegen sollen diejenigen, welche sich blos aus Furcht vor der Strafe und mehr widerwillig bekehrt haben, auch im Gefängniss streng abgeschlossen von der Aussenwelt gehalten werden, l. c. n. 196.

Wegen des Zwanges zur Leistung der auferlegten Busswerke s. S. 486 n. 10.

2 c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 7, s. auch c. 4 (Alex. IV.) in VI eod. V. 2.

3 c. 4 cit.; Eymeric. III. qu. 200.

4 Eymeric. III. n. 197. 200.

5 c. 13 §. 1 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7; Bernard. Guidon. III. n. 30. 31, p. 127.

6 Eymeric. III. n. 197—199. u. qu. 99. 101.

7 L. c. n. 201.

8 Belehrungen durch den Inquisitor oder Bischof, dann Einwirkung durch 10 oder 12 gelehrte Männer auf ihn, welche seine Ketzerei widerlegen, Unterbringung in einem dunklen und schweren Kerker für ein halbes oder ein ganzes Jahr, dann wieder Unterbringung in einem besseren Gefängniss und bessere Behandlung, auch Zulassung der Frau, seiner Kinder, namentlich der kleineren, und nahe stehender Personen, um ihn zu erweichen, l. c. n. 201.

9 Eymeric. III. n. 202, s. auch S. 487.

10 L. c. n. 201. 203.

11 Eymeric n. 202; Bernard. Guidon. III. n. 32 ff. p. 129 ff. Leistet er sie, dann wird er als Geistlicher doch immer degradirt, ferner stets zu ewigem Kerker verurtheilt, c. 1 (Gregor IX.) in VI de heret. V. 2; s. auch Anm. 1, weil die Vermuthung obwaltet, dass die Abjuration nur aus Furcht vor dem Tode erfolgt ist.

12 Eymeric. III. n. 205. 206.

13 c. 9 X. cit. u. c. 4 in VI cit., Anm. 2.

14 c. 4. in VI cit.; Bernard. Guidon. III. n. 29 p. 127.

voll überführt und bleibt er hartnäckig, so wird er ebenfalls in der schon gedachten feierlichen Weise der weltlichen Obrigkeit überliefert[1].

11. Falls der Angeschuldigte auf Ladung überhaupt nicht erschienen ist, und man desselben nicht hat habhaft werden kann, oder wenn er während der Inquisition die Flucht ergriffen hat, so wird er bei erbrachtem Beweise der Ketzerei durch Notorietät oder durch Geständniss oder durch Zeugenaussagen nach erfolgter Edikta-Citation[2] als hartnäckiger Ketzer, also zur Auslieferung an den weltlichen Arm verurtheilt[3], bei leichtem, gewichtigem und dringendem Verdachte aber zunächst exkommunicirt und nach Ablauf eines Jahres in den beiden ersten Fällen durch Urtheil als Ketzer, im letzten dagegen wieder als hartnäckiger Ketzer erachtet[4].

Auf die Konfiskation des Vermögens[5], den Verlust der geistlichen und öffentlichen Ämter[6] und auf die Unfähigkeit der Descendenz zur Erwerbung solcher[7] scheint für die Regel nicht besonders erkannt worden zu sein[8], da diese Strafen ipso iure mit der Verurtheilung wegen Ketzerei eintraten, und nur im Falle des Bedürfnisses ist man zum Erlass einer besonderen deklaratorischen Sentenz darüber geschritten[9].

Ein Verfahren gegen Todte[10] kommt vor, wenn der Angeschuldigte nach eröffneter Untersuchung starb[11]. Ferner aber konnte ein solches auch erst nach dem Tode eröffnet werden, wenn den Inquisitoren z. B. durch Denunziation oder Einsicht anderer Inquisitions-Akten[12] oder durch Diffamation ein Anlass dazu gegeben war[13]. In beiden Fällen wurden vor Erlass des Erkenntnisses die Kinder, die Erben und die Inhaber des Vermögens des Verstorbenen persönlich und öffentlich in der Pfarrkirche, auf letztere Weise auch jeder andere Interessent vorgeladen, um etwaige Vertheidigungsmittel zu Gunsten des Todten vorzubringen[14].

[1] Eymeric. III. n. 207. 209.

[2] Bernard. Guidon. I. n. 12. 15 p. 10. 13.

[3] c. 9 §. 1 cit. X de heret. V. 7; s. auch S. 488 zu nr. 8; Eymeric. III. n. 211—214. u. qu. 102.

[4] Bernard. Guidon. III. p. 109; Martène et Durand l. c. 5, 1806; Eymeric. III. 212—214. Erscheint er auf die Edikta-Citation und ist er bereit, die Abjuration zu leisten und Busse zu übernehmen, so wird er bei blos Vorliegen leichten und gewichtigen Verdachts, sofern er nicht rückfällig ist, dazu verstattet, s. S. 486 zu nr. 2 und 3, während er bei dringendem Verdacht nach Maassgabe des S. 487 zu 4 bemerkten, bei Überführung durch Notorietät, Geständniss und Zeugen aber nach den Regeln des Falles 6 S. 487 behandelt wird, Eymeric. III. n. 212. 214. Bei rückfälligen Ketzern kommen die S. 486 u. 488 unter nr. 3 u. 9 gedachten Regeln zur Anwendung.

[5] Welche bei denjenigen, welche nicht rückfällig waren und sich vor dem Endurtheil reuig erwiesen, nicht statthatte, Eymeric. III. qu. 109. 110. 112, aber andererseits auch die Dos der Frau traf, wenn sie wissentlich einen Ketzer geheirathet hatte, c. 14 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2.

[6] Diese traf die Ketzer, die credentes, receptatores, fautores und defensores derselben, c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI eod., Eymeric. III. qu. 113.

[7] Hier galt dasselbe, wie Anm. 6, c. 2 (Alex. IV.) in VI. eod., Eymeric. III. qu. 114.

[8] Molinier p. 429, welcher aber eine Ausnahme feststellt.

[9] S. o. S. 477 n. 6.

[10] S. 302.

[11] Beziers 1246 cons. c. 18, M. 23, 719; c. 8 (Alex. IV.) §. 7 X de heret. V. 2; vgl. Bernardus Guidonis I. n. 28 p. 24. War der Verstorbene schon zu einer Busse, z. B. zum Kreuztragen und zu Wallfahrten verurtheilt, hatte aber diese nicht erfüllt, so wurde statt derselben eine Geldredemtion von den Erben verlangt, Fälle bei Molinier p. 365 ff., s. auch Beziers 1246 cons. c. 19, M. 23, 718; c. 8 (Alex. IV.) §. 6 in VI de heret. V. 2 und Urban IV. 1261, Eymeric. p. 142.

[12] Bernardus Guidonis I. n. 22 p. 19; III n. 24 p. 120.

[13] Limborch sent. Tholosan. p. 79. 203; Martène et Durand, thesaur. nov. anecdot. 5, 1801.

[14] Nach Bernardus Guidon. I. n. 22. 23. 24, p. 19 ff. gewöhnlich zweimal, s. auch n. 28. 29 p. 24. 25 unter der Androhung, dass beim Ausbleiben mit dem Verfahren weiter vorgegangen werden würde. S. übrigens auch die nachstehend mitgetheilten Urtheilsformulare und Urtheile, in denen stets der Citation der Interessenten gedacht wird, u. Martène u. Durand l. c. 5, 1813.

Ausgeschlossen war in dem Verfahren nach c. 3 (Alexander IV. P. n. 17400) in VI eod. der Gegenbeweis, dass ein Verstorbener, welcher während der Krankheit von den Ketzern die consolatio

Das Urtheil lautete, wenn die Ketzerei feststand, aber weder Rückfälligkeit vorlag, noch eine absolute Hartnäckigkeit erwiesen war, auf Feststellung der Ketzerei, auch auf ewige Kerkerhaft und Güterkonfiskation[1] sowie gleichzeitig auch auf Ausgrabung der Gebeine aus geweihter Erde und Verbrennung derselben[2], wenn dagegen der Verstorbene rückfällig war oder in der Sterbestunde die ketzerische Handauflegung empfangen hatte[3], oder sonst als hartnäckiger Ketzer gestorben war[4], bald auf Ausgrabung und Verbrennung der Gebeine[5] oder auch zugleich auf ewige Verdammung des Gedächtnisses des Verstorbenen[6], bald auf Auslieferung an den weltlichen Arm[7], ein Unterschied, welcher sich offenbar daraus erklärt, dass sich bei den Verurtheilungen der letzteren Art die Vermögenskonfiskation von selbst verstand[8], und daraus, dass falls kein Vermögen vorhanden war, hauptsächlich ein Interesse der Kirche an der Entfernung des Leichnams aus dem Kirchhofe obwaltete[9].

Vielfach wurde von den Inquisitoren das Erkenntniss nicht für jede Untersuchung gesondert, wenn dieselbe spruchreif war, erlassen, sondern gewartet bis eine Reihe von Fällen zur Aburtheilung vorlagen. Erst dann erfolgte die Publikation der bereits vorbereiteten Urtheile in einem feierlichen Akt[10] unter Theilnahme der dazu geladenen Geistlichen, weltlichen Obrigkeiten und anderen vornehmen Personen, sowie der zuströmenden Menge des Volkes[11], um durch Entfaltung besonderen Glanzes die Macht der Inquisition eindringlich zu veranschaulichen und auf diese Weise gegen das Umsichgreifen der Ketzerei zu wirken[12].

erhalten hatte, diese nicht mehr bei klarem Verstande oder nach dem Verlust seiner Sprache empfangen habe, wenn er bei Lebzeiten der Ketzerei verdächtig oder deswegen diffamirt oder ein voller Beweis erbracht war, dass er bei dem Empfang die Klarheit des Verstandes nicht verloren hatte. Auch durfte jeder andere Vertheidigungsbeweis nur durch glaubenswürdige und völlig rechtgläubige Zeugen, nicht aber durch die Frau, Kinder, Familiaren und sonstige Angehörige des Verstorbenen geführt werden.

1 Bernard. Guidon III. n. 24 p. 121: „fuisse credentes hereticorum erroribus et fore, si viverent, immurandos et consequenter bona ipsorum confiscanda" (ähnlich auch Limborch sent. Tholosan. p. 162. 248) oder auch Bernard. Guid. n. 25 p. 121: „ipsumque fore, si viveret ac peniteret, immurandum, alias vero, nisi peniteret relinquendum brachio curie secularis (ähnlich auch Limborch p. 250) et consequenter ossa eiusdem extumulanda de sacris cimeteriis, si ab ossibus fidelium possint discerni, ac etiam comburenda et bona ipsius decernimus confiscanda". Denn in diesen Fällen konnte man nicht wissen, ob der Todte nicht bei Lebzeiten noch Reue gezeigt und die Abjuration geleistet haben würde, es blieb also die blosse, bedingungslose Verurtheilung zur Auslieferung an den weltlichen Arm ausgeschlossen.

2 S. die vor. Anm. Falls aber der Verstorbene noch vor seinem Tode die Absolution von der Exkommunikation, in welche er wegen seiner Ketzerei verfallen war, erhalten hatte, s. S. 487, dann durfte nicht auf Exhumation erkannt werden, Bernard. Guidon. III. n. 25 i. f. p. 122.

3 Weil er als hartnäckiger Ketzer galt. Vgl. Bernard. Guidon. III. n. 27 p. 124; Limborch sent. Tholos., p. 80.

4 Bernard. Guidon. III. n. 28 p. 125; Limborch p. 80.

5 Bernard. Guidon. III. n. 27 p. 124; Limborch p. 167. 205. 252.

6 Bernard. Guidon. III. n. 28 p. 225; Limborch 333. 367.

7 Limborch 248: „tanquam relapsum in heresim . . . relinquendum fore, si viveret, curie seu iudicio seculari", wobei sich die Vermögenskonfiskation von selbst verstand.

8 S. 477 n. 6 u. S. 489.

9 Wennschon auch daneben die Unfähigkeit der Descendenten zu öffentlichen Ämtern in Frage kam, s. a. a. O.

In Betreff des Verfahrens gegen Todte wegen Begünstigung der Ketzerei, s. o. S. 303 n. 2.

10 Dem s. g. sermo, später *actus fidei*, Auto dafé im Anhalt an die S. 451 n. 1 u. S. 458 n. 3 citirten Dekretalen, s. auch c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2. Nachweisungen bei Molinier p. 61; vgl. auch Martène et Durand 1, 1795. 1810.

11 Molinier p. 64. 67; Limborch sent. Tholos. p. 39; Henner S. 159 ff.

12 Mittheilungen über solche Akte bei Limborch p. 39. 98. 183. In dem 1310 von Bernardus Guidonis, seinem Mitinquisitor und dem Vertreter des Erzb. v. Toulouse in der Kathedrale abgehaltenen Akt erfolgt nach der Predigt die Vereidigung der königlichen Beamten und städtischen Konsuln auf Vertheidigung des Glaubens, Verfolgung und Anzeige der Ketzer, sowie auf Beobachtung der Ketzergesetze und eine generelle Exkommunikation aller derjenigen, welche die Inquisition hindern, p. 38. 39. (98. 99. 183.

Selbstverständlich konnten auch mit Rücksicht auf die S. 471 dargelegte sachliche Zuständigkeit noch andere Urtheile als die erwähnten seitens der Inquisitionsgerichte vorkommen[1], aber die hier besprochenen waren praktisch die wichtigsten und diejenigen, welche für die Inquisition am charakteristischsten sind.

Endlich ist es eine Eigenthümlichkeit des Inquisitionsverfahrens[2], dass selbst das verurtheilende Erkenntniss, wenn es auch dem Angeschuldigten gegenüber die Rechtskraft erlangt, doch niemals, soweit es auf Busse und auf Kerker geht[3], für das Gericht rechtskräftig wird, und diesem immer sowohl die Milderung, wie auch andererseits die Verschärfung desselben[4] zusteht, und dass selbstverständlich auch die gewährten Milderungen[5] niemals unwiderruflich waren, sondern stets zurückgenommen werden konnten[6].

Die vorstehenden Darlegungen ergeben, dass das Inquisitionsverfahren gegen die Ketzer, wie es sich seit dem 13. Jahrhundert gestaltet hatte, mit seiner Nichtachtung der Vertheidigungsrechte des Angeschuldigten[7], dem Ausschluss jeder definitiven Freisprechung[8], der Tendenz, dem Inquisiten durch alle möglichen Mittel, namentlich die Tortur und lange Inhaftirung Geständnisse abzupressen[9], und der durch keine festen Regeln eingeschränkten Willkür des Inquisitors darauf angelegt

184). Daran schliesst sich die Gewährung von Gnadenbeweisen an einige verurtheilte Ketzer, der Erlass des Tragens der gelben Kreuze und der weiteren Gefängnissstrafe, p. 40. (99. 100. 184. 183), vgl. auch o. S. 487, unter Auferlegung von anderweiten Bussen, Wallfahrten, Besuch bestimmter Kirchen und neben diesen auch von Geldredemtionen. Erst dann werden die Verurtheilungen gruppenweise unter Verlesung der s. g. culpae (S. 487) jedes einzelnen der zu der Gruppe gehörigen Angeschuldigten verkündet, nämlich zunächst die der reuigen und geständigen zum Tragen der Kreuze, Wallfahrten und sonstigen Bussleistungen, Limborch p. 40. 45. (100. 116. 185. 191) vgl. o. S. 488 n. 1, und einer anderen Gruppe derselben zu ewigem Kerker, zum Theil mit Verschärfung durch die Ketten, p. 46. 79 (117. 158. 191. 201), vgl. o. S. 488), dann die von verstorbenen Ketzern (s. o. S. 489) p. 79 (162. 203. 204), danach Erkenntnisse auf Zerstörung von Häusern, in denen Bekehrungen von Ketzern stattgefunden, oder in welche solche aufgenommen worden sind, p. 80. 168 vgl. auch o. S. 158 n. 6, und auf Auslieferung der rückfälligen Ketzer an den weltlichen Arm, p. 81. 90 (169. 174), nach anderen Akten zuletzt die Urtheile gegen Flüchtige p. 175. 205 publizirt. Formeln für die gedachten Gnaden-Erlasse auch bei Bernard. Guidon II. n. 2. 3. p. 36. 37 und für derartige Urtheile l. c. n. 5. 6. p. 41. 42; n. 32. 33. p. 59 u. III. n. 19 p. 110 und eine Zusammenstellung über den Verlauf eines sermo generalis l. c. III n. 1 ff. p. 83 ff.

[1] Vgl. z. B. Bernard. Guidon. III. n. 17 p. 103; Limborch p. 95 (gegen falsche Zeugen und Angeber, Verurtheilung zu ewigem Kerker in Ketten bei Wasser und Brod und wiederholte Ausstellung auf einer Leiter mit Zungen von rothem Tuch) und Eymeric. III. n. 209.

[2] Vgl. S. 477 n. 7.

[3] Beziers 1246 cons. c. 20. 21, M. 23, 719; c. 12 (Bonifaz. VIII.) in VI de heret. V. 2 spricht nur von der mitigatio und mutatio der Kerkerstrafe. Die Praxis hat dies aber auch auf die Bussen, namentlich auf die Verurtheilung zum Kreuztragen ausgedehnt, vgl. Bernard. Guidon. III. n. 13. 14 p. 95. 100.

[4] Daher ist die stehende Schlussformel in diesen Urtheilen bei Bussen, Bernard. Guidon. II. n. 5 p. 41 III. n. 13. 14 p. 95. 100: „retenta nobis et nostrum cuilibet ac nostris in officio inquisitionis successoribus plenaria potestate addendi, diminuendi, commutandi ac etiam remittendi in predicta penitentia sive pena, si et quandocumque nobis vel eis visum fuerit expedire“, eine ähnliche kürzere bei Limborch p. 45. 117. 191; bei der Kerkerstrafe aber: „addendi, diminuendi, aggravandi, mitigandi vel etiam remittendi in predicta penitentia sive pena necnon sententiandi aliter aliquem de predictis, si inventi fuerint scienter aut malitiose aliqua de facto heresis suppressisse seu aliquem innocentem involvisse in crimine heresis memorato“, Bernard. Guidon. III. n. 16 p. 103; Limborch p. 78. 158; während bei Eymeric. III. n. 179 u. 194 die Formel sachlich gleich lautet: „mitigare, aggravare, commutare, tollere totaliter vel in parte, si et quando et prout nobis et totiens quotiens videbitur faciendum“; vgl. auch noch Martène u. Durand l. c. 5, 1809. 1810.

[5] S. S. 490 n. 12, vgl. auch die folgende Anm.

[6] Beziers 1246 cons. 1246 c. 22, M. 23, 720; Bernard. Guidon. II. n. 3, p. 31. 38; n. 15 p. 51.

Selbstverständlich war daneben das päpstliche Begnadigungsrecht, s. o. S. 366 u. 371, nicht ausgeschlossen. Fälle, in welchen den Descendenten von Ketzern die Fähigkeit zur Erlangung öffentlicher Ämter wieder beigelegt wird, bei P. n. 23086. 23648 (Nikolaus IV. 1289 u. 1291).

[7] S. 483. 484.

[8] S. 485 n. 4.

[9] S. 485. 486.

war, den Inquisiten unter allen Umständen zum Schuldigen zu stempeln und dem einmal in die Hand der Inquisition gefallenen Angeschuldigten jedes Entrinnen unmöglich zu machen[1]. Treffend hat ein ihr selbst zum Opfer gefallener Franziskaner[2] das Verfahren dahin charakterisirt, dass selbst die Apostel Petrus und Paulus bei einer gegen sie eingeleiteten Ketzerinquisition nicht im Stande gewesen sein würden, die Anschuldigung der Ketzerei zu widerlegen[3]. Derselbe hierarchische Geist, durch welchen seit der Mitte des 12. Jahrhunderts die Ausbildung des kirchlichen Strafrechts[4] bestimmt worden ist, hat auch die Ketzerinquisition als das sein innerstes Wesen am schärfsten ausprägende Erzeugniss gezeitigt.

[1] In der Wirkung lief dasselbe, wenngleich es sich in geordneteren prozessualischen Formen bewegte, im wesentlichen auf das in den Anfängen der Inquisition von Konrad v. Marburg geübte Verfahren, S. 454 n. 4, hinaus.

[2] Bernardus Deliciosi, Limborch sent. Tholos. p. 269.

[3] L. c.: „quod beati Petri et Paulus ab heresi deffendere se non possent, si viverent, dum tamen inquireretur cum eis per modum ab inquisitoribus observatum".

[4] S. o. S. 123. 125 u. S. 228 ff. 232. 267.

Fünftes Kapitel.

Die Handhabung der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

II. Die Zeit vom fünfzehnten Jahrhundert bis zur Jetztzeit. Das geltende Recht.

A. Die kirchlichen Strafen [1].

1. Die einzelnen Strafen.

§ 298. a. *Gegen Laien.*

Mit der reichen Ausbildung, welche das kirchliche Strafensystem im Laufe des Mittelalters erfahren hatte [2], hat dasselbe zugleich seinen Abschluss erreicht. Wesentlich neue Strafen hat das kirchliche Recht während der hier fraglichen Zeit nicht mehr entwickelt und von den früheren gemein- und partikularrechtlichen Strafen [3] sind in Folge der veränderten Stellung der Kirche in den modernen Staaten [4] eine ganze Reihe, vor Allem diejenigen, welche rein weltlichen Charakters sind, unpraktisch geworden [5]. Was die Strafen im Einzelnen betrifft, und zwar zunächst:

[1] F. Felicianus, enchiridion de censuris, irregularitate et privilegiis. Ingolstad. 1583; Barth. Ugolinus, de censuris ecclesiasticis s. l. et a. Bonon. 1594. Venet. 1602; Georg. Sayr O. S. B., Casuum conscientiae sive theologiae moralis thesauri tom. I.: De censuris ecclesiasticis aliisque poenis et canonicis impedimentis. Venet. 1601; Fr. Suarez, disputationes de censuris in communi, excommunicatione, suspensione et interdicto itemque de irregularitate. Coimbra 1603. Lugd. 1604. Mogunt. 1606 u. ö. (auch in opera omnia ed. C. Berton. Paris. tom. 23 u. 23 bis, 1877); Steph. de Avila, de censuris ecclesiasticis tractatus. Lugduni 1608. 1616. 1623; Mar. Altieri, de censuris ecclesiasticis, nempe de excommunicatione, suspensione et interdicto cum explicatione bullae Coenae Domini. Rom. 1618; Aloys. Ricci, praxis rerum quotidianarum fori ecclesiastici. Neapol. 1620 (t. I. p. 187 ff., Praxis poenarum); Jo. Avezanus, liber de censuris ecclesiasticis. Aurel. 1654 (Meermann thesaur. nov. 4, 233); Car. Ant. Thesaurus, de poenis ecclesiasticis seu canonicis latae sententiae . . . praxis bipartita. Rom 1640. 1675; neu: De poenis ecclesiasticis praxis absoluta et universalis . . . locupletata ab Ubaldo Giraldi a S. Cajetano Rom. 1760. 1831; Jos. Gibalinus, disquisitiones canon. et theolog. de s. iurisdictione in ferendis poenis et censuris ecclesiasticis ex veteri et novo iure. Lugdun. 1655; Gabr. a S. Vincentio, de censuris in genere. Rom. 1661; Joann. Dedicastillo tractat. duo de iuramento, periurio et adiuratione necnon de censuris et poenis ecclesiasticis. Antverp. 1672; Gregor. Rosignolo, mastix ecclesiastica contra contumaces praecepta ecclesiae, tractatus de censuris eccles. in gen. et in specie. Mediolan. 1722. 2 P.; van Espen, tractatus de censuris ecclesiasticis. 1729 (opp. P. VI); Riegger, diss. de poenitentia et poenis ecclesiast. Viennae 1772 (in Schmidt, thesaur. jur. eccles. 7, 156 ff.); Ala, criminalis iuris et praxeos instituta. Romae 1839 (t. I. p. 94 ff. de poenis); E. Eck, de natura poenarum sec. ius canonicum. Diss. inaug. Berol. 1860; J. Stremler, traité des peines ecclésiastiques, de l'appel et des congrégations romaines. Paris. 1861; Nic. München, d. kanon. Gerichtsverfahren u. Strafrecht. Köln u. Neuss 1865. 2. A. 1874. Bd. 2; J. F. v. Schulte, über Kirchenstrafen. Berlin 1872.

[2] S. o. S. 1 ff.

[3] S. o. S. 11 ff.

[4] S. darüber unten.

[5] Vgl. darüber das bei den einzelnen Strafen bemerkte. Die Instr. f. d. Prager fürsterzbischöfl. Gericht v. 1869 §. 90 zählt als Strafmittel für Geistliche und Laien nur noch auf: 1. Die grössere und kleinere Exkommunikation. 2. Die Ausschliessung von der Theilnahme am Gottesdienste. 3. Die Ausschliessung von der Aus-

1. den grossen Kirchenbann[1], so wird derselbe nunmehr fast ausschliesslich mit *excommunicatio*[2] oder auch *excommunicatio maior*[3] bezeichnet[4]. Abgesehen von den demnächst zu besprechenden Änderungen in Betreff des Verkehrsverbotes ist es in Bezug auf denselben bei dem früheren Recht verblieben.

Die *excommunicatio maior* ist demnach im heutigen Recht die Ausschliessung von allen aus der kirchlichen Gemeinschaft herfliessenden Rechten oder die Entziehung der aktiven kirchlichen Rechtsfähigkeit, nicht aber die Ausstossung aus der Kirche oder die Loslösung von derselben in der Weise, dass sie auch die Zugehörigkeit zu derselben insoweit aufhebt, als der davon Betroffene überhaupt der Mitgliedschaft in der Kirche, und zwar selbst soweit diese nur Pflichten mit sich bringt, verlustig wird[5].

übung gewisser kirchlicher Rechte (z. B. des Präsentationsrechtes) und von der Theilnahme bei kirchlichen Funktionen (z. B. von der Pathenschaft bei der Taufe). 4. Die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbnisse. 5. Die Irregularität insofern, dass der Laie von den h. Weihen ausgeschlossen bleibt (s. dazu aber Bd. I. S. 10).

[1] Joh. Georg Pertsch, d. R. des Kirchenbannes, Halle 1728; 2. A. Wolfenbüttel 1738; Br. Schilling, d. Kirchenbann nach kanon. Recht. Leipzig 1859; Kober, d. Kirchenbann. Tübingen 1857. 2. A. 1863; Fessler, d. Kirchenbann u. seine Folgen. Wien 1860. 2. A. 1862, auch in d. Sammlg. vermischter Schriften, Freib. i. Br., 1869 S. 185 ff.; J. Buchmann, die Exkommunikation, Erläuterungen üb. d. kirchliche, hierarchische und jesuit.-papist. Exkommunikation. Breslau 1872.

[2] S. z. B. Trid. Sess. XXV. c. 3 de ref.; c. 9. 14. 17 ibid.; const. Pii IX.: Apostolicae sedis v. 12. Oktober 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 326.

[3] So u. A. in den Exkommunikationen gegen die Invasion des Kirchenstaates 1860 u. 1870, Arch. f. k. K. R. 5, 174 u. 25, L, sowie gegen Döllinger, Friedberg, Sammlg. d. Aktenstücke z. vatikan. Concil, Tübingen 1872 S. 130.

[4] Ebenso wird jetzt überwiegend das Verbum: *excommunicare* gebraucht. Einzelne der früher noch üblichen Bezeichnungen, s. o. S. 1 n. 4, kommen jetzt nur noch sehr selten und nicht später als bis zum 18. Jahrhundert vor, so: *communione privare* Tours 1583 c. 19 (Nichtherausgabe eines an einen exemten Ort geflohenen Verbrechers an den ordinarius delicti commissi), Hardouin 10, 1435; Bourges 1584 XXI. 4 u. XXII. 10 (hartnäckige Unterlassung der österlichen Beichte und hartnäckige Verweigerung der Angabe der Gründe für die Nichterfüllung der Abendmahlspflicht), ibid. p. 1480. 1483, s. auch ibid. XXXVIII. 1. XXXIX. 2. 4. XLV. 7, p. 1500. 1501. 1505; Mailand 1573 I. 18, ibid. p. 828; ferner: *ecclesiae liminibus excludi* (donec a sede apostolica absoluti fuerint) Bourges cit. XXXVIII. 2, p. 1500, und *a fidelium consortio eiici* (ab ordinibus degradatus wegen wiederholter Simonie bei Erlangung von Weihen und Ämtern) const. Pii V.: Cum primum 1566 §. 8, bull. Taur. 7, 434, wiederholt Toulouse 1590 IV. 5, Hardouin 10, 1873, s. auch Clemens XII.: Dignissimum 1739, b. T. 24, 570 (*a communione fidelium eiectus*). Dass diese Ausdrücke allein auf die excommunicatio maior, nicht die minor bezogen werden können, ergiebt sich aus Tours 1583 c. 15, ibid. 10, 1420: „ecclesiae communione privamus et *excommunicatos* . . . publicandos mandamus" (bei hartnäckiger Verweigerung der Zehnten, s. auch o. S. 230), sowie nicht nur daraus, dass sie früher (s. o. S. 1 n. 4) in dieser Bedeutung gebraucht worden sind, sondern auch daraus, dass es sich in den gedachten Fällen um kirchliche Vergehen handelt, auf welche ebenfalls anderweitig der grosse Kirchenbann angedroht wird, und für welche die exc. minor eine zu geringe Strafe sein würde.

[5] Dies muss ausdrücklich betont werden, einmal gegenüber solchen irre führenden Behauptungen, wie der der deutschen Bischöfe, Arch. f. k. K. R. 28, CLI, „dass ein Exkommunicirter eben nicht mehr ein Mitglied der katholischen Kirche ist", oder des preuss. Ob.-Tribunals, Entsch. 73, 6, dass die „Exkommunikation und das Anathem, so lange sie verhängt bleiben, nicht blos von allen Segnungen und Gnaden der Kirche, sondern auch von der Gemeinschaft der Kirche selbst ausschliesse", ferner gegenüber den unpräzisen Äusserungen bei den Schriftstellern, welche von „Nichtmehrzugehören zur Kirche", Schilling S. 136, oder „gänzlicher Ausschliessung aus der Gemeinschaft der Kirche", Schulte, Syst. d. kath. K. R. 2, 389, vgl. ferner Walter K. R. §. 191; Kober Kirchenbann 2. A. S. 197, sprechen. Die Quellenstellen, s. z. B. c. 32 (c. inc.) 102 (inc.) C. XI qu. 3, c. 12 (Johann VIII.) C. III qu. 4, c. 2 (Innoc. III.) X de exc. II. 25, c. 59 (Gregor. IX.) X de sent. exc. V. 39, verstehen unter der communio fidelium oder der ecclesia, von welcher sie die Exkommunicirten ausschliessen, die Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen, insofern sie die göttlichen Gnaden vermittelt und ihren Mitgliedern Antheil an denselben gewährt, handeln also nur von der Entziehung dieser Rechte, und in Übereinstimmung hiermit definiren nicht nur ältere Schriftsteller, so Felicianus c. 5 p. 8; de Avila II. disp. 1 p. 15; Reiffenstuel J. C. U. V. 39 n. 50, sondern auch neuere, Permaneder K. R. 4. A. S. 571; Silbernagl K. R. 2. A. S. 413; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 214, die Exkommunikation, freilich ohne der Fortdauer der passiven Mitgliedschaft ausdrücklich zu erwähnen. Ein Zweifel daran, dass diese fortbesteht, kann aber mit Rücksicht darauf, dass nach der seit Augustin herrschend gewordenen Lehre für jeden christlich Getauften eine völlige Ausschliessung

Demnach bestehen ihre Wirkungen[1]

a. in der Ausschliessung des Exkommunicirten von dem Empfange der Sakramente[2], also der Firmelung[3], des Abendmahls[4], der letzten Ölung[5], der Ordination[6] und des Busssakramentes[7]. Sie dürfen dem Exkommunicirten nicht gespendet werden[8], und er selbst ist verpflichtet, sich der Theilnahme an ihnen zu enthalten. Wenn indessen die Spendung erfolgt, so ist dieselbe, abgesehen von der Ertheilung der Absolution beim Busssakrament, nicht nichtig[9].

Was insbesondere das Sakrament der Ehe[10] betrifft, so gelten für dasselbe die gleichen Regeln. Der Exkommunicirte soll sich der Eheschliessung enthalten. Hat er aber die Ehe formgerecht[11] geschlossen, so ist sie rechtsgültig[12] und erzeugt die Folgen einer gültigen Ehe[13]. Andererseits ist aber der Pfarrer weder verpflichtet noch berechtigt, der Schliessung einer solchen als Urkundsperson beizuwohnen[14].

b. Ferner besitzt der Exkommunicirte kein Recht auf Spendung der Sakramen-

oder Loslösung aus der katholischen Kirche unmöglich ist, vgl. o. S. 7 u. Bd. IV S. 43. 798. 832 und auch Suarez de censuris disp. VIII s. 1 n. 3, nicht erhoben werden, um so weniger, als im anderen Fall die Vorschrift, dass ein exkommunicirter Kardinal an der Papstwahl theilzunehmen berechtigt ist, Clem. 2 §. 4 de elect. I. 3, Bd. I S. 270. 278, völlig widersinnig wäre, weil dann möglicherweise ein Nichtmitglied der Kirche durch seine Stimme bei der Papstwahl den Ausschlag geben könnte. S. auch unten S. 504 n. 10. Vgl. übrigens noch P. Hinschius, Kommentar z. d. preuss. Kirchengesetzen v. 1873. S. 8, bez. 1874 u. 1875. S. 196.

1 Molitor, üb. d. Folgen der exc. maior., i. Arch. f. k. K. R. 9, 1 ff., s. auch o. S. 3.

2 c. 59 (Gregor IX.) X de sent. exc. V. 39.

3 Bd. IV. S. 59 n. 7.

4 A. a. O. S. 66 n. 8.

5 A. a. O. S. 138 n. 2.

6 Wenngleich die Exkommunikation nicht irregulär macht, Bd. I. S. 50 n. 7.

7 Bd. IV. S. 112 n. 2.

8 Und zwar, wenn es sich um öffentlich Exkommunicirte handelt, nach c. 8 (Bonif. VIII.) in VI de privil. V. 7, bei Strafe des interdictum ingressus ecclesiae ipso iure, nicht genau Kober S. 284, was indessen nach der Const. Pii IX.: Apostolicae sedis von 1869 sub v. interdicta n. 2 nur noch für die wissentliche Zulassung der namentlich, also unter spezieller Bezeichnung der Person und unter Publikation der gegen sie ausgesprochenen Exkommunikation gebannten Kirchenglieder, s. Heiner, d. kirchlichen Censuren. Paderborn 1887. S. 223. 365, gilt.

9 S. die Anführungen in den vorhergehenden Noten.

10 Kohn: Kann ein Katholik mit einem namentlich Exkommunicirten eine Ehe schliessen, Arch. f. k. K. R. 44, 423.

11 Also da, wo das Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. matrim. gilt, in tridentinischer Form.

12 Für das vortridentinische Recht spricht dies c. 6 (Innoc. III.) X de eo qui IV. 7 ausdrücklich aus. Für das tridentinische nimmt es die Doktrin allgemein an, Schmalzgrueber, J. E. U. IV. 16 n. 21; Kober S. 286. 427; Kohn S. 428; v. Scherer, Hdbch. d. K. R. 2, 239 und die hier citirten.

13 Also auch die Pflicht, mit dem anderen Gatten zusammen zu bleiben und ihm das debitum conjugale zu leisten, Altieri t. I. disp. XV. lib. I. c. 2 p. 160; Kohn S. 429. A. M. Suarez l. c. disp. XV s. 4 n. 6.

14 Denn damit würde er gegen das Verkehrsverbot verstossen, anders daher bei den *excommunicati tolerati*, s. unten S. 500 n. 2 und über die entgegengesetzte Ansicht von Kohn a. a. O. S. 429 unten S. 510 n. 12. Wenn v. Scherer Hdbch. d. K. R. 2, 239 bemerkt, dass sogar der notorisch censurirte, insbesondere der Freimaurer vom Pfarrer, wenn die vorausgegangene Ermahnung zur Rekonziliation fruchtlos gewesen und von der Verweigerung keine guten Folgen zu erwarten sind, in der sonst gewöhnlichen Weise getraut werden kann, so schreibt die von ihm cit. Anweisung der Pönitentiaria v. 1860 n. 18, Acta s. sed. 1, 563 u. 26, 513, Arch. f. k. K. R. 51, 128, in Betreff der notorisch in kirchliche Censuren verfallenen Personen vor, dass bei nicht herbeigeführter Rekonziliation der Pfarrer an den Ordinarius berichten soll, damit dieser nach Lage des Falles die nöthige Anordnung über das Verhalten des Pfarrers treffen kann, eine Anweisung, welche die congr. inquis. 1871, Arch. f. k. K. R. 21, CLXXI, für die Altkatholiken, und die Propaganda 1878, a. a. O. 54. 70 für die Freimaurer in Brasilien, letztere mit der näheren Bestimmung wiederholt, dass der Ordinarius dem Pfarrer die Assistenz als Urkundsperson bei gesicherter Erziehung der zukünftigen Descendenz und unter anderen ähnlichen Bedingungen gestatten kann, und in Übereinstimmung hiermit steht die Vorschrift von Neugranada 1868, coll. conc. Lac. 6, 521, dass der Pfarrer vor der Eheschliessung nachforschen soll, ob die Verlobten „aliqua censura aut interdicta obstricti“ sind und bejahenden Falls an den Bischof zu berichten hat. Alle diese Anführungen zeigen, dass prinzipiell für den Pfarrer das Recht und die Pflicht der Eheschliessung anzunehmen, negirt und nur im Hinblick auf den unten S. 500 näher zu besprechenden Fall des utile eine Ausnahme gestattet wird.

talien, d. h. der verschiedenen Segnungen der Kirche, weder für seine Person noch für seine Sachen [1].

c. Ebensowenig darf er an dem Gottesdienste [2], insbesondere an der Feier des Messopfers [3] und an anderen gottesdienstlichen Handlungen [4], wie an der Absingung der Horen, der Abhaltung von öffentlichen kirchlichen Andachten, an Prozessionen und an der Spendung der Sakramente [5], namentlich der der Taufe und der Firmelung als Pathe [6], theilnehmen [7]. Wohl aber können, wenn nicht gleichzeitig in der Kirche Messe gelesen oder anderer Gottesdienst gefeiert wird, Predigten zur Bekehrung der Exkommunicirten abgehalten und sie zu diesen zugelassen werden [8]. Wenn die Doktrin daraus weiter gefolgert hat, dass ihnen auch gestattet ist, anderen Predigten unter der gedachten Voraussetzung beizuwohnen [9], so ist dies zwar an sich richtig, aber ein Recht darauf hat der Exkommunicirte nicht [10].

d. Dem Exkommunicirten steht weiter auch nicht das Recht zu, die kirchlichen Gebäude, selbst wenn in denselben kein Gottesdienst abgehalten wird, zu betreten [11], wiewohl dies gestattet oder stillschweigend geduldet werden kann, und gewöhnlich auch geduldet wird [12].

e. Sodann geht der Exkommunicirte des Antheils an den s. g. *suffragia ecclesiae*, d. h. den Wirkungen derjenigen heiligen Handlungen, welche die Kirche, wie die Messfeier, die Segnungen, die Abhaltung von Gebetsandachten [13], für ihre Mitglieder vornimmt, verlustig [14], und deshalb dürfen auch dergleichen Handlungen, wie namentlich die Applikation von Messen [15], kirchliche Fürbitten [16], für ihn nicht stattfinden [17].

[1] Bd. IV. S. 151. Es darf ihm daher auch im Falle der Eheschliessung die benedictio nuptialis, a. a. O. S. 149 n. 2, nicht ertheilt werden, Suarez l. c. n. 4. Eine besondere Strafe für den die Segnung ertheilenden Geistlichen hat das Recht nicht festgesetzt.

[2] c. 1. §. 1 (Isid.) Dist. XXV; c. 43 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; Kober S. 319 ff.

[3] Bd. IV. S. 193.

[4] Kober S. 326, s. auch diesen Bd. o. S. 3.

[5] Bd. IV. S. 227.

[6] Bd. IV. S. 39 u. 62. Die Entscheidung der Pönitentiaria v. 1860, dass ein notorie censuratus als Pathe zugelassen werden kann, wenn durch seine Zurückweisung schwere Nachtheile entstehen würden, Arch. f. k. K. R. 70, 164, hat nur für das Gewissens- und nicht für das Rechtsgebiet Bedeutung.

[7] Für die Zulassung zu den divina officia gilt dasselbe wie von der zu den Sakramenten, s. S. 495 n. 8.

[8] c. 43 X cit. V. 39.

[9] Reiffenstuel J. C. U. V. 39 n. 63; Ferraris, prompta bibliotheca canon., excommunicatio art. VII. n. 4; Kober S. 326. 327.

[10] Denn auch die Ausnahme des c. 43 cit. beruht nicht auf der Durchbrechung des Principes, dass der Exkommunicirte kein activ berechtigtes Mitglied der Kirche ist, sondern lediglich darauf, dass die Kirche berechtigt und auch (zwar nicht rechtlich) verpflichtet ist, die Exkommunicirten zur Umkehr zu bewegen, und dass für die desfallsigen Versuche das Verkehrsverbot cessirt, s. unten S. 500.

[11] Darüber hat man seit dem Mittelalter gestritten, so gestattet schon die gl. zu c. 11 C. XI qu. 1 s. v. dimisit dem Exkommunicirten den Zutritt zur Kirche, um dort zu beten, vgl. weiter die Anführungen bei Fagnan. ad c. 43 X cit. V. 39, und diese Ansicht hat zahlreiche Anhänger gefunden, so z. B. Suarez, de censuris disp. XII s. 3 n. 5; Kober S. 328; Molitor S. 5. Für die hier vertretene Meinung dagegen Fagnan. l. c. n. 8. 9. Die Gegner scheiden nicht zwischen dem, was dem Exkommunicirten gestattet werden kann, und was er zu fordern berechtigt ist, wenn sie das Hauptgewicht darauf legen, dass ihm das Betreten der Kirche nirgends verboten sei, was übrigens sowohl für das ältere Partikularrecht, s. o. S. 3 n. 6 u. Bd. IV. S. 704 n. 5, sowie auch das neuere, Rouen 1581 n. 19, Hardouin 10, 1239: „nominatim excommunicatos proclamet nec ad ecclesiam admittat"; Mailand 1582 c. 10, ibid. p. 1114; Narbonne 1609 c. 44, l. c. 11, 50: „Eiiciantur a coetu fidelium et ecclesiis nominatim excommunicati", nicht einmal richtig ist. Die Benutzung der kirchlichen Gebäude, namentlich die zu Privatandachten, fliesst aus der kirchlichen Mitgliedschaft, Bd. IV. S. 340, und da die Exkommunikation die Rechte derselben entzieht, so müsste dem Exkommunicirten eine solche Befugniss ausdrücklich als Ausnahme durch das Gesetz gewährt sein, was indessen nicht der Fall ist.

[12] Aus demselben Grunde, aus welchem auch die Theilnahme an der Predigt erlaubt wird.

[13] Vgl. Bd. IV. S. 141 ff. 179. 202 ff.

[14] c. 28 (Inn. III.) 38 (id.) X eod. V. 39; Kober S. 240 ff.

[15] Bd. IV. S. 183.

[16] Z. B. für den Patron, vgl. Bd. III. S. 64, wenn er exkommunicirt ist.

[17] Besondere Strafen sind für das Zuwiderhandeln nicht festgesetzt.

In Verbindung damit steht weiter

f. die Ausschliessung des Exkommunicirten vom kirchlichen Begräbniss, d. h. von der Bestattung auf dem Kirchhof in geweihter Erde [1], unter gleichzeitiger Versagung der mit dem Begräbniss verbundenen kirchlichen Handlungen [2] und der nach dem letzteren abzuhaltenden Trauergottesdienste (der Exequien) [3]. Nach dem geltenden Recht [4] verfällt derjenige, welcher wissentlich die Bestattung [5] eines namentlich [6] Exkommunicirten in einer kirchlich dazu bestimmten und ordnungsmässig geweihten Begräbnissstätte [7] zulässt [8], ipso iure dem interdictum ingressus ecclesiae [9], wer aber durch Befehl oder Zwang [10] die Bestattung eines solchen in der letzteren herbeiführt, der *excommunicatio maior l. s.*

g. Trifft den Exkommunicirten die kirchliche Infamie, er gilt also auf dem Gebiete der Kirche als seiner Ehre verlustig gegangen [11].

h. Ferner ist der Exkommunicirte verpflichtet, sich jeglichen Verkehres mit den übrigen Gläubigen zu enthalten [12], und den letzteren ist ein solcher, abgesehen von ge-

[1] c. 12 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28, nach welchem die trotzdem bestattete Leiche, wenn sie noch von anderen unterschieden werden kann, wieder aus dem Grabe und vom Kirchhofe entfernt werden soll. Vgl. auch o. S. 3 n. 8 und Utrecht 1565, Hartzheim 7, 140, welches sogar auch das blosse Niederlegen der Leiche in der Kirche oder auf dem Kirchhofe verbietet. Über die dadurch entstehende Pollution des Kirchhofs s. in der Lehre vom Begräbniss und vorläufig Kober S. 334. 335. Jetzt werden die Leichen auf einem nicht geweihten besonderen Theil des Kirchhofs, welcher mitunter auch seinen eigenen Eingang haben soll, beerdigt, Gran und Wien 1858, coll. conc. Lac. 5, 90. 190, und Sens 1850, ibid. 4, 909.

[2] Einschliesslich des Glockengeläutes bei der Beerdigung. Gran und Wien 1858 cit.

[3] c. 28. 38. cit. X de sent. V. 39. Es dürfen also auch keine Oblationen für ihn angenommen werden.

[4] Const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 s. v. interdicta n. 2, sich im wesentlichen mit c. 8 (Bonif. VIII.) in VI de privil. V, 7 deckend.

[5] Das: „admittantur ad ecclesiasticam sepulturam" in const. cit. kann dem Wortlaut nach nur auf die Bestattung, die sepultura ecclesiastica im eng. Sinn, nicht blos auf die Vornahme der liturgischen Feierlichkeiten ohne die erstere bezogen werden, denn der Zweck des Gesetzes geht auf Verhütung der Beerdigung Exkommunicirter auf den Kirchhöfen, vgl. auch (Avanzini-) Pennacchi comm. in const. apost. Sed. qua latae sententiae limitantur. Romae 1883. 2, 87. 514.

[6] S. 495 n. 8.

[7] Also nicht auf einem Civilfriedhof, nicht auf dem nicht benedicirten Theil eines kirchlichen Gottesackers, welcher gerade für die Beerdigung der von dem kirchlichen Begräbniss Ausgeschlossenen bestimmt ist, (Avanzini-) Pennacchi l. c. 2, 71. 72, auch nicht auf einem blos vom Bischof zum Kirchhof bestimmten, aber noch nicht benedicirten Platz, worüber freilich früher schon mit Rücksicht auf c. 8 in VI cit. V. 7 Streit geherrscht hat, ohne dass man beachtet hat, dass zur sepultura ecclesiastica auch begrifflich der nach der kirchlichen Anforderung geweihte Platz (vgl. Rituale Romanum t. VI c. 1 u. 18) gehört, s. l. c. 2, 74 ff.

[8] Also derjenige, welcher, wie der Pfarrer, ein Recht zur Verfügung über den Kirchhof, oder mindestens, wie der Todtengräber, ein Recht zur Verhinderung der Einbringung von Leichen hat.

[9] Die Strafe tritt indessen erst ein, wenn die Leiche in das Grab gelegt, nicht schon, wenn sie blos behufs der Bestattung auf den Kirchhof gebracht ist, weil damit die admissio ad sepulturam noch nicht ihre Vollendung gefunden hat.

[10] Const. Apostolicae v. 1869 cit. 5 v. excomm. nemini reservatae n. 1: „Mandantes seu cogentes tradi ecclesiasticae sepulturae haereticos notorios aut nominatim excommunicatos vel interdictos", während die dadurch beseitigte Clem. 1 de sepult. III. 7 schon die eigenmächtige (propriae temeritatis audacia) Vornahme der Bestattung öffentlich Exkommunicirter mit der gedachten Strafe bedroht hat.

Gestritten wird darüber, ob der Befehl von einer obrigkeitlichen Person oder von einem Privatmanne ausgehen muss, für das erstere (Avanzini-) Pennacchi 2, 65. Die const. unterscheidet aber weder in dieser Hinsicht in Betreff der mandantes noch der cogentes. Praktisch ist der Streit gleichgiltig, da die Strafe nur eintritt, wenn die Bestattung in Folge des Befehls oder Zwanges erfolgt ist, und in Folge Befehls einer blossen Privatperson kaum eine solche vorgenommen werden wird.

Nicht von der gedachten Strafe werden diejenigen betroffen, welche blos bei der Bestattung helfen, die Leiche tragen, das Grab aufwerfen, sich nicht widersetzen, obschon sie es können oder sogar müssten.

[11] c. 17 (Ps. Is.) C. VI qu. 1; vgl. Ferraris l. c. art. infamia n. 6.

[12] c. 5 (Innoc. III.) X de cler. exc. V. 27: „cum ... excommunicato non vitare multo magis, quam non vitari periculosum existat".

wissen Ausnahmefällen, schon durch das Dekretalenrecht bei Strafe der von selbst eintretenden *excommunicatio minor* untersagt gewesen [1].

Unter das Verbot [2] fällt jeder geschäftliche [3], gesellige [4], freundschaftliche [5], häusliche und intime [6] Verkehr [7], sowie die Gemeinschaft mit dem Exkommunicirten nicht nur beim öffentlichen Gottesdienste, beim Empfang der Sakramente, bei den kirchlichen Segnungen, sondern auch beim blossen Privatgebet [8]. Wegen des eben gedachten Verbotes der s. g. *communicatio in sacris* dürfen die Gläubigen weder dem von einem exkommunicirten Priester [9] abgehaltenen Gottesdienst, insbesondere der Messfeier, anwohnen [10] noch sich von ihm Sakramente und Segnungen spenden lassen, ebensowenig an derartigen gottesdienstlichen Handlungen (auch an Prozessionen) theilnehmen, wenn sich unter der Menge ein Exkommunicirter befindet, um derselben Handlung zu assistiren [11].

Nach dem Dekretalenrecht [12] ist indessen jeder Verkehr mit dem Exkommunicirten erlaubt [13]

a. für die Ehefrau desselben [14] und auch umgekehrt für den Ehemann mit der exkommunicirten Frau [15], sowie

[1] S. o. S. 3 ff.

[2] Die gl. s. v. aliis zu c. 3 in VI de sent. exc. V. 11 giebt den Inhalt des Verbotes durch die Memorialverse: „Si pro delictis anathema quis efficiatur — Os, orare, vale, communio, mensa negatur" wieder.

[3] Also die Eingehung und Unterhaltung von Geschäftsverbindungen, Entnahme von Waaren aus dem Geschäfte eines Exkommunicirten, gemeinschaftliche Übernahme und Verrichtung von Arbeiten mit ihm, die Annahme desselben als Lehrer oder Diener, Beiwohnen seiner Vorträge und Vorlesungen (communio, s. vor. Anm.), Avila P. II c. 6 disp. 9 dub. 10 p. 151; Kober S. 385.

[4] Besuchen des Exkommunicirten, Unterhaltung (s. Anm. 1) mit ihm, gemeinsames Essen und Trinken (mensa, s. Anm. 1), Wohnen und Übernachten bei ihm oder gemeinschaftliches Wohnen und Übernachten (communio); Suarez l. c. disp. XV s. 1 n. 6 ff.; Avila l. c. dub. 11; Kober S. 385.

[5] Brieflicher Verkehr mit demselben, Küssen, Umarmen (os), Annahme von Geschenken, weiter jede Bezeigung freundlicher und wohlwollender Gesinnung, sei es öffentlich, sei es im Geheimen durch Begrüssung (vale), Handgeben u. s. w., Suarez l. c. n. 3; Avila l. c. dub. 2. 9; Kober S. 385. Ob das blosse Hutabnehmen und Aufstehen vor dem Exkommuincirten schon verboten ist, darüber wird gestritten, s. Avila l. c. dub. 9; Schmalzgrueber V. 39 n. 177, und dasselbe überwiegend, allerdings unrichtiger Weise für erlaubt erklärt, wenn es blos geschieht, um sich nicht unhöflich zu erweisen, namentlich gegenüber einem Grusse seitens des Exkommunicirten, denn es widerspricht dem Wesen des Bannes, dem Exkommunicirten Höflichkeiten zu erweisen, und ein solches Benehmen stellt sich jedenfalls als Verkehr mit ihm dar, s. auch Suarez l. c. n. 4.

[6] Deshalb ist auch die Verlobung und Eheschliessung mit Exkommunicirten verboten, s. Narbonne 1609 c. 22, Hardouin 11, 24: „non contrahant catholici cum haereticis, nec enim fas est, ad sacramentum matrimonii quod gratiam confert, excommunicatum talis gratiae incapacem recipere", ebenso die Entgegennahme des Ehekonsenses eines solchen durch den Pfarrer, s. o. S. 495.

[7] Zum Begriffe des Verkehrs gehört es aber, dass die Beziehung zum Exkommunicirten durch den Willen des Verkehrenden hergestellt oder mindestens aufrecht erhalten wird. Zufälliges Zusammentreffen mit demselben (z. B. im Wirthshause an demselben Tische, an welchem jeder für sich sein Mahl einnimmt, Wohnen in demselben Wirthshaus, aber in einem besonderen Zimmer) ist kein Verkehr, Avila l. c. dub. 11; Kober S. 385.

[8] Avila l. c. dub. 7; Kober S. 385. Etwas anderes ist aber das blosse private Beten für den Exkommunicirten. Dies ist erlaubt, da hierin kein Verkehr mit ihm liegt, Avila l. c. dub. 3, Kober S. 276.

[9] Bd. IV. S. 180.

[10] Noch viel weniger dürfen ihm andere Geistliche dabei assistiren.

[11] Avila l. c. dub. 7. Ist das letztere nicht der Fall, hört also der Exkommunicirte eine andere Messe in der Kirche, geht er blos durch dieselbe oder betet er allein für sich, dann fehlt es an der erforderlichen Gemeinsamkeit. Ist eine solche vorhanden, so muss der Exkommunicirte entfernt und, wenn dies nicht möglich, der Gottesdienst abgebrochen werden, und die Gläubigen haben die Kirche zu verlassen, Avila l. c. dub. 8; Bd. IV. S. 196.

[12] c. 103 (Gregor. VII.) C. XI qu. 3 u. c. 31 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39, s. o. S. 5.

[13] Die gl. s. v. excommunicationis zu c. 15 X eod. V. 39 fasst diese Ausnahmefälle in den Memorialversen: „Utile, lex, humile, res ignorata, necesse — Haec quinque solvunt anathema, ne possit obesse" zusammen.

[14] c. 103 cit., o. S. 5 n. 2. Diesen Fall bezeichnen die Memorialverse mit lex, sc. matrimonialis.

[15] Der Wortlaut des c. 103 cit. gewährt zwar nur der Frau des Exkommunicirten das Recht,

b. für diejenigen, welche zu dem Gebannten in einem Abhängigkeitsverhältniss stehen, also für die Kinder [1], für die (Sklaven, Leibeigenen, Hörigen und) Dienstleute und Angestellten desselben [2], ja die bisher gedachten Personen haben nicht einmal das Recht, sich des Umgangs mit dem Exkommunicirten zu entziehen [3].

c. Dagegen ist der Verkehr für alle anderen, welche zu einander in einem öffentlich- oder privat- (familien- oder obligatorisch-) rechtlichen Verhältniss stehen, lediglich, soweit er in Folge des letzteren behufs Erfüllung der dadurch begründeten Verpflichtungen oder Ausübung der daraus hervorgehenden Berechtigungen bedingt wird, sowohl erlaubt, als auch von dem Exkommunicirten dem anderen Theile zu gewähren. Diese Ausnahme beruht auf dem Prinzip, dass durch die Verhängung der Exkommunikation die vorher bestandenen rechtlichen Verpflichtungen des Gebannten nicht berührt, insbesondere nicht beseitigt werden [4]. Das Gesagte gilt namentlich von dem Verhältniss zwischen Landesherrn und Unterthanen [5], zwischen militärischen Befehlshabern und Soldaten [6], zwischen Vormündern und Mündeln [7] und zwischen Gläubigern und Schuldnern [8], gleichviel welcher der in den gedachten Beziehungen stehenden Theile dem Banne unterliegt. Desgleichen entscheidet sich danach auch die Frage, in wie weit ein Verkehr des Vaters mit dem exkommunicirten Kinde, des Herrn mit den gebannten Dienstleuten statthaft ist und von dem exkommunicirten Theil gefordert werden darf [9].

aber da die Fortdauer der ehelichen Gemeinschaft ebensowenig in ihre Hand, wie in die des Mannes gelegt ist, so muss die Bestimmung auch auf den Ehemann ausgedehnt werden, so die seit Alters überwiegende und herrschende Meinung, Covarruvias in c. Alma mater (c. 24) in VI de sent. exc. V. 11. P. I §. 1 n. 9; Suarez disp. XV s. 4 n. 13. 14; Avila l. c. P. II c. VI disp. 11 dub. 5 p. 163; Reiffenstuel V. 39 n. 152; Schmalzgrueber V. 39 n. 184; Kober S. 393 und die von diesen citirten.

1 Unter den liberi, l. c. 103 cit., müssen sowohl leibliche, wie auch Adoptiv-Kinder und Enkel, gleichviel ob sie noch in väterlicher Gewalt stehen oder nicht, verstanden werden (freilich herrscht wegen der emancipati Streit, Suarez l. c. s. 5 n. 3. 4; Avila l. c. dub. 6; Schmalzgrueber V. 39 n. 188), denn Gregor VII. unterscheidet nicht, und auch nach der Emanzipation besteht die Pflicht der Kinder, den Eltern Achtung und Ehrfurcht zu erweisen und mit ihnen den Verkehr nicht abzubrechen. Deshalb wird die Ausnahme auch für in Adoption gegebene Kinder hinsichtlich des Verkehrs mit ihren leiblichen Eltern gelten müssen, a. M. Kober S. 399. Weiter gehören hierher auch uneheliche Kinder im Verhältniss zur Mutter. Auf Verschwägerte, also Stief- und Schwiegerkinder, so Kober S. 400, wenn sie zu derselben Hausgemeinschaft gehören, lässt sich die Ausnahme nicht ausdehnen. Diese sind keine liberi.

Den umgekehrten Fall, dass die Kinder, aber nicht die Eltern exkommunicirt sind, berücksichtigt c. 103 nicht, s. aber nachher im Text.

2 c. 103 cit. C. XI qu. 3 u. c. 31 (Innoc. III.) X cit. V. 39, vgl. auch Suarez disp. XV s. 5 n. 9 ff.

3 c. 31 X cit.

4 Dasselbe ergiebt sich einmal aus c. 7 (Alex. III) X de iud. II. 1, nach welchem der Exkommunicirte verklagt werden kann, d. h. seine Verpflichtungen zu erfüllen hat, ferner aus c. 31 (Innoc. III) X de sent. exc. V. 39, welches die im Text zu a und b gedachten Abhängigkeitsverhältnisse trotz der Exkommunikation als fortbestehend und daher auch die betreffenden abhängigen Personen zur Fortsetzung des Verkehrs für verpflichtet erklärt, endlich aus c. 34 (Innoc. III.) X eod., nach welchem die exkommunicirten Venetianer den Kreuzfahrern gegenüber zur Erfüllung der geschlossenen Transportverträge angehalten werden, und die letzteren die Schiffe der ersteren trotz der Exkommunikation zu benutzen berechtigt sein sollen.

5 Darüber, dass die Exkommunikation des Herrschers weder seine Absetzung noch auch nur die Entbindung der Unterthanen vom Gehorsam oder dem Treueide nach sich zieht, s. o. S. 45 n. 2 a. E., S. 48 n. 6 u. S. 48. 49; Kober S. 402.

6 Schmalzgrueber V. 39 n. 188, früher auch zwischen Lehnsherrn und Vasallen.

7 L. c.

8 Kober S. 405. 406.

9 S. o. Anm. 1 a. E. Daher ist der zur Alimentation des exkommunicirten Kindes verpflichtete Vater verbunden, mit demselben, soweit es die Erfüllung seiner Pflicht bedingt, Verkehr zu unterhalten, ein solcher ist ihm also auch erlaubt.

Nicht hierher gehört die Frage des amtlichen Verkehrs der kirchlichen Oberen mit ihren exkommunicirten Untergebenen, da die Stellung der ersteren von der Exkommunikation gar nicht berührt wird.

Wenn dagegen der Kirchenobere exkommunicirt ist, so wird seine Jurisdiktion suspendirt, und

Zu den bisher besprochenen Fällen treten zwei andere, in denen im Unterschied von ihnen keine Verpflichtung zum Verkehr mit dem Exkommunicirten besteht, vielmehr der letztere den Gläubigen allein erlaubt ist, nämlich:

d. Der Fall des s. g. *Utile*, d. h. wenn der Umgang die Förderung des Seelenheiles bezweckt und nicht über das dazu Nothwendige hinausgeht[1], also z. B. wenn ein Geistlicher oder Laie den Exkommunicirten zur Umkehr und Besserung oder zur Nachsuchung der Absolution ermahnt[2]. In Anhalt an die gesetzliche Vorschrift, nach welcher den Exkommunicirten aus Menschlichkeit Almosen gegeben werden dürfen[3], gestattet die Doktrin den Verkehr auch dann, wenn es sich blos um das leibliche Wohl des Gebannten handelt. Es ist ihr aber nicht gelungen, ein festes Princip aufzustellen, nach welchem sich eine Grenze zwischen dem, was erlaubt und was nicht erlaubt ist, ziehen liesse[4]. Ganz abgesehen davon, dass damit das Verkehrsverbot so gut wie ganz beseitigt wird, bietet die betreffende gesetzliche Ausnahme keine Berechtigung, sie auf andere Verhältnisse zu übertragen[5].

Ebensowenig ist es begründet, wenn man hierher ferner den Fall rechnet, dass ein geistiger oder leiblicher Nutzen für den Verkehrenden in Frage kommt[6].

e. Endlich ist der Umgang auch erlaubt, wenn er durch eine, sei es für die Person des Verkehrenden, sei es die des Exkommunicirten, vorliegende Nothwendigkeit (*Necesse*) bedingt ist[7].

In ersterer Beziehung kommen solche Fälle[8] in Betracht, in denen Jemand einer

dann tritt für den Verkehr zwischen seinen Untergebenen und ihm das Verbot ein. Handelt es sich dabei um einen Mönchsobern, so gilt dies auch für die Mönche, aber soweit durch das gemeinsame Wohnen und Leben im Kloster ein Verkehr derselben mit ihm unvermeidlich ist, kommt der unter e zu besprechende Fall des sog. *Necesse* in Frage. Kober S. 404 will hier die Regel des Falles b analog anwenden, übersieht aber dabei, dass er damit auch eine Pflicht der Mönche zum Verkehr statuirt.

1 c. 54 pr. (Gregor IX.) X de sent. exc. V. 39. Ist es doch auch gestattet, für die Exkommunicirten zu predigen, s. o. S. 496.

2 Covarruvias l. c. n. 9 i. f.; Suarez l. c. disp. XV s. 5. 4 n. 10; Avila l. c. disp. II dub. 2 ff.; Kober S. 391. Wenn Kohn, Arch. f. k. K. R. 44. 429, auch die Assistenz des Pfarrers bei der Eheschliessung eines Exkommunicirten hierher rechnet, weil sonst die beiden Verlobten blos eine Civilehe eingehen oder gar auch ohne eine solche im Konkubinat leben würden, so ist dies eine thatsächliche Voraussetzung, welche mindestens nicht immer zuzutreffen braucht. Es ist demnach eine solche Assistenz allein dann für statthaft zu erachten, wenn wirklich eine dringende derartige Gefahr weder durch Einwirkung auf den Exkommunicirten noch auf den anderen Theil abgewendet werden kann. Vgl. auch o. S. 495 n. 14.

3 c. 103 C. XI qu. cit.

4 Avila l. c. dub. 4 erklärt es z. B. für erlaubt, dass sich der Exkommunicirte Rath bei anderen holt oder seine Schuld einfordert; Kober unter Berufung auf Suarez l. c. s. 3 n. 10 ihm über-ll Hülfe zu leisten, wo es sich um grossen Nutzen oder um Abwendung grossen Nachtheils von seiner Person, seiner Ehre oder seinem Eigenthum handelt, und er nicht im Stande ist, mit eigener Kraft, die drohende Gefahr fernzuhalten, weil die Kirche einerseits ihr Strafrecht nicht in der Weise ausdehnen will, dass er bei wirklicher Noth gänzlich hülflos und verlassen ist, andererseits von der Ansicht ausgeht, dass eine völlig rücksichtslose Verweigerung jeder Hülfe nur geeignet wäre, ihn zu grösserem Widerstande zu reizen.

5 Denn, was zur Begründung angeführt wird, s. vor. Anm., passt alles nur auf den Fall der Nothwendigkeit (s. o. im Text unter e), nicht auf den hier in Frage stehenden. Engel l. c. n. 48 verwirft übrigens schon stillschweigend die Ausdehnung auf den leiblichen Nutzen des Exkommunicirten.

6 So das Erbitten von Rath oder ärztlicher Hülfe, wenn keine andere Person, welche die betreffenden Dienste ebenso gut leisten kann, vorhanden ist, Suarez l. c. n. 9; Avila l. c. dub. 4; Kober S. 391, und auch das Einfordern von Schulden, Reiffenstuel l. c. n. 151; Schmalzgrueber 183. Das letztere gehört aber nicht hierher (s. im Text unter c), das andere fällt zum Theil schon unter den Fall der Nothwendigkeit, und soweit es sich nicht damit deckt, hat es keinen quellenmässigen Anhalt. Schon Engel l. c. n. 48 verlangt, dass mit der magna utilitas auch aliqua necessitas verbunden sein müsse, um die Ausschliessung des Verkehrsverbotes zu rechtfertigen.

7 Den Anhalt hierfür bietet die Bestimmung in c. 103 cit., dass Reisende in Orten, in denen die Einwohner exkommunicirt sind, das zum Lebensunterhalt Nothwendige von diesen kaufen können.

8 Mitunter wird, so Engel V. 39 n. 59;

Sache oder einer Dienstleistung dringend bedarf und sie nach Lage der Verhältnisse allein von dem Exkommunicirten erlangen kann [1], so z. B. wenn der einzige Kaufmann, bei welchem die Sache zu haben, der einzige Arzt oder einzige Anwalt in der Stadt und Gegend exkommunicirt ist, oder wenn dem in dringender Noth befindlichen Armen von Niemandem als von einem Exkommunicirten Unterstützung angeboten wird [2], in letzterer der Fall, dass der Exkommunicirte sich in einer Lage befindet, in welcher im Interesse der Menschlichkeit die Hülfe anderer dringend für ihn geboten ist [3], z. B. die Reichung einer Unterstützung, wenn er ohne dieselbe verhungern oder wenigstens empfindlich darben müsste, die Gewährung des Obdachs, wenn er plötzlich auf der Wanderung schwer krank geworden oder dem Erfrieren nahe ist, die Veranstaltung von Rettungshandlungen, wenn sein Leben bei Feuers- und Wassersgefahr gefährdet und die Darbietung ärztlicher Hülfe, wenn er schwer erkrankt ist.

Endlich hat das mittelalterliche Recht den Verkehr auch für erlaubt und straflos erklärt, wenn sich der Verkehrende in Unkenntniss darüber befindet, dass der andere von der Exkommunikation betroffen [4] oder dass gesetzlich der Verkehr mit einem Exkommunicirten verboten ist [5], gleichgültig ob sich die Unkenntniss als eine unüberwindliche oder nicht darstellt [6]. Dieser Fall bildet indessen keine Ausnahme von dem Verbote [7], vielmehr fehlt es beim Vorliegen eines faktischen Irrthums an dem zum Vergehen nothwendigen Vorsatz [8], und durch die Berücksichtigung des Rechtsirrthums hat das Gesetz die Rechtswidrigkeit zum Merkmal des Thatbestandes des hier fraglichen Vergehens gemacht [9].

Wie schon o. S. 6 bemerkt, steht mit dem Verkehrsverbot weiter die Entziehung der s. g. *communicatio* oder *communio forensis* in engem Zusammenhang [10].

In Folge dessen muss a. der Exkommunicirte beim kirchlichen Gericht vom Auftreten als Ankläger [11] und Kläger [12] oder auch als Wiederkläger [13] sowohl in eigener

Kober S. 408. 409, hierher ein vom Exkommunicirten geübter Zwang zum Verkehr mit ihm gestellt (vgl. auch o. S. 3 u. 5). Entspricht derselbe den Erfordernissen des rechtswirksamen Zwanges, so liegt schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen keine Verletzung des Verkehrs vor, während es sich in den hier fraglichen Fällen gerade um positive Ausnahmen vom Verkehrsverbot handelt.

1 Vgl. Avila l. c. dub. 13; Reiffenstuel V. 59 n. 155; Schmalzgrueber V. 39 n. 194; Kober S. 407.

2 Auch der Fall, dass man zum Einbringen der Erndte sich exkommunicirter Arbeiter bedienen musste, würde hierher gehören.

3 Das folgt aus der Erlaubniss, einem Exkommunicirten Almosen schon aus blosser Menschlichkeit zu geben, S. 500 n. 3. Vgl. weiter die Citate in Anm. 1; Kober S. 409.

4 c. 103 cit. u. c. 110 (Urban II.) C. XI qu. 3.

5 Das folgt daraus, dass c. 103 cit. dem Missstande abhelfen will, dass viele partim ignorantia, partim nimia simplicitate devicti das Verkehrsverbot verletzen. Auch die allgemeine und herrschende Meinung stellt der ignorantia facti die ignorantia juris gleich, Suarez l. c. disp. XV s. 3 n. 2; Avila l. c. dub. 10; Engel l. c. n. 48; Reiffenstuel l. c. n. 154; Schmalzgrueber l. c. n. 191; Kober S. 406. 407.

6 Eine ignorantia invincibilis verlangt freilich Avila l. c., indessen ist seine Meinung vereinzelt geblieben, vgl. die Citate in der vor. Anm., und mit dem „nimia simplicitate" (s. ebendaselbst) unvereinbar. Deshalb kann man nicht, wie Engel und Reiffenstuel, verlangen, dass die ignorantia keine crassa und supina sein dürfe. Es genügt daher auch nicht blosser Zweifel darüber, ob Jemand exkommunicirt ist, um den Verkehr mit demselben als unerlaubt erscheinen zu lassen, Suarez l. c. disp. XV s. 3 n. 4.

7 Nach früherem mittelalterlichen Recht, nach welchem zum Theil auch der Verkehr mit dem Exkommunicirten im Fall der Unwissenheit gestraft wurde, o. S. 3 n. 6, war es allerdings eine solche.

8 v. Liszt, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 5. A. S. 180. 181.

9 v. Liszt a. a. O. S. 179.

10 S. auch c. 14 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11: „excommunicatus nedum in iudicialibus, sed etiam in extraiudicialibus evitari debebit".

11 c. 2 (Innoc. III.) X de exc. II. 25, s. auch o. S. 6 u. 10.

12 c. 12 (Gregor. IX.) X eod.

13 c. 5 (Innoc. III.) X eod.

Person, wie auch durch einen Prokurator[1] von amtswegen zurückgewiesen werden[2]. Indessen ist das Verfahren und Urtheil, wenn es auf seine dennoch erfolgte Zulassung ergangen ist, nicht nichtig[3], nur steht dem Beklagten gegen die Exekution die Einrede der Exkommunikation zu[4], und auch der Richter hat, wenn er inzwischen glaubhafte Kunde von der letzteren erhält, den Antrag des Exkommunicirten auf Vollstreckung zurückzuweisen[5].

b. Ferner kann der Exkommunicirte nicht das kirchliche Richteramt verwalten[6], oder zum Schiedsrichter gewählt werden[7],

c. nicht bei den geistlichen Gerichten als Prokurator[8] und Advokat auftreten[9],

d. nicht als Zeuge zugelassen werden[10], und

[1] c. 15 (Gregor. IX.) X de procur. I. 38.

[2] c. 12 X. II. 25 cit. u. c. 1 (Lyon 1245) in VI de exc. II. 12. Allerdings sprechen beide Stellen blos von den publici excommunicati, aber in anderen Fällen wird der Richter keine Kenntniss von der Exkommunikation haben. Dass jeder Exkommunicirte zurückgewiesen werden soll, ergiebt sich daraus, dass der Gegner dies durch die Einrede der Exkommunikation in allen Stadien des Verfahrens, ja sogar noch nach dem Urtheil, herbeizuführen berechtigt ist, s. c. 1 cit. Dasselbe verlangt weiter, um chikanöse Prozessverschleppung durch eine derartige Einrede zu verhindern, vgl. auch c. 21 (Coelest. III.) §. 2 X de off. iud. del. I. 28, dass der Beweis der Einrede durch apertissima documenta innerhalb acht Tagen erbracht werden soll. Beim Misslingen eines solchen hat der Richter zwar den Kläger weiter zuzulassen und den beweisfälligen Beklagten in die dem letzteren entstandenen Kosten zu verurtheilen, indessen kann der Beklagte die Einrede noch einmal, ja sogar dann noch zum dritten Mal vorbringen, wenn er in den Stand gesetzt ist, sie sofort mit durchschlagenden Beweismitteln darzuthun, und ferner auch stets wegen einer etwa aus einem andern Grunde gegen den Kläger weiter verhängten Exkommunikation eine neue Einrede nach Massgabe der eben gedachten Regeln geltend machen.

[3] c. 1 in VI cit.: „sed sententia quae praecessit, non minus robur debitum obtinebit". Damit ist die Auffassung von Tancred ordo iud. IV. 2 §. 1, ed. Bergmann p. 277, dass „sententia pro excommunicato lata, ubi petitor esset, non tenet", unhaltbar geworden. Vgl. auch Suarez l. c. disp. XVI s. 3 n. 7 ff.

[4] S. Anm. 2.

[5] Das ergiebt die Konsequenz des Satzes, dass der Exkommunicirte überhaupt vom Klagen zurückgewiesen werden soll und dass er durch die Unkenntniss des Richters von der Exkommunikation nicht Rechte erlangen kann, welche er nicht besitzt. Praktische Bedeutung erhält das Urtheil also erst nach der Beseitigung der Exkommunikation durch Absolution, sofern nicht etwa der Richter und auch der Beklagte es unterlassen, die Exkommunikation geltend zu machen. Mit Rücksicht darauf lässt sich also nicht sagen, dass durch die Exkommunikation die Parteifähigkeit des Exkommunicirten als Klägers suspendirt wird, denn dann müsste auch die Gültigkeit der Sentenz vorläufig in der Schwebe bleiben, vielmehr kann diese letztere nur suspendirt werden, und das Recht will auch, dass dies durch Zurückweisung des Richters sei es von amtswegen, sei es auf Einrede geschieht, aber eine solche ist immer erst erforderlich, und ohne diese hat die Exkommunikation allein nicht die Kraft, die aktive Parteifähigkeit zu suspendiren, also die Prozessakte des Exkommunicirten nichtig zu machen.

[6] Da es sich hierbei um Geistliche handelt, s. das Nähere darüber unten §. 299.

[7] Das folgt aus dem Verkehrsverbot, aber sein Schiedsspruch ist, weil es sich hierbei nicht um einen richterlichen Akt handelt, nicht nichtig, Suarez l. c. disp. XVI s. 1 n. 6; Schmalzgrueber I. 43 n. 12.

[8] c. 7 (Innoc. III.) X de prob. II. 19, s. auch c. 38 (Innoc. III.) X de test. II. 20 (pars decisa); vgl. noch die folg. Anm.

[9] Arg. c. 8 (Alex. IV.) in VI de sent. exc. V. 11. In Betreff der Zurückweisung eines solchen Prokurators oder Advokaten kommen dieselben Regeln wie für den exkommunicirten Kläger zur Anwendung. Sind sie zugelassen, so sind ihre Prozesshandlungen und die Urtheile gültig und nicht nichtig, Suarez disp. XVI s. 7 n. 1 u. 8.

[10] c. 38 i. f. (Innoc. III.) X de test II. 20; arg. c. 8 in VI cit.; s. auch o. S. 6 n. 10; ausser gegen Häretiker, s. o. S. 483. Wenn sie aber zugelassen und abgehört sind, so wird nach der überwiegenden und herrschenden Ansicht, s. Suarez l. c. s. 6 n. 5; Schmalzgrueber II. 20 n. 26. 27 und die dort citirten; Kober S. 426. 427 trotz c. 6 (Ps. Is.) C. III qu. 4 ihr Zeugniss nicht als ungültig betrachtet, vielmehr soll sich die Beweiskraft desselben nach der sonstigen Glaubwürdigkeit bemessen. Wenn dies wesentlich darauf gestützt wird, dass speziell die Häretiker vom Zeugniss ausgeschlossen sind, c. 13 (Innoc. III.) §. 5 de haeret. V. 7, so werden hier die Folgen der sie treffenden Infamie angegeben, und die Exkommunicirten gelten ebenfalls zugleich als infam. Es ist daher inkonsequent, die öffentlichen Urkunden des exkommunicirten Notars auf Grund des c. 6 cit. als nichtig zu behandeln, s. auch die folg. Anm. In Konsequenz der hier bekämpften Ansicht wird auch die Eheschliessung vor exkommunicirten Zeugen für gültig erklärt, s. Avila l. c. P. II c. 6 disp. 3 dub. 1 concl. 5.

e. nicht als Notar[1] fungiren.

Auf die weltlichen Gerichte hat das kirchliche Recht selbst diese Vorschriften nicht ausgedehnt[2], wohl aber die weltlichen Richter bei Strafe der Exkommunikation für verpflichtet erklärt, die Exkommunicirten nicht als Kläger, Prokuratoren, Advokaten und Zeugen zuzulassen[3].

Was die Stellung der Exkommunicirten in dem sonstigen (also nicht gerichtlichen) Rechtsverkehr betrifft, so sind dieselben unfähig kirchliche Rechte zu erlangen und auszuüben. Namentlich sind sie ausgeschlossen von kirchlichen Ämtern und Benefizien[4], von der Erwerbung und Ausübung des Patronatsrechtes[5]; ferner von der Erlangung päpstlicher Reskripte[6] in Gnaden- und Justizsachen[7] in der Weise, dass ein solcher nichtig ist[8], d. h. also, dass auch die darin verliehene Gnade und der etwa auf Grund eines solchen Reskripts geführte Process (wie z. B. bei einem Delegationsreskript) von der Nichtigkeit betroffen wird[9], ausser wenn sich das Reskript auf eine Exkommunikation, wegen deren Unrechtmässigkeit die Beschwerde an den päpstlichen Stuhl gelangt ist, oder auf eine von dem Exkommunicirten als Beklagten erhobene Appellation bezieht[10].

Dagegen ist der Exkommunicirte auf staatlichem Gebiete nicht aktiv rechtsunfähig. Wenngleich die anderen Gläubigen jeden geschäftlichen Verkehr mit ihm meiden sollen[11], so sind doch die betreffenden Rechtsgeschäfte selbst durch das kirchliche Recht nicht für nichtig erklärt[12]. Er wird also durch Verträge gültig verpflichtet und erwirbt aus diesen die entsprechenden Rechte[13]. Ebenso bleibt er aktiv testaments-

[1] c. 6 (Ps. Is.) cit.; Suarez disp. XVI s. 5 n. 1 ff.; Schmalzgrueber II. 22 n. 5; Kober S. 425. Die von einem solchen aufgenommene Urkunde entbehrt der Gültigkeit und Beweiskraft, s. vor. Anm. u. Alexander IV. 1255, Rodenberg, ep. pontif. roman. 3, 322, wo derartige Urkunden auf dem Gnadenwege für gültig erklärt werden.

[2] So unrichtig Suarez disp. XVI s. 1 n. 1 u. Kober S. 417. Dies ist vielmehr, wenngleich nicht überall im Mittelalter, durch die weltliche Gesetzgebung vorgeschrieben worden, s. o. S. 392. 393. 397.

[3] c. 8 (Alex. IV.) in VI de sent. exc. V. 11.

[4] S. Bd. II. S. 488 und da hier nach heutigem Recht nur Geistliche in Frage kommen können, unten §. 299.

[5] S. Bd. III. S. 34. 94; Kober S. 372; auch von der Ausübung des Rechtes, den Kirchenstuhl zu benutzen, s. auch o. S. 496.

[6] c. 1 (Gregor. IX.) in VI de rescr. I. 3: „Ipso iure rescriptum vel processus per ipsum habitus non valeat, si ab excommunicato super alio quam excommunicationis vel appellationis articulo fuerit impetratum.“ Darüber, dass sich diese Stelle nicht auf Reskripte anderer kirchlicher Obern bezieht, s. Reiffenstuel I. 3. n. 3. 4 u. Kober S. 430.

[7] Das bedeutet das: processus in c. 1 in VI cit. I. 3.

[8] Dies gilt auch selbstverständlich, wenn er die Reskripte durch einen exkommunicirten Prokurator nachgesucht hat, s. S. 502, ferner auch wenn das Reskript sich nicht auf den Exkommunicirten, sondern einen andern bezieht. Vgl. Kober S. 431.

[9] Daraus erklärt sich zum Theil der Gebrauch der Bd. III. S. 161 n. 10 besprochenen Klausel in den päpstlichen Reskripten.

[10] c. 1 in VI cit. V. 11.

[11] S. o. S. 493 u. S. 501 n. 10. c. 14 in VI cit. V. 11 will ihn auch von den actus legitimi zurückgewiesen wissen. Was darunter zu verstehen ist, erscheint zweifelhaft. Reg. 50 in VI de R. J. V: „actus legitimi conditionem non recipient neque diem“ wiederholt nur l. 77 D de R. J. I. 17, in welcher emancipatio, acceptilatio, hereditatis aditio, servi optio und datio tutoris als Beispiele solcher genannt werden. Warum aber der Exkommunicirte gerade blos von solchen Rechtsgeschäften fern gehalten werden soll, ist unerfindlich. Da c. 14 cit. schon vorher der iudicialia und extraiudicialia gedenkt, so bleibt nichts übrig, als darunter die Mitwirkung bei Rechtsgeschäften, welche in besonderer Form vorgenommen werden oder werden müssen, wie z. B. Notariatsakte, Testamentserrichtungen, zu verstehen. Allerdings hat man andererseits darunter auch wohl zugleich die gerichtlichen Handlungen verstanden, c. 47 (Lateran. IV. 1215) X de test. II. 20 (hier Zeugnissablegung), s. auch o. S. 397 n. 5 (Klagen) u. o. S. 7 n. 1.

[12] Abgesehen von der Eheschliessung, s. o. S. 495 n. 12, wird sogar c. 8 (Innoc. III.) X de donat. III. 24 eine Schenkung trotz der Exkommunikation des Schenkers für gültig erachtet.

[13] Dies war schon die überwiegende Meinung der älteren Kanonisten, s. Covarruvias in c. Alma mater (24) in VI de sent. exc. V. 11. P. I. §. 1 n. 9, und diese ist die herrschende geworden, Suarez disp. XV s. 8 n. 7. 8; Avila l. c.

fähig [1] und kann gültig aus letztwilligen Verfügungen erwerben [2]. Nicht minder fungirt er bei weltlichen Geschäften gültig als Solennitätszeuge [3]. Endlich sind ihm auch die öffentlichen Ämter, insbesondere das Richteramt, nicht verschlossen und die von ihm vorgenommenen Amtshandlungen gültig [4].

Da die Exkommunikation Strafe ist, so kann dadurch die Rechtslage des Exkommunicirten niemals gebessert werden [5]. Daraus folgt zunächst, dass er durch dieselbe seiner kirchlichen Verpflichtungen, gleichviel welcher Art diese sind, nicht ledig wird [6], also insbesondere nicht der Gehorsamspflicht gegen die Kirche und gegen die kirchlichen Oberen, der durch diese bedingten Verbindlichkeit, die erforderlichen Handlungen zur Herbeiführung der Absolution [7] vorzunehmen [8], ferner auch nicht der Pflicht zur Leistung der ihm obliegenden kirchlichen Abgaben, wie der Zehnten [9] und der Baulastbeiträge [10].

Weiter hängt es damit zusammen, dass er rechtlich nicht gehindert ist, kirchliche Verpflichtungen zu übernehmen, sich also insbesondere durch Gelübde, selbst durch das Klostergelübde [11], zu binden.

Aus dem gedachten Grunde ist er endlich auch fähig, vor den kirchlichen Gerichten belangt zu werden. Er hat also die Pflicht, sowohl in Kriminalsachen als Angeklagter, wie auch in anderen Prozessen als Beklagter zu Recht zu stehen [12], eine

P. II. c. 6 disp. 6 dub. 6; Schmalzgrueber V. 39 u. 175; Kober S. 427.

1 Suarez l. c. s. 9 n. 1; Avila l. c.; Schmalzgrueber l. c.; Kober S. 429.

2 Die testamenti factio passiva ist ihm ebenfalls durch kein kirchliches Gesetz entzogen, Suarez l. c. ibid. n. 3, Schmalzgrueber l. c., Kober S. 429.

Darüber, dass ihm im Mittelalter weltlicherseits mitunter die Lehnsfähigkeit abgesprochen worden ist, s. o. S. 395.

3 S. o. S. 503 n. 11.

4 Von den Kanonisten wird fast einstimmig das Gegentheil in Bezug auf das richterliche Amt behauptet, indem sie die Vorschriften über die Unfähigkeit zum kirchlichen Richteramt, c. 24 (Innoc. III.) X de sent. II. 27, auch auf das weltliche ausdehnen, Suarez l. c. disp. XVI s. 1 n. 2ff.; Engel V. 39 u. 40; Reiffenstuel S. 39 u. 71; Schmalzgrueber I. 32 n. 2; Kober S. 417, welcher sich dafür noch auf c. 8 in VI cit. V. 11 und auf die Praxis beruft. Von der weltlichen Praxis und weltlichen Gesetzgebung ist aber diese Unfähigkeit nur vereinzelt angenommen worden, s. o. S. 395. 397 n. 3 und die S. 392 n. 6 citirten französischen Partikularkonzilien, welche gerade zeigen, dass die kirchliche Forderung nicht in der Praxis anerkannt gewesen ist.

Desgleichen wird auch die Unfähigkeit für jedes (also auch das weltliche) Notariatsamt und die Nichtigkeit der von exkommunicirten Notaren errichteten Instrumente behauptet, Suarez disp. XVI s. 5 n. 5; Avila l. c. dub. 5; Engel V. 39 n. 40; Kober S. 426.

5 c. 7 (Alex. III.) X de iud. II. 1: „ne de sua malitia videatur commodum reportare“.

6 Also z. B. der Pflicht, die von der Kirche gelehrten Glaubenssätze anzunehmen, Bd. IV. S. 439; sich des Umgangs mit Exkommunicirten und Ketzern zu enthalten; die kirchlichen Vorschriften über den Verkehr mit Juden, s. o. S. 159, zu beobachten. Allerdings wird er gerade durch die Exkommunikation verhindert, einzelnen dieser Verpflichtungen, wie z. B. der zum Empfange der österlichen Kommunion und zum Besuche der Messe, zu genügen, aber dafür tritt an die Stelle dieser Verbindlichkeiten die im Text gedachte Pflicht, seine Absolution herbeizuführen, durch deren Erfüllung er jene Hindernisse beseitigt.

7 S. o. S. 145ff.

8 Das Bestehen dieser Rechtspflicht ergiebt sich daraus, dass gegen das hartnäckige und längere Verharren in der Exkommunikation weitere besondere Strafen festgesetzt sind, s. o. S. 142 u. unten §. 305.

9 S. o. S. 9 n. 4 und S. 216.

10 Die Ausführungen im Text beweisen ebenfalls die Richtigkeit der o. S. 494 aufgestellten Behauptung, dass durch die Exkommunikation keine volle Loslösung des Gebannten der Kirche herbeigeführt wird.

11 Die Gültigkeit desselben setzt c. 32 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 voraus, vgl. auch Covarruvias in IV. Lib. decret. epitome P. II. c. 6 n. 3 u. Avila l. c. dub. 6. Dass in der Annahme der professio des Exkommunicirten seitens des Klosteroberen ein verbotener Verkehr mit demselben liegt, ja sogar auch damit eine verbotene communicatio in sacris verbunden sein kann, ändert selbstverständlich an der Gültigkeit nichts.

12 c. 7 X cit. II. 1; c. 8 (Innoc. III.) X de exc. II. 25. Mit Rücksicht darauf, dass er nach c. 7 „debet per alium in iudicio respondere“, wird mancherseits, so auch noch von Kober S. 439 verlangt, dass er, abgesehen von wichtigen Sachen, s. c. 2 (Alex. III.) X de procur. I. 38, und wenn er sich dazu wegen Mittellosigkeit ausser Stande

Pflicht, welcher aber als dadurch bedingtes Korrelat das Recht der vollen Vertheidigung sowohl mit allen ihm zustehenden Einwendungen, wie auch mit allen durch das Prozessrecht gewährten Rechtsmitteln und insbesondere der Appellation [1], entspricht [2].

Die Constitutio: *Ad vitanda.* In Folge der übermässigen Ausdehnung der censurae l. sententiae und der General-Censuren [3] trat bei dem damaligen Rechtszustande für jedes Kirchenmitglied, welches sich in seinem Verkehr mit einem Anderen vor dem kleinen Bann schützen wollte, die Nothwendigkeit ein, seinerseits zu prüfen, ob der letztere sich nicht einer mit einer solchen Censur bedrohten Handlung schuldig gemacht hatte, und ob nicht etwa trotz derselben ein Strafausschliessungsgrund vorlag. Dieser Missstand [4] wurde vollends während des grossen Schismas unerträglich, als die sich gegenüberstehenden mehreren Päpste und nicht minder ihre Anhänger, namentlich die Pfründen-Prätendenten ihrer Obdienzen, von solchen Censuren gegen einander im umfassendsten Masse Gebrauch machten [5]. Unter den im Beginn des 15. Jahrhunderts aufgestellten Reform-Forderungen trat daher auch die nach einer Änderung des bestehenden Censurrechtes hervor [6], und wenngleich die Bestrebungen des Konstanzer Konzils, eine solche herbeizuführen, erfolglos blieben [7], so gelang es doch der deutschen Nation, die Aufnahme einer die bisherigen Übelstände beseitigenden Bestimmung in das von ihr mit dem Papste vereinbarte Sonder-Konkordat von 1418 [8] durchzusetzen [9]. Erst bei der durch das Konzil selbst vorgeschriebenen Eintragung der Synodaldekrete, sowie der einzelnen mit den Nationen abgeschlossenen Konkordate, deren Bestimmungen nur als blosse päpstliche Konstitutionen, nicht als Konzilsbeschlüsse, in Kraft treten konnten [10], in die Kanzleiregister [11], erhielt die be-

sieht, einen Prokurator zu bestellen verpflichtet sei, während andere, so Avila l. c. disp. 7 dub. 2, von dieser Pflicht nur im Falle der Unmöglichkeit, einen solchen zu finden, eine Ausnahme gestatten. Eine dritte Meinung erklärt die Vertretung zwar für angemessen, giebt aber dem Exkommunicirten das Recht, stets selbst aufzutreten, Schmalzgrueber V. 39 n. 169. Sie erscheint als die richtige, denn einmal besteht keine Vorschrift, dass der ohne procurator auftretende Exkommunicirte vom Richter als contumax behandelt werden darf, und ebensowenig eine Pflicht Anderer, für solche die Prokuratur zu übernehmen.

[1] c. 5 (Innoc. III.) X de exc. II. 25.

[2] Weil aber die Wiederklage nicht ein solches Korrelat bildet, ist ihm die Erhebung einer solchen nicht gestattet, s. o. S. 501 n. 13.

[3] S. o. S. 133. 137.

[4] Schon die gl. s. v. suppositis zu Cl. 2 de sent. exc. V. 2 spricht den Gedanken aus, diesem Übelstand durch eine Deklaration des Eintritts der Strafe entgegenzutreten.

[5] Kober S. 247; Hübler, d. Constanzer Reformation. Leipzig 1867. S. 334.

[6] So verlangt z. B. Gerson im tract. de vita spirituali animae, opp. 3, 47 ff., s. auch Hübler a. a. O., eine Änderung, und zwar die Abhängigkeit des Verkehrsverbotes von der vorgängigen Verkündigung des Exkommunicirten als solchen.

[7] Hübler S. 335. 343.

[8] Hübler S. 337. 345, welcher gegenüber der früher herrschenden Meinung, s. namentlich Kober S. 250 ff., nachgewiesen hat, dass das Konstanzer Konzil kein, namentlich nicht das gleich zu besprechende Synodaldekret — ein solches findet sich auch nicht in seinen Akten — erlassen hat. S. auch Hefele, Conc. Gesch. 7, 357.

[9] c. 7, Hübler S. 186 u. 349: „De non vitandis excommunicatis antequam per iudicem fuerint declarati et denunciati. Insuper ad vitanda scandala et multa pericula subveniendumque conscientiis timoratis *omnibus Christi fidelibus tenore praesentium misericorditer indulgemus*, quod nemo deinceps a communione alicuius in sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscunque divinis vel extra praetextu cuiuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae a iure vel ab homine generaliter promulgatae teneatur abstinere vel aliquem vitare ac interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia vel censura huiusmodi fuerit in vel contra personam, collegium, universitatem, ecclesiam, communitatem aut locum certum vel certam a iudice publicata vel denunciata specialiter et expresse: constitutionibus apostolicis et aliis in contrarium facientibus non obstantibus quibuscunque: salvo si quem pro sacrilega manuum iniectione in clericum sententiam latam a canone adeo notorie constiterit incidisse, quod factum non possit aliqua tergiversatione celari nec aliquo iuris suffragio excusari; nam a communione illius, licet denunciatus non fuerit, volumus abstineri iuxta canonicas sanctiones."

[10] Hübler S. 347.

[11] Sess. gen. XLIII. i. f., Hübler S. 163. 347.

treffende Stipulation des deutschen Konkordats eine neue, es als ein Indult für die gesammte Christenheit[1], also als ein allgemeines päpstliches Kirchengesetz[2], charakterisirende Redaktion.

Durch diese eigenthümliche Verbindung der Konstitution Martins V. mit dem deutschen Konkordat wurde aber von vornherein ihre allgemeine Geltung verdunkelt, und da sie in Folge dessen vielfach blos als ein allein der deutschen Nation gegebenes Privilegium betrachtet wurde, so erklärt es sich, dass das Baseler Konzil, welches die zu Konstanz nicht durchgeführte Reform wieder aufnahm, eine allgemeine Regelung der Angelegenheit für nothwendig hielt und in Anschluss an die erwähnte Konstitution ein besonderes Synodaldekret erliess[3].

Beide Verordnungen, die Martins V. und die Baseler, hoben das bisherige Verkehrsverbot für die Gläubigen mit denjenigen, welche wegen einer Exkommunikation latae sententiae oder einer General-Exkommunikation[4] dem grossen Bann[5] verfallen sind, auf, sofern der Eintritt derselben gegen die betreffende Person nicht durch einen speziell die Verwirklichung gegen dieselbe deklarirenden und publicirten Spruch festgestellt worden ist. Sie bezwecken also die für den Verkehr durch die Unmenge der censurae l. s. und der General-Censuren hervorgerufene Unsicherheit dadurch zu beseitigen, dass sie in Gemässheit der schon früher hervorgetretenen Vorschläge[6] ein Mittel schaffen, durch welches die von den Censuren betroffenen Personen jede einzeln der Gemeinde kundgethan wird, sowie die Verkehrssperre von der Anwendung dieses Mittels abhängig machen. Während aber die const. Martins V. eine Ausnahme für den Fall aufstellt, dass der Eintritt einer Exkommunikation wegen einer percussio clerici[7] gegen den Thäter notorisch ist, erweitert die Baseler Synode diese auf alle,

[1] S. die kursiv gedruckten Worte S. 505 n. 9.

[2] So dass es also auch für Deutschland über die fünfjährige Konkordatsdauer hinaus Geltung zu beanspruchen hatte, Hübler S. 347. 348.

[3] 1435, zu einer Zeit, für welche ihm der Charakter eines allgemeinen Konzils nicht abgesprochen werden kann, s. Bd. III. S. 417, Sess. XX. c. 2, Hardouin 8, 1194: „De excommunicatis non vitandis certo modo non vocatis. Ad vitandum scandala et multa pericula subveniendumque conscientiis timoratis statuit etiam, quod nemo deinceps a communione alicuius in sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscumque divinis vel extra praetextu cuiuscumque sententiae aut censurae ecclesiasticae seu suspensionis aut prohibitionis ab homine vel a iure generaliter promulgatae teneatur abstinere vel aliquem vitare aut interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia, prohibitio, suspensio vel censura huiusmodi fuerit in vel contra personam, collegium, universitatem, ecclesiam aut locum certum aut certam a iudice publicata vel denuntiata specialiter et expresse aut si aliquem ita notorie in excommunicationis sententiam constiterit incidisse, quod nulla possit tergiversatione celari aut aliquo modo iuris suffragii excusari. Nam a communione illius abstineri vult iuxta canonicas sanctiones. Per hoc tamen huiusmodi excommunicatos, suspensos, interdictos seu prohibitos non intendit, in aliquo relevare nec eis quomodolibet suffragari.“

[4] Nur von den censurae l. s. und censurae generales handeln die beiden Kirchengesetze, nicht von einer gegen eine Person speziell verhängten Censur. Das ergiebt ihr Wortlaut. Über die Ausdehnung auf den zuletztgedachten Fall s. u. S. 508. Mit der sententia ab homine promulgata ist die General-Censur, s. o. S. 139, und mit der censura ecclesiastica u. s. w. a iure promulgata die censura l. s., s. o. S. 132, gemeint, und diesem Unterschied entspricht auch der Gebrauch der beiden Worte: publicata vel denunciata im Verlaufe des Textes.

[5] Hier ist nur von der excommunicatio maior zu handeln. Die beiden Verordnungen beziehen sich allerdings auch auf das Interdikt (in der Basler, welche die von Martin V. nicht speziell genannte suspensio ausdrücklich hervorhebt, mit prohibitio bezeichnet) und auf die Suspensionen, sofern sie den Charakter der censurae l. s. und Generalcensuren haben. Wenn Hübler S. 187 n. 90 u. S. 189 n. 93 behauptet, dass sie sich auf die censurae generales ferendae sententiae beziehen, so ist jede in einem Kirchengesetz angedrohte censura ferendae sententiae eine generalis, aber davon handeln die beiden Konsitutionen nicht, denn die sententia generaliter promulgata ist die schon allgemein gegen eine unbestimmte Zahl von Personen in Form des Urtheils ausgesprochene Censur, also nicht mehr eine censura ferendae sententiae, s. o. S. 135. 139.

[6] S. o. 505 n. 4 u. 6.

[7] S. o. S. 180 u. Bd. I. S. 118 ff.

mit einer excommunicatio l. s. oder einer General-Exkommunikation bedrohten Vergehen[1], und ändert insoweit die frühere Konstitution ab.

Zunächst wurde die Baseler Verordnung überall als gültig anerkannt und in der Praxis als die für die betreffende Materie massgebende gesetzliche Bestimmung betrachtet[2]. Aber da man dieselbe zunächst vielfach als eine blosse Bestätigung der Konstitution Martins V. ansah und deshalb, je nachdem die eine oder andere Fassung zu Gebote stand, die letztere oder die erstere ohne weitere Beachtung des Unterschiedes benutzte, wurde dadurch der ursprüngliche Thatbestand verschleiert[3]. Im Laufe des 16. Jahrhunderts ist zwar zunächst die sachliche Verschiedenheit beider Fassungen[4], demnächst auch das wahre Verhältniss zwischen denselben erkannt worden[5], indessen hatte damals schon längst die rückläufige Bewegung gegen die Reformkonzilien, insbesondere gegen das Baseler Konzil begonnen[6], und das V. Lateran. Konzil bereits das letztere zum grossen Theil für schismatisch erklärt[7]. Bei dieser Unterhöhlung des Rechtsbodens der Baseler Verordnung hielt man sich nunmehr in der Wissenschaft[8] und Praxis[9] immer überwiegender an die Konstitution Martins V., zugleich auch deshalb, weil diese mit ihrer beschränkten Ausnahme gerade im

[1] Hübler S. 351 bemerkt mit Recht, dass Martin V. bei der Aufstellung der Ausnahme von dem Gedanken der Gleichstellung der sog. notorietas iuris, der Notorietät durch richterliches Geständniss oder richterliches Urtheil, mit der notorietas facti, dem allgemeinen, unzweifelhaften, aussergerichtlichen Bekanntsein eines Vorfalls, ausgegangen sei, s. auch a. a. O. S. 190 und diesen Band o. S. 359 n. 1, und dass die Baseler Synode bei der Erweiterung der Ausnahme blos daraus die Konsequenz für alle anderen Vergehen gezogen habe. Aber andererseits war durch diese Ausdehnung die beabsichtigte Wirkung der Neuerung wesentlich beeinträchtigt. Denn einmal ist der Begriff der notorietas facti ein schwankender, s. o. S. 359 n. 1, und ferner musste die in beiden Konstitutionen vorkommende nähere Umgrenzung der Ausnahme „aut aliquo iuris suffragio excusari" (d. h. dass trotz der äusserlichen Begehung der That Umstände vorhanden seien, welche diese nicht als strafbare erscheinen liessen oder die Strafbarkeit des Thäters ausschlossen, s. auch Hübler S. 190 n. 97), da die Beurtheilung dieser Momente dem einzelnen Kirchenmitgliede anheimgegeben wurde, blos zu neuen Zweifeln Anlass geben, also, je weiter die Ausnahme gesteckt war, wieder zu einer Vermehrung der Unsicherheit, welche man gerade durch das gesetzgeberische Eingreifen hatte beseitigen wollen, führen.

[2] So wurde sie 1438 zu Bourges und 1439 zu Mainz acceptirt, s. Bd. III. S. 409 n. 1. 2, und auf den Synoden von Freising 1440, Breslau 1456, Konstanz 1463, Freising 1480, Konstanz 1483, Pr. S. Salzburg 1490, Bamberg 1491 (hier allerdings mit der unrichtigen Überschrift: Ex conc. Constant.), Breslau 1497, Hartzheim 5, 280. 447. 468. 519. 564. 580. 633. 672; Regensburg 1512, Hildesheim 1539 und Pr. S. Mainz 1549, ibid. 6, 123. 336. 593, publicirt (blos Würzburg 1446, ibid. 5, 359 citirt allerdings nur nach den Anfangsworten die: „const. generalis conc. Constant."), ja auch noch in das zur Beseitigung der pragmatischen Sanktion zwischen dem Papst und Frankreich abgeschlossene Konkordat v. 1516, s. Bd. III. S. 424, vgl. const. Leon. X.: Primitiva v. 1516, Hardouin 9, 1820. 1881 u. bull. Taur. 5, 673 (§. 24), aufgenommen und durch die Genehmigung desselben seitens des V. Laterankonzils 1516, Hardouin 9, 1810. 1826; Hübler S. 353. 359, für Frankreich approbirt. Wenn man aus dem letzteren Umstande, so Fagnan. ad c. X de schismat. V. 8 n. 53, anscheinend auch Kober S. 249, den Schluss gezogen hat, dass eine Derogation der const. Martins V. durch das gedachte Konzil erfolgt ist, so beruht dies auf einem Verkennen des Sachverhalts, s. auch Hübler S. 359.

[3] Über die betreffende Literatur s. Hübler S. 353.

[4] So von Felinus Sandeus in V lib. decret. I de rescr. c. Radulphus (c. 3 T. 3).

[5] Zuerst von Covarruvias in const. Alma mater (c. 24) in VI de sent. exc. V. 11 P. I. §. 2 u. 7, welcher sich seinerseits noch für die Geltung der Baseler Verordnung entscheidet.

[6] Bd. III. S. 416. 417.

[7] Bd. III. S. 425 n. 2.

[8] S. die Citate bei Covarruvias l. c. u. n. 8 („magis recepta est in christiano orbe Martini V et Constantiensis constitutio"), bei Suarez disp. IX s. 2 n. 5 u. bei Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 2 dub. 2 p. 99.

[9] Augsburg 1567, Hartzheim 7, 213 hat sie in der Bestimmung: „Excommunicatos porro, postquam denunciati sunt et notorios clericorum percussorum nec ad sacramenta nec ad divina officia . . . nemo admittat" im Auge. Dasselbe gilt auch v. Namur 1570 XV. 3. 4; l. c. 7, 641; Augsburg 1610 XV. 2 u. Sitten 1626 X. §. 3, wo §. 4 bei der suspensio die const. auch ausdrücklich citirt wird, l. c. 9. 90. 398; eine wörtliche Wiedergabe in der Pr. S. Salzburg 1569 XLVI. 3, ibid. 7, 350.

16. Jahrhundert bei dem Umsichgreifen des Protestantismus, wodurch sich die Zahl der wegen Ketzerei ipso iure Exkommunicirten fort und fort erhöhte, den Bedürfnissen des praktischen Lebens besser als das Baseler Dekret entsprach [1]. Mit dem Ende des 17. Jahrh. ist die völlige Rezeption der Verordnung Martins V. nicht nur für Deutschland [2], sondern auch sogar trotz der pragmatischen Sanktion und des französischen Konkordates für Frankreich [3] entschieden, und seitdem bildet die erwähnte Konstitution kraft Gewohnheitsrechtes [4] die allein massgebende, noch heute geltende Norm für die ganze Kirche.

Für ihre Auslegung ist davon auszugehen, dass sie den Exkommunicirten als solchen nicht mehr Rechte, als sie früher hatten, gewährt, also die Rechtsstellung derselben an sich nicht ändert, vielmehr blos zu Gunsten der übrigen Gläubigen, soweit es sich um den Verkehr der letzteren mit dem Exkommunicirten handelt, das frühere Recht ändert [5], wennschon dadurch zugleich thatsächlich und indirekt auch die Lage der Gebannten selbst beeinflusst wird.

Die neue Rechtsnorm, welche die Konstitution aufstellt, geht, wie schon o. S. 506 bemerkt ist, dahin: Die einzelnen Kirchenglieder sind nur verpflichtet, sich des Verkehrs mit demjenigen, welcher in eine excommunicatio l. s. oder eine General-Censur verfallen ist, zu enthalten, wenn die dort erwähnte Publikation oder Denunziation erfolgt ist. Doch hat eine feste Praxis und Gewohnheit diese Vorschrift auch auf den Fall ausgedehnt, dass der Bann gegen den Exkommunicirten speziell wegen einer gesetzlich mit der *excommunicatio ferendae sententiae* bedrohten Strafthat oder arbiträr wegen einer an sich gesetzlich nicht mit derselben belegten Handlung [6] verhängt worden ist [7].

Demnach tritt in Gemässheit des jetzt geltenden Rechts das Verkehrsverbot in vollem Umfange des früheren erst dadurch ein, dass eine ordnungsmässige Publikation in Betreff des Exkommunicirten und seiner Exkommunikation erfolgt. Dazu gehört

[1] Das bemerkt schon Covarruvias l. c. n. 8, vgl. auch o. S. 507 n. 1, und Avila l. c. weist für die gewohnheitsmässige Rezeption der const. Martins V. darauf hin, dass in Deutschland und England die Katholiken ungehindert und ungestraft mit notorischen Ketzern, also auch notorisch Exkommunicirten (d. h. Protestanten) verkehren.

[2] Vgl. Engel collegium un. jur. can. V. 39 u. 56; Reiffenstuel V. 39 n. 138; Schmalzgrueber V. 39 n. 123 und die dort citirten, welche sich alle auf die Gewohnheit und die Reprobation des Baseler Konzils durch Eugen IV. berufen.

[3] van Espen, de censuris c. 7 §. 5; Héricourt, les lois ecclésiastiques de France, nouv. éd. 1721 p. 179; Durand de Maillane, dictionnaire du droit canonique II. éd. 2, 396. Die französischen Synoden des 16. und 17. Jahrh. ergeben nichts für die Frage Relevantes.

[4] Benedict XIV. de synodo dioecesana XII. 5 n. 4; Hübler S. 358.

[5] Das Basler Dekret, S. 506 n. 3, hebt dies in seinem Schlusssatz ausdrücklich hervor. Wenngleich dieser in der const. Martins V. fehlt, so spricht doch die Einleitung derselben deutlich genug für die Natur eines blossen Indultes zu Gunsten der Gläubigen.

[6] Z. B. wegen Ungehorsams einer Partei im Prozess durch den kirchlichen Richter.

[7] Schon Mart. Navarrus (de Azpilcueta † 1586) comm. in septem distinct. de poen. ad c. 1. §. Laboret (1) dist. 6 (opp. omnia Colon. 1616, 1, 358) vertritt diese erweiternde Auslegung gegenüber der am Wortlaut festhaltenden Interpretation, weil sich eine solche spezielle Exkommunikation nicht minder der allgemeinen Kenntniss entziehe. Schon im Laufe des 16. Jahrhunderts ist aber das Bewusstsein davon, dass sich die const. Martins V. blos auf die im Text gedachten Fälle von Exkommunikationen bezieht, verschwunden, s. z. B. die allgemein lautenden Vorschriften der Synoden von Augsburg 1567, S. 507 n. 9, und Narbonne 1609, S. 496 n. 11, und seit dem 17. Jahrh. wird die weitere Auslegung als selbstverständliche und dem Wortlaut entsprechende hingestellt, s. Engel, Reiffenstuel, Schmalzgrueber ll. cc., s. Anm. 2; van Espen J. E. U. P. III tit. XI c. 4 n. 17; Kober S. 258; sowie auch die neueren Lehrbücher, z. B. Permaneder §. 338; Richter-Dove-Kahl §. 214; Lämmer §. 100; Silbernagl §. 134; Vering §. 188.

im Falle einer excommunicatio ferendae s. eine besondere Exkommunikationssentenz, also der Ausspruch, dass der Schuldige in den Bann gethan wird, unter Bezeichnung seiner Person mit seinem Namen oder in einer Weise, dass auch ohne Angabe des Namens kein Zweifel darüber bestehen kann, dass dieselbe gemeint ist [1], im Fall der *exc. l. s.* und einer General-Exkommunikation eine deklaratorische Sentenz, welche die eingetretene Bestrickung des Betreffenden mit der einen oder anderen Art der Exkommunikation konstatirt und gleichzeitig seine Person in der erwähnten Weise kennzeichnet. Endlich bedarf es weiter der öffentlichen Publikation [2] dieser Sentenzen seitens des kirchlichen Richters [3] oder eines von ihm beauftragten Organs [4], sei es in der Kirche während des Gottesdienstes oder durch Anheften an die Thür der Kirche [5] oder an sonstigen zu Bekanntmachungen herkömmlich benutzten Orten [6].

Abgesehen von dem ebengedachten Fall tritt das Verkehrsverbot nach der Konstitution Martins V. weiter ein, wenn die That sich äusserlich als eine Verletzung des Privilegium canonis, als percussio clericorum [7], darstellt und nicht nur ihre Begehung so allgemein wahrgenommen oder so allgemein ohne ernstlichen Widerspruch verbreitet wird, dass sie von verständigen und lebenserfahrenen Männern nicht in Abrede gestellt werden kann [8], sondern es auch ebenso allgemein bekannt ist, dass keine Rechtsgründe vorliegen [9], welche die That als straflos, also nicht als Strafvergehen erscheinen [10] lassen oder mindestens die Strafe ausschliessen [11]. Durch das letztere Erforderniss wird aber diese Ausnahme so gut wie unpraktisch, denn eine Notorietät über die betreffenden, lediglich bei genügenden Rechtskenntnissen zu beurtheilenden Umstände wird kaum jemals vorkommen, und in der That hat auch der betreffende Fall praktisch so gut wie keine Bedeutung erlangt [12].

1 Avila P. II c. 6 disp. 2 dub. 3 p. 100; wie dies bei der Exkommunikation Napoleons I. durch Pius VII. der Fall war. Werden in der Sentenz neben einer bestimmten Person auch allgemein deren Anhänger und Begünstiger exkommunicirt, so genügt dies nicht. S. Kober S. 259.

2 Weil stets eine auf die Verwirklichung der Exkommunikation bezügliche Sentenz nach der const. Martins V. erforderlich ist, erscheint es unrichtig, wenn Avila l. c. eine namentliche Publikation, dass Jemand in ein mit der exc. l. s. bedrohtes Verbrechen, wie die Ketzerei, verfallen sei, ohne dass der Eintritt der Exk. ausgesprochen wird, für genügend erachtet.

3 Selbstverständlich den zuständigen, s. darüber unten.

4 Z. B. des Pfarrers.

5 So schreibt Mailand II. 1569 I. 21, Hardouin 10, 739 Anheften an die Kathedrale des exkommunicirenden Bischofs und in der Pfarrei des Exkommunicirten, auch mindestens eine einmalige Publikation im Monat durch alle Pfarrer der Diöcese am Sonntag, vor.

6 Mehr ist aber nicht erforderlich. Kober S. 259 verlangt allerdings noch zur Verpflichtung der Gläubigen, sich des Umgangs mit dem Gebannten zu enthalten, dass sie sich durch eigene Sinneswahrnehmung von der Publikation überzeugt oder durch andere Personen von derselben in zuverlässiger Weise die nöthige Kenntniss erhalten haben. Diese Meinung hat aber am Wortlaut des Gesetzes keinen Anhalt. Das letztere erfordert allein die Publikation und knüpft lediglich an diese die Annahme der Kenntniss aller Betheiligten, um so mehr als bei wirklicher Unkenntniss schon nach dem älteren Recht keine Strafe eintrat, s. o. S. 501.

7 Bd. I. S. 119 ff.

8 S. F. Stein, d. private Wissen des Richters. Leipzig 1893, S. 147; Suarez disp. IX s. 2 n. 11; Kober S. 260, aber auch o. S. 507 n. 1.

9 S. die const. Martins V. o. S. 505 n. 9; vgl. auch S. 507 n. 1.

10 So beim Mangel der Zurechnungsfähigkeit oder beim Vorliegen eines Rechtes zur Züchtigung, Bd. I. S. 120. 121.

11 Wie die Nothwehr, a. a. O. S. 121.

12 Vgl. Bd. I. S. 121 n. 9 und zu den dort citirten noch Hübler S. 191 n. 97; (Avanzini-) Pennacchi l. c. p. 89 n. 1, ja nach van Espen de censuris c. 7 §. 6 ist zu dessen Zeit dieser Ausnahme in Frankreich schon durch Gewohnheit derogirt gewesen, und für den percussor clerici ebenfalls die öffentliche Verkündigung der ihn speziell als exkommunicirt kennzeichnenden Sentenz nicht nur verlangt worden, sondern auch üblich gewesen. Andererseits setzt allerdings Benevent 1693 LV. 3, coll. conc. Lac. 1, 97, den Fall noch als praktisch in Frage kommend voraus. In vollkommenem Widerspruch mit der const. Martins V. stand es, wenn von einzelnen Älteren, so von Soto, comment. in IV sententiarum dist. XXV qu. 1 act. 1. 3, die Häretiker und Schismatiker den percussores clericorum gleichgestellt worden sind, s. auch Benedict. XIV. de synodo dioecesana VI c. 5 n. 2; Kober S. 265 ff.

Durch die Konstitution Martins V. ist der Unterschied zwischen denjenigen Exkommunicirten, mit welchen den Gläubigen der Umgang in Gemässheit des alten Rechtes verboten bleibt, und denjenigen, mit welchen derselbe erlaubt ist, d. h. zwischen den s. g. *excommunicati vitandi* einerseits und den *tolerati* andererseits[1], in das Kirchenrecht eingeführt worden.

Während hinsichtlich der ersteren, der *vitandi*, das o. S. 498 bis S. 501 dargelegte Recht auch nach der Konstitution Martins V. in unveränderter Geltung verblieben ist, unterliegt seit der letzteren der Verkehr der Gläubigen[2] mit den s. g. *tolerati* hinsichtlich der Sakramente und der gottesdienstlichen Handlungen, sowie in allen sonstigen, d. h. den geschäftlichen, freundschaftlichen und häuslichen Beziehungen, dem früheren Strafverbote nicht mehr. Er ist den ersteren mit diesen ebenso gestattet[3], wie der mit den *vitandi* in den o. S. 498 besprochenen Ausnahmefällen[4]. In ersterer Hinsicht ist den Kirchengliedern also erlaubt, gemeinsam mit einem toleratus an der Spendung der Sakramente, dem Gottesdienst in der Kirche und an kirchlichen Prozessionen theilzunehmen[5], ferner sich die Sakramente und Segnungen von einem exkommunicirten Geistlichen, wenn dieser ein toleratus ist, spenden zu lassen[6] und der Predigt eines solchen anzuwohnen[7]. Ja selbst vom Begräbniss in geweihter Erde sind die tolerati im Interesse ihrer Hinterbliebenen[8] nicht ausgeschlossen, sofern nur ihre Exkommunikation nicht öffentlich bekannt geworden ist[9].

In letzterer Hinsicht ist die Milderung eingetreten, dass ein toleratus vom kirchlichen Gericht als Ankläger und Kläger, als Prokurator und Advokat, sowie als Zeuge und Notar zugelassen werden kann[10], weiter, dass die Gläubigen die Thätigkeit eines toleratus als kirchlichen Richters in Anspruch nehmen dürfen[11] und endlich, dass sie befugt sind, mit den tolerati alle Rechtsgeschäfte, also auch Verlöbnisse und Ehen zu schliessen, und demnach der zur Eingehung der letzteren erforderliche Konsens von dem Pfarrer entgegengenommen werden darf[12].

Da indessen mit der Änderung des bisherigen Rechtszustandes durch die Konstitution Martins V. lediglich eine Vergünstigung für die übrigen Kirchenglieder bezweckt worden ist[13], so hat der toleratus seinerseits auf die Vornahme der erwähnten

[1] Diese Bezeichnungen sind, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, zuerst von Domin. Soto comm. in IV sentent. dist. I qu. 5 art. 6 prop. 7. gebraucht worden.

[2] Gleichviel, ob Geistlichen oder Laien.

[3] Const. Martin. V. (s. o. S. 505 n. 9): „nemo a communione alicuius in sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscumque divinis vel extra ... teneatur abstinere vel aliquem vitare“.

[4] Für den Verkehr mit den tolerati haben diese also keine praktische Bedeutung.

[5] Suarez disp. XI s. 4 n. 3. 4; Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 8 dub. 1; Kober S. 326; Bd. IV. S. 227 n. 7. Wegen des Rechts des toleratus zur Pathenschaft s. Bd. IV. S. 39 n. 12.

[6] Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 3 dub. 2.

[7] Kober S. 312.

[8] c. 22 (August.) C. XIII. qu. 2.

[9] Unbeschränkt lassen die tolerati zum kirchlichen Begräbniss zu Suarez disp. XII s. 4 n. 5; Kober S. 270. 333, Lyon 1850, Sens 1850, Bourges 1850, Auch 1851, coll. conc. Lac. 4, 481. 909. 1117. 1198, welche allein die nominatim excommunicati oder excommunicati denunciati fernhalten, anscheinend auch v. Ketteler i. Arch. f. k. K. R. 16, 326 (öffentlich Exkommunicirte); Schmalzgrueber III. 28 n. 59 verlangt, dass sie vor dem Tode Zeichen der Reue gegeben haben. Für den Text Engel III. 28 n. 19; Aichner i. cit. Arch. 1, 81; das Rituale Romanum cit. VI. c. 2 n. 2: „negatur sepultura ecclesiastica ... publicis excommunicatis“; Gran 1858, Wien 1858, coll. cit. 5, 90. 190 u. Baltimore 1866, ibid. 3, 504.

[10] Avila l. c. disp. 7 dub. 1. 3. 4; Schmalzgrueber V. 39 n. 167 ff. Dabei bleibt aber der Partei das Recht, die Zurückweisung zu verlangen, s. S. 511.

[11] Schmalzgrueber V. 39 n. 165. 160; Kober S. 416. Derselbe ist aber nicht berechtigt, sie vorzuladen und zum Erscheinen zu zwingen, s. gleich nachher oben S. 511.

[12] S. den schon citirten Aufsatz von Kohn, Arch. f. k. K. R. 44, 423 ff.

[13] S. o. S. 508.

Handlungen seitens der anderen Gläubigen kein Recht, diese sind vielmehr befugt, in allen gedachten Beziehungen den Verkehr mit ihm abzulehnen.

Ebensowenig ist die für ihn bestehende Pflicht, sich des Umganges mit den anderen Kirchengliedern zu enthalten [1], beseitigt worden.

Endlich gewährt ihm die Konstitution keinen Antheil an den Wirkungen der *suffragia ecclesiae* [2], und das Verbot, für ihn Messe zu lesen [3], öffentliche Gebete zu halten [4] und ihn zu den Sakramenten [5] und Segnungen zuzulassen [6], besteht hinsichtlich seiner fort [7].

Die Verletzung des durch Martin V. in der dargelegten Weise umgestalteten Verkehrsverbots durch die Kirchenglieder ist bis in die neuere Zeit mit der *excommunicatio minor ipso* bedroht geblieben [8].

Die Konstitution Pius IX.: *Apostolicae sedis* von 1869 [9] hat zwar diese Strafe beseitigt [10], aber damit ist das Verbot selbst nicht aufgehoben, vielmehr besteht dasselbe in rechtlicher Wirksamkeit fort [11], und daher ist auch heute der zuständige kirchliche Obere, insbesondere der Bischof immer noch befugt, nach Befinden die Nichtachtung

[1] S. o. S. 497.

[2] S. o. S. 496; Kober S. 269. Die betreffenden Worte der Bulle können nicht für das Gegentheil angeführt werden, denn sie beziehen sich blos auf den äusseren Verkehr bei der Spendung und bei dem Empfang der Sakramente (nämlich seitens eines toleratus) mit einem nicht exkommunicirten.

[3] Bd. IV. S. 183; Kober S. 268 ff.

[4] Also auch die Gebete und Exequien beim und nach dem Begräbniss, Kober S. 270. 271. 338.

[5] Bd. IV. S. 66. 112. 138; Kober S. 282 ff.

[6] Bd. IV. S. 151 n. 8.

[7] Ebenso auch die Unfähigkeit, päpstliche Reskripte mit den von denselben beabsichtigten Rechtswirkungen zu erlangen, s. o. S. 503 und Kober S. 431.

[8] S. o. S. 5 u. 498. Wenn Leo X.: Exsurge 1520 §. 11, bull. Taur. 5, 748, für jeden Verkehr mit Luther und seinen Anhängern die dem Papste reservirte exc. maior angedroht hat, so beruht dies darauf, dass diese als Ketzer deklarirt und verurtheilt waren, also hier der Gesichtspunkt des Verkehrs mit Ketzern und der Begünstigung derselben in Frage kam.

[9] S. o. S. 494 n. 2.

[10] Dieselbe zählt nach der für ihre Tragweite wichtigen Einleitung: „Quamobrem cum animo Nostro iam pridem revolveremus, ecclesiasticas censuras, quae per modum latae sententiae ipsoque facto incurrendae ad incolumitatem ac disciplinam ipsius ecclesiae tutandam effrenemque improborum licentiam coercendam et emendandam sancte per singulas aetates indictae ac promulgatae sunt, magnum ad numerum sensim excrevisse; quasdam etiam, temporibus moribusque mutatis a fine atque causis, ob quas impositae fuerant, vel a pristina utilitate atque opportunitate excidisse; eamque ob rem non infrequentes oriri sive in iis, quibus animarum cura commissa est, sive in ipsis fidelibus dubietates, anxietates angoresque conscientiae, Nos eiusmodi incommodis occurrere volentes, plenam earundem recensionem fieri Nobisque proponi iussimus, ut diligenti adhibita consideratione statueremus, quasnam ex illis servare ac retinere oporteret, quas vero moderari aut abrogare congrueret. Ea igitur recensione peracta hac perpetuo valitura constitutione decernimus, ut ex quibuscumque censuris sive *excommunicationis sive suspensionis sive interdicti* quae per modum latae sententiae ipsoque facto incurrendae hactenus impositae sunt, nonnisi illae quas in hac ipsa constitutione inserimus eoque modo, quo inserimus, robur exinde habeant: simul declarantes, easdem non modo ex veterum canonum auctoritate, quatenus cum hac Nostra constitutione conveniunt, verum etiam ex hac ipsa constitutione Nostra, non secus ac si primum editae ab ea fuerint, vim suam prorsus accipere debere" alle diejenigen censurae l. s. einzeln auf, welche in Geltung bleiben sollen. Unter diesen befindet sich aber kein Fall einer *excommunicatio minor* l. s., und daher ist auch die hier fragliche fortgefallen. S. auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 1046.

[11] Die const. cit. hat nur die Materie der censurae l. s. neu regeln wollen und geregelt, mithin an sich nicht beabsichtigt, an den bisherigen Strafvorschriften, namentlich soweit es sich um etwaige kirchenrechtlich fixirte strafbare Thatbestände handelt, als solchen etwas zu ändern. Dadurch, dass sie also für ein bestimmtes kirchliches Strafvergehen die Strafe einer bisher für dasselbe angedrohten censura l. s., z. B. der grossen oder kleinen Exkommunikation, beseitigt hat, hat sie die bisher das Strafvergehen bildenden Handlungen nicht für erlaubt erklärt und sie des Charakters einer Strafthat entkleidet. Für den Fortbestand des Verbotes auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 1047. 1048; Heiner S. 41. 221; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 781; Silbernagl K. R. 2. A. S. 416; Vering K. R. 3. A. S. 715. Vgl. auch unten §. 304 u. §. 341.

des Verbotes mit arbiträren Strafen [1], also auch noch mit der excommunicatio minor ferendae sententiae [2], zu ahnden.

Nur für zwei besonders qualificirte Fälle der Verletzung des Verkehrsverbots hat das heutige Recht unter Anlehnung an das ältere noch an bestimmten, ein für alle Mal angedrohten Strafen festgehalten:

a. Die dem Papst reservirte *excommunicatio maior l. s.* [3] trifft denjenigen, welcher mit einem vom Papst [4] mit seinem Namen Exkommunicirten [5] in der Art verkehrt, dass er ihm hinsichtlich der Strafthat, wegen deren die Exkommunikation erfolgt ist, Hülfe leistet [6] oder ihm irgend welche Begünstigung zu Theil werden [7] lässt [8]. Ferner ist

[1] Über dieses Recht s. o. S. 295. 296.

[2] So auch Silbernagl S. 410; Lämmer, Institutionen d. kath. K. R. 1. A. Freiburg 1886 S. 248; Vering K. R. 3. A. S. 715. Allerdings wird mehrfach gelehrt, dass die excommunicatio minor heutzutage „abolirt" sei, so z. B. Silbernagl S. 417 n. 21 im Widerspruch zu der vorher citirten Annahme, und die Congr. inquisitionis hat 1883, Arch. f. k. K. R. 54, 345; Acta s. sed. 17, 555 u. 25, 458, auf die Frage: „Fere omnes constitutionis apostolicae sedis commentatores docent, excommunicationem minorem vi huius constitutionis abolitam esse. Utrum haec sententia tuto doceri possit in seminario?" unter Bestätigung des Papstes: Affirmative geantwortet. Das kann sich aber, da es sich um die Aufhebung durch die const. cit., welche die censurae ferendae sententiae gar nicht berührt hat, nur auf die exc. minor l. s. beziehen, nicht auf die exc. minor ferendae, so dass es künftighin unzulässig wäre, von derselben Gebrauch zu machen, und die allgemeine Fassung erklärt sich wohl daraus, dass der einzige praktische gemeinrechtliche Fall einer exc. minor l. s. (ihn erwähnt auch das Pontificale Romanum P. III. ordo excommunicandi) der hier in Rede stehende war.

[3] Const. Apostolicae cit. exc. l. s. Romano pontifici reservatae n. 16: „Communicantes cum excommunicato nominatim a papa in crimine criminoso, ei scilicet impendendo auxilium vel favorem." Schon c. 103 (Gregor VII.) (C. XI qu. 3) hatte bei seinen Milderungen des Verkehrsverbotes diejenigen ausgenommen, welche als Rathgeber auf die mit der Exkommunikation bedrohte That des Exkommunicirten Einfluss üben, s. o. S. 5 n. 3. Diese traf damals die grosse Exkommunikation, und nachdem an Stelle der letzteren als regelmässige Strafe die minor getreten war, blieb doch die erstere für die „scienter in crimine communicantes criminoso ei consilium impendendo, auxilium et favorem" bestehen, c. 29 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39, s. auch o. S. 362 n. 7. Daran knüpft die const. cit. an, aber mit der Beschränkung auf den Fall, dass die Exkommunikation vom Papste, nicht von einem anderen kirchlichen Richter (z. B. dem Bischof) ausgesprochen ist. Während demnach nach dem Dekretalenrecht auch im letzteren Fall der näher qualificirte Verkehr mit der exc. maior l. s., von welcher der gedachte Richter auch die Rathgeber, Gehülfen und Begünstiger zu absolviren hatte, bestraft war, ist jetzt (s. S. 511 n. 11) diese Strafe durch die const. cit. beseitigt.

[4] Gleichviel ob der Papst sie verhängt oder ihr Eintreten ipso facto unter Bezeichnung des Namens nur deklarirt hat, aber er muss sie selbst ausgesprochen oder deklarirt haben (Avanzini-) Pennacchi 1, 1050.

[5] Der Nothwendigkeit der Publikation gedenkt die const. zwar nicht, aber, da die letztere den Unterschied zwischen den vitandi und tolerati nicht beseitigt hat, so ist auch der vom Papst namentlich Exkommunicirte so lange toleratus, bis die Publikation erfolgt ist. Deshalb wird die letztere ebenfalls erfordert werden müssen, ebenso Heiner S. 224. Auch erklärt es sich daraus allein hinreichend, dass die const. das in c. 29 X cit. aufgestellte Erforderniss des scienter nicht aufgenommen hat. Die Kenntniss von der durch den Papst verhängten Exkommunikation, ohne welche die Strafbarkeit nicht eintritt, weil es bei der Nichtkenntniss eines wesentlichen Thatbestandsmerkmals an dem erforderlichen Vorsatz fehlt, kann nur bei stattgehabter Publikation vorausgesetzt werden. Zugleich ergiebt sich daraus, dass, während c. 29 X cit. ausdrücklich thatsächliche Kenntniss des fraglichen Umstandes verlangte, nach dem jetzigen Recht die Strafe sich auch dann verwirklicht, wenn der Thäter sich über die päpstliche Exkommunikation in grober Unwissenheit (ignorantia *crassa* oder *supina*) befindet (Avanzini-) Pennacchi 1, 1044. 1045; Heiner S. 225 u. unten § 342.

[6] Z. B. demjenigen, welcher wegen des Haltens einer Konkubine vom Papst exkommunicirt ist, zugleich mit derselben Wohnung gewährt, damit beide den Konkubinat fortsetzen können.

[7] Also wer den wegen Diebstahls Exkommunicirten, um ihn weiterer Bestrafung zu entziehen, bei sich aufnimmt oder ihm die gestohlenen Sachen abkauft oder für ihn verbirgt. Das blosse Rathertheilen, worüber freilich gestritten wird, ist, s. die Citate bei (Avanzini-) Pennacchi 1, 1045, nicht unter Strafe gestellt, denn in der const. cit. wird sonst, s. exc. speciali modo reservatae n. 4. 5. 6. 13, das: „consilium" stets besonders aufgezählt. Es darf also nicht unter dem auxilium und dem favor begriffen werden (so nicht richtig Heiner S. 224). Auch kann eine blosse Rathertheilung in Betreff eines schon begangenen, mit der Exkommunikation bestraften Vergehens nicht vorkommen, welche sich nicht zugleich, wie z. B. ein Rath in Bezug auf die Verbergung der Konkubine, der gestohlenen Sache, als Begünstigung darstellen würde.

[8] Unrichtig und ohne jeden Anhalt ist es,

b. dieselbe Strafe[1] für Kleriker[2] angedroht, welche wissentlich und freiwillig etwaige vom Papste namentlich[3] exkommunicirte Personen, d. h. andere Geistliche[4], zu kirchlichen gottesdienstlichen Handlungen[5], also zur Spendung der Sakramente, zur Recitation des Breviers im Chore, zur Leitung kirchlicher Prozessionen, zur feierlichen Segnung von Sachen, z. B. von Wasser, Kerzen u. s. w.[6], zulassen.

Was das Verhältniss des Anathems (*anathema*) zur Exkommunikation betrifft, so ist hierin gegen das frühere Recht[7] keine Änderung eingetreten. Es bedeutet: 1) die in feierlicher Form ausgesprochene Exkommunikation[8], welche indessen keine

wenn Friedberg K. R. 3. A. S. 255 behauptet, dass nach der const. cit. bei Strafe der exc. minor l. s. auch jeder Verkehr mit einem vom Papst namentlich Exkommunicirten verboten ist. Vgl. auch S. 511 n. 10.

[1] In Anhalt an c. 18 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39 („clericos qui scienter et sponte participaverunt excommunicatis a nobis et ipsos in officiis receperunt, eadem excommunicationis sententia cum ipsis non dubitamus involvi"), eine Stelle, welche ebenfalls der Zeit angehört, als die Strafe der exc. minor für die Verletzung des Verkehrsverbotes die exc. maior noch nicht verdrängt hatte, s. o. S. 6, bestimmt die const. Apostolicae, exc. Romano pontifici reserv. n. 17: „clericos scienter et sponte communicantes in divinis cum personis a Romano pontifice nominatim excommunicatis et ipsos in officiis recipientes".

[2] Auf die Kardinäle und Bischöfe kann diese Strafandrohung aber wegen des Privilegs derselben, besonders in Strafgesetzen genannt zu werden, s. Bd. I. S. 351 n. 9, nicht bezogen werden, s. auch (Avanzini-)Pennacchi 1, 1053 ff., ebenso wenig auf Mönche, clerici regulares, weil der kanonistische Sprachgebrauch diese letzteren nicht unter den clerici, namentlich nicht bei Strafandrohungen, begreift, Ferraris, prompta bibliotheca, clericus. art. 1 n. 22; Reiffenstuel V. 39 n. 187; Schmalzgrueber V. 39 n. 339; (Avanzini-) Pennacchi 1, 1055 ff.

[3] Die Publikation der Exkommunikation ist hier aus den S. 512 n. 5 dargelegten Gründen ebenfalls erforderlich. Trotz der letzteren wird hier immer thatsächliche Kenntniss der päpstlichen Exkommunikation gefordert, die Strafe tritt also selbst bei grober verschuldeter Unkenntniss nicht ein, so auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 1059; Heiner S. 226 u. unten §. 342.

[4] S. die folg. Anm.

[5] Allgemein wurde schon früher das c. 18 cit. und wird in Folge dessen auch die const. cit. dahin ausgelegt, dass es sich hier um ein einziges Vergehen, die communicatio in divinis durch Zulassung zu officia divina, nicht aber um zwei verschiedene, nämlich einmal um die blosse communicatio in divinis, wie z. B. das private Lesen des Breviers mit dem Exkommunicirten oder Assistiren der von einem solchen gelesenen Messe, und zweitens um das Zulassen desselben zur Verrichtung gottesdienstlicher Handlungen handelt. In c. 18 cit. sind die Worte: „participaverunt" und „in officiis receperunt" zweifellos konjunktiv, nicht disjunktiv zu nehmen, und die const. cit., welche auf dem c. 18 ruht und dasselbe erneuert, kann daher ebenfalls nur in diesem Sinne ausgelegt werden, s. auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 1057 u. Heiner S. 220. Da aber allein ein Kleriker officia divina verrichten kann, so trifft die Strafvorschrift blos für die Zulassung von Klerikern zu diesen zu.

[6] Für die Predigt gilt das Gesagte nicht, denn diese ist kein divinum officium, ja sie macht nicht einmal einen Theil desselben aus, Heiner S. 227.

[7] S. o. S. 7 ff.

[8] Pontificale Romanum P. III.: Ordo excommunicandi: „. . . Quando vero anathema i. e. *solemnis* excommunicatio pro gravioribus culpis fieri debet, pontifex paratus amictu, stola, pluviali violaceo et mitra simplici, assistentibus sibi XII presbyteris superpelliceis indutis et tam ipso quam presbyteris candelas ardentes in manibus tenentibus, sedet super faldistorium ante altare maius aut alio loco publico, ubi magis sibi placebit et ibi pronunciat et profert anathema hoc modo: Dominica itaque atque apostolica praecepta adimplentes, membrum putridum et insanabile, quod medicinam non recipit, ferro excommunicationis ab ecclesiae corpore abscindamus, ne tam pestifero morbo reliqua corporis membra veluti veneno inficiantur. Igitur quia monita nostra crebrasque exhortationes contempsit, quia tertio secundum dominicum praeceptum vocatus ad emendationem et poenitentiam venire despexit, quia culpam suam nec cogitavit nec confessus est, nec missa legatione excusationem aliquam praetendit nec veniam postulavit, sed diabolo cor eius, indurante in incoepta malitia perseverat, iuxta quod apostolus dicit: Secundum duritiam suam et cor impoenitens thesaurizat sibi iram in die irae, idcirco eum cum universis complicibus fautoribusque suis iudicio dei omnipotentis patris et f. et sp. s. et b. Petri princ. apostolorum et omnium sanctorum necnon et mediocritatis nostrae auctoritate et potestate ligandi et solvendi in coelo et in terra nobis divinitus collata a pretiosi corporis et sanguinis domini perceptione et a societate omnium christianorum separamus et a liminibus s. matris ecclesiae in coelo et terra excludimus et excommunicatum et anathematizatum esse decernimus et damnatum cum diabolo et angelis eius et omnibus reprobis in ignem aeternum iudicamus, donec a diaboli laqueis resipiscat et ad emendationem et poenitentiam redeat et ecclesiae dei, quam laesit, satisfaciat, tradentes eum satanae in interitum carnis, ut spiritus eius salvus fiat in die iudicii. Et omnes respondent: Fiat. Fiat. Fiat. Quo facto tam

anderen Rechtswirkungen als die excommunicatio maior erzeugt[1], und ersteres namentlich dann[2], wenn das Wort: *anathema* neben dem Ausdruck: *excommunicatio* gebraucht wird[3]; ferner aber 2) auch, so wenn es allein als Strafe angedroht ist[4], blos soviel wie Exkommunikation.

Schon vor den Reformen der Konstitution Martins V. von 1418 war zur sicheren Durchführung der Wirkungen der Exkommunikation die öffentliche Verkündung der davon Betroffenen üblich gewesen[5]. Nach derselben hing sogar von dieser der Eintritt des Verkehrsverbots ab. Nichtsdestoweniger ist durch das gemeine Recht niemals generell, sondern von den Päpsten[6] blos für einzelne Fälle und von den

pontifex quam sacerdotes debent proiicere in terram candelas ardentes, quas in manibus tenebant. Deinde epistola presbyteris per parochias et etiam vicinis episcopis mittatur continens nomen excommunicati et excommunicationis causam, ne quis per ignorantiam ulterius illi communicet et ut excommunicationis occasio omnibus auferatur", wesentlich ruhend auf Regino II. 413 (c. 106 C. XI qu. 3). Vgl. auch Leo X.: Decet 1520 §. 5, bull. Taur. 5, 761, unten Anm. 3.

1 S. o. S. 8 u. 9.

2 c. 10 (Coelest. III.) X de iud. II. 1, o. S. 59 n. 2, s. auch o. S. 9 n. 2 a. E.

3 Wie vielfach noch in den späteren päpstlichen Konstitutionen, so Sixtus IV.: Romanus 1478 §. 2, b. Taur. 5, 266: „sub excommunicationis, anathematizationis et maledictionis sempiternae poenis"; Leo X.: In supremo 1519 §. 4, ibid. p. 715: sub exc. et anathematis poenis; und zwar in diesen mit der excommunicatio als censura latae sententiae; Johann XXIII.: Cum ex 1411 §. 4, b. T. 4, 651: „exc. et anathematis sententiis eo ipso percellatur"; Sixtus IV.: Officii 1476, Hardouin 9, 1496; Sixtus IV.: Romanus 1478 §. 4, b. T. 5, 266: „exc. anathem. et maledictionis poenas ipso facto incurrisse"; Paul IV.: Inter ceteras 1557 §. 1, b. T. 6, 529; Paul IV.: Ea quae 1560 §. 3, b. T. 7, 83; Paul V.: Ex salute 1567 §. 2, b. T. 7, 630; Clemens XII.: Dignissimum 1739, b. T. 24, 570: „illico a communione fidelium eiectus, maledictus anathematis vinculo colligatus esto", oder auch als General-Censur, Leo X.: Inter graves 1515 §. 4, b. T. 5, 625: „ac omnes . . . excommunicamus, anathematizamus ac maledictionis et damnationis aeternae mucrone percutimus"; Clemens VIII.: Illius vices 1592 §. 7, b. T. 9, 604. In diesen Fällen konnten und können selbstverständlich die bei der Aussprechung des Anathems üblichen Feierlichkeiten erst bei der Verkündigung des Schuldigen als eines dem Anathem verfallenen Übelthäters vorgenommen werden, so ordnet auch Leo X.: Decet 1520 §. 5, b. T. 5, 761, nach der Exkommunikation und Anathematisirung Luthers und seiner Anhänger an, dass alle geistlichen Personen, insbesondere Bischöfe, Ordinarien u.s.w. dieselben „excommunicatos, maledictos et haereticos . . . in eorum ecclesiis dominicis et aliis festivis diebus . . cum crucis vexillo, pulsatis campanis et accensis candelis ac demum exstinctis et in terram proiectis cum trina lapidum proiectione aliisque caeremoniis in similibus observari solitis publice nuncient et faciant et mandent ab aliis nunciari". In Betreff des altkatholischen Bischofs Reinkens ist dies allerdings bei dessen Exkommunikation und Anathematisirung durch Pius IX. 1873, Arch. f. k. K. R. 31, 195, nicht mehr geschehen.

Unrichtig ist es, wenn Richter-Dove-Kahl K. R. S. 778 behauptet, dass, wenn in älteren Gesetzen das Anathem der Exkommunikation gegenübergestellt wird, darunter der kleine Bann verstanden würde, und sich dafür auf Gratian dict. zu c. 24 C. XI. qu. 3 (s. o. S. 14 n. 4) beruft. Das wird durch die Anführungen o. S. 1. 8. 9 widerlegt. Auch c. 10 X de iud. II. 1 cit. beweist nichts dafür, denn hier ist unter excommunicatio die maior gemeint.

Statt der Bezeichnung *anathema*, mit welchem der Begriff der Verfluchung verbunden ist, Bd. IV. S. 702 n. 7, kommt auch das andererseits mehrfach neben derselben gebrauchte (s. vorher) Wort: *maledictio* allein vor, so z. B. Paul IV.: Viros sanguineos 1466 §. 3, b. T. 5, 186: „sententiam excommunicationis et perpetuae maledictionis incurrant" . . . und Leo X.: Quam deo 1519 §. 5, ibid. p. 727 „exc. et perp. maledict. poenas incurrant"; Trident. Sess. XXV. c. 19 i. f. de ref.

4 Pius V.: Ex omnibus 1567 §. 2, b. T. 8, 319: „vinculo anathematis innodamus"; Pius V.: Si de 1569 §. 4, b. T. 7, 744: „sit anathemate praesentis canonis auctoritate ligatus"; Paul V.: Cura domini 1615 §. 2, b. T. 12, 296: „eo ipso anathemate innodatus existat"; — conc. Trident. Sess. XXV. c. 3 de ref., wo abwechselnd *excommunicatio* und *anathematis mucro* vorkommt; Sess. XXII. c. 11 de ref.; Sess. XXV. c. 16. 18 de reg.; — Salzburg 1418 c. 20; Utrecht 1565, Hartzheim 5, 180 u. 7, 136; Mailand II. 1569 III. 6; Rouen 1581 n. 13; Tours 1583 c. 11. 15. 19. 20; Bourges 1584 XVII. 2 u. XXVII. 10, Hardouin 10, 750. 1221. 1409. 1424. 1434. 1437. 1477. 1489; Bordeaux 1624 VII. 4, ibid. 11, 80; serbische National-Syn. Albano 1703 coll. conc. Lac. 1, 295. 297.

5 S. o. S. 12. 13.

6 Nicolaus V.: Olim 1451 §. 2, b. T. 5, 105 (Lieferung von Pferden, Eisen u. s. w. an die Sarazenen in Ägypten): „postquam de temeritate constiterit, diebus festivis et dominicis publice nuncientur", u. Romanus pontifex 1454 §. 8, ibid. p. 110 (Lieferung von Waffen u. s. w. nach den portugiesischen Besitzungen in Afrika, hier aber vom Ansuchen des Königs abhängig gemacht).

Partikularsynoden sehr selten allgemein [1], vielmehr auch durch diese meistens nur bei bestimmten Vergehen die Publikation der ausgesprochenen Exkommunikationsurtheile oder die Deklaration der gegen bestimmte Personen eingetretenen Exkommunikationen latae sententiae oder General-Exkommunikationen [2] angeordnet worden [3]. Der kirchliche Obere hat also darin, soweit nicht etwa besondere partikularrechtliche Vorschriften bestehen [4], freie Hand. Immer liegt aber in der Unterlassung der Veröffentlichung insofern eine Milderung der Strafe der Exkommunikation für den Schuldigen, als das Verkehrsverbot für die Gläubigen nicht in Kraft gesetzt und ihm daher nicht all und jeder bürgerlicher Verkehr abgeschnitten wird, obwohl der Exkommunicirte selbst durch die Änderung der Konstitution Martins V. keine Begünstigung erfahren soll. Deshalb würde der Obere stets pflichtwidrig handeln, wenn er ohne einen genügenden Grund [5] die Publikation unterlassen wollte. Und in der That ist diese auch noch in jetziger Zeit mindestens bei solchen Vergehen, welche die Kirche für besonders schwere erachtet oder durch welche ihre hierarchischen Interessen verletzt werden [6], wiederholt erfolgt [7].

Da nach gemeinem Recht [8] die von dem zuständigen Kirchenoberen verhängte

[1] So soll nach Angers 1446 c. 11, Hardouin 9, 1346, eine gefällte Exkommunikationssentenz nicht geheim gehalten, sondern innerhalb eines Monats bei Strafe von 20 solidi publicirt, und nach Namur 1570 XV. 3, Hartzheim 7, 641, sollen diejenigen, welche durch Urtheil exkommunicirt sind, namentlich an allen Sonntagen von den Pfarrern verkündet werden. Mailand V. 1579 c. 11, Hardouin 10, 1080, ordnet die Einsendung einer Anzeige der von den Pfarrern namentlich verkündeten Exkommunicirten an die bischöfliche Kanzlei an, damit dort ein Verzeichnis für die Diöcese geführt werden kann.

[2] Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1351 (Beeinträchtiger der kirchlichen Gerichtsbarkeit sollen durch die Untergebenen der Bischöfe an allen Sonn- und Festtagen als exkommunicirt verkündet werden); Rouen 1581 n. 19, ibid. 10, 1239 (hartnäckige Verletzung der Sonntags- und Feiertagsheiligung); Tours 1583 c. 11, ibid. p. 1409 (bei demselben Vergehen). Vgl. auch Bordeaux 1624 XX. 5, l. c. 11, 109.

[3] Wenn andererseits Halifax 1857 u. Thurles 1850, coll. conc. Lac. 3, 753. 789, den Priestern die Deklaration oder namentliche Verkündung der Exkommunikationen von Kirchengliedern ohne Genehmigung des Ordinarius untersagen, so soll dadurch verhütet werden, dass der Entscheidung desselben über die Publikation vorgegriffen, also seine Zuständigkeit verletzt wird.

[4] So weit mir bekannt, ist dies aber nicht der Fall. Insbesondere enthalten die neueren Provinzialsynoden keine hierher gehörigen Vorschriften. Wegen der früheren s. die folg. Anm.

[5] Also ohne dass die Hoffnung vorliegt, dass der Exkommunicirte sich auch so bessert. So ordnen Mailand VI 1582 c. 10, Hardouin 10, 1114 und Avignon 1594 c. 63, p. 1871 die öffentliche Verkündung erst bei Hartnäckigkeit des Exkommunicirten, ersteres auf Grund eines in der Sakristei anzuheftenden Verzeichnisses der Gebannten an. Ferner soll nach Tarragona 1685 n. 12, coll. Lac. 1, 748. 749, bei Exkommunikationen, welche wegen Geldschulden und als Exekutionsmittel verhängt sind, dem Beklagten zunächst von dem Publikationsschreiben durch den Pfarrer oder durch Beauftragte des letzteren Kenntniss gegeben, und dasselbe nur verkündet werden, wenn der erstere sich nicht innerhalb eines Monats mit dem Kläger verständigt hat. Einen gerechtfertigten Grund kann auch die Rücksicht auf die Stellung der Kirche im Staat und die Vermeidung von Konflikten mit den Staatsbehörden bilden, z. B. wenn ein Beamter mit der von der Kirche als strafbar betrachteten und mit dem Banne belegten Handlung lediglich seine dienstlichen Verpflichtungen erfüllt hat. So ist z. B. in dem Fall des Konstanzer Bürgermeisters Stromeyer v. 1869, Friedberg, Staat u. kath. Kirche in Baden. Leipzig 1871. S. 179. 216. 513, eine öffentliche Publikation des Exkommunikationsdekretes nicht erfolgt.

[6] So bei den Exkommunikationen gegen die Führer und die hervorragenden Anhänger der altkatholischen Bewegung, wie der von Döllinger und Friedrich 1871 durch Verkündung von der Kanzel, Arch. f. k. K. R. 26, xxxv. xxxvi; der von Wollmann und Michaëlis 1871 durch bischöflichen Hirtenbrief, Friedberg, Aktenstücke d. altkathol. Bewegung betr. S. 115. 118; bei der päpstlichen des altkatholischen Bischofs Reinkens 1873 durch eine Encyklika an alle Bischöfe, Arch. f. k. K. R. 31, 186. 195, s. weiter Protestant. Kirchenzeitg. 1873 S. 37 (Olmützer Exkommunikation wegen schismatischen Abfalls) und Arch. f. k. K. R. 2, 719 (v. 1857, Veranlassung nicht ersichtlich).

[7] Ob die jetzige Praxis nach dem im Text als prinzipiell massgebend hervorgehobenen Gesichtspunkt verfährt, ist freilich bei der Dürftigkeit des zugänglichen Materials nicht zu entscheiden.

[8] c. 2 (Antioch. 332 c. 6) 73 (Nicäa 325 c. 5) C. XI qu. 3; c. 8 (Innoc. III.) X de off. iud. ord. I. 31; wiederholt Benevent 1673 u. Rom 1725, conc. coll. Lac. 1, 97. 392.

Exkommunikation von allen übrigen und auch selbst von den Regularen[1] anzuerkennen ist, so kann seitens des ersten auch die Publikation in den anderen Diözesen durch die dortigen Ordinarien beansprucht werden[2].

2. Die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, in der kirchenrechtlichen Doktrin überwiegend als Personalinterdikt bezeichnet[3], in den Quellen der hier fraglichen Zeit *interdictum ingressus*[4] oder *ab ingressu ecclesiae*[5], auch schlechthin *interdictum*[6] genannt, hat in der hier fraglichen Periode gegen Laien[7] nur weitere partikularrechtliche Verwendung gefunden[8], und obgleich diese Strafe gegen die letzteren gemeinrechtlich über die beiden mittelalterlichen Fälle der Verletzung des österlichen Beicht- und Abendmahlsgebotes und der Pflicht der Ärzte, die Kranken zur Herbeiholung eines Geistlichen zu veranlassen[9], nicht ausgedehnt worden ist, muss sie doch, da sie für diese kirchlichen Strafvergehen noch in fortdauernder Geltung steht[10], als eine der Praxis des heutigen kirchlichen Strafsystems angehörige Strafe betrachtet werden[11].

Das Personalinterdikt[12] schliesst den davon Betroffenen von dem Betreten der Kirche[13] und von der Beiwohnung der gottesdienstlichen Handlungen[14] mit Ausnahme

[1] Trid. Sess. XXV. c. 12 de reg.

[2] Arg. c. 8 X cit. T. 31; Toledo 1473 c. 23, Hardouin 9, 1518; Rom 1725 cit.; auch von den Regularen, Trid. Sess. XXV. c. 12 de reg. cit. Zu demselben Zweck schreibt offenbar auch das Pontificale Romanum P. III. ordo excommunicandi die Übersendung eines Schreibens über die vollzogene Anathematisirung an die benachbarten Bischöfe vor, s. o. S. 513 n. 8 a. E.

[3] Vgl. o. S. 14. 30.

[4] Salzburg 1490, Hartzheim 5, 577; Mailand II. 1569 I. 13, Hardouin 10, 738.

[5] Bordeaux 1528 c. 3, Hard. 9, 1423; Mailand V. 1579 III. 16, ibid. 10, 1088.

[6] Mailand IV. 1576 I. 2, Hard. 10, 813 („interdicti ab ecclesia"); Mailand VI. 1582 c. 10, Hard. 10, 1114; Aix 1585, ibid. p. 1541; Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 514.

[7] Wegen der Geistlichen s. unten §. 299.

[8] Salzburg 1490, Hartzheim 5, 577 (Okkupation von erledigten Kirchen und des Nachlasses verstorbener Geistlicher, sowie Verfügung von Laien über Gewährung des Begräbnisses und Anordnungen derselben in Betreff der Glocken und des Gottesdienstes); Bourges 1528 c. 1, Hard. 9, 1923 (zur Beitreibung geschuldeter Honorare und Kosten für die kirchlichen Richter); Mailand IV. 1576 I. 2, Hard. 10, 813 (Maler und Bildhauer, welche unpassende Bilder und Statuen für die Kirchen herstellen); Mailand V. 1579 III. 16, ibid. p. 1088 (feierliche Hochzeiten während der geschlossenen Zeiten und zwar als l. s.); Mailand VI. 1582 c. 19, l. c. p. 1122 (Frauen, die verschleiert in die Kirche kommen); Aix 1585, ibid. p. 1541 (wiederholte Feiertagsentheiligung durch gemeine Handarbeiten und Handel) und ibid. p. 1564 (unpassendes Benehmen in der Kirche); D. S. Konstanz 1609 II. 6, Hartzh. 8, 905 (hartnäckige Fortsetzung des Konkubinats durch verheirathete Männer); D. S. Besançon 1707 c. 34, ibid. 10, 300 (Beherbergen von Ketzern auf länger als 3 Tage); Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 514 (Beihülfe bei der Veranstaltung unzulässiger Darstellungen in den Kirchen, Herablassen einer Taube zu Pfingsten beim Gottesdienst).

[9] S. o. S. 14 n. 6 u. S. 206; Bd. IV. S. 71 n. 1. S. 117 n. 4 u. S. 124.

[10] Das erste Gebot schärfen von den neueren Provinzialsynoden unter ausdrücklicher Hervorhebung der Strafe Urbino 1859, Ravenna 1855, Neu-Granada 1868, coll. conc. Lac. 6, 16. 156. 507; Utrecht 1865, ibid. 5, 823, das letztere Urbino und Ravenna citt. l. c. 6, 20. 161, dieses unter Hinweis auf die kanonischen Strafen, ein.

[11] Die Instr. f. d. Prager Diöcesangericht v. 1869 zählt sie ebenfalls unter der Bezeichnung: „Ausschliessung von der Theilnahme am Gottesdienste" unter den Strafmitteln auf, welche gegen Laien und Geistliche verhängt werden können, Arch. f. k. K. R. 23, 445.

[12] Die Behandlung desselben als einer Abart des Interdikts zugleich mit dem Lokalinterdikt bei den Älteren und auch bei den Neueren, so namentlich auch bei Kober i. Arch. f. k. K. R. 21, 291 ff., ist der Klarheit der Darstellung nicht förderlich gewesen und hat die Einsicht in das Wesen dieser Strafe getrübt.

[13] Das folgt schon aus der gemeinrechtlichen und partikularrechtlichen Bezeichnung: „ab ingressu ecclesiae arcere", s. o. S. 14 n. 6 u. die Citate in Anm. 8, doch wird vielfach angenommen, dass das Betreten der Kirche zu Zeiten, in welchen kein Gottesdienst gehalten wird, gestattet sei, namentlich um dort für sich zu beten, Suarez disp. XXXV s. 1 n. 37 u. s. 4 n. 2; Avila P. V. disp. IV s. 3 dub. 5; Engel V. 39 n. 99; Schmalzgrueber V. 39 n. 383—385, aber hierbei übersehen, dass der Interdicirte kein Recht auf Einlass in die Kirche besitzt. Für die unrichtige Ansicht ist offenbar auch die unten erwähnte Auffassung (s. S. 517 n. 4) bestimmend gewesen.

[14] c. 16 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11,

derjenigen an den hohen Festtagen[1], d. h. Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Mariä Himmelfahrt[2] aus[3]; nicht minder vom Empfange der Sakramente sowohl innerhalb wie ausserhalb der Kirche[4], nämlich der Konfirmation[5], des Busssakramentes[6], der Eucharistie[7], der letzten Ölung[8] und der Ordination[9], sowie endlich von dem Empfange der Sakramentalien[10]. Auch der Eheschliessung wird sich der Interdicirte zu enthalten haben[11], und der Pfarrer wird nicht nur die *benedictio nuptialis* ablehnen müssen[12], sondern auch die blosse Assistenz zur Entgegennahme des Ehekonsenses zu verweigern berechtigt sein[13], wenngleich eine unter Verletzung dieser Vorschriften eingegangene Ehe nicht für nichtig erachtet werden kann[14].

s. o. S. 15 n. 4. Die Taufe kann nicht in Frage kommen, aber von der Pathenschaft bei derselben und bei der Konfirmation ist der Interdicirte ebenfalls ausgeschlossen, Bd. IV. S. 39.

1 c. 24 (Bonif. VIII.) in VI eod., s. o. S. 29 n. 3. Kober a. a. O. 21, 322 scheint dies zu verneinen, indem er c. 24 cit. blos auf das allgemeine Lokalinterdikt bezieht. Dasselbe lässt indessen an den erwähnten Festtagen die interdicti ausdrücklich zu, und unter den letzteren sind bei der generellen Bezeichnung alle Interdicirten, sowohl diejenigen, welche an dem mit dem Lokalinterdikt belegten Orte wohnen, wie auch die speziell, also persönlich Interdicirten zu begreifen. Wenn aber den letzteren ein derartiges Recht während eines Lokalinterdikts zukommt, so kann man ihnen dasselbe nicht für den Fall versagen, dass der fragliche Ort keinem solchen unterliegt. Die Älteren haben die hier vertheidigte Ansicht, vgl. Suarez disp. XXXIII s. 1 n. 36 u. XXXIV s. 1 n. 38; Avila l. c. P. V disp. IV s. 2 dub. 12 i. f.

2 Über die Berechnung der Zeit s. u. S. 527 n. 3.

3 Die Predigt ist kein officium divinum. Für sie muss daher analog dasselbe, wie für die Exkommunicirten gelten, s. o. S. 496 und das c. 43 X cit. V. 39, welches von den dem allgemeinen Personalinterdikt (s. unten im Text S. 518) Unterliegenden handelt.

4 Auch dies wird von einer Anzahl Älterer bestritten, s. Avila l. c. P. V disp. IV s. 3 d. 5 conc. 6; Schmalzgrueber l. c. n. 386. 387, welche den Empfang der Sakramente sogar in der Kirche gestatten wollen, unter Hinweis darauf, dass nach c. 48 (Lateran. IV.) X de sent. V. 39 u. c. 20 in VI eod. V. 11, s. o. S. 15 n. 6, blos die Anwohnung des Gottesdienstes und das kirchliche Begräbniss versagt werde, und dass Strafen nicht ausdehnend interpretirt werden dürfen. Dabei ist aber übersehen, dass nach dem klaren Wortlaut von c. 16 (Bonif. VIII.) in VI cit. V. 11, vgl. auch c. 8 (id.) in VI de privileg. V. 7, der Empfang der Sakramente verboten und dass das Pontificale, bez. Rituale Romanum die interdicti vom Empfange der Konfirmation, s. Bd. IV. S. 59, und der Eucharistie, a. a. O. S. 66 n. 8, ausdrücklich ausschliesst.

Von dem hier bekämpften falschen Standpunkte, welcher die historische Entwicklung, s. o. S. 13 ff. 31. 66, nicht kennt, sind die Älteren, indem sie auf die Worte: ingressus ecclesiae das Schwergewicht *gelegt haben*, weiter dahin gelangt, von dem Personalinterdikt als eine besondere Abart die interdictio ingressus ecclesiae zu scheiden, s. Suarez disp. XXXV s. 4 n. 3 ff., Avila l. c. conclusio 5 i. f., Schmalzgrueber V. 39 n. 379, und diese Aufstellung wird auch von den Neueren vertreten, s. Craisson, manuale totius iuris canonici ed. V. Pictavii 1877 n. 6606, welcher sogar auch noch eine suspensio ab ingressu ecclesiae neben dem interdictum ab ingressu ecclesiae trotz des zweifellos die Identität ergebenden c. 20 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11 annimmt, ferner Silbernagl K. R. 2. A. S. 418; Vering K. R. 3. A. S. 718.

5 Bd. IV. S. 59; Suarez disp. XXXIII s. 1 n. 10; Kober i. Arch. f. k. K. R. 21, 326.

6 Eine Spezialvorschrift darüber existirt nicht. Es folgt aus dem Ausschluss von den Sakramenten, und überdies spricht auch die Vorschrift des c. 24 in VI cit. dafür, dass zur Zeit eines allgemeinen Lokalinterdikts demjenigen, welcher an der Verhängung desselben schuld ist, das Sakrament nur nach der Satisfaktion gewährt werden soll; Suarez l. c. s. 1 n. 17.

7 Bd. IV. S. 66 n. 8.

8 Das folgt aus der Ausschliessung von den Sakramenten überhaupt, wennschon das Rituale Romanum tit. 5 c. 1 der interdicti nicht erwähnt, Suarez l. c. s. 1 n. 43.

9 Dies muss aus dem zu 4 angegebenen Grunde angenommen werden, so auch Suarez l. c. s. 1 n. 45; Schmalzgrueber l. c. n. 356, obwohl ebenso wenig wie bei dem Exkommunicirten Irregularität eintritt, s. Bd. I. S. 50 n. 7.

10 Denn auch diese gehören im weiteren Sinne zu den officia divina, und das Personalinterdikt suspendirt von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten.

11 Da er von der Theilnahme an allen Sakramenten suspendirt ist, so auch Suarez l. c. s. 1 n. 52; Schmalzgrueber l. c. n. 357, vgl. auch die folgende Anm. 13 u. o. S. 495 n. 14.

12 S. Anm. 10.

13 D. S. Konstanz 1609 P. I. 8 n. 5, Hartzheim 8, 857: „is (welcher trotz erfolgter Mahnung zu Ostern nicht kommunicirt hat) ad nullum aliud etiam matrimonii sacramentum admittatur et vivus a communione fidelium et ecclesiae ingressu arceatur et mortuus sepultura christiana privetur" (eine Stelle, welche wegen des a communione fidelium arceatur nicht auf die Exkommunikation bezogen werden kann, da sie im wesentlichen das c. 12 X de poen. V. 38, welche das interdictum ingressus eccles. festsetzt, wiedergiebt und die communio fidelium die Gemeinschaft bei dem Gottesdienst bedeutet).

14 Ebensowenig wie die des Exkommunicirten, s. o. S. 495 u. Suarez l. c. s. 1 n. 49.

Endlich ist dem Interdicirten auch das kirchliche Begräbniss versagt[1], und wenngleich das späteste Dekretalenrecht nur die wissentliche Gewährung desselben an namentlich Interdicirte mit Strafe bedroht[2], so lässt sich daraus nicht schliessen[3], dass allen anderen damit ein Recht auf ein solches Begräbniss hat gewährt und für diese die Wirkungen des Personalinterdikts in der gedachten Hinsicht haben gemildert werden sollen[4].

Eine Änderung in dem dargelegten Rechtszustand hat erst die schon besprochene Konstitution Martins V.[5] gemacht, denn nach ihr brauchen die erwähnten kirchlichen Handlungen und Sakramente, sowie der gottesdienstliche Verkehr den Interdicirten nur verweigert zu werden, wenn sie namentlich oder speziell in einer das Personalinterdikt aussprechenden oder den Eintritt desselben deklarirenden Sentenz bezeichnet sind und diese letztere gehörig publicirt worden ist[6]. Aber andererseits haben die Interdicirten selbst, wenn die erwähnte Veröffentlichung nicht erfolgt ist, ebensowenig wie die Exkommunicirten[7], ein Recht auf Zutritt zur Kirche, zu den gottesdienstlichen Handlungen, zu den Sakramenten[8] und Sakramentalien erlangt[9], vielmehr können nur diejenigen, welche sie zulassen, deswegen nicht verantwortlich gemacht werden.

Hinsichtlich der *interdicti vitandi* ist es mit einer Ausnahme[10] bei dem früheren Recht verblieben.

Auch in Betreff der Pflicht der kirchlichen Oberen, die gedachte Publikation hinsichtlich der Interdicirten vorzunehmen, besteht, ebensowenig wie betreffs der Exkommunicirten, eine gemeinrechtliche Bestimmung[11], und es muss daher hier analog das schon o. S. 515 Bemerkte gelten.

Das Personalinterdikt ist im Mittelalter auch gegen Personenverbände oder Personengesammtheiten ausgesprochen und angedroht[12], sowie gegen diese noch im Laufe der folgenden Zeit von den allgemeinen Konzilien[13] und den Partikularsynoden[14],

[1] c. 12 (Lateran. IV.) X de poenit. V. 38; c. 20 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11; c. i. 8 (id.) eod. de privileg. V. 7. Dies heben die Partikularsynoden mitunter ebenfalls ausdrücklich hervor, so Salzburg 1490, Hartzheim 5, 577; Mailand II. 1569 I. 13, Hardouin 10, 738; D. S. Konstanz 1609, S. 517 n. 13.

[2] Clem. 1 de sepult. III. 7 (mit der exc. ipso f.).

[3] So z. B. Kober i. Arch. f. k. K. R. 21, 341; Silbernagl K. R. 2. A. S. 421.

[4] Denn daraus, dass bestimmte Handlungen nicht unter Strafe gestellt sind, folgt nicht, dass sie von Anderen als Recht gefordert werden dürfen, so auch Avila l. c. P. V disp. 4 s. 3 dub. 2. Vollends ist jetzt der Schluss aus Clem. 1 cit. unzulässig, da die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869, s. o. S. 497 n. 10, nur noch diejenigen mit excommunicatio l. s. bedroht, welche das Begräbniss solcher Interdicirten befehlen oder erzwingen.

[5] S. o. S. 505 n. 9.

[6] S. o. S. 508. Wenn man trotz der const. Martins V. nicht zwischen interdicti tolerati und vitandi, wie bei den Exkommunicirten, unterschieden hat und unterscheidet, so hat dies offenbar seinen Grund darin, dass die Neuerung Martins V., weil mit dem Personalinterdikt weder ein Ausschluss vom gewöhnlichen bürgerlichen Verkehr noch von der communicatio forensis, wie bei der Exkommunikation, verbunden ist, für das erstere keine so weit tragende Bedeutung wie für die letztere gehabt hat.

[7] S. o. S. 511.

[8] Daher schliesst das Pontificale, bez. Rituale Romanum jeden interdictus, nicht blos den nominatim interdictus, von der Konfirmation und Eucharistie aus, s. o. S. 517 n. 5 u. 7.

[9] Dagegen wird nach dem Rituale Romanum t. VI. c. 2 n. 2 das Begräbniss nur den nominatim interdicti versagt, also hier indirekt den interdicti tolerati ein Recht darauf gewährt, was offenbar mit der Anm. 3. 4 gedachten Auffassung zusammenhängt.

[10] Nämlich der, dass die Vorschrift der Clem. 1 de sepult. in der schon Anm. 4 gedachten Weise geändert worden ist.

[11] Mailand II. 1569 I. 13, Hardouin 10, 738, schreibt allerdings bei hartnäckiger Verweigerung der öffentlichen Kommunion eine solche vor, ebenso auch Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 182 n. 6.

[12] S. o. S. 30.

[13] Trident. VII. c. 10 de ref. (allein für Domkapitel).

[14] Tours 1583 c. 12, Hardouin 10, 1412 (nicht zwei Generalabsolutionen an demselben Tage in

namentlich aber von den Päpsten[1] als Strafe verwendet worden. Die Doktrin hat dasselbe, im Gegensatze zu dem bisher besprochenen, von ihr *interdictum personale speciale* genannten mit dem Ausdruck: *interdictum personale generale*[2] bezeichnet. Wesentlich für das letztere ist, dass es gegen eine zusammengehörige Anzahl von Personen[3], also die gesammte Bevölkerung oder sämmtliche Bürger, den Klerus eines Ortes, gegen eine Korporation, ein Kollegium oder eine Genossenschaft[4] angedroht oder verhängt wird.

Das generelle Personalinterdikt hat an sich dieselben Wirkungen, wie das spezielle[5], äussert diese aber gleichzeitig für alle der betreffenden Verbandseinheit angehörigen Personen, d. h. die letzteren sind sämmtlich von allen gottesdienstlichen Handlungen, Sakramenten und Sakramentalien ebenso ausgeschlossen, als ob jede einzelne speziell mit dem Personalinterdikt belegt worden wäre[6].

einer Stadt) „sub interdicti contra communitates poena ipso facto incurrenda"; Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 361. 362 für capitula und collegia in Anhalt an Sixti V. const.: Provida v. 1587, ibid. 1, 416, welche nicht rechtzeitig ein Inventar der den Kirchen, Benefizien, Hospitälern und kirchlichen Genossenschaften und Brüderschaften gehörigen Vermögensstücke aufnehmen.

[1] Martin V.: Ad reprimendas 14, 282 §. 3, bull. Taur. 4, 728 (geistliche capitula et conventus, welche andere geistliche Personen oder Konvente oder Kapitel, selbst bei freiwilliger Unterwerfung, in den vor das geistliche Forum gehörigen Sachen vor den weltlichen Gerichten belangen oder auch nur indirekt vor diese ziehen, sententia suspensionis et interdicti ipso f.); Leo X.: Supernae 1514 §. 40, b. T. 5, 604 (Auferlegung von Abgaben auf Geistliche für respublicae, communitates et universitates); Leo X.: In supremo 1519 §. 4, b. T. 5, 714 (Hinderung der Ausführung päpstlicher Schreiben, für communitates civitatum et universitates castrorum, oppidorum, terrarum et locorum interdictum ipso f.); Pius V.: Durum 1570 §. 3, b. T. 7, 827 (Zurückhaltung von Einkünften und Früchten bei Verleihung von Ämtern oder bei Besitzeinweisung in dieselben oder Fordern von Remunerationen oder Geschenken dafür, für capitula et collegia interdictum ecclesiasticum ipso iure); Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584 §. 3, b. T. 8, 849 (Fordern und Leisten von Eiden gegen die Freiheit der Kirche und gegen das Tridentinum vor oder nach kirchlichen Wahlen oder Bestätigungen derselben, nach Ämterverleihungen oder Zulassung zu Ämtern, für capitula et conventus interdictum ecclesiasticum ipso f., hier zugleich auch das Lokalinterdict über ihre ecclesiae et loca, bestätigt durch Innocenz XII. 1690 §. 5, b. T. 20, 716); Urban VIII.: In eminenti 1641 §. 9, b. T. 15, 92 (Behalten und Lesen des Buches von Jansenius: Augustinus, collegia et universitates interdictum ecclesiasticum ipso f.); Benedikt XIII.: Maxima 1727 §. 25, b. T. 22, 559 (Nichtbeschaffung der vorgeschriebenen Archiveinrichtungen, für capitula ecclesiarum cathedralium et collegiatarum interdictum); endlich const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 cit.: „Interdictum Romano pontifici speciali modo reservatum ipso iure incurrunt universitates, collegia et capitula quocumque nomine nuncupantur, ab ordinationibus seu mandatis eiusdem Romani pontificis pro tempore existentis ad universale futurum concilium appellantia", der jetzt einzig durch diese aufrechterhaltene Fall eines solchen Interdiktes l. s., welches schon durch Pius II.: Execrabilis 1459 §. 2, b. T. 5, 149 auf dieses Vergehen für universitates sive collegia gesetzt war, und dessen Androhung dann auch seit Gregor XIII.: Consueverunt 1583 §. 2, b. T. 8, 413 (hier aber unter Nennung der universitates, collegia et capitula, wie bei Pius IX.) in die Bulle Coena Aufnahme gefunden hat.

[2] Suarez l. c. disp. XXXII s. 2 n. 11; Felicianus de censuris, de interdicto c. 7 p. 184; Avila P. V. disp. 1 dub. 1; Schmalzgrueber V. 39 n. 324; Kober a. a. O. 21, 297.

[3] Also nicht gegen mehrere, welche an sich nicht durch irgendein eine äussere und dauernde Zusammengehörigkeit begründendes Moment verbunden sind, wie z. B. gegen mehrere, welche eine Strafthat gemeinsam begangen haben. Im letzteren Falle liegen mehrere spezielle Personalinterdikte vor, so schon Suarez l. c.

[4] Gegen Nationen und Staaten hat aber die Kirche nur das Lokalinterdikt verwendet, s. unten S. 522.

[5] Das ergiebt c. 16 in VI cit. V. 11, s. o. S. 15 n. 4 und auch S. 30.

[6] Suarez l. c. disp. XXXII s. 2 n. 13, wennschon dieser in Bezug auf einzelne Sakramente, so die Konfirmation, und die Bussen unter unzulässiger Anwendung der Regeln von dem generellen Lokalinterdikt Ausnahmen aufstellt, l. c. s. 2 n. 9. 14. Was insbesondere die Taufe betrifft, welche nicht bei dem speziellen Personalinterdikt, wohl aber bei dem generellen in Frage kommt, weil zu der Verbandseinheit, z. B. einer städtischen Bevölkerung, welche interdicirt worden ist, auch ungetaufte Kinder und Erwachsene, z. B. Juden, gehören können, so werden diese, weil sie Nichtchristen sind, also keine kirchlichen Mitgliedschaftsrechte besitzen, gar nicht von dem Interdikt betroffen. Es steht daher ihrer Taufe nichts entgegen, um so weniger, als bei dem generellen Personalinterdikt, sofern es nicht den Klerus gleichzeitig trifft, die Vornahme der kirchlichen Handlungen an sich nicht eingestellt wird. Wenn daher Kober S. 325 die Vergünstigung, welche

Über die Zugehörigkeit der Einzelnen entscheidet die Verfassung der Verbandseinheit[1], nach positiver Vorschrift des kirchlichen Rechts trifft aber das über die Einwohnerschaft eines Ortes verhängte Interdikt nicht den Klerus desselben[2], und umgekehrt das über den letzteren ausgesprochene nicht die Laienbevölkerung[3], ebensowenig aber (dies freilich nur nach der Annahme der Doktrin) die Bischöfe und die höheren Kirchenoberen[4], sowie solche Regularen[5], welche keine beneficia saecularia besitzen[6].

Daraus, dass die Strafe, welche zunächst die Verbandseinheit trifft, ihre Wirkungen auf die einzelnen Personen lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur ersteren erstreckt, folgt: 1. dass es gleichgültig ist, ob diese bei der Begehung des Vergehens, wegen dessen die Strafe verhängt oder eingetreten ist, mitgewirkt haben oder nicht[7], 2. dass auch die zu der Gesammtheit gehörigen Handlungsunfähigen, Kinder und Wahnsinnigen der Strafe verfallen[8], 3. dass sie jede Person, welche nach Eintritt

hinsichtlich der Taufe für das generelle Lokalinterdikt besteht, s. unten S. 528, deshalb auf das allgemeine Personalinterdikt analogisch angewendet wissen will, weil letzteres in seinen Wirkungen nicht strenger ist, als das erstere, und bei beiden die gleichen Motive für Milde und Nachsicht sprechen (ähnlich auch Schmalzgrueber V. 39 n. 351), so erscheint dies einmal überflüssig. Ferner müssten in Konsequenz dieser Aufstellung alle Milderungen des generellen Lokalinterdikts, s. unten S. 525 ff., auch auf das allgemeine Personalinterdikt übertragen werden. Dies ist aber unzulässig, denn es ist endlich auch unrichtig, dass das letztere nicht strenger als das allgemeine Lokalinterdikt ist, weil das letztere die einzelne Person in ihren kirchlichen Rechten gar nicht berührt, s. weiter o. S. 31.

[1] Deshalb unterliegen dem über die Bürgerschaft eines Ortes verhängten Interdikt diejenigen, welche sich in demselben nur vorübergehend, wie fremde Kaufleute und Gewerbetreibende, Studirende und Reisende, aufhalten, nicht, Suarez l. c. s. 2 n. 15; Avila P. V. disp. 1 dub. 4; Schmalzgrueber V. 39 n. 337.

[2] Wenn der zur Bevölkerung gehörige Laie ein doppeltes Domizil, nämlich ausserhalb des Ortes noch ein anderes, an einem nicht interdicirten Orte besitzt, so wird er vom Interdikt mit betroffen. Unrichtig nimmt die ältere Doktrin an, einerseits, dass er nur so lange vom Interdikt bestrickt bleibt, als er sich unter der interdicirten Bevölkerung aufhält, andererseits, dass er gar nicht von der Strafe betroffen wird, vgl. Suarez l. c. s. 2 n. 16; Schmalzgrueber l. c. n. 336.

[3] c. 16 in VI cit. V. 11.

[4] S. o. S. 513 n. 2; Kober a. a. O. 21, 300, welcher sogar die Prälaten, Dignitäre und Kanoniker ausnehmen will. Allen diesen ist aber niemals, wie den Bischöfen, ein besonderes Privileg verliehen worden, und einzelne, für andere Fälle gegebene Interpretationsregeln, wie c. 15 (Innoc. III.) X de rescr. I. 3, sowie die Ausführungen Älterer, s. z. B. Fagnan. ad c. 3 X de postul. I. 5 n. 12 ff., welche die für verschiedene Fälle, aber nur für diese passenden Äusserungen der Quellen in scholastischer Weise zu vereinigen suchen, beweisen um so weniger, als die konsequente Anwendung des über die Bischöfe hinaus erweiterten Privilegs die gedachten Geistlichen von einem erheblichen Theil der kirchlichen Strafvorschriften eximiren würde.

[5] Darüber ist früher gestritten worden, s. aber S. 513 n. 2.

[6] Denn im umgekehrten Falle gehören sie im weiteren Sinne mit zum Weltklerus, Schmalzgrueber l. c. n. 399; Kober 21, 300. Selbstverständlich ist es, dass wenn bei der Verhängung des Interdikts auch nur eine allgemein auf sie hindeutende Bezeichnung, wie z. B. personae ecclesiasticae, gebraucht wird, sie von demselben mitbetroffen werden.

[7] Also z. B. bei Erhebung der Appellation an ein allgemeines Konzil, s. o. S. 519 n. 1, als Mitglied einer Universität oder städtischen Korporation mitgestimmt, ja sogar auch dagegen gestimmt oder bei der Abstimmung selbst wegen einer Reise nach auswärts gefehlt haben. Darüber ist die Doktrin einig, s. Schmalzgrueber V. 39 n. 334; (Avanzini-) Pennacchi 2, 507; Kober S. 299.

[8] Für diese kann allerdings nur die Versagung des kirchlichen Begräbnisses in Frage kommen. Dafür spricht sich die überwiegende Meinung aus, s. Schmalzgrueber V. 39 n. 335; de Varceno, compend. theologiae moralis ed. VI. August. Taurin. 1880. 2, 3, obwohl sie im Übrigen diese Handlungsunfähigen von dem Interdikt nicht betroffen werden lässt. Gegen die Verweigerung des Begräbnisses (Avanzini-) Pennacchi 2, 507 und Kober S. 299. Konsequent ist allein die im Text vertretene Ansicht, denn wenn man diejenigen, welche gar keinen Antheil an der Begehung des Vergehens gehabt haben, s. die vorhergehende Anmerkung, ohne jedes Bedenken von der Strafe betroffen werden lässt, dann muss man die Handlungsunfähigen derselben ebenfalls unterwerfen. Dies ist auch dem Wesen des kanonischen Strafrechts, welches keinen Anstand genommen hat, in weitem Umfange Strafen gegen Unschuldige zuzulassen, s. oben S. 123 u. §. 342, keineswegs widersprechend. Übrigens führt die bekämpfte Ansicht in ihrer weiteren Konsequenz auch zu dem eigenthümlichen Ergebniss, die erst während der Dauer des Interdikts handlungsfähig werdenden Personen von demselben ganz frei zu lassen.

derselben die Zugehörigkeit zur Gesammtheit erlangt, ebenfalls von dem Moment der Erwerbung der letzteren an ergreift[1] und endlich 4. für jedes Mitglied in dem Augenblick hinfällig wird, in welchem seine Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft erlischt[2].

Die Konstitution Martins V. findet auf das generelle Personalinterdikt gleichfalls Anwendung, aber damit seine Folgen eintreten, genügt es, wenn in der verurtheilenden oder deklarirenden Sentenz, welche publicirt wird, sich lediglich eine Bezeichnung der betreffenden Gesammtheit findet[3], es ist aber nicht erforderlich, dass auch alle zu derselben gehörigen einzelnen Personen besonders genannt werden[4].

Wegen der besonderen weiteren Folgen der Strafe, wenn die Verbandseinheit aus Geistlichen besteht oder eine geistliche Korporation ist, vgl. unten §. 299.

3. Die *excommunicatio minor*, der kleine Kirchenbann, die partielle Suspension der kirchlichen Mitgliedschaft in Bezug auf das Recht, die Sakramente zu empfangen[5], welche schon im Mittelalter blos von geringer Bedeutung gewesen ist[6], hat auch seitdem nur eine sehr beschränkte Anwendung erfahren. Die Päpste haben von ihr höchst selten Gebrauch gemacht[7], und auch von den Partikularkonzilien wird sie gleichfalls nur vereinzelt als Strafe[8] angedroht, immerhin ist sie auch noch heute eine

[1] Das ist die gemeine Ansicht, Schmalzgrueber V. 39 n. 334; (Avanzini-) Pennacchi 2, 507 u. Kober S. 299.

[2] Avila P. V disp. 1 dub. 4; Engel V. 39 n. 83; Schmalzgrueber V. 39 n. 336. Dagegen nimmt Kober S. 299 das Umgekehrte an, weil einem solchen die einmal eingetretene Strafe folge, wohin er sich auch wenden möge. Das ist aber eine blosse petitio principii. Wenn die Strafe das Mitglied ohne jede Rücksicht auf eine etwaige Schuld lediglich wegen der Zugehörigkeit zur Gesammtheit trifft, dann muss sie auch mit dem Aufhören der ersteren zusammenfallen.

[3] Das ergiebt der Wortlaut der Konstitution, S. 505 n. 9, welche ausdrücklich der Publikation der Sentenz gegen ein collegium, eine universitas, communitas gedenkt, eine solche also genügen lässt, um alle Folgen der Strafe herbeizuführen.

[4] S. die vor. Anm. Das ist freilich nicht unbestritten, s. namentlich (Avanzini-) Pennacchi comm. in const. Apostolicae sed. 2, 88 ff. und die dort citirten Älteren, welche alle bei der Bekämpfung der hier vertheidigten Ansicht aus dem nicht hierher gehörigen Fall eines gegen eine blosse Mehrheit von verschiedenen Personen unter genereller Bezeichnung verhängten Personalinterdikts, obwohl dies kein generale im Sinne des Textes ist, argumentiren. Wollte man dies verlangen, so würde dadurch, weil sich eine derartige Publikation praktisch kaum ermöglichen liesse, das generelle Personalinterdikt so gut wie illusorisch werden.

[5] S. o. S. 18.

[6] S. o. S. 19, namentlich n. 8.

[7] Soweit ich sehe, allein Gregor XIII.: Alias piae v. 1581 §§. 3. 5, bull. Taur. 8, 371 (Zuziehung jüdischer und ungläubiger Ärzte durch kranke Christen und Zulassung derselben bei diesen „sacramenta ei ecclesiastica nullatenus ministrentur.. et sic decedens ecclesiastica careat sepultura"), und Benedikt XIV.: Quod provinciale 1754 §. 4, bull. Bened. 4, 95 (Christen, welche sich unter der Herrschaft der Türken zur Verdeckung ihrer Religion türkische Namen beilegen, sollen von den Bischöfen „in vita sacramentorum et post mortem, si impoenitentes decesserint, suffragiorum incapaces" deklarirt werden). Auch wird, soweit ich habe ermitteln können, von ihnen die Bezeichnung: excommunicatio minor nicht gebraucht.

[8] Cambrai 1586 XXIII n. 2 und Tournai 1589 XXII. 1, Hartzheim 7, 1028 u. 1054, welche die excommunicatio minor ipso facto für den Verkehr mit offenbaren Wucherern androhen, fussen auf der gemeinrechtlichen Vorschrift von c. 3 (Lateran. III) X de usur. V. 19; Bordeaux 1583 c. 31, Hardouin 10, 1374 (unerlaubter Verkehr mit öffentlich und notorischen Exkommunicirten „iure communionis privetur") wiederholt ebenfalls die bekannte gemeinrechtliche Strafe, ebenso D. S. Konstanz 1567, Hartzheim 7, 584 (in Bezug auf Kleriker unter Gebrauch der Bezeichnung exc. minor). Weiter kommen noch in Betracht Mainz 1549 c. 38, ibid. 6, 573 (Zusammenleben im Konkubinat trotz entgegenstehender Ehehindernisse und in rechtlich zweifelhafter Ehe bei Hartnäckigkeit „ab ecclesiasticis sacramentis arceantur" und eventuell auch bei unbussfertigem Tode „ecclesiastica sepultura priventur"); Salzburg 1569, ibid. 7, 355 (nicht geschiedene Eheleute, welche getrennt leben, „a perceptione quorumcunque sacramentorum sint suspensi" und beim Verharren im Vergehen „mortui ecclesiastica careant sepultura"); Salzburg cit. ibid. p. 354 (Verhandeln von Ehesachen vor weltlichen Gerichten, Richter und Parteien „a participatione sacramentorum, donec . . . ab ordinario suo cum plenaria satisfactione absolutionem ecclesiae obtinuerint, suspendimus"); Tarragona 1685, coll. conc. Lac. 1, 746 (Geistliche, welche vor der Messe und eine Stunde nach derselben Tabak rauchen oder kauen, excommunicatio minor). Ferner wird der excommunicatio minor noch gedacht Regensburg 1512, Hartzheim 6, 117, wo drei Arten der Exkommunikation, die maior, weiter die minor, quae excludit a participatione

praktisch anwendbare[1] Strafe[2]. Andere Wirkungen als die erwähnten zieht sie für den Laien nicht nach, namentlich ist derselbe nicht von der Pathenschaft[3] und der Eheeingehung[4] und auch nicht von den Sakramentalien[5] ausgeschlossen. Aber, wenngleich sich der so Gebannte des Empfanges der Sakramente enthalten soll, so ist doch, falls er sie erhalten hat, von einer Ungültigkeit derselben keine Rede[6]. Die Konstitution Martins V.: *Ad vitanda* von 1418 findet ebenfalls Anwendung auf die *excommunicatio minor*[7], so wenig praktische Bedeutung dies auch für diese nicht häufig gebrauchte Strafe, welche nur einen Theil der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte berührt, haben mag, d. h.: es können dem so Exkommunicirten bis zur Publikation der betreffenden Sentenz[8] die Sakramente gespendet werden.

4. Eine Suspension von einzelnen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, welche schon im Mittelalter vorgekommen ist[9], bis zur Besserung findet sich ebenfalls noch im späteren, wie auch im neueren Recht, allerdings nur in geringem Umfange wieder, nämlich die Zurückweisung von der österlichen Kommunion[10] oder vom Abendmahl überhaupt und vom Beichtsakrament[11] oder vom Abendmahl allein[12] oder von der Theilnahme bei kirchlichen Funktionen, wie namentlich von der Pathenschaft bei der Taufe[13].

5. Das Lokalinterdikt (*interdictum locale*)[14], welches seit dem 11. Jahrhundert Aufnahme in das Strafensystem des gemeinen Rechts gefunden hat[15] und dessen gemeinrechtliche Gestaltung mit dem Ablauf des dreizehnten abgeschlossen worden ist[16], ist diejenige Strafe, welche für das Vergehen eines Einzelnen oder Mehrerer einen bestimmten geographischen Bezirk oder auch eine einzelne gottesdienstliche Stätte der Verwaltung der gottesdienstlichen Handlungen, der Sakramente und Sakramentalien beraubt[17],

spiritualium et a communione sacramentorum passiva tantum, und eine dritte, gleichfalls minor genannte, „lata a deo pro quolibet peccato mortali, quae excludit ligatum a bonorum spiritualium participatione, quia quoad se est suspensus et non aliter", und welche demnach keine Strafe im Rechtssinne ist, unterschieden werden. Der Gebrauch des Ausdrucks excommunicatio minor ist nach dem Mitgetheilten, also auch in den Partikularsynoden, nicht einmal stehend.

1 Dass sie durch die const. Pii IX.: Apostolicae nicht abgeschafft ist, darüber s. o. S. 512 n. 2.

2 Die mehrfach citirte Prager Instr. v. 1869 erwähnt sie ebenfalls als praktisch, Arch. f. k. K. R. 23, 445.

3 Denn der Pathe empfängt kein Sakrament.

4 Auch hier wird dem Ehegatten kein Sakrament durch den Geistlichen gespendet. Aus diesem Grunde kann auch der Pfarrer der Eheschliessung eines so Gebannten assistiren.

5 Daher darf er auch bei der Eheschliessung die benedictio sacerdotalis erhalten.

6 Nur hinsichtlich des Sakraments der Busse herrscht Streit, vgl. Schmalzgrueber V. 39 n. 198. 199.

7 S. o. S. 505 n. 9.

8 S. o. S. 508; Suarez l. c. disp. XXIV s. 5 n. 26. 27.

9 S. o. S. 15 n. 8.

10 D. S. Trier 1678 §. 3 n. 4, Hartzheim 10, 67: (Nichtentrichtung der Strafen in Wachs seitens solcher, welche wiederholt die Messe an Sonntagen versäumen oder die Festtagsfeier durch Arbeiten entheiligen) „et si solvere detrectent a communione paschali arceri, donec pareant".

11 Tarragona 1717, coll. conc. Lac. 1, 780. 781: (Frauen, welche mit halbentblössten Schultern, Brüsten und Armen auf der Strasse oder in die Kirche gehen) „sub poena, quod alias ad sacra ponitentiae et eucharistiae sacramenta non admittentur"); Benevent 1693, ibid. p. 87 (diejenigen, welche mit anderen abmachen, dass sie gegen Zahlung einer bestimmten Summe von allem Ersatz für den durch ihr Vieh verursachten Schaden frei sind, Entziehung der sacramentalis absolutio bis zum Ersatz).

12 Tours 1849 XXII, ibid. 4, 281: (Hartnäckiges Verbleiben in der reprobirten Sekte, Misericordiae opus genannt) „a sacra communione arcendos et poenis spiritualibus esse ab ordinario plectendos".

13 Diese führt die Prager Instruktion c. 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 445, als Strafe auf.

14 Kober i. Arch. f. k. K. R. 21, 291 ff.

15 S. o. S. 24.

16 S. o. S. 25. 29.

17 Daher wird die Wirkung desselben auch als ein cessare a divinorum celebratione oder a divinis bezeichnet, so c. 5 (Innoc. III.) X de cons. I. 4 (pars decisa); c. 55 (id.) X de appell. II. 28; c. 11 (Alex. III.) X de sponsal. IV. 1; Salzburg 1420 c. 16, Hartzheim 5, 178; Mexico 1585 V. 11. §. 7, Hardouin 10, 1726. Doch kennt schon die spätere mittelalterliche Doktrin ein von dem Interdikt als verschieden bezeichnetes, beson-

aber nicht die dem Distrikte durch ihren Wohnsitz angehörigen oder zu der heiligen Stätte gehörigen Personen als solche direkt berührt[1].

Schon das Dekretalenrecht[2] unterscheidet ein *interdictum locale generale* oder *particulare*, je nachdem dasselbe einen bestimmten geographischen Bezirk, ein weltliches Reich, eine Provinz, das Territorium eines Herrn[3], eine Stadt und eine Ortschaft[4] oder blos eine bestimmte gottesdienstliche Stätte, eine oder mehrere Kirchen oder Kapellen oder einen Altar trifft. Das Interdikt der einen oder anderen Art ergreift auch Alles, was zu dem interdicirten Bezirk oder zu der betreffenden Stätte gehört oder die Pertinenz der letzteren bildet, also alle innerhalb des ersteren belegenen Städte, Ortschaften, Kirchen[5], einschliesslich der Kathedrale[6], ferner bei einer Kirche die mit ihr verbundenen Kapellen und den um die Kirche oder an derselben belegenen Friedhof[7], sowie endlich nach positiver Bestimmung bei einer Stadt, einer Ortschaft oder einem Flecken stets auch die Vorstädte und die daran anstossenden Gebäude[8]. Da das Lokalinterdikt den geographischen Bezirk bestrickt, für welchen es verhängt ist, so fällt ferner alles, was auf demselben nachher errichtet wird, also namentlich ein neues Kirchengebäude unter dasselbe[9], und ebensowenig wird das Interdikt über einen davon abgetretenen Theil hinfällig[10]. Andererseits dehnt sich dasselbe aber nicht ohne Weiteres auf etwaige zu dem Bezirk neu hinzuerworbene und neu hinzugefügte Städte aus[11].

Mittelbar werden von dem Interdikt alle diejenigen berührt, welche innerhalb des Bezirkes wohnen oder sich dort aufhalten, sowohl Fremde wie auch Einheimische, Laien und Welt- und Regulargeistliche, Nichtexemte und Exemte[12], selbst der Bischof, welcher etwa das generelle Interdikt ausgesprochen hat[13].

deres Rechtsinstitut, die s. g. *cessatio a divinis*, über welche das Nähere unten S. 539.

1 So dass sie alle ausserhalb des interdicirten Bezirkes oder Ortes der Ausübung ihrer kirchlichen Rechte nicht beraubt werden, s. ep. 93 Gerberti, o. S. 19 n. 11, c. 16 (Bonif. VIII.) in VI de exc. sent. V. 11: „Ceterum quum propter delictum domini vel rectoris est civitas interdicta, cives eiusdem, qui culpabiles non existunt (dummodo et ipsi propter dominum vel rectorem puniendum in eis non fuerint interdicti) possunt extra ipsam licite interesse divinis."

2 c. 17 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40, s. o. S. 30 n. 4.

3 Aber nur dasjenige, über welches er Herrschafts- oder Hoheitsrechte ausübt, oder welches ihm zu ungetheiltem Eigenthum gehört, doch streiten die Älteren hier über verschiedene Einzelheiten, vgl. Avila P. V. disp. I dub. 3 concl. 5; Schmalzgrueber V. 39 n. 330.

4 Nach Covarruvias in c. Alma (24) in VI de sent. exc. V. 11 P. II. §. 1 n. 9; Avila l. c. dub. 1, aber nicht eine Pfarrei, wenn sich mehrere in derselben Stadt befinden, weil diese nichts Ganzes und kein locus universalis sei, aber ein besonderer selbsständiger Bezirk ist sie eben so gut, wie ein Flecken oder eine kleine Ortschaft, und es können sogar in ihr mehrere Kapellen belegen sein. Vgl. auch Suarez l. c. disp. XXXII s. 2 n. 7.

5 Und zwar, da es sich hier um ein generelles Interdikt handelt, auch die Kirchen der Exemten, Clem. 1 de sent. exc. V. 10; Trid. Sess. XXV. de reg. c. 12 (eingeschärft Mailand V. 1579 III. 11, Hardouin 10, 1079); Avila l. c. dub. 3.

6 Diese wollen manche Ältere, so Covarruvias l. c. II. §. 1 n. 4, mit Rücksicht auf das hier nicht anwendbare c. 4 (Bonif. VIII.) in VI de praeb. III. 4 zu Unrecht ausgenommen wissen, s. auch Suarez l. c. disp. XXXII s. 2 n. 22; Kober S. 294.

7 c. 17. (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

8 c. 17. in VI cit. („illorum suburbia et continentia aedificia eo ipso intelligi volumus interdicta") gleichviel, ob sie in kommunaler oder kirchlicher Beziehung zum Hauptort gehören, also selbst wenn sie der Bischof, weil sie exemt sind, allein nicht zu interdiciren zuständig wäre, weil die Anordnung des c. 17 cit. die Umgehung des Interdikts durch Besuch der Vorstädte hindern will, s. Suarez l. c. disp. XXXII s. 2 n. 26; Avila l. c. dub. 3; Schmalzgrueber V, 39 n. 326; Kober S. 295.

9 Kober S. 294.

10 Schmalzgrueber V. 39 n. 330; Kober S. 293. 294.

11 Schmalzgrueber u. Kober ll. cc. Anders verhält es sich mit einer an eine interdicirte Kirche angebaute Kapelle, welche ein integrirender Theil der Kirche wird.

12 c. 4 (Alex. IV.) u. c. 11 (Bonif. VIII.) in VI de privil. V. 7; Clem. 1 cit.; Trid. l. c.; Reiffenstuel V. 39 n. 196; Schmalzgrueber n. 332.

13 Schmalzgrueber n. 332; Kober S. 293.

Wenn vielfach behauptet worden ist[1], dass mit dem Lokalinterdikt stets zugleich ein Personalinterdikt für diejenigen ausgesprochen sei, wegen deren Vergehen das erstere verhängt worden ist, so ist diese Meinung irrig und hat keinen quellenmässigen Anhalt[2].

Was die Wirkungen des Lokalinterdikts betrifft, so bestehen diese prinzipiell in der Einstellung der Thätigkeit der Kirche und der ihrer Organe in Bezug auf die gottesdienstlichen Handlungen, die Spendung der Sakramente und der Sakramentalien und die Gewährung des kirchlichen Begräbnisses[3], doch hat die Kirche schon seit dem ersten Gebrauch dieser Strafe dieselbe nur selten in diesem vollen Umfange durchgeführt[4], und mit Rücksicht auf die im Laufe der Zeiten eingetretenen Milderungen[5] stellt sich das geltende Recht des näheren dahin:

1. Die gottesdienstlichen Handlungen, die *officia divina*, d. h. die Feier der Messe, die Abhaltung der Horen oder kanonischen Tageszeiten und die Spendung der Sakramentalien in der Kirche dürfen ausnahmslos während eines speziellen Lokalinterdikts, d. h. wenn eine Kirche, oder eine Kapelle oder ein Oratorium oder auch blos ein Altar mit demselben belegt ist, in den gedachten kirchlichen Gebäuden oder an dem letzteren nicht vorgenommen werden[6]. Nur dann, wenn in der Kirche die Eucharistie aufbewahrt wird[7], kann einmal in der Woche die Messe, aber ohne dass vorher die Glocken geläutet werden[8], und ferner nur bei geschlossenen Thüren[9] mit

[1] Suarez l. c. disp. XXXII s. 2 n. 34. 35; Reiffenstuel l. c. n. 197; Engel l. c. n. 84; Schmalzgrueber n. 333 und die dort citirten.

[2] Das von vielen angezogene c. 16 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11, s. S. 523 n. 1, nach welchem bei einem auf die civitas gelegten Interdikte die Bürger, sofern sie nicht selbst wegen der Schuld des Stadtherrn oder Stadtleiters mit dem (Personal-) Interdikt belegt sind, ausserhalb dem Gottesdienste beiwohnen dürfen, gestattet schon an sich keinen Schluss argumento e contrario dahin, dass der Stadtregent auswärts an dem Gottesdienst nicht theilnehmen dürfe, also ohne weiteres mit dem Personalinterdikt belegt sein müsse, denn das Kapitel handelt blos von dem Umfange, in welchem ein Lokal- oder Personalinterdikt wirkt. Überdies ist die Praxis von Anfang an und auch später dahin gegangen, den Schuldigen, wegen dessen Vergehen das Interdikt angedroht und verhängt wird, einer besonderen und zwar härteren Strafe, für die Regel der Exkommunikation, zu unterwerfen, s. o. S. 23. 181 n. 4. S. 187 n. 5. 8. S. 190 n. 6. S. 212 n. 4. S. 213 n. 2. 5. 7. S. 217. S. 422 n. 2; ferner c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V. 9; c. 3 (Gregor X.) in VI de elect. I. 6; Clem. 1 de poen. V. 8; c. un. (Joann. XXII.) in Extr. comm. I. 1; sowie die neueren, u. S. 534 n. 6 citirten päpstlichen Bullen. Angesichts dieser Praxis ist es völlig verfehlt, Bonif. VIII. den erwähnten Gedanken unterzuschieben.

[3] S. o. S. 23. 24.

[4] S. o. S. 24.

[5] S. o. S. 26 ff.

[6] Die Milderungen des c. 24 (Bonifaz VIII.) de sent. exc. V. 11, s. o. S. 29, beziehen sich nicht auf das spezielle, sondern nur auf das generelle Lokalinterdikt, weil den Gläubigen durch das erstere nicht die Möglichkeit genommen ist, den gottesdienstlichen Handlungen in anderen Kirchen beizuwohnen. Darüber ist die Doktrin einig, s. Suarez l. c. disp. XXXIV s. 2 n. 1; Avila P. V. disp. 4 s. 2 dub. 3; Schmalzgrueber V. 39 n. 368; Kober S. 321 und die hier citirten.

[7] c. 57 (Gregor. IX.) X de sent. exc. V. 39, welches die hier fragliche Ausnahme aufstellt, sagt dies zwar nicht ausdrücklich, setzt es aber stillschweigend durch den von ihr bezeichneten Zweck der Messfeier voraus, so anscheinend auch Kober S. 321. Demnach ist die Messfeier in denjenigen kirchlichen Gebäuden, welchen das Recht zur Aufbewahrung der Eucharistie nicht zusteht, Bd. IV. S. 83, ausgeschlossen.

[8] Weil das Volk an der Messfeier nicht theilnehmen soll, also auch nicht durch die Glocken dazu eingeladen werden darf.

[9] Unter den ianuis clausis ist nicht ein Verschliessen der Thüren in der Art, dass sie nur mit dem Schlüssel oder gewaltsam geöffnet werden können, vielmehr nur das Geschlossenhalten derselben gemeint, damit nicht die kirchlichen Funktionen von aussen wahrgenommen und gehört werden können, und so jedem Gelegenheit geboten wird, ausserhalb der Kirche an dem Gottesdienst theilzunehmen. Aus demselben Grunde wird Clem. 1 de sent. exc. V. 10 verboten, dass in die Thüren der Klosterkirchen heimlich Löcher gebohrt oder Fenster in denselben gemacht werden, Schmalzgrueber V. 39 n. 366; Kober S. 309.

leiser Stimme [1] celebrirt werden [2], um die erforderlichen Hostien für das Viatikum zu bereiten.

Für das generelle Lokalinterdikt besteht dagegen die gemeinrechtliche Vergünstigung [3]:

a. dass in allen Kirchen, in welchen öffentlicher Gottesdienst gehalten wird, sowie in den Männer- und Frauenklöstern [4] trotz des Interdikts die gottesdienstlichen Handlungen ebenso wie vor der Verhängung des letzteren verrichtet werden dürfen [5], aber nur ohne vorgängiges Glockengeläut [6], unter Geschlossenhaltung der Thüren [7], mit gedämpfter Stimme [8] und unter Ausschluss aller Exkommunicirten und Interdicirten. Aus der letztgedachten Klausel kann aber nicht geschlossen werden, dass die ganze Bevölkerung, soweit nicht einzelne dazu gehörige Personen dem grossen Bann oder dem Personalinterdikt unterliegen oder das Lokalinterdikt veranlasst oder an dem betreffenden Vergehen durch Rath, Hülfe oder Begünstigung thätigen Antheil genommen haben [9], zu dem Gottesdienste zugelassen werden darf [10], vielmehr wird durch jene Klausel nur ausdrücklich, wie dies seit dem 12. Jahrhundert üblich gewesen ist [11], auf die rechtlich an sich selbstverständliche Ausschliessung aller Exkommunicirten und sämmtlicher von dem Lokalinterdikt, nicht blos von einem Personalinterdikt betroffenen Personen, hingewiesen [12]. Ebensowenig ist auch in Folge

[1] „voce submissa“, s. auch c. 11 (Innoc. III.) X de poenit. V. 38: „voce ita demissa, quod exterius audiri non possint“, d. h. mit gedämpfter oder halblauter Stimme, vor Allem ohne feierlichen Gesang, so dass man vor der Thür nichts vernehmen kann. Mit Rücksicht hieraus hat auch nach der übereinstimmenden Meinung der Kanonisten, s. Suarez l. c. disp. XXXIV s. 1 n. 20; Reiffenstuel V. 39 n. 207; Schmalzgrueber V. 39 n. 366; Kober S. 315, das Klingeln beim Sanctus und bei der Elevation der Hostie zu unterbleiben.

[2] Über das weitere noch von c. 57 X V. 39 aufgestellte Erforderniss: „excommunicatis et interdictis exclusis“, s. nachher oben im Text.

[3] c. 24 (Bonif. VIII.) in VI cit. V. 39, oben S. 29 n. 3.

[4] S. Bd. IV. S. 307 ff.; nicht aber in Privatkapellen oder Oratorien, a. a. O. S. 314. Dafür, dass diese letzteren nicht gemeint sind, die überwiegende und herrschende Meinung, Covarruvias l. c. P. II. §. 4 n. 2; Schmalzgrueber V. 39 n. 367; Kober S. 307. A. M. Avila l. c. P. V. disp. 4 s. 2 dub. 3, welcher Privatoratorien darunter begreift, wenn in ihnen sonst die Messe gefeiert werden darf. Aber Privatkapellen und Oratorien werden nicht als ecclesiae bezeichnet, und der Zweck der Begünstigung geht nur dahin, für den Klerus den regelmässigen, sonst öffentlichen Gottesdienst unter gewissen Bedingungen zu gestatten. Auch Paul V., s. das Interdikt über Venedig v. 1606, Lünig cod. dipl. ital. Francof. et Lips. 1725. 2, 2015: „in alcuna chiesa, oratorio particolare o capella domestica non si potrà dire la messa nè celebrare l'ufficio divino ned in particolare ned in publico, eccettuato nel caso permesso e concesso di diritto commune ed allora ciò non si potrà fare altrove, che nelle chiese“, schliesst den Gottesdienst in den Privatkapellen aus.

[5] D. h. es kann der Gottesdienst in all und jeder Beziehung so gehalten werden, wie wenn kein Interdikt verhängt worden wäre (das bedeutet das sicut prius). Daher ist auch gestattet, dass nicht blos dieselben Messen oder die Messen des jeweiligen Tages, sondern auch andere, z. B. Votivmessen, gelesen werden, Covarruvias l. c. P. II. §. 4 n. 3. 4; Kober S. 308. Ebenso dürfen nicht allein die Kleriker der betreffenden Kirchen, sondern auch fremde, diese unter denselben Voraussetzungen, wie sonst, zum Celebriren zugelassen werden, Covarruvias l. c. n. 4; Avila l. c. P. V. disp. 4 s. 2 dub. 4.

Was insbesondere die Abhaltung der kanonischen Tageszeiten betrifft, so ist durch c. 24 cit. die zuerst von Innocenz III., s. c. 11 X de poenit. V. 38, gestattete Vergünstigung: „et in conventualibus ecclesiis bini et bini vel simul tres horas canonicas valeant legere, non cantare“ dahin erweitert worden, dass alle Kanoniker und sonstigen zum Chordienst verpflichteten Geistlichen gemeinschaftlich, wie sonst, denselben abhalten können, s. auch Kober S. 319.

[6] S. 524 n. 8.

[7] S. a. a. O. n. 9.

[8] S. o. Anm. 1.

[9] So Reiffenstuel V. 39 n. 209, ferner auch Magdeburg 1315 c. 2, Hartzheim 3, 798: „. . . singulis diebus in ecclesiis et monasteriis missae celebrentur et alia divina dicantur officia sicut prius, submissa tamen voce . . . ac etiam populo nostro admisso et una campana semel tantum pulsata, ut sic conveniant, per quos debebit divinum officium celebrari“.

[10] c. 11 (Bonifaz VIII.) in VI de privil. V. 7, s. o. S. 29 n. 1.

[11] S. o. S. 25 n. 4.

[12] Die herrschende Meinung, welche die richtige Ansicht vertritt, dass die Bevölkerung ausgeschlossen bleibt, Covarruvias l. c. n. 4;

der Vergünstigung allen Klerikern der Zutritt ermöglicht worden, denn, soweit diese nicht selbst die betreffenden gottesdienstlichen Handlungen zu verrichten oder bei denselben, wie z. B. bei dem täglichen Chordienste, mitzuwirken haben[1] oder an dem Gottesdienst theilzunehmen verpflichtet sind[2], hat keine kirchliche Rechtsnorm ihnen eine derartige Befugniss gewährt[3], wenngleich die Doktrin schon seit alter Zeit angenommen hat[4], dass allen, auch fremden Klerikern, d. h. denjenigen, welchen die

Suarez l. c. disp. XXXXIV s. 1 n. 22; Avila l. c. dub. 4; Schmalzgrueber V. 39 n. 366; Kober S. 310 ff., hat sich selbst, s. namentlich Kober, eine nicht vorhandene Schwierigkeit durch ihre falsche Auffassung der erwähnten Klausel geschaffen. Indem sie davon ausgeht, dass in derselben blos den Exkommunicirten und den mit dem Personalinterdikt Belegten der Zutritt zur Kirche verboten werde, weist sie die Zulässigkeit eines Schlusses a contrario auf die Theilnahmeberechtigung aller anderen Kirchenglieder damit von der Hand, dass einmal das Gebot der Feier des Gottesdienstes bei verschlossenen Thüren auf Fernhaltung derselben deute, weiter dass c. 11 (ebenfalls von Bonifaz VIII.) in VI de privileg. V. 7, s. o. S. 29 n. 1, ein besonderes Privilegium zum Besuche des Gottesdienstes verlange, sodann damit, dass Clem. 1 cit. V. 10 die Durchbohrung der Thüren oder Anbringung sonstiger Öffnungen in den Klosterkirchen während des Interdikts, s. o. S. 524 n. 9, verbietet, sowie Clem. 1 eod. den Franziskanern bei Strafe der Exkommunikation die Ausschliessung der Mitglieder ihres dritten Ordens ebenso wie die der anderen Gläubigen aufgiebt, nicht minder dass auch noch spätere Partikularkonzilien (z. B. Freising 1440 s. 25, Hartzheim 5, 279: „omnino quibuslibet excommunicatis et interdictis ac omnibus aliis, nisi super hoc privilegium exhibeant speciale exclusis, ministris altaris dumtaxat exceptis") denselben Standpunkt einnehmen, und endlich, dass mit einer Zulassung Aller, ausser den Exkommunicirten und den gedachten Interdicirten, die wesentlichen Wirkungen des Interdikts beseitigt worden wären. Alles das ist gewiss richtig und zutreffend. Aber, wenn man dem gegenüber die Bedeutung der Klausel dadurch zu beseitigen sucht, dass sie eine allgemein übliche und technische Ausdrucksweise, welche damals nicht missverstanden werden konnte, aufweise, und nur hervorhebe, dass die Exkommunicirten und die speziell bezeichneten Interdicirten in erster Linie und mit doppelter Sorgfalt ferngehalten werden sollten, so Kober S. 314, so ist dies sicherlich keine befriedigende Erklärung dafür, warum die Päpste fort und fort (s. gleich nachher) eine solche undeutliche Klausel gebraucht und es gerade für nothwendig erachtet haben, unter allen Anderen noch besondere Personen, obwohl die letzteren, ebenso wie die ersteren, schon an sich ausgeschlossen waren, hervorzuheben.

Hält man sich an den Wortlaut der Klausel, so ist es eine ungerechtfertigte Unterstellung, dass sie blos diejenigen betrifft, welche mit dem Personalinterdikt belegt sind oder das mit dem Interdikt bedrohte Vergehen begangen oder dabei thätige Hülfe geleistet haben. So oft sie vorkommt, s. z. B. o. S. 25 n. 4; c. 11 (Innoc. III.) X de poenit. V. 38; c. 25 (Later. IV.) X de privil. V. 33; c. 57 (Gregor. IX.) X de sent. exc. V. 39; c. 11 (Bonif. VIII.) in VI cit. V. 7, wird der Exkommunicirten und der Interdicirten schlechthin gedacht. Wenn mit den ersteren Personen bezeichnet werden, welche an sich von der Theilnahme am Gottesdienste ausgeschlossen sind, so hat es nicht das mindeste Bedenken, unter den Interdicirten eben solche zu verstehen, welche sich rechtlich in derselben Lage befinden, also nicht blos die speziell hervorgehobenen, sondern auch alle, die nur deswegen interdicirt sind, weil sie mittelbar von dem Lokalinterdikt betroffen werden sollen und betroffen worden sind. Dafür spricht nun aber weiter, dass wenn c. 24 (Later. IV.) X de priv. V. 33, welches den kollektirenden Religiosen die Abhaltung des Gottesdienstes in einer Kirche ihres mit dem Lokalinterdikt belegten Aufenthaltsortes gestattet, s. o. S. 27, die Öffnung der Kirchen (d. h. doch für das Volk) erlaubt und nur den Exkommunicirten, nicht den Interdicirten den Zutritt verbietet, ebenso auch Bonifaz VIII. in c. 24 in VI V. 39 cit. nicht die Interdicirten an den hohen Festtagen, s. o. S. 29 und unten S. 527, sondern ebenfalls blos die Exkommunicirten ausschliesst, aber keine dieser beiden Stellen der Statthaftigkeit der Theilnahme der interdicirten Bevölkerung besonders gedenkt, obwohl ihr gerade die letztere in den gedachten Fällen gewährt werden soll, unter den Interdicirten das vom Lokalinterdikt betroffene Volk gemeint sein muss. Von diesem Standpunkte aus erklärt sich auch der Sinn der Klausel einfach und befriedigend, namentlich, wenn man weiter berücksichtigt, dass derjenige, welcher durch seine That das Lokalinterdikt herbeigeführt hatte, für die Regel exkommunicirt wurde, s. o. S. 524 n. 2. Sie will es zum Ausdruck bringen, dass in der Gestattung des stillen Gottesdienstes bei verschlossenen Thüren lediglich dem Klerus, nicht aber dem Schuldigen (dem Exkommunicirten) und denjenigen, welche wegen seiner That neben ihm vom Interdikt betroffen werden, eine Vergünstigung zu Theil werden soll, und will einer irrigen und zu weit gehenden Auslegung der Milderung des Lokalinterdikts vorbeugen.

[1] Sie verlieren auch, wenn sie dabei fehlen, wie sonst, ihren Antheil an den Distributionen, s. c. 24 in VI cit. V. 39.

[2] Wie z. B. die Regularen bei den Klostergottesdiensten.

[3] So fasst auch Freising 1440 c. 25 cit., Hartzheim 5, 279, s. o. S. 525, Anm. 12, die Sache auf.

[4] Covarruvias l. c. P. II §. 4 n. 4; Avila l. c.

Klerikalprivilegien in vollem Umfange zukommen[1], der Zutritt zu sämmlichen gottesdienstlichen Handlungen offenstehe[2].

b. Ferner tritt eine Suspension des generellen Interdikts an den hohen Festtagen, nämlich zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten und an Mariä Himmelfahrt[3], sowie auch am Frohnleichnamsfeste[4] in dem Umfange ein, dass in den erwähnten Kirchen[5] der Gottesdienst an den bezeichneten Festen unter Glockengeläut, bei offenen Thüren öffentlich und feierlich unter Zulassung aller Gläubigen, selbst aller speziell Interdicirter und derjenigen, wegen deren Vergehen das generelle Interdikt verhängt worden ist[6], gefeiert werden darf.

c. Die zu a. gedachte Vergünstigung hat für die Spendung der Sakramentalien[7] (der Exorcismen, Konsekrationen und Benediktionen) eine geringe praktische Bedeutung, denn sie erscheint betreffs derselben allein zulässig, wenn diese innerhalb, nicht ausserhalb der Kirche vorgenommen wird, und überdies ist sie auch ausgeschlossen, wenn der Empfänger dabei gegenwärtig sein muss, weil dem Volke der Zutritt zur Kirche verwehrt ist[8]. Anders verhält es sich mit der Milderung unter b, denn mit Rücksicht auf diese kann an den erwähnten Tagen die feierliche Spendung aller Sakramentalien, soweit sie an sich zulässig ist, erfolgen[9].

d. Die Vornahme der besprochenen gottesdienstlichen Handlungen, welche eine Milderung des Interdikts bildet, steht nicht im Belieben des Bischofs oder Ordinarius oder des Klerus des interdicirten Bezirkes oder der interdicirten Kirche, vielmehr muss sie erfolgen, was sich daraus ergiebt, dass durch die gedachten Anordnungen

P. V. disp. 4 s. 2 dub. 4; Schmalzgrueber V. 39 n. 366; so auch Pr. K. Mexiko 1585. V. 11. §. 7, Hardouin 10, 1726: „tempore apostolici seu ordinarii interdicti missa et alia divina officia celebrentur clausis ianuis et ab ecclesia interdictis et excommunicatis exclusis, tantummodoque clericis non coniugatis admissis".

1 Also auch denjenigen, welche noch keinen ordo, sondern nur die Tonsur haben, nicht aber denjenigen, welche selbst in erster, mit einer Jungfrau geschlossenen Ehe verheirathet und nicht im Dienst einer bestimmten Kirche stehen, Covarruvias und Avila ll. cc., s. auch Bd. I. S. 119. 161.

2 Irrigerweise wird dies theils aus der Vorschrift des c. 24 in VI cit. V. 11 hergeleitet, dass der Gottesdienst „sicut prius" gefeiert werden dürfe, und auch daraus, dass mit der Gestattung gottesdienstlicher Handlungen, weil solche die Kleriker allein zu feiern befugt sind und c. 24 cit. keine Beschränkung ausspreche, auch allen Geistlichen das Recht zum Zutritt gegeben sei. Das „sicut prius" bestimmt indessen bloss den Umfang des Gottesdienstes, und die Erlaubniss zu gottesdienstlichen Handlungen bedingt an sich nur die Anwesenheit der Kleriker, welche sie zu verrichten und an denselben theilzunehmen haben, nicht aber anderer, welche dabei völlig unbetheiligt sind.

3 c. 24 in VI cit. V. 11, und zwar zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten nur an dem ersten Festtage, diesen von der Vesper der Vigilie des vorhergehenden Tages bis zur Vesper des Tages selbst gerechnet, c. 1 (Mainz 813) X de feriis II. 9, auch nicht an der Oktave der Feste, doch herrscht darüber keine Einigkeit, s. z. B. Avila l. c. dub. 9. Vgl. des Näheren auch Suarez l. c. disp. XXXIV s. 1 n. 39 ff.; Kober S. 317.

4 Nach Martin V.: Ineffabile 1429 §. 3, b. Taur. 4, 731 und Eugen IV.: Excellentissimum v. 1433, ibid. 5, 14; und zwar kraft ausdrücklicher Vorschrift hier auch an der Oktave des Festes. Ausserdem ist für Spanien diesem Fest durch Leo X. auch das Fest der unbefleckten Empfängniss Mariä und die Oktave desselben, ferner sind ihm durch andere Päpste gewisse Feste einzelner Orden gleichgestellt worden, Suarez l. c. n. 43; Avila l. c. dub. 9; Schmalzgrueber V. 39 n. 365.

5 S. o. S. 525.

6 Nach ausdrücklicher Vorschrift des c. 24 in VI cit. dürfen sich diese letzteren aber nicht dem Altar nähern, nicht wie Kober S. 316 meint, weil sie sich vom Empfang der Kommunion fernhalten, s. darüber unten S. 529 n. 8, sondern weil sie besonders als schuldig gekennzeichnet werden sollen.

7 Bd. IV. S. 140 ff.

8 Daher wird namentlich während des generellen Lokalinterdikts die Aussegnung der Wöchnerinnen und die *benedictio nuptialis* mit Recht für unzulässig erklärt, s. z. B. Freising 1440 c. 25, Hartzheim 5, 279; Mexiko 1585 V. 11 §. 7, Hardouin 10, 1726; vgl. Schmalzgrueber V. 39 n. 359.

9 Also die benedictio nuptialis, die Benediktion von Äbten, des Wassers und der kirchlichen Paramente, Covarruvias l. c. §. 5 n. 6; Schmalzgrueber l. c. n. 359.

die schweren, Schuldige und Unschuldige treffenden Wirkungen der Strafe haben beschränkt werden sollen [1].

e. Wenn sich Jemand, welcher den erlaubten gottesdienstlichen Handlungen nicht beiwohnen darf [2], in der Kirche einfindet, so muss er aus derselben entfernt und, falls sich dies nicht ermöglichen lässt, die gottesdienstliche Handlung abgebrochen werden [3].

f. Da die Predigt nicht zu den officia divina gehört, so ist die Abhaltung einer solchen während eines generellen Lokalinterdiktes gestattet [4]; nicht minder auch das Glockenläuten zu anderen Zwecken als um den Beginn des Gottesdienstes in der Kirche anzuzeigen, also z. B. um die Zeit der Predigt oder des englischen Grusses anzugeben [5].

2. Von dem mit dem Lokalinterdikt verbundenem Verbot der Spendung der Sakramente ist bei dem generellen Interdikt:

a. schon früh eine Ausnahme zu Gunsten der Taufe von Kindern gemacht [6] und diese von Bonifaz VIII. ebenfalls auf die Taufe der Erwachsenen ausgedehnt worden [7], womit von selbst auch die Statthaftigkeit der Ertheilung des nothwendigen Vorbereitungsunterrichtes für dieselben [8] gegeben ist. Da der gedachte Papst zugleich auch die Bereitung des Chrismas während des Interdikts gestattet hat [9], so kann die Taufe selbst in feierlicher Weise [10] in der Kirche bei geöffneten Thüren gespendet werden [11], und die Konsequenz bedingt es weiter, dass auch die Benediktion des erforderlichen Weihwassers, falls es an solchem mangelt [12], sowie die des Taufbrunnens, wenn der letztere noch nicht benedicirt sein sollte [13], für zulässig erachtet werden muss.

Ganz dasselbe gilt für die Spendung der Konfirmation sowohl der Kinder, als auch der Erwachsenen, eine Ausnahme, in Betreff welcher die Entwicklung denselben Gang genommen hat [14].

c. Die schon früh zu Gunsten des Busssakramentes für Sterbende gemachte Ausnahme [15] ist ebenfalls durch Bonifaz VIII. auf alle Gesunden [16] erweitert worden [17].

[1] Für die unter a bis c gedachten Vergünstigungen ergiebt dies auch der Wortlaut von c. 24 in VI cit. V. 11, s. o. S. 29 n. 3. Was die in Betreff des Lokalinterdiktes o. S. 524 besprochene Ausnahme betrifft, so bedient sich allerdings c. 57 cit. V. 39 des Wortes: Permittimus, da aber das Viatikum den Sterbenden gespendet, s. o. S. 24 und unten S. 529, also für die erforderlichen Hostien gesorgt werden muss, so folgt daraus auch die korrespondirende Verpflichtung.

[2] S. 525. 526.

[3] Wegen der Exkommunicirten s. Bd. IV. S. 193. Dasselbe gilt analog für die Interdicirten, Schmalzgrueber V. 39 n. 366; Kober S. 315.

Die Älteren behaupten überwiegend, dass Kinder und Wahnsinnige, Covarruvias l. c. §. 4 n. 5; Avila l. c. dub. 5 und die dort citirten, nicht von den gottesdienstlichen Handlungen während eines generellen oder partiellen Interdikts ausgeschlossen seien, übersehen aber, dass diese einmal das ihnen als Mitgliedern der katholischen Kirche zustehende Recht zur Benutzung der Kirchengebäude, Bd. IV. S. 340, wegen mangelnder Handlungsfähigkeit nicht ausüben können, und ferner dass, da das Lokalinterdikt Schuldige und Unschuldige in gleicher Weise trifft, die Handlungsfähigkeit der davon berührten Personen gleichgültig erscheint.

[4] c. 43 (Innoc. III.) X cit. V. 39; Kober S. 305. 320.

[5] Covarruvias l. c. §. 5; Schmalzgrueber V. 39 n. 366.

[6] S. o. S. 25; c. 11 (Alex. III.) X de spons. IV. 1.

[7] c. 19 in VI de sent. exc. V. 11.

[8] Bd. IV. S. 27.

[9] S. Anm. 7.

[10] Bd. IV. S. 36.

[11] Denn der Gebrauch des Chrismas gehört blos bei der feierlichen Taufe zu den Solennitäten, vgl. auch Avila l. c. P. IV disp. 4 s. 1 dub. 4; Schmalzgrueber V. 39 n. 351; Kober S. 324.

[12] Kober S. 324. 325.

[13] Schmalzgrueber V. 39 n. 351.

[14] S. o. S. 24 n. 8 u. S. 26; c. 43 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 19 (Bonif. VIII.) in VI eod. V. 11.

[15] S. o. S. 24. 26.

[16] Nachdem schon Innocenz III. den Kreuzfahrern und durchreisenden Fremden (peregrini) das Recht dazu gewährt hatte, c. 11 X de poenit. V. 38.

[17] c. 24 in VI cit. V. 11; s. o. S. 29 n. 3.

Von dieser Vergünstigung sind allein die Exkommunicirten [1], sowie diejenigen, wegen deren That das Interdikt verhängt worden, endlich diejenigen, welche bei der letzteren Hülfe oder Rath gewährt oder dieselbe begünstigt haben, ausgenommen geblieben [2]. Selbstverständlich ist, dass auch dieses Sakrament innerhalb der Kirche in der üblichen Weise gespendet werden darf.

d. In Verbindung mit der Milderung hinsichtlich des Busssakramentes ist schon früh auch die Spendung der Eucharistie im Falle der Todesgefahr, also des s. g. Viatikums [3], gestattet [4] und dann gemeinrechtlich als zulässig anerkannt worden [5]. Eine Erweiterung auf andere Fälle hat nicht stattgefunden, insbesondere ist die Annahme, dass an den erwähnten hohen Festtagen, an denen feierlicher Gottesdienst gehalten wird [6], auch die Eucharistie an alle anwesenden Gläubigen ausgetheilt werden dürfe und diese zu kommuniciren berechtigt seien [7], nicht begründet [8]. Ebensowenig dürfen die Kleriker, welche nicht selbst celebriren, an diesen Tagen, oder wenn sie an den anderen den Gottesdienst mit gedämpfter Stimme abhalten [9], kommuniciren [10].

Berechtigter Weise hat die Doktrin dagegen die Gewährung der Eucharistie nicht blos für den Fall gestattet, in denen Jemand wegen einer Krankheit in Todesgefahr schwebt, sondern auch für solche, in denen eine solche Gefahr äusserlich an ihn herantritt [11], z. B. an Soldaten vor der Schlacht, an Kaufleute beim Antritt einer gefahrvollen, langen Seereise, sowie an die zum Tode Verurtheilten vor der Hinrichtung [12]. Endlich kann die Eucharistie öffentlich, mit allen von der Kirche vorgeschriebenen Feierlichkeiten [13] in das Haus des Kranken, welcher sie empfangen soll, gebracht werden [14].

e. Soweit nach dem Vorstehenden (s. unter a bis d) Ausnahmen von dem Verbot

1 Wegen des Bannes. Im Falle der Todesgefahr können sie daher, wie in anderen Zeiten, in denen kein Interdikt verhängt ist, zugelassen werden, c. 24 cit.

2 c. 24 cit. Sie dürfen aber absolvirt werden, wenn sie vorgängige Satisfaktion oder ausreichende Kaution für diese geleistet, ferner, falls ihnen das eine oder andere augenblicklich unmöglich, das eidliche Versprechen gegeben haben, die Genugthuung sobald es angänglich zu gewähren oder auf die Leistung der anderen Betheiligten obliegenden Satisfaktion nach Kräften, namentlich durch Rath und That, hinzuwirken.

3 Bd. IV. S. 80.

4 S. o. S. 24 u. 26.

5 c. 11 (Innoc. III.) X de poenit. V. 38 cit.

6 S. o. S. 527.

7 So Kober S. 329 unter Berufung auf Suarez l. c. disp. XXXIII. s. 1 n. 36. 37; Engel V. 39 n. 93; s. auch Schmalzgrueber V. 39 n. 365 u. Nicollis, praxis canonica. Salisburgi 1729. 2, 647 s. v. interdictum n. 26.

8 Wenn man sich für das Gegentheil darauf beruft, dass Bonifaz VIII. in c. 24 in VI cit. V. 11 den Gläubigen die participatio divinorum gestatte, und diese allgemeine Bezeichnung, da es sich um eine Gunstbezeigung handele, auch auf die Eucharistie bezogen werden müsse, so ist dabei übersehen, dass der Papst in dem ersten Theile des Kapitels von den Begünstigungen hinsichtlich der Sakramente, erst dann aber von denen hinsichtlich des Gottesdienstes handelt. Demnach können hier die Sakramente nicht unter den divina begriffen werden, um so weniger als man dann auch annehmen müsste, dass den nicht vom Gottesdienst ausgeschlossenen, specialiter interdicti das Recht zur Kommunion beigelegt worden sei und es eine unklare Ausdrucksweise wäre, die Interdicirten, wegen deren Vergehen das Interdikt verhängt worden ist, durch die Anordnung, dass sie sich nicht dem Altar nähern sollen, von dem Empfang der Eucharistie auszuschliessen. So hat man auch noch im 15. Jahrh. das c. 24 cit. verstanden, s. Freising 1440 c. 25, Hartzheim 5, 280: „.. neque vivis neque sanis illis diebus sacramentum eucharistiae ministretur". Weder die Glossen zu den entsprechenden Stellen des X und VI, noch Covarruvias l. c. §. 3 n. 1; Avila l. c. s. 1 dub. 5, welcher ausdrücklich hervorhebt, dass das c. 24 cit. keine Änderung in Betreff des Altarsakramentes gemacht habe, theilen diese Ansicht.

9 S. o. S. 525.

10 Covarruvias l. c. §. 3 n. 1; Avila l. c.

11 Avila l. c.; Schmalzgrueber V. 39 n. 354; Kober S. 329.

12 Covarruvias l. c. n. 2, s. auch die vorige Anm.

13 c. 10 (Honor. III.) X de celebr. miss. III. 41; Rituale Romanum tit. IV c. 3 n. 6 ff.

14 Avila l. c.; Schmalzgrueber V. 39 n. 354; Kober S. 328.

zugelassen sind, haben die Gläubigen aus dem S. 527 gedachten Grunde ein Recht darauf, dass die betreffenden Sakramente, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, gespendet werden. Es steht also nicht in der Hand der Kirchenoberen, die Spendung zu untersagen, oder im Belieben des einzelnen Geistlichen, sie zu verweigern.

f. Was die sonstigen, noch in Betracht kommenden Sakramente, die letzte Ölung, die Ordination und die Ehe betrifft, so ist hinsichtlich der beiden ersteren niemals eine Ausnahme zugelassen, ja die Unzulässigkeit der Spendung der ersteren sogar ausdrücklich gemeinrechtlich ausgesprochen worden [1], und das letztere muss auch für die Ordination gelten [2], da der Bischof, welcher dieselbe vornehmen wollte, seinerseits der Irregularität verfallen würde [3].

Anders verhält es sich mit der Ehe. In der Zeit, in welcher das Interdikt zuerst als kirchliches Strafmittel verwendet wurde [4], war der Charakter derselben als Sakrament im Sinne der heutigen katholischen Lehre noch nicht anerkannt [5], und da sie damals durch blossen Konsens geschlossen wurde, so konnte selbstverständlich die Eingehung derselben durch das Interdikt nicht gehindert sein [6]. Seit der Aufnahme des letzteren in das gemeinrechtliche Strafensystem ist niemals ein ausdrückliches Verbot der Eheschliessung erlassen worden [7], und an diesem Rechtszustande hat die spätere Anerkennung der Ehe als eines Sakramentes in dem jetzt massgebenden Sinne und die Einführung der tridentinischen Form der Eheschliessung nichts ändern können.

1 c. 11 (Innoc. III.) X cit. V. 38. Wenn daher die Spendung von manchen Schriftstellern, s. z. B. Reiffenstuel V. 39 n. 203; Schmalzgrueber V. 39 n. 355; Kober S. 330. 331, an solche Kranke, welche die übrigen Sakramente, also das Buss- und Altarsakrament, nicht mehr empfangen können, gestattet wird, weil von der Kirche als sorglicher Mutter, da sie ihre Kinder nicht ohne Sakrament aus der Welt scheiden lasse, nicht angenommen werden könne, dass sie solchen Kranken das einzige für diese übrig bleibende Sakrament vorenthalten wolle, so ist dies eine eigenmächtige Korrektur der kirchlichen Gesetzgebung, welche um so weniger zulässig erscheint, als diese Jahrhunderte lang bei der letzten Ölung niemals eine Ausnahme zugelassen hat. Suarez l. c. disp. XXXIII. s. 1 n. 38 ff. und Avila l. c. dub. 7 stellen eine solche Ausnahme nicht auf.

2 Diese darf also weder bei geschlossenen Thüren, noch auch öffentlich an den hohen Feiertagen, an denen sonst für Alle der Gottesdienst stattfindet, vorgenommen werden. Dies ist auch die einstimmige Meinung der Kanonisten, s. Covarruvias l. c. §. 3 n. 4; Suarez l. c. disp. XXXIII. s. 1 n. 44. 45; Avila l. c. dub. 8; Reiffenstuel V. 39 n. 202; Schmalzgrueber V. 39 n. 356; Kober S. 331. Allerdings wird vielfach eine Ausnahme für den Fall gemacht, dass ein solcher Priestermangel vorliegt, dass es nicht möglich ist, Allen, welche die Taufe, Busse und Eucharistie in den zugelassenen Fällen begehden, diese Sakramente zu spenden, s. Avila, rchmalzgrueber, Kober ll. cc. — dagegen Soch Covarruvias l. c. —, aber dies hat keinen nuellenmässigen Anhalt, und wenn man sich qafür auf die gesetzlich erlaubte Bereitung des Chrismas für die Taufe und Konfirmation, s. o. S. 528, beruft, so handelt es sich hierbei um ein Erforderniss, welches zur Spendung der ausdrücklich zugelassenen Sakramente selbst erforderlich ist, und es erscheint daher ein Schluss daraus auf die Beschaffung der nothwendigen Spender der Sakramente nicht zulässig, um so weniger, als die Anhänger der hier bekämpften Ansicht, s. Schmalzgrueber und Kober, selbst zugeben, dass in den weitaus meisten Fällen sich die erforderlichen Priester durch Ausstellung von Dimissorien behufs Ausweihung durch Bischöfe nicht interdicirter Diöcesen beschaffen lassen.

3 c. 18 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11, welches vom Celebriren an einem interdicirten Ort handelt, s. Covarruvias l. c. §. 3 n. 2 u. Bd. I. S. 53, das um so mehr Anwendung finden muss, als der Bischof bei der Ertheilung der ordines sacri jedenfalls die Messe zu lesen hat, wennschon er die niederen auch ohne diese geben kann, s. Pontificale Romanum de ordinibus conferendis.

4 Nach der Mitte des 10. Jahrhunderts, s. o. S. 19. 20.

5 Hahn, Lehre von den Sakramenten, Breslau 1868, S. 79. 86. 100.

6 Nur ganz vereinzelt ist ein Verbot der Ehe, so zu Limoges 1031, s. o. S. 23 n. 4, und in dem Interdikt von 1207 über England, s. o. S. 25 n. 7 u. S. 26 n. 5: „sponsalia et matrimonia non contrahantur", aber ehe sich der gemeinrechtliche Umfang des Interdikts festgestellt hatte, ausgesprochen worden.

7 Die in der vor. Anm. gedachten Ausnahmen sind nicht in das gemeine Recht übernommen worden.

Denn trotz der ersteren ist es immer noch der Konsens, welcher die Ehe und damit zugleich die Sakramentswirkung herbeiführt [1], und die nach dem Trienter Konzil gebotene Entgegennahme der Eheerklärung durch den Pfarrer stellt sich nicht als Sakramentsspendung, nicht einmal als eine durch das Interdikt ausgeschlossene gottesdienstliche, sondern als eine durch das letztere nicht berührte Beurkundungshandlung dar. Demnach ist auch noch nach dem späteren Recht sowohl die Eheeingehung, als auch die Assistenz des Pfarrers zur Entgegennahme des Ehekonsenses als erlaubt zu betrachten [2], während allerdings die Benediktion der Ehe, da sie zu den verbotenen officia divina gehört [3], im Allgemeinen unstatthaft [4] und allein an den hohen Feiertagen, sofern nicht etwa, wie zu Weihnachten und Ostern, die geschlossene Zeit ein besonderes Hinderniss bietet, gestattet ist [4].

Die Frage, ob die vorstehend, s. S. 528 ff., besprochenen Milderungen des Verbotes der Sakramentsspendung auch für das spezielle Lokalinterdikt Anwendung finden, ist im Allgemeinen zu verneinen, denn die betreffenden Dekretalenstellen setzen sie mehr oder minder deutlich blos für das generelle fest. Eine Ausnahme macht allein die Gewährung des Busssakramentes und des Viatikums im Falle der Todesgefahr, sofern in der interdicirten Kirche die Eucharistie aufbewahrt wird [5]. Für die übrigen Sakramente [6] liegt auch in der That kein Bedürfniss zu einer derartigen Milderung vor, und wenn von manchen in Betreff der Taufe gelehrt wird, dass diese vorgenommen werden dürfe, wenn ihre Spendung nicht ohne grosse Schwierigkeit in einer benachbarten Kirche ermöglicht werden könne [7], so hat dies keinen quellenmässigen Anhalt [8].

3. Die dritte Hauptwirkung des generellen Interdikts ist die Entziehung des kirchlichen Begräbnisses [9], d. h. des Begräbnisses in geweihter Erde, also auf dem Kirchhofe, sowie der mit der Beerdigung verbundenen kirchlichen Handlungen und des Leichengottesdienstes innerhalb des ganzen interdicirten Bezirks. Das Ver-

[1] Das Sakrament wird also den Ehegatten gar nicht durch die Kirche und ihre Diener, welche sich beim Interdikt ihrer Thätigkeit zu enthalten haben, gespendet, sondern diese spenden sich das Sakrament selbst mit der Eheschliessung.

[2] Die herrschende Meinung, gegen welche nur vereinzelte Stimmen (s. z. B. Suarez l. c. disp. XXXIII. s. 1 n. 50 ff.) laut geworden sind, ist für die Statthaftigkeit der Eheschliessung, Covarruvias l. c. §. 2 n. 7; Avila l. c. dub. 6; Reiffenstuel V. 39 n. 203; Schmalzgrueber V. 39 n. 357. 360; Kober S. 331. 332; vgl. auch Mexico 1585 XI. §. 7, Hardouin 10, 1726: „matrimonium de praesenti contrahi poterit, benedictiones nuptiales nequaquam dentur". Daraus folgt auch, dass die Entgegennahme des Konsenses durch den Pfarrer zulässig ist.

[3] S. o. S. 527 n. 8.

[4] S. das Citat in Anm. 2 u. o. S. 527 n. 8. Manche, s. Covarruvias l. c. u. Avila l. c., halten sie auch bei dem nicht feierlichen Gottesdienst bei verschlossenen Thüren für zulässig, übersehen aber, dass den Laien zu diesem der Zutritt nicht offen steht.

[5] Denn c. 57 X cit. V. 39, s. o. S. 524 n. 7, handelt allgemein von jedem, nicht blos dem generellen Interdikt, und nach c. 11 X cit. V. 38 ist mit dem Viatikum auch die Gewährung des Busssakraments, wie umgekehrt mit diesem die des ersteren verbunden.

[6] Die letzte Ölung ist unbedingt verboten, die Eheschliessung gestattet, die Ordination kann in einer anderen, nicht interdicirten Kirche vorgenommen werden, während die Konfirmation nicht absolut nothwendig zum Seelenheile ist, jedoch erklären manche, s. z. B. Reiffenstuel V. 39 n. 200, diese beim speziellen Lokalinterdikt für gestattet.

[7] Suarez l. c. disp. XXXIII s. 1 n. 3; Kober S. 325.

[8] Überdies wird die Ausnahme so vag bestimmt, dass sie zu reiner Willkür führen kann. Jedenfalls wird sich immer eine Nothtaufe in solchen Fällen, in denen die einzige Kirche im Orte interdicirt ist und sich keine andere in der Nähe befindet, ermöglichen lassen. Kober S. 325 will das für die Taufe von ihm Bemerkte sogar auch analog auf die anderen Sakramente, deren Spendung erlaubt ist, anwenden, indessen lässt sich dies ebenso wenig, nicht einmal durch ein Bedürfniss dazu rechtfertigen, s. o. Anm. 5 u. 6.

[9] S. 24 n. 7. Mitunter ist sogar früher, vor Abschluss des gemeinen Rechts, selbst die Bestattung der Leichname in ungeweihter Erde verboten worden, s. o. S. 26 n. 4; Kober S. 335.

bot gilt für alle, Schuldige und Unschuldige, Erwachsene und Kinder [1]. Wenn indessen trotzdem die Beerdigung erfolgt ist, so muss die Leiche auf dem Kirchhofe belassen werden [2]. Ferner ist es zulässig, die Leiber der Verstorbenen nach einem anderen, nichtinterdicirten Ort zu bringen [3] und dort in geweihter Erde zu bestatten [4], sowie nach Aufhebung des Interdikts die an einem profanen Orte beerdigten Leichen auf dem Kirchhofe beizusetzen [5].

Nur den Klerikern [6], d. h. den Tonsurirten [7] und den Regularen beiderlei Geschlechts [8], ist die Vergünstigung gewährt, trotz des Interdikts an einem geweihten Ort [9] bestattet zu werden, sofern sie das Interdikt bei Lebzeiten beobachtet haben [10] und nicht etwa der Exkommunikation oder einem Personal-Interdikt unterliegen [11]. Die Beerdigung darf aber blos ohne Glockengeläute, ohne jede kirchliche Feierlichkeit und still, d. h. ohne Gesang und ohne aktive Betheiligung eines Geistlichen, geschehen [12], während der Leichengottesdienst in der Kirche, wie jeder andere Gottesdienst, bei verschlossenen Thüren und mit gedämpfter Stimme abgehalten werden soll [13]. Abgesehen von besonderen Privilegien bildet dieser Fall die einzige Ausnahme, insbesondere ist durch die Zulassung des öffentlichen Gottesdienstes an den Hauptfesten und den hohen Festtagen [14] nicht zugleich das Recht gegeben worden, die Be-

[1] c. 11 (Innoc. III.) X cit. V. 38, in Betreff der letzteren ist die Doktrin einig, Suarez l. c. disp. XXXV. s. 1 n. 2; Schmalzgrueber V. 39 n. 369; Kober S. 336.

[2] Denn das gemeine Recht hat die Entfernung blos für die Exkommunicirten vorgeschrieben, s. o. S. 497 n. 1, und auf die allein dem Lokalinterdikt wegen seiner räumlichen Wirksamkeit unterworfenen Personen findet der Satz, s. c. 12 (Innoc. III.) X de sepult. III. 38: „quibus non communicavimus vivis, non communicamus defunctis" keine Anwendung. Deshalb gilt das Gesagte aber nicht für den personaliter interdictus, s. o. S. 518. So auch Avila l. c. dub. 2; Engel V. 39 n. 96; Reiffenstuel V. 39 n. 215. Undeutlich Kober S. 337, nach dem die Leiche nicht entfernt zu werden braucht. Vereinzelt steht Salzburg 1418 c. 31, dass diejenigen Laien, welche während eines generellen Lokalinterdikts Leichen auf dem Kirchhof begraben und dabei Hülfe leisten, der exc. l. s. verfallen und nur vom Bischof oder Erzbischof absolvirt werden dürfen, wenn sie die Leichen vom Kirchhof fortgeschafft und Satisfaktion geleistet haben, Hartzheim 5, 184.

[3] Sofern die sonstigen Voraussetzungen für ein Begräbniss ausserhalb der Pfarrei vorliegen.

[4] Arg. c. 16 (Bonif. VIII.) in VI cit. V. 11, falls es sich nicht um einen speziell Interdicirten handelt.

[5] Weil — abgesehen wieder von den speziell Interdicirten — das Interdikt lediglich den Hinderungsgrund für die Bestattung auf dem Kirchhof bildet, so auch die Doktrin, Avila l. c.; Engel V. 39 n. 96; Reiffenstuel V. 39. n. 214; Schmalzgrueber V. 39 n. 369; Kober S. 337, freilich unter nicht zutreffender Berufung auf gl. s. v. forma zu c. 28 X de sent. exc. V. 39.

[6] c. 11 (Innoc. III.) X cit. V. 38, s. o. S. 27 n. 3.

[7] S. o. S. 527 n. 1; Suarez l. c. disp. XXXV. s. 1 n. 4; Avila l. c. dub. 2; Schmalzgrueber V. 39 n. 370.

[8] Weil diesen ebenfalls die Klerikalprivilegien zustehen, Avila l. c.; Engel l. c. n. 97; Schmalzgrueber l. c. n. 370; Kober S. 337.

[9] c. 11 X cit. V. 38 spricht zwar nur vom coemeterium ecclesiae, aber nur um die kirchliche Begräbnissstätte zu bezeichnen. Daher ist das Begräbniss in der Kirche nicht ausgeschlossen, Suarez disp. XXXV. s. 1 n. 7; Schmalzgrueber l. c.; Kober S. 338.

[10] c. 11 X cit. („qui servaverint interdictum"), also namentlich nicht Amtshandlungen unter Verletzung des Interdikts vorgenommen haben. Vielfach stellen die Kanonisten diejenigen gleich, welche durch ihr Vergehen die Verhängung des Interdikts herbeigeführt haben, weil sie sich in nicht geringerer Verschuldung befinden, Avila l. c.; Schmalzgrueber l. c. n. 370; Kober S. 337. Dieser Grund ist aber nicht zutreffend, denn bei Nichtbeobachtung des Interdikts handelt es sich um das schwere Vergehen der Missachtung verhängter kirchlicher Strafen. Im Übrigen spielt dabei offenbar die unrichtige Auffassung mit, dass der Verbrecher, welcher das Lokalinterdikt veranlasst, von selbst dem speziellen Personalinterdikt verfällt, s. o. S. 524. Demnach ist die Ausdehnung nicht gerechtfertigt und praktisch überflüssig, weil der Thäter für die Regel durch die gegen ihn verhängte Exkommunikation des kirchlichen Begräbnisses beraubt sein wird.

[11] S. o. S. 497 u. S. 518.

[12] c. 11 X cit. V. 38: „sine campanarum pulsatione, cessantibus solennitatibus omnibus cum silentio tumulentur". Weltliche Ehrenbezeigungen sind aber nicht ausgeschlossen, Schmalzgrueber l. c. n. 370.

[13] Zwar nicht nach c. 11 X cit., wohl aber nach c. 24 in VI cit. V. 11, s. o. S. 525, denn derselbe gehört ebenfalls zum officium divinum; Suarez l. c. disp. XXXV s. 1 n. 8.

[14] S. o. S. 527.

stattung der Leichen, sei es von Geistlichen oder Laien, mit den regelmässigen und üblichen Feierlichkeiten an geweihten Orten vorzunehmen[1].

Für das eine Kirche und den als ihre Pertinenz zu ihr gehörigen Kirchhof[2] oder gar blos einen Friedhof treffende Interdikt kommt die zu Gunsten der Kleriker aufgestellte Ausnahme nicht zur Anwendung[3], vielmehr bleibt hier nichts anderes übrig, als die Leichen der Kleriker nach einem nicht interdicirten Ort zum Begräbniss zu bringen[3].

An diesem Rechtszustand hinsichtlich der Wirkungen des generellen und speziellen Lokalinterdikts ist durch die const. Martins V.: *Ad vitanda* nur soviel geändert[4], dass sich dieselben erst dann voll äussern, wenn eine ordnungsmässige Publikation der das Interdikt verhängenden oder den Eintritt desselben deklarirenden Sentenz unter spezieller Bezeichnung des betreffenden Ortes erfolgt ist[5], denn bis dahin braucht Niemand das Interdikt zu beobachten. So lange kann also der Gottesdienst in der regelmässigen Weise gehalten, die Spendung der Sakramente und Sakramentalien wie sonst stattfinden und ebenso auch das kirchliche Begräbniss gewährt werden[6].

Wenngleich die vor der Reform Bonifaz' VIII. gegebenen zahlreichen Privilegien, welche weitere Milderungen als diese für das generelle Lokalinterdikt gewähren, durch dieselbe beseitigt worden sind[7], so haben die Päpste doch seitdem mehrfach, freilich nicht in demselben Masse wie früher[8], darüber hinausgehende Privilegien ertheilt[9].

1 Denn die kirchliche Bestattung auf dem Kirchhofe oder selbst in der Kirche ist an sich kein officium divinum und das Verbot der ersteren besteht ganz unabhängig von dem der gottesdienstlichen Handlungen, vgl. auch c. 3 (Alex. III.) §. 3 X de privil. V. 33 u. c. 8 (Bonif. VIII.) in VI eod. V. 7. Auch sind die letzteren beim Begräbniss nur Accessorien. Deshalb kann aus der Gestattung der feierlichen officia divina an den erwähnten Tagen durch c. 24 in VI cit. nicht die Beseitigung des Verbotes der bei der kirchlichen Bestattung üblichen Feierlichkeiten hergeleitet werden. So auch die überwiegende Meinung Avila l. c. dub. 3; Schmalzgrueber V. 39 n. 371—373; Kober S. 339; s. auch Freising 1440 c. 25, Hartzheim 5, 279: „nec in illis festivitatibus sepeliantur corpora mortuorum".

2 Liegt der Kirchhof gesondert, so wird er nicht vom Lokalinterdikt mit betroffen, c. 17 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

3 c. 11 X cit. V. 38 handelt blos vom Generalinterdikt. Eine sehr verbreitete Ansicht lässt sie auch für das specielle Interdikt gelten, theils schlechthin, theils blos für die Kleriker der interdicirten Kirche, nicht für die anderer, nicht vom Interdikt betroffener, theils nur dann, wenn alle Kirchen am Orte interdicirt sind, s. Avila l. c. dub. 2; Suarez l. c. s. 1 n. 2 ff.; Schmalzgrueber V. 39 n. 373—376; Kober S. 340. 341.

4 S. o. S. 505 n. 9.

5 S. o. S. 508. 509.

6 Von der Anerkennung der Interdiktssentenz in anderen Diöcesen kann, so weit es sich um ein lokales Interdikt handelt, keine Rede sein. Wenn Toledo 1473 c. 23, Hardouin 9, 1574, mit Bezug auf die Verletzung der Freiheiten der Kirche oder die rechtswidrige Okkupation des Kirchengutes anordnet: „Si tamen (praelatus) decreverit ad interdictum procedere, qualecumque tale sit interdictum et voluerit, quod alii praelati illud observent, quia delinquens declinat ad eorum dioeceses vel habet in eisdem terras, dominia vel districtus, tunc praelatus vel judex seu officialis teneatur mittere ad conviciniorem episcopum vel metropolitanum processum huiusmodi, suo et duorum peritorum nominibus roboratum: qui constito sibi de legalitate processus simpliciter et de plano absque citatione seu audientia partis, literas suas testimoniales exinde impendant. Quo facto omnes praelati super hoc requisiti teneantur, interdicta huiusmodi in suis dioecesibus iuxta formam processus observare et observari facere", so handelt es sich, weil das von dem kompetenten Richter verhängte Personalinterdikt, wie die Exkommunikation, s. o. S. 515. 516, überall anzuerkennen ist, hierbei einmal um eine Vorschrift, welche die sichere Konstatirung des Obwaltens dieser Strafen betrifft, ferner aber auch um die freilich nur für eine Provinz vorgeschriebene Pflicht der anderen derselben angehörigen Prälaten, ein gegen eine Person verhängtes *interdictum ambulatorium*, s. o. S. 31 und unten S. 538, zu beachten und ein anderweit ausgesprochenes Lokalinterdikt auf die in ihren Bezirken belegenen Besitzungen des Schuldigen auszudehnen.

7 S. o. S. 29.

8 Wenigstens, soweit sich nach dem publicirten Material übersehen lässt.

9 So für die Mendikanten-Orden und für die Jesuiten das Recht, die letzte Ölung zu empfan-

Die spätere kirchliche Gesetzgebung hat den dargestellten Rechtszustand nicht weiter berührt, vielmehr nur den Gebrauch des Interdikts eingeschränkt[1], so hat insbesondere das Tridentinum den kirchlichen Richtern die Verwendung desselben als Exekutionsmittel verboten, falls sie in der Lage sind, ihrerseits selbst eine Real- oder Personalexekution zu bewirken[2].

Was die praktische Bedeutung des Lokalinterdikts betrifft, welches ursprünglich in Einzelfällen als arbiträre Strafe verhängt, dann aber sowohl durch das gemeine[3], wie in auch umfassenderem Masse durch das Partikularrecht[4] des 13. und 14. Jahrhunderts für bestimmte kirchliche Vergehen ein für alle Mal als Strafe festgesetzt worden ist, so hat dasselbe in der letzteren Weise noch bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts, soweit dabei Ortschaften und Länder in Frage gestanden haben, durch die allgemeinen Konzilien[5], die Päpste[6] und auch die Partikular-

gen, s. Avila l. c. P. V disp. 4 s. 2 dub. 7, ferner nach der Bulle Cruciatae (seit Calixt. III. 1455, Pastor, Geschichte d. Päpste 1. A. 1, 516), s. Bd. IV. S. 105 n. 1, für die der Vortheile derselben Theilhaftigen das Recht, während eines Interdikts in allen Kirchen, in welchen während desselben Gottesdienst gehalten wird, oder in einem dafür vom Ordinarius bezeichneten Oratorium, in denen dies sonst zulässig ist, mit ihren Verwandten und Familien (s. Bd. IV. S. 315 n. 11) dem Gottesdienst beizuwohnen und auch während eines Generalinterdikts die Sakramente mit Ausnahme des Osterfeiertages zu empfangen, sowie die Todten cum moderata funerali pompa bestatten zu lassen, Ferraris, prompta bibliotheca s. v. bulla Cruciatae n. 23; Avila l. c. dub. 8; ibid. s. 2 dub. 7; weiter auch noch für einzelne Personen, namentlich Fürsten, so Julius II. (1503—1513) für den Herzog von Savoyen nach der Bestätigungsbulle Clemens' VIII.: Decet 1595 §. 4, bull. Taur. 10, 197: „quodque in locis ecclesiastico interdicto etiam cum huiusmodi (apostolicae sedis speciali) licentia suppositis, si eum ad illa declinare vel in eis residere contigerit, missas et alia divina officia, etiam apertis ianuis ecclesiarum et campanis pulsatis ac alta voce, excommunicatis tamen et interdictis exclusis celebrari necnon ecclesiastica sacramenta quaecumque, dum tamen rite, sibi et eius uxori ac liberis ministrari facere illaque suscipere libere et licite valeret".

[1] Während Salzburg 1418 c. 9, Hartzheim 5, 176; Mainz 1441, ibid. p. 403 u. Köln 1452, ibid. p. 415, die o. S. 299 n. 4 citirte const. Bonifaz VIII. wiederholen, hat das Konzil von Basel sess. XX. c. 2, Hardouin 8, 1195, weiter angeordnet: „quod nulla civitas, oppidum, castrum, villa aut locus ecclesiastico supponi possint interdicto, nisi ex causa seu culpa ipsorum locorum aut dominii seu rectorum seu officialium. Propter culpam autem seu causam alterius cuiuscumque privatae personae huiusmodi loca interdici nequaquam possint auctoritate quacumque ordinaria seu delegata, nisi talis persona prius fuerit excommunicata ac denunciata seu in ecclesia publicata ac domini seu rectores vel officiales ipsorum locorum auctoritate iudicis requisiti huiusmodi personam excommunicatam infra biduum cum effectu non ejecerint aut ad satisfaciendum compulerint, qua etiam post biduum eiecta, recedente vel satisfaciente, divina resumi possint", eine Vorschrift, welche ebenfalls auf den Partikularsynoden, s. Mainz 1451 cit., l. c. S. 404; Freising 1480, ibid. S. 518, publicirt und auch in das französische Konkordat v. 1516 §. 25, bull. Taur. 5, 664, aufgenommen worden, aber, wie das Konzil von Basel überhaupt, der Vergessenheit anheim gefallen ist.

[2] Sess. XXV. c. 3 de ref., während dasselbe eine dem Baseler Konzil entsprechende Vorschrift nicht aufweist.

[3] c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V. 9 (civitas remaneat interdicta, wenn sie denjenigen, welche Kardinäle feindlich verfolgen, Rath und Hülfe gewährt oder sie nicht bestraft, s. auch Bd. I. S. 350 n. 6); c. 1 in VI de usur. V. 5, o. S. 199 n. 1. 4; c. 3 (Gregor. X.) in VI de elect. I. 6 (Interdikt über die civitas, deren Obrigkeiten bei der Papstwahl die Vorschriften über das Konklave nicht beobachten, Bd. I. S. 268 n. 2); Clem. 1 de poen. V. 8 (percussio episcoporum seitens einer civitas); c. un. (Joann. XXII.) in Extrav. comm. I. 1 (Interdikt über Länder und Ortschaften, deren Fürsten und Herren päpstlichen Legaten keinen freien Zutritt gewähren, Bd. I. S. 524 n. 2); c. 1 (Bonif. VIII.) in VI de sepult. III. 12, s. o. S. 247 n. 7 (hier aber blos über die Kirche).

[4] S. o. S. 181 n. 4. S. 187 n. 5. 8. S. 190 n. 6. S. 212 n. 4. S. 213 n. 2. 5. 7. S. 217 n. 2. S. 422 n. 2.

[5] So Konstanz sess. gen. XXXIX. c. 2, Bd. I. S. 271 n. 7 a. f.

[6] Julius II.: Regis pacifici 1509 §. 3 (für den Kirchenstaat), bull. Taur. 5, 474 (welche Duellanten Plätze zur Ausfechtung der Duelle gewähren); Leo X.: Quam deo 1519 §. 5 (ebenfalls für den Kirchenstaat), b. T. 5, 727 (für dasselbe Vergehen, locus subiaceat interdicto); Leo X.: Supernae 1514 §. 39, ibid. p. 604 (Sequestrirung, Aneignung und Nichtrestitution von Kirchen, Klöstern und kirchlichen Benefizien durch Fürsten und Obrigkeiten, Interdikt i. f. über die Länder und Ortschaften); Clemens VII.: Romanus pontifex 1533 §. 11, b. T. 6, 163 (Interdikt über Orte, an denen die Verhinderer der Ausführung päpstlicher Schreiben wohnen oder an welche sich diese begeben); Gregor. XIII.: Inter apostolicas

synoden[1] Verwendung gefunden, dagegen begegnet es noch in den letzteren[2], soweit es sich um Kirchen[3], Kapellen[4], Privatoratorien[5] und Altäre handelt[6], bis in die Jetztzeit hinein.

Im wesentlichen gilt dasselbe auch von der Anwendung dieser Strafe in der Praxis. Während das Interdikt bis in das 18. Jahrhundert hinein gegen einzelne Länder, Diöcesen und Ortschaften noch wiederholt von den Päpsten[7] und auch von

1584 §. 3, b. T. 8, 489, s. o. S. 519 n. 1; Clemens VIII.: Illius vices 1592 §. 7, b. T. 9, 604 (Ortschaften und Länder, in denen Duelle unter Gestattung der Fürsten und Obrigkeiten stattfinden, interdictum l. s.).

[1] Salzburg 1418 c. 16, Hartzheim 5, 178 (Ziehen von Geistlichen vor die weltlichen Richter und Aburtheilung durch dieselben, über die Territorien der Schuldigen) u. c. 23 p. 181 (Hinderung der Ausführung der letztwilligen Verfügungen zu frommen Zwecken, interdictum in loca); Paris 1429 c. 26, Hardouin 8, 1050 (Hinderung der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion seitens der weltlichen Herren); Angers 1448 c. 9, ibid. 9, 1345 (Erhebung von Durchgangsabgaben für Sachen der Kleriker und Kirchen, interd. i. f. über den Ort der Erhebung) u. c. 13, p. 1348 (Interdikt über Orte, wo sich raptores, occupatores, detentores von Kirchengut und Sachen der Geistlichen aufhalten); Toledo 1473 c. 18, Hard. 9, 1512 (Okkupation, Detention, incastellatio erledigter Kirchen, Verfügung über ihre Vermögensstücke und Ankauf derselben unter Rath, Hülfe und Begünstigung weltlicher Herren, Interdikt über die Länder der letzteren); ibid. c. 21, p. 1513 (Hinderung der Geistlichen an der Einsammlung und freien Verfügung über ihre Zehnten und Einkünfte, bei Nichtablassen nach Exkommunikation Interdikt i. f. über die Länder der betreffenden weltlichen Herren und die Ortschaften, in denen eine solche Hinderung erfolgt ist); ibid. c. 24 p. 1515 (Vertreibung der Geistlichen, welche anderswo an Kathedralen und sonstigen Kirchen Ämter haben, aus den Kirchen und Ortschaften, in welchen sie ebenfalls solche besitzen, und Ausschliessung von der Ausübung dieser Ämter durch weltliche Herren und Obrigkeiten, interdictum i. f.); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 578 (Gefangenhaltung von Klerikern, Interdikt über den Ort derselben).

[2] In den päpstlichen Konstitutionen, soweit ich sehe, nur bis zum 18. Jahrh., s. Benedikt XIII. 1728, b. T. 22, 700 (gegen ein Nonnenkloster Interdikt über die Kirche angedroht für Zulassung von musici figurati in der Kirche und im Chor).

[3] Angers 1448 c. 12, Hardouin 9, 1346 (Solennisation von klandestinen Ehen in der Kirche, interd. i. f. über dieselbe); D. S. Besançon 1571, Hartzheim 8, 133. 134 (Interdikt i. f. über die zum Begräbniss gewählte Kirche, wenn der Verstorbene nicht vorher in die Pfarrkirche gebracht ist); Cambrai 1631 III. 12, Hartzheim 9, 542 (Kollegiat- und grössere Kirchen, welche nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist das bei ihnen hergebrachte Officium von falschen Stücken reinigen oder das römische einführen, interd. i. f., s. auch Bd. IV. S. 10. 11); Neapel 1699 II. 3 n. 3. 4. 6, coll. conc. Lac. 1, 173 (Prozessionen ohne Erlaubnis des Ordinarius oder [abgesehen von bestimmten herkömmlichen] ausserhalb der Kirche oder unter Zulassung unpassender Darstellungen bei denselben, Interdikt über die Kirche, von welcher sie ausgehen, und über diejenige, in welcher sie endigen); ibid. II. 4 n. 5, p. 174 (Feier von Exequien ohne Beisein des zuständigen Pfarrers, Interd. üb. die Kirche, in welche die Leiche gebracht worden ist); ibid. II. 4 n. 9, p. 175 (Überhebung bei den Begräbnissgebühren, Interdikt über die zum Begräbniss gewählte Kirche); ibid. n. 12, p. 115 (Aufreissen der Fussböden in Kirchen und Sakristeien ohne Genehmigung des Bischofs durch Laien, um dort Todte zu bestatten); ibid. II. 5 n. 7 (Errichtung von Kirchen ohne Genehmigung des Bischofs, Interdikt i. f. über dieselbe); D. S. Trier 1720 II. 4, Hartzheim 10, 379 (Auflegung der Leichen der im Mutterleib verstorbenen Kinder auf den Altar und Vollziehung der Taufe an diesen, Interdikt über die Kirche); D. S. Neapel 1882, Arch. f. k. K. R. 51, 101 (Feststellung, dass der Erzbischof befugt ist, die Kirchen der Nonnen, welche Regularen unterstehen, mit dem Interdikt zu belegen).

[4] Angers 1448 c. 12, Hardouin 9, 1346 (Solennisation von klandestinen Ehen in einer Kapelle, int. i. f. über dieselbe); D. S. York 1466, ibid. p. 1483 (Parochianen, welche eigene Kapellen haben und sich hartnäckig weigern, die Baulast für ihre Pfarrkirche zu tragen, Interdikt über die Kapellen); Bordeaux 1624 VII. 3, ibid. 11, 80 (Solennisation und Einsegnung von Ehen statt in der Pfarrkirche in den capellae, sacella, monasteria et oratoria der Parochie ohne Erlaubniss des Ordinarius, Interdikt über diese kirchlichen Gebäude).

[5] S. d. vor. Anm. a. Schl.; Neapel 1699 II. 2 n. 23, coll. conc. Lac. 1, 172 (Messfeier an hohen Festtagen in Privatoratorien, Interdikt über die letzteren); ibid. n. 22 (Privatoratorien, welche vom Bischof nicht genehmigt sind, ipso f. interdicta); ibid. II. 3 n. 6, p. 173 (unzulässige Darstellungen bei kirchlichen Prozessionen, I. über die Oratorien, von denen sie ausgehen und in denen sie enden).

[6] Neapel 1699 III. 5 n. 7 (Errichtung neuer Altäre ohne Erlaubniss des Ordinarius, I. über dieselben); D. S. Neapel 1882, Arch. f. k. K. R. 51, 71 (nicht mehr als zwei Messen am Todtenfeste in den Begräbnisskapellen der Kirchhöfe, sonst interdictum ipso facto über den Altar).

[7] So z. B. von Johann XXII. über die Länder aller Angehörigen des Reiches, welche Ludwig dem Baiern Gehorsam leisten und Unterstützung gewähren würden, 1323 u. 1324, Martène et Durand thes. nov. anecdot. 2, 644. 647. 652.

anderen Kirchenoberen [1], namentlich von den Bischöfen, verhängt worden ist, hat man kirchlicherseits in den neueren Zeiten keinen Gebrauch mehr von solchen generellen Interdikten gemacht. Ganz abgesehen davon, dass sich diese schon nicht nur im Mittelalter, namentlich aber seit dem 14. Jahrhundert in manchen Fällen wenig erfolgreich gezeigt, sondern auch schwere Schädigungen der kirchlichen Interessen, einerseits kirchliche Gleichgültigkeit und religiöse Verwilderung des Volkes [2], andererseits Gewaltthätigkeiten seitens der weltlichen Fürsten und Obrigkeiten gegen die Geistlichkeit und Kirche hervorgerufen hatten [3], wurde die innere Unhaltbarkeit der Strafe immer mehr empfunden und anerkannt [4], und indem die Kirche dadurch den weltlichen

660, welches erst 1347 aufgehoben worden ist, C. Müller, d. Kampf Ludwig d. B. mit d. röm. Curie. Tübingen 1879. 1, 61 ff. 97 ff. u. 2, 89. 97. 190. 241; von Gregor XI. 1376 über Florenz, s. o. S. 117 n. 18 u. S. 454 n. 1; Friedberg, Grenzen zw. Staat u. Kirche S. 678. 679; Sixtus IV. 1482 über Basel wegen Nichtauslieferung des Erzb. Andreas (Zuccalmaglio), Gebhardt, d. gravamina d. deutschen Nation gegen d. röm. Hof. Breslau 1884. S. 47; Hefele, Conc. Gesch. 8, 252; von Julius II. 1512 über Frankreich, erneuert vom V. Laterankonzil, Hardouin 9, 1629, s. auch Bd. III S. 424 n. 6; von Leo X., const.: Decet 1521 §. 4, b. T. 5, 762 über alle Städte, Länder und Ortschaften, in welchen sich Luther und seine Anhänger aufhalten oder wohin sie sich begeben, sowie auch über die in diesen befindlichen Kathedralen, Kirchen, Klöster und sonstigen geistlichen Institute, selbst über die exemten; von Paul V. 1606 über die Republik Venedig und ihr ganzes Gebiet, Lünig, cod. ital. diplom. Francof. et Lips. 1725. II. 2, 2013; Scaduto, stato el chiesa secondo fra Paolo Sarpi. Firenze 1885. p. 10 ff.; Nürnberger i. histor. Jahrb. d. Görres-Gesellschaft 1883. 4, 189. 473 ff. (wegen Verletzung der kirchlichen Freiheiten, insbesondere Verhaftung zweier Geistlicher); Urban VIII.: Nuper emanarunt 1640, b. T. 15, 62 (Mandat, die Republik Lucca und ihr Gebiet wegen Verletzung der kirchlichen Freiheiten sofort mit dem Interdikt zu belegen); Innocenz X.: Innotuit 1648, ibid. p. 541 (Auftrag an den Generalauditor der päpstlichen Kammer, die Stadt Messina und ihr Gebiet mit dem „interdictum tam locale quam personale et mixtum" zu belegen, weil sie mehrere für die Kurie von Ancona nach Rom bestimmte Getreideschiffe abgefangen hatte), s. auch die folgende Anm. a. Schl.

[1] Z. B. von dem Offizial des Bremer Erzbischofs 1314 über den Ort Hohenkirchen in Friesland wegen eines Mordes, v. Richthofen, Untersuchungen über friesische Rechtsgesch. 2, 1228; von den Kölner Erzbischöfen über Köln 1318 wegen verschiedener Zerwürfnisse mit der Stadt, 1352 wegen Ermordung von Domherren, 1375 wegen Verhaftung von Geistlichen, Hegel, Verfassungsgesch. v. Cöln. Leipzig 1877. S. CL. CLVI. CLXIII; von dem Exekutor der Magdeburger Provinzialstatuten zw. 1403 u. 1413 über die Propstei Leitzkau, Wattenbach, Beiträge z. Gesch. d. Mark Brandenburg, Sitzgsber. d. preuss. Akademie d. Wissenschaften 1883 XVIII. S. 3. 4; von den Bischöfen v. Catania u. Girgenti 1712 u. 1713 wegen der Streitigkeiten aus Anlass der s. g. monarchia Sicula, s. Bd. I. S. 520, und ihrer Vertreibung aus ihren Diöcesen, Sentis, de monarchia sicula. Freiburg i. B. 1869. S. 144. 145, und Bestätigung dieser Interdikte durch Clemens XI. 1714, b. T. 21, 630; Clemens XI.: Cum sicut 1711, ibid. p. 463 (Bestätigung des über die Diöcese Lucca verhängten Generalinterdikts).

[1] Das aus Anlass der Streitigkeiten Ludwigs d. Baiern mit der Kurie verhängte Interdikt hat mehr als 20 Jahre gedauert und ist zum Theil nicht beobachtet worden, s. o. S. 535 n. 7 und K. Eubel, Gesch. d. oberdeutsch. Minoritenprovinz. Würzburg 1886. S. 55; über die Nichtbeobachtung eines Interdikts in Dortmund i. J. 1403 s. Lindner, Forschgn. z. deutsch. Gesch. 21, 76; vgl. weiter Friedberg, diss. inaug. de finium int. eccles. et civitat. reg. indicio. Berol. 1861 p. 163 n. 2.

[2] S. o. S. 26. Salzburg 1418 c. 31, Hartzheim 5, 183 klagt, dass sich die Laien während des Interdikts die Funktionen der Priester anmassen und namentlich Leichen auf den Kirchhöfen begraben.

[3] S. o. S. 26; Gebote Ludwigs d. Baiern v. 1330 auf Einziehung der Güter und auf Gefangensetzung aller das Interdikt beobachtenden Geistlichen, sowie auf ewige Ausweisung solcher aus Esslingen, und Reichsgesetz desselben: Fidem catholicam v. 1338, Verbot der Haltung des Interdikts bei Verlust der Reichslehne, Müller a. a. O. 1, 385. 387 u. 2, 75. 76. 292, s. weiter auch Friedberg a. a. O. S. 163 n. 4. 5.

[4] Schreiben des Erzb. Berthold v. Mainz an Papst Alexander VI. Ende des 15. Jahrh., um die Verhängung des Interdikts über die Diöcesen Speier und Worms abzuwenden, bei Jos. Weiss, Berthold v. Henneberg, Erzb. v. Mainz (1484—1504). Freiburg i. Br. 1889. S. 19 n. 2: „interdictum quo nil perniciosius in has duas ecclesias etiam saevissimus hostis struere possit. Est enim in hisce locis apprime populus rudis et religiosa simplicitate, nuncnunc immurmurans, si quid delinquatur, se non ferre pro debito supplicia, se obedientem esse, clero sua et debita munera, labores manuum suarum offerre, sperare ex sua beneficentia gratiam, non poenam . . . Cur innocentes non debeant baptizari pueri, cur sacra eis denegari sacramenta, cur in Christo quiescentes et mortui non sepulturae legitimae tradi? Haec et alia cum importunitate inter se queruntur, non videntes altius, cur interdicta a s. matre ecclesia sint permissa. Ego itaque cupiens, bene consul-

Gewalten die Durchführung von Gegenmassregeln erleichterte[1], lief sie selbst gegenüber der immer weitergehenden Emancipation der Staaten von ihrer Leitung und der sich völlig verändernden Auffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche stets grössere Gefahr, mit der Anwendung des Interdikts Fehlschläge zu thun und nichts Anderes als eine Schwächung ihrer Autorität herbeizuführen. Das generelle Lokalinterdikt muss daher als eine obsolete und thatsächlich nicht mehr in Betracht kommende Strafe bezeichnet werden[2]. Anders verhält es sich dagegen mit dem s. g. partikulären Lokalinterdikt über Kirchen, Kapellen, Oratorien und Altäre. Dieses gehört noch der Praxis des kirchlichen Rechtslebens an[3].

Was endlich die Strafen für die Verletzung des Lokalinterdikts anlangt[4], so trifft[5] denjenigen Geistlichen, gleichviel ob er ein Welt- oder Ordensgeistlicher, exemt oder nicht exemt ist[6], welcher in oder an einem Ort, dessen Interdicirung gehörig bekannt gemacht worden ist[7], wissentlich[8] celebrirt, d. h. Messe liest, Sakramente oder Sakramentalien spendet oder sonstige gottesdienstliche Funktionen vollzieht, soweit diese Handlungen nicht bei dem generellen oder speziellen Interdikt gestattet sind[9], ipso

tum iri s. religioni in primis et patriae, denique omnibus Christi fidelibus . . . rogo . . . ut interdicere sacris abstineat. . . Nam, ut verum fatear, sensi modo quosdam non undiquaque integros inhiantes, ut sacrum clerum innocenter de bonis et commodis depraedentur atque conterant. Sunt enim . . . Alamanni rudes cum religione tum simplices (deum obtestor) huius oneris impatientissimi. Moderetur igitur Sanctitas vestra supradicta taliter, quemadmodum etiam ex missis supradictorum intelliget, ut ne dum una ovis vapuletur, totus grex disturbetur atque pereat.“

[1] So hat 1606 in Venedig das Gebot der Republik, den Gottesdienst weiter zu halten, mit Ausnahme der Jesuiten, Kapuziner und Theatiner, welche ausgewiesen wurden, so gut wie überall Befolgung gefunden, und die Kurie unterlag im wesentlichen, denn Venedig hielt seinen ursprünglichen Standpunkt fest, wennschon es i. J. 1607 eine formale Absolution seitens des päpstlichen Legaten erhalten hat (dagegen freilich Scaduto l. c. p. 75 ff.; Friedberg Grenzen S. 699), s. Nürnberger i. histor. Jahrb. d. Görresgesellschaft 4, 505. Auch die Interdikte in dem Streite wegen der Monarchia Sicula, s. o. S. 536 n. 1, deren Beobachtung die weltliche Gewalt durch eine Reihe von Massregeln zu verhindern gesucht hat, sind für die Erreichung der von der Kurie beabsichtigten Ziele belanglos geblieben, Sentis a. a. O. S. 147 u. Bd. I. S. 521.

[2] Wenn nach dem Salzburger Kirchenblatt v. 1872 Nr. 28, citirt bei Vering K. R. 3. A. S. 717, der Bischof v. Luxemburg noch 1872 das Interdikt über eine einzelne Gemeinde ausgesprochen, es aber alsbald auf Bitten derselben nach geleisteter Genugthuung zurückgenommen hat, so steht dieser Fall vereinzelt da, weil nach der Mittheilung sich nicht daran zweifeln lässt, das ein interdictum locale und nicht etwa ein personale gegen eine universitas, s. o. S. 518, in Frage gestanden hat.

[3] Das setzt die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 cit. mit Aufrechterhaltung der Strafe des interdictum ingressus ecclesiae l. s. n. 2 für die Celebrirung in locis interdictis voraus; s. auch o. S. 535 und einen Fall der Interdicirung von Altären durch den Bischof von Metz in den 60er Jahren Vering a. a. O. S. 717 n. 15. Die s. g. Interdicirung der von den Altkatholiken benutzten katholischen Kirchen lässt sich aber, s. Vering a. a. O., nicht als Beweis anführen, denn dabei handelt es sich nicht um die Strafe des Lokalinterdikts, s. Bd. IV. S. 374.

[4] Wegen des Eintritts der Irregularität s. Bd. I. S. 53.

[5] Nach der const. Pii IX.: Apostolicae 1869 cit. interdicta l. s. reservata n. 2: „Scienter celebrantes vel celebrari facientes divina in locis ab ordinario vel delegato iudice vel a iure interdictis interdictum ab ingressu ecclesiae ipso iure incurrunt, donec ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserunt, competenter satisfecerint“, welche auf c. 8 (Bonifaz VIII.) in VI de privil. V. 7 beruht.

[6] Die const. Pii IX. cit. macht in dieser Beziehung keinen Unterschied, während c. 8 in VI cit. in erster Linie die exemten Säkular- und Regulargeistlichen im Auge hatte, ja auch zum Theil blos auf diese gedeutet worden ist, s. auch (Avanzini-) Pennacchi comm. cit. 2, 509; Heiner Censuren S. 362. Auf Bischöfe und höhere Prälaten bezieht sich aber die Strafbestimmung nicht, s. o. S. 513 n. 2.

[7] S. o. S. 533, so auch (Avanzini-) Pennacchi 2, 511; Heiner a. a. O. S. 363, denn die allgemeinen Voraussetzungen der Strafbarkeit hat die const. Pii IX. nicht geändert.

[8] D. h. der Geistliche muss wissen, dass der Ort interdicirt und die Bekanntmachung des Interdikts erfolgt ist. Zweifelt er oder befindet er sich in grober Unwissenheit, so tritt die Strafe nicht ein (Avanzini-) Pennacchi p. 512; Heiner S. 364.

[9] S. o. S. 524 u. S. 525. 527; (Avanzini-) Pennacchi p. 511; Heiner S. 363. Hier kommt ebenfalls der Anm. 7 gedachte Gesichtspunkt in Frage.

iure die Strafe des *interdictum ab ingressu ecclesiae.* Derselben unterliegen ferner diejenigen, welche wissentlich[1] die Vornahme derartiger Handlungen befohlen oder die Erlaubniss dazu gegeben oder endlich solche, obwohl sie das Recht und die Möglichkeit dazu besassen, nicht verhindert haben[2]. Die Absolution von der Strafe ist in allen Fällen demjenigen kirchlichen Oberen, dessen Interdikt missachtet worden ist, reservirt[3].

Ferner verliert derjenige Geistliche oder Regulare, welcher unzulässiger Weise an einem interdicirten Orte celebrirt, sowohl die aktive wie die passive Wählbarkeit zu kirchlichen Ämtern[4]. Dagegen ist die als Strafe festgesetzte *excommunicatio latae sententiae* für die Regularen[5], welche ein vom päpstlichen Stuhl oder von den Ordinarien verhängtes generelles Lokalinterdikt verletzen, wenn sie wissen oder sehen, dass dasselbe von der Kathedrale oder den Pfarrkirchen des Ortes ihres Klosters beobachtet wird[6], jetzt beseitigt[7], obwohl die Pflicht, das Interdikt zu halten, wenn dasselbe ordnungsmässig verkündet worden[8], noch bestehen geblieben ist[9], also auch Strafe für Verstösse gegen dieselbe eintreten kann[10].

Nur eine Abart des Lokalinterdikts ist das s. g. interdictum *ambulatorium* oder *mixtum*, welches jeden Ort trifft, wenn ihn eine bestimmte Person betritt[11]. Wenn dasselbe vielfach als ein Interdikt definirt wird, welches das Personal- und Lokalinterdikt in sich vereinigt[12], so ist dies nicht richtig, denn diejenige Person, welche wegen ihres Vergehens das Lokalinterdikt an einen Ort bringt, braucht nicht mit dem Personalinterdikt, kann vielmehr auch mit einer anderen Strafe, z. B. der Exkommunikation, belegt[13] oder auch sogar völlig unschuldig und gar keiner kirchlichen Strafe

[1] Sie müssen also ebenfalls Kunde von dem Interdikt und auch, wenn sie die Vornahme nicht hindern, davon besessen haben, dass ein Geistlicher die Absicht hatte, unrechtmässig zu celebriren.

[2] Das bedeutet das: „scienter celebrare facientes" in n. 2 const. Pii IX. cit. (Avanzini-) Pennacchi p. 511; Heiner S. 364. Hierunter fallen also namentlich die Pfarrer und sonstigen Leiter von Kirchen, nicht aber die anderen Kleriker, welche in der Kirche nichts zu befehlen haben.

[3] Bei dem ipso iure eintretenden Interdikt ist es derjenige Kirchenobere, welcher den Eintritt des Interdikts hat verkünden lassen.

[4] c. 18 (Bonif. VIII.) §. 1 in VI de sent. exc. V. 11: „Is vero, qui scienter in loco celebrat supposito interdicto . . . adeo efficitur ineligibilis, quod nec ad eligendum cum aliis debebit admitti"; Avila l. c. P. V disp. 5 dub. 4 concl. 3; Reiffenstuel V. 39 n. 220; Schmalzgrueber V. 39 n. 396. Eine allgemeine Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter tritt also nur in so fern ein, als der betreffende Geistliche zugleich irregulär geworden ist, s. Bd. I. S. 53 u. Bd. II. S. 487.

[5] Clem. 1 de sent. exc. V. 10.

[6] Über kontroverse Fragen in dieser Beziehung, s. Avila l. c. P. V disp. 5 dub. 3 concl. 3.

[7] Denn die const. Pii IX.: Apostolicae 1869 hat diese Censur l. s. nicht aufrecht erhalten.

[8] S. o. S. 533.

[9] S. auch Trid. Sess. XXV. c. 12 de reg.

[10] Wenn als fernere Strafe der Verlust des den Klerikern zustehenden Privilegs, auch während eines Lokalinterdikts auf dem Kirchhof begraben zu werden, s. o. S. 532, für Verletzung desselben durch einen solchen auf Grund von c. 10 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11 seitens der Älteren aufgezählt wird, s. z. B. Reiffenstuel V. 39 n. 221; Schmalzgrueber V. 39 n. 396, so handelt c. 20 cit. blos von den mit dem Personalinterdikt Belegten, s. o. S. 518 n. 1, und ferner ist das gedachte Privileg von vornherein nur denjenigen Klerikern, welche das Lokalinterdikt beobachten, eingeräumt.

Ebenso ungerechtfertigt ist es endlich, aus c. 18 (Gregor IX.) X de exc. privil. V. 33 zu folgern, dass jede Verletzung des Lokalinterdikts ipso facto die suspensio ab officio et a beneficio nach sich zieht, so schon das summarium dazu und Avila l. c. disp. 5 dub. 4 concl. 2, denn die Stelle handelt auch noch von weiteren Gewaltthätigkeiten eines Bischofs und spricht auch diese Strafe nicht als l. s. aus, so auch Reiffenstuel l. c. n. 218. 219; Schmalzgrueber l. c. n. 395.

[11] S. o. S. 31.

[12] Avila l. c. P. V disp. 1 dub. 1; Reiffenstuel V. 39 n. 185; Schmalzgrueber V. 39 n. 323; Kober S. 302; Silbernagl K. R. 2. A. S. 419.

[13] Das ist sogar früher seit Einführung dieser Art des Interdikts die Regel gewesen, s. o. S. 31 n. 3 und Alexander VII.: Inter multiplices 1493 c. 3, bull. Taur. 5, 359. 360 (für diejenigen, welche im Kirchenstaat eigenmächtige Selbsthülfe üben und Andere angreifen, sowie Ort-

unterworfen sein[1]. Es äussert alle Wirkungen des generellen Lokalinterdikts[2] und zwar von dem Zeitpunkt ab, in welchem die betreffende Person wissentlich dort geduldet wird[3], bis zu ihrem Weggang oder ihrer Entfernung, sofern nicht, wie dies die päpstliche Praxis des 15. und 16. Jahrhunderts gewesen ist, die Fortdauer noch besonders für eine weitere und kürzere Zeit, wie namentlich ein triduum, vorgeschrieben wird[4]. Mit dem 16. Jahrhundert ist diese Art des Interdikts ausser Gebrauch gekommen[5], also für das heutige Recht von keiner Bedeutung mehr.

Dem Lokalinterdikt hat schon die Doktrin des Mittelalters die s. g. *cessatio a divinis*[6], bestehend in der Einstellung der öffentlichen gottesdienstlichen Funktionen als besonderes Institut gegenüber gesetzt[7], und bis auf den heutigen Tag hat man an dieser

schaften okkupiren, päpstlich reservirte Exk. u. über die Städte und Orte, wohin sie sich wenden, Interdikt bis zu ihrer Entfernung „et per triduum post eorum dicessum"); Julius II.: Suspecti 1509 §§. 1. 6. 8, ibid. p. 479 (für diejenigen, welche vom Papst an ein allgemeines Konzil appelliren, und ihre Rathgeber reservirte Exk., für die Orte, in denen sie sich aufhalten, während des Aufenthaltes und eines triduum post eorum dicessum Interdikt); Leo X.: Inter graves 1515 §§. 5. 7. 8, ibid. 5, 625 (ebenso für diejenigen, welche Ortschaften und Länder des Kirchenstaates okkupiren und feindlich überziehen); Leo X.: In supremo 1519 §. 4, ibid. p. 714 (dieselben Strafen für diejenigen, welche die Ausführung päpstlicher Briefe hindern); Paul III.: Eius qui 1535 §. 3, b. T. 5, 195 (u. Cum redemptor 1538 ibid. p. 203, gegen den gleichzeitig exkommunicirten und abgesetzten Heinrich VIII. v. England und seine Anhänger), während das Personalinterdikt sehr vereinzelt vorkommt, s. S. 32 n. 1.

[1] So ordnet c. 11 (Alex. III.) X de spons. IV. 1 das Interdikt für alle Orte an, wohin die unschuldigen Frauen geführt werden, und Clem. 1 de poen. V. 8, wohin ein gefangen genommener Bischof gebracht wird (was Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1348. 1349 auf alle gefangenen Kleriker ausdehnt). Traf doch im Mittelalter das Interdikt ebenfalls auch Orte, wo geraubtes Gut, namentlich Kirchengut, aufbewahrt wurde, s. o. S. 32 n. 2.

[2] S. o. S. 524 ff.

[3] Die Quellen erwähnen zwar davon mit Ausnahme von Julius II. 1509 cit., s. Anm. 13 v. S. 538: „loca . . . in quibus scienter stare contigerit . . . decernentes illud (interdictum) quamdiu ipsi violatores inibi scienter steterint . . . et per triduum post eorum inde discessum, firmiter observari", nichts, es ist aber selbstverständlich, dass einmal die Geistlichkeit ihre kirchlichen Funktionen nur einstellen konnte, wenn sie wusste, dass eine Person, welche das Interdikt mit sich brachte, sich in den betreffenden Bezirk begeben hatte, und weiter auch erst dann, wenn der Obrigkeit, nachdem sie von dieser Thatsache Kenntniss erhalten hatte, eine kurze und angemessene Zeit gelassen war, um die Person aus ihrem Machtbereich zu entfernen. Von der Doktrin, welche das *interdictum ambulatorium* sehr stiefmütterlich behandelt hat, ist die Frage nicht einmal aufgeworfen worden.

[4] S. die S. 538 n. 13 citirten päpstlichen Konstitutionen, welche alle das triduum festsetzen. Ähnliche Vorschriften weisen auch schon die mittelalterlichen Partikularkonzilien auf, so z. B. Köln 1266, s. o. S. 187 n. 8.

[5] Soweit ich sehe, ist die Strafe zuletzt in den S. 538 n. 13 citirten päpstlichen Konstitutionen angedroht worden, obwohl sie als eine gemeinrechtliche, s. a. a. O. n. 13 u. Anm. 1, bezeichnet werden muss. Das erstere hängt offenbar damit zusammen, dass auch das blosse generelle Lokalinterdikt seit dem 17. Jahrhundert ausser Übung gekommen ist.

[6] Mit *cessare a divinis* wird mehrfach die Wirkung des Lokalinterdikts bezeichnet, s. o. S. 522 n. 17.

[7] Theils auf Grund der in der vor. Anm. citirten gar nicht hierher gehörigen Kapitel, theils der nachstehend besprochenen Stellen, in denen diese scheinbar als ein solches vorkommt, während in Wahrheit das Interdikt gemeint ist. Es handelt nämlich das angezogene c. 13 (Lateran. IV.) X de off. ord. I. 31 von der Strafgewalt der Kapitel über die Kanoniker, s. o. S. 293 n. 6 u. S. 294 n. 3, und spricht im Zusammenhang damit von der cessatio a divinis derselben aus Missachtung gegen den Bischof, kann sich also nur auf eine von den Kapiteln verhängte Strafe beziehen. c. 2 (Lyon 1274) in VI de off. iud. ord. I. 16 betrifft die Statthaftigkeit einer von den Kapiteln anzuordnenden cessatio a divinis, und wenn dasselbe denjenigen, welcher dazu Anlass gegeben hat, den Kanonikern und der betreffenden Kirche zum Ersatz des in Folge der Einstellung des Gottesdienstes Entgangenen verurtheilt wissen will und eine besondere Verschärfung der cessatio durch gewisse Ceremonien verbietet, s. o. S. 250 n. 15, so kommt eine derartige Ersatzleistung auch sonst gerade in Folge eines Interdikts vor, s. o. S. 150 n. 3 a. E., und die gedachte Verschärfung hat nur Sinn bei einer Strafe, welche die cessatio a divinis aber nach der Annahme der Doktrin nicht sein soll (s. nachher im Text). Das weiter angeführte c. 8 in VI eod., welches auf die eben besprochenen Stellen verweist und unter den Voraussetzungen einer zulässigen Verhängung der cessatio a divinis eine gegen das Kapitel verübte offensa oder iniuria und die Weigerung des Thäters, sein Unrecht wieder gut zu machen, aufstellt, kann seinem Inhalte nach gleichfalls allein auf eine Strafe für eine schuldhafte Handlung, d. h. auf das Interdikt bezogen werden. Clem. 1 de

Unterscheidung festgehalten [1]. Nach der herrschenden Lehre ist die *cessatio a divinis* keine Strafe oder Censur [2], sondern vielmehr eine Kirchentrauer, der öffentliche Ausdruck der Entrüstung und des Schmerzes wegen schwerer, der Kirche oder ihren Dienern angethanen Unbilden, um die Schuldigen dadurch zur Sühne zu bringen [3], eine nur faktische Einstellung der gottesdienstlichen Handlungen, welche blos einen Ort [4] und niemals unmittelbar eine Person berührt [5]. Sie kommt demnach für das kirch-

sent. exc. V. 10 endlich (welche sich in ihrem ersten Theil gegen die missbräuchliche Verletzung des Interdikts durch Exemte, namentlich Regulare richtet) ordnet im Hinblick auf die Pflicht zur Beobachtung des Interdikts mit der Modifikation des c. 24 in VI de sent. exc. V. 11, s. o. S. 29 n. 3, an: „Quod etiam in interdictis et in cessationibus a divinis indictis per provincialium conciliorum statuta vel ipsorum auctoritate.. volumus observari. In cessationibus vero generalibus a divinis civitatum, terrarum et aliorum locorum, quas aliquando ex consuetudine vel aliis capitula, collegia vel conventus saecularium aut regularium ecclesiarum sibi vindicant (quia ipsos hoc unico lumine ad repellendas iniurias eis factas privare volumus nec debemus) idem intelligimus observandum." Durch die Bezugnahme auf c. 24 cit. lässt sie ebenfalls erkennen, dass ein Interdikt in Frage steht, und gebraucht demnach interdictum und cessatio a divinis theils tautologisch, theils mit Rücksicht darauf, dass die früher besprochenen Stellen sämmtlich von den Kapiteln handeln, für die von den letzteren verhängten Interdikte aber gerade vielfach die Bezeichnung: cessatio a divinis vorkommt. Berücksichtigt man alles Angeführte, so ergiebt sich, dass die Frage, um welche es sich dreht, die ist, ob die Kapitel die Kompetenz haben, Interdikte zu verhängen, und diese wird, soweit Verletzungen derselben, welche von dem Schuldigen nicht wieder gut gemacht werden, in Betracht kommen, unter gewissen Voraussetzungen bejaht. Es handelt sich also um eine Erweiterung der Zuständigkeit der Kapitel für einen Fall, s. Bd. II. S. 146 und diesen Bd. S. 293. 294, für welchen auch eine solche hinsichtlich der Kompetenz der Bischöfe vorgekommen ist, s. o. S. 328. Schon Innocenz IV. comm. ad c. 13 X cit. I. 31 n. 4, welcher diese Stelle zwar vollkommen richtig auf das Interdikt bezieht, lässt eine andere Möglichkeit offen: „vel dic, quod non est interdictum iuris, sed quaedam cessatio, et inde est, quod episcopus... celebrando in illa ecclesia non fit irregularis" (vgl. Bd. I. S. 53) und auch die gl. s. v. cessaverint ad c. cit. spricht von einem interdicere durch die Kanoniker dahin „ut divinum officium non fiat in ecclesia... et in ecclesia ipsi celebrent, quia se ipsos non interdicunt". Die Glossen c. 2 u. 8 in VI cit. I. 16 haben dann die Beziehung dieser Stellen auf das Interdikt ganz fallen lassen, und die cessatio a divinis (s. namentlich s. v. cessare zu c. 2 cit.: „nec medio tempore dicitur talis ecclesia interdicta, sed suspendunt isti organa sua, unde tali cessatione durante potest ibi episcopus et alii celebrare sine irregularitatis poena"; u. gl. ult. zu c. 8 cit., welche 9 Erfordernisse für die cessatio aufstellt) und fassen sie schon als ein selbstständiges Institut auf. Erklärlich wird dies dadurch, dass man in den Worten: *cessare a divinis*, weil man die Bedeutung derselben und den historischen Zusammenhang, in welchem die gedachten Stellen sie gebrauchen, nicht berücksichtigte, um so mehr etwas vom Interdikt Verschiedenes fand, als man c. 13 §. 1 X cit. c. 31, nach welchem der Bischof in der von den Kanonikern ohne Grund mit der cessatio belegten Kathedrale celebriren darf, als in Widerspruch mit den Regeln über die Verletzung des Interdikts stehend betrachtete, während §. 1 in der That eine solche cessatio für den Bischof nicht bindend, mithin für nichtig erklärt.

[1] S. Covarruvias l. c. §. 2 n. 1; Suarez l. c. disp. XXXIX s. 1 n. 14; Engel l. c. V. 39 n. 101. 102; Schmalzgrueber l. c. V. 39 n. 402 ff.; Permaneder K. R. 4. A. S. 575; Phillips K. R. 2. A. S. 393; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 785; Schulte Syst. d. K. R. 2, 391 n. 6; Silbernagl K. R. 2. A. S. 421; Vering K. R. 3. A. S. 718; Friedberg K. R. 3. A. S. 254 n. 1; Lämmer, Inst. d. K. R. 1. A. S. 284.

[2] S. die Citirten.

[3] Merkwürdigerweise haben auch die Neueren dabei niemals auf die in früheren Zeiten vorgekommenen Einstellungen des Gottesdienstes hingewiesen, s. o. S. 20 Anm. u. Bd. IV. S. 805. 806, ja es werden diese sogar von Einzelnen, so namentlich von Kober, für Fälle des Interdikts erklärt, s. a. a. O. u. Bd. IV. S. 804 n. 10.

[4] Dies wird von allen Autoren, schon von Innoc. IV., Covarruvias, Suarez, Avila und Schmalzgrueber ll. cc., und im Zusammenhang damit auch mehrfach betont, dass es nur eine cessatio ab homine, nicht eine cess. juris gäbe.

[5] Avila l. c. dub. 1, Schmalzgrueber l. c. n. 403. Das ist aber auch bei dem Lokalinterdikt der Fall.

[6] Des Näheren geht die Lehre, welche, weil sie auf eine Reihe das Interdikt betreffender Stellen aufgebaut ist (s. S. 539 n. 7), Noth hat, die cessatio und das letztere auseinander zu halten, dahin:

Es wird ebenso wie bei dem Interdikt zwischen einer *cessatio generalis* und *specialis* unterschieden, Avila l. c. dub. 2; Schmalzgrueber l. c. n. 404. Was die Wirkungen betrifft, so bestehen sie 1. in der Einstellung des *officium divinum*. Überwiegend liess die Doktrin als Ausnahme nur, wenn schon nicht de rigore iuris, sondern mit Rücksicht auf eine erweiternde Gewohnheit, die öffentliche gottesdienstliche Feier an den hohen Festtagen, wie beim Lokalinterdikt, (s. o. S. 527), zu, verneinte aber die Anwendung der Milderung in Betreff der stillen Feier des officium divinum (o. S. 525) und der Privilegien, während des Interdikts Messe zu celebriren und zu hören,

liche Strafensystem nicht in Betracht und ist übrigens auch heute so gut wie unpraktisch [1].

6. Die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses [2]. Diese Strafe, welche sich schon im Mittelalter und zwar auch gemeinrechtlich als selbstständige Strafe findet [3], ist nunmehr durch das gemeine Recht auch für diejenigen, welche im Duell gefallen [4] oder in Folge der in demselben empfangenen Wunden gestorben sind [5], selbst wenn sie die Absolution erhalten haben [6], und ferner für diejenigen, welche ihren Tod in Folge eines Stiergefechtes gefunden haben [7], angedroht wor-

Avila l. c. dub. 3—7; Schmalzgrueber l. c. n. 407—412. Was 2. die Spendung der Sakramente betrifft, so liess man diese dagegen in demselben Umfange, wie beim Lokalinterdikt (S. 528) zu, Avila l. c. dub. 9; Schmalzgrueber n. 412. 3. Endlich bestand hinsichtlich des kirchlichen Begräbnisses Meinungsverschiedenheit, denn einzelne gestatteten dies wieder nach Analogie des Interdikts (S. 532) blos den Klerikern, Avila l. c. dub. 10; andere allgemein, also auch den Laien, Engel l. c. n. 101; Schmalzgrueber n. 413, und nur darüber war man einig, dass der Todtengottesdienst dabei nicht gefeiert werden durfte.

Das Recht zur Verhängung der *cessatio* wird zugesprochen: 1. dem Papst, diesem, aber auch ihm allein mit dem Recht, dabei Milderungen eintreten zu lassen, 2. ferner den Ordinarien, namentlich den Bischöfen, 3. weiter dem Kapitel während der Sedisvakanz, Avila l. c. disp. 1 dub. 11 u. disp. 2 dub. 1; Schmalzgrueber n. 406. 414 (wobei man fast immer die in Clem. 1 cit. V. 10 ausdrücklich genannten Provinzialkonzilien übergangen hat); endlich 4. auch den Kapiteln bei Lebzeiten des Bischofs, aber allein dann, wenn ihnen das Recht dazu auf Grund der Gewohnheit oder eines Privilegs zusteht, Avila l. c. disp. 2 dub. 1; Schmalzgrueber n. 415, ein Recht, welches übrigens c. 2. 8 in VI cit. 1. 16 und Clem. 1 cit. auch anderen geistlichen Korporationen zugestehen. Weiter verlangte man bei diesen mit Rücksicht auf c. 2 u. c. 8 cit., dass sie darüber vorher unter Einladung der stimmberechtigten Mitglieder Beschluss fassen, erst den Schuldigen, wegen dessen Gewaltthat und Unbill sie den Gottesdienst einstellen wollen, zur Sühne auffordern, und blos im Falle der Verweigerung derselben die cessatio a divinis unter Beurkundung in einem öffentlichen Akt mit Angabe des Grundes, sowie unter Mittheilung desselben an den Schuldigen beschliessen, endlich dass mangels einer Einigung nach Verhängung der cessatio beide Theile innerhalb eines Monats die Angelegenheit dem Papste, das Kapitel bei Strafe der Hinfälligkeit der cessatio zur Entscheidung unterbreiten sollten, vgl. darüber und über einzelne hierher gehörige Kontroversen Avila disp. 2 dub. 2 und auch Schmalzgrueber n. 415—420.

Schliesslich lehrte man übereinstimmend, dass für die Verletzung der cessatio generalis blos den Regularen, s. Clem. 1 cit., eine besondere Strafe, die Exkommunikation, angedroht sei, dass dagegen für das Celebriren während derselben keine Irregularität eintrete, Avila l. c. disp. 2 dub. 2; Schmalzgrueber n. 423, s. auch S. 539 n. 7.

[1] Schulte, Syst. 2, 391 n. 6, u. Permaneder a. a. O. S. 574, nach welchen sie, wenn sie heute noch in ganz ausserordentlichen Fällen zur Anwendung kommt, sich nur durch den Trauerschmuck der Kirchenwände und Altäre, durch Anstellung öffentlicher Gebete, Unterlassung des feierlichen Gottesdienstes und Glockengeläutes ausdrückt. Auch ich finde die cessatio a divinis weder in den neueren allgemeinen noch partikulären Kirchenrechtsquellen berührt. Dass die päpstliche Anordnung der Interdicirung der von den Altkatholiken benutzten Kirchen, Bd. IV. S. 374 n. 1, keine cessatio a divinis ist, darüber a. a. O. n. 5.

Etwas völlig Anderes ist endlich die mit der cessatio von manchen, z. B. Friedberg S. 254, zusammengeworfene Einstellung des Gottesdienstes in einer Kirche wegen der Pollution derselben, Bd. IV. S. 328.

[2] S. (Aichner) i. Arch. f. k. K. R. 1, 81; v. Ketteler a. a. O. 16, 236.

[3] S. 32 u. S. 33 n. 11.

[4] Julius II.: Regis 1509 (für den Kirchenstaat) §. 3, bull. Taur. 5, 874; Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref.; Clemens VIII.: Illius vices §. 2, b. T. 9, 605.

[5] Benedikt XIV.: Detestabilem 1752 §. 9, bull. Ben. 4, 16.

[6] Und zwar als poena l. s., ibid. Durch die const. Apostolicae 1869 exc. l. s. Romano pont. res. n. 3, welche sich nur auf die Censuren bezieht, ist diese Strafe nicht aufgehoben worden, s. auch (Avanzini-) Pennacchi comm. 1, 560. Das Schreiben Leo's XIII. v. 1891: Pastoralis officii, Arch. f. k. K. R. 67, 191, berührt diese Frage nicht.

Dass sich die gedachten Vorschriften auch auf die Studenten-Duelle beziehen, ergiebt sich daraus, dass nach der Congr. conc., Arch. f. k. K. R. 65, 142; Acta s. sed. 23, 234, Studenten, welche sich duelliren, ex defectu famae wegen der vom Tridentinum weiter als Strafe festgesetzten infamia iuris irregulär werden.

[7] Pius V.: De salute 1567 §. 3, b. T. 7, 630, jedoch ist durch die beiden const. Gregor. XIII.: Exponi 1575 u. 1581 §. 2, b. T. 8, 129 u. 389 für Spanien und Portugal diese Strafe in Betreff der Laien, sowie der Mitglieder der Ritterorden, welche nicht die höheren Weihen haben, letzterer, sofern sie sich nicht etwa an einem Feiertage an einem Stiergefecht betheiligt haben, beseitigt werden.

Weiter gehört hierher noch die sich lediglich auf Aragonien, Valencia, Catalonien, Roussillon

den[1], während die Partikularsynoden bis in die Jetztzeit hinein sie im wesentlichen blos für die bereits früher gemeinrechtlich damit belegten Vergehen, wie Diebstahl[2] und Raub, wenn der Thäter dabei umgekommen[3], Duell, falls der Thäter in demselben gefallen ist[4], Wucher[5], Selbstmord[6], allerdings darüber hinaus auch für öffentliche Konkubinarier, wohin auch diejenigen, welche blos in einer Civilehe leben, gerechnet werden, und notorische Huren[7] festsetzen. Die Strafe, mit welcher die o. S. 497 näher bezeichneten Wirkungen verbunden sind[8], gehört demnach heute noch der lebendigen Disciplin der Kirche an[9].

Gleichfalls praktisch ist[10]

7. noch die freilich mehr für Geistliche als für Laien, wennschon nicht ausschliesslich für die ersteren, in Betracht kommende Strafe der Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter[11]. Von derselben ist in der hier fraglichen Periode ebenfalls sowohl von den allgemeinen Konzilien[12], wie auch von den

und Cerdagne beziehende const. Gregor. XIII.: Humani 1577 §. 5, b. T. 8, 169 für diejenigen, welche andere zur Rächung von Unbilden mit bewaffneten Schaaren überziehen und im Kampfe fallen.

[1] Neben dem kleinen Bann ist sie ausserdem in den S. 521 n. 7 citirten päpstlichen Konstitutionen festgesetzt, ebenso wie schon in c. 2 (Lateran. III.) X de statu mon. III. 35 neben dem Ausschluss vom Abendmahl für Regularen, welche mit Hinterlassung eigenen Vermögens aus der Welt geschieden sind.

[2] S. 33 n. 1; Gran 1858, coll. conc. Lac. 5, 90.

[3] S. 33 n. 1, doch erwähnen des letzteren Requisites nicht Toledo 1473 c. 22, Hardouin 9, 1514 (welches dies auch für den Fall festsetzt, dass er das Busssakrament noch vor dem Tode empfangen hat), und Köln 1536 VII. 51, Hartzheim 6, 290. Dagegen dehnt Bordeaux 1583 c. 30, Hardouin 10, 1372, die Strafe auf alle aus, welche „ob patratum scelus aliquod trucidati nulla moerentis atque poenitentis animi morituri signa dederint"; ebenso Lyon 1850 u. Sens 1850, coll. conc. Lac. 4, 481. 909, ferner, ohne der Reue zu erwähnen, Rheims 1849; Aix 1850; Bourges 1850, Auch 1851, ibid. p. 124. 1006. 1117. 1198; dagegen Gran 1858, l. c. 5, 90 nur auf die Tödtung bei Verletzung von Kirchen, bei Fornikation und Ehebruch.

[4] Toledo 1473 c. 20, Hardouin 9, 1512 (und ebenso im Turnier s. o. S. 33 n. 3); Avignon 1594 c. 60, ibid. p. 1870; Gran 1858, Wien 1858, Prag 1860, Colocza 1863, Utrecht 1865, coll. con. Lac. 5, 90. 190. 486. 720. 868. 869; Rheims 1849, Albi 1850, Sens 1850, Bourges 1850, Auch 1851, ibid. 4, 124. 437. 909. 1117. 1198; Baltimore 1866, ibid. 3, 504.

[5] S. o. S. 33 n. 5. 11; S. 198. 199; Mailand II. 1569 I. 18, Hardouin 10, 738 (Wiederholung von c. 2 in VI de usur. V. 5); Bordeaux 1583 c. 20 cit. (feneratores manifesti); Bourges 1584. XLV. 7, ibid. p. 1505 (hartnäckige Wucherer); Gran 1858, coll. Lac. cit. 5, 90 (usurarii manifesti, selbst wenn sie reuig sind, aber das Erwucherte nicht restituirt haben); Albi 1850. l. c. 4, 437 (usurarii infamati).

[6] S. 33 n. 6; Rituale Romanum t. VI c. 2 n. 3; Aichner a. a. O. S. 83, sofern der Thäter nicht im unzurechnungsfähigem Zustande gehandelt und vor dem Tode keine Reue gezeigt hat, Köln 1536 VII. 51 cit.; Bordeaux 1583 c. 20 cit.; Gran 1858, Colocza 1863, coll. Lac. 5, 69. 720; Rheims 1849, Albi 1850, Lyon 1850, Sens 1850, Aix 1850, Auch 1851, ibid. 4, 124. 437. 481. 909. 1006. 1198; Baltimore 1866, ibid. 3, 504.

Andere Fälle, welche die neueren Partikularkonzilien, s. namentlich Gran 1858 l. c. p. 98 (vgl. auch Silbernagl S. 432), hierher rechnen, wie z. B. Gotteslästerung und Verletzung des praeceptum paschale (c. 2 X de maled. V. 26, s. o. S. 184 u. Bd. IV. S. 70 u. 117), sowie Verletzung von Kirchen, bez. Kirchenraub (s. o. S. 210), gehören nicht hierher, denn auf dieselben ist das die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss in sich enthaltende Personalinterdikt, s. o. S. 15 u. S. 518, oder die die Exkommunikation ersetzende Zwangsbusse, später, so auf die Blasphemie die Exkommunikation als Strafe gesetzt.

[7] Albi 1850, Lac. 4, 437: „concubinariis publicis, quales sunt civiliter tantum matrimonio iuncti, meretricibus publice notis . . . quos poenituisse non constat". Dagegen findet sich von den älteren gemeinrechtlichen Fällen c. 19 X de decimis III. 30, s. S. 33 n. 11, nicht wiederholt, weil man die Strafen später verschärft hat, s. o. S. 221.

[8] S. auch Toledo 1473 c. 20 cit., s. Anm. 4: „ipso facto careant sepultura ecclesiastica et divina officia pro ipsis non dicantur nec oblationes admittantur", ebenso c. 22 ibid.

[9] S. die in den vorhergehenden Anmerkungen citirten neueren Provinzialsynoden und die Prager Instruktion v. 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 445.

[10] S. Bd. II. S. 487.

[11] Vgl. o. S. 33. 65. 123.

[12] Konstanz sess. gen. XXXIX. c. 2, Bd. I. S. 271 n. 7; Tridentinum Sess. XIV. c. 7 de ref. (absichtliche Tödtung); XXIV. c. 18 de ref. (Simonie beim Pfarrkonkurs für die Examinatoren und Kandidaten); XXV. c. 6 de reg. (für Mönche, welche sich auf Grund einer nicht rechtmässigen Wahl zum Provinzial, Abt oder Prior befördern lassen, Unfähigkeit zu allen Ämtern im Orden); Late-

Päpsten [1], nicht minder von den Partikularkonzilien [2], hier allerdings nicht in erheblichem Masse Gebrauch gemacht worden.

8. Ebenso kommt jetzt noch, freilich sehr vereinzelt, eine Suspension von einzelnen kirchlichen Berechtigungen [3] vor, dagegen häufiger

9. der gänzliche Verlust solcher, gemeinrechtlich namentlich der des Patronatrechtes [4], ferner aller kirchlichen Privilegien und Gnaden [5], welcher sogar noch

ran. V. (Leo X.: Regimini 1515 §§. 10. 11), bull. Taur. 5, 617 (für diejenigen, welche von Kollationen, die ihnen von Fürsten oder Herren unter dem Vorwande des Patronats u. s. w. ertheilt sind, Gebrauch machen, „inhabiles ad alia beneficia").

1 Paul IV.: Cum secundum 1558 §§. 2. 3, bull. Taur. 6, 545 (unerlaubte Verhandlungen und Einwirkungen auf die Papstwahl, Thäter unfähig zu allen dignitates et honores); Paul IV.: Cum ex apostolatu 1559 §. 6, b. T. 6, 551 (ausdrückliche Ausdehnung der Unfähigkeit der Ketzer und Schismatiker, s. o. S. 158, auf den Erwerb der Ämter des Papstes, der Kardinäle und Bischöfe, bestätigt von Pius V.: Inter multiplices 1566 §. 3, b. T. 7, 499); Pius V.: Cum primum 1566 §. 8, b. T. 7, 434 (simonistischer Erwerb von kirchlichen Dignitäten, Benefizien und Offizien, Unfähigkeit zu solchen); Pius V.: Postquam 1570 §. 14, b. T. 7, 821 (Servitenmönche, welche verbotene Bücher haben, ad omnia officia inhabiles); Gregor. XIII.: Ascendente 1584 §. 24, b. T. 8, 457 (Anfechtung der Konstitutionen und Einrichtungen des Jesuiten-Ordens, inhabilitas i. f. ad quaevis officia et beneficia saecularia et regularia, und nach Gregor XIV.: Ecclesiae 1591 §§. 20. 21, b. T. 9, 436 für die Jesuiten selbst, inhabilitatio ad quaevis officia et dignitates); Sixtus V.: Effraenatam 1588 §. 2 (procuratio abortus, für Kleriker inhabiles i. f. ad dignitates, officia et beneficia); Urban VIII.: Ad audientiam (für Portugal) 1625 §. 4, b. T. 13, 334 (Beeinträchtigung der kirchlichen Jurisdiktion und Verhaftung der kirchlichen Richter, Unfähigkeit der Thäter und ihrer Descendenz bis zur 4. Generation zu kirchlichen Dignitäten, Benefizien und Offizien, sowie Pensionen, selbst in den Ritterorden, bestätigt von Clemens X.: Ex iniuncto 1672, b. T. 18, 368). Lediglich eine Anwendung dieser Strafe als Folge der Ketzerei bildet die Verhängung derselben für die Anhänger Luthers und der Descendenten der letzteren durch Leo X.: Decet §. 3, b. T. 5, 760. Dieselbe Strafe hat auch Sixtus IV. 1478, Raynald. ann. 1478 n. 4. 11 der Descendenz Lorenzos de Medici und seiner Anhänger angedroht.

Nur eine relative Unfähigkeit für gewisse Ämter setzen fest: Innocenz VIII.: Officii 1491 §. 2, b. T. 5, 346 (für diejenigen, welche in etwaigen, bei der Kurie schwebenden Angelegenheiten als Interessenten Klerikern befehlen, auf ihre Benefizien oder das ihnen auf diese zustehende Recht zu verzichten, hinsichtlich der so resignirten Benefizien); Pius IV.: Sanctissimus 1564 §. 3, b. T. 7, 309 (Gewählte, welche sich vor der päpstlichen Bestätigung und Expedition der betreffenden päpstlichen Schreiben die Leitung von Klöstern, Präposituren und Konventual-Dignitäten anmassen, künftighin „ibi ineligibiles").

2 Toledo 1473 c. 22, Hardouin 9, 1514 (Söhne von raptores publici, inhabiles ad beneficia ecclesiastica); Petrikau 1589, bestätigt v. Sixtus V.: Pastoralis 1589 §. 5, b. T. 9, 140 (Senatoren und Adlige, welche bei der Wahl eines ketzerischen Königs Hülfe leisten oder einem solchen anhängen, sowie ihre Descendenten) „ad omnes honores, dignitates et beneficia ecclesiastica obtinenda perpetuo inhabiles et incapaces".

3 Pius V.: Quanta ecclesiae 1568 §§. 5. 6, b. T. 7, 664 (Patrone, welche dulden, dass die auf ihre Benefizien verzichtenden Geistlichen ihre Nachfolger bezeichnen oder mit diesen paktiren, Suspension vom Präsentationsrecht bis zur päpstlichen Absolution); Salzburg 1418 c. 26, Hartzheim 5, 182 (Beraubung der Kirche beim Tode des Geistlichen durch den Patron, a iure praesentandi ea vice suspensus); Mainz 1549 c. 68, ibid. 6, 582 (Patrone, welche ungeeignete Kandidaten präsentiren oder sich die Einkünfte theilweise oder ganz vorbehalten): „talis beneficii collatione vel praesentatione saltem pro hac vice aut pro gravitate excessus per omnem vitam privandos"; Mailand 1573 c. 18, Hardouin 10, 796 (Prokurator, welcher wissentlich eine ungerechte Sache beim kirchlichen Gericht vertheidigt und Wahres bestreitet „fori ecclesiastici auditorio aditu ve interdicatur"); Mailand VI. 1582 c. 26, ibid. p. 1130 (bei Chikane der Prokuratoren und Advokaten suspensio officii postulandi et procurandi im geistlichen Gericht); Fermo 1726, coll. conc. Lac. 1, 593 (unerlaubte Ausfertigung von Inhibitorialien auf Appellation, Suspension vom Amte des Notars und Prokurators bei der erzbischöflichen Kurie); Gregor XVI.: Sanctissimus 1621 §. 4, bull. Taur. 12, 596 (Wahl untauglicher Konservatoren, s. Bd. I. S. 180, Suspension von dem Recht, einen solchen zu haben, auf ein Jahr für das schuldige Kloster oder Institut).

4 Trident. Sess. XXII. c. 11 de ref. u. XXV. c. 9 de ref., s. Bd. III. S. 81. 91. 92 n. 2; Paul IV.: Cum secundum 1558 §§. 2. 3, b. T. 6, 545 (Einwirkung auf die Papstwahl, Verlust omnium iurium patronatus i. f.); s. auch die folgende Anm.

5 Johann XXIII.: Cum ex 1411 §. 5, b. T. 4, 657 (Simonie bei Erlangung päpstlicher Gnaden durch Laien, privatio i. f. privilegiorum, exemptionum et gratiarum); Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 39, b. T. 5, 604 (Fürsten, welche die Einkünfte von Kirchen, Klöstern und Benefizien an sich nehmen, sequestriren und nicht restituiren); Leo X.: Inter graves 1515 §. 5, b. T. 5, 626 (Okkupation und feindliche Überziehung der Länder des Kirchenstaats und

neuerdings päpstlicherseits ausgesprochen worden ist[1], insbesondere der nicht mehr praktische Verlust der Universitätsprivilegien[2] und die ebenfalls jetzt nicht mehr in Frage kommende, aber schon dem früheren Recht[3] angehörige Entziehung des Bischofssitzes[4], sowie partikularrechtlich die Entziehung des Küsteramtes[5], des Patronat- und Vogteirechtes[6], des Mitgliedschaftsrechtes[7] und der Ämter in kirchlichen Brüderschaften[8], nicht minder der Prokuratur[9], der Advokatur, des Notariates und anderer Ämter bei kirchlichen Behörden[10], sowie der Verwaltung von kirchlichen Hospitälern[11] oder frommen Stiftungen[12], während

Zulassung und Verpflegung bewaffneter Schaaren, privatio i. f. aller privilegia, indulta etiam *studii generalis*, concessiones et gratiae, Anwendung davon durch Urban VIII.: Cum nuper 1643 §. 3, b. T. 15, 273: (privatio quorumcumque privilegiorum, gratiarum, indultorum, concessionum, titulorum et praeeminentiarum); Pius IV.: Pastoralis 1560 §§. 3. 4, b. T. 7, 18 (Laien, welche wegen Wegnahme der zum Gebrauch des Papstes bestimmten Kostbarkeiten während der letzten Krankheit desselben, der Vakanz des päpstlichen Stuhls und eines Jahres vor dem Beginn der letzteren in die Exkommunikation verfallen und acht Tage darin verharrt haben, omnibus privilegiis privati et inhabiles ad ea obtinenda); Urban VIII.: Ad audientiam 1625 §. 4, S. 543 n. 1 (amissio quorumcumque iurium patronatus, privilegiorum, indultorum, concessionum). Vgl. endlich noch die Androhung Leos X.: Exsurge 1520 §. 3, b. T. 5, 748 gegen die Anhänger der lutherischen Lehren: „quoad conventus, capitula seu domos aut pia loca saecularium vel regularium . . . necnon universitates, etiam studiorum generalium quorumcumque privilegiorum, indultorum a sede apostolica . . . aut alias quomodo . . . obtentorum . . . necnon nominis et potestatis studium generale tenendi, legendi ac interpretandi quasvis scientias et facultates et inhabilitatis (sc. poenis) ad illa et alia in posterum obtinenda“.

[1] Pius IX.: Cum catholica 1860, Arch. f. k. K. R. 5, 171. 174 (Exkommunikation der Urheber der Lossreissung Umbriens und der Marken vom Kirchenstaat, s. Bd. I. S. 214. 216): „ipsos omnium quorumcumque privilegiorum, gratiarum et indultorum sibi a nobis seu Romanis pontificibus praedecessoribus quomodolibet concessorum amissionis poenas eo ipso . . . incurrisse“; in Bezug genommen durch Pius' IX. Encyklika: Respicientes 1870, a. a. O. 25, XXV. L.

[2] Leo X.: Inter graves und Exsurge cit., vorvor. Anm.

[3] S. o. S. 34 n. 2.

[4] Konstanz sess. gen. XXIX. 2, Bd. I. S. 271 n. 7 i. f.; angedroht 1478 an Florenz v. Sixtus IV., Raynald 1478 n. 4. 11; Pastor, Gesch. d. Päpste 2, 484.

Vereinzelt auch Verlust von Ämtern am Annunziatenhospital zu Neapel für stiftungswidrige Verwendung des Vermögens, Clemens VIII., Decet 1596 §. 2, bull. Taur. 10, 325.

[5] Cambrai 1565 VII. 10, Hartzheim 7, 108 (custodes, welche die kirchlichen Geräthschaften nicht ordentlich aufbewahren und nicht zum Gottesdienst bereit halten) „ab officio submoveatur“; D. S. Trier 1670 II. 5, ibid. 10, 71 (aeditui, welche trotz Ermahnung nicht vom Besuche von Schenken, Schauspielen und verdächtigen Häusern ablassen) „pastor eos amovere poterit“.

[6] Salzburg 1490, Hartzheim 5, 578 (Erpressungen der Vögte und Patrone gegen die Geistlichen bei Anstellung der letzteren).

[7] Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 208 (Mitglieder, welche die Statuten nicht beobachten, die Sakramente nicht, wie vorgeschrieben, nehmen, nicht die Werke der Barmherzigkeit ausüben und trotz Ermahnung ihren anstössigen Lebenswandel nicht ändern).

[8] Neapel 1699, l. c. 1, 205 n. 6 (privatio ipso facto officii praepositi et oeconomi bei Gestattung des Tragens unerlaubter Trachten an die Mitglieder).

[9] Mailand 1582 c. 26, Hardouin 10, 1130 (Verübung von Chikanen, „privatio officii postulandi et procurandi in suo officio“, d. h. des Bischofs).

[10] Toledo 1566, Hardouin 10, 1151. 1152 (Kauf der officia des Notars, des promotor fiscalis und anderer Ämter bei dem bischöflichen Gericht) „officio illo privetur“; Salzburg 1569 XXXVIII. 7, Hartzheim 7, 340 (judices, notarii, causarum procuratores, cursores, aliae personae consistoriales, welche mit den Parteien oder Klienten unzüchtige Handlungen vornehmen oder auch nur solche versuchen oder die gedachten Personen dazu zwingen) „statim ab officio cadat atque ab actis consistorialibus per totam provinciam excludatur“; Fermo 1726, coll. conc. Lac. 1, 596 (Vernichtung, Unterdrückung, Hinterziehung von Protokollen und Dokumenten in den bischöflichen Archiven und Kanzleien) „officio, si quod habet in curia ecclesiastica, notarii, scribae, procuratoris vel advocati omnino privetur et inhabilis habeatur eo ipso ad futura obtinenda“; für Rom Alexander VII.: Piae sollicitudinis 1657 §. 2, b. T. 16, 275 (Verlust des Amtes als kirchlicher Musikmeister bei Zulassung unpassender Musik gegen den geleisteten Eid neben körperlicher Bestrafung als periurus).

[11] Bordeaux 1583 c. 26 u. Bourges 1584 XLIII. 2, Hardouin 10, 1370. 1504 (Laien bei andauernder, nicht ordentlicher Verpflegung der Armen).

[12] Mailand 1569 c. 28, Hardouin 10, 755 (Ausleihen der Gelder derselben oder Entlehnen solcher für sich selbst seitens der Administratoren) „statim amoti sint“.

10. die **Unfähigkeit zu kirchlichen Berechtigungen** nur selten als Strafe angedroht wird [1].

11. Obwohl seit dem 13. Jahrhundert die Strafe der *indignatio* Gottes und der Apostel Petrus und Paulus [2] allein in den Schlussklauseln einer Reihe päpstlicher Briefe und zwar blos in der seit dem 12. Jahrhundert üblich gewordenen, formelhaften Weise erwähnt wird [3], kommt doch wieder eine ausdrückliche und besondere Androhung der *indignatio* des Papstes, zunächst vereinzelt in der Mitte des 15. [4], dann aber häufiger von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts [5] vor. Daneben erhält sich aber

[1] In den päpstlichen Konstitutionen die Unfähigkeit, kirchliche Privilegien, insbesondere auch solche auf ein studium generale zu erhalten, s. Leo X.: Exsurge 1520 u. Pius IV.: Pastoralis, S. 543 n. 5, ferner die zum Erwerbe von Hospitalämtern, S. 544 n. 4 a. E.; partikularrechtlich zum Amt des Notars, Prokurators, Advokaten, Schreibers bei einer bischöflichen Kurie, s. S. 544 n. 10, zu Ämtern in den kirchlichen Bruderschaften, Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 514, S. 516 n. 8 a. E.; zum Amte eines kirchlich zu approbirenden Schullehrers, ibid. p. 483 (wenn er Mädchen bei sich im Hause unterrichtet); Mailand 1569, Hardouin 10, 755 (s. o. S. 544 n. 12): auf 6 Jahre zum Amt des Administrators kirchlicher und frommer Stiftungen.

[2] S. o. S. 34. 36.

[3] „Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem omnipotentis dei et bb. Petri et Pauli apostolorum eius se noverit incursurum."

[4] Calixt. III.: Illud reputantes 1456 §. 4, b. T. 5, 130 (die Ordinarien sollen diejenigen, welche Christen in die Sklaverei verkaufen, als exkommunicirt verkündigen, „si nostram et dictae, d. h. apostolicae, sedis indignationem evitare voluerint").

[5] Seit Julius III.: Cum civitates 1552 §. 2, b. T. 6, 463 (diejenigen, welche zum Schutze von Verbrechern und Rebellen ihre Häuser als Freistätten, s. g. franchitiae, bezeichnen, „noverit, se amissionis gratiae nostrae ac benevolentiae nostrae nec non coercitionis et emendationis, prout nobis iuxta circumstantiarum qualitatem videbitur poenas ipso facto incursurum"); Pius IV.: Decet 1561 §. 3, b. T. 7, 151 (Zuweisung der Geldstrafen und Konfiskationen im Kirchenstaat anders als an die apostolische Kammer, für Legaten ind. n. poena); Pius IV.: Inter ceteras 1562 §. 3, b. T. 7, 166 (Bestätigung der eben cit. const. „sub indignationis nostrae et aliis arbitrii nostri poenis"); Pius IV.: Cum vices 1562 §. 3, ibid. p. 171 (Verbot an die Legaten, die Erlaubniss zum Tragen verbotener Waffen im Kirchenstaat zu geben, sub ind. n. poena); Pius IV.: Inter multiplices 1565 §. 4, ibid. p. 376 (Verbot der Ausführung von Getreide aus dem Kirchenstaat „s. n. ind. necnon confiscationis omnium bonorum et amissionis feudorum poenis", bestätigt durch Pius V. ibid. p. 848); Pius IV.: Cum nos 1566 §. 1, ibid. p. 458 (Publikation der Bulle gegen die Mörder und Verbrecher im Kirchenstaate durch die Kommunen „s. p. ind. n. et 1000 ducatorum poenis"); Pius V.: Sedis apostolicae 1567 §. 4, ibid. p. 617 (Verbot des Überganges vom Kapuziner-Orden zu dem des Franciscus de Paula sub ind. n. poena); Pius V.: Romanus pontifex 1568 §. 3, ibid. p. 722 (Befehl an die Lehnsherren im Kirchenstaat, die Bulle Pauls IV. gegen die Läugner der Trinität zur Durchführung zu bringen, sub p. ind. n.); Pius V.: Romanus pontifex sacrorum 1568 §. 3, ibid. p. 723 (nicht ordnungsmässige Weihe der Regularen durch die Bischöfe, Bd. I. S. 75 n. 6, s. i. n. p.); Gregor XIII.: Volentes 1577 §. 1, b. T. 8, 195 (Ausführung von Getreide u. s. w. aus dem Kirchenstaat s. i. n. ac excommunicationis l. s. poenis, daneben auch Konfiskation des Ausgeführten und Geldstrafe); Gregor XIII.: Alias piae 1581 §. 4, ibid. p. 372 (Publikation dieser Konstitution betr. die Zuziehung von Beichtvätern durch die Ärzte, Bd. IV. S. 117 n. 4, sub i. n. ac aliis arbitrio nostro infligandis poenis); Sixtus V.: Hoc nostri 1585 §. 2, b. T. 8, 585 (Durchführung der Konstitutionen gegen Mörder, Rebellen u. s. w. seitens der Herzöge, Lehnsherren im Kirchenstaat s. ind. n. p.); Clemens VIII.: Ambitiosam 1596 §. 2, b. T. 10, 293 (Verbot an die Oberen der Camaldolenser, Mönche auf Verwendung von geistlichen und weltlichen Fürsten, sowie Anderer zu Ordensämtern zu befördern und ihnen Strafen zu erlassen, s. ind. n. p.; ebenso: Ambitiosam 1600 §. 2, ibid. p. 599 für die Eremiten-Kongregation zu Pisa); Clemens VIII.: Decet cit., s. S. 544 n. 4, neben den hier genannten anderen Strafen auch s. ind. n. p.); Clemens VIII.: Frumenti 1597 §. 5, b. T. 10, 373 (Verbot der Ausfuhr von Getreide aus dem Kirchenstaat, s. ind. n. et privationis feudorum ac confiscationis bonorum); Clemens VIII.: Decet 1600 §. 1, ibid. p. 633 (Verbot der Appellation vom Tribunal des Bischofs v. Ceneda an andere, namentlich weltliche Richter als den Papst „sub dei omnipotentis ac bb. Petri et Pauli apost. eius ac nostrae indignationis necnon excommunicationis l. s. poenis eo ipso incurrendis"), bestätigt durch Paul V.: Alias 1611 §. 19, Alias 1614 §. 1 u. Alias cum 1614 §§. 1. 2, b. T. 11, 670 u. 12, 240. 268, an letzterer Stelle diese Strafen auch dem Bischof, welcher die Stellung des Papstes nicht wahrt, angedroht); Clemens VIII.: Ex iniuncto 1604 §. 6, b. T. 11, 47 (Verbot an die Dominikaner- und Augustiner-Eremiten, eine andere als die vorgeschriebene Ordenstracht zu tragen, s. ind. n. p.); Paul V.: Regnum 1607 §. 3, b. T. 11, 385 (Verbot der Tödtung von landwirthschaftlichen Nutzthieren in Sizilien s. ind. n. necnon 1000 scutorum quoad saeculares . . . et in subsidium . . . exilii . . . poenis, wiederholt: Alias 1607 §. 1, ibid. p. 434); Paul V.: Creditam 1608 §. 25, ibid. p. 511 (Verbot der Entfernung von

trotzdem fortdauernd der Gebrauch der formelhaften Androhung des Unwillens Gottes und der Apostel Petrus und Paulus in den Schlussklauseln solcher päpstlichen Schreiben, welche in Bullenform ausgefertigt sind[1], ja diese erscheint sogar selbst in solchen Bullen, in deren anordnendem Theil die Strafe der *indignatio* des Papstes ausdrücklich angedroht wird[2]. Dass mit der letzteren nichts anderes gemeint sein kann, als die oben S. 35 näher charakterisirte Strafe, erscheint unzweifelhaft[3]. Auffällig ist nur das plötzliche sporadische Auftauchen derselben im 15. Jahrhundert, dann der ein Jahrhundert später gerade wieder während eines Zeitraums von hundert Jahren hervortretende wiederholte Gebrauch, endlich ihre gleichzeitige Verwendung neben der formelhaften Schlussklausel, welche nur noch die indignatio Gottes und der Apostel Petrus und Paulus androht. Berücksichtigt man, dass schon die Doktrin seit dem 14. Jahrhundert über den Sinn der letzteren gestritten hatte[4], so können sich die Päpste sehr wohl dadurch, sowie durch den Umstand, dass in der gedachten Zeit ebenfalls noch die Entziehung der fürstlichen Gnade als weltliche Strafe vorgekommen ist[5], dazu

Büchern und Handschriften aus der Ambrosianischen Bibliothek in Mailand „s. ind. nostrae et Romani pontificis pro tempore existentis et sedis praedictae ac etiam maioris excommunicationis l. sententiae et ulterius quoad ecclesiasticos etiam privationis quorumcumque beneficiorum et officiorum . . . inhabilitatisque ad illa et alia quaecumque imposterum quandocumque obtinenda ... incurrendis poenis“); Paul V.: Pastoralis 1615 §. 2, b. T. 12, 308 (Verbot an die Prälaten und Geistlichen im Erzherzogthum Österreich, kirchliche Güter und Einkünfte an Ketzer zu veräussern oder auf lange Zeit auszuthun, „s. ind. n. et aliis poenis et censuris in sacris canonibus, conciliorum decretis et constitutionibus apostolicis contentis eo ipso incurrendis“); Gregor XV.: Cum inter 1622 §. 2, b. T. 12, 766 (Verbot an die Kurialbeamten, für Ausstellung von Schreiben in den Geschäften der Propaganda Geld zu nehmen, „s. ind. n. et aliis arbitrii nostri poenis“); Urban VIII.: Nuper 1624 §. 3, b. T. 13, 119 (Verbot der Anlegung der Tracht und des Kreuzes eines päpstlich nicht bestätigten Ritterordens „sub exc. l. s. et ind. n. et aliis arbitrii nostri poenis“); Urban VIII.: Uberes 1641 §. 3, ibid. 15, 145 (Verbot an die bei der Universität Bologna nicht Inscribirten, dort zu lesen und zu lehren, „sub exc. maioris eo ipso . . . incurrendae ac ind. n. aliisque arbitrii nostri poenis“); Urban VIII.: Universa 1642 §. 4, ibid. 15, 206 (Befehl an alle Ordinarien, die betreffende, d. h. die Feiertagsbulle, Bd. IV. S. 283, zu publiciren und zur Durchführung zu bringen, s. ind. n. p.); Innocenz X.: Conversationi 1646 §. 1, ibid. 15, 487 (Verbot des Verleihens von Geräthschaften und Kostbarkeiten des Kapitolinischen Palastes durch die Konservatoren und anderen Beamten, s. ind. n. p.).

[1] S. z. B. Calixt III. b. T. 5, 118; Pius II. (1459) p. 150; Sixtus IV. (1472) p. 205; Innocenz VII. (1498) p. 298; Alexander VI. (1492) p. 352; Julius II. (1504) p. 405; Leo X. (1513) p. 541; Hadrian VI. (1523) b. T. 6, 13; Clemens VIII. (1523) ibid. p. 38; Paul III. (1534) p. 173 (u. 1542) p. 343; Julius III. (1550) p. 401 (u. 1554) p. 475; Paul IV. (1559) p. 555; Pius IV. (1560) ibid. 7, 12; Paul V. (1566) p. 427; Gregor XIII. (1572) ibid. 8, 12; Sixtus V. (1585) p. 580; Gregor XIV. (1591) ibid. 9, 394; Innocenz IX. (1591) p. 506; Clemens VIII. (1592) p. 521; Paul V. (1605) ibid. 11, 196; Gregor XV. (1621) ibid. p. 12, 490; Urban VIII. (1623) ibid. 13, 11 u. Innocenz X. (1644) ibid. 15, 335. Hierbei ist zu beachten, dass das Bullarium, wenngleich nicht immer, doch vielfach die betreffende Klausel nur durch die Anfangsworte: Nulli etc. oder Nulli etc. und Si quis autem, s. S. 545 n. 3, wiedergiebt.

[2] S. die S. 545 n. 4 citirte const. Calixt. III. und die a. a. O. n. 5 angeführten const. Julius' III., Pius' IV.: Decet, Inter ceteras und Cum vices, Pius' V.: Romanus pontifex und Romanus pontifex sacrorum, Pauls V.: Creditam und Urbans VIII.: Universa.

[3] Dafür spricht nicht nur die Bezeichnung der Strafe: amissio gratiae nostrae und indignatio, s. S. 545 n. 5, sondern auch dass daneben gleichzeitig, wie früher, arbiträre oder fest bestimmte Strafen angedroht werden.

[4] Schon die Glosse s. v. incursorum zu c. un. in Extrav. Joann. XXII. de praeb. III. 3 bemerkt, dass damit, falls Jemand dem Papst das Recht zum Erlass der betreffenden Konstitution bestreitet, die Bestrafung als Ketzer, falls er aber dieselbe blos verletzt, die Bestrafung als sacrilegus mit der Deposition gemeint sei, während andere, s. die Übersicht bei Thesaurus de poenis ed. cit. t. 42 p. 63, so Baldus u. Felinus, darunter die Strafe der privatio beneficii, und endlich manche, so Ugolini, Menocchio und Marta (16. u. 17. Jahrh.) eine arbiträr zu verhängende Strafe verstanden haben.

[5] S. die 8 Edikte Alfons' V. v. Aragonien v. 1429, Hardouin 8, 1065 ff. („sub incursu indignationis nostrae et irae“, woneben wiederholt Geldstrafen von 1000 Gulden und mehr und auch Verlust der weltlichen Ämter angedroht werden. Dabei ist ferner zu beachten, dass Calixt III. (S. 545 n. 4) geborener Spanier war und eine Zeit lang in Diensten Alfons' V. gestanden hatte, Pastor, Gesch. d. Päpste 1, 500, sowie dass die Päpste die gedachte Strafe auch für rein welt-

veranlasst gesehen haben, diese Strafe und zwar, wie dies früher geschehen, zum Theil unter näherer Bezeichnung ihrer Folgen wieder zu verwenden, und wenn sie in den Bullen in derselben Weise wie in den Breven, trotzdem dass die ersteren die gedachte Schlussklausel, zu welcher sich die ursprüngliche Strafe abgeschliffen hatte, aufwiesen, angedroht worden ist, so erklärt sich dies wohl daraus, dass man es nicht für angemessen erachtet hat, in den Bullen die seit Alters hergebrachte, traditionelle Fassung der Schlussklausel zu ändern.

Einmal hat auch das Tridentinum eine, mit den hier besprochenen verwandte Strafandrohung getroffen [1], und vereinzelt findet sich ebenfalls im 16. und 17. Jahrhundert offenbar als eine Nachbildung der Strafe der indignatio des Papstes in deutschen Partikularkonzilien die Ungnade des Erzbischofs und des Bischofs als solche angedroht [2].

Seit den gedachten Zeiten, also spätestens mit dem 17. Jahrhundert, verschwindet aber der besondere Gebrauch derselben [3], und nur in der bis auf den heutigen Tag festgehaltenen, schon seit Jahrhunderten üblichen Schlussklausel [4] der päpstlichen Bullen führt die betreffende Strafe ihr blos formelhaftes Scheindasein fort [5].

Von Strafen weltlichen Charakters ist gegen Laien

12. die Prügelstrafe, die s. g. *poena corporalis* [6], namentlich als Auspeitschung [7] mehrfach sowohl von den Päpsten nicht nur für Rom und den Kirchenstaat [8], sondern auch allgemein [9] bis in das 18. Jahrhundert angedroht worden,

liche Vergehen als Herrscher des Kirchenstaats angedroht haben, s. S. 545 n. 5.

1 Sess. XXV. c. 9 (Pflicht der Komprovinzialbischöfe, die Nichtannahme des Tridentinums und die Nichtgelobung der Obedienz gegen den Papst auf den Provinzialsynoden anzuzeigen) „sub poena divinae indignationis".

2 D. S. Konstanz 1567 I. 2, Hartzheim 7, 538 (Kleriker, welche Schenken besuchen und mit Laien Trinkgelage halten), „poenam et indignationem nostram haud modicam experientur festusque dies eam poenam graviorem reddat" und XVIII. 2, ibid. p. 578 (Mitglieder und Beamte des bischöflichen Konsistoriums, welche die Statuten des Konsistoriums nicht befolgen); ultra poenam in eisdem statutis expressam indignationem nostram haud modicam expectet"; P. S. Salzburg 1569 XXXIX. 2, ibid. p. 338 (weltlicher Richter, welcher Geistliche vor sein Gericht zieht): „praeter omnipotentis dei iram et nostram nostrorumque coepiscoporum indignationem se bullae in Coena domini censuram illico incurrisse sciat", und LVI, ibid p. 361 (Beobachtung der vorgeschriebenen Fasten) „sub omnip. dei indignatione et nostra animadversione".

3 Wenigstens soweit ich die Quellen kenne.

4 S. o. S. 545 n. 3.

5 Benedikt XIII. 1725, coll. con. Lac. 1, 410. 413; Benedikt XIV. 1747, b. Ben. 2, 151; Pius VII. 1816, bull. Rom. cont. 14, 203. 236; Pius IX. 1854—1872, Arch f. k. K. R. 10, 404; 19, 99; 20, 340. 341; 29, 7; 31, 185; 65, 308, 311. 319; Leo XIII. 1878—1888, a. a. O. 40, 174; 46, 237. 448; 49, 265 u. 56, 15.

6 S. Anm. 8.

7 S. Anm. 8.

8 Julius III.: In multis 1554, b. T. 6, 478 (Blasphemie gegen Gott, Christus, den h. Geist und die Jungfrau Maria), zahlungsunfähige Arme: „luant in corpore" und für viles im zweiten Rückfall fustigatio, ibid. §. 11 (falsche Denunzianten und Zeugen bei Blasphemie) „gravissimis poenis etiam in corpore affligantur"; Paul IV.: Sanctissimus 1558 §. 3 (für Rom), b. T. 6, 557 (Kuppler und Kupplerinnen in leichteren Fällen) „fustibus per urbem caesi ab hac urbe perpetuo exulare cogentur"; Edikt für Rom v. 1716, Ferraris prompta bibliotheca s. v. agnus dei n. 8 (Anfertigung falscher agnus dei, s. Bd. IV. S. 146, und Verkauf solcher durch Frauen) pena della frusta (Auspeitschung), v. 1727, ibid. s. v. festa n. 18 (Feiertagsentheiligung) pene corporali; v. 1712, ibid. s. v. Hebraeus n. 20 (Jüdinnen, welche bei Nacht den römischen Ghetto verlassen) Auspeitschung; s. ibid. n. 183 ff. noch weitere Edikte für Rom aus d. 16. u. 17. Jahrh., welche in Fällen verbotenen Verkehrs zwischen Juden und Christen für die ersteren, mitunter auch für die letzteren, die Auspeitschung als Strafe festsetzen.

9 Pius IV.: In eligendis 1562 §. 15, b. T. 7, 250 (Herstellung von Löchern in den Mauern und Fussböden des Konklaves) corporales poenae; Pius V.: Cum primum 1566, ibid. p. 434 §. 4 (Störung des Gottesdienstes durch Herumlaufen, Lärm u. s. w. bei Unvermögen statt der Geldstrafe von 25 Dukaten) „luat in corpore" und (für obscöne Handlungen und Gespräche in der Kirche) „corporaliter puniatur", ferner §. 10 (Blasphemie gegen Gott, Christus und Maria, nicht zahlungsfähiger Plebejer bei Rückfall) „fustigabitur per urbem"; Clemens VIII.: Cum Hebraeorum 1593 §§. 6. 7, b. T. 10, 25 (Juden, Buch-

und bis zu dieser Zeit ist sie auch, wenngleich seltener, partikularrechtlich [1] nachweisbar.

13. In grösserem Masse ist von der Geldstrafe [2] in dieser Zeit [3] gegen Laien bis in das 18. Jahrhundert hinein Gebrauch gemacht worden. Sie wird sowohl von den Päpsten [4], von diesen aber mehrfach blos für Rom oder für den Kirchenstaat [5],

drucker, Buchhändler und andere Christen, welche den Talmud und verbotene jüdische Bücher aufbewahren, lesen, abschreiben, drucken, herausgeben, verkaufen, veräussern und kaufen) poenae corporis afflictivae arbitrio dioecesani; Urban VIII.: Sanctissimus 1625 (1624) §. 7, b. T. 13, 309 u. Bd. IV. S. 263 n. 5; Urban VIII.: Magnum 1637 §. 2, ibid. 14, 595 (Schliessung einer Doppelehe unter fingirtem Namen, bei Unfähigkeit zur Galeerenstrafe) „publice fustigentur et damnentur ad carceres in perpetuum"; Alexander VII.: Piae sollicitudinis 1657 §. 2, b. T. 16, 275, s. S. 544 n. 10; Benedikt XIV.: Apostolicae 1747, b. Ben. 2, 150 (Christen, welche bei der Zustellung von Scheidebriefen bekehrter Juden und Jüdinnen an ihre Juden gebliebenen Gatten neben dem Notar als Zeugen fungirt haben) poena corporis afflictiva. S. endlich noch Gregor XIII.: Antiqua 1581 §. 12, b. T. 8, 378 (Aufzählung der den Ketzer-Inquisitoren gegen die Juden gestatteten Strafen): „flagra, remigia, etiam perpetua, rerum publicationes, exilia aliaque atrociora".

[1] In der Salzburger Archidiakonatspraxis des 16. u. 17. Jahrh. als fustigatio ante fores ecclesiae (stabeliren, stäblen genannt), gewöhnlich für percussio clericorum, Uttendorfer, Arch. f. k. K. R. 63, 89; Avignon 1725 c. 3, coll. conc. Lac. 1, 550 (Überrumpelung des Pfarrers mit der Erklärung des Ehekonsenses), „corporales poenae arbitrio episcopi infligendae". Vgl. auch Hüsing, Fürstb. Christoph Bernard v. Galen, Münster u. Paderborn [1] 1887 S. 19, wonach in Münster im 17. Jahrh. die Strafe gegen hartnäckige Konkubinen der Geistlichen angewendet worden ist.

[2] Vgl. Kober, die Geldstrafen im Kirchenrecht, in Tübinger theolog. Quartalschrift 63. Jahrg. 1881 S. 47 ff.

[3] Auf dem Konzil von Konstanz ist zwar von Peter d'Ailli, s. dessen canones reformandi ecclesiae c. 3 v. 1416, v. d. Hardt Constant. conc. T. I P. VIII p. 421 („providendum erit . . . ut poenae pecuniariae vel tollantur vel temperentur vel in totum vel partim ad pios usus notorie applicentur") auch die volle Beseitigung der Geldstrafen angeregt worden, aber es ist darüber nicht einmal zu irgend welchen Verhandlungen gekommen.

[4] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, bull. Taur. 5, 604 (Blasphemie gegen Christus und Jungfrau) „si nobilis fuerit, poena 25 ducatorum mulctetur et pro secunda vice 50, fabricae basilicae principis apostolorum de Urbe applicandorum", jedoch ein Drittel an den Ankläger oder Denunzianten und ein weiteres an diejenigen, welche die Bestrafung durchführen; Leo X. (Lateran. V.): Inter sollicitudines 515, ibid. p. 623 (Druck von Büchern ohne Erlaubniss des Bischofs, s. Bd. I. S. 452), 100 Dukaten an die eben erwähnte fabrica; Pius V.: Cum primum 1566 §. 4, b. T. 7, 434 (Störung des Gottesdienstes durch Herumlaufen, Lärm u. s. w. oder unpassende Gespräche oder unanständige Handlungen mit Frauen in der Kirche 25 Dukaten, obscöne Handlungen und Gespräche in derselben 10 aurei) u. §. 10 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau) „pro prima vice poenam 25 ducatorum incurrat, pro secunda poena duplicabitur, pro tertia autem 100 ducatos solvat" (Geldstrafen, welche, s. §. 15 ibid., zu 2 Dritteln frommen Instituten nach dem Ermessen der Ordinarien und zu einem Drittel dem Ankläger überwiesen werden sollen); Clemens X.: Ex commissae 1672 §. 5, b. T. 18, 296 (Schmücken und Verkaufen von Kästchen mit Reliquien und Bezeichnung derselben mit falschen Namen, 25 Scudi); Benedikt XIV.: Apostolicae 1747, b. Ben. 2, 150 (wenn christlich gewordene Juden oder Jüdinnen ihren jüdisch gebliebenen Ehegatten Scheidebriefe zustellen, Judenschaft des Ortes 100 Goldscudi Strafe von der fürstlichen Gewalt beizutreiben, ein Drittel an den Ankläger, der Rest an das Katechumenhaus der Stadt, event. an fromme Christen). Vgl. ferner noch Gregor XV.: Cum sicut 1621, b. T. 12, 544 (päpstliche Bestätigung einer Sentenz, welche einen Richter wegen Anfechtung der päpstlichen Jurisdiktion u. A. zu 2000 Scudi an die apostolische Kammer verurtheilt).

Das Tridentinum wiederholt nur Sess. IV. decr. de edit. libror. die Vorschrift von Leo X. (Lateran. V.): Inter sollicitudines 1515 cit., s. Anm. 4 Die sonst von Kober a. a. O. S. 54 ff. angeführten Stellen gehören nicht hierher. Wegen Sess. XXV. c. 3 de ref. s. unten S. 550 n. 8.

[5] Julius III. (für Rom): In multis 1554 §§. 2. 3, b. T. 6, 478 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau, Reiche 40, Arme 10 Goldscudi, das zweite Mal Verdoppelung, das dritte Verdreifachung); Pius V.: Quo primum 1570 §. 7, b. T. 7, 839 (Druck, Auslegung und Annahme des römischen Missales ohne die vorgeschriebene Erlaubniss, Drucker im Kirchenstaat 100 Golddukaten ipso facto an die apostolische Kammer); Clemens VIII.: Cum in ecclesia 1602 §. 5, b. T. 10, 788 (Druck und Verkauf des römischen Breviers ohne Erlaubniss des Inquisitors, bez. des Ordinarius, Drucker und Buchhändler im Kirchenstaat 500 Golddukaten ipso facto an die apostolische Kammer); Clemens VIII.: Cum sanctissimum 1604 §. 5, b. T. 11, 88 (unerlaubter Druck und Verkauf des römischen Missales, ebenso); Innocenz XII.: Cum sicut 1696, b. T. 20, 781 (Druck und Verkauf des Breviers der Minores O. S. Francisci de Observantia, ebenso); Dekret für Rom aus dem 16. u. 17. Jahrh. bei Ferraris s. v. Hebraeus n. 186 ff. (für einzelne Fälle des Verkehrs zwischen Juden und Christen verschieden bemessene Geldstrafen für beide Theile); Edikt für Rom 1705, s. v. jejunium n. 33 (Wirthe, welche in der Fastenzeit verbotene

sowie auch partikularrechtlich [1] (hier sogar vereinzelt bis zur Mitte dieses Jahrhunderts) [2] meistens in fixirter Summe [3], mitunter auch in nur relativ festem Betrage [4] oder blos als arbiträr in ihrer Höhe zu bemessende [5] angedroht. Vielfach wird gleichzeitig bei der Festsetzung der Geldstrafe für die einzelnen Vergehen über ihre Verwendung Bestimmung getroffen, und wie meistens eine solche zu Gunsten gewisser Kirchen, frommer Stiftungen oder zu frommen Zwecken, öfters unter Zuweisung eines Antheils

Speisen halten, 25 Scudi); Edikt für Rom 1705, ibid. s. v. vestis n. 17 (nicht ritualmässige Überführung der Leichen aus den Häusern in die Kirche, namentlich in Kutschen, für die Erben 500 Scudi Strafe zu frommen Zwecken).

1 Toledo 1473 c. 16, Hardouin 9, 1512 (Okkupation, Detention, *incastellatio* (s. o. S. 210 n. 12 a. E.) vakanter und vakant werdender Kirchen, sowie Verfügung über ihr Vermögen und Ankauf der Kirchen aus den Händen der Okkupatoren, für Thäter, ihre Gehülfen und Begünstiger ausser der Exkommunikation l. s. auch 50 Gulden Strafe ipso facto); Mecheln 1570 c. 7, Hartzheim 7, 614 (Hochzeitsfeierlichkeiten bei Ehen, welche mit Dispens in der geschlossenen Zeit eingegangen werden, 20 rheinische Goldgulden ad pium usum); ibid. p. 617 (c. 12, Festtagsentheiligung 1 Gulden ad pium usum); D. S. Brügge 1693 III. 2 §. 5, ibid. 10, 195 (Eltern und Pathen, welche mit dem eben getauften Kinde zum Trinken in das Wirthshaus gehen, 3 Gulden an die Pfarrkirche); D. S. Culm 1745, ibid. 10, 563 (Testaments-Exekutoren, welche die Testamente der Geistlichen nicht innerhalb eines Jahres ausführen, 10 Goldgulden, zur Hälfte an das Hospital für kranke Geistliche, zur Hälfte an den Denunzianten); Neapel 1696, coll. conc. Lac. 1, 175 (Lärmerregung bei der Vertheilung von Almosen aus Anlass eines Begräbnisses, 6 Dukaten zu frommen Zwecken, ein Drittel davon an den Denunzianten); Tarragona 1722, ibid. 1, 786 (Festtagsentheiligung, 10 regales Barcinonenses ad arbitrium episcopi); Tarragona 1738, ibid. p. 788. 789 (unpassende Musik beim Gottesdienst und unpassende Aufführungen in den Kirchen, 20 librae).

Auch nach der Salzburger Archidiakonatspraxis sind Laien im 15. u. 16. Jahrh. zu Geldstrafen verurtheilt worden, Uttendorfer: Arch. f. k. K. R. 68, 89.

An Stelle des Geldes kommt übrigens auch eine bestimmte Quantität Wachs als Strafe vor, Paris 1429 c. 26, Hardouin 8, 1047. 1048 (Schwören bei dem Fleisch, Blut und bei den Wunden Christi, das erste Mal 1, das zweite 2 und das dritte Mal 4 Pfund Wachs an die Pfarrkirche oder Kathedrale); D. S. Konstanz 1609 I. 16 n. 14, Hartzheim 8, 874 (Zuspätkommen zur Eheschliessung, 1 bis 3 Pfund Wachs für die Fabrika) u. n. 18, ibid. (abergläubische Gebräuche bei Hochzeiten, 1 Pfund Wachs an die Fabrik); D. S. Trier 1678 I. §. 3 n. 4, Hartzheim 10, 67 (Fernbleiben von der sonntäglichen Messe oder Arbeitsfuhren am Sonntag, das erste Mal ein halbes Pfund Wachs). Auch in der Salzburger Archidiakonatspraxis sind solche Verurtheilungen vorgekommen, s. Arch. f. k. K. R. a. a. O.

2 Päpstlich bestätigtes Edikt des Bischofskonventes zu Loreto 1850/1855 für die Marken und Urbino, coll. conc. Lac. 1, 78. 79. 80. 81 (für Feiertagsentheiligung und Verletzung der Fastengebote 5 Paoli bis 3 Scudi), wobei zu beachten ist, dass es sich hier ebenfalls um den damals noch unter päpstlicher Herrschaft stehenden Kirchenstaat handelt.

3 S. die Anführungen in den vorhergehenden Anmerkungen.

4 Pius V.: Ad Romani 1568 §. 2, b. T. 7, 659 (Notare, welche nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist Anzeige von den der Kirche S. Maria zu Loreto unter Lebenden und von Todeswegen gemachten Zuwendungen erstatten, als Strafe das Doppelte der nicht angezeigten Zuwendung, zur Hälfte an die erwähnte Kirche, zur Hälfte an den Ankläger und den Beitreiber der Strafe); s. auch Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (Blasphemie gegen Gott, Christus und Jungfrau) „si munus publicum iurisdictionemve gesserit, perdat emolumenta trium mensium pro prima et secunda vice“.

5 Julius III.: Cum sicut 1554 §. 1, b. T. 6, 482 (Belästigung der Juden wegen nicht blasphemischer, hebräischer Bücher); Pius V.: Super gregem 1566 §. 5, b. T. 7, 433 (Ärzte, welche die Bd. IV. S. 117 n. 4 gedachte Pflicht vernachlässigen, arbiträre Geldstrafe nach dem Ermessen des Ordinarius, wiederholt Benevent 1693 und Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 94. 455); für Rom Edikt v. 1613, (Avanzini-) Pennacchi comm. in const. Apostolicae cit. 1, 1031 n. 1 und 1032 (Herausnehmen von Reliquien aus den Krypten, Katakomben und Coemeterien in Rom und ausserhalb, sowie Hülfeleistung dabei und Begünstigung); Edikt v. 1727, Ferraris s. v. festa n. 19 (Feiertagsentheiligung); partikularrechtlich: D. S. Utrecht 1565, Hartzheim 7, 136 (Hochzeitsfeiern in den Kurialhäusern der Kirchen oder innerhalb des kirchlichen Immunitätsbezirks seitens anderer, als dort wohnender Personen, arbiträre Geldstrafe in pauperum usus); Mailand IV. 1573 I. 18, Hardouin 10, 828 (Lärmmachen vor den Kirchthüren beim Gottesdienst, mulcta arbitrio episcopi); Fermo 1726, coll. Lac. 1, 596 (Vernichtung, Unterdrückung und Hinterziehung von Protokollen und Dokumenten in den bischöflichen Archiven und Kanzleien, für Laien graves poenae pecuniariae); Tarragona 1717, ibid. p. 716 (Verlobte, welche vor der Eheschliessung in einem Hause zusammen wohnen, „pro modo culpae iuxta personarum qualitatem gravis poena pecuniaria locis piis applicanda“). Arbiträre Strafe in Wachs, Sens 1460/1485 IV. 2, Hardouin 9, 1538 (für Blasphemie das erste Mal).

an den Denunzianten[1] angeordnet wird, so haben auch manche Partikularsynoden sogar bis in dieses Jahrhundert hinein unter ausdrücklicher Hervorhebung, dass solche Strafen nicht für private Zwecke verwendet werden dürfen[2], allgemein bestimmt, dass sie, abgesehen von den etwaigen Denunziantenantheilen[3], kirchlichen oder milden Zwecken überwiesen werden sollen[4].

Ferner wird, was die arbiträre Verhängung von Geldstrafen betrifft, ein mässiger Gebrauch derselben und Festsetzung in entsprechender Höhe vorgeschrieben, um selbst jeden Schein der Habsucht auszuschliessen[5].

Allgemeine Vorschriften über die Umwandlung nicht beitreibbarer Geldstrafen finden sich nur äusserst selten[6], und auch für Spezialfälle kommen solche blos vereinzelt vor[7].

Während die kirchliche Praxis fort und fort ohne Bedenken von den Geldstrafen Gebrauch gemacht hat, ist ihre Zulässigkeit gegen Laien, namentlich auch ihre arbiträre Verhängung gegen dieselben, von der Doktrin nicht ohne mannigfache Zweifel[8]

[1] S. 548 n. 4 und die folgenden Anmerkungen; die an erster Stelle citirte const. Pii V.: Cum primum v. 1566 §. 15 bestimmt in Betreff der in ihr angedrohten Geldstrafen: „Mulctae pecuniariae applicabuntur pro duabus partibus locis piis arbitrio nostro in Urbe, extra vero arbitrio ordinarii, pro tertia accusatori qui delinquentes detulerit.“ Mehrfach kommt auch Zuweisung an die päpstliche Kammer vor, S. 548 n. 4 u. 5 a. E.

[2] Toledo 1565 c. 14, Hardouin 10, 1151: „poenae pecuniariae ... in pios usus tantum et pro executione justitiae, non pro privata episcoporum utilitate expendantur arbitrio episcopi et eius vicarii“; Mailand 1576 III. 8, ibid. p. 930: „poenae et mulctae omnes ... deinceps priorum locorum operumve usui vere atque omnino attribuantur, nulla prorsus parte reservata aut alii usui attributa“; Bordeaux 1583 c. 35, ibid. p. 1381: „prohibemus ... ordinariis, ut de mulctis et poenis pecuniariis nihil omnino in suam utilitatem convertant, sed eas pio alicui loco vel operi applicandas curent: parte tamen aliqua pro eorum arbitrio accusatoribus et delatoribus relicta“, im wesentlichen wiederholt Bordeaux 1624 XXII. 4, ibid. 11, 111. Vgl. auch Köln 1536 XIII. 8, Hartzheim 6, 305 (s. unten Anm. 5); Salzburg 1569 XXXIX. 6, ibid. 7, 340; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 37. 88.

[3] Sevilla 1512 c. 62, Aguirre conc. Hispan. 5, 361; Hefele 8, 549, hat eine Viertheilung zu Gunsten der betreffenden Kirche, der Kathedrale, von frommen Zwecken und endlich des Denunzianten oder Vollstreckers; Mailand I. 1565 III. 15, Hardouin 10, 725. 726 (freilich abgeändert durch Mailand 1576 III. 8, (s. vor. Anm.) eine Dreitheilung der den Laien auferlegten Strafen zu Gunsten von frommen Zwecken oder Stiftungen, des Anklägers und des Fiskus des weltlichen Fürsten, s. auch Bordeaux 1583 u. 1624 cit., vor. Anm.

[4] S. die beiden vorhergehenden Anmerkungen; Cambrai 1565 XIV. 3; Hartzheim 7, 111. Nach Neapel 1696, coll. Lac. 1, 242, dürfen die Geldstrafen von den Ordinarien nicht nur nicht zu ihrem eigenen oder zum Vortheil ihrer Kathedralen, sondern lediglich zu frommen Zwecken verwendet werden, s. weiter Benevent 1693, ibid. 1, 37. 38; Ravenna 1856, l. c. 6, 210. Quito 1869, l. c. 6, 443. — Die von Kober a. a. O. S. 60 citirten Stellen: Trid. Sess. VI. c. 1 u. XXIII c. 1. de ref. handeln von den den Geistlichen entzogenen Früchten.

[5] Köln 1536 XIII. 8, Hartzheim 6, 305: „Nolumus ... ut poenae pecuniariae pro criminibus passim imponantur, quod res mali exempli sit, crimen pecunia redimere ... Quodsi interdum vel personae delinquentis vel delicti qualitas poenam pecuniariam imponi postulaverit, haec in prios tantum usus convertatur, ne magis avaritia quam correctionis causa exacta videatur“; Salzburg 1569 XXXIX. 6, ibid. 7, 340 (im wesentlichen ebenso); Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 88: „synodus episcopos hortatur, ne in multis imponendis multi sint“; ibid. p. 37: „Poenae pro transgressione festorum imponendae moderatae sint.“

[6] Mailand I. 1565 III. 15, Hardouin 10, 726: „sin inopes sint, pecuniam aliqua alia salutari poena commutent, quae ejus generis sit, ut peccatorum vulnera contrariis remediis curentur.“

[7] So Julius III.: In multis, S. 547 n. 8; Pius V.: Cum primum §§. 4. 10, S. 547 n. 9, wonach auch statt der Geldstrafe Exil verhängt werden kann.

[8] Diese sind namentlich wegen c. 3 X cit. V. 37, s. o. S. 38 n. 7; c. 13 (Later. IV.) X de off. iud. ord. I. 31; c. 13 (id.) X de vita cler. III. 1 erhoben worden, indessen hat sich die überwiegende Meinung in dieser Kontroverse, ebenso wie in der weiteren, ob der Bischof auch gegen die ihm nicht zugleich als weltliche Unterthanen unterworfenen Laien Geldstrafen verhängen dürfe, s. darüber Fagnan. ad c. 3 X cit. V. 37 n. 15 ff., weniger wegen der übrigen S. 38 n. 7 citirten Stellen, als wegen Trid. Sess. XXV c. 3 de ref. („liceat eis, d. h. iudicibus ecclesiasticis, si eis expedire videbitur, in causis civilibus ad forum ecclesiasticum pertinentibus contra quoscunque, etiam laicos, per mulctas pecuniarias, quae locis piis ibi existentibus eo ipso quod exactae fuerint, assignentur, seu per captionem pignorum ... aliaque iuris

bejaht worden[1]. Zugleich hat sie aber die Umwandlung der durch das gemeine Recht und durch Synodalstatuten angedrohten anderen Strafen in Geldbusse seitens der kirchlichen Richter[2], nicht minder auch die Verwendung der Geldstrafen in den eigenen Nutzen derselben für unzulässig[3] und letztere für die Regel blos zu wohlthätigen Zwecken für statthaft[4] erklärt.

14. Die Konfiskation. Diese Strafe wird in der Gestalt der Vermögenskonfiskation, in welcher sie im Mittelalter zu einer gemeinrechtlichen Strafe geworden ist[5], von den Päpsten wiederholt bis zum 17. Jahrhundert angedroht[6], und auch das Tridentinum hat sie neben anderen Strafen für die Duellanten und ihre

remedia procedere et causas definire") für die Statthaftigkeit entschieden, vgl. Reiffenstuel V. 37 n. 99; Schmalzgrueber V. 37 n. 179; Benedict. XIV. de synodo dioecesana X. 9 n. 6 und die dort citirten, obwohl das Tridentinum gar nicht von der Verwendung der Geldbusse als Strafe, sondern als Exekutionsmittel handelt.

1 Wobei auch darauf hingewiesen wird, dass diese Strafe mehr als andere gefürchtet werde, s. Schmalzgrueber l. c. n. 179.

2 Dies hat die Doktrin aus c. 3 X cit. V. 37 hergeleitet, Schmalzgrueber l. c. n. 180. 181; Kober S. 54. 60, obgleich die Stelle dies nicht direkt ausspricht, sondern nur die Anwendung von Geldstrafen aus Habgier verbietet, und soweit dem Richter das Begnadigungsrecht zukommt (s. o. S. 371 und unten), ihm auch das Recht der Strafumwandlung zusteht.

3 Die ältere Doktrin gestattet dem Richter, die durch das gemeine Recht oder durch Statut angedrohte Geldstrafe, weil hier der Schein der Habsucht ausgeschlossen ist, für sich zu behalten, s. Covarruvias variar. resolut. lib. II c. 9 n. 9, ed. Francof. ad Moen. 1599. 2, 147, nicht aber die arbiträr verhängte, doch hat man diese Unterscheidung später im Hinblick auf Trid. Sess. XXXV. c. 3 de ref., welches die Zuweisung an fromme Anstalten vorschreibt, fallen lassen. Denselben Standpunkt hat auch die Congregatio concilii eingenommen, vgl. die Entscheidungen bei Ferraris prompta bibliotheca canonica s. v. poena art. I. n. 52 ff., aber sie gewährt dem Bischof, sofern nicht etwa in einem Partikularstatut eine bestimmte Verwendung der Strafe vorgeschrieben ist, falls er dessen bedürftig ist, mitunter ein Indult, die durch das gemeine Recht und Synodalstatut festgesetzten Strafen während einer bestimmten Reihe von Jahren für sich zu verwenden, vgl. Benedict. XIV. l. c. X. 10 n. 2 ff.; Kober S. 64, während die ältere Doktrin, vgl. Reiffenstuel l. c. n. 103; Schmalzgrueber l. c. n. 184, und auch die frühere Praxis der Congr. bis 1614, Benedict. XIV. l. c. n. 2, ihm unter der gedachten Voraussetzung ohne Weiteres das Recht zugesprochen hat, die gedachten Strafen zur Deckung seiner persönlichen und amtlichen Bedürfnisse, z. B. für die bischöfliche Wohnung, für die Kathedralfabrik oder für den Generalvikar, zu verwenden.

4 S. die Anführungen in der vor. Anm. und die Ausnahmen ebendaselbst.

5 S. o. S. 39.

6 Martin V.: Sedes apostolica 1425 §. 3, bull. Taur. 4, 718 (Juden in Caffa und Canna, sowie in anderen überseeischen Ländern des Orients, welche griechisch getaufte Christen als Sklaven kaufen und an die Ungläubigen, namentlich die Sarazenen verkaufen, Konfiskation ihres ganzen irgendwo belegenen Vermögens zum Loskauf der Gefangenen, ev. zur Unterhaltung von Kirchen und Hospitälern, sowie zur Vertheidigung des christlichen Glaubens); Eugen IV.: Dudum 1442 §§. 3—12, b. T. 5, 68, für Castilien und Leon (Juden, welche die für sie gegebenen Vorschriften über den Verkehr mit den Christen und die Errichtung neuer Synagogen nicht beobachten, privatio seu amissio omnium bonorum ipso iure, zur Verwendung nach dem Ermessen der Ortsbischöfe für die Fabrik der Kathedralen, anderer Kirchen und frommer Stiftungen; Bestätigung und allgemeine Ausdehnung durch Calixt III.: Si ad 1456, b. T. 5, 127, und Verwendung der konfiscirten Güter für die Expedition gegen die Sarazenen s. §. 9); Nikolaus V.: Olim 1451 §. 2, ibid. p. 107 (Lieferung von Pferden, Waffen u. s. w. an die Sarazenen in Ägypten, „ad fiscum bona omnia devolvantur"); Julius II.: Cum tam 1505 §. 6, ibid. p. 405 (s. Bd. I. S. 273, Vermittler einer simonistischen Papstwahl selbst Laien, insbesondere auch Gesandte der Fürsten „quibuscumque bonis eo ipso privati" und zwar bei Unterthanen der römischen Kirche an den Fiskus des apostolischen Stuhles, bei anderen an den der betreffenden Fürsten, bei Nichtdurchführung der Konfiskation durch die letzteren „ex tunc fisco ecclesiae Romanae eo ipso applicata", erneuert durch Lateran. V. 1513, Hardouin 9, 1656); Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 39, ibid. p. 604 (das Vermögen der Fürsten und weltlichen Obrigkeiten, welche die Einkünfte von Kirchen, Klöstern und Benefizien okkupiren, sequestriren oder detiniren und nicht restituiren, ebenso wie das ihrer Unterthanen zur Okkupation für Jedermann ausgesetzt); Julius III.: Cum sicut 1554 §. 1, b. T. 6, 482 (Juden, welche Blasphemieen gegen Christus enthaltende Bücher nicht herausgeben, confiscatio bonorum); Paul IV.: Cum secundum 1558 §§. 2. 3, b. T. 6, 545 (Verhandlungen über die zukünftige Papstwahl, privatio omnium bonorum temporalium); Pius V.: Admonet 1567 §. 3, b. T. 7, 560 (Verhandeln über die Veräusserung der der römischen Kirche gehörigen Ländereien, sowie über die Aufstellung von Personen zu päpstlichen Gubernatoren und Ertheilen von Rath an den Papst in diesen Angelegenheiten, vgl. dazu Hausmann, Gesch. d. päpstlichen Reservatfälle S. 221. 222, „bona eorum fisco et camerae apostolicae ipso iure devoluta");

Sekundanten festgesetzt[1], während sie die Partikularsynoden nur sehr vereinzelt anwenden[2].

Ferner kommt sowohl gemeinrechtlich, wie auch partikularrechtlich eine Konfiskation einzelner Sachen, welche durch das kirchliche Vergehen hergestellt[3] oder durch dasselbe erlangt[4] worden sind oder mit denen dasselbe begangen ist[5], vor.

15. Das Exil[6] kennt die päpstliche Gesetzgebung[7] als Strafe noch bis in das 16. Jahrhundert hinein, aber nur für wenige Delikte, während dasselbe partikularrechtlich nicht erwähnt wird[8].

Pius V.: Postquam 1571 §§. 2. 3, ibid. p. 957 (Verkauf der in der Seeschlacht von Lepanto gefangenen Türken anstatt der Einreichung von Verzeichnissen derselben an die Obrigkeiten, „amissio omnium feudorum, dominiorum et aliorum quorumcunque bonorum fisco nostro, bez. suae cuiusque ditionis fisco applicanda"); Pius V.: Romani pontifices 1572 §. 2, ibid. p. 969 (Anfertigen, Verbreiten, Nichtvernichten von Schmähschriften und Veröffentlichung der von dem Papste und seinen Deputirten über die Regierung der Kirche geführten Verhandlungen, nach Befinden confiscatio bonorum); Clemens VIII.: Cum Hebraeorum 1593 §§. 6. 7, b. T. 10, 25 (s. o. S. 547 n. 9, neben Prügelstrafe auch publicatio omnium bonorum fisco eius principis, in cuius ditione libri reperti fuerint, applicandorum); Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 3, b. T. 14, 211 (Einholen von Prophezeiungen bei Astrologen und Wahrsagern über Leben und Tod des Papstes, sowie seiner nächsten Verwandten, Ertheilung solcher und Mittheilung derselben an Andere, confiscatio omnium bonorum); Innocenz X.: In supremo 1653 §. 1, b. T. 15, 710 (Fälschung päpstlicher Bullen, Breven und anderer Schriftstücke, confiscatio omnium bonorum). S. auch Gregor XIII.: Antiqua, o. S. 547 n. 9 a. E.

[1] Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref. (proscriptio omnium bonorum), offenbar nach dem Vorgange Leos X.: Quam deo §. 3, b. T. 5, 727 und Pius' IV.: Ea quae 1560 §. 3, b. T. 7, 82 für den Kirchenstaat.

[2] Sevilla 1512 c. 8, Tejada y Ramiro colleccion de concil. de España. Madrid 1859. 5, 67 (Laien bei hartnäckigem, einjährigem Verharren im grossen Kirchenbann, Konfiskation eines Drittels des Vermögens zur Hälfte an den Fiskus, zur Hälfte an die betreffende Pfarrei); Mainz 1549 c. 101, Hartzheim 6, 592 (bei Laien für sacrilegium publicatio bonorum).

[3] Leo X. (Lateran. V.): Inter sollicitudines 1515 §. 3, b. T. 5, 623, s. o. S. 548 n. 4, amissio ibrorum impressorum et publica combustio); Pius V.: Quo primum 1570 §. 7, ibid. 7, 839, s. o. S. 548 n. 5, amissio librorum ipso facto); Clemens VIII.: Cum in ecclesia 1602 §. 5 und Cum sanctissimum 1604 §. 5 (s. a. a. O., amissio librorum et typorum omnium); Innoc. XII.: Cum sicut 1696, s. a. a. O. dieselbe Strafe); Urban VIII.: Sanctissimus 1625 (1624) §. 7, Bd. IV. S. 263 n. 5 (Konfiskation von Büchern, Gemälden und Statuen).

[4] Gregor XIV.: Cogit 1591 §. 2, b. T. 9, 396 (Gelder und Sachen, welche bei Wetten über die Papstwahl und über Kardinalspromotionen an den Gewinner gegeben oder schuldig geblieben sind oder deren Leistung von diesem erlassen ist, eo ipso an die frommen Institute des Ortes der Wette).

[5] Pius V.: Cum primum 1566 §. 7, b. T. 7, 436 (Konfiskation der Zugthiere, welche bei der Arbeit an Festtagen gebraucht worden sind); Clemens VIII.: Pastoralis 1604 §. 3, b. T. 11, 126 (Unberechtigtes Tragen der Tracht der reformirten Augustiner-Eremiten in Italien, Verfall des Habits und der Sandalen ipso iure an die Kongregation derselben). Wegen der Konfiskation von Typen, mit denen verbotene Drucke hergestellt sind, s. die vor. Anm. Partikularrechtlich: Bordeaux 1585 c. 27, Hardouin 10, 1369 (Druck, Verkauf und Halten von Büchern über die Religion ohne bischöfliche Erlaubniss, amissio librorum), Aix 1585, ibid. 10, 1541 (Festtagsentheiligung durch Handel und Arbeit, „rerum quae expositae erunt aut quae equis, mulis, plaustris aut aliter vehentur, amissio"); Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 9 (Buchhändler, welche Bücherballen ohne Intervention des Kommissars des Bischofs eröffnen oder vor Erlangung der Erlaubniss desselben Bücher zum Verkauf ausstellen, addictio der Bücher an den fiscus); Bischofsedikt v. Loretto 1850/1856, ibid. p. 81 (Verkaufen, Verschenken, Vertheilen und öffentliches Ausstellen von obscönen Büchern, Drucken oder Bildern, perdita degli oggetti).

[6] S. o. S. 39.

[7] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 42, b. T. 5, 604 („omnes ficti christiani ac de fide male sentientes ... necnon haeretici vel iudaizantes a quocumque loco et praesertim a romana curia expellantur"); Julius III.: In multis (nur für Rom) 1554 §§. 2. 3, b. T. 6, 478 (Blasphemie gegen Gott, Christus, d. h. Geist und die Jungfrau Maria, vilibus beim dritten Mal „imponatur fustigatio aut deportatio ad triremes per triennium et exulent perpetuo"); Pius V.: Cum primum 1566, b. T. 7, 434, §. 4 (Störung des Gottesdienstes, bei Zahlungsunfähigkeit „corpore aut exilio mulctabitur") u. §. 10 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau das dritte Mal bei den höheren Klassen (neben Geldstrafe: „ignominia notatus exilio mulctabitur"). S. auch Gregor XIII.: Antiqua 1581, b. T. 8, 378. S. 547 n. 9.

[8] Wenn nach Mailand V. 1579 III. 11, Hardouin 10, 1079. 1080 der bischöfliche Kanzle-

16. Die Ausweisung aus bestimmten Bezirken schreibt das Tridentinum, ebenso wie das frühere Recht [1], für verheirathete und unverheirathete Frauen, welche öffentlich im Ehebruch oder im Konkubinate leben [2], vor, eine Anordnung, welche, wenn auch nur vereinzelt, durch die Partikularsynoden bis in die neuere Zeit hinein wiederholt worden ist [3]. Weiter haben auch die Päpste von dieser Strafe bis in das 17. Jahrhundert hinein Gebrauch gemacht [4].

17. Was die Freiheitsstrafen betrifft, so kommen sie in dieser Periode, abweichend von der früheren [5], in mehrfacher Gestalt vor. a. Vereinzelt erscheint in den päpstlichen Konstitutionen, aber allein für den Kirchenstaat, die Deportation auf eine Insel [6]. b. Häufiger dagegen wird in denselben die Verurtheilung zu den Galeeren (*triremes*), sei es auf Zeit [7], sei es lebenslänglich [8], angedroht, während dieselbe partikularrechtlich selten und zwar nur innerhalb der päpstlichen Machtsphäre als Strafe festgesetzt wird [9]. c. Endlich kennt auch die päpstliche Gesetzgebung bis in

ein Verzeichniss der „clerici, qui ... exsilio mulctati sunt“ führen soll, so ist damit offenbar blos die Ausweisung aus der Diöcese gemeint, ebenso auch Mecheln 1607 XV. 2, Hartzheim 8, 785, wonach die kirchlichen Richter diejenigen, welche über die Zukunft und über geheime Dinge Wahrsagungen abgeben, in das exilium schicken sollen.

1 S. o. S. 40.

2 Sess. XXIV. c. 8 de ref. matr. (und zwar aus der Stadt oder der Diöcese, nöthigenfalls unter Anrufung der Hülfe des weltlichen Arms. Basel sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1194, enthält dagegen nur die Anordnung, dass die Prälaten ebenfalls mit der gedachten Hülfe Konkubinen von den ihnen untergebenen Geistlichen fernhalten sollen.

3 Rouen 1581 n. 15, Hardouin 10, 1222; D. S. Konstanz 1609 II. 17 n. 7, Hartzheim 8, 906, welches aber nur die weltlichen Obrigkeiten zur Ausweisung auffordert; Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 169 (Verweisung auf das Tridentinum und für meretrices poenae carceris, exilii aliaeque, womit nur die Ausweisung gemeint sein kann). Über Ausweisung der hartnäckigen Konkubinen der Geistlichen aus der Diöcese Münster vgl. Hüsing a. a. O., s. o. S. 548 n. 1.

4 Martin V.: Sedes apostolica 1425 §. 3 (s. o. S. 551 n. 6, Ausweisung der schuldigen Juden für immer und aus allen Städten der Christen); Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 394 (Verletzung der in Rom ihre Sachen verfolgenden Parteien, ihrer Advokaten und Prokuratoren durch Dritte und Verstümmelung oder Tödtung durch die Gegenpartei, poena perpetui exilii ab ipsa curia romana et omnibus romanae ecclesiae terris); Pius IV.: Sanctissimus 1558 §. 3 (nur für den Kirchenstaat) b. T. 6, 537 (bei leichteren Fällen der Kuppelei, „ab hac urbe perpetuo exulare cogantur“); Pius V.: Admonet 1567 §. 3, b. T. 7, 560 (s. o. S. 551 n. 6, Ausweisung aus den konfiszirten Orten und Städten). S. weiter Gregor XIII.: Antiqua 1581 §. 12, s. S. 547 n. 9, und Gregor XVI.: Cum sicut 1621 §. 1, b. T. 12, 544 (Bestätigung einer Sentenz, durch welche ein Richter wegen Anfechtung der päpstlichen Jurisdiktion u. A. auch zur Strafe des Exils aus der Stadt und Diöcese Sevilla ad placitum Sanctissimi verurtheilt wird).

5 S. o. S. 40.

6 Paul V.: Sanctissimus 1558 §. 2, b. T. 6, 537 (versuchte, nicht vollendete schwere Kuppelei, „in aliquam insulam deportentur et in ibi perpetuo relegentur“).

7 Julius III.: In multis 1554 §§. 2. 3, b. T. 6, 478 (Blasphemie gegen Gott, Christus, den h. Geist und die Jungfrau, s. S. 552 n. 7); Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau, Plebejer das dritte Mal „lingua ei perforabitur et mittetur ad triremes“); Gregor XIII.: Antiqua 1581 §. 12, s. o. S. 547 n. 9; Urban VIII.: In suprema 1627 §. 5, b. T. 13, 614 (für Italien, wissentliches Aufbewahren verfälschter oder falscher Gold- und Silbermünzen, Schaffen derselben von einem Ort zum andern, Hülfeleisten dabei namentlich durch Gewährung von Material und Instrumenten, triremes per decennium). S. auch die folgende Anm.

8 Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (Blasphemie gegen Gott, Christus und Jungfrau durch Plebejer und Nichtadlige, beim vierten Mal: „ad perpetuos carceres vel ad triremes damnetur ad iudicis deputati arbitrium“); Julius III.: In multis 1554 §. 11 (nur für Rom), b. T. 6, 478 (falsche Denunziation und falsches Zeugniss bei Blasphemie, „ad triremes perpetuo damnentur“); Gregor XIII.: Antiqua 1581 cit., s. vor. Anm.; Urban VIII.: Magnum 1637 §. 2, b. T. 14, 595 (Männer, welche bei Lebzeiten der Frau unter falschem Namen eine weitere Ehe schliessen, „damnentur ad triremes in perpetuum, quod si inhabiles reperti fuerint, publice fustigentur et damnentur ad carceres in perpetuum“).

9 Edikt für Rom 1716, Ferraris s. v. agnus dei n. 8 (Anfertigen falscher Formen für agnus dei und falscher agnus dei selbst, wissentliche Vertheilung falscher oder wissentlicher Verkauf falscher Reliquien, für Männer 10 Jahre Galeeren); Dekret von 1629, ibid. s. v. Hebraeus n. 200 (Handel mit agnus dei, Reliquien, Kreuzen, Heiligenbildern, Bildern, Missalien, Altar-Paramenten oder Kirchengeräth durch Juden, Galeerenstrafe); Fermo 1726, coll. conc. Lac. 1, 596 (Vernichtung, Unterdrückung und Hinterziehung von Protokollen in bischöflichen Archiven und Kanzleien durch Laien, damnatio ad triremes).

das 17. Jahrhundert hinein die Gefängnissstrafe (*carcer*) und zwar gleichfalls arbiträr[1] oder auf Lebens-[2] oder nur auf beschränkte Zeit[3]. Während sie von derselben nur in geringem Umfange verwendet wird, hat dagegen das kirchliche Partikularrecht von dieser Strafe in viel umfassenderem Masse bis in das laufende Jahrhundert[4] hinein Gebrauch gemacht. Sie wird auch durch diese theils lebenslänglich[5], theils auf bestimmte Zeit[6], theils auf arbiträr zu bestimmende Dauer[7] festgesetzt und mitunter durch Zwangsfasten[8] oder auf andere Weise[9] verschärft. Wie früher[10] haben die kirchlichen Oberen[11], namentlich die Bischöfe[12], auch während dieser Zeit noch

[1] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, s. S. 553 n. 8 (Nichtadliger und Plebejer das erste und zweite Mal „in carcerem detrudatur").

[2] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 602 (S. 553 n. 8); Gregor XV.: Omnipotentis 1623 §. 2, b. T. 12, 795 (Pakt mit dem Teufel und Herbeiführung von Krankheiten, Zeugungsunfähigkeit und von erheblichem Schaden an Vieh und Früchten durch Zauberei und Hexerei „muro claudi sive perpetuis carceribus in s. inquisitionis officio, ubi illud existit, fabricandis mancipari"); Urban VIII.: Magnum 1637 §. 2, b. T. 14, 595, s. S. 553 n. 8.

[3] Paul II.: Immoderata 1470 §§. 1. 2, b. T. 5, 199 (öffentlicher oder geheimer Verkauf oder Tausch eigenmächtig angefertigter agnus dei, Laie für jedes Mal ausser exc. l. s. per annum carceri mancipetur); Pius V.: Cum primum 1566, b. T. 7, 434 §. 4 (unehrbare Gespräche mit Frauenzimmern und unehrbare Handlungen in der Kirche während des Gottesdienstes „25 ducatorum poenam incurrat et carceris per mensem").

[4] Dies freilich nur im Kirchenstaat, s. d. folgenden Anmerkungen.

[5] Mainz 1549 c. 101, Hartzheim 6, 592 (Laien, die sich hartnäckig mit sortilegium abgeben, „perpetua captivitate coerceri debent").

[6] Rouen 1445 c. 6, Hardouin 9, 1296 (sortilegi et alii superstitiosi carminatores et brevia ad collum hominum et equorum et alibi suspendentes . . poena jejunii et carceris unius mensis puniantur pro prima vice); über die wenngleich seltene Anwendung der Gefängnissstrafe in der Salzburger Archidiakonatspraxis s. Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 89; bischöfliches Edikt v. Loreto 1850/1856 art. 1 ff. coll. conc. Lac. 6, 77 ff. (Blasphemie das erste Mal 10 bis 30 Tage Gefängniss); art. 21 (Festtagsentheiligung 2 bis 12 Tage); art. 42 (Verletzung der Fastengebote ebenso); art. 45 (obscöne Gesänge 3 bis 9 Tage).

[7] Sens 1460/1485 IV. 2, Hardouin 9, 1538 (Blasphemie, das zweite Mal incarceratio et ieiunia in carceribus facienda); Bourges 1528 c. 3, ibid. p. 1920 (Verkauf, Druck und Nichtablieferung von Büchern mit lutherischen Ketzereien trotz Ermahnung „carceribus includantur"); Münster im 17. Jahrhundert (gegen Konkubinen der Geistlichen, vgl. Hüsing a. a. O., s. o. S. 548 n. 1); römisches Edikt v. 1613 (Avanzini-) Pennacchi comm. in const. Apostolicae cit. 1, 1031 n. 1 u. 1032 (Herausnehmen von Reliquien aus den Krypten, Katakomben und Coemeterien in Rom und ausserhalb, poena carceris); Urban VIII.: Cum sicut 1638, bestätigt v. Benedikt XIII.: Alias 1729, Ferraris s. v. eremita n. 17 (Tragen eines unerlaubten Habites durch Eremiten, carceris detentio); röm. Edikt 1727, Ferraris s. v. festa n. 19 (Festtagsentheiligung, pena di carcere); Benevent 1698, coll. conc. Lac. 1, 132 (Eremiten, welche gegen die für sie erlassenen Vorschriften verstossen, carcere plectantur); Neapel 1699, ibid. 1, 203. III. 2 (Eremiten, welche ohne Erlaubniss des Ordinarius sich bei einer Kirche oder Kapelle aufhalten oder das Eremitenkleid tragen, „poena carceris formalis coerceantur"); Rom 1725 c. 15, ibid. 1, 445 (Eremiten, welche beliebig den Aufenthalt wechseln, das Eremitenkleid ab- und anlegen und die Diöcese verlassen, bei Hartnäckigkeit poena carceris); Ravenna 1855, ibid. 6, 169 (meretrices, poena carceris).

[8] S. Paris 1429 c. 26, Hardouin 8, 1047 (Blasphemie gegen Gott, Christus und Jungfrau das erste Mal) „compellantur pane et aqua in carceribus ieiunare per VIII dies et pro secunda poena duplicabitur"; Rouen 1445 c. 6 cit. u. Sens 1460/1485 cit., s. vor. Anm.

[9] Durch Fesselung am Fuss 1610 in Chiemsee, Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 89.

[10] S. o. S. 82 n. 4; S. 84 n. 6; S. 465 n. 5.

[11] Für Rom s. Sixtus V.: Quae ordini 1589, b. T. 9, 121 (Genehmigung des Ankaufs eines Grundstücks zur Herstellung von Gefängnissen, in denen Kleriker, Mönche, Christen und Juden gesondert die Gefängnissstrafe verbüssen können); vgl. weiter auch Pius III.: Ad onus 1548, b. T. 6, 384; Julius III.: Cum nuper 1551, ibid. p. 442; Clemens XIII. v. 1761, bull. Rom. cont. 2, 271, wobei freilich zu beachten ist, dass in Rom auch Gefängnisse für weltliche Verbrecher erforderlich waren.

[12] Bestimmungen darüber Mailand II. 1565 II. 34, Hardouin 10, 678 (die Bischöfe sollen Taxen für die Bewachung und den Unterhalt der Gefangenen festsetzen und Visitationen der Gefängnisse veranlassen); Mailand 1573 c. 18, ibid. p. 796 (und selbst einmal im Jahr dieselben visitiren); Mailand V. 1579 III. 11, ibid. p. 1081 (wonach ein Domherr zum protector carceris ernannt werden soll); Toledo 1566 II. 63, ibid. p. 1151 (monatliche Visitation durch den Bischof); Toulouse 1590 IV. 2, ibid. p. 1818 (Taxe für die Karzerwärter, Anstellung derselben durch die Bischöfe und Visitation der „carceres episcopales" durch die letzteren); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 237 (regelmässige Visitationen der carceres); Mexiko 1585 I. 12, Hardouin 10, 1631 (hier eine ausführliche Karzerordnung); ferner über das Königreich beider Sizilien Scaduto stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887. p. 365 ff.

vielfach besondere Gefängnisse gehalten[1].

18. Die Strafe der Infamie wird in der hier fraglichen Periode sowohl von den allgemeinen Konzilien[2], wie auch von den Päpsten[3], vereinzelt auch von den Partikularsynoden[4] angedroht, aber vielfach nicht allein, sondern, wie schon früher[5], zugleich in Verbindung mit der Unfähigkeit zu allen öffentlichen, kirchlichen und weltlichen Ämtern und Würden[6], zur Theilnahme an kirchlichen und öffentlichen Ver-

u. Congr. conc. Richters Tridentinum S. 71 n. 5; über Mantua im 18. Jahrh. Acta s. sed. 21, 214; über die Gefängnisse der französischen Bischöfe s. Fagnan. ad. c. 27 X de V. S. V. 40 n. 9, nach welchem die Verurtheilten in denselben höchstens 6—8 Tage leben konnten.

1 Waren diese doch wegen der Vollstreckung der Gefängnissstrafen gegen Geistliche (s. unten §. 299) erforderlich, da die letzteren solche nur im Nothfalle in den staatlichen Gefängnissanstalten verbüssen sollten, s. z. B. Tarragona 1717 c. 1, coll. Lac. 1, 757.

2 Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref. (Duellanten und Sekundanten neben exc. u. Vermögenskonfiskation) „perpetuae infamiae poenam incurrant"; Sess. XXIV. c. 6 de ref. matr. (Entführer von Frauen, ihre Rathgeber, Gehülfen und Begünstiger neben exc. l. s. „perpetuo infames omniumque dignitatum incapaces").

3 Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 41, b. T. 5, 604 (Zauberei, namentlich durch Anrufen der Dämonen) „clerici arbitrio superiorum infamia notentur"; Pius IV.: In eligendis 1562 §. 18, b. T. 7, 230 (wer sich unberechtigter Weise im Konklave verbirgt) „infamia notetur"; Pius IV.: Etsi Romanum 1565 §. 2, ibid. p. 369 (Nuntien und andere päpstliche Abgesandte, welche durch die Gunst der Fürsten päpstliche, kirchliche und weltliche Ehrenstellungen zu erlangen suchen) infamiae perpetuae poena; Pius V.: Admonet 1567 §. 8, b. T. 7, 560 (Kardinäle, welche ihren Eid, nicht über die Veräusserung von Gütern der römischen Kirche zu verhandeln und dem Papste dazu zu rathen, verletzen) „poenam periurii et perpetuae infamiae iuris et facti eo ipso incurrere"; Pius V.: Supra gregem 1566 §. 5, ibid. p. 430 (Ärzte, welche die Bd. IV. S. 117 n. 4 gedachte Verpflichtung verletzen) „perpetuo sint infames"; Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, ibid. p. 434 (s. o. S. 552 n. 7); Pius V.: Infelicis 1569 §. 3, ibid. p. 792 (Derjenige, welcher Kenntniss von dem Anschlage gegen einen Kardinal hat, s. c. 5 in VI de poen. V. 9, o. S. 178 n. 9, und keine Anzeige macht) „infamiam eo ipso incurrat"; Gregor XIII.: Decet 1579 §. 6, b. T. 8, 302 (unerlaubter Übergang vom Jesuiten- zu einem anderen Orden) „infamiae perpetuae nota"; Alexander VII.: Inter ceteras 1661 §. 3, b. T. 16, 656 (Kardinäle, welche ihren Eid auf Nichtveräusserung oder Nichtinfeudation von Städten und Ortschaften der römischen Kirche verletzen) „poena periurii ac perpetuae infamiae iuris et facti eo ipso".

4 Avignon 1594 c. 57, Hardouin 10, 1868 (Wiederholung von Pius V.: Supra gregem cit., s. vor. Anm.); Bourges 1584 XLI. 6, ibid. p. 1503: „Simoniaci et confidentiarii notorie infames censeantur ideoque ab omnibus synodis provincialibus ac dioecesanis, capitulis, monasteriis, denique ab omni ecclesiastico conventu excludantur".

5 S. o. S. 43 n. 1.

6 Nikolaus V.: Olim 1451 §. 2, b. T. 5, 105 (Lieferung von Pferden, Eisen u. s. w. an die Sarazenen in Ägypten), „perpetuo sint infames et intestabiles habeantur, ita quod nec testari nec legata eis seu relicta percipere valeant. Et insuper ad successiones tam ex testamento quam ab intestato sint prorsus et reddantur inhabiles nec ad quaelibet admittantur officia sintque illis actus legitimi perpetuo interdicti"; Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, ibid. p. 394 (Verletzung der in Rom ihre Angelegenheiten betreibenden Parteien, ihrer Prokuratoren und Advokaten, wenn dadurch eine Verstümmelung oder der Tod herbeigeführt worden ist) „infames et inhabiles" (vorher ist Verlust von dignitas, honor, ordo, officium et beneficium angedroht); Leo X.: Inter graves 1515 §. 4, ibid. p. 625 (Okkupation und feindliche Überziehung der Besitzungen der römischen Kirche) „infames et inhabiles ad omnes ecclesiasticas vel mundanas dignitates omnesque actus legitimos"; Julius III.: In multis 1554 §§. 2. 3 (für Rom), b. T. 6, 478 (Blasphemie gegen Gott, Christus, h. Geist und die Jungfrau das zweite Mal) „insuper infamiam et inhabilitatem ad beneficia quaecumque, ad gradus, dignitates et honores obtinendos" (und das dritte Mal) „sint intestabiles tam active tam passive, sicut inhabiles ad ferendum testimonium"; Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 2, b. T. 6, 545 (Verhandeln über die Papstwahl bei Lebzeiten und ohne Wissen des Papstes) „perpetuo inhabiles et incapaces omnium dignitatum, honorum, bonorum, iurium et legitimorum actuum perpetuaque infamia ubique gentium sint notati"; Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 §. 5, b. T. 6, 551 (Begünstigung ketzerischer und schismatischer Bischöfe, Kardinäle, Kaiser, Könige und Fürsten) „efficiantur infames nec voce, persona, scriptis vel nuncio aut procuratore aliquo ad publica seu privata officia aut consilia seu synodum vel consilium generale vel provinciale nec conclave cardinalium aut aliquam fidelium congregationem seu electionem alicuius aut testimonium perhibendum admittantur nec admitti possint; sint etiam interstabiles nec ad haereditatis successionem accedant, nullus praeterea cogatur eis super aliquo negotio respondere. Quodsi forsan iudices extiterint, eorum sententiae nullum obtineant firmitatem nec aliquae causae ad eorum audientiam deducantur, et si fuerint advocati, eorum patrocinium nullatenus recipiatur; si vero tabelliones extiterint, instrumenta per eos nullius sint penitus valoris vel momenti"; Pius IV.: Ea quae 1560 §. 3, b. T. 7, 82 (Duell und Duldung desselben) „sub . . . perpetuae infamiae, diffidationis . . . privatio-

sammlungen [1], zur Ablegung des Zeugnisses [2], zur Errichtung letztwilliger Verfügungen und zur Erbfolge aus solchen oder ab intestato [3], zum Recht, andere zur Antwort (im Prozess) zu zwingen [4], und endlich zu den s. g. *actus legitimi* [5], d. h. zu allen gerichtlichen Handlungen und solchen, welche vor Behörden oder in öffentlicher Form vorgenommen werden müssen [6].

nis statuum et dominiorum ac feudorum et vicariatuum . . . necnon inhabilitatis ad illa et alia in posterum obtinenda . . . et intestabiles fiant"; Pius V.: Admonet 1567 §. 3, ibid. p. 560 (s. o. S. 551 n. 6): „infames remaneant illisque honorum et dignitatum portae perpetuo claudantur"; Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 4, ibid. p. 744 (Erbrechung der Gefängnisse der Inquisition, Befreiung von Gefangenen aus denselben, u. s. w.) „eius filii paterna infamia subiecti, omnis et cuiuscumque haereditatis, successionis, donationis et propinquorum sive extraneorum omnino sint expertes, eisdem praeterea portae numquam pateant dignitatum"; Gregor XIII.: Ab ipso 1575 §. 3, b. T. 8, 105 (Simonie bei Erlangung päpstlicher Gnaden) „infamiae subiectos perpetuo ac inhabiles ad illa et alia beneficia et officia ecclesiastica et saecularia sive temporalia sive perpetua; s. auch Trid. Sess. XXIV. c. 6 de ref. matr. cit., S. 555 n. 2 und unten Anm. 5.

1 Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 cit.; s. vor. Anm. u. Bourges 1584, s. S. 555 n. 4, s. auch n. 5.

2 Julius III.: In multis 1554; Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 cit., s. S. 555 n. 6 u. Anm. 1.

3 Nikolaus V.: Olim 1451; Julius III.: In multis 1554; Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559; Pius V.: Si de 1569 cit., s. a. a. O. Bei Pius V. wird auch der Unfähigkeit, Schenkungen anzunehmen und zu empfangen, erwähnt. Eine noch weiter gehende Anordnung s. Anm. 4.

4 Paul III.: Eius qui 1535 §. 11, b. T. 6, 195 (s. auch dazu Redemptor 1538, ibid. p. 203, Absetzungsbulle gegen Heinrich VIII. von England): „Heinricus et alii culpabiles . . . necnon praefati descendentes ex tunc infames existant et ad testimonium non admittantur, testamenta et codicillos aut alias dispositiones inter vivos concedere et facere non possint nec ad alicuius successionem ex testamento nec ab intestato neccon ad iuris dictionem seu iudicandi potestatem et ad notariatus officium omnesque actus legitimos quoscumque (ita ut eorum processus sive instrumenta atque alii actus quicumque nullius sint roboris et momenti) inhabiles existant, et nulli ipsis, sed ipsi aliis super quocumque debito et negotio tam civili quam criminali, de iure respondere teneantur"; Paul IV.: Cum secundum 1558 cit. u. Cum ex apostolatus 1559 cit., s. a. a. O., vgl. auch die folgende Anm.

5 Nikolaus V. cit.; Leo X.: Inter graves 1515 §. 4; s. a. a. O., Sixtus IV.: Iniquitatis filius 1478, Raynald. ann. a. 1478 n. 7. 11 (Exkommunikation Lorenzos de Medici und seiner Anhänger, Pastor, Gesch. d. Päpste 2, 484): „Et ut perpetuam notam infamiae perpetua ruina testetur, . . . nullum eis debita reddere nullumve in iudicio responderi teneri: nulli quoque filiorum aut nepotum praedictorum per virilem sexum descendentium ab eisdem alicuius aperiri debere ianuam dignitatis aut honoris ecclesiastici vel mundani et ad alicuius loci regimen ascendere posse, postulandi eis facultatem negatam, notariatus, iudicatus et quodlibet officium seu ministerium publicum interdictum, ad ordines ascensum inhibitum, ad beneficia ecclesiastica denegatum ascensum existere. Et ut magis famosa sit eorum infamia, ad alios actus legitimos nullum eis aditum nullamve portam patere"; Leo X.: Exsurge 1520 §. 3, b. T. 5, 752 (Verbot, der Lehre Luthers anzuhängen, sie zu vertheidigen und zu predigen u. a.) „inhabilitatis ad omnes et singulos actus legitimos, infamiae poenae)", s. auch o. S. 43 n. 1.

6 Darüber, was unter den actus legitimi zu verstehen sei, schweigt die kanonistische Literatur bis auf wenige Ausnahmen. Reiffenstuel ius can. un. tract. de regulis iuris zu reg. 50 in VI de R. J. versteht, ebenso wie einzelne Ältere, in einem weiteren Sinn darunter alle vom geschriebenen und ungeschriebenen Recht eingeführten und gebilligten actus oder Handlungen, in einem engeren alle solche, welche der Beifügung einer Bedingung oder Zeitbestimmung unfähig sind, s. S. 503 n. 11. Hier habe ich schon dargethan, dass nach den Quellen nur die im Text bezeichneten Handlungen unter actus legitimi begriffen werden können. Die Annahme Reiffenstuels — dagegen erklärt sich auch die Glosse zu c. un. in Extrav. Joann. XXII. tit. 12 s. v. legitimos, welche die actus legitimi als „actus pro quadam praerogativa honoris introducti" aufgefasst wissen will — ist schon deshalb unmöglich, weil sonst der Exkommunicirte auch als bürgerlich völlig rechtsunfähig betrachtet werden müsste. Dasselbe hätte man ferner für solche Fälle anzunehmen, in welchen die Unfähigkeit zu den actus legitimi als besondere Strafe angedroht wird, s. Leo X.: Supernae 1514 §. 40, b. T. 5, 604 (Belastung der Kleriker mit Abgaben ausser Exkommunikation: „ad omnes actus legitimos inhabiles et intestabiles habeantur"); Leo X. (Lateran. V.): Pastor aeternus 1516 §. 9, ibid. p. 662 (Vertheidigung und Anwendung der französischen pragmatischen Sanktion neben Exkommunikation und Verlust der kirchlichen Lehne „inhabilitas ad omnes singulos actus legitimos quomodolibet faciendos infamesque"); Pius IV.: Pastoralis officii 1560 §§. 3. 4, b. T. 7, 18 (s. o. S. 543 n. 5, „ad quoscumque actus legitimos exercendos inhabiles ac etiam intestabiles eo ipso fiant"); Sixtus V.: Pro ea 1586 §. 3, b. T. 8, 657 (Kapuzinerobere und Mönche, welche unerlaubter Weise zu ihnen übertretende Mönche der minores S. Francisci de Observantia annehmen, „ad quoscumque actus legitimos exercendos inhabiles eo ipso); Trier 1549, Hartzheim 6, 607 (Errichtung und Anwendung von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten „ipso facto inhabiles sint ad omnem legitimum actum in ecle-

Es fragt sich daher, ob es sich dabei blos um selbstverständliche Wirkungen der Infamie handelt, welche lediglich des grösseren Nachdruckes und grösserer Deutlichkeit wegen besonders hervorgehoben oder ob und in wie weit dabei selbstständige, nicht aus der Infamie herfliessende Rechtsminderungen, also besondere Strafen, festgesetzt werden.

Die kanonischen Rechtsquellen ergeben, dass als zweifellose Wirkung der Infamie die Unfähigkeit zu allen öffentlichen, also auch zu allen kirchlichen Ämtern und Würden [1] zu betrachten ist [2]. Was dagegen die Frage betrifft, ob die Infamie auch zugleich den Verlust der bisher innegehabten Ämter ohne Weiteres nach sich zieht [3], so wird dies nicht als Konsequenz in den Quellen hingestellt, vielmehr nur die Nullität einzelner Amtshandlungen ausgesprochen [4], sodass als Regel blos die Suspension von der Ausübung des Amtes anzunehmen ist [5]. Andererseits aber wird überwiegend für die mit Infamie belegten Vergehen zugleich besonders direkt [6] oder indirekt [7] die Strafe des Verlustes der schon vorher besessenen Ämter und Würden oder doch eine solche Strafe angedroht, mit welcher die Ausübung derselben, mindestens der kirchlichen, unvereinbar erscheint [8].

sia"), dass aber in diesen Stellen die Strafe des bürgerlichen Todes — denn darauf läuft die Ausschliessung von der gültigen Vornahme jeder Rechtshandlung hinaus — hat angedroht werden sollen, lässt sich sicherlich nicht behaupten, um so weniger als die Erwähnung der Entziehung der testamenti factio activa und der Infamie daneben keinen Sinn haben würde. Andererseits sprechen aber gerade Wendungen, wie „exercere legitimos actus", ferner „aditus ad actus legitimos et porta", s. vor. Anm., und Trier 1549 cit. (actus legitimi in ecclesia, d. h. vor kirchlichen Behörden) dafür, dass es sich hier nicht um Handlungen, welche jeder beliebig vornehmen kann, sondern solche, zu denen es der Mitwirkung anderer, wie der kirchlichen Beamten, Gerichte und Notare, bedarf, in Frage stehen, und diese Auffassung wird noch dadurch bestätigt, dass bei Paul III.: Eius 1535 cit., S. 556 n. 4, besonders der Ausschluss von Verfügungen unter Lebenden hervorgehoben wird, und dann die actus legitimi den Prozessen und Notariatsurkunden an die Seite gestellt werden.

[1] Reg. 87 in VI de R. J.: „Infamibus portae non patent dignitatum", u. c. 3 (Gregor X.) in VI de elect. I. 6, s. auch gl. dazu s. v. infamibus; speziell wegen der Unfähigkeit zum Richteramt noch c. 13 (Coelest. III.) X de rescr. I. 3.

[2] Wie ebenfalls im römischen Recht, welchem die Kirche die Strafe der Infamie entnommen hat, s. o. S. 41, die wesentliche Wirkung derselben der Verlust der politischen Rechte der Civität, also auch der Fähigkeit zu allen Ämtern und des Stimmrechts in der Volksversammlung gewesen ist, v. Savigny, Syst. d. heut. röm. Rechts 2, 199 ff.

[3] Wie im römischen Recht, s. v. Savigny 2, 201.

[4] So der richterlichen Urtheile, c. 13 §. 4 (Lateran. IV.) de heret. V. 7; c. un. in Extrav. Joann. XXII. de poenis (XII); Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 cit., s. S. 555 n. 6; ebenso der aufgenommenen Notariatsinstrumente, c. 13 X cit. V. 7; c. un. Joann. XXII. cit.; Paul IV.: Cum ex apostolatus cit.

[5] Vgl. auch Innoc. VIII.: Officii 1491 §. 4, b. T. 5, 348 (notarii publici, welche zur Verhinderung der Ausführung der Citationen und Mandate der päpstlichen Richter in den bei der Kurie schwebenden Sachen trotz an sie gerichteter Aufforderung die erforderlichen Insrumente auszustellen sich weigern): „periurii reatum incurrant ac executionem officii tabellionatus amittant fiantque infames eo ipso et eorum instrumentis . . . postea factis et conficiendis, donec ab huiusmodi reatu periurii absolutionem et infamiae abstersionem obtinuerint, nulla fides in iudicio vel extra adhibeatur"; fast wörtlich wiederholt Benedikt XIV.: Pastoralis 1742 §. 8, b. Ben. 1, 58; ferner die Vorschrift bei Johann XXII. cit. und Paul IV. cit., s. vor. Anm., dass keine Sachen an infame Richter gebracht werden sollen. Weiter spricht auch dafür, dass Julius III.: In multis 1554 §§. 2. 3, s. S. 555 n. 6, auf die Blasphemie im Rückfall die Strafe der Infamie, aber erst beim zweiten Rückfall die privatio beneficiorum et officiorum quorumcumque, dignitatum, titulorum, magistratuum et honorum festgesetzt hat.

[6] S. die S. 555 n. 3 u. n. 6 citirten Stellen mit Ausnahme der in der vorigen Anm. und Anm. 8 angeführten.

[7] So durch Verweisung auf die Strafen des Majestätsverbrechens Pius V.: Infelicis 1569 §. 3, S. 555 n. 3, u. Admonet 1567, S. 551 n. 6; der apostasia a monachatu Gregor XIII.: Decet 1579, S. 555 n. 3; des Meineides Pius V.: Admonet cit. §. 8 u. Alexander VII.: Inter ceteras 1661 §. 3, S. 555 n. 3; des Mordes Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref., S. 555 n. 2.

[8] Wie die Freigabe der Person zur Verknechtung durch beliebige Dritte, s. Nikolaus V.: Olim 1451, S. 555 n. 6; das Exil Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, S. 552 n. 7; und die Exkommunikation c. 13 §. 5 X cit. V. 7, c. 3 (Gregor X.) in VI de elect. I. 6 u. Trid. Sess. XXIV. c. 6 de ref. matr., S. 555 n. 2.

Ausserdem können als direkte Folgen der Infamie nur noch

2. wesentlich wie im römischen Recht[1] die Unfähigkeit, als Prokurator oder Advokat[2], sowie

3. als Ankläger aufzutreten[3], ferner

4. die Unfähigkeit, als Zeuge zugelassen zu werden[4], und endlich

5. die Ausschliessung von den kirchlichen Weihen, d. h. die Irregularität[5], betrachtet werden.

Die anderen o. S. 555. 556 gedachten Rechtsminderungen[6] werden dagegen nirgends als selbstverständlich mit der Infamie verbundene Wirkungen[7] hingestellt[8], sie sind also besondere zur Verschärfung derselben dienende Strafen[9], welche nur dann, wenn sie besonders verhängt sind, eintreten können[10].

Praktische Bedeutung hat die Strafe der Infamie heute wesentlich nur noch insofern, als sie die Irregularität nach sich zieht[11]. — Vereinzelt kommen

19. in den päpstlichen Konstitutionen noch als Ehrenstrafen das öffentliche Ausstellen mlt gebundenen Händen vor der Kirchthür[12] oder mit der Schandmütze[13],

1 v. Savigny 2, 215 ff.

2 c. 1 (Ps. Is.) u. c. 2 (l. 1 D. de postul. III. 1) C. III qu. 7; c. 13 §. 5 X cit. V. 7; c. 5 in VI cit. V. 9; c. un. in Extr. Joann. XXII. tit. 12.

3 S. die S. 42 n. 4 citirten Stellen aus Pseudo-Isidor; Reiffenstuel V. 37 n. 61; Schmalzgrueber V. 37 n. 172. Wegen des römischen Rechts s. l. 8 D. de accus. XLVIII. 2. und dazu Marezoll, üb. d. bürgerliche Ehre. Giessen 1824. S. 218.

4 Im Gegensatz zum römischen Recht, welches diese Folge nicht kannte, v. Savigny 2, 221; vgl. die S. 42 n. 4 citirten Stellen; c. 54 (Gregor IX.) X de test. II. 20; c. 13 §. 5 X cit. V. 7; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI cit. V. 9; c. un. in Extr. Joann. XXII. (tit. 12) cit., s. auch S. 555 n. 6.

5 Ausdrücklich hervorgehoben c. 5 in VI cit. V. 9 u. Sixtus IV. 1478, s. S. 556 n. 5, vgl. Bd. I. S. 30. 31.

6 Also die Unfähigkeit zur Theilnahme an kirchlichen und öffentlichen Versammlungen an den Synoden, an dem Konklave und an den Wahlversammlungen, welche allerdings, soweit ein Verlust des die Berechtigung dazu gewährenden Amtes oder eine Suspension der diese einschliessenden Rechte durch Exkommunikation eintritt, sich aus diesen Gründen, aber nicht wegen der Infamie, von selbst ergab, weiter die Unfähigkeit zur Errichtung letztwilliger Verfügungen und die Erbunfähigkeit, s. auch noch c. 13 §. 5 X cit. V. 7; c. 5 in VI cit. V. 9 u. Joann. XXII. tit. 12 cit., sodann der Verlust des Rechtes, andere vor Gericht zum Antworten zu zwingen, s. die citirten Stellen, und endlich die Unfähigkeit zu den actus legitimi, s. c. 5 in VI u. Joann. XXII. cit.

7 Denn die Stellen, in denen, wie in den in der vor. Anm. citirten, s. auch S. 555 n. 6, die selbstverständlichen Folgen der Infamie und die eben besprochenen Rechtsminderungen durcheinander aufgezählt werden, können nichts beweisen.

8 Die herrschende Doktrin, s. Reiffenstuel und Schmalzgrueber, rechnet allerdings die Ausschliessung von den actus legitimi zu diesen Wirkungen. Indessen lässt sie jeden Beweis dafür vermissen. Überdies kennt das römische Recht, welchem das kanonische Recht die Infamie entnommen, diese Folgen ebensowenig, namentlich nicht die der Intestabilität, Marezoll a. a. O. S. 90. 238 ff.

9 S. c. 5 in VI cit. V. 9: „ut magis famosa sit eorum infamia" und Sixtus IV. 1478, S. 555 n. 5.

10 Allerdings möglicherweise auch in Prozessen vor den geistlichen Gerichten, soweit mit ihr die Unfähigkeit zum Zeugniss verbunden ist. Die Ausschliessung der infames von der Pathenschaft, Bd. IV. S. 40 n. 7, und vom Abendmahl, a. a. O. S. 69 n. 1, ist nicht als solche eine Folge der kanonischen Infamie, sondern der durch ein unehrenhaftes und sündiges Verhalten hervorgerufenen Unwürdigkeit.

11 Selbstverständlich war an dieser Stelle blos von der infamia canonica zu handeln, während die älteren Kanonisten, s. z. B. Reiffenstuel und Schmalzgrueber, sowohl die Lehre von der weltlichen wie auch der kanonischen Infamie, letztere auf der Grundlage des nicht mehr anwendbaren römischen Rechts (s. Bd. I. S. 31) darstellen.

12 Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau, zahlungsunfähiger Plebejer das erste Mal) „manibus post tergum ligatis ante fores ecclesiae constituatur per diem integrum".

13 Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (öffentliche Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau ignobilis ac plebeius im dritten Rückfall): „mithra infami per integram diem ante fores ecclesiae principalis mitratus stare cogatur".

partikularrechtlich das letztere [1] und die Strafe der Leiter [2] und des Prangers [3], aber nur bis zum 16. Jahrhundert vor [4].

20. Was die Strafe des Verlustes weltlicher Würden und Ämter, sowie anderer Berechtigungen betrifft, so haben die Päpste selbst noch in dieser Periode wiederholt sowohl allgemein die Strafe der Absetzung gegen weltliche Fürsten angedroht [5], wie sie auch in einzelnen Fällen verhängt, freilich ohne damit einen Erfolg zu erzielen [6].

Im übrigen kommt als Strafe der Verlust von Würden, Ehrenstellungen und Ämtern [7] schlechthin, oder bestimmter Ämter, wie namentlich des Notariats [8], ferner von Jurisdiktionsrechten [9], des Adels [10] und des Doktorgrades der

[1] Rouen 1445 c. 6, Hardouin 9, 1296 (Anrufen der Dämonen) „publice praedicentur cum mitra in signum perpetuae infamiae".

[2] Paris 1429 c. 26, Hardouin 8, 1047. 1048 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau, das dritte Mal) „publice in scala vel alias puniantur", s. o. S. 43 n. 5.

[3] Sens 1460/1485 IV. 2, Hardouin 9, 1539 (Blasphemie das dritte Mal) „contra assuetos per installationem vel aliam poenam publicam procedendo". Anscheinend gehört endlich auch hierher die in dem röm. Edikt v. 1705, Ferraris s. v. ieiunium n. 32, erwähnte Strafe der „tre tratti di corda," dreimaliges Hochziehen am Seile (für Gastwirthe, welche während der Fastenzeit verbotene Speisen halten).

[4] Dagegen wird der Strafen des Haarabscheerens und der Brandmarkung, s. o. S. 43, nicht mehr erwähnt.

[5] Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 2, b. T. 6, 545 (Verhandeln über die Papstwahl bei Lebzeiten und ohne Willen des Papstes): „incurrant . . . privationem omnis . . . ducalis, regiae, reginalis et imperialis auctoritatis et excellentiae ac . . . regnorum, dominiorum"; Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559, b. T. 6, 551 (Ketzerei und Schisma) §. 3: „marchiones, duces, reges et imperatores . . . sint eo ipso . . . marchionatibus, ducatibus, regnis et imperio penitus et in totum privati et ad illa de cetero inhabiles et incapaces" u. §. 5 (wissentliche Begünstigung von ketzerischen Fürsten, Baronen, Kardinälen u. Bischöfen): „laici... quibuscumque regnis, ducatibus, dominiis... privati existant eo ipso", bestätigt von Pius V.: Inter multiplices 1566 §. 3, b. T. 7, 449; Pius IV.: Pastoralis 1560 §. 4, s. S. 543 n. 5: „quacumque alia auctoritate, etiam imperiali et regali eis concessis etiam eo ipso privati existant".

[6] So hat Paul II. 1466 König Georg Podiebrad v. Böhmen wegen rückfälliger Ketzerei und wegen Meineides seiner königlichen, markgräflichen und fürstlichen Würden entsetzt und seine Nachkommen für untauglich zu jeglicher Würde und Erbschaft erklärt, Pastor, Gesch. d. Päpste 2, 167. 356. 363; Paul III. i. J. 1538, s. const. Eius qui 1535, b. T. 6, 195 (§. 7: „Henricumque regem privationis regni et dominiorum praedictorum... poenam incurrisse") u. const. Redemptor 1538, ibid. p. 203, gegen König Heinrich VIII. von England, und Pius V. 1570, const. Regnans, b. T. 7, 810 (§. 4: „ipsam praetenso regni praedicti iure necnon omni et quocumque dominio dignitate privilegioque privatam"), gegen Elisabeth von England die Absetzung ausgesprochen.

[7] Johann XXIII.: Cum ex 1411 §. 5, b. T. 4, 657 (Laien bei Simonie behufs Erlangung päpstlicher Gnaden): „omnibus honoribus, dignitatibus, exemptionibus necnon feudis et retrofeudis et bonis quae a Romana vel aliis ecclesiis... aut singularibus personis ecclesiasticis... obtinuissent, privamus"; Julius II.: Cum tam 1505 §. 6, b. T. 5, 406 (Vermittler, einschliesslich der fürstlichen Gesandten bei simonistischer Papstwahl): „feudis ac aliis quibuscumque honoribus et bonis eo ipso privati et ad similia inhabiles"; Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau): „si munus publicum iurisdictionemve gesserit, . . . si tertio deliquerit, illo eo ipso privatus existat"; Pius IV.: In eligendis 1562 §. 19, b. T. 7, 230 (heimliches Betreten des Konklaves nicht durch die Thür): „omni honore, gradu ac officio et beneficio ipso facto privatus"; Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 4, b. T. 7, 744 (Erbrechung der Inquisitionsgefängnisse und Versuch der Befreiung von Gefangenen): „dominio, dignitate, honore, feudo ac quocumque alio beneficio temporali et perpetuo eo ipso sit privatus"; Innocenz X.: In supremo 1653 §. 1, b. T. 15, 710 (Fälschung päpstlicher Schreiben) „privatio quorumcumque officiorum mere secularium".

[8] Pius V.: Ad Romani 1568 §. 2, b. T. 7, 659, s. S. 549 n. 4, „privatio officiorum suorum"; auch Verlust des Amtes des Konservators, des officialis und cappellanus populi romani (bei Ausleihung der Geräthschaften des Konservatorenpalastes oder der Kapelle desselben); Innocenz X.: Conservationi 1646 §. 1, b. T. 15, 487: „amissio eius officii".

[9] Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref. (weltliche Fürsten, welche Duelle gestatten) „iurisdictione et dominio civitatis, castri aut loci, in quo vel apud quem duellum fieri permisserint, quod ab ecclesia obtinent, privati intelligantur"; Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3, b. T. 6, 545, s. Anm. 5, „incurrant . . . privationem . . . dominiorum, feudorum . . . iurisdictionumque quarumcumque"; Innocenz X.: In supremo 1653, s. Anm. 6, „privatio bonorum etiam iurisdictionalium". Partikularrechtlich: Trier 1549, Hartzheim 6, 607 (Annahme von Klagen gegen Geistliche seitens der weltlichen Richter) „iudex extunc omni potestate iudicandi sit privatus".

[10] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (öffentliche Blasphemie gegen Gott,

Medizin, verbunden mit Ausstossung aus dem Kollegium der medizinischen Doktoren[1], die Entziehung von kirchlichen[2] und nichtkirchlichen Lehnen[3] und anderen geliehenen Gütern[4], ferner der Verlust der aktiven und passiven Testamentsfähigkeit[5], endlich auch der Verlust bestimmter Rechts- und Klageansprüche[6] vor.

21. Ganz vereinzelt erscheint die Suspension von weltlichen Berechtigungen, nämlich von der Ausübung des Druckereigewerbes[7], vom Nota-

Christus und die Jungfrau das dritte Mal) „nobilitatem perdat“.

[1] Pius V.: Supra gregem 1566 §. 5, b. T. 7, 430 (Ärzte, welche die Bd. IV. S. 117 n. 4 gedachte Pflicht nicht erfüllen, ausser Infamie) „gradu medicinae, quo insigniti erant, omnino priventur et a collegio medicorum seu universitate medicorum eiiciantur“, wiederholt Avignon 1594 c. 57, Hardouin 10, 1868; Benevent 1693 u. Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 94. 393. 455.

Für die Regularen in Rom, welche Medikamente entgeltlich oder unentgeltlich an andere ablassen, setzt ein Dekret Clemens' XII. v. 1722, bestätigt v. Benedikt XIV. 1740, b. Bened. 1, 7, Verlust des Rechts, eine Apotheke zu halten und sie zu betreiben, fest.

[2] Johann XXIII.: Cum ex 1411 cit., S. 559 n. 7; Julius II.: Regis (für den Kirchenstaat) 1509 §. 3, b.T. 5, 478 (Gewährung von Plätzen zum Duelliren im Rückfall) „feudo seu vicariatu, quem a romana ecclesia obtinuerint, privatos“; Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 39, b. T. 5, 604 (Fürsten, welche die Einkünfte von Kirchen, Klöstern und Benefizien okkupiren, detiniren, sequestriren und nicht restituiren) Privation der Lehne der römischen u. anderer Kirchen ipso facto; Leo X. (Lateran. V.): Pastor aeternus 1516 §. 9, ibid. p. 659 (Anwendung der französischen pragmatischen Sanktion) „poena amissionis quorumcumque feudorum tam a Romana quam alia ecclesia ex quavis causa obtentorum ac etiam inhabilitatis ad illa in posterum obtinenda“; Urban VIII.: Ad audientiam 1625 §. 4 (für Portugal), b. T. 13, 334, bestätigt durch Clemens X. 1672, ibid. 18, 368 (Beeinträchtigung der päpstlichen Jurisdiktion): „amissionis . . . investiturarum, tam emphiteuticarum quam feudalium eisdem delinquentibus seu contumacibus suisque . . . usque ad quartum gradum descendentibus, quocumque titulo apostolico aut alio ecclesiastico competentium“; s. auch S. 559 n. 9.

[3] Julius II.: Cum tam 1506 §. 6, b. T. 5, 406 S. 559 n. 7; Leo X.: Inter graves 1515 §. 5, ibid. p. 625 (Okkupation der Besitzungen der römischen Kirche und feindliches Überziehen derselben): „bonis omnibus quae in feudum vel in emphyteusim seu alias . . . a romana ecclesia vel aliis ecclesiis, monasteriis et locis ecclesiasticis aut alias quomodolibet etiam ab imperatore, regibus seu aliis principibus ac secularibus potestatibus obtinent, privamus“; Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3, b. T. 6, 445, s. S. 559 n. 5 u. 9; Pius IV.: Pastoralis 1560 §§. 3. 4, b. T. 7, 18, s. S. 543 n. 5: „feuda, vicariatus“.

[4] S. die beiden vorigen Anmerkungen; Leo X.: Quam deo 1519 §. 4, b. T. 5, 727 (Herzöge und andere weltliche Herren, welche den Duellanten Plätze zum Duelliren überlassen) „ab omni iure, quod in locis et territoriis suis obtinent, ipso facto cadant“.

[5] Sixtus IV.: Iniquitatis filius 1478, Raynald. 1478 n. 4. 11 (Exkommunikation Lorenzos de Medici und seiner Anhänger) „intestabiles et cuiuslibet hereditatis esse ab intestato incapaces“; Julius II.: Cum tam 1505 §. 5, b. T. 5, 405, S. 559 n. 7: „active et passive intestabilis“; Pius IV.: Pastoralis 1560 §§. 3. 4, S. 543 n. 5: „intestabiles eo ipso fiant“; vgl. ferner S. 555 n. 6 u. S. 556 n. 4; Toledo 1473 c. 22, Hardouin 9, 1514: „quod famosi aut publici raptores . . . ipso iure sint intestabiles nec ex testamento capere possint“.

[6] Martin V.: Ad reprimendas 1428 §. 3, b. T. 4, 728 (Ziehen von Geistlichen durch Geistliche vor das weltliche Gericht) „causam ipsam et omne ius . . . eis in possessorio vel petitorio, in re vel ad rem causa vel occasione huiusmodi quomodolibet competentes, eo ipso perdant“; Innocenz VIII.: Officii 1491 §. 2, b. T. 5, 346 (diejenigen, welche als Interessenten hindern, dass die Citationen und Mandate der Richter in den bei der Kurie schwebenden Sachen ausgeführt werden oder zu diesem Zwecke an weltliche Fürsten oder Beamte rekurriren) „omne ius tam in petitorio quam in possessorio, in re vel ad rem, de qua agitur, eis competens eo ipso amittant“, wiederholt Benedikt XIV.: Pastoralis 1742 §. 6, b. Bened. 1, 58; Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 394 (Verletzung der in Rom ihre Sachen führenden Partei, der Advokaten, Prokuratoren und Sachwalter derselben durch die andere) „causam ipsam et omne ius tam in petitorio quam possessorio ac in re vel ad rem . . . eo ipso perdant“. Partikularrechtlich: Salzburg 1418 c. 19, Hartzheim 5, 180 (Laien, welche Darlehne geben, um bei Prälatenwahlen einen der Kandidaten zu unterstützen, und sich über die Verleihung von Benefizien für ihre Söhne Versprechen geben lassen) „carere actionibus pro mutuo huiusmodi repetendo“; Mainz 1549 c. 76, Hartzheim 6, 585 (Belangen eines Klerikers vor dem weltlichen Gericht): „eo ipso omni causa cadat nec amplius ad eius causae querelam etiam coram ecclesiastico iudice admittatur“; Trier 1549, ibid. 6, 607 (für dasselbe Vergehen) „laicus a iure suo cadat“.

[7] Leo X. (Lateran. V.): Inter sollicitudines 1515 §. 3, S. 548 n. 4: „anni continui exercitii impressionis suspensio“, eine Strafe, welche das Tridentinum Sess. IV. decr. de edit. librorum nicht mehr erwähnt.

riat[1] und von der Ausübung der Thätigkeit als Schullehrer[2].

Während 22. die Entbindung der Unterthanen vom Treueide, welche sich im Mittelalter gemeinrechtlich zu einer selbständigen Strafe entwickelt hatte[3], in der hier fraglichen Zeit nur in Verbindung mit der gleichzeitigen Absetzung von Fürsten praktisch angewendet worden ist[4], haben die Päpste ferner sowohl

23. von der Strafe der Unfähigkeit zu weltlichen Würden, Ämtern[5], kirchlichen und anderen Lehnen[6], sowie auch

24. des weltlichen Bannes[7] (der *diffidatio*[8]) während des 16. Jahrhunderts Gebrauch gemacht.

25. Selbst die Verknechtung ist von ihnen noch bis in das 16. Jahrhundert in der Weise wie schon früher[9] als Strafe angedroht worden, dass es Jedermann freigestellt worden ist, gewisse Personen wegen bestimmter strafbarer Handlungen zu Sklaven zu machen[10].

26. Ja sogar auch die Todesstrafe ist im Gegensatz zu der Auffassung der früheren Zeiten[11] von den Päpsten in das kirchliche Strafsystem aufgenommen worden. Sieht man davon ab, dass sie als Landesherren des Kirchenstaates ebenso wie die anderen weltlichen Mächte unter dem Einfluss der damaligen strafrechtlichen An-

[1] Avignon 1594 c. 59, Hardouin 10, 1869 (wegen Aufnahme wucherischer Verträge).

[2] Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 24 (bei Weigerung, das Glaubensbekenntniss abzulegen): „ab exercitio scholae sit suspensus".

In dem Bischofskonvent v. Loreto 1850/1855, ibid. 1, 81 (art. 48) kommt auch als Strafe die Suspension vom Gewerbebetrieb als Gastwirth für Vorschubleistung zu liederlichen Schlemmereien beider Geschlechter vor.

[3] S. o. S. 48.

[4] So bei der Georg Podiebrads, Heinrichs VIII. und Elisabeths von England, s. o. S. 559 n. 6.

[5] Auch ohne gleichzeitige Verhängung der Strafe der Infamie (s. S. 555 n. 6) Julius II.: Cum tam 1505 §. 6, S. 559 n. 7.

[6] Leo X.: Pastor aeternus 1566 §. 9, S. 560 n. 2; Leo X.: Exsurge 1520 §. 4, ibid. p. 748 (Anhänger Luthers); s. auch die vor. Anm.

[7] S. o. S. 49 n. 5.

[8] So Sixtus IV.: Iniquitatis filius 1478 bei der Exkommunikation Lorenzos de Medici und seiner Anhänger, Raynald. a. 1478 n. 4. 11 („diffidatos ... Et cuncta eorundem ... aedificia in ruinam dari debere ita ut eorum habitationes desertae fiant et non sit, qui eos inhabitet in posterum"); Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 394 (Verletzung der bei der Kurie ihre Sachen führenden Parteien, ihrer Prokuratoren, Advokaten und Sachwalter durch andere als die Gegenpartei bei nachfolgender multilatio oder mors ausser anderen Strafen): „Sintque etiam in suis bonis omnibus a cunctis perpetuo diffidati nihilominus et banniti"; Leo X.: Inter graves 1515 §. 4, b. T. 5, 625 (Okkupiren von Besitzungen des Kirchenstaates und feindliches Überziehen derselben durch Könige, Fürsten, Barone und andere) „cum eorum bonis perpetuo diffidatos ... esse decernimus"; Leo X.: Exsurge 1520 §. 3, ibid. p. 748 (Anhänger Luthers) poena diffidationis; Pius IV.: Ea quae 1560, b. T. 7, 83 §. 3 (Duellanten und diejenigen, welche ihnen Plätze zum Duelliren gewähren, ausser anderen Strafen) auch poena diffidationis.

[9] S. o. S. 117 n. 18 a. E.

[10] Nikolaus V.: Olim 1451 §. 2, b. T. 5, 105 (Lieferung von Pferden, Eisen u. s. w. an die Sarazenen in Ägypten): „si personas eorum capi contigerit, in servitutem et capientium illorum esse volumus, in quorum ceciderint potestatem"; Paul III.: Eius qui 1535 §. 17, b. T. 6, 195 (u. Redemptor 1538, ibid. p. 203): „personas ex regno et dominiis praedictis (d. h. Heinrichs VIII. v. England) originem trahentes seu in illis domicilium habentes, mandatis nostris non obtemperantes (welche den abgesetzten und exkommunicirten Heinrich VIII. anerkennen und nicht vertreiben wollen) ubicumque eos capi contigerit, capientium servos fieri decernentes". Noch andere Einzelfälle bei Langer, Sklaverei in Europa während d. letzten Jahrhunderte des Mittelalters. Bautzen 1891 (wissenschaftliche Beilage des Osterprogramms des Gymnasiums zu Bautzen). S. 39. Wenn Pius V.: Hebraeorum gens 1569 §. 2, b. T. 7, 740 §. 2, bei der Austreibung der Juden aus dem Kirchenstaat mit Ausnahme Roms und Anconas für die nach Ablauf der Auswanderungsfrist betroffenen Juden u. a. die Strafe angedroht hat: „mancipia romanae ecclesiae fiant et in perpetuam servitutem asserantur dictaque ecclesia illud idem ius in eos quod ceteri domini in servos et mancipia, sibi debeat vindicare", so ist dies mindestens keine rein kirchliche, sondern gleichzeitig eine landesherrliche Massregel gewesen.

[11] S. o. S. 50.

schauungen eine Reihe von Verbrechen[1] mit verstümmelnder[2] und mit Kapitalstrafe[3] belegt haben, weiter selbst davon, dass in ihrem Gebiete die vom geistlichen Gericht verurtheilten Ketzer durch ihre weltlichen Beamten, also unter ihrer Autorität und Billigung, der Strafe der Verbrennung unterworfen worden sind[4], so bleiben immer noch einzelne Fälle übrig, in denen sie allgemein, also nicht blos für den Kirchenstaat, mithin lediglich kraft ihrer päpstlichen Befugnisse bei einzelnen Verbrechen, welche mindestens zugleich als kirchliche betrachtet werden können, die Strafe des Zungendurchstechens[5] und die Todesstrafe[6] direkt oder auch indirekt

[1] S. z. B. Pius V.: Licet §. 1, b. T. 7, 696 (Notare, Exekutoren und Gefängnissaufseher, welche in Betreff der Aussagen der in geheimer Haft gehaltenen Angeschuldigten nicht Amtsverschwiegenheit beobachten oder den letzteren von anderen Personen und diesen von jenen Mittheilungen überbringen, in schwereren Fällen ultimum supplicium); Pius V.: Postquam 1570 §. 3, ibid. p. 862 (Bankerott durch Verschwendung und Betrügen der Gläubiger durch Verheimlichung des Vermögens, poena ultimi supplicii); Pius V.: Cum nihil 1570 §. 2, ibid. p. 861 (Beschneiden von Gold- und Silbermünzen ebenso); Pius V.: Etsi Romani 1571 §. 3 u. Cum nuper 1572 §. 1, ibid. p. 949 u. 952 (für diejenigen, welche sich im Kirchenstaate Jurisdiktionsämter und Dignitäten durch Bestechung verschaffen, welche Geld dafür nehmen und die Vermittler dabei abgeben); Sixtus V.: Hoc nostri 1585 §. 5, b. T. 8, 585 (Nichthülfeleistung bei der Verfolgung der Mörder, Räuber, Wegelagerer und anderer Verbrecher, nach Befinden der Gubernatoren auch Todesstrafe); Clemens VIII.: Frumenti 1597 §. 5 (Ausführung von Getreide, Thieren und Gemüsen aus dem Kirchenstaat, nach Befinden auch poena capitis sive ultimi supplicii); Clemens XII.: In supremo 1735, b. T. 24, 28 (absichtliche Tödtung durch Schusswaffen: „ultimi supplicii poenam incurrat"); Benedikt XIV.: Ad curam 1756 §. 5, bull. Bened. 4, 219 (Fälschung der Noten bestimmter Banken in Rom, Strafen der const. Urban VIII.: In suprema 1627, b. T. 13, 614 für Münzfälschung, d. h. Todesstrafe, s. unten Anm. 6 a. E.). In wie weitem Umfange in Rom Hinrichtungen vorgekommen sind, ergiebt sich weiter daraus, dass Innoc. VIII. (Inter desiderabilia 1490, b. T. 5, 343) eine Brüderschaft S. Joannis decollati zur Tröstung der zum Tode Verurtheilten bestätigt hat, und dass von den Päpsten, s. Gregor XIII.: Inducti 1580 u. Cum alias 1582, b. T. 8, 346. 376; Sixtus V.: Dilectis 1586, ibid. 9, 107, und Clemens VIII.: Pius 1603, ibid. 10, 175, verschiedenen Brüderschaften das Recht gewährt worden ist, jährlich bei einer feierlichen Gelegenheit einen oder zwei mit Todesstrafe belegte Verbrecher frei zu bitten. Ausgenommen wurde dabei aber stets die Verurtheilung wegen Ketzerei, Münzfälschung, Fälschung päpstlicher Schreiben, Majestätsbeleidigung, Meuchel- und Giftmord.

[2] Wie die Durchstechung der Zunge, Julius III.: In multis 1554 §. 2, b. T. 6, 479 (Blasphemie gegen Gott, Christus, den h. Geist und die Jungfrau das zweite Mal): „vilibus convictis perfodiatur lingua".

[3] Paul IV.: Sanctissimus 1558 §§. 1. 2 (für Rom), b. T. 6, 538 (Kuppler und Kupplerinnen bei Verkuppelung von Männern und von etwaigen wider ihren Willen zur Prostitution erzogenen Mädchen um des Gewinns willen, sowie ihre Mitschuldigen): „ultimo supplicio afficiantur"; Pius V.: Romani pontificis 1572 §. 2, b. T. 7, 969 (Anfertigen von Schmähschriften und solcher, in denen die Berathungen vor dem Papst veröffentlicht werden, in schwereren Fällen) „poena ultimi supplicii; Sixtus V.: Ad compescendam 1586 (für Rom), b. T. 8, 789: „poena ultimi supplicii" (§. 3) für den Ehemann, welcher dolos die Scheidung herbeigeführt und nachher mit Huren Ehebruch treibt, (§. 4) für die Ehefrau, welche nach der so bewirkten Scheidung ein unkeusches Leben führt, oder (§. 5) welche das ihr während des Scheideprozesses als Aufenthalt angewiesene Kloster eigenmächtig verlässt und sich einem unkeuschen Leben ergiebt, (§. 6) für denjenigen, welcher die Eltern, den Bruder, den Mann oder den Vormund eines Mädchens oder einer Frau in das Gefängniss bringt, um mit ihr zu konkumbiren, und den Beischlaf mit ihr vollzieht, endlich (§. 7) für Eltern und Ehemänner, welche die Tochter oder Frau um des Gewinnes willen verkuppeln; Sixtus V.: Volentes 1587 §§. 1—4, ibid. 8, 830 (dieselbe Strafe für incestuosen Beischlaf eines Mannes mit der Mutter oder Tochter oder mit zwei vollbürtigen Schwestern oder mit der Frau, mit welcher der Vater oder Bruder oder Sohn konkumbirt hat, oder einer Frau mit dem Vater und Sohn oder mit zwei vollbürtigen Brüdern oder mit dem Manne, welcher mit ihrer Mutter, Tochter oder Schwester den Beischlaf vollzogen hat.

[4] Beispiele aus dem 16. und 17. Jahrhundert (1600 Giordano Bruno) bei v. Döllinger und Reusch, die Selbstbiographie des Cardinals Bellarmin. Bonn 1887. S. 232—240. Dass hier mehrfach der Verbrennung die Strangulation oder Enthauptung vorangegangen ist, erscheint dabei gleichgültig.

[5] Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau das dritte Mal plebeius) „lingua ei perforabitur et mittetur ad triremes" und dazu §. 16: „reliquos vero principes christianos (d. h. nicht dem Kirchenstaat angehörigen) ... hortamur . . . et in virtute sanctae obedientiae mandamus, ut . . . praemissa omnia in suis dominiis ac terris exactissime servari faciant".

[6] Julius III.: Cum sicut 1554 §. 1, b. T. 6, 482 (Juden, welche etwaige Blasphemieen gegen Christus enthaltende Bücher nicht ausliefern,

angedroht oder ihre delegirten Richter zur Verhängung derselben ermächtigt haben[1].

27. Schliesslich ist auch in dieser Periode, wie früher[2], für Juden noch bis zum 16. Jahrhundert die Strafe der Entziehung des geschäftlichen und sonstigen Verkehrs mit den Christen vorgekommen[3].

§. 299. b. *Die Strafen gegen Geistliche.*

Während der hier fraglichen Periode hat das kirchliche Strafensystem für die Geistlichen, welches mit dem Abschluss der Dekretalensammlungen seine volle Ausbildung erhalten hatte, nur geringe, nicht das Wesen desselben berührende Änderungen erlitten.

Unter den Strafen, welche die kirchliche Stellung und die Amtsrechte der Geistlichen berühren, bildet noch heute

1. die mit dem 13. Jahrhundert[4] festausgestaltete Degradation[5] die härteste und schwerste Strafe. Sie entzieht dem davon Betroffenen sein Amt und sein Benefizium oder alle mit dem ersteren verbundenen Vermögensrechte, führt für ihn die Unfähigkeit herbei, künftighin kirchliche Ämter oder eine Anstellung im Kirchendienst zu erhalten, sowie die Weihegrade auszuüben, und entkleidet ihn endlich auch der klerikalen Standesrechte[6]. Kraft positiver Bestimmung[7] ist zwischen der *degradatio*

sondern hartnäckig zurückbehalten) „poenis corporis etiam ultimi supplicii . . . puniantur"; Pius V.: Cum primum 1566 cit. §. 11, und dazu §. 16 cit., s. S. 562 n. 9, (Sodomie) Auslieferung an den weltlichen Arm zur Bestrafung, d. h. mit Tod, bestätigt Pius V.: Horrendum 1568 §§. 2. 3, b. T. 7, 703; Sixtus V.: Effraenatum 1588 §§. 1. 2, b. T. 9, 39 (Kindesabtreibung und Unfruchtbarmachung, Bestrafung wie Mord, d. h. Todesstrafe), vgl. dazu auch Gregor XIV.: Sedes apostolica 1591, ibid. p. 430; Clemens VIII.: Etsi alias 1601 §. 3, b. T. 10, 750 (usurpatio ordinis, Auslieferung an den weltlichen Arm); Gregor XV.: Omnipotentis 1623 §. 2, b. T. 12, 796 (Zauberei durch Pakt mit dem Teufel bei dadurch herbeigeführtem Tode eines andern, Auslieferung an den weltlichen Arm, d. h. zur Todesstrafe); Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 2, b. T. 14, 211 (Konsultiren von Astrologen über die Verhältnisse der christlichen Republik, des apostolischen Stuhles, das Leben und den Tod des Papstes und seiner nahen Verwandten, Ertheilung solcher Wahrsagungen und Verbreitung derselben) „poena ultimi supplicii"; Urban VIII.: Magnum in 1637 §. 2, ibid. p. 595 (Eheeingehung bei bestehender Ehe unter falschem Namen, in den schwersten Fällen statt ewiger Galeeren- oder Kerkerstrafe Auslieferung an den weltlichen Arm, d. h. zur Todesstrafe); Innoc. XI. Ad nostri apostolatus 1677 §. 1, b. T. 19, 41 (Diebstahl und Behalten von Hostien zu unerlaubten Zwecken, Auslieferung ad den weltlichen Arm); s. ferner auch die Ausdehnung der const. Pii V. v. 1570: Cum nihil, s. S. 562 n. 1, auf Italien durch Urban VIII.: In suprema 1627, b. T. 13, 604, und über die Hinrichtung zweier Fälscher päpstlicher Bullen 1489 in Rom Jos. Weiss, Berthold v. Henneberg, Erzb. v. Mainz. Freiburg i. Br. 1889. S. 14.

[1] So Urban VIII. 1643 in dem Kriege mit dem Herzog von Parma, der Republik Venedig, dem Grossherzog v. Toscana und dem Herzog v. Modena, s. Brosch, Gesch. d. Kirchenstaats. Gotha 1880. 1, 406 ff., den Auditor camerae apostolicae gegen die genannten, sowie die Anhänger derselben und ihre Soldaten auch mit der Todesstrafe vorzugehen, Breve: Cum nuper 1643 §. 2, b. T. 15, 273: „committimus et mandamus, ut causam et causas praedictorum delictorum et excessuum . . . auctoritate nostra cognoscas et debito fine termines et quascumque sententias et poenas ecclesiasticas . . . necnon quamcumque poenam corporalem, etiam capitalissimam . . . exequaris".

[2] S. o. S. 50.

[3] Basel sess. XIX. c. 5 (1434), Hardouin 8, 1190 („poena commercii per fideles illis interdicendi") und Gregor XIII.: Sancta mater 1584 §. 2, b. T. 8, 487 („poena interdicti cum fidelibus commercii") bei Verletzung der Pflicht, den vorgeschriebenen Bekehrungspredigten (Bd. IV. S. 473 n. 1) beizuwohnen.

[4] S. o. S. 58 ff.

[5] Kober, die Deposition und die Degradation. Tübingen 1867. S. 217 ff. 730 ff.

[6] S. o. S. 51 ff. 59 und die folgenden Anmerkungen.

[7] c. 2 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9, s.

verbalis[1] (auch *sententialis*) und der *actualis* zu unterscheiden. Die erstere ist die lediglich durch Urtheil ausgesprochene Degradation, die *actualis*[2] dagegen die Vollstreckung des die degradatio verbalis verhängenden Erkenntnisses an dem Verurtheilten, d. h. die thatsächliche Degradation desselben in bestimmten feierlichen Formen, welche ein Widerspiel der bei der Ordination gebrauchten Solennitäten bilden[3].

Die *degradatio verbalis* kann der Bischof, sofern Geistliche der niederen Weihen in Frage stehen, allein[4], mit Zuziehung des Kapitels[5], verhängen. Bei den Majoristen[6] hat er aber, sofern es sich um einen Priester, s e c h s, sofern es sich um einen Diakon oder Subdiakon handelt, d r e i Bischöfe[7] oder nach dem Tridentinum[8] ebenso viele

auch c. 27 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40, s. S. 60 n. 1.

[1] c. 2 in VI cit., hier auch depositio ab ordinibus et gradibus ecclesiasticis, im Pontificale Romanum t. III. Ordo Suspensionis: . . . degradationis blos deponere ab ordine, im Trid. Sess. XIII. c. 4 de ref. verbalis depositio genannt. Dagegen lautet die Degradationssentenz gegen Hus, Konstanz 1415 sess. XV., H a r d o u i n 8, 410: „ab ordine sacerdotali et aliis ordinibus, quibus existit insignitus, deponendum et degradandum“; eine andere v. 1629 gegen eine Reihe von Geistlichen wegen Apostasie (Hexerei) ausgesprochene, Arch. d. histor. Vereins v. Unterfranken. Würzburg 1865. 18, 227: „suis officiis et ordinibus sacris et ecclesiasticis sententialiter perpetuo privamus in his scriptis ipsosque ab illis *verbis deponimus* et pronunciamus, realiter et actualiter secundum traditionem canonum degradandos et saeculari curiae tradendos“. Diese entspricht im wesentlichen der Form des Pontificale Romanum l. c. forma degradationis: „omni huiusmodi officio et beneficio ecclesiastico sententialiter perpetuo privamus in his scriptis, ipsumque ab illis verbis deponimus et pronuntiamus realiter et actualiter secundum traditionem canonum deponendum et degradandum“.

[2] c. 2 in VI cit. V. 9. Das Pontif. Romanum bezeichnet sie auch als *solennis depositio*.

[3] Diese giebt schon Bonifaz VIII. c. 2 in VI cit. in den Grundzügen, für welche der ursprünglich bei der Deposition übliche Gebrauch, s. o. S. 57, zur Grundlage genommen worden ist, an. Jetzt ist dafür das Pontif. Romanum l. c. (die betreffenden Stellen auch abgedruckt bei K o b e r S. 234 ff.) massgebend. Danach kann die Degradation sowohl innerhalb wie auch ausserhalb der Kirche (letzteres wird als Regel vorausgesetzt) stattfinden. Zu diesem Behufe werden die kirchlichen Gewänder und ferner die Insignien des Weihegerades, welchen der zu Degradirende bekleidet, auf einen auf einer Erhöhung stehenden Tisch niedergelegt. Nachdem der Verurtheilte zunächst mit den ersteren angethan und ihm die Insignien in die Hand gegeben sind, werden sie ihm einzeln abgenommen (wobei ihm zugleich die Daumen und Hände mit einem Messer oder einem Stück Glas leicht abgerieben werden, um die Beseitigung der bei der Weihe erfolgten unctio dieser Glieder anzudeuten), und zwar das zuletzt bei der Ordination empfangene zuerst und das zuerst bei der letzteren erhaltene zuletzt, indem der Degradator jedesmal die dazu passenden Worte spricht. So wird von dem höchsten ordo begonnen und bis zur degradatio a tonsura fortgefahren, wobei dem Exequenden das superpelliceum mit den Worten: „nudamus te religionis ornatu ac deponimus, degradamus, spoliamus te omni ordine, beneficio et privilegio clericali et velut clericalis professionis indignum, redigimus te in servitutem et ignominiam habitus saecularis ac status“ ausgezogen wird. Nachdem der Degradator ihm dann noch durch einen anwesenden Barbier den Kopf hat völlig kahl scheeren lassen (um jede Spur der Tonsur zu vernichten), und er mit einem weltlichen Gewande bekleidet worden ist, spricht der erstere behufs Übergabe des so Degradirten an die weltliche Obrigkeit noch die Worte: „Pronuntiamus, ut hunc exutum omni ordine ac privilegio clericali curia saecularis in suum forum recipiat“ und fügt gleichzeitig die Bitte um Verschonung desselben mit Todes- oder verstümmelnder Strafe hinzu, s. S. 60 n. 1 u. S. 461 n. 1.

[4] c. 2 in VI cit.

[5] Pontific. Roman. l. c.: „Et similiter episcopus cum capitulo suo deponit ab ordine clericos primae tonsurae et minoribus ordinibus constitutos, si post huiusmodi verbalem depositionem secutura sit actualis degradatio.“

[6] c. 2 in VI cit. u. dazu S. 61 n. 1.

[7] Ein Degradationsurtheil v. 1392, welches von dem Bischof von Utrecht mit 6 andern Bischöfen gefällt ist, bei H a r t z h e i m 4, 537.

[8] Sess. XIII. c. 4 de ref.: „Episcopo per se seu illius vicario in spiritualibus generali contra clericum in sacris etiam presbyteratus ordinibus constitutum, etiam ad illius condemnationem necnon verbalem depositionem, et per se ipsum etiam ad actualem atque solemnem degradationem ab ipsis ordinibus et gradibus ecclesiasticis in casibus, in quibus aliorum episcoporum praesentia in numero a canonibus definito requiritur, etiam absque illis procedere liceat; adhibitis tamen et in hoc sibi adsistentibus totidem abbatibus, usum mitrae et baculi ex privilegio apostolico habentibus, si in civitate aut dioecesi reperiri et commode interesse possint; alioquin aliis personis in ecclesiastica dignitate constitutis quae aetate graves ac iuris scientia commendabiles existant“ in Erweiterung der für die Ketzerei getroffenen besonderen Bestimmung des c. 1 in VI de heret. V. 2, s. o. S. 61 n. 1.

Äbte, welche kraft päpstlichen Privilegs das Recht zum Tragen der Mitra und des Bischofstabes haben, und wenn nicht so viel in der Stadt oder Diöcese vorhanden oder diese an der Betheiligung gehindert sind, statt ihrer Geistliche, welche eine kirchliche Dignität[1] bekleiden, als Richter mit vollem Stimmrecht[2] und zwar bei Strafe der Nichtigkeit der Sentenz[3] zuzuziehen. Der degradatio verbalis der Bischöfe gedenkt weder das c. 2 in VI cit. V. 9 noch das Tridentinum, offenbar aus dem Grunde, weil die Deposition derselben und folgeweise auch die diese ursprünglich in sich schliessende Degradation schon seit dem 12. Jahrhundert Reservatrecht des Papstes[4] geworden ist[5].

Die *degradatio verbalis* ist ein Akt der Jurisdiktion. Daher ist auch der noch nicht konsekrirte Bischof[6] dieselbe vorzunehmen befugt[7]. Für sich allein bewirkt sie indessen nach positiver Vorschrift[8] noch nicht den Verlust der geistlichen Standesrechte[9], vielmehr gilt der dazu Verurtheilte immer noch als Kleriker[10]. Wohl aber kann er die Funktionen seines Ordos und seines Amtes nicht mehr erlaubter Weise

[1] S. Bd. II. S. 110. 371, aber nicht Prälaten der Mendikantenorden, Fagnan. ad. c. 9 X de consecr. eccl. III. 40 n. 31.

[2] Dies ist für die Bischöfe allgemein anerkannt und kann auch mit Rücksicht auf c. 2 in VI cit. V. 9 und die dort in Bezug genommenen Canones, s. o. S. 61 n. 1, gar nicht in Zweifel gezogen werden. In Betreff der Äbte und Dignitäre wird von Fagnan. l. c. n. 31. 32 auf Grund einer nicht näher bezeichneten Entscheidung der Congr. conc., nach ihm auch von Ferraris s. v. degradatio n. 28, behauptet, dass diese nur bei der degradatio actualis zu assistiren haben, nicht aber bei dem Prozesse, also namentlich nicht bei der Aussprechung der degradatio mitwirken dürfen. Indessen sollen diese nach dem Tridentinum gerade an Stelle der Bischöfe treten, und damit werden ihnen also dieselben Funktionen, wie den letzteren, zugewiesen. Da die Vorschrift ferner einen stehengebliebenen Rest der alten Norm bildet, dass der Bischof bei der Strafe der Absetzung, um Willkür zu vermeiden, nicht allein urtheilen soll, s. o. S. 279, so ergiebt sich auch daraus die Nothwendigkeit, nicht blos den Bischöfen, sondern auch den sie vertretenden anderen kirchlichen Richtern das volle Stimmrecht beizulegen, so auch überwiegend die Doktrin, s. Barbosa de officio et potestate episcopi P. III alleg. 110 n. 26; Reiffenstuel V. 37 n. 42; Schmalzgrueber V. 37 n. 145; Benedict. XIV. de synodo dioec. IX c. 6 n. 4, welcher übrigens der von Fagnanus citirten Entscheidung der congr. conc. gar nicht erwähnt; Kober S. 224.

Weiter wird auf Grund von (Gregor I.) X de sent. et re iud. II. 27 („concors sententia") von Vielen, Barbosa l. c. n. 28; Reiffenstuel n. 44; Schmalzgrueber n. 146; Benedikt XIV. l. c., behauptet, dass die Verurtheilung auch einstimmig erfolgen müsse. Aber „concors sententia" heisst, da es sich in der Stelle um die Provinzialsynode handelt, s. Bd. IV. S. 709, nur ein gemeinsamer Beschluss der Bischöfe, und überdies ist auf derselben niemals Einstimmigkeit verlangt worden, Bd. III. S. 474. 481. 494. 641 n. 1. Deshalb liegt kein Anlass vor, diese Vorschrift auf das Richterkolleg bei der Degradation zu übertragen. Schon die gl. s. v. sacerdotium zu c. 3 cit. lässt Stimmenmehrheit genügen, vgl. noch Kober S. 227.

[3] Das ergiebt sich daraus, dass bei Nichtzuziehung der übrigen Richter ein nicht gehörig zusammengesetztes Gericht, also ein solches, welches keine sachliche Zuständigkeit besitzt, erkannt hat, so auch Kober S. 230.

[4] S. o. S. 287. 288.

[5] Daher heisst es auch im Pontif. Romanum, welches die Formeln für die aktuelle Degradation eines Erzbischofs und Bischofs enthält: „In depositione vero episcopi ab ordinatione exigitur numerus duodecim episcoporum praeter metropolitanum, qui omnes possint procedere contra episcopum usque ad conclusionem tantum et definitio tam circa condemnationem quam absolutionem reservatur papae." Darin liegt eine Reminiscenz an das alte Recht, s. S. 60 n. 1, da selbstverständlich der Papst selbst oder durch einen Delegirten die Untersuchung führen kann.

[6] Sofern er nur päpstlich bestätigt ist, s. Bd. II. S. 675. Wenngleich früher darüber gestritten wurde, de Avila l. c. P. IV. dub. 2, so kann dies doch keinem begründeten Zweifel unterliegen, s. auch Reiffenstuel n. 39; Schmalzgrueber n. 139; Kober S. 334.

[7] Also auch der Generalvikar, s. Trid. Sess. XIII. c. 4 de ref., freilich nur mit spezieller Vollmacht, s. Bd. II. S. 214, sowie der Kapitularvikar, a. a. O. S. 244. Über den bischöflichen Koadjutor s. a. a. O. S. 255 und über den päpstlichen Vikar bei Verhinderung des Bischofs a. a. O. S. 258. 260.

[8] c. 27 X cit. V. 40, o. S. 60 n. 1.

[9] Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit, s. Avila P. IV dub. 1; Reiffenstuel n. 34; Schmalzgrueber n. 139; Benedikt. XIV. l. c. n. 3 i. f.; Kober S. 232.

[10] Nichtsdestoweniger ist es unrichtig, wenn die *degradatio verbalis* vielfach mehr oder minder mit der Strafe der Deposition im neueren Sinne, s. o. S. 59 und nachher unten im Text unter No. 2, identificirt wird; Avila l. c. dub. 1; Reiffenstuel n. 28; Phillips Lehrb. 2. A. S. 397; v. Schulte Lehrb. 4. A. S. 213. 214;

vornehmen, und wenn er dies vorsätzlich und wissentlich thut, so soll er mit der Exkommunikation belegt werden [1].

Um ihm die geistlichen Standesrechte zu entziehen, bedarf es weiter in allen Fällen noch der *degradatio actualis*. Diese kann der zuständige Bischof nur vollziehen, wenn er schon die bischöfliche Konsekration erhalten hat [2], da ihre Vornahme als Ausfluss des Ordos, nicht der Jurisdiktion betrachtet wird. Der Zuziehung anderer Bischöfe oder sie vertretender Würdenträger bedarf es dabei nicht [3], wennschon sie stattfinden kann und nicht selten vorgekommen ist [4]. Erst mit der Vollendung des Aktes [5] tritt der Verlust der geistlichen Standesrechte, insbesondere der des *privilegium fori* [6], für den Verurtheilten ein, während er seinen ordo [7] an und für sich behält und, falls er

Lämmer, Inst. des K. R. S. 284; Vering K. R. 3. A. S. 721. Bei der blossen Deposition erfolgt niemals eine Verurtheilung zur Degradation und zur Auslieferung an den weltlichen Arm, und es kann ihr nur dann, wenn noch ein besonderes Urtheil auf die erstere ergeht, eine solche nachfolgen. Die *degradatio verbalis* erfordert aber gerade begrifflich eine darauf lautende Verurtheilung, und weil prinzipiell jedes Erkenntniss vollstreckt werden muss, so ist mit der ersteren auch von selbst die Nothwendigkeit gegeben, dieselbe durch die Vornahme der *degradatio actualis* zur vollen Wirksamkeit zu bringen, eine Konsequenz, welche überdies auch ausdrücklich in der Degradationssentenz ausgesprochen wird, s. S. 564 n. 1. S. auch Kober S. 180 ff.

1 c. 1 (can. apost.) u. c. 2 (cap. in Vern. pal. 755, s. o. S. 55 n. 1) X V. 27 und zwar gleichviel, ob er ein Kleriker der höheren oder niederen Weihen ist (über die irrige Ansicht, welche die letzteren auf Grund von c. 1 ausschliessen will, s. Gonzalez Tellez ad c. 1 cit. n. 2). Wennschon die Funktionen, welche er vornimmt, solche sein müssen, die aus dem Ordo oder aus seinem Amt herfliessen, und welche er nur als Kleriker (nicht als Laie, wie z. B. die Nothtaufe, die Verrichtungen als Ministrant bei der Messe) ausüben kann, so ist es doch nicht erforderlich, wie Kober S. 186 aus den Worten von c. 1 u. 2 cit. „attrectare ministerium" oder „aliquid de ministerio agere" fälschlich ableitet, dass dies feierlich und öffentlich geschehen ist. Endlich bedarf es auch nach c. 2 X cit. und nach den allgemeinen Regeln, s. o. S. 120 ff., einer vorangehenden monitio. Die für den Fall fortgesetzter Hartnäckigkeit und Unverbesserlichkeit angedrohte Strafe des Exils ist heute unpraktisch. Vgl. auch noch Bd. 1. S. 53 n. 5—7.

2 Trid. Sess. XIII. c. 4 de ref. cit. (s. v. per se ipsum), s. o. S. 564 n. 8; Avila l. c. dub. 2; Schmalzgrueber n. 139; Kober S. 335, sonst würde sie nichtig sein. Benedicirte Priester-Äbte, welche die Befugniss besitzen, ihren Untergebenen die niederen Weihen zu ertheilen, Bd. I. S. 81, haben das Recht nicht, es sei denn, dass es ihnen besonders durch päpstliches Privileg gewährt worden ist, Ferraris l. c. n. 30, können es auch nicht kraft Gewohnheit, s. Ferraris l. c., erwerben, c. 4 (Innoc. III.) X de cons. I. 4; Kober S. 335.

Persönlich braucht der zuständige Bischof aber den Akt nicht vorzunehmen, er kann dazu einen anderen befähigten, aber wieder nur einen konsekrirten Bischof, z. B. seinen Weihbischof oder einen in der erwähnten Weise besonders privilegirten Abt, delegiren, Fagnan. ad c. 9 X de cons. eccl. III. 40 n. 20 ff.; Kober S. 337.

Wenn die Degradationssentenz (die d. verbalis) durch den Kapitularvikar erlassen worden ist, wird sogar eine solche Delegation, falls dieser nicht etwa den bischöflichen ordo besitzen sollte, stets nothwendig, s. Bd. II. S. 240 n. 7 u. c. 42 (Bonif. VIII.) in VI de elect. I. 6.

3 Pontif. Roman. l. c.: „in hac executione sententiae non est necessaria coepiscoporum praesentia". Nicht richtig daher Friedberg K. R. 3. A. S. 260. 261 u. Lämmer, Inst. d. K. R. S. 286, welche die Assistenten bei der degr. actualis, nicht aber bei der verbalis für erforderlich erklären.

4 So ist Hus von 6 Bischöfen vor der Synode von Konstanz degradirt worden, Hardouin 8, 410; Hefele Conc. Gesch. 6, 209, ebenso die Degradation von 1629, s. S. 564 n. 1, in Gegenwart der bei der Urtheilsfällung zugezogenen Assistenten erfolgt.

5 Dies ergeben die Formeln des Degradationsaktes, s. S. 564 n. 1 und auch c. 2 in VI cit. V. 9. Es ist daher nicht richtig, wenn entgegen der ausdrücklichen Bestimmung in c. 27 X de V. S. V. 40 cit. von manchen, Benedict. XIV. l. c. n. 4; Thesaurus l. c. I. c. 27; Molitor kanon. Gerichtsverfahren gegen Kleriker S. 216 n. 1; Ginzel K. R. 2, 937, diese Wirkung schon der *degradatio verbalis* beigelegt und die *degradatio actualis* damit zu einer diese Entziehung blos noch symbolisch deklarirenden Handlung herabgedrückt wird. Dagegen auch Kober S. 181.

6 Namentlich war dies früher der Fall, s. o. S. 58 ff. 415 ff.

7 Jedenfalls, soweit er indelebilis ist, wie die Bischofs- und Priesterweihe, Bd. I. S. 117. Für die übrigen, den Diakonat, bei dem der eben gedachte Charakter zweifelhaft ist, und für die anderen Weihegrade vom Subdiakonate ab, welchen ein solcher nicht zukommt, muss dies aber nach dem geltenden Recht ebenfalls angenommen werden. Denn das Pontificale Roman. l. c. bestimmt, dass, wenn sich vor Übergabe des Verurtheilten an den weltlichen Richter die Ungerechtigkeit oder Nichtigkeit der Degradation herausstellt, es nur einer feierlichen Restitution der bei der aktuellen Degradation dem Verurtheilten abgenommenen Insignien, nicht aber einer Reordina-

Geistlicher der höheren Weihen ist, auch von den mit der Ordination übernommenen Verpflichtungen [1] zum Cölibat und zur Verrichtung des täglichen Breviergebetes nicht frei wird [2].

Der Degradationsritus, welcher in einer Zeit, als die kirchliche Gerichtsbarkeit in gewöhnlichen Strafsachen der Geistlichen noch seitens der weltlichen Gewalten allgemein im Prinzip und auch zum grossen Theil praktisch anerkannt war [3], seine Ausbildung erfahren hatte, war darauf berechnet, dass der weltliche Richter, dessen Forum der Degradirte nunmehr anheimfiel, bei dem Degradationsakte gegenwärtig war, um den am Schlusse desselben ihm überlieferten Geistlichen seinerseits zur weltlichen Bestrafung in Empfang zu nehmen [4]. Mit der seit dem 15. Jahrhundert in den einzelnen Staaten erweiterten weltlichen Jurisdiktion in Betreff der gemeinen Kriminalvergehen der Geistlichen und in Folge der späteren prinzipiellen Negierung der kirchlichen Jurisdiktion über solche [5] hat zwar dieser Theil der *degradatio actualis* seine Bedeutung verloren, ja vielfach ist die katholische Kirche dadurch, dass der Geistliche in der Neuzeit ohne Weiteres von dem weltlichen Gericht verhaftet, verurtheilt und dann der Strafvollstreckung unterworfen wird, gehindert, die aktuelle Degradation ihrerseits vorzunehmen [6], aber trotzdem kann die Degradation, sowohl die verbale, wie auch die aktuelle, nicht als unpraktische Strafe betrachtet werden. Die Assistenz des weltlichen Richters bei der letzteren ist nichts wesentliches, und das Fehlen des letzteren hindert nicht, die Essentialien des Degradationsritus zu vollziehen. Weiter bleibt die Degradation noch heute nicht nur in solchen Fällen möglich, in denen ein sofortiges Eingreifen des weltlichen Gerichts nicht erfolgt, sondern auch in denjenigen, in welchen ein Geistlicher ein degradationswürdiges kirchliches Verbrechen, welches, wie z. B. jetzt die Ketzerei, nicht mehr zugleich ein weltliches Vergehen bildet, begangen hat [7].

Das Dekretalenrecht hatte die Strafe der Degradation blos auf die Ketzerei [8], die Fälschung päpstlicher und königlicher Schreiben [9], sowie auf die Anstiftung von

tion bedarf. Da es dies auch für die niederen, nicht unverlierbaren Weihegrade anordnet, so kann es nur davon ausgehen, dass auch diese durch die Degradation nicht der Substanz nach verloren gehen.

[1] Bd. I. S. 141. 159.

[2] Avila l. c. P. IV dub. 1; Ferraris l. c. n. 8. 9; Kober S. 284; weil er den Ordo nicht verliert, s. vorvor. Anm., und überdies durch seine Verurtheilung zur schwersten Strafe keine Vortheile erlangen kann.

[3] S. o. S. 417 ff.

[4] c. 27 X cit. V. 40; Trid. Sess. XIII. c. 4 de ref. cit.; Pontif. Roman. cit., S. 564 n. 3.

[5] Kober S. 171 ff. S. auch den folgenden Band.

[6] Darüber, dass schon seit dem 16. Jahrhundert die aktuelle Degradation der Minoristen in Spanien, Frankreich, Belgien und dann auch in Deutschland mit Rücksicht darauf, dass die weltlichen Gerichte, ohne dieselbe abzuwarten, gegen die letzteren eingeschritten sind, ausser Übung gekommen ist, vgl. Kober S. 247. Ist doch selbst schon päpstlicherseits im 16. Jahrhundert mitunter von der degradatio actualis abgesehen worden, s. das Urtheil Pius' IV. gegen den hugenottisch gewordenen Kardinal und Bischof von Beauvais Odet de Coligny de Châtillon v. 1563, b. T. 7, 247: „ipsum ... hereticum ... declaramus ac propterea eum ab omni cardinalatus .. honore ac privilegio etiam clericali ... ipso iure depositum dictaeque ecclesiae Belvac. administratione ac omnibus beneficiis, officiis, honoribus, dignitatibus ac praelaturis privatum et ad illa inhabilem et perpetuo incapacem ... similiter declaramus eiusque personam a Christi fidelibus capiendam et detinendam et ad justitiae et ministrorum manus, ut poenis debitis affici possit, tradendam ... exponimus".

[7] Über Fälle, in denen eine Degradation noch in neuerer Zeit vorgekommen ist, s. coll. conc. Lac. 5, 1057. Auch die Prager Diöcesangerichtsinstruktion v. 1869 §. 91, Arch. f. k. K. R. 23, 445, welche unter den auf Geistliche anwendbaren Strafen die „gänzliche Ausstossung aus dem geistlichen Stande oder Deposition und Zurückversetzung in den Laienstand auf immer" aufzählt, kann darunter nur die Degradation verstehen.

[8] S. o. S. 59 n. 1. S. 60 n. 3. S. 158 n. 8.

[9] S. o. S. 43 n. 4. S. 59 n. 3. S. 199. 200.

Assassinen[1] zum Morde[2], die Aufnahme, Vertheidigung und Verbergung solcher, d. h. nach der erweiternden Auslegung der späteren Doktrin auf den Banditen- oder Lohnmord[3] gesetzt und sie ausserdem nur noch gegen einen wegen schwerer Verbrechen abgesetzten Geistlichen, welcher sich trotzdem und trotz der weitern gegen ihn verhängten Exkommunikation und Anathematisirung unverbesserlich erweisen sollte[4], zugelassen.

Die päpstliche Gesetzgebung hat seit dem 16. Jahrhundert diesen Fällen noch angereiht: 1. das heimliche Betreten des Papstwahlkonklaves und auf anderem Wege als durch die Thür[5], 2. die Sodomie[6], 3. die s. g. *injuriatio et offensio status, rerum et personarum s. Officii inquisitionis*[7], 4. die Abtreibung einer beseelten Leibesfrucht und

[1] Bd. I. S. 43 n. 1; Kober S. 757.

[2] Selbst wenn derselbe nicht zur Ausführung gekommen ist, c. 1 §. 2 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4: „ut quicumque princeps, praelatus seu quaevis alia ecclesiastica secularisve persona quempiam christianorum per dictos assassinos interfici fecerit vel mandaverit (quamquam mors ex hoc forsan non sequetur) aut eos receptaverit vel defenderit seu occultaverit, excommunicationis et depositionis a dignitate, honore, ordine, officio et beneficio incurrat sententias ipso facto et illa libere aliis per illos ad quos pertinet, conferantur". Hier ist allerdings, wie Kober S. 760 meint, von der Degradation und Auslieferung an den weltlichen Arm keine Rede, also streng genommen ist die Strafe der Degradation nicht angedroht. Andererseits ist aber die Strafe zugleich mit dem weltlichen Bann, der Ächtung, kombinirt, woraus sich ergiebt, dass der Kleriker des privilegium fori verlustig gehen soll. Da diese Strafen weiter als poena latae sententiae charakterisirt sind, sich ihre Wirkungen also von selbst vollziehen, so war die Hervorhebung eines besonderen Degradationsaktes, insbesondere der Auslieferung an den weltlichen Richter nicht erforderlich. Die spätere Doktrin hat daher auch mit vollem Recht die Strafe als Degradation aufgefasst, und wenn sie eine deklaratorische Sentenz des geistlichen Richters verlangt, dass der betreffende Geistliche das Assassinium begangen hat, ja die Auslieferung des vom weltlichen Gericht verhafteten Klerikers zu diesem Zweck an das geistliche fordert, Fagnan. ad c. 1 X de jud. II. 1 n. 726 u. c. 45 X de sent. exc. V. 39 n. 19; Ferraris l. c. n. 11; Thesaurus l. c. P. II. s. v. assassinium n. 7 ed. cit. p. 104; s. auch Kober S. 760, so thut sie dies nur, um den Standpunkt der Kirche hinsichtlich des privilegium fori zu wahren.

[3] Thesaurus l. c. p. 163 unter Ausdehnung der Strafe auch auf den gedungenen Christen, Kober S. 759; vgl. noch Bernard. Diaz, practica criminalis canonica c. 96, ed. Venet. 1593 p. 383.

[4] S. o. S. 59 n. 2 u. S. 60 n. 3.

[5] Pius IV.: In eligendis 1562 §. 19, b. T. 7, 230: „Et si quis forte... clam ipsum conclave et aliunde quam per ostium ingrediatur, omni honore, gradu ac officio et beneficio ipso facto privatus existat et tradatur curiae saeculari acerrimis poenis puniendus", ein Fall, welcher bei den Kanonisten nicht erwähnt wird.

[6] Pius V.: Cum primum 1566 §. 11, b. T. 7, 434: „Si quis crimen nefandum contra naturam, propter quod ira dei venit in filios diffidentiae, perpetraverit, curiae seculari puniendus tradatur; et si clericus fuerit, omnibus ordinibus degradatus, simili poenae subiiciatur"; und Pius V.: Horrendum 1568 §. 3, b. T. 7, 702: „... omnes... presbyteros et... clericos saeculares et regulares cuiuscumque gradus et dignitatis tam dirum nefas exercentes omni privilegio clericali omnique officio, dignitate et beneficio ecclesiastico praesentis canonis auctoritate privamus, ita quod per iudicem ecclesiasticum degradati potestati statim saeculari tradantur, qui de eis illud idem capiat supplicium, quod in laicos... legitimis reperitur sanctionibus constitutum", eine Konstitution, welche wohl mit Rücksicht darauf erlassen ist, dass die erstere (§. 16) den Fürsten ausserhalb des Kirchenstaats nur die Beobachtung der darin enthaltenen Anordnungen befohlen, aber diese letzteren nicht direkt allgemein für die ganze Christenheit getroffen hatte. Die Anregung zu der härteren Bestrafung der Sodomie der Kleriker, s. o. 176 n. 5, ist von Spanien ausgegangen, Diaz l. c. c. 86 p. 341; Kober S. 772.

[7] Pius V.: Si de protegendis 1569, b. T. 7, 744 §. 2: „ut quicumque... quemvis ex inquisitoribus, advocatis, procuratoribus, notariis aliisque ministris praedicti officii aut episcoporum id munus in sua dioecesi aut provincia obeuntium, seu accusatorem, denunciatorem aut testem in causa fidei quomodocumque productum vel evocatum occiderit, verberaverit, deiecerit seu perterrefecerit, §. 3: quive ecclesias, aedes aliasve res sive publicas sive privatas officii aut ministrorum expugnaverit, invaserit, incenderit, expilaverit aut libros, litteras, auctoritates, exemplaria, regestra, protocolla, exempla, scripturas aliave instrumenta sive publica sive privata, ubicumque posita, combusserit, diripuerit seu interverterit, seu ex incendio aut direptione, etiam inermis sive capiendi sive comburendi sive supprimendi causa fuerit, sive res aut personas servari defendive prohibuerit, §. 4: quive carcerem aut aliam custodiam seu publicam seu privatam effregerit, vinctum extraxerit seu emiserit, capiendum prohibuerit captumve eripuerit, receperit, occuluerit seu facultatem effugiendi dederit seu iusserit id fieri, qui coetum concursumve fecerit sive, ut aliquid praedictorum fieret, homines accomodaverit sive alias auxilium, consilium aut favorem publice vel occulte in quolibet praedictorum scienter praestiterit, licet nemo occisus, verbera-

Unfruchtbarmachung durch Tränke oder Gift (*procuratio abortus et sterilitatis*)[1], sowie jede Art der Anstiftung, Beihülfe und Begünstigung dabei[2], 5. die s. g. *usurpatio ordinis*, d. h. die Celebration der Messe und die Verwaltung des Busssakramentes ohne Besitz des priesterlichen Weihegrades[3], 6. die s. g. *sollicitatio ad turpia* (d. h. der Versuch des Beichtvaters, das Beichtkind, gleichviel ob ein weibliches oder männliches, zur Unzucht anzureizen)[4], in schwereren Fällen[5], 7. den Diebstahl oder die unerlaubte

tus, nemo extractus, emissus vel ereptus, nihil expugnatum, nihil effractum, succensum direptumve, nullum denique damnum reipsa sit secutum, nihilominus is sit anathemate praesentis canonis auctoritate legatus (und nach Anordnung der Strafen des Majestätsverbrechens und der Infamie für die Söhne §. 5): Quod porro de praedictis eorumque filiis statuimus, illud idem de omnibus clericis et presbyteris ... decernimus exequendum, ita ut ipsi beneficiis et officiis omnibus ecclesiasticis auctoritate privati per iudicem ecclesiasticum haereticorum more, degradentur, demum potestati saeculari traditi, poenis praedictis, laicorum instar subiicientur". Auch dieser Fall wird von den Früheren, s. Thesaurus l. c. I. c. 27; Kober, Deposition, nicht erwähnt.

1 Sixtus V.: Effraenatum 1558 §. 1, b. T. 9, 39: „omnes qui per se aut interpositas personas abortus seu foetus [immaturi tam] animati [quam etiam inanimati, formati vel informis] eiectionem procuraverint percussionibus, venenis, medicamentis, potionibus, oneribus laboribusque mulieri praegnanti impositis ac aliis etiam incognitis vel maxime exquisitis rationibus ita ut re ipsa abortus inde secutus fuerit ac etiam praegnantes ipsas mulieres quae scienter praemissa fecerint" (sollen eo ipso den kirchlichen und weltlichen Strafen des homicidium voluntarium actu et re ipsa patratum verfallen, (§. 2) und wenn sie Kleriker sind, ipso facto ihrer Dignitäten, Offizien und Benefizien beraubt, unfähig zur Erlangung solcher und ex delicto homicidii nach dem Tridentinum irregulär sein). §. 4: „Volentes quod hi qui foro ecclesiastico subiecti, ut praefertur, deliquisse comperti fuerint, per iudicem ecclesiasticum depositi et degradati curiae et potestati saeculari tradantur, quae de eis illud capiat supplicium quod contra laicos vere homicidas per divinas leges ac civilia iura est dispositum." §. 5: „Praeterea eisdem poenis teneri omnino statuimus eos, qui sterilitatis potiones ac venena mulieribus propinaverint et quominus foetum concipiant, impedimentum praestiterint ac ea facienda et exequenda curaverint sive quocumque modo in his consuluerint, ac mulieres ipsas quae eadem pocula sponte ac scienter sumpserint." Während Sixtus V. in §. 1 mit der älteren Anschauung, dass nur die Abtreibung des beseelten foetus, c. 7—9 (Aug.) u. c. 10 (Hieron.) C. XXXII qu. 2; c. 20 (Steph. V.) C. II qu. 5; c. 20 (Innoc. III.) X de hom. V. 12, d. h. beim männlichen 40, beim weiblichen 80 Tage nach der Geburt, s. Bd. I. S. 44; Kober S. 765 ff.; München Strafrecht 2, 417, dem Morde gleich stehe, gebrochen hatte, sind seine Anordnungen durch Gregor XIV.: Sedes apostolica 1591 §. 3, b. T. 9, 430, wieder auf diesen Fall, was praktisch freilich keinen Unterschied macht, vgl. Bd. I. S. 44, eingeschränkt worden, so dass in dem oben citirten §. 1 die eingeklammerten Worte entfallen müssen. Vgl. auch Bd. I. S. 44.

2 Const. Sixti V. cit. §. 7: „... omnes ... tam laicos quam clericos ... necnon mulieres ... qui vel quae vel uti principales vel ut sociae consciaeve ad tale facinus committendum opem, consilium, favorem, potionem vel alia cuiuscumque generis medicamenta scienter dederint ac etiam scribendo litteras privatas vel apochas vel alias verbis aut signis iuverint aut consuluerint".

3 Clemens VIII.: Etsi alias 1601 §. 3, b. T. 10, 749: „ut quicumque non promotus ad sacrum presbyteratus ordinem repertus fuerit missarum celebrationem usurpasse vel sacramentalem confessionem audivisse, a iudicibus s. Inquisitionis vel locorum ordinariis ... a foro eccclesiastico abiiciatur et ab ordinibus ecclesiasticis, si quos habuerit, rite degradatus, statim curiae saeculari tradatur per iudices saeculares debitis poenis plectendus", eine Anordnung, welche Urban VIII.: Apostolatus officium 1628 §§. 3. 4, b. T. 13, 646, auch auf Minderjährige, welche schon das 20. Jahr vollendet haben, ausgedehnt hat, vgl. dazu Kober S. 785.

4 Zuerst von Pius IV.: Cum sicut 1561 §. 1, b. T. 7, 126, jedoch nur für Spanien in schwereren Fällen mit Degradation bedroht, für die ganze Kirche aber dann durch Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729, unter näherer Feststellung des Thatbestandes dahin: „quod omnes ... sacerdotes ... qui personas, quaecumque illae sint, ad inhonesta sive inter se sive cum aliis quomodolibet perpetranda in actu sacramentalis confessionis sive antea vel post immediate seu occasione vel praetextu confessionis huiusmodi etiam ipsa confessione non secuta sive extra occasionem confessionis in confessionario aut in loco quocumque ubi confessiones sacramentales audiantur seu ad confessionem audiendam electo simulantes ibidem confessiones audire, sollicitare vel provocare tentaverint aut cum his illicitos et inhonestos sermones sive tractatus habuerint, in officio s. inquisitionis ... puniantur"; erneuert durch Benedikt XIV.: Sacramentum 1741 §. 1, bull. Bened. 1, 22 (mit der Erweiterung: „vel etiam extra occasionem confessionis in confessionali sive in alio loco ad confessiones audiendas destinato aut electo cum simulatione audiendi ibidem confessionem ad inhonesta et turpia solicitare sive verbis sive signis sive nutibus sive tactu sive per scripturam aut tunc aut post legendam tentaverint aut cum eis illicitos et inhonestos sermones vel tractatus temerario ausu habuerint"); vgl. Kober S. 779.

5 Gregor XV. cit., s. vor. Anm.: „eosque, si pro delicti enormitate graviores poenas meruerint,

Wegnahme von geweihten Hostien[1], 8. die Einholung von Wahrsagungen über den Zustand der christlichen Gemeinschaft oder des apostolischen Stuhles oder über das Leben und den Tod des Papstes und seiner nahen Verwandten, oder den Gebrauch oder die Ertheilung solcher Wahrsagungen[2] und 9. die Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau seitens eines Klerikers ohne Benefizium, wenn sie zum dritten Male verübt wird[3]. Endlich hat Innocenz X.[4] die Anwendbarkeit der Strafen für die Fälschung päpstlicher Schreiben[5], einschliesslich der Degradation der Kleriker, durch nähere Bezeichnung der Arten der Schreiben[6], sowie durch Bedrohung der Anstifter, Gehülfen, Vermittler und Begünstiger aller Art[7] über das Dekretalenrecht hinaus ausgedehnt[8]. Damit ist die Reihe der Verbrechen, welche

debita praecedente degradatione curiae seculari puniendos tradant". Doch bemerkt Benedikt XIV. de synodo dioecesana IX. c. 6 n. 7, dass die Strafe niemals zur Anwendung gekommen sei, und die zur Ausführung der const. Benedikts XIV. cit. erlassenene Instruktion d. congr. inquis. v. 1867 n. 12, Arch. f. k. K. R. 21, 78, hebt hervor: „Abstinendum tamen erit ab infligenda degradatione et traditione bracchio saeculari ... ceterum ad terrorem potius impositum haberi debet, quam ut executioni mandetur."

[1] Nachdem Innoc. XI.: Ad nostri apostolatus 1677 §. 2, b. T. 19, 41 das furtum hostiae consecratae sive unius vel plurium particularum consecratarum cum sacra pyxide vel sine illa, ferner alle „qui propria malitia vel alterius ordine seu mandato hostiam sive unam vel plures particulas consecratas praedictas apud se retinuerint vel alio transferre aut asportare praesumpserint" auch bei solchen, welche das zwanzigste Jahr vollendet haben, für arbiträr strafbar erklärt und die Auslieferung der Schuldigen, ausser, wenn feststehe, dass die That nicht „ad malum finem" vorgenommen sei, an die weltliche Obrigkeit angeordnet hatte, hat Alexander VIII.: Cum alias 1670 §. 3, b. T. 20, 160, ausdrücklich bestimmt, dass diese Vorschriften ebenfalls auf alle Welt- und Ordensgeistlichen jeder Stellung, für diese auch der unter der poena „degradationis realis et traditionis brachio seculari" anwendbar sein sollten, und Benedikt XIV.: Ab augustissimo 1744, bull. Bened. 1, 139 diese Konstitution unter näherer Regelung der Beweislast, s. Kober S. 790, bestätigt.

[2] const. Urban. VIII.: Inscrutabilis 1631, b. T. 14, 211, welche §. 3 u. a. Todesstrafe festsetzt und §. 4 für Geistliche (mit Ausnahme der Bischöfe und der noch höheren Prälaten) Verlust aller Dignitäten und Ämter und ewige Unfähigkeit zu solchen androht „ita quod personae ecclesiasticae praevia illarum degradatione curiae seculari tradantur puniendae". Obwohl danach dieser Fall zweifellos hierher gehört, wird er doch von den Kanonisten bei der Aufzählung der degradationswürdigen Verbrechen nicht, s. Benedict. XIV. de synodo dioec. IX. 6 u. 7; Ferraris s. v. degradatio n. 11; Thesaurus l. c. I. c. 27; Kober S. 730, berücksichtigt.

[3] Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434: „ut quicumque laicus deum et dominum nostrum Jesum Christum vel gloriosam virginem Mariam, eius genetricem, expresse blasphemaverit ..., quod si clericus nullum beneficium obtinuerit, ... pro tertia *verbaliter degradetur* et ad triremes mittatur". Obwohl auch diese const. seitens der in der vor. Anm. citirten Schriftsteller nicht beachtet worden ist, so muss doch dieser Fall ebenfalls hier angereiht werden. Zwar wird nur die *degradatio verbalis* angedroht, indessen muss die degradatio realis in dem „mittatur ad triremes" als inbegriffen angesehen werden, weil es dazu einer Überlieferung an die weltliche Obrigkeit bedurfte, und das umsomehr, als es undenkbar ist, dass der Geistliche als Galeerensträfling die klerikalen Standesrechte hätte behalten können.

[4] Const. In supremo 1653, b. T. 15, 710.

[5] c. 7 (Innoc. III.) X de crim. falsi V. 20, s. o. S. 59 n. 3. S. 199. 200.

[6] Const. In supremo cit. §. 1 (Bullen, Breven, s. Bd. III. S. 782ff., Supplikationen, motu proprio, Expeditionsmandate auch per concessum, s. a. a. O. S. 159ff., ferner auch Ausdehnung auf Fälschung der Daten und der apostolischen Register).

[7] Const. cit. §. 3; s. auch Kober S. 753.

[8] Nur allein auf Italien bezieht sich die const. Urbans VIII.: In suprema 1627 §§. 3. 4. 5, b. T. 13, 614, welche unter Erneuerung der const. Pii V.: Cum nihil 1570 §. 2, ibid. 7, 861, auf das mit Todesstrafe bedrohte Verbrechen der Fälschung und Beschneidung von Gold- und Silbermünzen für Geistliche (§. 4: „ut culpabiles ... praevia degradatione curiae seculari tradantur") die Degradation festsetzt, s. Kober S. 155, sowie

allein auf den Kirchenstaat die const. Benedict. XIV.: Ad curam 1756 §. 5, b. Bened. 4, 219, welche dieselben Strafen für die Fälschung der Scheine gewisser Banken in Rom androht („et si ecclesiastici fuerint, etiam exemti et privilegiati ... praevia degradatione curiae seculari puniendi tradantur"). Dieser ist noch anzureihen die ebenfalls blos auf den Kirchenstaat bezügliche const. Pii V.: Etsi 1571 §. 3, b. T. 7, 949 mit der Deklaration: Cum nuper 1572 §. 1, ibid. p. 952, welche für die Erwerbung von Jurisdiktionsämtern in demselben durch Bestechung, Annahme von Geld und Geldeswerth, für die Verleihung solcher, sowie die Vermittelung derartiger Geschäfte als Strafen ipso iure die Vermögenskonfiskation, die Degradation und Todesstrafe bestimmt und, da auch als weitere

das gemeine Recht mit der Degradation bedroht[1], abgeschlossen[2]. Zum Theil hat man namentlich seitens der älteren Doktrin angenommen[3], dass, abgesehen von der Unverbesserlichkeit der Schuldigen[4], seitens des kirchlichen Richters auch bei anderen schweren Verbrechen, wenn er dies nach Lage des Falles für geboten erachte, auf Degradation und also auch auf Auslieferung an den weltlichen Arm erkannt werden dürfe. Andererseits ist, und mit mehr Recht, eine solche Befugniss geläugnet worden[5]. Denn, so wenig feste Grundsätze sich im Kirchenrecht auch in Betreff der arbiträren Androhung und Anwendung von Strafen neben den gemeinrechtlich angeordneten fixirt haben (vgl. den folgenden Band), so ist doch gerade durch die päpstliche Gesetzgebung Ende des 12. und 13. Jahrhunderts der Unterschied zwischen der Deposition im Sinne des neueren Rechts und der Degradation zur Wahrung der geistlichen Standesrechte der Kleriker, insbesondere des privilegium fori derselben, aufgestellt worden, und da das letztere ein Institut des gemeinen Rechts bildet, so sind die partikulären kirchlichen Leitungsorgane nicht zuständig, dasselbe durch etwaige allgemeine

Strafe der Verlust aller officia ecclesiastica erwähnt wird, zweifellos auf die Geistlichen mit berechnet ist.

[1] Denn Pii IV.: Cum ex apostolatus 1559 §. 3, b. T. 6, 551, welche ketzerischen und schismatischen Kardinälen, Bischöfen und Legaten die Degradation androht, bildet nur eine spezielle Anwendung des Falles der Ketzerei, s. o. S. 567.

[2] Zweifellos ist, dass nicht hierher gehören 1. Gregor XV.: Omnipotentis 1632, b. T. 12, 795 (Ausübung der dämonischen Magie, wenn Menschen in Folge dessen das Leben verloren haben: „primo lapsu curiae saeculari tradatur debitis poenis puniendus") und 2. Urban VIII.: Magnum in Christo 1637 (Eheeingehung unter falschem Namen bei Lebzeiten des andern Ehegatten), §. 2: „si vero pro qualitate, enormitate delicti graviores poenas meruerint, etiam curiae saeculari . . . puniendi tradantur"), da hier nirgends der Degradation erwähnt wird und nichts darauf hindeutet, dass diese Konstitutionen sich auch auf Geistliche beziehen sollen, so auch Benedict. XIV. de syn. dioec. IX. 6 n. 8; Thesaurus l. c. I. c. 27 und Kober S. 797. 798.

Wenn ferner vielfach, Fagnan. ad c. 27 X de V. S. V. 40 n. 2, Thesaurus l. c. I. 27 u. Ferraris l. c. n. 11, unter Berufung auf mehrere Pseudo-Isidor-Stellen, c. 18. 31 C. XI. qu. 1. u. c. 8 C. III. qu. 4, angenommen wird, dass auch Beschimpfung oder Misshandlung des eigenen Bischofs oder gegen ihn gerichtete Lebensnachstellungen degradationswürdige Verbrechen seien, so haben diese falschen Stellen, welche allerdings von der Auslieferung an die Kurie zur Sklaverei sprechen, keine Gesetzeskraft (s. auch Kober S. 792), und überdies gehören sie einer Zeit an, in welcher die Deposition als solche noch stets den Verlust der geistlichen Standesrechte nach sich zog, s. o. S. 53, so dass sie also auch deshalb nicht auf die erst später ausgebildete Degradation bezogen werden können.

Anlangend endlich die bisher nicht beachtete const. Pii V.: Cum primum 1566, b. T. 7, 434 §. 8 (simonistische Erlangung von kirchlichen Offizien und Benefizien im Rückfall: „praeter supradictas poenas — d. h. Verlust der so erlangten Ämter und Unfähigkeit zu solchen ipso iure — etiam corporaliter puniatur et ab ordinibus ecclesiasticis degradatus a fidelium consortio eiiciatur"), so ist hier nur von dem Verlust der Berechtigung der Ausübung der ordines, nicht aber von der Entziehung der geistlichen Standesrechte und der Auslieferung an den weltlichen Arm die Rede, es kann also blos die Deposition gemeint sein, und diese wird hier deshalb durch die Betonung der Unfähigkeit die ordines weiter auszuüben bezeichnet, weil die Strafbestimmung vielfach solche Geistliche treffen musste, welche ausser den simonistisch erworbenen Ämtern keine anderen besassen, für welche also die Deposition blos die gedachte Wirkung haben konnte.

[3] Avila l. c. P. IV. dub. 3; Schmalzgrueber V. 37 n. 143, sowie die bei Fagnan. ad c. 10 X de judic. II. 1 n. 37 ff. citirten.

[4] S. o. S. 568.

[5] Fagnan. l. c. n. 65; Pignatelli consultationes canon. VII. cons. 33 n. 36; Reiffenstuel V. 37 n. 35 ff.; Benedikt XIV. l. c. n. 10. 71; Thesaurus l. c. I. c. 27; Kober S. 799. 802; s. auch Lingen et Reuss causae selectae in congreg. conc. Trident. propositae. Ratisboni 1871 p. 104. Dieser Auffassung ist offenbar auch die Praxis der Partikularsynoden gefolgt, denn seit dem 15. Jahrhundert — über die frühere Zeit, s. o. S. 60 n. 5 — hat, soweit ich sehe, allein Bourges 1584 XLI. 1, Hardouin 10, 1501: „Damnat haec synodus omnes ariolos, incantatores, sortilegos et eos maxime, qui nomine dei et rebus sacris in huiusmodi superstitionibus abutuntur. Qui tanti sceleris convicti fuerint, si clerici, ordine priventur et brachio saeculari tradantur" in Überschreitung des gemeinen Rechts auch auf die Zauberei, vielleicht weiter noch auf die simonia confidentialis (s. II. 2, ibid. p. 1461: „omni clericatus honore et privilegio necnon beneficii iure et titulo priventur"), die Strafe der Degradation gesetzt.

Anordnungen über das gemeine Recht hinaus aufzuheben noch durch spezielle Massnahmen in einzelnen Fällen zu beseitigen.

2. Die Deposition (*depositio* [1]). Sie ist noch heute, wie nach dem Dekretalenrecht des 13. Jahrhunderts [2], diejenige Strafe, durch welche dem Geistlichen sein Amt nebst den damit verbundenen Vermögensrechten, insbesondere nebst seinem Benefizium oder seiner Pfründe, sowie das Recht zur Ausübung seiner Weihegrade entzogen, und er für immer unfähig wird, wieder ein kirchliches Amt zu erhalten oder im Kirchendienst verwendet zu werden [3]. Er kann demnach seine Jurisdiktions- und Amtsrechte nicht mehr gültig, dagegen die Weiherechte, weil er die Fähigkeit dazu an sich nicht verliert, blos nicht mehr erlaubter Weise ausüben [4]. Von der Degradation unterscheidet sich die Deposition demnach nur dadurch, dass sie dem Schuldigen nicht, wie die erstere, die geistlichen Standesrechte entzieht, und dass ihm daher auch alle allgemeinen geistlichen Standespflichten, wie bisher, verbleiben.

Mit Rücksicht darauf, dass die päpstlichen Konstitutionen der letzten vier Jahrhunderte sehr selten der Strafe der Deposition erwähnen [5], andererseits aber desto häufiger den Verlust aller kirchlichen Würden und Ämter und zugleich die Unfähigkeit zu derselben androhen [6], und dass sowohl das Triden-

1 Über den Sprachgebrauch s. Anm. 3.

2 S. o. S. 58 ff.

3 S. o. S. 54 n. 1 a. E. u. S. 59, Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 394, s. o. S. 553 n. 4: „poena depositionis a dignitate, honore, ordine, officio et beneficio (nachher wird auch noch die Inhabilität zu Kirchenämtern angedroht); Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 40, b. T. 5, 604 (Belastung der Kleriker mit Abgaben): „praelati... excommunicationis et depositionis poenam ipso facto incurrant" und §. 41 (sortilegium per invocationem daemonum, incantationes, divinationes): clerici ... arbitrio superiorum infamia notentur; si vero non destiterint, deponantur (d. h. ab ordine) atque in monasterium ad tempus arbitrio superioris praefiniendum detrudantur beneficiisque et officiis priventur". Von Partikularkonzilien vgl. Mainz 1549 c. 91, Hartzheim 6, 950 (Simonie) *de dignitate deponi*; Salzburg 1569 XXVII. 17 (unverbesserliche concubinarii) *poena perpetuae depositionis* und XXXIX. 4 (Annahme von Geschenken seitens der kirchlichen Richter) *p. depositionis ab officiis atque perpetuae infamiae*, ibid. 7, 306. 339; Tours 1583 c. 14 (Betreiben weltlicher Geschäfte durch Kleriker) *p. perp. depositionis* (und Celebriren trotz Exkommunikation und Suspension) *sine spe restitutionis ab officiis et beneficiis deponantur et infames sint et de cetero ad beneficia ecclesiastica nullatenus admittantur*, Hardouin 10, 1421. 1423; Bourges 1584. II. 1, ibid. p. 1461 (promoti qui a fide recesserint) *deponantur*; V. ibid. p. 1465 (Besuch häretischer Konventikel, excommunicetur et) *deponatur*; XXXIX. 2. u. 4, ibid. p. 1501 (ebenso bei Blasphemie gegen Gott und gegen die Heiligen); Bordeaux 1624 XV. 1, ibid. 11, 100 (simonia confidentialis) praeter poenas excommunicationis, privationis, inhabilitatis, *depositionis*; D. S. Konstanz 1609 I. 4 n. 3, Hartzheim 8, 832 (Zauberei) si clerici fuerint, a beneficiis, dignitatibus et officiis *perpetuo deponemus*.

Ausser durch deponere, depositio wird die Strafe aber auch bezeichnet mit: *de proprio gradu decidere* in Trid. XXIV. c. 6 de ref. matr. (Entführung neben Exkommunikation und Infamie), wiederholt Narbonne 1624 VI. 4, Hardouin 11, 80, oder mit: a *suo gradu et ordine deiicere* Bourges 1584 XXVI. 2, l. c. 10, 1487 (Annahme eines Benefiziums unter der Bedingung, es wieder aufzugeben (Deposition für den Resignanten und Resignatar), oder: *e ministerio ecclesiae prorsus abiicere* Mainz 1549 c. 50, Hartzheim 6, 577 (Abweichung der Geistlichen und Prediger von der Lehre der Kirche bei der Auslegung der heiligen Schrift und der Spendung der Sakramente) und ibid. c. 101, p. 592 (Sortilegium): „ab *omni functione ecclesiastica et ordine removendum* ... et si incorrigibilis esse perrexerit, ad monasterium arctum pro poenitentia detrudatur aut prorsus abiiciatur" (d. h. er soll für immer vom Kirchendienst ausgeschlossen bleiben).

Wegen der Wirkungen, welche die Strafe auf die Weiherechte und hinsichtlich der Fernhaltung vom weiteren Kirchendienst äussert, ist sie auch anwendbar auf Geistliche ohne Ämter und auch auf solche, welche keine Benefizien im eigentlichen Sinne, sondern beliebig entziehbare Ämter, s. Bd. II. S. 373 u. Bd. III. S. 299, besitzen.

4 Über Strafen für Ausübung des Amtes und des Ordos gilt das S. 565 Bemerkte.

5 S. o. Anm. 3.

6 Innocenz VIII.: Ad reformandum 1485 §. 4, b. T. 5, 313, in Ergängung von Bonifaz VIII. in c. 1. in Extr. comm. I. 3 und Alexander V.: Ex iniuncto 1410, s. o. S. 243 n. 3 u. S. 367 n. 6 (Verlust alles Rechtes auf die Benefizien und) „inhabilitatio ad ecclesias, monasteria et bene-

tinum[1], wie auch einzelne Partikularsynoden[2] eben solche Straffestsetzungen auf-

ficia ipsa ac alia quaecumque ecclesiastica imposterum obtinenda ipso", bestätigt von Paul IV.: Incumbentia 1556 §. 2, b. T. 6, 523; Julius II.: Cum tam divino 1505, b. T. 5, 405, §. 1 (simonistisch gewählter Papst): „a priori suo cardinalatus et alio quocumque honore, ecclesiis cathedralibus . . . monasteriis, dignitatibus et aliis quibuscumque beneficiis et pensionibus . . . absque alia declaratione privatus existat . . . et ad praedicta omnia . . . perpetuo inhabilis habeatur"; Leo X.: Pastor aeternus 1517 §. 9, ibid. p. 662 (Anwenden der französischen pragmatischen Sanktion) „omnium etiam . . . cathedralium ecclesiarum, monasteriorum quoque et prioratuum, etiam conventualium et quorumcumque dignitatum aut beneficiorum ecclesiasticorum et quorumvis ordinum regularium privationis et inhabilitatis ad illa in posterum obtinenda"; Paul IV.: Inter ceteras 1557 §. 1, b. T. 6, 529 (s. o. S. 243 n. 1, betrügliche Ablegung des Examens zur Erlangung von Benefizien für andere) privatio ipso facto aller, selbst auch nur der als Kommenden besessenen Benefizien und Unfähigkeit, solche zu erlangen; Pius IV.: Ea quae 1560 §. 7, b. T. 7, 83 (Zulassung von Duellen durch Geistliche in ihren Territorien) poena privationis et inhabilitatis; Pius IV.: Etsi Romanum 1565 §. 2, ibid. p. 369 (Nuntien und päpstliche Gesandte, welche für sich und ihre Verwandten oder durch Fürsten kirchliche Ämter und Würden zu erlangen suchen): „sub maioris excommunicationis latae sententiae ac privationis omnium et singularum cathedralium et aliarum ecclesiarum ac monasteriorum etiam consistorialium necnon aliarum dignitatum etiam maiorum et principalium, administrationum et officiorum ac canonicatuum et praebendarum ceterorumque beneficiorum cum cura et sine cura, saecularium et quorumvis ordinum regularium . . . in titulum, commendam, administrationem vel alias quomodolibet . . . obtentorum ac inhabilitatis ad illa et alia similia vel dissimilia in posterum obtinenda necnon infamiae perpetuae"; Pius V.: Intolerabilis 1569 §. 8, ibid. p. 754 (Simonia confidentialis) „omnibus . . . ecclesiis, dignitatibus, administrationibus, officiis et beneficiis obtentis . . . necnon fructibus, pensionibus et aliis rebus ecclesiasticis . . . privamus et ad futura inhabiles decernimus et in subsidium iuris excommunicationis sententia innodamus"; Gregor XIII.: Ab ipso 1575 §. 3, b. T. 8, 105 (Simonie bei Erlangung päpstlicher Gnaden) „beneficio et officio ecclesiastico . . . ipso iure privamus . . . et praeterea infamiae subiectos perpetuo ac inhabiles ad illa et alia esse volumus"; Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §§. 3. 6, b. T. 9, 63 (simonistisch gewählte Kleriker, welche trotz der sie treffenden Suspension ihre ordines ausüben, s. dazu Clemens VIII.: Romanum 1596 §. 2, ibid. 10, 254 u. Kober Suspension S. 228): „omnibus . . . dignitatibus, officiis et beneficiis ecclesiasticis . . . et si clerici regulares fuerint, activa et passiva voce ipso facto privamus atque ad illa et alia . . . in perpetuum inhabiles ac incapaces declaramus"; Gregor XIV.: Cogit 1591 §§. 4. 5, b. T. 9, 379 (Wetten über die Papstwahl, über das Leben und den Tod des Papstes und über Kardinalspromotionen, selbst Kardinäle und Bischöfe) „omnibus quibuscumque . . . beneficiis . . . privamus . . . ac ad illa et quaecumque in posterum obtinenda perpetuo inhabiles et incapaces declaramus" (ausserdem dem Papst reservirte Exk.); Clemens VIII.: Quoniam 1593 §. 2, b. T. 10, 21 (Verbot für die Servitenmönche, gegen Anordnungen ihrer Oberen an die weltlichen Gerichte zu rekurirren, bei poena der dem Papst reservirten Exk.) „necnon privationis perpetuae officiorum . . . et inhabilitatis ad illa et alia quaecumque dicti Ordinis officia, exercendae quam vocis tam activae quam passivae eo ipso absque ulla declaratione incurrendis poenis" (ebenso auch Clemens VIII. in den 3 const. Quoniam v. 1604, b. T. 11, 12[?]. 127. 135, enthaltend das gleiche Verbot für die Carmeliter, die Cölestiner und die Augustiner-Eremiten); Urban VIII. Inscrutabilis 1631 §. 4 (s. o. S. 570 n. 2) „in episcopali vero, archiepiscopali, primatiali, patriarchali aut quacumque alia etiam superiori ecclesiastica vel mundana, quantumvis sublimi, excellente vel speciali nota digna, etiam suprema constitutis dignitate (clericis) easdem excommunicationis ac privationis, etiam regiminis et administrationis ecclesiarum et aliorum quorumcumque beneficiorum et dignitatum quantumvis amplissimarum et patriarchali maiorum ac officiorum suorum et inhabilitatis poenas ipso facto incurrendas . . . infligimus" (vgl. auch §. 11 ibid.); Innoc. XII.: Ecclesiae catholicae 1690 §. 7, b. T. 20, 716 (unzulässige Wahlkapitulationen): „privationes dignitatum, canonicatuum et praebendarum aliorumque beneficiorum ecclesiasticorum et quoad regulares etiam vocis activae et passivae ac graduum, munerum et officiorum quorumcumque perpetuae inhabilitatis ad illa et alia similia et dissimilia quaecumque in posterum quomodolibet obtinenda poenas per contrafacientes ipso facto absque alia declaratione incurrendas adiungimus"; Benedikt XIV.: Ubi primum 1746, bull. Bened. 2, 25 (s. Bd. IV. S. 122 n. 1, Vorgehen je nach Lage der Sache mit poena) „suspensionis ab officio confessiones audiendi vel etiam ab executione ordinum, privationis beneficiorum, dignitatis ac perpetuae inhabilitatis ad illa necnon vocis activae ac passivae, si regulares fuerint".

[1] Sess. XXV. c. 14 de ref. (gegen unverbesserliche concubinarii).

[2] Bourges 1584 XLII. 1, Hardouin 10, 1503 (Kleriker, welcher trotz zweimaliger Mahnung den verdächtigen Verkehr mit Frauenspersonen fortsetzt) „fructibus ac pensionibus et administratione quavis ecclesiastica necnon etiam titulis suorum beneficiorum perpetuo inhabilis reddatur et a capitulis ac omni congregatione ecclesiastica tanquam infamis arceatur"; Aix 1585, ibid. p. 1574 (Usurpation von Rechten und Früchten von Benefizien) „quibuscumque beneficiis privatos et ad quaecumque alia obtinenda inhabiles atque a divinis suspensos declaramus"; Narbonne 1609 c. 40, l. c. 11, 40 (concubinarii, welche sich trotz der Suspension von den Früchten und von der Verwaltung ihrer Benefizien nicht bessern) „bene-

weisen — eine Erscheinung, welche bisher nicht beachtet worden ist — entsteht die Frage, ob mit diesen die Deposition oder eine von derselben verschiedene Strafe gemeint ist. Nimmt man das erstere an[1], so würde der Schuldige zugleich ohne Weiteres von der Ausübung der Weiherechte für immer oder mindestens bis zur Aufhebung der Strafe durch Begnadigung ausgeschlossen sein. Wenn man die Frage im letzteren Sinne beantwortet, so bleibt er dagegen dazu fähig[2] und könnte, falls er einen entsprechenden Auftrag erhielte[3], einzelne Weihehandlungen erlaubter Weise vornehmen. Da nun in manchen Fällen sich neben dem Verlust der Ämter und der Unfähigkeit zu solchen ausdrücklich ausser der Exkommunikation und der Infamie[4] nicht nur die suspensio a divinis[5], d. h. die suspensio vom ordo[6], sondern auch sogar die Entziehung der ordines angedroht[7] findet, so lässt sich daraus schliessen, dass an sich durch die erstgedachten Strafen eine solche Suspension oder Entziehung der Weiherechte nicht herbeigeführt werden sollte und herbeigeführt worden ist[8], d. h. dass dieselben nicht mit der Deposition identisch sind.

ficiis quibuscumque perpetuo priventur atque inhabiles et indigni ad quosvis honores, beneficia et officia in posterum censeantur“; Bordeaux 1624 VII. 2, ibid. 11, 79 (Assistenz bei heimlichen Ehen) „privationis omnium et quorumcumque beneficiorum obtentorum et inhabilitatis ad alia obtinenda poenas incurrat. Non promotus autem ad beneficia, sive sit saecularis sive regularis, numquam in quibuscumque provinciae nostrae dioecesibus ordinum suorum officiis fungi possit“; l. c. VII. 3, p. 80 (Zulassung fremder Parochianen zur Eheschliessung ohne Zustimmung ihres Pfarrers bei) „poenis privationis omnium beneficiorum obtentorum et inhabilitatis ad alia et suspensionis ab officio ipso facto incurrendis, non beneficiatos autem, cuiusvis sint ordinis, tam diu munere suspensos decernimus, quamdiu ipsorum sic contrahentium ordinario conducere videbitur“; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 39. 40 (Vernichtung, Unterdrückung, Hinterziehung und Beschädigung bischöflicher Prozessakten) „omni dignitate, officio, beneficio privatus et ad futura inhabilis eo ipso“, wiederholt Rom 1725, Fermo 1726, ibid. p. 363. 596, u. Thurles 1850, l. c. 3, 793.

[1] Das thut anscheinend Schmalzgrueber V. 37 n. 136.

[2] Sofern nicht etwa eine andere, noch besonders festgesetzte Strafe, wie die excommunicatio, Martin V.: Ad reprimendas 1428 §. 3, b. T. 4, 728 (Ziehen eines Geistlichen durch einen anderen vor das weltliche Gericht); Leo X.: Pastor aeternus 1517; Pius IV.: Ea quae 1560, s. S. 572 n. 6 und die weiteren Citate daselbst, oder wie die Infamie, vgl. Pius IV.: Etsi Romanum 1565, a. a. O., ihn daran hindert, s. o. S. 76 u. Bd. I. S. 31. 52. Immerhin würde er aber nach Aufhebung dieser besonderen Strafen durch Absolution oder Begnadigung das Recht dazu wieder erlangen.

[3] Bd. I. S. 166 u. Bd. III. S. 5, nicht aber in Folge des ihm zur Strafe entzogenen Amtes.

[4] S. die Anm. 2.

[5] S. das von Gregor XV.: Cum sicut 1621, b. T. 12, 544 bestätigte Erkenntniss gegen einen Richter, welcher die päpstliche Jurisdiktion angefochten hatte: „condemnamus in poenam privationis omnium et quorumcumque beneficiorum et officiorum ecclesiasticorum . . . et incapacitatis ad omnia alia officia et beneficia ac dignitates in futurum obtinendum necnon suspensionis a divinis per biennium“; Aix 1585 cit., S. 573 n. 2.

[6] S. o. S. 70 und unten nr. 11 zu cc. S. 596.

[7] Julius II.: Cum tam 1505 §. 5, b. T. 5, 406: „Cardinales vero qui eum (Papst) sic simoniace elegerint, a *suis ordinibus* et etiam cardinalatus titulis et honore ac quibuscumque patriarchalibus, archiepiscopalibus, episcopalibus et aliis praelaturis ac dignitatibus et beneficiis, quae in titulum vel commendam tunc obtinebunt . . . absque alia declaratione privati existant“; Leo X.: Inter graves 1515 §. 6, p. 625: „Et si aliqui excommunicatis . . . praedictis (wegen Okkupation der Ländereien des Kirchenstaats) clerici . . . etiam in . . . episcopali vel alia dignitate, etiam cardinalatus et beneficiati fuerint, consilium et auxilium praestiterint, administrationibus regimine ac omnibus . . . beneficiis, dignitatibus, personatibus, officiis, canonicatibus et praebendis aliisque beneficiis ecclesiasticis ac *ordinibus*, etiam *sacerdotalibus*, ad quos promoti forent, sine ulla spe restitutionis et absque alia citatione seu declaratione privamus.“ Ebenso wird in der Erzählung über die Absetzung des Kardinals Hadrian v. Utrecht bei Raynald annal. 1517 n. 95: „fuit privatum ob crimen laesae maiestatis dignitate cardinalatus, omnibus ecclesiis, monasteriis . . . ac etiam sacerdotio et omni gradu et honore ecclesiastico“, Hefele, Conc. Gesch. 8, 162 ff., der Entziehung der Weiherechte gedacht. Auch da, wo es sich um die Degradation handelt und diese nicht als solche, sondern durch Aufzählung der einzelnen Folgen verhängt wird, wie in Pii V.: Cum ex apostolatus 1559 §. 3, o. S. 571 n. 1, wird ausdrücklich die privatio ordinum erwähnt.

[8] Dafür spricht auch, dass da, wo eine beschränkte Entziehung der Ämter, so Urban VIII.: Humanae 1625 §. 2, b. T. 13, 379 (für die unzulässige Infeudation und Lokation von kirchlichen bona jurisdictionalia) allein die privatio der Dignitäten, Benefizien und Offizien an der

Dass in den päpstlichen Konstitutionen selbst da, wo mit der Strafandrohung dieselben Wirkungen, welche mit der Deposition verbunden sind, beabsichtigt werden, die Bezeichnung: *depositio* nur sehr selten verwendet wird[1], erklärt sich offenbar einmal daraus, dass seit der Scheidung der Deposition und der Degradation die Bedeutung der beiden Ausdrücke in ihrer Tragweite noch immer zweifelhaft geblieben ist[2], und dass man das Wort: deponere früher ebenfalls im Sinne der blossen *privatio beneficii* gebraucht hat[3], ferner aber auch daraus, dass die päpstlichen Konstitutionen die Strafen meistens als poenae latae sententiae androhen und daher mit Rücksicht auf die eigentliche Bedeutung des Wortes deponere nicht gut die Wendung „eo ipso oder ipso facto deponatur" wählen konnten.

Was das Anwendungsgebiet der Deposition betrifft, so zählen die Sammlungen des Corpus juris canonici eine ganze Anzahl von Verbrechen und Disziplinarvergehen auf, auf welche diese als Strafe gesetzt ist[4]. Aber ein Theil der betreffenden Stellen, namentlich sämmtliche im Dekrete Gratians, gehören der Zeit vor der Ausscheidung der Deposition aus der Degradation an. Nachdem sich diese Scheidung für das spätere und heutige Recht vollzogen hat, können diese Stellen nicht mehr als unmittelbar massgebend betrachtet werden, da in denselben die Deposition im neueren Sinne nicht gemeint ist, und man mit Rücksicht auf die eingetretene Änderung kein Recht hat, diese jetzt an Stelle der ursprünglich angedrohten Strafe zu setzen, obschon diese als eine mildere bezeichnet werden muss. Die frühere Theorie hat dies allerdings vielfach verkannt[5]. Aber mit Rücksicht darauf, dass in einzelnen Stellen des liber X dem Bischof ein Milderungsrecht der Strafe beim Obwalten besonderer dies rechtfertigender Gründe gegeben wird[6], und offenbar auch geleitet durch das Gefühl, dass viele Kanons im Dekrete Gratians, welche nicht einmal alle in der ganzen Kirche Gesetzeskraft beanspruchen können, für die späteren Verhältnisse nicht mehr wörtlich anwendbar erschienen, ja auch während der dem Dekrete folgenden Zeit gegenüber den vielfach davon abweichenden Änderungen der Partikularsynoden thatsächlich nicht mehr in vollem Umfang zur Geltung gebracht worden sind[7], hat eine andere Richtung in der Doktrin schon den Grundsatz aufgestellt, dass der kirchliche Richter bei dem Erlasse

Kirche, deren Güter unerlaubter Weise veräussert sind (neben inhabilitas für andere), oder wo blos eine beschränkte Unfähigkeit zu Ämtern, so Julius III.: Sanctissimus 1554 §. 7, b. T. 6, 474, zu denjenigen, welche vor der Ausfertigung der päpstlichen Verleihungsschreiben in Besitz genommen worden sind, und Pius V.: Pastoralis 1560 §. 3, b. T. 7, 18, zu den den entzogenen ähnlichen festgesetzt ist, der Entziehung der ordines oder der Suspension von den letzteren nicht gedacht wird. Überdies spricht nicht das mindeste für die gegenseitige Auffassung, welche sich allein dadurch halten liesse, dass man den Päpsten eine ungenaue Ausdrucksweise unterlegt.

[1] S. o. S. 572 n. 3.

[2] Hat doch die Doktrin zum Theil noch bis in die Jetztzeit hinein die depositio mit der degradatio verbalis identifizirt, s. o. S. 565 n. 10, und bezeichnet doch auch das Pontificale Romanum l. c. die erstere als depositio ab ordine unter gleichzeitiger Aufweisung eines Formulars für die degradatio verbalis („ab omni ordine et privilegio clericali te sententialiter perpetuo duximus deponendum et deponimus"), welches das Wort *degradare* nicht verwendet. Auch in D. S. Constanz 1609 II. 26 n. 3, Hartzheim 8, 917: „enorme crimen intelligimus, quod de iure canonico depositionem, de civili vero poenam capitalem meretur" bezeichnet depositio sowohl die Deposition i. eig. Sinn, wie auch die Degradation.

[3] S. o. S. 62 n. 5 a. E. Auch das Pontificale Romanum l. c. setzt das deponere a beneficio dem deponere ab ordine gegenüber.

[4] Eine Zusammenstellung bei Kober S. 719 ff. Der noch heute praktisch wichtigste Fall ist die Verletzung des Beichtgeheimnisses, s. o. S. 245 u. Bd. IV. S. 132.

[5] So behaupten Aug. Barbosa de off. episc. P. III. alleg. 110 n. 9 und die dort citirten allerdings, dass in Zweifel unter der in den Quellen angedrohten Degradation die mildere Strafe, die depositio, zu verstehen sei.

[6] c. 4 (Alex. III.) X de jud. II. 1; c. 1 (id.) X de cler. pug. V. 14.

[7] Vgl. o. S. 236.

seines Urtheils die durch das Gesetz angedrohte Strafe abändern könne [1], und ist von diesem Standpunkt aus speziell im Hinblick auf die Strafe der Deposition zu dem Ergebniss gelangt, dass dieselbe nur bei besonders schweren Vergehen, wenn dieselben öffentlich bekannt geworden und grosses Ärgerniss erregt haben, nach dem Ermessen eines verständigen Richters zur Verwendung gelangen soll [2]. Dieser Auffassung hat auch die Praxis entsprochen. Daher ist in derselben von der Deposition während der letzten Jahrhunderte nicht oft Gebrauch gemacht worden [3], und auch jetzt kommt sie nur selten vor [4].

Nach dem Dekretalenrecht soll der deponirte Geistliche in ein Kloster verwiesen werden, um dort Busse zu thun [5]. Diese Massregel, durch welche zugleich für den Lebensunterhalt desselben gesorgt war, ist heute bei der im Verhältniss zu früher geminderten Zahl der Klöster und in Folge der sonstigen Veränderungen im Klosterwesen überhaupt ausgeschlossen. An ihre Stelle tritt dagegen in vielen Diöcesen die Verweisung in die s. g. Demeritenanstalten oder Korrektionshäuser [6].

3. Die s. g. *privatio beneficii* [7], die einfache Amtsentsetzung, also die blosse Entziehung des von dem Schuldigen bisher besessenen Amtes, welcher Art dasselbe auch ist, weshalb bald blos der Verlust des Beneficiums [8], der Dignität [9], des officium

[1] Fagnan. ad c. 13 X de off. iud. ord. I. 31 n. 24 ff.

[2] Garcias de beneficiis XI. 10 n. 4; Reiffenstuel V. 37 n. 30; Schmalzgrueber V. 37 n. 136, welche beide letzteren als solche Verbrechen Mord, Nothzucht, Ehebruch, sakrilegischen Diebstahl und hartnäckiges Verharren in notorischer Fornikation aufzählen. Im Grunde kommt auch Kober S. 724 ff. auf dasselbe hinaus, wenn er es unter Berufung auf römischrechtliche Stellen als Regel hinstellt, dass der Richter das Gesetz anzuwenden habe, ihm andererseits aber doch die Freiheit einräumt, nach Lage des Falles, namentlich auch bei älteren, nicht mehr für die Jetztzeit passenden Gesetzen auf eine mildere Strafe zu erkennen. Denselben Standpunkt bringt auch die Prager Diöcesan-Instruktion v. 1869 §§. 94—96, Arch. f. k. K. R. 23, 446, zum Ausdruck.

[3] Berardi comm. in ius ecclesiast. univ. Lib. V. P. 2 disc. 4 c. 1., ed. Mediolani 1847. 2, 363.

[4] Die Prager Diöcesangerichts-Instruktion v. 1869 §. 91 zählt sie unter den gegen Geistliche anwendbaren Strafen neben der Degradation, s. o. S. 567 n. 7, gar nicht auf, sondern nur: „7. Bei Benefiziaten Entziehung des Benefiziums (d. h. also privatio beneficii, s. unten unter Nr. 3) und zwar entweder in der Art, dass der betreffende Geistliche von der Erwerbung eines anderen Benefiziums nicht ausgeschlossen werde, oder in der Art, dass derselbe für unbestimmte Zeit von jedem Benefizium ausgeschlossen bleibe. 8. Absetzung eines Nichtbenefiziaten von seiner Seelsorge-Aushilfestation oder von einem anderen kirchlichen Amte und zugleich Versetzung auf eine andere Station oder ein anderes Amt oder Ausschliessung von jeder Station und jedem Amte auf unbestimmte Zeit.“ Auch die sonstige Praxis, wie sich aus den in den Acta s. sedis veröffentlichten Entscheidungen, unter denen sich kein einziger Fall einer Deposition befindet, erkennen lässt, wendet in Übereinstimmung mit der Instruktion bei schweren Vergehen heute statt der Deposition die privatio beneficii an und kombinirt diese mit anderen Strafen, wodurch, abgesehen von der dauernden Entziehung der Weiherechte, dieselben Wirkungen, wie durch die Deposition herbeigeführt werden. Über die seltene Anwendung der Deposition in Frankreich s. Craisson, manuale totius juris canonici. Pictavii 1877. 4, 301.

[5] c. 6 (Innoc. III.) X de poen. V. 37; c. 7 §. 6 (Alex. III.) X de homic. V. 12; c. 10 (Innoc. III.) X de purg. can. V. 34; c. 12 (Lateran. V.) X de poenit. V. 38; s. auch Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 §. 3, b. T. 6, 551 (in Betreff ketzerischer und schismatischer Kardinäle und Bischöfe): „nisi apparentibus in eis verae poenitentiae indiciis et condignae poenitentiae ex ipsius (päpstlichen) Sedis benignitate... in aliquo monasterio aut alio regulari loco ad peragendam perpetuam in pane doloris et aquae mestitiae poenitentiam retinendi fuerint“ (an Stelle der Überlieferung an den weltlichen Richter, also an Stelle der aktuellen Degradation).

[6] S. darüber unten n. 24. Wegen des Unterhaltes der deponirten, nicht bepfründeten Geistlichen aus dem Tischtitel s. Bd. I. S. 71. 73 n. 1, und spez. für Baiern noch Arch. f. k. K. R. 27, CI.

[7] S. o. S. 62.

[8] Trid. Sess. XXI. c. 6 de ref. (unverbesserliche, durch ihren Lebenswandel Ärgerniss gebende Geistliche); Sess. XXIII. c. 1 de ref. (Bd. III. S. 232); Sess. XXV. c. 3 de ref.; ibid. c. 15 de ref. (als poena l. s. für den unehelichen Sohn, welcher sich weigert, sein Benefizium aufzugeben); D. S. Konstanz 1609 I. 30, Hartzheim 8, 893; Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 52 n. 151.

[9] Konstanz sess. gen. XXXIX. c. 2, s. Bd. I. S. 271 n. 7 (hier der Papst- und Kardinalswürde);

(so namentlich bei Regularen[1]), bald, um Alles zu umfassen, der der Benefizien und Offizien[2] oder aller Kirchen (namentlich der Kathedralen[3]) der Klöster, der Administrationen und der Benefizien und Offizien[4] angedroht wird, kann bei allen Arten von Ämtern[5], also auch bei den blossen manualia und den ad nutum verliehenen zur Anwendung kommen[6]. An sich führt sie blos den Verlust des betreffenden Amtes oder, wenn der Schuldige mehrere besitzt, sofern sie für eine bestimmte Art derselben oder für alle ausgesprochen wird oder als poena l. s. angedroht ist, den Verlust der der fraglichen Kategorie angehörigen Ämter[7] oder sämmtlicher[8] herbei, d. h. der davon Betroffene verliert die Befugniss, das Amt weiter auszuüben und das Recht auf die mit demselben verbundene Vermögensverwaltung und verbundenen Einkünfte. Die von ihm vorgenommenen Jurisdiktions- und Amtshandlungen sind nichtig, sofern sich die letzteren nicht etwa als Ausübung der Weiherechte darstellen[9]. Die Anstellungsfähigkeit für andere Kirchenämter und die Fähigkeit, im Kirchendienste verwendet zu werden, wird dagegen durch die privatio beneficii nicht entzogen. Während die päpstlichen Konstitutionen[10], welche diese Strafe androhen, sie für eine Reihe verschieden-

Basel Sess. VIII. c. 1, Hardouin 8, 1143; Dekr. Innocenz' XIII. v. 1723, coll. conc. Lac. 1, 378. 379.

[1] Trid. Sess. XXV. c. 14 de reg. (Mönchssuperior, der die ausserhalb des Klosters durch Delikte Anstoss erregenden Mönche nicht der Bestrafung unterwirft); Congr. ep. et reg. 1683, coll. conc. Lac. 1, 265.

[2] Basel Sess. VIII. init., Hardouin 8, 1142; Trid. Sess. XIV. c. 6 de ref. (hartnäckige Unterlassung des Tragens einer angemessenen Kleidung durch Majoristen und clerici beneficiati); Sess. XXV. c. 14 de ref. (hartnäckige Konkubinarier, s. o. S. 573 n. 1); D. S. Konstanz 1609 P. II. tit. 1. n. 16 (wiederholtes Trinken in öffentlichen Schenken) und l. c. n. 21 (Auftreten als Spassmacher bei Gelagen, hier: poena depositionis ab officio et privatio beneficii), Hartzheim 8, 891. 892.

[3] Die privatio regiminis et administrationis ecclesiarum gegen Bischöfe in Urban. VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 3, b. T. 14, 212, kann nichts Anderes sein, wie die privatio ecclesiarum, da sie in Verbindung mit der privatio beneficiorum und der Unfähigkeit zur Erlangung aller Ämter vorkommt.

[4] Pius V.: Admonet 1567 §. 3, b. T. 7, 560 (s. o. S. 551 n. 6): „omnibusque ecclesiis, monasteriis et aliis . . . beneficiis ecclesiasticis eo ipso privati existant"; s. ferner die Anführungen S. 572 n. 6 und c. un. (Paul II. 1467: Ambitiosae, b. T. 5, 194, Veräusserung von Kirchengut ohne päpstliche Genehmigung) in Extrav. comm. de reb. eccles. III. 4: „inferiores praelati . . . prioratibus, praeposituris, praepositatibus, dignitatibus, personatibus, administrationibus, officiis, canonicatibus, praebendis aliisque ecclesiasticis cum cura et sine cura saecularibus et regularibus beneficiis, quorum res et bona alienarunt dumtaxat, ipso facto privati existant".

[5] So droht Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 222 n. 6. 7, die privatio officii für den vicarius foraneus an, welcher dem Ordinarius nicht die vorgeschriebenen Anzeigen über clerici concubinarii und über Brautleute, wenn sie vor der Eheschliessung konkumbiren, erstattet, s. auch ibid. 177 n. 4; über die Absetzung eines Erzpriesters 1828 in Schlesien vgl. Bruck, Gesch. d. kathol. Kirche im 19. Jahrh. Mainz 1887. 2, 547; und über die Entfernung der rectores missionarii permanenter instituti Westminster 1852, coll. conc. Lac. 3, 925.

[6] Es besteht allerdings der Unterschied, dass, sofern die Strafe nicht als poena l. s. angedroht ist, diejenigen Ämter, welche beneficia im kanonischen Sinne sind, s. Bd. II. S. 367. 373, nicht aber die anderen, s. wegen der Erzpriester Bd. II. S. 287 und ferner Bd. III. S. 298 ff., dem Berechtigten im Wege eines gerichtlichen Verfahrens c. 38 (Chalons 813) C. XVI. qu. 2; c. 7 (Alex. III.) X de rest. spol. II. 13; Trid. Sess. XXI. c. 6 de ref. („eos beneficiis iuxta sacrorum canonum constitutiones . . . privandi facultatem habeant") entzogen werden müssen, vgl. auch Conc. congr. Acta s. sed. 5, 68 u. 16, 468.

[7] c. un. in Extrav. comm. cit. III. 4, s. Anm. 4.

[8] Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref.

[9] Denn insoweit diese kraft des entzogenen Amtes ausgeübt worden sind, sind sie nur unerlaubt, nicht ungültig vorgenommen. Eine allgemeine Entziehung des Rechts, den ordo auszuüben, ist mit der privatio beneficii nicht verbunden; der mit derselben Belegte ist also bei besonderer Beauftragung immer befugt, derartige Handlungen vorzunehmen.

[10] Pius II.: Cum ex 1461, b. T. 5, 165 (diejenigen, welche ausserhalb der statuta tempora oder vor dem gesetzmässigen Alter oder ohne Dimissorien geweiht und trotz der in Folge dessen eingetretenen Suspension, s. auch Trid. Sess. XIV. c. 2 de ref., Kober, Suspension S. 145. 205, ihre Ordines ausgeübt haben, „beneficiis ecclesiasticis possint iure privari"). Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, ibid. p. 604 (Blasphemie gegen Gott, Christus und Jungfrau, Kleriker das zweite Mal): „si unicum habuerit beneficium, eo privetur, si autem plura, quod ordinarius maluerit, id amittere cogatur", vgl. auch S. 575 n. 3; dagegen nach Pius IV.: Cum primum 1566 §. 10,

artiger Vergehen anwenden, wird sie in den vortridentinischen Partikularsynoden [1], ebenso wie früher [2], ferner auch von dem Tridentinum als Strafe für schwere Verletzungen der allgemeinen geistlichen Standespflichten und einzelner Amtsverpflichtungen benutzt. Das letztere droht sie für die hartnäckige Weigerung der *clerici beneficiati* und *in sacris*, Tonsur und geistliche Kleidung zu tragen [3], ferner für die hartnäckige Fortsetzung des Konkubinates durch Kleriker [4], sowie für einen fort-

b. T. 7, 434 schon beim zweiten Mal: „beneficiis ipsis privetur"; const.: Supernae cit. §. 38 (hartnäckige Unterlassung des Breviergebetes, s. Bd. I. S. 142. 143): „beneficio ipso privetur . . . quae poena in habentibus plura beneficia reiterabilis toties sit, quoties contrafacere vincantur"); Pius IV.: In eligendis 1562 §. 15, b. T. 7, 230 (Anlegen von Löchern in den Mauern und Fussböden des Konklaves, „privatio officiorum et beneficiorum"); Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 719 (sollicitatio ad turpia in den nicht zu schweren Fällen, vgl. S. 569 n. 4); Urban VIII.: Sanctissimus 1625 (1624) §. 6, b. T. 13, 309 (Ausstellung von Bildern und Statuen nicht beatificirter und kanonisirter Heiligen, s. Bd. IV. S. 262): „si vero regulares fuerint, privationis suorum officiorum ac vocis activae et passivae necnon et suspensionis a divinis; si vero clerici seculares, privationis pariter suorum officiorum, suspensionis a divinis et ab administratione sacramentorum exequutioneque suorum ordinum respective aliisque arbitrio... ordinariorum seu inquisitorum pro modo culpae infligendis poenis plectendo", im Wesentlichen wiederholt Urban VIII.: Coelestis 1634 §. 5, b. T. 14, 436; Urban VIII.: Sacrosancta 1642 §. 2, b. T. 15, 170, s. Bd. IV. S. 278 n. 6; Benedikt XIV.: Impositi 1747, bull. Ben. 2, 82 (Bestätigung des Dekrets Clemens' VIII. über Regular-Obere, welche ordnungswidrig Dimissorien ausstellen, s. Bd. I. S. 100). Vgl. übrigens auch S. 572 n. 6 und wegen der Anwendung der Strafe gegen Regularen unten zu Nr. 5, S. 581 n. 9 ff.

[1] Diese kennen die Strafe vor Allem für hartnäckige Konkubinarier, Salzburg 1418 c. 18, Hartzheim 5, 179 (clerici in sacris und beneficiatis, privatio ipso iure); Köln 1423 c. 1, ibid. p. 217 (ebenso, aber nicht ipso facto); Trier 1423 c. 2, ibid. p. 224 (wie Köln); Mainz 1423 c. 9, ibid. p. 211 (wie Salzburg); Paris 1429 c. 23, Hardouin 8, 1046. 1047 (hier alle clerici, nicht ipso facto); Tortosa 1429 c. 2, ibid. p. 1075. 1076 (ebenso). Das allgemeine Konzil v. Basel Sess. XX. c. 1, ibid. p. 1195, hat diese Strafe ebenfalls für alle clerici als fer. s. festgesetzt, danach auch Rouen 1445 c. 21, Hardouin 9, 1298; Soissons 1456, Sens 1460 II. 5, ibid. 9, 1383. 1530 (Republikation des Konzils von Basel); Toledo 1473 c. 9, Hardouin 9, 1506 (Strafe als fer. sent.); Köln 1549, Hartzheim 6, 551 (ebenso).

S. ferner Salzburg 1418, Hartzheim 5, 175 (Pfarrer, welche trotz Ermahnung ihren Vikarien keine genügende congrua geben) „suis poterunt beneficiis spoliari"; Mainz 1423, ibid. p. 210. 211 (clerici, die sich in Fehden einmischen oder Anderen Herausforderungen zugehen lassen, ferner clerici hastiludentes et torneamentantes nach monitio) „privatio beneficiorum ipso facto"; Tortosa 1429 c. 11, Hardouin 8, 1080 (Kleriker, welche, um sich dem kirchlichen Forum zu entziehen, obwohl sie nicht Familiaren des Königs sind, sich von letzterem Familiaritätsbriefe verschaffen und von diesen Gebrauch machen) „beneficiis privati ipso facto"; Mainz 1549 c. 91, Hartzheim 6, 590 (simonistischer Erwerb von Benefizien): „beneficio privari et de dignitate deponi debet" (und Okkupation von Benefizien, sowie Annahme und Gewähren von Pensionen) „beneficiis aut dignitatibus privari", ibid. c. 100 (percussio anderer Kleriker, wenn diese die Verstümmelung oder Unbrauchbarmachung eines Gliedes zur Folge hat) „omni beneficio ipso facto privatus".

[2] S. o. S. 63.

[3] Sess. XIV. c. 6 de ref. (s. dazu const. Sixtus' V.: Cum sacrosanctum 1589, b. T. 9, 66, u. Benedikts XIII.: Catholicae 1725, ibid. 22, 158 — nach der ersteren tritt die Strafe ipso iure ein und nach der letzteren soll zwar eine sententia declaratoria darüber erlassen werden, aber trotzdem der straffällige Kleriker unfähig sein, die Einkünfte des Amtes zu erwerben —, ferner Congr. conc. in Acta s. sed. 4, 378 u. 395).

Hierauf basiren Mailand 1565 II. 23, Hardouin 10, 665; Mailand 1573 c. 10, ibid. p. 778; Rouen 1581, p. 1237 n. 9 (auch Verbot unpassender Bärte); Rheims 1583, ibid. p. 1292 n. 9 (ebenfalls Verbot des Barttragens, mindestens auf der Oberlippe); Aix 1585, l. c. p. 1542. 1514; Mecheln 1607, Hartzheim 10, 788; Bordeaux 1624 XIII. 24, Hardouin 11, 97 (hier auch Unfähigkeit zu anderen Benefizien); Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 545; Prag 1860, l. c. 5, 428; Quito 1863, ibid. 6, 403 (Verweisung auf das Tridentinum).

[4] Sess. XXV. c. 14 de ref. (einschliesslich der Bischöfe, zugleich mit der Inhabilität für kirchliche Ämter), vgl. Congr. conc. in Acta s. sed. 11, 482; 12, 243 u. 14, 500; (die Strafe findet aber keine Anwendung, wenn die Hartnäckigkeit nicht vorher festgestellt worden ist; also nicht für einmalige Fornikation, ausser beim Vorhandensein eines dahin gehenden besonderen Statuts oder partikulären Gewohnheitsrechtes, vgl. Sess. XXI. c. 6 de ref.).

Von Provinzialsynoden, welche auf dem Tridentinum beruhen, vgl. Salzburg 1569 XXVII. 17, Hartzheim 7, 306 (Bezugnahme des Tridentinum, aber schliesslich perpetuae depositionis poena); Rouen 1581, Hardouin 10, 1236. 1237 (im Wesentlichen Wiederholung des Tridentinum); Rheims 1583, ibid. p. 1292. 1298 (Bezugnahme darauf); Bordeaux 1583, ibid. p. 1300

gesetzten Ärgerniss erregenden Lebenswandel der Leiter von Pfarrkirchen[1] und endlich für die Verletzung der Residenzpflicht[2] an, während die seiner Zeit nahe stehenden Partikularsynoden die Strafe zum Theil noch in weiterem Umfange verwenden[3].

Die ältere Doktrin hat die Ansicht vertreten, dass die privatio beneficii nur in den ausdrücklich bestimmten Fällen[4], nicht arbiträr verhängt werden dürfe, dagegen hat die neuere Theorie etwa seit dem 17. Jahrhundert die Auffassung zur Gel-

(ebenso); Mailand 1583, p. 118 (desgleichen); Aix 1585, p. 1543 (wesentlich nach dem Tridentinum); Narbonne 1609, Hardouin 11, 45 (ebenso); Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 198; Gran 1858, ibid. 5, 53 (Bezugnahme auf die canones); Quito 1863, ibid. 6, 403 (auf das Tridentinum); Neugranada 1868, ibid. p. 545 (canonicae poenae).

[1] Sess. XXI. c. 6 de ref.: „Eos vero qui turpiter et scandalose vivant, postquam praemoniti fuerint, coerceant et castigent (episcopi etiam tamquam apostolici delegati) et si adhuc incorrigibiles in sua nequitia perseverent, eos beneficiis . . . privandi facultatem habeant", s. dazu Analecta iur. pontif. 1869 p. 997; Richter Tridentinum S. 119 n. 5 u. Acta s. sed. 14, 372.

[2] Sess. XXIII. c. 1 de ref. u. Sess. XXIV. c. 12 de ref., s. Bd. III. S. 232. 236.

[3] Verletzung der allgemeinen Standespflichten: Salzburg 1569 XLV. 7, Hartzheim 7, 349 (Priester, welche nicht mehrmals im Jahre beichten) „privatus beneficiis acerrime puniatur"; Bordeaux 1624, Hardouin XIII. 4, 11, 97 (Führen eines weltlichen Lebens durch die zu monasteria und prioratus assumpti und Unterlassung des Empfangs der höheren Weihen, bei Hartnäckigkeit) „beneficiis privandos"; Bordeaux cit. IX. 9, ibid. p. 87 (Dignitäre in den Kapiteln, welche sich hartnäckig weigern, die höheren Weihen zu nehmen) „privatio dignitatum"; Mailand 1565, ibid. 10, 664 (und Wiederholung von Leo X.: Supernae 1514 §. 38, s. o. S. 577 n. 10); Verletzung der besonderen Amtspflichten: Narbonne 1551 c. 42, Hardouin 10, 455 (Pfarrer, hartnäckiges Ausbleiben auf der Diöcesansynode) „sacerdotio privari possint"; Narbonne 1609 c. 28, ibid. 11, 30 (für dasselbe Vergehen alle Pflichtigen) „beneficiis priventur", für Missbräuche bei der Amtsverwaltung: D. S. Konstanz II. 3 n. 8, Hartzheim 8, 896 (Ruraldekane, welche ihrer jährlichen Visitationspflicht nicht genügen und nicht Rechenschaft über ihre Verwaltung ablegen) „privatio decanatus"; Tours 1583 c. 19, Hardouin 10, 1433 (bischöfliche Offizialen bei wiederholter nachlässiger Verwaltung der Rechts-, namentlich Strafrechtspflege) „privatio officii"; Salzburg 1569. L., Hartzheim 7, 355 (Pfarrer, welche ihre Parochianen aus Nachlässigkeit ohne die letzte Ölung sterben lassen) „privetur omni beneficio ecclesiastico"; l. c. LI. 1, ibid. p. 356 (Pfarrer, welche sich bei dem Begräbniss der Parochianen nicht in passender Kleidung betheiligen und nicht die erforderlichen Riten vollziehen) „privatio omnium beneficiorum"; ibid. LIV. p. 360. 361 (Pfarrer, welche unerlaubte Gesänge beim Gottesdienst gestatten): „privetur omnibus beneficiis et in carcere tanquam . . . de heresi suspectus puniatur"; D. S. Besançon 1571, ibid. 8, 198 (Gebrauch eines anderen Offiziums als des romanum) „poena privationis et suspensionis ab ordine"; Salzburg 1569, ibid. 7, 351 (Priester, welche die Eucharistie ausser der Messe oder den Wein ohne Hostie und umgekehrt konsekriren oder die Messe nicht nüchtern, nicht zur statthaften Zeit oder nicht nach dem Ritus der Kirche celebriren) „ut haereticus, omnibus beneficiis spoliatus acerrime puniatur"; Salzburg cit. p. 359 (missbräuchliche Verwendung der kirchlichen Güter und ihrer Einkünfte, bei Unverbesserlichkeit) „poena privationis"; andere Vergehen Mailand 1565 II. 5, Hardouin 10, 652 (Zwang oder Befehl an den Priester, die Messe nicht in vorgeschriebener Weise zu celebriren, clericus beneficiatus) „eo (beneficio) privetur"; D. S. Augsburg 1610 VI. 3, Hartzheim 9, 30 (Befragung von Zauberern über verlorene Sachen und über die Zukunft, bei Nichtabstehen auf Ermahnung) „beneficiis, dignitatibus officiisque perpetuo privabimus". Vgl. auch S. 573 n. 2.

Wenn nach Toulouse 1590 I. 2 n. 3, Hardouin 10, 1790, Kanoniker, welche die ihnen obliegende Aufsicht über die Chorverrichtungen vernachlässigen, „officii possessione dejiciantur" und nach ibid. I. 4 n. 2, ibid. p. 1793, Inhaber kirchlicher Benefizien, welche hartnäckig das Breviergebet unterlassen, „beneficii possessione moveantur", so ist damit wohl auch die privatio gemeint.

Über die Partikularsynoden des 18. und 19. Jahrh. s. S. 573 n. 2 a. E., S. 576 n. 8 a. E. u. S. 577 n. 5; ferner Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 166 (trunksüchtige Geistliche): „tertio admonitus et corrigi nolens ab exercitio ordinum suspendatur et etiam, modo parochus sit et pertinax persistat, beneficio privetur".

[4] Vgl. o. S. 572 n. 6 ff., S. 577 n. 10 u. S. 578. Die Aufzählungen bei Craisson manuale totius iuris canonici n. 558 u. Acta s. sed. 12, 243 n. 1, welche sich allerdings blos auf die Fälle beschränken, in denen die privatio ipso iure eintritt, umfassen auch solche, für welche die Degradation, s. o. S. 567 ff., oder die Deposition als Strafe angedroht ist. In der That gehören von den in Bezug genommenen Anordnungen, abgesehen von den älteren Vorschriften, wie c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V. 9, s. Bd. I. 350, Clem. 1 de poen. V. 8 (percussio episcoporum), Clem. 2 eod. (Zwang gegen Geistliche zum Verzicht auf ihr Amt durch personae ecclesiasticae inferiores) nur noch hierher c. un. (Paul II.) cit. in Extrav. comm. III. 4, S. 577 n. 4; Julius III.: Sanctissimus 1554 §. 7, S. 574 n. 8, Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §§. 3. 6, s. o. S. 572 n. 6, ferner vgl. noch o. a. a. O. u. unten S. 580 n. 8 ff.

tung gebracht, dass dies auch bei anderen gleich schweren Vergehen geschehen dürfe [1], und namentlich die neuere Praxis die Vorschrift des Tridentinums über die Entziehung des Benefiziums wegen ärgerlichen Lebenswandels [2] nicht nur auf gemeine Strafvergehen, welche einen solchen ergeben [3], sondern auch auf grobe Verstösse gegen die Amtspflichten [4] angewendet [5], auch lässt sie die Entfernung zu, wenn ein Pfarrer wegen des Hasses seiner Pfarrkinder, welchen er sich durch sein ausseramtliches oder amtliches Verhalten, also durch eigene Schuld, zugezogen hat, nicht mehr im Stande ist, sein Amt in erspriesslicher Weise für die Pfarrgemeinde zu verwalten [6].

Wie theilweise schon früher, hat man vielfach seit dem 15. Jahrhundert, namentlich seitens der Päpste neben der privatio beneficii gleichzeitig noch andere Strafen, so vor Allem die der ferneren Unfähigkeit zu Kirchenämtern überhaupt [7], ferner die Suspension von den Weiherechten [8], die Exkommunikation [9] und die Infamie [10] angedroht, und auch die Praxis, insbesondere die päpstliche [11], ist darin der Gesetz-

[1] Vgl. Garcias de beneficiis XI. 10 n. 3; Schmalzgrueber V. 37 n. 131.

[2] S. o. S. 579 n. 1.

[3] Congr. conc. in Acta s. sed. 20, 189 (Verurtheilung durch das weltliche Gericht wegen Betruges). Wegen blosser Überschuldung ist dagegen die privatio nicht zulässig, sondern erst dann, wenn sich der betreffende Pfarrer nicht bessert. Im ersteren Fall soll ihm nur die Verwaltung der Benefizialgüter und des Kirchengutes entzogen, und ein anderer Geistlicher zum Administrator bestellt werden, welcher ihm aus dem Pfründenvermögen den nothwendigen Lebensunterhalt gewährt und aus dem Überrest die Gläubiger nach und nach befriedigt, Congr. conc. in Acta s. sed. 20, 189; bei Lingen und Reuss, causae selectae p. 837. 839; Arch. f. k. K. R. 7, 118. 120. 276. 277.

[4] Congr. conc. in Acta s. sed. 15, 70. 480 und 23, 164.

[5] Ein bischöfliches Privationsurtheil in Acta s. sed. 14, 501.

[6] Congr. conc. in Annal. iur. pontif. 1869. p. 997 und Acta s. sed. 11, 483; 14, 372; 16, 467 u. 23, 65, wobei auch in nicht allzu schweren Fällen dem abgesetzten Pfarrer eine Pension aus dem Benefizium gewährt wird, ibid. 23. 65.

Für den Fall, dass ihn keine Schuld trifft, wird ihm eine Frist zum Verzicht gesetzt und ihm eine Pension oder ein anderes Benefizium gewährt, nöthigenfalls kann er auch entfernt werden, arg. c. 10 §. 5 (Innoc. III.) X de renunc. I. 9, s. Acta s. sed. 12, 563. Um eine Strafe handelt es sich aber dabei nicht, sondern vielmehr um eine im Interesse einer gedeihlichen Verwaltung der Seelsorge nothwendig werdende Administrativmassregel, s. auch Bd. III. S. 317 n. 1.

[7] S. o. S. 572 n. 6, S. 573 n. 1 u. 2; s. auch S. 578 n. 3.

[8] S. 574 n. 5; Pius IV.: Alias 1561 §. 2, b. T. 6, 179 (gegen Titularbischöfe, wenn sie fremde Diöcesanen weihen, sollen die Bischöfe als apostolische Delegaten zuerst mit der suspensio ab ordine, bei Hartnäckigkeit auch mit privatio omnium beneficiorum vorgehen); Urban VIII.: Sanctissimus 1625, S. 577 n. 10; Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766. Wie bei Urban VIII. geht diese Suspension vielfach, so nach Trid. Sess. XIV. c. 6 de ref. und den darauf beruhenden Provinzialsynoden, s. S. 578 n. 3, der erst im Falle der weiteren Hartnäckigkeit eintretenden Privation voran.

[9] S. o. S. 574 n. 2; Paul II.: Immoderate 1470 §. 2, b. T. 5, 199, S. 554 n. 3: „si clericus fuerit, omnibus ... beneficiis et officiis ecclesiasticis privatus existat"; Sixtus IV.: Romanus pontifex 1478 §§. 2. 3, ibid. p. 266 (Kurialen, selbst Kardinäle, welche sich ohne Urlaub von der Kurie entfernen und trotz Aufforderung nicht dahin zurückkehren, neben Exkommunikation): „privationem omnium et singularum dignitatum etiam pontificatuum, personatuum, administrationum et beneficiorum . . . ipso facto incurrant"; Pius V.: Admonet 1567 §. 3, b. T. 7, 560, S. 551 n. 6 (ausser der dem Papst reservirten Exkommunikation): „omnibus ecclesiis, monasteriis et aliis ... beneficiis ecclesiasticis eo ipso privati existant"; Gregor XIII.: Dubiis 1575 §. 2, b. T. 8, 115 (Regular-Prälaten, welche die Klausur der Nonnenklöster ohne gesetzlichen Grund betreten, das dritte Mal): „omni officio et ministerio privatos excommunicationi subiacere"; Clemens X.: Creditae 1673 §. 1, b. T. 18, 373 (Herausgabe von Schriften über die Missionen ohne Genehmigung der Propaganda, neben päpstlich reservirter Exkommunikation) „privatio officii et vocis activae et passivae" ipso facto.

[10] S. o. S. 574 n. 2; Julius III. (für Rom): In multis 1554 §§. 2. 3 (Blasphemie neben Infamie) „ipso iure privati beneficiis et officiis ecclesiasticis"; Pius IV.: In eligendis 1562 §. 18, b. T. 7, 230 (derjenige, welcher sich unberechtigter Weise im Konklave verbirgt und sein Mitwisser, welcher ihn nicht anzeigt): „infamia notetur et officiis et beneficiis privetur".

[11] So ist mehrfach gegen Bischöfe nicht die Strafe der Deposition, sondern blos die der privatio beneficii in Verbindung mit der Exkommunikation und der Entbindung der Geistlichen und der Unterthanen vom Treueid ausgesprochen worden, z. B. von Pius II. gegen Erzb. Diether

gebung gefolgt. So ist die privatio beneficii, während sie im Mittelalter an praktischer Bedeutung wesentlich hinter der Deposition zurückgestanden hat[1], gerade in der neueren Praxis an die Stelle der Deposition getreten[2].

4. Die Strafversetzung (*translatio*, *translocatio*). Diese Strafe ist dem Dekretalenrechte fremd und erst in der neueren Disziplin der Kirche zur Anwendung gekommen[3]. Sie stellt sich als eine Art der *privatio beneficii* und zwar milderen Charakters dar, insofern als bei ihr der Schuldige zwar sein bisheriges Amt, bez. Benefizium verliert, aber doch gleichzeitig ein anderes, wenngleich ein geringeres erhält. Sie kann, wie die letztere, sowohl bei Ämtern, welche Benefizien sind, wie auch bei anderen[4] statthaben und ist unter denselben Voraussetzungen, wie diese, also nur bei schwereren Vergehen, zulässig[5].

5. Die definitive Entziehung einzelner Amtsrechte ist päpstlicherseits während des 16. bis 18. Jahrhunderts in der Gestalt der Entziehung des Stimmrechts, welches mit der amtlichen Würde[6], wie bei Kardinälen[7] und Kanonikern[8], oder mit der geistlichen Stellung, wie bei den Mönchen[9], verbunden ist, und zwar im

v. Mainz 1461, Raynald. ann. a. 1461 n. 21 ff. („omni iure, quod sibi in ea — ecclesia Moguntina — competere posset, privamus et privatum esse declaramus et amovemus eum ab eadem"), s. auch Hefele, Conc. Gesch. 8, 126; von Paul III. gegen Erzb. Hermann (v. Wied) v. Köln 1546, Varrentrapp, Hermann v. Wied. Leipzig 1878. S. 269 (s. auch Lacomblet, niederrh. Urkdbch. 4, 691, wo der Papst die Strafe allerdings mit „deponere" bezeichnet); von Gregor XIII. gegen Gebhard II. (Truchsess) Erzb. v. Köln 1583, Ennen, Gesch. d. Stadt Köln 5, 99 u. Hennes, d. Kampf um das Erzstift Köln. Köln 1878. S. 65, und auch dem B. v. Münster und Osnabrück, Franz v. Waldeck, hat Paul III. 1546 u. 1547 die privatio beneficii in Verbindung mit der Inhabilität zu Kirchenämtern angedroht, Hüsing, d. Kampf um d. katholische Religion i. Bisthum Münster. Münster 1883. S. 3. 149 („ad incursus pene privationis ecclesiarum Monasteriensis et Osnabrugensis atque administrationis Mindensis aliarumque ecclesiarum, prelaturarum, dignitatum, officiorum et beneficiorum ... inhabilitatisque ad illa et alia obtinenda ... procedat"). Auch Leo XIII. ist 1888 in derselben Weise gegen den schon vorher der Jurisdiktion seines Bisthums enthobenen B. v. Tournai verfahren, Acta s. sed. 13, 289 („titulum episcopi ecclesiae Tornac. per privationem adimimus ademptumque esse declaramus, decernentes ... praedictum praesulem a quovis peculiari vinculo quod ipsi ex apostolicis collationis litteris ... provenit, solutum per nos et relaxatum").

[1] S. 63.

[2] S. o. S. 572. 578 ff. und die Nachweisungen aus den Acta s. sedis in den vorangehenden Anmerkgn.

[3] S. o. S. 576 n. 4; Analecta iur. pontif. 1861 p. 599; Acta s. sed. 20, 127, sowie die folgende Anmerkung.

[4] S. o. a. a. O., sowie die die französische desservants (Bd. II. S. 294 n. 1) betreffenden Entscheidungen in den Acta s. sed. 11, 382 u. 19, 53.

[5] Vgl. die Citate in den vorangehenden Anmerkungen. Da aber die Strafversetzung, insoweit als das Amt, welches der davon Betroffene neu erhalten soll, in Frage steht, zugleich die Neubesetzung eines solchen in sich schliesst, so kommen selbstverständlich in dieser Beziehung auch alle für jede Versetzung geltenden Regeln, s. Bd. III. S. 313. 314, zur Anwendung.

[6] Paul IV.: Cum secundum 1558 §§. 2. 3, b. T. 6, 545, s. o. S. 559 n. 5 (hier neben reservirter Exk. Privation aller Ämter und Lehne, Infamie und Unfähigkeit zu allen Würden, kirchlichen Ehren und Gütern, welche insbesondere auch die Kardinäle trifft) „careantque voce activa et passiva"; Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 §. 3, b. T. 6, 551, s. a. a. O. (hier sogar neben der Degradation, ebenfalls auf die Kardinäle berechnet, s. dazu auch Sägmüller, die Papstwahlen und das staatliche Recht der Exklusion. Tübingen 1892. S. 39).

[7] S. die vor. Anm.

[8] Urban VIII.: Humanae 1625 §. 2, b. T. 13, 379, s. o. S. 574 n. 8 (privatio ipso facto vocis activae et passivae für die Mitglieder von: „capitula, conventus, collegia, sodalitates et universitates", sowie für praelati inferiores, solche, welche nicht Bischöfe oder Äbte sind); Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 7, b. T. 14, 211 (Hinderung der Jurisdiktion der zur Aburtheilung der Astrologie zuständigen Richter durch Dekane, Kapitel, Regularobere und Mönche, privatio beneficiorum et officiorum, Unfähigkeit zu solchen, privatio vocis activae et passivae und excommunicatio, alle Strafen ipso iure). Vgl. auch Basel Sess. XII. (1433) c. 1 (betreffend die Wahlen der Prälaten), Hardouin 8, 1158: „simoniace eligentes praeter alias poenas perpetuo sint ipso facto iure eligendi privati".

[9] Pius V.: Postquam 1570 §. 14, b. T. 7, 821 (Servitenmönche, welche verbotene Bücher lesen) „ad omnia officia inhabiles, activa voce careant et passiva"; Pius V.: Pastoralis 1571 §. 4, b. T. 7, 917 (vgl. auch dazu Gregor XIII.: Consuevit 1573 §. 6, ibid. 8, 58, Subornation bei Wahlen der Oberen der Franziskaner de Obervantia neben päpstlich reservirter Exk.); Sixtus V.: Sanctum

umfassendsten Masse gegen die letzteren angedroht worden, aber nicht nur stets zu-

et salutare 1589 §§. 3. 6, b. T. 9, 63 (simonistisch geweihte Regularkanoniker, welche in den erhaltenen ordines ministrirt haben, neben privatio officii und Unfähigkeit zu Offizien); Paul V.: Caelestis 1618, b. T. 15, 321 (Franziskanerobservanten, welche die für das Kirchenwesen des h. Landes gesammelten Almosen zu anderen Zwecken benutzen oder verwenden, neben privatio officiorum und Unfähigkeit dazu ipso facto); Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729 (sollicitatio ad turpia, s. o. S. 569 n. 4, in den nicht zu schweren Fällen) „suspensionis ab executione ordinis, privationis beneficiorum, dignitatum et officiorum quorumcumque ac perpetuae inhabilitatis ad illa necnon vocis activae et passivae, si regulares fuerint . . . poenas decernant“; Gregor XV.: Ecclesiae 1591 §§. 20. 21, b. T. 9, 436 (Bekämpfung und Änderung der Einrichtungen des Jesuitenordens durch Mitglieder desselben, neben Exkommunikation, Unfähigkeit zu Dignitäten und Offizien auch Verlust des aktiven und passiven Stimmrechts, alle Strafen ipso iure); Urban VIII.: Sanctissimus 1625 (1624) §. 6, b. T. 13, 308, Bd. IV. S. 262: „transgressores, si vero regulares fuerint, privationis suorum officiorum ac vocis activae et passivae necnon suspensionis a divinis . . . infligendis poenis plectendis . . .“; Urban VIII.: Caelestis 1634 §. 5, b. T. 14, 436, s. Bd. IV. S. 278 n. 6; Alexander VII.: Felici 1664 §. 8, b. T. 17, 307 (Mönchsobere, welche die Klausur der Nonnenklöster unberechtigter Weise betreten, Exk., privatio omnium beneficiorum, inhabilitas ad illa und Verlust der vox activa et passiva, alle Strafen ipso iure); Clemens X.: Creditae 1673 §. 18, b. T. 18, 393, s. o. S. 580 n. 9; Benedikt XIII.: Maxima 1727 §. 25, b. T. 22, 559 (für Italien, Nichtbeschaffung der vorgeschriebenen Archiveinrichtungen durch Regulare) „suspensio ab officio et privationis vocis activae et passivae“; Benedikt XIV.: Ubi primum 1746 (für Portugal), bull. Bened. 2, 25 (Befragen der Beichtkinder durch die Beichtväter um ihre Mitschuldigen in der Weise, dass daraus erhellt, dass letztere diese Praxis für erlaubt halten), privatio dignitatis, beneficiorum und Unfähigkeit zu solchen, sowie bei Regularen auch privatio vocis activae et passivae.

Weiter gehören hierher die päpstlichen Konstitutionen, welche für einzelne Orden die Appellation oder den Rekurs gegen Anordnungen der Ordensoberen an weltliche Gerichte oder an Fürsten oder auch an andere kirchliche Gerichte verbieten, s. Gregor XIII.: Quoniam 1575 §. 2, b. T. 8, 108; Clemens VIII.: Quoniam 1593 §. 2, b. T. 10, 21 und Clemens VIII.: Quoniam 1604 (3 Konstitutionen) l. c. 11, 125. 127. 135, und zwar bei Strafe der ipso f. eintretenden päpstlich reservirten Exk., privatio officiorum, inhabilitas ad illa u. privatio vocis activae et passivae, ferner Clemens VIII.: Quaecumque 1596 §§. 1. 24, l. c. 10, 277 (hier fehlt aber die Exkommunikation); ferner

solche, welche die Entfernung, Wegnahme oder Ausleihung von Büchern, Manuskripten, Dokumenten oder auch von kirchlichen Paramenten, Kostbarkeiten und Geräthschaften aus bestimmten Bibliotheken, Archiven, Sakristeien oder Kirchen namentlich einzelner Orden und Klöster untersagen, Urban VIII.: Conversationi 1625, b. T. 13, 282. 283; Urban VIII.: Cum sicut 1626, ibid. p. 448; Urban VIII.: Conversationi 1637, l. c. 14, 610; Urban VIII.: Conversationi 1638, ibid. p. 662; Urban VIII.: Conversationi 1643, l. c. 15, 236; Urban VIII.: In eis 1643, ibid. p. 297; Innocenz X.: Conversationi 1651, ibid. p. 683; Alexander VII.: Conversationi 1656, b. T. 16, 176; Alexander VII.: Conversationi 1657, l. c. p. 290; Alexander VII.: Conversationi 1657, ibid. p. 292; Alexander VII.: Cum sicut 1657, ibid. p. 300; Alexander VII.: Conversationi 1658, ibid. p. 388; Clemens X.: Conversationi 1675, b. T. 18, 591; Clemens XI.: Cum nos 1720, b. T. 20, 843; und für die Verletzung des Verbotes neben der theils nicht, theils päpstlich reservirten Exk. l. s. den Verlust der vox activa et passiva androhen;

endlich eine Reihe von päpstlichen Konstitutionen, welche die Erlangung von Ämtern und Würden in bestimmten Orden seitens der Mönche durch Empfehlung von Fürsten oder nicht zum Orden gehörigen Prälaten oder auf andere unerlaubte Weise verbieten, s. Pius V.: Pastoralis 1571 §. 4, b. T. 7, 917 (theilweis abgeändert durch Gregor XIII.: Consuevit 1573 §. 6, l. c. 8, 38, vgl. Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 325. 326); Gregor XIII.: Nihil 1574 §. 8, b. T. 8, 66 (bestätigt durch Urban VIII.: Alias 1638, l. c. 14, 648); Gregor XIII.: Cum nihil 1579 §. 2, b. T. 8, 251; Clemens VIII.: Quoniam 1593, l. c. 10, 54; Clemens VIII.: Ambitiosam 1596, ibid. p. 293; Clemens VIII.: Ambitiosam 1600, ibid. p. 599 (in beiden auch Ausdehnung auf die Herbeiführung des Verbleibens in bestimmten Klöstern oder auf die Überweisung an solche); Clemens VIII.: Quoniam 1604, b. T. 11, 107; Clemens VIII.: Quoniam 1604, ibid. p. 136; Paul V.: Quoniam 1607, ibid. 11, 437; Paul V.: Alias per 1613, b. T. 12, 203; Paul V.: Quoniam 1616, b. T. 12, 300 (bestätigt durch Alexander VII.: Alias emanarunt 1655, b. T. 16, 30); Urban VIII.: Quoniam 1639, b. T. 14, 698; Alexander VII.: Nuper 1655, b. T. 16, 43; Clemens X.: Quoniam 1673, b. T. 18, 426; Clemens XIII.: Regularium 1760, §§. 4. 5, bull. Roman. cont. 2, 35 (vgl. auch die allgemein für alle Regularen gegebenen Dekrete Clemens' VIII.: Nullus omnino 1601 §. 22, b. T. 10, 664, bestätigt v. Urban VIII. 1629, l. c. 13, 202. 210), und dafür als Strafe den Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, überwiegend auch Verlust der auf die erwähnte Weise erlangten Ämter und Unfähigkeit zur Erlangung solcher in dem betreffenden Orden, mitunter auch theils die nicht, theils die päpstlich reservirte Exkommunikation festsetzen.

Da in allen Strafandrohungen schlechthin von der vox activa die Rede ist, so kann dies nicht nur auf den Verlust des Wahlrechts, sondern muss auf den des Stimmrechts in allen vor die Kapitel oder Konvente gehörigen Angelegenheiten bezogen werden, um so mehr, als die freilich jetzt durch die

gleich in Verbindung mit Entziehung des passiven Wahlrechts[1], sondern auch meistens neben anderen Strafen, wie namentlich der privatio beneficii und der Unfähigkeit zu Kirchenämtern[2], mitunter auch der Exkommunikation l. s.[3], ja sogar selbst der Infamie[4] und Degradation[5], und sie bildet heute noch einen Theil des geltenden Strafensystems[6].

6. Dasselbe gilt von dem Verlust der besonderen oder einzelner geistlicher Standesrechte, welchen das Tridentinum[7], sowie verschiedene päpstliche Konstitutionen[8] und auch die Provinzialsynoden[9] ebenfalls als Strafe kennen,

ferner 7. von der durch das Tridentinum[10] und das päpstliche Recht gestatteten Entziehung der Befugniss zum Predigen[11] und zum Beichthören[12].

Dogmatisirung der Lehre von der unbefleckten Empfängniss Mariä veraltete const. Pauls V.: Regis pacifici 1616 §. 7, b. T. 12, 356, auf das Disputiren über diese Frage unter anderen Strafen nur den Verlust der „vox activa et passiva in quibuscumque electionibus“ gesetzt hat.

1 S. die Citate S. 581 n. 6. 8 u. 9; ferner Trid. Sess. XXV. c. 2 de reg. (Mönche, welche Sachen als Privateigenthum für sich besitzen) „biennio activa et passiva voce privatus sit“.

2 S. die vorher citirten Anmerkungen.

3 Auch der päpstlich reservirten, s. o. S. 581 n. 6 u. 9.

4 S. o. S. 581 n. 6.

5 S. a. a. O.

6 Denn die in den vorstehenden Anmerkungen citirten Konstitutionen sind nicht aufgehoben.

7 Sess. VII. c. 10 de ref. gegen diejenigen, welche sich die ordines minores auf Grund von Dimissorien des Kapitularvikars haben ertheilen lassen, s. Bd. I. S. 95. 100 u. Bd. II. S. 242; sie sollen das privilegium insbesondere nicht „in criminalibus“ haben.

8 Pius V.: Romanus pontifex 1568, b. T. 7, 723 (Regularen, welche vor abgeleisteter Profess die Weihen erhalten haben, s. Bd. I. S. 75, und in diesen ministriren) „privilegiis, exemtionibus, immunitatibus et aliis gratiis clericis concessis omnino privari“; Sixtus V.: Effraenatum 1588 §. 2, b. T. 9, 39, s. o. S. 569 n. 1 (procuratio abortus) „privilegio clericali . . . privamus“. (Nur auf Rom bezieht sich Eugen IV.: In apostolicae 1452 §§. 14. 16, b. T. 5, 6, wonach clerici beneficiati, welche das Haar nach Art der Laien tragen oder ein weltliches Amt verwalten, ipso iure des Klerikalprivilegiums verlustig gehen, und blos auf den Kirchenstaat Clemens' XII.: In supremo 1735 §. 9, b. T. 24, 78, bestätigt von Benedikt XIV.: Alias 1744, bull. Bened. 1, 132, wonach der clericus primae tonsurae das gedachte Privileg bei doppeltem Mord ipso iure verliert).

9 In Anhalt an das gemeine Recht, s. o. S. 65 n. 1. S. 259 n. 5 u. S. 264 n. 4. 7 u. Bd. I. S. 119, Toledo 1473 c. 14, Hardouin 9, 1510 (clerici coniugati, welche keine Tonsur und kein geistliches Gewand tragen, „eo ipso, non coniugati, si excessivis enormibus se ingesserint et ea frequentaverint, privilegium omnino amittant clericale“; Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 548 (Kleriker, welche nicht Tonsur und geistliches Gewand trägt, nach dreimaliger Mahnung): „non gaudebit privilegio fori nec vectigalium nec talearum immunitate, reservato tamen episcopis iure reclamandi cum in casu criminalis inquisitionis per curiam laicalem faciendae“. Dagegen selbstständig Bordeaux 1624 VI. 2, Hardouin 11, 73 (Tonsurirte, welche trotzdem dass sie einer Kirche ascribirt sind, das geistliche Gewand ablegen, nicht kirchliche Dienste leisten und die Sakramente nicht oft genug nehmen): „privilegiis clericatus sui privari ac inhabilem tum ad beneficia ecclesiastica tum ad ordines suscipiendos censemus“; Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 354, 355 (Kleriker in minoribus, auch ohne Benefizium, welche einer Kirche ascribirt sind und dem Gottesdienst nicht an den Feiertagen beiwohnen, nach dreimaliger Mahnung vom Bischofe zu bestrafen) „usque privilegiorum clericalium privationem“.

10 Trid. Sess. V. c. 2 de ref., s. Bd. IV. S. 459 n. 4. 5. 7. 9.

11 Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1516 §§. 5. 6. 8, b. T. 5, 680 (Halten unpassender Predigten, Bd. IV. S. 472): „eis praedicationis officium interdictum esse perpetuo decernimus“, was freilich durch das Tridentinum, s. vor. Anm., abgeändert ist; s. auch Tarragona 1723, coll. conc. Lac. 1, 787: „sublata ipsis irremissibiliter praedicandi facultate“, vgl. die folgende Anm. u. Acta s. sed. 27, 176.

12 Pius V.: Postquam 1570 §. 14, b. T. 7, 827 (Servitenmönche, welche verbotene Bücher haben) „perpetuo munere legendi, praedicandi et confessiones audiendi privati existant“; Paul V.: Regis pacifici 1616 §. 7, b. T. 12, 356, S. 581 n. 9 a. E.: „privatio facultatis concionandi, publice legendi seu docendi et interpretandi“.

Über das Dekretalenrecht vgl. noch o. S. 63 n. 8 u. S. 64 n. 1. (Basel Sess. XII. 1433 c. 1, Hardouin 8, 1159, bestraft die Bestätigung simonistischer Prälatenwahlen mit „privatio perpetua iuris confirmandi ipso facto“).

Partikularrechtlich kommt vor: die *privatio administrationis* (des Rechts auf Vermögensverwaltung für Säkular- und Regular-Prälaten, welche Kirchengüter ordnungswidrig veräussern) Salzburg 1490, Hartzheim 5, 582; die *perpetua privatio officii exorcizandi*, s. Bd. IV. S. 140, (für Exorzisation ohne schriftliche bischöfliche Erlaubniss oder ohne den vorgeschriebenen Ritus) Mecheln 1607 XV. 4, ibid. 8, 785; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 198 (Regularen, welche ohne Genehmigung des Bischofs exorzisiren): „*facultatem audiendarum confessionum*, si obtinuerit, ipso facto

Das Gleiche ist der Fall 8. hinsichtlich des Verlustes einzelner aus dem Amte herfliessender Befugnisse für ein Mal, in welchem diese zur Ausübung gelangen können[1], sowie

9. hinsichtlich der Entziehung des Rechtes, einen höheren Ordo zu erlangen[2], und

10. der Unfähigkeit, kirchliche Ämter zu erwerben[3] oder bestimmte kirchliche Funktionen übertragen zu erhalten[4]. Die erstere Strafe kommt mit-

amittat neque ad illam in posterum admittatur"; D. S. Brügge 1693, Hartzheim 10, 199 (für Exorzisation ohne bischöfliche Erlaubniss) „poena *revocationis iurisdictionis approbationisque* confessariis et concionatoribus ad tempus concessae ipso facto"; bischöfl. Dekret für Ypern 1732, ibid. p. 471 (für dasselbe Vergehen): „*revocatio admissionum* pro confessariis"; D. S. Namur 1698 c. 65, ibid. p. 223 (Beichthören in Landkirchen ohne Vorzeigung der admissio an den Pfarrer) „*admissio* ipso iure revocata"; Namur 1737, ibid. p. 478 (Beichthören ausserhalb der Kirche oder Beichthören der Frauen ausserhalb des Beichtstuhles) Verlust der „*iurisdictio seu facultas confessiones excipiendi* ipso facto".

Auch Leo XIII. hat 1880 dem Bischof v. Tournai das „*exercitium omnis iurisdictionis in spiritualibus sive temporalibus*" genommen („adimere debuerimus") und die volle Jurisdiction einem administrator apostolicus ad nutum übertragen, Acta s. sed. 13, 289.

[1] Gregor XIII.: Humano 1585 §. 8, b. T. 8, 434 (Ordinarien wegen nicht gehöriger Publikation der Verzichte auf Benefizien, s. Bd. III. S. 273. 274): „potestate disponendi de ipsis beneficiis sint ea vice privati". Dazu treten noch die o. S. 65 n. 5 (s. auch Bd. II. S. 667) bezeichneten gemeinrechtlichen Fälle; (Basel Sess. XII. (1433), Hardouin 8, 1159, entzieht denjenigen, welche die Wahl ungeeigneter Kandidaten zu Prälaten bestätigen, das Konfirmationsrecht für den betreffenden Erledigungsfall).

Eine untergeordnete Bedeutung hat die Strafe der Entziehung kirchlicher Berechtigungen in dieser Periode gehabt. Es gehört hierher Konstanz sess. gen. 39 c. 2, Bd. I. S. 271 n. 7 (Verlust des Anrechts auf den Papat für den schismatisch gewählten Papst, welcher das allgemeine Konzil nicht rechtzeitig einberuft); Urban VIII.: Cum sicut 1638, bestätigt durch Benedikt XIII.: Alias 1729 bei Ferraris s. v. eremita n. 17 (Entziehung der Eremitentracht für Eremiten, welche das Kleid anderer Orden tragen) und Rom 1725, s. auch die Regeln 1702 c. 14, coll. conc. Lac. 1, 445 (*privatio habitus ac immunitatis* für Eremiten, welche den ihnen zugewiesenen Aufenthalt oder ihre Diöcese ohne Erlaubniss verlassen oder das Eremitenkleid beliebig ab- und anlegen).

Der Verlust der Anciennität wird nur erwähnt Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1422 (Kleriker, welche, obwohl es rechtlich nothwendig oder durch den Nutzen der Kirche geboten ist, die höheren Weihen zu nehmen verweigern, sollen durch den Bischof dazu „per amissionem locorum necnon fructuum ipsorumque beneficiorum subtractionem" gezwungen werden),

[2] Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §§. 3. 6, b. T. 9, 63, s. o. S. 572 n. 6: „ab omni spe et facultate ascendendi ad alios superiores (sc. ordines) perpetuo suspensos declaramus"; Trid. Sess. XIV. c. 1 de ref. (Verbot des ascensus ad ordines sacros ex informata conscientia, vgl. darüber unten in der Lehre von der suspensio ex informata conscientia, N. 11).

Partikularrechtlich: Tortosa 1429 c. 2, Hardouin 8, 1075. 1076: „si quisquam clericus ecclesiasticave persona reperta fuerit in concubinatu notorio permanere, ab officio et beneficio denuncietur suspensus et inhabilis ad obtinendum beneficium ecclesiasticum, gradus et honoris ascensum"; Bordeaux 1624 VI. 2, s. S. 583 n. 9; Rom 1725, coll. con. Lac. 1, 354. 355 (Kleriker auch ohne Amt, welche einer bestimmten Kirche ascribirt sind und dem Gottesdienst an Feiertagen nicht beiwohnen) „ad ulteriores gradus promovendi non promoveantur"; Fermo 1726, ibid. p. 599: „si contingat, clericos cum foeminis saltare aut larvatos incedere, inhabiles habeantur ad altiores ordines"; nur auf Zeit: Toledo 1473 c. 9, Hardouin 9, 1506: „diaconi, subdiaconi ac minores clerici (non beneficiati bei Nichtentlassung der Konkubinen) usque ad annum sint ad superiores inhabiles et ad quaecumque beneficia obtinenda"; Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 547 (clericus in simplici tonsura vel ad minores ordines assumptus, wenn er keine geistliche Kleidung trägt) „ab ordinationibus publicis et a susceptione subdiaconatus ad tempus pro episcopi arbitrio et pro negligentiae modo coerceatur".

[3] S. o. S. 542 und S. 585 n. 1.

[4] Paul V.: Regis pacifici 1616 §. 7, b. T. 12, 356, s. o. S. 581 n. 9 a. E.: „concionandi et publice legendi, docendi et interpretandi perpetua inhabilitas"; partikularrechtlich: Bordeaux 1624 III. 3, Hardouin 11, 66 (Prediger und Beichtväter, welche gegen die Vorschrift, die die Pfarrmesse an drei hintereinander folgenden Tagen nicht besuchenden Gläubigen zu exkommuniciren, predigen oder lehren) „nullo in loco provinciae... ad functiones suas admittendum"; ibid. V. 3, p. 70 (Beichtväter, welche es unterlassen, den Gläubigen die Pflicht zur österlichen Kommunion einzuschärfen, oder dagegen predigen oder lehren, dieselbe Strafe); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 186 (Beichthören ausserhalb der Kirche ohne Nothwendigkeit) „poena inhabilitatis ad audiendas confessiones" und ibid. p. 198 (Unfähigkeit zur Funktion des Exorzisten, s. o. S. 583 n. 12.

unter allein, so für Kleriker ohne Benefizien [1], vielfach aber in Verbindung mit anderen Strafen, namentlich der *privatio beneficii* [2], ferner theils für alle kirchlichen Ämter und Benefizien [3], theils nur für bestimmte [4], endlich auch bald zeitlich unbeschränkt oder für immer [5], bald blos für eine fixirte Zeit [6] vor.

11. Die Suspension. a. Das *interdictum ingressus ecclesiae* oder die *suspensio ab ingressu ecclesiae* [7] erscheint in der hier fraglichen Zeit als eine Strafe, von welcher vielfach sowohl von den Päpsten [8] wie auch von dem Tridenti-

[1] Tortosa 1429 c. 11, Hardouin 8, 1080, S. 578 n. 1: „non beneficiati per triennium sint inhabiles ad beneficium ecclesiasticum obtinendum"; ibid. c. 13 (Kleriker, welche mächtige Herren, weltliche Richter u. s. w. zur Verletzung der kirchlichen Freiheiten anreizen) non beneficiatus für 3 Jahre inhabil zu beneficia ecclesiastica; Toledo 1473 c. 9, l. c. 9, 1506, S. 584 n. 2, und ibid.: „sacerdos (non beneficiatus bei Nichtabthun der Konkubine) capellaniam perpetuam vel temporalem . . . habere non possit et usque ad annum, postquam de praedicto peccato correxerit, ad obtinendum ecclesiasticum beneficium sit inhabilis"; Mailand 1563 c. 5, l. c. 10, 652 (clericus non beneficiatus, welcher einen anderen zwingt, gegen die Vorschriften über die Messfeier zu handeln) „ne habere (beneficium) ad quinquennium possit"; Bordeaux 1624, S. 583 n. 9; s. auch Anm. 5 u. 6.

[2] S. o. S. 572 n. 6 u. S. 581 n. 9.

[3] S. o. S. 572 n. 6 u. S. 573 n. 2.

[4] Salzburg 1418 c. 19, Hartzheim 5, 181 (Geistliche, welche bei zwiespältigen Bischofs- und Prälatenwahlen die Einmischung von Laien herbeiführen, ausser exc. l. s.) „ineligibiles ad huiusmodi dignitates"; vgl. weiter S. 542 u. S. 574 n. 8.

[5] S. 572 n. 6 u. S. 573 n. 2. Ausdrücklich bis zur Dispensation durch den Ordinarius für clerici in sacris non beneficiati bei Nichtentlassung ihrer Konkubinen Mainz 1423 c. 9, Hartzheim 5, 211.

[6] Tortosa 1429 c. 1, Hardouin 8, 1075 (clerici non beneficiati, welche sich weigern ihre unpassenden, prächtigen Kleider an die Kirchenfabrik herauszugeben, auf 3 Jahre unfähig zu kirchlichen Benefizien); Mailand 1565 II. 11, ibid. 10, 659: „Qui beneficium ecclesiasticum vacans multis et ambitiosis precibus per se vel per alios petierit . . . per biennium in eum neque illud neque aliud beneficium conferri possit"; vgl. weiter o. Anm. 1 u. S. 583 n. 1.

[7] S. o. S. 66.

[8] Paul II.: Ambitiosae 1467, b. T. 5, 194 u. c. un. in Extr. comm. III. 4 (Veräusserung von Kirchengut ohne gesetzmässigen Grund und ohne päpstliche Erlaubniss, für Bischöfe und Äbte): „ingressus ecclesiae sit interdictus"; Pius IV.: De salute 1560 §. 2, b. T. 7, 55 (Unterlassung der Anzeige der die Residenzpflicht verletzenden Bischöfe durch den Erzbischof und des Erzbischofs durch den ältesten Suffragan) „poena interdicti ingressus ecclesiae ipso iure", wiederholt Trid. Sess. VI. c. 1 de ref., s. auch Bd. III. S. 229; Pius IV.: Pastoralis 1560 §§. 3. 4, ibid. p. 18, s. o. S. 543 n. 5 (Kardinäle und Bischöfe *p. i. i. e.*, andere päpstlich reservirte Exk.); Pius IV.: Romanum pontificem 1564 §. 4, ibid. p. 307 (simonia confidentialis, Kardinäle und Bischöfe *p. i. i. e.*, andere päpstlich reservirte Exk.); Pius IV.: Sanctissimus 1564 §§. 2. 3, ibid. p. 309 (Ordinarien, selbst Erzbischöfe und Höhere, welche Wahlen zu Klosterprälaturen, Präposituren und Dignitäten, wenn sich die Gewählten ohne päpstliche Briefe in die Verwaltung eingemischt haben, bestätigen) „ingressum ecclesiae interdictum eosque ab ecclesiarum suarum regimine et administratione suspensos existere"; Pius V.: Quam plenum 1570 §§. 1. 2, ibid. p. 800 (simonistische Ertheilung von Ablässen, Bischöfe, selbst Kardinäle) „ab ingressu et perceptione fructuum suarum ecclesiarum suspensi" bis zur Aufhebung durch den päpstlichen Stuhl (andere päpstlich reservirte Exk.); Gregor XIII.: Dubiis 1581 §. 2, b. T. 8, 114 (Prälaten pontificalis dignitatis, welche ohne gesetzlichen Grund die Klausur der Nonnenklöster betreten) „pro prima vice . . . ingressu ecclesiae interdictos, pro secunda a munere pontificali et a divinis suspensos ac deinceps ipso facto . . . excommunicatos existere"; Sixtus V.: Romanus pontifex 1585 §. 8, ibid. p. 641 (Bischöfe, welche der Pflicht zur visitatio liminum nicht nachkommen, „ab ingressu ecclesiae ac etiam ab administratione tam spiritualium quam temporalium necnon a perceptione fructuum suarum ecclesiarum . . ipso facto" bis zur päpstlichen Relaxation, von Benedikt XIV.: Quod sancta 1740 §. 9, bull. Ben. 1, 9 auch auf die praelati nullius ausgedehnt; Sixtus V.: Sanctum et salutare §§. 2. 6, b. T. 9, 63 (Bischöfe und Äbte, welche die Weihe simonistisch ertheilen) „a collatione quorumcumque ordinum atque adeo ipsius tonsurae et ab executione omnium munerum pontificalium eo ipso suspensus et ab ingressu ecclesiae interdictus existat" (und wenn sie gegen die Suspension handeln) „etiam a regimine et administratione suae ecclesiae seu monasterii et a perceptione fructuum mensae eiusdem ac quorumcumque beneficiorum suspensionem eo ipso incurrat"; Clemens VIII.: Decet 1597 §. 4, b. T. 10, 413 (Herausnehmen von Büchern aus der öffentlichen Bibliothek von Capua) für die Erzbischöfe suspensio a divinis et interdictum ingressus ecclesiae, für Andere Exkommunikation; Clemens VIII.: Cum in 1602 §. 6, ibid. p. 788 (nicht ordnungsmässige Vergleichung der zu genehmigenden Drucke des Breviarium Romanum, s. Bd. I. S. 142, Ordinarien) poena suspensionis a divinis ac interdicti ab ingressu ecclesiae ipso iure); Clemens VIII.: Cum sanctissimum 1604 §. 7, b. T. 11, 88 (dieselben Strafen in Betreff der Drucke des Missale romanum, s. Bd. IV. S. 9, und hinsichtlich des Brevia-

num[1] und von den früheren Partikularsynoden[2] gegen Prälaten, namentlich gegen Bischöfe und auch gegen Kardinäle, Gebrauch gemacht wird, während sie sich gegen Geistliche anderer Stellungen nicht so häufig angedroht[3] findet.

Wie oben dargelegt ist[4], besteht die Strafe, welche heute noch praktische Bedeutung hat[5], in der zeitweisen Entziehung der allgemeinen kirchlichen Mitgliedschaftsrechte und, was die kirchlichen Amtsrechte betrifft, in der Sus-

riums und des Missales wiederholt Urban VIII.: Divinam psalmodiam 1631 und Si quid 1624, vor den Ausgaben abgedruckt); Urban VIII.: Humanae 1625 §. 2, b. T. 13, 379 (Verleihung der bona iurisdictionalia von Kirchen zu Lehn oder Emphyteuse oder Verpachtung auf länger als drei Jahre durch die Vorsteher) „si pontificali vel abbatiali emineant dignitate sub interdicti ingressus ecclesiae ac si per VI menses immediate subsequentes sub interdicto huiusmodi permanserint, ... sub regiminis et administrationis ecclesiarum vel monasteriorum, quibus praesident in spiritualibus et temporalibus suspensionis ipso facto incurrendis poenis"; Urban VIII.: Considerantes 1631 §. 2, b. T. 14, 191 (Herausgabe der Dokumente, welche sich auf die Güter der römischen Kirche im Dukat Urbino beziehen) „episcopi et alii locorum ordinarii sub interdicti ingressus ecclesiae et suspensionis a divinis ... poena); Innocenz X.: Cum iuxta 1646 §. 2, b. T. 15, 441 (Kardinäle, welche sich ohne Urlaub von der Kurie entfernen, neben dem Verlust aller privilegia, exemptiones et indulta insuper) „etiam poenam interdicti ingressus ecclesiae eo ipso"; Pius IX.: Romanus pontifex 1873, Arch. f. k. K. R. 31, 181; Acta s. sed. 7, 401 u. (Avanzini-)Pennacchi, comm. 1, 413 (Kanoniker und Dignitäre erledigter Kathedralkirchen, welche die Verwaltung derselben auf den von der Laiengewalt Ernannten oder Präsentirten vor der päpstlichen Bestätigung übertragen, derartige Kandidaten, welche in Folge dessen die Verwaltung als Provisor oder unter anderem Namen übernehmen, sowie Alle, welche dabei Hülfe, Rath oder Begünstigung geleistet haben) „si vero aliqui ex praedictis episcopali charactere sint insigniti in poenam suspensionis ab exercitio pontificalium et interdicti ab ingressu ecclesiae ipso facto absque ulla alia declaratione incidant, s. sedi pariter (d. h. specialiter) reservatam".

[1] Sess. VI. c. 1 de ref., S. 585 n. 8.

[2] Salzburg 1418 c. 5, Hartzheim 5, 175 (Zulassung von Unehelichen zu einem ordo sacer, beneficium oder officium curam habens animarum ohne päpstlichen Dispens durch die Ordinarien) „per unum mensem ab ingressu ecclesiae noverint se suspensos"; ibid. c. 17, l. c. p. 179 (Suffraganbischöfe, wenn sie Titularbischöfe aus dem Regularenstande, welche das Kleid ihres Ordens nicht offenbar tragen und nicht guten Wandels und Leumunds sind, bischöfliche Weihehandlungen in ihrer Diöcese ausüben lassen) „poena suspensionis ab ingressu ecclesiae"; Paris 1429 c. 8, Hardouin 8, 1042 (Bischöfe, welche Kandidaten schlechten Lebenswandels zu den höheren Weihen befördern) „poena interdicti ab ingressu ecclesiae per III menses"; ibid. c. 9, l. c. p. 1043 (Bischöfe und Prälaten, welche nicht passende leinene Übergewänder in der Kirche tragen) „p. int. ab ingressu suae cathedralis per unum mensem incurrant"; c. 11 ibid., p. 1043 (Bischöfe und andere Träger der iurisdictio ecclesiastica, welche nicht geeignete Ordnungen ihrer Kurien zur Verhinderung der Missbräuche der Beamten, Advokaten und Notare aufstellen) p. i. ab ingr. ecc. per III menses; c. 32. 33 ibid. p. 1049 (Bischöfe, Archidiakonen und Pfarrer, welche die Solennisation der Ehe ohne Noth in Privatoratorien vornehmen oder dazu Dispens geben oder leichtfertig vom Aufgebot dispensiren) p. i. ab ingr. per mensem; (wiederholt Sens 1460/1485 c. 4, Hardouin 9, 1539, hier aber sub poena interdicti et ingr. eccl. per mensem); Toledo 1473 c. 1, ibid. p. 1503 (Erzbischöfe und Bischöfe, welche die Provinzial-, bez. Diöcesansynoden nicht rechtzeitig halten, bis sie ihre Nachlässigkeit abgestellt haben) „ab ingressu eccl. sint suspensi" (und Bischöfe, welche die Provinzialsynode nicht besuchen) „ab ingressu ecclesiae per tres menses"; ibid. c. 13, l. c. p. 1509 (Prälaten, welche Quästuariern unerlaubter Weise die Erlaubniss zum Predigen geben) „per mensem ab ingressu ecclesiae et officiales seu vicarii in praemissis delinquentes per annum ab officio sint ipso facto suspensi"; Salzburg 1569 XXXVII. 5, Hartzheim 7, 334 (Prälaten der Konventualkirchen, welche nicht jährlich ihrem Konvent Rechnung legen oder von den Beamten und Laien sich nicht jährlich dreimal solche legen lassen) „ab ingressu ecclesiae tam diu sit suspensus, donec se obedientem ostenderit et absolutionem a suo ordinario impetraverit".

[3] Päpstlicherseits nur selten, s. aber das von Urban VIII. bestätigte Dekret, betreffend die Messstipendien, v. 1625 §§. 7. 8, Richter, Tridentinum S. 142, s. Bd. IV. S. 208 n. 2 u. S. 212 n. 7, wiederholt Benevent 1693 u. Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 66. 171. Ferner partikularrechtlich Bordeaux 1624 III. 3, S. 584 n. 4 (ausser der hier gedachten Strafe) „eum ipso f. suspensionem et interdictum incurrere"; ibid. V. 3, p. 70 (vgl. a. a. O. ausserdem) „ab ordinariis suspendantur ab officio et interdicantur"; D. S. Trier 1720 III. 4, Hartzheim 10, 407 (Priester, welche in Privatoratorien oder an nicht konsekrirten Tragaltären Messe lesen oder ohne Erlaubniss biniren) „poena suspensionis et interdicti".

[4] S. S. 66.

[5] S. die Anführungen S. 585 n. 8, namentlich Pius IX. cit.; das Anm. 3 citirte Dekret Urbans VIII.; die o. S. 66 u. 67 angezogenen Dekretalenstellen, und o. S. 516 n. 11.

pension von dem Recht, die gottesdienstlichen Funktionen in der Kirche vorzunehmen [1].

In letzterer Beziehung ist der Interdicirte verhindert, in der Kirche Messe zu lesen, die Sakramente zu verwalten, Sakramentalien zu spenden und beim feierlichen Chorgebet mitzuwirken [2], nicht minder auch in der Kirche zu predigen [3]. Da die Doktrin aber in den von diesem Interdikt handelnden Stellen auf die den Ausschluss von der Kirche, der *ecclesia*, zum Ausdruck bringenden Wendungen den Schwerpunkt gelegt hat [4], so hat sie die Vornahme von gottesdienstlichen Handlungen ausserhalb einer solchen, also z. B. in Privatoratorien, an tragbaren Altären [5] und auf Kirchhöfen [6], soweit dies überhaupt zulässig ist [7], gestattet. Was die Spendung der Sakramente an anderen Orten, als in der Kirche, betrifft, so müsste diese ebenfalls für ausgeschlossen erachtet werden, da die Strafe nichts anderes als ein Personalinterdikt ist [8] und bei diesem eine aktive und passive Entziehung der Sakramente eintritt [9]. Aber auch in dieser Beziehung steht die Doktrin [10] auf dem entgegengesetzten Standpunkt [11].

Hinsichtlich der Suspension von den allen Kirchengliedern zustehenden Mitgliedschaftsrechten würden an sich aus dem eben erwähnten Grunde ebenfalls alle S. 516 ff. gedachten Regeln zur Anwendung kommen müssen. Indessen hat die Theorie in dieser Hinsicht lediglich mit Rücksicht auf die ausdrückliche positive Vorschrift an dem Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss festgehalten [12], im übrigen aber das Betreten der Kirche zu Zeiten, in denen kein Gottesdienst gehalten wird [13], ferner sogar selbst den Empfang der Sakramente in der Kirche gestattet [14]. So unberechtigt auch diese Annahme erscheinen mag [15], so wird man doch für die Geistlichen den Empfang der Sakramente ausserhalb der Kirche zulassen müssen, da in Folge des durch die Doktrin zu einem Axiom gewordenen Satzes, dass der ab ingressu ecclesiae interdicirte Geistliche ausserhalb der Kirche zum Messelesen berechtigt ist, schon die Nothwendigkeit bedingt wird, dass derselbe bei der Messe kommunicirt [16] und ferner auch unter Umständen vorher beichtet [17], ihm also, wenn man an jenem Satze festhält,

[1] S. o. S. 67 n. 2.

[2] Suarez l. c. disp. XXXIV s. 2 n. 2 u. s. 3 n. 1. 4. 5. 9.

[3] Die Predigt gehört zwar nicht zum officium divinum, aber die Strafe entzieht das Recht zum Betreten der Kirche überhaupt, folgeweise auch zum Predigen; c. 20 in VI de sent. exc. V. 11, welches die divinorum celebratio für verboten erklärt, steht nicht entgegen, denn es führt diese blos als eine der Konsequenzen des interdictum ecclesiae an, aber keineswegs als die einzige und ausschliessliche.

[4] In Anhalt an das c. 20 in VI cit. V. 11, s. o. S. 67 n. 2; vgl. Avila l. c. P. V disp. 4 d. 5 c. 5 und Schmalzgrueber l. c. V. 39 n. 379 ff.; vgl. auch o. S. 517 n. 4.

[5] Glosse s. v. in ea zu c. 20 in VI cit. V. 11; Fagnan. ad c. 14 X de temp. ord. I. 11; Avila und Schmalzgrueber ll. cc.

[6] Vgl. Schmalzgrueber l. c. n. 381 u. die dort Citirten. Die Glosse s. v. coemeterio zu c. 20 cit. vertritt allerdings noch die gegentheilige Ansicht.

[7] Vgl. Bd. IV. S. 188. 189.

[8] S. o. S. 15 ff. 66.

[9] Darüber sind die Älteren auch einig, s. z. B. Covarruvias ad c. Alma (24) in VI cit. V. 11 P. II. §. 1 n. 2; Schmalzgrueber V. 39 n. 350.

[10] S. z. B. Felicianus de censuris ed. cit. p. 190; Schmalzgrueber l. c. n. 379. Craisson behauptet sogar, dass überhaupt keine Entziehung des aktiven und passiven Gebrauchs der Sakramente eintrete, was entschieden unrichtig ist.

[11] Weil sie das interdictum ingressus ecclesiae als ein von dem Personalinterdikt verschiedenes, beschränktes Interdikt aufgefasst hat, s. o. S. 517 n. 4. Demnach ist z. B. der ab ingressu ecclesiae Interdicirte berechtigt, ausserhalb der Kirche, soweit dies zulässig ist, die Ordination zu ertheilen, die Sakramente der Busse, des Viatikums und der letzten Ölung zu spenden und auch Segnungen, welche nicht in der Kirche zu erfolgen haben, vorzunehmen.

[12] S. o. S. 518 n. 1, Schmalzgrueber l. c. n. 380.

[13] S. 516 n. 13.

[14] S. 517 n. 4.

[15] Vgl. o. an den eben citirten Stellen.

[16] Bd. IV. S. 178 n. 6 u. S. 189 n. 2, vgl. auch diesen Band oben S. 245 n. 1.

[17] Bd. IV. S. 181.

die passive Theilnahme an den Sakramenten nicht gänzlich[1] verwehrt werden kann, und da man ferner, wenn man einmal mit der Doktrin das Wort: *ecclesia* presst[2], um die Befugniss zur divinorum celebratio[3] ausserhalb der Kirche darzuthun, dann auch dem Geistlichen, welchem man die Ausübung seiner geistlichen Amtsrechte ausserhalb derselben gestattet, den Genuss der gewöhnlichen Mitgliedschaftsrechte ebenso wenig entziehen kann. So kommt man allerdings dazu, die Folgen der interdictio ingressus ecclesiae für Geistliche und Laien verschieden zu bemessen[4], aber dies ist nicht nur deshalb zulässig, weil die Doktrin bei ihrer Verkennung des Umstandes, dass das interdictum ingressus ecclesiae die alte Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten ist, die Einschränkung der aus derselben hervorgehenden Folgen wesentlich an das sich nur auf die Geistlichen beziehende Verbot der divinorum celebratio in ecclesia[5] angeknüpft hat[6], sondern weil offenbar auch die spätere päpstliche Gesetzgebung die Gestaltung, welche der Strafe von der herrschenden Lehre in ihrer Anwendung auf Geistliche gegeben worden ist, vorausgesetzt und anerkannt hat, indem sie wiederholt neben dem int. ingr. eccles. noch die *suspensio a divinis*[7] androht[8], also davon ausgeht, dass durch das erstere allein die Ausübung der aus der Weihe fliessenden Funktionen noch nicht in vollem Umfange[9] ausgeschlossen ist.

Selbstverständlich ist endlich, dass für die ab ingr. eccl. Interdicirten auch die Milderungen der Konstitution Martins V. zur Anwendung kommen[10].

Wenn der Interdicirte eine aus der Weihe herfliessende Handlung, welche er nicht vornehmen darf, vorsätzlich und wissentlich ausübt, so trifft ihn die Irregularität[11] und ausserdem auch Strafe[12].

Was endlich das in diesem Zusammenhang gehörige generelle Personalinterdikt gegen kirchliche Personengesammtheiten betrifft, so wird man demselben die Wirkung beilegen müssen[13], dass die Gesammtheit keine derjenigen kirchlichen Amtshandlungen, z. B. ein Domkapitel nicht die Abhaltung des Chordienstes oder Celebrirung der Konventualmesse, vornehmen kann, welche für den von einem

[1] Von dem Standpunkt aus, dass dem interdicirten Geistlichen die Theilnahme an den Sakramenten nur in dem oben im Text als nothwendig bezeichneten Umfang erlaubt ist, kommt man dazu, ihm diese sonst an den eben gedachten beiden Sakramenten abzusprechen. Dagegen ist er vom Standpunkt der herrschenden Doktrin aus fähig, dieselben unter allen Umständen, ferner die Ordination zu höheren Weihen und die letzte Ölung zu empfangen, auch hat er sich als Minorist nicht der Eheschliessung zu enthalten, während Taufe und Konfirmation nicht in Frage kommen.

[2] Gerade darum aber erscheint die im Text gedachte Zulassung zum Betreten der Kirche und zum Empfange der Sakramente in der Kirche vom Standpunkt dieses Verfahrens aus inkonsequent und unhaltbar. Anscheinend so auch Kober Suspension S. 237.

[3] S. c. 20 in VI cit. V. 11.

[4] S. o. S. 516. 517.

[5] c. 20 cit.

[6] S. 587 n. 4.

[7] S. unten zu cc. S. 596.

[8] S. o. S. 585 n. 8.

[9] Also insbesondere nicht ausserhalb der Kirche.

[10] S. o. S. 518.

[11] S. Bd. I. S. 52. 53.

[12] Nämlich nach c. 3 u. 4 (Alex. III.) X de cler. exc. V. 27 die Deposition für immer, jedoch setzt die Verhängung derselben vorgängige Mahnung voraus. Die ältere Doktrin erklärt diese freilich schon seit der Glosse zu c. 3 cit. s. v. moniti nicht für erforderlich, Reiffenstuel V. 27 n. 3; Schmalzgrueber V. 27 n. 2, indessen lässt sich dies durch die Berufung auf das die monitio nicht erwähnende c. 4 cit. gegenüber c. 3 cit. nicht rechtfertigen. Über einen Ausnahmefall, in welchem die Strafe die zeitweise Suspension ab off. bildet, s. o. S. 257 n. 3. Dagegen bedroht Salzburg 1569 XLVI. 4, Hartzheim 7, 351, Geistliche, welche von einer Censur, insbesondere der Exkommunikation, bestrickt sind und trotzdem celebriren, mit einmonatlichem, jede Woche durch dreimaliges Zwangsfasten verschärftem Gefängniss und dann mit suspensio a missa ad beneplacitum ordinarii.

[13] In der Litteratur ist diese Frage nirgends besonders behandelt.

Personalinterdikt betroffenen Geistlichen ausgeschlossen sind[1], weiter aber auch die, dass der einzelne zur Gesammtheit gehörige Kleriker, eben weil er Mitglied der letzteren ist, für seine Person dergleichen Amtshandlungen nicht vornehmen darf[2] und dass ihm endlich auch die Ausübung derselben allgemeinen kirchlichen Mitgliedschaftsrechte, wie den Laien, verwehrt ist[3]. Denn die Einschränkungen, welche die Doktrin für das *interdictum ingressus ecclesiae* gemacht hat[4], können hier nicht massgebend sein, weil diese selbst in der hier fraglichen Strafe eine besondere spezielle Abart des Personalinterdikts sieht[5], und in den kirchlichen Quellen gegen derartige Gesammtheiten nicht das von ihr in der besprochenen Weise qualifizirte *interdictum ingressus ecclesiae*[6], sondern schlechthin das *interdictum* angedroht wird[7].

b. Die Suspension von den kirchlichen Amtsrechten[8]. Von den verschiedenen Arten dieser Suspension, welche sich bis zum Abschluss der Dekretalensammlungen ausgebildet haben[9], kommt zunächst in Betracht:

aa. Die *suspensio ab officio*[10]. Sie wird in dieser Zeit auch unter der Bezeichnung s. *ab executione officii*[11] theils blos allein von den Päpsten[12] und von den Partikularsynoden[13], öfters aber zugleich in Verbindung mit der *suspensio a bene-*

1 S. o. S. 587.

2 S. a. a. O.

3 S. o. S. 516. 517.

4 S. o. S. 517 n. 4 u. S. 587.

5 S. o. S. 517 n. 4.

6 Obwohl dies in der That von vornherein mit dem Personalinterdikt identisch gewesen ist, s. o. S. 516.

7 S. 518 n. 13 u. 14, S. 519 n. 1; Toulouse 1590 IV. 2. n. 2 (Okkupation kirchlicher Güter und Gerechtsame) „si societas ecclesiastica, interdicto se teneri noverit", Hardouin 10, 1817.

Des Näheren kommen in Betreff der Zugehörigkeit der Personen die o. S. 520 gedachten Regeln, nicht minder auch das S. 521 in Betreff der Wirkung der const. Martins V. Bemerkte zur Anwendung.

In Urban VIII.: Humanae salutis 1625 §. 2, b. T. 13, 379, wird für bestimmte unzulässige Veräusserungen den capitula, conventus, collegia, sodalitates etiam laicorum das *interdictum a divinis* — soweit ich sehe, kommt diese Strafe nur hier vor — angedroht. Da aber daneben als Strafe für die zuwiderhandelnden Bischöfe das interdictum ingressus ecclesiae, für die zu den gedachten Korporationen gehörigen einzelnen Personen und die niederen Prälaten die excommunicatio festgesetzt wird, so kann hier mit dem interdictum a divinis nicht das im Text gedachte Personalinterdikt gemeint sein, vielmehr bedeutet dieses interdictum wohl so viel, als die auch sonst gegen Korporationen vorkommende *suspensio a divinis*; s. darüber unten in der Lehre von der Suspension S. 596 u. S. 598 in Anm. v. 597.

8 Kober, die Suspension der Kirchendiener. Tübingen 1862.

9 S. o. S. 67 ff.

10 S. o. S. 68 n. 2; Salzburg 1418 c. 8, Hartzheim 5, 175 („intitulatus ad curam animarum", welcher noch eine vicaria perpetua o. temporalis o. ein anderes Benefizium annimmt) „p. susp. ab officio"; D. S. Konstanz 1609 I. 30, Hartzheim 8, 893 (Kleriker, welcher einen Kleriker o. Laien mit Schmähungen überhäuft, am Bart oder Haar zaust, schlägt u. s. w.) „pro qualitate excessus pecunia, carcere, suspensione ab officio aut privatione beneficii . . . plectatur"; Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 403 n. 6 (trunksüchtige Kleriker) „susp. ab off. puniantur".

11 Paul II.: Cum in omnibus 1465 §. 2, b. T. 5, 183 (apostolischer Delegat, welcher zum Nachtheil einer Kirche die Genehmigung zur Veräusserung von Kirchengut aus Gunst, Furcht oder Habsucht giebt, wenn er Bischof ist) „ab executione officii per annum noverit se suspensum"; Narbonne 1551 c. 21, Hardouin 10, 551 (Kleriker, welche ihre Dienststellungen bei Laien nicht aufgeben) „excommunicatos esse et officii executione privatos ab hoc ipso tempore" bis zur Besserung.

12 S. vor. Anm.; Pius V.: Durum 1570 §. 3, b. T. 7, 827 (Zurückhaltung von Einkünften und Früchten, sowie Fordern von Geschenken bei der Übertragung oder Besitzeinräumung von Ämtern, Bischöfe) „tamdiu a pontificalis officii exercitio sint suspensi, donec satisfactione praevia illis per sedem apostolicam suspensio relaxetur".

13 Salzburg 1418 c. 8, Hartzheim 5, 175, s. Anmerk. 10; Toledo 1473 c. 13, s. o. S. 586 n. 2; Narbonne 1551 c. 8, Hardouin 10, 443 (Geistliche, welche ihren titulus patrimonii dolos nach der Weihe veräussern) „*officii administratione privetur*, quousque ipsum recuperaverit"; Toledo 1586, ibid. p. 11, 53 (Veranstaltung von ludi theatrales in den Kirchen) „susp. ab o. ipso iure ad VI menses"; Mainz 1589 c. 68, Hartzheim 6, 582 (Prälaten und ihre Offizialen, welche zu junge und ungeeignete Kandidaten auf Seelsorgeämter befördern) „ipso facto ab officio suspendendum"; Cambrai 1565 VIII. 1, l. c. 7, 108 (Kleriker, welche sich der Trunksucht und Völlerei ergeben, nach monitio und castigatio) „suspendatur ad tempus sive ab officio sive a beneficio"; Bordeaux 1624 VII. 3, Hardouin 11, 80, s. S. 573 n. 2; D. S. Trier 1678 c. 1 §. 1 n. 21, Hartzheim 10, 61 (Geistliche, welche sich nicht von Tänzen

ficio[1], theils auch in Verbindung mit anderen Suspensionen, so als *suspensio ab ordinibus, ab officio et beneficiis ac fructibus et proventibus beneficiorum*[2] oder auch als *suspensio ab exercitio ordinum, cuiuscumque officii et dignitatis*[3] angedroht.

Die *suspensio ab officio* entzieht dem davon Betroffenen die Befugniss zur Ausübung aller aus seinem kirchlichen Amte herfliessenden Rechte[4], vor allem der Rechte der kirchlichen Jurisdiktion. Der suspendirte Bischof oder *praelatus nullius* ist daher z. B. nicht mehr zur Ertheilung von Dimissorien für die Weihen, zur Neuerrichtung und Veränderung von Ämtern, zur Ertheilung der Genehmigung für Veräusserungen von Kirchengütern, zur Ausübung der Gerichtsbarkeit in kirchlichen Rechts-, namentlich Straf- und Disziplinarstrafsachen, und zur Übertragung der Beichtjurisdiktion an die zu Beichtvätern bestimmten Priester, sowie zur Gewährung der Approbation derselben befugt[5], und mit seiner Suspension erlischt auch das Recht seines Generalvikars, als solcher zu fungiren[6], während dagegen die einmal von dem Bischof

fernhalten, nach zweimaliger Bestrafung) „sit suspensus ab o., donec emendationem in manus decani coram definitoribus promiserit".

[1] Basel Sess. XV. (1433), Hardouin 8, 1171 (Erzbischöfe, bez. Bischöfe, welche hartnäckig die Berufung der Provinzial-, bez. Diöcesansynoden unterlassen) „ab officiis et beneficiis sint ipso f. suspensi"; Trid. Sess. XXIII. c. 10 de ref.; Angers 1448 c. 9, Hardouin 9, 1345 (Archidiakonen, Archipresbyter und Dekane, welche für einen Tag zweimal Prokurationen oder solche, wenn sie nicht visitiren, verlangen und das zuviel Erhobene nicht innerhalb eines Monats restituiren) „ab o. et b. fore suspensum, quousque de duplo huiusmodi gravitatis ecclesiis plenariam impenderit satisfactionem"; Toledo 1473 c. 15, ibid. p. 1510 (Kleriker, welche in Begleitung von weltlichen Herren ein kriegerisches, ungebundenes Leben führen) „tamdiu ab o. et b. sint suspensi, donec . . . a praedictis realiter cessaverint"; ibid. c. 17, p. 1511 (Kleriker, welche der Schliessung von Ehen ohne Zuziehung von 5 Zeugen assistiren und solchen Ehen die benedictio nuptialis ertheilen) „eo ipso ab o. et b. per tres menses sint suspensi"; ibid. c. 20, p. 1512 (Kleriker, welche den im Duell Gefallenen oder in Folge eines solchen Gestorbenen das kirchliche Begräbniss gewähren) dieselbe Strafe ipso facto auf 6 Monate; Toledo 1566 III. 18, Hardouin 10, 1166 (clerici in sacris et beneficiati laicorum oeconomi, saecularium rerum dispensatores, in foro civili procuratores) „poena susp. ab o. et b. ad VI menses puniantur"; ibid. III. 15, p. 1165 (Kleriker, welche Frauen während des Gottesdienstes in den Chor der Kirche zulassen, ausser Exkommunikation l. s.) „sit ab o. et b. per sex menses ipso facto suspensus" (wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1565); ibid. II. 21, ibid. p. 1153. 1154 (clerici in sacris et beneficiati, welche larvis personati incedunt aut cuiusque in quibuscumque spectaculis ac ludis personam agunt) „suspensione ab o. et b. mulctaque pecuniaria arbitrio ordinarii graviter puniantur"; Rheims 1588, Hardouin 10, 1292 n. 4 (Kleriker, welche sich dem Trunk und der Völlerei ergeben, nach vergeblicher monitio) „ab o. et b. suspendantur"; Salzburg 1569 XXVII. 13, Hartzheim 7, 303. 304 (im Wesentlichen dasselbe); Mecheln 1570 c. 2, l. c. 7, 613 (Pfarrer, welche kopuliren, wenn ein Theil zur Ehe gezwungen wird) „s. p. suspensionis ab o. et b." (wiederholt Mecheln 1607 X. 1, ibid. 8, 780 und Cambrai 1631 XIII. 7, ibid. 9, 555); Cambrai 1586 XIV. 5, l. c. 7, 1011 (Pfarrer, welche wegen der Wegtreibung der Schafe, um dem Berechtigten den Woll- und Lämmerzehnt zu entziehen, mit Kaufleuten paktiren) „ab o. et b., donec male recepta restituerint, suspendendos esse"; D. S. Münster 1712 n. 9, ibid. 10, 377 (Pfarrer, welche die Taufe und das Ehesakrament nicht am Vormittag und nicht in der Kirche administriren) s. p. s. a. o. et b.; Fermo 1726, coll. conc. Lac. 1, 549 (Halten von Haushälterinnen, welche Verdacht erregen, bei Hartnäckigkeit) p. s. ab o. et b.; Turin 1817, l. c. 3, 765 („si quis sacerdotum in fornicationem aut adulterium inciderit) ab o. simul et b. suspendatur"; Neugranada 1868, l. c. 6, 548 (gegen habsüchtige Geistliche, welche trotz dreimaliger Mahnung sich nicht bessern, Strafen) „usque ad suspensionem ab o. et b."

Etwas abweichend D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 20, Hartzheim 8, 891. 892 (Geistliche, welche Tänze anführen, maskirt einhergehen und Nachts lärmend herumlaufen) „per mensem ab o. suspendantur et *fructibus beneficii priventur*" (s. unten Nr. 12).

[2] Trid. Sess. XIV. c. 6 de ref. (clerici in sacris et beneficiati, welche trotz Mahnung keine passenden Kleider tragen); Rouen 1585, Hardouin 10, 1237 n. 9 (Geistliche, welche Bärte, keine Tonsur und keine passende Kleidung tragen, nach monitio auch durch öffentliches Edikt); Mecheln 1607 XIII. 4, Hartzheim 8, 788 (ebenso).

[3] Benedikt XIV.: Pastoralis 1742 §. 7, bull. Ben. 1, 58 (Hinderung der Ausführung der Citationen und Mandate der römischen Kurie und des apostolischen Stuhles durch Unbetheiligte, wenn sie Geistliche oder Mönche sind, als päpstlich reservirte Strafe ipso facto).

[4] S. o. S. 67; Suarez l. c. disp. XXVI s. 1 n. 3; Kober S. 88. 104.

[5] Vgl. Bd. IV. S. 85. 89.

[6] Bd. II. S. 222. 257. 258. Das gilt jedoch nicht für die Erzpriester oder Landdekane, ebensowenig

ertheilten Delegationen der Jurisdiktion und Approbationen zum Beichthören in Kraft bleiben[1]. Ebensowenig kann der ab officio Suspendirte die sonstigen mit seinem Amte verbundenen Rechte, namentlich Wahl- oder Stimmrechte, z. B. als Kanoniker im Kapitel, ausüben[2]. Besitzt er kein Amt, mit welchem die iurisdictio externa verbunden ist, so z. B. ein Pfarramt[3], so ist ihm die Ausübung aller aus demselben herfliessender Amtshandlungen entzogen, also das Predigen, die Ertheilung des Unterrichts in der Christenlehre, die Führung der Kirchenbücher und der Vermögensverwaltung der Kirche, die Assistenz bei der Eheschliessung und die Spendung der sakramentalen Absolution beim Busssakrament[4].

Werden derartige Handlungen dennoch vorgenommen, so sind sie nichtig[5]. In Betreff der eigentlichen Jurisdiktionshandlungen ist die Doktrin einig[6]. Dasselbe muss aber auch, soweit hier der Natur der Sache nach eine Nichtigkeit eintreten kann, für diejenigen Akte angenommen werden, welche weder Ausfluss der äusseren Jurisdiktion noch des Ordo sind[7], denn die Suspension entzieht begrifflich dem Suspendirten für eine Zeit das Recht, alle Handlungen seines Amtes auszuüben, stellt ihn also auf so lange demjenigen, welcher das betreffende Amt gar nicht bekleidet, rechtlich gleich[8]. Von diesem Standpunkt erscheint die allgemein herrschende Ansicht, dass der suspendirte Pfarrer der Eheschliessung gültig assistiren könne[9], nicht deshalb richtig, weil diese Assistenz kein Ausfluss der Jurisdiktion, sondern der Pfarrer nur *testis autorisabilis* sei, vielmehr lässt sie sich lediglich damit begründen, dass es nach dem Tridentinum[10] genügt, dass derjenige, welcher blos das Recht des Pfarrers seiner Substanz nach besitzt, der Erklärung des Ehekonsenses anwohnt[11].

Weil die *suspensio ab officio* alle Amtsrechte trifft, und das Recht zur Ausübung des Ordo ebenfalls ein Ausfluss des Amtes ist, so umfasst sie, wenn sie schlechthin ohne Einschränkung ausgesprochen und angedroht wird, stets zugleich die *suspensio*

wie deren Stellung auch nicht mit dem Tode des Bischofs erlischt, a. a. O. S. 287. Die Befugniss des *judex delegatus* wird aber nach Analogie des Falles des Todes des Deleganten, Bd. I. S. 193, dann, wenn noch res integra ist, hinfällig, s. auch Kober S. 104.

[1] Denn weder die Beichtjurisdiktion noch die Approbation erlischt, wenn sie einmal ertheilt worden ist, mit dem Tode des sie gewährenden Ordinarius, ist also von dem Fortbestande seiner Jurisdiktion unabhängig; s. Bd. IV. S. 87 n. 7 u. S. 90, so auch Kober S. 107.

[2] Bonix, de capitulis (s. Bd. II. S. 49 n. *) p. 199; für das Stimmrecht bei Wahlen — eine Ausnahme gilt nur kraft besonderer Vorschrift bei der Papstwahl, s. Bd. I. S. 278 — spricht dies ausdrücklich c. 8 (Innoc. III.) X de cons. I. 4 („quia nobis constitit, electionem ipsam a suspensis et de suspenso etiam celebratam, eam iustitia cassavimus exigente") aus, s. auch c. 16 i. f. (id.) X de elect. I. 6; vgl. Bd. II. S. 659. Gegen die Suspension des Stimmrechts im Kapitel Schmalzgrueber V. 39 n. 292 aus dem nicht zutreffenden Grunde, dass dabei weder ein Ausfluss der iurisdictio noch des ordo in Frage stehe.

[3] S. Bd. II. S. 295.

[4] Allerdings handelt es sich hierbei zugleich um einen Ausfluss des ordo, Bd. IV. S. 85, aber durch die Suspension wird sowohl die Ausübung der mit dem Pfarramt verbundenen iurisdictio interna, wie auch des ordo (s. nachher S. 598) gehindert.

[5] Dagegen ist eine Strafe für die Vornahme derselben gemeinrechtlich nicht festgesetzt, wennschon eine solche arbiträr verhängt werden kann, s. auch Kober S. 108.

[6] Suarez l. c. disp. XXVI s. 2 n. 2; Reiffenstuel V. 39 n. 176; Kober S. 163.

[7] Also beim suspendirten Pfarrer für die Vornahme von Akten der Vermögensverwaltung und von Eintragungen in das Kirchenbuch, welchen letzteren die Eigenschaft als öffentlicher Urkunden durch die Suspension genommen wird.

[8] Zu dieser Annahme ist man um so mehr berechtigt, als nach ausdrücklicher Vorschrift, s. Anm. 2, das Wahlrecht nicht gültig ausgeübt werden kann, und dieses weder ein Ausfluss des ordo noch der iurisdictio ist. Bei der schablonenhaften Eintheilung der Amtsrechte in diese beiden eben gedachten Kategorieen hat die Doktrin übersehen, dass sich nicht alle aus den verschiedenen kirchlichen Ämtern herfliessenden Rechte in diese hineinpressen lassen.

[9] Auch der exkommunicirte, interdicirte, Ferraris s. v. impedimenta matrimonii art. II n. 84; Kutschker, Eherecht 4, 381; Schulte Eherecht S. 68; v. Scherer K. R. 2, 198; Kober S. 103.

[10] Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr.

[11] Wenn Kober S. 105. 106 auch die sakramentale Absolution durch suspendirte Beicht-

ab ordine[1]. In Folge dessen ist der in dieser Weise Suspendirte nicht befugt, die Funktionen des Ordo auszuüben, also nicht, die Sakramente und die Sakramentalien zu spenden, indessen tritt, wenn er dies dennoch thut, keine Nichtigkeit ein[2].

Weiter ist der Suspendirte auch unfähig, zu Kirchenämtern gewählt zu werden[3] und überhaupt solche übertragen zu erhalten[4], und zwar bei Strafe der Nichtigkeit der Wahl und der Verleihung[5]. Nicht minder trifft ihn die Unfähigkeit, einen höheren Ordo, als den bereits von ihm innegehabten, erlaubter Weise zu erlangen[6].

Durch die const. Martins V: *Ad vitanda*[7] ist hinsichtlich des Suspendirten, da sie blos auf den Verkehr mit ihm in Betreff der Amtsfunktionen Anwendung finden kann[8], soweit es sich um den Suspendirten handelt, an den vorstehend dargelegten Grundsätzen nichts geändert, aber, so lange die vorgeschriebene Publikation der Suspension noch nicht erfolgt ist[9], dürfen die Gläubigen die ihm an sich verbotenen Amtshandlungen, mögen es Funktionen der Weihe oder der Jurisdiktion sein, von ihm in Anspruch nehmen[10], und es können die in Folge dessen von ihm vorgenommenen Handlungen nicht für nichtig erachtet werden[11]. Ebensowenig tritt in einem solchen Fall die sonst den Suspendirten für die Ausübung der Weiherechte treffende Irregularität[12] ein[13].

Andere als die bisher besprochenen Folgen zieht die *susp. ab officio* nicht nach sich. Insbesondere ist es auch bis heute bei der schon dem älteren Recht angehörigen Regel verblieben, dass sie den Suspendirten nicht seines Rechtes hinsichtlich seines Benefiziums oder des Bezuges seiner Amtseinkünfte beraubt[14], wennschon er freilich aus seinen Benefizial- oder Amtseinkünften die Kosten für die durch seine susp. ab off. etwa nothwendig werdende Stellvertretung zu tragen hat[15].

väter unter Umständen als gültig betrachtet wissen will, so hängt dies mit der Bd. IV. S. 88 widerlegten falschen Auffassung zusammen.

1 S. o. S. 67; vgl. ferner c. 1 (Innoc. IV.) in VI de sent. II. 14. Wenn dieses in Betreff des kirchlichen Richters, welcher in Folge von Bestechung auf ein Jahr ab exsecutione officii suspendirt ist, anordnet, „quod si suspensione durante damnabiliter ingesserit se divinis, irregularitatis se involvet", so ergiebt sich daraus, dass auch zugleich eine Suspension vom ordo eintritt, denn sonst könnte von der Irregularität keine Rede sein, s. Bd. I. S. 52. Dass trotzdem noch mitunter neben der suspensio *ab officio* die *ab ordine* angedroht wird, s. o. S. 67 n. 10 u. S. 590, erklärt sich aus dem o. S. 67 n. 10 angegebenen Grunde.

2 Suarez l. c. disp. XXVI s. 2 n. 2; Reiffenstuel V. 39; Kober S. 102. 103. Vgl. des Weiteren auch unten S. 598 das in Betreff der susp. ab ordine bemerkte.

3 c. 8 (Innoc. III.) X de cons. I. 4, s. o. S. 591 n. 2.

4 Arg. c. 8 (Coelest. III.) X de aetate I. 14; Bd. II. S. 488 n. 8; Suarez l. c. disp. XXVI s. 3 n. 7.

5 Nach Suarez l. c. 8 freilich nur anfechtbar.

6 Das folgt daraus, dass er den unteren Grad, folgeweise auch den höheren nicht ausüben darf, Kober S. 114.

7 S. o. S. 505 n. 9, welche sich gleichfalls auf die Suspension bezieht.

8 Denn an sich ist der Verkehr mit ihm nicht verboten.

9 S. o. S. 508. 509.

10 Suarez l. c. disp. XXVI s. 2 n. 2; Kober S. 110. 111.

11 Sonst würde die Erleichterung, welche die const. Martins V. gewähren will, nicht herbeigeführt werden. Vgl. auch Suarez l. c.; Avila l. c. P. III. disp. 3 dub. 3; Schmalzgrueber V. 39 n. 307. 309.

12 Bd. I. S. 52. 53. Wegen der sonstigen Bestrafung gilt das in Betreff der susp. ab ordine bemerkte, s. unten S. 598. 599.

13 Weil dazu das Vorliegen einer böslichen Absicht erforderlich ist, Bd. I. S. 53, welche hier nicht vorliegt, und überdies die const. Martins V. ihren Zweck nicht erreichen würde.

14 S. o. S. 68; Alexander VII.: Piae sollicitudinis 1657 §. 1 (für Rom), b. T. 16, 275 (Kirchenleiter und Chorpräfekten, welche während der Messe und Ausstellung der Eucharistie unpassende Sachen vortragen lassen) „sub poena exc. l. s. necnon privationis fructuum unius mensis ac suspensionis ab officio", woraus sich ergiebt, dass die susp. ab o. an und für sich das Recht auf die Früchte nicht berührt. Freilich ist darüber früher gestritten worden, vgl. darüber Suarez l. c. disp. XXVI s. 3 n. 3—5, welcher die hier vertretene Ansicht hat. Übrigens wird die *susp. a benef.* stets besonders neben der *ab officio* angedroht, s. o. S. 589. 590.

15 Das ergiebt die Analogie von c. 28 (Alex. III.)

bb. Die *suspensio a beneficio.* Sie wird in der hier fraglichen Zeit[1] sehr selten allein und zwar nur durch die Partikularkonzilien[2], mehrfach dagegen aber in Verbindung mit anderen Arten der Suspension angedroht[3]. Sie entzieht dem betreffenden Amtsträger

erstens das Recht auf den Genuss seines Benefiziums, seiner Pfründe[4], d. h. aller Einkünfte, welche er in Folge derselben zu beziehen hat, sowohl derjenigen, welche aus dem Benefizial- oder Pfründengut aufkommen, als auch solcher, welche ihm in Folge der mit der Pfründe verbundenen amtlichen Stellung, wie bei den Kanonikern die *distributiones quotidianae*[5], bei den Pfarrern die Zehnten, zustehen, und endlich derjenigen, welche, wie die Erträgnisse von Stiftungen, z. B. Jahrtags-Stiftungen, dauernd mit der Pfründe verbunden sind, nicht aber solcher, welche ihm blos wegen der Verrichtung bestimmter Handlungen, wie die Stolgebühren und Messstipendien, gebühren und sich nur als zufällige, mit der Pfründe als solcher nicht in Zusammenhang stehende Einnahmen darstellen[6]. Hat der *a beneficio* suspendirte Geistliche mehrere Benefizien, so bezieht sich die Suspension, falls sie nicht beschränkt ausgesprochen wird, auf die gedachten Erträgnisse aller[7]. Der Suspendirte verliert die betreffenden Einkünfte für immer[8] und erwirbt, wenn er sie sich trotz der Suspension aneignet, an denselben dadurch nicht das Eigenthum[9], ist sie also herauszugeben verpflichtet. Er hat selbst nicht einmal ein Recht darauf, dass ihm so viel übrig gelassen wird, als zum angemessenen Lebensunterhalt erforderlich ist[10]. Andererseits liegt ihm keine

X de app. II. 28 u. c. 16 (Gregor IX.) X de cler. non res. III. 4, s. auch o. S. 68 n. 5.

1 Über die frühere Zeit s. o. S. 69 n. 1.

2 Tortosa 1429 c. 1, Hardouin 8, 1075 (Kleriker, welche ihre unpassenden Kleider nicht auf Mahnung an die Kirchenfabrik herausgeben) „per III annos ipso iure a beneficiis, quae obtinet, sit suspensus; ibid. c. 16, p. 1082 (Quästuarier, welche ohne Erlaubniss des Diöcesanbischofs terminiren oder predigen, ausser der Exkommunikation) „a beneficiis ecclesiasticis, si quae obtinet, per triennium sit suspensus"; Bordeaux 1583 c. 33, l. c. 10, 1377, 1378 (Geistliche, welche nicht zur Diöcesansynode kommen und nach Denunziation als excommunicati wegen ihres hartnäckigen Ausbleibens sich nicht aus dem Bann lösen) „a beneficiis suspendantur et tandem iis priventur".

3 S. 590 n. 2.

4 Suarez l. c. disp. XXVIII s. 1 n. 27; Schmalzgrueber V. 39 n. 299; Kober S. 115.

5 Suarez l. c. Dagegen lässt Schmalzgrueber l. c. n. 302 dies nur für die aus den Früchten des Benefiziums herfliessenden Distributionen, nicht aber für die, welche aus besonderen Stiftungen herrühren, gelten. Das letztere ist allerdings richtig. Indessen erschöpft es nicht alle Fälle. Bestehen im Kapitel keine gesonderten Präbenden, s. Bd. III. S. 237, so trifft die Suspension selbstverständlich die die letzteren repräsentirenden Distributionen. Wenn dagegen neben den Präbendenmassen besondere Fonds für die Distributionen in Gemässheit des Tridentinums, a. a. O. S. 236. 237, vorhanden sind, so gilt dies ebenfalls, da der Kanoniker die Distributionen aus diesen nur kraft seines Kanonikats zu beziehen hat. Dagegen (Avanzini-) Pennachi comm. cit. 2, 351, welcher die Distributionen überhaupt nicht von der Suspension betroffen werden lässt. Der Grund, dass sie für die Anwesenheit im Chor entrichtet werden, nicht aber Früchte des Benefiziums bilden, erscheint nicht durchschlagend, weil sie mit dem Kanonikat als solchem verbundene amtliche Einkünfte sind.

6 Eine Suspension von den den Suspendirten zustehenden Besetzungsrechten tritt, — dies nehmen einzelne Ältere an, s. darüber Suarez l. c. n. 30; Schmalzgrueber l. c. n. 304, weil sie diese Rechte als fructus im weiteren Sinne betrachten, Bd. II. S. 242 n. 1, — ebensowenig ein.

7 c. 37 (Bonif. VIII.) in VI de elect. I. 6; Schmalzgrueber l. c. n. 300; Kober S. 126. Über die verschiedenen Meinungen s. Suarez l. c. disp. XXVII s. 1 n. 9 ff.

8 Suarez l. c. disp. XXVII s. 1 n. 6.

9 Denn er ist eben von dem Recht, welches ihm allein das Eigenthum zu gewähren vermag, suspendirt, s. auch Kober S. 123. Durch Vermischung mit anderen gleichen Sachen bis zur Ununterscheidbarkeit kann er Eigenthümer werden, bleibt aber dann obligatorisch zur Rückerstattung verpflichtet.

10 Eine solche billigen ihm manche, s. Avila l. c. P. III disp. 2 dub. 2 concl. 6; Engel l. c. V. 39 n. 78 zu; Suarez l. c. s. 1 n. 5; Schmalzgrueber n. 305, Kober S. 121. 122, zwar dann nicht, wenn die Suspension wegen Ungehorsams verhängt ist, der Suspendirte es also in der Hand hat, jeden Augenblick die Strafe zu beseitigen, wohl aber wenn die Suspension wegen eines Vergehens als Strafe im eigentlichen Sinn verhängt worden ist, und der Betroffene sie nicht durch sein Verhalten beseitigen kann. Indessen haben diese Ansichten keinen quellenmässigen Anhalt, und gerade dem Wesen der hier fraglichen Strafe

Pflicht ob, seinerseits die auf dem Benefizium zu Gunsten dritter Personen ruhenden Lasten zu tragen oder zu bestreiten. Diese müssen vielmehr aus den Einkünften, deren Genuss ihm entzogen ist, entrichtet werden [1]. Wird die suspensio a beneficio gegen einen Kleriker verhängt, welcher kein Benefizium besitzt, so macht sie ihn unfähig, kirchliches Einkommen zu beziehen [2]. Die amtlichen Pflichten berührt diese Art der suspensio nicht. Daher hat der Suspendirte die Funktionen seines Amtes nach wie vor so zu erfüllen, wie wenn er nicht von der Suspension *a beneficio* betroffen worden wäre [3].

Zweitens entzieht die letztere dem Benefiziaten auch das Recht zur Führung der Verwaltung der Pfründengüter, und die etwa in Betreff der letzteren von ihm vorgenommenen Rechtsgeschäfte sind nichtig [4]. Wenn nothwendig, wird daher von dem vorgesetzten kirchlichen Oberen ein besonderer Oeconomus oder Administrator für die Verwaltung der erwähnten Vermögensmassen eingesetzt, welcher diese unabhängig von dem Suspendirten zu führen hat [5].

Aus den Einkünften des Benefiziums, welcher der Suspendirte verlustig geht, sind zunächst die Kosten für die Unterhaltung der Benefizialgüter, soweit sie von ihm bestritten werden müssen [6], nicht minder die erforderliche Remuneration des Oekonomus [7], endlich auch der etwa dem Suspendirten aus Gnade gewährte nothdürftige Unterhalt [8] zu entnehmen. Der Überschuss ist zu kirchlichen und frommen Zwecken zu verwenden [9], während der Antheil der Kanoniker und der sonst zum Chordienst verpflichteten Kleriker an den Distributionen, soweit er sonst beim Fernbleiben derselben vom Chordienst an die anwesenden Amtsgenossen zu vertheilen ist, auch in dem hier fraglichen Fall diesen zu überweisen [10] sein wird.

Falls der vom Benefizium Suspendirte sich des Bezuges seiner Einkünfte oder der Verwaltung des Pfründengutes nicht enthält, kann gegen ihn die Strafe der *privatio beneficii* verhängt werden [11].

widerspricht eine solche Begünstigung, weil dieselbe dadurch ihre Wirkung verlieren würde. Nur aus Gnade wird dem Suspendirten, wenn er nicht im Stande ist, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen, und in äusserste Noth geräth, das absolut Erforderliche gewährt werden können.

[1] Das gilt namentlich von Pensionen, s. Bd. II. S. 413 ff., welche sich als Reallast eines Benefiziums darstellen, s. a. O. S. 415. Von einem Eintreten mit seinem Privatvermögen kann für den Suspendirten keine Rede sein, weil dies dem Charakter der fraglichen Strafe widersprechen würde, s. noch Kober S. 120. 121.

[2] Arg. Clem. 2 de vita III. 1. Hat er kein Benefizium, aber kraft seiner Stellung eine Remuneration zu erhalten, so wird er auch diese nicht beziehen können.

[3] Denn die Einkünfte des Benefiziums sind nicht Entgelt für die Verwaltung der Amtshandlungen in der Weise, dass die Vornahme der letzteren von dem Bezuge der ersteren abhängig wäre.

[4] Sowohl c. 1 (Innoc. IV.) §. 2 wie auch c. 16 (Nicol. III.) s. v. ceterum in VI de elect. I. 6, drohen dem a beneficio Suspendirten, wenn er sich trotzdem eigenmächtig „ingesserit", die privatio beneficii ipso iure an, ergeben also, dass er sich auch nicht mit der Verwaltung befassen darf. Vgl. auch Suarez l. c. disp. XXVII s. 1 n. 29; Schmalzgrueber l. c. n. 303; Kober S. 118.

[5] Engel l. c. V. 39 n. 78; Kober S. 118.

[6] Das folgt aus der Natur der Sache, da der Benefiziat, auch wenn er nicht suspendirt worden wäre, diese im Interesse des Benefiziums hätte aufwenden müssen und sie nicht zu anderen Zwecken hätte ausgeben können.

[7] Weil diese Kosten durch die Suspension bedingt werden.

[8] S. o. S. 593 n. 10.

[9] Nach Kober S. 120 für die betreffende Kirchenfabrik oder die Ortsarmen unter Berufung auf Trid. sess. XXII. c. 1 de ref., welches aber von den dem nicht Residenz haltenden Geistlichen verloren gehenden Früchten, Bd. III. S. 228. 232, nicht von den Einkünften bei der suspensio a b. handelt. Eine gemeinrechtliche Vorschrift besteht nicht. Das Prinzip, welches die Verwendung der Geldstrafen beherrscht, s. o. S. 551, wird also auch hier massgebend sein. So sollen nach Toledo 1473 c. 15. 17. 20, s. o. S. 590 n. 1, die Einkünfte zur Hälfte für die Fabrik der Kirche, zur Hälfte zu den Kosten für das künftige Provinzialkonzil verwendet werden.

[10] Vgl. Bd. III. S. 237.

[11] Ausdrücklich ist diese Strafe und zwar als poena l. s. blos für Spezialfälle, s. Anm. 4,

Endlich ist der *a beneficio* Suspendirte ebenso unfähig, kirchliche Ämter zu erwerben, wie der *ab officio* Suspendirte [1].

cc. Die *suspensio ab ordine* [2], auch vielfach als *suspensio ab executione* oder *exercitio ordinum* [3], mitunter als *s. a munere ordinum* [4] oder *a functione ordinum* [5], endlich und zwar

nämlich für diejenigen, welche wegen nicht erwiesener Einwendungen gegen einen Gewählten, sowie für diejenigen, welche wegen böslicher Unterlassung der Mittheilung von der Wahl an den Gewählten innerhalb der gesetzlichen Frist a beneficio suspendirt sind und sich trotz dieser Suspension in ihr Benefizium einmischen. Aber da in der eben gedachten Handlung seitens solcher, welche aus anderen Gründen a b. suspendirt, ebenfalls eine schwere Missachtung der kirchlichen Strafe liegen kann, so wird die privatio beneficii auch in solchen Fällen nach Lage der Sache arbiträr vom kirchlichen Richter verhängt werden können, dagegen freilich Suarez l. c. disp. XXVII s. 1 n. 8, während Engel l. c. V. 39; Reiffenstuel V. 39 n. 175; Ferraris s. v. suspensio art. VII. n. 5 die Strafe allgemein ipso iure eintreten lassen wollen. Das ist sicherlich unrichtig, weil sie in dieser Weise nicht allgemein angedroht ist. Dagegen auch Kober S. 124, freilich aus dem unzutreffenden Grunde, dass die poenae temporales stets die Dazwischenkunft des Richters voraussetzen, vgl. auch oben S. 134 n. 3.

1 In Betreff der passiven Wahlunfähigkeit s. c. 26 (Innoc. III.) X de elect. I. 6, vgl. weiter Bd. II. S. 488; Suarez l. c. disp. XXVII s. 1 n. 23 ff.; Kober S. 118.

2 Eugen V.: Cum detestabile 1434 §. 5, b. T. 5, 16 („qui si simoniace ordinati fuerint, a suis sint ordinibus suspensi"); Aix 1585, Hardouin 10, 1543 (Kleriker, welche verdächtige Frauenspersonen haben) „suspendatur ab ordinibus, donec ordinario videbitur"; D. S. Besançon 1571, Hartzheim 8, 198, s. o. S. 579 n. 3; Besançon 1693, bez. 1707, ibid. 10, 292 (clerici in sacris und die zum Tragen geistlicher Tracht verpflichteten Kleriker, welche Spielen, namentlich Würfel- oder Kartenspielen anwohnen, wenn diese an öffentlichen Orten oder in allen zugänglichen Privathäusern gehalten werden, suspensio ab ordine ipso facto), s. auch S. 590.

3 Konstanz sess. gen. XLIII. c. 4, Hübler, Konstanzer Reformation S. 160 (für simonistisch geweihte Geistliche als poena l. s.); Paul II. 1464 in c. 2 in Extr. comm. de sim. V. 1 (ebenso, vgl. Kober Suspension S. 277); Pius IV.: Alias 1562, b. T. 7, 199 (Titularbischöfe, welche unerlaubt in fremden Diöcesen Weihehandlungen ausüben, können von den Diöcesanbischöfen als Delegaten des apostolischen Stuhles mit susp. a suis ordinibus bestraft werden); Trid. sess. VII. c. 10 de ref. (für diejenigen, welche sich die ordines maiores auf Grund von Dimissorien des Kapitularvikars haben ertheilen lassen, vgl. Bd. II. S. 242, als Strafe ipso iure); Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729 (sollicitatio ad turpia in nicht schweren Fällen, s. o. S. 569 n. 4); Dekret Urbans VIII.: Sacra Congregatio 1624 §. 10, b. T. 13, 207 (eiecti extra religionem degentes) „sint perpetuo suspensi ab exercitio ordinum"; Benedikt XIV.: Ubi primum 1746, bull. Bened. 2, 25, o. S. 572 n. 6 a. E.; Pius VI.: Charitas 1791 §. 23, bull. Rom. cont. 9, 11 (erklärt alle diejenigen, welche bei der Konsekration der Bischöfe nach der französischen constitution du clergé Hülfe, Rath und Beistand geleistet haben) „suspensos ab exercitio sacerdotalis seu cuiuscumque alterius ordinis, die Bischöfe ab omni exercitio episcopalis ordinis"; Pius IX.: Apostolicae sedis 1869, suspensiones l. s. summo pontifici reservatae n. 5: „suspensionem perpetuam ab exercitio ordinum ipso iure incurrant religiosi eiecti extra religionem degentes" (im Wesentlichen Wiederholung des Dekrets d. Congr. conc. v. 1624 §. 10, b. T. 13, 202); Salzburg 1569 XVII. 17, Hartzheim 7, 306 (clerici concubinarii, wenn gegen sie nicht mit fructuum suspensio oder beneficii privatio vorgegangen werden kann) susp. ab executione ordinis; Cambrai 1586 XVI. 5, l. c. 7, 1016 (Kleriker, welche keine passende Tonsur tragen) „ab executione suorum ordinum arbitrio ordinarii suspendantur"; Tours 1583 c. 9, Hardouin 10, 1407 (Priester, welcher klandestine Ehen celebrirt oder ihnen anwohnt) suspensio ab exec. suorum ordinum per triennium; Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 765 n. 16 (Pfarrer und Priester bei Umgang mit verdächtigen Frauen nach dreimaliger Mahnung) „ab exercitio ordinum aeque ac beneficio . . . suspensus maneat"; ibid. p. 766, s. o. S. 579 n. 3 a. E.

Auch das *interdicere sacrorum exercitium* in Trid. sess. XXIII. c. 16 de ref. (für Geistliche, welche ihren Sitz ohne Wissen des Bischofs verlassen, also sich namentlich in eine andere Diöcese begeben) kann nichts Anderes als die susp. ab ordine bedeuten.

4 Mailand 1565 II. 23, Hardouin 10, 665 (clerici in sacris, welche nach Aufforderung keine passende Klerikaltracht tragen) „ab omni ordinum suorum munere sint suspensi"; Mailand 1569 II. 4, ibid. p. 742 (Kanoniker, welcher die ihm kraft seiner Stellung obliegenden Messen nicht celebrirt, ausser Verlust dreitägiger Distributionen) „ab ordinis sui munere suspendatur ipsius episcopi arbitratu"; Aix 1585, ibid. p. 1542 (clerici, welche nach öffentlicher Aufforderung nicht passende Kleidertracht anlegen) „si in sacris ordinibus sunt, ab omni ordinum suorum munere sint suspensi et beneficiorum suorum omnibus anni unius fructibus iure ipso privati sunt, quos episcopus piis locis arbitrio suo attribuet"; und ibid. p. 1544 (Kleriker, welche unpassende Beschäftigungen treiben, nicht passende Ämter übernehmen u. s. w.) arbiträr „suspensio ab ordinum munere".

5 Bordeaux 1624 VII. 2, Hardouin 11, 79 (Assistenz bei klandestinen Ehen) „non promotus ad beneficia . . . numquam in quibuscumque nostrae provinciae dioecesibus ordinum suorum officiis fungi potest, donec poenitentia exacte

häufig als *suspensio a divinis* [1] bezeichnet, welche in dieser Periode in grösserem Um-

peracta, iudicio ordinarii sui pristinis ordinum suorum *functionibus* restituatur".

Auch Salzburg 1569 XXVII. 14, Hartzheim 7, 304 (trunksüchtige Geistliche ohne Benefizium) „carcere puniatur neque ad *exercitium ministerii sui* ac vini potionem admittatur" und D. S. Arras 1570 X. 2, l. c. 8, 234 (für dasselbe Vergehen) „*omnino sacrorum ministeriis* arceri" (ähnlich Salzburg cit. XXIX. 3, ibid. 7, 312) ist offenbar die susp. *ab ordine* gemeint.

[1] So namentlich im Vergleich zu früher, s. S. 70 n. 4 in den Partikularsynoden, vgl. York 1466, Hardouin 9, 1486 (Priester, welche Wirthshäuser, Schauspiele, Häuser verdächtiger Frauen besuchen oder unerlaubte Spiele spielen) poena s. a divinis; Paris 1528 c. 24, l. c. p. 1955 (Priestern soll von den Ordinarien die Feier der Messe in Kapellen untersagt werden) sub p. s. a d.; Mecheln 1570 c. 6, Hartzheim 7, 614 (Kopulation fremder Parochianen durch Pfarrer oder ihre Stellvertreter); Cambrai 1586 VI. 4, l. c. 7, 1003 (Pfarrer, welche die Vorschrift des Tridentinums über die Beschränkung der Taufpathen nicht beobachten); Rouen 1581, Hardouin 10, 1220 n. 2 (Solennisirung von klandestinen Ehen unter Verletzung des Tridentinums durch Priester) s. a d. ipso f.; Rouen 1581, ibid. p. 1235 n. 5 (wer einem Adligen oder einem Andern, welcher, weil er den Pfarrer beleidigt oder am Residenzhalten verhindert hat, ipso f. dem Anathem verfallen ist, wissentlich oder freiwillig das Abendmahl oder ein anderes Sakrament spendet) „sit suspensus a d. ipso f.", ibid. p. 1240 n. 23 (Priester, welcher während einer anderen als der Pfarrmesse Brod und Wein segnet) „sit suspensus a divinis"; ibid. p. 1240 n. 24 (Pflicht der Pfarrer, die Kirchhöfe geschlossen halten zu lassen) s. p. s. a d.; Narbonne 1609 c. 32, Hardouin 11, 35 (diejenigen, welche die Seelsorge übernehmen oder Sakramente spenden, ohne ein Seelsorgeramt vom Ordinarius erhalten oder ihm die ordnungsmässige Übertragung nachgewiesen zu haben) „praesenti decreto a divinis suspendimus, fructibus beneficii privamus"; Cambrai 1631 XVIII. 15, Hartzheim 9, 562 (Kleriker, welcher einen Anderen im Wirthshaus schlägt oder mit dem Messer sticht, im Rückfall) „a divinis suspendi"; D. S. Brügge 1693 III. 40, Hartzheim 10, 199 (Exorzisiren ohne schriftliche Erlaubniss des Ordinarius) p. s. a d.; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 85 (griechische Priester, welche nach lateinischem, und lateinische, welche nach griechischem Ritus celebriren) „s. p. perpetuae suspensionis a divinis"; Neapel 1699, ibid. p. 172 (Priester, der in einem vom Ordinarius nicht approbirten und darum ipso facto interdicirten Oratorium celebrirt) ipso f. suspensum a d.; ibid. p. 174 (Pfarrer, welcher die Armen nicht auf seine Kosten begraben lässt) p. s. a d. et 100 librae cerae elaboratae; ibid. p. 190 (Examinatoren für die Ordination, welche etwas vor oder nach der Prüfung annehmen) „p. s. a d. una cum ipsis tribuentibus incurrant"; ibid. p. 198 (Säkulargeistlicher, welcher ohne Erlaubniss des Ordinarius exorzisirt) „s. a d. ipso facto"; Rom 1725, ibid. p. 348 (Pfarrer und Priester, welche bei der Messe nicht zur Belehrung des Volkes das Symbol, das Vaterunser, den Dekalog u. s. w. recitiren) p. s. a d.; Fermo 1726, ibid. p. 599 (Priester, welche mit Frauen tanzen oder larvati incedunt) p. s. a d. eo ipso; Konvent v. Loreto 1850, ibid. 6, 781 n. 14 (Priester, welche bei der Messe nicht die vorgeschriebene Tracht und Schuhbekleidung tragen) „s. a d. ipso facto per triduum".

Nicht minder gebrauchen auch die päpstlichen Konstitutionen wiederholt die fragliche Bezeichnung, vgl. Pius IV.: In eligendis 1562 §. 23, b. T. 7, 230 (Prälaten, welche als Wächter des Konklaves die in dasselbe hineingebrachten Speisen und die ein- und ausgehenden Personen nicht genügend kontroliren) p. s. a d.; Pius V.: Regularium 1566 §. 4, b. T. 7, 487 (Vorsteher von Klöstern und Mönche, welche Frauen in die Klausur einlassen, neben privatio officiorum und Inhabilität zu solchen) s. a d. ipso f.; Pius V.: Super speculam 1570 §. 3, b. T. 7, 872 (Disputiren über die unbefleckte Empfängniss Mariä, neben den eben gedachten Strafen) s. a d. ipso f. für clerici in sacris; Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584 §. 3, b. T. 8, 489 (S. 519 n. 1, für Bischöfe) s. a d. ipso f.; Clemens XII. v. 1722, s. o. S. 560 n. 1 (neben der dort genannten Strafe, dem Verlust des aktiven und passiven Stimmrechts, für Regularen) auch s. a d. ipso f.; Benedikt XIII.: Postulat 1725 §. 5, b. T. 22, 129 (Regularen, welche nach ihrer Beförderung zu kirchlichen Würden die ihnen überlassenen Bücher, beweglichen Sachen und Immobilien ihren Ordensoberen nicht zurückgeben), dem Papst reservirte s. a d.; Benedikt XIII.: Maxima 1727 §. 25, b. T. 22, 559, s. o. S. 519 n. 1 (für clerici in sacris ausser den Bischöfen) dem Papst reservirte s. a d.; Benedikt XIV.: Non multi 1748, bull. Ben. 2, 231 (Druck, Herausgabe und Vertreibung von Schriften über Abschaffung und Beibehaltung der gebotenen Feiertage, für dieselben Geistlichen) die gleiche Strafe; ferner Benedikt XIV.: Cum ad 1757 u. 1758, bull. Bened. 4, 236. 283 und Pius VI.: Debito 1784, bull. Rom. cont. 7, 330 (für das Lesen, Behalten und Drucken bestimmter verbotener Bücher) dieselbe Strafe; vgl. auch noch Dekr. d. Congr. episc. v. 1678, coll. conc. Lac. 1, 105 (für Bischöfe und Pfarrer) und Dekr. d. Congr. conc. v. 1893, Arch. f. k. K. R. 70, 164.

Dass dieser Ausdruck so viel wie suspensio ab ordine bedeutet, dafür spricht schon die Bezeichnung *a divinis*, weil es am nächsten liegt, das Wort divina auf die Feier der gottesdienstlichen Handlungen, namentlich der Messe und der Spendung der Sakramente zu beziehen (s. auch Salzburg 1569 XLVI. 4, Hartzheim 7, 351: „a divinis, missarum praecipue celebratione abstineant") und der Umstand, dass die Vergehen, welche mit der s. a d. belegt werden, sich zum Theil mit denjenigen decken, für welche die suspensio in den vorhin oben im Text aufgeführten anderen Wendungen angedroht wird. Weiter stellt Rouen 1581, Hardouin 10, 1235 n. 1 (Priester, welche sich ohne kirchlichen Titel mit Hülfe der Laiengewalt in die Verwaltung von Pfarreien ein-

fange als in der früheren (s. o. S. 70) als Strafe verwendet wird, bedeutet die Ent-

mischen) „ipso facto suspendimus a divinis ac prohibemus, ne quis ab ipsis sacramentum ullum recipiat aut missam audiat" gerade als Folge dieser Art der suspensio dieselben Wirkungen hin, welche die susp. ab ordine äussert (s. o. S. 70 und oben im Text), und wenn Aix 1585 ibid. p. 1560 bei Wiederholung der citirten Strafbestimmungen diese Folgen nicht erwähnt, so setzt es offenbar den Begriff der s. a d. als allbekannt voraus.

Ferner kommt inBetracht, dass, bei den vorher cit. päpstlichen Konstitutionen Pius' V., welche die s. a d. neben der Entziehung der officia für Regularen androhen, ebenfalls nicht gut an eine andere Art der Suspension gedacht werden kann. Endlich erscheint es auch ausgeschlossen — woran man möglicherweise denken könnte —, unter der s. a d. den passiven Ausschluss von den *divinis*, d. h. das *interdictum ingressus ecclesiae*, zu verstehen, weil bei Clemens VIII.: Decet 1597 §. 4, b. T. 10, 413; Clemens VIII.: Cum in 1602 §. 6, ibid. p. 788 u. Cum sanctissimum 1604 §. 7, ibid. 11, 88; Urban VIII.: Divinam 1631 und Si quid 1624, s. o. S. 585 n. 8; ferner Urban VIII.: Considerantes 1631 §. 2, b. T. 14, 191 (Nichtherausgabe der die Güter der römischen Kirche im Dukat Urbino betreffenden Dokumente) die s. a d., namentlich den Bischöfen, neben dem interdictum ingressus ecclesiae angedroht wird.

Allerdings enthält das Dekret Urbans VIII. v. 1625 (1624) §. 6, b. T. 13, 309, und die const. desselben: Caelestis Hierusalem 1634 §. 5, b. T. 14, 436 (s. Bd. IV. S. 262. 278) eine Strafandrohung („si regulares fuerint, privationis suorum officiorum ac vocis activae et passivae, necnon *suspensionis a divinis*, si vero clerici saeculares, privationis pariter suorum officiorum, *suspensionis a divinis et ab administratione sacramentorum exequutioneque suorum ordinum respective* aliisque arbitrio ordinariorum . . . poenis plectendo"), welche gegen die vertretene Auffassung verwerthet werden könnte, da sie anscheinend die Suspension von der Spendung der Sakramente und von den Weihen der s. a d. gegenübersetzt, indessen werden hier den kirchlichen Richtern verschiedene Strafen zur Auswahl gestellt, und wenn bei den Säkulargeistlichen nicht, wie bei den Mönchen, blos die s. a d., sondern auch die Suspension von der Spendung der Sakramente und der Ausübung der Weihen gedacht wird, so soll damit die Möglichkeit gewährt werden, auch eine beschränkte Suspension vom Ordo, also blos von der Befugniss zur Sakramentsspendung oder von der Ausübung eines bestimmten Weihegrades auszusprechen.

Ebensowenig bieten Toledo 1473 c. 6, Hardouin 9, 1505 (Dekane und andere Aufsichtsbeamte, welche den wegen Tragens unpassender Kleider straffälligen Geistlichen die Strafen erlassen) für jedes Mal s. a d. auf einen Monat; Tours 1583 c. 19, l. c. 10, 1433 (bischöfliche Offiziale, welche die Gerichtsbarkeit nachlässig verwalten) s. a d. ipso facto; römisches Edikt 1724, coll. conc. Lac. 1, 439 n. 5 (Pfarrer, Sakristane und Alle, welche die Sakristeien zu beaufsichtigen haben, wenn sie Priester mit Perrücken und Ringen celebriren lassen) s. a d. l. s. auf 15 Tage, und Clemens VIII.: Pro iniuncto 1528 §. 2, b. T. 6, 109 (für Beeinträchtigung des Salzmonopols im Kirchenstaat allen Unterthanen selbst erzbischöflicher oder herzoglicher Würde als Strafen l. s. die s. a d., die Exkommunikation, das Interdikt, die Privation von Lehen, Privilegien und Ämtern, sowie die Vermögenskonfiskation angedroht), wenngleich für alle diese Fälle gerade die Strafe der s. a d. wenig angemessen erscheint, einen durchschlagenden Grund, die Identität der s. a d. und der s. ab ordine zu läugnen, denn es ist vorauszusetzen, dass es sich überall, abgesehen von const. Clemens' VIII. cit., um Geistliche handelt, und was die letztere betrifft, welche Laien und Geistliche zugleich bedroht, dass die Strafe der s. a d. blos für die letzteren gemeint ist, das um so mehr, als diese sonst nirgends für Laien vorkommt.

Endlich fragt es sich, ob mit der hier verfochtenen Auffassung der Umstand zu vereinigen ist, dass die s. a d. auch für Kapitel und Konvente vorkommt, s. Pius V.: Quanta ecclesia 1568 §. 6, b. T. 7, 664 (für die wegen unzulässiger Annahme von Verzichten auf Benefizien, s. Bd. III. S. 271 n. 5, vom Wahl-, Kollations-, Präsentations-, Konfirmations- und Institutionsrecht suspendirten capitula und conventus, wenn sie diese Suspension nicht beachten, dem Papst reservirte s. a d. ipso f.) und Soissons 1456, Hardouin 9, 1384 (für capitula ecclesiarum cathedralium et collegiatarum et praesidentes in eisdem, welche nicht gegen clerici concubinarii einschreiten, s. a d.). Kober S. 363, welcher die Bedeutung der s. a d. nirgends eingehend erörtert, vgl. noch S. 342. 384, sie aber S. 289 stillschweigend als identisch mit der s. ab ordine hinstellt, meint zwar, dass dieselbe in Pii V. const. cit. nicht in der Entziehung der Funktionen des Ordos bestehen könne, weil letztere als persönliche Rechte der Einzelnen blos wegen einer persönlichen Verfehlung zeitweise verloren gehen könnten, und fasst die s. a d. als Einstellung des täglich vom Kapitel zu haltenden Gottesdienstes, also als ein besonderes interdictum locale, auf. In seiner Begründung liegt aber zunächst eine petitio principii, denn auch bei dem Personalinterdikt (s. o. S. 519) werden die persönlichen Rechte der einzelnen Mitglieder in der von ihm von der Hand gewiesenen Weise berührt, und c. 40 (Bonifaz VIII.) in VI de elect. I. 6 (s. o. S. 249 n. 4) droht den Kapiteln die *suspensio ab officio et beneficio*, welche die *susp. ab ordine* in sich schliesst (s. o. S. 591), an. Ferner kennt das kanonische Recht sonst die von ihm behauptete eigenthümliche Gestaltung des Lokalinterdikts, bei welcher jeder nicht zum Kapitel gehörige Geistliche zum Celebriren in der Kirche befugt wäre, nicht, und Soissons 1456 cit., welches die s. a d. gleichzeitig für die schuldigen Kapitel und die schuldigen Vorsteher persönlich androht, schliesst überdies auch die Annahme eines solchen Lokalinterdikts aus. Somit entbehrt die Auffassung Kobers jedes Haltes, und wenn man die hier vertretene Bedeutung der s. a d. auch

hebung von allen aus der Weihe herfliessenden Rechten. Sie bezieht sich also weder auf die Jurisdiktions- noch die sonstigen Amtsrechte [1] noch auf das Benefizium. Der Suspendirte ist insbesondere nicht mehr befugt, die sakramentale Absolution zu spenden [2] und als Kanoniker beim Chordienst diejenigen Funktionen vorzunehmen [3], welche, wie die des Hebdomadarius, vom Ordo abhängig sind [4]. Da aber das Predigen kein Ausfluss des letzteren ist [5], so bleibt dies dem ab ordine Suspendirten gestattet [6].

Wenn die *suspensio ab ordine* schlechthin angedroht ist, so umfasst sie nicht nur die Enthebung von den Funktionen des jeweilig innegehabten höchsten Ordo, sondern auch von allen niederen [7].

Erlaubt ist dem ab ordine Suspendirten die Ausübung der Weihefunktionen, wenn die o. S. 592 gedachten Voraussetzungen der const. Martins V. vorliegen, anderenfalls trifft ihn, freilich nur nach vorangegangener Mahnung, die Strafe der Exkom-

für die in Frage stehenden Fälle festhält, so kommt man zu dem nicht zu beanstandenden Ergebniss, dass in Folge der gedachten Strafe das davon betroffene Kapitel in seiner Gesammtheit von der Vornahme aller gottesdienstlichen Handlungen, zu denen bei den Namens desselben amtirenden Geistlichen, wie z. B. zur Konventualmesse, die Weihe erfordert wird, s. auch Schmier iurispr. canon. civ. lib. V. tr. 1 c. 3 n. 116; Schmalzgrueber V. 39 n. 45, ausgeschlossen ist (vgl. auch unten Anm. 4). Damit stimmt es auch, dass die suspensio a divinis unter der Bezeichnung *interdictum a divinis*, s. o. S. 589 n. 7, sowohl gegen Kapitel und Konvente, wie auch gegen Bruderschaften, welche aus Laien bestehen, ausgesprochen wird, denn für die letzteren besteht die Strafe darin, dass die Gottesdienste der Bruderschaften insoweit nicht gehalten werden dürfen, als der namens derselben amtirende Geistliche dazu die Befugniss zur freien Ausübung seiner Weiherechte besitzen muss.

Übrigens betrachten auch Avila P. IV disp. 2 dub. 1 concl. 6; Nicollis praxis canonica lit. S. §. 3 s. v. suspensio n. 33; Craisson manuale n. 6574 die s. a d. als gleichbedeutend mit der susp. ab ordine. Wenn Heiner, Censuren S. 315 sie bald für identisch mit der susp. ab officio, bald mit der susp. ab ordine, de Varceno, comp. theol. moral. ed. VI. August. Taur. 1880. 2, 520, für eine Suspension von den Funktionen des Ordo und der Jurisdiktion erklärt, so sind dies beweislos hingestellte Behauptungen. Jedenfalls fasst Benedikt XIV. de synodo dioec. X. c. 1 n. 3 die s. a d. nicht als susp. ab off. et ben. auf, sagt vielmehr nur, dass die s. a d. seu ab off. et ben., also die eine oder andere, nicht auf lange Zeit ohne das Vorliegen einer schweren Schuld, verhängt werden dürfe.

Gleichbedeutend mit s. a d. wird Salzburg 1569 XLVII. 3, Hartzheim 7, 351 (Priester, welcher die nothwendige Beichte vor der Messfeier nicht ablegt, ausser privatio omnium beneficiorum et officiorum) „*a divinorum celebratione* ad beneplacitum ordinarii suspendi", und Köln 1423 c. 1, l. c. 6, 218 (hartnäckige concubinarii, presbyteri et clerici in sacris) „suspensio *ab officiis divinorum*" gebraucht.

[1] Z. B. die blosse Assistenz bei der Eheschliessung, die Theilnahme an kirchlichen Wahlen und Stimmrecht im Kapitel.

[2] Denn die Fähigkeit dazu beruht auf dem priesterlichen ordo, Bd. IV. S. 85, wenngleich zur Berechtigung noch die Jurisdiktion und die Approbation hinzukommen muss, s. a. a. O. Soweit die letztere, wie z. B. bei dem ab ordine suspendirten Pfarrer, nicht verloren geht, ist die Lossprechung also gültig, wennschon unerlaubt.

[3] Avila l. c. P. III disp. 2 dub. 1 concl. 6.

[4] Bd. II. S. 141 ff. Abgesehen davon ist die Abhaltung des Chorgebetes wesentlich eine Pflicht, kein Recht, und die Befähigung dazu fliesst nicht aus dem ordo her, vielmehr ruht gemeinrechtlich nur die Pflicht theils auf dem ordo, theils auf dem Benefizium, kann aber auch partikularrechtlich Laien, den conversi in den Klöstern, obliegen, s. Bd. I. S. 142. 143 n. 9.

Zweifelhaft kann es erscheinen, ob die *suspensio a divinis*, wenn sie gegen ein Kapitel ausgesprochen ist, nicht auch demselben das Recht benimmt, das officium divinum (s. Bd. I. S. 143 u. Bd. II. S. 141) u. gemeinsame öffentliche Chorgebete zu halten, dem Kanoniker aber das Recht, an demselben theilzunehmen, entzieht, indessen wird diese Frage zu verneinen sein, einmal weil die gedachte Strafe in derselben Bezeichnung auch Bischöfen und Nichtkanonikern angedroht wird, also für diese die gedachten Wirkungen nicht äussern kann, und ferner weil dadurch wesentlich eine Befreiung von einer Pflicht, also ein Vortheil, herbeigeführt würde. Wenn Heiner S. 315 behauptet, dass nach der Entsch. der Congr. episc. v. 1869, Acta s. sed. 4, 433, ein a divinis suspendirter Kanoniker nicht die Distributionen beziehen könne, so hat er übersehen, dass in dem betreffenden Fall neben der suspensio a divinis auch eine susp. ab ingressu chori in cappa canonicali ausgesprochen war.

[5] Vgl. Bd. I. S. 165 u. Bd. IV. S. 432. 450.

[6] S. auch Kober S. 98.

[7] S. o. S. 70. Das ist auch die herrschende Ansicht, s. Suarez l. c. disp. XXVI s. 4 n. 2; Avila P. III disp. 2 dub. 1 concl. 8; Nicollis praxis canonica P. II. lit. S. §. 3 s. v. suspensio n. 33; Schmalzgrueber V. 39 n. 268; van

munikation [1], und ferner sofort auch die Irregularität [2], aber nicht, falls er etwa ohne Absolution von der Suspension blos einen höheren Ordo angenommen haben sollte. Allerdings darf er einen so empfangenen Weihegrad nicht ausüben [3], und daher ist es auch nicht erlaubt, ihm einen solchen zu übertragen [4].

Wegen der Fähigkeit, ein kirchliches Amt oder Benefizium zu erlangen, s. o. Bd. II. S. 488 n. 8.

dd. Die speziellen Suspensionen. Neben diesen drei Hauptgruppen der Suspensionen kommen, wie schon früher [5], auch noch speziellere Arten derselben vor, in der Weise, dass sich dieselben nicht auf alle der einen oder anderen Gruppe angehörigen Rechte, sondern nur auf einzelne der letzteren oder eine zusammengehörige Mehrheit derselben beziehen. Ordnet man sie nach den besprochenen drei Hauptgruppen, so lassen sich unterscheiden

α. die spezielleren Suspensionen, welche das *officium* berühren. Unter diesen sind die weitgehendsten diejenigen, welche die Ausübung der aus dem Amt herfliessenden Rechte entziehen, aber im Gegensatz zur suspensio ab officio nicht die des Ordo treffen. Es gehört hierher 1. die *suspensio a regimine et administratione ecclesiae (vel monasterii) in spiritualibus et temporalibus* [6], welche mehrfach gegen Bischöfe und

Espen de censuris c. 10 i. f.; Kober S. 112, weil in der generellen Bezeichnung alle ordines, welche der betreffende besitzt, begriffen sind.

1 S. o. S. 73 n. 10, doch ist auch hier vorsätzliches und wissentliches Celebriren die Voraussetzung der Strafbarkeit. Bei weiterer Hartnäckigkeit wird ebenfalls zur Deposition geschritten werden können. Wegen der abweichenden Anordnung von Salzburg 1569 s. S. 588 n. 12 a. E.

2 Vgl. darüber des Näheren Bd. I. S. 52. 53.

3 Dann wird er irregulär, so auch a Boenninghausen, tract. de irregularitatibus 1, 159. 160, denn derjenige, welcher den niederen ordo nicht ausüben soll, kann selbstverständlich nicht zur Ausübung des höheren zugelassen werden, vgl. auch gl. s. v. ordinum zu c. 2 in VI de tempor. I. 9, so auch Gregor IX. 1232 i. Ztschr. f. K. R. 16, 429, eine Stelle, welche Dove, a. a. O. 18, 272, irriger Weise auf das blosse Annehmen eines höheren Ordo seitens des Suspendirten bezieht.

4 Weil es ein Widerspruch ist, Jemandem einen ordo zu übertragen, den er doch nicht ausüben darf, Suarez l. c. disp. XXVI s. 4 n. 8.

5 S. o. S. 70. 71.

6 Ausser c. 2 X cit. III. 23, s. o. S. 72 n. 7 u. 8 (hier auch gegen die unrichtige Auffassung der Bedeutung dieser Suspension durch Kober) s. Paul II.: Ambitiosae 1467, b. T. 5, 194 (c. un. in Extr. comm. III. 4, Bischöfe und Äbte, welche wegen Veräusserung von Kirchengut ohne Genehmigung des Papstes dem interdictum ingressus ecclesiae verfallen sind und 6 Monate darin verbleiben, als Strafe l. s.); Urban VIII.: Humanae 1625 §. 2, b. T. 13, 379 (Bischöfe und Äbte, welche in dem gegen sie wegen unstatthafter Veräusserung der bona iurisdictionalia ihrer Kirchen eingetretenen interdictum ingressus ecclesiae 6 Monat verharrt haben, ebenfalls als Strafe l. s.).

Wenn ferner die *suspensio a regimine et administrationis ecclesiarum* ohne den Zusatz: *in spiritualibus et temporalibus* vorkommt, s. Pius IV.: Sanctissimus 1564 §§. 2. 3, b. T. 7, 308 (Ordinarien, welche die Wahlen von Klostervorsteher- und anderen Dignitäten, wenn sich die Gewählten ohne päpstliche Bestätigung und Briefe in die Verwaltung eingemischt haben, bestätigen, neben interdictum ingressus ecclesiae diese Strafe ipso iure); Sixtus V.: Pastoralis 1589 §§. 3. 6, b. T. 9, 140 (Bestätigung der Synode v. Petrikau, nach welcher Bischöfe oder Prälaten, die unter Verletzung des Rechts des Erzbischofs bei der Königswahl einen Kandidaten als König proklamiren oder krönen oder einen Ketzer zu Würden und Ämtern befördern, dieser Strafe ipso iure unterliegen); Sixtus V.: Sanctum 1589 §§. 2. 6, ibid. 9, 63 (Bischöfe und Äbte, welche wegen simonistischer Weihen der suspensio a collatione ordinum et ab executione munerum pontificalium, sowie dem interdictum ingressus ecclesiae verfallen sind und diese Strafen nicht beachten, „etiam a regim. et administr. suae ecclesiae seu monasterii et a perceptione fructuum mensae eiusdem . . . eo ipso incurrat"),

oder die *suspensio a regimine ecclesiarum commissarum*, s. Pius IV.: Pastoralis 1560 §§. 3. 4, b. T. 7, 18 (Kardinäle und Bischöfe, welche wegen Nichtablieferung der dem Papst entzogenen Kostbarkeiten vom interdictum ingressus ecclesiae betroffen sind und 8 Tage darin verbleiben, als Strafe l. s.),

oder die *suspensio ab administratione tam spiritualium quam temporalium (necnon a perceptione fructuum) suarum ecclesiarum*, s. Sixtus V.: Romanus pontifex 1585, b. T. 7, 641 (Bischöfe, welche die Pflicht der visitatio liminum nicht erfüllen, als Strafe l. s., von Benedikt XIV.: Quod sancta 1740 §. 9, b. Bened. 1, 9 auch auf die praelati nullius ausgedehnt)

als Strafen angedroht werden, so kann damit nur dasselbe gemeint sein, da neben dem Worte: regimen das in spiritualibus et temporalibus überflüssig ist, und andererseits bei den Prälaten die administratio in temporalibus et spiritualibus

Prälaten vorkommt, und sie von der Ausübung ihrer Jurisdiktion, einschliesslich der aus dem Amte herfliessenden Rechte der Vermögensverwaltung, nicht aber von dem Bezug der Amtseinkünfte für ihren persönlichen Unterhalt ausschliesst[1] — ein praktischer Fall, der von der Doktrin[2] s. g. *suspensio a jurisdictione*[3], während dagegen die *suspensio a pontificali officio necnon ab omni exercitio iurisdictionis ecclesiasticae*[4] oder *ab omni officio et jurisdictione episcopali et ab omni exercitio ordinis tum episcopalis tum sacerdotalis*[5] nicht hierher gehört, weil durch diese nicht nur die Jurisdiktions- und Amts-, sondern auch die Weiherechte des Bischofs betroffen werden[6], 2. die Suspension von Klosterämtern, namentlich von dem des Abtes oder der Äbtissin[7], ferner 3. von dem Amte des bischöflichen Kanzlers[8], 4. von den Kurialämtern[9] und 5. von kirchlichen Dienstleistungen[10]. Von Suspensionen, welche sich blos auf **einzelne Rechte** beziehen, kommen hier in Frage: die Suspension vom Besetzungs-[11], Konfirmations-[12],

ebenfalls die ganze Amtsverwaltung bedeutet. Unrichtig fasst daher Kober S. 348 Sixtus V. 1585 cit. mit Rücksicht auf die gleichzeitig angedrohte s. *a perceptione fructuum* die Strafe als *suspensio ab officio et beneficio* auf, denn von einer gleichzeitigen *suspensio ab ordine* ist hier keine Rede.

Eine suspensio ab administratione des päpstlichen Amtes kennt übrigens Konstanz sess. gen. XXXIX. 2, s. Bd. I. S. 271 n. 7.

1 Das folgt schon daraus, dass dies nicht einmal bei der umfassenderen suspensio ab officio der Fall ist, s. o. S. 592. Soll sie damit verbunden sein, so wird sie stets besonders ausgesprochen, s. Sixtus V.: Romanus pontifex 1585 und Sanctum 1589 cit.

2 Schmalzgrueber V. 39 n. 268; Kober S. 111. 112.

3 In den Quellen kommt dieser Ausdruck nicht vor, wohl aber *suspensio ab exercitio iurisdictionis ecclesiasticae*, s. Martin V.: Quod antidota 1418 §§. 2. 5, b. T. 4, 677 (Hinderung der Ausführung päpstlicher Schreiben durch Prälaten als Strafe l. s. auf 3 Monate); Salzburg 1418 c. 2, Hartzheim 5, 173 (Unterlassung der Abhaltung der jährlichen Diöcesansynoden, Bischöfe) „pontificali officio necnon ab omni exercitio iurisdictionis ecclesiasticae per se vel per alium sint ipso iure suspensi".

4 Salzburg 1418 c. 2, Hartzheim 5, 173 (für Bischöfe, welche in der Abhaltung der Diöcesansynoden lässig sind, als poena ipso f.).

5 Embrun 1727, coll. conc. Lac. 1, 693 (Urtheil der Provinzialsynoden gegen den B. v. Senez).

6 S. o. S. 72 n. 11.

7 Trid. Sess. XXV. c. 17 de reg. (Äbtissin und Klosterpräfektin, welche dem Bischof nicht einen Monat vor der beabsichtigten definitiven Professleistung einer Novizin Anzeige macht, nach Befinden des Bischofs eo ipso ab o. suspensa, vgl. pazu auch (Avanzini-) Pennacchi comm. 2, 493.

Viele ältere Kanonisten, s. z. B. Reiffenstuel S. 39 n. 164; Schmalzgrueber V. 39 n. 275, behaupten, dass bei den Kloster-Oberinnen eine suspensio im eigentlichen Sinne ausgeschlossen sei, weil diese nur auf Kleriker, nicht auf Laien Anwendung finde, und die gedachten Oberinnen weder eine iurisdictio ecclesiastica im wahren Sinne des Wortes noch einen ordo besitzen. Dabei wird offenbar in Folge der o. S. 591 n. 8 besprochenen irrigen Auffassung übersehen, dass es sich hier um ein kirchliches Amt handelt, und dass die suspensio sich auch lediglich auf ein solches beziehen kann, s. auch unten Anm. 10 u. Bd. II. S. 364 n. 5.

8 Mailand 1579 III. 14, Hardouin 10, 1083 (wenn er Geschäfte für Parteien im kirchlichen oder einem anderen Forum übernimmt) „a muneris executione suspendatur".

9 Leo X.: (Lateran. V.): In apostolici 1513, Hardouin 9, 1723 (Verstösse gegen die Bulle Pastoralis officii 1513, b. T. 5, 571, s. auch Hefele Conc. Gesch. 8, 588, neben reservirter Exk. Suspension l. s. von dem Amt auf ein Halbjahr).

10 Offenbar niederer Art, wie die des Messners, Canterbury 1469, Hardouin 9, 1475 (Tragen unpassender Kleider) „si promotus ad beneficium ecclesiasticum, a perceptione fructuum eiusdem, si non promotus, sive clericus sive laicus, ab officio et servitio, quod obtinet, quousque se emendaverit, penitus expellatur".

11 Pius V.: Quanta ecclesiae 1568 §. 6, b. T. 664 (s. Bd. III. S. 271 n. 5 u. 6) „beneficiorum et officiorum collatione necnon electione, praesentatione (s. o. S. 543 n. 3), confirmatione et institutione, prout cui competerit, tamdiu suspensi maneant, donec remissionem a romano pontifice meruerint obtinere"; Basel sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1194 (gegen kirchliche Obere, welche nicht gegen clerici publici concubinarii einschreiten, soll mit der susp. a collatione beneficiorum vorgegangen werden); Salzburg 1418 c. 19, Hartzheim 5, 180 (Nichtbesetzung der Seelsorgeämter mit Graduirten in Gemässheit des Konstanzer Konkordats c. 3, Hübler, Konstanzer Reformation S. 177) „s. p. susp. a collatione et electione beneficiorum"; Mainz 1423 c. 11, l. c. 5, 211 (Anstellung und Wahl von Kandidaten ohne das vorgeschriebene Alter und ohne Kenntniss des Latein auf Dignitäten, Personate und Pfarrkirchen) „ab electione et institutione per annum ipso sunt suspensi". Vgl. auch oben S. 71. 72.

12 S. vor. Anm.

Institutionsrecht auf kirchliche Ämter und Benefizien[1], sowie vom Wahlrecht bei den Wahlen zu solchen[2], vom Stimmrecht im Kapitel[3], vom Recht, am Chordienst in Kanonikalkleidung theilzunehmen[4], von der Befugniss Beichte zu hören und die sakramentale Absolution zu spenden[5], und endlich die Suspension vom Predigtamt[6].

β. Auch in Betreff der *suspensio a beneficio* ist eine Scheidung ihrer Wirkungen möglich, sowie praktisch vorgekommen, insofern diese blos auf die Verwaltung der Benefizien[7] oder unter Belassung derselben[8] nur auf das Recht, die Einnahmen zu beziehen, beschränkt und das zuletztgedachte Recht hinsichtlich aller[9] oder auch blos

[1] S. 600 n. 11.

[2] S. a. a. O.

[3] Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 394 (Verletzung des Eides auf Amtsgeheimniss über Kapitelsverhandlungen) „p. amissionis suffragii ad mensem", s. auch o. S. 72 n. 4.

[4] S. 598 n. 4 a. E.

[5] Benedikt XIV.: Ubi primum 1746, bull. Bened. 2, 25, s. Bd. IV. S. 122 n. 1; Aix 1585, Hardouin 10, 1530. 1532 (Priester, welche Frauen ausserhalb der Beichtstühle oder in denselben nach der vorgeschriebenen Zeit die Beichte abnehmen), „audiendae confessionis officio ministrationeve . . . suspensi sint"; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 87 (Beichtväter, welche in dem S. 522 n. 11 erwähnten Fall die sakramentale Absolution nicht verweigern) „per annum ab audiendis confessionibus reddant (episcopi) abstentam"; Neapel 1699, l. c. 1, 186 n. 9 (Beichtvater, welcher für die Beichte etwas annimmt) „ab audiendis confessionibus ipso f. susp.", ibid. p. 186 n. 11. 13 (Beichthören der Frauen ausserhalb des Beichtstuhles oder kranker ohne Offenlassung der Thür des Zimmers) „ab audiendis confessionibus suspendatur"; Rom 1725, l. c. p. 371 (Regular-Beichtväter, welche die vorgeschriebenen Konferenzen des Klerus zur Besprechung der Fragen des Ritus und der Beichte nicht besuchen) „ab audiendis confessionibus suspendendos" und ibid. p. 456 (Beichtväter, welche Kranken den vorgeschriebenen Beichtzettel für den Arzt nicht rechtzeitig ausstellen) „p. susp. ipso f. ab excipiendis confessionibus"; Ravenna 1855, l. c. 6, 159 (Beichthören der Unmündigen in den Häusern und der Frauen ausserhalb der Beichtstühle) „ipso f. a ministrando poenitentiae sacramento suspensum". S. auch die Entsch. Congr. conc. v. 1881 in Acta s. sed. 14, 404.

[6] Sens 1528 c. 36, Hardouin 9, 1962 (Halten ungeeigneter, zum Lachen anreizender und die Prälaten und Fürsten herabsetzender Predigten) „ab officio praedicationis suspendi"; Avignon 1594 c. 9, l. c. 10, 1842. 1843 (Ärgerniss erregendes Predigen) „a praedicationis munere suspendatur"; Schreiben Innocenz' XI. v. 1680 für Neapel, coll. conc. Lac. 1, 261 (unpassende Predigten) „a praedicationis munere ad tempus benevisum suspendant" (Bischöfe die Prediger); s. o. S. 71 n. 6.

[7] Mailand 1565 II. 26, Hardouin 10, 668. 669 (Geistliche, welche weltliche Geschäfte führen) „salutari poenitentia aut pecunia, suspensione ab ordinum munere et beneficiorum administratione aut ipsis beneficiis aut carcere aut exsilio aut pluribus simul ex iis poenis aut etiam gravioribus pro modo culpae episcopi arbitratu mulctetur", wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1542. 1544.

[8] Dass die blosse Suspension von der Beziehung der Früchte nicht auch die von der Administration des Benefiziums umfasst, s. o. S. 69 n. 8, vgl. ferner Trid. Sess. XXV. c. 14 (wo in Betreff der hartnäckigen Konkubinarier, wenn nach der Entziehung des dritten Theils der Einkünfte keine Besserung eingetreten ist, bestimmt wird, dass dann nicht nur der Verlust der vollen Einkünfte eintreten soll) „sed etiam a beneficiorum ipsorum administratione, quoad ordinarius . . . arbitrabitur, suspendantur". S. auch (Avanzini-) Pennacchi, comm. cit. 2, 349.

[9] Basel sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1193 (Geistliche, einschliesslich der Bischöfe, welche im notorischen Konkubinat leben und ihre Konkubinen nicht abthun) „a perceptione fructuum omnium suorum beneficiorum trium mensium spatio sit ipso facto suspensus, quos suus superior in fabricam vel aliam evidentem ecclesiarum utilitatem, ex quibus hi fructus percipiuntur, convertat"; sess. XXI. c. 11, ibid. p. 1199 (Dekane und Pfarrer, welche in der Kirche Schauspiele und Schmausereien gestatten) „p. susp. omnium proventuum ecclesiasticorum trium mensium spatio"; Pius V.: Quam plenum 1570 §. 2, b. T. 7, 800 (Ertheilung unstatthafter Ablässe gegen Geld, s. Kober Suspension S. 345) „antistites, etiam cardinalatus honore, ab ingressu et perceptione fructuum suarum ecclesiarum suspensi iaceant"; Mainz 1423 c. 6 (Kleriker, welche während des Gottesdienstes plaudern) Hartzheim 5, 210 „a presentiis et prebendarum seu beneficiorum corporibus per unum diem sint suspensi"; Tortosa 1429 c. 13, l. c. 8, 1080. 1081 (clerici beneficiati, welche mächtige Herren und weltliche Richter und Obrigkeiten zur Verletzung der kirchlichen Freiheiten bestimmen oder anreizen) „a beneficiorum suorum fructibus per triennium sit suspensus"; Mainz 1459 c. 100, Hartzheim 6, 592 (Kleriker, welcher einen anderen Kleriker in Gegenwart von 2 oder 3 Zeugen schmäht) „ab omni proventuum ecclesiasticorum perceptione per unum mensem suspendatur" (und Verdoppelung bei percussio); Canterbury 1469, Hardouin 9, 1475, s. o. S. 600 n. 10; Toledo 1473 c. 8, l. c. p. 1506 (clerici in sacris u. beneficiati, welche Trauerkleider anlegen) „eo ipso a perceptione fructuum suorum beneficiorum per tres menses qualibet vice sint suspensi, medietatem . . . pro expensis sequentis

eines bestimmten Theiles[1] oder einer bestimmten Art von Einkünften[2] entzogen werden kann. Wenn die letztere Art der Suspension, wie dies noch im geltenden Recht vorkommt[3], gegen kirchliche Korporationen angedroht ist, so bezieht sie sich nur auf diejenigen Einkünfte, welche denselben als solchen in ihrer Gesammtheit aus den ihnen gemeinsam gehörigen Massen zustehen, nicht auf die Einkünfte, welche den einzelnen Mitgliedern aus ihren Benefizien und Stellungen zukommen[4].

γ. An beschränkten Suspensionen vom Ordo kommen zunächst vor: die *suspensio ab exercitio pontificalium*[5] oder *a munere pontificali*[6], *ab exercitio omnium munerum pontifica-*

concilii, medietatem pro teste synodali cos accusante applicandam"; ibid. c. 9 i. f., p. 1508 (Bischöfe und Prälaten, welche öffentlich Konkubinen halten) „tamdiu a fructuum suarum dignitatum perceptione sint suspensi, donec eas realiter dimiserint"; Salzburg 1569 XXXVIII. 2, Hartzheim 7, 336 (Geistliche, welche sich unter dem Vorwande, Schutz zu erlangen, weltlichen Herren tributpflichtig machen) „p. suspensionis a perceptione beneficii"; Mecheln 1570 c. 6, Hartzheim 7, 621 (Geistliche, welche nicht in ihren Kirchen an den Hauptfesten die Eucharistie nehmen) „p. suspensionis et privationis omnium fructuum ad ratum unius mensis, mediatim fabricae, mediatim seminario applicandorum"; Mecheln 1607 XIX. 4, l. c. 8, 189 (beneficiati, welche die ihren Benefizien obliegenden Messen nicht persolviren) „a fructibus beneficiorum suspensi maneant, donec debite docuerunt de impleto onere missarum" (wiederholt Cambrai 1631 III. 18, c. c. 9, 543).

[1] Basel sess. XV. (1433), Hardouin 8, 1170 (Bischof, welcher bei Verhinderung keinen Prokurator zum Provinzialkonzil sendet) „a perceptione medietatis fructuum unius anni suae ecclesiae, qui per personam in ipso concilio deputandam in ipsis ecclesiae suae fabricam effectualiter convertantur, eo ipso suspensus".

[2] Konstanz sess. XLIII. 7, Hübler Konstanzer Reformation S. 163 (clericus beneficiatus aut officium in ecclesia gerens, welcher dem Gottesdienst in unpassender Kleidung beiwohnt) „pro qualibet vice a participatione proventuum ecclesiasticorum (d. h. also derjenigen, welche für die Anwesenden zur Vertheilung kommen) per mensem se noverit suspensum"; Basel Sess. XXI. (1435) c. 10, Hardouin 8, 1198 (Ansage v. Kapitelssitzungen zur Zeit der Hauptmesse) „a distributionibus quotidianis per hebdomadam sit suspensus"; Mainz 1423 c. 3. 4. 5, Hartzheim 5, 209 (Kleriker, welche unpassende Kleider, keine Tonsur und Waffen tragen): „a distributionibus et corpore prebende per unum mensem noverint se suspensos"; D. S. Utrecht 1565, Hartzheim 8, 136 (Kleriker, welche während des Gottesdienstes in der Kirche herumlaufen, schwatzen und Lärm machen) „suspensio praesentiarum unius hebdomadae"; Rouen 1581, Hardouin 10, 1225 n. 31 (Ansetzen der Kapitelssitzungen zur Zeit der Hauptmesse, namentlich an Feiertagen) „a distributionibus quotidianis per hebdomadam sit suspensus".

[3] Pii IX. const. Apostolicae sedis v. 1869, suspensiones l. s. summo pontifici reservatae nr. 1.: „Suspensionem ipso facto incurrunt a suorum beneficiorum perceptione ad beneplacitum s. sedis capitula et conventus ecclesiarum et monasteriorum aliique omnes qui ad illarum seu illorum regimen et administrationem recipiunt episcopos aliosve praelatos de praedictis ecclesiis seu monasteriis apud eandem sedem quovis modo provisos antequam ipsi exhibuerint litteras apostolicas de sua promotione" (in Anhalt an Bonifaz VIII. in c. 1 in Extr. comm. de elect. I. 3, s. o. S. 69 n. 3).

[4] Denn die Strafe ist nur dem Kapitel und Konvent als solchem angedroht, so auch schon die überwiegende Meinung bei den Älteren mit Bezug auf c. 1 in Extrav. comm. cit., vgl. ferner in Betreff der const. Pii IX. cit., vgl. (Avanzini-) Pennacchi l. c. 2, 346 ff.; Heiner, kirchliche Censuren S. 319 ff. Allerdings tritt daneben für die Kanoniker oder Konventualen, welche ihrerseits gegen die const. cit. verstossen haben, auch die Suspension in Betreff der Früchte ihrer besonderen Benefizien ein, gleichviel ob das Kapitel, welchem sie angehören, gemeinsame Benefizien hat, oder nicht, denn sie gehören auch zu den „aliique omnes" (s. vor. Anm.), und es ist nicht gerechtfertigt, so Heiner S. 320, dies auf den letzteren Fall zu beschränken oder, wie (Avanzini-) Pennacchi l. c. p. 348, dies in allen Fällen zu läugnen und das „aliique omnes" lediglich auf Geistliche, welche nicht Mitglieder des Kapitels oder Konventes sind, zu deuten.

[5] Trid. Sess. VI. c. 5 de ref., s. Bd. I. S. 92. 93 n. 3, u. Sess. XIV. c. 2 de ref., s. Bd. I. S. 90. 91 n. 9 u. S. 100 n. 11, Bd. II. S. 177 n. 11; Pius IV.: Cum sicut 1562 §§. 2. 3 b. T. 7, 198 (Titularbischöfe, welche pontificalia officia ohne Erlaubniss des ordinarii loci, s. auch Bd. II. S. 177, und in Betreff Anderer als der Untergebenen des letzteren ausüben, „per annum ipso iure suspensi"; Urban VIII.: Secretis 1624 §. 2, b. T. 13, 263 (italienische Bischöfe, welche Ultramontanen die Weihen und die Tonsur ohne vorschriftsmässige, durch die betreffenden Nuntien und den Kardinalvikar beglaubigte Zeugnisse ertheilen, dieselbe Strafe, s. Bd. I. S. 100 n. 12); Benedikt XIV.: Non multi 1748, bull. Ben. 2, 233 (Bischöfe, welche Schriften und Bücher über die Abschaffung oder Beibehaltung der Feiertage herausgeben, drucken und verbreiten) „s. ab ex. pontific. et a perceptione suorum beneficiorum, pensionum ecclesiasticarum, monasteriorum, episcopatuum et archiepiscopatuum aliorumque ecclesiasticorum reddituum quorumcumque, quarum poenarum relaxationem . . . nobis et successoribus nostris . . . privative reservamus, ipso facto absque alia declaratione incurrere"; Pius IX.: Romanus pontifex 1873 cit., s. S. 585 n. 8 a. E.

[6] Gregor XIII.: Dubiis 1581 §. 2, b. T. 8, 114, s. o. S. 585 n. 8.

lium[1], *ab exercitio pontificalis ministerii*[2], früher auch *a pontificalibus*[3]. Da unter *pontificalia* die aus dem bischöflichen Ordo herfliessenden, spezifisch bischöflichen, d. h. dem Bischof reservirten Funktionen, verstanden werden[4], so kann mit diesen Bezeichnungen nur die Suspension von der Ausübung der gedachten Rechte gemeint sein[5]. Folgeweise umfasst diese auch zugleich den Gebrauch der bischöflichen Insignien[6].

Soweit sie aber nicht gegen Bischöfe angedroht ist[7], kann sie nur Prälaten treffen, welchen das Recht auf die Pontificalia, d. h. die bischöflichen Insignien, zusteht[8]. Sie entzieht ihnen dann den Gebrauch der letzteren und hindert sie, diejenigen liturgischen Akte, bei welchen sie diese anlegen, vorzunehmen, da selbst der Bischof durch diese Strafe nicht das Recht verliert, die dem einfachen Priester zustehenden, aus der Priesterweihe herfliessenden Befugnisse auszuüben[9].

Ferner findet sich auch eine als *suspensio* oder *interdictum ab usu pontificalium* bezeichnete Suspension[10] und zwar nicht nur für Bischöfe, sondern auch für Prälaten[11]. Soweit die letzteren in Frage stehen, ist sie mit der eben besprochenen identisch,

[1] Sixtus V.: Sanctum 1589 §§. 1. 6, b. T. 9, 63 (simonistisch weihende Bischöfe) „a collatione quorumcumque ordinum atque adeo ipsius tonsurae et ab executione omnium munerum pontificalium eo ipso suspensos".

[2] Benedikt XIII.: Postulat 1725 §. 5, b. T. 22, 129 (Regularen, welche zu kirchlichen Dignitäten befördert, die ihnen anvertrauten Bücher und Sachen nicht zurückgeben).

[3] c. 2 in Extr. Joann. XXII. de elect. (I), s. o. S. 71 n. 1 a. E. u. S. 251 n. 15. — In Salzburg 1418 c. 2, Hartzheim 5, 173, auch s. a *pontificali officio* (für Bischöfe, welche keine Synodalzeugen bestellen). Suspension vom Bischofsamt überhaupt kann es hier nicht bedeuten, da kurz vorher daneben auch die suspensio ab omni exercitio iurisdictionis ecclesiastici, s. o. S. 600, angedroht wird.

[4] Bd. II. S. 40.

[5] So schon die gl. s. v. pontificalibus zu c. 2 in Extr. Joann. XXII. cit.; Barbosa de off. episc. P. II alleg. 6 n. 2ff.; Avila l. c. P. III disp. 2 dub. 1 concl. 10; Schmalzgrueber V. 39 n. 291. Wenn Sixtus V.: Sanctum 1589 cit., s. Anm. 1, noch ausdrücklich der an sich schon darin enthaltenen Suspension von der Ertheilung der Weihen und der Tonsur erwähnt, so erklärt sich dies daraus, dass hier gerade ein Zuwiderhandeln gegen die Bestimmungen über die Spendung der Weihen bestraft werden soll, und daher diese Folge noch besonders betont wird, s. übrigens auch die folgende Anm.

[6] Der ebenfalls so genannten Pontificalia, s. Bd. II. S. 47. 48, und damit die Vornahme aller Handlungen, bei welchen diese gebraucht werden, vgl. auch (Avanzini-) Pennacchi l. c. 2, 427, aber andererseits bezieht sich die Suspension nicht blos auf diese, sondern auch auf alle anderen dem Bischof vorbehaltenen Handlungen. Er ist mithin auch von der Ertheilung der Tonsur, welche er, wenigstens nach einer Ansicht, in einer fremden Diöcese an einem seiner Untergebenen ohne die bischöflichen Insignien vornehmen könnte, s. dazu Bd. I. S. 93 n. 5 u. Bd. II. S. 44. 48, ferner auch von der Vollziehung einer Degradation, bei welcher er die Pontifikalien nicht anzulegen braucht, s. Pontificale Roman. P. III degradationis forma, suspendirt.

[7] Das ist z. B. der Fall bei Benedikt XIII.: Postulat 1725 §. 5 cit., s. o. Anm. 2, und der zu Grunde liegenden const. Clement. IV. 1268, b. T. 3, 798, Potthast n. 20377.

[8] Bd. II. S. 346.

[9] Also Privatmesse zu lesen, zu taufen, die sakramentale Absolution zu ertheilen, s. Nicollis, praxis l. c. n. 39. Sollen daher diese Rechte dem Bischof oder einem der gedachten Prälaten ebenfalls entzogen werden, so muss dies besonders ausgesprochen werden; so verhängen Gregor XIII.: Dubiis 1581 cit., s. S. 585 n. 8, und Benedikt XIII.: Postulat 1725, s. o. Anm. 2, neben den erwähnten Strafen noch ausdrücklich die suspensio a divinis, s. o. S. 596.

[10] Benedikt XIII.: Maxima 1727, b. T. 22, 554, S. 519 n. 1 (für Bischöfe und alii ordinarii habentes usum pontificalium) „poena suspensionis ab eorum usu"; Pius IX.: Apostolicae 1869, suspensiones l. s. summo pontifici reservatae n. 7: „Clerici saeculares exteri ultra quatuor menses in Urbe commorantes ordinati ab alio quam ab ipso suo ordinario absque licentia cardinalis urbis vicarii vel absque praevio examine coram eodem peracto vel etiam a proprio ordinario, posteaquam in praedicto examine reiecti fuerint, necnon clerici pertinentes ad aliquem e sex episcopatibus suburbicariis, si ordinentur extra suam dioecesim dimissorialibus sui ordinarii ad alium directis quam ad cardinalem urbis vicarium, vel non praemissis ante ordinem sacrum suscipiendum exercitiis spiritualibus per decem dies in domo urbana sacerdotum a Missione nuncupatorum, suspensionem ab ordinibus sic susceptis ad beneplacitum s. sedis ipso iure incurrunt, episcopi vero ordinantes ab usu pontificalium per annum", s. auch o. S. 71 n. 4.

Benedikt XIII.: Commissi 1725 §. 5, b. T. 22, 169 (Bischöfe, welche von Regularäbten vor oder nach der Benediktion Geschenke annehmen) „poena interdicti ab usu pontificalium".

[11] Benedikt XIII.: Maxima 1727 cit., s. vor. Anm.

nicht aber, soweit sie die Bischöfe trifft, da sie, weil es sich bei ihr nur um die Entziehung des Gebrauches der bischöflichen Insignien handelt, die letzteren blos von denjenigen spezifisch bischöflichen Weihehandlungen ausschliesst, bei welchen sie die erwähnten Insignien anlegen müssen oder anlegen wollen, nicht aber von anderen, welche sie ohne diese vornehmen dürfen [1] und auch thatsächlich ohne die letzteren vornehmen.

Eine noch speziellere Art der Suspension, welche Bischöfe und Prälaten treffen kann, ist die *suspensio a collatione*[2] oder *ab administratione ordinum* [3], d. h. die Suspension vom Recht zur Spendung der Weihen (nicht aber auch der Tonsur [4]) und ferner die Suspension von der Ertheilung der höheren Weihen allein [5].

Für Priester kommt in früheren Zeiten vereinzelt eine Suspension von den aus der priesterlichen Weihe herfliessenden Funktionen [6], häufiger aber eine solche von der Celebration der Messe vor [7], und ferner

für die Kleriker überhaupt eine Suspension von den Weihegraden, welche sie besitzen [8], namentlich aber auch solcher, welche sie auf nicht ordnungsmässige und unerlaubte Weise erlangt haben [9].

[1] Wie z. B. der Degradation, s. o. S. 603 n. 6.

[2] Trident. Sess. XXIII. c. 8, s. Bd. I. S. 100 n. 4; Pius' IX. const.: Apostolicae 1869 cit. l. c. n. 2: „Suspensionem per triennium a collatione ordinum ipso iure incurrunt aliquem ordinantes absque titulo beneficii vel patrimonii cum pacto, ut ordinatus non petat ab ipsis alimenta“; vgl. auch c. 45 (Gregor. IX.) X de simon. V. 3; o. S. 70 n. 7 u. Bd. I. S. 80 n. 2; Pius IX. ibid. n. 4: „Suspensionem per annum a collatione ordinum ipso iure incurrit, qui excepto casu legitimi privilegii ordinem sacrum contulerit absque titulo beneficii vel patrimonio clerico in aliqua congregatione viventi, in qua solemnis professio non emittitur vel etiam religioso nondum professo“, vgl. Bd. I. S. 70.

[3] Pius IX. ibid. n. 3: „Suspensionem per annum ab ordinum administratione ipso iure incurrunt ordinantes alienum subditum etiam sub praetextu beneficii statim conferendi aut iam collati, sed minime sufficientis absque eius episcopi litteris dimissorialibus, vel etiam subditum proprium, qui alibi tanto tempore moratus sit, ut canonicum impedimentum contrahere ibi poterit, absque ordinarii eius loci litteris testimonialibus.“

[4] Denn die Tonsur ist keine Weihestufe, Bd. I. S. 5. 6, so auch Schmalzgrueber I. 11 n. 66; (Avanzini-) Pennacchi l. c. 2, 362. 374. Vgl. auch noch Bd. I. S. 100 n. 6. Daher wird auch Sixtus V. 1589 cit., s. S. 603 n. 1, die Suspension von der Ertheilung der Tonsur besonders angedroht.

[5] Pius V.: Romanus pontifex 1568 §. 3, b. T. 7, 723 (unerlaubte Ertheilung der höheren Weihen an Mönche, Bd. I. S. 75 n. 6) „per annum a praestatione talium ordinum ipso iure suspendimus“; eine Strafe, welche allerdings durch Pius' IX.: Apostolicae cit. n. 4, s. Anm. 2, geändert und fortgefallen ist. Die gleiche Strafe früher Toledo 1473 c. 3, Hardouin 9, 1504 (für Prälaten, welche etwaigen des Lateins unkundigen Kandidaten eine höhere Weihe ertheilen).

[6] Salzburg 1569 XLIII. 3, Hartzheim 7, 346 (Priester, welche ohne Noth die Taufe ausserhalb der Tauf- oder Pfarrkirche vornehmen) „ab exercitio sacerdotalis officii usque ad sui ordinarii beneplacitum sit ipso iure suspensus“. In Narbonne 1551 c. 21, Hardouin 10, 447 (Rückfall bei dem S. 589 n. 11 gedachten Disziplinarvergehen) „noverint se in excommunicationis sententiam recidisse et munere sacerdotioque sive beneficio per annum interdici“ u. ibid. c. 53 p. 461 (Pfarrer und Priester, welche Ehen von zuwandernden Fremden ohne Konsens des Bischofs der letzteren und des Bischofs der neuen Diöcese oder in Kapellen solennisiren) „officio sacerdotioque sive beneficio per annum privari et suspendi“ wird zwar auch die Suspension vom priesterlichen Ordo angedroht, aber zugleich auch die vom Offizium (oder von dem gleich bedeutenden munus) und vom Benefizium.

[7] Salzburg 1569 XLVI. 4, Hartzheim 7, 351, s. o. S. 588 n. 12; Mailand 1569 II. 3, Hardouin 10, 741 (Weltpriester, welche in Kirchen der Nonnen und in exemten Kirchen trotz Indults des apostolischen Stuhles, überall Messen zu celebriren, solche ohne spezielle Erlaubniss des Bischofs lesen) „a missarum celebratione suspensus sit eiusdem arbitratu“; Mailand 1576 II. 10, ibid. p. 867 (Priester, welche nicht nach dem Missale Pius' V. Messe lesen, Bischof) „a munere celebrandae missae arbitratu suo suspendat“; Tarragona 1752, coll. conc. Lac. 1, 792 (Priester, welche bei der Feier der Messe Perrücken tragen) „p. suspensionis a missae celebratione per duos menses“; Ravenna 1855, l. c. 6, 171. 172 n. 8 (Priester, der zu schnell Messe liest) „sciat a celebratione se suspendendum“.

[8] Trident. Sess. XXIII. c. 16 (Ordinirte, welche die Kirchen, denen sie bei der Ordination askribirt sind, ohne Wissen des Bischofs verlassen) „*ei sacrorum exercitium interdicatur*“; Pii IX. const.: Apostolicae v. 1869 cit. l. c. n. 5: „Suspensionem perpetuam *ab exercitio ordinum* ipso iure incurrunt religiosi eiecti extra religionem degentes.“

[9] Trident. Sess. XXIII. c. 8, s. Bd. I. S. 99 n. 2 („*a susceptorum ordinum executione sit* suspensus“);

Bei der Suspension von einem oder mehreren bestimmten Weihegraden ist es dem Suspendirten unbenommen, die niederen auszuüben [1], umgekehrt aber kann der von einem niederen Weihegrade Suspendirte nicht die Funktionen des höheren, welchen er besitzt [2], vornehmen [3].

Wegen der Fähigkeit des partiell ab ordine Suspendirten, einen höheren Ordo zu erlangen und ein Benefizium zu erhalten, gilt das o. S. 599 Bemerkte. Die Irregularität und die o. S. 598 gedachte Strafe tritt aber für einen solchen nur dann ein, wenn er in einem der Weihegrade ministrirt, deren Ausübung ihm durch die Suspension entzogen ist [4], sofern nicht etwa die Voraussetzungen der hier gleichfalls Anwendung findenden const. Martins V. vorliegen [5].

ee. Die *suspensio totalis* und *partialis*. Werden mehrere Arten der bisher besprochenen Suspensionen, sei es der drei Grundtypen, der suspensio ab officio, a beneficio oder ab ordine [6], oder auch eine desselben Typus mit den partiellen Suspensionen eines andern oder mehrere partielle verschiedene Typen mit einander verbunden [7], so treten selbstverständlich die Wirkungen jeder der betreffenden kombinirten Arten von Suspensionen gleichzeitig ein [8].

Die Suspension, welche in der Art angedroht oder ausgesprochen wird, dass sie sowohl das Amt und den Ordo, wie auch das Benefizium trifft, also z. B. als *suspensio ab officio et a beneficio*, bezeichnet die Doktrin bald als *totalis* [9], bald als *generalis* [10],

Sess. XIV. c. 2, s. Bd. I. S. 99 n. 3. 4 (ebenso), auf Grund von Pius II. 1461 §. 2, b. T. 5, 165 („a suorum ordinum executione ipso iure sint suspensi"); Pius IV.: Cum sicut 1562 §. 2, b. T. 7, 193 (von Titularbischöfen ohne Konsens des eigenen Ordinarius oder ohne Dimissorien Geweihte) „ab executione ordinum per eos susceptorum, donec suo praelato visum fuerit, ipso iure suspensi sint"; Sixtus V.: Sanctum 1589 §§. 3. 6, b. T. 9, 63 (simonistisch geweihte Geistliche „ab executione, ministerio et exercitio ordinum susceptorum . . . perpetuo suspensos", wodurch eine Abänderung des früheren Rechtes, s. S. 595 n. 2 u. 3, herbeigeführt und auch zugleich Pius' IV. const.: Cum primum 1566 §. 8, b. T. 7, 434, nach welcher die Suspension ipso iure auf 10 Jahre angedroht war, geändert worden ist); Pius V.: Romanus pontifex 1568 §§. 1 ff. 4, b. T. l. c. p. 723 (Mönche, welche unzulässiger Weise die höheren Weihen erhalten haben; s. Bd. I. S. 75 n. 6: „in altaris ministerio ministrare non posse", s. Kober Suspension S. 225. 370); Pius IX.: Apostolicae 1869 l. c. n. 6: „Suspensionem ab ordine suscepto ipso iure incurrunt, qui eumdem ordinem recipere praesumpserunt ab excommunicato vel interdicto nominatim denunciatis aut ab haeretico vel schismatico notorio"; ferner ibid. n. 7, s. S. 603 n. 10.

Die Partikularkonzilien haben nur selten von dieser Strafe Gebrauch gemacht, s. aber Toledo 1473 c. 3, Hardouin 9, 1504 (für die S. 604 n. 5 gedachten Ordinirten) „ab executione ordinis suscepti suspensi"; Mailand 1573 c. 10, Hardouin 10, 777 (Wiederholung v. Pius II. 1461, s. vorher Abs. 1); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 190, s. Bd. I. S. 79 n. 9 (hier in Beschränkung auf die ordines suscepti), was sich daraus erklärt, dass das Tridentinum und die späteren päpstlichen Konstitutionen die hier in Frage kommenden Fälle ausreichend geregelt haben.

[1] Suarez l. c. disp. XXVI s. 4 n. 9; Nicollis praxis l. c. s. v. suspensio n. 38; Schmalzgrueber V. 39 n. 3; Kober S. 113. Der von dem priesterlichen Ordo Suspendirte kann also die Funktionen des Diakons vollziehen.

[2] Ein kirchliches Strafgesetz, in dem eine Suspension des mit einem höheren Weihegrade versehenen Geistlichen von einem niederen vorkommt, ist mir nicht bekannt.

[3] Suarez l. c.; Nicollis l. c.; Kober a. a. O. Allerdings beschränkt Schmalzgrueber V. 39 n. 393 dies auf solche Funktionen, welche die des niederen, z. B. wie das Messelesen die des Singens der Epistel oder des Evangeliums, in sich schliessen, während er andererseits, z. B. den vom Diakonat Suspendirten, das feierliche Taufen und das Beichthören gestattet. Es ist aber ein Widersinn, Jemandem, dem man schon die Funktionen des niederen Grades zur Strafe verwehrt, die des höheren zu erlauben, ja schon ihm, wenn er einen höheren Grad hat, blos die Vornahme der des niederen zu entziehen. Daraus erklärt es sich auch, dass praktisch die Suspension in dieser Gestalt nicht vorkommt (s. vor. Anm.).

[4] Bd. I. S. 52.

[5] S. o. S. 598.

[6] Beispiele dafür s. o. S. 589. 590.

[7] Vgl. z. B. S. 599 n. 6 Abs. 2 ff., S. 601 n. 7 u. S. 603 n. 9.

[8] Wobei allerdings zu beachten ist, dass die suspensio ab officio auch die suspensio ab ordine nach sich zieht (s. o. S. 591. 592).

[9] Schmalzgrueber V. 39 n. 267; Heiner, Censuren S. 314; Friedberg K. R. 3. A. S. 257.

[10] Kober S. 34; Permaneder K. R. §. 340; Phillips Lehrb. d. K. R. 2. A. S. 393; v.

wohl auch als *plena*[1] oder als *completa*[2], jede andere dagegen als *partialis*[3] oder *specialis*[4].

ff. Die *suspensio* schlechthin. Wie schon in früherer Zeit[5], so findet sich auch noch bis in die neue hinein vereinzelt in den päpstlichen Konstitutionen[6] und in dem Tridentinum[7], dagegen sehr häufig in den Partikularsynoden[8], selbst noch

Schulte Lehrb. d. K. R. 4. A. S. 211; Silbernagl K. R. 2. A. S. 430. Die Instr. f. d. Prager Diöcesangericht v. 1869 erwähnt als für Geistliche anwendbare Strafe: „5. Suspension entweder allgemeine oder besondere und letztere wieder theilweise oder gänzliche", bezeichnet aber §. 96 die allgemeine Suspension als „totale".

[1] Phillips a. a. O.

[2] Craisson l. c. n. 6571.

[3] Schmalzgrueber l. c. n. 268; Phillips u. v. Schulte a. a. O.

[4] Permaneder, Silbernagl, Friedberg a. a. O. Andererseits wird auch die susp. ab officio oder die a beneficio oder die ab ordine jede für sich *s. totalis*, Engel l. c. V. 39 n. 74; Kober S. 24; (Avanzini-)Pennacchi 2, 333; Permaneder a. a. O., oder *generalis*, so Friedberg a. a. O., und dann jede der verschiedenen partiellen Suspensionen dieser drei Grundtypen eine *s. partialis* genannt, s. die citirten.

Alle diese Bezeichnungen haben keinen Anhalt an den Quellen, und daraus erklärt sich auch der schwankende Gebrauch derselben.

[5] S. o. S. 73.

[6] Martin V.: Ad reprimendas 1426 §. 3, b. T. 4, 728 (Ziehen von Geistlichen durch Geistliche vor das weltliche Gericht) „capitula et conventus suspensionis et interdicti sententias incurrant ipso facto"); Paul V.: Onerosa 1615 §. 3 (Verwendung der Gelder der Montes pietatis im Kirchenstaat zu anderen als den stiftungsmässigen Zwecken) „cardinales, patriarchae, archiepiscopi, episcopi suspensionis . . . sententiam eo ipso incurrant"; Urban VIII.: Secretis 1624 §. 2, b. T. 13, 263 (s. o. S. 602 n. 5, die unzulässig geweihten Kleriker) „perpetuae suspensionis poenam absque spe dispensationis a sede apostolicae obtinendae incurrant eo ipso"; Benedikt XIV.: Quanta cura 1740 §. 5, b. Ben. 1, 25 (Priester, welche Messstipendien sammeln und die Messen durch andere gegen ein geringeres Messstipendium lesen lassen) „p. suspensionis ipso facto incurrere".

[7] Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr. (Pfarrer oder Regular- oder Weltpriester, welcher die Verlobten einer anderen Pfarrei ohne Erlaubniss ihres Pfarrers kopulirt oder benedicirt) „ipso iure tam diu suspensus maneat" (bis er vom Ordinarius des zuständigen Pfarrers absolvirt wird); Sess. XXV. c. 14 de ref.: „Episcopi (concubinarii) . . . si . . . a synodo provinciali admoniti se non emendaverint, ipso f. sint suspensi".

[8] Salzburg 1418 c. 4, Hartzheim 5, 174 (Verzicht auf Kirchen oder Benefizien ohne Konsens des kirchlichen Oberen) „p. excommunicationis vel suspensionis"; c. 5 ibid. (Examinatoren, Prälaten und deren Vertreter, welche Deszendenten von percussores et mutilatores clericorum auf kirchliche Offizien und Benefizien anstellen) „supensionis sententia percellantur"; c. 7, ibid. p. 175 (Bischöfe, Archidiakonen, Prälaten und deren Offiziale, welche die Parteien an der Appellation an den vorgesetzten Oberen hindern) p. s.; c. 20 ibid. p. 181 (Geistliche, welchen die Patrone bei der Präsentation Einkünfte des Benefiziums abziehen, und welche dies nicht dem Bischof anzeigen) „ipso iure sint suspensi"; c. 24 ibid. p. 182 (Geistliche, welche nicht nach dem Tode des Erzbischofs oder Bischofs für diesen selbst oder durch einen anderen die Messe pro defunctis halten); Köln 1536 III. 11, Hartzheim 6, 261 (Vikarien der Kanoniker, welche dem Chordienst nicht beiwohnen) „suspensionis poena, etiam a fructibus nedum quotidianis illis, quae distribuuntur, sed a grossis etiam pro modo culpae"; Mecheln 1570 c. 1, Hartzheim 7, 612 (Nichtanzeige der Mütter, welche die Taufe ihrer Kinder unterlassen, durch die Pfarrer an den Bischof) p. susp.; ibid. c. 2 (ebenso der nicht getauften erwachsenen Kinder); D. S. Besançon 1571, l. c. 8, 184 (Pfarrer sollen Missale, Brevier und die Synodalstatuten haben) s. p. susp.; ibid. p. 185 (Pfarrer sollen Verzeichnisse der Getauften und der Exkommunicirten führen) „s. p. susp. ad tempus a vicario generali vel officiali moderandum"; Rouen 1581, Hardouin 10, 1218 n. 3 (Priester, welche Taufen in Privathäusern und zur Nachtzeit ohne Noth vornehmen); ibid. p. 1237 n. 8 (Wiederholung von Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref., s. vor. Anm.); Tours 1583 c. 15, ibid. p. 1418 (Priester, welche Privatmessen zur Zeit der Pfarrmesse lesen) p. susp. oder arbitraria; Aix 1585, l. c. 10, 1521 (Pfarrer sollen bei der Taufe nicht mehr als ein Jahr altes Chrisma brauchen) „sub. p. suspensionis incurrendae"; Cambrai 1589 III. 1, Hartzheim 7, 1000 (Messe nicht anders als in geweihten und vom Bischof bezeichneten Gebäuden lesen) „s. p. susp. ad III menses" (wiederholt Cambrai 1631 III. 2, l. c. 9, 541); Cambrai 1589 III. 11, Hartzheim 7, 1009 (Pfarrer, welche wissentlich Verwandte in verbotenen Graden kopuliren) „ad annum suspendantur"; ibid. XV. 5, p. 1013 (Kleriker, welche Getreide und andere Sachen mit Rücksicht auf die anticipirte Zahlung billig verkaufen) p. s.; Narbonne 1609 c. 28, Hardouin 11, 30 (Geistliche, welche ihr Ausbleiben auf der Diöcesansynode hartnäckig zu entschuldigen unterlassen) „suspendantur"; Bordeaux 1624 III. 3, l. c. p. 66, s. o. S. 586 n. 3; D. S. Besançon 1707 (1704), Hartzheim 10, 290 (clerici in sacris, welche mit Schiessgewehren jagen) „s. p. s. ferendae sententiae"; Trier 1720 II. 4, ibid. p. 399 (Geistliche, welche das Niederlegen im Mutterleibe verstorbener, ungetaufter Kinder auf dem Altar dulden) p. susp.; ibid. III. 4, p. 407 (Welt- oder Regularpriester sollen nicht in Privathäusern und an nicht vom Bischof konsekrirten Portativaltären

in denen des laufenden Jahrhunderts[1], die *suspensio* schlechthin, also ohne jede nähere Bezeichnung, angedroht.

Die herrschende Doktrin versteht unter derselben, sofern sich nicht aus der Art ihrer Androhung oder Verhängung etwas anderes entnehmen lässt, die suspensio *totalis* oder *generalis*[2], indem sie davon ausgeht, dass die unbestimmte Bezeichnung die Bedeutung einer allgemeinen habe und sich nicht blos auf einzelne Wirkungen der Suspension beziehen lasse. Gegenüber dem Quellenmaterial, in welchem die suspensio ohne nähere Bezeichnung angedroht wird, ist aber dieser Grund völlig unhaltbar. Noch im Mittelalter hat man unter der Suspension schlechthin nur die suspensio ab officio verstanden[3], und auch die angeführten Stellen aus der hier in Rede stehenden Zeit bedingen keine andere Auffassung, sondern allein mit Rücksicht darauf, dass die Strafe in der gedachten allgemeinen Weise auch vielfach gegen

Messe lesen oder biniren) „p. suspensionis et interdicti"; Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 362 (Nichtaufmachung von Inventarien der Güter der Kirchen, Hospitäler und Bruderschaften durch die Verwalter, clerici in sacris) s. p. susp.; Avignon 1725, ibid. p. 514 (Duldung scenischer Darstellungen in der Kirche, wie Herablassung einer Taube zu Pfingsten u. s. w., durch Regular- und Weltpriester) p. s.; ibid. p. 514 (Duldung theatralischer Darstellungen bei der ersten Messfeier durch Kirchenrektoren, auch Regularen); l. c. p. 546 (Kleriker, welcher Wirthshäuser und Schenken ausser auf Reisen besucht oder maskirt einhergeht oder Tänze anführt) „suspensionem incurrat"; ibid. p. 548 (clerici in sacris, welche die Besorgung weltlicher Geschäfte übernehmen) „p. susp. arbitrio episcoporum infligenda"; ibid. p. 555 (Pfarrer, welche sich mit Güterpachten oder Abgaben-Erhebungen für Zehntherrn und weltliche Herren abgeben) „p. s. ipso facto"; Embrun 1727, l. c. p. 627 (Priester, welcher dreimal in nicht vorschriftsmässigem Gewande celebrirt) „susp. poenam ipso f. incurrere"; Tarragona 1717 c. 16, l. c. p. 765 (Heraustragen des Sakraments aus der Kirche bei Überschwemmungen, Feuersbrünsten u. s. w.) p. s. i. f.; ibid. c. 33, p. 780 (Kleriker, welche Waffen, auch zur Jagd tragen) „p. susp. contra ipsos ferendae".

[1] Ravenna 1885, l. c. 6, 153 (Priester, welche bei der Feier der letzten Messe in den Pfarrkirchen auf dem Lande und der ersten in den Kapellen nicht zur Belehrung des Volkes das Symbol, das Vaterunser, den englischen Gruss u. s. w. rezitiren) „p. susp. arbritrio episcoporum imponenda"; ibid. p. 152. 153 (Taufen im Hause oder Privatoratorien ohne Noth) p. s. ferendae s.; ibid. p. 170 (Feier der Messe in nicht benedicirten Kirchen oder in nicht vom Ordinarius bezeichneten und visitirten Oratorien) p. s.; Venedig 1859, ibid. p. 339 (Bischöfe sollen gegen Priester, welche die Messe zu schnell und unehrerbietig feiern, bei Nichtabstellung des Missbrauchs die p. susp. verhängen); Paris 1849 l. c. 4, 22 (Pfarrer, welche an 13 Sonntagen im Jahr das Predigen unterlassen) p. s.; Auch 1851, ibid. p. 1184 (Taufen ausserhalb der Pfarrkirche ohne Noth oder ohne Erlaubniss des Ordinarius) p. s. i. f.; ibid. p. 1200 (Kleriker, welche sich dem Personalarrest unterwerfen oder für andere Bürgschaft leisten ohne Wissen des Bischofs) p. s. i. f.; ibid. p. 1202 (Pfarrer und Vikare, welche ohne Urlaub des Ordinarius über 15 Tage von ihrer Parochie abwesend sind) p. s. i. f.; Tuam 1817, l. c. 3, 766. 767 (Einsegnung der Wöchnerinnen nach notorisch unehelichen oder ehebrecherischen Geburten ohne vorgängige Busse durch den Pfarrer) „p. suspensionis incurrendae" (und durch einen anderen Welt- oder Regularpriester) „ipso facto se suspensum esse intelligat"; Dublin 1853, ibid. p. 805. 806 (Priester, welche bei der Messe über weltliche oder politische Angelegenheiten handeln oder den Nominalelenchus gegen Jemand aussprechen) p. s. (wiederholt Armagh 1854, ibid. p. 851); Armagh 1854, ibid. p. 850. 851 (Verwendung von anderem Wein zur Messe, als den vom bischöflich approbirten Weinhändler gekauften) p. s. fer. s. (vgl. ferner ibid. p. 852 n. 22—24. 26); Westminster 1852, ibid. p. 939 (clerici in sacris, welche die Theater besuchen) p. s. i. f.; New-Orleans 1860, l. c. 4, 254 (Priester, welche Leichen der Katholiken auf Kirchhöfe der Sekten begleiten) p. s.; ibid. p. 255 (Priester, welche auf den Missionstitel geweiht sind und ihre Mission ohne Willen des Bischofs verlassen, bei Hartnäckigkeit) p. s. i. f.; S. Louis 1858, l. c. p. 319 (Priester, welche den Ehen Fremder ohne Genehmigung des Ordinarius derselben assistiren) p. s.; Halifax 1857, ibid. p. 151 (Kleriker, welche trotz Ermahnung nicht vom Besuch von Theatervorstellungen, Tänzen, Pferderennen und von geräuschvollen Jagden ablassen) „suspensionem incurrent"; Australien 1844, ibid. p. 1054 (Missionare, welche keine Eheschliessungsregister führen) p. s., Neugranada 1868, l. c. 6, 521 (Priester, welche zu schnell Messe lesen: „canonicis poenis et etiam suspensione coercere".

[2] Suarez de censuris disp. XXXV s. 2 n. 7 ff.; Avila l. c. P. III disp. 2 dub. 1 concl. 2; Schmier, jurisprudentia canonico-civilis lib. V tr. 1 c. 3 n. 242; Reiffenstuel V. 39 n. 171; Schmalzgrueber V. 39 n. 266; Kober S. 24 n. 7; Phillips Lehrb. d. K. R. 2. A. S. 394; Silbernagl K. R. 2. A. S. 430; Craisson l. c. n. 6578; (Avanzini-) Pennachi l. c. 2, 334. 492; Heiner Censuren S. 314; vgl. auch oben S. 73 n. 8.

[3] S. o. S. 73.

Kleriker, namentlich gegen Welt- und Regularpriester ohne Amt und Benefizium[1], angedroht wird, die Modifikation, dass sie in diesem Falle lediglich als eine *suspensio ab ordine*, welche immer in der suspensio ab officio enthalten ist, aufgefasst werden kann[2]. Überdies sind die Vergehen, auf welche sie gesetzt ist, in ihrer Mehrzahl nicht so schwer, dass für dieselben, soweit selbst Geistliche mit Benefizien in Frage kommen, die totale Suspension als Strafe angezeigt erscheint[3]. Und wenn diese Erwägungen gerade die herrschende Doktrin in zwei Fällen dazu gedrängt haben, die hier von mir allgemein vertretene Auffassung als Ausnahme zuzulassen[4], so liegt darin eine Inkonsequenz[5] und zugleich das indirekte Zugeständniss, dass sich das aufgestellte Prinzip gegenüber der Lage der kirchlichen allgemeinen und partikulären Gesetzgebung nicht aufrechterhalten lässt.

gg. Die s. g. *suspensio ab informata conscientia*[6] unterscheidet sich nicht durch ihre besonderen Wirkungen von den bisher besprochenen Arten der Suspension, viel-

[1] S. o. S. 606 n. 6 ff., vgl. namentlich die hier citirten neueren Partikularkonzilien.

[2] Gerade deswegen kann nicht angenommen werden, dass die suspensio schlechthin die *suspensio a beneficio* in sich schliesst. Eine Bestätigung dafür bietet auch Köln 1536 III. 11 cit., s. o. S. 606 n. 8, welches ausdrücklich neben der Suspension schlechthin noch die von den Präbendebezügen und von den Distributionen anordnet, also diese in der ersteren nicht als enthalten ansehen kann; ferner Mecheln 1570, Hartzheim 7, 621 (clerici beneficiati, welche die Eucharistie nicht an den hohen Feiertagen nehmen) „poena suspensionis et privationis omnium fructuum ad ratum unius mensis“; nicht minder Avignon 1725 XXXV. 2, coll. conc. Lac. 1, 546, nach welchem der Geistliche, wenn er ausser auf Reisen Schenken besucht, „suspensionem incurrat etiam pro prima vice“, bei Rückfall aber nach dreimaliger monitio vom Bischof auch mit „privatio etiam fructuum beneficii pro tempore“ belegt werden kann, woraus sich gleichfalls ergiebt, dass die suspensio nicht das Recht auf den Fruchtgenuss beeinträchtigt.

[3] Vgl. die Anm. 1 citirten Übersichten. Dagegen wird zugegeben werden müssen, dass, wenn man die für die dort aufgeführten Vergehen angedrohte suspensio als eine solche vom Offizium, bez. vom Ordo auffasst, diese Strafe als angemessen erscheint. Was speziell Martin V., s. S. 606 n. 6, betrifft, wo die Suspension und das Interdikt gegen Kapitel und Konvente verhängt wird, so ist damit die Entziehung der Ausübung der denselben als solchen kraft des Offiziums obliegenden und der von dem ordo des Vertreters abhängigen Funktionen, s. o. S. 597 Anm. Sp. 2, ausgesprochen.

[4] Nämlich 1. in Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref., s. S. 606 n. 7. Die suspensio des Pfarrers wird hier fast ausnahmslos, weil die Strafe nach dem Vergehen bemessen, und weil der Schuldige in Bezug auf dasjenige, worin er gefehlt habe, bestraft werden müsse, für eine suspensio ab officio, bez. ab officio sacerdotali (d. h. ab ordine) erklärt, Suarez l. c. disp. XXXI s. 3 n. 19; (Avanzini-) Pennacchi l. c. 2, 488; Heiner Censuren S. 352; de Varceno l. c. 2, 545. Ferner 2. in c. 1 (Urban IV. u. V., s. S. 363 n. 4) in Extrav. comm. de simonia V. 1, wo für die simonistische Annahme von Professen den Ordenskapiteln die suspensio angedroht, und von der herrschenden Doktrin als suspensio vom officium capitulare, d. h. hinsichtlich der Verwaltung und Jurisdiktion, vgl. Reiffenstuel V. 3 n. 251; Schmalzgrueber V. 3 n. 251; Thesaurus simonia c. 10 p. 403, aufgefasst wird, wiewohl in der That diese Suspension auch auf die Anm. 3 gedachten Funktionen mitbezogen werden muss.

[5] Daher treten auch Einzelne, so z. B. Kober S. 270, in dem zu 1 besprochenen Fall für die Auffassung ein, dass es sich hier um eine suspensio ab off. et a benef. handele.

[6] Des sentences épiscopales dites de conscience informée ou du droit de suspendre sans procédure un titulaire même inamovible, par Mgr. l'évêque de Luçon. Paris 1852; Roth, über die sententia ex informata conscientia im Strafverfahren gegen Kleriker. Landau 1856; W. Molitor, üb. d. sententia ex informata conscientia. Mainz 1856; Roth, Antwort auf die Erwiderung des H. W. Molitor betreffs der sententia ex informata conscientia. Mainz 1856; Salv. Palottini, pugna juris pontificii statuentis suspensiones extraiudicialiter seu ex informata conscientia et imperii easdem abrogare molientis. Viennae 1863 (und im Anschluss daran die Abhandlungen in den Analecta juris pontificii 1864 p. 563 ff. u. 1867 p. 449 ff.); C. Braun, de suspensione ex informata conscientia ob occulta solum crimina inferenda. Diss. inaug. Wirceburgi 1868; Acta s. sed. 14 p. 299 ff. quoad suspensionem ex informata conscientia; Bouix, tractatus de judiciis ecclesiasticis t. 2 (ed. II. Paris 1866. p. 310 ff.); W. Molitor, kanonisches Gerichtsverfahren. Mainz 1856. S. 221 ff.; Kober, Suspension S. 65 ff.; Pacific. Pierantonelli, praxis fori ecclesiastici ad praesentem ecclesiae conditionem accommodata. Romae 1883. p. 234 ff.

mehr lediglich durch die Voraussetzungen ihrer Verhängung[1]. Das Tridentinum[2] hat im Interesse der leichteren Aufrechterhaltung der Disziplin unter dem Klerus, namentlich mit Rücksicht darauf, dass die Ordinarien bis zu seiner Zeit nicht berechtigt waren, wegen geheim gebliebener Vergehen Kleriker von dem Aufsteigen zu höheren Weihegraden zurückzuhalten oder dieselben zu suspendiren[3], ihnen diese anerkanntermassen den Regularoberen schon nach mittelalterlichem Recht[4] zustehende Befugniss gleichfalls beigelegt[5].

In Anhalt daran hat sich wesentlich durch die Praxis der *Congregatio Concilii* das Institut der s. g. *suspensio ex inf. consc.* folgendermassen gestaltet:

Eine derartige suspensio ist allein statthaft in Betreff des ordo und des officium, nicht aber in Betreff des Benefiziums[6], kann aber ebenso wie die Zurückweisung von der Ordination wegen eines geheim gebliebenen Vergehens[7] erfolgen[8]. Liegt ein solches vor, und ist dies dem Ordinarius auf irgend eine Weise bekannt geworden, so kann er, selbst ohne den Beschuldigten zu hören und ohne vorgängige *monitio*[9], die Suspension[10] ver-

1 Deswegen könnte es richtiger erscheinen, die Lehre in den Abschnitt vom Strafverfahren zu verweisen, indessen rechtfertigt sich die Behandlung derselben an dieser Stelle dadurch, dass, abgesehen von dem Verbot der Erlangung der höheren Weihen, s. o. S. 584 n. 2, die suspensio ex informata conscientia die einzige Strafe ist, welche ohne gerichtliches Verfahren verhängt werden kann, s. Pierantonelli p. 254; Acta s. sed. 19, 564.

2 Sess. XIV. c. 1 de ref.

3 c. 4 (Alex. III.) u. c. 17 (Gregor. IX.) X de temp. ord. I. 11.

4 c. 5 (Luc. III.) X eod.

5 Trid. l. c.: „Quum honestius ac tutius sit subiecto debitam praepositis obedientiam impendendo in inferiori ministerio deservire quam cum praepositorum scandalo graduum altiorum appetere dignitatem (bis hierher fast wörtlich aus c. 5 X cit. entnommen), *ei cui ascensus ad sacros ordines a suo praelato ex quacumque causa, etiam ob occultum crimen quomodolibet, etiam extraiudicialiter fuerit interdictus, aut qui a suis ordinibus seu gradibus vel dignitatibus ecclesiasticis fuerit suspensus*, nulla contra ipsius praelati voluntatem concessa licentia de se promoveri faciendo aut ad priores gradus, dignitates sive honores restitutio suffragetur.“

6 Denn das Tridentinum erwähnt nur der Weihestufen, der kirchlichen Grade (d. h. Ämter) und der dignitates, also der officia ecclesiastica, nicht aber der beneficia. Dies ist die herrschende Ansicht, Molitor S. 228; Kober S. 69; Bouix 2, 354 ff.; Braun p. 4 (zweifelnd dagegen Pierantonelli p. 255. 256). Auch die Instruktion der Congr. de propag. fide für die Missionsbischöfe und Prälaten über die s. e. i. c. v. 1884 n. 1. 4, Acta s. sed. 19, 562 u. Arch. f. kath. K. R. 56, 180, setzt dies voraus; vgl. ferner Acta s. sed. l. c. p. 564. Wohl kann aber das Recht auf das Benefizium indirekt insoweit berührt werden, als durch die suspensio ab officio die Bestellung eines Stellvertreters für die Verwaltung des Amtes nothwendig werden, und dann der Ordinarius diesem, wie sonst, s. o. S. 68 n. 5 u. S. 592, einen Theil der Einkünfte des Benefiziums als Remuneration zuweisen darf, s. cit. Instruktion n. 4.

7 Vgl. dazu noch unten S. 610 n. 3.

8 Allerdings stehen im Trid. cit., s. Anm. 5, die Worte: „*ob occultum crimen*“ bis „*extraiudicialiter*“ blos in dem Theile des Satzes, welcher von der Zurückweisung von den Weihen, nicht von der Suspension spricht, indessen hat die Doktrin und Praxis mit Rücksicht auf den Zweck der Bestimmung und mit Rücksicht darauf, dass letztere sonst den Ordinarien hinsichtlich der Suspension keine neue Befugniss gewährt haben würde, diese Worte auch mit auf den zweiten, die Suspension betreffenden Satz bezogen, s. Fagnan. ad c. 5 X de tempor. ord. I. 11 n. 7; Benedict. XIV. de synodo dioec. XII. 8 n. 3; Kober S. 67 ff.; Molitor, kanon. Strafverfahren S. 224 ff.; Acta s. sed. 14, 302. 303; vgl. ferner die Entscheidungen der Congr. conc. bei Benedict. XIV. l. c. n. 4; Bouix l. c. p. 320 ff.; Richters Tridentinum S. 87 n. 2; Acta s. sed. 14, 304, sowie die Bulle Pius' VI.: Auctorem fidei v. 1794, s. Bd. 3 S. 600, betreffend die Verurtheilung der Lehren der Synode v. Pistoja: „49: Item quae damnat, ut nullas et invalidas suspensiones ex informata conscientia: Falsa, perniciosa, in Tridentinum iniuriosa“; 50: Item in eo quod insinuat, soli episcopo fas non esse uti potestate quam ei defert Tridentinum (sess. XIV. c. 1 de ref.) suspensionis ex informata conscientia legitime infligendae: Iurisdictioni praelatorum ecclesiae laesiva.“ Auch die cit. Instruktion von 1884 ruht auf dieser Praxis.

9 Das Tridentinum verlangt weder das eine noch das andere und gewährt dem Ordinarius das Recht, *extraiudicialiter* vorzugehen, s. auch die cit. Instruktion n. 2; Acta s. sed. 14, 299 u. 19, 565; Pierantonelli l. c. p. 237.

10 Wenn Silbernagl K. R. S. 431 dieselbe „als eine ausserordentliche Massregel zur Verhütung von Sakrilegien und zum Zweck der Busse“ erklärt, so verwechselt er die ausserordentlichen Voraussetzungen, unter denen sie verhängt werden kann, mit ihrem Wesen. Sie ist, soweit ihr Charakter in Frage kommt, nichts

hängen[1]. Immer ist dies aber nur statthaft wegen schwerer Vergehen[2], und zwar solcher, welche nicht vorher öffentlich bekannt[3] geworden sind[4]. Selbverständlich ist es weiter, dass sich der Ordinarius die Überzeugung von der Begehung des Vergehens zu verschaffen hat[5]. Er kann zu diesem Behufe nach seinem Ermessen Erhebungen in der ihm passend erscheinenden Weise, also auch in den Formen des gewöhnlichen Strafverfahrens[6] veranstalten[7], ja sogar die Strafe selbst nach eingeleitetem Prozess, wenn die Durchführung des letzteren sich als nicht möglich[8] oder nicht als angemessen[9]

Anderes als eine sonstige Suspension, kann also, wie eine solche, bald Censur, bald Strafe im eigentlichen Sinne sein, s. unten §. 302.

[1] Sein Vertreter, namentlich der Generalvikar, nur mit seiner Spezialvollmacht, Bd. II. S. 214; cit. Instruktion n. 3.

[2] Das Tridentinum spricht von crimen; vgl. auch die cit. Instruktion n. 6 u. 13; Acta s. sed. 5, 16 u. 19, 568. 571; Silbernagl a. a. O.; Pierantonelli p. 243.

Wegen Handlungen, welche sich nicht als Vergehen darstellen, darf daher eine Suspension ex informata conscientia nicht verhängt werden, so z. B. nicht die Trid. Sess. XIV. c. 3 de ref. den Ordinarien wegen Ungeeignetheit und Unfähigkeit früher von anderen geprüfter und geweihter Geistlicher gestattete Suspension, s. auch Bouix l. c. p. 342.

[3] Unter dem crimen occultum des Tridentinums kann nur ein solches verstanden werden, welches geheim geblieben ist und geheim bleibt oder bleiben soll, sei es, weil dasselbe im gerichtlichen Verfahren nicht nach den Regeln desselben bewiesen werden kann (z. B. weil die Zeugen ihre Namen verschwiegen wissen oder nur unter Zusicherung der Geheimhaltung des Bekundeten aussagen wollen), sei es, weil der Ordinarius, um das Bekanntwerden des Vergehens und die Entstehung eines öffentlichen Ärgernisses zu verhindern, ein gerichtliches Verfahren nicht einleiten will, s. auch Benedict. XIV. l. c. n. 6; Pierantonelli l. c. p. 247. Den Gegensatz bildet also das öffentlich bekannt gewordene Vergehen, vor Allem das Vergehen, welches in Gegenwart einer Anzahl von Personen, also so öffentlich begangen ist, dass diese weitere Kunde davon verbreiten können, mithin das crimen notorium, s. o. S. 359 n. 1, so auch die cit. Instruktion v. 1884 n. 7: „Ad hoc autem ut sit occulta (d. h. culpa), requiritur, ut neque in iudicium neque in rumores vulgi deducta sit neque insuper eiusdem numero et qualitate personarum cognita sit, unde delictum censeri debeat notorium."

[4] Eine neuere Ansicht, s. die citirte Schrift: Des sentences épiscopales P. II. §. 2; Bouix l. c. p. 325 ff. geht allerdings dahin, dass das Verfahren ex informata conscientia bei allen Vergehen, also auch den offenkundigen und den gerichtlich erweislichen, sowie den erwiesenen, statthaben könne, weil die Worte des Tridentinum l. c. „*ex quacumque causa etiam ob occultum crimen*", dahin aufzufassen seien, dass sie jeden beliebigen Fall und selbst auch den eines geheim gebliebenen Vergehens bezeichnen (— aus Anlass dieser Kontroverse sind die S. 608 n. 6 citirten Schriften von Molitor und Roth gewechselt —), obschon Bouix l. c. p. 342 ff. erklärt, dass der Ordinarius erlaubter Weise bei einem nicht geheimen Vergehen im Wege der s. ex. i. c. nur vorgehen dürfe, wenn er einen genügenden Grund habe, von dem gerichtlichen Verfahren abzustehen. Allerdings bietet der Wortlaut des Tridentinums für diese Ansicht eine Stütze, aber andererseits hat dasselbe, wie namentlich die Einleitung zu Sess. XIV. c. 1 de ref. zeigt, blos die Beschränkungen beseitigen wollen, welche nach älterem Recht der Ausübung der Disziplinargewalt des Ordinarius entgegenstanden, u. ferner Sess. XXIV. c. 5 de ref. ausdrücklich das c. 24 X de accus. V. 1, die Vorschriften Innocenz' III. über die verschiedenen Verfahrungsarten, s. o. S. 350 ff., also auch das Verfahren bei öffentlichen Vergehen, aufrechterhalten, also insoweit an dem früheren Recht nichts geändert. Demnach erscheint die gedachte Ansicht nicht haltbar, vgl. Kober S. 70 ff.; Braun p. 14 ff.; Pierantonelli p. 243; Acta s. sed. 19, 568 ff., und auch die Kurialpraxis ist stets der hier vertheidigten gefolgt, s. namentlich die Entsch. d. Congr. conc. v. 1873, Acta s. sed. 7, 569; Arch. f. k. K. R. 47, 155; die Anweisung der Congr. episc. v. 1880 für die geistlichen Gerichte no. IX, Acta s. sed. 13, 324 ff. (auch 15, 383), Arch. f. k. K. R. 46, 3, nach welcher die s. ex i. c. nur bei geheimen Vergehen zugelassen und ausdrücklich auf die eben citirte Entsch. verwiesen wird; s. auch die Anm. 3 cit. Instruktion u. Acta s. sed. 14, 292. Selbstverständlich ist es aber nicht ausgeschlossen, dass, wenn der Beschuldigte mehrere Vergehen begangen hat, von denen eins nur geheim, das andere aber öffentlich bekannt ist, wegen des ersteren die s. ex i. c. verfügt werden kann, s. die Entsch. d. Congr. conc. in Acta s. sed. 8, 547; 14, 372; 19, 299 ff.; Pierantonelli p. 248; cit. Instruktion der Propaganda v. 1884 n. 6: „Verum tenet etiam suspensio, si ex pluribus delictis aliquod fuerit notum in vulgus aut si crimen, quod ante suspensionem fuerat occultum, deinceps post ipsam fuerit ab aliis evulgatum"; Acta s. sed. 19, 570.

[5] Denn er darf keinen Unschuldigen bestrafen. S. auch Bouix l. c. p. 346, Acta s. sed. 19, 565 und unten bei der Besprechung des Rekurses S. 612.

[6] Das Tridentinum l. c. sagt: „quomodolibet, etiam extraiudicialiter", s. auch Bouix p. 338. 339; Pierantonelli l. c. p. 240.

[7] Also z. B. die Vernehmung von Zeugen und die Vorladung des Beschuldigten.

[8] Z. B. aus den Anm. 3 angegebenen Gründen.

[9] Weil das Vergehen sonst bekannt werden und öffentliches Ärgerniss erregt werden könnte.

erweist, verhängen[1], sofern nur durch seine Massnahmen das Vergehen nicht allgemein bekannt geworden[2] ist, muss es aber in diesem letzteren Fall bei der Strafverhängung kenntlich machen, dass er dieselbe *ex informata conscientia* erlassen habe[3]. Eine schriftliche Strafverfügung[4] wird durch das Tridentinum nicht erfordert[5], sie ist aber in der Praxis üblich[6] und zum Theil sogar vorgeschrieben[7]. Die Gründe der Massregel ist der Ordinarius dem von der Strafe Betroffenen niemals anzugeben verpflichtet[8]. Nothwendig ist aber selbstverständlich die Mittheilung von der Verhängung der Suspension[9], welche gewöhnlich durch Zustellung der schriftlichen Strafverfügung[10] erfolgt.

Während die frühere Praxis der Congregatio concilii eine *suspensio ex i. c.* auch auf immer[11] nicht beanstandet[12] hat, wird nach der neueren Praxis derselben nur eine

1 Braun l. c. p. 29 nimmt an, dass dies ausgeschlossen ist, wenn er einmal das regelmässige Strafverfahren eingeleitet hat, und verlangt bei Unmöglichkeit der Durchführung des letzteren die Einholung einer päpstlichen Ermächtigung, auch ohne die Beobachtung der wesentlichen Formalitäten das Urtheil zu fällen. Dies widerspricht indessen dem Tridentinum, s. S. 610 n. 4. Dagegen auch Bouix p. 339; Pierantonelli l. c. p. 249. 250; s. auch die folgende Anm. Wenn indessen letzterer, selbst falls der Angeschuldigte im regelmässigen Verfahren freigesprochen ist, die Verhängung unter der Voraussetzung für zulässig erklärt, dass trotz des im Prozess nicht für genügend erachteten Beweises das Vergehen feststehe, so widerspricht dies den Grundsätzen der res judicata, und aus der von ihm in Bezug genommenen Entscheidung der Congr. conc. v. 1795 lässt sich nicht klar erkennen, ob sie wirklich seine Auffassung getheilt habe.

2 Denn dann liegt die nothwendige Voraussetzung der s. ex i. c. nicht mehr vor, so auch die cit. Instruktion v. 1884 n. 7, S. 610 n. 3, welche keineswegs die suspensio nach Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung allgemein ausschliesst, sondern nur dann, wenn das Vergehen ausserdem (s. das Wort *insuper*) allgemein bekannt geworden ist.

3 Also durch den Gebrauch der herkömmlichen Bezeichnung oder auch einer ähnlichen, wie „ex causis ipsi ordinario notis", oder durch Bezugnahme des Trid. sess. XIV. c. 1 de ref., s. auch Anm. 7. Sonst würde sich das Verfahren äusserlich als ein nicht den Essentialien entsprechender Strafprozess darstellen und der Vernichtung durch die höhere Instanz ausgesetzt sein, Bouix p. 339. 340; Pierantonelli p. 239; Acta s. sed. 19, 567.

4 In dieser wird auch der Umfang der Suspension bezeichnet werden müssen, s. auch d. cit. Instruktion v. 1884 n. 4: „Debent insuper exprimi partes exercitii ordinis vel officii, ad quas extenditur suspensio." Würde dies unterbleiben, also die suspensio schlechthin ausgesprochen, dann ist allerdings die suspensio ab officio anzunehmen, s. o. S. 607. Nichtig wird die Verfügung dadurch nicht.

5 Da das Verfahren kein gerichtliches ist, bedarf es zur Gültigkeit keiner schriftlichen Sentenz, s. auch die folgenden Anmerkungen. Anscheinend eine andere Ansicht Acta s. sed. 19, 566.

6 Acta s. sed. 19, 566.

7 Cit. Instruktion 1884 n. 2: „... Satis erit proinde, si praelatus hanc poenam infligens, simplici utatur praecepto, quo declaret, se suspensionem ab exercitio sacrorum officiorum vel ecclesiasticorum indicere"; n. 3: „Huiusmodi praeceptum semper in scriptis intimandum est, die et mense designato... In eadem intimatione exprimendum est, quod eiusmodi punitio irrogatur in vim Trid. decreti sess. 14 c. 1, ex informata conscientia vel ex causis ipsi ordinario notis." Aus dem Anm. 5 angegebenen Grunde ist aber die blosse mündliche Verhängung nicht nichtig, so auch die Congr. conc. 1782 bei Pierantonelli p. 239.

8 Das wird aus dem „quomodolibet, etiam extraiudicialiter" in Trid. cit. hergeleitet, s. Bouix p. 332, und ist nicht nur die allgemeine Meinung, Kober S. 73; Pierantonelli p. 239, sondern auch feste Praxis der Congr. conc., s. Benedikt XIV. l. c. n. 4; Richters Tridentinum S. 87 n. 1; Acta s. sed. 19, 572; cit. Instruktion v. 1884 n. 9: „Prudenti arbitrio praelatorum relinquitur, suspensionis causam seu ipsam culpam delinquenti aut patefacere aut reticere. Partes alioquin pastoralis sollicitudinis et charitatis eorundem erunt, ut si istiusmodi poenam suspenso manifestare censuerint ipsa ex paternis quas interponent monitionibus, nedum ad expiationem culpae verum etiam ad emendationem delinquentis et ad occasionem peccandi eliminandam inserviat."

9 Das versteht sich von selbst.

10 S. auch die cit. Instruktion v. 1884 n. 3, s. o. Anm. 7.

11 Darunter fallen auch solche, welche schlechthin ohne jede Zeitangabe oder mit der Klausel: „donec satisfeceris" oder einer ähnlichen verhängt werden, Pierantonelli p. 257.

12 S. die Zusammenstellung der Entscheidungen bei Bouix l. c. p. 334; vgl. auch Pierantonelli p. 259; Acta s. sed. 14, 304. Mit Rücksicht darauf, dass eine suspensio perpetua in ihrer Wirkung der privatio beneficii im Wesentlichen gleichkommt, hat die Congr. conc. daher auch früher derartige ex informata conscientia verfügte Strafen und Strafversetzungen in Fällen, wo das ordentliche Verfahren nicht durchführbar war, aufrecht erhalten, s. Beispiele bei Pierantonelli p. 259. 260; vgl. auch Acta s. sed. 19, 568.

zeitlich beschränkte gestattet[1], möge der Zeitraum fest fixirt oder durch einen dies certus an, incertus quando, wie das beneplacitum des Ordinarius[2] bestimmt sein[3].

Da das Tridentinum die Restitution des Suspendirten gegen den Willen des die Strafe verhängenden Ordinarius ausschliesst[4], so ist dem ersteren damit jedes im gewöhnlichen Instanzenzuge zu verfolgende Rechtsmittel, vor Allem die Appellation an den Metropoliten, entzogen[5]. Der einzige Rechtsschutz gegen die Willkür des Ordinarius, welchen er besitzt, ist der durch keine Frist beschränkte Rekurs an den apostolischen Stuhl[6]. Diesem[7] ist der Bischof die Gründe für sein Verfahren klarzulegen[8], also auch die Beweise für die Schuld des Suspendirten zu unterbreiten[9] ver-

1 Wennschon dies aus den publicirten Entscheidungen, vgl. Bouix p. 336; Pierantonelli p. 259, Acta s. sed. 19, 568, dagegen Acta s. sed. 14, 312, nicht mit Sicherheit hervorgeht, so wird diese Praxis doch durch die cit. Instruktion n. 5: „Exprimi item debet tempus durationis eiusdem poenae. Abstineant tamen ordinarii ab ipsa infligenda in perpetuum. Quod si ob graviores causas ordinarius censuerit, eam imponere non ad tempus determinatum, sed ad suum beneplacitum, tunc habetur pro temporanea, ideoque cessabit cum iurisdictione ordinarii suspensionem infligentis." Nichtig würde demnach aber die Verhängung einer suspensio perpetua niemals sein, wennschon dieselbe durch die Congr. conc. aufgehoben werden könnte.

2 Denn sie erlischt mit dem Tode des Ordinarius oder mit dem Zeitpunkt, in welchem er seine Jurisdiktion verliert, Bd. III. S. 817; s. auch cit. Instruktion n. 5 (vor. Anm.); Acta s. sed. 19, 568.

3 Dass aber in den Anm. 2 gedachten Fällen jede suspensio ex i. c. ihre Kraft verliert, selbst wenn sie auf festbestimmte Zeit ausgesprochen ist, so Braun l. c. p. 4, ist unrichtig, denn der einmal gültig vorgenommene Jurisdiktionsakt fällt nicht mit dem späteren Aufhören der Jurisdiktion des Oberen in sich zusammen, s. Bd. III. S. 837.

4 Sess. XIV. c. 1 de ref. i. f.

5 Weil, wenn ein solches Rechtsmittel zulässig wäre, der höhere Richter die Massregel auch wider Willen des sie verhängenden Oberen in der Rechtsmittelinstanz aufheben könnte, vgl. auch Bouix p. 332. Diese allgemein und auch von der Congr. conc. stets festgehaltene Auffassung, s. Pierantonelli p. 264; Richters Tridentinum S. 87 n. 3; Bouix p. 333, ist auch in der const. Benedikts XIV.: Ad militantis v. 1742 §. 23, bull. Bened. 1, 60, nach welcher die Appellation ausgeschlossen ist: „Item a denegatione sacrorum ordinum vel adscensus ad alios maiores, prout etiam adversus suspensionem ab ordinibus iam susceptis ob crimen occultum sive ex informata conscientia", gesetzlich bestätigt; s. auch cit. Instruktion v. 1884 n. 11.

6 Denn die gedachte Vorschrift des Tridentinums ist mit Rücksicht auf die Stellung, welche die päpstliche Gewalt den Bestimmungen desselben gegenüber hat einnehmen können und eingenommen hat, s. Bd. III. S. 441 ff., niemals auf den Papst bezogen worden, und die Kurialpraxis hat daher stets derartige Rekurse zugelassen, vgl. die Entscheidungen bei Bouix p. 333; Pierantonelli p. 264; s. auch cit. Instrukt. v. 1884 n. 12: „Semper tamen patet aditus ad apostolicam sedem; et in casu quo clericus absque sufficienti ac rationabili causa se hac poena multatum reputet, recurrere poterit ad summum pontificem. Interim tamen in vigore permanet decretum suspensionis usque dum ab ipso pontifice vel a s. congregatione, quae de recursu iudicare debet, non fuerit rescissum aut etiam moderatum." Wenn die cit. Instruktion n. 4 in Betreff der Bestimmung über die Höhe der Remuneration des Vertreters des ab officio suspendirten Geistlichen, s. o. S. 609 n. 6, bestimmt: „At si suspensus in hac taxatione se gravatum senserit, moderationem provocare poterit apud curiam archiepiscopalem aut etiam apud sedem apostolicam", so widerspricht dies dem Tridentinum nicht, denn dieses schliesst nur die Appellation in Betreff der suspensio, nicht aber in Betreff des hier fraglichen Punktes aus.

7 Oder der zuständigen Kurialbehörde, d. h. der Congregatio concilii, s. Bd. I. S. 459, und der Congregatio de propaganda fide, a. a. O. S. 476, welche für ihr Ressort die wiederholt citirte Instruktion v. 1884 erlassen hat.

8 So nach der römischen Praxis, s. die Citate in Anm. 6 und die folgende.

9 S. die cit. Instruktion n. 10: „Meminerint vero praesules, quod si contra decretum, quo irrogata fuit suspensio, promoveatur recursus ad apostolicam sedem, tunc apud ipsam comprobari debet culpa, quae eidem praebuit occasionem. Consultum idcirco erit, ut antequam haec poena infligatur, probationes illius quantumvis extraiudicialiter et secreto colligantur; ita ut eo ipso quod cum omni certitudine culpabilitatis in punitione inferenda proceditur, si deinceps causa examinanda est apud sedem apostolicam, probationes criminis in eas difficultates haud impingant, quae ut plurimum occurrunt in istiusmodi iudiciis"; Pierantonelli p. 236. Wenn Bouix p. 346 behauptet, dass ein Beweis, welcher blos für den Bischof genüge, z. B. wenn er selbst die Begehung des Vergehens gesehen oder ihm dieselbe unter vier Augen gestanden sei, nicht ausreiche, sondern dass nur ein solcher Beweis, welcher eine convictio publica herbeizuführen vermöge, ausreichend sein würde, so verkennt er, dass es sich hier um ein aussergerichtliches Verfahren handelt, und dass der Papst oder die ihn vertretende römische Behörde ebensowenig an die Beweisvorschriften des gerichtlichen Verfahrens, wie der Ordinarius selbst gebunden ist, mithin also auch den amtlichen Versicherungen des

pflichtet. Suspensiv-Effekt hat der Rekurs nicht[1]. Wenn daher der Rekurrent nach Einlegung desselben oder nach Einwendung einer unzulässigen Appellation solche Weiherechte, von denen er suspendirt ist, ausübt, so wird er, wie sonst[2] und wie bei jeder anderen dieselben betreffenden Suspension[3], irregulär[4].

Während die Suspension von den kirchlichen Amtsrechten in ihren verschiedenen Gestaltungen im umfassendsten Masse sowohl gemeinrechtlich, als auch partikularrechtlich als Strafe gegen Geistliche verwendet worden ist und auch nach dem geltenden Recht noch in demselben Umfange Anwendung finden kann, hat

c. die endlich weiter in Frage kommende, eigenthümliche Art der Suspension, die s. g. *excommunicatio fraterna*, die Ausschliessung der Bischöfe von jedem amtlichen Verkehr mit ihren Amtsbrüdern[5], zwar noch im Tridentinum[6] indirekt Anerkennung gefunden[7], ist aber mit Rücksicht darauf, dass in einzelnen Ländern, so namentlich in Deutschland, selten noch Provinzial- oder Diöcesansynoden gehalten werden, in diesen praktisch bedeutungslos.

12. Die Entziehung des Amtseinkommens[8], welche in den früheren Zeiten nur vereinzelt als Strafe vorkommt[9], findet sich jetzt zwar ebenfalls nicht oft in den allgemeinen Konzilien[10] und den päpstlichen Konstitutionen[11], indessen häufig in

letzteren über seine Wahrnehmungen oder über ihm gemachte Geständnisse vollen Glauben beimessen kann, obschon nicht braucht.

[1] Das versteht sich bei der Natur dieses ausserordentlichen Rechtsbehelfes von selbst und ist auch unstreitig, Pierantonelli p. 264. Vgl. auch die citirte Instrukt. v. 1884 n. 12, s. o. S. 612 n. 6.

[2] S. die citirte Instrukt. n. 11: „A decreto suspensionis e. i. c. non datur appellatio ad tribunal superioris ordinis. Postquam idcirco clericus intimationem suspensionis habuerit, si nihilominus appellationem interponere eiusque obtentu in altari ministrare seu quovis modo suum ordinem solemniter exercere praesumat, statim incidit in irregularitatem"; Benedict. XIV. l. c. n. 5; Kober S. 73; Pierantonelli p. 266; Acta s. sed. 19, 572, gleichviel, ob die suspensio als Census oder als poena vindicativa verhängt ist.

[3] S. o. S. 599.

[4] Die Verweigerung der Ertheilung der Weihe oder eines höheren ordo ex informata conscientia folgt denselben Regeln, wennschon sie nicht immer eine Strafe ist, sondern auch vorkommen kann, um ungeeignete Personen von den Weihen fernzuhalten, s. Bd. I. S. 41 n. 4. Vgl. auch Bouix p. 350.

[5] S. Bd. IV. S. 742. 811.

[6] S. o. S. 74 n. 5. 6.

[7] Auch die Provinzialsynoden erwähnen sie nur selten, s. oben Bourges 1584 XLV. 1, Hardouin 10, 1506 (offenbar im Hinblick auf Trid. XXIV. c. 2 de ref., in Betreff der auf der Provinzialsynode ausbleibenden Suffraganbischöfe): „tertia parte fructuum sui episcopatus piis usibus applicanda mulctentur et communione fratrum interdicantur".

Wie früher, s. S. 74 n. 4 kommt sie auch noch freilich vereinzelt im 16. Jahrhundert, aber, so weit ich sehe, nicht mehr später, für andere Geistliche vor, s. Sens 1460/1485 II. 6, Hardouin 9, 1532 (Geistliche, welche keine Tonsur und unpassende Kleider tragen) „a choro et conversatione excludantur"; Mainz 1549 c. 85, Hartzheim 6, 588 (Kanoniker und Vikarien, welche ihrem Prälaten hartnäckig die üblichen Ehrenbezeigungen verweigern, nachdem sie bereits deswegen mit Entziehung der Einkünfte ihrer Präbende bestraft sind) „a consortio ecclesiae et omni fructuum perceptione amoveatur, nonnisi de episcopi consensu ad eandem rursus admittendus"; möglicherweise auch Narbonne 1551 c. 15, Hardouin 10, 446 (Kathedral- und Kollegiatkanoniker und Pfarrer, welche unpassende Kleider beim Gottesdienste tragen): „lucro quaestuque privabitur et a superioribus ejicietur".

[8] Über die Bezeichnungen der Strafe siehe Anm. 11 ff.

[9] Vgl. o. S. 74.

[10] Basel Sess. XV. (1433), Hardouin 8, 1171 (Erzbischöfe und Bischöfe, welche betreffs der Abhaltung der Provinzial-, bez. Diöcesansynoden nachlässig): „medietatem omnium fructuum et obventuum ratione suarum ecclesiarum ad eos pertinentium fabricae ipsarum applicandam eo ipso amittant"; Sess. XXI. (1435) c. 9, ibid. p. 1198 (Kanoniker, welche sich ihren Gläubigern gegenüber verpflichten, bei Nichtzahlung ihrer Schulden keinen Gottesdienst zu halten) „trium mensium fructus ipsi ecclesiae applicandos ipso f. amittant"; Lateran. V., d. h. Leo X.: Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (Blasphemie gegen Gott, Christus und Jungfrau) „eo ipso quod de delicto huiusmodi fuerit convictus, etiam beneficiorum, quaecumque habuerit, fructibus ... unius anni mulctetur"; ibid. §. 38 (Verletzung der Pflicht zum Breviergebet, s. Bd. I. S. 142. 143 n. 1); Trid. Sess. VI. c. 1 u. XXIII. c. 1 de ref. (betr. die Residenzpflicht der Bischöfe, s. Bd. III. S. 228, und der Pfarrer, a. a. O., gegen welche letzteren der Ordinarius bei Hartnäckigkeit „per sequestrationem fructuum" vorgehen kann); Sess. XXV. c. 14 de ref., s. o. S. 601 n. 8.

[11] Pius IV.: De salute 1560 §. 2, b. T. 7, 54 (Wiederholung der Strafe des Verlustes des vier-

den Partikularsynoden [1] bis in die neuere Zeit hinein hauptsächlich für die Verletzung der allgemeinen Standes-, sowie auch ferner einzelner Amtspflichten, wie namentlich der Residenzpflicht und der Pflicht, auf den Synoden zu erscheinen, angedroht.

ten Theils der Früchte nach Trid. Sess. VI. c. 1 cit., s. Bd. III. S. 228); Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, ibid. p. 434 (Blasphemie, Kleriker:) „pro prima vice fructibus unius anni omnium et quorumcumque beneficiorum privetur"; Alexander VII.: Piae sollicitudinis 1657 §. 1 (für Rom), b. T. 16, 275, s. o. S. 592 n. 14; Pius IX.: Romanus pontifex 1873 (diejenigen, welche sich der S. 585 n. 8 a. E. gedachten Vergehen schuldig machen, sofern sie nicht die Bischofsweihe haben) „excommunicationis maioris necnon privationis fructuum ecclesiasticorum beneficiorum quorumcumque aliorumque redditnum ecclesiasticorum . . . eo ipso incurrendis poenis innodamus. . . ipsarumque poenarum absolutionem seu relaxationem nobis et romano pontifici . . . specialiter reservamus".

[1] Köln 1423 c. 6, Hartzheim 5, 220 (Kanoniker und Benefiziaten, welche während des Gottesdienstes in der Kirche herum laufen oder plaudern) „p. privationis fructuum ad 8 dies"; Mainz 1423 c. 9, ibid. p. 211 (clerici beneficiati aut in sacris concubinarii) „omnibus proventibus beneficiorum suorum per unius anni spatium sint ipso f. privati"; Trier 1423 c. 2, ibid. p. 224 (ebenso) „p. perditionis omnium fructuum suorum beneficiorum unius anni"; ibid. c. 4 p. 225 (Kleriker, welche unpassende Eide bei den Gliedern und bei dem Blut des Erlösers schwören oder Blasphemieen äussern) „p. amissionis omnium fructuum suorum beneficiorum per 3 menses"; Paris 1429 c. 2, Hardouin 8, 1041 (Kleriker, welche auf Ermahnung das Plaudern in den Kirchen nicht unterlassen) „unius diei sint eo ipso distributionibus privati" (und wenn sie unpassende Spiele in den Kirchen veranstalten) „p. privat. benef. suor. per unum mensem"; Rouen 1445 c. 11 l. c. 9, 1296 (Veranstaltung unpassender Spiele, namentlich von Narrenspielen, ausser Exk.) „distributiones per 3 menses sequentes perdant"; Toledo 1473 c. 6, Hardouin l. c. p. 1505 (clerici beneficiati an den bischöflichen Kirchen, welche unpassende Kleidung tragen) „per X dies qualibet vice eo ipso portione sua mulctentur"; c. 9, ibid. p. 1506 (clerici beneficiati, welche nicht zwei Monate nach der Mahnung an sie ihre Konkubinen entlassen) „tertia parte fructuum beneficiorum omnium quae illo tempore obtinuerint, ipso f. sint privati" (nach zwei weiteren Monaten) „alia tertia parte" (und wieder nach zwei ferneren) „reliqua tertia parte . . . partes fructuum . . . in cathedralibus et collegiatis quoad bona quae de communi mensa fuerint, ad communem mensam capituli, aliae vero pro expensis sequentis concilii et in parochialibus ecclesiis medietatem fabricae earum, alteram . . . praedicto concilio applicandam"; c. 19, p. 1512 (clerici beneficiati in ecclesiis cathedralibus, welche unpassende Gesänge und Stücke in den Gottesdienst einflechten) „eo ipso per mensem portionibus suis mulctentur"; Sens 1460/1485 II. 6. (s. S. 613 n. 7, neben der hier genannten Strafe bis zur Besserung) „eis distributiones negentur"; Mainz 1549 c. 85, s. a. a. O.; Mainz cit. c. 88, Hartzheim 6, 589 (Kanoniker, welche die aus der Besitzeinführung neuer Kanoniker und aus der Option der Domkurien erhaltenen Gelder nicht für die Unterhaltung der Kurien oder für die Kirche, sondern in den eigenen Nutzen verwenden) „privatione omnium fructuum quos ab ea ecclesia percipere deberent, per semestre tempus plectemus"; ibid. c. 100 p. 592 (Verwundung eines Klerikers durch einen anderen ausser exc. l. s.) „ad VI menses tali fructuum privatione mulctetur"; Toledo 1566 II. 25. 30, Hardouin 10, 1155. 1157 (Verletzung der Residenzpflicht durch Pfarrer und Kanoniker, wesentlich Wiederholung von Trid. Sess. XXIII. c. 1 de ref. cit. (ebenso auch Rouen 1581, ibid. p. 1235 n. 2 ff.); Toledo cit. III. 6, Hardouin 10, 1161 (Kanoniker und Geistliche, welche an den hohen Festtagen nicht das Abendmahl während des Hochamtes nehmen) „his stipendiis, quae 8 ante dies, etiam ratione residentiae lucrati fuerint, fabricae ecclesiae applicandis priventur"; Salzburg 1569 XXIII. 2, Hartzheim 7, 274 (Dekane der Kapitelskirchen bei Verletzung der Residenzpflicht) „p. privationis fructuum decanalium pro rata temporis quo . . . non resederint"; Mailand 1569 III. 1, Hardouin 10, 749 (Nichtvorlegung des Titels an den Ordinarius innerhalb eines Monats nach der Erlangung des Besitzes eines Benefiziums) „dimidia parte fructuum et proventuum unius anni mulctetur, qui ex eo beneficio singulis annis percipiuntur"); ibid. III. 5, p. 750 (Verpachtung der Benefizialgüter an Patrone oder an diejenigen, welche auf das Benefizium verzichtet haben oder an deren nahe Verwandte ohne Genehmigung des Bischofs) „fructibus unius omnis mulctetur, quos ex eorum beneficiorum praediis bonisve capit"; ibid. III. 10, p. 751 (Nichtbewirkung der notariellen Beurkundung der Verpflichtungen der Besitzer von Emphyteusen und Benefizialgut) „dimidia parte fructuum unius anni mulctetur, quos ex eo beneficio consequeretur" (s. auch noch ibid. n. 11 p. 752); Mecheln 1570 c. 4, Hartzheim 7, 623 (Kleriker, welche auswärts studiren und nicht jährlich ein Zeugniss darüber einschicken, dass sie passende Klerikaltracht tragen) „fructibus beneficiorum priventur"; ibid. c. 5 (Kleriker, welche Wirthshäuser, Schmausereien besuchen, verdächtigen Umgang mit Frauenzimmern haben, bei Nacht vermummt umherlaufen) „privatione distributionum et fructuum sui officii seu beneficii per mensem puniatur"; Mailand 1583 c. 15, Hardouin 10, 1116 (Ausdehnung von Mailand 1569 III. 1, s. vorher, auf den Kanoniker, der durch Option einen Kanonikat erlangt hat); Rheims 1581, l. c. 10, 1285 n. 4 (Geistliche, welche in Empfangnahme der höheren Weihen lässig sind) „quarta parte fructuum beneficiorum, pauperibus et fabricae ecclesiae applicanda priventur"; ibid. p. 1298 n. 13 (Kanoniker und Geistliche bei den Kapiteln, welche trotz der Exkommunikation ihre Konkubinen nicht abthun, nach

Meistens ist sie allein ohne eine andere daneben konkurrirende Strafe auf diese Vergehen gesetzt [1]. Sie bezieht sich bald auf die Früchte des Benefiziums, bei Bischöfen der mensa episcopalis, bald auf kirchliche Pensionen, bald auf die Distributionen [2], und wird theils nach einer Quote des Jahresertrages, theils durch Festsetzung einer gewissen Zeitdauer oder eines vom Arbitrium des kirchlichen Oberen abhängigen Zeitraumes bemessen [3].

Ohne Weiteres ist mit ihr die Suspension von der Verwaltung des Benefiziums

dreimaliger monitio) „suorum beneficiorum fructibus per spatium trium mensium priventur"; ibid. p. 1304 n. 2 (Ausbleiben der Bischöfe auf der Provinzialsynode, ausser den Strafen der alten Kanones, s. o. S. 74 n. 5. 6) „p. privationis quartae partis fructuum unius anni suorum episcopatuum seminario, pauperibus vel aliis piis usibus arbitrio concilii applicandae"; Bordeaux 1583 c. 17, ibid. p. 1354 (Archidiakonen und alle, welche Kapitels-Dignitäten, Personate und Officia haben, zum Residenzhalten zu zwingen) „per amissionem fructuum"; ibid. c. 21 p. 1359 (clerici in sacris und beneficiati, welche keine Tonsur und keine Klerikaltracht tragen) „mulctentur privatione redditūum ecclesiasticorum, illius anni, quos episcopus ... piis rebus attribuet"; ibid. c. 34, p. 1379 (Bischof, welcher bei Verhinderung keinen Vertreter zur Provinzialsynode sendet) „tertia parte fructuum quos eo anno ex ecclesia cui praeest, perciperet, privetur" (zu Gunsten der Fabrik oder frommer Werke); Tours 1583 c. 14 (theologus, welcher seine Vorlesungen nicht hält) „subtractio fructuum" (ebenso beim scholasticus und cancellarius) „privatio fructuum suorum officiorum arbitrio capituli vel episcopi", c. 15 p. 1418 (Pfarrer, welche das Breviergebet unterlassen, Wiederholung der gemeinrechtlichen Strafe, s. Bd. I. S. 142. 143 n. 1); ibid. p. 1422 (Priester, welche nicht innerhalb 6 Monaten nach ihrer Ordination Messe lesen) „suorum beneficiorum fructus non percepturi"; ibid. p. 1423 (Kapitel, Äbte, Pfarrer und andere Benefiziaten, welche nicht zur Diöcesansynode kommen und dem Bischof nicht Rechenschaft ablegen) „fructuum subtractio"; ibid. c. 19 p. 1435 (gegenseitige Schmähungen und Beschimpfungen der Kanoniker und blasphemische Äusserungen gegen Gott im Kapitel) „per subtractionem fructuum pauperibus applicandorum et carceris ad certum tempus indictionem ... puniatur"; Bourges 1584 IX. 5, l. c. 10, 1468 (Kleriker, welcher Hunde oder Vögel in die Kirche, namentlich in den Chor mitbringt) „privatione distributionum arbitrio eorum, qui ecclesiis praesunt, mulctetur"; ibid. XII. 10 p. 1472 (clerici beneficiati, welche während des Gottesdienstes in der Kirche oder ausserhalb derselben umherlaufen) „totius diei praesentiam amittat; qui semel correptus non destituit, per mensem distributionibus careat"; XXXV. 15, p. 1495 (Priester und Kleriker in den Pfarreien, welche dem Pfarrgottesdienst nicht anwohnen und mit dem Pfarrer nicht die Frühmessen feiern) „ecclesiae commodis et proventibus eo ipso sint privati", XLII. I, p. 1503 (sacerdotes und clerici beneficiati, welche sich des verdächtigen Verkehrs mit Frauenzimmern trotz Mahnung nicht enthalten) „tertia parte fructuum beneficiorum ... ac etiam pensionum, piis usibus arbitrio episcopi applicanda mulctetur; qui secundo monitus perseveraverit, fructibus omnibus et pensionibus beneficiorum privetur atque ab eorum administratione suspendatur, donec episcopo aliter visum fuerit"; XLV. 1, p. 1506, s. S. 613 n. 7; Toulouse 1590 I. 3 n. 12 (Pfarrer, welche sich ohne Genehmigung des Bischofs entfernen und einen Vikar für sich bestellen) „fructuum qui per id tempus percipientur, privatio"; Mecheln 1607 XII. 6 (Lärmmachen beim Zuspätkommen der zum Chordienst Verpflichteten) „distributione privetur"; Narbonne 1609 c. 29, Hardouin 11, 31 (Suffraganbischöfe, welche ohne Grund auf der Provinzialsynode ausbleiben) „privatione tertiae partis fructuum mensae suae episcopalis pro illo anno mulctentur, quam fabricae ecclesiae cui praeest, et pauperibus aequis portionibus distribuendam volumus"; ibid. c. 41, p. 45 (clerici, welche ihre Konkubinen nach Ermahnung nicht entlassen) „tertia parte fructuum suorum beneficiorum ipso f. sint privati, quae fabricae ecclesiae aut alio pio loco arbitrio episcopi applicetur", (nach zweiter Mahnung) „non tantum fructus omnes suorum beneficiorum eo ipso amittant, sed etiam a beneficiorum administratione, quoad ordinario placuerit, suspensi removeantur"; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 51 (Kanoniker und zum Chordienst verpflichtete Geistliche, welche den cantus Gregorianus nicht lernen) „amissio distributionum quotidianorum"; Avignon 1725 XXXV. 2, s. S. 608 n. 2; Urbino 1859, l. c. 6, 52 n. 151 (Verstösse gegen Trid. Sess. XXII. c. 1 de ref. de vita et honestate clericorum kann der Bischof bestrafen u. a.) „sequestratione fructuum"; Quito 1863, l. c. 6, 394 (Kanoniker, welcher die Kapitelssitzung ohne Erlaubniss verlässt oder mit Waffen in die Kirche oder in die erstere kommt) im ersteren Fall „amissio stipendii horae unius", im letzteren „diei unius", (wenn er die Waffen oder Hände gegen andere braucht) „unius, duorum vel trium mensium"; ibid. p. 401 (diejenigen, welche nach der Erlangung einer Dignität oder eines Kanonikats nicht innerhalb zweier Monate die professio fidei ablegen) „poenam fructus beneficii minime suos faciendi incurrant"; Quito 1869, l. c. 6, 442 (Geistliche, welche nicht zu den 4 Quatemberzeiten beichten, kann der Ordinarius nach dreimaliger monitio) „semel in anno vel dignitatis vel officii aut beneficii emolumentis privare".

[1] Beispiele für das Gesagte bieten die Anführungen auf S. 613 n. 10 u. S. 614 n. 1.

[2] Vgl. hierzu übrigens S. 74 n. 9.

[3] S. Anm. 1.

nicht verbunden[1]. Daher erwirbt der mit ihr belegte an sich das Eigenthum an den Früchten seines Benefiziums, sofern nicht etwa die Strafe ipso iure angedroht[2], oder ausdrücklich bestimmt ist, dass er das Eigenthum an den Früchten nicht erlangen soll[3]. In allen Fällen hat er aber das, was von denselben in seine Hand gelangt ist, in dem durch die Strafe bestimmten Umfange herauszugeben[4].

Von der *suspensio a beneficio* unterscheidet sich die hier fragliche Strafe dadurch, dass sie nicht wie diese dem Benefiziaten überhaupt das Recht, die Früchte aus seinem Benefizium zu erwerben, als solches zeitweise benimmt[5], sondern ihm direkt das Recht auf diese letzteren, soweit sie entstehen oder von ihm bezogen werden, entzieht[6].

Dass die Strafe noch in der heutigen Disziplin der Kirche praktisch ist, ergeben die früheren Anführungen[7].

Zu den bisher besprochenen Strafen, welche allein gegen Geistliche[8] anwendbar sind, treten ferner eine Reihe anderer kirchlicher Strafen, welche auch gegen Laien vorkommen können, nämlich:

13. Der grosse Kirchenbann oder die *excommunicatio maior*. Derselbe äussert für den Geistlichen erstens dieselben Wirkungen, wie für den Laien[9], berührt aber ferner auch dessen geistliche und kirchliche Amtsrechte und zwar in folgender Weise.

Der exkommunicirte Geistliche verliert einmal für die Dauer seiner Exkommunikation das Recht, die aus seinem Ordo herfliessenden Befugnisse vorzunehmen, also namentlich das Recht, die Sakramente und die Sakramentalien zu spenden, Messe zu lesen und andere gottesdienstliche Handlungen zu vollziehen[10]. Doch ist ihm gestattet, einem Sterbenden die Taufe[11] zu ertheilen, falls keine andere dazu fähige

[1] Denn diese Strafe wird ausdrücklich mehrfach als Verschärfung bei Hartnäckigkeit angedroht, Bourges 1584 XLII. 1 und Narbonne 1609 c. 41 cit., s. S. 614 n. 1. Mit der mehrfach erwähnten sequestratio, s. Trident. XXIII. c. 1 de ref. cit., S. 613 n. 10; Urbino 1859 cit., S. 614 n. 1, ist sie nicht identisch, denn bei dieser handelt es sich nur um die Beschlagnahme des Quantums der Früchte, welche der betreffende Geistliche verlieren soll, nicht um die Entziehung der Verwaltung seines Benefiziums überhaupt.

[2] Weil dadurch der Verlust von selbst eintritt. Beispiele in den früheren Anmerkungen, s. namentlich Pii IX. const.: Romanus pontifex 1873 cit., S. 613 n. 11.

[3] „Fructus non suos facit", wie bei Unterlassung des Breviergebetes und der Verletzung der Residenzpflicht, s. S. 613 n. 10.

[4] Über die Verwendung derselben zu den verschiedensten kirchlichen Zwecken, für die Fabrik der betreffenden Kirche, zu den Kosten des Provinzialkonzils, zu frommen Zwecken u. s. w., s. die Anführungen S. 614 n. 1. Ein gemeines Recht darüber besteht nicht. Sofern für den Einzelfall nichts Besonderes festgesetzt ist, hat also der zuständige Kirchenobere den kirchlichen Zweck, welchem sie zu Gute kommen sollen, zu bestimmen.

[5] Erstreckt sich die Suspension nur auf einen Theil der Einkünfte, s. o. S. 602 n. 1, oder nur auf kurze Zeit, S. 601 n. 9, so wird der Unterschied praktisch gleich null. Daher wird das gleiche Vergehen bald mit einer solchen Suspension, bald mit Verlust der Früchte bedroht, s. z. B. Basel XX. c. 11 und Rouen 1445 c. 11 cit., s. S. 601 n. 9 u. S. 614 n. 1; vgl. auch Mainz 1549 c. 100 cit., s. S. 614 n. 1, wo das „tali fructuum privatione" sich auf das vorhergehende: „ab omni proventuum ecclesiasticorum perceptione per unum mensem suspendatur" bezieht.

[6] Auch wenn die privatio als p. l. s. ausgesprochen oder das „fructus suos non facere" angedroht ist.

[7] S. o. S. 613 n. 11 und S. 614 n. 1 a. E. Auch die cit. Prager Diöcesan-Instruktion, Arch. f. k. K. R. 23, 445, zählt unter Nr. 1: „die Temporaliensperre, gänzliche oder theilweise, der dem Geistlichen aus irgend einem kirchlichen Titel gebührenden Einkünfte" als praktisch auf.

[8] Und höchstens gegen solche Laien, welche kirchliche Ämter haben oder mit kirchlichen Dienstleistungen betraut sind, s. o. S. 600.

[9] S. o. S. 495.

[10] c. 4 (Alex. III.) X de clerico exc. V. 27, s. auch o. S. 76, und wegen der eintretenden Irregularität in Folge Ausübung der Weiherechte Bd. I. S. 52. 53.

[11] Das ist allgemeine Ansicht, denn einmal ist die Taufe absolut nothwendig zum ewigen Heil, und ferner kann sie auch im Nothfalle sogar ein

Person[1] anwesend ist. Darüber, ob eine Ausnahme auch in Betreff der Spendung des Busssakramentes, des Abendmahls und der letzten Ölung zuzulassen ist, hat man namentlich in früherer Zeit viel gestritten. Die jetzt überwiegende Meinung erklärt die Ertheilung des Busssakramentes im Fall der Todesgefahr trotz der Suspension der Jurisdiktion des Beichtvaters durch seine Exkommunikation[2] bei der Unmöglichkeit, einen anderen berechtigten Priester zu erlangen[3], ferner die Spendung des Abendmahls und der letzten Ölung[4] in der gleichen Lage, falls der Todtkranke das Busssakrament nicht mehr empfangen kann[5], für erlaubt. Werden Handlungen des Ordos, abgesehen von diesen Ausnahmefällen, also unerlaubterweise ausgeübt, so sind dieselben mit Ausnahme der Spendung des Busssakraments[6] zwar immer wirksam[7], doch trifft den Gebannten die Irregularität[8] und Strafe[9].

Ferner ist der Exkommunicirte für die Dauer des Bannes unfähig, seine Jurisdiktion, sowohl die *iurisdictio externa*, wie auch die *interna* auszuüben[10].

Häretiker, selbst ein Nichtgetaufter, s. Bd. IV. S. 28. 29, spenden, s. Suarez l. c. disp. XI s. 1 n. 5; Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 3 dub. 3 concl. 2; Schmalzgrueber V. 39 n. 145; Kober, Kirchenbann S. 291.

[1] Also z. B. ein Laie, s. Bd. IV. S. 28.

[2] Vgl. nachher. Aus diesem Grunde hat man namentlich früher, so Covarruvias in c. Alma (24) in VI de sent. exc. V. 11 P. I. §. 6 n. 8, die Statthaftigkeit der Spendung verneint.

[3] Diese Ansicht stützt sich auf Trid. Sess. XIV. c. 7 de poenit. („nulla sit reservatio in articulo mortis atque ideo *omnes* sacerdotes quoslibet poenitentes . . . absolvere possunt"), in welchem kein, also auch nicht einmal ein exkommunicirter Priester ausgenommen werde, Suarez l. c. disp. XI. s. 1 n. 11; Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 3 dub. 1 concl. 1; Schmalzgrueber n. 144; Kober S. 292 ff.

[4] Avila l. c. dub. 3 concl. 3. 4. Diese beiden Sakramente sind zwar an sich nicht, wie Taufe und Busse, absolut zum Heile erforderlich, indessen bedingt es die blos bei dem Sterbenden vorhandene attritio (Bd. IV. S. 120), durch welche er allein nicht die volle Sündenvergebung erlangt, dass ihm das Abendmahl oder die letzte Ölung, weil ihm diese Sakramente zum Heile nothwendig sind, gespendet werden muss, s. auch Schmalzgrueber n. 145 ff.; Kober S. 295. 297.

[5] Die Einschränkung des Textes verlangt Suarez l. c. s. 1 n. 17, welcher nur von einer extrema necessitas spricht, nicht ausdrücklich. Firmung und Ordination kommen, weil sie nicht nothwendig zum Heil sind, nicht in Betracht. Diese kann also der Exkommunicirte niemals erlaubter Weise gültig spenden. In Betreff der Ehe s. nachher S. 618.

[6] Weil die gültige Spendung desselben die iurisdictio interna voraussetzt, Bd. IV. S. 86. 87, und diese in Folge des Bannes nicht gültig ausgeübt werden kann, Suarez l. c. disp. XI s. 3 n. 12, s. auch Anm. 10. Wenn aber, so z. B. Suarez l. c. n. 13. 14; Kober S. 304, mehrfach behauptet wird, dass die Absolution gültig sei, falls sich der Beichtende in einem unvermeidlichen Irrthum über die Exkommunikation des Beichtvaters befunden habe, so erscheint dies, s. Bd. IV. S. 88, nicht haltbar.

[7] Das ist unbestritten. S. auch Suarez l. c. n. 12; Kober S. 299 c. 1 (Gregor I. 594) C. IX qu. 1: „nos consecrationem nullo modo dicere possumus, que ab excommunicatis hominibus est celebrata", gehört einer Zeit an, in welcher sich die jetzt herrschende Lehre noch nicht festgestellt hatte, s. auch Bd. I. S. 84.

[8] S. Bd. I. S. 52. 53.

[9] Nach c. 3 u. 4 (Alex. III.) X de clerico exc. V. 27 soll gegen ihn (unter den Bd. I. S. 52. 53 gedachten Voraussetzungen, also bei wissentlichem und vorsätzlichem Zuwiderhandeln) nach vorgängiger Mahnung, s. auch Kober, Kirchenbann 2. A. S. 314, welche indessen von der früheren Doktrin mit Unrecht nicht für erforderlich gehalten wird, s. o. S. 588 n. 12, die Deposition für immer, in dem c. 4 cit. erwähnten Ausnahmefall, s. auch o. S. 257 n. 3, die zeitweise Suspension ab officio verhängt werden, während c. 6 (Innoc. III.) X eod. die Strafe der privatio omnium beneficiorum zulässt. Völlig im Widerspruch mit dem Wortlaut des c. 6 cit. (s. namentlich das Wort „poteris") erklärt die ältere Lehre diese Strafe für eine poena latae sententiae, Reiffenstuel V. 27 n. 4; Schmalzgrueber V. 27 n. 3, dagegen auch Kober a. a. O. Alle lassen ferner beide Strafen neben einander kumulativ eintreten, beachten also nicht, dass bei den Geistlichen mit Benefizien die Deposition die letztere Strafe ohne Weiteres in sich schliesst. Deshalb kann man die citirten Stellen nur dahin vereinigen, dass dem Kirchenoberen je nach Lage der Sache die Wahl zwischen beiden, der schwereren und der leichteren Strafe, offen steht. Wegen der abweichenden Vorschrift von Salzburg 1569, s. o. S. 588 n. 12 a. E.

[10] Ausgesprochen ist dies in den Quellen nur für einzelne Jurisdiktionshandlungen, s. c. 4 C. XXIV. qu. 1 u. c. 24 X de sent. et re iud. II. 27, o. S. 76 n. 9 u. S. 77 n. 1; c. 1 (Innoc. IV.) in VI de off. vic. I. 13 (nach welchem der Vertreter eines bischöflichen Offizials, so lange sich letzterer im Kirchenbann befindet, namens desselben keine gültigen Jurisdiktionshandlungen vornehmen kann) u. c. 10 (Bonif. VIII.) eod. de off. iud. del. I. 14, s. Bd. I. S. 192 n. 9. Diese Aussprüche werden aber von der Doktrin übereinstimmend als Ausflüsse eines allgemeinen Prinzips aufge-

In dieser Beziehung gilt des Näheren das S. 590 über die Suspension ab officio Bemerkte analog auch für den Exkommunicirten, weil die Exkommunikation eine solche in sich schliesst[1], und in Folge dessen kommt auch hier der Grundsatz zur Anwendung, dass alle von dem Exkommunicirten vorgenommenen Jurisdiktionshandlungen nichtig sind[2].

Nicht minder entzieht endlich der grosse Bann dem davon Betroffenen das Recht zur gültigen Ausübung aller sonstigen, aus seinem Amte hervorgehenden Rechte, welche weder als Ausfluss des Ordos noch der Jurisdiktion betrachtet werden können, so der kirchlichen Stimmrechte, also sowohl bei Wahlen[3], wie auch bei den Kapitelsberathungen[4], ferner das Recht, am Chordienste theilzunehmen[5], weiter das Recht zu predigen[6], sowie das Recht, der Eheschliessung zu assistiren und die Erklärung des Ehekonsenses entgegenzunehmen[7], jedoch tritt in dem letzteren Fall nach der herrschenden Ansicht keine Nichtigkeit der vor ihm geschlossenen Ehe ein[8]. — Weiter ist der exkommunicirte Kleriker unfähig, einen oder einen höheren Ordo zu empfangen[9],

fasst, vgl. Suarez l. c. disp. XIV s. 1 n. 1, und nicht minder, obschon sie lediglich von der *iurisdictio externa* handeln, auch auf die *interna* bezogen, vgl. Kober S. 360. 361.

1 S. o. S. 76; Kober S. 361. Es kommen also die dort dargelegten Grundsätze auch speziell zur Anwendung in Betreff der Einwirkung der Exkommunikation des Bischofs auf die Stellung des Generalvikars, s. auch Kober S. 362, und des iudex delegatus, s. c. 1 in VI cit. I. 13 u. c. 10 in VI cit. I. 14; Kober S. 362, ferner in Betreff der Fortdauer der Berechtigung der Erzpriester und Landdekane, sowie der Beichtjurisdiktion, Kober S. 363.

2 c. 24 X cit. II. 27; c. 1 in VI cit. I. 13; Suarez l. c. disp. XIV s. 1 n. 4; Schmalzgrueber V. 39 n. 163ff.; Kober S. 361. Der letztere beschränkt dies aber, S. 365, ebenso wie Suarez l. c. n. 8. 9 und andere ältere, auf den Fall, dass es sich um einen öffentlich Exkommunicirten handelt. Dabei wird aber übersehen, dass das in Frage kommende c. 24 X cit. einen praktischen Fall aufweist, in dem ein solcher fungirt hatte, und dass sich daraus nichts für den blos geheim Exkommunicirten folgern lässt.

3 c. 23 (Alex. III.) X de app. II. 28, s. o. S. 77 n. 1. Über die Einwirkung auf die Gültigkeit der Wahl selbst s. Bd. II. S. 659. 660 u. Kober S. 368 ff. Über die Ausnahme bei der Papstwahl s. Bd. I. S. 278.

4 Das folgt schon aus der Entziehung des Stimmrechts bei den Wahlen, ferner aber auch daraus, dass sich der Exkommunicirte jedes Verkehrs mit den anderen Gläubigen enthalten muss und ihn diese ebenfalls zu meiden haben, Bouix, tractatus de capitulis. Paris 1852. p. 199.

5 Hier kommt der in der vor. Anmerkung erwähnte zweite Grund in Betracht, vgl. auch Suarez l. c. disp. XII s. 2 n. 13; Reiffenstuel V. 39 n. 66; Schmalzgrueber V. 39 n. 159.

6 S. vor. Anm.

7 Er hat sich daher der Assistenz dabei zu enthalten, doch wird er diese leisten können, wenn ein Fall äusserster Noth, z. B. die Eheschliessung eines Sterbenden zur Legitimation der vorher erzeugten Kinder, gefordert wird, und kein anderer zuständiger Geistlicher vorhanden ist, s. auch Kober S. 298.

8 Von den älteren Kanonisten wird überwiegend, weil sie die Assistenz des Pfarrers mit Unrecht als Ausfluss der Jurisdiktion auffassen, die Nichtigkeit der Ehe behauptet, so Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 3 dub. 1 concl. 5 und die dort citirten, ferner auch von Weiss in seinem Archiv der Kirchenrechtswissenschaft. Bd. 2 (Frankfurt a. M. 1831) S. 96 aus dem unhaltbaren Grunde, dass nach c. 53 §. 1 (Innoc. III.) X de appell. II. 28 der Exkommunicirte seines Amtes auch der Substanz nach verlustig werde. Die herrschende Ansicht, s. auch Kober S. 300. 303, stützt sich wesentlich auf die o. S. 591 n. 9 u. 10 gedachte Auffassung von Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr.

9 c. 32 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; s. auch Bd. I. S. 50 n. 7. Ja nach c. 32 X cit. tritt für diejenigen Säkular- und Regulargeistlichen, welche sich in Kenntniss von ihrer Exkommunikation haben weihen lassen, Suspension von dem so erhaltenen Ordo für immer ein, für solche aber, welche sich in unverschuldetem Irrthum über die die Exkommunikation herbeiführende That oder über den Ausschluss der Ordination durch den Bann, also in ignorantia facti oder juris befanden, wenn sie Weltgeistliche, bis zur Absolution durch den Papst, wenn sie Mönche sind, bis zu der durch den Abt, welcher sie, falls es der Nutzen des Klosters verlangt, nach geleisteter Busse bei nicht zu schweren Vergehen ertheilen darf. Bezieht sich auch c. 32 cit. nur auf eine Exkommunikation wegen Verletzung des privilegium canonis, so hat die Doktrin seine Vorschriften doch auf jeden Fall der Exkommunikation ausgedehnt, Thesaurus l. c. P. II. s. v. Ordines §. 4, ed. cit. p. 306; Kober S. 282 und Kober Suspension S. 229. Da c. 32 cit. blos von den ordines ecclesiastici spricht, so finden die Strafen keine Anwendung, wenn sich ein Exkommunicirter die Tonsur oder die bischöfliche Kon-

sowie kirchliche Benefizien[1], andere kirchliche Ämter[2] und auch Aufträge zur Ausübung kirchlicher Jurisdiktionshandlungen[3] gültig[4] zu erlangen, vielmehr ist jeder eine solche Übertragung herbeiführende Akt[5], sowie die Annahme der Verleihung, soweit sie noch zum Erwerbe des Amtes erforderlich ist, nichtig[6].

Es bedarf daher, wenn der Exkommunicirte das Amt nach seiner Absolution erhalten soll, stets einer neuen Verleihung[7]. Dasselbe, was von Benefizien gilt, kommt auch für die Kommenden[8] und kirchlichen Pensionen zur Anwendung[9]. Andererseits ist aber der Exkommunicirte nicht unfähig, auf sein Benefizium zu verzichten[10], da ihm

sekration hat ertheilen lassen, Thesaurus l. c.; Kober, Kirchenbann S. 283 und Kober, Suspension S. 231.

1 c. 7 (Alex. III.) X de clerico ex. V. 27, weil diejenigen, welche mit dem exkommunicirten Amtsträger amtlich zu thun haben, mit ihm verkehren müssten, und weil beneficium datur propter officium, c. 15 (Bonif. VIII.) in VI de rescr. I. 3; Suarez l. c. disp. XIII s. 1 n. 13.

2 Denn bei denjenigen, welche nicht Benefizien sind, s. Bd. II. S. 365. 366, wie die Ämter der Legaten, General- oder Kapitularvikare, Weihbischöfe, Erzpriester, kommt der in der vor. Anm. gedachte erste Gesichtspunkt in Betracht. So auch Schmalzgrueber V. 39 n. 148; Kober Kirchenbann S. 342.

3 So z. B. die Delegation kirchlicher Rechtssachen, c. 24 X cit. II. 27; Kober a. a. O.

4 Die Nichtigkeit ergiebt sich aus c. 7 X cit. V. 27, da nach demselben die Exkommunicirten die ihnen übertragenen Ämter nicht kanonisch erworben haben und sie nicht behalten dürfen. Die Nichtigkeit tritt ipso iure ein, s. c. 1 in VI de rescr. I. 3 und dazu o. S. 503 n. 6.

5 Also sowohl die collatio libera, wie auch die institutio collativa, ferner die Konfirmation, die Wahl oder Postulation, arg. c. 10 (Gregor. IX.) X de clerico exc. V. 27, s. auch Bd. II. S. 487. 667; Bouix, tractatus de capitulis. Paris 1852. p. 199; endlich auch die Präsentation, vgl. Bd. III. S. 42, oder Nomination eines Exkommunicirten, Kober S. 342. 343.

6 S. Anm. 4. Wenn daher die Kollation zu einer Zeit erfolgt ist, zu welcher die Exkommunikation noch in Kraft war, so kann der Exkommunicirte sie nach seiner Absolution nicht gültig annehmen, so auch Schmalzgrueber V. 39 n. 148; für den umgekehrten Fall, d. h. wenn die Verleihung an einen noch nicht Gebannten erfolgt, aber dieser erst nach seiner Exkommunikation die Acceptation erklärt, erachten viele, s. Schmalzgrueber l. c. n. 149 ff. und die von ihm citirten, die letztere für gültig, während Kober S. 347 sie stets als nichtig betrachtet, weil nach c. 17 (Bonifac. VIII.) in VI de praeb. III. 4 bei der Verleihung eines Benefiziums an einen Abwesenden der volle Besitz des Providirten (richtig: das ius in re, s. Bd. II. S. 653 n. 7) erst mit der Annahme desselben eintrete, und daher erst diese den vollen Besitz begründe. Das ist, falls man von dem die Sache verwirrenden Wort: Besitz absieht, insoweit richtig, als die Acceptation des Providirten noch nach der Vollziehung des Übertragungsaktes erforderlich, Bd. II. S. 652, nicht aber, wenn die Annahme schon vorher erfolgt ist. Darin irrt aber Kober S. 348, dass er den Verleiher gegenüber dem nach der Kollation exkommunicirten Kandidaten ebenso wie gegenüber dem blos Abwesenden bis zur Annahme gebunden, und den Kandidaten noch zu dieser nach seiner etwaigen Absolution berechtigt sein lässt, weil das durch die gültige Kollation erworbene Recht nicht durch die Exkommunikation verloren gehe. Hierbei ist übersehen, dass der Kandidat in einem solchen Fall gar kein Recht erworben hat, denn es steht zunächst erst die Offerte einer Verleihung in Frage, und diese kann der Exkommunicirte gar nicht gültig acceptiren, weil er dadurch die Kollation zum Abschluss bringen würde, eine Verleihung an einen Exkommunicirten aber nichtig ist.

7 Wenn c. 7 X cit. V. 27 dem Exkommunicirten das Behalten des Amtes im Fall einer Dispensation gestattet, so handelt es sich hierbei nicht um eine Dispensation im eigentlichen Sinn, sondern um einen speziellen gesetzgeberischen Akt des Kirchenoberen, welcher die Nichtigkeit der Verleihung heilt, s. Bd. III. S. 790. 826. 832. 833.

8 Denn diese werden den Benefizien gleichgestellt, c. 15 (Lyon II. 1274) in VI de elect. I. 6, Kober S. 342, vgl. auch Bd. III. S. 109.

9 Vgl. Bd. II. S. 412 ff. Hierbei steht der Erwerb eines kirchlichen Rechts in Frage, und von diesem ist der Exkommunicirte ausgeschlossen, s. o. S. 503. So auch Suarez l. c. disp. XIII s. 1 n. 10; Kober S. 342. Betreffs der Pensionen, welche nicht für kirchliche Dienste gewährt werden, also den Benefizien nicht gleichstehen, wird dies von Manchen, s. Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 5 dub. 5; Schmalzgrueber V. 39 n. 154, geläugnet. Ihre Berufung auf eine Entscheidung der Congr. conc., nach welcher Mörder, obgleich sie für immer zur Erlangung kirchlicher Benefizien unfähig sind, Trid. Sess. XIV. c. 7 de ref., nicht in der gleichen Weise von Pensionen ausgeschlossen sein sollen, trifft aber für den Exkommunicirten nicht zu.

10 Pius V.: Quanta ecclesia 1568 §. 3, b. T. 7, 664: „Episcopi et alii facultatem habentes, eorum dumtaxat resignationes recipere et admittere possint, qui aut senio confecti aut valetudinarii aut corpore impediti vel vitiati aut crimini obnoxii censurisque ecclesiasticis irretiti aut nequeunt aut non debent ecclesiae vel beneficio inservire“, s. auch Bd. III. S. 271.

der Kirchenbann nicht die Befugniss nimmt, sich seiner kirchlichen Rechte zu entäussern, jedoch kann er dies nicht in favorem tertii thun [1].

Dagegen berührt die Exkommunikation an sich das Verhältniss des Exkommunicirten zu dem von ihm bisher besessenen Benefizium oder Amt nicht, d. h. dasselbe wird durch die Exkommunikation nicht erledigt [2], und nach der Absolution tritt er wieder in die ungeschmälerte Ausübung aller aus dem Amt fliessenden Rechte, welche er während des Bannes nicht hat ausüben dürfen, ein.

Was ferner die Früchte seines Benefiziums, beziehentlich sein Amtseinkommen betrifft, so bedingt es das Wesen der Exkommunikation als einer Strafe, welche die Ausübung der kirchlichen Rechte ausschliesst, dass der Exkommunicirte sowohl das Recht zur Verwaltung seines Benefizialgutes [3], wie auch auf alle kirchlichen Einkünfte, d. h. auf die Erträge seiner Benefizialgüter, die ihm zustehenden Zehnten, die ihm gebührenden Antheile an den Altaropfern und Stolgebühren [4], verliert [5]. Dies ist auch in der Doktrin nicht bezweifelt worden, wohl aber wird von derselben zum Theil behauptet, dass diese Folge nicht ohne Weiteres, ipso iure mit der Verhängung der Exkommunikation eintrete, sondern stets erst durch richterliches Urtheil besonders ausgesprochen werden müsse [6]. Indessen lässt sich diese Annahme nicht aus den Quellen begründen [7] und läuft darauf hinaus, dass der Verlust des Rechts auf die kirchlichen Einkünfte als keine nothwendige, sich aus der Exkommunikation ergebende Folge erscheint, vielmehr als eine weitere Zusatzstrafe, welche blos auf Grund der ersteren ausgesprochen werden kann [8]. Der Exkommunicirte hat sich also des Bezuges seines

[1] Weil dann das Benefizium dem Resignatarius übertragen werden muss, Bd. III. S. 278, dies also einer dem Exkommunicirten verwehrten Präsentation gleichsteht. Ebenso Kober S. 376.

[2] Eine solche ist in den Quellen der hier in Frage kommenden Zeit nirgends anerkannt oder vorausgesetzt. Die Interpretation des c. 53 X cit. III. 28 von Weiss, s. o. S. 618 n. 8, ist unrichtig. Vgl. auch o. S. 76 und Kober S. 349.

[3] S. Kober S. 354.

[4] Vgl. a. a. O. S. 357. Die Distributionen verliert er schon deshalb, weil er als Exkommunicirter durch seine Schuld gehindert ist, am Chordienst theilzunehmen, s. S. 618 n. 5.

[5] c. 53 (Innoc. III.) X de app. II. 28, o. S. 76 n. 9; s. auch Toledo 1566 c. 20, Hardouin 10, 1167: „quod excommunicati ex praebendae redditibus aut distributionibus acquirere iure non valent". Allerdings verhängt selbst noch die cit. const. Pii IX.: Romanus pontifex v. 1873, S. 613 n. 11, neben der excommunicatio ausdrücklich die privatio fructuum beneficiorum et redditPuum ecclesiasticorum als dem Papst reservirte poena l. s., und auch Mainz 1549 c. 100 cit., S. 614 n. 1, droht Entziehung der Früchte auf 4 Monate neben der Exkommunikation an, aber hieraus zu schliessen, dass die Exkommunikation das Recht auf die Einkünfte nicht berührt, erscheint mit Rücksicht auf c. 53 X cit. II. 28, sowie auf das Wesen des Kirchenbannes ausgeschlossen. Im ersteren Fall ist die gedachte Privation deshalb besonders hervorgehoben, weil sie mit der Absolution nicht ohne Weiteres fortfallen, vielmehr von ihr eine besondere päpstliche Relaxation erfordert werden, und im zweiten aus dem Grunde, weil sie trotz der Absolution von der Exkommunikation stets einen bestimmten Zeitraum andauern soll. Es handelt sich also in beiden Fällen um eine besondere Verschärfung der Strafe.

[6] So schon die Glosse zu c. 53 X cit. II. 28 s. v. subtrahuntur, eine Auffassung, welche sich offenbar aus dem o. S. 76 bei n. 9 hervorgehobenen Umstande erklärt. Vgl. ferner Avila l. c. P. II. c. 6 disp. 6 dub. 1 concl. 3 i. f.; Engel l. c. V. 39 n. 61; Reiffenstuel V. 39 n. 67; Schmier V. tr. 1 c. 3 n. 206; Schmalzgrueber V. 39 n. 158. Die Älteren stritten auch darüber, ob dem Exkommunicirten alle Früchte bis zur Absolution oder nur für die Zeit, für welche er in der Nachsuchung der letzteren lässig gewesen sei, entzogen werden dürften, s. Avila l. c. dub. 1.

[7] In c. 53 X cit. wird die Entziehung der Früchte lediglich als Folge der excommunicatio hingestellt. Ferner wird die Befugniss dazu dem Richter, welcher die Exkommunikation verhängt hat, trotz der Einlegung der Appellation seitens des Exkommunicirten zugesprochen und damit begründet, dass das Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung habe, und dass, da die Exkommunikation sofort vollstreckbar sei, ebenso wie zur öffentlichen Verkündung derselben, auch zur Privation der Einkünfte geschritten werden könne. Demgemäss ist die Annahme ausgeschlossen, dass die Stelle noch ein besonderes Erkenntniss für erforderlich, ja sogar überhaupt für zulässig erachtet, um so mehr, als ein solches für die öffentliche Bekanntmachung die Denunziation des Bannes nicht nothwendig ist. Vgl. auch Kober S. 351 ff. Ebenso ferner Garcias, de beneficiis P. VIII. c. 13 n. 90 ff.; Suarez l. c. disp. XIII s. 2 n. 1 ff., sowie die hier citirten.

[8] So sagt z. B. auch Schmalzgrueber l. c.

Amtseinkommens zu enthalten und alles, was davon in seine Hände gelangt, herauszugeben[1]. Aus den so frei werdenden Einkünften ist, sofern diese nicht kraft gesetzlicher Norm zu einem bestimmten Zweck zu verwenden sind[2], zunächst der für die etwa nothwendig werdende interimistische Verwaltung des Amtes bestellte Geistliche zu honoriren[3], und ferner müssen daraus etwaige auf dem Benefizium ruhende Lasten[4] bestritten werden[5]. Den Überrest kann der Kirchenobere, da eine gemeinrechtliche Vorschrift nicht besteht, nach seinem Ermessen zu kirchlichen Zwecken, also z. B. der Kirchenfabrik und den Armen der Gemeinde[6], überweisen[7]. Selbstverständlich hat der Exkommunicirte kein Recht auf Restitution des ihm entzogenen Einkommens, falls er später die Absolution erlangt[8].

Mit Rücksicht auf die Konstitution Martins V: *Ad vitanda*[9] kommen die vorstehend dargelegten Grundsätze nach dem geltenden Recht nur noch für die *excommunicati vitandi*[10] zur vollen Anwendung.

Dagegen sind die *excommunicati tolerati* befugt, wenn es von den Gläubigen verlangt wird[11], diesen die Weihehandlungen, also namentlich die Sakramente, zu spenden und für dieselben Amts-, vor allem Jurisdiktionshandlungen zu vollziehen[12]. Unter dieser Voraussetzung, aber auch allein unter dieser, nehmen sie die aus dem Ordo herfliessenden Handlungen erlaubter Weise[13], die Amts- und Jurisdiktionshand-

n. 158, dass die Exkommunikation den davon Betroffenen blos der Entziehung der Einkünfte dignus mache.

1 Vgl. Suarez l. c. disp. XIII s. 2 n. 7 ff. und auch unten Anm. 7.

2 Wie z. B. der Antheil des Exkommunicirten an den Distributionen, s. Bd. III. S. 237 u. Kober S. 357. 358.

3 S. Bd. II. S. 257. 258. 327.

4 Wie z. B. eine kirchliche Pension, denn eine Verpflichtung, für diese aus eigenem Vermögen aufzukommen, besteht nicht, so auch Kober S. 358; vgl. auch o. S. 594.

5 Es gilt hier dasselbe, wie für die suspensio a beneficio, s. o. S. 594 n. 1 u. Kober S. 358.

6 Nach Kober S. 358. 359 ausschliesslich zu diesen beiden letztgedachten Zwecken. Er beruft sich hierfür auf Trid. XXIII. c. 1 de ref., aber mit Unrecht, s. S. 594 n. 9.

7 Aus der Befugniss des Kirchenoberen, einen Theil der Früchte den Armen zu überlassen, leiten die Älteren den Satz her, dass der Exkommunicirte, wenn er selbst arm ist, berechtigt ist, aus seinen kirchlichen Einkünften das zum Lebensunterhalt Nothwendige für sich zurückzubehalten, s. z. B. Avila l. c. concl. 3; Schmalzgrueber V. 39 n. 160. Das hat gar keinen Anhalt und ist augenscheinlich unrichtig. Nur im Fall äusserster Noth wird ihm aus diesen Einnahmen im Gnadenwege eine Unterstützung gewährt werden können, s. auch Suarez l. c. disp. XIII s. 2 n. 12 ff. u. Kober S. 355.

8 Anders dann, wenn die Exkommunikation ungerecht verhängt oder ihm die Absolution zu Unrecht verweigert worden war, Schmalzgrueber V. 39 n. 160. Im letzteren Fall hat er aber nur die Früchte zu beanspruchen, welche er bei rechtzeitig gewährter Absolution hätte beziehen können.

9 S. o. S. 505.

10 S. o. S. 510.

11 Suarez l. c. disp. XI s. 4 n. 3. Wenn dies nach Einzelnen, s. z. B. Kober S. 317. 318. 367, nur im Falle der Nothwendigkeit geschehen soll, so handelt es sich hierbei nicht um eine rechtliche Beschränkung. Eine solche stellt die const. Martins V. nicht auf. Das gilt an sich auch in Betreff der communicatio in sacris mit nicht namentlich als exkommunicirt verkündeten Ketzern und Schismatikern, s. auch Benedikt XIV. de synodo dioec. VI. 5 n. 2, indessen kommt in dieser Beziehung ausser der const. cit. noch das besondere kirchliche Verbot eines derartigen Verkehrs mit Ketzern in Betracht.

12 Freiwillig darf der toleratus solche Akte nicht vornehmen, und die Gläubigen brauchen sich solche, namentlich auch nicht Jurisdiktionshandlungen gefallen zu lassen. Sie können also dem Richter seine Exkommunikation entgegenhalten. Wenn Schmalzgrueber V. 39 n. 166, anscheinend auch Kober S. 367, hierauf die Vorschriften des c. 1 in VI de exc. II. 12, S. 502 n. 2, anwenden wollen, so übersehen sie, dass sich diese blos auf die der Gegenpartei entgegengehaltene exceptio excommunicationis beziehen, und dass der Richter selbst auch von amtswegen seine sachliche Zuständigkeit zu prüfen hat.

Ebensowenig erscheint es haltbar, wenn Kober S. 367 annimmt, dass ein vitandus, welcher Jurisdiktionshandlungen an einem Orte vornimmt, wohin noch keine Kunde von seiner Exkommunikation gelangt ist, dies gültig thut. Das widerspricht geradezu der const. Martins V., s. oben S. 509 n. 6.

13 Das Busssakrament spenden sie sogar gültig, weil alle ihre Jurisdiktionshandlungen gültig sind, s. die folgende Anm. In diesen Fällen tritt selbstverständlich auch keine Strafe, s. o. S. 617 n. 9, und keine Irregularität ein, s. Bd. I. S. 55.

lungen auch rechtsgültig vor[1]. Endlich kann der toleratus, aber lediglich deshalb, weil der Verkehr mit ihm nicht verboten ist, selbst zu kirchlichen Wahlen und Kapitelssitzungen[2], sowie zum Chordienst von den übrigen Betheiligten[3] zugelassen werden, aber ein Recht darauf besitzt er nicht[4].

Andererseits steht der *toleratus* dem *vitandus* hinsichtlich seiner Unfähigkeit, kirchliche Ämter und kirchliche Pensionen zu erlangen[5], sowie die Früchte seines Benefiziums oder andere kirchliche Einkünfte zu erwerben, völlig gleich[6].

14. Die *excommunicatio minor*, der kleine Kirchenbann[7]. Für Geistliche, auf welche diese Strafe an sich ebenfalls anwendbar ist, findet sich dieselbe in der hier fraglichen Zeit[8] äusserst selten angedroht[9]. Abgesehen von den schon oben S. 521 gedachten Wirkungen hat sie für einen Kleriker, da sie ihn nicht einmal von der Verwaltung seines Ordos, also insbesondere nicht von der Spendung der Sakramente ausschliesst[10], nur die weitere Folge, dass er unfähig wird, kirchliche Ämter zu erlangen[11]. In dieser Beziehung steht sie für ihn der grossen Exkommunikation gleich, und es müssen daher alle für diese letzteren geltenden Grundsätze[12] auch für die kleine Exkommunikation zur Anwendung kommen[13].

Ferner gehört in diesen Zusammenhang:

15. das Lokalinterdikt, welches ebenso wie früher auch während dieser Periode wegen strafbarer Handlungen von Geistlichen angedroht worden ist[14], ja gerade wegen solcher als spezielles Lokalinterdikt noch jetzt in Übung steht[15];

16. die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[16] und

17. die jetzt lediglich zu einer formelhaften Schlussklausel gewordene Androhung[17] der *indignatio* des Papstes[18].

[1] Das muss mit Rücksicht auf den Zweck der const. Martins V. angenommen werden. Darüber besteht auch kein Zweifel, s. z. B. Schmalzgrueber V. 39 n. 144. 165; Kober S. 317. 367.

[2] Seine Stimme zählt aber nicht als gültig. A. M. Bouix tractatus de capitulis. Paris 1852. p. 199, Kober S. 371, s. o. S. 77 n. 5.

[3] Die Distributionen erwirbt er aber trotzdem nicht, weil er auch als toleratus nicht fähig ist, kraft seiner amtlichen Stellung kirchliche Einkünfte zu beziehen, und die const. Martins V. dem Exkommunicirten keine Rechte beilegt, deren Ausübung ihm durch die Exkommunikation entzogen ist.

[4] Wenn Kober S. 375 behauptet, dass die Präsentation oder Nomination seitens eines toleratus, falls sie vom Kirchenoberen angenommen werde, gültig sei, so übersieht er, dass darin eine unzulässige Begünstigung des Exkommunicirten liegt. Sollte etwa der Kirchenobere auf eine solche Präsentation einen Kandidaten anstellen, was ihm nicht verwehrt ist, so würde dies rechtlich als eine freie Verleihung des Amtes betrachtet werden müssen.

[5] Bd. II. S. 488; Bouix l. c. p. 199; Kober S. 344 ff.

[6] Aus dem Anm. 3 gedachten Grunde.

[7] S. o. S. 521.

[8] Wegen der früheren s. o. S. 18 n. 1 und S. 78 n. 1.

[9] S. Konstanz 1567 und Tarragona 1685, o. S. 521 n. 8.

[10] Das Nähere darüber s. o. S. 77, vgl. auch Bd. I. S. 52 n. 4.

[11] c. 10 (Gregor. IX.) X de cler. exc. V. 27, o. S. 77 n. 5.

[12] S. o. S. 618.

[13] Vgl. auch Bd. II. S. 488 n. 5. Aber nicht in Betreff der Übertragung kirchlicher Amts-, namentlich Jurisdiktionsgeschäfte, ebensowenig in Betreff der von kirchlichen Pensionen, weil der mit der minor Belegte weder das Recht zur Ausübung der Jurisdiktion verliert noch unfähig wird, kirchliche Rechte zu erwerben.

[14] S. o. S. 534. 535.

[15] S. 535.

[16] S. o. S. 541 und auch S. 78 n. 6; D. S. Köln 1662, Hartzheim 9, 1010 (Geistliche, welche zu Gunsten ihrer unehelichen Kinder über den Erwerb ihrer Benefizien testiren, neben der Exk.) „ecclesiastica careant sepultura".

[17] S. o. S. 547.

[18] S. o. S. 545.

18. Der Verweis (*correptio*, *increpatio*, *exprobratio*), eine Strafe, welche sich sowohl früher[1], wie auch in den Partikularsynoden der neueren Zeit[2] angedroht findet und in der geltenden Disziplin noch zur praktischen Anwendung kommt;

19. die geistlichen Übungen, *exercitia spiritualia*, eine Strafe, welche erst seit der besonderen, diesen durch Ignaz von Loyola für den Jesuitenorden gegebenen Gestaltung[3] in der kirchlichen Praxis seit dem Ende des 16. Jahrhundert erscheint[4] und in der Vornahme von geistlichen Betrachtungen und in der Haltung bestimmter Gebete und Fasten in stiller Zurückgezogenheit, namentlich in der eines Klosters[5], besteht;

20. endlich die körperliche Züchtigung oder Prügelstrafe[6]. Dieselbe ist speziell gegen Geistliche[7] noch durch die päpstliche Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts bei Blasphemie[8] und Simonie[9], und partikularrechtlich bis in das 17. Jahrhundert hinein mehrfach angedroht worden[10]. In Übereinstimmung mit der Jahrhunderte bestehenden Praxis[11] findet sich in den hierher gehörigen Anordnungen die Strafe weder auf die Geistlichen der niederen Weihen noch auf ein bestimmtes Mass

[1] Rouen 1445 c. 21, Hardouin 9, 1298 (clericus beneficiatus publicus concubinarius, welcher seine Konkubinen nicht entlässt, zunächst) „rigorose per suum ordinarium corripiatur"; Toledo 1473 c. 12, ibid. p. 1509 (Prälaten, welche nicht mindestens 3 mal im Jahre Messe lesen) „graviter in sequenti concilio arguantur"; Sens 1460/1485 I. 2, ibid. p. 1525 (Stiftsdekane, Prioren, Äbte u. s. w. sollen die Geistlichen, welche den Chordienst durch Schwatzen, Herumlaufen u. s. w. stören, strafen) „increpationibus, exprobrationibus publicis et privatis"; Toledo 1566 III. 6, l. c. 10, 1161 (Kanoniker und Geistliche an den Kathedral- und anderen Kirchen, welche nicht an den Festtagen während der Hauptmesse das Abendmahl nehmen, ausser privatio stipendii auf 8 Tage) „ab episcopo vel eo absente ab illo qui capitulo vel ecclesiae praesidet coram omnibus eiusdem ecclesiae ministris acerba, christiana tamen et fraterna correptione notentur". Auch in der Salzburger Archidiakonatspraxis ist im 16. u. 17. Jahrh. der Verweis als Strafe üblich gewesen, s. Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 83.

[2] Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 17 n. 36 (Geistlicher, welcher die Messe zu schnell liest) „graviter corripiendus et puniendus"; Venedig 1859, ibid. p. 339 (Pfarrer und vicarii foranei sollen die Geistlichen, welche ohne gehörige Vorbereitung Messe celebriren oder diese zu schnell oder ohne Ehrfurcht lesen, dem Bischof anzeigen) „post unam alteramve correptionem in domino factam"; Prag 1860, l. c. 5, 558 (Ruraldekane sollen die Geistlichen dem Bischof anzeigen) „quos monita cum precibus non moverint et correptiones cum minis non deterruerint".

[3] S. den Artikel: Exercitien in Wetzer u. Welte, Kirchenlexikon 2. A. 4, 1130.

[4] So in der Salzburger Archidiakonatspraxis des 16. u. 17. Jahrh., s. Uttendorfer a. a. O. S. 83; s. ferner die Kölner Entscheidung v. 1735, Dumont-Rosellen, Gesch. d. Pfarreien d. Erzd. Köln. VI. Dekanat Brühl. Köln 1887. S. 582 („zur Erkennung seiner begangenen Übertretung die exercitia spiritualia in dem Kloster der Franziskaner zu Brühl verrichten"). Auch der Bischofskonvent von Loreto 1850/1855, coll. conc. Lac. 6, 77, droht für Blasphemie nach Wahl des Bischofs 30 Tage Gefängniss oder „rigorosi spirituali esercizj in qualche casa religiosa" und das Disziplinardekret v. Loreto 1850, l. c. p. 778, für Kleriker, welche aus Anlass von Festen oder Konventsoffizien spielen, ebenfalls exercitia spiritualia prope aliquem recessum für die vom Bischof zu bestimmenden Tage an.

[5] S. die vor. Anm. und die cit. Prager Diöcesaninstruction v. 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 445, welche unter den Strafen für Geistliche Nr. 3 aufzählt: „Verweisung in ein Kloster auf kurze Zeit zur Abhaltung von geistlichen Übungen."

[6] S. den o. S. 78 n. 12 citirten Aufsatz von Kober i. d. angeführten Zeitschr. Jahrg. 57 S. 66 ff.

[7] Also abgesehen von den Fällen, in denen sie deshalb Anwendung fand, weil die damit allgemein bedrohten Vergehen auch von Geistlichen begangen werden konnten, s. o. S. 547.

[8] Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau Maria) „si clericus nullum obtinuerit beneficium, poena pecuniaria vel corporali pro prima vice puniatur".

[9] Pius V. cit. §. 8, S. 571 n. 2, wiederholt Toulouse 1590 IV. 5, Hardouin 10, 1823 n. 7.

[10] Paris 1429 c. 23, Hardouin 8, 104 (Bischöfe sollen clerici notorii concubinarii u. A. auch corporaliter strafen); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 197 n. 4 (Verführung einer Person ad turpia aus Anlass der Vornahme des Exorzismus, ausser exc. l. s.) „aliis in eum corporalibus poenis graviter animadvertatur". Vgl. das Cirkular d. Congr. s. Officii für Italien 1692, l. c. 1, 101, nach welchem vicarii foranei, wenn sie fremden Priestern die Erlaubniss zum Celebriren der Messe ohne Vorlegung zweifellos ächter Atteste der Ordinarien derselben über die Priesterweihe ertheilen, auch mit poenae corporis belegt werden können.

[11] S. o. S. 79 u. Bd. IV. S. 814.

beschränkt. Doch hat die Doktrin in Betreff der arbiträren Anwendung der Strafe verlangt, dass von ihr gegen Majoristen blos bei schwereren Vergehen Gebrauch gemacht werden solle [1], und ferner hinsichtlich der Vollstreckung die Forderung aufgestellt, dass dabei nicht nur jede Gefährdung des Lebens und jede Verstümmelung, sondern auch jedes Blutvergiessen vermieden werde [2]. Seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts ist die Strafe [3] ausser Übung gekommen [4], wesentlich wohl deshalb, weil die Anwendung der körperlichen Züchtigung gegen Geistliche bei den veränderten Zeitanschauungen lediglich die Autorität derselben und das Ansehen des ganzen geistlichen Standes in den Augen der Laien hätte herabsetzen müssen.

Dagegen hat sie noch bis in die jetzige Zeit hinein als Korrektionsmittel gegen solche Geistliche, welche in Demeriten- oder Korrektionsanstalten detinirt worden sind, bei schweren Verstössen gegen die Disziplin und gegen die Hausordnung, sowie bei Unverbesserlichkeit derselben, Anwendung gefunden [5].

Was schliesslich die Strafen rein weltlichen Charakters betrifft, so kommt unter diesen zunächst

21. die Geldstrafe in Betracht [6]. Sie wird speziell gegen Geistliche selten in den päpstlichen Konstitutionen [7] angedroht, und dasselbe gilt von den wenigen allgemeinen Konzilien dieser Zeit [8]. Dagegen haben die Partikularsynoden [9] von dieser

[1] Gl. zu Dist. XLV im Eingang; Schmalzgrueber V. 37 n. 204; s. auch c. 8 (Braga 675) Dist. XLV, Bd. IV. S. 815 n. 10.

[2] Engel V. 37 n. 8; Reiffenstuel V. 37 n. 10; Schmalzgrueber l. c., s. auch c. 8 Dist. XLV cit., ferner c. 7 (Alex. III.) de homic. V. 12; c. 4 (id.) X de raptor. V. 17. Ferner sollte der Bischof nicht selbst die Züchtigung vornehmen, c. 25 (Nov. Iust. 123 c. 11) Dist. LXXXVII; sondern sie gegen den Kleriker durch einen anderen Kleriker, nicht durch einen Laien — wegen des Eintritts der exc. l. s. in Folge der Verletzung des privilegium canonis, s. c. 24 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39, vgl. Bd. I. S. 121 n. 2 — vollziehen lassen, ausser beim Nichtvorhandensein eines Geistlichen, gl. zu c. 25 Dist. LXXXVI, oder wenn der schuldige Kleriker wegen seiner Unverbesserlichkeit das privilegium clericale verloren hat, c. 25 (Clem. III.) X eod. V. 39, gl. cit. zu Dist. XLV.

[3] Wenn Kober a. a. O. S. 67 mit Rücksicht darauf, dass das Tridentinum, insbesondere auch in Sess. XXV. c. 6. 14 de ref. u. Sess. XIII. c. 1 de ref. der Prügelstrafe nicht gedenkt, den Schluss zieht, dass es dieselbe nicht mehr gebilligt hat, so ist dies verfehlt, weil das Konzil sich nirgends gegen dieselbe ausgesprochen und kein vollständiges System der allein statthaften Strafen aufgestellt hat. Ferner beweist auch die spätere Androhung der Strafe durch die Congr. s. Officii und die Partikularsynoden, dass diese das Tridentinum nicht, wie Kober, aufgefasst haben.

[4] So in Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal, Reiffenstuel l. c.; Schmalzgrueber l. c.; Kober a. a. O. S. 67 ff. In Frankreich ist schon 1562 das Pariser Parlament gegen die Verurtheilung eines Geistlichen zur öffentlichen Auspeitschung eingeschritten, van Espen J. E. U. P. III. tit. 11 c. 1 n. 44.

[5] Dies ist in derartigen Anstalten in Preussen noch bis in die sechsziger Jahre dieses Jahrhunderts der Fall gewesen, P. Hinschius, d. preuss. Kirchengesetze des J. 1873. Berlin 1873. S. 52 n. 2 u. S. 95. Freilich entziehen sich diese Dinge für die Regel der öffentlichen Kenntnissnahme.

[6] Vgl. hierzu auch die o. S. 548 n. 2 citirte Abhandlung von Kober.

[7] Leo X.: Inter alia 1516 §. 2, b. T. 5, 684 (Geistliche, welche bei ihrer Anwesenheit in Rom zu Bisthümern, auch Titularbisthümern, zu Abteien, zu Koadjutorien mit dem Recht der Nachfolge, selbst auch nur in commendam promovirt sind und nicht dem Papst innerhalb eines Monats den Treueid leisten, ausser exc. l. s.) „mille ducat., pro medietate camerae apostolicae, et una quarta parte . . . caeremoniarum magistris, altera vero quarta parte dispositionis praesidentis ipsius camerae applicandorum“; Pius V.: Cum primum 1566 §. 5, b. T. 7, 434 (Duldung des Bettelns in der Kirche während des Gottesdienstes) „poena 2 aureorum capitulis infligenda pro qualibet vice et parochis dimidii aurei“; Benedikt XIV.: In sublimi 1741, bull. Bened. 1, 32 (Geistliche, welche auf ihre Benefizien zu Gunsten eines Anderen verzichten und sich Pensionen ad apostolicae beneplacitum vorbehalten, sich aber dann die Pension vom Resignatar abkaufen lassen, u. A. als Strafe) Restitution der erhaltenen Kaufsumme an den Ordinarius zur Verwendung für fromme Zwecke oder für die Armen.

[8] Basel Sess. XX. (1735) bedroht die kirchlichen Jurisdiktionsbeamten, welche den Geistlichen das Halten von Konkubinen gegen Geld (Konkubinenzins) gestatten, mit der Strafe der Restitution des doppelten zur Verwendung für fromme Zwecke. Das Tridentinum Sess. XXIV. c. 3 de ref. kennt ebenfalls die poena restitutionis dupli für den Visitator, welcher mehr als das Zulässige bei der Visitation fordert.

[9] York 1466, Hardouin 9, 1482 (unstatt-

Strafe im umfassendsten Masse Gebrauch gemacht. Regelmässig setzen sie dieselbe in einem vornherein bestimmt fixirten Betrage fest. Doch kommt auch eine relative

haftes Zulassen von Quästuariern, rector, vicarius, capellanus) „poena 40 solidorum legalis monetae Angliae fabricae ecclesiae metropoliticae Ebrorum applicandorum"; Toledo 1473 c. 2, ibid. p. 1504 (Rektoren von Parochialkirchen, welche an den Sonntagen in der Osterzeit die Glaubensartikel, den Dekalog, die Lehre von den Sakramenten, sowie von den Tugenden und Lastern nicht feierlich verkünden) für jeden Unterlassungsfall 2 regales (die Hälfte an das zukünftige Konzil, die Hälfte an ihre Kirche); ibid. c. 4 p. 1505 (Zulassung fremder Priester durch Bischöfe, Pfarrer und andere Geistliche zur Spendung der Sakramente oder zum Celebriren ohne die Erlaubniss ihres Ordinarius) p. 30 regalium eo ipso (Hälfte für das nächste Konzil); ibid. c. 5 (Bischöfe, welche nicht passende Kleider tragen) „20 florenorum aureorum p. qualibet vice eo ipso incurrant, dimidietatem.. fabricae ipsarum ecclesiarum, dimidietatem pro expensis concilii sequentis applicandam"; c. 6 ibid. (andere Geistliche, welche keine Benefizien an Kathedralkirchen haben, in demselben Fall) „beneficiati duorum florenorum poenam qualibet vice eo ipso incurrant, dimidietatem fabricae ecclesiae, dimidietatem pro teste synodali hoc exsequente, non beneficiati unius floreni pro teste praedicto"; c. 8 ibid. p. 1506 (Bischöfe, welche gegen Kleriker, wenn sie Trauerkleider tragen, nicht einschreiten) jedes Mal 20 Gulden Strafe eo ipso für das zukünftige Konzil; c. 11 ibid. p. 1508 (clerici in sacris et beneficiati, welche Kegel spielen) „30 regalium qualibet vice poenam incurrant, medietatem fabricae suarum ecclesiarum, medietatem vero expensis sequentis concilii applicandam"; c. 16 ibid. p. 1510 (Geistliche, welche während der geschlossenen Zeit die Brautmesse für die Eheschliessenden lesen) 10 Gulden (und Pfarrer, welche das Verbot lärmender Festlichkeiten während der geschlossenen Zeit nicht an den dazu bestimmten Sonntagen publiziren) 10 regales für jede Unterlassung, zur Hälfte für das zukünftige Konzil, zur Hälfte für den Synodalzeugen; c. 19 ibid. p. 1512 (Einfügen unpassender Gesänge und Darstellungen in den Gottesdienst) „in parochialibus (ecclesiis) beneficiati 30, non beneficiati 15 regalium poenam incurrant, fabricis ecclesiarum suarum et testi synodali aequaliter applicandam"); c. 22 ibid. p. 1514 (Kleriker, welche Räubern das kirchliche Begräbniss gewähren) „5 florenorum poenam incurrant pro expensis concilii"; Dublin 1518 c. 8, l. c. p. 1890 (clerici ludentes ad pilam pedalem, Fussball) „toties quoties 40 den. ordinario et 40 den. reparationi ecclesiae, ubi talis ludus exercetur"; Synodalstatuten v. Utrecht 1565, H a r t z h e i m 7, 140 (für unzulässige Solennisation von Ehen und Nichtanzeige von Ketzern, Ehebrechern u. s. w., ausser Exk.) 20 Gulden ad usum pauperum; Mecheln 1570 c. 10, H a r t z h e i m 7, 615 (Kantoren und Organisten, welche schlüpfrige und Militärmusik aufführen) „poena 10 stuferorum ad usus arbitrio episcopi applicanda"; ibid. (Herumlaufen und Plaudern während des Gottesdienstes, bez. ausserhalb desselben) p. trium, bez. duorum stuferorum ipso facto; ibid. c. 8 p. 621 (Zulassung fremder Priester ohne bischöfliche Erlaubniss zum Messelesen und zur Spendung der Sakramente durch Pfarrer) 2 Gulden; ibid. c. 5 p. 622 (Geistliche, welche die zur Ablieferung empfangenen h. Öle nicht ehrerbietig überbringen) „p. duorum florenorum ad usum seminarii applicandorum" (wiederholt Cambrai 1586 V. 8, ibid. p. 1003, aber 10 Gulden Strafe); Aix 1585, H a r d o u i n 10, 1523 (Pfarrer, welcher nicht nach dem römischen Ritual tauft) 4 aurei; ibid. p. 1568 (Priester, welche, wenn sie Messe lesen, die Messgewänder nicht in der Sakristei an- und ablegen) „p. unius aurei, pro medietate seminario applicandi"; Mecheln 1607 XXI. 3, H a r t z h e i m 8, 791 (Benefiziaten, welche es unterlassen, die Stiftungsurkunden und die das Benefizialvermögen betreffenden Dokumente dem Erzpriester zur Aufbewahrung im bischöflichen oder Kapitels-Archiv einzureichen) 4 Gulden für das Seminar; D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 16. 17, l. c. 8, 891 (Kleriker, welche in öffentlichen Schenken kneipen) für das erste Mal 10 Gulden; ibid. n. 22, ibid. p. 892 (Kleriker, welche öffentlichen Schauspielen, Tänzen und Turnieren beiwohnen) 1 Gulden, (Hinrichtungen ausser dem begleitenden Geistlichen) 4 Gulden; D. S. Metz 1610 l. c. XI. n. 19 p. 963 (Kleriker, welche sich in Urkunden fürstlicher Notare verpflichten) 40 Franken, ibid. n. 20 p. 964 (Ausübung des Amtes eines weltlichen Notars) das erste Mal 20 Franken; D. S. Namur 1639 XIII. 10 l. c. p. 585 (Pfarrer, welche fremde Parochianen ohne Erlaubniss des Bischofs oder des zuständigen Pfarrers oder ohne Aufgebot oder mit fremden Parochianen ohne ein solches an deren Domizil kopuliren, ausser den tridentinischen Strafen) „mulcta 30 florenorum"; XIX. 3, ibid. p. 592 (Besuch von Schenken, um zu trinken) das erste Mal 3, das zweite 6, das dritte 8 Gulden; bei Trunkenheit das erste Mal 12, das zweite 24 Gulden; D. S. Antwerpen 1643 VIII. 6, l. c. 9, 643 (Begräbniss fremder Parochianen ohne Benachrichtigung des Pfarrers der letzteren) 6 Gulden; ibid. X. 2 ff. p. 644 (Pfarrer, welche Verlobungen in Schenken assistiren) 6 Gulden, (fremde Parochianen zu solchen zulassen) 12 Gulden, (gegen den Willen oder unter Nichtwissen der Eltern und Vormünder Verlobungen beiwohnen) 50 Gulden, (Verlobungen und Aufgebote bei obwaltendem Ehehinderniss zulassen) 6 Gulden; ibid. XI. 4 p. 645 (Pfarrer, welche den Mönchen andere Stationen als die althergebrachten zum Almosensammeln anweisen) 10 Gulden; D. S. Gent 1643 IX. 3, l. c. p. 710 (Pfarrer, welche Eheleute ausserhalb der Pfarrkirche kopuliren) „mulcta 2 librarum magnarum" (wiederholt Gent 1650 IX. 2, ibid. p. 710); D. S. Antwerpen 1643 XVII. 3, l. c. p. 648 (Betheiligung der Pastoren an der Festlichkeit des Papageienschiessens) 6 Gulden nach Ermessen des Dekans für piae causae; D. S. Köln 1651 I. 11

Bemessung [1], mitunter unter Vervielfältigung [2], endlich auch eine Androhung schlechthin, also, wie dies mehrfach ausdrücklich hervorgehoben wird, in arbiträr durch den

n. 3, l. c. 9, 739 (Betheiligung des Klerus bei der Festlichkeit des Knabenbischofs) „poena 300 florenorum aureorum Rhenens., dimidia pars piis usibus fabricae ecclesiae seu mensae pauperum, altera denunciatori et fisco nostro"; ibid. n. 7 (Schauspiele in Kirchen und an heiligen Stätten während der Osterzeit und während des Gottesdienstes) 100 rheinische Goldgulden (Verwendung wie vorher); D. S. Trier 1678 I. 1 n. 4, Hartzheim 10, 59 (Pfarrer und Sacellane, welche cauponaria mercatura treiben, zu Jahrmärkten auslaufen, selbst Vieh und Getreide öffentlich auf dem Markt verkaufen und Branntwein destilliren) jedesmal einen Goldgulden; ibid. n. 13 p. 60 (Pfarrer, welche ihre Mägde zu Schmausereien, Märkten und auf Reisen mit sich nehmen oder hinter sich auf demselben Pferde reiten lassen) jedesmal einen Goldgulden; ibid. n. 21 p. 61 (wenn sie sich an Tänzen betheiligen) das erste Mal einen, das zweite Mal zwei Goldgulden; ibid. 2 n. 6 p. 61. 62 (Priester, welche beim Messelesen Tabak bei sich führen) für jedes Mal einen Goldgulden; ibid. n. 7 (Geistliche, welche beim Gottesdienst und der Katechismus-Erklärung schnupfen) dieselbe Strafe; ibid. 3 n. 8 p. 68 (Pfarrer und Sacellane, welche die Prozessionen ihrer Parochianen nicht begleiten) jedesmal einen Goldgulden; D. S. Besançon 1693 (1707), l. c. p. 292 n. 33 (clerici in sacris, welche Handel, namentlich Viehhandel, treiben und auf Märkten verkehren) 20 librae für fromme Anstalten; Edikt für Rom 1691, Ferraris, prompta bibliotheca art. coma fictitia n. 6 (Kleriker, welche langes, Stirn und Ohren bedeckendes Haar oder solche Perrücken tragen) jedes Mal 10 Scudi für fromme Werke oder Anstalten (wiederholt 1724, coll. conc. Lac. 1, 438); Tarragona 1685, ibid. p. 744 (Pfarrer, welche den Katechismusunterricht oder das Predigen an 15 Sonntagen im Jahr unterlassen) 50 oder 100 regales nach Ermessen des Bischofs „pro ecclesiae eius reficiendis ornamentis"; ibid. p. 745. 746 (Pfarrer, welche die zwölf Jahr alt gewordenen Kinder nicht in die Kommunikantenliste eintragen) 50 regales; ibid. 746 (Geistliche, welche bei den Funktionen im Chor oder am Altar, selbst nur heimlich, schnupfen) jedesmal 4 regulares; Tarragona 1699, ibid. p. 752 (Geistliche, welche bewaffnet ausgehen) 10 librae; Neapel 1699, ibid. p. 169 (Priester, welche ohne Talar Messe lesen) jedesmal 6 Dukaten, ein Drittel an den Denunzianten, der Rest für fromme Zwecke; ibid. p. 199 n. 12 (Pfarrer, welche die tridentinischen Vorschriften über die Eheschliessung nicht beobachten) 100 aurei ad pios usus; Tarragona 1717, ibid. p. 773 (Kanoniker und Benefiziaten, welche zur Zeit des Gottesdienstes in den Kirchen, Sakristeien und auf den Kirchhöfen müssig herumlaufen) jedesmal 6 solidi für die fabricae ecclesiae; Rom 1725, ibid. p. 379 (beneficiati saeculares, welche ihre Residenzpflicht verletzen, ausser den tridentinischen Strafen) 100 Scudi, zur Hälfte für fromme Zwecke, zur Hälfte an den Denunzianten; Tarragona 1738, ibid. p. 789 (Gestattung unzulässiger Darstellungen und Aufführungen während des Gottesdienstes) 10 librae; Quito 1863, l. c. 6, 403 (Kleriker, welche maskirt herumlaufen oder ihre Klerikalkleider an Laien zum Gebrauch als Maskenanzüge überlassen) 14 pesos; ibid. p. 405 (Pfarrer und ihre Vertreter nach dreimaliger Vernachlässigung ihrer Pflicht zum Predigen) 25 pesos für die Fabrica ihrer Kirche; Quito 1869, ibid. p. 443 (Verwalter kirchlicher Güter, welche die jährliche Rechnungslegung unterlassen) 20 nummi für jeden Monat der Zögerung. — Vgl. auch noch die folgenden Anmerkungen.

Wie gegen Laien, s. o. S. 549 n. 1, sind auch mitunter gegen Geistliche die Strafen in einer bestimmten Quantität Wachs statt in Geld festgesetzt worden, Paris 1429 c. 24, Hardouin 8, 1047 (Kegelspielen der Geistlichen) jedesmal ein Pfund Wachs für die Kathedrale oder Pfarrkirche; c. 26 ibid., s. o. S. 549 n. 1, dessen Strafen sich gegen Kleriker nach c. 22 ibid. verdoppeln; Sens 1460 (1485) II. 8, l. c. 9, 1534 (clerici in sacris, welche nicht öffentlich und nicht gewohnheitsmässig Kegel spielen) für jedes Mal ein Pfund Wachs für die Kathedrale oder Pfarrkirche; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 174 n. 4 (Pfarrer, welche die Armen nicht auf ihre Kosten begraben lassen, neben susp. a divinis) 100 „librae cerae elaboratae"; ibid. p. 240 (Pfarrer, welche den eigenmächtigen Verkauf von Oratorien und Begräbnissstätten durch die Eigenthümer nicht dem Bischof anzeigen) 100 Pfund Wachs, s. ferner ibid. p. 175.

[1] Mailand 1576 II. 12, Hardouin 10, 879 (Verstösse bei Begräbnissen und bei den officia funeralia, z. B. Wegbleiben, Zuspätkommen u. s. w.) „eius funeris officiive funeralis omni eleemosyna emolumentoque careat"; Edikt für Rom 1705, Ferraris l. c. s. v. vestis n. 17 (Pfarrer, welche die nicht ritualmässige Überführung der Leichen aus den Häusern in die Kirche, namentlich in Kutschen gestatten) Verlust der Emolumente; Salzburg 1490, Hartzheim 5, 574. 575 (Beichtväter, welche die abgelieferten, unredlich erworbenen Sachen unbekannter Eigenthümer nicht dem Ordinarius vorbehalten) „tantumdem fabrice ecclesie kathedralis, quantum distribuere contra huiusmodi prohibitionem praesumpserint"; Mailand 1573 c. 14, Hardouin 10, 787 (Kanoniker, welcher die Übernahme eines ihm vom Kapitel übertragenen officium ohne gerechtfertigten Grund verweigert) „quantum pecuniae caperet. per 6 menses ecclesiae assidue inserviendo, tantumdem amittat"; Tarragona 1717, coll. conc. Lac. 1, 758. 759 (Prälaten und Benefiziaten, welche Zinsgüter ohne die bischöfliche Erlaubniss ankaufen) soviel Strafe an ihre Kirche und Benefizien, als der Kaufpreis beträgt.

[2] Tortosa 1429 c. 2, Hardouin 8, 1076 (Ordinarien und Offizialen derselben, welche von notorischen clerici concubinarii für die Gestattung des Konkubinats öffentlich oder heimlich Geschenke nehmen) „ad duplum valoris eiusdem

kirchlichen Oberen zu bestimmender Höhe vor[1].

In Betreff der Verwendung finden sich Anordnungen wie hinsichtlich der von den Laien zu entrichtenden Strafen[2]. Sie werden ebenfalls wie diese, abgesehen von den Denunziantenantheilen, regelmässig frommen und kirchlichen Zwecken[3] zugewiesen. Ebenso wird für die arbiträre Verhängung der Geldstrafen gegen Geistliche in den Partikularsynoden die Anweisung gegeben, dass sie nicht zu häufig und zu leichtfertig auferlegt werden sollen[4]. Endlich beziehen sich die vereinzelt vorkommenden allgemeinen Regeln über die Umwandlung der Strafen auch auf die den Geistlichen auferlegten Geldbussen[5].

ipso facto poenae nomine teneatur"; s. auch o. S. 624 n. 8; Mailand 1579 III. 15, l. c. 10, 1086 (bischöfliche Kanzler und Kanzleibeamte, welche für die gebührenfreien Akte und Ausfertigungen selbst etwas freiwillig Gebotenes annehmen) „quadruplo mulctetur, quod vel in ecclesiae restaurationem vel in sacristiae usum erogetur".

[1] Toledo 1566 II. 3. 23, Hardouin 10, 1149. 1154 (Bischöfe, clerici in sacris und beneficiati, welche ein üppiges Leben führen und prächtiges Geräth halten) für die fabrica ecclesiae; ibid. c. 21 p. 1153. 1154 (clerici in sacris und beneficiati, welche maskirt herumgehen und Theater spielen) neben susp. ab officio et benef. auch mulcta pecuniaria; Mailand 1565 II. 26, s. o. S. 601 n. 7; Mailand 1569 II. 27, l. c. p. 747 (Kanoniker und clerici in sacris, welche den Predigten und vorgeschriebenen Vorlesungen über die h. Schrift nicht anwohnen); Mailand 1573 I. 2, l. c. p. 813 (Pfarrer und Kirchenleiter, welche unstatthafte Bilder in ihren Kirchen anbringen lassen, Exk. oder) „mulcta arbitratu episcopi"; Mailand 1576 II. 10 p. 874 (Annehmen von Laien als Musiker und Sänger beim Gottesdienst, ausser in Nothfällen) „mulctae arbitratu episcopi"; Aix 1585 p. 1542. 1544, s. o. S. 601 n. 7; D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 17, Hartzheim 8, 891 (Geistliche, welche sich öffentlich in trunkenem Zustande gezeigt haben oder nach vorübergegangener Trunkenheit ohne Beichte celebriren); ibid. n. 30 p. 893 (Kleriker, welcher einen Kleriker oder Laien beschimpft, schlägt, am Bart oder Haar zupft u. s. w.) „pro qualitate excessus pecunia, carcere ... plectatur"; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 174 (Verzögerung des Begräbnisses, selbst bei Streitigkeiten darüber) „poenae pecuniariae suis locis applicandae"; Rom 1725, l. c. p. 350 (Dignitäre, Kanoniker, Pfarrer und weltgeistliche Beichtväter, welche den Vorlesungen über die h. Schrift nicht beiwohnen); ibid. p. 371 (clerici in sacris, welche den Konferenzen über Ritus- und Moralfragen nicht beiwohnen); Fermo 1726, ibid. p. 599 (Geistliche, welche verdachterregende Frauenzimmer bei sich haben); Tarragona 1717, ibid. p. 765 (Zurücklassung des Krankenöls in Privathäusern ausser im Nothfall); ibid. p. 781 (Pfarrer, welche keine geeigneten Personen zur Abholung der neu geweihten Öle nach der Kathedrale schicken und sich noch der früher geweihten bedienen); Tarragona 1752, ibid. p. 791 (Abhalten von Oratorien und kirchlichen Funktionen nach dem Zeichen zum englischen Gruss); Urbino 1859, l. c. 6, 52 (Verstösse gegen die Vorschriften über den Lebenswandel und die Tracht der Geistlichen, neben anderen Strafen auch) poenae pecuniariae. Über die Verwendung von Geldstrafen in der Salzburger Archidiakonatspraxis des 15. und 16. Jahrh. s. Uttendorfer im Arch. f. k. K. R. 63. 83.

Wenn Toledo 1566 c. 20, Hardouin 10, 1166. 1167, verbietet, dass das Kapitel oder die anderen Geistlichen einem vom Bischof mit suspensio ab officio oder a beneficio, mit Ausweisung, Geldstrafe oder Exkommunikation Bestraften etwas aus der Kapitularmasse oder den Distributionen schenken oder ihm Geschäfte der Kirche oder des Kapitels auftragen, so hat dies lediglich den Zweck, eine Milderung der Strafe durch Handlungen Dritter zu hindern.

[2] S. o. S. 549.

[3] S. die vorhergehenden Anmerkungen; ferner über Salzburg Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 83; Mailand 1565 III. 15, Hardouin 10, 725. 726, welches dem Bischof die Zuweisung bis zum Drittel an den Denunzianten gestattet, ihm im Übrigen aber die Verwendung für fromme Zwecke und Stiftungen auferlegt, ist durch Mailand 1576 III. 8, ibid. 930, s. S. 550 n. 2, beseitigt worden. Die const. Pii IV.: Cum venerabilis 1560, b. T. 7, 29, welche die Strafen für maleficia in Rom bis zu 10 Dukaten einer Erzbruderschaft zuweist, bezieht sich auf Geldstrafen, auf welche von den weltlichen Gerichten erkannt wird.

[4] S. o. S. 550 n. 5. In einzelnen Synoden des 16. Jahrh., s. Bordeaux 1583 c. 33, Hardouin 10, 1378 (betreffend die auf der Diöcesansynode ausgebliebenen Geistlichen) „si post primam admonitionem comparuerint, potius poenitentiae poena quam pecunia mulctentur"; Aix 1585, l. c. p. 1576: „censura ibi (auf der Diöcesansynode) fiat de singulorum moribus, vestitu et vita ac infligatur poena potius personalis, etiam carceris, ubi opus fuerit, quam pecuniaria" (vgl. ferner über Salzburg Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 83. 84, wo auch vorgeschrieben war, dass nicht gleichzeitig neben der Geldstrafe auf andere Strafe erkannt worden sollte), wird sogar empfohlen, lieber zu anderen Strafen, als zur Geldbusse zu greifen, und im 17. Jahrhundert macht sich schon mitunter die Anschauung geltend, s. Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 154. 257, dass solche Strafen, weil sie in vielen Fällen wenig erfolgreich sind, nur selten angewendet werden sollen.

[5] S. o. S. 550 n. 7. Vereinzelt hat man dem Verurtheilten auch die Wahl zwischen Geld- oder

Die Strafe ist heute noch praktisch[1]. Für ihre Verhängung müssen des Näheren die o. S. 550 dargelegten Grundsätze, welche die Doktrin und die Praxis der Congregatio concilii ohne Unterschied für Geldbussen der Laien und Geistlichen entwickelt hat[2], zur Anwendung kommen. Vor allem erscheint es mit Rücksicht auf die Praxis der gedachten Kurialbehörde ausgeschlossen, die Strafgelder zu anderen Zwecken als für fromme Werke und Stiftungen ohne ihre vorgängige Erlaubniss zu verwenden[3].

22. Die Konfiskation. Die Konfiskation des ganzen Vermögens, welche die Kleriker bei den o. S. 39 und S. 551 gedachten Verbrechen, vor Allem bei der Ketzerei[4], treffen kann, findet sich für Vergehen, welche blos von Geistlichen begangen werden können, in den päpstlichen Konstitutionen nur ganz vereinzelt[5], dagegen in den Partikularsynoden[6] gar nicht angedroht.

Ebenso kommt die Strafe der Konfiskation einzelner Sachen blos selten in den ersteren[7], mehrfach aber in den Partikularsynoden bis in das 18. Jahrhundert[8] hinein vor, und zwar theils solcher, welche durch das Vergehen erlangt[9] oder hergestellt sind[10], theils solcher, mit denen dasselbe begangen worden ist[11].

Gefängnissstrafe gelassen, so im Salzburgischen s. Uttendorfer a. a. O. S. 83.

[1] Vgl. o. S. 626 Anm. Sp. 2, S. 627 n. 1, Diöcesan-Instruktion v. 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 445: „Geldstrafen, das erlegte Geld wird der S. Adalberti-Hähredität zugesprochen"; s. auch Kober a. a. O. S. 75. 76.

[2] S. o. S. 551 n. 3.

[3] S. o. a. a. O.

[4] Mit Rücksicht darauf hat die Doktrin noch bis in das 18. Jahrhundert hinein die Zulässigkeit dieser Strafe für Kleriker behauptet, s. Reiffenstuel V. 37 n. 118; vgl. auch Thesaurus l. c. P. I c. 36.

[5] Pius V.: In suprema 1564 §. 2, b. T. 7, 332 (Einziehung des Vermögens der nicht Residenz haltenden Bischöfe zu Gunsten der apostolischen Kammer bei ihrem Tode), s. Bd. III. S. 228 n. 11.

[6] Wenigstens, soweit mir das einschlägige Material bekannt ist.

[7] Urban VIII: Ex debito pastoralis 1633 §. 8, b. T. 14, 320 (Missionare, welche in den Missionen Japans oder Ostindiens selbst oder durch Andere oder für ihre Gemeinschaften Handel treiben, ausser exc. l. s., Verlust des aktiven und passiven Stimmrechts, aller Offizien und Dignitäten, sowie der Unfähigkeit zu solchen) „amissio mercium et lucrorum ex eis", bestätigt und ausgedehnt auf die Missionare in den Missionen Amerikas durch Clemens IX.: Sollicitudo pastoralis 1669 §§. 1. 2, b. T. 17, 798; de Martinis, ius pontific. de propaganda fide. Romae 1888. 1, 391 („ex nunc, prout ex tunc et e contra, postquam casus evenerit, merces et lucra quaecumque . . . in usum et commodum pauperum, hospitalium, seminariorum ecclesiasticorum ac operariorum (. . . aliorum non delinquentium) harum serie applicamus", Vorschriften, welche die Kurie noch für praktisch erachtet, da durch die päpstlich gebilligte Entsch. d. congr. inquis. v. 1872, Acta s. sed. 7, 317, vgl. auch (Avanzini-)Pennacchi comm. cit. 2, 292, erklärt ist, dass die als Strafe festgesetzte exc. l. s. durch die const.: Apostolicae sed. v. 1869, durch welche sie in der That aufgehoben war, nicht für beseitigt zu erachten sei; Clemens X.: Creditae 1673 §. 1, de Martinis l. c. 1, 417 (Herausgabe von Schriften über die Missionen und über Missionsangelegenheiten durch Regularen ohne die Genehmigung der Propaganda ausser päpstlich reservirter exc. und Verlust des Offiziums und des aktiven und passiven Wahlrechts) suppressio operum ipso facto; Benedikt XIV.: Apostolicae 1741, bull. Bened. 1, 14 (Kleriker, welche selbst oder durch Laien unerlaubten Handel treiben) Anfall der unerlaubt erworbenen Güter als spolia an die apostolische Kammer (nach Pius IV.: Decens 1560 §. 2, b. T. 7, 78).

[8] Salzburg 1418 c. 17, Hartzheim 5, 179 (Tragen unpassender Kleider durch clerici in sacris u. beneficiati) „eo ipso amissio illius habitus in aliquod pium opus convertendi"; D. S. Olmütz 1591 c. 16, l. c. 8, 354 (Prälaten, Kanoniker, Pfarrer und andere Geistliche, welche in ihren Häusern einen Weinausschank halten) „vino ipso, quod sic venum exponere ausi fuerint, per fiscalem nostrum privandi"; D. S. Köln 1651 II. 8 n. 2, l. c. 743 (Messelesen mit offenem Kragen, mit Handschuhen oder Ringen, oder Tragen eines Kreuzes auf der Brust ohne spezielle Berechtigung durch Geistliche) Privation aller dieser Gegenstände; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 226 n. 6. 9 (Kleriker, welche Perrücken tragen oder Waffen in ihren Häusern haben) amissio dieser Sachen; Edikt für Rom 1724, ibid. p. 439 (Kleriker, welche auf Reisen unpassende Kleider tragen) „jacturam talium vestium incurrent".

[9] S. o. Anm. 7.

[10] Clemens X.: Creditae 1673 cit., s. a. a. O.

[11] S. o. Anm. 8.

23. Während das Exil[1] und die Ausweisung[2] als Strafen gegen Geistliche nur selten und zwar bis in das 17. Jahrhundert hinein erwähnt werden, obgleich noch die Doktrin des 18. Jahrhunderts die Verweisung aus der Diöcese für eine dem Bischof gemeinrechtlich zur Verfügung stehende Strafe erklärt[3], hat

24. die Strafe der Freiheitsentziehung[4] gegen die Geistlichen in der hier fraglichen Zeit ausgedehnte Anwendung gefunden. Bis zum 18. Jahrhundert kommt sie hauptsächlich in der Gestalt der Gefängnissstrafe, *carcer*[5], auch s. g. *carcer formalis*[6], welche in den kirchlichen, namentlich den bischöflichen Gefängnissen[7] zu vollstrecken war, selten in den allgemeinen Konzilien[8] und päpstlichen Konstitutionen[9], häufig aber in den Partikularsynoden[10] vor. Überwiegend wird sie schlechthin, also auf eine arbiträr von dem kirchlichen Richter festzusetzende Dauer[11],

[1] Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau, beim dritten Mal clericus beneficiatus) „omnibus dignitatibus exutus deponatur et in exilium mittatur"; Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729 (für die s. g. sollicitatio ad turpia) exilium als eine der den Inquisitoren und Ordinarien zur Auswahl zustehenden Strafen erwähnt.

[2] S. 552 n. 8; S. 601 n. 7 u. S. 627 n. 1 a. E.; Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 83, wonach im Salzburgischen mehrfach die Ausweisung aus dem Archidiakonat als Strafe vorgekommen ist.

[3] Reiffenstuel V. 37. n. 106; Schmalzgrueber V. 37 n. 205 unter Berufung auf c. 48 (Braga 675) Dist. XLV; c. 13 (Toledo XIII. 683) C. XXVI qu. 5; c. 1 (Gregor. I.) X de calumn. V. 2.

[4] Vgl. Kober i. d. S. 81 n. 10 citirten Abhandlung S. 575 ff.

[5] S. unten die Anmerkungen 11 u. folgende.

[6] Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 175 n. 8; p. 177 n. 4; 226 n. 6; 227 n. 10; 228 n. 20, im Gegensatz zu der Detention in anderen Räumen, nicht zum Untersuchungsgefängniss, denn der Ausdruck kommt auch für das letztere vor, s. ibid. p. 429.

[7] S. 554 n. 12 u. S. 555 n. 1.

[8] Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref. weist die Bischöfe an, gegen clerici concubinarii non beneficiati mit der poena carceris oder der suspensio ab ordine oder der Inhabilität für Benefizien vorzugehen.

[9] S. nachher die Anmerkungen 11 u. folgende.

[10] Vgl. a. a. O.

[11] Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434 (Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau, clericus non beneficiatus das zweite Mal) „carceribus mancipetur".

Partikularrechtlich: Sevilla 1512 c. 8, Aguirre-Catalani conc. Hisp. 5, 36 (Kleriker, welche über ein Jahr im Banne verbleiben); Narbonne 1551 c. 13, Hardouin 10, 445 (Zulassung fremder Priester zum Celebriren durch die Pfarrer und ihre Vertreter ohne Erlaubniss ihrer Oberen); Salzburg 1569 LIV, Hartzheim 7, 360. 361, s. o. S. 579 n. 3; ibid. VII. 12, p. 368 (Küster, welche während des Gottesdienstes und der Predigten die Thüren nicht bewachen und nicht hindern, dass profane Geräthe durch die Kirchen getragen werden); Mailand 1565 II. 26, S. 601 n. 7; Rouen 1581, Hardouin 10, 1236 n. 8 („clerici non beneficiati concubinarii iuxta delicti et contumaciae qualitatem) carceris poena, suspensione ab ordine . . . puniantur"; Tours 1583 c. 9, l. c. p. 1408 (Pfarrer, welche die Führung der Eheregister unterlassen) carcer oder andere arbiträre Strafe; ibid. c. 14, p. 1415 (Kanoniker und Geistliche an den Kapiteln, welche unpassende Stiefel oder Kleider tragen); ibid. c. 14 cit. p. 417 (Kanoniker und Chorgeistliche, welche den Anweisungen des Kantors nicht gehorchen) „poena carceris et emendae episcopi vel capituli arbitrio pro modo culpae taxandae . . . dummodo mulcta 100 solidos et carcer 8 dies non excedat"; ibid. c. 19 p. 1435, s. o. S. 614 n. 1; Bourges 1584. XLII. 2, l. c. p. 1503 (clerici non beneficiati, welche wegen verdächtigen Verkehrs mit Frauen oder wegen Haltens verdächtiger Frauen bereits mit der Exkommunikation bestraft sind und trotzdem hartnäckig bleiben) „in carcerem detrudantur"; Aix 1585, l. c. p. 1534 (Pfarrer und Priester, welche Ehen fremder Parochien ohne Erlaubniss der Pfarrer der letzteren oder Ehen während der geschlossenen Zeit kopuliren oder einsegnen, ausser den kanonischen Strafen) „carcer et aliae poenae arbitratu episcopi"; ibid. p. 1542. 1544, S. 601 n. 7 u. p. 1576, S. 627 n. 4; Narbonne 1609 c. 20, l. c. 11, 21 (Geistliche, welche in fremden Diöcesen celebriren wollen und kein Zeugniss ihres Bischofs über Leben und Wandel aus dem laufenden Jahr, Regularen, welche kein Zeugniss ihres Oberen besitzen, als clerici criminosi aut apostati) „capiantur et in carceres detrusi puniantur aut ad suos superiores ordinarios remittantur"; ibid. c. 32, p. 36 (Priester, welche in der Kirche andere Abkündigungen als Aufgebote und die ihnen vom Ordinarius oder Offizial aufgetragenen, insbesondere weltliche Abkündigungen vornehmen); ibid. p. 37 (Vikar, welcher für einen nicht beurlaubten Pfarrer ohne Auftragsschreiben des Bischofs eine Pfarrei verwaltet, neben arbiträrer Strafe) „incarceretur"; D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 17, Hartzheim 8, 891, s. S. 627 n. 1; ibid. II. 12 n. 6 (Kleriker, welcher mit dem Patron behufs seiner Präsentation simonistische Vereinbarungen eingeht) „eum vicarius noster non canonice, sed carcere investiat"; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 170 n. 5 (Celebriren der ersten Messe ohne Erlaubniss des Ordinarius,

nicht so häufig auf eine von vorn herein fest bestimmte Zeit[1] und zwar mitunter auch in dem einen oder anderen Fall unter Verschärfung durch Fasten[2] angedroht. Von der Strafe lebenslänglichen Gefängnisses haben die Päpste, soweit es sich um spezielle Vergehen der Geistlichen handelt, nur vereinzelt Gebrauch gemacht[3], und ebenso selten im gleichen Falle von der Galeerenstrafe (*triremes*)[4], während in den Partikularsynoden die ewige Gefängnissstrafe wie früher[5], wenngleich ebenfalls blos sporadisch, in der Gestalt der lebenslänglichen Verweisung in ein Kloster für abgesetzte Geistliche erscheint[6].

neben anderen arbiträren Strafen) p. carceris; ibid. p. 175 n. 8 (Vertheilen von Almosen aus Anlass des Begräbnisses auf dem Wege nach oder in der Kirche) carcer formalis; ibid. p. 177 n. 4 (vicarii foranei, welche an Festtagen die Erlaubniss zum Arbeiten gegen Geldzahlung an den Bischof oder zu frommen Zwecken ertheilen) ebenso; ibid. p. 226 n. 6 (Kleriker, welche Perrücken tragen, ausser Konfiskation derselben) p. carceris formalis; ibid. p. 226 n. 7. 8 (Kleriker, welche auf der Strasse, namentlich zur Nachtzeit, die Zither oder andere Instrumente spielen, profane Lieder singen oder maskirt einher gehen oder öffentlich spielen oder in ihren Häusern Spielklubs halten) ebenso; ibid. p. 227 n. 10 (Kleriker, welche Mädchen oder Frauen Unterricht im Lesen, Schreiben, Singen u. s. w. ohne Erlaubniss des Ordinarius ertheilen) desgleichen; ibid. p. 238 n. 10 (bischöflicher Archivar, welcher Urkunden und Prozessakten aus dem Archiv herausgiebt, neben arbriträrer Strafe) carcer formalis; D. S. Eichstädt 1713 c. 9, Hartzheim 10, 380 (Kleriker, welche in ihren Häusern Laien tanzen lassen) p. incarcerationis; Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 378. 379 (clerici beneficiati, welche nicht Residenz halten, ausser anderen Strafen auch) carcer ad arbitrium des Papstes; Fermo 1726, ibid. p. 599 (Kleriker, welche verdächtige Frauen in ihren Häusern halten, bei Hartnäckigkeit) p. carceris oder susp. ab off. et benef. oder härtere Strafe. Vgl. noch über den Gebrauch der Karzerstrafe im Salzburgischen während des 15. bis 17. Jahrh. Uttendorfer i. Arch. f. k. K. R. 63, 63. 83 u. 64, 80.

[1] Pius V.: Cum primum 1566 §. 8, b. T. 7, 434 (simonistische Erlangung von Weihen und Benefizien, neben 10jähriger Suspension von den ersteren) „per annum carceribus mancipetur"; Clem. VIII.: Quaecumque 1596 §§. 2. 4, b. T. 10, 277 (Religiosen der Kongregation S. Johannis des Evangelisten in Portugal, welche gegen Anordnungen ihrer Oberen an weltliche Fürsten und Gerichte oder weltgeistliche Prälaten rekurriren, neben Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, sowie aller Ämter und Unfähigkeit dazu) „carceris mancipatio unius anni ac in omnibus quartis et sextis feriis disciplinam in refectorio suscipiant et ibidem panem et aquam tantummodo in terra manducent".

Partikularrechtlich: Toledo 1473 c. 13, Hardouin 9, 1509 (Quästuarier, welche unerlaubt predigen) „per 3 menses in carcerem detrudantur"; Salzburg 1569 XLV. 4, Hartzheim 7, 349 (Priester, welche ohne Admission des Ordinarius oder mit einer solchen in Reservatfällen absolviren, neben exc.) carcer 3 mensium; Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1421 (clerici non beneficiati, welche verdächtigen Verkehr mit Frauen haben): „pro prima vice carceris per 6 menses, pro secunda per annum et si tertio relabantur . . . depositionis poena mulctandos" u. ibid. (Kleriker, welche ohne Noth Schenken und Wirthshäuser besuchen) „p. carceris per 2 menses pro prima vice, per 6 pro secunda et per annum pro tertia"; Römische Edikte v. 1691. 1706. 1724, Ferraris prompta biblioth. s. v. coma fictitia u. coll. conc. Lac. 1, 438 (Kleriker, welche langes, Stirn und Ohren bedeckendes Haar oder solche Perrücken tragen, neben 10 Scudi Geldstrafe auch) 10 Tage incarceratio. Vgl. auch die folgende Anmerkung.

[2] S. Clemens VIII. cit. (vor. Anm.). Partikularrechtlich: Salzburg 1569 XXIX. 3, Hartzheim 7, 312 (Geistliche, welche sich Dimissorien zur Weihe von päpstlichen Legaten erschlichen haben, neben Suspension vom ordo) „7 diebus carceribus, subtracto vino plectetur", (wenn er sich die Weihe ohne Dimissorien durch Betrug von einem fremden Bischof verschafft hat) „per integrum mensis spatium carceri mancipabitur et 3 diebus in hebdomada panis et aquae ieiunio affligendus"; ibid. XLVI. 4, l. c. p. 351 (Geistliche, welche trotz der Exkommunikation oder anderer Censuren celebriren, ausser Irregularität) „mulctetur unius mensis carcere absque remissione, ter in hebdomada affligendus in pane et aqua"; ibid. LVI. p. 361. 362 (Kleriker, welcher die Fastengebote nicht hält, ausser privatio beneficii) „in carcere triduo quidem in hebdomada solo pane et aqua emacerandus, quousque . . . verae poenitentiae significationem dederit"; D. S. Arras 1570 X. 2, l. c. 8, 234 (clerici temulenti) „carcere et ieiunio puniri". Eigenthümlich Salzburg 1569 XXVII. 14, l. c. 7, 304, s. o. S. 595 n. 5, nach welchem dem Geistlichen auch noch nach der Verbüssung der Gefängnissstrafe der Weingenuss bis zur Besserung entzogen werden soll.

[3] Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729 (bei der sollicitatio ad turpia auch als Strafe) „damnatio ad triremes et carceres etiam in perpetuum".

[4] S. die vor. Anm. u. o. S. 570 n. 3.

[5] S. o. S. 83. 84.

[6] Mainz 1549 c. 101, Hartzheim 6, 592, s. o. S. 572 n. 3; Bordeaux 1624 XV. 1, Hardouin 11, 100 (simonia confidentialis, ausser Exkommunikation, Deposition, Unfähigkeit zu Ämtern u. s. w.) „in monasterium ad vilia ministeria praestanda detrudatur". Nicht hierher gehört

Was die zeitlichen Gefängnissstrafen betrifft, so haben die Bischöfe seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wieder angefangen, die verurtheilten Geistlichen in die Seminarien oder in die Klöster, auch in die Kollegien der Jesuiten zu schicken[1], weil in diesen die Gelegenheit geboten war, dieselben behufs ihrer Besserung unter geistlicher Leitung und Kontrole zu halten und sie zugleich angemessenen Bussübungen zu unterwerfen. Diese Praxis hat sich im 18. Jahrhundert immer mehr verbreitet[2], weil bei der Einschränkung des privilegium fori und der Bestrafung der Geistlichen durch die weltlichen Gerichte nunmehr für die kirchliche Strafrechtspflege allein noch die Vollstreckung kürzerer Freiheitsstrafen für eigentliche Disziplinarvergehen praktisch in Frage kommen konnte.

Als dieses Verfahren Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts seit der Aufhebung der Klöster und der Seminarien in manchen Ländern, namentlich in Deutschland unmöglich gemacht worden war, musste man kirchlicherseits, da inzwischen auch die bischöflichen Gefängnisse meistens eingegangen waren[3], einen Ersatz zu schaffen suchen[4]. Mit Rücksicht darauf, dass staatlicherseits bei den Säkularisationen ein grosser Theil des Kirchenvermögens eingezogen und daraus den betreffenden Staaten die Verpflichtung erwachsen war, für die Bedürfnisse der katholischen Kirche zu sorgen, sind nach der Wiederaufrichtung der Verfassung derselben in Preussen[5], in Baiern[6], in Württemberg[7] und in Baden[8], ferner auch in Österreich[9] s. g. Korrektions- oder Demeriten-Anstalten (auch Besserungs-

aber Salzburg 1569 XXIX. 4, Hartzheim 7, 312: „Ne vero huiusmodi suspensi (s. l. c. XXIX. 3, S. 630 n. 2) interim eant vagabundi neque in suorum corporum necessitatibus quidquam patiantur detrimenti, tum ut in moribus et litteris disciplinaque ecclesiastica melius erudiantur, in aliquibus illarum dioecesium reponi debent monasteriis, a quibus non tantum victum, sed et amictum capiant et ipsi vicissim, ne illis frustra graves efficiantur, illorum conventualibus in horis canonicis atque aliis divinis officiis decantandis sive celebrandis sacrorum ordinum functionibus, quibus sunt suspensi, exceptis, esse tenebuntur auxilio", da es sich hier um eine Sicherheitshaft und um angemessene Versorgung der Suspendirten bis zur Besserung und Absolution handelt.

1 So namentlich in der Diöcese Wirzburg, C. Braun, Gesch. d. Heranbildung des Klerus i. d. Diöcese Wirzburg. Wirzburg 1889. 1, 405; s. auch van Espen J. E. U. P. III. tit. 11 c. 1. n. 20; P. Jos. a Riegger, de poenitentiis et poenis ecclesiasticis. Viennae 1772. §. 100, in Schmidt thes. jur. eccles. 7, 203. Ja, die von Bartholomäus Holzhauser gestiftete, von Innocenz XI. 1680 genehmigte Kongregation von Weltgeistlichen hatte in ihren Statuten ausdrücklich die Benutzung ihrer Emeritenhäuser zugleich für die Verbüssung der Freiheitsstrafen verurtheilter Priester vorgesehen, s. Kober a. a. O. S. 585.

2 S. Kober a. a. O. S. 585. So gewähren auch das italienische Konkordat v. 1803 Art. 13, Nussi conventiones inter s. sedem et civilem potestatem. Moguntiae 1870. p. 144, und das Konkordat mit Neapel v. 1818 Art. 20, l. c. p. 185, den Bischöfen das Recht, straffällige Geistliche in die Seminarien oder Klöster zu schicken.

3 Und es mit Rücksicht auf das veränderte Verhältniss von Staat und Kirche ausgeschlossen war, den Bischöfen, selbst wenn diese die Mittel dazu hätten aufbringen können, die Neuerrichtung besonderer Gefängnisse zu gestatten.

4 Vgl. auch Kopp, die katholische Kirche im 19. Jahrh. Mainz 1830. S. 155.

5 Für Altpreussen sind in Folge der Bulle: De salute animarum v. 1821: „quoniam ... Borussiae rex ultro nobis pollicitus est, se non modo domus illas tam ad alendos emeritos senes ... sacerdotes, quam ad coercendos discolos, ubi existant, conservaturum, sed etiam novas, ubi desunt, constabiliturum" eine Reihe derartiger Anstalten errichtet worden, s. P. Hinschius, preuss. Kirchengesetze v. 1873. S. 53. 54. Ferner besteht eine solche auch in Limburg, Schulte, status dioecesium catholicarum. Gissae 1866. p. 138.

6 Das Konkordat v. 1817 Art. 12 bestimmt: „episcopis ... liberum erit ... d) in clericos reprehensione dignos ... poenas ... infligere eosque in seminariis aut domibus ad id destinandis custodire". Auch hier sind dann solche Anstalten gegründet worden, s. Schulte, l. c. 92. 93. 110. 114. 116, freilich nicht für alle Diöcesen.

7 Golther, Staat u. kathol. Kirche in Württemberg S. 80 (in Rottenburg).

8 Bulle: Provida sollersque v. 1821 für die oberrheinische Kirchenprovinz: „assignabit (der Exekutor der Bulle) domibus denique ecclesiasticorum emeritorum et demeritorum (in der Erzdiöcese Freiburg) vel iam existentibus vel ab ordinario, cuius iurisdictioni subdentur, erigendis, floreni octo mille". Es besteht ein solches Haus, s. g. Discolarium, für die Diöcese Freiburg, Schulte l. c. p. 125, Maass, Gesch. d. kath. Kirche in Baden. Freiburg 1891. S. 105.

9 Hier sind einige solcher Anstalten seit 1802

oder Pönitenzhäuser, *domus demeritorum*) errichtet worden, in welchen abgesetzte oder sonst straffällige katholische Geistliche sowohl wegen begangener Vergehen zum Zweck ihrer Besserung und zum Zweck von Bussübungen, wie auch wegen Obdachs- und Mittellosigkeit detinirt werden.

So liegt heute in den gedachten Diöcesen die Möglichkeit vor, die zu Freiheitsstrafen verurtheilten Geistlichen in solche Anstalten zu verweisen, und es wird auch von derselben Gebrauch gemacht [1]. In den Diöcesen aber, in denen besondere Korrektionshäuser nicht bestehen, benutzt man dazu, wie früher, theils einzelne Klöster [2], theils auch die vorhandenen Priesterseminare [3].

Aus dem Angeführten ergiebt sich, dass die Strafe der Freiheitsentziehung namentlich in der Gestalt der Verweisung in eine der gedachten Anstalten oder Institute, ebenso wie sie im 18. Jahrhundert praktisch war [4], auch noch der heutigen lebendigen Disziplin der katholischen Kirche angehört [5]. Nur kann heute von einer lebenslänglichen Dauer derselben, — eine derartige Strafe lässt übrigens die ältere Doktrin nur in den Fällen zu, in welchen sie ausdrücklich gemeinrechtlich angedroht ist [6] —, nicht mehr die Rede sein, da eine solche staatlicherseits nicht zugelassen werden würde [7], ganz abgesehen davon, dass heute auch den kirchlichen Behörden die Möglichkeit fehlt, eine solche zu vollstrecken [8].

Weiter können gegen Geistliche noch die Strafen

25. des Verlustes kirchlicher Berechtigungen und Privilegien [9],

26. die Strafe der Infamie, da diese noch heute auf dem Gebiete des kirchlichen Rechts ihre Wirkung äussert [10], ferner auch

27. die Strafe des Verlustes von Rechtsansprüchen [11], freilich blos insofern

gegründet worden, v. Barth-Barthenheim Österreichs geistliche Angelegenheiten S. 112; Andr. Müller, Lexikon des Kirchenrechts. 2. A. Würzburg 1838. 1, 806; Schulte l. c. p. 6. 21. 33. 44; österreich. Konkordat v. 1855 art. 11: „Sacrorum antistitibus liberum erit, in clericos . . . poenas . . . infligere eosque in monasteriis, seminariis aut domibus ad id destinandis custodire.“

[1] Die Prager Diöcesaninstruktion v. 1869, Arch. f. k. K. R., führt unter den Strafen gegen Geistliche auf: „4. Verweisung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit in die Correctionsanstalt.“

[2] So zum Theil in den bairischen Diöcesen, s. Schulte l. c. p. 92. 104. 110.

[3] Wie in Frankreich und Elsass-Lothringen, Geigel, d. französ. u. reichsländische Staatskirchenrecht S. 275 n. 1, s. auch S. 249 n. 1.

[4] S. Reiffenstuel V. 37 n. 107 ff.; Schmalzgrueber V. 37 n. 191 ff.; vgl. auch Kober a. a. O. S. 577.

[5] Vgl. o. Anm. 1; österr. Konkordat art. 11 cit., S. 631 n. 9; Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 403 n. 6, welches trunksüchtige Geistliche mit susp. ab officio und „reclusio per annum“ bedroht; J. Friedrich, Gesch. d. vatikan. Konzils 3, 808 über die Anordnung der Klosterhaft seitens des Papstes Pius IX. gegen einen orientalischen Erzbischof bis auf weitere Bestimmung. Vgl. auch Silbernagl K. R. 2. A. S. 424; Lämmer, Institutionen des K. R. §. 105; Ph. Hergenröther, Lehrb. d. K. R. S. 390. Dadurch, dass in Folge der modernen Staatsgesetzgebungen in Betreff dieser Strafe gewisse Beschränkungen eingetreten sind, s. den folg. Band, ist sie an sich nicht unpraktisch geworden.

[6] Wie für die Ketzerei, s. o. S. 41 n. 8. S. 157. S. 487 u. S. 488 n. 1 u. 11, s. auch noch oben S. 630, und diejenigen Verbrechen, welche nach weltlichem Recht mit der Todesstrafe bedroht sind, vgl. Reiffenstuel V. 37 n. 109 und Schmalzgrueber V. 37 n. 193.

[7] S. darüber den folg. Band.

[8] Übrigens liegt jetzt mit Rücksicht darauf, dass der Staat bei weltlichen Verbrechen gegen die Geistlichen einschreitet und seinerseits Gefängnissstrafen gegen sie vollstreckt, auch für die Kirche kein Bedürfniss dazu vor.

[9] S. o. S. 543 u. Pius V.: Romanus pontifex 1568 §. 4, b. T. 7, 723, s. o. S. 604 n. 9 (Verletzung der dort gedachten Suspension): „ministrantes privilegiis, exemptionibus, immunitatibus et aliis gratiis clericis concessis omnino privari“; dies aber auch nur, soweit sie sich innerhalb der kirchlichen Sphäre halten, was z. B. bei dem Bd. III. S. 228 n. 11 gedachten Privileg der Testirbefugniss nicht der Fall ist.

[10] Gegen Geistliche speziell findet sie sich nur sehr selten angedroht, s. aber Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 40, S. 572 n. 3, und Salzburg 1569 XXXIX. 4, S. 572 n. 3.

[11] S. 560 n. 6; Toledo 1473 c. 18, Hardouin 9, 1512 (Geistliche, welche in den S. 535 n. 1 gedachten Fällen etwas von den Okkupanten annehmen oder celebriren): „jure, si quod habebant ad ipsa beneficia, sint ipso facto privati“.

es sich um solche handelt, deren Verwirklichung lediglich zur Zuständigkeit der Kirche gehört[1], zur Anwendung kommen, während die übrigen an sich auch für Geistliche möglichen Strafen

28. des Verlustes weltlicher Ämter und Rechte[2],
29. der Unfähigkeit zur Erlangung solcher[3],
30. der Acht[4],
31. der Verknechtung[5] und
32. der Todesstrafe[6], welche sich in dieser Periode nicht speziell für Kleriker angedroht finden, und von denen auch die Kirche selbst zum Theil schon seit mehr als einem Jahrhundert nicht einmal mehr gegen Laien Gebrauch gemacht hat[7], für das praktische Rechtsleben entfallen sind.

§ 300. c. *Die Zwangsbusse.*

An dem früher dargelegten Charakter der Zwangsbusse, wie er sich seit der karolingischen Zeit festgestellt hatte[8], ist in dieser Periode nichts geändert worden.

[1] Also z. B. Ansprüche auf kirchliche Ämter, s. die vor. Anm.
[2] S. o. S. 559. 560.
[3] S. o. S. 561.
[4] S. o. S. 561.
[5] S. o. S. 561.
[6] S. o. S. 561.
[7] Wie von der Acht, der Verknechtung und der Todesstrafe, s. die vorhergehenden Anmerkungen. Der Brandmarkung, s. o. S. 84 n. 12, wird, soweit ich sehe, in der hier fraglichen Zeit gar nicht mehr gedacht.
[8] S. o. S. 119. Meine früheren Ausführungen haben allerdings nicht den Beifall von Schmitz i. Arch. f. k. K. R. 71, 436 ff. gefunden. Auf die zugleich von ihm namentlich gegen Sebast a. a. O. S. 436 ff., s. aber auch S. 459, vgl. ferner des letzteren Mittheilung in Brieger, Zeitschr. f. Kirchengesch. 14, 430, von Neuem in Erörterung gezogene Frage nach der Bedeutung Columbans für die Entwicklung des Busswesens in Frankreich, s. Bd. IV. S. 821, kann ich allerdings an dieser Stelle nicht eingehen, und dies erscheint auch hier um so weniger erforderlich, als ich meine Auffassung für die karolingische Zeit aus den Quellen begründet zu haben glaube, und diese nicht dadurch zusammenfällt, dass die Bedeutung Columbans anders als von mir geschehen, aufgefasst wird. Wenn Schmitz meiner Ansicht über die Zwangsbusse in der gedachten Zeit entgegenhält, dass die Busse und die Zulassung zur Busse stets als eine Gnade und Vergünstigung von der Kirche angesehen worden ist, und dass die Busse immer als Mittel der Besserung und der Reinigung der Sündenschuld vor Gott, als moralisches Institut, gegolten habe, so muss ich zunächst darauf hinweisen, dass ich von der Busse nur in ihren Beziehungen zum Strafrecht und zu den Strafen und Censuren gehandelt habe, und dass Schmitz, wenn er sich für seine Ansicht auf Meurer, Arch. f. k. K. R. 49, 183. 186, beruft, übersehen zu haben scheint, dass der letztere a. a. O. S. 199 (bereits von mir o. S. 89 n. 4 citirt) mit Bezug auf die hier in Frage stehende Zeit wörtlich sagt: „Dass die Pönitenz ein strafrechtliches Institut geworden, sieht man schliesslich an ihrer Erzwingbarkeit. . . Der Sünder wird zur öffentlichen Busse für seine schweren Vergehen aufgefordert; verweigert er sie, so wird sie erzwungen und zwar in erster Linie durch den Bann." Gerade das habe ich o. S. 85 ff. noch näher als Meurer quellenmässig begründet. In der That muss Schmitz S. 457. 459 zugeben, dass „aus den angeblichen Beweisstellen" — ob die von mir S. 87 n. 3 citirten angebliche Beweise sind, mag jeder Leser selbst beurtheilen, — „soviel hervorgeht, dass im Weigerungsfalle, die Busse zu übernehmen, Exkommunikation verhängt wurde", und S. 458, dass „der Beistand des weltlichen Armes angerufen und staatlicher Zwang angeordnet wird, um die Bussleistung zu veranlassen". Also anerkanntermassen Zwang zur Busse durch Exkommunikation und durch den weltlichen Arm. Ich glaube, man ist berechtigt, eine solche Busse Zwangsbusse zu nennen. Diese durch Zwang aufgenöthigte Busse vermag ich dann nicht mehr wie Schmitz als eine Gnade und Vergünstigung der Kirche anzusehen, auch meinerseits nicht zu begreifen, dass, wie Schmitz S. 457 weiter sagt: „ihr wesentlicher Inhalt zudem Reue ist, welche sich nicht erzwingen lässt". Wenn man zur Busse, d. h. wenn man zur Leistung bestimmter Busswerke zwingt, dann wird eben das Wesentliche bei der Busse, die innere Reue, als gleichgültig betrachtet, und man begnügt sich mit der Leistung der die Busse darstellenden äusseren Handlungen, gleichviel aus welchen Motiven diese vorgenom-

Daher wird die Busse schlechthin noch bis zum 16. Jahrhundert[1], sowohl gegen Laien, wie auch gegen Kleriker[2], als Strafe angedroht.

Was insbesondere die öffentliche Busse[3] betrifft, welche schon im Laufe der früheren Zeit immer mehr in Verfall gerathen war[4], so haben einzelne Partikular-

men werden. Völlig unzutreffend ist es, wenn Schmitz S. 459, um diese Konsequenz abzulehnen und mir Widersprüche unterzuschieben, bemerkt, dass ich für das vierte Jahrhundert noch die Busse als ein moralisches Institut anerkenne, obwohl schon die römische Synode v. 378 die Kaiser aufgefordert habe, unfügsame deponirte Bischöfe zu verbannen. Hierbei hat er blos übersehen, dass kein Zwang zur Bussleistung verlangt worden ist, und dass mit der Verbannung deponirter Bischöfe begrifflich aus der Deposition keine andere Strafe wird, während mit der Busse als moralischem Institut der Zwang begriffsmässig unvereinbar ist. Damit entfällt die ganze Stütze der Einwendungen von Schmitz.

Im Übrigen stellt derselbe gegenüber meinen Ansichten, welche ich mich quellenmässig zu begründen bemüht habe, lediglich seine Behauptungen auf, die meistens die ersteren gar nicht treffen, wie z. B. dass die Klöster keineswegs Zwangsanstalten waren (S. 458), was ich auch nicht gesagt habe, während ich freilich behauptet habe, dass Geistliche und Laien zur Zwangsbusse in Klöster geschickt worden sind (s. die Belege Bd. IV. S. 817 n. 2, welche den apodiktischen Satz [S. 458] „Von einer Zwangsbusse im Kloster also kann keine Rede sein", auf das Zweifelloseste wiederlegen). S. 460 wirft mir Schmitz vor, es sei „eine wenig wissenschaftliche Art der Erörterung", wenn ich Bd. IV. S. 724 n. 4 mit Bezug auf die katholische Auffassung von der Stiftung des Busssakramentes durch Christus gesagt habe, dass die katholischen Schriftsteller ihre Ansichten nicht aufgeben dürften und immer wieder von Neuem trotz aller Widerlegungen vertheidigen müssten. Damit habe ich nur, was mir selbstverständlich zu sein scheint, aussprechen wollen, dass eine ausführliche Begründung der Unterscheidungslehren zwischen dem Katholizismus und Protestantismus nicht in einem Handbuch des Kirchenrechts verlangt werden kann, und dass die katholischen Schriftsteller nothwendig an ihrem Dogma festhalten müssen. Dagegen darf man diesem Vorwurf gegenüber fragen, ob es eine wissenschaftliche Methode ist, Behauptungen über die Zwangsbusse im Frankenreich durch Berufung auf Anforderungen betreffend die Verbannung deponirter Bischöfe widerlegen zu wollen, oder wenn sich Schmitz S. 462 zur Vertheidigung seiner Auffassung von der kanonischen öffentlichen und geheimen Busse (S. 462. 463) mir gegenüber (s. o. S. 100 n. 12) auf das: „5. Buch der Kapitularien (a. 743)" — in seinem Werk über die Bussbücher S. 116 n. 1 citirt er dieselbe Stelle als „Capitularium lib. 5 cap. 52" — beruft, und obwohl ich ihn darauf aufmerksam gemacht habe (oben a. a. O.), dass die Stelle aus der falschen Kapitulariensammlung des Benedictus Levita I. 116 genommen ist, die letztere nunmehr in das Jahr 743 setzt, also offenbar auch jetzt nicht einmal Kenntniss von der Beschaffenheit und Abfassungszeit der betreffenden Sammlung zeigt, oder endlich, wenn er S. 462 auf meine Bemerkung o. S. 92 n. 4 entgegnet, dass die in Rom entstandenen Pönitentialien nach ihrer Einführung in das Frankenreich dort durch Zusätze aus angelsächsisch-irischen Busssatzungen umgestaltet sind, aber verschweigt, dass ich a. a. O. nachgewiesen habe, dass das von ihm als römisch erklärte Poenitentiale Valicellanum I. (s. seine Bussbücher S. 227. 232. 235) in den von mir a. a. O. näher angegebenen Stellen britische Bussbücher benutzt hat, ja nicht einmal versucht, sein gewaltsames Herausinterpretiren des Klerikers aus c. 1 dieses Bussbuches gegenüber der von mir hervorgehobenen Thatsache zu rechtfertigen, dass dieses Kapitel dem von ihm selbst herausgegebenen §. 23 des Poenitentiale Vinniani (S. 504) entspricht, was ihm, obwohl er ein besonderes und eingehendes Werk über die Bussbücher publizirt hat, wenigstens bei der Herausgabe derselben, unbekannt geblieben war.

[1] Basel Sess. II. (1432) c. 4, Hardouin 8, 1121 (Ungehorsam gegen das Konzil) „condignae poenitentiae subiciatur et debite puniatur"; Tours 1583 c. 9, l. c. 10, 1408 (Eltern, welche nach gegebener Einwilligung ihre Kinder zum Rücktritt von der Eheschliessung bereden und Kinder, welche ihnen Folge leisten) „poenitentiam salutarem iniungendam".

[2] Mailand 1565 II. 26, wiederholt Aix 1585, Hardouin 10, 668. 1549, s. o. S. 601 n. 7; Bordeaux 1583 c. 33, l. c. p. 1378, s. o. S. 627 n. 4.

[3] S. o. S. 111.

[4] Vgl. o. S. 114 n. 3. 4; ein Fall v. 1492 (Freising, als Busse: Stehen während des Gottesdienstes an Sonn- und Feiertagen mit brennenden Lichtern und Klagekleidern in der Kirche) bei Uttendorfer Arch. f. k. K. R. 63, 29; ferner ein anderer 1503 (Chiemsee, nicht durchgeführte Verurtheilung der Schuldigen zum Beten auf den Knieen mit brennender Kerze in der Hand vor dem Hochaltar von Beginn der Messe bis zur Elevation) a. a. O. S. 88. Wenn die D. S. Breslau 1410, de Montbach stat. Wratislav. p. 21, noch eingehend über die poenitentia publica, worunter sie das publice poenitere coram populo seu pro publico crimine poenitentiam agere versteht, und über die poenitentia solennis handelt, welche allein der Bischof beim Beginn der Quadragesima als öffentliche auferlegt „pro homicidio, pro sacrilegio, pro incestu et similibus gravibus et horrendis casibus, pro filiorum oppressione et breviter pro omni gravi crimine totam urbem vel villam commovente", vgl. S. 111. 112, so steht es doch dahin, in wie weit diese Vorschriften zur praktischen Anwendung gekommen sind.

synoden [1] ihre Anwendung als Strafmittel [2] für alle öffentlichen Vergehen wieder zur Durchführung zu bringen gesucht, und auch das Tridentinum ist ihnen darin gefolgt, wennschon es, freilich in Anhalt an die Doktrin des 13. Jahrhunderts [3], die Auferlegung der öffentlichen Busse nur bei solchen Vergehen, welche im Angesicht vieler Personen begangen und bei diesen Ärgerniss erregt haben, zulässt und es überdies in das Ermessen des Bischofs stellt, die öffentliche Busse in eine geheime umzuwandeln [4]. Trotzdem, dass sich in Folge dieser Vorschrift manche der unmittelbar nach dem Tridentinum abgehaltenen Provinzialsynoden [5] bemüht haben, das absterbende Institut zu neuem Leben zu erwecken, ist ihnen dies doch nicht gelungen. Zwar hat man noch in vereinzelten Fällen eine öffentliche Busse auferlegt [6], und die Doktrin hat auch bis in das 18. Jahrhundert die im 13. Jahrhundert festgestellte Lehre von der poenitentia publica et solemnis überliefert [7], aber seitdem ist diese Art der Busse so gut wie ganz aus dem praktischen Rechtsleben de Kirche entschwunden [8]. In lebendiger Übung ist lediglich die geheime Busse geblieben und zwar einmal in der Funktion, auf erfolgte *monitio* eine andere kirchliche Strafe, namentlich die Exkommunikation, durch ihre sofortige Übernahme abzuwenden, ferner aber auch als Mittel, die Absolution nach ausgesprochener oder verhängter Strafe herbeizuführen [9].

[1] Salzburg 1490, Hartzneim 5, 585: „Avisati sunt singuli curati, ut vigore quarumcumque litterarum confessionalium personis privatis concessarum a nobis vel ordinario loci emanatarum non absolvant aliquos in publicis et notoriis criminibus constitutos, sed eosdem cum litteris suis clausis ad nos et loci ordinarios seu vicarios et officiales nostros publice in loco, ubi publice deliquerunt, pro qualitate criminum puniendos transmittant, seriem et qualitatem huiusmodi notorii criminis in se continentibus ... Preterea omnes notorie criminosos, quorum excessus totam parochiam scandalisat et qui alias publicas penitentias egerunt, nihilominus tamquam canes redierunt ad vomitum et peccata priora, si non sunt persone nobiles aut mulieres, ad solemnem penitentiam peragendam (quam vulgus carrenam appellat) mittantur“ (wegen der hier gemachten Unterscheidung von poenitentia publica und solemnis vgl. o. S. 111. 112); Köln 1536 VII. 38, l. c. 6, 287: „In publicis criminibus quemadmodum necesse est, ita jubemus ad canones antiquos publicae poenitentiae regredi.“ Zweifelhaft erscheint es, ob Paris 1429 c. 26, Hardouin 8, 1043. 1048, welches für Schwören bei dem Fleisch, dem Blut oder den Wunden Christi im Rückfall Wachsprästationen oder poena publica als Strafen androht, hierher gehört, da vorher die Strafe der Leiter, S. 559 n. 2, erwähnt wird, diese also, nicht öffentliche Busse, gemeint sein kann.

[2] Dass es sich darum, nicht blos um die Satisfaktion für geleistete Sünden handelt, kann nach dem Wortlaut keinem Zweifel unterworfen sein. Auf die letzteren allein bezieht sich allerdings Eichstädt 1484, Hartzheim 5, 569: „ne de cetero aliquis confessor aliquem manifestum criminosum occulta poenitentia puniat, sed manifesta, sive crimina sint levia sive magna“.

[3] S. o. S. 112 n. 5.

[4] Trid. Sess. XXIV. c. 8 de ref.: „Quando igitur ab aliquo publice et in multorum conspectu crimen commissum fuerit, unde alios scandalo offensos commotosque fuisse non sit dubitandum, huic condignam pro modo culpae poenitentiam publice iniungi oportet, ut quos exemplo suo ad malos mores provocavit, suae emendationis testimonio ad rectam revocet vitam. Episcopus tamen publicae hoc poenitentiae genus in aliud secretum poterit commutare, quando ita magis iudicaverit expedire.“

[5] Mecheln 1570, Hardouin 10, 1181: „Meminerint autem episcopi, ut in notoriis criminibus pro temporum et personarum qualitate publicam poenitentiam in usum revocent“; Mailand 1573 c. 8, ibid. p. 776: „Studeat episcopus ad ss. canonum et Tridentini concilii praescriptum pro publicorum delictorum gravitatis ratione et publicam et solemnem poenitentiam in usum revocare“; Bordeaux 1583 c. 12, ibid. p. 1346, welches das Tridentinum cit. wörtlich wiederholt.

[6] S. o. S. 114 n. 3 u. 4.

[7] S. z. B. Schmalzgrueber V. 38 n. 91 ff., welcher sogar das Tridentinum nicht auf die in der sakramentalen Beichte dem Priester eröffneten Sünden bezogen wissen will, und die öffentliche Busse als Strafe mit dem Zwecke der Besserung des Schuldigen und der Abschreckung der anderen betrachtet, wennschon er auch den Beichtvater für berechtigt erklärt, den öffentlichen Sünder im Beichtforum zur Übernahme der öffentlichen Busse zu verpflichten. Auch das Pontificale Romanum (s. Bd. IV. S. 9) weist einen Ordo der poenitentia solemnis auf, vgl. P. III de expulsione publice poenitentium in feria IV cinerum und de reconciliatione poenitentium in feria V coenae domini.

[8] Daher zählt sie auch die Prager Diöcesaninstruktion nicht mehr unter den Strafen auf, s. Arch. f. k. K. R. 23, 445.

[9] S. o. S. 80. 113. 121 und unten §. 306.

2. Das kirchliche Strafen- und Disziplinarstrafensystem.

§. 301. a. *Übersicht über die Strafen und die Disziplinarstrafen seit dem 15. Jahrhundert bis zur Jetztzeit.*

Wenn man das kirchliche Strafensystem der hier in Frage stehenden Periode mit dem der früheren Zeit vergleicht, so zeigt sich im Grossen und Ganzen keine Weiterentwicklung, vielmehr ein zähes Festhalten an der mit dem Abschluss der Dekretalensammlungen, also in der Zeit des 13. und 14. Jahrhunderts, erreichten Entwicklungsstufe. Soweit Änderungen eingetreten sind und soweit sich Abweichungen in dem heute praktischen Strafensystem von dem des früheren, namentlich dem des mittelalterlichen gemeinen Rechts zeigen, sind diese nicht durch die Kirche, sondern durch Umstände und Verhältnisse herbeigeführt worden, welche die letztere zu beseitigen und zu überwinden keine Macht besessen hat.

I. Was zunächst die Strafen gegen Laien betrifft, so ergiebt eine Vergleichung mit den früher entwickelten Strafen zunächst, dass die Kirche an allen denjenigen, welche die kirchlichen Rechte ihrer Mitglieder berühren, wie an der grossen Exkommunikation[1], dem Personalinterdikt[2], dem kleinen Kirchenbann[3], der Suspension von einzelnen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten[4], dem Lokalinterdikt[5] einschliesslich des *interdictum ambulatorium*[6], der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[7], der Suspension von kirchlichen Rechten[8], dem Verluste solcher[9], der Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter und Rechte[10] und der Strafe der *indignatio* des Papstes[11] noch über das 14. Jahrhundert hinaus festgehalten[12] hat, und dass dieselben noch der heutigen Disziplin der Kirche mit geringen Ausnahmen, nämlich dem in Folge der veränderten Machtstellung der Kirche und des veränderten Verhältnisses zwischen Staat und Kirche unpraktisch gewordenen generellen Lokalinterdikt[13] und dem *interdictum ambulatorium*[14], sowie der zu einer rein formalen Schlussklausel gewordenen *indignatio* des Papstes[15], als praktisch verwendbare und verwendete Strafen angehören, wenngleich die Suspension von einzelnen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten und die Suspension von anderen kirchlichen Berechtigungen, der Verlust der letzteren und die Unfähigkeit zum Erwerbe derselben blos noch geringe praktische Bedeutung haben[16], und einzelne derselben, wie

[1] S. o. S. 1 u. S. 494.
[2] S. o. S. 13. 14 u. S. 516.
[3] S. o. S. 16 u. S. 521.
[4] S. o. S. 15 n. 8 u. S. 522.
[5] S. o. S. 19 u. S. 522.
[6] S. o. S. 31 u. S. 538.
[7] S. o. S. 32 u. S. 541.
[8] S. o. S. 34 u. S. 543.
[9] S. o. S. 34 u. S. 543.
[10] S. o. S. 33. 49 u. S. 542.
[11] S. 34 u. S. 545.
[12] Entfallen sind nur die schon früher selten gebrauchten Strafen der öffentlichen Rüge und der Zwangsfasten, s. o. S. 32, welche letztere aber noch in Verbindung mit der Gefängnissstrafe vorgekommen sind, s. o. S. 554 n. 8.
[13] S. o. S. 537.
[14] S. o. S. 538.
[15] S. o. S. 547.
[16] Die Prager Diöcesangerichts-Instruktion v. 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 445, gedenkt allerdings noch als praktisch anwendbarer Strafe: „der Ausschliessung von der Ausübung gewisser kirchlicher Rechte (z. B. des Präsentationsrechtes) und von der Theilnahme bei kirchlichen Funktionen (z. B. von der Pathenschaft bei der Taufe). Wenn sie im übrigen nur die excommunicatio maior und minor, die Ausschliessung von der Theilnahme am Gottesdienst (interdictio ingressus ecclesiae, s. o. S. 516, oder Personalinterdikt) und die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss als Strafen, welche gegen Laien und Geist-

die erstgedachte, blos dem Partikularrechte angehören[1].

Von den übrigen Strafen, d. h. denjenigen weltlichen Charakters, werden in dieser Periode die früher vorkommende Brandmarkung[2] und das Haarabscheeren[3] nicht mehr erwähnt, und die Entbindung der Unterthanen vom Treueid[4] ist nicht mehr allein und unabhängig von der Absetzung weltlicher Fürsten ausgesprochen worden[5], aber an allen sonstigen, in der vorher gehenden Periode gebrauchten Strafen, der körperlichen Züchtigung[6], der Geldstrafe[7], der Konfiskation des ganzen Vermögens[8], dem Exil[9], der Ausweisung[10], der Gefängnissstrafe[11], der Infamie[12], dem öffentlichen Ausstellen auf der Leiter[13], dem Verlust weltlicher Würden und Ämter (einschliesslich der Absetzung von Fürsten)[14], der Unfähigkeit zu weltlichen Ämtern und Berechtigungen[15], dem weltlichen Bann[16], der Verknechtung[17] und für Juden der Entziehung des geschäftlichen und sonstigen Verkehrs mit Christen[18] hat die Kirche noch bis in das 16. Jahrhundert hinein festgehalten, ja einzelne der gedachten Strafen, wie die Vermögenskonfiskation[19] und die Ausweisung[20], bis in das 17. und die körperliche Züchtigung[21], die Geldstrafe[22] und die Gefängnissstrafe[23] bis in das 18. Jahrhundert hinein verwendet. Darüber hinaus hat sogar die Gesetzgebung der Päpste im 15. und 16. Jahrhundert und theilweise selbst im 17. nicht nur zu neuen, der früheren Zeit unbekannten Strafen, nämlich zu der Konfiskation einzelner Sachen[24], der Suspension von weltlichen Rechten[25], der entehrenden Ausstellung mit der Schandmütze[26], zur Relegation[27] und zur Galeerenstrafe[28], gegriffen, sondern auch das Wort: *ecclesia non sitit sanguinem* durch Androhung der Strafe des Zungendurchstechens[29] und der Todesstrafe[30] zu Schanden gemacht[31].

Die Kirche hat demnach ihren mittelalterlichen Standpunkt, dass sie berechtigt sei, Strafen rein weltlichen Charakters zu verhängen[32], voll und ganz festgehalten und ihn auch in der neueren und in der Jetztzeit prinzipiell nicht aufgegeben, denn die betreffenden päpstlichen Konstitutionen sind bisher nicht aufgehoben worden, und der Syllabus von 1864 verwirft noch ausdrücklich die Lehre, dass die Kirche keine Macht besitze, äussere Gewalt anzuwenden[33].

liche verhängt werden können, aufzählt, also das spezielle Lokalinterdikt, den Verlust kirchlicher Rechte und die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter nicht erwähnt, so hängt dies wohl damit zusammen, dass sie allein diejenigen Strafen berücksichtigt, auf welche das Diöcesangericht als solches zu erkennen befugt sein soll.

1 S. die Citate in den vorhergehenden, die betreffenden Strafen berührenden Anmerkungen.

2 S. o. S. 43.

3 A. a. O.

4 S. o. S. 48.

5 S. 561.

6 S. 36 u. S. 547.

7 S. 36 u. S. 548.

8 S. 39 u. S. 551.

9 S. 39 u. S. 552.

10 S. 40 u. S. 553.

11 S. 40 u. S. 553.

12 S. 41 u. S. 555.

13 S. 43 n. 5 u. S. 559.

14 S. 43 ff. u. S. 559.

15 S. 49 u. S. 561.

16 S. 49 u. S. 561.

17 S. 49 u. S. 561.

18 S. 50 u. S. 563.

19 S. 551.

20 S. 553.

21 S. 547.

22 S. 548.

23 S. 553.

24 S. 552.

25 S. 560.

26 S. 558.

27 S. 553.

28 S. 553.

29 S. 562.

30 S. 562.

31 Aus der Darstellung des Textes ergiebt sich, dass die Behauptung von Katz, die Kirche habe den Laien keine Vindikativstrafen auferlegt, S. 117 n. 18, auch für diese Periode unrichtig ist.

32 S. 117. 118.

33 Nr. 24, Arch. f. K. R. 13, 315: „Ecclesia vim

Wenn die erwähnten Strafmittel weltlichen Charakters zum Theil schon seit dem Verlauf des 16. Jahrhunderts von der Kirche nicht mehr haben angewendet werden können und in den folgenden Zeiten bis auf die Infamie, soweit diese ihre Wirkung innerhalb der rein kirchlichen Sphäre bethätigt[1], unpraktisch geworden sind, so liegen die Gründe dafür darin, dass in Folge der Beseitigung der mittelalterlichen theokratischen Anschauungen über das Verhältniss der geistlichen und weltlichen Gewalt und der Entwicklung der modernen Staaten die Kirche immer mehr und mehr auf das rein kirchliche Gebiet zurückgedrängt worden ist[2] und die äussere Macht verloren hat, ihre früheren Ansprüche zur Geltung zu bringen.

II. Die Strafen- und Disziplinarstrafen gegen Geistliche. Dieselbe Stabilität, welche die kirchliche Strafgesetzgebung hinsichtlich der Strafen gegen Laien aufweist, zeigt sich auch in Betreff der Strafen gegen die Geistlichen. So weit dieselben die kirchlichen Amts- und die besonderen Standesrechte berühren, hat die Kirche während der hier fraglichen Zeit ausser der Strafversetzung[3], welche sich in der That nur als eine Abart der *privatio beneficii* darstellt[4], keine neue Strafe ausgebildet, vielmehr im Übrigen, abgesehen von der nicht mehr vorkommenden Zurückversetzung auf eine niedrige Weihestufe[5], an den im Verlaufe des Mittelalters festgestellten Strafen der Degradation[6], der Deposition[7], der *privatio beneficii*[8], der Entziehung einzelner Amtsrechte[9], dem Verlust der Amtsbefugnisse für ein Mal[10], der Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter[11], der Entziehung des Rechts zur Erlangung eines höheren Ordos[12], dem *interdictum ingressus ecclesiae*[13], den verschiedenen Arten der Suspensionen[14], einschliesslich der *excommunicatio fraterna*[15] und der Entziehung des Amtseinkommens[16], festgehalten. Diese können noch heute als Strafen des geltenden Rechts bezeichnet werden, wennschon die *degradatio actualis*[17] mit Rücksicht auf die veränderte Stellung des Staates in Betreff der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über die Geistlichen zum Theil ihre frühere Bedeutung verloren hat[18], und die *excommunicatio fraterna* in Folge der schon oben gedachten Verhältnisse praktisch kaum mehr zur Anwendung kommen kann[19].

Was die anderen Strafen, d. h. diejenigen, welche die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte berühren, und also auch gegen Laien anwendbar sind[20], anbetrifft, so gilt hinsichtlich derselben das schon vorher S. 637 Bemerkte.

Auch in Betreff der übrigen[21] zeigt sich, abgesehen davon, dass als bisher nicht

inferendi potestatem non habet, neque potestatem ullam temporalem directam vel indirectam."

Bestätigt wird diese Auffassung auch dadurch, dass innerhalb des päpstlichen Machtbereiches noch im 18. Jahrhundert von der Galeerenstrafe, S. 553 n. 9, ja noch in der Mitte dieses Jahrhunderts von der Geldstrafe, S. 549 n. 2, von der Gefängnissstrafe, S. 554 n. 6, und der Suspension vom Gewerbebetrieb als Gastwirth, S. 561 n. 2, Gebrauch gemacht worden ist.

[1] S. 558.

[2] Vgl. den folg. Band über die Stellung des Staates zur kirchlichen Strafgewalt.

[3] S. 581.

[4] S. a. a. O.

[5] S. 65.

[6] S. 58 ff. u. S. 563.

[7] S. 59 u. S. 572.

[8] S. 62 u. S. 576.

[9] S. 63 u. S. 581.

[10] S. 65 u. S. 584.

[11] S. 65 u. S. 584.

[12] S. 65 u. S. 584.

[13] S. 66 u. S. 585.

[14] S. 67. 68. 70. 72. 589.

[15] S. 74. 613.

[16] S. 74 u. S. 613.

[17] S. 566.

[18] S. 567.

[19] S. 613.

[20] S. 75 ff. u. S. 616 ff.

[21] S. 78 ff. u. S. 622 ff.

bekannte Strafe die Auferlegung von geistlichen Exerzitien eingeführt worden ist[1], das gleiche Beharren auf dem im Mittelalter erreichten Standpunkt. Die Strafen rein weltlichen Charakters[2] sind allerdings ebenso wie gegen die Laien, auch gegen die Geistlichen aus den schon angeführten Gründen im allgemeinen unpraktisch geworden[3], indessen ist die Kirche — weil der Staat ihre Disziplinargewalt über die Geistlichen anerkennt — in der Lage, unter diesen noch heute gegen die letzteren von der Geldstrafe[4] und von der Freiheitsentziehung durch Verweisung in eine Korrektionsanstalt[5] innerhalb gewisser Grenzen Gebrauch zu machen.

§. 302. b. *Der Begriff der Strafe. Die Eintheilungen und Arten der Strafen. (Censuren und Vindikativstrafen.)*

I. Der Begriff der Strafe. Die vorangehende Darstellung[6] ergiebt, dass die Kirche an dem im Mittelalter von ihr entwickelten Strafen- und Disziplinarstrafen-System festgehalten hat. Daraus folgt zugleich, dass der Begriff der kirchlichen Strafe derselbe wie früher[7] geblieben ist. Sie ist wie von Anfang an, auch noch im Sinne des heutigen Kirchenrechts ein Übel, welches die Kirche als Vergeltung für die Verletzung ihrer Rechtsordnungen gegen den Thäter[8] verhängt[9], sei es als poena oder censura latae sententiae, sei es durch den kirchlichen Richter nach stattgehabter Untersuchung[10]. Diese Begriffsbestimmung trifft für alle der in den vorigen

[1] S. 623 und die in früherer Zeit nur sehr selten vorkommende Konfination an einen bestimmten Ort, s. S. 81, sich nicht mehr erwähnt findet.

[2] S. 623 ff.

[3] S. 638.

[4] S. 624.

[5] S. 629. Wegen der Infamie, s. S. 632.

[6] Vgl. namentlich die Übersicht in dem vorhergehenden §. 301.

[7] S. o. S. 123. 126. 129.

[8] Mitunter freilich auch gegen Unschuldige, s. o. S. 123 und unten §. 342, aber dies ist eine Anomalie, welche dem Begriff der Strafe widerspricht.

[9] In der Doktrin des 17. u. 18. Jahrhunderts wird die Strafe definirt, s. Nicollis praxis canonica, de poenis §. 1 n. 1, ed. cit. 2, 241; Schmalzgrueber V. 37 n. 1 unter Bezugnahme auf c. 4 (Aug.) Dist. III de poen., s. Bd. IV. S. 747 n. 10, als: „delictorum coercitio sive vindicta inducta ad disciplinae publicae emendationem" oder, s. Schmier, iurisprudentia canonico-civilis lib. V tr. 1 c. 3 n. 15, „als delicti justa coercitio", ferner, vgl. Reiffenstuel V. 37 n. 2, als: „supplicium quo quis ob delictum afficitur", endlich Thesaurus l. c. P. I. c. 2, als: „poena ecclesiastica est laesio quae punit et vindicat quod quisque commisit a potestate ecclesiastica inflicta", ebenfalls unter Berufung auf c. 4 Dist. cit. Der Verflüchtigung des Begriffes der Strafe hat sich die ältere Doktrin nicht schuldig gemacht. Das thut erst zum Theil die neuere Lehre, s. Bd. IV. S. 747 u. 748 und diesen Band o. S. 123 n. 1 u. S. 129 n. 1. 2, und namentlich v. Schulte K. R. 2, 376 u. Lehrb. d. K. R. 4. A. S. 207, welcher behauptet, dass es Strafen in dem eigentlichen Sinne des Wortes, denen dieser Charakter rein und unvermischt beiwohne, in der Kirche nicht giebt und nicht geben kann, also auch die Todesstrafe keine kirchliche Strafe sein könne, eine Aufstellung, welche durch den Gebrauch der Galeeren-, Geld- und Gefängnissstrafe seitens der Kirche, s. o. S. 637. 638, sowie der Todesstrafe durch die Päpste zur Genüge widerlegt wird.

[10] Deshalb ist es keine Strafe, wenn der Beichtvater, was sich ebenfalls als ein Übel darstellt, die Absolution bis zur Leistung mindestens eines Theiles der Satisfactio, s. Bd. IV. S. 122 n. 5, aus freier Entschliessung oder auf ausdrückliche Anordnung (s. z. B. congr. indic. v. 1836, Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 146. 147, bis zur Auslieferung der verbotenen Bibelübersetzungen oder sonstiger verbotener Bücher) verweigert. Ebenso wenig, wenn die Eucharistie gewissen notorischen Todsündern, vgl. Bd. IV. S. 69 (s. auch Gran 1858, coll. cit. 5, 71, welches die Absolutionsversagung für gewohnheitsmässige Gotteslästerer anordnet) vorenthalten wird. In diesen Fällen handelt es sich nicht um die Sühne der Verletzung der kirchlichen Rechtsordnung, sondern um die Fernhaltung Unwürdiger von dem Empfange der Sakramente, also die Verhütung einer Verunehrung der letzteren und der Spendung derselben an solche, welche nicht die erforderliche Qualifikation zum Empfange besitzen, insbesondere nicht die genügende bussfertige Gesinnung bewiesen haben.

Paragraphen besprochenen Strafen zu, insbesondere gilt dies auch für die Verurtheilung zu geistlichen Exerzitien[1] und für die Verweisung in ein Besserungshaus[2], nicht minder für die Unfähigkeit zum Erwerbe von Ämtern und die anderen, in Rechtsverwirkungen bestehenden Strafen[3]. Denn bei den beiden ersteren wird dem Schuldigen zwangsweise ein Übel, im ersteren Fall die Übernahme einer bestimmten mit Fasten verbundenen Lebensweise und im anderen eine Beschränkung seiner persönlichen Freiheit auferlegt. Was die Strafen des zuletztgedachten Charakters anlangt, so waltet zwar bei ihnen zugleich der Zweck ob, gewisse, nicht für kirchliche Stellungen passende oder gar bescholtene Personen von diesen fernzuhalten[4], aber jedenfalls nicht immer, und ausserdem wird dem davon Betroffenen stets ein Übel zugefügt. Ja dies ist sogar bei den hier in Frage kommenden kirchlichen Strafandrohungen[5] meistens der Hauptzweck[6]. Gerade deswegen, weil dieser Zweck bei der Irregularität von der Kirche nicht in Rücksicht gezogen wird, sondern weil hierbei lediglich der Gesichtspunkt, nicht geeignete Kandidaten von dem geistlichen Stande fernzuhalten, in Frage kommt, kann diese nicht als Strafe betrachtet werden[7].

II. Die Eintheilungen der Strafen. a. *Poenae spirituales* und *temporales*. Wie in der vorigen Periode[8] scheiden auch jetzt noch sowohl die Rechtsquellen, wie auch die Doktrin, je nach dem Übel, welches die Strafen auferlegen, beziehentlich nach dem Rechtsgut, welches sie treffen, die *poenae spirituales*[9], d. h. diejenigen, welche die kirchliche Rechtsstellung, einschliesslich der kirchlichen Standes- und Amtsrechte, berühren[10], und die *poenae temporales*, d. h. die Strafen weltlichen Charakters[11],

1 S. o. S. 623.

2 S. o. S. 631.

3 Einzelne Kriminalisten, vgl. v. Liszt, Lehrb. d. Strafrechts. 5. A. Berlin 1892. S. 250, erklären diese nicht für Strafen, weil eine solche vom Staat als Inhaber der öffentlichen Zwangsgewalt verhängt werden müsse, also alle von rechtswegen eintretenden Folgen der Verurtheilung aus dem Gebiete der Strafe auszuscheiden seien.

4 Dieses Moment wird von Köhne i. d. Zeitschr. f. Strafrechtswissenschaft 8, 446 in den Vordergrund geschoben, um die Rechtsverwirkungen aus dem Kreise der Strafen auszuschliessen, obgleich er sie ebenfalls als Strafen betrachtet, wenn sie wegen eines Deliktes verhängt werden, oder sich in einem Strafgesetzbuch im Gegensatz zu einem Spezialgesetz ohne strafrechtlichen Charakter angedroht finden. Ganz abgesehen davon, dass man mit dem letzteren Gegensatz auf dem Gebiete des Kirchenrechts bei seiner Gelegenheitsgesetzgebung nicht operiren kann, lässt sich auch die Unterscheidung, ob die Rechtsverwirkung erst besonders richterlich ausgesprochen wird oder von selbst eintritt, für das letztere gar nicht anwenden, da dasselbe in den poenae latae sententiae eine ganze Reihe von Strafen kennt, welche sich als nichts anderes als Rechtsverwirkungen darstellen, um auf diese Weise Strafen, welche in anderen Fällen erst verhängt werden müssen, zu verschärfen.

5 S. o. S. 542. 545. 559. 584. 632. 633.

6 Das wird dadurch bestätigt, dass die Kirche auch die Unfähigkeit zu weltlichen Ämtern und zu weltlichen Rechten als Strafen angewendet hat, und hierbei für sie nicht, wie für den Staat, das Interesse in Frage gekommen ist, ungeeignete Personen fernzuhalten, sowie, dass sie gerade diese Strafen mehrfach, s. S. 123 und §. 342, auch gegen die unschuldigen Descendenten, also gegen Personen, welche an sich ganz geeignet sein können, kirchliche Ämter und andere Berechtigungen zu erwerben, angedroht hat.

7 Vgl. auch Bd. I. S. 10.

8 S. 118.

9 Sens 1460/1485 IV. 2, Hardouin 9, 1538: „poenae temporales et aeternae, corporales et spirituales"; D. S. Sitten 1626 X. 1, Hartzheim 9, 398: „duo sunt genera poenarum in ecclesia, corporale alterum, alterum spirituale. Corporalis pena, quae communis est cum poenis civilibus, consistit in bonis corporis et fortunae, uti est carcer, exilium, multa pecuniaria . . . spirituales poenae sunt censurae ecclesiasticae et quae strictius poenae appellantur, depositio, degradatio, cessatio a divinis et nonnullae irregularitates"; *poenae spirituales* gegen Laien auch erwähnt Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 203 n. 1; Tours 1849, l. c. 4, 281.

10 Hierher wird gerechnet die Busse (s. u. S. 644), die Exkommunikation, das Interdikt, die Suspension, Deposition und Degradation, vgl. Nicollis l. c. n. 1; s. auch die vor. Anm., andererseits, da die Censuren (s. u. S. 641) nicht berücksichtigt werden: die Irregularität, s. oben vorher im Text, privatio beneficiorum, vocis activae et passivae, inhabilitates, vgl. Thesaurus l. c., oder die Irregularität, Inhabilität zu Ämtern, privatio beneficii, Deposition u. Degradation, so Schmalzgrueber V. 37 n. 66. 128 ff.

11 So Schmalzgrueber V. 37 n. 165, Thesaurus l. c., während andererseits die poena

welche die weltlichen Rechtsgüter treffen, und diese letzteren werden wieder in *corporales*[1], *reales*[2] und *mixtae*[3] oder in *corporales* und *pecuniariae*[4] eingetheilt.

b. *Poenae vindicativae* und *medicinales (censurae)*. Weiter kommt die Scheidung der kirchlichen Strafen nach ihrem Zweck in *poenae vindicativae*, Strafen im eigentlichen Sinn, und *poenae medicinales* oder *censurae*[5] in Betracht. Diese Eintheilung ist erst in der Doktrin seit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts aufgekommen und im 16. Jahrhundert stehend geworden[6]. Man hat die Censur zuerst als die *ecclesiastica correctio culparum scelerumque ultrix et vindex*[7] oder als die *poena ecclesiastica*, qua baptizati puniuntur privatione *spiritualium*[8], definirt, seit dem Verlauf des 17. Jahrhunderts aber in die Begriffsbestimmung den Zweck der Besserung[9] oder der Brechung des Ungehorsams und Widerstandes des Schuldigen aufgenommen[10], und auf diesem Standpunkt steht auch noch im wesentlichen die jetzige Lehre[11]. Bei der mangelnden Schärfe in der Definition der Censur und der Betonung der Entziehung der geistlichen oder kirchlichen Rechte als eines wesentlichen Begriffsmerkmals derselben ist es erklärlich, dass die Doktrin anfänglich darüber nicht einig gewesen ist, welche Strafen zu den Censuren zu rechnen seien[12]. Erst seit dem Ende des 16. Jahrhundert hat man, weil man dem c. 20 X de V. S.[13] eine für die Entscheidung der Frage allgemein massgebende Bedeutung beigelegt hat, allein die Exkommunikation, das Interdikt und die Suspension für solche erklärt[14], und diese Auffassung ist noch heute die herrschende

temporalis als die spiritualis in sich begreifend, der aeterna, der ewigen Verdammniss, entgegengesetzt wird, s. Sens cit.; Nicollis l. c.

1 Prügelstrafe, Einsperrung auf immer oder auf Zeit, Infamie, merkwürdiger Weise auch Verlust des Klerikalprivilegs; s. Nicollis l. c. Doch findet sich diese Bezeichnung auch für die Strafen weltlichen Charakters, s. D. S. Sitten 1626 cit., S. 640 n. 9.

2 Privatio beneficii, Konfiskation und Geldstrafe, Nicollis l. c.

3 Wie Exil, l. c.

4 Thesaurus l. c.

5 Schmier l. c. n. 24; Reiffenstuel V. 37 n. 18. 19; Schmalzgrueber V. 39 n. 1.

6 Vgl. o. S. 126 n. 2 und die folgenden Anm. Das ergiebt namentlich auch der Umstand, dass erst im Laufe des zuletzt gedachten Jahrhunderts besondere Traktate de censuris geschrieben sind, s. o. S. 493 n. 1.

7 Felicianus ed. cit. p. 3; ferner D. S. Konstanz 1609 V. 1 n. 1, Hartzheim 8, 934 („correctio gravium quorumdam scelerum vindex").

8 So Avila l. c. P. I. dub. 4 n. 1, ähnlich schon Suarez l. c. disp. 1 s. 1 n. 5: „poena spiritualis et medicinalis privans usu aliquorum spiritualium bonorum", und Andreas Vallensis paratitla iuris canon. ed. nova Colon. 1651. V. 39 n. 1 p. 541; D. S. Sitten 1626. X. 2 cit.: „poena spiritualis, medicinalis et temporalis privans usu rerum spiritualium".

9 Allerdings ist dieser schon früher in dem Gebrauch des Wortes: *medicinalis* (s. die vor. Anm.) angedeutet worden, und Gibalinus l. c. (s. o. S. 493 n. 1) disp. I qu. 1 n. 6 bemerkt ebenfalls: „censura attendat potius emendationem".

10 Engel V. 39 n. 1: „poena spiritualis, per quam homini baptizato delinquenti ac contumaci quorundam bonorum spiritualium usus aufertur, donec a contumacia recedat"; Schmier l. c.: „medicinalis est, quae potius emendationem delinquentium respicit" (vgl. auch n. 82 ibid.); Reiffenstuel l. c.: „quae propter culpam imponuntur ad hoc, ut per eam fidelis emendetur et a contumacia desistat"; Schmalzgrueber l. c.: „poena spiritualis seu ecclesiastica, qua potestas ecclesiastica exterior fideles suos delinquentes et contumaces bonorum quorumdam spiritualium privat ad eorum correctionem".

11 Walter K. R. §. 192; Phillips, Lehrb d. K. R. 2. A. S. 381; Permaneder K. R. §. 336; Pachmann Lehrb. d. K. R. 3. A. 3, 248; Ginzel, Hdbch. d. K. R. 2, 938; Schulte K. R. 2, 387; Vering K. R. 3. A. S. 704; Lämmer, Instit. d. K. R. §. 97; Ph. Hergenröther, Lehrb. d. K. R. §§. 292. 293; Heiner, d. kirchlichen Censuren S. 1; Eichhorn, Grundsätze d. K. R. 2, 89; Richter-Dove-Kahl K. R. §. 213; Friedberg K. R. 3. A. S. 248, während allerdings noch Craisson, manuale n. 6359, mit seiner Definition auf dem Standpunkt des 16. Jahrh. steht, s. o. Anm. 7, und Varceno, compend. theolog. moralis 2, 366, im wesentlichen die Definition von Engel l. c. wiederholt.

12 Ausser der Exkommunikation, dem Interdikt und der Suspension hat man zu ihnen theils noch die cessatio a divinis und die Irregularität wegen homicidium iniustum und wegen Celebrirens trotz Exkommunikation und Suspension, theils auch noch die Deposition und Degradation gerechnet.

13 S. o. S. 126 n. 1.

14 Vgl. Felicianus, Vallensis, Avila ll. cc.; Suarez l. c. disp. 1 s. 3 n. 1; Schmier

geblieben[1], wennschon die Suspension, sofern sie auf bestimmte Zeit angedroht oder verhängt wird, in neuerer Zeit nicht mehr als Censur betrachtet wird[2].

Es ist schon dargethan[3], dass der Unterschied zwischen der poena *vindicativa* und der *censura* seine volle Berechtigung besitzt, und dass die letztere diejenige kirchliche Strafe ist, für deren Anwendung der Zweck der Besserung oder der Brechung des Widerstandes des Schuldigen der Art bestimmend wirkt, dass das dem letzteren aufgelegte Übel mit der Erreichung des Zweckes beseitigt werden muss[4]. Gerade darin liegt das Charakteristische der Censur. Wenn aber dieses Moment nicht allein den regelmässig als Censuren bezeichneten drei Strafen eigenthümlich ist[5], ja die Doktrin, welche diese gerade mit Rücksicht auf das c. 20 cit. ausschliesslich als Censuren bezeichnet hat[6], trotzdem nicht einmal an dem ausschliesslichen Charakter der Suspension als Censur hat festhalten können[7], so fragt es sich doch noch immer, welche einzelne Strafen heute im Sinne des positiven Rechts unter der Bezeichnung Censur[8] zu verstehen sind, und das um so mehr, als die kirchliche Gesetzgebung bis in die Jetztzeit hinein ebensowenig, wie früher[9], hinsichtlich der Verwendung der Worte *poena* und *censura* einen festen, den Lehren der Doktrin entsprechenden Sprachgebrauch aufweist[10]. Eine massgebende gesetzliche Entscheidung ist in dieser Hinsicht niemals erlassen worden[11], und es bleibt daher nur übrig, jedes Mal im einzelnen Falle mit Rücksicht auf den Inhalt und den Zweck der in Frage stehenden Bestim-

l. c. n. 184; Engel l. c. n. 26; Reiffenstuel l. c.; Schmalzgrueber l. c. n. 6; Ferraris s. v. censura n. 4.

[1] S. die S. 641 n. 11 citirten neueren Schriftsteller.

[2] So Berardi, comm. in ius eccles. univ. in lib. V. P. 1 diss. 3 c. 7, ed. Med. 1847. 2, 339; ferner Walter §. 182; Phillips S. 343; Permaneder §. 340; Pachmann 3, 273; Schulte 2, 393; Vering S. 710; Hergenröther §. 297; Richter-Dove-Kahl §. 216; Kober, s. o. S. 127 n. 2; ja Craisson l. c. n. 6373 und Lämmer §. 97 heben allgemein hervor, dass jede Censur nur auf unbestimmte Zeit ausgesprochen werden könne. Früher hat schon Suarez l. c. disp. XXV s. 1 n. 2 die Suspension, welche blos als Strafe für ein Delikt angedroht wird, aus der Kategorie der Censuren ausgeschieden; ebenso noch (Avanzini-)Pennacchi comm. cit. 2, 334.

[3] S. o. S. 126. 129 u. Bd. IV. S. 748.

[4] Dass dies der Doktrin bisher vorgeschwebt hat, ergiebt sich namentlich daraus, dass schon Vering 3. A. S. 704 und Lämmer a. a. O. §. 97 die Besserung bei der Censur als Hauptzweck bezeichnen, und auch aus der Anm. 2 hervorgeschobenen Auffassung von Craisson. Klar darüber Meurer, d. Begriff d. kirchlichen Strafvergehens. Leipzig. 1883. S. 16. 17, nach welchem der Besserungszweck in Verbindung mit dem vindikativen Zweck den inneren Strafzweck konstituirt.

[5] S. o. S. 126. 127.

[6] S. o. S. 641.

[7] S. o. S. 127 n. 2 u. diese Seite Anm. 2.

[8] So spricht die const. Martins V.: Ad vitanda mehrfach von censurae, s. o. S. 505 n. 9.

[9] S. o. S. 125 n. 4.

[10] Nicht nur während des 16. Jahrhunderts (s. Trid. Sess. XXV. c. 5 de reg. u. c. 9 de ref. „excommunicationis poena", Pius V.: Super speculam 1570 §. 2, b. T. 7, 872: „suspensionis poenas a divinis" . . . und „ad similia munera obtinenda vel obeunda perpetuae inhabilitatis censura"); sondern auch noch bis in die Jetztzeit hinein, Bened. XIV.: Quanta 1741 §. 5, bull. Ben. 1, 25 (poena exc. et susp.); s. weiter bull. cit. 1, 45. 133. 245 u. 2, 77; Pius IX.: Romanus pontifex 1873, (Avanzini-) Pennacchi comm. cit. 1, 416. 417 („poenae exc. und suspensionis ab exercitio pontificalium et interdicti ab ingressu ecclesiae"); Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 1, 156 (exc. poena); andererseits Paul V.: Regis pacifici 1616 §. 3, b. T. 12, 356 (inhabilitatis ad munera censura).

[11] Die const. Pii IX.: Apostolicae sedis v. 1869 cit. hat eine Norm darüber nicht geben wollen und auch nicht gegeben. Sie bezieht sich ihrer Einleitung, s. o. S. 511 n. 10, nach auf die quaecumque censurae sive excommunicationis sive suspensionis sive interdicti l. s., und indem sie diese reduzirt, zählt sie unter den von ihr nicht beseitigten suspensiones l. s. auch n. 2 eine suspensio per triennium a collatione ordinum, n. 3 eine s. per annum ab ordinum administratione, n. 4 eine s. per annum a collatione ordinum und n. 5 eine s. perpetua ab exercitio ordinum auf. Dadurch, sowie durch die Aufrechterhaltung anderer ähnlicher Suspensionen des Trident., s Sess. XIV. c. 2 de ref. u. XXIII. c. 8. 10 de ref., giebt sie zu erkennen, dass sie auch die Suspensionen, selbst soweit diese begrifflich und nach der herrschenden Theorie keine Censuren sind, zu denselben rechnet. Sie steht also damit auf dem Standpunkt des c. 20 X de V. S. V. 40. s. o. S. 126 n. 1.

mung festzustellen[1], was unter einer Censur gemeint ist, während man im Zweifel allerdings mit Rücksicht auf die in der Doktrin der letzten Jahrhunderte herrschenden Anschauung anzunehmen haben wird, dass unter censura jedenfalls die excommunicatio[2], das Lokalinterdikt, ferner auch das Personalinterdikt einschliesslich des s. g. interdictum ingressus ecclesiae und die Suspensionen, letztere, soweit sie nicht auf bestimmte Zeit verhängt werden, gemeint sind.

Die Censuren dienen auf dem Gebiete der Kirche dem Hauptzweck, den Schuldigen bei Vergehen, welche eine schwere religiös-ethische Verfehlung darstellen, zu bessern[3]. Aber andererseits erscheinen sie auch begrifflich als Exekutiv- oder Ungehorsamsstrafen verwendbar[4], d. h. als Mittel zur Durchführung von Befehlen der kirchlichen Oberen, ferner von allgemeinen Anordnungen, welche ein bestimmtes äusseres Verhalten der Laien und Geistlichen, sowie die Erfüllung allgemeiner oder spezieller Amtspflichten derselben vorschreiben. Das Bedenken, dass einzelne der durch die Censur auferlegten Übel für die Verletzung derartiger Befehle und Verordnungen, weil es sich dabei vielfach um nur leichte Verstösse handelt, zu hart und schwer sind, hat die kirchliche Entwickelung in der Praxis so gut wie gar nicht berücksichtigt[5], und wie die Kirche früher von den Censuren zu dem erwähnten Zweck in umfassendem Masse Gebrauch hat[6], so werden sie ebenfalls noch heute von ihr in der gedachten Weise verwendet[7]. Allerdings kommen in der kirchlichen Praxis als Exekutivstrafen auch andere, nicht zu den Censuren gehörige Strafen, wie z. B. die Geldbussen[8], vor, und daher deckt sich der Begriff der Censur nicht völlig mit dem der Exekutivstrafe.

Was dagegen die auf dem Gebiete des weltlichen Rechts von den s. g. Exekutivstrafen geschiedenen Ordnungsstrafen betrifft, deren Wesen man darin setzt, dass sie von den Organen des Staats gegen Personen verhängt werden können, welche sich in ihrem Verhalten mit der betreffenden Staatsthätigkeit dadurch in Widerspruch setzen, dass sie den ihnen in dieser Beziehung obliegenden Verpflichtungen nicht nachkommen oder sich einer Ungebühr oder Störung gegenüber den Behörden schuldig machen[9], so tritt zwar auf dem Gebiete des Kirchenrechts für ähnliche Verfehlungen gegen die kirchliche[10] Ordnung ebenfalls Strafe[11] ein, aber eine feste Grenze zwischen den letzteren und den anderen kirchlichen Vergehen lässt sich nicht ziehen, und wenngleich die Censuren auch für solche Übertretungen verwendet werden können, weil

[1] Wie bei der in der vor. Anm. besprochenen Konstitution. In Neugranada 1868, coll. conc. Lac. 1, 521, s. o. S. 495 n. 14, kann censura nach dem Zusammenhang nur die exc. maior bedeuten.

[2] Auch die freilich praktisch kaum in Betracht kommende excommunicatio minor.

[3] S. o. S. 129.

[4] Wie denn die Älteren die Begriffsbestimmung der Censur zum Theil auch auf die Beseitigung des Ungehorsams, s. o. S. 641 n. 10, abstellen.

[5] S. o. S. 297 ff.

[6] S. z. B. die Anführungen S. 259 ff.; ferner S. 151. 152; Ladung eines Scholastikus nach Rom durch Gregor XIII. 1578 unter Androhung der suspensio ab officio et beneficio, Hüsing, d. Kampf um d. kath. Religion in Münster 1883 S. 191.

[7] Trid. Sess. V. c. 2 (Zwang zum Predigen durch censurae ecclesiasticae, wiederholt z. B. Paris 1849, coll. conc. Lac. 4, 22); vgl auch Trid. Sess. XXV. c. 3 de ref.

[8] S. z. B. Pius V.: Cum primum 1566 §. 5, S. 624 n. 7; Toledo 1473 c. 2. 5. 16, S. 624 n. 9; D. S. Trier 1678 I. 1 n. 13. 21 u. 2 n. 6, S. 626 Anm. Sp. 1.

[9] H. Meyer, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts. 4. A. S. 11.

[10] Beispiele dafür bieten die Anmerkungen auf S. 548 u. S. 624, s. auch die folgende Anmerkung

[11] Wenn das Bischofsedikt v. Loreto 1850 für Verletzung der Feiertags- und Sonntagsheiligung, für unpassendes Benehmen in den Kirchen und ähnliche Vergehen als s. g. „pene correzionali“ Geldbusse und Gefängnissbusse androht, so handelt es sich hier ebenfalls um Ordnungsstrafen.

sie ebenfalls Strafen sind, so hat doch die Ordnungsstrafe, da ihr lediglich das vindikative Element wesentlich ist, mit der Censur an sich und ihrem Charakter nach keine Verwandtschaft.

Was die *poenae vindicativae* betrifft, zu welchen alle Strafen ausser den vorher als Censuren bezeichneten gehören [1], da heute keine der ersteren mehr als Censur verwendet wird [2], so ist ihnen kein anderer Zweck immanent als der, dem Thäter zur Vergeltung für die Verletzung der kirchlichen Rechtsordnung ein Übel zuzufügen. Wenn die Kirche auch wünschen muss, dass der Schuldige dadurch gebessert werde, ja es sogar in ihrem Interesse liegt, bei dem Gebrauch der *poenae vindicativae* diesen Zweck nicht ausser Acht zu lassen [3], so bleibt dies doch immer nur Nebenzweck. Dasselbe gilt von der Abschreckung der übrigen Kirchenglieder [4] und von der dadurch zu erreichenden Aufrechterhaltung einer geordneten Disziplin [5], d. h. der allseitigen Durchführung der kirchlichen Rechtsordnung, Nebenzwecke, welche ebenfalls in den Quellen betont werden, und von deren ersterem sich namentlich die päpstliche Strafgesetzgebung bis in das 17. Jahrhundert hinein beherrscht zeigt [6].

Die Pönitenzen endlich, soweit sie nicht im Beichtstuhl und bei der Privatbeichte, vielmehr als Mittel behufs Erlangung der Absolution von den Censuren oder zur Beseitigung des Eintrittes von solchen auferlegt werden [7], fallen noch heute, ebenso wie schon im Mittelalter, unter den Begriff der Vindikativstrafen [8].

c. *Poenae arbitrariae.* Endlich kennt das gemeine Recht der hier fraglichen

[1] Also gegen Laien und Geistliche das Personalinterdikt auf bestimmte Zeit, die Versagung des kirchlichen Begräbnisses, die Unfähigkeit zum Erwerbe von Ämtern, die Suspension von kirchlichen Rechten, der Verlust der letzteren und die Unfähigkeit zu denselben, die Geldbusse, die Konfiskation des Vermögens und einzelner Sachen, die Freiheitsstrafen, die Infamie, sowie auch die unpraktischen, S. 545. 547. 549. 552. 553. 558 ff. genannten Strafen, gegen Geistliche die Degradation, die Deposition, die privatio beneficii, die Strafversetzung, die Entziehung einzelner Amts- und der Standesrechte, der Verlust der Amtsbefugnisse für ein Mal, der Ausschluss von der Erlangung eines höheren Ordo und die verschiedenen Suspensionen auf Zeit.

[2] S. o. S. 126.

[3] Dies ist anerkannt Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 210: „In criminalibus causis humanitate et clementia delictorum animadversiones ita temperabunt . . . iudices ecclesiastici, ut reorum potius resipiscentiam quam poenam et vindictam spectare videantur"; s. auch nachher Anm. 5.

[4] Leo X. (Later. V.): Inter sollicitudines 1515 (s. auch Bd. I. S. 452) §. 5, b. T. 5, 623: „taliter . . . per omnia remedia iuris castigetur, quod alii eius exemplo similia minime attentare praesumant"; Sens 1460/1485, Hardouin 9, 1534: „contemptores suarum monitionum (Würfel spielende Kleriker) sic poenis legitimis (ordinarii) coerceant, quod ceteris cedere valeat in exemplum". Vgl. auch o. S. 129 n. 8.

[5] Gran 1858, coll. conc. Lac. 5, 83: „Cum poenarum canonicarum finis prae caeteris ille sit, ut sine asperitate disciplina populis salutaris ac necessaria conservetur et qui correcti fuerint, emendentur, aut si resipiscere noluerint, caeteri salubri in eos animadversionis exemplo a vitiis deterreantur."

[6] Das ergiebt sich aus den in den päpstlichen Konstitutionen mehrfach vorkommenden übermässigen Häufungen der Strafen für ein und dasselbe Vergehen, s. z. B. Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 3, b. T. 5, 394 (Tödtung und Verstümmelung der bei der römischen Kurie streitenden Parteien und der Richter derselben) Verlust des etwaigen Rechts, Ausweisung aus Rom, depositio a dignitate, honore, ordine, officio et beneficio, diffidatio, Infamie und Strafen des Majestätsverbrechens; Leo X.: Inter graves 1515 §§. 4—6, ibid. p. 626 (Okkupation der Güter des Kirchenstaats und Überziehung derselben mit bewaffneten Schaaren) Anathem, diffidatio perpetua, Infamie, Unfähigkeit zu kirchlichen und weltlichen Würden, Entziehung des kirchlichen Begräbnisses, interdictum ambulatorium, Verlust aller Würden, Titel, kirchlicher Privilegien und aller kirchlichen und weltlichen Lehne, Geistliche ausserdem Verlust aller kirchlichen Ämter einschliesslich des Kardinalats; Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 4, b. T. 7, 744 (offensio s. officii inquisitionis) Anathem, Konfiskation des Vermögens, Infamie auch für die Söhne und Unfähigkeit derselben von Todes wegen oder durch Schenkungen zu erwerben, ferner Strafen des Majestätsverbrechens; Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §§. 3. 4, b. T. 14, 211, s. o. S. 562 n. 6, Exkommunikation, Strafen des Majestätsverbrechens, Konfiskation und Todesstrafe, bei Geistlichen ausserdem Degradation.

[7] S. o. S. 128. 147.

[8] Vgl. die Ausführungen S. 128.

Zeit, also die allgemeinen Konzilien [1] und die päpstliche [2], ferner auch die Partikulargesetzgebung [3], ebenso wie früher (o. S. 296), die Bedrohung einzelner Vergehen mit

[1] Basel Sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1194 („digna punitio" und „per suspensionem a collatione beneficiorum vel alia condigna poena severiter procedatur"; Sess. XXI. (1455) c. 3, l. c. p. 1197 („illius horae vel alia maiori, prout transgressionis gravitas exigit, poena") c. 2 („gravi superioris arbitrio castigentur") c. 8 („a suo superiore debite castigetur") c. 11 („per censuram ecclesiasticam aliaque iuris remedia punire non negligant"); Trient Sess. XXII. c. 1 de ref. („iisdem poenis vel maioribus arbitrio ordinarii"); c. 4 de ref. (sub iisdem vel aliis gravioribus poenis arbitrio eorum, d. h. der Bischöfe, imponendis"); Sess. XXIV. c. 18 de ref. („graviter eius, d. h. der Provinzialsynode, arbitrio puniri"); Sess. XXV. c. 4 de reg. („arbitrio superioris puniatur").

[2] S. z. B. Pius IV.: In eligendis 1562 §. 21, b. T. 7, 230, s. u. §. 309; Pius V.: Cum primum 1566 §. 4, l. c. p. 434 („nostri arbitrii poenas incurrant") u. §. 7, ibid. (neben Konfiskation der Zugthiere); Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589, §. 2, b. T. 9, 63 („aliis gravioribus poenis et pro tempore existentis Romani pontificis arbitrio puniatur"); Urban VIII.: Universa 1642 §. 3, l. c. 15, 206, s. u. §. 307; Urban VIII.: Sacrosancta 1642 §§. 1. 2, ibid. p. 171, s. Bd. IV. S. 262 n. 11 u. S. 278 n. 6; Clemens IX.: Sollicitudo pastoralis 1669 §. 3, l. c. 17, 798 („aliis nostro et rom. pontif. pro tempore exist. vel praedictae cardinalium congregationis, d. h. der Propaganda, arbitrio imponendis poenis"); Innoc. XI.: Ad nostri apostolatus 1677 §. 1, l. c. 19, 41; Innocenz XII.: Speculatoris domus 1694 §. 8, Richters Tridentinum S. 533 („aliisque insuper gravioribus poenis pro modo culpae nostro et pro temp. exist. rom. pontif. arbitrio infligendis").

[3] Paris 1429 c. 24, Hardouin 8, 1047, s. o. S. 626 Anm. Sp. 2 (ein Pfund Wachs oder „alia maior poena arbitrio superioris considerata facti et personarum qualitate infligenda"); Sens 1460/1485 II. 8, l. c. 9, 1534 (s. a. a. O. ebenso: ein Pfund Wachs „et alias arbitrarie puniendo"); Bourges 1584 XLV. 2, l. c. 10, 1506 („statuta concilii provincialis ab omnibus metropoli subditis observentur sub poena excommunicationis et alia ordinarii arbitrio infligenda"); Mecheln 1607 X. 8, Hartzheim 8, 781 (solenne Hochzeitsfeierlichkeiten bei den in der geschlossenen Zeit mit Dispensation geschlossenen Ehen, poena arbitraria); Narbonne 1609 c. 48 (Hardouin 11, 5253 („si in aliquibus poena particularis non est expressa hoc perinde actum, ut qui talia decreta violaverint, arbitrio ordinarii pro rei qualitate et consideratis circumstantiis . . . puniantur); Tournai 1643 XV. 5, Hartzheim 9, 630 (Geistliche sollen sich jedes Gebrauch des Tabaks, namentlich öffentlich und beim Zusammensein mit Laien enthalten, sub poena arbitraria; beim Gebrauch vor der Messe oder Spendung der Sakramente „severe puniendi"); Köln 1651 II. 2, ibid. p. 745. 746 („sub poena gravissima arbitrio nostro imponenda prohibemus, ne ullus sacerdos . . . missae officium celebraturus tabacum sive solidum sive concisum aut in pulverem redactum ore seu naribus vel fumo per tubulos seu qualicunque alio modo, etiam specie medicinae ante missae sacrificium nec quaevis alia persona ante s. communionem hauriat vel percipiat"); Gent 1650 XVII. 7, ibid. p. 723 (Pfarrer und Priester, welche sich des: ad psittacum iaculari, sowie des in locis publicis ludere pila palmaria nicht enthalten, poena arbitraria); sehr häufig in den Partikularsynoden des 17. Jahrhunderts, s. Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 43 (Würfel- und Kegelspiel, nächtliches Herumschwärmen der Kleriker, „poenae suorum episcoporum arbitrio reservatae"), vgl. weiter p. 51. 53. 77 (hier überall blos poena arbitrio episcopi); Neapel 1699, l. c. 1, 170 (poena carceris vel aliae arbitrariae) p. 172 (neben der suspensio a divinis, ähnliche Fälle s. p. 176. 180. 186. 187. 197. 203. 222. 226. 237. 238, dagegen blos arbiträre Strafe, p. 169. 173. 177. 187. 188. 190. 197. 198. 204. 205. 224, und p. 175: gravissimae poenae arbitrio ordinarii reservatae); Avignon 1725, l. c. 1, 529. 545 (blos arbiträre Strafe) p. 550 (corporales poenae episcoporum arbitrio episcopi infligendae); Tarragona 1685, l. c. p. 744 (maiori poena, als Geldstrafe, episcopi arbitrio puniantur); p. 748 n. 1 (gravi poena arbitrio ordinarii pro qualitate delicti iniungenda); Tarragona 1699, l. c. 1, 752 (poena X librarum Barchinonens. et aliae pro casuum gravitate arbitrio ordinarii iniungendae); Tarragona 1717, l. c. 1, 764. 765. 766 (neben andern Strafen arbiträre); Tarragona 1738, ibid. p. 788. 789 (alternativ mit anderen); ebenso in den neuesten des 19. Jahrhunderts Paris 1849, l. c. 4, 22 (per censuras ecclesiasticas ad ipsius episcopi arbitrium cogi debent); Tours 1849, ibid. p. 281 (poenis spiritualibus ab ordinario plectendos); Tuam 1817, l. c. 4, 766 (pro qualitate et frequentia delicti ad arbitrium ordinarii puniatur); Thurles 1850, ibid. p. 776 (neben anderen Strafen); Dublin 1853, ibid. p. 805. 806 (alternativ mit der Suspension); Tuam 1854, ibid. p. 861 (ad arbitrium ordinarii poenis ecclesiasticis puniantur); Tuam 1858, ibid. p. 888 (blos arbiträre Strafe); Urbino 1859 („episcopus in sua dioecesi pro locorum et temporum ratione poenam prudenti suo arbitrio in transgressores constituat"); p. 12 (ebenso) p. 18 (pecuniariae aliaeque poenae prudenti arbitrio episcopi), s. auch p. 50 (blos arbiträre Strafe) p. 52 (neben Geldstrafe) p. 74 („ubi vero nulla, d. h. poena, exprimatur, episcopus prudenti arbitrio suo ac omnibus iuris remediis vel etiam censuris ad parendum compellat"); Ravenna 1855, l. c. p. 154 (blos arbiträre Strafe) p. 156. 171 (afficiendi poenis) p. 161 („canonicas poenas aliasque episcopi arbitrio experiantur") p. 162. 176 (arbiträre Strafen) p. 168 (acriter puniendi) p. 170 (poena suspensionis aliisque ad ordinarii arbitrium) p. 173 („puniant pro culpa refractarios") p. 181. 198 („severe" oder „severe ad arbitrium episcopi puniantur") p. 213 („compellanturque praeterea ad parendum omnibus iuris remediis aliisque etiam censuris et poenis ad arbitrium, licet de iis decretis agatur,

etwaigen nach dem Ermessen des zuständigen Oberen festzusetzenden, d. h. arbiträren Strafen, theils schlechthin, theils aber neben oder alternativ mit anderen näher bezeichneten[1], theils so, dass dem Ermessen im Übrigen freier Raum gelassen[2], theils so, dass für dieses eine bestimmte Direktive, namentlich in Bezug auf die Art der Strafe, ob kanonische, ob körperliche, ob Geld- oder geistliche oder schwere oder leichtere Strafe[3], gegeben wird.

c. Die Verschärfung des Charakters der kirchlichen Strafen. Die generellen Strafen und die Strafen *latae sententiae*.

§ 303. aa. *Die generellen Strafen (insbesondere die der bulla Coena) und die Strafen latae sententiae bis zur Reform Pius' IX. i. J. 1869.*

I. Die generellen Exkommunikationen[4]. Die im Mittelalter aufgekommene Gewohnheit, generelle Exkommunikationen gegen diejenigen, welche sich bestimmter kirchlicher Vergehen schuldig gemacht hatten oder auch erst schuldig machen würden, feierlich zu verkünden[5], hat sich auch in dieser Periode noch forterhalten.

Was zunächst die Päpste betrifft, so haben diese die s. g. Bulle *(in) Coena domini*[6] bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts[7] regelmässig fort und fort[8] in feier-

pro quorum observatione et implemento nulla fuit in synodo apposita poena"); Venedig 1859 l. c. 6, 298 („poenis canonicis proprio arbitrio puniant"), p. 340 (severis poenis coerceant), Neugranada 1868, ibid. p. 527 (condignae poenae arbitrio nostro) p. 528. 543 (arbiträre Strafe) p. 546 (poenae per canones inflictae vel aliae arbitrio nostro infligendae); Gran 1858, l. c. 5, 47 (pro modo culpae animadvertere, und: poenas dent episcopi iudicio).

1 Beispiele für Alles in der vor. Anm.

2 Dass dies als ein pflichtmässiges, d. h. der Lage des Falles angemessenes ausgeübt werden soll, versteht sich von selbst, wird übrigens auch mehrfach durch Zusätze, wie prudens arbitrium, pro modo culpae, pro qualitate delicti, poena condigna u. s. w., vgl. die vorangehenden Anmerkungen, auch poena debita, Urbino 1859, coll. cit. 6, 25. 26; Ravenna 1855, p. 152. 199, angedeutet.

3 S. o. S. 645 n. 1 u. 2. Für diese Fälle gilt das S. 297 n. 1 Bemerkte und ebenso für die auch jetzt noch vorkommende Anordnung des canonice punire Avignon 1721, coll. cit. 1, 547; oder von poenae canonicae Neapel 1699, l. c. 1, 184; Venedig 1859, Quito 1863 und Neugranada 1868, l. c. 6, 298. 403. 527, s. auch S. 645 n. 2.

4 Ich stelle diese voran, da sie mit den *poenae l. s.* zusammengeflossen sind, und die const. Pii IX.: Apostolicae sedis v. 1869 cit. beide Arten von Strafen mit ihren einschneidenden Änderungen berührt.

5 S. o. S. 135.

6 S. o. S. 138 u. S. 365 n. 1. Vgl. über diese Bulle: (Le Bret), pragmatische Geschichte d. so berufenen Bulle In Coena Domini (s. l.) 1769; 2. A. Frankfurth u. Leipzig 1772 und Hausmann (S. o. S. 360 n. 6) S. 89 ff. 375 ff.

7 Ausser den bereits S. 138 n. 3 u. 4 citirten Bullen Urbans V. 1363 u. Gregors XI. 1372 sind solche überliefert von Martin V. 1420, Antonin. summa theolog. P. III. tit. 24 n. 27, Venet. 1751, p. 452; Julius II. 1511, b. T. 5, 490; Leo X. 1515, Hartzheim 6, 144; Hadrian VI. 1524, Francesanton. Zaccaria, storia polemica delle proibizioni de' libri. Rom 1777. p. 139 (Reusch, Index d. verbotenen Bücher. Bonn 1883. S. 72); Paul III. 1536, b. T. 6, 218; Gregor XIII. 1577, Hartzheim 7, 899, und 1583, b. T. 8, 413 (sämmtlich beginnend mit: Consueverunt); Clemens VIII. 1595 (stückweise bei Suarez de censuris disp. XXI s. 2); Paul V. 1606; Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane. Lyon 1671. 1, 311 (mit dem Anfang Pastoralis) u. 1610, b. T. 11, 617; Urban VIII. 1627, l. c. 13, 531; Alexander VII. 1656, l. c. 16, 142; Clemens IX. 1668, l. c. 17, 640; Clemens X. 1671, b. T. 18, 175; Clemens XI. 1701, b. T. 21, 20; Innocenz XIII. 1722, ibid. p. 902; Benedikt XIII. 1725, b. T. 22, 137; Clemens XII. 1731, l. c. 23, 244; Benedikt XIV. 1741, bull. Bened. 1, 15; Clemens XIII. 1759. 1764 u. 1766, bull. Rom. cont. 1, 116; 2, 461 u. 3, 178.

8 S. darüber noch ausser den Bullen des Konstanzer und des Baseler Konzils v. 1415, bz. 1431: Justitiam et, Hardouin 8, 426. 1116, welche diese Sitte für den Anfang des 15. Jahrh. bezeugen, l. ep. Pauli II ad archiep. Lugdun. 1467, Hardouin 9, 1488: „Consueverunt praedecessores nostri Romani pontifices annis singulis in die

licher Weise publizirt und darin nicht nur neue General-Exkommunikationen[1] aufgenommen, sondern auch einzelne der früheren erweitert[2]. Erst unter Urban VIII. (1627)[3] hat die Bulle ihre definitive Fassung erhalten, in welcher sie seit der gedachten Zeit verkündet worden ist.

Coenae domini sedentes pro tribunali in pontificalibus parati, assistentibus sibi Romanae ecclesiae cardinalibus necnon archiepiscopis, episcopis et aliis praelatis, similiter in pontificalibus constitutis, ex eminenti aliquo loco audiente multitudine tam curialium et incolarum, quam peregrinorum ad urbem eo tempore propter indulgentias et benedictionem apostolicam confluentium, ad maiorem detestationem gravium quorumdum criminum quoscumque criminibus illis illaqueatos solemni publicatione cum candelis accensis et deinde extinctis et in terras proiectis excommunicatos denunciare, quem ritum et landabilem consuetudinem nos quoque secuti tempore nostro observavimus et observaturi sumus"; c. 3 (Paul II. 1468) in Extr. comm. de poenit. V. 9; 2. Über die Publikation unter Calixt III. 1456 s. Pastor Gesch. d. Päpste 1, 527. Vgl. weiter 3. Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 1, b. T. 5, 394: „licet nos ... ad apostolatus apicem assumpti tam eiusdem Innocentii (VIII. 1484—1492) quam aliorum Romanorum pontificum... vestigiis inhaerentes singulis annis in die coenae domini per litteras nostras ... publice et excommunicare et anathematizare consueverimus"; 4. Leo X.: Inter graves 1515 §. 3, ibid. p. 625 „processus qui singulis annis publice promulgantur in die coenae domini ex more romanorum pontificum"; 5. Clemens VII.: Romanus pontifex 1533 §. 11, b. T. 6, 165: „illos ... per alias nostras literas in die coenae domini publice lectas et excommunicavimus et anathematizavimus"; 6. Julius III.: Rationi 1550 §. 3, b. T. 6, 401: „bulla quae quotannis in coena domini legi consuevit"; 7. Urban VIII.: Romanus pontifex 1641 §. 2, b. T. 15, 122: „Romani pontifices, praedecessores nostri... haetenus consueverunt quolibet anno in die coenae domini facere processus generales, bullas eiusdem coenae nuncupatas, prout etiam nos fecimus et publicavimus."

[1] Auch ein generelles Personalinterdikt gegen universitates, collegia et capitula wegen Appellation an ein zukünftiges Konzil seit Gregor XIII.: Consueverunt 1577 u. 1583 §. 2, Hartzheim 7, 899 u. b. T. 8, 413.

[2] Die Bulle Urbans V. 1363 enthält 7 Fälle, s. S. 138 n. 3, die Gregors XI. 1372 schon 9 Fälle, s. o. S. 365; die Martins V. v. 1420 als zehnten: die Verhinderung der Zufuhr nach Rom, Hausmann S. 97, die Julius' II. 1511 als elften und zwölften: die Verletzung, Tödtung und Gefangenhaltung von Kardinälen, Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen, sowie die Anstiftung zu diesen Vergehen (§. 9) und Anwendung des Placets auf Briefe und Mandate des päpstlichen Stuhles, seiner Legaten, Nuntien und Delegaten, die Losreissung von der Obedienz des Papstes und die Usurpation von kirchlichen Jurisdiktionen und Einkünften (§. 10). In der Bulle Pauls III 1536 finden sich 17 Fälle, nämlich ausser den bereits erwähnten noch: die Unterwerfung geistlicher Personen und Korporationen unter die weltlichen Gerichte (§. 11), der Erlass von Gesetzen und Verordnungen gegen die kirchlichen Freiheiten (§. 12), die Sequestration von kirchlichen Einkünften und Besteuerung kirchlicher Personen und kirchlicher Güter (§. 13), die Avocirung kirchlicher Rechtssachen von den päpstlichen Richtern und Hinderung ihrer Jurisdiktion (§. 14), sowie die Wegnahme und Okkupation von Reliquien und kirchlicher Geräthe aus den Kirchen Roms (§. 17); in denen Gregors XIII. 1577 u. 1583, welche nicht völlig übereinstimmen und in denen sich Zusammenziehungen früherer Fälle vorfinden, sind neu hinzugekommen: die Appellation von päpstlichen Anordnungen an ein allgemeines Konzil (§. 2), der Raub gestrandeter Güter (§. 4), der Rekurs an die weltliche Gewalt gegen die Anordnungen des apostolischen Stuhles (zuerst 1583 §. 13), die Hinderung der Jurisdiktion der Bischöfe und der Rekurs von ihren Sentenzen an die weltliche Gewalt (1577 §. 15, 1583 §. 16) und Wegnahme und Detention von Geräthen, Schriftstücken und Gütern der apostolischen Kammer und des päpstlichen Palastes bei Erkrankung oder bei dem Tode des Papstes (1577 §. 20 u. 1583 §. 21), so dass in Folge der Zusammenziehungen die Bulle von 1577 zwanzig, die von 1583 im Ganzen einundzwanzig Fälle aufweist (während es in der That 21, bez. 22 sind). Dagegen hat Paul V. 1606 u. 1610 den zuletzt gedachten Fall nicht mehr aufgenommen, so dass seine Bulle nur noch zwanzig (bez. 21) wiedergiebt. Bei diesen ist es auch in der Folgezeit geblieben, und in der der Bulle von Urban VIII. gegebenen Gestalt, welche einzelne Änderungen im Text vorgenommen hat, ist dieselbe dann von den späteren Päpsten immer wieder fast ganz unverändert publizirt worden.

Was die allmähliche Gestaltung des Textes der einzelnen Fälle in der seit Urban VIII. vorliegenden Fassung betrifft, so hat die nähere Verfolgung der Textentwicklung jetzt kein praktisches Interesse mehr, da die Bulle durch die const.: Apostolicae v. 1869 beseitigt worden ist. Des Näheren ist darüber zu vergleichen Hausmann S. 107 ff., wennschon sich hier noch einzelnes ergänzen liesse; s. ferner auch Reusch, d. Index d. verbotenen Bücher. Bonn 1883. 1, 72.

Die päpstliche Reservation der Absolution von sämmtlichen Exkommunikationsfällen der Bulle rührt nicht erst, so Hausmann S. 97, von Martin V. 1420, sondern schon von Gregor XI. 1372 her, s. auch o. S. 365, seit welchem die betreffende Klausel in allen Ausfertigungen der Bulle stehend geworden ist.

[3] S. die vor. Anm.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts[1] haben die Päpste darauf gedrungen, dass die Bulle in den einzelnen Diöcesen jährlich mindestens einmal verkündet werden sollte[2], und seit dem 16. Jahrhundert ist eine darauf bezügliche Anordnung auch in den Schluss der Bulle aufgenommen worden[3]. Von dieser Zeit ab[4] ist eine solche Publikation, vor Allem in Folge der Bemühungen Pius' V.[5], in der That erfolgt, und die Bulle dadurch erst allgemein bekannt geworden[6]. Aber nunmehr schritten die weltlichen Regierungen, welche zum Theil schon damals das Placet zu handhaben angefangen hatten[7] und in einzelnen Bestimmungen der Bulle eine Beeinträchtigung ihrer staatlichen Rechte sehen mussten[8], gegen die Publikation ein. So wurde ihre Verkündung noch im 16. Jahrhundert in Frankreich[9], Spanien[10], Venedig[11], im Königreich beider Sizilien[12], in den Niederlanden[13], in Österreich[14] und in Baiern[15] untersagt, und diese Verbote in den folgenden Jahrhunderten wiederholt erneuert[16], während solche in Portugal und Parma[17] erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts erlassen worden sind. Die mehrfachen Konflikte, welche in Folge dessen zwischen den Regierungen und den Päpsten entstanden waren, namentlich der Druck, welchen die ersteren auf Clemens XIV. aus Anlass der Massnahmen seines Vorgängers Clemens XIII. gegen den Herzog von Parma[18] ausübten, veranlassten Clemens XIV.

[1] Für die frühere Zeit ist darüber nichts überliefert. Auch in den Verhandlungen der Konzilien von Konstanz und Basel wird der Bulle nicht gedacht.

[2] So Paul II. 1467, S. 646 n. 8, welcher dreimalige Veröffentlichung im Jahre vorschreibt.

[3] Zuerst findet sie sich bei Julius II. 1511 cit. Unter Gregor XIII. ist 1577 noch die Vorschrift hinzugekommen, dass alle Ordinarien, Prälaten, Inhaber von Seelsorgeämtern und Beichtväter eine Abschrift der Bulle besitzen sollen.

[4] Schon 1515 hat Leo X. seine Bulle an den Erzbischof von Köln gesandt, und letzterer ihre Verkündung auf der Diöcesansynode und in den Kirchen der Kölner Diöcese angeordnet, Hartzheim 6, 142.

[5] Hausmann S. 375.

[6] Für Deutschland s. D. S. Augsburg 1567 und Breslau 1580, Hartzheim 7, 175. 899, und die bei Hausmann S. 379 angeführten Diöcesanritualien aus dem Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts; für Oberitalien Mailand 1576 II. 9, Hardouin 10, 848, wonach an jedem Beichtstuhl ein Exemplar der Bulle angeheftet sein soll; für Neapel (seit 1567) Fr. Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887. p. 34; für das päpstliche Gebiet v. Avignon Pr. K. Avignon 1594 c. 4, Hardouin 10, 1846. In Frankreich ist sie in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts noch nicht publizirt worden, denn Peter Rebuff, comm. in bullam Coenae domini. Paris 1536 (auch in seiner praxis beneficiorum. Colon. 1610. p. 453 ff.), bemerkt in der Einleitung (l. c. p. 455): „Requisitus fui a bene multis, ut casus, qui bulla coenae domini reservantur . . . patefacerem . . . Quamobrem bullam a S. D. N. Papa Paulo III summis cum laboribus et precibus obtinui."

[7] Bd. III. S. 752 ff.

[8] So vor Allem schon in der seit Julius II. in derselben ausgesprochenen Verurtheilung des Placets, s. o. S. 647 n. 2 u. Bd. III. S. 753 n. 1; ferner aber auch der Appellation an ein zukünftiges Konzil, der Verletzungen der kirchlichen Gerichtsbarkeit und der Belastung der Geistlichen und kirchlichen Korporationen mit Abgaben.

[9] Hier ist man sofort gegen das Buch von Rebuff, s. Anm. 6, um dadurch die Verbreitung der Bulle zu verhindern, eingeschritten, vgl. darüber und über weitere Verbote bis in das 18. Jahrhundert hinein Durand de Maillane l. c. 1, 297. 305 ff. Mit Rücksicht auf diese Stellungnahme Frankreichs gegenüber der Bulle hat Pithou den art. 17 der gallikanischen Freiheiten dahin formulirt: „La bulle: In Coena Domini n'est point reçue en France. Les clauses insérées en la bulle de Coena Domini et notamment celles du temps du Pape Jules II et depuis n'ont lieu en France, pour ce qui concerne les libertez et privilèges de l'église Gallicane et droits du roy ou du royaume."

[10] Hier unter Philipp II., s. Bd. III. S. 755 Anm.; Friedberg, Grenzen zwischen Staat u. Kirche S. 545; Sentis, Monarchia Sicula. Freiburg i. Br. 1869 S. 118; Le Bret 2. A. 3, 10.

[11] Friedberg S. 694.

[12] Friedberg S. 663; Hausmann S. 376.

[13] Friedberg S. 596 n. 2.

[14] Bd. III. S. 756 n. 2.

[15] J. 1586, Friedberg S. 224.

[16] S. die vorangehenden Anmerkungen, namentlich aus Anlass des in Anm. 18 gedachten Vorfalles, so 1768 durch Maria Theresia für die Lombardei, Friedberg S. 151; Hausmann S. 382, durch Ferdinand IV. für Neapel, a. a. O. S. 382, durch Karl III. für Spanien, Friedberg S. 553; sowie auch für Venedig, Hausmann S. 382.

[17] In Portugal 1768, Friedberg S. 579, vgl. weiter Hausmann S. 381, Le Bret 4, 226 ff.; ebenso auch in Genua und Monaco a. a. O. S. 228.

[18] Welcher von Clemens XIII. wegen verschie-

i. J. 1770 die Publikation der Bulle für alle Zukunft zu untersagen [1]. Seitdem ist eine solche nicht mehr erfolgt, aber damit war weder die Bulle noch waren die einzelnen in ihr enthaltenen Exkommunikationen aufgehoben [2], vielmehr sind letztere noch fort und fort von den Päpsten als geltenden Rechtes betrachtet worden [3], bis durch den Erlass der Konstitution: Apostolicae sedis seitens Pius' IX. i. J. 1869 die demnächst zu besprechende Änderung eingetreten ist [4].

Was die Partikularsynoden betrifft, so haben diese nur noch selten General-Exkommunikationen der erwähnten Art [5] und zwar nicht über das 16. Jahrhundert hinaus erlassen [6]. Dies erklärt sich daraus, dass bereits im Laufe des Mittelalters, insbesondere seit dem 13. Jahrhundert alle möglichen kirchlichen Verbrechen und Vergehen durch das gemeine und partikuläre Recht mit der excommunicatio latae sententiae bedroht worden waren, es sich also bei diesen nur darum handeln konnte, wie dies schon früher geschehen ist [7], den Eintritt der Censur für die Thäter in der Form der öffentlichen Verkündigung allgemein bekannt zu geben und das um so mehr, als auch die allgemeine Gesetzgebung der hier fraglichen Zeit, sowohl das Tridentinum, wie namentlich die Päpste, den früheren Fällen noch neue hinzugefügt hatten [8]. Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, dass sich in den Partikularsynoden des 15. und 16. Jahrhunderts derartige Publikationen und Anordnungen der letzteren [9] öfter als die ursprünglichen und eigentlichen General-Exkommunikationen finden,

dener die Freiheiten der Kirche verletzender Verordnungen 1768 in den Bann gethan war.

[1] Hausmann S. 385; M. Brosch, Gesch. d. Kirchenstaats. Gotha 1882. 2, 139; Reusch, Index 1, 73.

[2] Denn durch Pius V., s. S. 139 n. 6, ist ihr eine von der Republikation durch den jeweiligen Papst unabhängige Gesetzeskraft beigelegt worden.

[3] Über einen Spezialfall, in welchem Pius VI. 1777 auf die Bulle zurückgegriffen hat, s. Brosch a. a. O. 2, 139 n. 2. Auch das Formular der Quinquennal-Fakultäten pro foro externo Pius' IX. v. 1855, s. Bd. III. S. 801 n. 3, ertheilt noch unter Nr. 10 die Ermächtigung, von allen Reservatfällen der Bulle Coenae zu absolviren. Vgl. ferner Hausmann S. 385 ff.

[4] Wegen der generellen Verhängung anderer Censuren und Strafen durch die Päpste s. unten S. 653.

[5] Vgl. o. S. 135 ff.

[6] S. Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1347: „excommunicamus invasores, depraedatores, occupatores suo nomine et alieno personarum ecclesiasticarum et rerum suarum vel ecclesiae seu locorum religiosorum et quoscumque alios qui bona praedicta indebite detinuerunt aut in religiosorum domibus vel locis ecclesiasticis posuerunt, comestores, et loca, ubi bona taliter occupata, delata, recepta vel detenta scienter fuerint, supposita ecclesiastico interdicto declaramus“ (vgl. o. S. 188. 190); D. S. Besançon 1481 c. 2, Hartzheim 5, 509: „Excommunicamus omnes clericos, qui contra clericum seu aliam quamcumque ecclesiasticam personam coram iudice saeculari litigaverint et eos praecipimus excommunicatos publice nuntiari singulis diebus dominicis et festivis“ (s. o. S. 257 n. 9); D. S. Besançon 1571, l. c. 8, 221 (Zusammenstellung einer Anzahl solcher Exkommunikationen früherer Synoden); Tours 1583 c. 9, Hardouin 10, 1406: „Praestigiatores, sortilegos seu maleficos, qui ligaturis et malis artibus ad impediendum matrimonii consummationem eorumque conscios et correos, nisi illos denunciaverint... anathematizamus eosque singulis diebus dominicis in ecclesiis paroecialibus . . . pro anathematizatis publicandos censemus“ (s. o. S. 160 u. Leo X.: Supernae 1514 §. 41, b. T. 5, 604); Aix 1585, l. c. p. 1572: „volumus per omnes dies dominicos excommunicari maleficos, atheos et libertinos“ (s. ausser den eben gemachten Anführungen auch o. S. 157. 158).

Völlig vereinzelt ist die generelle Verhängung des Lokalinterdikts in Angers 1448 c. 13 cit., vgl. o. S. 140 n. 3.

[7] S. 140 n. 1.

[8] S. die in den folgenden Noten enthaltenen Citate päpstlicher Bullen u. des Tridentinums.

[9] D. S. Tournai 1481 c. 11 u. 1520 c. 14, Hartzheim 5, 536 u. 6, 166 (für eine ganze Reihe von Vergehen, u. A. der Verletzung der eherechtlichen Ordnungen, o. S. 206 n. 8, S. 207 n. 1, des Asylrechtes, S. 209, der kirchlichen Freiheiten, S. 211, der Eingriffe in die kirchliche Gerichtsbarkeit, S. 215 ff.); Narbonne 1551 c. 57, Hardouin 9, 464: „parochi singulis diebus dominicis e suggestu sive prono ecclesiae hereticos et sortilegos omnes excommunicatos denuncient“; vgl. o. S. 157. 160 u. Leo X.: Supernae cit., s. o. Anm. 6; D. S. Namur 1570 XV. 3, Hartzheim 7, 641 (Wucherer und „qui decimas bona fide nolunt exsolvere“, s. o. S. 198. 220); D. S. Besançon 1571 c. 1, ibid. 8, 48 (arioli, sortilegi, divini, magici, haeretici, schismatici et

und dass sogar die ersteren, wennschon nur vereinzelt, noch im 17. und 18. Jahrhundert[1] vorkommen, während sie allerdings seitdem aus der Praxis der Kirche verschwinden[2].

II. Die Strafen latae sententiae. Die *censurae* und *poenae vindicativae l. s.* waren bereits im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts auf das Ungemessenste vermehrt[3]. Deshalb haben einzelne Partikularsynoden des 15. und 16. Jahrhunderts zur Gewährung einer Übersicht die gemeinrechtlichen Fälle der praktisch am meisten in Frage kommenden Censur l. s., der Exkommunikation, zusammengestellt[4] oder die Anfertigungen solcher Zusammenstellungen in Verbindung mit den durch das Konzil von Trient, den Päpsten und den Provinzial- und Diöcesansynoden ausgesprochenen angeordnet[5].

fautores eorum); Rouen 1581, Hardouin 10, 1216 n. 3. 4 (legentes et retinentes libros sortilegorum et haereticorum mit sortilegi, usurarii und haeretici); ibid. p. 1228 n. 13 (diejenigen, welche ein Benefizium durch Simonie erlangt haben, s. o. S. 166; Sixtus IV.: Perniciosam 1472, b. T. 5, 208); ibid. p. 1239 n. 19 („in pronao pro excommunicatis denuncient, qui post admonitionem ausi fuerint, dominicis et festivis diebus tempore servitii paroecianos in domum suam ad potandum, ludendum aut aliud non necessarium recipere, mercaturam aut vecturas non necessarias aut aliud opus exercere", s. o. S. 205. 206); Rheims 1583, Hardouin 10, 1301 n. 3: „paroecus in singulis diebus dominicis annunciet usurarios esse excommunicationi obnoxios"; Bordeaux 1583 c. 23, l. c. p. 1364: „ut parochi . . singulis diebus dominicis publica proni denunciatione una cum sortilegis, praestigiatoribus, incantatoribus, veneficis (S. 161 Anm.) et aliis huiusmodi hominibus publica talium criminum ignominia notatis simoniacos, confidentiarios et similes pensionum exactores sacrilegos nec minus conferentes, quam recipientes excommunicatos denuncient" (vgl. Pius IV.: Romanum pontificem 1564, b. T. 7, 305; Pius V.: Intolerabilis 1569, ibid. p. 754); Bordeaux 1584 XXXVIII. 7, Hardouin 10, 1500 (usurpatores iurium et titulorum ecclesiarum, ut decimarum et fundationum, o. S. 217. 221); ibid. XLI. 7, p. 1503 („simoniaci et confidentiarii cum sortilegis, praestigiatoribus, incantatoribus, usurariis, veneficis"); Aix 1585 l. c. p. 1574 (simoniaci confidentiarii und ihre Theilnehmer und Gehülfen an allen Sonntagen und durch die Prediger häufig in der Adventszeit und in der Quadragesima als exkommunicirt zu publiziren).

[1] Cambrai 1604 c. 8, Hartzheim 8, 589: „excommunicatos a canone pro suggestu denuntiari volumus (ita tamen, ut nominatim id non fiat, absque speciali nostro mandato) omnes et singulos qui magos, divinatores, sagas, aegyptiosve aliosve similes super futuris eventibus qui a libera pendent hominum voluntate, super furto ablatis, absconditis thesauris, rebus deperditis aliisque occultis consulunt aut consuli mandant: quique rerum occultarum cribri, annuli vel alterius rei agitationem explorant et illos qui signis, maleficiis aliisve modis matrimonii actum impediunt, etiamsi animo illa dissolvendi aut cito tollendi id fecerint"; vgl. Sixtus V.: Coeli et terrae 1586, b. T. 8, 646; Bordeaux 1624 XV. 3, Hardouin 11, 100 (unter Bezugnahme auf Paul II. 1464 in c. 3 in Extr. comm. V. 1): „tales (d. h. quicumque mediatores et adjutores quo actus simoniae seu confidentiae perficeretur, exstiterint) iis excommunicationum denunciationibus quae in prono singulis dominicis infra missarum solemnia contra sortilegos et alios impietatis satores feruntur, adiungendos et pro excommunicatis denunciandos decernimus"; D. S. Köln 1662 I. c. 4 §. 2, Hartzheim 9, 945 (Befehl an die Seelsorger, drei oder vier Mal an den hohen Festen zu verkünden: „nos omnes et singulos, qui similia diabolica remedia et alta seu magica seu incognita nomina, verba, notas vel signa gestaverint vel aliis gestanda dederint, poenae excommunicationis ipso facto incurrendae subiicere eiusque absolutionem nobis reservare"; Tarragona 1717 c. 8, coll. conc. Lac. 1, 761, schreibt die jährliche Publikation der Exkommunikation der Usurpatoren kirchlicher Güter durch das Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref. und durch die Bulle Coenae §. 17 an den von den Ordinarien zu bestimmenden Sonn- und Festtagen vor.

[2] Dagegen sind auch noch in neuerer Zeit allgemeine Exkommunikationen der gemeinsamen Thäter eines bestimmten kirchlichen Verbrechens (vgl. o. S. 139 n. 1) vorgekommen, s. die generell ohne Namen von Pius IX. gegen Viktor Emanuel v. Sardinien, bez. Italien und seine Räthe i. J. 1860 u. 1870 auf Grund von Trid. XXII. c. 11 de ref. ausgesprochenen Exkommunikationen wegen der Okkupation des Kirchenstaates und der Stadt Rom, Arch. f. k. K. R. 5, 171. 173 u. 25, L.

[3] S. o. S. 130. 133.

[4] Breslau 1410, de Montbach, stat. Wratislav. p. 25 (30 Fälle aus dem Dekret und dem lib. X, 32 aus dem VI, 13 aus den Clementinen); Würzburg 1446, Hartzheim 5, 356 (28 Fälle aus dem Dekret und lib. X, 32 aus dem VI, 51 aus den Clementinen); D. S. Bamberg 1491, ibid. p. 634 (dieselben Zahlen); D. S. Regensburg 1512, l. c. 6, 118 (30, 32, 51).

[5] Mailand 1573 c. 8, Hardouin 10, 770, und zwar in der Volkssprache behufs Verlesung am ersten Sonntage der Quadragesima in den Kathedralen und Pfarrkirchen.

Trotzdem haben die Konzilien von Konstanz[1], Basel[2] und das Tridentinum[3] ebenfalls vielfach von Censuren und Strafen dieses Charakters Gebrauch gemacht, ja von den Päpsten sind während der ganzen hier fraglichen Zeit, wenn sie in ihren Konstitutionen Strafen festsetzen, diese überwiegend als poenae oder censurae l. s. verhängt worden[4]. Endlich haben auch die späteren Partikularsynoden[5] bis in die Neuzeit hinein[6] noch dergleichen Strafen festgesetzt, wennschon nicht in dem umfassenden Masse, wie die des 13. und 14. Jahrhunderts.

So ist das Resultat der Entwicklung eine kaum übersehbare Fülle von gemein- und partikularrechtlichen Strafen dieser Art gewesen. Das Charakteristische der hier fraglichen Strafen, gleichviel ob sie Censuren oder *poenae vindicativae* sind, besteht darin, dass ihre Wirkungen sofort mit der Begehung der That eintreten, und dass der davon Betroffene sich den beabsichtigten Wirkungen der Strafe gemäss zu verhalten hat. Wie früher[7], sind aber auch noch in der hier fraglichen Zeit solche Strafen als Strafen latae sententiae angedroht und verhängt worden (so die Geldstrafe[8], die Vermögenskonfiskation[9] und die Konfiskation einzelner Sachen[10]), deren Wirkungen in vollem Umfange nur dann eintreten können, wenn der Bestrafte sich freiwillig dazu versteht, sie selbst zu realisiren, während sie im entgegengesetzten Falle erst durch besonderen Zwang verwirklicht werden müssen. Das instinktive Gefühl, dass solche Strafen ihrem Wesen nach ungeeignet sind, mit dem gedachten Charakter ausgestattet zu werden[11], hat seit dem 15. Jahrhundert die sich allmählich immer mehr verbreitende und fixirende Auffassung in der Doktrin gezeitigt, dass der Schuldige nur bei den Censuren (also der Exkommunikation, den verschiedenen Arten von Suspensionen und dem Interdikt[12]), sowie bei denjenigen Vindikativstrafen,

[1] Sess. gen. XXXIX. c. 2, s. Bd. I. S. 271 n. 7; Sess. XLIII. c. 4, Hübler, Constanzer Reformation S. 160 (Simonie, susp. ab executione ordinum ipso f. und exc. ipso f.).

[2] Sess. XII. (1433), Hardouin 8, 1157 (Verlust des Wahl- bez. Konfirmationsrechts Exc. ipso iure); Sess. XIV., ibid. p. 1170. 1171 (susp. a perceptione medietatis fructuum ecclesiae unius anni ipso iure und amissio dieser Früchte eo ipso); Sess. XX. (1435) c. 1, p. 1193 (susp. i. f. a perceptione fructuum beneficiorum); Sess. XXI. c. 9, p. 1198 (amissio fructuum trium mensium i. f.).

[3] Sess. VI. c. 5 de ref. (susp. ab exec. ordinum ipso iure); Sess. VII. c. 10 de ref. (dasselbe); Sess. XIII. de ss. euchar. sacr. (exc. eo ipso); Sess. XIV. c. 2 de ref. (susp. ab exerc. pontificalium und ab exec. ordinum ipso iure); Sess. XXII. c. 11 de ref. (anathema und privatio beneficii i. f.); Sess. XXIII. c. 8 de ref. (susp. a collatione ordinum per annum und ab exec. ordin. i. f.); Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr. (suspensio ipso iure); c. 6 ibid. (excomm. u. infamia ipso iure); c. 9 ibid. (anathema ipso f.); Sess. XXIV. c. 17 de ref. (vacatio beneficiorum ipso iure); Sess. XXV. c. 2 de reg. (privatio vocis activae et passivae i. f.); c. 5 ibid. (exc. i. f.); c. 18 ibid. (anathema i. f.); Sess. XXV. c. 9 de ref. (privatio iurispatronatus ipso iure); c. 15 ibid. (privatio beneficii ipso iure); c. 19 ibid. (exc., privatio iurisdictionis et dominii civitatis und infamia i. f.).

[4] Das ergiebt jedes Durchblättern der Bände des Bullariums, vgl. auch die Citate aus den päpstlichen Konstitutionen in den Anmerkungen S. 543 ff. 548. 551. 555. 559 ff. 561. 572 ff. 576. 581. 583 ff. 585. 589 ff. 613. 624. 628; ferner im folg. Bd. die Lehre von den päpstlichen Reservationen, da die reservirten Censuren und Strafen ebenfalls alle l. s. sind.

[5] Vgl. die Citate aus denselben, welche bei der Besprechung der einzelnen Strafen gegeben sind.

[6] Baltimore 1843, coll. conc. Lac. 3, 89 (Eingehung einer neuen Ehe nach staatlicher Scheidung exc. i. f.); New-York 1861, ibid. p. 297 (Eingehung der Ehe vor dem ketzerischen Minister exc. i. f.); Australien 1869, ibid. p. 1078 (ebenso); Halifax 1857, ibid. p. 751 (susp. für Geistliche i. f.); Thurles 1850, ibid. p. 793 (Entwendung und Vernichtung von Dokumenten der bischöflichen Archive exc. i. f.); irische Plenarsynode 1875, Arch. f. k. K. R. 43, 61. 62 (Besuch der Wettrennen und Theater durch Geistliche susp. i. f.); Neapel 1882, Arch. f. k. K. R. 51, 71, s. o. S. 535 n. 6.

[7] S. o. S. 133.

[8] S. o. S. 548. 624.

[9] S. o. S. 551. 628.

[10] S. o. S. 552. 628.

[11] S. o. S. 133.

[12] Engel l. c. I. 3 n. 42. 43; Schmalzgrueber V. 37 n. 46; Ferraris s. v. lex n. 37; Thesaurus l. c. P. I. c. 5 lim. 1 u. c. 43.

welche lediglich Rechte entziehen, ohne dass es zu ihrer Realisirung eines weiteren Zwanges bedarf (wie der Unfähigkeit, Weihen oder Benefizien zu erlangen, dem Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, der Infamie)[1] verpflichtet sei, sich sofort der Strafe gemäss zu verhalten, dass aber bei allen anderen Strafen dieser Art[2] eine solche Verbindlichkeit für ihn erst dadurch erzeugt werde, dass ihr Eintritt durch eine richterliche *sententia declaratoria* festgestellt sei, welche dann allerdings rückwirkende Kraft bis zum Augenblick der Begehung der That[3] äussere[4]. Diese Auffassung erscheint aber, so verbreitet sie auch in der früheren Doktrin gewesen ist[5], in sich widerspruchsvoll[6] und weder mit dem Begriff der poena latae sententiae[7] noch mit den Quellen[8] vereinbar. Im Gegentheil heben diese ebenso wie in der früheren Zeit vielfach, ohne hierbei zwischen den erwähnten Arten von Strafen zu unterscheiden, ausdrücklich hervor, dass es zum Eintritt derselben keiner besonderen Deklaratoria bedürfe[9], und wenn die frühere Doktrin diese Fälle als besondere Ausnahmen hinstellt[10], so übersieht sie in ihrer Voreingenommenheit, dass es sich dabei

[1] Bei den s. g. poenae privativae, Engel l. c., Thesaurus l. c. c. 5 resp. 3 u. c. 28. 29, s. auch Schmalzgrueber l. c. n. 49. 50.

[2] D. h. denjenigen, welche gegen den Widerwilligen allein durch Zwang realisirt werden müssen, s. g. *poenae positivae*, Engel l. c. n. 43; Schmalzgrueber l. c. n. 51 ff., also bei der Deposition Thesaurus l. c. c. 27, der privatio beneficii oder officii ibid. c. 28. 30, der privatio fructuum ibid. c. 32, der Konfiskation des Vermögens und einzelner Sachen ibid. c. 36, der Geldstrafe ibid. c. 37, des Verlustes der aktiven und passiven testamenti factio c. 39 und dem Verluste des Bischofssitzes c. 40.

[3] Was richtiger dahin zu formuliren ist, dass der Eintritt der rechtlichen Wirkungen der Strafe von dem erwähnten Moment ab konstatirt wird.

[4] Engel l. c. n. 43; Schmalzgrueber l. c. n. 57 ff.; Thesaurus l. c. c. 6. Während demgemäss bei der Konfiskation des Vermögens und der privatio beneficii der Verlust des einen oder anderen auf den gedachten Zeitpunkt verlegt, sowie Ungültigkeit der inzwischen erfolgten Veräusserungen und in beiden die Pflicht zur Restitution der bezogenen Einkünfte und Früchte angenommen wird, Schmalzgrueber l. c. n. 54. 57; Thesaurus l. c. c. 6, legt letzterer aber den Akten der Jurisdiktion, die in der Zwischenzeit von dem Schuldigen ausgeübt sind, Gültigkeit bei, eine Ansicht, welche mit der Bd. III. S. 175 besprochenen Theorie zusammenhängt.

[5] S. die vorhergehenden Anmerkungen, ferner Kober, Deposition S. 209 ff., vgl. auch oben S. 134 n. 3.

[6] Weil sie bei den Censuren, hier mit Rücksicht auf die Quellen und die feststehende Gewohnheit der Kirche, Schmalzgrueber V. 37 n. 46; Thesaurus l. c. I. c. 5, und bei den l. s. poenae privativae, bei diesen im Hinblick auf die Praxis, die Nothwendigkeit der Deklaratoria verneint, obwohl sich auch bei den Strafen beider Arten nicht sämmtliche Wirkungen im Fall der Widerspenstigkeit des Betroffenen ohne Zwang realisiren lassen, s. o. S. 134 n. 3.

[7] S. o. S. 134 n. 3.

[8] Für die Nothwendigkeit der Deklaratoria bei den l. s. poenae positivae berufen sich die citirten Schriftsteller abgesehen von reg. 49 in VI de R. J. V. cit. („in poenis benignior est interpretatio facienda") auf c. 19 (Bonif. VIII.) in VI de heret. V. 2, nach welchem die Konfiskation des Vermögens der Ketzer ipso iure eintritt, aber die Fürsten sich dasselbe nicht vor Erlass der Sentenz des kirchlichen Gerichts aneignen dürfen, eine Anordnung, welche lediglich die Kompetenz der Kirche betreffs der Feststellung der Ketzerei zu wahren bezweckt, s. o. S. 389 n. 6, aber nichts über die rechtliche Stellung des von der poena l. s. Betroffenen bestimmt.

[9] Ausser c. 1 (Innoc. IV.) in VI de homic. V. 4, S. 134 n. 3, vgl. auch z. B. Pius II.: Ad retinendas 1461 §. 3, b. T. 5, 156: „sine ulteriori sententia declarationis" bei Exkommunikation und Geldstrafe l. s.; Paul II. 1468, o. S. 134 n. 3; Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 399 (fast wörtliche Wiederholung von Paul II. 1468 cit.); Julius II.: Cum tam 1505 §. 11, ibid. p. 405, s. o. S. 572 n. 6; Leo X.: Inter graves 1515 §. 8, ibid. p. 625: „absque alia declaratione" (Exkommunikation, Verlust aller Privilegien und kirchlichen Lehne); Paul IV.: Inter ceteras 1557 §. 2, b. T. 6, 528 (ebenso für privatio beneficiorum und Inhabilität zu Benefizien); vgl. weiter Paul IV.: Incumbentia 1562 §. 10, ibid. p. 523; Pius IV.: Pastoralis 1560 §. 4, b. T. 7, 18; Paul V.: Regularium 1566 §. 4, ibid. p. 487; Gregor XIV.: Cogit 1591 §. 5, b. T. 9, 396 („eos ipso facto absque aliqua monitione aut declaratione seu iudicis decreto excommunicationis sententiam incurrere volumus"); Gregor XIV.: Ecclesiae 1591 §. 20, ibid. p. 436; Clemens VIII.: Cum sanctissimum 1604 §. 7, b. T. 11, 88; Paul V.: Monialium 1612 §. 2, b. T. 12, 184; Urban VIII.: Romanus pontifex 1641 §. 12, b. T. 15, 122; Cum ecclesiae 1642 §. 1, ibid. p. 157; Clemens X.: Ex iniuncto 1672, b. T. 18, 368; Benedikt XIV.: In sublimi 1741 §. 3, bull. Bened. 1, 31.

[10] In diesen Ausnahmefällen soll dann nach der bekämpften Lehre allerdings die Nothwendigkeit einer Deklaratoria entfallen, s. Schmalzgrueber l. c. n. 60, welcher konsequenter Weise

blos um eine ausdrückliche Hervorhebung der Konsequenzen der *poena l. s.*, also um eine eingehende Charakterisirung des Wesens der letzteren handelt[1]. Selbstverständlich ist es, dass der kirchliche Richter in Fällen, in denen die Begehung der betreffenden Strafthat zweifelhaft ist, diese erst, ehe er gegen den Widerwilligen zur Vollstreckung der Strafe schreitet, festzustellen hat[2]. Dies ändert aber an sich nichts an den Wirkungen der Strafe und den dadurch entstandenen Verpflichtungen des Schuldigen.

III. Die Ausgleichung der Strafen latae sententiae und der Generalcensuren (Exkommunikationen). Schon oben ist dargelegt, dass, wenngleich sich die Generalcensuren, namentlich die praktisch hauptsächlich in Frage kommenden generellen Exkommunikationen und die Strafen latae sententiae zwar rechtlich ihrem Charakter nach von einander unterscheiden, dieser Unterschied doch im wesentlichen ein blos formeller ist[3]. Daher hat schon die Konstitution Martins V. *Ad vitanda* von 1418 ihre Erleichterungen für beide Arten gleichmässig gewährt[4]. Ferner sind seit Pius V. durch die Bekleidung der Bulle Coena mit fortdauernder Gesetzeskraft die General-Exkommunikationen derselben zu poenae latae sententiae geworden[5]. Weiter haben die Päpste, indem sie poenae latae sententiae androhen, diese auch gleichzeitig in der Form der Generalcensuren ausgesprochen[6], und darin

den Unterschied zwischen der *poena l. s.* schlechthin und der *p. l. s. absque declaratione* darin setzt, dass bei der ersteren die Exekution bis zur Deklaratoria aufgeschoben bleibe, bei der letzteren aber sofort ohne eine solche eintreten dürfe.

[1] Denn die Quellen wissen nichts von zwei verschiedenen Arten der *poenae* l. s., s. vor. Anm. a. E. Sodann handelt es sich in einer Reihe von Fällen, in denen die Deklaratoria ausdrücklich für überflüssig erklärt wird, neben den s. g. poenae privativae auch zugleich um die Exkommunikation, s. Paul II. 1468, Alexander VI. 1502, Leo X. 1515, Gregor XIV. 1591 §. 5, Clemens VIII. 1604 und Urban VIII. 1642 cit., für welche jene Lehre selbst nicht einmal eine Deklaratoria verlangt, so dass für diese Strafe jedenfalls die Annahme des Textes allein zutreffend ist. Wenn Benedikt XIII.: Catholicae ecclesiae 1725, b. T. 22, 158, mit Rücksicht auf Sixtus V.: Cum sacrosanctum 1589 §. 3, l. c. 9, 661, s. o. S. 578 n. 3: „sine ulla monitione, citatione, iudicis decreto aut ministerio ipso facto privatos (beneficiis) declaramus ac beneficia ipsa per privationem huiusmodi vacare et libere aliis conferri posse, quam etiam pensiones cassatas ... esse et quemquam ulterius ad solutionem minime teneri“ bestimmt hat: „sancimus eiusmodi beneficiatos ex mero facto incessus in habitu laicali, quamvis nulla praecesserit ordinariorum sententia declaratoria privationis beneficiorum ... imo etiamsi nulla citatio, monitio vel alius iudicialis actus in eos fuerit institutus, ipso iure amissionis et privationis fructuum praedictorum poenam incurrere ita, ut illos nullo modo percipere nec perceptos retinere vel facere suos possint, sed ipsos absque ulla prorsus diminutione ad commodum fabricae ecclesiarum ... sub poena lethalis culpae restituere teneantur“, so wird hier ebenfalls bei einer s. g. poena positiva ihre sofortige Wirkung anerkannt. Dasselbe thut auch Colosza 1863, acta conc. Lac. 5, 678, welches im Hinblick auf die privatio beneficii l. s. bei hartnäckiger Unterlassung des Breviergebetes, s. o. S. 577 n. 10 u. Bd. I. S. 142. 143, bemerkt: „Stringit vero restitutio indebite perceptorum beneficialium proventuum in conscientia et ante declaratoriam iudicis.“

[2] S. d. Worte „postquam probabilibus constiterit argumentis“ in Paul II. 1468 und Alexander VI. 1502 cit.; vgl. Paul IV.: Inter ceteras 1557 §. 2, b. T. 6, 528: „constito solum summarie et extraiudicialiter, quod ipso contra tenorem praesentium aliquid fecerint“. Ein förmliches Verfahren ist also nicht erforderlich. Allerdings verpflichtet die const. Benedikts XIII.: Catholicae 1725 cit. die Ordinarien gegen Kleriker, welche keine passende Kleidung tragen: „procedere per citationes“, auch „ad valvas iurisque ordine ceteroquin servato sententiam declaratoriam privationis obtentorum beneficiorum in ipsos ferre“, aber lediglich, weil sie will, dass die Bischöfe clericorum impudentiam canonicis remediis omnino coerceant, d. h. im Interesse der energischen Durchführung der getroffenen Anordnungen. Demnach ist kein vorgängiges richterliches Verfahren zur Exekution der poena l. s. erforderlich, sondern nur zum Erlass der sententia declaratoria.

[3] S. o. S. 139.

[4] S. o. S. 506, ebenso auch die betreffende Baseler Konstitution, S. 506 n. 3.

[5] S. o. S. 139 n. 6.

[6] S. z. B. Sixtus IV.: Romanus pontifex 1478, b. T. 5, 266: »anathematis ac privationis poenas ipso facto incurrisse ... quos ex nunc, prout ex tunc et econtra excommunicamus, anathematizamus ... et privamus“; ähnlich Julius II.: Cum sicut 1507 §§. 1. 2, ibid. p. 457.

sind ihnen auch einzelne Provinzialkonzilien nachgefolgt[1]. Als dann im Laufe der Zeit die Bischöfe immer mehr von dem Erlass derartiger General-Exkommunikationen absahen, kamen solche Fälle, in denen sich praktisch der bestehende Unterschied zwischen diesen Exkommunikationen und den poenae l. s. zeigte, dass die ersteren mit dem Tode oder Amtsverluste des betreffenden Bischofs ihre Kraft verloren[2], nicht mehr vor. So ist für das heutige Recht jeder Unterschied zwischen den beiden Kategorieen der Strafen fortgefallen. Und wenn die Päpste noch Jahrhunderte lang Strafandrohungen in der Form der Generalcensuren oder Strafen, d. h. der sofortigen Verhängung derselben gegen die Zuwiderhandelnden, ausgesprochen haben[3], so sind diese formell als Generalcensuren erscheinenden Strafen doch in der That *poenae latae sententiae* gewesen, da die Konstitutionen, in denen sie angedroht sind, sich als fortdauernde Geltung beanspruchende Normen zu erkennen geben, also von den Päpsten nicht kraft ihres obersten richterlichen Rechtes, sondern kraft ihrer obersten Gesetzgebungsgewalt erlassen worden sind.

§. 304. bb. *Die Reform der constitutio Pius' IX.: Apostolicae von 1869*[4].

Mit Rücksicht auf die grosse Anzahl der durch das gemeine Recht und die päpstlichen Konstitutionen angedrohten Generalcensuren und Censuren l. s., sowie auf die vielfach wegen der fortdauernden Geltung einzelner der letzteren entstandenen Zweifel, sowie endlich mit Rücksicht darauf, dass manche derselben für die Jetztzeit ihre Bedeutung verloren haben, hat sich Pius IX. veranlasst gesehen, durch die Constitutio: *Apostolicae sedis* vom 12. Oktober 1869[5] eine Reform des bisherigen Rechtszustandes herbeizuführen, durch welche zwar eine Vereinfachung desselben erreicht

[1] Narbonne 1609 c. 22, Hardouin 11, 24: „Excommunicationis ipso facto incurrendae sententiam ferimus in eos qui sortilegia et veneficia ... exercent."

[2] S. o. S. 139.

[3] Innocenz VIII.: Cum sicut 1487 §. 2, b. T. 5, 329 (Erschleicher unentgeltlicher Ausfertigungen päpstlicher Briefe) „exc. sententia, a qua nisi per romanum pontificem . . . absolvi non possint . . . per praesentes innodamus" (vgl. dazu Leo X.: Inhaerendo 1517 §. 2, ibid. p. 690); Julius II. 1509 §. 3, ibid. p. 476 (Okkupation des Seewurfes und der Güter von Schiffbrüchigen an den Küsten des Kirchenstaates): „talium spoliantium ... bona et iura quaecumque confiscamus et publicamus illaque camerae apostolicae confiscata et publicata et locorum dominos et vicarios id fieri permittentes excommunicatos eo ipso fore decernimus et etiam declaramus"; Leo X.: Inter graves 1515 §§. 4—6, ibid. p. 626; Pius V.: Romanus pontifex 1568 §. 3, b. T. 7, 723 (ordnungswidrige Ertheilung von Weihen an Religiosen) „contrafacientes per annum a praestatione talium ordinum ipso iure suspendimus"; vgl. weiter Gregor XIII.: Quaecumque 1579 §. 2, b. T. 8, 289; Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584 §. 3, ibid. p. 490: „episcopos . . . suspendimus a divinis, capitula vero ... eorumque ecclesias et loca omnia interdicto ecclesiastico supponimus ac singulares personas exc. sententia innodamus"; Gregor XIV.: Cogit 1591 §. 4, b. T. 9, 396 („omnibus beneficiis privamus"); Clemens VIII.: Illius vices 1592 §. 7, ibid. p. 604; Paul V.: Quoniam 1616 §. 1, b. T. 12, 360; Pius IX. 1873, S. 613 n. 11.

[4] (Avanzini-)Pennacchi, comm. in const. Apostolicae sedis. Romae 1883. 2 tom. (tom. I. p. 1—208 v. Avanzini, der Rest von Pennacchi) (deutsch von Kömstedt. Münster 1873); F. Heiner, d. kirchlichen Censuren. Paderborn 1884; Diendorfer, Art. Apostolicae sed. in Wetzer u. Welte, Kirchenlexikon 2. A. 1, 1125; mir nicht zugänglich sind gewesen die von Heiner S. VII citirten: In const. Apost. Sed. comm. ed. iussu Fr. Aeg. Mauri episc. Reatini. Interamnae 1872, 3. A. 1880; Const. Apost. Sedis annotat. Claromon.-Ferrand; Alessandro Ciolli comm. prattico delle censure 3. A.; Gius. Fornivano, comm. sulla const. Apost. Sed. 8. A.; Bertapelle, In const. Apost. Sed. quaestiones (herausg. auf Befehl des Bischofs v. Padua) 2. A., Padua 1877; ferner Dolhagaray, comment. sur la bulle Apost. Sed. Revue des sciences ecclésiastiques 1890 p. 227. 322. 502 u. 1891 p. 27. 397; Pasc. de Siena, comm. i. const. apost. sed. Neapel 1893.

[5] Abgedruckt Acta s. sed. 5, 287; Friedberg, Samml. d. Aktenstücke z. vatik. Concil S. 403; Arch. f. k. K. R. 23, 326; sowie in den citirten Kommentaren von Pennacchi, bei Heiner u. s. w.

worden ist, welche aber andererseits doch nicht alle Missstände beseitigt hat [1], und deren Tragweite manchen Zweifeln unterliegt.

Durch die gedachte Konstitution [2] sind die bisherigen Generalcensuren und Censuren latae sententiae [3] der Exkommunikation, der Suspension und des Interdikts (und zwar des Lokal-, wie des Personalinterdikts) [4], insbesondere auch die in der Bulle: *Coena* enthaltenen Exkommunikationen [5] mit Ausnahme derjenigen, welche die päpstliche Verordnung ausdrücklich oder durch generelle Verweisung aufrechterhält [6], aufgehoben [7], zugleich aber auch alle Suspensionen der gedachten Art, soweit ihnen selbst begrifflich nicht der Charakter der Censur, sondern der der *poena vindicativa* zukommt, beseitigt worden [8].

Es ist zunächst keinem Zweifel unterworfen, dass diese Anordnung alle diejenigen Generalcensuren, Censuren latae sententiae und Suspensionen des erwähnten Charakters trifft, welche auf dem gemeinen Rechte, also dem Corpus iuris [9], den späteren allgemeinen Konzilien und den für die ganze Kirche erlassenen päpstlichen Konstitutionen beruhen, da die Konstitution Pius' IX. ihrerseits ebenfalls den Charakter eines allgemeinen Kirchengesetzes hat und das bisherige Recht zu reformiren beabsichtigt [10].

Indessen sind dergleichen Censuren auch durch päpstliche Konstitutionen einmal zu Gunsten einzelner Klöster, Stifter, Kirchen und anderer Institute [11], zu Gunsten von Fürsten [12], ferner für einzelne Länder [13] oder Diöcesen [14] und für bestimmte Vergehen der Kurialbeamten [15] angedroht. Auch diese müssen als aufgehoben angesehen werden. Denn dass die Bulle Pius' IX. sich nicht nur auf die allgemeines Recht festsetzenden,

[1] Vgl. z. B. Mittermüller, über die Reform der kirchlichen Censuren, i. Arch. f. k. K. R. 26, 153.

[2] Welche in Folge ihrer Publikation in Rom, s. Bd. III. S. 777. 778, ohne Verkündung in den einzelnen Diöcesen für die ganze Kirche Gesetzeskraft erlangt hat, Entsch. d. S. Officium von 1871, Arch. f. k. K. R. 25, CXLVIII u. Heiner S. 26.

[3] Die Worte der const.: „censurae, quae per modum latae sententiae ipsoque facto incurrendae hactenus impositae sunt", S. 511 n. 10, müssen um so mehr auf die gedachten beiden Arten von Censuren bezogen werden, als praktisch ein Unterschied zwischen ihnen nicht mehr obwaltet, s. S. 653. 654. Ist man doch auch darüber einig, dass im Allgemeinen die Exkommunikationen der Bulle: *Coena* durch die const., welche nur einzelne derselben aufrechterhalten hat, beseitigt worden sind, s. z. B. Diendorfer i. Kirchenlexikon v. Wetzer und Welte 2. A. 2, 1476. 1477; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 775 n. 7 a. E.; Vering K. R. 3. A. S. 711 n. 10; Mittermüller a. a. O. S. 153.

[4] Denn gerade einzelne Interdikte der letzteren Art sind in der const. aufrechterhalten, s. o. S. 495 n. 8; S. 497 n. 4; S. 519 n. 1; S. 537 n. 5.

[5] S. Anm. 3.

[6] Darüber s. nachher S. 658. 660. 661.

[7] S. 511 n. 10.

[8] S. o. S. 642 n. 11.

[9] Wegen des Dekretum Gratians s. S. 133. 134.

[10] So beziehen auch Mittermüller a. a. O. S. 153; Richter-Dove-Kahl a. a. O.; Vering a. a. O. die Tragweite der Konstitutionen auf die allgemeinen, die gesammte Kirche berührenden Censuren, anscheinend auch Diendorfer a. a. O. S. 1126 und Heiner, Censuren S. 27, welcher noch ausdrücklich hervorhebt, dass den etwaigen, mit einzelnen Staaten abgeschlossenen Konkordaten durch die const. nicht derogirt worden sei; vgl. aber dazu unten S. 656 n. 2.

[11] S. z. B. Julius II.: Etsi universos 1507 §. 20 und Inter ceteros 1512 §. 18, b. T. 5, 444 u. 516 (Festsetzung der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s. für diejenigen, welche andere gewaltsam vom Eintritt in den Orden der Olivetaner und die Kongregation S. Salvatoris abhalten); die S. 582 Anm. Sp. 1 u. 2 angeführten Konstitutionen betr. die Entfernung und Wegnahme u. s. w. von Büchern, Manuskripten, Paramenten und den ambitus um Ämter in einzelnen Orden; Gregor XIII.: Ascendente 1584 §. 24, b. T. 8, 457 (Anfechtung des Jesuitenordens).

[12] Gregor XIII.: Decet Romanum 1584, b. T. 8, 442 (Fälschung französischer Königsmünzen).

[13] Benedikt XIV.: Nimium 1743 §. 7, b. Bened. 1, 123 (für Polen: Verträge über das Getrenntleben der Eheleute).

[14] Urban VIII.: Cum ecclesiae 1642, b. T. 15, 157 (Sevilla: Gebrauch des Tabaks in der Kirche).

[15] S. z. B. Leo X.: Inhaerendo 1517, b. T. 5, 690 (Offizialen, welche Betrügereien hinsichtlich der Gebühren bei der Expedition päpstlicher Gnaden zulassen); Paul III.: Cum sicut 1544, b. T. 6, 370 (Führung unrichtiger Rechnungen durch die Offizialen der päpstlichen Kammmer).

sondern auch die spezielles und partikuläres begründenden päpstlichen Konstitutionen, also auf alle in einem päpstlichen Erlass gleichviel welchen Charakters angedrohten Censuren und Suspensionen bezieht, ergiebt sich daraus, dass sie ausdrücklich die die Papstwahl und die innere Leitung kirchlicher Orden, Kollegien und frommer Institute betreffenden aufrechterhält[1], mithin stillschweigend die Censuren, welche in anderen, für spezielle Fälle erlassenen Konstitutionen festgesetzt sind, als nicht mehr geltend bezeichnet. Dazu kommt, dass die gegenseitige Ansicht zu dem widersinnigen Ergebniss führen würde, dass die beabsichtigte Vereinfachung des Rechtszustandes sich lediglich auf das gemeine, viel eher der Kenntniss zugängliche Recht, nicht aber auf besondere päpstliche Begünstigungen, deren allgemeine Kenntniss kaum verlangt werden kann, erstreckt hätte[2].

Ebenso müssen auch die Censuren, welche in den Erlassen der römischen Kurialbehörden festgesetzt sind, sofern dieselben mit Genehmigung des Papstes ergangen, insbesondere auf seinen Befehl publizirt sind, für beseitigt erachtet werden[3], weil solche an verbindlicher Kraft einer vom Papst selbst gegebenen Konstitution gleichstehen, und ihre Anordnungen für die ganze Kirche verbindlich sind[4].

Dagegen ist das Umgekehrte für die durch das partikuläre Recht, also namentlich die Provinzialsynoden oder durch die Bischöfe eingeführten Censuren[5] anzunehmen[6], denn die const. Pius' IX. ist ein allgemeines Gesetz und derogirt daher an sich nicht dem partikulären Recht, sondern nur soweit dies besonders angeordnet ist, und letzteres ist blos in Betreff derjenigen Censuren geschehen, welche auf den wenngleich blos partikuläres oder singuläres Recht schaffenden päpstlichen Konstitutionen[7] beruhen[8].

[1] „Quae vero censurae sive excommunicationis sive suspensionis sive interdicti nostris aut praedecessorum nostrorum constitutionibus praeter eas quas recensuimus latae sunt atque hactenus in suo vigore perstiterunt sive pro r. pontificis electione sive pro interno regimine quorumcumque ordinum et institutorum regularium necnon quorumcumque collegiorum, congregationum coetuum locorumque piorum cuiuscumque nominis aut generis sint, eas omnes firmas esse et in suo robore permanere volumus et declaramus."

[2] Demnach kann ich die S. 655 n. 10 gedachte Ansicht von Heiner, welcher übrigens keinen Fall einer durch ein Konkordat eingeführten Censur l. s. beibringt, nicht für richtig erachten, sofern ein Konkordat in der Form einer päpstlichen Konstitution publizirt worden ist.

[3] In Frage kommt hier namentlich das unter päpstlicher Autorität erlassene Edikt des s. Officium v. 1677, welches auf Veranlassung Clemens' XI. 1718 republizirt worden ist, s. Ferraris prompta bibliotheca s. v. denunciatio quoad delicta n. 1; coll. conc. Lac. 1, 109 n. 15, betr. die Denunziationspflicht bei Ketzerei und bei verwandten Vergehen, deren Nichterfüllung mit der exc. l. s. bedroht ist.

[4] Bd. III. S. 787. 788, vgl. auch Bd. I. S. 448.

[5] S. z. B. Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 390 (päpstlich reservirtes Interdikt l. s. über Kirchen, innerhalb deren das Stehen von Laien und das Halten von Bänken seitens derselben im Presbyterium geduldet wird).

[6] So weit nicht etwa eine solche partikuläre Anordnung blos das gemeine Recht wiederholt, weil sie dann durch dieses letztere festgesetzt ist.

[7] S. oben. Diese Auffassung wird auch dadurch bestätigt, dass gegen Schluss der const. cit.: „decernentes has litteras atque omnia et singula quae in eis constituta ac decreta sunt omnesque et singulas, quae in eisdem factae sunt ex anterioribus constitutionibus praedecessorum nostrorum atque etiam nostris aut ex aliis sacris canonibus quibuscumque, etiam conciliorum generalium et ipsius Tridentini mutationes, derogationes ratas et firmas ac respective rata atque firma esse" nur von Änderungen und Derogationen der päpstlichen Konstitutionen und der heiligen Kanonen, insbesondere der der allgemeinen Konzilien und des Tridentinums, die Rede ist, und dass unter den hh. Canones allein die Anordnungen der älteren, namentlich in die kirchlichen Rechtsbücher aufgenommenen partikulären Konzilien, nicht aber die der späteren verstanden werden können, s. Bd. III. S. 781; v. Schulte, Gesch. d. Quellen des kanon. Rechts 1, 29.

[8] Daher können auch Censuren l. s., welche blos für Rom durch den Kardinalvikar, s. z. B. das Edikt v. 1724 de vita et honestate ecclesiasticorum Romae existentium, coll. conc. Lac. 1, 438, oder welche in dem Dekret einer römischen Kongregation blos für eine Provinz oder Diöcese, s. das Dekret der Congr. episcop. v. 1678 de forma testamentorum ad pias causas, ibid. p. 104, angedroht sind, nicht für beseitigt erachtet werden.

Deshalb erscheint es auch noch heute statthaft, dass diese partikulären Organe neue Censuren latae sententiae androhen[1].

Weiter berührt die const. Apostolicae nicht die sonstigen ausser den eben gedachten Censuren und Suspensionen durch das bisherige Recht festgesetzten *poenae vindicativae latae sententiae* oder *ipso iure incurrendae*, denn sie beschränkt sich ihrem Wortlaut nach[2] lediglich auf die drei genannten Censuren, bez. Strafen[3]. Alle in den älteren gemeinrechtlichen Kirchengesetzen festgesetzten anderen *poenae* (*vindicativae*) *l. s.*, wie z. B. die Entziehung des christlichen Begräbnisses[4], die Infamie[5], die *privatio beneficii*[6], die Unfähigkeit zur Erlangung von Kirchenämtern[7] und der Verlust kirchlicher Privilegien und Berechtigungen[8] sind demnach noch in Kraft geblieben[9].

Was die durch die Konstitution aufrecht erhaltenen Censuren bez. Strafen[10] betrifft, so sind dies zunächst 36 Fälle von Exkommunikationen[11]. Zu diesen

[1] Beispiele dafür bieten die Provinzialsynoden v. Neapel 1882, s. S. 535 n. 6 u. Arch. f. K. R. 50, 411, und die v. Pistoja 1892, Arch. f. k. K. R. 1, 247, welche letztere Geistliche, wenn sie vor dem weltlichen Gericht hadern, mit der Suspension ipso facto belegt.

[2] S. o. S. 511 n. 10.

[3] Ebenso Heiner S. 27; (Avanzini-) Pennacchi 1, 559. 803. Letzterer nimmt freilich (1, 559) an, dass diese Strafen für alle diejenigen Handlungen fortgefallen sind, für welche die const. cit. die früher auf dieselben gesetzte Exkommunikation beseitigt hat, weil diese die härteste Strafe sei, und mit dem Fortfall derselben auch die sonstigen accessorischen und leichteren Strafen beseitigt würden. Dies widerspricht aber dem Zweck und dem Wortlaut der const. und ist auch unrichtig, weil man im kanonischen Recht nicht von Haupt- und Nebenstrafen sprechen kann, nach demselben auch das Verhältniss der Strafen zu einander nicht gesetzlich bestimmt ist, s. o. S. 143, und überdies aus dem Umstande, dass der Gesetzgeber für eine Strafthat eine bestimmte schwere Strafe aufhebt, noch nicht mit Nothwendigkeit folgt, dass er alle anderen auf dieselbe gesetzten Strafen beseitigt wissen will, vgl. auch dagegen Pennacchi 1, 803. Übrigens zieht (Avanzini-) Pennacchi 1, 559 in seine Erörterung auch die gar nicht hierher gehörige Frage hinein, ob die betreffenden Strafen durch Gewohnheitsrecht beseitigt oder durch das veränderte Verhältniss von Staat und Kirche unpraktisch geworden sind.

[4] So z. B. beim Duell, s. o. S. 541 n. 6; (Avanzini-) Pennacchi 1, 560; Heiner S. 159.

[5] Ebenfalls beim Duell, s. S. 555 n. 2; bei simonia realis ob ingressum religionis c. 1 (o. S. 363 n. 4) in Extr. comm. de simon. V. 1; vgl. (Avanzini-) Pennacchi 1, 924.

[6] Pius IV.: Ea quae 1560 §. 7, S. 572 n. 6 (Gestattung des Duells durch Geistliche), (Avanzini-) Pennacchi 1, 560; Heiner S. 160; Pius V.: Intolerabilis 1569 §. 8, S. 573 n. 6 (simonia confidentialis), s. auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 889; vgl. auch weiter in Betreff der Klausurverletzung der Mannsklöster ibid. p. 803. 804.

[7] Vgl. die Citate in der vor. Anm.

[8] Pius V.: Romanus pontifex 1568 §. 4, b. T. 7, 723; (Avanzini-) Pennacchi 2, 387 erklärt allerdings in diesem Fall die Strafe für beseitigt, weil sie in der const. Pii IX. nicht aufrecht erhalten sei.

[9] Gerade deswegen ist die Reform Pius' IX. nicht durchgreifend genug gewesen, denn in Betreff der poenae l. s. walten gerade dieselben Unsicherheiten ob, wie bei den Censuren.

[10] In derselben werden zunächst die Exkommunikationen, dann die Suspensionen und schliesslich die Interdikte aufgezählt, und innerhalb der einzelnen Kategorieen ist die Zusammenstellung so geordnet, dass diejenigen vorangestellt sind, deren Absolution dem Papste speciali modo, d. h. persönlich, s. darüber d. folg. Bd. (nachher als *p. s. r.* bezeichnet), vorbehalten ist, und demnächst diejenigen folgen, welche blos allgemein dem Papst (*p. r.*), sodann diejenigen, welche den Ordinarien (*o. r.*) und endlich, welche Niemandem zur Absolution reservirt sind (*n. r.*). Da die Zuständigkeit zur Absolution hier nicht in Betracht kommt, bin ich bei der Zusammenstellung im Interesse grösserer Übersichtlichkeit von dieser Reihenfolge abgewichen.

[11] Gegen 1. Apostaten, Ketzer und ihre credentes, receptores, fautores und defensores (*p. s. r.* n. 1); 2. Schismatiker und diejenigen, welche sich der Obedienz des Papstes entziehen (*p. s. r.* n. 3); 3. diejenigen, welche ohne päpstliche Erlaubniss etwaige, die Ketzerei vertheidigende Bücher, von Apostaten und Ketzern oder durch päpstliche Schreiben besonders verbotene Bücher lesen, bei sich behalten, drucken und vertheidigen (*p. s. r.* n. 2); 4. diejenigen, welche öffentlich oder geheim etwaige durch den Papst bei Strafe der exc. l. s. verurtheilten Sätze lehren oder vertheidigen und dasselbe in Betreff der Erlaubtheit der Praxis, vom Beichtkinde den Namen des Mitschuldigen zu erforschen, s. o. Bd. IV. S. 122 n. 1, thun (*p. r.* n. 1); 5. die der Realsimonie in Bezug auf Benefizien Schuldigen oder ihre Mitschuldigen (*p. r.* n. 8); 6. diejenigen, welche sich der Realsimonie beim Eintritt in einen Orden (*p. r.* n. 10) oder 7. sich der *simonia confidentialis* in Bezug auf Benefizien schuldig machen (*p. r.* n. 9); 8. diejenigen, welche sich durch Gewährung von Ablässen und anderen geistlichen Gnaden Gewinn verschaffen (*p. r.* n. 11); 8. welche höhere Mess-

treten aber noch nach ausdrücklicher Vorschrift die vom Tridentinum festgesetzten Exkommunikationen l. s., gleichviel ob dieselben überhaupt besonders und wem sie zur Absolution vorbehalten werden[1], sofern sie durch dasselbe neu eingeführt worden

stipendien sammeln und die Messen, um Gewinn aus den ersteren zu ziehen, an Orten, an welchen niedrigere Stipendien gezahlt werden, lesen lassen (*p. r.* n. 12); 10. diejenigen, welche Kardinäle, Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe, päpstliche Legaten oder Nuntien tödten, verstümmeln, schlagen, gefangen nehmen, einsperren, in Haft halten oder sie aus ihren Ländern und Besitzungen austreiben, sowie die Anstifter, Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger (*s. p. r.* n. 5); 11. die *percussores clericorum et religiosorum* (*p. r.* n. 2, sofern nicht nach bisherigem Recht der Bischof absolviren kann, Bd. I. S. 122); 12. die Duellanten, die Herausforderer zum Duell, diejenigen, welche ein solches annehmen, ihre Mitschuldigen, Gehülfen, Rathgeber, diejenigen, welche dem Duell absichtlich als Zuschauer beiwohnen, dasselbe erlauben oder nicht nach ihren Kräften verhindern (*p. r.* n. 3); 13. diejenigen, welche sich einer erfolgreichen Kindesabtreibung schuldig gemacht haben (*o. r.* n. 2); 14. die Usurpatoren und Sequestranten von Jurisdiktionen, Gütern und Einkünften, welche kirchlichen Personen mit Rücksicht auf ihre Kirchen oder Benefizien zustehen (*s. p. r.* n. 11); 15. die Invasoren, Zerstörer von Städten, Ortschaften, Ländereien und Berechtigungen der römischen Kirche, diejenigen, welche diese selbst oder durch andere detiniren oder die oberste Jurisdiktion in denselben usurpiren, stören oder zurückbehalten, sowie alle ihre Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger (*s. p. r.* n. 12); 16. diejenigen, welche ohne Erlaubniss Reliquien aus den Cömeterien und Katakomben der Stadt Rom und ihres Gebietes herausnehmen, nebst ihren Gehülfen und Begünstigern (*p. r.* n. 15); 17. die Fälscher päptlicher Briefe, diejenigen, welche Schreiben fälschlich öffentlich als päpstliche ausgeben oder Supplikationen des Vicekanzlers oder seines Stellvertreters fälschlich signiren (*s. p. r.* n. 9); 18. diejenigen, welche wissentlich von falschen päpstlichen Schreiben Gebrauch machen und welche bei diesem Vergehen mitwirken (*o. r.* n. 3); 19. die freventlichen Verletzer des kirchlichen Asylrechts und diejenigen, welche den Befehl zur That gegeben haben (*p. r.* n. 5); 20. diejenigen, welche von den Anordnungen und Befehlen des Papstes an ein zukünftiges allgemeines Konzil appelliren, ihre Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger (*s. p. r.* n. 4); 21. diejenigen, welche die Ausübung der Jurisdiktion der Kirche auf dem äusseren oder inneren Forum direkt oder indirekt hindern, zu diesem Behuf an die weltliche Gewalt rekurriren und Anordnungen derselben sich verschaffen und herausgeben oder dabei Hülfe, Rath oder Begünstigung gewähren (*s. p. r.* n. 6); 22. diejenigen, welche weltliche Richter direkt oder indirekt zwingen, geistliche Personen gegen die kanonischen Vorschriften vor ihr Gericht zu ziehen, sowie welche Gesetze und Befehle gegen die Freiheit und die Rechte der Kirche erlassen (*s. p. r.* n. 7); 23. diejenigen, welche gegen Schreiben und Akte des päpstlichen Stuhles, der Legaten oder Delegaten an die weltliche Gewalt rekurriren, oder direkt oder indirekt die Verkündung oder Durchführung der ersteren hindern oder wegen derselben die Parteien oder andere verletzen oder einschüchtern (*s. p. r.* n. 8); 24. diejenigen, welche gegen die const. Pii V. 1567, s. o. S. 551 n. 6, betreffend die Veräusserung und Infeudation der Städte und Ländereien der römischen Kirche, handeln (*p. r.* n. 13); 25. diejenigen, welche kirchliche Güter ohne päpstliche Genehmigung zuwider der Extr. Ambitiosae Pauls II., s. o. S. 585 n. 8, veräussern und sie anzunehmen sich unterfangen (*n. r.* n. 3); 26. diejenigen, welche die Inquisitoren, die Denunzianten, Zeugen und andere Gehülfen bei den Inquisitionstribunalen verletzen oder einschüchtern, oder die Schriften der Inquisitionsgerichte fortschleppen oder verbrennen, sowie diejenigen, welche den Thätern bei diesen Vergehen Hülfe, Rath oder Begünstigung gewähren (*n. r.* n. 2); 27. diejenigen, welche in die Sekte der Freimaurer oder Carbonari oder einer anderen öffentlich oder geheim auf den Umsturz der Kirche oder der rechtmässigen Gewalten hinarbeitenden Sekte als Mitglieder eintreten oder diesen Sekten irgendwie Vorschub leisten oder ihre geheimen Häupter und Führer nicht anzeigen (*p. r.* n. 4); 28. die communicantes cum excommunicato nominatim a papa in crimine criminoso, s. o. S. 512 n. 3 (*p. r.* n. 16); 29. Mandantes seu cogentes tradi ecclesiasticae sepulturae haereticos notorios aut nominatim excommunicatos vel interdictos, s. o. S. 497 n. 10 u. S. 518 n. 4 (*n. r.* n. 1); 30. diejenigen, welche es schuldhafter Weise unterlassen, den Beichtvater, welcher als solcher gegen sie eine sollicitatio ad turpia begangen hat, innerhalb eines Monats anzuzeigen (*n. r.* n. 4); 31. diejenigen, welche die Klausur der Nonnenklöster durch Betreten derselben ohne die ordnungsmässige Erlaubniss verletzen, welche andere Personen in die Klausur einführen oder zulassen, sowie die Ordensfrauen, welche dieselbe ohne rechtmässige Gründe verlassen (*p. r.* n. 6); 32. Frauen, welche die Klausur der Mannsklöster verletzen, und die Oberen derselben sowie andere, welche sie zulassen (*p. r.* n. 7); 33. Geistliche der höheren Weihen, sowie Mönche und Nonnen nach abgelegtem feierlichen Gelübde, welche sich unterfangen eine Ehe zu schliessen, und diejenigen, welche diese mit ihnen eingehen (*o. r.* n. 1); 34. clerici scienter et sponte communicantes in divinis cum personis a Romano pontifice nominatim excommunicatis et ipsos in officiis recipientes, s. o. S. 513 n. 1 (*p. r.* n. 17); 35. Priester, welche den complex absolviren, s. Bd. IV. S. 110. 111, namentlich n. 3 (*s. p. r.* n. 10); 36. Religiosen, welche Geistlichen und Laien ausser dem Fall der Nothwendigkeit die letzte Ölung und das Abendmahl ohne Erlaubniss des Pfarrers spenden, s. Bd. IV. S. 81 n. 6 u. S. 137, (*p. r.* n. 14).

[1] Const. Pii IX. cit.: . . „praeter hos hactenus

sind[1], nicht aber diejenigen, welche in früheren kirchlichen Gesetzen angedroht sind und auf welche das Konzil blos durch spezielle oder generelle Bezugnahme derselben[2] verweist. In Folge dessen reihen sich den schon gedachten 36 noch 9 weitere Fälle an[3]. Endlich ist diese Zahl von zusammen 45 Exkommunikationen l. s. unter Pius IX. nach dem Erlass der const.: Apostolicae noch um drei neue[4] und unter

recensitos, eos quoque quos ss. concilium Trident. sive reservata summo pontifici aut ordinariis absolutione sive absque ulla reservatione excommunicavit, nos pariter ita excommunicatos esse declaramus, excepta anathematis poena in decreto sess. IV de editione et usu sacrorum librorum constituta, cui illos tantum subiacere volumus, qui libros de rebus sacris tractantes sine ordinarii approbatione imprimunt aut imprimi faciunt."

[1] Das ergiebt der Wortlaut und der Zweck der const. cit., so auch (Avanzini-) Pennacchi 2, 221; Heiner S. 36. Wo das Tridentinum überhaupt nicht gilt, kommen also diese Exkommunikationen nicht zur Anwendung, da die const. demselben nicht mehr Kraft verleiht, als es an sich hat.

[2] S. z. B. Sess. XXI. c. 1 de ref.

[3] 1. Diejenigen, welche lehren, predigen, hartnäckig behaupten oder in öffentlichen Disputationen vertheidigen, dass Jemand, welcher mit einer Todstünde behaftet ist, so sehr er sich auch selbst wegen seiner Reue für würdig hält, sogar beim Vorhandensein eines Beichtvaters nicht vor dem Empfange des Abendmahls die sakramentale Beichte abzulegen braucht, Sess. XIII. de ss. euch. sacr. can. 11; 2. diejenigen, welche behaupten, dass die klandestinen Ehen, so lange sie die Kirche nicht für nichtig erklärt hat, nicht gültig und dass die von Hauskindern ohne Konsens der Eltern geschlossenen Ehen nichtig seien, so dass die letzteren sie als gültig oder ungültig behandeln können, Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr.; 3. diejenigen, welche Bücher „de rebus sacris tractantes", d. h. nach der Entsch. d. Offic. v. 1880, Acta s. sed. 15, 229, über die h. Schrift, Anmerkungen und Kommentare dazu, nicht Bücher über sonstige heilige oder religiöse Gegenstände, drucken oder drucken lassen, Sess. IV. decr. de ed. et usu ss. librorum in der Abänderung durch die const. cit., s. S. 658 n. 1; 4. Entführer von Frauenspersonen, ihre Rathgeber, Gehülfen und Begünstiger, Sess. XXIV. c. 6 de ref. matr.; 5. weltliche Herren und Obrigkeiten, welche ihre Untergebenen oder andere direkt oder indirekt zur Eingehung von Ehen zwingen, Sess. XXIV. de ref. matr. c. 9; 6. diejenigen, welche ausser in den gesetzlich erlaubten Fällen, s. c. 18 (Innoc. III.) X de conv. coniug. III. 32 u. c. 19 (Gregor. IX.) X eod., Jungfrauen, Frauen oder Wittwen zum Eintritt in ein Kloster, zur Anlegung der Ordenstracht oder Ablegung der professio religiosa zwingen, welche dabei durch Rath, Hülfe oder Begünstigung mitwirken oder welche in Kenntniss des geübten Zwanges den betreffenden Akten beiwohnen oder dazu ihre Zustimmung geben oder ihre Autorität herleihen, Sess. XXV. c. 18 de reg.; 7. diejenigen, welche ohne gerechten Grund eine Jungfrau oder Frau an der Anlegung des Schleiers oder Ablegung der professio religiosa hindern, Sess. XXV. c. 18 cit.; 8. weltliche Obrigkeiten, welche auf Ersuchen des Bischofs keine Hülfe zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Klausur der Nonnen gewähren, Sess. XXV. c. 5 de reg., Fälle, welche sämmtlich nicht reservirt sind; 9. die Usurpatoren anderer als der S. 657 n. 11 unter Nr. 14 erwähnten kirchlichen Güter und Einkünfte, also namentlich von frommen Stiftungen und Gefällen, welche für den Unterhalt von Geistlichen oder Armen verwendet werden müssen, diejenigen, welche sämmtliche, auch die oben a. a. O. gedachten Güter und Einkünfte selbst, oder durch Andere unter Anwendung von Gewalt oder List oder anderer Mittel in ihren eigenen Nutzen verwenden oder verhindern, dass sie von den Berechtigten genutzt oder bezogen werden können, Sess. XXII. c. 11 de ref. (nur *p. r.*, während die spezielle päpstliche Reservation sich allein auf den erwähnten Fall bezieht, aber der einfache päpstliche Vorbehalt nicht zugleich diesen letzteren Fall nach der Entsch. des Officium v. 1874, Acta s. sed. 9. 314, trifft), vgl. (Avanzani-) Pennacchi 1, 369 u. 2, 303 ff. 329. 330; wogegen die sonstigen, im Tridentinum enthaltenen excommunicationes l. s. in die const. cit. aufgenommen und durch diese ersetzt, bez. verändert sind, so die gegen Kaiser, Könige und weltliche Obrigkeiten, welche Duellanten Platz für die Duelle gewähren, Sess. XXV. c. 19 de ref. (*n. r.*) durch Nr. 12, S. 657 n. 11, und gegen die Verletzer der Nonnenklausur, Sess. XXV. c. 5 de reg. (*n. r.*) durch Nr. 31, s. a. a. O., (Avanzini-) Pennacchi 2, 236. 237.

[4] Nämlich 1. in der const.: Romanus pontifex v. 28. August 1873, Arch. f. k. K. R. 31, 181; Acta s. sed. 7, 401; (Avanzini-) Pennacchi 1, 413, gegen Kanoniker und Dignitäre, welche die Obsorge, Leitung oder Verwaltung einer erledigten bischöflichen Kirche dem von einer weltlichen Regierung präsentirten oder nominirten Kandidaten vor Vorlegung des apostolischen Bestätigungschreibens seitens desselben übertragen, sowie gegen diejenigen der gedachten Kandidaten, welche auf Grund einer solchen Übertragung die Leitung und Verwaltung übernehmen, endlich gegen diejenigen, welche solchen Kandidaten als Leiter der Kirche Gehorsam leisten oder ihnen in Betreff der Verwaltung und Leitung Hülfe, Rath oder Begünstigung gewähren; 2. in dem auf Befehl Pius' IX. erlassenen Dekret d. Congr. conc. v. 23. Mai 1874, Acta s. sed. 7, 702; Heiner S. 39. 127. 129, gegen diejenigen, welche in den Diöcesen der Provinzen Venedig und Mailand „suffragante populo ad parochi sive vicarii officium electi audeant sive ecclesiae sive iurium ac bonorum praetensam possessionem arripere atque obire munia ecclesiastici ministerii", Exkommunikationen, welche beide dem Papst

Leo XIII. um eine weitere[1] vermehrt worden[2].

Von **Suspensionen** hat die const.: Apostolicae 8 Fälle[3], unter denen sich aber weder eine suspensio ab officio et a beneficio, noch eine ab officio oder beneficio befindet, und ebenso wie bei den Exkommunikationen die vom Trienter Konzil seinerseits ausgesprochenen Suspensionen[4] — 11 an der Zahl[5] — aufrechterhalten. Zu diesen sind nach Erlass der Konstitution Pius' IX. von 1869 noch 3 weitere Suspensionen *latae sententiae*, nämlich 1. eine dem Papst speziell reservirte *suspensio* ab exercitio pontificalium[6]; ferner 2. eine demselben nur schlechthin vorbehaltene *suspensio a divinis*[7] und 3. eine ihm in der gleichen Weise reservirte Suspension von den *ordines suscepti*[8] getreten.

speziell reservirt sind; 3. die in der päpstlich gebilligten Entscheidung des Officium inquis. v. 1872 durch authentische Deklaration wiederhergestellte, nicht reservirte Exkommunikation gegen die in den Missionen Japans, Ostindiens und Amerikas Handel treibenden Missionare, S. 628 n. 7, und gegen die unmittelbaren Provinzial- und General-Oberen der letzteren, welche die Bestrafung derselben unterlassen, s. Clem. IX.: Sollicitudo v. 1669 cit. §. 4, vgl. a. a. O.; Acta s. sed. 7, 317, (Avanzini-) Pennacchi 2, 281 ff.; Heiner S. 307 ff., eine Entscheidung, welche 1883 auch auf die Missionare in China ausgedehnt ist, Acta s. sed. 24, 707.

[1] In dem von ihm bestätigten Dekret der Congr. conc. v. 25. Mai 1893, Acta s. sed. 26, 56 u. Arch. f. k. K. R. 70, 165, die den Bischöfen reservirte Exkommunikation gegen diejenigen Laien, namentlich Buchhändler und Kaufleute, welche unter Erlass öffentlicher Aufforderungen oder unter Ausbietung von Prämien oder auf andere Weise Stipendien für zu lesende Messen sammeln und den Priestern, denen sie die Celebration übertragen, statt der Messstipendien Bücher und andere Waaren geben, gleichviel, ob sie den Gewinn für sich behalten oder ihn frommen Stiftungen und Werken zuwenden, sowie gegen Laien, welche die von den Gläubigen oder frommen Stiftungen empfangenen Messstipendien den gedachten Buchhändlern und Kaufleuten und andern Sammlern übergeben, selbst wenn sie keine Prämie dafür erhalten. Vgl. dazu auch congr. conc. 1894, Acta s. sed. 26, 533.

[2] Ausserdem kommen aber auch die unten S. 661 erwähnten in Betracht.

[3] Welche sämmtlich dem Papst nur schlechthin, nicht speziell reservirt sind, nämlich an Suspensionen *ab ordine* und *a collatione* ordinum auf bestimmte Zeit 1. die S. 604 n. 2; 2. die a. a. O. n. 3 und 3. die a. a. O. n. 2 a. E. aufgeführten; an Suspensionen von der Ausübung der Weihen 4. die S. 604 n. 8 erwähnte, sowie an solchen von den ordnungswidrig empfangenen Weihen 5. die S. 604 n. 9 u. 6. die S. 603 n. 10 gedachten; ferner 7. die S. 603 n. 10 berührte suspensio ab usu pontificalium und 8. die S. 602 n. 3 besprochene suspensio a perceptione beneficiorum.

[4] Const. cit.: „Denique quoscumque alios ss. concilium Tridentinum suspensos aut interdictos ipso iure esse decrevit, nos pari modo suspensioni vel interdicto eosdem obnoxios esse volumus et declaramus."

[5] Die schlechthin ausgesprochenen Suspensionen 1. in Sess. XXV. c. 14 de ref., s. S. 606 n. 7, und 2. in Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr., s. a. a. O.; 3. die susp. ab officio et beneficio in Sess. XXIII. c. 10 de ref., s. Bd. I. S. 100 n. 9; 4. die suspensio ab exercitio pontificalium in Sess. VI. c. 5 de ref. und 5. in Sess. XIV. c. 2 de ref., s. Bd. I. S. 100 n. 11; 6. die susp. a collatione ordinum in Sess. XXIII. c. 8 de ref., s. Bd. I. S. 100 n. 4; 7. die susp. ab executione ordinum in Sess. VII. c. 10 de ref., s. Bd. I. S. 99 n. 6; 8. die Suspension von den unrechtmässig empfangenen Weihegraden in Sess. VI. c. 5 de ref. cit., s. Bd. I. S. 99 n. 3; 9. in Sess. XIV. c. 2 de ref. cit., s. a. a. O. n. 4; 10. in Sess. XXIII. c. 8 de ref., s. a. a. O. S. 98. 99 n. 2; endlich 11. die susp. ab officio in Sess. XXV. c. 17 de reg., s. o. S. 600 n. 7; einen Fall, welchen Heiner S. 354, weil er auch seinerseits auf dem Boden der oben a. a. O. bekämpften Auffassung steht, zu Unrecht nicht hierher gerechnet wissen will.

Nicht hierher gehört aber Trid. Sess. XXIII. c. 14 de ref., da dieses seinerseits nicht erst die Strafe der suspensio ipso facto für den per saltum promotus festgesetzt hat, Bd. I. S. 111; (Avanzini-)Pennacchi 2, 474, sondern blos auf das frühere Recht Bezug nimmt, so auch Heiner S. 353. Diese Suspension ist also durch die const. cit. aufgehoben und zwar nicht blos so weit sie sich als Censur, sondern auch als Strafe darstellt, in letzter Beziehung a. A. (Avanzini-) Pennacchi 2, 476, denn die Konstitution berührt die Suspensionen sowohl des einen, wie auch des anderen Charakters, s. o. S. 655. Das Verbot für einen solchen promotus, die Weihen ohne Dispensation auszuüben, ist freilich damit nicht fortgefallen.

Reservirt ist übrigens keine der gedachten Suspensionen.

[6] Gegen Bischöfe nach der const. Pii IX.: Romanus pontifex v. 1873, s. o. S. 585 n. 8 a. E.

[7] Gegen Geistliche des Priestergrades, welche gegen die Vorschriften des Dekretes v. 25. Mai 1893, s. Anm. 1, verstossen und welche von den in demselben gedachten Sammlern von Messstipendien solche für die Celebration der Messen in Büchern oder Waaren annehmen.

[8] Gegen Kleriker, welche noch nicht die Priesterweihe haben, in dem in der vor. Anm. gedachten Fall.

Was endlich die Interdikte *latae sententiae* betrifft, so hat die erwähnte Konstitution von diesen blos zwei Fälle des Personalinterdikts [1] und die vom Tridentinum festgesetzten beiden Fälle desselben [2] in Geltung bestehen lassen, denen Pius IX. noch einen weiteren angefügt hat [3].

Ausserdem hat die citirte Konstitution Pius IX. noch zwei ganze Klassen von Exkommunikationen, Suspensionen oder Interdikten von der Aufhebung ausgenommen [4], nämlich 1. alle, welche sich auf die Wahl des Papstes [5] sowie 2. alle, welche sich auf die innere Leitung von Orden, Ordenshäusern, von Kongregationen, kirchlichen Kollegien und Vereinigungen, sowie ferner der unter kirchlicher Autorität errichteten frommen Stiftungen [6], z. B. der Hospitäler, Armen-Anstalten und Montes pietatis (Leihhäuser) [7] beziehen, indessen diese beiden Klassen allein unter der Voraussetzung, dass die Strafen bis zum Erlass der Konstitution noch in lebendiger Übung gewesen [8], also nicht durch ein entgegenstehendes Gewohnheitsrecht beseitigt worden oder wegen veränderter Verhältnisse nicht mehr zur Anwendung gekommen sind [9].

[1] 1. Gegen Kapitel und andere Personen-Gesammtheiten das dem Papst speziell reservirte, o. S. 519 n. 1 gedachte generelle Personalinterdikt und 2. gegen physische Personen das dem missachteten Ordinarius reservirte interdictum ab ingressu ecclesiae, für die S. 495 n. 8, S. 497 n. 4 und S. 537 n. 5 gedachten Vergehen.

[2] 1. Das interdictum ingressus ecclesiae gegen Erzbischöfe, bez. den ältesten Suffraganbischof in Sess. VI. c. 1 de ref., s. o. S. 585 n. 8, und 2. das generelle Personalinterdikt für die Domkapitel in Sess. VII. c. 10 de ref., s. Bd. I. S. 100. 101 n. 1, beide nicht reservirt.

[3] Nämlich das speziell dem Papste reservirte interdictum ab ingressu ecclesiae gegen Kanoniker und Dignitäten, welche die Bischofsweihe haben, in der const.: Romanus pontifex v. 1873, s. o. S. 585 n. 8 a. E.

[4] S. o. S. 656 n. 1.

[5] Von den vor Allem für diese in Betracht kommenden Vorschriften, der const. Gregorii XV.: Aeterni patris 1621, b. T. 12, 619, und dem Caeremoniale der const. desselben: Decet Romanum v. 1622, ibid. p. 662, vgl. auch Bd. I. S. 274 ff., weist die letztere keine Strafandrohungen auf. Die erstere setzt Exkommunikationen l. s. fest 1. gegen die Kardinäle für die Aufstellung von Wahlkapitulationen und die Eingehung aller auf die Beeinflussung der Wahl gerichteten Vereinbarungen, Verträge, Abredungen und Bündnisse (§§. 18. 19); 2. für die sich nicht an der Wahl betheiligenden Kardinäle, welche sich im Konklave befinden (§. 17); 3. ferner für die Kardinäle, wenn sie nicht täglich zweimal zur Wahl (s. Bd. I. S. 280) schreiten (§. 17); 4. wenn sie die Ausloosung der drei Skrutatoren und drei Infirmarien (a. a. O. S. 283) nicht ordnungsmässig vornehmen (§. 16); 5. wenn sie gegen die Vorschriften über das Wahlverfahren, namentlich über Vornahme des scrutinium und des accessus (vgl. §§. 1—13, s. auch Bd. I. S. 280. 281. 283 ff. 286 ff.) verstossen (§. 14); 6. oder gegen die Geheimhaltung der Vorgänge beim Skrutininm oder Access etwas festsetzen, anordnen, ändern oder verhandeln oder verstossen (§. 20); 7. gegen die Skrutatoren und Rekognitoren, s. Bd. I. S. 285. 286, welche das Amtsgeheimniss verletzen (§. 16); 8. gegen einen Kardinal, welcher für einen durch Krankheit am Schreiben verhinderten Wähler den Stimmzettel geschrieben und trotz der eidlichen Zusicherung der Geheimhaltung das Geheimniss nicht gewahrt hat (§. 15); 9. gegen denjenigen, welcher eine unter Verletzung der wesentlichen Vorschriften erfolgte Wahl annimmt, seine Wähler, Anhänger und Mitschuldigen (§. 19). Weiter gehören auch noch hierher Julius II.: Cum tam divino 1505 §. 10, b. T. 5, 405, betreffend die reservirte Exkommunikation gegen Kardinäle, welche bei der Papstwahl Simonie begehen, oder während der Vakanz des päpstlichen Stuhles gegen die Vorschriften der const. cit. verstossen oder etwas gegen dieselben festsetzen oder anordnen, sowie Pius IV.: In eligendis 1562 §. 20, b. T. 7, 230, s. Bd. I. S. 277 n. 8.

[6] (Avanzini-) Pennacchi 2, 548.

[7] Daher sind, weil es sich um die innere Leitung, d. h. die Pflichten der Angehörigen dieser Institute gegen dasselbe und gegen die Oberen, sowie die Rechte und Pflichten der letzteren gegen ihre Untergebenen handelt, aufrechterhalten z. B. die Exkommunikationen in der Clem. 1 §. 5 de stat. reg. III. 10, in Paul V.: Romanus pontifex 1606 §. 6, b. T. 11, 346, u. Alexander VII.: Licet alias 1660 §. 4, b. T. 16, 582 (für die Mönchsoberen, welche ketzerische und der Ketzerei verdächtige Mönche der Inquisition nicht anzeigen und die anderen Mönche, wenn sie solche Denunziationen machen wollen, davon abhalten). Dagegen sind z. B. aufgehoben die Exkommunikationen und Suspensionen in Clem. 1 de decim. III. 8 (s. o. S. 192 n. 4), in Clem. 3 de poen. V. 8, sowie in den verschiedenen päpstlichen Konstitutionen, welche die Entfernung, Wegnahme oder Ausleihung von Büchern u. s. w. aus den Bibliotheken von Orden, Klöstern u. s. w. untersagen, s. o. S. 582 Anm. Sp. 1 u. 2.

[8] S. o. S. 656 n. 1.

[9] Denn auch unter der zuletzt gedachten Voraussetzung trifft für sie das: „in suo vigore perstiterunt“ nicht zu. Allerdings ist hierbei

Durch die gedachte Reform ist, soweit es sich um die noch geltenden Censuren, bez. Strafen *latae sententiae* handelt, jedenfalls immer noch kein hinreichend einfacher und übersichtlicher Rechtszustand geschaffen worden. Ganz abgesehen davon, dass die Konstitution schon in Betreff der früheren Verordnungen, auf welche dieselbe einwirken will, keine absolut klaren Bestimmungen trifft [1], und weiter abgesehen davon, dass bei den eben zuletzt besprochenen beiden Kategorieen [2] keineswegs jeder Zweifel über das Fortbestehen oder die Beseitigung einzelner, früherer Strafandrohungen ausgeschlossen ist [3], sind immer noch jetzt nicht nur die vorhin aufgezählten 68 Fälle von Exkommunikationen, Suspensionen und Interdikten [4], sondern auch die ganze, sich in sehr zerstreuten Quellen findende und schwer übersehbare Zahl der sonstigen gemeinrechtlichen *poenae vindicativae latae sententiae* in Kraft erhalten worden. Ja, die Päpste selbst haben bald nach dem Erlass der Konstitution das Ergebniss der Reform schon dadurch wieder zu beeinträchtigen begonnen, dass von ihnen den in Geltung gelassenen Exkommunikationen und Suspensionen *latae sententiae* neue Fälle [5] derselben angereiht worden sind, und endlich ist den partikulären Organen nicht das Recht genommen, für ihr Gebiet neue derartige Censuren festzusetzen [6].

Weiter kommt aber noch in Betracht, dass die Konstitution: Apostolicae es unterlassen hat, die erforderlichen Festsetzungen über ihre Tragweite für das Gebiet des kirchlichen Strafrechts, soweit es sich nicht um die Strafmittel als solche handelt [7], zu treffen.

Es entsteht nämlich zunächst die Frage, ob, wenn die durch die const. cit. beseitigte Censur l. s. die einzige für ein kirchliches Strafvergehen angedrohte Strafe gewesen ist [8], mit dem Fortfall derselben nunmehr die bisher den Thatbestand des Vergehens bildenden Handlungen als erlaubt zu gelten haben, oder mit anderen Worten, ob sie des Charakters eines kirchlichen Strafvergehens entkleidet sind. Die Konstitution selbst bestimmt darüber nichts ausdrücklich. Indessen wird die Frage zu verneinen sein. Der Zweck der Reform ist blos die Reduzirung der bisherigen vielen Censuren, einschliesslich der Suspensionen *latae sententiae*, gewesen. Keineswegs hat die Konstitution aber darüber hinaus noch weiter in das kirchliche Strafrecht eingreifen, also auch nicht die Zahl der bisherigen kirchlichen Strafvergehen einschränken wollen. Das folgt insbesondere auch daraus, dass sie die sonstigen *poenae vindicativae l. s.* nicht aufgehoben hat, und dass die gegentheilige Ansicht zu dem Ergebniss führen würde, dass alle Handlungen, welche früher blos mit einer der beseitigten Censuren bedroht gewesen sind, jetzt keine Strafvergehen mehr bilden, alle solche aber,

immer vorauszusetzen, dass sich Fälle ereignet haben, in denen gegen das Gesetz verstossen, aber die Strafe nicht angewendet worden ist. Wenn dagegen dasselbe stets beobachtet worden ist oder Verletzungen desselben nicht nachweisbar sind, so hat die Strafandrohung gerade ihren Zweck erfüllt, und man kann dann nicht sagen, dass die Strafen den vigor verloren haben.

1 S. 655 ff.

2 S. o. S. 661.

3 So kann es schon zweifelhaft sein, ob die zu S. 661 n. 8 gedachte Voraussetzung in einem gegebenen Fall zutrifft.

4 Vgl. o. S. 657 n. 11; S. 659 n. 3 u. 5; S. 660 u. S. 661.

5 Nämlich 8, S. 659 n. 4; S. 660 n. 1. 6 ff.; oder, wenn man die S. 659 n. 4 Nr. 3 gedachte Exkommunikation nicht als selbstständigen Fall zählt, 7.

6 S. 656.

7 Selbst in Betreff dieser lässt sie auch im Einzelnen Zweifel übrig, wie es z. B. schon kontrovers ist, ob sie die excommunicatio minor als Strafe überhaupt oder nur für die Fälle, in denen diese als censura l. s. angedroht war, s. o. S. 521. 522 beseitigt hat.

8 Wie die excommunicatio minor für verbotenen Umgang mit dem der grossen Exkommunikation Verfallenen, s. o. S. 498. 511.

auf welche neben einer derartigen Censur noch eine poena vindicativa l. s. gesetzt war, auch nach der Reform den Charakter als Strafvergehen behalten haben, d. h. dass sich die Tragweite der Konstitution für das kirchliche Strafrecht lediglich nach diesem zum Theil rein zufälligen Moment sehr verschieden bemessen würde. Muss demnach daran festgehalten werden, dass auch die Handlungen der ersteren Art noch heute als verboten zu betrachten sind[1], so kann dieser Auffassung auch nicht entgegengehalten werden, dass sie nach der Regel: *nullum crimen, nulla poena sine lege* nicht als Vergehen, sondern nur als sündhafte Handlungen betrachtet werden dürfen. Dieser Satz gehört erst dem neueren Strafrecht an[2]. Dem kanonischen Strafrecht ist er fremd. Dasselbe kennt sowohl arbiträre Strafen in ausgedehntem Umfange[3], als auch, weil es zum Theil den Charakter eines Disziplinarstrafrechts trägt[4], die Befugniss jedes mit der Strafgewalt ausgestatteten Kirchenoberen, selbst für einen einzelnen Fall eine bisher nicht mit Strafe bedrohte Handlung mit einer solchen zu belegen und sie erst dadurch als kirchliches Vergehen zu qualifiziren[5]. Hält man dies im Auge, so ergiebt sich, dass mit der behufs blosser Verminderung der poenae l. s. erfolgten Beseitigung einer Censur l. s. als Strafe für einen bestimmten Thatbestand die frühere gemeinrechtliche Qualifikation der betreffenden Handlungen als kirchliches Vergehen nicht entfallen ist, dass diese vielmehr immer noch als solches gekennzeichnet bleiben, und dass bei dem eingetretenen Mangel einer besonderen Strafe nunmehr der zuständige kirchliche Obere, gerade weil er das gemeine Recht durchzuführen hat, berechtigt ist, mit arbiträrer Bestrafung einzuschreiten und dazu auch die früher angedrohte, jetzt beseitigte censura l. s. als censura ferendae sententiae verwenden kann. Mit anderen Worten: In Folge der *const.: Apostolicae* von 1869 haben diejenigen kirchlichen Strafvergehen, auf welche allein eine durch dieselbe beseitigte Censur, bez. Strafe l. s. gesetzt war, ihren bisherigen Charakter nicht verloren, es tritt blos für sie jetzt an Stelle der bisher fest bestimmten Strafe eine arbiträr vom kirchlichen Richter festzusetzende ein.

Ausser dem eben besprochenen Punkt ist weiter noch auf Folgendes aufmerksam zu machen.

Die Konstitution hat sich bei ihren einzelnen Bestimmungen über die Aufrechterhaltung von Censuren bez. Strafen l. s. zwar vielfach an das frühere Recht gehalten, aber doch in manchen Fällen bei der Formulirung des Thatbestandes der einzelnen Vergehen, für welche sie solche bestehen lässt, Abänderungen des älteren Rechtes vorgenommen, so dass sich der von dem letzteren festgestellte Thatbestand nicht immer

[1] Das thut auch sowohl die Doktrin, s. o. S. 511 n. 11, wie die Praxis, vgl. P. Hinschius, Komment. z. d. preuss. Kirchengesetzen d. J. 1873. Berlin 1873. S. 14. 15, in Betreff des Umganges mit den excommunicati vitandi.

[2] H. Meyer, Lehrb. d. d. Strfr. 4. A. S. 138. 139.

[3] S. o. S. 296. 644; vgl. auch unten §. 341.

[4] S. darüber unten §. 341.

[5] Bd. IV. S. 745. 836 u. o. S. 295 ff. Auf c. 3 (Ambros.) C. XXXII. qu. 4: „Pena criminis ex tempore legis est, que crimen inhibuit nec ante legem nulla rei dampnati est" kann man sich den Ausführungen des Textes gegenüber nicht berufen, denn einmal sagt die Stelle nur, dass eine Strafe allein dann, wenn eine Handlung durch das Recht als Vergehen qualifizirt ist, eintreten könne, und in Gemässheit der Zeit der Begehung, spricht aber nicht aus, wie eine solche Qualifikation zu geschehen hat, noch viel weniger, dass dies lediglich durch Bedrohung mit einer bestimmten Strafe geschehen kann. Ferner würde sie, selbst wenn sie wirklich jenen anderen Satz hätte aufstellen wollen, gegenüber der oben im Text erwähnten, zu anderen Ergebnissen gelangten Entwicklung nicht in Betracht kommen können.

mit dem von ihr normirten deckt[1]. Wesentlich mit Rücksicht darauf hat sie die Bestimmung getroffen[2], dass die von ihr in Kraft gelassenen Censuren bez. Strafen ihre Gesetzeskraft nicht nur aus der Autorität der alten Canones, so weit diese mit den Vorschriften der const. übereinstimmen, sondern auch aus der letzteren selbst, als ob sie durch dieselbe erst neu festgesetzt worden wären, herleiten sollen. D. h. bei Abweichungen zwischen dem älteren Recht und der Konstitution geht die letztere vor, andererseits ist aber, wenn eine Vorschrift ihrem Sinne nach nicht völlig zweifellos erscheint, sich zugleich aber nicht als Abänderung des früheren Rechtes darstellt, eine solche unter Heranziehung der älteren Normen, auf Grund deren sie formulirt ist, zu interpretiren[3].

Durch die besprochene Klausel wird aber eine andere wichtige Frage, welche sich ausserdem aufdrängt, nicht einmal berührt, geschweige denn entschieden, nämlich die: Wie verhält sich es, wenn die Konstitution bei Aufrechterhaltung einer Exkommunikation, einer Suspension oder eines Interdikts den Thatbestand des damit nach älterem Recht bedrohten kirchlichen Vergehens modifizirt hat, auf das letztere aber auch zugleich andere poenae vindicativae l. s. festgesetzt waren[4]? Treten diese nunmehr ein, wenn alle den Thatbestand des älteren Rechts erfüllenden Momente vorhanden sind oder dann, wenn der durch die Konstitution geänderte Thatbestand, welcher jetzt für die gedachten Censuren, bez. Strafen massgebend ist, vorliegt? Die Konstitution schweigt darüber völlig. Da sie indessen allein Bestimmungen hinsichtlich der Exkommunikationen, Suspensionen und Interdikte l. s. hat treffen wollen und auch in der That blos hinsichtlich dieser getroffen, ferner bezüglich der Qualifikation gewisser Handlungen als kirchlicher Strafvergehen nichts geändert hat, so muss man zu dem Ergebniss gelangen, dass in Bezug auf die von ihr nicht berührten *poenae vindicativae l. s.* auch der für diese durch das ältere Recht festgesetzte Thatbestand nicht modifizirt ist, d. h. dass die ersteren immer noch für diejenigen Handlungen eintreten, für welche sie das ältere Recht festsetzt, wenngleich die neben ihnen aufrechterhaltene Censur jetzt nicht mehr für denselben, sondern für einen davon zum Theil abweichenden Thatbestand zur Anwendung kommt[5]. Es ist dagegen ausgeschlossen, den letzteren

[1] Vgl. z.B. o. S. 495 n. 8; S. 497 n. 10; S. 512 n. 3; S. 518 n. 4.

[2] S. o. S. 511 n. 10.

[3] So auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 60. 554. 555.

Übrigens hat die hier besprochene Klausel auch die Tragweite, dass die in den älteren Kanonen enthaltenen Censuren, bez. Strafen, welche in einzelnen Diöcesen durch Gewohnheitsrecht ausser Wirkung gesetzt waren oder über deren Geltung Zweifel obwalteten, sofern sie in der Konstitution aufrechterhalten sind, durch dieselbe in diesen Bezirken wieder von Neuem Gesetzeskraft erlangt haben, s. auch die Entsch. d. Officium v. 1880, Arch. f. k. K. R. 46, 25 n. 1 u. 2 u. S. 26; Acta s. sed. 15, 537.

[4] Denn diese sind nicht beseitigt, s. o. S. 657.

[5] Wenn das römische Edikt v. 1613, s. o. S. 554 n. 7, diejenigen, welche unerlaubter Weise aus Krypten, Katakomben und Cömeterien Reliquien herausnehmen, ferner diejenigen, welche ihnen dazu Hülfe oder Begünstigung gewähren, endlich auch „illi ad quorum petitionem reliquiae . . . extrahentur aut extrahi conabuntur, complices horum atque illi omnes qui reliquias erunt acceptaturi, dummo do noverint a praedictis locis extractas fuisse" mit der dem Papst schlechthin reservirten Exkommunikation, arbiträrer Gefängniss- oder Geldstrafe bedroht, dagegen die const. cit. v. 1869 exc. rom. pont. res. n. 15 die erstere blos für die: „Extrahentes absque legitima venia reliquias ex sacris coemeteriis sive catacumbis urbis Romae eiusque territorii eique auxilium vel favorem praebentes", so ist in Folge dessen zwar die Exkommunikation für diejenigen, auf deren Bitten die Reliquien herausgenommen sind, deren Mitschuldige und für diejenigen, welche wissentlich derartige Reliquien angenommen haben, aufgehoben; dagegen kann die Gefängniss- oder Geldstrafe für dieselben nicht für beseitigt erachtet werden. — Ferner setzen const. Sixti V.: Effraenatam v. 1588 u. Gregor. XIV.: Sedes apostolica v. 1591, b. T. 9, 39 u. 430, s. o. S. 569 n. 1, auf die erfolgreiche Abtreibung des foetus animati für die Thäter, Anstifter, Mitwisser, Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger

ebenfalls für die *poenae vindicativae* der gedachten Art massgebend sein zu lassen, da sie für diesen überhaupt nicht, nicht einmal durch eine allgemeine Anordnung der citirten Konstitution angedroht sind. Aus den entwickelten Gründen folgt auch umgekehrt, dass wenn durch dieselbe der Thatbestand für den Eintritt einer der von ihr betroffenen Censuren, bez. Suspensionen gegenüber dem früheren Recht erweitert ist, die durch das letztere angedrohten anderen *poenae vindicativae* nicht über den früheren Thatbestand hinaus, also nicht für die gemachte Ausdehnung Platz greifen [1]. Dass dieses Resultat wenig praktikabel ist, weil nach demselben für zwei sich im wesentlichen deckenden Strafvergehen doch wegen ihrer in Einzelnheiten verschieden normirten Thatbestände verschiedene Strafen zur Anwendung gelangen, liegt auf der Hand, aber dieser Missstand ist lediglich dadurch veranlasst, dass die betreffende Konstitution — ob absichtlich oder aus mangelnder Einsicht in die Tragweite ihrer Bestimmungen, muss dahin gestellt bleiben — jede Regelung der gedachten Frage vermieden hat [2].

§. 305. d. *Die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit oder Verstocktheit des Schuldigen.*

Während das gemeine Recht früher keine allgemeinen Normen über die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit oder Verstocktheit des davon Betroffenen entwickelt hat [3], ist für das neuere gemeine Recht durch das Tridentinum wenigstens die Anordnung getroffen, dass gegen jeden, aus irgend einer beliebigen Ursache in die grosse Exkommunikation Verfallenen, welcher hartnäckig ein Jahr in derselben verharrt [4], wie gegen einen der Ketzerei Verdächtigen vorgegangen

die Exkommunikation, die Strafen des Mordes (also die Todesstrafe, s. o. S. 562 n. 6), sowie für Geistliche auch die der Degradation. Dagegen hält die const. v. 1869 die excommunicatio nemini reservata n. 2 blos für die „procurantes abortum cum effectu sequuto" aufrecht, und zwar ohne Unterschied, ob der foetus animatus oder inanimatus war, d. h. sie trifft die Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger nicht mehr, während für diese (ebenso auch selbstverständlich für die Thäter und Anstifter) die sonstigen Strafen, also namentlich für Geistliche die Degradation, freilich in der früheren Beschränkung auf den foetus animatus, in Kraft geblieben sind.

1 Ein Beispiel dafür bietet die in der vor. Anm. erwähnte Beseitigung der Unterscheidung zwischen dem foetus animatus und inanimatus, ferner die Ausdehnung der Exkommunikation in Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref. gegen die Duellanten und Sekundanten durch die const. cit., s. exc. rom. pontif. res. n. 3 auf die „simpliciter ad duellum provocantes vel ipsum acceptantes", in Folge welcher aber die vom Tridentinum für die ersten beiden Kategorieen festgesetzten Strafen der Vermögenskonfiskation und der ewigen Infamie nicht auch für die im Tridentinum nicht damit bedrohten blossen Herausforderer zum Duell und diejenigen, welche eine solche Forderung annehmen, anwendbar geworden sind. Ein weiteres hierher gehöriges Beispiel ergiebt (Avanzini-) Pennacchi 2, 103 (offensio s. officii inquisitionis).

2 Allerdings sind Fälle der im Text erwähnten Art nicht häufig, und überdies sind die im älteren Recht angedrohten poenae vindicativae für die auch in der const. mit Censuren belegten Strafvergehen, wie z. B. die Todesstrafe und die Vermögensstrafe, in Folge der veränderten Stellung der Kirche im Staat vielfach unpraktisch geworden.

3 Vielmehr nur bei den wegen bestimmter Verbrechen ausgesprochenen, s. o. S. 141 n. 7. 8. 11; S. 142 n. 3. 12; S. 143 n. 2. 12; wegen des Partikularrechts s. S. 140 ff.

4 Von den vortridentinischen Partikularsynoden drohen Sevilla 1512 c. 8, Tejada y Ramiro, coleccion de concil. de España. Madrid 1859. 5, 67, für den gedachten Fall den Klerikern Einkerkerung und Verlust der Früchte ihrer Benefizien (zur Hälfte an ihre Kirche, zur Hälfte an die Kathedrale), den Laien Konfiskation eines Drittels ihrer Güter (zur Hälfte an den Fiskus, zur Hälfte an die betreffende Pfarrei), bei weiterer Hartnäckigkeit nach einem halben Jahre für jeden Monat noch Strafe von 100 Morapetinen zum Besten der Kirche; Narbonne 1551 c. 60, Hardouin 10, 465. 466 beim Verharren im Banne nach einem Monat für zahlungsfähige 5, nach

werden kann[1], eine Vorschrift, welche einzelne Partikularkonzilien des 16. Jahrhunderts auf alle Censuren[2] erweitert haben[3].

Im übrigen kommen jetzt nur, ebenso wie in der früheren Zeit, für einzelne, besondere Vergehen hierher gehörige Vorschriften und zwar in viel geringerer Zahl vor[4]. Gemeinrechtlich gehört hierher die den Ordinarien auferlegte Pflicht gegen ledige und verheirathete Männer, welche im Konkubinate leben und hartnäckig trotz der gegen sie verhängten Censuren, namentlich unter Missachtung der gegen sie ausgesprochenen Exkommunikation, das unerlaubte Verhältniss fortsetzen, mit schweren arbiträren Strafen vorzugehen[5], während eine Reihe anderer gemeinrechtlicher Anordnungen in Folge der const.: Apostolicae beseitigt worden sind[6]. Mangels besonderer partikularrechtlicher Bestimmung[7] bleibt also nichts anderes übrig, als dass der Ordinarius bei

zwei Monaten 10 solidi zum Besten des Armenhospitals, endlich schwere Busse nach Ermessen des Ordinarius, für zahlungsunfähige dagegen Auferlegung einer poenitentia salutifera an.

1 Sess. XXV. c. 3 de ref.: „Excommunicatus vero quicumque, si post legitimas monitiones non resipuerit, non solum ad sacramenta et communionem fidelium ac familiaritatem non recipiatur, sed si obdurato animo censuris annexus in illis per annum insorduerit, etiam contra eum tanquam de haeresi suspectum procedere possit", wiederholt Aix 1585, Hardouin 10, 1572, in Bezug genommen Mailand 1569. I. 21, ibid. p. 739, welches ausserdem auch schon nach drei Monaten nicht blos öffentliche Verkündung in der Diöcese, sondern auch in der Provinz und den benachbarten Bisthümern auf Ersuchen des Ordinarius vorschreibt, ferner Konstanz 1609. IV. 5 n. 10, Hartzheim 8, 935, in Bezug des Vorgehens gegen Laien. Wenn D. S. Tournai 1574. XV. 8, l. c. 7, 782, bei einem dreimonatlichen Verharren in der Exkommunikation Anzeige des zuständigen Pfarrers darüber an die bischöfliche Kurie und Einkerkerung, nöthigenfalls mit Hülfe des weltlichen Arms, anordnet, so ist dies lediglich eine Ergänzung des Tridentinums.

2 Offenbar mit Rücksicht darauf, dass Trid. cit. selbst den Ausdruck censurae gebraucht.

3 Rheims 1583, Hardouin 10, 1302 n. 7: „Si quis autem censuris implexus animo obdurato et contumaci per annum in eis insorduerit nec se curaverit absolvendum, contra eum tanquam de crimine haereseos suspectum procedatur"; ebenso Avignon 1594 c. 63, ibid. p. 1871 (vgl. auch S. 515 n. 5). Mailand 1579. III. 11, ibid. p. 1080, will dagegen blos für längeres Verweilen im grossen Bann und im Interdikt bei der Absolution eine härtere Busse auferlegt wissen.

4 Vgl. dazu die folgenden Anmerkungen.

5 Trid. Sess. XXIV. c. 8 de ref. matr.

6 So die in Paul II.: Ambitiosae 1467 und Urban VIII.: Humanae 1615 §. 2, s. o. S. 599 n. 6, den Bischöfen und Äbten für die Verletzung des interdictum ingressus l. s. angedrohte Suspension a regimine et administratione ecclesiae in spiritualibus et temporalibus; der für Nichtbeachtung der Vorschriften der const. Pii V.: Romanus pontifex 1568 §§. 1 ff., s. o. S. 604 n. 9, S. 632 n. 9, insbesondere der Suspension von den empfangenen Weihen eintretende Verlust aller kirchlichen Privilegien, ferner die Exkommunikation l. s., bez. für Kapitel die suspensio a divinis l. s., wenn sie trotz der wegen Annahme unzulässiger Verzichte gegen sie ipso iure eingetretenen Suspension vom Kollations-, Wahl- und Konfirmationsrecht dergleichen Befugnisse ausgeübt haben, s. Pius V.: Quanta ecclesiae 1563, S. 600 n. 11 u. S. 597 Anm. Sp. 2. Denn alle die gedachten Suspensionen bez. Interdikte sind durch die erwähnte const. aufgehoben, s. o. S. 655. 660; insbesondere auch die in Paul II.: Ambitiosae angedrohten, da trotz der Bezugnahme der letzteren in der const. Pii V. exc. nem. res. n. 3 nur die für andere Geistliche, nicht für die Bischöfe festgesetzte Exkommunikation in Kraft belassen ist, s. (Avanzini-)Pennacchi 2, 142. Ebenso verhält es sich mit den durch Pius IV.: Pastoralis officii 1560 §. 4, b. T. 7, 18, u. Sixtus V.: Sanctum et salutare §. 2, b. T. 9, 63, festgesetzten interdicta ingressus ecclesiae und Suspensionen.

7 Diese finden sich in neuerer Zeit nicht.

Nicht hierher gehören solche Fälle, in denen es sich nicht um Missachtung der Strafe selbst, also um Verweigerung der Übernahme derselben, um Nichtzahlung einer etwaigen Geldstrafe, Unterlassung der Nachsuchung der Absolution von Censuren, sondern um Fortsetzung des strafbaren Verhaltens, trotzdem der Vollstreckung der Strafe kein Widerstand entgegengesetzt wird, wie z. B. um die Nichtabstellung des strafbaren Verkehrs von Klerikern mit ihren Konkubinen, handelt. Für das eben gedachte Vergehen droht Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref., in Anhalt an Basel Sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 10, 1193, welches zunächst Suspension l. s. vom Bezug der Früchte der Benefizien auf 3 Monate, dann Privation aller Benefizien und Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter festsetzt, in erster Linie Privation ipso f. des dritten Theils aller Benefizial- und kirchlichen Einkünfte und Pensionen, dann ipso f. Verlust derselben überhaupt und Suspension a beneficiorum administratione, endlich Privation aller Benefizien und Pensionsrechte, sowie Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern und Dignitäten an. Vgl. auch Gran 1858, coll. conc. Lac. 5, 83: „Si minores poenae non sufficerent et inobediens in hac malitia perseveraret, excommunicari iubetur." Besteht die Strafe in einer Censur, so liegt allerdings in dem Nichtablassen von der strafbaren Handlung auch

Missachtung der zunächst verhängten Strafen nach Lage des Falles arbiträr mit anderen einschreitet.

Was speziell die Geistlichen betrifft, auf welche die citirte Vorschrift des Tridentinums [1] ebenfalls Anwendung findet, so kann gegen diese namentlich mit der privatio beneficii und auch mit der Absetzung vorgegangen werden [2].

§. 306. e. *Die Beseitigung und der Fortfall der Strafen, insbesondere die Absolution und die Begnadigung.*

I. Im Allgemeinen. Nach dem geltenden Recht werden die kirchlichen Strafen, abgesehen von ihrem Fortfall in Folge Ablaufs der Zeit, für welche sie verhängt sind [3], durch die Absolution und durch die Begnadigung beseitigt, da der Ablass nicht mehr in Frage kommt [4], und die Strafverjährung auch innerhalb der hier besprochenen Periode dem kirchlichen Recht ebenso fremd wie früher [5] geblieben ist.

II. Die Absolution ist derjenige Akt des kirchlichen Oberen, durch welchen eine Exkommunikation, sei es die grosse [6] oder kleine [7], ein Lokal- oder Personalinterdikt [8], eine Suspension [9], gleichviel, welche der verschiedenen Arten [10], sowie die *excommunicatio fraterna* [11] beseitigt wird.

Während die technische Bezeichnung für diesen Akt bei den Exkommunikationen *absolutio* ist [12], wird er bei den Interdikten [13] und Suspensionen [14], namentlich in

zugleich stets eine Missachtung der Strafe selbst, weil der Censurirte den Zweck derselben vereitelt und seine Pflicht, die Absolution nachzusuchen, nicht erfüllt.

1 S. 666 n. 1.

2 In Betreff der exkommunicirten s. c. 14 (Lateran. IV.) X de off. iud. ord. I. 31, und der Suspendirten c. 8 (Luc. III.) X de aetate I. 14. Wenn Schmalzgrueber V. 39 n. 197 mit Bezug auf die zuletztgedachte Stelle, nach deren Thatbestand es sich um eine schon drei Jahre dauernde Suspension handelt, behauptet, dass gegen den Exkommunicirten nach 3 Jahren die privatio beneficii verhängt werden müsse, aber nach einem Jahre ausgesprochen werden könne, so wird dabei der zufällige Thatbestand zu einem bindenden Gesetz gemacht. In der That steht Alles im Ermessen des Ordinarius, welcher freilich pflichtwidrig handelt, wenn er bei Verstocktheit des Schuldigen nicht mit den zulässigen andern Strafen vorgeht.

3 Wie z. B. eine auf Zeit fixirte Gefängnissstrafe, S. 553. 554. 629, oder Verweisung in eine Demeriten-Anstalt, unter Umständen auch eine Suspension, s. o. S. 152 und unten S. 669.

4 S. 156.

5 S. 145, also insbesondere auch die hier allein in Frage kommende Verjährung der blos ipso iure verwirkten und der rechtskräftig festgestellten Strafe.

6 S. 145.

7 S. 152.

8 S. 150. 151.

9 S. 152.

10 S. S. 152 n. 6 u. S. 589.

11 S. 153 u. S. 613.

12 S. 145 n. 6, s. ferner die in den folgenden Anmerkungen citirten Quellen und Schriftsteller.

Absolutio wird auch gebraucht in der Zusammensetzung mit „a censuris", wenn diese nicht speziell bezeichnet werden, Angers 1448 c. 17, Köln 1452, Toledo 1473 c. 27, Hardouin 9, 1352. 1368. 1515; const. Pii IX. cit.: Apostolicae v. 1869.

13 Beim Lokal- und Personal-Interdikt Leo X.: In supremo 1519 §. 4, b. T. 5, 714; Clemens VII.: Romanus pontifex 1533 §. 11, l. c. 6, 163; Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584 §. 3, b. T. 8, 489; Clemens VIII.: Illius vices 1592 §. 7, b. T. 9, 604; beim generellen Personalinterdikt Urban VIII.: In eminenti 1641 §. 10, b. T. 15, 92; beim interdictum ingressus ecclesiae (o. susp. ab ingr. eccl.); Paul IV.: Pastoralis 1560 §. 4, b. T. 7, 18; Pius V.: Quam plenum 1570 §. 2, ibid. p. 800; Sixtus V.: Romanus pontifex 1585 §. 8, b. T. 8, 641; Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §. 2, b. T. 9, 63.

Der Ausdruck: *absolutio* kommt allerdings, wenngleich viel seltener ebenfalls vor Pius V.: Durum 1570 §. 3, b. T. 7, 827; Gregor XIII.: Consueverunt 1583 §§. 2. 23, b. T. 8, 413 (beim generellen Personal- und Lokalinterdikt).

14 Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §. 2, b. T. 9, 63 (s. a regimine et administratione und a perceptione fructuum ecclesiae); Sixtus V.: Romanus pontifex 1585 §. 8, b. T. 8, 641 (s. ab administratione tam spiritualium quam temporalium

den päpstlichen Konstitutionen, häufig[1] *relaxatio* genannt.

Wesentlich ist für denselben allein der kund gethane Wille des kirchlichen Oberen, den Schuldigen von einer der gedachten Strafen befreien zu wollen[2]. Einer bestimmten Form bedarf es nicht. Wohl aber haben sich dafür bestimmte Formeln festgestellt[3], und der Kirchenobere oder der mit der Vornahme der Absolution betraute Geistliche handelt pflichtwidrig, wenn er diese nicht gebraucht[4], ja unter Umständen wird auch dadurch

und a perceptione fructuum ecclesiae); Benedikt XIV.: Non multi 1748, b. Ben. 2, 233 (s. a divinis, ab exercitio pontificalium et perceptione fructuum); Pius V.: Durum 1570 §. 3, b. T. 7, 827 (s. a pontificaliis officii exercitio); Pius V.: Quam plenum 1570 §. 2, l. c. p. 800 (s. a perceptione fructuum); Pius V.: Quanta ecclesiae 1568 §. 6, l. c. p. 664 (s. a divinis); Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584 §. 3, b. T. 8, 489 (ebenso); Benedikt XIV.: Cum ad 1748, b. Ben. 4, 236 (desgleichen).

Doch wird auch hier mitunter die Bezeichnung: *absolutio* gebraucht, Paul V.: Onerosa pastoralis 1615 §. 3, b. T. 12, 297; Benedikt XIV.: Quanta cura 1741 §. 5 u. Pastoralis 1742 §. 8, b. Ben. 1, 25. 58; D. S. Sitten 1626 X. 5 u. Ypern 1733 c. 9, Hartzheim 9, 400 u. 10, 471.

[1] Angers 1478 c. 17, Hardouin 10, 1352 (suspensos et interdictos relaxare); Mailand 1573 c. 8, Hardouin 10, 776 (interd. ingr. eccles.); D. S. Sitten 1626 X. 5, Hartzheim 9, 400.

[2] Vgl. S. 145 n. 6. Darüber ist die Doktrin einig, Suarez de censur. disp. VII s. 9 n. 1 ff.; Avila de censur. T. II. disp. 3 dub. 1; Kober Kirchenbann 2. A. S. 550 u. Suspension S. 141. Sie kann also mündlich oder schriftlich, namentlich wenn der zu Absolvirende abwesend ist, Suarez l. c. s. 7 n. 4, und an sich auch durch konkludente Handlungen, welche aber praktisch kaum vorkommen, erfolgen. Wesentlich ist im Einzelnen, dass nach der gewählten Form oder den begleitenden Umständen kein Zweifel darüber bleibt, wer und von welcher Censur absolvirt wird. So genügt das blosse „te absolvo", wenn der Schuldige allein von einer Censur betroffen ist oder wenn er den Richter gebeten hat, ihn von allen Censuren, in welche er verfallen ist, zu absolviren, und dieser seinem Verlangen entsprechen will, während im letzteren Fall der Richter, welcher die Absolution allein auf eine beschränkt, dies durch Bezeichnung des Grundes der betreffenden Censur oder, falls die mehreren nicht gleichartige sind, mindestens durch Bezeichnung ihres Charakters, ob Exkommunikation, Suspension oder Interdikt, kundthun muss, vgl. hierzu Suarez disp. VII s. 9 n. 4 ff. Fehlt es in den gedachten, wesentlichen Beziehungen an genügender Bestimmtheit, so ist die Absolution nichtig.

[3] Das Pontificale Romanum ordo excomm. et absolvendi kennt was 1. die grosse Exkommunikation betrifft a. eine feierliche Form für die Absolution vom Anathem, bei welcher der zu Absolvirende im Büssergewand an der Thür der Kirche vor dem Bischof, von zwölf Priestern umgeben, erscheint und nach der in indikativer Form ertheilten Absolution: „Auctoritate dei omnipot. et bb. apost. Petri et Pauli atque ecclesiae s. et ea qua fungor, absolvo te a vinculo talis excommunicationis, qua ex tali causa ligatus (a) eras. In nomine P. et F. et Sp. s." vom Bischof in die Kirche zurückgeführt wird, eine Form, welche auf dem früheren Rekonziliationsritus, s. S. 145 n. 6, beruht, b. eine feierliche Form für die Absolution von der excommunicatio maior, welche bis auf einzelne Solennitäten, wie die Anwesenheit der zwölf Priester, sich mit der Form a deckt, das Rituale Romanum tit. III. c. 3, c. eine Form der Absolution in forma ecclesiae consueta für einen delegirten Priester, nach welcher der zu Absolvirende vor demselben erscheint und nach Sprechung des Psalmes Miserere und nach Gebet die Absolution mit den Worten: „Dominus noster Jesus Christus te absolvat et ego auctoritate ipsius et talis superioris mihi commissa absolvo te a vinculo excommunicationis, in quam incurristi (incurrisse declaratus es) propter tale factum (causam) et restituo te communioni et unitati fidelium et sanctis sacramentis ecclesiae, i. n. P. et F. et Sp. s." d. eine Form für leichtere Fälle, bei welcher blos die mitgetheilte Absolutionsformel gesprochen wird.

2. Für die Absolution von der *excommunicatio minor* weist das Pontificale Rom. l. c. folgende Formel auf: „Auctoritate dei omnipotentis et mihi concessa, absolvo te a vinculo huius excommunicationis quam confessus es et a qualibet alia simili (si qua teneris), in quantum possum et debeo ac restituo te ecclesiasticis sacramentis. I. n. P. et F. et Sp. s." (vgl. auch o. S. 152 n. 5, eine andere: „ego te absolvo a vinculo excommunicationis minoris et a peccatis tuis" in D. S. Regensburg 1512, Hartzheim 6, 117). In Betreff der übrigen Censuren stellt das Rituale Romanum tit. III. c. 5

3. für die Suspensionen und das (Personal-) Interdikt für den delegirten Priester die Formel auf: „Auctoritate mihi ab N. tradita ego absolvo te a vinculo suspensionis (interdicti) quam (quod) propter tale factum incurristi (incurrisse declaratus es) i. n. P. et F. et Sp. s.", welche der von der Doktrin überlieferten Formel, s. Suarez l. c. disp. XIX s. 3 n. 1; Kober S. 141, entspricht, nur dass in der letzteren noch der Zusatz: „restituo te ad executionem tui muneris (ordinis), tuum beneficium" vorkommt. (Eine etwas längere Formel D. S. Regensburg 1512 cit., welche dieselbe ebenfalls mit dem Zusatz: „restituo te ad ingressum ecclesiae et ecclesiasticis sacramentis" für das Personalinterdikt hinstellt, dagegen eine kürzere D. S. Namur 1604 VI. 12, Hartzheim 8, 618.)

[4] Soweit die Formeln durch das Pontificale und das Rituale Rom. vorgeschrieben sind, versteht

die Nichtigkeit der Absolution herbeigeführt[1].

Die erfolgte Absolution hat der kirchliche Obere stets dann öffentlich unter Nennung des Namens verkünden zu lassen, wenn der Eintritt der Censur von ihm in dieser Weise publizirt worden war[2].

Nur durch die Absolution können die erwähnten Strafen[3], die Exkommunikationen[4], die Suspensionen[5] und die Interdikte[6], definitiv[7] beseitigt werden. Eine Ausnahme bilden die Fälle, in denen dieselben, wie dies bei den Suspensionen und auch dem Personalinterdikt vorkommen kann, von vornherein auf Zeit verhängt worden sind[8], oder diejenigen, für welche kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung die Censur mit dem Eintritt eines bestimmten Ereignisses ipso iure fortfällt[9]. Endlich tritt noch der singuläre Fall hinzu, dass dieselbe durch Veränderung der Umstände gegenstandslos und dadurch beseitigt wird[10].

Erforderlich für die Absolution ist die *satisfactio* seitens des zu Absolvirenden, d. h. 1. die bezeigte reumüthige Gesinnung und die ernstliche Absicht der Besserung unter Abstellung des bisherigen schuldhaften Verhaltens, sowie die Übernahme der auferlegten Busse[11]. Zur Konstatirung derselben hat der zu Absolvirende, ehe ihm die Absolution ertheilt wird, bei der grossen Exkommunikation[12] einen Eid zu leisten, den Befehlen der Kirche und des absolvirenden Oberen hinsichtlich desjenigen, weswegen er in die Censur verfallen ist, in Allem gehorsam sein zu wollen[13]. Die Nicht-

es sich von selbst, im übrigen ergiebt sich dies daraus, dass der kirchliche Beamte verpflichtet ist, die Absolution in gültiger Form zu spenden und die herkömmliche Form dafür die beste Gewähr bietet, vgl. auch gl. s. v. praestitum zu c. 15 X de sent. exc. V. 39; Kober Suspension S. 141; Suarez l. c. disp. VII s. 9 n. 13. 14, welcher mit Rücksicht auf die S. 145 n. 6 a. E. citirten Stellen nur den Papst davon ausnimmt und diesem allein das Recht beilegt, durch konkludente Handlungen zu absolviren, was freilich nicht richtig wäre, wenn damit gemeint sein soll, dass eine solche Absolution durch einen anderen Prälaten nichtig sei.

1 Nämlich, wenn bei der Delegation eines anderen, z. B. eines Priesters, eine bestimmte Form für die Absolution, z. B. „in forma ecclesiae consueta" (s. Rituale Rom. tit. III. c. 3) vorgeschrieben ist, und derselbe sich einer anderen bedient, weil seine Ermächtigung allein auf das erstere beschränkt ist.

2 Weil dem Absolvirten die Wirkungen der Strafe in vollem Umfange erst dann abgenommen sind, wenn die Gläubigen authentische Kunde davon erhalten haben, dass ihnen der Verkehr, zu dessen Meidung sie durch die Verkündung der Censur verpflichtet waren, jetzt wieder mit der betreffenden Person freisteht, s. auch Kober, Kirchenbann 2. A. S. 558. War keine Publikation der Censur erfolgt, so steht die Verkündung der Absolution, falls nicht besondere partikularrechtliche Vorschriften bestehen, vgl. o. S. 148 n. 4, im Ermessen des kirchlichen Oberen.

3 Selbst wenn sie ungerechter Weise verhängt worden sind, s. S. 145. 146. 150. 151. 152. 153; Suarez disp. VII s. 1 n. 2.

4 In Betreff der exc. maior und minor s. noch Suarez disp. XIX s. 1 n. 7, disp. XXIV s. 4 n. 1 ff. u. disp. XXIX s. 2 n. 9.

5 Suarez disp. XXIX s. 2 n. 6. 8 ff.

6 Suarez disp. XXXVIII s. 1 n. 5 ff.

7 Denn die Suspension einer Censur, welche ebenfalls eintreten kann, s. S. 27 n. 11; S. 149 n. 8; S. 150 n. 1; Avila l. c. P. V disp. 6 dub. 4, unterscheidet sich von der Absolution dadurch, dass sie nur auf Zeit und vorübergehend, also provisorisch die Folgen der Strafe beseitigt.

8 Suarez disp. XXIX s. 1 n. 1 u. disp. XXXVIII s. 1 n. 3, s. auch S. 151 n. 10 u. S. 152 n. 14. 15.

9 Julius II.: Cum tam divino 1505 §. 5, b. T. 5, 405, bestätigt durch Lateran. V. sess. V. (1512, Julius II.: Si summo, Hardouin 9, 1652. 1656), nach welcher die einer simonistischen Papstwahl (s. Bd. I. S. 273. 274) schuldigen Kardinäle, wenn sie auf Aufforderung ihrer unschuldigen Kollegen von dem Gewählten ablassen und sich mit den letzteren innerhalb 8 Tagen vereinigen: „in pristinum statum et ad pristinos honores et dignitates, etiam cardinalatus ac ecclesias et beneficia, quibus praeerant et quae obtinebant, reintegrati, rehabilitati ac restituti et repositi, ab huiusmodi simoniae labe et censuris (der reservirten exc. maior, s. §. 10 const. 1505 cit.) ac poenis ecclesiasticis quibuscumque absoluti *eo ipso* existant". Vgl. auch S. 152 n. 1.

10 So wenn die von einem generellen Personalinterdikt betroffene Korporation untergeht oder aufgehoben wird, denn mit dem Aufhören der Zugehörigkeit zu derselben werden die bisherigen Mitglieder ebenfalls vom Interdikt frei, s. S. 521; Suarez disp. XXXVIII s. 1 n. 15.

11 S. 146. 150. 151. 152. 153.

12 S. 146 n. 10. Auch bei der suspensio (freilich einer Absolution ad cautelam) wird dieses Eides erwähnt, c. 52 X cit. de sent. exc. V. 39, s. S. 150 n. 1.

13 S. auch Pontif. Roman. l. c. in Betreff der exc. maior: „Primum est, ut excommunicatus

abnahme oder Nichtleistung eines solchen eidlichen Versprechens bildet indessen keinen Nichtigkeitsgrund der Absolution[1]. Daher kann das Verlangen eines solchen auch unterbleiben, wenn die bussfertige und reuige Gesinnung des zu Absolvirenden und seine Besserung anderweitig feststeht, oder wenn es sich um ein nicht schweres Vergehen[2] oder um eine leichtere Censur, z. B. die Suspension blos von dem einen oder anderen kirchlichen Amtsrecht oder die excommunicatio minor[3], oder nicht um eine feierliche Absolution[4], wie namentlich vom Anathem, handelt. Fehlt es aber an dem Erforderniss der erfolgten Besserung, verharrt vielmehr der Schuldige in seiner Widerspenstigkeit, so ist die dennoch ertheilte Absolution nichtig, weil es an einer wesentlichen Voraussetzung derselben gebricht[5].

Die weitere Voraussetzung der Absolution ist 2. die Sühne des begangenen Unrechts, welches der Kirche oder einer anderen Person durch die mit der Censur belegte Handlung zugefügt worden ist[6], also namentlich der Ersatz des materiellen Schadens an den Verletzten[7], weil die Verweigerung der Sühne als Zeichen der Unbussfertigkeit und der Widerspenstigkeit gegen die Kirche betrachtet werden muss[8]. Wenn die Verletzung oder Beschädigung zweifellos ist, bedarf es der vorherigen Vornahme der Sühnehandlung, insbesondere der Leistung des Schadensersatzes für materielle Verluste[9]. Im anderen Falle dagegen oder wenn der zu Absolvirende die Entschädigung nicht sofort leisten kann[10], hat er durch Bürgen oder Pfand Sicherheit dafür zu bestellen[11], falls ihm aber auch das letztere unmöglich ist, eidliche Kaution zu leisten[12]. Eine Absolution, welche ohne die Erfüllung des hier fraglichen Erfordernisses ertheilt worden ist, stellt sich nicht nur als eine unerlaubte dar, sondern sie muss auch als nichtig betrachtet werden[13]. Andererseits wird sie aber durch Nichtleistung

iuret, ante omnia parere mandatis ecclesiae et ipsius absolventis super eo propter quod excommunicationis vinculo est ligatus, et si propter manifestam offensam excommunicatus sit, quod ante omnia satisfaciat competenter"; Rituale Rom. t. III. c. 3 n. 3: „si crimen, ob quod excommunicationem incidit, sit grave, iuramentum ab eo exigatur de parendo mandatis quae illi fient pro tali causa, ac praecipue, ne deinceps delinquat contra illum canonem vel decretum contra quod faciendo censuram incurrit", welches den Eid noch näher spezialisirt.

1 Darüber ist man einig, s. Kober, Kirchenbann S. 515; Kober, Suspension S. 132.

2 S. Rituale Rom. cit., S. 669 n. 13, welches diese cautio iuratoria allein beim crimen grave vorschreibt; de Avila l. c. P. II. c. 7 disp. 3 d. 2.

3 Vgl. auch Kober ll. cc.

4 Denn für diese kommt das Pontif. Rom. cit. in Betracht.

5 Kober ll. cc. Doch macht die Doktrin, Suarez disp. XVII s. 7 n. 10. 11; Kober Kirchenbann S. 515, eine Ausnahme für den Fall, dass es zweifellos ist, dass die Fortdauer der Censur den Schuldigen nur hartnäckiger machen würde, während nach Lage der Verhältnisse anzunehmen ist, dass die Aufhebung ihn von der Widerspenstigkeit abbringen werde, sofern nur durch die letztere kein Ärgerniss entsteht, namentlich nicht das Ansehen des kirchlichen Oberen und die Achtung vor den Kirchenstrafen geschmälert wird.

6 S. o. S. 146 n. 9; Rituale roman. t. III. c. 3 n. 2: „ut excommunicatus ei, ob cuius offensam in excommunicationem incurrit, prius, si potest, satisfaciat. Quodsi tunc non possit, sufficientem cautionem praebeat, aut saltem, si eam praestare non potest, iuret, cum primum poterit, satisfacturum"; Kober, Kirchenbann 2. A. S. 516.

7 Falls kein materieller Schade, wie z. B. bei Beleidigungen, entstanden ist, kommen andere Sühnehandlungen, wie Bitte um Verzeihung oder Abbitte, in Frage.

8 Das gilt selbstverständlich nicht, wenn der Verletzte, sofern er der allein Betheiligte ist, was aber z. B. bei der percussio clericorum wegen des Gemeininteresses der Kirche nicht statthat, die Sühneleistung erlassen hat, Avila l. c. P. II. c. 7 disp. 3 d. 11.

9 c. 23 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40; c. 2 (Innoc. IV.) in VI de sent. exc. V. 11; Pontif. Roman. cit., s. S. 669 n. 13.

10 c. 2 in VI cit. V. 11; Avila l. c. d. 5. Ist er in der Lage, einen Theil der Schuld abzutragen, so hat er dies zu thun.

11 Nach seiner Wahl.

12 Rituale Rom. l. c., Anm. 6; Avila l. c. d. 5; Kober, Kirchenbann S. 521.

13 So auch Kober l. c. Die Älteren erklären dagegen eine solche Absolution, wenn sie von einem judex ordinarius ertheilt worden ist, s. Avila l. c. d. 9 und die dort citirten, für gültig, weil keine ausdrückliche Beschränkung desselben durch das gemeine Recht gemacht sei, beachten aber nicht, dass die vollständige Satisfaktion be-

der vorbehaltenen, selbst eidlich versprochenen Sühne nicht hinterher nichtig[1], so dass der Absolvirte ohne Weiteres dadurch wieder der aufgehobenen Censur verfällt[2].

3. Endlich hat der Schuldige seinerseits, weil dies ebenfalls zur Bethätigung der Bussfertigkeit gehört, die Absolution bei dem Kirchenoberen nachzusuchen[3] und zwar persönlich. Durch einen Stellvertreter oder schriftlich kann dies aber ausnahmsweise beim Vorliegen eines gerechtfertigten Grundes geschehen[4]. Ohne ein solches Ansuchen oder gar ohne und wider Willen des Schuldigen kann die Absolution nur in dem vorhin erwähnten Ausnahmefall[5], ferner aber auch im Wege der Begnadigung[6] ertheilt werden[7].

Die gedachten drei Erfordernisse fallen fort, wenn eine Censur lediglich als Exekutionsmittel oder als Exekutivstrafe zur Erzwingung einer einzelnen Handlung, z. B. Zahlung einer Geldschuld, Erscheinen vor Gericht, angedroht worden war. Hier ist ihr Zweck mit der Vornahme der Handlung erreicht, und deshalb muss ihre Aufhebung durch Absolution erfolgen[8].

Andererseits können aber für einzelne kirchliche Strafvergehen besondere Erschwerungen der Absolution kraft spezieller positiver Vorschrift vorkommen[9].

Besonderheiten gelten 1. für die Absolution im Falle der Todesgefahr[10]. Hier genügt es zur Absolution und der Beseitigung der Wirkungen der Censur — in Frage kommen praktisch mit Rücksicht auf den Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss[11] die grosse Exkommunikation und das Personalinterdikt[12] —, dass der Schuldige, wenn er keine Satisfaktion mehr hat leisten können[13], ausreichende Zeichen der Reue gegeben hat[14]. Zur Genugthuung sind dagegen die Erben und Verwandten, an welche der Nachlass gekommen ist, verpflichtet, und diese können dazu auch durch kirchliche Censuren angehalten werden[15].

grifflich als wesentliche Voraussetzung der Absolution erfordert wird.

[1] Sofern dies nicht, s. z. B. Bulle Coena von Paul III. 1536 §. 14, b. T. 6, 220 (wenn Kanzler u. s. w., welche die Jurisdiktion päpstlicher Richter gehindert haben, nach der päpstlichen Absolution nicht ihre Anordnungen widerrufen, kassiren und die Betheiligten davon benachrichtigen), besonders bestimmt ist.

[2] Für die Verletzung seines Versprechens und seines Eides kann ihn aber der Obere von Neuem mit Censuren, namentlich der Exkommunikation belegen, c. 8 (Innoc. III.) X de off. iud. ord. I. 31.

[3] In Betreff der Exkommunikation s. c. 40 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 6 (id.) X de eo qui dux. IV. 7, was auch analogisch auf die übrigen Censuren anwendbar ist.

[4] Kober, Kirchenbann S. 522.

[5] S. o. S. 670 n. 5.

[6] So z. B., wenn sich nach rechtskräftiger Verurtheilung zu einer Censur herausstellt, dass diese ungerecht gewesen ist, weil hier eine Satisfaktion behufs der Absolution nicht verlangt werden kann. Vgl. auch unter No. III S. 676. 677.

[7] Nichtigkeit der Absolution würde aber, wenn sie trotzdem ertheilt worden ist, nur unter der Voraussetzung eintreten, dass es an den vorhin zu 1 und 2 gedachten Erfordernissen, was freilich für die Regel der Fall sein wird, fehlt. Bei der im Begnadigungswege gewährten Absolution kann dagegen von einer Nullität aus dem hier fraglichen Grunde keine Rede sein.

[8] S. die S. 147 n. 9 citirten Stellen.

[9] So schreibt z. B. Trid. Sess. XXV. c. 12 de ref. vor, dass diejenigen, welche wegen Hinterziehung von Zehnten oder Hinderung des Zehntbezuges gebannt sind, nur „plena restitutione secuta" absolvirt werden dürfen (was Avila l. c. P. II c. 7 disp. 3 d. 8 i. f. allerdings verneint, indem er hierin nur eine Wiederholung der gemeinrechtlichen Vorschrift, s. o. S. 670, findet). In Betreff der früheren Zeit s. S. 146 n. 9 a. E.

[10] S. Bd. IV. S. 87 n. 10; Friedle, üb. d. absolutio a censuris in articulo mortis, i. Arch. f. k. K. R. 30, 185.

[11] S. o. S. 497. 518.

[12] Das kirchliche Recht hat sogar blos in Betreff der ersteren besondere Normen aufgestellt. Diese können aber unbedenklich analogisch für das letztere angewendet werden, da dasselbe eine mildere Strafe bildet.

[13] Avila l. c. P. II. c. 7 disp. 3 d. 5.

[14] Vgl. die S. 147 n. 4 citirten Stellen.

[15] S. vor. Anm. Leistet sie aber ein anderer, so werden diese gegenüber der Kirche und dem Verletzten befreit, vgl. auch D. S. Besançon 1571 n. 9. 10, Hartzheim 8, 129.

2. Ferner kennt die Kirche auch eine Absolution von Todten[1], welche ebenfalls allein bei den vorher gedachten Censuren[2] praktisch von Bedeutung ist. Sie kann und hat ebenfalls stattzufinden, wenn der Verstorbene sich vor dem Tode durch deutliche Beweise, Worte oder Zeichen, reuig und bussfertig gezeigt und die Absolution vor dem Tode nicht mehr hat erlangen können[3], jedoch haben in diesem Falle die Erben dieselbe Verpflichtung, wie in dem so eben vorher zu 1 erwähnten Falle[4].

3. Bei dem generellen Personal- und dem Lokalinterdikt tritt die Eigenthümlichkeit ein, dass wenn die Absolution von dem Schuldigen erlangt ist[5], die übrigen von diesen Censuren betroffenen, unschuldigen Personen ihrerseits, ohne dass sie irgendwie die Bedingungen der Absolution zu erfüllen und die letztere einzuholen brauchen, von der Strafe frei werden[6].

Die Ertheilung der Absolution bei den Censuren steht nicht im Belieben des kirchlichen Oberen, vielmehr ist er, wenn der davon Betroffene die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt und, soweit er dies nicht ohne Mitwirkung des Absolvirenden thun kann[7], zu erfüllen bereit ist, dazu verpflichtet, und dieser seiner Pflicht entspricht ein Recht des Schuldigen auf Gewährung der Absolution[8]. Dies gilt auch für die Fälle der Todesgefahr und des Todes[9], in welcher namentlich die Erben und Verwandten die Absolution zu fordern berechtigt sind[10].

Die gültige Absolution[11] beseitigt sofort, sowie sie dem Nachsuchenden persönlich

[1] S. 147. 302; Clemens VIII.: Cum alias 1604 §. 13, b. T. 11, 70: „Philippi II. regis (v. Spanien) animam a quibuscumque censuris et poenis ecclesiasticis ... per eum forsan incursis (wegen Erschleichung eines Indultes v. Gregor XIII. in Betreff des Verkaufs kirchlicher Güter und Überschreitung desselben) gratiose absolvimus et liberamus." Die Formel giebt Rituale Rom. cit. t. III. c. 4.

[2] S. 671 zu n. 12.

[3] c. 28. 38 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; Entsch. d. Congr. episc. v. 1619 bei Barbosa J. E. U. II. 10 n. 40; Gran 1858 u. Utrecht 1865, coll. conc. Lac. 5, 89. 868; Kober, Kirchenbann S. 525. 532.

[4] S. c. 28. 38 X cit. Nach Clemens VIII. cit., s. Anm. 1, ist dem Sohn und Nachfolger Philipps II., Philipp III., bei der Absolution des ersteren ebenfalls die Restitution bestimmter Güter, bez. eine Entschädigung für andere auferlegt worden.

Eine Rechtspflicht für die Erben, die Absolution des Todten nachzusuchen, so Kober S. 533, ist nirgends festgesetzt. Der kirchliche Obere hat aber das Recht und die Pflicht, den Todten, wenn die gedachten Voraussetzungen feststehen, zu absolviren und damit die Verbindlichkeit der Erben zur Schadensersatzleistung herbeizuführen.

[5] Bei dem ersteren werden diejenigen Vorsteher und Mitglieder der Personengesammtheit, wegen deren Schuld das Interdikt verhängt ist, die erforderlichen Schritte dazu zu thun haben.

[6] S. 151 n. 5, weil sie blos wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Personengesammtheit oder zu einem Territorium davon betroffen werden.

[7] Soweit dieser also die Busswerke und die Sühneleistung zu bestimmen hat.

[8] Aus dem S. 148 hervorgehobenen Grunde, vgl. S. 151, s. auch S. 148 n. 1; Kober, Kirchenbann S. 451.

[9] S. c. 28 X cit.

[10] Von der Satisfaktion der Erben oder Verwandten kann die Absolution nicht abhängig gemacht werden. Wenn Fagnan. ad c. 28 X cit. V. 39 n. 14 ein Absolutionsformular der Pönitentiaria, in welchem dies geschieht, mittheilt, so widerspricht dies c. 28 u. 38 X cit. und auch dem Formular des Rituale Rom. t. III. c. 4, in denen als Voraussetzung blos die sichtbaren Zeichen der Reue und die Unmöglichkeit, die Absolution bei Lebzeiten zu erhalten, als Voraussetzungen hingestellt werden.

[11] Eine durch Gewalt oder durch rechtlich relevanten Zwang herbeigeführte Absolution ist nichtig, c. un. (Lyon II. 1274) in VI de iis quae vi I. 20, gleichviel ob die Gewalt oder der Zwang von dem Absolvirten oder einem Dritten ausgegangen ist, Suarez l. c. disp. VII s. 6 n. 14 ff.; Avila l. c. P. II. c. 7 disp. 2 d. 5 (ja, der Zwingende soll mit der Exkommunikation bestraft werden). Ebenso tritt Nichtigkeit ein, wenn die Absolution durch Angabe falscher oder Verschweigung wahrer Thatsachen erschlichen ist, c. 42 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 5 (Alex. III.) X de off. iur. ord. I. 31 (nach welchem die vom Papst Absolvirten bei festgestellter Obreption oder Subreption durch kirchliche Censuren an den Papst zurückzukehren, und bei Zweifelhaftigkeit derselben zur Purgation gezwungen werden sollen) aber theilweise abgeändert durch Trid. Sess. XIII. c. 5 de ref. (welches bei den vom Bischof verhängten Censuren diesem als päpstlichen Delegaten die Untersuchung über päpstlich ertheilte Absolutionen zuweist). End-

ertheilt ist, alle Wirkungen der in Frage stehenden Censur oder, wenn derselbe wegen verschiedener Vergehen mehreren Censuren gleicher Art (z. B. mehreren Exkommunikationen) oder verschiedenen (wie der Suspension und der Exkommunikation) unterliegt, aller derjenigen, auf welche sie gerichtet war[1]. Dasselbe gilt auch, wenn sie einem Abwesenden[2] gewährt ist. Hier tritt die Wirkung nicht erst mit dem Zeitpunkt ein, in welchem er durch einen Stellvertreter oder Boten oder durch Zustellung der schriftlich ertheilten Absolution Kunde erhält[3], weil die Censur in Folge der letzteren nicht mehr existirt und also keine Wirkungen mehr äussern kann[4].

Bei der Absolution der Todten, über welche die Kirche keine Macht mehr hat, kann sich naturgemäss die Wirkung derselben nur auf die Gewährung eines kirchlichen Begräbnisses[5] und der *suffragia ecclesiae*, namentlich der Darbringung des Messopfers für den Verstorbenen[6], sowie auf die Annahme von Oblationen für ihn erstrecken[7].

Kraft positiver Vorschrift ist bei einzelnen Vergehen der Umfang der Beseitigung der Wirkungen der darauf gesetzten Censur in so weit beschränkt, als einzelne, wie namentlich bei der Exkommunikation die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss, trotz der Absolution bestehen bleiben[8].

Auch der absolvirende Kirchenobere selbst kann die Wirksamkeit der Absolution bei der Ertheilung beschränken.

Hierher gehört 1. die in päpstlichen Gnadenreskripten übliche s. g. Klausel: *cum absolutione a censuris*[9].

2. Ist es nicht unzulässig, dass die Absolution an eine Suspensivbedingung[10], welche dem Wesen der Absolution nicht widerspricht[11], also z. B. an die Bedingung:

lich ist auch eine durch Simonie erlangte Absolution nichtig, c. 14 (Alex. III.) u. c. 24 (Luc. III.) X de sim. V. 3; Kober, Kirchenbann S. 512.

[1] S. o. S. 668 n. 2.

[2] S. a. a. O. Selbstverständlich ist, dass dieser vorher alle erforderlichen Bedingungen erfüllt hat.

[3] So auch, namentlich unter Hinweis auf die sofort wirksam werdenden Gnadenreskripte, s. c. 9 (Bonif. VIII.) in VI de rescr. I. 3, Kober S. 524. Die entgegengesetzte Ansicht in der gl. s. v. epistola zu c. 8 C. II qu. 5.

[4] Dass er, wenn er ohne sichere Kunde von der Absolution noch gegen die Censur handelt, ebenso subjektiv strafbar ist, wie wenn er dies vor derselben gethan hätte, s. Kober S. 524. 525, erscheint unrichtig. Weil die Censur nicht mehr besteht, kann er ebenso wenig gegen dieselbe verstossen, wie derjenige, gegen welchen eine solche von vornherein nichtiger Weise verhängt ist. Man kann also nur sagen, dass er in der betreffenden Zwischenzeit lediglich auf seine Gefahr handelt.

[5] S. Rituale Rom. l. c. Es kann daher, wenn die Beerdigung nicht an geweihter Stätte stattgefunden hat, falls dies angänglich, die Überführung der Leiche an eine solche erfolgen.

[6] S. Bd. IV. S. 183.

[7] S. o. S. 3.

[8] So beim Duell, s. o. S. 541 n. 6. Hier handelt es sich dann um eine Verschärfung der Censur durch Behandlung einer regelmässigen Wirkung derselben als selbstständiger Strafe.

[9] S. Bd. III. S. 161.

[10] So Avila l. c. P. II. c. 7 disp. 3 d. 15 d. 2 u. Suarez disp. VII s. 8 n. 5 ff., sowie die dort citirten Älteren, welche sie allerdings für unerlaubt, aber nicht für nichtig erachten, während andere in früherer Zeit sie auch für ungültig erklärt haben. Verboten ist sie nirgends, s. Kober S. 537, und dass die Absolution blos pure, ohne jede Bedingung ertheilt werden dürfe, wird durch die rechtlich anerkannte Zulässigkeit der Resolutivbedingung (s. S. 674 no. 3 des Textes) widerlegt. Nur so viel lässt sich sagen, dass sie in der Kirche nicht üblich ist. Warum der kirchliche Obere aber in einem Falle, in welchem er den Absolvirten in besonders strenger Weise zur Leistung der Genugthuung anhalten will, nicht diese als Bedingung der Absolution aussprechen sollte, ist nicht abzusehen.

[11] Das sind alle, welche sich mit den Voraussetzungen und dem Zweck der Absolution in Widerspruch setzen, also jede, welche sich nicht als Potestativbedingung des Absolvirten darstellt. Denn wird die Wirksamkeit von dem Eintreffen eines ungewissen Ereignisses oder der Handlung eines Dritten abhängig gemacht, so wird gegen den Grundsatz verstossen, dass die Absolution, wenn ihre Voraussetzungen vorliegen, sofort also auch mit voller Wirkung ertheilt werden muss, s. o. S. 672. Des Weiteren sind aus demselben

si satisfeceris, geknüpft wird. In diesem Falle wird der Eintritt ihrer Wirkungen, also der Fortfall der Censur bis dahin aufgeschoben, dass die Bedingung erfüllt worden ist.

3. Nicht minder kann der Absolution auch eine Resolutivbedingung beigefügt werden. Die Statthaftigkeit einer solchen ist rechtlich in der Zulassung der s. g. *absolutio ad reincidentiam*[1] ausdrücklich anerkannt. Es kann nämlich im Fall der Todesgefahr jeder Priester[2] oder in diesem Fall und bei anderen die Angehung des zuständigen Oberen hindernden Umständen jeder kirchliche, mit Jurisdiktion versehene Obere die Absolution ertheilen[3], jedoch hat sich der Absolvirte nach seiner Wiedergenesung oder nach Beseitigung des Hindernisses so bald als angänglich dem kompetenten Oberen zu stellen[4], um von diesem bei blosser Absolution durch einen Priester auch die Absolution für das *forum externum* zu erlangen[5], im übrigen aber um die Anweisungen des ersteren nach Prüfung der Verhältnisse, also der Gültigkeit der Absolution[6], sowie der Angemessenheit der auferlegten *satisfactio*, entgegen zu nehmen. Thut dies der Absolvirte nicht, obwohl er dazu in der Lage war[7], so fällt er ohne weiteres in die Censur zurück, d. h. die Absolution verliert und zwar so wohl für das forum *externum* wie auch in dem vorhin gedachten Fall für das *internum* ihre Kraft[8]. Dasselbe gilt, wenn der Papst oder ein päpstlicher Legat die Lossprechung unter dem Vorbehalt der Auferlegung der Satisfaktion durch den kompetenten Oberen gewährt hat, und dieser nicht innerhalb angemessener Zeit darum von dem Absolvirten ersucht wird[9].

In diesen Fällen ist die Beifügung einer Resolutivbedingung ausdrücklich anerkannt. Demgemäss wird der kirchliche Obere auch sonst, wenn dies zur Sicherung der Erfüllung der Erfordernisse der Absolution geboten erscheint[10], eine solche Absolution *ad reincidentiam* ertheilen können[11], jedoch darf die gestellte Bedingung ebensowenig wie die Suspensivbedingung dem Wesen der Absolution widersprechen[12].

Grunde auch alle Potestativbedingungen unstatthaft, welche sich nicht auf die Sicherung der Erfordernisse der Absolution beziehen, also z. B. die Vornahme einer beliebigen Reise (nicht Wallfahrt). Endlich kann auch nichts zur Bedingung gesetzt werden, was an sich die Absolution nichtig machen würde, wie z. B. das Geben von Geld an den Absolvirenden, die Wiederbegehung des kirchlichen Vergehens, wegen dessen die fragliche Censur verhängt ist.

Die Absolution, welche unter einer solchen unzulässigen Bedingung ertheilt wird, muss für nichtig erachtet werden, weil der Absolvirende die Wirkungen der einfachen Absolution nicht gewollt hat, andererseits das, was er beabsichtigt, aber keinen rechtlichen Effekt erlangen kann.

1 S. 148.

2 Auch in den Reservatfällen, s. Bd. IV. S. 83. 109.

3 c. 22 (Bonif.) in VI de sent. exc. V. 11.

4 c. 22 in VI cit.; Rituale Roman. t. III. c. 1 n. 23.

5 Weil der Priester nur für das *forum internum* zu absolviren befugt ist, und nach der jetzigen strengen Scheidung zwischen diesem und dem forum externum die Absolution allein für das erstere wirkt, Kober S. 462.

6 Z. B. ob der Ausnahmefall vorlag.

7 Also nur, wenn ihn eine Schuld trifft, so auch Suarez l. c. disp. VII s. 8 n. 26; Kober S. 549.

8 c. 22 in VI cit.; Kober S. 462.

9 c. 22 cit.

10 Sonst nicht, weil der Absolvirte, wenn er diese voll erfüllt hat, ein Recht auf unbedingte sofortige Absolution besitzt, s. o. S. 672.

11 Suarez l. c. n. 23 ff.; Kober S. 549. Ein praktischer Fall (Absolution zweier Eheleute, welche eine klandestine Ehe geschlossen haben, ad reincidentiam unter der Bedingung, dass sich dieselben innerhalb zweier Monate noch aufbieten lassen und ihre Ehe in facie ecclesiae bestätigen) bei Kober S. 549 n. 1, und ein anderer (Absolution eines Gubernators und seiner Beamten ad reinc. durch die congr. immunit. 1694 mit der Auflage, sich den Befehlen des Papstes zu unterwerfen) bei Ferraris, prompta bibliotheca s. v. gubernatores n. 2.

12 Denn auch für die Resolutivbedingungen kommen dieselben Gesichtspunkte, wie für die suspensiven in Betracht. Daher ist die Untersuchung bei Suarez l. c. n. 27, ob der Absolvirte auch ohne dass ihn eine Schuld trifft, wieder in Censur zurückfallen kann, überflüssig; vielmehr kommt stets die Anm. 7 gedachte Regel zur Anwendung.

4. Unzulässig und nichtig ist dagegen eine reine[1] *absolutio a die* und *ad diem*. Es wird zwar in der Doktrin eine auf Zeit ertheilte Absolution als ein Fall der *absolutio ad reincidentiam* betrachtet[2] und damit die Zulässigkeit derselben angenommen. Indessen handelt es sich hierbei um eine Lossprechung, welche blos vorübergehend auf Zeit gewährt wird, um einem Censurirten, namentlich einem Exkommunicirten die Vornahme einer gewissen Handlung zu ermöglichen[3], und bei welcher die Censur nach derselben sofort wieder eintritt. Hierin liegt aber in der That blos eine Suspension der Wirkungen der Censur, nicht eine Absolution[4] von der letzteren, zu deren Wesen die definitive Beseitigung derselben gehört, während eine solche in dem gedachten Falle gar nicht bezweckt wird[5].

Eine besondere Art der Absolution bildet die ausdrücklich für die *excommunicatio* und die *suspensio* anerkannte[6] und allein für das *interdictum* über Städte, Länder und Ortschaften ausgeschlossene[7] *absolutio ad cautelam*, d. h. eine solche, welche ertheilt wird, wenn ein Zweifel darüber obwaltet, ob eine Censur rechtsgültig verhängt, also ob eine Absolution zur Beseitigung derselben erforderlich oder überflüssig ist[8]. Der Natur der Sache nach ist sie weder bei der regelmässigen (unbedingten vollen) Absolution noch bei den o. S. 673. 674 no. 1—4 besprochenen Arten der Lossprechung, ja selbst nicht einmal bei der sich lediglich als Suspension darstellenden s. g. Absolution ad tempus et ad reincidentiam[9] ausgeschlossen[10].

Sie ist statthaft 1. wenn ein Exkommunicirter die Nichtigkeit der Exkommunikationssentenz vor dem höheren Richter unter Anbietung der erforderlichen Beweise dafür behauptet, und zugleich eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit für die Nullität vorliegt[11].

Jedoch ist durch Clemens VIII.[12] diese Absolution, welche nach dem Dekre-

[1] Entweder sind die Bedingungen der Absolution erfüllt, dann darf ihre Wirkung nicht hinausgeschoben oder von einem späteren Zeitpunkt ab wieder ausgeschlossen werden, oder sie liegen nicht vor, dann ist es unzulässig, die Absolution zu ertheilen und ihre Wirkung von einem bestimmten Tag ab eintreten zu lassen, ohne Rücksicht darauf, ob sie zu dieser Zeit statthaft wäre oder nicht.

[2] Kober S. 548; Suarez disp. VII s. 8 n. 17, welcher diese im Gegensatz zu der vorher besprochenen, der eigentlichen *abs. ad reinc.*, als uneigentliche bezeichnet. S. auch Anm. 4.

[3] So nach den citirten, um als Zeuge vernommen werden und Zeugniss ablegen zu können. Das dafür in Bezug genommene c. 38 (Innoc. III.) X de test. II. 20 bezieht sich indessen auf die *absolutio ad cautelam*, s. nachher. Hierher gehörige Fälle in c. 40 (ib.) X de V. S. V. 40, s. S. 149 n. 6 u. 8, sowie in der folgenden Anm.

[4] Die äussere Form der Absolution wird allerdings für diese gebraucht, Urban VIII.: Alma et v. 1634, b. T. 14, 376 (Delegation des französischen Nuntius, den exkommunicirten Herzog von Espernon behufs Verfolgung seiner Appellation an den päpstlichen Stuhl) „ut ad aliquod tempus tibi vel tuo delegato benevisum eumdem . . . a praefatis censuris et poenis cum reincidentia eo ipso incurrenda ex solo lapsu praedicti temporis absque aliquo decreto vel nova denunciatione, declaratione seu publicatione facienda absolvas in forma consueta ecclesiae, facta tamen per praefatum ducem . . . promissione de parendo mandatis nostris et s. matris ecclesiae"; ebenso Dekr. d. congr. episc. v. 1699, coll. conc. Lac. 1, 282.

[5] Ferner wird auch zu der uneigentlichen abs. ad reinc. die S. 673 unter 1 gedachte Absolution mit beschränkter Wirkung gerechnet, Suarez disp. VII s. 8 n. 17, freilich mit Unrecht.

[6] S. 149 n. 6, 150 n. 1 u. S. 152 n. 12.

[7] S. 151 n. 2.

[8] S. 149.

[9] S. o. im Text.

[10] Vgl. die folgenden Anmerkungen.

[11] c. 40 X de sent. exc. V. 39; c. 7 §. 5 in VI de sent. exc. V. 11, S. 149 n. 6. (Eine päpstliche Anweisung zur Ertheilung einer solchen absolutio ad cautelam in einer Appellationssache vor dem Papst v. Urban VIII.: Alias nos 1637, b. T. 14, 597).

[12] S. das auf Befehl desselben 1600 erlassene Dekret der Congr. episc., coll. conc. Lac. 1, 427, u. Ferraris s. v. appellatio art. V. n. 20: „Absolutio ad cautelam, nonnisi parte citata et visis actis, cum dubitatur de nullitate excommunicationis ab homine prolatae vel a iure, si occurrat dubium facti vel probabile dubium iuris concedenda erit tuncque ad tempus breve cum reincidentia et praestita per excommunicatum cautione de stando iuri et parendo mandatis ecclesiae tantum: et si iuxta formam a iure praescriptam apparebit, ali-

talenrecht eine definitive war[1], in eine blosse Suspension *ad reincidentiam* verwandelt worden[2].

2. Kennt die kirchliche Praxis[3] ferner eine solche Absolution in Fällen, in denen das wirkliche Vorhandensein einer Censur gar nicht feststeht, ja der Censurirte selbst nicht einmal darum bittet, zu dem Zweck, jede Möglichkeit auszuschliessen, dass gewisse Akte und Handlungen, namentlich Gnadenverleihungen wegen einer obwaltenden Censur, insbesondere einer Exkommunikation, keine Gültigkeit erlangen können[4]. Mitunter haben endlich die Päpste derartige Absolutionen auch auf Ansuchen von Bittstellern, wenn sich diese durch die Möglichkeit, in eine Censur verfallen zu sein, in ihrem Gewissen beschwert fühlten, lediglich zur Beschwichtigung derselben gewährt[5], und sind selbstverständlich in der Lage, dies noch heute zu thun.

Wirksamkeit haben solche Absolutionen und zwar in dem beabsichtigten Umfange[6] blos, wenn der Absolvirte wirklich einer Censur unterliegt[7], während sie eine solche im umgekehrten Fall nicht äussern können.

III. Die Begnadigung. Während für die Censuren die regelmässige Art ihrer Aufhebung die Absolution bildet, können die *poenae vindicativae* allein durch Begnadigung[8] beseitigt werden. Doch ist eine solche auch bei den Censuren nicht

quem ob manifestam offensam excommunicatum fuisse, debitam etiam satisfactionem praestare et si ob contumaciam manifestam, expensis pariter satisfacere et cavere de iudicio sisti coram excommunicatore is tenebitur, priusquam ad cautelam absolvitur."

1 S. 149 n. 8.

2 Dadurch, dass nach dem citirten Dekret dieselbe nur ad tempus und cum reincidentia ertheilt werden, die Exkommunikation also, wenn ihre Nichtigkeit nicht dargethan wird, wieder eintreten soll. Das beweist ebenfalls gegen die o. S. 149 n. 8 bekämpfte Ansicht Kobers, weil erst hier die Absolution cum reincidentia ausdrücklich vorgeschrieben wird, demnach die *absolutio ad cautelam* an sich nicht als eine *cum reincidentia* betrachtet worden ist.

Andererseits lässt auch das Dekret entgegen c. 2 cit. in VI de sent. exc. V. 11, S. 149 n. 7, diese beschränkte absolutio bei offenbaren Vergehen zu, aber einmal unter der erschwerten Bedingung der vollen Ersatzleistung, und ferner ist zu beachten, dass die erstere in der That nur eine Suspension von der Exkommunikation ist, die letztere also wieder eintritt, wenn trotz des offenbaren Vergehens ihre Nichtigkeit nicht innerhalb der Frist von dem Absolvirten, z. B. aus Rechtsgründen, dargethan wird. Über die Voraussetzungen der Absolution ad cautelam von der Suspension hat das Kirchenrecht keine festen Normen ausgebildet, denn in c. 52 X cit. V. 39 handelt es sich um eine aus Gnade ertheilte Absolution ad cautelam und in c. 9 X de exc. cit. II. 25 um eine solche der unter 2 des Textes gedachten Art. Ein Bedürfniss dazu lag in der That auch blos bei der Exkommunikation vor, s. o. S. 149.

3 Vor Allem die päpstliche, vgl. z. B. Innocenz IV. 1254, Rodenberg, epist. Roman. pontif. 3, 235.

4 Hierher gehört die S. 673 no. 1 u. Bd. III. S. 161 gedachte Absolution.

Solche sind sogar von den Päpsten ertheilt worden, um einer aus anderen Gründen von ihnen gewährten absolutio ad cautelam die möglichste Sicherheit für ihre Gültigkeit zu geben, s. Urban VIII. 1637 cit., s. S. 675 n. 11, Urban VIII.: Nuper 1637, u. Urban VIII.: Nuper pro 1638, b. T. 14, 603. 654. 658.

Für das forum conscientiae hat sogar nach dem Rituale Roman. t. III. c. 2 der Priester vor jeder sakramentalen Absolution, damit deren Wirksamkeit nicht gehindert wird, ebenfalls eine solche absolutio ad cautelam („te absolvo ab omni vinculo excommunicationis, suspensionis et interdicti, in quantum possum et tu indiges") auszusprechen.

5 Paul V.: Cum sicut 1619, b. T. 12, 455 (dem Kaiser Ferdinand II.); Urban VIII.: Nuper 1637, b. T. 14, 603 (einem Bischof); Urban VIII.: Nuper pro 1638, ibid. p. 654 (den Präbendaten einer Domkirche); Urban VIII.: Nuper pro parte 1638 p. 658 (den Kanonikern einer solchen).

6 S. o. S. 673 u. die folgende Anm.

7 Hier kann von einem Wiedereintreten der Censur in keinem Falle die Rede sein, da bei der Absolution behufs Erlangung von Gnaden die erstere blos insoweit beseitigt wird, als es sich um die Erwerbung derselben handelt. Auch das ist ein Beweis gegen die S. 149 n. 8 besprochene Behauptung von Kober S. 543, da sich daraus ergiebt, dass das Wiedereintreten der Censur dem Begriff der absolutio ad cautelam nicht wesentlich ist.

8 Für die Ausübung des Begnadigungsrechtes, bez. die Begnadigung werden die Ausdrücke gebraucht: *absolvere* Eugen IV.: Inter cetera 1447 §. 11, b. T. 5, 92 (a poenis); Leo X.: Inter graves sollicitudines 1515 §§. 6. 7, b. T. 5, 627 (von privatio beneficii, diffidatio, Infamie, Unfähigkeit

ausgeschlossen, und liegt dann vor, wenn diese, ehe die Erfordernisse der Absolution im eigentlichen Sinne erfüllt sind (s. o. S. 669), durch den zuständigen Kirchenoberen aufgehoben werden[1].

Eine bestimmte Form hat das kirchliche Recht für die Begnadigung nicht festgesetzt. Jede Willenserklärung des kompetenten kirchlichen Organs auf Beseitigung einer verhängten oder eingetretenen Strafe genügt dazu[2]. Nur bei den Censuren bedarf es stets der Form der Absolution[3]. Aber dieser Unterschied verschwindet äusserlich, da, wenngleich die Absolution in der vorgeschriebenen oder herkömmlichen Form erfolgen soll[4], diese doch in der Regel für ihre Gültigkeit und Wirksamkeit nicht erfordert wird[5].

Im Gegensatz zu der Absolution hat der mit der Strafe Belegte kein Recht auf die Begnadigung. Diese steht also im freien Ermessen des zuständigen Kirchenoberen, und derselbe kann daher bei der Gewährung derselben beliebige Bedingungen stellen oder Auflagen machen[6], ja er kann sie sogar ein für alle Mal beim Vorliegen gewisser

zu kirchlichen und weltlichen Würden, vom Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss); Leo X.: Pastor aeternus 1516 §. 9 u. Exsurge 1520 §. 3, ibid. p. 659. 748 (ebenso); Paul III.: Illius vices 1535 §. 3, b. T. 6, 205 (von poenae corporales, etiam capitales); Julius III.: Illius qui 1550 §. 2, ibid. p. 414 (von poenae etiam bonorum privativae et corporis afflictivae ac capitales); Paul IV.: Incumbentia 1556 §§. 10. 11, ibid. p. 523 (von poenae, namentlich privatio feudorum et aliorum bonorum et monasteriorum); Gregor XIII.: Officii nostri 1576 §. 2, b. T. 8, 138 (a poenis und absolvere inhabilitatis et infamiae maculam); Gregor XIII.: Ascendente 1584 §. 22 (poenae) u. §. 24, ibid. p. 457 (inhabilitas ad beneficia); Clemens VIII.: Romani pontificis 1594 §. 4, b. T. 10, 176 (poenae); Paul V.: Creditam 1608 §. 25, b. T. 11, 511 (privatio benef. et inhabilitas ad ben.); Paul V.: Cum sicut 1612 §. 1, b. T. 12, 25 (poenae, auch temporales); *absolvere et liberare* Gregor XIII.: Exponi 1577 §. 5, b. T. 8, 186 (poenae, auch temporales); Urban VIII.: Ad aures 1624 §. 4, b. T. 13, 101 (poenae); Urban VIII.: Sedes apostolica 1625 §. 2, ibid. p. 317 (poenae); Benedikt XIII.: Catholicae ecclesiae 1725, b. T. 22, 158 (amissio fructuum); *absolutio et relaxatio* Pius IX.: Romanus pontifex 1873, Avanzini comm. 1, 413; *dispensare et absolvere* Pius V.: Super speculam 1570 §. 2, b. T. 7, 877 (privatio benef. u. inhabilitas dazu); Paul V.: Regis pacifici 1616 §. 1, b. T. 12, 356 (inhabilitas ad officia); *dispensare*, Pontif. Roman. P. III. degradationis forma (Degradation); Leo X.: Regimini 1515 §. 11, b. T. 617 (inhabilitas ad beneficia et ordines); Paul III.: Illius vices §. 4, b. T. 6, 305 (ebenso); Julius III.: Huius qui 1550 §. 3, ibid. p. 414; Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §§. 3. 4, b. T. 9, 63; Clemens VIII.: Nullus 1601 §. 22, b. T. 10, 662 (privatio beneficii et inhabilitas); Basel XX. (1435) c. 1, Hardouin 10, 1195 (inhabilitas ad beneficia); *remittere* Gregor XIII.: Huius officii 1576 §. 2, b. T. 8, 136 (poenae); Clemens VIII.: Quaecumque 1596 §. 4, Ambitiosam 1596 §. 1, b. T. 10, 277 u. 293 (privatio vocis activae et passivae, priv. officiorum, inhabilitas, carcer); Mailand 1565 III. 15, Hardouin 10, 726 (Geldstrafe); Rom 1725 I. 9, coll. conc. Lac. 1, 350 (Geldstrafe); *remittere et condonare* Gregor XIII.: Exponi 1577 §. 5, b. T. 8, 138 (poenae); Urban VIII.: Sedes apostolica 1625 §. 2, b. T. 13, 317 (ebenso); Urban VIII.: Singulares 1624 §. 2, ibid. p. 133 (Strafen, namentlich Geldstrafen); *liberare et relaxare* Paul III.: Illius vices 1535 §. 3, b. T. 6, 305 (carceres, banna, exilia); *abolere* Paul III. cit. §§. 4. 5 (Infamie und Konfiskation); Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3, b. T. 6, 545 (Infamie); Julius III.: Illius vices 1550 §. 2, ibid. p. 414 (inhabilitas u. Infamie); Gregor XIII.: Exponi 1577 §. 5, b. T. 8, 186 (ebenso); *habilitatio* Gregor XV.: Sanctissimus 1621 §. 4, b. T. 12, 597 (privatio vocis activae et passivae); *habilitatio et restitutio* Paul V.: Si de protegendis 1569 §. 9, b. T. 7, 744 (Infamie und Verlust von Ehren und Ämtern); *restituere* Paul IV.: Cum secundum 1538 §. 2, b. T. 6, 545 (privatio bonorum, regnorum, beneficiorum, feudorum, bonorum, Verlust des Stimmrechts und Inhabilität zu Ämtern); *rehabilitatio* Innocenz X.: Inter cetera 1649 §. 4, b. T. 15, 646 (Verlust des Stimmrechts u. Inhabilität zu Ämtern); *reponere*, *reintegrare*, bez. *restituere*, *reponere*, *reintegrare in pristinum statum* Gregor XIII.: Illius officii 1576 §. 2, b. T. 8, 138 (Inhabilität und Infamie), bez. Gregor XIII.: Exponi 1577 §. 5, ibid. p. 186, u. Urban VIII.: Sedes apostolica 1630 §. 2, b. T. 14, 126 (hier in der Bedeutung der Gesammt-Begnadigung und der Absolution von Censuren); vgl. ferner Julius II. cit., S. 669 n. 9; *venia* Bordeaux 1584 XLII. 1 i. f., Hardouin 10, 1503; *gratia* Narbonne 1609 c. 41, ibid. 11, 45.

[1] S. auch S. 153.

[2] Denn eine bestimmte Form ist niemals rechtlich vorgeschrieben worden.

[3] S. 153 u. S. 667.

[4] S. S. 668.

[5] S. S. 668 n. 4.

[6] Feste Regeln, wie bei der Absolution, haben sich hier nicht gebildet. Die Päpste, welche in Einzelfällen die Begnadigung nicht selbst ertheilt, sondern einen Delegaten mit der Gewährung be-

Voraussetzungen *ipso iure* eintreten lassen [1] und sie generell [2] für die Thäter bei bestimmten Vergehen (als s. g. Amnestie [3]) gewähren, endlich sie auch *ad cautelam* ertheilen [4]. Ebenso ist es für die Ausübung des Begnadigungsrechtes gleichgültig, ob bereits auf die Strafe erkannt, bez. dieselbe ipso iure eingetreten ist oder ob weder der eine noch der andere Fall schon vorliegt, vielmehr der Thäter blos erst das Vergehen, auf welches die Strafe gesetzt ist [5], begangen hat.

IV. Dagegen kann der Tod des mit der Strafe Belegten nicht allgemein als Beseitigungsgrund derselben angesehen werden. Er bildet zwar einen solchen bei den Freiheitsstrafen und denjenigen poenae vindicativae, welche lediglich die Person des Bestraften während seines Lebens berühren können, wie der Verlust von kirchlichen und weltlichen Berechtigungen und die Suspension von solchen, das Exil, die Ausweisung, die Ehrenstrafen, nicht aber bei solchen, welche, wie die Entziehung des christlichen Begräbnisses erst mit dem Tod zur Wirkung gelangen [6], und dies gilt auch für diejenigen Censuren [7], mit denen die Versagung eines solchen Begräbnisses [8] als Folge verbunden ist, also für die Exkommunikation [9] und das Personalinterdikt [10].

auftragt haben, machen diese mitunter von der Auferlegung einer poenitentia salutaris abhängig, jedoch handelt es sich in diesen Fällen auch zugleich um die Absolution von Censuren, deren Voraussetzungen für die Ertheilung der Begnadigung ebenfalls als nothwendig hingestellt werden, s. z. B. Urban VIII.: Ad aures 1624 §. 4, b. T. 13, 101.

1 Julius II.: Cum tam divino 1505, S. 669 n. 9.

2 So hat Clemens VII. für die bekehrten Ketzer und Apostaten in Portugal, welche innerhalb einer bestimmten Zeit nach Abschwörung der Ketzerei bei den dazu bestimmten Geistlichen gebeichtet haben und von diesen in das zu führende Register eingetragen worden sein würden, die Begnadigung von allen Strafen u. Censuren ertheilt, s. Paul III.: Illius vices 1535 §§. 3 ff., b. T. 6, 205; ebenso Paul IV.: Cum quorumdam 1555 §. 2, ibid. p. 500, denjenigen Ketzern, welche die Trinität, die Empfängniss Jesu durch den h. Geist u. s. w. läugnen und innerhalb bestimmter Zeit ihren Irrthum abschwören und die ihnen in der Beichte auferlegten Busswerke leisten würden; Clemens VIII.: Postulat 1604 §. 3 eine der Clemens' VII. im wesentlichen gleiche Amnestie für Portugal gewährt; Urban VIII.: Sanctissimus 1624 §. 5, b. T. 13, 202, den Apostaten der Mönchsorden, welche innerhalb bestimmter Frist zurückkehren würden, Amnestie von allen Strafen für ihre Apostasie ertheilt, mit der Auflage, bei ihren Oberen die Absolution nachzusuchen und diesen Besserung zu versprechen, und derartige Straferlasse sind von seinen Nachfolgern, später aus Anlass des Jubiläums, so von Benedikt XIII. 1725, b. T. 22, 138, Benedikt XIV. 1750, bull. Benr 3, 117, Pius VI. 1775, bull. Roman. cont. 5, 5 (nach diesem auch schon früher von Clemens X. und Innocenz XII.), wiederholt worden.

3 *Generalis venia et absolutio* genannt von Clemens VIII.: Postulat 1604 §. 1, b. T. 11, 118.

4 S. die S. 676 n. 5 citirten päpstlichen Konstitutionen, welche nicht allein eine Lossprechung von Censuren, sondern auch von etwa eingetretenen Strafen aussprechen.

5 Vgl. Paul III.: Illius vices 1535 §. 24 cit. u. Clemens VIII.: Postulat 1604 cit. §. 3, s. Anm. 2.

6 S. 541.

7 Suarez l. c. disp. VII s. 1 n. 4; Reiffenstuel V. 39 n. 240; Schmalzgrueber V. 39 n. 109.

8 Und auch die damit verbundene Versagung der suffragia ecclesiae und Annahme von Oblationen für den Todten.

9 S. o. S. 497.

10 S. 518.

B. Die Entwicklung und der Charakter des kirchlichen Strafrechts.

1. Die kirchlichen Strafvergehen.

a. Die einzelnen Strafvergehen.

§. 307. aa. *Die Verbrechen gegen den Glauben und die ihnen verwandten Verbrechen.*

1. Die Ketzerei (*haeresis*)[1]. Sie ist das bewusste[2], äusserlich bethätigte Festhalten seitens eines Getauften[3] an einer Lehre, welche einem von der katholischen Kirche[4] festgestellten Glaubenssatz[5] widerspricht, obwohl er die wahre katholische Lehre kennt oder ihm diese dargelegt worden ist[6]. Wesentlich erscheint demnach einmal das Nichtaufgeben der falschen Lehre oder das Zurückweisen jeder Belehrung[7],

[1] X de haer. V. 7, VI eod. tit. V. 2; Clem. eod. V. 3. Martens, hat die im Mittelalter geübte strafrechtliche Behandlung der Häretiker einen dogmatisch. Anhalt? i. Arch. f. k. K. R. 8, 201 ff., jedoch hat der Verfasser die hier vertretene bejahende Ansicht fallen lassen, s. Ztschr. f. K. R. 20, 334; vgl. auch a. a. O. 21, 476; Arch. f. k. K. R. 55, 477 u. Martens, Beziehungen zw. Staat u. Kirche. Stuttgart 1877 S. 19 ff. 62.

[2] Das blosse Glauben einer falschen Lehre aus Unkenntniss des katholischen Glaubens oder aus Irrthum, selbst eines verschuldeten (Schmalzgrueber V. 7 n. 13. 14), die s. g. *haeresis materialis*, bildet noch nicht den Thatbestand des Verbrechens.

[3] Denn allein ein solcher gehört zur Kirche und untersteht ihrer Gesetzgebung und Jurisdiktion, Trid. Sess. XIX. c. 2 de poen.; Bd. IV. S. 23. 43. 49.

[4] Also durch ein allgemeines Konzil oder den Papst, Bd. IV. S. 435. 439.

[5] D. h. den von der Kirche als Dogmen deklarirten Sätzen, mithin den in den Symbolen enthaltenen, c. 27 (Hieron.) C. XXIV qu. 3; c. 13 (Lateran. IV. 1215) X de haeret. V. 7; glossa s. v. dubius zu c. 1 X eod., oder einem von einem allgemeinen Konzil (s. z. B. Trid. Sess. XIII. decr. de ss. euchar. sacr. c. 8 i. f. u. can. 1—11, Sess. XXIV. decr. de sacr. matr. u. c. 1—12 u. in Betreff des Vatikanums v. 1870 Bd. III. S. 467 n. 5) oder von den Päpsten (s. Bd. IV. S. 444 n. 1 und Pius IX.: Ineffabilis 1854, betr. die unbefleckte Empfängniss, Arch. f. k. K. R. 10, 395. 403) für häretisch, nicht blos für irrthümlich erklärten Satze. Wenngleich die sonstigen kirchlichen Behörden und Organe, die Congr. inquis., die Bischöfe, die Provinzial- und Diöcesansynoden keine Gewalt haben, Glaubenslehren für die ganze Kirche festzustellen, Bd. I. S. 448, B. IV. S. 445. 447 u. Bd. III. S. 645. 661, so gehört es doch zu ihrer Zuständigkeit, Lehren, welche sich gegen die bereits allgemein verbindlich festgestellten Glaubenssätze kehren, zu verwerfen, s. z. B. Encykl. d. Congr. inqu. v. 1856 betr. den Magnetismus, coll. conc. Lac. 6, 102; Tours 1849 u. Avignon 1849, l. c. 4, 281. 322 (Verwerfung der Secte: Oeuvre de la Miséricorde). Die Annahme und das Festhalten solcher Lehren ist allerdings ebenfalls Ketzerei, aber nicht deshalb weil dabei gegen eine Glaubensdefinition der gedachten Organe, sondern nach der von ihnen kraft ihrer Zuständigkeit getroffenen Feststellung gegen allgemein deklarirte Glaubenssätze verstossen wird.

[6] c. 29. 31 (August.) C. XXIV qu. 3.

[7] Mit Rücksicht darauf, dass einzelne Quellenstellen eine *pertinacia* verlangen, c. 29 cit., Clem. un. §. 1 de summa trin. I. 1 u. Clem. un. §. 2 de usur. V. 5, wird sowohl von der älteren wie auch von der neueren Doktrin stets die pertinacia oder Hartnäckigkeit als Begriffsmoment in die Definition der Ketzerei aufgenommen. Dies erweckt leicht die Vorstellung von der Nothwendigkeit eines längeren oder eifrigen Festhaltens an der falschen Lehre. Das ist indessen nicht gemeint, vielmehr bedeutet pertinacia nur das im Text Ausgedrückte, s. auch Reiffenstuel V. 7. n. 5.

Was das Zweifeln an Glaubenssätzen betrifft, so ist ein blosser Zweifel, ob ein solcher wahr oder nicht wahr sei, ohne dass sich der Zweifelnde in der einen oder andern Richtung entscheidet, jedenfalls nicht genügend, denn dadurch wird noch nicht das eigene Urtheil über das der Kirche gesetzt, wohl aber ist es Ketzerei, wenn Jemand einen von der Kirche für wahr erklärten Glaubenssatz für zweifelhaft hält oder erklärt, denn damit tritt er der Kirchenlehre positiv entgegen, so auch die gemeine Meinung, Reiffenstuel V. 7 n. 10; Schmalzgrueber V. 7 n. 5. 6; München, Strafrecht 2, 321. Das c. 1 (Ps. Is.) X h. t. V. 7 („dubius in fide infidelis est") gehört nicht hierher, denn es handelt von der Glaubwürdigkeit der Ankläger und Zeugen.

also das bewusste Stellen des eigenen Urtheils über das der Kirche, ferner aber auch, dass die Abweichung der betreffenden Person von der kirchlichen Glaubenslehre in die äussere Erscheinung tritt[1]. Erst das letztere Moment[2] macht die Ketzerei zur s. g. *haeresis formalis externa*, d. h. zum kirchlichen Verbrechen.

Was die Bestrafung der Ketzerei[3] betrifft, so sind die Strafen für dieselbe, welche die kirchliche Gesetzgebung bereits in der früheren Periode mit Rücksicht auf die Gleichstellung der Ketzerei mit dem Majestätsverbrechen festgestellt hat[4], die *excommunicatio maior latae sent.*[5], welche nach dem jetzigen Rechte dem Papste[6] und zwar *speciali modo*[7] reservirt[8] ist, die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss[9], ewiges Gefängniss[10], die Infamie[11] und in Folge derselben[12] die Unfähigkeit, die Weihen[13], kirchliche Würden und Ämter[14], ferner auch weltliche[15] zu erhalten[16], als Advokat[17] oder Prokurator[17] zu fungiren, und als Zeuge zugelassen zu werden[18], sowie zugleich unter Verschärfung durch die Entziehung der aktiven und passiven testamenti factio[19] und des Rechts, andere zum Stehen vor Gericht zu zwingen[20], ferner der Verlust der welt-

[1] c. 29 C. XXIV qu. 3 cit.; c. 31 ibid. cit.; Clem. un. I. 1 u. Clem. un. V. 5 cit., denn erst dadurch wird sie der äusseren Gerichtsbarkeit der Kirche unterworfen, Bened. XIV. de syn. dioec. IX. 4. n. 4.

[2] Also das mündliche, schriftliche, gedruckte Aussprechen oder die Vornahme von Handlungen, welche sie kund thun, z. B. der Eintritt in eine ketzerische Sekte, oder die Unterlassung von Handlungen, z. B. des Fastens oder des Kirchenbesuches an den Sonn- und Feiertagen, wenn sie aus einer ketzerischen Gesinnung, z. B. weil der Kirche das Recht bestritten wird, verbindliche Normen darüber zu erlassen, hervorgeht.

[3] Die Ketzer bleiben selbstverständlich der Kirche verpflichtete, wenn auch nicht in derselben berechtigte Mitglieder, s. v. Döllinger u. Reusch, Selbstbiographie d. Kard. Bellarmin. Bonn 1887. S. 197.

[4] S. 302 n. 6 u. S. 303 n. 1.

[5] c. 8 (Lucius III.) 13 (Lateran. IV.) 15 (Gregor IX.) X. h. t., c. 49 (Honor. III.) X de sent. exc. V. 39.

[6] Diese Reservation tritt seit Gregor XI. 1372 in der Bulle Coena §. 10 hervor, s. o. S. 365, und ist in derselben beibehalten worden.

[7] Bd. IV. S. 104 n. 11.

[8] Const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 cit. n. 1: „Omnes a christiana fide apostatas et omnes et singulos haereticos quocumque nomine censeantur et cuiuscumque sectae existant eisque credentes eorumque receptores, fautores ac generaliter quoslibet illorum defensores“, wodurch die Bulle *Coena* beseitigt ist.

[9] Also auch zugleich der Oblationen für den Ketzer c. 8 (Later. III.) X h. t. V. 7. Das ist zwar schon eine Folge der Exkommunikation, da aber die Strafe besonders angedroht wird, so besteht sie fort, wenn die erstere gehoben ist. Daher schliesst auch das Rituale roman. t. VI. c. 2 n. 2 die haeretici et eorum fautores ausdrücklich neben den publice excommunicati vom kirchlichen Begräbniss aus.

Kleriker, welche den für exkommunicirt erklärten Ketzern die Sakramente spenden und das kirchliche Begräbniss gewähren, trifft die privatio beneficii, welches sie nur durch päpstliche Begnadigung wieder erhalten können, c. 13 §. 5 X cit. h. t. (während Aix 1585, Hardouin 10, 1562, die Pfarrer für die Sakramentsspendung mit der Exkommunikation belegt), und nach c. 2 (Alex. IV.) in VI de haer. V. 2 tritt für die wissentliche Gewährung des kirchlichen Begräbnisses die exc. l. s. bis zur Satisfaktion, s. S. 146 n. 9, ein (auch Tours 1583 c. 18, Hardouin 10, 1433, bedroht dies unter Berufung auf c. 8 X cit. V. 7 mit dem Anathem), eine Strafe, welche aber jetzt durch const. Pii IX. beseitigt ist, s. S. 497 n. 10, (Avanzini-)Pennacchi comm. cit. 2, 65.

[10] c. 15 (Gregor IX.) §. 1 X h. t. V. 7 u. die S. 157 n. 7 citirten Konstitutionen, welche ergeben, dass in c. 15 statt: noluerint zu lesen ist: voluerint, denn die Strafe — so war auch die Praxis, s. S. 487. 488 — trifft nur die reuigen, die Ketzerei abschwörenden Häretiker, während die hartnäckigen der weltlichen Obrigkeit zum Feuertod ausgeliefert wurden, s. die citirten Stellen u. o. S. 487. 488.

[11] Diese wird allerdings c. 13 §. 5 cit. nur den credentes, receptatores, fautores, defensores haereticorum, wenn sie hartnäckig ein Jahr in der Exkommunikation verharrt haben, als Strafe l. s. angedroht, S. 43 n. 1 u. S. 157 n. 8, aber c. 17 (Ps. Is.) C. VI qu. 1 bezeichnet alle Häretiker als infam.

[12] S. o. S. 557 ff.

[13] Bd. I. S. 46.

[14] Bd. II. S. 487.

[15] c. 2 §. 2 (Alex. IV.) in VI de sent. V. 7, c. 16 (Bonif. VIII.) eod., blos für hartnäckige credentes u. s. w. (s. u. Anm. 20), c. 13 §. 5 X cit. V. 7, wo noch besonders Ausschluss vom Richteramt und Notariat hervorgehoben wird. Vgl. auch S. 557 n. 1.

[16] Die zu Anm. 12 u. 13 gedachten Folgen treffen auch die Deszendenten. Das nähere darüber s. an den ang. Orten u. Bd. I. S. 21.

[17] c. 13 §. 5 X cit. (blos für hartnäckige credentes), s. oben S. 558.

[18] c. 26 (Nov. 45) C. II qu. 7, s. o. S. 558.

[19] c. 13 §. 5 X cit.

[20] c. 13 §. 5 X cit. Auch diese beiden Strafen sind ausdrücklich blos ebenso wie in der const.

lichen Ämter und Würden [1] und des Rechts auf Lehnstreue [2], die Vermögenskonfiskation [3] und der Verlust der väterlichen Gewalt [4], für Geistliche ausserdem die Degradation [5], bez. die Deposition [6].

Strafbar sind ferner ausser den Ketzern im gedachten Sinne 1. die s. g. *credentes*, d. h. die Anhänger derselben, welche ihren Lehren im Allgemeinen durch Worte oder Handlungen zustimmen [7], ohne sich schon wissentlich und fest zu einer ketzerischen Lehre durch Wort oder That bekannt zu haben [8], 2. die *defensores* [9], 3. die *receptatores* [10] und 4. die *fautores* [11] der Ketzer. Sie unterliegen sämmtlich der *excommunicatio maior la'ae sententiae papae speciali modo reservata* [12], sodann, wenn sie ein Jahr in der Exkommunikation verharrt haben, der Infamie [13] mit den vorhin gedachten Folgen [14] und Verschärfungen [15], ferner der Strafe des Verlustes der weltlichen Ämter [16] und, wenn sie Geistliche sind, auch der Deposition [17]. Überdies konnte gegen sie das Ver-

Frider. II. v. 1220, S. 383 n. 4, und den späteren Konstitutionen Gregor. IX. 1231, Innocenz' IV. 1254 u. Nikolaus' IV. 1278, S. 157 n. 7, für die hartnäckigen credentes festgesetzt, was sich wohl daraus erklärt, dass sie sich für die haeretici im engsten Sinne des Wortes fast stets durch die Auslieferung der Schuldigen zum Feuertode erledigten, und dass übrigens die letzteren auch immer das Delikt der credentes begangen hatten, also für sie die Strafe ebenfalls für anwendbar erachtet werden musste, so auch die Doktrin, s. Schmalzgrueber V. 7 n. 128.

[1] c. 13 §. 5 cit., s. vor. Anm. u. S. 47 n. 3 a. E. u. S. 158 n. 1.

[2] c. 16 (Gregor IX.) X de haer. V. 7. Die Doktrin hat daraus auch die Aufhebung der Gewalt des Herrn über die Sklaven (Hörigen) und ferner aller Verpflichtungen anderer gegen die Ketzer, namentlich auch aus Verträgen hergeleitet, vgl. glossa im casus u. s. v. absolutus u. aliquo pacto zu c. 16 X cit. V. 7; Fagnan. ad c. 16 cit.; Schmalzgrueber V. 7 n. 158; München 2, 331.

[3] Ipso iure, s. S. 39 n. 7, S. 117 n. 18, S. 133 n. 6, S. 157 n. 6 u. S. 311 n. 1, einschliesslich der Konfiskation der dos der Ehefrau, wenn sie bei der Eheeingehung Kenntniss von der Ketzerei des Mannes besass, c. 16 (Bonif. VIII.) in VI h. t. V. 2.

[4] Ebenfalls ipso facto, c. 4 (Alex. IV.) in VI h. t.

[5] S. 60 n. 3, S. 158 n. 8 u. S. 567.

[6] Für die hartnäckigen credentes, defensores u. s. w., c. 13 §. 5 X cit. V. 7, vgl. auch c. 12 (Bonif. VIII.) in VI h. t. V. 2.

[7] S. 471 n. 8.

[8] Denn anderenfalls würden sie haeretici im eigentlichen Sinne sein, Suarez l. c. disp. XXI s. 2 n. 5; Schmalzgrueber V. 7 n. 93; Heiner, die kirchlichen Censuren S. 57. (Bd. I. S. 47 habe ich das Wort: „beharrlich“ gebraucht, um auszudrücken, dass die credentes erst unter dieser Voraussetzung irregulär werden.) Wenn im Gegensatz zu c. 13 §. 5 X cit. V. 7, welches die gleich im Text zu erwähnenden Strafen auch den credentes androht, c. 15 (Gregor. IX.) X eod. („credentes eorum erroribus haereticos similiter iudicamus“), die credentes den Ketzern gleichstellt werden, andererseits aber das Original der const. Gregor. IX., s. S. 157 n. 7, ebenso wie die const. Innocenz' IV. u. Nikolaus' IV., s. a. a. O., die im Text gedachten Strafen (ausser der Exkommunikation) nicht für die credentes, sondern nur für die unter 2 bis 4 gedachten Kategorieen festsetzt, so hat damit c. 13 §. 5 X cit. V. 7 wohl kaum abgeändert werden sollen, da der Gegensatz zwischen den credentes und den haeretici ein flüssiger ist, vielmehr hat Gregor IX. blos die credentes, bei denen auch die Momente der Ketzerei im eigentlichen Sinne vorliegen, im Auge gehabt. Jedenfalls scheiden die Bulle Coena in allen ihren Fassungen und die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869, s. o. S. 680 n. 6 u. 8, wieder ebenso wie die Doktrin, s. vorher, die credentes von den Ketzern.

[9] Bd. I. S. 47 und oben S. 471.

[10] A. a. O.

[11] A. a. O. Wesentlich ist, dass die defensio, die receptatio und der favor wegen der Ketzerei, also dem Ketzer als solchem, nicht aus anderen Gründen gewährt wird, Suarez disp. XXI s. 2 n. 9 cit.; Reiffenstuel V. 7 n. 249 ff., Schmalzgrueber V. 7 n. 93. 96.

[12] S. 680 n. 8.

[13] S. 680 n. 11.

[14] S. 680.

[15] S. a. a. O.

[16] S. Anm. 1.

[17] S. Anm. 6. Besondere Strafen sind ausserdem für gewisse spezielle Arten der Begünstigung angedroht, so den Fürsten und weltlichen Obrigkeiten, welche trotz bereits erfolgter Exkommunikation die Ketzer in ihren Ländern nicht bestrafen, die Absetzung und der Verlust ihrer Herrschaftsrechte und Lehne, S. 47 n. 3 u. 4 u. S. 158 n. 2, unter gleichzeitiger Entbindung der Unterthanen vom Treueid, S. 48 n. 12 u. S. 158 n. 7, ferner den Kommunen auch die Entziehung des Handelsverkehrs mit anderen und des etwaigen Bischofssitzes S. 34 n. 2, S. 48 n. 2 u. S. 158 n. 4. 5, speziell den Bischöfen, welche in der Verfolgung der Ketzer in ihren Diöcesen lässig sind, die Deposition, c. 13 §. 8 X cit. V. 7. Endlich ist auch allen Gläubigen jeder Verkehr, insbesondere auch der geschäftliche, mit den von der Kirche als Ketzer bezeichneten bei Strafe der exc. fer. sent. und der Entziehung des christlichen Begräbnisses verboten, c. 8 (Luc. III.) u.

fahren wegen Verdachtes der Ketzerei[1] eingeleitet werden, und dies zu ihrer Behandlung und Bestrafung als Ketzer im eigentlichen Sinne führen[2].

Der rückfällige Ketzer[3], d. h. derjenige, welcher nach Abschwörung der Ketzerei wieder in dieselbe verfällt, ist stets der weltlichen Obrigkeit zur Vollstreckung der Todesstrafe auszuliefern[4].

Diese schon in der vorigen Periode für die Behandlung der Ketzerei festgestellten Normen sind auch zunächst noch für die folgende Zeit massgebend geblieben und bilden sogar noch jetzt das gemeine, von der katholischen Kirche selbst niemals ausdrücklich beseitigte Recht. Auf ihnen basirt die weitere päpstliche Gesetzgebung[5], welche nur noch für einzelne spezielle Fälle besondere Normen erlassen hat, so die Anordnung, dass ein zum Papst gewählter oder zum Kardinal, Bischof oder Legat beförderter Ketzer unfähig ist, diese Würden zu erwerben[6], ferner die Bedrohung der Ketzerei von Kardinälen, Bischöfen jeglicher Stellung, päpstlichen Legaten, Grafen, Baronen, Markgrafen, Herzögen, Königen und Kaisern mit dem ipso iure eintretenden Verlust der gedachten geistlichen und weltlichen Würden, aller kirchlichen Ämter und Früchte, sowie des aktiven Stimmrechts[7] und der *credentes*, *receptatores*, *defensores* und *fautores* der gedachten Würdenträger und Herren[8] mit den gleichfalls von selbst eintretenden Strafen der Exkommunikation[9], der vielfach und besonders verschärften Infamie sowie des Verlustes der kirchlichen Würden und Ämter und der weltlichen Herrscherrechte, Herrschaften, Lehne und Güter, endlich die Behandlung der erwähnten geistlichen Würdenträger und weltlichen Grossen[10], nicht minder derjenigen, welche bestimmte Fundamentallehren[11] des katholischen und christlichen Glaubens läugnen und sie nicht innerhalb gesetzter Frist ordnungsmässig abschwören[12], sofort — lediglich kraft gesetzlich festgesetzter Fiktion — als rückfälliger Ketzer.

Ebensowenig hat die Partikulargesetzgebung bei der umfassenden gemeinrechtlichen Regelung der Bestrafung der Ketzerei Veranlassung genommen und nehmen können, sich viel mit diesem Verbrechen zu beschäftigen. Daher finden sich in derselben im wesentlichen[13] nur Einschärfungen der Ketzergesetze mit Bezug auf be-

c. 13 §. 5 h. t. V. 7. Vgl. übrigens auch noch S. 680 n. 9.

[1] Nämlich wegen s. g. suspicio vehemens, S. 486 n. 12.

[2] A. a. O. u. n. 7 u. 9 u. S. 487.

[3] Über die besondere Fiktion des Rückfalls in c. 8 (Alexander IV.) in VI h. t. V. 2, s. S. 487 n. 2.

[4] S. 488 n. 8.

[5] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 42, b. T. 5, 604 (lediglich Einschärfung der Austreibung und Bestrafung der Ketzer); Gregor XV.: Romani pontificis 1622, b. T. 12, 708 (Ausschluss der Ketzer von der Niederlassung und dem blossen Aufenthalt in Italien und auf den anliegenden Inseln, sowie Einschärfung der Handhabung der Ketzergesetze gegen sie und der Behandlung derjenigen, welche sie zulassen oder aufnehmen, als fautores oder receptatores haereticorum); Paul V.: Pastoralis 1615, ibid. p. 309, s. S. 546 Anm. 6 (eine Anwendung von c. 9 u. c. 13 §. 5 X de heret. V. 7, S. 681 n. 17 a. E.).

[6] Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 §. 6, b. T. 6, 551, bestätigt durch Pius V.: Inter multiplices 1566 §. 3, l. c. 7, 499, lediglich eine Spezialisirung der Unfähigkeit der Ketzer, kirchliche Ämter zu erlangen, s. o. S. 680.

[7] Paul IV.: Cum ex apostolatus cit. §. 3.

[8] Paul IV.: L. c. §. 5. Auch hier handelt es sich nur um eine nähere Anwendung der früheren Strafen, neu ist nur die Qualifizirung aller als poenae latae sententiae.

[9] Diese ist aber nach der const. Pii IX.: Apostolicae jetzt reservirt.

[10] Paul IV.: Cum ex apostolatus §. 3 cit.

[11] Die Dreieinigkeit, die Gottheit Christi, die Empfängniss Mariä durch den h. Geist, den wirklichen Tod Christi und die Jungfrauschaft Mariä, s. folg. Anm.

[12] Paul IV.: Cum quorumdam 1555 §§. 1. 3, b. T. 6, 500, bestätigt und eingeschärft durch Pius V.: Romanus pontifex 1568, l. c. 7, 722, u. Clemens VIII.: Dominici 1603, l. c. 11, 1.

[13] Eine Ausnahme macht die Synode v. Petrikau 1589, bestätigt durch Sixtus V.: Pastoralis 1589 §§. 2. 5. 6, b. T. 9, 180, welche nicht nur jeden Ketzer unfähig zur Würde des Königs von Polen

stimmte Ketzereien[1], Anordnungen über generelle Exkommunikationen von Häretikern[2] und über die Anzeige derselben[3], ferner Verwerfungen ketzerischer Sekten[4], sowie Strafvorschriften über den Verkehr mit denselben[5], allerdings sogar noch in der Neuzeit für Rom[6].

Praktisch kommen jetzt mit Rücksicht auf die veränderte Stellung der katholischen Religion und Kirche in den modernen Staaten[7] nur noch die kirchlichen[8], nicht aber die weltlichen Strafen[9] zur Anwendung, weil die letzteren Mangels der Hülfe des weltlichen Armes nicht mehr realisirt werden können.

Für die heute in den modernen Staaten mit den Katholiken gleichberechtigten Anhänger anderer christlicher Konfessionen, also namentlich in Deutschland für die Protestanten, gilt vom katholischen Standpunkt aus das Gesagte ebenfalls. Allerdings ist es richtig, dass die katholische Kirche die Mitglieder dieser christlichen Religionsparteien, welche in den letzteren geboren und erzogen sind, nicht strafrechtlich als Ketzer behandelt[10], aber, soweit diese über die katholischen Glaubenslehren nicht genügende Kenntniss erhalten haben, sind sie auch nach katholischen Grundsätzen keine formellen Häretiker, also nicht einmal nach katholischem Kirchenrecht strafbar[11]. Nur insofern wird also nach der heutigen Praxis eine Konnivenz geübt, als die katholische Kirche selbst diejenigen Mitglieder solcher Religionsparteien, welche in voller Kenntniss der katholischen Glaubenslehren ihrer ursprünglichen Religion noch eine

erklärt, sondern auch diejenigen, welche bei der Erhebung eines solchen mitwirken oder ihm anhängen, mit allen ihren Deszendenten zu kirchlichen Würden und Ämter für unfähig erklärt und jeden Prälaten, welcher einen Ketzer zu weltlichen oder geistlichen Würden befördert oder befördern lässt, mit der privatio aller seiner Benefizien oder Unfähigkeit zu solchen und der suspensio a regimine et administratione suae ecclesiae als Strafen l. s. bedroht.

[1] S. z. B. Salzburg 1418 c. 32 u. Köln 1423 c. 9, Hardouin 8, 974. 1011, in Betreff der Anhänger von Wicliff und Huss; Paris 1528, l. c. 9, 1931 (mit Bezug auf Luther); insbesondere in Betreff der Anzeigepflicht, s. S. 215 n. 2 u. S. 481, der Pfarrer hinsichtlich der Lutheraner bei Vermeidung von poena arbitraria Bourges 1528 c. 2, l. c. 9, 1920; Narbonne 1551 c. 57, l. c. 10, 465 (bei Strafe der Exkommunikation).

[2] Narbonne 1551 c. 57 cit. (namentlich gegen die Lutheraner unter gleichzeitiger Anordnung von monitiones generales zur Anzeige der Ketzer).

[3] Mailand 1569 I. 1; Hardouin 10, 735, durch alle Gläubigen bei Strafe der Exk.

[4] Auch noch im laufenden Jahrhundert, s. Tours und Avignon 1849, S. 679 n. 5.

[5] Bourges 1584 IV. 3, Hardouin 10, 1465 (Meidung der Konventikel der Ketzer, sonst Geistliche Exkommunikation u. Deposition); Bordeaux 1624 XX. 5, l. c. 11, 109 (Theilnahme an den Begräbnissen, Taufen, Eheschliessungen und anderen Kultusakten der Ketzer, exc. l. s. u. namentliche Denunziation der Hartnäckigen); D. S. Besançon 1707 IV. 34, S. 516 n. 8; Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 488. 489 (Verbot der Aufnahme von Ketzern als Gesinde oder Gewerbegehülfen und bei Verheimlichung oder Beherbergung notorischer Ketzer oder der Ketzerei Verdächtiger kanosche Strafen). S. auch Clemens VIII.: Perlata 1604 §. 2, b. T. 11, 62 (Anweisung an den Nuntius in Savoyen, bei Androhung der Exkommunikation und anderer arbiträren Strafen zu verbieten, Kinder an nicht katholische Ammen und solche, welche nicht in katholischen Orten wohnen, zu überlassen). S. hierzu noch S. 681 n. 17 a. E.

[6] Erlass des Kardinalvikars an die Pfarrer Roms, bestätigt durch Leo XIII. v. 1878, Acta s. sed. 11, 168, vgl. auch ibid. 17, 182, im Hinblick auf die dortigen Protestanten, dass der dem Papst speziell reservirten Exkommunikation diejenigen unterliegen: 1. welche ohne innerlich der Ketzerei anzuhängen blos aus Respektsrücksichten sich bei einer ketzerischen Sekte einschreiben lassen, 2. welche akatholischen Gottesdiensten und Predigten beiwohnen, mit der Absicht, sich der Sekte anzuschliessen, sofern sie dadurch überzeugt werden sollten, 3. welche andere bestimmen oder veranlassen, die Betsäle und Tempel der Ketzer zu besuchen, um ihren Verhandlungen und Konferenzen anzuwohnen, 4. diejenigen, welche Einladungen zu den gedachten Verhandlungen und die Gegenstände der Besprechungen für dieselben durch den Druck publiziren.

[7] S. den folg. Bd.

[8] Also die Exkommunikation, die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, die Unfähigkeit, kirchliche Ämter und Würden, sowie die Weihen zu erlangen, die kirchliche Infamie, endlich die Deposition und Degradation.

[9] Vgl. o. S. 680. 681.

[10] Vgl. Schulte K. R. 2, 450. 451; Lämmer, Institutionen des K. R. §. 107; Ph. Hergenröther Lehrb. des K. R. S. 102. 103.

[11] S. o. S. 679.

Zeit lang treu geblieben sind [1], bei ihrem Übertritt zum Katholizismus nicht den noch heute anwendbaren Ketzerstrafen unterwirft [2].

Was den Verkehr der Katholiken mit den Ketzern betrifft, so war dieser, sowohl der gewöhnliche gesellige und bürgerliche Verkehr, wie auch die s. g. *communicatio in divinis*, d. h. die Theilnahme an den Sakramenten und am Gottesdienste, nach dem älteren Kirchenrecht verboten [3], und nach dem mittelalterlichen Recht verfielen Katholiken, welche dem zuwiderhandelten, wegen der generell gegen die Ketzer verhängten Exkommunikationen [4] der auf den Verkehr mit Gebannten gesetzten *excommunicatio minor l. s.* [5] Durch die const. Martins V.: *Ad vitanda* v. 1418 [6] ist allerdings die Änderung herbeigeführt worden, dass diese Strafe allein dann eintrat, wenn die nach derselben vorgeschriebene Verkündung der Exkommunikation unter namentlicher Bezeichnung [7] erfolgt war [8]. Mit Rücksicht hierauf hat die Doktrin seit dem 17. Jahrhundert den Verkehr mit nicht als exkommunicirt verkündeten Ketzern im weitesten Umfange, sogar das Beten mit ihnen, den Besuch der akatholischen Kirchen und die Anhörung der akatholischen Predigten, sowie die Begleitung der Leichen von Akatholiken auf einen nicht katholischen Kirchhof und das Pathenstehen bei den Kindern derselben für erlaubt erklärt, sofern dabei nicht die Absicht einer Begünstigung der Ketzerei obwaltet, ferner nicht irgend eine Theilnahme am ketzerischen Ritus stattfindet und kein Anstoss bei den Katholiken erregt wird [9], ja man ist auch sogar so weit gegangen, den Katholiken die Entgegennahme der Spendung der Sakramente seitens ketzerischer Priester zu erlauben, falls dieselben nach

[1] Denn diese sind prinzipiell formelle Häretiker.

[2] Schulte a. a. O. Dies erklärt sich daraus, dass sich die katholische Kirche in sofern blos selbst schädigen würde, als eine entgegengesetzte Behandlung der Konvertiten die Übertritte zu ihr erschweren müsste, sowie daraus, dass für die Regel angenommen werden kann, dass der Übertretende vorher nicht die genügende Belehrung über den katholischen Glauben erhalten hat.

Was die aus voller Überzeugung trotz eingehender Kenntniss der katholischen Glaubenslehre in ihrer anderen Kirche verbleibenden Christen betrifft, so hat für diese heute die Exkommunikation, welche gegen sie nach katholischem Kirchenrecht ohne Weiteres eintritt, ebensowenig Bedeutung, wie die anderen Strafen, s. S. 683.

Als Ketzer werden aber die gedachten Christen immer noch da, wo eine Bestrafung nicht in Frage steht, behandelt, so in Betreff der Verweigerung der suffragia ecclesiae, insbesondere der Messfeier für dieselben, s. des Näheren Bd. IV. S. 183, namentlich, wenn sie ausserhalb der Gemeinschaft der katholischen Kirche gestorben sind, s. a. a. O. S. 184, Gran 1859, coll. conc. Lac. 5, 86, und wegen der verstorbenen Landesfürsten a. a. O. S. 184 n. 3; Arch. f. k. K. R. 10, 387 u. 22, 246; Brück, Gesch. d. kath. Kirche i. 19. Jahrh. Mainz 1887. 2, 187; Maas, Gesch. der kath. Kirche in Baden. Freiburg i. Br. 1891 S. 227. 228; ferner in Betreff der Irregularität s. Bd. I. S. 47 n. 5; Entsch. d. congr. inquis. v. 1884 u. 1890, Arch. f. k. K. R. 65, 455; Acta s. sed. 23, 456; Entsch. d. congr. conc. v. 1891, ibid. p. 619; Braun i. Arch. f. k. K. R. 45, 3. 14 ff., und in Konsequenz dieser Stellungnahme auch in Betreff der Erwerbung kirchlicher Ämter, s. Bd. II. S. 487, sowie endlich hinsichtlich des Ausschlusses vom Begräbniss auf katholischen Kirchhöfen, s. c. 12 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28; Rituale roman. tit. VI c. 2 n. 2; Prag 1860 u. Baltimore 1866, coll. conc. Lac. 5, 486 u. 3, 504, obgleich nach den Entsch. der congr. inquis. v. 1609, 1859 u. 1860, s. ll. cc. u. Arch. f. k. K. R. 40, 91, die Bestattung dann geduldet wird, wenn sie seitens der Katholiken nicht ohne Ärgerniss abgewehrt werden kann (also namentlich in Folge Zwanges der staatlichen Gesetzgebung) oder wenn es sich um die Bestattung von akatholischen Verwandten und Verschwägerten in Familienbegräbnissen der Katholiken handelt, s. auch die Abhandlung von Kohn i. Arch. f. k. K. R. 40, 20 ff. 67 ff.

[3] c. 24 (Beda) u. c. 26 (Augustin.) C. XXIV qu. 1 in Anhalt an II. Joann. 9 ff. u. Pauli ep. ad Tit. III. 10; c. 35 (stat. eccles. aut) C. XXIV qu. 3.

[4] Vgl. S. o. 680 n. 5 u. 6.

[5] S. o. S. 497. 498.

[6] S. 505 n. 9.

[7] S. 508. 509.

[8] Der Umstand, dass die Ketzerei des betreffenden notorisch war, genügte nicht, vgl. Reiffenstuel V. 7 n. 22; Schmalzgrueber V. 7 n. 212; Benedikt XIV. de syn. dioec. VI. 5 n. 2.

[9] Schmalzgrueber V. 7 n. 213—216 und die dort citirten. Ähnlich auch jetzt noch Ph. Hergenröther, Lehrb. d. K. R. S. 105.

katholischer Anschauung gültig geweiht sind, ein dringender Nothfall vorliegt, die Spendung nach katholischem Ritus geschieht und die Annahme derselben nicht aus ketzerischer Gesinnung erfolgt[1].

Indessen ist diese gerade den Verhältnissen der Länder mit gemischter Bevölkerung, namentlich den deutschen, Rechnung tragende Auffassung nicht die herrschende geworden, und vor Allem hat sie niemals die Billigung der römischen Kurie gefunden[2]. Vielmehr hat diese daran festgehalten, dass jede *communicatio in divinis* oder *in sacris* mit Ketzern, selbst wenn sie nicht als exkommunicirt denunzirt worden sind, unerlaubt ist[3]. Demgemäss dürfen die katholischen Geistlichen den Ketzern, selbst wenn diese es auch verlangen sollten, keine Sakramente oder Sakramentalien, oder andere gottesdienstliche Handlungen spenden[4], ebensowenig die katholischen Kirchenglieder an den Sakramenten und dem Gottesdienste der Akatholiken theilnehmen[5],

[1] L. c. V. 7 n. 218—220. Vgl. dazu auch Benedict. XIV. l. c. n. 2.

[2] Benedict. XIV. l. c., welcher auf zwei Breven Pauls V.: Magno moerore 1606 u. Renunciatum 1607, enthaltend ein Verbot des Besuches der Kirchen der Ketzer und Theilnahme am Gottesdienst derselben für die Katholiken Englands hinweist; cit. Erlass v. 1878, S. 683 n. 6.

[3] Vom streng katholischen Standpunkt aus ist dies auch trotz der const. Martins V. zutreffend, denn die Untersagung des Verkehrs mit den Ketzern ist eine selbstständige kirchliche, auf das neue Testament zurückgeführte Anordnung, s. S. 684 n. 3, welche unabhängig von der Bestrafung der Ketzer mit der Exkommunikation und den in Folge der letzteren eintretenden Wirkungen dasteht.

[4] Jedoch mit Ausnahme der Taufe an Kinder ketzerischer Eltern in den Fällen, welche Bd. IV. S. 54 n. 2 (s. dazu auch noch congr. inquis. 1886, Arch. f. k. K. R. 56, 354 u. Acta s. sed. 18, 343) u. Bd. IV a. a. O. n. 3 (vgl. auch die Plenarsynode v. Sydney 1885, Arch. f. k. K. R. 60, 101. 102) näher besprochen sind.

Selbst die Leichen verstorbener Ketzer darf der katholische Priester nicht vom Sterbehause nach dem Kirchhof begleiten, auch dann nicht, wenn die ersteren keinen Geistlichen ihrer Religionspartei am Orte haben, und der Leichnam weder in die Kirche gebracht noch die Glocken während der Vornahme der Bestattung geläutet werden, s. die eben cit. Entsch. d. congr. inquis. v. 1886.

Bestimmte Strafen sind für die Verletzung dieser Vorschriften nicht angedroht, denn die S. 684 citirten Strafbestimmungen setzen die vorgängige Konstatirung der Exkommunikation voraus, ja selbst bei namentlicher Verkündigung der Exkommunikation eines Ketzers tritt in den gedachten Fällen nicht einmal mehr die excommunicatio minor l. s. ein, weil diese durch die const. Pius' IX.: Apostolicae beseitigt ist, s. oben S. 511. Arbiträre Strafen würden aber immer wegen des Verstosses gegen die Verbote der Kirche und der kirchlichen Oberen statthaft sein.

[5] Congr. inquis. 1889, Arch. f. k. K. R. 62, 369, welche die Frage „utrum permitti possit catholicis acatholicorum functionibus religiosis interesse" verneint. Weiter reprobirt Gran 1858, coll. conc. Lac. 5, 86, den Besuch der Kirchen der Akatholiken an Feiertagen, die Theilnahme an den religiösen Handlungen derselben und das Anhören der Predigten von Akatholiken, und auch Thurles 1850, l. c. 3, 777, weist ein dahin gehendes Verbot auf. Ebenso untersagt Prag 1860, l. c. 5, 442: „ne cultum religiosum acatholicorum quasi simul acturi adeant eorumque concionibus in templis adsint"; ein Verbot, welches auch Utrecht 1865, ibid. p. 801, wiederholt, ja Venedig 1859 l. c. 6, 299 auf das Mitwirken durch Singen oder Spielen von musikalischen Instrumenten und in jeder anderen Weise bei den gottesdienstlichen Feiern der Akatholiken ausdehnt. Der S. 683 n. 6 citirte Erlass v. 1878 erklärt dies ebenso wie das Besuchen der protestantischen Gottesdienste aus blosser Neugier für schwere Sünde.

Ferner sollen Katholiken nicht akatholischen Taufen, selbst wenn über die nach katholischer Lehre gültige Spendung derselben kein Zweifel obwaltet, ohne Noth als Zeugen anwohnen, niemals aber dabei die Stelle der Pathen übernehmen, s. Prag cit., l. c. 5, 442. 443.

Weiter gehört auch hierher das Verbot der Eheeingehung mit Akatholiken, worüber das Nähere im Eherecht.

Strafen sind gemeinrechtlich für die Verletzung dieser Verbote nicht festgesetzt. Solche können also nur arbiträr verhängt werden, wiewohl heute die Kirche bei der Lage der Verhältnisse in den Orten mit gemischter Bevölkerung davon absieht, und die Verbote durch blosse Einwirkung der Pfarrer und Beichtväter auf die Bevölkerung durchzuführen sucht. Dagegen treten die gemeinrechtlichen Strafen ein, wenn sich die erwähnten verbotenen Handlungen in besonderen Fällen als eins der bisher gedachten Verbrechen, namentlich als das Vergehen der *credentes* (*adhaesio haereseos*) oder als Begünstigung der Ketzerei darstellen. So ergiebt sich aus der Entsch. d. congr. inquis. v. 1888, Arch. f. k. K. R. 65, 118, u. v. 1893, a. a. O. 70, 307, die Auffassung der letzteren, dass die Eingehung einer gemischten Ehe seitens eines Katholiken ohne Einhaltung der darüber bestehenden Vorschriften oder auch zweier Katholiken mit einander vor einem akatholischen Geistlichen als solchem (nicht in dessen Funktion

ja, sie sollen auch jede näheren Beziehungen zu letzteren vermeiden [1], selbst nach einzelnen partikularrechtlichen Vorschriften jeden blossen geschäftlichen [2], sowie jeden freundschaftlichen und geselligen Verkehr [3], sofern er ihnen Schaden für ihr Seelenheil bringen könnte oder Ärgerniss erregt [4].

2. Die Apostasie (*apostasia a fide*) [5]. Sie ist die wissentliche und äusserlich bethätigte Läugnung der christlichen Wahrheiten in ihrem ganzen Umfange, also der Abfall vom Christenthum, gleichviel ob er sich als Übertritt zum Judenthum, Heidenthum oder Muhamedanismus darstellt oder ein solcher Übertritt nicht stattfindet [6]. Der Apostat ist zugleich immer Ketzer, aber sein Verbrechen ist noch schwerer als das der Ketzerei. Auf die Apostaten, ihre Anhänger, Hehler, Begünstiger und Vertheidiger finden schon nach dem Dekretalenrecht [7] dieselben Strafen, welche für die Ketzerei angedroht sind, Anwendung, und auch die spätere päpstliche Gesetzgebung [8] hat die Apostasie und die Ketzerei bis heute, da die erstere eben-

als blossem Standesbeamten) die dem Papst speziell reservirte Exkommunikation l. s. als Strafe nach sich zieht, eine Vorschrift, welche sich schon in Neworleans 1860, coll. conc. Lac. 3, 254, findet (während Newyork 1861 und Australien 1869, l. c. p. 297. 1098, nur die dem Bischof vorbehaltene Exk. androhen, also nicht mehr aufrecht zu erhalten sind), weil in diesem Fall, s. die Instruktion für die hannöverschen Bischöfe in Betreff der gemischten Ehen v. 1864, Hübler Eheschliessung u. gemischte Ehen. Berlin 1883. S. 103; Arch. f. k. K. R. 15, 333: „pars catholica ritui haeretico se consociat, unde oritur quaedam implicita haeresi adhaesio", s. auch Bened. XIV. de syn. dioec. VI. 5 n. 3 u. IX. 3 n. 5, nach welchem dabei das Sakrament der Ehe in verbotener und sakrilegischer Weise von dem Katholiken gemeinsam mit dem Ketzer vollzogen und von dem ersteren dem letzteren gespendet wird. Nicht minder ruht die in dem S. 683 n. 6 citirten Erlass von 1878 für Rom ausgesprochene Exkommunikation gleichen Charakters auf derselben Grundlage, nämlich dem Gesichtspunkt der Begünstigung der Ketzerei.

[1] Hierunter fallen die Verbote, katholische Kinder in protestantische oder akatholische Schulen zu schicken, für Rom s. den Erlass v. 1878 cit. u. Bd. IV. S. 594 n. 2, vgl. ferner Gran 1858, Colocza 1863 u. Utrecht 1865, coll. conc. Lac. 5, 85. 718. 801; ihnen akatholische Lehrer oder Erzieherinnen zu halten Venedig 1859, l. c. 6, 299 u. Colocza 1863, l. c. 5, 718 (auch Ammen); sie zur Erlernung des Handels, eines Handwerks oder von Sprachen Lehranstalten von Ketzern oder Privathäusern derselben zu übergeben Gran 1858 cit.; sie bei Akatholiken in den Gesindedienst eintreten zu lassen, Colocza 1863 cit.; für erwachsene Katholiken, bei solchen anders Dienste zu nehmen oder im Dienst zu verbleiben, als bei Gestattung der freien Ausübung der katholischen Religion und der Erfüllung der kirchlichen Pflichten Thurles 1850, l. c. 3, 777, u. Halifax 1857, ibid. p. 737; Utrecht 1865 cit.

[2] Röm. Erlass 1878 cit., nach welchem es Todsünde ist, wenn katholische Architekten, Bauunternehmer und ähnliche Gewerbtreibende die Erbauung von protestantischen Kirchen übernehmen oder dabei mitwirken; Venedig 1859 cit. (Gebrauch akatholischer Hebeammen seitens katholischer Frauen).

[3] Prag 1860, Colocza 1863, Utrecht 1865, l. c. 5, 443. 718. 800. 801; Neugranada 1868, l. c. 6, 495.

[4] Unter den letzteren beiden Gesichtspunkten verbietet Thurles 1650, coll. conc. Lac. 3, 777, den Katholiken jedes Verhandeln über die Religion und religiöse Dinge, sowie Geistlichen und Laien ohne Erlaubniss des Ordinarius die Abhaltung öffentlicher Disputationen darüber; Utrecht 1865 cit. allerdings die letzteren nur den Klerikern.

Strafen sind für die Verletzung der aufgezählten Verbote nicht festgesetzt. Es gilt hier also auch das S. 685 n. 4.

[5] Amthor, de apostasia liber singularis. Coburg. 1833.

Die s. g. apostasia *ab ordine* oder *a clericatu*, der Abfall eines Geistlichen vom Klerikalstande, und die s. g. *apostasia a religione* (auch *a monachatu*, *ab obedientia* oder *inobedientiae*), der Abfall vom Ordensstande seitens eines Religiosen, gehören nicht in diesen Zusammenhang, obwohl sie vielfach zusammen mit der im Text besprochenen Apostasie behandelt werden.

[6] Zu den Apostaten gehören also auch die Atheisten, Pantheisten, Freidenker.

[7] S. 158 n. 14.

[8] Vgl. Paul III.: Cupientes 1542 §. 8, b. T. 6, 336, bestätigt durch Clemens XI.: Propagandae 1704, s. Ferraris s. v. Hebraeus n. 11, wonach die jüdischen Neophyten, wenn sie trotz monitio ihre jüdischen Riten beibehalten, als Ketzer, und diejenigen, welche sie in der Nichtbeobachtung der christlichen Religion begünstigen und schützen, als fautores haereticorum betrachtet werden sollen. Ferner sind von Clemens VIII. 1595, s. o. S. 646 n. 7, die „a fide christiana apostatae" in die Bulle: Coena §. 1 unter die Generalexkommunikation der Ketzer eingereiht worden, wie auch umgekehrt zuerst unter ihm in der Exkommunikation der Lieferanten von Kriegsmaterialien an die Ungläubigen (§. 7) letzteren die „haeretici per nostras sive huius s. sedis sententias expresse et nominatim declarati" gleichgestellt sind. Wenn

falls mit der *exc. maior l. s. papae speciali modo reservata* bedroht ist[1], gleich behandelt.

Wie schon im Mittelalter[2] finden sich auch noch jetzt päpstliche wie auch partikularrechtliche Verbote des Verkehrs mit den Ungläubigen[3], namentlich mit den Juden[4]. Diese haben heute theils keine Bedeutung mehr, theils sind sie durch die veränderten Verhältnisse ausser Übung gekommen[5], ebenso wie dies mit den weltlichen Strafen für die Apostaten überhaupt der Fall ist.

3. Die Wiedertaufe (*anabaptismus*, *reiteratio baptismatis*). Das Verbrechen der Wiedertaufe besteht in der wissentlichen oder aus schuldbarer Unwissenheit erfolgten Ertheilung einer unbedingten Taufe[6] an einen bereits einmal gültig Getauften oder in dem wissentlichen und freiwilligen Empfang einer solchen seitens einer Person, welche bereits die Taufe gültig erhalten hat[7]. Das Verbrechen kann in Folge ketzerischer Gesinnung begangen werden[8] und zieht dann die Strafen der Ketzerei nach

dagegen Benedict. XIV. 1747, bull. Ben. 2, 150, S. 547 n. 9 u. S. 548 n. 4, mildere Strafen aufweist, so steht hier nicht Apostasie, sondern nur die Beobachtung eines einzelnen jüdischen Gebrauchs in Frage, und das erstere gilt auch von Benedict. XIV.: Quod provinciale v. 1754, l. c. 4, 95, s. o. S. 521 n. 7.

[1] Const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869, S. 680 n. 8.

[2] S. 159.

[3] So namentlich das schon früher erlassene, in die Bulle: Coena aufgenommene Verbot der Lieferung von Waffen und Kriegsgeräth, s. S. 159 n. 4, welches auch noch besonders von Nikolaus V.: Olim 1451, S. 561 n. 10, u. Romanus pontifex 1454, b. T. 5, 110, erneuert und unter Erweiterung der verbotenen Materialien, s. b. T. 6, 219 u. 8, 413, Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 146, bei den verschiedenen Publikationen der Bulle in derselben (§. 7) ständig wiederholt worden ist, ferner das Verbot jedweder Hülfeleistung oder Begünstigung der Ungläubigen gegen Christen in Martin V.: Pastoralis 1425 §§. 2. 3, b. T. 4, 720 (Strafe der exc. l. s.), jedoch haben die angedrohten Exkommunikationen durch Nichtaufnahme dieser Fälle in die const. Pii IX.: Apostolicae ihre Beseitigung gefunden.

[4] Eugen IV.: Dudum 1442, §§. 3. 4. 6. 11, b. T. 5, 68, (für Kastilien und Leon) Verbot an die Christen, mit Juden und Sarazenen zu essen, zu trinken, zu wohnen, zu baden oder von ihnen Medizin und ärztliche Hilfe anzunehmen, sie zu öffentlichen Ämtern zu befördern, mit ihnen gemeinsam Gewerbe oder Handel zu treiben, sie oder ihre Gemeinschaften testamentarisch zu bedenken, Dienste als Ammen oder Gesinde bei ihnen zu leisten, ihnen bei ihren Festen das Feuer anzuzünden oder Speise darzubringen oder ihnen dazu irgend welche Hülfe zu leisten, bei Strafe der exc. l. s., von Calixt. III.: Si ad reprimendas 1456, l. c. p. 127, als allgemeine Anordnung wiederholt, vgl. §§. 3. 4. 6, Vorschriften, welche im wesentlichen die im Corpus iuris zerstreuten desfallsigen Bestimmungen, s. c. 13 (Trullan. 692), c. 14 (Agde), c. 17 (Auvergne 535), C. XXVIII qu. 1; c. 5 (Lateran. III.), c. 8 (Alex. III.), c. 13 (Innoc. III.), c. 16 (Lateran. IV.) X de iud. V. 6, s. auch Phillips K. R. 2, 423 ff., zusammenfassen; vgl. ferner noch Gregor XIII.: Alias piae 1581 §. 3, b. T. 8, 371, s. o. S. 521 n. 7. (Das Halten der Fasten der Juden und Muhamedaner verbietet Besançon 1571, Hartzheim 8, 66.)

Für Rom speziell vgl. die bei Ferraris s. v. Hebraeus n. 182 ff. mitgetheilten Anordnungen aus dem 16. u. 17. Jahrh., s. auch S. 547 n. 8 u. S. 548 n. 5. Vgl. weiter Avignon 1594 c. 62, Hardouin 10, 1870 (Dienen bei Juden, exc.); Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 487 n. 2. 5 (Dienen bei Juden und Verkauf kirchlicher Vermögensstücke an Juden, exc.).

[5] Daher legen die neueren Partikularverordnungen, so Pr. S. Gran 1858, Prag 1860, Utrecht 1865, coll. conc. Lac. 5. 86. 443. 801, Venedig 1859, l. c. 6, 299, welche letztere auch das Mitwirken bei religiösen Feiern der Juden durch Singen oder Spielen musikalischer Instrumente oder auf andere Weise verbietet, den Pfarrern nur die Pflicht auf, die Katholiken vor dem Dienen, namentlich als Ammen, bei Juden zu warnen, und sie so viel wie möglich davon zurückzuhalten, ja, die congr. officii hat sogar 1861 für Lemberg erklärt, es könne, sofern keine Gefahr der Bekehrung vorliege, der Dienst von Christen bei Juden, wenn die ersteren nicht mit ihnen denselben Haushalt theilen, dissimulirt werden, Arch. f. k. K. R. 8, 73. 74, während allerdings einzelne bischöfliche Verordnungen v. 1860 für Galizien den erwähnten Verkehr oder wenigstens die fleischliche Vermischung zwischen Juden und Christen für eine schwere, dem Bischof zur Absolution reservirte Sünde erklären, a. a. O. S. 63 u. 70, und nur die Lemberger als Strafe die Entziehung der Taufpathenschaft, des Rechtes, als Trauungszeugen zu fungiren und in kirchliche Bruderschaften aufgenommen zu werden, androht.

[6] Bd. IV. S. 46.

[7] Reiffenstuel V. 9 n. 33. 37; Schmalzgrueber V. 9 n. 36; s. auch Bd. I. S. 48.

[8] Also z. B., weil der Betreffende die Zulässigkeit und Gültigkeit der Kindertaufe hartnäckig leugnet, s. Trid. Sess. VII. de baptismo can. 13; vgl. auch München 2, 363.

sich[1]. In allen Fällen aber ist dasselbe, weil die Taufe nicht wiederholt werden darf[2], eine Unbill gegen das Sakrament[3] und wird an Klerikern mit der Deposition, an Laien mit der Exkommunikation[4], bestraft[5].

4. Das *schisma*[6]. Zum Wesen desselben gehört die Lostrenung von der Einheit der Kirche, und zwar letzterer sowohl gedacht als der Verbindung der Glieder unter einander, wie auch der Verbindung derselben unter dem sichtbaren Haupte der Kirche, dem Papste[7], sowie ferner die Bethätigung dieser Losreissung durch Bildung einer besonderen Gemeinschaft oder durch Anschluss an eine schon vorhandene[8], also der Art, dass dadurch an Stelle des rechtmässigen Hauptes der Kirche eine andere Autorität gesetzt wird[9]. Wenngleich an sich ein Schisma ohne gleichzeitige Ketzerei denkbar ist (s. g. *sch. purum*), so tritt dasselbe doch thatsächlich kaum jemals anders als in Verbindung mit der Ketzerei auf (s. g. *sch. haereticum*)[10], und selbst das erstere bildet insofern ein Verbrechen gegen den kirchlichen Glauben, als dadurch faktisch die Lehre von der Einheit der Kirche verneint wird[11]. Die Strafen des Schismas[12] sind die *excommunicatio*[13] *latae sententiae papae speciali modo reservata*[14], die Unfähigkeit zur

[1] S. o. S. 680 ff.

[2] Bd. IV. S. 46.

[3] c. 2 (Alex. III.) X de apost. V. 9, und wird deshalb von den Kanonisten auch als *sacrilegium* bezeichnet, Engel V. 9 n. 8; Reiffenstuel u. Schmalzgrueber ll. cc., s. S. 687 n. 7.

[4] So die Doktrin in Anhalt an c. 118 (Felix III. 488) Dist. IV de consecr.; c. 5 (Toledo IV.) Dist. LI u. c. 2 X cit. V. 9, vgl. Diaz, practica criminalis c. 18 p. 40; Engel l. c.; Schmalzgrueber V. 9 n. 328; Thesaurus P. II baptisma c. 1, p. 105. Wegen des Eintritts der Irregularität s. Bd. I. S. 48.

[5] Cambrai 1586 VI. 7, Hartzheim 7, 1003, erklärt das unvorsichtige Wiedertaufen ebenfalls für ein sacrilegium, ohne bestimmte Strafen anzudrohen, und verweist ferner auf den Eintritt der Irregularität.

[6] VI de schism. V. 3.

[7] Über die frühere Zeit s. S. 161 n. 1.

[8] So München, Strafrecht S. 355; Heiner S. 74; (A.-) Pennacchi comm. 1, 96. 97; Silbernagl, Lehrb. 2. A. S. 385. Dieses letztere Moment wird freilich vielfach aus der Definition fortgelassen, s. z. B. Reiffenstuel V. 8 n. 2; v. Schulte, Lehrb. 3. A. S. 216; Vering 3. A. S. 723; Friedberg, Lehrb. 3. A. S. 263, von anderen dagegen, s. Schmalzgrueber V. 8 n. 7; Katz, Grundriss des kanonisch. Strafrechts S. 63, nur als etwas regelmässiges, nicht wesentliches bezeichnet. Wollte man aber für diese Auffassungen selbst auch c. 42. 43 (Pelag. I.) C. XXIII qu. 5 u. c. 5 (Carthago 390) C. XI qu. 3 entscheidend sein lassen, obwohl sie keine eigentliche Begriffsbestimmung geben, so nöthigt doch sowohl die Bulle: Coena, s. unten Anm. 14, wie auch die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869, l. c. n. 3: „Schismaticos et eos qui a Romani pontificis pro tempore existentis obedientia pertinaciter se subtrahunt vel recedunt" auf das oben hervorgehobene Moment Gewicht zu legen, weil hier die blosse Losreissung vom Papst (s. nachher im Text) dem Schisma im eigentlichen Sinne entgegengesetzt wird.

[9] Ein einzelner (a. A. München a. a. O.) kann das Delikt insofern begehen, als er sich einer schon bestehenden schismatischen Sekte anschliesst.

[10] So sind die protestantische, anglikanische, die Utrechter (jansenistische) und die altkatholische Kirche nicht nur schismatische, sondern auch zugleich ketzerische Kirchen, wie denn auch die Theilnahme an den kirchlichen Handlungen der Anglikaner, s. Bellesheim, Cardinal Allen. Mainz 1885. S. 78 (1582 u. 1609), der schismatischen Griechen, congr. inquisit. v. 1753, (Avanzini-) Pennacchi 1, 100 n. 1, und der Altkatholiken, cit. congr. v. 1889, Arch. f. k. K. R. 62, 369, ganz ebenso behandelt wird, wie die an solchen Akten der Ketzer.

[11] Also nicht blos ein kirchenpolitisches Verbrechen (Katz S. 63) oder ein Verbrechen der Empörung (München 2, 355).

[12] Von einem *schisma particulare*, so München a. a. O., der blossen Lostrennung vom Bischof auch als Träger der bischöflichen Autorität, kann man seit dem Mittelalter mit Rücksicht darauf, dass hiermit an sich noch keine Loslösung von der ganzen Kirche und dem Papst verbunden ist, nicht mehr sprechen. Hier steht überhaupt nach dem jetzigen Recht kein schisma in Frage, Reiffenstuel V. 8 n. 6.

[13] c. 42 (Pelag. I.) C. XXIII qu. 5 cit.

[14] Als päpstlicher Reservatfall findet sich dieselbe mit der gleichen Fassung, wie jetzt in der const.: Apostolicae cit., s. Anm. 8, am Schluss des §. 1 der Bulle: Coena seit Gregor XIII. 1577, s. S. 646 n. 7, wennschon möglicher Weise früher durch einzelne Provinzialsynoden, s. Venedig 1438, Mansi 31, 365: „haereticus, schismaticus . . . est excommunicatus et per summum pontificem absolvitur" eine Reservation für den Papst, s. o. S. 362. 363. 365. 368, ausgesprochen worden ist.

Erlangung kirchlicher Ämter[1], Deposition und der Verlust aller kirchlichen Ämter[2], sowie die Vermögenskonfiskation[3]. Den Hehlern, Begünstigern und Vertheidigern der Schismatiker ist im Gegensatz zur Ketzerei keine besondere Strafe angedroht[4]. Da aber das häretische Schisma, weil es sich als Ketzerei darstellt, den Strafen dieser, nicht des reinen Schismas unterliegt, so finden in diesem Fall auf sie die gleichen Strafen, wie bei der Ketzerei Anwendung.

Als eine weitere Art des Schisma ist von der eben besprochenen die vorsätzliche thatsächliche und hartnäckige Unbotmässigkeit gegen den jeweiligen Papst[5] als Oberhaupt der Kirche[6] zu unterscheiden, weil dadurch seine Autorität geläugnet wird[7]. Auch für dieses Vergehen tritt als Strafe die S. 688 gedachte besonders reservirte Exkommunikation *l. s.* ein[8], und es finden ferner auf dasselbe auch die anderen erwähnten Strafen Anwendung[9].

Für beide Fälle sind aber ebenso wie für die Ketzerei und Apostasie die weltlichen Strafen praktisch nicht mehr in Übung[10].

5. Das Lesen von Büchern der Apostaten und Ketzer und von päpstlich verbotenen Büchern[11]. Nachdem zuerst Leo X. bei der Verurtheilung

[1] S. c. 5 (Alex. III.) X de elect. I. 6, vgl. Bd. II. S. 488. Wegen der Irregularität s. Bd. I. S. 47 n. 6. 7.

[2] c. un. (Bonifac. VIII.) in VI h. t. V. 3 (aber nicht ipso iure), s. auch c. 5 X cit. I. 6 u. c. 32 (Ps. Is.) C. XXIV qu. 1. Viele Ältere, s. Reiffenstuel l. c. n. 11 u. Schmalzgrueber l. c. n. 19, läugnen dies aus dem irrigen Grunde, dass c. un. in VI cit. aufgehoben sei, s. S. 161 n. 4, lassen aber andererseits als Strafen die Entziehung der jurisdictio ecclesiastica und die Suspension vom Weiherechte eintreten, c. 1 (Lateran. III.) X de schismat. V. 8; c. 6 (Cypr.) C. VII qu. 1; c. 31 (id.) C. XXIV qu. 1, was im wesentlichen auf dasselbe hinausläuft.

[3] Nicht aber ipso iure, s. c. un. in VI cit.

Besondere Strafen, und zwar die S. 682 n. 6 u. 7 gedachten, treffen nach der dort citirten Konstitution Pauls IV.: Cum ex apostolatus §§. 3. 6 die daselbst bezeichneten Personen, welche ein Schisma erregen oder sich einem solchen anschliessen.

[4] c. un. in VI cit. erwähnt derselben allerdings, aber blos im Hinblick auf den erwähnten Spezialfall.

Eine Ausnahme macht nur die cit. const. Pauls IV.: Cum ex apostolatus §. 5, S. 682 n. 6, für die gedachten Fälle. Doch ist, soweit es sich um das Schisma handelt, die exc. l. s. fortgefallen, weil sie durch const. Pii IX. cit. nicht aufrechterhalten ist.

[5] So schon nach der Bulle: Coena und der const. Pii IX. cit. 1869, s. S. 688 n. 8. Also nicht gegen den Bischof. — Eine blos vorübergehende Bedeutung hat die Bestimmung des Baseler Konzils, Sess. II. (1432) c. 4, Hardouin 8, 1121, gehabt, dass der hartnäckige Ungehorsam gegen die Anordnungen des Konzils in Betreff des Glaubens, der Ausrottung des Schismas und der Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern selbst seitens des Papstes mit angemessener Busse und gebührender Strafe belegt werden solle.

[6] Nicht als weltlichen Herrscher des früheren Kirchenstaates.

[7] Gleichviel, ob dabei die eines künftigen Papstes anerkannt wird. Die gedachten Momente treffen für solche (s. g. liberale) Katholiken zu, welche sich geriren, als ob sie die päpstlichen Anordnungen nichts angingen. Die Läugnung der Autorität des päpstlichen Stuhles dagegen bildet das Verbrechen der Ketzerei.

Andererseits genügt der blosse thatsächliche Ungehorsam gegen ein Gebot des jeweiligen Papstes, z. B. weil man dasselbe für ungerecht hält oder weil es schwer zu erfüllen ist, nicht. Wenn sich dies auch nicht direkt in den citirten beiden Bullen ausgesprochen findet, so ergiebt sich doch aus der Zusammenstellung dieses Vergehens mit der anderen Art des Schismas, dass die Stellung des Papstes als Oberhaupt der Kirche in Frage gestellt sein muss, so auch schon die frühere Doktrin, s. z. B. Reiffenstuel V. 8 n. 5; Schmalzgrueber V. 8 n. 10. 13; vgl. ferner (Avanzini-) Pennacchi comm. 1, 10 n. 1; Heiner S. 75.

[8] S. 688 u. o. im Text.

[9] Denn wenngleich hier nicht das Schisma im eigentlichen Sinne vorliegt, so hat doch die frühere Doktrin, s. Reiffenstuel, Schmalzgrueber ll. cc., die Strafen auch auf diesen Fall für anwendbar erklärt, und jedenfalls hat das Dekretum und das Dekretalenrecht ihn noch nicht scharf von dem erstbesprochenen geschieden. Erst in der Bulle: Coena ist diese Abart desselben mit der reservirten Exkommunikation bedroht worden.

[10] Die neueren Partikularsynoden erwähnen selten speziell der Schismatiker, s. aber Utrecht 1865, coll. conc. Lac. 5, 801, neben den Ketzern. Soweit dieselben indessen häretische Schismatiker sind, kommen für sie ebenfalls die S. 684 ff. gedachten Bestimmungen über den Verkehr mit Ketzern zur Anwendung.

[11] Augustin Arndt, d. kirchlichen Straf-

Luthers das Lesen der Schriften und Predigten desselben, sowie das Loben, das Vertheidigen, das Drucken, das Veröffentlichen, ferner auch den Besitz von solchen bei den schwersten Strafen [1], insbesondere auch der dem Papst speziell vorbehaltenen Exkommunikation l. s. untersagt hatte [2], hat schon Paul III. 1536 ein gleiches Verbot unter Ausdehnung auf die Schriften der Anhänger Luthers in die Bulle: Coena aufgenommen [3]. Durch den Trienter Index von 1564 [4] ist das Verbot auf die Bücher der Häresiarchen [5] und aller, welche neue Ketzereien erfinden oder aufstellen würden [6], gleich welchen Inhaltes, sowie die anderer Ketzer, sofern sie ex professo über die Religion handeln, erweitert [7] und das Lesen und Besitzen von Büchern von Ketzern oder solchen, welche wegen Ketzerei oder des Verdachtes einer falschen Lehre verboten sind, mit der *excommunicatio l. s.* bedroht worden [8]. In Folge dessen hat Gregor XIII. die Bulle: Coena [9] mit den Regeln des Index wenigstens theilweise in Einklang gebracht insofern, als er die General-Exkommunikation auf das Lesen, Besitzen, Drucken und Vertheidigen der eine Ketzerei enthaltenden oder über die Religion handelnden Bücher der Ketzer, ihrer Begünstiger oder Vertheidiger gesetzt hat [10].

Die jetzt massgebende Bestimmung enthält die const.: Apostolicae von 1869 [11], durch welche zugleich die Exkommunikation des Index aufgehoben worden ist [12]. Sie unterwirft der dem päpstlichen Stuhl speziell reservirten Exkommunikation *l. s.* alle diejenigen, welche etwaige Ketzereien vertheidigende Bücher von Apostaten und

bestimmungen über das Lesen und Bewahren verbotener Bücher und die Leselizenzen im Arch. f. k. K. R. 70, 33.

[1] Es sind die Strafen der Ketzerei.

[2] Exsurge 1520, b. T. 5, 748, §. 4 betr. die ketzerischen Schriften und §. 11 diejenigen, welche keine Ketzereien enthalten.

1523 hat Hadrian VI. dieses Verbot von Neuem eingeschärft, Burmannus, Hadrianus VI. sive analecta hist. de Hadriano VI. Traiecti ad Rhen. 1727. p. 484, und einzelne Provinzialsynoden, wie Bourges 1528 c. 3. 4, Hardouin 9, 1920, haben sich die Durchführung desselben angelegen sein lassen.

[3] In §. 1, b. T. 6, 216.

[4] Bd. I. S. 452; Reusch, d. Index d. verbotenen Bücher 1, 312. 321.

[5] Damit sind die Häupter oder Führer gemeint.

[6] Im Zusammenhalt mit den Häresiarchen handelt es sich also hier um die s. g. eigentlichen haeretici im Gegensatz zu den *credentes*, s. oben S. 681.

[7] Reg. II., Richters Tridentinum S. 610: „Haeresiarcharum libri tam eorum qui post praedictum annum (1515) haereses invenerunt vel suscitarunt, quam qui haereticorum capita aut duces sunt vel fuerunt, quales sunt Lutherus, Zwinglius, Calvinus, Balthasar Pacimontanus, Swenchfeldius et his similes, cuiuscumque nominis, tituli aut argumenti existant, omnino prohibentur. Aliorum autem haereticorum libri qui de religione ex professo tractant, omnino damnantur."

[8] Reg. X. i. f.: „Quod siquis libros haereticorum vel cuiusvis auctoris scripta ob haeresim vel ob falsi dogmatis suspicionem damnata aut prohibita legerit sive habuerit, statim in excommunicationis sententiam incurrat." Die Denunziation der dieser Exkommunikation Verfallenen schreiben Rouen 1581 und Toulouse 1590 IV. 11, Hardouin 10, 1215 n. 3, u. 1829 vor; Bordeaux 1624 I. 12, l. c. 11, 64 verweist nur auf den Index.

[9] 1577 u. 1583, s. S. 646 n. 7.

[10] §. 1 l. c.: „. . . ac eorumdem libros haeresim continentes vel de religione tractantes sive auctoritate nostra et sedis apostolicae scienter legentes aut tenentes, imprimentes seu quomodolibet defendentes ex quavis causa publice vel occulte, quovis ingenio vel colore", eine Fassung, welche dann ständig geworden ist. Für die hier bezeichneten Bücher war die Exkommunikation päpstlich reservirt, während sie, soweit der Index daneben noch in Betracht kam, also soweit die Bücher der Ketzer keine Ketzereien enthielten oder nicht über die Religion handelten, nicht vorbehalten war. Auf den Index und die päpstliche Reservation nimmt Bezug Aix 1585, Hardouin 10, 1519.

[11] Exc. sp. m. r. p. res. n. 2: „Omnes et singulos scienter legentes sine auctoritate sedis apostolicae libros eorumdem apostatarum et haereticorum haeresim propugnantes necnon libros cuiuvis auctoris per apostolicas litteras nominatim prohibitos, eosdem libros retinentes, imprimentes et quomodolibet defendentes."

[12] Zu den aufrechterhaltenen Exkommunikationen des Trienter Konzils, s. o. S. 658, gehört sie nicht, da der Index nicht vom Konzil verfasst ist und keinen Theil seiner Beschlüsse bildet, congr. ind. v. 1880, Arch. f. k. K. R. 60, 258 u. 70, 44; (A.-)Pennacchi 1, 116; Arndt S. 44.

Ketzern oder etwaige durch päpstliche Schreiben unter genauer Bezeichnung verbotene Bücher ohne Autorität des päpstlichen Stuhles lesen, solche Bücher bei sich behalten, drucken oder auf irgend eine Weise vertheidigen.

Zum Thatbestand des Vergehens gehört:

1. ein Buch [1], also nicht ein einzelnes Zeitungsblatt [2] oder ein Flugblatt, und zwar muss dasselbe

verfasst sein von einem Apostaten [3] oder Häretiker [4], nachdem derselbe bereits in die Apostasie oder Ketzerei verfallen war [5], und ferner müssen in demselben die Ketzerei oder Apostasie, also mindestens einzelne ketzerische Lehren, vertheidigt werden, nicht blos enthalten sein [6].

2. Gleich stehen diesen Büchern diejenigen, mögen sie von Ketzern, von Katholiken oder von wem sonst herrühren [7], welche in einem päpstlichen Schreiben [8] unter genauer Bezeichnung [9] verboten sind, und zwar auch dann, wenn das Verbot bereits vor Erlass der const. cit. [10] ergangen war.

[1] Gedruckt braucht es nicht zu sein, es genügt auch ein blos geschriebenes.

[2] Denn diese sind keine Bücher. In diesem Sinn ist die viel behandelte Frage, vgl. (Avanzini-)Pennacchi 1, 135 u. 2, 572, von der congr. inquis. 1880, Arch. f. k. K. R. 60, 258 u. 70, 37, entschieden worden. Unter die Bücher fallen dagegen die in fortlaufenden Heften erscheinenden Zeitschriften, congr. indic. v. 1892, Acta s. sed. 24, 625; Ztschr. f. K. R. N. F. 3, 89; Arch. f. k. K. R. 68, 177, nicht minder gesammelte, in Bänden oder Jahrgängen vereinigte Zeitungen.

[3] Also nicht von einem geborenen Juden oder Heiden.

[4] Der credentes und Begünstiger, s. S. 681, gedenkt die const. nicht, sie fallen also als solche nicht unter dieselbe, so auch (Avanzini-) Pennacchi 1, 9 n. 1, a. M. Heiner S. 67 unter Berufung darauf, dass solche durch die Vertheidigung einer Irrlehre wirkliche Ketzer werden, wobei aber übersehen ist, dass die const. verlangt, dass ein Ketzer das Buch schon als Ketzer verfasst hat.

[5] Denn, wenn er das Buch vorher geschrieben hatte, so liegt kein liber apostatae oder haeretici vor.

[6] Das ergiebt das Wort: propugnantes.

[7] S. die Worte: cuiusvis auctoris.

[8] Die Form, ob Bulle, Breve u. s. w., s. Bd. III. S. 782, ist gleichgültig. Verbote der allgemeinen Konzilien, namentlich aber auch der römischen Kurialbehörden, so insbesondere die Verbote des Index, fallen aber nicht unter die Vorschrift, (A.-)Pennacchi 1, 9 n. 2; Heiner S. 70.

[9] Nominatim, d. h. des Buches, nicht des Verfassers, denn das erstere kann auch ein anonymes sein. Die Bezeichnung muss der Art gewählt sein, dass es von allen anderen unterschieden werden kann. Daher genügt ein generelles Verbot aller Werke, welche einen bestimmten Inhalt haben, nicht (Avanzani-) Pennacchi 1, 125; Heiner S. 69; Arndt S. 41.

[10] Das ergiebt sich aus dem Gebrauch des Wortes: prohibitos, anderenfalls hätte es heissen müssen: prohibendos. Die Doktrin ist auch darüber einig, s. z. B. (A.-)Pennacchi 1, 117; Heiner S. 70; Arndt S. 38. Die Frage ist deshalb praktisch, weil schon früher derartige Verbote von den Päpsten erlassen sind. In Frage kommen aber nur diejenigen, welche zeitlich nach der Revision des Index unter Alexander VII. i. J. 1664, Bd. I. S. 455; Reusch, Index 2, 19, liegen, weil derselbe durch die Bulle: Speculatores, (Avanzini-)Pennacchi 1, 130, nach Einreihung der betreffenden Schriften in den Index die Strafen des letzteren statt der früher ausgesprochenen für anwendbar erklärt hat.

Was die noch in Betracht kommenden, späteren päpstlichen Konstitutionen betrifft, so sind in diesen als Strafen theils die exc. l. s. papae reservata, s. Innocenz XI.: Coelestis pater 1687, b. T. 19, 774; Clemens XII. 1734, l. c. 24, 8; Benedikt XIV.: Altissimo 1745, Cum sicut 1751 u. Militantis 1752, bull. Ben. 1, 237; 3, 140 u. 4, 18; Pius VI. 1784, bull. Rom. cont. 7, 339; Pius IX. 1851, (A.-)Pennacchi 1, 121. 123, oder diese für die Laien, für die Kleriker aber die dem Papst reservirte suspensio a divinis l. s., Benedikt XIV.: Cum ad 1757 u. 1758, bull. Bened. 4, 236. 283; Pius VI. 1784 u. 1786, bull. Roman. cont. 7, 330. 671. 677; Gregor. XVI.: Cum in 1833, (A.-)Pennacchi 1, 120, oder endlich auch nur die einfache exc. l. s., Innocenz XII.: Cum alias 1699, b. T. 20, 570; Benedikt XIV.: Commissa 1752, bull. Ben. 3, 214, angedroht. Alle diese verschiedenen Strafen sind jetzt durch die const. cit. beseitigt, und es tritt an ihre Stelle die dem Papst speziell reservirte exc. l. s. Die herrschende Meinung, (A.-)Pennacchi 1, 126; Heiner S. 70; Arndt S. 41; Varceno theolog. mor. 2, 417, geht allerdings dahin, dass das letztere lediglich auf die früher unter der dem Papst reservirten, wenn auch ihm nicht speziell vorbehaltenen Exkommunikation verbotenen Bücher zu beschränken, dass aber für die Fälle, in denen eine einfache, nicht vorbehaltene Exkommunikation oder eine andere Censur angedroht ist, diese durch die const. beseitigt worden sei. Wenn sie sich darauf stützt, dass Pius IX.

Weiter ist erforderlich, dass 3. ein Buch der bezeichneten Art:

a. gelesen wird, d. h. man Kenntniss von dem Wortlaut desselben erhält [1] und auch den Inhalt in sich aufnimmt [2], oder

b. dass man ein derartiges Buch [3], sei es für sich oder für einen anderen aufbewahrt oder durch einen solchen für sich aufbewahren lässt, ohne die Absicht, es ungelesen, sobald als nach den obwaltenden Umständen möglich [4] und erforderlich [5] ist, zu vernichten oder der zuständigen kirchlichen Behörde [6] herauszugeben, oder

c. dass man das Buch druckt, d. h. als Verfasser den erfolgten Druck veranlasst, als Verleger denselben besorgt, als Drucker ausführt, die Druckkosten bezahlt oder bei der Herstellung als Drucker [7] mitwirkt [8], oder endlich

d. dass man das Buch vertheidigt, sei es physisch, d. h. dadurch, dass man es, um es vor der Vernichtung oder Auslieferung zu bewahren, an sich nimmt oder verbirgt oder auch andere zu solchen Handlungen bestimmt, sei es moralisch dadurch, dass man das Buch lobt oder die verbotenen Lehren desselben öffentlich oder geheim für richtig erklärt oder näher zu begründen sucht [9].

4. Gehört zum Thatbestand, dass die unter a bis d gedachten Handlungen in Kenntniss [10] davon, dass das betreffende Buch zu den bei Strafe verbotenen gehört [11], vorgenommen werden.

Der Thatbestand des Vergehens liegt aber im Falle a nicht vor, wenn der Thäter unter Autorität des apostolischen Stuhles [12], d. h. durch eine von diesem direkt oder auf seine Veranlassung ertheilte Erlaubniss [13], zum Lesen der gedachten Bücher

die Censuren l. s. habe einschränken wollen, und darauf, dass doch nicht ohne neue spezielle Verordnung „so ohne weiteres an Stelle der früheren milderen Strafe“ eine härtere treten könne, so erscheint diese Begründung gegenüber dem klaren Wortlaut der betreffenden Bestimmung haltlos. Auch ist die Ansicht insofern inkonsequent, als sie ihrerseits ebenfalls an Stelle der dem Papst schlechthin reservirten exc. die speziell vorbehaltene setzt, also selbst eine Verschärfung der Strafe eintreten lässt.

Soweit in den erwähnten päpstlichen Konstitutionen Bücher blos generell, s. z. B. Innoc. XI.: Coelestis 1687, verboten sind, ist dagegen jede früher angedrohte Censur l. s. wegen des Mangels des zu S. 691 n. 9 gedachten Erfordernisses fortgefallen.

[1] Durch eigenes Lesen oder dadurch, dass man sich das Buch vorlesen lässt.

[2] Lesen eines Buches, dessen Sprache man nicht versteht, blosse Anwesenheit eines anderweit beschäftigten Dienstboten im Zimmer bei der Vorlesung erfüllt also den Thatbestand nicht, wohl aber das Lesen der Übersetzung eines verbotenen Buches.

Gewöhnlich, s. Heiner S. 63 und Arndt S. 34, wird verlangt, dass der Umfang des Gelesenen beträchtlich sei oder das wenige, z. B. ein Paar Zeilen, eine ketzerische Lehre enthalte. Da aber das Strafgesetz jede Gefahr der Verführung fern zu halten bezweckt, und das Lesen an sich verbietet, so muss jedes Quantum für ausreichend erachtet werden, um so mehr als auch schon das blosse Aufbewahren des Buches strafbar ist, und bei jedem Lesen in demselben die Gefahr grösser als bei blossem Aufbewahren ist.

[3] Also auch aus einen Theil desselben.

[4] Damit erledigen sich die Erörterungen, wie viel Tage (vielfach werden 2 oder 3 angenommen) man für die Regel das Buch ungestraft bei sich behalten kann, vgl. Heiner S. 71.

[5] Wer die vorgeschriebene Erlaubniss zum Behalten und Lesen nachsucht, kann damit also warten, bis ihm diese verweigert worden ist.

[6] Also dem Bischof (oder den Inquisitoren).

[7] Wie z. B. als Setzer, nicht aber als Korrektor, weil dieser nicht bei dem Drucke selbst betheiligt ist. Dieser ist vielmehr als Leser strafbar.

[8] Alle diese fallen unter den Begriff der imprimentes. Darüber herrscht kein Zweifel.

[9] Vgl. Heiner S. 72; Arndt S. 46. 47.

[10] Das scienter muss auf sämmtliche vier bedrohte Handlungen bezogen werden, vgl. auch Arndt S. 33. 45. 64.

[11] Also die oben gedachten Merkmale auf dasselbe zutreffen.

Wegen dieses Erfordernisses werden die Setzer und Korrektoren für die Regel straflos bleiben.

[12] Nur auf diesen Fall bezieht sich das: „sine auctoritate sedis apostolicae“ der const., da in der Erlaubniss zum Lesen auch ohne Weiteres die zum Behalten liegt, und andererseits zum Druck oder zur Vertheidigung verbotener Bücher selbstverständlich keine päpstliche Erlaubniss gegeben wird.

[13] Hierher gehört die in den (Quinquennal- u. s. w.) Fakultäten den Bischöfen gegebene Befugniss, eine solche Erlaubniss zu ertheilen,

ermächtigt ist[1].

6. Das Lehren und Vertheidigen der vom apostolischen Stuhl bei Strafe der *excommunicatio* l. s. verworfenen Sätze. Die Päpste haben, wie schon im Mittelalter[2] so auch in der hier fraglichen Zeit, wiederholt[3] theils in Verbindung mit Verboten von Schriften und Büchern[4], theils allein nicht nur ketzerische[5], sondern auch blos irrige und verderbliche Lehrmeinungen[5] verurtheilt und dabei mehrfach auf die Festhaltung, das Lehren, die Vertheidigung und die Verbreitung derselben Strafen[6] gesetzt[7].

Die const.: Apostolicae v. 1869 hat ihrerseits diejenigen, welche einen von dem päpstlichen Stuhl bei der Strafe der *excommunicatio l. s.* verurtheilten

s. Bd. III. S. 801 n. I. 2. Über die verschiedenen Formulare vgl. Nilles i. d. Zeitschr. f. kath. Theologie. Innsbruck 1891. 15, 550 ff. u. Arndt i. Arch. f. k. K. R. 70, 48, welcher letztere auch S. 49 das Formular einer von der Index-Kongregation auf Ansuchen der Bischöfe seit neuerer Zeit für 3 Jahre verliehenen Fakultät mittheilt.

1 Wenn Arndt S. 45 behauptet, dass einige Provinzialkonzilien der Neuzeit das Verbot, schlechte Bücher zu bewahren, über den Bereich der in der const. Pii IX. angedrohten Strafe hinaus ebenfalls unter Strafandrohung ausgedehnt haben, so enthält, was die hier in Frage stehenden Bücher betrifft, nur Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 145, die Anordnung, dass man durch Lesen von Büchern der Ketzer oder von anderen wegen der Ketzerei oder des Verdachts falscher Lehre verbotenen Bücher, durch Zurückbehalten, Drucken, Verkaufen, Verbreiten oder Hingeben derselben an Andere zum Lesen zuweilen in die Exkommunikation verfalle. Diese Bestimmung fusst auf der S. 690 n. 8 citirten Vorschrift des Index, und enthält, soweit sie sich mit derselben nicht deckt, eine Ausführung der angeführten Regel, nach welcher die Bischöfe befugt sind, für die gedachten Verletzungen derselben arbiträre Strafen festzusetzen. Für aufgehoben kann sie trotz der Annahme S. 690 n. 12 nicht erachtet werden, da es sich hierbei um eine durch die const. nicht berührter partikularrechtliche Vorschrift handelt, S. 656, und das über die const.: Apostolicae cit. hinausgehende Indexverbot an sich durch diese nicht beseitigt ist, S. 662.

2 Seit dem 12. Jahrh., Bd. IV. S. 444 n. 1.

3 Vgl. a. a. O. u. o. S. 679 n. 5.

4 S. 691 n. 10.

5 Die päpstliche Praxis, vgl. z. B. die Bulle Pius' VI.: Auctorem fidei 1794, bull. Rom. cont. 9, 395, s. Bd. III. S. 600, und die Doktrin unterscheiden hinsichtlich dieser s. g. propositiones die *haeretica*, *schismatica*, *iudaica*, *pagana*, *athea*, *sapiens haeresim* (welche einen sicheren Anhalt bietet, dass sie aus häretischer Ansicht hervorgeht), *suspecta de haeresi* (welche den Verdacht einer darin enthaltenen Ketzerei begründet), *haeresi proxima* (welche mit der Konsequenz eines Glaubenssatzes und einer überwiegend als Glaubenssatz betrachteten Lehre unvereinbar ist), *erronea* (welche der von der Theologie allgemein gelehrten Auffassung widerspricht), *errori proxima* (die von der überwiegend in der Theologie vertretenen Meinung abweicht), *blasphema* (eine Lästerung Gottes, Christi, des h. Geistes, der Jungfrau und der Heiligen enthaltend), *scandalosa* (die für Andere unmittelbar Veranlassung zum Verderb des rechten Glaubens und der Sitten werden kann), *temeraria* (für welche keine Gründe sprechen, insbesondere eine solche, der die gewichtigsten Gründe entgegenstehen), *apocrypha* (eine solche, welche von einem unbekannten Verfasser herrührt oder in Betreff welcher nicht feststeht, ob sie kanonisch ist), *male sonans* (welche die Worte in einer von dem Sprachgebrauch der Gläubigen abweichenden Sinne gebraucht und wegen ihrer Doppelsinnigkeit korrekt, aber auch inkorrekt aufgefasst werden kann), ferner *seditiosa*, *piarum aurium offensiva*, *laxa*, *simplicium deductiva*, *insana*, *improbabilis*, *mendosa* und *fabulosa*, vgl. Ferraris prompta bibliotheca s. v. propositiones damnatae n. 21 ff.; (A.-)Pennacchi 1, 157.

6 S. z. B. Clemens VIII.: Sanctissimus 1602, b. T. 10, 855, wonach die Bd. IV. S. 121 n. 4 gedachte Lehre „ad minus uti falsa, temeraria et scandalosa" verurtheilt und das öffentliche und geheime Lehren derselben, ihre Vertheidigung, das Drucken und die Einführung in die Praxis bei Strafe der dem Papst ausschliesslich reservirten exc. l. s. und bei anderen arbiträren Strafen untersagt wird; Innocenz XI.: Sanctissimus 1679, l. c. 19, 145 (Verurtheilung von 65 Sätzen als scandalosae et in praxi perniciosae unter Androhung der reservirten exc. l. s. für das öffentliche Verhandeln und Predigen darüber, sofern sie nicht bekämpft werden). Die meisten der päpstlichen Verurtheilungen (s. Bd. IV. S. 444 n. 1 u. S. 679 n. 5 u. S. 691 n. 10) beziehen sich allerdings zugleich auch auf ketzerische Sätze.

7 Auch einzelne Provinzialkonzilien haben solche Verurtheilungen ausgesprochen, so Bourges 1534 XVII. 1. 2, Hardouin 10, 1477, der Lehren, dass die traditiones ecclesiae als menschliche Erfindungen zu verwerfen seien, und das Läugnen einer doppelten, schriftlichen und nicht geschriebenen Tradition (Anathem) und XXVIII. 2, ibid. p. 1488, dass man zwei Frauen nebeneinander haben kann (Exk.); Synode für Albanien 1702, coll. conc. Lac. 1, 295, dass keine Verpflichtung zu den Quadr gesimalfasten bestehe (Anathem).

Satz öffentlich oder privatim lehren oder vertheidigen, mit der dem Papste schlechthin reservirten *excommunicatio l. s.* bedroht[1].

Wesentlich ist demnach 1. dass eine bestimmte Lehrmeinung oder These von dem apostolischen Stuhle selbst, nicht von einem allgemeinen Konzil[2], aber andererseits auch nicht blos von einer römischen Kurialbehörde[3], und zwar bei Strafe der *excommunicatio latae sententiae*[4] speziell und allein oder auch gleichzeitig mit anderen unter Androhung der Strafe für alle in Pausch und Bogen[5] (in globo) direkt[6] verurtheilt[7] worden ist, und ferner

2. dass eine solche These und zwar in dem Sinne, in welchem sie verdammt ist[8], entweder gelehrt, d. h. öffentlich oder privatim ausgesprochen und zugleich anderen in der Absicht kund gethan wird, dass diese sie als richtig anerkennen und sie sich aneignen sollen,

oder vertheidigt, d. h. öffentlich oder privatim als wahr oder mindestens nicht als verwerflich hinzustellen versucht wird.

3. Endlich ist erforderlich, dass derjenige, welcher eine solche These lehrt oder vertheidigt, dies entweder bewusster Weise, also in Kenntniss der unter Strafe gestellten Verurtheilung thut oder sich über die letztere in grober oder beabsichtigter Unkenntniss (*ignorantia crassa seu supina* oder *affectata*) befindet[9].

Aus der vorstehenden Darstellung ergiebt sich, dass, wenn bei früheren päpstlichen Verurtheilungen von Thesen auch das blosse Behaupten, Festhalten, Begünstigen oder ein anderes Verbreiten als durch Lehren und Vertheidigen mit der Exkommunikation *l. s.* bedroht worden ist, diese für die eben gedachten Handlungen jetzt fortfällt[10].

7. Die Wahrsagerei (Astrologie) und die Zauberei[11]. Es gehört hierher a. die s. g. *divinatio*, d. h. das Wahrsagen, Prophezeien oder die Enthüllung zukünftiger oder verborgener Dinge unter Hülfe der Dämonen. Die frühere Doktrin unter-

[1] Exc. l. s. p. res. n. 1: „Docentes vel defendentes sive publice sive privatim propositiones ab Apostolica sede damnatas sub excommunicationis poena latae sententiae.“

[2] So z. B. vom Tridentinum, s. Sess. XIII. de sanctissimo euch. sacr. c. 11 und Sess. XXIV. c. 1 de ref. matrim., (A.-) Pennacchi 2, 238. 243. Diese beiden Fälle der nicht reservirten Exkommunikation sind noch heute geltenden Rechts, vgl. S. 659 n. 3.

[3] Denn diese können nicht unter der *sedes apostolica* verstanden werden. Anders wenn die Verurtheilung durch eine solche im Namen und im Auftrage des Papstes erfolgt, weil hier eine Kundgebung des letzteren selbst vorliegt, so auch (A.-) Pennacchi 1, 461.

[4] Gleichviel, ob der dem Papst vorbehaltenen oder nicht reservirten. Ist die These aber unter anderen Strafen, als einer solchen Exkommunikation, z. B. bei Vermeidung von: „ecclesiasticis censuris aliisque a iure statutis poenis ipso facto absque alia declaratione incurrendis“, s. Clemens XI.: Unigenitus 1713, b. T. 21, 567, was die Strafen gegen Ketzer und die Begünstiger u. s. w. derselben bedeutet, veurtheilt, so fällt sie nicht unter die hier fragliche Bestimmung, (A.-) Pennacchi 1, 164. 166; ebensowenig, wenn die Reprobation, wie bei den Sätzen des Syllabus v. 1864, Bd. IV. S. 444 n. 1, ohne jede Strafandrohung erfolgt ist.

[5] So auch Heiner S. 135.

[6] Also nicht indirekt, wie in der Weise, dass ein Buch wegen der in ihm enthaltenen verwerflichen Propositionen unter der Strafe der exc. verurtheilt ist (Beispiele bei (Avanzini-)Pennacchi 1, 120. 121), denn hier sind die Thesen nicht als solche verdammt, und die hier fragliche Strafvorschrift handelt nicht von Büchern, vgl. l. c. 1, 164.

[7] Ohne Unterschied, ob schlechthin oder mit einer der S. 693 n. 5 gedachten Qualifikationen.

[8] Also nicht, soweit in ihr eine Wahrheit liegt, oder bei Verurtheilung eines Satzes mit Beschränkungen, soweit der letztere danach nicht reprobirt ist.

[9] S. vorläufig Heiner S. 136, ferner §. 342, denn dass der Betreffende scienter handelt, erfordert der Wortlaut der const. Pii IX. cit. nicht mehr.

[10] Dasselbe gilt auch nach den allgemeinen Ausführungen o. S. 655. 657 von einem angedrohten Personalinterdikt oder einer Suspension *l. s.*, nicht aber von anderen poenae vindicativae.

[11] X de sortilegiis V. 21.

schied innerhalb derselben den Fall, dass der Wahrsagende eine solche Mitwirkung ausdrücklich und direkt in Anspruch nahm[1], und den, dass dies nur indirekt durch Benutzung von Zeichen geschah, welche lediglich in Folge dämonischer Einwirkung Auskunft zu geben geeignet waren[2], einen Fall, zu welchem auch das *sortilegium* im engeren Sinn[3], d. h. die Enthüllung des Verborgenen durch beliebig zu diesem Behufe gewählte Zeichen[4] gestellt werden muss. Die für das gemeine Recht in Betracht kommenden Sammlungen des Mittelalters[5] erklären die Wahrsager für infam[6] und bedrohen diejenigen, welche Wahrsagerei treiben und welche sich wahrsagen lassen, wenn schon nicht ausschliesslich, mit der Exkommunikation[7], Geistliche auch mit der Deposition[8].

Die päpstliche Gesetzgebung der hier fraglichen Zeit hat die gedachten Strafen im wesentlichen erneuert[9], und nur für bestimmte Fälle der Wahrsagerei und der

[1] Vgl. Schmalzgrueber V. 21 n. 6, auch Nekromantie im weiteren Sinne genannt. Hierher wurde gerechnet, l. c. n. 8, das *praestigium*, Blendung der Augen und Enthüllung des Verborgenen durch den Dämon, c. 14 (Rhabanus) §. 6. C. XXVII qu. 5; die *divinatio per somnia*; die *necromantia* im eig. Sinn, d. h. Enthüllung durch die in Folge dämonischer Mittel, namentlich unter Anwendung von Blut, zum Auferstehen gebrachten Todten, c. 14 cit. §. 2; die *divinatio per pythones*, d. h. durch vom Dämon besessene Menschen, c. 1 (id.) C. XXVI qu. 3 u. 4; die *geomantia*, durch Zeichen an körperlichen und festen Gegenständen, wie Holz, Stein, Metall; die *hydromantia* durch solche im Wasser, c. 14 cit. §. 3. C. cit. qu. 5; die *aëromantia* durch Zeichen in der Luft; die *pyromantia* durch Zeichen im Feuer, c. 1 (id.) C. XXVI qu. 3 u. 4 cit., und das *aruspicium* in den Eingeweiden der dem Dämon geweihten Thiere, c. 14 cit. §. 7. C. XXVI qu. 5 cit. u. c. 1 §. 5. C. XXVI qu. 3. 4 cit., weshalb auch die Wahrsager schlechthin als aruspices bezeichnet werden, c. 1 (Rom 721), c. 10 (Gregor I.) C. XXVI qu. 5.

[2] Des Näheren begriff man darunter die *genethlia*, die Erkundung der Zukunft aus den Gestirnen, c. 1 cit. §§. 6. 7. C. XXVI qu. 3 u. 4; *augurium* aus dem Flug der Vögel, c. 1 cit. §. 5 u. c. 14 cit. §. 5; *auspicium* aus den Stimmen derselben; *omen* aus den zufällig von Menschen gesprochenen Worten; *onyrocritica* aus den Träumen; *physiognomia* aus der Gestalt des menschlichen Körpers; *spatulamantia* des Schulterblattes; *metoposcopia* der Stirn und *chiromantia* aus den Linien der Hand, vgl. Schmalzgrueber l. c. n. 9.

[3] Im weiteren Sinn wird es für jede Art der *divinatio* und auch der Magie gebraucht, Reiffenstuel V. 21 n. 2; ferner auch blos für jede Art der *divinatio*, l. c. n. 2. 6.

[4] Also Lose, heilige Schriften, Tafeln, c. un. (Isid.) C. XXVI qu. 1; c. 7 (Leo IV.) C. cit. qu. 5 u. c. 1 (Poen. Theodori) X h. t.

[5] Vgl. o. S. 160.

[6] c. 9 (Ps. Is.) C. III qu. 5; c. 12 (inc. aus karolingischer Zeit) C. XXVI qu. 5.

[7] c. 6 (Agde 506); c. 9 (Orleans 511); c. 11 (s. g. stat. eccl. ant.); C. XXVI qu. 5, welche früher für Geistliche die Deposition in sich schloss. Dagegen setzt c. 1 cit. X h. t. nur 40tägige Busse, c. 2 (Alexander III.) ibid. für Geistliche blos Busse und Suspension auf arbiträr zu bestimmende Zeit fest.

[8] c. 1 (Rom 721) C. XXVI qu. 5; c. 6 cit. ibid.; c. 5 (Toledo IV.) ibid. bedrohen die Geistlichen mit immerwährender Suspension, d. h. Deposition, mit Einschliessung in ein Kloster zu ewiger Busse, während c. 10 (Gregor I.) l. c. für Sklaven Prügelstrafe, für Freie Einschliessung vorschreibt.

[9] Leo X.: Supernae (Lateran. V.) 1514 §. 41, b. T. 5, 604: „Cum secundum leges civilis et ss. canonum sortilegia per invocationem daemonum, incantationes ac divinationes superstitionesque prohibitae sint, statuimus . . . ut clerici (s. Fortsetzung S. 572 n. 3). Laici vero utriusque sexus excommunicationis et aliis poenis iuris tam civilis quam canonici subiaceant", wonach gegen Geistliche die Strafe der Infamie wiederholt wird, die der Absetzung aber erst bei Hartnäckigkeit eintreten soll.

Ferner weist Sixtus V.: Coeli et terrae 1586 §§. 1. 3, b. T. 8, 646, ohne besondere Strafen festzusetzen — in Frage konnten hier auch die der Ketzerei kommen — die Ordinarien und die Inquisitoren zum Einschreiten gegen diejenigen an, welche die s. g. *astrologia iudiciaria* (im Gegensatz zu der *naturalis*, der Astronomie, Schmalzgrueber l. c. n. 25; Sixtus V. l. c. §. 3: „circa agriculturam, navigationes et artem medicam exercentes") betreiben, des Näheren §. 1 cit.: „gegen die „*astrologi, olim mathematici, genethliaci*, s. Anm. 2, et planetarii vocati, qui . . . divinae dispositionis ordinationem suo tempore revelandam praevenire audacissime satagentes, hominum nativitates seu genituras ex motu syderum et astrorum cursu metiuntur ac iudicant futura sive etiam praesentia et occulta atque ex puerorum ortu et natali die sive quavis alia temporum et momentorum vanissima observatione et notatione de uniuscuiusque hominis statu, conditione, vitae cursu, honoribus, divitiis, sobole, salute, morte, itineribus, certaminibus, inimicitiis, carceribus, caedibus, variis discriminibus aliisque prosperis et adversis casibus et eventibus praecognoscere, iudicare et affirmare temere praesumunt, non sine magno periculo erroris et infidelitatis"; ferner gegen diejenigen, welche „geomantiae, hydromantiae, aeromantiae, pyro-

Einholung von Wahrsagungen besonders schwere Strafen [1] festgesetzt, während die Partikularsynoden für die gedachten Verbrechen vereinzelt blos leichtere Strafen [2], meistens aber härtere Strafen, und zwar nicht blos die Exkommunikation [3], sondern

mantiae, chiromantiae, negromantiae aliisque sortilegiis et superstitionibus, s. S. 695 n. 1 u. 2, non sine daemonum saltem occulta societate aut tacita pactione operam dare seu illis ac sortibus illicitis taxillorum, granorum triticeorum vel fabarum iactu uti non verentur", weiter gegen diejenigen, welche „auguriis, auspiciis similibus signis et vanis observationibus ad futurorum divinationem intendunt", sodann gegen solche „qui cum morte foedus ineunt et pactum faciunt cum inferno, qui similiter ad occultorum divinationem, ad inveniendos thesauros vel ad alia facinora perpetranda, etiam expresse cum diabolo pactione facta, in manifestam suarum perniciem animarum, nefarias magicae artis incantationes, instrumenta et veneficia adhibent, circulos et diabolicos characteres describunt, daemones invocant aut consulunt, ab eis responsa petunt aut accipiunt, eis preces et thuris aut aliarum rerum suffimenta seu fumigationes aliave sacrificia offerunt, candelas accendunt aut rebus sacris vel sacramentis aut sacramentalibus abutuntur, adorationis, genuflexionis aut quaevis alia impietatis obsequia praestant, cultum venerationemve tribuunt; aut parvas phialas sibi fabricant aut fabricari curant, ad daemones in eis alligandos seu includendos, ut putant, ad responsa ab ipsis inde petenda aut habenda", ferner diejenigen, welche „in corporibus obsessis vel lymphaticis et fanaticis mulieribus daemones de futuris vel occultis rebus aut factis exquirunt, ut ab eis ... vanas mendacesque referant responsiones", endlich gegen diejenigen, welche als „praestigiatores, s. S. 695 n. 1, frequentius vero mulierculae quaedam superstitionibus deditae, in phialis seu vasculis vitreis aqua plenis vel in speculo accensis candelis, etiam benedictis, sub nomine angeli sancti et albi diabolum ... supplices adorantes vel in unguibus aut palma manus quandoque etiam oleo perunctis eumdem ... orant, ut futura vel occulta quaevis per spectra et apparentes imagines seu phantasticas visiones sibi ostendat aut ab eodem ... aliis incantationibus aut variis superstitionis observationibus futurorum et occultorum huiusmodi veritatem quaerunt et hominibus praedicere contendunt", sowie ferner zum Vorgehen gegen solche (§§. 2. 4), welche astrologische und andere Bücher und Schriften über Wahrsagerei besitzen, lesen und nicht abliefern, und zwar gegen diese letzteren unter Anwendung der Strafen des Index.

[1] So droht Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 3, b. T. 14, 212, den: „laicis cuiuscumque sexus, conditionis, status, gradus, qualitatis et dignitatis etiam marchionalis vel ducalis existentibus, qui de statu reipublicae christianae vel sedis apostolicae sive de vita aut morte Romani pontificis ... eiusque usque ad tertium gradum inclusive consanguineorum, mathematicos ariolos, aruspices, vaticinatoresve nuncupatos vel alios astrologiam iudiciariam exercentes seu alias quomodolibet profitentes de cetero consuluerint sive desuper eorum iudicia, prognostica, praedictiones seu praecognitiones etiam sibi oblatas receperint illisque quomodolibet usi fuerint vel illas penes se scienter retinuerint, aut alicui ostenderint, necnon iisdem mathematicis, ariolis, aruspicibus, vaticinatoribus sive aliis astrologiam iudiciariam seu quamlibet artem divinatoriam quomodolibet profitentes, qui iudicia, prognostica seu praecognitiones et praedictiones super praemissis, etiamsi si id non certo se affirmare protestentur, fecerint, sive a se vel aliis iam facta seu factas imposterum penes se similiter retinuerint vel alicui dederint seu ostenderint aut de eis, quovis modo, etiam improbando, scripto vel verbis tractaverint", die Exkommunikation l. s. (welche aber in der const.: Apostolicae v. 1869 nicht mehr aufrechterhalten ist), sowie als Majestätsverbrechern die Todesstrafe, die Vermögenskonfiskation, Verlust der römischen Kurialämter und Devolution aller Städte, Befestigungen und sämmtlicher mit Jurisdiktion versehener und zu Lehen gegebener Ortschaften, s. S. 562 n. 6, und den Geistlichen bis zum Priester einschliesslich, sowie allen geistlichen Personen auch der exemten Orden ausserdem privatio aller geistlichen Ämter und Inhabilität dazu, beides ipso iure, sowie Degradation, dagegen den Bischöfen einschliesslich der Primaten und Geistlichen noch höherer Würden (also den Kardinälen) als Strafen l. s. die Exkommunikation (s. aber vorher), privatio regiminis et administrationis ecclesiarum und aller Benefizien, Dignitäten und Offizien, sowie Unfähigkeit zur Erwerbung solcher an, unter Überweisung dieser Verbrechen ausserhalb Roms zur Kompetenz der Ordinarien und auch der Inquisitoren.

[2] So Rouen 1445 c. 6, S. 554 n. 6, für das sortilegium blos Zwangsfasten und Gefängniss auf einen Monat, und erst bei Hartnäckigkeit schwerere arbiträre Strafe.

[3] Rheims 1583, Hardouin 10, 1280 n. 2 (für „sortilegiis matrimonii usum impedientes, aliud nocumentum facientes, genethliaci et qui divinationibus seu praedictionibus ad artem iudiciariam pertinentibus, quas impie prophetias appellant, utuntur vel eisdem fidem adhibent"); Tours 1583 c. 9, l. c. p. 1406 (generelle Anathematisirung und öffentliche, wiederholte Verkündung der „praestigiatores, sortilegi, malefici, qui ligaturis et aliis malis artibus ad impediendum matrimonii consummationem, eorum conscii et correi, nisi illos denunciaverint" als exkommunizirt); Bourges 1584. XL. 1, l. c. p. 10, 1501 (Exk. gegen „ariolos, incantatores, sortilegos et eos maxime, qui nomine dei et rebus sacris in huiusmodi superstitionibus utuntur", wenn sie Laien sind, auch zugleich Anzeige an den weltlichen Richter); Narbonne 1609 c. 3, l. c. 11, 6 (generelle Exk. gegen „magos, veneficos, divinatores, sortilegos, coniectores, augures, haruspices, mathematicos, cum daemonibus foedera et pacta tacite vel expresse habentes, morbos imprecationibus, verbis, ligaturis aut actionibus superstitiose sanare intendentes" und, wenn die Pfarrer solche Übel-

auch die Vermögenskonfiskation[1] oder die Ausweisung[2], bei Unverbesserlichkeit sogar ewigen Kerker[3] und noch härtere Strafe[4], für Geistliche dagegen im Fall der Hartnäckigkeit die privatio beneficii[5] oder Deposition[6], äusserstenfalls auch die Einsperrung in ein Kloster[7] oder sogar auch von vornherein die Degradation[8] kennen, die Konzilien der späteren Zeit aber diese Verbrechen kaum erwähnen[9].

b. Die Magie (*magia*), d. h. das Hervorbringen wunderbarer Wirkungen mit Hülfe von Dämonen, in der Absicht dadurch für sich oder andere einen Vortheil, auch blos Ruhm und Ansehen zu erlangen, oder anderen Schaden zuzufügen[10] (im letzteren Fall *maleficium*[11], bez. auch *veneficium*[12] genannt), namentlich unter Anwendung von Zaubersprüchen (*incantationes*)[13], und das Angehen der Zauberer um Anwendung ihrer Künste[14], wird nach den älteren Quellen des gemeinen Rechts mit Infamie[15], mit Exkommunikation[16], mit Exil[17], bei Geistlichen zugleich mit Absetzung[18] bestraft. Die päpstliche Gesetzgebung des 16. Jahrhundert[19] bedroht die Magie, ebenso wie das

thäter festgestellt und dreimal vergeblich ermahnt haben, öffentliche Verkündung derselben unter Nennung des Namens als exkommunizirt); ibid. c. 22, p. 24: „Excommunicationis ipso facto incurrendae sententiam ferimus in eos, qui sortilegia et veneficia aut incantationes in matrimonia contrahentes aut benedictionem nuptialem suscipientes exercent"; Bourges 1584 IV. 3, Hardouin 10, 1464, welches diejenigen, welche „usurpant verba et sententias sacrae scripturae ad scurrilia, fabulosa, vana, adulationes, detractiones, superstitiones et diabolicas incantationes, divinationes, sortes, libellos famosos et alias eiusmodi impietates" mit den poenae legitimae durch die Bischöfe bestraft wissen will, hat offenbar ebenfalls in erster Linie die Exkommunikation im Auge, s. S. 695; D. S. Konstanz 1609 P. I. IV. 1 n. 3, Hartzheim 8, 852 („superstitiosos divinatores, sortilegos et magos, nisi resipiscant, anathemate feriemus"); D. S. Namur 1639 IV. 2 u. Köln 1651 IV. 40, l. c. 9, 577 u. 779 (Versuch der Hinderung von Ehen durch ligaturae und andere maleficia, exc. und öffentliche Denunziation der Exkommunicirten).

1 Mainz 1549 c. 101, S. 552 n. 2, für sortilegia quae detestando malorum daemonum commercio exercentur.

2 Mecheln 1607 XV. 2, Hartzheim 8, 785, S. 552 n. 8.

3 Mainz 1549 c. 101 cit., s. o. S. 552 n. 2.

4 L. c., was nur Auslieferung an den weltlichen Richter zur Todesstrafe bedeuten kann.

5 D. S. Augsburg 1610 VI. 3, Hartzheim 9, 30, S. 579 n. 3.

6 Mainz 1549 c. 101 cit., s. o. S. 552 n. 2, neben der dem Bischof oder Papst oder einem päpstlichen Legaten vorbehaltenen Exkommunikation; D. S. Konstanz 1609 I. 4 n. 3, Hartzheim 8, 852, S. 696 n. 3.

7 Mainz 1549 c. 101 cit.

8 Bourges 1584 XL. 1, S. 696 n. 3, vgl. auch S. 571 n. 5.

9 Prag 1860, coll. conc. Lac. 5, 503, zählt allerdings, indessen blos unter denen, welchen als öffentlich unwürdigen und infamen das Abendmahl verweigert werden soll, noch die magi und sortilegi auf.

10 Reiffenstuel V. 21 n. 12; Schmalzgrueber V. 21 n. 49, die s. g. *magia diabolica* u. *superstitiosa* im Gegensatz zur s. g. *magia naturalis*, dem Hervorbringen wunderbarer Wirkungen durch natürliche Ursachen ohne Mitwirkung von Dämonen. Die Magie unterscheidet sich von der Wahrsagerei dadurch, dass die letztere auf die Enthüllung des Verborgenen oder Zukünftigen, die erstere aber gerade auf die wunderbaren Wirkungen abzielt.

11 Reiffenstuel u. Schmalzgrueber l. c., s. auch c. 3 (cap. Mart. Brac.) C. XXVI qu. 1; c. 14 (Rhaban.) §. 1. C. XXVI qu. 5, s. auch const. Gregor. XV., Anm. 19.

12 Wenn dabei Gifte und Kräuter, also namentlich aus diesen gebraute Tränke angewendet werden, s. S. 160 n. 2 u. c. 14 cit. §. 4.

13 c. 1 (Rhaban.) §. 2. C. XXVI qu. 3 u. 4; auch carmina, c. 14 §. 1 cit.; s. noch c. 1 (Rom 721) C. XXVI qu. 5.

14 c. 1. C. XXVI qu. 5 cit. (Exkommunikation), c. 2 (Ancyra 314) u. c. 3 cit. l. c. (Busse), c. 5 (Toledo 633) ead. (für Geistliche Absetzung und ewige Busse im Kloster).

15 c. 9 (Ps. Is.) C. III qu. 5; c. 12 (inc. aus karolingischer Zeit) C. XXVI qu. 5.

16 c. 11 (stat. eccl. ant.) C. XXVI qu. 5.

17 c. 12 cit. eod.

18 Denn die Exkommunikation schloss diese in älterer Zeit in sich. Vgl. auch Anm. 14.

19 Gregor XV.: Omnipotentis 1623 §. 2, b. T. 12, 795: „ut, constito, quod aliquis pactum cum diabolo fecerit et a fide apostatando maleficiis seu sortilegiis unam seu plures personas ita laeserit, ut ex maleficio seu sortilegio mors sequuta sit, etiam pro primo lapsu curiae seculari tradatur, debitis poenis (d. h. Todesstrafe) puniendus; qui vero similiter apostatando pactum cum diabolo . . fecerit et maleficium seu sortilegium commiserit, ex quo, licet mors sequuta non sit, infirmitas tamen, divortia, impotentia generandi sive animalibus, frugibus vel aliis fructibus damnum notabile provenerit, muro claudi sive perpetuis carceribus, in s. inquisitionis officio, ubi illud existit, fabricandis mancipari debet."

Sortilegium, wenn durch sie der Tod einer oder mehrerer Personen herbeigeführt, mit der Auslieferung an den weltlichen Richter zur Bestrafung, wenn dagegen durch sie blos eine Krankheit, geschlechtliche Unfruchtbarmachung, eine Ehescheidung oder ein beträchtlicher Schaden an Thieren, Saaten oder anderen Früchten bewirkt worden ist, mit ewigem Gefängniss [1]. Dagegen setzen die Partikularsynoden bis zum 17. Jahrhundert entweder allgemein [2], auch blos für einzelne Fälle der Zauberei, namentlich des *maleficium* [3], hauptsächlich die Exkommunikation als Strafe fest.

c. Daneben wird auch partikularrechtlich das Anrufen oder die Verehrung der Dämonen mit Strafen, theils mit der Infamie und der Ausstellung mit der Schandmütze sowie bei Hartnäckigkeit mit Überweisung an die weltliche Obrigkeit zur Bestrafung, bei Klerikern in diesem Falle mit der Degradation und ewigem Gefängniss [4], theils — und so später — blos mit der bischöflich reservirten Exkommunikation l. s. bedroht [5].

Wenngleich den bisher besprochenen Vergehen die Verläugnung christlicher Lehren oder des Christenthums überhaupt, also die Ketzerei oder Apostasie vielfach zu Grunde liegen werden, so ist dies doch nicht immer nothwendig der Fall, da dieselben auch lediglich aus blossem Aberglauben hervorgehen können [6]. Indessen hat die Praxis der Inquisitionsgerichte, nachdem ihnen päpstlicherseits die Kompetenz für diese Vergehen in allen Fällen beigelegt war [7], dieselben unter dem einheitlichen Ge-

[1] Auf Kleriker beziehen sich diese Strafandrohungen aber nicht, S. 571 n. 2. Doch hat ein von Benedikt XIV. bestätigtes Dekret der Congr. inquis. v. 1745, bull. Bened. XIV. 1, 291, gegen Geistliche, welche die Messe *ad sortilegium* missbrauchen, diese Strafen und die künftige Unfähigkeit, Messe zu lesen, welche aber den Charakter der poena fer. sent. hat, s. päpstl. bestätigte Entsch. d. congr. inqu. 1863, Acta s. sed. 25, 450, festgesetzt.

[2] Mailand 1565 I. 10, Hardouin 10, 643. 644 (für „magi et malefici ceterique omnes, qui quovis artis magicae et veneficii genere pactiones et foedera expresse vel tacite cum daemonibus faciunt", ferner für divinationes ex aere, aqua, igne u. s. w., sowie auch für astrologi, d. h. iudiciarii, harte Bestrafung und Ausschluss aus der Gemeinschaft der Gläubigen); Bourges 1584 IV. 3 u. XL. 1, s. S. 697 n. 8; Narbonne 1609 c. 3 u. Konstanz 1609 cit., s. a. a. O. D. S. Konstanz 1662 I. 4 c. 4 §. 2, Hartzheim 9, 945 (bischöflich reservirte Exk. l. s.); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 164 (dieselbe Strafe für „venefici et veneficae, necromantes, divinatores, sortilegi, lamiae, striges sive quovis alio nomine nuncupentur ex utroque sexu, qui cum expressa daemonis invocatione ad captandam dilectionem vel odium concitandum sive ad inveniendos thesauros aut ad alium finem utuntur incantationibus aliisque maleficiis sive etiam ligaturis a naturali et legitimo usu coniuges avertunt; ac scienter in praefatis cooperantes aut quovis modo consentientes."

[3] Mailand 1579 III. 16, Hardouin 10, 1007. 1008 (exc. l. s. für Anwendung von veneficia und fascinationes ad nuptias matrimoniaque impedienda und für diejenigen, qui suaserint, mandaverint, consenserint); Tours 1583 c. 9 cit.; Narbonne 1609 c. 22 cit.; Neapel 1699 cit., s. vor. Anm., während Konstanz 1662 l. c. c. 6 die cit. const. Gregors XV. reprodzuirt.

[4] Rouen 1445 c. 6, Hardouin 9, 1296 („invocatores daemonum"), s. auch S. 559 n. 1.

[5] Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 164 („omnes utriusque sexus personae quae daemoni spondent obsequium, thus et sacrificia offerunt, quamvis sine errore intellectus; insuper quicumque sive suo sive alterius nomine condunt aut condere faciunt imagines, annulos aut quodvis aliud artefactum, in quo daemonem constringant").

[6] Das ist noch der Standpunkt Alexanders IV. gewesen, s. S. 472 n. 2. Er tritt ferner auch in den bisher angeführten Strafbestimmungen hervor, welche überwiegend nicht die Strafen der Ketzerei festsetzen, diese vielmehr erst bei Hartnäckigkeit eintreten lassen.

[7] Innocenz VIII.: Summis desiderantes 1484 §§. 1. 2, b. T. 5, 296 („quod complures utriusque sexus personae . . . cum daemonibus incubis et succubis abuti ac suis incantationibus, carminibus et coniurationibus aliisque nefandis superstitiosis et sortilegis excessibus, criminibus et delictis mulierum partus, animalium foetus, terrae fruges, vinearum uvas et arborum fructus necnon homines, mulieres, pecora, pecudes et alia diversorum generum animalia, vineas quoque, pomeria, prata, pascua, blada, frumenta et alia terrae legumina perire, suffocari et extingui facere et procurare, ipsosque homines, mulieres, iumenta, pecora, pecudes et animalia diris tam intrinsecis quam extrinsecis doloribus et tormentis afficere et excruciare; ac eosdem homines ne gignere et mulieres ne concipere virosque, ne uxoribus et mulieres, ne viris actus coniugales reddere valeant impedire; fidem praeterea ipsam, quam in sacri

sichtspunkt der Hexerei, d. h. eines Bündnisses mit dem Bösen, welches in Folge der Verehrung desselben die Fähigkeit zu übermenschlichem Thun[1], namentlich zur Schädigung Anderer, gewährt, behandelt und sie der gleichen Bestrafung wie der Ketzerei unterworfen[2]. In Folge dessen ist von diesen Gerichten auch das für die Ketzerei ausgebildete, jeder Garantieen für eine gerechte Behandlung des Angeschuldigten entbehrende Inquisitionsverfahren[3] zur Anwendung gebracht und so die Epoche der Hexenprozesse herbeigeführt worden[4].

8. Die Gotteslästerung (*blasphemia*). Die Doktrin hat seit dem 13. Jahrhundert[5] den Begriff der Blasphemie dahin festgestellt, dass sie jede Gott[6] herabsetzende oder schmähende Äusserung umfasst, d. h. eine solche, welche ihm erstens eine ihm zukommende Eigenschaft abspricht[7] oder ihm etwas ihm nicht Eignendes beilegt[8] oder zweitens ihm etwas Übeles anwünscht[9] oder welche endlich drittens eine Herabwürdigung oder Entehrung oder Beschimpfung Gottes, der Jungfrau Maria[10] oder der Heiligen oder eine Verletzung der Ehrfurcht vor diesen[11] bildet.

Die gemeinrechtlichen Sammlungen des Mittelalters enthalten widerspruchsvolle Strafandrohungen, nämlich einmal für jede Blasphemie die der Exkommunikation gegen Laien und die der Deposition gegen Kleriker[12], andererseits blos für die öffent-

susceptione baptismi susceperunt, ore sacrilego abnegare"; Leo X.: Honestis 1521, b. T. 5, 763 (für Venedig); Hadrian VI.: Dudum uti 1523, b. T. 6, 24, (für Como) und Sixtus V.: Coeli et terrae v. 1586, S. 695 n. 9.

1 S. auch die in der vor. Anm. citirten Bullen von Innocenz VIII. bis Hadrian VI.

2 Aus der thatsächlich (freilich nicht rechtlich) ausschliesslichen Kompetenz der Inquisitionsgerichte, s. o. S. 475. 477. 479, erklärt sich einmal, dass die Partikularsynoden der hier fraglichen Zeit die gedachten Verbrechen trotz der vielen Hexenprozesse verhältnissmässig wenig berühren, und ferner, dass sie, wenn sie derselben gedenken, ihrerseits von den früheren Anschauungen ausgehen.

3 S. 483 ff. 491.

4 Vgl. Henner, päpstliche Ketzergerichte S. 310 ff. und den folg. Bd. in der Lehre von der Inquisition.

Weiter gehören endlich in diesen Zusammenhang die strafrechtlichen Bedrohungen einzelner Äusserungen des Aberglaubens. So wird in den gemeinrechtilchen Quellen, c. 4 (Laodicea 343—381) C. XXVI qu. 5 auf das Tragen von Amuletten (*philacteria*) die Strafe der Exkommunikation, partikularrechtlich auf die Anfertigung und den Verkauf von Ringen und anderen Sachen zu abergläubischen Zwecken oder zu Zaubereien, Mailand 1565 I. 10, Hardouin 10, 644, schwere arbiträre Strafe, auf die Beobachtung des Geschreies der Vierfüssler und Thiere, des Fluges der Vögel, der Begegnung von Menschen oder Thieren als günstiger oder ungünstiger Zeichen für die Vornahme von Reisen und die Unternehmung anderer Sachen, s. ibid., arbiträre Strafe, auf den Gebrauch von Reliquien zu abergläubischen Zwecken durch Geistliche und Laien, Narbonne 1609 c. 6, l. c. 11, 9, die exc. l. s. und arbiträre Strafe; auf die Benutzung von Stellen der h. Schrift zu solchen Zwecken, Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 164, schwere arbiträre Strafe, ferner auf den Gebrauch des Altarsakraments, des Chrisma, des h. Öls oder einer anderen konsekrirten Sache zu abergläubischen Zwecken oder behufs der Zauberei, sowie das Geben und Annehmen von Geld für solche Sachen, selbst bei nicht stattgehabtem Missbrauch, s. l. c., die dem Ordinarius reservirte exc. l. s. gesetzt.

5 Reiffenstuel V. 26 n. 15; Schmalzgrueber V. 26 n. 12 und die hier citirten Älteren. Das geringe Material im corpus iuris canonici, s. S. 184, giebt keinen ausreichenden Anhalt für die Feststellung des Thatbestandes.

6 Wenn neben Gott höchst selten Christus oder der heilige Geist genannt wird, so erklärt sich dies daraus, dass die letzteren in dem Ausdruck Gott mit inbegriffen sind.

7 Wie die Allmacht, die Allwissenheit.

8 Z. B. Rachsucht, Grausamkeit, Lügenhaftigkeit.

Werden in diesen beiden Fällen dadurch zugleich christliche Glaubenslehren geläugnet, dann liegt die s. g. *blasphemia haereticalis* vor, Reiffenstuel l. c. n. 16; Schmalzgrueber l. c. n. 12, vor.

9 Dass er verachtet werden, nicht mehr im Stande sein möge, das Böse zu strafen.

10 Dieser und der Heiligen, weil, wie Gott in den Heiligen gepriesen wird, so auch durch ihre Lästerung selbst gelästert werden kann.

11 Wie die wegwerfende Nennung der Attribute Gottes, der Gebrauch von Schimpfwörtern gegen ihn, die unehrerbietige Erwähnung der Sakramente, des Blutes, der Körpertheile Christi und der Jungfrau Maria, mithin auch das Schwören bei diesen, c. 10 (Ps. Pius) C. XXII qu. 1. Nicht richtig Katz S. 67.

12 c. 10 cit. C. XXII qu. 1.

liche[1] Blasphemie Gottes, der Jungfrau Maria und der Heiligen, die der öffentlichen Zwangsbusse und der Geldstrafe, und bei Verweigerung der Übernahme der ersteren die der milderen Strafen des interdictum ingressus ecclesiae und der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[2].

Abgesehen von den Partikularsynoden des 13. bis 15. Jahrhunderts, welche zunächst Verschärfungen der Strafe[3], später aber Milderungen derselben eintreten lassen[4], weist erst die allgemeine kirchliche Gesetzgebung im 16. Jahrhundert besondere Vorschriften über die Blasphemie auf[5]. Durch dieselbe ist die ausdrückliche Blasphemie Gottes, Christi und der Jungfrau[6] mit 25 Dukaten, das zweite Mal mit Verdoppelung der Strafe, und das dritte Mal mit 100 Dukaten, Infamie und mit Exil[7], bei armen Plebejern mit öffentlicher Ausstellung, das zweite Mal mit Auspeitschung, das dritte Mal mit Zungendurchstechen und Galeerenstrafe[8], bei Klerikern mit Benefizien mit Entziehung der Früchte aller Benefizien auf ein Jahr, das zweite Mal mit privatio beneficiorum und das dritte Mal mit Absetzung und Exil, bei Klerikern ohne Benefizium mit Geld- oder Prügel-, das zweite Mal mit Gefängniss- und das dritte Mal mit Degradation[9] und Galeerenstrafe[10], die Blasphemie gegen die Heiligen aber mit arbiträrer Strafe[11] unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung der in den Canones enthaltenen Strafen[12] bedroht. Dagegen greifen die späteren Partikularsynoden zum Theil wieder ausschliesslich auf die letzteren zurück[13], während die der Neuzeit überwiegend

[1] Unberechtigt ist es, wenn Katz S. 67. 68 daraus schliesst, dass die Öffentlichkeit zum Thatbestand der Blasphemie gehört.

[2] c. 2 X de maledicis V. 26, s. S. 113 n. 4; S. 184 u. S. 318 n. 5—7.

[3] S. 184 n. 5.

[4] Paris 1429 c. 26, Hardouin 8, 1047. 1048, Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau das erste Mal 8 Tage Gefängniss mit Zwangsfasten, das zweite Verdoppelung der Strafe, das dritte Strafe der Leiter, s. S. 559, oder andere arbiträre Strafe, für Kleriker (vgl. c. 22 ibid. p. 1046) Verdoppelung der Strafe der Laien, das dritte Mal aber nur arbiträre Strafe, blasphemisches Schwören, d. h. beim Haupt, Blut, Wunden Christi und bei Ähnlichem, das erste Mal ein Pfund Wachs, das zweite 2, das dritte 4 oder eine andere auch öffentliche Strafe (d. h. öffentliche Busse), für Kleriker ebenfalls Verdoppelung (c. 22 cit.); Sens 1460/1485. IV. 2, l. c. 9, 1538, blasphemia divini nominis und execrabilia iuramenta das erste Mal Vermögensstrafe in Wachs oder in anderen Dingen, das zweite Mal arbiträre Gefängnissstrafe mit Zwangsfasten, das dritte Mal Ausstellung am Pranger, s. S. 559, oder andere öffentliche Strafe; Rouen 1445 c. 5, ibid. p. 1295, Schwören beim Körper, Haupt, Blut, Glieder, Tugenden Christi und bei Ähnlichem, arbiträre Strafe nach der Schwere des Vergehens und der Häufigkeit; vgl. ferner noch Trier 1423 c. 4, Hartzheim 5, 225, s. o. S. 614 n. 1.

[5] Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604; und die dieselbe bestätigende const. Pii V.: Cum primum 1566 §. 10, b. T. 7, 434, welche aber einzelne abweichende Vorschriften enthält. Die const. Julius' III.: In multis 1554, b. T. 6, 478, über die Blasphemie bezieht sich nur auf den Kirchenstaat.

[6] Vgl. Pius V. cit., nach Leo X. cit. §. 33 nur die öffentliche Blasphemie Gottes und die Blasphemie Christi und der Jungfrau durch beschimpfende oder obscöne Worte.

[7] Nach Leo X. dagegen Verlust des Adels an Stelle der gedachten Strafen.

[8] Nach Leo X. Gefängnissstrafe und beim dritten Mal Ausstellung mit der Schandmütze, bei nochmaliger Wiederholung ewiges Gefängniss oder Galeere.

[9] S. S. 570 n. 3.

[10] Leo X. unterscheidet nicht zwischen den Klerikern der verschiedenen Arten und kennt als Strafen das erste Mal Verlust der Früchte eines Jahres ipso iure, das zweite Mal privatio beneficii, das dritte Mal privatio omnium beneficiorum eo ipso und Inhabilität für Kirchenämter. Für öffentliche Beamte tritt noch nach der nicht beseitigten Anordnung Leos X. eo ipso Verlust der Einnahmen des Amtes auf 3 Monate, das dritte Mal des Amtes selbst hinzu.

[11] Hierin Leo X. cit. und Pius V. cit. übereinstimmend.

[12] So Leo X. cit. Demnach konnte das interdictum ingressus ecclesiae oder die Exkommunikation auch neben den gedachten Strafen verhängt werden.

[13] So Bourges 1584 XXXIX. 1, Hardouin 10, 1501, für Kleriker auf die Deposition und für Laien auf die Exkommunikation bei Blasphemie Gottes und der Heiligen; Narbonne 1609 c. 8, l. c. 11, 9. 10, für Kleriker auf die Exkommunikation neben arbiträrer Strafe, für Laien erst nach dreimaliger Mahnung auf die erstere unter öffentlicher, namentlicher Verkündung als exkommunicirt, während Toulouse 1590 IV. 13 u. Avignon 1594 c. 58, l. c. 10, 1830. 1869, die Anordnungen Leos X. u. Pius' V., Neapel 1699, coll.

nur Ermahnungen gegen die Blasphemie[1], und Aufforderungen an die Bischöfe zum Einschreiten dagegen[2], aber keine selbstständigen Straffestsetzungen[3], aufweisen.

9. Der Meineid (*perjurium*) hat in dieser Periode ebenfalls eine sehr geringe Berücksichtigung nicht nur in den kirchenrechtlichen Quellen, sondern auch in der Literatur[4] erfahren. Sowohl die päpstlichen Konstitutionen[5], wie auch die Partikularsynoden gedenken desselben nur sehr selten[6].

Zum Thatbestand des Vergehens gehört zunächst entweder eine Aussage über eine Thatsache[7] oder ein Versprechen, eine Handlung vorzunehmen[8], weiter die Bekräftigung der ersteren oder des letzteren durch einen Eid, d. h. durch die direkte oder indirekte Anrufung Gottes als Zeugen der Wahrheit und Rächers der Unwahrheit[9], sodann die Unwahrheit der betreffenden Thatsache oder die Nichthaltung des abgegebenen Versprechens, endlich Vorsatz oder Fahrlässigkeit.

Der Vorsatz muss darauf gerichtet sein, andere durch Missbrauch des von ihnen auf die Heiligkeit des Eides gesetzten Vertrauens zu täuschen, und liegt vor, wenn jemand eine Thatsache, von welcher er weiss, dass sie unwahr ist, oder eine wahre

conc. Lac. 1, 164, die des letzteren unter Reservirung des Falles für den Bischof, Avignon 1725 l. c. p. 491, die Anwendung der kanonischen Strafen einschärfen, Tours 1583 c. 19, Hardouin 10, 1435, dagegen für Blasphemie des Namens Gottes durch einen Kanoniker im Kapitel nur Entziehung der Früchte bis zum Werthe von 10 librae und carcer bis zu 15 Tagen, und c. 15, ibid. p. 1421, dem Kleriker dafür das erste Mal 2, das zweite Mal 6 und das dritte Mal ein Jahr carcer androht.

[1] Avignon 1849, Albi 1850, Bordeaux 1859, coll. conc. Lac. 4, 331. 427. 762; Colocza 1863, l. c. 5, 694; Venedig 1859, l. c. 6, 327.

[2] Urbino 1859, coll. Lac. 6, 59. 46 (Anzeige durch die Pfarrer nach dreimaliger monitio an den Bischof); Ravenna 1855, Sizilien 1850, ibid. p. 183. 821; Utrecht 1865, l. c. 5, 873.

[3] Nur das Edikt v. Loreto 1850, coll. conc. Lac. 1, 77, schreibt für die Blasphemie Gottes und der Heiligen 10 bis 30 Tage Gefängniss und strenge geistliche Exerzitien, beim ersten Rückfall Zwangsfasten und längere Gefängnissstrafe, bei weiteren Rückfällen die kanonischen oder weltlichen Strafen nach Ermessen des Ordinarius, für die blasphemia haereticalis aber Einschreiten wegen Ketzerei vor, während Gran 1858 u. Prag 1860, l. c. 5, 70. 71. 503, blos die Zurückweisung hartnäckiger Blasphematoren von der sakramentalen Absolution anordnen.

[4] Das hängt offenbar damit zusammmen, dass die Dekretalensammlungen keinen eigenen Titel über den Meineid aufweisen, s. S. 233, und daher die Schriftsteller, welche sich, wie z. B. Reiffenstuel u. Schmalzgrueber, an die Dekretalenordnung halten, nicht darauf hingewiesen wurden, das Verbrechen besonders zu behandeln.

[5] Soweit ich sehe, gehört hierher allein die blos für Rom ergangene const. Julius' III.: In multis 1554 §. 11, b. T. 6, 478, welche das falsche Zeugniss (s. S. 700 n. 5) bei der Blasphemie mit denselben Strafen, wie diese, und anderen arbiträren, auch Prügelstrafe und lebenslänglicher Galeere bedroht.

[6] Bourges 1584 XXXIX. 4, Hardouin 10, 1501, bedroht jeden Meineid bei Klerikern mit der Deposition, bei Laien mit der Exkommunikation. Dagegen schreibt die serbische Synode (Albano) 1703, coll. conc. Lac. 1, 296, nur seelsorgerliche Zurückweisung von der sakramentalen Beichte vor, und die neueren, Avignon 1849, l. c. 4, 332, und Quebec 1854, l. c. 3, 658, weisen die Pfarrer allein zu Ermahnungen behufs Verhütung von Meineiden an.

[7] Wie das Zeugniss c. 7 (Macon 581) C. XXII qu. 5; c. 1 X de crim. falsi V. 20, S. 185 n. 3.

[8] c. 19 (Hohenaltheim 916) C. XXII qu. 5. Demnach unterscheidet das kanonische Recht nicht zwischen Meineid und s. g. Eidbruch.

[9] Zum Wesen des Eides gehört entweder die direkte Anrufung Gottes oder Christi oder auch die indirekte einer Kreatur oder Sache, welche mit Gott in Verbindung steht oder ihm geweiht ist, oder zu ihm durch den Schwörenden in Beziehung gesetzt wird, so der Jungfrau Maria und der Heiligen, ferner der Evangelien, des Kreuzes, der Sakramente, des christlichen Glaubens, des Altars, des Himmels und der Erde, c. 3 (Hieronom.) c. 11 (Ps. Chrysost.) c. 12 (Admon. gen. 789) C. XXII qu. 1; c. 26 (Innoc. III.) X de iureiur. II. 24, wennschon nicht bei den Kreaturen geschworen werden soll. Dagegen ist das Schwören bei anderen Personen, z. B. dem Heil des Fürsten (hierüber unrichtig Katz S. 74, s. c. 9 C. XXII qu. 1), und anderen Sachen, welche nicht zu Gott in Verbindung gesetzt werden und gesetzt werden können (z. B. „bei dieser Urkunde"), kein Eid. Das gleiche gilt von dem Schwur bei den Dämonen, c. 16 (Augustin) C. XXII qu. 1.

Weiter muss Gott auch zum Zeugen der Wahrheit angerufen werden. Eine einfache Behauptung (Gott weiss, dass ich die Wahrheit sage oder wird dieselbe enthüllen) oder das blosse: „Ich schwöre", sind daher keine Eide, vgl. Schmalzgrueber II. 24 n. 2 ff.; Ferraris s. v. juramentum art. 1 n. 36 ff.

Thatsache, deren Unwahrheit er voraussetzt[1], ferner die Vornahme einer Handlung, welche er nicht zu leisten beabsichtigt oder von der er glaubt, dass er sie nicht vornehmen kann, beschwört[2], oder wenn er später dem eidlichen Versprechen wissentlich zuwiderhandelt[3]. Die Mentalreservation ändert an der Schuld des Schwörenden nichts[4].

Die Fahrlässigkeit besteht darin, dass der letztere nicht die ihm obliegende Sorgfalt anwendet, um sich vorher über die Wahrheit seiner Aussage, oder über die Möglichkeit der Erfüllung des Versprochenen zu vergewissern[5], oder endlich auch, um ein Zuwiderhandeln gegen sein eidliches Versprechen zu vermeiden[6].

Wenn der Eid nichtig ist[7], so entfällt der Thatbestand des Meineides, nicht aber in denjenigen Fällen, in denen ein geleistetes eidliches Versprechen an sich gültig ist, aber durch Relaxation oder Absolution[8] gelöst werden kann[9].

Gleichgültig ist es, vor wem der Eid abgelegt worden ist[10].

Die Anstiftung zum Meineide steht der Ableistung desselben gleich[11].

Die Strafen des Meineides sind Zwangsbusse[12], bez. Exkommunikation[13], für Geistliche Suspension vom Offizium[14] und Absetzung[15], beim Eidbruch für die letzteren

[1] c. 3 (August.) XXII qu. 2.

[2] c. 1 (id.) C. cit.; s. auch dict. Gratiani zu c. 2 ibid.

[3] Dann liegt das im kanonischen Recht mit dem Meineid gleich behandelte Verbrechen des Eidbruches vor, vgl. c. 10 (Alex. III.) X de jurejur. II. 24, wo dasselbe als crimen periurii bezeichnet wird.

[4] Vgl. dict. Grat. zu c. 13 C. XXII qu. 5.

[5] dict. Grat. zu c. 3 C. XXII qu. 2: „quia ergo mens huius non erat rea (nesciebat esse falsum, quod iuravit verum) nec temere nec negligenter, sed cum magna diligentia videbatur sibi deprehendisse verum quod iuravit falsum, periurii reus nequaquam est iudicandus.“ Dass blosse Fahrlässigkeit genügt, ergiebt das nec negligenter, denn das magna diligentia wird blos zur Verstärkung (a. A. Katz S. 77) hinzugefügt.

[6] Wenn daher Jemand die Wahrheit einer unwahren Thatsache in der durch sorgfältiges Forschen erlangten Überzeugung beschwört, dass sie wahr sei, oder eidlich eine Handlung zu erfüllen verspricht, von welcher er nicht wissen konnte, dass ihm die Erfüllung derselben unmöglich sein würde, macht er sich nicht des Meineids schuldig, vgl. auch c. 3 (August.) u. c. 5 (Pelag. I.) C. XXII qu. 2.

[7] Das ist einmal der Fall, wenn der Schwörende noch nicht die Eidesmündigkeit, d. h. das sonstige Mündigkeitsalter von 14, bez. 12 Jahren erreicht hatte, c. 14 (Admon. gen. 789) c. 15 (coll. Hibern.) u. c. 16 (Ps. Is.) C. XXII qu. 5, wenn der Eid von einem Unzurechnungsfähigen geleistet worden ist oder etwa durch physische Gewalt erzwungen sein sollte, c. 2 (Bonifaz VIII.) in VI de pactis I. 18 u. c. 2 (id.) in VI de jurejur. II. 11, endlich wenn der Eid das Versprechen unmöglicher oder unerlaubter Handlungen — wozu aber das Zinsenzahlen an sich nicht gehört, c. 6 (Alex. III.) X de jurejur. II. 24, vgl. Silbernagl, d. Eidesentbindung. München 1860. S. 48 — oder solcher, welche der Freiheit der Kirche zuwider sind, enthält, und dieses Versprechen nicht erfüllt oder der Eid von vornherein in der Absicht geschworen wird, die Handlungen nicht zu leisten, c. 12 (Urban III.) c. 18 (Innoc. III.) u. c. 27 (id.) X eod.; c. 1 (Nikolaus III.) in VI eod. II. 11. Einer vorgängigen Nichtigkeitserklärung bedarf es daher in diesem Falle nicht, um den Meineid auszuschliessen.

[8] Also z. B. wenn der Eid durch vis compulsiva erzwungen, c. 8 (Alex. III.) u. c. 15 (Coelest. III.) X de jurejur. II. 24, oder auf die Zahlung von Zinsen gerichtet ist, s. Silbernagl a. a. O. S. 30 ff. 48 ff. Bis zur Relaxation begeht daher der Schwörende durch Verletzung seines Versprechens einen Meineid, c. 8 X cit.

[9] Bei dem assertorischen Eide ist eine Relaxation begrifflich ausgeschlossen. Für den erzwungenen falschen Eid wird eine geringe Busse auferlegt, c. 3 (Ps. Egb.) C. XXII qu. 5.

[10] Nirgends wird in den Quellen erfordert, dass auch nur der assertorische Eid vor einer Behörde abgeleistet sein müsse.

[11] c. 1 (inc.) u. 4 (Pelagius I.) C. XXII qu. 5. Wenn in c. 4 die conscii dem Thäter und dem Anstifter gleich gestellt werden, so kann man deshalb nicht schon das blosse Mitwissen, so Katz S. 78, für strafbare Theilnahme erklären, vielmehr handelt es sich dabei um Personen, welche wissentlich den falschen Eid gebilligt haben, z. B. um Eidhelfer, vgl. auch c. 7 (Macon 581) C. XXII qu. 5.

[12] c. 18 (poen. Halitg.) C. VI qu. 1; c. 1 (inc.) C. XXII qu. 5; c. 4 cit. ibid. (hier überall 7 Jahr Busse), dagegen c. 2 (Ps. Egbert.) ibid. beim Eide in die Hand des Bischofs und auf ein konsekrirtes Kreuz drei Jahr, auf ein nicht konsekrirtes ein Jahr).

[13] c. 17 §. 1 (Theodulf v. Orleans) C. XXII qu. 1; c. 7 cit., s. Anm. 11; c. 20 (Agde 506) C. XXIV qu. 3, vgl. dazu o. S. 88. 100. 113. 119.

[14] c. 2 (Luc. III.) X de fidej. III. 22; Gratian P. II. z. c. 3 C. V qu. 2 reproduzirt Nov. 123 c. 20, nach welcher für Priester und Diakonen bei falschem Zeugniss in Vermögenssachen 12jährige Suspension und Busse im Kloster, in Kriminalsachen Degradation eintritt.

[15] c. 10 (Coelest. III.) X de iud. II. 1, s. S. 59 n. 2, früher bei falschem Zeugniss Degradation

auch Entziehung des Amtes (*privatio beneficii*)[1], für Mönche das *interdictum ingressus ecclesiae*[2], für Laien das Lokalinterdikt[3], diese nach näherer Auswahl durch den kirchlichen Richter[4]. Endlich treten noch die Infamie[5] und der Ausschluss vom Zeugniss[6], sowie von der Leistung solcher Eide, auf deren Glaubwürdigkeit es anderen gegenüber ankommt[7], hinzu[8].

10. Die Simonie[9] (*simonia*). Die frühere, namentlich auch die gemeinrechtliche Gesetzgebung hatte schon längst Veranlassung nehmen müssen, sich eingehend mit diesem kirchlichen Vergehen zu beschäftigen, und ein reiches Material angehäuft[10], auf Grund dessen die Doktrin die Merkmale für den Thatbestand desselben feststellen konnte. Weiter entwickelt worden ist dann der Begriff der Simonie in Folge der päpstlichen Gesetzgebung[11] der hier in Rede stehenden Zeit, während die allgemeinen Konzilien[12] in dieser Beziehung nicht in Betracht kommen, und die Partikularsynoden[13] hauptsächlich die neuen päpstlichen Anordnungen zur Durchführung zu bringen suchen.

Die Simonie lässt sich im allgemeinen als der Handel mit geistlichen Gaben und Gütern (*spiritualia*) und mit solchen, welche mit diesen in einem Zusammenhange stehen (*spiritualibus annexa*) bezeichnen. Sie ist also der Austausch solcher gegen zeitlichen Vortheil (*temporalia*)[14].

Die *merx simoniaca*, d. h. die *spiritualia*, welche für den Begriff der Simonie in Frage kommen, bilden die *potestas ordinis* selbst und alle diejenigen heiligen Handlungen, welche kraft derselben gespendet oder vollzogen werden, also die Sakramente[15], nämlich die Weihen[16], die Taufe[17], das Abendmahl[18], die Beichte[19], die Konfirmation[20], die letzte Ölung[21] und die Ehe[22], weiter das Messopfer[23], ferner die Sakramentalien[24], wie Exorzismen, Weihungen und Segnungen[25], während diesen als *spiritualibus*

c. 7 (Agde 506) Dist. L, vgl. auch die vor. Anm.

[1] c. 10 (Alex. III.) X de jurej. II. 24.

[2] c. 9 (id.) X eod.

[3] c. 9 X cit.

[4] Eine solche ist durch die Verschiedenheit der angedrohten Strafen bedingt.

[5] c. 7 u. 14 cit. C. XXII qu. 5; c. 18 cit. C. VI qu. 1; c. 17 (Ps. Is.) C. VI qu. 1.

[6] c. 18 cit. C. VI qu. 1 u. die folg. Anm.

[7] c. 14 cit. C. XXII qu. 5 und die glossa s. v. causa dazu.

[8] Wenn in der v. Clemens X.: Cum alias 1670 bestätigten instructio s. inquisit. für die Ordinarien über die Feststellung des ledigen Standes der Nupturienten, b. T. 18, 91 ff., Acta s. sed. 6, 442; Arch. f. k. K.R. 2, 317, die zu vernehmenden Zeugen auf die Strafe der Galeeren und der Auspeitschung für den Fall eines Meineides hingewiesen werden sollen, so handelt es sich dabei um die früheren Strafen des weltlichen Rechts im Kirchenstaate, welche also jedenfalls nicht mehr in Übung sind, s. Acta s. sed. l. c. p. 443 n. 1; vgl. auch v. Scherer, Hdbch. d. K. R. 2, 145 n. 9.

[9] X tit. V. 3; Extr. comm. V. 1; Pertsch de crimine simoniae. Hal. 1719; Chr. J. van Kettwick, disp. theol. inaug. de simonia. Lugd. Batav. 1845.

[10] S. 161 ff.

[11] Insbesondere über die *simonia confidentialis*, s. unten S. 714.

[12] Konstanz sess. XLIII. c. 4, Hübler Konstanzer Reformation S. 160 (simonistische Weihe und Ämtererwerbung); Basel Sess. XII. (1433) c. 1 (Prälatenwahlen) c. 2 u. Sess. XXI. (1435) c. 1 (Ämterverleihung, namentlich Verbot der päpstlichen Annaten und anderer Abgaben), Hardouin 8, 1157. 1196; Trid. Sess. XXI. c. 1 de ref. (Weihen), XXII. decr. de off. missae (Messopfer); Sess. XXIV. c. 14 de ref. (Ämtererwerb); ibid. c. 18 de ref. (Pfarrkonkurs) u. Sess. XXV. c. 9 de ref. (simonistische Veräusserung des Patronats) bieten abgesehen von dem nicht durchgeführten Basel Sess. XXI. c. 1 nichts neues.

[13] S. bei der Besprechung der einzelnen Fälle der Simonie.

[14] Vgl. die Definitionen bei Reiffenstuel V. 3 n. 3; Schmalzgrueber V. 3 n. 3 und den hier citirten; München 2, 274.

[15] c. 1 (Lateran. III.) V. 3.

[16] S. 162 n. 1, und zwar einschliesslich der Tonsur, Trid. Sess. XXI. c. 1 de ref., Sixtus V.: Sanctum et salutare 1588 §§. 2. 6, b. T. 9, 63.

[17] S. 162 n. 3.

[18] S. a. a. O.; c. 42 (Lateran. IV.) X h. t. V. 3.

[19] c. 14 (Hincmar) X h. t. V. 3.

[20] S. 162 n. 3.

[21] S. 166 n. 4 u. 5.

[22] c. 29 (Innoc. III.) X h. t. V. 3.

[23] Trid. Sess. XXII decr. de obs. missae.

[24] Bd. IV. S. 140 ff.

[25] Von diesen werden in den Quellen erwähnt die consecratio der Altäre und Kirchen c. 15

annexa die Reliquien[1], die Abhaltung von Gebeten[2] und ferner die Aufnahme und der Eintritt in den Ordensstand[3] als Nachbildung des Klerikalstandes angereiht werden können.

Aber auch die *potestas iurisdictionis* ist ein *spirituale*, und nicht minder die einzelnen Ausflüsse derselben, also die Dispensation[4], die Absolution[5], die Begnadigung[6], die Ausübung des Gesetzgebungsrechtes in Beziehung auf einzelne Rechtsverhältnisse, sowie bestehende Rechte und Verpflichtungen[7], die Ertheilung von Ablässen[8], die Gewährung von Privilegien[9], die Verleihung von Ämtern und zwar sowohl derjenigen, deren wesentliche Rechte und Pflichten auf die Ausübung der potestas ordinis gehen, als auch solcher, zu deren Wirkungskreis die Verwaltung der jurisdictio gehört[10] oder welche die Ausübung der Lehrvollmacht betreffen[11], ferner die Ertheilung der

(Later. II. 1139) C. I qu. 3, s. auch S. 166 n. 6 und n. 7; die Benediktion der Äbte c. 39 (Later. IV.) X h. t.; die Benediktion der Ehegatten c. 9 (Later. III.) c. 29 cit. und c. 42 cit. X eod.; und die Exequien c. 9 u. c. 42 X cit.

Was die gesegneten und geweihten Sachen betrifft, so stehen dieselben zum Theil vollkommen, znm Theil nur in beschränkter Weise im Verkehr, Bd. IV. S. 162, und sind an sich keine spiritualia, wohl aber ist dies die ihnen ertheilte Segnung und Weihe, sowie die ihnen durch die letztere mitgetheilte heilbringende Kraft. Eine Simonie kann daher bei ihrer, an sich nicht ausgeschlossenen Veräusserung insofern begangen werden, als gerade für die Segnung und die heilbringende Kraft ein besonderes oder höheres Äquivalent entrichtet oder ausbedungen wird. Nicht anders verhält es sich mit den heiligen Ölen (Chrisma, Katechumen- und Krankenöl), o. S. 162 n. 3 u. c. 8 (Tours 1163) X h. t. V. 3, und den Begräbnissstätten (sepultura) an geweihter Stelle (in der Kirche oder auf dem Kirchhofe) S. 162 n. 4 u. S. 166 n. 4. 5; c. 13 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28. Weil aber solche Sachen fast ausnahmslos gerade wegen ihrer Weihe oder Segnung lediglich zu dem kirchlichen Zwecke, zu welchem sie bestimmt sind, begehrt werden — daher bedroht Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 188 n. 9, die bischöflichen ministri, welche sich für die h. Öle etwas entrichten lassen, mit gravissima poena arbitraria —, scheint bei ihnen im Gegensatz zu den zuerst erwähnten Sachen eine Besonderheit obzuwalten. Wenn indessen z. B. eine bisherige Garnisonkirche mit den darin befindlichen h. Ölen und mit dem benedizirten Militärkirchhof in Folge der Verlegung der Garnison einer Kirchengemeinde, welche eine neue Kirche mit Gottesacker gebraucht, lediglich für den Preis des Grund und Bodens, sowie des Materialienwerthes des Gebäudes ohne Erhöhung desselben wegen der geweihten Sachen und wegen der Segnung vom Staat verkauft wird, so ist jede Simonie, weil hier die spiritualia kein Objekt des Kaufes bilden, ausgeschlssoen. Ebenso, wenn es den Pfarrern nach bestehender Gewohnheit obliegt, zur Beschaffung der Materie für die h. Öle und zur Remuneration derjenigen, welche sie nach der Weihe vertheilen, eine jährliche geringe Abgabe zu entrichten, selbst wenn der nicht verbrauchte Überschuss von dem Empfänger der Beiträge zurückbehalten wird, weil die Abgabe nicht für das konsekrirte Öl, sondern zur Vergütung der Materie und der Thätigkeit des Vertheilenden gegeben wird, Congr. conc. 1879 u. 1888, Acta s. sed. 13, 180 u. 21, 129. Durch diese Bemerkungen erledigen sich die Unklarheiten oder Unrichtigkeiten, welche sich in Betreff dieses Punktes bei vielen Schriftstellern, s. z. B. München 2, 289 und Schmalzgrueber V. 3 n. 161 ff., finden.

[1] Bd. IV. S. 268. 270; Trid. Sess. XXV de invoc. sanct. Es gilt hier ganz dasselbe, was in der vorigen Anm. von den h. Ölen bemerkt ist.

[2] c. 21 (Alex. III.) X h. t. V. 3 (hier jedes ministerium ecclesiasticum erwähnt), s. auch Schmalzgrueber V. 3 n. 165.

[3] S. 163 n. 1. S. 165 n. 6. S. 167 n. 10 u. S. 363 n. 4.

[4] Trid. Sess. XXIV. c. 5 de ref. matr.

[5] L. c. Sess. XXIV. c. 6 de ref.

[6] S. die folgende Anm. a. E.

[7] Es gehören hierher, s. Bd. III. S. 826, die Heilung nichtiger Rechtsverhältnisse, wie die s. g. dispensatio in radice matrimonii, die Vernichtung gültiger, so die dispensatio matrimonii rati, non consummati, die Modifikation von solchen (von kirchlichen Stiftungen), die Beseitigung aus Rechtsverhältnissen hervorgehender Befugnisse (Derogation von Präsentationsrechten beim Patronat) oder Pflichten (Dispensation vom Cölibat, von der Residenzpflicht). Dass es sich hierbei um spiritualia handelt, ergiebt sich theils daraus, dass die kanonistische Rechtssprache und Doktrin für diese verschiedenen Äusserungen der Gesetzgebungsgewalt die Bezeichnung dispensatio gebraucht, s. a. a. O. S. 790 n. 5 u. S. 826. 827, theils aus c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10, Johann XXIII.: Cum ex debito 1411 (s. S. 202 n. 9), bestätigt durch Gregor XIII.: Ab ipso 1575, b. T. 8, 105, nach welchem die Erlangung päpstlicher Gnaden durch Geld oder Versprechungen unter Strafe gestellt ist.

[8] Trid. Sess. XXV. cont. decr. de indulgentiis; Pius V.: Quam plenum 1570, b. T. 7, 735.

[9] S. Anm. 7 a. E.

[10] S. 163. 164. 165. 166 n. 4. 6 u. 7, auch der Ämter, mit denen keine eigentliche iurisdictio, sondern eine blosse Verwaltung, wie z. B. einzelner Ämter in Klöstern, c. 8 (Tours 1163) X h. t. V. 3, verbunden ist.

[11] Sofern das Amt ein kirchliches ist, s. c. 3

missio canonica für die Vornahme kirchlicher Amtsfunktionen [1], sowie die Übertragung von solchen [2], und in Folge dessen weiter alle diejenigen Handlungen, welche, wie die Wahl, die Konfirmation, die Postulation, die Präsentation [3], die *institutio corporalis* [4] und die Vornahme der Pfarrkonkursprüfung [5], für die Übertragung und den Erwerb eines kirchlichen Amtes und des Besitzes desselben rechtlich erheblich sind, sodann auch die kirchlichen Ämter selbst [6], schliesslich die Ausübung aller sonstigen Jurisdiktionshandlungen [7], wie insbesondere der richterlichen Funktionen [8].

Endlich stellt sich auch die s. g. potestas *magisterii* im Sinne von Lehrvollmacht [9] und die Ausübung derselben, z. B. das Predigen [10] und die Katechismuserklärung, als ein *spirituale* dar.

Aus dieser Übersicht ergiebt sich, dass die kirchliche Gesetzgebung sehr verschiedenes als *spiritualia* charakterisirt hat. Es fallen darunter nicht nur die Gaben und Heilsgüter, welche die katholische Kirche auf göttliche Einsetzung zurückführt, sondern eine ganze Reihe damit in Verbindung stehender rein menschlicher Einrichtungen. Man wird daher als *spiritualia* nur die potestates ordinis, jurisdictionis und magisterii selbst, alle Einrichtungen, welche zu unmittelbarer Ausübung derselben [11] bestimmt, und alle Handlungen, welche kraft einer der gedachten Vollmachten zu diesem Behufe vorgenommen werden, bezeichnen können, während der Begriff der s. g. *spritualia annexa* ein rein positiver ist, und die letzteren sich allein nach Analogie der besonders durch das Kirchenrecht festgesetzten Fälle bestimmen lassen.

Ausser der s. g. *merx simoniaca* kommt für den Thatbestand der Simonie als weiteres Erforderniss das s. g. *pretium simoniacum*, auch *munus* genannt [12], in Betracht. Darunter wird jeder weltliche Vortheil, welcher Art er auch sei, verstanden. Schon seit Gregor I. [13] scheidet die kirchliche Gesetzgebung und Doktrin 1. das *munus a manu* (Handgeschenk), d. h. jedes geldwerthe Äquivalent oder jeden geldwerthen

(Alex. III.) c. 4 (Lateran. IV.) X h. t. V. 3. Der Verkauf der Ämter eines kirchlichen Notars, eines promotor fiscalis und ähnlicher niederer Ämter bei der bischöflichen Kurie durch diese Beamte an andere und der Kauf solcher, s. z. B. Toledo 1566, S. 544 n. 10, ist daher keine Simonie.

[1] Z. B. an einen Hülfspriester oder katholischen Religionslehrer, arg. c. 7 (Innoc. III.) X de haeret. V. 7; Trid. Sess. XXIII. c. 7 de sacram. ord., s. auch S. 167 n. 5.

[2] c. 1 (Alex. III.) c. 2 n. 3 (Tours 1163) X ne praelati V. 4.

[3] Namentlich wegen des in dem Patronat regelmässig enthaltenen Präsentationsrechtes, ferner überhaupt wegen des Einwirkungsrechts auf das Benefizium und die kirchliche Anstalt gehört diese als *ius spirituali annexum*, Bd. III. S. 7. 81 u. Ensch. d. Congr. conc. v. 1857, Arch. f. k. K. R. 3, 419, nicht minder auch die Nomination, Bd. III. S. 99, (nach Analogie der ersteren) hierher.

[4] c. 2 (Paul II. 1474) in Extr. comm. h. t. V. 1; Trid. Sess. XXIV. c. 14 de ref., s. auch S. 167 n. 3.

[5] Trid. Sess. XXIV. c. 18 de ref.

[6] Sie kommen vor Allem als Objekte simonistischer Tauschgeschäfte und Verzichte in Betracht, c. 5 (Urban III.) de rer. perm. III. 19 u. c. 5 (Clemens III.) X de renunc. I. 9; Bd. III., S. 287 n. 1. Weiter sind als Zubehör der Ämter auch *spirituali annexa* die kirchlichen Zehnten, c. 4 (Clermont 1095), c. 13 (Gregor VII. ?) u. c. 14 (Paschalis II.) C. I. qu. 3; c. 9 (Gregor. IX) X de rer. perm. III. 19. Dasselbe gilt von den nicht Benefizien (Bd. II. S. 417) bildenden kirchlichen Pensionen, welche für kirchliche Dienstleistungen, z. B. einem Koadjutor oder einem Geistlichen als Geistlichen, Bd. II. S. 414 n. 5, gewährt werden, Schmalzgrueber V. 3 n. 231.

[7] Z. B. der Ausstellung von Dimissorien, Trid. Sess. XXI. c. 1 de ref.

[8] c. 10 (Innoc. III.) X de vita III. 1; S. 202 n. 4.

[9] Bd. IV. S. 432. 447.

[10] S. 704 n. 11; Schmalzgrueber V. 3 n. 165.

[11] Nicht mittelbar, also scheidet das kirchliche Vermögen aus.

Die früheren Schriftsteller geben keine Definitionen, sondern zählen nur Kategorieen der spiritualia auf, so die spiritualia per se (die Gnaden des heiligen Geistes, den character sacramentalis), die spiritualia causaliter (Sakramente, Sakramentalien, Predigt, Gebete) und sp. effective (das Taufen, Ordiniren u. s. w.), s. z. B. Reiffenstuel V. 3 n. 45, Schmalzgrueber V. 3 n. 153.

[12] S. S. 162 n. 5.

[13] S. a. a. O. u. die folgende Anm.

Vortheil, wie körperliche Sachen, Rechte [1], Zahlung, Stundung oder Erlass von Schulden oder Verpflichtungen [2] oder Verweigerung der Erfüllung von solchen [3], 2. das *munus a lingua* (Mundgeschenk), d. h. die Gunst [4], die Empfehlung, die Interzession, welche dem das Spirituale Gewährenden dafür bei und von andern zu Theil werden soll [5], und 3. das *munus ab obsequio* [6], die Übernahme von nicht geschuldeten Diensten und Verpflichtungen [6].

Sodann ist für den Thatbestand der Simonie wesentlich, dass zwischen zwei Personen, sei es zwischen zwei Geistlichen oder zwei Laien [7], sei es zwischen einem Geistlichen und einem Laien die ausdrückliche Übereinkunft [8] geschlossen wird, ein Spirituale der besprochenen Art gegen ein zeitliches Gut auszutauschen. Dabei muss die Absicht des einen sich direkt oder indirekt (durch die begleitenden Umstände) dahin manifestiren, das geldwerthe Äquivalent als Gegenleistung [9] für das Spirituale, die des andern dahin, das letztere als solche für das erstere zu empfangen [10]. Es reicht aber auch weiter zum Begriffe der Simonie die zu Tage tretende Absicht des einen, durch eine von ihm zu machende Leistung den anderen zu der Vornahme der entsprechenden Gegenleistung (der Gewährung des Spirituale oder Temporale) zu bewegen [11], und die manifestirte Absicht des anderen, die Vorleistung als bestimmendes Moment für die zu bewirkende Gegenleistung anzunehmen [12], aus, ohne dass eine Übereinkunft vorzuliegen braucht.

[1] c. 34. 36 (Innoc. III.) X h. t.

[2] c. 10 (Alex. III.) X de test. II. 20; c. 45 (Gregor IX.) X h. t.

[3] Auch die Benutzung einer res spiritualis, um die Erfüllung von Verbindlichkeiten zu erzwingen, gehört hierher, so verbietet die Congr. episc. v. 1678 für Benevent die Aufschiebung des kirchlichen Begräbnisses durch Bischöfe und Pfarrer, um die Erben des Verstorbenen zur Zahlung der vom letzteren gemachten frommen Vermächtnisse oder zur Kautionsbestellung dafür anzuhalten, bei Strafe der der congr. vorbehaltenen susp. a divinis l. s., coll. conc. Lac. 1, 105.

[4] Nicht die Gunst, aus welcher der Verleiher das spirituale einem Anderen überlässt, das ergeben c. 114 (Gregor I.) C. I qu. 1; c. 116 (id.) eod. u. c. 11 (Beda) C. I. qu. 3 („non solum venditores sunt. . . qui sacros ordines largiendo pretium pecuniae vel laudis vel etiam honoris inquirunt").

[5] Also z. B. die Interzession des Geweihten bei einem ihm bekannten Fürsten, damit dieser dem Ordinator ein kirchliches Amt oder ein Lehen verschafft. Vgl. namentlich Schmier, iurisprudentia canonico-civilis lib. V. tr. 1 c. 1 n. 142 ff.

[6] c. 17 (Alex. III.) X h. t. (Leistung des homagium vor Empfang eines beneficium); c. 12 (id.) X eod. (Besorgung von Geschäften bei der Kurie für einen anderen, welcher dafür eine Kirche verleiht).

[7] Katz Grundriss d. kanon. Strafrechts S. 64 schliesst zwar diesen Fall aus, indessen ergiebt sich die Unrichtigkeit seiner Ansicht schon aus der Möglichkeit der simonistischen Veräusserung des Patronates durch einen Laien an einen anderen, s. Bd. III. S. 81.

[8] Fehlt es an einer solchen und ist die Absicht dem anderen nicht erkennbar, also nicht irgend wie manifestirt, so liegt selbst, wenn jeder Theil die simonistische Absicht hat, also nicht nur, wenn z. B. Jemand einem Kirchenoberen in der nicht erklärten Absicht, dafür ein Benefizium zu erlangen, eine Geldsumme anbietet und dieser sie in Unkenntniss davon als reine Schenkung annimmt, sondern auch dann, wenn der Kirchenobere gerade wegen dieser Schenkung, ohne dies irgendwie kund zu geben, die Verleihung des Benefiziums zusagt oder vornimmt, blos eine s. g. *simonia interna* oder *mentalis* vor, Reiffenstuel V. 3 n. 15; Schmier l. c. n. 13; Schmalzgrueber V. 3 n. 27. Diese stellt sich, weil der Thatbestand nicht in die Aussenwelt tritt, lediglich als Sünde, nicht als Strafvergehen dar, c. 34 (Innoc. III.) u. c. 45 (Gregor IX.) X h. t. V. 3; Reiffenstuel l. c. n. 16.

[9] Gleich steht der Fall der s. g. *gratuita compensatio*, d. h. dass das Spirituale nur geleistet werden soll unter der Bedingung, dass dafür Geld oder eine andere Sache geschenkt wird, denn in diesem Fall liegt in der That ein oneroses Geschäft vor, s. auch Bd. IV. S. 211 n. 1. Daher hat auch Innocenz XI.: Sanctissimus 1679 n. 45, b. T. 19, 145, die These: „Dare temporale pro spirituali non est simonia, quando temporale non datur tamquam pretium, sed dumtaxat tamquam motivum conferendi vel efficiendi spirituale vel etiam quando temporale sit solum gratuita compensatio pro spirituali aut e contra" als scandalosa bei Strafe der reservirten Exkommunikation l. s. (vgl. S. 693) verurtheilt.

[10] c. 1 (Braga III. 572) C. I qu. 2; c. 9 (Lateran. III.) u. c. 39 (Later. IV.) X h. t.

[11] Also so, dass die eine Gabe als Motiv zur Gewährung der anderen wirken soll, s. c. 18 (Alex. III.) X h. t.; Reiffenstuel V. 3 n. 70; Schmier l. c. n. 163; Schmalzgrueber V. 3 n. 71.

[12] Wenn Jemand einem andern Geld giebt,

Stellt sich das Verhältniss zwischen beiden Theilen nicht als ein auf Austausch von Leistung und Gegenleistung gerichtetes dar oder erscheint nicht mindestens die eine als bestimmendes Moment für die andere, so ist der Thatbestand der Simonie ausgeschlossen[1].

um ihn zu seinen eigenen oder zu Gunsten eines dritten zum Verzicht auf sein Benefizium zu bestimmen, macht er sich der Simonie schuldig, der andere ebenfalls dann, wenn er diese Absicht erkannt hat und sich zu der Resignation versteht. Die gegentheilige Ansicht hat Innoc. XI., gleichfalls verurtheilt, s. S. 706 n. 9 u. l. c. n. 46; „Et id quoque locum habet, etiamsi temporale sit principale motivum dandi spirituale, imo etiamsi sit finis ipsius rei spiritualis, sic ut illud pluris aestimetur quam res spiritualis."

Das letztere bezieht sich auf die Streitfrage, ob auch das Gewähren eines Spirituale zu dem Zweck, dafür ein Temporale zu erwerben, als Simonie zu betrachten sei, also z. B. der Fall, dass ein Kleriker lediglich deshalb Messe liest, um ein Stipendium dafür zu erhalten, Reiffenstuel l. c. n. 94; Schmier l. c. n. 182; Schmalzgrueber l. c. n. 77. Simonie liegt hier vor, wenn das Temporale höher geschätzt wird, als das Spirituale, d. h. wenn das letztere nicht behufs des ihm innewohnenden Zweckes, sondern wegen eines anderen, äusseren und weltlichen, gewährt oder vollzogen wird.

[1] Also 1. bei einem Schenkungsversprechen, einer Schenkung oder einer letztwilligen Verfügung an eine Kirche mit der Auflage, Anniversarien für den Schenker oder Testator zu veranstalten, weil hier gar keine auf Austausch von Leistung und Gegenleistung gerichtete Absicht vorhanden ist; — 2. bei einer Schenkung an einen Ungläubigen mit dem Modus, dass er sich taufen lässt, oder an das Kind, damit es regelmässig das Abendmahl nimmt, denn hier empfängt derjenige, welcher das Spirituale zu leisten hat, nichts dafür, Schmier l. c. n. 191; Schmalzgrueber l. c. n. 82; — 3. bei dem Empfange von Stolgebühren, s. S. 167 n. 10 a. E.; S. 169, da der Vollzug der betreffenden geistlichen Handlungen rechtlich nicht von der Leistung derselben abhängig ist, und Arme von derselben befreit sind (freilich dann nicht, wenn die Handlung bis zur Zahlung der Stolgebühren verweigert, Schmalzgrueber V. 3 n. 184, oder mehr als die Taxe verlangt wird); — 4. nach der für die katholische Kirche allein möglichen Auffassung bei dem Empfange des Messstipendiums, weil die Hingabe desselben sich als eine aus einer blossen Liebespflicht hervorgehende Schenkung unter einem Modus, nicht als ein oneroses Geschäft auf Austausch eines Temporale und eines Spirituale darstellt, Bd. IV. S. 210; — 5. nach der in der katholischen Kirche herrschenden Auffassung bei der Forderung und Entrichtung der Gebühren für die Verleihung von Benefizien und anderen Gnaden, sowie der Dispenstaxen für die römische Kurie trotz der allerdings nicht den Papst betreffenden Verbote des Tridentinums (Sess. XXIV. c. 5 de ref. matr. u. XXV. c. 18 de ref.), denn diese Zahlungen werden theils als Äquivalent für die Expeditionskosten, theils für den Unterhalt des Papstes und der Kurialbeamten (die für Ehedispense besonders für den der Beamten der Pönitentiaria, auch als Beitrag zu den in der Stadt Rom zu vertheilenden Almosen), theils als Sühne für den durch die Dispensation herbeigeführten Bruch des gemeinen Rechts betrachtet, Reiffenstuel l. c. n. 216; Ferraris s. v. simonia art. II. n. 30; Joh. Bapt. de Luca, tr. de officiis venalibus vacabilibus Roman. Curiae (Rom 1682) Venedig 1769 c. 4 n. 4. 6; — 6. bei der Erhebung der Gebühren seitens der ohne Gehalt angestellten bischöflichen Notare für Testimonialien und Dimissorien nach Trid. XXI. c. 1 de ref., welches solche in fixirter Höhe da, wo sie nach partikulärer Gewohnheit bestanden haben, zulässt (auch diese gelten als für den Unterhalt der betreffenden Beamten gegeben); — 7. bei dem Eintritt der Professen in einen Orden. In diesem Fall wird trotz der erwähnten Verbote, s. S. 704 n. 3, und mit Rücksicht auf das falsch interpretirte c. 40 (Lateran. IV.) X h. t. einmal die Erhebung eines Eintrittsgeldes bei armen Klöstern als Beitrag für den Unterhalt für statthaft erachtet, Schmier l. c. n. 103; Schmalzgrueber l. c. n. 194; Benedict. XIV. de synodo dioec. XI. 6 n. 5 (von letzterem freilich nur im Hinblick auf die Nonnenklöster); und ferner selbst bei reichen Frauenklöstern das Verlangen und die Annahme einer dos von nicht armen Kandidatinnen, sofern nicht behufs Erlangung solcher Dotationen auch unfähige zugelassen werden, als Analogon der dos bei der Ehe für statthaft und nicht simonistisch erklärt, Schmier n. 109; Schmalzgrueber n. 196. 197; (A.-)Pennacchi 1, 905 ff.; — dagegen allerdings van Espen diss. de peculiaritate in religione et simonia circa ingressum religionis P. II. c. l. §§. 3 ff. (opp. P. II.); Ferraris s. v. simonia art. II. n. 23 — sofern dies die Ordensstatuten nicht ausdrücklich verbieten, (A.-)Pennacchi 1, 914 ff. 920 ff. und die hier citirten Entscheidungen der Congr. conc. — 8. Was die namentlich früher, auch in Deutschland üblichen Aufnahmegebühren neuer Kanoniker und ähnliche Abgaben in den Kapiteln, s. Bd. II. S. 69 n. 4, betrifft, so gilt die Leistung solcher in angemessener Höhe als Beitrag zu frommen Zwecken, welche nach Trid. Sess. XXIV. c. 14 de ref.; Pius' V.: Durum nimis 1570 §. 4, b. T. 7, 827, erneuert durch Innocenz XII.: Ecclesiae catholicae 1695, l. c. 20, 716, erlaubt ist, wegen ihres Zweckes nicht als simonistisch, vgl. Schmier l. c. n. 95; Benedict. XIV. l. c. n. 8. In Konsequenz der beiden zuerst gedachten Anordnungen belegt daher Bordeaux 1624 IX. 15, Hardouin 11, 89, das Gewähren von Geldäquivalenten pro ingressus admissione et receptione ad beneficia quaecumque an einzelne Personen oder an das Kapitel oder an die Kanoniker zu deren Vortheil mit den Strafen der Simonie, während es allerdings zu den frommen Zwecken, für welche es

Dasselbe gilt, wenn es an einer auf ein Temporale gehenden Leistung oder Gegenleistung fehlt[1], also namentlich, wenn ein Spirituale gegen ein anderes, z. B. ein Benefizium oder ein Patronatrecht gegen ein solches ausgetauscht wird[2].

Gleichgültig für den Thatbestand der Simonie ist es dagegen, ob der Geber das Temporale selbst erhält, ebenso ob ein anderer den Vortheil aus dem gegen das letztere gewährten Spirituale erlangt[3], und nicht minder ob derjenige, welcher das Temporale für das Spirituale empfängt, seinerseits daraus Vortheil zieht oder nicht[4].

Die Doktrin spricht, so lange erst eine in einer blossen Übereinkunft bestehende Simonie vorliegt, zwar schon von einer simonia *externa*, aber nur von einer *conventionalis*, und bezeichnet diese weiter als *incompleta* oder *pura*, wenn die Übereinkunft noch von keiner Partei in irgend einer Weise erfüllt ist, dagegen als *imperfecta* oder *mixta*, falls blos von einer Seite oder das Temporale auch nur teilweise, und als *perfecta* oder *realis*, falls von beiden Seiten voll oder auch von dem das Temporale Gewährenden blos ein Theil desselben geleistet worden ist[5], gleichviel ob eine besondere, der Erfüllung vorhergehende Übereinkunft stattgefunden hat oder diese blos in der sofort bewirkten Leistung und Gegenleistung hervortritt[6].

solche Zuwendungen für statthaft erklärt, auch die Vermehrung der fabrica, die Anschaffung von ornamenta und Ausführung von Reparaturen rechnet.

[1] Danach entscheidet sich die bei den Älteren viel besprochene Frage, wie es sich verhält, wenn Jemand zur Beseitigung von s. g. *vexae* oder *vexationes*, d. h. von Anfechtungen und Hindernissen, welche ihm bei Erlangung von Benefizien oder in Betreff der von ihm erworbenen oder in Betreff des Besitzes derselben bereitet werden, ein Geldäquivalent giebt. Geschieht es um diejenigen, welche, wie der Kollator, der Patron, die Wähler, rechtlich befugt sind, bei der Vergebung des Benefiziums mitzuwirken, von einem derartigen ungünstigen Verhalten abzubringen c. 33 (Innoc. III.) X h. t., oder um die von anderer Seite gegen die Erlangung des Amtes erhobenen Einwendungen (z. B. bei Wahlen die der Minorität) c. 23 (Luc. III.) X h. t., oder um Anfechtungen bei zweifelhafter Berechtigung auf das schon erworbene Amt bei streitigem Besitz zum Schweigen zu bringen, Reiffenstuel V. 3 n. 314. 316; Schmier l. c. n. 204 ff. 207, (A.-)Pennacchi 1, 857, so liegt Simonie vor, nicht aber, wenn das Äquivalent entrichtet wird, um ungerechte Bedrückungen bei zweifellosem Recht auf das Amt, c. 28 (Innoc. III.) X h. t., Verläumdungen des Kandidaten seitens eines Wählers bei den anderen, eine Gefangenhaltung zur Verhinderung der Annahme einer Wahl oder der Nachsuchung der Bestätigung auszuschliessen, denn in den letzteren Fällen steht kein Spirituale in Frage.

Übrigens schreiben die Provinzialsynoden des 16. u. 17. Jahrh., Mailand I. 1565 II. 11, Hardouin 10, 659, weitere bei Bened. XIV. de syn. dioec. XII. 6 n. 9, im Interesse der Verhütung von Simonie die Einholung des bischöflichen Konsenses auch zu den erlaubten Vereinbarungen über die s. g. redemtio vexationis vor.

[2] Bd. III. S. 286. 287 u. in Betreff des Patronates a. a. O. S. 81, weiter der Austausch von Reliquien oder h. Öle gegen einander oder des Chrismas gegen eine Reliquie, Ferraris l. c. art. 1 n. 23, ja selbst einer Reliquie gegen die Übertragung eines Amtes, obschon damit eine Bestechung geübt werden könnte. Wenn aber eine Reliquie in werthvoller Fassung oder eine goldene Monstranz oder auch eine Privatkapelle als Äquivalent gewährt wird, so liegt Simonie vor, denn alle diese Sachen haben immer einen Geldwerth, bilden also insoweit auch ein Temporale.

Der Austausch von Benefizien gegen einander ohne Konsens des Oberen und auch der entgeltliche Erwerb reiner auf Vermögensverwaltung gehender Ämter, wie z. B. des Vicedominates (also die Austauschung von Temporalien), wird übrigens wegen der dafür angedrohten Strafe (der privatio beneficii), c. 5 (Urban III.) u. c. 7 (Innoc. III.) X de rer. perm. III. 19 bez. c. 38 (Innoc. III.) X h. t., als *simonia iuris positivi ecclesiastici* (d. h. Austausch von Spiritualien gegen Spiritualien oder spiritualibus annexa und Austausch von Temporalien gegen Temporalien ohne den für die besonderen Einzelfälle positiv vorgeschriebenen Konsens) der eigentlichen Simonie in dem oben besprochenen Sinne, der s. g. *simonia iuris divini s. naturalis*, gegenübergesetzt, Reiffenstuel V. 3 n. 24. 25; Schmalzgrueber V. 3 n. 20. 23.

[3] Z. B. Bestechung der Wähler durch Dritte im Interesse eines der Kandidaten, c. 26 (Clem. III.) X und c. 33 (Innoc. III.) X h. t. Weiss der Begünstigte nichts davon, so ist er selbstverständlich nicht der Simonie schuldig, c. 33 cit. Vgl. auch Schmalzgrueber V. 3 n. 102 ff.

[4] Wenn also dem das Kirchenamt verleihenden Oberen Geld gegeben wird, damit er das erst damit zu stiftende Amt dem Schenker überträgt, vgl. auch c. 34 (Innoc. III.) X h. t.

[5] Reiffenstuel V. 3 n. 22; Schmalzgrueber V. 3 n. 34, also von den versprochenen 100 blos 50.

[6] Reiffenstuel l. c. n. 19. 20; Schmier l. c. n. 14; Schmalzgrueber l. c. n. 32 ff.

Was die Strafen der *Simonie* betrifft, so sind solche gemeinrechtlich blos für die *simonia realis* in dem eben gedachten Sinne angedroht[1], nicht für die *simonia conventionalis*[2]; und für die *mixta*, d. h. für diejenige, bei welcher blos das Temporale ganz oder theilweise oder allein das Spirituale gewährt ist, — darüber hat man freilich in der Doktrin gestritten[3] —, gilt dasselbe[4], wennschon alle simonistischen Vereinbarungen und Verträge[5], sämmtliche simonistischen, für die Besetzung von Kirchenämtern rechtlich erheblichen Handlungen[6] und folgeweise auch der simonistische Erwerb von Kirchen-

[1] Dies ist die gemeine Meinung, welche sich darauf stützt, dass die Strafandrohungen des gemeinen Rechts sich nur auf diese Art der Simonie erstrecken, s. z. B. c. 3 (Gregor I.) 5 (id.) c. 6 (Gelasius I.) C. I qu. 1; c. 8 (Tours 1163), c. 10 (Alex. III.), c. 39 (Later. IV.) X h. t., c. 1 (Urban V. 1363) u. c. 2 (Paul II. 1464) in Extrav. comm. h. t. V. 1, vgl. Reiffenstuel l. c. n. 235; Schmier l. c. n. 247; Schmalzgrueber l. c. n. 245; Ferraris l. c. art. 3 n. 3 und die dort citirten; München 2, 280; (A.-) Pennacchi 1, 815.

[2] Jedoch abgesehen von der nachher u. S. 714 zu besprechenden *simonia confidentialis*, von der Papstwahl, Julius II.: Cum tam divino 1505, bestätigt durch const.: Si summus auf dem 5. Lateran. Konzil 1512, b. T. 5, 405, u. Hardouin 9, 1656 (§. 1: „per simoniacam haeresim in dando, promittendo vel recipiendo pecunias, bona cuiusque generis, castra, officia vel beneficia seu promissiones et obligationes commissam"), von der Erlangung päpstlicher Gnaden c. 1 (Bonifaz VIII.) in Extr. comm. de sent. exc. V. 10, s. S. 202 n. 9 u. S. 364 n. 5, wiederholt von Johann XXIII.: Cum ex debito 1411, b. T. 4, 657 (§. 4: „dederit, promiserit, pactus fuerit vel receperit seu tractaverit pro praedictis . . . quod pensata qualitate dantis ac recipientis et quantitate promissi vel donati simoniacam pravitatem sapiat"), bestätigt und erweitert von Gregor XIII.: Ab ipso 1575, l. c. 8, 105. Vgl. ferner u. S. 720.

Während die Doktrin aber die arbiträre Bestrafung der simonia conventualis für statthaft erklärt, Reiffenstuel V. 3 n. 250; Schmalzgrueber V. 3 n. 245, ziehen manche Partikularsynoden dieselbe geradezu unter den Begriff der strafbaren Simonie, s. Mainz 1549 c. 91, Hartzheim 6, 590 (Erwerbung von Gunst durch „pollicitationes seu quaecumque pactiones", um zu einem Benefizium befördert zu werden, als simoniaca pravitas bezeichnet); Rheims 1583, Hardouin 10, 1300 n. 7; ja, Aix 1585, ibid. p. 1519. 1520, bezeichnet sogar schon den, welcher etwas „verbis aut signis" für die Spendung der Sakramente fordert, als „simoniacae pravitatis reus"; andere allerdings nicht, so bedroht Narbonne 1609 c. 18 u. 24, l. c. 11, 18. 25, das „aliquid quaeritare" für die Eucharistie schlechthin mit der Exkommunikation und die „illicitae pactiones pro exsequiis defunctorum" mit schwerer arbiträrer Strafe, ohne diese Vergehen als Simonie zu charakterisiren.

[3] Eine Ansicht verneint das Vorliegen von strafbarer Simonie, eine andere bejaht es; eine dritte unterscheidet zwischen dem Fall der Hingabe des Spirituales und der des Temporales und betrachtet allein den ersteren als strafbare Simonie, nicht aber den letzteren, weil hier noch keine unehrerbietige Behandlung des Spirituales vorliege, vgl. die Erörterungen und Citate bei Reiffenstuel V. 3 n. 238 ff.; Schmier l. c. n. 249; Schmalzgrueber V. 3 n. 246 ff.

[4] Denn c. 5 (Piacenza 1095) C. I qu. 3 u. c. 2 cit. in Extr. comm. h. t., worauf sich die Gegenmeinung stützt, ergeben nichts Entscheidendes, und die sonst noch angeführten c. 37 (Innoc. III.) u. c. 45 (Gregor. IX.) X h. t. handeln von der Ertheilung einer höheren Weihe ohne Titel gegen das Versprechen des Ordinanden, nichts vom Ordinator zu fordern, d. h. da in diesen Fällen die Gewährung des Temporales durch die Abgabe des Versprechens perfekt wird, von der *simonia realis*. Die hier vertretene Meinung kann auch als die herrschende bezeichnet werden.

Wenn diese aber weiter, falls später die simonia conventionalis durch Erfüllung der Übereinkunft zur realis wird, nicht nur die Strafen der Simonie eintreten lässt, sondern diesen Eintritt auch auf die Zeit der Eingehung der Übereinkunft unter Berufung auf den Stylus curiae zurückdatirt, Reiffenstuel V. 3 n. 244; Schmalzgrueber V. 3 n. 250, so liegt darin eine ersichtliche Inkonsequenz, weil die *simonia conventionalis* doch wieder, wenngleich auch nur unter bestimmten Voraussetzungen, als strafbar behandelt wird.

[5] c. 5 C. I qu. 3 cit.; c. 8 (Gregor. IX.) X de pact. I. 35; Julius II.: Cum tam 1505 §. 7, b. T. 5, 405; Bd. III. S. 81. Es entsteht also aus denselben keine Klage auf Erfüllung.

[6] Also alle Amtsübertragungen, Präsentationen und Konfirmationen, so dass der Amtsträger keine Amtshandlungen (abgesehen von den Weihehandlungen) gültig vornehmen kann und kein Eigenthum an den bezogenen Früchten, welche er vielmehr herauszugeben hat, erlangt, c. 2 cit. in Extr. comm. V. 1, s. auch c. 27 (Coelest. III.) X h. t. u. Julius II.: Cum tam divino 1505 §. 1 cit., s. Bd. I. S. 273. 274.

Das Gesagte trifft auch für Wahlen und Beförderungen zu Kirchenämtern zu, wenn ein Dritter im Interesse des Kandidaten die Simonie begangen hat, und der letztere selbst unschuldig ist. Es kann indessen in dem Fall, dass der Kandidat die Handlungen des Dritten nicht ratihabirt, sich mithin nicht zum Theilnehmer an der Simonie gemacht hat, Dispensation oder richtiger Sanirung der nichtigen Handlung erfolgen, c. 1 (Piacenza 1095) C. I qu. 5; c. 59 (Gregor. IX.) X de elect. I. 6; c. 22 (Luc. III.), c. 25 (Clemens III.), c. 27 (Cölestin III.) u. c. 33 (Innoc. III.) X h. t.

ämtern[1], endlich die simonistische Erlangung von päpstlichen Gnaden[2] nichtig sind, (nicht aber die simonistische Ertheilung und der simonistische Empfang von Sakramenten und Sakramentalien[3], sowie der simonistische Eintritt in den Ordensstand[4]) und das für das Spirituale gegebene Temporale[5] nicht nur zurückgefordert werden kann, sondern auch zurückgewährt werden muss[6].

Die gemeinrechtlich für die Simonie angedrohten Strafen sind nach der Lage der einzelnen Fälle verschieden.

Die *simonia realis* bei der Ertheilung der Weihen (einschliesslich der Tonsur) ist in dieser Zeit von den Päpsten unter Aufrechthaltung der früheren Strafen[7] der Infamie[8] und Absetzung[9] für den Ordinator mit der dem Papst reservirten Exkommunikation *l. s.*[10], später der gleicherweise demselben vorbehaltenen Suspension *l. s.* vom Recht, die Weihegrade, einschliesslich der Tonsur, zu ertheilen und die munera pontificialia[11] auszuüben, sowie mit dem ebenfalls päpstlich reservirten *interdictum ingressus ecclesiae l. s.*[12] bedroht worden. Doch sind diese letzteren drei Strafen

Wenn aber ein Dritter den Wählern oder dem Kollator weltliche Vortheile gewährt hat, um dadurch den Kandidaten am Erwerb des Kirchenamtes zu hindern, tritt keine Nichtigkeit ein, denn hier wird das Temporale nicht für das Amt, sondern behufs Ausschliessung des zu Befördernden gegeben, c. 27. 33 X h. t. cit.

1 S. die vor. Anm.

2 Johann XXIII.: Cum ex debito 1411 §. 1 cit.; S. 709 n. 2.

3 Eine solche Nichtigkeit ist nirgends angedroht, vielmehr tritt bei der Ertheilung der Weihen nur Irregularität ein, Bd. I. S. 50; vgl. ferner Schmalzgrueber V. 3 n. 279.

4 Auch hier gilt dasselbe, ja die Strafe der lebenslänglichen Verweisung in ein Kloster mit härterer Regel, s. unten S. 719, zeigt sogar deutlich, dass die Professableistung gültig ist, Reiffenstuel V. 3 n. 254; Schmalzgrueber l. c. n. 279.

Dasselbe ist auch mangels besonderer Vorschriften für die simonistische Vornahme von anderen Jurisdiktionsakten als den im Text genannten anzunehmen, Schmalzgrueber l. c.

5 Die ältere Lehre geht dahin, dass die simonistisch erlangten Spiritualien mit Ausnahme der Kirchenämter nicht restituirt zu werden brauchen, Reiffenstuel l. c. n. 286. 288; Schmalzgrueber l. c. n. 285. Das ist für die Sakramente und Sakramentalien, welche gültig gespendet und weder restituirt noch behufs der etwaigen Gewährung einer Entschädigung taxirt werden können, richtig. Da aber im Übrigen der simonistische Erwerb nichtig ist, so erlangt nicht nur der simonistische Erwerber eines Kirchenamtes, sondern auch der eines Patronatrechts gar kein Recht an dem Spirituale und muss selbstverständlich dasselbe wie das Amt zurückgewähren oder bei Rechten, z. B. beim Patronatrecht, oder päpstlichen Gnaden sich der Ausübung des nichtig erworbenen Rechts enthalten.

6 c. 11 (Alex. III.) X h. t., und zwar nach der herrschenden Ansicht, weil es an einer allgemeinen anderen kirchenrechtlichen Anordnung fehlt, zunächst demjenigen, welcher das Temporale gegeben hat, Reiffenstuel V. 3 n. 296. 299; Schmier l. c. n. 259. 260; Schmalzgrueber V. 3 n. 297. 303, doch wird aus c. 11 cit. die Befugniss des kirchlichen Richters hergeleitet, den Empfänger bei Simonie in Bezug auf die Verleihung von Benefizien oder auch schlechthin, was richtiger erscheint, da c. 11 ein allgemeines Prinzip ausspricht, zur Restitution an die betreffende Kirche oder zu frommen Zwecken zu verurtheilen, Reiffenstuel l. c. n. 295. 296; Schmier l. c. n. 258. 259; Schmalzgrueber l. c. n. 295. 296. 302. 303. Nur besteht auf Grund von c. 1 (Urban V.) in Extr. comm. h. t. die Ausnahme, dass dasjenige, was für den Eintritt von Novizen und Professen in die Klöster von den letzteren simonistisch erhoben worden ist, von dem Kloster für die gemeinsamen Ausgaben und zum gemeinen Nutzen, nicht aber von den Äbten und Vorstehern zu ihrer privaten Verfügung und zu ihrem eigenen Vortheil behalten werden darf.

7 Eugen IV.: Cum detestabile 1434 §. 1, b. T. 5, 16, wiederholt c. 2 (Paul II. 1464) in Extr. comm. h. t.; bestätigt Pius V.: Cum primum 1566 §. 8, l. c. 7, 434, und Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §. 6, l. c. 9, 63. Sixtus IV.: Perniciosam 1472, b. T. 5, 208, und Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 37, ibid. p. 604, enthalten nur eine allgemeine Bestätigung der Strafen der früheren Päpste, erstere auch derjenigen für simonistische Weihen.

8 c. 15 (Later. II. 1139) C. I qu. 3, S. 166 n. 6.

9 c. 8 (Chalcedon 451) C. I qu. 1, S. 162 n. 1.

10 Eugen IV., Paul II., Pius V. und Sixtus V. Konstanz Sess. XLIII. c. 4 cit., Hübler S. 161, hat noch keine Reservation, belegt aber ebenso wie die späteren Konstitutionen auch die Kardinäle und Bischöfe mit der Strafe.

11 S. 603 n. 1 u. 5.

12 Sixtus V.: Sanctum et salutare cit. §§. 2. 6, Bestimmungen, welche von der abändernden const. Clem. VIII.: Romanum pontificem 1596 §. 2, b. T. 10, 254, aufrechterhalten sind.

durch die const.: Apostolicae v. 1869 beseitigt[1]. Wohl aber ist durch dieselbe[2] in Anhalt an das frühere Recht[3] für den Fall, dass der Ordinator einen Weihekandidaten ohne den erforderlichen *titulus beneficii* oder *patrimonii*[4] unter der Abrede, dass dieser auf jede Alimentenforderung gegen ihn verzichtet, ordinirt[5], die dem Papst reservirte *suspensio a collatione ordinum*[6] für 3 Jahre als Strafe festgesetzt, bez. beibehalten worden.

Als Strafen für den simonistischen Empfang der Weihen hat das spätere Recht neben der gleichfalls nicht beseitigten Strafe der Infamie[7] die weiteren Strafen der dem Papste reservirten Exkommunikation l. s.[8], die suspensio l. s. von der Ausübung aller Weihen, nicht blos der simonistisch erlangten[9], Gefängnissstrafe auf ein Jahr[10], und den Verlust des Rechts, zu den höheren Weihen aufzusteigen[11], ausserdem im Falle der Ausübung der Weihe die privatio ipso iure aller Dignitäten, Benefizien und Offizien, die Unfähigkeit, künftighin solche zu erlangen, und bei Regularen den Verlust des aktiven und passiven Stimmrechts eo ipso[12], sowie beim Rückfall körperliche (also Prügelstrafe) und die Deposition[13] festgesetzt. Nach der const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869[14] sind die Strafen der Exkommunikation und der Suspension entfallen[15], und damit auch indirekt die weiter für den Fall der Verletzung der Suspension angedrohten Strafen, während die Gefängnissstrafe und die Prügelstrafe wohl kaum überall prak-

1 Denn sie sind in das Verzeichniss der bestehen gebliebenen Censuren nicht aufgenommen.

2 L. c. susp. l. s. summo pont. reservatae n. 2: „Suspensionem per triennium a collatione ordinum ipso iure incurrunt aliquem ordinantes absque titulo beneficii vel patrimonii cum pacto, ut ordinatus non petat ab ipsis alimenta."

3 c. 45 (Gregor. IX.) X h. t., Bd. I. S. 80 n. 2, welches aber keine päpstliche Reservation kennt, vgl. auch Trid. Sess. XXI. c. 2 i. f. de ref. S. hierzu noch Kober, Suspension S. 323.

4 Bd. I. S. 66. 67. Gleich steht der Fall, dass der Titel nichtig, nicht aber, dass er blos in seiner Höhe unzureichend ist. Hat die Weihe auf Grund des titulus pensionis oder titulus mensae, a. a. O. S. 67. 70, stattgefunden, so tritt die Strafe ebenfalls ein, denn beide sind nur Abarten des titulus patrimonii, da die dem Ordinirten auf den Unterhalt zustehenden Forderungsrechte Bestandteile seines Vermögens bilden; gleicher Ansicht Heiner S. 328.

5 Gemeinrechlich ist ein solcher Titel blos für die höheren Weihen erforderlich, aber mitunter partikularrechtlich auch für die niederen vorgeschrieben, Bd. I. S. 77. Da indessen die const. cit. das gemeine Recht regelt, so kann die Ertheilung der niederen Weihen ohne Titel nicht unter die Strafbestimmung gezogen werden.

Wenn der Bischof auf Grund der Dimissorien, bez. Testimonialen eines anderen oder eines praelatus nullius ordinirt, Bd. I. S. 96. 97 u. Bd. II. S. 345, und der ausstellende Prälat diese ohne das Vorhandensein eines Titels gegeben und gleichzeitig die erwähnte Abrede mit dem Kandidaten getroffen hat, so kann den letzteren, a. A. (A.-)Pennacchi 2, 361. 362, die Strafe nicht treffen, denn nicht er, sondern der Bischof ordinirt, und das Spirituale, welches er simonistisch weggiebt, ist nicht die Weihe, sondern das Dimissoriale oder das Testimoniale. Als Anstifter kann er aber ebensowenig bestraft werden, da die const. cit. der Anstiftung nicht erwähnt.

6 Nicht von der Ertheilung der Tonsur, da diese kein ordo ist, Bd. I. S. 6. Ebenso (A.-) Pennacchi 2, 362; Heiner S. 328.

7 c. 15 (Later. II. 1139) C. I qu. 3, S. 166 n. 6. Vgl. auch S. 710 n. 7. Dagegen ist die in älterer Zeit angedrohte Strafe der Absetzung, s. o. S. 162 n. 1, in Folge des Aufkommens der absoluten Ordination entfallen, und an ihre Stelle die Suspension l. s. von dem simonistisch erworbenen Ordo getreten, c. 37 (Innoc. III.) u. c. 45 (Gregor IX.) cit. X h. t. (in letzterer Stelle dem Papst reservirt, S. 367 n. 4).

8 Konstanz Sess. XLIII. c. 3, Hübler S. 160; Eugen IV.: Cum detestabile 1434 §. 1, b. T. 5, 16; c. 2 (Paul II. 1464) in Extr. comm. cit. h. t.; Pius V.: Cum primum 1566 §. 8, l. c. 7, 434; Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §§. 3. 6, l. c. 9, 63 (unter Ausdehnung auf den Empfang der Tonsur). Wegen der Kardinäle und Bischöfe s. S. 710 n. 10.

9 Vgl. die vor. Anm., wodurch das Dekretalenrecht geändert worden ist, s. Kober, Suspension S. 227. (Pius V. cit. spricht die Suspension allerdings nicht schlechthin, sondern nur auf 10 Jahr aus, was durch Sixtus V. beseitigt ist.)

10 Pius V.: Cum primum 1566 §. 8 cit.

11 Sixtus V.: Sanctum 1589 §§. 3. 6 cit. S. 584 n. 2. Wegen der Irregularität s. Bd. I. S. 50.

12 Sixtus V. cit.

13 Pius V. cit. s. o. S. 571 n. 2.

14 Welche der Simonie bei dem Empfang der Weihen nicht erwähnt.

15 Denn Trid. Sess. XXI. c. 1 de ref. verweist nur auf die früheren gemeinrechtlichen Strafen, und diese sind durch die const. cit. nicht aufrechterhalten, s. S. 658. 659 u. (A.-)Pennacchi 1, 867.

tische Anwendung gefunden haben[1], jedenfalls aber heute ausser Übung gekommen sind, so dass, abgesehen von der Infamie und dem Verlust des Rechtes, die höheren Ordines zu erlangen, nur noch arbiträre Bestrafung eintreten kann[2].

Die Erhebung von Entgelt für die Dimissorien, Testimonialen und Ausfertigung von Ordinationsurkunden, sei es durch den Ordinator, sei es durch seine Notarien oder sein Kanzleipersonal[3], ist niemals durch die gedachten Strafbestimmungen getroffen worden[4] und kann daher ebenfalls nur arbiträr gestraft werden[5].

Des weiteren ist die *simonia realis* bei der Vergebung und Erwerbung von Kirchenämtern seit dem Abschluss der Dekretalensammlungen wiederholt Gegenstand strafrechtlicher Regelung geworden.

Ausser der schon vom älteren Recht festgesetzten Strafe der Infamie[6] ist durch die Päpste im 16. und 17. Jahrhundert eine simonistisch erfolgte Wahl, Postulation, Provision oder jede andere, rechtlich für die Verleihung und Erwerbung erhebliche Handlung[7] bei allen kirchlichen Benefizien und Offizien mit der dem Papst reservirten Exkommunikation l. s.[8], und derjenige, welcher eine Dignität, ein Benefizium oder ein Offizium simonistisch erworben hat, mit der ipso facto eintretenden Unfähigkeit, dieselben oder andere Dignitäten, bez. dasselbe oder sonstige Benefizien zu erwerben[9], ferner die Zurückhaltung von Einkünften oder Distributionen oder

[1] Da die const. Pii V. cit. in der Literatur so gut wie gar nicht angeführt wird und beachtet worden ist.

[2] Die Vermittler simonistischer Weihen (mediatores oder interventores) waren schon im älteren Recht, die Laien mit der Exkommunikation und die Geistlichen mit der Deposition, S. 162 n. 1, ferner beide Kategorieen mit der Infamie, S. 166 n. 6, bedroht. Durch Eugen IV. u. Paul II. cit., S. 711 n. 8, ist die Exkommunikation dem Papst vorbehalten, aber ebenfalls durch die const. Pii v. 1869, welche sie nicht aufrechterhalten hat, beseitigt worden.

[3] S. 707 n. 1 no. 6.

[4] S. auch Schmalzgrueber V. 3 n. 261.

[5] Denn die vom Trid. Sess. XXI. c. 1 de ref. in Bezug genommenen gemeinrechtlichen Vorschriften stellen die Verbote für das Kanzleipersonal, S. 162 n. 1 a. E., nicht unter eine bestimmte Strafe, und der Bischof, welcher die gedachten Zeugnisse ausstellt, ordinirt seinerseits nicht.

[6] S. 710 n. 7 u. 8.

[7] So Eugen IV.: Cum detestabile 1434 §. 1, b. T. 5, 16; c. 2 (Paul II. 1464) in Extrav. comm. cit. h. t. („quaevis alia dispositio", was noch Konstanz Sess. XLIII. c. 3 cit. fehlt); während Sixtus IV.: Perniciosam 1472 §. 1, b. T. 5, 208, der „collatio und susceptio dignitatum, sowie der personatuum, administrationum, officiorum vel beneficiorum ecclesiasticorum quorumcumque collatio, provisio, praesentatio, electio, postulatio, translatio, confirmatio und assecutio" und Trid. Sess. XXIV. c. 14 de ref. der „electio, praesentatio, nominatio, institutio, confirmatio, collatio vel alia provisio sive admissio ad possessionem alicuius cathedralis ecclesiae vel beneficii, canonicatuum aut praebendarum vel partem proventuum seu ad distributiones quotidianas", ebenso Pius V.: Durum 1570 §. 1, b. T. 7, 827, gedenken.

[8] Eugen IV. 1434 u. Paul II. 1464 cit., bestätigt durch Sixtus IV.: Perniciosam cit.; Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 37, b. T. 5, 604; Pius V.: Cum primum 1566 §. 8, l. c. 7, 424 (wiederholt Bordeaux 1563 c. 23, Hardouin 10, 1363), während Konstanz l. c. die Reservation noch nicht ausspricht, und Trid. Sess. XXIV. c. 14 de ref. ebenso wie Basel Sess. XII., l. c. 8, 1157, nur auf die früheren gemeinrechtlichen und auf die von den Päpsten festgesetzten Strafen verweist.

[9] Pius V.: Cum primum 1566 §. 8 cit.

Öffentliche Verkündung der so Exkommunicirten schreiben vor Rheims 1583 u. Bordeaux 1583 c. 23, Hardouin 10, 1300 n. 1 u. 1364. Wegen des Rückfalls gilt auch hier das S. 711 Bemerkte.

In Übereinstimmung mit dem früheren und dem Dekretalenrecht, S. 166 n. 6 u. S. 709. 710, sprechen Konstanz, Eugen IV. 1434, Paul II. cit. und Pius V. cit., noch ausdrücklich die Ungültigkeit der betreffenden Handlungen, den ipso iure eintretenden Verlust des simonistisch erworbenen Amtes, d. h. die Nichtigkeit des Erwerbes desselben und die Restitutionspflicht der unberechtigt gezogenen Einkünfte des letzteren aus. (Vgl. auch Rheims 1583, Hardouin 10, 1300 n. 2. 6; Toulouse 1590 IV. 5, l. c. 1822. 1823, welches im wesentlichen die const. Pius' V.: Cum primum reproduzirt und darauf verweist.)

Zu beachten ist einmal, dass, wenn der für die Verleihung in Frage kommende Rechtsakt mehrerer ein einheitlicher ist, wie z. B. die Bischofswahl, Bd. II. S. 663. 664, schon die Simonie eines der Betheiligten die Nichtigkeit der Handlung

eines Theiles der letzteren, die Forderung einer Cession derselben oder eines Verzichtes auf solche, das Verlangen irgend welcher Geschenke oder die Veranlassung der eidlichen Anerkennung von etwaigen, derartigen Gewohnheiten und Statuten[1] bei den erwähnten Handlungen[2] für Bischöfe mit der dem Papst reservirten suspensio ab *exercitio pontificalis officii l. s.*[3], für Kapitel und Kollegien mit dem Personalinterdikt l. s., für andere mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. [4], sowie ferner für alle Zuwiderhandelnden mit der *privatio ipso iure* aller ihrer Dignitäten, Kanonikate, Präbenden und anderer kirchlicher Benefizien, sowie mit der ohne Weiteres eintretenden Unfähigkeit zur Erwerbung solcher[5], endlich auch die Vermittelung derartiger simonistischer Verleihungen und Handlungen mit der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s. [6] bedroht worden.

Die const.: Apostolicae v. 1869[7] hat die dem Papste schlechthin reservirte Exkommunikation l. s. als Strafe der Realsimonie in Bezug auf Benefizien für die Thäter und die Mitschuldigen[8] derselben aufrechterhalten, aber die suspensio ab exercitio pontificalis officii und das Personalinterdikt für die gedachten Spezialfälle beseitigt. Zugleich ist die Censur lediglich auf die Simonie in Betreff derjenigen Ämter, welche Benefizien im eigentlichen Sinne bilden[9], beschränkt, und stillschweigend eine Exemtion

herbeiführt, während im umgekehrten Fall, z. B. bei der Präsentation mehrerer Mitpatrone, Bd. III. S. 56, nur die betreffende Handlung als nichtig ausser Betracht bleibt, so auch die Rota 1595, (A.-) Pennacchi 1, 862; ferner dass die Regula de triennali possessione dem simonistischen Erwerber nicht zu statten kommt, Bd. II. S. 656 n. 4.

[1] Diese sind von Pius V.: Durum 1570 §. 2, b. T. 7, 827, zugleich unter Aufhebung aller entgegenstehender Privilegien für nichtig erklärt worden.

[2] Vgl. Trid. Sess. XXIV. c. 14 cit., S. 712 n. 7.

[3] S. 600. 602.

[4] Pius V.: Durum 1570 cit. §. 3, bestätigt von Innocenz XII.: Ecclesiae catholicae 1695 §. 5, b. T. 20, 716.

[5] Innocenz XII. cit. §. 7, für Regularen ausserdem mit dem ipso iure eintretenden Verlust des aktiven und passiven Stimmrechts, ihres Ranges und der innegehabten Ämter und Offizien, s. ibid.

Vereinzelt drohen die Partikularkonzilien noch besonders die Entziehung des kirchlichen Begräbnisses an, Salzburg 1569 LII. 1, Hartzh. 7, 354, oder setzen ferner, Rheims 1583, Hardouin 10, 1300 n. 5, für die Beiwohnung des Gottesdienstes bei solchen Priestern, welche durch Urtheil der Simonie für schuldig deklarirt sind, und den Umgang mit ihnen die Strafe des Verkehrs mit den der grossen Exkommunikation unterliegenden Personen fest.

Die Simonie der Patrone, welche sich bei der Präsentation einen Theil der für den Benefiziaten bestimmten Zehnten und sonstigen Einkünfte durch Vereinbarung mit dem zu präsentirenden Geistlichen vorbehalten, bedroht Salzburg 1418 c. 20, Hartzh. 5, 180, bei Wiederholung mit Anathem und Lokalinterdikt, bis zur Restitution, die so präsentirten mit privatio beneficiorum und mit Unfähigkeit zu solchen und zu kirchlichen Handlungen bis zur päpstlichen Begnadigung, endlich die Bischöfe und Archidiakonen, welche wissentlich solchen Kandidaten Benefizien verleihen, mit Suspension vom Kollationsrechte für immer; Mainz 1549 c. 68, l. c. 6, 582, schon im ersten Fall den Patron ausser mit arbiträren Strafen auch mit Suspension vom Präsentationsrecht für die betreffende Vakanz oder bei schwerem Exzess auf Lebenszeit, den Benefiziaten mit privatio beneficii.

Auch wird zur Verhütung von Simonie noch mehrfach die Ableistung des Simonieeides, s. S. 169, vorgeschrieben, Mainz 1549 c. 91, Hartzh. 6, 590; Mailand I. 1565 II. 11, Bordeaux 1583 c. 23, Toulouse 1590 IV. 6, Hardouin 10, 658. 1363. 1823; Salzburg 1569 XIII. 7, Hartzheim 7, 254.

[6] Eugen IV. 1434 u. c. 2 in Extr. comm. cit. h. t. für die „qui mediatores exstiterint aut procuraverint", wiederholt Bordeaux 1624 XV. 2, Hardouin 11, 101, für die „mediatores, adiutores, favorem, consilium aut auxilium dantes" mit der Anordnung, diese als der Exkommunikation verfallen öffentlich an den Sonntagen zu verkündigen.

[7] Exc. l. s. rom. pont. res. n. 8: „Reos simoniae realis in beneficiis quibuscumque eorumque complices."

[8] Mit diesen sind dieselben Personen, wie die in Anm. 6 gedachten gemeint, also diejenigen, welche das Geschäft zwischen beiden Theilen vermitteln oder dabei als Anstifter oder Gehülfen moralisch oder physisch durch Zureden, Rathgeben oder durch wissentliche Überbringung des geldwerthen Äquivalents mitwirken. Indessen verfallen sie der Censur nur dann, wenn die Realsimonie perfekt geworden ist, (A.-) Pennacchi 1, 860; Heiner S. 197.

[9] Dass die Bezeichnung beneficium absichtlich gewählt ist, ergiebt der Gegensatz zu der Ausdrucksweise der früheren päpstlichen Konstitutio-

der Kardinäle und Bischöfe[1] von der Strafbestimmung festgesetzt worden. In Geltung geblieben sind dagegen ausser der Strafe der Infamie die Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern[2], ferner für die erwähnten speziellen Fälle auch der Verlust der besessenen Dignitäten und anderen Ämter[3], und zwar treten diese Strafen nicht blos bei der Simonie in Betreff der Benefizien, sondern nach Massgabe der sie androhenden früheren päpstlichen Konstitutionen[4] ein[5].

Ferner hat die päpstliche Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts[6] eine offenbar erst seit dieser Zeit in weitem Umfange zur Umgehung der bisherigen Simonieverbote in Betreff des Ämtererwerbes hervorgetretene Praxis als s. g. *simonia confidentialis* ebenfalls unter Strafe gestellt. Dieselbe bildet eine Art der *simonia conventionalis* und besteht darin, dass Jemand einem Anderen ein Benefizium auf eine an sich kanonisch erlaubte Weise, also durch Kollation, Präsentation, Wahl oder durch Verzicht zu dessen Gunsten verschafft, aber zugleich mit der ausdrücklichen oder auch still-

nen, s. o. S. 712 n. 7, so auch (A.-) Pennacchi 1, 830 ff., Heiner S. 197. Daher trifft die Strafbestimmung nicht mehr die Simonie bei Ämtern, welche wie die des General-, Kapitularvikars, Weihbischofs, des Missionspfarrers, des Sukkursalpfarrers, Bd. II. S. 295, oder wie die beneficia manualia, Bd. II. S. 366 ff. 373, keine Benefizien sind. In Betreff der Prälaturen der Regularen, wie der Ämter des Generals, Abtes, Propstes, Priors oder Guardians, was freilich streitig ist, (A.-) Pennachi 1, 838, gilt dasselbe. Wegen der Prästimonien, Pensionen und Kommenden vgl. l. c. 1, 832. 833. 835 u. Bd. II. S. 414 n. 3 u. S. 417; Bd. III. S. 112.

Andererseits soll sich nach (A.-)Pennacchi 1, 841 die Androhung der Censur nicht auf die s. g. culmina dignitatum, Bd. II. S. 371, d. h. die Ämter der Bischöfe, Erzbischöfe, Primaten, Patriarchen und Kardinäle (vgl. aber Bd. II. S. 362 n. 3), sowie das des Papstes beziehen, da diese nach einer weit verbreiteten Ansicht, vgl. Pennacchi l. c. u. Schmalzgrueber III. 5 n. 32, in strafrechtlicher Hinsicht nicht zu den Benefizien gerechnet werden. Aber ganz abgesehen davon, dass diese Ansicht keinen quellenmässigen Halt hat und anscheinend auf einer Verwechselung mit den Bd. I. S. 351 u. Bd. II. S. 46 (c. 9 in VI de sent. exc. V. 11) gedachten Privilegien der Kardinäle und der Bischöfe betreffs der Strafandrohungen für ihre Person beruht, sind die fraglichen Ämter mit Ausnahme der Kardinalate Benefizien im vollsten Sinne des Wortes, und es liegt auch kein innerer Grund vor, gerade die Realsimonie in Betreff der höheren Ämter von der Strafandrohung auszunehmen, um so weniger, als Eugen IV. 1434 u. c. 2 in Extr. comm. cit. h. t. ausdrücklich der Simonie bei ecclesiae, dignitates und quibusvis beneficiis und Pius V.: Cum primum 1566 §. 8 derjenigen bei dignitates erwähnen. S. aber noch die folgende Anmerkung.

[1] S. die Ausführung bei (A.-) Pennacchi 1, 822 und die vor. Anm., wennschon darüber Streit herrscht.

[2] S. 712.

[3] S. 713.

[4] S. 712. 713.

[5] Weil die const.: Apostolicae in Betreff der poenae vindicativae und des Thatbestandes, für welchen diese angedroht sind, nichts geändert hat, s. S. 657. 664.

Besondere Vorschriften enthält Julius II.: Cum tam divino 1505, b. T. 5, 405, s. auch S. 709 n. 2, über die Real- und Konventionalsimonie bei der Papstwahl. Danach trifft den simonistischen Kandidaten für den päpstlichen Stuhl die privatio ipso iure des etwaigen Kardinalates, aller bischöflichen Kirchen, Dignitäten, Benefizien, kirchlichen Pensionen und Kommenden und ewige Unfähigkeit zu solchen (§. 7), die simonistischen Kardinäle die päpstlich reservirte Exkommunikation l. s. (§. 10) und der ipso iure Verlust ihrer Kardinalsstellen, bischöflichen Kirchen, Prälaturen, Dignitäten, Benefizien und Kommenden, sowie ihrer Anrechte auf solche (§. 5, s. aber S. 669 n. 9), die Vermittler, Makler und Geldausleiher, selbst wenn sie die Patriarchen-, erzbischöfliche oder eine andere kirchliche oder auch eine hohe weltliche Würde, einschliesslich der eines königlichen oder fürstlichen Gesandten besitzen und sich bei der simonistischen Wahl betheiligt haben, der ipso iure Verlust aller ihrer Kirchen, Benefizien, Prälaturen, Lehne, Güter und Würden, die Unfähigkeit zu ähnlichen Würden ipso iure, sowie die Vermögenskonfiskation ipso iure bei Unterthanen der römischen Kirche zu Gunsten der letzteren, bei anderen zu Gunsten des Fürsten, in dessen Territorien die Güter gelegen sind, und wenn dieser sie nicht innerhalb 3 Monat nach erlangter Kenntniss einzieht, gleichfalls zu Gunsten der römischen Kirche (§. 6).

Abgesehen von der Exkommunikation für die Kardinäle sind diese Strafen, soweit sie nicht heute, wie der Verlust der weltlichen Würden, der Lehne und der Vermögenskonfiskation, unpraktisch sind, noch in Kraft. Die erstere ist aber gleichfalls, da es sich speziell um die Wahl des Papstes handelt, durch die const.: Apostolicae v. 1869 aufrechterhalten, s. o. S. 661 n. 5.

[6] Zuerst Pius IV.: Romanum pontificem 1564, b. T. 7, 305; die weiteren päpstlichen Konstitutionen s. in den folg. Anmerkungen.

schweigenden Vereinbarung (*confidentia*)[1], dass der letztere ihm[2] oder einem dritten die Einkünfte des Benefiziums oder einen Theil derselben als Pension, ohne dass die betreffenden Bezüge diesen Personen von rechtswegen gebühren, gewährt oder gleichviel, ob zugleich eine derartige Pensionsleistung für die Zwischenzeit verabredet wird, ihm oder einem Dritten das Benefizium später wieder abtritt[3]. Die letztgedachte Übereinkunft kann dahin gehen, dass demjenigen, welcher dem anderen bei einem Kollator ein Benefizium verschafft hat[4] oder welcher selbst ein von ihm noch nicht in Besitz genommenes Benefizium übertragen erhalten hat und zu Gunsten des Dritten auf das letztere verzichtet, das Recht zugestanden wird, das Benefizium nach bestimmter Zeit oder beim Eintritt gewisser Voraussetzungen[5] für sich zu verlangen[6] (*simonia per ingressum*[7]), ferner dahin, dass Jemand, welcher nach Erlangung eines Benefiziums und des Besitzes desselben zu Gunsten eines Dritten darauf verzichtet, sich das Recht vorbehält, dass er selbst oder eine andere von ihm bezeichnete Person unter gewissen Umständen[8] das Benefizium wieder zurückerhält[9] (*simonia per regressum*[10]), endlich dahin, dass demjenigen, welchem ein Benefizium blos übertragen wird, um es für einen anderen[11] künftighin zu reserviren, dabei die Verpflichtung auferlegt wird, es seiner Zeit oder nach Belieben des Kollators oder Patrons dem letzteren oder einer sonst zu bezeichnenden Person zu überlassen[12] (*simonia per accessum*[13]).

[1] Diesen Ausdruck kennt schon Pius IV. 1564 cit. §. 1.

[2] Die Zwecke, zu denen derartige Geschäfte geschlossen wurden, ergiebt Pius' V.: Intolerabilis 1569 §. 2, b. T. 7, 754: „Multi enim ipsa beneficia iure retinere nequeuntes, alii ne cogantur ad sacros ordines, ad residentiam, ad incedendum in habitu clericali, ut ad bellum proficiscantur, ut inimicos occidant, alii, ut alieno nomine lites agant aut defendant, alii propter crimina incapaces, quidam, ut purgato delicto vel absolutione consecuta, illa repetant, eadem in alios deponunt et in plerisque fructus ipsorum aut eis ministrantur aut quibus ipsi statuunt, saepe laicis et inhabilibus . . . Ad haec plerique ordinarii et collatores ac etiam patroni laici curant deponenda beneficia, ut fructus seu pensiones capiant eorumdem aliisve faciant ministrari.“

[3] Eine in der Minderzahl verbliebene Ansicht verlangt, dass die Einkünfte einem Dritten, nicht dem Resignanten oder Kollator vorbehalten bleiben müssen, gestützt darauf, dass Pius V. cit. §. 3 nur sagt: „si beneficii fructus . . . alii vel aliis concedantur“, aber da die von Pius V. cit. bestätigte const. Pius' IV. cit. §. 1 auch des erstgedachten Falles („sibi“) gedenkt, nimmt die herrschende Meinung mit Recht in diesem ebenfalls die simonia confidentialis als vorliegend an, Reiffenstuel V. 3 n. 37; (A.-) Pennacchi 1, 880. 881; Heiner S. 198.

[4] Pius V. l. c. §. 2 „alii aut incapaces aut aliis beneficiis ecclesiasticis onusti aut ecclesiastico ordini sese mancipare refugientes aut mere laici beneficia ecclesiastica aliis conferenda procurant, ut de illis postmodum ad libitum suum disponatur, fructus etiam percipientes illorum.“

[5] Also z. B., wenn Derjenige, welcher das Benefizium zuerst erhalten hat, stirbt, es durch Verzicht aufgiebt oder aus einem anderen Grunde (z. B. wegen Erlangung eines zweiten damit inkompatiblen Benefiziums) nicht mehr behalten kann.

[6] In der Doktrin wird blos der hier gedachte, nicht der zu Anm. 4 angeführte Fall erwähnt, Reiffenstuel V. 3 n. 33; Schmalzgrueber V. 3 n. 39; (A.-) Pennacchi 1, 880; Heiner S. 194.

[7] Diese Bezeichnung und auch die: *per regressum* u. *per accessum* kennt schon Pius IV.: Romanum pontificem cit. §. 1.

[8] S. Anm. 5 u. 6. Vgl. auch Pius V.: Intolerabilis 1569 cit. §. 3: „si quis crimine aliquo absolutus aut cum quo super irregularitate dispensatum est, denuo receperit quacumque auctoritate ecclesiam, monasterium vel aliud beneficium ecclesiasticum quod ante vel post commissum delictum aut contractam irregularitatem dimiserit.“

[9] Vgl. die Anm. 6 citirten Schriftsteller.

[10] S. Anm. 7. Schon Trid. Sess. XXV (1563) c. 7 de ref. verbietet aber ohne Strafandrohung, dass ein regressus oder accessus auf ein kirchliches Benefizium irgend welcher Art zugelassen werde. Vgl. auch Bd. III. S. 283.

[11] Z. B. weil dieser noch zu jung ist.

[12] S. die Anführungen in Anm. 6. Gleich steht der Fall, dass statt des Benefiziums blos eine Pension aus demselben gewährt werden soll, Pius V.: Intolerabilis l. c.: „si ordinarius vel alius collator . . . contulerit . . . aut conferat in futurum beneficium ecclesiasticum quovis modo vacans ea conditione tacita vel expressa, ut postea in alterum pro arbitrio collatoris seu alterius cuiuscumque contra iuris communem ordinationem, disponatur, sive ut de eo provisus fructus illius vel partem ad utilitatem vel conferentis vel decedentis aut alterius relinquat et remittat seu pensionem illi vel illis quem et quos idem collator aut cedens vel alius per se vel alium scripto vel verbo iusserit seu significaverit, persolvat; et pariter, si a patrono, etiam laico vel alteri praesentatori seu electori contigerit aut con tingat id fieri.“

[13] Vgl. o. Anm. 7 u. 10. Derjenige, welcher das Benefizium in confidentiam erhält, d. h. es

Wesentlich für die simonia confidentialis ist demnach eine ausdrückliche oder stillschweigende Übereinkunft einer der vorstehend gedachten Arten[1]. Gleich steht aber (obschon eine blosse Hoffnung desjenigen, welcher das Benefizium in confidentiam überlässt, der Empfänger des letzteren werde ihm später den ingressus, regressus oder accessus gewähren[2], nicht genügt), nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift[3], auch die durch Worte oder Zeichen geäusserte Absicht, denjenigen, welcher das Benefizium bekommt, in der gedachten Weise zu den erwähnten Verfügungen oder zur Gewährung von Einkünften aus demselben verpflichten zu wollen.

Ferner gehört zum Thatbestand, dass die Objekte der *simonia confidentialis*, nämlich auf der einen Seite die *res spiritualis* durch ein kirchliches Benefizium, welchem ausdrücklich Kirchen und Klöster gleichgestellt sind[4], auf der anderen die *res temporalis* durch die Zurückgewährung gerade des in confidentiam überlassenen Benefiziums oder durch die Entrichtung eines Theils der Früchte oder einer Pension aus dem letzteren gebildet werden[5].

Zur Vollendung des Verbrechens der *simonia confidentialis* ist nicht blos eine Vereinbarung der gedachten Art erforderlich, sondern auch, dass das Benefizium bereits

später wieder herausgeben soll, wird *confidentiarius* oder auch *fiduciarius* genannt, s. Aix 1585, Avignon 1594 c. 38 und Rheims 1583, Hardouin 10, 1574. 1857 u. 1300 n. 1.

[1] Und zwar eine abgesehen von ihrem simonistischen Charakter nicht aus einem anderen Grunde nichtige, z. B. weil bei der Resignation der dazu erforderliche Konsens des kirchlichen Oberen, Bd. III. S. 273. 277. 278, fehlt.

[2] Schmalzgrueber V. 3 n. 40. 41; (A.-) Pennacchi 1, 882.

[3] Allerdings sagt Pius V.: Intolerabilis §. 3 cit.: „Ut si quis quacumque auctoritate ecclesiam, monasterium aut aliud beneficium ecclesiasticum qualecumque ex resignatione vel cessione cuiuscumque personae simpliciter aut cum circuitu retrocessionis, cum regressu vel accessu etiam sola dimittentis intentione receperit, ut illa vel illud etiam in eventum regressus vel accessus eidem dimittenti vel alteri postea conferatur aut illius fructus vel eorum pars alii vel aliis concedantur vel pensiones solvantur ex eisdem, haec confidentia censeatur.“ Während man darüber einig ist, dass die erwähnte Absicht irgendwie zum Ausdruck gebracht sein müsse, weil weder Pius IV. noch Pius V. die Mentalsimonie ausdrücklich mit Strafen bedrohen, Schmalzgrueber V. 3 n. 42; (A.-) Pennacchi 1, 882, wird einerseits, s. Schmalzgrueber l. c., der hier gedachte Fall für strafbar, andererseits, sofern nicht eine Übereinkunft hinzukommt, s. Pennacchi l. c., für straflos erklärt. Gegen die letztere Ansicht spricht aber nicht nur die citirte Stelle, sondern auch der Schluss des §. 3, welcher nach Aufzählung der anderen Fälle der simonia confidentialis, s. S. 715 n. 8 u. a. a. O. n. 12, hinter dem ersten Citat die Worte anfügt: „in quibusvis horum casuum confidentiae pravitas sit contracta casusque huiusmodi litteris praedictis (d. h. der cit. const. Pii IV.) comprehendantur, ac si illis speciatim expressi fuissent, licet ipsius confidentiae crimen alterius tantum partis conscientia sit admissum.“

[4] S. die vor. Anm. am Anfang. Gemeint sind die bischöflichen Kirchen, die Kirchen der Prälaten und die Klöster der Äbte, also die Ämter der gedachten Würdenträger.

[5] Es liegt daher keine simonia confidentialis vor, wenn Jemand einem Anderen ein Benefizium verleiht oder zu Gunsten desselben auf ein solches verzichtet mit der Verabredung, dass der Verleiher oder Resignant ihm dafür ein anderes verschafft, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 883; Heiner S. 195, ebensowenig wenn ein Tausch von Benefizien mit den gedachten Abreden, also z. B. dass der Tausch unter Umständen rückgängig und jedem der Regress zu dem von ihm weggegebenen Benefizium zustehen oder dass einem der Kontrahenten eine Pension aus dem dem andern tauschweise hingegebenen Benefizium gewährt werden soll, denn auf die Aufgabe der Benefizien durch Tausch beziehen sich die betreffenden Konstitutionen Pius' IV. und Pius' V. nicht. Solche Geschäfte sind also nur dann, wenn sie beiderseits erfüllt sind, allein unter dem Gesichtspunkt der *simonia realis*, nicht aber dem der *simonia confidentialis* strafbar, Reiffenstuel V. 3 n. 39; Schmalzgrueber V. 3 n. 43; (A.-) Pennacchi 1, 884; Heiner S. 195, wogegen sich allerdings der Fall, dass der Kollator bei Genehmigung des Tausches oder bei Verleihung eines der von dem Tausch betroffenen Benefizien die Verabredung träfe, dass eins derselben nach bestimmter Zeit oder unter gewissen Voraussetzungen einer andern Person überlassen oder einePension aus demselben gezahlt werden solle, als simonia confidentialis qualifiziren würde, vgl. Pius V. cit. S. 715 n. 12: „beneficium quovis modo vacans“, d. h. also auch permutationis causa, so Reiffenstuel l. c. n. 40; Schmalzgrueber l. c. n. 44; (A.-) Pennacchi u. Heiner ll. cc.

in confidentiam gegeben und genommen worden ist, nicht aber dass derjenige, welcher es erhalten hat, auch schon seinerseits die Übereinkunft erfüllt hat [1].

Als Strafen [2] für das Verbrechen haben Pius IV. und Pius V. mit Rücksicht auf die weite Verbreitung desselben [3] die päpstlich reservirte Exkommunikation *l. s.* [4], die privatio beneficii aller früher erlangten Benefizien, Offizien, kirchlichen Verwaltungen und Pensionen [5], sowie die Unfähigkeit, solche wieder zu erwerben [6], und zwar auch für die Kardinäle [7] angedroht [8], und diese stehen noch heute in Kraft, mit

[1] Pius IV.: Romanum 1564 cit. §. 4 stellt nur das recipere in confidentiam und Pius V.: Intolerabilis 1569 §. 7 blos das recipere, retinere und das conferre unter Strafe. Ist aber das Verbrechen vollendet, so sind beide Theile, es sei denn, dass derjenige, welcher das Benefizium empfangen hat, keine Kenntniss von der Absicht des Gebenden, ihn zu den erwähnten Handlungen zu verpflichten, erhalten hat, S. 716 n. 3, strafbar. Darüber herrscht Einstimmigkeit, Reiffenstuel V. 3 n. 284; Schmalzgrueber V. 3 n. 272; Thesaurus l. c. P. II. simonia c. 3 p. 396; (A.-) Pennacchi 1, 881. Die *simonia confidentialis* wird also nicht schon als reine *conventionalis*, sondern erst als s. g. *mixta*, s. S. 709, bestraft.

[2] Abgesehen davon, dass alle derartigen Provisionen, Resignationen, Reservationen und Verfügungen über Benefizien und die Einkünfte derselben absolut nichtig sind, die betreffenden Benefizien ipso iure erledigt werden und der päpstlichen Verleihung, Bd. III. S. 156, unterliegen, sowie die Früchte der betreffenden Benefizien vom Tage der unrechtmässigen Erwerbung ab der apostolischen Kammer ipso iure zufallen, Pius IV. 1564 §§. 2. 3. 5 u. Pius V. 1569 §. 8.

[3] Gerade seine Verbreitung unter den Kardinälen hat Pius IV., welcher schon 1563 einzelne Spezialfälle in einem nur die Pfarrer und Benefiziaten betreffenden Motu proprio: Inter multiplices (nicht in den Bullarien, s. Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 239 n. 8) bei Strafe verboten hatte, nachdem seine Ermahnungen in einem geheimen Konsistorium fruchtlos gewesen waren, bewogen, 1564 die cit. Bulle: Romanum pontificem, s. §. 1, zu erlassen. Noch Sixtus V.: Pastoralis officii 1587, b. T. 8, 895, sah sich genöthigt, die Durchführung der Bullen Pius' IV. und V. in Frankreich besonders einzuschärfen, zugleich aber die Strafen zu mildern.

Von den Provinzialsynoden ordnet Mailand 1565 II. 11, Hardouin 10, 658, die jährliche Publikation der const. Pius' IV. cit., dagegen dann Mailand 1573 I. 10, Hardouin 10, 777, die der const. Pii V. auf den Diöcesansynoden, Tours 1583 c. 5, ibid. p. 1399, ausserdem auch einmal jährlich in jeder Pfarrei, Bordeaux 1624 XV. 2, l. c. 11, 100, ebenfalls daneben eine Publikation in den Pfarreien an. Bourges 1584 II. 2, l. c. 10, 1461, fordert bei Vermeidung der S. 571 n. 5 gedachten Strafen die Ableistung eines Eides, dass die zu Benefizien Beförderten dieselben nicht in confidentiam oder durch Simonie erlangt haben. Vgl. Rouen 1581, ibid. p. 1229 n. 31, und Narbonne 1609 c. 45, l. c. 11, 45, welche diejenigen, die Benefizien in confidentiam nehmen, als Packesel, clitellarii asini oder custodes bezeichnen, Avignon 1597 c. 38, l. c. 10, 1857, wo sie *custodini* genannt werden. S. auch die folgenden Anmerkungen.

[4] Pius IV. cit. §. 4 u. Pius V. cit. §. 8. Die öffentliche Verkündung der so der Exkommunikation Verfallenen schreiben vor Rouen 1581 cit., Rheims 1583, Hardouin 10, 1300 n. 1; Bordeaux 1583 c. 23, ibid. p. 1,364; Bourges 1584 XL. 7, ibid. p. 1503; dagegen nur Bezugnahme auf die const. Sixtus' V. cit. in Toulouse 1590 IV. 5, l. c. p. 1823.

[5] Pius IV. cit. §. 2 u. Pius V. cit. §. 8, deren Besetzung dem Papst reservirt bleibt.

[6] Pius V. cit. §. 8. Obwohl diese Strafen ausdrücklich als poenae l. s. verhängt sind, wird namentlich bei der zur vorigen Anm. gedachten, Reiffenstuel V. 3 n. 285; (A.-)Pennacchi 1, 889, zum Theil auch bei der ebengedachten erst eine besondere deklaratorische Sentenz verlangt, vgl. Schmalzgrueber V. 3 n. 271, was mit der bereits o. S. 651. 652 besprochenen, irrigen Auffassung zusammenhängt.

[7] Pius IV. cit. §. 4 setzt für diese und die Prälaten allerdings das interdictum ingressus ecclesiae fest, Pius V. hat dagegen in einer besonderen Deklaration: Hodie 1539, b. T. 7, 758, zu seiner const. cit. behufs Beseitigung erhobener Zweifel bestimmt, dass die Strafen und Censuren derselben, also auch die Exkommunikation, auf die Kardinäle Anwendung finden sollen.

[8] Bourges 1584 XXVI. 2, Hardouin 10, 1487, S. 572 n. 3, reiht den gemeinrechtlichen Strafen noch die Deposition, s. o. S. 574, an, und Bordeaux 1624 XV. 1, l. c. 11, 130, bestimmt ferner, dass der schuldige Geistliche „in monasterium ad vilia ministeria praestanda detrudatur vel intra provinciam ad suorum ordinum functionem numquam recipiatur omni spe misericordiae . . . eidem sublata, nisi tamen tanta fuerit eiusdem poenitentia, ut a sanctissimo domino nostro rehabilitatus et functionibus ordinum restitutus a proprio suo ordinario alicui ecclesiae constituatur famulaturus“.

Ferner bedroht Bordeaux cit. XV. 2 auch die mediatores, adiutores, favorem, consilium, auxilium dantes, welche gemeinrechtlich bei der simonia confidentialis nicht mit Strafe belegt sind, (A.-)Pennacchi 1, 886, mit der dem Papst reservirten Exkommunikation l. s. und ordnet die öffentliche Verkündung derselben als Exkommucirter an; das letztere bestimmt auch schon Aix 1585, Hardouin 10, 1514, für clerici tam nefandae fraudis et usurpationis fabricatores et fautores, welche es ausserdem den Strafen der

der Massgabe, dass die const. Pii IX.: Apostolicae von 1869[1] die reservirte Exkommunikation nur für die Konfidentialsimonie bei Benefizien im eigentlichen Sinne[2] aufrechterhalten hat[3].

Das Tridentinum bedroht weiter[4] die Examinatoren beim Pfarrkonkurse, welche aus Anlass desselben vor- oder nachher von den Prüfungskandidaten irgend etwas[5] annehmen[6], und die letzteren, welche den ersteren bei dieser Gelegenheit irgend etwas geben, mit der Unfähigkeit, Benefizien zu erlangen[7],

privatio beneficii, der Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern und der suspensio a divinis eo ipso unterwirft.

[1] L. c. n. 19: „Reos simoniae confidentialis in beneficiis quibuslibet, cuiuscumque sint dignitatis."

[2] Vgl. dazu S. 713 n. 9, also mit der Änderung, dass der von Pius IV. und V. erwähnten monasteria, d. h. der Regular-Prälaturen, s. a. a. O. und S. 716 n. 3, nicht mehr gedacht wird.

Ob die Kardinäle noch von der Strafandrohung Pius' IX. betroffen werden, ist streitig, dafür Heiner S. 198, dagegen (A.-)Pennacchi 1, 887, weil sie nicht ausdrücklich genannt sind. Wenn letzterer aber, um den Worten: „cuiuscumque sint dignitatis" irgend welche Tragweite zu geben, unter diesen die den Kardinälen gleich privilegirten Bischöfe begreift, so kann man die ersteren ebenfalls nicht ausschliessen, um so weniger, als zur Aufhebung des Privilegs der Kardinäle schon eine allgemeine Klausel hinreichend erscheint, wenn dieselbe in ihrer Fassung die Beziehung auf die Kardinäle rechtfertigt, s. Bd. I. S. 351 n. 9 a. E.

[3] Eine gewisse Verwandtschaft mit der simonia confidentialis haben folgende, von den Päpsten mit Strafen bedrohte Fälle:

1. Paul IV.: Inter ceteras 1557, b. T. 6, 528, hat in Anhalt an eine frühere Bestimmung, siehe S. 243 n. 1, diejenigen, welche bei Benefizien päpstlicher Kollation die vorgeschriebene Befähigungsprüfung unter falschem Namen ablegen und dadurch Benefizien zu erlangen suchen, um sich mit denjenigen Personen, deren Namen sie sich ohne deren Wissen beigelegt haben, darüber vortheilhaft abzufinden, oder von ihnen eine Pension oder einen anderen Vortheil zu erlangen oder welche mit ihren eigenen Namen sich derartige Benefizien in der Absicht, sie nachher gegen die gedachten Vortheile oder ohne solche abzutreten, verschaffen, selbst wenn sie Bischöfe, Kardinäle oder königlichen Ranges sind, mit der dem Papst reservirten Exkommunikation l. s., ferner mit dem eo ipso Verlust aller Säkular- und Regular-Benefizien, sowie Kommenden und mit der ebenfalls eo ipso eintretenden Unfähigkeit, solche zu erwerben, bedroht, indessen hat die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 die Exkommunikation nicht aufrechterhalten. Vgl. auch Thesaurus l. c. P. II. s. v. simonia c. 5 p. 398.

2. Die const. Benedikts XIV.: Universalis 1741, bull. Bened. 1, 31, verbietet bei Strafe der Exkommunikation — diese ist als censura ferendae sententiae durch Pius IX. nicht beseitigt worden — die Veräusserung der Früchte oder Einkünfte von Benefizien seitens der Benefiziaten auf Lebenszeit oder auf längere Zeitdauer an andere gegen eine oder mehrere Pauschalzahlungen unter gleichzeitiger Nichtigkeitserklärung solcher Geschäfte.

3. Endlich erklärt die const. Benedikts XIV.: In sublimi 1741, ibid. p. 32, Verträge, durch welche Geistliche auf ihre Benefizien und Offizien zu Gunsten anderer unter Vorbehalt einer päpstlich zu genehmigenden Pension und der späteren Ablösung der letzteren seitens des Begünstigten durch eine Pauschsumme verzichten, als einen verschleierten Verkauf von Benefizien für nichtig, setzt als Strafen für den Resignanten und Resignatar den ipso iure Verlust jedes Anrechts an dem Benefizium und Inhabilität zur Erwerbung aller Benefizien fest und schreibt weiter die Herausgabe der vom Resignanten simonistisch empfangenen Gelder an fromme Stiftungen oder für Armenzwecke nach Ermessen des Bischofs vor. Vgl. auch Thesaurus l. c. c. 17 p. 407.

[4] Sess. XXIV. c. 18 de ref.: „Caveantque, ne quicquam prorsus occasione huius examinis nec ante nec post accipiant; alioquin simoniae vitium tam ipsi quam alii dantes incurrant, a quo absolvi nequeunt, nisi dimissis beneficiis, quae quomodocunque etiam antea obtinebant et ad alia in posterum inhabiles reddantur. Et de his omnibus non solum deo, sed etiam in synodo provinciali, si opus erit, rationem reddere teneantur, a qua, si quid contra officium eos fecisse compertum fuerit, graviter eius arbitrio puniri possint."

[5] Aslo auch freiwillige noch so geringfügige Gaben, Garcias tract. de beneficiis P. IX. c. 2 n. 375. 390; Thesaurus l. c. P. II. simonia c. 4, p. 398.

[6] Das Vergehen ist also vollendet, wenngleich nur einer der Examinatoren etwas angenommen hat, ohne Rücksicht darauf, ob dies in Betreff der anderen der Fall und auf die Abstimmung von Einfluss gewesen ist oder nicht. A. M. Thesaurus l. c. p. 398.

[7] Dass der Kandidat das zum Konkurs ausgeschriebene Benefizium nicht erhalten kann, ergiebt sich daraus, dass ein unter den bewandten Umständen (s. die vor. Anm.), erfolgter Erwerb als simonistischer gilt, Thesaurus l. c. p. 397.

Wenn behauptet wird, dass beide Theile ausserdem auch der Exkommunikation verfallen und ihrer bisher innegehabten Benefizien verlustig gehen, vgl. Thesaurus l. c., so ist dies nicht richtig. Das Trid. l. c. bestimmt vielmehr blos, dass sie sich der Sünde der Simonie schuldig machen, und ihnen die sakramentale Lossprechung

und die Examinatoren ausserdem mit arbiträrer, von der Provinzialsynode zu verhängender Strafe[1].

Ausser der Simonie bei der Erlangung von Weihen und Ämtern ist ferner diejenige beim Eintritt in den Ordensstand mit besonderen Strafen belegt[2].

Die Vorsteher von Ordensniederlassungen jeder Art[3], ihre Offizialen und ihre Kapitel, welche von den in den Orden eintretenden Personen[4] direkt oder indirekt Geschenke irgend welcher Art, z. B. in Geld, Werthsachen oder Lebensmitteln, fordern[5] und annehmen[6], unterliegen ebenso wie diejenigen, welche solche Geschenke auf eine derartige Anforderung geben, der dem Papst speziell reservirten Exkommunikation *l. s.*[7] — die Kapitel der letzterem gleichfalls in derselben Weise vorbehaltenen Suspension[8] —, ferner der Strafe der ipso iure eintretenden Infamie[9] und der Einschliessung in ein Kloster mit strengerer Regel zu lebenslänglicher Busse[10].

Die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869, welche die zuletzt gedachten Strafen nicht berührt[11], hat die Suspension für die Kapitel beseitigt[12], dagegen die dem Papste[13] reservirte Exkommunikation, als ihm nur schlechthin vorbehalten, in Kraft gelassen[14], und sie andererseits auf jede Realsimonie[15] bei der definitiven Professablegung[16] in einem päpstlich approbirten Orden ausgedehnt[17].

nicht eher ertheilt werden darf, als sie die gedachten Benefizien freiwillig aufgegeben haben, München 2, 309.

1 S. 718 n. 4, was freilich da, wo die Provinzialsynoden nicht gehalten werden, unpraktisch ist.

2 c. 1 (Urban IV. o. V., s. oben S. 363 n. 4) in Extrav. comm. h. t.

3 Auch der exemten Ritter- und Frauen-Orden l. c.

4 Die Ausdrücke in c. 1 cit.: „recipere ad regularem observantiam“ und „ingredi in religionem“ (auch das auf c. 1 basirende Sens 1460—1485 III. 3, Hardouin 9, 1537, spricht von „ingressus religionis“) hat die herrschende Meinung blos auf die Ablegung der Profess, nicht schon auf die blosse Aufnahme unter Gestattung der Anlegung des Ordenskleides und auf die Zulassung zum Noviziat bezogen, Reiffenstuel V. 3 n. 255; Schmalzgrueber V. 3 n. 259; (A.-)Pennacchi 1, 896 (a. Ans. Thesaurus l. c. c. 10 p. 403), ebensowenig auf die Aufnahme eines Religiosen, welcher vorher in einem anderen Kloster oder Orden Profess geleistet hat. Simonie liegt zwar in diesen Fällen ebenfalls vor, aber sie ist nicht mit besonderen Strafen bedroht, kann also nur arbiträr bestraft werden, denn Trid. Sess. XXV. c. 16 de reg., welches die Hingabe und Annahme irgend eines Theiles des Vermögens des Novizen durch dessen Eltern, Verwandte oder Kuratoren vor der Professleistung bei Strafe des Anathems verbietet und nur die Bezahlung des Unterhalts und der Kleidung wegen des Noviziates gestattet, handelt nicht von der Simonie.

5 Gestattet und straflos ist die freiwillige Hingabe und die Annahme des so Gebotenen, c. 30 (Innoc. III.) X h. t. u. c. 1 cit. Extrav. comm. h. t.; ferner die Erhebung eines Beitrags zum Unterhalt bei armen Klöstern und bei Frauenorden das Verlangen einer dos, s. o. S. 707 n. 1.

6 Das blosse Versprechen und die blosse Vereinbarung begründet die Strafbarkeit noch nicht, s. c. 1 cit., ebensowenig ist auch eine durch munus a lingua oder ab obsequio begangene Simonie unter Strafe gestellt.

7 c. 1 cit. („licentia speciali“).

8 c. 1 cit. Vgl. über dieselbe S. 608 n. 4 a. E.

9 c. 1 cit.; Reiffenstuel n. 253; Schmalzgrueber l. c. n. 251 u. Thesaurus l. c.

10 c. 25 (Clem. III.) c. 30 (Innoc. III.); c. 40 (Later. IV.) X h. t. u. c. 1 in Extr. comm. h. t. cit.

11 Allerdings ist die lebenslängliche Einschliessung in ein Kloster nicht mehr durchführbar.

12 Denn diese ist nicht mehr erwähnt.

13 Nicht speciali modo, s. Anm. 7.

14 L. c. n. 10: „Reos simoniae realis ob ingressum in religionem.“

15 Damit ist die Anm. 6 a. E. gedachte Beschränkung fortgefallen, weil Realsimonie auch auf die dort erwähnten Arten begangen werden kann, so auch (A.-)Pennacchi 1, 895.

16 Die Worte: „ob ingressum religionis“ müssen auch hier in demselben Sinne, wie früher, s. o. Anm. 4, verstanden werden.

17 Nicht aber in den ordensähnlichen Kongregationen, in welchen blos vota simplicia geleistet werden, denn mit religio wird nur ein Orden im eigentlichen Sinne bezeichnet. Aus demselben Grunde finden weder die Vorschriften des älteren Rechts noch die der const. Pii IX. auf diejenigen Novizen der Männerorden Anwendung, welche nach dem Noviziat in Gemässheit der const. Pii IX.: Neminem latet v. 1857, Bd. I. S. 13 n. 5 u. S. 75 n. 6, zunächst die vota simplicia abzulegen haben, ehe sie nach drei Jahren die definitive Profess, d. h. die feierlichen Gelübde, leisten können, ferner auch nicht auf die Jesuiten, welche erst die vota simplicia abgelegt haben, denn wenngleich die Ableistung der letzteren in ihren rechtlichen Wirkungen der der solemnia in

Weiter gehört die Simonie in Betreff der Ablässe und anderer Indulgenzen hierher. Die Missbräuche bei Verkündung derselben, welche trotz früherer Verbote[1] fortdauerten[2], ja selbst, nachdem sie den Anlass zum Auftreten Luthers gegeben hatten, und das Institut der Quästoren oder Quästuarier vom Tridentinum wegen der Unverbesserlichkeit derselben aufgehoben worden war[3], immer wieder hervortraten[4], veranlassten Pius V. zu besonderen Massnahmen[5]. Er setzte auf die Veröffentlichung[6] von Bekanntmachungen und Schreiben, in welchen die Gewährung von Ablässen und anderen päpstlichen Gnaden[7] unter Angabe der zu erlegenden Geldsumme kundgegeben wird, und auf die nicht öffentliche Ertheilung solcher Gnaden[8] für Kardinäle und Bischöfe die dem Papste vorbehaltene Suspension l. s. ab ingressu ecclesiae und von dem Bezug der Früchte ihrer Kirchen[9], für andere Geistliche die ebenfalls päpstlich reservirte Exkommunikation l. s.[10], sowie die Konfiskation und Vernichtung der widerrechtlich erlassenen Bekanntmachungen und Gnadenbriefe[11]. Die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869[12], welche diese letztere Strafe, und zwar für den Umfang des von Pius V. bestimmten Thatbestands[13], unberührt lässt, hat die päpstlich reservirte Exkommunikation ausdrücklich aufrechterhalten, aber die Suspension für die Kardinäle und Bischöfe beseitigt[14], ferner für den Eintritt der Exkommunikation den Thatbestand in so weit geändert, als die Annahme des Geldes in allen Fällen erfordert wird[15], und als unter den simonistisch gewährten Gnaden[16] auf Absolution von päpstlichen Reservatfällen[17] allein diejenigen,

anderen Orden gleichgestellt ist, Bd. I. S. 13 n. 4 u. S. 75 n. 8, so liegt darin doch noch immer nicht eine wirkliche professio religiosa, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 899.

[1] S. 247 n. 11 u. S. 249 n. 10.

[2] Vgl. die Partikularsynoden des 15. Jahrh.: York 1466, Toledo 1473 c. 13, Sens 1485 c. 9, Hardouin 3, 1482. 1509. 1534, Freising 1440 c. 4 u. Köln 1452; Hartzheim 5, 279. 414, welche theils die früheren gemeinrechtlichen Anordnungen erneuern, theils besondere Strafen festsetzen.

[3] Trid. Sess. XXI. c. 9 de ref.

[4] S. Pius V.: Etsi dominici 1567, b. T. 7, 535 u. (A.-)Pennacchi 1, 929 n. 1, wodurch eine Reihe zu simonistischer Ausbeutung benutzter Ablässe widerrufen werden, vgl. auch über die Missbräuche in Spanien die in der folg. Anm. cit. Konstitution, welche zunächst durch diese veranlasst worden ist.

[5] Quam plenum 1569, b. T. 7, 735.

[6] Z. B. durch Anschlag an die Kirchthür.

[7] Nämlich: der Erlaubniss, sich einen beliebigen Priester zum Beichtvater zu nehmen, welcher den Beichtenden nach gehörter Beichte selbst von allen bischöflichen Reservatfällen, ja auch von einem päpstlichen („aliquo praeterea casu admixto, qui ad examen huius s. sedis esset omnino referendus“ s. §. 1 l. c.); der Erlaubniss zur Feier des Messopfers und der Vornahme des kirchlichen Begräbnisses während eines Interdikts, zum Genusse verbotener Speisen, zu der Annahme einer grösseren als der gestatteten Anzahl von Pathen und zur Ertheilung der Absolution von der dem Papst vorbehaltenen Simonie, s. §. 3.

[8] Const.: Quam plenum cit. §. 5, dagegen Heiner S. 204, welcher nicht zutreffender Weise behauptet, dass im ersten Fall das Geld gezahlt sein müsse. Richtig (A.-)Pennacchi 1, 937. 938.

Gleichgültig ist es, ob der angegebene Grund für die Verleihung, z. B. die Reparatur von Kirchen, die Errichtung von Bruderschaften oder die Förderung anderer Zwecke (§§. 3 u. 4 ibid.), blos vorgeschützt oder wahr ist, vgl. (A.-)Pennacchi 1, 938, da an sich immer Simonie vorliegt, und für den letzteren Fall keine Straflosigkeit festgesetzt ist.

[9] Const. cit. §. 6.

[10] L. c. Es ist falsch, wenn (A.-)Pennacchi 1, 34 diese als eine dem Papst speciali modo reservirte bezeichnet.

[11] Const. cit. §. 5.

[12] Exc. rom. pont. res. n. 11: „Omnes qui quaestum facientes ex indulgentiis aliisque gratiis spiritualibus excommunicationis censura plectuntur constitutione S. Pii V.: Quam plenum 2 Januarii 1569.“

[13] Denn Pius IX. hat denselben in Betreff der anderen Strafen nicht modifizirt.

[14] Sie ist in der const. Pii IX. nicht mehr aufrechterhalten.

[15] S. die Worte: „quaestum facientes“, so auch (A.-)Pennacchi 1, 938; Heiner S. 204.

[16] Durch die ausdrückliche Bezugnahme auf die const. Pii V. cit. ist die Ausdehnung auf andere Gnaden, als die in derselben bezeichneten, siehe Anm. 7, ausgeschlossen, (A.-)Pennacchi 1, 934. 937.

[17] Unter dem in §. 1 der const. cit. gedachten aliquis casus, s. Anm. 7, ist jeder beliebige päpstliche Reservatfall zu verstehen.

welche noch durch die Konstitution in Kraft erhalten sind, nicht diejenigen, welche zur Zeit des Erlasses der const. Pii V. in Geltung waren [1], in Betracht kommen [2].

In diesen Zusammenhang gehört ferner die Abgabe von Versprechungen, das Geben und Annehmen von Geschenken, um eine Gnade oder Berechtigung beim apostolischen Stuhl zu erlangen [3], sowie die Gewährung von Dispensationen seitens der Ordinarien zum Arbeiten an gebotenen Feiertagen gegen geldwerthe Vortheile [4]. Diesen Fällen reihen sich die schon nach dem gemeinen Recht mit besonderen Strafen bedrohte simonistische Spendung der Sakramente [5], die simonistische Veräusserung des Patronatrechts [6] und die Überlassung der Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion gegen Entgelt an [7].

1 Das hat namentlich Bedeutung für die päpstlichen Reservatfälle bei der Simonie, siehe S. 720 n. 7.

2 Für die Käufer der Ablässe und Gnaden und die Gehülfen bei den Verbrechen sind keine Strafen festgesetzt. Selbstverständlich ist derjenige Obere, welcher die Ablässe durch andere bekannt machen lässt, aber das Geld einnimmt, als Thäter strafbar.

3 Diese Art der Simonie ist schon von Bonifaz VIII. c. 1 in Extrav. comm. de sent. exc. V. 10 mit der päpstlich reservirten Exk. l. s., von Johann XXIII.: Cum ex debito 1411 unter Ausdehnung auf die proxenetae, mediatores und tractatores mit derselben Strafe und für Laien auch mit dem ipso iure Verlust aller Lehne, Privilegien, Würden, Exemtionen und Gnaden belegt worden, S. 202 n. 9 u. S. 364 n. 5. Gregor XIII.: Ab ipso pontificatus 1574 §§. 2. 3, b. T. 8, 105, hat unter Bestätigung von c. 1 in Extr. comm. cit. noch die Strafen der privatio beneficii et officii ipso iure, die Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern, sowie die Infamie hinzugefügt und ausserdem auch das Handeln mit Gnadenexpeditionen, das Ambiren durch Geschenke und Versprechungen bei einflussreichen Personen, welche solche Gnaden vermitteln können, und das Vorspiegeln, auf solchen Wegen dies durch Geschenke und Geld bewirkt zu haben, sowie die Beihülfe, das Rathgeben und die Begünstigung bei diesen Handlungen unter dieselben Strafen gestellt. Von Alexander VII.: Inter gravissimas 1656, b. T. 16, 156, sind diese Strafen noch weiter ausgedehnt worden: 1. auf die Erlangung von Gnaden- und Rechtssachen zeitlicher und gemischter Natur, 2. auf die Erlangung von allen Gnaden und Berechtigungen nicht nur vom Papst, sondern auch von sämmtlichen Behörden am Orte der Kurie, 3. auf Versprechungen und Geben von Geschenken oder Annahme von solchen, um die Verleihung derartiger Begünstigungen zu verhindern und zu verzögern, 4. auf die Vermittelung aller derartigen Geschäfte und Handlungen, 5. auf Versprechungen und Gaben, welche so geringfügig sind, dass sie kaum Einfluss auf die Gewährung der Begünstigungen haben können, und 6. auf die Bischöfe, Erzbischöfe, Primaten, Patriarchen und Würdenträger höherer Stellung (d. h. Kardinäle), zugleich aber unter Ausnahme der den Kurialen üblicher Weise gewährten Esswaaren und Getränke, vgl. auch Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 350, und Innocenz XII.: Sacerdotalem 1699 c. 1700, s. b. T. 20, 907, hat diese Konstitution, welche zum Theil schon blosse Bestechungen, nicht mehr simonistische Geschäfte betrifft, nicht nur bestätigt, sondern auch noch erweitert, vgl. des Näheren Thesaurus l. c. c. 15 p. 406. Von den Strafen ist jetzt in Folge der const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 die in derselben nicht mehr vorbehaltene exc. l. s. entfallen.

4 Urban VIII.: Universi 1642 §. 3, b. T. 15, 206: „nonnisi gratis libere et sine ullo prorsus pretio aut pacto directe vel indirecte concedantur sub poenis gravioribus nostro successorumque nostrorum arbitrio infligendis.“ In Anhalt hieran verbietet Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 177, den vicarii foranei für solche Dispensationen Geld bei Strafe des carcer formalis und der Privation ihres Amtes zu nehmen. Schon früher hat Toledo 1473 c. 7, Hardouin 9, 1506, kirchlichen Richtern und Offizialen für dieses Vergehen die exc. l. f. angedroht.

5 (Abgesehen von der Ordination, s. o. S. 710) mit Infamie, c. 15 (Lateran. II. 1139) C. I qu. 3. Während ferner c. 100 (Trullanum 692) C. I qu. 1 für eine solche Spendung des Abendmahls, c. 99 (Gelasius I.) C. cit., der Taufe und Konfirmation die Deposition androhen, setzt c. 9 (Lateran. III. 1179) X h. t. V. 3, keine derartige Strafe mehr fest (nur „portionem cum Giezi noverit se habiturum“), c. 29 (Innoc. III.) X h. t. für die Spendung der Sakramentalien blos poena canonica. Auch Pius V.: Cum primum 1566 §. 9, b. T. 7, 434, ordnet für Simonie bei Spendung der Sakramente blos schwere Bestrafung an.

6 S. Bd. III. S. 81. Die Strafe ist ipso iure Verlust des Patronatrechtes, beim dinglichen blos Suspension der Ausübung für die Schuldigen, a. a. O. S. 76, a. M. Thesaurus l. c. c. 8 p. 401 und anscheinend auch Congr. conc. 1885, Acta s. sed. 18, 225. Ausserdem soll auch gegen den Schuldigen die Exkommunikation und das Interdikt (also Personal- oder Lokalinterdikt) verhängt werden, Trid. Sess. XXV c. 9 de ref.

7 c. 1 (Lateran. III.) X ne praelati vices V. 4 setzt darauf für den der Simonie schuldigen Vertreter die privatio officii und für den schuldigen Bischof den Verlust des Rechtes, ein solches Offizium zu übertragen, als poenae ferendae sententiae, während nach c. 2 (Alexander III.) eod.

Endlich kann in diesen Zusammenhang noch das Vergehen des unerlaubten Handels mit Messstipendien gestellt werden[1], welcher anscheinend erst seit dem 16. Jahrhundert aufgekommen ist[2]. Benedikt XIV.[3] hat diejenigen, welche Messstipendien zu der üblichen oder festgesetzten Taxe sammeln, um sie dann unter Zurückhaltung eines Theils der letzteren an demselben oder an einem anderen Orte gegen ein geringeres Stipendium celebriren zu lassen[4], Geistliche mit der dem Papst reservirten Suspension[5] *ipso facto* und Laien mit der in der gleichen Weise vorbehaltenen Exkommunikation l. s. bedroht, sowie den Bischöfen anheimgegeben, ausserdem gegen die Schuldigen noch mit weiteren arbiträren Strafen vorzugehen. Durch Pius IX.[6] ist einmal der Unterschied in der Bestrafung der Geistlichen und Laien aufgehoben worden, da die Exkommunikation l. s. auch für die ersteren unter Beseitigung der Suspension festgesetzt ist, und ferner die Tragweite dieser Strafe in sofern geändert, als sie nur solche trifft, welche derartige höhere Messstipendien sammeln[7] und dadurch einen Gewinn[8]

auch Absetzung und anderweite Bestrafung des Bischofs erfolgen kann.

Von Partikularkonzilien gehört hierher Toulouse 1590 IV. 2 (Verkauf der eigenen oder der Jurisdiktion seiner Kirche durch einen Prälaten oder Verpachtung oder sonstige entgeltliche Überlassung an einen Anderen, selbst einen Geistlichen, Exkommunikation l. s. für beide Theile, für den Veräussernden eo ipso auch Verlust des Anspruchs auf den Preis). — Wegen der Strafen der s. g. *simonia iuris ecclesiastici* s. o. S. 708 n. 2.

[1] Allerdings liegt hier keine Simonie im eigentlichen Sinne vor, weil nicht ein Spirituale gegen ein Temporale gegeben wird, immerhin wird aber das erstere indirekt dabei benutzt, um Gewinn zu erzielen, und auch Benedikt XIV., s. die folg. Anm., erklärt, dass ein solcher Handel „a simoniaca labe non longe abest".

[2] Namentlich in Piemont, Benedict. XIV.: Pro eximia 1741, bull. Bened. 1, 26, s. auch die folg. Anm.

[3] Quanta cura 1741, l. c. 1, 25.

[4] L. c. „qui eleemosynas seu stipendia maioris pretii pro missis celebrandis, quemadmodum locorum consuetudines vel synodalia statuta exigunt, colligens, missas retenta sibi parte earumdem eleemosynarum seu stipendiorum acceptorum sive ibidem sive alibi, ubi pro missis celebrandis minora stipendia seu eleemosynae tribuuntur, celebrari fecerit."

[5] D. h. der ab ordine oder auch bei Geistlichen mit Ämtern ab officio, s. S. 607. 608.

[6] Const.: Apostolicae 1869 cit. exc. rom. pont. reserv. n. 12: „Colligentes eleemosynas maioris pretii pro missis et ex iis lucrum captantes, faciendo eas celebrari in locis, ubi missarum stipendia minoris pretii esse solent."

[7] Es genügt also nicht, dass Jemand hin und wieder vereinzelt ein solches Stipendium annimmt und die Messe gegen ein geringeres celebriren lässt. Ebenso wenig fällt es unter den Thatbestand, wenn Jemand die Messen, welche ihm zur Persolvirung angeboten sind, einem Andern überlässt, vielmehr ist erforderlich, dass der Betreffende eine Mehrzahl von Messstipendien absichtlich, um sie auszuthun, annimmt, sich also auch bemüht, solche zu erlangen, oder mindestens eine ihm freiwillig angetragene grössere Zahl in derselben Absicht acceptirt, gleichviel, ob ihm eine solche von einer oder mehreren verschiedenen Personen angeboten wird, (A.-) Pennacchi 1, 950. 951, denn nur dann liegt ein „colligere" (Sammeln) vor. Gewohnheits- oder gewerbsmässig braucht dagegen das Sammeln nicht betrieben zu werden. Endlich ist es unerheblich, ob der Sammler kraft seines Amtes, wie z. B. der Sakristan, die betreffenden Messen entgegenzunehmen hat, oder ob dies nicht der Fall ist, wie bei dem Laien, der solche Sammlungen veranstaltet.

Endlich können praktisch nur s. g. Manualmessen, Bd. IV. S. 205, oder solche, welche kraft einer Fundationsverpflichtung zu lesen sind, also diejenigen, bei denen es sich nicht um ein Messbenefizium oder um eine einem anderen Benefizium obliegende Last handelt, in Frage kommen. Allerdings sind sie an sich, a. Ansicht (A.-) Pennacchi 1, 954. 956, durch das Gesetz nicht ausgenommen, aber es ist bei diesen ein derartiger Handel kaum möglich.

[8] Nach Benedikt XIV. cit. genügt schon die blosse Zurückhaltung eines Theils des Stipendiums, gleichviel zu welchem Zweck dasselbe verwendet werden soll. Nach Pius IX. muss dies aber geschehen, um selbst einen Gewinn zu machen. Daher verfällt derjenige, welcher die Differenz einem guten oder frommen Zweck, z. B. zum Bau von Kirchen, zur Unterstützung von Armen, wennschon er eine Unterschlagung oder nach der Ansicht einiger Kommentatoren, so z. B. Heiner S. 206, einen Diebstahl begeht, nicht der hier fraglichen Strafandrohung, s. a. a. O. u. (A.-) Pennacchi 1, 975.

Dass aber der Gewinn so gross sein muss, dass der Betrag ein für einen Diebstahl erhebliches Objekt ausmachen würde, so Varceno compend. theol. moralis 2, 475, wird durch die const. cit. nicht gerechtfertigt, ebenso wenig aber auch, dass der Gewinn nach der Zahl der Messen, welche nöthig sind, um den Begriff des Sammelns auszumachen, bestimmt wird, (A.-) Pennacchi 1, 983, denn es soll jedes Sammeln an sich, wo-

ziehen[1], dass sie dieselben[2] gegen ein niedrigeres Stipendium lesen lassen[3].

Für andere als die besprochenen Fälle der Simonie sind gemeinrechtlich keine Strafen festgesetzt[4]. Da aber jede Simonie verboten ist und ein schweres kirchliches Vergehen bildet[5], so können die Partikularsynoden für solche nicht gemeinrechtlich bedrohten Gestaltungen des Verbrechens ihrerseits Strafen festsetzen[6] und auch die Bischöfe mit arbiträrer Bestrafung einschreiten[7], selbst in dem Fall, dass blos eine simonia conventionalis in Frage steht[8], während dies dagegen bei der simonia mentalis nicht statthaft erscheint[9].

§. 308. bb. *Die Beeinträchtigung der päpstlichen Jurisdiktion.*

1. Die Appellation vom Papst an ein allgemeines Konzil. Zuerst hat Pius II.[10] in seinem Bestreben, die kirchliche Entwickelung gegenüber den auf den Reformkonzilien hervorgetretenen Tendenzen in die mittelalterliche Bahn zurückzuleiten[11], die Erhebung der Appellation gegen irgend welche Urtheile, Anordnungen und Mandate des Papstes an ein zukünftiges Konzil für ein kirchliches Verbrechen erklärt und die Appellanten, die Adhärenten einer solchen Appellation, die Berather, Gehülfen oder Begünstiger[12] (einschliesslich der dabei betheiligten Zeugen und Notare) mit schweren Strafen[13] bedroht. Diese Strafandrohungen sind demnächst[14] von Julius II. unter Bestätigung derselben insofern erweitert worden[15], als er die Zuwiderhandeln-

durch Gewinn, und zwar gleichviel in welcher Höhe, erzielt wird, bestraft werden. Diese Handlungen erachtet die const. für ein so schweres Vergehen, dass sie dieselben mit der Exkommunikation bedroht, und daher ist es auch unrichtig, wenn Heiner S. 207 verlangt, dass der Betrag mindestens 3 Mark übersteigen müsse, weil jede Censur ein schweres Vergehen voraussetze.

1 Das Vergehen ist demnach erst vollendet, und die Exkommunikation tritt erst ein, wenn der Sammler einen Theil der Messstipendien zurückbehält, nicht schon dann, wenn er die Messstipendien blos in Empfang genommen und noch wegen der Unterbringung der Messen unterhandelt, (A.-) Pennacchi 1, 975; Heiner S. 207.

2 Mit Rücksicht auf die Worte „in locis" der const. Pii IX., s. S. 722 n. 6 (s. dagegen Benedikt XIV. cit., a. a. O. n. 4 „ibidem sive alibi") ist ein lebhafter Streit darüber geführt worden, ob die Strafbarkeit nur dann anzunehmen sei, wenn die Messen an einem anderen Orte, als dem Ort der Sammlung, gelesen werden sollen, oder ob es schon dazu genügt, dass dies an demselben Orte gegen ein geringeres Stipendium geschieht. Die überwiegende Meinung verlangt zwar das erstere, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 945. 946; Heiner S. 206, aber absolut deutlich ist dies nicht in der const. Pii IX. gesagt, und es ist sehr wohl möglich, dass dem Sammler Messstipendien aus anderen Orten, an denen höhere Messstipendien üblich sind, angeboten werden und er die Messen an seinem Wohnort zu einer geringeren Taxe lesen lassen kann. Daher hat die Congr. inquis. 1892 sich mit Recht für die letztere Meinung entschieden. Arch. f. k. K. R. 68, 177.

3 Über eine andere, ebenfalls strafbare Art des Handels mit Messstipendien vgl. S. 660 n. 1 u. 7.

4 Vgl. Reiffenstuel V. 3 n. 229; Schmalzgrueber V. 3 n. 277, welche freilich blos von den poenae latae sententiae sprechen.

5 Vgl. o. S. 161 ff. 703.

6 Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 190, suspensio a divinis ipso iure für die Examinatoren, welche vor oder nach der Prüfung der Weihekandidaten etwas annehmen, und für die letzteren, welche ihnen etwas geben.

7 Reiffenstuel V. 3 n. 250.

8 D. S. Konstanz 1609 II. 12 n. 6; Hartzheim 8, 902, s. o. S. 629 n. 11.

9 Vgl. S. 706 n. 8.

10 Execrabilis 1459, b. T. 5, 149.

11 Bd. III. S. 420.

12 Einschliesslich der Kaiser, Könige und Bischöfe.

13 Der dem Papst vorbehaltenen Exk. l. s., Korporationen und Kollegien dem Interdikt l. s., sowie den Strafen des Majestätsverbrechens und der Begünstigung der Ketzerei.

14 Nachdem Sixtus IV. 1483 die Bulle Pius' II. erneuert hatte, Pastor, Gesch. der Päpste 1. A. 2, 537.

15 Suscepti regiminis 1509 §§. 5. 6, b. T. 5, 479.

den als Schismatiker auch mit den Strafen des Schismas[1] belegt und alle Strafen auf diejenigen, welche in berathenden und beschliessenden Versammlungen, wie in Senaten, Konsilien, Parlamenten, Synoden, stillschweigend oder ausdrücklich, mündlich oder schriftlich über solche Appellationen berathen oder beschlossen oder ihnen zugestimmt haben, ausgedehnt hat. Gregor XIII.[2] hat die Exkommunikation (und das Interdikt gegen Korporationen) der Bulle: Coena eingefügt[3], und seitdem ist dieser Fall ein dauernder Bestandtheil derselben bis zu ihrer Beseitigung geblieben[4]. Auch von der const. Pius' IX.: Apostolicae ist derselbe aufrechterhalten worden[5]. Sie bedroht mit der dem Papst auf spezielle Weise vorbehaltenen Exkommunikation *l. s.* alle jedweden Ranges und Standes[6], welche von Anordnungen und Befehlen[7] des regierenden Papstes[8] an ein zukünftiges[9] allgemeines Konzil appelliren, und diejenigen, welche diesen zu oder bei einer solchen Appellation[10] Hülfe, Rath oder Begünstigung gewähren, und mit dem in gleicher Weise reservirten generellen Personalinterdikt[11] Gemeinschaften, Korporationen, Kollegien und Kapitel jeder Art[12], welche eine derartige Appellation[13] erheben[14].

Die gedachten Strafen sind an Stelle der bis dahin direkt oder indirekt durch

[1] Sowie die Orte, an denen ihnen wissentlich der Aufenthalt gestattet wird, während desselben und drei Tage nachher, mit dem Lokalinterdikt (*interdictum ambulatorium*).

[2] Zuerst 1577, Hartzheim 7, 899, nicht erst 1583, so Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 122.

[3] c. 2, Hartzheim l. c. u. 1583 §. 2, b. T. 8, 413; vgl. auch S. 647 n. 2.

[4] S. Hausmann S. 181.

[5] Exc. l. s. speciali modo rom. pont. res. n. 4: „Omnes et singulos, cuiuscumque status, gradus seu conditionis fuerint, ab ordinationibus seu mandatis Romanorum pontificum pro tempore existentium ad universale futurum concilium appellantes necnon eos, quorum auxilio, consilio vel favore appellatum fuerit“, und interdicta l. s. res. n. 1: „Interdictum Romano pontifici speciali modo reservatum ipso iure incurrunt universitates, collegia et capitula, quocumque nomine nuncupentur, ab ordinationibus seu mandatis eiusdem Romani pontificis pro tempore existentis ad universale futurum concilium appellantia.“

[6] Also auch die sämmtlichen Fürsten, die Kardinäle und Bischöfe.

[7] Jedweder Art, gleichviel ob allgemeinen oder speziellen Inhalts.

[8] Auch nach dem Tode desselben, denn nach dem Wortlaut kommt es nur auf die Zeit des Erlasses der Anordnung an. Damit erledigen sich die langen Ausführungen bei (A.-) Pennacchi 1, 409 über diese Frage. Vgl. ferner l. c. 1, 410 über die weitere, jetzt müssige Frage, ob sich die Strafbestimmung auch auf solche Anordnungen bezieht, welche der Papst als weltlicher Souverän erlässt.

[9] Also nicht ein augenblicklich tagendes.

[10] Nicht hinterher, sondern behufs Einlegung derselben. Trotz ihrer Mitwirkung bleiben aber alle diese Theilnehmer straflos, wenn die vorbereitete Appellation nicht eingelegt ist, denn dann haben sie eben nicht bei einer solchen an ein zukünftiges allgemeines Konzil mitgewirkt.

[11] S. Anm. 5.

[12] D. h. solche Vereinigungen, welche nach ihrer Organisation in der Lage sind, einen Willen, welcher als der der Gesammtheit gilt, zu fassen und zu äussern, wie die Dom- und Kollegiatkapitel, Klosterkonvente, Bruderschaften, auch — dagegen ohne zutreffende Gründe (A.-) Pennacchi 2, 506 — Parlamente und Senate.

[13] Die Streitfrage, ob die Mitgliedor derjenigen Personengesammtheiten, welche als solche diesem Interdikt verfallen, auch zugleich von der reservirten Exkommunikation ergriffen werden, vgl. (A.-) Pennacchi 2, 501; Heiner S. 361, entscheidet sich dahin, dass nach dem Wortlaut der const. Pii cit. allein derjenige, welcher für sich, d. h. selbstständig, appellirt, der gedachten Censur unterliegt, nicht also derjenige, welcher als Mitglied einer solchen Personengesammtheit blos für die Bildung des Gesammtwillens thätig gewesen ist, weil er dabei nicht für seine Person als solche gehandelt hat, und die etwa für die Einlegung der Appellation abgegebenen Stimmen sich nicht als besondere und einzelne Appellationen jedes Abstimmenden darstellen.

[14] Die const. conc. Vatican.: Pastor aeternus 1870 c. 3, Bd. II. S. 705. 706, hat hieran nichts geändert. Es ist daher nicht richtig, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 405, mit Rücksicht auf dieselbe die Appellanten der gedachten Art für wahre Schismatiker zu erklären, denn in einer solchen Appellation liegt weder ein Schisma der S. 688 noch der S. 689 gedachten Art, da mit derselben keineswegs immer eine thatsächliche noch hartnäckige Unbotmässigkeit gegen den Papst verbunden zu sein braucht. Erst wenn dies der Fall ist, wird auch das Verbrechen des Schisma begangen, ebenso wie das der Ketzerei erst dann vorliegt, wenn Jemand gegen eine ex cathedra vom Papst erlassene, unfehlbare Entscheidung appellirt, weil er damit das Dogma der Unfehlbarkeit läugnet.

Bezugnahne auf die Begünstigung der Ketzerei[1] und auf das Schisma[2] gesetzten Censuren (einschliesslich des nicht aufrecht erhaltenen interdictum *ambulatorium*)[3] getreten, dagegen sind die übrigen dadurch indirekt angedrohten *poenae vindicativae* an sich nicht beseitigt, wennschon sie meistens nicht mehr praktisch sind[4].

2. Die Hinderung der freien Ausübung der päpstlichen Jurisdiktion. Die erste hierher gehörige Strafbestimmung bildet das von Martin V. mit Zustimmung des Konstanzer Konzils 1418[5] bei Strafe der ipso iure eintretenden *suspensio ab exercitio ecclesiasticae iurisdictionis* auf 3 Monat erlassene Verbot an alle Prälaten und deren Offizialen, die Ausführung päpstlicher Schreiben durch die in denselben ernannten Richter und Exekutoren, sowie durch die von diesen letzteren ersuchten Notare von einem vorgängigen *placet* oder *vidimus* abhängig zu machen. Schon unter Julius II. ist weiter 1511 in der Bulle: Coena jede Anwendung des Placets durch Prälaten oder Könige, Fürsten oder andere Personen auf päpstliche Schreiben und Mandate, sowie auf diejenigen der päpstlichen Legaten, Nuntien und Delegaten unter gleichzeitiger Bedrohung der Anstifter, Rathgeber und Gehülfen mit der päpstlich reservirten Exkommunikation belegt worden[6]. In dieser Ausdehnung ist das Verbot unter Bestätigung der früheren Anordnungen durch Leo X.[7] und Clemens VII.[8] und dann fortdauernd in der gedachten Bulle, hier[9] unter gleichzeitiger Bedrohung derjenigen, welche die Parteien, ihre Agenten, Verwandten, Affinen und Familiaren, die Notare und Exekutoren der gedachten Schreiben selbst oder durch andere, geheim oder öffentlich, gefangen nehmen, schlagen, verwunden, einkerkern, festhalten, vertreiben, berauben, bedrohen, wiederholt worden.

Ferner ist die päpstliche Gesetzgebung im 15. Jahrhundert, ebenso wie gegen das Placet auch gegen den *recursus ab abusu* eingeschritten. Schon Innocenz VIII.[10] hat allen Personen jedweden Standes oder jedweder Würde, gegen welche Sachen bei der Kurie nach Recht, Gewohnheit oder in Folge einer Appellation oder Devolution oder aus einem anderen Grund geführt werden, und welche die Ausführung der von den Kurialrichtern erlassenen Citationen oder anderer päpstlicher Gnaden und Justizreskripte selbst oder durch andere direkt oder indirekt hindern oder hindern lassen oder Klerikern den Verzicht auf ihre kirchlichen Benefizien oder auf die ihnen daran zustehenden Rechte oder das Abstehen von der Geltendmachung ihrer Rechte auf solche aufgeben oder behufs Herbeiführuug derartiger Hinderungen und Verzichte selbst oder durch andere öffentlich oder geheim Rekurs an die weltlichen Fürsten oder an weltliche Beamten einlegen, den ipso iure Verlust aller ihrer etwaigen Berechtigungen und die Unfähigkeit zu den resignirten Benefizien, allen

[1] S. 681.
[2] S. 688. 689.
[3] S. 724 n. 1.
[4] S. 681. 683.
[5] Const.: Quod antidota, b. T. 4, 677, unter gleichzeitiger Aufhebung der entgegenstehenden Privilegien Urbans VI, s. Bd. III. S. 721 n. 4.
[6] B. T. 5, 490 §. 10, s. Bd. III. S. 753 n. 1.
[7] In supremo 1519, b. T. 5, 714, s. §§. 4 ff. ibid.
[8] Romanus pontifex 1533 §§. 10 ff., b. T. 6, 163.

Beide Konstitutionen bedrohen die Schuldigen auch noch mit dem *interdictum ambulatorium*, dessen Relaxation die letztere dem Papst vorbehält.

[9] Seit Gregor XIII. 1577 §. 13, Hartzheim 7, 899; in der seit Urban VIII. 1627 feststehenden Fassung, s. Bd. III. S. 757 n. 4, lautet dieser allmählich etwas erweiterte Passus: „ac etiam partes seu eorum agentes, consanguineos, affines, familiares, notarios, executores et subexecutores literarum, citationum, monitoriorum et aliorum praedictorum capiunt, percutiunt, vulnerant, carcerant, detinent, ex civitatibus, locis et regnis eiiciunt, bonis spoliant, perterrefaciunt, concutiunt et comminantur per se vel alium vel alios publice vel occulte."
[10] Officii nostri 1491, b. T. 5, 346, vgl. auch o. S. 560 n. 6.

nicht bei der Sache Betheiligten, welche die gedachten Handlungen vornehmen, sowie denjenigen, welche ihnen öffentlich oder geheim Hülfe, Rath und Begünstigung gewähren, die dem Papst reservirte Exkommunikation l. s. angedroht[1].

Demnächst ist dieser Fall von Gregor XIII. in der Gestalt in die Bulle: Coena aufgenommen worden[2], dass durch dieselbe alle diejenigen, welche gegen jedwede Art von apostolischen Schreiben, Prozesse, Verbote und Exekutorialien, sowie gegen derartige Anordnungen päpstlicher Legaten, Nuntien oder anderer Richter und Delegaten Rekurs an die weltliche Gewalt einlegen und die Annahme eines solchen oder die Beschlagnahme der gedachten Erlasse und Verfügungen bewirken, mit der vorbehaltenen Exkommunikation belegt werden, und seitdem ist dieses Vergehen den in der erwähnten Bulle aufgeführten dauernd eingereiht geblieben[3].

Sodann hat Gregor XIII. in der gedachten Bulle[4] mit derselben Strafe diejenigen belegt, welche ganze Klassen von Personen oder einzelne auf irgend eine Weise direkt oder indirekt daran zu hindern wagen, dass sie behufs Betreibung ihrer Geschäfte oder behufs Erlangung päpstlicher Gnaden und Schreiben sich zur römischen Kurie begeben oder ihren Rekurs dorthin nehmen oder von dort solche Gnaden oder Briefe erlangen, oder sich der erlangten zu bedienen, sowie ferner diejenigen, welche diese bei sich, bei den Notaren oder sonst irgendwie zurückbehalten. Auch diese Anordnung ist ein ständiger Theil der Bulle geworden[5].

Anknüpfend an diese frühere npäpstlichen Verordnungen hat die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 die dem Papst auf spezielle Art reservirte Exkommunikation aufrechterhalten[6]:

a. gegen diejenigen, welche sich an die Laiengewalt[7] wenden[8], um irgendwelche

[1] Vgl. §§. 2. 3; ferner §. 4 den Notaren die o. S. 557 n. 5 gedachten Strafen.

[2] In die von 1583 §. 13, b. T. 8, 413, in einer Fassung, welche wesentlich mit der Urbans VIII. v. 1627 §. 13, Bd. III. S. 757 n. 4, identisch ist, während die v. 1577, Hartzheim 7, 899, noch nichts davon enthält.

[3] S. die vor. Anm.

Di const. Benedict. XVI.: Pastoralis 1742, bull. Bened. 1, 58, stellt sich, soweit sie nicht den Kirchenstaat betrifft, im wesentlichen als Wiederholung der cit. const. Innocenz' VIII. dar, nur dass sie für Geistliche und Mönche statt der exc. die päpstlich reservirte Suspension l. s. ab ordine et officio als Strafe festsetzt.

Einzelne Anwendungen des allgemeinen Verbotes bieten die S. 545 n. 5 citirten den Bischof von Ceneda betreffenden Konstitutionen Clemens' VIII. und Pauls' V. v. 1600. 1611 u. 1614.

[4] Schon in der Fassung v. 1577 §. 13', welche sich mit unwesentlichen Änderungen zunächst in der von 1583 und dann auch in der ständig gewordenen Form Urbans VIII. wiederfindet, in welcher die Anordnung lautet: „quive alias quibuscumque personis in genere vel in specie, ne pro quibusvis eorum negotiis prosequendis seu gratiis vel literis impetrandis ad curiam Romanam accedant aut recursum habeant seu gratias ipsas vel literas a dicta sede impetrent seu impetratis utantur, directe vel indirecte prohibere, statuere seu mandare vel eas apud se aut notarios aut tabelliones vel alias quomodolibet retinere praesumunt."

[5] S. die vor. Anm.

Weiter gehört in diesen Zusammenhang die const. Sixti IV: Quoniam nonnulli 1484, b. T. 5, 292, s. Bd. I. S. 293, welche alle Gläubigen zur Anerkennung der Gewalten des Grosspönitentiars und zur Vollziehung seiner Anordnungen bei Strafe der Exkommunikation verpflichtet, und die durch Julius III.: Rationi 1550, l. c. 6, 401, erneuerte Bulle Pauls III. v. 1549, s. darüber Julius III. cit. §§. 2. 3, in welcher weiter diejenigen Strafen angedroht werden, welche in der Bulle: Coena auf die Hinderung der Ausführung päpstlicher Schreiben gesetzt sind, also die päpstlich reservirte Exkommunikation.

[6] Exc. l. s. speciali modo rom. pont. res. n. 8: „Recurrentes ad laicam potestatem ad impediendas litteras vel acta quaelibet a sede apostolica vel ab eiusdem legatis aut delegatis quibuscumque profecta, eorumque promulgationem vel executionem directe vel indirecte prohibentes aut eorum causa sive ipsas partes sive alios laedentes vel perterrefacientes."

[7] D. h. an eine mit weltlicher Amtsgewalt ausgestattete Person oder eine solche Behörde.

[8] Unter den recurrentes müssen alle, welche die Hülfe der weltlichen Behörden auf irgend eine Weise, in der Form eines staatlich besonders geregelten Rechtsmittels, wie eines Rekurses oder einer Appellation, oder im Wege einer formlosen

Schreiben und Erlasse, die von dem päpstlichen Stuhl [1] selbst oder von Legaten [2] oder Delegaten desselben [3] ausgegangen sind, zu verhindern [4], weiter

b. gegen diejenigen, welche die Verkündung und Ausführung [5] der erwähnten Schreiben und Erlasse direkt [6] oder indirekt [7] hindern [8], endlich

c. gegen diejenigen, welche aus Anlass solcher Schreiben und Erlasse die dabei interessirten Parteien oder andere [9] in irgend einer Weise schädigen [10] oder in schwerer Weise, namentlich mit Gewaltthätigkeiten, bedrohen [11].

Damit sind die in den erwähnten, früheren päpstlichen Konstitutionen [12] und in der Bulle: Coena [13] angedrohten Censuren entfallen [14], und es ist einzig und allein die

Beschwerde oder eines formlosen Gesuches gegen den päpstlichen Stuhl anrufen, verstanden werden. Nicht hierher gehören aber diejenigen, welche sich z. B. in einem gegen sie angestellten Prozess vor dem weltlichen Gericht gegen die päpstlichen Schreiben vertheidigen, vgl. Heiner S. 100.

1 Die litterae sind die unter Namen des Papstes ergehenden Schreiben, gleichviel in welcher Form sie, ob in der der Bulle, des Breves u. s.w., erlassen werden, und gleichviel, welche Gegenstände sie betreffen, die acta dagegen Anordnungen und Dekrete, welche seitens des Papstes selbst oder auch seitens der Kurialbehörden in seinem Namen, und unter seiner Billigung ergehen, so Dekret der Congr. inquis. 1892, Arch. f. k. K. R. 68, 177, nicht aber selbstständige Anordnungen der gedachten Behörden. S. auch (A.-)Pennacchi 1, 285.

2 Selbstverständlich müssen diese mit Jurisdiktion ausgestattet sein, wie die legati a latere und die apostolischen Nuntien oder Internuntien, s. Bd. I. S. 532. Legati nati, a. a. O. S. 621, können dagegen nicht in Frage kommen.

3 Bd. I. S. 183.

4 Unter dem impedire ist die Hinderung der Absendung, der Zustellung oder der Durchführung solcher Schreiben, nicht aber die Hinderung des Erlasses derselben zu verstehen, denn die const. spricht von litterae et acta *profecta*.

Ob das Vergehen mit der blossen Anrufung der weltlichen Gewalt, z. B. der Einlegung des Rekurses oder der Einreichung der Beschwerde, vollendet wird, so (A.-)Pennacchi 1, 283, oder erst dann, wenn derselbe Erfolg gehabt hat, dieser Ansicht Heiner S. 104, ist streitig. Indessen erscheint die erstere Meinung allein mit dem Wortlaut der const. vereinbar, denn diese bedroht die recurrentes schlechthin, und stellt sich damit in Gegensatz zu §. 13 der Bulle: *Coena*, s. o. S. 726, und zu ihrer eigenen nr. 6 l. c., s. unten S. 736.

5 D. h. die offizielle Verkündung in der hergebrachten Weise, nicht blos jede beliebige Veröffentlichung, also z. B. durch Privatpersonen.

6 Durch ausdrückliche Befehle oder allgemeine gesetzliche Vorschriften, wie der Anordnung des Placets oder des königlichen *Exequatur*. Vgl. Bd. III. S. 838. 844.

7 Durch Fernhaltung des Überbringers vom Betreten des betreffenden Landes, Einsperrung desselben, Konfiskation oder Vernichtung der Schreiben oder durch Anweisung an untere Beamte, die Publikation zu verhindern.

8 Die Ansicht, dass die Hinderung von einer amtlichen Person oder einer Behörde ausgehen müsse, (A.-)Pennacchi 1, 285, hat keinen Anhalt am Wortlaut, vgl. auch Heiner S. 102.

Weiter wird darüber gestritten, ob zum Eintritt der Exkommunikation die blosse Vornahme der auf die Hinderung gerichteten Handlungen genügt oder ob es auch erforderlich ist, dass in Folge derselben die Publikation oder Exekution nicht hat bewirkt werden können. Da die const. die Missachtung der päpstlichen Gewalt bestrafen will, und diese schon in der blossen Verhinderung, z. B. in dem Verbot der weltlichen Macht, päpstliche Erlasse zu publiziren, liegt, so wird man sich für die erstere Ansicht entscheiden müssen, vgl. (A.-)Pennacchi 1, 287. Dagegen Heiner S. 104.

9 D. h. diejenigen, welche die Erlasse zu publiziren oder auszuführen haben, oder die Vertreter und Agenten, sowie Verwandte der Parteien.

10 Nicht blos an ihrem Körper, so (A.-)Pennacchi 2, 602, sondern auch an ihrer Ehre, ihrer Freiheit (durch Einsperrung oder Ausweisung) oder ihrem Vermögen, da das laedere jede Verletzung, nicht blos eine leibliche, bedeutet, so auch Heiner S. 102.

11 Denn das „perterrefacere“ hat die Bedeutung von schwerer, Angst oder Schrecken erregender, nicht einer blos einfachen Bedrohung.

Sowie die die Schädigung oder schwere Bedrohung darstellende Handlung vollendet ist, tritt die angedrohte Exkommunikation ein, und zwar ohne dass durch eine solche die Einlegung, die Absendung, Zustellung, Publikation oder Durchführung der betreffenden Erlasse und Schreiben irgendwie gehindert zu sein braucht, vgl. (A.-)Pennacchi 1, 292 und Heiner S. 104.

12 S. 725, insbesondere auch Anm. 5—8 und S. 726 n. 3 u. 5.

13 S. 726.

14 Damit auch alle Strafen für die von den gedachten Konstitutionen betroffenen Vergehen mit Ausnahme der oben im Text gedachten, weil die ersteren, abgesehen von der von 1491, keine anderen als Censuren und Suspensionen festsetzen, so dass jetzt die const. v. 1869 lediglich für die Thatbestände der besprochenen Vergehen massgebend ist.

S. 725. 726 gedachte Strafe des Verlustes der Berechtigungen und die Unfähigkeit zu den resignirten Benefizien bestehen geblieben[1].

§. 309. cc. *Die sonstigen Verbrechen gegen den päpstlichen Stuhl, den Papst und die römische Kurie (Verschwörung gegen den Papst, Beleidigungen desselben, Wetten und Verhandlungen über die Papstwahl, Verletzungen der Vorschriften über die letztere und das Konklave; Abschneidung der Zufuhr für die römische Kurie).*

1. Die Verschwörung gegen den Papst. Allgemeine und direkte, dieses Verbrechen betreffende Strafandrohungen hat die kirchliche Gesetzgebung niemals erlassen[2], offenbar deshalb nicht, weil der Papst kraft seiner obersten Strafgewalt bei derartigen Vorkommnissen von Fall zu Fall mit arbiträren Strafen, vor Allem auch mit der Exkommunikation einschreiten konnte[3]. Erst Paul II. hat die Lossprechung von den wegen einer Verschwörung oder wegen einer Empörung gegen den Papst und den päpstlichen Stuhl verhängten Strafen und Censuren ausdrücklich dem letzteren vorbehalten[4].

2. Die Einholung und Abgabe von Prophezeiungen über das

[1] Nicht in die const. übergegangen ist der hierher gehörige, seit Urban V. 1363, S. 182 n. 2, in die Bulle Coena: aufgenommene Fall (in der Fassung Urbans VIII. v. 1627 §. 12, b. T. 13, 530): „Item excommunicamus et anathematizamus omnes illos qui per se et per alias personas ecclesiasticas vel seculares ad Romanam curiam super eorum causis et negotiis recurrentes ac illa in eadem curia prosequentes aut procurantes negotiorumque gestores, advocatos, procuratores et agentes seu etiam auditores vel iudices super dictis causis vel negotiis deputatos occasione causarum vel negotiorum huiusmodi occidunt seu quoquomodo percutiunt, bonis spoliant seu qui per se vel alios directe vel indirecte delicta huiusmodi committere, exequi vel procurare aut in eisdem auxilium, consilium vel favorum praestare non verentur cuiuscumque praeeminentiae et dignitatis fuerint" (vgl. auch o. S. 365 u. Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 160), welcher im Interesse der freien Zugänglichkeit der römischen Kurie, als höchsten Gerichtshofs, und der unbehinderten Ausübung der obersten kirchlichen Gerichtsbarkeit aufgestellt war. Damit ist die dem Papst reservirte exc. l. s. für dieses Vergehen beseitigt. Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 394, hat aber für dasselbe Vergehen ausserdem noch für die Parteien die Strafe des ipso jure Verlustes ihrer etwaigen, bei der Kurie geltend gemachten Rechte und Ansprüche, für andere die Ausweisung aus den Gebieten der römischen Kirche, sowie bei Eintritt des Todes oder einer Verstümmelung des Angegriffenen die Deposition (s. S. 560 n. 6), die Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern, die *diffidatio* (S. 561 n. 8) und die Infamie als poenae l. s. festgesetzt, und diese sind durch die const. Pius' IX. nicht aufgehoben worden, wennschon die diffidatio vollkommen unpraktisch ist, und auch die übrigen Strafen kaum Anwendung finden dürften.

Ferner kommt die const. Eugens IV.: Divino 1432, b. T. 4, 10 (c. 3 in Extr. comm. V. 7), in Betracht. Nach dieser ist den Ordinarien die Verhängung von Censuren und der privatio beneficii gegen Kleriker im päpstlichen Dienst und gegen solche, welche behufs Betreibung ihrer Rechtssachen nach Rom reisen, dort verweilen und von da zurückkehren, untersagt, und wenn ein Ordinarius die letztere Strafe verhängt, trifft ihn und denjenigen, an welchen er das freigewordene Benefizium verliehen hat, ipso iure die Suspension, das Interdikt und die dem Papste reservirte Exkommunikation. Nachdem diese Anordnung schon theilweise durch Trid. Sess. XXIV. c. 11 de ref. u. Sess. XXIII. c. 1 de ref. modifizirt worden war, s. Kober Suspension S. 250, sind die erwähnten Censuren durch die const. Pius' IX. völlig beseitigt worden.

Durch die letztere ist endlich auch die Exkommunikation l. s. entfallen, welche Urban VIII.: Romanus pontifex 1641 §. 12, b. T. 15, 122. 134, für die Anmassung der von ihm dem Papst ausschliesslich vorbehaltenen Auslegung aller päpstlichen Bewilligungen, Fakultäten, Indulte, Gnaden und Dispositionen zu Gunsten des Kaisers, von Königen, Fürsten, Republiken, Herrschaften, Nationen, Königreichen oder Provinzen angedroht hat.

[2] Allerdings kann dasselbe auch unter das Schisma im engeren und weiteren Sinne fallen, s. o. S. 688. 689.

[3] Vgl. darüber Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 293.

[4] c. 3 in Extrav. comm. de poenis V. 9.

Leben und den Tod des Papstes, worüber schon o. S. 696 n. 1 gehandelt worden ist.

3. Für die Beleidigung des Papstes in Bezug auf seine päpstliche Stellung hatte schon das frühere Recht eine besondere strafrechtliche Norm aufgestellt [1], und in Bezug auf sie hat Paul II. gleichfalls den oben erwähnten Vorbehalt ausgesprochen [2].

4. Weiter hat zunächst Pius IV. [3] alle Wetten über die zukünftige Papstwahl bei arbiträrer Strafe untersagt, dann aber Gregor XIV. [4] alle Wetten über das Fortleben oder den Tod oder die zukünftige Wahl des Papstes bei Lebzeiten eines solchen oder während der Erledigung des päpstlichen Stuhles, sowie über Ernennungen von Kardinälen verboten und als Strafen auf dieses Verbrechen ausser dem Verfall des entrichteten oder geschuldeten Wettäquivalentes an die frommen Institute des Ortes, an dem die Wette geschlossen oder entdeckt worden ist [5], für Geistliche einschliesslich der Bischöfe und der Kardinäle den ipso iure Verlust aller Benefizien und die Unfähigkeit zu solchen, weiter aber für alle Schuldigen, sowohl für die gedachten Geistlichen, als auch für die Laien, selbst herzoglicher, königlicher oder kaiserlicher Würde, ferner für alle Personen der erwähnten Stellungen, welche in ihren Ländern, Herrschaften und Ortschaften derartige Wetten ausdrücklich oder stillschweigend zulassen, sowie für alle, welche bei diesen Handlungen Hülfe, Rath oder Begünstigung gewähren, endlich auch für alle dabei mitwirkenden Vermittler die dem Papst vorbehaltene Exkommunikation l. s. [6] gesetzt, eine Censur, welche allerdings durch die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 beseitigt worden ist [7].

5. In Anhalt an das ältere Recht [8] ist durch Paul IV. [9] jede Art des Verhandelns über die Wahl eines zukünftigen Papstes bei Lebzeiten des regierenden ohne dessen Wissen sowohl für die Thäter, wie auch alle Gehülfen und Vermittler jeder Art [10], gleichviel welchen Standes (einschliesslich der Kardinäle,

[1] c. 1 X de maled. V. 26, s. S. 204, des Näheren vgl. noch unten in der Lehre von der Beleidigung überhaupt §. 324.

[2] S. S. 728 n. 4.

[3] In eligendis 1562 §. 21, b. T. 7, 230.

[4] Cogit 1591 §. 1, b. T. 9, 396: „reprobamus omnes et quascumque sponsiones, promissiones, stipulationes et conventiones aut pacta, *excommissas* vulgo dictas, quovis nomine aut vocabulo appellatas. Quas sive per cedulas, ut aiunt, vel apochas vel alio quocumque publicae aut privatae scripturae aut chirographi genere vel per mensariorum aut mercatorum libros aut partitas, ut dicunt, seu verbo tantum *data fide* aut facto deposito certae pecuniarum summae vel cuiusvis alterius rei pretio estimabili aut alias quoquomodo vel sub quavis nominati aut innominati contractus forma aut conditione in eventum vitae aut mortis vel futurae creationis Romani pontificis tam eo vivente quam apostolica sede vacante aut in eventum promotionum S. R. E. cardinalium posthac in quibusvis christiani orbis regnis, dominiis, provinciis, civitatibus, terris et locis, ubilibet gentium aut locorum iniri quandocumque contigerit."

[5] §§. 2. 3. l. c.

[6] §§. 4. 5. l. c.

[7] Wenn ferner Pius V.: Romani pontificis 1572 §. 2, b. T. 7, 696, die Anfertigung, Verbreitung und Nichtauslieferung von Schriften, in denen etwaige vor dem Papst oder vor den leitenden Beamten des Kirchenstaates geheim geführte Verhandlungen kund gegeben werden, mit arbiträren Strafen, selbst der Vermögenskonfiskation und der Todesstrafe bedroht, so handelt es sich dabei um eine Anordnung weltlichen Charakters, welche jetzt ihre Bedeutung verloren hat.

[8] c. 2 (Rom 499) Dist. LXXIX (hier als Strafe privatio dignitatis oder Exkommunikation).

[9] Cum secundum 1558 §. 2, b. T. 6, 545: „qui per se vel alios nobis viventibus et inconsultis verbis vel scriptis aut nunciis cum aliquo de futuro pontifice eligendo hactenus tractarunt vel tentarunt seu in posterum romano pontifice vivente et inconsulto tractabunt vel tentabunt."

[10] L. c. §. 3: „qui per se vel alium . . . in praemissis aut eorum aliquo quodvis auxilium, consilium vel favorem seu operam verbis vel scriptis aut re vel facto seu promissione, pollicitatione, suasione vel hic omnibus simul aut quovis alio modo directe vel indirecte, principaliter vel incidentaliter praestiterunt seu in futurum quovis etiam successorum nostrorum romanorum pontificum tempore praestabunt aut in praemissis mediatores, proxenetae, nuncii, mandatarii, procuratores seu trapezitae fuerunt vel in posterum, ut praefertur, erunt seu alias se in praemissis quovis

Kaiser, Könige und Herzöge) als Verbrechen der simonistischen Ketzerei und als Majestätsverbrechen mit der freilich durch die const. Pius' IX. nicht aufrecht erhaltenen, päpstlich reservirten Exkommunikation l. s., sowie mit dem ipso iure Verluste aller weltlichen, selbst der kaiserlichen und königlichen, sowie aller geistlichen Würden, kirchlicher Benefizien und Ämter, kirchlicher Einkünfte und Pensionen, von Königreichen, Besitzungen und Gütern, sowie der Patronatrechte und Jurisdiktionsbefugnisse, des aktiven und passiven Stimmrechtes, der Unfähigkeit zu allen kirchlichen und weltlichen Würden, Gütern, Rechten, zu actus legitimi und der ewigen Infamie, Strafen, in Bezug auf welche dem Papste speziell die Begnadigung vorbehalten bleibt[1], bedroht worden[2].

6. Abgesehen von der gemeinrechtlich unpraktisch gewordenen Strafbestimmung gegen eine unter Missachtung der päpstlichen Rechte erfolgte Wahl des senator urbis Romae[3] gehören weiter noch

7. eine Reihe von Vergehen, welche in der Verletzung der für die Papstwahl und insbesondere des Konklave gegebenen Vorschriften bestehen[4], hierher, da diese nicht allein von den Kardinälen und anderen Geistlichen, sondern auch sogar zum Theil von Laien begangen werden können[5].

modo intromiserunt vel immiscuerunt seu in posterum etiam tempore successorum huiusmodi habebunt."

[1] Diese Strafen sind, wenngleich einzelne derselben unpraktisch geworden sind, niemals aufgehoben werden.

[2] Ausserdem wird (§. 5 l. c.) das Anfechten der betreffenden Konstitution in Bezug auf ihre Erlaubtheit und Gültigkeit mit dem freilich ebenfalls beseitigten Anathem ipso iure und mit der Bestrafung als Ketzer und Schismatiker belegt.

[3] S. o. S. 219 n. 7.

[4] Ausser c. 3 (Lyon 1274) in VI de elect. I. 6 (Verletzung der Vorschriften über das Konklave durch die weltlichen Obrigkeiten, s. o. S. 219 n. 6 u. Bd. I. S. 268 n. 2), bestätigt durch Pius IV.: In eligendis 1562 §. 27, b. T. 7, 230, kommen aus der eben citirten Konstitution in Betracht: §. 4 (der Nichteintritt der Kardinäle in das Konklave und das Verlassen des letzteren durch dieselben ohne erwiesene Krankheit, unter Verweisung auf die Strafe des c. 3 in VI cit. I. 6, welches aber keine bestimmte Strafe androht); §. 14 (der Aufenthalt oder das Wohnen unmittelbar über dem Raum des Konklaves oder innerhalb oder zu Seiten desselben, privatio officiorum et beneficiorum und arbiträre Strafen durch den Gubernator, sowie Nichtanzeige solcher Ordnungswidrigkeiten seitens des letzteren an die Kardinäle, Strafen des Meineids für den ersteren und arbiträre Bestrafung durch den zukünftigen Papst); §. 15 (das Anlegen und Anbringen verbotener Öffnungen in den Mauern, Fussböden und Decken des Konklaves, privatio officiorum et beneficiorum und andere schwere, auch körperliche Strafen durch den Gubernator und den zukünftigen Papst für die Thäter und die Mitwisser, welche nach der Entdeckung davon nicht sofort an die mit Überwachung des Konklaves betrauten Kardinäle, s. Bd. I. S. 276, Mittheilung machen); §. 18 (für diejenigen, welche unberechtigter Weise, s. a. a. O. S. 276, im Konklave betroffen werden, sowie die Mitwisser, welche sie nicht sofort anzeigen, Infamie und privatio beneficiorum et officiorum); §. 19 (das heimliche Betreten des Konklaves auf andere Weise als durch die Thür, Verlust ipso iure jeder Würde, sowie jedes Benefiziums und Offiziums und Auslieferung an die weltliche Kurie zu harter Bestrafung); §. 20 (das Hineinbefördern von Briefen, Schriftstücken, Nachrichten oder Zeichen an die im Konklave befindlichen Personen, das Annehmen derartiger Mittheilungen oder das Herausbefördern solcher an Personen ausserhalb des Konklaves, päpstlich reservirte Exkommunikation l. s. und andere arbiträre Strafen durch den zukünftigen Papst, selbst bei Kardinälen); §. 23 (die nicht ordnungsmässige Beaufsichtigung der Einbringung der Speisen in das Konklave und der ein- und ausgehenden Personen seitens der mit der Bewachung betrauten Prälaten, Strafe des Meineides und suspensio a divinis; für diejenigen Familiaren der Kardinäle und andere Personen, welche bei der Beförderung unerlaubter Dinge betroffen werden, privatio officiorum et beneficiorum ipso f. und Unfähigkeit zur Erwerbung solcher, Gefängniss- und andere arbiträre Strafen durch den zukünftigen Papst); §. 26 (Verschwörungen, Vereinbarungen und unerlaubte Verhandlungen der Kardinäle, Kundmachung der Stimmen durch Zeichen, Bedrohung, Erregung von Tumulten und Anwendung anderer Mittel zur Verzögerung oder zur Beschränkung der Freiheit der Wahl seitens der Kardinäle selbst oder durch andere Personen, direkt oder indirekt, arbiträre Strafe durch den zukünftigen Papst), ferner die bereits o. S. 661 n. 5 aufgeführten Bestimmungen der const. Gregors XV.: Aeterni patris 1621, b. T. 12, 619, durch welche zugleich (§. 18) der §. 26 cit. der const. Pius' IV. theilweise modifizirt worden ist.

[5] Wegen der nicht zur Geltung gelangten

8. Endlich kommt noch in Betracht das zuerst von Urban V. in die Bulle: Coena aufgenommene Verbot der Abschneidung der Zufuhr von Lebensmitteln für die römische Kurie[1], welches mit Rücksicht darauf erlassen worden ist, dass sowohl Fürsten wie auch römische Grosse die Verhinderung derselben bei dem Mangel einer ausreichenden Getreideproduktion in den Gebieten der römischen Kirche als Repressalie gegen ihnen missliebige Anordnungen und Massnahmen der Päpste wiederholt benutzt haben[2]. Durch die Fassung der Bulle unter Gregor XI. ist die dafür angedrohte Exkommunikation eine reservirte geworden[3], und seitdem ist sie in der Bulle beibehalten worden[4], bis sie Pius IX. durch Nichtaufnahme in die const.: Apostolicae 1869 beseitigt hat.

§. 310. dd. *Die Hinderung der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion im Gebiet des Forum externum und internum.*

Wie schon in der früheren Periode sowohl durch das gemeine Recht[5] als auch durch die Partikularsynoden[6] die Hinderung der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion in den verschiedensten Gestalten mehrfach mit Strafen bedroht worden ist, so ist dies auch noch während der hier fraglichen Zeit geschehen. Was die päpstliche Gesetzgebung[7] betrifft, so hat zuerst Paul III. in der Bulle: Coena von

Strafvorschriften des Konstanzer Konzils zur Verhütung eines Schismas bei der Papstwahl, siehe Bd. I. S. 271 n. 7.

1 1363 §. 2, b. T. 4, 520.

2 Hausmann, Gesch. d. päpstlichen Reservatfälle S. 147.

3 1373 §. 6, b. T. 4, 539, s. auch o. S. 365.

4 In der definitiven Fassung Urbans VIII. v. 1627, s. S. 647, lautet sie: §. 8: „Item excommunicamus et anathematizamus omnes impedientes seu invadentes eos qui victualia seu alia ad usum romanae curiae necessaria adducunt ac etiam eos qui ne ad romanam curiam adducantur vel afferantur, impediunt seu perturbant seu haec facientes defendunt per se vel alios cuiuscumque fuerint ordinis, praeminentiae, conditionis et status, etiamsi pontificali seu regali aut alia quavis ecclesiastica vel mundana praefulgeant dignitate", eine Fassung, welche im wesentlichen schon auf Julius' II. 1511, b. T. 5, 490, zurückführt.

5 c. 4 (Bonifaz VIII.) in VI de immun. III. 23, s. S. 214 Anm. Sp. 1, u. c. 1 (Gregor. X.) in VI de iis quae I. 20, s. a. a. O. Sp. 2.

6 S. 213 n. 7.

7 Von den Partikularsynoden des 15. und 16. Jahrhunderts vgl. Paris 1429 c. 36, Hardouin 8, 1050 (Gefangenhaltung eines Klerikers durch den weltlichen Richter trotz der Aufforderung, denselben an das geistliche Gericht herauszugeben, Interdikt über die Kirchen des Ortes) u. c. 37 ibid. (Hinderung der kirchlichen Jurisdiktion seitens der weltlichen Herren und ihrer Beamten namentlich durch Strafverbote gegen das Angehen der geistlichen Gerichte für ihre Unterthanen oder Hinderung und Einsperrung der die Citationen und Mandate der kirchlichen Gerichte zustellenden Geistlichen, Lokalinterdikt und bei Hartnäckigkeit auch Verkündung der Thäter, ihrer Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger als exkommunicirt); Angers 1448 c. 13, l. c. 9, 1348 (ähnlich wie Paris cit.); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 579 (Nichtbeachtung der richterlichen Sentenzen und Befehle, Beleidigung der Boten der Richter, Exk.); Köln 1549, l. c. 6, 549. 550 (Hinderung der Ausführung der Mandate und Urtheile der geistlichen Richter durch weltliche Obrigkeiten und Richter und Verhandeln der Ehesachen durch dieselben, Exk.); Salzburg 1569 XLIX. 3, Hartzheim 7, 354 (Einmischung weltlicher Richter in Ehesachen und Verhandeln der letzteren durch dieselben oder durch nicht dazu befugte Geistliche, letztere exc. l. s., erstere, sowie die Parteien exc. minor l. s., S. 521 n. 8); Tours 1583 c. 19, Hardouin 10, 1434 (Verhandeln von Ehesachen durch Laienrichter und andere als die Bischöfe und ihre Offizialen, Anathem); D. S. Tournai 1574 XV. 7, Hartzheim 7, 782 (Exkommunikation l. s. für diejenigen, welche den Überbringern und Exekutoren die Schreiben des Bischofs oder der bischöflichen Kurie wegnehmen, die letzteren zerreissen, die gedachten Personen schlagen oder der Ausführung der betreffenden Anordnungen irgend welche Hindernisse in den Weg legen). Weiter gehören hierher Salzburg 1418 c. 12, Hartzheim 5, 177 (generelle Exkommunikation derjenigen, welche durch Anwendung von Drohungen und Zwang die Absolution von Exkommunikationen, Suspensionen und Interdikten oder die Rücknahme dieser Strafen herbeiführen); Paris 1429 c. 37,

1536[1] die Exkommunikation ausgesprochen gegen die kirchlichen und fürstlichen Kanzler, die Vizekanzler, die ordentlichen und ausserordentlichen Räthe, die Präsidenten von Kanzleien und Parlamenten, die kaiserlichen, königlichen und fürstlichen Generalprokuratoren und die der Parlamente, endlich gegen die Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte und ihre Vikarien und Offizialen, welche selbst oder durch andere Prozesse über Exemtionen, andere Gnadenverleihungen, päpstliche Briefe, über Zehnt- und Benefizialsachen, sowie über alle anderen Spiritualien und spiritualibus annexa von den päpstlichen Auditoren und Kommissarien abrufen und die Ausführung von Monitorien, Citationen, Inhibitorien und anderer in diesen Sachen seitens des Papstes, des apostolischen Kämmerers, der Präsidenten der apostolischen Kammer und der päpstlichen Auditoren oder Kommissarien ergangenen Gnaden- und Justizschreiben, die weitere Verhandlung solcher Sachen, und die Verfolgung und Betreibung ihrer Prozesse durch einzelne Personen, Kapitel, Konvente oder Kollegien hindern, sich zu Richtern in diesen Sachen aufwerfen, nicht minder Befehle erlassen und Zwang dahin ausüben, dass die Parteien die Citationen, Inhibitionen und getroffenen Anordnungen widerrufen oder widerrufen lassen, sowie dahin, dass diejenigen, gegen welche Inhibitionen ergangen sind, von den darin enthaltenen Censuren und Strafen absolvirt werden, oder endlich auf andere Weise die Ausführung päpstlicher Schreiben oder Exekutorialien, wenngleich auch unter dem Vorwande, Gewaltthätigkeiten auszuschliessen, vereiteln[2].

Von Gregor XIII. ist diese Vorschrift in der Bulle: Coena auch auf die gedachten Beeinträchtigungen der übrigen kirchlichen Richter[3] erweitert[4] und zugleich die Exkommunikation auf alle diejenigen, welche die Erzbischöfe, die Bischöfe und die anderen höheren und niederen Prälaten und alle übrigen kirchlichen Richter an der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion in Gemässheit der Canones, der kirchlichen Konstitutionen und der Dekrete der allgemeinen Konzilien, insbesondere des Trienter Konzils, auf irgend eine Weise hindern[5], ferner auch gegen diejenigen[6], welche, gegen die Urtheile und Dekrete der ordentlichen oder delegirten Richter, um die Anordnungen des kirchlichen Gerichts unwirksam zu machen, sich an weltliche Kanzleien und Gerichtshöfe wenden und von den letzteren Verbote und Strafbefehle, sowie die

Hardouin 8, 1051 (ebenso exc. l. s. gegen weltliche Herren bei Erzwingung der Absolution von der Exkommunikation).

[1] Consueverunt §. 14.

[2] Zugleich mit der Anordnung, dass die päpstliche Absolution für die so Exkommunicirten allein von Wirkung sein soll, wenn die Schuldigen die betreffenden Anordnungen öffentlich widerrufen, in den Archiven und Registern kassiren lassen und dem päpstlichen Stuhl über Beides Nachricht geben, sowie auch den festen Vorsatz zeigen, künftighin dergleichen Handlungen nicht mehr zu begehen.

[3] V. 1577 §. 13, Hartzheim 7, 899; s. auch die v. 1583 §. 14, b. T. 8, 413 („alii iudices ecclesiastici“).

[4] Ferner auch auf diejenigen, welche in Betreff der Hinderung der Ausführung der Schreiben und Exekutorialien „consilium aut assensum praestant“ und welche solche Hinderungen unter beliebigen Vorwänden, namentlich dem, an den päpstlichen Stuhl zur Information desselben Suppliken gerichtet zu haben, sofern diese nicht ordnungsgemäss betrieben werden, vornehmen. Dagegen ist die Bestimmung in Betreff der Absolution, s. Anm. 2, weggelassen. Vgl. auch unten S. 733.

[5] Gregor. XIII. v. 1577 cit. §. 15; vgl. auch unten a. a. O.

[6] Diese Strafandrohung kommt zuerst in der Bulle v. 1583 §. 16 (vgl. auch unten a. a. O.), noch nicht in der von 1577 vor. Allerdings hat Gregor XIII. schon in der const.: Quoniam 1575, b. T. 8, 108, den Franziskaner-Observanten bei den ipso iure eintretenden Strafen der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation, der privatio officiorum, der Unfähigkeit zu allen Ordensämtern und des Verlustes des aktiven und passiven Wahlrechts untersagt, von den Verfügungen ihrer Ordensoberen an die weltlichen Gerichte zu appelliren oder diese auf irgend eine Weise anzugehen.

Exekution derselben gegen die gedachten Richter erwirken, endlich gegen diejenigen, welche diese Verbote und Befehle erlassen und ausführen oder dabei Hülfe, Rath, Schutz oder Begünstigung gewähren. Es ist also damit auch der *recursus ab abusu*[1] gegen die Entscheidungen aller kirchlichen Gerichte unter Strafe gestellt worden.

Während in der Folgezeit die Päpste nur in Einzelfällen gegen die erwähnten Beeinträchtigungen zum Schutze der kirchlichen Gewalten eingeschritten sind[2], haben sie die gedachten Anordnungen Pauls III. und Gregors XIII. in der Bulle: *Coena* fort und fort wiederholt, so dass diese ebenfalls ein feststehender Theil derselben[3] geworden sind[4].

Als ein besonderer Fall der Hinderung der kirchlichen Gerichtsbarkeit, welcher schon früher in Folge der Opposition der weltlichen Gewalten gegen die weite Aus-

[1] Vgl. auch o. S. 725.

[2] Es gehören hierher die die gleichlautenden Verbote für die Serviten, Karmeliter, Cölestiner und die Augustiner-Eremiten, wie die Gregors XIII. v. 1575, s. S. 732 n. 6, aussprechenden const. Clemens' VIII.: Quoniam von 1593 u. 1604, b. T. 10, 21 u. 11, 125. 127. 135, sowie die const. Clemens' VIII.: Quoniam 1596 §§. 2. 4, l. c. 10, 277, welche das Verbot für die Mitglieder der Kongregation Johannes des Täufers in Portugal auch auf die Angehung anderer geistlicher Gerichte und kirchlicher Würdenträger als der Kongregationsoberen ausdehnt,

weiter Urban VIII.: Cum sicut 1631, b. T. 14, 224. 233, gegen die Verhandlung von Civilsachen der Benediktiner-Nonnen in Barcelona und Portugal durch die weltlichen Gerichte (nur Hinweis auf die geltenden Strafen),

endlich Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 7, b. T. 14, 211, welche Eingriffe der Kapitel und ihrer Dekane, der Orden, selbst aller exemten, in die Jurisdiktion des Kardinalvikars von Rom, der Ordinarien und der Inquisitoren über das S. 696 n. 1 gedachte Verbrechen der astrologia iudiciaria bei den ipso iure eintretenden Strafen der privatio beneficiorum und officiorum, der Unfähigkeit dazu, des Verlustes des aktiven und passiven Stimmrechts und der Exkommunikation verbietet.

[3] In der Fassung der Bulle Urbans VIII. v. 1627 lauten sie §. 14 (mit den schon von Paul V. 1606, s. S. 646 n. 7, gemachten Umstellungen): „Item excommunicamus et anathematizamus omnes et singulos, qui per se et alios, auctoritate propria ac de facto quarumcumque exemtionum vel aliarum gratiarum et litterarum apostolicarum praetextu beneficiales et decimarum ac alias causas spirituales et spiritualibus annexas ab auditoribus et commissariis nostris aliisque iudicibus ecclesiasticis avocant illorumve cursum et audientiam ac personas, capitula, conventus, collegia causas ipsas prosequi volentes impediunt ac se de illorum cognitione tamquam iudices interponunt; quive partes actrices quae illas committi fecerunt et faciunt, ad revocandum et revocari faciendum citationes vel inhibitiones aut alias litteras in eis decretas et ad faciendum vel consentiendum eos, contra quos tales inhibitiones emanarunt, a censuris et poenis in illis contentis absolvi per statutum vel alias compellunt vel exequutionem litterarum apostolicarum seu exequutorialium processuum ac decretorum praedictorum quomodolibet impediunt vel suum ad id favorem, consilium aut assensum praestant, etiam praetextu violentiae prohibendae aut aliarum praetensionum seu etiam donec ipsi ad nos informandos, ut dicunt, supplicaverint aut supplicari fecerint, nisi supplicationes huiusmodi coram nobis et sede apostolica legitime prosequantur, etiamsi talia committentes fuerint praesidentes cancellariarum, consiliorum, parlamentorum, cancellarii, vicecancellarii, consiliarii ordinarii vel extraordinarii quorumcumque principum secularium, etiamsi imperiali, regali, ducali vel alia quacumque praefulgeant dignitate, aut archiepiscopi, episcopi, abbates, commendatarii seu vicarii fuerint"; ferner

§. 16 (mit einigen ebenfalls auf Paul V. zurückführenden Erweiterungen): „Necnon qui archiepiscopos, episcopos aliosque superiores et inferiores praelatos et omnes alios quoscumque iudices ecclesiasticos ordinarios quomodolibet hac de causa directe vel indirecte carcerando vel molestando eorum agentes, procuratores, familiares necnon consanguineos et affines aut alias, impediunt, quominus sua iurisdictione ecclesiastica contra quoscumque utantur secundum quod canones et sacrae constitutiones ecclesiasticae et decreta conciliorum generalium et praesertim Tridentini statuunt; ac etiam eos qui post ipsorum ordinariorum vel etiam ab eis delegatorum quorumcumque sententias et decreta aut alias fori ecclesiastici iudicium eludentes ad cancellarias et alias curias seculares recurrunt et ab illis prohibitiones et mandata, etiam poenalia, ordinariis et delegatis praedictis decerni et contra illos exequi procurant; eosque quoque qui haec decernunt et exequuntur seu dant auxilium, consilium, patrocinium et favorem in eisdem."

[4] Von späteren Partikularsynoden kommen in Betracht Narbonne 1609 c. 44, Hardouin 11, 50 (Verweisung auf die vom Recht festgesetzten Strafen für diejenigen, welche die Absolution von Censuren durch Gewalt oder andere unerlaubte Mittel erlangen, und für ihre Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger), und Lyon 1850, coll. conc. Lac. 4, 471 (desgleichen für diejenigen, welche die vor das kirchliche Forum gehörigen Sachen an das weltliche ziehen und die dorthin gezogenen vertheidigen).

dehnung der ersteren durch die Kirche unter Strafe gestellt worden ist[1], kommt weiter die Belangung der Geistlichen vor den weltlichen Gerichten und ihre Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit derselben in Betracht.

Hiergegen ist in dieser Periode zunächst schon Martin V. eingeschritten[2], indem er einmal alle Geistlichen[3], welche eine andere geistliche Person, ein geistliches Kollegium oder einen solchen Konvent direkt oder indirekt (selbst unter dem Vorwande der Unterwerfung, wenn auch eidlicher, oder sonst) in den vor das geistliche Forum gehörigen Sachen[4] vor das weltliche Gericht ziehen würden, mit dem Verluste aller etwaigen Rechtsansprüche ipso iure, weiter die einzelnen mit der Exkommunikation l. s., die Kapitel und Konvente mit der Suspension l. s. und mit dem Interdikt l. s., sowie bei nicht sofortigem Abstehen von dem unerlaubten Vergehen die Schuldigen nebst ihren Anhängern und Helfern mit der privatio aller Benefizien ipso iure und der Unfähigkeit zum Erwerbe solcher, die Richter, Exekutoren, Kommunitäten und anderen Laien, welche trotz des Einwandes der Unzuständigkeit des weltlichen Gerichts oder bei klar zu Tage liegender Inkompetenz desselben solche Sachen an sich ziehen oder dies befehlen oder genehmigen, sammt ihren Begünstigern, Helfern und Rathgebern mit der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s. bedrohte. Sodann hat Sixtus IV.[5] die Strafe der dem Papst oder Ordinarius vorbehaltenen Exkommunikation für diejenigen festgesetzt, welche aus Hass, Neid, Chikane oder aus Gewinnsucht Regular- und Weltgeistliche jedweder Stellung und Würde vor dem weltlichen Gericht anklagen oder durch dasselbe verhaften und unwürdig behandeln lassen[6].

Im folgenden Jahrhundert ist unter Paul III. jede gegen das kanonische Recht verstossende Ziehung der Geistlichen und der geistlichen Kollegien und Körperschaften von amtswegen oder auf Parteiantrag vor die weltlichen Gerichte[7], und dann unter Gregor XIII. die Einmischung der weltlichen Obrigkeiten, Richter, Notare, Schreiber und Exekutoren in Kriminalsachen der Geistlichen durch das Verhandeln derselben, durch die Fällung und Vollstreckung von Urtheilen, sowie durch Verbannung und Inhaftirung von Klerikern[8] in der Bulle: *Coena* unter die Fälle der päpstlich reservirten Exkommunikationen gestellt, und beide Fälle sind demnächst in derselben[9] fortdauernd

[1] S. 212 n. 3 u. 4; S. 257 n. 9; S. 417. 422 n. 2.

[2] Const.: Ad reprimendas 1428, b. T. 4, 728.

[3] Einschliesslich der Regularen, Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte und Dignitäre.

[4] „in actione reali, mixta vel personali, civili et criminali".

[5] Officii pastoralis 1476, Hardouin 9, 1496.

[6] Vgl. S. 420 n. 8. Ausserdem wird auch zugleich jeder Zwang gegen dieselben zum Verkauf, zur Verpachtung oder Resignation ihrer Güter, Pensionen, Zehnten und Lehne mit derselben Strafe bedroht.

Gleichzeitig sind auch die Partikularsynoden, wie früher, mit Strafbestimmungen vorgegangen, s. Salzburg 1418 c. 16, Hartzheim 5, 178 (Laien, welche Geistliche vor das weltliche Gericht ziehen, und Geistliche, welche freiwillig vor demselben antworten, ebenso die weltlichen Richter, welche ihre Jurisdiktion gegen sie ausüben, Exk. l. s. und Interdikt über den Ort des Klägers und des Gerichts, verschärft Salzburg 1490, ibid. p. 578, durch die sofortige öffentliche Denunziation der Exkommunicirten, vgl. auch ibid. p. 586); Soissons 1456, Hardouin 10, 1386. 1387 (Kleriker und Laien, welche in Kriminal- und Schuldsachen bei ihrer Ladung vor das geistliche Gericht an die weltlichen Herren rekurriren und von diesen Drohbriefe erlangen oder Bewaffnete mit sich vor den geistlichen Richter führen oder sonst die geistliche Jurisdiktion hindern, Exk.); York 1466, ibid. p. 1480. 1481 (Bedrückungen der Parteien, welche ihre Sachen vor das geistliche Gericht bringen, und ihrer Advokaten und Prokuratoren, Hinderung der Bischöfe und anderer Ordinarien an der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit und Einkerkerung, Schlagen und schlechtes Behandeln der Exekutoren derselben, mehrmals öffentlich zu verkündende exc. l. s.).

[7] 1536 §. 11, b. T. 6, 218, s. Anm. 9.

[8] 1577 §. 14, Hartzheim 7, 899, u. 1583 §. 15, b. T. 8, 413, s. Anm. 9.

[9] Urban VIII. 1627 §. 15 (wesentlich noch in der ursprünglichen Fassung): „Quive ex eorum

beibehalten worden. Gleichzeitig haben auch die Partikularkonzilien [1], und sogar noch bis in dieses Jahrhundert hinein [2], die Verletzung der kirchlichen Jurisdiktion durch Strafbestimmungen zu verhindern gesucht.

Das jetzt geltende Recht beruht auf der const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869, welche die besprochenen Vorschriften der Bulle: Coena durch andere ersetzt hat. Sie

praetenso officio vel ad instantiam partis aut aliorum quorumcumque personas ecclesiasticas, capitula, conventus, collegia ecclesiarum quarumcumque coram se ad suum tribunal, audientiam, cancellariam, consilium vel parlamentum praeter iuris canonici dispositionem trahunt vel trahi faciunt, procurant directe vel indirecte quovis quaesito colore" und l. c.

§. 19 (in einer einige Umstellungen und einige Änderungen enthaltenden Fassung seit Paul V. 1606, möglicherweise schon seit Sixtus V. und Clemens VIII., s. Suarez, de censuris disp. XXI s. 2 n. 103): „Item excommunicamus et anathematizamus omnes et quoscumque magistratus et iudices, notarios, scribas, executores, subexecutores quomodolibet se interponentes in causis capitalibus seu criminalibus contra personas ecclesiasticas, illas processando, banniendo, capiendo seu sententias contra illas proferendo vel exequendo sine speciali, specifica et expressa huius sanctae sedis apostolicae licentia; quique huiusmodi licentiam ad personas et casus non expressos extendunt vel alias illa perperam abutuntur, etiamsi talia committentes fuerint consiliarii, senatores, praesidentes, cancellarii, vicecancellarii aut quovis alio nomine nuncupati."

Von speziellen päpstlichen Erlassen kommen noch in Betracht Clemens VIII.: Aequa et 1595, b. T. 10, 238, nach welcher allen weltlichen Richtern und Gewalten bei Strafe der päpstlich vorbehaltenen Exkommunikation l. s. und andern ebenfalls ipso iure eintretenden, vom Papst arbiträr zu verhängenden Strafen verboten wird, gegen die Johanniter, ihre Familiaren, Diener und die an ihren Kirchen amtirenden Weltpriester wegen des Verbrechens des assassinium einzuschreiten, bevor von den Oberen derselben unter Zuziehung des Bischofs entschieden ist, dass sie ein solches Verbrechen begangen haben, und Clemens VIII.: Romani pontificis 1594, l. c. p. 176, welche bei den ipso iure eintretenden, dem Papst reservirten Strafen der Verletzung der kirchlichen Freiheiten und der Privilegien der Kongregation jedermann untersagt, die Konvente und Mönche einer Cistercienser-Kongregation in Portugal vor die weltlichen Gerichte zu ziehen, und den Richtern, solche Sachen zu verhandeln oder sich in dieselben einzumischen.

[1] Mainz 1549 c. 76, Hartzheim 6, 585 (Laien, welche Kleriker vor das weltliche Gericht ziehen, Verlust ihres Rechts und Ausschluss von der Verfolgung desselben beim kirchlichen Richter, weltliche Richter, welche Prozesse gegen Kleriker selbst mit deren Zustimmung und andere vor das kirchliche Forum gehörige, namentlich Ehesachen an sich ziehen, exc. l. s.); Trier 1549 l. c. p. 607 (Laien, welche Kleriker vor das weltliche Gericht laden, Verlust ihres Rechtes, Kleriker, welche dies thun oder sich dem weltlichen Gericht unterwerfen, exc. l. s., Richter, welche verhandeln, Verlust der Richtergewalt ipso iure, ausserdem, wenn sie die Kleriker direkt oder indirekt zum Verhandeln vor sich zwingen oder Kaution von ihnen verlangen oder sie beschweren oder an dem Angehen des geistlichen Gerichts hindern, exc. l. s.); Salzburg 1569 XXXIX. 2, l. c. 7, 338 (für den Richter in den oben erwähnten Fällen Censur der Bulle: Coena, Laien u. Ankläger Verlust der Sache, Geistlicher, der klagt, exc. l. s.); Rouen 1581, Hardouin 10, 1253 n. 1 (weltliche Richter, welche Geistliche in Civil- und Strafsachen vor sich ziehen, nach monitio exc. l. s., Geistliche, welche sich an die weltlichen Gerichte wenden oder sich denselben freiwillig unterwerfen, exc.); Bordeaux 1583 c. 31, l. c. p. 1373 (dasselbe); Tours 1583 c. 18, l. c. p. 1434 (desgleichen); Narbonne 1609 c. 42, l. c. 11, 46. 47 (im wesentlichen dasselbe, sowie öffentliche Verkündung derjenigen als exkommunicirt, welche trotz monitio kirchliche Rechtssachen vor dem weltlichen Gericht verhandeln); Bourges 1584 XXV. 10, l. c. p. 1487 (Belangen eines Geistlichen durch einen andern vor dem weltlichen Gericht, poenae legitimae); Toulouse 1590 IV. 4. 6, l. c. p. 1817 (Geistliche, welche in geistlichen Sachen den Befehlen, Vorladungen, Strafen der weltlichen Richter gehorchen und sich als Zeugen vernehmen lassen, Exk.); Cambrai 1586 XVI. 1, Hartzheim 7, 1015 (clerici in sacris, welche sich mit Verzicht auf das privilegium fori verpflichten oder sich vor dem weltlichen Richter belangen lassen, Exk.).

Das Tridentinum Sess. XXV. c. 3 de ref. enthält nur ein nicht direkt unter Strafe gestelltes Verbot, einen kirchlichen Richter an der Verhängung der Exkommunikation zu hindern oder ihm die Zurücknahme einer solchen unter dem Vorwande, dass die l. c. vorgeschriebenen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, zu befehlen.

[2] Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 236 (Verweisung auf die Bulle: Coena und const. Martins V.: Ad reprimendas, s. o. S. 734, und dem Ordinarius reservirte exc. l. s. für diejenigen, welche Geistliche, selbst mit ihrer Zustimmung, gegen die Canones vor das weltliche Gericht ziehen); Tarragona 1717, ibid. 1, 757 (weltliche Richter, welche Kleriker inhaftiren und zu ihrer Bestrafung schreiten, exc. l. s. und Verweisung auf die Bulle: Coena); Rom 1725, ibid. p. 389 (weltliche Richter, welche Kleriker vor ihr Forum ziehen und die kirchliche Jurisdiktion stören, Censuren der gedachten Bulle); Baltimore 1837, l. c. 3, 57 (Belangung eines Geistlichen oder eines Religiosen durch einen anderen in einer Sache iuris stricte ecclesiastici vor dem weltlichen Gericht, poenae a iure latae ipso iure).

hält die dem Papst und zwar auf spezielle Art reservirte Exkommunikation l. s. aufrecht[1]

a. gegen diejenigen, welche die Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion (d. h. der Regierungsgewalt, nicht blos der Gerichtsbarkeit im engeren Sinne[2]) sowohl auf dem Gebiete des *forum internum*[3] wie auch des *forum externum* direkt oder indirekt hindern, d. h. vorsätzlich eine Handlung vornehmen, welche den Gebrauch der kirchlichen Jurisdiktion seitens des Berechtigten[4] ausschliesst[5] oder einen von dem letzteren vorgenommenen Jurisdiktionsakt nicht zu seiner Wirkung kommen lässt[6] oder die Aufhebung eines solchen herbeiführt[7], gleichviel, ob sich die That direkt gegen den betreffenden kirchlichen Amtsträger selbst richtet[8] oder auf andere Personen[9] oder Sachen[10] in der Art einwirkt, dass dadurch der gleiche Erfolg erzielt wird, und zwar gleichviel, ob die Handlung von einem öffentlichen Beamten oder einer Privatperson[11] ausgeht[12].

[1] Exc. l. s. sp. modo rom. pont. res. n. 6: „Impedientes directe vel indirecte exercitium jurisdictionis ecclesiasticae sive interni sive externi fori et ad hoc recurrentes ad forum saeculare eiusque mandata procurantes, edentes aut auxilium, consilium vel favorem praestantes.“

[2] Wie der Zusammenhang der o. S. 733 n. 3 u. S. 734 n. 9 citirten §§. 14—16 der Bulle: *Coena* zeigt, handelte diese blos von der letzteren, die const. cit. bezieht sich aber auch auf die Hinderung der gesammten kirchlichen Verwaltung, z. B. der Errichtung von kirchlichen Ämtern und der Anstellung von Geistlichen auf solche. Ferner fällt auch im Gegensatz zu §. 16 cit. die iurisdictio delegata unter dieselbe.

[3] Vgl. Bd. I. S. 168. Auch dies ist eine Erweiterung gegenüber der Bulle: Coena. Von der const. wird also im Gegensatz zu der letzteren z. B. auch die Hinderung des Pfarrers (vgl. Bd. II. S. 295) an der Celebrirung der Messe pro populo, der Spendung der Sakramente, oder der approbirten Beichtväter an der Verwaltung des Busssakraments betroffen, s. (A.-) Pennacchi 1, 249, dessen nähere Ausführungen aber zum Theil nicht zutreffend sind.

[4] Nach (A.-) Pennachi 1, 247 ist die Strafe ausgeschlossen, wenn derselbe die Jurisdiktion nicht in Gemässheit der canones, was allerdings die Bulle: Coena §. 16 cit. ausdrücklich bestimmt, die const. Pii IX. aber fortgelassen hat, also unrechtmässig ausübt, z. B. trotz einer gegen ihn verhängten und vorschriftsmässig verkündeten Exkommunikation oder trotz eingelegter Appellation oder in Fällen, in denen er nicht kompetent ist, wie gegen einen fremden Diöcesanen. Das erscheint nur insoweit richtig, als der betreffende Akt an sich nichtig sein würde, weil dann gar kein Akt der kirchlichen Jurisdiktion vorliegt.

[5] Also z. B. an der Vornahme einer Ladung. Dagegen bildet es keine Verletzung der const., wenn Jemand einen anderen zwingt, in einer Sache das weltliche Gericht statt des noch gar nicht mit derselben befassten kirchlichen Richters anzugehen, (A.-) Pennacchi 1, 243; Heiner S. 86, ebensowenig, wenn Jemand gegen einen kirchlichen Beamten Zwang übt, damit derselbe seine Jurisdiktion in einem Falle gebraucht, in welchem er dies zu thun verpflichtet ist, es aber aus Bequemlichkeit unterlassen hat, ja selbst in einem solchen, in welchem er keinen Gebrauch davon machen darf, z. B. zur Exkommunikation eines Unschuldigen, da in dem letzteren Fall wohl ein unerlaubter Eingriff in die kirchliche Jurisdiktion, nicht aber eine Hinderung derselben stattfindet.

[6] Hierher gehört die Hinderung der Zustellung oder der öffentlichen Verkündung einer Exkommunikationssentenz durch Vernichtung des Urtheilsexemplares.

[7] Z. B. den kirchlichen Richter zur Aufhebung einer bereits ausgesprochenen Suspension oder Exkommunikation zwingt.

[8] Wie die Anwendung von Gewalt, z. B. Heraustreiben des Pfarrers aus der Kirche, Einsperrung desselben, um die Lesung der Pfarrmesse zu verhindern, oder Bedrohung mit dem Tode oder schwerer Verletzung. Wird aber der kirchliche Amtsträger blos durch Bitten oder auch selbst durch Geschenke zum Abstehen von der Amtshandlung bewogen, so liegt keine Hinderung vor, weil derselbe die erstere seinerseits unterlässt.

[9] Wie die Bedrohung, Verletzung und Einsperrung naher Verwandter des betreffenden kirchlichen Amtsträgers, vgl. Bulle Coena §. 16, S. 733 n. 3, oder des Sakristans, damit dieser die Kirche für den Pfarrer verschlossen hält.

[10] Eigenmächtiges Zuschliessen der Pfarrkirche oder Wegnahme der Materien des Weins und der Oblaten, um dem Pfarrer das Lesen der Pfarrmesse unmöglich zu machen.

[11] Denn in dieser Hinsicht ist in der const. kein Unterschied gemacht.

[12] Vollendet ist das Vergehen schon dann, wenn die betreffenden Handlungen, welche sich als Hinderungen darstellen, vorgenommen werden und auch blos auf einen Augenblick die Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion gehemmt haben, denn schon damit ist die Freiheit der Amtsführung, wie sie dem kirchlichen Amtsträger bleiben soll, angetastet, also gehindert, z. B. wenn der Pfarrer die Kirchthür verschlossen vorgefunden hat, sie aber nach seinem Eintreffen

b. Weiter werden von der hier fraglichen Exkommunikation diejenigen betroffen [1], welche sich an das weltliche Forum [2] wenden [3] und Befehle bei den Behörden desselben auf Hinderung der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion erwirken [4], sowie diejenigen, welche solche Befehle erlassen, d. h. diejenigen staatlichen Gewalten [5], namentlich Beamte oder Mitglieder der staatlichen Behörden [6], welche derartige Anordnungen treffen [7], und endlich

c. diejenigen, welche bei den zu a und b gedachten Vergehen [8] Hülfe leisten [9]

hat öffnen lassen können, oder wenn der inhaftirte Bischof sofort, nachdem er in das Haftlokal gebracht worden ist, durch andere seine Freiheit wieder erlangt hat.

1 In dem mit den Worten „et ad hoc" beginnenden zweiten Theil der const. cit., s. S. 736 n. 1, handelt es sich um ein weiteres Vergehen, das: *et* ist demnach disjunktiv, nicht kopulativ aufzufassen, so dass nur die Hinderung durch Rekurrirung an das weltliche Forum unter Strafe gestellt wäre. Das ergiebt sowohl die Gleichstellung der impedientes und recurrentes in der Konstruktion des Satzes, wie auch die Bulle: Coena §. 16, S. 733 n. 3, welche diesen Fall ebenfalls als einen selbstständigen behandelt. Darüber herrscht auch Einigkeit, s. (A.-)Pennacchi 1, 242; Heiner S. 87.

2 Damit sind überhaupt die weltlichen Behörden, nicht blos richterliche Behörden gemeint, a. M. Heiner S. 87, welcher einen Appell an eine weltliche Autorität, welche lediglich Administrativ-, nicht aber eigentliche Jurisdiktionsgewalt besitzt, nicht für strafbar erachtet. Abgesehen davon, dass seine staatsrechtliche Auffassung nicht klar erscheint, übersieht er, dass die const. vor Allem den recursus ab abusu und auch die blos formlose Beschwerde wegen Missbrauchs der geistlichen Amtsgewalt treffen will, diese aber in den deutschen Staaten an die Verwaltungsbehörden zu richten ist, P. Hinschius in Marquardsen, Handbuch d. öffentl. Rechts 1, 323 n. 3. 4. Vgl. auch (A.-)Pennacchi 1, 253.

3 Vgl. die vor. Anm. und o. S. 733. Dies muss aber, wie die folgenden Worte der const. ergeben, in der Absicht geschehen, eine Hinderung der kirchlichen Jurisdiktion herbeizuführen, und daher erscheint es weiter nöthig, dass die angegangene staatliche Behörde auch zum Erlass der betreffenden Anordnungen zuständig ist.

4 Nicht schon mit der blossen Angehung der staatlichen Behörde, sondern erst mit dem Erlass der Anordnung durch dieselbe ist das Vergehen vollendet, wie dies das Wort eiusque in der const. ergiebt, (A.-)Pennacchi 1, 251; Heiner S. 87. Dagegen erscheint die Ansicht, dass die Anordnung auch zur Ausführung gelangt und thatsächlich eine Hinderung der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion eingetreten sein muss, s. (A.-)Pennacchi l. c. u. p. 256; Heiner S. 88, nicht richtig, denn das „ad hoc" drückt nur den Zweck des Rekurses und des Befehles aus, lässt sich aber nicht auch darauf deuten, dass dieser Erfolg gehabt haben müsse. Damit stimmt auch der der const. zu Grunde liegende §. 16 der Bulle: *Coena*, s. S. 733 n. 3, überein, und zudem ist es schon vom Standpunkte der katholischen Kirche ein schwerer Eingriff in die kirchliche Jurisdiktion, wenn die staatliche Obrigkeit als solche blos ein Verbot der Ausübung erlässt und damit die Beobachtung desselben als einer berechtigten staatlichen Anordnung fordert.

5 Die Könige will (A.-)Pennacchi ausgenommen wissen. An sich nöthigt der Wortlaut der const. nicht dazu. Wohl aber sind sie es deshalb, weil sie das Privilegium haben, in Strafandrohungen ausdrücklich genannt zu werden.

6 Mit dem Erlass und der Zustellung an den betreffenden kirchlichen Beamten, dessen Jurisdiktionsakt gehindert und unwirksam gemacht werden soll, ist demnach das betreffende Vergehen zur Vollendung gelangt, s. Anm. 4.

7 Zu den im Text erwähnten Personen gehören nicht die Aktuare, welche die Befehle ausfertigen, die Boten, welche sie überbringen, eben so wenig die Exekutivbeamten, welche sie ausführen, und die Beamten der unteren Instanz, welcher von der höheren der Erlass solcher Anordnungen aufgetragen wird, so auch (A.-)Pennacchi 1, 256. 258, denn alle diese fallen nicht unter den Begriff der „edentes mandata".

Gleichgültig ist es, ob derartige Anordnungen von amtswegen oder auf einen Rekurs oder eine Beschwerde getroffen werden, während der Beschwerdeführer allerdings nur dann der Exkommunikation verfällt, wenn der Befehl in Folge seines Antrages von der Behörde erlassen ist.

8 Nicht etwa blos bei dem unter b besprochenen, wie dies auch schon in §. 16 cit. der Bulle: Coena ausgesprochen war, (A.-)Pennacchi 1, 242.

9 Also sich im Falle a bei der Verhaftung des kirchlichen Amtsträgers, dem Verschliessen der Thür der Pfarrkirche, S. 736 n. 10, betheiligen, im Fall b die Anwälte, welche das Rekursgesuch für den Rekurrenten anfertigen und einreichen. Auch die Aktuare u. s. w., s. Anm. 7, müssen trotz des Widerspruchs v. (A.-)Pennacchi 1, 258 hierher gerechnet werden. Dass der cit. §. 16 der Bulle: Coena, nicht aber die const. cit., die executores besonders nennt, beweist nichts, denn die letztere kann sie gerade deshalb weggelassen haben, weil sie begrifflich unter die Gehülfen fallen. Selbstverständlich tritt für sie, wie für alle anderen genannten, die Exkommunikation blos ein, wenn die sonstigen Erfordernisse der strafbaren Theilnahme vorliegen.

oder dazu Rath[1] oder Begünstigung[2] gewähren[3].

Schliesslich bedroht

d. die const. Pius' IX. 1869 cit. mit der speziell dem Papst reservirten Exkommunikation[4] diejenigen, welche einen weltlichen Richter[5] direkt oder indirekt zwingen, d. h. nach der authentischen Deklaration von 1886[6] allein die Gesetzgeber[7], welche durch Erlass von Gesetzen[8], oder die öffentlichen Beamten oder Behörden[9], welche durch Ausübung ihrer Amtsgewalt in einzelnen Fällen den Richter nöthigen[10],

[1] Also Rath ertheilen, auf welche Weise die die Jurisdiktion hindernde Handlung am besten ausgeführt, das Rekursgesuch am passendsten angefertigt werden kann.

[2] D. h. der Hinderung Vorschub leisten, z. B. durch Verwahrung der Schlüssel der Kirche. Eine Begünstigung nach vollendetem Vergehen ist hier nicht gemeint, s. auch §. 344.

[3] Alle Genannten verfallen aber blos dann der Strafe, wenn das Vergehen vollendet ist.

[4] Exc. l. s. sp. m. rom. pontif. res. n. 7: „Cogentes sive directe sive indirecte iudices laicos ad trahendum ad suum tribunal personas ecclesiasticas praeter canonicas dispositiones."

[5] Da die Strafandrohung das kirchlicherseits für die Kleriker in Anspruch genommene privilegium fori zu wahren bezweckt, so stehen hier nur solche weltliche Beamte in Frage, welche eine Civil-, Straf- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit besitzen, nicht aber reine Verwaltungsbeamte oder blosse Schiedsmänner.

[6] S. das päpstlich bestätigte Dekret der congr. inquis. v. 1886, (A.-)Pennacchi 1, 596; Acta s. sed. 18, 416; Arch. f. k. K. R. 56, 183: „Caput: cogentes non afficere nisi legislatores et alias auctoritates"; (vgl. auch Acta s. sed. 25, 456). Da es auf der Hand liegt, dass heute ein direkter oder indirekter Zwang einer Privatperson gegen die Gerichte zur Vorladung oder Aburtheilung eines Geistlichen so gut wie gar nicht vorkommt, also die Annahme einer solchen Möglichkeit nicht wohl die Veranlassung zur Aufstellung der Strafbestimmung gegeben haben kann, so hat man vielfach, (A.-)Pennacchi 1, 262; Heiner S. 91. 92, freilich nicht ohne Widerspruch, angenommen, dass schon die blosse Klageerhebung oder Anklage oder Denunziation, sofern das Gericht durch eine solche zum amtlichen Vorgehen gegen einen Kleriker verpflichtet wird, einen strafbaren Zwang darstelle, und mit Rücksicht hierauf ist die citirte Deklaration, welche die eben gedachte Ansicht verwirft, erlassen worden.

[7] Mit Rücksicht darauf, dass in der const. l. c. weiter auch der Erlass von Gesetzen und Verordnungen gegen die kirchliche Freiheit unter Strafe gestellt wird (s. darüber u. S. 741. 742), wird diese Ansicht von (A.-)Pennacchi 2, 598 bekämpft, weil eine derartige gesetzgeberische Massregel unter die zuletztgedachte Strafandrohung falle und das c.: Cogentes die Vornahme einer einzelnen und besonderen, einen Zwang darstellenden Handlung voraussetze. Indessen muss er selbst zugeben, dass sich bei der von ihm vertheidigten Auffassung kein Fall der Anwendung der Deklaration finden lässt, denn im konstitutionellen Staat würden die einzelnen Mitglieder des Parlaments, wenn man von ihrer Mitwirkung bei dem Erlass von Gesetzen absieht, blos ausserhalb desselben als Privatpersonen einen speziellen Zwang ausüben können, und was den absoluten Staat betrifft, so sind gerade die Könige nicht ausdrücklich mit Strafe bedroht, S. 737 n. 5. Schon diese Erwägungen nöthigen dazu, der Deklaration die ihr im Text beigelegte Bedeutung zu geben, und das um so mehr, als es nicht im mindesten auffällig erscheinen kann, dass ein besonderer Fall und zwar ein solcher, welchen die bisherige kirchliche Strafgesetzgebung stets als solchen behandelt hat, s. S. 734, aus dem Generaldelikt der Verletzung der kirchlichen Freiheiten herausgehoben worden ist, und der Wortlaut der const. selbst nicht dazu zwingt, das cogere als eine spezielle und positive Handlung aufzufassen. Die Bedenken, dass bei der hier vertretenen Auffassung die Gesetzgeber und der Fürst ohne ihr Wissen jedesmal, wenn der Richter in Gemässheit des Gesetzes einen Kleriker vor sich ladet, einer neuen, in Folge dessen zahlreichen Exkommunikationen verfallen würden, und dass der Fürst, wenn seine Untergebenen dies kraft eines Gesetzes thun, sich solche auch unwissentlich zuziehn, sind haltlos, weil das Vergehen mit dem Erlass und der Publikation des Gesetzes vollendet ist, und die Amtirung der Richter auf Grund desselben sich blos als Ausführung des letzteren darstellt, mithin deswegen keine besondere Exkommunikation eintreten kann. Von der Exkommunikation werden nur diejenigen Mitglieder eines Parlaments betroffen, welche für ein solches Gesetz, nicht diejenigen, welche dagegen gestimmt haben.

[8] Sofern diese durch gehörige Publikation in Kraft getreten sind, denn sonst fehlt ihnen der die Gerichte bindende und zwingende Charakter.

[9] Nur diejenigen, welche die Verfügungen selbst erlassen, nicht solche, an welche sie im internen Geschäftsverkehr zur Ausführung ergehen, so die congr. inquis. 1871, (A.-)Pennacchi 1, 261; Heiner S. 90, weil das c.: Cogentes nur diejenigen bezeichnet, welche von keinem gezwungen, sondern ihrerseits freiwillig Zwang gegen den Richter ausüben.

[10] Z. B. einen katholischen Richter, welcher aus Gewissensbedenken die weiteren Schritte auf die Klage gegen einen Kleriker hinausschiebt, unter Androhung von Disciplinarstrafe dazu anhalten.

eine geistliche Person[1] im Widerspruch mit den kanonischen Bestimmungen[2] vor das weltliche Gericht zu ziehen. Demgemäss verfallen im Gegensatz zu dem früheren Recht[3] weder die Richter, welche entgegen den gedachten Vorschriften ihre Gerichtsbarkeit über solche Personen ausüben, noch andere Personen, einschliesslich der geistlichen, welche Klagen, Denunziationen oder Anklagen gegen die ersteren bei den weltlichen Gerichten anbringen, oder Geistliche, welche sich, unter Missachtung der kirchlichen Kompetenzvorschriften, denselben unterwerfen, nach geltendem Recht der erwähnten Exkommunikation *l. s.*, vielmehr können nach diesem[4] die Ordinarien, wenn Laien oder Kleriker in denjenigen Ländern, in denen dem *privilegium fori* kirchlicherseits nicht derogirt ist, geistliche Personen ohne Genehmigung des zuständigen Ordinarius[5], und Bischöfe ohne die des Papstes vor das weltliche Gericht ziehen, gegen die Schuldigen nur mit Strafen und Censuren *(ferendae sententiae)* einschreiten[6].

Die vorstehend S. 735 ff. gedachten Vorschriften der const. Pii sind an Stelle der §§. 14—16. 19 der Bulle: *Coena*[7] getreten. Diese letzteren haben, da sie ebenfalls blos die Exkommunikation l. s. androhen, keine Bedeutung mehr. Im übrigen sind nur noch die in den citirten anderen päpstlichen Konstitutionen[8] für besondere hierher gehörige Fälle angedrohten *poenae vindicativae* in Kraft geblieben.

Neben den vorstehend besprochenen Anordnungen haben endlich die Päpste in Folge der seit dem 16. Jahrhundert sich mehrenden Eingriffe in die Thätigkeit der Ketzerinquisition[9] auch besondere Anordnungen zum Schutze der **Inquisitionsgerichtsbarkeit**[10], sowohl der päpstlichen, wie auch der bischöflichen[11], erlassen[12].

[1] Dazu gehören alle, welche nach kanonischem Recht des privilegium theilhaftig sind, also vor Allem sämmtliche Kleriker, Bd. I. S. 119, und die Tonsurirten unter den a. a. O. S. 106 gedachten Bedingungen, ferner auch die Mitglieder und Novizen der päpstlich approbirten Orden und der ordensähnlichen Kongregationen, sowie auch unter Umständen die Eremiten, vgl. u. S. 747 n. 7 und Heiner S. 93. 144. 145.

[2] Nicht blos dem kanonischen Recht selbst, s. o. S. 402 ff. 413. 415 ff., sondern auch dem neueren, namentlich partikulären Recht. Die Strafe tritt daher nicht ein, wenn durch ein Konkordat (wie z. B. durch das österreichische v. 1855 Art. 13. 14) dem Staat die Ausübung der Civil- und Kriminalgerichtsbarkeit über die Geistlichen zugestanden worden ist, und dies gilt selbst dann, wenn der betreffende Staat seinen Rücktritt von dem Konkordat erklärt, aber der päpstliche Stuhl dasselbe noch nicht widerrufen hat, weil es erst dadurch seine kirchenrechtliche Geltung als kirchliches Partikulargesetz verliert.

[3] S. 734.

[4] S. die cit. Deklaration S. 738 n. 6: „Ceterum in iis locis, in quibus fori privilegio per summos pontifices derogatum non fuit, si in eis non datur iura sua persequi nisi apud iudices laicos, tenentur singuli prius a proprio ipsorum ordinario veniam petere, ut clericos in forma (l. forum) laicorum convenire possint eamque ordinarii numquam denegabunt, tum maxime, cum ipsi controversiis inter partes conciliandis frustra operam dederint. Episcopos autem in id forum convenire absque venia sedis apostolicae non licet. Et si quis ausus fuerit trahere ad iudicem seu iudices laicos vel clericum sine venia ordinarii vel episcopum sine venia s. sedis, in potestate eorumdem ordinariorum erit, in eum, praesertim si fuerit clericus, animadvertere poenis et censuris ferendae sententiae, uti violatorem privilegii fori, si id expedire in domino iudicaverint.“

[5] Über die Nothwendigkeit, diese zu ertheilen, s. vor. Anm.

[6] S. die vor. Anm. u. Entscheidung der Propaganda v. 1860 (?), Acta s. sed. 24, 626. Ferner ist die Strafe des Verlustes des Rechtsanspruches, s. o. S. 734, allerdings nicht beseitigt, aber ohne praktische Bedeutung. — Die in Betreff der Verhandlung und Entscheidung von Ehesachen durch katholische Richter ergangenen Entscheidungen der congr. inquis., Arch. f. k. K. R. 40, 297; 41, 181; 56, 476; 67, 177; 68, 178. 180, von denen die von 1885, a. a. O. 56, 477, eine solche für Frankreich, gestattet, „dummodo ita animo comparati sint tum circa valorem et nullitatem coniugii, tum circa separationem corporum ... ut nunquam proferant sententiam neque ad proferendum defendant vel eam provocent vel excitent, divino aut ecclesiastico iuri repugnantem“, in der That aber die katholischen Richter verhindert, in solchen Sachen zu fungiren, s. a. a. O. 57, 177, sind nur für spezielle Fälle erlassen und erledigen die Frage prinzipiell nicht.

[7] S. 732 ff.

[8] S. 732 n. 6 u. S. 733 n. 2.

[9] Vgl. Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 290. 291.

[10] Vgl. o. S. 215.

[11] S. o. S. 475.

[12] Zuerst hat Julius III.: Licet a diversis 1551

In Anknüpfung hieran stellt die const. Pius' IX.: *Apostolicae* v. 1869 ebenfalls noch die Beeinträchtigung der Inquisitionsgerichtsbarkeit unter Strafe. Sie hält die Exkommunikation l. s., aber diese nur schlechthin ohne jede Reservation, aufrecht [1] für diejenigen, welche die Inquisitoren, die Denunzianten [2], Zeugen [3] und andere Bediensteten [4] der päpstlichen Inquisition [5] verletzen [6] oder sie durch Thätlichkeiten oder schwere Drohungen von der Ausübung ihrer amtlichen Funktionen abschrecken oder die Schriftstücke der Inquisition [7] rauben [8] und fortschleppen [9] oder verbrennen [10], sowie für alle diejenigen, welche bei diesen Handlungen Hülfe leisten oder Rath oder

b. T. 6, 431, alle Personen, insbesondere die weltlichen Herren, Obrigkeiten und Beamten, welche die Thätigkeit der bischöflichen oder päpstlichen Inquisitionsgerichte stören oder hindern oder sich irgendwie in Untersuchungen wegen Ketzereien einmischen, ferner die Diöcesanbischöfe und Inquisitoren, welche ihnen irgend welche Mitwirkung bei den letzteren gestatten sollten, mit der päpstlich reservirten Exkommunikation bedroht. Weiter ist durch die const. Pius' V.: Si de protegendis 1569, l. c. 7, 744, die Tödtung, das Schlagen, Hinauswerfen und Bedrohen der Inquisitoren, der Advokaten, Prokuratoren, Notare und anderer Bediensteten der päpstlichen und bischöflichen Inquisitionsgerichte, der Ankläger, Denunzianten und der in Glaubenssachen vorgeladenen oder produzirten Zeugen, die Erstürmung, das gewaltsame Betreten, die Brandlegung oder die Plünderung der Kirchen, Häuser und anderer Sachen der gedachten Gerichte, das Verbrennen, die Plünderung oder die Beiseiteschaffung der Bücher, Briefe, Ermächtigungen, Register, Protokolle, Schriftstücke oder anderer öffentlicher oder privater Urkunden, die Verhinderung der Rettung von Personen oder Sachen aus einem Brande oder einer Plünderung, damit die ersteren wieder gefangen genommen, die letzteren nicht verbrannt oder vernichtet werden können, die Erbrechung irgend welcher Gefängnisse oder Haftlokale, die Herauslassung der dort Inhaftirten, die Verhinderung der Inhaftirung, die Entführung, die Aufnahme oder das Verbergen von Gefangenen, das Gewähren von Gelegenheiten zur Flucht oder das Geben von Befehlen dazu, die Annahme von Leuten, um die erwähnten Thaten zu begehen, sowie die wissentliche, öffentliche oder geheime Gewährung von Hülfe, Rath oder Begünstigung bei allen erwähnten Handlungen, selbst wenn Niemand getödtet, geschlagen, Niemand aus dem Gefängniss entführt, entwichen, nichts erbrochen, geplündert oder verbrannt, kurz kein Schaden geschehen ist, für Herzöge und Fürsten höheren Titels, Grafen, Markgrafen, weltliche Herren, Kommunen und Privatpersonen mit der Exkommunikation l. s. und als Majestätsverbrechen (ausser mit der hier selbstverständlichen Infamie) mit dem ipso iure Verlust der Herrschaften, Würden, Ehren, Lehne und anderer weltlichen Benefizien, sowie der Einziehung des Vermögens für den Fiskus, ferner auch für die Deszendenten mit der Infamie, der Unfähigkeit zu allen Würden, sowie der Unfähigkeit, aus Testamenten oder ab intestato zu erben und Legate und Schenkungen zu erwerben, endlich für die Geistlichen und Regularen einschliesslich der Bischöfe und höheren Würdenträger mit den zuletzt gedachten Strafen für die Deszendenten, der privatio ipso iure aller Benefizien und Offizien, sowie der Degradation behufs Belegung mit den gedachten Strafen bedroht, weiter der Versuch, für die der gedachten Vergehen schuldigen Personen Verzeihung oder Fürsprache einzulegen, mit dem ipso iure Eintritt der Strafen der Begünstigung der Ketzerei, und endlich die Begnadigung von allen diesen Strafen, dem Papst unter Erforderung der eigenen Unterzeichnung durch denselben vorbehalten worden. Eine generelle Bezugnahme auf diese Strafen findet sich in Paul V.: Jam dudum und Cum sicut 1606, b. T. 11, 369 u. 371, betreffend die Eingriffe der Kommune Lucca in die Jurisdiktion der Inquisitoren.

[1] Exc. l. c. nem. res. n. 2.: „Laedentes aut perterrefacientes inquisitores, denuntiantes, testes aliosve ministros S. Officii, eiusve sacri tribunalis scripturas diripientes aut comburentes, vel praedictis quibuslibet auxilium, consilium, favorem praestantes."

[2] Die Ankläger (S. 739 n. 12) werden offenbar deshalb nicht mehr genannt, weil das förmliche Anklageverfahren bei der Inquisition längst ausser Gebrauch gekommen ist, s. S. 482 n. 4.

[3] Also nicht blos der in Glaubenssachen, S. 739 n. 12, vorgeladenen.

[4] Vgl. S. 462 ff., wie die Notare, Advokaten, Konsultoren, Exekutoren u. s. w.

[5] Unter dem S. Officium ist sowohl die in Rom bestehende oberste Behörde dieses Namens, wie auch jedes andere päpstliche Inquisitionsgericht zu verstehen, Bd. I. S. 448, nicht aber die bischöflichen Inquisitionsgerichte, vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 104.

[6] Und zwar nur ihre Person, nicht ihre Sachen, wie dies hier der ganze Zusammenhang ergiebt, also dieselben injuriren, schlagen, verwunden, tödten, einsperren, so auch die allgemeine Ansicht, (A.-)Pennacchi 2, 104; Heiner S. 262.

[7] D. h. auch gedruckte Akten, sofern sie sich auf die Inquisitionsprozesse beziehen, nicht aber die zur Bibliothek gehörigen Bücher, (A.-)Pennacchi 2, 107. Dass es mehrere Schriftstücke sein müssen, s. l. c. p. 110, lässt sich aber aus dem Pluralis nicht entnehmen.

[8] Nicht blos stehlen.

[9] Aus den Orten, wo dieselben aufbewahrt werden, (A.-)Pennacchi 2, 109. 111.

[10] Also nicht auf andere Art vernichten, l. c. p. 111, a. A. Heiner S. 262.

Begünstigung gewähren [1], verengt also den Thatbestand im Vergleich zu dem früheren Recht sehr erheblich [2], freilich nur, soweit es sich um die Exkommunikation handelt, nicht aber, soweit die durch dasselbe angedrohten vielfachen *poenae vindicativae* [3] in Frage kommen.

§. 311. ee. *Die Verletzung der Freiheiten und der Rechte der Kirche.*

1. Die Verletzung durch Ausübung der weltlichen Gesetzgebungsgewalt. Schon das gemeine Recht des Mittelalters hat die Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheiten durch Errichtung von Statuten und Gesetzen, sowie die Durchführung derselben [4], und das Partikularrecht [5] auch andere Verletzungen der kirchlichen Rechte als Vergehen behandelt. Nachdem ferner einzelne Partikularsynoden des 15. Jahrhunderts mit Strafbestimmungen gegen dasselbe vorgegangen waren [6], und Leo X. die der Kurie vor Allem anstössige pragmatische Sanktion von Bourges [7] auf dem 5. Lateran. Konzil 1516 verurtheilt hatte [8], bedrohte zuerst Paul III. in der Bulle: *Coena* v. 1536 [9] alle diejenigen, welche allgemeine Statuten, Verordnungen, Pragmatiken oder spezielle Anordnungen, durch welche die kirchliche Freiheit beseitigt, irgendwie verletzt oder herabgedrückt oder sonst beschränkt oder den Rechten des Papstes oder des geistlichen Stuhles ausdrücklich oder stillschweigend präjudizirt wird, erlassen oder publiziren, mit der päpstlich reservirten Exkommunikation *l. s.* [10]. Seitdem ist dieser Exkommunikationsfall nicht nur in der Bulle verblieben [11], sondern auch die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 hat ihn unter den

[1] Das wissentlich (scienter) der const. Pii V. cit., S. 739 n. 12, fehlt bei Pius IX. l. c. Ihre Strafbarkeit wird also nur ausgeschlossen, wenn sie sich in einer unvermeidlichen Unkenntniss bei der Beihülfe befunden haben, l. c. p. 113. Dieselbe tritt aber nicht ein, wenn das Vergehen der Thäter nicht zur Vollendung gekommen ist, wie der Gegensatz zur const. Pii V. cit. zeigt.

[2] Vgl. die vorhergehenden Anmerkungen und S. 739 n. 12.

[3] S. a. a. O., wennschon diese nicht nur wegen ihrer Natur, sondern auch weil die Inquisition fast nirgends mehr besteht, unpraktisch sind.

[4] S. 212 n. 1. S. 387. 388.

[5] S. 211 n. 4 u. S. 212 n. 1. 2.

[6] Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1349 (Umgehung der gemeinrechtlichen Vorschriften durch Erlass von Spezialverboten und Anordnungen für Thäter, Anstifter, Rathgeber und Begünstiger exc. l. s.); Sens 1460/1485 IV. 6, l. c. p. 1540 (allgemeine Erneuerung der Strafen gegen die Verletzer der kirchlichen Freiheiten).

[7] Bd. III. S. 408. 421. 424 n. 6.

[8] Pastor aeternus 1516, b. T. 5, 659, s. auch Bd. III. S. 424 n. 7, zugleich (§. 9) unter Bedrohung aller derjenigen, welche sich auf dieselbe berufen, sie anwenden, nach ihr urtheilen oder dies befehlen, Exemplare in den Archiven oder sonst aufbewahren und nicht zerstören würden, mit der dem Papst vorbehaltenen exc. l. s., der Geistlichen (einschliesslich der Kardinäle und Bischöfe), ausserdem mit dem ipso iure Verlust aller Kirchen, Klöster und Benefizien, sowie der Unfähigkeit zum Erwerbe solcher, der Laien daneben mit den ipso iure eintretenden Strafen des Majestätsverbrechens, des Verlustes aller kirchlichen Lehne, und der Unfähigkeit zur künftigen Erlangung solcher, sowie der Infamie und der Unfähigkeit zu allen actus legitimi, Strafen, in Betreff deren Begnadigung allein dem Papste vorbehalten bleibt.

[9] §. 12, b. T. 6, 218.

[10] Gregor XIII. hat in seiner Bulle: *Coena* v. 1577 §. 14, Hartzheim 7, 899, v. 1583 §. 15, b. T. 8, 413, dies auch auf diejenigen, welche von solchen Gesetzen und Anordnungen Gebrauch machen, ausgedehnt. Diese letzteren erklärt Trier 1549, Hartzheim 6, 607, welches auf die gemeinrechtlichen Strafen verweist, offenbar in Anhalt an das 5. Lateran. Konzil, s. Anm. 8, für „inhabiles ad omnem legitimum actum in ecclesia".

[11] Vgl. die Bulle Urbans VIII. v. 1627 §. 15, b. T. 13, 531 (in der seit Clemens VIII., s. S. 646 n. 7, unwesentlich veränderten Fassung Gregors XIII.): „necnon qui statuta, ordinationes, pragmaticas seu quaevis alia decreta in genere vel in specie ex quavis causa et quovis quaesito colore ac etiam peraetextu cuiusvis consuetudinis aut privilegii vel alias quomodolibet fecerint, ordinaverint et publicaverint vel factis et ordinatis usi fuerint, unde libertas ecclesiastica tollitur seu in aliquo laeditur vel deprimitur aut alias quovis

Fällen der dem Papst speziell vorbehaltenen Exkommunikationen [1] insofern beibehalten, als sie alle diejenigen, welche Gesetze oder Verordnungen [2] gegen die Freiheit und die Rechte der Kirche [3] erlassen [4], mit dieser Censur bedroht. Was die Bedeutung der Freiheit und Rechte der Kirche betrifft, so kann es sich dabei nur um die unabhängige Stellung der Kirche als Anstalt im Staate und um die Rechte, welche dieselbe zu diesem Behufe in Anspruch nimmt, handeln, selbst wenn diese nur in einem bestimmten einzelnen Lande oder Bezirk verletzt werden [5], nicht aber um die besonderen Rechte und Privilegien einer einzelnen kirchlichen Anstalt innerhalb der katholischen Gesammtkirche [6] oder um spezielle Rechte des Papstes und des apostolischen Stuhles [7]. Demnach gehört hierher jede Beeinträchtigung der von der Kirche in Anspruch genommenen Ordinations-, Jurisdiktions- und Lehrgewalt, also der Ausübung der Funktionen des Ordos durch Geistliche jeder Art, der vom Placet, vom Exequatur und von jeder Beschränkung des Verkehrs der Bischöfe mit Rom unabhängigen Ausübung der Jurisdiktion durch alle kirchlichen Oberen und der Handhabung derselben in dem vom kanonischen Recht gesetzten Umfang, z. B. in Bezug auf Errichtung und Veränderung von kirchlichen Anstalten und Ämtern, auf Anstellung von Geistlichen und Absetzung derselben, auf Genehmigung und Zulassung von Orden, ordensähnlichen Kongregationen und kirchlichen Bruderschaften, sowie in Bezug auf die Errichtung von Klöstern, auf die Strafgewalt über Geistliche und Laien, in Bezug auf die Anordnung von Gottesdiensten und kirchlichen Festtagen, in Bezug auf die Gesetzgebungsgewalt über alle von der Kirche für ihr Gebiet in Anspruch genommenen Verhältnisse, wie namentlich die Ehe und das Volksschulwesen, weiter hinsichtlich der freien Bestimmung über Irrlehren und der massgebenden Leitung und Aufsicht über die öffentlichen Schulen [8], des Rechtes auf freien Erwerb von Eigenthum und Besitz durch die Gesammtkirche und die einzelnen kirchlichen Korporationen und Anstalten [9], sowie der im Interesse der Gesammtkirche für die einzelnen kirchlichen Anstalten und die Geistlichen geforderten Freiheiten [10], wie der Immunität von öffentlichen Lasten und Abgaben für die ersteren und letzteren, der Exekutionsfreiheit, der Freiheit vom Militärdienst und von weltlicher Civil- und Strafgerichtsbarkeit für die Geistlichen [11].

modo restringitur seu nostris et dictae sedis — ac quarumcumque ecclesiarum iuribus quomodolibet directe vel indirecte (dies seit Gregor XIII.) — tacite vel expresse praeiudicatur."

[1] No. 7.: „item edentes leges vel decreta contra libertatem aut iura ecclesiae."

[2] Im Gegensatze zu der Bulle: *Coena* sind hier nur allgemein, von der gesetzgebenden Gewalt oder von den mit Verordnungsgewalt ausgestatteten Behörden erlassene Normen, nicht Verfügungen für Einzelfälle gemeint, so auch (A.-) Pennacchi 1, 273 n. 1; Heiner S. 96.

[3] D. h. solche, welche diese Freiheit und Rechte in irgend einer Hinsicht auch nur verletzen oder gar beseitigen, s. S. 741 n. 11.

[4] Es sind jetzt im Gegensatz zur Bulle: Coena §. 15 cit. nur noch strafbar die Gesetzgeber, bez. die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen, vgl. S. 738 n. 7 a. E., und die mit Verordnungsgewalt ausgestatteten Behörden, sofern das Gesetz oder die Verordnung in Folge gehöriger Publikation in Kraft getreten ist, weil damit erst das „edere" seine Vollendung erreicht, nicht aber diejenigen, welche, wie die Richter oder die Administrativbeamten, die erwähnten Gesetze oder Verordnungen blos anwenden und durchführen.

[5] Denn damit wird immer ein der allgemeinen katholischen Kirche angehöriger Theil derselben und in Folge dessen auch die ganze Kirche betroffen. Auch hätte sonst die Strafbestimmung keine Bedeutung, weil es bei der Verbreitung der katholischen Kirche über den ganzen Erdkreis keine Staatsgewalt giebt, welcher dieselbe in ihrer vollen Ausdehnung untersteht, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 270.

[6] Das ergiebt der Gegensatz gegen §. 15 cit. der Bulle: Coena.

[7] S. die vor. Anm.

[8] Vgl. hierzu den Syllabus v. 1864 §§. 20. 21. 24. 28. 29. 33. 41. 44. 45—48. 49. 50—53. 68 bis 74, Arch. f. k. K. R. 13, 315.

[9] Syllabus §. 26.

[10] A. a. O. §§. 30. 32. Vgl. überhaupt noch (A.-) Pennacchi 1, 269 u. Heiner S. 96.

[11] S. den vorhergehenden §.

Danach ist der Umfang des Gebietes, auf welchem Eingriffe der Staatsgewalt in dasselbe unter Strafe gestellt sind, überaus weit gesteckt, und wenn ausserdem gewisse Arten von Beeinträchtigungen der kirchlichen Freiheiten und Rechte als besondere Delikte charakterisirt worden sind, so erhält doch das hier fragliche Verbrechen dadurch seine Abgrenzung gegen diese letzteren, dass bei demselben die Beeinträchtigung durch Ausübung der gesetzgebenden oder Verordnungsgewalt erfolgen muss, dass aber Eingriffe in die gedachten Freiheiten und Rechte [1], welche sich auf andere Weise vollziehen, nicht unter die hier besprochenen Strafbestimmungen fallen [2].

2. Das Verbot von Eiden gegen die Verletzung der kirchlichen Freiheiten. In Anhalt an eine Dekretale Nikolaus' III. [3] hat Gregor XIII. bestimmt, dass Prälaten, Kanoniker, Kapitel von Kirchen und Klöstern, Kommunen und andere Personen jedweder Würde vor oder nach Wahlen, Bestätigungen, Verleihungen, Zulassungen oder anderen Akten keine unerlaubten, auf Unmögliches oder auf die Verletzung der kirchlichen Freiheiten gerichteten oder dem Tridentinum zuwiderlaufende Eide leisten oder fordern oder Jemanden wegen solcher Eide gerichtlich oder aussergerichtlich beunruhigen sollen, zugleich unter Androhung der dem Papst vorbehaltenen Strafen l. s., der suspensio a divinis für Prälaten bischöflicher Würde, des Interdiktes für Kapitel, Konvente und Ortschaften oder Kommunen, der Exkommunikation l. s. für andere Personen, sowie für alle Schuldigen der Unfähigkeit, das so Erworbene und noch zu Erwerbende zu behalten, und des Verlustes aller durch den Eid erlangter Vortheile für diejenigen, welche wissentlich einen solchen geleistet haben [5], und Innocenz XII. [6] unter Bestätigung der gedachten beiden Anordnungen als weitere, gleichfalls dem Papst zur Begnadigung reservirte Strafen l. s. die Privation aller Dignitäten, Kanonikate, Präbenden, kirchlicher Benefizien und für Regularen auch des aktiven und passiven Stimmrechtes, aller Gnaden und Offizien, sowie der Unfähigkeit zu solchen hinzugefügt.

Aufgehoben sind die erwähnten Konstitutionen nicht, indessen sind die von Gregor XIII. festgesetzten Strafen der suspensio a divinis, des Interdikts und der Exkommunikation in Folge der const. Pius' IX. entfallen.

3. An Verletzungen einzelner Freiheiten und Rechte der Kirche, welche nicht lediglich an die unter 1 gedachte Voraussetzung gebunden sind, kommen strafrechtlich in Betracht:

a. Die Verletzung des Asylrechts [7]. Die darauf gesetzte, dem Papst schlechthin vorbehaltene Exkommunikation l. s. trifft nach dem geltenden Recht [8] indessen nur denjenigen, welcher frei und ohne jeden Zwang [9] wissentlich und vorsätz-

[1] S. dazu unter No. 3 dieses §.

[2] Über eine Ausnahme s. S. 738 n. 7.

[3] c. 1 (1280) in VI de iureiur. II. 11, s. Bd. II. S. 609 Anm.

[4] Inter apostolicas 1587 §. 3, b. T. 8, 489: „ne ulla omnino iuramenta illicita, impossibilia, damnosa vel libertati ecclesiasticae aut decretis concilii Tridentini obviantia sive ante sive post electiones, confirmationes, provisiones, receptiones, admissiones aut alios actus ubicumque aut quocumque tempore, etiam praetextu cuiusvis consuetudinis quantocumque tempore observatae, quae potius corruptela est censenda, sive in genere sive in specie praestare, reddere vel exigere neve super praestatis, redditis vel exactis hucusque quemquam in iudicio vel extra inquietare audeant vel turbare."

[5] §. 4 l. c.

[6] Ecclesiae catholicae 1695 §. 5, b. T. 20, 716.

[7] Über den Umfang desselben s. B. IV. S. 387.

[8] Der const. Pius' IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. rom. pont. res. n. 5, Bd. IV. S. 388 n. 1; Arch. f. k. K. R. 28, 158, Acta s. sed. 25, 456. 457; vgl. ferner noch Bd. IV. S. 393.

[9] Also nicht den Gerichtsdiener und Unterbeamten, welcher den geflohenen Verbrecher auf Befehl aus der Kirche entfernt.

lich[1] das Asylrecht durch Gewalt[2] verletzt oder einen Befehl dazu giebt, sofern dieser letztere zu einer derartigen Verletzung geführt hat[3]. Die Strafe findet auch Anwendung, selbst wenn das Asylrecht in einem Lande durch entgegenstehende Gewohnheit beseitigt ist[4].

b. Die Verletzung der Immunität der kirchlichen Institute und geistlichen Personen von weltlichen Abgaben und Lasten. Schon das gemeine Recht des Mittelalters hatte auf die Beschwerung der erwähnten Anstalten und Personen mit Abgaben und Lasten die Strafe der Exkommunikation *l. s.* gesetzt[5]. Nachdem die Partikularsynoden des 15. Jahrhunderts[6], ebenso wie die früheren, mit Wiederholungen dieser Strafbestimmungen vorgegangen waren[7], ist ein darauf bezügliches Verbot zuerst von Paul III., in Anhalt an die Erneuerung der älteren gemeinrechtlichen Bestimmungen seitens Leos X.[8], in die Bulle: *Coena*[9] aufgenommen[10] und seitdem in derselben beibehalten worden[11]. Die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869

[1] „ausu temerario", was die congr. inquis. v. 1871, (A.-)Pennacchi 1, 700, durch „prudens ac sciens" wiedergiebt. Der Thäter muss also Kenntniss von dem Asylrechte, sowie davon, dass es sich um einen mit demselben ausgestatteten Raum handelt, besitzen und trotzdem zur Entfernung des Flüchtigen schreiten.

[2] Mithin nicht, wenn der Flüchtling durch List oder Versprechungen aus dem Asyl gelockt oder durch Verhinderung der Zustellung von Lebensmitteln gezwungen wurde, dasselbe zu verlassen, (A.-)Pennacchi 1, 696; Heiner S. 177.

[3] Ob das letztere erforderlich ist, darüber herrscht freilich Streit, vgl. darüber (A.-)Pennacchi 1, 697. Indessen beabsichtigt die const. offenbar, blos die Verletzung des Asylrechts, nicht mehr — das ergiebt der Gegensatz gegen die const. Gregors XIV.: Cum alias 1591, Bd. IV. S. 387 n. 11 u. S. 393 n. 6 — den blossen Versuch zu bestrafen, und die erstere tritt bei einem unausgeführt gebliebenen Befehl nicht ein, vgl. (A.-)Pennacchi l. c. u. Heiner S. 177.

[4] S. die Entsch. d. Congr. inquis. v. 1880, Arch. f. k. K. R. 46, 25. 26.

[5] S. 216 n. 7 (bei Städten und Korporationen das Interdikt).

[6] Salzburg 1418 c. 18, Hartzheim 5, 183 (Auferlegung neuer Abgaben auf Kirchen, Klöster und fromme Stiftungen seitens der Vögte, exc. l. s.); Angers 1448 c. 9. 13, Hardouin 9, 1345. 1348 (Auferlegung von Durchgangsabgaben auf Sachen der Kleriker und Kirchen in Wiederholung von Château-Gontier 1336, o. S. 217 Anm. Sp. 1 oben, exc. l. s. und Interdikt l. s. über den Ort, wo sie erhoben werden, sowie Belastung der Geistlichen mit neuen Lasten und Abgaben durch weltliche Herren, dieselben Strafen).

[7] S. 216 n. 7.

[8] Auf dem 5. Lateran-Konzil, const. Supernae 1514 §. 40, b. T. 5, 604, unter Wiederholung der früheren Strafen, selbst bei Abforderung des freiwillig Angebotenen (s. S. 216 n. 7 Abs. 1 a. E.), sowie unter Ausdehnung derselben auf alle Helfershelfer, Rathgeber und Begünstiger, sowie unter Bedrohung der Prälaten, welche Abgaben ohne Erlaubniss des päpstlichen Stuhles entrichten, nicht nur mit der exc. l. s., sondern auch mit der Deposition ipso facto, sowie aller Schuldigen mit der Unfähigkeit zu den actus legitimi und der Intestabilität.

[9] Sie enthielt allerdings schon seit 1339 die seit 1372 päpstlich reservirte Exkommunikation l. s. gegen alle, welche Durchgangsabgaben auferlegen, s. o. S. 216 n. 7 Abs. 1 u. S. 364. 365, und dieser Fall ist auch noch in der definitiven Gestaltung festgehalten worden, s. Bulle: Coena Urbans VIII. v. 1627, b. T. 13, 530 §. 5: „omnes qui in terris suis nova pedagia seu gabellas praeterquam in casibus sibi a jure seu ex speciali sedis apostolicae licentia permissis imponunt vel augent seu imponi vel augeri prohibita exigunt", indessen bezog sich diese Strafandrohung, wennschon sie mit zum Schutze der Geistlichen und kirchlichen Anstalten erlassen war, nicht einzig und allein auf die Beschwerung dieser mit derartigen Abgaben, sondern traf die Einführung solcher allgemein, war also überhaupt zum Schutze der Verkehrsfreiheit erlassen, s. auch Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 131.

[10] Bulle: Coena Pauls III. §. 13, b. T. 6, 218. Die Partikularsynoden dieser Zeit berühren dieses Vergehen nur sehr selten, s. aber Bourges 1584 XXV. 11, Hardouin 10, 1487 (für die Bedrückung der Kleriker mit Abgaben, Exk.).

[11] Bulle: Coena Urbans VIII. 1627 §. 18, b. T. 13, 530 (mit geringen, unwesentlichen Änderungen seit Gregor XIII. 1577 §. 17, Hartzheim 7, 899): „Quive collectas, decimas, talleas, praestantias et alia onera clericis praefatis et aliis personis ecclesiasticis ac eorum et ecclesiarum, monasteriorum et aliorum beneficiorum ecclesiasticorum bonis illorumque fructibus, redditibus et proventibus huiusmodi absque simili romani pontificis speciali et expressa licentia imponunt et diversis etiam exquisitis modis exigunt aut sic imposita etiam a sponte dantibus et concedentibus recipiunt, necnon qui per se vel alios directe vel indirecte praedicta facere, exequi vel procurare aut in eisdem auxilium, consilium vel favorem praestare non verentur, cuiuscumque sint praeeminentiae, dignitatis, ordinis, conditionis aut status, etiamsi imperiali aut regali praefulgeant

hat dagegen, wohl theils mit Rücksicht darauf, dass eine solche Strafbestimmung in der heutigen Zeit praktisch nicht mehr durchführbar erscheint, theils darauf, dass heute in den modernen Staaten Abgaben und Lasten kaum anders als im Wege der Gesetzgebung auferlegt werden können und dieser letztere Fall, wenn auch nicht in vollem Umfange, doch grossentheils durch die S. 741. 742 gedachte Vorschrift getroffen wird, die Exkommunikation l. s. stillschweigend durch Nichterwähnung beseitigt [1].

c. Die Vergewaltigung der hohen kirchlichen Würdenträger, welche ebenfalls als eine Verletzung der kirchlichen Freiheiten betrachtet wird [2], ist, soweit die Kardinäle und die Bischöfe in Frage stehen, schon durch das gemeine Recht seit dem 13. Jahrhundert unter eine Reihe schwerer Strafen, insbesondere auch die der päpstlich reservirten Exkommunikation gestellt worden [3], aber erst Julius II. hat die Vergewaltigung der Bischöfe jeder Stellung [4] und Gregor XIII. auch die der Kardinäle, päpstlichen Legaten und Nuntien unter die Fälle der Bulle: *Coena* [5] eingereiht. Diese Erweiterungen sind dauernd in derselben verblieben und aus der letzteren so gut wie wörtlich in die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 übernommen worden [6]. Diese bedroht mit der dem Papste speziell vorbehaltenen Exkommunikation alle diejenigen, welche einen Kardinal der römischen Kirche, einen Patriarchen, Erzbischof [7], Bischof [8], einen Legaten oder Nuntius [9] des päpstlichen Stuhles tödten, verstümmeln [10], verwunden [11], thätlich misshandeln [12], gefangen nehmen, einkerkern,

dignitate seu principes, duces, comites, barones et alii potentatus quicumque etiam regnis, provinciis, civitatibus et terris quoquomodo praesidentes, consiliarii et senatores aut quavis etiam pontificali dignitate insigniti; innovantes decreta super his per sacros canones tam in Lateranensi novissime celebrato (S. 744 n. 8), quam in conciliis generalibus (S. 216 n. 7) edita, etiam cum censuris et poenis in eis contentis."

[1] Ebenso auch das Interdikt, s. a. a. O. Dagegen sind durch die const. nicht die Strafen der Deposition, sowie der Unfähigkeit zu actus legitimi und die Intestabilität, s. S. 744 n. 8, beseitigt worden, weil es sich hierbei um poenae vindicativae handelt, wennschon die beiden letzten heute praktisch nicht mehr zur Anwendung und Durchführung kommen können, und die erstere ebenfalls kaum mehr gegen Steuern und Abgaben zahlende Prälaten realisirt wird.

[2] Leo X.: Supernae 1514 §. 40, b. T. 5, 613.

[3] c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9 u. Clem. 1 de poen. V. 8; s. o. S. 33 n. 12; S. 181 n. 3 u. S. 364 u. n. 11 daselbst, vor Allem Bd. I. S. 350.

[4] Consueverunt 1511 §. 8, b. T. 5, 490. Die const. Leos X.: Temerariorum 1516, l. c. p. 648, dehnt übrigens die Strafen der Bd. I. S. 350 gedachten Konstitutionen Honorius' III. und Bonifaz' VIII. auch auf diejenigen aus, welche unter dem Vorwande von Streitigkeiten die Häuser der Kardinäle feindlich und mit Waffen angreifen und die darin befindlichen Personen verletzen und verwunden.

[5] 1577 §. 11 unter Ausdehnung auf die feindliche Verfolgung und die Vertreibung aus den Diöcesen oder Territorien. Wegen der const. Pii V.: Infelicis 1569, b. T. 7, 792, s. Bd. I. S. 351 u. unten §. 328.

[6] Exc. l. s. sp. m. rom. pont. res. n. 5: „Omnes interficientes, mutilantes, percutientes, capientes, carcerantes, detinentes vel hostiliter insequentes S. R. E. cardinales, patriarchas, archiepiscopos, episcopos sedisque apostolicae legatos vel nuntios aut eos a suis dioecesibus, territoriis, terris seu dominiis eiicientes necnon ea mandantes vel rata habentes seu praestantes in eis auxilium, consilium vel favorem" (in der Bulle: Coena steht nur noch zwischen: mutilantes und percutientes das hier fortgelassene: „vulnerantes").

[7] S. die folg. Anm.

[8] Doch muss dieser konsekrirt sein, denn sonst ist er noch nicht Bischof im vollsten Sinne des Wortes. Demgemäss gehören die praelati nullius nicht hierher. Für den Erzbischof ist der Empfang des Palliums nicht erforderlich, denn er wird durch seine Konsekration Bischof, und wenn er auch vorher die Weiherechte nicht ausüben soll, Bd. II. S. 31, so hat er doch schon substantiell die potestas ordinis.

[9] Sie haben aber das Privilegium nur für die Zeit vom Beginn ihrer Funktion bis zum Erlöschen derselben, Bd. I. S. 516. 517. 533.

[10] Über den Begriff der *mutilatio* s. Bd. I. S. 45. Nicht richtig Heiner S. 81, welcher auch die Unbrauchbarmachung eines Gliedes hierher rechnet, s. auch (A.-) Pennachi 1, 213.

[11] Das „vulnerare", s. Anm. 6, ist insofern in dem percutere einbegriffen, als es die Folge desselben sein kann.

[12] Also mit den Händen oder mit einem Stock schlagen, mit Steinen oder Unrath bewerfen, mit Füssen treten, an den Haaren zausen. Die Handlung muss sich aber immer gegen den Körper des Anderen richten, nicht blos gegen dessen Sachen oder Vermögen.

an einem bestimmten Ort festhalten[1], feindlich (in der Absicht, ihm an Leib, Leben oder Freiheit zu schaden[2]) verfolgen oder die erwähnten Würdenträger aus ihren Diöcesen, Territorien, Ländern oder Herrschaften[3] vertreiben[4], wenn die eine oder andere dieser Handlungen vorsätzlich[5], gleichviel, ob von einer mit obrigkeitlicher Gewalt ausgestatteten Person oder von einer anderen, vorgenommen worden[6], und zur Vollendung gelangt ist[7].

Dieselbe Strafe trifft auch diejenigen, welche den Auftrag zu einer der gedachten Handlungen gegeben[8], dabei Hülfe geleistet[9] oder dazu Rath ertheilt[10] oder dabei Begünstigung gewährt[11] oder die Handlung gutgeheissen haben[12], freilich nur unter

[1] Wie z. B. in eigenem Hause oder in einer Ortschaft, so dass der betreffende Prälat den Aufenthaltsort nicht verlassen kann.

[2] Das liegt in dem Wort: hostiliter. Die Verfolgung in der Absicht, dem kirchlichen Würdenträger an seiner Ehre zu schaden, z. B. Nachgehen unter fortwährendem lauten Ausstossen von Schmähreden, oder um denselben auszuplündern, fällt nicht darunter. Die feindliche Absicht richtet sich ihrem Begriff nach gegen die Person als solche.

[3] D. h. aus denjenigen Bezirken, über welche ein solcher eine kirchliche oder auch weltliche Gewalt, wenngleich auch nur eine civilrechtliche, wie die des Eigenthümers, Niessbrauchers u. s. w., auszuüben befugt ist, nicht aber, s. Heiner S. 82, aus ihrem Heimathsort, denn der letztere kann nicht als terra „sua" betrachtet werden, so auch (A.-)Pennacchi 1, 207. 208, welcher aber zu Unrecht civilrechtliche Verhältnisse ausschliesst.

[4] Dahin gehört aber nicht die Verweigerung des Betretens eines Landes, wie sie früher gegen die päpstlichen Legaten vorgekommen ist, s. Bd. I. S. 524. Daher ist die in c. 1 (Johann XXII.) in Extr. comm. de consuet. I. 1 angedrohte exc. l. s., sowie das Lokalinterdikt l. s. beseitigt. Ob dies durch Gewalt oder durch einfache Aufforderung bewirkt wird, ist gleichgültig.

[5] Denn in der fahrlässigen Handlung liegt keine Missachtung gegen die Personen dieser Würdenträger, und auch die Analogie des Vergehens der percussio clericorum, Bd. I. S. 119. 120, bedingt die Annahme, dass Vorsatz zum Thatbestand des Vergehens erforderlich ist.

[6] Die const. unterscheidet in dieser Beziehung nicht.

[7] Das ergeben die Worte, mit denen die betreffenden Handlungen in der const. bezeichnet werden. Nur das „hostiliter persequi" stellt sich allerdings als ein Versuch der andern bezeichneten Handlungen dar, hier ist es daher genügend, wenn dieser zur Vollendung gekommen ist.

Ferner ist erforderlich, dass der Thäter die Eigenschaft des betreffenden Würdenträgers kannte, s. Bd. I. S. 120.

[8] Also die weltlichen Beamten, welche ihren untergeordneten Organen den Befehl zur Verhaftung ertheilen. Selbstverständlich verfallen diese, wenn sie den Auftrag ausführen, gleichfalls der Strafe.

[9] Wie z. B. durch Festhalten des Prälaten, damit ein anderer ihn schlagen kann.

[10] Z. B. Anweisungen, auf welche Art das Vergehen am besten auszuführen ist.

[11] So durch das Versprechen, den Thäter nach Verübung des Vergehens verbergen oder ihm gar zur Flucht verhelfen zu wollen. Eine nach der Vollendung der That gewährte Begünstigung fällt aber nicht unter den Thatbestand (s. die Worte: „in eis"), (A.-) Pennacchi 1, 209 n. 1.

Der c. 47 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39, s. auch Bd. I. S. 120, für die percussio clericorum aufgestellte Grundsatz, dass als Begünstiger auch derjenige zu betrachten ist, welcher, obwohl er die Vergewaltigung kraft seiner obrigkeitlichen Stellung oder kraft seiner Gewalt (z. B. der patria potestas über den Thäter) verhindern konnte, dies aber nicht gethan oder es überhaupt, obgleich er sonst thatsächlich dazu in der Lage war, böswilliger Weise unterlassen hat, s. (A.-) Pennacchi 1, 209. 214, muss auch hier, weil es sich um einen Fall der percussio clericorum handelt, zur Anwendung kommen, l. c. p. 212.

[12] Wie in c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9, Bd. I. S. 350, c. 23 (id.) in VI de sent. exc. V. 11, Bd. I. S. 120, u. Clem. 1 de poen. V. 8, ist hier nicht von einer blossen Billigung oder Belobigung der That die Rede, sondern von der Ratihabition im juristischen Sinne. Es ist also erforderlich, dass der Thäter im Namen des späteren Ratihabenten gehandelt hat, c. 9 in VI de reg. iur., sowie dass der letztere die Vornahme der Vergewaltigung in seinem Namen durch eine äussere Handlung genehmigt, s. (A.-)Pennacchi 1, 223; Heiner S. 83. Die herrschende Meinung verlangt mit Rücksicht auf c. 10 eod.: „ratihabitionem retrotrahi et mandato non est dubium comparari", ferner, dass der Ratihabent zu der Zeit, zu welcher das Verbrechen von dem Andern begangen worden ist, in der Lage gewesen sein muss, dasselbe selbst zu verüben oder ein Mandat dazu zu ertheilen, und schliesst deshalb den Eintritt der Strafe aus, wenn der später Ratihabirende zu dieser Zeit geschlafen hat oder sinnlos betrunken oder vorübergehend geistesabwesend gewesen ist (ausführlich über die näheren Streitfragen A.-Pennacchi 1, 223 ff.), vgl. l. c. p. 223 u. Heiner S. 83. Das ist aber eine übertriebene formalistische Hereinziehung der Grundsätze des von der Ratihabition verschiedenen Mandats. Diese wird keineswegs durch das c. 10 cit. gefordert, da dasselbe nur sagt, dass die Ratihabition auf den Zeitpunkt der Vornahme der Handlung zurückbezogen wird, und insofern dem Mandat ähnlich erscheint, oder mit anderen Worten, dass sich die aufgetragene Handlung und die ohne Auftrag vorgenommene, welche sich der Andere aneignet, weil die Aneignung auf den Zeitpunkt

der Voraussetzung, dass die letztere auch vollendet[1] worden ist[2].

d. Die Vergewaltigung der Kleriker und Ordenspersonen oder die Verletzung des s. g. *privilegium canonis*[3]. In Betreff dieses Vergehens, welches die Partikularsynoden des 15. und 16. Jahrhunderts im Gegensatz zu denen der früheren Zeit[4] seltener erwähnen[5], hat die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869[6] das frühere Recht[7], insbesondere sowohl die Strafe der dem Papst schlechthin reservirten Ex-

der Begehung der Handlung zurückverlegt wird, gleichen, keineswegs aber erfordert, dass zu dieser Zeit eine solche oder ein Mandat dazu durch den Thäter möglich gewesen sein muss.

[1] Denn sonst liegt keine Handlung vor, bei welcher eine strafbare Mitwirkung möglich erscheint.

[2] Nicht erwähnt wird in der const. cit. die nach c. 5 in VI cit. V. 9 u. Clem. 1 cit. V. 8 strafbare Begünstigung nach der That durch Aufnahme oder Vertheidigung des Thäters, s. Bd. I. S. 350. Für diese ist also die Exkommunikation l. s. beseitigt, ebenso auch das Interdikt l. s. über die Orte, wo die That begangen ist. Die *poenae vindicativae*, welche die citirten Stellen für den von ihnen normirten Umfang des Verbrechens festsetzen, sind an sich in Geltung geblieben, davon aber Intestabilität, Vermögenskonfiskation, Zerstörung des Hauses des Schuldigen und die Infamie, soweit sich letztere nicht auf kirchlichem Gebiet äussert, veraltet, und nur noch der Ausschluss von den Weihen und kirchlichen Ämtern auch für die Deszendenten, Bd. I. S. 31 u. Bd. II. S. 488, praktisch.

Nur vorübergehende Bedeutung hat die const. Sixtus' IV.: Romanus pontifex 1478, b. T. 5, 266, gehabt. Sie bedroht alle diejenigen, welche die Kardinäle, die Offizialen und Familiaren der römischen Kurie, die dort anwesenden Bischöfe und Geistlichen durch Befehle oder sonst zwingen, sich von Rom fort und an ihr Domizil oder einen anderen Ort zu begeben, ihnen bei ihrer Weigerung Schaden oder Verluste zufügen, die Güter und Einkünfte ihrer Benefizien oder Offizien mit Beschlag belegen, sequestriren, veräussern oder in den eigenen Nutzen verwenden, mit der Exkommunikation und dem Anathem, ohne diese als l. s. zu qualifiziren.

[3] Vgl. Bd. I. S. 118 ff., und zu der dort angeführten Litteratur noch A.-Pennacchi 1, 478 ff. u. Heiner S. 141 ff.

[4] S. o. S. 178. 180. 212. 220.

[5] Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1348 (Nichtauslieferung ohne Grund verhafteter geistlicher Personen seitens weltlicher Herren und Beamten auf Aufforderung des geistlichen Oberen, exc. i. f. und Interdikt über den Ort, an dem die ersteren gefangen gehalten oder an welchen sie gebracht werden, sowie für die Verletzung dieser Strafe exc. l. s.); Salzburg 1490, Hardouin 5, 578 (Verwundung, Gefangennehmung, Tödtung solcher Personen, ipso iure Verlust aller von der Kirche erhaltenen Lehne, Zins-, emphyteutischer oder anderen Güter und Interdikt über den Ort der Gefangenhaltung); Narbonne 1551, Hardouin 10, 449 (weltliche Richter, welche verhaftete Geistliche unter Missachtung ihrer geistlichen Stellung in Anstoss erregender Weise an die kirchlichen Richter ausliefern, poenae iuris).

[6] Exc. l. s. rom. pont. res. n. 2.: „Violentas manus suadente diabolo iniicientes in clericos vel utriusque sexus monachos exceptis quoad reservationem casibus et personis, de quibus iure vel privilegio permittitur, ut episcopus aut alius absolvat.“

[7] So jedenfalls hinsichtlich der dadurch geschützten Personen, also 1. der Kleriker und blos Tonsurirten, Bd. I. S. 119 (dass letztere jetzt nach dem Dekret Pius' IX. v. 1860, Acta s. sed. 3, 433, die Bedingungen für die Erlangung des privilegium frei erfüllen müssen, so Heiner S. 144, ist nicht richtig, denn dieses handelt nur von den clerici in minoribus, nicht den Tonsurirten, und kann, da es den Verlust der Klerikalprivilegien in Folge des Verlustes des privilegium fori vorschreibt, sich auch gar nicht auf die letzteren, weil sie das Privileg nicht schlechthin besitzen, beziehen), und

2. hinsichtlich der Regularen beiderlei Geschlechts, der Novizen, der Mitglieder der Kongregationen und der Tertiarier der Dominikaner und Franziskaner, sofern sie nur gemeinschaftlich unter der Leitung eines Oberen leben und sich durch eine von der weltlichen verschiedene Kleidung auszeichnen, ja auch der Tertiarierinnen der gedachten Orden, welche bei ihren Verwandten wohnen, blos das Keuschheitsgelübde als einfaches abgelegt haben und das vorgeschriebene Kleid tragen, Heiner S. 144; Leo X.: Dum intra 1516 §. 20 u. Nuper in 1517 §. 2, b. T. 5, 685 u. 689; (A.-)Pennacchi 1, 492, nicht aber der Eremiten, welche nicht wirklichen Orden oder Kongregationen angehören, selbst wenn diese vom Bischof das Eremitenkleid empfangen haben, unter seinem Gehorsam stehen und dem Dienst einer Kirche zugetheilt oder keine eigene Klause für ihr abgesondertes Leben besitzen, — so mit Recht (A.-)Pennachi 1, 499, weil ihnen das privilegium can. durch kein Gesetz beigelegt ist. Dagegen Fagnan. ad c. 2 X de foro comp. II. 2 und unter Berufung auf ihn Heiner S. 145.

Streitig ist, ob wie nach früherem Recht auch noch die Theilnehmer, die intellektuellen Urheber, die Ratihabenten und diejenigen, welche die percussio verhindern konnten, es aber nicht thaten, Bd. I. S. 120, von der const. betroffen werden, s. darüber (A.-)Pennacchi 1, 481 ff. u. Heiner S. 146.

Für die bejahende Ansicht wird hauptsächlich geltend gemacht, dass die const. den c. 29 C. XVII qu. 4, Bd. I. S. 118 n. 10, wiederhole und die erstere aus dem alten Rechte erklärt werden müsse, s. S. 511 n. 10. Indessen steht

kommunikation *l. s.*, als auch die Ausnahmefälle, in denen die Absolution von der letzteren durch die Bischöfe oder andere Kirchenoberen ertheilt werden kann[1], abgesehen von einzelnen Ausnahmen[2], aufrecht erhalten[3].

e. Das gemeine Recht des Mittelalters hat noch andere als die unter c und d gedachten Beeinträchtigungen der Kleriker[4], ferner

dieser Meinung nicht nur entgegen, dass die const. selbst die Theilnahme u. s. w. nicht mehr erwähnt, sondern auch, dass dieser gar nicht in c. 29 cit. gedacht wird, vielmehr c. cit. erst in den späteren Dekretalen, s. Bd. I. S. 120 n. 9 u. 10, auf dieselbe für anwendbar erklärt worden ist. Somit erscheint es unrichtig, dass die const. blos den früheren Kanon wiedergiebt, und dies um so mehr als sie ausdrücklich in Betreff des bischöflichen Dispensationsrechtes, Bd. I. S. 122, auf das spätere Dekretalenrecht verweist und dasselbe in Kraft erhält. Gerade dieser letztere Umstand spricht dafür, dass die const. dies in der hier fraglichen Beziehung nicht beabsichtigt, sondern eine Abweichung von dem früheren Recht durch die Nichterwähnung der Theilnehmer u.s.w., welcher sie ausdrücklich bei dem vorher zu c, s. S. 746, besprochenen Verbrechen gedenkt, hat festsetzen wollen. Bei dieser Sachlage ist es völlig gerechtfertigt, darauf hinzuweisen, dass die const. in ihrem Wortlaut nur die Thäter selbst (die iniicientes), nicht aber die Theilnehmer u. s. w. bedroht, also nicht auf diese letzteren bezogen werden kann, so auch Pennacchi l. c. p. 485, dagegen Heiner S. 147, vgl. auch Zeitschr. für katholische Theologie 9, 205.

[1] Nämlich kraft des gemeinen Rechts in den Bd. I S. 122 aufgeführten Fällen oder kraft Privilegs, wie solche die Generäle und Provinzial-Oberen der Mönchsorden besitzen. Des näheren s. (A.-) Pennacchi 1, 508 ff. u. Heiner S. 150, vgl. auch den folg. Bd. in der Lehre von der Absolutionsgewalt.

[2] S. S. 747 n. 7.

[3] Was das Verhältniss der Strafandrohung für die percussio clericorum und der für die Vergewaltigung der Kardinäle und ihnen gleichgestellten Prälaten, s. S. 745, anlangt, so muss angenommen werden, dass sich dieselben, so weit sie die gleichen Handlungen betreffen, z. B. Schlagen eines Bischofs, ausschliessen, d. h. dass der Thäter im letzteren Fall nicht, weil er einen Bischof geschlagen, in die dem Papst speziell reservirte Exkommunikation, ausserdem aber zugleich, weil der Bischof Kleriker ist, auch wegen der Verletzung des privilegium canonis in die dem Papst schlechthin vorbehaltene Exkommunikation verfällt. Denn die hier fragliche Strafbestimmung ist die allgemeine für das Vergehen der percussio clericorum, die die Kardinäle und die anderen Würdenträger betreffende nur eine spezielle, welche bestimmte und besonders qualifizirte Fälle heraushebt und mit der hinsichtlich der Absolution verschärften Exkommunikation bedroht. So ist schon früher das Verhältniss des canon: si quis suadente und der Bulle: Coena von der Doktrin aufgefasst worden, Thesaurus de poen. P. I. c. 8, ed. cit. p. 10, und dies ist auch jetzt noch für das des ersteren und der const. v. 1869 massgebend, (A.-)Pennacchi 1, 206 u. 478; Heiner S. 141. Soweit dagegen Handlungen, welche nicht unter die allein die höheren Prälaten berücksichtigende Strafandrohung fallen, wie z. B. blosse Realinjurien (Anspeien eines Kardinals oder Bischofs) von dem Thatbestand der manus inectio in clericos ergriffen werden, tritt die Strafe der letzteren, d. h. der einfach reservirten Exkommunikation, ein.

[4] Erlass von Verboten seitens der Fürsten an die Unterthanen, etwas von Geistlichen zu kaufen u. s. w. c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de immun. III. 23, s. S. 213 n. 3 (wiederholt Köln 1423 c. 2, Hartzheim 5, 218) und die Anwendung von Repressalien gegen unschuldige geistliche Personen c. un. (Lyon 1274) in VI de iniur. V. 8, s. S. 213 n. 6.

Von partikularrechtlichen Vorschriften kommen noch in Betracht Toledo 1473 c. 24, Hardouin 9, 1515 (Vertreibung und Ächtung der Geistlichen durch weltliche Herren und Beamte und Verweigerung des Zutritts zu ihren Kirchen, interdictum l. s.); l. c. c. 21, ibid. p. 1513 (Hinderung des tractus, ductus, exitus, reditus, ingressus et regressus der zu den geistlichen Zehnten gehörigen Früchte seitens der weltlichen Fürsten und Beamten, exc. l. s. und Interdikt i. f. über die Orte, an denen derartige Hinderungen vorgenommen werden); Köln 1423 c. 4, Hartzheim 5, 218 (Verbote seitens der weltlichen Herren, Obrigkeiten, Beamten und Zunftoberen gegen Darbringung von Oblationen durch die Gläubigen oder Hinderung oder Beschränkung derselben auf ein bestimmtes Minimum, bei Nichtzurücknahme der Verbote für Thäter und Gehülfen exc. l. s.); Köln 1549, l. c. 6, 559 (weltliche Richter, welche bei Klagen von Klerikern oder Mönchen das Doppelte an Kosten des von den Laien verlangten fordern, Strafen der unberechtigten Belastung der Geistlichen mit Abgaben, s. o. S. 744); Salzburg 1418 c. 20, l. c. 5, 181 (Okkupation der vakanten Benefizien seitens des Adels durch Bewaffnete auf Kosten derselben, sowie Zwang der Wahl- und Präsentationsberechtigten bei Wiederbesetzung und Erpressung von Geld für die Zulassung der bestätigten Geistlichen zum Besitz des Benefiziums); Salzburg 1490, l. c. 5, 578 (Advokaten und Patrone, welche Erpressungen gegen Geistliche bei der Anstellung üben, Verlust des Advokatur- oder Patronatrechtes und Bestrafung als raptor oder spoliator ecclesiae); Rouen 1583, Hardouin 10, 1244 n. 35 (Forderung der Abnahme der Kirchenrechnungen seitens weltlicher Beamten und Erhebung von Gebühren dafür unter Beschwerung der Kirchenfabriken und Pfarrer, exc. l. s.).

f. die Bulle: *Coena* auch die Verletzungen anderer Personen[1] mit Rücksicht darauf, dass sich diese Handlungen als Eingriffe in die kirchliche Freiheit charakterisiren, mit der Exkommunikation bedroht, indessen ist die letztere[2] durch die const. v. 1869 entfallen, und es können daher diese Vergehen jetzt nur arbiträr geahndet werden[3].

§. 312. ff. *Die Beeinträchtigung des kirchlichen Vermögens und des Vermögens der Geistlichen.*

Schon das frühere gemeine und partikulare Recht hat die verschiedensten Arten der Beeinträchtigungen des Kirchengutes und des Vermögens der geistlichen Personen und Anstalten in ausgedehntem Umfange mit Strafen bedroht[4]. Daher musste sich die kirchliche Gesetzgebung dieser Periode im wesentlichen auf Wiederholung der früheren Strafbestimmungen und auf die strafrechtliche Bedrohung neu aufkommender Missbräuche beschränken.

Was zunächst die römische Kirche betrifft, so ist die Exkommunikation, welche Urban V. 1363 in der Bulle: *Coena* gegen die Okkupanten der Besitzungen der römischen Kirche ausgesprochen hat[5], nicht nur in derselben fort und fort beibehalten worden[6], sondern Leo X.[7] hat auch unter Bestätigung der Anordnungen

[1] Nämlich seit Urban V. 1363 §. 2, S. 182 n. 2 u. S. 365, derjenigen, welche nach Rom reisen oder von dort zurückreisen, um hier ihre Anliegen vorzubringen, eine Bestimmung, welche sich namentlich gegen die Hinderung des Verkehrs mit Rom durch die Fürsten richtete, siehe Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 150 ff., (in der definitiven Fassung Urbans VIII. v. 1627 §. 9, b. T. 13, 530: „Item excommunicamus et anathematizamus omnes illos, qui ad sedem apostolicam venientes et recedentes ab eadem sua vel aliorum opera interficiunt, mutilant, spoliant, capiunt, detinent necnon illos omnes qui iurisdictionem ordinariam vel delegatam a nobis et nostris iudicibus non habentes, illam sibi tenere vindicantes, similia contra morantes in eadem curia audent perpetrare") und ferner seit Gregor XI. 1372 §. 8, S. 179 n. 3 u. 365, der Rompilger (in der cit. Fassung v. 1627 §. 10: „It. excommunicamus et anathematizamus omnes interficientes, mutilantes, vulnerantes, detinentes, capientes seu depraedantes romipetas seu peregrinos ad urbem causa devotionis seu peregrinationis accedentes et in ea morantes vel ab ipsa recedentes et in his dantes auxilium, consilium vel favorem."

Endlich gehören hierher die Privilegien Julius' II.: Etsi ad universos 1507 §. 20 u. Inter ceteros 1512 §. 18, b. T. 5, 444 u. 516, für die Olivetaner O. S. B. und die Kongregation S. Salvatoris O. S. Augustini dahin, dass Niemand diejenigen, welche nach gemeinem Recht zum Eintritt in ein Kloster befugt sind, durch Schläge oder andere Belästigungen vom Eintritt in die gedachten Orden abhalten oder von den Klöstern oder Niederlassungen derselben wegtreiben oder den solche aufnehmenden Religiosen Unrecht oder Beschwerde zufügen darf, widrigenfalls er beim Nichtabstehen von solchen Gewaltthaten nach Kenntniss dieser Privilegien der dem Papst reservirten Exkommunikation l. s. verfällt, Anordnungen, welche durch die const.: Apostolicae beseitigt sind, s. S. 655.

[2] Ebenso wie das gemeinrechtlich angedrohte Lokalinterdikt (S. 213 n. 6 u. S. 748 n. 4), welches ebenfalls in der const. nicht aufrechterhalten ist.

[3] S. 663.

[4] S. 187. 191 u. S. 217 n. 2.

[5] S. 190 n. 5. Nur die eigenmächtige Anmassung des Eigenthums, der Superiorität, der Jurisdiktion und des Kapitanats durch Kommunen oder einzelne Personen über Städte und Ortschaften der römischen Kirche hat schon vorher Clemens VI.: Etsi solertem 1346, b. T. 4, 484, mit dem Interdikt bedroht.

[6] Einmal unter allmählicher näherer Spezialisirung der betreffenden Territorien und Besitzungen und ferner unter Erweiterung über die occupantes und detinentes hinaus auf die (hostiliter) invadentes und destruentes, sowie die Anhänger, Begünstiger, Vertheidiger, Gehülfen und Rathgeber, seit Julius II. 1511 §. 12, b. T. 5, 490; sowie auf diejenigen, welche sich in jenen Ländern die oberste Regierungsgewalt des Papstes und der römischen Kirche anmassen, sie behalten oder auch dieselbe nur stören, seit Gregor XIII. §. 19, Hartzheim 7, 899; vgl. Urban VIII. 1627 §. 20, l. c.

[7] Inter graves 1515, b. T. 5, 625.

seiner Vorgänger[1] alle Personen, selbst Könige und Fürsten, welche die unmittelbaren und mittelbaren Besitzungen der römischen Kirche feindlich überziehen oder durch Truppen ohne spezielle Erlaubniss des Papstes besetzen, einschliesslich der kämpfenden Soldaten, der Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger, mit schweren Strafen, insbesondere denen des Majestätsverbrechens[2], bedroht, und Paul IV.[3] die früheren päpstlichen Anordnungen gegen die Invasion, Okkupation oder Detention der der römischen Kammer gehörigen unbeweglichen und beweglichen Güter ebenfalls unter Wiederholung der festgesetzten Strafen erneuert[4]. Ja, von Pius V. ist 1567[5] sogar jedes Verhandeln über die Veräusserung der Ländereien des Kirchenstaates und das Ertheilen von Rath an den Papst in solchen Angelegenheiten[6] im Interesse der

[1] S. 190 n. 5.

[2] §§. 4 ff. Im einzelnen werden als Strafen l. s., deren Aufhebung dem Papst reservirt bleibt, aufgezählt die Exkommunikation, die Diffidation, die Infamie, die Unfähigkeit zu kirchlichen und weltlichen Würden, sowie zu allen actus legitimi, der Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss, das Lokalinterdikt über die Städte und Ortschaften, in denen sich die Schuldigen aufhalten, der Verlust aller Privilegien und Gnaden (einschliesslich der des studium generale) für die gedachten Kommunen, endlich auch der aller kirchlichen und weltlichen Lehne, sowie für Geistliche (die Kardinäle und Bischöfe einbegriffen) privatio ipso jure aller Würden und Ämter und Entziehung und Ausübung des Ordo.

[3] Incumbentia 1556, b. T. 6, 523 §§. 1. 10.

[4] S. 190 n. 5.

Weiter gehören hierher:

a) Pius' IV.: Pastoralis officii 1560, b. T. 7, 18. Diese freilich nicht für die Zukunft geltende const. bedroht alle diejenigen, einschliesslich der Kardinäle und Bischöfe, sowie der Herzöge und Markgrafen, welche die zum Gebrauch des Papstes und zum Schmuck des päpstlichen Palastes bestimmten Kostbarkeiten, Juwelen, Bücher, Schriftstücke, Kleider, Pferde, Maulesel, Bilder, Statuen und anderes Geräthe sowie bewegliche und unbewegliche Sachen zur Zeit der letzten tödtlichen Krankheit jedes vorhergehenden Papstes, während der in Folge des Todes eingetretenen Vakanz und während eines Jahres vorher, weggebracht, weggeschafft oder verborgen haben oder unter irgend einem Vorwand bei sich behalten oder wissen, dass sie von anderen in Besitz genommen worden sind oder dass dies mit den in ihre Hände gelangten Sachen der Fall ist, diese aber nicht innerhalb 6 Tagen zurückgeben oder deren ihnen bekannte Entwender anzeigen oder die Rechtstitel für die Erwerbung nicht nachweisen, die Kardinäle und Bischöfe mit dem interdictum ingressus ecclesiae, alle übrigen aber mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation, und nach 8 weiteren Tagen die ersteren mit der Suspension von der Leitung ihrer Kirchen und ferner, ebenso auch die übrigen mit der privatio aller anderen Benefizien und Verwaltungen, weltliche Personen aber mit den Strafen des ipso iure Verlustes aller ihnen von der römischen Kirche oder von anderen, einschliesslich der Kaiser und Könige verliehenen Lehne, Herrschaften und anderer Rechte oder Privilegien, der Unfähigkeit zu allen solchen und zu actus legitimi und der Intestabilität, bei Hartnäckigkeit aber noch mit schwereren, arbiträr gegen sie zu verhängenden Strafen. Auf Grund dieser const. sind zuerst in der Bulle: *Coena* Gregors XIII. 1577 §. 20', Hartzheim 7, 504: „omnes et singulos suppellectilium, librorum, scripturarum et bonorum Camerae et palatii apostolici ex eodem palatio infirmitatis romani pontificis ac sedis apostolicae vacationis tempore ablatores, raptores et illorum detentores ac quoscumque alios, ad quorum manus bona praedicta quocumque titulo et ex quavis causa scienter pervenerint" mit der päpstlich vorbehaltenen Exkommunikation bedroht worden (s. auch die von 1583 §. 21, b. T. 8, 413), doch ist der Fall schon seit Clemens VIII. 1595, s. o. S. 646 n. 7, wieder aus der Bulle fortgelassen.

b) Mit Rücksicht auf die seit der Einführung des Konklaves bei der Papstwahl aufgekommenen Unsitte, dass das Volk nach Bekanntwerden des neuen Papstes den Palast desselben plünderte, weil man annahm, dass derselbe nunmehr seiner früheren Sachen nicht mehr bedürfe, Hausmann S. 223; Philipps, K. R. 5, 545, hatte schon das Konzil von Konstanz sess. 41 (1417), Hardouin 8, 868. 869, für die damals vorzunehmende Papstwahl gegen alle, welche sich eine solche Plünderung zu schulden kommen lassen würden, sowie ihre Helfershelfer, Rathgeber und Begünstiger die dem Papst oder dem Konzil vorbehaltene Exkommunikation angedroht, und das Baseler sess. 37 (1439), l. c. p. 1272, hat dies mit Rücksicht auf die damals als nahe bevorstehend scheinende neue Papstwahl erneuert. Dagegen hat Leo X.: Temerariorum 1516 §. 2, b. T. 5, 648, auf dieses Vergehen die schweren, von Honorius III. und Bonifaz VIII. für die Tödtung der Kardinäle angedrohten Strafen, s. S. 745 n. 4 u. Bd. I S. 350, gesetzt.

[5] Const.: Admonet, b. T. 7, 560. (Vgl. dazu auch Bd. I S. 215 n. 1.)

[6] L. c. §. 3, aus welchem sich der Thatbestand des Näheren ergiebt: „quod ... tam communitates et universitates, quam cives et incolae civitatum, terrarum et locorum praedictorum (d. h. der zum Kirchenstaat gehörigen) aliaeque quaecumque personae tam ecclesiasticae tam saeculares, cuiusvis dignitatis ... etiam episcopalis vel maioris ... ac s. romanae ecclesiae cardinales, tum publice in consiliis civitatum et locorum praefatorum quam

Erhaltung und Konsolidirung des Besitzstandes der päpstlichen Territorien mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. und den Strafen des Majestätsverbrechens [1] belegt worden.

Hinsichtlich der Eingriffe in das übrige Kirchengut haben in dieser Zeit zunächst nur einzelne Partikularsynoden allgemeine Strafbestimmungen erlassen [2], und erst das Konzil von Trient [3] hat von Neuem für das gemeine Recht [4] ein umfassendes Strafverbot aufgestellt. Nach demselben verfällt jeder Laie und Kleriker, gleichviel welcher Würde [5], wenn er gerichtsherrliche Befugnisse, Güter, Zinsen oder Rechte, auch lehnbare und emphyteutische, Früchte, Emolumente oder irgend welche zur Verwendung für die Bediensteten der Kirche oder für Arme bestimmte Gefälle irgend einer Kirche oder eines für Welt- oder Ordensgeistliche errichteten Benefiziums,

privatim alibi in quibusvis locis, etiamsi civitatum et terrarum earumdem gubernatores aut sedis apostolicae legati vel prolegati existant, tractantes, consulentes aut alias verba facientes de infeudationibus aut alienationibus de civitatibus et locis praefatis immediate ad nos et sedem praefatam spectantibus et pertinentibus, etiam devolutis, etiam in feudam communiter et pluries dari solitis, etiam ex causa permutationis vel sub annuo censu aut canone aut alias quomodolibet, etiam contemplatione meritorum erga sedem praefatam aut sub praetextu necessitatis vel evidentis utilitatis faciendis seu de postulandis a nobis et sede praefata quibusvis personis cuiusvis dignitatis, status, gradus, etiam nobis et successoribus nostris secundum carnem coniunctis, etiam s. Romanae ecclesiae cardinalibus aut quavis alia temporali vel ecclesiastica dignitate fungentibus in duces, vicarios gubernatores seu quemvis alium titulum ad vitam vel in perpetuum vel longum tempus aut etiam sedis apostolicae beneplacitum, civitatum et locorum praefatorum ac propterea de eligendis oratoribus ad nos et successores nostros super praemissis vel illorum occasione mittendis proponentes, tam ipsi quam oratores munus huiusmodi recipientes aut alii quicumque alienationes huiusmodi romano pontifici . . . per se vel alium seu alios insinuantes vel suadentes eo ipso sententiam excommunicationis incurrant" etc.

[1] A. a. O. werden die Vermögenskonfiskation ipso iure, die privatio beneficiorum ecclesiasticorum eo ipso, die Infamie und die Unfähigkeit zu Ehrenstellungen und Würden noch ausdrücklich genannt.

[2] Salzburg 1418 c. 26, Hartzheim 5, 182, S. 543 n. 3 (exc. l. s. und Suspension vom Patronatsrecht); Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1347 (Exk. i. f. gegen invasores, raptores, depraedatores, occupatores suo et alieno nomine von Kirchengütern und Gütern der geistlichen Personen, ebenso gegen die receptores, defensores und die Helfer, Rathgeber und Begünstiger, sowie öffentliche Exk. derselben und Lokalinterdikt über die Orte, an denen sie sich aufhalten); Toledo 1473 c. 18, ibid. p. 1512 (incastellatio, d. h. Befestigung der Kirchen, ferner Okkupation derselben, Kauf, Verkauf und Geschäfte in Betreff der Besitzungen der Kirchen und Annahme derselben aus den Händen der incastellatores und Okkupanten, Thäter, Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger, Exkommunikation ipso iure und 50 Gulden Strafe, Lokalinterdikt über die okkupirten Kirchen und die Besitzungen der schuldigen weltlichen Herren); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 577 (Spoliation erledigter Kirchen und Beraubung, Plünderung und Invasion der Güter sterbender Kleriker, Entziehung des kirchlichen Begräbnisses für Sterbende, für Lebende aber interdictio ingressus ecclesiae auch für die Familie, bei Hartnäckigkeit schwerere Strafe.

[3] Sess. XXII. c. 11 de ref.: „Si quem clericorum vel laicorum, quacunque is dignitate etiam imperiali aut regali praefulgeat, in tantum malorum omnium radix cupiditas occupaverit, ut alicuius ecclesiae seu cuiusvis saecularis vel regularis beneficii, montium pietatis aliorumque piorum locorum iurisdictiones, bona, census ac iura, etiam feudalia et emphyteutica, fructus, emolumenta seu quascumque obventiones quae in ministrorum et pauperum necessitates converti debent, per se vel alios vi vel timore incusso seu etiam per suppositas personas clericorum aut laicorum seu quacunque arte aut quocunque quaesito colore in proprios usus convertere illosque usurpare praesumpserit seu impedire, ne ab iis, ad quos iure pertinent, percipiantur, is anathemati tamdiu subiaceat, quamdiu iurisdictiones, bona, res, iura, fructus et reditus, quos occupaverit vel qui ad eum quomodocunque, etiam ex donatione suppositae personae pervenerint, ecclesiae eiusque administratori sive beneficiato integre restituerit ac deinde a romano pontifice absolutionem obtinuerit. Quodsi eius ecclesiae patronus fuerit, etiam iure patronatus ultra praedictas poenas eo ipso privatus exsistat. Clericus vero qui nefandae fraudis et usurpationis huiusmodi fabricator seu consentiens fuerit, eisdem poenis subiaceat, necnon quibuscunque beneficiis privatus sit et ad quaecunque alia beneficia inhabilis efficiatur et a suorum ordinum executione etiam post integram satisfactionem et absolutionem sui ordinarii arbitrio suspendatur."

[4] S. o. S. 187 n. 8; 189 n. 4. 7; 190 n. 1.

[5] Selbst kaiserlicher oder königlicher, bischöflicher oder der Kardinalswürde, (A.-)Pennacchi 2, 317. 330. Dagegen nimmt die Doktrin die Regularen und Regularprälaten, weil sie für die Regel unter den Klerikern nicht begriffen werden, aus, s. l. c. 2, 329.

eines Leihhauses oder einer anderen frommen Stiftung selbst oder durch andere [1] mit Gewalt oder durch Erregung von Furcht oder durch vorgeschobene geistliche oder weltliche Personen oder durch irgend welchen Kunstgriff oder unter irgend welchem Vorwand zu eigenem Nutzen verwendet [2] oder an sich reisst oder verhindert, dass sie von den Berechtigten bezogen werden [3], der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation, bis er dasjenige, was er unberechtigter Weise an sich genommen oder was davon an ihn irgendwie, auch durch Schenkung einer vorgeschobenen Person, gelangt ist, der Kirche oder dem Verwalter derselben oder dem Benefiziaten vollständig zurückgewährt hat [4], ein Geistlicher aber, welcher einen derartigen Betrug [5] oder eine solche Usurpation vornimmt oder in diese Handlungen einwilligt, ausserdem der privatio ipso iure aller Benefizien, und der Unfähigkeit zum Erwerb solcher, sowie der auch selbst nach vollständiger Absolution von seinem Ordinarius nach Ermessen zu verhängenden Suspension *ab ordine*. Diese Straffestsetzung des Tridentinums [6] ist bis auf den heutigen Tag [7] in Geltung geblieben [8].

[1] D. h. es werden sowohl die Thäter, wie auch diejenigen, welche einen Auftrag oder Befehl dazu gegeben haben, bestraft, letztere aber nur, wenn das Verbrechen vollendet worden ist.

[2] Selbstverständlich ist dabei die Kenntniss von der Eigenschaft der betreffenden Güter als kirchlicher vorausgesetzt, vgl. auch v. praesumpserint.

[3] Also auf irgend eine Art das Eigenthumsrecht an dem kirchlichen Gut unter Nichtanerkennung desselben verletzt, z.B. durch Okkupation oder Invasion. Dass das Tridentinum nur usurpationes auctoritativae, d. h. solche, welche von Fürsten oder Regierungen ausgehen, bedroht, so eine Ansicht, namentlich (A.-) Pennacchi 1, 309, nicht die ungerechte Aneignung seitens Privater unter Strafe stellt, erscheint völlig haltlos. Ganz abgesehen davon, dass der Wortlaut keinen Anhalt für diese Meinung bietet, spricht auch der Umstand dagegen, dass das Konzil den Patron, welcher eine Privatperson sein kann, für das hier fragliche Vergehen noch besonders mit dem ipso iure Verlust seines Patronates bestraft. Derselben Ansicht Heiner S. 234. 235. Weil aber der Vorsatz auf Aneignung unter prinzipieller Negirung des Rechts der Kirche gerichtet sein muss, wird der Diebstahl solcher Sachen von der Strafbestimmung, so auch die Entsch. d. Congr. conc. v. 1696, (A.-) Pennacchi 1, 368, nicht betroffen. Auch das Ankaufen der kirchlichen Güter von den Usurpatoren fällt nach der Entsch. d. Congr. inquis. v. 1874, Acta s. sed. 9, 314; (A.-) Pennacchi 2, 308. 309; Heiner S. 345, unter das Tridentinum, und dies muss auf jeden wissentlichen Erwerb, z. B. den durch Schenkung, ausgedehnt werden, da dasselbe diese Fälle in der Vorschrift über die Voraussetzungen der Absolution ausdrücklich hervorhebt.

[4] Über die besondere Strafe des Patrons s. vor. Anm. u. S. 751 n. 2.

[5] D. h. die Verwendung des Gutes in den eigenen Nutzen.

[6] Von den nach demselben abgehaltenen Partikularsynoden gehören hierher Tours 1583 c. 20, Hardouin 10, 1436. 1437 (exc. l. s. für die unrechtmässigen Detentoren von Kirchengut und für diejenigen, welche sie nicht anzeigen); Bourges 1584 XXXVIII. 7, l. c. p. 1500 (die Pfarrer sollen die Gläubigen jeden Sonntag bei der Predigt belehren, dass die usurpatores iurium ac titulorum ecclesiae, decimarum et fundationum der exc. l. s. unterliegen); Cambrai 1586 XV. 10. 11, Hartzheim 7, 1014 (Publikation von Trid. Sess. XXII. c. 11 cit. und Ausdehnung auf diejenigen, welche die unrechtmässigen Detentoren von kirchlichen Urkunden und Titeln nicht anzeigen); Toulouse 1590 IV. 2, Hardouin 10, 1817 (Usurpation, Beeinträchtigung, Okkupation, Invasion, unrechtmässiger, gewaltsamer Besitz von kirchlichen Gütern und Rechten, Beraubung des Rechtes auf Genuss der Früchte, exc. l. s., für societas ecclesiastica dagegen Interdikt l. s.); ibid. IX. 8, p. 1828 (Okkupation und Beeinträchtigung der Güter der Patronatskirchen durch Patrone, Strafen des Tridentinum cit., unter Bezugnahme auf dasselbe); D. S. Tournai 1574 XV. 3, Hartzheim 7, 782 (Zurückhaltung der Lehne, der Güter und Einkünfte der Kirche von Tournai, sowie derjenigen der anderen Kirchen und Benefizien der Diöcese, exc. l. s.); Narbonne 1609 c. 32, Hardouin 11, 37 (Wegnahme der dem Pfarrer zukommenden Oblationen durch Laien, exc. l. s.); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 240 (Wiederholung des Tridentinums); speziell das Spolienrecht betreffen Mailand 1569 III. 13, l. c. 10, 753 (Invasion der Güter der verstorbenen Kleriker, insbesondere der der Kirche gehörigen, exc. l. s.); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 241 (Okkupation der kirchlichen Güter, Geräthschaften und Urkunden beim Tode oder beim bevorstehenden Tode des Pfarrers, exc. l. s.); D. S. Kulm 1745 c. 39, Hartzheim 10, 563 (Okkupation der Sachen verstorbener Priester exc. l. s., Ersatz des Doppelten und Bestrafung als raptor).

[7] Auf dasselbe verweisen Baltimore 1852 und Thurles 1850; coll. conc. Lac. 3, 147. 794, und bringen die Strafen desselben in Erinnerung. Auch die Exkommunikation Viktor Emanuels 1860 durch Pius IX. nimmt Trid. cit. ausdrücklich in Bezug, Arch. f. k. K. R. 5, 174.

[8] Denn sie ist auch durch die const.: Sedis apost. aufrechterhalten, s. o. S. 659 n. 3 no. 9.

Schon vorher hatte Leo X. auf dem 5. Lateran-Konzil 1514[1] die Sequestration, die Okkupation, und die Hinderung der Berechtigten am Genuss der Einkünfte der Kirchen, Klöster und aller kirchlichen Benefizien durch die weltlichen Fürsten einschliesslich des Kaisers oder durch die Beamten derselben oder durch Privatpersonen in ihrem Auftrage bei den ipso iure eintretenden Strafen der Exkommunikation, des Lokalinterdikts über die Länder der Fürsten, der freien Okkupation des Vermögens der letzteren und ihrer Unterthanen, der Entziehung aller kirchlichen Lehne und Privilegien, sowie bei den Strafen der Verletzung der kirchlichen Freiheiten untersagt. Seit Paul III. ist dieses Verbot[2] der Bulle: *Coena* (unter späterer Erweiterung desselben auf die Einkünfte des Papstes und des apostolischen Stuhles durch Gregor XIII.) einverleibt[3] und demgemäss auch unter die päpstlich reservirte Exkommunikation gestellt, sowie in dieser Gestalt seitdem in der Bulle verblieben[4].

Was das geltende Recht betrifft, so hat die const.: Apostolicae v. 1869 erstens die auf den Kirchenstaat bezügliche Bestimmung der Bulle: *Coena*[5], abgesehen von einigen Abweichungen, aufrecht erhalten[6]. Nach derselben verfallen der dem Papst speziell vorbehaltenen Exkommunikation l. s. diejenigen, welche der römischen Kirche gehörige Städte, Ländereien, Ortschaften[7] oder Rechte selbst[8] oder durch andere überfallen[9], zerstören, besetzt halten[10] oder sich die höchste Regierungsgewalt in diesen Gebieten anmassen[11], die Ausübung der letzteren stören[12] oder dieselbe unter Ausschluss des berechtigten Souveräns beibehalten[13], sowie alle, welche bei diesen

[1] Leo X.: Supernae 1514 §. 39, b. T. 5, 604.

[2] Paul III. 1536 §. 13, b. T. 6, 218, nicht schon, so Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 192, unter Julius II. 1511.

[3] Gregor XIII. 1577 §. 16, Hartzheim 7, 899.

[4] Urban VIII. 1627 §. 17, b. T. 13, 530: „Quive iurisdictiones seu fructus, redditus et proventus ad nos et sedem apostolicam et quascumque ecclesiasticas personas ratione suarum ecclesiarum, monasteriorum et aliorum beneficiorum ecclesiasticorum pertinentes usurpant vel etiam quavis occasione vel causa sine romani pontificis vel aliorum ad id legitimam facultatem habentium expressa licentia sequestrant."

[5] §. 20. S. o. S. 749 n. 6 a. E.

[6] const. cit. exc. l. s. sp. m. rom. pont. res. n. 12: „Invadentes, destruentes, detinentes per se vel alios civitates, terras, loca aut iura ad ecclesiam romanam pertinentia vel usurpantes, perturbantes, retinentes supremam iurisdictionem in eis, necnon ad singula praedicta auxilium, consilium favoremve praebentes." Was die Abweichungen betrifft, so sind in der const. nicht mehr die adhaerentes, fautores et defensores der Thäter bedroht, und ferner ist das „praesumpserint" weggelassen, so dass die Strafandrohung auch auf diejenigen erweitert ist, welche sich in grober verschuldeter Unwissenheit befinden. Vgl. auch die folgende Note.

[7] Während die Bulle zunächst eine Reihe von Ländern und Besitzungen speziell aufzählt, ist dies in der const. nicht mehr der Fall. Auf diese bezieht sich die letztere also nicht mehr, sondern nur auf diejenigen, welche zur Zeit ihrer Publikation zum Kirchenstaat gehörten, sowie auf diejenigen, welche zwar bereits 1869 von demselben losgerissen waren, deren Okkupation aber der päpstliche Stuhl bisher nicht anerkannt hat, s. Bd. I. S. 214. 216 u. (A.-) Pennacchi 1, 387, d. h. auf den Kirchenstaat im Umfange vor dem Jahre 1859.

[8] Zu diesen gehören aber die Soldaten, welche lediglich kraft der militärischen Dienstpflicht und in Folge des Zwanges der militärischen Disciplin wider eigenen Willen die Invasion ausgeführt haben, nicht, da diesen der strafrechtliche Vorsatz fehlt, so auch (A.-) Pennacchi 1, 388 ff.

[9] Gleichviel, ob der Überfall von einer Regierung oder von Freischaaren erfolgt. Immer muss aber die Absicht obwalten, dadurch die Regierung des Papstes in Frage zu stellen oder zu schädigen. Der Einfall einer Räuberbande, um ein Dorf auszuplündern, fällt also nicht unter dieses Strafgesetz.

[10] Auch wenn ein anderer die Okkupation vollzogen hat. Demnach verfällt der Thronerbe des Invasors, welcher die besetzten Gebiete nicht herausgiebt, ebenfalls der Strafe, und es ist daher der regierende König von Italien ipso facto exkommunicirt.

[11] D. h. die weltliche Souveränität, soweit sie der Souverän ausübt, nicht die den Beamten und Richtern zustehende Gewalt. Deshalb trifft diese letzteren, wenn sie gemäss den Anordnungen des sich die Souveränität anmassenden Fürsten handeln, die Exkommunikation nicht, (A.-) Pennacchi 1, 396.

[12] Z. B. durch Aufstände gegen den Papst oder durch Vertreibung der päpstlichen Beamten.

[13] Auch dies trifft für den König von Italien zu. Wenn (A.-) Pennacchi 1, 396 läugnet, dass er mehrfacher Exkommunikation, s. Anm. 10, ver-

Vergehen Hülfe leisten oder Rath oder Begünstigung gewähren[1].

Ferner ist auch durch die angeführte const. die S. 750 besprochene Konstitution Pius' V. v. 1567 ausdrücklich bestätigt[2] und die für die Verletzung derselben angedrohte, dem Papst schlechthin reservirte Exkommunikation l. s. in Kraft belassen worden[3], während dagegen die die Güter der apostolischen Kammer speziell berücksichtigenden Konstitutionen (s. a. a. O.) nicht aufrecht erhalten worden sind[4].

Endlich hat die const.: Apostolicae, aber unter Qualifizirung der Exkommunikation l. s., als einer dem Papst auf spezielle Weise vorbehaltenen und mit gewissen Abweichungen, das schon durch die Bulle: *Coena*[5] ausgesprochene Verbot gegen diejenigen erneuert, welche sich etwaige einer kirchlichen Person auf Grund ihrer Kirche oder ihres Benefiziums zustehende Jurisdiktionsrechte[6], bewegliche und unbewegliche Güter[7]

fallen ist, weil sich das detinere, s. die cit. Anm., und das retinere supremam iurisdictionem decken, so ist dies nicht richtig, denn beide Handlungen sind begriffsmässig verschieden und bilden selbstständige Vergehen.

Auch die Deputirten und Mitglieder des Senats, welche bei Berathungen der Gesetze für die okkupirten Gebiete mit Ja stimmen, nehmen dadurch Theil an der Ausübung der obersten Regierungsgewalt, (A.-)Pennacchi 1, 398.

1 Nicht beseitigt sind dagegen die freilich fast sämmtlich unpraktisch gewordenen poenae vindicativae der const. Leon. X. cit., s. S. 750 n. 2.

2 Exc. l. s. rom. pont. res. n. 13: „Omnes qui excommunicatione mulctantur in const. Pii V.: *Admonet nos* IV. Kalendas aprilis 1567, Innocentii IX.: *Quae ab hac Sede* pridie nonas novembris 1591, Clementis VIII.: *Ad Romani pontificis curam* 26 junii 1592 et Alexandri VII.: *Inter ceteras* nono Kalendas novembris 1660, alienationem et infeudationem civitatum et locorum s. romanae ecclesiae respicientibus", (wozu zu bemerken ist, dass die citirten anderen Konstitutionen, s. b. T. 9, 505. 520 u. 16, 656 und auch (A.-)Pennacchi 1, 994, die const. Pius' V. nur unter einzelnen Erweiterungen näher deklariren und bestätigen. Danach sind alle diejenigen, selbst Korporationen und Personenverbände, welche über die Veräusserung der dem Papst unmittelbar oder mittelbar unterstehenden Ortschaften öffentlich oder geheim verhandeln, die Absendung von Abgeordneten an den Papst in derartigen Angelegenheiten beschliessen und solche wählen, ferner diese letzteren selbst, wenn sie die Wahl annehmen, auch ohne dass sie den Auftrag ausführen, endlich alle diejenigen, welche selbst oder durch andere dem Papst derartige Belehnungen anrathen, mit der gedachten Exkommunikation bedroht, vgl. des Näheren (A.-)Pennacchi 1, 1011; Heiner S. 211. Die vielfach erörterte Frage, s. ll. cc., ob auch diejenigen hierunter fallen, welche dem Papst unter Anrathen des Verzichtes auf seine weltliche Herrschaft eine Aussöhnung mit der italienischen Regierung empfehlen, muss, sofern die betreffenden Adressen oder Schreiben durch ihre Thätigkeit oder auf ihre Veranlassung an den Papst gelangen, bejaht werden, da in jenem Verzicht, was freilich zu Unrecht bestritten wird, eine Veräusserung der betreffenden Territorien, auf welche der päpstliche Stuhl seine Rechte bisher aufrechterhalten hat, liegen würde. So auch Heiner S. 213.

3 Die übrigen Strafen, s. S. 751 n. 1, sind zwar nicht beseitigt, aber im wesentlichen unpraktisch.

4 Die exc. l. s., S. 190 n. 5, ist also entfallen, nicht die sonstigen, freilich ausser Übung gekommenen Strafen. Beeinträchtigungen dieser Güter sind im Übrigen nur insoweit strafbar, als sie unter die noch in Geltung gebliebenen Strafbestimmungen fallen.

5 Exc. l. s. sp. m. r. p. res. n. 11.: „Usurpantes aut sequestrantes iurisdictionem, bona, redditus ad personas ecclesiasticas ratione suarum ecclesiarum aut beneficiorum pertinentes." Hierin ist im Gegensatz zur Bulle: Coena §. 17 cit. die Erwähnung des päpstlichen Stuhls, der Klöster und der Erlaubniss des Papstes fortgefallen.

6 Während (A.-)Pennacchi 1, 365 darunter nur weltliche Jurisdiktionsrechte verstanden wissen will, bezieht Heiner S. 119 die Bestimmung auf jede Art der Jurisdiktion geistlicher und weltlicher, welche ein Geistlicher kraft seiner Kirche oder seines Benefiziums, besitzt. Das erstere erscheint richtig, denn n. 11 will die Geistlichen in ihrem weltlichen Besitz schützen, und überdies steht die geistliche Gerichtsbarkeit, so weit sie eine ordentliche ist, dem betreffenden Kleriker weder wegen seiner Kirche, noch seines Benefiziums, sondern kraft des hier gar nicht in Betracht kommenden und nicht erwähnten Amtes, soweit sie aber eine delegirte, auch diese nimmt Heiner nicht aus, kraft des Auftrages, der Delegation, zu.

7 Nicht hierunter fallen die Güter der frommen Stifter oder Bruderschaften, ebensowenig der Orden und Klöster, denn der Genuss derselben kommt den betreffenden Personen, namentlich den Regularen, nicht kraft ihrer Kirche oder ihres Benefiziums zu. Was insbesondere die letzteren betrifft, so hat die n. 11 die Erwähnung der Klöster offenbar absichtlich fortgelassen, so auch (A.-)Pennacchi 1, 371; Heiner S. 120. 121. Dasselbe gilt von den Gütern, welche nicht für die Geistlichen, sondern für kirchliche Zwecke bestimmt sind.

und Einkünfte[1] widerrechtlich anmassen[2] oder dieselben sequestriren[3].

Was das Verhältniss der eben besprochenen Strafbestimmung zu dem vom Tridentinum (s. o. S. 751) bedrohten Vergehen betrifft, so stellt sich die erstere als eine Spezialanordnung dar, welche gewisse Fälle der Beeinträchtigung des Kirchengutes unter die hinsichtlich der Absolution verschärfte Censur stellt, und deshalb kann, soweit sich beide Strafandrohungen decken[4], blos die erstere, nicht aber die nach dem Tridentinum dem Papst nur schlechthin reservirte Exkommunikation zur Anwendung kommen[5].

Dasselbe gilt auch in Betreff des Vergehens der Beeinträchtigung der Besitzungen des Kirchenstaates[6] im Verhältniss zu der allgemeinen Strafbestimmung des Tridentinums[7], denn das erstere bildet ebenfalls eine durch eine schwerere Censur qualifizirte Abart des von dem gedachten Konzil allgemein bedrohten Deliktes.

§. 313. gg. *Die Verbrechen in Betreff der zum Gottesdienst und zur religiösen Verehrung bestimmten Sachen (Sakrileg).*

I. Während der hier fraglichen Periode ist zunächst 1. die Entweihung und der Missbrauch der Hostien als besonderes, schweres Verbrechen qualifizirt worden. Innocenz XI.[8] hat den Diebstahl einer konsekrirten Hostie oder ein-

[1] Was die Einkünfte erledigter Benefizien betrifft, so kommt es darauf an, ob sie für den Amtsnachfolger zu reserviren sind oder nicht. Im letzteren Fall kommen sie hier nicht in Frage.

[2] Dass dies unter dem Scheine des Rechts geschehen müsse, so Heiner S. 116, oder auf Grund öffentlicher Autorität, liegt nicht im Begriff des usurpare und widerspricht auch der geschichtlichen Entwicklung dieses Strafverbotes, siehe o. S. 753, vielmehr ist blos die prinzipielle, wenn auch nur aus den Umständen zu entnehmende Läugnung des Rechts der kirchlichen Personen auf die betreffenden Sachen erforderlich. Mehr folgt nicht aus der Entsch. d. Congr. inquis. v. 1870, (A.-)Pennacchi 1, 368, nach welcher der Diebstahl von derartigen Sachen nicht unter den hier in Frage stehenden Thatbestand fällt.

[3] D. h. den Berechtigten, ohne sie sich selbst anzueignen, in der Weise entziehen, dass die ersteren sie nicht, wie ihnen dies rechtlich zukommt, geniessen können. Dass hierher nur eine Beschlagnahme, welche auf Grund der Anordnung eines Richters, wenn auch eines dazu nicht befugten, und in ungesetzmässiger Weise und ohne Grund erfolgt, zu rechnen ist, Heiner S. 116, ähnlich auch (A.-)Pennacchi 1, 364, wird durch den Wortlaut nicht erfordert. Denn sequestrare heisst ursprünglich: etwas bei einer Mittelsperson niederlegen, ferner aber auch absondern, und da die Strafandrohung die Beeinträchtigung der Geistlichen im Genuss ihrer Einkünfte treffen will, so ist unter der Sequestration jede Entziehung der Einkünfte ohne Einziehung derselben zu eigenen Zwecken gemeint, wobei es gleichgültig erscheint, ob ein Dritter oder der Thäter selbst die Einkünfte aufbewahrt.

Die poenae vindicativae der const. Leon. X., s. S. 753, sind zwar nicht aufgehoben, aber unpraktisch.

[4] Z. B. bildet die Sequestration der Benefizialeinkünfte zugleich eine durch das Tridentinum verbotene Hinderung des Genusses solcher durch den Berechtigten.

[5] Entsch. d. Congr. inquis. v. 1874, Acta s. sed. 9, 314; (A.-)Pennacchi 1, 370 u. 2, 304; Heiner S. 115. 232.

[6] O. S. 753.

[7] Heiner S. 115. 233. —

In diesen Zusammenhang gehören auch die S. 582 Anm. Sp. 1 u. 2 citirten Konstitutionen (vgl. auch Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 345), welche die Entfernung, Wegnahme oder Ausleihung von Büchern, Paramenten u. s. w. aus bestimmten Bibliotheken, Archiven, Sakristeien oder Kirchen bei den a. a. O. bezeichneten Strafen, namentlich der theils nicht, theils päpstlich reservirten Exkommunikation untersagen. Darüber, dass diese durch die const.: Apostolicae v. 1868 beseitigt sind, s. S. 655.

[8] Ad nostri apostolatus 1677, §. 1, b. T. 19, 41: „ut deinceps omnes et singuli utriusque sexus, qui de furto hostiae consecratae sive unius sive plurium particularum consecratarum cum sacra pyxide vel sine illa per legitima iudicia iudicialiter iuxta s. officii inquisitionis regulas et praxim confessi aut convicti fuerint quive propria malitia vel alterius ordine seu mandato hostiam

zelner Theile derselben mit der Pyxis[1] oder ohne diese, sowie das Behalten oder Fortbringen oder Wegschaffen einer Hostie[2] oder einzelner Theile, sei es aus eigener Bosheit, sei es auf Befehl oder im Auftrage eines anderen, oder die Anstiftung zu diesen Verbrechen mit arbiträr zu verhängenden, der Schwere des Verbrechens angemessenen Strafen, und für den Fall, dass kein vernünftiger und annehmbarer Grund für die Wegnahme oder das Behalten der Hostie erwiesen sei[3], auch mit der Auslieferung an den weltlichen Richter[4], bei Geistlichen nach vorgängiger realer Degredation[5], bedroht[6].

2. Die Missbräuche in Betreff der Reliquien. Nachdem schon Anfang des 17. Jahrhunderts unter Paul V. durch die Verordnungen des Kardinalvikars von Rom die Entfernung von Reliquien aus den Cömeterien und Katakomben der Stadt und ihrer Umgegend untersagt worden war[7], hat Clemens X. dieses Verbot in einer allgemeinen Anordnung erneuert[8], und die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 hat dasselbe ebenfalls aufrechterhalten[9]. Die letztere bedroht mit der dem Papst schlechthin reservirten Exkommunikation l. s. diejenigen, welche ohne die vorgeschriebene Erlaubniss[10]

sive unam sive plures particulas apud se retinuerint vel alio transferre seu asportare praesumpserint, condignis poenis et animadversionibus pro facinoris atrocitate puniantur et nisi constiterit, non fuisse ad malum finem, etiam pro prima vice saeculari iudici tradantur non obstante minore aetate, dummodo vigesimum attingant annum, quibus poenis etiam mandantes subiaceant."

[1] Bd. IV. S. 144 n. 12.

[2] Auch hier ist eine konsekrirte Hostie gemeint, wie nicht nur der Zusammenhang, sondern auch die in Ergänzung der const. Innoc. XI. ergangenen const. Alexandri VIII.: Cum alias 1690, b. T. 20, 160, und Benedikts XIV.: Ab augustissimo 1744, bull. Ben. 1, 139, ergeben. Die erstere dehnt (§. 4) die Strafvorschriften Innocenz' XI. auch auf diejenigen aus, „qui dictas hostias vel particulas consecratas quocumque modo etiam sine qualitate furti per se ipsos vel alios quoscumque vel de alterius mandato habuerint seu retinuerint vel alio transferre vel transportare praesumpserint". Darunter fällt also insbesondere auch der Fall, dass ein Kommunikant die Hostie wieder aus dem Munde nimmt und dann aufhebt. Die Benedikts XIV. §. 4 stellt eine Präsumtion für die Konsekration der Hostie auf, wenn dieselbe vorher in der Pyxis oder in dem Ciborium oder Ostensorium aufbewahrt oder einem Kommunikanten vom Priester beim Abendmahl übergeben und nachher von demselben aus dem Mund genommen worden ist. S. auch Kober, Deposition S. 790.

[3] Nach der const. Bened. XIV. cit. §. 5 liegt dieser Beweis dem Angeschuldigten ob.

[4] Also zur weltlichen Bestrafung, d. h. nach dem damaligen Strafrecht, s. z. B. Carolina Art. 170, mit dem Feuertode.

[5] Vgl. o. S. 570 n. 1.

[6] Heute können nur noch arbiträre kirchliche Strafen, einschliesslich der ebenfalls allein für das kirchliche Gebiet wirkenden Degradation, gegen Geistliche, s. o. a. a. O., zur Anwendung kommen, weltliche allerdings noch, sofern der Hostiendiebstahl aber auch durch das weltliche Strafrecht als solcher bedroht ist oder sich nach demselben als ein anderes Verbrechen, s. z. B. R. Str. G. §. 243 n. 1, qualifizirt.

[7] Edikt v. 1613, (A.-) Pennacchi 1, 1031, bei Gefängniss- und arbiträren Geldstrafen, sowie der dem Papst vorbehaltenen Exk. l. s., welche nicht nur die Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger, sondern auch alle diejenigen treffen, auf deren Bitten die Entfernung der Reliquien erfolgt oder der Versuch dazu gemacht wird, ferner deren Gehülfen, sowie diejenigen, welche in Kenntniss des Sachverhalts solche Reliquien erworben haben. Regularen verlieren ausserdem ipso facto ihr aktives und passives Stimmrecht und werden unfähig, Würden und Offizien in ihrem Orden zu erlangen, bis der Papst sie begnadigt. Über zwei weitere damit in Verbindung stehende Edikte v. 1614 s. Thesaurus l. c. P. II. p. 360; (A.-) Pennacchi 1, 1032. 1033.

[8] Ex commissae 1672, b. T. 18, 296, welche allerdings nur für das Ausgraben von Knochen und Leibern und die Wegnahme derselben aus den Cömeterien die dem Papst vorbehaltene Exkommunikation festsetzt, wodurch indessen die Strafen des Edikts nicht beseitigt worden sind.

[9] Exc. l. s. r. p. res. n. 15: „Extrahentes absque legitima venia reliquias ex sacris coemeteriis sive catacumbis urbis Romae eiusque territorii eisque auxilium vel favorem praebentes."

[10] Diese wird, und zwar allein unter der Bedingung, dass die Ausgrabung oder die Herausnahme in Gegenwart eines dazu beauftragten Priesters erfolgt, damit dieser den Ort, die Inschriften und die für die Eigenschaften der Reliquien massgebenden Zeichen feststellt, vom Kardinalvikar der Stadt schriftlich gegeben, s. Clem. const. v. 1672 cit.; vgl. auch Bd. IV. S. 273 Anm. Dass eine mündliche Erlaubniss ausreicht, so (A.-) Pennacchi 1, 1037, erscheint unrichtig, denn durch die Worte: legitima venia wird auf die angeführte Konstitution Bezug genommen.

Reliquien, die in Leibern und Gebeinen der Märtyrer bestehen [1], aus den alten Begräbnissstätten oder Katakomben in Rom und in der Umgegend der Stadt [2] wegnehmen, und welche den Thätern dabei Hülfe leisten [3] oder Begünstigung [4] gewähren [5].

Ferner belegt die citirte const. Clemens' X. diejenigen, welche Behältnisse für die Reliquien herstellen und sie verkaufen, wenn sie den letzteren andere Namen als die ihnen offiziell beigelegten geben, mit Geldbusse [6] und anderen arbiträren Strafen [7]. Dagegen ist die weiter in derselben auf die Annahme von irgend welchen auch freiwillig gegebenen Geschenken für die Auslieferung von Reliquien oder für die Ausfertigung und Besiegelung der Urkunden über solche gesetzte Exkommunikation l. s. [8] durch die const. cit. v. 1869 nicht aufrecht erhalten worden, wennschon noch neuerdings Verbote gegen den Verkauf und Ankauf von Reliquien [9] und gegen den Handel mit falschen Reliquien [10], freilich ohne besondere Strafandrohungen, erlassen worden sind, mithin für dieses Vergehen arbiträre Strafen seitens der Ordinarien [11] verhängt werden können [12].

3. Weiter gehören hierher die in Betreff der s. g. *agnus dei* [13] erlassenen Strafbestimmungen, nämlich die Pauls II. gegen diejenigen, welche solche, vom Papst benedizirte oder auch von ihnen eigenmächtig angefertigte, Bilder auf irgend eine Weise, wenngleich in Gold oder Silber gefasst oder in Behältnissen eingeschlossen, selbst oder durch andere öffentlich oder geheim verkaufen, vertauschen oder sonst veräussern [14], und die Gregors XIII. gegen diejenigen, welche vom Papst geweihte *agnus dei* mit irgend welchen Farben versehen oder mit Gold oder anderen Stoffen

1 Allerdings ist der Begriff der Reliquien an sich weiter, da er auch Kleider, Marterwerkzeuge u. s. w. umfasst, Bd. IV. S. 265, aber diese letzteren sind hier nicht gemeint, denn die const.: Apostolicae giebt im wesentlichen die const. Clem. X. wieder, und diese verbietet nur die Ausgrabung und Wegnahme der „ossa und corpora", welche das Tridentinum gleichfalls allein als Reliquien bezeichnet, s. Bd. IV. S. 265 n. 5, so auch Heiner S. 218. 219. Weiter muss es sich um wirkliche Reliquien, also um Gebeine von Märtyrern handeln. Als Kennzeichen dafür gilt nach dem Dekret d. Congr. rit. v. 1863, (A.-) Pennacchi 1, 1034 u. Acta s. sed. 2, 170 n. 1, der Umstand, dass sich an der Aussen- oder Innenseite des Bestattungsortes oder Grabes (*loculus*) ein Blutfläschchen oder auf dem Deckel des ersteren ein Palmzweig gezeichnet vorfindet. Finden sich andere zweifelhafte Zeichen oder gar keine vor oder stehen andere Gebeine, als die von Märtyrern in Frage, so tritt die Strafe nicht ein, denn in diesen Fällen liegen entweder gar keine Reliquien vor, oder es ist mindestens noch nicht sicher, dass solche vorliegen, wennschon über den zuletzt gedachten Fall gestritten wird, vgl. auch (A.-) Pennacchi 1, 1039 u. Heiner S. 219.

2 Nicht also aus den Katakomben anderer Städte.

3 Z. B. die Katakomben zu diesem Zweck geöffnet haben.

4 Wie die Aufseher, welche die Ausgrabung und Wegnahme gestattet haben.

5 Daneben können auch heute noch andere arbiträre kirchliche Strafen verhängt werden, und ebensowenig sind die besonderen Strafen für die Regularen beseitigt, s. S. 756 n. 7 u. 8.

6 Von 25 Scudi, s. Clem. X cit. §. 1.

7 L. c.

8 L. c. §. 6.

9 Dekret Leos XIII. v. 1878, Acta s. sed. 11, 364.

10 Schreiben des Kardinalvikars auf Befehl Leos XIII. v. 1881, Acta s. sed. 14, 39.

11 Vgl. auch Anm. 9 u. 10, ebenso wie für das Ausstellen von Reliquien gegen Geld, s. Bd. IV. S. 265 n. 1 u. auch diesen Band o. S. 211 n. 2, was Benevent 1698, coll. conc. Lac. 1, 137, wenn es ohne Erlaubniss und Siegel des Bischofs geschieht, ebenso wie die Abnahme solcher Siegel und die Überlassung der einer Kirche zugewiesenen Reliquie an eine andere, mit dem Anathem belegt. Vgl. hierzu auch noch u. S. 758 n. 1.

12 Wenn die const. Clem. XIII.: Cum sicut 1760, bull. Rom. cont. 1, 336, in Betreff eines Kapuzinerkonventes in der Diöcese Imola die Herausnahme, Wegbringung oder Verleihung von Reliquien, letztere an andere Kirchen und fromme Anstalten, bei Strafe der päpstlich reservirten exc. l. s. verbietet, so handelt es sich hier nicht um die Verhütung des Missbrauchs der Reliquien, sondern nur, wie bei den S. 582 Anm. Sp. 1 u. 2 citirten Konstitutionen, um den Schutz des Eigenthums durch Verhinderung der Wegschaffung.

13 Bd. IV. S. 146 n. 6.

14 Const.: Immoderata 1470, b. T. 5, 199. Von den angedrohten Strafen, nämlich der exc. l. s., ausserdem für Laien des einjährigen Gefängnisses, für Kleriker der privatio beneficiorum et officiorum ecclesiasticorum ipso iure, ist die erstere

belegen oder versehen oder belegen lassen, sowie gegen diejenigen, welche diese Gegenstände zum Verkauf halten oder ausstellen [1].

4. Endlich kommen hier noch die in Betreff der Heiligenbilder gegebenen Strafvorschriften in Betracht. Zunächst ist die Anfertigung und der Auftrag zur Anfertigung, das Halten, sowie das öffentliche Ausstellen von Bildern und Statuen der Heiligen in anderer als der herkömmlichen Darstellungsweise oder in anderer als der üblichen Bekleidung [2] mit arbiträrer Strafe [3], ferner aber auch das Ausstellen von Bildern und Statuen nicht kanonisirter oder beatifizirter Heiligen zur Verehrung in Kirchen oder Privatoratorien, die Anbringung von Tabellen, Bildern, Statuen und brennenden Lichtern und Lampen an den Gräbern solcher für die Regularen mit der privatio officiorum, der Entziehung des aktiven und passiven Stimmreehts, sowie der suspensio a divinis, für Kleriker mit der arbiträr zu verhängenden suspensio a divinis oder Suspension von der Spendung der Sakramente oder der Ausübung des einen oder anderen Ordo [4] oder auch anderen arbiträren Strafen, endlich das Drucken von Büchern über solche Heiligen, sowie das Malen solcher Bilder oder das Meisseln solcher Statuen oder jede andere Herstellung von derartigen Bildnissen und Figuren und die Betheiligung irgend welcher Künstler bei der Anfertigung derselben, sowie bei der Anbringung der vorher gedachten Gegenstände mit Konfiskation der letzletzteren, sowie mit arbiträren Geld- und Körperstrafen [5] belegt [6].

II. *Das Sacrilegium.* Von den schon früher durch das ältere Recht bedrohten Verbrechen gehören in diesen Zusammenhang eine Reihe von Strafthaten, welche die Doktrin noch heute unter der Bezeichnung *sacrilegium* zusammenfasst. Eine feste Begriffsbestimmung des letzteren hat auch das kirchliche Recht dieser Periode nicht aufgestellt, vielmehr werden, wie früher [7], die verschiedensten Delikte in den Quellen als *sacrilegium* bezeichnet [8]. Daher ist es auch der Doktrin nicht möglich gewesen, einen

durch die const. v. 1869 entfallen, und die zweite ebenfalls unpraktisch.

[1] Const.: Omni certo 1572, b. T. 8, 10 (noch von Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 201, wieder eingeschärft). Diese setzt nur arbiträre Strafen und die jetzt gleichfalls beseitigte exc. l. s. fest.

An diese Konstitution lehnt sich das Edikt des Provikars v. Rom v. 1716, bei Ferraris, prompta bibliotheca s. v. agnus dei, n. 8, an, welches unter Androhung 10jähriger Galeerenstrafe für Männer, ebenso langer Gefängnissstrafe oder Auspeitschung für Frauen 1. das Halten und Anfertigen falscher Formen für die agnus dei und das Anfertigen der letzteren selbst, sowie 2. das wissentliche Vertheilen falscher agnus dei als benedizirter, das wissentliche Vertreiben von falschen Reliquien, den Diebstahl echter Reliquien und benedizirter agnus dei, sowie die Änderung des jedem echten agnus dei aufgestempelten Namens und der Zahl des Papstes verbietet und die Verletzung seiner weiteren Vorschriften über das Verkaufen und Feilhalten von Reliquien und agnus dei selbst in Kapseln u. s. w. durch Goldschmiede, Gewerbetreibende und andere (s. Bd. IV. S. 268 n. 2), die Ausstellung von Urkunden über Extraktion, Schenkung und Translation von Reliquien ohne Autorität der zuständigen kirchlichen Oberen, sowie das Öffnen der amtlich versiegelten Reliquienbehälter ohne die vorgeschriebene Erlaubniss bei Geldstrafe von 200 Goldscudi und arbiträrer Gefängniss- oder Galeerenstrafe oder Ausweisung untersagt.

[2] Bd. IV. S. 278.

[3] Urban VIII.: Sacrosancta Tridentina 1642 §§. 1. 2, b. T. 15, 171, s. Bd. IV. S. 262 n. 11 u. S. 278 n. 6.

[4] S. o. S. 597 Anm. Sp. 1.

[5] Dekret Urbans VIII.: Sanctissimus v. 1625 §§. 1. 2. 3. 6. 7, b. T. 13, 309, S. 263 n. 5; vgl. dazu noch Urban VIII.: Caelestis 1634, l. c. 14, 436.

[6] Mailand IV. 1576 I. 2, Hardouin 10, 813, verpflichtet die Bischöfe, gegen Maler und Bildhauer, welche unpassende Bilder und Statuen gegen das Trid. Sess. XXV. (Bd. IV. S. 277 n. 5) für Kirchen herstellen, mit schwerer Geldstrafe oder auch mit dem interdictum ingressus ecclesiae einzuschreiten.

[7] S. o. S. 226. Vgl. auch die nach Abschluss der ersten Abtheilung dieses Bandes erschienene, in ihrem historischen Theil sehr eingehende Abhandlung von Ludwig, Gesch. d. Sakrilegs nach den Quellen des katholischen Kirchenrechts, im Arch. f. k. K. R. 69, 169 ff.

[8] Vgl. das S. 757 n. 10 citirte Schreiben v. 1881, Acta s. sed. 14, 39 (Handel mit falschen Reliquien); Rouen 1581, Hardouin 10, 1229 n. 21 (simonia confidentialis) u. Rouen cit., l. c. p. 1243 n. 35

einheitlichen Thatbestand für dieselben aufzustellen. Noch heute definirt man das Sakrilegium als entehrende Handlung des Gott und seinem Dienste Geweihten [1] oder als Missbrauch und Entweihung dessen, was eine kirchliche Zweckbestimmung hat [2], und theilt, um diesem vagen Begriff einen näheren und konkreteren Inhalt zu geben, nach dem Vorbilde der älteren Kanonisten [3] das sacrilegium in das *personale*, *locale* und *reale* ein, das erstere bestehend in der Verletzung einer geistlichen Person [4] oder in der Unzucht einer oder mit einer durch die höheren Weihen oder ein Keuschheitsgelübde verpflichteten Person [5], das lokale, umfassend die Verletzung des Asylrechts [6], die Pollution einer Kirche oder eines anderen geweihten Ortes [7], sowie die Begehung anderer Handlungen, welche mit der Heiligkeit des Ortes unvereinbar sind [8], ferner Raub und Diebstahl in der Kirche [9], endlich das reale, den Missbrauch der Sakramente [10], Profanation [11] und Zerstörung der gottesdienstlichen geweihten Gegenstände [12], Diebstahl und Raub solcher [13], ja sogar auch die Verletzung des kirchlichen Vermögens und der kirchlichen Rechte [14] in sich begreifend.

Es liegt auf der Hand, dass es sich hierbei um eine Reihe sehr verschiedener Vergehen handelt, welche lediglich das Gemeinsame haben, dass sie sich innerhalb der Kategorie, zu welcher sie gehören [15], wegen der Richtung der Strafthat gegen kirchliche Personen, Sachen oder Einrichtungen als besonders schwere kennzeichnen [16]. Wenngleich das kirchliche Strafrecht mehrfach einzelne Strafvergehen gerade durch

(unerlaubte Veräusserung und Verwendung der Kirchenfabriken); Bourges 1584 XV. 4, l. c. p. 1474 (die Verwendung kirchlicher Schmuckgegenstände und heiliger Gefässe zu profanen Zwecken); Toulouse 1590 IV. 4, ibid. p. 1822 (Verweigerung der Zehnten und Verhinderung der Erhebung derselben); Aix 1850, coll. conc. Lac. 4, 1007 (Invasion des Kirchenstaates); Prag 1860, l. c. 5, 490 (Wiedertaufen eines schon getauften Kindes durch den Pfarrer).

1 So z. B. Silbernagl K. R. 2. A. S. 388, nach dem Vorbilde der älteren, s. z. B. Diaz, Practica criminalis ed. Venet. 1593 S. 343: „sacrae rei violatio vel eiusdem usurpatio"; Engel l. c. V. 16 n. 39: „rei sacrae violatio seu indigna tractatio"; vgl. weiter Reiffenstuel, ius canon. de regulis iur. reg. 7 n. 1; Lämmer, Instit. des K. R. S. 262; Ph. Hergenröther, Lehrb. d. K. R. S. 370.

2 So Ludwig a. a. O. S. 249, welcher offenbar (mit Recht) davon ausgegangen ist, dass man darunter auch Vergehen gegen das kirchliche Vermögen, also nicht gegen res sacrae, s. nachher, gerechnet hat. Völlig in das Unbestimmte verliert sich die Definition des Sakrilegs bei Permaneder K. R. §. 347 als jeder faktischen, unmittelbaren oder mittelbaren Verachtung Gottes, worunter jedwedes kirchliche Vergehen, ja jede Sünde begriffen werden kann; ebenso in Verings K. R. 3. A. S. 728 als jeder Verletzung des göttlichen Gesetzes.

3 So z. B. schon Innocenz IV. zu c. 27 X de sent. exc. V. 39 n. 1, welcher die einzelnen Fälle in Anhalt an die Quellen danach gruppirt, je nachdem das sacrilegium ratione rei, personae oder loci begangen wird.

4 Also vor allem der Verletzung des privilegium canonis, s. o. S. 747 u. auch S. 745.

5 Die hierfür mehrfach citirten Stellen c. 28 (Gregor. I.) C. XXVII qu. 1; Clem. un. de consang. IV. un. und Trid. Sess. XXV. c. 15 de ref. gebrauchen übrigens für diese Vergehen nicht einmal die Bezeichnung: sacrilegium.

6 S. 227 n. 7 u. o. S. 743.

7 Bd. IV. S. 328 ff. Die dafür citirten Stellen c. 20 (Nicäa 325), c. 27 (Poen. Theod.), c. 28 (id.) Dist. I de cons., c. 4 (Innoc. III.), c. 6 (id.), c. 7 (id.) X de consecr. III. 40, c. un. (Bonif. VIII.) in VI eod. III. 21 enthalten weder bestimmte Strafandrohungen noch sprechen sie von sacrilegium.

8 c. 12 (Innoc. III.) X de vit. et honest. III. 1, s. Bd. IV. S. 167 n. 4; Trid. Sess. XXII. decr. de obs. et evit. in celebr. miss. Auch hier gilt das in der vor. Anm. Bemerkte. Dagegen bedroht Utrecht 1565, Hartzheim 7, 136, das Abhalten von Schmausereien in den Kirchen mit dem Anathem, Narbonne 1669 c. 39, Hardouin 11, 42, das Handeln, das Abhalten von weltlichen Versammlungen, von Schmausereien in den Kirchen mit der Exkommunikation.

9 S. 226 n. 6 u. S. 227 n. 2; c. 22 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39. S. auch unten Anm. 13.

10 So unerlaubte Wiedertaufe c. 118 (Felix III.) Dist. IV de cons. u. c. 2 (Alex. III.) X de apost. V. 9. Vgl. dazu die Bemerkung in Anm. 7 u. 8.

11 Hierher gehören zum Theil die S. 755 ff. besprochenen Verbrechen.

12 c. 3 (Ben. Lev.) C. XII qu. 2, s. S. 227 n. 22.

13 c. 21 C. XVII qu. 4, S. 226 n. 6 i. f.

14 c. 16 (Gregor. IX.) X de for. comp. II. 2, s. auch o. S. 226 n. 6 u. S. 227 n. 2.

15 Wie z. B. innerhalb der Kategorie des Diebstahls.

16 Vgl. auch o. S. 227. 228.

eine solche Beziehung der Strafthat zu einer bestimmten Person oder Sache charakterisirt[1] und in Folge dessen eine Reihe strafbarer Handlungen, welche nach unserer heutigen Auffassung verschiedene Vergehen[2] bilden würden, als ein einheitliches Delikt, mindestens als ein einheitliches Gattungsdelikt auffasst, so bedroht es doch immer in diesen Fällen die mehreren verschiedenen Handlungen mit derselben Strafe[3]. Aber auch davon ist bei dem s. g. *sacrilegium* nicht einmal die Rede. Es erscheint daher vergeblich, wie dies die bisher unternommenen Versuche deutlich zeigen, eine entsprechende Begriffsbestimmung für dasselbe aufzustellen. Eine solche hat übrigens weder einen wissenschaftlichen noch praktischen Zweck[4], da es sich wegen der Verschiedenheit der als Sakrileg bezeichneten Delikte und der dafür angedrohten Strafen doch nicht umgehen lässt, die ersteren immer besonders aufzuzählen. Es erscheint daher geboten, die einzelnen Fälle des Sakrilegs zu sondern und, wie dies schon in den vorhergehenden §§. geschehen ist, mit den Vergehenskategorieen, zu denen sie gehören, zusammen zu behandeln.

Von diesem Standpunkt aus gehört von den Fällen des s. g. *sacrilegium reale* nur hierher

1. der s. g. Kirchenraub oder Kirchendiebstahl[5] in der Bedeutung der Entwendung einer geweihten Sache aus einem geweihten Ort (Kirche, Kapelle u. s. w.) oder auch aus einem nicht geweihten, während der Diebstahl eines anderen Gegenstandes aus einem Ort der ersteren Art nicht hierunter[6], wohl aber unter das s. g. *sacrilegium locale* fällt, ein Verbrechen, welches im Dekrete Gratians mit den von der Doktrin noch im 17. Jahrhundert[7] als gemeinrechtlich behandelten, freilich unpraktischen Strafen der Geldbusse[8], der Zwangsbusse, bez. der Exkommunikation[9], der Infamie, des Gefängnisses oder des Exils[10] belegt ist;

[1] So z. B. die percussio clericorum, s. S. 745, die Eingriffe in das Kirchengut (s. Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref.), s. o. S. 751.

[2] So die Tödtung, Körperverletzung und Realinjurie bei der percussio clericorum.

[3] S. die Anführungen der Anm. 1.

[4] Allerdings könnte es scheinen, als ob ein praktisches Bedürfniss wegen derjenigen Fälle vorliegt, in denen eine Handlung schlechthin ohne nähere Strafandrohung durch die Bezeichnung: sacrilegium als Strafvergehen charakterisirt oder auch mit der Strafe des Sakrileges, s. z. B. Bourges 1584 cit., S. 758 n. 8, (hier exc. und poena sacrilegii, ebenso Narbonne 1609 c. 30, Hardouin 11, 33) angedroht wird. Indessen kommen solche Fälle auch in dieser Zeit (über die frühere s. S. 228 n. 2) nur selten vor, und bei der Verschiedenheit der Strafen für die verschiedenen als Sakrileg bezeichneten Handlungen würde doch immer nichts anderes übrig bleiben, als dass der kirchliche Richter eine arbiträre Auswahl unter den verschiedenen Strafen trifft.

[5] Für die nähere Begriffsbestimmung hat sich die Doktrin auf c. 21 §. 2 (inc.) C. XVII qu. 4 gestützt.

[6] Mit Rücksicht auf das vorher im Text Ausgeführte erscheint die Kontroverse vollkommen müssig, welche unter den Älteren darüber geführt worden ist, ob die Entwendung einer nicht geweihten Sache aus einem geweihten Orte (ein Fall, welcher nach römischem Recht nicht als sacrilegium galt, l. 5 D. ad leg. Jul. XLVIII. 13, Cicero de leg. II. 9) nach kanonischem Recht als solches zu betrachten sei. Dies wurde von der herrschenden Meinung für den Fall, dass die res non sacra zu dem geweihten Ort in einer rechtlichen Beziehung stand, also z. B. dort deponirt war, nicht aber für den, dass sie sich dort blos zufällig, z. B. weil sie liegen geblieben war, befand, bejaht, vgl. Gonzalez Tellez ad c. 8 X de foro comp. II. 2 n. 5; Fagnan. ad c. 10 X de imm. eccles. III. 49 n. 19; Engel l. c. V. 17 n. 10; Schmalzgrueber V. 18 n. 124; s. auch Bd. IV. S. 169.

[7] S. die vor. Anm.

[8] c. 21 pr. (Johann VIII. 878, s. o. S. 37 n. 2) C. XVII qu. 4 (30 Pfund Silber).

[9] c. 21 §. 3 C. XVII qu. 4 cit., und zwar ist die Exkommunikation bei dem mit Einbruch verbundenen Kirchenraub päpstlich reservirt, c. 22 (Coelest. III.) X de sent. exc. V. 39, s. o. S. 190. 362. Da diese letztere von der Doktrin als eine censura l. s. behandelt wird, gl. s. v. nuncietis zu c. 22 cit.; Suarez, de censur. disp. XXII s. 2 n. 6; Thesaurus l. c. sacrilegium c. 3 P. II p. 378, so muss sie durch die const.: Apostol. von 1869, welche sie nicht aufrechterhalten hat, als beseitigt erachtet werden.

[10] Diese letzteren drei Strafen kennt allerdings blos das pseudoisid. c. 13 C. XVII qu. 4.

2. die vorsätzliche Brandstiftung an Kirchen und an geweihten Gebäuden [1], mit welcher zugleich die s. g. *violatio ecclesiarum*, d. h. das gewaltsame Erbrechen solcher Gebäude und die Beraubung der letzteren, d. h. die Wegnahme von Sachen oder Vernichtung oder Beschädigung derselben, also ein Fall des s. g. *sacrilegium locale*, zusammengestellt wird [2], und für welche schon das gemeine Recht die dem Papst vorbehaltene Exkommunikation [3] als Strafe [4] kennt. Dagegen hat das letztere andere Arten der profanirenden oder unehrerbietigen Behandlung geweihter Sachen nicht mit Strafe bedroht. Diese können daher, soweit nicht etwa eine solche partikularrechtlich festgesetzt ist [5], nur arbiträr bestraft werden.

Was endlich das s. g. *sacrilegium locale* betrifft, so ist durch das gemeine Recht blos die Verletzung des Asylrechts [6] und der eben gedachte Fall [7] unter bestimmte Strafe gestellt, während dasselbe eine solche für die Pollution der geweihten Orte [8], für die Benutzung derselben zu profanen Zwecken oder für sonstige Profanirungen [9] nicht festgesetzt hat, also auch hier nur arbiträre Bestrafung eintreten kann [10].

1 Während c. 14 (Poenit. Roman.) C. XVII qu. 4 ausser Ersatzleistung 15jährige, c. 22 (Hohenaltheim 916) C. XXIV qu. 3 lebenslängliche Busse (ausserdem auch Vermögenskonfiskation, s. aber S. 39 n. 2) vorschreibt, setzt c. 5 (Alex. III.) X de raptor. V. 17, S. 196 n. 3, die Exkommunikation fest, welche c. 19 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39 nach der Publikation derselben für päpstlich reservirt erklärt, s. o. S. 362. Die Doktrin hat dies mit Rücksicht auf c. 35 (Toledo 681) C. XVII qu. 4 auch auf Gebäude, welche sich innerhalb eines Umkreises von 30 Schritt um die Kirche befinden, ausgedehnt (s. oben dazu Bd. IV. S. 388 n. 8) und behandelt die Exkommunikation als latae sententiae, Reiffenstuel V. 17 n. 34; Schmalzgrueber V. 17 n. 101—103, unter Berufung auf c. 107 (Regino II. 417) C. XI qu. 4; c. 5 (Ps. Is.) C. XVII qu. 4 u. c. 31 (Ravenna 877) C. XXIII qu. 8. Jedenfalls ist diese aber aus dem S. 760 n. 9 a. E. gedachtem Grunde weggefallen.

2 Beides, das Erbrechen, die effractio, und die Beraubung, wird von der Doktrin zum Thatbestand der violatio erfordert. Die Strafe ist die Exkommunikation, welche aber auch schon bei blosser effractio oder blosser Beraubung eintritt, für Kleriker als Mitthäter oder Theilnehmer die Ausschliessung von den Funktionen der Weihe und privatio beneficii, also Deposition, s. c. 107 cit. C. XI qu. 4; c. 2 X de raptor. V. 17, s. S. 187 n. 1, für die violatio im eigentlichen Sinne ist die Exkommunikation päpstlich reservirt c. 22 (Coelest. III.) X de sent. exc. V. 39 (S. 362) und gilt der Doktrin als censura latae sententiae, während sie im Falle der blossen effractio oder raptio für fer. sent. erklärt wird, s. Reiffenstuel V. 17 n. 42. 43; Schmalzgrueber V. 17 n. 117. 118. Wegen des Fortfalls der ersteren s. S. 760 n. 9 a. E.

3 S. Anm. S. 760 u. 9.

4 Auch die Exkommunikation für Brandstiftung an Kirchen wird überwiegend von der Doktrin für eine exc. l. s. erklärt, gl. s. v. si vero zu c. 8 C. XII qu. 2, s. v. anathematis zu c. 5 X V. 17 cit. u. s. v. excommunicatos zu c. 22 X V. 39 cit.; Reiffenstuel V. 17 n. 35; Schmalzgrueber V. 17 n. 103, doch wurde dies von Anderen nur angenommen, wenn sich ein örtliches Gewohnheitsrecht dafür gebildet hatte, während eine dritte Meinung, Suarez l. c. disp. XXII s. 2 n. 17 ff., die exc. nur als eine ferendae sententiae betrachtet, vgl. über diese Kontroverse noch Thesaurus l. c. incendiarii c. 1 n. 2, P. II p. 222. Die Quellen selbst ergeben nichts absolut sicheres, daher erscheint die letztere Ansicht als die richtige. Hält man aber den Standpunkt der überwiegenden Meinung fest, dann ist die Exkommunikation jetzt aus dem S. 760 n. 9 gedachten Grunde beseitigt.

5 Das ist, soweit mir bekannt, in den neueren Partikularsynoden nicht geschehen. Von älteren stellt Toulouse 1590 III. 1 n. 2, Hardouin 10, 1807, das Verunreinigen der Kirchen, Kapellen und Kirchhofswände ebenfalls nur unter arbiträre Strafe.

6 S. o. S. 743.

7 S. oben im Text.

8 S. 759 n. 7. Wenn noch Salzburg 1569 XXXVI, Hartzheim 7, 333, die Pollution von Kirchen „violenta sanguinis aut voluntaria humani seminis effusione vel infidelis aut haeretici seu excommunicati sepultura acerrime iuxta canones puniatur“ und die Einforderung der Kosten der Rekonziliation von dem Schuldigen und bei Insolvenz desselben öffentliche Strafe nach dem Arbitrium des Diöcesanbischofs (also öffentliche Busse) vorschreibt, so kann das erstere, da die Canones selbst keine Strafen für die Pollution androhen, nur so viel, wie harte kanonische Bestrafung bedeuten. Dagegen setzt Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 176 n. 4, auf die Verübung von caedes und mutilationes in Kirchen, den Sakristeien und auf den Kirchhöfen derselben, die dem Ordinarius reservirte exc. l. s.

9 S. o. S. 210 u. Bd. IV. S. 167.

10 Eine solche ordnet auch Pius V.: Cum primum 1566 §. 4, b. T. 7, 434, für „seditionem in ecclesiis facere, tumultus excitare, impetum committere“ an. Vgl. ferner von älteren Partikularsynoden Mailand IV. 1573 I. 18, Hardouin

§. 314. hh. *Die unbefugte Ausübung von kirchlichen Weihe- und Amtshandlungen, die Anmassung von kirchlichen Rechten, sowie die Usurpation von kirchlichen Amts- und von Ordenstrachten.*

1. Schon das frühere gemeine Recht, welches noch heute in Geltung steht [1], hat die Ausübung jeder gottesdienstlichen, also auch jeder Weihehandlung durch einen Nichtordinirten mit der Exkommunikation ferendae sent. belegt. Clemens VIII. [2] und Urban VIII. [3] haben aber insbesondere die Celebration der Messe [4] und die Abhörung der sakramentalen Beichte [5] durch jede nicht zum Priester geweihte Person, der letzteren insbesondere auch durch Laien, noch mit der Auslieferung an den weltlichen Arm [6] zur Todesstrafe [7] bedroht, eine Strafe, welche allerdings heute keine praktische Bedeutung mehr besitzt.

2. Weiter trifft Laien, welche sich das Predigtamt anmassen [8] und die Taufe ausser in Nothfällen [9] spenden [10], nach dem älteren gemeinen Recht die Exkommunikation ferendae sententiae.

10, 828 (Erregung von Streit in der Kirche oder auf dem Friedhofe und Gebrauch der Waffen unter Bezugnahme auf das Konzil von Tribur, S. 210 n. 12 u. S. 227 n. 9, nach Arbitrium des Bischofs Exkommunikation); Cambrai 1586 XIII. 6, Hartzheim 7, 1010 (Weidenlassen von Thieren auf den Kirchhöfen und Ablagerung von Schmutz auf denselben, arbiträre Bestrafung); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 176 n. 5 (schwere percussio in der Kirche und in den die Immunität geniessenden Umgebungen derselben, exc. l. s., Erregung von Streit und Skandal in Kirchen und Oratorien, arbiträre Bestrafung). Von neueren bedroht Ravenna 1855, l. c. 6, 176 n. 6, das Abhalten von Schauspielen und Spielen in der Umgebung der Kirchen; das Feilhalten und Feilbieten von Sachen zum kirchlichen Gebrauch durch Herumtragen in den Vorhallen der Kirchen und auf Kirchhöfen — dies auch schon Mailand 1565 II. 57, Hardouin 10, 690, wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1564, Strafe der Wegweisung oder arbiträre Strafe —; die Veranstaltung von Schmausereien und Trinkgelagen; Abhaltung von Märkten oder die Verhandlung weltlicher Geschäfte an den gedachten Orten mit arbiträrer Strafe.

Dagegen belegen Canterbury 1463 und York 1466, Hardouin 10, 1473, das gewaltsame Handanlegen an Laien in der Kirche, ferner die Arrestation, auch schon die Citation in Civilsachen in solchen, mit der exc. l. s.

[1] c. 1 X cleric. non ord. V. 28, s. oben S. 211 n. 1.

[2] Etsi alias 1601, b. T. 10, 750, S. 569 n. 3.

[3] Apostolatus officium 1628, b. T. 13, 646, s. a. a. O.

[4] Nach Benedikt XIV.: Sacerdos in aeternum 1744 §. 6, bull. Ben. 1, 152, genügt schon die Celebration einer Messe am Altar blos bis zur Elevation der Hostie oder des Kelches, selbst wenn das Aussprechen der Konsekrationsformel nicht erwiesen werden kann. Steht aber der Thäter vorher von der Weitercelebration ab, so soll nur mildere arbiträre Strafe eintreten.

[5] Vollendet ist das Verbrechen nach const. Benedict. XIV. cit. §. 8 erst mit dem Aussprechen der sakramentalen Absolution. Hat sie der Schuldige nicht vorgenommen, also nur die Beichte abgehört, so kann allein eine mildere arbiträre Strafe gegen ihn verhängt werden.

Vgl. ferner noch die Encyklika Benedikts XIV.: Quam grave und const.: Divinarum v. 1757, bull. Bened. 4, 233. 235, welche eine strenge Bestrafung der gedachten Vergehen anordnen und von denen die letztere zugleich Bestimmungen zur Erleichterung des Beweises trifft.

[6] Bei den Geistlichen nach vorheriger Degradation, s. S. 569 n. 3. In Betreff dieser hat also das frühere Recht, s. c. 2 (Urban III.) X de cleric. non ord. V. 28, S. 70 n. 5, eine Abänderung erlitten.

[7] Vgl. Benedict. XIV.: Divinarum 1757 cit. §. 6. Clemens VIII. l. c. §. 2 bezeichnet das Verbrechen als *idololatria*, da der nicht konsekrirten Hostie und dem nicht konsekirten Wein göttliche Ehren erwiesen werden. Demgemäss mussten auf dasselbe die weltlichen Ketzerstrafen Anwendung finden, wie schon Salzburg 1569 XLVII. 4, Hartzheim 7, 352, denjenigen, welcher ohne die gehörige Weihe Messe liest oder die den Priestern und Diakonen zukommenden Weihefunktionen ausübt, als Ketzer bestraft wissen will.

[8] D. h. auch nur einmal, öffentlich oder geheim predigen, c. 13 §. 6 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7, Bd. IV S. 451 n. 2; wiederholt Trier 1549, Hartzheim 6, 596, welches zugleich öffentliche Verkündung der Exkommunikation vorschreibt.

[9] Vgl. darüber Bd. IV. S. 29.

[10] c. 1 X cit. V. 28.

3. Die gleiche Strafe ist ferner denjenigen Patronen[1], welche eigenmächtig, d. h. unter Nichtachtung der Rechte der zuständigen Kirchenoberen[2], Geistliche an den Patronatskirchen und auf Patronatsbenefizien anstellen und aus diesen Ämtern entfernen, angedroht[3].

4. In Betreff des unberechtigten Tragens geistlicher Kleider oder einer Ordenstracht bestehen allerdings keine allgemeinen Verbote, wohl aber sind päpstlicherseits Verordnungen für spezielle Fälle ergangen[4], und auch partikularrechtlich ist die missbräuchliche Benutzung derartiger Gewänder, wennschon nur vereinzelt, untersagt worden[5].

§. 315. ii. *Die Störung gottesdienstlicher Handlungen und das unpassende Verhalten bei denselben und in der Kirche.*

Die Störung der gottesdienstlichen Handlungen durch Lärm, Gespräche, Lachen, Herumlaufen in der Kirche, welche sowohl das mittelalterliche[6], wie das neuere gemeine Recht[7] ohne Festsetzung bestimmter Strafen verbietet, kann im allgemeinen nur arbiträr bestraft werden[8]. Von den Päpsten hat blos Pius V.[9] einzelne hierher gehörige Vergehen[10] mit besonderen, freilich jetzt unpraktischen

[1] c. 4 (Lateran. III.) X de iurepatr. III. 38.

[2] Also für die Regel des Bischofs.

[3] Partikularrechtlich ist weiter unter Strafe gestellt:

1. die Kopulation von Ehen durch Laien, Bourges 1584 XXVII. 6, Hardouin 10, 1488 (Exk.);

2. das Treffen von Anordnungen über Begräbnisse, Benutzung von Glocken und über andere kirchliche Angelegenheiten durch Laien gegen den Willen des Pfarrers, Salzburg 1490, Hartzheim 5, 577 (interdictum ingressus ecclesiae und Versagung des kirchlichen Begräbnisses);

3. das Aufreissen der Fussböden in den Kirchen und Sakristeien ohne Erlaubniss des Bischofs, um Leichen zu begraben, durch Laien, Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 175 (Interdikt über die Kirche);

4. das Cognosciren in Ehesachen durch Laien ohne Erlaubniss des Ordinarius, Salzburg 1490, Hartzheim 5, 579 (Exkommunikation);

5. das Einsammeln von Almosen durch Laien für Kirchen, für die Celebration von Messen und für andere fromme Werke, Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 203 (*poenae spirituales*, s. o. S. 640);

6. die eigenmächtige Errichtung von Kirchen und Altären ohne Erlaubniss des Ordinarius, Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 176 (Exk. und Interdikt über die Kirche oder Altar);

7. die Erbauung von Gemächern über den Kirchen und Oratorien und die einseitige Gestattung von sonstigen baulichen Veränderungen an den kirchlichen Gebäuden und ihrem Zubehör, l. c. p. 176. 177 (arbiträre Strafe);

8. Salzburg 1490, Hartzheim 5, 581 (Laien und Kleriker, welche unter Missachtung des allein dazu zuständigen Ordinarius eigenmächtig andere Personen für mit dem Aussatz, lepra, behaftet erklären und sie von dem bürgerlichen und sonstigen Verkehr absondern, Exkommunikation).

[4] So droht Clemens VIII.: Pastoralis officii 1604, b. T. 11, 126, für das unberechtigte Tragen des Ordenshabites der unbeschuhten Eremiten in Italien die Strafe der Konfiskation des Habites und der allerdings seit 1869 beseitigten Exkommunikation l. s., und Urban VIII.: Nuper supplicationibus 1624, b. T. 13, 119, für die Anlegung und das Tragen des Habits eines päpstlich nicht genehmigten Ritterordens die päpstliche indignatio (s. o. S. 545 n. 5), die ebenfalls jetzt fortgefallene Exkommunikation *l. s.* und andere arbiträre Strafen an.

[5] Von Bordeaux 1624 XIII. 5, Hardouin 11, 98, die Anlegung von geistlichen und Ordens-, insbesondere von bischöflichen Kleidern, um vor allem Volk Scherz und Kurzweil zu treiben, bei schwerer (d. h. arbiträrer) Strafe.

[6] S. o. S. 207 n. 6.

[7] Trid. Sess. XXII. decr. de sacr. missae.

[8] Nur solche Strafen droht auch im Allgemeinen Pius V.: Cum primum 1566 §. 4, b. T. 7, 434 an.

[9] Const. cit. §. 4.

[10] L. c. (1): „Quicumque vero in ecclesiis, dum ibi sacrificium missae et divina celebrantur officia aut verbum dei praedicatur, deambulare, vociferari aut verso tergo ad sanctissimum sacramentum irreverenter sedere aut aliquid, quod scandalum generet aut divina perturbet officia, facere praesumpserit, poena XXV ducatorum incurret praeter alias arbitrio nostro imponendas et moderandas poenas et qui non habebit in aere luet in corpore aut exilio mulctabitur.

(2) Qui vero in ecclesiis cum mulieribus impudicis sive etiam honestis colloquium scurrile

Strafen (Geldbusse, Prügelstrafe oder Exil) bedroht. Die früheren Partikularsynoden und partikulären Anordnungen, welche theils bestimmte, theils aber auch nur arbiträre Strafen festsetzen, weisen ähnliche Strafvorschriften auf[1], verbieten aber ausserdem noch eine Reihe anderer unpassender Handlungen, wie das Betreten des Chores durch Laien[2], namentlich durch Frauen[3] während des Gottesdienstes, das Erscheinen der letzteren in unpassender Haartracht und Kleidung in der Kirche[4], das Tragen

habuerit aut alios inhonestos actus fecerit, XXV ducatorum poenam incurrat et carceris per mensem.

(3) Qui in ecclesiis ... obscoenis et inhonestis verbis aut signis usus fuerit aut alia foeda colloquia cum personis quibuscumque habuerit, X aureorum poena mulctetur aut alias corporaliter puniatur."

In Betreff der Bettler vgl. noch §. 5: „Pauperes quoque mendicantes seu eleemosynas petentes per ecclesias tempore missarum praedicationum aliorumque officiorum, ire non sinant, sed eos ad valvas ecclesiarum stare faciant, sub poena II aureorum capitulis infligenda pro qualibet vice, nisi eos eiici curaverint, et parochis dimidii aurei. Religiosis etiam claustralibus sive regularibus praecipimus in virtute sanctae obedientiae, ut in ecclesiis suis deputent aliquem qui tales ejiciat; et, si negligentes fuerint, gravissime ab ordinario corripiantur, quodsi illi parere recusaverint, gravissimas poenas incurrent et pro qualitate personarum etiam corporaliter punientur arbitrio nostro sive superiorum."

[1] Narbonne 1551 c. 36, Hardouin 10, 452 (Herumlaufen während des officium divinum nach öffentlicher vergeblicher einmaliger Mahnung, Exk.); Mailand 1565 II. 57, ibid. p. 690 (Herumlaufen, Schwatzen, sich in Gruppen zusammenstellen, mit verdächtigen Frauenspersonen sprechen, mit dem Rücken gegen das Sakrament der Eucharistie sitzen, Herumlaufen der Bettler in der Kirche, zunächst Entfernung der Schuldigen nach Mahnung oder arbiträre Bestrafung durch den Bischof), im wesentlichen wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1564; Mailand 1573 I. 18, ibid. p. 828 (Lärm und Skandal vor den Thüren oder Vorhöfen der Kirchen namentlich zur Zeit des Gottesdienstes, insbesondere Ballspielen vor denselben, mulcta, d. h. Geldbusse oder andere Strafe nach der Bestimmung des Bischofs); Bischofsedikt v. Loreto v. 1850 art. 31, coll. conc. Lac. 6, 80 (Lärmmachen vor der Kirche, auch Veranstaltung von Spielen vor derselben, Korrektionsstrafe); Utrecht 1565, Hartzheim 7, 136 (Herumlaufen, Lärmmachen, Plaudern während des Gottesdienstes, arbiträre Strafe, bei Geistlichen auch susp. von den Präsenzgeldern für eine Woche); Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1425 (Herumlaufen während des Gottesdienstes, nach Mahnung Exk.); Bourges 1584 I. 7, l. c. p. 1460 (ebenso, auch zugleich für Lärmmachen); Narbonne 1609 c. 22, l. c. 11, 24. 25 (Lärmmachen, Lachen und sonstiges unpassendes Benehmen während der Eheschliessungen in der Kirche und während der Verwaltung der andern Sakramente, bei Hartnäckigkeit Exk.); Mecheln 1607 XII. 9, Hartzheim 8, 782 (Herumlaufen in der Kirche beim und nach dem Gottesdienst, arbiträre Strafe); Besançon 1707 (1589), l. c. 10, 361 (Abfeuern von Schüssen vor der Kirche bei der Eheschliessung, arbiträre Strafe); Avignon 1725 XXVIII. 4, coll. conc. Lac. 1, 529 (unpassendes Benehmen vor der ausgestellten Hostie, arbiträre Strafe, wiederholt cit. Edikt v. 1850, hier Korrektionsstrafe); Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1424 (Treiben von Scherz und Vornahme lächerlicher Handlungen bei Prozessionen, Anathem); cit. Edikt v. 1850 art. 34 (unpassendes Benehmen bei Prozessionen, Korrektionsstrafe).

[2] Toledo 1566, Hardouin 10, 1165 (mit Ausnahme bestimmter vornehmer Personen, welche aber nicht unter den Geistlichen sitzen dürfen, exc. l. s., Geistliche, die Frauen in denselben einlassen, exc. l. s., Geldstrafe und susp. l. s. ab officio et beneficio auf 6 Monate, wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1565); Rouen 1581, ibid. p. 1217 n. 10 (für Laien exc. l. s.); Rom 1725 XXVIII. 25, coll. conc. Lac. 1, 390 (für Laien das dem Papst reservirte interdictum l. s.), während die gemeinrechtlichen Stellen, Bd. IV. S. 340 n. 8, ebenso wie die neuesten Provinzialsynoden, s. a. a. O., keine Strafen festsetzen, und Clem. VIII.: Romanum decet 1604 §. 3, b. T. 11, 79, welcher hier ein derartiges Verbot speziell für die Kathedrale in Compostella ausspricht, nur die Anweisung enthält, gegen die Übertreter mit kirchlichen Censuren und Strafen vorzugehen. S. noch o. S. 656 n. 5.

[3] S. die vor. Anm.

[4] Mailand 1582 c. 19, Hardouin 10, 1122 (Frauen, welche die Kirchen ohne Schleier besuchen, interdictio ingressus ecclesiae, bei Hartnäckigkeit arbiträre Strafe); Tarragona 1717 c. 35, coll. Lac. cit. 1, 781 (Frauen, welche sich auf den Strassen, vor Allem in der Kirche mit halbentblössten Brüsten, Schultern und Armen und in übertriebenem Putz zeigen, Ausschluss von der Beichte und von dem Abendmahl, unter Vorbehalt weiterer arbiträrer Strafen für den Ordinarius); cit. Edikt v. Loreto 1850 art. 28 (Frauen, welche die Kirchen mit entblösstem Haupt oder unpassend gekleidet betreten, Korrektionsstrafe). Ferner gehören auch noch hierher Salzburg 1418 c. 36, Hartzheim 5, 186, welches den Frauen, wenn sie prächtige Kleider tragen, und ihren Vätern und Ehemännern, wenn sie dies nicht hindern, und Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1425, das den ersteren, wenn sie auffallende Haarfrisuren tragen, die Exkommunikation androht, da sich beide auch auf das Erscheinen in der Kirche mit beziehen.

von Waffen in solchen [1], das Mitbringen von Hunden und Vögeln [2] in dieselben, das Tabakkauen, Schnupfen und Rauchen in den Kirchen [3], in ihren Vorhöfen und dazu gehörigen Umgebungen, das sich Anlehnen an die Altäre, Taufsteine und Weihwasserbecken [4], das Sitzen im Innern der Beichtstühle [5], sowie endlich das Nichtniederknieen und das Nichtentblössen des Hauptes beim Begegnen des Viatikums [6], während die Partikularverordnungen der Neuzeit sehr selten derartige Bestimmungen getroffen haben [7] und, wenn dies der Fall ist, sich überwiegend [8] jeder Strafandrohung gegen die Verletzung derselben enthalten.

§. 316. kk. *Die Verletzung der kirchengesetzlichen Verpflichtungen durch die Kirchenglieder.*

α. *In Bezug auf die Sakramente, die Feier der kirchlichen Festtage und die Beobachtung der Fastengebote.*

1. Die Vergehen in Betreff der Sakramente. Was zunächst a. das Sakrament der Taufe anlangt, so weist, soweit dasselbe hier in Betracht kommt [9], das gemeine Recht keine besondere Strafvorschriften auf. Insbesondere kann die Verletzung der gemeinrechtlichen Pflicht der Eltern, ihre Kinder möglichst bald nach der Geburt taufen zu lassen [10], soweit nicht etwaige partikularrechtliche Vorschriften bestehen [11], nur mit arbiträren Strafen geahndet werden [12]. b. Was dagegen die Sakramente der

[1] Mailand 1565 II. 57, Hardouin 10, 690 (Ausweisung aus der Kirche oder arbiträre Strafe); cit. Edikt v. Loreto 1850 art. 28 (Korrektionsstrafe).

[2] Mailand 1565 l. c., Strafe ebenso, wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1565; cit. Ed. v. Loreto 1850 art. 30 (für Mitbringen von Hunden, ferner von Körben mit Hühnern und anderen Thieren, Konfiskation zu Gunsten der Sakristane und Kirchenhüter, sowie Korrektionsstrafe).

[3] Urban VIII.: Cum ecclesiae 1642, b. T. 15, 157, für die Diöcese Sevilla: „omnibus utriusque sexus personis, tam saecularibus quam ecclesiasticis ... ne de cetero in quibuscumque ... ecclesiis earumque atriis et ambitu tabaccum sive solidum sive in frusta concisum aut in pulverem redactum, ore vel naribus aut fumo per tubulos et alias quomodolibet sumere ... praesumant sub excommunicationis latae sententiae eo ipso absque alia declaratione per contrafacientes incurrendae poena (jetzt fortgefallen, s. S. 655) ... interdicimus."

[4] Mailand 1565 l. c. und Aix 1583, l. c. (die vorher gedachte Strafe); cit. Edikt v. Loreto art. 20 (Korrektionsstrafe).

[5] Cit. Edikt v. Loreto art. 30 (die gedachte Strafe).

[6] Cit. Ed. art. 34 (dieselbe Strafe). Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 175, verbietet bei Geldstrafe das öffentliche Erregen von Lärm bei der Vertheilung von Almosen aus Anlass eines Begräbnisses, und das Edikt für Rom v. 1705, Ferraris prompta bibliotheca s. v. vestis n. 17, das Transportiren von Leichen in die Kirchen anders als in der vorgeschriebenen Prozession, namentlich in Kutschen, ebenfalls bei Strafe von 500 Scudi.

[7] Eine Ausnahme macht das mehrfach erwähnte Edikt v. Loreto 1850, das allerdings noch für Gebiete des Kirchenstaats zur Zeit der päpstlichen Herrschaft ergangen ist.

[8] S. aber das gedachte Edikt.

[9] Über die Wiedertaufe s. o. S. 687 und auch S. 472, und über die Spendung von Taufen durch Laien o. S. 762.

[10] Bd. IV. S. 52.

[11] Aus früherer Zeit, s. Rouen 1581, Hardouin 10, 1218 n. 3 (bei nicht rechtzeitiger Bewirkung, exc.); Aix 1585, ibid. p. 1522 (bei Verschiebung über 8 Tage, exc.); Embrun 1727, coll. conc. Lac. 1, 628 (bei Verzögerung über 3 Tage und Sterben des Kindes ohne Taufe, exc. l. s.).

[12] Solche droht Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 180 (gravissimae poenae) bei Unterlassung innerhalb 8 Tagen, Urbino 1859, l. c. 6, 11, bei nicht rechtzeitiger Bewirkung an. Vgl. noch Toulouse 1429 c. 9, Hardouin 8, 1079 (Censuren gegen übergetretene Juden, welche ihre Kinder nicht innerhalb 8 Tagen taufen lassen, und bei Hartnäckigkeit Verschärfung der Strafen).

Über andere hierher gehörige Vergehen vgl. Brügge 1693 III. 2. §. 5, Hartzheim 10, 195 (s. o. S. 549 n. 1); Neapel 1699, coll. Lac. 1, 180 (Ausübung des Hebammenberufes ohne Instruktion über die Nothwendigkeit der Taufe durch den Pfarrer, exc.); Urbino 1859, l. c. 6, 12 (für dasselbe Vergehen, arbiträre Strafe).

Beichte und des Abendmahls betrifft, so hat schon das gemeine Recht des Mittelalters die Nichterfüllung der Pflicht, sich dieser beiden mindestens einmal im Jahre zu bedienen, als kirchliches Strafvergehen qualifizirt[1]. Daher haben sich die Partikularsynoden, welche die erwähnten Pflichten während der hier fraglichen Periode bis in die neuere Zeit hinein wiederholt einschärfen, im Allgemeinen damit begnügen können, auf das gemeine Recht hinzuweisen, oder dessen Anordnungen zu wiederholen[2], und sind in Folge dessen blos zur sicheren Durchführung desselben gegen die hartnäckige Nichterfüllung der gedachten Gebote mit Verschärfung der Strafe vorgegangen[3]. Weiter gehört hierher die gleichfalls schon dem früheren gemeinen Recht angehörige Bedrohung der Ärzte mit dem *interdictum ingressus ecclesiae*, wenn sie es unterlassen, die Kranken, zu denen sie gerufen worden sind, zur Herbeiholung eines Beichtvaters zu ermahnen und zu bestimmen[4]. Diese Vorschrift hat Pius V.[5] dahin deklarirt, dass eine solche Pflicht nur bei bettlägerigen Kranken eintritt[6], andererseits aber die Ermahnung auf Beichte aller Sünden bei einem geeigneten Beichtvater gemäss des Ritus der katholischen Kirche gerichtet werden soll, zugleich auch dahin verschärft, dass die Ärzte den Kranken nicht länger als 3 Tage[7] besuchen dürfen, es sei denn, dass der Beichtvater demselben eine längere Frist zur Ablegung der Beichte aus einem von ihm für gerechtfertigt erachteten Grunde gewährt hat oder dass ihnen diese letztere durch schriftliches Zeugniss des Beichtvaters nachgewiesen worden ist, sowie dahin, dass die Nichtbeachtung aller dieser Vorschriften ausser der schon früher festgesetzten Strafe noch mit ewiger Infamie[8], mit Entziehung des Grades der Medizin, mit Ausstossung aus dem Kollegium oder einer etwaigen Universität der Ärzte[9] und mit arbiträrer Geldstrafe bedroht wird[10].

[1] c. 12 (Lateran. IV.) X de poenit. V. 38 (s. des näheren Bd. IV. S. 70 ff. 117. 124) unter Bedrohung mit der interdictio ingressus ecclesiae und der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses.

[2] So in Betreff des Abendsmahls Aix 1585, Hardouin 10, 1527; D. S. Konstanz 1609 I. 8 c. 5, Hartzheim 8 857; Embrun 1727, coll. conc. Lac. 1, 629. 630; Urbino 1859, Ravenna 1855, l. c. 6, 16. 156; in Betreff der Beichte und des Abendmahls Neugranada 1868, ibid. p. 507; Colocza 1863, Utrecht 1865, l. c. 5, 648. 652. 823.

[3] Mailand 1569 I. 13, Hardouin 10, 738 (öffentliche Denunziation als Interdizirter und Anheftung der Namen an die Thür der Kathedrale und Pfarrkirche bei Hartnäckigkeit hinsichtlich des österlichen Abendmahls; Bourges 1584 XXII. 10, ibid. p. 1483 (Verweigerung der Rechenschaft über die Unterlassung des Kommunizirens, Exk.); Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 156 (bei hartnäckiger Verweigerung des Kommunizirens, Exk.). Das Kommuniziren zu Ostern bei einem anderen als dem eigenen Pfarrer bedrohen Bourges 1584 XXII. 9, Hardouin 10, 1483, und Narbonne 1609 c. 10, l. c. 11, 18, mit der Exkommunikation.

[4] c. 13 (Lateran. IV.) X de poenit. V. 38, siehe S. 206 n. 4 u. Bd. IV. S. 117 n. 4. Die Strafe ist ferendae sententiae, s. Thesaurus l. c. P. II s. v. medici c. 1, p. 274.

[5] Supra gregem 1566 §§. 2. 3. 5, b. T. 7, 430.

[6] Dass die Pflicht nur bei Todtkranken oder bei einer nach Auffassung des Arztes gefährlichen Krankheit eintritt, oder fortfällt, wenn der Kranke kurz vorher gebeichtet hat oder wenn der Arzt nicht den letzteren selbst, sondern dessen Dienstleute oder den Pfarrer ermahnt, ihn zum Beichten zu veranlassen, so Thesaurus l. c., hat alles am Wortlaut der const. cit. keinen Anhalt.

[7] Nach dem Vorbilde einzelner Partikularsynoden, s. u. S. 767 n. 1.

[8] Latae sententiae, s. Thesaurus l. c.

[9] S. o. S. 560 n. 1. Diese Strafen, a. A. Thesaurus l. c., können aber nach dem Wortlaut der const. nicht als l. s. betrachtet werden.

[10] Ferner ist weiter im Interesse der Durchführung der const. bestimmt, dass die Kollegien und Universitäten bei Strafe der Entziehung des Promotionsrechts Niemanden den Doktorgrad oder das Recht, zu praktiziren, ertheilen sollen, ehe er die Beobachtung dieser Konstitution zu Notariatsprotokoll beschworen hat, und dass die Ordinarien in ihren Diöcesen keinen Arzt bei Strafe der Entziehung des Doktorgrades, aller Privilegien der Ärzte und des interdictum ingressus ecclesiae zur Ausübung der medizinischen Praxis zulassen sollen, wenn er nicht vorher die Ablegung des gedachten Eides nachweist oder denselben nachträglich ausschwört.

Zum Theil steht mit diesen Vorschriften die in Anhalt an Paul IV.: Cum nimis 1555 §. 10,

Offenbar sind diese Anordnungen Pius' V., wie schon die des früheren gemeinen Rechts[1], vielfach nicht beobachtet worden, denn die Partikularsynoden haben sie seitdem und zwar auch noch in der neueren Zeit fort und fort eingeschärft[2], obgleich die Kirche heute allein noch die Strafe des Personalinterdikts, nicht aber die anderen zu verwirklichen in der Lage ist.

c. In Betreff der Ehe sind in dieser Zeit gemeinrechtlich, d. h. vom Tridentinum, mit arbiträrer Strafe die Verlobten, welche ihre Ehe nicht in der tridentinischen Form, sowie die Zeugen, welche einer Eheschliessung ohne den zuständigen Pfarrer anwohnen[3], ferner

mit der Exkommunikation l. s.[4], welche noch heute in Geltung steht[5], die weltlichen Herren und Obrigkeiten[6] bedroht, welche ihre Untergebenen oder andere Personen wider ihren Willen direkt[7] oder indirekt[8] zur Eingehung einer Ehe[9] zwingen, während von den früheren gemeinrechtlichen Anordnungen die über die Schliessung klandestiner Ehen[10] jetzt keine erhebliche Bedeutung mehr

b. T. 6, 498 (danach sollen im Kirchenstaat jüdische Ärzte, selbst wenn sie von Christen gerufen werden, diese nicht behandeln), erlassene, allgemeine const. Gregors XIII.: Alias piae 1581, b. T. 8, 371, in Verbindung, welche, um die Umgehung der oben gedachten Anordnungen zu verhindern, unter gleichzeitiger Erneuerung derselben alle Christen, welche jüdische oder andere ungläubige Ärzte zur Behandlung kranker Christen rufen oder zulassen oder deren Herbeirufung oder Zulassung bewirken oder erlauben oder gestatten, mit dem Ausschluss von den Sakramenten und vom christlichen Begräbniss bedroht.

1 S. die S. 206 n. 4 citirten älteren Partikularsynoden und Tortosa 1429 c. 10, Hardouin 8, 1084, welches schon die Statthaftigkeit der ärztlichen Besuche auf 3 Tage beschränkt und als Strafe für die zuwiderhandelnden Ärzte die exc. l. s. festsetzt; Mailand 1565 II. 6, l. c. 10, 653 (ebenso, aber 4 tägige Frist).

2 Meistens unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die const. Pius' V., so Mailand 1569 I. 17, Hardouin 10, 738; Mailand 1573 c. 8, ibid. p. 776; Mailand 1576 II. 5, ibid. p. 849; Rouen 1581, ibid. p. 1241 n. 27; Aix 1585, ibid. p. 1532. 1533; Toulouse 1590 II. 4, p. 1800; Avignon 1594 c. 57, p. 1868; Cambrai 1589 VIII. 7, Hartzheim 7, 1005 (hier aber als Strafe die exc. f. s.); Cambrai 1631 X. 2, l. c. 9, 551; Benevent 1693, Rom 1725, Avignon 1725, Fermo 1726, Embrun 1727, coll. conc. Lac. 1, 94. 393. 582. 583. 606. 631 (von denen Embrun nur noch allein des interdictum ingressus ecclesiae als Strafe gedenkt); Urbino 1859 u. Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 20. 161.

3 Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr.

4 Sess. XXIV. c. 9 de ref. matr.

5 Denn die tridentinischen Censuren l. s. sind durch die const. Pii IX.: Apostolicae v. 1869 aufrechterhalten, o. S. 659 n. 3.

6 L. c.: „temporales domini et magistratus". Unter den ersteren werden aber nach der herrschenden Lehre die Kaiser und Könige nicht begriffen, s. (A.-) Pennacchi 2, 263; Heiner, Censuren S. 301, ja, letzterer versteht darunter nur Magnaten mit voller, unabhängiger Herrschaft über einen bestimmten Bezirk. Indessen erscheint dies Alles mit Rücksicht auf den Wortlaut: „cuiuscumque gradus, dignitatis et conditionis" haltlos. Da sich das Tridentinum ferner seinem Wortlaut nach nur auf die gedachten Personen, nicht, was freilich nicht unbestritten gewesen ist, aber auf private, also auch nicht auf die Eltern bezieht, (A.-) Pennacchi 2, 268; Heiner S. 301; so auch congr. conc. bei Fagnan. ad c. 7 X qui clerici IV. 6 n. 4, so würde die Strafandrohung bei dieser engen Interpretation heute, wo sie schon kaum praktisch zur Anwendung kommen kann, gar keine Berechtigung und Bedeutung mehr haben.

Die Partikularkonzilien des 16. Jahrhunderts haben aber unter Festhaltung der Strafe der exc. l. s. die Vorschrift des Tridentinums auf alle, also auch auf Privatpersonen ausgedehnt, Rouen 1581, Hardouin 10, 1221 n. 13; Bourges 1584 XXVII. 11, ibid. p. 1489, Aix 1585, ibid. p. 1534, während dagegen Bordeaux 1583 c. 9 u. Bordeaux 1624 VII. 4, l. c. 10, 1406 u. 11, 80, die Beschränkung auf die Magnaten, bez. weltlichen Herren festhalten.

7 Z. B. durch Einsperrung oder Konfiskation des Vermögens.

8 Durch Zwang gegen die Eltern.

9 Die Anwendung von Zwang, um Jemanden von einer beabsichtigten Ehe abzuhalten, selbst um dadurch die Eheschliessung mit einer anderen Person herbeizuführen, fällt nicht unter die Strafvorschrift, (A.-) Pennacchi 2, 262; Heiner S. 302.

10 c. 3 §. 2 (Lateran. IV.) X de cland. desp. IV. 3. Wie die früheren Partikularkonzilien, s. o. S. 206 n. 8, im Anschluss hieran noch weitere Strafen festsetzen, so auch die späteren bis zum Tridentinum, s. Angers 1448 c. 12, Hardouin 9, 1346 (Thäter und Anstifter exc. l. s. und Lokalinterdikt l. s. über die Kirche oder Kapelle, in der die Ehe geschlossen ist); Toledo 1473 c. 17, l. c. p. 1511 (Eheschliessung ohne mindestens 5 Zeugen, exc. l. s.); Paris 1528, l. c. p. 1964 (Eheleute, wissentlich Assistirende, Gehülfen und

hat[1], und in Betreff der anderen, welche für die Eingehung von Ehen in verbotenen Graden die Exkommunikation l. s. androht[2], nach dem neuesten Recht[3] die Änderung eingetreten ist, dass diese Strafe sich nicht mehr von selbst realisirt[4].

Darüber hinaus hat aber das Partikularrecht der hier in Frage stehenden Zeit das wissentliche Verschweigen und Nichtanzeigen von Ehehindernissen[5] oder das Anzeigen falscher, nicht existirender Ehehindernisse[6], das Zusammenwohnen der Brautleute vor der Eheschliessung[7], die Bestimmung der Kinder durch die Eltern, von dem unter ihrer Zustimmnng geschlossenen Verlöbniss wieder abzugehen[8], das Überrumpeln des Pfarrers mit der Erklärung des Ehekonsenses[9] oder die Anwendung von Betrug oder Gewalt gegen den ersteren behufs Entgegennahme der Abgabe des Ehekonsenses[10], die Eheeingehung in der geschlossenen Zeit[11] oder die Veranstaltung von Hochzeitsfeierlichkeiten während derselben[12], die Schliessung der Ehe ohne bischöfliche Erlaubniss in einer fremden Diöcese[13], die Eingehung einer solchen durch Katholiken unter Umgehung des katholischen Pfarrers vor dem weltlichen Civil-

Rathgeber, exc. l. s.); Narbonne 1551 c. 53, l. c. 10, 461 (Eheschliessung nicht vor Verwandten und Zeugen und ohne Aufgebot, exc. ipso f. und schwere arbiträre Strafe); Köln 1536 VIII. 43, Hartzheim 6, 288 (Eheleute, Gehülfen und Rathgeber, exc. l. s.); doch bedroht auch noch Tours 1581 c. 9, Hardouin 10, 1407, diejenigen, welche klandestinen Ehen anwohnen, mit der Exkommunikation.

1 Insofern sie für die Unterlassung des Aufgebots nur Busse vorschreibt, s. S. 206 n. 8, und weiter hinsichtlich der nicht unter Betheiligung der Kirche abgeschlossenen klandestinen Ehen nur noch heute in den Gebieten zur Anwendung kommt, in welchen die tridentinische Form der Eheschliessung nicht in Geltung steht; über die anderen s. o. S. 767 n. 3.

2 Clem. un. de consang. IV. un., s. S. 173 n. 9, S. 174 n. 2 a. E., S. 207 n. 1, s. auch noch u. §. 325.

3 Nach der const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869, welche diesen Fall nicht aufrechterhalten hat.

4 In Betreff des Ehebruchs und der Bigamie s. u. §. 325.

5 Cambrai 1565 XV. 9, Hartzheim 7, 113 (exc. fer. sent.); D. S. Köln 1651 IV. 31, l. c. 9, 777 (exc. fer. sent. oder arbiträre Strafe); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 198 (mit den für die Diöcese festgesetzten oder festzusetzenden Strafen); Urbino 1859 u. Ravenna 1855, l. c. 6, 25. 168 (beide exc. fer. sent.).

6 Cambrai 1565 l. c., s. vor. Anm.; Mailand 1573 c. 17, Hardouin 10, 792 (ausser anderen arbiträren Strafen auch exc. fer. s.); D. S. Tournai 1574 XV. 5, Hartzheim 7, 782 (exc. fer. s.); Neapel 1699 l. c., s. vor. Anm.; Ravenna 1855 l. c. (exc. fer. s.).

7 In Anhalt an Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr., welches indessen keine Strafen festsetzt, Tarragona 1717, coll. conc. Lac. 1, 776 (arbiträre Geldstrafe oder körperliche Strafe); Mailand 1569 I. 27, Hardouin 10, 741 (Beischlaf der Verlobten vorher, schwere Busse, bischöflicher Reservatfall); D. S. Tournai 1574 XV. 5, Hartzheim 7, 782 (exc. fer. sent.); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 198 (für dasselbe Vergehen für die Verlobten, ferner für die Eltern, Verwandten und Verschwägerten, welche das gemeinsame Zusammenwohnen oder Übernachten dulden, die für jede Diöcese festgesetzten oder festzusetzenden Strafen). Vgl. auch u. §. 325.

8 Tours 1583 c. 9, Hardouin 10, 1408 (Busse).

9 Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 550 (für die Verlobten, Zeugen, Begünstiger, Rathgeber und Gehülfen arbiträre körperliche Strafen und Censuren); Ravenna 1855, l. c. 6, 168 (für die Verlobten und Zeugen schwere arbiträre Strafe); Urbino 1859, ibid. p. 26 (ebenso arbiträre Strafe, weil in allen diesen Fällen die Unterlassung des Aufgebots vorausgesetzt wird, und das Konzil auf c. 3 X cit. IV. 3, s. S. 767 n. 10, verweist, vgl. auch wegen der Zeugen Benedict. XIV. de syn. dioec. XII. 6 n. 2).

10 Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 199 (für die Verlobten, die Rathgeber und Gehülfen exc. l. s.).

11 D. S. Tournai 1574 XV. 5 cit., s. Anm. 7 (exc. fer. s.); Bourges 1584 XXVII. 14, Hardouin 10, 1489 (ebenso); s. auch die folg. Anm.

12 Paris 1429 c. 34, Hardouin 8, 1050 (für die Veranstalter und Theilnehmer exc. f. s., wiederholt Sens 1460/1488 IV. 5, l. c. 9, 1540); Toledo 1473 c. 16, l. c. 9, 1510 (Eheschliessung, Vollziehung der Copula und Veranstaltung von Hochzeitsfeierlichkeiten exc. l. s.); Mailand 1579 III. 16, l. c. 10, 1088 (Hochzeitsfeierlichkeiten, interd. ab ingressu ecclesiae l. s. bis zur Aufhebung durch den Bischof); Mecheln 1607 X. 8, s. S. 645 n. 3.

Vereinzelt D. S. Utrecht 1565, ibid. p. 136: „ne in domibus claustralibus aut collegiatis alicuius ecclesiae seu intra emunitatem ecclesiasticam constitutis celebrentur nuptiae neque puerperia teneantur, exceptis coniugatis domos claustrales inhabitantibus“ (ausser den Strafen der früheren Statuten auch arbiträre Geldstrafe).

13 D. S. Tournai 1574 XV. 5, Hartzheim 7, 782.

standsbeamten[1], das Eingehen und das für verbindlich Erklären selbst eidlich bestärkter Verträge über die Trennung der Ehegatten und solcher, durch welche eine Appellation gegen ein die Nichtigkeit der Ehe aussprechendes Erkenntniss direkt oder indirekt gehindert wird[2], das Getrenntleben von Eheleuten ohne vorangegangene kirchliche Scheidung[3], die bösliche Verlassung des einen Ehegatten durch den anderen[4] und die Wiederverheirathung eines derselben nach blosser Ehescheidung durch die weltlichen Gerichte[5], sowie auch das Veranstalten von Katzenmusiken (*charivari*) für Eheleute, welche eine zweite Ehe eingehen, behufs Missbilligung einer solchen[6], mit Strafen belegt, jedoch sind die meisten dieser Strafbestimmungen, welche überwiegend dem 16. Jahrhundert, nur zum geringen Theil der Jetztzeit angehören[7], nicht mehr in praktischer Übung.

2. Was die Feier der Sonntage und der kirchlichen Festtage betrifft, so hat auch während der hier fraglichen Zeit das gemeine Recht für die Verletzung der Pflicht, dem Gottesdienste, namentlich der Messe, von Anfang bis zu Ende beizuwohnen[8], keine besonderen Strafen angedroht, vielmehr ist dies nur vereinzelt durch die Partikularsynoden[9], wenn auch nicht mehr in neuerer Zeit[10], geschehen.

Gemeinrechtlich[11] ist vielmehr blos die Verletzung der Pflicht zur äusseren Heilighaltung der gedachten Feiertage durch Unterlassung aller dieselbe beeinträchtigenden Thätigkeiten, Arbeiten und sonstigen Störungen, abgesehen von der heute für die Kirche nicht mehr realisirbaren Konfiskation der gebrauchten Arbeits- und Lastthiere unter arbiträre Strafe gestellt, während die früheren Partikularsynoden, vielfach unter näherer Spezialisirung der verbotenen Handlungen, für dieselben ebenfalls

1 Australien 1869, coll. conc. Lac. 3, 1078 (dem Ordinarius reservirte exc. l. s.); Utrecht 1865, l. c. 5, 840 (hier allerdings nur als crimen concubinatus bezeichnet). Wegen der Eingehung vor dem Geistlichen einer anderen Konfession s. S. 685 n. 5.

2 Encycl. Benedikts XIV.: Nimium 1743 §. 7, bull. Ben. 1, 123, für das Königreich Polen (päpstlich reservirte exc. l. s., auch für die Richter, welche solche Verträge für gültig erklären und sie zur Ausführung bringen), vgl. auch die folgende Anm. u. o. S. 655.

3 Salzburg 1569 XLIX. 6, Hartzheim 7, 355 (Ausschluss von allen Sakramenten, s. o. S. 521 n. 8); D. S. Köln 1651 n. 39, l. c. 9, 779 (zugleich auch für die Abschliessung von Verträgen und Abgabe eidlicher Versprechungen in Betreff des Getrenntlebens, schwere arbiträre Strafe).

4 Tours 1583 c. 9, Hardouin 10, 1407 (exc. f. s.).

5 Baltimore 1843, coll. conc. Lac. 3, 89 (exc. l. s.).

6 Angers 1448 c. 12, Hardouin 9, 1347 (Exk. l. s. und arbiträre Geldstrafe für fromme Zwecke); Narbonne 1609 c. 22, l. c. 11, 24 (Exk.).

7 Vgl. die vorangehenden Anmerkungen.

8 Bd. IV. S. 217. 288.

9 Narbonne 1551 c. 36, Hardouin 10, 452 (Besuch der Pfarrmesse mit den Hausgenossen und andächtige Theilnahme an derselben bis zum Schluss, sonst nach öffentlicher Mahnung exc. und auch Bestrafung wegen Verdachts der Ketzerei); Rouen 1581, l. c. p. 1217 n. 7 (Fernbleiben vom Gottesdienst, exc.); Tours 1583 c. 15, l. c. p. 1424 (Besuch der Pfarrmesse und des sonstigen Gottesdienstes an Sonntagen und Feiertagen, widrigenfalls bei dreimaligem Ausbleiben nacheinander Strafe der Canones, s. Bd. IV. S. 217, s. auch a. a. O. S. 713 n. 2); Bourges 1584 XLV. 1, l. c. p. 1505 (für dreimaliges Wegbleiben exc. f. s., wiederholt Bordeaux 1624 III. 3, l. c. 11, 66; D. S. Trier 1678 I. §. 3 n. 4, Hartzheim 10, 67 (für Fortbleiben vom Gottesdienst an Feiertagen und zu frühes Weggehen ein halbes Pfund Wachs, bei Nichtleistung Fernhaltung vom öffentlichen Abendmahl); vgl. auch Bd. IV. S. 217 n. 6.

10 Eine Ausnahme macht das Bischofsedikt v. Loreto v. 1850 art. 27, coll. conc. Lac. 1, 80, welches das blosse Anwohnen des Gottesdienstes während der Musik und das Verlassen desselben nach Beendigung der letzteren mit Korrektionsstrafe bedroht.

11 Pius V.: Cum primum 1566 §. 7, b. T. 7, 434: „... Qui vero in diebus praefatis opus aliquod illicitum fecisse deprehensus fuerit, praeter divinam ultionem et amissionem animalium, quibus ad vecturam utitur, etiam graves poenas incurret arbitrio nostro seu vicarii nostri in urbe, in aliis autem locis arbitrio ordinariorum vel aliorum magistratuum, ita ut praeventioni locus sit.“ Für das Mittelalter s. S. 205 n. 8 u. Bd. IV. S. 292. 293.

theils nur solche[1], theils bestimmte Strafen, wie die Exkommunikation[2], das *interdictum ingressus ecclesiae*[3], Konfiskation[4] oder Vermögensstrafe[5] festsetzen, die der Neuzeit aber von Strafandrohungen so gut wie ganz[6] absehen.

3. Die Verletzung der Fastengebote endlich ist ebenso wenig wie früher[7] in dieser Zeit vom gemeinen Recht mit Strafen bedroht worden, und auch die neuere Partikulargesetzgebung hat solche, ebenso wie die ältere[8], nur selten[9] auf die Verletzung der gedachten Vorschriften gesetzt[10], so dass dieselbe nach der jetzt herrschenden Praxis nicht mehr mit Strafen im eigentlichen Sinne des Wortes geahndet wird.

[1] Rouen 1445 c. 30, Hardouin 9, 1299 (Kegelspiel und andere unehrbare Spiele zu Weihnachten); Trier 1549, Hartzheim 6, 601 (Kleriker und Laien, welche an den Hauptfesttagen und an den anderen Feiertagen vor Mittag öffentlich oder heimlich Handel treiben, Trinkgelage, Spiele, Tänze veranstalten oder daran theilnehmen); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 177 (profane Geschäfte, Abhaltung von Gerichtsverhandlungen, Verrichtung von Handarbeiten, Bestrafung nach der const. Pii V. cit.); Tarragona 1717 c. 14, l. c. p. 764. 765 (Veranstaltung von Tänzen).

[2] Narbonne 1551 c. 49, Hardouin 10, 458 (Verbot von Handarbeiten, der Ackerbestellung, von Acker- und Geschäftsfuhren, öffentlicher Spiele, des Offenhaltens der Läden und des öffentlichen Verkaufs bei Strafe der Exkommunikation und des Verdachts der Ketzerei); Rouen 1581, l. c. p. 1239 n. 19 (Handeltreiben, unnöthige Fuhren und nicht nothwendige Handarbeit, Empfang anderer Pfarreingesessenen zum Trinken und Spielen im Haus während des Gottesdienstes an Feiertagen, bei Hartnäckigkeit Verkündung der Exkommunicirten mit Namen); l. c. n. 6, ibid. p. 1216. 1217 (Verbot der Handarbeit an Feiertagen, exc. f. s., die letztere auch gegen weltliche Herren, Beamte und Richter, welche Märkte und andere Geschäfte an den gedachten Tagen nicht hindern); Tours 1583 c. 11, l. c. p. 1409 (öffentliche Schmausereien, Tänze, Jagd und Vogelstellerei, Ausschenken von Wein und Offenhaltung von Speisehäusern, scenische und Theatervorstellungen, Anathem; Herren, Beamte und Richter, welche Märkte an Feiertagen abhalten lassen, exc. l. s.); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 177 (Gaukler und Schauspieler, welche an Feiertagen vor dem Abend und in der Quadragesima öffentliche Vorstellungen veranstalten); Mainz 1549 c. 98, Hartzheim 6, 592 (Ortsobrigkeiten, welche die Abhaltung von Märkten und die Verrichtung gemeiner Arbeiten an Feiertagen nicht durch Strafen hindern, nach debita admonitio Exkommunikation l. s.).

[3] Aix 1585, Hardouin 10, 1541 (für Handarbeit, Kauf und Verkauf ausser an Kranke und zum Tagesunterhalt, Offenhalten der Läden, Konfiskation der feilgehaltenen, sowie derjenigen Sachen, welche auf Lastthieren, Wagen oder sonst transportirt werden, und arbiträre Strafen bis zum Personalinterdikt, bei wiederholtem Zuwiderhandeln noch härtere arbiträre Strafen).

[4] S. die vor. Anm.

[5] Mecheln 1570 c. 2, Hartzheim 7, 619 (für Handarbeiten, Abhaltung von Märkten, öffentlichen Verkauf und Vornahme gerichtlicher Geschäfte, ein halber Gulden für fromme Zwecke); D. S. Trier 1678 I. §. 3 n. 4, l. c. 10, 67 (für Arbeiten und Fuhren ein halbes Pfund Wachs, bei Nichtleistung Zurückweisung vom österlichen Abendmahl); Tarragona 1722, coll. conc. Lac. 1, 786 (für Offenhalten der Läden und Werkstätten, öffentliches Verkaufen und Handeln, sowie Vornahme mechanischer Arbeiten 10 Realen).

[6] Eine Ausnahme machen Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 1, 173, welches die Vornahme von Handarbeiten mit arbiträrer Strafe bedroht, ferner das Bischofsedikt v. Loreto 1850, ibid. p. 78. 79, das sehr ausführliche Vorschriften, namentlich auch in Betreff der verschiedenen Gewerbetreibenden und der öffentlichen Schaustellungen enthält und auf die Verletzung derselben Geldstrafe von 5 Paoli bis 3 Scudi oder Gefängnissstrafe von 2 bis 12 Tagen unter Verdoppelung dieser Strafen für Rückfällige setzt. Jedoch handelt es sich hier um Strafbestimmungen, welche noch für den ehemaligen Kirchenstaat erlassen worden sind.

[7] S. S. 207 n. 7.

[8] Vgl. a. a. O.

[9] Hauptsächlich im Laufe des 16. Jahrh. im Zusammenhang mit den Bestrebungen den Protestantismus zurückzudrängen, weil das Nichtfasten als Zeichen der Ketzerei galt, s. die folgende Anm.

[10] Mainz 1549 c. 47, Hartzheim 5, 575. 576 (strenge arbiträre Strafen gegen die Übertreter des Fastengebotes, „velut ecclesiasticae disciplinae violatores et consuetudinum ecclesiae temerarii contemtores"); Narbonne 1551 c. 57; Hardouin 10, 463 (Verletzung der Fastengebote exc.); Salzburg 1569 LVI, Hartzheim 7, 362 (gegen Kleriker Privation aller Benefizien und Gefängniss mit Zwangsfasten bei Wasser und Brod alle drei Tage der Woche bis zur reuigen Unterwerfung und Abschwörung der Ketzerei); Mailand 1579 I. 3, Hardouin 10, 966. 967 (nicht nur gegen die Übertreter, sondern auch gegen diejenigen, welche verbotene Waaren und Speisen verkaufen und feilhalten, arbiträre, insbesondere auch Geldstrafen); römisches Edikt v. 1703; Ferraris, prompta bibliotheca s. v. jejunium n. 33 (ebenso ausser arbiträren Strafen auch Geldstrafe von 25 Scudi und dreimaliges Hochziehen am Seile); Bischofsedikt v. Loreto 1850, coll. conc. Lac. 1, 80. 81 (ebenso, Geldstrafe von 5 Paoli bis 3 Scudi oder Gefängniss von 2 bis 12 Tagen, bei Rückfall Verdoppelung). Gran 1858, l. c. 5, 85, bedroht blos die Geistlichen mit kanonischen arbiträren Strafen, und

§. 317. β. *Die Nichtentrichtung und Hinterziehung der kirchlichen Abgaben und Leistungen.*

In Anhalt an das frühere gemeine Recht [1] hat nicht nur die Partikulargesetzgebung [2] des 15. und 16. Jahrhunderts, sondern auch das Tridentinum [3] die Verletzung der Zehntpflicht mit kirchlichen Strafen geahndet. Das letztere bedroht allerdings nur diejenigen, welche den berechtigten kirchlichen Instituten oder Personen die Zehnten hinterziehen [4] oder die Erhebung durch die letzteren hindern, mit der Exkommunikation ferendae sententiae, und wenngleich manche späteren Partikularsynoden auch blos diese Anordnung wiederholen [5] und zur Durchführung zu bringen suchen [6], so hat das erstere doch das ältere gemeine Recht, nach welchem schon allein die hartnäckige Unterlassung der Entrichtung des Zehnten mit der Exkommunikation belegt werden kann, nicht beseitigt [7], da das gedachte Konzil weder einen vollständigen und neuen, das bisherige Recht ersetzenden Strafkodex aufzustellen beabsichtigt noch aufgestellt, vielmehr blos ergänzend und reformirend in die bisherige Verfassung und das bisherige Recht der Kirche eingegriffen hat, überdies es sich gerade bei der Zehntverpflichtung um die Entrichtung von kirchlichen Abgaben handelt, zu deren Bei-

Venedig 1859, l. c. 6, 322, ermahnt die Bischöfe, geeignetenfalls Strafen gegen diejenigen, welche zur Fastenzeit verbotene Speisen öffentlich ausstellen, anzudrohen.

1 S. o. S. 221 n. 1 u. 2.

2 York 1466, Hardouin 9, 1484 (nach dreimaliger Ermahnung bei Nichtentrichtung Suspension, Exkommunikation und Personalinterdikt); Dublin 1518 n. 1; l. c. p. 1890 (exc.); Narbonne 1551 c. 63, l. c. 10, 467 (Betrügereien bei Entrichtung der Zehnten, exc. l. s.).

3 Sess. XXV c. 12 de ref.: „Non sunt ferendi qui variis artibus decimas ecclesiis obvenientes subtrahere moliuntur aut qui ab aliis solvendas temere occupant et in rem suam vertunt . . . Praecipit igitur sancta synodus omnibus cuiuscumque gradus et conditionis sint, ad quos decimarum solutio spectat, ut eas ad quas de iure tenentur, in posterum cathedrali aut quibuscumque aliis ecclesiis vel personis, quibus legitime debentur, integre persolvant. Qui vero eas aut subtrahunt aut impediunt, excommunicentur nec ab hoc crimine nisi plena restitutione secuta absolvantur."

4 Das „subtrahere" bedeutet nicht die blosse Weigerung der Entrichtung oder ein rein passives Verhalten des Zehntpflichtigen, sondern eine positive Thätigkeit, durch welche der Zehntberechtigte ganz oder theilweise an dem Bezug des Zehnten gehindert wird, also z. B. das Wegschaffen des Getreides vom Felde vor der Auszehntung, das Wegtreiben des zehntpflichtigen Viehs in einen anderen Bezirk, die Verheimlichung des persönlichen Einkommens beim Personalzehnt.

5 So Rouen 1581, Hardouin 10, 1244 n. 33; Toulouse 1590 IV. 4, l. c. p. 1822; Avignon 1594 c. 41, l. c. p. 1859; Neapel 1699; coll. conc. Lac. 1, 224.

6 Cambrai 1586 XIV. 3—5, Hartzheim 7, 1011, welches die wiederholte Publikation der tridentinischen Anordnung von den Kanzeln und Anheftung von Exemplaren derselben an die Thüren der Pfarrkirchen und Exkommunikation derjenigen, „qui decimas vi, dolo terroreve subtraxerint vel occupaverint aut alios, ne solvant, impedierint vel dissuaserint", sowie derjenigen, „qui fraudem decimae lanarum et agnorum, postquam oves maiore anni parte paverint in territorio alicuius parochiae, easdem alias abducunt et pastoribus prioris parochiae ad ratam saltem temporis decimam solvere recusant" vorschreibt, endlich die Pfarrer, welche sich bei dieser Hinterziehung des Zehnten zum Nachtheil des erstgedachten Pfarrers betheiligen, mit der suspensio ab off. et ben. bis zur Restitution des unrechtmässig Empfangenen bedroht. Narbonne 1609 c. 47, Hardouin 11, 52, erklärt über das Tridentinum hinausgehend die detentores et fraudatores jurium decimalium für ipso facto excommunicati und bedroht diejenigen, welche die Vermiethung oder Überlassung von Baulichkeiten, in denen die Benefiziaten die Zehnten aufbewahren können, hindern, nach dreifacher Mahnung mit der Exkommunikation und bei weiterer Hartnäckigkeit mit dem Lokalinterdikt über den betreffenden Ort. Tarragona 1717 c. 22, coll. conc. Lac. 1, 711 setzt auf Hinterziehungen des Wollzehntes (vgl. Cambrai cit. am Anfang der Anm.) durch die nicht berechtigten Pfarrer und die Zehntherrn ebenfalls die exc. l. s.

7 So schreibt Bourges 1584 XXXV. 11, Hardouin 10, 1495, auch die Exkommunikation derjenigen, welche die Zehnten blos nicht zahlen, vor, und Toulouse 1590 IV. 4, l. c. p. 1822, ordnet Zwang zur Entrichtung mit allen remedia juris, also auch mit der Exkommunikation, an.

treibung die kirchlichen Strafen, insbesondere die Exkommunikation von der Kirche seit Jahrhunderten als Exekutionsmittel benutzt worden waren [1] und das Tridentinum selbst die Exkommunikation als solches, wenngleich nur subsidiär, zugelassen hat [2].

Mit Rücksicht auf die veränderten wirthschaftlichen Verhältnisse, namentlich die vielfache Ablösung der Zehnten, hat die Strafbestimmung des Tridentinums allerdings heute ihre praktische Bedeutung eingebüsst, andererseits ist sie aber immer noch in gesetzlicher Geltung und würde da, wo sich noch aus früherer Zeit Verpflichtungen der fraglichen Art erhalten haben, zur Anwendung gebracht werden können [3].

Im übrigen ist in dieser Zeit die Verweigerung der Leistung anderer kirchlicher Abgaben nicht gemeinrechtlich, sondern nur, und zwar sehr selten, durch die Partikulargesetzgebung des 15. und 16. Jahrhunderts mit kirchlichen Strafen bedroht worden [4], während der schon im Mittelalter gemeinrechtlich unter Strafe gestellte, weiter hierher gehörige Fall der Beeinträchtigung der zuständigen Pfarrkirche hinsichtlich der portio canonica bei Wahl des Begräbnisses in einer fremden Parochie [5] jetzt ebenfalls nicht mehr von praktischer Bedeutung ist.

§. 318. γ. *Der Eintritt in den Freimaurerorden und in andere verbotene Gesellschaften, sowie die Begünstigung derselben.*

Zuerst hat Clemens XII. 1738 [6] unter Reprobation aller Verbindungen und Vereinigungen der Freimaurer wegen Verdachts der Beförderung der Schlechtigkeit und Verderbtheit den Eintritt in diese Gesellschaft, die Verbreitung und jedwede Unterstützung und Begünstigung derselben bei Strafe der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. untersagt [7]. Nach Bestätigung dieses Verbotes durch Benedikt XIV. [8] ist dasselbe von Pius VII. 1821 unter Erweiterung des-

1 S. o. S. 298.

2 Sess. XXV. c. 3 de ref.

3 So ordnet noch Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 73, an, dass die Bischöfe über die Entrichtung der Prädial- und Personalzehnten wachen sollen, und dass sie diejenigen, welche „decimas spiritualibus parentibus suis subtrahant aut praestare recusent, debita poena ad juris tramites coerceant et ad solutionem compellant"; s. ferner die instr. der Pönitentiaria v. 1887, Acta s. sed. 25, 481 n. 1.

4 York 1466, Hardouin 9, 1483 (wenn Parochianen, welche eine eigene Kapelle unterhalten, sich hartnäckig weigern, zur Baulast der Pfarrkirche beizutragen, Interdikt über die Kapelle bis zur Erfüllung der Baulast); Rouen 1581 n. 30, l. c. 10, 1030 (Verweigerung der Zahlung der Visitationskosten für die Bischöfe, Archidiakonen oder die von ihnen gesendeten Visitatoren, nach dreimaliger Mahnung exc.).

5 S. o. S. 206 n. 6; vgl. auch Tarragona zw. 1637 u. 1685, coll. conc. Lac. 1, 748 (arbiträre Strafen für Erben und Testamentsexekutoren, welche die Leichen verstorbener Personen ohne Vorwissen des Pfarrers des Domizils in einer anderen Pfarrei bestatten lassen).

6 In eminenti 1738, b. T. 24, 366, auch bull. Bened. XIV. 3, 167 u. (A.-)Pennacchi 1,596.

7 §. 3 l. c.: „ne quis sub quovis praetextu aut quaesito colore audeat vel praesumat praedictas societates *dei liberi muratori* seu *francs maçons* aut alias nuncupatas inire, propagare, confovere ac in suis aedibus vel domibus vel alibi receptare atque occultare, iis adscribi, aggregari aut interesse vel potestatem seu commoditatem facere, ut alicubi convocentur, iisdem aliquid ministrare sive alias consilium, auxilium vel favorem, palam aut in occulto, directe vel indirecte per se vel per alios quoquo modo praestare nec non alios hortari, inducere, provocare aut suadere, ut huiusmodi societatibus adscribantur, annumerentur seu intersint vel ipsas quomodolibet iuvent ac foveant, sed omnino ab iisdem societatibus, coetibus, conventibus, collectionibus, aggregationibus seu conventiculis prorsus abstinere se debeant sub poena excommunicationis per omnes ut supra contrafacientes ipso facto absque ulla declaratione incurrenda, a qua nemo per quemquam nisi per nos seu romanum pontificem pro tempore existentem praeterquam in articulo mortis constitutus absolutionis beneficium valeat obtinere".

8 Providas 1751, bull. Ben. 3, 167; Pen-

selben auch auf die Gesellschaften der Carbonari[1], von Leo XII. 1825 auf die Gesellschaft: Universitaria[2] und von Gregor XVI. 1844 auf die Bibelgesellschaften[3] ausgedehnt worden, und einzelne neuere Partikularsynoden haben die gedachten päpstlichen Verordnungen, theils soweit sie die Freimaurer[4], theils soweit sie alle päpstlich verbotenen geheimen Sekten betreffen[5], eingeschärft[6].

Die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 hat diesen Rechtszustand, abgesehen von wenigen Änderungen, aufrechterhalten[7]. Es unterliegen nach derselben der dem Papst schlechthin vorbehaltenen Exkommunikation

1. alle diejenigen, welche der Sekte der Freimaurer oder der Carbonari oder einer Sekte[8] derselben Art[9], welche öffentlich oder geheim gegen die bestehende Ordnung der Kirche (ihre Lehre oder ihre Disziplin oder ihre Rechte[10]) oder des Staates (also gegen die staatliche Regierungsform oder die staatlich anerkannten und geschützten Einrichtungen, insbesondere auch die bestehende Wirthschaftsform[11]) zu

nacchi 1, 598, in welcher er das Verbot mit der der Reinheit der Religion Gefahr drohenden Absonderung, mit der Geheimhaltung der Verhandlungen, mit der Ableistung des Eides auf die Geheimhaltung, mit dem Verbote der geheimen Gesellschaften durch das römische Recht (unter Anführung von Dig. XLII. tit. 22) und mit dem Verbote der Freimaurer durch die weltlichen Regierungen in einzelnen Ländern rechtfertigt.

[1] Const.: Ecclesiam a Jesu bei (A.-) Pennacchi 1, 602. Neu sind die weiteren Bestimmungen in der Bulle, dass bei Strafe der ebenfalls päpstlich reservirten Exkommunikation jeder die ihm bekannten Mitglieder der betreffenden Gesellschaft und alle diejenigen, von denen er weiss, dass sie die sonst bedrohten Vergehen (s. die vor. Anm.) begangen haben, bei der kirchlichen Obrigkeit zu denunziren verpflichtet sein, sowie dass bei der eben gedachten Strafe Niemand die gedruckten oder geschriebenen Bücher, Katechismen, Statuten der Carbonari oder alle zur Vertheidigung derselben geschriebenen Bücher oder Manuskripte lesen oder bei sich behalten, vielmehr den kirchlichen Oberen überliefern soll.

[2] Const.: Quo graviora, ibid. p. 1, 607, welche ebenfalls §. 13 die Denunziation in dem in der vor. Anm. gedachten Umfange vorschreibt. Vgl. hierzu auch Arch. f. k. K. R. 13, 447 n. 1.

[3] Encyklika: Inter praecipuas machinationes, nicht in dem zugänglichen Büchermaterial gedruckt, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 613 n. 1, aber ihrem Inhalt nach näher bezeichnet in der Encyklika Pius' IX.: Qui pluribus 1846, coll. conc. Lac. 6, 82. 85; Arch. f. k. K. R. 13, 327.

[4] Thurles 1850, coll. conc. Lac. 3, 788; Baltimore 1866, ibid. p. 538.

[5] Urbino 1859, coll. cit. 6, 178.

[6] Dagegen hat man in Deutschland während der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts darüber gestritten, ob hier die Censuren gegen die Freimaurer noch auf praktische Geltung Anspruch machen können, Arch. f. k. K. R. 13, 445.

[7] Exc. l. s. rom. pont. res. n. 4: „Nomen dantes sectae *Massonicae* aut *Carbonariae* aut alias eiusdem generis sectis quae contra ecclesiam vel legitimas potestates seu palam seu clandestine machinantur necnon iisdem sectis favorem qualemcumque praestantes; earumve occultos coryphaeos ac duces non denunciantes, donec non denunciaverint."

[8] Dazu gehört eine Vereinigung mit bestimmten Zielen, welche diese letzteren für sich und gesondert von den übrigen Menschen verfolgt, ohne dass die Zwecke und die Bestimmungen über die Organisation gerade in besonderen schriftlichen Statuten niedergelegt zu sein brauchen.

[9] Da nur Sekten derselben Art, wie die zuerst besonders gedachten, in Frage kommen, diese aber keine kirchlichen, aus Mitgliedern desselben Glaubensbekenntnisses bestehenden Vereinigungen sind, so bezieht sich die Strafvorschrift nicht auf religiöse Sekten im Sinne der katholischen Kirche, also nicht auf die Altkatholiken, Staatskatholiken. Dasselbe gilt auch von den Bibelgesellschaften, denn wenn diese auch nicht blos aus Protestanten oder anderen Akatholiken bestehen, so haben dieselben doch keine Verwandtschaft mit den Freimaurern und Carbonari und können nicht als eine Art dieser Gesellschaften (vgl. auch Encycl. Leos XIII.: Humanum genus v. 1884, Arch. f. k. K. R. 52, 80. 86) betrachtet werden, so auch (A.-) Pennacchi 1, 618, entgegengesetzter Ansicht Heiner S. 163, welcher es aber unbeachtet gelassen hat, dass die const. Pius' IX.: Apostolicae cit. nicht schlechthin die früheren Anordnungen und Verurtheilungen der Päpste wiederholt, sondern auch in einzelnen Beziehungen Abweichungen von denselben aufweist. Vielmehr treffen auf die Mitglieder dieser Gesellschaften, z. B. der Altkatholiken, die katholischen Mitglieder von Bibelgesellschaften, sofern, wie dies bei den genannten der Fall ist, eine Ketzerei oder Begünstigung der Ketzerei vorliegt, die o. S. 680. 681 gedachten Strafbestimmungen zu. Vgl. noch unten S. 775 n. 4.

[10] Ob die Gesellschaft staatlich genehmigt oder geduldet ist oder nach den staatlichen Vereinsgesetzen zu den nicht verbotenen gehört, ist gleichgültig, vgl. auch Encykl. Pius' IX.: Quanta cura v. 8. Dez. 1864, Arch. f. k. K. R. 13, 301. 302.

[11] Den einen oder anderen Zweck oder beide

wirken und anzukämpfen bezweckt[1], als Mitglieder beitreten[2],

2. diejenigen, welche, auch ohne sich einer solchen Sekte als Mitglieder anzuschliessen, derselben in irgend einer Weise Vorschub leisten[3], und

3. diejenigen, welche die geheimen[4] Häupter und Führer[5] der gedachten Gesellschaft nicht denunziren[6], aber nur auf so lange, als sie dieser Denunziations-

Zwecke muss die Sekte verfolgen. In Folge dieser Begränzung ist die frühere Entscheidung der Congr. inquis. v. 1850, coll. conc. Lac. 3, 539. 569, (A.-) Pennacchi 1, 615, dass auch die Gesellschaften, welche zwar keinen derartigen Zweck verfolgen, aber einen geheimen durch Eid verstärkten Verband bilden oder sich sonst zur Geheimhaltung ihrer Zwecke oder ihrer Organisation verpflichten, zu den in den früher erwähnten päpstlichen Konstitutionen verbotenen gehören, jetzt nicht mehr massgebend (unrichtig daher Heiner S. 168), vielmehr erscheint es gleichgültig, ob sie sich in Geheimniss hüllen oder nicht, sofern sie sich nur nicht auf die obengedachten Zwecke richten, so auch schon früher die Congr. inquis. 1846, coll. conc. Lac. 3, 540 u. (A.-) Pennacchi, 1, 616. 617; vgl. ferner die Instr. d. congr. inquis. von 1884, Arch. f. k. K. R. 53, 327, welche diese Sekten blos für unerlaubt erklärt.

[1] Es gehören hierher die Fenier, so congreg. inquis. 1870, (A.-) Pennacchi 1, 620 u. Arch. f. k. K. R. 58, 257; die società emancipatrice della chiesa romana cattolica in Italia, die Nihilisten, die Mitglieder der Internationale und die Sozialdemokraten, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 621, nicht aber Diebes- oder Räuberbanden u. s. w., denn diese wenden sich mit ihren Bestrebungen nicht gegen die Ordnungen und Einrichtungen des Staates als solche.

[2] Gleichviel, ob der einzelne sich an den Zwecken aktiv betheiligt oder nicht.

Die Exkommunikation verwirklicht sich mit dem Eintritt, sofern der Eintretende die verbotenen Zwecke der Gesellschaft kennt oder sie nach Lage der Sache, z. B. weil die Gesellschaft keine geheime ist, kennen musste, Heiner S. 162, sonst erst, wenn er, wie dies namentlich bei geheimen Gesellschaften der Fall sein wird, trotz der erhaltenen Kenntniss nicht ohne Verzug austritt, nicht aber stets, so Heiner S. 167, 168, mit dem Eintritt in eine geheime Gesellschaft, welche die Ableistung eines Eides auf Wahrung des Geheimnisses verlangt, eine Meinung, welche mit der S. 773 n. 11 gedachten, irrigen Ansicht zusammenhängt.

Ein blosses Sichbekennen zu den Prinzipien der Sekte, ohne Eintritt als Mitglied in die Sekte, zieht die Exkommunikation nicht nach sich, vgl. die Worte: „nomen dantes".

[3] Hierunter fallen alle die in den früheren päpstlichen Konstitutionen genannten Handlungen, welche in denselben fast übereinstimmend mit den Worten der const. cit. Clemens' XII. von 1738, s. S. 772 n. 7, bezeichnet werden. Das blosse, einmalige oder auch mehrmalige Anwohnen der Versammlungen dieser Sekten aus Neugier ist aber, wennschon in der const. cit. ausdrücklich das „iis interesse" gleichfalls unter Strafe gestellt wird, keine Vorschubleistung, welche letztere die const. Pii V.: Apostolicae ausdrücklich verlangt, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 622 ff.

Nicht hierher gehören die Könige, welche derartige Sekten in ihren Staaten anerkennen oder dulden, denn gegen diese ist die Strafandrohung nicht ausdrücklich gerichtet, (A.-) Pennacchi 1, 626. Jedenfalls kann es nicht für eine Vorschubleistung erachtet werden, wenn Parlamentsdeputirte allgemeine Vereinsgesetze beschliessen oder Staats- und Kommunalbeamte solche Gesetze ausführen, welche keine Verbote gegen derartige Sekten enthalten. Hier handelt es sich nicht um die Begünstigung dieser Gesellschaften und Vereine als solcher, sondern lediglich um die allgemeine Regelung des Vereinswesens und die behördliche Überwachung desselben. Anders läge die Sache, wenn eine oder mehrere der gedachten Sekten als solche durch einen blos auf sie berechneten Gesetzgebungs- oder Verwaltungsakt anerkannt oder gar privilegirt werden würden.

[4] Wenn die Namen der Häupter und Führer durch die Zeitungen, Mitglieder-Verzeichnisse u. s. w. allgemein bekannt geworden sind, so brauchen sie, sofern es sich dabei nicht um etwa zur Täuschung des Publikums vorgeschobene Personen handelt, nicht denunzirt zu werden. Für das Gegentheil, d. h. dafür, dass trotz des Wortlautes der const. alle Häupter und Führer angezeigt werden müssen, wird allerdings eine Entsch. d. congr. inquis. v. 1871, (A.-) Pennacchi 1, 637, angeführt, indessen erklärt diese nur, dass die blosse Publikation der Namen der Häupter und Führer noch nicht von der Pflicht entbindet, weil sich daraus allein nicht mit Sicherheit ergebe, dass die mit Namen als solche bezeichneten Personen dies auch in der That seien.

[5] Unter den coryphaei sind die obersten Leiter, unter den duces dagegen die sonstigen, an der Leitung der Sekte betheiligten Personen, also die Mitglieder eines obersten Leitungsausschusses oder die Vorsitzenden und leitenden Mitglieder der Provinzial- oder Lokalausschüsse oder Sektionen zu verstehen.

[6] D. h. es muss eine zur weiteren amtlichen Verfolgung bestimmte Anzeige an den zuständigen kirchlichen Oberen, also an den Bischof des Ortes, den apostolischen Präfekten u. s. w. persönlich, bei gerechtfertigter Verhinderung aber schriftlich mit Namensunterschrift oder durch einen Stellvertreter, congr. inquis. 1867, l. c. 1, 637, gemacht werden.

Die Pflicht trifft auch die weltlichen Beamten, ferner nahe Verwandte gegen einander, so die Pönitentiarie 1821, l. c. 1, 642 (in betreff der Carbonari).

pflicht nicht nachgekommen sind [1], während die gedachte Strafe für die Nichtdenunziation aller Mitglieder der erwähnten Sekten [2], nicht aber die Pflicht zur Denunziation der letzteren selbst [3] entfallen ist.

Weitere Strafgesetze sind nach der const. v. 1869 gegen die unerlaubten Sekten und Gesellschaften päpstlicherseits [4] nicht erlassen worden, denn, wenngleich Leo XIII. in mehrfachen Encykliken die Bischöfe unter Hinweis auf die früheren päpstlichen Anordnungen aufgefordert hat, mit allen Mitteln der Freimaurerei [5] entgegenzuwirken, so enthalten dieselben doch keine Strafandrohungen [6].

Sie tritt ein nicht nur bei persönlich erlangter eigener Kenntniss, sondern auch wenn die Kenntniss auf glaubhaften anderen fremden, namentlich auf den Mittheilungen glaubwürdiger Zeugen beruht, s. die cit. Entsch. v. 1821 u. ibid. 1, 636. Eine Frist, binnen welcher die Denunziation vorgenommen werden muss, ist nicht bestimmt. Wenn vielfach, s. (A.-) Pennacchi 1, 640; Heiner S. 166, die in der Praxis der congr. inquis. für die Denunziation der Ketzer und der sollicitantes ad turpia herkömmliche Frist von 30 Tagen auch auf diesen Fall übertragen wird, so ist dies nicht gerechtfertigt, vielmehr erscheint es allein mit dem Wortlaut der const. vereinbar, die Erfüllung der Denunziationspflicht nach dem Zeitpunkt der erhaltenen Kenntniss ohne Verzug nach Lage der jeweiligen Umstände, sofern für den Pflichtigen keine objektiven oder subjektiven Hinderungsgründe vorliegen, zu verlangen.

1 Durch die Erfüllung der Denunziationspflicht wird zwar die päpstliche Reservation, nicht aber die Exkommunikation hinfällig, denn für diese bedarf es stets, sofern dies nicht besonders angeordnet ist — ein solcher Fall liegt aber hier nicht vor — der Absolution. Diese kann aber dann jeder sonst berechtigte Obere ertheilen, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 641; Heiner S. 165.

2 S. 773 n. 1 u. 2.

3 S. o. a. a. O., vgl. ferner Entsch. d. congr. inquis. v. 1893, Arch. f. k. K. R. 70, 307 u. Acta s. sed. 25, 749, nach welcher die geheimen Führer der Freimaurer zu denunziren sind, auch wenn sie nur als Mitglieder des Freimaurerordens, nicht als Führer desselben öffentlich bekannt sind, gleichviel ob die Regierung des betreffenden Staates die Freimaurer duldet, so dass sie von der kirchlichen Gewalt nicht zur Bestrafung gezogen werden können, oder nicht.

4 Allerdings hat die Pönitentiaria unter Billigung des Papstes am 4. August 1876 entschieden, dass alle Mitglieder der società italiana per la rivendicazione dei diritti spectanti al popolo cristiano ed in isperie al popolo romano nella elezione del sommo pontifice, diejenigen, welche diese Gesellschaft befördern oder ihr in irgend einer Weise Vorschub leisten, der dem Papste speziell reservirten Exkommunikation l. s. verfallen, (A.-) Pennacchi 1, 418. Wenn letzterer hierin, l. c. p. 423, weil keiner der Fälle der const. Apostolicae, nämlich weder der der Ketzerei noch des Schismas auf die gedachte Gesellschaft Anwendung finde, die Aufstellung eines neuen Falles sieht, so muss es schon bedenklich machen, dass die betreffende Entscheidung von der Pönitentiaria erlassen ist, welche nichts mit Anordnungen für das forum externum zu thun hat, Bd. I. S. 429, während die nach dem J. 1869 neu aufgestellten Fälle von Censuren l. s., s. o. S. 659. 660 u. S. 661, so weit sie nicht durch den Papst festgesetzt sind, auf Dekreten der congr. inquis. und der congr. conc. beruhen. Offenbar ist aber die Pönitentiaria bei ihrer Entscheidung davon ausgegangen, dass es sich blos um einen Anwendungsfall der Ketzerei handelt. Eine solche ist es zwar, was (A.-) Pennacchi 1, 422 allein betont, nicht, wenn die Gesellschaft für die Übertragung des Wahlrechts der Kardinäle auf das Volk wirken will, aber nach dem Programm derselben wird auch ein blos moralisch einflussreicher Primat des Papstes unter Vernichtung einer anmassenden Theokratie, welche in den barbarischen Zeiten die Bezeichnung des Papstthums angenommen hat, erstrebt, damit aber das kirchliche Dogma von dem Primat des Papstes geleugnet.

5 Humanum v. 1884, Arch. f. k. K. R. 52, 74; Inimica vis 1892 (für Italien), a. a. O. 69, 145 u. Acta s. sed. 25, 274; Praeclara 1894, Arch. f. k. K. R. 72, 386. 393, und zu der ersteren die Instrukt. der congr. inquis. v. 1884, a. a. O. 53, 326 (nach welcher Leo XIII. sogar die Denunziationspflicht gegen die Häupter und Führer und auch die Reservation der Censuren für die von den Freimaurern zurücktretenden Personen auf ein Jahr nach der Publikation der erstgedachten Encyklika suspendirt hat) und das Dekret d. congr. episc. et regul. v. 1889, a. a. O. 62, 368.

6 Auch die Instruktion der Propaganda für Brasilien v. 1878, Arch. f. k. K. R. 54, 70, in Betreff der Behandlung der Freimaurer giebt nur Anweisungen über die nähere Realisation der Folgen der Exkommunikation. Von Partikularsynoden vgl. noch Baltimore 1884, a. a. O. 57, 83, welche ebenfalls nur die bestehenden Vorschriften einschärft.

§. 319. δ. *Die Verletzung der kirchlichen Vorschriften über die Herausgabe, das Lesen und das Verbreiten von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen.*

1. Die Verletzung der kirchlichen Vorschriften in Betreff der kirchlichen Büchercensur[1]. Das V. Laterankonzil unter Leo X.[2] hat eine allgemeine Büchercensur in der Weise eingeführt, dass Niemand ein Buch oder eine Schrift ohne vorgängige Erlaubniss der kirchlichen Oberen[3] bei Strafe der Konfiskation und öffentlichen Verbrennung der trotzdem gedruckten Exemplare, einer Geldbusse von 100 Dukaten zu Gunsten der Fabrik der Peterskirche, der einjährigen Suspension von der Ausübung des Druckereigewerbes und der Exkommunikation l. s. drucken oder drucken lassen, und dass bei hartnäckiger Verletzung dieses Gebotes noch schwerere, anderen zur Abschreckung gereichende arbiträre Bestrafung gegen die Schuldigen verhängt werden sollte. Die Regeln des Index der verbotenen Bücher v. 1564[4], welche die Vorschriften des Laterankonzils bestätigt und nähere Ausführungsbestimmungen dazu erlassen haben, dehnen[5]

a. die gedachten Strafen auch auf diejenigen aus, welche vor einer solchen Genehmigung Werke im Manuskript (also durch Verbreitung von Abschriften) veröffentlichen, und

b. auf diejenigen, welche solche im Besitz haben und lesen, wenn sie die Verfasser nicht angeben, aus[6]. Ferner sollen

c. alle Buchhändler und alle diejenigen, welche andere Bücher als diejenigen, welche von ihnen in einem seitens der kirchlichen Kommissarien[7] unterschriebenen Verzeichnisse der verkäuflichen Bücher aufgeführt sind, im Besitz haben, diese verkaufen oder sie ohne Erlaubniss der Kommissarien an andere übergeben, mit Konfiskation der gedachten Bücher und anderen arbiträren Strafen[8],

d. Käufer, Leser und Drucker verbotener oder nicht approbirter Bücher ebenfalls mit diesen Strafen[9],

[1] Arndt, die kirchlichen Bestimmungen über die Herausgabe von Büchern, im Arch. f. k. K. R. 70, 53.

[2] Sess. X. const.: Inter sollicitudines 1515 §§. 2. 3, b. T. 5, 623, s. auch Bd. I. S. 452.

[3] In Rom des vicarius urbis und magister palatii, Bd. I. S. 486 u. S. 492, bez. der Deputirten derselben, sonst des Bischofs oder eines Beauftragten desselben und des Inquisitors des Druckorts, welche nach der Prüfung bei Strafe der exc. umsonst schriftlich auf das Manuskript zu setzen ist, vgl. auch Reg. X. des Index. Über die Ausnahmen von dieser Regel, in denen die päpstliche Approbation, bez. die der Centralbehörde erforderlich ist, vgl. Arndt a. a. O. S. 54.

[4] Bd. I. S. 452 n. 9.

[5] Regula X.: „eos vero, qui libellos manuscriptos vulgant, nisi ante examinati probatique fuerint, iisdem poenis subiici debere iudicarunt patres deputati (d. h. die Indexkommission) quibus impressores, et qui eos habuerint et legerint, nisi auctores prodiderint, pro auctoribus habeantur.“

[6] Das ergiebt sich aus der Vorschrift am Schluss der vor. Anm.

[7] S. die folgende Anm.

[8] L. c.: „Praeterea in singulis civitatibus ac dioecesibus domus vel loci, ubi ars impressoria exercetur, et bibliothecae librorum venalium saepius visitentur a personis ad id deputandis ab episcopo sive eius vicario atque etiam ab inquisitore haereticae pravitatis, ut nihil eorum quae prohibentur aut imprimatur aut vendatur aut habeatur. Omnes vero librarii et quicunque librorum venditores habeant in suis bibliothecis indicem librorum venalium quos habent, cum subscriptione dictarum personarum nec alios libros habeant aut vendant aut quacunque ratione tradant sine licentia eorumdem deputandorum sub poena amissionis librorum et aliis arbitrio episcoporum vel inquisitorum imponendis. Emptores vero, lectores vel impressores eorumdem arbitrio puniantur.“

[9] Konfiskation ist zwar hier nicht angedroht, aber als arbiträre Strafe, s. die vor. Anm. a. E., wird sie ebenfalls verhängt werden können, wenn dem Schuldigen das Buch gehört.

e. auch diejenigen [1], welche Bücher in eine Stadt einführen, ohne den kirchlichen Kommissarien davon Anzeige zu machen, oder

f. welche derartige, von ihnen oder einem anderen eingeführte Bücher ohne Genehmigung der Kommissarien, falls es sich nicht um ein notorisch allgemein erlaubtes Buch handelt, Dritten zum Lesen geben oder auf irgend eine Weise veräussern oder verleihen, endlich

g. Erben- oder Testamentsexekutoren, welche die von dem Erblasser hinterlassenen Bücher, ehe sie die letzteren oder ein Verzeichniss derselben den erwähnten Kommissarien überreicht und von ihnen die Erlaubniss erhalten haben, gebrauchen oder in irgend einer Weise an andere überlassen, je nach dem Masse ihrer Hartnäckigkeit oder nach der Schwere des Vergehens mit Strafe, mit der Konfiskation oder einer anderen arbiträren, belegt werden.

Einzelne Partikularsynoden des 16. und 17. Jahrhunderts haben zwar diese Vorschriften eingeschärft [2], indessen hat sich die durch dieselben angeordnete allgemeine Büchercensur in Folge der immer grösseren Verbreitung des Buchdruckes, der Zunahme der erscheinenden Bücher, der Ausdehnung des Buchhandels und der Unmöglichkeit der Abschliessung der katholischen Länder von den nicht katholischen immer mehr als undurchführbar gezeigt [3]. In Folge dessen hat schon Pius IX. i. J. 1848 für das Gebiet von Rom die Censur für die nicht die Religion, die kirchlichen und ethischen Wissenschaften und die Moral berührenden Bücher beseitigt [4], und auch manche neueren Partikularsynoden bringen die Einholung der kirchlichen Approbation ebenfalls nur noch für die anderen Gattungen von Büchern [5], mitunter aber

[1] L. c.: „Quodsi aliqui libros quoscunque in aliquam civitatem introducant, teneantur eisdem personis deputandis renunciare vel si locus publicus mercibus eiusmodi constitutus sit, ministri publici eius loci praedictis personis significent libros esse adductos. Nemo vero audeat librum, quem ipse vel alius in civitatem introduxit, alicui legendum tradere vel aliqua ratione alienare aut commodare, nisi ostenso prius libro et habita licentia a personis deputandis aut nisi notorie constet, librum iam esse permissum. Idem quoque servetur ab heredibus et executoribus ultimarum voluntatum, ut libros a defunctis relictos sive eorum indicem illis personis deputandis offerant et ab iis licentiam obtineant, priusquam eis utantur aut in alias personas quacunque ratione transferant. In his autem omnibus et singulis poena statuatur vel amissionis librorum vel alia arbitrio eorumdem episcoporum vel inquisitorum pro qualitate contumaciae vel delicti.“

[2] So Mailand 1573 c. 4, Hardouin 10, 770. 771; Avignon 1594 c. 7, l. c. p. 1841 (unter Androhung der exc. auf die Zollbeamten, welche den kirchlichen Kommissarien von der Einführung von Büchern keine Anzeige machen oder Bücher ohne schriftliche Erlaubniss der letzteren auszuführen erlauben); Mecheln 1607 I. 5, Hartzheim 8, 775 (zugleich Verbot des Druckens und Feilbietens von Büchern durch andere als vereidete Drucker und Buchhändler).

Das wird auch Arch. f. k. K. R. 4, 582 anerkannt.

[4] Arch. f. k. K. R. 70, 53: „Ut posthac et donec aliter ab apostolica sede statuatur, censores ecclesiastici . . . de iis tantum solliciti sint, quae divinas scripturas, sacram theologiam, historiam ecclesiasticam, jus canonicum, theologiam naturalem, ethicen aliasve eiusmodi religiosas aut morales disciplinas respiciunt ac generaliter de omnibus, in quibus religionis vel morum honestatis specialiter intersit.“

[5] Freilich in verschiedenem Umfange, so Neugranada 1868, coll. conc. Lac. 6, 494 (für die libri de rebus ad religionem spectantibus tractantes und continentes precum formas, devotionis exercitia, miraculorum narrationes, rituales et liturgici in ecclesiasticorum vel fidelium usum exarati); Prag 1860, l. c. 5, 446 (für libri precum et canticorum, stricte liturgici seu rituales); Colocza 1863, ibid. p. 623 (für Bücher, welche die Religion zum Gegenstand haben), während im übrigen nur dahin gewirkt werden soll, dass keine zur Andacht dienenden Bücher ohne Erlaubniss des Ordinarius verkauft werden); Utrecht 1865, ibid. p. 803 (für libri de sacris rebus pertractantes und libri precum formas aut devotionis exercitia aut miraculorum narrationes continentes, libri rituales et liturgici); Albi 1850, l. c. 4, 423 (blos Rath an die Laien, scripta de religione der kirchlichen Autorität zur Prüfung zu unterbreiten); Toulouse 1850, l. c. 4, 1052 (für libri de rebus sacris, namentlich Breviere, Missalien, Ritualien, Bücher ähnlicher Art und Katechismen, hier unter Hinweis auf die Strafen des Tridentinum Sess. IV., s. unten S. 778; ferner

auch für alle von Geistlichen verfassten [1], und zwar kaum jemals unter Strafandrohung in Erinnerung, während allerdings einzelne der italienischen Konzilien [2] eine solche Einschränkung nicht aufweisen.

Sind sonach die erwähnten Strafvorschriften des Index, abgesehen von den Geistlichen, gegen welche mit Disziplinarvorschriften bei der Verletzung derselben eingeschritten werden kann, in heutiger Zeit unpraktisch, so ist dies vollends in Betreff der Herausgabe von Zeitschriften und Zeitungen [3] der Fall [4].

2. Besondere Strafverbote A. in Betreff der Bücher über die heilige Schrift [5]. Das Konzil von Trient [6] hat den Druck und das Druckenlassen aller Bücher *de rebus sacris* [7] ohne Namen des Verfassers, sowie den Verkauf oder das

für Schriften und Flugblätter zur Empfehlung neuer und ungewohnter Werke der Frömmigkeit, neuer Bruderschaften und neuer, nicht zweifellos ächter Indulgenzen). Ja, Avignon 1849, l. c. 4, 324, verbietet nur den Gebrauch nicht kirchlich approbirter Bibeln, Katechismen, Missalien, Brevieren und Ritualien ohne Strafandrohung, und Lyon 1850, l. c. p. 487, beklagt es ausdrücklich, dass die hier fraglichen Vorschriften von den Laien nicht beachtet werden.

[1] Avignon 1849, coll. conc. Lac. 4, 324 (Gebot für libri de bibliis, dogmatibus, morali christiana et disciplina ecclesiastica, für Bücher über andere Gegenstände blos Ermahnung, sie vorher der Prüfung des Ordinarius zu unterbreiten); Lyon 1850, ibid. p. 487 (Gebot an die clerici in sacris für libri ad fidem, mores aut christianam disciplinam directe sive indirecte attingentes, nur Ermahnung in Betreff anderer Bücher); dagegen aber beschränkter Prag 1860, l. c. 5, 476 (nur für libri de religione et de rebus sacris tractantes); Utrecht 1865, l. c. p. 803 (ebenso) und Albi 1850, l. c. 4, 423 (für liber und scriptum ad religionem attendens).

[2] Urbino 1859, coll. cit. 6, 9 (welches sogar auch Öffnung der Bücherballen ohne Vorwissen des Bischofs oder seines Kommissars bei Strafe des Verfalls der Bücher an den Fiskus und arbiträren Strafen verbietet); Ravenna 1855, l. c. p. 147; Venedig 1859, ibid. p. 295. 296.

[3] Auf diese hat die kirchliche Praxis, da das Laterankonzil und Reg. X. des Index von dem Druck der libri und aliae scripturae handelt, die betreffenden Vorschriften ebenfalls bezogen, vgl. Entsch. d. congr. inquis. v. 1832, nach welcher solche Publikationen ebenfalls der Censur des Ordinarius und zwar nicht blos hinsichtlich der Artikel über den Glauben, sondern auch in Betreff anderer (politischer und derjenigen, welche blos Thatsachen berichten) unterliegen, Arch. f. k. K. R. 70, 61. Da es aber unmöglich ist, jede einzelne Nummer vor dem Druck der Censur zu unterwerfen, so hat man sich mit der Einholung der Billigung für die Herausgabe begnügen müssen, Arndt a. a. O. S. 61.

[4] Denn die neueren Partikularsynoden schreiben, offenbar weil sie von der Erfolglosigkeit solcher Schritte überzeugt sind, nicht einmal mehr die Einholung der Approbation vor, sondern enthalten nur Anweisungen, namentlich an die Pfarrer, dem Lesen und der Verbreitung der nicht korrekt katholischen Zeitungen entgegenzuwirken, Prag 1860, coll. cit. 5, 445; Utrecht 1865, ibid. p. 802. 803; Ravenna 1855, l. c. 6, 146; Venedig 1859 p. 296; Tours 1849; Avignon 1850; Bordeaux 1850; Bordeaux 1856; Toulouse 1850, l. c. 4, 276. 277. 325. 554. 555. 705. 1051; Baltimore 1866, l. c. 3, 536. 1262; Quebec 1868 p. 714.

Wenn Köln 1860, l. c. 5, 332, vorschreibt, dass Katholiken, welche Zeitungen, in denen die katholische Kirche und Religion bekämpft wird, herausgeben, verbreiten und begünstigen, bei Hartnäckigkeit trotz Mahnung mit kirchlichen Censuren, Sizilien 1850, l. c. 6, 821, dass die Verfasser und Buchhändler, welche gottlose und zu Schlechtigkeiten verführende Zeitungen herausgeben oder verbreiten, mit Exkommunikation, und Neugranada 1868, ibid. p. 493, dass Katholiken, welche schlechte Zeitungen lesen oder durch Geld unterstützen, mit Censuren bestraft werden sollen, so zeigt dieses Vorgehen der gedachten Konzilien ebenfalls, dass sich die Büchercensur nicht mehr in dem von dem Index vorgeschriebenen Umfange aufrecht erhalten lässt.

[5] Wegen der h. Schrift selbst s. unten S. 780.

[6] Sess. IV. decr. de ed. et usu ss. librorum: „decernit et statuit, ut posthac sacra scriptura, potissimum vero haec ipsa vetus et vulgata editio, quam emendatissime imprimatur nullique liceat imprimere vel imprimi facere quosvis libros de rebus sacris sine nomine auctoris neque illos in futurum vendere aut etiam apud se retinere, nisi prius examinati probatique fuerint ab ordinario sub poena anathematis et pecuniae in canone novissimi Lateranensis apposita. Et si regulares fuerint, ultra examinationem et probationem huiusmodi licentiam quoque a suis superioribus impetrare teneantur, recognitis per eos libris iuxta formam suarum ordinationum. Qui autem scripto eos communicant vel evulgant, nisi antea examinati probatique fuerint eisdem poenis subiaceant, quibus impressores. Et qui eos habuerint vel legerint, nisi prodiderint auctores, pro auctoribus habeantur. Ipsa vero huiusmodi librorum probatio in scriptis detur atque ideo in fronte libri vel scripti vel impressi authentice appareat idque totum, h. e. et probatio et examen gratis fiat, ut probanda probentur et reprobentur improbanda."

[7] S. über die Bedeutung dieser Worte unten S. 779 n. 6.

bei sich Behalten solcher ohne vorgängige Prüfung und Approbation durch den Ordinarius[1] mit der Strafe des Anathems[2] und einer Geldstrafe von 100 Dukaten[3] belegt, und ferner dieselben Strafen denjenigen angedroht, welche solche im Manuskript anderen mittheilen oder sie durch die Schrift (nicht durch den Druck) veröffentlichen[4].

Diese Strafvorschrift ist aber durch die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869[5] in mehrfachen Beziehungen abgeändert, nämlich theils eingeschränkt, theils in einer Beziehung erweitert worden. Das unter die Strafe der Niemand vorbehaltenen Exkommunikation l. s. gestellte Verbot ist nur aufrechterhalten geblieben:

a. für Bücher, welche die heilige Schrift oder einzelne Theile derselben zum Gegenstande haben oder Anmerkungen und Kommentare dazu enthalten, nicht für andere Bücher, wenngleich sie von religiösen Gegenständen handeln[6], andererseits ist es aber

b. jetzt gleichgültig, ob sie mit dem Namen ihrer Verfasser oder ohne diese veröffentlicht werden[7].

Die Censur trifft:

c. diejenigen, welche ein Buch der gedachten Art drucken, d. h. den Inhaber oder Leiter einer Druckerei, welcher das Werk zum Druck annimmt und diesen durch sein Geschäftspersonal bewirken lässt, den Verfasser, welcher sein Werk selbst druckt, sodann auch jeden, welcher bei dem Druck mitwirkt, wie z. B. die Setzer[8], ferner

d. diejenigen, welche ein solches Buch drucken lassen, also den Verfasser, der es durch einen anderen, z. B. einen Buchhändler, drucken lässt[9], den letzteren, welcher dem Drucker den Auftrag dazu giebt, sowie denjenigen, welcher die Kosten für den Druck bezahlt[10], aber

[1] Wegen der Mönche s. S. 778 n. 6; vgl. dazu auch Arndt i. Arch. f. k. K. R. 70, 57.

[2] Und zwar ist dasselbe, obschon der Wortlaut dies nicht gebietet, wohl im Hinblick auf das in Bezug genommene, die exc. l. s. androhende V. Laterankonzil, s. Leo X.: Inter sollicitudines 1515 §. 3, b. T. 5, 623, vgl. auch Bd. I. S. 452, als censura l. s. behandelt worden, s. Bourges 1583 c. 27, Hardouin 10, 1369, Thesaurus l. c. P. II liber c. 5, ed. cit. p. 256 und die im Text cit. const. Pius' IX.

[3] Vgl. Lateran. V. cit., s. die vor. Anm.; ausserdem auch der Konfiskation der Bücher, welche Lateran. V. cit. androht und unter der vom Tridentinum in Bezug genommenen Vermögensstrafe ebenfalls mit verstanden ist, so auch Bourges 1583 c. 27, Hardouin 10, 1369.

[4] Auch sollen diejenigen, welche solche Manuskripte im Besitz haben oder sie lesen, als Verfasser behandelt werden, wenn sie diesen nicht angeben.

[5] S. o. S. 658 n. 1.

[6] Der Wortlaut des Tridentinums, in welchem der h. Schrift die „quivis libri de sacris scripturis" gegenübergesetzt werden, spricht allerdings dafür, dass darunter alle Bücher der zuletzt gedachten Art haben gemeint sein sollen (so fasst auch Bourges 1583 c. 27 cit., s. Anm. 2, das Tridentinum auf, wenn es unter Bezugnahme desselben das Verbot als auf Bücher de rebus sacris et ad religionem pertinentibus bezüglich wiedergiebt), und selbst der Ausdruck in der const. Pii IX. 1869 cit.: „libri de rebus sacris tractantes" hat seinem Wortlaut nach dieselbe allgemeine Bedeutung. Indessen ist die in Betreff dieses Punktes entstandene Streitfrage, s. (A.-) Pennacchi 1, 225 ff., Heiner S. 289, durch die congreg. inquis. v. 1880, Acta s. sed. 15, 537; Arch. f. k. K. R. 46, 24, im Sinne des Textes entschieden worden („censuram . . . restringendam ad libros ss. scripturarum nec non ad eorumdem adnotationes et commentarios, minime vero extendendam ad libros quoscumque de rebus sacris in genere, i. e. ad religionem pertinentibus tractantes").

[7] Denn die Beschränkung des Tridentinums auf die ohne Namen des Verfassers gedruckten Bücher hat die const. Pii IX. 1869 nicht aufgenommen.

[8] (A.-) Pennacchi 1, 232; Arndt i. Arch. f. k. K. R. 70, 65. 66, beschränken die Censur nur auf den Herrn oder Leiter der Druckerei, indessen hat dies keinen Anhalt an dem Worte: imprimentes. Wenn andererseits Heiner S. 290 sogar diejenigen, welche das Papier falten oder glätten, hierher rechnet, so geht dies zu weit, denn diese haben keinen Antheil an der Thätigkeit des Druckens, vgl. auch S. 692.

[9] Das ist zwar nicht ganz unbestritten, kann aber nicht zweifelhaft sein, (A.-) Pennacchi 2, 232; Heiner S. 290; Arndt a. a. O. S. 66.

[10] Dagegen ist die Censur jetzt für diejenigen, welche ein solches Buch blos durch Abschreiben verbreiten, sowie für diejenigen, welche es verkaufen oder in ihrem Besitz haben und behalten, entfallen.

e. nur dann, wenn die vorgeschriebene Genehmigung des Ordinarius nicht vorher zum Druck ertheilt[1] worden ist[2].

B. Die Verbote des Index[3]. Prinzipiell hält die katholische Kirche noch heute an der Verbindlichkeit des index librorum prohibitorum fest[4]. Abgesehen von dem schon in einem anderen Zusammenhang besprochenen Fall[5] sind für das Halten und Lesen der durch den Index verbotenen Schriften[6] im Allgemeinen keine bestimmten gemeinrechtlichen Strafen festgesetzt, vielmehr soll der Ordinarius diese Vergehen[7] nur arbiträr, aber mit schweren Strafen[8], ahnden[9].

Blos das Lesen der Bibel in der Volkssprache und das Halten solcher Bibeln ohne die erforderliche Erlaubniss ist mit der Verweigerung der Absolution bis zur Auslieferung, das Verkaufen derartiger Bibeln oder das Überlassen derselben durch Buchhändler an Personen, welche keine Ermächtigung besitzen, die h. Schrift in der Volkssprache zu lesen, mit Konfiskation des erhobenen Preises und auch mit arbiträrer Strafe bedroht[10].

Auch für das Drucken, Druckenlassen und Vertreiben der verbotenen Schriften schreibt der Index ausdrücklich keine besonderen Strafen vor. Dies erklärt sich aber daraus, dass für diese Vergehen die unter 1 gedachten Strafen zur Anwendung kommen, weil für die verbotenen Bücher selbstverständlich keine Approbation gegeben wird und demnach ihre Drucklegung und Verbreitung stets den Thatbestand der dort besprochenen Vergehen bildet[11].

Die neueren Partikularsynoden[12] schärfen zum Theil noch die Beobachtung der

[1] Wenngleich die Erlaubniss erst nach der Prüfung des Buches schriftlich gegeben werden soll, s. S. 778 n. 6, so bleibt die Strafe doch bei blos mündlicher Genehmigung und bei pflichtwidriger Unterlassung der Prüfung vor der Ertheilung der Erlaubniss ausgeschlossen, denn nach dem Wortlaut der const. cit. v. 1869 bedarf es allein der Approbation des Ordinarius. Ebenso wenig tritt die Strafe ein, wenn Regularen die weiter erforderliche Erlaubniss ihrer Ordensoberen nicht nachgesucht haben, s. auch Arndt, Arch. f. k. K. R. 70, 66.

[2] Nicht beseitigt sind, weil es sich dabei um poenae vindicativae handelt, die freilich jetzt nicht mehr realisirbare Konfiskation und Geldstrafe, welche an sich für den durch das Tridentinum bestimmten Thatbestand des Vergehens noch in Kraft stehen, s. o. S. 657. 663.

[3] Vgl. dazu ausser Bd. I. S. 452 ff. u. Bd. IV. S. 442 Anm. noch Arndt, die Verbote des index librorum prohibitorum, i. Arch. f. k. K. R. 70, 3 ff.; s. auch a. a. O. 4, 573. 582.

[4] Bd. I. S. 453; Bd. IV. S. 443 Anm. u. Arndt a. a. O. S. 3 ff.

[5] S. o. S. 689 ff., in welchem es sich im Gegensatz zu reg. II. des Index, S. 690 n. 7, allein noch um etwaige Ketzereien vertheidigende Bücher von Apostaten und Ketzern oder um die durch päpstliche Schreiben verbotenen Bücher handelt.

[6] Also jetzt aller im Index der verbotenen Bücher, vgl. Bd. I. S. 454 u. Bd. IV. S. 442 Anm.; Reusch, Index 1, 330; Arndt a. a. O. S. 12 ff., aufgeführten, selbst der in reg. II. gedachten, sofern sie nicht unter die in der vor. Anm. erwähnten Kategorieen fallen.

[7] Wenn der Betreffende nicht die erforderliche Ermächtigung zum Lesen erhalten hat, vgl. darüber Arndt i. Arch. f. k. K. R. 70, 47, auch a. a. O. 68, 430; und über den Widerruf besonders ertheilter Ermächtigungen Gregor XV.: Apostolatus 1622, u. Urban VIII.: Apostolatus 1631, b. T. 12, 779 u. 14, 217.

[8] Reg. X. i. f.

[9] Reg. VII. erwähnt allerdings das Halten von Büchern, welche schlüpfrige oder obscöne Gegenstände behandeln, lehren oder erzählen, setzt aber darauf ebenfalls nur das severe punire.

Dasselbe gilt auch für das Halten und Lesen derjenigen Bücher, welche die Bischöfe ausser den in den Indexregeln bezeichneten für ihre Diöcese kraft der ihnen durch reg. X. ausdrücklich beigelegten Befugniss verboten haben (vgl. dazu auch Arndt, Arch. f. k. K. R. 70, 32).

[10] Reg. IV, s. Bd. IV. S. 442 Anm.

[11] So ordnet auch Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 145, für das Drucken, Verbreiten und Verkaufen der durch den Index verbotenen Bücher harte Bestrafung an, während Quebec 1868, l. c. 3, 713, allerdings ebenfalls ein solches Verbot, aber ohne Strafandrohung, aufstellt.

[12] Von den älteren schreiben Mailand 1573 c. 4, Hardouin 10, 770. 771, und Avignon 1594 c. 7, p. 1041, die Beobachtung des Index (letzteres durch Anheftung eines Exemplars an die Thür jedes Buchladens) vor vgl. weiter Arch. f. k. K. R. 4,

Vorschriften des Index[1] ein[2], aber andererseits enthalten sie auch nur Ermahnungen gegen das Lesen und das Halten bestimmter Klassen von Büchern[3], und soweit sie eine Bestrafung anordnen, geschieht dies ebenfalls blos noch innerhalb eines beschränkten Umfanges[4], so dass also heute von einer vollen Anwendung der Bestimmungen des Index weder gegen das lesende Publikum, noch gegen die Drucker und Buchhändler mehr die Rede sein kann[5].

C. Spezielle Verbote. Zu den besprochenen Verboten treten einmal noch solche hinzu, welche den Zweck haben, die Verbreitung inkorrekter Exemplare von Büchern, welche für die kirchliche Lehre und den Gottesdienst von Wichtigkeit sind, zu verhindern. So ist das Drucken der Vulgata anders als nach einem korrekten Exemplar, sowie der Verkauf, das Feilhalten, Herausgeben und Verbreiten von nicht korrekt hergestellten Exemplaren derselben[6], ferner das Drucken des römischen Missales[7] und des römischen Breviers[8] ohne Erlaubniss der Inquisitoren, eventuell der zuständigen Ordinarien[9], der Verkauf der ohne eine solche gedruckten

510 ff. 325. 527 ff. Embrun 1727, coll. conc. Lac. 1, 622, bedroht sogar alle, welche verbotene Bücher oder Schriften lesen, abschreiben oder bei sich behalten, mit der exc. l. s.

1 Wegen der speziellen Bestimmungen über die Bibeln in der Muttersprache, S. 780, vgl. die Bd. IV. S. 443 Anm. cit. Synoden.

2 Ausser Ravenna cit., s. S. 780 n. 11, Urbino 1859 coll. conc. Lac. 6, 9; Venedig 1859 p. 295; Colocza 1863, l. c. 5, 632; Utrecht 1865 p. 802; Toulouse 1850 4, 1050; Quebec 1868, l. c. 3, 713; Cashel 1853, l. c. p. 823 (Belehrung der Gläubigen durch die Pfarrer über die Censuren und Strafen bei Verletzung der Verbote des Index); Neugranada 1868, l. c. 6, 493 (insbesondere auch Einschreiten gegen die Herausgabe der Bibel in der Muttersprache).

3 Avignon 1849, l. c. 4, 324 (gegen das Kaufen, Behalten und Lesen der vom apostolischen Stuhl oder vom Bischof verbotenen Bücher, sowie das Drucken und Verkaufen gottloser, ketzerischer oder obscöner Bücher durch die Drucker und Buchhändler); Baltimore II. 1866, l. c. 3, 533 (gegen die Duldung von Büchern, welche die Religion und die guten Sitten verletzen).

Mitunter wird auch in Anhalt an das Dekret Leos XII. v. 1825, coll. Lac. 3, 567 (wieder eingeschärft durch die congr. indicis 1884, Arch. f. k. K. R. 56, 44), den Bischöfen aufgegeben, von dem S. 780 n. 9 Abs. 2 gedachten Recht Gebrauch zu machen, s. Baltimore cit. a. a. O.

4 S. die S. 778 n. 4 Abs. 2 citirten Anordnungen von Köln und Sizilien, welche sich ebenfalls auf Bücher beziehen.

Das Bischofsedikt v. Loreto 1850 art. 44, l. c. 6, 81, setzt auf das Verkaufen, Schenken oder Ablassen, sowie das öffentliche Ausstellen von obscönen Büchern, Abdrücken und Bildern ausser der Konfiskation auch Detentionsstrafe von 5 bis 15 Tagen.

5 Vgl. auch Arch. f. k. K. R. 5, 67.

6 Clem. VIII.: Cum sacrorum 1592, b. T. 9, 636, worin der Druck der Vulgata anders als durch die vatikanische Druckerei für die nächsten 10 Jahre, nach Ablauf dieser Frist aber anders als unter genauer Wiedergabe eines in der gedachten Druckerei hergestellten Exemplars verboten worden ist und (§. 3) folgende Strafbestimmungen getroffen sind: „Si quis vero typographus in quibuscumque regnis . . . et locis hanc eandem ss. scripturarum editionem intra decennium praedictum quoquo modo, elapso autem decennio, aliter quam iuxta huiusmodi exemplar . . . imprimere, vendere, venales habere aut alias edere vel evulgare, aut si quis bibliopola a se vel aliis quibusvis . . . huius editionis impressos libros seu imprimendos a praefato restituto et correcto textu in aliquo discrepantes seu ab alio quam a typographo Vaticano intra decennium excusos pariter vendere, venales proponere vel evulgare praesumpserit, ultra amissionem omnium librorum et alias arbitrio nostro infligendas poenas temporales etiam maioris excommunicationis sententiam eo ipso incurrat, a qua nisi a romano pontifice praeterquam in mortis articulo absolvi non possit."

7 Zuerst durch Pius V.: Quo primum 1570 §. 7, b. T. 7, 839, dann durch Clemens VIII.: Cum sanctissimum 1604 §§. 5. 6, b. T. 11, 88; Urban VIII.: Si quid est 1634 (vor den Ausgaben des Missales).

8 Zunächst durch Pius V.: Quod a nobis 1568 §. 11, b. T. 7, 685, später durch Clemens VIII.: Cum in ecclesia 1602 §. 5, b. T. 10, 788; Urban VIII.: Divinam psalmodiam 1631 (vor den Ausgaben des Breviers).

Eine Sonderbestimmung für Salzburg s. in Clemens' VIII.: Summa fraternitatis 1596, b. T. 10, 316.

9 Diese soll erst nach genauer Vergleichung des zu druckenden Exemplars mit einem korrekten Exemplar und nach Beseitigung aller Abweichungen bei Vermeidung der ipso iure eintretenden Strafen der privatio officiorum und der Unfähigkeit zu solchen für die Inquisitoren, der suspensio a divinis und des interdictum ingressus ecclesiae für die Ordinarien, der privatio officiorum et beneficiorum und der Unfähigkeit zu solchen, sowie der Exkommunikation für die Vikarien

Exemplare und der Gebrauch derselben mit der dem Papst reservirten Exkommunikation l. s.[1], mit der Konfiskation der ordnungswidrig hergestellten Exemplare[2], ferner auch mit Geldstrafe[3] und arbiträren Strafen[4] bedroht[5]. Ausserdem kommen hier noch einzelne Verbote, Schriften über bestimmte Gegenstände[6] bei Vermeidung der Strafen der dem Papst reservirten Exkommunikation l. s.[7], anderer Censuren[8], der Konfiskation[9] und auch verschiedener sonstiger poenae vindicativae[10] herauszugeben, in Betracht, Verbote, für welche offenbar der Gesichtspunkt massgebend gewesen ist, die Erörterung bestimmter kontroverser Fragen überhaupt oder in einer die Interessen der Kirche schädigenden Art unmöglich zu machen.

Für alle diese unter C gedachten Fälle sind durch die const.: Apostolicae von 1869 die erwähnten Censuren[11], insbesondere die päpstlich reservirte Exkommuni-

der Bischöfe gegeben werden, vgl. die in beiden vorhergehenden Anmerkungen citirten Konstitutionen Clemens' VIII. und Urbans VIII.

1 Im Kirchenstaat trit aber dafür bei Vergehen in Betreff des Missales und des Breviers Geldstrafe von 500 Golddukaten und Konfiskation der Exemplare und der Typen ipso iure zu Gunsten der apostolischen Kammer ein.

2 Allgemein nur für die widerrechtlich hergestellten Exemplare der Vulgata, vgl. ferner die vor. Anm.

3 Blos in den Anm. 2 gedachten Fällen.

4 Allein nach Clem. VIII.: Cum sacrorum cit., s. S. 781 n. 6.

5 Über ein gleiches Verbot auch in Betreff des Breviers der Franziskaner-Observanten s. Innoc. XIII.: Cum sicut v. 1676, b. T. 20, 771.

6 Es gehören hierher 1. das von Paul V. erlassene, von Urban VIII. 1625 bestätigte Verbot (s. Urban VIII.: In eminenti 1641 §. 7, b. T. 15, 98), irgend welche Schriften „de materia auxiliorum divinorum" ohne spezielle päpstliche, durch die congr. inquisitionis einzuholende Erlaubniss zu drucken oder auf irgend eine Weise zu veröffentlichen bei den ipso iure eintretenden Strafen der privatio dignitatum et officiorum, vocis activae et passivae, facultatis concionandi, publice legendi, docendi et interpretandi und des Verbotes der betreffenden Schriften, sowie anderer arbiträrer Strafen, und für die Drucker bei Strafe der Konfiskation der Exemplare und bei arbiträrer Geld- und Körperstrafe;

2. das Verbot Urbans VIII. v. 1641, irgend welche Schriften de concursu causae primae cum secunda oder zur Vertheidigung oder Bekämpfung des Buches von Jansen: Augustin oder de materia divinorum auxiliorum oder de gratia et libero arbitrio ohne eine Erlaubniss der vorgedachten Art zu drucken oder irgendwie herauszugeben, bei den dem Papst vorbehaltenen ipso iure eintretenden Strafen der Exk. und für Kollegien und Personengesammtheiten des Interdikts, sowie anderer arbiträrer, auch körperlicher Strafen (s. cit. const. Urbans VIII. §. 11);

3. Clemens X.: Creditae nobis 1673, b. T. 18, 393: „ne quis cuiuscunque status, gradus et conditionis, etiam regularis cuiusvis ordinis congregationis, instituti et societatis, etiam Jesu . . . sine licentia in scriptis congregationis eorundem cardinalium (d. h. der Propaganda), quam operis initio imprimere teneatur, libros et scripta, in quibus de missionibus vel de rebus ad missiones pertinentibus agatur, per se vel per alium edat sub excommunicationis l. s., a qua nemo a quoquam praeterquam a nobis seu romano pontifice pro tempore existente nisi in mortis articulo constitutus absolvi possit ac privationis officii et vocis activae et passivae necnon operum suppressionis poenis ipso facto incurrendis" (vgl. dazu noch Arndt a. a. O. S. 55);

4. Benedikt XIV.: Cum multi 1748, bull. Ben. 2, 233. Diese const. untersagt, irgend welche die Anordnungen des Papstes über die Haltung der Feiertage (vgl. Bd. IV. S. 284) direkt oder indirekt anfechtende Schriften oder Briefe herauszugeben und zu veröffentlichen, ferner Schriften jeder Art, in welchen die Verminderung der Feiertage oder die Gewährung oder Nichtgewährung von Dispensationen in Betreff der Beobachtung derselben hauptsächlich oder nur gelegentlich behandelt wird, unter dem wahren Namen des Verfassers oder unter einem angenommenen oder auch ohne Namen zu drucken, herauszugeben oder sonst zu veröffentlichen, und bestimmt weiter, dass die diesen Vorschriften zuwider herausgegebenen Schriften ohne weitere Prüfung auf den Index gesetzt, die Zuwiderhandelnden von den allein durch den Papst zu beseitigenden, ipso iure eintretenden Strafen, nämlich Laien von der Exkommunikation, Geistliche bis zur Priesterweihe einschliesslich von der suspensio a divinis, Geistliche höherer Weihegrade und Stellungen von der suspensio ab exercitio pontificalium und von dem Bezuge der Früchte aller ihrer Kirchen und Benefizien, sowie aller kirchlicher Einkünfte betroffen, endlich aber Drucker und Buchhändler, welche Schriften der gedachten Art drucken, veröffentlichen oder verkaufen, allen Geld- und Körperstrafen, welche für das Drucken und Feilhalten verbotener Bücher festgesetzt sind, unterworfen werden sollen.

7 S. die vor. Anm. no. 1. 3. 4.

8 Nämlich der a. a. O. no. 2 u. 4 gedachten Censuren des Interdikts und der Suspensionen.

9 A. a. O. no. 1. 3.

10 Der privatio officiorum, des aktiven und passiven Wahlrechts und der arbiträren Geld- und Körperstrafen.

11 S. Anm. 1 u. 8.

kation [1], beseitigt worden [2]. Im übrigen haben die gedachten Verbote ihre gesetzliche Geltung behalten [3], nur können die festgesetzten Strafen [4], abgesehen von den sich rein auf kirchlichem Gebiet haltenden poenae vindicativae [5], heute nicht mehr [6] realisirt werden.

§. 320 ε. *Die Missachtung der kirchlichen Autorität, insbesondere der verhängten Censuren.*

Die Missachtung der kirchlichen Autorität, insbesondere der Ungehorsam gegen den Papst [7] und die Bischöfe [8], hatte schon das frühere gemeine Recht unter Strafe gestellt. Aufgehoben sind diese Vorschriften an sich nicht, und sie können also noch jetzt, soweit nicht die kirchliche Gesetzgebung durch Spezialisirung des Thatbestandes einzelne Arten dieses Generalvergehens als besondere Strafthaten qualifizirt hat, zur Anwendung kommen [9].

Unter den besonders herausgehobenen speziellen Vergehen [10] kommen namentlich der strafbare Verkehr mit den Exkommunicirten [11], die Erzwingung des kirchlichen Begräbnisses für notorische Ketzer, weiter für namentlich Exkommunicirte und Interdicirte [12], und endlich die Missachtung der kirchlichen Strafen durch die davon betroffenen Schuldigen [13] in Frage.

§. 321. II. *Die Verletzung der Klausur der Nonnen und Mönche.*

1. Die Verletzung der Klausur der Nonnen. Unter Bezugnahme auf die Anordnung Bonifaz' VIII. über die Beobachtung der Klausur in den Nonnenklöstern [14]

[1] S. 782 n. 1 u. n. 6 no. 2. 3. 4.

[2] Denn auf sämmtliche den hier besprochenen Verboten zuwider gedruckte oder herausgegebene Bücher trifft die o. S. 691 gedachte Reservation nicht zu. Alle diese gehören nicht zu den direkt als einzelne Schriften unter der erforderten genauen Bezeichnung durch päpstliche Schreiben verbotenen Schriften, und bei der const. Clemens' X. cit. handelt es sich auch nicht um eine Censur, welche sich auf einen Gegenstand der inneren Leitung eines Ordens bezieht, vgl. o. S. 661, da sich dieselbe gegen jedweden, der über das Missionswesen schreibt, richtet.

[3] Dies ergeben auch die S. 777 n. 4 u. n. 5 gemachten Anführungen.

[4] Wie die Konfiskation und die Geldstrafe.

[5] Wie z. B. der privatio officiorum und Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts, s. S. 782 n. 6 no. 3.

[6] Also gegen die Laien, insbesondere Drucker und Buchhändler, s. auch S. 777 n. 4 u. 5.

[7] S. 223 n. 6, s. aber auch S. 689.

[8] Vgl. die S. 224 n. 1 u. 2 citirten Stellen.

[9] Gran 1858, coll. conc. Lac. 5, 83: „Eadem poena (d. h. excommunicatio) manet etiam laicos episcopo suo inobedientes."

[10] Abgesehen von dem Ungehorsam gegen den Papst, s. o. S. 689.

[11] S. 497. 498. 511 ff.

[12] S. 497. 518 n. 4.

[13] S. 665. 666. Partikularrechtlich gehört hierher Paris 1528 c. 14, Hardouin 9, 1955 (Herren von Hospizen und Wirthshäusern, welche in den dort befindlichen Kapellen auswärtige oder durchreisende Priester celebriren lassen, Exkommunikation und andere arbiträre Strafe).

[14] c. un. in VI de statu regul. III. 16, welches die Klausur für alle Frauenorden anordnet, den Nonnen das Verlassen der Klausur ausser im Falle schwerer Krankheit und jeder anderen Person das Betreten derselben ohne einen gerechtfertigten Grund und ohne spezielle Erlaubniss des zuständigen Kirchenoberen untersagt, freilich aber keine Strafen für die Verletzung dieses Gebotes androht, vielmehr blos die Bischöfe, letztere bei den exemten Klöstern als apostolische Delegaten, sowie die Äbte und anderen Klosterprälaten zur Durchführung verpflichtet, während c. 8 (Lateran. III.) X de vita III. 1, nur bei wiederholtem, trotz Ermahnungen fortgesetztem Besuch der Nonnenklöster für Geistliche die privatio officii, für Laien die Exkommunikation festgesetzt

hat das Tridentinum[1] mit Rücksicht darauf, dass die Klausurvorschriften seit dem 15.[2], namentlich aber im 16. Jahrhundert[3], zum Theil in Folge der Einwirkungen der Reformation, vielfach verletzt worden waren, in seinen hierher gehörigen Bestimmungen den Eintritt in die Klausur ohne schriftliche Erlaubniss des Bischofs oder des Ordensoberen mit der Exkommunikation l. s. bedroht[4]. Erst von Pius V.[5] sind dagegen auf die Klausurverletzung seitens der Nonnen selbst bestimmte Strafen gesetzt[6], nämlich für das Verlassen derselben ausser in bestimmten Nothfällen[7] und für das längere als dadurch bedingte Verweilen ausserhalb der Klausur, die dem Papst reservirte Exkommunikation l. s., sowie die weiteren Strafen l. s. der privatio dignitatum, officiorum et administrationum und der Unfähigkeit zu solchen[8].

Zur vollen Durchführung des erstgedachten Verbotes, d. h. des Verbotes des Eintrittes in die Klausur, hat sodann Gregor XIII. sämmtliche, bisher für Frauen[9] gewährte Privilegien auf das Betreten der Klausur von Nonnenklöstern jeder Art widerrufen und den Eintritt in dieselbe auf Grund solcher beseitigten Privilegien mit der päpstlich reservirten Exkommunikation belegt[10], gleichzeitig aber allen geistlichen

hatte. Vgl. hierzu auch Analecta juris pontif. 1858 p. 429 ff.

1 Sess. XXV. c. 5 de regul.: „Nemini autem sanctimonialium liceat post professionem exire a monasterio, etiam ad breve tempus, quocumque praetextu, nisi ex aliqua legitima causa ab episcopo approbanda, indultis quibuscunque et privilegiis non obstantibus. Ingredi autem intra septa monasterii nemini liceat cuiuscunque generis aut conditionis, sexus aut aetatis fuerit, sine episcopi vel superioris licentia in scriptis obtenta, sub excommunicationis poena ipso facto incurrenda. Dare autem tantum episcopus vel superior licentiam debet in casibus necessariis neque alius ullo modo possit, etiam vigore cuiuscunque facultatis vel indulti hactenus concessi vel in posterum concedendi."

2 Vgl. die Nachweise bei Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 329. 330.

3 A. a. O. S. 331. 332.

4 Für die Verletzung der Klausur durch die Nonnen selbst hat es dagegen keine bestimmten Strafen festgesetzt, sondern nur die Bischöfe, bei exemten als apostolische Delegaten, angewiesen, gegen die Renitenz mit kirchlichen Censuren und Strafen, nöthigenfalls unter Anrufung des weltlichen Armes, einzuschreiten, und: „quod auxilium ut praebeatur, omnes christianos principes hortatur s. synodus et sub excommunicationis poena ipso facto incurrenda omnibus magistratibus saecularibus iniungit."

5 Nachdem er in der const.: Circa pastoralis 1566, b. T. 7, 447, für alle Nonnenorden mit feierlichen Gelübden die Nothwendigkeit der Einführung und Beobachtung der Klausur, sowie ihre Durchführung eingeschärft hatte, s. Hausmann S. 332.

6 Const.: Decori et 1570, b. T. 7, 450 u. 808.

7 L. c. §. 2: „nisi ex causa magni incendii vel infirmitatis leprae aut epidemiae, quae tamen infirmitas praeter alios ordinum superiores, quibus cura monasteriorum incumberet, etiam per episcopum seu alium loci ordinarium, etiam si praedicta monasteria ab episcoporum et ordinariorum iurisdictione exemta esse reperiantur, cognita et expresse in scriptis approbata sit."

8 Die päpstlich reservirte Exk. l. s. trifft (§. 2) ausser den egredientes auch die „licentiam exeundi quomodocunque concedentes necnon comitantes ac illarum receptatrices personas sive laicas aut saeculares aut ecclesiasticas, consanguineas vel non", ausserdem aber verfallen noch die „praesidentes et alii superiores licentiam concedentes" den übrigen im Text genannten Strafen.

Auf diese Strafen bezieht sich auch Benedikt XIV.: Cum sacrarum 1741, b. Bened. 1, 24, in den zur Herstellung der Klausur der Nonnenklöster in Portugal erlassenen Anordnungen, in denen unter Widerruf aller Privilegien und Indulte auf das Verlassen des Klosters den zur Durchführung berufenen kirchlichen Oberen auch noch das Recht ertheilt wird, zu diesem Behufe arbiträre Strafen anzuwenden, und alle Strafen auch auf diejenigen für anwendbar erklärt werden, welche Rath, Hülfe oder Unterstützung zur Hinderung der Durchführung der Klausurvorschriften gewähren.

9 Einschliesslich der Gräfinnen, Markgräfinnen und Herzoginnen, s. die folg. Anm.

10 Const.: Ubi gratiae 1575 §§. 1. 2, b. T. 8, 113. Nach §. 3 verfallen auch Äbtissinnen, Äbte und alle anderen Ordensoberen und Oberinnen, welche Frauen auf Grund solcher Privilegien in die Klausur einführen oder ihren Eintritt gestatten, derselben Strafe, sowie ipso iure der privatio dignitatum, beneficiorum et officiorum und der Unfähigkeit zu solchen.

Die von Neuem trotz dieser Konstitution ertheilten Privilegien hat Paul V.: Monialium 1612, b. T. 12, 184, unter Wiederholung der Strafandrohungen Gregors XIII. widerrufen, und Urban VIII.: Sacrosanctum apostolatus 1624, b. T. 13, 235, in Betreff der Privilegien, in denen der Eintritt den privilegirten Frauen nur mit Zustimmung der Nonnen und der Ordensoberen gestattet wird, angeordnet, dass dieselben auch

und weltlichen Personen, sowie allen Regularen bei dergleichen Strafe, bez. auch der ipso iure eintretenden Privation aller Dignitäten, Benefizien und Offizien und der Unfähigkeit zu solchen, untersagt, unter dem Vorwande einer etwaigen Genehmigung des Bischofs oder der Ordensoberen die Klausur der Nonnenklöster beliebig ohne einen nothwendigen Grund zu betreten, und den Nonnen bei den gleichen Strafen verboten, solche Personen ausser in dem zuletzt gedachten Fall [1] in die Klausur einzulassen.

Demnächst ist weiter in Ergänzung dieser Anordnung von demselben Papste [2] bestimmt worden, dass die Säkular- und Regularprälaten, welchen die Aufsicht über Nonnenklöster oder die Leitung solcher zusteht, von der ihnen amtlich zukommenden Befugniss, die Klausur zu betreten, bei den ipso iure eintretenden Strafen, für Obere bischöflicher Würde des *interdictum ingressus ecclesiae* im ersten Fall, der *suspensio a munere pontificali et a divinis* im zweiten, der Exkommunikation im dritten Fall, für Regularen der *privatio officii* und der Exkommunikation, blos in nothwendigen Fällen Gebrauch machen sollen [3].

In Anschluss an die besprochenen päpstlichen Erlasse hat die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 mit der dem Papst schlechthin vorbehaltenen Exkommunikation l. s. bedroht [4]

1. alle, welche, gleichviel welchen Geschlechtes, Alters und Standes, die Klausur der Nonnen dadurch verletzen, dass sie deren Klöster ohne rechtmässige Erlaubniss betreten,

2. diejenigen, welche andere Personen in die Klausur einführen oder in dieselbe einlassen, und

3. die Nonnen, welche ausser den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen ohne die gesetzlichen Bedingungen die Klausur verlassen.

Die Strafvorschrift bezieht sich in allen ihren Theilen nur auf die Klausur der päpstlich genehmigten Frauenorden mit feierlichen Gelübden [5], also nicht auf andere wenngleich nach bestimmten Regeln lebende Frauengenossenschaften, insbesondere

von der gedachten Strafe betroffen werden sollen, falls die Genehmigung der ersteren nicht durch einen unter geheimer Abstimmung gefassten Kapitelsbeschluss ertheilt worden ist.

Die const. Benedict. XIV.: Salutare v. 1742, b. Ben. 1, 47, widerruft nicht nur alle Privilegien der eben gedachten Art, sondern auch alle an Nonnen auf Austritt aus der Klausur ohne Vorliegen der gesetzmässigen Gründe ertheilten Indulte, und bedroht diejenigen, welche von solchen Gebrauch machen, mit allen auf die Verletzung der Klausur gesetzten Strafen und Censuren, welche ipso iure eintreten und dem Papst reservirt bleiben sollen.

[1] Const. Gregor. XIII. cit. §. 4.

Vgl. auch noch die für Spanien ergangene const. Sixtus' V.: Cum pastoralis 1586, b. T. 8, 701, nach welcher in den Kapellen, im Chor oder an anderen Orten innerhalb der Klausur der Nonnenklöster bei Strafe der päpstlich reservirten exc. l. s. keine anderen als königliche Leichen bestattet oder für immer oder auch nur auf Zeit beigesetzt, und keine Grabmäler mit Schmuck, Insignien und Wappen (abgesehen von königlichen) errichtet oder mit solchen versehen werden dürfen; ferner die const. Bened. XIV.: Per binas 1746 für Portugal, b. Ben. 2, 81, welche mit Rücksicht auf den Missbrauch, das Klausurgebot vielfach durch Einführung von beliebigen Frauen unter der Maske von Dienerinnen zu umgehen, bestimmt, dass bei Nichteinholung einer päpstlichen Erlaubniss durch die Ordinarien zur Zulassung und Aufnahme von Frauen, einschliesslich der Dienerinnen und der zur Erziehung übergebenen Mädchen, sowohl die Nonnen und die anderen in den Klöstern befindlichen Frauen, welche solche zugelassen oder aufgenommen haben, wie auch die zugelassenen und aufgenommenen selbst den Strafen des Klausurverbotes verfallen sollen.

[2] Gregor XIII.: Dubiis 1581, b. T. 8, 115.

[3] Und zwar: „a paucis iisque senioribus et religiosis personis comitati".

[4] Exc. l. s. rom. pont. res. n. 6: „Violantes clausuram monialium cuiuscumque generis aut conditionis, sexus vel aetatis fuerint, in earum monasteria absque legitima licentia ingrediendo; pariterque eos introducentes vel admittentes; itemque moniales ab illa exeuntes extra casus ac formam a S. Pio V in const.: *Decori* — s. S. 784 n. 7 — praescriptam."

[5] (A.-) Pennacchi 1, 716; Heiner S. 180. 181; Arch. f. k. K. R. 47, 219 (betreffend Baiern).

nicht auf die weiblichen Kongregationen[1], d. h. also nur auf die s. g. *clausura papalis*[2]. Ferner handelt es sich dabei allein um die s. g. *septa monasterii*, mithin um denjenigen Raum des Klosters nebst dazu gehörigen, dasselbe umgebenden Hof-, Garten- und anderen Grundstücken, welcher allein für die Nonnen bestimmt ist und deshalb für die Aussenwelt abgeschlossen gehalten wird[3].

Was diejenigen Personen betrifft, auf welche der erste Theil der Strafandrohung Anwendung findet, so gehören alle Personen, männliche und weibliche, jeden Standes und Alters, hierher. Was die Laien betrifft, so nimmt aber die herrschende Ansicht die Kaiser, Kaiserinnen, Könige und Königinnen, sowie deren Söhne, Töchter und ihre Begleitung, weil diese nicht speziell im Strafgesetz erwähnt sind, aus[4]. Von Geistlichen fallen aber alle unter das letzere, selbst die Kardinäle und die Erzbischöfe[5].

Eine Verletzung der Klausur liegt vor, wenn die vorhin gedachten Grenzen von einer Person vorsätzlich[6] auch nur um ein Minimum überschritten werden[7].

[1] Denn bei diesen beruht die etwaige Klausur nicht auf dem gemeinen Recht und insbesondere nicht auf den citirten päpstlichen Konstitutionen. Für die Verletzung der ersteren können daher nur die etwa vom Ordinarius festgesetzten Strafen eintreten, Entsch. d. congr. episc. v. 1838, (A.-) Pennacchi 1, 716; Heiner S. 180.

[2] Diese kommt stets bei Frauenorden mit feierlichen Gelübden vor, so dass letztere ohne eine solche Klausur nicht zugelassen werden. In denjenigen Fällen aber, wo trotz einfacher Gelübde päpstlicherseits die ewige Klausur zugelassen wird, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 717. 718, ist dieselbe immer eine papalis, und deshalb müssen auf ihre Verletzung die hier gedachten Strafvorschriften ebenfalls Anwendung finden.

[3] Oder jedenfalls abgeschlossen gehalten werden soll; vgl. Gregor XIII.: Deo sacris 1572 §. 6, b. T. 8, 28: „Declaramus praeterea nullis monialibus, etiam tertiariis licere habere ostium, per quod ex monasterio introiri possit ipsarum monialium ecclesiam exteriorem, in quam secularibus ad missas et divina officia patere solet accessus, sed omnino muro obstruendum neque itidem licere monialibus, etiam tertiariis, egredi a ianua monasterii, quae est pro clausura ipsius monasterii, etiam ad claudendum aliam ulteriorem ianuam, qua patere solet aditus saecularibus venientibus vel ad rotam vel ad crates seu loca colloquiis destinata, quae vulgo parlatoria vocantur, vel ad pulsandum ipsam ianuam clausurae; quae loca, cum saltem pro causis praedictis patere soleant saecularibus, extra clausuram censeri debent, etiam quo tempore clausa sunt." Die Kirche und die Sakristei können entweder ganz innerhalb der Klausur liegen, so, wenn sich beide völlig innerhalb des abgeschlossenen Raumes befinden, also namentlich nur innerhalb desselben zugänglich sind, oder auch, die Kirche wenigstens, theilweise ausserhalb des gedachten Umfanges, wenn man zu einem Theil derselben, wie namentlich zu dem Schiff, durch einen für Alle offenstehenden Eingang gelangen kann.

[4] Vgl. Ferraris, prompta bibliotheca s. v. moniales art. III n. 53. Wenn bei den wiederholten Aufhebungen von Privilegien, s. S. 784 n. 10, dieser Klasse von Fürsten niemals gedacht wird, so ergiebt sich daraus, dass dieselben päpstlicherseits nicht als dem Klausurverbot unterworfen betrachtet worden sind, vgl. auch (A.-) Pennacchi 1, 718; Heiner S. 184, und dann erscheint es gegenüber der dem Tridentinum entsprechenden weiten Fassung der const.: „cuiuscunque generis aut conditionis" richtiger, sie mit Rücksicht darauf, dass sie kraft Gewohnheitsrechts zum Eintritt in die Klausur befugt sind, also diese nicht absque legitima licentia betreten, von der Strafbestimmung für eximirt zu erklären. Vgl. auch S. 787.

Wenngleich die const. ebenso wie das Tridentinum Personen jedes Alters bedroht, so sind doch die Kinder bis zum vollendeten siebenten Jahr nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen ausgeschlossen, nicht aber die Unmündigen, bei diesen kommt es vielmehr darauf an, ob sie doli capaces sind oder nicht, (A.-) Pennacchi 1, 722, ungenau Heiner S. 184.

[5] Denn diese müssen bei der weiten Fassung des Gesetzes als darunter begriffen betrachtet werden.

[6] Nur auf den Vorsatz, nicht aber auf die Fahrlässigkeit lässt sich der Ausdruck: *violare* beziehen. Wer sich also nicht darum kümmert, wo die Klausur anfängt, oder ohne Kenntniss davon durch die offenstehende Thür des verschlossenen Raumes eintritt, verfällt nicht der Exkommunikation, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 722. 723.

Eine böswillige Absicht ist nicht erforderlich. Vielfach wird eine von Clemens VIII. bestätigte Entsch. der congr. episc. v. 1602 für Italien citirt, nach welcher die violatio clausurae monialium ad malum finem zu einem speziellen päpstlichen Reservatfall erklärt worden ist, Thesaurus l. c. P. II clausura c. 7, p. 138; Ferraris l. c. n. 51 (so dass die Beichtväter nur kraft spezieller päpstlicher Ermächtigung davon absolviren können). Die const.: Apostolicae verlangt aber eine solche Absicht nicht, es genügt also schon ein Betreten der Klausur aus blosser Neugierde.

[7] Es muss aber der Eintritt in die Klausur vollendet sein, das blosse Hineinstecken des

Zum Thatbestand des Vergehens wird endlich erfordert, dass die in die Klausur eintretende Person keine gesetzmässige Erlaubniss, d. h. eine solche, welche von dem dazu berechtigten Kirchenoberen[1] innerhalb seiner Zuständigkeit[2] ertheilt worden ist oder welche das geltende Recht ein für alle Mal gewährt[3], besitztt.

Kopfes oder Hineinsetzen eines Fusses ist noch keine Vollendung des Vergehens. Ebensowenig liegt ein Betreten der Klausur vor, wenn Jemand das Dach des Klosters von aussen erklettert, denn das letztere schliesst dieses ebenso nach oben ab, wie die äussere Umfassungsmauer nach aussen, und dies muss auch gelten, wenn man vom Dach in die für die Nonnen bestimmten Gärten oder Höfe hinuntersehen kann.

[1] Nach Trid. cit., s. o. S. 784 n. 1, und Gregor XIII. 1575 cit., S. 785 n. 1, des Bischofs oder des Ordensoberen, je nachdem das Kloster dem einen oder anderen untersteht, nach der Deklaration Urbans VIII. v. 1630 bei Bened. XIV. de synod. dioec. XIII. 12 n. 23; (A.-) Pennacchi 1, 736, bei exemten Klöstern aber sowohl des Bischofs, wie auch des Ordensoberen gemeinschaftlich, ja da, wo sich die Gewohnheit gebildet hat, dass der Bischof allein eine solche ertheilt, blos des letzteren, so dass also jetzt die alleinige Erlaubniss des Ordensoberen niemals ausreichend ist.

Ausser diesen kann auch der Papst in allen Fällen eine solche gewähren.

[2] Die Bischöfe und Ordensoberen besitzen das Recht zur Ertheilung der Erlaubniss für die s. g. *casus necessarii* nach dem Tridentinum l. c., d. h. für die Fälle, in denen eine Nothwendigkeit auf Seiten des Klosters oder der Nonnen vorliegt, nicht aber anf Seiten dritter, dem Kloster nicht angehöriger Personen. Sie dürfen also Frauen, welche während eines Ehescheidungsprozesses im Kloster verweilen oder den Nonnen dort Unterricht geben oder Handdienste verrichten oder Aufführungen der Nonnen ansehen wollen, eine solche Genehmigung nicht ertheilen, s. die Entscheidung der congr. episc. 1611 bei (A.-)Pennacchi 1, 724. 725, vielmehr ist eine solche nichtig und befreit nicht von der Strafe. Die casus necessarii, in denen die Gewährung erlaubt und gültig ist, lassen sich auf drei Gruppen, die necessitates corporales, die necessitates spirituales monialium und die necessitates domus oder monasterii zurückführen. Zu der ersteren gehören die Licenzen für die zur Behandlung kranker Nonnen erforderlichen Ärzte oder für die zur Herstellung von Nahrungsmitteln nothwendigen Handwerker, wie z. B. für Bäcker zum Backen des Brodes, zu der zweiten die für die Beichtväter (vgl. auch Bd. IV. S. 98), um kranken Nonnen oder denjenigen, welche sich nicht an den regelmässigen Ort der Spendung begeben können, das Sakrament der Beichte, das Viatikum oder die letzte Ölung zu administriren und sterbenden Nonnen sonstigen geistlichen Beistand zu leisten (vgl. auch Alexander VII.: Felici 1664, b. T. 17, 307, u. Analecta jur. ponf. 1861 p. 727 ff.), und endlich zu der dritten die für Handwerker, welche Reparaturen an Baulichkeiten oder an sonstigen innerhalb der Klausur befindlichen, nicht fortschaffbaren Gegenständen oder mit dem Wirthschaftsbetrieb zusammenhängende, nicht ausserhalb der Klausur zu verrichtende Arbeiten vorzunehmen haben, vgl. hierzu die Entsch. d. congr. episc. bei (A.-)Pennacchi 1, 726. 728. 739 u. Ferraris l. c. n. 81. Die Licenz gilt aber immer nur für die speziellen Fälle oder Thätigkeiten. Betritt also der mit derselben versehene die Klausur zu anderen Zwecken, so verfällt er der Exkommunikation.

Das Tridentinum l. c. schreibt vor, dass die Erlaubniss schriftlich ertheilt werden soll. Da aber die const. Pius IX. cit. dieses Erfordernisses nicht gedenkt, so genügt schon die mündliche Erlaubniss, um die Exkommunikation auszuschliessen, so auch die allgemeine Ansicht, siehe (A.-) Pennacchi 1, 739; Heiner S. 182.

Im Gegensatz zu den erwähnten Kirchenoberen ist der Papst bei der Gewährung von Licenzen nicht an die besprochenen Voraussetzungen gebunden; päpstliche Indulte zum Betreten der Klausur durch Gelehrte zu Kunststudien u. s. w. in Anal. iur. pont. 1861 p. 741 ff.

[3] Dies ist der Fall in Betreff des Bischofs und des Regularoberen, welchem das Kloster untersteht, aber auch diese dürfen dasselbe nur im Falle der Nothwendigkeit betreten, s. o. S. 785, also namentlich zum Zwecke der einmaligen jährlichen oder einer erforderlich werdenden ausserordentlichen Visitation (vgl. Alex. VII.: Felici 1664, b. T. 17, 307), nicht aber behufs Leitung der Wahl der Äbtissin (s. Trid. Sess. XXV. c. 7 de reg., es wäre denn, dass Streitigkeiten zwischen den Nonnen seine Anwesenheit im Wahllokal selbst, nicht blos vor dem Sprechgitter, „ante cancellorum fenestellam" bedingten); ebensowenig zur Einkleidung der Novizen, zur Entgegennahme der Professablegung, zur Konfirmation von Mädchen, ausser im Falle der Todesgefahr, vgl. die Entsch. bei (A.-) Pennacchi 1, 735, ja, für den Regularoberen, welcher das Kloster ohne das Vorliegen eines nothwendigen Grundes betreten will, bedarf es der Erlaubniss des Bischofs, welche ebenfalls nur nach Massgabe der darüber geltenden Vorschriften ertheilt werden kann, s. o. Anm. 1 u. 2.

Beim Betreten der Klausur in nothwendigen Fällen müssen die gedachten Oberen immer einzelne ältere Mönche oder Geistliche (so interpretirt die Praxis d. congr. episc. das personae religiosae) zuziehen, s. o. S. 785 n. 3 (deren Zahl die Doktrin in Anhalt an Clem. 2 de statu monach. III. 10 auf höchstens 8 bemisst, Fagnan. ad c. 17 de off. iud. ord. I. 31 n. 26. 30).

Jeder der gedachten Kirchenoberen, welcher die Klausur ohne das Vorhandensein eines nothwendigen Grundes betritt, verfällt jetzt der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s., die Regu-

Was das o. zu 2 gedachte Vergehen anlangt, so gehört zum Thatbestand desselben, dass eine Person, welche kein Recht hat die Klausur zu betreten[1], in dieselbe und zwar von solchen, welche ihrerseits selbst die letztere nicht verletzen[2], vorsätzlich[3] eingeführt[4] oder zugelassen[5] wird[6].

Was die dritte Strafandrohung gegen die Verletzung der Klausur durch die Nonnen selbst (s. o. S. 785) betrifft, so findet sie Anwendung auf diejenigen, welche die Grenzen der Klausur überschreiten, gleichviel, ob dies durch das Herausgehen aus der Pforte des betreffenden Raumes, durch Besteigung des Daches, durch Er-

laroberen trifft auch die privatio officii et ministerii ipso iure, und das erstere gilt auch für die Bischöfe, denn auf dieselben findet, weil sie sich unter der gedachten Voraussetzung einer violatio clausurae schuldig machen, jetzt die Bestimmung der const.: Apostolicae Anwendung, nicht mehr die der const. Gregor. XIII.: In dubiis cit., s. o. S. 785, deren Censuren in der ersteren nicht aufrechterhalten sind. Auf die Nichtzuziehung der erwähnten Begleiter oder Überschreitung der Zahl derselben finden diese Strafen ebenfalls Anwendung — früher bestand darüber Streit, s. für die Bejahung Fagnan. l. c. n. 30, für die Verneinung (A.-)Pennacchi 1, 733. 734 —, denn das Recht gewährt die gedachte Befugniss lediglich unter der erwähnten Bedingung, und wenn diese nicht erfüllt ist, liegt keine licentia legitima vor.

Wegen der Kaiser und Könige s. S. 786 n. 4.

1 Also auch Kinder unter 7 Jahren und Unzurechnungsfähige, wie Geisteskranke. Während die frühere Doktrin und die Praxis der congr. episc. an der Strafbarkeit der solche Personen zulassenden Nonnen nicht gezweifelt hat, siehe Ferraris l. c. art. 3 n. 58 u. die Citate bei (A.-) Pennacchi 1, 745, spricht sich letzterer mit Rücksicht auf die const.: Apostolicae freilich im Gegensatz zu den meisten Kommentatoren, siehe Heiner S. 185, dagegen aus, da nach derselben nur die Einführung eines violans clausuram strafbar sei, die gedachten Personen aber, weil sie wegen mangelnder Willensfähigkeit die Klausur nicht verletzen können, nicht zu den violantes gehören. Hierbei ist aber übersehen, dass nach der const. cit. die Einführung in die Klausur ein selbstständiges Vergehen bildet, und dass die erstere nichts über die allgemeinen Gründe der Zurechnung und Strafbarkeit bestimmt, es also nur darauf ankommt, ob die eingeführte Person thatsächlich die Klausur verletzt, nicht aber darauf, ob ihr diese Verletzung auch als strafbares Vergehen zugerechnet werden kann.

2 Das ergiebt sich aus den Worten der const. cit. „introducentes vel admittentes", welche voraussetzen, dass diejenigen, welche diese Handlungen vornehmen, sich innerhalb der Klausur befinden. Derjenige, welcher diese seinerseits überschreitet und einen anderen dabei mit ein führt, ist seinerseits ebenso wie der letztere ein „violans clausuram", vgl. auch (A.-)Pennacchi 1, 740. 741.

3 Deshalb verfallen die Nonnen, welche einen Prälaten, wenn er den Eintritt in die Klausur in nicht nothwendigen Fällen (s. o. S. 787 n. 3) begehrt oder eine andere Person, wenn sie auf Grund einer widerrechtlich, also ohne einen casus necessarius gegebenen Erlaubniss (vgl. o. S. 787 n. 2), dies verlangt, in die Klausur einlassen, nicht der Exkommunikation, denn dieselben haben kein Recht, die amtlichen Akte der Vorgesetzten auf ihre Gültigkeit und Rechtmässigkeit hin zu prüfen, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 744. 745.

4 Damit ist das Hineinführen, Hineinbegleiten gemeint, z. B. das Öffnen der Thür und das Hineinlassen durch die Pförtnerin.

5 Darunter fällt das Nichthindern des Eintritts in die offenstehende Pforte der Klausur durch diejenigen, welche dies zu hindern verpflichtet sind, wie durch die Pförtnerin oder die Oberin. Dass nur die Inhaberinnen der eben gedachten beiden Ämter sich des gedachten Vergehens schuldig machen können, ist eine unrichtige Ansicht, denn auch eine andere Nonne, welche mit den der Pförtnerin entwendeten Schlüsseln die Thür öffnet, damit Jemand in die Klausur eintritt, fällt unter die „admittentes", vgl. (A.-)Pennacchi 1, 742.

Nicht gehören aber hierher die Ordinarien und Regularoberen, welche Jemand ohne einen nothwendigen Grund die Erlaubniss zum Betreten der Klausur ertheilen, denn diese lassen dadurch die betreffenden Personen nicht in dieselbe ein, sondern schaffen nur die Voraussetzung, unter welcher dieselben von anderen, d. h. von den Nonnen, zugelassen werden, s. auch Heiner S. 182. 183.

6 Und zwar widerrechtlich, denn derjenige, welcher die rechtmässige Erlaubniss zum Eintritt in die Klausur besitzt und dieselbe betritt, verletzt nicht einmal thatsächlich die Klausur, fällt also nicht unter die Kategorie der violantes.

Die Aufnahme von Mädchen zur Erziehung in die Klöster, also auch in die Klausur derselben, ist an sich durch kein kirchliches Gesetz verboten, aber es bedarf dazu, abgesehen von einem päpstlichen Indult, mindestens der Genehmigung des congr. episcop., Ferraris l. c. art. I. n. 8, wenn nicht ein Gewohnheitsrecht dafür besteht, dass der Bischof eine solche Erlaubniss zu geben berechtigt ist, Anal. iur. pontif. 1861 p. 737; Heiner S. 185. Dagegen ist derselbe nicht befugt, die Annahme von Frauen als Pensionärinnen in ein der Klausur unterworfenes Kloster zu erlauben, Entsch. d. congr. v. 1884, Acta s. sed. 17, 255 u. (A.-)Pennacchi 2, 621. Werden solche Mädchen und Frauen ohne die erforderliche Erlaubniss zugelassen, so liegt darin ein strafbares Einführen in die Klausur.

klettern solcher Bäume, welche über den Klausurraum hinüberragen, oder auf andere Weise geschieht [1], nicht aber auf solche, welche nach rechtmässigem Verlassen der Klausur nicht wieder rechtzeitig in das Kloster zurückgekehrt sind [2]. Die Strafe tritt aber nicht ein, wenn einer der von Pius V. anerkannten rechtmässigen Gründe [3] und zugleich [4] die erforderliche Feststellung über das Vorhandensein eines solchen [5] oder ein päpstliches Indult [6] beim Verlassen der Klausur vorgelegen hat [7].

Alle Censuren l. s. für andere Fälle des hier fraglichen Vergehens als die vorstehend gedachten, sind durch die const.: Apostolicae v. 1869 beseitigt [8], nur nicht die durch das Tridentinum [9] angedrohte Exkommunikation l. s. für die weltlichen Obrigkeiten [10], welche den Bischöfen bei der Durchführung der Klausur und der Bestrafung der widerspenstigen Nonnen auf ihre Aufforderung keine Hülfe leisten,

1 Vgl. Ferraris l. c. art. III. n. 10 ff. Vollendet ist das Vergehen in dem Augenblick, in welchem sich der Körper der Nonne ausserhalb des durch die Grenzen der Klausur bestimmten Raumes befindet.

2 Weil darin kein Bruch der Klausur als solcher liegt.

3 Nach der const.: Decori 1570 §. 2 cit., S. 784 n. 7, sind diese ein bedeutender Brand, sowie das Herrschen des Aussatzes (lepra) oder einer anderen ansteckenden Seuche im Kloster, d. h. einer solchen, welche das Kloster selbst oder seinen Personalbestand, vgl. auch c. un. in VI cit. III.16, nicht blos eine einzelne Nonne gefährdet, da die Ausnahmen nicht im Interesse der letzteren, sondern im allgemeinen Interesse aufgestellt sind, und solche Verhältnisse voraussetzen, in denen die Erhaltung des Klosters höher steht als die Beobachtung der Klausur. Übereinstimmend und mit Recht, denn dafür spricht der Zweck der Anordnung, nimmt die Doktrin an, dsss die drei gedachten Gründe nicht die einzig statthaften sind, sondern ihnen auch andere angereiht werden können, in welchen eine gleiche Gefährdung wie in den von Pius V. aufgezählten vorliegt, also z. B. der Einsturz der Klostergebäude wegen eines Erdbebens, eine hereinbrechende Überschwemmung, der Überfall von Feinden oder Räubern, Ferraris l. c. art. III. n. 28; Benedict. XIV. de syn. dioec. XIII. 12 n. 26, (A.-)Pennacchi 1, 347; Heiner S. 187. Nicht hierher gehört aber die Versetzung einer Nonne in ein anderes Kloster, selbst wenn sie deshalb erfolgt, weil ihr Verbleiben in dem bisherigen die Disciplin unter ihren Mitschwestern schwer schädigen oder untergraben oder unter denselben ein schweres Ärgerniss erregen könnte, denn hier besteht die Möglichkeit, mit anderen Disciplinarmitteln einzuschreiten und nöthigenfalls die päpstliche Erlaubniss zur Versetzung einzuholen, vgl. Bened. XIV. l. c. IX. 15 n. 8; (A.-)Pennacchi 1, 753; Analecta iur. pont. 1858 p. 477 u. 1861 p. 752; Entsch. d. congr. episc. 1884, Acta s. sed. 17, 255 u. (A.-)Pennacchi 2, 621.

4 Abgesehen von Fällen, in denen wegen der Gefahr, wie bei einem grossen Brande oder einer Überschwemmung, ein sofortiges Verlassen der Klausur bedingt und gerechtfertigt erscheint.

5 Berechtigt dazu ist der Regularobere im Verein mit dem Ordinarius des Ortes, selbst bei exemten Klöstern, auch muss das Vorhandensein von dem letzteren schriftlich bestätigt sein, const.: Decori cit. §. 2, S. 784 n. 7. Vorher darf also der Ordensobere oder die Oberin in den exemten Klöstern die Erlaubniss zum Verlassen der Klausur nicht ertheilen, vgl. übrigens hierzu noch (A.-)Pennacchi 1, 759.

6 Ein solches ist in allen anderen, als den vorher, s. Anm. 3, gedachten Fällen erforderlich, also z. B. für kranke Nonnen, welche ausserhalb des Klosters eine Kur gebrauchen müssen, (A.-) Pennacchi 1, 751; Anal. iur. pont. 1861 p. 761. 767 (zur Unterbringung in einem Irrenhause) und ibid. p. 718 ff. (zum Besuch der Heiligthümor der Stadt, anderer Nonnenklöster und zur Besichtigung begonnener Klosterbauten).

Die in Baiern bestehende Gewohnheit, dass den Nonnen das Verlassen der Klausur aus etwaigen vom Bischof für dringend erachteten Gründen ohne Rücksicht auf die cit. const. Pius' V. gestattet wird, hat die congr. inquis. 1880 für unstatthaft und die Beobachtung der gedachten const. für nothwendig erklärt, Arch. f. k. K. R. 46, 25. 26; Acta s. sed. 15, 537 u. 24, 708.

7 Liegen also die erwähnten Erfordernisse nicht vor, so verfällt die Nonne der Exkommunikation, jedoch nicht, wenn der Regularobere und Bischof formell nach der const. Pius' V. verfahren sind, aber hinsichtlich der Gründe ihre Zuständigkeit überschritten haben, da die untergebene Nonne nicht die Rechtmässigkeit der Handlungen der Vorgesetzten zu prüfen berechtigt ist.

8 So die spezielle Reservation bei der violatio clausurae ad malum finem, S. 786 n. 6, ferner die exc. l. s. für die S. 784 n. 8 gedachten Personen, nicht aber die privatio officiorum und die Unfähigkeit zu solchen für die die Erlaubniss zum Austritt unberechtigter Weise ertheilenden Oberen, weil diese Strafen poenae vindicativae sind.

9 Trid. Sess. XXV. c. 5 de reg.: „Quod auxilium, ut praebeatur, omnes christianos principes hortatur s. synodus et sub excommunicationis poena ipso facto incurrenda omnibus magistratibus saecularibus iniungit.“

10 Nicht aber für die Fürsten, vgl. die vor. Anm. Demnach kann es nur die weltlichen Beamten meinen.

wenngleich diese Vorschrift[1] in Folge der veränderten Stellung des Staates zur katholischen Kirche heute keine praktische Bedeutung mehr hat[2].

2. Die Verletzung der Klausur der Männer-Klöster. Pius V. hat 1566[3] mit Rücksicht darauf, dass die Ordnung des Mönchslebens bei vielen Klöstern, insbesondere der Karthäuser, durch Frauen, welche sich auf Grund von Beicht- und anderen päpstlichen Privilegien[4] Einlass in die Mannsklöster verschafften, vielfach gestört wurde[5], unter Widerruf aller derartiger Ermächtigungen den begünstigten Frauen bei Strafe der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation l. s. den Eintritt in die gedachten Klöster auf Grund der widerrufenen Privilegien, sowie den Äbten, Pröpsten, Prioren, anderen Oberen, Mönchen und Regularkanonikern die Einführung und Zulassung solcher Frauen bei den ipso iure eintretenden Strafen der privatio officiorum und der Unfähigkeit zu solchen, ferner auch der suspensio a divinis[6] untersagt, und diese Vorschriften später auch auf alle Frauen[7] ausgedehnt[8].

Im 18. Jahrhundert sah sich Benedikt XIV.[9] in Folge einer trotz dieser Verbote eingetretenen laxen Praxis veranlasst, alle etwaigen kirchlichen Würdenträgern und anderen Personen aller Art ertheilten Ermächtigungen und Privilegien, von dem Klausurverbot zu dispensiren, zu widerrufen[10] und unter Erneuerung der früheren Bestimmungen den Gebrauch der ersteren auch seinerseits mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. zu bedrohen.

Nach dem Vorgange dieser früheren päpstlichen Konstitutionen hält die const. Pius' IX.: Apostolicae die dem Papst schlechthin reservirte Exkommunikation für

[1] Trotz ihrer indirekten Erneuerung durch die const.: Apostolicae, s. o. S. 658, welche zeigt, dass man sie päpstlicherseits nicht als aufgehoben betrachtet, s. auch (A.-) Pennacchi 2, 237. 265.

[2] Weil die weltlichen Beamten, insbesondere die Regierungsbeamten, nach dem bestehenden Recht nicht verpflichtet, also auch nicht befugt sind, derartigen Requisitionen der Bischöfe Folge zu leisten.

[3] Const. Regularium, b. T. 7, 487.

[4] D. h. sich beliebig einen Beichtvater zu wählen oder beliebig ein bestimmtes Kloster (z. B. weil dort von der Familie Stiftungen errichtet oder Familienmitglieder bestattet waren) betreten zu können.

[5] Const. cit. §. 1.

[6] Const. cit. §§. 2—4; wiederholt in der const. Gregor. XIII.: Ubi gratiae 1575, b. T. 8, 113. In dieser ist aber den Oberen die exc. l. s. papae reservata angedroht, und die Praxis hat sie ebenfalls auf den Anm. 7 gedachten Fall zur Anwendung gebracht, s. Dekr. d. congr. episc. v. 1588 bei Ferraris l. c. s. v. conventus art. 3 n. 8 u. (A.-) Pennacchi 1, 768.

[7] Const.: Decet 1570, l. c. 7, 488, also auch auf solche, welche derartige Privilegien besessen haben.

[8] Zugleich mit der Deklaration, dass das Verbot sich nicht darauf erstrecke (s. §. 3) „quod mulieribus . . . praecludatur aditus ad monasteria et loca regularia dictae congregrationis (d. h. Montis Virginis) ac eorum claustra, quando in eis missae et alia divina officia celebrantur, ac dum processiones fiunt et quando Christi fidelium cadavera ibi speliuntur ac etiam pro eis suffragia fiunt, sed libere perpetuo concedimus eisdem omnibus mulieribus facultatem, ut ad illa loca dictae congregationis, in quibus dicta pia opera exercentur, cum aliis catholicis personis accedere libere et licite possint et valeant. (§. 4.) Et similiter quod quando divinum verbum in claustris monasteriorum et regularium locorum congregationis huiusmodi proponitur vel per aliam quamcumque causam tantus concursus populi fuerit, quod commode ingredi non possint et egredi per portam ecclesiae, perpetuo concedimus, ut dictae mulieres, una cum aliis saecularibus personis possint ingredi et egredi per portam claustri monasteriorum et locorum regularium congregationis huiusmodi, dummodo recto tramite accedant ad portam qua exitur e monasterio."

[9] Const.: Regularis disciplinae 1742, b. Bened. 1, 46.

[10] Jedoch mit folgender Ausnahme (§. 8): „non intendimus derogatum esse iis concessionibus quae ad favorem quarumcumque nobilium foeminarum ex eo, quod sive earumdem maiores ac suo tempore existentes de familia fuerint et habeantur fundatores vel insignes benefactores illius monasterii, intra cuius clausura vel septa feminas etiam de familia ingredi vel concessum vel cautum esse sibi voluerunt et de concessione huiusmodi confirmationem ab apostolica hac s. sede obtinuerunt; sive foeminae huiusmodi sint consanguineae et affines eorum, qui sunt domini in temporalibus locorum, in quibus monasteria sita reperiuntur et quacumque legitima tituli vel consuetudinis causa et occasione ingressu huius-

alle Frauen, welche die Klausur der Mönche verletzen, sowie für die Oberen und andere, welche die ersteren zulassen, aufrecht[1].

Es handelt sich bei dieser Strafbestimmung zunächst nur um die päpstlich approbirten Orden mit feierlichen Gelübden, also nicht um die blossen ordensähnlichen Kongregationen[2].

Der Begriff der Klausur ist derselbe wie bei den Frauenorden[3].

Der Strafe unterliegen nur Frauen[4], also niemals Männer, welche vorschriftswidrig die Räume innerhalb der Klausur betreten, ausgenommen sind allein die Kaiserinnen und Königinnen, sowie ihre Töchter und ihre Begleitung, auf welche dieses Strafgesetz keine Anwendung findet[5].

Die Verletzung der Klausur[6] muss vorsätzlich[7] erfolgen. Eine solche liegt aber nicht vor, wenn Frauen an den im Kloster abgehaltenen Gottesdiensten, Prozessionen und Exequien, zu denen andere Katholiken Zutritt haben, theilnehmen und die Klausur zu diesem Zweck betreten oder bei Predigten oder anderen Gottesdiensten in den Klosterkirchen wegen grossen Andranges des Volks nicht durch die Thür der Kirche, sondern mit anderen weltlichen Personen durch eine innerhalb der Klausur liegende Pforte geraden Weges sich in die Kirche und aus der letzteren herausbegeben[8].

modi de praesenti gaudent, factae et impertitae fuerunt, dummodo concessiones huiusmodi per apostolicas in simili forma brevis vel sub plumbo desuper expeditas litteras dumtaxat et non aliter omnino factas et impertitas fuisse prius ordinariis locorum antistitibus vel praesulibus per legitima et autentica documenta constare fecerint, et dummodo nec vagandi nec otiandi nec comedendi caenandique nec per ambulacra, cubicula, caenacula aliaque loca et officinas discurrendi causa sed ad ecclesias accedendi, ss. missae sacrificium audiendi aliaque erga deum pietatis officia et opera exercendi studio ingrediantur, et dummodo de earum adventu et ingressu interdiu et opportune faciendo superiores pro tempore existentes prius certiores fiant ad hoc, ut absque fratrum incommodo et offensione recto tramite ad ecclesiam pergatur et alia de iure servanda serventur."

[1] Exc. l. s. rom. pont. res. n. 7: „Mulieres violantes regularium virorum clausuram et superiores aliosve eas admittentes."

[2] Wie z. B. die Redemptoristen, wohl aber um die Jesuiten, vgl. (A.-) Pennacchi 1, 778, denn nur die Mitglieder der Orden sind regulares viri.

[3] S. o. S. 786. Daher sind Gärten, welche nicht innerhalb der Mauern des Klosters, sondern abgesondert liegen, wenngleich sie verschlossen gehalten werden, nicht der Klausur unterworfen, Ferraris l. c. n. 10. 11. In Betreff der Sakristei herrscht Einigkeit, insofern als ihre Einziehung in die Klausur angenommen wird, wenn sie lediglich von dem zu der letzteren gehörigen Raume aus zugänglich ist, ihre Ausschliessung aus der Klausur, falls blos eine Thür aus der Kirche hineinführt, s. l. c. n. 12. 13; (A.-) Pennacchi 1, 776, da die Kirchen der Mannsklöster nicht der Klausur unterworfen sind. Für Sakristeien, welche sowohl Zugänge von der Kirche, wie von den der Klausur unterstehenden Klosterräumen besitzen, hat die congr. episc. wiederholt die Zugehörigkeit zur Klausur angenommen, doch behandelt die Praxis, selbst in Rom, solche Sakristeien nicht als Klausurräume, es müsste denn für einen Orden eine entgegengesetzte Gewohnheit bestehen oder ausdrücklich durch Erlass des Papstes oder der congr. episc. (wie dies für die Kapuziner der Fall ist) das Gegentheil angeordnet sein, Ferraris l. c. n. 14. 15; (A.-) Pennacchi 1, 776 ff.

[4] Selbstverständlich allein diejenigen, welche zurechnungsfähig sind, also nicht Wahnsinnige oder Mädchen unter 7 Jahren. Im übrigen kommt es darauf an, ob sie doli capaces sind. Ein Grund, alle unmündigen Mädchen ein für alle Mal auszunehmen und dieselben erst vom zwölften Jahre ab für strafbar zu erklären, so Heiner S. 190, liegt nicht vor.

[5] Auf diese hat man schon früher mit Rücksicht darauf, dass die vorhin citirten Konstitutionen Pius' V. und Gregors XIII. nur der Herzoginnen, Markgräfinnen und Gräfinnen gedenken, die älteren Strafbestimmungen niemals bezogen, Ferraris l. c. n. 22; (A.-) Pennacchi 1, 787; Heiner S. 191, vgl. auch o. S. 786.

[6] S. 788.

[7] S. 786 n. 6.

[8] Const. Pius' V.: Decet cit. §§. 3. 4, s. S. 790 n. 8. Wenngleich diese Ausnahme nur für die Karthäuserkongregation d. h. Jungfrau vom Berge aufgestellt ist, so hat man die Konstitution doch, da sie seine frühere allgemeine const.: Regularium (s. o. S. 790 n. 3) deklarirt, als eine ebenfalls für alle Orden geltende Anordnung in Theorie und Praxis aufgefasst; ja, es wird sogar auch von einzelnen Kanonisten behauptet, dass sie durch oraculum vivae vocis auf alle Orden ausgedehnt worden ist, Ferraris l. c. n. 23. 26; (A.-) Pennacchi 1, 798. Durch die const. Benedict. XIV. cit.: Regularis 1742 (s. o. S. 790 n. 10) ist sie jedenfalls nicht aufgehoben, denn während diese die etwaigen an kirchliche

Dasselbe gilt, wenn Frauen edler Abkunft eine besondere, päpstlich bestätigte Ermächtigung zum Betreten der Klausur eines bestimmten Klosters erhalten haben, weil ihre Vorfahren oder ihre Verwandten dasselbe gestiftet haben oder als Stifter betrachtet werden oder weil sie als Verwandte oder Verschwägerte des weltlichen Herrn des Ortes, an welchem das Kloster liegt, auf Grund eines bestimmten Titels oder bestehender Gewohnheit die Vergünstigung zum Eintritt in das Kloster genossen haben, sofern sie weiter den Ordinarien nachgewiesen haben, dass ihnen diese Ermächtigung durch päpstliche Breven oder Bullen ertheilt worden sind und sie allein behufs Anhörung der Messe oder zur Verrichtung anderer Werke der Frömmigkeit das Kloster betreten, auch vorher die Klosteroberen über ihr Kommen und ihr Betreten der Klausur in geeigneter Weise benachrichtigen, damit sie ohne Belästigung der Mönche direkt die Kirche betreten können [1].

Die päpstlich vorbehaltene Exkommunikation l. s. trifft weiter auch die Ordensoberen [2] und andere, d. h. die Regularen, Professen und Konversen [3], welche Frauen [4], abgesehen von den eben gedachten Ausnahmefällen [5], in die Klausur einlassen [6].

Würdenträger und Geistliche gewährten Ermächtigungen zur Dispensation vom Klausurverbote und die in Folge derselben gegebenen Licenzen widerruft, hat die const. Pius' V. weder ein solches Privilegium noch eine solche Ermächtigung ertheilt, sondern lediglich die Tragweite des bestehenden Klausurverbotes näher bestimmt und die im Text gedachten Fälle als nicht unter dasselbe einbegriffen erklärt; vgl. (A.-) Pennacchi 1, 797 ff.; Heiner S. 190.

[1] So const. Benedict. XIV.: Regularis 1742, S. 799 n. 10. Die Ansicht, dass diese, wenn man die const. Pii V. cit., s. die vor. Anm., noch für massgebend erklärt, bedeutungslos erscheint, ist irrig. Denn abgesehen von dem Widerruf, welchen die erstere ausgesprochen hat, handelt es sich in ihr um das Betreten des Klosters zur Verrichtung von Andachtsübungen und zu Gottesdiensten bei Gelegenheiten, bei welchen die übrigen Gläubigen keinen Zutritt haben, was allerdings bei (A.-) Pennacchi 1, 801, obwohl auch hier dieselbe Ansicht vertreten wird, übersehen ist.

[2] Also die Generale, Provinziale, Äbte, Prioren, Guardiane, Vikarien, Kustoden, Novizenmeister und alle, die ein Amt im Kloster bekleiden, gleichviel, ob zu den Befugnissen desselben die Oberaufsicht über die Beobachtung der Klausur gehört oder nicht.

[3] Die const. Pii IX. gebraucht allerdings das Wort: alii. Dass aber damit nicht Laien, welche z. B. unter gewaltsamer Erbrechung der Pforte der Klausur Frauen in das Kloster einführen, oder im Kloster anwesende Laien, welche diese öffnen, gemeint sein können, ergiebt sich daraus, dass das Strafgesetz aus den älteren Vorschriften zu erklären ist und die const. Pii V.: Regularium cit., s. o. S. 790 n. 3, blos die Mönche mit Strafen bedroht, nicht minder daraus, dass, wie zu den superiores das Wort regulares hinzudenken ist, dies auch bei den alii der Fall sein muss, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 790. 791.

[4] Gleichviel, ob dieselben strafmündig oder zurechnungsfähig sind oder nicht, a. Ansicht (A.-) Pennacchi 1, 797, vgl. auch o. S. 788 n. 1.

[5] S. 791 u. o. im Text, denn in diesen liegt eine Verletzung der Klausur nicht vor, vielmehr betreten die Frauen in denselben die letztere berechtigter Weise.

[6] Wenn die const.: Apostolicae hier nicht, wie in dem erst besprochenen Fall, s. o. S. 788, des introducere gedenkt, so ergiebt sich daraus, dass das blosse Einführen einer Frau in die Klausur, wenn darin nicht zugleich eine Zulassung liegt, z. B. der Fall, dass ein in die Klausur eintretender Mönch eine Frau in dieselbe mit hineinbringt, diese aber sofort von dem Pförtner wieder hinausgewiesen wird, nicht von der hier fraglichen Strafbestimmung betroffen wird, eine Verschiedenheit, welche sich aus der strengeren Klausur der Frauenorden erklärt, sowie daraus, dass vor Allem die Oberen, weil sie nicht in der Lage sind, Ermächtigungen zum Eintritt in die Mannsklöster zu ertheilen, wegen der Zulassung oder des Befehls auf Zulassung, welcher der ersteren gleichsteht, bestraft werden sollen.

Durch die gedachte const. ist die suspensio a divinis für das Zulassen, s. S. 790, welche unter den Suspensionen nicht aufrechterhalten ist, beseitigt, nicht aber die privatio officiorum und die Unfähigkeit zu solchen, denn wenn behauptet wird, dass diese indirekt aufgehoben seien, weil durch die sehr schwere Strafe der Exkommunikation hinreichend für die Wahrung der Klausur gesorgt wird, so Heiner S. 192, so liegt darin ein Verkennen der Tragweite der const.: Apostolicae und eine Verwechselung der Stellung des Auslegers mit der des Gesetzgebers, s. auch (A.-) Pennacchi 1, 892.

§. 322. mm. *Die strafbaren Handlungen gegen die körperliche Unversehrtheit.*

1. Die Tödtung. Die allgemeine Gesetzgebung der Kirche hat während der hier fraglichen Zeit die Tödtung als solche nicht in den Kreis ihrer Regelung einbezogen [1]. Es kommen daher für dieselbe als massgebende Vorschriften noch die des

[1] Allerdings hat die päpstliche Gesetzgebung seit dem 15. Jahrhundert für Rom, die Umgegend von Rom und den Kirchenstaat eine lebhafte Thätigkeit entwickelt, um die in demselben herrschende Unsicherheit und die darin üblichen rohen Gewaltthätigkeiten, welche durch das Parteiwesen, die Blutrache und durch das Banditenthum herbeigeführt waren, zu unterdrücken. Es gehören hierher die Konstitutionen, welche sich gegen Mord und andere Gewaltthaten richten, vgl. Pius II.: Ad retinendas 1461, b. T. 5, 156 (Verbot der Rückkehr der verurtheilten und verbannten homicidae und sicarii bei Strafe der päpstlich reservirten Exk. und 1000 Golddukaten); Paul II.: Viros sanguineos 1466, l. c. 5, 186 (Tödtung und Verwundung in Ausübung der Blutrache, Befestigung der Häuser, Halten bewaffneter Schaaren, Strafe des Majestätsverbrechens, bei Geistlichen privatio aller Würden und Ämter l. s. und ewige Einsperrung, für alle Verbannung aus den Besitzungen der römischen Kirche, Güterkonfiskation ipso iure, gesteigerte Infamie, s. o. S. 555. 556 u. S. 558, und päpstlich reservirte Exk.); Sixtus IV.: Etsi contra 1478 §. 3, l. c. 5, 259 (Bestätigung der beiden cit. Konstitutionen); Innocenz VIII.: Licet ea 1488 (Verbannte, welche die Erben der von ihnen Getödteten oder andere, um sie zur Versöhnung zu bewegen, mit Gewaltthaten bedrohen, Strafen der cit. const. Pauls II.); Alexander VII.: Inter multiplices 1493, l. c. 5, 359 (Selbsthülfe durch Herzöge, andere Herren und Adlige, sowie durch Kommunen, Ansagen von Fehden, feindliches Überfallen mit bewaffneten Schaaren, päpstlich reservirte Exk., Verlust ipso iure aller Gnaden, Privilegien, Ämter, Lehne, Unfähigkeit zu actus legitimi, Lokalinterdikt über die rebellischen Orte und Lossprechung der Untergebenen vom Treueid); Julius II.: Cum homines 1505, l. c. 5, 415 (im wesentlichen Erneuerung der früheren Konstitutionen und der in ihnen angedrohten Strafen); Leo X.: Omnes quidem 1520, l. c. 5, 737 (Erneuerung der oben cit. const.); Clemens VII.: In sancta 1524, l. c. 6, 69 (Bestätigung der früheren Konstitutionen unter Erweiterung des Verbannungsgebietes für homicidae, sicarii, exititii, criminosi, rebelles aliique infames); ferner Julius III.: Cum sicut 1554, l. c. 6, 486; Pius IV.: In eminenti 1561, l. c. 7, 102; Pius V.: Ex supernae 1566, l. c. p. 452; Sixtus V.: Hoc nostri 1585, l. c. 8, 585 (sämmtlich Bestätigungen der früheren Konstitutionen enthaltend); Sixtus V.: Dum pro 1588, l. c. p. 999 (erneuertes Verbot der bewaffneten Selbsthülfe unter Androhung der Strafe des Majestätsverbrechens und der früheren Strafen); Clemens XII.: In supremo 1735, l. c. 24, 281 (Bestätigung der citirten früheren Konstitutionen); vgl. weiter diejenigen Konstitutionen, welche die Duldung der Mörder, anderer Verbrecher und Verbannter, ihre Nichtverfolgung und Gefangennahme durch weltliche Herren und Kommunen oder die Unterlassung des Einschreitens gegen die gedachten Verbrecher seitens der päpstlichen Beamten unter Strafe stellen, wie Martin V.: Improbis 1425, b. T. 4, 721 (blos weltliche Strafen); Sixtus IV.: Etsi contra 1478 cit. (gegen Beamte Strafe des Meineides und päpstlich reservirte Exkommunikation l. s.); Julius II.: Quia nihil 1503, l. c. 5, 399 (Erneuerung der Strafen gegen weltliche Herren und Kommunen, welche ihre Gebiete nicht von Verbrechern und Verbannten säubern); Leo X.: Romani pontifices 1518, l. c. p. 572 (Geldstrafen); Leo X.: Omnes quidem 1520, l. c. p. 737 (Strafen des Majestätsverbrechens); Clemens VII.: In sancta 1524 cit. (ebenso, ferner für Kommunen, in deren Territorien eine Tödtung begangen wird, bei Nichtverhaftung des Thäters Geldstrafe und Lokalinterdikt, für weltliche Herren Geldstrafe und exc. l. s.); Pius IV.: In eminenti 1561 cit. (Beschützung der Missethäter und Gebannten, Nichtaustreibung derselben, Wiederholung der früher angedrohten Strafen); Pius V.: Ex supernae 1566 cit. (Erneuerung der Strafen, insbesondere auch der Exkommunikation gegen diejenigen, welche nicht gegen sicarii und banniti einschreiten); Pius V.: Indefessa 1566, l. c. 7, 456 (für die Begünstiger und Beherberger der homicidae, rebelles, publici latrones ac in poenam capitis banniti ausser den früheren Strafen auch Konfiskation des Vermögens, Zerstörung der Häuser und ewiges Exil); und ausserdem noch Gregor XIII.: Tanta 1580, l. c. 8, 355, u. Sixtus V.: Hoc nostri 1585 cit., sowie die gegen die s. g. franchitiae, d. h. Asyle oder Freistätten in den Häusern der Grossen, und die Aufnahme der gedachten Verbrecher in dieselben gerichteten Konstitutionen Julius' III.: Cum civitates 1552, l. c. 6, 463; Pius IV.: Inter ceteras 1562, l. c. 7, 166; Innocenz XI.: Cum alias 1687, l. c. 19, 759 (hier auch die Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation). Indessen sind diese Konstitutionen, wenngleich sie zum Theil rein kirchliche Strafen, wie namentlich die Exkommunikation und das Lokalinterdikt, androhen, von den Päpsten als weltlichen Herrschern erlassen und kommen daher auch abgesehen davon, dass sie über den Thatbestand der Verbrechen des Mordes und der Tödtung nichts Näheres ergeben, für das kirchliche Strafrecht nicht in Betracht.

Auch das kirchliche Partikularrecht hat sich in dieser Zeit kaum mit dem Vergehen der Tödtung

früheren mittelalterlichen Rechts in Betracht[1]. Im Hinblick auf dasselbe hat die Doktrin das *homicidium voluntarium* und das *h. casuale* unterschieden[2].

Das erstere ist die vorsätzliche Vernichtung des Lebens eines Menschen, gleichviel, ob sie sich als Mord im Sinne des germanischen[3] oder des heutigen Rechts[4] oder als blosser Todtschlag in dem Sinne des letzteren[5] darstellt[6], und zwar erscheint

beschäftigt, s. aber Rouen 1445 c. 28, Hardouin 9, 1298 (exc. l. s. gegen voluntarii homicidae, latrones, publici agricolarum et peregrinorum spoliatores, violatores et incendiarii ecclesiarum, und bei Nichtleistung von Busse und Schadensersatz Versagung des kirchlichen Begräbnisses); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 176 (für caedes und mutilationes in der Kirche dem Ordinarius reservirte Exkommunikation l. s.).

[1] Vgl. o. S. 176 ff.

[2] Diese Unterscheidung hat ihren Anhalt an einzelnen Stellen des Dekretes (S. 176 n. 6), welche voluntas und casus gegenübersetzen, so c. 42 Dist. L: „non voluntate sed casu"; c. 44: „voluntarie, non voluntate, sed casu"; c. 46 (l. 5 C. J. IX. 16) ead.: „nec voluntate sed casu fortuito", vgl. überhaupt auch noch die Citate in den folgenden Anmerkungen.

[3] D. h. als die vorsätzliche heimliche Tödtung, gekennzeichnet durch das Verbergen des Leichnams, Brunner, Deutsche Rechtsgesch. 2, 627.

[4] Also als die mit Überlegung ausgeführte Tödtung.

[5] Als vorsätzliche, nicht überlegte Tödtung einschliesslich einer solchen, zu welcher der Thäter durch besondere Umstände gereizt worden ist. Der Todtschlag im Sinne des germanischen Rechts fällt aber nicht darunter, da dieser auch die Tödtung von Ungefähr umfasst, Brunner 2, 629.

[6] Nach Katz, kanon. Strafrecht S. 83, sollen die Quellen dagegen als vorsätzliche Tödtungsdelikte die mit Überlegung und die im Affekt ausgeführte vorsätzliche Tödtung unterscheiden, so dass also danach die nicht im Affekt, aber vorsätzlich ohne Überlegung ausgeführte Tödtung, d. h. der Normalfall des Todschlages im Sinne des modernen Rechts, entfällt. Dieses Ergebniss gewinnt er dadurch, dass er in Regino II. 10 („qui voluntarie homicidium fecerit" (aus derselben Quelle wie c. 42 u. c. 44 D. L cit.) und l. c. c. 11: „Si quis homicidium sponte commiserit, et non violenti resistens, sed vim faciens, innocentem et simpliciter gradientem interfecerit" das „voluntarie" und „sponte" kombinirt und beide Stellen auf die Tödtung aus eigenem verbrecherischen Entschlusse, ohne dass dem Thäter durch irgend eine Handlung des Getödteten Veranlassung zur Fassung dieses Entschlusses gegeben war, bezieht, und ferner damit c. 1 (Exod. XXI. 14) de homic. V. 12: „Si quis per industriam occiderit proximum suum et per insidias", in welchem er eine mit Überlegung ausgeführte, vorbedachte Tödtung findet und „per industriam" richtig als Vorsatz auffasst, kombinirt. Hierbei ist aber übersehen, dass jede dieser Quellenstellen, von denen c. 11 cit. nicht einmal im corpus iuris enthalten ist, einen besonderen Fall im Auge hat, mithin keine derselben allgemeine Merkmale für den Thatbestand der Tödtung aufstellt, und dass sich in Folge dessen auch nicht das in einer angegebene Merkmal mit dem in der anderen enthaltenen zu einem massgebenden Thatbestandsmoment zusammenfassen lässt. Weiter heisst „sponte" in der betreffenden Stelle, ebenso wie in den S. 176 n. 6 citirten, nichts anderes als „mit freiem Willen", nicht aber „aus ganz eigenem Entschluss", so dass es also gleichgültig erscheint, wodurch der frei gefasste Willensentschluss angeregt ist, wie denn auch Ancyra c. 21. 22 nach der Dionysiana und ebenso Mainz 847 cit. (s. S. 176 n. 6) dem „voluntarie" verübten homicidium die homicidia non sponte commissa gegenüberstellen, und die Quelle von c. 11 cit., d. h. Rheims 627 bis 630 c. 9: „Si quis homicidium sponte commiserit et non violentiae resistens sed vim faciens impetu hoc fecerit" deutlich erkennen lässt, dass es sich hier ebenfalls um einen, wenngleich plötzlich gefassten Willensentschluss zu tödten, im Gegensatz zu dem blos auf die Abwehr der Gewalt, nicht auf Tödtung gerichteten Willen, nicht aber um einen aus sich frei heraus im Gegensatz zu einem aus einem bestimmten Anlass gefassten Willensentschluss handelt. Hiernach steht also in allen Fällen eine vorsätzliche Tödtung, welche auch Mord, s. namentlich c. 1 X cit. („per insidias"), sein kann, nicht aber Mord zu sein braucht, in Frage.

Ebenso verfehlt ist es, wenn Katz sich für das zweite, von ihm angenommene Tödtungsdelikt, die im Affekt ausgeführte vorsätzliche Tödtung auf Reg. II. 23: „Qui pro vindicta fratris aut aliorum parentum hominem occiderit", ferner auf c. 40 Dist. L: „Qui vero odii meditatione vel propter cupiditatem iudaeum occiderit" und endlich auf Regino II. 24: „Qui per iram et rixam et ebrietatem subito hominem occiderit" beruft, denn während die letzte Stelle allerdings die Tödtung im Affekt, aber, falls man das Vorliegen sinnloser Trunkenheit annimmt, auch eine nicht vorsätzliche in sich begreift, braucht die Tödtung in Folge der Blutrache nicht immer im Affekt zu geschehen, ebensowenig eine solche aus Begierde, also aus Habsucht, und die Tödtung „odii meditatione" ist nicht eine Tödtung in Folge plötzlichen Aufwallens des Hasses, sondern gerade in Folge einer durch den Hass eingegebenen Überlegung, d. h. es kann sich in diesen beiden Fällen nicht nur um vorsätzliche Tödtung, sondern auch sogar um Mord im modernen Sinne handeln. So fällt das ganze von Katz auf die irrige Unterscheidung der gedachten Stellen aufgebaute System zusammen.

Vgl. übrigens noch c. 39 (Nicol. I.) Dist. L: „voluntate occidendi"; c. 49 (id.) ead.: nec voluntate nec desiderio homicidium perpetratum

es dabei gleichgültig, ob der Thäter vorsätzlich eine direkt diese Vernichtung herbeiführende Handlung oder eine solche vorgenommen hat, welche nach seiner Voraussicht diesen Erfolg herbeiführen konnte, sofern ihm der Eintritt desselben nur ebenfalls recht war [1].

Das *homicidium casuale* begreift dagegen sowohl die fahrlässige [2], wie auch die zufällige Tödtung [3] im Sinne unseres heutigen Strafrechts in sich [4].

Die Strafen der Tödtung sind im kanonischen Recht [5] für Laien Zwangsbusse [6], beziehentlich Exkommunikation [7], und zwar gilt dies sowohl für jede Art der vorsätzlichen [8], wie auch für die fahrlässige Tödtung [9], nur dass die Busse im ersteren Fall eine schwerere ist, für Geistliche die Deposition [10]. Mildere Bestrafung,

est" u. c. 17 (Theod. Aurel.) C. XXII qu. 1: „homicidium sponte commissum".

1 Also z. B. einen andern so heftig geschlagen hat, dass er in Folge dessen gestorben ist, s. c. 43 (Elvira) Dist. L. D. h. auch bei eventuellem Vorsatz liegt homicidium voluntarium vor, so auch die frühere kanonistische Doktrin, s. Covarruvias in Clem. V. const.: Si furiosus P. II. n. 1; Schmalzgrueber V. 12 n. 3 und die dort citirten.

2 Von dieser ist im Dekrete die Rede in c. 42 (Ancyra) Dist. L („casu"); ferner in c. 49 (Nicol. I.) ead. (hier „culpa vel neglectu" im Gegensatz zur „voluntas") und c. 50 (Worms 868) ead. (Tödtung „voluntate vel negligentia" im Gegensatz zur Tödtung aus incuria des Getödteten). Über die Stellen im liber X s. Bd. I S. 42 n. 2.

3 Vgl. die vor. Anm.

4 Schon Gratian fasst beides, wie das dictum hinter c. 36 Dist. L in Verbindung mit c. 37 u. 38 ead. zeigt, unter dem „casu homicidium facere" zusammen, s. weiter Stephan. Tornac. summa zu Dist. L cit. c. 5, ed. v. Schulte S. 69: „si autem casu ... ut si casus ille accidit ex dissoluta culpa sua, deponatur, sin autem, cum adhibuerit quantam potuit diligentiam, incurrit casum, in ordine relinquitur"; Glosse zu c. 6 Dist. L s. v. de his, welche allerdings das Vorhandensein von culpa oder casus schon nach der seit dem Ende des 12. Jahrhunderts in der Doktrin aufgestellten Unterscheidung zwischen der Erlaubtheit oder Unerlaubtheit der den Tod herbeiführenden Handlung (vgl. Bernard. Pap. summa zu V. 10 §§. 2. 5, ed. Laspeyres p. 220. 222) bemisst (s. hierzu auch Bd. I S. 41 und v. Scherer im Arch. f. k. K. R. 49, 43). Selbst bis in die Neuzeit hinein hat man in der Doktrin die Zusammenfassungen beider Arten der Tödtung unter der Bezeichnung: homicidium casuale beibehalten. Allerdings wird aber andererseits in derselben schon seit dem 17. Jahrhundert dieser Ausdruck blos für die zufällige Tödtung verwendet, s. Engel l. c. V. 16 n. 1; Reiffenstuel V. 12 n. 3. 4; Ferraris s. v. homicida n. 16—18, und die fahrlässige Tödtung, freilich ohne genügende Abgrenzung gegen die Tödtung aus eventuellem Vorsatz, als *indirecte voluntarium* bezeichnet (s. die citirten), welche die Älteren in dem ihnen vorschwebenden letzteren Sinne noch unter Festhaltung der früheren umfassenderen Bedeutung des *homicidium casuale* unter den Begriff des *h. voluntarium* in Gegensatz zu dem *h. directe voluntarium* stellen. Daran hält auch noch Schmalzgrueber V. 12 n. 3. 4 fest, erwähnt aber auch andererseits die neuere Eintheilung unter Verwendung der Bezeichnungen: *h. dolosum*, *culposum* und *casuale*.

5 Wegen der in c. 1 X cit. V. 12 erwähnten Todesstrafe s. o. S. 50 n. 7.

6 In diesem Sinne sind auch die noch die ältere Busspraxis (s. Bd. IV. S. 695. 715) voraussetzenden Stellen aus dem ersten Jahrhundert im Dekrete aufzufassen, da die spätere Doktrin und Gesetzgebung die Busse nur noch als Zwangsbusse gekannt, also die Stellen in diesem Sinne ausgelegt hat, s. Bd. IV. S. 816. 817 und in diesem Bande o. S. 86. 87. 100. 110 ff.

7 Denn durch diese wird die nicht freiwillig übernommene Busse erzwungen und umgekehrt die angedrohte Exkommunikation durch die sofort freiwillig geleistete Busse erübrigt, s. oben S. 87—89. 119. 633; und gerade auch für den homicida c. 20 (Agde 506) C. XXIV qu. 7.

8 c. 44 (Ancyra) Dist. L (hier lebenslängliche Busse); c. 50 (Worms 868) Dist. L (nur Busse); c. 6 (Alex. III.) §. 1 X de homic. V. 12 (Busse); c. 20 C. XXIV qu. 3 cit.; bei Tödtung mit eventuellem Vorsatz c. 43 Dist. L cit. (Busse von 3 Jahren).

9 c. 41 (inc.) Dist. L (7 Jahre Busse), c. 42. 44 (Ancyra) ead. (7, bez. 5 Jahre Busse); c. 43 cit. ead. (5 Jahre Busse); c. 50 (Worms 868) ibid. (Busse für homicidium voluntate et negligentia).

Besonders hervorgehoben wird die Erdrückung von Kindern durch die in demselben Bett schlafenden Eltern, bez. die Mutter im Schlaf, s. oben S. 176 n. 6; c. 20 (Steph. V.) C. II qu. 3 (Bestrafung als homicida); c. 3 (Luc. III) X de his qui filios V. 10 (3 Jahre Busse); c. 7 X de poenit. V. 38, s. S. 178 n. 7; Mailand 1576 II. 2, Hardouin 10, 842 (Mutter, welche ihr noch nicht ein Jahr altes Kind im Bett erdrückt, exc. l. s. und Absolution nur nach gravis et insignis poenitentia); Salzburg 1569, VII. 19, Hartzheim 7, 370 (für beide Eltern, bischöflicher Reservatfall).

10 c. 7 (Agde 506) Dist. L (zugleich unter lebenslänglicher Einsperrung in ein Kloster); c. 41 (inc.) ead. (ausserdem für die verschiedenen Weihegrade verschieden bemessene Bussen); c. 8

also geringere Busse, tritt ein, wenn der Getödtete ein Heide, Jude[1] oder Exkommunicirter[2] war.

Gleiche oder annähernd gleiche Bestrafung trifft die Theilnehmer, die an den Getödteten nicht selbst Hand anlegen[3], ihre Gehülfen[4] und die Anstifter[5] und die Begünstiger des Thäters bei Ausführung der That[6].

Abgesehen davon, dass die Tödtung im Falle der Nothwehr[7] straflos bleibt[8], ist auch eine Bestrafung für die Tödtung des auf der That ertappten nächtlichen Diebes ausgeschlossen[9].

An besonders qualifizirten Tödtungen kennt das kanonische Recht zunächst das s. g. *Assassinium*[10], d. h. nach der erweiternden Auslegung der Doktrin[11] den s. g. Lohn- oder Banditenmord. Charakteristisch für denselben, das s. g. Assassinium im Sinne der späteren Doktrin[12], ist die Anstiftung eines anderen durch die Gewährung oder das Versprechen eines bestimmten Lohnes oder bestimmter geldwerther

(can. apost. nach Martin v. Braga) ead.; c. 10 (Coelest. III.) X de iud. II. 1; c. 1 (Exod.) cit. V. 12; c. 6 (Innoc. III.) X de poen. V. 37 (zugleich Verweisung zur Busse in ein Kloster); s. auch Trid. Sess. XIV. c. 7 de ref., und zwar auch bei fahrlässiger Tödtung c. 46 (Nikol. I.) Dist. L u. c. 7 (Alex. III.) X h. t. V. 12.

Ausserdem tritt Irregularität, Bd. I S. 41, und in Folge derselben, sowie auch der Absetzung Unfähigkeit zum ferneren Erwerbe von Kirchenämtern ein.

Schon im 17. Jahrh. hat man aber mindestens in schwereren Fällen an Stelle der Verweisung in ein Kloster auf Gefängnissstrafe erkannt, Engel V. 12 n. 23; Schmalzgrueber V. 12 n. 147, während heute eine Verurtheilung zu weltlicher Strafe, also auch zu Gefängniss, durch das weltliche Gericht erfolgt, und der Kirche nur die Verhängung der gedachten kirchlichen Strafe verblieben ist.

[1] c. 40 (inc.) Dist. L cit. (nur 40tägige Busse), den Geistlichen trifft aber Absetzung c. 5 (Nicol. I.) ead.

[2] c. 47 (Urban II.) C. XXIII qu. 5, siehe o. S. 7 n. 2.

[3] c. 6 (Alex. III.) §. 1 cit. V. 12.

[4] c. 6 cit. §. 2: „illi etiam, qui non ut ferirent, sed, ut percussoribus opem ferrent, si forte per aliorum violentiam impedirentur, paulo minori debent poena mulctari, quia . . . constat, ab homicidii reatu immunes non esse, qui occisoribus opem contra alios praestare venerunt"; ibid. §. 7: „clericos autem quos constat armatos interfuisse tanto facinori . . . perpetuo non solum ab altaris ministerio deponendos esse censemus, sed ita etiam, quod in ecclesiis nullo unquam tempore lectiones legant vel responsoria in choro separatim cantent . . . Insuper etiam in districto claustro monachorum vel canonicorum regularium, si fieri potest, sunt recludendi, ita quod usque ad septennium vel quinquennium debeant ab ecclesiarum introitu coerceri"; c. 8 cit. Dist. L (consilium und defensio, Geistlicher Absetzung); c. 23 (August.) Dist. I de poen. (consilium und fraus, aber nichts über die Strafe).

[5] c. 8 Dist. L cit. (precepto), s. vor. Anm.; c. 6 §. 3 cit. V. 12: „Qui vero se asserunt animum regis inflammasse ad odium, unde homicidium fuit secutum, dure et aspere, sed non ita severe sunt puniendi, nisi forte regem ipsum ad illud homicidium suis suggestionibus provocassent." Anstiftung zum Morde liegt nur in dem zuletzt erwähnten Fall vor, im erstgedachten blos eine Vorbereitung zur Anstiftung.

[6] c. 6 §. 4 cit.: „Hi quoque non sunt a culpa liberi nec a poena debent esse immunes, qui licet fuerint illius machinationis ignari, tamen eis, quos sicarios esse sciebant, in sarcinis custodiendis ministerium praebuerunt."

[7] Diese wird in der mittelalterlichen Doktrin dem homicidium voluntate und casu als das h. *necessitate* gegenüber gestellt, s. Stephan. Tornac. summa zu Dict. L ed. cit. p. 69; Bernard. Pap. summa V. 10 §§. 2. 4, Laspeyres p. 220. 221; vgl. zu c. 6 Dist. L s. v. his, und später als h. *necessarium* bezeichnet, Andreas Vallensis paratitla V. 12 n. 1. 4; Schmalzgrueber V. 12 n. 5. 22 ff. Als vierte Art des homicidium hat die mittelalterliche Doktrin diesen dreien angereiht noch das h. *iustitia*, s. Bern. Pap. cit. l. c. §§. 2. 3, Tödtung des zum Tode Verurtheilten zufolge richterlicher oder obrigkeitlicher Anordnung, vgl. dazu c. 13—15 C. XXIII qu. 5, später theils ebenfalls h. *necessarium*, so Andreas Vallensis l. c. n. 6, demnächst aber h. *iustum*, genannt als dessen Abart dann die Tödtung im Fall der Nothwehr, das h. *necessarium*, aufgefasst wird, Schmalzgrueber V. 12 n. 5, während in diesem Fall wegen des Mangels der Rechtswidrigkeit überhaupt kein Tödtungsdelikt vorliegt.

[8] Vgl. darüber Bd. I. S. 43 und unten §. 345.

[9] c. 3 (August.) X h. t. V. 12, nicht aber die der ehebrecherischen Frau durch den Ehemann c. 6 (Nicol. I.) C. XXXIII qu. 2.

[10] c. 1 §§. 1. 2 (Innoc. IV.) in VI h. t. V. 4, s. Bd. I. S. 43 n. 1, ferner diesen Bd. S. 178 u. S. 567. 568.

[11] S. o. S. 568 n. 3 u. Bd. I. S. 43 n. 1 a. E.

[12] S. die vor. Anm.; Ferraris s. v. assassinium n. 1 und Kober Deposition S. 759. Die Ansicht von Covarruvias variar. resolut. II. 20 n. 9. 10, dass c. 1 in VI cit. lediglich auf die ungläubigen Assassinen zu beschränken sei, ist nicht zur Anerkennung gelangt.

Vortheile[1] zur Tödtung eines Dritten mittelst eines unvermutheten oder hinterhaltigen Angriffs, welchen der letztere nicht vorhersehen und gegen den er sich nicht vertheidigen kann[2]. Das Verbrechen ist mit der Ausführung des Angriffs, selbst wenn dieser die Tödtung nicht zur Folge hat, vollendet[3]. Von den schon früher gedachten Strafen[4] können heute nur noch diejenigen kirchlichen Charakters[5], mit Ausnahme der Exkommunikation l. s.[6], zur Anwendung kommen.

Gleich strafbar wie der Anstifter ist auch der Assassine[7], sowie derjenige[8], welcher den einen oder anderen wissentlich im Hinblick auf den Lohnmord bei sich aufnimmt, vertheidigt oder verbirgt[9].

In Bezug auf die Person wird als besonders qualifizirt die Tödtung der Frau durch den Ehemann hervorgehoben[10], während die Tödtung von Kardinälen, Bischöfen[11] und Geistlichen[12], ebenso auch anderer besonders befriedeter Personen[13], nicht als solche, sondern nur als Abart des Verbrechens der Vergewaltigung dieser Personen in Betracht kommt.

2. In Betreff des Selbstmordes ist es bei der durch das mittelalterliche Recht festgesetzten Strafe der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses einschliesslich der Versagung der gottesdienstlichen Handlungen verblieben[14]. Diese Strafe kann indessen nur zur Anwendung kommen, wenn er im zurechnungsfähigen Zustande verübt worden ist[15].

3. Die Abtreibung der Leibesfrucht[16] oder die Kindesabtreibung[17],

[1] Und zwar als Äquivalent für die Verübung des Mordes, nicht für andere Zwecke, wie z. B. für Reisekosten, auch muss der Assassine den Lohn oder das Versprechen angenommen haben, Ferraris l. c. n. 21 ff.; vgl. auch Bd. IV. S. 390 n. 6.

[2] So die Doktrin, welche bald die Tödtung eines homo incautus, bald ein homicidium proditorium als nothwendig verlangt, Ferraris l. c. n. 1. 16 ff.; Thesaurus l. c. P. II. assassinium p. 103, wenngleich allerdings unter dem homicidium proditorium auch der hier nicht in Frage kommende Meuchelmord, der unter absichtlicher Täuschung des Getödteten, z. B. unter Erheuchelung von Freundschaft, verübte Mord verstanden wird, Schmalzgrueber V. 12 n. 202.

[3] c. 1 §. 2 cit. in VI.

[4] S. 178 n. 5.

[5] Also bei Geistlichen die Deposition, bez. Degradation, einschliesslich des Verlustes der Klerikalprivilegien, S. 568 n. 2.

[6] Denn diese ist in der const. Pius' IX.: Apostolicae nicht aufrechterhalten.

[7] c. 1 §. 2 cit. in VI droht diesem freilich keine Strafe an, offenbar wegen der Voraussetzung, dass die Assassinen im eigentlichen Sinne als Angehörige einer ungläubigen Völkerschaft der Jurisdiktion der Kirche nicht unterstehen, Suarez de censuris disp. XXIII s. 4 n. 47, indessen hat die Doktrin in Folge der veränderten Auffassung des assassinium, nach welcher der Assassine ebenfalls ein Christ sein kann, die Strafen konsequenterweise auch auf diesen ausgedehnt, vgl. Thesaurus l. c. p. 103; Ferraris l. c. n. 30 ff.; Kober S. 759, eine Konsequenz, welche selbst Covarruvias l. c., s. S. 796 n. 12, an sich als richtig anerkennt.

[8] c. 1 §. 2 in VI. cit.

[9] Der Giftmord als solcher, d. h. die Tödtung durch Gift, wird vom gemeinen kanonischen Recht nicht als qualifizirte Tödtung behandelt, vgl. auch Thesaurus l. c. P. II. Poculum c. 4 p. 430 (über das ältere Partikularrecht s. S. 160 n. 2 u. S. 161 Anm. Sp. 1); über das veneficium als eine Art der Zauberei s. o. S. 697.

[10] Wenigstens insofern als das ältere Recht dafür c. 8 (ep. Paulini Foroiul.) C. XXXIII qu. 8 lebenslängliche Busse, eventuell Anathem, c. 7 (Worms 829) ead., festsetzt, während c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII qu. 2 für den Muttermörder nur 7jährige Busse kennt.

Der Kindesmord im Sinne des heutigen Rechts, d. h. vorsätzliche Tödtung eines unehelichen Kindes durch die Mutter in oder gleich nach der Geburt wird im kanonischen Recht nicht als besonderes Verbrechen hervorgehoben, denn c. 1 u. 2 X de his qui filios V. 10, s. S. 178 n. 7, erwähnen blos der Tödtung von Kindern durch die Mutter im Affekt und setzen dafür Busse fest.

Ebensowenig weist dasselbe besondere Bestimmungen über den Vater- und Brudermord auf, vgl. S. 177 Anm. Sp. 1.

[11] S. 745.

[12] S. 747 u. Bd. I. S. 118 ff.

[13] S. 728 n. 1 u. S. 749 n. 1.

[14] S. 179 n. 5 u. 6; Rituale Roman. tit. VI. c. 1 n. 3; eingeschärft Gran 1858, coll. con. Lac. 5, 69.

[15] Gl. s. v. voluntarie ad c. 12 C. XXIII qu. 5; Rituale Roman. l. c., s. auch c. 11 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28.

[16] Vgl. auch Heidenreich i. Arch. f. k. K. R. 63, 289 ff.

[17] Vgl. die S. 569 n. 1 u. 2 u. S. 177 n. 4 a. E. citirten Stellen.

sowie die Unfruchtbarmachung einer Frau [1] wird sowohl von dem kirchlichen Recht des Mittelalters, als auch von dem neueren, noch geltenden päpstlichen Recht[2] als Tödtung[3] aufgefasst.

Das erstgedachte Verbrechen, die s. g. *procuratio abortus*, liegt vor[4], wenn Jemand vorsätzlich selbst oder durch andere auf ein schwangeres Weib oder dieses letztere vorsätzlich und wissentlich auf sich selbst durch Handlungen irgend welcher Art in der Absicht[5] einwirkt[6], die Leibesfrucht[7] derselben abzutreiben, und dieser Erfolg durch die betreffende Handlung herbeigeführt wird[8]. Die Frage, ob der Arzt oder Chirurg berechtigt ist, künstlich, namentlich durch Tödtung des Fötus im Mutterleibe, einen Abortus herbeizuführen, ist nicht unbestritten, wird aber überwiegend verneint[9].

Als Strafen für das Verbrechen kennt das geltende Recht[10] zunächst die Strafen der vorsätzlichen Tödtung[11], also die Zwangsbusse, bez. Exkommunikation[12], welcher

[1] c. 5 (inc.) X de homic. V. 12, S. 178 n. 3.

[2] S. die S. 569 n. 1 angeführten const. Sixtus V.: Effraenatam 1588 und Gregors XIV.: Sedes apostolica 1591.

[3] Denn von den citirten Stellen, welche keine bestimmten Strafen androhen, stellen einzelne den Thäter dem homicida gleich, s. auch unten.

[4] Für den Thatbestand ist massgebend Sixtus V. 1588 cit. §. 1.

[5] Die Nothwendigkeit des Vorsatzes und der im Text gedachten Absicht ergiebt das Wort: procurare, vgl. auch Heiner, Censuren S. 245; Heidenreich a. a. O. 383. Wird eine Handlung vorsätzlich vorgenommen, welche zwar diese Folge haben kann, ja auch haben muss, aber in anderer Absicht, z. B. um die schwangere Frau blos zu züchtigen oder sie zu tödten, so liegt das Verbrechen nicht vor. Der eventuelle Vorsatz genügt deswegen nicht zur procuratio abortus.

[6] Die Art der Handlung und der Einwirkung derselben ist gleichgültig. Sie kann erfolgen durch heftige Schläge, durch Eingeben von bestimmten Mitteln, durch Veranlassung der Frau, schwere Lasten zu heben oder schwere Arbeiten zu verrichten, durch Erregung heftiger Gemüthsbewegungen, wie z. B. durch plötzliches Erschrecken; seitens der Frau selbst durch Einnehmen von Arzneien oder durch Tragen schwerer Lasten, vgl. Heiner S. 248; Heidenreich S. 383. 387.

[7] D. h. des befruchteten, lebenden Eies in allen Stadien seiner Entwicklung.

Die ältere Auffassung des mittelalterlichen Rechts, welche Gregor XIV. unter Beseitigung der Abänderung Sixtus' V. wieder zur Geltung gebracht hat, s. Bd. I. S. 44 und o. S. 569 n. 1, dass die Leibesfrucht ein foetus formatus oder animatus sein müsse, war an sich schon aus den Bd. I. S. 44, vgl. auch Heidenreich a. a. O. S. 303 ff. 318, dargelegten Gründen praktisch ohne Belang, und ist es jetzt um so mehr, als sie von der const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 unter den exc. l. s. episcopis res. n. 2.: „procurantes abortum effectu sequuto" fallen gelassen ist, s. auch die Entsch. d. Pönitentiaria bei Heiner S. 249. Daher erscheint die Ansicht von Heiner S. 249 und Heidenreich S. 389, dass hinsichtlich des Eintritts der Irregularität noch die ältere Anschauung massgebend sei, nicht richtig.

Nicht zu verwechseln damit ist es, dass Objekt des Verbrechens nur der von der Befruchtung des Eies ab sich lebend entwickelnde Fötus sein kann. Der Thatbestand liegt also nicht vor, wenn bei der Begehung der Handlung der Entwicklungsprozess noch nicht begonnen hatte oder das Ei oder der Fötus bereits abgestorben war, Heidenreich S. 377.

[8] Die Einwilligung der Frau hebt nach kirchlichem Recht die Strafbarkeit nicht auf, noch mindert sie die Strafe. Vgl. das Prov. Konzil v. Baltimore 1868, coll. conc. Lac. 3, 1280, nach welchem es der Mutter nicht einmal erlaubt ist, selbst um ihr Leben zu retten, eine solche zu geben.

[9] So Heidenreich S. 331 ff. 344. 376; Heiner S. 246, dagegen bejaht von Avanzini in Acta s. sed. 285 (vgl. dazu noch p. 460. 516) und von Pennacchi, de abortu et embryotomia. Romae 1874. p. 102 ff., für den Fall, dass ohne die Operation nicht nur der Fötus, sondern auch die Mutter sterben müsste, weil der erstere von diesen Schriftstellern, freilich unrichtiger Weise, einem unberechtigten Angreifer des Lebens der Mutter gleichgestellt wird. Vom Standpunkt des kanonischen Rechts, in welchem sich die berechtigte Ausübung der Berufsthätigkeit als Ausschliessungsgrund der Rechtswidrigkeit noch nicht anerkannt findet, und welches insbesondere das Verbot der Tödtung urgirt, erscheint allein die verneinende Ansicht richtig.

Dagegen liegt der Thatbestand des Verbrechens nicht vor, wenn der Arzt den Kaiserschnitt macht, Heidenreich S. 371 ff. 376, oder Arzneien und Operationen anwendet, um die Geburt zu erleichtern oder um bei einer reifen Frucht im Interesse der Erhaltung der Mutter die Geburt früher herbeizuführen, a. a. O. S. 361. 376, weil es hier an einer direkten, auf Bewirkung eines Abortus gerichteten Absicht fehlt.

[10] const. Sixt. V.: Effraenatam 1588 §. 1.

[11] L. c., des „homicidium voluntarium actu et re ipsa perpetratum".

[12] S. o. S. 795.

letzterer aber der Charakter der Censur latae sententiae beigelegt ist[1], sowie die Auslieferung an den weltlichen Arm zur Todesstrafe[2], ferner für Geistliche den Verlust der Klerikalprivilegien ipso iure, die privatio aller Dignitäten, kirchlichen Benefizien und Offizien, die Unfähigkeit zu solchen[3] und die Degradation[4]. Auch alle diejenigen, welche wissentlich als Gehülfen oder durch Rath, That oder Begünstigung bei der Begehung des Verbrechens mitgewirkt haben[5], treffen dieselben Strafen mit Ausnahme der Exkommunikation l. s.[6].

Die fahrlässige Herbeiführung eines Abortus[7] und der Versuch der Abtreibung ist nicht unter Strafe gestellt[8].

Mit den gleichen Strafen, wie die vorsätzliche procuratio abortus, hat Sixtus V.[9] auch die vorsätzliche s. g. *procuratio sterilitatis* bedroht. Es unterliegen denselben alle diejenigen, welche vorsätzlich einer Frau in der Absicht, dieselbe unfruchtbar zu machen, Tränke oder Gifte geben oder andere, die Konzeptionsfähigkeit beseitigende Mittel anwenden, Frauen, welche wissentlich derartige Tränke einnehmen, und alle, welche bei diesen Handlungen Rath gewähren[10], doch ist nach der const.: Apostolicae v. 1869[11] die Strafe der Exkommunikation l. s. entfallen[12].

4. Der Zweikampf (*duellum*). Im Gegensatz zu dem gemeinen mittelalterlichen Recht, welches blos den Geistlichen den Zweikampf bei Strafe untersagt hatte[13], hat die päpstliche Gesetzgebung seit dem 16. Jahrhundert[14] denselben allgemein, also

1 Sixt.V. cit. §. 7, S. 569 n. 1, so dass also die Exkommunikation vor die Zwangsbusse tritt.

Mit Rücksicht auf den Wortlaut des §. 7 und ferner auch der const. Pius' IX.: Apostolicae cit., s. S. 798 n. 7, wird darüber gestritten, ob diese Art der Exkommunikation auch die Frau, welche die Abtreibung an sich selbst vornimmt, trifft, s. z. B. für die verneinende Ansicht (A.-) Pennacchi 2, 40, anscheinend auch Heidenreich S. 378. Zuzugeben ist, dass diese nach dem Wortlaut der const. Sixtus' V., welche §. 1 die sonstigen procurantes und die Frau getrennt aufführt und im §. 7 zwar die principales in Gegensatz zu den sociae und consociae stellt, aber andererseits im wesentlichen blos der Vornahme von Beihülfehandlungen erwähnt, eine gewisse Berechtigung hat. Indessen nach der const. Pius' IX. cit. v. 1869 erscheint sie unrichtig, denn, wenn behauptet wird, dass diese, weil sie unter den procurantes dieselben Personen, wie die const. Sixtus' V. §. 1 verstehe, ebenfalls nicht auf die Frau bezogen werden könne, so ist dabei übersehen, dass die Formulirung des §. 1 cit.: „mulieres quae scienter praemissa fecerint" damit nur das vorher bezeichnete: „abortus seu foetus eiectionem procurare" in Bezug nimmt, also indirekt die Frau als eine procurans abortum behandelt, und dass die const. Pius' IX. beide Arten von Thätern in Folge dessen mit Recht unter den procurantes zusammengefasst hat. Für die hier vertretene Ansicht, freilich aus anderen Gründen, Heiner S. 246 und die bei Heidenreich S. 379 citirten.

Nach Sixtus V. cit. §. 8 war die Exkommunikation dem Papste reservirt. Diese Reservation hat aber Gregor XIV., s. const.: Sedes apostolica 1591 cit. §. 2, beseitigt, und nach der const. Puis' IX. v. 1869 ist sie ausdrücklich dem Ordinarius vorbehalten worden.

2 Sixt. V. cit. §§. 1. 4, s. S. 562 n. 6.

3 Sixt. V. cit. §. 2.

4 S. auch o. S. 568. 569.

Wegen der Irregularität, in Betreff deren Beseitigung der päpstliche Vorbehalt durch Gregor XIV. cit. nicht aufgehoben ist, s. Bd. I. S. 44 u. Heidenreich S. 389.

5 S. 569 n. 1.

6 Denn für die Gehülfen hat die const. Pius' IX. v. 1869 diese Censur nicht aufrechterhalten, (A.-) Pennacchi 2, 47; Heiner S. 47. Daraus ergiebt sich auch, dass diejenigen, welche auf Anstiftung eines Anderen die procuratio abortus bewirkt haben, nicht mehr der Exkommunikation verfallen, denn diese sind von der const. Sixtus' V. §. 7 nur unter dem Gesichtspunkt der Mitthäter und Gehülfen, nicht aber im §. 1 als procurantes mit den betreffenden Strafen bedroht, vgl. auch (A.-) Pennacchi 2, 36. 37; Heiner S. 249.

7 c. 20 (Innoc. III.) X de hom. V. 12 setzt darauf für den Geistlichen nur die Irregularität.

8 S. o. S. 798.

9 Const. cit. §. 5, s. o. S. 569 n. 1.

10 Aber auch hier muss der beabsichtigte Erfolg eingetreten sein.

11 Welche des gedachten Verbrechens nicht erwähnt.

12 In Betreff der Vernichtung der Zeugungsfähigkeit eines Mannes ist es lediglich bei dem früheren gemeinen Recht, d. h. der Bestrafung derselben wie Tödtung, c. 5 (inc.) X de hom. V. 12, s. S. 178 n. 3, verblieben.

13 S. 182.

14 Die Partikularkonzilien schon im fünfzehn-

auch für die Laien [1], verboten, und das Trienter Konzil ist derselben darin gefolgt [2]. Auf dem letzteren und den dasselbe ergänzenden päpstlichen Konstitutionen [3], sowie endlich auf der const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 [4] ruht das noch heute geltende Recht.

Der Zweikampf in dem hier in Betracht kommenden Sinne [5] ist der Kampf

ten, freilich nur vereinzelt, s. Toledo 1473 c. 20, Hardouin 9, 1512 (für die im Zweikampf oder Turnier Gefallenen oder an den dabei empfangenen Wunden Gestorbenen, selbst nach Empfang des Busssakramentes ipso iure Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss, von allen kirchlichen Handlungen und von der Empfangnahme von Oblationen für dieselben, und Geistliche, welche sie dennoch begraben, suspensio ab officio et beneficio l. s. auf 6 Monate).

Allerdings hat schon Martin V. 1425, Raynald. a. 1425 n. 9, aus Anlass eines zwischen Humfried v. Glocester und Philipp v. Burgund beabsichtigten Duells beiden für den Fall der Ausführung desselben die päpstlich reservirte und öffentlich zu verkündende Exkommunikation ipso facto angedroht.

1 Zuerst blos für den Kirchenstaat Julius II.: Regis pacifici 1509 §§. 2. 3, b. T. 5, 474 (Bestrafung der Duellanten als Mörder, Exk. l. s. und Versagung des kirchlichen Begräbnisses, für weltliche Herren und Kommunen exc. l. s. und Lokalinterdikt, sowie Strafe von 4000 Dukaten, wenn sie den Duellanten Kampfplätze überlassen, beim zweiten Mal auch privatio ipso iure aller von der römischen Kirche erhaltenen Lehne), und Leo X.: Quam deo 1519, l. c. p. 727 (unter Bestätigung der Anordnungen Julius' II. und Hinzufügung der Strafe der Vermögenskonfiskation ipso iure für die Duellanten, weiter eo ipso Verlust aller Rechte an ihren Ortschaften und Territorien für die Herren und Kommunen, welche Kampfplätze einräumen, Exkommunikation l. s. und je nach dem Stande verschieden abgestufte Geldstrafe für die Zuschauer und Lokalinterdikt über den Ort des Zweikampfes),

für die ganze Kirche zuerst Pius IV.: Ea quae 1560 §§. 3 ff., l. c. 7, 83 (für den Kirchenstaat Bestätigung der früheren Konstitutionen und Strafen unter Hinzufügung der ewigen Infamie verbunden mit Intestabilität, des weltlichen Bannes, der Strafen des Majestätsverbrechens, der Absetzung von den innegehabten Stellungen und der Gefängnissstrafe, ferner der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s. für die Duellanten, die Herausforderer, diejenigen, welche den ersteren einen Kampfplatz gewähren, ferner für die „astantes et interessentes, ac certantes comitantes et comitivam praestantes necnon consulentes ac adhaerentes et fautores necnon chartas certaminis seu duelli subscribentes vel affigentes aut publicantes", und wenn Geistliche solche Handlungen vornehmen, auch privatio ipso iure aller Kirchen, Klöster, Dignitäten und kirchlichen Benefizien und aller Anrechte auf solche, und der Unfähigkeit zu diesen, ausserhalb des Kirchenstaates für alle Fürsten und weltliche Obrigkeiten mit Ausnahme des Kaisers und der Könige, welche die Duelle nicht verhindern, und für die Duellanten, die Herausforderer, Anreizer, Rath, Hülfe und Begünstigung Gewährenden, den Duellen Beiwohnenden, Herausforderungen Schreibenden und Veröffentlichenden, päpstlich reservirte exc. l. s., für Geistliche ausserdem die gedachten dem Papst zur Begnadigung vorbehaltenen Strafen der Privation und der Unfähigkeit).

2 Sess. XXV. c. 19 de ref.: „... (1) Imperator, reges, duces, principes, marchiones, comites et quocumque alio nomine domini temporales, qui locum ad monomachiam in terris suis inter christianos concesserint, eo ipso sint excommunicati ac iurisdictione et dominio civitatis, castri aut loci, in quo vel apud quem duellum fieri permiserint, quod ab ecclesia obtinent, privati intelligantur, et si feudalia sint, directis dominis statim acquirantur. (2) Qui vero pugnam commiserint, et qui eorum patrini vocantur, excommunicationis ac omnium bonorum suorum proscriptionis ac perpetuae infamiae poenam incurrant, et ut homicidae iuxta ss. canones puniri debeant, et si in ipso conflictu decesserint, perpetuo careant ecclesiastica sepultura. (3) Illi etiam, qui consilium in causa duelli tam in iure quam facto dederint aut alia quacumque ratione ad id quemquam suaserint, necnon spectatores excommunicationis ac perpetuae maledictionis vinculo teneantur, non obstante quocunque privilegio seu prava consuetudine, etiam immemorabili." (Darauf und die dazu ergangenen Konstitutionen verwiesen von Avignon 1594 c. 60, Hardouin 10, 1869.)

3 Gregor XIII.: Firmum 1582 und Ad tollendum 1582, b. T. 8, 399. 400, (nur Spezialbestimmungen für Aragonien, Valencia, Katalonien und Roussillon Gregor XIII.: Ad Romani 1573, l. c. p. 45, theilweise abgeändert von Sixtus V.: Provida 1587, l. c. 9, 262); Clemens VIII.: Illius vices 1592, l. c. 9, 604; Benedikt XIV.: Detestabilem 1752, bull. Ben. 4, 16.

4 Exc. l. s. rom. pont. res. n. 3: „Duellum perpetrantes aut simpliciter ad illud provocantes vel ipsum acceptantes et quoslibet complices vel qualemcumque operam aut favorem praebentes nec non de industria spectantes illudque permittentes vel quantum in illis est, non prohibentes, cuiuscumque dignitatis sint, etiam regalis vel imperialis." Das Schreiben Leos XIII.: Pastoralis 1891 (an die deutschen und österreichisch-ungarischen Bischöfe), Arch. f. k. K. R. 67, 19, gegen die Unsitte der Duelle enthält keine Strafandrohungen, verweist nur auf das Tridentinum, Benedikt XIV. und Pius IX. citt.

5 D. h. im Sinne der früheren päpstlichen Konstitutionen, namentlich der Gregors XIII. und Clemens' VIII.

zwischen zwei Personen[1], welcher von diesen[2] nach vorausgegangenem Übereinkommen über die Zeit, die Art der Waffen und den Ort[3], und nach hergebrachten oder vereinbarten Kampfregeln[4] mit gleichgefährlichen und gleichwerthigen Waffen[5] unternommen[6] oder ausgefochten wird[7].

Was die Strafen betrifft, so sind:

a. die Duellanten selbst, d. h. diejenigen, welche den Zweikampf auch nur begonnen haben[8], und die Sekundanten mit der dem Papst reservirten Exkommunikation

[1] Der Begriff des Duells wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass mehrere Paare gleichzeitig neben einander kämpfen, ja nach Clemens VIII.: Illius vices 1592 cit. §. 5 auch nicht dadurch, dass mehrere, wenn nur in gleicher Anzahl auf jeder Seite, gegen einander kämpfen: „si convenerint, ut non singuli cum singulis, sed bini, terni aut plures hinc inde pugnent", (A.-) Pennacchi 1, 550.

[2] Sei es aus eigenem Antrieb, sei es auch auf Anordnung von Ehrengerichten oder anderen, namentlich militärischen Behörden, s. auch Clemens VIII. cit. („si publico et forsan iusto bello indicto miles aliquis contra alterum in adversariorum exercitu militantem . . . privatas simultates atque inimicitias publicae causae intermiscendo etiam ducum permissu ad singulare certamen descendat aut illud provocet") und das u. S. 804 in Betreff der Strafen gegen die das Duell zulassenden Herrscher und Obrigkeiten Bemerkte. Der von den Kanonisten als erlaubt ausgenommene Fall, dass zur Vermeidung eines Krieges oder einer Schlacht seitens der feindlichen Herrscher ein Duell oder Zweikampf zwischen zwei jeder Partei angehörenden Streitern angeordnet wird, Schmalzgrueber V. 14 n. 7; (A.-) Pennacchi 1, 552. 574, wird wohl kaum mehr vorkommen.

[3] Gregor XIII.: Ad tollendum 1582 cit. §. 1: „qui ex condicto statuto tempore et in loco convento monomachiam commiserint"; Clemens VIII. cit. §. 3; Benedict. XIV.: Detestabilem 1752 cit. §. 2. Der Waffen wird zwar nicht ausdrücklich erwähnt, aber da sie gleichwerthig sein müssen, ist auch eine Verabredung darüber erforderlich. Fehlt es daran, wie z. B. wenn Jemand einem Andern erklärt, er würde, wo er ihn treffe, mit ihm kämpfen, weshalb der letztere stets sein Schwert bei sich führen möge, und dann später bei einer zufälligen Begegnung ein Kampf zwischen ihnen entbrennt, so liegt kein Duell vor; ebensowenig, wenn das erforderliche Übereinkommen zwischen beiden Parteien getroffen wird, aber beide aus Anlass desselben in Streit gerathen und sofort zum Kampf übergehen, Entsch. d. congr. immun. v. 1703 u. 1644 bei Ferraris s.v. duellum art. I. n. 4. 5.

[4] Dieses Erforderniss wird zwar von den Kanonisten nicht besonders erwähnt, ist aber zum Begriff des Duells wesentlich, denn dadurch unterscheidet es sich von anderen Arten von Kämpfen. Wenn z. B. beim Pistolenduell der eine dem anderen hinterrücks von der Seite oder von hinten einen Schuss beibringt oder ihn dadurch tödtet, liegt Mord, nicht Tödtung im Duell vor.

Die von den Kanonisten gemachte Unterscheidung von *duellum publicum* oder *solenne*, welches unter gewissen Feierlichkeiten und festen Formen verabredet und begonnen wird, wie z. B. unter Vorlegung der Herausforderungen, unter Zuziehung von *patrini* (Sekundanten), unter freiem Geleit zum Kampfort, und von *d. privatum*, bei welchem diese Formen und auch die Sekundanten fehlen, Schmalzgrueber l. c. n. 2; Ferraris l. c. art. I. n. 18. 19, kann nicht gegen die hier vertretene Meinung geltend gemacht werden, denn aus dem Fehlen der gedachten Feierlichkeiten und Formen folgt noch nicht, dass nicht beim Kampfe selbst bestimmte Regeln eingehalten zu werden brauchen. Übrigens bedrohen Gregor XIII.: Firmum cit. 1582 §§. 1. 2 und Ad tollendum 1582 §. 1 das Privatduell mit denselben Strafen, wie das feierliche.

[5] Also Waffen im technischen Sinne, d. h. Gegenstände, welche ihrem Stoff und ihrer Form nach darauf berechnet sind, Anderen Verletzungen beizubringen, (nicht Stöcken, Fäusten u. s. w.), und zwar solchen, durch welche der Tod, eine Verstümmelung oder Verwundung herbeigeführt werden kann, s. auch Ferraris l. c. n. 1. Ferner müssen sie, weil für das Duell die Gleichheit der Bedingungen des Kampfes für beide Theile wesentlich ist, wenn nicht vollkommen gleich, doch gleichwerthig sein, (A.-) Pennacchi 1, 552.

[6] Vgl. Clemens VIII. cit. §. 5: „Necnon iisdem poenis, decreto (des Tridentinums) et constitutionibus teneri eos, inter quos pactiones initae sint de dirimendo certamine cum primum alteruter vulneratus fuerit seu sanguinem effuderit aut certus ictuum numerus utrinque illatus fuerit."

[7] Selbstverständlich ist, dass bei beiden Parteien die Absicht obwalten muss, ernstlich mit einander zu kämpfen, dass also blosse Scheinduelle nicht in Frage kommen können und nicht strafbar sind, (A.-) Pennacchi 1, 561 ff.

[8] Aber begonnen muss der Kampf selbst schon seitens der beiden Betheiligten sein, s. Trid. l. c. „pugnam commiserint"; ebenso Gregor XIII. l. c., s. Anm. 3; Clemens VIII.: Illius vices cit. §. 7: „singulare certamen ineuntes"; Pius IX. cit.: Duellum perpetrantes".

Die Sekundanten: „patrini" nennt das Tridentinum und Clemens VIII. l. c. ausdrücklich, während sie in der const. Pius' IX. unter den „complices" begriffen sind.

l. s.[1], der Versagung des kirchlichen Begräbnisses[2] für die im Zweikampf Gefallenen, und die an den in demselben enthaltenen Wunden Gestorbenen, selbst wenn sie nach Empfang des Busssakramentes reumüthig gestorben sind[3], der ewigen Infamie[4], der Vermögenskonfiskation[5], sowie Geistliche mit der privatio beneficii ipso iure und der Unfähigkeit zum Erwerbe von Kirchenämtern[6] bedroht[7].

b. Diejenigen, welche einen anderen auf irgend eine Weise, also persönlich oder durch einen anderen, zum Duell, d. h. also unter Bestimmung des Ortes, der Stunde und der Waffen, herausfordern[8], gleichviel, ob die Forderung angenommen wird oder

[1] Schon Pius IV. 1560 cit. hat diese dem Papst reservirt, s. S. 800 n. 1, und wenn auch das Tridentinum cit., S. 800 n. 2, den Vorbehalt beseitigt hat, so ist er doch durch Clemens VIII.: Illius vices §. 7 cit. (auch für die patrini) erneuert und von Pius IX., S. 800 n. 4, aufrecht erhalten worden.

[2] Als poena l. s., so Trid. l. c. und Clemens VII. l. c.

[3] Nach Benedict. XIV.: Detestabilem 1752 cit. §. 9. Diese Strafe ist durch die const. Pius' IX., da es sich bei derselben um eine poena vindicativa handelt, nicht aufgehoben, (A.-) Pennacchi 1, 559. 560; Heiner S. 159; vgl. auch Rituale Roman. tit. VI c. 2 n. 4.

[4] Latae sententiae, Trid. l. c., Clemens VIII. cit. §§. 2. 4; vgl. auch die vorhergehende Anm. Wegen der Irregularität s. Bd. I. S. 30. 31.

[5] L. s., s. die Citate in der vorigen Anm.

[6] Nach Pius IV. 1560 cit., bestätigt von Clemens VIII. cit. §§. 1. 4; Strafen, für welche die Begnadigung dem Papste reservirt ist, s. auch Anm. 3; Heiner S. 160.

[7] Und zwar ohne Ausnahme irgend welcher Art der Duelle, namentlich auch der Duelle unter Studenten, s. Entsch. d. congr. conc. v. 1890, Acta s. sed. 23, 234 u. Arch. f. k. K. R. 65, 142, nach welcher bei diesen die infamia iuris und in Folge der letzteren Irregularität ex defectu famae, s. Bd. I. S. 30. 31, eintritt, und ferner der Duelle beim Adel und Militär, denn Alexander VII. hat 1665, b. T. 17, 388, die These: „Vir equestris ad duellum provocatus potest illud acceptare, ne timiditatis notam apud alios incurrat" als falsa und scandalosa, und Benedict. XIV.: Detestabilem cit. §. 5 folgende Thesen: „1. Vir militaris qui nisi offerat vel acceptet duellum, tanquam formidolosus, timidus, abiectus et ad officia militaria ineptus haberetur indeque officio, quo se suosque sustentat, privaretur vel promotionis alias sibi debitae ac promeritae spe perpetuo carere deberet, culpa et poena vacaret, sive offerat sive acceptet duellum" und „3. Non incurrit ecclesiasticas poenas ab ecclesia contra duellantes latas dux vel officialis militiae, acceptans duellum ex gravi metu amissionis famae et officii", zugleich mit folgenden: „2. Excusari possunt etiam honoris tuendi vel humanae vilipensionis vitandae gratia duellum acceptantes vel ad illud provocantes, quando certo sciunt, pugnam non esse secuturam, utpote ab aliis impediendam"; „4. Licitum est in statu hominum naturali (d. h. bei noch nicht staatlich geordneten Zuständen) acceptare et offerre duellum ad servandas cum honore fortunas, quando alio remedio earum iactura propulsari nequit"; „5. Asserta licentia pro statu naturali, applicari etiam potest statui civitatis male ordinatae, in qua nimirum vel negligentia magistratus iustitia aperte denegatur" als falsae, scandalosae ac perniciosae verworfen, letzterer zugleich unter Bedrohung derjenigen, welche auch nur eine dieser Thesen lehren, vertheidigen, herausgeben und sie öffentlich oder geheim, ohne sie anzufechten, behandeln, mit der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s., welche auch noch jetzt, s. S. 693, zur Anwendung kommt. Hieraus ergiebt sich zugleich, dass das eigenmächtige Duell (s. S. 801 n. 2), gleichviel aus welchen Motiven zu einem solchen herausgefordert oder es angenommen wird, strafbar ist, und damit sind die Erörterungen der Älteren über etwaige Ausnahmefälle, s. z. B. Reiffenstuel V. 14 n. 19 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 9 ff., überflüssig gemacht.

[8] Selbstverständlich im Ernst. Deshalb fällt eine nicht ernstlich gemeinte, blos aus Prahlerei oder im heftigen Affekt gemachte Herausforderung nicht unter das fragliche Strafgesetz.

Clemens VIII.: Illius vices cit. §. 6: „. . . prohibemus . . . scripta, *manifesta* seu *fides* vulgo appellata, quae etiam sine expressa provocatione ad certamen, tamen quasi praeparatoria quaedam ad chartulas seu libellos provocatorios et ad duellum . . . occasionem praebent. Dum scilicet in illis . . . sub praetextu proprii vel alieni honoris et famae more militari atque, ut vulgo dicitur, *cavalleresco*, tuendi aut laedendi sive ad illatae vel propulsatae contumeliae aut iniuriae probationem seu tollendam illius suspensionem rei alicuius gestae ad id pertinentis vel verborum aut responsionum series et ordo narratur vel ex simili abusu hac de causa aliquid tale adeo firmiter asseritur aut negatur, ut qui contradixerit is sive nominatim sive in genere mendacii arguatur aut mentiri dicatur . . . Vel denique offert se quisquam contra certam vel incertam personam vel generatim contra quemcumque ad probandum armis et verificandum etiam inito certamine, aliquid ita esse aut fuisse vel non fuisse. . . Volentes eos omnes et singulos qui suo vel alieno nomine ad effectum, de quo superius dictum est, praedicta vel his similia multoque magis ad certandum provocatoria scripta, libellos, epistolas earumve exempla dictaverint, composuerint, scripserint, miserint, detulerint, divulgaverint, affixerint, exemplaverint, typis impresserint, subscripserint,

das Duell stattfindet oder nicht[1], sowie diejenigen, welche eine Herausforderung zum Duell annehmen, selbst wenn dasselbe nicht zur Ausführung gelangt[2], trifft die dem Papst vorbehaltene Exkommunikation l. s.[3].

c. Strafbar sind ferner alle Mitschuldigen und Gehülfen aller Art. Es kommen hier als *complices* im Sinne der const.: Apostolicae ausser den Sekundanten[4] die Zeugen oder Unparteiischen[5], die assistirenden Ärzte[6] und die Anstifter[7] und als qualemcumque operam aut favorem praestantes diejenigen, welche die Herausforderung schreiben, dabei Hülfe leisten, sie überbringen (Kartellträger), Waffen oder andere die Ausführung des Duells ermöglichende Gegenstände, z. B. Geld, geben, die Kämpfenden begleiten oder Anweisungen in Betreff der Herausforderung und der Art der Übermittelung derselben oder für die Abhaltung oder Ausführung des Zweikampfes ertheilen[8], in Betracht.

intimaverint vel etiam verbo denunciaverint sive attestati fuerint quive aliis ad singulare certamen publice vel occulte ineundum vel ad provocandum aliquem ad pugnam sive ad huius generis scripta quae manifesta quaeque chartulae provocatoriae appellantur, scribenda, dictanda, mittenda, deferenda, divulganda auxilium, consilium, operam, favorem praestiterint, sive id suaserint aut mandaverint quive in praemissis vel eorum aliquo se quomodolibet immiscuerint, etiam si neque pugna aliqua nec certamen aut effectus nec accessus aut actus ad pugnam proximus neque expressa et aperta provocatio subsequuta fuerit, neque scriptiones praedictae quae manifesta dicuntur, in publicum prodierint aut cuiquam intimatae extiterint, si per eos non steterit, quominus publicatio aut denunciatio fieret, nihilominus censuris et poenis omnibus in praesenti et aliis praedictis constitutionibus et decreto contentis subiacere" dehnt die für die Duellanten angedrohten Strafen auch auf diejenigen aus, welche blos Manifeste oder Schriften unter Hinweis auf die eventuelle Erhärtung der darin enthaltenen Behauptungen durch Zweikampf oder unter dem Erbieten zu einem solchen gegen bestimmte oder unbestimmte Personen erlassen. Diese können im Sinne der const.: Apostolicae indessen nicht als ad duellum provocantes angesehen werden, denn die Herausforderung zum Duell setzt einen bestimmten Gegner und die Zustellung der Herausforderung an diesen voraus. Daher bezeichnet Clemens VIII. selbst die gedachten Schriften als praeparatio und setzt ihnen die Herausforderung (expressa provocatio ad certamen) ausdrücklich entgegen. Demgemäss ist die Exkommunikation für diese Handlungen jetzt entfallen, so auch (A.-) Pennacchi 1, 570, und es ist daher nicht richtig, wenn Heiner S. 156 auch diejenigen, welche derartige allgemeine Aufforderungen ergehen lassen, noch der gedachten const. unterstellt.

Die übrigen poenae vindicativae für diese Handlungen sind allerdings durch die letztere nicht beseitigt. Von einem näheren Eingehen darauf kann aber abgesehen werden, da derartige Manifeste und Aufforderungen jetzt nicht mehr vorkommen.

1 Dies drückt das Wort: simpliciter in const. Pii IX. cit. aus, nicht aber ist damit eine allgemeine Aufforderung (s. vor. Anm.) gemeint, s. auch (A.-)Pennacchi 1, 570. 571.

2 Denn das „simpliciter" bezieht sich auch auf die acceptantes, l. c. 1, 572; Heiner S. 156.

3 Die const. Pii IX. generalisirt insoweit die besondere Vorschrift der const. Clem. VIII. §. 6 cit. bez. der dieselbe näher deklarirenden const. Benedikts XIV.: Detestabilem cit. 1752 §. 3.

4 S. 801 n. 8.

5 (A.-)Pennacchi 1, 575. Unter die patrini können diese nicht begriffen werden, weil sie andere Funktionen auszuüben haben.

6 Auch diese gehören zu den complices im Sinne der const.: Apostolicae oder der socii im Sinne von Gregor XIII.: Ad tollendum 1582 cit. §. 1 und von Clemens VIII. cit. §. 7; s. auch Entsch. d. congr. inquis. v. 1884, Arch. f. k. K. R. 54, 346; Acta s. sed. 17, 601 u. (A.-)Pennacchi 2, 616, und zwar auch, wenn sie nicht auf dem Kampfplatz anwesend sind, sondern sich blos in der Nähe aufhalten, um nöthigenfalls ihre Hülfe zu leisten. Dasselbe gilt auch von dem zum Duell von vornherein zugezogenen Beichtvater, s. a. a. O.

7 Trid. Sess. XXV. c. 19 de ref. cit.: „aut alia quacumque ratione ad id quemquam suadentes"; Clemens VIII. § 7 cit. ... „id scelus suadentes vel provocantes"; vgl. dazu auch (A.-)Pennacchi 1, 576 ff.

8 Trid. l. c.; Gregor XIII.: Firmum 1582 cit. §. 2: „qui sic invitantibus vel provocantibus aut invitatis aut provocatis equos, arma, pecuniam, commeatus, cibaria et alia subsidia contulerint aliasque auxilium, consilium vel favorem praestiterint aut conferri et praestari curaverint, etiam per alium seu alios directe vel indirecte quovis modo et colore, etiamsi postea ad dictum certamen vel destinatum aut alium locum non descenderint"; Clemens VIII. cit. §. 7: „opem, consilium vel favorem praestantes, equos, arma et commeatus praebentes aut comitantes vel circa chartulas seu libellos, litteras, nuncios aut quaecumque alia scripta huiusmodi quomodolibet peccantes". Die betreffenden Handlungen müssen aber in Beziehung zu einem bestimmten Duell stehen und

Diese trifft ebenfalls die päpstlich reservirte Exkommunikation l. s.[1], und Geistliche auch die privatio beneficii l. s. und die Unfähigkeit zum Erwerbe von Kirchenämtern[2], aber im Gegensatz zu den unter b genannten nur dann, wenn das Duell mindestens begonnen, nicht wenn vorher auch selbst noch auf dem Kampfplatze davon Abstand genommen worden ist[3].

d. Ferner verfallen auch solche Zuschauer, welche sich in der Absicht, dem Duell zuzusehen[4], auf den Kampfplatz begeben haben[5], falls sie diese Absicht haben verwirklichen können und auch verwirklicht haben[6], den erwähnten Strafen.

e. Endlich sind auch diejenigen, einschliesslich der Kaiser und Könige, welche die Abhaltung eines Duells gestatten oder die letztere, soweit sie dazu im Stande sind, nicht verhindern, strafbar. Gemeint sind hiermit nicht Privatpersonen[7], sondern blos Fürsten jedes Ranges, weltliche Obrigkeiten, Behörden und Beamte[8], insbesondere auch Militärbehörden und Militärbefehlshaber[9]. Alle diese unterliegen ebenfalls der

in Kenntniss von demselben vorgenommen werden. Daher verfällt der Waffenhändler, bei welchem die Duellanten die Waffen kaufen oder leihen, ebensowenig wie der Fechtmeister, welcher sie unterrichtet, ohne diese Kenntniss nicht der Exkommunikation, wohl aber ist dies der Fall, wenn sie davon Kunde haben und in der Absicht, das Duell zu ermöglichen, die Waffen liefern oder den Unterricht ertheilen, denn in diesen Fällen werden sie zu favorem praestantes, vgl. auch (A.-) Pennacchi 1, 589 ff.; Heiner S. 158.

1 In dieser Beziehung gilt das S. 802 n. 1 Bemerkte.

2 S. 802.

3 Nach Gregor XIII: Ad tollendum 1582 cit. §. 1 treten diese Strafen schon ein „etiamsi si illi, qui ad locum destinati pugnaturi accesserunt, impediti pugnam non commiserint, si per se ipsos non steterit, quominus illa committeretur", und ebenso fasst Benedikt XIV.: Detestabilem 1752 §. 3 die spezielle Vorschrift Clemens' VIII. cit. §. 6, s. S. 802 n. 8: „etiamsi neque pugnae effectus neque accessus ad locum sit subsequutus" auf, aber die const. Pius' IX. hat diese Ausdehnung fallen gelassen. Es kann daher die Exkommunikation l. s. nur die Mitschuldigen und Gehülfen aller Art in denselben Fällen, wie die Duellanten selbst treffen, d. h. blos dann, wenn das Verbrechen begangen ist. Dasselbe muss auch von den Strafen gegen die Geistlichen gelten, denn die Erweiterung Gregors XIII., s. vorher, bezieht sich auf die vom Tridentinum festgesetzten Strafen, während Clemens VIII. cit. §§. 1. 4 die hier gedachten Strafen nicht auf den Fall des Nichtzustandekommens des Duells ausgedehnt hat.

4 Das Trid. l. c. spricht blos von „spectatores" schlechthin, dagegen Gregor XIII.: „Ad tollendum 1582 cit. §. 1 von „ex composito spectatores"; und Clemens VIII. cit. §. 7, ebenso wie Pius IX. von „de industria spectatores". Während das erstere jedweden Zuschauer, auch denjenigen, welcher zufällig zum Acte des Duells gekommen ist, Gregor XIII. dagegen blos denjenigen, welcher auf Verabredung mit den Duellanten demselben anwohnt, nennt, ist demnächst durch die zuletzt gedachten Konstitutionen die im Text gedachte Erweiterung eingetreten. S. auch (A.-) Pennacchi 1, 589 ff.; Heiner S. 158.

5 Clemens VIII. cit. §. 7 und Pius IX. cit. Da diese Betheiligung am Duell unter das praestare favorem fällt, so tritt für Geistliche auch die Strafe der privatio beneficii l. s. und Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern ein, vgl. S. 802 n. 6.

6 D. h. also das Duell mindestens begonnen worden ist, denn ist dies nicht der Fall, so sind sie keine spectatores, weil selbstverständlich Niemand einem nicht zur Ausführung gekommenen Duell zusehen kann. Vgl. die auch hier zutreffenden Ausführungen in Anm. 3.

7 Denn diese haben kein Recht und keine rechtlich anerkannte Macht, ein Duell zu verhindern oder zu erlauben, und wenn sie den Duellanten die Ausführung eines solchen ermöglichen, z. B. durch Gewährung eines Platzes auf ihrem Grund und Boden, so fallen sie unter die zu c gedachte Kategorie. Dazu kommt, dass schon Pius IV.: Ea quae 1560 cit., s. S. 800 n. 1; das Tridentinum cit. und Clemens VIII. cit. §§. 2. 4. 5 gerade gegen die Fürsten und Obrigkeiten besondere Strafandrohungen aufweisen, und die const. Pius' IX. cit., nachdem sie alle früheren Vorschriften im wesentlichen erneuert hat, nur diese in ihrem Schlusssatz in das Auge gefasst haben kann.

8 S. die Citate in der vor. Anm.

9 Clemens VIII. cit. §. 5: „Et non solum locorum dominos, sed etiam magistratus, praesides, locum tenentes aut etiam duces et capitaneos in castris vel extra ea in alieno vel hostili solo vel cum militibus exercitus adversariorum monomachiam in quocumque casu . . . prohibito permittentes vel quantum in ipsis est, non prohibentes aut post dimissum crimen veniam et impunitatem concedentes." Es gehören also namentlich hierher die Militärpersonen, welche als Mitglieder in Ehrengerichten auf ein Duell zwischen zwei Militärpersonen erkennen oder dasselbe gestatten.

Ferner muss es sich aber stets um ein bestimmtes Duell handeln. Ein nachlässiges Verhalten hinsichtlich des gesetzgeberischen oder obrigkeitlichen Einschreitens gegen das Duell-

päpstlich reservirten Exkommunikation l. s.[1], jedoch nur dann, wenn das Verbrechen vollendet, also der Zweikampf mindestens begonnen worden ist[2].

Von den auf die Verletzung des kirchlichen Duellverbotes gesetzten Strafen ist heute die Vermögenskonfiskation[3], weil sie kirchlicherseits nicht mehr verwirklicht werden kann, ebenso die Infamie, soweit sie Folgen für das weltliche Gebiet äussern soll[4], entfallen, dagegen sind die Strafen rein kirchlichen Charakters, wie die Exkommunikation und die Versagung des kirchlichen Begräbnisses[5], sowie für Geistliche die privatio beneficii und Unfähigkeit zum Erwerbe von kirchlichen Ämtern[6] noch in praktischer Geltung[7].

5. Die Körperverletzung. Ein besonderes Delikt der Körperverletzung kennt das mittelalterliche gemeine Recht nicht[8], und auch die spätere Gesetzgebung hat dieses Vergehen als solches nicht in den Kreis ihrer Regelung einbezogen, viel-

unwesen überhaupt fällt nicht unter die fragliche Strafvorschrift.

[1] Hier gilt das S. 802 n. 1 Bemerkte. Wenn Trid. Sess. XXV. c. 19 cit. seine Strafandrohung aber blos auf das Duell inter christianos beschränkt, so ist dies durch Pius IX. beseitigt. Die weitere Strafbestimmung des Konzils, nach welcher Kaiser, Fürsten und Obrigkeiten, wenn sie in ihren Territorien einen von der Kirche ihnen auf irgend eine Weise verliehenen Ort zu einem derartigen Zweikampfe hergeben oder ihn an einem solchen erlauben, ipso iure der Jurisdiktion und des Eigenthums, bei Lehnen des Untereigenthums in Betreff des fraglichen Ortes oder der fraglichen Stadt verlustig gehen sollen, hat heute keine praktische Bedeutung mehr.

Fortgefallen ist ferner das von Clemens VIII. cit. §. 7 angedrohte, päpstlich reservirte Lokalinterdikt l. s. über diejenigen Orte, an denen weltliche Herren und Obrigkeiten die Abhaltung eines Duells gestattet oder geduldet haben, da dasselbe von Pius IX. in der const.: Apostolicae nicht aufrechterhalten worden ist.

Endlich ist durch die letztere auch die Ausdehnung der Strafbestimmung durch Clemens VIII., S. 804 n. 9, auf diejenigen, welche die Duellanten nach Verübung des Verbrechens unbestraft lassen, aufgehoben worden.

[2] Denn die const. Pius' IX. hat die ausdrückliche Vorschrift der const. Benedict. XIV. cit.: Detestabilem 1752 §. 3, welche Clemens VIII. nicht richtig wiedergiebt, s. S. 804 n. 3, fallen gelassen, und da es sich in diesem Fall ebenfalls um das praebere favorem in Bezug auf die Begehung des Verbrechens handelt, kann die Strafe mangels einer ausdrücklichen, entgegengesetzten Vorschrift nur bei wirklicher Vollendung desselben eintreten.

[3] S. o. S. 800 n. 2. Vgl. auch Anm. 1.

[4] Nicht aber, soweit dies für das kirchliche Gebiet, wie namentlich in Betreff der Irregularität, s. S. 800 n. 2, der Fall ist.

[5] S. 802. Auch Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 328, schärft die Anwendung der betreffenden Vorschriften ein.

[6] S. 802.

[7] Während die spätere päpstliche Gesetzgebung nicht mehr der Turniere, s. o. S. 182, (auch nicht mehr des S. 183 gedachten singulären Verbotes) gedenkt, ist dieselbe dagegen gegen die Stiergefechte und Kämpfe mit anderen wilden Thieren vorgegangen. Pius V.: De salute 1567, b. T. 7, 630 bedroht alle weltlichen und geistlichen Fürsten, einschliesslich der Kaiser und Könige, und Obrigkeiten, welche derartige Gefechte zulassen, mit der Exkommunikation l. s., diejenigen, welche in solchen kämpfen und dabei getödtet werden, mit der Versagung des kirchlichen Begräbnisses ipso iure, sowie alle Geistlichen mit kirchlichen Benefizien oder in den höheren Weihen, welche solchen Schauspielen beiwohnen, ebenfalls mit der Exkommunikation (nachdem schon Toledo 1566 III. 26, Hardouin 10, 1169, für die letzteren arbiträre Strafe, für diejenigen, welche, selbst auf Grund eines aus Frömmigkeit darauf abgelegten Gelübdes, solche Gefechte abhalten lassen oder dieselben, obwohl sie können, nicht verhindern, mit der Exkommunikation l. s. belegt hatte), jedoch hat Gregor XIII.: Exponi 1575, b. T. 8, 129, für Spanien unter indirekter Gestattung derselben die von Pius V. angedrohten Strafen für alle Laien und für die Ritterbrüder der Ritterorden, sofern nur die letzteren nicht die höheren Weihen besitzen und die Stiergefechte nicht an kirchlichen Festtagen stattfinden, aufgehoben, und 1582 (const.: Exponi) diese Vergünstigung auch auf Portugal und Algarbien ausgedehnt. Die const. Pius' IX.: Apostolicae hat übrigens die erwähnte Exkommunikation l. s. nicht aufrechterhalten. Jedoch erklärt die Pönitentiaria 1893, Acta s. sed. 26, 447, die Anwesenheit eines Priesters bei den Stiergefechten mit dem h. Öl, um tödtlich Verwundeten sofort die letzte Ölung spenden zu können, selbst beim Vorhandensein einer derartigen Gewohnheit für unerlaubt, duldet es vielmehr nur, dass das h. Öl in der Nähe des Kampfplatzes in einer Kirche oder an einem ehrbaren Orte aufbewahrt wird, sofern nur daraus nicht auf die Billigung des Stiergefechtes geschlossen werden kann und dies nicht auf vorherige Verabredung geschieht.

[8] Vgl. auch o. S. 179.

mehr nur in Anhalt an die älteren gemeinrechtlichen Vorschriften die Verletzung von hohen kirchlichen Würdenträgern, von Geistlichen und auch von anderen Personen als eine Abart des Verbrechens der Vergewaltigung dieser Personen behandelt[1].

Aus den mittelalterlichen gemeinrechtlichen Quellen lässt sich nur folgendes entnehmen:

Fügt Jemand vorsätzlich einem anderen eine Wunde zu, durch welche der Tod des letzteren herbeigeführt wird, so ist der Thäter ebenso verantwortlich, wie wenn er das Verbrechen der Tödtung begangen hätte[2].

Dasselbe gilt von jedem, welcher im Raufhandel oder bei einer gemeinsamen Schlägerei einen anderen verletzt hat, wenn der letztere in Folge der Wunde gestorben ist[3].

Endlich wird eine *percussio*, also die Beibringung von Schlägen, selbst wenn dadurch keine Verwundung zugefügt, aber durch dieselbe der Tod des Geschlagenen herbeigeführt wird, härter als eine andere bestraft[4]. In Betreff der Körperverletzung, welche eine Verstümmelung (*mutilatio*) herbeiführt und welche vom kanonischen Recht unter dem Gesichtspunkt der Irregularität behandelt wird[5], finden sich ebenfalls keine neueren Normen, und ebenso kommen in Betreff der Selbstverstümmelung[6] noch allein die älteren Kanonen in Betracht.

6. Die Kindesaussetzung[7]. Nach dem hinsichtlich dieses Vergehens ebenfalls massgebend gebliebenen gemeinen Recht des Mittelalters besteht dasselbe in der vorsätzlichen Setzung eines Kindes (bis zum vollendeten siebenten Lebensjahre[8]) oder einer älteren hülflosen Person[9] durch den Vater[10] in eine Lage,

[1] S. 745. 747. S. 728 n. 1 u. S. 749 n. 1. Nur partikularrechtlich finden sich besondere Strafandrohungen, freilich zum Theil auch im Zusammenhange mit der manuum iniectio violenta in clericos, so Mainz 1549 c. 100, Hartzheim 6, 592 (Kleriker, welcher einem anderen Kleriker bei thätlichem Angriff eine Wunde beibringt, ausser der exc. l. s. Suspension von den Einkünften auf 4 Monate, bei Verletzung eines Prälaten, auf 8 Monate, und bei Verstümmelung oder Unbrauchbarmachung eines Gliedes privatio beneficii ipso f., endlich, wenn der Kleriker armis contra laicum contenderit, harte arbiträre Strafe); D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 30, l. c. 8, 893 (Kleriker, welcher einen anderen Kleriker oder einen Laien verstümmelt oder ihm ein Glied unbrauchbar macht, nach der Schwere des Vergehens Geldstrafe, Gefängniss, susp. ab off. oder privatio beneficii).

[2] c. 18 (Inn. III.) X de hom. V. 12, jedoch nicht wenn festgestellt wird, dass die beigebrachte Wunde keine tödtliche war, s. ibid. In Anhalt daran nimmt die kanonistische Doktrin an, dass die Beibringung einer tödtlichen Wunde stets die Bestrafung wegen Tödtung nach sich zieht, während sie in zweifelhaften Fällen eine solche zwar auch, aber für das weltliche Gebiet, blos ausserordentliche Strafe verlangt, Reiffenstuel V. 12 n. 50. 53; Schmalzgrueber V. 12 n. 181. 183.

Das von Katz S. 89 citirte c. 7 (Alex. III.) X h. t. V. 12 gehört nicht hierher, denn es handelt von einer in Überschreitung des Züchtigungsrechtes herbeigeführten, also von fahrlässiger Tödtung, nicht von vorsätzlicher rechtswidriger Verletzung, da an sich die Ausübung eines Züchtigungsrechtes durch vorgesetzte Geistliche, Lehrer, durch den Vater und den Herrn als berechtigt anerkannt ist, c. 54 §. 2 (Gregor IX.) X de sent. exc. V. 39.

[3] c. 34 (Mainz 852 c. 11) C. XXIII qu. 8; s. auch c. 18 X cit. V. 12, während diejenigen, welche sich weder durch That oder Rath bei der Schlägerei betheiligt haben, sondern nur anwesend waren (selbst Kleriker c. 4 X de cler. perc. V. 25) straflos sind, c. 34 ibid. Ein Kleriker aber, welcher dabei eine auf Körperverletzung gerichtete, indessen nicht von Erfolg begleitete Handlung vorgenommen, z. B. mit Steinen geworfen hat, ohne zu treffen, soll auf 2 Jahre vom Messelesen suspendirt werden, c. 3 (Alex. III.) X cit. V. 25.

[4] c. 39 (Nicol. I.) Dist. L (beim Priester mit Entziehung der Ausübung des ordo für immer, also mit Deposition). A. Auffassung v. Scherer im Arch. f. k. K. R. 49, 41.

[5] Bd. I S. 49.

[6] Bd. I S. 49 u. o. S. 183.

[7] Vgl. auch S. 183.

[8] c. un. (Gregor IX.) de infantibus et languidis exp. V. 11.

[9] S. die vor. Anm.

[10] Oder von einem Anderen mit seinem Wissen und mit seiner Genehmigung. Nur dieser Fälle gedenkt c. un. X cit. V. 11.

in welcher die körperliche Unversehrtheit des Ausgesetzten gefährdet wird. Wenn das Dekretalenrecht dem Vater allein den Verlust der väterlichen Gewalt als Strafe androht, so ist damit nicht gesagt, dass das kanonische Recht die Kindesaussetzung als straflos betrachtet [1]. Vielmehr ergiebt sich daraus nur soviel, dass dasselbe keine bestimmten, gemeinrechtlichen Strafen angedroht hat, dass also die Partikulargesetzgebung wie auch die Ordinarien die Befugniss haben, solche und zwar nicht nur gegen den Vater [2], sondern auch gegen die Mutter und andere Personen, welchen die Verbindlichkeit zur Alimentation, zur Erziehung und Pflege der ausgesetzten Kinder und sonstigen Hülflosen obliegt, festzusetzen [3].

§. 323. nn. *Die strafbaren Handlungen gegen die persönliche Freiheit.*

1. Die widerrechtliche Freiheitsberaubung, insbesondere der Verkauf von Christen und Heiden als Sklaven. Wie schon die mittelalterliche allgemeine und partikuläre Gesetzgebung gegen das Verbrechen der Freiheitsberaubung eingeschritten ist [4], so hat in dieser Zeit zunächst Martin V. mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Orient [5] den wissentlichen Verkauf, die Veräusserung,

[1] So Katz S. 96. Unter Berufung auf c. 9 (Arles 443 o. 450 c. 51) Dist. LXXXVII meint er, dass der Aussetzende nur dann bestraft wird, wenn er seinen Hohn gegen das Gesetz so weit treibt, dass er, nachdem er sein Kind wohl auf bewahrt weiss, aus seiner Heimlichkeit hervortritt und sich nicht allein offen zu seinem Verbrechen bekennt, sondern auch seine früheren Rechte geltend machen will, aber nicht wegen der Aussetzung, sondern nur wegen seiner offenbaren Ehr- und Gewissenlosigkeit. Dies ist alles haltlos. c. 9 l. c.: „Si expositus ante ecclesiam cuiuscumque sit miseratione collectus, contestationis ponatur epistola, ut si is qui collectus est, intra decem dies quaesitus agnitusque non fuerit, securus habeat qui collegit (vgl. dazu c. 2 C. Th. V. 7). Sane qui post praedictum tempus calumpniator extiterit, ut homicida ecclesiastica districtione damnabitur", so heisst das nur soviel, dass derjenige, welcher nach Ablauf der die Rechte am Kinde ausschliessenden Frist den Finder unrechtmässiger Handlungen in Bezug auf das Kind, z. B. der Entwendung desselben, beschuldigt, als Mörder bestraft werden soll. Der calumniator kann allerdings auch der Aussetzende, z. B. der Vater, aber auch ein anderer sein. Die Stelle handelt also gar nicht von der Bestrafung der Kindesaussetzung, sondern von ungerechter Beschuldigung der Kindesentwendung, und der Schluss, dass die Kindesaussetzung als straflos betrachtet wird, erscheint demnach unzulässig.

Weiter übersieht aber Katz völlig, dass die kanonischen Rechtsbücher nicht moderne Strafgesetzbücher sind, vielmehr die kirchliche Strafgesetzgebung lediglich eine Gelegenheitsgesetzgebung gewesen ist, vgl. S. 232 ff.

Ferner — auch davon weiss Katz nichts — hat schon die mittelalterliche kanonistische Doktrin theils unter Berufung auf das allerdings missverstandene c. 9 Dist. LXXXVII cit., sowie auch auf die Stellen des römischen Rechts, namentlich l. 4 D. de agnosc. lib. XXV. 3, die Kindesaussetzung mit der Tödtung auf eine Linie gestellt, vgl. Hostiensis summa aurea ad c. un. cit. n. 4; gl. s. v. liberatus zu c. un. cit.; Engel V. 11 n. 1; Reiffenstuel V. 11 n. 3. 4; Schmalzgrueber V. 11 n. 2.

[2] c. un. X cit. kann nicht, wie Katz S. 97 annimmt, auf die Mutter bezogen werden, weil diese die väterliche Gewalt, welche sie nicht besitzt, nicht zur Strafe verlieren kann.

[3] So weist Toulouse 1590 III. 6 n. 13, Hardouin 10, 1813, die Bischöfe an, Eltern, welche ihre Kinder nicht ernähren können, durch Androhung der Exkommunikation und andere arbiträre Strafen von grausamer Aussetzung abzuhalten, und macht die Absolution von diesem Vergehen zu einem bischöflichen Reservatfall, — letzteres bezeugt auch Schmalzgrueber V. 11. n. 2 für andere Diöcesen — und ebenso bemerkt Engel V. 11 n. 2, dass die Strafe der Kindesaussetzung nach kanonischem Recht eine arbiträre ist.

Straffrei lässt die kanonistische Doktrin die Aussetzung nur dann, wenn die Eltern wegen Armuth ausser Stande sind, die gedachten Kinder zu ernähren, und sie in einer Weise ausgesetzt werden, dass ihrem Leben keine Gefahr droht, also namentlich an Orten, an welcher sich Findelhäuser befinden, Gonzalez Tellez ad c. un. V. 11 cit. n. 10; Barbosa de off. et pot. episc. alleg. 51 n. 147; Reiffenstuel l. c. n. 6, Schmalzgrueber l. c. n. 5, ein Ausnahmefall, welcher keinen quellenmässigen Anhalt hat und höchstens mildere Bestrafung rechtfertigt.

[4] S. 183.

[5] Pastoralis sollicitudinis 1425, b. T. 4, 720

die Schenkung, Übergabe oder Leihe von christlich getauften Personen [1] an Sarazenen bei Strafe der Exkommunikation l. s.[2], sodann Calixt III. die Gefangennahme, die Verknechtung und den Verkauf von Christen, welche sich in den Ländern der Ungläubigen aufhalten oder sich von dort nach christlichen Orten begeben, als Sklaven, sowie die Ausplünderung derselben seitens christlicher Piraten, Seeräuber, Handels- oder anderer Seefahrer bei Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s.[3] untersagt.

Erst Paul III. ist 1537 [4] im Interesse der Förderung der Bekehrung zum Christenthum mit einer gleichen Strafandrohung gegen eine derartige Behandlung der West- und Südindier [5] eingeschritten, und diese Anordnungen [6] sind mit einzelnen Erweiterungen sowohl von Urban VIII.[7], wie auch von Benedikt XIV.[8] erneuert. Weiter hat die Kurialpraxis seit dem 17. Jahrhundert [9] die Einfangung, die Verknechtung und den Verkauf von Negern als Sklaven, und später auch eine gleiche Behandlung anderer Heiden für unerlaubt erklärt [10], und noch Gregor XVI. hat 1839 [11] von Neuem alle derartige Handlungen, namentlich den Negerhandel, freilich ohne bestimmte

welche namentlich im Hinblick auf die Städte und die Umgegend von Caffa und Canna in Kleinasien erlassen ist.

[1] Namentlich in der orientalischen Kirche getaufter, l. c. §. 2: „quod nullus . . . personas ex Zichis, Rossis, Alanis, Mingrellis et Anogusiis seu aliis sub Christi nomine baptizatis huiusmodi per se seu alium seu etiam pro se seu alio publice vel occulte aliqua ratione vel causa, praefatis Saracenis sive infidelibus vendere, dare, tradere, accomodare, donare seu alienare . . . praesumat.“

[2] Und zwar soll die Absolution von derselben nur dann, wenn der Schuldige aus seinem Vermögen den erforderlichen Betrag zum Loskauf, bei Unmöglichkeit des letzteren aber eine dem verursachten Schaden gleiche Summe an Kirchen oder fromme Stiftungen oder zur Vertheidigung des christlichen Glaubens wirklich hergegeben hat, oder nur auf speziellen Befehl des päpstlichen Stuhles ertheilt werden.

[3] Illud reputantes 1456 §§. 2. 3, b. T. 5, 130, und zwar soll diese, so bald die Verübung einer derartigen That feststeht, von den Ordinarien der Orte, an welche sich die Thäter begeben haben, öffentlich mit Namen derselben verkündet werden.

Ferner gehört hierher Pius V.: Licet omnibus 1572, b. T. 7, 972, welche freilich nur eine vorübergehende Bedeutung gehabt hat. Sie verbietet aus Anlass der Seeschlacht v. Lepanto bei Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s., die dadurch aus den Händen der Türken befreiten Christen gefangen zu nehmen, wider ihren Willen auch gegen Bezahlung auf den Galeeren zu verwenden, ihnen Abgaben aufzuerlegen und sie ihres Vermögens zu berauben.

[4] Pastorale officium 1537, app. ad bull. prop. 1, 26 ff.; s. auch die nachher cit. const. Urbans VIII., vgl. Lämmer i. Arch. f. k. K. R. 12, 182.

[5] D. h. gegen die Verknechtung derselben und die Wegnahme ihres Vermögens.

[6] Eine rein vorübergehende Bedeutung hat die const. Pius' V. 1571, b. T. 7, 957, in Betreff des Verkaufs der in der Schlacht von Lepanto gefangenen Türken, welche ausser der Vermögenskonfiskation, s. o. S. 551 n. 6, ebenfalls die päpstlich reservirte Exkommunikation l. s. und die Strafen des Majestätsverbrechens androht.

[7] Commissum nobis 1639, b. T. 14, 712. Die Exkommunikation der gedachten Art wird hier (§. 2) angedroht für: „Indos in servitutem redigere, vendere, emere, commutare vel donare, ab uxoribus et filiis suis separare, rebus et bonis spoliare, ad alia deducere et transmittere aut quoquo modo libertate privare, in servitute retinere necnon praedicta agentibus consilium, auxilium, favorem et operam quocumque praetextu et quaesito colore praestare aut id licitum praedicare ac alias quomodolibet praemissis cooperari“, auch können weitere arbiträre Strafen gegen die Schuldigen verhängt werden.

[8] Immensa 1741, b. Ben. 1, 44 (§. 5 wörtliche Wiederholung der Anordnung Urbans VIII., s. vor. Anm.).

[9] S. Entsch. d. congr. inquis. v. 1686, collectanea constit. etc. s. sedis ad usum missionum. Paris 1880. p. 665.

[10] Vgl. die Entsch. d. congr. inquis. aus dem 18. Jahrh. und v. 1847, l. c. p. 666. 668 (für Cochinchina u. Siam).

[11] In supremo §. 3, De Martinis, iur. pontif. de propaganda P. I. 5, 224: „ne quis audeat in posterum (Indos, Nigritas seu alios huiusmodi homines) iniuste vexare aut spoliare suis bonis aut in servitutem redigere vel aliis talia in eos patrantibus auxilium aut favorem praestare seu exercere inhumanum illud commercium, quo Nigritae, tamquam si non homines, sed pura putaque animantia forent, in servitutem utcumque redacti sine ullo discrimine contra iustitiae et humanitatis iura emuntur, venduntur ac durissimis interdum laboribus exantlandis devoventur et insuper lucri spe primis Nigritarum occupatoribus per commercium idem proposita, dissidia etiam et perpetua quodammodo in illorum regionibus praelia foventur.“

Strafandrohungen, reprobirt. Da aber Pius IX. in der const.: Apostolicae die in den vorhin erwähnten Erlassen festgesetzte Exkommunikation l. s. nicht aufrechterhalten hat, so könnte jetzt für alle gedachten Verbrechen [1] nur arbiträre Strafe eintreten.

2. Die theilweise Beschränkung der Willensfreiheit. Ausser dem schon o. S. 767 besprochenen Fall der widerrechtlichen Erzwingung einer Ehe kommen nach dem Tridentinum [2] noch die beiden nachstehend besprochenen Strafvergehen hier in Betracht:

Der Exkommunikation l. s. verfallen a. alle und zwar jeden Standes [3], welche eine Frau oder ein Mädchen entweder [4] zum Eintritt in ein Kloster [5] eines Ordens [6] oder zur Anlegung des Ordenskleides [7] oder zur Ablegung der feierlichen Gelübde [8] zwingen [9], es sei denn, dass eine vom Recht anerkannte Befugniss zur Anwendung

[1] Aber nur für diese, denn ein absolutes Verbot jeder Sklaverei hat die Kirche nicht aufgestellt, vielmehr erachtet sie dieselbe unter Umständen für erlaubt, s. Lämmer i. Arch. f. k. K. R. 12, 187 ff.

[2] Sess. XXV. c. 18 de reg.: „Anathemati s. synodus subicit omnes et singulas personas, cuiuscumque qualitatis vel conditionis fuerint, tam clericos quam laicos, saeculares vel regulares atque etiam qualibet dignitate fulgentes, si quomodocunque coegerint aliquam virginem vel viduam aut aliam quamcumque mulierem invitam praeterquam in casibus in iure expressis ad ingrediendum monasterium vel ad suscipiendum habitum cuiuscunque religionis vel ad emittendam professionem, quique consilium, auxilium vel favorem dederint quique scientes, eam non sponte ingredi monasterium aut habitum suscipere aut professionem emittere, quoquomodo eidem actui praesentiam vel consensum vel auctoritatem interposuerint.
Simili quoque anathemati subiicit eos qui sanctam virginum vel aliarum mulierum voluntatem vel accipiendi vel voti emittendi quoquomodo sine iusta causa impedierint."

[3] Nur mit Ausnahme der sonst immer besonders im Tridentinum (s. Sess. XXII. c. 11 de ref. und Sess. XXV. c. 19 de ref., s. o. S. 800 n. 2) genannten Kaiser und Könige, s. (A.-)Pennacchi 2, 260.

[4] Es handelt sich hier um drei verschiedene Handlungen, und schon die Erzwingung jeder derselben macht strafbar, l. c. p. 271.

[5] Nicht erforderlich ist aber, dass der Eintritt zu dem Zweck erzwungen wird, dass die Gezwungene auch Profess ablegt. Das ergiebt sich daraus, dass der Zwang zu der letzteren als besonderes Vergehen hingestellt wird, und dass es sich in einem der ausdrücklich in Bezug genommenen Ausnahmefällen nicht darum handelt. Es genügt also schon die zwangsweise Unterbringung, um sich einer lästig fallenden Verwandtin zu erledigen, die Unterhaltskosten für sie zu sparen oder zu vermindern, vgl. Suarez de censuris disp. XXIII s. 7 n. 9; (A.-)Pennacchi 2, 270. 272 ff. Dagegen gehört der Fall nicht hierher, dass der Vater oder eine sonst berechtigte Person, wie z. B. der Vormund, ein Mädchen, um dasselbe in einem Kloster erziehen zu lassen, zwangsweise in demselben unterbringt, denn in diesem Falle fehlt es an dem Erforderniss des rechtswidrigen Zwanges, und wenn gleich die später zu besprechenden Ausnahmefälle auch auf demselben Gesichtspunkt beruhen, so würde doch bei ihnen die Rechtswidrigkeit an sich vorliegen, wenn sie nicht durch besondere positive Bestimmung ausgeschlossen worden wäre, hier aber kann deshalb von Rechtswidrigkeit keine Rede sein, weil die gedachten Gewalthaber das Erziehungsrecht besitzen und aus diesem auch die Befugniss zur zwangsweisen Durchführung der von ihnen in Ausübung desselben beschlossenen Massregeln folgt, andererseits auch das zu erziehende Mädchen kein Recht der freien Willensbestimmung gegenüber dem Gewalthaber besitzt, vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 272; Heiner S. 293.

[6] Da das Trid. cit. von „religio" spricht, so können darunter nur die Orden im eigentlichen Sinne, nicht aber, so Varceno comp. theolog. mor. 2, 557, Kongregationen, in denen einfache, wenn auch ewige Gelübde abgelegt werden, verstanden werden, letzteres um so weniger, als diese nicht die strenge Klausur haben, so auch (A.-) Pennacchi 2, 274.

[7] Behufs Eintrittes in den Noviziat, d. h. des Beginnes der Probezeit.

[8] Also zum definitiven Eintritt in den Orden.

[9] Dazu wird die Anwendung von physischer Gewalt (also z. B. gewaltsames Hineinschleppen in das Kloster) oder die Einflössung eines s. g. metus gravis durch Drohungen erfordert.
Die Strafe tritt erst mit der Vollendung des Verbrechens ein, also wenn der Eintritt in das Kloster, die Anlegung des Ordenskleides oder die Ablegung des Gelübdes erfolgt ist. Ist der Zwang in der Absicht, die letztere herbeizuführen, angewendet, so trifft den Schuldigen nicht eine dreimalige Exkommunikation, sondern nur eine, denn die Herbeiführung des Eintrittes in das Kloster und die Anlegung des Ordenskleides sind in diesem Falle nur Mittel und Vorbereitungshandlungen für den durch den Zwang herbeizuführenden Erfolg. Anders aber, wenn gegen ein erst blos zum Aufenthalt in einem Kloster

solchen Zwanges vorläge [1],

ferner diejenigen, welche bei der Verübung des Zwanges zu einem der drei gedachten Zwecke Rath, Hülfe oder sonst Begünstigung gewähren [2],

endlich diejenigen, welche trotzdem dass sie Kenntniss davon haben, dass ein Mädchen oder eine Frau nur gezwungen in ein Kloster eintritt oder das Ordenskleid annimmt oder Profess ablegt, sich bei einer der gedachten Handlungen durch ihre Anwesenheit oder durch Ertheilung ihrer Genehmigung oder durch Herleihung ihrer Autorität betheiligen [3].

b. Andererseits trifft die Exkommunikation l. s. auch alle jeglichen Standes [4], welche ein Mädchen oder eine Frau an Anlegung des Schleiers [5] oder an der Ablegung des Gelübdes in einem Kloster [6] ohne einen gerechtfertigten Grund [7] auf irgend eine Weise [8] hindern [9].

gezwungenes Mädchen später von neuem Zwang zum definitiven Eintritt in den Ordensstand angewendet werden würde. Hier trifft den Schuldigen eine zweifache Exkommunikation, ja es tritt eine dreifache ein, wenn das Mädchen während der Probezeit den Entschluss zum Austritt aus dem Kloster fasst und sie nunmehr zur Ablegung der definitiven Profess gezwungen wird.

1 c. 18 (Innoc. III.) X de conv. coniugat. III. 32, nach welchem die Frau, wenn sie ihrem Manne die Erlaubniss zur Ablegung der Ordensprofess gegeben hat und Zweifel über ihre zukünftige Enthaltsamkeit obwalten, zum Eintritt in ein Kloster gezwungen werden kann, und c. 19 (Gregor IX.) X eod., welches die Ordinarien ermächtigt, Frauen, welche ihre Männer verlassen und sich des Ehebruches schuldig gemacht haben, falls sie von ihren Männern nicht wieder aufgenommen werden, zwangsweise in einem Kloster zu immerwährender Busse unterzubringen.

2 Also Anweisungen über die Art der Ausübung des Zwanges ertheilen, die Widerstrebende mit in das Kloster hineinschleppen helfen, ihren Wagen und ihre Pferde herleihen, damit sie zum Kloster gefahren werden kann.

Alle diese Gehülfen werden aber von der Exkommunikation allein dann betroffen, wenn das Vergehen vollendet ist, (A.-) Pennacchi 2, 267; Heiner S. 293.

3 Hierher gehören die Oberinnen des Klosters, die Ordensoberen und Ordinarien, welche den erwähnten durch Zwang herbeigeführten Akten beiwohnen oder sie zulassen oder billigen, ferner auch Eltern und Vormünder, welche trotz des angewandten Zwanges ihre Genehmigung dazu ertheilen, nicht aber Personen, welche blos aus Neugier oder auch aus Frömmigkeit einem solchen Akte zusehen, denn es handelt sich hier blos um solche, welche zum „interponere" berechtigt sind, also kraft ihrer Stellung befugt sind, solchen Akten beizuwohnen oder in irgend einer Weise dabei mitzuwirken.

4 S. 809 n. 2 u. 3.

5 Darunter wird nach einer weit verbreiteten Meinung der definitive Eintritt in den Ordensstand verstanden, weil das Tridentinum mit den beiden Bezeichnungen die bei den Orden vorkommenden verschiedenen Arten der Professablegung, nämlich der Ablegung der drei Gelübde bald ohne bald unter Anlegung eines (schwarzen, s. Schmalzgrueber III. 35 n. 96) Schleiers umfassen wolle, s. Suarez de censuris disp. XXIII. s. 7 n. 10; Heiner S. 295, sowie die bei (A.-) Pennacchi 2, 276 citirten. Mit Recht wendet aber der letztere l. c. p. 278 ff. dagegen ein, dass das Tridentinum zwei verschiedene Akte von einander unterscheidet und dass, da bei Antritt des Noviziates mit dem Ordenskleide ebenfalls ein (weisser, s. Schmalzgrueber l. c.) Schleier angelegt wird, darunter nur die Übernahme des Noviziates gemeint sein kann.

6 Weil Sess. XXV. de reg. nur von den Orden, insbesondere c. 18 cit. auch vorher allein von solchen handelt, so kann nur die Übernahme des Noviziates oder die Professablegung in einem solchen, nicht aber in einer Kongregation, noch viel weniger die blosse Ablegung der Gelübde ohne Eintritt in eine solche gemeint sein, (A.-) Pennacchi 2, 283.

7 Gesetzliche Bestimmungen bestehen darüber nicht. Es hat also darüber das Ermessen des kirchlichen Oberen zu entscheiden. Als gerechtfertigte Gründe werden jedenfalls die Überzeugung der Eltern von der Ungeeignetheit der Tochter zum Klosterleben, schwere Krankheit, von welcher dieselbe im Kloster nicht geheilt werden kann oder bei welcher sie das Klosterleben nicht ohne Lebensgefahr oder ohne die Gefahr, einer Geisteskrankheit zu verfallen, ertragen kann, ferner der Umstand, dass die Tochter die einzige Stütze und Ernährerin alter oder armer Eltern ist, nicht aber, dass die Tochter eine reiche und den Eltern genehme Heirath machen kann, betrachtet werden müssen, (A.-) Pennacchi 2, 285. 286.

8 Also nicht allein durch physische Gewalt oder durch Erregung eines metus gravis, sondern auch durch List oder Betrug, z. B. wenn die Zulassung zum Noviziat dadurch verhindert wird, dass der Vater der Oberin vorspiegelt, dass die Tochter zum Klosterleben ungeeignet sei oder an einer dazu unfähig machenden schweren Krankheit leide, (A.-) Pennacchi 2, 281.

9 D. h. es muss durch die angewendeten Mittel

Da die unter a und b gedachten Strafbestimmungen auf dem Tridentinum beruhen, so sind sie durch die const.: Apostolicae von 1869 nicht beseitigt[1].

In Betreff der Entführung und Nothzucht s. unten §. 325 no. 6 u. 7.

§. 324. oo. *Die Beleidigung und Schmähung.*

In Betreff des Vergehens der Beleidigung bietet die allgemeine kirchliche Gesetzgebung dieser Periode kein neues[2] Material[3], und auch das Partikularrecht[4] erwähnt desselben nur vereinzelt. So war die kanonistische Doktrin in Betreff der Behandlung dieses Vergehens, soweit es sich um die kirchenrechtlichen, nicht um die römischrechtlichen Quellen handelte, lediglich auf die Stellen der Dekrete Gratians[5] und die einzige Dekretale in X de maledicis V. 26 beschränkt[6]. Mit Rücksicht auf den weiteren Titel de iniuriis V. 36[7] behandelt sie die Beleidigung theils in Anhalt

die Übernahme des Noviziates oder die Ablegung der Gelübde direkt gehindert, d. h. diese wider den Willen der betreffenden weiblichen Person unmöglich gemacht werden. Die Hinderung des blossen Eintrittes in ein Kloster (z. B. durch Verweigerung der erforderlichen Dos selbst seitens eines Vaters, welcher das zur Gewährung derselben hinreichende Vermögen besitzt), oder die Einwirkung auf die Tochter durch solche Vorstellungen und Bitten, dass sie selbst von ihrem Entschluss, Profess abzulegen, absteht, zieht also die Exkommunikation nicht nach sich, (A.-) Pennacchi 2, 283; Heiner S. 295.

Endlich tritt dieselbe nur dann ein, wenn die Hinderung Erfolg gehabt hat, denn eine Strafe für den Versuch ist vom Trid. cit. nicht festgesetzt. —

Vereinzelt nämlich durch Rom 1725 XXVIII. 3, coll. conc. Lac. 1, 389, ist die bischöflich reservirte Exkommunikation l. s. den weltlichen Herren angedroht, welche Laien direkt oder indirekt durch Drohungen oder Einflössung von Furcht hindern, in den geistlichen Stand zu treten, und von ihnen die Einholung einer Erlaubniss dazu fordern, sowie den Laien oder deren Verwandten, welche selbst oder durch andere eine derartige Erlaubniss nachsuchen. Endlich gehört hierher noch Rouen 1581 n. 5, Hardouin 10, 1235, welches Adlige und andere Personen, die den Pfarrer am Residenzhalten hindern, mit dem Anathem ipso f. belegt.

[1] S. o. S. 658.

[2] Abgesehen von den Strafbestimmungen gegen die Vergewaltigung der höheren kirchlichen Würdenträger, der Geistlichen und anderer besonders geschützter Personen, s. S. 745. 747. 749 u. Bd. I. S. 119, soweit diese zugleich die Realinjurien umfassen.

[3] Denn die const. Pius' V.: Romani pontificis 1572, b. T. 7, 969, welche bei arbiträren, selbst bei Todesstrafe verbietet, Schmähschriften oder „*lettere d'avvisi*, continentes convicia, iniurias vel famae et honoris alicuius laesionem componere, dictare, scribere, exemplari, retinere, ad aliquem transmittere" bezieht sich nur auf den Kirchenstaat, und die const. Gregors XIII.: Ea est 1572, l. c. 8, 12, welche die Anfertigung, die Entgegennahme, das Abschreiben, die Verbreitung und die Versendung von etwaigen, die Ehre und den Ruf anderer durch unwahre Behauptungen gefährdenden Schriften bei Strafe der Infamie ipso iure und der Verurtheilung zu den Galeeren untersagt, blos auf Rom, wennschon beide auch durch einzelne Provinzialsynoden, so Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 165, für ihre Gebiete anwendbar erklärt worden sind.

[4] Avignon 1725, ibid. 1, 578: „XLV. 1 Quicumque enim non solum falsum crimen imponens, sed et verum malo animo detegens ac revelans, exaggerans, ementitis circumstantiis aggravans, proximi famam dehonestare praesumpserit sive verbo sive scripto famosisque libellis, noscat, ee non solum ex iustitia et praecepto teneri ad integram cumulatamque laesae famae reparationem, sed etiam ad dicta scriptave contrariis scriptis aut verbis iisque publicis, si opus sit, retractanda eademque simul lege teneri ad cuiuscumque temporalis damni refectionem, quoties ex detrectatione damnum etiam fortunarum alteri obvenerit"; l. c.: „3 . . . omnes et singulos, qui libellos probosos mordacesque satyras seu contiones graviter proximi famam laedentes confecerint, conscripserint, publicaverint poenis canonicis coerceri ac censuris etiam puniri, metropolitanus et comprovinciales curabunt, ubi tam execrabile facinus ad ecclesiasticum forum delatum fuerit et legitimis iudiciis ac testimoniis fuerit probatum." Gran 1858, l. c. 5, 83, verweist in Betreff solcher Geistlichen, „qui episcopis suis insidias struunt, eos contumelia, calumnia et conviciis afficerent" blos auf die in den Kanonen (d. h. c. 18. 23. 24 C. XI qu. 1, o. S. 223 n. 4) festgesetzte Strafe der Deposition.

[5] S. o. S. 204.

[6] c. 1, s. a. a. O.

[7] Welcher aber nicht die iniuria im Sinne von

an den ersteren als *maledictio*, theils in Anhalt an den letzteren als *iniuria* [1]. In späterer Zeit [2] wird die erstere als die Herabdrückung des Rufes und der Ehre eines Anderen durch das Behaupten von Schlechtigkeiten oder durch Ableugnung seiner guten Seiten oder der ihm zukommenden Eigenschaften und Stellungen definirt, und je nachdem die maledictio in seiner Gegenwart oder in seiner Abwesenheit erfolgt, in die *calumnia* und die *detractio* geschieden, andererseits aber in den Erörterungen zu Tit. 36 lib. V, ohne die Einheit des Vergehens zu berücksichtigen, die iniuria im engeren Sinne als *contumelia*, d. h. als Beleidigung durch Worte oder durch Thätlichkeiten, aufgefasst [3].

Hervorgehoben wird [4] besonders die maledictio gegen den Papst und diese unrichtig nicht im Sinne blosser Beleidigung [5], sondern allein in soweit arbiträr [6] für strafbar [7] erklärt, als sie sich auf den apostolischen Stuhl, die päpstliche Würde, den Primat oder das Amt des Papstes [8] (nicht aber auf dessen Person) bezieht, weil der Papst, als Stellvertreter Christi, in christlicher Milde dem Schuldigen verzeihen müsse [9], und das Gleiche auch für die maledictio gegen den Bischof [10] behauptet [11].

In den übrigen in Betracht kommenden Stellen, welche die spätere Doktrin nicht berücksichtigt [12], wird für die Beleidigung von Klerikern arbiträre Strafe [13], für die Verläumdung derselben arbiträre, längere Busse [14] oder Ausschliessung vom Abendmahl [15] angedroht [16].

Beleidigung, sondern das damnum iniuria datum zum Inhalt hat.

[1] So schon Hostiensis in der summa aurea zu den betreffenden Titeln.

[2] Seit Ende des 17. Jahrh. und im achtzehnten.

[3] Reiffenstuel V. 26 n. 3 ff. u. V. 36 n. 2 ff.; Schmalzgrueber V. 26 n. 2 ff. u. V. 36 n. 2 ff., während dagegen J. H. Böhmer J. E. P. V. 26 §. 1 die maledictio als gleichbedeutend mit convicia und iniuriae verbales bezeichnet.

[4] In Anhalt an c. 1 (Clem. III.) de maled. V. 26.

[5] Denn die Worte in c. 1 cit.: „verba quaedam in depressionem officii et beneficii nostri" schliessen eine solche nicht aus.

[6] Die ursprüngliche Dekretale ordnet als Strafe die suspensio ab officio et beneficio an, was aber im lib. X gestrichen ist, vgl. auch Diaz practica criminalis c. 66 n. 2, ed. cit. p. 233.

[7] Wegen der Aufhebung der Strafen vgl. oben S. 729.

[8] Mit Rücksicht auf den Wortlaut, s. Anm. 7 und unter Heranziehung von c. 24 (Gregor I.) Dist. LXIII. u. c. 30 (Ps. Isid.) C. XXIII qu. 4.

[9] Unter Berufung auf c. 27 (Gregor I.) C. XXIII qu. 4 u. l. 10 C. de episc. et cler. I. 3.

[10] Für diese droht c. 5 (stat. eccles. ant.) Dist. XLVI einem Kleriker, der sich nicht dazu verstehen will, um Verzeihung zu bitten, die Degradation im früheren Sinne, d. h. die Absetzung, an.

[11] In Anhalt an l. 10 C. cit. I. 3 u. c. 27 C. XXIII qu. 4 cit. Doch wird Bestrafung durch den weltlichen Richter verlangt, Reiffenstuel V. 26 n. 11; Schmalzgrueber V. 26 n. 10, und zwar ohne Unterschied, ob der Beleidiger ein Laie oder Geistlicher ist.

[12] Denn sie behandelt, s. die citirten Schriftsteller, im Übrigen die maledictio und iniuria unter Heranziehung von l. un. C. si quis injur. IX. 7 lediglich auf Grund des römischen Rechts.

[13] c. 1 (Nicäa II) C. XXI qu. 3, S. 180 n. 9.

[14] c. 7 (Isid.) C. V qu. 6.

[15] c. 2 (Gregor I.) C. V qu. 1, während allerdings das unechte c. 1 (Angilr.) ibid. für nicht zu erweisende Schmähungen Prügelstrafe und c. 3 (Elvira) ibid. schon für das Niederlegen von Schmähschriften in der Kirche die Exkommunikation festsetzt.

[16] Von neueren päpstlichen Konstitutionen kommt hier nur in Frage Clemens XIII.: Apostolicae providentiae 1733, b. T. 23, 541, welche unter Androhung der kanonischen Strafen verbietet, die Ansichten der Gegner bei der Erörterung der Frage über die Wirksamkeit der göttlichen Gnade „scribendo vel docendo vel disputando vel alia qualibet occasione conviciis et contumeliis incessere".

Die Partikularkonzilien berücksichtigen mehrfach auch die Beleidigungen, welche Kleriker Laien, namentlich aber auch anderen Klerikern zufügen, s. Mainz 1549 c. 100, Hartzheim 6, 592 (Geistlicher, welcher einem anderen „probris, maledictis aut conviciis incesserit sub duorum vel trium testimonio ab omni proventuum ecclesiasticorum perceptione per unum mensem suspendatur"; bei thätlichem Angriff ohne Verwundung, Verdoppelung der Strafe — auffälligerweise wird der gemeinrechtlich eintretenden exc. l. s., s. o. S. 747, nicht erwähnt —, wenn das Vergehen gegen einen Prälaten begangen wird, Verdoppelung der sonst angedrohten Strafe; clerici, qui iurgiis contra laicos contenderint, irremissibili poena plectendi); D. S. Konstanz

§. 325. pp. *Die Fleischesverbrechen.*

1. Der Ehebruch (*adulterium*), in Betreff dessen die allgemeine kirchliche Gesetzgebung[1] in der hier fraglichen Zeit keine Strafbestimmungen erlassen hat[2], und für welchen also die mittelalterlichen Quellen[3] allein in Betracht kommen, ist die vorsätzliche geschlechtliche Vereinigung[4] einer in gültiger Ehe[5] verheiratheten Person[6] mit einer anderen verschiedenen Geschlechtes, welche nicht ihr Ehegatte ist, trotzdem, dass sie sowohl von dem letzteren Umstande[7], wie auch von der Gültigkeit ihrer Ehe Kenntniss hat[8], oder eine solche Vereinigung einer dritten Person[9] mit einem in gültiger Ehe[10] lebenden Ehegatten anderen Geschlechts, wenn sie von dieser Eigenschaft der letzteren Kenntniss besitzt[11]. Die Strafen des Ehebruchs sind nach kanonischem Recht Zwangsbusse, eventuell Exkommunikation[12], für Geistliche nach

1609 II. 1 n. 30, l. c. 8, 893 („si clericus clericum vel laicum probris, maledictis aut conviciis prosciderit, armis aut pugnis percusserit, crinibus aut barba traxerit, lignis, lapidibus, cantharis aut vitris proiecerit", je nach Art des Excesses Geld- oder Gefängnissstrafe, susp. ab off. und privatio beneficii); Cambrai 1631 XVIII. 15, l. c. 9, 562 (clericus percussor poena gravis et exemplaris correctionis, bei percussio in einer Schenke oder mit einem Messer oder einer grösseren Waffe, Gefängnissstrafe, im Rückfall suspensio a divinis und bei Unverbesserlichkeit privatio beneficii); Tours 1583 c. 19, Hardouin 10, 1835 (Kanoniker, welcher in der Kapitelssitzung „convicium, contumeliam aut iniuriam in confratrem protulerit", subtractio fructuum oder carcer, aber nicht über 10 livres und 15 Tage); Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 394 (Kanoniker, welcher einen andern in der Kirche oder im Kapitel durch Handanlegung oder unter Gebrauch von Waffen beleidigt, Verlust des Stipendiums für einen bis 3 Monate); Rouen 1581, Hardouin 10, 1235 n. 5 (iniuriam facere proprio parocho, Anathem l. s.); Besançon 1571, Hartzheim 8, 184 (Hauskapellan, welcher dem Pfarrer „verbo vel facto contumeliam infert", exc. l. s.); Bourges 1584 I. 3, Hardouin 10, 1466 (Prediger, welche bei der Predigt calumnias et detractiones effundunt, arbiträre Strafe).

[1] Denn die const. Sixtus' V.: Ad compescendam 1586, b. T. 8, 789, s. unten Anm. 12 a. E. bezieht sich allein auf die Stadt Rom.

[2] Abgesehen von Trid. Sess. XXIV. c. 8 de ref., welches nur den Fall berührt, dass verheirathete Frauen mit den Ehebrechern öffentlich im Konkubinate leben.

[3] S. 169.

[4] Also nicht die Vornahme anderer unzüchtiger Handlungen, vgl. c. 14 (inc.) C. XXXII qu. 7.

[5] Ist die Ehe materiell nichtig, so besteht nicht einmal ein Hinderniss für die Eingehung einer weiteren Ehe, Schulte, Eherecht S. 200; s. auch München 2, 430. Andererseits genügt es aber auch, dass die Ehe gültig ist, sie braucht also noch nicht durch die copula carnalis konsummirt zu sein, c. 6 (Innoc. III.) X de eo qui IV. 13, oder dass sie noch, wie bei immerwährender Scheidung von Tisch und Bett, fortbesteht, c. 1. 10 (August.) C. XXXII qu. 7.

[6] Im Gegensatz zum römischen Recht, gleichviel, ob es der Ehemann oder die Ehefrau ist, c. 4 (Ambros.) pr. C. XXXII qu. 4; c. 23 (Innoc. I.) C. XXXII qu. 5; c. 4 (inc.) C. XXXII qu. 1.

[7] Dict. Gratiani §. 3 zu c. 2 C. XV qu. 1, wo der Blinde, wenn er mit einer Frau in dem Glauben, es sei die eigene Ehefrau, konkumbirt, für nicht des Ehebruches schuldig erklärt wird, während freilich c. 6 (Tribur 895) C. XXXIV qu. 1 noch die Auferlegung einer Busse an den Unschuldigen gestattet.

[8] c. 2 (Luc. III.) X de sec. nupt. IV. 21. Danach muss eine Frau, welche trotzdem, dass sie zweifelt, ob ihr (verschollener) Ehemann gestorben sei, einen anderen geheirathet hat, diesem auf sein Verlangen das debitum leisten, darf es ihrerseits aber nicht fordern. Sie wird nicht des Ehebruches für schuldig erachtet, s. auch Freisen, Gesch. d. kanon. Eherechts S. 369.

[9] Unverheiratheten oder verheiratheten. Den ersteren Fall bezeichnen die Kanonisten als *adulterium simplex*, den letzteren als *duplex*, Reiffenstuel V. 16 n. 4; Schmalzgrueber V. 16 n. 65. Letzterer wird schon von Gratian, dict. zu c. 10 C. XXXII qu. 7, als schwererer betrachtet.

[10] Also nicht mit der uxor putativa oder der Braut eines anderen, Reiffenstuel l. c. n. 6; Schmalzgrueber l. c. n. 67. 68.

[11] Mit Rücksicht auf das in beiden Fällen erforderliche Wissen kann der eine Konkumbent strafbar, der andere straflos sein, s. c. 6 C. XXXIV qu. 1 cit.

[12] c. 15 (Theodulf v. Orleans) C. XXII qu. 1; c. 4 (inc.) C. XXXII qu. 1; c. 6 (Innoc. III.) X de adult. V. 16; c. 19 (Gregor IX.) X de conv. coniug. III. 32, s. S. 810 n. 1; Bourges 1584 XXVII. 10, Hardouin 10, 1489 (Anathem gegen adulteri et concubinarii cuiuscumque

älterem Recht die Deposition[1], nach dem Dekretalenrecht[2] und der späteren Praxis[3] aber zeitweise Suspension ab officio und arbiträre Strafen[4].

2. Die Bigamie (*bigamia simultanea*), welche die kirchliche Gesetzgebung der späteren Zeit nur vereinzelt berücksichtigt[5], ist die vorsätzliche Eingehung[6] einer weiteren Ehe[7] seitens einer in gültiger Ehe[8] lebenden Person, welche Kenntniss von der Gültigkeit der letzteren besitzt[9]. Die Strafe der Bigamie[10] ist die Exkommunikation[11], nach Urban VIII.[12] aber, wenn die fernere Ehe unter einem erlogenen Namen oder Beinamen eingegangen ist, ausserdem ewige Galeerenstrafe und bei Unfähigkeit des Schuldigen zu der letzteren öffentliche Auspeitschung und ewiges Gefängniss[13].

3. Unzucht (*stuprum, fornicatio, concubinatus*). In Anhalt an Gratian[14] hat die kanonische Doktrin abweichend vom römischen Recht[15] das *stuprum*, d. h. die geschlechtliche Vereinigung[16] mit einer Jungfrau, die *fornicatio* die mit einer Frauens-

status); Tours 1583 c. 9, ibid. p. 1407 (öffentliche Verkündung solcher Ehemänner als exkommunicirt, welche nach Verstossung ihrer Ehefrau oder neben derselben pellicibus abutuntur und auf Mahnung nicht abstehen); Narbonne 1551 c. 54, p. 461. 462 (exc. l. s. gegen concubini et adulteri publici nach vergeblicher Mahnung, eventuell auch Behandlung als haereseos suspecti), während von den neueren Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 46, blos den Pfarrer zur Mahnung und eventuell zur Anzeige an den Bischof verpflichtet.

Für die o. S. 813 n. 2 gedachten Fälle ordnet das Trid. l. c. nach vergeblicher Mahnung schwere arbiträre Strafe durch die Ordinarien, auch Ausweisung aus der Stadt oder der Diöcese unter Aufrechterhaltung der sonstigen kanonischen Strafen an.

Die durch die const. Sixtus' V. cit. §. 5, s. S. 562 n. 3 u. S. 813 n. 1, für einen qualifizirten Fall des Ehebruchs angedrohte Todesstrafe ist als Strafe des weltlichen Rechts aufzufassen.

1 c. 10 (Orleans 538) u. 11 (Pelagius I.) Dist. LXXXI; c. 34 (Rhaban) Dist. L. mit lebenslänglicher Busse im Kloster.

2 c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1, S. 271 n. 16; c. 5 (id.) X de adult. V. 16, eine Änderung des früheren Rechts, welche gewöhnlich, s. z. B. Kober Deposition S. 720, übersehen wird.

3 Schmalzgrueber V. 16 n. 71. Nach dieser aber auch Gefängniss-, selbst Geldstrafe.

4 Das ältere Recht legte dem unschuldigen Ehemann, welcher die Ehe mit der ehebrecherischen Frau, ehe diese Busse gethan hatte, fortsetzt, gleichfalls Busse auf, c. 6 (poen. Theod.) C. XXXII qu. 1; c. 3 X de adult. V. 16, was aber mit der Änderung der Busspraxis entfallen ist.

5 S. unten Anm. 8 u. 12. Über das ältere Recht vgl. S. 170.

6 Nicht fahrlässige, s. c. 2 (Luc. III.) X de sec. nupt. IV. 21 cit.

7 Gültig kann diese wegen des impedimentum ligaminis nicht sein, aber erforderlich ist immer die Eingehung eines Verhältnisses, welches, wenn dieses Hinderniss nicht entgegenstände, eine gültige Ehe sein würde. Deshalb kann ein Kleriker der höheren Weihen oder ein Professe niemals das Verbrechen der Bigamie begehen.

8 Aber nicht blos formell, sondern auch materiell gültigen, s. S. 813 n. 5.

Eine Konsequenz der im Text gedachten Voraussetzung ist es, dass wenn die Ehegatten nach dem auf Nichtigkeit der Ehe lautenden Urtheil erster Instanz, so lange die Appellation noch zulässig ist, zu einer weiteren Ehe schreiten, sie nach Benedict. XIV.: Dei miseratione 1741 §. 9, bull. Bened. 1, 36, den Strafen der Bigamie verfallen.

9 Denn diese Kenntniss gehört zum Vorsatz.

10 Darüber, ob ein Unverheiratheter, welcher vorsätzlich unter Kenntniss davon, dass der andere Theil in gültiger Ehe lebt, mit dem letzteren eine Ehe eingeht, ebenfalls der Bigamie schuldig zu erachten ist, ergeben die Quellen nichts. Diesen Fall hat man wohl deshalb nicht berücksichtigt, weil für die Regel mit der Bigamie auch der Beischlaf, also Ehebruch, konkurrirt.

11 c. 19 (Nicol. I.) C. XXIV qu. 3.

12 Magnum in Christo 1637, b. T. 14, 595.

13 L. c. §§. 1. 2. In schwereren Fällen kann der Schuldige auch an den weltlichen Richter zu weiterer Bestrafung ausgeliefert werden.

14 Dict. zu c. 2 C. XXXVI qu. 1: „§. 1. Fornicatio licet videatur esse genus cuiuslibet illiciti coitus, qui fit extra uxorem legitimam, tamen specialiter intelligitur in usu viduarum vel meretricum vel concubinarum. §. 2. Stuprum autem est proprie virginum illicita defloratio, quando videlicet non praecedente coniugali pactione utriusque voluntate virgo corrumpitur."

15 S. l. 6 §. 1 D. ad leg. Jul. de adult. XLVIII. 5; l. 101 D. de V. S. L. 16.

16 Wenn Katz S. 115 behauptet, dass nach dem Recht des corpus iuris can. die Unzucht schon in der blossen sinnlichen Begier, c. 11 (Hieronym) C. XXXII qu. 5, liegt, und jede aus sinnlicher Lust geschehene körperliche Berührung als Unzucht aufgefasst werde, c. 5 (Aug.) C. cit., so handelt es sich in den citirten Stellen lediglich um einzelne, das ethisch-religiöse Gebiet betreffende Äusserungen von Kirchenvätern, welche nicht zur Feststellung der rechtlichen Thatbestandsmomente des Vergehens der Unzucht verwendet werden können. Dagegen auch dict. Gratiani cit. und c. 1 (Exod.) c. 2 (Gregor I.) X de adult. V. 16, sowie die gesammte Doktrin, s. S. 815 n. 3.

person, welche nicht mehr Jungfrau, wenngleich eine ehrbare Wittwe ist, und den *concubinatus*, den regelmässig wiederholten Geschlechtsverkehr mit einer Frauensperson [1], gleichviel ob einer unverheiratheten oder verheiratheten [2], unterschieden [3].

In Betreff des *stuprum* und der *fornicatio* ist es lediglich bei dem mittelalterlichen Recht verblieben [4].

Was das *stuprum* anlangt, so ist dasselbe, falls der Stuprator die geschändete Jungfrau heirathet oder dotirt [5], straffrei, während der letztere, wenn er ein Laie ist, und das eine oder andere verweigert [6], mit körperlicher Züchtigung [7], mit der Ausschliessung vom Abendmahl [8] und mit arbiträr zu bestimmender Zwangsbusse belegt, ein Geistlicher aber abgesetzt [9] werden soll. Doch hat die spätere Doktrin, namentlich mit Rücksicht darauf, dass die erwähnten Strafen gegen Laien seitens der Kirche nur schwer oder gar nicht vollstreckt werden konnten [10], andererseits aber das stuprum auch durch die weltlichen Gerichte mit Strafen belegt wurde [11], diese letzteren für ausreichend [12], und gegen die Kleriker je nach Lage der Sache verschiedene arbiträre Strafen, wie Geld- oder Gefängnissstrafe, Suspension, privatio beneficii und auch die Deposition, für angemessen erachtet [13].

Die *fornicatio* (s. S. 814) galt nach kanonischem [14], im Gegensatz zum römischen Recht [15] sowohl bei Laien [16] wie auch bei Geistlichen [17] als arbiträr strafbar, und mit

[1] c. 5 (August.) C. XXXII qu. 2. (Unrichtig darüber Katz S. 114 n. 2.)

[2] S. auch Trid. Sess. XXIV. c. 8 de ref. matr.

[3] Bernard. Pap. summa V. 13 §. 2; Diaz practica criminalis p. 317; Engel V. 16 n. 17. 19; Reiffenstuel V. 16 n. 44. 54. 61; Schmalzgrueber V. 16 n. 1. 9. 16 und die von diesen citirten.

[4] S. o. S. 170 ff.

[5] Mit Rücksicht darauf, dass c. 1 X cit. V. 16 vorschreibt: „si seduxerit quis virginem nondum desponsatam dormieritque cum ea, dotabit eam et habebit in uxorem. Si vero pater virginis dare noluerit, reddet pecuniam iuxta modum dotis, quam virgines accipere consueverunt“, c. 2 cit. eod., aber schon bei blosser Weigerung des Stuprators, die Geschändete zu heirathen, die im Text gedachten Strafen androht, hat die kanonistische Doktrin, obgleich sie es nach der Strenge des Rechtes für erforderlich erklärt, dass der Stuprator nur durch Heirath und Dotation die erwähnten Strafen abwenden könne, doch unter Kombination beider Stellen und unter Berufung auf die Gewohnheit, namentlich die Gerichtspraxis, das eine oder andere für ausreichend erachtet, s. Gonzalez Tellez ad c. 2 X cit. n. 7. 8; Fagnan. ad c. 2 cit. n. 1—3; Engel V. 16 n. 11; Reiffenstuel V. 16 n. 51; Schmalzgrueber V. 16 n. 28. 29.

[6] Oder wenn er in den Fällen, in denen dieses Wahlrecht ausgeschlossen ist, so falls der Stuprator bereits verheirathet oder Geistlicher der höheren Weihen ist oder falls die Geschwächte ihn aus einer gerechtfertigten Ursache nicht heirathen will oder der Vater seine Zustimmung zur Eheschliessung verweigert, die Dotirung ablehnt, vgl. Schmalzgrueber V. 16 n. 31. 32.

[7] c. 2 X cit. V. 16, s. dazu o. S. 36 n. 8 u. Bd. IV. S. 817 n. 6.

[8] Darüber, dass hier nur diese gemeint sein kann, s. Bd. IV S. 714 n. 7, vgl. auch gl. s. v. excommunicatusque zu c. 2 X cit.

[9] c. 12. 13 (can. apost.) Dist. LXXXI, welche allerdings von der fornicatio handeln, aber von der Doktrin auf diesen Fall bezogen worden sind, Diaz l. c. p. 317, Reiffenstuel V. 16 n. 52. Daneben hat er auch immer nach c. 1 X cit. zu dotiren, s. die citirten und Schmalzgrueber V. 16 n. 25, u. auch Anm. 6.

[10] S. o. S. 547. 637.

[11] Vgl. Heffter, Strafrecht, 5. A. S. 342; Feuerbach-Mittermaier, Lehrb. d. peinl. Rechts. 14. A. §. 453 S. 724.

[12] Gonzalez Tellez l. c. n. 6; Fagnan. l. c. n. 6; Engel l. c. n. 12; Schmalzgrueber l. c. n. 27.

[13] Diaz l. c. p. 317; Engel n. 15; Reiffenstuel l. c. n. 52; Schmalzgrueber n. 25. Vgl. übrigens auch S. 171 n. 6 a. E.

Zu nichts verpflichtet, weder zur Eheschliessung noch zur Dotation, also auch nicht für strafbar wurde aber der Stuprator nach einer Meinung betrachtet, wenn die Geschwächte sich ihm angeboten und ihrer Schwächung zugestimmt hatte, s. darüber und über weitere Fragen Schmalzgrueber n. 35 ff.

[14] c. 17 (Theodulf. Anal.) C. XXII qu. 1 (Zwangsbusse); im übrigen s. S. 171 n. 1.

[15] l. 13 §. 2 D. ad leg. Jul. de adult. XLVIII. 5.

[16] Engel l. c. n. 19. Reiffenstuel l. c. n. 57; Schmalzgrueber l. c. n. 12, welche jedoch auch hier die Bestrafung durch den weltlichen Richter für genügend erklären.

[17] S. 171 n. 6; S. 576 n. 2 u. 578 n. 1. Vgl. auch Engel l. c. n. 19; Reiffenstuel l. c. n. 58. 59; Schmalzgrueber l. c. n. 11. Als Strafe können also in Frage kommen Geldstrafe, Einsperrung,

eben solchen Strafen werden auch *meretrices* [1] selbst noch von den neueren Partikularsynoden [2] bedroht.

Was dagegen den Konkubinat betrifft, so ist hiergegen nicht nur, soweit es sich zunächst um die Laien und deren Konkubinen handelt, die päpstliche [3] und die Partikulargesetzgebung [4] vor dem Tridentinum, sondern auch das letztere selbst, welchem dann die späteren Provinzialsynoden folgen, eingeschritten. Dasselbe [5] weist die Ordinarien an, alle diejenigen, welche auf dreimalige Mahnung ihre Konkubinen nicht abthun, mit der Exkommunikation, deren Absolution erst bei Gehorsam gegen die Mahnung erfolgen darf, im Fall fortgesetzter Missachtung dieser Censur während eines Jahres aber mit weiteren schweren arbiträren Strafen zu belegen, sowie die öffentlich mit ihren Zuhältern lebenden Konkubinen nach dreimaliger vergeblicher Ermahnung von Amtswegen arbiträr zu bestrafen und aus der Stadt oder Diöcese auszuweisen, Anordnungen, deren Durchführung von Pius V. bald nach dem Schlusse des Konzils besonders eingeschärft worden ist [6].

Wie schon im Mittelalter die päpstliche und die partikularrechtliche Gesetzgebung, vor Allem im Interesse der Aufrechterhaltung des Cölibatsgebotes, gegen den Konkubinat der Geistlichen eingeschritten ist [7], so ist dies ebenso während der hier

Suspension, in schweren Fällen privatio beneficii und bei Unverbesserlichkeit auch Deposition.

[1] c. 16 (Hieron.) Dict. XXXIV: „meretrix, que multorum libidini patet.“ Gemeinrechtlich sind besondere Strafen für dieselben nicht festgesetzt, wegen des älteren Partikularrechts s. S. 170 n. 11 a. E.

[2] Während Narbonne 1551 c. 54, Hardouin 10, 461, nur diejenigen, welche die Huren nicht abthun, mit der exc. l. s. bedroht, und Mailand 1565 II. 65, l. c. p. 701, blos Bestrafung verlangt, wenn die letzteren ausserhalb des ihnen angewiesenen Bezirkes wohnen, sollen sie nach Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 65, mit debita poena, nach Ravenna 1855, ibid. p. 169, mit Gefängniss, Ausweisung und anderen arbiträren Strafen vom Ordinarius belegt werden, dagegen schliesst sie Prag 1860, l. c. 5, 503, blos als unwürdig vom Empfange des Abendmahls (s. Bd. IV S. 66 n. 8) bis zur Besserung und Busse aus.

[3] Leo X: Supernae dispositionis 1514 §. 36, b. T. 5, 604: „concubinarii autem sive laici sive clerici fuerint, eorumdem (d.h. sacrorum) canonum poenis mulctentur“.

[4] Angers 1448 c. 10, Hardouin 9, 1346 (Laien und Geistliche, welche notorisch eine Konkubine halten, Exk.); Mainz 1549 c. 38, Hartzheim 6, 573 (wenn ein Laie mit einer Frau zusammenlebt, welche er wegen eines Ehehindernisses nicht heirathen kann, und sich beide auf Mahnung nicht trennen, Ausschluss für beide von den Sakramenten und bei unbussfertigem Tode auch Versagung des kirchlichen Begräbnisses).

[5] Trid. Sess. XXIV. c. 8 de ref. matr.: „statuit huiusmodi concubinarios tam solutos quam uxoratos cuiuscumque status, dignitatis et conditionis existant, si postquam ab ordinario etiam ex officio ter admoniti ea de re fuerint, concubinas non eiecerint seque ab eorum consuetudine non seiunxerint, excommunicatione feriendos esse, a qua non absolvantur, donec re ipsa admonitioni factae paruerint. Quod si in concubinatu per annum censuris neglectis permanserint, contra eos ab ordinario severe pro qualitate criminis procedatur. Mulieres sive coniugatae sive solutae, quae cum adulteris seu concubinariis publice vivunt, si ter admonitae non paruerint, ab ordinariis locorum, nullo etiam requirente ex officio graviter pro modo culpae puniantur et extra oppidum vel dioecesim, si id eisdem ordinariis videbitur, invocato, si opus fuerit, brachio saeculari eiiciantur; aliis poenis contra adulteros et concubinarios inflictis in suo robore permanentibus.“

[6] Cum primum 1566 §. 12, b. T. 7, 434 (sowohl gegen Laien, wie auch gegen Kleriker). Von Partikularkonzilien vgl. Mailand 1565 II. 8, Hardouin 10, 648 (Ausschluss der rückfälligen publici concubinarii vom Abendmahl bis sie sich wirklich gebessert); Mailand 1569 I. 29, ibid. p. 741 (Bezugnahme auf das Trident.); Mailand 1582 c. 27, p. 1132 (ebenso); Rouen 1581, p. 1221. 1222 n. 14. 15 (wörtliche Wiederholung des Trid.); Aix 1585, ibid. p. 1535 (ebenso); Bourges 1584 XXVII. 10, p. 1489 („concubinarii anathemate feriantur donec resipuerint“); Avignon 1594 c. 61, l. c. 10, 1870 (Bezugnahme auf das Tridentinum); Bordeaux 1624 VIII. 7, l. c. 11, 82 (Wiederholung des Tridentinums); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 199 (Anwendung der dem Ordinarius reservirten Exkommunikation in Anhalt an das Trid. vorgeschrieben); Urbino 1859, Ravenna 1855 u. Venedig 1859, l. c. 6, 65. 169 und 328 (Anweisungen, nach dem Tridentinum zu verfahren); andererseits Prag 1860, l. c. 5, 503 (nur Ausschliessung der concubinarii vom Abendmahl, s. Bd. IV S. 66 n. 8).

[7] S. o. S. 171 ff.

fraglichen Zeit seitens der allgemeinen Konzilien [1], der päpstlichen [2] und der partikulären Gesetzgebung [3] geschehen. Die Bestimmungen des Tridentinums [4] gehen dahin, dass Kleriker, welche trotz erfolgter Mahnung Konkubinen oder verdächtige Frauen bei sich im Hause oder anderswo halten oder mit solchen Umgang pflegen, mit dem ipso iure eintretenden Verlust des dritten Theils aller ihrer kirchlichen Einkünfte, bei weiterer Fortsetzung eines solchen Verkehrs nach der zweiten Mahnung mit der privatio ipso iure aller derartigen Einkünfte, auch der vom Ordinarius zu verhängenden suspensio ab administratione beneficii, bei fernerer Hartnäckigkeit trotz des Eintrittes dieser Strafen aber mit der privatio aller Benefizien, Offizien und Pensionen, sowie mit Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien, Offizien, Ehrenstellen und Dignitäten bis zu einer etwaigen, wegen zweifelloser Besserung seitens der Oberen gewährten Begnadigung, falls sie aber nach Entlassung der Konkubinen den Verkehr mit denselben oder mit anderen liederlichen Frauenzimmern wieder aufnehmen, ausserdem auch mit der Exkommunikation bestraft werden sollen. Gegen Geistliche ohne Benefizien und kirchliche Pensionen hat dagegen der Bischof je nach der Schwere des Vergehens und nach dem Grade ihrer Hartnäckigkeit mit Gefängnissstrafe, mit Suspension von der Weihe und mit Unfähigkeitserklärung zur Erlangung von kirchlichen Ämtern, sowie mit anderen kanonischen Strafen vorzugehen. Bischöfe endlich, welche sich des fraglichen Vergehens schuldig machen und trotz der Mahnung der Provinzialsynode nicht davon ablassen, verfallen der Suspension ipso iure und werden nöthigenfalls durch den Papst mit weiteren Strafen belegt [5].

[1] Basel Sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1193, s. o. S. 601 n. 9, welches sich allerdings nur auf die concubinarii publici bezieht, aber darunter „non solum hi, quorum concubinatus per sententiam aut confessionem in iure factam seu per rei evidentiam quae nulla possit tergiversatione celari, notorius est, sed qui mulierem de incontinentia suspectam et infamatam tenet et per suum superiorem admonitus ipsam cum effectu non dimittit", versteht; Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref., s. unten Anm. 4.

[2] S. 816 n. 3 u. 6.

[3] Aus dem 15. Jahrh. gehören die S. 578 n. 1. S. 584 n. 2; S. 601 n. 9; S. 614 n. 1; S. 623 n. 1 u. 10 citirten Konzilien; ferner Sens 1456 und 1460 (1485), Hardouin 9, 1383. 1530, welche das Baseler Dekret publiziren. Über die späteren s. u. S. 818.

[4] L. c. (in theilweiser Anlehnung an das Baseler Dekret): „prohibet s. synodus quibuscunque clericis, ne concubinas aut alias mulieres, de quibus possit haberi suspicio, in domo vel extra detinere aut cum iis ullam consuetudinem habere audeant; alioquin poenis a sacris canonibus vel statutis ecclesiarum impositis puniantur. Quod si a superioribus moniti ab iis se non abstinuerint, tertia parte fructuum, obventionum ac proventuum beneficiorum suorum quorumcunque et pensionum ipso facto sint privati, quae fabricae ecclesiae aut alteri pio loco arbitrio episcopi applicetur. Sin vero in delicto eodem cum eadem vel alia femina perseverantes secundae monitioni adhuc non paruerint, non tantum fructus omnes ac proventus suorum beneficiorum et pensiones eo ipso amittant, qui praedictis locis applicentur, sed etiam a beneficiorum ipsorum administratione, quoad ordinarius, etiam uti sedis apostolicae delegatus arbitrabitur, suspendantur, et si ita suspensi nihilominus eas non expellant aut cum iis etiam versentur, tunc beneficiis, portionibus ac officiis et pensionibus quibuscunque ecclesiasticis perpetuo priventur atque inhabiles ac indigni quibuscunque honoribus, dignitatibus, beneficiis ac officiis in posterum reddantur, donec post manifestam vitae emendationem ab eorum superioribus cum iis ex causa visum fuerit dispensandum. Sed si postquam eas semel dimiserint, intermissum consortium repetere aut alias huiusmodi scandalosas mulieres sibi adiungere ausi fuerint, praeter praedictas poenas excommunicationis gladio plectantur . . . Clerici vero beneficia ecclesiastica aut pensiones non habentes iuxta delicti et contumaciae perseverantiam et qualitatem ab ipso episcopo carceris poena, suspensione ab ordine ac inhabilitate ad beneficia obtinenda aliisve modis iuxta ss. canones puniantur. Episcopi quoque . . . si ab huiusmodi crimine non abstinuerint et a synodo provinciali admoniti se non emendaverint, ipso facto sint suspensi et si perseverent, etiam ad sanctissimum romanum pontificem ab eadem synodo deferantur, qui pro qualitate culpae etiam per privationem, si opus ait, in eos animadvertat." Vgl. hierzu Biederlack i. Zeitschr. f. kath. Theologie. Innsbruck 1894. 18, 567.

[5] Wenn das Tridentinum l. c. zunächst auf die Vorschriften der Canones und der Partikularstatuten der einzelnen Kirchen verweist und dann die im Text gedachten Strafen in bestimmter

Diese Anordnungen, welche die späteren Partikularsynoden vielfach wiederholt oder in Bezug genommen haben [1], bilden noch heute das geltende Recht, während für die Konkubinen der Geistlichen, in Betreff welcher das gemeine Recht der hier fraglichen Periode [2], insbesondere das Tridentinum, keine besonderen Bestimmungen erlassen hat, dieselben Strafen, wie für die Zuhälterinnen der Laien [3] zur Anwendung kommen müssen.

In Betreff des vom älteren Recht besonders ausgezeichneten Vergehens der fleischlichen Vermischung mit einer Nonne [4], des von der Doktrin s. g. *sacrilegium carnale* [5], ist es bei dem früheren Recht verblieben, d. h. dieselbe wird an einem Kleriker mit Absetzung und Zwangsbusse in einem Kloster [6], an einem Laien mit der Exkommunikation [7], und an der schuldigen Nonne mit Unterbringung in einem strengeren Kloster oder ewiger Einsperrung [8] bestraft [9].

Dagegen hat das mittelalterliche gemeine Recht in Betreff der Eheschliessung der Mönche, Nonnen und Kleriker der höheren Weihen, sowie hinsichtlich der Eheeingehung eines Laien mit einer Nonne, Vergehen, welche von demselben mit der Exkommunikation l. s. bedroht waren [10], in der Folgezeit eine Abänderung erlitten. Die const. Pius' IX.: Apostolicae sedis v. 1869 [11] setzt die Strafe der bischöflich reservirten Exkommunikation fest:

a. für die Kleriker der höheren Weihen, ferner für die Regularen oder Nonnen, und zwar für die letzteren beiden, sofern sie das feierliche Gelübde der Keuschheit

Steigerung und Verschärfung androht, so können die ersteren unmöglich für das blosse Halten von Konkubinen, ehe eine Mahnung erfolgt ist, zur Anwendung kommen, da die Strafen der Canones, s. o. S. 173, härter, als die vom Konzil zunächst nach der ersten Mahnung angedrohten, sind, und nach älterem Recht die ersteren ebenfalls erst nach stattgehabter monitio eintreten sollen. Demgemäss lässt sich der vom Konzil in erster Linie gemachte Hinweis mit seinen späteren genauen Straffestsetzungen nur in der Weise vereinigen, dass diese letzteren unter allen Umständen zur Anwendung gebracht werden sollen, es aber den Ordinarien im Interesse der Unterdrückung des Konkubinates auch offen bleibt, daneben noch von den an erster Stelle erwähnten Strafen Gebrauch zu machen, ein Standpunkt, welchen auch einzelne der späteren Partikularsynoden bei ihren Anordnungen gegen den Konkubinat eingenommen haben, S. 578 n. 4.

Die Doktrin und ein Theil der späteren Partikularsynoden hat die erst gedachte Vorschrift des Tridentinums nicht berücksichtigt und verweist daher blos auf die speziell in demselben angedrohten Strafen, s. Engel l. c. III. 2 n. 2; Schmalzgrueber III. 2 n. 7; Thesaurus l. c. P. II. s. concubinatus p. 147; München 2, 444; Silbernagl K.R. 2. A. S. 389 n. 2; anders aber Biederlack a. a. O. S. 569.

[1] S. 578 n. 1; S. 595 n. 3; S. 614 n. 1 u. S. 629 n. 11.

[2] Dagegen schreibt Köln 1549, Hartzheim 6, 551, die Verhängung der Exkommunikation gegen die Konkubinen von Priestern und clerici beneficiati vor, und D. S. Konstanz XVII. 7, ibid. 8, 906, bedroht sowohl die Konkubinen der Geistlichen, wie auch der Laien mit der exc. l. s. Über das ältere Recht s. S. 173 n. 2. 3.

[3] S. 816.

[4] S. 173.

[5] Vgl. S. 174 n. 1 a. E.; Engel V. 16 n. 41; Reiffenstuel V. 16 n. 77; Schmalzgrueber V. 16 n. 107.

[6] c. 6 (Trullan. 692) u. c. 28 (Gregor I.) C. XXVII qu. 1.

[7] S. die vor. Anm.

[8] c. 28 cit., c. 11 (Tribur 895); c. 25 (Elvira 306) c. 30 (Nov. Justin.) C. XXVII qu. 1.

[9] Die fleischliche Vermischung eines Mönches (über die ältere Zeit s. S. 173 n. 10) und eines Klerikers der höheren Weihen behandelt die neuere Doktrin, obwohl beide ebenfalls zur Keuschheit verpflichtet sind, in foro externo nicht als *sacrilegium*, sondern lediglich als *fornicatio*, Engel l. c. n. 40; Reiffenstuel l. c. n. 76. 77; Schmalzgrueber l. c. n. 108.

[10] Clem. un. de sponsal. IV. un.: „Eos, qui ... scienter ... cum monialibus contrahere matrimonialiter non verentur nec non religiosos et moniales ac clericos in sacris ordinibus constitutos matrimonia contrahentes ... ipsos excommunicationis sententiae ipso facto decernimus subiacere, praecipientes ecclesiarum praelatis ut illos, quos eis constiterit, taliter contraxisse, excommunicatos publice tamdiu nuncient seu a suis subditis faciant nunciari, donec ... separentur ab invicem et absolutionis obtinere beneficium merentur."

[11] Exc. l. s. episc. reserv. n. 1: „Clericos in sacris constitutos vel regulares aut moniales post votum solemne castitatis matrimonium contra-

bereits abgelegt haben [1], wenn sie sich unterfangen [2], eine Ehe einzugehen [3], und

here praesumentes; necnon omnes cum aliqua ex praedictis personis matrimonium contrahere praesumentes."

[1] Es fallen also unter die Strafbestimmung nur die Mitglieder der Orden im eigentlichen Sinne, nicht der Kongregationen, wenn auch in diesen ewig bindende Gelübde abgelegt werden, ja nicht einmal diejenigen, welche, wie die Jesuiten, wenn sie nach 2 Probejahren blos die einfachen Gelübde geleistet haben, doch als wahre Religiosen betrachtet werden, denn in Betreff der letzteren liegt das im Gegensatz zur Clem. un. cit. neu aufgestellte Erforderniss: post votum solemne castitatis nicht vor, (A.-) Pennacchi 2, 7; Heiner S. 240.

Selbstverständlich ist es, dass die höhere Weihe gültig ertheilt oder die professio religiosa gültig abgelegt ist, denn anderenfalls werden die Verpflichtungen, deren Verletzung als Strafvergehen behandelt wird, nicht begründet.

[2] Das „praesumentes" drückt aus, dass nicht blos der Vorsatz genügt, sondern dass auch wissentlich, also bewusster Weise gegen die betreffende Vorschrift verstossen werden muss. Sollte eine der gedachten Personen wirklich nicht wissen, dass die von ihr eingegangene Ehe unerlaubt und nichtig ist, oder die Strafe der Exkommunikation auf eine solche Handlung gesetzt ist, so würde die Strafe nicht eintreten, ebensowenig, wenn sie irriger Weise glaubt, dass die von ihr empfangene Weihe oder die abgelegte Profess nichtig ist, (A.-) Pennacchi 2, 23; Heiner S. 242.

Gestritten wird darüber, ob die Censur Platz greift, wenn die Ehe erst in Unkenntniss eines der entscheidenden Umstände eingegangen ist, aber nach erhaltener Kenntniss fortgesetzt wird. Einzelne, so Heiner S. 242, nehmen an, dass in diesem Falle die Exkommunikation ausgeschlossen ist, weil die Eheschliessung selbst wegen Fehlens der praesumptio nicht strafbar war, und blos diese, nicht aber die cohabitatio unter die fragliche Strafe gestellt ist. Andere beschränken dies auf den Fall, dass das weitere Zusammenwohnen „more fornicariorum" erfolgt, dagegen lassen sie bei fortgesetztem Umgang „affectu maritali" wegen der dadurch bewirkten Erneuerung des Ehekonsenses mit dieser letzteren die Censur in Wirksamkeit treten. Andere erkennen dies nur für diejenigen Gebiete als richtig an, in denen die tridentinische Eheschliessungsform nicht in Kraft steht, weil in diesen der weitere eheliche Verkehr die Ehe gültig macht, vgl. die Zusammenstellungen bei Heiner S. 242; (A.-) Pennacchi 2, 25.

Als zutreffend erscheint nur die erstgedachte Ansicht. Strafbar ist allein das contrahere matrimonium im Fall der praesumptio. Entfällt die Strafbarkeit wegen Mangels derselben, so bleibt doch immer die Thatsache des contrahere matrimonium bestehen. Deshalb liegt, wenn später die die praesumptio bildende Kenntniss eintritt und der Verkehr auf Grund der geschlossenen Ehe fortgesetzt wird, niemals ein neues contrahere, die Abgabe eines neuen Konsenses, sondern lediglich die Festhaltung an der geschlossenen Ehe vor, welche, falls ihr das Hinderniss des Cölibats oder des feierlichen Gelübdes nicht entgegenstünde, gültig sein würde. Mit anderen Worten: es ist ungerechtfertigt, die Grundsätze von der Heilung eines nicht frei und fehlerlos abgegebenen Konsenses durch Fortsetzung der Ehe auf eine ihrer Zeit nicht strafbar geschlossene Ehe, deren faktische Eingehung, soweit dies rechtlich möglich war, fehlerfrei erfolgt ist, in der Weise zu übertragen, dass nun die Fortsetzung, in welcher hier keine Konsenserneuerung liegt und liegen kann, für strafbar erklärt wird, obwohl die const. Pius' IX. weder diese noch die Konsummation der Ehe unter die Exkommunikation stellt.

[3] In dieser Beziehung herrscht Streit darüber, ob die Ehe, falls ihr nicht das Hinderniss der Weihe oder der Profess entgegensteht, gültig sein muss oder ob es schon zur Strafbarkeit genügt, wenn blos äusserlich eine Ehe geschlossen ist, obwohl diese auch wegen eines anderen Hindernisses, als der eben erwähnten, der Nichtigkeit unterliegt, eine Kontroverse, welche schon in Betreff der früher allein massgebenden Clem. un. cit., S. 818 n. 10, bestanden hat, vgl. (A.-) Pennacchi 2, 13. 18. Die überwiegende Meinung, vgl. l. c. p. 10; Heiner S. 241, verneint das letztere, aber mit Unrecht. Die Worte: matrimonium contrahere bedeuten soviel als eine Ehe schliessen, also diejenigen äusserlichen Formalitäten erfüllen, welche zur Eingehung einer Ehe erforderlich sind, nicht aber eine rechtsgültige Ehe eingehen, und können in den hier fraglichen Fällen um so weniger in dem letzteren Sinne aufgefasst werden, als die Ehe in denselben niemals rechtswirksam werden kann. Wenn sich die gegentheilige Ansicht auf regula iuris 52 in VI: „Non praestat impedimentum quod de iure non sortitur, effectum" stützt, so spricht diese nur von der rechtlichen Wirkung der Nichtigkeit, erklärt aber eine Handlung, welche nichtig ist, nicht allgemein für straflos und fällt hier ausser Betracht, weil die const. Pius' IX. zweifellos eine nichtige Handlung, die Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen und Professen, mit Strafe bedroht. Dazu kommt weiter, dass das Strafgesetz die wissentliche Verletzung des Cölibatsgesetzes und der Profess durch die Schliessung einer Ehe bestrafen will, und dass diese Verletzung sicherlich dadurch keinen milderen Charakter annimmt, dass der Ehe noch ein anderweitiges Ehehinderniss ausser dem impedimentum ordinis oder voti solemnis entgegensteht. Endlich führt die gegentheilige Annahme dazu, die Strafbarkeit oder Nichtstrafbarkeit derselben Handlung von der zufälligen, erst später erfolgenden Entdeckung einer Nichtigkeit der Ehe abhängig zu machen, und gerade denjenigen, welcher wissentlich eine noch aus einem anderen Grunde nichtige Ehe in der Absicht eingeht, dadurch der Strafe zu entgehen, straflos zu lassen. Nur für den Fall eines rechtlich relevanten Zwanges zur Eheeingehung wird eine Ausnahme zu machen sein, aber lediglich aus dem Grunde, weil der Gezwungene das Verbrechen dann nicht

b. für diejenigen, welche vorsätzlich und wissentlich[1] eine solche[2] mit einer der unter a aufgeführten Personen schliessen[3].

Die Geistlichen der höheren Weihen können ferner wegen des eben gedachten Deliktes auch mit der privatio beneficii[4] bestraft werden[5], während die Minoristen, welche eine gültige Ehe schliessen dürfen, zwar nicht der Exkommunikation verfallen, aber den bereits früher besprochenen Strafen unterliegen[6].

4. Der Incest. Hinsichtlich dieses Verbrechens hat das mittelalterliche Recht[7] keine Änderungen erfahren, ja die spätere kirchliche Gesetzgebung berührt dasselbe überhaupt nicht mehr[8]. Im Sinne des kanonischen Rechts wird der Incest durch die Beischlafsvollziehung oder durch die Eheschliessung[9] zwischen zwei Personen

mit dem Vorsatz, gegen das Kirchengesetz zu handeln, begeht, (A-) Pennacchi 2, 22.

Weiter folgt aber aus dem contrahere matrimonium, dass jedenfalls die Eheschliessungsform beobachtet, also da, wo die tridentinische Form in Kraft steht, die Ehe in dieser Form geschlossen sein muss, Heiner S. 241; (A-) Pennacchi 2, 19. 20. Demgemäss wäre auch für diese Gebiete die Eingehung einer blossen Civilehe, welche die katholische Kirche für keine gültige Ehe erachtet, Entsch. d. congr. conc. v. 1879, Acta s. sed. 12, 147 u. 13, 126; Arch. f. k. K. R. 42, 431, nicht strafbar, vgl. auch Kohn im Arch. f. k. K. R. 41, 390 ff. und Acta s. sed. 11, 38 ff., indessen hat die congr. inquis. 1880 in einem Falle erklärt, dass diejenigen Geistlichen der höheren Weihen, welche eine solche Ehe schliessen, der bischöflich reservirten Exkommunikation verfallen, (A.-) Pennacchi 2, 21; Arch. f. k. K. R. 46, 24. 26 u. 50, 441. 444. Die Gründe dieser Entscheidung sind nicht bekannt. Wenn sie aber etwa darauf beruhen sollten, dass der Mangel der tridentinischen Form als impedimentum clandestinitatis betrachtet worden ist, und dass selbst schon in der Schliessung der Civilehe ein matrimonium contrahere liege, so würde darin eine Bestätigung der vorhin vertheidigten Ansicht liegen, dass das Obwalten anderer trennender Ehehindernisse keine Straflosigkeit begründet.

1 Bei diesen ist zur Strafbarkeit ebenfalls eine praesumptio in dem S. 819 n. 2 gedachten Sinne erforderlich.

2 Auch in Betreff einer solchen Ehe wird es für gleichgültig erachtet werden müssen, ob sie aus einem anderen Grunde nichtig ist, denn das matrimonium contrahere kann hier nicht etwas anderes, als in dem ersteren Fall, bedeuten, s S. 819 n. 3.

3 In dieser Strafbestimmung liegt eine Erweiterung der Clem. un. cit., denn diese bestraft nur diejenigen, welche mit einer Nonne eine Ehe eingehen, die const. Pius' IX. ausser diesen aber auch die Frauen, welche eine solche mit Geistlichen der höheren Weihen oder mit Professen schliessen.

Nichtstrafbar sind die Gehülfen und Begünstiger, also namentlich der Pfarrer, welcher einer der gedachten strafbaren Eheschliessungen assistirt.

4 S. o. Bd. I. S. 159. 160; Kohn i. Arch. f. k. K. R. 41, 395 und zwar kommen auch hier die Ausführungen S. 819 n. 3 in Betracht. Ebenso gilt das in Betreff der Eingehung einer Civilehe Bemerkte gleichfalls für die hierin Frage stehende Strafe, vgl. auch Kohn a. a. O. u. Acta s. sed. 11, 43.

5 Was dagegen die Strafe der Suspension, s. Bd. I. S. 159 n. 1, welche die Doktrin allerdings nicht übereinstimmend als l. s. qualifizirt hat, s. z. B. Schmalzgrueber III. 3 n. 33; Thesaurus l. c. P. II. s. v. apostasia c. 4 p. 92, betrifft, so ist diese jedenfalls als censura l. s. entfallen, da sie durch die const. Pius' IX. v. 1869 nicht aufrechterhalten wird.

6 Bd. I. S. 159.

7 S. o. S. 174.

8 Denn die const. Sixti V.: Volentes 1587, b. T. 8, 830, welche einzelne Fälle des Incestes mit der Todesstrafe bedroht, ist nur für den Kirchenstaat erlassen und hat den Charakter eines landesherrlichen, also weltlichen Gesetzes für denselben, s. S. 562 n. 3.

9 Wenn Gratian dict. zu c. 2 C. XXXVI qu. 1 § 4 bemerkt: „incestus est consanguinearum vel affinium abusus. Unde incestuosi dicuntur qui consanguineis vel affinibus suis abutuntur", so schliesst er jedenfalls damit die Vollziehung der copula in der Ehe mit Verwandten und Verschwägerten nicht aus, andererseits bleibt es freilich zweifelhaft, ob er auch die blosse Eheschliessung mit solchen, ohne dass die Konsummation der Ehe hinzutritt, als Incest betrachtet. Da aber c. 8 (Agde 506) §. 1 C. XXXV qu. 2 u. 3 denjenigen, „qui ex propria consanguinitate aliquam aut quam consanguineus habuit concubitu polluerit aut uxorem duxerit" als incesti bezeichnet, so ist man um so mehr berechtigt, den einen oder anderen Fall als Incest zu behandeln, als schon das ältere Recht beides gleichstellt s. S. 174 n. 1, und die Clem. un. cit. IV. un. ebenfalls die blossen Ehen mit den gedachten Verwandten und Verschwägerten mit der exc. l. s. bedroht hat. Allerdings wird in der Doktrin herkömmlicher Weise der Incest stets blos als die Beischlafsvollziehung unter den erwähnten nahen Angehörigen definirt, Covarruvias de matrimoniis P. II. t. 1 c. 6 §. 8 n. 1; Andreas Vallensis paratitla V. 16 §. 3; Engel V. 16 n. 29; Reiffenstuel V. 16 n. 65; Schmalzgrueber V. 16 n. 99, aber alle diese, ebenso wie Diaz, practica criminalis p. 326, welcher die Gratiansche Definition wiedergiebt, ziehen auch im weiteren Verlauf ihrer

verschiedenen Geschlechts begangen, welche in einem so nahen Grade mit einander verwandt[1] oder verschwägert[2] sind, dass eine gültige Ehe zwischen ihnen ausgeschlossen ist[3], wenn sie von dem Ehehindernisse Kenntniss haben[4]. Die Strafen des Incests im eigentlichen Sinne[5] sind für Geistliche Deposition[6], für Laien Zwangsbusse[7], eventuell Exkommunikation[8].

5. Die Sodomie oder die widernatürliche Unzucht (*crimen contra naturam*[9]), die vorsätzliche Befriedigung des Geschlechtstriebes auf naturwidrige Weise. Die Doktrin begreift darunter a. die Sodomie im engeren Sinne, die geschlechtliche Vereinigung zweier Personen desselben Geschlechts[10], ferner b. die Befriedigung des Geschlechtstriebes an einem Thier (*bestialitas*[11]), und c. die *mollities*[12], die Selbstbefleckung[13].

Während das Dekretalenrecht die *incontinentia contra naturam* bei Laien mit der Exkommunikation, bei Klerikern mit der Deposition oder mit Zwangsbusse im Kloster bedroht[14], hat Pius V. die Auslieferung der Schuldigen an den weltlichen Arm, und zwar der Geistlichen jeder Art und jeden Ranges, welche ipso iure aller Klerikalprivilegien beraubt sein sollen, nach vorgängiger Degradation, zur Verhängung der

Darstellung den Fall der Clem. un. cit., also die blosse Eheschliessung, unter den Begriff des Incests, ohne den darin liegenden Widerspruch mit ihrer Begriffsbestimmung zu merken.

1 Was die Adoptivverwandtschaft betrifft, so bildet diese zwar ein Ehehinderniss, c. 6 (l. 17 D. XXIII. 2) C. XXX qu. 3 c. un. (Nicol. I.) X de cogn. leg. IV. 13, aber niemals ist der geschlechtliche Verkehr oder die Eheschliessung unter den Adoptivverwandten, denen die Ehe mit einander verboten ist, vom kanonischen Recht mit Strafe bedroht worden, und daher wird dieser Fall von der Doktrin ausdrücklich als nicht unter den Incest fallend bezeichnet, s. Engel l. c. 31; Reiffenstuel V. 16 n. 67; Schmalzgrueber V. 16 n. 100. Ebenso behandelt auch die Doktrin die geistliche Verwandtschaft, s. ll. cc., obwohl in karolingischer Zeit, c. 5 (Rhaban.) C. XXX qu. 1 u. c. 2 (Zacharias) C. XXX qu. 2, s. auch S. 174 n. 2, für einzelne Fälle der damals geltenden Verbote Zwangsbusse angedroht wird. Andererseits verlangen aber die citirten Schriftsteller, dass bei Verletzung dieser Verbote auch Strafe, aber eine mildere als für den Incest verhängt werden soll.

2 Gleichviel ob die Schwägerschaft eine eheliche (*affinitas legitima*) oder aussereheliche (*affinitas illegitima*) ist, c. 2 (lib. de incest.) C. XXX qu. 4; während dagegen die Doktrin beim Vorhandensein der Quasi-Affinität keinen Incest annimmt, aber doch gleichfalls wenn auch leichtere Strafe verhängt wissen will, Covarruvias l. c. n. 4; Engel, Reiffenstuel, Schmalzgrueber l. c.

3 Das sind nach dem geltenden Recht die Blutsverwandten und Verschwägerten in der auf- und absteigenden Linie, ferner in der Seitenlinie bis zum vierten Grade kanonischer Komputation, sowie ferner die ausserehelich Verschwägerten bis zum zweiten Grade einschliesslich, c. 8 (Lateran. IV.) X de consang. IV. 14; Trid. Sess. XXIV. c. 4 de ref. matr.

4 Weil es sonst an dem erforderlichen Vorsatz fehlt, vgl. auch Clem. un. de spons. IV. un. („scienter").

5 S. Anm. 3.

6 Die Doktrin zieht hier c. 10 ff. Dist. LXXI, welche den Geistlichen wegen Ehebruchs mit dieser Strafe belegen, heran, weil der Incest nach c. 11 (August.) C. XXXII qu. 7 ein schwereres Vergehen als der Ehebruch sei, ferner c. 15 (Innoc. III.) X de purg. V. 34, in welchem die Strafe bei Konkurrenz von Ehebruch und Incest ausgesprochen wird, vgl. Reiffenstuel l. c. n. 74; Schmalzgrueber V. 16 n. 105.

7 c. 2 (lib. de inc.) C. XXX qu. 4 (hier 8 Jahre).

8 c. 8 (Agde 506) u. c. 9 (Lerida 546) C. XXXV qu. 2 u. 3. Über den Wegfall der exc. l. s. für die blosse Eingehung einer incestuosen Ehe s. o. S. 768 n. 2 u. 3.

9 S. Pius V.: Cum primum 1566, b. T. 7, 434.

10 c. 13 (Aug.) C. XXXII qu. 7. Mit Rücksicht auf c. 11 (id.) l. c. („contra naturam, si vir membro mulieris non ad hoc concesso voluerit uti") stellt die Doktrin der Sodomie im Sinne des Textes, der s. g. *perfecta*, den eben gedachten Fall der naturwidrigen Befriedigung des Geschlechtstriebes zwischen Mann und Frau, auch zwischen Eheleuten, als *sodomia imperfecta* oder *impropria*, uneigentliche Sodomie, gegenüber, Reiffenstuel V. 16 n. 88; Schmalzgrueber V. 16 n. 112.

11 Erwähnt c. 4 (Aug.) C. XV qu. 1 (unter Hinweis auf die Todesstrafe mit Rücksicht auf Levitic. XX. 15. 16).

12 Dieser Abart der Sodomie wird im Corpus iuris nicht ausdrücklich gedacht.

13 Engel l. c. n. 26; Schmalzgrueber l. c. n. 112.

14 c. 4 (Lateran. III. 1179) X de priv. V. 31 (vgl. auch o. S. 176 n. 4 u. 5), und noch Leo X.: Supernae 1514 §. 35, b. T. 5, 604, Bestrafung nach den Canones, bez. den weltlichen Gesetzen vorschreibt.

Todesstrafe angeordnet[1]. Bei der Unbestimmtheit des Ausdrucks: *incontinentia*[2] oder *crimen contra naturam*[3] bleibt es zweifelhaft, ob jede der vorhin gedachten, naturwidrigen Arten der Befriedigung des Geschlechtstriebes durch die aufgeführten Strafen hat betroffen werden sollen. Wenn man aber erwägt, dass Pius V. bei seinen Anordnungen auf die Bestrafung nach weltlichem Recht Bezug nimmt, und dass das römische Recht[4] die Todesstrafe, namentlich auch den Feuertod, nur auf die Sodomie im eigentlichen Sinne (die *sodomia ratione sexus*[5]) gesetzt hat, so wird man annehmen müssen, dass die von Pius V. festgesetzten Strafen blos auf die eben gedachte Art der Sodomie[6] Anwendung finden[7], während allerdings die Strafen des Dekretalenrechts auch die anderen Arten, da letztere unter den Begriff der *incontinentia contra naturam* fallen, begreifen.

6. Die Entführung von Frauenspersonen (*raptus*). In Betreff dieses Verbrechens hat das Tridentinum[8] die Vorschriften des früheren Rechts theilweise ergänzt und abgeändert. Es bedroht die gewaltsame Entführung[9] einer Frauens-

[1] Cum primum 1566 §. 11, b. T. 7, 434, und Horrendum 1568 §. 3, b. T. 7, 702, s. S. 568 n. 6. Die Strafe der Exkommunikation für Laien ist dadurch selbstverständlich nicht beseitigt, sie wird auch in der Doktrin als noch in Geltung befindlich betrachtet, s. Diaz practica criminalis p. 341; Reiffenstuel V. 16 n. 89; Schmalzgrueber V. 16 n. 115.

[2] c. 4 X cit. V. 31 u. Pius V.: Horrendum cit.

[3] Pius V.: Cum primum §. 11 cit.

[4] l. 6 C. Th. ad leg. Jul. IX. 7; l. 30 (31) C. J. IX. 9; Nov. LXXVII c. 1 und CXLI. 1. Kober, Deposition S. 772, meint allerdings, dass Pius V. die Carolina, welche Art. 116 das „unkeusch treiben mit einem viehe, mann mit mann, weib mit weib“ mit dem Feuertode bedroht, im Auge gehabt haben müsse. Dem steht aber entgegen, dass der Papst in einer allgemeinen Konstitution nicht blos auf ein in Deutschland allein geltendes Strafgesetz Bezug nehmen konnte, und dass es bei der damaligen Auffassung von der Geltung des römischen Rechts viel näher liegt, an dieses zu denken, wie denn auch die kanonistische Doktrin, s. Engel, Reiffenstuel und Schmalzgrueber, auf dasselbe verweist, und die Carolina nur als Beweis für die Art der Todesstrafe, nämlich für den Feuertod, beiläufig heranzieht.

[5] S. 821 n. 10.

[6] Also selbst die Bestialität, welche Kober a. a. O. in Folge seiner irrigen Auffassung ebenfalls hierunter zieht, ausschliessen müssen, so auch Reiffenstuel und Schmalzgrueber l. c.; München 2, 455.

[7] Übereinstimmend wird von der Doktrin für die Anwendung der gedachten Strafen Vollendung des Verbrechens verlangt, Reiffenstuel V. 16 n. 92; Schmalzgrueber V. 16 n. 115, ferner aber auch nach einer sehr weit verbreiteten Ansicht mit Rücksicht auf Pius' V.: Horrendum cit. §. 3: „nefas exercentes“ für den Verlust der Klerikalprivilegien, die privatio beneficii, die Degradation und Auslieferung an den weltlichen Arm wiederholte Begehung des Verbrechens, s. die citirten und auch Benedict XIV. de syn. dioec. IX. 6 n. 7. Das letztere ist aber unrichtig, denn bei Pius V.: Cum primum cit. §. 11 („crimen perpetraverit“) ist von einer solchen dem Wortlaut nach nicht die Rede, und da die const.: Horrendum die frühere Verordnung verschärfen will, so kann das „exercere“, welches sich zutreffend als blosse Verübung des Verbrechens auffassen lässt, nicht in dem gedachten Sinne ausgelegt werden, so auch Kober S. 774.

[8] Sess. XXIV. v. 6 de ref. matr.: „Decernit s. synodus, inter raptorem et raptam, quamdiu ipsa in potestate raptoris manserit, nullum posse consistere matrimonium. Quodsi rapta a raptore separata et in loco tuto et libero constituta illum in virum habere consenserit, eam raptor in uxorem habeat et nihilominus raptor ipse ac omnes illi consilium, auxilium et favorem praebentes sint ipso iure excommunicati ac perpetuo infames omniumque dignitatum incapaces et si clerici fuerint, de proprio gradu decidant. Teneatur praeterea raptor mulierem sive eam uxorem duxerit sive non duxerit, decenter arbitrio iudicis dotare.“ Nach demselben deckt sich der Thatbestand der hier in Frage stehenden Art des Verbrechens des *raptus* mit dem Ehehinderniss der Entführung. Es kommt daher neben der strafrechtlichen Literatur auch die eherechtliche in Betracht, vgl. Schulte Eherecht S. 303 ff., sowie die bei Friedberg K. R. 3. A. S. 351; Silbernagl K. R. 2. A. S. 480 u. Vering 3. A. S. 885 angegebene Spezialliteratur.

[9] Es muss also Gewalt, physische oder psychische (durch Anwendung eines rechtlich relevanten Zwanges), geübt worden sein. Der s. g. raptus seductionis, d. h. Einwirkung auf die Frau durch List und Schmeicheleien, genügt nicht, Schulte S. 305; (A.-)Pennacchi 2, 254; Heiner S. 298. Wegen der blos anscheinend widersprechenden Entsch. d. congr. conc. v. 1864, Acta s. sed. 1, 15 u. (A.-)Pennacchi 2, 248 n. 1, vgl. auch Heiner S. 298.

Ferner gehört zum Begriff des raptus, dass die Frau von dem Orte, an welchem sie sich aufhält, auf die gedachte Weise entfernt worden ist, denn der raptus setzt eine Ausschliessung der Freiheit

person [1] wider ihren Willen [2] durch einen Mann in der Absicht, mit ihr die Ehe einzugehen [3], an dem Thäter [4] und an allen denjenigen, welche ihm dabei Rath, Hülfe und Begünstigung [5] gewähren [6], mit der auch noch im neuesten Recht aufrechterhaltenen Exkommunikation *latae sententiae* [7], mit der ewigen Infamie [8] und der Unfähigkeit zu allen Würden [9], an Geistlichen, welche sich einer der erwähnten Handlungen schuldig machen, auch mit der Deposition [10].

Im übrigen ist es hinsichtlich des Verbrechens des raptus bei dem mittelalterlichen Rechte [11] verblieben. Nach dem letzteren kann dasselbe im Gegensatz zum Tridentinum nur an einer ehrbaren Jungfrau oder Wittwe, nicht an einer bescholtenen, namentlich nicht an einer meretrix [12], wohl aber auch an einer Ehe-

des Willens hinsichtlich der Wahl des Aufenthaltsortes voraus. Gleichsteht der Fall, dass die Frau, nachdem sie sich in Folge von List und Schmeicheleien an einen bestimmten Ort begeben hat, in diesem mit Gewalt festgehalten und ihr dadurch die Rückkehr nach ihrem Domizil oder dem von ihr in Aussicht genommenen Aufenthaltsort unmöglich gemacht wird, Heiner S. 298.

1 Gleichviel ob Jungfrau, Wittwe, ob geschlechtlich unbescholten oder bescholten, da das Tridentinum nicht unterscheidet. Aus demselben Grunde ist auch der raptus nicht ausgeschlossen, wenn der Bräutigam die ihm verlobte Braut wider ihren Willen entführt, Schulte S. 305; Heiner S. 299; (A.-)Pennacchi 2, 255. Anderer Ansicht Salmann i. A. f. k. K. R. 66, 121, welcher das Tridentinum nach c. 6 X de rapt. V. 17 ausgelegt wissen will, obwohl das erstere auch sonst die Voraussetzungen des raptus, soweit er ein Ehehinderniss bildet, neu geregelt und insoweit auch unter besondere Strafen gestellt hat.

Dagegen kann das Verbrechen nicht gegen einen Mann durch gewaltsame Wegführung desselben verübt werden.

2 Denn das Konzil will jede Beeinträchtigung der Willensfreiheit der Frau schützen, andererseits aber auch nur die Vergewaltigung der letzteren. Daher liegt kein raptus vor, wenn die Entführte in ihre Entführung einwilligt, selbst dann, wenn die letztere gegen den Willen der Eltern, deren Rechte das Tridentinum nicht zu schützen beabsichtigt, erfolgt, (A.-)Pennacchi 2, 253. Über die Stellung der congr. conc. zu dieser Frage, welche theilweise abweicht, s. Acta s. sed. 1, 54 ff.; Salmann a. a. O. S. 121.

3 Das ergiebt sich daraus, dass das Tridentinum seine Vorschriften mit Rücksicht auf den raptus als Ehehinderniss aufstellt, s. Entsch. d. congr. conc. v. 1586 bei Schulte S. 306 n. 18 u. (A.-)Pennacchi 2, 254. Der Umstand, dass dasselbe auch die Kleriker mit Strafen bedroht, kann nicht gegen diese Auffassung geltend gemacht werden, denn die Geistlichen der niederen Weihen sind fähig, eine gültige Ehe zu schliessen, und ferner ist es wenigstens möglich, dass sich selbst Geistliche der höheren Weihen bei einer Entführung als Rathgeber oder Gehülfen betheiligen.

4 Und auch dem Anstifter, wenn er die Entführung durch andere in seinem Auftrage hat ausführen lassen. Aber das Verbrechen muss vollendet sein, denn den Versuch bedroht das Tridentinum nicht mit Strafen.

5 Der Pfarrer, welcher der Eheschliessung des Entführers mit der Entführten nach vollendeter Entführung assistirt oder die Ehe einsegnet, kann aber nicht als Begünstiger bestraft werden, weil dann das Verbrechen schon vollendet ist, und es sich hier um eine Begünstigung bei der Verübung des letzteren handelt. Das Umgekehrte gilt, wenn der Pfarrer dem Entführer, ehe er die That verübt, in Kenntniss der Absicht desselben, versprochen hätte, der Eheschliessung zu assistiren, Schmalzgrueber V. 17 n. 51; (A.-) Pennacchi 2, 256.

6 Gegen diese treten die gedachten Strafen indessen allein ein, wenn das Verbrechen vollendet worden ist.

7 Denn die vom Tridentinum festgesetzten censurae l. s. sind durch die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 nicht beseitigt worden, s. o. S. 659 n. 1 u. n. 3.

8 Auch diese tritt ipso iure ein, und zwar selbst dann, wenn der Entführer die Entführte geheirathet hat, Schmalzgrueber V. 17 n. 31.

9 Dies ist blos eine besonders hervorgehobene Folge der Infamie, s. o. S. 557.

10 S. o. S. 572 n. 3. Auch hier handelt es sich um eine poena l. s. Wenn in der Doktrin vielfach, s. z. B. Schmalzgrueber l. c., für den Eintritt dieser Strafe, sowie auch der Infamie ein besonderes richterliches Urtheil gefordert wird, so beruht dies auf der o. S. 651. 652 zurückgewiesenen irrigen Lehre über die poenae l. s.

11 Vgl. S. 175.

12 Ausdrücklich ist dies allerdings nicht ausgesprochen. Aber wenn die in Frage kommenden Stellen, c. 49 (Gelasius I.) C. XXII qu. 2 von puella, c. 1 (Chalced.) C. XXXVI qu. 2 von puellae et mulieres, c. 2 (Symmach.) u. c. 5 (Rom 721) l. c. von viduae et virgines sprechen, so gewähren sie keinen Anhalt, darunter auch geschlechtlich bescholtene Personen zu verstehen. Auch Gratian geht offenbar von dieser dem römischen Recht entsprechenden Anschauung, s. l. un. C. J. de raptor. IX. 13, welche der virgines honestae gedenkt, aus, denn er bringt von Isidor und Hieronymus folgende Stellen bei, c. 1. C. XXXVI qu. 2: „Raptus est illicitus coitus a corrumpendo dictus" u. c. 8 C. XXXVI qu. 2: „virgo est in civitate deprehensa et illi per vim

frau [1] begangen werden. Zum Thatbestande ist nicht die Absicht, die Entführte zu heirathen, erforderlich, vielmehr genügt auch die, die letztere blos zur Befriedigung der Wollust zu gebrauchen [2]. Sodann liegt das Verbrechen ebenfalls im Gegensatz zum Tridentinum nicht vor, wenn die Entführte schon vorher mit dem Entführer verlobt war [3]. Übereinstimmung mit dem Tridentinum besteht insofern, als die Einwilligung der Entführten, selbst wenn die Entführung wider den Willen ihrer Gewalthaber erfolgt ist, schon nach dem Dekretalenrecht [4] nicht mehr den Thatbestand des raptus bildet, und ferner die Entführung durch blosse List oder Schmeicheleien ebenfalls nicht zur Erfüllung des Thatbestandes genügt [5].

Die Strafen der Entführung sind die Exkommunikation ferendae sententiae für Laien [6], für Geistliche Absetzung [7], und zwar treffen diese Strafen auch diejenigen,

copulata", und bemerkt, dict. zu c. 2 cit. §. 5: „Raptus admittitur cum puella a domo patris violenter ducitur, ut corrupta in uxorem habeatur"; auch die Summen von Rufinus und Stephan v. Tournai zu C. XXXVI qu. 1, s. die Ausgaben von v. Schulte S. 415, bez. 256 sprechen von „florem virginitatis rapere". Auf demselben Standpunkt steht die spätere kanonistische Doktrin; vgl. Covarruvias variar. resolut. lib. III. c. 14 n. 2 i. f.; Reiffenstuel V. 17 n. 5 und Schmalzgrueber V. 17 n. 5, welche sich dafür auf das römische Recht, auf l. un. C. cit., beruft, andererseits aber den an einer meretrix verübten raptus nicht für absolut straflos erklärt, sondern blos mit ausserordentlicher, also arbiträrer Strafe belegt wissen will, Schmalzgrueber l. c. Der unbescholtenen Jungfrau und Wittwe wird von dem letzteren allerdings die frühere meretrix, welche sich gebessert hat und einen ehrbaren Lebenswandel führt, gleich gestellt.

[1] Selbst wenn dieselbe einen unehrbaren Lebenswandel führt. Diese Frage wird selten ausdrücklich berührt, s. aber Schmalzgrueber V. 17 n. 5. Sie ist mit ihm, da die kanonistische Doktrin auf l. un. C. cit. fusst, im Sinne der letzteren (vgl. auch Heffter, Strafrecht §. 459) zu bejahen.

[2] c. 1 (Isid.) C. XXXVI qu. 1; c. 1 (Chalc.) c. 4 (capit. 817) C. XXXVI qu. 2. Nicht erforderlich ist aber, dass die Beischlafsvollziehung erfolgt ist, vielmehr wird das Verbrechen mit der gewaltsamen Wegführung vollendet, Schmalzgrueber l. c. n. 6. In Bezug auf Gratian a. M. Freisen, Gesch. d. kanon. Eherechts S. 593, aber dict. cit. § 5, s. vor. Anm., spricht nur von der Absicht, nicht von der Ausführung derselben, so auch v. Scherer im Arch. f. k. K. R. 65, 380.

[3] c. 4 (capit. 817) u. c. 5 (Rom 721) C. XXXVI qu. 2. Das kanonische Recht steht also nicht auf dem Standpunkt Justinians, welcher nach l. un. C. cit. IX. 13 auch einen raptus an der Braut begehen lässt, vielmehr auf dem Standpunkt des vorjustinianischen Rechts, s. l. 1 (Konstantin) C. Th. IX. 24: „si quis nihil cum parentibus puellae depactus invitam eam rapuerit et volentem abduxerit" (vgl. auch Freisen, Gesch. des kanon. Eherechts S. 591), auf welches c. 49 (Gelasius I.) C. XXVII qu. 2, wiederholt c. 2 C. XXXVI qu. 1: „Lex illa preteritorum principum ibi raptum dixit esse commissum, ubi puella de cuius ante nuptiis nichil actum fuerit, videatur abducta" verweist, da beim Vorliegen eines Verlöbnisses die hier angegebene Voraussetzung des raptus ausgeschlossen ist. Hieran hat auch das Dekretalenrecht, c. 6 (Luc. III.) X de raptor. V. 17, was freilich zum Theil bestritten wird, nichts geändert, da die Stelle gar nicht von der Entführung einer bereits Verlobten spricht, vgl. darüber Salmann im Arch. f. k. K. R. 66, 117.

[4] Den entgegengesetzten Standpunkt des römischen Rechts, s. l. 1 C. Th. IX 24 cit., l. un. C. J. IX. 13 („sive volentibus sive nolentibus virginibus seu aliis mulieribus tale facinus fuerit perpetratum"), hat noch das Dekretum Gratians festgehalten, s. c. 2 C. XXXVI qu. 1 cit. u. dict. Gratiani dazu §. 5 u. zu c. 2 C. cit. Dagegen steht das Dekretalenrecht schon auf dem entgegengesetzten Standpunkt, was mit der Beseitigung des Mangels des elterlichen Konsenses als Ehehinderniss, s. Freisen, Gesch. des kanon. Eherechts S. 313 ff., zusammenhängt. c. 6 (Luc. III.) X cit. V. 17: „quod, quum ibi raptus dicatur, ubi nil ante de nuptiis agitur, iste raptor dici non debet, quum habuerit mulieris assensum et prius eam desponsaverit, quam cognoverit, licet parentes reclamarent, a quibus eam dicitur rapuisse", läugnet der richtigen Ansicht nach das Vorliegen des Thatbestandes des raptus bei Einwilligung der Entführten trotz des Widerspruchs ihrer Eltern, s. darüber Salmann a. a. O. S. 115 ff., der mit Recht gegenüber der entgegengesetzten Meinung, dass in der Stelle eine indirekte Anerkennung des raptus in parentes liege, hervorhebt, dass diese irrigerweise ein der Entführung vorausgegangenes Verlöbniss in die Stelle hineininterpretirt.

[5] Anders Katz, kanon. Strafrecht S. 109. Aber c. 11 (Bened. Lev.) C. XXXVI qu. 2 setzt das seducere dem rapere gegenüber, und Gratian verlangt, s. dict. zu c. 3 ibid., ausdrücklich die Anwendung von Gewalt: „aliud enim est promissionibus aliquam seducere, aliud vim sibi inferre"; vgl. auch Freisen a. a. O. S. 589. 590.

[6] c. 1 (Chalced.) 2 (Symmach.) 4 (capit. 817) 5 (Rom 721) 6 (Paris u. 556) C. XXXVI qu. 2.

[7] c. 1. 4 C. XXXVI qu. 2.

welche bei der That irgend eine Begünstigung, also auch Rath oder Hülfe[1], gewährt haben.

Da das Tridentinum nur über die Entführung in ihrer Bedeutung als Ehehinderniss besondere Rechtsnormen aufstellt und dieselbe nur insoweit sie als solches in Betracht kommt, strafrechtlich bedroht, nicht aber die Entführung als kirchliches Verbrechen überhaupt einer allgemeinen strafrechtlichen Regelung unterzieht, so sind die Strafen des früheren Rechts, soweit der raptus nach demselben über den vom Tridentinum normirten Thatbestand hinausreicht, durch das letztere nicht beseitigt worden[2].

7. Die Nothzucht (*stuprum violentum*), die Schändung einer unbescholtenen Frauensperson wider oder ohne deren Willen unter Anwendung von Gewalt, wird zwar im Dekrete Gratians erwähnt[3], indessen finden sich in demselben keine besonderen Strafen dafür angedroht. Das Dekretalen- und spätere kirchliche Recht berührt das Verbrechen nicht[4]. Auch die Doktrin hat in Folge dessen dem letzteren nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt und behandelt dasselbe, obwohl es sich gerade durch das gewaltsame Entreissen der Frauenehre gegenüber dem einfachen Stuprum oder der fornicatio als selbstständiges Vergehen darstellt, lediglich als eine Abart des ersteren, indem sie zugleich mangels einer besonderen Androhung von kirchlichen Strafen auf die des weltlichen Rechts hinweist[5]. Das Auffällige dieser Erscheinung verliert sich, wenn man erwägt, dass das weltliche Recht die Nothzucht schon seit dem Verlauf des Mittelalters bis über das 16. Jahrhundert hinaus mit Todesstrafe belegt hat[6], für das kirchliche Recht also keine Veranlassung vorlag, mit besonderen Normen einzugreifen[7].

8. Die Kuppelei (*lenocinium*). Dieses Verbrechen hat ebensowenig, wie in der früheren Zeit[8] in der hier fraglichen Periode eine gemeinrechtliche Regelung er-

[1] c. 5 cit. („faventes"); c. 4 (Meld.) X de purg. can. V. 34 (consensor vel interventor).

[2] So kommen also die Strafen des älteren Rechts ausschliesslich bei der Entführung libidinis exercendae gratia zur Anwendung, während umgekehrt das ältere Recht in Betreff der Entführung der Braut, wenn sie in der Absicht erfolgt, mit ihr wider ihren Willen die Ehe zu vollziehen, durch das Tridentinum abgeändert ist.

[3] Ausser dem nichts ergebenden c. 32 (Compend. 757) C. XXVII qu. 2, o. S. 176 n. 1, kommen noch c. 4. 6—9 (Aug.) C. XXXII qu. 5 in Betracht, welche die violentia als Merkmal des Thatbestandes hervorheben. Gratian selbst stellt sie unter den raptus, dict. zu c. 3 C. XXXVI qu. 1: „Hic ergo raptum admisit, quia florem virginitatis puellae renitenti violenter eripuit", vgl. auch Freisen a. a. O. S. 589, worin ihm freilich die spätere Doktrin nicht gefolgt ist.

[4] Daher lässt sich beim Mangel von Quellenmaterial der Umfang des Thatbestandes, z. B. ob auch die Schändung einer Frau im Stadium der Bewusstlosigkeit oder in Folge der Erregung von metus gravis darunter fällt, nicht sicher feststellen.

[5] So theilen Reiffenstuel V. 16 n. 45 und Schmier iurisprud. can. civ. lib. V tr. 4 c. 2 n. 28 das stuprum in ein voluntarium und violentum ein, während dagegen Engel V. 16 n. 16 und Schmalzgrueber V. 16 n. 20 ff. desselben nur gelegentlich der Behandlung des stuprum als einer schwereren Art gedenken.

[6] S. o. S. 317 n. 9 und ferner const. crimin. Carol. art. 119.

[7] Überliess man doch auch kirchlicherseits sogar die Bestrafung wegen einfachen Stuprums vielfach den weltlichen Gerichten, s. o. S. 815. Selbst nicht einmal in Betreff der Geistlichen lag dazu ein Bedürfniss vor, denn einmal konnten dieselben schon wegen einfachen Stuprums mit der Deposition belegt werden, s. a. a. O., und andererseits schritt auch bei der fortwährenden Einengung des privilegium fori in Strafsachen der letzteren der weltliche Richter gegen dieselben ein.

Vereinzelt ist auch partikularrechtlich für einen Spezialfall die Anreizung zu unzüchtigen Handlungen, die Vornahme solcher und der Versuch dazu seitens der bischöflichen Konsistorialbeamten unter Strafe gestellt, s. Salzburg 1569 XXXVIII. 7, Hartzheim 7, 340, s. o. S. 544 n. 10.

[8] S. 176, denn Gratian giebt im dict. zu c. 10 C. XXXII qu. 1, s. auch c. 15 §. 1, nur Stellen aus dem römischen Recht wieder, und die Dekretalensammlungen behandeln das Verbrechen überhaupt nicht, s. S. 233 u. Katz a. a. O. S. 121. Daraus erklärt es sich, dass die spätere Doktrin dasselbe gar nicht, so Diaz, Engel, Reiffen-

fahren[1], vielmehr wird desselben, oder auch blos[2] einzelner Fälle des letzteren, lediglich in den Partikularkonzilien gedacht[3].

§. 326. qq. *Die strafbaren Handlungen gegen das Vermögen.*

1. Der Diebstahl (*furtum*). Von einem dem kanonischen Recht eigenthümlichen Diebstahlsbegriffe lässt sich nach Lage des verhältnissmässig dürftigen Quellenmaterials im Dekrete Gratians und in der Dekretalensammlung Gregors IX.[4] nicht sprechen[5], vielmehr hat die Doktrin schon seit dem 12. Jahrhundert den römischen Diebstahlsbegriff in das kanonische Recht hineingetragen[6], wennschon sie wenigstens später das furtum usus und possessionis[7] gewöhnlich nicht mehr unter das furtum

stuel, Schmier, berücksichtigt oder, einzelne, wie Schmalzgrueber V. 16 n. 90; Thesaurus l. c. P. II. p. 252, München 2, 452, ihre Darstellungen lediglich auf das römische Recht, zum Theil auch, wie Thesaurus und Permaneder K. R. 4. A. S. 597, auf die in der folgengenden Anmerkung citirten päpstlichen Konstitutionen gründen.

[1] Denn Paul IV: Sanctissimus 1558, b. T. 6, 537, welches für bestimmte Fälle der Kuppelei die Todesstrafe, s. S. 562 n. 3, im übrigen den Kupplern und Kupplerinnen Auspeitschung und Exil, und denjenigen, welche diesen wissentlich Häuser vermiethen oder sie wissentlich darin dulden, Konfiskation des Hauses und Strafe von 1000 Goldscudi androht (s. §§. 3. 4), ist ein weltliches Gesetz für Rom, welches die Bestrafung durch die weltlichen Richter anordnet. Dasselbe gilt von Sixtus V.: Ad compescendam 1586 §. 7, b. T. 8, 789, s. a. a. O. Auf diese bezieht sich offenbar auch Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 65: „lenones . . . poena ad tramites iuris mulctentur."

[2] Mailand 1565 II. 65, Hardouin 10, 701 (Austreibung aller, „qui lenocinio quaestum faciunt", aus der Diöcese durch den Bischof).

[3] Mailand 1565 II. 65 cit. (Vermiethen von Häusern an meretrices ausserhalb des ihnen angewiesen Bezirks, harte Strafe); Mailand 1576 III. 16, Hardouin 10, 1088 (für dieselben hier Exkommunikation und für Schankwirthe und andere Wirthe, welche sie in ihren Lokalen um des Gewinns willen halten und ernähren, nach Mahnung Personalinterdikt und schwere arbiträre Strafe); serbische Nationalsynode 1703, coll. conc. Lac. 1, 309. 310 (Eltern, welche den Konkubinat ihrer Kinder befördern, Exk.); Avignon 1725, ibid. p. 550. 552 (Verkuppelung der Töchter zur Ehe seitens der Eltern durch Anlockung von jungen Männern zum Beischlaf, bischöflich reservirte Exk.).

[4] S. o. S. 185. 186.

[5] In Betreff der Stellen, welche einer Bestrafung des furtum gedenken, s. S. 186 n. 1 u. 2, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass sie, soweit sie dem römischen Reich und den Zeiten desselben angehören, den römischen, soweit sie aber germanischen Ursprungs sind, wie c. 31 (Tribur 895) C. XIII qu. 2, den germanischen Diebstahlsbegriff voraussetzen. c. 13 C. XIV qu. 5: „Penale est occulte auferre, multo maioris penae est visibiliter eripere. Auferre ergo nolenti sive occulte sive palam habet preceptum suum. Furti enim nomine bene intelligitur omnis illicita usurpatio rei alienae", welche Katz S. 126 dafür anführt, dass das kanonische Recht das Moment der Heimlichkeit in den Diebstahlsbegriff aufgenommen hat, vgl. dazu auch o. S. 237 n. 2, beweist dies nicht, denn das occulte wird hier als ein Fall der Wegnahme einer Sache wider Willen des Eigenthümers ohne Anwendung von Gewalt der offenen, gewaltsamen Wegnahme, also dem Raub gegenübergesetzt. Dafür spricht auch die Definition Augustins vom furtum im weiteren Sinn, mit welcher er sowohl das furtum wie die rapina umfassen will, denn unter die illicita usurpatio fällt auch die widerrechtliche Wegnahme einer Sache ohne Gewalt, selbst wenn sie nicht heimlich geschieht. So fasst schon die summa Rufini zu C. XIV qu. 5, her. v. v. Schulte S. 304: „et talis acquisitio furtum dicitur vel rapina, furtum domino nesciente, rapina sciente domino" die Stelle Augustins auf.

[6] So schon die gl. zu c. 13 C. XIV qu. 5 im casus; ferner Andr. Vallensis paratitla n. 3; Engel l. c. V. 18 n. 1; Reiffenstuel V. 18 n. 2; Schmier l. c. l. V. t. 3 c. 1 n. 1; Schmalzgrueber V. 18 n. 2. Die letzteren stellen allerdings neben die römisch-rechtliche Definition: „contrectatio fraudulosa sive acceptio rei alienae vel ipsius usus aut possessionis eiusdem lucri faciendi causa" auch die auf Thomas v. Aquino summa II. 2 qu. 68 art. 3 zurückführende: „occulta acceptio rei alienae domino rationabiliter invito", welche im Gegensatz zu der ersteren, der der Juristen, als die der Theologen bezeichnet, und zum Theil, Ferraris prompta bibliotheca s. v. furtum n. 7, als mit der ersteren übereinstimmend, andererseits aber auch ohne nähere Erörterung des Verhältnisses als eine davon abweichende, so von Schmalzgrueber l. c., betrachtet wird.

[7] Dessen in den kanonischen Rechtsquellen nicht näher gedacht wird.

gestellt hat[1]. In Folge dessen wird von ihr zum Thatbestand des Diebstahls eine bewegliche körperliche Sache[2], welche sich im Eigenthum eines anderen als dem des Thäters befindet, die Wegnahme derselben[3] und zwar animo frauduloso et lucri faciendi causa erfordert[4]. Gleichgiltig ist der geringere oder grössere Werth der Sache[5], und nur, wenn Jemand im Falle der Noth Lebensmittel, Kleider oder Vieh stiehlt, tritt, sofern er dafür keinen Ersatz leistet, eine ganz leichte Busse ein[6].

Als besonderes Verbrechen ist dagegen der Kirchendiebstahl, das *sacrilegium*, vom kanonischen Recht behandelt worden[7].

Die Strafen für den Diebstahl sind im mittelalterlichen Kirchenrecht Zwangsbusse[8],

[1] Schmalzgrueber l. c. n. 11.

[2] Das wird besonders mit Rücksicht auf Stellen hervorgehoben, welche bei Okkupation von Bischofsstühlen und kirchlichen Ämtern die Thäter als fures et latrones bezeichnen, c. 10 (Leo IV.) C. VII qu. 1; und bei widerrechtlichem Behalten ipso iure verlorener Benefizien, c. 54 §. 1 (Innoc. III.) X de elect. I. 6, von „rem contrectare alienam" und „furtum committere quodammodo vel rapinam" sprechen, s. namentlich Schmalzgrueber V. 18. n. 16. 17. 29.

[3] Wenn Katz S. 127 mit Rücksicht auf c. 29 (August.) Dist. I de poen.: „Si propterea non facis furtum, quia times, ne videaris, intus in corde fecisti, furti teneris et nihil tulisti", den Diebstahl schon in der unreifen Form des diebischen Entschlusses für strafbar erklärt, so handelt es sich hier lediglich um eine Sünde, nicht um ein kirchliches Strafvergehen, denn der blosse, nicht zur That gewordene Wille bildet nach kanonischem Recht kein solches, s. c. 14 ibid.: „cogitationis poenam nemo patitur"; so schon die ältere Doktrin, s. Reiffenstuel l. c. n. 3; Schmalzgrueber l. c. n. 15, welche die erste Stelle nur auf das forum internum beziehen.

Was die Wegnahme selbst betrifft, so sprechen die Quellen c. 4 (Hieronym.) C. XIV qu. 6 von auferre, c. 3 (August.) C. XXIII qu. 4 von tollere, s. auch S. 826 n. 5; die Doktrin, Andr. Vallensis paratitla V. 18 n. 3, von: „contrectare, non tantum loco movere et auferre, sed attingere seu attrectare"; Reiffenstuel l. c. n. 3 von: „contrectatio seu acceptio, qua res de loco ad locum movetur"; Schmalzgrueber l. c. n. 15 von: „contrectatio quae exigit ablationem et detentionem rei". Demnach steht die Doktrin überwiegend auf dem Standpunkt der s. g. Amotions- oder Ablationstheorie, vereinzelt auf dem der s. g. Kontrektationstheorie, während die den Kirchenvätern entnommenen Quellenstellen, wennschon sie keine sichere Entscheidung zulassen, mehr zu Gunsten der ersteren lauten.

[4] Darin liegt, dass die Wegnahme nicht nur vorsätzlich, sondern auch mit dem Bewusstsein der Rechtswidrigkeit erfolgen muss. Es liegt also kein Diebstahl vor, wenn Jemand eine fremde Sache in dem Glauben, sie gehöre ihm selbst oder sei res nullius, wegnimmt oder irriger Weise die Zustimmung des Eigenthümers voraussetzt, Andreas Vallensis l. c.; Reiffenstuel n. 4; Schmalzgrueber n. 20. Bei der Wegnahme muss ferner die Absicht obwalten, sich die Sache anzueignen und sich dadurch zu bereichern. Darin sieht die Doktrin schon die gewinnsüchtige Absicht, denn sie definirt diese nicht positiv, sondern sucht sie nur negativ durch die Gegenüberstellung anderer Fälle, wie der Wegnahme einer Sklavin libidinis exercendae causa oder der Wegnahme von Sachen behufs sofortiger Zerstörung, A. Vallensis, Reiffenstuel n. 5; Schmalzgrueber n. 7, abzugrenzen, verneint aber andererseits den Thatbestand des Diebstahls, wenn der Gläubiger seinem Schuldner bei zweifelloser Schuld eine der Höhe der letzteren ihrem Werthe nach entsprechende Sache behufs seiner Befriedigung wegnimmt, Reiffenstuel n. 28; Schmalzgrueber n. 36. 37.

[5] c. 4 (Hieronym.) C. XIV qu. 6, s. Anm. 3.

[6] c. 3 (poenit. Halitg.) X de furt V. 18: „Si quis propter necessitatem famis aut nuditatis furatus fuerit cibaria, vestem vel pecus, poeniteat hebdomadas III, et si reddiderit, non cogatur ieiunare." In Anhalt an c. 26 (inc.) Dist. V de consecr. und c. 3 (Nicol. III.) in VI de V. S. V. 12 s. v. „nec ipsis fratribus iure poli", hat die Doktrin sogar völlige Straflosigkeit angenommen, andererseits dies aber allein auf den Fall der äussersten Noth beschränkt, Reiffenstuel n. 24; Schmalzgrueber n. 45 ff.

Nicht hierher gehört die blos für den Kirchenstaat erlassene und sich als ein weltliches Gesetz darstellende const. Benedict. XIV.: Ex commisso 1751, bull. Ben. 3, 166, welche den Armen unter gewissen Voraussetzungen das Sammeln von Ähren auf fremden Feldern nach Einbringung der Erndte erlaubt.

[7] S. o. S. 758.

[8] c. 17 C. XVII qu. 4. Wenn Katz S. 129 diese Stelle, welche aus verschiedenen Bussbüchern zusammengestellt zu sein scheint, verbessern will, weil sie für das *furtum capitale*, d. h. für Einbruchsdiebstahl und für den Diebstahl von vierfüssigen Thieren oder von Sachen höheren Werthes, Geistliche mit siebenjähriger, Laien mit fünfjähriger Busse, dagegen für Diebstähle von Sachen geringeren Werthes das erste und zweite Mal die Schuldigen mit einjähriger und, wenn diese die gestohlene Sache nicht zurückgeben können, mit dreijähriger Busse bedroht, und deshalb mit dem kanonischen Recht, dem der Unterschied zwischen grösserem und kleinerem Diebstahl unbekannt sei, in Widerspruch trete, so kommt die fragliche Stelle für das gemeine Recht nur in der Gratianschen Fassung in Betracht, und

Infamie[1], für Geistliche ausserdem die Deposition[2].

In der hier fraglichen Periode hat das kirchliche Recht in Betreff des Diebstahls im allgemeinen keine neuen Normen mehr aufgestellt, vielmehr nur für einzelne Arten von Diebstählen, so an geweihten Hostien oder deren Partikeln[3], ferner an Reliquien aus den Katakomben[4], endlich auch an Büchern, Manuskripten, Urkunden, Kostbarkeiten aus Bibliotheken, Archiven, Sakristeien einzelner Klöster und Kirchen[5] besondere Strafbestimmungen erlassen, aber dabei den Diebstahl nicht als solchen, sondern vielmehr als Abart eines anderen allgemeinen Vergehens, so der unpassenden Behandlung von Hostien, der unerlaubten Entfernung von Reliquien und der anderen gedachten Sachen mit Strafen bedroht[6].

2. Der Raub (*rapina*). Er ist im kanonischen Recht die widerrechtliche, mit offenem Zwang ausgeführte Wegnahme einer fremden beweglichen Sache[7]. Wenn

aus c. 4 C. XIV qu. 6 cit., s. S. 827 n. 5, welches blos vom Thatbestand des Diebstahls handelt, lässt sich die Behauptung nicht begründen, dass das kanonische Recht bei der Strafabmessung gar kein Gewicht auf die Höhe des Werthes der gestohlenen Sache lege.

Neben der Zwangsbusse wird auch die körperliche Züchtigung als Strafe erwähnt, c. 11 (Gregor I.) C. XII qu. 2.

Die spätere Doktrin erklärt offenbar mit Rücksicht auf die Änderung der Bussdisziplin, dass nach kanonischem Recht die Laien arbiträrer Strafe unterliegen, Engel l. c. n. 8 aber gedenkt nur der Strafe der Infamie, s. die folgende Anm., vgl. Reiffenstuel n. 49; Schmalygrueber n. 91; Thesaurus l. c. P. II s. v. furtum p. 187.

[1] c. 9 (Ps. Is.) C. III qu. 5, doch beschränkt die Doktrin dies auf den Fall, dass der Dieb ein fur notorius oder wegen Diebstahls im weltlichen Gericht verurtheilt worden ist, s. die vor. Anm.

[2] c. 12 (can. apost.) Dist. LXXXI; c. 10 (Coelest. III.) X de iud. II. 1, S. 59 n. 2, indessen verlangt die Doktrin zum Theil, dass der Diebstahl ein bedeutenderer oder ein wiederholter ist, A. Vallensis l. c. n. 4; Schmalzgrueber n. 93.

Dass die Restitutions-, bez. Schadensersatzpflicht vom kanonischen Recht als Strafe aufgefasst wird, so Katz S. 130, ergiebt weder c. 1 C. XIV qu. 6 cit. noch c. 11 (Gregor I.) C. XII qu. 2, vielmehr gehört die Erfüllung dieser civilrechtlichen Pflicht als satisfactio zum Erweise der für die Busse und ihre Beendigung nothwendigen reumüthigen Gesinnung. Daher wird auch längere Busse gefordert, s. c. 17 C. XVII qu. 4 cit., wenn der Dieb nicht im Stande ist, Ersatz zu leisten.

Über die Straflosigkeit der Tödtung des nächtlichen Diebe s. S. 796 n. 9.

[3] S. 755.

[4] S. 756.

[5] S. 582 Anm. Vgl. auch Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 241: „suscipere, occultare, occupare aut fraudulenter asportare" von Kirchengeräthen, kirchlichen Vermögensstücken und Dokumenten, exc. l. s. Vgl. ferner noch unten S. 832 Anm.

[6] Ebenso verhält es sich mit Sixtus V.: Non sine 1587, b. T. 8, 840, welche in Anhalt an Pius V.: Cum de 1568, l. c. 7, 697, diejenigen, welche etwaige der apostolischen Kammer gehörige Urkunden, Schriftstücke und Bücher hinter sich haben, und sie nicht zurückgeben, sowie diejenigen, welche die ihnen bekannten Besitzer solcher Dokumente nicht anzeigen, mit den Strafen der fures belegt, nachdem Pius V. a. a. O. gegen dieselben schon die päpstlich reservirte, allerdings jetzt beseitigte Exk. l. s., gegen kirchliche Kollegien und Kommunen das ebenfalls aufgehobene Interdikt l. s. angedroht hatte.

Nur den Kirchenstaat betrifft Gregor XIII.: Non sine gravi 1587, b. T. 8, 503, welche in Zusammenhang mit den o. S. 793 n. 1 citirten Konstitutionen die aus dem Kirchenstaat Verbannten und andere „animalia et iumenta aliasque res et bona cuiusque generis et speciei in statu nostro temporali diripientes, abducentes et furto subtrahentes, quam ementes, permutantes seu ab eis illa quovis modo recipientes et cum eisdem contrahentes seu quovis titulo colore, causa vel praetextu penes se habentes et retinentes" mit der speziell dem Papst reservirten päpstlichen Exk. l. s. — abgesehen von den weltlichen Strafen — bedroht.

[7] c. 13 (Aug.) C. XIV qu. 5, S. 826 n. 5. Katz S. 131 erklärt im Zusammenhang mit seiner irrigen Theorie über den Diebstahl, s. a. a. O., für das den Raub allein auszeichnende Deliktsmerkmal die offene Vermögensbeschädigung und stellt demnach dem Diebstahl, d. h. der gewollt heimlichen Wegnahme, den Raub, d. h. die gewollt offene Wegnahme, gegenüber, indem er zugleich bemerkt, dass der Thäter die Gewalt gar nicht einmal bei Begehung des Delikts von vornherein beabsichtigt zu haben braucht. Hierbei ist aber übersehen, dass das: visibiliter eripere in c. 13 cit. die Anwendung von Gewalt voraussetzt, und dass die Erörterung Augustins auf römischer Rechtsanschauung ruht (vgl. Hefftor Strafrecht §. 515 n. 1; v. Liszt, Strafrecht 6. A. S. 409). Dass die kanonistische Doktrin des Mittelalters die Anwendung von Gewalt ebenfalls als wesentliches Merkmal des Raubes betrachtet hat, zeigt schon die Zusammenstellung von Dekretalen, welche sowohl den Sach-, wie den Frauenraub (Entführung) betreffen, in der Compilatio prima

dasselbe neben der rapina mehrfach auch der *depraedatio* erwähnt[1], so ist darunter der Raub, welcher mit Überfallen von Personen oder auch von Haus und Hof geübt wird[2], also die Ausplünderung von Personen und Behausungen, zu verstehen.

Die Strafen des Raubes ohne Unterschied zwischen *rapina* und *depraedatio* sind die Exkommunikation[3] und die Infamie[4].

Besonders hat schon die kirchliche Gesetzgebung des Mittelalters den Seeraub und die Beraubung Schiffbrüchiger ausgezeichnet.

Die Seeräuber, später auch ihre Begünstiger, Beherberger und Vertheidiger[5], sind mit der seit dem 14. Jahrhundert sogar päpstlich reservirten Exkommunikation l. s.[6] bedroht worden, jedoch ist dieselbe von Julius II. in dessen Abendmahlsbulle auf den Seeraub in dem päpstlichen Meer[7] beschränkt worden, und dabei ist es auch nach einzelnen Schwankungen[8] verblieben[9].

Dagegen hat Gregor XIII. die Strafe für die Beraubung schiffbrüchiger Christen, welche schon im Mittelalter ohne Rücksicht auf die Geltung des Strand-

V. 14 und im liber X. lib. V. 17 (vgl. S. 187 n. 3), sowie die Unterscheidung des raptus mulierum und rapina rerum, Bernard. Pap. summa V. 14 §. 1; glossa zu tit. X de raptor. V. 17. Daher hat auch die mittelalterliche und spätere kanonistische Doktrin den Unterschied zwischen Raub und Diebstahl in Anwendung widerrechtlichen offenen Zwanges oder offener Gewalt gesetzt, dict. Gratiani zu c. 3 C. XXXVI qu. 1; Gonzalez Tellez ad c. 2 X de rapt. V. 17 n. 10, welcher die vis illata als wesentlich für den Raub im Gegensatz zum Diebstahl, bei dem die heimliche Wegnahme blos etwas zufälliges sei, erklärt, A. Vallensis l. c. V. 17 §. 2 n. 1; Engel V. 17 n. 1; Reiffenstuel V. 17 §. 1 n. 11. 16; Schmalzgrueber V. 17 §. 2 n. 2. 3. 60.

[1] c. 5 (Vern. 884) C. VI qu. 3; c. 1 (id.) X de raptor. V. 17, vgl. o. S. 334 n. 6.

[2] Diesen Sinn ergeben die citirten Stellen, s. auch Brunner Deutsche Rechtsgesch. 2, 649 und c. 8 (Gregor. I.) C. XII qu. 1, während die gl. s. v. depraedationes zu c. 5 cit. die Bezeichnung blos auf den Raub von Thieren, Schmalzgrueber V. 17 §. 2 n. 60 allein auf die Ausplünderung auf Strassen, Katz S. 133 ohne jeden Anhalt auf etwaige von mehreren beim Landstreichen verübte kleine (!) Räubereien bezieht.

Der mehrfach neben dem fur genannte *latro*, s. c. 31 (Tribur 895) u. c. 32 (inc.) C. XIII qu. 2; c. 2 (Tribur 895) X de furt. V. 18, bedeutet sowohl den Dieb wie den Räuber, s. Brunner a. a. O. S. 637. 649, in c. 31 cit. u. c. 2 X cit. V. 18 offenbar den Strassenräuber (depraedando), nicht richtig Schmalzgrueber l. c. n. 55. 60, welcher unter latrocinium den mit Tödtung verbundenen Raub versteht.

[3] c. 5 cit. C. VI qu. 3 u. c. 1 X cit. V. 17, welche auch von dem Bischof der Diöcese des begangenen Verbrechens verhängt werden kann, vgl. dazu o. S. 334. 335.

Wegen der erforderlichen Busse für die Absolution s. c. 2 (Eugen III.) X cit. V. 17 und dazu o. S. 187 n. 2 u. 3 und wegen der Veweigerung des kirchlichen Begräbnisses S. 33 n. 1.

[4] c. 9 (Ps. Is.) C. III qu. 5. Gegen Geistliche sind nirgends besondere Strafen angedroht, namentlich nicht die Deposition und im Unvermögensfalle ebensowenig körperliche Züchtigung, so unrichtig Katz S. 133, wennschon allerdings neben der Exkommunikation gegen die Geistlichen auch die Deposition als arbiträre Disciplinarstrafe verhängt werden konnte.

[5] „Privatae, cursarii, latrunculi marini et omnes fautores, receptatores et defensores", s. die S. 187 n. 7 citirten Konst. Urbans V. und Gregors XI.

[6] S. 187 n. 7 u. S. 365.

[7] Consueverunt 1511 §. 2, b. T. 5, 491: „piratas, cursarios, latrunculos maritimos et alios qui mare nostrum a Monte Argentario usque ad Terracinam discurrere et navigantes in illo depraedare, mutilare, interficere ac rebus eorum spoliare praesumunt."

[8] Seit Paul III. 1536, b. T. 6, 219, ist in den §. 2 der Bulle: Coena hinter „latrunculos maritimos" das alios, qui durch: illos praecipue, qui ersetzt worden, so dass nach dieser Fassung die Exkommunikation wieder alle Seeräuber und nur vorzüglich diejenigen, welche das päpstliche Meer unsicher machen, trifft.

[9] Denn in der Bulle Pauls V. 1606 (1610), s. o. S. 646 n. 7, eine Änderung, welche Suarez de censuris disp. XXI s. 2 n. 18 sogar schon auf Clemens VIII. (1592—1605) zurückführt, ist die in der vor. Anm. gedachte Fassung durch die: „piratas ... maritimos discurrentes mare nostrum praecipue a monte . . . Terracinam ac omnes eorum fautores, receptatores et defensores" ersetzt und damit die Beschränkung Julius' II. wieder hergestellt, aber das interficere et mutilare fortgelassen worden.

Dadurch war die allgemein festgesetzte Strafe der Exkommunikation l. s., die sich freilich blos auf den Seeraub gegen Christen bezieht, c. 3 X de raptor. V. 17, S. 187 n. 7, nicht beseitigt. Über die Streitfragen, welche sich an die besprochene Fassung der Bulle geknüpft haben, namentlich über die, ob die letztere ebenfalls blos auf den Seeraub gegen Christen anwendbar ist, s. Suarez

rechts mit der Exkommunikation l. s. bedroht war[1], durch Aufnahme dieses Falles in die Bulle: Coena[2], womit die Exkommunikation zugleich päpstlich reservirt wurde, verschärft[3].

Erst durch die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 ist für beide Verbrechen die Strafe der Exkommunikation l. s. beseitigt worden[4].

Abgesehen von den eben gedachten, speziell den Seeraub und das Strandrecht betreffenden Konstitutionen hat sich die spätere kirchliche Gesetzgebung nicht mehr mit dem Verbrechen des Raubes als solchem befasst, vielmehr nur soweit dasselbe sich als Verletzung und Vergewaltigung besonders befriedeter Personen[5] oder als gewaltsame Okkupation kirchlicher Güter oder der Güter von Geistlichen[6] darstellt.

3. Die Unterschlagung. Ebensowenig wie das mittelalterliche Kirchenrecht ein besonderes Vergehen der Unterschlagung kennt[7], hat die spätere kirchliche Gesetzgebung und die Doktrin dieselbe als besonderen Vergehenstypus erfasst[8]. Andererseits hat sowohl das Tridentinum[9], wie auch die päpstliche Gesetzgebung[10] und

l. c. n. 19 ff. und Schmalzgrueber V. 17 n. 76.

[1] S. c. 3 X cit. V. 17, S. 187 n. 6 u. 7.

[2] Schon vorher hatte Julius II.: Romanus pontifex 1509, b. T. 5, 476, für derartige Beraubungen, aber nur an den Küsten des Kirchenstaats, ausser der früheren Strafe der Vermögenskonfiskation ipso iure die Strafen für Strassenräuber im Fall der Ertappung in flagranti, im Übrigen die für Diebe, sowie gegen Herren und Beamte, welche die Ausübung des Strandrechts dulden, die Exkommunikation l. s. festgesetzt, Anordnungen, welche Paul III.: Accepimus 1545, l. c. 6, 374, u. Pius V.: Cum nobis 1566, l. c. 7, 440, erneuert haben.

[3] 1577, Hartzheim 7, 899 u. b. T. 8, 413, §. 4: „excommunicamus et anathematizamus omnes et singulos qui christianorum quorumcumque navibus tempestate in transversum, ut dici solet, iactatis, [seu quoquo modo] naufragium passis (aut etiam submersis) sive in ipsis navibus sive (ex eis delapsa) [ex eisdem eiecta] (et) in mari vel in littore inventa cuiuscumque generis bona tam in nostris Tyrrheni et Adriatici quam in quibuscumque aliis [in ceteris cuiuscumque] maris regionibus et littoribus (rapuerint aut scienter ipsi sibi acceperint aut ab aliis rapta seu accepta scienter acceperint) [surripuerint], ita ut nec (etiam) ob quodcumque privilegium, consuetudinem aut longissimi, etiam immemorabilis temporis possessionem seu alium quemcumque praetextum excusari possint." Seit Clemens VIII. 1595 und Paul V. (1606 u. 1610) hat die Bulle die dann ständig gebliebene Fassung erhalten, welche dadurch im Text ersichtlich gemacht ist, dass die Auslassungen in runde, die späteren Abänderungen in eckige Klammern gesetzt sind, und welche sachlich von der früheren durch die Auslassung der Hehler abweicht.

Über das Verhältniss der Bulle zu c. 3 cit. V. 17 und die darüber entstandenen Kontroversen s. Suarez l. c. disp. XXI s. 2 n. 27.

[4] Denn in derselben sind sie nicht aufrechterhalten.

[5] S. 749 n. 1. Die den Kirchenstaat betreffenden Konstitutionen Julius' II.: Quia nihil 1504, Leos X.: Romani pontificis 1518 und Pius' V.: Exigit 1566, b. T. 7, 461, über die Bestrafung der weltlichen Herren, Barone und Kommunen, welche ihre Gebiete nicht von Dieben, Räubern und anderen Verbrechern säubern und so die Sicherheit der sich nach Rom begebenden und von dort zurückkehrenden Personen gefährden, sind weltliche Gesetze.

[6] S. o. S. 749 ff.

[7] S. 192.

[8] Der Doktrin, welche sich Jahrhunderte lang in Summen, Glossen und Apparaten an den Text der Sammlungen des Corpus iuris canonici, später wenigstens noch immer an die Reihenfolge der Dekretalentitel angelehnt hat, haben die Sammlungen, weil sie keinen entsprechenden Titel aufweisen, S. 232. 233, dazu keinen Anhalt geboten. Dazu kam weiter, dass das römische Recht die Unterschlagung noch nicht aus dem weiten Begriff des furtum ausgeschieden hat. Andererseits erklärt es sich aber aus dem letzten Umstande, dass der s. g. Fund diebstahl, welcher sich auch c. 6 u. 8 C. XIV qu. 5, s. S. 192 n. 3, berührt findet, gelegentlich des Diebstahls abgehandelt und als das Behalten einer gefundenen Sache mit der Absicht, sie für sich zu bewahren und nicht dem nachforschenden Eigenthümer herauszugeben, oder als das Behalten einer solchen unter Unterlassung geeigneter Nachforschungen definirt, s. z. B. gl. zu c. 6 cit.; Reiffenstuel V. 18 n. 18 ff.; Schmalzgrueber V. 18 n. 40 ff., ferner die bei diesen citirten, sowie als eine Art des Diebstahls qualifizirt wird.

[9] S. o. S. 751 n. 3.

[10] Es gehören hierher 1. Sixtus V.: Nostri pastoralis 1589, b. T. 15, 320, welche anordnet, dass die General-Exkommunikation gegen alle verhängt werden soll, welche etwaige den frommen Instituten im heiligen Lande hinterlassene oder sonst zugewendete Sachen jeder Art okkupiren und an sich behalten oder diejenigen, welche solche hinter sich haben, obwohl sie dieselben

die kirchliche Partikulargesetzgebung [1] einzelne Fälle der Unterschlagung im heutigen Sinne, wennschon auch zugleich unter Hereinziehung der missbräuchlichen Benutzung und Verwendung unbeweglicher Sachen [2], unter Strafe [3] gestellt [4].

kennen, nicht anzeigen, Paul V.: Coelestis regis 1618, l. c. p. 321, welche die Oberen und Mitglieder der Franziskaner-Observanten, wenn sie die ihnen für fromme Zwecke und Stiftungen des h. Landes gemachten Spenden jeder Art unter irgend einem Vorwande zu anderen Zwecken verwenden oder an andere auch nur auf kurze Zeit ausleihen oder verpfänden oder veräussern, mit den ipso iure eintretenden Strafen des Verlustes des aktiven und passiven Stimmrechts, des Verlustes aller Offizien und der Unfähigkeit zu solchen bedroht, Gregor XV. v. 1622, s. darüber l. c. p. 322, und Urban VIII.: Alias felicis 1644, welcher wie Gregor XV. alle, die solche Sachen für sich zurückbehalten, mit der päpstlich reservirten Exkommunikation bedroht, sowie Alexander VIII.: Ex iniuncto 1690, b. T. 20, 152 (Bestätigung der vorstehenden Konstitutionen);

2. Paul III.: Cum sicut 1544, b. T. 6, 370, welche die Führung unrichtiger Rechnungen und Zurückhaltung von Geldern durch die Offizialen der apostolischen Kammer mit der dem Papst vorbehaltenen exc. l. s., den Strafen des Falsum und des Meineides, sowie des 10fachen Ersatzes, unter Vorbehalt weiterer arbiträrer Strafen belegt;

3. Urban VIII.: Alias a nobis 1635, b. T. 14, 490, für die unbeschuhten Karmeliter, worin alle Ordensglieder, welche die zum Besten des Klosters auf dem Berg Karmel von den Gläubigen gemachten Spenden zu anderen Zwecken verwenden, mit der päpstlich reservirten Exkommunikation l. s. bedroht werden;

4. Benedikt XIII.: Postulat 1725, b. T. 22, 129, enthaltend eine Erweiterung der für die Dominikaner gegebenen const. Clemens' IV.: Providentia 1268, b. T. 3, 798, dahin, dass alle Regularen, welche nach ihrer Beförderung zu einer kirchlichen Dignität, einschliesslich der Bisthümer, die ihnen im Kloster zum Gebrauch anvertrauten Bücher, Gelder und andere bewegliche und unbewegliche Sachen nicht sofort nach der Annahme ihrer Promotion und vor der Konsekration dem Lokaloberen und Konvent ihres Klosters herausgeben, sondern dieselben mitnehmen und zu ihrem privaten Gebrauch verwenden, ausser der suspensio ab executione pontificalis ministerii ipso iure auch der speziell dem Papst reservirten suspensio a divinis l. s. und dass die Regularoberen, welche einen solchen Gebrauch gestatten, ebenfalls der zuletzt gedachten Strafe verfallen.

5. Paul V.: Onerosa 1615, b. T. 12, 297, welche alle Verwalter der Montes pietatis im Kirchenstaat, wenn sie die Kapitalien und Zinsen zu anderen als den vorgeschriebenen Armenzwecken verwenden, die Kardinäle und Bischöfe mit der päpstlich reservirten Suspension l. s., alle anderen mit der in der gleichen Weise vorbehaltenen Exkommunikation l. s. belegt;

6. Clemens VIII.: Decet 1597, b. T. 10, 324, wonach die Leiter, Verwalter und Beamten des Annunziatenhospitals in Neapel, wenn sie das Vermögen und die Einkünfte desselben gegen die Anordnungen der Schenker und Zuwender gebrauchen und verwenden, mit Verlust ihrer Ämter, der Unfähigkeit zu solchen und der päpstlichen indignatio bedroht werden.

[1] Mainz 1549 c. 88, Hartzheim 6, 589, s. o. S. 614 Anm. Sp. 2 oben, u. c. 90 ibid. (Prokuratoren, Kirchenvorsteher, welche die Einkünfte der Kirchen in ihren Nutzen verwenden, statt sie ordnungsmässig aufzubewahren und darüber Rechnung zu legen, nach monitio Exk.); Tours 1583 c. 18, Hardouin 10, 1433 (Verleugnung und Hinterziehung der pia relicta und legata, exc. l. s.); Bourges 1584 XXXVIII. 2, l. c. p. 1500 (Zurückhaltung, Veräusserung und Hinterziehung solcher Zuwendungen, päpstlich reservirte Exk., offenbar im Hinblick auf Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref., s. o. S. 751 n. 3); Narbonne 1609 c. 30, l. c. 11, 33 (Verwendung des aus unerlaubter Veräusserung des Kirchengutes seitens der Benefiziaten erzielten Erlöses in den eigenen Nutzen, Strafe des Sacrilegium, s. o. S. 760 n. 4); Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 340 (Verwendung des für die Celebrirung von Messen erhaltenen Stipendiums zu anderen, wenn auch frommen Zwecken, poenae gravissimae), s. auch o. S. 722 n. 8; vgl. weiter noch Anm. 4.

[2] So das Tridentinum, ebenso auch die S. 830 n. 10 unter No. 1 citirten päpstlichen Konstitutionen.

[3] Die in den erwähnten päpstlichen Anordnungen festgesetzten Strafen der Exkommunikation und der verschiedenen Arten von Suspensionen l. s. sind zwar durch die const. Pius' IX.: Apostolicae fortgefallen, indessen wird ein Theil der betreffenden Thatbestände auch durch die in Geltung gebliebenen Strafbestimmungen des Tridentinums, s. darüber S. 751 u. 755, gedeckt.

[4] Die in Verwandtschaft mit der Unterschlagung stehende Nichtausführung der Testamente, namentlich solcher zu frommen Zwecken, vgl. o. S. 193, ist in der hier fraglichen Zeit nur partikularrechtlich mit Strafe bedroht worden. Es gehören hierher Salzburg 1418 c. 23, Hartzheim 5, 181 (Hinderung der Ausführung der Testamente zu Gunsten von frommen Stiftungen, Geistliche und andere Personen, nach monitio Exk. und Interdikt über die betreffenden Orte); Mailand 1582 c. 20, Hardouin 10, 1122. 1123 (Nichtentrichtung der legata pia durch Erben oder Testamentsexekutoren am Verfalltage, arbiträre Bestrafung); Bourges 1584 XVI. 17, ibid. p. 1476 (Zurückhaltung und Okkupation der legata pia, Anathem fer. sent.); D. S. Cambrai 1631 XVII. 10, Hartzheim 9, 560 (Testamentsexekutoren, welche trotz Mahnung nicht innerhalb eines Jahres die legata pia auszahlen, Censuren); Mainz 1549 c. 98, l. c. 6, 541 (Testamentsexekutoren, welche kein Inventar über die Erbschaften aufnehmen, den letzten Willen nicht rechtzeitig aus-

4. Die Erpressung. Hinsichtlich der Erpressung hat sich das kirchliche Strafrecht im wesentlichen ebenso, wie zu dem Vergehen der Unterschlagung verhalten. Zur Ausbildung eines festen Vergehenstypus ist dasselbe auch in der hier fraglichen Periode nicht gelangt, da während derselben keine auf die Erpressung bezügliche allgemeinen Vorschriften erlassen sind, so dass es also lediglich bei den wenigen, jetzt im wesentlichen unpraktischen Fällen des mittelalterlichen Rechts[1] verblieben ist[2]. Dasselbe gilt auch von

5. der Hehlerei[3], wennschon sowohl die allgemeine, wie die Partikulargesetzgebung der späteren Zeit vereinzelte Fälle derselben hervorhebt[4].

führen und dem Ordinarius oder dessen Kommissar darüber nicht Rechnung legen, arbiträre Bestrafung); D. S. Köln 1745, l. c. 10, 563 (Testamentsexekutoren, welche die Testamente der Kleriker nicht innerhalb eines Jahres ausführen und Rechnung legen, Strafe von 10 aurei, nach 2 Jahren bischöflich reservirte Exk.); ferner von damit zusammenhängenden Strafbestimmungen gegen Notare Mailand 1569 III. 17, Hardouin 10, 754 (bei Nichtanzeige der legata pia innerhalb 3 Monaten, exc. l. s.); Toulouse 1590 IV. 15, l. c. p. 1830 (bei Nichtanzeige der legata pia innerhalb 6 Monaten an den Bischof, exc.); Avignon 1594 c. 56, l. c. p. 1868 (ebenso, abgesehen von der auf 3 Monate verkürzten Frist); Narbonne 1609 c. 15, l. c. 11, 26 (bei Nichtmittheilung der die legata pia enthaltenden Stellen letzwilliger Verfügungen innerhalb 8 Tagen nach dem Tode des Testators an den Pfarrer, exc.); Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 18 (Nichtanzeige der pia legata innerhalb der vom Ordinarius zu bestimmenden Frist, Geld- und andere arbiträre Strafen).

Denselben Zweck, die Beeinträchtigung der Kirche durch Entziehung der legata pia zu verhindern, verfolgt auch Rom 1725, l. c. 1, 381 (Anfechtung der vor dem Pfarrer und 2 oder 3 Zeugen errichteten Testamente, exc.). —

Theilweise unter die Unterschlagung fällt auch ein in den Partikularsynoden seit dem 16. Jahrhundert mehrfach bedrohtes Vergehen, vgl. Mailand 1573 c. 16, Hardouin 10, 790 („si quis clericus aut sacerdos ulla cuiusvis generis scripta pertinentia occultarit suppresseritve dolose", Strafen der Konzilien von Agde und Orleans, d. h. von Agde 506 c. 26, reproduzirt in c. 33. 40 C. XII qu. 2, nämlich ausser Entschädigungspflicht Exkommunikation); Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 40 („quicumque testimonia, processus, scripturas et huiusmodi, d. h. die Akten der bischöflichen Kurie in Prozessen und Untersuchungen, violaverit, corruperit, subtraxerit, combusserit, suppresserit ac iusserit id fieri seu auxilium, consilium vel favorem praestiterit, omni sit dignitate, officio, beneficio privatus et ad futura inhabilis eo ipso"); Neapel 1699, ibid. p. 239 („processus, instrumenta et quascumque alias scripturas ad curiam et forum aut mensam episcopales spectantes delere, comburere, supprimere seu alia quavis ratione occultare", exc. ipso f.); Rom 1725, ibid. p. 363 (fast wörtliche Wiederholung von Benevent); Fermo 1726, ibid. p. 596 („quicumque processus, scripturas et documenta existentia in huiusmodi archivo aut cancellaria, d. h. des Bischofs, corruperit, subtraxerit, suppresserit seu similia fieri mandaverit aut auxilium, consilium vel favorem praestiterit, dignitate, beneficio et officio, si quod habet in curia ecclesiastica, notarii, scribae, procuratoris vel advocati omnino privetur et inhabilis habeatur eo ipso ad futura obtinenda; quodsi laicus fuerit, gravibus poenis pecuniariis vel corporis afflictivis, etiam damnationis ad triremes pro modo culpae coerceatur et ... nemo sacerdotum audeat illum absolvere absque speciali episcopi licentia"); Thurles 1850, l. c. 3, 793 (Wiederholung von Rom 1725 cit., Laien exc. l. s.); Halifax 1857, ibid. p. 755 („si quis documenta in archivo, d. h. episcopali, conservata mutaverit, subtraxerit seu occultaverit, eo ipso privatus sit omni dignitate, officio et beneficio, si laicus, excommunicationem ipso facto incurrat"), denn diese Strafbestimmungen umfassen sowohl die Unterschlagung und Verheimlichung, wie auch den Diebstahl, die Verletzung, die Vernichtung und die Unterdrückung von Urkunden in den bischöflichen Archiven, und behandeln diese verschiedenen Handlungen als eine besondere Deliktsart.

[1] S. 194 (übrigens ist die in der dort n. 6 citirten Clem. 2 de heret. V. 3 angedrohte exc. l. s. durch die const. Pius' IX.: Apostolicae entfallen). Partikularrechtlich wird die Erpressung als Abart der Bedrückung der Geistlichen erwähnt, s. o. S. 748 n. 4.

[2] Die kanonistische Doktrin behandelt das Vergehen so gut wie gar nicht, und die wenigen Schriftsteller, welche dasselbe berühren, so Schmier l. c. lib. V. tr. 3 c. 3 n. 10, geben römisches Recht wieder oder beschränken sich, wie Thesaurus l. c. P. II inquisitio c. 4, p. 232, lediglich auf die Besprechung der Clem. 2 de haeret. V. 3, S. 194 n. 6, während allerdings Katz S. 133 eine die einzelnen Fälle der Quellen in unzulässiger Weise generalisirende Darstellung bietet.

[3] S. 194. Die Doktrin behandelt denjenigen, welcher wissentlich eine gestohlene Sache kauft, und ferner denjenigen, welcher den Dieb wissentlich verbirgt, auf Grund des römischen Rechts und des c. 4 (Hieronym.) X de furt. V. 18 als Dieb, Reiffenstuel V. 18 n. 12. 13; Schmalzgrueber V. 18 n. 28. 33.

[4] S. den S. 830 n. 3 erwähnten, allerdings später wieder beseitigten Fall der Hehlerei beim Seeraub; ferner Salzburg 1418 c. 21, Hartz-

6. Die Brandstiftung (*incendium*), in Betreff welcher ebenfalls nur das mittelalterliche Quellenmaterial [1] in Betracht kommt, wird in der späteren Doktrin als die vorsätzliche und rechtswidrige Inbrandsetzung einer fremden Sache definirt [2]. Als Strafe ist sowohl für die Brandstifter selbst wie auch für die Gehülfen [3] die Exkommunikation, bez. Zwangsbusse [4] festgesetzt [5], und die Absolution von der ersteren, falls diese bereits öffentlich bekannt gemacht worden ist, dem Papste [6] vorbehalten [7].

7. Der Wucher [8] (*usuraria pravitas*). Die kirchliche Gesetzgebung über den Wucher hatte schon in der vorigen Periode mit dem allgemeinen Konzil von Vienne (1311) im wesentlichen ihren Abschluss gefunden [9]. In Anhalt an das im corpus iuris enthaltene Material hat sowohl die Doktrin des späteren Mittelalters, wie auch die der nachfolgenden Zeit den Begriff und Thatbestand des Wuchers näher zu bestimmen unternommen, wobei es mit Rücksicht auf die Ausdehnung des Wucherbegriffes über das blosse Zinsnehmen hinaus [10] namentlich darauf ankam, in Betreff einer Reihe einzelner, im Verkehr sich ausbildender und üblicher Geschäfte die Kriterien für ihre wucherische Beschaffenheit näher zu bestimmen und sie von den nicht dem Wucherverbot zu unterstellenden auszusondern [11].

Die Feststellung des Wucherbegriffes hat ihren Ausgangspunkt von dem nach

heim 5, 181 („praedam scienter emere vel tenere", bei Nichtrestitution innerhalb eines Monats exc.); Mailand 1569 III. 6, Hardouin 10, 750 (Nichtrückgabe des widerrechtlich veräusserten Kirchengutes durch den Detentor, Anathem).

[1] S. 195.

[2] S. c. 6 (poenit.) X de iniur. V. 36; vgl. auch Reiffenstuel V. 17 n. 25; Schmalzgrueber V. 17 n. 82.

[3] c. 32 (Clermont 1130) C. XXIII qu. 8.

[4] c. 31 (Ravenna 877), c. 32 cit. C. XXIII qu. 8; c. 6 X cit. V. 36, s. S. 196 n. 3.

[5] Die erstere wird bald für eine exc. fer. sent., bald für eine l. s. erklärt, Reiffenstuel l. c. n. 35; Schmalzgrueber l. c. n. 102. 103; Thesaurus l. c. P. II s. v. incendium c. 1, p. 222. Die Kontroverse hat kein Interesse mehr, da die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 eine exc. l. s. für diesen Fall nicht mehr kennt.

[6] c. 19 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39, S. 196 n. 2 u. S. 362 n. 5, vgl. auch Reiffenstuel n. 32; Schmalzgrueber n. 101. 102.

[7] Für Geistliche finden sich keine besonderen Strafen angedroht.

Die fahrlässige Brandstiftung ist nicht unter Strafe gestellt.

Ein besonderes Vergehen der vorsätzlichen Sachbeschädigung kennt das gemeine Recht nicht, vielmehr nur eine Abart desselben, die violatio ecclesiarum, s. o. S. 761. Partikularrechtlich fällt darunter das S. 832 Anm. besprochene Vergehen der Urkundenbeschädigung und -vernichtung. Nicht hierher gehören die beiden const. Pauls V.: Regnum Siciliae u. Alias 1607, b. T. 11, 385. 434. Diese bedrohen die Tödtung von Rindern, Kälbern und anderen zum Ackerbau gebrauchten Thieren in Sizilien seitens der Weltgeistlichen mit der päpstlichen Indignation und 1000 Scudi Geldstrafe, für Bischöfe daneben mit dem interdictum ingressus ecclesiae, sowie für andere Geistliche auch mit der exc. l. s., für Mönche ausserdem noch mit Verlust der Ämter und Unfähigkeit zu solchen, stellen sich aber als Ergänzung eines, im Interesse der Beseitigung des Viehmangels erlassenen weltlichen Gesetzes dar.

Die absichtliche Benachtheiligung der Gläubiger in dem o. S. 195 gedachten Umfange belegt allein York 1466, Hardouin 9, 1479, mit der exc. i. f., eventuell für die Veräusserer auch mit Versagung des kirchlichen Begräbnisses.

[8] F. X. Funk, Gesch. d. kirchlichen Wucherverbots. Tübingen 1876, s. S. 196 n. 5; M. Neumann, de vicissitudinibus, quas can. jur. de usururia pravitate placita in Germania inde a saec. XIII usque ad med. saec. XVII subierunt. Berol. 1860; M. Neumann, Gesch. d. Wuchers in Deutschland bis z. Begründung d. heut. Zinsengesetze (1654). Halle 1865 (vgl. desselben Abhandlg. in Ztschr. f. K. R. 5, 43. 208); L. Stein in Haimerl, Magazin f. Rechts- und Staatswissensch. 14 (1856) S. 413; W. Endemann, die nationalökonomischen Grundsätze d. kanonistischen Lehre. Jena 1863; W. Endemann, die Bedeutung der Wucherlehre. Berlin 1866; W. Endemann, Studien i. d. romanisch-kanonistischen Wirthschafts- u. Rechtslehre. Berlin 1874 u. 1883. 2 Bde.; Lehmkuhl, Zins und Wucher vor d. Richterstuhle d. Kirche u. Vernunft, in Stimmen aus Maria Laach, Jahrg. 1879 S. 225; H. Pesch, Zinsgrund und Zinsgrenze, in Ztschr. f. kath. Theologie. Innsbruck 1888. 12, 36. 393.

[9] S. 199. Vgl. auch Anm. 11.

[10] S. 196 n. 8 Abs. 2.

[11] In dieser Hinsicht hat allerdings auch die päpstliche Gesetzgebung während der hier fraglichen Zeit eingegriffen, da die früheren derartigen päpstlichen Erlasse nicht mehr dazu ausreichten.

der mittelalterlichen Anschauung sowohl auf göttlichem[1], wie auch auf natürlichem Recht[2] beruhenden Verbote, sich für ein Darlehn Zins oder irgend welche Vergütung gewähren zu lassen[3], genommen. Indem die Scholastik gleichzeitig von der aristotelischen Lehre ausging, dass das Geld unfruchtbar sei[4], gelangte sie dazu, zunächst den Darlehnswucher als das Fordern oder Nehmen irgend eines geldwerthen Vortheiles für die Gewährung eines Darlehns an einen anderen[5] und zwar lediglich für eine solche[6] aufzufassen. Demgemäss liegt der Thatbestand des Wuchers vor: 1. gleichviel, ob das für das Darlehn gegebene oder versprochene Äquivalent in einer Quote derselben Sachen wie das Darlehn oder in der wiederholten oder einmaligen Leistung anderer oder auch blos einer Sache oder selbst geldwerther Dienste besteht[7], und 2. gleichviel, ob der Zins oder das sonstige Äquivalent ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart[8] oder das Darlehn nur in der Absicht und Erwartung, ein solches dafür als rechtlich schuldige Gegenleistung[9] zu erhalten, hingegeben worden ist[10].

Dagegen ist der Thatbestand des Wuchers ausgeschlossen, wenn bei der Hingabe des Darlehns noch ein besonderer Grund für das Fordern und Nehmen eines geldwerthen Äquivalentes obwaltet, also dasselbe nicht lediglich und allein blos für die Gewährung des Darlehns versprochen oder entrichtet wird[11], nämlich dann, wenn dem Gläubiger aus der Hingabe desselben ein Schaden erwächst[12], wenn ihm wegen

[1] c. 1 (Alex. III.) X de usuris V. 19 (Berufung auf die utriusque testamenti pagina, vgl. Psalm XIV. 5; Exod. XXII. 5; Levitic. XXV. 35 ff.; Luc. VI. 34. 35; Matth. V. 42 u. XVIII. 22 ff., s. dazu Neumann, Geschichte S. 2; Funk S. 4. 33); c. 10 (Urban III.) X eod. (hier Anführung von Luc. VI. 35 cit.).

[2] Vgl. dazu Funk S. 34.

[3] c. 2 (Hieron.), c. 3 (Ambros.), c. 4 (cap. Noviomag. 806) C. XIV qu. 3.

[4] S. über die mittelalterliche Scholastik, insbesondere über Thomas v. Aquino summa theol. II. 2 qu. 78 art. 1 u. 2 Funk a. a. O. S. 35 ff.

[5] Über die Scholastik Funk S. 39. 40, für die spätere Zeit vgl. Reiffenstuel V. 19 n. 4; Schmalzgrueber V. 19 n. 1.

[6] S. die vor. Anm. u. Benedict. XIV. de synodo dioec. X. 4 n. 2: „omne lucrum ex mutuo praecise *ratione mutui*, hoc est lucri cessantis, damni emergentis aliove extrinseco titulo remoto.“.

[7] c. 1 ff. C. XIV qu. 3; vgl. Reiffenstuel l. c. n. 5; Schmalzgrueber l. c. n. 2. 34 ff.; Neumann, Gesch. S. 13. Deshalb ist auch die Antichrese ein wucherliches Geschäft, wenn der Darleiher die Früchte des Pfandes ausser dem Kapital bezieht. Darum muss er sich diese stets auf das letztere anrechnen und nach der auf diese Weise erfolgten Tilgung desselben das Pfand zurückgeben, c. 1 (Tours 1163) u. c. 8 (Alex. III.) X de usur. V. 19.

Wird dagegen ein nicht geldwerthes Äquivalent vom Darlehnsempfänger versprochen oder geleistet, z. B. ein Sakrament gespendet oder eine Messe gelesen, so liegt kein Wucher, vielmehr unter Umständen Simonie, vor.

[8] Die späteren, s. Reiffenstuel n. 6. 7; Schmalzgrueber n. 3, sprechen hier von usura *realis* bez. *conventionalis*.

[9] Das Annehmen freiwillig seitens des Darlehnsschuldners angebotener Geschenke durch den Gläubiger ist kein Wucher, wohl aber liegt ein solcher vor, wenn ausdrücklich ein Zins oder ein anderes Äquivalent als Zeichen der Dankbarkeit gefordert wird, s. die von Innocenz XI. 1679, b. T. 19, 145, verurtheilte propos. 42: „Usura non est, dum ultra sortem aliquid exigitur tamquam ex benevolentia et gratitudine debitum, sed solum, si exigatur tamquam ex iustitia debitum.“

[10] c. 10 (Urban III.) X de usur. V. 19, eine Stelle, welche freilich nur das Gewissensgebiet betrifft, welche aber von der Doktrin auch auf das forum externum bezogen worden ist. Die letztere bezeichnet diesen Fall als *usura mentalis*.

[11] D. h. wenn die usura nach dem späteren Sprachgebrauch eine *compensatoria* oder *restauratoria*, nicht eine *lucratoria* ist, Reiffenstuel n. 66; Schmalzgrueber n. 90.

[12] Für diesen s. g. titulus damni emergentis bot c. 2 (Luc. III.) X de fideiussor. III. 22 einen Anhalt, nach welchem dem Bürgen, wenn er die Forderung des Gläubigers getilgt hat, von dem Hauptschuldner nicht allein das gezahlte Schuldkapital, sondern auch aller ihm dadurch entstandene Schaden ersetzt werden muss.

Schon Thomas v. Aquino l. c. hält diesen Titel für statthaft, vgl. Funk S. 37. 44. Das regelmässig angeführte Beispiel ist, dass der Gläubiger, weil er sein Geld als Darlehn weggegeben hat, wegen Mangels anderer Mittel nicht in der Lage ist, sein baufällig werdendes Haus zu repariren, und in Folge dessen durch Zusammensturz des Hauses einen Schaden erleidet, Schmalzgrueber l. c. n. 93. Jedoch verlangt die Doktrin, dass der Gläubiger den Schuldner, sofern ihm das Darlehn nicht etwa durch Zwang abgedrungen wird, auf den bevorstehenden Schaden

derselben ein Gewinn entgeht[1], wenn ihm das Kapital nicht zu rechter Zeit zurückgezahlt wird[2], und wenn er die Gefahr für dasselbe übernommen hat[3].

aufmerksam gemacht hat, dass gerade die Darlehnshingabe den Grund des entstandenen Schadens bildet, dass der Betrag des Äquivalents der Höhe des Schadens entspricht und dass das letztere nicht etwa schon bei der Hingabe des Darlehns abgezogen wird, Reiffenstuel l. c. n. 68 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 111 ff.

1 Diesen s. g. *titulus lucri cessantis* hat Thomas v. Aquino noch verworfen, während er zur gleichen Zeit schon von anderen als berechtigt anerkannt wurde. Die letztere Ansicht hat demnächst immer mehr an Anhängern gewonnen, und seit Ende des 16. Jahrhunderts ist sie die herrschende geworden, Funk S. 41; Neumann Gesch. S. 20. 21. Aber auch hier wurde verlangt, dass der Gläubiger lediglich, weil er sich des Geldes zum Zweck des Darlehns begeben hat, den Gewinn, also z. B. einen vortheilhaften Ankauf eines Hauses oder Ackers, nicht hat machen können, und im übrigen wurden auch die weitern Erfordernisse des titulus damni emergentis, s. vor. Anm., als massgebend betrachtet, Reiffenstuel n. 67 ff.; Schmalzgrueber n. 118 ff.

2 Dies ist der s. g. *titulus morae*, der zunächst als Abart des titulus damni emergentis behandelt, also an die Voraussetzung gebunden wurde, dass dem Gläubiger durch die verspätete Zurückzahlung des Kapitals ein Schaden erwachsen war, s. Funk S. 41. Doch hat die Doktrin schon im 13. Jahrhundert diesen Gesichtspunkt fallen lassen und angenommen, dass der Gläubiger auch ohne das Vorliegen eines Schadens ein geldwerthes Äquivalent im Falle des Verzuges des Schuldners als Strafe für dessen der Gerechtigkeit nicht entsprechendes Verhalten, eine s. g. *usura moratoria* oder *punitoria*, fordern könne, wenn eine solche durch Gesetz (Statut oder Gewohnheit) oder durch den Richter auf Anrufen des Gläubigers festgesetzt oder vorher durch Vertrag zwischen ihm und dem Schuldner vereinbart worden sei, doch verlangte man weiter, dass der Verzug nicht nur ein kulposer, sondern auch ein erheblicher und dass das Äquivalent, die s. g. poena, in seiner Höhe dem Verzuge entsprechend sei, sowie bei der vertragsmässigen Festsetzung, dass der Termin für den Verfall der Strafe nicht zu kurz bemessen werde (z. B. nicht auf eine solche Frist, innerhalb welcher der Schuldner nach seinen dem Gläubiger bekannten Verhältnissen nicht zu zahlen im Stande ist), und endlich, dass die Vereinbarung nicht der Umgehung des Zinsverbotes dient (z. B. von vornherein in der Voraussicht und der Absicht, dass der Schuldner den Zinstermin nicht innehält und innehalten soll, getroffen ist), vgl. Funk S. 32. 41. 42; Reiffenstuel n. 78 ff.; Schmalzgrueber n. 96 ff.

3 Dieser s. g. titulus periculi ist theilweise schon seit dem 13. Jahrh. anerkannt worden, Funk S. 42 und die Citate bei Schmalzgrueber n. 128, weil Niemand sein Eigenthum einer Gefahr auszusetzen brauche und also, wenn er dies thue, auch, sofern die Gefahr des Verlustes nicht anderweitig, z. B. durch Bürgschaft, gedeckt sei, die Berechtigung habe, dafür ein Äquivalent zu fordern. Den entgegengesetzten Standpunkt vertritt allerdings Gregor IX. in c. 19 X de usur. V. 19: „Naviganti vel eunti ad nundinas certam mutuans pecuniae quantitatem pro eo quod suscipit in se periculum recepturus aliquid ultra sortem, usurarius est censendus: ille quoque, qui dat X solidos, ut alio tempore totidem sibi grani, vini vel olei mensurae reddantur; quae licet tunc plus valeant, utrum plus vel minus solutionis tempore fuerint valiturae, verisimiliter dubitatur, non debet ex hoc usurarius reputari", denn derselbe erklärt das damals noch vorkommende Seedarlehn für ein wucherisches Geschäft. Wenn man schon seit dem 17. Jahrh., s. die Citate bei Gonzalez Tellez ad c. 19 cit. n. 7, ferner auch später, so J. H. Böhmer. J. E. P. V. 19 §. 39; Neumann, Gesch. S. 18 Anm. und die bei Goldschmidt, Universalgesch. d. Handelsrechts. Stuttgart 1891. S. 346 n. 52 citirten, behauptet hat, dass mit Rücksicht auf den Zusammenhang der Stelle die Einschiebung eines: „non" vor „est censendus" in dem ersten Satz geboten sei, so erscheint dies dem mitgetheilten, allein handschriftlich und auch sonst, s. Goldschmidt a. a. O., beglaubigten Text gegenüber unzulässig. Dagegen lässt sich die Schwierigkeit der wahrscheinlich durch Zusammenziehung der ursprünglichen Dekretalen entstandenen Fassung des c. 19 dadurch beheben, dass man die Worte: „ille quoque" bis „reddantur" unmittelbar an das: „usurarius est censendus" anschliesst. Gregor IX. stellt bei dieser Interpunktation der Stelle dem von ihm als wucherisch betrachteten Darlehn das Geschäft gleich, nach welchem Jemand einem Andern 10 solidi mit der Abrede leiht, dass der letztere am Fälligkeitstermine dafür ebensoviel Masse von (hinzudenken: an diesem Tage mehr werthen) Waaren zurückgewähren soll, nimmt aber hiervon den Fall aus, dass es zur Zeit der Eingehung des zuletztgedachten Geschäftes der Wahrscheinlichkeit nach zweifelhaft ist, ob die Waaren am Fälligkeitstage mehr oder weniger werth sein werden. Jedenfalls hat aber die Doktrin, selbst soweit sie an sich den handschriftlichen Text des c. 19 cit. als massgebend betrachtet hat, mit Rücksicht auf die Üblichkeit des Darlehns die Tragweite der Entscheidung Gregors IX. durch scholastische Unterscheidungen möglichst zu beschränken gesucht, so namentlich dadurch, dass sie nur dann für anwendbar erklärt wurde, wenn der Darleiher den Kontrakt nicht anders als unter Übernahme der Gefahr eingehen wolle, nicht aber, wenn er ohne eine solche Bedingung das Darlehn gewähre und dann im beiderseitigen Einverständniss ein Paktum über die Übernahme der Assekuranz durch den Darleiher geschlossen werde, vgl. Reiffenstuel n. 75; Schmalzgrueber n. 135. Über andere beschränkende Auslegungen vgl. Reiffenstuel n. 73; Fagnan. ad c. 19 cit. n. 13 ff.; Endemann, Studien 2, 327 ff.

Dagegen haben Alexander VII. 1666, b. T. 17,

Als Darlehnswucher mussten aber auch diejenigen Geschäfte, welche äusserlich nicht als Darlehne erschienen, materiell aber auf Erzielung eines Vortheils für die Hingabe eines Kapitals abzweckten, behandelt werden, wollte man überhaupt die Umgehung der Wucherverbote verhindern. Daher betrachtete man die Hingabe von Geld mit der Abrede, dass später nicht die gleiche Geldsumme, sondern eine bestimmte Quantität von Waaren, namentlich von Fungibilien, dem Gläubiger gewährt werden sollte, und umgekehrtdie Darleihung eines gewissen Betrages von Fungibilien mit der Verpflichtung zur späteren Zahlung einer bestimmten Geldsumme als wucherische Geschäfte, wenn es im ersteren Fall sicher oder sehr wahrscheinlich war, dass die zurückzugewährenden Waaren einen höheren Werth haben würden [1] oder im anderen ein höherer Werth als der der hingegebenen Waaren verlangt wurde [2]. Unter denselben Gesichtspunkt fällt ferner auch die gesetzliche Qualifizirung der Antichrese als eines verbotenen wucherischen Kontraktes [3].

Der Thatbestand des Wuchers geht aber auch über das Darlehn und den Darlehnszins hinaus. Schon seit der karolingischen Zeit galt die Ausbedingung der Rückgabe eines höheren Werthes als des fortgegebenen oder die Weggabe eines geringwerthigen Gutes gegen ein werthvolleres [4], also die Verletzung der s. g. *iustitia pretii* [5], als Wucher, und wenn man bei dem Darlehn alles, was über das Kapital hinaus für den Gläubiger an Vortheilen ausbedungen oder ihm gewährt war, als wucherischen Zins betrachtete, so war es nur folgerichtig, diese Grundsätze auf alle Fälle, in denen

427, und Innocenz XI. 1679, l. c. 19. 145, in Übereinstimmung mit der herrschenden Doktrin, Reiffenstuel n. 87 ff.; Schmalzgrueber n. 136 ff., die blosse Bewilligung eines weit ausstehenden Zahlungstermins und das blosse Entbehren des hin gegebenen Geldes durch den Darleiher nicht als berechtigte Titel für Zinsforderungen anerkannt, s. den vom ersteren reprobirten Satz n. 42: „Licitum est mutuanti aliquid ultra sortem exigere, si se obliget ad non repetendam sortem usque ad certum tempus", und den von dem letzteren verworfenen Satz n. 41: „Cum numerata pecunia pretiosior sit numeranda et nullus sit qui non maioris faciat pecuniam praesentem quam futuram, potest creditor aliquid ultra sortem a mutuatario exigere et eo titulo ab usura excusari."

[1] c. 19 X cit. V. 19, S. 835 n. 3; vgl. Reiffenstuel n. 100; dagegen ist ein solches Geschäft nach c. 19 cit. nicht wucherisch, wenn zur Zeit der Hingabe ein berechtigter Zweifel besteht, ob die Waaren am Verfalltermin theurer oder billiger sein werden, weil hier jeder Theil der gleichen Gefahr ausgesetzt ist.

Nach denselben Grundsätzen behandelt auch die Doktrin den Fall, dass die Rückgabe des Darlehns in derselben Art von Fungibilien ausbebedungen wird oder der Schuldner die Wahl zwischen der Rückgewährung solcher oder des Preises derselben am Verfalltage hat, vgl. Schmalzgrueber l. c. n. 60 ff.

[2] Dieser Fall wird in den Quellen und in der Literatur als Kreditkauf, nicht als verschleiertes Darlehn behandelt. Auch ein solches Geschäft galt nicht als wucherisch, wenn es zweifelhaft war, ob die Waaren zur Zeit der Zahlung einen höheren oder geringeren Werth als den verabredeten Betrag haben würden, c. 6 (Alex. III.) u. c. 10 (Urban III.) X de usur. V. 19; Reiffenstuel n. 97. 98; Schmalzgrueber n. 53 ff., oder wenn zwar bei einem an dem späteren Zahlungstermin zu entrichtenden höheren Preis der Verkäufer doch die Waaren zur Zeit der Überlassung an den Käufer an sich nicht weggegeben hätte und allein durch diesen dazu bewogen wurde, c. 19 i. f. X cit. V. 19.

[3] S. 834 n. 7, indessen mit Ausnahme der Fälle, dass der Vasall seinem Lehnsherrn das Lehngut verpfändet, weil hier das Pfand in die Hände des Eigenthümers gelangt, c. 8 (Alex. III.) X eod., wobei dann aber von der Doktrin verlangt wird, dass der Lehnsherr, wenn er sich die Früchte nicht auf das Kapital anrechnen zu lassen braucht, während dieser Zeit keine Lehnsdienste beansprucht, gl. s. v. de feudo zu c. 8 cit., Reiffenstuel n. 114; ferner dass ein Kleriker von einem Laien ein in den Händen des letzteren befindliches kirchliches Benefizium verpfändet erhalten hat und es durch die Antichrese der Kirche zu erhalten beabsichtigt, c. 1 (Tours 1163) X eod., endlich, dass der Schwiegervater dem Schwiegersohn für die nicht ausgezahlte dos eine Antichrese bestellt, weil der letztere die Früchte zu den Lasten der Ehe zu verwenden befugt ist, c. 16 (Inn. III.) X eod., vgl. Endemann, Stud. 2, 339. 340.

[4] c. 4 C. XII qu. 4, S. 196 n. 8 a. E.

[5] Vgl. Endemann, Studien 2, 29 ff.; Funk S. 31.

die Kreditgewährung gegen ein besonderes Äquivalent erfolgte, anzuwenden. So kam man dahin, jedes Rechtsgeschäft unter dem erwähnten Gesichtspunkt auf seinen etwaigen wucherlichen Charakter zu prüfen [1], musste aber andererseits dabei mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens immer mehr in Widerspruch gerathen und zu Konsequenzen gelangen, deren Durchführung jeden Verkehr und Handel, jede Ansammlung und Anlegung von Kapitalien unmöglich gemacht haben würde. Da die Kirche ihren prinzipiellen Standpunkt, das Wucherverbot, nicht aufgab, so blieb nichts anderes übrig, als sich durch künstliche und gewundene Deduktionen dieser unerträglichen Folgen zu erwehren, ja, für einzelne Fälle, in denen sich das Wucherverbot für die kirchlichen Vermögens- und Finanzinteressen selbst in handgreiflicher Weise als schädlich erwies, fand sich sogar die päpstliche Gesetzgebung zum Eingreifen in der erwähnten Richtung veranlasst.

Dies letztere geschah zunächst im 15. Jahrhundert in Betreff des weitverbreiteten Institutes des Rentenkaufes, zu einer Zeit, als dieser sich dadurch, dass er bereits zum Theil seine ursprüngliche Reallastnatur abgestreift hatte und vielfach für den Verkäufer, dann auch für den Käufer die Ausbedingung eines Kündigungsrechtes üblich geworden war [2], im wesentlichen dem zinsbaren Darlehn angenähert hatte [3], und in Folge dieser Entwickelung die schon seit dem 13. Jahrhundert angeregte Frage [4] über den wucherlichen Charakter des Rentenkaufes von besonderer praktischer Bedeutung geworden war [5]. Im Jahre 1425 erklärte Martin V. den Kauf von Renten, welche auf das Vermögen oder auf Herrschaften, Städte und Grundstücke gelegt werden, selbst bei festgesetztem Kündigungsrecht des Rentenverkäufers mit gleichzeitig vereinbarter Rückzahlungspflicht in Betreff des für die Renten erhaltenen Kaufgeldes nicht für wucherisch [6]. Aber bei den Zweifeln, welche diese Konstitution

[1] Wegen des Kaufes s. S. 836 n. 2; Endemann, Studien 2, 32. Die erwähnten Grundsätze wurden auch auf den Forderungskauf angewendet. Es galt daher als Wucher, wenn eine liquide und sichere Forderung gegen eine geringere Valuta verkauft wurde, nicht aber, wenn sie zweifelhaft war oder behufs ihrer Beitreibung Kosten und Mühen, z. B. wegen der Nothwendigkeit eines Prozesses, aufgewendet werden mussten, Reiffenstuel n. 102. 103; Schmalzgrueber n. 72 ff. Ferner konnte der Kauf auf Wiederkauf ein wucherisches Geschäft verdecken, z. B. wenn der Käufer bei dem Wiederverkauf an den früheren Eigenthümer einen höheren Preis erhielt oder bei gleichem Kauf- und Wiederkaufspreis die Früchte der Zwischenzeit bezog, c. 4 (Inn. III.) X de pignor. III. 21, Endemann, Studien 2, 94 ff., Neumann, Gesch. S. 15.

Nicht als Wucher wurde es dagegen betrachtet, dass sich der Bürge den ihm durch die Zahlung der Schuld erwachsenen Schaden von dem Hauptschuldner erstatten liess, c. 2. (Luc. III.) X de fideiussor. III. 22; vgl. dazu Endemann, Stud. 2, 349 ff., namentlich über die Frage, wie sich die Doktrin zu der Befugniss des Bürgen, die von ihm für die Hauptschuld gezahlten Zinsen ersetzt zu verlangen, verhalten hat.

Die kanonistische Lehre in Bezug auf alle einzelnen Geschäfte hier näher darzulegen, würde zu weit führen. Dies erscheint auch überflüssig, da die Sache keine praktische Bedeutung mehr hat. Über das Einzelne vgl. namentlich die cit. Studien von Endemann.

[2] Neumann, Gesch. S. 212 ff. 230 ff.; Funk S. 42 ff.; Endemann, Studien 2, 103 ff.

[3] Neumann, Gesch. S. 274 ff.; s. auch Funk S. 46.

[4] Funk S. 42. 43.

[5] Denn da nicht blos die Laien, sondern auch die kirchlichen Anstalten und die Geistlichkeit von dem Institute den umfassendsten Gebrauch gemacht hatten, lag einerseits für die letzteren das grösste Interesse vor, dasselbe gegenüber dem Wucherverbot aufrecht zu erhalten, andererseits wurde aber gerade mit Rücksicht auf die weite Verbreitung des Personalzinses die Berechtigung des Rentenkaufes vom Standpunkte der kanonistischen Wuchertheorie in Frage gezogen, und sogar auch vielfach von den Schuldnern die Zahlung der rückständigen und laufenden Renten als wucherlicher Zinsen verweigert. Es ist daher begreiflich, dass schon das Konzil zu Konstanz mit einer Anfrage des Kölner Karthäuser-Priors über die Erlaubtheit gewisser, bei den Klöstern üblichen Rentengeschäfte befasst wurde, über welche es freilich keine Entscheidung abgegeben hat, Neumann, Gesch. S. 279. 286 ff.; Funk S. 46; Endemann, Studien 2, 108 ff.

[6] Regimini universali in c. 1 in Extr. comm. de emptione III. 5.

und die einzelnen hierher gehörigen Anordnungen seiner Nachfolger[1] offen liessen, und bei der Tendenz der Entwickelung, welche auf immer weitere Anerkennung des Rentenkaufes hindrängte[2], sah sich Pius V. veranlasst, eine neue Verordnung[3] zu erlassen, welche allein die Zulässigkeit des *census realis* anerkannte und damit den *census personalis* als unerlaubt charakterisirte[4].

Hatte es der vor der Ausbildung der Wucherlehre längst bekannte Rentenkauf ermöglicht, das kanonische Wucherverbot zu umgehen, so benutzte man später, etwa seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, auch den an sich des wucherlichen Charakters nicht verdächtigen Sozietätsvertrag zur Anlegung von Kapitalien und zur Erzielung von Kapitalsgewinn, indem man gleichzeitig mit der Eingehung eines solchen Kontraktes zwei ebenfalls an sich und allein nicht vom Wucherverbot betroffene Assekuranzverträge verband, nach denen dem einen Gesellschafter gegen Nachlass eines Theils des zu erhoffenden Gewinnes die Unversehrtheit des Kapitals und gegen Nachlass eines weiteren Antheils an dem ersteren ein kleinerer, aber fest bestimmter Gewinn versichert wurde (s. g. *contractus trinus*).

Wenngleich darüber kein Zweifel obwalten konnte, dass durch diese Verbindung dreier, an sich unverfänglicher Verträge lediglich ein produktives Darlehn verdeckt wurde, so suchte man doch in der Theorie, um dem Bedürfniss des praktischen Verkehrs Rechnung zu tragen, die Erlaubtheit des contractus trinus zu begründen[5]. Aber im 16. Jahrhundert traten gegen den letzteren zuerst einzelne Provinzialsynoden mit Verboten auf[6], und demnächst erliess auch Sixtus V.[7] eine denselben für wucherisch und strafbar erklärende Konstitution.

Während die Päpste der unter der Benutzung des Rentenkaufes und der

[1] Nämlich von Nikolaus V. 1452, welcher für Aragonien, Valencia, Majorca, Roussillon und Sizilien sogar den reinen Personalzins zuliess, Endemann 2, 113, ferner von Calixt III. 1455, s. c. 2 in Extr. comm. eod., welcher nur die gegentheilige Konstitution Martins V. erneuert hat.

[2] Endemann 2, 112. 114. 132; Funk S. 56.

[3] Cum onus 1569, b. T. 7, 736, zu welcher noch eine Deklaration: Etsi apostolica 1570, ibid. p. 738, ergangen ist.

[4] Denn es darf eine Rente nur auf eine unbewegliche oder mit Immobiliarqualität ausgestattete, fruchttragende, genau bezeichnete Sache — und abgesehen von der Bestellung derselben zur Dos — unter sofortiger voller Auszahlung eines gerechten Kaufpreises (oder bei obwaltender Gefahr des Geldtransportes unter Übergabe einer Anweisung auf einen Bankier vor Notar und Zeugen) gelegt werden. Weiter wurde die Stipulation von Leistungen, welche nicht aus dem Wesen des Kontraktes hervorgehen, sowie die Festsetzung einer Verpflichtung des Rentenverkäufers im Fall der Säumniss zur Entrichtung des lucrum cessans oder sonstiger, durch Eid des Gläubigers festzustellender Kosten, sowie des Anfalles der verhafteten Sache an den Rentenkäufer verboten. Bei dauernder Unfruchtbarkeit der Sache oder eines Theiles derselben sollte die Rente ganz oder theilweise untergehen, aber dann auch durch den gezahlten Kaufpreis abgelöst werden können. Weiter wurde dem Rentenverkäufer auch das Recht gegeben, die Rente stets mit zweimonatlicher Frist durch Zurückzahlung des gedachten Preises abzulösen. Sodann durfte der Rentenverkäufer nicht in der Veräusserung der belasteten Sache beschränkt werden, wogegen andererseits dem Rentenkäufer ein Vorkaufsrecht auf dieselbe eingeräumt wurde. Endlich wurden alle diesen Bestimmungen zuwider geschlossene Verträge für contractus foeneratitii erklärt.

[5] Funk S. 57 ff.; Endemann 2, 366 ff.

[6] Mailand 1565 II. 68, Hardouin 10, 703: „neque (in societate) fiat pactio, ut sors salva sit, fructus communiter dividantur“; wiederholt Bordeaux 1583 c. 29, ibid. p. 1371.

[7] Detestabilis 1586, b. T. 8, 783, §. 1: „reprobamus... quoscumque contractus, conventiones et pactiones ... per quos seu quas cavebitur personis pecunias, animalia aut quaslibet alias res societatis nomine tradentibus, ut etiam si fortuito casu quamlibet iacturam, damnum aut amissionem sequi contingat, sors ipsa seu capitale semper salvum sit et integrum a socio recipiente restituatur sive ut de certa quantitate vel summa in singulos annos aut menses durante societate respondeatur; statuimusque huiusmodi contractus, conventiones et pactiones usurarios et illicitos posthac censeri debere“; §. 4 erklärt, dass diejenigen, welche solche Verträge schliessen oder unter dem Vorwande solcher unberechtigter Weise das Kapital oder den Gewinn fordern, „in poenas contra manifestos usurarios et foeneratores a ss. canonibus et conciliis generalibus latas et promulgatas eo ipso incurrere“.

Sozietät unternommenen Umgehung der Wucherverbote inder dargelegten Weise entgegengetreten waren, schritten sie gegen die seit dem 12. Jahrhundert von verschiedenen italienischen Städten aufgenommenen Staatsanleihen und die zur Verwaltung derselben gebildeten Institute [1], die s. g. *montes* (*profani*), nicht nur nicht ein, sondern gründeten ihrerseits, wenn es für sie durch die Finanznoth geboten war, selbst dergleichen Anstalten [2]. Inzwischen, d. h. vom Anfang des 15. Jahrhunderts ab, waren zuerst seitens der Franziskaner, dann aber ebenfalls von anderer Seite und an vielen Orten [3] s. g. *montes pietatis*, Leihhäuser, Institute zur Gewährung von Darlehnen an Bedürftige gegen eine wenn auch geringe Vergütung [4] errichtet worden, bei denen das Gründungskapital anfänglich zwar durch Bewilligungen seitens der Fürsten und Gemeinden, sowie durch Zuwendungen und Stiftungen, später aber auch, wie bei den jüngeren s. g. *montes mixti*, durch Aufnahme von Kapitalien gegen Vergütung bestimmter Prozente beschafft wurde [5]. Trotzdem, dass die Päpste die Errichtung derartiger Anstalten begünstigten, ja sogar viele derselben genehmigt hatten [6], und man die von den Darleihern entrichteten Zinsen unter dem Gesichtspunkt eines Beitrages zur Bestreitung der Unterhaltung und der Geschäftsunkosten der montes gegenüber dem Zinsverbot zu rechtfertigen suchte [7], wurde doch die Zulässigkeit dieser an sich wohlthätigen Institute angefochten, und der darüber seit dem Ende des 15. Jahrhunderts geführte Streit [8] ein so erbitterter, dass sich Leo X. namentlich wegen des den ärmeren Volksklassen dadurch gegebenen Ärgernisses bewogen fand, demselben auf dem 5. Laterankonzil [9] ein Ziel zu setzen, indem er die Berechtigung derjenigen *montes pietatis*, welche nicht mit fremden, gegen Zins geliehenen Kapitalien ausgestattet waren, ausdrücklich anerkannte [10] und die Anfech-

[1] S. darüber Funk S. 48. 49; Endemann 1, 431 ff. Meistens waren dies Zwangsanlehen. Deshalb wurde, um den dafür gezahlten Zins zu rechtfertigen, mehrfach in den Statuten ausdrücklich erklärt, dass das als Zins oder Rente Gezahlte nur einen Ersatz des durch die Zwangsanleihe dem Bürgen (Gläubiger) entstandenen Schadens und des Interesses bilden und lediglich unter dem Titel der Schenkung gewährt sein sollte. Dadurch konnte aber die Gewährung von Zinsen nicht in befriedigender Weise gerechtfertigt werden. Ferner waren auch nicht einmal alle derartigen Anleihen Zwangsanleihen und überdies auch die Antheile der Gläubiger an den montes mit dem Bezugsrecht der Renten verkäuflich. Unter diesen Umständen war es erklärlich, dass sich vom Standpunkt der kanonischen Wucherlehre gegen die montes, welche bald eine weite Verbreitung gefunden hatten, ebenfalls eine starke Opposition erhob, Funk S. 49; Endemann 1, 433. 435. In Folge dessen liess man zwar die frühere Rechtfertigung fallen, griff aber dafür nunmehr, weil man die montes mit Rücksicht auf die Verkehrsinteressen unter allen Umständen unangefochten aufrechterhalten musste, zu dem den Angriffen weniger ausgesetzten Rentenkauf, indem man, mit Rücksicht auf die übliche Fundirung der montes auf die öffentlichen Einkünfte, die Einzelantheile mit dem dazu gehörigen Zinsbezugsrecht als Rentenantheile qualifizirte, Endemann 1, 438. 439.

[2] So Julius III. (1550—1555), s. darüber und über andere päpstliche montes aus dem 16. und 17. Jahrh. Endemann 1, 436. 437.

[3] Zuerst in Orvieto 1463, Funk S. 51; Endemann 1, 463 ff.

[4] Nach dem ursprünglichen Plane von mässigem Betrage gewöhnlich nicht über ein Jahr gegen monatlichen Zins und gegen Pfand, welches nöthigenfalls im Wege der Selbsthülfe verkauft werden durfte, Endemann 1, 461.

[5] Endemann 1, 462; Funk S. 51.

[6] Funk S. 52; Endemann 1, 463; Hefele, Conc. Gesch. 8, 645.

[7] Funk S. 51; Endemann 1, 462.

[8] Namentlich zwischen den für die montes eintretenden Franziskanern und den sie bekämpfenden Dominikanern, Funk S. 50; Endemann 1, 465. 466.

[9] Sess. X. v. 1515 in der Bulle: Inter multiplices, Hardouin 9, 1773 u. b. T. 5, 622.

[10] L. c. §. 4: „. . . definimus, montes pietatis antedictos per respublicas institutos et auctoritate sedis apostolicae hactenus probatos et confirmatos, in quibus pro eorum impensis et indemnitate aliquid moderatum ad solas ministrorum impensas et aliarum rerum ad illorum conservationem . . . pertinentium pro eorum indemnitate dumtaxat ultra sortem absque lucro eorumdem montium recipitur neque speciem mali praeferre nec peccandi incentivum praestare neque ullo pacto improbari, quinimmo meritorium esse ac laudari et probari debere tale mutuum etmiinime usurarium putari licereque illorum pietatem et

tung derselben in Predigten und Disputationen mit der Exkommunikation *l. s.* bedrohte [1].

Mit den bisher besprochenen päpstlichen Verordnungen [2] und mit der Konstitution Pius' V.: In eam v. 1571, welche hinsichtlich des an sich im allgemeinen nicht beanstandeten Wechselverkehrs [3] nur einzelne Arten des Wechsels, namentlich die s. g. *cambia sicca*, als wucherlich bezeichnete [4], hat die allgemeine Gesetzgebung der Kirche in Betreff des Wuchers im wesentlichen ihren Abschluss gefunden [5].

Neue Strafen haben diese späteren päpstlichen Erlasse für den Wucher nicht angedroht, vielmehr lediglich auf die früher festgesetzten verwiesen [6]. Demnach trifft den s. g. *usurarius manifestus* [7] mit der Vollendung des Vergehens, welche schon mit dem Moment der Abschliessung des wucherischen Geschäftes eintritt [8], die Strafe der Infamie [9], die Ausschliessung vom Abendmahl und vom kirchlichen Begräbniss in Verbindung mit dem Verbot, kirchliche Oblationen für ihn anzunehmen [10], die Unfähigkeit,

misericordiam populis praedicare ... ac deinceps alios etiam similes montes cum apostolicae sedis approbatione erigi posse."

1 L. c. §. 5.

2 S. o. S. 837. 838. 839.

3 Endemann 1, 164. 278 ff. 294 ff. Des Näheren kann hier nicht darauf eingegangen werden, weil dies nicht ohne eingehende Berücksichtigung der Geschichte des Wechsels möglich ist.

4 b. T. 7, 884, §. 2: „damnamus ea omnia cambia, quae *sicca* (s. darüber Endemann 1, 298) nominantur et confinguntur, ut contrahentes ad certas nundinas seu ad alia loca cambia celebrare simulent, ad quae loca ii qui pecuniam recipiunt, litteras quidem suas cambii tradunt, sed non mittuntur vel ita mittuntur, ut transacto tempore, unde processerant, inanes referantur; aut etiam nullis huiusmodi litteris traditis, pecunia denique cum interesse reposcitur, ubi contractus fuerit celebratus; nam inter dantes et recipientes usque a principio ita convenerat vel certe talis intentio erat; neque quisquam est, qui in nundinis aut locis supradictis huiusmodi litteris receptis solutionem faciat. Cui malo simile etiam illud est, cum pecuniae sive depositi sive alio nomine ficti cambii traduntur, ut postea eodem in loco vel alibi cum lucro restituantur. Sed et in ipsis cambiis, quae *realia* appellantur, interdum ... campsores praestitutum solutionis terminum lucro ex tacita vel expressa conventione recepto seu etiam tantummodo promisso differunt. Quae omnia nos usuraria esse declaramus et ne fiant, districtius prohibemus. Porro ad tollendas quoque in cambiis . . . occasiones peccandi fraudesque foeneratorum, statuimus, ne deinceps quisquam audeat sive a principio sive alias certum et determinatum interesse, etiam in casum non solutionis pacisci neque realia cambia aliter quam pro primis nundinis, ubi illae celebrantur, ubi vero non celebrantur, pro primis terminis iuxta receptum locorum usum exercere, abusu illo prorsus reiecto cambia pro secundis et deinceps nundinis sive terminis exercendi. Curandum autem erit in terminis, ut ratio habeatur longinquitatis et vicinitatis locorum, in quibus solutio destinatur, ne dum longiores praefiguntur quam loca destinatae solutionis desiderant, foenerandi detur occasio." §. 3: „Quicumque contra hanc nostram constitutionem commiserit, poenis a ss. canonibus contra usurarios inflictis se noverit subiacere", vgl. dazu noch Endemann 1, 240. 256. 290.

5 Die weiteren von Endemann 1, 160. 256 angeführten Erlasse Pius' IV. 1560, Gregors XIII. 1574 und Urbans VIII. v. 1625 u. 1651 betreffen blos Spezialfälle.

6 Wenngleich diese freilich in einzelnen der cit. päpstlichen Konstitutionen als poenae l. s. angedroht werden, S. 838 n. 7 und die vorvor. Anm. a. E.

7 Nur auf einen solchen bezieht die Doktrin überwiegend die betreffenden Strafbestimmungen, vgl. Reiffenstuel V. 19 n. 183; Schmalzgrueber V. 19 n. 310; Thesaurus l. c. P. II s. v. usurariorum poenae c. 1, p. 436, obwohl nicht alle in Frage kommenden Stellen, s. c. 2 §. 20 C. III qu. 7 (S. 197 n. 13), dies voraussetzen. Als usurarius manifestus wurde aber derjenige betrachtet, welcher öffentlich vor Aller Augen ein oder mehrere wucherliche Geschäfte schliesst oder wucherische Vortheile annimmt, oder derjenige, welcher vor Gericht durch Geständniss oder andere Beweismittel des Wuchers überführt ist, Reiffenstuel l. c. n. 183; Schmalzgrueber l. c. n. 296, vgl. auch o. S. 359 n. 1, nicht aber ist ein solcher, wie Neumann, Gesch. S. 22 n. 2, aus Missverständniss von c. 3 u. 5 X de usur. V. 19 behauptet, „qui aliis negotiis praetermissis quasi licite usuras exercet" oder „qui in hoc peccato decesserit".

8 c. 1 (Augustin), c. 4 (cap. Noviom.) C. XII qu. 3. Ebensowenig ist es erforderlich, dass der Wucher gewohnheitsmässig geübt wird, s. auch Schmalzgrueber l. c. n. 297; a. A. München 2, 527 mit der Behauptung, dass usurarius allein den gewohnheitsmässigen Wucherer bedeute, s. auch gegen ihn c. 9 (Noviom.) C. XIV qu. 4.

9 c. 2 §. 20 C. III qu. 7 cit.; vgl. auch c. 11 (Innoc. III.) X de exc. prael. V. 31 und oben S. 197 n. 13.

10 c. 2 (Later. III.) X de usur. V. 19; c. 2 (Lyon 1274) in VI eod. V. 5; bis zur Restitution

ein gültiges Testament zu errichten [1], Kleriker ausserdem die Suspension ab officio et beneficio [2], eventuell bei Hartnäckigkeit Laien die grosse Exkommunikation [3], Geistliche die privatio beneficii [4].

Während früher, namentlich seit dem 13. Jahrhundert, schon vielfach Verletzungen des Wucherverbotes nicht nur seitens der Laien, der Kommunen und Fürsten [5], sondern auch seitens der Geistlichkeit und selbst seitens der Päpste [6] vor-

des widerrechtlich Erwucherten oder zur Leistung angemessener Kaution dafür, s. auch o. S. 18. 19 u. S. 197. 198.

[1] c. 2 §. 1 in VI cit. V. 5, so lange er nicht restituirt hat, s. vor. Anm.

[2] Nach vorgängiger monitio c. 7 (Alex. III.) X eod. V. 19.

[3] c. 7 X cit. V. 19.

[4] c. 1 (Tours 1163) X eod. V. 19, s. S. 197 n. 7 u. 8. Vgl. hierzu Schmalzgrueber V. 19 n. 306 gegenüber Reiffenstuel V. 19 n. 185. 186 und Katz S. 141, welche nicht sämmtliche einschlagenden, die verschiedenen Strafen androhenden Stellen berücksichtigt haben. Darüber, dass diese Strafen in einzelnen Fällen den Charakter der poenae l. s. haben, s. S. 840 n. 6.

Über die Strafen der Begünstiger der Wucherer vgl. S. 199 n. 4 u. 5.

Was die kirchliche Partikulargesetzgebung seit dem 15. Jahrhundert betrifft, so verweist diese entweder auf die früheren gemeinrechtlichen Bestimmungen oder wiederholt dieselben im wesentlichen, freilich mitunter unter Verschärfung der gemeinrechtlichen Strafen, Würzburg 1407 c. 17 u. Würzburg 1446, Hartzheim 5, 12 u. 346 (Bezugnahme auf das 3. Laterankonzil und die von Lyon und Vienne, s. S. 198. 199); D. S. Salzburg 1420 c. 18 ff., ibid. p. 191 (ebenso, aber unter Androhung der exc. l. s. gegen die hartnäckigen Wucherer und der öffentlichen Verkündung derselben); D. S. Freising 1440 c. 22, ibid. p. 278 (gemeinrechtliche Strafen und 10 Pfund Denare zu frommen Zwecken); D. S. Konstanz 1463 u. 1483, ibid. p. 463. 562 (Publikation von c. 2 in VI de usur. V. 5); D. S. Breslau 1473, ibid. p. 496 (Erneuerung der gemeinrechtlichen und partikulären Bestimmungen); Freising 1480, p. 514 (wie Freising 1440 cit.); Pr. S. Salzburg 1490, p. 576 (ebenso); D. S. Bamberg 1491 c. 48, p. 626 (Wiederholung der gemeinrechtlichen Vorschriften); D. S. Magdeburg 1505 c. 10, l. c. 6, 62 (Generalexkommunikation der hartnäckigen Wucherer); D. S. Regensburg 1512, p. 106 (ebenso und suspensio ipso facto ab off. et benef. für Kleriker); D. S. Hildesheim 1539 c. 46, p. 335 (wie Konstanz 1463 cit., ebenso auch Augsburg 1567 IV. 11, l. c. 7, 212); Mailand 1565 II. 68, Hardouin 10, 702 (Aufzählung der wucherischen Geschäfte in Anhalt an das gemeine Recht und an die Wucherlehre unter Androhung der gemeinrechtlichen Strafen, Ergänzung dazu Mailand 1569 I. 19, ibid. p. 738); Mailand 1569 I. 18, l. c. p. 738 (Wiederholung der gemeinrechtlichen Strafen, s. S. 199, gegen Pfarrer, welche Wucherern ein kirchliches Begräbniss gewähren) u. III. 21, p. 755 (Hingabe von Darlehnen gegen Zins oder anderes Äquivalent als Wucher zu bestrafen); Salzburg 1569 LVII. 15, Hartzheim 7, 368 (Verbot des Wuchers unter Verweisung auf die kanonischen Strafen); D. S. Arras 1570 XXIV, l. c. 8, 272 (Androhung der exc. l. s. für die Wucherer, des Personalinterdikts für die Frauen und die Familien derselben); Pr. S. Mecheln 1570, l. c. 7, 630 (Ausleihung von Mündelgeldern gegen Zins oder anderen Vortheil als Wucher zu bestrafen); D. S. Herzogenbusch 1571, p. 738 (Verbot der Ausstellung von zinsbaren Obligationen vor den Schöffen); Ypern 1577 XXX, p. 809 (Wiederholung der gemeinrechtlichen Vorschriften); Rheims 1583, Hardouin 10, 1301 (Androhung der Exk. gegen Wucherer und Vermittler, Aktuare und Notare, welche ihnen dabei zu Diensten sind, sowie der Absetzung gegen Kleriker); Bordeaux 1583 c. 29, ibid. p. 370 (ähnlich wie Mailand); D. S. Tours 1583 XI, Hartzheim 7, 940 (Wiederholung von Mecheln 1570 cit.; sowie Ermahnung der Pfarrer an die Parochianen, jeden Verkehr mit usurarii manifesti zu meiden und die hartnäckigen Wucherer als exkommunicirt zu denunziren); Pr. S. Bourges 1584 XLV. 7, Hardouin 10, 1505 (Wiederholung der gemeinrechtlichen Strafen); Pr. S. Toulouse 1596 IV. 4, p. 1830 (ebenso und Strafandrohung gegen Mäkler, Vermittler und Notare); D. S. Trient 1593, Hartzheim 8, 443 (ausführliche Aufzählung der wucherischen Geschäfte und Verweisung auf die gemeinrechtlichen Strafen, zunächst eine sich an Pius V., s. o. S. 838, anlehnende Verordnung über den Rentenkauf); D. S. Tournai 1600 XXIII, l. c. p. 446 (Verbot des Verkehrs mit den usurarii manifesti); D. S. Brixen 1603, ibid. p. 578 (ausführliche Aufzählung der wucherischen Geschäfte, wobei die Zinsstipulation bis zu 5 Prozent nicht unter allen Umständen beanstandet wird); D. S. Cambrai 1604 XXIII, p. 601 (Exc. l. s. der Wucherer in mutuo, venditione et aliis contractibus palliatis et simulatis, sowie der sich dabei betheiligenden Notare und Zeugen); D. S. Ypern 1609 VII. 7, p. 809 (gemeinrechtliche Strafen gegen die usurarii notarii); D. S. Konstanz 1609 XVIII, ibid. p. 906 (Aufzählung der wucherischen Geschäfte und Androhung der gemeinrechtlichen Strafen); D. S. Augsburg 1610 XIII, l. c. 9, 89 (wie Konstanz 1463 cit.); D. S. Sitten 1626 IX. 6 (Aufzählung einzelner wucherischer Geschäfte); D. S. Osnabrück 1628 IV, p. 462 (im wesentlichen wie Konstanz 1463 cit.); Pr. S. Cambrai 1631 XV. 1, p. 557 (Ausschliessung der usurarii manifesti vom kirchlichen Begräbniss, ebenso auch Köln 1662 XV. 3, p. 1001); Gent 1650 XV, p. 719 (Wiederholung von Mecheln 1570 cit.).

[5] S. darüber Neumann, Gesch. S. 511 ff. 519. 524. 527, s. auch o. S. 839.

[6] Neumann a. a. O. S. 520 ff.

gekommen waren, und sich die Erneuerungen der Wuchergesetze dagegen wirkungslos erwiesen hatten [1], wurde seit dem 16. Jahrhundert auch die Geltung derselben durch die direkte wissenschaftliche Bekämpfung der ihnen zur Grundlage dienenden Anschauungen [2], ferner durch die immer weitere Verbreitung des römischen Rechts [3] und die damit in Verbindung stehende Aufhebung des Verbots des Zinsdarlehns unter Festsetzung eines erlaubten Zinsmaximums seitens der weltlichen Gesetzgebung in Frage gestellt [4]. In Folge der Einwirkung dieser Entwickelung wird nunmehr in der kanonischen Wucherlehre seitens eines Theiles ihrer Anhänger als weiterer berechtigter Titel für den Darlehnszins, allerdings im Widerspruch mit dem Geist des kanonischen Rechts auch der des Landesgesetzes hingestellt [5], und gleichzeitig sucht auch die Theorie zum Theil die Geltung der den Rentenkauf und den contractus trinus beengenden Vorschriften der Konstitutionen Pius' V. und Sixtus' V. [6] in Frage zu stellen [7].

Trotzdem durch diese Entwickelung das Wucherverbot vollkommen durchlöchert worden war und im Handel und Verkehr kaum mehr beobachtet wurde [8], hielt die Kirche [9], vor Allem aber der päpstliche Stuhl, nicht nur im 17. [10], sondern auch noch im 18. Jahrhundert, wie die Encyklika Benedikts XIV. [11] zeigt, an demselben wenigstens im Prinzip fest, wennschon gerade die letztere eine Entscheidung der

[1] Das beweisen gerade die vielen Wiederholungen, s. S. 841 n. 4, vgl. auch Funk S. 61.

[2] So namentlich durch Calvin, Neumann S. 492, ferner a. a. O. S. 497; Funk S. 64.

[3] Neumann S. 474.

[4] Zuerst partikularrechtlich seit 1520 meistens in den protestantischen Territorien, aber auch in katholischen, so 1553 in Baiern, Neumann S. 546; Funk S. 62. Beim Reichskammergericht wurden seit 1580 dem Kläger ebenfalls 5 Prozent Konventionalzinsen in Anhalt an die R. P. O. v. 1530 tit. 26 §. 8 und die späteren Reichspolizeiordnungen, s. Neumann S. 539. 540, welche beim Rentenkauf und für die Juden einen derartigen Prozentsatz gestatteten, zugesprochen, a. a. O. S. 553, bis der J. R. A. v. 1654 §. 174, (Koch) Sammlg. d. Reichsabschiede 3, 673, welcher sich freilich nur auf die Schulden aus der Zeit des dreissigjährigen Krieges bezog, eine neue Rechtfertigung dafür gewährte, vgl. Neumann S. 560.

[5] Anscheinend zuerst seitens des spanischen Jesuiten Jacob Ledesma 1573, Funk S. 62. Dabei half man sich in der Weise, dass man im Hinblick auf das angeblich göttliche und naturrechtliche Verbot des Zinsennehmens lehrte, dass bei den auf Grund eines solchen Gesetzes geforderten Zinsen die Vermuthung obwalte, sie würden als Ersatz für entstandenen Schaden oder Gewinn gefordert, und dass demnach der Gläubiger im forum externum nicht den Strafen des Wuchers verfalle, Engel V. 19 n. 10; Reiffenstuel V. 19 n. 57; Schmalzgrueber V. 19 n. 144. Von diesem Standpunkt aus erklärt sich auch das Verhalten der D. S. Brixen 1603 cit., s. S. 841 n. 4.

[6] S. o. S. 838.

[7] Indem man sich darauf stützte, dass diese Bullen nur da Geltung besässen, wo sie rezipirt seien, was hinsichtlich der ersteren für Frankreich, Deutschland und Belgien nicht angenommen wurde, Reiffenstuel l. c. n. 155. 156; Schmalzgrueber n. 211; in Bezug auf die Bulle Sixtus' V. auch darauf, dass der contractus trinus vom Papst nur unter der Voraussetzung, dass er wirklich wucherisch sei, verworfen werde, Funk S. 51.

[8] S. 841 n. 4; vgl. Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 87, welches rügt, dass die Beichtväter die Wucherer, selbst wenn sie nicht vom Wucher abstehen, absolviren.

[9] Avignon 1725 c. 2, coll. conc. Lac. 1, 576, exc. l. s. für Notare, Mäkler, Zeugen, alle Theilnehmer und Begünstiger von wucherischen Geschäften.

[10] S. die Reprobationen Alexanders VII. und Innocenz' XI. S. 835 n. 3.

[11] Vix pervenit 1745 (an die Bischöfe Italiens), bull. Ben. 1, 258. In derselben wird jeder aus dem Darlehn lediglich wegen desselben bezogene Gewinn als Wucher und jeder derartige Darlehnszins als sündhaft bezeichnet, andererseits aber eine Zinsforderung aus besonderen Titeln und aus Kapitalanlagen in anderen statthaften Vertragsformen für zulässig erklärt, im Übrigen aber die Lösung der streitigen Fragen dem Urtheil der Gelehrten überlassen, und vor dem Extrem, jeden aus Geld gezogenen Gewinn als wucherisch, andererseits aber schlechthin als nicht wucherisch zu behandeln, gewarnt.

Auch die von Benedikt XIV. vor seiner Wahl zum Papste ausgearbeitete Instruktion der Congr. conc. betreffend die „condizione de' contratti di vendita a credenza" v. 1726, thesaurus resolut. 3, 285; Reiffenstuel ed. Pelletier Vol. 6 (Par. 1869) p. 638, steht auf dem Standpunkt der kanonischen Wucherlehre. Diese letztere trägt übrigens auch Benedict. XIV. noch in seiner Schrift de synodo dioecesana X. 4. 5. vor.

immer brennender werdenden Frage über die Berechtigung des Zinsennehmens auf Grund der staatlichen Gesetze vermieden hatte.

Für das kirchliche forum externum brachte dieser Zustand, weil die kirchliche Strafgerichtsbarkeit über die Laien schon grosse Einschränkungen erfahren oder auch zum Theil in Verfall gerathen war, keine Schwierigkeiten mit sich, da die kirchlichen Gerichte aus den gedachten Gründen kaum in die Lage kamen, gegen diejenigen, welche sich bei ihren Geschäften und ihren Kapitalsanlagen des Wuchers im Sinne des kirchlichen Rechts schuldig gemacht hatten, einzuschreiten.

Anders lag aber die Sache einmal hinsichtlich der Beichtpraxis und der Verweigerung oder Gewährung der Absolution für derartige Pönitenten, ferner aber zweitens auch hinsichtlich der nutzbaren Verwerthung der den Kirchen, Pfründnern, sowie kirchlichen und anderen frommen Instituten gehörigen Kapitalien, welche bei der modernen Geld- und Kreditwirthschaft nicht anders als durch zinsbare Ausleihung ermöglicht werden konnte.

Gegenüber beiden Fragen war die Kirche nunmehr gezwungen, eine feste Stellung einzunehmen.

Was die erstere[1] betrifft, so hat die Pönitentiaria und das sanctum Officium[2] unter päpstlicher Billigung zur Beseitigung der Anfang dieses Jahrhunderts in Betreff der Beichtpraxis geführten Kontroversen[3] seit dem dritten Jahrzehnt die Direktive für die Beichtväter aufgestellt, dass die Pönitenten, welche sich einen nach den Landesgesetzen erlaubten Zins haben versprechen oder bezahlen lassen, selbst wenn sie dabei *mala fide*, also in Kenntniss eines entgegenstehenden Kirchenverbotes, gehandelt haben, weder darüber beunruhigt, noch zur Zurückerstattung der bezogenen Zinsen aufgefordert werden sollen[4], d. h. ihnen die Absolution deswegen nicht vorenthalten werden darf, sofern sie nur bereit sind, sich einer etwa künftigen, über die betreffende Frage ergehenden Entscheidung des päpstlichen Stuhles zu unterwerfen, während andererseits die Festsetzung eines bestimmten zulässigen Zinsmaximums abgelehnt und für jeden einzelnen Fall den Bischöfen oder Beichtvätern das Befinden darüber, ob ein übermässiger Zins[5] gefordert sei, also eine wucherische Ausbeutung vorgelegen habe, offen gelassen worden ist[6].

[1] Vgl. dazu: Die Wuchergesetze und ihre Aufhebung aus dem Standpunkt des kanon. Rechts betrachtet i. A. f. k. K. R. 1, 321 ff.

[2] Zusammengestellt in: Sanctae sedis responsa circa lucrum ab a. 1822 ad Febr. 1833. Taurini 1833 und in Collectanea constitutionum... s. sedis ad usum societatis missionum ad exteros. Paris. 1880. p. 637 ff.; s. auch Migne theolog. cursus complet. Paris. 1840 ff. 16, 1065 ff.

[3] Funk S. 69.

[4] S. namentlich die Entsch. d. Officium und der Pönitentiaria v. 1830, Collectanea cit. p. 642. 643; der Pönitentiaria v. 1832, p. 647 und des Officium v. 1837, p. 650; vgl. auch Funk S. 69; Arch f. k. K. R. 1, 324. Ebenso in Anhalt an diese Praxis Pr. S. Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 327.

[5] Sei es, dass derselbe den gesetzlichen Zinsfuss überschreitet oder dass kein landesgesetzliches Zinsmaximum besteht.

[6] Entsch. d. Pönitentiaria v. 1889, Arch. f. k. K. R. 67, 474; vgl. auch collect. cit. p. 651. 652. So soll nach Quebec 1868, coll. conc. Lac. 3, 717, in solchen Fällen darauf gesehen werden, ob es sich um ungerechte, den Werth des Kapitalnutzens überschreitende Forderungen handelt. Von den neueren Provinzialsynoden enthalten Bordeaux 1856, ibid. 4, 710, Mahnungen gegen den Zins-, Kauf- und anderen Wucher; Urbino 1859, l. c. 6, 46, schreibt Mahnung der Wucherer durch den Pfarrer und bei Fruchtlosigkeit derselben Anzeige der ersteren seitens des letzteren an den Bischof vor. Wenn Prag 1860, ibid. 5, 503, die Anweisung des Rituale Roman. t. IV. c. 1 n. 8, dass unter den öffentlich unwürdigen auch die foeneratores vom Abendmahl zurückzuweisen sind, wiederholt, so können darunter selbstverständlich nicht mehr diejenigen verstanden werden, denen nach der im Text gedachten Praxis die Absolution gewährt werden darf.

Was die zweite Frage anlangt, so hat das s. Officium[1] ebenfalls erklärt, dass Geistliche, kirchliche und fromme Institute wegen Anlegung ihrer Kapitalien zu dem landesgesetzlichen oder üblichen Zinsfuss nicht beunruhigt werden sollen, und nach der bestehenden Geschäftspraxis werden diese heute überall in der gedachten Weise ausgethan und angelegt[2].

Wenngleich somit der Kapitalzins innerhalb der gedachten Grenzen jetzt seitens des päpstlichen Stuhles geduldet wird, so ist doch dadurch das Zins- und Wucherverbot prinzipiell nicht ausser Kraft gesetzt[3], vielmehr nur indirekt bis zu der vorbehaltenen päpstlichen Entscheidung suspendirt. Die sonstigen kirchlichen Anordnungen über den Wucher, namentlich auch die päpstlichen Konstitutionen in Bezug auf einzelne wucherliche Geschäfte stehen also an sich noch in Kraft[4], obschon heute mit Rücksicht auf den veränderten Umfang der Ausübung der kirchlichen Strafgewalt von der Anwendung der kanonischen Wucherstrafen auf dem Gebiet des forum externum keine Rede mehr sein kann[5], und das kirchliche Wucherverbot in Folge der erwähnten Tolerirungen und Zugeständnisse an die Bedürfnisse des Verkehrs seine Basis erloren hat[6].

§. 327. rr. *Die Fälschungsverbrechen.*

1. Die Urkundenfälschung. a. Die Fälschung päpstlicher Urkunden und die Aufbewahrung solcher gefälschter Schriftstücke über eine gewisse Zeit hinaus hatte schon Innocenz III. mit schweren Strafen bedroht[7], und Gregor XI. das erstgedachte Verbrechen 1372 in die Bulle: Coena eingereiht[8]. Seitdem ist dieser Fall der letz-

[1] S. die von Gregor XVI. gebilligte Entsch. v. 1831 u. die v. 1872, Collectanea cit. p. 644. 651 (ebenfalls unter der Klausel: „dummodo parati sint, stare mandatis s. sedis").

[2] S. z. B. Arch. f. k. K. R. 24, 40 u. Acta s. sed. 25, 361.

[3] Wie Funk S. 71 behauptet.

[4] So hat die Congr. episc., Acta s. sed. 4, 27, noch i. J. 1868 die const. Leos X.: Inter multiplices 1515, s. S. 839 n. 9, als geltenden Rechtes behandelt.

[5] Und mit Rücksicht auf die erwähnten Entscheidungen der gedachten Kurialbehörden in den berührten Fällen selbst nicht einmal mehr die Rede sein könnte. Die Instruktion f. d. Prager Diöcesangericht v. 1869 §. 92, Arch. f. k. K. R. 23, 446, zählt daher den Wucher nicht mehr unter den von dem Gericht zu bestrafenden Verbrechen auf.

[6] Funk S. 72.

Als eine besondere Art des strafbaren Eigennutzes behandelt Bourges 1584, Hardouin 10, 1500, die Rückforderung der der Kirche gemachten Geschenke durch die Geber oder ihre Erben, indem es diese mit der Exkommunikation bedroht.

[7] S. 199. 200.

[8] §. 5, b. T. 4, 540, vgl. o. S. 365, nicht erst Gregor XII., so Hausmann päpstliche Reservatfälle S. 142, in der Fassung: „omnes falsarios, bullae et literarum apostolicarum et petitionum gratiam et iustitiam continentium per summum pontificem et vicecancellarium seu gerentem officii vicecancellarii s. R. ecclesiae de mandato eiusdem pontificis signatarum aut sub nomine summi pontificis seu vicecancellarii seu gerentis officium vicecancellarii praedictorum signantium petitiones easdem." Schon seit Julius II. 1511 §. 4, b. T. 5, 490, hat die betreffende Stelle der Bulle einige freilich unwesentliche Abänderungen erlitten, seit Gregor XIII. §. 6, Hartzheim 7, 899, eine Erweiterung und seit Clemens VIII. 1595, Suarez de censuris disp. XXI s. 2 n. 45, ihre spätere ständig gebliebene, nur in einem Punkt abgeänderte Fassung dahin (§. 6) erhalten: „falsarios literarum apostolicarum, etiam in forma brevis ac supplicationum gratiam vel iustitiam concernentium per Romanum pontificem vel S. R. Eccles. vicecancellarios seu gerentes vices eorum aut de mandato eiusdem Romani pontificis signatarum necnon falso *publicantes* (so seit Alexander VII. 1656, b. T. 16, 142, für das frühere: *fabricantes*) literas apostolicas etiam in forma brevis et etiam falso signantes supplicationes huiusmodi sub nomine Romani pontificis seu vicecancellarii aut gerentium vices praedictorum." Übrigens hat vor Alexander VII. auch Innoc. X.: In supremo 1653, b. T. 15, 710, die Bestimmungen Innocenz' III., s. vor. Anm., erneuert und auf alle Gehülfen, Vermittler und Begünstiger ausgedehnt.

teren einverleibt geblieben, und nach der Beseitigung derselben in der const. Pius' IX.: Apostolicae sedis v. 1869 fast wörtlich in der früheren endgültigen Fassung unter die dem Papst speziell vorbehaltenen Exkommunikationen [1] aufgenommen worden.

Gegenstand des dadurch bedrohten Verbrechens können nur päpstliche Schreiben sein, gleichviel in welcher Form, namentlich ob sie in der einer Bulle oder eines Breves [2] ergangen sind, ferner schriftliche Bittgesuche an den Papst (*supplicationes* [3]) in Gnaden- oder Justizsachen, sofern sie bereits die Signirung des Papstes oder des Vicekanzlers oder der Stellvertreter derselben [4] oder eines sonstigen Beauftragten des Papstes erhalten haben [5].

Das Verbrechen kann nach der citirten Konstitution begangen werden:

1. durch Verfälschung der gedachten Schriftstücke, d. h. durch Änderung ihres Inhalts vermittelst eines Zusatzes oder einer Tilgung (z. B. Rasur) oder vermittelst der Verbindung beider, sofern eine solche wesentliche Punkte betrifft. D. h. es muss der Inhalt desjenigen, was in dem Schriftstück angeordnet oder entschieden ist, sich in Folge der Veränderung als etwas anderes als das ursprüngliche darstellen [6].

Selbstverständlich erscheint es weiter, dass eine derartige Änderung vorsätzlich erfolgen muss. Dagegen ist es nicht erforderlich, dass eine solche einem Anderen zu grossem Nachtheil zu gereichen im Stande ist und dass sie so beschaffen sein muss, dass Jemand dadurch getäuscht werden kann [7].

Die Strafe tritt erst mit der Vollendung, also mit der Bewirkung einer Änderung des besprochenen Charakters, ein.

2. Wird das Verbrechen auch dadurch begangen, dass Jemand wissentlich ein Schriftstück als ein apostolisches Schreiben, obwohl es diesen Charakter nicht besitzt, publizirt, d. h. durch Vorlegung oder Vorzeigung oder Anheften an öffentlichen Orten bekannt giebt [8], gleichviel, ob er das Schriftstück selbst hergestellt [9] oder ob er in Kenntniss der Unechtheit ein von einem anderen angefertigtes Schreiben benutzt hat, endlich

[1] Const. cit. exc. l. s. speciali modo rom. pont. reserv. n. 9; vgl. ferner die vor. Anm. a. E.

[2] Bd. III. S. 782. Daher ist es nicht nöthig, dass der Papst das Schreiben eigenhändig unterzeichnet hat, andererseits muss es aber bereits in der vorgeschriebenen Form ausgefertigt, nicht blos im Entwurfe vorhanden sein. Schreiben der Kongregationen, der Legaten und Nuntien fallen nicht unter die hier fragliche Strafbestimmung.

[3] Vgl. darüber Bd. III. S. 160.

[4] S. Bd. I. S. 441 ff.

[5] Bd. III. S. 160. Ist die Signirung noch nicht erfolgt und wird in der dem Papst erst vorzulegenden Supplikation etwas geändert, so ist nicht gegen die Konstitution verstossen, denn die blosse an den Papst gerichtete Supplikation eines Petenten steht einem apostolischen Schreiben noch nicht gleich.

[6] Den Gegensatz bildet eine blosse Verbesserung von Irrthümern, Schreibfehlern, grammatikalischen Fehlern oder von irrthümlichen Bezeichnungen (z. B. der Diöcese), vgl. namentlich Suarez de cens. disp. XXI s. 2 n. 46. 47. Bei der Vornahme solcher Änderungen wird es übrigens auch für die Regel an dem erforderlichen rechtswidrigen Vorsatz fehlen. c. 5 (Innoc. III.) X de crim. falsi V. 20, S. 200 n. 1, kann für die Beurtheilung der hier in Betracht kommenden Fragen nur in beschränkter Weise herangezogen werden, da es auch von der Anfertigung falscher päpstlicher Schreiben handelt, die const. v. 1869 aber lediglich die Verfälschung echter Schreiben betrifft, (A.-) Pennacchi 1, 300.

[7] Das wird mehrfach behauptet, siehe Pennacchi l. c., Heiner kirchliche Censuren S. 107, unter Berufung auf Reiffenstuel V. 20 n. 1; Schmalzgrueber V. 20 n. 6, welche sich indessen blos auf römischrechtliche Quellenstellen beziehen. Weder die älteren Strafbestimmungen über die Fälschung päpstlicher Schreiben, s. S. 199. 200, noch die Bulle: Coena und die const. cit. erfordern diese beiden Momente, noch lassen sie sich aus dem Worte: falsarii ableiten. Der Zweck der Strafbestimmung ist der Schutz der Integrität der päpstlichen Schreiben, und dieser schliesst die gedachten Einschränkungen geradezu aus.

[8] Damit ist das Verbrechen vollendet.

[9] Die blosse Herstellung falscher päpstlicher Briefe ist nicht mehr, wie in der älteren Fassung der Bulle: Coena, s. S. 844 n. 8, mit der hier fraglichen Strafe bedroht.

3. auch dadurch, dass Jemand die vorhin gedachten Supplikationen [1] fälschlich, d. h. im Namen des Papstes oder des Vicekonsuls oder eines Stellvertreters desselben ohne Berechtigung, also ohne Ermächtigung des Papstes signirt [2].

Ausserdem bedroht die const. Pius' IX.: Apostolicae in Anhalt und unter theilweiser Abänderung des älteren Rechts mit der lediglich dem Bischof vorbehaltenen Exkommunikation [3]

4. diejenigen, welche von falschen oder verfälschten päpstlichen Schreiben [4] wissentlich, d. h. in Kenntniss der Unechtheit oder der Verfälschung Gebrauch machen [5], gleichviel, ob die Thäter Laien oder Geistliche sind [6], und ferner alle diejenigen, welche den Thätern irgendwie behülflich sind [7], damit sie von den betreffenden Schreiben Gebrauch machen können [8].

Neben diesen Strafbestimmungen der const.: Apostolicae ist auf Grund des älteren Rechts [9] noch die Bedrohung der Kleriker, welche falsche päpstliche Briefe anfertigen oder echte verfälschen [10] oder sich bei diesem Verbrechen in irgend einer Weise als Gehülfen u. s. w. betheiligen [11], mit der Degradation [12] in Kraft geblieben [13].

[1] Nicht also päpstliche Briefe überhaupt.

[2] Heiner S. 107 versteht darunter die Beidrückung eines falschen Siegels auf ein echtes Bittgesuch oder die Versehung eines falschen Bittgesuches mit dem richtigen Siegel oder die eines echten mit einem solchen ohne Auftrag des Papstes. Signare bedeutet aber nicht die Beifügung eines Siegels, sondern die Unterzeichnung, vgl. Bd. III. S. 160. Ebensowenig stehen hier falsche Supplikationen in Frage. Nicht minder irrig ist die weitere Aufstellung Heiners S. 108, dass zur Vollendung des Verbrechens die Publikation der falschen Signatur erfordert wird. Auch dies widerspricht dem Wortlaut der const. cit.

[3] L. c. exc. l. s. episcopis res. n. 3: „Litteris apostolicis falsis scienter utentes vel crimini ea in re cooperantes.“

[4] Denn unter litterae falsae sind sowohl durch Fälschung hergestellte oder unechte als auch verfälschte, ursprünglich echte Schreiben zu verstehen, so auch (A-.) Pennacchi 2, 56; Heiner S. 252.

[5] Durch diese Fassung ist die in c. 4 (Inn. III.) X de crim. falsi V. 20 angedrohte, päpstlich reservirte Exkommunikation l. s. für die länger als 20 Tage dauernde Aufbewahrung falscher päpstlicher Briefe, s. S. 199, beseitigt worden.

[6] c. 7 (Innoc. III.) X eod. droht für den Gebrauch falscher päpstlicher Briefe den Laien die exc. l. s., den Geistlichen privatio ihrer Offizien und Benefizien an. Die Exkommunikation ist jetzt zu einer bischöflich reservirten geworden und trifft auch die Geistlichen. Nach einer weitverbreiteten Ansicht soll dagegen für die letzteren die Strafe der privatio beneficii durch die const. cit. beseitigt sein, vgl. (A.-) Pennacchi 2, 55; Heiner S. 252, weil nicht ein Vergehen mit zwei Strafen belegt werden könne oder weil die Privation (so Heiner S. 252) mehr für eine Censur als für eine Strafe zu halten sei, wennschon sie in der Form einer solchen verhängt werde. Beide Begründungen sind aber unzutreffend, und da die const. cit. nur die Censuren, nicht die poenae vindicativae berührt, so steht die gedachte Strafandrohung noch für die Geistlichen in Geltung, trotzdem sich der Thatbestand des c. 4 X cit. und der der const. cit. nicht völlig deckt.

[7] Selbstverständlich in Kenntniss der Unechtheit oder der Verfälschung.

[8] Ob unter den „cooperantes“ blos diejenigen, welche physisch Beihülfe oder auch diejenigen, welche sich in anderer Weise, z. B. durch Rath, dabei betheiligt haben, zu verstehen sind, darüber herrscht Streit. Die überwiegende Meinung hat sich für das erstere erklärt, vgl. (A.-) Pennacchi 2, 58, und trotz des Widerspruchs von Heiner S. 253 muss diese für richtig erachtet werden. Dafür spricht, dass durch das „ea in re cooperantes“ allein die Mitwirkung gerade beim Gebrauch, — und diese kann nur eine physische sein — bezeichnet wird, ferner, dass das frühere Recht gegen die Gehülfen, Rathgeber und Begünstiger keine Strafe kannte und dass, wenn man eine solche gegen diese hätte festsetzen wollen, die übliche Wendung: auxilium, consilium et favorem praestantes gebraucht worden wäre.

[9] c. 7 (Innoc. III.) X eod., S. 200 n. 1, und Innoc. X.: In supremo 1653, b. T. 15, 710, S. 570 n. 4.

[10] Für den Thatbestand dieses Verbrechens kommen lediglich die Bestimmungen des älteren Rechts, s. die vor. Anm. und auch c. 5 X eod. V. 20, in Betracht.

[11] S. 570 n. 7.

[12] Innocenz X. hat l. c. §. 1 für alle Fälscher und ihre Gehülfen noch die Vermögenskonfiskation, Heimfall aller Lehne und Verlust aller weltlichen Ämter als poenae l. s. angedroht, jedoch sind diese Strafen unpraktisch, wenngleich sie an sich durch die const.: Apostolicae nicht beseitigt sind.

Was die in c. 7 X cit. V. 20 gegen die Laien angedrohte exc. l. s. betrifft, so ist diese aufgehoben, und es sind für die ersteren jetzt allein die o. S. 845 besprochenen Vorschriften massgebend.

[13] Dagegen ist das ältere Recht auch durch die

b. Die Fälschung anderer als päpstlicher Urkunden hat die allgemeine päpstliche Strafgesetzgebung während der hier fraglichen Periode nicht berücksichtigt[1], und auch die kirchliche Partikulargesetzgebung gedenkt dieses Verbrechens überaus selten[2].

2. Die Münzfälschung. Gemeinrechtliche Vorschriften über dieses Verbrechen sind seit der o. S. 201 erwähnten Verordnung Johanns XXII. nicht mehr ergangen, denn die dasselbe betreffenden späteren päpstlichen Konstitutionen sind nur für Italien[3] oder den Kirchenstaat erlassen[4] oder haben blos eine partikuläre Bedeutung gehabt[5].

3. Während der Fälschung von Mass und Gewicht[6], ebenso auch

4. der Kindesunterschiebung gar nicht mehr gedacht wird[7], sind dagegen in dieser Periode

5. vereinzelte Fälle des Betruges durch die päpstliche[8] und die partikularrechtliche Gesetzgebung[9] unter Strafe gestellt worden.

6. Die wissentlich falsche Anschuldigung[10] wird, wie in älterer Zeit,

Nichtaufrechterhaltung der Censur für das in c. 4 (Innoc. III.) X eod. gedachte Vergehen, s. S. 200 n. 1, abgeändert.

Nicht direkt betroffen sind c. 28 (Later. IV.) X de rescr. I. 3, S. 200 n. 2, ferner Pius V.: Cum sicut 1566 u. Cum sicut 1568, b. T. 7, 498. 732 (gegen die Prokuratoren der Pönitentiaria und des officium contradictarum, Bd. I. S. 432. 441, und die anderen Sollicitatoren, sowie die scriptores, welche bei Nachsuchung von päpstlichen Gnaden die ihnen von den Parteien gemachten Mittheilungen über die Sachlage anders darstellen und auf diese Weise Gnaden erschleichen) und Benedikt XIV.: Ad apostolicae 1742 §. 8, b. Ben. 1, 57 (Ausdehnung der cit. const. auf alle Prokuratoren, Geschäftsführer und Expedienten päpstlicher Briefe, welche sich dieses Vergehens bei der Nachsuchung von Ehedispensen schuldig machen), denn alle drohen nur die Strafen der Fälschung an, womit allein die für die Fälschung päpstlicher Briefe gemeint sein können.

[1] Über das frühere gemeine Recht s. c. 3 X V. 20, S. 43 n. 4; S. 60 n. 3 u. S. 200 n. 3. Über die Ablegung falscher Rechnungen durch die Offizialen der apostolischen Kammer vgl. Paul III.: Cum sicut 1554, b. T. 6, 370, S. 831 Anm. no. 2.

[2] So Bourges 1584 XXXVIII. 5 (exc. l. s. gegen diejenigen, welche, wenn sie kirchliche Urkunden auf Befehl der kirchlichen Oberen abschreiben, dabei „aliqua ex iis aut earum partem maligne suppresserint").

[3] Hierher gehören const. Pius' V.: Cum nihil 1570, b. T. 7, 861, und Urban VIII.: In suprema 1627, b. T. 13, 614, s. S. 562 n. 1 u. S. 570 n. 8.

[4] Wie die const. Benedikts XIV.: Ad curam 1756, b. Bened. 4, 219, s. S. 562 n. 1, und die sie erweiternde const. Clemens' XIII.: Etsi multa 1766, bull. Rom. cont. 3, 203.

[5] Hierher gehört die const. Gregors XIII.: Decet Romanum pontificem 1584, b. T. 8, 442, welche die const. Clemens' V. v. 1308 u. Johanns XXII. v. 1322 wegen Fälschung der französischen Königsmünzen, s. S. 201 n. 3 u. S. 364 n. 11, wiederholt, deren Strafbestimmung, die Androhung der päpstlich reservirten exc. l. s., aber in der const. Pius' IX. v. 1869 nicht aufrechterhalten ist.

[6] S. aber unten Anm. 9.

[7] Über die mittelalterlichen gemeinrechtlichen Bestimmungen s. S. 201 n. 7—9.

[8] Innocenz VIII.: Cum sicut 1487, b. T. 5, 329: General-Exkommunikation aller derjenigen, welche, um die Expeditionstaxen für päpstliche Gnaden zu sparen und die Expeditionsbeamten um die ersteren zu betrügen, sich fälschlich für solche nahe Verwandte oder Familiaren der Kardinäle und anderer Kurialbeamten, für welche die Ausfertigungen umsonst ertheilt werden, ausgeben, und Vorbehalt der Absolution für den Papst; Leo X.: Inhaerendo 1517, l. c. p. 690: Bestätigung und Ausdehnung der const. cit. auf die Offizialen, welche derartige Betrügereien zulassen oder befördern, unter gleichzeitiger Suspension derselben von dem Bezug der Emolumente ihrer Ämter auf ein Jahr; — Exkommunikationen, welche in der const. Pius' IX. v. 1869 nicht aufrechterhalten sind.

[9] Synodalstatut Canterbury 1431, Hardouin 8, 1086. 1087 (exc. l. s. derjenigen, welche sich etwaiger, von den vorgeschriebenen abweichender Gewichte, namentlich der aufgerufenen bedienen oder solche bei sich verbergen oder aufbewahren); York 1466, l. c. 1481. 1482 (exc. l. s. gegen diejenigen, welche gegen andere Personen in Schuld- und Strafsachen betrüglich königliche Breven auf Orte erschleichen, in denen diese niemals einen Gerichtsstand gehabt haben, um dort gegen dieselben im Kontumazialverfahren prozessiren und deren Verbannung aus dem Königreich herbeizuführen zu können); Benevent 1693 c. 6, coll. conc. Lac. 1, 30 (Exk. für diejenigen, welche durch simulirte Schenkungen an Geistliche sich der Leistung der öffentlichen Abgaben zu entziehen suchen).

[10] Vgl. o. S. 201.

päpstlicherseits mit der Talion bestraft[1], während im übrigen nur einzelne besondere Fälle derselben in den Quellen berührt werden[2].

7. In Betreff der Kollusion und Prävarikation bietet die hier fragliche Periode[3] kein neues Material[4].

8. Was dagegen die Bestechung anlangt, so sind von den Päpsten nur einzelne der früher erlassenen Konstitutionen erneuert[5], sowie blos einige, bestimmte Kategorieen von Beamten[6] oder ganz singuläre Fälle[7] betreffende Verordnungen erlassen worden.

[1] Pius V.: Cum primum 1566 §. 14, ibid. 7, 434: „Quodsi aliqui ex calumnia aliquos (wegen Blasphemie, Simonie und Sodomie) denunciasse comperti fuerint, eos ad poenam talionis teneri volumus."

[2] In Betreff der falschen Denunziation wegen der s. g. *sollicitatio ad turpia* kommt noch Benedikt XIV.: Sacramentum 1741 §. 3, bull. Ben. 1, 22, in Betracht, welche freilich weder eine Censur noch Strafe androht, s. Bd. IV. S. 102 n. 2 a. E. Die const. Julius' III.: In multis 1554 §. 11, b. T. 6, 478, welche auf die falsche Anschuldigung wegen Blasphemie die Strafen dieses Verbrechens festsetzt, bezieht sich blos auf Rom. Von Partikularsynoden bedroht Toledo 1565 II. 12, Hardouin 10, 115, den promotor fiscalis, welcher temere eine Anklage erhebt, mit arbiträrer Strafe.

[3] Über das mittelalterliche Recht s. S. 202.

[4] Die Chikane der Prokuratoren und Advokaten (für die frühere Zeit s. S. 202. 203) wird nur partikularrechtlich unter Strafe gestellt, Mailand 1573 c. 18, Hardouin 10, 796, s. o. S. 543 n. 3; Mailand 1582 c. 26, ibid. p. 1130 (Prokuratoren, Advokaten und andere bei den Gerichten fungirende Beamte, welche aus Gewinnsucht Prozesse herbeiführen, in denselben Chikane, namentlich zur Verhinderung von Vergleichen üben, Entziehung des officium postulandi oder procurandi oder Suspension von denselben und andere arbiträre Strafen).

[5] Hierher gehören die theils die Simonie, theils die Bestechung betreffenden, c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10 erneuernden und ergänzenden Konstitutionen Gregors XIII., Alexanders VII. und Innocenz' XII., s. o. S. 721 n. 3.

[6] Paul II.: Cum in omnibus 1465, b. T. 5, 183 (Päpstlich zur Untersuchung der Nothwendigkeit der Veräusserung kirchlicher Güter bestellte Kommissare oder Delegaten, welche aus Gunst oder Furcht oder in Folge von Geschenken zum Nachtheil der Kirche zu einer Veräusserung ihre Zustimmung geben oder das Alienationsdekret erlassen, Bischöfe und höhere Würdenträger suspensio l. s. ab executione officii, andere exc. l. s., diejenigen, welche die gedachten päpstlichen Beamten auf die bezeichnete Weise dazu bestimmt haben, päpstlich reservirte exc. l. s., Strafen, welche freilich sämmtlich in Folge der const. Pius' IX. cit. entfallen sind); Paul II.: Munera 1466 §. 1, b. T. 5, 185 (Verbot der Annahme irgend welcher Geschenke, ausser verzehrbaren Esswaaren und Getränken für zwei Tage, seitens der Provinzen, Städte, Ortschaften und der Untergebenen durch die mit der Leitung der betreffenden Territorien betrauten Rektoren, Gubernatoren, Legati a latere und anderen Beamten der römischen Kirche bei Strafe der dem Papst vorbehaltenen Exc. l. s. für die Gebenden und Annehmenden, selbst wenn sie bischöflicher Würde sind), bestätigt von Sixtus IV.: Etsi cunctorum 1478 §§. 3. 4, ibid. p. 259 (mit der Verschärfung, dass die Absolution blos auf Grund eines mündlichen Schuldbekenntnisses an den Papst selbst erlangt werden kann, und unter Ausdehnung auf das Annehmen von mehr als der zulässigen Gebühren für die Verleihung von Ämtern in ihren Bezirken), Vorschriften, welche durch die Säkularisation des Kirchenstaates ihre Bedeutung verloren haben, ganz abgesehen davon, dass die const. Pius' IX. cit. die Exkommunikation ebenfalls nicht aufrechterhalten hat); Pius V.: In omnibus 1569 §. 12, b. T. 7, 746 (Beamte der Pönitentiaria, welche von den Parteien für Beschleunigung der Geschäfte, für ausserordentliche Arbeiten oder sonst selbst freiwillige Gaben annehmen, Privation des Amtes und päpstlich reservirte Exc. l. s.); Pius V.: In earum 1569 §. 7, ibid. p. 752 (Beamte der apostolischen Kanzlei, welche über die ihnen zukommenden Gebühren hinaus etwas annehmen oder ihren Gehülfen die Annahme gestatten, Privation des Amtes und Unfähigkeit zu solchen Ämtern und Infamie, alles poenae l. s.); Gregor XV.: Cum inter 1622, l. c. 12, 766 (Verbot an alle päpstlichen Kanzlei- und anderen Beamten für irgendwelche, die Güter und das Interesse der Congregatio de propaganda fide betreffende Schreiben etwas zu fordern bei Strafe der indignatio des Papstes und anderen arbiträren Strafen).

[7] Urban VIII.: Exponi 1636, b. T. 14, 526 (Bestätigung des Statuts des Raths von Barcelona, dass für die unentgeltlich zu verleihenden Ämter nichts angenommen werden soll, durch Androhung der päpstlich reservirten Exk. für das Zuwiderhandeln), und Urban VIII.: Nuper 1639, ibid. p. 696 (Androhung derselben Strafe für die Bestechung behufs Erlangung von Pachtungen in Comaclo).

§. 328. ss. *Die Verletzung der Denunziationspflicht.*

Schon das gemeine Recht des Mittelalters hat

1. eine Pflicht zur Denunziation der Ketzer für alle Kirchenglieder aufgestellt [1] und die Verletzung derselben mit der Exkommunikation bedroht. In Anhalt daran ist diese Anzeigepflicht durch ein Edikt des s. Officium v. 1623 [2] und ein weiteres v. 1677 [3], welches dieselbe auf alle zur Zuständigkeit der Inquisition gehörigen Delikte ausdehnt [4], näher bestimmt [5], und die Verletzung mit der allerdings in Folge der const. Pius' IX. entfallenen Exkommunikation l. s. [6] bedroht worden. Dasselbe gilt auch in

[1] S. 337 n. 5; S. 481 n. 5; S. 682 von Narbonne 1551 c. 57, Hardouin 10, 462. 463, für die Pfarrer in Betreff der Lutheraner, aber auch anderer Ketzer, sowie der sortilegi besonders eingeschärft.

[2] Bei Ferraris prompta bibliotheca s. v. denunciatio quoad delicta n. 10.

[3] L. c. n. 1, republizirt 1718, coll. conc. Lac. 1, 109; vgl. auch Benevent 1683, ibid. p. 82. 83.

[4] (1) Che siano eretici o sospetti o diffamati di eresia o credenti, fautori o ricettatori o difensori loro o abbian aderito o aderiscano a' riti de' giudei o maomettani o de' gentili o abbiano apostato dalla fede cristiana, (2) che abbiano fatto o facciano atti, de' quali si possa argomentare patto espresso col demonio, esercitando incanti, magie, sortilegj porgendoli suffumigj, incensi per trovar tesori ed altri intenti chiedendo da lui risposte e invocandolo ed a questo effetto promettergli obbedienza e consacrargli pentacoli, libri, spade, specchi o altre cose, nelle quali intervenga il nome ed opera sua, (3) che si siano ingeriti o ingeriscano in far esperimenti di negromanzia e di qualsisia altra sorte di magia con entrare ne' circoli, far l'esperimento della caraffa, del crivello per trovar i medesimi tesori e cose nascoste rubate o perdute e fare altre simili e superstizose azioni ad altri fini, massime con abuso de' sacramenti o di cose sagre o benedette, (4) che senza licenza dovuta ritenghino scritte che contenghino eresia o libri eretici, che trattino ex professo di religione e che gli abbiano letti o tenuti o stampati o fatti stampare o li leggano, tengano, stampano, fanno stampare, introducano, difendano sotto qualsivoglia pretesto o colore — che abbiano libri di negromanzia, magia o continenti incantesimi, sortilegj e simili superstizioni, massime con abuso di cose sagre, (5) che contro il voto solenne fatto nella professione in qualsivoglia religione approvata o dopo aver preso l'ordine sagro, abbia contratto o contragga matrimonio, (6) che vivendo la prima moglie pigli la seconda o vivendo il primo marito, pigli il secondo, (7) che contro i decreti e constituzioni apostoliche abbiano abusato o abusino il sacramento della penitenza, servendosi della confessione e confessionario a fini disonesti, sollecitando in essi i penitenti ad turpia ed avendo con essi discorsi di cose illecite e non convenienti al fine, per il quale è stato instituto, (8) che abbiano proferito o proferiscono bestemmie ereticali contro dio, la beatissima vergine e santi o procedino a qualche atto di offesa e disprezzo contro l'immagini o figure rappresentanti il medesimo; (9) che abbiano tenute e tenghino occulte conventicole e radunanze in pregiudizio, disprezzo o contro la religione, (10) che abbiano indotto qualche christiano ad abbracciare il giudaismo o altra setta contraria alla fede cattolica o impedito i giudei o turchi a battezarsi, (11) che non essendo ordinati sacerdoti s'abbiano con sacrilego ardire usurpato o si usurpino di celebrar messa, ancorchè non abbiano proferite le parole della consecrazione o abbiano presonto di ministrare il sacramento della penitenza a' fedeli di Christo, ancorchè non si sia venuto all' atto dell' assoluzione."

Noch das Bischofsedikt von Loreto 1850 I. art. 6, coll. conc. Lac. 6, 78, schärft diese Pflicht offenbar in Anhalt an das gedachte Edikt in Betreff der Ketzerei und der ketzerischen Blasphemie ein.

[5] Die Pflicht trifft alle Kirchenmitglieder jeder Würde und jeden Standes, also auch Kardinäle, Könige und Fürsten, und bezieht sich auf die Ketzer, sowie die der Ketzerei verdächtigen oder wegen derselben diffamirten Personen, s. Edikt v. 1677 u. Ferraris l. c. n. 12. Nahe Verwandte sind von dieser Pflicht nicht frei, mindestens nicht so weit es sich um die Denunziation wegen der Ketzerei selbst handelt (wegen derselben bei blossem Verdacht der Ketzerei herrschte Streit, Ferraris l. c. n. 13 ff.), ja selbst auf die Denunziation eines verstorbenen haereticus formalis hat die Doktrin die Verpflichtung ausgedehnt, l. c. n. 18. 19 (s. dazu o. S. 302. 303. 489), und nur da, wo unter Kenntniss der Inquisitoren oder Bischöfe Ketzer mit Katholiken vermischt leben, hat man davon abgesehen, l. c. n. 16. Die Denunziation ist innerhalb der Frist eines Monats nach erlangter Kenntniss bei dem s. Officium oder bei den Inquisitoren oder den Ortsbischöfen innerhalb der von diesen festgesetzten Fristen (vielfach von 12 Tagen, s. aber auch die vor. Anm. a. E.) und zwar persönlich oder schriftlich mit Angabe des Vor- und Zunamens anzubringen, Edikt v. 1677 u. Ferraris l. c. n. 37. 50.

[6] S. 481 n. 5; und zwar ist diese nach Paul V.: Romanus pontifex 1606 §§. 5. 6, b. T. 11, 346, in Betreff der Ordensoberen, denen ausserdem die Privation aller Dignitäten und Ämter, die Unfähigkeit zu solchen, Verlust des aktiven und passiven Stimmrechtes, sowie die Strafen der Be-

Betreff der Apostaten[1].

Ferner gehörte hierher:

2. die durch Bonifaz VIII. in Betreff der Simonie bei päpstlichen Gnaden bei Strafe der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation *l. s.* aufgestellte, innerhalb dreier Tage zu erfüllende Anzeigepflicht[2], welche indessen im Laufe der hier fraglichen Zeit beseitigt worden ist[3],

3. die nur die Kleriker treffende Pflicht, unstatthafte Auflassungen von Immobilien der Kirchen an Laien seitens der Kirchenoberen anzuzeigen[4], deren Verletzung mit der durch die const. Pius' IX.: Apostolicae beseitigten dreijährigen suspensio a perceptione beneficiorum bedroht war.

Im Laufe der hier fraglichen Zeit ist dagegen eine Anzeigepflicht neu eingeführt worden:

4. in Betreff der Simonie bei Ertheilung und Empfangnahme von Weihen und Ämterverleihungen, sowie bei der Vermittlung derartiger Geschäfte[5],

5. der Verletzung derjenigen, welche Rechtssachen bei der Kurie verfolgen, der ihnen bestellten Richter, ihrer Advokaten u. s. w.[6],

6. der Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau Maria[7],

7. der Vergewaltigung eines Kardinals[8],

günstiger der Ketzer und der Hinderung der Inquisitions-Jurisdiktion (s. S. 739) angedroht sind, dem Papst, in Betreff anderer Personen nach cit. Edikt 1623 dem Papst und dem s. Officium, nach dem v. 1677 dem letzteren reservirt worden.

1 Da diese den Ketzern gleich behandelt werden, s. o. S. 686, vgl. auch das Edikt v. 1677 (n. 1); ferner auch von denjenigen, welche einen Bund mit dem Teufel geschlossen haben oder Magie betreiben (s. S. 697), Gregor XV.: Omnipotentis 1623 §. 3, b. T. 12, 795: „Qui vero similium delinquentium notitiam habuerint, eos episcopo sive inquisitori denunciare tenentur" u. cit. Edikt (n. 2. 3). Die übrigen Anordnungen in dem letzteren unter n. 4—6, 8—10, beruhen ebenfalls darauf, dass es sich hierbei um Handlungen dreht, welche den Verdacht der Ketzerei oder Apostasie hervorrufen. — Übrigens betont noch Quito 1869, coll. Lac. 6, 434, die Pflicht aller Gläubigen, verbotene Bücher und ketzerische Lehren innerhalb 30 Tagen der bischöflichen Behörde oder dem Pfarrer anzuzeigen.

2 c. 1 (1295) in Extr. comm. V. 10, s. o. S. 721 n. 3.

3 Durch Alexander VII.: Inter gravissimas 1659 §. 7, b. T. 16, 152.

4 c. 2 (Lyon II. 1274) in VI de reb. eccles. III. 9, s. o. S. 248 n. 2.

5 Eugen IV.: Cum detestabile 1434 §. 3, b. T. 5, 16, als Konstitution Pauls II. v. 1464 in c. 2 in Extr. comm. V. 1. Für die Verletzung der Pflicht ist indessen blos die Verweigerung der Absolution bis zur Erstattung der Anzeige angedroht.

6 Alexander VI.: In eminenti 1502 §. 4, b. T. 5, 394, s. S. 728 n. 1. Die Strafe ist die dem Papst vorbehaltene Exc. l. s., welche die const. Pius' IX. cit. freilich fallen gelassen hat.

7 Leo X. (Lateran. V.): Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604 (die Anzeige soll binnen 3 tägiger Frist beim geistlichen oder weltlichen Richter erstattet werden). Eine bestimmte Strafe ist nicht vorgeschrieben, es konnte aber arbiträre Bestrafung eintreten. Wegen der blasphemia haereticalis s. das Edikt v. 1677 (n. 8), S. 849 n. 4. Die speziell für Rom ergangene const. Julius' III.: In multis 1554 §. 8, b. T. 6, 478, s. o. S. 700 n. 5, droht allerdings für absichtliches Unterlassen der Denunziation dieselben Strafen, wie für die Blasphemie selbst, an.

8 Pius V.: Infelicis 1569, b. T. 7, 792, §. 3: „ut quisquis, etiam a nudo consilio aut simplici favore aut omnino a ceteris praedictis alicuius quempiam auctorum, administratorum vel consociorum coniurationis sive conspirationis aut commissi committendive criminis in personam cardinalis, illorum fautorum, receptorum vel occultatorum sive ex renunciatione sibi protinus vel per interpositam personam aut litteras facta cognoverit sive ex scripturis, coetu, conatu, concursu, insidiis aliisve signis et indiciis qualemcumque scientiam habuerit vel etiam *coniecerit* quive *horum quicquam intellexerit*, quantumcumque res occulta sit, quamprimum id Romano pontifici, si in curia fuerit, sin autem, ordinario loci, vel si cardinalis ipse ordinarius extiterit, propinquiori episcopo, et si crimen nondum commissum fuerit, etiam ipsi cardinali properet revelare. Quicumque vero, etiam non subditus et omnino extraneus defecerit, cuiuscumque dignitatis fuerit, praedicto sit excommunicationis laqueo innodatus pariterque maiestatis reus, infamiam et omnes poenas praedictas eo ipso incurrat." Hier liegt die Eigenthümlichkeit vor, dass nicht blos von dem begangenen Vergehen (vgl. o. S. 745 und Bd. I. S. 351) sondern auch von dem blossen Vorhaben eines solchen Anzeige gemacht werden

8. des *ambitus* um Ämter in den Orden [1],

9. des Vergehens der Beichtväter, welche den Beichtkindern die Namen der Mitschuldigen (des s. g. *complex*) abfragen und ihnen bei der Weigerung der Nennung derselben die Absolution vorenthalten, und derjenigen, welche eine solche Praxis durch Wort oder Schrift für erlaubt erklären oder vertheidigen [2]. Die Pflicht trifft alle diejenigen, welche wissen, dass ein Beichtvater eine solche Praxis übt oder dass Jemand die gedachte Praxis für erlaubt erklärt [3], jedoch sind die Pönitenten davon ausgenommen, wenn sie sich gleichzeitig dabei selbst denunziren müssten. Auch tritt die Denunziationspflicht nicht ein, wenn der Beichtvater die Absolution nur aus Unwissenheit, ohne irgend welches hartnäckiges Festhalten an der Erlaubtheit der verbotenen Praxis verweigert [4]. Die Anzeige ist innerhalb der von den Inquisitionsbehörden festgesetzten Frist [5], und zwar bei den in den Edikten derselben angedrohten Strafen zu erstatten [6].

10. Weiter gehört hierher die Anzeigepflicht in Betreff der s. g. *sollicitatio ad turpia* [7]. Nachdem zunächst Gregor XV. [8] nur die Beichtväter verpflichtet hatte, ihre Beichtkinder zur Denunziation der Priester, welche das gedachte Verbrechen gegen sie verübt hatten, zu veranlassen, ist erst durch das oben S. 849 angeführte Edikt v. 1677 die Unterlassung der Anzeige unter die Strafe der Exkommunikation l. s. gestellt [9], und diese ist durch die const Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 als eine

muss, und weiter die, dass dies zu geschehen hat, selbst wenn Jemand nur veranlasst ist, eine solche Begehung zu vermuthen. Von den angedrohten Strafen (s. Bd. I. S. 351) ist die päpstlich reservirte Exkommunikation l. s. in Folge der const. Pius' IX. v. 1869 entfallen.

[1] Clemens VIII.: Nullus omnino 1601 §. 22, b. T. 10, 665: „Ut omnis officiorum ambitus occasio praecludatur, caveant omnes a directa vel indirecta vocum seu suffragiorum procuratione, tam pro se ipsis quam pro aliis, tum in capitulis locorum, tum in caeteris, praesertim generalibus capitulis aut congregationibus seu alibi. Quicumque secus fecerint, praeter alias poenas et censuras hactenus contra huiusmodi ambientes inflictas . . . in poenam privationis officiorum quae obtinent, eo ipso incidant et ad futura quaecumque pariter inhabiles habeantur, super quo cum eis dispensari a nemine possit nisi a nobis vel successoribus nostris et pro qualitate culparum gravius etiam plectantur. Porro supradictas omnes poenas ad complices ac simpliciter scientes et non revelantes extendimus."

[2] Vgl. Benedikt XIV.: Suprema 1745 (für Portugal), Ubi primum 1746 (hier Ausdehnung auf die ganze Kirche) u. Ad eradicandum 1746, b. Ben. 1, 239 u. 2, 25. 26, s. auch Bd. IV. S. 122 n. 1; const. Pii IX.: Apostolicae 1869, exc. l. s. rom. pont. reserv. n. 1.

[3] Benedikt XIV.: Ubi primum 1746 cit.: „Quicumque vero alium quemlibet ex supradictis modis deliquisse cognoverit, eum intra terminum dierum in edictis s. Officii eiusmodi inquisitionis praefigi solitum eidem sancto officio denunciare teneantur, alioquin poenas non denunciantibus per eadem edicta infligi consuetas incurrant. Verumtamen ab huiusmodi onere denuntiandi iustis de causis eximi volumus et eximimus personam ipsam poenitentem dumtaxat in causa propria, i. e. in casu, quod suum peccatum confitens, a confessario adigatur ad sibi manifestandum nomen complicis in eodem peccato, tunc enim poenitentem huiusmodi ab obligatione eundem confessarium denunciandi liberamus. Sed quando aliunde, quam ex propria confessione noverit confessarium aliquo ex superius enumeratis et sancto officio denunciandis modis deliquisse, tunc eum et ipse denunciare ex ista aliunde habita notitia teneatur. Quodsi confessarii de complicis nomine perperam interrogantis absolutionemque, ni sibi detegatur, denegantis actum contingat eiusmodi esse, ut quamvis imprudens et malus, simplex tamen quidam et nudus actus fuerit, i. e., iis circumstantiis destitutus, quae de prava credulitate vel de mala adhaesione ad praxim . . . reprobatam, tamquam ad licitam, eumdem confessarium suspectum reddant, tunc istiusmodi delictum neque denunciationis oneri neque s. officii praedicti cognitioni subiectum erit, sed de illo cognoscere atque in delinquentem confessarium per suspensionem ab audiendis confessionibus vel alias canonicas et legitimas poenas pro delicti modo animadvertere ad locorum ordinarios in sua cuiusque dioecesi omnino spectabit."

[4] S. die vor. Anm.

[5] S. 849 n. 5.

[6] S. 849. Vgl. übrigens hierzu noch (A.-) Pennacchi 1, 476 und Heiner, Censuren S. 140.

[7] S. 569 n. 4.

[8] Universi 1622 §. 7, b. Taur. 12, 730.

[9] S. 849 n. 4 (no. 7). Dagegen hat Benedikt XVI.: Sacramentum 1741 §. 2, b. Bened. 1, 22, nur die Anordnung Gregors XV. unter näherer

nicht reservirte Censur zwar aufrechterhalten, aber doch in folgender Weise beschränkt worden [1]:

Verpflichtet zur Denunziation sind jetzt nur diejenigen Beichtkinder, welche selbst von einem Priester sollizitirt worden sind [2], und zwar innerhalb eines Monates [3] von der erlangten Kenntniss der Verübung des Verbrechens [4]. Die Anzeige ist persönlich auf Eid zu erstatten und zwar beim Bischof oder seinem Delegaten in Gegenwart eines dabei als Notar fungirenden Geistlichen unter Angabe und Unterschrift des Namens [5]. Von der Exkommunikation ist die verpflichtete Person allein dann frei, wenn sie keine Nachlässigkeit oder keine Schuld trifft, d. h. also, wenn sie entweder keine Kenntniss von der in Frage stehenden Verpflichtung oder der auf die Verletzung der Pflicht gesetzten Strafe oder der Länge der Anzeigefrist besitzt [6], ferner wenn sie nicht weiss, dass die von dem Beichtvater begangenen Handlungen das betreffende Verbrechen darstellen, oder nicht sicher darüber ist, ob dieselben den Thatbestand des letzteren bilden [7], schliesslich wenn sie die Pflicht nicht ohne schwere Belästigung erfüllen kann [8].

11. Endlich kommt noch der schon o. S. 774 besprochene Fall der Denunziationspflicht in Betreff der Häupter verbotener Sekten [9] in Frage [10].

Präzisirung ihres Inhaltes bestätigt, und die Verweigerung der Absolution an solche Pönitenten, welche von dem gedachten Vergehen Kenntniss haben, bis nach erstatteter Anzeige oder nach abgelegtem Gelöbniss der baldmöglichsten Erstattung derselben vorgeschrieben. Eine Erörterung über das Verhältniss dieser Anordnung zu dem gedachten Edikt erübrigt sich in Folge der in der folgenden Anm. citirten Vorschrift.

[1] Exc. l. s. nemini reserv. n. IV: „Negligentes sive culpabiliter omittentes denunciare infra mensem confessarios sive sacerdotes a quibus sollicitati fuerint in quibuslibet casibus expressis a praedecessoribus nostris Gregorio XV. const. Universi 20. Augusti 1622 et Benedicti XIV. const. Sacramentum poenitentiae 1. Juni 1741."

[2] Gleichviel ob sie männlichen oder weiblichen Geschlechts sind. Eine Abänderuna des früheren Rechts liegt insofern vor, als die Exkommunikation l. s. nicht mehr diejenigen trifft, welche nur Kenntniss davon haben, dass andere sollizitirt worden sind, (A.-)Pennacchi 2, 161; Heiner S. 284. Dagegen sind auch die letzteren immer noch bei Todsünde verpflichtet, die Denunziation vorzunehmen, und dürfen nicht ohne Erfüllung der S. 851 n. 9 gedachten Bedingungen absolvirt werden, s. die instructio S. Officii v. 1867 n. 3. 5, (A.-)Pennacchi 2, 193; Collectanea s. sedis ad usum mission. Paris. 1880. p. 252; Arch. f. k. K. R. 71, 74 u. v. 1890, Acta s. sed. 25, 451.

[3] Const. Pii IX cit.

[4] D. h. er muss darüber sicher sein, dass der Thatbestand der sollicitatio vorliegt, s. auch u. Anm. 8.

[5] Instructio 1867, cit. n. 6. 7. Ein Formular für das aufzunehmende Protokoll bei (A.-)Pennacchi 2, 199. Nur wenn die persönliche Anzeige mit zu grossen Schwierigkeiten verknüpft ist, kann der Verpflichtete seinen Ordinarius oder den Papst durch Vermittlung der Pönitentiarie oder des s. officium selbst oder brieflich oder durch eine andere Person, in eiligen Fällen auch den Beichtvater unter Darlegung der Umstände angehen, und dann soll er sich weiter gemäss den von den gedachten Behörden ertheilten Anweisungen oder der ihm vom Beichtvater gegebenen Rathschläge verhalten.

[6] Denn in allen diesen Fällen fällt dem Pflichtigen keine Nachlässigkeit oder culpa zur Last, vgl. (A.-)Pennacchi 2, 162; Heiner S. 284.

[7] Hier gilt das in der vor. Anm. Gesagte.

[8] Z. B. wenn in den Missionsgegenden die sollizitirte Frau die Inquisitoren oder die anderen Kirchenoberen nicht ohne eine solche, z. B. eine längere Reise, angehen kann, (A.-)Pennacchi 2, 164, vgl. ferner ibid. p. 162 u. Heiner S. 283. Fallen aber diese Gründe fort, so ist die Anzeige später, gleichviel wie lange Zeit seit der erfolgten Sollizitation verflossen ist, und gleichviel ob sich der sollizitirende Priester gebessert hat, zu erstatten. Die Frist berechnet sich von dem Augenblick ab, in welchem der Pflichtige die erforderliche Kenntniss erhalten hat oder der Hinderungsgrund fortgefallen ist, s. auch (A.-)Pennacchi 2, 166 ff.

[9] Pius VII.: Ecclesiam 1821, Leo XII.: Quo graviora 1825; Gregor XVI.: Inter praecipuas 1844 und const. Pii IX.: Apostolicae, s. S. 773 n. 7 ff. u. S. 773 n. 11.

[10] Von älteren partikularrechtlichen Bestimmungen kommen nur in Betracht Toledo 1473 c. 29, Hardouin 9, 1515 (Synodalzeugen, vgl. Bd. III, S. 646 n. 1, s. auch S. 592 n. 6 u. S. 660 n. 8, u. promotores fiscales, welche ihrer eidlich zu bekräftigenden Pflicht, kirchliche Vergehen dem Ordinarius anzuzeigen, aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit nicht genügen oder den Schuldigen Strafen erlassen oder mit ihnen darüber paktiren, exc. i. f. und andere arbiträre Strafen); Tours 1583 c. 20, Hardouin 10, 1436. 1437,

§. 329. tt. *Andere Vergehen.*

1. Während der Hochverrath in dieser Zeit lediglich vereinzelt durch die kirchliche Partikulargesetzgebung mit Strafe bedroht worden ist[1], hat die päpstliche Gesetzgebung allein ein von der Synode von Konstanz entworfenes, aber nicht mehr zur ordnungsmässigen endgültigen Beschlussfassung gebrachtes Dekret[2], welches die Lehre von der Erlaubtheit des Tyrannenmordes für häretisch und die hartnäckigen Anhänger und Vertheidiger dieser Lehre den Strafen der Ketzerei verfallen erklärt[3], unter besonderer Androhung der Strafe der exc. l. s. bestätigt[4].

2. Weiter gehört hierher das Verbot von Angriffen auf den Orden der Jesuiten und die Konstitutionen desselben[5].

3. Endlich kommen noch einzelne, theils durch die päpstliche[6], theils durch die partikuläre Gesetzgebung bedrohte Delikte, welche sich als Disciplinarvergehen der Laien[7] in Bezug auf gewisse von ihnen eingenommene kirchliche Bedienstungen[8]

und Cambrai 1586 XV. 10. 11, Hartzheim 7, 1014, s. o. S. 752 n. 6.

[1] So durch Tarragona 1717, coll. conc. Lac. 1, 757, „circa intrusionem illegitimi principis machinari" und das „in publicis et privatis colloquiis id suadere" mit der exc. l. s.

[2] Vgl. Hefele, Concil. Gesch. 7, 343. 367; Hübler, Konstanzer Reformation S. 263; s. auch Bd. III. S. 385 n. 6.

[3] Vgl. b. T. 12, 296: „sacr. synodus ... nuper accepit, quod nonnullae assertiones ... dogmatizatae sunt inter quas haec assertio delata est: *Quilibet tyrannus potest et debet licite et meritorie occidi per quemcumque vasallum suum vel subditum, etiam per clanculares insidias et subtiles blanditias vel adulationes, non obstante quocumque praestito iuramento seu confoederatione factis cum eo, non exspectata sententia vel mandato iudicis cuiuscumque.* Adversus hunc errorem satagens haec s. synodus insurgere ... declarat, decernit, definit, huiusmodi doctrinam erroneam esse in fide et in moribus ipsamque tamquam haereticam, scandalosam et ad fraudes, deceptiones, mendacia, proditiones, periuria vias dantem reprobat et condemnat. Declarat insuper, decernit et definit, quod pertinaciter doctrinam hanc perniciosissimam asserentes, sunt haeretici et tamquam tales iuxta canonicas sanctiones sunt puniendi."

[4] Paul V.: Cura dominici 1615 §§. 1. 2, b. T. 12, 296. Die exc. ist jetzt zu einer dem Papst schlechthin reservirten geworden, s. o. S. 693. 694.

[5] Gregor XIII.: Ascendente domino 1584 §. 24, b. T. 8, 457: „Praecipimus in virtute s. obedientiae ac sub poenis excommunicationis l. s. necnon inhabilitatis ad quaevis officia et beneficia secularia et quorumvis ordinum regularium eo ipso absque alia declaratione incurrendis, quorum absolutionem nobis et successoribus nostris reservamus, ne quis, cuiuscumque status, gradus et praeeminentiae existat, dictae societatis institutum, constitutiones, vel etiam praesentes, aut quemvis earum vel supradictorum omnium articulum vel aliud quid supradicta concernens, quovis disputandi vel etiam veritatis indagandae quaesito colore directe vel indirecte impugnare vel eis contradicere audeat, districtius inhibentes, ne quis sive extra sive intra dictam societatem, nisi de illius generalis aut inferiorum praepositorum licentia notationes, declarationes, glossas vel scholia ulla super praemissis facere vel ea, nisi quantum verba ipsa sonant, interpretari aut de eis disceptare seu scrupulum cuiquam injicere vel in controversiam aut dubium revocare audeat quoquomodo, nec glossas aut interpretationes sive impressas sive scriptas ad id pertinentes legere, docere aliisque tradere, vendere vel apud se retinere praesumat." Von den hierin angedrohten Strafen ist die exc. l. s. durch die const. Pius' IX.: Apostolicae nicht aufrechterhalten worden.

Ferner mag noch auf die durch die veränderten Verhältnisse völlig bedeutungslos gewordene const. Urbans VIII.: Uberes 1641, b. T. 15, 144, hingewiesen werden, welche die päpstliche Indignation, die exc. l. s. und andere arbiträre Strafen für alle diejenigen androht, welche die an der Universität zu Bologna gelehrten Wissenschaften, ohne in das öffentliche Verzeichniss der Universität eingetragen zu sein, in der gedachten Stadt, dem Bezirk und der Legation derselben öffentlich oder im Geheimen lehren oder Vorlesungen über dieselben halten.

[6] Alexander VII.: Piae sollicitudinis 1657 §. 2, b. T. 16, 275, s. o. S. 544 n. 10 a. E. (betreffend die kirchlichen Musikmeister), s. auch Mecheln 1570 cit., S. 625 Anm. Sp. 1 unten.

[7] Allerdings konnten Stellungen der in der folgenden Anmerkung gedachten Art auch zum Theil durch Geistliche versehen werden, indessen treffen die zu erwähnenden Strafandrohungen sowohl Laien, wie auch Geistliche.

[8] Betreffend die *custodes* oder *aeditui* (Messner, Küster, s. Bd. III S. 322) Salzburg 1569 LVII. 12, Hartzheim 7, 368, s. o. S. 629 n. 11; Cambrai 1565 VII. 10, ibid. 108; Trier 1670 II. 5, ibid. 10, 71, s. o. S. 544 n. 5; vgl. auch u. S. 878 n. 6.

die bischöflichen Konsistorialbeamten

oder der kirchlichen Aufsicht unterworfene Stellungen[1] charakterisiren lassen, in Betracht.

b. Die Disciplinarvergehen der Geistlichen.

§. 330. aa. *Die Disciplinarvergehen hinsichtlich der Aufnahme in den Klerus, insbesondere hinsichtlich der Ertheilung und des Empfangs der Weihen.*

Schon im I. Band[2] ist das Erforderliche über die gemeinrechtlichen Strafvorschriften gegen den Ordinator, welcher die Tonsur an ungeeignete Personen[3], diese und die Weihen unzulässiger Weise an Irreguläre gewährt[4], gegen denjenigen, welcher beides ohne die vorgeschriebene Zuständigkeit ertheilt[5], eine derartige Ertheilung in

Salzburg 1569 XXXVIII. 8, l. c. 7, 340, s. o. S. 544 n. 10 u. S. 825 n. 7 a. E.; vgl. auch S. 852 n. 10. die bischöflichen Archivbeamten, Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 238 (Ausleihung von Schriften und Prozessakten aus dem Archiv ohne Genehmigung des Generalvikars, carcer formalis und andere arbiträre Strafen); die Advokaten, Prokuratoren und Notare bei den bischöflichen Kurien s. Salzburg 1569 XXXVIII. 8 cit., ferner Canterbury 1423, Hardouin 8, 1006 (Advokaten und Prokuratoren, welche während der Sitzung der bischöflichen Kurie sich ohne Urlaub entfernen und bei anderen Gerichten praktiziren, das erste Mal Suspension vom Amt ipso f. für einen Monat, das zweite Mal für drei Monate, dann amissio des Amtes), ibid. p. 1007 (Prokuratoren, welche nicht in Amtstracht erscheinen und die die richterlichen Dekrete nicht durch Advokaten erbitten lassen. Geldstrafe); Mailand 1582 c. 26, l. c. 10, 1130, s. o. S. 544 n. 9; Fermo 1726, coll. conc. Lac. 1, 593 (Notare und Prokuratoren, welche nicht vorschriftsmässige Inhibitorien in Appellationssachen ausfertigen, Suspension vom Amt).

[1] Betreffend die Verwalter von Hospitälern, s. Bordeaux 1583 c. 28 und Bourges 1584 XLIV c. 1. 2, Hardouin 10, 1370. 1504 (bei Nichterfüllung ihrer Pflichten, namentlich in Bezug auf die angemessene Verpflegung der Armen, kirchliche Censuren und Absetzung für immer); Mailand 1569 III. 20, l. c. p. 754. 755, s. o. S. 544 n. 12; vgl. auch u. S. 883 n. 5.
die Schullehrer, Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 151. 152 (Vernachlässigung des Unterrichts der Kinder in der Glaubenslehre seitens derselben und seitens der sich der Erziehung der Jugend widmenden Frauen, bei nicht wenigstens einmaliger Ertheilung des Unterrichts in der Woche debita poena); Avignon 1725, l. c. 1, 483 (Schullehrer, welche Knaben und Mädchen zusammen bei sich unterrichten oder unterrichten lassen, Unfähigkeit zum Lehrer-Amt);
sowie die kirchlichen Bruderschaften, vgl. Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 205 (Errichtung solcher ohne Genehmigung des Ordinarius und Gebrauch etwaiger nicht seitens des letzteren approbirter Regeln, arbiträre Strafe); Mailand 1569, III. 22, Hardouin 10, 755 (Ungehorsam gegen die Anordnungen des Bischofs in Bezug auf Angelegenheiten der Bruderschaften, arbiträre Strafe, eventuell Auflösung); Bordeaux 1624 IV. 3, l. c. 11, 69 (Nichterfüllung ihrer Zwecke, namentlich Veranstaltung von Schmausereien, Tänzen, Trinkgelagen, Nichtfernhaltung von Zank und Streit, von Blasphemieen, Auflösung und Einziehung des Vermögens für fromme Zwecke); Ravenna 1855, coll. conc. Lac. 6, 208 (Nichterfüllung der Verpflichtungen, namentlich hinsichtlich des Empfanges der Sakramente und der Verrichtung frommer Werke, sowie hartnäckig fortgesetzter, anstössiger Lebenswandel seitens einzelner Mitglieder, Ausschliessung der Schuldigen); Neapel 1699, l. c. 1, 205 (das Tragen unzulässiger und nicht genehmigter Kleider und Trachten durch die Präfekten und Ökonomen der Bruderschaft, Interdikt l. s. über das Bruderschaftsoratorium und privatio officii ipso f. für die Schuldigen).

[2] Von einer blossen Verweisung auf die entsprechenden Stellen musste ich absehen, da die const. Pius' IX.: Apostolicae sedis v. 1869, welche erst nach der Ausgabe der betreffenden Abtheilung des ersten Bandes erlassen worden ist, gerade hinsichtlich der Strafbestimmungen manche Änderungen gemacht hat, und wenngleich auf diese noch in den Nachträgen Bd. I. S. 633. 634 verwiesen werden konnte, doch einzelne derselben hier noch näher zu besprechen sind.

[3] Bd. I. S. 107 n. 5 u. S. 634 zu dieser Stelle. Die Ausstellung nicht korrekter Atteste durch die zur Prüfung der Ordinanden bestellten bischöflichen Deputirten bedroht Neapel 1689, coll. conc. Lac. 1, 190, mit arbiträrer Strafe.

[4] Bd. I. S. 103. 104, doch ist in Betreff der simonistischen Ertheilung der Ordination die o. S. 710. 711 gedachte Änderung eingetreten.

[5] S. 99. 100. Die hier erwähnte auf Trid. Sess. XXIII. c. 8 de ref. beruhende Strafe der suspensio a collatione ordinum ist durch die const. Pii IX. nicht beseitigt, vgl. auch (A.-) Pennacchi 2, 432. 458, wohl aber die für die Ertheilung der Tonsur durch c. ult. in VI de tempor. ord. I. 9

einer anderen Diöcese oder an einem exemten Orte ohne Erlaubniss des kompetenten Oberen[1] oder, obwohl er ausnahmsweise keiner Dimissorien bedarf, eine Ordination ohne Beibringung der erforderlichen *testimoniales* vornimmt[2], bemerkt.

Weiter gehören hierher die Strafandrohungen

wegen nicht ordnungsmässiger Ausstellung von Dimissorien für die Weihekandidaten[3],

wegen der unter Verletzung der Vorschriften über den Ordinationstitel ertheilten Weihen[4],

wegen Nichtbeobachtung der Reihenfolge[5] und der Interstitien bei der Ordination[6] und der Vorschriften über den Ort derselben[7] sowie

wegen Anwendung von Zwang gegen den Weihekandidaten durch den Bischof[8].

angedrohte susp. l. s. von der Gewährung derselben auf ein Jahr, l. c. p. 459. Vgl. auch unten Anm. 4.

[1] Bd. I. S. 100 n. 11. Das citirte Trid. Sess. VI. c. 5 de ref. ist noch in Kraft, s. auch (A.-) Pennacchi 2, 432. 437, ebenso Sess. XIV. c. 2 de ref., l. c. p. 432. 444 (betreffend die Titularbischöfe, welche die für sie bestehenden Vorschriften nicht innehalten).

Während die Strafe für die Bischöfe Italiens, welche einen Ultramontanen vorschriftswidrig weihen, entfallen ist, da die betreffende Suspension in der cit. const. Pius' IX. nicht erwähnt wird, hat die letztere unter den suspensiones n. 7 (o. S. 603 n. 10 u. Bd. I. S. 634) in Anhalt an die Bd. I. S. 96 n. 7 u. 11 angeführten früheren Bestimmungen und unter einigen Modifikationen derselben für Bischöfe die dem Papste reservirte suspensio ab usu pontificalium l. s. auf ein Jahr aufrecht erhalten, 1. wenn sie auswärtigen Weltgeistlichen, welche sich über vier Monate in Rom aufhalten, während der Zeit dieses Aufenthaltes beim Nichtvorliegen eines der Kompetenzgründe des domicilium oder des beneficium oder des servitium triennalis (Bd. I. S. 89. 90; (A.-) Pennacchi 2, 418; Heiner S. 343) ohne vorgängige Erlaubniss des Kardinalvikars von Rom oder ohne Ablegung eines vor demselben [abzuhaltenden Examens selbst beim Vorhandensein von Dimissorien des zuständigen Bischofs oder selbst bei vorliegender Kompetenz im Fall des Nichtbestehens der gedachten Prüfung, ferner 2. wenn sie den zu einem der sechs suburbikarischen Bisthümern gehörigen Klerikern selbst auf Grund von Dimissorien des zuständigen Bischofs ausserhalb ihrer Diöcese — weil die letzteren nur auf den Kardinalvikar von Rom gegeben werden sollen — eine niedere oder höhere Weihe (nicht die Tonsur) ertheilen oder 3. wenn sie einem der zuletzt gedachten Geistlichen eine der h. Weihen geben, ohne dass dieser vorher zehntägige geistliche Exerzitien in dem Hause der Missionspriester (Lazaristen auf Monte-Citorio zu Rom) gehalten hat.

[2] Die Trid. Sess. XXIII. c. 8 de ref., vgl. Bd. I. S. 97, angedrohte suspensio a collatione ordinum per annum ist durch die const. cit. aufrechterhalten, (A.-) Pennacchi 2, 437. Die letztere setzt l. c. n. 3 (s. o. S. 604 n. 3 u. Bd. I. S. 634) die dem Papst reservirte susp. ab ordinum administratione l. s. auf ein Jahr für denjenigen Ordinator fest, welcher, obwohl er an sich zuständig ist, einem ihm untergebenen Kleriker, wenn sich der letztere so lange (dazu reichen nach congr. conc. 1893, Acta s. sed. 26, 428, schon drei Monate aus) an einem anderen Orte aufgehalten hat, dass er sich dort ein kanonisches Hinderniss zuziehen konnte (vgl. Bd. I. S. 42), ohne testimoniales des Ordinarius des betreffenden Ortes eine Weihe (nicht die Tonsur) ertheilt (vgl. dazu auch Arch. f. k. K. R. 60, 245), eine Strafbestimmung, welche (A.-) Pennacchi 2, 371 nicht richtig auch auf alle ausdehnt, welche das Recht haben, den eigenen Klerikern Dimissiorien auszustellen (Bd. I. S. 94 ff.), da die const. lediglich die ordinantes bedroht. Vgl. auch Heiner S. 329.

[3] S. die in Betreff der Äbte und exemten Prälaten sowie der Kapitel, bez. des Kapitularvikars in Geltung gebliebenen Anordnungen des Trid. Sess. XXIII. c. 10 de ref. u. Sess. VII. c. 10 de ref.; (A.-) Pennacchi 2, 432. 461. 468. 525.

[4] 1. Wegen des ersten hier in Frage kommenden Falles s. o. S. 711 u. Bd. I. S. 80 n. 2. Weiter wird durch Pius' IX. const. cit. l. c. n. 3 (Bd. I. S. 634) 2. die päpstlich reservirte susp. ab ordinum collatione auf ein Jahr dem Ordinator angedroht, wenn er einem ihm nicht untergebenen Kleriker auf Grund des Umstandes, dass er ihm ein nicht ausreichendes Benefizium übertragen hat oder sofort zu übertragen beabsichtigt, ohne die Dimissorien des zuständigen Bischofs eine Weihe ertheilt; 3. durch die ebengedachte const. l. c. n. 4 (Bd. I. S. 632) dieselbe Strafe (in Anhalt an die Bd. I. S. 75 n. 6 citirte const. Pius' V.: Romanus pontifex 1568), wenn der Ordinator einem Religiosen vor der definitiven Professablegung oder einem einer Kongregation ohne feierliche Gelübde angehörigen Quasi-Religiosen ohne Vorliegen eines titulus beneficii oder patrimonii, abgesehen von dem Falle eines besonderen darauf gehenden Privilegiums, einen höheren Weihegrad spendet, vgl. dazu noch Arch. f. k. K. R. 69, 130. 350 u. 70, 467; Acta sed. 25, 312, Zeitschr. f. k. K. R. N. F. 4, 97, sowie (A.-) Pennacchi 2, 385; Heiner S. 332.

[5] Bd. I. S. 112.

[6] S. a. a. O. S. 113 u. S. 634.

[7] S. a. a. O. S. 115.

[8] S. a. a. O. S. 111 n. 2.

Sodann kommen als Disciplinarvergehen die verschiedenen Arten des ordnungswidrigen Empfanges der Weihen in Betracht. Strafen sind in dieser Beziehung festgesetzt für diejenigen [1], welche sich irgend einen Weihegrad [2] von einem mit Nennung seines Namens als exkommunicirt, suspendirt [3] oder interdicirt verkündeten Ordinator oder von einem notorischen Ketzer oder Schismatiker [4] wissentlich und willentlich [5] haben geben lassen, ferner für diejenigen, welche die Übertragung der Weihen von einem nicht zuständigen Bischof ohne Dimissorien oder unter Verletzung der in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften [6] oder von dem kompetenten Bischof, aber in einer fremden Diöcese ohne Erlaubniss des Ordinarius derselben [7], oder ohne die erforderlichen testimoniales [8] oder auf Grund ordnungswidrig seitens eines Weihbischofs [9] oder auf Grund unberechtigter Weise ausgestellter Dimissorien eines Kapitels, bez. eines Kapitularvikars empfangen haben [10].

Von weiteren Disciplinarvergehen der Ordinanden gehören hierher die Entgegennahme von Weihen unter Verletzung der Vorschriften über den Weihetitel [11],

Was das frühere Partikularrecht betrifft, so hat dasselbe in Bezug auf die besprochenen Verstösse selten besondere Vorschriften aufgestellt, s. aber Paris 1429 c. 8, Hardouin 8, 1042, s. S. 586 n. 2, und Toledo 1473 c. 3, l. c. p. 1504, S. 604 n. 5.

[1] Const. Pius' IX. cit. susp. l. s. rom. pont. res. n. 6, s. o. S. 604 n. 9 a. E. u. Bd. I. S. 364 zu S. 84 n. 2.

[2] Einschliesslich des Weihegrades des Bischofs, wenngleich dies nicht unbestritten ist, vgl. darüber (A.-)Pennacchi 2, 408. Die Weihe muss aber gültig ertheilt und empfangen sein, denn anderenfalls kann die angedrohte Strafe der päpstlich reservirten Suspension l. s. von dem empfangenen Weihegrade keine Wirkung äussern, l. c. 2, 412; Heiner S. 341, weshalb die von anglikanischen Bischöfen geweihten Kandidaten, s. Bd. I. S. 84. 85, nicht der Censur verfallen.

[3] Und zwar entweder blos von der Kollation der Weihegrade oder in der Weise generell, dass er wie bei einer suspensio ab ordine oder ab officio oder a munere pontificali (s. o. S. 595. 600) nicht berechtigt ist, Ordinationen vorzunehmen, vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 408.

[4] Bei diesen ist also die namentliche Verkündung nicht erforderlich, es genügt die Notorietät, welche heute in Betreff der altkatholischen Bischöfe als zweifellos vorhanden anzunehmen ist.

[5] Dies ergiebt sich aus den Worten der const. l. c. „ordinem recipere praesumpserunt". Bestand bei dem Ordinirten ein Zweifel in Betreff der gedachten Eigenschaften des Ordinators, so trifft ihn die Suspension nicht, ebensowenig, wenn die Unwissenheit eine crassa oder supina oder affectata war (d. h. wenn absichtlich alle zur Aufklärung dienenden Informationen unterlassen sind), (A.-)Pennacchi 2, 412, denn, wenn auch darüber Streit herrschte, s. a. a. O. und gegen Pennacchi l. c. Heiner S. 341, so wird doch durch das: „praesumpserunt" Vorsatz, also positive Kenntniss der nothwendigen Thatbestandsmerkmale erfordert. Dagegen spricht auch nicht der Schlusssatz der const. n. 6 cit. Dieser lässt allerdings nur im Fall der bona fides bei derartigen Weihen eine vom Ordinarius, s. c. 1. 2 X de ordin. ab episc. I. 13, vgl. (A.-)Pennacchi 2, 413; Heiner S. 339. 341, zu behebende Unfähigkeit zur Ausübung des empfangenen Weihegrades eintreten. Da dies aber blos eine Folge der dem Ordinator mangelnden, ihn zur Ertheilung der Ordination berechtigenden Jurisdiktion ist, es sich also dabei weder um eine Strafe noch Censur handelt, so tritt diese Unfähigkeit in allen gedachten Fällen ein, und ist deshalb auch nicht für die Fälle abgeschafft, dass die Weihe von einem nicht namentlich als mit den gedachten Censuren belegt verkündeten, sowie einem schismatischen deponirten, degradirten oder resignirten Bischof empfangen worden ist, vgl. ausser den citirten Stellen noch c. 108 (Piacenza 1095) C. I qu. 1; Heiner S. 340.

[6] Bd. I. S. 98 u. Trid. Sess. XIV. c. 2 de ref., s. S. 855 n. 1 u. ibid. c. 3.

[7] Bd. I. S. 99 u. Trid. Sess. VI. c. 5 de ref., s. S. 855 n. 1. Die in Rom sich länger als vier Monate aufhaltenden Weltgeistlichen und die den sechs suburbikarischen Bisthümern angehörigen Kleriker, welche sich ohne Beobachtung der S. 855 n. 1 gedachten Vorschriften haben ordiniren, bez. einen höheren ordo geben lassen, trifft nach der dort cit. const. die susp. l. s. von dem vorschriftswidrig empfangenen ordo bis zur Aufhebung derselben durch den apostolischen Stuhl.

[8] Trid. Sess. XXIII. c. 8 de ref., s. S. 855 n. 2, welches die Strafe der susp. l. s. von dem erhaltenen Ordo bis zur Aufhebung durch den ordinarius proprius androht.

[9] Trid. Sess. XIV. c. 2 de ref. (dieselbe Strafe, wie in Anm. 8), vgl. a. a. O.

[10] Trid. Sess. VII. c. 10 de ref., s. S. 855 n. 3 u. Bd. I. S. 99. In Betreff der Regularen, s. a. a. O. n. 2, ist aber die suspensio ipso iure, da sie durch die const. Pius' IX. nicht erwähnt wird, fortgefallen. Die Erschleichung von Dimissorien bedroht Salzburg 1569 XXIX. 3. 4, S. 630 n. 2 u. 6.

[11] Die Bd. I. S. 79. 80 erwähnte Strafe für die

über die Reihefolge der einzelnen Weihegrade[1], über die Interstitien zwischen denselben[2] und über die Zeit der Ertheilung der Ordination[3], und endlich die s. g. *usurpatio ordinis*, d. h. die Ausübung von Funktionen des Ordos, ohne Besitz des für dieselben erforderlichen Weihegrades[4].

§. 331. bb. *Die Disciplinarvergehen gegen die die Organisation betreffenden Bestimmungen.*

Gemeinrechtlich gehört hierher einmal die Ausübung der Pontifikalien[5] durch einen Bischof in einer fremden Diöcese ohne Erlaubniss des Ordinarius des betreffenden Ortes und selbst bei Ertheilung einer solchen hinsichtlich anderer als der seiner Zuständigkeit unterworfenen Personen[6], welche mit der *suspensio l. s. ab exercitio pontificalium*[7] bedroht ist[8], oder eine derartige Ausübung durch einen Titularbischof ohne Gestattung des Ordinarius seines Residenz- oder Aufenthaltsortes und auch mit einer

Erschleichung der Weihe ist durch die cit. const. v. 1869 (danach S. 633 a. a. O. zu berichtigen) fortgefallen, s. auch v. Scherer, Hdbch. d. K. R. 1, 368, und ebensowenig ist in dem S. 855 n. 1 no. 3 gedachten Fall dem Ordinanden eine bestimmte Strafe angedroht. Gemeinrechtlich kann deshalb nur mit arbiträrer Strafe, also auch mit der suspensio ab ordine fer. sent., eingeschritten werden.

Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 29, setzt auf die Erschleichung der Weihe mittelst Fingirung eines titulus patrimonii in Übereinstimmung mit der gemeinrechtlichen Lehre die susp. l. s. ab ordine suscepto und ausserdem auch die Unfähigkeit, andere ordines zu erlangen, Neapel 1699, l. c. p. 190, gleichfalls die erstere Strafe, während Toulouse 1590 II. 7, Hardouin 10, 1803, bei Leihung eines Titels (d. h. der nöthigen Vermögensstücke) den Kandidaten und den Leiher mit der exc. bedroht.

Strafbestimmungen gegen eigenmächtige Veräusserung des titulus patrimonii enthalten Narbonne 1551 c. 8, s. S. 589 n. 13, Neapel 1699 l. c. (zugleich auch gegen den eigenmächtigen Verzicht darauf, hier susp. l. s. ab ordine, welche aber irrthümlicher Weise auf die canones, d. h. c. 37 X de sim. V. 3 u. Trid. Sess. XXI. c. 1, s. auch Bd. I. S. 80 n. 1, zurückgeführt wird).

[1] Die auch bei Schuldlosigkeit eintretende suspensio ipso facto von dem unrechtmässig erhaltenen Ordo, Bd. I. S. 111, hat keine Aufnahme in die const. Pius' IX. gefunden und kann auch nicht wegen Trid. Sess. XXIII. c. 14 de ref., welches allein das Dispensationsrecht des Bischofs anerkannt hat, als eine durch das Tridentinum festgesetzte, also nach der const. cit. aufrechterhaltene Suspension betrachtet werden, so richtig gegenüber den abweichenden Ansichten (A.-)Pennacchi 2, 472. Wenn derselbe aber weiter ausführt, dass demnach die Suspension, soweit sie eine Censur bildet, fortgefallen, soweit sie sich als Strafe darstellt, in Geltung geblieben ist, so erscheint dies irrig, denn den Charakter einer Censur hat auch diese Suspension nach dem bisherigen Recht nicht gehabt, ebensowenig auch den einer poena vindicativa, da sie den schuldigen und unschuldigen gleichmässig trifft, sondern nur eine wegen der unregelmässigen Erlangung der Weihegrade für jeden festgesetzte Inhabilität, dieselben erlaubter Weise auszuüben, bildet. Da die const. Pius' IX. nur das bisherige Recht in Betreff der Censuren und der Suspension in ihrer Eigenschaft als Censur und Strafe abändert, s. o. S. 657, so ist die hier in Frage stehende Suspension nicht von derselben berührt, also in Kraft belassen worden.

[2] Bd. I. S. 113. Jetzt kann diese in allen Fällen nur arbiträr bestraft werden. Da die für einzelne desselben angedrohte suspensio ipso facto, s. a. a. O. n. 8, durch die const. Pius' IX. nicht aufrechterhalten ist, s. auch a. a. O. S. 634.

[3] Die hierfür angedrohte susp. l. s. von den empfangenen h. Weihen, s. const. Pius' II.: Cum ex sacrorum 1461 §. 2, b. T. 5, 165, welche auch Mailand 1572 c. 10, Hardouin 10, 777, in Bezug nimmt, vgl. auch Bd. I. S. 114. 634, ist ebenfalls durch die const. Pius' IX. beseitigt.

[4] S. o. S. 569 n. 3 u. S. 762 n. 6.

Nicht hierunter fallen die ordinirten Mönche, welche nach abgeleisteter definitiver Profess wegen Unverbesserlichkeit aus ihrem Orden ausgestossen sind. In Betreff dieser bestimmt nach dem Vorgange des von Urban VIII. bestätigten Dekrets der congr. conc. v. 1624, b. T. 13, 202, die const. Pius' IX.: Apostolicae susp. l. s. pont. res. n. 5 (S. 604 n. 8), dass sie, so lange sie ausserhalb des Ordens leben, der dem Papst vorbehaltenen Suspension von ihren Weihegraden unterliegen. Vgl. dazu des näheren (A.-)Pennacchi 2, 389 u. Heiner Censuren S. 335.

[5] Bd. II. S. 40.

[6] A. a. O. S. 43.

[7] S. 602.

[8] Trid. Sess. VI. c. 5, s. o. S. 855 n. 1.

solchen hinsichtlich anderer als der demselben unterstehenden Personen[1], auf welche verschiedene arbiträr zu verhängende Strafen gesetzt sind[2].

In Betreff sonstiger Übergriffe der Bischöfe und Kirchenoberen durch Ausübung von anderen Amtshandlungen in fremden Sprengeln und für fremde Diöcesen sind keine neueren, gemeinrechtlichen Strafbestimmungen erlassen[3].

Dasselbe[4] gilt auch von der ordnungswidrigen Zulassung von fremden Klerikern in anderen Diöcesen zum Amtiren.

Dagegen hat das Tridentinum[5] jeden Geistlichen, welcher ohne Vorwissen des Bischofs seinen Amtssitz dauernd verlässt[6], mit der suspensio ab ordine[7] bedroht[8].

[1] Pius IV.: Cum sicut 1562 §. 2, b. T. 7, 198, und nach der Deklaration desselben: Alias emanarunt 1563 §. 2, ibid. p. 199, ferner ohne Genehmigung des gedachten Ordinarius hinsichtlich der in die Diöcese desselben mit Erlaubniss ihres eigenen Ordinarius oder Superior gekommenen fremden Personen. Das Trid. Sess. XIV. c. 2 de ref. hat aber die S. 855 n. 1 u. Bd. I. S. 100 n. 11 gedachten besonderen Vorschriften über die Ertheilung der Weihen und der Tonsur durch solche Bischöfe erlassen. Insoweit kommt also die cit. const. Pius' IV. nicht mehr in Betracht, während sie hinsichtlich der Ausübung der sonstigen Pontifikalien nicht für aufgehoben erachtet werden kann.

Wenn man die von Pius V., s. Bd. II. S. 179 n. 4 u. S. 180, gegebene Anordnung, dass der Titularbischof ausserhalb der Diöcese des Bischofs, welchem er als Suffragan- (Weih-) Bischof zugewiesen ist, die Pontifikalien nur mit päpstlicher Erlaubniss ausüben darf, als massgebend erachtet — dagegen Kohn i. Arch. f. k. K. R. 46, 215 u. v. Scherer Hdbch. d. K. R. 1, 599 n. 12, unter Berufung auf eine Entsch. d. congr. conc. v. 1626, trotzdem dass Benedikt XIV., s. Bd. II. S. 179 n. 4, eine dem entsprechende Praxis konstatirt — so treffen die von Pius IV. erlassenen Bestimmungen auf den hier fraglichen Fall nur da zu, wo in Folge eines Gewohnheitsrechtes, s. Kohn a. a. O., statt der päpstlichen allein die bischöfliche Erlaubniss gefordert wird.

[2] Während Pius IV.: Cum sicut cit. §. 3 die susp. l. s. ab ex. pont. als Strafe festsetzt, bedroht dagegen die angeführte Deklaration das Zuwiderhandeln (§. 3) mit der susp. a divinis, der Exkommunikation und weiteren arbiträren Strafen, indem §. 2 zugleich die Bischöfe und deren Vikarien als ein für alle Mal dazu bestellte päpstliche Delegaten anweist, gegen die Titularbischöfe mit der Suspension von ihren Weihegraden und bei Hartnäckigkeit mit der Privation ihrer etwaigen Benefizien, arbiträren Geldstrafen und der Ausweisung aus der Diöcese, einschliesslich der innerhalb des Umfanges oder an den Grenzen derselben gelegenen Klöster und exemten Orte vorzugehen.

Von partikularrechtlichen Vorschriften vgl. noch Salzburg 1418 c. 17, S. 586 n. 2; Narbonne 1609 c. 20, Hardouin 11, 21, S. 629 n. 11.

[3] Von älteren kommt in Frage c. 6 C. IX qu. 2, s. o. S. 239 n. 5; vgl. auch Bd. II. S. 43 ff.

[4] Denn Trid. Sess. XXIII. c. 16 de ref., welches die Zulassung fremder Kleriker ohne litterae commendatitiae des Ordinarius verbietet, droht keine Strafe an. Die älteren Strafbestimmungen bieten c. 4 (Chalcedon) Dist. LXXI u. c. 1 (Trullanum 692) C. XXI qu. 2, s. S. 239 n. 4; Bd. III. S. 312.

Was das Partikularrecht betrifft, so kommen in Frage Toledo 1473 c. 4, S. 625 Anm. Sp. 1 (Geldstrafe); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 574 (Zulassung fremder Priester durch Prälaten, Archidiakonen, Dekane und Pfarrer zur Sakramentsverwaltung oder zu anderen Amtshandlungen ohne Zeugniss des Erzbischofs oder des zuständigen Ordinarius oder Offizials, Exk.); Narbonne 1551 c. 13, S. 629 n. 11 (Gefängniss); Salzburg 1569 XXIX. 1, Hartzheim 7, 311 (Archidiakone, Offiziale und Ruraldekane, welche fremde Geistliche ohne die erforderliche Prüfung zu den erwähnten Handlungen zulassen, privatio officii und Entziehung ihrer sonstigen Fakultäten, sowie andere arbiträre Strafe und Ausweisung aus der Diöcese für immer); Mecheln 1570 c. 8, S. 624 n. 9 (Geldstrafe); über einen besonderen Fall s. noch Mailand 1569 II. 3, S. 604 n. 7.

Ferner untersagen in Anhalt an Clem. 2 de poen. V. 9, s. S. 239 n. 9, welche Trier 1423 c. 5, Hartzheim 5, 226, republizirt und auf welche Sens 1460/1485 II. 9, Hardouin 9, 1534. 1535, hinweist, das Zulassen von Quästuariern — über deren Beseitigung s. o. S. 720 — durch Pfarrer oder Kapläne ohne die vorgeschriebene Erlaubniss York 1466, Hardouin 9, 1482 (Geldstrafe); Toledo 1473 c. 13, ibid. p. 1509 (Geldstrafe); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 576 (Exk.) sowie das unzulässige Gestatten von Predigten der Quästuarier Toledo cit. (Prälaten susp. ab ingressu ecclesiae l. s. für einen Monat, ihre Vikare und Offiziale susp. ab officio l. s. auf ein Jahr); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 576 (das Nichtanhalten von Quästuariern, welche verdächtige Schreiben bei sich führen, durch die Pfarrer, Exk.).

[5] Sess. XXIII. c. 16 de ref.

[6] Namentlich auch die Diöcese, um sich in eine andere zu begeben.

[7] Das bedeutet das: „ei sacrorum exercitium interdicatur".

[8] In Anhalt daran belegt New-Orleans 1860, coll. conc. Lac. 3, 255, Priester, welche auf den Missionstitel geweiht oder eidlich für immer an eine bestimmte Diöcese gebunden sind, wenn sie ihre Mission ohne Wissen des Bischofs verlassen,

Ferner ist ausser den früheren, die unzulässige Vermischung der Riten betreffenden Bestimmungen [1] durch die päpstliche Gesetzgebung das Celebriren griechischer Priester nach lateinischem und lateinischer Priester nach griechischem Ritus mit der päpstlichen Indignation und der dauernden *suspensio a divinis* bedroht worden [2].

§. 332. cc. *Die Disciplinarvergehen in Betreff der Erwerbung und Besetzung, sowie der Aufgabe von Ämtern.*

Zunächst kommen hier die Disciplinarvergehen in Betracht, welche in der Nichtbeachtung und Verletzung der Vorschriften über die Papstwahl und die Besetzung des päpstlichen Stuhles bestehen [3], und welche gegenüber dem älteren Recht [4] in Folge der näheren Durchbildung der früheren Normen eine wesentliche Vermehrung erfahren haben.

Hinsichtlich der Disciplinarvergehen bei den Prälatenwahlen, in Betreff deren das Dekretalenrecht in grösserem Umfange massgebend geblieben ist [5], wennschon die für einzelne strafbare Handlungen angedrohten Censuren und Suspensionen l. s. entfallen sind [6], ist dies, abgesehen von den zahlreichen päpstlichen Erlassen für einzelne Orden, welche sich auf den ambitus um Klosterämter beziehen [7], in geringem Masse der Fall [8].

Im übrigen ist in dieser Zeit seitens der allgemeinen kirchlichen Gesetzgebung die Erlangung von Benefizien durch unerlaubte Übertragung seitens der Laiengewalt [9], die Beschaffung von Empfehlungen der Fürsten oder der

im Falle der Hartnäckigkeit mit suspensio l. s., mögen sie selbst bereits in einem anderen Sprengel Aufnahme gefunden haben.

1 S. 240 n. 4.

2 Pius V.: Providentia 1566, b. T. 7, 473, Bd. IV. S. 429 n. 2, wiederholt Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 85.

3 Es gehören hierher const. Pius' IV.: In eligendis 1562, b. T. 7, 230, §§. 4. 20. 23. 26, s. o. S. 730 n. 4; ferner noch die in der const. Gregors XV.: Aeterni patris v. 1621, s. o. S. 661 n. 5, gedachten Vergehen, und nach Paul V.: Cum secundum 1558 §. 1, b. T. 6, 545, das in Anhalt an das ältere Recht bedrohte Verbrechen des *ambitus* um die päpstliche Würde bei Lebzeiten des regierenden Papstes, s. Bd. I. S. 274, für welches aber die päpstlich reservirte exc. l. s. durch die const. Pius' IX. v. 1869 entfallen ist, da diese nicht zu den in Betreff der Papstwahl aufrechterhaltenen Censuren, s. S. 661 n. 5, gerechnet werden kann.

4 S. 241 n. 1.

5 S. 241 n. 2.

6 Durch die cit. const. Pius' IX., welche keinen der hier in Betracht kommenden Fälle aufrechterhalten hat.

7 S. 582 Anm. Sp. 2 und die a. a. O. angeführten Strafen, von denen freilich die bald päpstlich reservirte, bald nicht vorbehaltene exc. l. s. ihre Geltung verloren hat, weil es sich dabei nicht um eine solche handelt, welche unter die durch die const. Pius' IX. aufrechterhaltenen, die innere Leitung der Orden betreffenden Censuren fällt, s. S. 661. Vgl. noch Pius V.: Pastoralis 1570, b. T. 7, 811 (bestätigt durch Clemens XI. 1708, l. c. 21, 320); Gregor XIII.: Cum nihil 1580, l. c. 8, 335 (bestätigt und erweitert durch Clemens VIII.: Religiosos 1592, l. c. 9, 560), und Paul V.: Admonemus 1608 (2 Konstitutionen l. c. 11, 457 u. 510); Paul V.: Admonemus 1619 (3 Konstitutionen l. c. 12, 450. 451. 452, zu der ersteren noch Clemens IX.: Alias 1688, b. T. 17, 639); Urban VIII.: Admonemus 1639, b. T. 14, 749; Clemens X. 1671, b. T. 8, 166.

8 Es kommen hier nur die S. 743 besprochenen const. Gregors XIII. und Innocenz' XII. in Betracht, ausserdem partikularrechtlich Salzburg 1418 c. 19, Hartzheim 5, 180 (Heranziehung der Laien bei zwiespältigen Wahlen und Besetzungen seitens des schlechter Berechtigten durch unlautere Versprechungen, exc. l. s. und Unwählbarkeit zu der betreffenden Dignität, sowie Verlust der Darlehnsklage für diejenigen, welche Darlehne dazu gegeben haben), in Betracht.

9 In Anhalt an c. 43 (Lateran. IV.) X de elect. I. 6, o. S. 241 n. 2 (auch a. a. O. n. 4), Leo X. (Lateran. V.): Regimini universali 1515 §. 11, b. T. 5, 620 (Nichtigkeit des Erwerbes und Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien bis zur Begnadigung durch den Papst).

Gebrauch solcher freiwillig gewährter Empfehlungen seitens der an die weltlichen Höfe geschickten päpstlichen Nuntien oder anderen Gesandten jeglichen kirchlichen Ranges, einschliesslich der Kardinäle, um für sich, ihre Verwandten oder ihre Vertrauten vom Papst Kardinalsstellen, bischöfliche oder kirchliche Würden oder Ämter übertragen zu erhalten[1],

die zur Erlangung eines Benefiziums päpstlicher Verleihung erforderliche Ablegung des vorgeschriebenen Examens seitens eines anderen[2],

die Nachsuchung von Benefizien päpstlicher Verleihung, welche durch Privation oder durch Begehung von Verbrechen erledigt worden oder deren Besetzungen an den päpstlichen Stuhl devolvirt sein sollen, ohne die genaue Angabe des Grundes der Erledigung[3], sowie die eigenmächtige Inbesitznahme von Benefizien und kirchlichen Ämtern unter Strafe gestellt. Was das letztere Vergehen betrifft, so hat Innocenz VIII. in Erweiterung der früheren gemeinrechtlichen Bestimmungen[4] diejenigen, welche sich nach der päpstlichen Beförderung in die Leitung oder Verwaltung von Kathedralen jeder Art und von Klöstern, auch der blos gewohnheitsmässig durch einen Prior geleiteten, einmischen oder den Besitz von Ämtern jeder Art, einschliesslich der Dignitäten, Personate, Seelsorge-Ämter, Kanonikate, Offizien und Administrationen, welche im gegebenen Falle durch den päpstlichen Stuhl verliehen werden, selbst oder durch einen anderen direkt oder indirekt, öffentlich oder geheim ergreifen, bevor die erforderlichen päpstlichen Schreiben vollständig expedirt und ausgehändigt sind, nicht nur mit den vorher festgesetzten Strafen des ipso jure Verlustes der betreffenden Kirchen, Klöster und Ämter, sowie jeglichen Anrechts auf dieselben[5], sondern auch mit der Unfähigkeit, diese, sowie andere kirchliche Benefizien künftighin zu erwerben, bedroht, und diese Strafen auch auf alle diejenigen, welche die betreffenden Geistlichen zu der Verwaltung, bez. zu dem Besitz der gedachten Kirchen und Ämter zulassen, ausgedehnt[6].

[1] Pius IV.: Etsi Romanum 1565 §. 2, b. T. 7, 369: „ne deinceps similes imperatorum, regum, reginarum, ducum aut aliorum principum saecularium commendationes, preces aut alios, etiam vocales aut in scriptis favores ad aliquas pontificias aut alias dignitates, saeculares vel regulares aut etiam cardinalatus vel alios honores et officia ecclesiastica consequendum aut sibi vel aliis consanguineis et necessariis suis quoquomodo per ipsum romanum pontificem conferenda per se vel alium seu alios directe vel indirecte quomodolibet ambire seu procurare neve illis etiam ultro sibi per principes sponte oblatis uti praesumant"; bei den ipso iure eintretenden Strafen der jetzt durch Pius' IX.: Apostolicae beseitigten Exkommunikation, Privation der bischöflichen Kirchen, Klöster, kirchlichen Würden, Benefizien, Offizien, Kommenden und Verwaltungen, der Unfähigkeit zu solchen und der ewigen Infamie.

Weiter kommen hier, soweit es sich um das verbotene Ambiren um Ämter handelt, die die Regularen betreffenden, S. 582 Anm. Sp. 2 und S. 859 n. 7 angeführten Konstitutionen in Frage, s. ferner auch in Betreff des ambitus S. 859 n. 3, denn allgemeine, denselben hinsichtlich aller Ämter umfassende Strafbestimmungen sind gemeinrechtlich nicht erlassen, Thesaurus l. c. P. II ambitus p. 84 u. beneficia p. 114, dagegen bietet Mailand 1565 II. 11, s. S. 585 n. 6, eine allgemeiner lautende Vorschrift.

[2] Nach dem Vorgang Benedikts XII. 1339, o. S. 243 n. 1, Pius IV.: Inter ceteras 1557, b. T. 6, 528, welche mit den a. a. O. gedachten Strafen, von denen die päpstlich reservirte exc. l. s. entfallen ist, diejenigen bedroht, welche „occasione beneficiorum obtinendorum se alios esse simulaverint et tamquam tales se in examine supposuerint".

[3] Paul III.: Sanctissimus 1541 §§. 4. 5, b. T. 6, 313, bedroht sie mit der Unfähigkeit, die betreffenden Benefizien zu erwerben, und mit der jetzt beseitigten dreijährigen Suspension von den besessenen Benefizien. Vgl. übrigens hierzu Bd. III. S. 160 n. 1 u. S. 162 n. 5.

[4] c. 1 in Extr. comm. de elect. I. 3, s. o. S. 243 n. 3.

[5] S. Alexander V. cit. v. 1410, a. a. O.: Ex iniuncto, b. T. 4, 654.

[6] Const.: Ad reformandum 1485 §. 4, b. T. 5, 313; vgl. auch die Bestätigung der const. Alexanders V. cit., s. vor. Anm., durch Paul IV.: Incumbentia 1556, b. T. 6, 523.

Nur zum Theil deckt sich mit diesen Anordnungen die bereits o. S. 602 n. 3 erwähnte Strafbestimmung in der const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869. Danach trifft die Suspension l. s. a beneficiorum perceptione alle Kapitel und Konvente von Kirchen und Klöstern und alle anderen, einschliesslich der zu den ersteren gehörigen Mitglieder[1], welche die mit solchen vom apostolischen Stuhle providirten[2] Bischöfe[3] oder Prälaten[4] zur Leitung und Verwaltung der betreffenden Kirchen und Klöster zulassen[5], ehe diese die päpstlichen Schreiben über ihre Provision[6] vorgelegt haben[7].

Im Zusammenhang mit dieser Vorschrift hat Pius IX. ferner 1873 angeordnet, dass 1. die Dignitäre und Kanoniker von erledigten Kathedralkirchen, welche[8] vorsätzlich einen von der weltlichen Regierung oder von einem Landesherrn zum Bischof Präsentirten oder Nominirten[9] zur Leitung oder Verwaltung des Bisthums als Verweser oder unter irgend einem anderen Namen vor der Vorlegung der erforderlichen päpstlichen Schreiben zulassen oder ihm diese gestatten oder abtreten[10], den speziell

[1] Darüber s. o. S. 602 n. 4.

[2] Gleichviel, ob der Papst dieselben seinerseits ernannt oder sie blos konfirmirt oder ihnen in Folge landesherrlicher Nomination oder Präsentation die s. g. institutio canonica ertheilt hat. Wenn Heiner, Censuren S. 318, den letzteren Fall ausnimmt, weil sich auf diesen die gleich zu besprechende const. Pius' IX.: Romanus pontifex v. 1873 beziehe, so übersieht er sowohl, dass es sich bei der letzteren um die Übernahme der definitiven Verwaltung vor jeder päpstlichen Provision handelt, als auch, dass zu den episcopi apud sedem apostolicam provisi nicht nur die konfirmirten, sondern auch diejenigen gehören, welche die institutio canonica erhalten haben.

[3] Die Streitfrage, ob unter dem Bischof ein solcher, welcher bereits die bischöfliche Konsekration oder blos ein solcher, welcher nur die Konfirmation erlangt hat, zu verstehen sei, s. darüber (A.-) Pennacchi 2, 340, ist in dem letzteren Sinne zu entscheiden, da auch die noch nicht konsekrirten Bischöfe von der Zeit ihrer Konfirmation ab die bischöfliche Jurisdiktion auszuüben berechtigt sind, Bd. II. S. 675, ferner die blos konfirmirten Bischöfe ebenfalls als episcopi betrachtet werden, s. z. B. Trid. Sess. XXIII. c. 2 de ref., und endlich die Bulle an der hier fraglichen Stelle von „episcopos apud eandem sedem quovis modo provisos" und von „litterae de promotione" spricht.

[4] Sowohl die Regular-Prälaten, die Oberen eines Klosters, wie auch die weltlichen Prälaten, vgl. Bd. II. S. 343 ff., welche eine jurisdictio quasi episcopalis haben.

[5] D. h. als die gesetzlichen, dazu berechtigten Oberen in Folge ihrer Obedienzpflicht, s. auch c. 1 in Extr. comm. cit. I. 3 in (A.-) Pennacchi 2, 343. Eine blos ehrenvolle und gastliche Aufnahme bildet also noch nicht den Thatbestand des Vergehens.

[6] Sind sie gar nicht vom apostolischen Stuhl providirt und werden sie ohne Weiteres zugelassen, so wird die Strafe ebenfalls eintreten, denn der Zweck des Gesetzes ist, die Übernahme der Verwaltung durch nicht ordentlich providirte zu hindern. Anders aber, wenn das Kapitel durch gefälschte päpstliche Schreiben, welche es für echt gehalten hat, getäuscht worden ist, denn dann fehlt die Rechtswidrigkeit. Vgl. (A.) Pennacchi 2, 344.

[7] Für die Bischöfe und Prälaten, welche ohne das gedachte Erforderniss die Leitung oder Verwaltung übernommen haben, ist die durch c. 1 cit. angedrohte suspensio a perceptione beneficiorum suorum nicht aufrechterhalten, also fortgefallen.

[8] Was das Verhältniss der hier fraglichen Vorschrift zu der S. 860 gedachten Anordnung Innocenz' VIII. betrifft, so bezieht sich die letztere nicht blos auf Bisthümer und Prälaturen, sondern auch auf andere, der päpstlichen Verleihung unterliegende Benefizien, soweit aber beide die ersteren betreffen, bildet bei Innocenz VIII. das wesentliche Thatbestandsmoment der Mangel der Ausfertigung und Aushändigung der päpstlichen Urkunden, bei Pius IX. ebenso wie nach c. 1 in Extr. comm. cit. die Nichtvorlegung derselben an die Kapitel und Konvente, welche durch den erstgedachten Mangel freilich immer bedingt ist, aber auch die Folge anderer Umstände sein kann.

[9] Const.: Romanus pontifex 1873 (S. 586 Anm.): „decernimus ea quae a Gregorio X. decessore nostro in concilio Lugduni de electis a capitulis constituta sunt (s. c. 5 in VI de elect. I. 6, Bd. II. S. 671 n. 4 und diesen Bd. S. 241 n. 2) comprehendere etiam nominatos et praesentatos a supremis publicarum rerum moderatoribus sive imperatores sint sive reges sive duces vel praesides et quomodocumque nuncupentur, qui ex s. sedis concessione seu privilegio iure gaudent nominandi et praesentandi ad sedes episcopales in suis respectivis ditionibus vacantes."

[10] L. c.: „annullantes usum seu potius abusum sub quovis titulo vel praetenso et asserto privilegio quaesito colore et quacumque causa, licet speciali et expressa mentione digna, in quibusdam regnis seu regionibus praesertim longinquis invectum, quo capitulum ecclesiae cathedralis vacantis obsequens invitationi seu mandato licet verbis deprecatoriis concepto civilis potestatis concedere et transferre praesumit ac de facto concedit et transfert in nominatum et praesentatum

päpstlich reservirten Strafen l. s. der Exkommunikation und der Privation der Einkünfte aus ihren kirchlichen Benefizien oder der ihnen sonst zustehenden kirchlichen Einnahmen unterliegen [1],

2. diejenigen Präsentirten oder Nominirten, welche vorsätzlich in der gedachten Weise die Leitung und Verwaltung der erwähnten Kirche übernehmen, nicht nur zur Strafe ihre etwaigen aus der Präsentation oder Nomination erworbenen Anrechte auf das Bisthum verlieren, sondern ebenso wie

3. diejenigen, welche den unter 1 oder 2 bezeichneten Personen Gehorsam leisten oder bei der Übertragung oder Überlassung oder Übernahme der Leitung und Verwaltung Hülfe, Rath oder Begünstigung gewährt haben, gleichviel welchen Standes, Ranges oder welcher Würde sie sind, den unter 1 aufgeführten Strafen verfallen [2], endlich

4. dass, sofern eines der unter 1 bis 3 erwähnten Vergehen von Geistlichen bischöflicher Weihe [3] verübt wird, gegen diese statt der vorher gedachten Strafen die gleichfalls speziell dem Papste reservirte *suspensio ab exercitio pontificalium* und das *interdictum ab ingressu ecclesiae ipso iure* [4] zur Anwendung kommen soll [5].

ad eamdem ecclesiam illius curam, regimen et administrationem eamque nominatus et praesentatus sub nomine provisoris, vicarii generalis aliove nomine gerendam suscipit ante exhibitionem litterarum apostolicarum ... de more faciendam, remoto perinde vicario capitulari, qui ex iuris dispositione toto tempore vacationis ecclesiae eam administrare et regere debet."

[1] L. c.: „Ubi vero ea exequi detrectaverint ac concedere et transferre in nominatum et praesentatum ad eandem ecclesiam eius curam, regimen et administrationem sub quovis titulo, nomine, quaesito colore ausi fuerint, praeter nullitatem iam decretam praedictae concessionis et translationis praefatos canonicos ac dignitatis excommunicationis maioris necnon privationis fructuum ecclesiasticorum beneficiorum quorumcumque aliorumque redditnum ecclesiasticorum per eos respective obtentorum, similiter eo ipso incurrendis poenis innodamus et innodatos fore decernimus et declaramus ipsarumque poenarum absolutionem seu relaxationem nobis et romano pontifici pro tempore existenti dumtaxat specialiter reservamus."

[2] L. c.: „In easdem poenas pariter reservatas ipso facto incurrunt nominati et praesentati ad vacantes ecclesias qui earum curam, regimen et administrationem suscipere audent ex concessione et translatione a dignitatibus et canonicis aliisque, de quibus supra, in eos peractam; necnon ii qui praemissis paruerint vel auxilium, consilium aut favorem praestiterint, cuiusque status, conditionis, praeeminentiae et dignitatis fuerint. Praeterea nominatos et praesentatos iure quod eis per nominationem et praesentationem forte quaesitum fuerit, decernimus eo ipso privatos."

[3] Also von Titularbischöfen, welche Mitglieder eines Domkapitels sind, ferner von Bischöfen anderer Diöcesen, welche der Landesherr auf das erledigte Bisthum nominirt hat.

[4] S. o. S. 586 Anm. a. E.

[5] Dass die konsekrirten Bischöfe nicht zugleich von den zu 1 gedachten Strafen der Exkommunikation u. s. w. betroffen werden, ergiebt die Stellung der fraglichen Anordnung in der const. cit., sowie der Umstand, dass vielfach in denjenigen Fällen, in denen für andere Geistliche die Exkommunikation angedroht wird, die Bischöfe mit den hier in Frage stehenden Strafen belegt werden, so auch Heiner S. 127.

Vgl. überhaupt noch zu der eben besprochenen const. Pius' IX. (A.-)Pennacchi 1, 417 u. 2, 256; Heiner S. 126. 369. —

In diesen Zusammenhang gehört ferner das auf Befehl Pius' IX. erlassene Dekret v. 1874, S. 659 n. 4, vgl. auch (A.)-Pennacchi 2, 308 Anm. Dieses bedroht mit der dem Papst speziell reservirten Exkommunikation diejenigen Priester, welche unter Beihülfe des Volkes (s. Bd. II S. 638 n. 1 a. E.; Acta s. sed. 17, 570. 583) zum Amte eines Pfarrers oder Vikars gewählt sind und vorsätzlich und eigenmächtig oder unter Autorität der Regierung (also ohne Mitwirkung des zuständigen Oberen) sich den Besitz der Kirche, der Rechte oder Güter derselben anmassen oder die Funktionen des betreffenden Amtes ausüben. Obwohl dasselbe nur für die Diöcesen der Provinzen Venedig und Mailand erlassen worden ist, wird doch behauptet, vgl. Heiner S. 128, dass seine Bestimmungen auch anderwärts anwendbar seien, weil es nur einen speziellen Anwendungsfall der in der const. Pius' IX.: Apostolicae exc. l. s. spec. modo rom. pontif. n. 11 gemachten Reservation enthalte. Allein diese letztere bezieht sich nicht auf kirchliche Jurisdiktionsrechte, sondern auf weltliche, s. o. S. 754 n. 6, und gerade der Erlass eines besonderen Dekretes über die hier fraglichen Handlungen beweist, dass die Kurie diese nicht als unter die n. 11 cit. fallend erachtet hat. Deshalb können gemeinrechtlich auf diese nur die frühe-

Gemeinrechtlich kommt weiter in Frage die Verletzung der Vorschriften über die Abhaltung des Pfarrkonkurses [1] durch die Examinatoren [2].

Dagegen ist die Anstellung von ungeeigneten Kandidaten in der hier fraglichen Zeit nur partikularrechtlich mit Strafen belegt worden [3], so dass es also in dieser Hinsicht bei den älteren gemeinrechtlichen Vorschriften des Dekretalenrechts geblieben ist [4].

Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Geistlichen, welche nach ihrer Anstellung den für das Amt erforderlichen Weihegrad nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist erwerben [5].

Was die Disciplinarvergehen in Betreff der Aufgabe von kirchlichen Ämtern [6] betrifft, so hat Pius V. [7] die Bischöfe und die ihnen gleichstehenden kirchlichen Oberen, welche unerlaubter Weise Verzichtleistungen auf kirchliche Ämter und Benefizien annehmen [8] oder diese letzteren auch bei gültigem Verzichte an die eigenen Verwandten, Verschwägerten oder Vertrauten oder an solche nahe Angehörige der Resignirenden verleihen [9], mit der von selbst eintretenden, dem Papste reservirten Suspension von dem Rechte, kirchliche Ämter und Benefizien zu verleihen, für diese die Konfirmation oder Institution zu ertheilen oder dafür zu wählen oder darauf zu präsentiren, bedroht [10], jedoch ist diese Strafe in Folge ihrer Nichtaufrechterhaltung in der const. Pius' IX.: Apostolicae entfallen [11].

ren Bestimmungen, s. o. S. 241 n. 5, zur Anwendung kommen.

Von älteren partikularrechtlichen Vorschriften gehören hierher Mainz 1549 c. 91; Hartzheim 6, 590 (Okkupation von Benefizien und Dignitäten auf unerlaubte Weise und das Geben und Nehmen von nicht rechtsgültig bestellten Pensionen, arbiträre Stafe und Entziehung der Benefizien und Dignitäten); Rouen 1581, Hardouin 10, 1235 n. 1; Aix 1585, ibid. p. 1560 (Geistliche, welche sich ohne einen kirchlichen und rechtmässigen Titel in die Verwaltung von Pfarreien einmischen „quacumque laica se fulciant potentia et violentia", suspensio a divinis ipso facto); Aix cit., ibid. p. 1574; Toulouse 1590 IV. 6, ibid. p. 1823 (gegen Inhaber von Pfarr- und anderen Benefizien, welche ihren Verleihungstitel dem Bischof nicht binnen 6 Monaten vorlegen, soll dieser mit kirchlichen Censuren, ferner der Zurückhaltung der Früchte sowie auch mit der Privation der Benefizien einschreiten); Narbonne 1609 c. 32, o. S. 596 n. 1.

1 Bd. II. S. 495 ff.

2 Trid. Sess. XXIV. c. 18 de ref. (arbiträre Strafe durch die Provinzialsynode).

3 Salzburg 1418 c. 19; Mainz 1423 c. 11, S. 600 n. 11; Mainz 1589 c. 68, S. 589 n. 13 (neben der a. a. O. erwähnten Suspension auch arbiträre Strafe für die Prälaten).

4 c. 29 (Lateran. IV.) X de praeb. III. 5, s. o. S. 71 n. 7; Clem. 1 de aetate I. 6 (keine bestimmte Strafe).

Eine Ausnahme macht allein Gregor XV.: Sanctissimus 1621 §. 4, b. T. 12, 596, wonach die Wahl ungeeigneter Konservatoren, s. Bd. I. S. 179. 180, mit Verlust des Rechts, solche zu haben, auf ein Jahr, ausserdem für die Regularen mit der zur päpstlichen Begnadigung vorbehaltenen Privation des aktiven und passiven Stimmrechts l. s., für andere mit arbiträrer Strafe bedroht wird.

Was die, soweit ich sehe, vereinzelt vorkommende Vorschrift von Aix 1585, Hardouin 10, 1559: „creationes in canonicum tanquam votum captandae mortis inducentes ... prohibemus ... sub poena excommunicationis ipso facto incurrendae" betrifft, so ist damit wohl die Ernennung von Kanonikern ohne Präbende, s. Bd. II. S. 64. 69, gemeint.

5 Bd. II. S. 482. 483, vgl. auch diesen Bd. o. S. 240 n. 7. Konstanz sess. XLIII. c. 5, Hübler, Constanzer Reformation S. 161, hat darin nichts geändert.

Von Partikularsynoden s. Rheims 1583, Hardouin 10, 1285 n. 4; S. 614 Anm. Sp. 2; Tours 1583 c. 15, ibid. p. 1422, S. 584 n. 1; Bordeaux 1624 IX. 9 u. XIII. 4, l. c. 11, 87. 91, s. S. 579 n. 3.

6 Über das Dekretalenrecht s. o. S. 243.

7 Quanta ecclesiae 1568 §. 6, b. T. 7, 664.

8 Bd. III. S. 271 n. 5 u. 6.

9 Bd. II. S. 489.

10 Ebenso auch diejenigen, welche in den betreffenden Fällen die Benefizien angenommen haben.

11 Deswegen können jetzt auch die auf die Missachtung dieser Suspension gesetzten Strafen l. s. der päpstlichen Exkommunikation und für Kapitel der suspensio a divinis, s. o. S. 597 Anm. Sp. 2 nicht mehr zur Anwendung kommen.

Aus demselben Grunde braucht weiter auch nicht mehr näher auf die Kontroverse, ob die im Text gedachte Suspension für die beiden bezeichneten Fälle oder blos für den zweiten (das letztere nimmt Thesaurus l. c. P. II s. v. resi-

Ferner kommt noch die Anordnung Gregors XIII.[1] in Betracht, nach welcher die kirchlichen Oberen, wenn sie die vorgeschriebene Publikation in Betreff der nach erfolgter Resignation wieder verliehenen Benefizien unterlassen[2], der noch jetzt geltenden Strafe des von selbst eintretenden Verlustes des Besetzungsrechtes für den betreffenden Fall unterliegen.

§. 333. dd. *Die Verletzungen der allgemeinen Amtspflichten der kirchlichen Amtsträger.*

In der hier in Frage kommenden Zeit sind mit der gleichzeitigen Normirung der allgemeinen Amtspflichten auch zugleich die jetzt noch geltenden Strafbestimmungen

1. über die andauernde Nichterfüllung der Pflicht der Geistlichen mit Benefizien und der Kleriker der höheren Weihen zum täglichen Gottesdienst[3];
2. über die Nichtableistung des Obedienzeides[4] zu der vorgeschriebenen Zeit;
3. über die Nichtablegung des Glaubensbekenntnisses (der *professio fidei*[5]) und über
4. die Verletzung der Residenzpflicht

erlassen worden.

Was die letztere betrifft, so verfallen die zur Residenz an der Kurie verpflichteten Kardinäle[6] nach der const. Innocenz' X.[7]: Cum iuxta 1646[8], wenn sie sich ohne Urlaub des Papstes ausserhalb des Gebietes des Kirchenstaates begeben, den ipso iure eintretenden Strafen des Verlustes aller ihrer, ihnen vom päpstlichen Stuhl gewährten Privilegien, Immunitäten, Indulte[9], des allerdings nach der const. Pius' IX.: Apostolica beseitigten interdictum ab ingressu ecclesiae, ferner auch anderen vom Papst zu verhängenden arbiträren Strafen[10], und es sollen alle ihre Einkünfte aus

gnatio c. 2, p. 370 an) eingegangen zu werden, vgl. darüber Kober, Suspension S. 329.

[1] Humano vix 1584 §. 8, b. T. 8, 434.

[2] Bd. III. S. 274. 275.

Nur vorübergehende Bedeutung hat Trid. Sess. XXV. c. 15 de ref., vgl. auch Bd. II. S. 478. 479, da es anordnet, dass der uneheliche Sohn eines Geistlichen, welcher an derselben Kirche, wie sein Vater, ein Benefizium besitzt und nicht innerhalb drei Monaten darauf verzichtet, des letzteren ipso iure verlustig gehen soll.

[3] S. const. Leos X.: Supernae 1514 §. 38, b. T. 5, 604 (fast wörtlich wiederholt Mailand 1565 II. 21, Hardouin 10, 664, und der Sache nach Toulouse 1590 I. 4, ibid. p. 1793) und des Näheren Bd. I. S. 142. 143. Die betreffenden Vorschriften schärfen noch Prag 1860 u. Colocza 1863, coll. conc. Lac. 1, 422. 678 ein.

[4] Vgl. die Darstellung Bd. III. S. 211. Speziell für die zu bischöflichen Kirchen und zur Abtswürde beförderten Geistlichen, einschliesslich derjenigen, welche eine solche zu einer Kommende, einer Koadjutorie mit dem Recht der Nachfolge oder als Titularbischof erhalten und bei der Kurie gegenwärtig sind, hat Leo X.: Inter alia 1516, b. T. 5, 684, die Ableistung des Eides innerhalb eines Monates von der Promotion an in die Hände des ersten Kardinaldiakons bei Strafe von 1000 Dukaten und (der durch Pius IX. nicht aufrechterhaltenen) exc. l. s., sowie des Verlustes aller Einkünfte der betreffenden Stelle bis zur Ableistung des Eides vorgeschrieben.

[5] S. Bd. III. S. 220. Während von den neueren Partikularsynoden Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 400. 401, blos die Strafen des Trid. Sess. XXIV. c. 12 de ref. wiederholt, schreiben Halifax 1857 und Thurles 1850, l. c. 3, 736. 776, dem Bischof auch den Gebrauch arbiträrer Strafen vor.

[6] Also nicht diejenigen, welche Bischöfe eines anderen Sprengels, selbst wenn sie auch zugleich Bischöfe einer suburbikarischen Diöcese sind, denn diese haben die Pflicht, in ihrem Bisthum zu residiren, s. Bd. I. S. 357.

[7] Sixtus IV.: Romanus pontifex 1478, b. T. 5, 266 §. 3, und Leo X. (Lateran. V.): Supernae dispositionis 1514 §. 28, ibid. p. 604, enthalten nur transitorische Strafvorschriften.

[8] b. T. 15, 441.

[9] Insbesondere (s. §. 1) „conferendi beneficia ecclesiastica, necnon transferendi pensiones seu fructus ecclesiasticos etiam loco pensionum reservatos ac testandi et disponendi", vgl. auch Bd. I. S. 354.

[10] Über den Verlust des Antheils an dem s. g. rotulus s. Bd. I. S. 363.

ihren Offizien, Benefizien, Kommenden und Pensionen aller Art sequestrirt werden. Kehren sie innerhalb sechs Monaten, von ihrer Abreise an gerechnet, nicht zurück, so tritt ausserdem der Verlust der gedachten Einkünfte ipso iure, nach weiteren sechs Monaten ebenfalls von selbst die Privation aller gedachten Ämter, Benefizien und Klöster ein, und nach ferneren drei Monaten kann zu noch schwereren Strafen, insbesondere auch zu der Entziehung des Kardinalates, geschritten werden.

Des Weiteren ist auf Bd. III. zu verweisen, in welchem bereits über die gemeinrechtlichen, auf dem Tridentinum beruhenden Strafen der Verletzung der Residenzpflicht seitens der Bischöfe [1], der Pfarrer [2] und der Kanoniker [3], sowie der unerlaubten Kumulation kirchlicher Benefizien in derselben Hand [4] gehandelt, und auch das Nähere über die Strafen gegen andere Geistliche, wenn sie die ihnen obliegende Pflicht zur Residenz verletzen, bemerkt worden ist [5].

[1] S. Bd. III. S. 228 (s. auch namentlich noch Anm. 11 a. a. O.). Wenn v. Scherer, die Strafen der Verletzung der bischöflichen Residenzpflicht, i. Arch. f. k. K. R. 46, 168, die Bd. III. S. 228 n. 7 von mir vertheidigte Ansicht über das Verhältniss von Trid. Sess. VI. c. 1 de ref. zu Sess. XXIII. c. 1 de ref. bekämpft, so legt er dabei dem Worte „praeter" in Sess. XXIII. c. 1 cit. unzulässiger Weise den Sinn unter, dass die in Sess. VI. c. 1 angedrohte Strafe nicht weiter zu beachten ist (s. S. 179. 181), und erklärt (S. 181) für die in Sess. XXIII. c. 1 durch das Wort: „praeter" aufrechterhaltene Strafe die dem Metropolitan obliegende Denunziationspflicht in Betreff des nicht residenzhaltenden Bischofs, obwohl es sich dabei zweifellos nicht um eine Strafe handelt. Gegen ihn hat sich auch F. H. Heym, d. Residenzpflicht der Pfarrer. Augsburg 1888. S. 130 n. 4 erklärt. —

Von neueren Partikularkonzilien bringt Gran 1858, coll. con. Lac. 5, 40, die gemeinrechtlich geltenden Vorschriften in Erinnerung.

[2] S. Bd. III. S. 229 ff. und dazu noch Pius V.: Cupientes 1568, b. T. 7, 683, welche alle Pfarrer, selbst diejenigen, die daneben eine Dignität oder ein Kanonikat an Kathedralen besitzen, unter Widerruf aller entgegenstehenden päpstlichen Privilegien zur Residenz und zur Ausübung der Pfarrfunktionen verpflichtet und die Bischöfe ermächtigt, sie dazu durch kirchliche Censuren, arbiträre Geldstrafen und Privation der Pfarr- und anderen Benefizien zu zwingen. Von den vortridentinischen Synoden droht Salzburg 1490, Hartzheim 5, 574, den nicht residenzhaltenden Inhabern von Seelsorgekirchen die privatio beneficii an, von den späteren Utrecht 1565, l. c. 7, 136, indessen nur die privatio fructuum in usus substituendi pastoris applicandorum. Dagegen geben die dann folgenden im wesentlichen die Vorschriften des Tridentinums wieder oder beziehen sich auf dasselbe, vgl. Toledo 1566 II. 25; Rouen 1581, Hardouin 10, 1151. 1275 n. 2, s. S. 614 Anm. Sp. 2; Mailand 1576 II. 15, l. c. 10, 891 (welches die Pfarrer, wenn sie die Seelsorge ohne Hinderungsgrund nicht selbst ausüben, mit Entziehung der Einkünfte für die betreffende Zeit und arbiträren Strafen bedroht); Auch 1585, ibid. p. 1561 (ebenso); Toulouse 1590 IV. 7, l. c. p. 1824, welches I. 3, ibid. p. 1792, die ohne Urlaub abwesenden Pfarrer, welche sich einen Vikar für die Verwaltung der Seelsorge halten, ausser mit der Entziehung der Früchte für die Zeit der Abwesenheit auch mit arbiträrer Strafe belegt wissen will); Narbonne 1609 c. 2, Hardouin 11, 36; Bordeaux 1624 c. 11, ibid. p. 91; Ravenna 1855 u. Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 193. 404.

S. ferner Auch 1851, ibid. 4, 1202 (Pfarrer und Vikare, welche von ihrer Pfarrei über 15 Tage ohne Urlaub wegbleiben, suspensio l. s.); Narbonne 1609 c. 32; Hardouin 11, 37 (Pfarrer, welche nicht im Pfarrhaus wohnen, privatio fructus); Neapel 1699, ibid. 1, 224 (Pfarrer, welche nicht im Pfarrhaus oder in Ermangelung eines solchen in der Pfarrei wohnen, arbiträre Strafe); Narbonne 1609 c. 37, s. o. S. 629 n. 11.

[3] Bd. III. S. 235 ff. Vgl. ferner Toledo 1566 II. 30, Hardouin 10, 1157, s. S. 614 Anm. Sp. 2; Salzburg 1569 XXIII. 2; Hartzheim 7, 274, vgl. a. a. O.; Aix 1585, Hardouin 10, 1556 (Verweisung auf das Tridentinum); Narbonne 1609 c. 30, l. c. 11, 33 (Wiederholung der Bestimmung desselben); Mailand 1576 II. 15, l. c. 10, 1561, welches die const. Pius' V. cit., s. Anm. 2, auf die in derselben gedachten Pfarrer, auch dann, wenn sie nicht im Pfarrhaus wohnen, für anwendbar erklärt).

[4] Bd. III. S. 260 ff.

[5] Bd. III. S. 242. An partikularrechtlichen Bestimmungen sind hier nachzutragen Aix 1585, Hardouin 10, 1559 (Benefiziaten oder Mansionarien der Kathedralen oder Kollegiatkirchen, welche sich ohne Urlaub des Kapitels von ihrem Residenzort entfernen, jedes Mal Privation der Distributionen für eine Woche und arbiträre, bei Hartnäckigkeit zu steigernde Strafe); Dekret Innocenz' XIII. für Rom 1723, coll. conc. Lac. 1, 378 (alle zur Residenz anderswo verpflichteten, sich in Rom aufhaltenden Kleriker, welche nicht innerhalb vierzehn Tagen nach ihrem Amtssitz zurückkehren, beneficiati saeculares ausser den gemeinrechtlichen Strafen Geldbusse von 100 Scudi l. s., alle, auch die Ordensgeistlichen gleichzeitig arbiträre Gefängnissstrafe und nach weiteren 9 Monaten Privation ipso iure ihrer Benefizien und Dignitäten).

§. 334. ee. *Die Disciplinarvergehen in Betreff der Spendung der Sakramente, der Feier der gottesdienstlichen Handlungen, der Predigt und der Benutzung und der Aufbewahrung der heiligen und zum Gottesdienste bestimmten Sachen.*

Gemeinrechtlich kommen hier zunächst die auf dem neuesten Recht, d. h. der const. Pius' IX.: Apostolicae beruhenden Strafbestimmungen über die communicatio in divinis von Klerikern mit den vom Papst namentlich exkommunicirten Personen[1], über das Celebriren an interdicirten Orten[2], sowie über die Zulassung namentlich Exkommunicirter zu den officia divina und zu den Sakramenten in Betracht[3].

Was die einzelnen Sakramente und gottesdienstlichen Handlungen betrifft, so ist, soweit es sich

1. um Verstösse bei der Celebration der Messe handelt, zu den wenigen älteren gemeinrechtlichen Strafbestimmungen[4], abgesehen von einzelnen Anordnungen des Konzils von Basel[5], nur noch ein päpstliches Verbot gegen das Celebriren in den Nachmittags- und Abendstunden[6], sowie das Verbot für alle Priester, das Messopfer zu abergläubischen Zwecken zu missbrauchen[7], hinzugetreten, dagegen haben die Partikularsynoden eine ganze Reihe von hierher gehörigen Strafvorschriften[8] erlassen.

[1] S. 513.

[2] S. 537 n. 5.

[3] S. 495 n. 8 u. S. 680 n. 9. Über einen partikularrechtlichen Fall s. Rouen 1581, Hardouin 10, 1235 n. 5, s. o. S. 596 n. 1.

[4] Nämlich 1. über das Abbrechen der Messe ohne Nothwendigkeit, s. c. 16 C. VII qu. 1 u. c. 57 Dist. I de consecr., s. o. S. 245 n. 1, in welcher letzteren Stelle die spätere Doktrin die hier angedrohte Strafe des kleinen Bannes als Suspension auffasst, vgl. des Weiteren dazu Bd. IV. S. 193 n. 10; — 2. Das Nichtkommuniziren des Priesters bei der Messe, c. 11 Dist. II de consecr., o. S. 245 n. 1, Bd. IV. S. 814 n. 3 (jedoch ist die hier als censura l. s. angedrohte Ausschliessung vom Abendmahl, s. o. S. 130 n. 6, in Folge der cit. const. Pius' IX. entfallen); — 3. c. 16 (Toledo) C. VII qu. 1, s. Bd. IV. S. 191, während die Doktrin c. 9 (Braga III. 675) Dist. XXIII (Exkommunikation für den Priester, welcher ohne Stola celebrirt) als nicht gemeinrechtlich geltend betrachtet hat, Thesaurus P. II. s. v. missa c. 4 p. 280.

[5] Sess. XXI. (1435) c. 8, Hardouin 8, 1198, welches das Celebriren von Messen unter Weglassung des Vaterunsers und Abkürzung des Credo, die Einmischung von weltlichen Gesängen, das Lesen von Privatmessen ohne Ministranten oder so leise, dass sie von den Umstehenden nicht gehört werden können, bei arbiträrer Strafe verbietet.

[6] Von Pius IV.: Ad cuius 1566, b. T. 7, 433, s. Bd. IV. S. 191 n. 3 (als Strafe perpetua suspensio a divinis), während Trid. Sess. XXII. decr. de obs. missar. die Ordinarien blos anweist, gegen die Verletzung dieser und anderer seiner hieher gehörigen Anordnungen Strafedikte zu erlassen.

[7] Dekret Benedikts XIV. 1745, bull. Ben. 1, 291 („sacrificio missae abutentes ad sortilegia"), bedroht ausser mit der Bestrafung nach gemeinem Recht und nach Sixtus' V. cit., s. o. S. 695 und a. a. O n. 9, mit der ewigen Unfähigkeit zur Celebration der Messe.

[8] So 1. gegen das Celebriren an ungeeigneten Orten Paris 1528 c. 14, Hardouin 9, 1955, S. 596 n. 1; Toulouse 1590 III. 1, l. c. 10, 1808 (an einem nicht geweihten Ort in der Kirche, kanonische Bestrafung); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 172 (in nicht vom Ordinarius anerkannten Oratorien, suspensio a divinis ipso facto und arbiträre Strafe); Ravenna 1855, l. c. 6, 170 (in anderen als benedizirten Kirchen oder Oratorien der erwähnten Art, suspensio l. s. und arbiträre Strafe), insbesondere gegen das Celebriren einer missa solemnis oder cum cantu, Bd. IV. S. 199, in Privatoratorien Neapel 1699, l. c. 1, 172 (arbiträre Strafe);

2. gegen das Celebriren ante auroram vel post meridiem Neapel 1699, l. c. 1, 170 (arbiträre Strafe), vgl. auch das Bd. IV. S. 190 n. 3 cit. röm. Edikt v. 1724, coll. cit. 1, 440 und Salzburg 1569 XLVII. 2, Hartzheim 7, 351, S. 579 n. 3.

3. gegen die Beschaffung des Messweins von anderen als bischöflich approbirten Weinhändlern Armagh 1854, l. c. 3, 850. 851 (suspensio fer. s.) oder gegen die darüber erlassenen Vorschriften Neugranada 1868, l. c. 6, 528 (arbiträre Strafe);

4. gegen den Gebrauch zu kleiner Hostien Avignon 1725 c. 9, l. c. 1, 516 (Suspension); oder von ungeeigneten und verbotenen Materien Ravenna 1855, l. c. 6, 170 (schwere arbiträre Strafe);

5. gegen das Messelesen ohne vorgängige Beichte und Absolution (s. Bd. IV. S. 181) Köln 1549 c. 56, Hartzheim 6, 578 (condigna animad-

2. Hinsichtlich der Verstösse in Betreff der Spendung des Sakramentes der Taufe sind in der hier fraglichen Zeit keine gemeinrechtlichen Strafbestimmungen [1] ergangen, vielmehr haben nur die Partikularkonzilien einzelne derselben ausdrücklich als Disciplinarvergehen qualifizirt [2].

versio); Salzburg 1569 XLVII. 3, Hartzheim 7, 351, o. S. 598 Anm. a. E., oder ohne gehörige Vorbereitung Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 339 (bei Hartnäckigkeit Suspension); vgl. auch die folgende no. 6;

6. gegen die Nichtbeachtung des Gebots der Nüchternheit Köln cit. c. 55 (Messelesen nach durchzechter Nacht, strenge Bestrafung); Cambrai 1631 III. 4, Hartzheim 9, 541 (Messelesen oder Assistiren dabei als Diakon und Subdiakon, wenn der betreffende am Tage vorher durch Trunkenheit oder durch ein notorisches Verbrechen Ärgerniss gegeben hat, strenge arbiträre Strafe); vgl. ferner Salzburg 1569 XLVII. 2, Hartzheim 7, 351, s. S. 579 n. 3;

7. gegen das Tabakrauchen vor der Messe oder vor Ablauf einer Stunde seit ihrer Beendigung Tarragona 1685, coll. conc. Lac. 1, 746 (exc. minor); vgl. auch Köln 1651 II. 2 und Tournai 1643, S. 645 n. 3; Trier 1678 II. §. 2 n. 6, Hartzheim 10, 61. 62, S. 626 Anm. Sp. 1.

8. gegen das An- und Ablegen der Messgewänder ausserhalb der Sakristei Aix 1585, Hardouin 10, 1568 (ein Aureus);

9. gegen das Celebriren in unpassenden und unzulässigen Gewändern Köln 1651 II. 8 n. 2, Hartzheim 9, 748, S. 628 n. 8 (ausser der dort gedachten Konfiskation auch schwere arbiträre Strafe); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 169 (ohne Talar oder mit nur dem Celebranten nicht zukommenden Gewändern, 6 Dukaten für die Celebrirenden und die Sakristane, welche sie zum Messelesen zulassen); Embrun 1727 ibid. p. 627 (ohne Talar, suspensio ipso facto); Röm. Edikt v. 1724, ibid. p. 439 (Celebriren ohne Talar oder ohne Tonsur oder mit Perrücke, susp. a divinis ipso f. auf 15 Tage und arbiträre Gefängniss- und Geldstrafe für die betreffenden Priester und die Sakristane, welche dies dulden); Neugranada 1868, l. c. 6, 527 (ohne Talar, arbiträre Strafe); Tarragona 1752, l. c. 1, 792 (Messelesen mit einer Perrücke, suspensio a missae celebratione auf zwei Monate);

10. gegen die unpassende und inkorrekte Art des Celebrirens Köln 1549 c. 55, Hartzheim 6, 578 (nachlässiges und leichtfertiges, beim Volk Anstoss erregendes Lesen, arbiträre Strafe); cit. Röm. Edikt n. 7 (unaufmerksames oder eilfertiges, die Vorschriften des Missales nicht beachtendes Lesen, suspensio ab exercitio missae und arbiträre Strafe, eventuell bei Nichtbeachtung der Suspension privatio officii, 20 Scudi und härtere arbiträre Strafe); Embrun 1727, coll. conc. Lac. 1, 627 (absichtliches Nichtbeachten der vorgeschriebenen Rubriken und Riten, susp. a divinis ipso f.); Urbino 1859, l. c. 6, 17 (zu schnelles Celebriren, schwere arbiträre Strafe); Ravenna 1855, ibid. p. 172 (für dasselbe Vergehen suspensio a celebratione missarum); Neugranada 1868, ibid. p. 527 (für dasselbe Vergehen arbiträre Strafen, auch Suspension);

11. gegen das Messelesen ohne Ministranten Köln 1651 IX. 1, Hartzheim 9, 748 (schwere arbiträre Strafe);

12. gegen das Zuziehen der eigenen Söhne, namentlich der unehelichen Kinder von Konkubinen als Ministranten oder überhaupt zu Dienstleistungen bei dem Gottesdienste Eugen IV.: In apostolicae 1432 §. 9, b. T. 5, 6, für Rom (arbiträre Strafe);

13. gegen das Konsekriren der Eucharistie ausser der Messe und ähnliche Verstösse Salzburg 1569 XLVII. 2, Hartzheim 7, 351, s. o. S. 579 n. 3, insbesondere gegen das Celebriren der s. g. *missa sicca* (s. Bd. IV. S. 189 n. 2) Köln 1651 IV. 9 n. 12, Hartzheim 9, 751 (arbiträre Strafe);

14. gegen das unzulässige Biniren, Westminster 1852, coll. conc. Lac. 3, 933 (poenae in iure latae, s. aber o. S. 245 n. 1 u. Bd. IV. S. 184. 185); D. S. Neapel 1882, Arch. f. k. K. R. 51, 62 (dem Bischof speziell reservirte Susp. i. f.);

15. gegen das Celebriren der ersten Messe ohne Erlaubniss des Ordinarius Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 170 (Gefängniss und arbiträre Strafe), und gegen die Veranstaltung besonderer Festzüge und Schmausereien bei derselben Narbonne 1609 c. 19, Hardouin 11, 20 (arbiträre Strafe);

16. gegen das gleichzeitige Feiern mehrerer Messen in Kollegiatkirchen oder anderen, sofern dies nicht wegen der Menge der Messverpflichtungen erforderlich ist, und gegen das Celebriren der mehreren in diesem Fall unter gegenseitiger Störung der Celebrirenden Besançon 1707 (1591) XIX. 25, Hartzheim 10, 343 (Verlust der Präbentien, eventuell auch arbiträre Strafe).

[1] Was das ältere gemeine Recht betrifft, so kommt, abgesehen von der Wiedertaufe, s. o. S. 687, nur c. 22 Dist. IV de consecr., s. o. S. 245 n. 3 u. Clem. un. de baptismo III. 15, nach welcher das Ertheilen der Taufe in Privathäusern, s. Bd. IV. S. 36 n. 16 u. 17, vom Bischof bestraft werden soll, in Betracht.

[2] In Anhalt an Clem. un. cit. das Spenden der Taufe ohne Noth in Privathäusern D. S. Münster 1712 n. 9, Hartzheim 10, 377 (susp. ab off. et benef.); in Privathäusern und Privatoratorien Auch 1851, coll. conc. Lac. 4, 1184 (suspensio ipso f.); Ravenna 1855, l. c. 6, 152. 153 (susp. fer. sent.), in Häusern der Magnaten ohne Noth Aix 1585, Hardouin 10, 1521 (Exkommunikation);

das Taufen nach einem anderen als dem im römischen Ritual vorgeschriebenen Ritus Aix 1585, l. c. p. 1523 (4 Aurei und andere arbiträre Strafen), oder unter Trennung der vorgeschriebenen Ceremonien von der Substanz des Taufaktes Auch 1851 cit. (suspensio ipso facto);

das Taufen vor Sonnenaufgang oder nach Son-

3. Was die Sakramente der Eucharistie, bez. des Viatikums[1] und der letzten Ölung[2] betrifft, so kommt neben den wenigen älteren gemeinrechtlichen Vorschriften, die sich freilich im wesentlichen an das spätere Dekretalenrecht[3] anschliessende const. Pius' IX.: Apostolicae in Betracht. Diese hält die dem Papste schlechthin reservirte Exkommunikation[4] gegen diejenigen Religiosen[5] aufrecht, welche vorsätzlich und wissentlich[6] Geistlichen und Laien[7] das Viatikum[8] oder die letzte Ölung[9] ohne Erlaubniss[10] des zuständigen Pfarrers[11] ausser im Fall der Nothwendigkeit[12] spenden[13].

4. Zu den Disciplinarvergehen in Betreff der Handhabung des Beicht- und

nenuntergang Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 180 (suspensio und arbiträre Strafe); Münster 1762 cit., s. o. S. 590 n. 1;

das Zulassen einer grösseren als der erlaubten Zahl, s. Bd. IV. S. 41, von Pathen Cambrai 1586 VI. 4 (suspensio a divinis, s. S. 596 n. 1);

das Taufen, wenn die Betheiligten mit Musik, Lärm und Gelächter zur Kirche kommen, Aix 1585, Hardouin 10, 1521 (schwere arbiträre Strafe);

das Überlassen des Schlüssels zum Taufstein durch den Pfarrer an andere Aix cit., l. c. p. 1520 (schwere arbiträre Strafe);

das Unterlassen der schnellen Spendung der Sakramente, einschliesslich der Taufe (unter Bezugnahme auf c. 22 Dist. IV de consecr., s. vor. Anm.) bei Lebensgefahr Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 179 (schwere arbiträre Strafe).

1 S. 245 n. 4 u. S. 246 n. 3.

2 S. 364 u. Bd. IV. S. 81. 137. 139.

3 Clem. 1 de privil. V. 7, s. die vor. Anm.

4 Nr. 14: „Religiosos praesumentes clericis aut laicis extra casum necessitatis sacramentum extremae unctionis aut eucharistiae per viaticum ministrare absque parochi licentia."

5 D. h. gegen diejenigen, welche in einem päpstlich approbirten Orden definitiv Profess geleistet haben, also weder gegen die Mitglieder der blossen Kongregationen, noch auch gegen solche Zugehörige der Orden, welche erst die drei Gelübde als einfache (ausser den Jesuiten) abgeleistet haben, vgl. (A.-)Pennacchi 1, 1016, dazu auch Nilles, select. disp. academ. iur. eccles. Oeniponte 1886. fasc. 1, 125 ff.); Heiner, Censuren S. 214, vgl. auch Bd. 1, S. 75 n. 6. 7.

6 Aus dem Worte: praesumere ergiebt sich, dass der Thäter in Kenntniss des Gesetzes und der Strafe handeln muss und nicht von der Strafe betroffen wird, wenn er sich in rechtlichem oder faktischem Irrthum befindet, (A.-)Pennacchi 1, 1021; Heiner S. 216.

7 Die Spendung an einen anderen, sich ausserhalb seines Klosters aufhaltenden Religiosen, selbst wenn er Kleriker ist, fällt daher nicht unter die Strafbestimmung.

Ebensowenig greift sie Platz, wenn es sich um Laien handelt, welche zu der s. g. familia des Klosters gehören, denn für diese besitzen die Religiosen schon nach Trid. Sess. XXIV. c. 11 de ref. die Zuständigkeit, s. Bd. IV. S. 73 n. 3, und daher bedarf es hier niemals der Erlaubniss des Pfarrers. Für die Alumnen, welche sich in den Häusern der Religiosen ihrer Studien wegen aufhalten, gilt dies aber nur, wenn der Orden oder das Kloster ein besonders darauf gehendes päpstliches Privileg besitzt, vgl. (A.-)Pennacchi 1, 1024 ff.; Heiner S. 215.

8 D. h. nur die Spendung der Eucharistie in der Form des Viatikums, nicht in der regelmässigen Form, ist strafbar, vgl. Bd. IV. S. 65. 74. 81 n. 2.

9 In Betreff der Solennisation der Ehe, auf welche sich das Verbot der Clem. 1 cit. ebenfalls bezieht, hat Pius IX. die Exkommunikation nicht aufrecht erhalten.

10 Während die Clem. 1 cit. die spezielle Erlaubniss erforderte, genügt jetzt die Erlaubniss schlechthin, also auch stillschweigende oder vermuthete, (A.-)Pennacchi 1, 1030; Heiner S. 214.

11 Desjenigen, welcher innerhalb des Sprengels die Seelsorge, wenn auch nur als Pfarrverweser, verwaltet.

12 Mag diese eintreten wegen der Verhältnisse des Kranken, z. B. deswegen, weil derselbe anscheinend in solcher Lebensgefahr schwebt, dass die Herbeiholung des Pfarrers oder das Erfordern seiner Erlaubniss nicht mehr angänglich ist, oder wegen der Verhältnisse des Pfarrers, wie wenn dessen Amtssitz sehr weit entfernt ist, und sein Eintreffen nicht abgewartet werden kann oder der Pfarrer sich vorübergehend ohne Hinterlassung eines Stellvertreters aus der Pfarrei entfernt hat.

13 Was das Partikularrecht betrifft, so wiederholen Salzburg 1569 XLVII. 5, Hartzheim 7, 353 und Neapel 1699, coll. conc. 1, 184, lediglich die gemeinrechtliche Vorschrift über die sichere und ordnungsmässige Aufbewahrung der Eucharistie, s. S. 246 n. 3.

Im übrigen verbietet Salzburg cit. p. 352 die Reichung der Eucharistie an solche, die nicht vorher gebeichtet haben, bei gravissima poena und Tarragona 1717 c. 16, coll. conc. Lac. 1, 765, das Herumtragen der Eucharistie bei Überschwemmungen, Feuersbrünsten und Ungewittern unter Androhung der suspensio ipso facto.

Weiter wird bedroht das Unterlassen der Spendung der Sakramente, also namentlich des Viatikums und der letzten Ölung, sowie das commendare animas agonizantium durch die Pfarrer Neapel 1699, l. c. 1, 179. 187 (schwere arbiträre Strafe), des Viatikums, so dass der Kranke ohne vorgängigen Empfang verstirbt Ravenna 1855, l. c. 6, 156 (graves poenae); der letzten Ölung für denselben Salzburg 1569 L, Hartzheim 7, 355 (privatio beneficii);

das Nichtveranstalten des Läutens bei dem Tragen des Altarsakramentes zu Kranken Tarra-

Busssakramentes gehört a. die schon durch das mittelalterliche gemeine Recht bedrohte Verletzung des Beichtgeheimnisses[1]. Hinzugetreten ist in dieser Zeit

b. die unberechtigte Absolution von päpstlichen Reservatfällen. Nach dem Vorgange der sich schon an Sixtus IV.[2] anschliessenden Bulle: Coena[3] hat die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869[4] diejenigen Beichtväter jedweder kirchlicher Stellung und Würde[5], welche vorsätzlich und wissentlich[6] einem Pönitenten von einer der in der gedachten Verordnung dem Papste auf spezielle Weise vorbehaltenen Exkommunikation l. s.[7] ausser im Falle der Todesgefahr[8] die Absolution[9] ohne die erforderliche

gona 1699, coll. conc. Lac. 1, 752. 753 (arbiträre Strafe);

das Tragen des Altarsakramentes in Prozession über die Gränzen der Pfarrei hinaus und in nicht vorgeschriebenen Gewändern Neapel 1699, l. c. 1, 173 (arbiträre Strafe);

das Zurücklassen des Krankenöls nach der Ertheilung der letzten Ölung in der Privatwohnung des Kranken ausser im Nothfalle und unter Aufsicht eines Geistlichen Tarragona 1717 c. 15, l. c. p. 765 (Geldstrafe); Ravenna 1855, l. c. 6, 162 (Zurücklassen des Krankenöls in der Behausung des Kranken, arbiträre Strafe);

das Spenden der letzten Ölung durch einen anderen Priester als den Pfarrer, s. Bd. IV. S. 137, ausser im Fall der Nothwendigkeit oder der Beauftragung des Pfarrers Neapel 1699, l. c. 1, 187 (arbiträre Strafe).

[1] Vgl. des Näheren Bd. IV. S. 132.

[2] In der const. v. 1478, s. c. 5 in Extr. comm. de poenit. V. 9, hat dieser die vielen seit dem 15. Jahrh. ertheilten Privilegien auf Absolution in den päpstlichen Reservatfällen der Abendmahlsbulle (vgl. S. 365) und einzelne andere speziell genannte widerrufen und diejenigen Beichtväter, welche auf Grund dieser widerrufenen Vollmachten oder etwaiger derartiger, später nur allgemein ertheilter Privilegien die Absolution gewähren würden, mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. bedroht. Vgl. dazu Hausmann, päpstliche Reservatfälle S. 280.

[3] In derselben, soweit sich aus den bekannten Publikationen ersehen lässt, zuerst in der von Julius II. v. 1511 §. 13, b. T. 5, 490 (ebenfalls unter Widerruf der ertheilten und Kraftlos-Erklärung der später zu ertheilenden Fakultäten): „Illos autem, qui contra tenorem praesentium talibus vel alicui eorum seu aliquibus beneficium absolutionis impendunt de facto, excommunicationis et anathematis sententia innodamus eisque praedicationis, lectionis, administrationis sacramentorum et audiendi confessiones officia interdicimus, praedicantes et declarantes aperte transgressoribus et contemptoribus praedictis nos gravius contra eos spiritualiter et temporaliter, prout expedire cognoverimus, processuros." Seit Gregor XIII. 1577 §. 23, Hartzheim 7, 899, ist aber dafür die dann später stehend gewordene Fassung getreten: „Quodsi forte aliqui contra tenorem praesentium talibus excommunicatione et anathemate laqueatis vel eorum alicui absolutionis beneficium impendere de facto praesumpserint, eos excommunicationis sententia innodamus, gravius contra eos spiritualiter et temporaliter, prout expedire noverimus, processuri", wodurch also die früher angedrohten Strafen ausser der Exkommunikation beseitigt worden sind. Dass die letztere, trotzdem, dass sie dem Papst nicht ausdrücklich reservirt wird, in der That doch ihm vorbehalten war, ergiebt der Umstand, dass die Exkommunikation durch den Papst in der Form genereller richterlicher Verhängung ausgesprochen ist, s. o. S. 139, und daher dieser allein zu ihrer Aufhebung kompetent war, s. o. S. 369. 370.

[4] In dem Schlusspassus nach Aufzählung der dem Papst speciali modo reservirten Exkommunikationen: „A quibus omnibus excommunicationibus huc usque recensitis absolutionem romano pontifici pro tempore speciali modo reservatam esse et reservari, et pro ea generalem concessionem absolvendi a casibus et censuris sive excommunicationibus Romano pontifici reservatis nullo pacto sufficere declaramus, revocatis insuper earumdem respectu quibuscumque indultis concessis sub quavis forma et quibusvis personis etiam regularibus cuiuscumque ordinis, congregationis, societatis et instituti, etiam speciali mentione dignis et in quavis dignitate constitutis. Absolvere autem praesumentes sine debita facultate etiam quovis praetextu excommunicationis vinculo romano pontifici reservatae innodatos se sciant, dummodo non agatur de mortis articulo in quo tamen firma sit quoad absolutos obligatio standi mandatis ecclesiae, si convaluerint."

[5] Dies ergiebt sich daraus, dass die Konstitution sämmtliche, Personen und Instituten jeder Art früher ertheilten, allgemeinen Fakultäten widerruft, s. auch Heiner S. 228.

[6] S. v. praesumentes, vgl. o. S. 868 n. 6. Der Beichtvater muss also wissen, dass das Beichtkind einer der erwähnten Exkommunikationen verfallen ist und dass seine Fakultät nicht ausreicht.

[7] S. die Übersicht o. S. 657 n. 8. Auf die dem Papst nicht speziell, sondern nur schlechthin reservirten Exkommunikationen bezieht sich die Strafbestimmung nicht.

[8] Bd. IV. S. 87 n. 10 u. S. 109 n. 8. Zum Ausschluss der Strafbarkeit ist aber nicht erforderlich, dass der Beichtvater dem Absolvirten die Auflage macht, sich nach seiner Genesung dem Oberen zur Übernahme einer Pönitenz zu stellen, so anscheinend Heiner S. 231, denn nach dem Wortlaut der const. bildet diese Anweisung keine Bedingung der straflosen Absolution, da der erstere lediglich auf das Fortbestehen der gedachten Pflicht für die Absolvirten hinweist.

[9] Von der Exkommunikation, also nicht blos

Vollmacht[1] ertheilen, mit der dem Papste schlechthin reservirten Exkommunikation *l. s.* bedroht[2].

Weiter gehört hierher: c. die s. g. *sollicitatio ad turpia*, der Versuch, das Beichtkind zur Unzucht anzureizen[3]. Zum Thatbestand desselben gehört[4], dass ein Priester, gleichviel welcher Art und welcher Würde oder Ranges[5], eine andere Person männlichen oder weiblichen Geschlechts während des Aktes der sakramentalen Beichte oder vor oder unmittelbar nach demselben[6] oder bei Gelegenheit der Beichte[7] oder unter dem Vorwande[8] einer solchen, selbst wenn die letztere nicht nachgefolgt ist, oder endlich auch unter dem Scheine einer Beichte[9] im Beichtstuhl oder einem anderen zum Beichten bestimmten[10] oder dazu gewählten

von den Sünden. Auch reicht die blosse Anhörung der Beichte nicht aus.

1 Dazu genügt nur eine spezielle, nicht eine allgemeine päpstliche Vollmacht, selbst wenn dieselbe auch auf Absolution von allen dem Papst vorbehaltenen Fällen oder Censuren lautet.

Nach der ausdrücklichen Vorschrift der const. Pius' IX. cit.: „Firmam tamen esse volumus absolvendi facultatem a Tridentina synodo episcopis concessam Sess. XXIV. c. 6 de ref. in quibuscumque censuris apostolicae sedi hac nostra constitutione servatis, iis tantum exceptis quas eidem apostolicae sedi speciali modo reservatas declaravimus" ist sogar auch für die speziell dem Papst reservirten Censuren die Berechtigung der Bischöfe bei geheim gebliebenen Vergehen zu absolviren (s. Trid. l. c.), beseitigt worden.

Die vielfach vertretene Meinung, dass diejenigen, welche nicht im Stande sind, den römischen Stuhl um die Absolution selbst anzugehen, s. Bd. IV. S. 105 u. I. S. 122, von dem Ordinarius und, wenn dieser nicht angegangen werden kann, von jedem Beichtvater auch ohne spezielle Vollmacht erlaubter Weise absolvirt werden dürfen, (A.-) Pennacchi 1, 439 ff.; Heiner S. 385, ist durch die päpstlich genehmigte Entsch. der congr. inquisitionis v. 1886, Acta s. sed. 19, 46; (A.-) Pennacchi 2, 612, mit Recht reprobirt, aber offen gelassen worden: „in casibus vere urgentioribus, in quibus absolutio differri nequeat, absque periculo gravis scandali vel infamiae, super quo confessariorum conscientia oneratur, dari posse absolutionem iniunctis de iure iniungendis a censuris etiam speciali modo summo pontifici reservatis sub poena tamen reincidentiae in easdem censuras, nisi saltem infra mensem per epistolam et per medium confessarii absolutus recurrat ad s. sedem." Wenn der Beichtvater also in solchen Fällen absolvirt, verfällt er der Strafe nicht.

2 Was die Partikularkonzilien betrifft, so weisen die älteren Strafbestimmungen gegen die Beichtväter auf, welche ohne spezielle Ermächtigung sowohl von päpstlichen, wie auch bischöflichen Reservatfällen absolviren, so Freising 1440 c. 24, Hartzheim 5, 278 (Exk.); Salzburg 1490, ibid. p. 579 (ebenso); Salzburg 1569, XLV. 4, l. c. 7, 349, S. 630 n. 1 (hier daneben auch Gefängniss und arbiträre Strafe); Bordeaux 1583 c. 12, Hardouin 10, 1347 (exc.); Mailand 1579 I. 10, ibid. p. 981 (blos von bischöflichen Fällen, exc. l. s.).

3 Über die in Frage kommenden päpstlichen Konstitutionen s. o. S. 569 n. 4.

4 Nach der a. a. O. citirten const. Gregors XV. und Benedikts XIV.

5 Ob er die Vollmacht zum Beichthören besitzt, ist gleichgültig, s. die cit. Instruktion der congr. inquis. v. 1867 n. 2, S. 852 n. 2; vgl. (A.-) Pennacchi 2, 172; Heiner S. 279.

Auf den Bischof bezieht sich aber die Strafbestimmung nicht, da nach der const. Benedikts XIV. die Denunziation beim Bischof oder dem Inquisitor zu geschehen, für einen Bischof diese Behörden aber nicht zuständig sind, und die Denunziation des letzteren bei dem allein kompetenten päpstlichen Stuhl nicht vorgeschrieben ist.

6 Also in unmittelbarer Verbindung mit der Beichte, so dass der Zusammenhang nicht durch andere Handlungen, z. B. die Entfernung des Pönitenten, unterbrochen wird, vgl. Thesaurus l. c. P. II. s. v. sollicitatio p. 513; Heiner S. 279; (A.-) Pennacchi 2, 175. Dass der Charakter der Handlung des Priesters als Sollizitation dabei sofort hervortritt, ist aber nicht nöthig, denn es genügt schon die Übergabe eines die letztere enthaltenden Briefes, den der Pönitent erst zu Hause lesen soll, s. unten S. 871 n. 2.

7 Z. B. wenn der Pönitent um sofortige Abnahme der Beichte bittet, der Priester aber diese auf spätere Zeit verschiebt, nicht aber wenn das Ersuchen auf die Abhörung der Beichte in späterer Zeit gerichtet ist, weil dann kein Zusammenhang der Sollizitation mit der Beichte vorliegt. Nähere Erörterungen darüber bei Thesaurus l. c.; (A.-) Pennacchi 2, 176, Heiner S. 281.

8 D. h. der Priester muss seinerseits die Beichte als Vorwand nehmen, z. B. die andere Person zur Beichte auffordern in der Absicht, sie ad turpia zu sollizitiren anstatt ihr die Beichte abzunehmen, (A.-) Pennacchi 2, 177, Heiner S. 282.

9 Nothwendig ist, dass sich der Priester den Anschein giebt, als wollte er die Beichte hören, s. auch congr. off. 1700, Acta s. sed. 25, 449.

10 Damit ist im Gegensatz zu dem Beichtstuhl in der Kirche, dem sich durch seine Form von selbst als den zur Beichte dienenden kund gebenden Ort, jeder andere ausnahmsweise dazu bestimmte, z. B. die Sakristei, gemeint; vgl. auch congr. off. 1700 cit. Über die gleichgültige Streitfrage, ob die Orte, in denen die Beichte der Nonnen

Ort[1] durch Worte oder Zeichen oder Winke oder Berührungen oder auch durch etwaige zum sofortigen oder späteren Lesen übergebene Schriftstücke[2] zur Vornahme unehrbarer oder unzüchtiger Handlungen[3] mit sich selbst oder mit anderen anzureizen oder zu verlocken sucht oder vorsätzlich und widerrechtlich[4] mit den gedachten Personen unerlaubte und unehrbare Gespräche und Erörterungen[5] führt.

Als Strafen für die *sollicitatio* in dem eben gedachten Sinne sollen je nach der Beschaffenheit des Verbrechens und der Umstände die *suspensio ab executione ordinis*[6], die Privation aller Benefizien, Dignitäten und Offizien, die Unfähigkeit zur Erwerbung solcher (bei Regularen auch die Entziehung des aktiven und passiven Stimmrechts), das Exil, Galeerenstrafe, Gefängnissstrafe selbst für immer, ja nach dem Wortlaut der fraglichen Konstitutionen in den schwersten Fällen auch die jetzt freilich ausgeschlossene Degradation und Überlieferung an den weltlichen Richter[7] verhängt werden[8].

d. Die Nichtbeachtung der den Beichtvätern obliegenden Verbindlichkeit, im Falle der Kenntniss von einer gegen einen Pönitenten begangenen Sollizitation diesen an die ihm obliegende Denunziationspflicht[9] zu erinnern[10], oder gar eine Belehrung

gehört wird, zu den confessionalia oder den zum Beichten bestimmten Orten auch in Betreff der nicht zum Orden gehörigen Frauen zu rechnen sind, s. (A.-)Pennacchi 2, 182 n. 1 u. p. 203 ff.

1 Wie dem Zimmer eines Kranken.

2 Also namentlich Briefe, so ausdrücklich nach const. Benedict. XIV. cit.

3 D. h. solcher, welche das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung gröblich verletzen und der Befriedigung der fleischlichen Lust dienen sollen. Dass das turpia hier nicht andere, an sich schändliche Handlungen und Sünden, wie Meineid, Diebstahl, Mord u. s. w. bedeutet, darüber ist die Doktrin einig.

4 „Ausu temerario" nach der const. cit. Benedikts XIV. Damit soll ausgedrückt werden, dass es sich dabei nicht um Erörterungen handeln darf, welche durch den Inhalt der Beichte, z. B. durch das Beichten von Fleischessünden, geboten und nothwendig sind, um die Schwere der Sünde und die Art die Busse bemessen zu können.

5 Mithin solche, deren Gegenstand ebenfalls das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletzt.

6 Nach dem Dekret Benedikts XIV.: Sanctissimus v. 1745, b. Ben. 1, 291, muss aber stets auf immerwährende Unfähigkeit zur Verwaltung des Beichtsakraments erkannt werden, vgl. auch die cit. Instrukt. v. 1867 n. 12, S. 852 n. 2 u. Acta s. sed. 25, 450.

7 S. o. S. 569 n. 5.

8 Stellt sich der schuldige Sollizitant freiwillig, ehe er seitens des Sollizitirten angezeigt oder auf eine solche Denunziation citirt wird, so wird er blos mit Bussen belegt, Bened. XIV. de synodo dioeces. VI. 11 n. 8. Das ist eine Anwendung der bei der Ketzerei seitens der Inquisition geübten Praxis, s. o. S. 482 n. 3, zu deren Zuständigkeit die Sollizitation gehört, auf diese letztere.

Anderenfalls kann aber der Beschuldigte, freilich nur durch die congr. inquisitionis, s. Gregor XV. cit. §. 5: „dantes etiam facultatem venerabilibus nostris S. R. E. cardinalibus generalibus inquisitoribus ... testibus singularibus, concurrentibus praesumptionibus, indiciis et aliis adminiculis delictum probatum esse arbitrio suo iudicandi", nicht durch die Ordinarien verurtheilt werden. Deshalb darf der Bischof in solchen Fällen die Beichtväter nicht mit der suspensio ex informata conscientia oder der Suspension vom Beichthören belegen, sondern muss in denselben erst an die congr. inquisit. berichten, Analecta iur. pontificii 1864 p. 592. — Neapel 1679, coll. conc. Lac. 1, 197, bedroht auch den Missbrauch des Exorzismus zur inductio ad turpia mit der excommunicatio i. f. und schweren körperlichen Strafen.

9 S. darüber o. S. 851 und zwar in dem S. 852 n. 2 gedachten Umfange, nicht in dem beschränkteren der const. Pius' IX.: Apostolicae cit., S. 852 n. 1.

10 Gregor XV. cit. §. 7: „Mandantes omnibus confessariis, ut suos poenitentes, quos noverint fuisse ab aliis, ut supra, sollicitatos, moneant de obligatione denunciandi sollicitantes seu, ut praefertur, inquisitoribus seu locorum ordinariis praedictis: quod si hoc officium praetermiserunt vel poenitentes docuerint, non teneri ad denunciandum confessarios sollicitantes seu tractantes ut supra, iidem ordinarii et inquisitores illos pro modo culpae punire non negligant"; Benedikt XIV. cit. §. 2: „Meminerint ... sacerdotes ad confessiones audiendas constituti, teneri se ac obligari suos poenitentes quos noverint fuisse ab aliis, ut supra, sollicitatos, sedulo monere iuxta occurrentium casuum circumstantias de obligatione inquisitoribus sive locorum ordinariis praedictis personam quae solicitationem commiserit, etiamsi sacerdos sit, qui iurisdictione ad absolutionem valide impertiendam careat aut sollicitatio inter confessarium et poenitentem mutua fuerit sive sollicitationi poenitens consenserit sive consensum minime praestiterit vel longum tempus post

der Beichtkinder dahin, dass ihnen eine solche Pflicht nicht obliege[1], Vergehen, welche jedoch blos mit arbiträrer Strafe bedroht sind[2].

e. Die Absolution des Mitschuldigen bei der Sollizitation oder die s. g. *absolutio complicis in peccato turpi*[3].

f. Das unzulässige Erforschen des Namens des Mitschuldigen in der Beichte[4]. Benedikt XIV.[5] hat diejenigen Beichtväter, welche vorsätzlich und in Kenntnis des Verbotes und der darauf gesetzten Strafe[6] den Pönitenten bei der Beichte über seine Mitschuldigen ausfragen und bei der Weigerung der Nennung derselben dem ersteren die Absolution vorenthalten[7], mit der Suspension (*fer. sent.*) vom Beichthören[8], sowie mit schwereren arbiträren Strafen bedroht. Dagegen trifft diejenigen, welche vorsätzlich und bewusster Weise lehren, dass eine solche Praxis erlaubt ist oder dieselbe als erlaubt vertheidigen, die noch heute dem Papst schlechthin reservirte Exkommunikation *l. s.*[9], und die Beichtväter, welche die gedachte Praxis deshalb üben, weil sie dieselbe trotz der Kenntniss von der Verurtheilung derselben für erlaubt halten[10], sollen je nach der Lage des Falles mit der Suspension vom Beichthören, der *suspensio ab executione ordinum*, der Privation der Benefizien und Dignitäten, der dauernden Unfähigkeit zu solchen (Regulare auch mit Verlust des aktiven und passiven Stimmrechts) und anderen Strafen belegt[11] werden[12].

ipsam solicitationem iam effluxerit aut sollicitatio a confessario, non pro se ipso sed pro alia persona peracta fuerit."

1 Gregor XV. §. 7 cit., s. vor. Anm.

2 L. c. und die cit. Instruktion v. 1867 n. 4.

3 Darüber ist schon Bd. IV. S. 110. 111 ausführlich gehandelt, vgl. noch Heiner, Censuren S. 108, auch (A.-)Pennacchi 1, [37] u. 2, 602 und Pius IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. sp. m. rom. pontif. res. n. 10: „Absolventes complicem in peccato turpi etiam in mortis articulo, si alius sacerdos licet non adprobatus ad confessiones sine gravi aliqua exoritura infamia et scandalo possit excipere morientis confessionem", sowie zu der letzteren die Entsch. d. congr. inquis. v. 1892 n. 3, dass auch die absolventes cum ignorantia crassa et supina der gedachten Exkommunikation verfallen, Arch. f. k. K. R. 68, 177.

4 Vgl. hierzu Bd. IV. S. 122 n. 1.

5 Ubi primum 1746, bull. Ben. 2, 25: „omnibus et singulis confessariis utriusque cleri tam saecularis quam regularis quantumvis exempti et quacunque speciali et expressa mentione alias fortasse nominandi graviter et distincte . . . in virtute s. obedientiae prohibemus, ne . . . poenitentes qui peccatum seu crimen aliquod, cuius socium aut socios habuerint, ipsis in tribunali poenitentiae confiteantur, interrogare praesumant, de nomine socii seu complicis, loco habitationis vel aliis huiusmodi adiunctis sive circumstantiis expressionem magisque individuam eiusdem complicis manifestationem concernentibus, eidem poenitenti, si manifestare renuerit, sacramentalem absolutionem denegando, alioquin noverint sese ultra peccati lethalis incursum suspensioni ab audiendarum confessionum aliisque etiam gravioribus poenis subiiciendos."

6 Das ergiebt das „praesumere", s. die vor. Anm.

7 Dies gehört zur Vollendung des Vergehens.

8 Daher ist diese Suspension durch die const. Pius' IX.: Apostolicae nicht beseitigt.

9 Const. Pii IX. cit. exc. l. s. r. p. res. n. 1: „. . . item docentes vel defendentes tanquam licitam praxim inquirendi a poenitente nomen complicis, prouti damnata est a Benedict. XIV. in const.: *Suprema* 7. Julii 1745, *Ubi primum* 2. Juli 1746, *Ad eradicandum* 28. Septembris 1746", S. 851 n. 2, Bd. IV. S. 122 n. 1.

10 Benedict. XIV.: Ubi primum cit.: „dummodo tamen huiusmodi interrogandi ac denegandi actus talibus circumstantiis coniunctus sit ac convestitus, quae sic agentem confessarium de adhaesione ad praedictam praxim tamquam ad licitam vel alio quovis modo de prava credulitate suspectum reddant."

11 Benedict. XIV.: Ubi primum cit.

12 Was die Partikularkonzilien betrifft, so bedrohen diese mit Strafe: das Absolviren durch Priester ohne Admission des Ordinarius Salzburg 1569 XLV. 4, Hartzheim 7, 349 (3 monatliches Gefängniss und arbiträre Strafe); das Beichthören ohne schriftliche Approbation des Bischofs Mailand 1565 II. 6, Hardouin 10, 653 (Exkommunikation, nach Mailand 1576 II. 5, ibid. p. 848: ipso facto); Aix 1585, l. c. p. 1531 (ebenso), s. auch Namur 1698 c. 65, S. 583 n. 12; das Nichtaufstellenlassen von Beichtstühlen in gehöriger Anzahl durch die Pfarrer Aix 1585 u. Toulouse 1590 II. 4, Hardouin 10, 1530. 1800 (arbiträre Strafe);

das Beichthören ausserhalb der Kirche ohne Noth Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 186 (Unfähigkeit zum Beichthören und arbiträre Strafe); Namur 1737, Hartzheim 10, 478 (Verlust der Befugniss zum Beichthören ipso facto);

5. Was das Sakrament der Ehe betrifft, so hat neben den früheren gemeinrechtlichen, zum Theil noch in Geltung stehenden Strafbestimmungen [1] das Tridentinum [2]

a. den Pfarrer [3] und jeden anderen Priester [4], welcher einer Eheschliessung mit der geringeren als der vorgeschriebenen Zahl (d. h. zwei) Zeugen assistirt, mit schwerer arbiträrer Strafe [5];

b. denjenigen Pfarrer [6] und anderen Priester, einschliesslich der Ordenspriester, welcher vorsätzlich und wissentlich [7] die einer fremden Pfarrei angehörigen Verlobten [8]

das Beichthören der Frauen ausserhalb der Beichtstühle ohne Noth (wie Krankheit, Taubheit) Aix 1585, Hardouin 10, 1530. 1532 (oder auch in nicht geeigneten Beichtstühlen nach der vorgeschriebenen Zeit, Suspension von der Befugniss zum Beichthören oder suspensio ab ordine); Mecheln 1607 V. 3, Hartzheim 8, 777 (arbiträre Strafe); Namur 1737 cit. (Verlust der Befugniss zum Beichthören ipso facto); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 186 (Suspension von der gedachten Befugniss); Ravenna 1855, l. c. 6, 159 (ebenso, aber als censura l. s.);

das Beichthören von Unmündigen in den Häusern Ravenna 1855 (dieselbe Strafe) oder von kranken Frauen im Hause ohne Offenlassen der Zimmerthür Neapel 1699, l. c. 1, 186 (Suspension vom Beichthören);

die Unterlassung des Ausstellens von Beichtzetteln zum Nachtheil der Kranken und Ärzte, s. o. S. 766, Rom 1725, l. c. 1, 456 (dem Ordinarius reservirte Suspension vom Beichthören ipso f.);

das Fordern von Geschenken seitens des Beichtvaters mit Rücksicht auf die Beichte Neapel 1699, l. c. 1, 186 (Suspension vom Beichthören ipso facto).

[1] Nämlich c. 3 (Lateran. IV.) X de cland. despon. IV. 3, s. o. S. 246 n. 6, welches, soweit es von der Nothwendigkeit des Aufgebotes handelt, durch Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr. in Bezug genommen wird. Die angedrohte 3jährige Suspension vom Offizium ist fer. sent., vgl. Reiffenstuel IV. 3 n. 51 und dazu adnotatio 73 ed. Le Pelletier 5, 725; Schmalzgrueber IV. 3 n. 87; Thesaurus l. c. P. II. s. v. matrimonium c. 6 p. 270. Die Strafbestimmung kommt, da sie nicht auf dem Tridentinum beruht, auch in den Pfarreien zur Anwendung, wo das c. 1 cit. (Tametsi) nicht publizirt ist.

Was dagegen c. 1 (Alex. III.) X de sec. nupt. IV. 21, s. o. S. 247 n. 1, betrifft, so hat die Doktrin schon seit dem 14. Jahrh. die hier für die Einsegnung der Ehe einer Wittwe angedrohte suspensio ab off. et benef., für welche sie aus der Stelle auch die Nothwendigkeit der Absolution durch den Papst nach ihrer Verhängung irriger Weise herausgelesen hat, mit Rücksicht darauf, dass sie blos auf den Fall des nicht sicheren Feststehens der Auflösung der ersten Ehe zu beziehen sei, sowie mit Rücksicht darauf, dass die Strafe zu schwer erscheine und in dem späteren c. 3 (Urban III.) X eod. gar keine Strafe angedroht werde, nicht für anwendbar erachtet, und ihr blos arbiträre Bestrafung durch den Bischof substituirt, Covarruvias de matrimonio P. II. c. 8 §. 11 n. 2; Diaz practica criminalis c. 74 p. 281; Reiffenstuel IV. 21 n. 34 u. ed. cit. 5, 734 (adnot. 98); Schmalzgrueber IV. 21 n. 45; Thesaurus l. c. P. II. c. 1 p. 266. 267 und die dort citirten, welche alle eine dahin gehende Gewohnheit und feste Praxis behaupten.

Dagegen ist die in Clem. 1 de privil. V. 7 angedrohte, dem Papst reservirte Exkommunikation l. s., soweit sie sich auf die Solennisation der Ehe bezieht, entfallen, s. o. S. 868 n. 1.

[2] Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr.

[3] Dieser braucht nicht den priesterlichen Weihegrad zu haben, s. Bd. II. S. 482.

[4] Also nicht Diakon.

[5] Diese Vorschrift des Tridentinums gilt aber nur für die Pfarreien, in denen das betreffende c. 1 publizirt oder kraft Gewohnheitsrechtes rezipirt ist.

Was die Partikularkonzilien betrifft, welche Strafbestimmungen über die klandestinen Ehen, d. h. die nicht in facie ecclesiae oder ohne vorangegangenes Aufgebot geschlossenen Ehen enthalten, so vgl. von vortridentinischen Toledo 1473 c. 17, S. 590 n. 1, von späteren Rouen 1581, Hardouin 10, 1220 n. 2, S. 596 n. 1; Tours 1583 c. 9, l. c. p. 1407 (Priester, welche klandestine Ehen solennisiren oder ihnen auch nur anwohnen, susp. ab excutione ordinum auf 3 Jahre, eventuell auch härtere arbiträre Strafe, Kleriker, welche einer solchen Eheschliessung anwohnen, exc.); Mecheln 1607 X. 1, Hartzheim 8, 780 (Kopulation ohne vorheriges Aufgebot, schwere arbiträre Strafe); D. S. Namur 1639 XIII. 10, l. c. 9, 585 (ebenso, ausser den Tridentinischen Strafen, s. Anm. 2, 30 Gulden); D. S. Antwerpen 1643 X. 7, l. c. 9, 644 (schwere arbiträre Strafe).

[6] Trid. l. c.: „Quodsi quis parochus vel alius sacerdos sive regularis sive saecularis sit, etiam si id sibi ex privilegio vel immemorabili consuetudine licere contendat, alterius parochiae sponsos sine illorum parochi licentia matrimonio coniungere aut benedicere ausus fuerit, ipso iure tamdiu suspensus maneat, quamdiu ab ordinario eius parochi, qui matrimonio inesse debebat seu a quo benedictio suscipienda erat, absolvatur", eine Strafbestimmung, welche durch die const. Pius' IX.: Apostolicae sedis aufrecht erhalten ist, s. o. S. 658, und für deren örtliche Geltung das in der vor. Anm. Gesagte massgebend ist.

[7] S. die Worte: ausus fuerit, vgl. die vor. Anm.

[8] Wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz

ohne Erlaubniss [1] ihres zuständigen Pfarrers [2] ehelich verbindet oder ihre Ehe einsegnet, mit der Suspension ab officio l. s. (und wenn er ein Priester ohne Amt ist, der susp. ab ordine l. s.[3]), bis dieselbe von dem Ordinarius des kompetenten Pfarrers aufgehoben wird [4], bedroht [5].

in der Pfarrei des kopulirenden oder einsegnenden Pfarrers hat, so ist der Thatbestand des Vergehens ausgeschlossen, weil derselbe dann die Zuständigkeit besitzt, vgl. (A.-)Pennacchi 2, 481; Heiner Censuren S. 352.

[1] Eine schriftliche Erlaubniss ist nicht erforderlich. Eine vermuthete genügt aber nicht, weil das Tridentinum das Vorhandensein der licentia verlangt, wohl aber eine stillschweigende, wenn z. B. der zuständige Pfarrer der Kopulation, durch den unzuständigen ohne Widerspruch beiwohnt. Gleichgültig erscheint es endlich, ob die Erlaubniss speziell oder generell ertheilt worden ist, (A.-)Pennacchi 2, 483.

[2] Oder, worüber die Doktrin einig ist, des vorgesetzten Kirchenoberen, welchem, wie dem Bischof, Generalvikar, Kapitelsverweser, die erforderliche Jurisdiktion zur Ertheilung der Erlaubniss zusteht, (A.-)Pennacchi 2, 482.

Gehören die Verlobten zwei verschiedenen, fremden Pfarreien an, so ist die Anwendung der Strafbestimmung ausgeschlossen, sofern nur die Erlaubniss des einen Pfarrers vorliegt, l. c. 2, 482.

Bei Widerruf der Erlaubniss kommt es darauf an, ob derselbe dem kopulirenden oder benedizirenden Priester noch vorher bekannt geworden ist oder nicht. Im letzteren Fall ist kein rechtswidriger Vorsatz vorhanden.

War die Erlaubniss thatsächlich gegeben, aber dies dem Priester nicht bekannt, z. B. weil ein Dritter sie hinter seinem Rücken nachgesucht hatte oder weil sie noch nicht in seine Hände gelangt war, so liegt kein Verstoss gegen die Strafbestimmung vor.

[3] Vgl. darüber o. S. 606 u. S. 608 n. 4.

Wenn die Kopulation und die Benediktion in zwei getrennten Akten vorgenommen wird, so trifft den Schuldigen eine solche Suspension doppelt, (A.-)Pennacchi 2, 485.

Segnet der unzuständige Pfarrer die zweite Ehe einer Wittwe ohne die erforderliche Erlaubniss ein, so trifft ihn wegen des etwaigen Verstosses gegen die hier gedachte Vorschrift des Tridentinums die eben gedachte Suspension, so richtig Reiffenstuel IV. 21 n. 34, nicht aber wegen der Einsegnung der zweiten Ehe als solcher, vgl. übrigens o. S. 873 n. 1.

[4] In Anschluss hieran — über die vortridentinische Zeit vgl. Narbonne 1551 c. 53, o. S. 604 n. 6 — weist Aix 1385, Hardouin 10, 1534, die Bischöfe an, gegen solche Priester ausserdem mit Gefängniss- und anderen arbiträren Strafen einzuschreiten, belegt Mecheln 1570, Hartzheim 7, 614 c. 6, die Zulassung fremder oder vagabundirender oder unbekannter Personen zur Eheschliessung ohne schriftliche Erlaubniss des Ordinarius mit suspensio a divinis; Bordeaux 1624 VII. 3, Hardouin 11, 80, die Zulassung fremder Parochianen ohne schriftliche Erlaubniss des Ordinarius oder des Pfarrers derselben zur Eheschliessung mit den ipso iure eintretenden Strafen der privatio omnium beneficiorum, der Inhabilität zu solchen und der suspensio ab officio, die Nichtbenefiziaten aber in Übereinstimmung mit dem Tridentinum mit der suspensio l. s. (d. h. ab ordine); Namur 1639 XIII. 10, Hartzheim 9, 585, neben der tridentinischen Strafe noch mit 30 Gulden; S. Louis 1858, coll. conc. Lac. 3, 319, das wissentliche Kopuliren fremder Parochianen ohne Konsens des zuständigen Ordinarius oder Pfarrers mit der suspensio.

[5] Im Übrigen wird in den Partikularkonzilien mit Strafen belegt

das Beiwohnen der Priester jeder Art bei klandestinen Ehen mit Privation aller Benefizien ipso f. und Inhabilität zu solchen l. s., für Nichtbenefiziaten mit suspensio ab ordine l. s. für die Provinz bis zur Aufhebung des Ordinarius nach geleisteter Busse Bordeaux 1624 VII. 2, Hardouin 11, 79;

die Zulassung der Eingehung von Verlöbnissen seitens fremder Pfarreingesessenen durch den Pfarrer Cambrai 1631 XIII. 1, Hartzheim 9, 555, mit arbiträrer Strafe, D. S. Antwerpen 1643 X. 3, ibid. p. 644, mit Geldstrafe von 12 Gulden, D. S. Antwerpen 1650 X. 2, ibid. p. 710, mit schwerer arbiträrer Strafe;

das Assistiren der Pfarrer bei Verlobungen in Wirthshäusern Antwerpen 1643 cit X. 2 mit Geldstrafe von 6 Gulden, sowie

bei Verlobungen wider Willen der Eltern oder Vormünder ohne Erlaubniss des Ordinarius Antwerpen 1643 cit. X. 3 mit Geldstrafe von 50 Gulden;

endlich bei obwaltenden Ehehindernissen, ohne Anzeige an den Bischof oder den Generalvikar oder den Offizial zu machen, Antwerpen 1643 cit. 4, mit Geldstrafe von 6 Gulden;

das leichtfertige Dispensiren vom Aufgebot seitens der Bischöfe, Archidiakonen und anderen Kirchenoberen Paris 1429 o. 33 und Sens 1460/1485 IV. 4 a. E., Hardouin 8, 1050 u. 9, 1540, mit interdictum ingressus ecclesiae für einen Monat;

das Beschleunigen des Aufgebots oder der Eheeinsegnung durch den Pfarrer, Mailand 1565 II. 64 l. c. 10, 700, mit arbiträrer Strafe;

das Assistiren der Pfarrer bei Eheschliessungen oder die Delegation anderer dazu seitens der letzteren, wenn einer der Verlobten zur Ehe gezwungen wird, Mecheln 1570, Hartzheim 7, 613 c. 2, mit suspensio ab off. et benef., wiederholt Mecheln 1607 X. 1, l. c. 8, 780;

das Zulassen der Verlobten, welche nicht vorher gebeichtet haben, zur Solennisation der Ehe seitens der Pfarrer oder ihrer Stellvertreter D. S. Köln 1651 III. 18, l. c. 9, 773, mit arbiträrer Strafe;

die Nichthinderung der Überrumpelung durch

6. Hinsichtlich der Verstösse bei der Gewährung und der Vornahme des kirchlichen Begräbnisses hat das frühere gemeine Recht [1] nur, soweit es sich um die Gestattung des Begräbnisses in Fällen, in denen dasselbe verboten ist [2], und ferner um die Beeinflussung der Kirchenglieder zur Wahl ihres Begräbnisses bei einer bestimmten Kirche durch Geistliche oder Religiosen [3] handelt, einzelne Änderungen durch die päpstliche Gesetzgebung erfahren. Im Übrigen kommen für diese Zeit nur partikularrechtliche Bestimmungen [4] in Betracht.

7. Betreffend die Feier des Gottesdienstes und einzelner gottesdienstlicher Handlungen (abgesehen von der Celebration der Messe, s. o. S. 866), sowie der Spendung der Sakramentalien, so steht von den älteren gemeinrechtlichen Bestimmungen noch das Verbot der Veranstaltung unpassender Musik während der Messe oder der Feier des officium diurnum und nocturnum in Geltung [5]. Hinzugetreten

die Verlobten mit Abgabe des Ehekonsenses seitens des Pfarrers Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 699, mit Geldstrafe von 100 Aurei;

die Celebration der Brautmesse bei Ehen in der geschlossenen Zeit Toledo 1473 c. 16, Hardouin 9, 1511, mit Geldstrafe von 10 Gulden; die Solennisation der Ehe oder die Betheiligung seitens der Geistlichen an Hochzeitsfeierlichkeiten während der gedachten Zeit Sens 1460/1485 IV. 5, l. c. p. 1540, mit Exkommunikation;

die Solennisation der Ehe in Privatoratorien oder die Ertheilung der Erlaubniss dazu ohne Nothwendigkeit seitens der Bischöfe, Archidiakonen und anderen Kirchenoberen Paris 1429 c. 32 u. Sens 1460/1485 IV. c. 4, Hardouin 8, 1049 u. 9, 1539, mit interdictum ingressus ecclesiae für einen Monat; die Vornahme der Kopulation in Kapellen, Klöstern und Oratorien Bordeaux 1624 VII. 3, l. c. 11, 80, mit dem Lokalinterdikt; von Kopulationen ausserhalb der Pfarrkirche durch den Pfarrer D. S. Gent 1650 IX. 3, Hartzheim 9, 710, mit Geldstrafe von 2 schweren Pfunden, Münster 1712, ibid. 10, 377, mit susp. ab off. et benef.; von Kopulationen durch den Pfarrer in Privatoratorien Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 25. 26, mit debita poena;

die Kopulation der Ehe zu anderer Zeit als am Morgen Münster 1712 cit. mit susp. ab off. et benef.;

die Kopulation Nachmittags oder ohne Feier der Messe oder an dem Tage des letzten Aufgebots Urbino 1859 cit. mit debita poena;

die Unterlassung der Führung von Eheschliessungsregistern durch die Missionare Australien 1844, coll. conc. Lac. 3, 1054, mit Suspension.

[1] S. o. S. 247 n. 2.

[2] S. o. S. 497 n. 4 u. S. 537.

Von den Partikularkonzilien der hier fraglichen Periode vgl. übrigens Toledo 1473 c. 20 u. 22, Hardouin 9, 1512. 1514, S. 590 n. 1 u. S. 625 Anm. Sp. 1 (hier neben Geldbusse auch arbiträre Strafe); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 576 (Gewährung des kirchlichen Begräbnisses durch Prälaten, Archidiakonen, Plebane, Welt- und Ordenspriester an offenbare Wucherer, Exkommunikation, wiederholt Salzburg 1569 LVII. 15, l. c. 7, 369); Cambrai 1586 XIII, l. c. 7, 1010 (an „publicos simoniacos, religiosos proprietarios, schismaticos, veneficos, sortilegos, usurarios et eos qui sibi manus violentas intulerunt aut in duello mortui sunt eosque qui tempore paschali confiteri peccata sua et ss. sacramentum eucharistiae recipere contempserint necnon etiam eos qui cum antea fuerint suspecti de haeresi, pastorem ad se in morbo advocare neglexerunt usque ad extremum pene vitae horam“, exc.).

Vgl. ferner New Orleans 1860, coll. conc. Lac. 3, 254 (Priester, welche Leichen der Katholiken auf Kirchhöfe der Sekten oder auch wenn sich am Orte ein katholischer Kirchhof befindet, auf öffentliche Begräbnissplätze begleiten, Suspension).

[3] Die darauf nach Clem. 3 de poen. V. 8, S. 247 n. 7, gesetzte, päpstlich reservirte exc. l. s. ist durch die const. Pius' IX.: Apostolicae beseitigt worden. Auf c. 1 in VI de sepult. III. 12, s. a. a. O., verweist noch Embrun 1727, coll. con. Lac. 1, 634.

[4] D. S. Antwerpen 1643 VIII. 6, Hartzheim 9, 643, S. 625 Anm. Sp. 2; Narbonne 1609 c. 24, Hardouin 11, 26 (das Wegbringen der Leichen aus der Sterbeparochie bei Streitigkeiten über den Ort des Begräbnisses, Thäter, Rathgeber und Begünstiger, selbst Mönche exc.); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 174 (Verschiebung des Begräbnisses wegen Streitigkeiten über den Ort desselben, Geldstrafe); ibid. p. 175 (Geistliche, welche ohne Genehmigung des Ordinarius die Erlaubniss zur Aufreissung des Fussbodens der Kirche oder der Sakristei behufs Bestattung von Leichen geben, arbiträre Strafe); vgl. weiter l. c. p. 174, s. o. S. 626 Anm. Sp. 2; Salzburg 1569 LI. 1, S. 579 n. 3; Mailand 1576 II. 12, S. 626 n. 1; römisches Edikt v. 1705, s. a. a. O.; Rouen 1581, Hardouin 10, 1240 n. 24, S. 596 n. 1; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 175 (Vertheilung der Almosen aus Anlass des Begräbnisses während des Transportes der Leiche und in der Kirche, Gefängnissstrafe).

[5] c. un in Extrav. comm. de vita et hon. III. 1, s. o. S. 262 n. 1. Da die hier angedrohte susp. ab off. auf 8 Tage eine poena fer. sent. ist, so ist sie auch nicht aufgehoben. Auf das c. un. cit. verweist Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 368, welches die Strafe zugleich auf das Orgelspiel und die Veranstaltung anderer Musik bei Todtenmessen

ist ausser der Vorschrift des Tridentinums[1], welches auf arbiträre Bestrafung für die Zulassung unpassender Musik bei der Messe hinweist, weiter eine Strafandrohung Alexanders VII.[2] gegen die Leiter von Kirchen und gegen Chorpräfekten, welche während der Messfeier oder während der Ausstellung der Eucharistie andere Stücke als solche, welche im Brevier oder Missale vorgeschrieben oder aus der h. Schrift und den Vätern entnommen sind, vortragen lassen[3], und ferner eine weitere Pius' V. gegen Kapitel, Pfarrer, Vikare und Sakristane, welche nicht gegen Störungen des Gottesdienstes durch Plaudern, Herumlaufen und durch sonstiges unpassendes Benehmen einschreiten[4] und das Herumlaufen der Bettler in den Kirchen während der Messe, der anderen gottesdienstlichen Handlungen und der Predigten nicht hindern[5], während andere hier in Frage kommende Verstösse allein durch die Partikularkonzilien unter Strafe gestellt worden sind[6].

und während der Zeit des Advents und der Quadragesima mit Ausnahme der Festtage ausdehnt, während Tarragona 1738, l. c. 1, 787, das Zulassen von unpassender Musik mit Geldstrafe und arbiträren Strafen, auch mit Censuren bedroht.

[1] Sess. XXII. decr. de obs. in celebr. miss., s. auch Bd. IV. S. 167 n. 5.

[2] Piae sollicitudinis 1657, b. T. 16, 275.

[3] Als Strafen werden angedroht die durch Pius IX. cit. beseitigte exc. l. s., sowie die privatio fructuum für einen Monat und suspensio ab officio.

[4] S. o. S. 763.

[5] Cum primum 1566 §§. 4. 5, b. T. 7, 434, bei Strafe von 2 Aurei für die Kapitel, von einem halben für die Pfarrer in jedem Falle, eventuell schwerer arbiträrer Strafe, eine Konstitution, welche Namur 1604 IV. 4, Hartzheim 8, 613, republizirt, während in Anhalt daran Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 168, die Sakristane, welche das Betteln dulden, mit einer Strafe von 6 Dukaten belegt.

[6] So die Nichteinführung des römischen Missales und Breviers Aix 1585, Hardouin 10, 1530 (Exk. und arbiträre Strafen); Cambrai 1631 III. 12, s. o. S. 535 n. 3; D. S. Besançon 1571, Hartzheim 8, 198 (clerici in sacris beneficiati, welche ein anderes als das in der Diöcese hergebrachte Officium rezitiren, privatio beneficii und susp. ab ordine); Tours 1583 c. 12, Hardouin 10, 1412 (die Beobachtung verschiedener Fest- und Fasttage in einer Stadt durch die Leiter der Kirchen, exc. i. f. und gegen Korporationen interdictum i. f.);

Toledo 1566 II. 20, l. c. 10, 1153 (Geistliche, welche pervigilationes in den Kirchen gestatten, exc. i. f. und schwere arbiträre Strafe); Tarragona 1752, coll. conc. Lac. 1, 792 (Abhaltung von Gesängen, Oratorien und anderen dem Gottesdienst ähnlichen Funktionen nach Sonnenuntergang in den Kirchen, Geldstrafe und kirchliche Censuren);

Salzburg 1569 LIV, Hartzheim 7, 360. 361 (Gestattung anderer als der im Agendenbuch zugelassenen Gesänge vor und nach den Predigten durch die Pfarrer oder Prediger, privatio omnium beneficiorum und Gefängnissstrafe, tanquam de haeresi suspectus);

Toledo 1473 c. 19, Hardouin 9, 1512 (die Einmischung unpassender Darstellungen und Lieder in den Gottesdienst, Benifiziaten an den Kathedralen privatio portionum eo ipso auf einen Monat, Benefiziaten an den Pfarrkirchen 30 Regalen, Nichtbenefiziaten 15); Köln 1651 I. 11 n. 3, Hartzheim 9, 739 (Betheiligung des Klerus an dem Feste des Knabenbischofs am Tage ss. innocentium, 300 Goldgulden); ibid. n. 7, p. 740 (Gestattung von Schauspielen in den Kirchen während des Gottesdienstes oder der Osterzeit, 100 Goldgulden); Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 514 (Zulassung von unzulässigen Darstellungen während des Gottesdienstes, wie z. B. Herablassen einer Taube am Pfingstfeste u. s. w., suspensio für Priester und für die sich dabei als Gehülfen oder Rathgeber betheiligenden Laien interdictum ingressus ecclesiae und Unfähigkeit zu Ämtern in ihrer Bruderschaft); Tarragona 1738, l. c. 1, 789 (Zulassung von Schaustellungen während des Gottesdienstes, namentlich von Darstellungen frommer Personen durch Knaben und Jünglinge, 10 Pfund Geldstrafe und arbiträre Strafe);

Edikt für die Peterskirche v. 1725, Ferraris prompta biblioth. s. v. tabaccum n. 4 (öffentliches Tabakschnupfen seitens des Klerus in der Kirche und öffentliches Herumgeben der Tabaksdose im Chor während des Gottesdienstes, arbiträre Strafen);

Mailand IV. 1576 II. 10, Hardouin 10, 874 (das Annehmen von Laien als Musiker und Sänger beim Gottesdienst oder bei Prozessionen ausser in Nothfällen, arbiträre, namentlich Geldstrafe für die anwesenden Geistlichen und die angenommenen Laien); Tarragona 1717, coll. conc. Lac. 1, 765 (Miethen von Musikern an den Festtagen der Kapellenheiligen zu anderen Zwecken als zur Mitwirkung beim Gottesdienst durch die Leiter der Kapellen, exc.); Mecheln 1570 c. 10, s. o. S. 625 Anm. Sp. 1;

Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 169 (Priester, welche mit den Insignien ihres Ordos angethan Laien, welche Kirchen- oder Ortsvorsteher sind,

8. In Bezug auf die Disciplinarvergehen bei Ausübung des Predigtamtes kommen gemeinrechtlich die Vorschriften der const. Gregors XV. gegen die Regularen, welche das Predigtamt ohne die erforderliche Benediktion des Bischofs ausüben[1], die des Tridentinums gegen die Prediger, welche Ketzereien oder Irrthümer predigen oder durch ihre Predigten Ärgerniss hervorrufende Lehren verbreiten[2], und die der const Leos X.[3] gegen solche, welche unpassende, namentlich ihrem Inhalt und ihrer Form nach Anstoss erregende Predigten halten[3], in Betracht, an welche letztere namentlich die älteren Provinzialsynoden mit ihren Anordnungen angeknüpft haben[4].

9. Die missbräuchliche und unehrerbietige Benutzung und Be-

während des Gottesdienstes thurifiziren, arbiträre Strafe);

Rom 1725, ibid. 1, 390 (Dulden des Stehens der Laien oder Halten von Bänken seitens derselben im Presbyterium während des Gottesdienstes, Interdikt l. s. über die Kirche);

Quito 1869, l. c. 6, 442. 443 (Geistliche, welche am Tage der commemoratio defunctorum ohne den Pfarrer oder ohne ausdrücklich dazu deputirt zu sein, öffentliche Gebete oder Responsorien halten, Geldstrafe);

Neapel 1699, l. c. 1, 173 (Abhalten von Prozessionen ohne schriftliche Erlaubniss des Ordinarius, Interdikt über die Kirche, von welcher sie aus und nach welcher sie hingeführt werden; ausserhalb der Kirche, ausser während der Frohnleichnamsoktave, dieselbe Strafe, Veranstaltung von unpassenden Darstellungen bei Prozessionen, dieselbe Strafe und andere arbiträre);

Tours 1583, c. 11, Hardouin 10, 1409 (die eigenmächtige Ausstellung von Reliquien zur Verehrung durch das Volk, Anathem);

Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766. 767 (das Einsegnen von Wöchnerinnen nach ihrer Entbindung in Folge notorischen Ehebruchs oder notorischer Fornikation durch Geistliche ohne Wissen des Pfarrers, suspensio i. f.);

Rouen 1581, Hardouin 10, 1240 n. 23 (unzulässiges Segnen von Brod und Wein, susp. a. divinis s. o. S. 596 n. 1);

Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 197 (Gebrauch von nicht im römischen Rituale vorgeschriebenen Exorzismen oder andere Verstösse gegen dasselbe oder Exorzisation zur Nachtzeit, arbiträre Strafe).

[1] Inscrutabili 1622 §. 6, b. T. 12, 656, s. Bd. IV. S. 457 n. 3. Vgl. auch Anm. 4 a. E.

[2] Trid. Sess. V. c. 2 de ref., Bd. IV. S. 459 n. 5. Schon vorher Mainz 1549 c. 50, Hartzheim 6, 577, s. o. S. 572 n. 3.

[3] (Lateran. V.) Supernae 1516, b. T. 5, 680, in Verbindung mit Trid. l. c., s. auch o. S. 583 n. 11, und die Encyklika der congr. conc. v. 1680, coll. conc. Lac. 1, 259, vgl. Bd. IV. S. 472 n. 3. 5. 9.

Das Verbot Sixtus' IV. in c. 2 in Extr. comm. de reliqu. III. 12 (v. 1483) bei Strafe der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation die Lehre von der unbefleckten Empfängniss der Jungfrau Maria oder die gegentheilige Lehre in den Predigten als Ketzerei zu bezeichnen, sowie die sich daran anschliessenden Konstitutionen Pius' V.: Si scandala 1570, b. T. 7, 845, welche das Verbot Sixtus' IV. und Trid. Sess. V. decr. de peccato originali c. 5 bestätigt, Pius' V.: Super speculam ibid. p. 872 (s. Kober, Suspension S. 289 u. o. S. 596 n. 1); Pauls V.: Regis pacifici 1616 u. Sanctissimus 1617, l. c. 12, 356. 396, sowie Gregors XV.: Sanctissimus 1622, ibid. p. 688, vgl. dazu auch Hausmann S. 266 ff., sind in Folge der Dogmatisirung der Lehre von der unbefleckten Empfängniss, s. Bd. III. S. 769 n. 3, veraltet, weil jetzt die Läugnung derselben als Ketzerei zu betrachten ist.

Weiter untersagt die const. Pius' II.: Ineffabilis 1464, b. T. 5, 180, den Mönchen das Predigen über die Streitfrage, ob das von Christus während seines Leidens vergossene Blut von seiner Gottheit getrennt oder nicht getrennt gewesen ist, bei Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation, indessen ist diese durch die const. Pius' IX.: Apostolicae entfallen.

[4] Paris (Sens) 1528 c. 36, Hardouin 10, 1962, u. Avignon 1594 c. 9, ibid. p. 1842, siehe o. S. 601 n. 6; Bourges 1584 VI. 3, l. c. 10, 1466 (Einflechten von Fabeln, Verläumdungen und Ehrherabsetzungen in Predigten, ausserordentliche Bestrafung durch den Bischof); Tarragona 1733, coll. conc. Lac. 1, 788 (hartnäckige Verletzung der Pflicht, die christliche Lehre einfach und klar zum Heil der Seelen zu predigen, Entziehung der facultas praedicandi und arbiträre kirchliche Censuren); Utrecht 1565, Hartzheim 7, 139 (Pfarrer, welche in ihren Predigten wegen nicht bezahlter Pfarrabgaben gegen die Gemeinde losziehen, Exkommunikation); Dublin 1853, coll. conc. Lac. 3, 805 (Geistliche, welche in den Predigten weltliche Dinge, namentlich die politischen Wahlen behandeln und den Nominalelenchus gegen Jemand aussprechen, Suspension oder arbiträre Strafe); Armagh 1854, l. c. p. 851 (ebenso).

Vgl. andererseits Aix 1585, Hardouin 10, 1554. 1555, welches das Predigen der Regularen, ehe sie die bischöfliche Erlaubniss dem Pfarrer der betreffenden Parochie vorgezeigt haben, mit der Suspension vom Predigtamt ipso f. und das Predigen für jeden ohne Erlaubniss des Bischofs, sowie das Aussenden von Predigern unter Missachtung der bischöflichen Rechte mit der Exkommunikation bedroht.

handlung der heiligen und zum Gottesdienst bestimmten Sachen. Was die hierunter fallenden Vergehen betrifft, so hat allein in dieser Zeit [1], soweit die allgemeine Gesetzgebung der Kirche in Betracht kommt, das Konzil von Basel [2] die Duldung der Abhaltung von Schauspielen und Tänzen, der Veranstaltung von Gastmählern in Kirchen, sowie der Benutzung der letzteren und der Kirchhöfe zu Märkten durch die Ordinarien, Dekane und Pfarrer bei Strafe der Suspension von allen kirchlichen Einkünften auf drei Monate untersagt, und die Partikularsynoden haben dieses Verbot theils wiederholt [3], theils auch noch einzelne andere, hierher gehörige Strafbestimmungen erlassen [4].

10. In Betreff der ordnungsmässigen Aufbewahrung und Instandhaltung der zum Gottesdienst gebrauchten Sachen kommen neben der einzigen älteren gemeinrechtlichen Strafbestimmung gegen die vorschriftswidrige Aufbewahrung des Chrisma und der Eucharistie [5] allein partikularrechtliche Vorschriften in Betracht [6].

§. 335. ff. *Die Disciplinarvergehen in Betreff der Verwaltung, Veräusserung und Behandlung des Kirchengutes.*

Schon das ältere gemeine Recht hat die unzulässige Veräusserung von Kirchengütern durch die zur Verwaltung derselben befugten kirchlichen Amtsträger mit Exkommunikation und mit Deposition bedroht [7]. In der hier fraglichen Zeit hat im An-

[1] Über die älteren gemeinrechtlichen, noch heute gültigen, aber keine Strafen androhenden Anordnungen s. o. S. 210 u. Bd. IV. S. 167 n. 4.

[2] Sess. XXI. (1435) c. 11, Hardouin 8, 1199. Schon Paris 1429 c. 2, Hardouin 8, 1041, S. 614 n. 1, enthält eine sich theilweise damit deckende Vorschrift.

[3] So Rouen 1445 c. 11, Hardouin 9, 1296 (unter Androhung der Exkommunikation und für distributionsberechtigte Kleriker der Entziehung der Distributionen für drei Monat); Soissons 1456, l. c. 9, 1382 (dieselbe Strafe wie Basel); Sens 1460/1485 I. 3, l. c. 9, 1525, unter Republikation von Basel cit.; Narbonne 1551 c. 46, l. c. p. 457 (Veranstaltung von Schauspielen und Darstellungen in den Kirchen, exc.); Toledo 1556 II. 21, ibid. p. 1153 (ebenso ausser suspensio ab off. auf 6 Monate ipso iure auch arbiträre Strafe); Narbonne 1609 c. 39, Hardouin 11, 42 (Geistliche, welche Tänze, Schmausereien und Handel in den Kirchen gestatten, Gefängnissstrafe, und unpassende Lieder singen lassen, Exkommunikation).

[4] Gegen den Gebrauch kirchlicher Schmuckgegenstände und heiliger Geräthe zu profanen Zwecken Bourges 1584 XV. 4, Hardouin 10, 1474 (exc. maior und Strafen des Sakrilegs); gegen das Beilegen von besonderen Namen an Heiligenbilder (wie z. B. notre Dame de recouvrance) um des Gewinnes willen Rouen 1445 c. 7, l. c. 9, 1296 (arbiträre Strafe); gegen das Anbringen ungewohnter heiliger Bilder in den Kirchen durch die Pfarrer Mailand 1573 I. 2, l. c. 10, 813 (Exkommunikation und arbiträre Geldstrafe); gegen unehrerbietiges und unpassendes Benehmen, namentlich Trinken und Zechen bei Abholung und Überbringung des Chrismas und der anderen Sakramentalien an die Kirchen Mecheln 1870 c. 5, Hartzheim 7, 622 (Geldstrafe von zwei Gulden); Cambrai 1586 V. 8, ibid. p. 1003 (von 10 Gulden).

[5] c. 1 X de cust. euch. III. 44, s. o. S. 246 n. 3.

[6] Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 188 (Pfarrer, welche nicht für die passende Aufbewahrung des h. Öls unter Verschluss sorgen und den Schlüssel nicht selbst verwahren, arbiträre Strafe);

Cambrai 1565 VII. 10, Hartzheim 7, 108 (Kustoden der Kirchen, welche die kirchlichen Gewänder, Schmuckgegenstände und Geräthe nicht sorgsam verwahren, in angemessener Weise zum Gebrauch herausnehmen und wieder zurücklegen, Entziehung der Einkünfte, eventuell Entziehung des Amtes); Utrecht 1607 XII. 13, l. c. 8, 783 (Pfarrer, welche nicht für die Reinhaltung der Altargeräthe und kirchlichen Gewänder sorgen, arbiträre Strafe);

Utrecht 1565, l. c. 7, 140 (Kustoden, welche die Lampe beim Sakrament der Eucharistie nicht Tag und Nacht brennend unterhalten, Exkommunikation und Geldstrafe von 12 Gulden für jeden Unterlassungsfall); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 184 (arbiträre Strafe); Ravenna 1855, l. c. 6, 154 (ebenso).

[7] S. die S. 248 n. 2 citirten Stellen aus dem Dekret und den Dekretalensammlungen.

schluss daran Paul II. eine jede Veräusserung des Kirchengutes treffendes und jede solche an das Vorwissen des Papstes bindendes Strafgesetz erlassen[1]. Wenngleich das letztere auch nicht überall beobachtet worden ist[2], so hat doch die Kurie stets an der allgemeinen Gesetzeskraft desselben für die ganze Kirche festgehalten[3], und so ist es, da die spätere päpstliche Gesetzgebung nur noch für einzelne spezielle Fälle[4] besondere Normen aufgestellt hat, bis heute nicht nur die Grundlage

[1] Ambitiosae 1467 in c. un. in Extr. comm. de reb. eccles. III. 4 u. b. T. 5, 194: „... omnium rerum et bonorum ecclesiasticorum alienationem omneque pactum, per quod ipsorum dominium transfertur, concessionem, hypothecam, locationem et conductionem ultra triennium necnon infeudationem vel contractum emphyteuticum, praeterquam in casibus a iure permissis ac de rebus et bonis in emphyteusim ab antiquo concedi solitis et tunc ecclesiarum evidenti utilitate ac de fructibus et bonis, quae servando servari non possunt, pro instantis temporis exigentia ... prohibemus, praedecessorum nostrorum constitutionibus, prohibitionibus et decretis aliis super hoc editis, quae tenore praesentium innovamus, in suo nihilominus robore permansuris. Si quis autem contra huius nostrae prohibitionis seriem de bonis et rebus eisdem quicquam alienare praesumpserit, alienatio, hypotheca, concessio, locatio, conductio et infeudatio huiusmodi, nullius omnino sint roboris vel momenti et tam qui alienat, quam is qui alienatas res et bona praedicta receperit, sententiam excommunicationis incurrat. Alienanti vero bona ecclesiarum, monasteriorum locorumque piorum quorumlibet inconsulto Romano pontifice aut contra praesentis constitutionis tenorem, si pontificali vel abbatiali praefulgeat dignitate, ingressus ecclesiae sit penitus interdictus. Et si per VI menses immediate sequentes sub interdicto huiusmodi animo (quod absit) perseveraverit indurato lapsis mensibus eisdem a regimine et administratione suae ecclesiae vel monasterii, cui praesidet, in spiritualibus et temporalibus sit eo ipso suspensus. Inferiores vero praelati, commendatarii et aliarum ecclesiarum rectores beneficia vel administrationem quomodolibet obtinentes prioratibus, praeposituris, praepositatibus, dignitatibus, personatibus, administrationibus, officiis, canonicatibus, praebendis aliisque ecclesiasticis cum cura et sine cura saecularibus et regularibus beneficiis, quorum res et bona alienarunt, dumtaxat, ipso facto privati existant illaque absque declaratione aliqua vacare censeantur possintque per locorum ordinarios vel alios ad quos eorum collatio pertinet, personis idoneis (illis exceptis, quae propterea privatae fuerint), libere de iure conferri, nisi alias dispositioni apostolicae sedis sint specialiter aut generaliter reservata; nihilominus alienatae res et bona huiusmodi ad ecclesias, monasteria et loca pia, ad quae ante alienationem huiusmodi pertinebant, libere revertantur.“ Des Näheren vgl. über diese Konstitution unten S. 880 ff.

[2] Das ergiebt sich daraus, dass manche Partikularkonzilien des 16. Jahrh. der Konstitution nicht gedenken und Strafen androhen, welche mit derselben nicht in vollem Einklang stehen, Salzburg 1490, Hartzheim 5, 582 (Äbte, Päpste, Säkular- und Regular-Prälaten, welche die Güter ihrer Kirchen und Klöster „sine licentia petita et obtenta“ veräussern, Privation der Verwaltung derselben); Rouen 1581, Hardouin 10, 1226 (Exkommunikation i. f. gegen die Kapitularen bei Veräusserung des Kapitelsgutes ohne Wissen des Bischofs, ebenso gegen Bischöfe bei unerlaubten Veräusserungen); Aix 1585, l. c. p. 1559 (ebenso); Narbonne 1609 c. 30, l. c. 11, 33 (ebenso und ausserdem arbiträre Strafe durch den Ordinarius), sowie daraus, dass die Doktrin die Konstitution oder mindestens die durch dieselbe angedrohten Strafen da nicht für anwendbar erklärt hat, wo die erstere nicht rezipirt sei, vgl. Engel III. 13 n. 18; Benedict. XIV. de synodo dioeces. XII. 8 n. 9 und die hier citirten. Andererseits reproduzirt Salzburg XXXVII. 2, Hartzheim 7, 334 („sub poena privationis, administrationis et suspensionis officiorum ipsorum, ne de rebus suarum ecclesiarum aut monasteriorum seu beneficiorum immobilium alienationes sive quomodolibet contractus perpetuos sine suorum episcoporum petita et obtenta licentia in casibus a iure permissis aut alias *cum authoritate sedis apostolicae* facere audeant“), den wesentlichen Inhalt der const. Pauls II., und Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 239, nimmt ebenso wie von den neueren Provinzialkonzilien Utrecht 1865, l. c. 5, 923, dieselbe ausdrücklich in Bezug.

[3] S. Benedict. XIV. de syn. dioeces. l. c.

[4] Urban VIII.: Humanae salutis 1625, b. T. 13, 379, untersagt die Austhuung von Städten, Ortschaften, Burgen, Festungen und der weltlichen Jurisdiktionsrechte, sowie mit solchen verbundener Güter, welche bischöflichen und anderen Kirchen, Klöstern, Kollegien, Bruderschaften, sowie frommen Anstalten und Stiftungen gehören, oder auch von Theilen derselben zu Lehn oder zu Emphyteuse, sowie ihre Verpachtung auf länger als drei Jahre und die Verlängerung der gedachten Kontrakte zu Gunsten der bisherigen Besitzer und der Deszendenten, Erben oder Verwandten der letzteren, ferner die Zustimmung zu solchen Verlängerungen oder Vereinbarungen, durch welche der Rückfall an die berechtigten Institute und Gemeinschaften ausgeschlossen wird, und zwar für die mit der Bischofs- oder Abtswürde bekleideten Geistlichen bei Strafe des interdictum ingressus ecclesiae l. s. und nach 6 monatlichem Verbleiben in demselben bei der der suspensio regiminis et administrationis in spiritualibus et temporalibus l. s. der Kirchen und Klöster, denen die Schuldigen vorstehen, für Kapitel, Konvente, Kollegien, Bruderschaften des interdictum a divinis l. s., für die einzelnen Mitglieder dieser Gesammtheiten, die

des praktischen Rechts geblieben, sondern auch sogar von Neuem durch die const. Pius' IX.: Apostolicae[1] zu allgemeiner Anerkennung gebracht worden[2].

Nach derselben trifft die nicht reservirte Exkommunikation l. s.

a. alle Geistlichen[3], welche kirchliche Güter[4] als zur Verwaltung des Vermögens

niederen Prälaten, die sonstigen Leiter und Verwalter der gedachten Kirchen und Institute bei Strafe der excommunicatio l. s., sowie der ipso iure eintretenden Strafen der Privation aller kirchlichen Würden, Benefizien und Offizien, über deren Güter von ihnen gegen das Verbot verfügt worden ist, der Unfähigkeit zur Erlangung solcher und des aktiven und passiven Stimmrechts.

Weiter gehört hierher das in Anhalt an den Widerruf aller früher erfolgten Verleihungen durch Pius' IV.: Apostolicae servitutis v. 1565, b. T. 7, 418, erlassene Verbot Pius' V.: Admonet 1567 §. 8, l. c. p. 560, die der römischen Kirche gehörigen Städte, Länder, Ortschaften, Burgen und Schlösser künftig zu Lehn zu geben oder sonst zu veräussern, ein Verbot, dessen Verletzung für die Kardinäle wegen des von diesen auf die Beobachtung der betreffenden Konstitution zu leistenden Eides, s. Bd. I. S. 215 n. 1 u. S. 343 n. 4, — unter Pius IX. ist allerdings der darauf bezügliche Passus in dem Kardinalseid gestrichen worden, Ztschr. f. K. R. 14, 107 — mit den Strafen des Meineides und der ewigen Infamie l. s. bedroht wird, s. übrigens auch o. S. 750. 751, vgl. dazu die diese const. bestätigenden und erneuernden Konstitutionen Gregors XIII.: Inter ceteras 1572, l. c. 8. 11; Sixtus V.: Quanta apostolica, ibid. 1586 p. 671; Gregors XIV.: Romanus pontifex 1590, l. c. 9, 383; Innocenz' IX.: Quae ab hac 1591, ibid. p. 505; Clemens' VIII.: Ad romani pontificis 1592, ibid. p. 520; Pauls V.: Inter caetera 1605, l. c. 11, 267; Urbans VIII.: Sacrosancti 1623, l. c. 13, 49; Innocenz' X.: In supremo 1644, l. c. 15, 333; Alexanders VII.: Inter ceteras 1660, l. c. 16, 656;

ferner die const. Alexanders VII.: In suprema 1657, l. c. 16, 273, welche den Leitern der Kirchen, Klöster, Kollegien, Benefizien, frommen Anstalten in Rom untersagt, die diesen gehörigen Häuser, Ländereien und Grundstücke an ihre Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad kanonischer Komputation direkt oder indirekt zu vermiethen oder zu verpachten oder anderen zu derartigen Austhuungen der gedachten Güter die Erlaubniss zu geben, und dafür als Strafen den Verlust der bezogenen Einkünfte, sowie für den locator wie auch für den conductor die dem Papst reservirte exc. l. s. angedroht. Vgl. auch unten S. 883 n. 3.

Was die Partikularsynoden betrifft, so bedrohen diese, speziell Cambrai 1586 XV. 4, Hartzheim 7, 1013, die Vermiethung und Verpachtung der Kirchengüter auf länger als die gemeinrechtlich gestattete Zeit (3 Jahre) durch die Geistlichen, Prälaten und Kapitel mit der Unfähigkeit, solche Verträge zu schliessen, und der exc. i. f., die mit ihnen kontrahirenden Laien aber mit der Unfähigkeit, die Früchte der gedachten Güter zu erwerben; Mailand 1576 II. 14, Hardouin 10, 888, die Pachtung von Gütern und Einkünften des Kapitels durch Kanoniker und andere zum Kapitel gehörige Geistliche mit arbiträrer Strafe für den conductor und locator; über Mailand 1569 III. 5, l. c. p. 750, s. o. S. 614 n. 1.

[1] Exc. l. s. nem. reserv. n. 3: „Alienantes et recipere praesumentes bona ecclesiastica absque beneplacito apostolico ad formam Extravagantis Ambitiosae de reb. eccles. non alienandis.“

[2] Vgl. die Entsch. der congr. inquis. n. 1880, Arch. f. k. K. R. 46, 25 n. 3 lit. a u. c u. S. 27, welche die citirte Anordnung der const. (s. vor. Anm.) nicht nur für alle verbindlich erklärt, sondern auch entschieden hat, dass sie selbst Gesetzeskraft haben würde, wenn die const. Pauls II. cit.: Ambitiosae oder eine ähnliche gar nicht vorher erlassen worden wäre, und welche endlich alle früheren, die Geltung der gedachten Konstitution ausschliessenden Gewohnheiten für aufgehoben erachtet, vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 119; Heiner, Censuren, S. 265. 266.

[3] Und zwar auch die Bischöfe und die Äbte. Darüber hat die frühere Doktrin schon im Hinblick auf die const.: Ambitiosae, s. o. S. 879 n. 1, gestritten, und theils angenommen, dass die gedachten Würdenträger lediglich dem interdictum ingressus eccles. verfallen, (z. B. Schmalzgrueber III. 13 n. 164) theils aber, dass dieselben ebenfalls von der Exkommunikation, ausserdem aber noch von der letzteren Censur, die anderen Geistlichen aber von der Strafe der privatio beneficii betroffen werden, Thesaurus l. c. P. II. s. v. alienatio c. 1 p. 79. Diese letztere Auffassung erscheint allein richtig, denn zu Anfang der const. wird jedem Veräusserer schlechthin die Exkommunikation für die ungesetzliche Veräusserung angedroht, nachher aber den Bischöfen und Äbten für eine solche oder eine, wenn auch sonst gesetzmässige, ohne Wissen des Papstes vorgenommene die gedachte Censur, den anderen dagegen die erwähnte Strafe. Erachtet man diesen Anordnungen gegenüber die Exkommunikation auf die ersteren nicht für anwendbar, so muss man sie auch für die anderen Geistlichen ausschliessen. Dazu kommt, dass die const.: Ambitiosae ausdrücklich das frühere Recht aufrechterhält, dieses aber als Strafen die Exkommunikation und die Deposition festgesetzt hat, s. S. 248 n. 2, und dass, wenn man die Bischöfe und Äbte der ersteren nicht unterwirft, der Verordnung eine das frühere Recht abändernde Wirkung untergelegt wird, welche sie selbst ausdrücklich ausschliesst. Von diesem Standpunkt aus ergiebt sich dann weiter, dass die Bischöfe und Äbte ebenfalls der von der const. Pius' IX. angedrohten Exkommunikation verfallen, da die const. c. Ambitiosae aufrecht erhält. Es ist daher unrichtig, wenn man sie vielfach, (A.-)Pennacchi 2, 142. 143; Heiner S. 275 und die bei ersterem citirten, von der gedachten Censur ausnimmt.

[4] Die const.: Ambitiosae spricht von bona im-

der betreffenden eigenthumsberechtigten Kirchen, Benefizien, Korporationen oder Institute legitimirte Vorsteher oder Leiter [1] ausser in den rechtlich erlaubten Fällen [2] oder ausser, wenn es sich um Wiederausleihung seit altersher in Emphyteuse [3] ausgethaner Güter [4] zum Nutzen der Kirche [5] oder um Gegenstände geringeren Werthes [6] oder um Früchte [7] oder Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind und deshalb nicht lange aufbewahrt werden können [8], handelt, veräussern, d. h. Geschäfte schliessen, welche die Verpflichtung zur Eigenthumsübertragung auf andere begründen [9], oder

mobilia et preciosa deo dicata u. bona ecclesiastica. Es kommen demnach in Frage Vermögensstücke, welche im Eigenthum von Kirchen, Benefizien, kirchlichen Korporationen und Bruderschaften, Klöstern, sowie von kirchlichen frommen Anstalten, Hospitälern, Waisenhäusern und Krankenanstalten stehen, nicht aber Güter selbstständiger Stiftungen oder rein weltlicher Korporationen, wie z. B. der den Kommunen gehörigen Stiftungen, ebensowenig der *capellaniae laicales* (vgl. Bd. II. S. 393), gleichviel ob sie von Natur unbewegliche Sachen, wie Grundstücke, Häuser, sind oder rechtlich die Immobilienqualität haben, gleichviel ob sie in beweglichen Sachen, wie in kirchlichen Geräthschaften, Schmuckgegenständen oder anderen Sachen, wie z. B. Manuskripten, Büchern, Bibliotheken, Rechten ohne Immobiliarqualität, Vieh u. s. w., bestehen. Dass sie einen zeitlichen Werth haben müssen, ist nicht erforderlich, demgemäss gehören auch Reliquien hierher, vgl. Engel III. 13 n. 5; Schmalzgrueber III. 13 n. 30. Dagegen freilich Heiner S. 268; (A.-) Pennacchi 2, 146 n. 2, welche aber übersehen, dass sich ihre Auffassung weder durch die Behauptung, dass die Reliquien nicht im Eigenthum stehen können, noch durch die weitere, dass sie nicht gültig verkauft werden dürfen, begründen lässt, denn die erstere ist unrichtig, Bd. IV. S. 267, und wenngleich die andere richtig ist, so erscheint doch eine Veräusserung von Reliquien, nämlich ein Verschenken oder das Vertauschen gegen ein anderes geistliches Gut, möglich und rechtlich zulässig, s. a. a. O. S. 269.

[1] Denn auf andere Personen, als diejenigen, welchen kraft ihres Amtes oder ihrer Stellung die Leitung der Vermögensverwaltung der betreffenden kirchlichen Institute obliegt, bezieht sich die const.: Ambitiosae nicht. Diese bleiben also straffrei, sofern nicht mit der Veräusserung etwa das durch das Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref. oder durch die const. Pius' IX. exc. l. c. spec. m. rom. pont. res. n. 11 vorgesehene Verbrechen (s. o. S. 751. 754) konkurrirt, (A.-) Pennacchi 2, 143; Heiner S. 275.

[2] Das sind einmal die Fälle einer dringenden Nothwendigkeit, eines augenscheinlichen Nutzens oder des Vorliegens einer christlichen Liebespflicht, vgl. vorläufig Schmalzgrueber III. 13 n. 54 ff.; Ferraris, prompta bibliotheca s. v. alienatio art. II. n. 1 ff.; Richter-Dove-Kahl, K. R. S. 1372 (das Nähere in der Lehre von der kirchlichen Vermögensverwaltung).

Weiter gehört hierher dea Fall, dass es sich um ein Immobile von geringem Werth, s. c. 53 (Agde 506) C. XII. qu. 2 („terrulae aut vineolae exiguae et ecclesiae minus utiles aut longe positae parvae"), handelt, ein Fall, welcher durch die const.: Ambitiosae in den Worten: „in casibus a iure permissis", ausdrücklich aufrechterhalten und auch durch Trid. Sess. XXV. c. 11 de ref. nicht aufgehoben ist. Als geringer Werth gilt nach der Praxis der römischen Behörden ein solcher von nicht mehr als 50 Scudi (268,75 Franken), Richters Tridentinum S. 459 n. 3; (A.-) Pennacchi 2, 149 ff.

Endlich kommen noch die Fälle in Frage, dass ein Kloster nach den Regeln seines Ordens die ihm durch Schenkung oder letztwillige Verfügung angefallenen Grundstücke nicht behalten darf, sondern zu veräussern verpflichtet ist, s. c. 3 (Nicol. III.) in VI de V. S. V. 3; Clem. 1 de V. S. V. 11; Schmalzgrueber III. 13 n. 40; Ferraris l. c. art. III. n. 5. 6, oder dass einem kirchlichen Institut eine Sache unter der rechtsverbindlichen Auflage geschenkt oder vermacht ist, sie sofort in Geld umzusetzen.

[3] Oder nach der feststehenden Doktrin auch zu Lehn, s. c. 2 (Innoc. III.) X de feud. III. 20, Schmalzgrueber III. 13 n. 41.

[4] D. s. solche, welche bereits mindestens einmal auf gesetzmässige Weise vor 40 Jahren ausgethan sind, Schmalzgrueber l. c. n. 11.

[5] Dass die Wiederverleihung nur in diesem Fall ohne Weiteres zulässig ist, hebt die const.: Ambitiosae ausdrücklich hervor, s. auch Schmalzgrueber l. c. n. 41.

[6] Denn die const. Pauls II. verbietet nur die Veräusserung der res mobiles pretiosae. Die noch von der Scholastik beherrschte Doktrin, s. (A.-) Pennacchi 2, 150; Heiner S. 269, lässt auch hier die Anm. 2 gedachte Werthgrenze massgebend sein, s. aber Schmalzgrueber III. 13 n. 3.

[7] S. const. Pauls II. cit., also auch die Thierjungen einer Heerde.

[8] Dahin gehören solche, welche durch den Gebrauch aufgebraucht werden, ferner auch nach der herrschenden Annahme solche, welche nicht länger als drei Jahre aufbewahrt werden können, s. Ferraris l. c. n. 15; Heiner S. 273.

[9] Z. B. Kauf-, Tausch-, Schenkungsverträge, Vergleiche, in denen eine kirchliche Sache einem anderen überlassen wird. Wenn behauptet wird, s. (A.-) Pennacchi 2, 151 und die dort Citirten, dass die Strafe erst eintrete, falls die Tradition auf Grund eines dieser Geschäfte vorgenommen sei, davon aber blos für diejenigen Rechtsgebiete, wie Frankreich und Italien, in welchen das Eigenthum ohne Tradition mit dem Vertragsabschluss übergeht, eine Ausnahme gemacht wird, so ist

solche, in Folge deren das Eigenthum auf einen anderen übergeht[1], ferner dinglich[2], mit Servituten, Reallasten oder Pfandrechten[3] belasten, zu Lehn oder Emphyteuse (Erbpacht) austhun oder auf längere Zeit als drei Jahre verpachten oder vermiethen[4],

b. diejenigen, welche in der erwähnten Eigenschaft[5] über die kirchlichen Vermögensstücke, welche nicht zu den frei veräusserlichen gehören[6], ohne Erlaubniss des päpstlichen Stuhles[7] Verfügungen der unter a gedachten Art[8], und zwar selbst, wenn diese für die Kirche nothwendig oder nützlich sind[9], vornehmen[10], endlich

c. diejenigen, welche vorsätzlich und wissentlich[11] derartig gesetzwidrig veräusserte Vermögensstücke ihrerseits in Empfang nehmen[12].

der Grund dafür, dass der Kontrakt noch nicht perfekt sei, hinfällig. Denn das Geschäft selbst kann ebenso wie die auf Grund desselben erfolgte Tradition als ungültig angefochten werden, und daher wird auch das erstere durch diese letztere nicht perfekt. Es kommt vielmehr nur darauf an, ob das Geschäft, wenn es gültig wäre, das Vermögen der Kirche zu schmälern geeignet ist. Dies ist aber schon der Fall, wenn die erwähnten Verträge blos geschlossen worden sind. Unterscheidet doch auch die const. Pauls II. die alienatio und omne pactum, per quod dominium transfertur. Derselben Ansicht, freilich aus anderen Gründen, Heiner S. 274.

1 Wie Tradition und Auflassung. Wenn ein Prälat rechtswidrig einen Verkauf abgeschlossen hat und nach seiner Abdankung sein Nachfolger auf Grund desselben die Tradition vollzieht, so würden demnach sowohl der erste, wie auch der zweite der Exkommunikation verfallen.

2 Darüber, dass hier alienatio nicht im Sinne von blosser Eigenthumsveräusserung gemeint, vielmehr darunter auch die Belastung mit dinglichen Rechten zu verstehen ist, herrscht Einstimmigkeit in der Doktrin, s. z. B. Schmalzgrueber III. 13 n. 24; Ferraris l. c. art. I. n. 2; Schulte, K. R. 2, 562 n. 1; Heiner S. 269.

3 Sowohl Faustpfandrechten, wie auch Hypotheken, doch werden von der Doktrin die Generalhypotheken ausgenommen, s. Schmalzgrueber l. c. n. 10.

4 Aber wohl auf kürzere Zeit.

Gleichgültig ist es, ob das Veräusserungsgeschäft mit einem Laien oder einem kirchlichen Institut eingegangen wird. Die Ansicht, welche die const. Pauls II. auf den letzteren Fall nicht für anwendbar erklärt, s. die Citate bei (A.-) Pennacchi 2, 122, hat gar keinen Anhalt und ist auch von der congr. conc. verworfen worden, s. a. a. O. p. 123.

5 S. 881 n. 1.

6 S. 881 n. 2 ff.

7 Welche durch die congr. episcopor. et regular., bez. die congr. conc. ertheilt wird, vgl. Bd. I. S. 467 u. S. 458 ff. Wird der Veräusserungsvertrag unter der Bedingung, dass diese Erlaubniss dazu eingeholt werden soll, geschlossen, so tritt die Strafe der richtigen und herrschenden Ansicht nach nicht ein, weil hier die Veräusserung erst mit dem Eintritt der Bedingung zur Wirksamkeit gelangt. Anders, wenn auf Grund eines derartig suspensiv bedingten Geschäftes die Tradition ohne Vorbehalt vollzogen oder der Vertrag resolutiv bedingt, d. h. so, dass er bei Nichtertheilung der päpstlichen Erlaubniss wieder hinfällig werden soll, geschlossen wäre, (A.-) Pennacchi 2, 133; Heiner S. 275.

Eine generell ertheilte päpstliche Vollmacht, wie sie einzelne Bischöfe für gewisse Arten von Veräusserungsgeschäften auf eine bestimmte Reihe von Jahren erhalten, so z. B. die österreichischen und die nordamerikanischen, vgl. Richter-Dove-Kahl, K. R. S. 1373 n. 17; Arch. f. k. K. R. 57, 71; 65, 103; 67, 173; Ztschr. f. K. R. N. F. 1, 136, steht selbstverständlich dem speziell ertheilten päpstlichen Beneplacitum gleich.

Wennschon zur Gültigkeit der Veräusserung ausserdem noch der Konsens anderer Oberer, z. B. bei den Pfarrgütern des Bischofs erforderlich ist, so ist die Nichteinholung desselben doch nicht mit der hier fraglichen Exkommunikation bedroht.

8 Nicht hierher gehört aber die Veräusserung der Früchte ihres Benefiziums durch die Benefiziaten gegen eine Pauschalsumme, für welche die Strafe der const. Benedikts XIV.: Universalis 1741, s. o. S. 718 n. 3, zur Anwendung kommt, (A.-) Pennacchi 2, 137.

9 Gegen die Auffassung, s. z. B. Schmalzgrueber III. 13. n. 133, dass in solchen Fällen die Veräusserung für das interne Forum gültig sei, weil hier die Kirche keinen Schaden erleide, und dass in denselben auch die Exkommunikation nicht eintrete, de Varceno comp. theol. moral. 2, 502, vgl. (A.-) Pennacchi 2, 128 ff. und die hier cit. Entsch. d. congr. conc.

10 Die const.: Ambitiosae, welche verlangt, dass in den Fällen a und b die Veräusserung vorsätzlich und wissentlich erfolgt sein muss, s. v. alienare praesumpserit, ist, wennschon dies nicht völlig unbestritten ist, durch die const. Pius' IX., welche schlechthin von alienantes spricht und das praesumentes nur für die zu c des Textes gedachten Thäter festgehalten hat, s. S. 880 n. 1, abgeändert, (A.-) Pennacchi 2, 152; Heiner S. 276, d. h. also die alienantes verfallen der Strafe auch dann, wenn sie aus grober Nachlässigkeit das Strafgesetz und die Strafe nicht kennen.

11 Bei diesen entschuldigt daher die ebengedachte Unkenntniss, s. vor. Anm.

12 Die Bischöfe und Äbte werden in diesem Fall ebenfalls von der Strafe betroffen.

In den Fällen a und b tritt ausser der Exkommunikation für die Schuldigen, welche nicht die Bischofs- oder Abtswürde haben [1], als Strafe die Privation ipso iure aller Priorate, Präposituren, Dignitäten, Präbenden, Offizien und Benefizien, deren Güter sie gesetzwidrig veräussert haben [2], ein [3].

Während die Verletzung von Vorschriften, welche zur Sicherung und Erhaltung des Vermögensbestandes der Kirchen und kirchlichen Anstalten und zur Herbeiführung einer ordnungsmässigen Verwaltung des kirchlichen Vermögens gegeben sind, in der hier fraglichen Zeit gemeinrechtlich nicht mit Strafen bedroht worden sind [4], haben die Partikularsynoden mehrfach derartige Strafbestimmungen erlassen [5].

§. 336. gg. *Die missbräuchliche Ausübung der Amtsrechte und Verwaltung der Ämter.*

Was die unter den hier gedachten Gesichtspunkt fallenden Disciplinarvergehen betrifft, so weist das gemeine Recht der hier fraglichen Periode verhältnissmässig

[1] Das für diese in der const.: Ambitiosae angedrohte interdictum ingressus ecclesiae ist durch die const. Pius' IX. nicht aufrechterhalten, also jetzt in Fortfall gekommen.

[2] Als poena vindicativa ist diese Strafe bestehen geblieben.

[3] Aufgehoben sind durch die cit. const. Pius' IX. die in citirten const. Urbans VIII.: Humanae salutis 1625 und Alexanders VII.: In suprema 1657 angedrohten Interdikte, Suspensionen und Exkommunikationen l. s., s. o. S. 879 n. 4, und es tritt jetzt, soweit sich der Thatbestand der darin bedrohten Vergehen mit der const.: Ambitiosae deckt, dafür stets die exc. l. s. auf Grund der const. Pius' IX. l. c. ein.

Dasselbe gilt auch von den früheren hierher gehörigen gemeinrechtlichen Bestimmungen, nämlich von Clem. 1 de ref. eccles. III. 4 (susp. ab off. ipso iure für die Klosteroberen, welche Rechte, Einkünfte oder Besitzungen des Klosters an Jemand auf Lebenszeit oder auf längere Fristen ausser im Falle der Nothwendigkeit oder des Nutzens ohne Zustimmung des Konventes und in Ermangelung eines solchen ohne die des zuständigen Prälaten ausleihen),

von c. 2 in VI eod. III. 9, s. o. S. 248 n. 2, und von c. 2 X de solut. III. 23, s. S. 249 n. 1.

In Kraft geblieben sind dagegen die auf Befehl Urbans VIII. publizirten Dekrete der congr. conc. v. 7. Sept. 1624 u. 21. März 1626, Ferraris l. c. art. IV. n. 30, in soweit sie für gesetzwidrige Veräusserungen von Gütern der Regularen, wozu auch hier die Aufnahme von Geld gegen Wechsel oder von Darlehen unter Zahlung des damnum emergens und lucrum cessans zur Umgehung der verbotenen Belastung ihrer Güter mit Zinsen gerechnet wird, den Schuldigen ausser den Strafen der const.: Ambitiosae noch Verlust aller von ihnen besessenen Offizien, Unfähigkeit zu solchen und Privation des aktiven und passiven Stimmrechts als Strafen l. s., deren Erlass allein dem Papst vorbehalten wird, androhen, da es sich hier blos um poenae vindicativae handelt.

[4] Ja es sind sogar die in den hierher gehörigen c. 20 in VI de elect. I. 6 u. c. 9 in VI de off. iud. ord. I. 16, s. o. S. 249 n. 4, angedrohten Censuren in Folge ihrer Nichtaufrechterhaltung in der const. Pius' IX. cit. beseitigt.

[5] Abgesehen von Mainz 1423 c. 12, Hartzheim 5, 212, welches die Strafen des c. 40 in VI cit. I. 6 noch durch Exkommunikation l. s. und Interdikt l. s. für die Kapitel und Konvente verschärft, und Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 208, welches den Kapiteln und Kanonikern in Anhalt an die für das Königreich beider Sizilien erlassene const. Innocenz' XII.: Inscrutabili v. 1694, b. T. 21, 589. 590, bei arbiträren Strafen verbietet, die Benefizialgüter vor dem Tode der Pfarrer bei gefährlicher Krankheit derselben zu sequestriren und zu inventarisiren, gehören hierher

Salzburg 1490, ibid. p. 577 (Unterlassung der jährlichen Rechnungslegung seitens des Pfarrers und der von ihm zugezogenen Kirchenvorsteher, vitrici, an den Archidiakon oder Dekan, Exkommunikation); Salzburg 1569 XXXVII. 5, l. c. 7, 334, s. S. 586 n. 2; Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1423, s. S. 615 Anm. Sp. 1; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 167 (Cellararii der Kapitel, welche über die Distributionen nach Ablauf ihrer Verwaltungsperiode keine Rechnung legen, Unfähigkeit zur Wiederwahl eo ipso); Narbonne 1551 c. 64, Hardouin 10, 468 (die für die Kirchen angestellten Almosensammler oder bussinerii, welche nicht jährlich Rechnung legen und die Bestände abliefern, Exkommunikation); Tarragona 1717 c. 17, coll. conc. Lac. 1, 765 (Verwalter frommer Stiftungen, welche nicht rechtzeitig Rechnung legen, arbiträre Strafe); Quito 1869, l. c. 6, 443 (alle, welche kirchliches Vermögen zu verwalten haben und nicht einmal im Jahr dem vorgesetzten Kirchenoberen Rechnung legen, für jeden Monat der Verzögerung Geldstrafe von 20 nummi);

wenige Strafvorschriften auf, und auch die späteren Partikularkonzilien bieten darüber nicht so reichhaltige Bestimmungen, wie die älteren[1].

Im Einzelnen kommt Folgendes in Betracht:

Die Ertheilung von Ablässen durch Bischöfe und Prälaten oder andere geistliche Personen, namentlich Religiosen, über die gemeinrechtlich gezogenen Grenzen hinaus hat keine weitere Regelung erfahren[2], und dasselbe gilt von der unbefugten Ausdehnung der Befugnisse der Konservatoren[3], von der Verhängung der Exkommunikation ohne gerechten Grund und ohne vorherige Mahnung[4], von der Verhängung derselben, des Interdikts und der Suspension ohne Angabe des Grundes und ohne Zustellung an den davon Betroffenen[5], von der Verkündung des Interdikts unter unerlaubten Ceremonien[6], von der Verhängung übermässiger Prügelstrafe durch den Bischof[7] und von der Benutzung der Inquisitionsgewalt zur Belästigung und Bedrückung Unschuldiger[8]; ja, es sind sogar in Folge der const. Pius' IX.: Apostolicae für einzelne der

Aix 1585, Hardouin 10, 1560 (Pfarrer und Pfarrvikar sollen schwören, dass sie bei Strafe der Suspension dem Bischof innerhalb 6 Monaten ein Inventar über das bewegliche und unbewegliche Vermögen ihrer Pfarrei einreichen werden); Mailand 1565 II. 62, l. c. p. 696 (Unterlassung der Anlegung von Vermögensinventarien, Kapitel und Benefiziaten arbiträre Bestrafung durch den Bischof, Bischöfe durch die Provinzialsynode); Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 362 (Unterlassung der Anlegung eines Vermögensinventars der Kirchen, Benefizien, Kapitel, Bruderschaften, Hospitäler und anderen frommen Instituten gehörigen Güter durch die Verwalter innerhalb eines Jahres, gegen Kapitel und Kollegien Interdikt, gegen Kleriker der höheren Weihen Suspension, gegen die der niederen und Laien Exkommunikation); Aix 1585, Hardouin 10, 1573 (die mit einem Benefizium selbst durch den Papst providirten, welche die Aufmachung und Einreichung eines Inventars über die Güter desselben innerhalb dreier Monate an den Bischof unterlassen, arbiträre Strafe); Avignon 1594 c. 55, ibid. p. 1867 (dasselbe, nur ohne Fristbestimmung); Tours 1583 c. 20, Hardouin 10, 1436 (Verwalter und Prokuratoren kirchlicher Güter, welche die Urkunden, Dokumente, Kostbarkeiten, Kirchengeräthschaften und andere bewegliche Sachen bei sich zurückhalten und nicht abliefern, exc. l. f.); Mecheln 1607 XXI. 3; Hartzheim 7, 791, s. o. S. 625 Anm. Sp. 2; Mailand 1569 III. 10, Hardouin 10, 751, s. o. S. 614 n. 1; Tarragona 1717 c. 4, coll. conc. Lac. 1, 758 (Ankauf von census für Kirchen, Benefizien und fromme Institute durch die Verwalter ohne Dekret des Ordinarius, als Strafe soviel an das verwaltete Institut oder Benefizium als aus dem Vermögen an Kaufpreis gezahlt worden ist); Mailand 1569 III. 20, Hardouin 10, 754, s. o. S. 853 n. 8; Aix 1585, l. c. p. 1562 (Gestattung der Verwendung der in den Kirchen gemachten Oblationen statt für die Kirche und ihre Diener zu Gunsten von profanen Zwecken, exc. l. s.).

[1] Vgl. dazu o. S. 249 ff.

[2] Es ist also c. 14 X de poenit. V. 38, welches keine bestimmte Strafe androht, massgebend geblieben, s. o. S. 249 n. 7 und auch S. 156, denn die Bulle: Coena §. 17 und die in der const. Pius' IX. ausgesprochene, theilweise Aufrechterhaltung derselben findet auf die Usurpation der kirchlichen Jurisdiktion keine Anwendung, s. o. S. 753 n. 4 u. S. 754 n. 5.

Auch hat die eben cit. const. die durch Clem. 1 de privil. V. 7 den Religiosen, welche a poena et culpa absolviren, also vollen Ablass ertheilen, Thesaurus l. c. P. III s. v. indulgentiam c. 1 p. 226, angedrohte exc. l. s. beseitigt.

Die Clem. 2 de poenit. V. 9 betreffend die Gewährung unstatthafter Ablässe durch Quästuarier, S. 249 n. 10, ist noch von Trier 1423 c. 5, Hartzheim 5, 225, und von Sens 1460/1485 II. 9, Hardouin 9, 1534, Bezug genommen. Das Fehlen späterer Bestimmungen erklärt sich aus der Aufhebung des Institutes der Quästuarier durch das Tridentinum, s. S. 720.

[3] c. 15 in VI de off. iud. I. 14, o. S. 249 n. 13. Die Kontroverse, ob die hier angedrohte Suspension ab officio l. s. auf ein Jahr, welche Gregor XV.: Sanctissimus 1621 §. 11, b. T. 12, 596, unter sonstiger Bestätigung des c. 15 cit. als suspensio ab officio conservatoris präzisirt, trotz dieses Dekretes auch noch die ab ordine umfasst, s. darüber Thesaurus l. c. P. II. s. v. conservatores c. 1, p. 155, kann auf sich beruhen bleiben, da diese Suspension nicht durch Pius IX. 1869 aufrechterhalten worden ist.

[4] c. 48 X de sent. exc. V. 39, s. o. S. 120 n. 2 u. S. 250 n. 12.

[5] c. 1 in VI de sent. exc. V. 11, s. o. S. 250 n. 14, doch ist die angedrohte suspensio ab ingressu ecclesiae et a divinis l. s. ebenfalls durch Pius IX. 1869 beseitigt worden.

[6] c. 2 in VI de off. iud. ord. I. 16, S. 250 n. 15.

[7] c. 2 X de clerico percuss. V. 25, S. 250 n. 17.

[8] c. Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3, S. 194 n. 6 u. S. 251 n. 13. Auch die hier angedrohte Suspension

gedachten Vergehen die auf dieselben gesetzten Censuren und Suspensionen l. s. beseitigt worden [1].

Nur, soweit es sich um die missbräuchliche Verwendung der Amtsgewalt oder um die Benutzung von Amtshandlungen zur Erhebung und Annahme von unrechtmässigen Gebühren oder anderen geldwerthen Vortheilen oder zur Geltendmachung unberechtigter Geld- und ähnlicher Forderungen handelt, fliessen die Quellen dieser Zeit etwas reichlicher [2].

Was das gemeine Recht betrifft [3], so hat zwar allein das Tridentinum das frühere Verbot an die Ordinarien, bei der Visitation unstatthafte Prokurationen zu erheben [3] und irgend etwas anderes und mehr als das Zulässige anzunehmen, bei Strafe der Restitution des Doppelten des Empfangenen, und bei arbiträren durch die Provinzialsynoden zu verhängenden Strafen [4] erneuert [5], indessen hat das Partikularrecht [6] noch eine Reihe anderer hier in Frage kommender Missbräuche [7] mit Strafen bedroht.

ab off. l. s. und die dem Papst vorbehaltene Exk. l. s. sind seit 1869 entfallen.

1 Vgl. die Anmerkungen 3. 5 u. 8 auf S. 884.

2 Abgesehen von den unter den oben hervorgehobenen Gesichtspunkt fallenden Vergehen kommt nur in Betracht Basel sess. XXI. (1435) c. 10, Hardouin 8, 1198 (Ansetzung und Abhaltung von Kapitel-Versammlungen während der Zeit der Hauptmesse, namentlich an Feiertagen, Suspension i. f. von den täglichen Distributionen auf eine Woche, für die Kanoniker Verlust der Distributionen für die betreffende Stunde); Rouen 1581, l. c. 10, 1225 n. 31 (dasselbe, und nach dreimaliger vergeblicher Ermahnung Exkommunikation durch den Bischof); Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 51 (Zusammenberufung des Kapitels zu anderen als den ein für alle Mal bestimmten Zeiten zum Nachtheil des Bischofs, arbiträre Strafe).

3 S. 251 n. 11, welches noch Angers 1448 c. 9, Hardouin 9, 1345 unter der Strafe der suspensio ab off. et benef. bei Nichtrestitution des zu viel Erhobenen innerhalb eines Monats wiederholt.

4 Sess. XXIV c. 3 de ref.: „. . . caveant, ne inutilibus sumptibus cuiquam graves onerosive sint neve ipsi aut quisquam suorum quicquam procurationis causa pro visitatione, etiam testamentorum ad pios usus praeter id quod ex relictis piis iure debetur aut alio quovis nomine nec pecuniam nec munus quodcunque sit, etiam qualitercunque offeratur, accipiant, non obstante quacunque consuetudine etiam immemorabili; exceptis tamen victualibus quae sibi ac suis frugaliter moderateque pro temporis tantum necessitate et non ultra erunt ministranda. Sit tamen in optione eorum qui visitantur, si malint solvere id quod erat ab ipsis antea solvi certa pecunia taxata consuetum an vero praedicta victualia subministrare; salvo item iure conventionum antiquarum cum monasteriis aliisve piis locis aut ecclesiis non parochialibus inito, quod illaesum permaneat. In iis vero locis seu provinciis, ubi consuetudo est, ut nec victualia nec pecunia nec quicquam aliud a visitatoribus accipiatur, sed omnia gratis fiant, ibi id observetur. Quodsi quispiam, quod absit, aliquid amplius in supradictis omnibus casibus accipere praesumpserit, is praeter dupli restitutionem intra mensem faciendam aliis etiam poenis iuxta const. conc. gener. Lugd. quae incipit: Exigit (c. 2 in VI de cens. III. 20) nec non et aliis poenis in synodo provinciali arbitrio synodi absque ulla spe veniae mulctetur"; jedoch sind die in c. 2 cit. angedrohten Censuren l. s., S. 251 n. 11, durch die const. Pius' IX. nicht aufrechterhalten.

5 Von älteren gemeinrechtlichen Vorschriften kommen noch l. c. 7 §. 1 Dist. XVIII, S. 80 n. 4 u. S. 251 n. 8,

2. c. 2 in VI cit. III. 20, S. 251 n. 12, insoweit es die Erhebung von Prokurationen ohne Abhaltung der Visitation mit dem doppelten Ersatz des Erhobenen oder Empfangenen bestraft (wegen der angedrohten Censuren gilt aber auch hier das vorhin Bemerkte),

3. c. 2 in Extrav. Joann. XXII. de elect. (I), S. 251 n. 15, für dessen Censuren das eben Gesagte gleichfalls zutrifft,

in Betracht, welche allerdings sämmtlich kaum noch praktische Bedeutung haben.

6 Die ebenfalls hierher gehörigen päpstlichen Konstitutionen s. am Ende der folg. Anm.

7 Salzburg 1569 XXXIX. 4, Hartzheim 7, 339, s. o. S. 572 n. 3; Mailand 1579 III. 11, Hardouin 10, 1080 (kirchliche Richter, welche in den ordinariis causis etwas unter dem Namen von Sporteln oder auch etwas freiwillig gebotenes annehmen, verfallen ipso iure in die Strafe der lex Julia repetundarum, d. h. der Infamie und anderer Strafe, womit meist Exil, auch die Absetzung verbunden war, l. 6 §. 1 u. l. 7 §. 3 D. ad l. Jul. repet. XLVIII. 11; Heffter, Strafrecht 5. A. §. 542 n. 3 u. 4; Mailand cit. III. 15, ibid. p. 1086, s. S. 626 n. 2; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 222 (Annahme von höheren als den taxmässigen Gebühren durch die vicarii foranei, privatio officii und arbiträre Strafen); ibid. p. 237 (durch Beamte des bischöflichen Gerichts, dieselben Strafen); Ravenna 1855, l. c. 6, 210 (durch bischöfliche Beamten, strenge arbiträre Bestrafung);

Tortosa 1429 c. 2, Hardouin 8, 1076, siehe S. 626 n. 2;

§. 337. hh. *Die unberechtigte Anmassung oder Ausübung von Amtshandlungen und die Überschreitung der Amtsbefugnisse.*

Abgesehen von denjenigen, den Charakter einer unberechtigten Amtsanmassung oder Überschreitung der Amtsbefugnisse tragenden Vergehen, deren schon in den vorangehenden §§. gedacht werden musste [1], kommt gemeinrechtlich noch in Betracht:

1. die Vornahme von Ketzerinquisitionen seitens der Ordensoberen gegen die ihnen untergebenen, der Ketzerei verdächtigen Mönche, welche Paul V.[2] mit dem ipso facto Verlust aller Würden, Prälaturen und Offizien ihres Ordens, des aktiven und passiven Stimmrechts und der von selbst eintretenden Unfähigkeit zum Erwerbe von Stellungen der gedachten Art, sowie endlich mit allen auf die Begünstigung von Ketzern[3] und die Hinderung der Ausübung der Inquisition[4] gesetzten Strafen und Censuren[5] belegt hat,

Canterbury 1421, l. c. 8, 998 (Erhebung von zu hohen Stipendien und Gebühren durch Kapläne und Seelsorgegeistliche, namentlich für die Anniversarien, bischöflich vorbehaltene exc. l. s.); Avignon 1725 XXIII. 1, coll. conc. Lac. 1, 519 (Fordern von Geld für Spendung der Sakramente ausser für das Aufgebot und die Ausstellung der Bescheinigung darüber, Exkommunikation); Tarragona 1717 c. 36, ibid. p. 781 (Fordern von Geld für Spendung der Sakramente, für die zur Taufe und zur letzten Ölung gebrauchten h. Öle oder für die Vertheilung der letzteren, arbiträre Strafe); Trier 1720 II. 5, Hartzheim 10, 399 („sub arbitrariis poenis aboleri ... mandamus ... abusum ... ut prima puerpera pauper aut dives tempore paschali post factam distributionem sacrorum oleorum pro sua prole, quam hircum paschale nominant, omnes expensas itineris in recipiendis Treviris vel in capitulo generali ss. oleis nomine parochiae solvere teneatur"); Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766. 767 (Überhebung von Gebühren bei der Einsegnung von reuigen Wöchnerinnen, welche in Folge ehebrecherischen oder ausserehelichen Geschlechtsverkehrs geboren haben, suspensio i. f.);

Neapel 1699 l. c. 1, 180 (Pfarrer, welche Hebammen nicht umsonst approbiren und jährlich examiniren, Geldstrafe von 6 Dukaten);

Neapel 1699, l. c. 1, 175 (Pfarrer, welche bei der Wahl eines auswärtigen Begräbnisses mehr als das ihnen Zustehende fordern, Strafe von 100 Pfund Wachs und andere arbiträre Strafen, oder mehr verlangen, weil der Verstorbene nicht der Pfarrei angehört oder weil sich in der Kirche heilige Erde befindet, 50 Pfund Wachs, für exemte Interdikt über die Kirche, endlich für solche, welche von den aus der Pfarrei verziehenden Personen unter dem Namen einer Begräbnissgebühr etwas beanspruchen, schwere arbiträre Strafen); Ravenna 1855 (Pfarrer, welche aus Anlass des Begräbnisses mehr als die Diöcesan- oder bischöfliche Taxe fordern, strenge arbiträre Bestrafung);

Congr. episcop. v. 1678 für Benevent, coll. conc. Lac. 1, 105 (Ordinarien, welche die Vermächtnisse in den Testamenten *dell' anima*, d. h. denjenigen, welche sie bei Intestaterbfolge für den Verstorbenen zu dem Zweck zu errichten befugt sind, um einen nicht 100 Scudi betragenden Theil der Erbschaft für Seelenmessen auszusetzen, für sich oder ihre Kurie oder Beamten beanspruchen, suspensio a divinis i. f.);

für Westindien Clemens VIII.: Expositum 1604 §. 3, b. T. 11, 61 (Pfarrer, welche selbst mit Genehmigung oder im Auftrag ihrer Ordinarien für die Bestattung der Leichen bei den zum Begräbniss gewählten Kirchen der Franziskaner-Observanten mehr an Gebühren fordern, als beim Begräbniss in der Pfarrkirche, päpstlich reservirte Exkommunikation l. s.); Paul V.: Expositum 1607 §. 3, l. c. p. 196 (dasselbe zu Gunsten der Kirchen der Augustiner Eremiten); für West- und Ostindien Paul V.: Expositum 1607 §. 4, l. c. p. 381, u. Expositum 1608 §. 5, l. c. p. 508 (Pfarrer, welche zum Nachtheil der Kirchen der Augustiner Eremiten, bez. der Häuser der Franziskaner-Observanten beiderlei Geschlechts bei Begräbnissen mehr als die nach dem Trid. Sess. XXV. c. 13 de ref. und der Deklaration Pius' V.: Etsi mendicantium 1567 §§. 11—13, b. T. 7, 573, gestatteten Emolumente, namentlich die quarta funeralium, fordern, dieselbe Strafe), jedoch sind diese Exkommunikationen in Folge der const. Pius' IX.: Apostolicae entfallen.

[1] S. 867 n. 2; S. 868. 869. 873. 875 n. 4; S. 877 n. 1 u. 4; S. 879. 884. Vgl. übrigens auch o. S. 762.

[2] Romanus pontifex 1606 §§. 2. 6, b. T. 11, 346, unter gleichzeitiger Aufhebung der const. Pius' IV.: Pastoris 1562, l. c. 7, 176, vgl. oben S. 474 n. 10.

[3] S. 681.

[4] S. 739.

[5] Unter diesen auch der päpstlich reservirten exc. l. s. Für den hier in Frage stehenden Fall ist dasselbe durch die const. Pius' IX. v. 1869 beseitigt, aber nach der letzteren trifft die fautores hereticorum, s. Anm. 3, auch die speziell dem Papste reservirte Exkommunikation. Diese letztere ist also aufrechterhalten, während die für

2. die Annahme von ewigen Messelasten ohne Genehmigung des Ordinarius[1] und

3. die Signirung von Supplikationen und Kommissionen durch die Kardinäle und die Prälaten der Signaturen der Breven und der Justiz[2] während der Vakanz des päpstlichen Stuhles[3],

während allerdings die älteren Partikularkonzilien der hier fraglichen Zeit noch einzelne, andere hierher gehörige Fälle unter Strafe stellen[4].

§. 338. ii. *Die Verletzung der speziellen Amtspflichten.*

Zu den schon durch das ältere gemeine Recht geahndeten Vergehen des hier fraglichen Charakters[5] ist in dieser Zeit zunächst

die Verletzung des Amtsgeheimnisses durch die Kardinäle hinzugetreten. Durch Leo X.[6] sind dieselben, wenn sie die im Konsistorium abgegebenen Stimmen oder das in demselben Verhandelte oder Gesagte, was zum Hasse oder zum Ärgerniss oder zum Nachtheil irgend Jemandes ausschlagen könnte, mündlich oder schriftlich oder auf irgend eine Weise offenbaren, mit den Strafen des Meineides und des Ungehorsams, wenn sie dies aber in Betreff solcher Angelegenheiten thun, über welche vom Papst besonders und ausdrücklich Stillschweigen geboten ist, ausserdem noch mit der jetzt freilich durch Pius IX. nicht mehr aufrechterhaltenen, päpstlich

die blosse Hinderung der Inquisition, s. S. 886 n. 4, angedrohte Strafe gleichen Charakters nicht mehr in diesem Umfang in Kraft geblieben ist, s. S. 739 n. 12 u. S. 740.

[1] Bd. IV. S. 208 n. 2 u. S. 212 n. 7, vgl. auch Benevent 1699 u. Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 66. 171, welche das gemeine Recht reproduziren.

[2] Bd. I. S. 418. 421.

[3] Pius IV.: In eligendis 1562 §. 12, b. T. 7, 230 (arbiträre Strafe, selbst wenn die Supplikationen schon die parva data, s. Bd. III. S. 161, erhalten haben. Vgl. übrigens auch Bd. I. S. 370).

[4] Salzburg 1490, Hartzheim 5, 579 (Ausübung der Jurisdiktion in Ehesachen ohne Erlaubniss des Ordinarius oder ohne spezielles Mandat des Generalvikars oder Offizials, exc.);

Cambrai 1565 XIV. 7, l. c. 7, 112 (Kleriker, welche in geistlichen und kirchlichen Sachen und Prozessen ohne vorgängige Approbation und Zulassung durch den Ordinarius das Amt eines Notars ausüben, schwere arbiträre Strafe);

Mailand 1565 II. 57, Hardouin 10, 691 (Kleriker, welche einem Verurtheilten oder Verbrecher auf vorheriges Ersuchen die Aufnahme in die mit Asylrecht ausgestatteten Kirchen, Kirchhöfe und Häuser ohne Anfrage beim Ordinarius gestatten oder wenn ein solcher seinerseits derartige Räume betreten hat, nicht an ersteren berichten, Exkommunikation und arbiträre Strafen);

Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 197 (Vornahme von Exorzismen ohne Erlaubniss des Ordinarius, suspensio a divinis ipso f. und arbiträre Strafe, letztere für die Regularen und für diese auch eo ipso Verlust der etwaigen Befugniss zum Beichthören und Unfähigkeit zur Erlangung einer solchen); Mecheln 1607 XV. 4, Hartzheim 8, 785. s. o. S. 583 n. 12; Brügge 1693 III. 40 u. Ypern 1732, l. c. 10, 199. 471, s. a. a. O. u. S. 596 n. 1;

Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 204 (Almosensammler, welche ohne Erlaubniss des Bischofs quästuiren, arbiträre Strafe); Antwerpen 1643 XI. 4, Hartzheim 9, 645, s. S. 625 Anm. Sp. 2;

Narbonne 1609 c. 32, Hardouin 11, 36, s. o. S. 629 n. 11.

[5] Nämlich c. 13 §. 8 de haeret. V. 7 u. Clem. 1 §. 4 eod. V. 7, S. 252 n. 13. 14 (jedoch sind die an letzterer Stelle angedrohten Strafen l. s. der suspensio ab off., bez. der Exkommunikation durch die const. Pius' IX. v. 1869 entfallen), c. 101 C. I. qu. 1, S. 253 n. 1; c. 15 X de off. iud. ord. I. 31, S. 254 n. 11; Clem. 3 de poen. V. 8, a. a. O. n. 13 u. 14 (für welche in Betreff der susp. ab off. praedicationis das vorhin bemerkte gilt).

[6] Lateran. V.: Supernae 1514, b. T. 5, 604, §. 30: „... ne quis cardinalium vota in consistorio data et quaecumque ibi gesta aut dicta quae in odium aut praeiudicium aut scandalum alicuius redundare possint, scripto aut verbo aut quovis alio modo revelet sub poena periurii et inobedientiae.“ §. 31: „Et quotiescumque a nobis et Romano pontifice pro tempore existente specialiter et expresse ultra praemissa indictum fuerit super aliqua re silentium, si quis contrafecerit, ultra dictas poenas excommunicationem l. s. incurrat, a qua non possit absolvi nisi a nobis vel praefato pontifice romano et cum expressione causae praeterquam in mortis articulo.“

reservirten Exkommunikation l. s. bedroht. Von Gregor XV.[1] ist die letztere Strafe, welche in so weit noch heute in Geltung geblieben ist[2], auch auf die Verletzung des Geheimnisses in Betreff der Vorgänge bei der Papstwahl seitens der Kardinäle, sowie seitens der Skrutatoren und Rekognitoren bei derselben hinsichtlich der ihnen in dieser Eigenschaft bekannt gewordenen Dinge gesetzt[3].

Weiter hat das Tridentinum für die nicht regelmässige Abhaltung der Provinzialsynoden durch die Metropoliten und der Diöcesansynoden durch die Bischöfe die früher schon gemeinrechtlich festgesetzte Strafe der suspensio ab officio fer. sent.[4] erneuert[5], und

ferner die Erzbischöfe und, soweit diese letzteren selbst in Frage kommen, den ältesten Suffraganbischof der Provinz, der seinerseits die Residenzpflicht beobachtet, mit der noch in Geltung[6] gebliebenen Strafe des *interdictum ingressus ecclesiae l. s.* bedroht[7], wenn sie Bischöfe der Provinz[8], welche ohne einen genügenden Grund in Verletzung ihrer Residenzpflicht ein volles Jahr hintereinander von ihrer Diöcese fern geblieben sind[9], nicht innerhalb dreier Monate[10] dem Papst zur Anzeige bringen.

Sodann sind vom Tridentinum die Bischöfe für berechtigt erklärt worden,

[1] Aeterni patris 1621 §. 20, b. T. 12, 619: „... mandamus, ut S. R. E. cardinales quaecumque secretum violare quomodolibet poterunt, omnia cavere et evitare teneantur, cum intentio et mens nostra sit, quod electionis huiusmodi tam sanctum negotium, si fiat per scrutinium seu scrutinium et accessum, ut praefertur, secretissime transigatur . . . sub eadem excommunicationis (d. h. der päpstlich reservirten, s. §. 19 ibid.) poena ipso facto incurrenda."

[2] S. o. S. 661 n. 5.

[3] Const. Gregor. XV. cit. §. 16: „. . . si scrutatores vel recognitores aliquid secreti in exercendo suo officio cognoverint vel illud revelaverint, eandem l. s. excommunicationem incurrant." —

Im Übrigen bedroht noch Innocenz XI.: Cum sicut 1678, b. T. 19, 72, die Kundmachung oder Offenbarung der Vorgänge, Verhandlungen, Beschlüsse und Anordnungen im Kapitel der Kanoniker v. S. Johann im Lateran ohne Erlaubniss desselben mit der freilich beseitigten päpstlich reservirten exc. l. s.

Von Partikularkonzilien, vgl. Quito 1863, coll. conc. Lac. 6, 399 (Kanoniker, welche nach proklamirtem Amtsgeheimniss im Kapitel den von dem letztern darauf erforderten Eid abzuleisten verweigern, Verlust des Stimmrechts im Kapitel für einen Monat).

[4] c. 25 X de accus. V. 1, s. S. 252 n. 7 u. 8.

[5] Sess. XXIV. c. 2 de ref. freilich ohne Erfolg, s. Bd. III. S. 597 ff. 639. 660; während Basel sess. XV. (1433), Hardouin 8, 1169, s. Bd. III. S. 502 n. 5 u. S. 596 n. 1, die Strafen l. s. des Verlustes der halben Früchte und sonstigen Einkünfte und bei Nachlässigkeit noch während dreier weiterer Monate suspensio ab officio et beneficio festgesetzt hatte.

[6] S. o. S. 661 n. 2.

[7] Sess. VI. c. 1 de ref.

[8] Selbst wenn sie Kardinäle sind, denn das Tridentinum bezieht sich auch auf diese, vgl. übrigens auch (A.-)Pennacchi 2, 520 u. Bd. I. S. 357.

[9] Diese Frist ergiebt sich aus dem Zusammenhang der Strafandrohungen, s. Bd. III. S. 228. 229, in Trid. cit.

[10] L. c.: „. . . crescente vero contumacia, ut severiori ss. canonum censurae subiiciatur, metropolitanus suffraganeos episcopos absentes, metropolitanum vero absentem suffraganeus episcopus antiquior residens, sub poena interdicti ingressus ecclesiae eo ipso incurrenda infra tres menses per literas seu nuncium romano pontifici denunciare teneatur." Vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 519; Heiner S. 368.

Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Jahres der Abwesenheit, bez. dem Zeitpunkt, mit welchem der denunziationspflichtige Bischof Kenntniss davon erlangt hat oder bei ordnungsmässiger Aufmerksamkeit von der gedachten Verletzung der Residenzpflicht erlangen konnte. Wenn (A.-) Pennacchi 2, 524 mit Rücksicht auf die Worte: „crescente vero contumacia" in Trid. cit. noch einen Monat, bei Bischöfen, welche sich in grosser Entfernung von ihrer Diöcese aufhalten, einen für die Rückkehr erforderlichen Zeitraum hinter das Jahr einschiebt und die drei Monate für die Anzeigepflicht erst vom Ablauf dieser Frist berechnet wissen will, so hat dies am Tridentinum keinen Anhalt, denn das Fernbleiben des Bischofs über ein Jahr wird hier als Voraussetzung der schwereren Bestrafung durch den Papst, nicht als Bestimmungsmoment für den Beginn des Laufes der dreimonatlichen Frist aufgestellt.

Die Denunziationspflicht fällt nicht fort, wenn der nicht Residenz haltende Bischof nach Ablauf des Jahres, aber vor der Erstattung der Anzeige noch innerhalb der dreimonatlichen Frist zurückkehrt, da das crescere contumacia schon vorliegt, wenn er auch nur einen Tag über das Jahr abwesend geblieben ist, vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 524.

die Kanoniker und Benefiziaten an den Kathedral- und Kollegiatkapiteln zur Erfüllung der ihnen obliegenden Verbindlichkeiten, namentlich der Pflicht zum Chordienst[1], nicht nur mit den auf die Verletzung der Residenzpflicht gesetzten[2], sondern auch mit anderen arbiträren Strafen, welche das Konzil von Basel[3] ebenfalls schon festgesetzt hatte, anzuhalten[4], sowie ferner auch ermächtigt worden, gegen Pfarrer, welche in Erfüllung ihrer Pflicht zum Predigen[5] und zur Abhaltung der Kinderlehre[6] sich grobe Nachlässigkeiten zu schulden kommen lassen, mit arbiträren Censuren vorzugehen[7].

1 Bd. I. S. 143; Bd. II. S. 141; Bd. III. S. 236; Bd. IV. S. 196.

2 Bd. III. S. 236.

3 Sess. XXI. (1435) c. 3, Hardouin 8, 1198, welches ebenso wie schon vorher Paris 1429 c. 1, l. c. p. 1040, Verlust der Distributionen und arbiträre Strafen androht. Soissons 1456, l. c. 9, 1382, wiederholt diese Androhung, und Sens 1460/1485, ibid. p. 1522, republizirt das c. 3 cit.

4 Sess. XXII. c. 4 de ref. u. Sess. XXIV. c. 12 de ref.

Was die nachtridentinischen Partikularsynoden betrifft, so bedroht Tours 1583 c. 14, Hardouin 10, 1416, die Dignitäten und Kanoniker, welche ihre Pflichten nicht persönlich erfüllen, mit Entziehung eines durch das Kapitel zu bestimmenden Theiles der Distributionen, eventuell mit schwererer Strafe, Bordeaux 1624 IX. 11, l. c. 11, 87, diejenigen, welche Dignitäten, Personate oder Offizien kraft ihrer Kanonikate innehaben, bei Nichterfüllung ihrer gedachten Pflichten, mit schwerer arbiträrer Strafe,

Besançon 1707 (1591), Hartzheim 10, 343, das nicht ordnungsmässige Rezitiren des Offiziums im Chor, welches schon Basel cit., s. Anm. 3, unter die dort angedrohten Strafen stellt, mit Verlust der Distributionen, eventuell mit schwerer arbiträrer Strafe; Tarragona 1738, coll. conc. Lac. 1, 788. 789, das zu schnelle, undeutliche und unehrerbieige Rezitiren mit der zuletzt gedachten Strafe,

Toulouse 1590 I. 2, Hardouin 10, 1790, diejenigen, welche sich weigern, das Rezitiren zu lernen, mit Entziehung der Einkünfte oder des Amtes durch den Bischof und das Kapitel; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 51, die Kanoniker und zum Chordienst verpflichteten Kleriker, welche den cantus Gregorianus nicht innerhalb angemessener Frist lernen, mit Verlust der täglichen Distributionen,

in Anhalt an Basel sess. XXI. cit. c. 4, nach welchem bei nicht vollständiger Anwesenheit während des Offiziums ein entsprechender Theil der Distributionen gekürzt werden soll, Toledo 1565 III. 10, Hardouin 10, 1163. 1164, das vorzeitige Verlassen des Chors mit Entziehung der Distributionen für die betreffende Stunde,

Bourges 1584 II. 5, ibid. p. 1471, das Zuspätkommen zum Offizium mit derselben Strafe, Mecheln 1607 XII. 1, Hartzheim 8, 782, mit Verlust der Distributionen und arbiträren Strafen,

Mecheln cit. XII. 6, ibid., das Lärmmachen beim Zuspätkommen anderer mit den eben gedachten Strafen, Cambrai 1632 III. 16, l. c. 9, 542. 543, mit arbiträrer Strafe.

Was das unpassende Benehmen während des Chordienstes betrifft, so bestrafen schon von den vortridentinischen Synoden Köln 1423 c. 6, Hartzheim 5, 220, das Herumlaufen der Kanoniker und Benefiziaten im Chor, in der Kirche und auf dem Kirchhof, das Herumstehen und Plaudern während des Offiziums mit Entziehung der Distributionen auf 8 Tage, Mainz 1423 c. 6. 7, ibid. p. 210, mit ipso iure Verlust der Distributionen und der Einkünfte ihrer Benefizien oder Präbenden oder auch mit anderen durch den Dekan oder den sonst dazu berechtigten zu verhängenden arbiträren Strafen, welchen die letzteren bei Nachlässigkeit in der Bestrafung gleichfalls unterliegen, Paris 1429 c. 2, Hardouin 8, 1041 das Plaudern nach vergeblicher Mahnung mit Privation der Distributionen ipso iure für einen Tag, ferner von den nachtridentinischen Mecheln 1570, Hartzheim 7, 615, c. 8 das Lesen profaner Bücher, das Schlafen und Plaudern mit Verlust der Distributionen für das Offizium und beim zweiten Mal mit schwerer arbiträrer Strafe, Mecheln 1607 XII. 1, l. c. 8, 782, Sprechen, Lachen und unpassendes Benehmen mit Verlust der Distributionen und arbiträrer Strafe; Bordeaux 1583 c. 17, Hardouin 10, 1354, das Plaudern im Chor nach vergeblicher Ermahnung mit Verlust der Distributionen für die Stunde oder schwerer arbiträrer Strafe, Tarragona 1717, coll. conc. Lac. 1, 773, das müssige Herumlaufen der zur Residenz verpflichteten Dignitäten, Kanoniker und Benefiziaten während des Offiziums durch die Kirche, die Sakristei und den Kirchhof mit Geldstrafe von 6 Solidi für jedes Mal und ebenso den Aufsichtsbeamten und jeden andern, welcher dem Ordinarius oder dem zuständigen Oberen keine Anzeige davon macht.

Ferner gehört hierher Mailand 1569 II. 4, Hardouin 10, 742 (Dignitäten und Kanoniker, welche es unterlassen, die ihnen obliegenden Konventualmessen zu celebriren, Verlust der Distributionen für drei Tage, sowie auch nach Ermessen des Bischofs suspensio ab ordinis sui munere (s. o. S. 595 n. 4).

5 Sess. V. c. 2 de ref., vgl. Bd. IV. S. 466.

6 Sess. XXIV. c. 4 de ref., vgl. Bd. IV. S. 479.

7 In ersterer Beziehung auch mit Entziehung eines Theils des Benefizialeinkommens zur Remunerirung des bestellten Vertreters, bis der Nachlässige seine Pflicht erfüllt. Voraussetzung für das Vorgehen des Bischofs ist aber, dass der

Im Übrigen kommen nur [1] Strafvorschriften [2] der Partikularkonzilien in Betracht.

Pflichtige trotz erfolgter Mahnung drei Monate lang seiner Verbindlichkeit nicht genügt hat.

In Anhalt an diese Vorschriften bedroht Paris 1849, coll. conc. Lac. 4, 22, unter Wiederholung der Vorschrift des Tridentinums die Pfarrer, welche das Predigen an dreizehn Sonntagen unterlassen haben, mit Suspension; Quito 1863, l. c. 6, 405, diejenigen, welche dreimal nachlässig gewesen sind, mit Strafe von 25 Scudi und Neugranada 1868, l. c. 6, 489, nachlässige Pfarrer mit arbiträren Strafen ausser denjenigen des Tridentinums;

Tarragona 1685, l. c. 1, 744, die Pfarrer, welche das Halten der Kinderlehre und das Predigen fünfzehn Mal im Jahre unterlassen, mit 50 oder 100 Regalen, und wenn sie sich derselben Nachlässigkeit in einem weiteren Jahre schuldig machen, mit arbiträrer Strafe; Neapel 1699, ibid. p. 197. 198, die Pfarrer, welche beim Brautexamen die Verlobten über die Grundlagen des katholischen Glaubens nicht genügend unterrichtet finden und sie nicht unterweisen, mit gleicher Strafe; Rom 1725, ibid. p. 348, diejenigen Pfarrer, welche dem Volk nicht bei dem Gottesdienst die wichtigsten kirchlichen Lehren, die zehn Gebote und gewisse Gebete einprägen, mit suspensio a divinis, und ebenso Ravenna 1855, l. c. 6, 151, unter Verweisung auf Rom cit. und Ausdehnung dieser Verpflichtung auf die Priester, welche auf dem Lande die letzte Messe in der Pfarrkirche oder die erste in Oratorien oder Kapellen celebriren;

Armagh 1854, l. c. 3, 852, die Pfarrer, welche die der katholischen Geistlichkeit zugänglichen nationalen oder anderen Schulen in der Pfarrei nicht mindestens einmal im Monat selbst oder durch einen anderen Priester besuchen, um die katholischen Kinder in der Glaubenslehre zu unterrichten, mit Suspension.

1 Abgesehen von Basel XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1194, welches den kirchlichen Richtern, wenn sie in Folge ihnen gewährter weltlicher Vortheile oder in Erwartung solcher nicht gegen den Konkubinat der Kleriker einschreiten, die Strafe ewiger Verfluchung, also Exkommunikation, und Geldstrafe in Höhe des doppelten Betrages des zu Unrecht Erhaltenen androht; Benedikt XIII.: Maxima 1727 §. 25, b. T. 22, 559 (für Italien und die umliegenden Inseln, s. S. 519 n. 1); Clemens XII.: Dudum emanavit 1736, b. T. 24, 181, welches unter Bestätigung eines Dekretes von Innocenz XI. v. 1677, ibid., und der das letztere bestätigenden const. Alexanders VIII.: Alias emanavit 1690, l. c. 20, 145, alle Kardinäle und Prälaten bei arbiträren Strafen anweist, das Almosensammeln griechischen Laien oder Klerikern jeden Ranges nicht zu gestatten, vielmehr solche Sammler anzuhalten, ihnen die etwaigen Lizenzen und auch die eingesammelten Gelder wegzunehmen.

2 Nämlich gegen Bischöfe, welche den Missbräuchen der Beamten ihrer Kurie nicht steuern, Paris 1429 c. 11, Hardouin 8, 1043, s. S. 586 n. 2;

gegen Bischöfe und Prälaten Toledo 1473 c. 8, Hardouin 9, 1506, s. o. S. 625 Anm. Sp. 1;

gegen bischöfliche Offiziale, welche die Rechtspflege nachlässig verwalten, Tours 1583 c. 19, Hardouin 10, 1433, S. 579 n. 3 u. S. 597 Anm. Sp. 1;

gegen Offiziale, welche nicht gegen die die Vorschriften über die Tonsur und die geistliche Tracht missachtenden Kleriker einschreiten, Toledo 1473 c. 14, l. c. 9, 1510 (Exkommunikation, und gegen promotores fiscales, welche die Anklage solcher absichtlich unterlassen oder in Bezug darauf lässig sind, Verlust ihres Offiziums ipso f. und arbiträre Strafe);

gegen das Nichteinschreiten der Kapitel wider concubinarii Soissons 1456, Hardouin 9, 1384, s. S. 597 Anm. Sp. 2;

gegen Offiziale und kirchliche Richter, welche die Verletzung der Feiertagsruhe durch Arbeiten nicht bestrafen, Toledo 1473 c. 7, l. c. 9, 1506 (poena legitima), gegen Dekane und deren Stellvertreter, welche die Strafvorschriften wegen Tragens unpassender Kleider gegen die schuldigen Kleriker nicht zur Durchführung bringen, Mainz 1423 c. 3, Hartzheim 5, 209 (suspensio a distributionibus et a corpore praebendae);

gegen Ruraldekane, welche ihrer Visitationspflicht nicht genügen, Konstanz 1609 II. 3 n. 8, Hartzheim 8, 896, s. S. 579 n. 3;

gegen Pfarrer, welche dem Bischof die „excommunicatos propter clandestinum matrimonium contractum et eius interessentiam ac existentes in haeresi, adulterio, fornicatione, periurio, illicita cohabitatione, dissidio aut aliquo alio excessu notorio et manifesto vel qui sunt usurarii publici vel peremptores aut qui in festivitate paschali vel saltem semel in anno confessi non fuerint“, nicht mit Namen anzeigen, Utrecht 1565, Hartzheim 7, 140 (Exkommunikation und 20 alte Scudi);

gegen Pfarrer, welche das Verbot der Eheschliessung in den geschlossenen Zeiten nicht am ersten Sonntag des Advents und der Quadragesima in der Kirche publiziren, Toledo 1473 c. 16, Hardouin 9, 1510 (Strafe von 10 Regalen);

gegen Pfarrer oder ihre Vikare, welche an Feiertagen die missa solemnis und das officium vespertinum nicht zu den festgesetzten und herkömmlichen Stunden abhalten, Rouen 1581, Hardouin 10, 1239 (schwere arbiträre Bestrafung, und für diejenigen, welche dies hindern, exc. l. s.); Mecheln 1607 XII. 8, Hartzheim 8, 783 (gegen das Nichthalten der Pfarrmesse an den Feiertagen zur festgesetzten Stunde, arbiträre Strafe); Cambrai 1631 III. 5, l. c. 9, 541 (ebenso, suspensio a divinis für die schuldigen Pfarrer);

gegen Pfarrer, welche ihre Pfarreien nicht mindestens einmal jährlich visitiren, Bourges 1528 c. 19, Hardouin 9, 1922 (arbiträre Strafe);

gegen Pfarrer oder deren Sazellane, welche die Prozessionen nicht begleiten, Trier 1678 III. §. 8, Hartzheim 1, 68 (jedes Mal ein Goldgulden Strafe);

gegen den Pfarrer, welcher kein Verzeichniss der Kommunikanten führt und die Nichtkommu-

§. 339. kk. *Die Verletzung der Gehorsams- und Treupflicht gegen die kirchlichen Oberen.*

Allgemeine kirchliche Anordnungen, welche die Missachtung kirchlicher Vorschriften und Erlasse aller Art durch Geistliche und den Ungehorsam derselben im allgemeinen mit Strafe bedrohen, sind in der hier fraglichen Zeit[1] nicht mehr ergangen.

Dagegen ist, was einzelne Fälle des Ungehorsams betrifft, gemeinrechtlich[2] durch Sixtus IV.[3] die Verletzung der Pflicht der Bischöfe aller Art einschliesslich der Kardinäle zur *visitatio liminum* durch diese, sowie durch Benedikt XIV.[4] die Verletzung dieser Pflicht durch die Prälaten nullius mit einem territorium separatum[5] mit den dem Papst vorbehaltenen Strafen l. s. der suspensio ab ingressu ecclesiae, ab administratione spiritualium et temporalium und a perceptione fructuum ihrer Kirchen[6], beziehentlich bei den Ordensprälaten ihrer Klöster bedroht worden. Jedoch hat die const. Pius' IX.: Apostolicae diese Strafen nicht aufrechterhalten.

nikanten dem Bischof oder Generalvikar nicht rechtzeitig anzeigt, Narbonne 1551 c. 50, l. c. 10, 459 (Exkommunikation); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 183 (ebenso, nur arbiträre Strafe);

gegen Pfarrer, welche die zwölf Jahr alten Pfarrkinder nicht in die Kommunikantenliste eintragen, Tarragona 1685, l. c. 1, 746 (Geldstrafe von 50 Regalen);

gegen Pfarrer, welche keine Register über die Eheschliessungen unter Angabe der Namen der Brautleute, der nothwendigen drei Zeugen und des Datums der Ehe führen, Tours 1583 c. 9, Hardouin 10, 1408 (Gefängniss oder andere arbiträre Strafe);

gegen Pfarrer, welche die Glaubensartikel, den Dekalog, die Lehren über die Sakramente, sowie über die Arten der Tugenden und Laster nicht in schriftlichen Exemplaren besitzen und sie nicht dem Volk zu den vorgeschriebenen Zeiten an den Sonntagen verkünden, Toledo 1473 c. 9, l. c. 9, 1504 (für jeden Unterlassungsfall Strafe von 2 Regalen);

gegen Pfarrer, welche sich die erforderlichen Bücher (altes und neues Testament, Postille u. s. w.) nicht anschaffen, Narbonne 1551 c. 34, Hardouin 10, 452 (Anschaffung auf Kosten des Schuldigen und arbiträre Strafe);

gegen Pfarrer, welche gegen die Verbreitung von abergläubischen Büchern oder von Schriften mit zweifelhaften Prophezeihungen oder über ungewisse Wunder oder mit falschen Ablässen nicht einschreiten, Prag 1860, coll. conc. Lac. 5, 445 (arbiträre Strafe);

gegen Pfarrer, welche die Armen der Parochie nicht auf ihre Kosten begraben lassen, Neapel 1699, l. c. 1, 174 (Suspension a divinis und 100 Pfund Wachs);

gegen Pfarrer und perpetui vicarii von Pfarrkirchen und Kapellen, welche beim Vorhandensein anderer Geistlicher Bettelmönche zu ihren Vertretern annehmen, Köln 1423 c. 7, Hartzheim 5, 220 (Exkommunikation);

gegen Pfarrrektoren, welche trotz Mahnung ihren Vikaren nicht die erforderliche congrua gewähren, Salzburg 1418, l. c. p. 175 (Privation des Benefiziums);

gegen Pfarrer, welche die S. 626 Anm. Sp. 2 a. E. gedachte Anzeige an den Bischof unterlassen, Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 240 (100 Pfund Wachs);

gegen Benefiziaten ohne Residenzpflicht, welche die ihren Benefizien obliegenden Messverpflichtungen nicht in der Fundationskirche voll und ganz persolviren, Mecheln 1607 XIX. 4, Hartzheim 8, 789 (suspensio a fructibus beneficiorum); Cambrai 1631 III. 18, l. c. 9, 543 (ebenso);

gegen Benefiziaten auch mit einfachen Benefizien, welche in der Quadragesima und zur Zeit von Jubiläumsablässen, obwohl sie die bischöfliche Erlaubniss erhalten haben, den Pfarrpriestern beim Beichthören nicht Hülfe leisten, Toledo 1566 III. 21, Hardouin 10, 1167 (arbiträre Strafe);

gegen die theologi an den Kapiteln, welche nicht wenigstens einmal die Woche ihre Vorlesungen halten, Tours 1583 c. 14, Hardouin 10, 1416 (subtractio fructuum durch das Kapitel), und die Scholastici und Kanzler, welche ihrer Pflicht, die jüngeren Kanoniker die Lektionen zu lehren, nicht nachkommen, l. c. p. 1417 (privatio fructuum suorum officiorum durch Bischof oder Kapitel).

[1] Über die frühere Zeit s. S. 255.

[2] Wegen der Nichtleistung des Obedienzeides s. o. S. 864 n. 4.

[3] Romanus pontifex 1585 §. 8, b. T. 8, 641. Über die frühere Zeit s. o. S. 256 n. 1.

[4] Quod sancta 1740 (zugleich unter Bestätigung der const. cit. Sixtus' V.) §. 9, b. Bened. 1, 9.

[5] Bd. II. S. 343.

[6] Diese sollen die Kapitel der Kirche des schuldigen Bischofs sofort einfordern und für die Fabrik oder für den Schmuck der Kirche verwenden. Bei den Prälaturen nullius kommt dagegen nach Benedikt XIV. cit. die Einforderung und Verwendung dem nächsten Bischof oder Erzbischof oder Kloster oder der nächsten ecclesia nullius zu.

Abgesehen von den Anordnungen des Konzils von Basel in Betreff des Ausbleibens auf den Provinzialkonzilien [1] und des Tridentinums hinsichtlich des Nichterscheinens auf diesen und den Diöcesansynoden [2],

sowie der bereits o. S. 734 besprochenen Konstitution Martins V. gegen das Angehen der weltlichen Gerichte seitens der Kleriker [3] weist das gemeine Recht dieser Zeit keine hierher gehörigen Strafbestimmungen [4] auf, und auch die Partikularsynoden enthalten ein viel weniger umfangreiches Material [5] als die der vorangegangenen

[1] Sess. XV. (1433), Hardouin 8, 1169, siehe Bd. III. S. 502, welches dem Bischof suspensio ipso f. a perceptione medietatis fructuum unius anni suae ecclesiae, den übrigen Pflichtigen aber arbiträre Strafen neben den poenae iuris androht, s. o. S. 74 u. Bd. III. S. 474 n. 4; Bd. IV. S. 742 n. 10.

[2] Sess. XXIV. c. 2 de ref., welches jedoch blos auf die poenae canonibus sancitae verweist.

[3] Const.: Ad reprimendas 1428.

[4] Aus der älteren Zeit kommen in Betracht die Vorschriften:

1. über das Ausbleiben auf den Synodenund das vorzeitige Verlassen derselben, s. Anm. 1 u. c. 25 X de accus. V. 1 (debita poena), auf welche die Konzilien von Basel und Trient Bezug nehmen und welche in der excommunicatio fraterna und in dem grossen Kirchenbann besteht.

In Anhalt daran haben auch die Partikularsynoden derartige Vorschriften aufgestellt, so in Betreff der Provinzialsynoden Rheims 1581, Hardouin 10, 1304 n. 2, s. S. 615 Anm. Sp. 1; Bordeaux 1583 c. 14, ibid. p. 1379, a. a. O., Bourges 1584 XLV, ibid. p. 1506, S. 613 n. 7; Narbonne 1609 c. 29, l. c. 11, 31, S. 615 Anm. Sp. 2 (welche sämmtlich nach dem Vorgange des Baseler Konzils auch die Strafe der Entziehung eines Theils der jährlichen Einkünfte festsetzen, Rheims cit. mit Rücksicht darauf, dass die Strafen der alten Konzilien „quasi leves negligantur"); Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 290 (für vorzeitiges Weggehen, Strafe der canones); Mailand 1576 III. 4, Hardouin 10, 912 u. Bordeaux 1583 c. 34, ibid. p. 1380 (Prokuratoren der abwesenden Bischöfe, welche die Synode verlassen, ehe sie die Dekrete derselben unterschrieben haben, exc.).

Hinsichtlich der Diöcesansynoden vgl. Narbonne 1551 c. 42, l. c. 10, 455, s. o. S. 579 n. 3; Bordeaux 1583 c. 33, ibid. p. 1378, S. 593 n. 2 u. S. 627 n. 4; Bourges 1584 XLV. 4, p. 1502 (poenae consuetae, bei Hartnäckigkeit schwere arbiträre Strafe); Aix 1585, p. 1576 (Fehlen in der Sitzung, Strafe von 6 Aurei oder auch schwere arbiträre Strafe);

2. über die Verweigerung der Annahme eines höheren Weihegrades, wenn dies das Interesse der Kirche gebietet, s. S. 256 n. 10;

3. über das wissentliche und hartnäckige weitere Celebriren und Amtiren von Geistlichen, welche degradirt oder abgesetzt oder mit dem Personalinterdikt, der Suspension oder der Exkommunikation belegt sind, s. S. 257 n. 2—5; S. 566 n. 1; S. 572 n. 4; S. 588 n. 12; S. 592 n. 2; S. 598. 605. 617 n. 9. S. 621 n. 13.

[5] Hierher gehören:

Salzburg 1418 c. 11, Hartzheim 5, 177 (Priester und Kapläne von Ortschaften, Städten und Burgen, welche trotz ihrer Kenntniss davon, dass nach denselben geraubte, zum Gottesdienst bestimmte Sachen oder gefangene kirchliche Personen gebracht worden sind, die Feier des Gottesdienstes nicht sofort einstellen, exc. l. s.);

Salzburg l. c. (Kapelläne in den Burgen der Adligen, welche sich zu celebriren erlauben, ehe sie dem Bischof oder Archidiakon Obedienz für ihr Erscheinen auf der Synode und in den Kapiteln geleistet haben, um die Befehle für ihre Herren und die Burgmannen entgegenzunehmen und sie diesen bekannt zu geben);

Mainz 1549 c. 85, Hartzheim 6, 588, siehe S. 613 n. 7; Besançon 1571, l. c. 8, 184 (Hauskapläne, welche ihrem Pfarrer nicht die erforderliche Achtung und Ehrerbietung erweisen, oder ihn gar mit Worten oder thätlich beschimpfen, exc. l. s.); Gran 1858, coll. conc. Lac. 1, 47 (Kuraten, welche sich gegebenen Falls nicht zum Vicearchidiakon begeben oder die Ausführung der Anweisungen desselben hartnäckig unterlassen, arbiträre Strafe); Tours 1583 c. 14, Hardouin 10, 1417, s. S. 629 n. 11;

Toulouse 1590 I. 2, Hardouin l. c. p. 1791 (exemte Kapitel, welche den Dekreten der Provinzialsynode nicht Gehorsam leisten, harte Bestrafung);

Mailand 1573 c. 14, l. c. 10, 787, s. S. 626 n. 1;

Dublin 1518 c. 2, Hardouin 9, 1889 (Geistliche, welche die Prokurationen für den Erzbischof, und die übrigen, den Kirchen auferlegten Lasten nicht zahlen, sind als exkommunicirt von allen Pfarrern bei Strafe der Suspension l. s. zu verkündigen); Bourges 1584 XXXIII. 6, l. c. 10, 1492 (Nichtzahlung der herkömmlichen Visitations- und Prokurations-Abgaben an Bischöfe, Dekane, Kapitel, Archidiakone, Erzpriester und andere Berechtigte, kirchliche Censuren); l. c. 7 (Nichtentrichtung der iura synodalia, cathedratica, episcopalia oder anderer herkömmlicher Abgaben an die berechtigten Empfänger, Exkommunikation und bei Nichtbeachtung derselben ausserordentliche Bestrafung);

Toulouse 1590 IV. 2, Hardouin 10, 1817 (Tonsurirte mit Benefizien oder im Dienste einer Kirche, welche auf Ladung oder Strafen des weltlichen Richters sich vor demselben ohne bischöfliche Erlaubniss als Zeugen vernehmen lassen, Exkommunikation);

Tortosa 1429 c. 11, l. c. 8, 1080, s. o. S. 578 n. 1 u. c. 13, l. c. p. 1080. 1081 (Geistliche, welche öffentlich oder heimlich Fürsten, weltliche Herren, Offiziale, Richter, Magistrate von Korporationen oder diese letzteren zur Verletzung der Rechte der Kirche oder der kirchlichen Freiheit anreizen

Jahrhunderte[1].

§. 340 II. *Die Nichtbeobachtung eines dem geistlichen Stande und der kirchlichen Amtsstellung entsprechenden Verhaltens, sowie die Verletzung der geistlichen Amtspflichten.*

Was zunächst das Nichttragen der Tonsur betrifft, so hat das Tridentinum[2] die Verletzung dieser Standespflicht trotz bischöflicher Mahnung[3] seitens der Kleriker der höheren Weihen und seitens solcher, welche ein kirchliches Benefizium oder Offizium besitzen, unter theilweiser Erneuerung und Erweiterung des früheren Rechts[4] mit der Suspension ab ordinibus, officiis, beneficiis et fructibus, reditibus et proventibus beneficiorum und bei weiterer Hartnäckigkeit nach schon erfolgter Bestrafung mit der privatio officii et beneficii bedroht[5], und Sixtus V.[6] hat alle Kleriker, welche sich des gedachten Disciplinarvergehens schuldig machen, einschliesslich derjenigen der niederen Weihen und der blos tonsurirten, selbst wenn sie auch nur Anrechte auf

oder ihnen dabei Rath und Schutz gewähren oder kirchliche Urkunden zum Nachtheil der Kirche wissentlich verbergen oder freiwillig verlegen, exc. l. s. und ausserdem susp. a fructibus beneficiorum auf drei Jahre, non beneficiatus Unfähigkeit für diese Zeit, ein Benefizium zu erhalten;

Salzburg 1569 XXXVIII. 2, Hartzheim 7, 336, s. o. S. 601 n. 9.

Salzburg 1490, l. c. 5, 578 (Geistliche, welche den Laien Steuern und Abgaben ohne spezielle Erlaubniss der kirchlichen Oberen entrichten, Exk.).

[1] S. o. S. 256 ff.

[2] Sess. XIV. c. 6 de ref., während das Konzil von Konstanz sess. gen. XLIII. c. 7, Hübler, Constanzer Reformation S. 162, nur auf das frühere Recht, s. S. 259 n. 5, verweist.

[3] Welche auch durch ein öffentliches Edikt erfolgen kann.

[4] Nämlich Clem. 2 de vita III. 1, s. S. 260 n. 2. Der Tonsur erwähnt das Tridentinum zwar nicht ausdrücklich, aber sie gehört zu dem habitus clericalis ordini congruens.

[5] Was das Partikularrecht vor dem Tridentinum betrifft, s. Eugen IV.: In apostolicae 1432 §. 14 (für Rom), b. T. 5, 6 (clerici beneficiati, welche keine Tonsur, sondern das Haar wie Laien tragen, Verlust des Klerikalprivilegs und arbiträre Strafe); Mainz 1423 c. 4, Hartzheim 5, 209 (Kleriker, welche keine passende Tonsur tragen, suspensio a distributionibus et corpore prebendae l. s. für einen Monat); Sens 1460/1485 II. 6, Hardouin 9, 1532 (Kleriker, welche lange Haare tragen, exclusio a choro et conversatione, s. o. S. 613 n. 7, und Entziehung der Distributionen, nach einem Monat auch censura ecclesiastica oder Entziehung sämmtlicher Einkünfte des Benefiziums); Toledo 1473 c. 14, l. c. p. 1510, S. 583 n. 9.

Von nachtridentinischen Synoden vgl. Mecheln 1570, Hartzheim 7, 623, (Kleriker, welche, während sie sich auf Universitäten oder Schulen befinden, keine Tonsur und keine passende Kleidung tragen und kein Zeugniss der betreffenden Behörde über die Beobachtung dieser Vorschriften beibringen, privatio fructuum beneficii); Mailand 1573 c. 10, Hardouin 10, 778 (Anweisung an die Bischöfe, gegebenen Falls die tridentinischen Strafen anzuwenden); Rouen 1581, l. c. p. 1237 n. 9 (Wiederholung der Strafen des Tridentinums, auch für das Tragen eines unpassenden Bartes); Rheims 1583, ibid. p. 1292 n. 9 (für Kleriker, welche keine Tonsur tragen und den Bart nicht mindestens auf der Oberlippe rasiren, Strafen des Tridentinums, während freilich nicht dieses, sondern blos Clem. 2 cit. ausdrücklich in Bezug genommen wird); Bordeaux 1583 c. 21, ibid. p. 1359, S. 615 Anm. Sp. 1; Aix 1585, ibid. p. 1542. 1544 (Kleriker, welche keine Tonsur oder den Haar- oder Bartschnitt nicht passend tragen, sowie Priester, welche den Bart nicht auf der Oberlippe rasiren, entweder Zwangsbusse oder Geldstrafe oder Suspension vom Ordo, von der Verwaltung des Benefiziums oder auch vom Benefizium selbst oder Gefängnissstrafe oder Ausweisung oder auch mehrere dieser Strafen zusammen oder auch andere schwerere arbiträre, bei Rückfall Verdoppelung der Strafe); Cambrai 1586 XVI. 5, Hartzheim 7, 1016, S. 595 n. 3; Bordeaux 1624 XIII. 4, Hardouin 11, 97 (clerici beneficiati, welche keine Tonsur, keinen passenden Haarschnitt oder den Bart auf der Oberlippe tragen, nach dreimaliger Mahnung und bei fernerem Ungehorsam privatio beneficii und Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien, clerici non beneficiati die letztgedachte Strafe und Verlust des Klerikalprivilegs); Gran 1858, coll. conc. Lac. 5, 52 (Verweisung auf die Strafen der Clem. 2 cit.); Quito 1863, l. c. 6, 403 (Verweisung auf das Tridentinum).

[6] Cum sacrosanctum 1589 §§. 2. 3, b. T. 9, 66.

Benefizien oder auf Pensionen aus kirchlichen Einkünften und aus kirchlichen Stiftungen besitzen[1], (abgesehen von den sonst gegen sie nach dem bestehenden Recht anwendbaren Strafen) ihrer Benefizien, der erwähnten Berechtigungen und Bezüge für eo ipso verlustig erklärt[2].

Die eben gedachten Strafandrohungen des Tridentinums[3] und Sixtus' V. finden ebenfalls auf das Nichttragen einer angemessenen, dem Klerikalstande entsprechenden Kleidung[4] Anwendung. Endlich hat später noch Papst

[1] Ausgenommen sind aber von dieser Verpflichtung (es findet also auch die Strafandrohung keine Anwendung) Geistliche, deren jährliches kirchliches Einkommen 60 Kammerdukaten nicht übersteigt, und ferner bestimmte niedere Familiaren des Papstes, s. die Deklaration Sixtus' V.: Pastoralis curae 1589 §§. 2. 3, b. T. 9, 69, zu der cit. const.

[2] Dadurch ist die Strafandrohung des Tridentinums verschärft worden, vgl. auch S. 578 n. 3; doch gedenken die späteren Partikularsynoden (abgesehen von Toulouse 1590 III. 4, Avignon 1594 c. 32 und Aquileja 1596 c. 11, Hardouin 10, 1793. 1834. 1898) dieser Verschärfung nicht, s. S. 893 n. 5 a. E., wie denn auch Garcias, tractat. de benef. P. VII. c. 1 n. 23 bemerkt, dass die betreffende Anordnung Sixtus' V. nicht überall rezipirt sei. Übrigens sind auch die Voraussetzungen des Eintritts der betreffenden Strafe streitig, s. Thesaurus l. c. P. II. s. v. apostasia a statu clericali c. 4 p. 92. 93. Jedenfalls kann sie aber, da es sich blos um eine Verschärfung des Tridentinums handelt, nicht ohne monitio und ohne ein trotz derselben fortgesetztes ordnungswidriges Verhalten eintreten.

Was speziell das Tragen einer Perrücke betrifft, s. Bd. I. S. 130 n. 4, so wird dies von Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 226, mit Konfiskation derselben und mit carcer formalis, von den römischen Edikten v. 1691. 1699. 1706 u. 1724, Ferraris, prompta bibliotheca s. v. coma fictitia n. 5 ff. u. coll. conc. Lac. 1, 438, für jedes Mal mit 10 Scudi Strafe und 10 Tagen Gefängniss, ferner mit Ausschluss von der Erlangung kirchlicher Benefizien und Offizien bedroht.

[3] Konstanz cit., s. S. 893 n. 2, welches auch in dieser Hinsicht auf das frühere Recht verweist, s. S. 260 n. 2, bedroht überdies diejenigen Benefiziaten oder eine kirchliche Funktion ausübenden Geistlichen, welche dem officium diurnum in bestimmten, unpassenden Gewändern anwohnen, für jeden Fall mit Suspension ipso f. von dem Genuss der kirchlichen Einkünfte für einen Monat. Von Partikularsynoden vor dem Tridentinum vgl. Salzburg 1418 c. 17, Hartzheim 5, 179, s. S. 628 n. 8; Trier 1423 c. 4, ibid. p. 225 (Verweisung auf Konstanz gegen clerici in sacris, welche unpassende Kleider tragen); Mainz 1423 c. 3, ibid. p. 209 (Kleriker, welche unpassende Kleidung tragen, Suspension l. s. a distributionibus et corpore prebende für einen Monat unter Erneuerung der Vorschriften der Clem. 2 cit. und des Konstanzer Konzils); Paris 1429 c. 9, Hardouin 8, 1043, s. S. 586 n. 2; Tortosa 1429 c. 1, l. c. p. 1075 (clerici in sacris ordinibus und clerici beneficiati, welche andere als wollene oder welche prächtige Kleider tragen und dieselben nicht ausliefern, susp. l. s. a benef. auf 3 Jahre, Nichtbenefiziaten Unfähigkeit für dieselbe Zeit, Benefizien zu erhalten); Canterbury 1463, s. S. 600 n. 10; Toledo 1473 c. 5. 6, l. c. 9, 1505, s. S. 625 Anm. Sp. 1, ibid. c. 8, p. 1506, s. S. 601 n. 9; Salzburg 1490, Hartzheim 5, 573 (Kleriker, welche prächtige und unpassende Kleider tragen, ausser den gemeinrechtlichen Strafen suspensio proventuum beneficiorum); vgl. ferner Sens 1460/1485 II. 6 und Toledo 1473 c. 14, Hardouin 9, 1510. 1532, s. S. 893 n. 5, welche für das fragliche Vergehen dieselben Strafen, wie für das Nichttragen der Tonsur androhen); Narbonne 1551 c. 15, l. c. 10, 446 (Kanoniker und Pfarrer, welcher unter dem geistlichen Gewande in der Kirche unpassende Kleidung trägt, „lucro quaestuque privabitur et a superioribus ejicietur", d. h. es sollen ihm die Distributionen und sonstigen Emolumente entzogen und er soll aus der Kirche entfernt werden).

Für Rom s. die citirte const. Eugens IV.: In apostolicae 1432 §§. 12. 13, b. T. 5, 6 (welche den clerici beneficiati das Tragen übermässig weiter Ärmel, weiter Kapuzen und unpassender Stiefel bei arbiträrer Strafe verbieten).

[4] Von nachtridentinischen Synoden s. Cambrai 1565 IX. 4, Hartzheim 7, 108. 109 (Kleriker, welcher Kleider nach Laienart trägt, castigetur); Mailand 1565 II. 23, Hardouin 10, 665 (in Anhalt an das Tridentinum clerici in ordinibus sacris und beneficiati, nach vergeblicher Aufforderung suspensio ipso iure ab omni ordinum suorum munere et privatio ipso iure beneficiorum suorum omnibus anni unius fructibus, non beneficiati arbiträre Strafen, bei fortgesetzter Hartnäckigkeit privatio officiorum ecclesiasticorum); Salzburg 1569 XXVII. 5, Hartzheim 7, 298 (Strafe durch den Ordinarius); Bordeaux 1583 c. 17, Hardouin 10, 1354 (Kanoniker und Geistliche der Kathedral- und Kollegiatkirchen, welche keine passende Kleidung, namentlich nicht die cappae canonicales tragen, Entziehung der kirchlichen Distributionen, eventuell härtere arbiträre Bestrafung); Tours 1583 c. 14, ibid. p. 1415, s. S. 629 n. 11; Toulouse 1590 III. 4, ibid. p. 1793 (Verweisung auf die const. Sixtus' V. cit., s. o. S. 893); Avignon 1594 c. 32, ibid. p. 1834 (ebenso); Aquileja 1596 c. 11, ibid. p. 1899 (desgleichen); Aix 1585, l. c. p. 1542. 1544 (wie Mailand cit. 1565 II. 23); Mecheln 1607 XVIII. 4, Hartzheim 10, 788 (im wesentlichen Wiedergabe des Tridentinums); Bordeaux 1624 VI. 2, Hardouin 11, 73 (Tonsurirte, welche die Klerikaltracht ablegen, Verlust des Klerikalprivilegs

Benedikt XIII.[1] insbesondere für Kleriker mit Benefizien, welche in Laienkleidung einhergehen, die privatio beneficii ipso facto festgesetzt[2].

Das Nichtvermeiden eines vertraulichen, unangemessenen Verkehrs mit weiblichen Personen, insbesondere das Zusammenwohnen mit solchen, bei denen der Verdacht eines unerlaubten Umganges nicht wegen ihrer nahen Verwandtschaft oder wegen ihres reifen Alters ausgeschlossen bleibt[3], ist, soweit das letztere in Frage kommt, sowohl durch das Konzil von Basel[4], wie auch das von Trient[5] mit denselben Strafen, wie der Konkubinat der Geistlichen[6] bedroht[7],

und Unfähigkeit, die Weihen und kirchlichen Benefizien zu erhalten), Münstersches Bischofsedikt 1680, Hartzheim 10, 103 (im wesentlichen Wiederholung des Tridentinums), vgl. weiter aus dem 16. und 17. Jahrhundert die S. 893 n. 5 citirten Konzilien von Mecheln 1570, Mailand 1573, Rouen 1581, Rheims 1583, Bordeaux 1583 und Bordeaux 1624, welche die dort erwähnten Strafen auch zugleich für das hier fragliche Disciplinarvergehen festsetzen); Avignon 1725 XXXV. 1, coll. conc. Lac. 1, 545 (im wesentlichen Wiederholung des Tridentinums); c. 6 ibid. (Tonsurirte und Kleriker der niederen Weihen, welche nicht die vorgeschriebene Kleidung tragen, Zurückhaltung von den öffentlichen Ordinationen und von dem Empfang des Subdiakonats nach Ermessen des Bischofs); Römisches Edikt v. 1724, coll. conc. Lac. 1, 439 (Kleriker, welche unpassende Kleidung tragen, kanonische Strafe und Konfiskation derselben); Gran 1858, l. c. 5, 52 (Verweisung auf Clem. 2 cit. III. 1); Quito 1863, ibid. 6, 403 (Verweisung auf das Tridentinum); Prag 1860, l. c. 5, 428 (Wiederholung der Strafen des Tridentinums); Neugranada 1868, l. c. 6, 543 (Nichttragen der vorgeschriebenen Halstracht, arbiträre Strafe); Disciplinardekret v. Loreto 1850, ibid. p. 778 (Nichttragen der vorgeschriebenen Gewänder, namentlich das Tragen unpassender kurzer Kleider und kleiner Hüte nach Laienart, arbiträre Strafe).

1 Catholicae ecclesiae 1725, b. T. 22, 158.

2 S. o. S. 653 n. 1. Ebenso wie in früherer Zeit wird auch jetzt noch das Tragen von Waffen, welches das ältere gemeine Recht bald mit Absetzung, bald mit Exkommunikation, bald mit Verlust des Klerikalprivilegs belegt hat, s. o. S. 260 n. 3, partikularrechtlich bedroht, s. Mainz 1425 c. 5, Hartzheim 5, 210 (welches dies nur beim Betreten und Passiren verdächtiger Orte und mit Erlaubniss des Ordinarius zur Vertheidigung der Kirche, sowie der Sachen oder der Person des Geistlichen gestattet, sonst aber die Strafe der suspensio ipso f. a distributionibus et corpore prebende für einen Monat androht); Eugen IV.: In apostolicae 1432 cit. §. 13, b. T. 5, 6 (für Rom, Verbot des Tragens von Waffen zum Angriff und zur Vertheidigung, arbiträre Strafe); Aix 1585, Hardouin 10, 1543. 1544 (Verbot des Waffentragens ausser von kürzeren Waffen mit Erlaubniss des Ordinarius bei längeren Reisen, die S. 893 n. 5 unter Aix 1585 cit. aufgeführten Strafen); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 226 (Anordnung, dass in jeder Diöcese den Klerikern das Tragen von den den Laien verbotenen Waffen bei Strafe untersagt wird, und dass Kleriker, welche Waffen in ihrem Hause halten, mit Konfiskation derselben und anderen arbiträren Strafen belegt werden sollen); Tarragona 1699 l. c. p. 752 (Kleriker, welche das privilegium fori haben und mit Waffen einhergehen, Geld- und andere arbiträre Strafe); Edikt für Rom 1724 n. 12, ibid. p. 440 (Kleriker, welche Waffen, Flinten, Schwerter oder Säbel, selbst unter dem Vorwande der Jagd in und ausser der Stadt ohne Erlaubniss des Kardinalvikars tragen, Gefängniss- und Geldstrafe und Konfiskation der Waffen); Quito 1863, l. c. 6, 394 (Kanoniker, welche mit Waffen in die Kirche oder in die Kapitelssitzungen kommen, Verlust des Stipendiums für einen Tag, bei Verletzung eines anderen für ein bis drei Monate nach dem Urtheil des Kapitels).

Aix 1585 cit. verbietet ferner bei den gedachten Strafen den Gebrauch von Salben und Wohlgerüchen, sowie das Tragen von Ringen, s. Hardouin 10, 1542. 1544.

Endlich gehört hierher Toledo 1596 II. 3, l. c. p. 1149 (Bischöfe, welche eine prächtige Einrichtung und prächtige Geräthe halten oder einen üppigen Tisch führen, arbiträre, durch das Provinzialkonzil zu verhängende Geldstrafe), u. c. 23, p. 1154 (clerici in sacris und beneficiati im gleichen Fall Exkommunikation oder Geldstrafe).

3 Bd. I. S. 131. 132.

4 Sess. XX. (1435) c. 1, s. o. S. 817 n. 1. Für Rom ordnet Eugen IV.: In apostolicae 1432 cit. §. 8, b. T. 5, 6, neben den gemeinrechtlichen Strafen noch arbiträre Bestrafung an. Wegen der ersteren s. o. S. 260 n. 5.

5 Sess. XXV. c. 14 de ref., s. a. a. O. n. 4.

6 S. o. S. 817.

7 Von Partikularkonzilien vgl. ferner noch York 1466, Hardouin 9, 1486. 1487 (Besuch von Häusern verdächtiger Frauen, suspensio a divinis); Aix 1585, l. c. 10, 1543 (Kleriker, welche mit anderen Frauen als der Mutter und Schwester ohne Erlaubniss des Ordinarius zusammen wohnen oder sich Mägde unter 50 Jahr oder als solche verdächtige Frauenspersonen halten, ausser den anderen Strafen suspensio ab ordinibus und bei Hartnäckigkeit privatio officii et beneficii für immer); römisches Edikt v. 1724, conc. coll. Lac. 1, 441 (das Wohnenlassen selbst naher Verwandtinnen in den Häusern der Kanoniker, Pfarrer und anderen Kleriker ohne Erlaubniss des Kardinalvikars, Geld-, Gefängniss- und andere arbiträre Strafe); Fermo 1726, l. c. p. 599 (Halten

worüber ebenso wie über die Verletzung der Cölibatspflicht[1] bereits früher gehandelt worden ist[2].

Ferner kommt die Bethätigung einer mit dem Klerikalstande nicht vereinbaren Missachtung der Würde der gottesdienstlichen Handlungen durch ein dieselben störendes Benehmen als gemeinrechtliches Disciplinarvergehen[3] in Betracht,

während die Verletzung der durch den geistlichen Stand bedingten Pflicht, dem Gottesdienste und den gottesdienstlichen Handlungen[4], sowie den zur Ausbildung des Klerus veranstalteten Vorträgen und Versammlungen[5] beizuwohnen,

von anderen als nach Alter und Sitten unverdächtigen Frauenzimmern und überhaupt ohne Erlaubniss des Ordinarius, Geldstrafe, bei Hartnäckigkeit suspensio ab off. et ben. oder Gefängniss oder andere schwere arbiträre Strafe); Tuam 1817, l. c. 3, 765 (trotz dreimaliger Mahnung fortgesetzter Verkehr mit verdächtigen Frauenzimmern, suspensio ab exercitio ordinum et a benef. bis zur Besserung); Ravenna 1855, l. c. 6, 198 (Verkehr mit verdächtigen Frauenzimmern, Strafen des Tridentinums und der Canones oder arbiträre Strafen); Urbino 1859, l. c. p. 51. 52 (Zusammenwohnen mit nahen Verwandtinnen im Pfarrhaus ohne Erlaubniss des Ordinarius oder Halten einer Haushälterin unter 40 Jahren oder einer solchen nicht unverdächtigen Rufes oder ohne die erwähnte Erlaubniss, arbiträre, namentlich auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte und privatio beneficii);

ferner Toledo 1566 II. 22, Hardouin 10, 1154 (clerici in sacris, welche mit Frauenzimmern angefasst gehen oder mit ihnen zusammen auf demselben Thier, d. h. Pferd, Maulesel oder Esel, reiten, Exkommunikation für beide Theile); Trier 1678 I. 1 n. 13, Hartzheim 10, 60, s. o. S. 626 Anm. Sp. 1;

endlich Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 227 (Kleriker, welche ohne Erlaubniss des Ordinarius an Frauen und Mädchen Unterricht geben, carcer formalis).

1 S. o. S. 818.

2 Das Partikularrecht dieser Zeit weist ferner ebenfalls, wie das frühere (S. 261), Strafandrohungen gegen die Geistlichen, welche ihre Konkubinen oder ihre unehelichen Kinder in irgend welcher Weise begünstigen, aber in geringerem Umfange auf, vgl. Narbonne 1551 c. 23, Hardouin 10, 448 (Kleriker, welche ihre unehelichen Kinder oder auch die Kinder ihrer Konkubinen bei sich wohnen lassen, nach vergeblicher Mahnung Exkommunikation oder arbiträre Strafe); Toledo 1566 III. 1, ibid. p. 1166 (für dasselbe Vergehen arbiträre Strafe bis zur privatio beneficiorum); Rheims 1583, l. c. p. 1298 n. 13 (gegen Kanoniker für das gedachte Vergehen nach dreimaliger Mahnung Exkommunikation);

Köln 1423, Hartzheim 5, 217 (clerici in sacris und beneficiati, welche ihre Konkubinen oder die Kinder derselben dotiren oder aus dem Kirchengut bereichern oder den Hochzeiten oder Begräbnissen derselben beiwohnen, kanonische Strafe); Köln 1662, s. o. S. 622 n. 16.

3 So schon nach mittelalterlichem Recht, s. o. S. 262 n. 1. In der hier fraglichen Periode hat Basel sess. XXI. (1435) c. 6, Hardouin 8, 1198, das Herumlaufen der clerici beneficiati während des Gottesdienstes in der Kirche oder das Plaudern mit anderen dabei mit Verlust der Distributionen für einen Tag i. f., nach einmaliger Bestrafung deswegen mit Verlust für einen Monat oder schwerer arbiträrer Strafe bedroht. Weiter gehört hierher die o. S. 763 n. 10 citirte const. Pius' V.: Cum primum 1566 §. 4, welche sich sowohl auf Laien, wie auch auf Geistliche bezieht.

Von partikularrechtlichen Vorschriften vgl. Sens 1460/1485 I. 2, Hardouin 9, 1525, s. S. 623 n. 1; Mainz 1549 c. 73, Hartzheim 6, 584 (clerici beneficiati, welche während des Gottesdienstes in der Kirche oder vor derselben müssig herumlaufen oder die Zeit mit Plaudern verbringen, Verlust der Emolumente für den betreffenden Tag); Mecheln 1570 c. 10, Hartzheim 7, 615. 616, s. S. 625 Anm. Sp. 1; Bourges 1584 IX. 5. u. XII. 10, Hardouin 10, 1468. 1472, s. o. S. 615 Anm. Sp. 1; Cambrai 1631 III. 8, Hartzheim 9, 542 (Herumlaufen während des Gottesdienstes, Bestrafung nach Pius V. cit., für Kanoniker ausserdem Verlust der Distributionen für den betreffenden Tag, für Kapellane und Vikarien arbiträre Strafe, bei Fortsetzung des Gebahrens weitere arbiträre Strafen).

4 Bourges 1584 XXXV. 15, Hardouin 10, 1495, S. 615 Anm. Sp. 1; Toulouse 1590 I. 3, ibid. p. 1793 (Priester und Kleriker, welche in der Pfarrei ihr Domizil haben und in derselben wohnen, aber dem Gottesdienst nicht beiwohnen, Verlust der Einkünfte i. f., event. Exkommunikation); Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 355 (die einer Kirche zugewiesenen Kleriker ohne Amt, welche dem Gottesdienst an den Feiertagen nicht beiwohnen, arbiträre Strafe, eventuell auch Entziehung der Klerikalprivilegien); Quito 1863, l. c. 6, 386 (Kleriker, welche den Prozessionen der Kathedralkirche nicht beiwohnen, poena adnotationis, d. h. Entziehung der Distributionen); Mailand 1569 II. 27, Hardouin 10, 746, s. S. 627 n. 1; Bourges 1584 XXXIV. 7, l. c. p. 1493 (Kanoniker und Mitglieder des Stadtklerus, welche der Predigt und den Vorlesungen des Theologus nicht beiwohnen, arbiträre Strafe).

5 S. Mailand 1569 und Bourges 1584 cit., vgl. vor. Anm. a. E.; Rom 1725, coll. conc. Lac. 1, 371 (clerici in sacris, welche die Kongregationen zur

ferner der Pflicht, sich die Sakramente[1] der Beichte[2] und des Abendmahls[3] öfter als die Laien spenden zu lassen, sodann der Verpflichtung, sich der Celebrirung der Messe nicht ganz zu enthalten[4], endlich der Pflicht, das Volk vor Aberglauben zu bewahren[5], allein durch das Partikularrecht unter Strafe gestellt ist[6].

Was die weiteren, hier in Frage kommenden Disciplinarvergehen der Kleriker betrifft, so hat das Tridentinum[7] hinsichtlich derselben in einer allgemeinen Anordnung das frühere gemeine Recht aufrecht erhalten, aber zugleich die Ordinarien ermächtigt, ausser mit den durch das letztere angedrohten auch mit härteren, arbiträren Strafen einzuschreiten.

Des Näheren gehört hierher das Zuwiderhandeln gegen gewisse, den Geistlichen obliegende Pflichten ethisch-religiösen Charakters, wie die Verletzung der Pflicht, sich von Habsucht und Geiz[8], von obscönen Gesprächen und Dingen[9]

Erörterung der casus rituum et conscientiae nicht besuchen, Geldstrafe).

[1] Bordeaux 1624 VI. 2, Hardouin 11, 73 (Tonsurirte, welche es unterlassen, die Sakramente, d. h. der Beichte und des Abendmahls, häufig zu nehmen, Entziehung der Klerikalprivilegien und Unfähigkeit, die Weihen, sowie Benefizien zu erhalten).

[2] Salzburg 1569 XLV. 7, Hartzheim 7, 349 (Priester, welche nicht mehrere Mal im Jahr beichten, Privation der Benefizien und andere schwere Strafe); Quito 1869, coll. conc. Lac. 6, 442 (Geistliche, welche nicht viermal im Jahre beichten, Entziehung der Einkünfte des Amtes nach dreimaliger Mahnung und andere kanonische Strafen). Vgl. dazu Bd. IV. S. 125.

[3] Toledo 1566 III. 6, Hardouin 10, 1161 (Geistliche an den Kathedralen, welche nicht an den hohen Festtagen während des Hochamtes das Abendmahl nehmen, Entziehung des Stipendiums auf acht Tage und Rüge); Mecheln 1570, Hartzheim 7, 621 (dasselbe für clerici beneficiati, selbst blos tonsurirte, bei Strafe der Suspension und Entziehung der Einkünfte für einen Monat).

[4] Toledo 1473 c. 12, Hardouin 9, 1508 (Priester, welche nicht im Jahre mindestens einmal Messe lesen, für jede Unterlassung Geldstrafe von 30 Regalen als poena l. s.; Prälaten, welche im Jahre nicht mindestens dreimal celebriren, schwerer Verweis auf dem Provinzialkonzil); Rouen 1581, l. c. 10, 1228 n. 11 (Priester, welche seit Jahren keine Messe gelesen haben, nach dreimaliger monitio als exkommunicirt zu verkünden); Rouen l. c. (neu geweihte Priester, welche nicht innerhalb 6 Monaten ihre erste Messe lesen, Exkommunikation); Tours 1583 c. 15, s. S. 615 Anm. Sp. 1 (hier aber als Strafe Entziehung der Einkünfte); Bourges 1584 XXVI. 4, l. c. 10, 1488 (ebenso, aber nach dreimonatlicher Frist bei weiterer Hartnäckigkeit: „excommunicetur et ab ordine removeatur", also Absetzung); Toulouse 1590 I. 4, ibid. p. 1794 (dasselbe, aber als Strafe Exkommunikation). Vgl. übrigens Bd. IV. S. 182.

[5] Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 297. 298 (Priester, welche das Volk zum Aberglauben anlocken und in demselben befördern, arbiträre kanonische Strafen).

[6] Vereinzelt sind den Priestern als solchen noch besondere Pflichten auferlegt und deren Verletzung mit Strafen bedroht, vgl.

Cambrai 1631 III. 4, Hartzheim 9, 541 (Priester, welche wissen, dass ein Kleriker, welcher durch Trunkenheit oder durch ein anderes notorisches Vergehen Ärgerniss erregt hat, am Tage nachher celebrirt oder als Diakon oder Subdiakon bei der Messe fungirt hat, und diesen nicht anzeigen, arbiträre Strafe);

Armagh 1854, coll. conc. Lac. 3, 852 (Priester, welche es unterlassen, rechtzeitig in Betreff der in ihren Händen befindlichen Kirchengüter eine letztwillige Anordnung zu machen und an einem dem Bischof kundgethanenen Ort niederzulegen, vgl. auch ibid. p. 794, Suspension);

Tuam 1858, l. c. 3, 888 (Priester, welche es unterlassen, dem Bischof sofort nach erhaltener Kunde von frommen Vermächtnissen und Zuwendungen Anzeige zu machen und die zur Erhaltung derselben erforderlichen civilrechtlichen Schritte zu thun, arbiträre Strafe).

[7] Sess. XXII. c. 1 de ref.: „... ut quae a summis pontificibus et a ss. conciliis de clericorum vita, honestate, cultu doctrinaque retinenda ac simul de luxu, commessationibus, choreis, aleis, lusibus ac quibuscumque criminibus necnon saecularibus negotiis fugiendis copiose ac salubriter sancita fuerunt, eadem in posterum eisdem poenis vel maioribus arbitrio ordinarii imponendis observentur", während Sess. XXIV. c. 12 de ref. die Verletzung der allein für die Kanoniker gegebenen Anweisung: „ab illicitisque venationibus aut aucupiis, choreis, tabernis, lusibus abstineant" nicht unter besondere Strafe gestellt hat.

[8] Neugranada 1868, coll. conc. Lac. 6, 548 (Geistliche, welche die Pflicht der Mildthätigkeit gegen die Armen nicht erfüllen, nach dreimaliger Mahnung susp. ab. off. et benef.). Wegen der Betreibung des Handels s. unten S. 902.

[9] Urbino 1859, l. c. 6, 50 (Geistliche, welche sich beim Mahle nicht obscöner Reden enthalten, arbiträre Strafe); Mecheln 1607 XIV. 3, Hartzheim 8, 784 (Geistliche, welche in ihren Wohnungen oder in ihren Gärten obscöne Bilder oder Bildwerke anbringen oder dieselben nicht daraus entfernen, arbiträre Strafe).

und vom Schwören und Fluchen[1], sowie von Beleidigungen und Beschimpfungen anderer, namentlich von Thätlichkeiten gegen solche[2], fernzuhalten[3];

nicht minder die Betheiligung an Vergnügungen, welche mit der Würde des geistlichen Standes unvereinbar sind[4], sowie ein mit derselben nicht verträgliches oder wenigstens für Geistliche unpassendes Benehmen, wie das Anführen von Tänzen und die Theilnahme an solchen[5], das Einhergehen in Masken[6], das Auftreten als Schauspieler[7], das Herumschwärmen auf den Strassen namentlich des Nachts[8], die Ausübung der Jagd[9] und das Tabakrauchen an öffentlichen Orten[10];

[1] Trier 1423 c. 4, Harzheim 5, 225, s. S. 614 n. 1 u. S. 700 n. 4.

[2] S. 806 n. 1 u. S. 812 n. 16. Über das ältere gemeine Recht s. S. 262 n. 9.

[3] Das durch das Dekretalenrecht besonders bedrohte Schwören unzulässiger Eide, s. S. 262 n. 6, wird nicht mehr erwähnt. Dagegen sollen nach Thurles 1817, coll. conc. Lac. 3, 767, Priester bei Strafe der Suspension nicht zulassen, dass die Kirchenmitglieder vor ihnen öffentlich oder geheim Eide in Betreff des Rufes, der Ehre oder über verlorene oder gestohlene Sachen schwören.

[4] York 1466, Hardouin 9, 1486 (Besuch von Schauspielen, suspensio a divinis); D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 22, Hartzheim 8, 892, S. 625 Anm. Sp. 2; Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766 (Besuch der Wettrennen, öffentlichen Spiele und Theater durch Priester, arbiträre Strafe); Disciplinar-Dekret v. Loreto 1850, l. c. 6, 777 (Theilnahme an öffentlichen Theater- oder profanen Schauvorstellungen, arbiträre Strafe); Westminster 1853, l. c. 3, 939 (Besuch der Theater durch clerici in sacris, dem Ordinarius reservirte suspensio l. s.); Halifax 1853, l. c. 3, 756 (Besuch der öffentlichen Theater und Wettrennen, sowie von Tänzen und Theilnahme an lauten Jagden, nach vergeblicher Mahnung Suspension). Vgl. auch die folg. Anm. u. o. Bd. I. S. 133.

[5] Mainz 1423 c. 9, Hartzheim 5, 210 (clerici in sacris oder beneficiati, welche öffentlich Reigen anführen, „corizare praesumunt", schwere arbiträre Strafe); Aix 1585, Hardouin 10, 1553. 1554 („ne personati umquam incedant neve comoediarum aut chorearum aut profani ullius spectaculi actores sint vel spectatores", die S. 893 n. 5 zu Aix cit. angeführten Strafen); D. S. Konstanz 1609 II. 1 n. 20, Hartzheim 8, 891 (Anführung von Tänzen und Theilnahme an denselben, ferner das Herumgehen in Masken oder das lärmende Herumschwärmen mit oder ohne Waffen in der Nacht, susp. für einen Monat und Entziehung der Früchte des Benefiziums); Trier 1678 I. 1 n. 21, Hartzheim 10, 61 (Kleriker, welche sich an Reigen betheiligen, das erste Mal einen Goldgulden, das zweite Mal zwei, dann suspensio ab off.); Eichstädt 1713 c. 9, Hartzheim 10, 380, s. S. 629 n. 11; Fermo 1726, coll. conc. Lac. 1, 599 (Kleriker, welche an Tänzen theilnehmen, Frauen dazu einladen oder solche in ihren Häusern öffentlich oder privatim veranstalten lassen, Geld- oder andere arbiträre Strafe, solche, welche mit Frauen tanzen oder maskirt umherlaufen, Unfähigkeit für die höheren Weihen, Priester in diesem Fall dem Bischof reservirte susp. a divinis eo ipso oder auch andere Strafe); Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766 (Priester, welche öffentlich oder privatim vor Frauen tanzen, arbiträre Strafe); Disciplinardekret v. Loreto 1850 cit. (Anwesenheit bei öffentlichen und privaten Tänzen, bei denen weibliche Personen tanzen, arbiträre Strafe); Wien 1858, coll. conc. Lac. 5, 98 (Theilnahme an Tänzen, poenae condignae). S. auch o. Trid. Sess. XXII. c. 1 cit. (choreae).

[6] Toledo 1566 II. 21, Hardouin 10, 1153 (Kleriker der höheren Weihen oder Benefiziaten „ne in quocumque loco et tempore larvis personati incedant aut cuiusque in quibuscumque spectaculis ac ludis personam agant", susp. ab off. et benef. und Geldstrafe); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 226 („larvas in bacchanalibus induere vel data opera larvatos sectari", carcer formalis und arbiträre Strafe); Disciplinardekret Loreto 1850 cit. („personati prodire", arbiträre Strafe); Quito 1863, l. c. 6, 403 (larvati incedere, Geldstrafe von 20 Pesos); Urbino 1854, l. c. 51. 52 (Besuch der Theater, öffentlichen Schaustellungen und Anwesenheit bei öffentlichen oder privaten Tänzen von Frauen, arbiträre, auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte und privatio beneficii).

[7] S. Aix 1585 cit., s. Anm. 5, Toledo u. Quito cit., vor. Anm., welches letztere auch bei derselben Strafe das Verleihen der geistlichen Kleider zur Benutzung bei Theateraufführungen verbietet.

[8] Konstanz 1609 II. 1 n. 20 cit., s. Anm. 5; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 226 (des Nachts auf der Strasse die Zither oder andere Instrumente spielen, weltliche Lieder singen oder andere singende und umherziehende Gruppen begleiten, carcer formalis und arbiträre Strafe).

[9] Wenigstens von der s. g. clamosa, s. Halifax 1853 cit., s. Anm. 4. Dagegen verbietet das cit. Disciplinardekret v. Loreto die Ausübung der Jagd an Feiertagen und das Herumtragen von Jagdgewehren ohne Erlaubniss bei arbiträrer Strafe. Weiter untersagen Bordeaux 1583 c. 21, Hardouin 10, 1359 (bei Strafe der Exkommunikation nach monitio und anderen kanonischen Strafen), und Aix 1585, l. c. p. 1543. 1544 (bei den S. 893 n. 5 zu Aix cit. erwähnten Strafen), jede Art der Jagd, letzteres auch das Aufziehen und Halten von zur Jagd gebrauchten Hunden und anderen Thieren, in Anhalt an das ältere gemeine Recht (s. o. S. 264 n. 1 und über dasselbe überhaupt Bd. I. S. 134 n. 3).

[10] Tournai 1643 XV. 5, s. S. 645 n. 3; cit. Disciplinardekret von Loreto (Geldstrafe); Urbino

ferner der Besuch von Schenken oder Wirthshäusern ohne einen gerechtfertigten Grund[1], die Theilnahme an Schmausereien oder Trinkgelagen, die Veranstaltung von solchen[2], sowie das Zutrinken bei denselben[3] und Trunksucht und Völlerei[4];

das Spielen verbotener Spiele (Kegel, Karten, Ball), namentlich das gewohnheitsmässige Spielen oder das Spielen an öffentlichen Orten oder das Halten von Spielgelegenheiten oder das Zusehen bei Spielen von Laien[5];

1859, coll. conc. Lac. 6, 51. 52 (arbiträre, insbesondere Geldstrafe, auch Entziehung der Früchte und privatio beneficii).

[1] Über die älteren gemeinrechtlichen Strafvorschriften vgl. S. S. 263 n. 5, in Betreff des späteren Partikularrechts Salzburg 1490, Hartzheim 5, 573 (Besuch von Wirthshäusern ausser auf Reisen und ausser einem gerechtfertigten Grund, gemeinrechtliche und arbiträre Strafen); Sens 1460/1485 II. 7, Hardouin 9, 1534 (tabernas inhoneste frequentare, Verweisung auf die gemeinrechtlichen Strafen); York 1466, l. c. p. 1485. 1486 (Besuch der Schenken, suspensio a divinis); Mecheln 1570 c. 5, Hartzheim 7, 623 (frequentatio tabernarum, commessationes, protrahere prandia ad vesperas, Entziehung der Distributionen und der Einkünfte des Amtes auf einen Monat); Rheims 1583, Hardouin 10, 1292 n. 4 („ebrietati ... crapulaeque ... ne indulgeant: tabernas, nisi peregre profecti, non intrent, ad aequales haustus nec se ipsos nec alios adstringant vel provocent", nach Mahnung susp. ab off. et benef. und andere kanonische Strafen); Tours 1583 c. 15, l. c. 1421, s. o. S. 630 n. 1; Aix 1885 ibid. p. 1543. 1544 (frequentare tabernas nisi itineris causa, die S. 893 n. 5 zu Aix cit. gedachten Strafen); Mecheln 1609 XVIII. 6, Hartzheim 8, 788 (clerici in sacris oder beneficiati, welche Schenken ausser auf Reisen oder aus Nothwendigkeit besuchen, arbiträre Strafe); Konstanz 1609 II. 1 n. 16. 17, l. c. p. 891 (Kleriker, welche in öffentlichen Schenken und Wirthshäusern mit den Bauern zechen, das erste Mal 10 Gulden, das zweite Mal 10 Tage Gefängniss, das dritte Mal privatio officii et beneficii, diejenigen, welche öffentlich betrunken gewesen oder nach der Trunkenheit ohne Beichte celebrirt haben, Geld- oder schwerere arbiträre Strafe); Namur 1639 XIX. 3, l. c. 9, 592 (Kleriker, welche Schenken ausser auf Reisen oder ausser einer gerechtfertigten Ursache besuchen, das erste Mal 3, das zweite 6, das dritte 12 Gulden, bei weiteren Malen schwerere Strafe; wenn sie sich betrinken, das erste Mal 12, das zweite Mal 24 Gulden, sodann schwerere arbiträre Strafe); Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766 (Besuch von Schenken ausser auf Reisen, arbiträre Strafe); Disciplinardekret v. Loreto 1850, l. c. 6, 776 (Herumlungern der Geistlichen in den „caffè, spezierie, botteghini", arbiträre Strafe).

[2] Für das gemeine Recht vgl. c. 9 X de celebr. missar. III. 41, s. S. 263 n. 6, u. Trid. Sess. XXII. c. 1 cit., s. o. S. 897 n. 7, für das Partikularrecht Narbonne 1551 c. 47, Hardouin 10, 458 (Pfarrer, welche an Schmausereien, namentlich an Festtagen und an der commemoratio defunctorum theilnehmen, Exkommunikation und arbiträre Strafe); Mecheln 1570 c. 5, Hartzheim 7, 623, s. die vor. Anm.; Aix 1585, Hardouin 10, 1543 (Betheiligung an „commessationibus et minus honestis conviviis atque iis etiam quae potius luxus aut voluptatis sint quam propinquitatis aut necessitudinis causa instituta" die S. 893 n. 5 zu Aix 1585 cit. angeführten Strafen); Konstanz 1609 II. 1 n. 21, Hartzheim 8, 892 (Kleriker, welche bei Schmausereien und Trinkgelagen den Spassmacher spielen oder die Anwesenden nicht nur zum Lachen, sondern auch zu anderen unehrbaren Handlungen anreizen, depositio ab officio et privatio beneficii, also Deposition).

[3] Vgl. c. 14 X de vita III. 1, s. o. S. 265 n. 4 Abs. 2, ferner Rheims 1583, Hardouin 10, 1292 n. 4, s. Anm. 1.

[4] c. 14 X cit. III. 1, S. 263 n. 4, vgl. ferner Arras 1570, Hartzheim 8, 234 (clerici in sacris, welche sich betrinken, Gefängnissstrafe mit Zwangsfasten; Trunkenbolde, welche sich trotz Mahnung und Bestrafung nicht bessern, sacrorum ministeriis arceri, also Suspension vom Ordo); Rheims 1583, Hardouin 10, 1292 n. 4, s. Anm. 1; Konstanz 1609 II. 1 n. 16. 17, Hartzheim 8, 891, s. Anm. 1; Namur 1639 XIX. 3, l. c. 9. 891, s. a. a. O.; Trier 1678 I. 21 n. 20, l. c. 10, 6 (Ärgerniss erregende Trunkenheit, Geldstrafe von einem Goldgulden); Tuam 1817, coll. conc. Lac. 3, 766 (trunksüchtige Kleriker, welche sich trotz Mahnung nicht bessern, suspensio ab exercitio ordinum, Pfarrer privatio beneficii); Urbino 1859, l. c. 6, 50 (Völlerei bei den Mittagsmahlzeiten, arbiträre Strafe); Quito 1863, ibid. p. 403 (Kleriker, welche sich der Trunksucht ergeben, suspensio ab officio und Präklusion für ein Jahr).

[5] Wegen des gemeinen Rechts, s. o. S. 263 n. 8, und ferner Trid. Sess. XXII. c. 1 cit. s. v. aleis, lusibus und in Betreff des Partikularrechts Mainz 1423 c. 9, Hartzheim 5, 210 (clerici in sacris oder beneficiati, welche öffentlich Kegel schieben, schwere Strafe); Eugen IV.: In apostolicae 1432 §. 11, b. T. 5, 6, für Rom („nullus ludere praesumat ad arandum sive ad taxillos aut aleas nec forte digitos ludere non audeant sive cartas aut aliquem ludum in taberna, in quo ludat pecunias aut vinum aut prandium sive coenam sive minimum quod comestibile", arbiträre Strafe); Sens 1460/1485 c. 8, Hardouin 9, 1534 (clerici in sacris, welche öffentlich oder gewohnheitsmässig Kegel spielen, zeitweise susp. ab off. oder Exkommunikation oder andere arbiträre Strafen), bei nicht öffentlichem oder gewohnheitsmässigem Spiel für jedes Mal ein Pfund Wachs oder arbi-

ferner die Uebernahme von Schuldverpflichtungen in einer unpassenden und unzulässigen Art[1], sowie leichtfertiges Schuldenmachen[2];

weiter die Leistung von Kriegsdiensten, die Herausforderung zu kriegerischen Unternehmungen und Theilnahme an solchen, Führung eines kriegerischen Lebens und Betheiligung an Turnieren[3]; sodann

das Betreiben unpassender, mit der Würde des geistlichen Standes unvereinbarer Beschäftigungen und Geschäfte,

so das Ausschenken von Wein im eigenen Hause oder das Einrichten und Halten von Schenken[4],

träre Strafe); diejenigen, welche Würfel namentlich an öffentlichen Orten oder Ball im Hemde und in unanständiger Tracht öffentlich oder gewohnheitsmässig spielen, nach vergeblicher Mahnung arbiträre Strafen, um für andere ein Exempel zu statuiren); Salzburg 1490, Hartzheim 5, 573 (Kleriker, welche unpassende Spiele, namentlich Kegel spielen, gemeinrechtliche und arbiträre Strafen); Dublin 1518 c. 8, Hardouin 9, 1890, s. o. S. 625 Anm. Sp. 1; Aix 1585, l. c. 10, 1543. 1544 (Kleriker, welche Karten oder Würfel oder ähnliche Spiele spielen oder solchen Spielen zusehen, die o. S. 893 n. 5 zu Aix 1585 cit. erwähnten Strafen); Besançon 1693, bez. 1707, Hartzheim 10, 292, s. o. S. 595 n. 2; Benevent 1693, s. o. S. 645 Anm. Sp. 2; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 226 (Kleriker, welche an einem öffentlichen Orte oder öffentlich spielen, carcer formalis, schwerere arbiträre Strafe, wenn sie in ihrem oder einem ihnen abgemietheten Hause einen Spielklub halten oder an dem Gewinn des Miethers theilnehmen oder andere zum Spiel verlocken); Römisches Edikt 1724, ibid. p. 441 (Kleriker, welche Karten spielen, carcer formalis oder arbiträre Strafe); Fermo 1726, ibid. p. 599 (Kleriker, welche Würfel, Kegel und ähnliche Spiele an öffentlichen Orten spielen, Geldstrafe und schwerere arbiträre Strafe, auch Suspension); Disciplinardekret v. Loreto 1850, l. c. 6, 778 (Kleriker, welche aus Anlass von Festen oder aus Anlass des Konventsgottesdienstes spielen, geistliche Exerzitien in Zurückgezogenheit für die vom Bischof zu bestimmenden Tage, für dasselbe Vergehen Urbino 1859, ibid. p. 51. 52, arbiträre, insbesondere Geldstrafe, auch Entziehung der Früchte und privatio beneficii); Ravenna 1855, l. c. 6, 198 (Kleriker, welche sich nicht von Würfel- und anderen verbotenen Spielen fernhalten, Strafen der Canones); Urbino 1859 cit. (Spielen in öffentlichen Läden, caffè, spezierie, botteghini, die vorhin bei Urbino gedachten Strafen); Neugranada 1868, ibid. p. 546 (Kleriker, welche Würfel, Kegel oder andere Spiele, bei denen wesentlich der Zufall entscheidet, spielen oder andere für sich spielen lassen oder sich für die Spieler verbürgen oder solchen ihr Haus zum Spielen überlassen, Strafen der Canones oder andere arbiträre Strafen).

Über die Betheiligung am Papageienschiessen und am Ballspielen s. Antwerpen 1643 XVII. 3 u. Gent 1650. XVII. 7, Hartzheim 7, 648 u. 723, S. 625 Anm. Sp. 2 u. S. 645 n. 3.

[1] Basel XXI. (1435) c. 9, Hardouin 8, 1198 (Kanoniker, welche sich ihren Gläubigern verpflichten, bei Nichtzahlung ihrer Schulden vom Chor- und Gottesdienst fern zu bleiben, Verlust der Früchte für drei Monate ipso f.); Metz 1610 XI. 19, Hartzheim 8, 963 (Kleriker, welche sich unter Siegel der fürstlichen, also weltlichen Notare verpflichten, 40 Franken Geldstrafe).

[2] Australien 1868, coll. conc. Lac. 3, 1080 (Priester, welche Schulden über 100 Lire kontrahiren, arbiträre Strafe).

Spezielle gemeinrechtliche Vorschriften für diesen Fall existiren nicht. Die Basis für das Vorgehen bietet allein Trid. Sess. XXI. c. 6 de ref., s. o. S. 579 n. 2 u. S. 580 n. 6.

[3] Mainz 1423 c. 9, Hartzheim 5, 210. 211 (Kleriker, welche keine weltliche Jurisdiktion haben, sich aber doch in kriegerische Fehden einmischen, einer geistlichen oder weltlichen Person die Fehde ansagen ausser für ihre Kirche und mit Erlaubniss des Oberen, ferner clerici beneficiati, welche sich öffentlich an Turnieren betheiligen, — „hastiludentes vel torneamentantes“ — Privation der Benefizien); Toledo 1473 c. 19, Hardouin 9, 1510 (Kleriker, welche mit weltlichen Herren ausser dem König und königlichen Personen ein Soldatenleben führen oder von ihnen Ländereien, Einkünfte oder Geld fordern oder annehmen, um ihnen selbst oder durch Söldner bei kriegerischen Unternehmungen zu dienen, susp. ab off. et benef. bis zur Aufgabe des unpassenden Lebens und Entziehung der Früchte des Benefiziums für diese Zeit). Wegen des jetzt freilich praktisch nicht mehr in Betracht kommenden gemeinen Rechts s. o. S. 182. 266 u. 805 n. 7.

[4] Über das gemeine Recht s. o. S. 264 n. 4, vgl. ferner Olmütz 1591 c. 16, Hartzheim 8, 354 (Prälaten, Kanoniker, Pfarrer und andere Geistliche, welche in ihren Häusern einen Weinausschank halten, Konfiskation des zum Verkauf bestimmten Weines und andere arbiträre kanonische Strafe); Konstanz 1609 II. 1 n. 24, ibid. p. 892 (Pfarrer, Priester und andere Kleriker, welche Schenken errichten und in ihren Benefizialhäusern an Bauern und andere Personen Wein ausschenken, arbiträre Strafe); Trier 1678 II. 1 n. 4, l. c. 10, 59, s. S. 626 Anm. Sp. 1, welches nur das Destilliren von Branntwein verbietet. Über das Halten von Spiellokalen s. Neapel 1699 und Neugranada 1868 cit., vgl. Anm. 3 v. S. 899, über das Halten von Fleischereien o. S. 264 n. 7.

das Ausüben der Medizin [1] und anderer für Geistliche unerlaubter Künste [2], das Betreiben weltlicher Beschäftigungen und Geschäfte [3], insbesondere das Übernehmen von Pachtungen [4], die Besorgung von Geschäften und die Übernahme von Verwaltungen für Laien [5], sowie die Versehung von unpassenden und niedrigen Stellungen bei denselben [6], oder auch von Stellungen bei Fürsten und weltlichen

[1] Über das ältere Recht, sowie das geltende gemeine Recht s. o. S. 264; Bd. I. S. 136 und Trid. Sess. XXII. c. 1 cit. s. v. saecularibus negotiis, s. o. S. 897 n. 7; vgl. ferner Mailand 1565 II. 26 u. 1579 III. 6, Hardouin 10. 668. 669 u. 1055 (Kleriker, welcher die Medizin oder eine andere unerlaubte Kunst ausübt, salutaris poenitentia oder Geldstrafe oder susp. ab ordinum munere et beneficiorum administratione oder Gefängniss oder Ausweisung oder auch mehrere dieser Strafen zugleich oder andere schwere arbiträre Strafen, bei Rückfall Verdoppelung der Strafe, eine Strafandrohung, welche sich daraus erklärt, dass sie auch zugleich für eine Reihe anderer unerlaubter Beschäftigungen der Geistlichen, s. die folgenden Anmerkungen, generell hingestellt ist); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 227 (Kleriker, welche die Medizin und Chirurgie auch citra carnis incisionem ohne Indult ausüben, ausser den gemeinrechtlichen Strafen — d. h. offenbar der Irregularität, s. Bd. I. S. 29. 136 — auch arbiträre Strafen).

[2] Eugen IV.: In apostolicae 1432 §. 17, b. T. 5, 6, für Rom (Kleriker, welche eine den Geistlichen verbotene Kunst ausüben, arbiträre Strafe); Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 52 (arbiträre, auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte und privatio beneficii). Wenn Urban VIII.: Inter ceteras 1620 §. 1, b. T. 14, 59, allen Welt- und Regulargeistlichen in Neapel bei Strafe der Exkommunikation und anderen arbiträr durch den päpstlichen Nuntius zu verhängenden Strafen verbietet, „ne absque sedis apostolicae licentia in aedibus suis nec in ecclesiis aut in ecclesiarum ipsarum ambitu nec in monasteriis aut domibus regularibus legum, medicinae vel aliarum artium liberalium ecclesiastacis a iure prohibitarum lectiones legant neque per quemcumque et coram quibuscumque legi permittant praesertim tempore, quo in publicis scholis dictae civitatis publice legentur", so ist dieses Verbot auf Bitten des Vicekönigs hauptsächlich im Interesse der weltlichen Lehranstalten erlassen.

[3] Trid. Sess. XXII. cit. (o. S. 897 n. 7), für das ältere Recht o. S. 264 n. 9, ferner Tours 1583 c. 15, Hardouin 10, 1583 (Kleriker, wenn sie sich nicht enthalten von „saecularibus negotiis se immiscere, nobilium et aliorum laicorum negotia procurare, fenus seu usuras ... exigere, ex pecunia mutuo data praeter sortem aliquid recipere, firmas saecularium administrare, mercaturis nundinatorum more instare, ipsis etiam laicis domestice famulari", Absetzung für immer).

[4] Narbonne 1551 c. 21, Hardouin 10, 447 (Kleriker, welche publicani sind oder proventus profanos redimunt aut conducunt, ut ex his quaestum faciant, Exkommunikation oder andere kanonische Strafen); Mailand 1565 II. 26 und 1579 III. 6 (Kleriker, welche fremde Grundstücke des Gewinnes wegen pachten, s. die in der Anm. 1 gedachten Strafen); Aix 1585, Hardouin 10, 1543. 1544 (Geistliche „ab omni genere mercaturae aut a laicorum negotiis tractandis omnino abstineant neque se in eis medios aut interpretes adhibeant neve etiam praedia ecclesiastica aut decimas ipsi vel per interpositas personas conducant aut cum ipsis conductoribus aliquo modo participent minusque ab eis aliquid eo nomine accipiatur", die S. 893 n. 5 bei Aix cit. angeführten Strafen); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 227 (Pachtung von Grundstücken, auch durch vorgeschobene Personen, kanonische und arbiträre Strafen); Armagh 1854, l. c. 3, 853. 854 (Pfarrer, welche mehr als 15 Joch Land und Pfarrvikare, welche Äcker von irgend welchem Umfang ohne Genehmigung des Bischofts pachten, Suspension); Urbino 1859, l. c. 6, 51. 52 (aliena praedia lucri gratia conducere, arbiträre, auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte und privatio beneficii).

[5] Narbonne 1551 c. 21, Hardouin 10, 447 (Übernahme von Verwaltungen des Hauswesens von Laien, Exkommunikation und andere kanonische Strafen); Toledo 1566 III. 18, l. c. p. 1166 (clerici in sacris und beneficiati, welche sich hergeben zu „laicorum oeconomias rerum saecularium dispensatores", susp. ab off. et benef. auf 6 Monat); Mailand 1565. II. 26 u. 1579. III. 6, l. c. p. 668. 669 u. 1055 (Kleriker, welcher „principis aut alterius negotiorum procurator" ist ausser mit jährlich zu erneuernder Erlaubniss des Bischofs, die o. Anm. 1 zu Mailand cit. gedachten Strafen); Bordeaux 1583 c. 21, l. c. p. 1359 (Kleriker der höheren Weihen und Benefiziaten, welche als ministri laicorum oder als procuratores in rebus eorum aut dispensatores fungiren, nach monitio Exkommunikation und andere arbiträre Strafe); Tours 1583 c. 15 und Aix 1585, s. die vorvor. und vor. Anm.; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 77 (Kleriker, welche „pro laicis et dominis temporalibus agentes seu vices gerentes, factores vel negotiorum gestores" sind, poenae condignae); Neapel 1699, l. c. p. 227 (clerici qui aliis se negotiorum gestores sive factores praebent, kanonische und arbiträre Strafen); Avignon 1725, l. c. p. 555 (Pfarrer, welche sich einmischen „in exactiones seu conductiones bonorum iuriumve spectantium ad priores, decimatores dominosve aut barones oppidi suae curae crediti", susp. i. f.); Urbino 1859, l. c. 6, 52 (suscipere saecularis cuiuslibet personae negotia administranda ausser mit Erlaubniss des Ordinarius, die in der vor. Anm. gedachten Strafen).

[6] Sens 1460/1485 II. 7, Hardouin 9, 1534 (Einmischung in officia clericali statui non convenientia, gemeinrechtliche Strafen und Censuren); Narbonne 1551 c. 21, l. c. 10, 447 (pincer-

Herren[1], sowie die Übernahme von weltlichen Ämtern[2], weiter die Übernahme von Vormundschaften und Kuratelen[3],

nicht minder die von Bürgschaften[4],

die Ausübung der Advokatur und Prokuratur vor weltlichen Gerichten[5] und des Notariates in weltlichen Sachen[6].

Im Gegensatz zu den bisher gedachten Disciplinarvergehen sind während der gedachten Zeit und noch nach dem Tridentinum allein in Betreff des **Handels** der Geistlichen besondere päpstliche Vorschriften ergangen[7]. Nach dem Vorgange

narum, coquorum, stabulariorum, hippocrinorum ceteraque huiusmodi sordida officia, Anathem und kanonische Strafen); Mailand 1565 II. 26 u. Mailand 1579 III. 6, l. c. p. 668. 669 u. 1055 (Kleriker „in famulatu laicorum etiam principum" ausser mit schriftlicher, jährlich zu erneuernder Erlaubniss des Bischofs für ein officium sacerdotali munere non indignum, ferner Kleriker, welcher „praecursor aut assecla feminarum aut eis discumbentibus adsistat aut ancilletur", die S. 901 n. 1 zu Mailand cit. gedachten Strafen); Bordeaux 1583 c. 21, ibid. p. 1359 (clericus in sacris und beneficiatus, welcher „in alicuius familia auceps, venator, promus, cellarius, coquus feminarumve assecla" ist oder „aliud ecclesiastica dignitate indignum et a iure clericis interdictum ministerium exerceat", nach Mahnung Exkommunikation und andere kanonische Strafen); Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 17 (clerici, welche „laicis inserviunt in iis praesertim muneribus quae sine clericalis ordinis dedecore nequeunt exerceri", poenae condignae).

[1] Über das hier in Frage kommende, ältere gemeine Recht s. o. S. 265 n. 3. Von Partikularkonzilien der hier fraglichen Zeit vgl. Mailand 1565 u. 1579 cit., s. S. 901 n. 5; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 77 (Kleriker, welche sich mit der Laienjurisdiktion oder mit Pacht von Zöllen befassen, poenae condignae), so auch Benevent cit., s. S. 901 n. 5.

[2] Eugen IV.: In apostolicae 1432 §. 16, b. T. 5, 6, für Rom (clerici beneficiati in Rom, welche weltliche, den Klerikern verbotene Ämter annehmen, exc. l. s., privatio beneficii und des Klerikalprivilegs ipso f.); Narbonne 1551 c. 21, Hardouin 10, 447 (Kleriker, welche ein Richteramt übernehmen, Exkommunikation und andere kanonische Strafen).

[3] Mailand 1565 II. 26 u. 1579 III. 6 (dafür die S. 901 n. 1 bei Mailand cit. gedachten Strafen); Aix 1585, Hardouin 10, 1543 (ausser in Fällen der Barmherzigkeit und mit schriftlicher Erlaubniss des Ordinarius, die S. 893 n. 5 bei Aix cit. erwähnten Strafen); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 227 (ausser mit Genehmigung des Ordinarius, arbiträre Strafe); Urbino 1859, l. c. p. 51. 52 (ausser in den gesetzlich erlaubten Fällen und mit Erlaubniss des Ordinarius arbiträre, insbesondere auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte und privatio beneficii). Vgl. hierzu Bd. I. S. 136.

[4] Wegen des gemeinen Rechts s. o. S. 265 n. 2. Vgl. ferner Mailand 1565 II. 26. 1579. III. 6 (über die Strafen s. vor. Anm.); auch 1851, coll. conc. Lac. l. c. 4, 1200 (ausser mit Genehmigung des Bischofs Suspension ipso f.); Neugranada 1868, l. c. 6, 546, s. o. S. 899 n. 5 a. E. Wenn Benevent 1693, l. c. 1, 53, die Übernahme von Bürgschaften ausser in einem rechtlich erlaubten Fall und mit Genehmigung des Bischofs mit arbiträren Strafen bedroht, so hat das geschriebene Recht zwar keinen solchen Ausnahmefall zugelassen, wohl aber hat die Doktrin eine Bürgschaft aus Barmherzigkeit und bei Prälaten auch aus einem gerechtfertigten Grunde in Bezug auf sein Tafelgut und in mässiger Höhe, wenn sie nicht zum entschiedenen Nachtheil der Kirche gereicht, für statthaft erklärt, vgl. Schmalzgrueber III. 22 n. 17. 18. Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 52, bedroht die Übernahme von Bürgschaften mit arbiträrer, auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte und privatio beneficii und macht in Übereinstimmung hiermit die Ausnahme: „nisi caritas erga proximum id postulet".

[5] Wegen des gemeinen Rechts vgl. o. S. 265 u. Bd. I. S. 137. Im übrigen vgl. Narbonne 1551 c. 21, Hardouin 10, 447 (Prokuratur in foro profano, Exk. und andere kanonische Strafen); Mailand 1565 und 1579 cit. (Kleriker coram iudice saeculari advocati aut procuratoris nomine causas agere ausser auf Seiten des Beklagten, wenn es sich um die eigene Vertheidigung, die der Kirche, die nothwendige Vertretung von Verwandten und von personae miserabiles handelt mit schriftlicher Erlaubniss des Bischofs, die cit. Strafen, vgl. o. Anm. 3 u. S. 901 n. 1, eine Anordnung, welche noch über das gemeine Recht hinausgeht); Toledo 1566 III. 18, Hardouin 10, 1166 (Prokuratur im weltlichen Gericht ausser in den rechtlich erlaubten Fällen, susp. ab off. et benef. für sechs Monate); Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 227 (in tribunalibus laicis advocatum aut procuratorem agere, arbiträre Strafen); römisches Edikt von 1724, l. c. p. 440 (Priester, welche selbst aus Barmherzigkeit ausser in den rechtlich statthaften Ausnahmefällen und auch in diesen ohne schriftliche Erlaubniss des Kardinalvikars die Prokuratur, Advokatur, die Vertheidigung oder die Vertretung in einem gerichtlichen Akt vor dem weltlichen Gericht übernehmen, Gefängniss- und andere arbiträre Strafe); Urbino 1859, l. c. 6, 52 („procurationis vel advocationis officio in foro saeculari fungi", die vor. Anm. a. E. gedachten Strafen).

[6] Narbonne 1551 c. 26 und Mailand 1565 u. 1579, ll. cc., s. die vor. Anm. (dieselben Strafen).

[7] Von vortridentinischen Partikularkon-

Pauls V.[1] hat Urban VIII.[2] und dann Clemens IX.[3] unter Bestätigung, aber auch gleichzeitiger Erweiterung des von dem letzteren erlassenen Verbotes[4] allen Geistlichen, sowohl Welt- wie Ordensgeistlichen[5], welche vom apostolischen Stuhl oder von der Propaganda oder von ihren Ordensoberen nach Ostindien, nach Japan, nach Amerika[6] und nach China[7] als Missionäre oder unter einem anderen Titel, z. B. als apostolische Präfekten, Katechisten u. s. w., geschickt werden oder sich dort aufhalten[8], den Betrieb jedes Handels[9], sogar die Schliessung eines einzelnen Handelsgeschäfts, sei es in eigener Person, sei es durch Zwischen- oder Hülfspersonen, sei es direkt oder indirekt, sei es zum eigenen Vortheil oder zum Besten eines Ordens oder kirchlichen Institutes, bei den ipso iure eintretenden Strafen der neuerdings wieder in Kraft gesetzten[10], nicht reservirten Exkommunikation[11], der Privation des aktiven und

zilien vgl. Sens 1460/1485 c. 7, Hardouin 9, 1533 (negotiationes, mercimonia, quaestus der Kleriker, nach Mahnung gemeinrechtliche Censuren und Strafen, s. o. S. 264 n. 3 und Bd. I. S. 134); Narbonne 1551 c. 21, l. c. 10, 447. 448 (commercia saecularium durch Kleriker, Einkauf von Sachen und Verkauf derselben zu höheren Preisen, Wucher, Exkommunikation und andere kanonische Strafen); von nachtridentinischen Mailand 1565 II. 26 und 1579 III. 6, l. c. p. 668. 1055 (negotiationes omnis generis, s. die S. 901 n. 1 zu Mailand cit. gedachten Strafen); Tours 1583 c. 15, S. 901 n. 3; Aix 1585, s. a. a. O. n. 4; Besançon 1693 (1707), Hartzheim 10, 292 n. 33, s. o. S. 626 Anm. Sp. 1; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 77 (mercaturae et illicitae negotiationes der Kleriker, kanonische Strafen und Strafen der apostolischen Konstitutionen); Neapel 1699, l. c. p. 227 (mercimonia et illicitae negotiationes der Kleriker, kanonische und andere arbiträre Strafen).

[1] Cum sicut 1607, b. T. 11, 405, welche den Klerikern in Ostindien jede Art des Handels „decimarum arrendationes, mercaturae, agriculturae, locationes animalium aut aliae quaecumque similes vel dissimiles negociationes" bei den ipso iure eintretenden Strafen der Canones und der päpstlichen Konstitutionen unter Aufhebung der durch das dortige partikuläre Recht gegen die Priester angedrohten, aber später von ihm durch seine const.: Alias per 1608, ibid. p. 500, wieder in Kraft gesetzten Exkommunikation untersagt.

[2] Const.: Ex debito 1633 §. 8, b. T. 14, 322, welche aber nur die Missionare aus dem Mönchsstande in den Missionen Japans und Ostindiens betrifft.

[3] Sollicitudo pastoralis 1669, b. T. 17, 798.

[4] Nämlich auch auf die Weltgeistlichen und ferner auf die weiter im Text gedachten Missionen, s. §. 3 der const. cit.: „personis ecclesiasticis tam saecularibus quam regularibus cuiuscumque status, gradus, conditionis et qualitatis ac cuiusvis ordinis, congregationis et instituti tam mendicantium quam non mendicantium, etiam societatis Jesu et earum cuilibet quae ad insulas, provincias, regna Indiarum Orientalium et praesertim in provinciam societatis Jesu de Japone nuncupatam ac in partes Americae tam australes quam septentrionales a sede apostolica vel congregatione ... S. R. E. cardinalium negotiis propagandae fidei praepositorum aut ab earum superioribus sub nomine missionariorum aut quovis alio titulo pro tempore missae fuerint aut in illis partibus quomodolibet morabuntur."

[5] Auf Bischöfe bezieht sich aber die Strafbestimmung nicht, weil diese nicht einmal generell erwähnt sind, da das Wort: cuiuscumque dignitatis fehlt, vgl. auch (A.-)Pennacchi 2, 297. 298.

[6] Unrichtig fügt Heiner S. 308 auch Australien zu, indem er die partes australes Americae, d. h. Südamerika mit Australien verwechselt.

[7] S. darüber Acta s. sed. 24, 707 und dazu o. S. 659 n. 4 a. E.

[8] Selbstverständlich in den erwähnten Eigenschaften, gleichviel, ob es europäische oder eingeborene Missionare sind, congr. inquis. 1883, Acta s. sed. 24, 707. Einheimische, nicht im Missionsdienste verwendete Geistliche oder Mönche fallen also nicht unter die Strafbestimmung, s. auch Acta s. sed. 7, 323 und (A.-) Pennacchi 2, 296.

[9] §. 3 const. Clem. cit.: „interdicimus, ne mercaturis et negotiationibus saecularibus huiusmodi quovis praetextu, titulo, colore, ingenio, causa, occasione et forma etiam semel per se aut mediantibus ministris seu aliis personis subsidiariis directe vel indirecte tam nomine proprio quam suarum respective religionum seu congregationum ac societatum, etiam Jesu vel aliorum quorumlibet et alias quovis modo et qualitercumque se ingerant vel immisceant." Verboten ist also das Anschaffen von Sachen in der Absicht, sie theurer zu veräussern, und der Abschluss derartiger Geschäfte. Ob die Sachen verarbeitet worden sind oder nicht, darauf kommt es nicht an. Die Bd. I. S. 135 gedachten Ausnahmen, d. h. die Verarbeitung von Sachen und Verkauf derselben zum Lebensunterhalt, sowie der Verkauf eigener landwirthschaftlicher Produkte zu diesem Zweck, bestehen auch gegenüber diesem Verbot fort, weil es hier wegen Mangels der Spekulationsabsicht an dem Begriffe des Handels fehlt. Vgl. auch congr. propag. 1665, Acta s. sed. 24, 634; congr. inquis. 1777 u. 1782, ibid. p. 640. 699.

[10] S. o. S. 628 n. 7 und S. 659 n. 4 a. E.

[11] Wenn Acta s. sed. 7, 324 behauptet wird, dass dieselbe schlechthin dem Papste reservirt

passiven Stimmrechts, sowie aller Offizien, Würden und Grade, der Unfähigkeit zu solchen, der Konfiskation aller Waaren und jedes durch den unerlaubten Handel erzielten Gewinnes[1], sowie bei anderen durch den Papst oder die Propaganda zu verhängenden arbiträren Strafen untersagt und ferner die unmittelbaren Oberen, sowie die Provinziale und Generale der Orden, Kongregationen und Gesellschaften, welche ihre selbst blos in einem Falle gegen das Verbot verstossenden Untergebenen der näher bezeichneten Art nicht mindestens mit Entfernung von dem Ort des begangenen Delikts bestrafen, mit denselben Strafen bedroht[2].

Ferner sind von Benedikt XIV.[3] alle in den früheren päpstlichen Konstitutionen[4] gegen den unerlaubten Handel der Kleriker angedrohten Strafen unter Bestätigung der ersteren auch auf die Fälle ausgedehnt worden, dass die Kleriker denselben unter fremdem Namen durch einen Laien betreiben[5], unter der weiteren gleichzeitigen Anordnung, dass die aus dem unrechtmässigen Handel erworbenen Vermögensstücke als Spolium an die apostolische Kammer fallen sollen[6], und endlich hat Clemens XIII.[7] alle früheren Strafbestimmungen auch auf den Erwerb der Kleriker durch Wechsel[8] für anwendbar erklärt[9].

sei, so widerspricht dies dem Wortlaut der const. cit. §. 4: „a sententia excommunicationis huiusmodi per superiores vel alium seu alios quoscumque etiam quavis facultate suffultos nemo ex praedictis delinquentibus absolvi possit, praeterquam in mortis articulo, nisi lucris huiusmodi prius restitutis", denn diese verlangt für die Absolution, abgesehen von dem Fall der Todesgefahr, allein die thatsächliche vorherige Herausgabe des unrechtmässig erzielten Gewinnes durch den Schuldigen (so dass also ein darauf gerichtetes, selbst eidliches Versprechen nicht genügt, s. auch (A.-) Pennacchi 2, 300. 301; Heiner S. 309). Dagegen kann allerdings nach §. 1 const. cit. allein der Papst von der gedachten Restitutionspflicht entbinden, indessen wird dadurch die Exkommunikation an sich nicht zu einer päpstlich reservirten, vgl. Heiner S. 310.

1 Über die Verwendung s. const. cit. §. 3, s. o. S. 628 n. 7.

2 Const. cit. §. 4.

3 Apostolicae servitutis 1741, bull. Bened. 1, 14.

4 S. die von S. 903 ab besprochenen Konstitutionen und vgl. ferner Bd. I. S. 134 n. 6.

5 L. c. §. 1: „Ad clericos illicite sub alieno laici nomine quomodolibet negotiantes, perinde ac si per se ipsos ac proprio eorum nomine negotia ipsa illicita exercerent."

6 In Gemässheit der const. Pius' IV: Decens esse 1560, b. T. 7, 78, woran auch nach §. 3 const. Bened. XIV cit. etwaige päpstliche Privilegien für Kleriker, über ihr Vermögen letztwillig oder anderweitig zu verfügen oder dasselbe ihren Verwandten letztwillig zu hinterlassen, vgl. Pius IV.: Romanus pontifex 1560, ibid. p. 80, u. Paul V.: In eminenti 1606, l. c. 11, 299, nichts ändern.

Für den Fall, dass ein für einen Kleriker verbotenes Handelsgeschäft von einem Laien eingegangen oder begonnen und dann auf einen Kleriker durch Universal- oder Singular-Succession allein oder mit anderem Vermögen übergegangen ist, hat er dasselbe sofort aufzugeben, es sei denn, dass dies nicht ohne Vermögensverlust möglich ist, in welchem Fall ihm die Beibehaltung innerhalb einer von der Congregatio concilii, ausserhalb Italiens auch vom Ordinarius zu gewährenden Frist unter weiterer Besorgung durch einen Laien noch gestattet bleibt. Sagt er sich aber im ersteren Fall nicht sofort, im letzteren Fall nicht nach Ablauf der Frist von dem Geschäft los, so treffen ihn ebenfalls alle im Text erwähnten Strafen, s. const. Benedict. XIV. cit. §. 2.

7 Encyklika: Cum primum 1759, bull. Rom. cont. 1, 229, unter Bestätigung der früheren päpstlichen Konstitutionen, namentlich der so eben gedachten Urbans VIII., Clemens' IX. und Benedikts XIV.

8 §. 9: „cambium activum natura sua esse actum verae et propriae negotiationis ideoque ecclesiasticis omnibus vetitum censeri debere, tam proprio nomine quam per interpositam personam illud contrahere; quicumque vero e saeculari vel regulari clero cambium activum contraxerit, omnibus obnoxium fieri poenis atque censuris, quae in clericos negotiatores constituta noscuntur."

Über einen singulären Fall s. noch o. S. 560 n. 1 a. E.

9 Was das neuere Partikularrecht betrifft, so verweisen das Disciplinardekret von Loreto 1850 und Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 778 und 51, auf die Strafen des gemeinen Rechts, beide verbieten aber noch insbesondere das Besuchen von Jahrmärkten zum Zweck des Viehhandels ersteres bei arbiträren Strafen, letzteres bei arbiträren Strafen, namentlich auch Geldstrafe, Entziehung der Früchte oder Privation des Benefiziums; endlich untersagt auch Tuam 1854, l. c. 3, 861, den Priestern den Besuch der Jahrmärkte zum Zweck des Handels bei arbiträrer Strafe.

Endlich gehört noch hierher das Vergehen der s. g. *apostasia ab ordine* oder *a clericatu*, d. h. der vorsätzliche Abfall vom geistlichen Stande durch Ablegung der Tonsur und geistlichen Tracht oder durch Führung eines weltlichen Lebens wie die Laien. Darüber, ob das Vergehen allein von den Geistlichen der höheren Weihegrade oder auch von den Minoristen und blos Tonsurirten, wenn sie ein kirchliches Benefizium haben, begangen werden kann, herrscht Streit[1]. Indessen wird man die Frage nicht nur in Betreff der letzteren, so lange sie nicht auf ihr kirchliches Benefizium gültig verzichtet haben, sondern auch hinsichtlich derjenigen, welche ohne ein solches im Dienste einer Kirche stehen und ihre geistliche Kleidung nicht ablegen[2], bejahen müssen. Als gemeinrechtliche Strafen kommen gegen sie in Betracht der Verlust des Privilegium *canonis*[3] und die Exkommunikation oder richtiger auch die anderen Censuren[4], sowie bei Hartnäckigkeit noch Einsperrung in das Gefängniss[5]. Ferner kann der Ordinarius nach dem Tridentinum[6] gegen sie auch mit anderen arbiträren Strafen vorgehen, und soweit für ein bestimmtes Verhalten, in welchem ein stillschweigendes Aufgeben des Klerikalstandes liegt, besondere Strafen festgesetzt sind, können diese ebenfalls zur Anwendung kommen[7].

2. Die allgemeinen, die Straf- und Disciplinarstrafvergehen betreffenden Normen.

§. 341. a. *Der Begriff der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen, ihre Eintheilung und die Bemessung der Strafen für dieselben.*

I. Der Begriff des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehens. Ebensowenig wie die frühere kanonistische Doktrin hat die spätere seit dem Ausgange des Mittelalters den Versuch gemacht, den Begriff des kirchlichen Strafvergehens und des kirchlichen Disciplinarstrafvergehens näher festzustellen. Die jetzige Lehre steht allerdings auf dem Standpunkt, dass der blosse Gedanke oder ein lediglich innerer Vorgang kein Strafvergehen bildet[8]. Wennschon damit ein Unterscheidungsmoment des letzteren von der Sünde gegeben ist, weil dadurch die Möglichkeit, Gedankensünden als Vergehen zu behandeln, ausgeschlossen wird, so stellt sich doch dasselbe allein noch nicht als ausreichend dar. Es ergiebt nur, dass eine

[1] Für die erstere Ansicht die Glosse zu c. 3 (Innoc. III.) X de apost. V. 9; Reiffenstuel V. 9 n. 28; Schmalzgrueber V. 9 n. 28 ff. u. die hier citirten; für die zuletztgedachte Gonzalez Tellez in c. 1 X eod. n. 5 und die hier angeführten. Dagegen wird allgemein angenommen, dass die Kleriker der niederen Grade und die blos Tonsurirten ohne Benefizium dieses Vergehen nicht begehen können, weil ihnen der Verzicht auf den Klerikalstand freisteht, Reiffenstuel l. c. n. 26; Schmalzgrueber l. c. n. 27, vgl. auch Bd. I. S. 117. 119. 161.

[2] Denn auch diese haben die Klerikalrechte, mithin auch die entsprechenden Pflichten, so lange sie nicht auf den Klerikalstand verzichten, also auch das geistliche Gewand ablegen, s. Bd. I. S. 119, und überdies sprechen die einschlägigen Stellen c. 1 (Alex. III.) u. c. 3 cit. V. 9 schlechthin von clerici. Vgl. auch unten Anm. 6.

[3] c. 1 X cit., aber erst nach stattgehabter Mahnung, Reiffenstuel l. c. n. 31; Schmalzgrueber V. l. c. n. 32; jedoch setzt diese Strafe stets das gleichzeitige Ablegen der geistlichen Tracht voraus.

[4] Denn das hierfür angeführte c. 3 cit. spricht von districtio ecclesiastica.

[5] c. 5 (Honor. III.) X eod. V. 9.

[6] Sess. XXII. c. 1 de ref., s. o. S. 897 n. 7, welches auch schlechthin von clerici spricht.

[7] Vgl. z. B. Clem. 1 de vita III. 1, S. 260 n. 3 a. E. u. S. 264 n. 4.

[8] S. Bd. IV. S. 744 n. 12 und unten §. 343.

äussere Handlung oder Unterlassung zum Begriff des kirchlichen Vergehens wesentlich ist, grenzt aber das letztere noch nicht genügend von der Sünde, welche ihrerseits ebenfalls durch ein in die Aussenwelt tretendes Verhalten begangen werden kann, ab.

Vielmehr kommt noch das weitere Moment in Betracht, dass sich die Sünde als die Übertretung der das Gewissen verpflichtenden göttlichen Gebote charakterisirt, dass dagegen für das kirchliche Strafvergehen, da die ersteren als solche nicht die Bedeutung von Rechtsvorschriften haben, die Verletzung der von der Kirche aufgestellten Rechtsnormen wesentlich erscheint[1].

Endlich ist erforderlich, dass diese Verletzung der kirchlichen Rechtsnorm auch mit kirchlicher, d. h. einer von der Kirche eingeführten, also zeitlichen Strafe[2] belegt ist oder wenigstens mit einer solchen bedroht werden kann.

Man hat zwar behauptet, dass für die Strafbarkeit des kirchlichen Vergehens ein dasselbe unter Strafe stellendes Gesetz nothwendig sei[3], und für die Regel trifft es allerdings auch zu, dass ein solches mit Strafe, wenngleich vielfach blos mit arbiträrer speziell[4] oder generell[5] bedroht ist. Allein für wesentlich kann das nicht erachtet werden. Es ist schon oben bemerkt worden, dass den mit der Handhabung der Strafgewalt betrauten kirchlichen Organen die Befugniss zusteht, auch gegebenen Falls für diejenigen Verletzungen der kirchlichen Ordnung, welche nicht mit Strafe belegt sind, solche zu verhängen und sie dadurch zu kirchlichen Strafvergehen zu stempeln[6]. Wenngleich diese Befugniss auch heute, nach der detaillirten Ausbildung des kirchlichen Strafrechts seit dem Mittelalter, eingeschränkter als früher ist[7], so besteht sie doch nicht nur noch heute fort, sondern ist in der That auch für die Kirche nicht entbehrlich.

Das kirchliche Strafrecht dient, wennschon es von der das Gebiet der Sünde berührenden Beicht- und Busspraxis geschieden ist und geschieden werden muss, ebenfalls dem Hauptziel der Kirche, der Heiligung der sündigen Menschheit. Durch ihre Strafmittel will sie, obgleich sie durch diese blos die Verletzung ihrer äusseren Ordnung ahndet, diejenigen Glieder, welche die ihnen obliegenden Pflichten verletzen, zur Beachtung und Haltung der äusseren Rechtsordnung zurückführen[8]. In Folge dessen trägt ihr Strafrecht zugleich den Charakter eines Disciplinarstrafrechts[9], ähnlich dem des staatlichen Disciplinarstrafrechts über die Beamten. Wie es auf dem

[1] Es ist verfehlt, wenn Katz S. 2 in Folge seiner haltlosen Ansicht, dass die Kirche blos gegen Kleriker wirkliche Strafe verhängt habe, s. darüber o. S. 123. 127 n. 1; S. 128 n. 12 und S. 129 n. 8, nur Strafvergehen der Kleriker kennt, und alle Verfehlungen der Laien als Sünden betrachtet, sowie in Folge dieser unrichtigen Auffassung die Sünde im Sinne des kanonischen Strafrechts, obwohl der Begriff der Sünde dem Gebiete des Rechts fremd ist, als die gegen die bestehende Rechtsordnung gerichtete, aus freier Entschliessung hervorgegangene Willensäusserung definirt.

[2] Denn ewige Strafen kann die Kirche nicht verhängen und hat sie auch niemals verhängt.

[3] So Katz S. 3. Die neueren definiren das Vergehen bald, so München 2, 21 u. Ph. Hergenröther Lehrb. d. Kirchenrechts S. 367, als rechtliche strafbare Handlung oder, wie Heiner, kath. Kirchenrecht. Paderborn 1893. 2, 82, als: „externae legis poenalis violatio dolo malo facta". Letzterer steht somit auf dem Standpunkt von Katz, während dies bei den beiden anderen zweifelhaft bleibt. Gegen Katz s. Bd. IV. S. 745 n. 4.

[4] S. o. S. 644 ff.

[5] Hierher gehören die, in den Partikularkonzilien wiederholt vorkommende Vorschriften, dass alle Verstösse gegen nicht besonders unter Strafe gestellte Anordnungen derselben mit arbiträrer Strafe geahndet werden sollen, s. Narbonne 1609 c. 48, Urbino 1859, coll. conc. Lac. 6, 74; Ravenna 1855, ibid. p. 212, s. S. 644 n. 3.

[6] Bd. IV. S. 745 u. diesen Bd. o. S. 295.

[7] Vgl. darüber den folgenden Bd.

[8] Zu diesem Zweck hat die Kirche vor allem die Censuren als Strafmittel ausgebildet.

[9] Haben doch die Censuren zuerst für die Kleriker Anwendung gefunden, und hat sich ihr Begriff zunächst in dem Disciplinarstrafrecht derselben ausgebildet, Bd. IV. S. 756.

Gebiete des letzteren nicht möglich ist, von vornherein alle Verletzungen der dem Beamten obliegenden Pflichten in fest formulirten Thatbeständen zusammenzufassen, und die einzelnen auf diese Weise bestimmten Thatbestände als Disciplinarstrafvergehen mit den entsprechenden Strafen, wie die Kriminalvergehen, zu bedrohen, ebensowenig erweist sich dies auf dem Gebiete der Kirche für alle Verstösse der Kirchenglieder gegen die kirchliche Rechtsordnung als praktisch durchführbar. Die Kirche hat dies zwar in weitem Umfange durch die partikuläre noch mehr als durch die allgemeine Gesetzgebung unternommen [1], aber selbst wenn sie damit eine absolute Vollständigkeit zu erreichen beabsichtigt und wirklich erreicht hätte, würde ein solcher Versuch lediglich die Erfüllung ihrer Zwecke vereitelt haben. Die Aufstellung eines vollständigen, unseren modernen Strafgesetzbüchern entsprechenden Codex des kirchlichen Strafrechts, durch welchen alle nicht in demselben bedrohten Handlungen indirekt für straflos, also für erlaubt erklärt werden würden, widerspricht dem Zwecke des kirchlichen Strafrechts, der kirchlichen Buss- und Beichtdisciplin, sowie der gedeihlichen Handhabung der Seelsorge durch die Fernhaltung äusserer Rechtsverletzungen ergänzend an die Seite zu treten, weil der Kirche damit die Möglichkeit entzogen würde, gegen nicht vorhergesehene, vielfach in Folge der Veränderung der Verhältnisse hervortretende neue Rechtsverletzungen sofort mit ihrer Strafgewalt einzuschreiten und ihre Glieder zu einer äusseren, kirchlich korrekten Haltung zurückzuführen. Sie muss vielmehr in dieser Beziehung ihren, mit der Strafgewalt betrauten Organen freie Hand lassen und es in das pflichtmässige Ermessen derselben stellen, mit Rücksicht auf die Schwere etwaiger, bisher nicht mit Strafe bedrohter Verletzungen ihrer äusseren Ordnung, auf die Folgen einer etwaigen Nichtahndung derselben für das kirchliche Interesse und für das kirchliche Leben und auf alle weiter in Frage kommenden Momente [2] gegen solche einzuschreiten und zur Ahndung und Fernhaltung derartiger Verstösse die entsprechenden Strafmittel des kirchlichen Rechts anzuwenden.

Daraus folgt, dass man ebensowenig, wie für den Begriff des staatlichen Disciplinarvergehens die Bedrohung desselben mit einer Strafe für erforderlich erachtet wird, dieses Moment für das kirchliche Strafvergehen als wesentlich hinstellen darf.

Demgemäss wird man das *kirchliche Strafvergehen als die in die äussere Erscheinung tretende, gegen die kirchliche Rechtsordnung verstossende Handlung oder Unterlassung, welche durch eine kirchliche Rechtsnorm mit Strafe* [3] *bedroht ist oder von dem zuständigen mit der kirchlichen Strafgewalt versehenen kirchlichen Oberen in zweckentsprechender Ausübung der letzteren mit Strafe belegt werden kann*, definiren müssen.

Mit Rücksicht darauf, dass wie den Beamten auf dem Gebiet des Staates kraft ihres Amtes, ebenso den Klerikern auf dem Gebiete der Kirche kraft ihres geistlichen Standes und kraft ihres kirchlichen Amtes, besondere Pflichten obliegen, kennt das kirchliche Recht ebenfalls ausser den allgemeinen kirchlichen Strafvergehen

[1] Dies ergiebt die Darstellung in Betreff der einzelnen kirchlichen Vergehen, s. §§. 307 ff.

[2] Hierher gehört auch der schon o. S. 662. 663 besprochene Umstand, dass eine Handlung nach älterem Recht mit censura l. s. bedroht und damit als strafwürdig, also auch als Strafvergehen charakterisirt war, aber durch ein späteres Gesetz diese Art der Censur, mithin die bisherige Strafe, beseitigt worden ist.

[3] Und zwar sind die Strafen des kirchlichen Rechts immer öffentliche, nicht private.

kirchliche Disciplinarvergehen. Den letzteren sind mit den ersteren die Momente gemeinsam, dass sie sich in einer äusseren Handlung oder Unterlassung darstellen, ferner dass sie durch eine kirchliche Rechtsnorm mit Strafe belegt sind oder kraft des gedachten Rechtes der kirchlichen Oberen mit einer solchen geahndet werden können, andererseits unterscheiden sie sich von den kirchlichen Strafvergehen dadurch, dass die Handlung oder Unterlassung einen Verstoss gegen die für die Geistlichen mit Bezug auf ihren Stand oder ihr Amt gegebenen Rechtsnormen, also gegen solche, welche nur durch die Kleriker, aber nicht durch die anderen Mitglieder der Kirche verletzt werden können, bilden muss[1]. Diesen reihen sich endlich auch die Disciplinarvergehen der kirchlichen Beamten[2], welche Laien sind, an, denn sie unterscheiden sich von den letzteren allein dadurch, dass es sich hier um Verletzungen der für diese hinsichtlich ihrer Amtsführung bestehenden Normen[3] handelt[4].

Die Disciplinarvergehen beider Arten werden auch in dieser Zeit, wie dies schon in den früheren Perioden der Entwicklung des kirchlichen Strafrechts der Fall gewesen ist[5], sowohl gemeinrechtlich als auch partikularrechtlich zum Theil mit den auf alle Kirchenglieder anwendbaren Strafen, wie der Exkommunikation[6], der Geldstrafe[7] u. s. w., bedroht, und wenn hierin, wie schon früher bemerkt, eine gewisse Analogie zu den heut s. g. Amtsverbrechen liegt, so ist es doch auch innerhalb der hier in Frage stehenden Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag offenbar aus den fortdauernd massgebend gebliebenen, früheren Gründen[8] nicht zu einer rationellen Ausscheidung derselben von den übrigen Disciplinarvergehen gekommen.

II. Die Bezeichnung der kirchlichen Straf- und Disciplinarvergehen. Wie früher, hat sich auch in dieser Zeit keine feste Terminologie für die kirchlichen Straf- und Disciplinarvergehen gebildet.

Es werden dafür, wie in den älteren Zeiten die Bezeichnungen: *crimen*[9],

[1] Vgl. über dieselben §§. 330—340.

[2] Wie der kirchlichen Notare, Prokuratoren, Advokaten, der Messner, Verwalter von kirchlichen Hospitälern, der Kirchenvorsteher, kirchlichen Religionslehrer und Vorsteher von kirchlichen Bruderschaften.

[3] Vgl. oben §. 329 a. E.

[4] Damit scheint mir in Anhalt an die Momente, welche die Quellen und die Gestaltung des kirchlichen Strafrechts bieten, eine feste Abgränzung zwischen der Sünde einerseits und dem kirchlichen Straf- und Disciplinarvergehen andererseits gegeben zu sein, welche allerdings auch gleichzeitig, sofern sie in ihrem Thatbestande gegen die göttlichen Gebote verstossen, eine Sünde bilden können, um so mehr als einzelne kirchliche Strafgesetze gerade göttliche Gebote, wie z. B. das Verbot der Gotteslästerung, des Stehlens u. s. w., in Strafrechtsnormen umsetzen. Der blosse Verstoss gegen ein göttliches, nicht in ein kirchliches Strafgesetz eingekleidetes göttliches Gebot, welches niemals eine zeitliche, kirchliche Strafe androht und nicht als solches der äusseren kirchlichen Rechtsordnung angehört, kann also in keinem Fall ein kirchliches Strafverbrechen bilden, und daher erscheint die Behauptung unrichtig, dass das kanonische Recht das kirchliche Strafvergehen als Sünde auffasst, so z. B. v. Holtzendorff, Hdbch. d. deutsch. Strafrechts 1, 42; J. Sacker, der Rückfall 1, 91, wie ja auch die Kirche selbst das forum externum und internum, s. darüber Bd. I. S. 168, streng scheidet.

[5] S. 268 u. auch Bd. IV. S. 754.

[6] Vgl. z. B. S. 859 n. 3; S. 860 n. 1 u. 3; S. 869 n. 3 u. 4.

[7] S. o. S. 624 ff.

[8] S. o. S. 268. 270.

[9] Trid. Sess. XIII. c. 5 de ref. („super absolutione alicuius publici criminis vel delicti"); ibid. c. 6 („falsa crimina obiicere episcopo"); ibid. c. 8 (crimina episcoporum), Sess. XIV. c. 4 u. c. 8 de ref. (crimina clericorum), Sess. XXII. c. 1 de ref. (ebenso), Stellen, in denen sowohl Strafvergehen, wie auch Disciplinarstrafvergehen gemeint sind; Sess. XIV. c. 7 de ref. (crimen homicidii); Sess. XXIV. c. 8 de ref. matr. (crimen concubinatus); Sess. XXIV. c. 6 de ref. (crimen haeresis); ibid. c. 8 (crimen für Strafvergehen der Laien); Sess. XXV. c. 12 de ref. (crimen für Hinterziehung der Zehnten); Sess. XXV. c. 6 de ref. (crimina ex incontinentia provenientia, also Fornikation, Konkubinat und Ehebruch); Leo X.: Supernae 1514 §. 7, b. T. 7, 604 (crimina episcoporum, hier also ebenfalls Strafvergehen und Disciplinarstrafvergehen); Pius V.: Cum primum 1566 §§. 8. 9, b. T. 7, 434 (Simonie); Pius V.: Horrendum 1568

delictum[1], *scelus*[2], *excessus*[3], *flagitium*[4] und zwar völlig gleichbedeutend gebraucht[5], wennschon mit *excessus*, gemäss dem Sprachgebrauch der früheren Zeit[6], hauptsächlich die Vergehen der Kleriker bezeichnet werden.

III. Die Scheidung von schwereren und leichteren Vergehen. Wenngleich auch in dieser Periode einzelne Straf- und Disciplinarvergehen als besonders schwere gekennzeichnet[7] und mitunter in den Quellen schwere[8] oder schwerere[9] Vergehen erwähnt werden, so bieten dieselben doch keinen festen Anhalt

pr., ibid. p. 702 (Sodomie); Sixtus V.: Effraenatam 1588 §. 2, l. c. 9, 39 (procuratio abortus et sterilitatis); Innocenz X.: In supremo 1653 pr., l. c. 15, 710 (crimen falsi); Benedikt XIV.: Elapso 1751, b. Ben. 3, 149 (crimen haereseos); Benedikt XIV.: Divinarum 1757, l. c. 4, 235 (Messelesen und Ertheilen der sakramentalen Absolution ohne Priesterweihe, s. g. usurpatio ordinis); Pius IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. episc. res. n. 3 (wissentlicher Gebrauch falscher päpstlicher Briefe), ibid. exc. l. s. rom. pont. res. n. 16 („communicantes cum excommunicato nominatim a papa in crimine criminoso", hier also jedes, wofür die Exkommunikation vom Papst verhängt ist); Benedikt XIV.: Suprema 1745, b. Ben. 1, 239 (socius criminis, hier sowohl für Vergehen, wie für Sünde, da es sich um die Ausfragung des Beichtkindes über Mitschuldige handelt, s. Bd. IV. S. 122 n. 1). — Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 491 (Blasphemie); p. 550 (Anlockung von Jünglingen seitens der Eltern, um die Töchter an sie zu verheirathen); p. 578 (Verläumdung durch Andichtung falscher crimina); Utrecht 1865, l. c. 5, 905 (saevi criminis suspicatio mit Bezug auf die Haushälterinnen der Priester); Ravenna 1855, l. c. 6, 160 (für Verbrechen und Sünde).

1 Trid. Sess. XIII. c. 5 de ref. cit., s. vor. Anm.; ibid. Sess. XIV. c. 4 de ref.; Sess. XXV. c. 3 de ref. (für Straf- und Disciplinarstrafvergehen); ibid. c. 14 (Konkubinat); Pius IV.: In eligendis 1562 §. 20, b. T. 7, 230 (Einschmuggelung von Nachrichten in das Konklave); Pius V.: Cum primum 1566 §. 13, ibid. p. 434 (Simonie, Blasphemie und Sodomie); Sixtus V.; Coeli et terrae 1586 §. 2, b. T. 8, 646 (Zauberei und Pakt mit dem Teufel); Sixtus V.: Effraenatam 1588 §. 2, b. T. 9, 39 (procuratio abortus et sterilitatis); Urban VIII.: Magnum 1637 §. 2, l. c. 14, 595 (Bigamie); Benedikt XIV.: Dekret der congr. inquis. 1745, b. Ben. 1, 291 (sollicitatio ad turpia und Missbrauch der Messe zum Aberglauben). — Avignon 1725 cit. (Blasphemie und Anlockung von Jünglingen); Tarragona 1738, ibid. p. 788. 789 (zu schnelles Recitiren des divinum officium durch die Geistlichen, hier also für ein Disciplinarvergehen); Prag 1860, l. c. 5, 568 (delicta für alle Strafvergehen und Disciplinarvergehen, wegen deren die privatio des Pfarrbenefiziums erfolgen kann); Utrecht 1865, ibid. p. 922 (für das Disciplinarvergehen der Veräusserung kirchlicher Güter ohne Genehmigung des Papstes); Paris 1849, l. c. 4, 21 (graviora delicta an das bischöfliche Gericht).

2 Paul V.: Cum primum 1566 §. 10 cit. (Blasphemie); Pius V.: Horrendum 1568 pr. cit. (Sodomie); Clemens VIII.: Etsi alias 1601 §. 3, b. T. 10, 750 („gravissima haec scelera", d. h. die usurpatio ordinis in ihren beiden Gestalten); Gregor XV.: Omnipotentis 1623 §. 2, l. c. 12, 795 (exitiosa scelera für Zauberei und Wahrsagen vermittelst des Paktes mit dem Teufel); Clemens XII.: In eminenti 1738, l. c. 24, 366 (Freimauerei); Benedikt XIV.: Sacerdos 1744 c. 1, b. Bened. 1, 152 (gravissima scelera für usurpatio ordinis).

3 Trid. Sess. XIV. c. 4 de ref. (bei Klerikern); Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729 (sollicitatio ad turpia); Tarragona 1738 cit. (s. Anm. 1).

4 Pius V.: Horrendum 1568 pr. cit. (Sodomie); Sixtus V.: Coeli et terrae 1586 §. 3, b. T. 8, 646 (Zauberei, namentlich Astrologie); Venedig 1859, coll. conc. Lac. 6, 340 (Verwendung der Messstipendien zu profanen Zwecken).

5 So wird die Sodomie als crimen, delictum und flagitium, s. Pius: Horrendum und Cum primum cit., der Konkubinat als crimen und delictum, s. Trid. Sess. XXIV. c. 8 de ref. matr. u. Sess. XXV. c. 14 de ref., ebenso auch die procuratio abortus et sterilitatis, s. Sixtus V.: Effraenatam 1588, die Simonie, s. Paul V.: Cum primum 1566 §§. 8. 9. 13 cit., und die Blasphemie, s. Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 550, s. auch Pius V. §. 13 cit., dagegen die usurpatio ordinis als crimen und scelus, s. Benedikt XIV.: Divinarum 1757 cit.; Clemens VIII.: Etsi alias 1601 und Benedikt XIV.: Sacerdos 1744 cit., das zu schnelle Recitiren des officium divinum als delictum und excessus, s. Tarragona 1738 cit., bezeichnet.

Allerdings spricht Trid. Sess. XIII. c. 5 de ref. von „crimen vel delictum", Sess. XIV. c. 4 de ref. von der Korrektionsgewalt bei „excessibus, criminibus et delictis" der Kleriker und Sess. XXV. c. 6 de ref. von „crimina ex incontinentia provenientia et atrociora delicta depositionem aut degradationem requirentia", aber hier handelt es sich offenbar um tautologische Ausdrücke, mit denen, wie in dem zweiten Citat, aus Vorsicht alle in Frage kommenden Reate begriffen werden sollen.

6 S. 272.

7 So die Sodomie und usurpatio ordinis, S. 908 n. 9 u. o. Anm. 1 a. E.

8 Trid. Sess. XIV. c. 18 de ref., wonach der Bischof nicht fremde Kleriker „etiam atrocium criminum reos" bestrafen soll.

9 Trid. Sess. XXV. c. 6 de ref., s. o. Anm. 5; Paris 1849 cit., Anm. 1 a. E.

zur Abgrenzung beider Kategorieen, und höchstens lässt sich aus ihnen soviel entnehmen, dass, soweit es sich um Kleriker handelt, zu den schwereren diejenigen, welche Degradation und Absetzung[1] oder auch privatio beneficii[2] nach sich ziehen, gehören. Im Übrigen, d. h. für die Vergehen der Laien, ist damit nichts gewonnen. In der That lässt sich auch keine feste Abgrenzung machen, weil, abgesehen von vereinzelten Kompetenzbestimmungen[3], diese Eintheilung für das kirchliche Strafrecht von keiner Bedeutung gewesen ist. Dasselbe hat niemals allgemeine Vorschriften über die Anwendung bestimmter Strafen für einzelne Kategorieen von Verbrechen aufgestellt und auch seit dem Ausgang des Mittelalters ebensowenig wie früher[4] die Vergehen je nach ihrem Charakter mit schwererer oder leichterer Strafe bedroht[5].

IV. Die Bemessung der Strafen für die einzelnen Strafvergehen und Disciplinarstrafvergehen. Was zunächst die Bemessung der Strafen für die Strafvergehen betrifft, so zeigt sich auch in dieser Periode, dass ebenso wie schon im Mittelalter das massgebende Prinzip dafür der Schutz der hierarchischen Interessen der Kirche gewesen ist. Gerade die diese gefährdenden Handlungen werden als Strafvergehen mit einer ganzen Zahl von harten Strafen belegt.

So sind mit den Strafen des Majestätsverbrechens bedroht oder als solches qualifizirt worden, abgesehen von der Ketzerei, bez. Apostasie[6], und der Vergewaltigung eines Kardinals, Vergehen[7], welche die kirchliche Gesetzgebung schon im Mittelalter als solche behandelt hat[7], die Appellation vom Papst an ein zukünftiges allgemeines Konzil[8], die feindliche Überziehung und Okkupation der Besitzungen der römischen Kirche durch Truppen[9], das Verhandeln über die Papstwahl bei Lebzeiten des Papstes[10], das Verhandeln über die Veräusserung der dem römischen Stuhl unmittelbar gehörigen Besitzungen und das Anrathen derselben[11], die Einholung und Ertheilung von Wahrsagungen über den Zustand des christlichen Gemeinwesens und des apostolischen Stuhles, sowie über die Lebensdauer oder den Tod des Papstes und seiner nahen Verwandten[12], die *injuriatio* und *offensio status*, *rerum et personarum s. officii inquisitionis*[13] und die Nichtanzeige von dem gegen einen Kardinal beabsichtigten

[1] Trid. Sess. XXV. c. 6 de ref.

[2] Trid. Sess. XXIV. c. 5 de ref.: „Causae graviores contra episcopos etiam haeresis quae depositione aut privatione dignae sunt, ab ipso tantum Romano pontifice cognoscantur."

[3] S. die vor. Anm., ferner Paris 1849 cit., S. 909 n. 1 a. E., nach welchem die nähere Bestimmung der dem bischöflichen Gericht zu überweisenden delicta graviora dem Bischof zusteht.

[4] S. 272.

[5] Die nähere Begründung dafür ergiebt sich aus den Anführungen zu IV des Textes.

[6] S. 680. 686. Daran hat man auch in dieser Zeit noch festgehalten, s. Leo X.: Exsurge 1520 §. 3 u. Decet 1521 §. 3, b. T. 5, 748. 761, worin Luther und seine Anhänger u. A. mit den Strafen des Majestätsverbrechens belegt werden.

[7] S. o. S. 745 u. Bd. I. S. 350. Hier gilt ebenfalls das in der vor. Anm. Gesagte, da die früheren Anordnungen 1516 auf einen anderen Fall ausgedehnt worden sind, s. S. 745 n. 4.

[8] Pius II.: Execrabilis 1459 §. 4, b. T. 5, 149, s. o. S. 723, ein Vergehen, welches zugleich auch mit den Strafen der Begünstigung der Ketzerei, von Julius II.: Suspecti 1509 §. 6, b. T. 5, 479, auch mit denen des Schismas belegt worden ist, s. a. a. O. In Zusammenhang damit steht Leo X.: Pastor aeternus 1516 §. 7, ibid. p. 659, siehe S. 741 n. 8, für deren Verletzungen ebenfalls die Strafen des Majestätsverbrechens festgesetzt werden.

[9] Leo IX.: Inter graves 1515, b. T. 5, 625, o. S. 749 n. 7 u. S. 750 n. 2.

[10] Paul IV.: Cum secundum 1558 §§. 2. 3, b. T. 6, 545, s. S. 729.

[11] Pius V.: Admonet 1567 §. 5, b. T. 7, 560, s. S. 750. 751.

[12] Urban VIII.: Inscrutabilis 1631 §. 3, b. T. 14, 212, s. S. 570 n. 2 u. S. 696 n. 1.

[13] Pius V.: Si de protegendis 1569, l. c. 7, 744, s. S. 739 n. 12.

Vergehen der Vergewaltigung desselben[1]. Demgemäss gehören auch die daneben[2] noch besonders hervorgehobenen Strafen, deren Beseitigung fast immer dem Papst vorbehalten ist, wie die Exkommunikation l. s.[3], die meist noch verschärfte Infamie, der Verlust kirchlicher Lehne und die Unfähigkeit dazu, der Verlust der Patronatrechte, kirchlichen Gnaden und Privilegien, aller weltlichen Lehne, Ehren und Würden, mitunter auch der kaiserlichen und königlichen, ferner der Königreiche und weltlichen Herrschaften, die Vermögenskonfiskation, auch der weltliche Bann sowie die Unfähigkeit der Descendenten zum erbrechtlichen Erwerb, für Geistliche ausserdem der Verlust ihrer Kirchen, Klöster und Benefizien, sowie die Unfähigkeit zum Erwerb solcher oder auch die Deposition oder die Degradation[4], nicht nur an sich zu den härtesten Strafen, sondern auch ihre Häufung, bei der einzelne der sich von selbst verstehenden Strafen des Majestätsverbrechens mehrfach besonders aufgeführt werden[5], zeigt, dass die päpstliche Gesetzgebung gerade die erwähnten Verbrechen als besonders schwere hat charakterisiren und durch die erwähnten Strafandrohungen von ihrer Begehung hat abschrecken wollen[6].

Noch schärfer tritt das Bemerkte hervor, wenn man in Betracht zieht, dass gerade diejenigen Verbrechen, welche zugleich ausser dem Abfall vom Glauben die schwereren Sünden der älteren Kirche bilden[7], wie Mord und Todtschlag, Selbstmord, ferner Ehebruch, Stuprum, Incest, Nothzucht, von der allgemeinen Gesetzgebung der Kirche, namentlich der wesentlich in Frage kommenden päpstlichen, gar nicht in Rücksicht gezogen und für diese die früheren Strafen, d. h. die für die Regel angedrohte Exkommunikation[8], nicht verschärft worden sind, und dass in den wenigen Fällen, in denen die Päpste mit gesetzgeberischen Massnahmen eingegriffen haben, wie bei der procuratio abortus und sterilitatis, der Sodomie, sowie für die schwersten Fälle der bigamischen Eheschliessung unter falschem Namen, zwar die Auslieferung an den weltlichen Arm zur Vollstreckung der Todesstrafe festgesetzt worden[9], indessen von einer derartigen Häufung schwerer Strafen, wie bei den zuerst gedachten Verbrechen, keine Rede gewesen ist[10].

1 Pius V.: Infelicis 1569 §. 3, b. T. 7, 792, S. 850 n. 8.

2 D. h. neben den römischrechtlichen Strafen des Majestätsverbrechens, also der Todesstrafe, der Vermögenskonfiskation, der Infamie (auch für die Descendenten) und der Erbunfähigkeit, s. l. 5 C. ad leg. Jul. maiest. VIII. 9 u. Geib, Lehrb. des Strafrechts 1, 83. 115. 118.

3 Mitunter auch das interdictum ambulatorium für die Orte, an denen sich der Schuldige aufhält.

4 Vgl. die in den vorigen Anmerkungen citirten päpstlichen Konstitutionen, welche diese Strafen freilich nicht immer in der gleichen Kombination und gleichen Vollständigkeit festsetzen.

5 So die Infamie, die Vermögenskonfiskation, die Erbunfähigkeit der Descendenten, einmal auch, Urban VIII. cit., s. S. 570 n. 2, die Todesstrafe. Soweit es sich nicht um Verbrechen im Kirchenstaat handelte, konnte diese freilich nicht von der Kirche vollstreckt werden, aber in der Bedrohung der gedachten Delikte mit den Strafen des Majestätsverbrechens, d. h. eben vor Allem der Todesstrafe, lag eine Aufforderung an die weltlichen Regenten, mit ihrem weltlichen Arm der Kirche zu Hülfe kommen.

6 Hierarchische Interessen kommen allerdings in den beiden anderen Fällen, in denen, so weit ich sehe, sich sonst noch die Androhung der Strafen des Majestätsverbrechens findet, nämlich Pius IV.: Ea quae 1560, b. T. 7, 83 (für das Duell im Kirchenstaat), s. S. 800 n. 1, u. Pius V.: Postquam nuper 1571 §. 3, ibid. p. 957, welche die den Verkauf der in der Seeschlacht bei Lepanto gefangen genommenen Mannschaften der türkischen Flotte bei Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation, der Vermögenskonfiskation und des Majestätsverbrechens verbietet (s. S. 808 n. 6), nicht in Frage, aber die harte Bestrafung ist hier offenbar gewählt, um durch die Art der Strafandrohung möglichst abschreckend zu wirken.

7 Bd. IV. S. 746. 830.

8 S. 793. 797. 813. 814. 820. 825.

9 S. 562 n. 6. S. 798. 821. 814.

10 Denn im Übrigen kommt nur noch die Ex-

Wenn die zuletzt gedachte Strafe der Auslieferung ferner nur noch für den Diebstahl und das Behalten von geweihten Hostien zu unerlaubten Zwecken[1], sowie für die *usurpatio ordinis*[2] angeordnet, und im ersteren Fall der Gesichtspunkt der Verhütung und Entweihung des Sanctissimum und des Missbrauchs desselben zu ketzerischen und abergläubischen Zwecken, in dem anderen der der Herbeiführung der Anbetung der nicht zum Sanctissimum umgewandelten Hostie, also der Idololatrie, sowie der Usurpation der Rechte des katholischen Priesterthums, massgebend gewesen ist, so findet sich doch selbst für diese Verbrechen nicht einmal eine Kombination mehrerer Strafen. Es werden dieselben also geringer gewerthet, als die oben besprochenen, welche sich gegen den Papst, die Besitzungen der römischen Kirche und die Kardinäle richten.

Zu demselben Ergebniss gelangt man, wenn man allein die Verwendung der Exkommunikation als Strafmittel betrachtet.

In der besonderen Verschärfung als päpstlich reservirter und Jahrhunderte lang öffentlich am grünen Donnerstage verkündeter Generalcensur ist sie fast nur für Verbrechen hierarchischen Charakters in der Bulle: Coena[3] angedroht[4]. Auf demselben Standpunkt steht selbst noch die Bulle Pius' IX.: Apostolicae v. 1869, welche zuerst prinzipiell die dem Papst zur speziellen Absolution vorbehaltene Exkommunikation in umfassenderem Umfange, als dies früher geschehen ist, als Verschärfungsmittel der schon besonders durch den päpstlichen Vorbehalt qualifizirten Exkommunikation l. s. verwendet. Sie hat die gedachte Art des Kirchenbannes ebenfalls mit Ausnahme eines einzigen Falles[5] ausschliesslich für Verbrechen des erwähnten Charakters aufrechterhalten[6], und unter den 17 Fällen der beibehaltenen, schlechthin dem Papste reservirten Exkommunikation finden sich ebenfalls acht, welche derartige Verbrechen bilden[7].

Andererseits ist aber, während die reservirte Exkommunikation l. s. in der Bulle: Coena für die letztgedachte Kategorie von Verbrechen als Strafe fort und fort bekannt gegeben worden ist, diese in derselben Zeit auch wieder von den Päpsten auf leichte Delikte, wie z. B. auf die verbotene Herausnahme oder Ausleihung von Büchern aus Kloster- und anderen Bibliotheken (also nicht einmal blos für den Diebstahl von solchen aus letzteren) als Strafe gesetzt worden[8], und gerade der Umstand, dass der letztere mit den erstgedachten reinen Ordnungsdelikten durch die Bedrohung mit derselben Strafe kriminalrechtlich gleich gewerthet wird, dass weiter solche noch durch den Vorbehalt der Absolution von der Exkommunikation unter eine härtere Strafe als der Mord, der Ehebruch und der Incest gestellt sind[9], zeigt recht deutlich, dass auch in

kommunikation in Frage, s. die Citate in der vor. Anm.

1 S. 755.

2 S. 762.

3 S. 647 n. 2.

4 Die einzige Ausnahme macht die Ausübung des Strandrechts (§. 4), s. o. S. 829. 830, denn die Exkommunikation der Seeräuber (§. 3) ist auf den Seeraub in dem päpstlichen Meer beschränkt worden, s. o. S. 829, und die Bedrohung der Zufuhr von Lebensmitteln für die römische Kurie, s. S. 365 u. S. 731, dient ebenfalls den weltlichen Interessen der römischen Kirche und der Kurie.

5 Nämlich der Absolution des complex in peccato turpi n. 10 ibid., s. S. 872.

6 S. 657 n. 11 unter no. 1. 2. 3. 10. 12. 14. 17. 20. 21. 22. 23.

7 S. n. 1. 2. 4. 5. 13. 15—17, s. a. a. O. no. 4. 11. 16. 19. 24. 27. 28. 34. Dazu treten dann die verschiedenen Fälle der Simonie, s. n. 8 bis 12, a. a. O. no. 5—9, bei denen ebenfalls der hierarchische Gesichtspunkt der Reinerhaltung des Klerus und der Spendung der Sakramente und Sakramentalien von tadelswerthem und anstössigem Gelderwerb in Betracht kommt, während nur zwei hierher gehörige Fälle unter die Niemand reservirte Exkommunikation l. s., s. n. 1. 2, a. a. O. no. 26. 29, gestellt sind.

8 S. 582 Anm. Sp. 1 u. 2.

9 S. 911.

der hier fraglichen Periode die kirchliche Strafgesetzgebung nicht von der Tendenz beherrscht gewesen ist, die Strafen mit Rücksicht auf die Schwere der einzelnen Vergehen in einer rationellen Weise abzumessen, und dass neben dem Schutz der hierarchischen Tendenzen auch andere, zum Theil rein zufällige und gelegentliche Motive [1] für die Strafpositionen von Einfluss gewesen sind.

Ganz dasselbe Ergebniss gewinnt man, wenn man die Verbrechen, auf welche für Kleriker die härteste Disciplinarstrafe, die Degradation gesetzt ist [2], betrachtet. Den schon im Mittelalter mit derselben belegten Verbrechen, der Ketzerei, der Fälschung päpstlicher und königlicher Schreiben, sind später noch die *offensio status, rerum et personarum s. officii inquisitionis*, die Einholung und die Ertheilung von Wahrsagungen über den Zustand des christlichen Gemeinwesens und des apostolischen Stuhles, sowie über die Lebensdauer und den Tod des Papstes und seiner nahen Verwandten, der Diebstahl und die Wegnahme von geweihten Hostien, die *usurpatio ordinis*, die Blasphemie gegen Gott, Christus und die Jungfrau im dritten Falle für Kleriker ohne Benefizien, die Sodomie, die *procuratio abortus et sterilitatis*, sowie das Betreten des Konklaves der Papstwahl auf einem anderen Wege als durch die Thür, und von reinen Disciplinarvergehen die schwersten Fälle der *sollicitatio ad turpia* angereiht worden. Wenngleich es sich, abgesehen von dem Betreten des Konklaves, in allen Fällen um schwere Verbrechen, namentlich für Geistliche handelt, und der Gesichtspunkt einer besonders harten Bestrafung der die hierarchischen Interessen verletzenden Vergehen insofern zurücktritt, als ausser dem eben erwähnten nur noch die beiden erst gedachten diesen Charakter tragen, und ihnen weiter nur in gewisser Beziehung der Hostiendiebstahl und die usurpatio ordinis an die Seite gestellt werden können, so giebt es doch noch andere gleich schwere Verbrechen, wie z. B. Mord, Incest von Geistlichen mit ganz nahen Verwandten, und wenn diese nicht mit der Degradation bedroht sind, so folgt daraus, sowie aus der Rubrizirung des viel leichteren Vergehens des Betretens des Konklaves unter die degradationswürdigen Delikte ebenfalls, dass sich die Schwere des Verbrechens keineswegs nach der Art der auf dasselbe gesetzten Strafen bestimmen lässt.

Eben dasselbe gilt endlich von den Disciplinarvergehen der Kleriker, welche freilich in der hier fraglichen Zeit keine so umfassende gemeinrechtliche Regelung mehr, wie im Mittelalter, erfahren haben.

Angemessen und zweckentsprechend erscheint es, dass unter diesen die schwersten Fälle der sollicitatio ad turpia [3] mit der Degradation, sowie die missbräuchliche Benutzung der Messe zu abergläubischen Zwecken, abgesehen von der Strafe der ewigen Unfähigkeit zur Celebration von solchen, auch mit der Infamie, der Exkommunikation und Deposition [4] belegt werden können.

Wenn aber die Vornahme von Ketzerinquisitionen seitens der Ordensoberen gegen ihre untergebenen Mönche mit dem ipso iure Verlust aller Würden und Offizien des aktiven und passiven Stimmrechts und der Unfähigkeit zum Erwerbe von Stellungen der erwähnten Art, sowie endlich mit allen Strafen der Begünstigung der

[1] So bei den S. 912 n. 8 gedachten Delikten offenbar die Absicht, den betreffenden Instituten eine besondere Gunst durch Gewährung eines erhöhten Schutzes ihres Eigenthums zu gewähren.

[2] S. 567. 568 ff.

[3] S. 871.

[4] S. 866 u. S. 695 n. 9; S. 698 n. 1.

Ketzerei und der Hinderung der Ausübung der Inquisition bedroht ist[1], so ist für die Kombination dieser vielen schweren Strafen offenbar der hierarchische Gesichtspunkt, hier der des Schutzes der Inquisition, massgebend gewesen. Dasselbe gilt von der Verletzung des Verbotes der Infeudation und der Veräusserung der Städte und Ortschaften der römischen Kirche seitens der Kardinäle, auf welche die ewige Infamie und die Strafen des Meineides (suspensio ab officio oder privatio beneficii oder Deposition[2]) gesetzt sind[3], ferner von der Beschaffung fürstlicher Empfehlungen oder vom Gebrauche solcher seitens der päpstlichen Nuntien und Gesandten behufs Erlangung päpstlich zu verleihender Ämter, welche ebenfalls mit der ewigen Infamie, der exc. l. s. und der privatio beneficii[4], und von der Übernahme der Verwaltung päpstlich verliehener Bisthümer, Abteien oder Ämter vor Aushändigung der erforderlichen päpstlichen Schreiben, welche mit den eben gedachten Strafen mit einziger Ausnahme der Infamie[5] belegt sind. Während in dem letzterwähnten Fall dieselben Strafen auch die Geistlichen treffen, welche Bischöfe oder Prälaten zur Verwaltung der fraglichen Kirchen zulassen[6], so ist doch andererseits für das diesem sehr ähnliche Disciplinarvergehen der Zulassung von päpstlich providirten Bischöfen oder Prälaten vor Vorlegung ihrer päpstlichen Provisionsurkunden zur Verwaltung ihrer Kirchen und Klöster durch die Kapitel, Konvente und ihre Mitglieder blos die verhältnissmässig leichte Strafe der Suspension l. s. a beneficiorum perceptione festgesetzt[7].

Endlich bildet es zu den eben angeführten harten Strafen, welche im hierarchischen Interesse der Wahrung der päpstlichen Rechte für die besprochenen Disciplinarvergehen mit Ausnahme des zuletzt erwähnten verhängt sind, einen auffallenden Gegensatz, dass gegen Bischöfe, welche sich, obwohl sie dabei ihre Cölibatsverpflichtung verletzen, trotz Ermahnung der Provinzialsynode nicht des Konkubinates enthalten, blos zunächst die suspensio l. s. (ab officio) eintritt, und erst bei weiterer Fortsetzung des verbotenen Geschlechtsverkehrs die privatio beneficii gegen sie ausgesprochen werden darf[8], sowie dass gegen andere im Konkubinat lebende Geistliche ebenfalls zunächst mit leichteren Strafen, wie mit der Entziehung des dritten Theils der Einkünfte, eingeschritten und erst stufenweise mit sich steigernden Strafen und Censuren, wie mit der Entziehung der vollen Einkünfte, der Suspension von der Verwaltung des Benefiziums, dann mit der privatio beneficii und endlich mit der Exkommunikation, vorgegangen werden soll[9].

Dagegen kommt als ein Moment, welches für die Verschiedenheit der Bemessung der Strafen von Einfluss erscheint, wie schon in früherer Zeit[10] die Verschiedenheit des Standes und der Stellung des Schuldigen in Betracht.

Was zunächst den Unterschied zwischen Klerikern und Laien anlangt, so lässt sich allerdings ebensowenig für diese Periode behaupten, dass die kirchliche Gesetz-

[1] S. 886.
[2] S. 702.
[3] S. 879 n. 4.
[4] S. 860 n. 1.
[5] S. 860.
[6] S. a. a. O.
[7] S. 861.
[8] S. 817.
[9] S. a. a. O.
Weitere Belege für die im Text begründete Auffassung anzuführen, erscheint überflüssig. Sie lassen sich leicht aus den Citaten, welche sich bei der Besprechung der einzelnen Strafen, sowie bei den Angaben über die auf die einzelnen Vergehen und Disciplinarstrafvergehen gesetzten Strafen finden, zusammenstellen.
[10] S. 277.

gebung von der bewussten Tendenz beherrscht gewesen ist, die ersteren im Gegensatz zu den letzteren mit leichteren Strafen zu belegen. Eine gewisse Verschiedenheit in der Bestrafung war selbstverständlich dadurch bedingt, dass der Kirche gegenüber den Geistlichen eine grössere Zahl von Strafen als gegenüber den Laien zu Gebote stand, und dass sie daher gegen die ersteren zunächst mit solchen vorgehen konnte, welche deren kirchliche Rechte schmälerten, während ihr dieser Weg bei den Laien verschlossen war. Wenn in Folge dessen die Bestrafung der letzteren wegen desselben Vergehens mitunter als eine härtere im Vergleich zu der der Geistlichen erscheint [1], so liegt dies in der Natur der Verhältnisse, und man ist deshalb nicht berechtigt, von einer tendenziös milderen Bestrafung der Kleriker zu sprechen, das um so weniger, als in anderen Fällen, so z. B. bei den als Majestätsverbrechen qualifizirten Vergehen [2], die Kleriker und Laien vollkommen gleich behandelt werden, ja bei einzelnen derselben für die Geistlichen ausser den allgemein angedrohten Strafen noch als besondere nicht nur die privatio beneficii und die Unfähigkeit zur Erlangung von kirchlichen Ämtern [3], sondern auch die Degradation [4] angedroht sind. Wenn andererseits in einem dieser Fälle die höheren geistlichen Würdenträger mit milderen Strafen als die Laien belegt werden [5], so sind doch in demselben die Geistlichen geringerer Stellungen den Laien völlig gleichgestellt, und die Verschiedenheit hängt nicht mit einer verschiedenen strafrechtlichen Behandlung der Kleriker und der Laien, sondern der höheren kirchlichen Würdenträger und der sonstigen Geistlichen zusammen [6].

Dagegen findet sich freilich auch jetzt [7] noch eine bewusste Unterscheidung der Festsetzung der Strafen mit Rücksicht auf den geringeren oder niedrigen Stand der Schuldigen, gemeinrechtlich einmal bei der Blasphemie, insofern bei derselben Plebejer härteren Strafen als die Angehörigen der höheren Stände unterworfen werden [8], andererseits aber bei der Ketzerei, insofern hier umgekehrt für

[1] So z. B. beim Konkubinat, für welchen gegen Geistliche im Falle der Verstocktheit eine Reihe sich steigender Strafen und erst im äussersten Fall die Exkommunikation angedroht ist, siehe S. 914, während diese Strafe gegen die Laien schon nach dreimaliger vergeblicher Mahnung verhängt werden soll, S. 816.

[2] S. 910.

[3] So bei dem Vergehen des Verhandelns über die Papstwahl bei Lebzeiten des Papstes, siehe S. 910 n. 10; und des Verhandelns über die Veräusserung von Besitzungen der römischen Kirche, s. a. a. O. n. 11, ferner auch bei dem Duell, siehe S. 911 n. 6.

[4] Nämlich für die Einholung und Ertheilung von Wahrsagungen in Betreff des Zustandes des christlichen Gemeinwesens, s. S. 910 n. 12, und für die Verletzung der Inquisition, wo sogar ausdrücklich bemerkt ist, dass die Geistlichen degradirt werden sollen, damit sie vom weltlichen Richter mit denselben Strafen, wie sie den Laien angedroht sind, belegt werden können.

Allerdings liegt mit Rücksicht darauf, dass für die hier fraglichen mit den Strafen des Majestätsverbrechens belegten Vergehen die Degradation nur in den beiden eben gedachten Fällen, nicht aber in den übrigen angeordnet ist, für die letzteren Vergehen anscheinend insofern eine Begünstigung der Geistlichen vor, als die weltliche Gewalt die auf das Majestätsverbrechen gesetzte Todesstrafe ohne weiteres gegen die Laien, nicht aber gegen die Geistlichen verhängen konnte, weil ihr diese, da es sich nicht um degradationswürdige Vergehen handelte, nicht ausgeliefert werden durften. Praktisch hatte dies indessen keine Bedeutung, da die weltliche Gewalt in der hier fraglichen Zeit die Todesstrafe für diese rein kirchlichen Vergehen auch an Laien nicht vollstreckt hat.

[5] Nämlich bei der Einholung der erwähnten Wahrsagungen mit den Strafen l. s. der Exkommunikation, privatio regiminis et administrationis ecclesiarum und aller Benefizien, sowie der Unfähigkeit zur Erwerbung solcher, s. S. 696 n. 1.

[6] S. darüber nachher S. 916.

[7] S. 277.

[8] Nach Leo X.: Supernae 1514 §. 33 trifft den ignobilis et plebeius Gefängnissstrafe, nach dem zweiten Mal Ausstellung mit der Schandmütze und bei weiteren Malen ewiges Gefängniss oder Galeere, nach Pius V.: Cum primum 1566 §. 10 den nicht solventen Plebejer zunächst Ausstellung mit gebundenen Händen vor der Kirchthür,

Schuldige der höchsten weltlichen, wie auch kirchlichen Stellungen[1] durch die Fiktion des Rückfalls die Strafe bis auf die härteste, d. h. die Strafe der hartnäckigen Ketzerei (die Auslieferung zur Todesstrafe[2]), verschärft ist.

Was endlich die Bestrafung der Geistlichen betrifft, so ist es auch in dieser Zeit[3] bei der durch die Natur der Sache gebotenen Verschiedenheit der Strafandrohungen gegen die Geistlichen mit Benefizien und ohne Benefizien geblieben[4].

Dagegen kommt jetzt viel häufiger als früher eine Verschiedenheit in den Strafen je nach dem Weihegrade[5] sowie nach der Stellung und der Würde der Geistlichen vor, und zwar im Gegensatz zu den freilich niemals beseitigten gemeinrechtlichen Vorschriften des Mittelalters, welche in Einzelfällen für Bischöfe eine härtere Bestrafung fordern[6], in der Weise, dass die letzteren und die Würdenträger höheren Ranges, mitunter auch die Klosterprälaten[7], mit einer milderen Strafe als die übrigen Geistlichen bedroht werden[8].

§. 342. b. *Die subjektiven Momente des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehens.*

1. Das Subjekt des Vergehens. Die Vergehensfähigkeit der Personenverbände und Körperschaften. Subjekt des kirchlichen Vergehens ist, wie das kanonische Recht voraussetzt, allein der Mensch[9].

Ferner hat das kirchliche Recht und die kirchliche Praxis auch die Vergehensfähigkeit von Personenverbänden und Körperschaften, so z. B. von Kapiteln, Konventen, Klöstern, Bruderschaften, Städten und Kommunen, in Übereinstimmung mit der mittelalterlichen Volksanschauung anerkannt[10], und auch die kanonistische Doktrin

dann Auspeitschung durch die Stadt und endlich Durchstechung der Zunge und Galeere, während die härtesten Strafen für die höheren Stände bei Leo X. Verlust des Adels, bei Pius V. hohe Geldstrafe, Infamie und Exil bilden, s. o. S. 700.

1 Kaiser, Könige bis zu den Baronen, Kardinäle bis zu den Bischöfen, s. o. S. 682.

2 S. 680 n. 10.

3 Über die frühere s. S. 277.

4 Vgl. z. B. in Betreff der Blasphemie S. 700, und in Betreff des Konkubinates S. 817.

5 Wegen der Anwendung der Prügelstrafe vgl. S. 623.

6 S. 278 n. 4. Gemeinrechtlich tritt zu diesen noch der vorher im Text erwähnte Fall der Ketzerei der Kardinäle und Bischöfe.

7 S. z. B. Paul II.: Ambitiosae 1467, S. 879 n. 1 u. S. 880 n. 3.

8 Vgl. z. B. Pius V.: Quum plenum 1569, S. 720 (Simonie bei Ablässen, Kardinäle und Bischöfe päpstlich vorbehaltene Suspension l. s. ab ingressu ecclesiae und vom Bezug der Früchte ihrer Kirchen, andere Geistliche päpstlich reservirte Exk. l. s.); Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584, S. 743 n. 4 (Eide gegen die Freiheit der Kirchen, Prälaten bischöflicher Würde päpstlich vorbehaltene suspensio l. s., für andere Exkommunikation l. s.); Pius IX.: Romanus pontifex 1873, S. 861. 862 (Zulassung unberechtigter Bisthumsverweser, Geistliche bischöflicher Würde speziell dem Papst vorbehaltene suspensio ab exercitio pontificalium und interdictum ab ingressu ecclesiae ipso iure, andere reservirte excomm. l. s. und Entziehung der Einkünfte der kirchlichen Benefizien). S. ferner o. S. 915 n. 5.

9 Nach c. 4 (August.) C. XV qu. 1 soll allerdings das Thier, mit welchem eine Frau Sodomie getrieben hat, mit dieser getödtet werden (vgl. dazu Levitic. XX. 15. 16), indessen bemerkt die Stelle selbst, ebenso wie das dict. Grat. zu c. 3 ead., dass diese Tödtung zu dem Zweck erfolgt, damit das Gedächtniss an eine solche Missethat nicht wieder wachgerufen werde. Von einer Vergehensfähigkeit der Thiere ist also keine Rede.

10 Dadurch, dass sowohl im älteren wie auch im neueren Recht gegen dieselben für gewisse Vergehen Strafen angedroht werden. Wegen der Exkommunikation s. c. un. (Gregor. IX.) X de lit. cont. II. 5; c. 11 (id.) X de exc. II. 25 und Pius V.: Admonet 1567 §. 3, b. T. 7, 560, s. o. S. 750. 754, wegen des Personalinterdikts S. 518 u. S. 588; wegen der suspensio schlechthin c. 1 in Extr. comm. de sim.

ist ihr darin, obschon einzelne Kanonisten von dem Standpunkt der die Lehre von den juristischen Personen beherrschenden Fiktionstheorie[1] die Vergehensfähigkeit der Körperschaften in Abrede gestellt haben[2], in ihrer überwiegenden Majorität gefolgt[3].

Die näheren Voraussetzungen dieser Fähigkeit hat das kirchliche Recht durch positive Bestimmungen nicht normirt, dies ist vielmehr der Doktrin überlassen geblieben. Letztere nahm ein Delikt der Verbandheit dann als vorliegend an, wenn die Handlung in den vorgeschriebenen Berathungs- und Beschlussformen vorgenommen[4] oder von den Vorstehern oder von der Mehrheit der Mitglieder oder im Auftrage derselben oder ohne einen solchen mit hinzutretender Gutheissung verübt worden war[5].

Dabei ist aber übersehen worden, dass, wenn man an der Vergehensfähigkeit der Körperschaft festhält, diese nur insoweit Delikte zu begehen im Stande ist, als die das Vergehen bildende Handlung in die ihr vom Recht gesetzte Lebenssphäre hineinfällt[6]. Sodann ist erforderlich, dass eine solche von den zur Vertretung der Ver-

V. 1, s. o. S. 363 n. 4 u. S. 608 n. 4, wegen der suspensio a divinis S. 597 Anm. Sp. 2, wegen der suspensio a perceptione fructuum S. 602, wegen des Verlustes des Handelsverkehrs mit anderen Städten c. 9 X de heret. V. 9, S. 48 n. 2, des Rechtes auf den Bischofssitz c. 9 cit., S. 34 n. 2, und kirchlicher Prvilegien und Gnaden Leo X.: Exsurge 1520 §. 3, s. S. 543 n. 5 a. E.

[1] Diese wird namentlich von Innocenz IV. zu c. 52 X de sent. exc. V. 39 n. 1 und zu c. 63 ibid. n. 3 vertreten. Vgl. weiter Gierke, das deutsche Genossenschaftsrecht 3, 280. 281.

[2] So z. B. die Glosse des Johannes Teutonicus in gl. s. v. accusandi zu c. 58 C. XII qu. 2 (vgl. Gierke 3, 313 n. 310) und Innocenz IV. zu c. 52 cit. n. 1: „impossibile est, quod universitas delinquat." Vgl. Gierke 3, 343. 345.

[3] Indem man sich dafür namentlich auf c. 11 (Ps. Is.) C. VII qu. 1 („ecclesia . . . alterum episcopum suo vivente non accipiat, ne aut fornicationis aut adulterii crimen incurrat") und auf c. 58 (Toledo IV. 633) C. XII qu. 2 („adversus ecclesiam accusandi licentia") berief, vgl. gl. s. v. adulterata zu c. 11 cit. und gl. accusandi zu c. 58 cit.; Gierke 3, 343. Selbst Vertreter der gegentheiligen Ansicht, so Innocenz IV., machen der überwiegenden Meinung das Zugeständniss, dass der universitas die unerlaubten Handlungen ihrer Stellvertreter zuzurechnen seien, vgl. ad c. 52 cit.: „fatemur tamen, quod si rectores alicuius universitatis vel alii aliquod maleficium faciunt de mandato universitatis totius vel tantae partis quod invitis aliis maleficium fecerint vel etiam sine mandato fecerint, sed postea universitas', quod suo nomine erat factum, ratum habet; quod universitas punietur speciali poena suspensionis et interdicti XVII qu. 4 uxor (33) et c. miror (8 ibid.) s. de sponsal. non est (c. 11 X IV. 1) et etiam temporali puta pecuniaria" . . .

Diesen Standpunkt hat die kirchenrechtliche Lehre bis in das 18. Jahrhundert hinein, vgl. Schmier l. c. l. V tr. I c. 3 n. 113 ff.; Reiffenstuel V. 39 n. 88 ff.; Schmalzgrueber V. 39 n. 44 ff., ebenso wie auch die juristische Doktrin überhaupt, Gierke 3, 738 ff.; Gierke, die Genossenschaftstheorie. Berlin 1887. S. 744 n. 2, festgehalten, während die neuere kanonistische Doktrin sich mit den hier einschlägigen Fragen so gut wie gar nicht beschäftigt.

[4] Durantis speculum iuris lib. I part. 2 de accusato §. 1 n. 7: „pulsata campana et consilio congregato"; vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht 3, 344.

[5] S. Innocenz IV. cit., o. Anm. 3; gl. accusandi zu c. 58 cit. C. XII qu. 2; Gierke a. a. O.

[6] Gierke, Genossenschaftstheorie S. 755. Hierher gehört vor Allem die Nichterfüllung von Pflichten, welche der Verbandsperson als solcher, s. Benedikt XIII., 1727, S. 519 n. 1, und Soissons 1456, S. 597 Anm. Sp. 2, und auch derjenigen, welche ihr blos gemeinsam mit anderen physischen oder juristischen Personen obliegen, gl. c. 9 X de heret. V. 9, s. S. 34 n. 2; S. 48 n. 2 und S. 380. Weiter kommen aber auch in Frage die Verletzung der der Körperschaft speziell obliegenden Pflichten, z. B. Pius IX. const.: Apostolicae cit., o. S. 602 n. 3, der Missbrauch der ihr zustehenden Amtsgewalt oder amtlichen Stellung, vgl. Pius V. und Gregor XIII. cit., o. S. 519 n. 1; der Verstoss gegen solche Vorschriften, welche auch die anderen Kirchenglieder binden, wenn ein solcher bei der Geltendmachung der Rechte der Verbandsperson (z. B. die unzulässige Belangung eines Klerikers wegen der ihr zustehenden Ansprüche vor dem weltlichen Gericht, Martin V. cit., s. o. a. a. O.) oder im Interesse und zum Vortheil der Körperschaft (Simonie durch das Kapitel bei der Aufnahme in den Ordensstand, s. S. 719) begangen wird. Wenn Leo X. sogar die Annahme der Lehren Luthers durch Körperschaften mit Strafe bedroht, s. S. 543 n. 5, so beruht dies darauf, dass eine kirchliche Verbandsperson, wie ein Kapitel, ein Kloster, eine Universität, ja auch jede Stadt die Pflicht hat, für die Bewahrung des rechten Glaubens einzutreten. und eine Verletzung derselben also noch innerhalb des Thätigkeitskreises der Körperschaft liegt. Selbstverständlich ist weiter, dass

bandsperson legitimirten Organen[1] in dieser ihrer Eigenschaft und im Bereiche ihrer Zuständigkeit vorgenommen worden ist, weil andernfalls sich die Handlung nicht als Handlung der Körperschaft darstellt[2].

Was die Bestrafung der ein Delikt begehenden Verbandsperson betrifft, so ergiebt sich begrifflich, dass nur derartige Strafen zur Anwendung kommen können, welche diese als solche treffen. Wenngleich diese Auffassung sich auch in der kanonistischen Doktrin des Mittelalters geltend gemacht hat[3], so ist sie doch von derselben namentlich mit Rücksicht darauf, dass die Bestrafung Unschuldiger in der damaligen Theorie und Praxis keineswegs als absolut unzulässig betrachtet wurde[4], sowie mit Rücksicht auf die Ausgestaltung einzelner, auch auf Körperschaften herkömmlicher Weise angewendeten Strafmittel nicht zur vollen Klarheit gebracht und konsequent festgehalten worden. Daraus erklärt es sich, dass die kirchliche Gesetzgebung bis auf den heutigen Tag ebenfalls keinen einheitlichen Standpunkt in dieser Frage eingenommen hat.

Während von den gesetzlich angedrohten Strafen die Entziehung der Privilegien und die verschiedenen Suspensionen[5] die Korporationen nur als solche treffen[6], also den rationellen Anforderungen des Strafrechts entsprechen, ist dies bei der am häufigsten gegen die Verbandspersonen verwendeten Censur des Personalinterdikts gerade nicht der Fall[7]. Weiter war es inkonsequent, wenn man an diesem Gebrauch des letzteren niemals Anstoss genommen hat[8], andererseits aber schon von Innocenz IV. die Anwendung der Exkommunikation gegen Verbandspersonen untersagt wurde[9]. Dieses Verbot[10] ist noch heute geltenden Rechtes. Seine Verletzung zieht

das positive Gesetz auch andere Handlungen der Körperschaft, d. h. das Hinausgreifen derselben über die ihr angewiesene Sphäre, als strafbare Handlung derselben zu qualifiziren befugt ist, vgl. const. Pius' V.: Admonet 1567 cit., s. oben S. 750 n. 6.

[1] Das können je nach der Verschiedenheit der Fälle die Vorsteher oder auch die in ordnungsmässiger Sitzung beschliessenden Mitglieder der Körperschaft, ja auch andere Organe der letzteren sein, weil darüber die Verfassung derselben entscheidet.

[2] Gierke, Genossenschaftstheorie S. 763 ff. Nur kann, wenn einmal die Deliktsfähigkeit der Körperschaft anerkannt wird, die Rechtswidrigkeit der Handlung keinen Grund abgeben, die Zuständigkeit zu läugnen. Ein Domkapitel hat die Befugniss, seine Rechte geltend zu machen, beschliesst es zu diesem Behufe in ordnungsmässiger Sitzung die Belangung eines Klerikers vor dem weltlichen Gerichte oder gegen eine beschwerende Verfügung des Papstes die Erhebung einer Appellation an ein zukünftiges allgemeines Konzil, s. o. S. 723, so sind solche Beschlüsse zwar rechtswidrig, aber sie liegen in der Zuständigkeit des das Kapitel vertretenden Organs, und deshalb ist das erstere, wenn sie zur Ausführung gebracht werden, strafbar.

[3] In Verbindung mit dem damit zusammengeworfenen Gesichtspunkt, dass Niemand für das Vergehen eines anderen bestraft werden solle, wovon indessen Ausnahmen zugelassen wurden, vgl. dict. Grat. vor c. 1 C. XXIV qu. 3; Innoc. IV. zu c. 52 X cit. V. 39 n. 1. 2, welcher die Geldstrafe und die Entziehung der Korporationsrechte und anderer Privliegien gegen Körperschaften für statthaft erklärt, nicht minder auch die Todesstrafe, welche er aber hier in Geldstrafe umgewandelt wissen will. Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht 3, 347.

[4] Wie dies namentlich die Ausbildung und die häufige Anwendung des Lokalinterdikts, siehe S. 23 ff., und auch die sonstige Bedrohung Unschuldiger mit Strafen, S. 123, zeigt. Über die Doktrin vgl. dict. Grat. vor c. 1. C. XXIV qu. 3; Innoc. IV. ad c. 52 X cit. V. 39 n. 4, welche sich dann damit beruhigte, dass Niemand für einen anderen ewige Strafe zu erleiden habe, vgl. auch Gierke a. a. O. 3, 349. S. ferner unten in diesem Paragraphen S. 929.

[5] S. S. 916 n. 10.

[6] S. die Citate a. a. O.

[7] S. 518 ff.

[8] S. Anm. 10.

[9] c. 5 (Lyon I 1245) in VI de sent. exc. V. 11: „In universitatem vel collegium proferri excommunicationis sententiam penitus prohibemus, volentes animarum periculum vitare, quod exinde sequi posset, quum nonnumquam contingeret innoxios huiusmodi sententia irretiri, sed in illos dumtaxat de collegio vel universitate, quos culpabiles esse constiterit, promulgetur." Vgl. dazu auch Gierke a. a. O. 3, 348.

[10] Gegenüber demselben hat dann die spätere Doktrin die Festhaltung des Personalinterdikts theils damit gerechtfertigt, dass dieses nicht, wie Exkommunikation, die Theilnahme an den suffragia ecclesiae entziehe, Reiffenstuel V. 39

nach der herrschenden Ansicht Nichtigkeit der ausgesprochenen Exkommunikation nach sich[1], sofern sie nicht in einer päpstlichen Konstitution angedroht[2] oder vom Papst selbst[3] verhängt worden ist.

Die einzelnen Körperschaftsorgane, welche in dieser ihrer Eigenschaft die strafbare, der Verbandsperson zuzurechnende Handlung begangen haben, können für ihre Person wegen der letzteren nur dann bestraft werden, wenn sich die Handlung zugleich als ihre eigene darstellt, sie also auch für ihre eigene Person gegen das Strafgesetz verstossen haben[4].

2. Die Zurechnungsfähigkeit. Als Ausschliessungsgründe der Zurechnungsfähigkeit kennt das kanonische Recht Wahnsinn und Blödsinn[5], ferner vorübergehende Zustände der Bewusstlosigkeit, wie ein dieselbe herbeiführendes

n. 91, theils damit, dass durch das erstere Unschuldige nicht mit Strafe im eigentlichen Sinne belegt, sondern ihnen dadurch nur, ebenso wie anderen Schuldigen seitens der Kirche aus gerechtfertigten Ursachen, die von dieser gewährten Vergünstigungen entzogen würden.

1 S. die Nachweisungen bei Gierke a. a. O. und in der gl. s. v. penitus zu c. 5 in VI cit. V. 11, weil die universitas keine „materia capax ad recipiendam talem sententiam" sei. Andererseits wurde aber dieselbe auch zwar für ungerecht, aber für gültig erklärt, so gl. cit., Fagnan. ad c. 43 X de sent. exc. V. 39 n. 102 ff.; Reiffenstuel V. 39 n. 92 (Kober, Kirchenbann 2. A. S. 99. 100 äussert sich darüber nicht), freilich mit Unrecht, denn wenn die Anwendung einer Strafe verboten wird, ist diese rechtlich ausgeschlossen und muss deshalb unwirksam und nichtig sein, weil sonst das Verbot, welches im Interesse des zu Bestrafenden erlassen ist, gegenstandslos wird.

2 Denn der Papst als höchster Gesetzgeber kann das geltende Recht abändern. Ein Beispiel der Androhung der Exkommunikation gegen Körperschaften aus der Zeit nach dem Verbote des c. 5 in VI cit. V. 11 bietet Pius V.: Admonet 1567 §. 3, welche sogar noch heute in Geltung steht, s. o. S. 750. 754.

3 Weil sich dieser nicht an das Gesetz zu binden braucht, s. auch Reiffenstuel l. c. n. 93.

4 Das gilt auch von den Mitgliedern, welche in der ordnungsmässigen Versammlung für die Vornahme der Handlung gestimmt haben, weil sie hier lediglich als Organe der Korporation handeln. Wenn z. B. auf Grund eines Beschlusses die Appellation an ein zukünftiges allgemeines Konzil von einer Entscheidung des Papstes namens der Körperschaft eingelegt wird, so sind die dafür stimmenden Mitglieder als solche nicht strafbar, siehe oben S. 724 n. 13, vielmehr werden sie dies erst dann, wenn sie für ihre Person ebenfalls eine derartige Berufung erheben sollten. In dem S. 602 n. 3 und S. 861 gedachten Fall trifft die für die Annahme eines Prälaten angedrohte suspensio a perceptione fructuum das Kapitel, wenn dieses auf Grund ordnungsmässigen Beschlusses einen Prälaten vor Vorlegung der päpstlichen Briefe zulässt, aber andererseits auch jeden Dignitär oder Domherrn desselben, welcher, obschon in Folge eines Kapitelsbeschlusses, dasselbe thut, weil er dann seinerseits gleichzeitig eine ihm durch das Strafgesetz verbotene Handlung vornimmt, mithin auch persönlich gegen dasselbe verstösst.

5 c. 5 (Ps. Aug.) u. c. 6 (Ambros.) C. XV qu. 1; c. 14 (Nicol. I.) C. III qu. 9; Clem. un. de homic. V. 4, Bd. I. S. 43 n. 2; vgl. auch oben S. 797 n. 15. Nicht in Betracht kommt c. 12 (Worms 868) C. XV qu. 1, nach welchem dem wieder gesund gewordenen Wahnsinnigen für die im Wahnsinn begangene Tödtung eine leichte Busse auferlegt werden soll, da diese dem deutschen Rechtskreis angehörige Stelle (ebenso wie c. 6 C. XXXIV qu. 1, s. o. S. 813 n. 7) von der germanischen Anschauung, dass auch für Ungefährswerke gehaftet wird, Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 544. 546, beeinflusst, und diese Auffassung jedenfalls im neuern Recht fallen gelassen ist, Clem. un. cit. So auch die spätere Doktrin, Schmalzgrueber V. 39 n. 38; Thesaurus l. c. P. I c. 19, p. 20. Andererseits wird aber, s. namentlich Suarez de cens. disp. V. s. 1 n. 20. 21, angenommen, dass wenn der Wahnsinnige noch im Zustande geistiger Gesundheit eine mit einer censura l. s. bedrohte Handlung begangen oder die sie herbeiführende Ursache gesetzt hat (z. B. Anstiftung eines anderen und darauf erfolgende Begehung der That durch diesen letzteren zu einer Zeit, zu welcher der bisher geistesgesunde Anstifter in Wahnsinn verfallen ist), er trotz seines Wahnsinnes von der Censur bestrickt wird, während die Verhängung einer censura fer. sent. gegen einen unheilbaren Wahnsinnigen zwar für unzulässig, aber nicht für nichtig, ja gegen den blos vorübergehend Geisteskranken sogar für statthaft erklärt wird. Richtig ist hieran nur so viel, dass der später eintretende Wahnsinn eine censura l. s., welche sich bereits gegen den Schuldigen verwirklicht hat, nicht beseitigen kann. Bei den sonstigen Aufstellungen wird aber die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit mit der nach der Zulässigkeit der Verhängung und der Vollstreckung der Strafe, ja auch eines strafrechtlichen Verfahrens unzulässiger Weise zusammen geworfen.

heftiges Fieber[1], Schlaftrunkenheit[2], Nachtwandeln, sowie das Bewusstsein aufhebende Trunkenheit[3] und heftigen Affekt[4].

Was das strafmündige Alter betrifft, so sind die Kinder, infantes (d. h. bis zum vollendeten siebenten Lebensjahr), absolut unzurechnungsfähig[5]. Erst mit Eintritt der *pubertas*, d. h. des vierzehnten, beim weiblichen Geschlecht des zwölften Lebensjahres, beginnt die Strafmündigkeit[6]. Der impubes dagegen gilt blos dann als zurechnungsfähig, wenn er doli capax ist[7], und dafür stellte man sogar zum Theil bei den pubertati proximi eine Vermuthung auf, während man bei den infantiae proximi eine Präsumtion dagegen eintreten liess[8].

1 Dict. Grat. zu c. 2 C. XV qu. 1; gl. s. v. quod autem zu c. 1 ead.

2 c. 8 (August.) C. XV qu. 1; Clem. un. cit. V. 4; s. auch c. 3 (Luc. III.) X de his qui fil. V. 10.

3 c. 7 §. 1 (Ambros.) C. XV qu. 1 u. c. 9 (August.) ibid. Beide Stellen sprechen die Straflosigkeit des in der sinnlosen Betrunkenheit begangenen Deliktes aus, deuten aber andererseits auf eine Bestrafung wegen der Trunkenheit als solcher hin, doch hat man seit der Glosse, s. s. v. venia u. s. v. damnantur zu c. 7 §. 1 cit., diese Stelle („iacent sepulti ideoque si qua per vinum deliquerint, apud sapientes iudices venia quidem facta donantur, sed levitatis damnantur auctores") auch wegen irriger Auffassung des Wortes venia auf eine mildere Bestrafung des in der Trunkenheit begangenen Deliktes bezogen. Die spätere Doktrin, welche sich selten mit dem Gegenstand beschäftigt, rechnet demjenigen, welcher weiss, dass er in der Trunkenheit Injurien begeht und sich doch betrinkt, diese als vorsätzliche zu, Schmalzgrueber V. 36 n. 4, und lässt Trunkenheit (anscheinend die sinnlose) als Strafmilderungsgrund gelten, l. c. V. 37 n. 40.

4 c. 3 (Alex. III.) X de sent. exc. V. 39, Bd. I. S. 120. S. 121 n. 1.

5 Arg. c. 2 (l. 3 D. XXVII.) 109 C. XV qu. 1). Das kanonische Recht und die kanonische Doktrin hat sich in diesen Fragen an das römische Recht gehalten, vgl. Bernard. Pap. summa V. 20 §. 1 und die Citate in den folgenden Anmerkungen. Über eine fälschlich aufgestellte Ausnahme s. o. S. 786 n. 4.

6 c. 2 C. XV qu. 1 cit., c. 1 (inc.) X de delict. puerorum V. 23.

7 S. die vor. Anm. Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 8. 9, behauptet dagegen, dass schon nach dem zurückgelegten 7. Jahr absolute Zurechnungsfähigkeit mit Ausnahme der Fleischesverbrechen, aber mit milderer Bestrafung bis zum vollendeten 14. Lebensjahr eintritt. Wenn er dies auf c. 1 X cit. V. 23 stützt und dem damit nicht vereinbaren c. 2 C. XV qu. 1 cit. als einer rein römischrechtlichen Stelle keine Bedeutung beimisst, so übersieht er, dass c. 1 X cit. sich nur gegen die Ansicht wendet, dass der impubes niemals zurechnungsfähig ist, aber keineswegs die Strafmündigkeit sämmtlicher Unmündiger ausspricht. Ebenso unrichtig ist seine Erklärung von c. 2 (Alexander III.) X de delict. pueror. V. 23, welches die Belegung eines 10jährigen Knaben, der einen anderen aus Versehen getödtet hatte, mit der nach weltlichen Recht herkömmlichen Geldstrafe für unstatthaft erklärt. Denn, wenn er als Grund dafür angiebt, dass der Knabe kein Vermögen besessen, und der Vater nicht für das Delikt des letzteren zu büssen habe, so ergiebt die Stelle darüber nichts, vielmehr wird die Entscheidung mit den Worten gerechtfertigt: „quoniam in pueris relinqui solet inultum, quod in aliis provectioris aetatis humanae leges dicunt severius corrigendum." Den im Text vertretenen Standpunkt nimmt sowohl c. 12 X de poenit. V. 38, welches die Verletzung des österlichen Gebots von der Erreichung der anni discretionis, d. h. der individuellen Reife zum Empfang des Abendmahls, ab bestraft, s. Bd. IV. S. 74. 75. 118; wie auch Mailand 1579 I. 3, Hardouin 10, 966 (Bestrafung lärmender Festlichkeiten bei Beginn der Quadragesima, auch wenn das Vergehen „a pueris solum, qui tamen doli capaces sint, committi solet"), nicht minder die kanonistische Doktrin ein, vgl. Bernard. Pap. summ. l. c.; gl. s. v. qui doli zu c. 2 C. XV qu. 1, s. v. grandiusculis zu c. 1 u. s. v. inultum zu c. 2 X cit. V. 23; Suarez de censuris disp. V s. 1 n. 19; Schmier l. c. n. 11; Thesaurus l. c. P. I. c. 17 p. 18.

8 Als die Grenze wurde dabei von einzelnen das Alter von zehn und ein halb Jahr bezeichnet, vgl. Schmier l. c.; Thesaurus l. c., während das Schwanken der Altersgrenze in der Inquisitionspraxis zwischen 7, $10^1/_2$ (beim weiblichen Geschlecht $9^1/_2$) und 14, bez. 12 Jahr, s. Henner, Beiträge z. Organisation d. päpstl. Ketzergerichte S. 326 n. 2, sich aus der Anwendung dieser Grenze, theils aber auch des allgemeinen Grundsatzes von der Nothwendigkeit der Fähigkeit zum dolus erklärt. Wenn Thesaurus einen Unterschied zwischen den Generalcensuren und den censurae fer. sent. dahin macht, dass die ersteren alle impuberes doli capaces, auch wenn sie infantiae proximi sind, treffen, die letzteren aber blos gegen die pubertati proximi verhängt werden sollen, obwohl er eine solche Bestrafung nicht für nichtig erklärt, so ist dies unrichtig. Da jede Strafe und Censur begrifflich allein dem Zurechnungsfähigen auferlegt werden darf, so wird ein solcher andererseits nicht nur von einer censura l. s. bestrickt (s. z. B. c. 58. 60 X de sent. exc. V. 39, s. Bd. I. S. 122), sondern er kann auch mit einer censura fer. sent. belegt werden, dagegen ist die Bestrafung immer nichtig, wenn sie Jemand trifft, wel-

Endlich sollen die impuberes, wenn ihnen als doli capaces die That zugerechnet wird, immer mit milderer Strafe, als die Erwachsenen belegt werden[1].

Strafmündig sind dagegen die *puberes*, selbst wenn sie noch *minores* sind, also das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben[2]. Doch hat sich in der Doktrin eine Strömung geltend gemacht, welche sie wenigstens, wenn das Vergehen mit schweren Strafen bedroht war, nur einer ausserordentlichen Strafe unterwerfen wollte[3]. Mit Rücksicht auf diese haben die Päpste für einzelne Verbrechen[4] die Anwendung der ordentlichen Strafe schon auf alle diejenigen, welche das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, angeordnet[5].

3. Die Verschuldung. (Zufall. Vorsatz. Rechtswidrigkeit. Irrthum. Fahrlässigkeit. Bestrafung Unschuldiger.) Das kirchliche Recht geht im Gegensatz zu dem germanischen Strafrecht[6] davon aus, dass ein Vergehen nur dann vorliegt, wenn die dasselbe darstellende That dem (zurechnungsfähigen) Thäter auch wirklich zugerechnet werden kann, also aus einer Verschuldung desselben hervorgegangen ist[7].

a. Vorsatz. Die Verschuldung kann einmal Vorsatz, welcher mit *voluntas*[8], *sponte*[9], *industria*[10], *deliberatio*[11], *malitia*[12], *praesumere*[13] oder *audere*[14] bezeichnet wird, sein. Weder die kirchlichen Quellen noch die kanonistische Literatur hat sich näher mit der Feststellung des Begriffes des Vorsatzes beschäftigt. Die heutige Strafrechtstheorie fasst ihn als den Willen, etwas im gegebenen Falle zu thun, was das Gesetz unter Strafe gestellt hat[15], oder als die Vorstellung von der verursachenden Bedeutung (der Kausalität) der (kausalen) Willensbethätigung[16] auf und hat überwiegend aus der

cher nicht doli capax, also nicht zurechnungsfähig ist.

1 c. 1 X cit. V. 23; Schmier l. c. n. 11; Schmalzgrueber V. 37 n. 40.

2 Das folgt aus den vorher citirten Quellenstellen.

Wenn Katz S. 9 n. 1 auf Grund von c. 5 (Nikolaus I.) C. XXXIII qu. 2 für die adolescentes bei Tödtung der Ehefrau wegen der Eigenthümlichkeit der hier festgesetzten Strafart Straflosigkeit annimmt, so übersieht er, dass es sich hier um Zwangsbusse handelt. Auch weiss er nichts davon, dass die mit derselben verbundene Pflicht zur Ehelosigkeit den adolescentes erlassen werden konnte, s. Bd. IV. S. 722 n. 10 u. S. 822 n. 5 a. E., sowie diesen Bd. o. S. 98 n. 3.

3 Schmier l. c. n. 13; Schmalzgrueber l. c.; Thesaurus l. c. p. 18. 19.

4 So für die Entwendung und den Missbrauch von Hostien, s. o. S. 755 n. 8, sowie die *usurpatio ordinis*, s. o. S. 569 n. 3 u. S. 762.

5 Um die Heraufsetzung der Strafmündigkeit von der Pubertät auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr handelt es sich also dabei nicht, sondern blos um die Anwendung der Strafe im vollen Umfange.

6 Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte 2, 536.

7 Das ergiebt sich daraus, dass Handlungen, welche auf Zufall, casus fortuitus, s. c. 46 (l. 5 C. J. ad leg. Cornel. de sicar. IX. 16) Dist. L; c. 9 (Alex. III.) u. c. 23 (Honor. III.) X de homic. V. 12; casus improvisus c. 47 (l. 1 C. J. ad leg. Cornel. de sicar. IX. 16) Dist. L; eventus (non voluntas) c. 3 (Alex. III.) X de his qui fil. V. 10, zurückzuführen sind, nicht als strafbar behandelt werden, vgl. auch c. 49 (Nicol. I. J. L. n. 2846) c. 50 (Worms 868) u. c. 51 (Tribur 895) Dist. L. Es steht also darin auf dem Boden des römischen Rechts, wennschon sich freilich ganz vereinzelt, s. c. 6 (Tribur 895) C. XXXIV qu. 1, S. 813 n. 7, Einflüsse germanischer Rechtsanschauungen geltend gemacht haben, vgl. auch S. 919 n. 5 u. Freisen, Gesch. d. kanon. Eherechts S. 464 n. 4.

8 S. die S. 794 n. 2 citirten Stellen aus dem Dekret, c. 43 (Elvira 306) Dist. L; c. 1 (August.) C. XV qu. 1 und c. 3 X cit. V. 10, s. vor. Anm.

9 S. o. S. 794 n. 6.

10 c. 1 (Exod.) X de homic. V. 12, s. a. a. O.

11 c. 3 (Alex. III.) X de sent. exc. V. 39.

12 c. 7 (Innoc. III.) X de crim. falsi V. 20.

13 c. un. (Paul II.) in Extr. comm. de reb. eccl. III. 4, s. o. S. 879 n. 1, Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref., s. o. S. 751 n. 3, u. Sess. XXIV. c. 3 de ref., S. 885 n. 4, Benedict. XIV.: Ubi primum 1746, S. 872 n. 5, auch in der const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869, exc. l. s. rom. pont. res. n. 14, exc. l. s. episc. res. n. 1, S. 818 n. 11; susp. n. 6; vgl. ferner S. 856 n. 5; S. 860 n. 1; S. 869 n. 4; S. 880 n. 1.

14 Trid. Sess. XXIV. c. 1 de ref.

15 H. Meyer, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts, 4. A. S. 204 und die dort citirten.

16 v. Liszt, Lehrb. d. deutschen Strafrechts, 6. A. S. 143.

Begriffsbestimmung das Moment des Bewusstseins der Rechtswidrigkeit ausgeschieden[1]. Vom Standpunkt des kirchlichen Rechts und der kanonistischen Lehre aus ist dies aber nicht möglich.

Allerdings wiederholt das kanonische Recht den römischrechtlichen Satz, dass die Unkenntniss des Rechts Niemand entschuldigt[2], und erklärt damit die Rechtswidrigkeit in dem Sinne, dass der Thäter trotz der Kenntniss des Strafgesetzes die damit bedrohte Handlung verübt haben muss, für nicht erforderlich. Andererseits schreibt es aber vor[3], dass die von den Ordinarien in ihren Statuten verhängten Generalcensuren diejenigen, welche keine Kenntniss von denselben besitzen, nicht binden, falls ihre Unkenntniss nicht durch Trägheit oder grobe Nachlässigkeit verschuldet ist.

Indem die kanonistische Doktrin, welche seit dem Laufe des 14. Jahrhunderts[4] den hier einschlägigen Fragen ihre nähere Aufmerksamkeit zuzuwenden begann[5], die eben gedachte singuläre Vorschrift auf alle Strafgesetze[6] ausdehnte[7] und ausserdem den Grundsatz in Betracht zog, dass Niemand ohne Verschuldung Strafe erleiden soll[8], hat sie der Lehre von der Einwirkung der Rechtsunkenntniss auf die Verschuldung folgende Gestaltung gegeben.

Die Unkenntniss des Strafgesetzes schliesst, wenn sie eine unüberwindliche ist, nicht nur die Schuld, sondern auch folgeweise jede Strafe aus. Handelt es sich um ein mit einer poena vindicativa bedrohtes Vergehen, so genügt schon die Kenntniss, dass die betreffenden Handlungen verboten sind, auch wenn man nicht weiss, ob und welche Strafe auf dieselben gesetzt ist[9], und diesem Fall steht es gleich, wenn der Thäter zwar keine Kenntniss von dem positiven Strafgesetz, wohl aber davon besitzt, dass die dadurch betroffene Handlung (wie z. B. der Diebstahl) auch durch das göttliche Recht verboten ist[10].

Mit Rücksicht darauf, dass nach der damals[11] und auch noch heute herrschenden

[1] H. Meyer S. 193. 194. 207. 210; v. Liszt S. 151 ff.; s. auch Berner, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts, 15. A. S. 120. 243.

[2] Reg. XIII in VI de R. J. V. 13; s. auch c. 41 (poenit. Hieron. adscript.) C. XXIV qu. 1 (wo aber wegen Unkenntniss des kirchlichen Verbots mildere Strafe aufgelegt wird); vgl. ferner dict. Gratian. zu c. 12 C. I qu. 4. P. IV. §. 1 und §. 2 („naturalis iuris ignorantia omnibus adultis dampnabilis est"), ferner gl. s. v. omnis zu dict. Grat. cit., nach welcher die „ignorantia iuris naturalis, canonici et civilis neminem excusat".

[3] c. 2 (Bonifaz VIII.) in VI de const. I. 2: „Ut animarum periculis obvietur, sententiis per statuta quorumcumque ordinariorum prolatis ligari nolumus ignorantes, dum tamen eorum ignorantia crassa non fuerit aut supina."

[4] Über die verschiedenen Kontroversen unter den Älteren berichten Covarruvias in const. Alma mater (c. 24) in VI (de sent. exc. V. 11) P. I §. 10 n. 8. 9; Suarez l. s. disp. IV s. 8 n. 21 u. s. 9 n. 4. 5.

[5] Über die frühere s. o. Anm. 2.

[6] Obwohl es sich bei den Generalcensuren eigentlich um richterliche Akte handelt, s. oben S. 139, und die Kenntniss solcher nicht wie die der Rechtsnormen verlangt werden kann. Bei der äusserlichen Ähnlichkeit der Generalcensuren mit den Censuren l. s. und ihrem allmählichen Übergehen in einander, s. o. S. 653, kann es allerdings nicht Wunder nehmen, dass die Doktrin die hervorgehobene Eigenthümlichkeit nicht beobachtet hat.

[7] Da man den Papst ebenfalls zu den Ordinarien rechnete und demgemäss die Anordnung auch auf die päpstlichen Konstitutionen bezog, Suarez l. c. s. 9 n. 3; Reiffenstuel V. 39 n. 30.

[8] Reg. XXIII in VI de R. J. V. 13: „Sine culpa, nisi subsit causa, non est aliquis puniendus."

[9] Covarruvias l. c. n. 9; Schmier, iurisprud. canon. civil. lib. I tr. 1 c. 5 n. 235 ff.; Reiffenstuel V. 3 n. 321. 322; Schmalzgrueber I. 2 n. 40; Thesaurus l. c. P. I c. 15 p. 14. Die Kenntniss der Strafe wird aber dann gefordert, s. Schmalzgrueber l. c., wenn der Gesetzgeber nur die hartnäckige Missachtung des Gesetzes bestraft wissen will, vgl. auch unten S. 923.

[10] Schmalzgrueber und Thesaurus ll. cc.

[11] Suarez l. c. s. 9 n. 1. 21, s. auch S. 923 n. 2.

Auffassung[1] die Anwendung von Censuren eine Hartnäckigkeit und Widerspenstigkeit des Schuldigen gegen die Anordnungen der Kirche voraussetzt, verlangt man dagegen bei den mit Censuren[2] bedrohten Handlungen nicht nur Kenntniss des Verbotes, sondern auch der auf die Verletzung desselben gesetzten Censur[3]. Der Kenntniss wird[4] die *ignorantia crassa aut supina*[5], d. h. eine grobe Unkenntniss, welche durch reine Nachlässigkeit, Trägheit oder Sorglosigkeit veranlasst ist, ferner die s. g. *ignorantia affectata*[6], d. h. eine Unwissenheit, bei welcher man absichtlich alles unterlassen hat[7], um sich die erforderliche Kenntniss zu verschaffen, endlich von der herrschenden Meinung[8] auch die *ignorantia simpliciter graviter culpabilis*, d. h. eine solche, welche sich als schwer sündhaft, d. h. als Todsünde darstellt[9], gleichgestellt, so dass also eine Verschuldung und Zurechnung der That allein dann ausgeschlossen bleibt, wenn sich die Unkenntniss als eine unüberwindbare (invincibilis) oder als eine zwar überwindbare, aber nicht schwer sündhafte, d. h. als eine solche, zu deren Hebung man zwar Mühe, aber nicht in genügender Weise aufgewendet hat, darstellt.

Von diesen Regeln tritt indessen eine Ausnahme dahin ein, dass auch selbst bei vorliegender ignorantia crassa vel supina oder ignorantia simpliciter graviter culpabilis die Zurechnung und Bestrafung fortfällt, wenn diese letztere nicht schlechthin, sondern in Ausdrücken[10] angedroht ist, welche eine direkte Kenntniss der Rechtsnorm und der Strafe bei dem Übertreter derselben voraussetzen[11].

Diese Lehre, welche nur noch dahin zu ergänzen ist, dass die Unkenntniss der Rechtsnorm dann keine Berücksichtigung finden darf, wenn die letztere auch den in

[1] S. o. S. 122, vgl. auch Heiner, Censuren S. 5.

[2] Engel V. 39 n. 10 ff.; Reiffenstuel V. 39 n. 29—32; Schmalzgrueber V. 39 n. 78; Thesaurus l. c. p. 15; Heiner S. 5, Kober Kirchenbann 2. A. S. 204; denen dann auch die mit Irregularitäten und Inhabilitäten (Unfähigkeit zu Würden, Ämtern, kirchlichen Funktionen u. s. w., vgl. darüber Schmalzgrueber I. 2 n. 40) oder überhaupt mit einer poena spiritualis (o. S. 118), Schmier l. c. n. 236. 242, belegten Vergehen gleich gestellt worden sind.

[3] So gegen Covarruvias l. c., welcher die Kenntniss von der letzteren nicht erfordert, die gesammte spätere Doktrin, s. Suarez l. c. s. 8 n. 20, welcher dies sogar bei einer durch das göttliche Recht verbotenen Handlung annimmt, weil der Thäter sich in diesem Fall gegen das die ihm unbekannt gebliebene Censur androhende Gesetz der Kirche nicht widerspenstig zeigt, so auch Heiner S. 7; vgl. im übrigen die Citate in der vor. Anm.

[4] Auf Grund von c. 2 in VI cit. I. 2.

[5] Weil man gar keine Mühe angewandt hat, um sie zu überwinden. Sie liegt vor, wenn es sich um solche Dinge handelt, welche der überwiegenden Zahl von Menschen in gleicher Lage bekannt sind oder bekannt sein müssen.

[6] Der Ausdruck kommt in c. 2 (Lyon II. 1274) in VI de temp. ordin. I. 9 vor.

[7] Da diese eine schwerere, als die crassa et supina ist, vgl. gl. s. v. affectata zu c. 2 in VI cit.: „aequipollens ergo scientia et affectata ignorantia"; Suarez l. c. s. 10 n. 4. 10; Heiner S. 8.

[8] Aber nicht ohne Widerspruch, vgl. Suarez l. c. n. 6 ff., denn einzelne schliessen die Verschuldung schon bei jeder ingnorantia vincibilis aus, andere lassen dies nicht für die gemeinrechtlichen und päpstlichen, sondern nur für die partikularrechtlichen Anordnungen gelten.

[9] Vgl. namentlich Suarez l. c. u. n. 10 ff.; Heiner S. 8. 9. Während letzterer hervorhebt, dass eine solche Unwissenheit eine Verachtung der das Gesetz gebenden Kirche enthalte, also sich deshalb die Anwendung der Censur rechtfertige, bemerkt Suarez l. c. n. 10 treffend, dass die ignorantia simpliciter graviter culpabilis sich praktisch mit der crassa vel supina und der affectata decke.

[10] Wie praesumere, audere, ausu temerario facere, scienter, c. 2 in VI cit. I. 9; ferner auch consulto, contemnere, temere violare oder temerarius violator existere. Vgl. auch unten S. 926 n. 7.

[11] Vgl. Suarez l. c. n. 2. 3; Heiner S. 11. Doch wird darüber gestritten, ob in dem Falle, dass die Ausdrücke scienter oder consulto gebraucht sind, auch die ignorantia affectata der crassa oder supina gleichzustellen sei oder nicht, weil in diesem Falle wirkliches Wissen verlangt wird, also die freilich dem dolus nahe stehende ignorantia affectata zur Bestrafung nicht ausreichen könne. Gegen die Gleichstellung Schmalzgrueber IV. 14 n. 64; Heiner S. 11, aber mit Unrecht, denn eine solche Unwissenheit ist immer nicht positives Wissen.

Unkenntniss derselben Zuwiderhandelnden mit Strafe belegt[1], lässt sich, obwohl ihre quellenmässige Begründung auf schwachen Füssen steht, mit Rücksicht darauf, dass sie in der Praxis herrschend geworden[2], also durch ein feststehendes Gewohnheitsrecht gebilligt worden ist, heute nicht mehr anfechten oder gar umstossen. Dies um so weniger, als, soweit die Censuren in Frage stehen, die Doktrin mit der Ausbildung der gedachten Lehre instinktiv dem Bedürfniss entgegengekommen ist, die Handhabung des Beichtsakramentes und die strafrechtliche Praxis in Bezug auf die Censuren, namentlich auf die Exkommunikation, dadurch in Einklang zu setzen, dass sie wie für die Sünde das Bewusstsein des Verstosses gegen die religiösen Gebote erforderlich ist, deren Kenntniss die Kirche den Gläubigen durch den Katechismusunterricht und die Predigt vermittelt, auch für das Strafvergehen die Kenntniss des Strafgesetzes als Voraussetzung hinstellte und so einen namentlich gegenüber den vielen Censuren latae sententiae schwerwiegenden Übelstand, welcher aus der Nichtberücksichtigung der Rechtsunkenntniss hätte hervorgehen müssen, nicht hat zur Wirksamkeit kommen lassen, nämlich den, dass derjenige, welcher sich wegen der Unkenntniss rein positiver kirchlicher Rechtsnormen keiner Schuld bewusst war, von der härtesten, ihn der Theilnahme an den Sakramenten und den Segnungen der Kirche ausschliessenden Strafe der Censur betroffen werden konnte, während dagegen nur demjenigen, welcher sich in voller Kenntniss religiöser Gebote einer Sünde schuldig gemacht hatte, höchstens bei Unbussfertigkeit die Absolution verweigert werden durfte[3].

Weiter kommt für das kirchliche Recht, und zwar in Übereinstimmung mit dem weltlichen Strafrecht[4], bei einzelnen Vergehen die Rechtswidrigkeit als ein einzelnes

[1] Ein Beispiel dafür bietet die S. 763 n. 4 citirte const. Clemens' VIII.: Pastoralis 1604 §. 3, b. T. 11, 126, welche, „si quis scienter vel ignoranter secus fecerit", die Strafe der Konfiskation des unberechtigter Weise getragenen Ordenshabites androht.

[2] Eine sie den heutigen Anschauungen annähernde Wendung giebt ihr Narbonne 1609 c. 43, Hardouin 11, 43: „Facti quod male actum est, excusat ignorantia, iuris non item: quae tamen si non poenam omnino demit, saltem minuit, cum talis praetextu aliquo probabili allegatur: quae non recipitur, si lex sufficienter publicata violata probetur", insofern als hier die Unkenntniss der gehörig publizirten Rechtnorm für irrelevant erklärt, also in diesem Falle stets eine ignorantia crassa angenommen wird.

[3] Wenn nach der heute als massgebend anzuerkennenden Lehre für die Zurechnung des Vergehens die Kenntniss des Gesetzes oder grobe schuldhafte Unkenntniss in Betreff desselben erforderlich ist, so muss — diese Fragen werden in der Literatur nur selten berührt — auch die Kenntniss des Gesetzes, aber eine gleichzeitige irrige, unverschuldete Auslegung (wegen der Unklarheit desselben) und ferner eine eben solche Nichtsubsumtion der vorsätzlich verübten Handlung unter das dem Thäter bekannte Gesetz der vollen Unkenntniss von dem letzteren gleichgestellt werden, vgl. übrigens die gl. s. v. nescientiam zu c. 1 C. XV qu. 1: „dicitur enim nescire, qui non scit id, quod facit, esse peccatum"; Rheims 1857, coll. conc. Lac. 4, 217. 218: „Memoriae revocandum est, censuras sc. excommunicationem, suspensionem et interdictum personale ab iis non incurri, qui ex earum poenarum ignorantia, saltem inculpabili, leges transgrediuntur aut agunt in dubio sive iuris, quod versatur circa interpretationem legis, sive facti, quando istud dubium afficit facti veritatem." Wenn für Fälle des Zweifels über die Bedeutung eines unklaren Wortlautes des Gesetzes oder über die Subsumtion der That unter das letztere der Grundsatz aufgestellt wird: „in poenis benignior est interpretatio facienda" (s. reg. XLIX in VI de R. J. V. 12) oder „quum sunt partium iura obscura, reo favendum est potius quam actori" (c. XI ibid.), vgl. Heiner S. 14 u. Thesaurus l. c. c. 16 p. 16, so widerspricht dies nicht, denn nach der hier massgebenden Regel und c. XLIX cit. ist der Thäter befugt, sich an die ihm günstige Auslegung zu halten, sein Irrthum also kein grober und unverschuldeter.

Der umgekehrte Fall, dass Jemand aus Unkenntniss des Rechts annimmt, dass seine Handlung mit Strafe bedroht sei, während dies in Wahrheit nicht der Fall ist, das s. g. Wahnverbrechen, wird weder in den Quellen noch in der kanonistischen Literatur behandelt. Selbstverständlich liegt hier gar kein Verbrechen vor.

[4] Vgl. H. Meyer a. a. O. S. 198. 199; v. Liszt a. a. O. S. 152.

Merkmal des Thatbestandes in Frage[1]. Ist dies der Fall, dann muss das Bewusstsein einer solchen beim Thäter vorliegen, d. h. der Vorsatz dieses in sich schliessen. Die Frage, ob hier der verschuldete, grobe Irrthum (die *ignorantia crassa vel supina* und *affectata*) dem Bewusstsein der Rechtswidrigkeit gleichsteht[2], — erörtert ist sie bei den Kanonisten nicht[3] — muss verneint werden[4], sofern zum Thatbestand des betreffenden Vergehens Vorsatz erfordert wird, weil in solchen Fällen dem Thäter die Vorstellung von einem wesentlichen Thatbestandsmerkmal fehlt, und die Nichtbeschaffung der erforderlichen Unterlagen zur richtigen rechtlichen Beurtheilung seiner Handlung ihm höchstens als Fahrlässigkeit angerechnet werden könnte[5].

Zum Wesen des Vorsatzes gehört ferner, dass sich die Vorstellung des Thäters von seiner gewollten Handlung und dem durch dieselbe herbeizuführenden Erfolg in allen wesentlichen Punkten mit der in die Erscheinung getretenen That und mit dem letzteren deckt[6]. Daher ist der Vorsatz begrifflich ausgeschlossen, wenn der Thäter eines der Verbrechensmerkmale nicht gekannt oder das Nichtvorhandensein eines solchen irrthümlich angenommen hat[7]. Wenn er etwa aber auch verpflichtet gewesen sein sollte, sich darüber Kenntniss zu verschaffen, so kann ihm doch die Erfüllung dieser Verpflichtung immer nur als Fahrlässigkeit angerechnet werden, es sich also höchstens um ein fahrlässiges Vergehen handeln[8].

Gegenüber den nur Einzelfälle berührenden Quellenstellen[9] ist von der kanonistischen Doktrin, welche den hier einschlägigen Fragen sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat, seit dem Mittelalter zwar der Satz aufgestellt worden, dass die Unkennt-

[1] Das ist der Fall bei solchen, zu deren Thatbestand die Verletzung eines fremden subjektiven Rechts gehört, wie z. B. bei der Beeinträchtigung des kirchlichen Vermögens, siehe o. S. 749. 751, und dem Diebstahl, s. o. S. 827 n. 4, für welche die Kenntniss, dass die den Gegenstand des Delikts bildende Sache im Eigenthum der Kirche oder einer fremden Person steht, wesentliches Thatbestandsmerkmal ist, ferner bei solchen, für deren Thatbestand die Existenz eines bestimmten Rechtsverhältnisses, z. B. beim Ehebruch, s. S. 813, und der Bigamie, s. S. 814, das Vorhandensein einer gültigen Ehe, erforderlich ist. Sie liegen nicht vor, wenn der Thäter aus Rechtsgründen, selbst irrigerweise annimmt, dass die Sache nicht der Kirche oder einer fremden Person gehört oder die Person, mit welcher er den Beischlaf vollzieht oder eine neue Ehe eingeht, nicht in gültiger Ehe lebt. Endlich kommen noch solche Delikte in Frage, deren Thatbestand in Handlungen besteht, welche bestimmte Personen vollkommen berechtigter Weise vornehmen dürfen, die aber für andere mit Strafe bedroht sind, wie z. B. die zwangsweise Unterbringung von Mädchen in einem Kloster, die Anwendung der Züchtigung gegen unerwachsene Personen, welche den Gewalthabern freisteht, dagegen für andere ein Vergehen bildet, s. o. S. 806 n. 2 u. S. 809 n. 5, denn auch bei diesen ist der Thatbestand ebenfalls ausgeschlossen, wenn Jemand aus Rechtsirrthum annimmt, dass er der Vormund solcher Personen ist und sie wider ihren Willen in ein Kloster bringt oder züchtigt.

[2] S. o. S. 922. 923.

[3] Denn sie handeln, s. a. a. O., allein von der Unkenntniss der Existenz des Strafgesetzes.

[4] c. 2 in VI cit. I. 2, s. o. S. 922 n. 3, berührt diese Frage nicht.

[5] Der innere Grund liegt darin, dass der Begriff des Vorsatzes das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit der Handlung im Sinne von Strafbarkeit oder Strafwürdigkeit nicht in sich schliesst, also ein vorsätzliches Vergehen selbst bei Unkenntniss derselben vorliegt, die Rechtswidrigkeit in dem hier fraglichen engeren Sinne aber zu den wesentlichen Thatbestandsmerkmalen gehört, und schon die Unkenntniss eines solchen den Vorsatz ausschliesst.

[6] H. Meyer S. 204; v. Liszt S. 148.

[7] v. Liszt S. 149.

[8] v. Liszt S. 155. Vgl. auch Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §. 2, b. T. 9, 63 (unrechtmässige Weihe von Klerikern), „sive id scienter sive ignoranter fecerit, nisi debita diligentia adhibita iustus error et probabilis facti ignorantia eum excuset".

[9] c. 2 (l. 3 D. XLVII. 10) C. XV qu. 1; c. 5 (August.) C. XXXIV qu. 1 u. 2; c. 22 (Luc. III.) X de simon. V. 3 rechnen bei Unwissenheit eines Thatbestandsmerkmals die That nicht zu, während c. 103 (Rom 1078) C. XI qu. 3 nur provisorisch den Verkehr mit dem Exkommunicirten bei Unkenntniss der Exkommunikation für straffrei erklärt, also früher eine solche die Zurechnung der That, sofern nicht partikularrechtlich Ausnahmen gemacht waren, unter keinen Umständen ausschloss. c. 6 (Tribur 895) C. XXXIV qu. 1. u. 2 (welches den Ehemann, wenn er die im

niss von Thatsachen entschuldigt[1], die Regel hat aber die Einschränkung erlitten, dass dies nur der Fall ist, wenn eine *ignorantia probabilis*[2], nicht eine *crassa vel supina*[3] oder *affectata*[4] vorliegt. Diesen Satz hat man, indem man die ignorantia facti mit der ignorantia iuris gleich behandelte[5], auch, freilich ohne seine Tragweite für Zurechnung prinzipiell zu untersuchen, bei der Erörterung der Frage der Voraussetzungen der Strafbarkeit der einzelnen Delikte zur Anwendung gebracht, und konnte dafür nicht nur einen Anhalt an einzelnen Quellenstellen finden, welche von der für die Ausübung der Weihen seitens der censurirten Geistlichen eintretenden Irregularität handeln[6], sondern auch namentlich an dem Umstande, dass die kirchliche Gesetzgebung bis auf die heutige Zeit den Vorsatz mehrfach mit den Ausdrücken *scienter*[7], *praesumere*[8], *audere*[9], *casu temerario*[10] und gleich bedeutenden charakterisirt hat. Indem man die letzteren dahin auslegte, dass hier das Erforderniss einer wirklichen Kenntniss der Thatbestandsmomente vorgeschrieben sei, also die *ignorantia crassa vel supina* nicht zur Verschuldung und Zurechnung ausreiche[11], stellte man dieselbe und die *ignorantia affectata* in allen anderen Fällen der wirklichen Kenntniss gleich[12], d. h. man kam, wenngleich dies der Doktrin nicht zum Bewusstsein gelangt ist, thatsächlich zu dem Ergebniss, dass im Zweifel die Übertretung der kirchlichen Strafgesetze nicht nur im Falle des Vorsatzes, sondern auch der Fahrlässigkeit strafbar ist.

Prinzipiell ist eine solche allgemeine Gleichstellung des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit denkbar[13]. Aber in erster Linie kommt es darauf an, ob das positive Gesetz, indem es einen bestimmten Thatbestand unter Strafe stellt und ihn dadurch zum Strafvergehen macht, dasselbe blos als vorsätzliches oder auch als fahrlässiges Vergehen charakterisirt. Das hat auch die kanonistische Doktrin mit der Aufstellung der von ihr aus bestimmten Wortfassungen und Wendungen der kirchlichen Strafgesetze hergeleiteten Ausnahmen (s. oben) anerkannt. Es hindert also nichts, da sich ein festes Gewohnheitsrecht dafür, dass jedes Strafvergehen auch bei blos fahrlässiger Verletzung der Rechtsnorm vorliegt, nicht entwickelt hat[14], für das Gebiet des Kirchen-

Ehebett liegende Schwester seiner Frau, ohne sie zu erkennen, beschläft, mit Busse belegt, aber nicht des Ehebruchs für schuldig erachtet) gehört nicht hierher, sondern zu der o. S. 919 n. 5 besprochenen Kategorie von Stellen.

[1] Reg. XIII in VI de R. J. V. 13: „ignorantia facti, non iuris excusat“.

[2] Dict. Gratiani zu c. 12 C. I qu. 4 P. IV §. 1.

[3] Summa Stephan. Tornac. zu c. I qu. 4, ed. v. Schulte S. 152; gl. s. v. ignoranter zu c. 6 X de homic. V. 12.

[4] Reiffenstuel V. 39 n. 2 und de reg. iur. XIII. 10, ed. Pelletier 7, 43; Thesaurus l. c. c. 15 p. 15; Ferraris s. v. ignorantia n. 17; Heiner S. 7 ff.; Kober, Kirchenbann 2. A. S. 206.

[5] S. namentlich Suarez l. c. s. 10 n. 2. 3; Heiner S. 7 ff., vgl. auch o. S. 923.

[6] c. 29 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 9 (Gregor. IX.) X de cler. exc. V. 27, s. Bd. I. S. 53; s. auch c. 5 (Innoc. III.) X eod.

[7] c. 2 (Lyon 1274) in VI de temp. ord. I. 9; Clem. un. de sponsal. IV un.; Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 4, b. T. 7, 744, S. 740 (s. aber S. 741 n. 1); Gregor XIII.: Inter apostolicas 1584 §. 4, b. T. 8, 489, S. 743, und const. Pius' IX.: Apostolicae 1869, s. die S. 495 n. 8; S. 497; S. 513 n. 1 u. 3; S. 537 n. 5 angeführten Stellen.

[8] S. die Anführungen S. 921 n. 13.

[9] S. a. a. O. n. 14.

[10] S. 744 n. 1.

[11] Hierbei trat dann ebenfalls die Streitfrage hervor, ob die ignorantia affectata der crassa oder supina gleichzustellen sei oder nicht, s. o. S. 923 n. 11.

[12] Siehe die Citate Anm. 4 u. 5. So will Schmalzgrueber V. 16 n. 3 der Frau den Ehebruch blos bei unverschuldeter Unkenntniss nicht zurechnen, ja, er lässt sogar entgegen Clem. un. de spons. IV. un. auch bei incestuoser Ehe die Strafe im Fall einer verschuldeten Unwissenheit eintreten, l. c. IV. 14 n. 62. 64. Über einen Fall, in welchem neuerdings die congr. inquis. denselben Standpunkt eingenommen hat, s. S. 872 n. 3.

[13] H. Meyer a. a. O. S. 219; v. Liszt S. 156.

[14] Denn dieser Satz ist von der Doktrin niemals ausgesprochen, ja, ihr auch niemals zum Bewusstsein gekommen, und der von ihr wiederholte Satz, dass nur die ignorantia probabilis entschuldigt, musste, während er, soweit er auf die Un-

rechts die in der heutigen Strafrechtswissenschaft herrschende Theorie, dass der Vorsatz stets ausgeschlossen ist, wenn dem Thäter nicht alle Merkmale des Thatbestandes bekannt waren, zur Geltung zu bringen[1]. Verschieden davon ist die Frage, ob ein einzelnes kirchliches Strafgesetz blos den Vorsatz oder auch die Fahrlässigkeit bestraft wissen will. Dies ist lediglich Sache der Auslegung im Einzelfall. Dabei sind aber nicht allein, wie dies die Doktrin fast ausschliesslich thut[2], die Wortfassung und die Wendungen des Gesetzes, sondern auch die sonst in Frage kommenden Momente, namentlich der Grund und Zweck, sowie die Geschichte desselben, in Betracht zu ziehen[3].

Im Übrigen hat das kanonische Recht keine allgemeinen Grundsätze über den Vorsatz aufgestellt, und ebensowenig hat sich die kanonistische Doktrin mit den weiter in die Lehre einschlagenden Fragen beschäftigt[4].

b. Fahrlässigkeit. Die Verschuldung, wegen deren ein Strafvergehen dem Thäter zuzurechnen ist, kann ferner auch Fahrlässigkeit, in den kirchlichen Quellen als *culpa*[5], *negligentia*, *neglectus*[6], *incuria*[7], auch als *casus*[8] bezeichnet[9], sein.

kenntniss des Rechts bezogen wurde, eine für alle Vergehen geltende Bedeutung hatte, hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf Thatsachen (d. h. hier auf Thatbestandsmerkmale) immer noch an jedem einzelnen, ein Vergehen unter Strafe stellenden Gesetze geprüft werden. Das hat die Doktrin nicht nur in Betreff der vorhin gedachten Fälle, sondern auch sonst gethan, s. z. B. Schmalzgrueber V. 10 n. 13, welcher keinen Vatermord annimmt, wenn der Sohn den Vater ignoranter et sine dolo getödtet hat, also hier die ignorantia crassa vel supina dem Vorsatz nicht gleich stellt.

1 Seinem Wortlaut nach steht Narbonne 1609 cit., s. o. S. 924 n. 2, auf dem Boden derselben, ob freilich bewusster Weise, im Gegensatz zu der herrschenden Doktrin, ist indessen zweifelhaft, da es sich wohl eher nur um Wiedergabe der allgemeinen Regel handelt.

2 S. aber die vorvor. Anm. a. E.

3 So wird man z. B. nach der Absicht und dem Zweck der betreffenden Strafbestimmungen Vorsatz (unter Ausschliessung der Fahrlässigkeit) für erforderlich annehmen müssen bei der Vergewaltigung hoher kirchlicher Würdenträger, s. S. 746 n. 5, der percussio clericorum, Bd. I. S. 119. 120, der Verletzung der Klausur, S. 786. 788. 791; und bei der Verfälschung päpstlicher Schreiben, s. o. S. 845, (vgl. auch S. 501); das umgekehrte dagegen dann, wenn ein späteres, die gleiche Handlung bedrohendes Strafgesetz die den Ausschluss der ignorantia crassa vel supina bedingenden Worte, wie z. B. scienter, praesumere, aus der Fassung des früheren nicht aufgenommen hat, s. Beispiele dafür S. 694; S. 753 n. 6; S. 772 n. 7 u. S. 773 n. 7 (vgl. dazu Heiner S. 162). Endlich ist auch zu berücksichtigen, dass das Gesetz die Kenntniss an bestimmte Thatsachen, z. B. an eine vorgeschriebene Art der Publikation, knüpfen kann, s. S. 509 n. 6.

4 Katz S. 11 n. 2 findet zwar den *error in objecto* (d. h. die Vollziehung des Deliktes an einem anderen Gegenstand als dem vom Thäter vorgestellten) in der gl. ignoraverit zu c. 4 X de sent. exc. V. 39, welchen diese für irrelevant erklären soll, erwähnt, aber es handelt sich hier in der That um die Frage, ob bei Unkenntniss der Eigenschaft eines Klerikers oder bei irriger Annahme, dass ein Laie Kleriker sei, eine strafbare percussio clericorum vorliegt, vgl. Bd. I. S. 120 n. 4 u. 5. Nicht minder unhaltbar ist es, wenn Katz S. 18 unter Berufung auf die gl. prodiit zu c. 39 (Nicol. I) Dist. L: „Et sic propter unum delictum imputantur omnia quae sequuntur ex illo" in Verbindung mit der gl. interiit dazu es als Grundsatz hinstellt, dass, wenn der erste Erfolg einer Handlung dem Dolus des Thäters zuzuschreiben ist, ihm auch alle weiteren sich daraus ergebenden Folgen, mögen sie nun gewollt oder nicht gewollt sein, sofern sie nur nicht durch von aussen, ohne Schuld des Thäters hinzutretende Umstände veranlasst sind, zur Schuld zugerechnet werden. Nach der Stelle selbst soll aber ein Priester, welcher einen Diakon „non voluntate occidendi" der Art geschlagen hat, dass letzterer in Folge dessen gestorben ist, wegen seines furor nur mit härterer Strafe, als wenn der Tod nach der percussio durch Zufall erfolgt ist, bestraft werden, sie spricht aber nicht davon, dass dem Thäter die Tödtung auch als vorsätzliche zuzurechnen sei, s. o. S. 806 n. 4. Dasselbe gilt auch von c. 34 C. XXIII qu. 8, s. a. a. O. n. 3. In c. 18 X de homic. V. 12, s. a. O. n. 2, wird dagegen aus der Zufügung einer tödtlichen Wunde auf den Vorsatz geschlossen.

Des eventuellen Vorsatzes, welchen die Doktrin freilich nicht genügend von der Fahrlässigkeit geschieden hat, wird nur gelegentlich der Tödtung gedacht, S. 795 n. 1 u. n. 4.

5 c. 9 (Gregor. IX.) X de iniur. V. 36; culpabiliter omittentes s. S. 852 n. 1.

6 S. 795 n. 2 u. c. 7 (Innoc. III.) X de crim. falsi V. 20; *negligenter* s. S. 702 n. 5.

7 c. 7 (Clem. III.) X de poenit. V. 38, s. Bd. I. S. 42 n. 4.

8 So bei der Tödtung, s. darüber und über die Bedeutung des s. g. homicidium casuale S. 795 n. 4 u. Bd. I. S. 41.

9 Nicht aber als: infirmitas, so Katz S. 18 n. 3,

Eine Definition der Fahrlässigkeit geben die Quellen nicht[1], und die kanonistische Doktrin hat sich mit der Lehre von der Fahrlässigkeit, soweit sie auf dem Gebiete des Strafrechts in Betracht kommt, nicht prinzipiell, sondern nur gelegentlich der Lehre vom homicidium, namentlich im Hinblick auf die in Folge des letzteren eintretende Irregularität beschäftigt[2]. Es kann also für das kirchliche Recht der durch die heutige Wissenschaft festgestellte Begriff der Fahrlassigkeit, die „pflichtwidrige Nichtkenntniss der verursachenden Bedeutung des Thuns oder Unterlassens"[3] oder „dasjenige Verhältniss einer Person zu einem Geschehen, wonach dasselbe zwar nicht von ihr gewollt ist, aber hätte vermieden werden können und sollen"[4], ebenfalls als massgebend betrachtet werden. Eine Handlung oder Unterlassung ist also dem Verursachenden als fahrlässig zuzurechnen, wenn der Thäter dabei nicht die erforderliche Vorsicht angewendet, also weder die nach Lage der Umstände objektiv gebotene Sorgfalt, noch die ihm nach seiner individuellen geistigen Beschaffenheit mögliche Voraussicht bewiesen hat, d. h. wenn es ihm nach derselben möglich war, den Erfolg seines Thuns oder seiner Unterlassung, obgleich nur in allgemeinen Umrissen, vorherzusehen[5]. Fehlt es daher an einem der beiden Erfordernisse, so ist die Verschuldung ausgeschlossen.

Gleichgültig für die Frage, ob Fahrlässigkeit vorliegt, ist der Umstand, ob der Thäter in einem, in anderer Beziehung strafbaren oder rechtswidrigen Thun begriffen war[6].

Grade die Fahrlässigkeit kennt das kirchliche Recht nicht[7], wennschon die Doktrin seit der Glosse den Versuch gemacht hat, solche aufzustellen[8].

denn dies bedeutet in c. 22 (Gregor. I.) Dist. II de poen. im Gegensatz zu dem studio peccatum perpetrare, dem Sündigen aus Lust an der Sünde, das Sündigen aus Schwäche, also weil man der Versuchung unterliegt, und dieses kann ebenfalls ein vorsätzliches sein.

[1] Höchstens kann das die aquilische Beschädigung betreffende c. 9 (Gregor. IX.) X de iniur. V. 36: „Si culpa tua datum est damnum vel iniuria irrogata seu aliis irrogantibus opem forte tulisti aut haec imperitia tua sive negligentia evenerunt, iure super his satisfacere te oportet, nec ignorantia te excusat, si scire debuisti ex facto tuo iniuriam verisimiliter posse contingere"; ferner noch Sixtus V.: Sanctum et salutare 1589 §. 2, s. S. 925 n. 8, in Betracht kommen.

[2] S. 795 ff. u. Bd. I. S. 41 ff.; vgl. jetzt auch v. Scherer, die irregularitas ex delicto homicidii, im Arch. f. k. K. R. 49, 37 ff. 43 ff.

[3] v. Liszt S. 155.

[4] H. Meyer S. 217.

[5] Ich schliesse mich in der Streitfrage, ob die Fahrlässigkeit nach einem allgemeinen (objektiven) Massstabe oder rein individuell zu beurtheilen ist, s. Meyer S. 221 n. 18 u. Bd. I. S. 42 n. 5, der von v. Liszt S. 155 aufgestellten Unterscheidung an. Das Auseinanderhalten der Vorsicht und der Voraussicht, einerseits negligentia und andererseits imperitia, bez. ignorantia findet sich schon in c. 9 X cit., s. Anm. 1.

Wenn Katz S. 19 es als allgemeines Prinzip des kanonischen Strafrechts aufstellt, dass Fahrlässigkeit schon dann angenommen wird, wenn der Thäter, selbst in den Fällen, in denen thatsächlich kein Grund zur Besorgniss vorliegt, nicht mit Achtsamkeit gehandelt hat, und diesen weiten Begriff der Kulpa dem Prinzip der Kirchengesetzgebung für entsprechend erklärt, die Sünde in jeder Erscheinung strafrechtlich zu fixiren, um die Kirchengenossen zu einem nach jeder Richtung hin unbescholtenen Leben zu erziehen, so hat er übersehen, dass die von ihm dafür allein angeführte gl. nec etiam zu c. 3 X de his qui fil. V. 10: „quia forsitan minorem diligentiam illis adhibuerunt ..., quia bonarum mentium est, ibi culpam timere, ubi culpa non est", mit diesen Worten die Auferlegung einer Busse an die Eltern, welche das Kind im Schlaf todt gedrückt haben, nur für den Fall motivirt, dass die Tödtung durch casus nicht unzweifelhaft feststeht, also gar nicht von der Frage, wann eine Fahrlässigkeit vorliegt, handelt. Auch dict. Grat. zu c. 3 C. XXII qu. 2, S. 702 n. 5, kann zur Unterstützung dieser Annahme nicht herangezogen werden. Nicht blos eine geringe Modifikation, so Katz S. 19 n. 1, sondern eine Widerlegung derselben bietet c. 23 (Honor. III.) X de homic. V. 12: „nihil potuit imputari, si casus omnes fortuitos non praevidit."

[6] Über die gegentheilige Lehre s. Bd. I. S. 42; v. Scherer a. a. O. S. 47. 48.

[7] Bd. I. S. 42.

[8] gl. zu c. 3 cit. V. 10 im casus: culpa gravis vel levis u. gl. si culpa zu c. 9 cit. V. 36 (culpa levissima). Die betreffenden Erörterungen finden sich aber ebenfalls, so weit das Strafrecht in Betracht kommt, bei der Behandlung der Irregu-

Eine allgemeine Bestimmung darüber, wann ein Delikt blos als vorsätzliches oder auch als fahrlässiges zu bestrafen ist, weist das kirchliche Recht nicht auf[1].

c. Die Bestrafung Unschuldiger. Der Grundsatz, dass nur die schuldhafte, von dem Thäter ausgehende Verletzung des Gesetzes an diesem gestraft werden kann, ist im kirchlichen Strafrecht zunächst durch die Einführung des Lokalinterdiktes und des *interdictum ambulatorium*[2], seit dem 13. Jahrhundert aber auch durch die Bedrohung der Deszendenz des Thäters und anderer unschuldiger Personen mit einer Reihe von Strafen durchbrochen worden[3]. Auch in der hier fraglichen Periode haben die Päpste[4] noch bis in das 18. Jahrhundert hinein dergleichen Strafandrohungen erlassen[5].

Schon die Doktrin hat seit dem 12. Jahrhundert im Hinblick auf biblische Beispiele die Frage erörtert[6]; und wenngleich sie die Zulässigkeit der Exkommunikation gegen die unschuldigen Familienangehörigen verneint hat[7], so ist doch von ihr im 13. Jahrhundert die Anwendung körperlicher Strafen[8] und sogar auch die des Interdikts[9] gegen Unschuldige für statthaft erklärt worden. Ihren gesetzlichen Anhalt hat diese Lehre dann durch den liber Sextus gefunden, welcher eine derartige Bestrafung aus einer gegründeten Ursache zulässt[10]. Auf diesem Standpunkt ist auch die spätere Doktrin stehen geblieben, indem sie den öffentlichen Nutzen als eine solche Ursache hinstellt[11] und damit einen Theil der hierher gehörigen Strafandrohungen rechtfertigt[12], jedenfalls nicht mit Unrecht, denn die älteren[13] sind ebenso wie die neueren[14] zum Schutze der hierarchischen Interessen der Kirche und der Geistlichkeit erlassen. Die Wahrung dieser bildet aber für die katholische Kirche eine ihrer wichtigsten Aufgaben, und alle Mittel, welche dazu dienen, sind deshalb nach ihrer Auffassung durch den öffentlichen Nutzen und das öffentliche Wohl gerechtfertigt.

Wie diese Lehre[15] in späterer Zeit niemals Anfechtungen erfahren hat[16], so sind

larität ex delicto homicidii, s. Bd. I. S. 42 n. 3, sonst nur bei der Behandlung civilrechtlicher Materien, wozu auch Schmalzgrueber V. 36 n. 56 (aquilische Sachbeschädigung) gehört.

1 S. dazu auch S. 925. 926, ferner in Betreff des Meineides s. S. 702, und der Tödtung S. 795 n. 2 u. S. 806 n. 2.

2 S. 23. 31. 123.

3 S. 123. 124.

4 Die Partikularkonzilien selten, s. aber Salzburg 1490, Hartzheim 5, 577, s. o. S. 751 n. 2 (Raub, Plünderung und Invasion der Güter erledigter Kirchen und des Nachlasses verstorbener Geistlicher, „cum tota familia sua ab ingressu ecclesiae arceatur, donec ablata restituerit universa").

5 Leo X.: Supernae 1514 §. 39, b. T. 5, 604 (Okkupationsfreiheit des Vermögens der Unterthanen), s. o. S. 551 n. 6; Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 4, b. T. 7, 746 (Infamie für die Deszendenten, s. S. 740 Anm. Sp. 1); Urban VIII.: Ad audientiam 1625 §. 4, b. T. 13, 334, s. S. 543 n. 1; Benedikt XIV.: Apostolicae 1747, bull. Bened. 2, 150 (Geldstrafe für die unschuldige Judenschaft, s. S. 548 n. 4). Leo X.: Decet 1521 §. 3, b. T. 5, 761, verfügt nur die Anwendung der Ketzerstrafen gegen die Deszendenten der Anhänger Luthers nach Massgabe des bestehenden Rechts.

6 Dict. Gratian. vor c. 1 C. XXIV qu. 3; summa Rolandi dazu ed. Thaner S. 102; summa Rufini dazu, ed. v. Schulte S. 374.

7 S. die vor. Anm., Rolandus l. c. sogar die jeder poena spiritualis.

8 gl. quod autem zu C. XXIV qu. 3 init. in Anhalt an c. 22 (l. 5. C. J. IX. 8) C. VI qu. 1, d. h. an die römischen Strafen des Majestätsverbrechens.

9 Wesentlich auf Grund von c. 11 (Alex. III.) X de sponsal. IV. 1.

10 Reg. XXIII de R. J.: „Sine culpa, nisi subsit causa, non est aliquis puniendus."

11 Reiffenstuel ad reg. 22 de R. J. n. 7 ff. und ad reg. 23 cit. n. 3, welcher sich auf die Strafen des römischen Rechts für das Majestätsverbrechen, die des kanonischen für die Ketzerei und auf die Bibel beruft.

12 S. die vor. Anm.

13 S. 123 ff.

14 S. o. Anm. 5.

15 Wenngleich die frühere Doktrin zum Theil sogar die Statthaftigkeit der Exkommunikation gegen Unschuldige wegen der Schwere des Delikts für statthaft erachtet hat, gl. quod autem cit. zu zu C. XXIV qu. 3, so hat dieselbe doch überwiegend an der Unzulässigkeit derselben, s. o. im Text zu n. 8, festgehalten, Suarez l. c. disp. IV s. 2 n. 2.

16 So erklärt z. B. (A.-)Pennacchi l. c. 2,

die Strafandrohungen, welche Unschuldige wegen des Vergehens anderer mit Strafe belegen, wenngleich sie heute so gut wie unpraktisch sind, niemals aufgehoben worden, sie müssen also wenigstens der Theorie nach als heute geltend betrachtet werden.

§. 343. c. *Die objektive Seite des kirchlichen Strafvergehens und Disciplinarstrafvergehens. Die Vollendung und der Versuch.*

Nicht der schuldhafte Wille als solcher bildet schon das Strafvergehen, vielmehr erst die durch denselben herbeigeführte, in die Aussenwelt tretende That, die vom Strafgesetz bedrohte Handlung oder Unterlassung. Diesen Grundsatz erkennen die Quellen des kirchlichen Rechts ebenfalls an[1]. Allerdings hat die Doktrin schon seit den Zeiten der Glosse die Frage aufgeworfen, ob nicht wenigstens eine Censur wegen eines peccatum internum oder eines actus internus verhängt werden dürfe[2], und im Zusammenhang damit die Frage erörtert, ob die Kirche die Gewalt habe, dergleichen innere Vorgänge unter Strafe zu stellen[3], indessen hat von jeher die überwiegende Meinung[4] in der richtigen Erkenntniss, dass diese nicht in das Gebiet der Strafgerichtsbarkeit der Kirche, vielmehr das der Seelsorge und des Beichtforums fallen, an dem Grundsatze festgehalten, dass der schuldhafte Wille, welcher sich nicht in der

335 die Suspension (er meint das Personalinterdikt) gegen eine Verbandeinheit für die dazu gehörigen unschuldigen Mitglieder für eine Strafe, nicht für eine Censur, zweifelt also nicht an der Zulässigkeit der Bestrafung Unschuldiger.

1 c. 14 (l. 18 D. XLVIII. 19) Dist. I de poen.: „cogitationis penam nemo patitur". Stellen, welche gewöhnlich noch herangezogen werden, wie c. 23 (Innoc. I.) C. XXXII qu. 5 („non habent latentia peccata vindictam") oder c. 33 (Innoc. III.) X de sim. V. 3 („ecclesia non iudicat de occultis"), s. auch c. 34 (id.) eod., sind nicht beweiskräftig, denn unter den latentia und occulta sind in diesen die in die äussere Erscheinung getretenen, aber geheim gebliebenen, nicht beweisbaren Sünden und Vergehen zu verstehen. Wenn dict. Grat. §. 5 vor c. 1 C. XV qu. 1 (August.): „peccatum est voluntas retinendi vel consequendi quod iustitia vetat" und c. 29 (Aug.) Dist. I de poen.: „Si propterea non facis furtum, quia times ne videaris, intus in corde fecisti, furti teneris et nil tulisti" alles Gewicht auf den inneren Willen legen, so handelt es sich hier lediglich um die Sünde, welche in Gedanken begangen werden kann, nicht aber um das kirchliche Strafvergehen. Dasselbe gilt von c. 13 (Gregor. I.) C. XXXII qu. 5 („Qui viderit mulierem ad concupiscendam eam, iam moechatus est eam in corde suo . . . etiam solo visu, cum turpiter vel innupta concupiscitur, adulterium perpetratur"), woraus Katz S. 104 irriger Weise schliesst, dass auch schon die Begier nach dem Beischlaf „der Sühne für würdig", also anscheinend für ein Strafvergehen erachtet wird. Auch von c. 11 C. cit., vgl. S. 814 n. 16; ebenso von c. 25 (Hieron.) 28 (Aug.) c. 30 (id.) Dist. I de poen. gilt dasselbe.

2 So schon die gl. cogitationis zu c. 14 cit. Dist. I de poen. und gl. eo ipso zu Clem. 1 de haeret. V. 3; s. die weiter bei Suarez l. c. disp. IV s. 2 n. 5 angeführten und noch Schmier l. c. lib. V. tr. 1 c. 3 n. 134 ff. Vor Allem wurde mindestens die Statthaftigkeit von censurae latae sententiae behauptet, s. darüber Suarez l. c. n. 3.

3 S. die vor. Anm., vgl. namentlich Schmier l. c. und andererseits Suarez l. c. n. 5.

4 S. vor Allem Suarez l. c. n. 1, welcher auch die älteren citirt; Reiffenstuel V. 39 n. 10; Schmalzgrueber V. 39 n. 62; Thesaurus l. c. P. I c. 3 p. 4. 5; Kober, Kirchenbann 2. A. S. 131.

In der That findet sich auch kein Beispiel eines kirchlichen Gesetzes, welches Strafen oder Censuren blos für den schuldhaften Willen androht, also Gedanken oder Gedankensünden zum Strafvergehen stempelt. Schon seit der Glosse sind allerdings zur Begründung der verworfenen Meinung eine Reihe von Stellen angeführt, welche solche Beispiele bieten sollen, so namentlich c. 7. 8 (Gangra) Dist. XXX; Clem. 1 cit. V. 3; Clem. 1 §. 5 de statu monach. III. 10. Diese handeln aber theils von ketzerischen Glaubensmeinungen, welche indessen, so lange sie nicht geäussert werden, gar nicht bestraft werden können, theils von Delikten, bei welchen eine bestimmte Richtung der Absicht erfordert wird, so dass es sich hier gar nicht allein um die blosse Bestrafung des inneren Willens als solchen handelt. Vgl. auch die Gegenausführungen von Kober a. a. O. S. 131 ff.; s. ferner Bd. IV. S. 744 n. 12.

That verkörpert, nicht strafbar ist, dass also die blosse Fassung und Festhaltung eines solchen kein Strafvergehen bildet.

Das Strafvergehen liegt vor, wenn der durch das Gesetz bedrohte Thatbestand verwirklicht, d. h. also, wenn dasselbe vollendet ist. Erst damit hat der Thäter, welchem die Verwirklichung zuzurechnen ist, die Strafe verwirkt, denn diese ist eben auf das Strafvergehen, welches ohne die Verwirklichung seines Thatbestandes nicht Existenz gewinnen kann, gesetzt. Eine ausdrückliche Anerkennung hat dieser Satz zwar im kanonischen Recht nicht gefunden, indessen ist er selbstverständlich [1].

Ebensowenig hat dasselbe aber auch die Frage geregelt, ja nicht einmal berührt, in wie fern und unter welchen Voraussetzungen der Versuch eines Vergehens als strafbar zu betrachten ist [2]. Dies erklärt sich daraus, dass das römische Recht in Betreff desselben nicht zu feststehenden Grundsätzen gelangt war [3] und ebenso wenig das germanische Recht bis in das Mittelalter hinein einen festen Versuchsbegriff ausgebildet hatte [4]. Von der späteren italienischen Jurisprudenz, welche sich zuerst mit der Feststellung des Begriffes des Versuches beschäftigt hat [5], ist das Kirchenrecht, da die von der Doktrin ihren Erörterungen zu Grunde gelegten Rechtsbücher des corpus iuris canonici schon vorher abgeschlossen waren, nicht mehr beeinflusst worden, vielmehr wie im Mittelalter [6], so auch bis in die neuere Zeit auf dem Standpunkt des römischen

[1] In der kanonistischen Literatur wird die Frage wesentlich im Hinblick auf die Censuren, namentlich die l. s. behandelt und allgemein die Vollendung des Vergehens verlangt, Suarez l. c. disp. IV s. 3 n. 4; Avila de censuris P. I dub. 11 u. P. II c. 5 disp. 3 dub. 5; Schmalzgrueber V. 39 n. 64; Thesaurus l. c. P. I c. 8, p. 8 (dieser für alle poenae l. s.); Kober, Kirchenbann S. 135; vgl. auch Reiffenstuel V. 12 n. 31 (mit Bezug auf das homicidium).

Nur Katz S. 23 behauptet, dass das Delikt vollendet sei, wenn der verbrecherische Wille irgendwie erkennbar geworden ist, dass aber in den Quellen für diese Erkennbarkeit keine bestimmten Voraussetzungen vorhanden sind, also die Beurtheilung im einzelnen Fall dem Ermessen des Richters unterlegen habe. Das erstere soll aus dict. Grat. zu c. 22 Dist. I de poen.: „Ex consilio autem velut ex facto aliquem teneri" und der gl. ex consilio dazu: „consilium autem plus est quam voluntas, quia in eo proceditur ad factum" folgen, obwohl hier, s. namentlich c. 22 (August.) cit., von der Anstiftung und dem Anrathen eines Vergehens im Gegensatz zur eigenen Ausführung durch den Thäter die Rede ist.

[2] Die hier einschlägigen Stellen, welche das Dekret enthält, sind dem römischen Recht entnommen und erklären den Versuch bei einzelnen Verbrechen oder vielmehr gewisse bestimmt bezeichnete Vorbereitungshandlungen derselben für strafbar, s. c. 6 (l. 5 C. J. I. 3) c. 9 (l. 5 C. J. IX. 8) c. 10 (l. 8 C. J. IX. 16) c. 11 (l. 9 ibid.) c. 15 (l. 1 D. XLVII. 11) c. 17 (l. 1 §. 2 D. II. 2) c. 19 §. 8 (l. 16 §. 8) Dist. I de poen., während c. 12 (l. 9 §. 4 l. 10. 11 D. XLVII. 10) c. 13 (l. 15 §. 1 ibid.) u. c. 16 (l. 21 D. XLVII. 2) ead., welche bestimmte Handlungen als Injurien, bez. als Diebstahl qualifiziren, c. 20 ibid. (dict. Gratian.) irrigerweise von Eisenmann, d. Grenzen des strafbaren Versuches, i. Zeitschr. f. d. ges. Strafrechtswissenschaft. Berlin 1893. 13, 493 n. 63, als hierher gehörig angeführt werden. Vollends kann gar keine Rede davon sein, dass (so Zachariä, die Lehre vom Versuche der Verbrechen. Göttingen 1836. 1, 169 u. 2, 139) c. 6 (Alex. III.) u. c. 18 (Clem. III.) X de hom. V. 12, auf Grund eingedrungener germanischer Anschauungen von verschiedenen Stufen des Versuchs und von verschiedener Strafbarkeit derselben handeln, da in c. 6 nur Theilnahme, Begünstigung und Anstiftung, in c. 18 aber die Irregularität ex delicto homicidii wegen einer percussio in Frage steht. Im Resultat, wenn auch nicht in den Gründen übereinstimmend Eisenmann S. 499 n. 66.

[3] Vgl. Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 2, 286 ff.; Eisenmann S. 488; v. Liszt S. 173.

[4] Brunner, Deutsche Rechtsgesch. 2, 558 ff.; Geib 2, 292; Eisenmann S. 500; v. Liszt S. 173.

Katz S. 23 erklärt die Stellung des kanonischen Rechts in der Versuchslehre in Konsequenz seiner irrigen Auffassung, s. o. Anm. 1, daraus, dass bei der weiten Ausdehnung des Begriffs der Vollendung kein Feld für die Ausbildung des Versuchs übrig geblieben sei, und macht sich unnöthige Schwierigkeiten wegen c. 4 u. 7 (Innocenz III.) X de bigam. non ordin. I. 21, welche von der Irregularität wegen vollendeter bigamia similitudinaria handeln, s. Bd. I. S. 54.

[5] Eisenmann S. 495 ff.

[6] Gottesfrieden v. Tulujas 1065, Huberti, Studien z. Rechtsgesch. D. Gottesfrieden 1, 337: „Si quis vero intra hanc treugam se miserit en aguait (Hinterhalt) vel ipsum aguait stabilierit pro morte vel apprehensione alicuius hominis... et tamen si hoc agere non potuerit, similiter

Rechts stehen geblieben, d. h. es hat bei der Bedrohung einzelner Verbrechen mit Strafe auch gleichzeitig solche Handlungen, welche nach unserer heutigen Anschauung einen Versuch bilden würden, oder auch ausdrücklich den Versuch mit derselben Strafe belegt[1].

§. 344. d. *Die Theilnahme am Vergehen.*

Was die Behandlung der Theilnahme[2] im weiteren Sinne durch das kirchliche Strafrecht betrifft, so empfiehlt es sich beim Mangel allgemeiner, dieselbe prinzipiell regelnder Normen, diese Lehre in Anhalt an die Terminologie der Quellen zu erörtern.

1. Die Anstiftung. Die Ausdrücke *preceptum*[3], *ordo*[4], *iubere*[5], *auctoritas*[6], *mandatum*[7] und *mandare*[8] können begrifflich nichts anderes als die Anstiftung, d. h. die Einwirkung auf den Willen eines anderen, um ihn zur Begehung einer (strafbaren) Handlung zu bestimmen, bedeuten.

Neben diesen kommen noch andere vor, welche denselben Sinn haben können[9],

emendet ad iudicium episcoporum et canonicorum eius ipsam treugam domini, sicut faceret, si fecisset, quod agere tentavit"; Lateran. 1059, Mansi 19, 873, s. Bd. IV. S. 387 n. 3.

1 Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3, b. T. 6, 545, s. S. 729 n. 9; Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 4, b. T. 7, 744, s. S. 739 n. 12; Pius V.: Quam plenum 1569 §. 2, ibid. p. 800, s. S. 720 n. 5: „Quicumque secus egerint seu attentaverint"; Sixtus V.: Pastoralis 1589 §. 6, b. T. 9, 140 (Bestätigung der polnischen Synode v. Petrikau): „Nullus episcoporum seu inferior praelatus audeat haereticum hominem ad honores, dignitates, officia vel beneficia spiritualia vel temporalia promovere vel promoveri facere aut intercessione, opibus aut alia quacumque ratione ad ea assequenda iuvare. Quodsi id attentare praesumpserit, poenam privationis omnium et quorumcumque beneficiorum ecclesiasticorum vel officiorum quae obtinet, necnon suspensionis . . . a regimine et administratione suae ecclesiae ipso facto incurrat et ad alia obtinenda incapax prorsus existat"; Gregor XV.: Universi 1622 §. 4, b. T. 12, 729, s. o. S. 569 n. 4 (und dazu Benedict. XIV.: Sacramentum 1741 §. 1, a. a. O.); Alex. VII.: Nuper 1655 §. 1, b. T. 16, 42 (betreffend die reformirten Cistercienser): „ut si quis superioris congregationis aut aliam quamcumque dignitatem congregationis aut aliam quamvis externam ambierit aut ut ea demandetur alteri, conatum adhibuerit." Von Partikularkonzilien vgl. Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 550, s. S. 768 n. 9: „talia committentes imposterum vel attentantes"; Salzburg 1569 XXXVIII. 7, Hartzheim 7, 340, s. S. 544 n. 10: „Nam quisquis de hoc convictus fuerit, etiamsi actus conatum non sit secutus, statim ab officio cadat." Hier der sonst selten (s. noch Alex. VII.: Nuper 1655 cit.) vorkommende Ausdruck: *conatus* für Versuch.

Eine Ausnahme macht c. 3 (Alex. III.) X de cler. perc. V. 25, s. oben S. 806 n. 3.

2 Sehr ausführlich werden die verschiedenen Arten derselben in der const. Pauls IV.: Cum secundum 1558 §. 3, b. T. 6, 545, o. S. 729 n. 10 aufgeführt.

3 c. 8 (Martin v. Braga) Dist. L: „si homicidii aut facto aut praecepto aut consilio aut defensione post baptismum conscius fuerit", s. auch c. 2 (Coelest. III.) de cler. pugn. V. 14 u. c. 1 (Ps. Egb.) C. XXII qu. 5.

4 Innocenz XI.: Ad nostri apostolatus 1677 §. 1, b. T. 19, 41, o. S. 755 n. 8.

5 c. 31 (Ravenna 877) C. XXIII qu. 8; Rom 871/878 c. 7, her. v. Maassen. Wien 1878 S. 14; Benevent 1693, coll. conc. Lac. 1, 39. 40; Pius IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. rom. pont. r. n. 5, s. o. S. 744 n. 5.

6 c. 6 (Alex. III.) §. 1 X de sent. exc. V. 39: „quum is committat vere, cuius auctoritate vel mandato delictum committi probatur."

7 S. vor. Anm. u. Innocenz XI. 1677 §. 1 cit.; S. 755 n. 8.

8 c. 1 §. 2 (Lyon I.) in VI de homic. V. 4; c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V. 9; Clem. 1 eod. V. 8; Pius' IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. sp. m. rom. pont. res. n. 5, s. S. 745 n. 6 u. S. 746 n. 8; Trier 1238, Mansi 23, 485 (öffentliche Exkommunikation der „facientes falsam monetam vel mandantes vel procurantes, ut fiat").

9 So die Wendung: *„per se vel alios"*, s. Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref., S. 751 n. 3; Bulle: Coena §. 13, S. 725 n. 9 u. ibid. §. 12, S. 728 n. 1 oder auch *sua vel aliorum opera*, o. S. 749 n. 1, denn unter den „alii" kann, obschon unter dieselben gleichfalls blos als Werkzeug gebrauchte Personen, z. B. Kinder oder Geisteskranke, gehören, auch der Angestiftete verstanden werden; ferner der Ausdruck: *suadere*, s. Rom 871/878 c. 17, Maassen a. a. O. S. 20: „neminem diaconum amodo et deinceps presbyterum ordinandum; sed suadentes et compellentes et omnes omnino huic faventes et cooperantes tyrannidi . . . sint . . . a toto corpore Christi, quod est ecclesia, separati"; Trid. Sess. XXV. de ref. c. 19, S. 800 n. 2 u.

aber nicht unter allen Umständen haben müssen. Hierher gehört insbesondere das Wort: *consilium*. Dies wird einmal im Sinne von Anstiftung gebraucht[1]. Andererseits ist darunter aber auch nur eine Beihülfe durch Rathertheilung bei der Ausführung des Verbrechens zu verstehen[2]. Ja, diese letztere muss sogar in den vielen das Wort verwendenden Strafbestimmungen[3] als die gewöhnliche und regelmässige angesehen werden, welche also im Zweifel, und sofern sich nicht das Gegentheil aus den gebrauchten Wendungen und Fassungen ergiebt, anzunehmen ist[4].

S. 803 n. 7; Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3 cit., soweit ich sehe nur einmal auch *ducere*, s. c. 4 (Pelag. I.) C. XXII qu. 5: „alios sciens in periurium duxerit"; ebenso *suggestionibus provocare*, c. 6 (Alex. III.) §. 3 X de homic. V. 12; ferner *procurare*, c. 13 (Lyon II. 1274) in VI de elect. I. 6 („qui hoc fieri, procurant"); Bulle: Coena §. 12 cit.; Rouen 1190 c. 26, Mansi 22, 585 („qui ut huiusmodi falsa sacramenta praestentur, vi, prece vel pretio procurant"); schottisches Konzil u. 1225, c. 50, l. c. p. 1235; Oxforder Konzil 1222 c. 1, l. c. p. 1150; endlich *istanza*, röm. Edikt v. 1613, (A.-)Pennacchi 1, 1031 n. 1, s. auch S. 756 n. 7: „tutte le pene sopradette tanto corporali come pecuniarie e di scomunica latae sententiae incorrono ipso facto tutti quelli ad *istanza* de' quali si cavarà e si tentarà di far cavare reliquie de' detti cimiterii."

[1] c. 23 (Pi August.) Dist. I de poen.: „periculose se decipiunt, qui existimant, eos tantum homicidas esse, qui manibus hominem occidunt et non potius eos, per quorum consilium et fraudem et exhortationem exstinguuntur"; c. 24 (Gregor I.) Dist. LXXXVI; Toledo 1473 c. 18, Hardouin 9, 1512: „si consilio, auxilio, mandato vel favore dominorum temporalium . . . incastellatio . . . fieri contingat"; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 190: „consulentes aut cooperantes"; Bulle: Coena Urbans VIII. 1627 cit. §. 2 und danach Pius IX.: Apostolicae 1869 l. s. sp. m. rom. pont. res. n. 4: „quorum auxilio, consilio vel favore appellatum fuerit", ohne dass freilich in den beiden letzten Stellen auch die andere Bedeutung von Beihülfe ausgeschlossen ist. In beiden Bedeutungen wird es gebraucht Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3 cit., S. 729 n. 10.

[2] c. 32 (Later. 1139) C. XXIII qu. 8: „si . . . quis ignem apposuerit aut apponi fecerit aut appositoribus consilium aut auxilium scienter tribuerit, excommunicetur", kann nur dies damit meinen, da in den vorher gebrauchten Worten: „apponi fecerit" schon der Anstiftung gedacht ist. Dasselbe gilt von Köln 1536 VIII. 43, Hartzheim 6, 288: „contrahentes (einer klandestinen Ehe) et qui ope et consilio his adfuerunt"; und Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 514: „laicos in his opera sua vel consilio adiuvantes."

[3] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, Mansi 23, 1132: öffentliche Exkommunikation derjenigen, „qui asportationem (d. h. fremder, in Kirchen befindlicher Sachen) factam nomine suo vel familiaribus ratam habent vel qui ad hoc publice vel occulte consilium vel auxilium praebuerint seu consensum"; Konstanzer Konzil 1417 sess. 41, Hardouin 8, 869: „quicumque contra hoc (gegen das Verbot der Spoliation der Sachen der zum Papst Gewählten) praesumpserit attentare . . . aut ad hoc auxilium, consilium vel favorem praebere"; Bulle: Coena Urbans VIII. cit. §. 7: „qui illis ad id auxilium, consilium vel favorem quomodolibet praestant"; §. 10: „in his dantes auxilium, consilium et favorem"; §. 16: „dant auxilium, consilium, patrocinium vel favorem"; §. 20: „adhaerentes, fautores et defensores seu illis auxilium, consilium vel favorem quomodolibet praestantes", und danach in der const. Pius' IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. sp. m. rom. pont. res. n. 6: „auxilium, consilium vel favorem praestantes"; n. 12: „ad singula praedicta auxilium, consilium, favorem praestantes"; exc. l. s. nem. res. n. 2: „praedictis quibuslibet auxilium, consilium vel favorem praestantes"; Trid. Sess. XXIV. de ref. matr. c. 6: „illi (raptori) consilium, auxilium et favorem praestantes"; ibid. de reg. c. 18: „quique consilium, auxilium vel favorem dederint"; Pius IX.: Romanus pontifex 1873, s. S. 862 n. 2; Angers 1448 c. 13, Hardouin 9, 1347: „et quia facientes et consentientes par poena constringit, invasores raptorum malefactorum huiusmodi . . . et qui ad praemissa dederint consilium, auxilium, favorem . . . eadem excommunicationis sententia volumus innodari"; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 199: „tum adversus ita contrahentes, tum ad tam nefarium actum consilium opemque contulerint"; Avignon 1725, l. c. p. 550: „testes pariter et fautores ac consilium opemve in similibus praestantes".

[4] Zunächst wird in einzelnen kirchlichen Strafgesetzen die in der vor. Anm. wiederholt citirte Formel der Anstiftung durch Mandat, bez. der Ratihabition der Strafthat gegenüber gestellt, so c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9 (Vergewaltigung der Kardinäle): „socius fuerit facientis aut fieri mandaverit vel factum ratum habuerit aut consilium dederit et favorem"; c. 3 (Bonifaz VIII.) in VI de imm. III. 23: „apud sedes sacras deposita ecclesiarum et ecclesiasticarum personarum ubilibet arrestaverint . . . vel arrestari mandaverint . . . necnon omnes qui scienter in praemissis dederint auxilium, consilium vel favorem"; s. auch Benevent 1693, Rom 1725 und Fermo 1726, s. S. 832 Anm. Sp. 1; ja, auch in der Bulle: Coena §. 11: „necnon ea mandantes vel rata habentes seu praestantes in eis auxilium, consilium vel favorem"; in Pius' IX.: Apostolicae 1869 exc. l. s. sp. m. rom. pont. res. n. 5: „ea mandantes vel rata habentes seu praestantes in eis auxilium, consilium vel favorem"; in der Bulle: Coena §§. 12. 13 cit. u. §. 18: „qui per se vel alios directe vel indirecte praedicta facere, exequi

Das kanonische Recht betrachtet die Anstiftung als mittelbare Herbeiführung des Erfolges, also als ein Verursachen, bei welchem die Beeinflussung des Handelnden, d. h. des Angestifteten, nur als ein Glied in der Kette von Ursache und Wirkung erscheint[1].

Die Anstiftung muss vorsätzlich geschehen[2] und kann daher auch nur für eine vorsätzliche Handlung des Angestifteten in Frage kommen. Die Handlung, zu welcher angestiftet ist, wird dem Anstifter in dem Umfange, wie er sie gewollt, als vorsätzliche zugerechnet[3], hat aber der Angestiftete die Grenzen des ihm ertheilten Auftrags überschritten und konnte der Anstifter dies bei Anwendung der erforderlichen Aufmerksamkeit vorhersehen, dann wird er insoweit wegen Fahrlässigkeit verantwortlich[4]. Frei von jeder Verantwortlichkeit bleibt er aber, wenn er den zur Begehung der That ertheilten Auftrag vorher widerruft, und der Widerruf rechtzeitig zur Kenntniss des Anstifters gelangt ist[5].

vel procurare aut in eisdem auxilium, consilium vel favorem praestare non verentes" der Anstiftung (s. per se vel alios) überhaupt, in Trid. Sess. XXV. de ref. c. 19, s. S. 800 n. 2, das „consilium in causa duelli tam in iure quam facto dederint" dem „alia quacumque ratione ad id quemquam suaserint", obwohl in dem Konzil und den beiden Bullen auch die in der vorigen Anmerkung angegebene Fassung mehrfach gebraucht wird. Es ist daher um so weniger wahrscheinlich, dass man in der letzteren „consilium" für Anstiftung durch Rath gebraucht hat, als man damit lediglich eine Art derselben, nicht aber das herkömmlicher Weise als Anstiftung behandelte Mandat getroffen haben würde. Ferner wird das consilium in den gedachten Stellen stets zusammen mit dem auxilium, sogar für die Regel vor demselben genannt, und vielfach dabei auf die unter Strafe gestellte Handlung durch ein: in eis u. s. w. verwiesen. Auch dies deutet darauf hin, dass darunter nur Beihülfe, nicht Anstiftung durch Rath hat verstanden werden sollen.

Weiter spricht gegen die entgegengesetzte Auffassung noch der Umstand, dass, wenn man in den Strafandrohungen, welche das Mandat und das consilium erwähnen, letzteres als Anstiftung auffasst, es auffällig wäre, dass die Anstiftung durch das erstere immer besonders hervorgehoben wird, dass aber die Anstiftung durch Rath gleichzeitig mit der Beihülfe durch Rath, denn diese Bedeutung würde dem consilium niemals abgesprochen werden können, im Gegensatz zu der ersteren Art aufgeführt würde. Endlich bestätigt auch c. 29 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39: „an is, qui nominatim excommunicato scienter in crimine communicat, scienter in crimine communicet criminoso, ei consilium impendendo, auxilium vel favorem aut alios in oratione vel osculo" das Gesagte. Hier ist von dem in die Exkommunikation verfallenen Thäter die Rede und von dem Umgang mit ihm in Betreff des Verbrechens durch Rath, Hülfe und Gunst, also von einer Zeit, zu welcher das Verbrechen mindestens begangen wird, nicht von der Zeit vorher, in welche die Anstiftung fallen müsste, und daher hat Pius IX. in der const.: Apostolicae v. 1869 das blos auf Beihülfe gehende Wort consilium fallen lassen, s. S. 512 n. 7.

[1] Dass dasselbe auf dieser, im modernen Recht nicht mehr anerkannten Auffassung, vgl. v. Liszt S. 189, steht, zeigt c. 6 cit. V. 39, s. S. 932 n. 6; s. auch reg. LXXII in VI de R. J. V. 13: „qui facit per alium, est perinde ac si faciat per se". Trotzdem ist aber, wenngleich dies mehrfach durch einander geworfen wird, s. reg. LXXII cit. und die Wendung: „per se vel alios", S. 932 n. 9, die Anstiftung von dem Fall, in welchem eine andere Person, ein Kind, ein Wahnsinniger, als Werkzeug benutzt wird, zu unterscheiden, denn die im übrigen für die Anstiftung vorkommenden Bezeichnungen, s. S. 932, setzen voraus, dass in dem Anstifter der Entschluss zur Begehung der strafbaren That hervorgerufen wird, und dieser sie als eigene That begeht, vgl. c. 2 (Coelest. III.) X de cler. pugn. V. 14. Ferner bezeichnet auch Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3 cit., S. 729 n. 10, die Angestifteten als mandatarii und procuratores.

[2] Für die Annahme einer kulposen Anstiftung ergeben die Quellen keinen Anhalt.

[3] Das ergiebt sich daraus, dass sie als seine eigene gilt, s. c. 6 X cit. V. 39, selbstverständlich aber auch nur soweit als er sie gewollt, also sich die That des Angestifteten mit seinem Vorsatz deckt.

[4] Selbst dann, wenn er ein Überschreiten des Auftrages verboten hat, c. 3 (Bonif. VIII.) in VI de homic. V. 4, s. Bd. I. S. 42 n. 8.

[5] Die Quellen handeln darüber nicht, aber die Doktrin ist insoweit einig, s. Innoc. IV ad c. 12 X de homic. V. 12 n. 3; Suarez l. c. disp. XLIV s. 3 n. 7; Avila P. II. c. 5 disp. 3 dub. 7; Reiffenstuel V. 12 n. 33; Schmalzgrueber V. 39 n. 72. Für den Fall, dass der Angestiftete keine Kenntniss vom Widerruf erhalten hatte, wurde vielfach angenommen, dass der Anstifter wegen des vom Angestifteten begangenen Vergehens wenigstens nicht mit den auf dasselbe gesetzten Censuren bestraft werden könne, weil diese eine beim Widerruf nicht mehr vorliegende Hartnäckigkeit und Widerspenstigkeit gegen die Gebote der Kirche voraussetzen, Innoc. IV. ad c. 6 X de sent. exc. V. 39; Avila l. c.; Schmalzgrueber l. c. n. 74, eine Ansicht, welche sowohl an sich, wie

Die Strafbarkeit des Anstifters tritt nur ein, wenn der Angestiftete das Verbrechen verübt und auch vollendet hat[1], es sei denn, dass die Anstiftung auch im Falle eines Versuches, was nur sehr selten vorkommt, unter Strafe gestellt ist[2].

Für die Regel trifft den Anstifter und den Angestifteten die gleiche Strafe[3].

Endlich ist darauf hinzuweisen, dass das kirchliche Recht die Anstiftung nicht allgemein und schlechthin bei allen Delikten unter Strafe stellt[4], dass also der Anstifter nur dann strafbar ist, wenn die kirchliche Norm ihn bei dem von ihr bedrohten Vergehen ebenfalls nennt oder mit Strafe belegt.

2. Die Ratihabition. Bei einzelnen Vergehen hat das kanonische Recht auch denjenigen, welcher ein Delikt ratihabirt, ebenso strafbar wie den Anstifter, d.h. also wie den Thäter, erklärt[5], von denen indessen nach dem geltenden gemeinen Recht nur noch die Vergewaltigung der Kardinäle und anderer hoher kirchlicher Würdenträger in Betracht kommt[6]. Erfordert wird zur Strafbarkeit, dass der Thäter die That im Namen des späteren Ratihabenten begangen hat[7], dass das Delikt ein solches ist, welches durch den anderen begangen werden kann[8], sowie dass dasselbe durch einen in die äussere Erscheinung tretenden Akt, nicht blos innerlich genehmigt wird[9], nicht aber dass der Thäter auch zu der Zeit, zu welcher das Vergehen begangen worden ist, im Stande gewesen wäre, dasselbe in eigener Person zu begehen[10].

auch wegen der irrigen Auffassung vom Wesen der Censuren unhaltbar ist. Dagegen auch Suarez l. c.

Bei der Anstiftung durch Rath erklären viele ältere den zur Kenntniss des Angestifteten gebrachten Widerruf, weil der Berathene im Gegensatz zum Mandatar nicht lediglich kraft des Willens des Rathgebers handele, nicht für ausreichend, verlangen vielmehr, dass der Anstifter, um straffrei zu bleiben, dem anderen von der Begehung der That abreden und denjenigen, gegen welchen das Delikt beabsichtigt wird, warnen müsse, Innoc. IV. ad c. 12 cit. V. 12 n. 2; Suarez l. c. n. 11. 12; Avila l. c.; Reiffenstuel V. 12 n. 33; Schmalzgrueber V. 39 n. 223, während andere die Unterscheidung zwischen Mandat und Rath mit Recht haben fallen lassen, so Schmier l. c. lib. I tr. 1 c. 2 n. 66.

[1] Das folgt daraus, dass die That des Angestifteten als vom Anstifter verursacht gilt, s. S. 934, und das kanonische Recht für die Regel den Versuch nicht bestraft, s. o. S. 931. Auch sind die meisten vorher citirten Strafandrohungen gegen die Anstifter so gefasst, dass sie nicht auf den blossen, in Folge der Anstiftung unternommenen Versuch bezogen werden können. Hinsichtlich der Tödtung und der percussio clericorum ist die Doktrin, welche die Frage bei dieser Gelegenheit behandelt, einig, s. Schmalzgrueber V. 39 n. 221.

[2] So beim Assassinat, s. o. S. 797. Vgl. ferner Edikt von 1613 o. S. 932 n. 9 a. E.

[3] Das ergeben die bisher citirten Strafbestimmungen, s. die Anmerkungen S. 932 ff. Die Ausnahme in c. 6 §. 3 X cit. V. 12, s. S. 796 n. 5, erklärt sich daraus, dass hier nicht von der Anstiftung, sondern von Vorbereitungshandlungen zu einer solchen die Rede ist, welche wegen des singulären Falles (Mordes des Thomas Becket) ebenfalls bestraft werden sollen; die weitere in c. 24 (Gregor. I.) Dist. LXXXVI aus einer Verschonung mit Strafe wegen Einfalt und Altersschwäche.

[4] Als solche Regel hat man zwar c. 6 X cit. V. 39, s. S. 932 n. 6, ferner auch c. 29 X cit. V. 39: „quum facientem et consentientem par poena constringat" betrachten wollen, aber dabei handelt es sich — ganz abgesehen, dass der consentiens nicht blos der Anstifter ist, — lediglich um Begründungen von Entscheidungen einzelner Fälle, nicht um allgemeine, auf alle Delikte anwendbare gesetzliche Bestimmungen, so auch die überwiegende und herrschende Ansicht, s. Schmalzgrueber V. 39 n. 70 und die dort citirten; Kober, Kirchenbann, 2. A. S. 135. 136. Gerade die für die gegentheilige Meinung citirten c. 6 (Lateran. III.) u. c. 11 (Clem. III.) X de iud. V. 6 sprechen dagegen, da es sich insbesondere in c. 11 nicht um Anstiftung, sondern um die Begehung des Verbrechens durch als Werkzeuge gebrauchte Boten, mithin um die eigene Verübung, handelt.

[5] So bei der percussio clericorum, s. Bd. I. S. 120, ein Fall, welcher der richtigen Ansicht nach beseitigt ist, s. S. 747 n. 7; bei der Vergewaltigung der hohen kirchlichen Würdenträger, s. c. 5 (Bonifaz VIII.) de poen. V. 9, Clem. 1 eod. V. 8, Bulle: Coena §. 11; Pius IX.: Apostolicae v. 1869 exc. l. s. sp. m. r. p. res. 5, s. S. 745 ff.; s. auch Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, s. S. 933 n. 3.

[6] S. die vor. Anm.

[7] c. 23 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11; Suarez l. c. dist. XXI c. 2 n. 72.

[8] So Schmalzgrueber V. 39 n. 224. Das ist richtig, aber bei den in Frage kommenden Delikten liegt diese Bedingung stets vor.

[9] Schmalzgrueber l. c.

[10] Über die gegentheilige Meinung, vergleiche

3. Die Betheiligung am Vergehen. Eine solche wird

a. zunächst durch das das Mitwissen um ein Vergehen, also sowohl Anstiftung, Thäterschaft, Beihülfe wie auch Begünstigung nach der That bedeutende Wort: *conscius* bezeichnet[1].

b. Unter *socius*, *socius facientis* ist die Verübung des Vergehens auf Anstiftung, ferner die Mitthäterschaft des heutigen Rechts[2], d. h. die vorsätzliche Theilnahme an einer in den Thatbestand des Deliktes hineinfallenden Handlung, endlich auch die thätige Beihülfe, also die vorsätzliche, bei der Begehung und vor der Vollendung des Vergehens eines anderen dem letzteren durch die That gewährte Unterstützung[3], andererseits aber auch nur die Verübung eines Vergehens auf Anstiftung und die Beihülfe im modernen Sinne[4], also jedwede Unterstützung, sei es durch die That, sei es durch Rath oder Begünstigung bei der Ausführung des Deliktes[5], schliesslich sogar auch bloss die Beihülfe in der eben gedachten Bedeutung[6] zu verstehen.

c. Der Ausdruck: *cooperantes* umfasst ebenfalls die Mitthäterschaft und die Beihülfe[7],

d. *auxilium*[8] *praebere*, *dare* u. s. w., *opem ferre*[9], *operam dare*[10] bedeutet eine durch besondere Thätigkeit[11] und

Schmalzgrueber a. a. O. u. S. 746 n. 12, ist bereits a. a. O. das Erforderliche bemerkt.

[1] c. 8 (Martin v. Braga) Dist. L, s. o. S. 932 n. 3; c. 4 (Pelag. I.) C. XXII qu. 5, S. 702 n. 11; Pius IV.: In eligendis 1562 §. 18, b. T. 7, 230: „Et si quis uspiam se occultasse (im Konklave bei der Papstwahl) deprehendatur, ignominiose expellatur et infamia notetur et officiis atque beneficiis privetur; conscii vero sub eadem poena illos collegio revelare teneantur." Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 8, b. T. 7, 744 (offensio status rerum et personarum s. officii, s. S. 739 n. 12): „si quis etiam huiusmodi criminum conscius vel affinis sive religionis studio sive poenitentia ductus, rem adhuc incognitam retexerit, supplicio liberetur", in welcher Stelle affinis nur mit conscius tautologisch gebraucht wird.

[2] H. Meyer, Str. R. S. 284; v. Liszt, Str. R. S. 194.

[3] c. 5 in VI cit. V. 9, S. 933 n. 4 u. Clem. 1 de poen. V. 8, denn in beiden Stellen wird ausser dem socius facientis noch der Mandant (Anstifter), der Ratihabent und derjenige, welcher consilium und favor gewährt, erwähnt, nicht aber die Leistung des auxilium. Dieses letztere muss also durch den socius facientis gedeckt sein. Das wird auch durch die Fassung der diese Stellen inhaltlich wiedergebenden const. Pius' IX.: Apostolicae, S. 745 n. 6, bestätigt, da diese das auxilium aufgenommen, aber das socius hat fallen lassen, offenbar deshalb, weil der socius, soweit er Mitthäter ist, als Thäter unter die Strafbestimmung fällt.

[4] H. Meyer S. 295; v. Liszt S. 198.

[5] So Sixtus V.: Effraenatam 1588 §. 7, b. T. 9, 39, s. o. S. 569 n. 2, denn hier werden die sociae consociaeve den principales, d. h. denjenigen, welche das Verbrechen selbst oder durch andere begehen, und den Anstiftern, nicht aber den Angestifteten gegenübergesetzt, s. S. 799 n. 1.

[6] Gregor XIII.: Ab ipso 1574 §. 4, b. T. 8, 105 (Simonie bei der Erlangung päpstlicher Gnaden, s. o. S. 721 n. 3): „Illi tamen, qui adhuc rem incognitam complicesque fautores et socios retexerint, impunitas concedatur", denn die Anstifter und Mitthäter sind durch das Wort: complices, s. unten S. 938, gedeckt, und die fautores können die Begünstiger nach der That sein, weil mit socii sowohl die Theilnahme bei der That wie auch bei der Begünstigung getroffen wird. Allerdings ist auch die Bedeutung von fautor als Begünstiger bei der Verübung der That nicht ganz ausgeschlossen, dann müsste man aber die socii als diejenigen auffassen, welche blos Beihülfe durch Rath und That, nicht durch Begünstigung leisten.

[7] c. 1 (Chalced. 451) C. XXXVI qu. 2; c. 4 (cap. eccles. 818 c. 23) ead.; Rom 871, 877 c. 17, S. 932 n. 9; Neapel 1699, coll. conc. Lac. 1, 164 (Zauberei, Hexerei u. s. w.): „ac scienter in praefatis cooperantes aut quovis modo consentientes", denn sowohl der Mitthäter, wie derjenige, welcher durch seine Thätigkeit Beihülfe leistet, übt die Thätigkeit des cooperari aus. So bezeichnet auch c. 4 cit. die cooperantes im Gegensatz zu den auctores als participes consilii (ein Wort, das in der Quelle, s. Boret. cap. 1, 278, fehlt, und hier soviel als Plan, also die Hülfe bei Ausführung des Planes bedeutet). Vgl. ferner S. 846 n. 8. Die Anstiftung fällt aber nicht unter die cooperatio, s. auch Neapel 1699, coll. Lac. 1, 190: „consulentes aut cooperantes".

[8] S. die S. 933 n. 3 angeführten Stellen.

[9] c. 6 §. 2 X cit. V. 12; Neapel 1699 und Avignon 1725, s. S. 933 n. 3 a. E.

[10] Pius IX.: Apostolicae 1869, s. S. 800 n. 4 (Duell).

[11] Für auxilium ergiebt sich dies daraus, dass es regelmässig in Gegensatz zu consilium und favor gesetzt wird, für opem und opera daraus, dass beides auf physische Macht, physische Thätigkeit deutet.

e. *consilium praestare* u. s. w. eine durch Rath bei der Begehung des Vergehens gewährte Beihülfe[1].

f. Wiederholt wird auch, namentlich in älterer Zeit, das Wort: *consentiens*[2] oder *consensus*[3] gebraucht. Dasselbe kann, da ein blos innerer Vorgang nicht strafbar ist, allein ein in die äussere Erscheinung getretenes[4], eine Billigung der Strafthat eines anderen darstellendes Verhalten, also die Thätigkeit des Angestifteten[5], jede Art der Beihülfe[6], ja auch die nach der Vollendung gewährte Begünstigung[7] (s. nachher), alle diese Betheiligungen zusammen oder auch blos eine Art derselben[8], nicht aber die Mitthäterschaft[9] und die Anstiftung[10], bedeuten.

g. Die vielfach vorkommende Wendung: *favorem praebere* u. s. w. und das Wort *fautor* hat, sofern beides in Zusammenhang mit der Begehung der That sslbst gesetzt ist, den Sinn einer den Thäter vor oder bei der Verübung des Vergehens begünstigenden Beihülfe, welche sich nicht blos als eine unmittelbare, sondern auch als eine mittelbare Unterstützung äussert[11] und sich freilich nicht scharf von den anderen, die Beihülfe ausmachenden Unterstützungshandlungen scheiden lässt[12]; ferner aber auch den einer dem Thäter zur Sicherung seiner Person gegen die Nachtheile seines Deliktes oder zur Sicherung der durch dasselbe erlangten Vortheile gewährten Unterstützung[13],

[1] S. darüber o. S. 933.

[2] Haiton. Basil. 807—823 cap. 12, Bor. 1, 364 (Simonie bei der Weihe und Vergebung von Kirchen) „non solum ipsi qui hoc faciunt, sed et qui consentiunt facientibus, excommunicandi sunt"; c. 22 (Ps. Is.) C. XI qu. 1; c. 5 (id.) C. XVII qu. 4; c. 12 (nach Rom 721) C. XXVII qu. 2; c. 31 (Ravenna 877) C. XXIII qu. 8 („si quis membrorum truncationes, domorum incendia fecerit sive facere iusserit aut facienti consenserit"); c. 1 (Alex. III.) X de off. iud. del. I. 29; c. 3 (id.) X de sim. V. 3; c. 29 X cit. V. 29, S. 935 n. 4; Neapel 1699 cit., s. S. 936 n. 7; c. 4 (Meaux 845) X de purg. can. V. 34 („se raptoribus consensorem vel interventorem prodere").

[3] c. 2 (Gregor. I.) C. V qu. 1.

[4] S. auch die gl. zu c. 5 C. XVII qu. 4 cit. s. v. consentiunt: „cooperando".

[5] Weil auch dieser, wenn er der Einwirkung des Anstifters nachkommt, in das Vergehen einstimmt.

[6] S. c. 29 X cit. V. 39, wo diejenigen, welche den Thäter durch Rath, Hülfe und Begünstigung unterstützen, als die consentientes, den facientes gegenüber gestellt werden.

[7] Denn auch darin liegt eine sich äusserlich bethätigende Zustimmung zu dem Vergehen.

[8] So blos die Begünstigung, s. Richard v. Salisbury 1227, S. 933 n. 3; Neapel 1699, S. 936 n. 7.

[9] Weil der Mitthäter zu den in den citirten Stellen den consentientes gegenüber gesetzten facientes oder agentes gehört.

[10] Seit dem Mittelalter, vgl. Innoc. IV. zu c. 1 X cit. I. 29 n. 1, gl. par pena ad c. 1 cit.; Gonzalez Tellez ad c. 1 cit. n. 7 wird ein vierfacher consensus geschieden, nämlich der consensus negligentiae, d. h. die Nichthinderung eines Vergehens, welches man hindern konnte, der consensus consilii, die Anstiftung, der consensus cooperationis, die Beihülfe, und der consensus auctoritatis oder defensionis, die Begünstigung nach der That. Aber der consensus negligentiae ist nicht immer Beihülfe, und an sich ist derjenige, welcher ein Vergehen nicht hindert, falls ihm nicht eine besondere gesetzliche Pflicht dazu obliegt, kein consentiens. Ebensowenig aber auch der Anstifter, welcher in dem für den consensus consilii citirten c. 24 Dist. LXXXVI auch nicht consentiens genannt wird, denn er ist ebenso wie der Thäter und Mitthäter Urheber, a. M. freilich Suarez l. c. disp. XXII s. I n. 56.

[11] Z. B. Zusicherung der Gewährung der Möglichkeit der Flucht vor der Begehung der That, Nichtverhinderung der Ausführung des Vergehens, obwohl der Betreffende dazu verpflichtet war, die Wegnahme von Waffen, damit sich derjenige, welcher von einem Anderen überfallen werden soll, nicht wehren kann, oder Weglockung der ihm zum Schutz beigegebenen Begleiter Gewährung eines Platzes zu dem beabsichtigten Duell. Vgl. ferner Tarragona 1239 c. 11, Mansi 23, 515 (Exkommunikation derjenigen, „qui contra constitutos in clero libellos famosos composuerint et qui compositioni faverint". Auch das „conniventes" in c. 1 (Chalcedon) C. XXXVI qu. 2 und das „ministerium praebere sicariis in sarcinis custodiendis" in c. 6 §. 5 X cit. V. 12 gehört hierher, ebensowohl endlich die trapezitae (die Wechsler, welche Gelddarlehne zur Vornahme der strafbaren Handlung gewähren) in Paul IV.: Cum secundum 1558 §. 3, S. 729 n. 10.

[12] Stellen, welche die beiden Ausdrücke in diesem Sinne gebrauchen, s. S. 932 n. 3 u. S. 933 n. 4; vgl. auch c. 1 (Alex. III.) X cit. I. 29; c. 47 (Innoc. III) X. de sent exc. V. 39.

[13] Meaux 845 c. 68 und Epernay 846 c. 18, Bor. Kr. cap. 2, 414. 262; Rom 871/878, Maassen S. 13: „quicumque sanctimonialem vel quamcumque feminam in matrimonium vel

endlich auch sowohl den einen, wie auch den anderen Sinn[1].

h. Wenn somit ebensowenig, wie in der Terminologie der kirchlichen Rechtsquellen, Anstiftung und Beihülfe scharf geschieden werden, die letztere eine genaue Abgränzung von der Begünstigung im modernen Sinne gefunden hat, so werden doch andererseits einzelne spezielle Fälle der Begünstigung, nämlich die Aufnahme und Beherbergung durch *receptare*[2], *receptatores*[3], die Verbergung durch *occultare*[4], und die Beschützung der Verbrecher durch *defensare*[5], *defensores*[6] hervorgehoben.

i. Das seltener vorkommende Wort: *complices* hat keine feste Bedeutung. Es wird theils für die Mitschuldigen überhaupt, also Mitthäter, Angestifteten und die Gehülfen[7], theils blos für den Mitthäter[8], theils für den Mitthäter und Anstifter[9], theils für den Mitthäter und Angestifteten[10] gebraucht[11].

Aus dieser Übersicht zeigt sich, dass das kirchliche Strafrecht ebensowenig, wie in Bezug auf die Anstiftung, in Betreff der übrigen Arten der Betheiligung an einem Vergehen eine feste und sichere Terminologie, geschweige denn feste Begriffe der verschiedenen Arten der Betheiligung, der Mitthäterschaft, der Beihülfe, ja auch nicht einmal der Begünstigung ausgebildet hat.

Für die in Frage kommenden Kategorieen der bei einem Verbrechen mitwirkenden Personen und für die Begünstiger ergiebt sich aber, dass, abgesehen von dem Mitthäter und dem Angestifteten, weil diese das Vergehen immer selbst ausführen, also

concubinatum rapuerit, donec eam coram episcopo civitatis parentibus vel civibus restituat, cum omnibus suis fautoribus excommunicatum se esse cognoscat"; c. 5 (Rom 721) C. XXXVI qu. 2, c. 4 (Lateran. III.) X de immun. III. 49.

[1] So bei denjenigen Verbrechen, welche sich als fortdauernde Delikte, wie z. B. die Ketzerei und die Zugehörigkeit zu geheimen verbotenen Gesellschaften, darstellen, denn hier kann die Gewährung des favor sowohl in der Beschützung der Ketzer und Geheimbündler vor Strafe bestehen, also Begünstigung im Sinne des modernen Rechts sein, als auch sich in der Beförderung der Ausübung des Delikts, z. B. durch Gewährung von Versammlnngslokalen, äussern, vgl. o. S. 471. 681. 774 u. Bd. I. S. 47. S. auch Schottisch. Konz. 1225 c. 50, Mansi 22, 1234 (öffentliche Exk. der „receptantes fures vel raptores, ut furentur vel rapiant"; vgl. ferner Innocenz X.: In supremo 1655 §. 2, s. unten Anm. 10.

[2] c. 1 (Inn. IV.) in VI de homic. V. 4; c. 5 in VI cit. V. 9; Montpellier 1215 c. 35, M. 22, 947: „Qui violatorem pacis scienter receptaverit, excommunicetur."

[3] S. o. S. 471 u. Bd. I. S. 47; Tarragona 1266 c. 3, M. 23, 1130 (receptores).

[4] c. 1 in VI cit. V. 4.

[5] c. 1 in VI cit. V. 9; Clem. 1 cit. V. 8.

[6] S. o. S. 471 u. Bd. I. S. 47.

[7] Meaux 845 c. 66, Bor. Kr. 2, 411: „qui ... rapere virgines vel viduas praesumpserint, ... ipsi et complices eorum anathematizentur", während die Quelle Rom 721 c. 10. 11, Mansi 12, 264, dafür: consentientes, s. S. 937, aufweist. Ebenso auch in c. 2 (Pius II. 1464) in Extr. comm. de sim. V. 1, in Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 exc. l. s. rom. pont. res. n. 8, s. S. 713 n. 7, der S. 513 n. 8 angeführten Formel des Anathems und dem römischen Edikt von 1613, S. 664 n. 5.

[8] So im Fall des s. g. complex, s. Bd. IV. S. 110.

[9] In Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 exc. l. s. r. p. res. n. 3, s. S. 804 n. 4, denn die blossen Gehilfen sind besonders durch „operam aut favorem praestantes" hervorgehoben; s. auch Gregor XIII.: Ab ipso 1574 §. 4, b. T. 8, 105, S. 936 n. 6.

[10] Innoc. X.: In supremo 1653 §. 2, b. T. 15, 710, s. S. 844 n. 8: „participes (d. h. die Thäter und Anstifter), complices, mediatores, auxiliatores et fautores".

[11] Das bei dem Verbrechen der Simonie vorkommende *mediator* oder *interventor*, s. c. 8 (Chalcedon 451) C. I qu. 1, o. S. 162 n. 1; Eugen IV.: Detestabile 1434, b. T. 5, 16; c. 2 (Paul II.) in Extr. comm. de sim. V. 1, s. S. 712 n. 2 u. S. 713 n. 6, kann je nach der Art der Vermittelung sowohl den Anstifter, wie auch den Gehülfen, bei Innocenz X., s. vor. Anm. aber nur die Beihülfe durch Vermittelung bedeuten. Dasselbe gilt von den mediatores und proxenetae in Paul IV: Cum secundum 1558 §. 3, S. 729 n. 10; den proxenetae, mediatores et tractatores in Johannes XXIII.: Ex debito 1411, S. 721 n. 3. Wenn Bordeaux 1624, S. 717 n. 8, neben den mediatores noch die adiutores und die favorem, consilium aut auxilium dantes erwähnt, so will es damit offenbar noch ausser den gedachten Thätigkeiten der Vermittler die Beihülfe anderer, welche nicht als solche gelten können, treffen.

Über die Bedeutung von *participes* s. einerseits Anm. 10, und andererseits c. 2 cit. in Extr. comm. de sim. V. 1, wo es alle bei einem Verbrechen Betheiligten bedeutet.

dem Thäter gleichstehen und daher der für den letzteren angedrohten Strafe unterliegen, eine Bestrafung der übrigen nur dann statthaft erscheint, wenn sie ausdrücklich bei dem betreffenden Vergehen vorgesehen ist[1]. Weiter ist erforderlich, dass die die Beihülfe oder Begünstigung darstellende Handlung vorsätzlich, also in Kenntniss des fremden Delikts[2] und bei der Beihülfe mit dem Willen, das Zustandekommen des Delikts zu fördern[3], geleistet wird. Da endlich das kanonische Recht den Versuch nicht allgemein unter Strafe stellt, so folgt daraus endlich, dass derjenige, welcher Beihülfe leistet, oder der Begünstiger im modernen Sinne nur dann straffällig wird, wenn nicht nur das Delikt verübt ist, bez. die Begünstigung stattgefunden hat, sondern auch, wenn die Beihülfe nicht blos versucht[4], sondern auch wirklich gewährt worden ist[5].

In denjenigen Fällen, in denen die Strafbarkeit der Gehülfen und Begünstiger ausgesprochen ist[6], werden dieselben, abgesehen von verschwindenden Ausnahmen[7], mit den gleichen Strafen, wie der Thäter selbst, belegt.

§. 345. e. *Die Schuldausschliessungsgründe.*

An Schuldausschliessungsgründen, d. h. solchen, welche die Strafwürdigkeit oder die Rechtswidrigkeit einer an sich ein Delikt bildenden That ausschliessen, erkennt das kirchliche Strafrecht, welches diese Lehre ebenfalls nicht prinzipiell und allgemein regelt, an:

[1] Aus c. 29 X cit. V. 39 lässt sich eine allgemeine Norm nicht entnehmen, s. S. 935 n. 4.

[2] Das wird zwar nicht immer, aber doch mehrfach in den Quellen hervorgehoben, s. z. B. c. 32 C. XXIII qu. 8; c. 3 in VI cit. III. 23; c. 5 in VI cit. V. 9; Clem. 1 cit. V. 8, und liegt auch in dem mehrfach gebrauchten Ausdruck: consentientes. Indessen ist zu beachten, dass da, wo nicht die scientia verlangt wird, nach der oben S. 926 besprochenen Theorie auch die ignorantia crassa vel supina und die ignorantia dem Wissen gleichsteht, vgl. auch o. S. 741 n. 1, dass man also in diesen Fällen auch zu der Strafbarkeit einer kulposen Beihülfe gelangt.

[3] Aus c. 47 (Innoc. III.) X de sent exc. V. 39: „ne autem solos violentiae [huiusmodi (d. h. der percussio clericorum) auctores aliquorum praesumptio existimet esse puniendos, facientes et consentientes pari poena plectendos catholica condemnat auctoritas, eos etiam delinquentibus favere interpretans, qui quum possint, manifesto facinori desinunt obviare“ und c. 6 §. 2 X de hom. V. 12: „nec caret scrupulo societatis occultae, qui manifesto facinori desinit obviare“, s. auch c. 55 (Ps. Is.) C. II qu. 7; c. 8 (August.) C. XXIII qu. 4; c. 1 (Rom 1078) c. 3. 4 (Ps. Is.) Dist. LXXXIII; c. 1 (Leo I.) u. 3 (inc.) Dist. LXXXVI, lässt sich keine allgemeine Regel, dass derjenige, welcher ein Verbrechen hindern konnte und dies nicht gethan hat, wegen Beihülfe (favor) wie der Thäter zu bestrafen ist, herleiten. Die dafür angezogenen Stellen des Dekretes ergeben nichts, c. 47 cit. enthält eine singuläre Anordnung für die percussio clericorum, S. 747 n. 7, in c. 6 §. 2 cit. wird der Satz nur zur Motivirung der Bestrafung einer versuchten, aber verhinderten Beihülfe herangezogen. Die Doktrin hat auch seit den Zeiten der Glosse keineswegs eine solche Regel übereinstimmend aus den gedachten Stellen hergeleitet, s. Innoc. IV. ad c. 47 cit.; gl. interpretans zu c. 47 cit.; Gonzalez Tellez ad c. 47 cit. lit. c; Schmier l. c. n. 76.

[4] Eine Ausnahme macht allein c. 6 §. 2 X cit. V. 12, s. die vor. Anm.

[5] Darauf deutet auch die Fassung der in Frage kommenden Strafandrohungen.

[6] S. die Citate in den Anmerkungen S. 936 ff.

[7] So verlangt c. 6 §. 2 X cit. V. 12 eine um weniges leichtere Strafe als für die Thäter und die anderen Gehülfen. Wenn §. 4 ibid. geringere für diejenigen anordnet, welche ohne Kenntniss des beabsichtigten Mordes, aber in Kenntniss der Eigenschaft der Thäter als Banditen diesen ihre Sachen bewacht haben, so handelt es sich hier wegen des Mangels des erforderlichen Vorsatzes nicht um Beihülfe zum Mord, es liegt also nur eine scheinbare Ausnahme vor. Das letztere ist auch der Fall bei der Ketzerei, insofern die Ketzer im eigentlichen Sinn härter als die receptatores, fautores und defensores bestraft werden, weil die ersteren einer besonderen Behandlung unterliegen. Die Regel zeigt sich darin, dass die receptatores mit denselben Strafen bedroht sind, wie die s. g. credentes, vgl. o. S. 681. 682. 686.

1. Die Nothwehr (*inculpata tutela*[1]). Während wiederholt in den Quellen das Zurückweisen von Gewalt durch Gewalt für erlaubt erklärt wird[2], handeln dieselben, was speziell die Nothwehr betrifft, nur von der Tödtung und erklären eine solche[3], wenn sie zur Abwehr eines rechtswidrigen, noch nicht vollendeten Angriffes[4] auf die Person, also Leib und Leben des Angegriffenen[5], erfolgt ist, nicht für strafwürdig. Die Doktrin[6] hat dies, offenbar beeinflusst durch das römische Recht[7], und in Anhalt an einzelne, freilich nicht vollkommen durchschlagende Stellen[8] auch auf die Abwehr von solchen Angriffen gegen die Personen naher Angehöriger, ja auch jedes Dritten[9], sowie auf die von Angriffen gegen andere Rechtsgüter, wie auf die Ehre[10] und auf das Vermögen[11], ausgedehnt[12].

Die Nothwehr ist aber nur insoweit berechtigt, als der Angegriffene solche Mittel anwendet, welche gerade zur Abwehr des rechtswidrigen Angriffes des letzteren

[1] c. 18 (Innoc. III.) X de hom. V. 12.

[2] c. 7 (Isid.) Dist. I: „Jus naturale omnium nationum . . . violentiae per vim repulsio"; c. 3 (Alex. III.) de sent. exc. V. 39; c. 18 (Innoc. III.) X de homic. V. 12; c. 6 (Gregor. IX.) in VI de sent. exc. V. 11.

[3] S. die vor. Anm.; c. 10 (Alex. III.) X de hom. V. 12; Clem. un. de hom. V. 4.

[4] Mithin auch jede andere Verletzung des Angegriffenen, wie eine mutilatio.

[5] Der Angreifer darf also kein Recht zur Vornahme der Handlung besitzen, und der Angriff muss unmittelbar oder, wenn ein solcher schon erfolgt ist, ein weiterer unmittelbar bevorstehen, andererseits die Gegenwehr auch sofort vorgenommen werden, vgl. Suarez de censuris disp. XLVI s. 1 n. 7; Reiffenstuel V. 12 n. 132 ff.; Schmalzgrueber V. 12 n. 30. 33 und die bei beiden citirten.

[6] Welche die Lehre wesentlich im Hinblick auf die irregularitas ex delicto homicidii, s. Bd. I. S. 43. 45; v. Scherer i. Arch. f. k. K. R. 49, 58. 61, behandelt, obwohl hier besondere Gesichtspunkte in Frage kommen, s. Bd. I. S. 43 n. 9.
Über die Bezeichnung homicidium necessarium s. S. 796 n. 7.

[7] Geib, Lehrb. des deutsch. Strafrechts 2, 233 ff.

[8] c. 5 u. 7 (Ambros.) C. XXIII qu. 3; c. 19 (August.) C. XXIII qu. 5; c. 6 in VI cit. V. 11: „quum liceat cuilibet vicino vel proximo suo pro repellenda ipsius iniuria suum impertiri auxilium, immo, si potest et negligit, videatur iniuriantem fovere ac esse particeps eius culpae", weil sie nicht direkt aussprechen, dass die Hülfeleistung auch in einer an sich ein Delikt bildenden Handlung bestehen darf.

[9] Innoc. IV. ad c. 3 X de sent. exc. V. 39; Engel V. 12 n. 18; Reiffenstuel V. 12 n. 137; Schmalzgrueber V. 12 n. 25; von neueren München 2, 69. 70; Katz S. 14.

[10] Das war freilich nicht unbestritten, und die Mehrzahl verneinte es, s. darüber Reiffenstuel V. 12 n. 143; Schmalzgrueber V. 12 n. 55 ff. Was die von Alexander VII. 1665, b. T. 17, 388, verurtheilten Sätze n. 17: „Est licitum religioso vel clerico calumniatorem gravia crimina de se vel de sua religione spargere minantem occidere, quando alius modus defendendi non suppetit, uti suppetere non videtur, si calumniator sit paratus vel ipsi religioso vel eius religioni publice et coram gravissimis viris praedicta impingere, nisi occidatur"; n. 18: „Licet interficere falsum accusatorem, falsos testes ac etiam iudicem, a quo iniqua certo imminet sententia, si alia via potest innocens damnum evitare", (s. auch Innocenz XI. 1679, l. c. 19, 145 n. 30: „Fas est, viro honorato occidere invasorem qui nititur calumniam inferre, si aliter haec ignominia vitari nequit; idem quoque dicendum, si quis impingat alapam vel fuste percutiat et post impactam alapam vel ictum fustis fugiat"); betrifft, so lässt sich aus diesen Reprobationen für die Entscheidung der Kontroverse nichts entnehmen, weil sie theils darauf beruhen, dass Nothwehr nach vollendetem Angriff nicht mehr stattfindet, theils darauf, dass der Angriff nur ein möglicher, nicht gegenwärtiger ist, endlich darauf, dass die Tödtung nicht als eine entsprechende Abwehrmassregel betrachtet werden kann.

[11] Selbst wenn der Angriff nicht, wie beim Raub, zugleich mit einem Angriff gegen die Person verbunden ist.

[12] Auch das war nicht unbestritten, indem man sich dagegen auf Clem. un. cit. V. 4; c. 2 (Burch. Wormat.) c. 3 (Aug.) c. 10 (Alex. III.) c. 18 (Innoc. III.) X de homic. V. 12 berief, s. gl. s. v. non deponatur zu c. 2 cit.; Fagnan. ad c. 2 cit. n. 4 u. ad c. 10 cit. n. 7, doch hat sich die Doktrin später überwiegend für die Bejahung unter der Voraussetzung entschieden, dass es sich um die Vertheidigung von Vermögensstücken von grossem Werth handelt, und dass sie sonst nicht leicht wieder zu erlangen sind, Covarruvias zu Clem. un. cit. P. III §. un. n. 6; Reiffenstuel l. c. n. 137 ff. 158 ff.; Schmalzgrueber l. c. n. 61 ff. und die von diesen citirten, indem man später die von Innocenz XI. 1679, b. T. 19, 145, verurtheilten Sätze: „31. Regulariter occidere possum furem pro conservatione unius aurei." n. 32: „Non solum licitum est defendere defensione occisiva quae actu possidemus, sed etiam ad quae ius inchoatum habemus et quae nos possessuros speramus" auch argumento e contrario heranzog.

geboten sind [1], ohne deren Gebrauch also der letztere nicht würde zurückgewiesen werden können [2]. Werden diese Grenzen überschritten [3], liegt ein s. g. Excess [4] der Nothwehr vor, so ist die Handlung, welche diesen Excess bildet, nicht straffrei, sondern wird nach Massgabe ihrer Qualifikation als Delikt, wobei neben der vorsätzlichen auch die fahrlässige Überschreitung in Betracht kommen kann, bestraft [5].

2. Was den Nothstand betrifft, d. h. die Zwangslage, durch welche die Begehung einer sonst strafbaren Handlung gerechtfertigt erscheint, so kennen zwar die kanonischen Rechtsquellen die Regel, dass die Nothwendigkeit das nach dem Gesetz nicht Erlaubte erlaubt macht [6], indessen erscheint derselbe, soweit er auf dem Gebiete des Strafrechts in Betracht kommt, in einzelnen Anwendungsfällen nur als Grund für eine mildere Bestrafung [7]. Die Doktrin hat sich ebensowenig mit der Feststellung des Begriffes des Nothstandes befasst, vielmehr ihrem schon oft hervorgehobenen Verfahren

[1] Mit Rücksicht auf Clem. un. cit. V. 4, s. Bd. I. S. 43 n. 5, vgl. auch dict. Gratian. zu c. 35 Dist. L: „Quod vero supra de homicidiis statutum legitur, intelligendum est, quando datur facultas effugiendi“, hat namentlich die ältere Doktrin angenommen, dass die Tödtung des Angreifers, also Nothwehr, nicht erlaubt sei, wenn es dem Angegriffenen möglich ist, sich ohne Gefahr durch die Flucht zu retten, Bernard. Pap. iur. summa V. 10 §. 4; gl. non valens ad Clem. cit., vgl. auch die bei Reiffenstuel n. 149 u. Schmalzgrueber n. 51 citirten. Die spätere hat dies dann darauf beschränkt, dass die Flucht ohne Gefährdung der Ehre und ohne Schimpf und Schande für den Angegriffenen möglich sei, und in Folge dessen auch, je nach dem Stande der Angegriffenen (z. B. einerseits zwischen Geistlichen und Plebejern und andererseits Adligen, Soldaten), einen Unterschied gemacht, Covarruvias l. c. n. 4; Suarez l. c. disp. XLVI s. 1 n. 5; Reiffenstuel n. 149; Schmalzgrueber n. 52, sowie die hier Angeführten, eine Meinung, welche die herrschende geworden ist, obwohl sie sich nicht recht mit der freilich nur von von der Irregularität handelnden Clem. cit. vereinigen lässt, vgl. Bd. I. S. 43 n. 5, und der richtigen Auffassung nach in der Nichtergreifung der an sich möglichen Flucht keine Überschreitung der Nothwehr liegt, da die letztere zur Vertheidigung erlaubt ist, und die Flucht keine Vertheidigung bildet, ein Standpunkt, welchen auch noch die gl. fugiens zu dict. Grat. vor c. 1 C. XXIII qu. 3 einnimmt.

[2] c. 18 X cit. V. 12: „quia tamen id debet fieri cum moderamine inculpatae tutelae, non ad sumendam vindictam, sed ad iniuriam propulsandam“ u. gl. dazu s. v. moderamine. Den hieraus hergeleiteten Satz: „defensio debet esse offensioni proportionata“ hat die spätere Doktrin missverständlich dahin aufgefasst, dass das Vertheidigungsmittel dem Angriffsmittel entsprechen, ja auch bei gleicher Beschaffenheit beider Theile die Nothwehr mit gleichen Waffen geübt werden müsse, Engel V. 12 n. 17; Reiffenstuel n. 133; Schmalzgrueber n. 31. 32. Diese Verkehrung des Begriffes des moderamen, wobei übersehen ist, dass es lediglich darauf ankommt, dass im gegebenen Falle eine andere Abwehr, als die vorgenommene, nicht ausreichend war, selbst wenn sie gegenüber einem Angriff auf ein geringer werthes Gut als das Leben den Tod des Angegriffenen herbeigeführt hat, fällt indessen den Quellen selbst nicht zur Last.

[3] Schon die frühere Doktrin hebt hervor, dass dies nach der Lage des einzelnen Falles der Beurtheilung des Richters überlassen werden müsse, Suarez l. c. n. 7; Reiffenstuel n. 136; Schmalzgrueber n. 34.

[4] Schon die gl. prosterneret zu c. 7 C. XXIII qu. 3, spricht von „excedere modum in defendendo“.

[5] Die Stellen des kanonischen Rechts, s. S. 940 n. 2, betreffen allerdings nur die Tödtung im Hinblick auf die Irregularität.

Dass die Strafe bei der Überschreitung ausgeschlossen ist, wenn diese dem Angegriffenen nicht zugerechnet werden kann, nimmt die gl. excessistis zu c. 12 X de rest. spol. II. 13, wenigstens für den Fall des casus und der ignorantia an.

[6] c. 4 X de R. J. V. 41: „Quod non est licitum lege, necessitas facit licitum“; c. 11 (Ps. Is.) Dist. I de consecr.; dict. Grat. zu c. 39 C. I qu. 1: „necessitas non habet legem“; c. 2 i. f. (Innoc. III.) X de obs. ieiun. III. 46: „quum non subiaceat legi necessitas.“

[7] So beim Diebstahl an Lebensmitteln, Kleidern und Vieh im Falle der Noth c. 3 (poen. Halitg.) X de furt. V. 18, s. S. 827 n. 6. Die Stellen, welche Katz S. 15. 16 n. 2 zum Beweise dafür anführt, dass im Nothstand jedes Rechtsgut ohne Ausnahme geschützt wird, und dass die Quellen einer besondern Art des Nothstandes beim Eidbruch (um das geschworene Verbrechen nicht zu erfüllen) gedenken, handeln, wie c. 6 (Beda) C. XXII qu. 4, überhaupt nicht vom Nothstand, und insbesondere, wie c. 3 (Ps. Egb.) C. XXII qu. 5 und c. 15 (Coelest. III.) X de jurejur. II. 24, von erzwungenen, nicht freiwillig geleisteten Eiden.

Allein c. 11 (Hieron.) C. XXIII qu. 5: „in persecutionibus non licet propria perire manu absque eo, ubi castitas periclitatur“ kann hierher gezogen werden, aber dieser spricht nur von der sittlichen Erlaubtheit des Selbstmordes zum Schutze der Keuschheit, ohne Rücksicht auf die Straflosigkeit desselben.

gemäss, in Anhalt an den Fall des Diebstahls von Esswaaren und ähnlichen Dingen[1] einen solchen im Falle höchster Noth für straffrei erklärt[2].

3. Der Befehl. In den Quellen wird der Soldat, welcher auf Befehl seines Vorgesetzten eine Tödtung begeht, für straffrei erklärt[3]. Wenn andererseits das Handeln gegen die Gebote Gottes[4] und die Vornahme einer verbotenen Handlung trotz eines solchen als unerlaubt[5] bezeichnet wird, so ergiebt sich daraus, dass der Befehl nur dann, wenn er innerhalb des Zuständigkeitskreises, in welchem der Untergebene dem Befehls- oder Gewalthaber zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet ist[6], liegt, einen Schuldausschliessungsgrund bildet[7].

4. Endlich kommt als ein solcher noch die Ausübung eines dem Thäter zustehenden Züchtigungs- oder Disciplinarrechts, also eines solchen des Vaters, Lehrers oder des vorgesetzten Kirchenoberen in Betracht[8].

Dagegen gilt

der Zwang nicht als Schuldausschliessungsgrund.

Hat Jemand in Folge eines gegen ihn angewendeten physischen Zwanges (einer s. g. *vis absoluta*) ein Delikt begangen, so ist er nur ein willenloses Werkzeug gewesen, und die That kann ihm daher gar nicht als eigene zugerechnet werden[9].

Wenn er dagegen die Strafthat in Folge einer Bedrohung (also unter Einwirkung von s. g. *vis ac metus*) verübt hat, so ist er dafür verantwortlich und wird bestraft[10],

[1] c. 3 X cit. V. 18, s. vor. Anm.

[2] gl. fame zu c. 26 Dist. V de cons., unter Bezugnahme auf den Satz: „necessitas non habet legem" und „in necessitate omnia esse debent communia" und auf gl. poeniteat zu c. 3 X cit. V. 18, welche aus der Auferlegung der Busse mit Rücksicht auf c. 26 cit. schliesst, dass die necessitas nach der Stelle nur eine modica, keine magna gewesen sein könne. Im Übrigen vgl. dazu S. 827 n. 6.

Vereinzelt wird auch der Fall des Angriffes eines Wahnsinnigen auf Leib oder Leben erwähnt, und bei Tödtung desselben der Eintritt der Irregularität verneint, dieser Fall aber unter die Nothwehr gestellt, Schmalzgrueber V. 12 n. 46.

[3] c. 13 (Hieron.) C. XXIII qu. 5.

[4] c. 92 (Ambros.) und c. 93 (Hieron.) C. XI qu. 3.

[5] c. 91 (poen. Ps. Hieron.) ead. (Befehl des Bischofs oder Abtes an einen Geistlichen, Messe für Ketzer zu lesen). Das von Katz S. 13 noch herangezogene c. 1 C. XXII qu. 5, s. o. S. 702 n. 11, handelt vom Zwang des Herrn gegen seinen freien Vasallen oder unfreien Dienstmann zur Leistung eines Meineides.

[6] Das Tödten ist der militärische Vorgesetzte kraft seiner Amtsgewalt dem Soldaten zu befehlen berechtigt, und letzterer zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet, dagegen kann der Bischof kraft dieser dem Priester nicht eine Handlung, welche die Kirche überhaupt verbietet, welche er also selbst nicht einmal vornehmen dürfte, befehlen, ebensowenig der Herr seinem Untergebenen die Ableistung eines Meineides. Es ist daher unrichtig, wenn Katz S. 13, welcher c. 1 cit. für eine Dekretale des Papstes Pius I. v. 158 hält (!!), bemerkt, dass es der kirchlichen Gesetzgebung zu danken wäre, dass sie überall das Prinzip der eigenen Verantwortlichkeit für eigene Schuld auch bei Sklaven und Hörigen hervorgehoben habe.

[7] Auch in der Doktrin hat die Lehre keine nähere Durchbildung erfahren.

[8] Die Quellen behandeln diesen Fall lediglich im Hinblick auf das privilegium canonis, s. Bd. I. S. 121 n. 2.

[9] So schon summa Rufini zu C. XXII qu. 5, herausg. von v. Schulte S. 357: „quoniam qui absoluta coactione urgetur, non facere, sed pati potius dicitur"; danach c. 5 (Innoc. III.) X de his quae vi I. 40: „per coactionem adstrictus . . . magis pati quam agere convincitur".

[10] Tribur 895 c. 11, Bor.-Kr. capitul. 2, 219: „si quis clericus quamvis nimium coactus homicidium fecerit, sive sit presbiter sive diaconus, deponatur"; c. 1 (Ps. Egb.) u. c. 3 (Ps. Egb.) C. XXII qu. 5, s. o. S. 702 n. 9; c. 5 X cit. I. 40, jedoch gilt die Schuld als geringer, s. c. 5 cit., und deshalb wird auch in c. 3 cit. leichtere Busse angedroht.

In Betreff der Censuren wird aber eine Ausnahme gemacht, und die Bedrohung als Schuldausschliessungsgrund anerkannt, wenn eine Handlung in Frage steht, welche nicht zu denjenigen an und für sich unsittlichen Handlungen gehört, die unter keinen Umständen begangen werden dürfen (intrisece mala), oder der Zwang nicht aus Hass oder nicht zur Verächtlichmachung der Kirche ausgeübt worden ist oder wenn sich der Bedrohte der Drohung zur Vermeidung eines schweren Nachtheils gefügt hat, s. z. B. Suarez l. c. disp. VI s. 3 n. 1 ff.; Kober, Kirchenbann 2. A. S. 208, oder nach anderen (s. z. B. Heiner,

nur dann nicht, wenn zum Thatbestand des Vergehens der Vorsatz erforderlich ist[1], also eine *ignorantia crassa* oder *supina* nicht ausreicht, denn in der Begehung eines solchen in Folge eines derartigen Zwanges liegt ebensowenig ein *praesumere*, *audere* u. s. w.[2], wie in dem Falle der groben Unwissenheit[3].

Ebensowenig endlich findet sich in den kirchenrechtlichen Quellen die Ausübung eines rechtlich anerkannten Berufes, wie namentlich die des Arztes, als Schuldausschliessungsgrund anerkannt[4].

§. 346. f. *Die Strafausschliessungsgründe.*

Während das kirchliche Recht in der hier fraglichen Periode eine Verjährung[5] im Sinne der Strafverfolgungsverjährung ebenso wenig wie früher kennt, hat das päpstliche Recht[6] zwar nicht allgemein, aber wohl bei einzelnen Vergehen die Anzeige derselben und der Thäter, wie auch der Mitschuldigen durch einen von ihnen vor der Entdeckung als Strafausschliessungsgrund für den Denunzianten hingestellt[7],

Dagegen kommt die blosse Reue, selbst die werkthätige, gemeinrechtlich als solcher nicht in Betracht[8], und dasselbe gilt auch von dem Tode des Schuldigen. Gegen Todte ist gerade für bestimmte Verbrechen eine solche in der Gestalt der Versagung des christlichen Begräbnisses angedroht; ja, beim Selbstmord ist sie die einzig mögliche Strafe (s. o. S. 541. 622. 797).

Censuren S. 16), wenn nicht die Beobachtung eines zur Erhaltung des öffentlichen Wohles gegebenen Gesetzes oder eine, eine direkte Verachtung des Glaubens oder der geistlichen Gewalt enthaltende Verletzung des kirchlichen Gesetzes in Frage kommt. Einen quellenmässigen Anhalt hat dies Alles nicht.

1 S. z. B. o. S. 819 n. 2. In Übereinstimmung mit der Auffassung des Textes nimmt die Doktrin an, dass ein exkommunicirter oder sonst censurirter Kleriker, s. Bd. I. S. 52, welcher eine aus seinem ordo herfliessende Weihehandlung vornimmt, Engel V. 27 n. 3 u. Schmalzgrueber V. 27 n. 11, oder welcher sich in Folge eines Zwanges trotzdem, dass er exkommunicirt ist, weihen oder welcher sich unter Einwirkung eines solchen furtive weihen lässt, Suarez l. c. disp. XXXI s. 1 n. 59; Schmalzgrueber V. 29 n. 11, nicht der Suspension, bez. der Irregularität unterliegt, s. Bd. I. S. 49. 50 n. 7 u. S. 52, denn auch in allen diesen Fällen ist durch den Zwang der erforderliche Vorsatz, gegen das Gesetz zu handeln, ausgeschlossen, s. Bd. I. S. 53.

2 S. o. S. 926.

3 Diese letztere beruht auf Fahrlässigkeit. Eine solche kann in den hier fraglichen Fällen darin gefunden werden, dass der Gezwungene seiner Pflicht, einem Zwang zum unerlaubten Thun Widerstand zu leisten, s. c. 5 X cit. I. 46, nicht nachkommt.

4 S. o. S. 798.

5 S. o. S. 145. 667.

6 So bei der Simonie in Betreff des Ämtererwerbes; Paul II.: Cum detestabile 1464 (c. 2 in Extr. comm. de simon. V. 1, oben S. 712): „omnibus et singulis ecclesiasticis saecularibusque personis, cuiuscunque dignitatis, status, gradus, ordinis et conditionis fuerint, in virtute s. obedientiae districtius iniungimus, ut eos omnes quos simoniam huiusmodi commisisse vel procurasse aut in ea mediatores esse sciverint, pontifici praedicto vel cui idem pontifex duxerit committendum, per se vel alios revelare quanto citius non omittant, pro revelatione huiusmodi, etiamsi complices fuerint, non solum veniam a nobis, sed etiam gratiam consecuturi, si eorum indicio participes tanti criminis valeant coerceri"; beim ambitus in Betreff der Papstwahl, Pius IV.: Cum secundum 1558 §. 4, b. T. 6, 545, s. S. 859 n. 3: „Nos enim iis, qui praemissa revelaverint, non solum veniam, sed etiam gratiam et praemia pollicemur"; bei der offensio status, rerum et personarum s. officii, Pius V.: Si de protegendis 1569 §. 8, b. T. 6, 784 (s. o. S. 936 n. 1); bei der Simonie in Betreff der Erlangung päpstlicher Gnaden, Gregor XIII.: Ab ipso 1574 §. 4, b. T. 8, 105, siehe S. 936 n. 6.

7 Einen hierher gehörigen Fall des Partikularrechts s. Tours 1583 c. 9, Hardouin 10, 1046, o. S. 696 n. 3.

8 Vielmehr blos vereinzelt in karolingischer Zeit, Rudolf v. Bourges u. 858 c. 18, Mansi 14, 952: „si quis vero sacerdotum haec prohibita deprensus fuerit admisisse (d. h. Geld für Taufe, Abendmahl, Busse oder Begräbniss angenommen hat), vel commissa potius spontanea voluntate citius non correxerit, proprii honoris inrecuperabiliter periculo subiacebit."

Ferner bleibt die Möglichkeit der Beseitigung der Strafbarkeit durch den Tod für alle Fälle ausgeschlossen, in denen noch bei Lebzeiten des Thäters eine poena vindicativa oder censura *latae sententiae* gegen denselben eingetreten ist, selbst wenn dieselbe noch nicht vor seinem Absterben realisirt sein sollte [1].

Dagegen kann im übrigen, soweit es sich um Strafen und Censuren ferendae sententiae handelt, eine Bestrafung des Todten nicht mehr eintreten [2].

§. 347. g. *Vergehens-Einheit und -Mehrheit* (*Behandlung des Rückfalls*).

Die Vergehens-Einheit und Vergehens-Mehrheit hat als solche in kirchlichen Quellen keine Berücksichtigung erfahren. Von der älteren Doktrin ist sie auch nur gelegentlich berührt und erst seit dem 16. Jahrhundert hat man sie, wenn auch nur vereinzelt [3], von einem allgemeineren Standpunkt aus behandelt.

Was zunächst die Frage betrifft, in welchen Fällen eine Verbrechenseinheit oder eine Verbrechensmehrheit vorliegt, so wird

1. bei der Vornahme einer einzigen, gleichzeitig mehrere Personen oder Sachen berührenden Handlung (z. B. Tödtung mehrerer durch einen Hieb, gemeinschaftliche Blasphemie der zwölf Apostel) von der überwiegenden Meinung das Vorliegen mehrerer Vergehen, also das Eintreten der dadurch bedingten mehreren Strafen [4] entgegen der heutigen Auffassung [5] angenommen.

2. Für den Fall, dass eine einzelne Handlung mehrere Strafgesetze oder, was dasselbe ist, ein Strafgesetz, welches mehrere Thatbestände gleichzeitig bedroht, verletzt, unterscheidet die Doktrin in folgender Weise: Wenn das eine Strafgesetz einen allgemeinen Deliktsbegriff aufstellt, das andere aber blos eine besondere Abart desselben mit Strafe belegt [6], so tritt nur die Strafe des letzteren, nicht auch die des ersteren ein [7]. Stehen dagegen beide Strafgesetze nicht in diesem Verhältniss zu einander, handelt es sich also um verschiedene Deliktsbegriffe [8], dann ist die für jedes

[1] Praktische Bedeutung hat dies für die Geldstrafe und die Konfiskation einzelner Sachen und des Vermögens wegen der Verhaftung des Erben.

Die o. S. 651. 652 bekämpfte Doktrin lässt diesen Grundsatz nur dann gelten, wenn es keiner Deklaration des ipso facto Eintritts der Strafe bedarf, s. z. B. Thesaurus l. c. P. I c. 11 p. 12.

Im Übrigen trifft für die hier in Rede stehenden Strafen das o. S. 678 Bemerkte zu.

[2] Wie auch kein Strafverfahren mehr gegen ihn eintreten kann, s. c. 13. 14 (Sevilla II.) Dist. XXIII; Schmier, iurispr. canon. civ. l. V tr. 1 c. 3 n. 28; Schmalzgrueber V. 37 n. 16 u. V. 1 n. 76, s. jedoch wegen der Ausnahme bei der Ketzerei o. S. 302. 303. 489.

[3] So namentlich Suarez l. c. disp. V s. 2 u. 3; ferner mit Rücksicht auf die poenae l. s. Thesaurus l. c. P. I c. 8 p. 8.

[4] Thesaurus l. c. p. 10 und die hier citirten älteren, während Suarez l. c. s. 3 n. 11, welcher diese Ansicht noch als die in der Praxis herrschende bezeichnet, unter ausführlicher Begründung hervorhebt, dass sich das Gegentheil speculative sehr wohl vertheidigen lasse.

[5] Vgl. H. Meyer Str. R. S. 488. 489; v. Liszt Str. R. 6. A. S. 206. 212.

[6] Hierher gehört die Vergewaltigung der Kardinäle und der höheren Würdenträger, sofern diese mit der Verletzung des privilegium canonis konkurrirt, s. S. 748 n. 3; ferner die Strafbestimmung der const. Pius' IX. über die Usurpation oder Sequestration der den kirchlichen Personen kraft ihrer Benefizien zustehenden Jurisdiktionsrechte und Güter, S. 754, im Verhältniss zu dem generellen Verbot des Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref., S. 751, vgl. dazu S. 755.

[7] Suarez l. c. s. 3 n. 13; Thesaurus l. c. p. 10, eine Auffassung, welche auch die congr. inquis. in ihrer Praxis theilt, s. S. 755 n. 5. Prinzipwidrig ist es, wenn Thesaurus l. c. p. 10, bei Verschiedenheit der Strafen (z. B. Exkommunikation und Suspension) beide eintreten, und nur bei Gleichheit derselben die mehreren gleichen Strafen durch eine einzige absorbirt werden lässt.

[8] Als Beispiel wird gewöhnlich im Hinblick

Delikt angedrohte Strafe oder die in dem einen Strafgesetz für mehrere Delikte festgesetzte ein und dieselbe Strafe zu so vielen Malen verwirkt, als verschiedene Vergehen in Frage kommen [1].

Steht die Vornahme einer Mehrheit von Handlungen in Frage, so ist es

3. unzweifelhaft, dass, wenn diese in keiner Beziehung und Verbindung mit einander stehen, mögen sie selbst gleichartig sein und sich gegen dieselbe Sache und Person richten [2] und jede Handlung gegen ein, sei es auch dasselbe Strafgesetz verstösst, mehrere Vergehen vorliegen, und den Thäter alle auf jedes derselben gesetzten Strafen [3] treffen [4].

4. Wenn die mehreren Handlungen, obwohl jede einzelne im Falle ihrer alleinigen Verübung ein eigenes Delikt darstellt, auf Grund desselben Entschlusses unmittelbar hinter einander vorgenommen werden [5], um einen bestimmten Erfolg zu erreichen [6], so soll lediglich die Strafe für diejenige Handlung, welche das schwerste Vergehen bildet, eintreten [7]. Das ist an sich richtig. Aber in diesen Fällen liegt nicht eine Mehrheit von strafbaren Handlungen, sondern eine sich aus mehreren Akten zusammensetzende Handlung vor [8], bei welcher die ersteren sich nur als Mittel für den vorgestellten und gewollten Erfolg darstellen. Ob im gegebenen Fall eine solche Einheit vorhanden ist, darüber entscheidet in erster Linie freilich der Begriff der einzelnen Deliktsart [9], indessen nicht allein [10], denn wenn das Gesetz eine einzelne Hand-

auf die in Clem. 1 de sepult. III. 7 (s. o. S. 247 n. 2) mit der jetzt fortgefallenen exc. l. s. bedrohte Zulassung eines kirchlichen Begräbnisses während des Lokalinterdikts, von öffentlich Exkommunicirten, mit Namen Interdicirten und offenbaren Wucherern die Gewährung einer derartigen Bestattung an einen öffentlich exkommunicirten, namentlich interdicirten notorischen Wucherer, in welchem Fall den Thäter eine dreimalige Exkommunikation treffe, angeführt. Als weiteres Beispiel kann der Beitritt zu einer der Kirche feindlichen Sekte, welche zugleich ketzerisch ist, s. S. 773, dienen.

Wenn Suarez l. c. s. 3 n. 15, bei der manus iniectio violenta gegen einen Ordensgeistlichen mit Rücksicht darauf, dass diese sowohl gegen den Kleriker, wie auch gegen den Mönch mit der Exkommunikation bedroht ist, den Thäter in eine zweimalige Exkommunikation verfallen lässt, so ist dies deshalb unrichtig, weil in c. si quis suadente (29) C. XVII qu. 4, Bd. I. S. 118 n. 10, der clericus und monachus gegenübergesetzt werden, also der Regularkleriker unter den ersteren Begriff fällt, und daneben als Mönch nicht in Betracht kommt, vgl. auch (A.-)Pennacchi 1, 500. Es liegt also hier ein Fall der doppelten Verletzung des Strafgesetzes gar nicht vor.

[1] Vgl. auch c. 4 (Coelest. III.) X de eo qui IV. 13, für konkurrirenden Ehebruch und Incest „qui etiam pro incestu et adulterio ... iuxta moderamen tui arbitrii poenitentiam agens"; dict. Grat. zu c. 16 (Aug.) C. XXII qu. 1: „dupliciter enim reus est qui per creaturas (im Gegensatz zum Schöpfer) iurat mendaciter."

[2] Also z. B. Jemand einen Kleriker zu verschiedenen Zeiten schlägt, zu verschiedenen Zeiten in eine Kirche einsteigt und den Opferstock bestiehlt.

[3] So weit sich beurtheilen lässt, handeln die wenigen Stellen, welche von einer mehrfachen Exkommunikation oder Suspension eines Thäters sprechen, s. c. 27 (Innoc. III.) u. c. 42 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 30 (Honor. III.) X de rescr. I. 3; c. un. (Benedikt XI.) in Extr. comm. de schismat. V. 4, lediglich von solchen Fällen. Ein modernes Beispiel s. S. 753 n. 13.

[4] Gl. condemnentur zu c. 1 (inc.) X de poen. V. 37: „quoties quis deliquit, toties puniri debet"; Suarez l. c. s. 2 n. 1; Thesaurus l. c. p. 8.

[5] Z. B. die Beibringung von Verwundungen oder Verstümmelungen.

[6] Wie die Tödtung durch die mehreren Verwundungen.

[7] Thesaurus l. c. p. 8.

[8] Wie in dem in den vorigen Anmerkungen berührten Beispiel die Tödtung. Gerade dieser Fall hat für das kanonische Strafrecht eine besondere Bedeutung, weil mehrfach in demselben kirchlichen Strafgesetz das interficere, mutilare, percutere, dann auch das capere, carcerare, detinere, s. o. S. 745 u. S. 749 n. 1, mit Strafe bedroht wird. Wenn hier das percutere und mutilare zum Zweck der Tödtung, das capere und carcerare zum Zweck der Detention vorgenommen wird, kommt die Strafe nur einmal zur Anwendung.

[9] So H. Meyer S. 480.

[10] Das Gesetz kann allerdings selbst darauf hinweisen, dass eine Mehrheit verschiedener Akte zum Begriffe des Vergehens erforderlich ist, so kommt z. B. beim Konkubinat gewöhnlich ein fortgesetzter ausserehelicher Geschlechtsverkehr

lung als besondere Deliktsart qualifizirt, so ist damit noch nichts darüber entschieden, ob sich eine solche nicht aus mehreren einzelnen Akten, welche, wenn sie jeder selbstständig und allein vorgenommen worden wären, eigene Delikte darstellen würden, zusammensetzen kann.

5. Dem eben besprochenen Fall wird derjenige gegenübergestellt, dass mehrere Handlungen gleicher Art hinter einander kraft desselben Entschlusses, aber ohne dass sie alle auf ein und denselben Erfolg abzielen, verübt werden. Hier soll nach einer Ansicht für jede Handlung eine besondere Strafe eintreten [1], nach einer anderen dagegen nur eine, weil diese hier eine Einheit der Handlung als vorliegend annimmt [2].

Der Streit der Meinungen erklärt sich daraus, dass unter diesem Fall sehr verschiedenartiges zusammengefasst wird, nämlich einmal der vorige Fall [3], ferner das s. g. fortgesetzte Delikt [4] und endlich auch das Kollektivdelikt [5], für welche

mit derselben Frauensperson vor, s. o. S. 815, bei welchem nicht jeder einzelne Beischlaf ein besonderes Delikt der Fornicatio bildet und jedesmal als solches bestraft werden kann. Aber, wenn das Gesetz eine solche Qualifikation nicht vorgenommen hat, dann bleibt nichts übrig, als die Einheit der Handlung nach der Einheit des Entschlusses, des vorgestellten Erfolges und der Kontinuität der mehreren Akte zu bemessen, vgl. v. Liszt S. 206. Deshalb kann sich in den Fällen des Trid. Sess. XXV. c. 18 de reg., s. S. 809 n. 2, und Sess. XXIV. c. 1 de ref., S. 873 n. 6, je nach der Sachlage bald der Zwang zum Eintritt in ein Kloster, zur Anlegung des Ordenskleides und zur Ablegung der feierlichen Gelübde, nicht minder die Kopulation und die Benediktion der Verlobten aus einer fremden Parochie ohne Genehmigung des zuständigen Pfarrers blos als eine einheitliche, mit einer Exkommunikation bez. einer Suspension zu bestrafende Handlung oder jede der erwähnten Handlungen als ein besonderes Delikt, welches jedes den gedachten Censuren unterliegt, darstellen. Nach demselben Gesichtspunkte unterscheidet sich auch die Streitfrage, ob derjenige, welcher sich einer simonia confidentialis, s. o. S. 714, schuldig gemacht und der darauf gesetzten Exkommunikation verfallen ist, auch bei Ausführung derselben, s. o. S. 715. 716, noch der Exkommunikation wegen Realsimonie verfällt, vgl. darüber (A.-) Pennacchi 1, 888, dahin, dass das letztere ausgeschlossen ist, weil die Erfüllung der simonia confidentialis nur eine Folge des auf die letztere gerichteten Entschlusses und des von vornherein gewollten Erfolges ist, also keine selbstständige, von der simonia confidentialis verschiedene Handlung bildet.

[1] Thesaurus l. c. p. 9. Als Beispiele werden die Ertheilung mehrerer Ohrfeigen oder mehrerer Schläge in einem Angriff und wiederholte Vollziehung des Beischlafs seitens des Ehebrechers mit derselben Frau ausserhalb des Falles einer ehebrecherischen Ehe (also ohne Bigamie) angeführt.

[2] Thesaurus l. c., vgl. auch Suarez l. c. s. 3 n. 3 (für den Fall, dass Jemand einem Kleriker bei einem Anfall auf denselben mehrere Schläge vorsätzlich hinter einander versetzt).

[3] So, wenn Jemand einem Anderen mehrere Schläge oder mehrere Ohrfeigen hinter einander auf Grund des Vorsatzes, ihn gehörig durchzuprügeln oder abzustrafen, giebt, ferner in Folge eines einheitlichen Vorsatzes in wiederholten Malen kirchliche Gefässe und Kleinodien aus demselben Schrank in der Sakristei oder mit einem Male solche Sachen aus dieser und aus verschiedenen Kapellen der Kirche, mit welcher die ersteren verbunden sind, stiehlt.

[4] D. h. die unterbrochene, stossweise Verwirklichung des verbrecherischen Thatbestandes durch eine Mehrheit gleichartiger Handlungen, vgl. G. Meyer S. 478; v. Liszt S. 209, wie das ehebrecherische, sich in verschiedenen Beischlafsakten äussernde Verhältniss. Hierher wird auch der Fall mehrerer Verstösse der Kardinäle gegen die Wahlvorschriften bei der Papstwahl, s. Gregor XV.: Aeterni patris 1621 §§. 1—14, b. T. 12, 619, s. o. S. 661 n. 5 unter no. 5, bei einem Wahlakt zu rechnen sein, da durch die für alle Verstösse gemeinsam angedrohte Exkommunikation l. s. (§. 14 ibid.) die Korrektheit des Wahlverfahrens gesichert werden soll, also der Gesetzgeber hier nur ein einziges Delikt, nämlich die vorschriftswidrige Vornahme des Wahlaktes, geschaffen hat, s. auch (A.-) Pennacchi 2, 538. 539, welches sich zwar schon durch einen Verstoss, andererseits aber (als fortgesetztes Vergehen) durch mehrere solche verwirklichen kann.

[5] D. h. eine Gesammtheit von mehreren, demselben Deliktsbegriff entsprechenden Verübungen, welche unter der Voraussetzung als ein Delikt behandelt werden, dass sie als Ausfluss einer gemeinsamen Willensbestimmung erscheinen, so z. B. das s. g. gewohnheitsmässige Vergehen, für welches die aus mehrfacher Begehung entstandene Neigung zu weiteren Begehungen der gleichen Art charakteristisch ist, Meyer S. 482. 483; v. Liszt S. 211. Im kirchlichen Strafrecht gehören hierher eine Reihe solcher Vergehen, bei denen vor der Bestrafung erst eine *monitio* (Mahnung) zu dem Zweck vorhergehen muss, um die Hartnäckigkeit, d. h. die fortdauernde, durch die That bezeigte Neigung zu weiteren strafbaren Handlungen, festzustellen, wie z. B. das Tragen einer unzulässigen Haartracht oder unpassender Kleider durch Kleriker, vgl. S. 119 n. 10, S. 259 u. S. 893 ff. (freilich nicht alle der-

sämmtlich trotz der mehreren Handlungen nur immer die eine auf das Vergehen gesetzte Strafe verwirkt wird.

Zieht man weiter in Betracht, dass das zusammengesetzte[1], das Dauerverbrechen[2] und das Zustandsdelikt[3], welche sämmtlich von der kanonistischen Doktrin nicht besonders behandelt werden, ebenfalls nur ein einheitliches Vergehen bilden und daher auch nur mit einer einzigen Strafe belegt werden können, so ergiebt sich das Resultat,

dass nach dem kirchlichen Strafrecht jede einzelne selbstständige Handlung und auch eine sich aus mehreren Akten zusammensetzende Handlung oder (anders ausgedrückt) eine Mehrheit von Handlungen, welche nur ein Delikt darstellt, blos einmal von der für das betreffende Vergehen angedrohten Strafe betroffen wird[4],

dass andererseits aber, wenn mehrere selbstständige, von einander unabhängige Handlungen oder auch wenn eine Mehrheit zusammengehöriger Handlungen mehrere Mal unabhängig von einander, sofern im ersteren Fall jede einzelne Handlung oder im letzteren die zusammengehörige Mehrheit ein Delikt bildet, begangen worden sind, also im Falle der s. g. Real-Konkurrenz[5], ferner wenn eine einzige Handlung oder eine Mehrheit zusammengehöriger, eine Einheit bildender Handlungen verübt worden ist und die eine oder andere gegen mehrere Strafgesetze verstösst, mithin im Falle der Ideal-Konkurrenz[6], stets eine Mehrheit der Strafen, im ersteren Fall der für die durch die mehreren Handlungen oder die mehreren Handlungseinheiten begangenen Delikte festgesetzten, im letzten der durch die eine Handlung oder eine Handlungseinheit verletzten Strafgesetze angedrohten Strafen eintritt.

Das kirchliche Recht ist also sowohl bei der Real-, wie bei der Ideal-Konkurrenz auf dem Standpunkt des römischen Rechts: *quot delicta, tot poenae*[7] stehen geblieben[8].

Wenn dasselbe keine besonderen Vorschriften in dieser Beziehung aufgestellt hat, so erklärt sich dies einmal daraus, dass die kirchliche Strafgesetzgebung sowohl

artigen Delikte, für welche eine monitio des erwähnten Charakters erfordert wird, z. B. nicht die Verweigerung der Zehnten, S. 119 n. 10 u. S. 220).

Nicht ausgeschlossen ist übrigens, dass ein und dasselbe Delikt, je nach der Art seiner Begehung bald ein Kollektiv-, bald ein fortgesetztes, bald auch blos ein einfaches Delikt sein kann, so z. B. der Konkubinat. Er ist das erstere, wenn er erst auf mehrmalige Mahnung bestraft werden darf, s. S. 817, das letztere, wenn der aussereheliche Geschlechtsverkehr nur einmal mit dem Vorsatz, ihn dauernd mit derselben Person fortzusetzen, z. B. unter Miethung einer Wohnung für die letztere zu diesem Behuf, vorgenommen worden ist, endlich ein fortgesetztes Vergehen, wenn die Beischlafsvollziehung zu wiederholten Malen stattgefunden hat und in den beiden zuletzt gedachten Fällen die Bestrafung auch ohne vorgängige Mahnung eintreten kann.

1 D. h. ein mehrere Deliktsbegriffe zusammenfassendes Delikt, vgl. Meyer S. 476; v. Liszt S. 210, wie der Raub oder die Nothzucht, s. S. 825. 828.

2 Darunter wird die ununterbrochene Verwirklichung des verbrecherischen Thatbestandes, v. Liszt S. 208, wie die längere Zeit andauernde Freiheitsberaubung, s. o. S. 807, verstanden.

3 Der durch eine strafbare Handlung herbeigeführte, dauernde, dem Strafgesetz widersprechende Zustand, v. Liszt S. 208, so z. B. die Doppelehe.

4 Hierher gehört der erste, o. S. 944 unter 2 gedachte Fall, ebenso der S. 945 unter 4 erwähnte, das fortgesetzte Delikt, das Kollektivverbrechen, das zusammengesetzte, Dauer- und Zustandsdelikt, endlich der richtigen Auffassung nach, welche nichts hindert, für das kirchliche Strafrecht zur Anwendung zu bringen, auch der S. 944 unter 1 gedachte Fall.

5 H. Meyer S. 497; v. Liszt S. 216.

6 H. Meyer S. 484; v. Liszt S. 214 n. 3.

7 L. 2 pr. D. de privatis delictis XLVII. 7; l. 7 §. 5 D. de accusat. IX. 2; H. Meyer S. 492. 499.

8 Wenn Katz S. 55 n. 5 meint, dass dagegen c. 16 (Aug.) C. XXII. qu. 1 u. dict. Grat. dazu §. 3 zu sprechen scheinen, so ist dies unrichtig. Hier wird nur gesagt, dass derjenige, welcher beim Schöpfer falsch schwört, einer härteren Strafe als derjenige, welcher einen falschen Eid bei den Kreaturen leistet, unterliegt, während eine Idealkonkurrenz allein in dem letzteren Fall (Ver-

im Mittelalter eine reine Gelegenheitsgesetzgebung gewesen [1], wie auch später geblieben ist [2], theils daraus, dass bei der centralen Stellung der Exkommunikation im kirchlichen Strafsystem, gegenüber welcher im Fall der Ideal- oder Real-Konkurrenz weder die Anwendung des Prinzips der Absorption der milderen durch die härteren Strafen noch des der Verschärfung der Strafe des schwersten Deliktes möglich war, der Gedanke an ein Aufgeben des nahe liegenden, römischen Grundsatzes um so weniger hervorgerufen werden konnte, als eine Feststellung des Verhältnisses der verschiedenen Strafen zu einander sich schwer vornehmen liess und auch nicht vorgenommen worden ist [3], ferner bei den spezifisch kirchlichen Strafen, wie namentlich der Exkommunikation, dem Personalinterdikt, dem Lokalinterdikt und der Suspension eine Häufung derselben in Folge der Nothwendigkeit einer besonderen Absolution von jeder der mehreren solchen, den Verbrecher gleichzeitig belastenden Strafen geeignet war, den sich gegen die kirchliche Ordnung auflehnenden Willen des Schuldigen zu brechen, und gerade dies den hierarchischen Tendenzen des kirchlichen Strafrechtes [4] vollkommen entsprechend war, während die Leibes- und Lebensstrafen, deren häufigere Anwendung auf dem Gebiete des weltlichen Strafrechts eine vom römischen Recht abweichende Behandlung der Real- und Idealkonkurrenz herbeigeführt hat [5], auf dem Gebiete des kirchlichen Strafrechts nur eine untergeordnete Bedeutung beanspruchten und seit dem Ausgang des Mittelalters mehr und mehr zurückgetreten sind [6].

Was endlich den besonderen Fall betrifft, dass dieselbe strafbare Handlung von einer Person wiederholt zu verschiedenen Zeiten nach einander begangen wird, so bestraft

1. das mittelalterliche und spätere Recht diesen als Kollektiv- und genauer als gewohnheitsmässiges Verbrechen [7] in der Weise, dass die ersten vor der zum Zwecke der Feststellung der Hartnäckigkeit zu erlassenden monitio liegenden Handlungen gar nicht von Strafe betroffen werden [8], und dass nach der ersten Bestrafung bei fernerer Wiederholung eine härtere Strafe eintritt [9].

2. Andererseits weisen auch die späteren päpstlichen Konstitutionen [10] und die Partikularkonzilien [11] seit dem 15. Jahrhundert Strafandrohungen auf, in welchen die

letzung des Verbots, bei den Kreaturen zu schwören, sowie Meineid), nicht aber in dem ersteren vorliegt.

1 S. 232 u. 233.

2 S. unten §. 348.

3 S. 143. 144.

4 S. 123. 125. 228 ff. 232. 267. 954 (nicht minder auch eine Häufung der Geldstrafen).

5 H. Meyer S. 492. 499.

6 S. 552 ff. 558. 561 ff.

7 S. 946.

8 Clem. 1 de vita III. 1, s. S. 264 n. 4 ; Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref., s. S. 817 n. 4 (Konkubinat der Kleriker).

9 Hierher gehören die von J. Sacker, der Rückfall. Berlin 1892. S. 91 angeführten Stellen, nämlich c. 2 (cap. Vernens.) X de cler. exc. V. 27, S. 55 n. 1; S. 257 n. 2. 4, u. c. 2 (Mainz 851 c. 8) X de purg. can. V. 34, s. S. 67 n. 9; S. 338 n. 5; S. 339 n. 1 (in beiden Fällen erst Rüge, s. S. 78, dann härtere Strafen); s. ferner Trid. Sess. XXV. c. 14 de ref. cit., s. vor. Anm.; Mailand 1565 II. 23, Hardouin 10, 665 u. Aix 1585, ibid. p. 1542, S. 894 n. 4.

10 Leo X.: Supernae 1514 §. 33, b. T. 5, 604, und Pius V.: Cum primum 1566 §. 10, l. c. 7, 434 (Blasphemie, s. S. 706, hier die Ausdrücke: pro prima secunda vice — dieselben auch in der das Duell betreffenden const. Julius' II.: Regis pacifici 1509 für den Kirchenstaat, s. S. 801 n. 1); Pius V. cit. §. 8 (simonistische Erlangung von Weihen, Dignitäten und Ämtern, s. S. 711 n. 13, „si quis tale crimen pluries commisisse convictus fuerit"); Gregor XIII.: Dubiis 1581 §. 2, b. T. 8, 115 (Klausurverletzung durch die Prälaten, S. 785, „pro prima, secunda vice, deinceps").

11 Canterbury 1423, Hardouin 8, 1006 (S. 854 Anm.; pro prima, secunda offensa); Paris 1429 c. 26, l. c. p. 1048 (S. 700 n. 4, pro prima, secunda, tertia vice); Mailand 1565 II. 26, l. c. 10, 668. 669 (o. S. 901 n. 1 u. 5, „qui iterum in eadem re peccaverit, duplicata is poena . . . plectatur", wiederholt Aix 1585, ibid. p. 1544); Tours 1583 c. 15, l. c. p. 1421, s. S. 630 n. 1

zweite, dritte oder fernere Begehung derselben Strafthat mit einer härteren Strafe als die erste belegt wird.

3. Speziell für die Ketzerei gilt endlich der Grundsatz, dass diejenigen, welche diese abgeschworen haben, wenn sie sie sich derselben von Neuem schuldig machen, ebenso wie die hartnäckigen Ketzer der weltlichen Obrigkeit zum Feuertode ausgeliefert werden[1].

Zweifellos ist nach dem Angeführten einmal, dass das wiederholte Begehen desselben Verbrechens in einzelnen Fällen eine Strafverschärfung bildet[2].

Nicht minder ergeben die unter 1 und 3 besprochenen Fälle, dass in diesen die härtere Strafe nur nach einer vorgängigen Verurtheilung wegen des ersten Verstosses gegen das Strafgesetz eintritt[3]. Was dagegen den unter 2 erwähnten betrifft, so sprechen die Quellen hier fast ausnahmslos nur von mehrmaliger oder wiederholter Begehung des in Frage stehenden Vergehens und lassen es zweifelhaft, ob eine vorgängige Verhängung der ersteren, milderen Strafe nothwendig war. Verneint man dies, so hätte, falls bei ein und derselben Untersuchung eine mehrmalige Begehung derselben Strafthat festgestellt worden wäre, sowohl auf die für das erste, wie auch auf die für jedes fernere Mal gesetzten Strafen neben einander erkannt werden müssen. Da aber einzelne Strafandrohungen geradezu eine vorherige Überführung, d. h. also gerichtliche Feststellung, verlangen[4], andere dies nach ihrer Fassung bedingen[5], einzelne auch sich selbst realisirende poenae l. s. festsetzen[6], so spricht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass nach sämmtlichen derartigen Strafandrohungen die härtere Strafe erst dann zur Anwendung kommen konnte, wenn die Handlung nach der Verurtheilung zur

(pro prima u. s. w. vice); D. S. Constanz 1609 II. n. 1. 16. 17, Hartzheim 8, 891 (Kleriker, welche mit den Bauern in den Kneipen zechen, sollen pro prima vice X florenis, pro secunda X dierum incarceratione, pro tertia privatione officii et beneficii gestraft werden); Namur 1639 XIX. 3, l. c. 9, 592 (S. 625 Anm. Sp. 2, pro prima u. s. w. vice); Avignon 1725, coll. conc. Lac. 1, 546 („si quis — clericus — cauponas seu tabernas praeterquam itineris faciendi causa adierit, suspensionem incurrat . . . etiam pro prima vice . . . In casu vero repetitae ac recidivae culpae postque trinam monitionem ad privationem etiam fructuum beneficii pro tempore arbitrio episcopi procedi"); Bischofsedikt v. Loreto 1850, coll. conc. Lac. 6, 77 (Blasphemie art. 2: „nel caso di recidività"; Verletzung der Festtagsfeier art. 22: „sarà duplicata la pena contro i recidivi"; s. auch art. 36. 43. 52, wo die beiden Ausdrücke ebenfalls vorkommen).

1 S. 487. 488. 680 n. 10; S. 682.

2 Das bestreitet zwar Katz S. 55, es beweist dies aber nur, dass er die Quellen nicht kennt, denn er ignorirt die vorhin angezogenen Stellen aus den Dekretalensammlungen vollständig. S. auch die folg. Note.

3 Im Falle 1, s. S. 948 n. 9, kann darüber kein Zweifel sein, und bei der Ketzerei folgt dies daraus, dass es zur Abschwörung derselben erst nach einem gerichtlichen Verfahren kommen konnte, s. S. 486 ff. Wenn Katz a. a. O. gerade hier die Annahme eines Rückfalls von der Hand weist, und die Auslieferung an den weltlichen Arm nicht als härtere Strafe für denselben anerkennen will, vielmehr betont, dass die Kirche nur deshalb den weltlichen Arm zur Hülfe angerufen habe, weil ihr die Macht zu härterer Bestrafung gefehlt hat, so verkennt er völlig einerseits, dass die Kirche im Mittelalter in vielen Territorien auch die Gerichtsbarkeit besessen, sie aber blos in Blutsachen nicht ausgeübt hat, s. S. 501, aber auch S. 561, andererseits, dass gerade die Kirche, vor Allem Gregor IX., im Interesse der härteren Bestrafung der Ketzer auf die allseitige Einführung der Todesstrafe hingewirkt hat, S. 384. 385. Weiter ist ihm unbekannt, dass Alexander IV. (c. 8 pr. in VI de heret. V. 2) gerade aus demselben Grunde die Fiktion des Rückfalls (iure fictionis) zum Nachtheil desjenigen, welcher blos in Folge eines gewichtigen Verdachts prozessirt und nach der Abjuration von neuem einer Ketzerei überführt war, s. S. 486. 487, aufgestellt hat, und dass ihm darin für zwei andere Fälle Paul IV.: Cum ex apostolatus 1559 §. 3, b. T. 6, 551, und Cum quorumdam 1555 §. 3, ibid. p. 500, sowie Pius V.: Romanus pontifex 1568, l. c. 7, 722, und Clemens VIII.: Dominici 1603, l. c. 11, 1, s. S. 682, gefolgt sind.

4 Leo X.: Supernae 1514 §. 33 cit. u. Pius V.: Cum primum 1566 §. 8 cit., s. S. 948 n. 10.

5 Avignon 1725 cit., s. a. a. O., wo erst der Eintritt der Suspension erfordert wird.

6 Leo X. cit. und Pius V. cit. §. 10, vgl. auch Avignon cit.

milderen wiederholt worden war [1], während sich ein Anhalt dafür, dass dies erst nach Verbüssung der Strafe der Fall sein sollte, nicht bietet. Hieraus ergiebt sich, dass das kirchliche Strafrecht, wennschon es keinen allgemeinen Begriff des Rückfalls aufgestellt hat und demgemäss auch keinen allgemeinen technischen Ausdruck dafür kennt [2], doch den Rückfall nicht unbeachtet gelassen hat, ihn vielmehr bei einzelnen Straf- und Disciplinarstrafvergehen als Strafschärfungsgrund behandelt, und zwar, wie die einzelnen Strafandrohungen ergeben, für die Regel, wenn dieselbe strafbare Handlung [3] oder die mehreren, eine Deliktseinheit bildenden Handlungen nach erfolgter Verurtheilung oder nach Eintritt einer darauf festgesetzten poena latae sententiae von neuem verübt werden.

3. Die kirchliche Strafgesetzgebung seit dem Ausgang des Mittelalters bis zur Jetztzeit.

§. 348. a. *Die Quellen des kirchlichen Strafrechts und die in denselben behandelten kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen.*

I. Einleitung. Die kirchliche Strafgesetzgebung ist ebenso wie im Mittelalter [4] auch in der hier fraglichen Periode eine reine Gelegenheitsgesetzgebung geblieben. Wie den Päpsten des Mittelalters, selbst denen, welche die jetzt die Bestandtheile des Corpus iuris canonici bildenden, offiziellen Dekretalensammlungen anfertigen liessen, der Plan, in diesen ein vollständiges System des kirchlichen Rechts aufzustellen, völlig fern gelegen hatte, so haben auch ihre Nachfolger niemals einen solchen Gedanken erfasst [5]. Ganz abgesehen davon, dass in den Zeiten des ausgehenden Mittelalters noch nirgends ein Bedürfniss nach umfassenden, einheitlichen Gesetzes-Kodifikationen empfunden wurde, würden die Päpste gegenüber dem damals immer mehr erwachenden Selbstbewusstsein der weltlichen Gewalten, welche die mittelalterlichen kurialen An-

[1] Dazu kommt der Umstand, dass, wenn das Umgekehrte von der kirchlichen Gesetzgebung gewollt wäre, es schwer erklärlich ist, dass für die verschiedenen Male auch Strafen festgesetzt worden sind, welche, wie z. B. die Entziehung der Benefizialfrüchte auf ein Jahr und die privatio beneficiorum, s. Leo X. cit., s. S. 700, nicht neben einander realisirbar waren, und dass, wenn solche Strafen nebeneinander angedroht worden waren, man dadurch im Gegensatz zu dem Fall der Realkonkurrenz geradezu hätte darauf gestossen werden müssen, für derartige Kollisionen besondere Vorschriften zu treffen.

[2] Nur bei der Ketzerei kommen die Ausdrücke: recidere in haeresim c. 9 X de heret. V. 7; c. 4 in VI eod. V. 2; relapsi c. 13 §. 7 X l. c. V. 7; c. 8 pr. in VI eod. tit. V. 2; Paul IV.: Cum quorumdem 1555 cit. §. 3 vor. Ferner braucht Tours 1583 c. 15 cit., S. 630 n. 1, ebenfalls relabi, Avignon 1725 cit., S. 948 n. 11, die Bezeichnung repetita et recidiva culpa, das Edikt von Loreto 1850 a. a. O. dagegen recidivi und recidività.

[3] S. die Citate oben a. a. O. Das folgt auch daraus, dass c. 4 §. 1 in VI cit. V. 2 die Rückfälligkeit dann festsetzt, wenn der Schuldige nach Abschwörung jeder Ketzerei („simpliciter et generaliter") selbst eine andere als die frühere begeht. Daraus ist zu schliessen, dass an sich nur das Zurückfallen in dieselbe Ketzerei als Rückfall zu behandeln gewesen wäre, da diese Vorschrift erst die Ketzerei im allgemeinen durch Verlangen der generellen Abschwörung zu einem Deliktsbegriff macht, um auch die Begehung einer anderen als der früheren als Rückfall behandeln zu können. Anscheinend fasst auch Pius V.: Cum primum §. 8 cit., s. a. a. O., die Simonie bei Erlangung der Weihen und bei der von Ämtern unter einem Deliktsbegriff zusammen, so dass die Begehung einer Simonie der zweiten Art nach der einer der ersten und umgekehrt sich als Rückfall darstellt.

[4] S. 232. 233.

[5] Der auf Befehl Clemens' VIII. angefertigte, aber nicht zur Publikation gebrachte liber septimus v. 1598, her. v. Sentis. Freiburg 1870, enthält ebenso wie die mittelalterlichen offiziellen Sammlungen nur eine Zusammenstellung des vorhandenen Materials.

sprüche in immer grösserem Umfange zurückzuweisen und abzuwehren begannen, dann gegenüber den Reformkonzilien mit ihren Bestrebungen, Haupt und Glieder der Kirche unter prinzipieller Änderung der übermächtigen Stellung des Papstthums zu reformiren, später gegenüber der durch die deutsche Reformation herbeigeführten Glaubensspaltung und der daraus hervorgegangenen Schwächung der Stellung der katholischen Kirche, sowie gegenüber dem sich in den einzelnen Ländern entwickelnden und erstarkenden Staatskirchenthum und der sich fortwährend verengernden Zuständigkeit der kirchlichen Gesetzgebung und kirchlichen Gerichtsbarkeit gar nicht in der Lage gewesen sein, auf Anerkennung und Befolgung eines solchen Gesetzgebungswerkes zu rechnen.

Das letztere hätte, da die kirchliche Strafgesetzgebung den Zweck hat, die Verletzungen der kirchlichen Rechtsordnung zu ahnden, eine die staatlichen Lebensordnungen völlig beherrschende Stellung der Kirche und des Papstthums und eine wesentliche Unterordnung des staatlichen unter das kirchliche Recht zur Voraussetzung gehabt. Schon im 15. Jahrhundert hatte aber die Kirche die Macht verloren, den Anspruch auf eine derartige Beherrschung der Staaten, welche sie zum Theil während des 13. und im Beginn des 14. Jahrhunderts hatte ausüben können, zu verwirklichen, und wenn sie eine solche auch noch fortwährend als Ziel im Auge behalten hat und behält, so ist doch die Politik des Papstthums, wie schon im Mittelalter, immer darauf gerichtet gewesen, diesem Ziel von Fall zu Fall durch einzelne Massnahmen näher zu kommen und die Erreichung desselben nicht durch Schritte zu gefährden, welche, wie die Aufstellung einer allseitig zu beobachtenden vollständigen kirchlichen Strafrechtskodifikation, keine unmittelbare praktische Bedeutung hätten äussern und nur prinzipielle und weittragende Konflikte hervorrufen können.

II. Die allgemeinen Konzilien. Was die allgemeinen Konzilien betrifft, welche neben dem Papstthum für die Entwicklung des gemeinen Rechts in Betracht kommen, so waren dieselben in der hier fraglichen Periode schon mit Rücksicht auf die besonderen Zwecke, zu denen sie berufen waren, nicht in der Lage, ein allgemeines kirchliches Strafrecht aufzustellen, vielmehr nur im Stande, einzelne innerhalb des Gebietes ihrer Aufgaben liegende strafrechtliche Normen zu erlassen.

Dies haben auch die hier in Betracht kommenden Konzilien von Konstanz, Basel und Trient[1], die ersteren in geringerem, das letztere in grösserem Umfang gethan.

Das Konstanzer weist strafrechtliche Normen[2] zur Verhütung eines Schismas und zur Sicherung des für den Fall eines solchen vorgeschriebenen Zusammentritts eines allgemeinen Konzils[3], gegen die Einforderung von Spolien wider das gemeine Recht[4], gegen die Simonie bei der Ertheilung der Weihen und bei der Besetzung der Kirchenämter[5] und gegen das Tragen prächtiger und unpassender Kleider seitens

[1] Wegen des V. Laterankonzils (1512—1517) s. Bd. III. S. 424. 425. Seine Vorschriften sind unten bei der Besprechung der päpstlichen Gesetzgebung berücksichtigt.

[2] Abgesehen von solchen, welche zum Schutze der Konzilspersonen und des Konzils gegeben sind und von vorübergehender Bedeutung waren, vgl. Sess. VI. (1413) u. Sess. XV. (1415), Hardouin 8, 281. 424 und auch S. 750 n. 4 unter b.

[3] Sess. XXXIX. (1417) c. 2, Bd. I. S. 271 n. 7; Hübler, Constanzer Reformation S. 120.

[4] Ibid. c. 5, Hübler S. 127, unter Bezugnahme auf c. 40 in VI de elect. I. 6, s. o. S. 249 n. 4.

[5] Sess. XLIII. (1418) c. 4, Hübler S. 160, s. o. S. 703 n. 12; S. 710 n. 10 u. S. 712 n. 7.

der Kleriker beim Gottesdienst[1] auf[2].

Die strafrechtlichen Bestimmungen des Baseler Konzils betreffen[3] die Simonie bei Prälaten- und Bischofswahlen und die Bestätigung ordnungswidriger derartiger Wahlen[4], die Nachlässigkeit der Erzbischöfe und Diöcesanbischöfe in Abhaltung der Provinzial- und Diöcesansynoden und das Ausbleiben der Mitglieder auf den ersteren[5], den Konkubinat der Kleriker[6], gewisse Missbräuche bei der Verhängung des Lokalinterdikts[7], eine Reihe von Unregelmässigkeiten und Unziemlichkeiten bei der Feier des Gottes-, insbesondere des Chordienstes[8], sowie die Veranstaltung unstatthafter Schauspiele und Feste in den Kirchen[9], endlich den Verkehr mit censurirten Personen[10].

Berühren demnach beide mit geringen Ausnahmen allein[11] die Reform und die Disciplin des Klerus, so beziehen sich zwar die meisten hierher gehörigen Vorschriften des Tridentinums ebenfalls auf diese, nämlich auf das Predigen von Ketzereien und Irrthümern, sowie von Ärgerniss erregenden Lehren[12], die Verletzung der Residenzpflicht seitens der Prälaten[13], der Kanoniker[14] und Pfarrer[15], die Überschreitung der örtlichen Kompetenz der Bischöfe bei Ausübung der Pontifikalien[16], die Kumulation von Benefizien[17], die unstatthafte Ertheilung von Weihen durch Äbte[18], die unzulässige Ertheilung von Dimissorien durch solche und durch die Kapitel[19], die Verhängung der Degradation[20], die Deposition und Privation der Bischöfe[21], die suspensio ex informata conscientia[22], die Ertheilung der Weihen und den Empfang derselben ohne Zuständigkeit des Bischofs[23], die Verletzung der Vorschriften über die Klerikaltracht[24], die Simonie bei Ertheilung von Dimissorien und Testimonialien[25], die Bestrafung eines unpassenden und ärgerlichen Lebenswandels der Kleriker[26], das eigenmächtige Verlassen des Domizils und der Diöcese durch dieselben[27], die Entgegennahme der Eheschliessung ohne die erforderliche Zahl von Zeugen und von fremden

[1] L. c. c. 7, S. 893 n. 2 u. S. 894 n. 3.

[2] Dazu tritt allerdings noch aus Sess. XIII. (1415), Hardouin 8, 382, die Strafandrohung gegen die Bischöfe, welche nicht gegen die das Verbot der Austheilung des Abendmahls unter beiderlei Gestalt verstossenden und die Berechtigung der letzteren lehrenden Geistlichen einschreiten, ferner die Verwerfung der Lehre von der Erlaubheit des Tyrannenmordes als ketzerisch und die Anwendung der Strafen der Ketzerei auf die Anhänger dieser Lehre, S. 853 n. 3, endlich die S. 725 citirte Bulle Martins V.: Quod antidota v. 1418.

[3] Die Strafandrohungen des S. 951 n. 2 gedachten Charakters übergehe ich auch hier, s. z. B. Sess. I. (1431), Sess. VIII. c. 1, Sess. XIII. c. 8, Hardouin 8, 1116. 1142. 1165, vgl. weiter auch o. S. 689 n. 5; S. 750 n. 4 unter b u. Bd. III. S. 400 n. 5; S. 406 ff.

[4] Sess. XII. (1433), Hardouin 8, 1157, siehe auch S. 584 n. 1.

[5] Sess. XV. (1433), l. c. p. 1169, s. Bd. III. S. 502 n. 5 und S. 596 n. 1.

[6] Sess. XX. (1435) c. 1, Hardouin 8, 1193. s. S. 817 n. 1.

[7] Sess. XX. cit. c. 3, l. c. 8, 1195, s. S. 534 n. 1.

[8] Sess. XXI. (1435) c. 3—10, l. c. 8, 1196, s. S. 866 n. 5; S. 889 n. 3; S. 900 n. 1.

[9] Sess. XXI. cit. c. 11, l. c. 8, 1199, S. 878 n. 2.

[10] Sess. XX. cit. c. 2, l. c. 8, 1194, S. 506 n. 3.

[11] S. 951 n. 3 ff. und die vor. Anmkgen.

[12] Sess. V. c. 2 de ref., Bd. IV. S. 459 n. 5.

[13] Sess. VI. c. 1 de ref. und Sess. XXIII. c. 1 de ref., S. 865 n. 1 ff.

[14] Sess. XXIV. c. 12 de ref.; Sess. XXIII. c. 1 de ref.; Sess. XXII. c. 3 de ref., s. S. 865, u. Bd. III. S. 234 ff.

[15] Sess. XXIII. c. 1 de ref., s. Bd. III. S. 229 ff.

[16] Sess. VI. c. 5 de ref., s. S. 855 n. 1; S. 856 n. 7.

[17] Sess. VII. c. 4 de ref. u. Sess. XXIV. c. 17 de ref., s. Bd. III. S. 257.

[18] Sess. XXIII. c. 10 de ref., s. Bd. I. S. 100 n. 9.

[19] Sess. VII. c. 10 de ref. u. Sess. XXIII. c. 10 de ref., s. S. 855 n. 3.

[20] Sess. XIII. c. 4 de ref., s. S. 564 n. 8.

[21] Sess. XIII. c. 6 de ref.

[22] Sess. XIV. c. 1 de ref., S. 609 n. 2 u. 5.

[23] Sess. XIV. c. 2 de ref. u. Sess. XXIII. c. 8 de ref., s. S. 854 n. 5 u. S. 855 n. 2.

[24] Sess. XIV. c. 6 de ref., S. 893 n. 2; S. 894 und auch S. 578.

[25] Sess. XXI. c. 1 de ref., s. S. 712 n. 5.

[26] L. c. c. 2 u. c. 6 u. Sess. XXII. c. 1 de ref., auch Sess. XIV. c. 6 de ref., Anm. 24; S. 579 n. 1.

[27] Sess. XXIII. c. 16 de ref., s. S. 858.

Parochianen, sowie die Benediktion solcher [1], die Lässigkeit in Abhaltung der Provinzial- und Diöcesansynoden und das Nichterscheinen auf denselben [2], die Nachlässigkeit der Pfarrer in Betreff der Ausübung des Predigtamtes und der Haltung der Kinderlehre [3], eine Reihe von Ungehörigkeiten bei der Abhaltung der Messe [4], die Bedrückung der Gläubigen bei den Visitationen [5], die Verhandlung von Kriminalsachen gegen Bischöfe [6], die Auferlegung der öffentlichen Busse [7], die Annahme und das Geben von Geschenken beim Pfarrkonkurse [8], die Handhabung der Exkommunikation [9], und den Konkubinat der Kleriker [10], aber andererseits weist das Konzil auch allgemeine Strafvorschriften auf, nämlich die bereits oben aufgeführten neun Fälle [11], ferner solche gegen diejenigen, welche eine Ehe ohne die nothwendige Assistenz des Pfarrers schliessen oder einer derartigen Eheschliessung als Zeugen beiwohnen [12], gegen den Konkubinat der Laien [13], gegen die Verletzung der Klausur der Nonnenklöster [14], gegen die simonistische Veräusserung des Patronatrechtes [15], gegen die Hinterziehung oder die Verhinderung der Erhebung der Zehnten [16], gegen das Duell und die Gewährung von Plätzen zu solchen durch Kaiser, Könige und andere weltliche Herren [17].

Die überwiegende Zahl der Strafbestimmungen des Tridentinums dient demnach ebenso wie die der beiden vorangehenden Konzilien dem Zwecke der Reform des Klerus, und es tritt in ihnen kaum der hierarchische Zug hervor, welchen die mittelalterlichen Normen des gemeinen Straf- und Disciplinarstrafrechts für die Geistlichen zeigen [18].

Was dagegen die Strafvergehen der Laien betrifft, so macht sich derselbe bei der Behandlung der letzteren allerdings überwiegend geltend, wie die Bedrohung der Läugnung der Lehren der Kirche über die Nothwendigkeit der sakramentalen Beichte vor dem Empfang des Abendmahls, über die Güligkeit der klandestinen oder die Rechtsbeständigkeit der ohne elterlichen Konsens geschlossenen Ehen der Hauskinder, des Druckes und der Herausgabe von Büchern über die heilige Schrift, der Hinterziehung und Hinderung der Erhebung der Zehnten, der Usurpation der kirchlichen Einkünfte der Geistlichen und frommen Institute, der Hinderung von Jungfrauen und Frauen an der Anlegung des Schleiers und an der Professleistung und der Nichtdurchführung der Klausur der Nonnenklöster seitens der weltlichen Obrigkeiten [19] zeigt. Wenn man diejenigen Strafandrohungen, welche sich gegen die Verletzung der kirchlichen Ordnungen richten und die Sicherung der Durchführung derselben bezwecken, wie die gegen die simonistische Veräusserung des Patronates, die formlose Eheschliessung und die Betheiligung als Zeuge bei derselben, enlich die Verletzung der Klausur der Nonnenklöster, als hier nicht in Betracht kommend, bei Seite lässt, so treten die gemeinen Verbrechen, gegen welche das Konzil eingeschritten zu sein, sich zum Verdienst anrechnen kann, nämlich das Duell, der Konkubinat (einschliesslich des

1 Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr., s. S. 873.
2 Sess. XXIV. c. 2 de ref., s. S. 888. 892.
3 Sess. V. c. 2 de ref. u. Sess. XXII. c. 4 de ref., s. S. 889.
4 Sess. XXII. decr. de obs. in celebr. miss., s. S. 876.
5 Sess. XXIV. c. 3 de ref., s. S. 885 n. 4.
6 Sess. XXIV. c. 5 de ref.
7 L. c. c. 8 de ref., S. 635 n. 4.
8 L. c. c. 18 de ref., s. S. 718.
9 Sess. XXV. c. 3 de ref.
10 Sess. XXV. c. 14 de ref., S. 817.
11 S. 659 n. 3.
12 Sess. XXIV. c. 1 de ref. matr., s. S. 767.
13 L. c. c. 8, s. S. 816.
14 Sess. XXV. c. 5 de reg., S. 784.
15 Sess. XXV. c. 9 de ref., S. 721 n. 6.
16 Sess. XXV. c. 12 de ref., S. 771.
17 L. c. c. 19, S. 800.
18 S. 266. 267.
19 Vgl. S. 659 n. 3.

ehebrecherischen), die Entführung und die Beeinträchtigung der Willensfreiheit durch Zwang zur Eheschliessung sowie zum Eintritt in ein Nonnenkloster gegen die Vergehen hierarchischen Charakters entschieden zurück. Denn es kann hierbei nicht auf die Vergleichung der Zahl der beiden fraglichen, vom Tridentinum berücksichtigten Arten — diese ist annähernd gleich — ankommen, vielmehr nur darauf, dass die Zahl der vom Konzil behandelten gemeinen Vergehen im Vergleich zu der Zahl derselben überhaupt eine verhältnissmässig geringe ist, da von den Fleischesverbrechen die Bigamie, der Incest, die Sodomie, die Nothzucht und die Kuppelei, von den Verbrechen gegen die körperliche Integrität die Tödtung, die Abtreibung der Leibesfrucht und die Körperverletzung gar nicht, und von den Fälschungsverbrechen kein einziges, endlich von den Verbrechen gegen das Vermögen nur solche, welche, wie Zehnthinterziehung und die Usurpation der kirchlichen Einkünfte, sich als Beeinträchtigungen der Kirche und der Geistlichen darstellen, nicht aber Diebstahl, Raub, Unterschlagung, Erpressung, Hehlerei und Brandstiftung als solche berücksichtigt worden sind.

III. Die päpstliche Gesetzgebung. In der anderen, für die hier fragliche Zeit weiter und zwar hauptsächlich in Betracht kommenden Rechtsquelle, d. h. in den päpstlichen Konstitutionen, zeigt sich das Verhältniss der Strafrechtsnormen in Betreff der Vergehen hierarchischen Charakters zu den gemeinen Verbrechen noch mehr zu Ungunsten der letzteren verschoben. Von diesen haben sie blos die *procuratio abortus* und *sterilitatis* [1], das Duell [2], die widerrechtliche Freiheitsberaubung von Christen [3], sowie den Negerhandel [4], die bigamische Eheschliessung unter fremdem Namen [5], den Konkubinat [6], die Sodomie [7], den Seeraub [8] und die Ausübung des Strandrechts gegen Schiffbrüchige [9], die Lehre von der Erlaubtheit des Tyrannenmordes [10] sowie die falsche Anschuldigung [11] in den Kreis ihrer Regelung gezogen, so dass von den anderen hierher gehörigen Vergehen der Mord, der Todtschlag, der Selbstmord, die Körperverletzung, der Ehebruch, der Incest, die Nothzucht, die Kuppelei, der Diebstahl, der Raub, die Unterschlagung, die Erpressung, die Hehlerei, die Brandstiftung, die Urkundenfälschung [12], die Fälschung von Münzen [13] und von Mass und Gewicht, die Kindesunterschiebung, der Betrug, die Kollusion und die Bestechung [14] keine Beachtung gefunden haben.

Dagegen bieten die päpstlichen Konstitutionen ein viel reicheres Material von Strafandrohungen gegen solche Handlungen, welche zum Schutze der hierarchischen Interessen, also der Machtstellung der Kirche, vor Allem aber des Papstes, als Strafvergehen qualifizirt worden sind. Es gehören hierher die Ketzerei [15], die Apostasie [16], das Schisma [17] namentlich auch in seiner Abart als hartnäckige Unbotmässigkeit gegen den Papst [18] und die im Zusammenhang mit diesen Delikten stehenden Vergehen des

[1] S. 798.
[2] S. 800.
[3] S. 807.
[4] S. 808.
[5] S. 814.
[6] S. 816.
[7] S. 821.
[8] S. 829, s. aber a. a. O. n. 9.
[9] S. 830.
[10] S. 853.
[11] S. 847. 848. Diese auch nur für einzelne Fälle.
[12] Abgesehen von der in die andere Kategorie fallenden Fälschung päpstlicher Schreiben, siehe S. 845.
[13] S. dazu noch S. 847.
[14] Vgl. S. 848.
[15] S. 679.
[16] S. 686.
[17] S. 688.
[18] S. 689.

Lesens ketzerischer Bücher [1], des Lehrens und des Vertheidigens päpstlich verworfener Sätze [2], des Eintrittes in den Freimaurer-Orden und in andere verbotene Sekten [3], der Verletzung der Büchercensur [4], der Herausgabe von Büchern über die heilige Schrift [5] und des Verstosses gegen die Indexverbote [6], ferner die schon früher gedachten, ausser der Ketzerei und der Apostasie als Majestätsverbrechen qualifizirten Delikte [7], die Hinderung der freien Ausübung der päpstlichen Jurisdiktion, namentlich durch das Placet [8] und den recursus ab abusu [9], die Veranstaltung von Wetten über das Fortleben oder den Tod oder die zukünftige Wahl des Papstes [10], die Hinderung der Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion [11], insbesondere durch Unterwerfung der Geistlichen unter die weltliche Gerichtsbarkeit [12], die Verletzung der Freiheiten der Kirche in ihren mannichfachen Arten, so durch Ausübung der weltlichen Gesetzgebungsgewalt [13], durch Erfordern und Ableistung unstatthafter Eide [14], durch Missachtung des Asylrechts [15], durch Beeinträchtigung der Immunität der kirchlichen Institute und geistlichen Personen [16] und durch Vergewaltigung der Geistlichen [17] und anderer besonders im Interesse der Ausübung der päpstlichen Macht befriedeter Personen [18], die Okkupation, Invasion und Sequestration des kirchlichen Vermögens [19], sowie die Angriffe auf den Jesuitenorden [20], Verbrechen, denen sich auch zum Theil noch die Simonie [21] und der Wucher [22] anreihen lassen [23].

Ja, von den beiden umfassendsten päpstlichen, das Strafrecht betreffenden Verordnungen der hier fraglichen Periode, hat die Bulle: Coena fast ausschliesslich Verbrechen des eben gedachten Charakters berücksichtigt [24], und die weiter in Betracht kommende const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 [25], welche als der Ausdruck der noch in der Jetztzeit das Papstthum beherrschenden Anschauungen betrachtet werden muss, hält sowohl die speziell [26], wie aüch die schlechthin dem Papst reservirte Exkommunikation latae sententiae hauptsächlich für solche Vergehen aufrecht [27], und es gehören überdies von den in ihr noch in Geltung erklärten acht Fällen der nicht dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. drei [28] und von den beiden des Personalinterdikts ebenfalls einer [29] hierher [30].

Die übrigen Vergehen, welche durch die päpstlichen Konstitutionen berührt worden sind, stehen ebenfalls zum Theil noch, wie der Diebstahl und die Wegnahme geweihter Hostien [31], die missbräuchliche Ausstellung von Heiligenbildern [32], die Blas-

1 S. 689.
2 S. 693.
3 S. 772.
4 S. 776.
5 S. 778.
6 S. 780.
7 S. 910.
8 S. 725.
9 S. 726.
10 S. 729.
11 S. 731.
12 S. 734.
13 S. 741.
14 S. 743.
15 S. 743.
16 S. 744.
17 S. 745, s. auch S. 910.
18 S. 749.
19 S. 749 ff.
20 S. 853.
21 S. 710 ff.
22 S. 837 ff.
23 S. 229.
24 S. 912.
25 S. 657 ff.
26 S. 912.
27 S. 912.
28 Nämlich von der exc. l. s. ep. res. n. 3, (s. S. 658 Anm. Sp. 1 no. 18 und S. 846) und von den exc. l. s. nem. res. n. 1 u. 2 (s. S. 658 Anm. Sp. 2 no. 26 u. 29 u. S. 740).
29 n. 1 (s. S. 661 n. 1 u. S. 724 n. 5).
30 Während sie von gemeinen Verbrechen lediglich das Duell und die erfolgreiche procuratio abortus in Rücksicht zieht, s. o. S. 800 u. S. 798.
31 S. 755.
32 S. 758.

phemie [1], die Herausnahme von Reliquien aus den Katakomben Roms [2], die Missbräuche mit den *agnus dei* [3], die *usurpatio ordinis* [4], sowie die Missachtung kirchlicher Censuren [5] und die Verletzung der Denunziationspflicht in bestimmten Fällen [6], in gewisser Beziehung zu den Verbrechen des vorhin gedachten Charakters, und nur eine verhältnissmässig geringere Zahl von Strafandrohungen, so die gegen die Störung des Gottesdienstes und unpassendes Benehmen bei demselben [7], die Nichtheilighaltung der Feiertage [8] und die Verletzung der Klausur der Nonnen- [9] und Mannsklöster [10], sind allein ohne Nebenzweck lediglich dazu bestimmt, die Erfüllung der Pflichten seitens der Gläubigen und die Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung zu sichern.

Was endlich die päpstliche Gesetzgebung in Betreff der Disciplinarvergehen der Kleriker betrifft, so tritt in dieser Beziehung im Gegensatz zu den gesetzgeberischen Massnahmen des Mittelalters [11] die hierarchische Tendenz mehr zurück, offenbar deshalb, weil einerseits ein Theil der früheren, in die Dekretalensammlungen aufgenommenen und später nicht abgeänderten Bestimmungen päpstlicherseits selbstverständlich fort und fort als geltendes Recht betrachtet worden sind, und weil die Strafandrohungen für die Vergehen hierarchischen Charakters sich nicht nur gegen die Laien, sondern auch gegen die Geistlichen richten, also in diesen Beziehungen keine Nothwendigkeit zum Erlass neuer Normen mehr vorlag, andererseits aber, weil die Vorschriften, welche das Tridentinum zur Reform des Klerus und der kirchlichen Disciplin gegeben hatte [12], später theils der Durchführung, theils einer näheren Ausgestaltung [13], theils auch einzelner Abänderungen bedurften [14]. So betreffen die päpstlichen Konstitutionen die ordnungswidrige und unzulässige Ertheilung und Empfangnahme der Ordination [15], die Vermischung der Riten beim Celebriren [16], die betrügliche Ablegung des Examens für einen anderen behufs Erlangung von Benefizien päpstlicher Verleihung [17], die ordnungswidrige Nachsuchung der Verleihung von solchen [18], die unerlaubte Annahme von Verzichten auf kirchliche Benefizien und die Verleihung resignirter Benefizien an nahe Angehörige des Verzichtenden [19], die Unterlassung der erforderlichen Publikation nach der Wiederverleihung resignirter Benefizien [20], die Nichterfüllung der Pflicht zum täglichen Gebetsdienst [21] und der Residenzpflicht seitens der Kardinäle [22], das Celebriren der Messe in den Nachmittags- und Abendstunden [23],

[1] S. 700. Denn bei den drei genannten Verbrechen liegt eine gewisse Beziehung zur Ketzerei und Apostasie insofern vor, als das letztere in Folge ketzerischer Gesinnung begangen, bei den beiden übrigen aber Dinge verehrt werden können, für welche eine Verehrung nicht statthaft erscheint, s. auch S. 912.

[2] S. 756.

[3] S. 757.

[4] S. 762, s. auch S. 912.

[5] S. 783, bei welcher die Auflehnung gegen die kirchliche Autorität in Frage steht.

[6] So abgesehen von der nur näher geregelten Pflicht zur Denunziation der Ketzer, Apostaten und derjenigen, welche sich etwaiger, mit diesen Verbrechen verwandter Handlungen schuldig gemacht hatten, s. S. 849, bei den S. 850 ff. n. 4 bis 7 und n. 11 genannten Verbrechen hierarchischen Charakters.

[7] S. 763.

[8] S. 769.

[9] S. 783.

[10] S. 790.

[11] S. 266. 267.

[12] S. 952.

[13] S. z. B. S. 857 und auch Bd. I. S. 87.

[14] Wie namentlich in Folge der durch die const. Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 herbeigeführten Einschränkung der censurae l. s., vgl. dazu die Anführungen in den Anmerkungen zu S. 854 ff.

[15] S. 854 und die dazu citirten Stellen aus Bd. I.

[16] S. 859.

[17] S. 860.

[18] S. a. a. O.

[19] S. 863.

[20] S. 864.

[21] S. 864.

[22] S. 864.

[23] S. 866.

die Benutzung des Messopfers zu abergläubischen Zwecken [1], die Überschreitung der Befugnisse zur Ertheilung des Viatikums und der letzten Ölung seitens der Religiosen [2], die *sollicitatio ad turpia* [3], die Unterlassung der Erinnerung der Pönitenten an die Denunziationspflicht bei dem eben erwähnten Vergehen [4], die Absolution des s. g. complex [5], die Einschiebung ungehöriger Gesangsstücke in die Messfeier [6], die Nichthinderung der Störung des Gottesdienstes [7], die unberechtigte Ausübung des Predigtamtes durch die Religiosen [8], das Halten unpassender Predigten [9], die unerlaubte Veräusserung des Kirchengutes [10], die Verletzung des Amtsgeheimnisses durch die Kardinäle [11], die Nichtbeachtung der Pflicht zur *visitatio liminum* [12], die Nichtbeobachtung des *habitus clericalis* in Betreff der Tonsur [13] und der Klerikaltracht [14], das unpassende Benehmen der Geistlichen beim Gottesdienst [15] und das Betreiben von Handel durch Missionare [16] und Kleriker [17]. Dagegen kommen von Disciplinarvergehen, bei denen es sich um eine Reaktion gegen die Einwirkung der Laien auf die Besetzung der kirchlichen Ämter oder gegen die Beeinträchtigung päpstlicher Rechte handelt, allein die Beschaffung von Empfehlungen der Fürsten durch Nuntien und päpstliche Gesandte, sowie die Benutzung solcher zur Erlangung kirchlicher Würden [18], das eigenmächtige Eindringen von Priestern in die Pfarr- oder Pfarrvikarämter mit Hülfe des Volks oder unter Autorität der Staatsregierung [19], die eigenmächtige Übernahme der Leitung von päpstlich verliehenen Kathedralen und Klöstern seitens der damit Providirten vor Aushändigung der päpstlichen Verleihungsschreiben [20], die Zulassung derartig Providirter durch die Kapitel und Konvente vor Vorlegung der gedachten Schreiben [21], die Zulassung der staatlich präsentirten oder nominirten Bisthumskandidaten als Verweser der Diöcese seitens der Kapitel und ihrer Mitglieder vor Vorlegung der erforderlichen päpstlichen Schreiben, und die vorherige Übernahme der Verwaltung durch solche Kandidaten [22], die Absolution von päpstlichen Reservatfällen [23], die Vornahme von Ketzerinquisitionen seitens der Ordensoberen gegen die ihnen untergebenen Mönche [24], sowie die Signirung von Suppliken und Kommissionen durch die Kardinäle und die Prälaten während der Vakanz des päpstlichen Stuhles [25], also eine viel geringere Zahl, in Betracht.

Die eben charakterisirte Thätigkeit der päpstlichen Gesetzgebung auf dem strafrechtlichen Gebiet umfasst einen Zeitraum von beinahe fünfhundert Jahren. Der grösste Theil der in Betracht kommenden päpstlichen Konstitutionen fällt indessen in die erste Hälfte dieses Zeitraumes [26]. Gegenüber dem 15. Jahrhundert, in welchem ihre Zahl noch

1 S. 866.
2 S. 868.
3 S. 870.
4 S. 871.
5 S. 872.
6 S. 875.
7 S. 876.
8 S. 877.
9 S. 877.
10 S. 879.
11 S. 887.
12 S. 891.
13 S. 893.
14 S. 894.
15 S. 896.
16 S. 903.
17 S. 903.
18 S. 860.
19 S. 862 n. 5.
20 S. 860.
21 S. a. a. O. u. S. 861.
22 S. 861. 862.
23 S. 869.
24 S. 886.
25 S. 887.
26 In den nachfolgenden Zusammenstellungen habe ich nur die Konstitutionen, welche eine allgemeine Bedeutung haben, dagegen nicht solche, welche nur einzelne Länder, Orden, Institute u.s.w. betreffen, oder einzelne Schriften oder die Herausgabe von Schriften über bestimmte Gegenstände verbieten (s. z. B. S. 782), berücksichtigt.

nicht bedeutend ist[1], tritt eine vermehrte gesetzgeberische Thätigkeit im 16. Jahrhundert[2] und namentlich seit der Mitte desselben hervor, welche durch die Glaubensspaltung,

[1] Martin V. (1417—1431), s. S. 687 n. 3 (Begünstigung der Ungläubigen gegen Christen); S. 725 (Placet der Prälaten bei Ausführung der päpstlichen Schreiben); S. 734 (Belangung der Geistlichen durch Geistliche vor den weltlichen Gerichten); S. 807 (Verkauf von Christen an Sarazenen); S. 837 (Wucher beim Rentenkauf); — Eugen IV. (1431—1447), s. S. 710 n. 7 und S. 712 n. 7 (Simonie bei Ertheilung der Weihen und Vergebung der Kirchenämter); S. 728 n. 1 (Verhängung von Censuren gegen päpstliche Kleriker und die in Rom ihre Sachen betreibenden Geistlichen); — Nikolaus V. (1447—1455), S. 687 n. 3 (Lieferung von Kriegsmaterial an Ungläubige); — Calixt III. (1455—1458), s. S. 687 n. 4 (Verkehr mit Juden); S. 808 (Verknechtung von Christen in den Ländern der Ungläubigen); — Pius II. (1458—1464), s. S. 723 (Appellation an ein zukünftiges allgemeines Konzil); Bd. I. S. 98 n. 11 (unstatthafte Ordinationen); — Paul II. (1464—1471), s. S. 710 n. 7 u. S. 712 n. 7 (Simonie bei Ertheilung der Weihen und Vergebung der Ämter); S. 728 (Verschwörungen gegen den Papst und Beleidigungen desselben); S. 757 (Handel mit agnus dei); S. 848 n. 6 (Bestechung päpstlicher Delegaten und Legaten); S. 879 (unstatthafte Veräusserung von Kirchengut); — Sixtus IV. (1471—1484), s. S. 712 n. 8 (Simonie bei Erlangung von Ämtern); S. 726 n. 5 (Missachtung der Gewalten des päpstlichen Grosspönitentiars); S. 734 (Belangung der Geistlichen vor dem weltlichen Gericht aus Chikane); S. 848 n. 6 (Bestechung von Legaten); S. 869 (Absolution von päpstlichen Reservatfällen); S. 891 (Verletzung der Pflicht zur visitatio liminum); — Innocenz VIII. (1484 bis 1492), s. S. 698 n. 7 (Pakt mit den Dämonen); S. 725 (Hinderung der Jurisdiktion der Kurialrichter); S. 847 n. 8 (Betrug der Kurie um die Expeditionsgebühren); S. 860 (Übernahme päpstlich verliehener Kirchen vor Aushändigung der päpstlichen Schreiben).

[2] Alexander VI. (1492—1503), s. S. 728 n. 1 (Verletzung der bei der Kurie ihre Sachen führenden Parteien); — Julius II. (1503—1513), s. S. 714 n. 5 (Simonie bei der Papstwahl); S. 723 (Appellation an ein allgemeines Konzil); S. 725 (Placet in Bulle: Coena); S. 869 n. 3 (Absolution von päpstlichen Reservatfällen in Bulle: Coena); — Leo X. (1513—1521), s. S. 749 (feindliche Überziehung des Kirchenstaates und der kirchlichen Besitzungen); S. 725 (Placet); S. 750 n. 4 (Spoliation des Palastes des zum Papst Gewählten); S. 847 n. 8 (Betrug der Kurie um die Expeditionsgebühren); Laterankonzil, S. 776 (Bücherdruck); S. 839 (Wucher und montes pietatis); S. 682 n. 5 (Ketzergesetze eingeschärft); S. 695 n. 9 (Wahrsagerei); S. 700 n. 5 (Gotteslästerung); S. 712 n. 8 (Simonie bei Ämtern); S. 744 (Immunität der kirchlichen Institute und Personen); S. 753 (Sequestration und Okkupation der Einkünfte von Kirchen und Benefizien); S. 816 n. 3 (Konkubinat der Geistlichen und Laien); S. 821 n. 14 (Sodomie); S. 864 n. 3 (Breviergebet); S. 877 n. 3 (Inhalt der Predigten); — Clemens VII. (1523—1534), S. 725 (Placet); — Paul III. (1534—1549), S. 686 n. 8 (Rückfall in das Judenthum); S. 734 (Belangung von Geistlichen vor den weltlichen Gerichten); S. 808 (Verknechtung der Indier); S. 689. 690 (Lesen lutherischer Schriften in Bulle: Coena); S. 731. 732 (Wegziehung kirchlicher Sachen von den päpstlichen Auditoren und Kommissarien in Bulle: Coena); S. 741 (Statuten und Pragmatiken gegen die kirchlichen Freiheiten ibid.); S. 744 n. 10 (Belastung der Geistlichen mit Abgaben ibid.); S. 753 (Sequestration der kirchlichen Einkünfte ibid.); — Julius III. (1550—1555), s. S. 726 n. 5 (Missachtung der Gewalten des päpstlichen Grosspönitentiars); S. 739 n. 12 (offensio inquisitionis); — Paul IV. (1555—1559), S. 682 (Ketzerei hoher kirchlicher Würdenträger); S. 682 (Ketzerei in Bezug auf Dreieinigkeit u. s. w.); S. 718 n. 3 (Simonie bei der Erlangung von Ämtern durch Täuschung beim Examen); S. 750 (Invasion der Besitzungen der römischen Kammer); S. 729 (Verhandeln über die Papstwahl bei Lebzeiten des Papstes); — Pius IV. (1559—1565), s. S. 714 n. 6 (simonia confidentialis); S. 729. 730. 887 (Wetten über die Papstwahl, Verletzungen der Vorschriften über das Konklave; Signirung von Supplikationen durch die Kardinäle während der Vakanz des päpstlichen Stuhls); S. 776. 780 (Index); S. 800 n. 1 (Duell); S. 858 n. 1 (Weihehandlungen der Titularbischöfe); S. 860 n. 1 (Beschaffung von Empfehlungen der Fürsten zur Erlangung von Ämtern seitens des Papstes); S. 860 n. 2 (Ablegung des Examens für Benefizien durch vorgeschobene Personen); S. 866 (Celebration der Messe in den Abendstunden); — Pius V. (1566—1572), S. 682 n. 6 (Ketzerei kirchlicher und weltlicher Würdenträger); S. 682 n. 12 (Ketzerei in Bezug auf Dreieinigkeit); S. 712 n. 9 (Simonie bei Ämtern); S. 715 n. 2 (simonia confidentialis); S. 740 Anm. (offensio inquisitionis); S. 750 (Verhandeln über die Veräusserung der Ländereien des Kirchenstaates); S. 781 n. 7. u. 8 (Druck des römischen Missales und Breviers); S. 784. 790 (Klausurverletzung der Nonnen- und Mannsklöster); S. 838. 840 (Wucher, Rentenkauf und cambia sicca); S. 848 n. 6 (Überhebung von Gebühren seitens der Beamten der apostolischen Kanzlei); S. 850 n. 8 (Anzeigepflicht bei Kunde von bevorstehender Vergewaltigung eines Kardinals); S. 863 (Annahme unerlaubter Verzichte auf Ämter); S. 865 n. 2 (Residenzpflicht); S. 766 (Pflicht der Ärzte in Betreff der Beichte der Kranken) und ferner noch die Reformkonstitution: Cum primum 1566, b. T. 7, 434, hier S. 700 n. 5 (Blasphemie), S. 710 n. 7 u. S. 712 n. 9 (Simonie bei Erlangung der Weihen und Kirchenämter); S. 816 n. 6 (Konkubinat); S. 821 (Sodomie); S. 763, S. 769 n. 11, S. 876 n. 3 u. S. 896 n. 3 (Störung des Gottesdienstes und Verletzung der Feiertagsruhe);

durch die Ausbildung des die hierarchischen Anforderungen zurückdrängenden Staatskirchenthums, durch die politischen Kämpfe der Päpste, durch die Veränderung der wirthschaftlichen Verhältnisse und auch durch die Nothwendigkeit des weiteren Ausbaues der Vorschriften des Konzils von Trient veranlasst worden ist. Erst im Laufe des 17. Jahrhunderts [1] hört diese auf, und seitdem [2] sind, abgesehen von Benedikt XIV. (1740—1758) [3], dessen gesetzgeberische Thätigkeit sich überwiegend auf eine Ein-

S. 848 n. 1 (wissentlich falsche Anschuldigung bei Simonie, Blasphemie und Sodomie); Bd. I. S. 80 n. 3 (Ordination von Religiosen); — Gregor XIII. (1572—1585), s. S. 521 n. 7 u. S. 766 n. 10 (Zuziehung ungläubiger Ärzte bei kranken Christen); S. 721 n. 3 (Simonie bei Erlangung päpstlicher Gnaden); S. 743 (unerlaubte Eide gegen die Freiheiten der Kirche); S. 757 (Bemalung der agnus dei); S. 784 (Verletzung der Klausur der Nonnenklöster); S. 800 n. 3 (Duell); S. 853 (Anfechtung des Jesuitenordens); S. 864 (Unterlassung der Publikation bei Verleihung resignirter Ämter); S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. Pius' V.: Admonet 1567 über das Rathgeben zur Veräusserung der Güter der römischen Kirche) und Erweiterungen der Bulle: Coena S. 688 n. 14 (Schisma); S. 724 (Appellation an ein zukünftiges allgemeines Konzil); S. 726 (Rekurs an die weltliche Gewalt gegen päpstliche Schreiben und Hinderung des Zuganges zur römischen Kurie); S. 732 (Hinderung der kirchlichen Jurisdiktion); S. 741 n. 10 (Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheit); S. 749 n. 6 (feindliche Überziehung der Besitzungen der römischen Kirche); S. 750 n. 4 (Wegnahme von Geräthen, Schriften und Sachen aus dem päpstlichen Palast und der päpstlichen Kammer während der Krankheit des Papstes oder der Vakanz des päpstlichen Stuhles); S. 753 (Sequestration der Einkünfte des päpstlichen Stuhles); S. 829 (Ausübung des Strandrechts); — Sixtus V. (1585—1590); s. S. 695 n. 9 (Astrologia iudiciaria); S. 710 n. 12 (Simonie bei Ertheilung der Weihen); S. 568. 569 u. 798 n. 2 (procuratio abortus et sterilitatis); S. 838 (Wucher und contractus trinus); S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. Pius' V.: Admonet 1567 cit.); S. 893. 894 (habitus clericalis); — Gregor XIV. (1590—1591), s. S. 729 (Wetten über die Lebensdauer, den Tod und die Wahl des Papstes); S. 569 n. 1 (procuratio abortus et sterilitatis); S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. Pius' V.: Admonet 1567 cit.); — Innocenz IX. (1591), s. S. 754 n. 2 u. S. 879 n. 4 (Bestätigung der eben citirten const.); — Clemens VIII. (1592 bis 1605), s. S. 682 n. 12 (Ketzerei in Bezug auf Dreieinigkeit); S. 710 n. 12 (Simonie bei Ertheilung der Ordination); S. 762 (usurpatio ordinis); S. 781 n. 6 (Druck der Vulgata); S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. cit. Pius' V.: Admonet); S. 800 n. 3 (Duell); S. 686 n. 8 (Apostasie in Bulle: Coena).

[1] Paul V. (1605—1621), s. S. 682 n. 5 (Einschärfung der Ketzergesetze); S. 853 n. 4 (Tyrannenmord); S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. Pius' V. cit.: Admonet); S. 903 (Handel der Kleriker in Ostindien); — Gregor XV. (1621 bis 1623), s. S. 682 n. 5 (Ausschliessung der Ketzer von Italien und Einschärfung der Ketzergesetze); S. 697 n. 19 (Magie zur Schädigung anderer Personen); S. 848 n. 6 (Annahme von Gebühren durch päpstliche Kanzleibeamte in Sachen der Propaganda); S. 851 (Pflicht der Beichtväter in Betreff der Ermahnung der Pönitenten zur Denunziation der sollicitatio ad turpia); S. 569 u. S. 870 n. 4 (sollicitatio ad turpia); S. 877 (unerlaubte Ausübung des Predigtamtes durch Regularen); S. 888 (Verletzung des Amtsgeheimnisses über die Papstwahl); S. 946 n. 4 (Verstösse bei der Papstwahl); — Urban VIII. (1623—1644), s. S. 696 n. 1 (Einholung und Ertheilung von Prophezeiungen über den Zustand des christlichen Gemeinwesens, des apostolischen Stuhles u. s. w.); S. 721 n. 4 (Simonie bei Dispens vom Arbeitsverbot an Feiertagen); S. 728 n. 1 (Auslegung päpstlicher Privilegien): S. 758 n. 3 u. 5 (Missbräuche bei Ausstellung von Heiligenbildern); S. 762 (usurpatio ordinis); S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. cit. Pius' V.: Admonet); S. 808 (Verknechtung der Indier); S. 814 (Bigamie unter falschem Namen), S. 879 n. 4 (Austhuung von kirchlichen Gütern zu Lehn an die bisherigen Besitzer u. s. w.); S. 903 (Handel der Missionare); Bd. I. S. 80 n. 1 und S. 98 n. 11 (unstatthafte Ordinationen); — Innocenz X. (1644—1655), s. S. 879 n. 4 (Bestätigung der const. cit. Pius' V.: Admonet); S. 846 n. 9 (Fälschung päpstlicher Schreiben); S. 864 (Residenzpflicht der Kardinäle); — Alexander VII. (1655—1667), s. S. 754 n. 2 u. S. 879 n. 4 (Bestätigung der cit. const.: Admonet); S. 721 n. 3 (Simonie bei der Erlangung päpstlicher Gnaden); S. 853 n. 6 u. S. 876 (unstatthafte Musik während des Gottesdienstes); — Clemens IX. (1667—1669); S. 903 (Handel der Missionare); — Clemens X. (1670—1676), s. S. 756 (Entnahme von Reliquien aus den Katakomben Roms); — Innocenz XI. (1676—1689), s. S. 755 (Entweihung und Missbrauch geweihter Hostien); — Alexander VIII. (1689—1691), s. S. 756 n. 2 (dasselbe); — Innocenz XII. (1691—1700), s. S. 713 n. 4 (Simonie bei Erlangung von Ämtern); S. 721 n. 3 (Simonie bei Erlangung päpstlicher Gnaden); S. 743 (unzulässige Eide gegen die kirchlichen Freiheiten); Bd. I. S. 98 n. 11 (Nichtbeachtung der Kompetenz bei Ertheilung der Weihen).

[2] Benedikt XIII. (1724—1730), s. S. 895 (Klerikaltracht); — Clemens XII. (1730 bis 1740), s. S. 772 (Freimaurerorden).

[3] S. 698 n. 1 u. S. 866 n. 7 (Missbrauch der Messe zu abergläubischen Zwecken); S. 718 n. 3 (simonistische Veräusserung der Einkünfte von Benefizien und Verzichte auf die letzteren) S. 722 (Handel mit Messstipendien); S. 756 n. 2 (Entweihung von Hostien); S. 762 n. 4 (usurpatio or-

schärfung, Ergänzung und Verbesserung früherer Anordnungen beschränkt, nur noch hin und wieder von den Päpsten [1] allgemeine, hier in Frage kommende Konstitutionen erlassen worden. Dies erklärt sich daraus, dass durch die allgemeine Gesetzgebung der Kirche schon im Beginne des 17. Jahrhunderts ein derartig umfassendes strafrechtliches Material angehäuft worden war, dass fast alle diejenigen Erscheinungen, welche die Kirche und das Papstthum in ihrem Interesse mit strafrechtlichen Mitteln zu bekämpfen für nöthig erachtet hat, von demselben bereits betroffen waren oder unter die schon vorhandenen Strafbestimmungen subsumirt werden konnten, dass daher namentlich bei der Verengerung des Gebietes der kirchlichen Gerichtsbarkeit und der kirchlichen Gesetzgebung durch einzelne Staaten für die katholische Kirche allein noch in solchen Fällen Veranlassung zum Einschreiten vorlag, in denen neue, den Päpsten besonders gefährlich erscheinende Bildungen [2] oder etwaige, die Machtstellung und die Interessen der Kirche in schwerer Weise schädigende Bestrebungen hervortraten [3].

IV. Die Partikular-(Provinzial-)Konzilien. Im Vergleich zu der früheren Periode hat die partikularrechtliche Gesetzgebung, welche im 13. und 14. Jahrhundert einerseits die hierarchischen Tendenzen der Kirche und des Papstthums hatte fördern helfen [4], sich aber andererseits eingehender als die allgemeine Gesetzgebung mit den gemeinen Verbrechen beschäftigt hatte [5], für die Entwicklung des kirchlichen Strafrechts an Bedeutung verloren. Im 14. Jahrhundert war nicht nur der gemeinrechtliche Stoff in Folge der Abschliessung der Rechtssammlungen des Corpus juris und in Folge der nunmehr regelmässig publizirten und mit Erweiterungen versehenen Bulle: *Coena* [6] bedeutend umfangreicher als im 12. und 13. Jahrhundert geworden, sondern auch gerade in den beiden letzteren ein reiches, partikularrechtliches Material aufgespeichert worden.

Nachdem in der ersten Hälfte des folgenden Jahrhunderts die Reformkonzilien zu Konstanz und Basel gehalten waren, von denen das letzte einzelne wichtige Vorschriften, so vor Allem über die Reform des Klerus [7] und über die Wirksamkeit der Censuren latae sententiae [8] erlassen hatte, konnte es sich für die Provinzialsynoden im wesentlichen nur darum handeln, die früheren gemeinrechtlichen [9] und partikularen

dinis); S. 772 (Freimaurer); S. 790 (Verletzung der Klausur der Mannsklöster); S. 800 n. 3 (Duell); S. 808 (Verknechtung der Indier); S. 842 (Wucher); S. 851 n. 2; S. 872 und Bd. IV. S. 122 n. 1 (Frage nach dem Namen des complex durch die Beichtväter und Denunziationspflicht gegen solche); S. 851 n. 9 u. S. 870 (*sollicitatio ad turpia* und Ermahnungspflicht der Beichtväter zur Denunziation); S. 872 u. Bd. IV. S. 110 (Absolution des complex); S. 891 (visitatio liminum der praelati nullius); S. 904 (unerlaubter Handel der Kleriker).

[1] Clemens XIII. (1758—1769), s. S. 904 (unerlaubter Handel und Erwerb der Kleriker durch Wechsel); — Pius VII. (1800—1823), s. S. 772 (Gesellschaft der Carbonari); — Leo XII. (1823—1829), s. S. 773 (Gesellschaft Universitaria); — Gregor XVI. (1842—1846), s. S. 773 (Bibelgesellschaften); — Pius IX. (1846—1878), S. 654 (const. sed. apostol. betreffend die Censuren l. s.); S. 585 n. 8 a. E.; S. 659 n. 4; S. 660 n. 6 u. S. 861 (Zulassung der landesherrlich ernannten oder präsentirten Bisthumskandidaten als Bisthumsverweser); S. 862 n. 5 (Intrusion von Priestern mit Hülfe des Volks oder der Regierung in Pfarr- und Pfarrvikarämter); — Leo XIII. (seit 1878), S. 683 n. 6 (Protestanten in Rom).

[2] Wie der Freimaurerorden und andere ähnliche geheime Gesellschaften, s. die S. 959 n. 2 und 3 und Anm. 1 angeführten Konstitutionen.

[3] Hierher gehören die o. Anm. 1 citirten Erlasse Pius' IX. und Leos XIII.

[4] S. 229.

[5] S. 230.

[6] S. 138. 365 u. 646 ff.

[7] S. 952.

[8] S. 506 n. 3.

[9] Z. B. Paris 1429 c. 27. 29. 30, Hardouin 8, 1048 ff. (betreffend die Missbräuche der Quästuarier, die Pflicht der Ärzte, auf Herbeirufung

Vorschriften [1] durch Wiederholung einzuschärfen und die Reformen des Baseler Konzils [2] zur Durchführung zu bringen.

In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts machte sich in der Wiederholung der Ketzergesetze oder in der Verweisung auf dieselben der Einfluss der Reformation geltend [3].

Die zahlreichen Provinzialsynoden der zweiten Hälfte desselben sind von den Vorschriften des Tridentinums beherrscht. Sie beschäftigen sich damit, diese und die im Laufe des Jahrhunderts erlassenen päpstlichen Konstitutionen zur Kenntniss zu geben und ihre Beobachtung einzuschärfen [4], indem sie dabei das hauptsächlichste Gewicht auf die Reform des Klerus legen [5].

Auf den Konzilien des 17. und 18. Jahrhunderts ändert sich darin im Wesentlichen noch nichts [6].

In Folge dessen führen die Straf- und Disciplinarstrafvergehen, welche von den gedachten Synoden berührt werden, wesentlich auf das gemeine Recht zurück, und soweit die letzteren eigene Strafandrohungen enthalten, dienen diese der Durchführung desselben. Verhältnissmässig gering ist dagegen die Zahl der Vergehen, welche sie selbstständig mit Strafe belegen, und diese betreffen hauptsächlich einzelne Disciplinarvergehen des Klerus [7], ferner aber Vergehen der Kirchenglieder, welche in unerlaubten Eingriffen in kirchliche Amtsrechte oder in der Anmassung derselben [8], sowie in einem unpassenden Verhalten beim Gottesdienste oder in der Kirche [9] ferner in der Verletzung ihrer Pflichten hinsichtlich der Sakramente [10] und in der Nichtbeachtung der Feiertagsheiligung [11] bestehen.

Die Partikularsynoden des laufenden Jahrhunderts, welche zwar in Betreff der Disciplinarstrafvergehen der Geistlichen noch öfter selbstständige Strafbestimmungen [12], wennschon dabei vielfach nur unter Bedrohung mit arbiträrer Strafe enthalten [13], andererseits aber auf die Vorschriften des gemeinen Rechts, vor Allem des Tridentinums und der neueren päpstlichen Konstitutionen Bezug nehmen [14], unterscheiden sich von den Konzilien der vorangehenden Jahrhunderte wesentlich dadurch, dass sie derartige Strafandrohungen gegen Laien in viel geringerem Umfange [15] aufweisen,

der Beichtväter hinzuwirken, und die Hinderung der kirchlichen Richter an der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit); Tortosa 1429 c. 12. 17. 20, l. c. p. 1080 ff.

1 Wie Köln 1452, Hartzheim 5, 414, und Soissons 1456, Hardouin 8, 1386, s. auch S. 751 n. 2.

2 S. 578 n. 1; S. 817 n. 1 u. 3; S. 896 n. 3; s. auch S. 507 n. 2.

3 S. 682.

4 Vgl. z. B. Mailand 1565, Hardouin 10, 644 (Blasphemie), s. auch S. 700 n. 13 p. 658 (Simonie); Mailand 1573, l. c. p. 769 ff.; Rheims 1581, l. c. p. 1213 ff.; Toulouse 1590, l. c. p. 1783 ff., s. auch S. 717 n. 3. 4 u. 8; S. 752 n. 6; S. 767 n. 2; S. 771 n. 5 u. 6.

5 S. die Citate S. 818 n. 1; S. 865 n. 2 u. 3; S. 893 n. 5; S. 894 n. 4.

6 S. die Citate in den vorhergehenden und folgenden Anmerkungen.

7 S. 866 n. 8; S. 883 n. 5; S. 889 n. 7; S. 894 n. 2; S. 895 n. 2; S. 896. 898 ff.

8 S. 763 n. 3.

9 S. 764 ff. und die Anmerkungen dazu.

10 S. 768.

11 S. 769.

12 S. 595 n. 3; S. 615 Anm. Sp. 2; S. 864 n. 5; S. 867 n. 2; S. 873 Anm.; S. 877 Anm.; S. 883 n. 5; S. 886 Anm.; S. 898 n. 4. 5. 6; S. 904 n. 9.

13 S. 864 n. 5; S. 866 n. 8; S. 869 Anm.; S. 875 Anm.; S. 878 n. 6; S. 895 n. 7; S. 897 n. 2. 5. 6; S. 898 n. 5; S. 904 n. 9.

14 S. 578 n. 4; S. 864 n. 5; S. 890 Anm.; S. 893 n. 5; S. 895 Anm.; S. 899 n. 5; S. 904 n. 9.

15 Eine Ausnahme macht das noch zur Zeit der Selbstständigkeit des Kirchenstaates erlassene Bischofsedikt von Loreto v. 1850, coll. conc. Lac. 6, 76, welches wesentlich Strafbestimmungen gegen die Blasphemie, das Fluchen, die Verletzung der Feiertagsruhe, unpassendes Verhalten in der Kirche und beim Gottesdienste, Nichthal-

vielmehr überwiegend ihre Anforderungen an diese in der Gestalt einfacher, nicht mit Strafe belegter Verbote oder auch blosser Ermahnungen oder in Anweisungen an die Pfarrer und Geistlichen zum Erlass solcher an die Gläubigen hinstellen [1].

Die hierarchische Tendenz, von welcher die mittelalterlichen Partikularsynoden vielfach beherrscht sind [2], tritt in denen der hier fraglichen Jahrhunderte mehr zurück. Andererseits berücksichtigen dieselben auch weniger die gemeinen, zum Theil schwere Sünden bildenden Vergehen [3], und insbesondere begnügen sich die neuesten, ihrer schon gedachten Tendenz gemäss, wenn sie dieselben überhaupt berühren, meistens mit blossen Ermahnungen an die Gläubigen [4].

§. 349. b. *Die Tendenz, der Charakter, die wissenschaftliche Behandlung und die praktische Bedeutung des kirchlichen Strafrechts und der kirchlichen Strafgesetzgebung.*

I. Die hierarchische Tendenz des kirchlichen Strafrechts und der kirchlichen Strafgesetzgebung. Die vorangehende Darstellung ergiebt, dass das kirchliche Strafrecht, wie im Mittelalter [5], auch noch in dieser Periode bis zur Jetztzeit in erster Linie der Verfolgung hierarchischer Zwecke und dem Schutze hierarchischer Interessen gedient hat. Das Tridentinum und die päpstliche Gesetzgebung haben gerade den Verbrechen hierarchischen Charakters die meiste Aufmerksamkeit gewidmet [6], gerade sie sind mit vielen und harten Strafen bedroht [7]. Weiter sind fast allein solche Jahrhunderte lang in der Bulle: Coena am grünen Donnerstag durch die Päpste für die Gläubigen öffentlich als besonders schwere gekennzeichnet worden [8], und selbst Pius IX. hat bei seiner Reform der Censuren latae sententiae diese überwiegend für derartige Vergehen und zwar in der schwersten Qualifikation als speziell päpstlich reservirter aufrechterhalten [9]. So verdienstlich es war, dass sowohl das Tridentinum wie auch die päpstliche Gesetzgebung wiederholt gegen das Unwesen des Duells eingeschritten ist [10] und auch einzelne schwere Sünden bildende gemeine Verbrechen, namentlich manche Fleischesvergehen, mit kirchlichen Strafen belegt hat [11], so tritt doch diese Thätigkeit der kirchlichen Strafgesetzgebung gegenüber der erstgedachten wesentlich zurück. Allerdings kann nicht verkannt werden, dass bei der Entwicklung des weltlichen Strafrechts und der Zuständigkeit der weltlichen Strafgerichte in der hier fraglichen Periode kein dringendes Bedürfniss obgewaltet hat, kirchlicherseits gegen solche mit Strafgesetzen vorzugehen, weil die weltlichen Strafgerichte gegen diese, vielfach sogar mit Todesstrafe, eingeschritten sind,

tung der Fastengebote und gegen gewisse Obscönitäten enthält.

1 S. z. B. S. 685 n. 5 u. S. 780. 781.

2 S. 229.

3 Allerdings Blasphemie, S. 700 n. 4 u. 13; Meineid S. 701 n. 3 u. 6; Körperverletzung S. 806 n. 1; Beleidigung S. 811 n. 4 u. S. 812 n. 16; Ehebruch S. 813 n. 2; Konkubinat S. 816 n. 6; Kuppelei S. 826 n. 3; Nichtausführung der Testamente S. 831 n. 4; Wucher S. 841 n. 4; einzelne Fälle des Betruges S. 847 n. 9; Chikane bei Prozessen S. 848 n. 4; aber alle diese mit Ausnahme des Wuchers nur in sehr geringem Umfange.

4 S. z. B. S. 701 n. 2 u. 6; vgl. auch die Citate in der vorigen Note.

5 S. 228.

6 S. 952. 953.

7 S. 910, und zwar auch mit solchen, welche völlig Unschuldige treffen, S. 929.

8 S. 912 n. 4.

9 S. 912.

10 S. 953. 954.

11 S. a. a. O.

und andererseits der Kirche die Möglichkeit offen geblieben ist, derartigen Vergehen auf dem Gebiete des forum internum mit den Mitteln der Beicht- und Bussdisciplin entgegenzuwirken. Indessen bleibt trotzdem immer die vorher hervorgehobene eigenartige und besondere strafrechtliche Behandlung der Verbrechen hierarchischen Charakters bestehen, welche zeigt, dass die Kirche das Hauptgewicht gerade auf die Bekämpfung dieser letzteren gelegt hat und auch noch heute legt.

II. Der Charakter des kirchlichen Strafrechts und der kirchlichen Strafgesetzgebung. Wiederholt ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass die kirchliche Strafgesetzgebung den Charakter einer Gelegenheitsgesetzgebung aufweist [1], und andererseits hat sich gezeigt, dass das kirchliche Strafrecht zum Theil den Charakter eines Disciplinarstrafrechts an sich trägt und tragen muss [2].

Beide Momente haben einmal dazu geführt, zu verschiedenen Zeiten gerade besonders gefährliche Angriffe auf die kirchliche Rechtsordnung und schwere, sich bemerkbar machende Verletzungen derselben durch Bedrohung mit Strafen als kirchliche Strafvergehen zu qualifiziren und so eine sehr grosse Zahl derselben aufzustellen, ohne dass die nahe mit einander verwandten und im Thatbestand wenig verschiedenen unter einen einheitlichen Deliktsbegriff zusammengefasst worden wären [3].

Andererseits erklärt sich aber daraus auch die umgekehrte Erscheinung, dass wiederholt eine Reihe verschiedener Handlungen, wenn sie sich gegen bestimmte Personen oder bestimmte Sachen richten, gerade mit Rücksicht auf den Charakter der letzteren und im Interesse eines besonderen Schutzes für dieselben, trotzdem dass sie selbst einen verschiedenen Charakter tragen und daher nach unseren modernen Anschauungen selbstständige Vergehen bilden, als ein einheitliches Delikt behandelt und mit derselben Strafe bedroht werden [4].

Endlich bieten beide Momente auch den Schlüssel zu der weiteren Thatsache, welche vielfach nicht beachtet worden ist, dass weder das kanonische noch das spätere kirchliche Recht ein vollständiges System des Strafrechts entwickelt hat. Soweit es sich um die Verletzungen der rein kirchlichen Rechtsordnung handelt, hat es die möglichen Fälle derselben nicht erschöpft und wird diese auch aus dem schon früher hervorgehobenen Grunde [5] nicht erschöpfen können. Soweit aber solche Handlungen in Frage stehen, welche sich zugleich als gemeine Vergehen, also als Verstösse der weltlichen Rechtsordnug darstellen, hat die kirchliche Gesetzgebung diese niemals vollständig in den Bereich ihrer strafrechtlichen Regelung gezogen. Selbst wenn man die Vorschriften, welche das Dekretum Gratians und die Dekretalensammlungen aufweisen [6], mit den hierher gehörigen Bestimmungen der späteren allgemeinen Konzilien und der päpstlichen Konstitutionen [7], ja selbst auch der Partikularkonzilien, zusammenstellt, ergiebt sich immer noch kein vollständiges s. g. kanonisches Strafrecht [8].

[1] S. 950.

[2] S. 906. 907.

[3] Wie z. B. die verschiedenartigen Störungen des Gottesdienstes, s. S. 763.

[4] Wie die percussio clericorum, die Vergewaltigung der Kardinäle, die Eingriffe in das Kirchengut (Trident. Sess. XXII. c. 11 de ref.), die Wegnahme u. s. w. von Büchern und Kostbarkeiten aus Bibliotheken, Archiven u. s. w., s. o. S. 745. 747. 751. 832 Anm.

[5] S. 907.

[6] S. 229. 231. 233.

[7] S. 952 ff. u. S. 954 ff.

[8] S. die Besprechung der einzelnen Vergehen von S. 793 ab. So kennt dasselbe von besonderen Delikten nicht die Körperverletzung, die Kup-

Damit hängt es weiter zusammen, dass das kirchliche Strafrecht so gut wie gar keine allgemeinen, die Strafbarkeit der Strafvergehen und Disciplinarstrafvergehen betreffenden Normen [1] (über Vorsatz, Fahrlässigkeit, Versuch, Theilnahme, Anstiftung, Schuldausschliessungs- und Strafausschliessungsgründe, über Einheit und Mehrheit von Vergehen, sowie über den Rückfall) aufgestellt hat.

Ferner steht damit noch eine andere Erscheinung in Verbindung. Schon die älteren kirchlichen Rechtsnormen haben gewöhnlich die Thatbestände der von ihnen mit Strafen belegten Vergehen näher formulirt [2], ja seit dem 13. und 14. Jahrhundert haben sowohl die Päpste [3], wie auch die allgemeinen Konzilien [4] auf eine solche Formulirung, wie die genaue und mitunter umständliche Fassung der einzelnen Vorschriften zeigt, entschiedenen Werth gelegt. Aber andererseits hat man im Mittelalter bei denjenigen Vergehen, welche zugleich bürgerliche Delikte bilden, die im weltlichen Recht dafür gebrauchte Bezeichnung ohne nähere Feststellung des Thatbestandes aus dem letzteren herüber genommen [5]. Wenn auch in der Folge niemals der Versuch gemacht worden ist, eine solche vorzunehmen, so erklärt sich dies daraus, dass der späteren kirchlichen Gesetzgebung dazu kein direkter Anstoss gegeben worden ist, und eine Gelegenheitsgesetzgebung nur in Folge bestimmter äusserer Anlässe [6] vorgeht. In den älteren Zeiten, in denen derartige Strafnormen erlassen worden sind, konnte es nicht zweifelhaft sein, dass bei dem betreffenden Vergehen der Thatbestand des weltlichen Rechtskreises, welchem die Urheber des kirchlichen Gesetzes angehörten, gemeint war [7]. Mit der Aufnahme solcher Anordnungen in das Dekretum Gratians und die Dekretalensammlungen wurden dieselben dann freilich von ihrem Entstehungsboden losgelöst, und da die Doktrin seit dem 12. Jahrhundert bei der wissenschaftlichen Bearbeitung des kirchlichen Rechts das römische zur Ergänzung heranzog [8], war es selbstverständlich, dass, soweit sich in den kirchlichen Rechtsquellen selbst keine näheren Anhaltspunkte fanden, der römischrechtliche Thatbestand als massgebend betrachtet wurde. In Folge dessen machte sich ein Bedürfniss zu einem gesetzgeberischen Eingreifen um so weniger geltend, als gerade die päpstliche Gesetzgebung die hier fraglichen Vergehen wenig berücksichtigt hat, und diese nicht nur schon seit dem ausgehenden Mittelalter von den weltlichen Gerichten mit weltlichen Strafen belegt wurden [9], sondern auch die Zuständigkeit der kirchlichen Gerichte für dieselben immer mehr Beschränkungen erlitt.

III. Die wissenschaftliche Behandlung des kirchlichen Strafrechts. Der Charakter des kirchlichen Strafrechts und seiner Quellen ist nicht

pelei, die Unterschlagung, die Erpressung, die Hehlerei, die Urkundenfälschung (ausser der Fälschung päpstlicher Schreiben) und die Bestechung, ganz abgesehen davon, dass es für andere, z. B. die Nothzucht, die Fälschung von Münzen, von Mass und Gewicht, nur sehr dürftiges Material bietet.

[1] S. 905 ff.

[2] S. 235. 237.

[3] Aus dem Mittelalter s. z. B. c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9; Clem. 1 eod. V. 8; weiter Paul II. (1467) c. un: Ambitiosae in Extr. comm. III. 4; ferner die Bulle: Coena; Urban VIII.: Inscrutabilis 1631, S. 696 n. 1.

[4] Trid. Sess. XXII. c. 11 de ref. (S. 731 n. 2) und Sess. XXV. c. 19 de ref. (S. 800 n. 2).

[5] S. 237.

[6] Das zeigt z. B. das Verhalten der päpstlichen Gesetzgebung in Bezug auf die Feststellung, welche Verkehrsgeschäfte als wucherische und welche nicht als solche anzusehen sind, siehe S. 837 ff.

[7] So z. B. wenn das Konzil von Tribur 895 Strafen auf den Diebstahl setzt, s. S. 186 n. 1, der germanische Begriff des Diebstahls.

[8] So schon Gratian, vgl. ferner Bernard. Pap. summa z. B. V. 26 (de furtis).

[9] Z. B. der Diebstahl und Raub, Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte. 1. A. S. 706.

minder von entscheidender Bedeutung für die wissenschaftliche Behandlung des ersteren geworden. Diese knüpft, wie überhaupt, so auch für das kirchliche Strafrecht, an die Sammlungen des Corpus juris an [1]. Da dasselbe aber in diesen keine übersichtliche und erschöpfende Zusammenstellung gefunden hat [2], so konnte auch die sich an die einzelnen Titel und Stellen anschliessende Behandlung, bei welcher überdies das partikularrechtliche Material völlig ignorirt worden ist, keine zusammenhängende Darstellung erfahren. Soweit der Thatbestand der einzelnen Vergehen nicht genügend bestimmt ist, verwerthet die Doktrin zunächst die Anhaltspunkte, welche sich in einzelnen Stellen des Dekretes, namentlich auch in den Stellen aus den Kirchenvätern, und in einzelnen Dekretalen der Sammlungen des Corpus juris finden, eventuell aber greift sie, wie schon bemerkt ist, auf das römische Recht zurück, und behandelt dieses dem kanonischen Recht völlig gleichwerthig. Ganz dieselbe Methode beherrscht auch noch diejenigen Werke, welche später, so namentlich seit dem 17. Jahrhundert [3], das Kirchenrecht nach dem System der fünf Bücher der Dekretalen Gregors IX. darstellen, ja in neuerer Zeit [4] ist die Ergänzung des kanonischen Strafrechts durch das römische dadurch, dass das letztere überall, wo es an positiven Vorschriften des ersteren fehlt, ohne Weiteres und schlechthin als kanonisches Recht unter Verzicht auf jede nähere Prüfung hingestellt wird, bis auf die Spitze getrieben worden.

In Folge des Anschlusses der Behandlung an die Sammlungen des Corpus juris canonici ist ferner jede einheitliche Darstellung der Disciplinarstrafvergehen der Kleriker, weil die hierher gehörigen Vorschriften sich in einer ganzen Reihe von Titeln zerstreut vorfinden [5], entfallen [6]. Ferner ist es dadurch veranlasst worden, dass die allgemeinen Lehren des Strafrechts in Hinblick auf das kanonische Recht so gut wie gar keine Bearbeitung erfahren haben [7]. Endlich erklärt es sich daraus, dass das in den allgemeinen Konzilien und in den späteren päpstlichen Konstitutionen enthaltene strafrechtliche Material kaum jemals vollständig herangezogen, sondern nur einzelne, hierher gehörige Vorschriften, soweit sie die im Anschluss an die Dekretalensammlung behandelten Vergehen betreffen, benutzt worden sind [8].

Endlich, nach dem 16. Jahrhunderte, wird die Darstellung des kirchlichen Strafrechts nicht nur durch Heranziehung des römischen Rechts, sondern auch die des neueren weltlichen Strafrechts [9] getrübt [10].

[1] So die Glossen und die Summen, dann die Kommentare vom 13. Jahrhundert ab bis zu Gonzalez Tellez und Fagnanus.

[2] S. 235.

[3] Wie z. B. die von Andreas Vallensis, Engel, Reiffenstuel, Schmalzgrueber.

[4] In dem wiederholt citirten Buche von München Bd. 2 (Strafrecht).

[5] S. 268.

[6] Im 16. Jahrhundert ist diese Lücke durch Jo. Bern. Diaz de Luco (†1556), siehe v. Schulte, Gesch. d. Quellen d. kanon. Rechts 3, 314, in seiner Practica criminalis, in qua omnia fere flagitia quae a clericis commissa sunt, cum eorum poenis describuntur (Lyon 1554), welche auch andere Vergehen als blosse Disciplinarvergehen der Kleriker in Anhalt an eine fingirte Denunziation, freilich ohne jedes System, behandelt, ausgefüllt worden. S. auch Anm. 8.

[7] S. 905 ff. und die folgende Anmerkung.

[8] Eine Ausnahme macht C. A. Thesaurus (†1640) de poenis, s. S. 493 n. 1, welcher P. I von den poenae l. s., dabei auch von einzelnen allgemeinen Lehren des Strafrechts handelt, in der umfangreicheren P. II aber bei der Aufzählung der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen [nach dem Alphabet ebenfalls in seltener Vollständigkeit das im Text gedachte Material benutzt.

[9] In Deutschland der Carolina.

[10] S. z. B. Engel V. 16 n. 16 und 18 n. 6; Reiffenstuel V. 16 n. 16 und 18 n. 58; Schmalzgrueber V. 16 n. 71 und 18 n. 94.

Noch im 18. Jahrhundert ist in den Werken, welche, wie van Espen J. E. U., s. P. III. t. 4 c. 2—5, und Berardi (†1758) comment. in ius eccles. lib. V. P. I diss. II—V, sich nicht mehr an die Reihenfolge der Dekretalentitel halten, in

Wie sich die Praxis der kirchlichen Strafgerichte zu dieser Behandlung des kirchlichen Strafrechts verhalten hat, lässt sich beim Mangel an ausreichendem Material nicht beurtheilen. Die Frage nach der Berechtigung der Heranziehung des römischen Rechts hat sich wohl seit dem 16. Jahrhundert praktisch dadurch erübrigt, dass seitdem diejenigen Vergehen, für welche sie von Bedeutung werden konnte, nämlich für die auch staatlich strafbaren gemeinen Verbrechen, wie z. B. Diebstahl, Raub, nicht mehr von den kirchlichen Gerichten zur Bestrafung gezogen worden sind[1].

IV. Die heutige praktische Bedeutung des kirchlichen Strafrechts. Was endlich die heutige praktische Bedeutung des kirchlichen Strafrechts betrifft, so ist es selbstverständlich bei der eben gedachten Verengerung der Zuständigkeit der kirchlichen Gerichtsbarkeit geblieben. Dies wird jetzt auch kirchlicherseits nicht mehr in Frage gestellt, ja sogar indirekt in den Kompetenzbestimmungen für die kirchlichen Strafgerichte ausdrücklich anerkannt[2], denn soweit diesen ausnahmsweise noch Vergehen, welche auch zugleich bürgerliche Verbrechen sind, wie z. B. der Meineid, Kirchenraub, Bigamie, zugewiesen werden, handelt es sich doch heute dabei wesentlich nur noch um die Bestrafung derselben mit rein kirchlichen Strafen, da solche, welche in die bürgerliche Rechtssphäre eingreifen, im Allgemeinen unpraktisch sind.

Wenngleich sonach der Kreis der Verbrechen, bei welchen die kirchlichen Ge-

der gedachten Methode nichts geändert, theils ist aber die Zahl der behandelten Vergehen vermindert, so bei dem ersteren, theils auch durch die Berücksichtigung der Verletzungen einzelner Pflichten der Gläubigen und der Disciplinarvergehen der Kleriker, vgl. Berardi, vermehrt.

Erst in diesem Jahrhundert ist man von der Heranziehung des römischen Rechts (s. oben S. 965 n. 1 ff.) abgestanden, dafür ist aber die Behandlung der kirchlichen Strafvergehen theilweise immer dürftiger geworden, s. z. B. Richter (-Dove-Kahl) K. R. §§. 220 ff.; Schulte K. R. 2, 399; Ginzel K. R. 2, 929; Friedberg K. R. 3. A. S. 262 ff.; theilweise sind aber selbst in den Kompendien, welche innerhalb ihres Rahmens eine grössere Vollständigkeit anstreben, s. z. B. Pachmann 3. A. 3, 209 ff.; Phillips, Lehrb. d. K. R. 2. A. S. 399 ff.; Permaneder K. R. 4. A. S. 589 ff.; Silbernagl K. R. 2. A. S. 381 ff.; Vering K. R. 3. A. S. 722 ff.; Lämmer, Instit. des kath. Kirchenrechts. 1. A. S. 257 ff.; Hergenröther, Lehrb. d. K. R. S. 367 ff., gerade die hierarchischen und durch die päpstlichen Konstitutionen bedrohten Vergehen selbst noch nach der Bulle Pius' IX.: Apostolicae v. 1869 kaum oder sehr wenig berücksichtigt worden. Nur Heiner, kathol. Kirchenrecht. Paderborn 1893. 2, 104 ff. macht allein durch eine freilich kurze Zusammenstellung des Inhalts der letzteren eine Ausnahme, und die ausser München noch erschienene einzige Monographie von Katz behandelt mit völlig unzureichender Kenntniss der Geschichte und der Quellen des Kirchenrechts ausschliesslich das Strafrecht des Dekrets und der Dekretalensammlungen.

[1] Vgl. den folg. Bd. in der Lehre von der Zuständigkeit der kirchlichen Strafgerichte.

[2] So überweist die Instruktion für das Prager fürsterzbischöfliche Gericht von 1869, Arch. f. k. K. R. 23, 429, dem mit der Gerichtsbarkeit in allen Kriminalfällen ausgestatteten geistlichen Erzdiöcesan-Gericht (§. 1) als zu bestrafende Verbrechen (§. 92) „bei Geistlichen und Laien 1. Apostasie, Ketzerei, Abfall vom christlichen oder katholischen Glauben und Schisma. 2. Sacrilegium als Schändung geweihter Orte, Sachen und Personen; gewaltsame Handanlegung an einen Geistlichen, Mönch oder Nonne. 3. Gotteslästerung. 4. Kirchenraub, sowie widerrechtliche Beeinträchtigung der Kirche an ihren Rechten und Gütern. 6. Simonie. 7. Selbstmord. 8. Hartnäckiges Konkubinat, namentlich mit verwandten oder verschwägerten Personen. 9. Blos bei Laien: Eingehung einer Civil-Ehe, Bigamie, Eingehung einer kirchlichen Ehe unter Verschweigung von wichtigen Ehehindernissen.“ Weiter geht allerdings die Provinzialsynode für Fogaras (griechisch-unirt) v. 1872, a. a. O. 56, 40: „Ad causas ecclesiasticas criminales referuntur delicta quibus religio laeditur, prouti: apostasia, haeresis, schisma, imprecationes, sacrilegia, periurium, superstitiones, simonia; sive charitas ergo proximum offenditur: homicidium, mutilatio, duellum, procuratio abortus; sive charitas erga se ipsum in salute aeterna prosequenda posthabetur . . .: peccata carnalia, abusus cum ss. sacramentis, cum iurisdictione atque aliae actiones externae liberae, quibus lex quaedam ecclesiastica poenalis violaretur“; welche aber hierbei nicht zwischen Geistlichen und Laien unterscheidet.

richte, abgesehen von den Disciplinarvergehen der Geistlichen, für welche das kirchliche Disciplinarstrafrecht noch in vollem Umfange zur Anwendung kommen kann [1], heute auch gegen Laien einschreiten, ein verhältnissmässig kleiner geworden ist, so muss doch ausserdem in Betracht gezogen werden, dass alle diejenigen Verbrechen, welche in der const. Pius' IX (von 1869) aufgezählt sind [2], noch jetzt für die Schuldigen die Exkommunikation latae sententiae nach sich ziehen, und dass, wenn sie auch nur durch die Beichte zur Kenntniss des Beichtvaters kommen, dieser, soweit sie päpstlich oder bischöflich reservirt sind [3], gar nicht oder nur kraft besonderer Vollmachten von der gedachten Censur zu absolviren berechtigt ist [4], der Schuldige also genöthigt ist, sich zur Erlangung der Lossprechung an die zuständige höhere Instanz zu wenden. Dadurch, d. h. also indirekt durch die Vermittelung im Wege des forum internum, ist diesem Theile des kirchlichen Strafrechts, welcher gerade vor Allem die Vergehen hierarchischen Charakters umfasst, noch seine praktische Wirksamkeit und Bedeutung gesichert.

[1] S. die cit. Prager Instruktion a. a. O.: „Blos bei Geistlichen 1. Apostasie vom geistlichen Stande. 2. Trunkenheit und Ärgerniss gebendes excessives Benehmen, gar zu häufiger Besuch der Wirthshäuser. 3. Grobe, öfters wiederholte oder mit öffentlichem Ärgerniss verbundene Vergehen wider die Keuschheit. 4. Grobe Verletzung des priesterlichen Dekorums. 5. Konkubinat der Geistlichen. 6. Offener Ungehorsam wider die Anordnungen des Erzbischofs und der kirchlichen Behörden. 7. Öffentliche Beschimpfung der kirchlichen Behörden. 8. Jede grobe Vernachlässigung der durch das Benefizium oder Amt übernommenen Pflichten. 9. Ausübung der geistlichen Funktionen gegen die von der Kirche bestimmte Ordnung und Vorschrift. 10. Verletzung des Beichtgeheimnisses. 11. Sollicitatio ad turpia in confessione iuxta constitutionem Benedict. XIV.: Sacramentum poenitentiae. 12. Jedes von einem Geistlichen, im weltlichen Strafgesetzbuche bezeichnete gemeine Verbrechen, mit welchem öffentliche Diffamation verbunden ist"; und auch den folg. Bd. in der Lehre von der Disciplinarstrafgerichtsbarkeit.

[2] S. 657 n. 11.

[3] S. a. a. O.

[4] Bd. IV. S. 102. 103.

Nachträge und Berichtigungen.

S. 3 Z. 3 v. u. l. Gläubigen st. Gläubiger.
S. 5 Z. 2 v. u. st. und noch l. indessen nicht mehr.
S. 5 Anm. 6 v. S. 4 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Mirbt, d. Publizistik i. Zeitalter Gregors VII. Leipzig 1894. S. 214. 219.
S. 5 Anm. 2 Z. 1 v. o. st. Mainz l. Mai.
S. 5 Anm. 4 Z. 5 v. o. einzufügen hinter: Leipzig 1888. S. 104 noch: und Mirbt, d. Publizistik u. s. w. S. 225.
S. 5 Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: S. auch Joh. Greving, Pauls v. Bernried vita Gregorii papae. Münster 1893. S. 143.
S. 5 Anm. 5 Z. 5 v. u. hinter: wird vor der Parenthese einzuschieben: eine Dekretale, in welcher Mirbt a. a. O. S. 223 zu Unrecht eine wesentliche Neuerung gegenüber dem Standpunkt Gregors VII. sieht.
S. 7 Anm. 2 Z. 1 v. o. st. c. 17 l. c. 47 u. st. n. 5336 l. 5536.
S. 10 Anm. 3 Z. 1 v. o. st. V. 25 l. II. 25.
S. 13 Anm. 3 Z. 10 v. u. einzuschieben hinter 5, 441: (vgl. dazu auch Mirbt a. a. O. S. 130 ff.).
S. 15 Anm. 1 statt c. 12. 13. 24 X de poenit. V. 38 cit. l. c. 12. 13 cit. X de poenit. V. 38 u. c. 24 X de priv. V. 33.
S. 19 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Die im Text dargelegte Entwicklung zeigt, dass die Annahme Mirbts a. a. O. S. 178 n. 4, dass für Gregor VII. die Ausdrücke excommunicatio und anathema nicht scharf abgegrenzte Bezeichnungen gewesen seien und, falls eine Unterscheidung nicht gemacht, als Synonyma erscheinen, wenn sie aber vollzogen werde, Anathem nur den grossen Bann, excommunicatio dagegen den grossen, wie den kleinen Bann bedeute, irrig ist.
S. 27 Anm. 3 Z. 1 o. st. III. 38 l. V. 38.
S. 29 Anm. 1 Z. 1 o. st. poenit. l. privil.
S. 29 Anm. 3 Z. 7 v. o. st. volumus l. nolumus.
S. 31 Anm. 1 Z. 1 v. u. st. a. S. 14 l. oben S. 14.
S. 32 Anm. 2 Z. 6 v. u. st. Clem. 2 l. Clem. 1.
S. 32 Anm. 3 Z. 1 o. st. Unger. l. Ungar.
S. 32 Anm. 7 Z. 3 v. u. st. c. 7. 8 l. c. 8. 9.
S. 34 Anm. 2 Z. 4 v. u. hinter S. 47 n. 3 einzuschalten: ep. Innoc. IV. 1232 (Potthast reg. 14470), Rodenberg epist. pontif. roman. 3, 109.
S. 38 Anm. 4 Sp. 1 Z. 2 v. u. st. c. 12 l. c. 2.
S. 41 Anm. 10. Vgl. hierzu noch Karl Krauss, Im Kerker vor u. nach Christus. Freiburg i. Br. u. Leipzig 1895. S. 318 ff.
S. 43 Z. 3 v. u. ist zwischen: Ämter und: anderer einzuschalten: sowie.
S. 45 Anm. Sp. 1 Z. 15 v. o. hinter 17, 211 ff. einzuschieben: und Martens Gregor VII. Leipzig 1894. 2, 29.
S. 45 Anm. Sp. 1. Z. 25 v. o. hinter Gregor VII. einzuschalten: 1076, l. c. p. 245: „cur sit anathematis vinculo alligatus et a regia dignitate depositus" und
S. 45 Anm. Sp. 1 a. E. hinzuzusetzen: Auch von M. Döberl, Rechtfertigungsschreiben Gregors VII. an die deutsche Nation v. 1076, Programm des Ludwigs-Gymnasiums z. München. München 1891. S. 25 ff. (vgl. dazu Brieger, Ztschr. f. Kirchengesch. 1892. 13, 435) und Greving Pauls von Bernried vita (s. oben zu S. 5 Anm. 4) erklären die Massregel Gregors für eine Absetzung, aber für eine solche cum spe recuperationis, also als eine nicht endgültige, eine Restitution offenlassende, endlich Mirbt, Publizistik S. 236. 237 für eine definitive Absetzung, trotz welcher Gregor VII. später als erträglichen Ausweg eine Restitution in Aussicht genommen, d. h. also seine Auffassung über den Charakter der Strafe geändert habe.

S. 45 Anm. 2 Z. 5 v. o. hinter: gedeutet hat einzuschieben: (vgl. darüber auch Sdralek, die Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890. S. 127 n. 2 und Mirbt, Publizistik S. 166. 168).
S. 46 Anm. v. S. 45 a. E. hinzuzusetzen: vgl. auch Mirbt a. a. O. S. 218. 219. 235.
S. 46 Anm. 5 Sp. 2. Z. 4 v. o. hinter dem Punkt einzuschieben:
Allerdings setzt E. Löning, Gesch. d. deutsch. K. R. 2, 392 n. 2, die Fälschung schon in die Mitte des 9. Jahrh. Wenn er dies indessen durch die Bezugnahme Hinkmars auf das Schreiben Gregors I., s. Flodoardi hist. eccl. Rem. III. 27 („sicut b. Gregorius pp. de quodam monasterio a quadam regina aedificata dictaverit . . . repetens maledictionis imprecationem quam domnus idem G. contra praesumtionem illius monasterii iaculatus est") zu beweisen sucht, so hat er übersehen, dass Hinkmar nur von einer die maledictio, d. h. von einer das Anathem aufweisenden Klausel spricht, und dass unter der maledictio keineswegs eine Androhung der Absetzung gegen Könige verstanden werden kann.
S. 47 Anm. Sp. 1 Z. 4 v. u. hinter 55 einzufügen: Michael in Ztschr. f. kath. Theologie. Innsbruck 1894. 18, 460. 468.
S. 49 Anm. 11 a. E. hinzuzusetzen: Von weiteren derartigen Anordnungen vgl. Innocenz III a. 1198, Potth. n. 450, opp. ed. Migne 1, 493: Gregor IX. a. 1234, Potth. n. 9765, Rodenberg epist. pontif. rom. 1, 494; Lyon 1245 c. 27, Mansi 33, 631.
S. 60 Anm. 3 Sp. 2 Z. 3 v. o. st. V. 9 l. V. 4.
S. 61 Anm. 1 Z. 2 v. u. st. c. 2 l. c. 1.
S. 65 Anm. 10 Z. 5 v. o. st. 22, 991 l. 22, 941.
S. 72 Z. 9 v. o. zwischen: Amte und betroffenem einzuschieben: der.
S. 73 Anm. 6 Z. 8 v. o. hinter: Plaudereien einzuschieben: (s. auch c. 8 X de aetate I. 14).
S. 73 Ann. 10 Z. 3 v. o. st. V. 52 l. S. 52.
S. 78 Anm. 8 Z. 1 v. u. hinter admoneat einzuschieben: (auch in c. 2 X de purg. can. V. 34).
S. 78 Anm. 12 a. E. hinzuzusetzen: K. Krauss, Im Kerker (s. zu S. 41) S. 305 ff.
S. 79 Anm. 1 Z. 1 o. st. Otto l. Atto.
S. 81 Anm. 8 a. E. hinzuzusetzen: S. auch c. 1 (Gregor I.) X de calumniat. V. 2 (bei falscher Anschuldigung wegen Verbrechen).
S. 82 Anm. 4 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch K. Krauss, Im Kerker S. 272 ff. 297.
S. 84 Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: S. auch dipl. a. 1294, Leverkus, Urkdbch. d. Bisth. Lübeck S. 364 (Gefängnisse für geistliche Personen unter Aufsicht des Domdekans). Vgl. ferner K. Krauss, Im Kerker S. 276 ff. 290 ff.
S. 86 Anm. 1 Sp. 2 Z. 12 v. o. st. c. 9 l. c. 6.
S. 92 Anm. 4 Sp. 2 Z. 6 v. u. hinter: bezeichnen einzuschieben: oder, wie jetzt Schmitz, Arch. f. k. K. R. 71, 462, gegenüber diesen Ausführungen erklärt, anzunehmen, dass römische Pönitentialien im Frankenreiche eingeführt worden, dort aber durch die Zusätze aus den angelsächsischirischen Busssatzungen umgestaltet worden sind, s. übrigens auch S. 633 n. 8 a. E.
S. 96 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Nikolaus I. (858—867) J. L. n. 2837, Migne 119, 1122 (desgleichen) 12 Jahre, s. auch Ludwig i. Arch. f. k. K. R. 69, 218.
S. 96 Anm. 8 a. E. anzufügen, s. auch Nikolaus I. J. L. n. 2837 cit.
S. 98 Anm. 3 Z. 12 v. u. st. S. 732 l. S. 722.
S. 101 Anm. 12 o. S. 100 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch S. 633 n. 8.
S. 105 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Wegen der Wallfahrten nach dem h. Lande s. noch Sackur, d. Cluniacenser. Bd. 2. Halle 1894. S. 231 ff.
S. 106 Anm. 7 Z. 5 v. o. st. Bd. III. S. 845 l. Bd. III. S. 485.
S. 106 Anm. 7 a. E. hinzuzufügen: u. Sackur a. a. O. 2, 28. 29 u. 162.
S. 108 Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. weiter über das Schwanken in der Doktrin Singer, Beiträge z. Würdigung der Dekretistenlitteratur, im Arch. f. k. K. R. 69, 428 n. 189.
S. 109 Anm. 4 a. E. hinzuzufügen: Über verschiedene Fälle der öffentlichen Busse aus dem 10. und 11. Jahrh. s. Mirbt, Publizistik S. 198 n. 1.
S. 117 Anm. 18 Sp. 2 Z. 5 v. u. hinter: occupanda einzuschalten (vgl. auch O. Langer, Sklaverei in Europa während der letzten Jahrhunderte des Mittelalters. Wissenschaftliche Beilage zu dem Programm des Gymnasiums zu Bautzen. Ostern 1891. Bautzen. S. 38).
S. 119 Anm. 2 a. E. Über Gregor VII. s. Mirbt, Publizistik S. 204 n. 4.
S. 120 Anm. Sp. 2 Z. 6 v. o. st. M. 12 l. M. 22.
S. 120 a. a. O. Z. 15 v. o. st. S. 12 l. M. 22.
S. 123 Anm. 6 Z. 2 v. o. st. Urban V. l. Urban VI.
S. 127 Anm. 9 a. E. hinzuzufügen: Nicht ganz klar Mirbt, Publizistik S. 202. 203, welcher die Exkommunikation für die grösste und härteste Strafe, welche verhängt werden kann, erklärt, andererseits aber sagt: „Ihr Zweck ist die Besserung und Rettung der Ausgestossenen, aber auch die Rücksicht auf die Ehre der Kirche und auf das Wohl der übrigen Gläubigen ist dabei wirksam."
S. 131 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Beispiele aus dem 8. Jahrh. bei Weyl (S. 281 n. 4) S. 73 ff.
S. 131 Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: Über Gregor VII. s. Mirbt a. a. O. S. 203, welcher allerdings meint, dass die Unterscheidung zwischen der exc. fer. sent. und latae sententiae „in der Jurisdiktion keine grosse Bedeutung hat".
S. 134 Anm. 3 Sp. 2 Z. 9 u. Z. 17 v. o. st. c. 4 l. c. 1.
S. 134 Z. 14 v. o. st. Paul IV. 1468 l. Paul II. 1467.
S. 136 Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: schon vorher Innocenz IV. 1254 l. c. n. 15331 gegen Ezelin, Rodenberg, ep. pontif. roman. 3, 242.

S. 146 Anm. 8 Z. 6 v. o. st. S. 312 l. S. 512.
S. 146 Anm. 9 Z. 7 v. u. st. V. II l. V. 11.
S. 146 Anm. 10 Z. 4 v. o. hinter Praxis); einzuschalten: c. 15 (Clem. III.) X eod.
S. 153 Anm. 7 hinzuzufügen: Goetz, Studien z. Gesch. d. Busssakraments in Brieger u. Bess, Ztschr. f. Kirchengesch. 1895. 15, 321 ff.
S. 157 Z. 4 v. o. st. a l. α.
S. 159 Anm. 4 Z. 13 v. o. hinter: exc. l. s.) einzufügen: s. auch Gottlob, Aus der Camera apostolica des 15. Jahrhunderts. Innsbruck 1889. S. 294. 295.
S. 160 Anm. 1 Z. 1 o. st. XXII l. XXVI.
S. 164 Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. über diese Zeit überhaupt noch Mirbt, Publizistik S. 71. 344 ff.
S. 164 Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: S. auch Mirbt a. a. O. S. 370. 464.
S. 165 Anm. 6 a. E. hinzuzusetzen: , worin Mirbt a. a. O. S. 349 zu Unrecht eine, wichtige Merkmale der Simonie übersehende Definition der Simonisten findet.
S. 167 Anm. 1 Z. 2 st. n. 7 l. n. 6.
S. 169 Anm. 11 a. E. hinzuzusetzen: s. auch c. 1 in Extrav. comm. de simonia V. 1 u. S. 363 n. 4.
S. 169 Anm. 14 Z. 6 v. u. st. qu. 4 l. qu. 1.
S. 175 Anm. 3 Z. 6 v. o. st. c. 1 L l. c. 1 C.
S. 176 Anm. 6 Z. 9 v. o. st. 32. 23 l. 22. 23.
S. 177 Anm. 4 Z. 2 v. o. st. XXXIII l. XXIII.
S. 178 Anm. 4 v. S. 177 Z. 2 v. o. st. XVI l. XV.
S. 184 Anm. 3 Z. 1 o. st. XXII l. XXV.
S. 184 Anm. 5 Z. 4 v. u. st. 2311 l. 1311.
S. 184 Anm. 9 Z. 1 v. u. st. XXI l. XXII.
S. 185 Anm. 10 v. S. 186 Z. 1 o. st. qu. 1 l. qu. 5.
S. 192 Anm. 3 Z. 2 v. u. st. qu. 6 l. qu. 5.
S. 192 Anm. 4 Z. 1 v. u. hinter: Restitution einzuschieben: suspensio.
S. 193 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch c. 10 (Alex. III.) X de testam. III. 26.
S. 195 Anm. 9 Z. 5 v. o. st. c. 22 l. c. 32.
S. 196 Anm. 8 Z. 2 v. o. st. LXVII l. XLVII.
S. 202 Anm. 4 a. E. hinzuzufügen: s. aber auch über die Bestrafung des friesischen Redjeven nach dem Rüstringer Recht mit der Exkommunikation Ph. Heck, d. altfriesische Gerichtsverfassung. Weimar 1894. S. 221.
S. 210 Anm. 7 Z. 2 v. o. st. n. 8 l. n. 4.
S. 211 Z. 2 v. o. hinter: Laien einzuschalten: sowie auch das Predigen seitens der letzteren (s. Bd. IV S. 451 n. 2 u. S. 452).
S. 212 Anm. 1 Z. 3 v. o. st. 379 l. 374.
S. 215 Anm. 7 v. S. 213 hinter Z. 4 v. o. als neuen Absatz einzuschieben:

Gemeinrechtlich c. un. (Joann. XXII.) in Extrav. comm. de constit. I. 1 (Hinderung der päpstlichen Legaten am Betreten der zu ihrer Provinz gehörigen Länder, Exkommunikation l. s. und Lokalinterdikt ipso facto), s. auch Bd. I S. 524 n. 2.

S. 219 Z. 9 v. o. hinzuzusetzen als weiteren Absatz:

Die ebenfalls durch das gemeine Recht unter die Strafe der exc. l. s. gestellte Belästigung und Beraubung von geistlichen Personen, ihrer Verwandten und ihrer Kirchen wegen der Nichtberücksichtigung der zur Wahl empfohlenen Kandidaten, c. 12 (Lyon II. 1274) in VI de elect. I. 6.

S. 221 Anm. 2 Z. 2 v. o. st. c. 3. 4 l. c. 5. 6.
S. 225 Anm. 1 Z. 2 hinter S. 43 einzuschalten: (vgl. dazu aber Greving, Pauls v. Bernried vita Gregorii VII. papae. Münster 1893. S. 105 n. 1).
S. 226 Anm. 2 Z. 1 vor: Nicht einzuschieben: A. Ludwig, Gesch. d. Sakrilegs nach d. Quellen d. kath. Kirchenrechts, i. Arch. f. k. K. R. 69, 169 ff.
S. 236 Z. 11 v. u. als Anm. 4a zu: Direktiven unter den Text zu setzen: Vgl. auch Mirbt, Publizistik S. 613.
S. 255 Anm. 4 a. E. Vgl. auch c. 9 (Lateran. IV) X de celebr. miss. III. 41, s. o. S. 73 n. 6.
S. 256 Anm. 2 Z. 6 v. o. st. S. 447 l. S. 497.
S. 259 Anm. 5 Sp. 2 Z. 4 v. o. st. c. 2 l. c. 5.
S. 282 Anm. 1 Z. 7 v. o. hinter 3, 136 einzuschalten: (s. auch F. Makower, d. Verfassung d. Kirche v. England. Berlin 1894. S. 235).
S. 285 Anm. 8 Z. 13 hinter: 552 hinzuzufügen: s. auch Mirbt, Publizistik S. 560 ff.
S. 286 Anm. 4 Sp. 2 Z. 11 v. o. a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Makower a. a. O. S. 236 ff.
S. 288 Anm. 6 Z. 4 v. o. st. S. 16 l. S. 15.
S. 288 Anm. 8 a. E. Wenn Weyl a. a. O. (S. 281 n. 4) aus den wiederholt seit dem 8. Jahrh. vorkommenden Strafklauseln in päpstlichen Briefen des 8. und 9. Jahrhunderts für diese Zeit ein päpstliches Recht herleitet, Laien und Geistliche zu bannen, so ist doch, da er selbst anerkennt (S. 77), dass die Päpste thatsächlich eine Exkommunikation niemals verhängt haben, von der Ausübung einer derartigen Strafgewalt in der karolingischen Zeit nicht die Rede gewesen, vielmehr haben sich die Päpste offenbar bei der Anwendung derartiger Strafklauseln blos der bestehenden Sitte, Verfügungen und Anordnungen durch solche zu sichern (s. auch S. 375 n. 7) angeschlossen.
S. 298 Anm. 3 Z. 6 v. u. hinter: 231 ff. einzuschieben: weiter wegen der Einforderung der Servitien unter Strafe der Exkommunikation und der Suspension ipso facto L. König S. J., d. päpstliche Kammer unter Clemens V. u. Johann XXII. Wien 1891. S. 13, der Abgaben bei der visitatio

liminum a. a. O. S. 28. 29, der übernommenen Zehntverpflichtungen (hier auch Lokalinterdikt) a. a. O. S. 44. 47. 49. 50. 83. 84; sowie wegen der Befugniss der päpstlichen Kollektoren, die Abgaben durch Censuren beizutreiben P. Kirsch, d. päpstlichen Kollektorien in Deutschland während des 14. Jahrh. Paderborn 1891. p. LVII. LVIII. S. 421. 422.

S. 302 Anm. 9 v. S. 301 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch o. S. 181 n. 4.

S. 303 Z. 6 sind die Worte: „I. In Betreff der Laien" zu streichen.

S. 305 Anm. 8 a. E. hinzuzufügen: und auch Sackur, d. Cluniacenser 2, 167. 220. 222. 266. 267.

S. 310 Anm. 3 Z. 6 v. o. hinter: 1187 einzuschieben: (nach F. Küch, d. Landfriedensbestrebungen Kaiser Friedrichs I. Marburg 1887. S. 71 v. J. 1188, nach M. G. const. 1, 449 v. J. 1186).

S. 311 Anm. 2 Sp. 2 Z. 11 v. u. hinzuzusetzen: Vgl. hierzu auch Makower, Verfassung der Kirche von England S. 193 ff. 454.

S. 312 Anm. 3 a. E. hinzuzufügen: Wegen der Simonie vgl. Makower S. 456.

S. 313 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch Makower a. a. O. S. 456. 457.

S. 315 Anm. 4 v. S. 314 a. E. hinzuzufügen: S. auch Makower a. a. O. S. 454.

S. 320 Anm. 2 Sp. 2 Z. 2 v. u. anzufügen: Vgl. auch Makower a. a. O. S. 458 ff.

S. 322 Anm. 5 Z. 9 v. u. hinzuzusetzen: S. auch Makower a. a. O. S. 455.

S. 323 Anm. 3 Sp. 1 Z. 5 v. u. hinter p. 112 einzuschieben: s. auch Makower a. a. O. S. 455. 456.

S. 331 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch K. F. Weiss, d. Exemtionen der Klöster vor ihrer Entstehung bis zur gregorianischen Zeit. Inaug.-Dissertation. Basel 1893. S. 45. 70 ff.

S. 332 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Gegenüber diesen Ausführungen ist Blumenstok: Noch ein Wort über den päpstlichen Schutz im Mittelalter, in Ztschr. f. K. R. N. F. 3, 355 ff., von Neuem für seine Ansicht eingetreten, welche ebensowenig wie meine die Billigung von Weiss a. a. O. S. 7. 37. 57. 59. 86 gefunden hat.

Blumenstok stützt sich in diesem Artikel auf die logische und historische Nothwendigkeit einer solchen Freiheit (d. h. von Exkommunikation und Interdikt des Ordinarius). Ganz abgesehen davon, dass es an sich schon bedenklich ist, die mittelalterlichen Erscheinungen nach dem, was uns heute der Logik entsprechend zu sein erscheint, bemessen zu wollen, so lässt sich begrifflich aus dem seitens eines Höheren ertheilten Schutz immer nur das Recht des Geschützten herleiten, von dem ersteren bei Beeinträchtigungen und Verletzungen das Eintreten mit allen demselben zu Gebote stehenden Machtmitteln zu fordern, und ferner die weitere Befugniss, zu diesem Zweck an den Höheren zu appelliren. Für das Verhältniss des Schützlings zu seinem Ordinarius folgt daraus, dass er von diesen Rechten bei Vergewaltigungen seitens desselben und bei ungerechter Handhabung der diesem zustehenden Jurisdiktionsgewalt ebenfalls Gebrauch machen, und dass der Papst in Folge dessen die fragliche Angelegenheit an sich ziehen kann, aber es ist keine logische Konsequenz des Begriffes des Schutzes, dass der Geschützte prinzipiell auch der ordnungsmässig und korrekt auszuübenden Jurisdiktion der kirchlichen Lokaloberen entzogen werden muss. Sind doch auch nach weltlichem Recht diejenigen, welche den Königsschutz erlangt haben — und der päpstliche Schutz ist offenbar eine Nachbildung dieses germanischen Institutes — niemals allein dadurch der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen worden, vielmehr entspricht das dem Schützling zustehende jus reclamandi ad regis definitivam sententiam (vgl. über Alles Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 47 ff.) dem Appellationsrecht an den Papst beim päpstlichen Schutz. Der Logik scheint mir daher das, was ich als Inhalt des letzteren bezeichnet habe, s. o. S. 331 n. 5; vgl. auch o. S. 289 n. 1 — das hier cit. Schreiben v. 1022 ist von Blumenstok nicht berücksichtigt worden — mehr als das, was letzterer in das Institut hineintragen will, zu entsprechen.

Was aber die Quellen, auf welche es in erster Linie ankommt, betrifft, so hat Blumenstok die Thatsache nicht bestreiten können, dass die Schutzprivilegien in ihrer überwiegenden Zahl nur die S. 331 n. 5 gewährte Begünstigung der Appellationsbefugniss, aber keine Exemtion von der Strafgewalt des Bischofs gewähren. Vielmehr beruft er sich für seine Ansicht auf die Motivirung, mit welcher in den (verhältnissmässig wenigen) Schutzbriefen die in diesen gewährte Freiheit von der Strafgewalt des Ordinarius aufgeführt wird, und bezeichnet als geradezu klassisches Beispiel dafür das Privileg Johanns XIX. von 1024 für Cluny, J. L. n. 4065, Migne 141, 1135, aus welchem er allerdings nur den gleich nachher mitgetheilten letzten Satz anführt. In diesem werden den Mönchen, „quos singulariter proprios et specialiter filios se gaudet habere s. romana ecclesia", zunächst die Klosterbesitzungen bestätigt, weiter ihnen das Recht ertheilt, dass kein Bischof ohne Genehmigung des Abtes das Kloster behufs der Messfeier und der Vornahme von Ordinationen der Mönche, welche diese vielmehr von jedem vom Abte ausgewählten Bischof erlangen können, betreten darf, und dann heisst es weiter:

„Interdicimus autem sub simili anathematis promulgatione, ut idem locus sub nullius cuiuscumque episcopi vel sacerdotis deprimatur interdictionis titulo seu excommunicationis vel anathematis vinculo. Non enim patitur s. sedis apostolicae auctoritas, ut ullius cuiuscumque personae obligatione proscindatur a se cuilibet concessa liberalis libertas neque ipsius loci fratres ubicumque positi cuiuscumque episcopi maledictionis vel excommunicationis vinculo teneantur astricti. Inhonestum enim nobis videtur, ut sine nostro iudicio a quoquam anathematizetur s. sedis apostolicae filius, veluti cuiuscumque subiectae ecclesiae discipulus."

Zunächst hat Blumenstok übersehen, dass schon Löwenfeld das fragliche Privileg, welches in den Dezember 1024 zu setzen ist, deshalb für verdächtig erklärt hat, weil es sich als „ob interventum Heinrici imperatoris" erlassen bezeichnet, dieser aber bereits am 13. Juli 1024 gestorben ist.

Auch der Text der Bulle entspricht nicht dem Sprachgebrauch des 11. Jahrhunderts, sondern vielmehr dem des ausgehenden 12. oder beginnenden 13. Jahrhunderts.

Will man aber selbst kein Gewicht auf die Unächtheit oder die Verfälschung dieses angeblich geradezu klassischen Beispiels legen, so wird in der mitgetheilten Stelle die Freiheit des Klosters und der Mönche von Bann und Interdikt nicht als nothwendige, sich aus dem päpstlichen Schutz ergebende Konsequenz hingestellt, sondern nur damit motivirt, dass es unpassend und unangemessen sei, wenn die speciales filii sedis apostolicae der Strafgewalt eines Ordinarius unterliegen.

In anderen derartigen Privilegien, so allerdings erst seit dem 12. Jahrhundert — und das bestätigt die Zweifel an der Echtheit des Privilegs v. 1024 — von Paschalis II. v. 1115, J. L. n. 6447, v. Pflugk-Harttung, acta roman. pont. 2, 209 für Vallombrosa („nec ulli episcopo potestas sit, excommunicationem aut interdictionem vobis ingerere, ut qui in speciales estis filios apost. sedis assumpti, nullius alterius iuditio temere exponamini“; Hadrian 1157, s. o. S. 331 Anm. 10 v. S. 330, und Alexander III. 1179, J. L. n. 13273, v. Pflugk-Harttung 3, 264, für ein Kloster in der Diöcese Clermont („suscipientes vos in ecclesiae Romane filios speciales ea vos libertate ... communimus, ... ut nulli archiepiscoporum vel episcoporum deinceps liceat cenobium vestrum, abbatem vel conventum eiusdem cenobii excommunicationi subicere vel interdicti sententiam praegravare“) kommt allerdings die Befreiung von der Censurgewalt des Ordinarius ebenfalls vor, aber auch nur als eine besondere und angemessene Begünstigung der filii speciales des römischen Stuhles. Dass sie dagegen keine nothwendige Konsequenz dieser Stellung ist, ergiebt sich daraus, dass sie auch anderen Instituten, so der seit dem 11. Jahrhundert direkt unter Rom (s. Neher, kirchl. Geographie. Regensburg 1864. 1, 61) stehenden Kathedrale v. Narni, Cölestin III. v. 1194, J. L. n. 17176, v. Pflugk-Harttung 3, 398, ferner einzelnen Erzbischöfen, Benedikt VIII. v. 1019, J. L. n. 4027, l. c. 2, 61 (Salerno) und Lucius III. v. 1184, J. L. n. 14969, l. c. 1, 311, (Bourges) zukommt, und dass in allen diesen Fällen von einer Befreiung von der Strafgewalt des Ordinarius nicht die Rede sein kann.

Wenn nun Innocenz IV. die Bedeutung der Klausel: „In speciales et proprios ecclesiae filios suscipimus“ als Befreiung von der Censurgewalt festgestellt hat, so hat er zuerst mit Rücksicht auf die in der Praxis der Kurie im Verlauf der Zeit üblich gewordene Verbindung der Stellung der filii speciales mit der Befreiung von der Strafgewalt des Ordinarius diese als eine von selbst aus der ersteren folgende Konsequenz erklärt. Blumenstok meint zwar, dass sich diese Dekretale blos gegen diejenigen richte, welche in der Formel eine totale Exemtion erblickt haben, aber daran, dass man schon zu Innocenz' IV. Zeit die Bedeutung der Klausel in diesem so weit gehenden Umfang aufgefasst hätte, wie Blumenstok, findet sich kein Anhalt, und wenn Innocenz IV. die juristische Wirkung derselben feststellen wollte, so konnte er namentlich im Hinblick auf die in seiner Zeit schon weiter vorgeschrittene Ausbildung der Exemtionen sehr wohl hervorheben, dass es sich hier im Gegensatz zur vollen nur um eine beschränkte Exemtion handele.

Selbst aber wenn die von Blumenstok auf Grund der Urkunde v. 1024 gemachten Darlegungen zutreffend wären, so würde damit nur immer ein Beweis für seine Behauptung in Betreff der rechtlichen Bedeutung der Klausel: speciales filii und noch nicht in Betreff seiner Ansicht über die Wirkungen der blossen Aufnahme in den päpstlichen Schutz erbracht sein.

Als weiteres, „ebenso bedeutendes“ Beweisstück für seine Ansicht citirt Blumenstok J. L. 5134 v. 1079, d. h. ein Diplom Gregors VII. für den Abt und ein Kloster in Marseille, Collection des cartulaires de France 1840. 9, 214 u. Audiffret, annales des Six-Fours en Provence. Toulon 1866. p. 68. Der ebenfalls von ihm weder mitgetheilte, noch analysirte Inhalt desselben enthält eine Bestätigung der Güter des Klosters und das Verbot der Beeinträchtigung derselben ohne eine direkte Aufnahme des Klosters in den päpstlichen Schutz. Am Schlusse heisst es weiter:

„nec quovis modo quisque episcopus seu archiepiscopus locum ipsum seu capellas praedictas ... vel presbyteros ab abbate ibi constitutos vel monachos ipsius monasterii excommunicare vel iudicare audeat, set semper sub tuttela et emunitate Romana soliusque Romani pontificis iudicio existentes omnipotenti deo quieti et securi deserviant.“

Blumenstok meint im Hinblick auf das „set“, dass damit ein direkter Gegensatz zwischen dem päpstlichen Schutz und der Unterwerfung unter die Strafgewalt des Ordinarius gekennzeichnet werde. Er hat dabei aber übersehen, dass in dem betreffenden Satz: „tuttela“ und „emunitas“ neben einander gestellt werden, und dass sich das erstere auf die Bedrohung der Beeinträchtigung des Klosters und seiner Besitzungen, d. h. auf den auf diese Weise ertheilten päpstlichen Schutz, das letztere aber auf die Freiheit von der Strafgewalt des Ordinarius bezieht. Da diese ausdrücklich besonders neben der „tuttela“ als emunitas hervorgehoben wird, so beweist das Diplom gerade dafür, dass diese Freiheit an sich nicht in dem päpstlichen Schutz enthalten war und spricht deshalb für die von mir aufgestellte Ansicht und gegen die Aufstellung von Blumenstok.

Was endlich der von ihm als „sehr charakteristisch“ bezeichnete Passus „nec ulli episcopus congregationem vestram excommunicandi licentia conceditur“ in J. L. 5786, d. h. Urban II. 1099, Analecta jur. pontif. 1869 (série X) p. 566, beweisen soll, erscheint mir unerfindlich. Das betreffende Privileg weist ebenfalls eine Güterbestätigung auf, an welche sich die besondere Verleihung der Exkommunikationsfreiheit anschliesst. Sie gewährt also thatsächlich, obwohl dies nicht ausdrücklich in ihr hervorgehoben wird, den päpstlichen Schutz, aber ausserdem ausdrücklich die gedachte Freiheit, und kann daher ebensowenig als Beweis dafür angeführt werden,

dass die letztere eine rechtlich nothwendige Folge der Aufnahme in den päpstlichen Schutz bildet.

Die historischen Beweisstücke, welche Blumenstok nur in so abgerissenen kurzen Sätzen anführt, dass sich Niemand ohne Einsicht der Dokumente selbst ein Urtheil bilden kann, bestätigen demnach nicht im Entferntesten seine Auffassung, vielmehr wird dieselbe sogar durch J. L. 5134 cit. widerlegt.

Meinerseits habe ich zur Bestätigung meiner Ansicht u. A. auch auf c. 18 (Innoc. III.) X de privil. V. 33 hingewiesen. Hier wird ausgesprochen, dass „clerici et laici" durch Schutzbriefe, „in quibus personae suae expresso nomine cum omnibus rebus suis sub apostolica protectione consistere declarantur, ab episcoporum suorum potestate minime subtrahantur". Blumenstok sucht allerdings die Bedeutung dieser Stelle damit von der Hand zu weisen, dass der Papst nur die völlige Exemtion von der bischöflichen Gewalt, nicht aber die geringere von der bischöflichen Strafgewalt meine. Dies muss ich aber dem Wortlaut gegenüber für unstatthaft erklären. Derselbe geht dahin, dass sie keineswegs von der Gewalt ihrer Bischöfe, d. h. doch von allen aus denselben fliessenden Rechten, mithin auch von der Strafjurisdiktion, befreit sein sollen.

Wenn er ferner nicht versteht, weshalb c. 12 X eod. nach meiner Auffassung gegen seine Ausführungen sprechen soll, so kommt dies offenbar daher, dass er weder die Dekretale noch meine Bemerkung über dieselbe o. S. 332 n. 1 genau gelesen hat. Er hält die Exkommunikation der Bischöfe in dem fraglichen Falle für nichtig, weil der betreffende Abt und das Kloster im päpstlichen Schutz gestanden habe, schliesst also daraus, dass mit dem letzteren nothwendiger Weise die Exemtion von der Strafgewalt verbunden gewesen sein müsse. Ich habe dies bestritten, weil der Papst den Inhalt des in Frage kommenden Privilegs referirt und dieses ausdrücklich der erwähnten Freiheit gedenkt, mithin deshalb den Schluss, den Blumenstok gemacht hat, nicht für gerechtfertigt erklärt. Ich glaube, dass diese Ausführung klar genug ist, und es ist nicht meine Schuld, wenn Blumenstok es auch noch in seiner Entgegnung übersehen hat, dass ich den Schwerpunkt auf den Inhalt des in der Dekretale seinem Wortlaut nach citirten Privilegs gelegt habe, da er noch jetzt sagt: „Wohl erwähnt der Papst dann ausdrücklich der Freiheit von Censuren, — dies ändert aber an der Sache nichts", und also dem Wortlaut der Stelle zuwider dasjenige, was in derselben als Text des Privilegs citirt ist, dem reskribirenden Papst (Innocenz III.) als eigene Ausführung in den Mund legt.

Aus allen diesen Gründen kann ich meine Annahme durch die Entgegnung Blumenstoks nicht für widerlegt erachten, das um so weniger, als derselbe den Personenschutz, mit dem er eine Freiheit von der Strafgewalt nicht nothwendig verbunden erklärt, als ein von dem Schutzverhältniss der Klöster und anderer geistlicher Institute verschiedenes Institut betrachten muss. Sicherlich verdient doch eine Auffassung wie die meinige, bei welcher beide, mit denselben Ausdrücken bezeichneten Verhältnisse ihrem inneren Wesen nach gleich sind, den Vorzug vor der gegentheiligen Ansicht, namentlich dann, wenn man sich, wie Blumenstok, genöthigt sieht, diese durch solche unerweisbare Behauptungen aufrecht zu halten, wie: „Das Appellationsrecht an den Papst ist wahrscheinlich (!) in den einzelnen Fällen aus guten Gründen ertheilt werden" oder „sie (die Schutzbriefe) erwähnen deshalb des Schutzes gegen frivole Censuren, weil man sonst im Sinne der Auffassung, die auch Innocenz IV. anerkennt, Freiheit von allen Censuren des Ordinarius präsumiren müsste", obwohl gerade das c. 18 X de privil. V. 33, welches von dem Personenschutz handelt (s. o.), jede Exemtion von der bischöflichen Gewalt verneint.

Zum Schluss will ich noch darauf hinweisen, dass die von mir vertretene Ansicht auch noch heute von der römischen Kurie getheilt wird. In dem Erlass v. 1890 betreffend die Rechte des Erzbischofs v. Bari und des Grosspriors der Basilika des h. Nikolaus, Acta s. sed. 23, 513, erklärt Leo XIII.: „Constat imo tutelam ipsam a summis pontificibus nullo medio sive immediate susceptam non eo valere, ut locus aut coetus aliquis exemptus sit ab ordinarii potestate, nisi exemptio diserte explicateque seu, ut de iure dicitur, dispositive concessa sit", d. h. der päpstliche Schutz gewährt nur diejenige Exemtion von der Strafgewalt des Ordinarius, welche ausdrücklich in dem Schutzbriefe zugebilligt worden ist, also an sich gar keine, auch nicht einmal eine von dem Censurrecht des Ordinarius. Von diesem Standpunkt aus regelt der Papst das Verhältniss zwischen dem Erzbischof und dem Grossprior dahin: „magnum priorem, capitulum et clerum minime exemptos esse a iurisdictione ordinaria illius civitatis, imo eidem subesse" und bestimmt weiter:

„I. Magno priori ius esse modicae coercitionis in suum clerum atque hinc posse ipsum directe omnia iubere, quae ad interiorem basilicae disciplinam, cleri ordinem ac functionum tempus pertinent ideoque intra basilicae ambitum et in levioribus culpis aequas delinquentibus poenas infligere, manente tamen in reliquis etiam quod punitionem attinet, ordinaria sive quatenus opus, a sede apostolica delegata archiepiscopi plena et incolumi potestate.

II. Non licere archiepiscopo magnum priorem censuris illigare neque basilicam subiicere interdicto, nisi prior ab apostolica sede venia fuerit impetrata", d. h. es wird hier nur dem Prior der Kirche und der Kirche selbst, nicht aber dem Klerus der letzteren eine beschränkte Exemtion von der Strafgewalt des Ordinarius und zwar durch ausdrückliche und besondere Anordnung gewährt, obwohl nach dem betreffenden Schreiben die Kirche seit Urban II. in „tutela et patrocinio immediato" des römischen Stuhles gestanden hat.

S. 332 Anm. 6 am Anfang hinter Anmerkungszahl 6 einzuschalten: Gregor IX. 1237 für Paris („ut nullus in universitatem magistrorum vel scholarium seu rectorem vel procuratorem eorum" die

Exkommunikation promulgiren dürfe, Denifle, d. Universitäten des Mittelalters bis 1400. Berlin 1885. 1, 111.

S. 335 Anm. 1 Z. 2 v. o. hinter: vgl. auch einzuschalten: Singer, Beiträge zur Würdigung d. Dekretistenlitteratur, i. Arch. f. k. K. R. 69, 413.

S. 336 Anm. 7 v. S. 335 Z. 3 v. o. einzuschieben: (weitere von Innocenz IV. v. 1252. 1253 u. 1254 für Köln, Aachen, Brabant und Münster bei Rodenberg, ep. pontific. roman. 3, 140. 148. 159. 188. 282).

S. 345 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Wegen der Mitwirkung der Geistlichkeit bei den Gottesurtheilen in England s. Makower, Verfassung d. Kirche v. England S. 403. 414.

S. 349 Anm. 2 a. E. anzufügen: Vacanlard, l'église et les ordales au XII. siècle in: Revue des questions historiques 9, 185. S. auch Singer a. a. O. 69, 407.

S. 359 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Über die Zeit Gregors VII. s. Mirbt, Publizistik S. 205 n. 2.

S. 362 Z. 7 u. 8 v. o. st.: einen solchen in Betreff des mit Einbruch verbundenen Kirchenraubes und der Brandstiftung, Cölestin III. (1191—98) l.: einen solchen in Betreff der Brandstiftung (wozu Anm. 5 a. a. O. zuzusetzen ist), Cölestin III. (1191—98) in Betreff des mit Einbruch verbundenen Kirchenraubes (hierzu s. Anm. 4, zu welcher a. E. hinzuzusetzen ist: vgl. Jaffé und Löwenfeld reg. n. 17642), ferner in Betreff des Verkehrs u. s. w.

S. 364 Anm. 4 v. S. 363 a. E. hinzuzusetzen: Ferner gehört hierher: c. 1 (Martin IV. 1281) in Extr. comm. de regul. III. 8 (beim Übergang von einem Mendikanten-Orden zu einem anderen ausser zu dem der Karthäuser, päpstlich reservirte exc. l. f. für den aufgenommenen Mönch und für die aufnehmenden).

S. 365 Anm. 1 Z. 3 v. o. st. Taurin. 429 l. Taurin. 4, 539.

S. 367 Z. 2 v. o. hinter Gregor IX. einzuschalten: Innocenz IV., und dazu als Anm. 4a: Vgl. c. 1 in Extrav. comm. de simonia V. 1. (von der Infamie, vgl. auch o. S. 363 n. 4).

S. 367 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: c. 13 (id.) §. 5 X de haeret. V. 7 für Kleriker, welche den als exkommunicirt verkündeten Ketzern die Sakramente spenden und ihnen ein kirchliches Begräbniss gewähren, privatio officii, „ad quod nunquam restituantur absque indulto sedis apostolicae speciali".

S. 387 Anm. 5 a. E. hinzuzufügen: Makower, Verfassung d. Kirche v. England S. 193.

S. 389 Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Über die Anschauungen zur Zeit Gregors VII. Mirbt, Publizistik S. 456 ff.

S. 395 Anm. 1 a. E. hinzuzufügen: Mit Bezug auf die Bannung Heinrichs IV. berichtet Paul v. Bernried c. 85 (zum J. 1077), Watterich pontif. roman. vitae 1, 525: „Ipse vero eiusque complices communionem utcumque idcirco festinaverunt recipere, quia iuxta legem Teutonicorum se praediis et beneficiis privandos non esse dubitabant, si sub excommunicatione integrum annum permanerent"; ferner Lambert a. 1077, SS. 5, 258 u. Watterich l. c. 1, 393: „ut si ante hanc diem excommunicatione non absolvatur, deinceps iuxta palatinas leges indignus regio honore habeatur nec ultra pro asserenda innocentia sua audientiam merebatur"; ferner ibid. SS. 5, 254: „quodsi ante diem anniversarium excommunicationis suae ... excommunicatione non absolvatur, absque retractatione in perpetuum causa ceciderit; nec legibus deinceps regnum repetere possit, quod legibus ultra administrare annuam passus excommunicationem non possit"; und Bonizon. lib. ad amicum lib. VIII, M. G. Libelli de lite 1, 609: „legem enim suam nolebant destruere, quia prescriptum est, ut, si quis ante annum et diem ab excommunicatione non fuerit solutus, omni careat dignitatis honore".

Sie sprechen sämmtlich von einem deutschen Gesetz oder von einem deutschen Gewohnheitsrecht, Lambert einmal von einem Gesetz des palatium, also einem unter Zustimmung des Fürstenraths zu Stande gekommenen Königsgesetz oder einem Gewohnheitsrecht des Königsgerichts (dass leges palatinae formell Gesetze sein müssen, so Greving, Pauls v. Bernried vita Gregorii VII. S. 78 n. 1 u. 5, erscheint als eine unerweisbare Behauptung), und zwar des Inhalts, dass derjenige, welcher ein Jahr in der Exkommunikation verharrt, mit dem Verlust seiner Grundstücke und Benefizien zu bestrafen sei, bez. der König in diesem Fall des königlichen Amtes für unwürdig gehalten werden müsse und dasselbe nicht mehr verwalten, also es auch nicht wiedererlangen könne.

Von einer solchen auf einem formellen Gesetz oder auch nur auf Gewohnheitsrecht beruhenden Rechtsnorm ist nichts bekannt. Wenn Greving S. 78 mit Rücksicht auf das Vorhandensein der vorher citirten, von einander unabhängigen Quellenzeugnisse behauptet, dass es eine derartige, auf einem formellen Gesetze beruhende Bestimmung gegeben haben müsse, welche allerdings bisher kaum zur Anwendung gebracht worden sei, und dass die Nichterwähnung dieses Gesetzes sich daraus erklärt, dass wir mangelhaft über die damaligen Gesetze unterrichtet seien, so muss dem gegenüber betont werden, dass zunächst die karolingische Zeit, über welche wir verhältnissmässig genaue Kunde besitzen, keine derartige Rechtsnorm kennt, s. o. S. 87. 88. 376, und dass die Geschichte des Deutschen Reiches seit Ludwig dem Kinde keine Lage desselben aufweist, in welcher ein solches Gesetz hätte erlassen werden können, noch die Annahme rechtfertigt, dass einer der in Frage kommenden Könige, Konrad I., Heinrich I., die Ottonen, Heinrich II., Konrad II. oder Heinrich III., sich zum Erlasse eines solchen hätte veranlasst finden können.

Dazu kommt, dass in der Überlieferung keineswegs völlige Übereinstimmung über den Inhalt des Gesetzes besteht. Nach Paul v. Bernried lautet die lex Teutonicorum dahin, dass diejenigen, welche ein Jahr in der Exkommunikation verharren, ihrer Grundstücke (Allodien?) und Bene-

fizien (Lehne) zu berauben sind; nach Lambert, dass der König in einem solchen Fall nach den leges palatinae seines Thrones unwürdig werde, das Reich nicht mehr verwalten und die Königswürde nicht wieder erlangen könne; nach Bonizo, dass jeder, welcher Jahr und Tag (die übrigen Quellen haben dagegen blos den Termin von einem Jahr) in dem grossen Kirchenbann verbleibe, seiner Würde verlustig gehe. Diese Verschiedenheiten in den Angaben über den Inhalt des angeblichen Gesetzes rechtfertigen die Annahme, dass den Verfassern der Text eines solchen weder vorgelegen hat noch ihnen bekannt war, und zwar deshalb, weil es ein solches überhaupt nicht gegeben hat.

Überdies berichten andere Schriftsteller nur, z. B. Berthold a. 1076, Watterich 1, 388: „ut regem ad apostolicae sedis obedientiam perfectius constringerent, antequam ab invicem discederent, coniurabant, ut si culpa sua ultra annum excommunicatus perduraret, ipsi eum ulterius regem non haberent" (vgl. weiter noch Greving S. 77). Diese wissen also von einem Gesetz des gedachten Inhaltes nichts, obwohl es ihnen doch kaum würde unbekannt haben bleiben können, wenn sich die Fürsten für ihr Vorgehen gegen Heinrich IV. auf ein solches berufen hätten.

Erwägt man endlich, dass erst im Beginn des 13. Jahrhunderts von Innocenz III. der Erlass eines allgemeinen Gesetzes ähnlichen Inhaltes (S. 391) gefordert, und dass diesem Verlangen erst von Friedrich II. entsprochen worden ist (S. 393. 395), sowie dass damals nie die Rede von früheren, derartigen Gesetzen gewesen ist, so wird man die Existenz einer Rechtsnorm wie der erwähnten für die Zeit bis Heinrich IV. läugnen, vielmehr annehmen müssen, dass es sich bei den Nachrichten um eine Erfindung der betreffenden Schriftsteller, welche das Vorgehen der Fürsten gegen Heinrich IV. als rechtlich begründet darstellen wollten, handelt. Anknüpfungspunkte dafür bot das noch im 11. Jahrhundert streng durchgeführte Verkehrsverbot gegen Exkommunicirte, s. o. S. 3 u. S. 5 n. 4, wodurch die Ausübung der Herrscherrechte so gut wie unmöglich gemacht wurde, s. auch o. S. 45 Anm. 2 a. E., und ferner der Umstand, dass in dem deutschen Recht die Frist von Jahr und Tag gang und gäbe war, es also sehr nahe lag, dem König diese Frist für die Nachsuchung seiner Absolution zu bestimmen, und sie dann auch als rechtlich oder gesetzlich nothwendige Frist hinzustellen.

S. 396 Z. 8 v. u. hinter: Ländern unten als Anm. 5a zu setzen:

In Norwegen konnte allerdings seit 1244 gegen denjenigen, welcher seine Lossprechung vom Banne nicht innerhalb dreier Monate bewirkt hatte, auf Klage des bischöflichen Vogtes vom Dinge die Acht verhängt werden, Zorn, Staat u. Kirche in Norwegen. München 1875. S. 174. 233.

S. 399 Anm. Z. 1 v. o. einzuschieben hinter 2, 102 (nach Weiland M. G. constit. 1, 194 v. J. 1152).

S. 412 Z. 1 o. st. Friedrich II. l. Friedrich I.

S. 412 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Sackur, d. Cluniacenser 2, 285, spricht allerdings von einer regelrechten Entsetzung Widgers durch den König, ohne dass sich ersehen liesse, was er unter einer solchen versteht.

S. 414 Anm. 1 Sp. 2 Z. 4 v. u. hinzuzufügen: Vgl. ferner Makower, Verfassung d. Kirche Englands. S. 428. 429.

S. 415 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. noch Makower a. a. O. S. 404. 405. 408.

S. 415 Anm. 5 a. E. hinzuzusetzen: Über die Bestrafung der Geistlichen wegen Landfriedensbruch s. o. S. 399 Anm. 1.

S. 417 Anm. 1 Z. 23 v. o. hinter M. 22, 156 einzuschalten: S. überhaupt Makower a. a. O. S. 27. 415 ff.

S. 420 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Makower a. a. O. S. 418. 419.

S. 423 Anm. 2 a. E. anzufügen: Makower a. a. O. S. 424 ff. 430.

S. 428 Anm. 3 Z. 1 st. und l. aus.

S. 434 Anm. 3 a. E. anzufügen: Nach der D. S. Köln 1612, Hartzheim 9, 159 (tit. II c. 3) fungirt dagegen der Pfarrer nur in Stellvertretung des verhinderten Dekans.

S. 435 Anm. 3 Sp. 1 Z. 1 v. u. einzuschalten hinter S. 224: ferner in Düren und in Euskirchen (16. Jahrh.) s. v. Below, Ztschr. f. K. R. N. F. 4, 122 ff.

S. 437 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. ferner D. S. Köln 1612, Hartzheim 9, 159 (tit. II c. 2).

S. 437 Anm. 5 a. E. hinzuzufügen: Im Übrigen s. Heck, altfriesische Gerichtsverfassung S. 348.

S. 439 Anm. 4 Sp. 1 Z. 4 v. u. hinter 3, 634 hinzuzusetzen: (sehr ähnlich der der Diöcese Bamberg angehörige ritus synodalis aus dem 17. Jahrh. im Arch. f. k. K. R. 72, 55).

S. 439 Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. ferner noch Triersches Statut v. 1720 c. 3 n. 13, Hartzheim 10, 409: „synodales vigore iuramenti praestiti tam circa spiritualia bonam nimirum vitae ac morum disciplinam, quam ad temporalia seu reditus et proventus ecclesiarum conservandos astricti, denuntient excessus et defectus occurrentes, quales sunt neglectae doctrinae christianae, commissae prophanationes festorum aliique similes." Nach d. D. S. Köln 1612 cit. haben dagegen die Schöffen dem Sendrichter nur autenticam mulctarum tabellam et copiam, vulgo Frage Zettel, vorzulegen.

S. 440 Anm. 4 a. E. hinzuzusetzen: Nähere Vorschriften über die Kompetenz enthalten auch die der Diöcese Bamberg angehörigen articuli synodales aus dem 17. Jahrhundert im Arch. f. k. K. R. 72, 56, nach welchen vor den Send gehören: Feiertagsentheiligung, Ehebruch, Zauberei, Disputiren gegen den christlichen Glauben, wörtliche oder thatsächliche Verspottung der katholischen Kirche und ihrer Gebräuche, Wucherer und Betrüger, Meineid, Nichtbefolgung des praeceptum paschale, Unterlassung der Ehrfurchtsbezeigung vor dem h. Sakrament, Beleidigungen und Verläumdungen, Inficirung der Bäder durch solche, welche mit abscheulichen Krankheiten behaftet sind, und Verletzung der Fastengebote.

S. 441 Anm. 1 Sp. 2 Z. 34 v. o. hinter Fornikation und Konkubinat einzuschalten: ep. Innoc. IV. v. 1253, betr. das Sendgericht in Gent, Rodenberg epist. 3, 152.

S. 442 Sp. 2 Anm. 2 a. E. Die D. S. Köln cit. 1612, Hartzheim 9, 159 ordnet sogar an: „Decani exceptis criminibus aliis gravioribus contra delicta in synodis denunciata procedent"; schliesst also die Bestrafung der schwereren Delikte durch das Sendgericht aus.

S. 444 Anm. Sp. 1 Z. 14 v. u. a. E. hinzuzusetzen:

Vgl. ferner das Kölner Protokoll v. 1612 bei Dumont, Gesch. d. Pfarreien d. Erzdiöcese Köln. XXII. Dekanat Grevenbroich. Köln 1883. S. 45: „Weil nach allem Herkommen die Send bey vielen ordteren mit sonderlichen Ceremonien alß nemblich mit einem Stuel" (bedeutend die geistliche Gerichtsbarkeit) „mit dem Buch der Evangelien, mit einer ruthen, mit einer Soheeren" (wie vorher erklärt), „mit einer Schellen" (um den Unbussfertigen als öffentlichen Sünder auszurufen und in den Bann zu thun) „und brennenden Kertzen" (Austilgung des Gebannten aus der christlichen Gemeinschaft, wie man die Kerze ausbläst) „gehalden und besessen werde".

S. 445 Anm. 3 Sp. 2 Z. 25 v. o. hinzuzufügen: S. D. S. Trier 1678; c. III n. 17. 18 u. 1720 III. c. 14, Hartzheim 10, 74. 409, nach welchen neben Geldstrafe auch auf Strafe in Öl und in Wachs, (auf letzteres auch in der Diöcese Bamberg im 17. Jahrh., s. Arch. f. k. K. R. 72, 59) erkannt wird.

S. 448 Anm. 2 a. E. hinzuzusetzen: Über weitere Versuche der Wiederbelebung der Sendgerichte in der Diöcese Köln im 17. u. 18. Jahrh. s. Dumont, Gesch. d. Pfarreien d. Erzdiöcese Köln. XXII. Dekanat Grevenbroich. S. 45. 152. 202. 204.

S. 448 Anm. 7 Z. 10 v. u. hinter S. 75 n. 3 einzuschieben: H. Gross, Aus Aachens Vorzeit, Mittheilungen d. Vereins f. Kunde d. Aachener Vorzeit. Aachen 1893. 6. Jahrg. S. 108 ff.

S. 449 Anm. 1 Z. 11 v. u. hinter 1889 t. I einzuschalten:

Inquisitio haereticae pravitatis Neerlandicae. Geschiedenes der inquisitie in de Neederlanden. 1025—1520. Deel 1. Gent 1892; Tanon, histoire des tribunaux de l'inquisition en France. Paris 1893; Douais, l'inquisition en Roussillon. 5 pièces inédites (1315—1564). Annales du Midi. Octobre 1892.

S. 454 Anm. 8 v. S. 453 a. E. hinzuzusetzen: und diese Aufhebung noch durch Johann XXII.: Ex parte 1317, b. T. 4, 250, bestätigt worden ist.

S. 454 Anm. 1 Z. 10 v. o. hinter: IV einzuschalten: 1251 P. n. 14333, Rodenberg ep. 3, 87;

S. 455 Anm. 6 v. S. 454 Z. 3 v. u. hinter 491 einzuschieben: s. auch a. a. O. 1893. 14, 332. 342.

S. 455 Anm. 6 v. S. 454 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. noch Günther i. d. Ztschr. f. d. ges. Strafrechtswissenschaft. Berlin 1894. 15, 257 ff.

S. 455 Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Über päpstliche Inquisitoren Anfangs d. 14. Jahrh. in Böhmen, Mähren, Polen u. Schlesien s. Haupt in Brieger u. Bess, Ztschr. f. Kirchengesch. 1893. 14, 2 ff.

S. 456 Anm. 4 a. E. anzufügen: Vgl. noch Makower a. a. O. S. 198.

S. 465 Anm. 5 a. E. hinzuzusetzen: und das Schreiben Benedikts XII. v. 1431 an den Bischof v. Prag, Brieger u. Bess, Ztschr. f. Kirchengesch. 1893. 14, 15. 17, worin der letztere aufgefordert wird, sein Gefängniss den Inquisitoren für die Untersuchungsgefangenen zur Verfügung zu stellen.

S. 465 Anm. 7 a. E. hinzuzusetzen: Über die Inquisitionsgefängnisse als Lokale für die Untersuchungsgefangenen, wie auch für die Abbüssung der Strafen s. K. Krauss, Im Kerker, S. 326 ff. 328 ff.

S. 495 Anm. 14 Z. 7 v. u. st.: interdicta l. interdicto.

S. 497 Anm. 10 Z. 1 o. st. 5 l. s.

S. 505 Anm. 11. Wegen dieser Register s. Mich. Tangl, die päpstlichen Kanzleiverordnungen von 1200—1500. Innsbruck 1894. S. LVIII.

S. 534 Anm. 1 Z. 5 v. o. st. XX c. 2 l. XX c. 3.

S. 544 Anm. 12 Z. 1 o. st. c. 28 l. II. 20.

S. 552 Anm. 2 Z. 1 v. u. st. sacrilegium l. sortilegium.

S. 555 Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch noch im Allgemeinen K. Krauss, Im Kerker S. 320.

S. 563 Anm. 6 v. S. 562 Z. 4 v. o. st. n. 9 l. n. 5.

S. 569 Anm. 1 Z. 1 o. st. 1558 l. 1588.

S. 571 Anm. 2 Z. 2 v. o. st. 1632 l. 1623.

S. 572 Z. 1 v. u. st. derselben l. denselben.

S. 579 Anm. 3 Z. 19 v. u. hinter: Konstanz einzuschieben: 1609.

S. 581 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: Ein Zusammenhang mit der Bd. IV. S. 730 gedachten Strafe besteht nicht.

S. 590 Anm. 1 Sp. 2 Z. 12 v. u. st. Turin l. Tuam.

S. 595 Anm. 3 Z. 5 v. o. st. 1562 l. 1563.

S. 601 Anm. 3 a. E. hinzuzusetzen: ferner Mailand 1573 c. 14, Hardouin 10, 786 (für Kanoniker, welche fremde Plätze einnehmen, nicht ihre Meinung abgeben oder andere unterbrechen, Ausschluss vom Stimmrecht und zwar auch für die beiden folgenden Sitzungen).

S. 608 Anm. 4 Sp. 2 Z. 4 v. o. st. Urban IV. u. V. l. Urban IV. oder V.

S. 608 Anm. 6 a. E. hinzuzufügen: Arndt S. J., die Suspension ex informata conscientia, im Arch. f. k. K. R. 73, 141 ff.

S. 609 Anm. 5 a. E. hinzuzusetzen: Den Ordensprälaten ist dieses Recht durch das Tridentinum nicht genommen, vielmehr kommt das letztere jetzt auch für dieselben zur Anwendung, Arndt a. a. O. S. 143. 144.

S. 609 Anm. 6 Sp. 1 Z. 6 v. u. hinter: p. 564 einzuschieben: Arndt a. a. O. S. 161 ff.

S. 609 Anm. 8 a. E. hinzuzufügen: Vgl. auch Arndt a. a. O. S. 146. 147.

S. 609 Anm. 9 a. E. anzufügen: Das erkennt auch Arndt a.a.O. S. 157 an, welcher freilich behauptet, dass die Kirche die Vornahme der Mahnung wünscht.

S. 610 Anm. 1 a.E. hinzuzufügen: In Betreff des Kapitularvikars herrscht Streit, doch wird man ihn, da die volle Strafjurisdiktion des Bischofs auf ihn übergeht, s. Bd. II. S. 244, dazu für befugt erklären müssen, s. Arndt a.a.O. S. 145.

S. 610 Anm. 3 a.E. anzufügen: S. auch Arndt a.a.O. S. 151 ff.

S. 610 Anm. 4 a.E. hinzuzusetzen: Vgl. noch Arndt a.a.O. S. 148 ff. 154.

S. 611 Anm. 1 Z. 1 v. o. hinter die Anmerkungszahl 1 einzufügen: S. auch Arndt a.a.O. S. 153.

S. 611 Anm. 1 a.E. hinzuzusetzen: Für die hier bekämpfte Ansicht anscheinend auch Arndt a.a.O. S. 154.

S. 611 Anm. 7 a.E. hinzuzufügen: Arndt a.a.O. S. 159.

S. 612 Anm. 1 a.E. anzufügen: Arndt a.a.O. S. 164.

S. 612 Anm. 6 a.E. hinzuzusetzen: Arndt a.a.O. S. 165 ff.

S. 612 Anm. 9 a.E. hinzuzusetzen: Gegen Bouix auch Arndt a.a.O. S. 157.

S. 613 nach Z. 4 v. o. als neuen Absatz einschalten:

gg. Die *suspensio perpetua.* Mehrfach wird in den Quellen die suspensio als perpetua angedroht[4a] und die Praxis macht

[4a] S. o. S. 595 n. 3 (Urban VIII. u. Pius IX. cit. hier ab exercitio ordinum); S. 604 n. 9 (Sixtus V. cit. blos ab exercitio ordinum susceptorum); S. 695 n. 8 (schlechthin, vgl. dazu auch noch den Nachtrag zu S. 695 Anm. 8).

ebenfalls von derselben Gebrauch[4b].

[4b] Acta s. sed. 25, 628 (suspensio schlechthin gegen einen Hülfspriester); Acta s. sed. 27, 133 (a cura animarum); vgl. ferner S. 611 n. 11.

Was ihre Bedeutung betrifft, so ist sie eine verschiedene. Der Geistliche ohne Amt, welcher blos ab ordine suspendirt wird, ist dadurch für immer von dem Erwerbe eines Amtes ausgeschlossen, s. Bd. II. S. 488, und insoweit äussert sie eine der Deposition gleiche Wirkung. Dasselbe ist auch bei demjenigen Geistlichen der Fall, welcher ein Amt besitzt, und für immer ab officio et beneficio suspendirt wird, weil dieser sein Amt nie mehr wieder ausüben und kein neues erwerben darf. Es besteht aber immer der Unterschied, dass bei der Suspension dieser Art die Verbindung des Geistlichen mit seinem Amt niemals definitiv gelöst wird, so dass er, im Fall der Aufhebung der Strafe, also im Fall der Begnadigung durch Absolution, s. o. S. 676. 677, ohne weiteres wieder in seine früheren Rechte eintritt, während der Deponirte in diesem Fall das Amt allein durch eine neue Übertragung wieder erlangen kann. Gerade wegen dieser beschränkten Wirkung erscheint die Suspension in ihrer Anwendung als perpetua wenig angemessen, denn wenn man einen straffälligen Geistlichen für immer von der Ausübung des Amtes ausschliessen will, so ist das allein Richtige, ihm auch das Amt selbst zu entziehen, also je nach Lage des Falles gegen ihn die Strafe der privatio beneficii oder der Deposition zu verhängen. Als durchaus verwerflich muss eine blosse suspensio perpetua ab officio ohne die a beneficio betrachtet werden, weil bei dieser der unhaltbare Zustand geschaffen wird, dass der Benefiziat trotz seiner Suspension die Früchte seines Benefiziums nur nach Abzug der Kosten der Stellvertretung, s. S. 592, fortdauernd beziehen würde[4c].

[4c] Mit Recht hat daher die Congr. conc. 1893, bez. 1894, Acta s. sed. 27, 133, ein bischöfliches Erkenntniss auf suspensio perpetua a cura animarum parochiae, dempta (parocho) omni administratione bonorum, salvo iure petendae congruae pensionis super reditibus praebendae parochiae dahin abgeändert: „sacerdotem privandum esse parochiae, reservata ei congrua“.

Zweckentsprechend ist nur eine suspensio perpetua ab ordine bei Geistlichen ohne Amt, weil diesen einerseits die höheren Weihen niemals entzogen werden können, andererseits aber Fälle vorkommen, in denen es gerechtfertigt ist, sie dauernd von der Ausübung derselben fernzuhalten.

S. 623 Anm. 6 a.E. hinzuzusetzen: K. Krauss, Im Kerker S. 309 ff.

S. 627 Anm. 1 Z. 9 v. o. st. 747 l. 746.

S. 629 Anm. 4 a.E. hinzuzufügen: und K. Krauss, Im Kerker S. 278 ff. 294 ff. 309 ff.

S. 660 Z. 5 v. u. ist für: „3 weitere Suspensionen“ zu setzen: „5 weitere Suspensionen“ und Z. 1 v. u. hinter: getreten hinzuzusetzen: endlich zwei Niemand reservirte Suspensionen a divinis[9], und als Anmerkung 9 dazu:

Erstens für den lateinischen Missionar, Welt- oder Ordensgeistlichen, welcher einen unirten Orientalen durch Rath oder durch irgendwelche Beihülfe zum lateinischen Ritus verführt, vgl. litterae apost. Leons XIII. de disciplina orientalium conservanda et tuenda v. 30. November 1894, Acta s. sed. 27, 257 no. I: „Missionarius quilibet latinus clero saeculari vel regulari, qui orientalem quempiam ad latinum ritum consilio auxiliove inducat, praeter suspensionem a divinis quam ipso facto incurret ceterasque poenas per eandem constitutionem: Demandatam inflictas, officio suo privetur et excludatur.“ Die hier in Bezug genommene const.: Demandatam ist die const. Benedikts XIV. v. 1743, bull. Bened. XIV. 1, 129, betreffend den Ritus der unirten Melchiten, s. Bd. I. S. 562 ff., welche §§. 15. 19 für die Anreizung dieser zum Übergang zu dem lateinischen Ritus arbiträre Strafen durch den Papst und ferner als poenae l. s. die „privatio vocis activae et passivae et inhabilitas ad quemcumque gradum et officium in suis respective ordinibus, institutis et congregationibus“ androht.

Die zweite Suspension trifft die Weltgeistlichen fremder Diöcesen oder die ausserhalb der

Klöster lebenden Ordensgeistlichen, welche vorschriftswidrig ein Domizil in Rom zu begründen suchen, ein die Residenz in Rom bedingendes Amt annehmen, oder nach Erfüllung des Zwecks ihres Aufenthaltes in Rom (z. B. nach Vollendung ihrer Studien) oder nach Zurückberufung durch den Bischof oder der Zurückverweisung durch den Kardinalvikar von Rom sich dort noch länger als nöthig aufhalten, s. das päpstlich genehmigte Dekret der Congr. conc. v. 22. Dezember 1894, Acta s. sed. 27, 373: „1. Clerici et sacerdotes saeculares alienae dioecesis aut etiam regulares, extra claustra degentes, nequibunt in posterum stabile domicilium in urbe statuere absque expressa venia summi pontificis, per officium s. congregationis concilii impetranda. — 2. Qui vero in praesens Romae degunt, si nullo beneficii aut officii titulo ad residendum astricti sunt nec per diuturnam commorationem et tacitam aut expressam suorum episcoporum licentiam domicilium Romae acquisierint, post mensem a die huius decreti elapsum ad suam dioecesim redire debebunt. — 3. Nullus ex clericis et sacerdotibus alienae dioecesis ad ecclesiasticum officium quodcumque sit, aut ad aliud munus quod residentiam in urbe requirat, eligi a quoquam in posterum poterit, nisi praeter testimoniales commendatitias sui episcopi litteras exhibeat quoque veniam a summo pontifice iam obtentam Romae manendi: itemque nemini beneficium conferetur, si assensum ordinarii sui ad hoc non obtinuerit: atque aliter facta beneficii collatio nulla et irrita sit. — 4. Qui ad litterarum scientiarumque studiis operam dandam vel ad honesta negotia peragenda vel ex alia iusta causa in urbe cum ordinarii licentia versantur, statim ac temporaria huiusmodi causa cessaverit, vel a proprio episcopo revocentur, ad propriam dioecesim redire debebunt . . .: quod si durante hac eorum commoratione in urbe sese, uti decet non gesserint, per vicarium urbis propriis ordinariis denunciabuntur et ab urbe discedere cogentur. — 5. Quicumque denique quolibet modo praesentibus dispositionibus se non conformaverit aut quod deus avertat, eisdem contraiverit, *ipso facto suspensioni a divinis* obnoxius sit.

S. 660 Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: und Arch. f. k. K. R. 72, 491.

S. 666 Anm. 3 a. E. hinzuzufügen: Wegen der hier noch in Frage kommenden Kanzleiregel 66 s. Bd. III. S. 161 n. 10.

S. 684 Anm. 2 Sp. 2 Z. 1 v. o. hinter p. 619 einzuschalten: und der congr. inquis. 1891, l. c. 27, 194.

S. 687 Anm. 5 a. E. hinzuzusetzen: Wegen der Betheiligung an heidnischen Gebräuchen in ostasiatischen Ländern, China, Siam u. s. w. s. die Entschdgen. in Acta s. sed. 27, 194 ff. 318 ff.

S. 695 Anm. 8 Z. 3 v. o. ist st. d. h. Deposition zu setzen: und,

S. 695 Anm. 8 Z. 2 v. u. hinter: Busse einzuschalten: d. h. thatsächlich mit der Deposition, s. oben Nachtrag zu S. 613.

S. 711 Anm. 8 Z. 1 o. st. XLIII c. 3 l. XLIII c. 4.

S. 712 Anm. 7 Z. 4 v. o. st. XLIII c. 3 l. XLIII c. 4.

S. 718 Anm. 1 Z. 1 o. st. n. 19 l. n. 9.

S. 725 Anm. 5 Z. 1 u. st. S. 721 l. 751.

S. 743 Z. 10 v. o. hinter Gregor XIII. einzuschieben: die Anmerkungszahl 4.

S. 743 Anm. 4 Z. 1 o. st. 1587 l. 1584.

S. 782 Anm. 6 Sp. 2 Z. 11 v. o. st. Cum multi l. Non multi.

S. 782 Anm. 6 Sp. 2 Z. 12 v. o. st. 233 l. 231.

S. 796 n. 9 a. E. hinzuzusetzen: S. auch den v. Alexander VII. 1666 (b. T. 17, 427) verurtheilten Satz: „Non peccat maritus occidens propria auctoritate uxorem in adulterio deprehensam."

S. 848 Anm. 2 Z. 3 v. u. st. 10, 115 l. 10, 1151.

S. 859 Z. 4 a. E. hinzuzusetzen: Endlich ganz neuerdings auch die Verführung eines unirten Orientalen zum lateinischen Ritus durch einen lateinischen Missionar, und dazu als Anm. 2a: S. oben Nachtrag zu S. 660 Z. 5.

S. 865 Z. 1 v. u. hinzuzusetzen: Endlich kommen noch die oben im Nachtrag zu S. 660 Z. 5 gedachten Vorschriften des dort citirten Dekretes v. 22. December 1894 in Betracht.

S. 893 Z. 4 v. o. st. Amtspflichten s. Standespflichten.

S. 902 Anm. 1 a. E. hinzuzusetzen: Die fortdauernde Anerkennung der Geltung des gemeinen Rechts ergiebt das dem Herzog Theodor v. Braganza v. Clemens VIII.: Exigit nobilitas 1592, b. T. 9, 586, ertheilte Indult auf Übertragung von Regierungs- und Gerichtsämtern (nur nicht solcher, bei welcher causae sanguinis in Frage kommen) an geistliche Personen.

Bayerische Staatsbibliothek München

I. Guttentag, Verlagsbuchhandlung in Berlin SW. 48

Das Kirchenrecht

der

Katholiken und Protestanten in Deutschland.

Von

Dr. Paul Hinschius,

Geh. Justizrath u. ord. Professor der Rechte an der Universität Berlin.

Lex.-8⁰.

I.

System des katholischen Kirchenrechts mit besonderer Rücksicht auf Deutschland.

Band	I.	1869	16 ℳ.
Band	II.	1878	19 »
Band	III.	1883	26 »
Band	IV.	1888	30 »
Band	V.	1895	31 »

Das Reichsgesetz

über die

Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung

vom 6. Februar 1875.

Mit Kommentar und Anmerkungen, sowie sämmtlichen für das Reich und die einzelnen Bundesstaaten ergangenen Ausführungsbestimmungen.

Herausgegeben von

Dr. Paul Hinschius,

Geheimer Justizrath, ord. Professor an der Universität Berlin.

Dritte vermehrte Auflage.

Lex.-8⁰. 10 ℳ., gebunden in eleg. Halbfranz 12 ℳ.

Das Preussische Kirchenrecht

im Bereiche der evangelischen Landeskirche.

Zum praktischen Gebrauch für Geistliche, Richter und Verwaltungsbeamte.

Aus der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung erläutert von

H. Trusen,

Konsistorial-Präsident in Magdeburg.

Zweite Auflage.

gr. 8⁰. 12 ℳ., gebunden in eleg. Halbfranz 14 ℳ.

Die Verfassung der Kirche von England.

Von

Dr. jur. Felix Makower.

Lex.-8⁰. 20 ℳ.

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Peter Greiner
Buchbinderei
München 15

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Hinschius, Paul,

Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland

Bd.: 5

1895

J.can.u. 98 k-5
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11632785-2